N12<525196871 021
ubTÜBINGEN
Wilh. Kapp
Buchbinderei & Papierh.
Tübingen Münz 3

Herder-Korrespondenz

ORBIS CATHOLICUS

Herder-Korrespondenz

ORBIS CATHOLICUS

DRITTER JAHRGANG 1948/49

VERLAG HERDER FREIBURG IM BREISGAU

UNIV BIBL TÜBINGEN

Kb 190. 4°.

INHALTSVERZEICHNIS

DES

III. JAHRGANGES

Kirchliches Lehramt und Fragen der Gegenwart

a) Der Papst

An den Deutschen Katholikentag in Mainz (Ansprache) . . . 15
Intentionen zum Heiligen Jahr . . . 63
Über die Aufgaben der Erzieher . . . 63
Um den Frieden . . . 63
Aufruf zu Gebet und Buße für die Arbeit der Vereinten Nationen . . . 71
Über die Aufgabe der katholischen Jugend gegenüber den Mächten der Welt . . . 73
Änderung im kirchlichen Eherecht . . . 104
Direktiven für die Katholische Aktion in Indien . . 105
Die Enzyklika „In Multiplicibus" . . . 113
Über die Beziehungen zwischen Finanzpolitik und sittlichen Werten . . . 114
Über Kirche und Arbeiterschaft . . . 114
Über die gegenwärtige Aufgabe der Erziehung . . . 151
Die Weihnachtsbotschaft 1948 . . . 162
Über die Einheit Europas und die christliche Religion 167
Lob der Traditionen des englischen Parlamentarismus 199
Das Gebet des Heiligen Jahres . . . 248
Über das Unrecht des Budapester Prozesses . . . 258
Aufforderung zur Sühne des Frevels der Gotteshasser 259
Über die geistige Vorbereitung auf das Heilige Jahr 354
Über das Wohnungselend . . . 356
Über Würde und Schönheit der Arbeit . . . 357
Über die Heiligen Stätten in Palästina . . . 406
Über die Bedeutung der Christlichen Arbeiterjugend 407
Über die Berufung der Intellektuellen . . . 407
Verkündigung des Heiligen Jahres . . . 452
An die katholischen Unternehmer . . . 453
Trost und Weisung für die Berliner Katholiken . . 500
Über die Wichtigkeit des Religionsunterrichts . . . 550

b) Die Kurie

Das Heilige Offizium indiziert die Werke Sartres . 105
Die Ritenkongregation trifft eine Entscheidung über über die Übersetzung des Ausdrucks Perfidia Judaica 249
Kodifikation des orientalischen Eherechts . . . 348
Das Dekret gegen den Kommunismus . . . 487

c) Der Episkopat

Deutschland

Bischof Albert Stohr, Mainz, auf dem Mainzer Katholikentag (Ansprache) . . . 1
Bischof Albert Stohr, Mainz, Predigt auf dem Mainzer Katholikentag . . . 9
Kardinal Josef Frings, Köln, über die Verbundenheit der deutschen Bischöfe mit der Arbeiterschaft, Ansprache in Mainz . . . 11
Kardinal Josef Frings, Köln, über die Aufgabe der Völker und der Kirche, Mainzer Katholikentag . . . 15
Bischof Aloisius Muench, päpstlicher Visitator für Deutschland, über Laien und Katholische Aktion beim Mainzer Katholikentag . . . 15
Erzbischof Lorenz Jäger, Paderborn, über den Frieden 62
Bischof Wilhelm Berning, Osnabrück, vor dem norddeutschen Kolpingstag . . . 101
Bischof Michael Keller, Münster, über Schwarzhandel und Wucherpreise . . . 149
Erklärung der deutschen Bischöfe zu den Verhandlungen des Parlamentarischen Rats . . . 245
Bischof Alois Muench über die katholische Landvolkbewegung . . . 247
Fastenhirtenbriefe des deutschen Episkopats 1949 . 297
Die deutschen Bischöfe zum Grundgesetz . . . 437

China

Erzbischof Yu-pin von Nanking über den Kommunismus . . . 223
Bischof Jakob Walsh in Schanghai über den Kommunismus . . . 275

England

Kardinal Bernhard Griffin von Westminster über parteipolitische Betätigung der Katholiken (Rede) . . . 202
Erzbischof Arthur Hinsley von Westminster und seine Bewegung ‚Sword of the Spirit' . . . 202

Frankreich

Der französische Episkopat zu den gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen . . . 107
Aufruf der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs zu einem Marienjahr . . . 153
Bischof Gabriele Piguet von Clermont zur ‚Woche des Evangeliums' (Schlußfolgerungen) . . . 201
Kardinal Emanuel C. Suhard von Paris über die Bedeutung der katholischen Presse (Ansprache) . . . 214
Kardinal Emanuel C. Suhard von Paris über den Religionsunterricht (Richtlinien) . . . 224
Kardinal Emanuel C. Suhard von Paris über die Lage der Kirche in unserer Zeit (Interview) . . . 303
Kardinal Emanuel C. Suhard von Paris über das Amt des Bischofs (Ansprache) . . . 313
Msgr. Bruno de Solages, Leiter des Institut Catholique von Toulouse über ein Gebet für die Henker . . 315
Bischof Gabriele Brunhes von Montpellier zur Kantonatswahl (Ansprache) . . . 349
Bischof Léon Albert Terrier von Bayonne über die Arbeiterseelsorge (Fastenhirtenbrief) . . . 358
Kardinal Jules G. Saliège von Toulouse über den modernen Götzendienst (Hirtenbrief) . . . 408
Kardinal Eugène Tisserant, Sekretär der Kongrega-

tion für die orientalische Kirche, über die Kirchenverfolgung im Osten (Ansprache auf dem Euch. Kongreß in Nancy) 552
Kapitularvikar Beaussart von Paris über das Kommunismusdekret (Hirtenbrief) 567

Holland

Niederländische Bischöfe zur Tagung des Ökumenischen Rates (Hirtenbrief) 86
Niederländische Bischöfe fordern Gewinnbeteiligung der Arbeiter (gemeins. Hirtenbrief) 350

Italien

Ligurische Bischöfe über öffentliche Moral (Hirtenbrief) 168
Kardinal Alfredo I. Schuster von Mailand zu den Problemen des Augenblicks (Richtlinien für die Fastenzeit) 300
Bischof Evasio Colli von Parma zur Frage des gerechten Krieges (Aufsatz) 392
Bischof Antonio Tedde von Ales (Sardinien) zur Abschaffung der kirchlichen Tarife (Hirtenbrief) . . . 488

Polen

Erzbischof Stefan Wyszynski von Gnesen und Warschau (1. Hirtenbrief des neuen Primas von Polen) . 314
Polnische Bischöfe antworten auf Beschuldigungen der Regierung (Protestnote) 398

Spanien

Spanische Bischöfe zur Lage des Protestantismus . . 108
Bischof Angel Herrera von Malaga, über das Wohnungsproblem (Hirtenbrief) 443

Tschechoslowakei

Der tschechische Episkopat an die tschechische Regierung (Denkschrift) 116
Erzbischof Josef Beran von Prag zu seiner Rechtfertigung (Rede) 398
Energischer Widerstand der tschechischen Bischöfe (gemeinsamer Hirtenbrief) 445
Der tschechische Kirchenkampf (gemeinsamer Hirtenbrief der Bischöfe) 492
Erzbischof Josef Beran von Prag, das stärkste Hindernis gegen die Gleichschaltung der Kirche 493

Ungarn

Der ungarische Episkopat zur Schulfrage 117
Kardinal Mindszentys Abschiedswort 218
Der ungarische Episkopat zu Kardinal Mindszenty (Stellungnahme) 263

Vereinigte Staaten von Amerika

Der amerikanische Episkopat über den Säkularismus 210

Die Lage der Kirche in den Ländern

Aus Deutschland 97, 149, 197, 245, 297, 345, 389, 437, 485, 536
Aus Süd- und Westeuropa 104, 151, 199, 248, 299, 338, 392, 439, 487, 539
Aus Ost- und Südosteuropa 74, 110, 169, 204, 304, 398, 444, 491, 542
Aus Nord- und Südamerika 111, 205, 253, 307, 351, 446, 493
Aus dem Nahen und Fernen Osten 172
Aus den Missionen 157, 255, 399, 449, 494
Die 72. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Mainz 1
Frankreich im Aufbruch 216
Die Verhaftung von Kardinal Mindszenty 218
Über den chinesischen Kommunismus 223
Der Sinn des Urteils über Kardinal Mindszenty . . . 261
Der Kirchenkampf in den Ländern Osteuropas . . . 269
Die Zukunft Asiens 275
Das Martyrium des Kardinal Mindszenty 316
Islam und Christentum heute 318
Chronik des Kirchenkampfes im Osten 359
Die neuen Religionsgesetze in Bulgarien 361
Spanischer Katholizismus 412
Die katholische Kirche in Indien 413
Asien am Scheidewege 455
Die Zukunft Chinas? 456
Die Kirche in der Schweiz 501
Die Christen und Palästina 502
Die religiöse Lage in Japan 505
Die christlich-soziale Bewegung in Chile 553

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Das Pfarrprinzip in Kirchenrecht und Seelsorge . . 78
Mission und Katholische Aktion in Frankreich . . . 79
Richtlinien für das Priesterapostolat 80
Instruktion ‚Cum Sanctissimis' für die weltlichen Institute 119
Psychoanalyse und Moral 175
Forderungen an den Religionslehrer von heute . . . 224
Zur Geschichte der typologischen Schriftdeutung . . 225
Die Zeit der Armen 276
Um die Verlebendigung der Liturgie 278
Immer wieder die Entchristlichung des Abendlandes . 319
Der Klerus und die Laien 320
Das moderne junge Mädchen und die Religion . . . 321
Der Unglaube der Massen 364
Die christliche Verkündigung im Zeitalter der Masse 365
Die Krise in der modernen Ehe 366
Mischehe und Religiosität 368
Der Teufel — Gottes Engel 415
Der französische Roman und die Übel der Zeit . . . 417
Ein Vorstoß gegen die abstrakte Theologie 458
Das gefangene Evangelium 460
Die moderne Kunst und der Kirchenbau 462
Die Diskussion über Graham Greene 464
Christus ist auch für die ungetauften Kinder gestorben 506
Die Wurzeln des Antisemitismus 508
Das Wesen der Geschichtlichkeit im Schöpfungsbericht 509
Die hl. Messe am Abend 555
Das Gespräch zwischen Albert Camus und den Christen 557

Aus der Ökumenischen Bewegung

Ökumenische Nachrichten 160, 208, 258, 311, 353, 401, 450 495, 546
Die 1. Generalversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam 86

Die politischen Berichte der Generalversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam 176
Die Kirche und die Unordnung der Gesellschaft . . 179
Die Kirche und die internationale Ordnung 234
Die Berichte der Sektionen zum Generalthema: Gottes Heilsplan und die Unordnung der Welt 129
Die Lambeth-Konferenz 1948 185
Die erste Synode der evangelischen Kirche in Deutschland 231
Die erste Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands 286
Probleme des Evangelischen Kirchenrechtes. Zur Verfassungskrise der EKD 288
Was bewegt heute die Evangelische Kirche Deutschlands? 330
Ein neues Verständnis des Sakramentes in der evangelischen Theologie 334
Ökumenisches Kraftzentrum Ägypten 336
Die Kirche als ‚Eucharistische Bruderschaft' 379
Kirche der Apostel. Um die ‚Widerstandslinie' der ev. Exegese des NT 381
Wo steht das ökumenische Gespräch? 425
Alle müßten sich bei Maria und den Aposteln versammeln 426
Die Schulfrage in evangelischer Sicht 428
Amsterdamer Nachwehen 471
Der Sühnedienst der Kirche 473
Enthält die Bibel Normen für das Recht? 475
Kirche der Apostel II 518
Neue evangelische Kirchenordnungen 521
Die Kirchenordnung für Hessen-Nassau 574
Warum Abendmahlsgemeinschaft? 574

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Arbeit als menschliche oder soziale Funktion . . . 82
Kirchliche Soziallehre und Sozialwissenschaft . . . 83
Gibt es heute noch einen gerechten Krieg? 122
Soziale und wirtschaftspolitische Anliegen der amerikanischen Katholiken 123
Die soziale Woche Italiens 125
Entschließungen des Nationalkongresses der christlichen Arbeitervereine Italiens 127
Kirche und Politik 177
Kritik an der ‚Semaine Sociale' von 1948 226
Der Staat als Zweck oder der Staat als Mittel? . . . 227
Rückwendung zum Islam in der Türkei 229
Können Christen mit Kommunisten zusammenarbeiten? 279
Die Charta der Menschenrechte und -Pflichten von San Sebastian 281
Noch einmal Christen und Kommunismus 323
Katholische Stellungnahme zur Erklärung der Menschenrechte 324
Das Wahrheitsserum 326
Palästina heute 327
Recht und Unrecht der fortschrittlichen Christen . . 370
Um den Frieden 371
Der katholische Unternehmer in der kommenden Wirtschaftsordnung 375
Probleme des Lohn- und Gehaltstarifwesens 377
Probleme des christlichen Staates 418
Das kirchliche Siedlungswerk in Deutschland . . . 420
Revision des amerikanischen Arbeitsrechtes . . . 423
Der Schulkampf in Frankreich 467
Die Rechte der Frau und des Kindes 469
Kirche, Kapitalismus und Kommunismus 511
Reaktionärer Kommunismus 515
Es sollen Menschen sterben, damit wir leben können 516
Die fortschrittlichen Christen, die Herder-Korrespondenz und Herr Wilh. Karl Gerst 533
Nach dem Dekret gegen den Kommunismus 560
Die Union der Fortschrittlichen Christen und das Kommunismus-Dekret 566
Wirtschaftliche Wirklichkeiten und soziale Neuordnungen 568

Das Bildnis

Michael Pfliegler 429
Maurice Blondel 524

Das Forum

Die Front des christlichen Gewissens 139
Wie kann man Heiligkeit darstellen? 139
Um das Pfarrprinzip 140
Der eschatologische Gedanke in der Zeitkritik . . . 141
Die seelische Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Ägypten 141
Die Christen vor der Frage des Krieges 191
‚Si vis pacem — para bellum' 193
Wie denken Sie darüber? 193
Confirma fratres tuos 240
Der ‚gerechte Krieg' 240
Änderungen im kirchlichen Eherecht 241
Das Zeichen Mindszenty 291
Gedanken zum Pfarrprinzip 291
Hilfe aus Deutschland 292
Résistance 338
Was ist Teilnahme am Krieg? 339
Sorge um das christliche Land 339
Noch einmal: Änderungen im kirchlichen Eherecht . 340
Liebet eure Feinde 383
Selbstbetrug der Christenheit? 384
Ein Rat Karl Barth's 385
Um den Wohnungsbau 478
Maria — die Bildersprache des Hl. Geistes 479
Kampf mit dem Teufel 480
Um die Erneuerung der evang. Kirche 480
Einheit der Kirche durch Kontroverse? 528
Maria in der Ökumene 528
Die kirchliche Lage in der Ostzone in evang. Sicht . 575

Aktuelle Zeitschriftenschau

144, 194, 241, 293, 342, 385, 433, 481, 530, 577

A

Abendland (vgl. Menschenbild, christliches) 44f, 47, 60, 69, 226 f, 248 f, 319, 460 ff
Abendmahl s. Eucharistie
Abendmesse 555 f
Abtreibung 62, 447
ACLJ (Azione Cattolica Lavoratori Italiani) 65, 127 f
Action Catholique Rurale 540 f
Action Française 562
Action Populaire 440, 571
ACTU (Association of Catholic Trade Unionists) 152
Ägypten 157 f, 310, 336 ff
Ärzte 62, 99 f, 491, 537 f
Afrika (vgl. Missionen) 158, 227, 276, 488
Agende, evangelisch-lutherische 287
Akademiker 97, 149, 441, 487
Aktion, Katholische s. Katholische Aktion
Aktion katholischer Akademiker, Berlin, 487
Albanien 492
Albertus-Magnus-Kolleg, Königstein, 437
Albertus-Magnus-Verein 54
Alexandrinische Schule 225 f
Alter 24 f, 51 f
Altes Testament 225 f, 277, 318, 331, 382, 476, 510, 536
Anglikanische Kirche 185 ff, 202 f, 498
Anthropologie 458, 537 f
Anthroposophie 502
Antiochenische Schule 226
Antisemitismus 508 f
Apostelamt 290, 381 ff, 425 f, 426 ff, 518 ff, 548
Apostolat (vgl. Katholische Aktion)
— Der Papst über das Apostolat 16, 214, 354, 407
— Allgemeines 20, 78, 304, 320, 486
— Deutschland 1, 7, 10, 20, 28, 38, 48, 56, 439
— Frankreich 65, 107 f, 304, 320 f, 358 f, 442
— Italien 107, 440, 551
— Österreich 69, 304
— Vereinigte Staaten 308
— Evangelisches 331, 380
Apostolische Konstitutionen s. Konstitutionen
Apostolischer Stuhl s. Vatikan
Araber 157, 239, 319, 328 f, 502 ff, 542
Arbeit 32, 82 f, 106 f, 169, 183, 189, 282, 356 f, 357 f, 374 ff, 379, 394, 423 ff, 443
Arbeiterfragen
— Allgemeines 8, 11, 14, 20 f, 49 f, 67 ff, 82 f, 85, 183, 280, 319 ff, 364, 374 ff, 379, 397, 407, 448, 453 ff, 461, 485 ff, 515 f
— Chile 554
— Deutschland 11, 20 f, 24, 49 f, 51, 97, 102, 299, 345, 374 ff
— England 251
— Frankreich 107 f, 320 f, 358 f, 364, 441 f, 490, 566, 569, 573
— Holland 350 f, 397
— Indien 400
— Italien 106 f, 114 f, 127, 300, 357 f
— Japan 505
— Österreich 430 f
— Philippinen 456
— Schweiz 501 f
— Spanien 443
— Syrien 256
— Vereinigte Staaten 123 ff, 207, 211 f, 423 ff, 448
Arbeiterbewegung, Arbeiterjugend s. die einzelnen Organisationen
Arbeitervereine
— Deutschland 10, 50, 485 f
— England (ACTU) 152
— Italien (ACLJ) 65, 127 f
Arbeitgeber (vgl. Unternehmer)
— Allgemeines 14, 50, 123 ff, 211 f, 300, 378 f, 397, 447 f, 453 ff
— Belgien 107
— Deutschland 21, 50, 102, 345, 374 ff
— Frankreich 393 f
— Holland 350
— Italien 106 f, 108, 300
— Philippinen 456
— Vereinigte Staaten 207, 211 f, 447 f
Arbeitserziehungsgesetz 23, 51
Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen 401
Arbeitsrecht in USA 423 ff
Asien (vgl. Missionen) 275 f, 455 ff, 494 f
Associated Church Preß 471 f
Association du Mariage Chrétien 491
Atheismus
— Allgemeines 154, 181, 186, 211, 215, 224, 259 ff, 279 f, 316, 318 ff, 331, 354, 364, 489 f, 512 ff, 534, 552, 554, 569, 571
— Indien 495
— Italien 561 f
— Österreich 204 f
— Vereinigte Staaten 205, 211, 254
Aufgabengemeinschaft christlicher Theaterfachleute 538 f
Arbeitstreffen christlicher Historiker 60 ff, 101
Architektur 66, 462 ff
Argentinien 309, 391
Armenier 310, 336 ff
Augsburgische Konfession 289 ff, 521 f
Ausland und deutsche Katholiken 2, 44, 46 f, 53, 58, 97 f, 100 f, 390 f, 442
Auswanderung 127, 189, 239
Autorität 29, 31, 283

B

Balfourdeklaration 328, 503
Barmer Theologische Erklärung 233, 289 f, 522 ff, 574 f
Bauhütten 34, 56
Bekennende Kirche 208, 231 ff, 288 ff, 402, 428, 481, 497, 521 f, 549 f, 574 f
Berliner Frage 253
Beruf 31 ff, 54 f, 65, 98 ff, 490
Berufsständische Ordnung 454, 477 f
Betriebsverfassung 14, 22, 49 f, 106 f, 374 ff, 378 f, 394, 397, 443, 569 f
Beuroner Hochschulwoche 98 ff
Bevölkerungsproblem 111, 165, 307, 487 f, 494, 516 ff
Bibel 103, 217, 225 f, 255, 333, 381, 475 ff, 502, 508 ff, 521 ff, 547
Bibelkommission, Päpstliche 509

Bibelwerk, Katholisches 103
Bildung (vgl. Erziehung) s. Kultur
Bischof-Kaller-Liebeswerk 346
Bodenreform 183 f, 263 f, 349, 393
Bolivien 222, 309
Bolschewismus s. Kommunismus
Bonifatiusschwestern 438 f
Bonifatiusverein (vgl. Diaspora) 198 f
Bonne Presse 214 f
Botschaften
— des Mainzer Katholikentages 47 f
— der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz 93 f
— der Tagung der Katholischen Männerwerke in Lourdes 106
— der Pax-Christi-Bewegung 442
— des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates 547
Brauchtum, Kirchliches 365
Bruderschaft
— Eucharistische 379 ff
— der christlichen Lehre 71 f
Buddhismus 173, 311, 505
Bulgarien, Religionsgesetzgebung 305 f, 360 ff, 576
Bulle über das Heilige Jahr 299
Bund der katholischen deutschen Jugend 10, 28, 53
Bund katholischer Unternehmer 21, 50, 345, 374 ff
Burma 455

C

CAJ (Christliche Arbeiterjugend) 12, 29, 50, 53, 78, 102
Calvinismus 287, 385
Caritas
— Allgemeines 13, 22, 25, 44, 46 f, 52, 58, 102, 246 f, 299, 302 f, 345 f, 390 ff, 411, 438, 443, 496, 502, 536, 571
— Caritas Sueciae 391
— Deutscher Caritas-Verband 246 f, 391 f, 486, 536
— NCWC (National Catholic Welfare Conference) 112, 123 ff, 173, 210 ff, 325 f, 391 f
— Nederlands Caritas Missie 390
— Schweizer Caritas-Verband 390, 502
Catholic Economic Association 424
Catholic Evidence Guild 308
Catholic Family Life Bureau 211
Catholic Historical Association 255
Catholic Preß Association 351
CDU/CSU 389, 576
Centre de Pastorale Liturgique 442
CFTC s. Confédération Française des Travailleurs chrétiens
CGT s. Confédération Générale des Travailleurs
Chaldäische Katholiken 336 ff
Chile 309, 391, 553 f
China 172 ff, 223 f, 275 f, 455 ff
Christentum (vgl. Predigt, Seelsorge)
— Erbe 44 ff, 57 ff, 418 f, 473 f
— Erneuerung 216, 257, 303 f, 311 f, 321, 403 f, 452 f, 457
— Gefährdung 70 f, 210 ff, 224, 253 f, 358 f, 368 f, 384 f, 490
— Politik und Wirtschaft 70 f, 108, 155, 183 ff, 189, 202 f, 222, 236 ff, 252, 276, 279 ff, 300, 317, 323 f, 350, 370, 375, 396, 405, 450, 457, 494 f, 496, 499, 514 f, 533 ff, 546 f, 565 ff
— Verantwortung in der Zeit 1 ff, 8, 39, 44 ff, 62, 97, 139, 164 ff, 186, 250, 291 f, 297 ff, 320, 383 ff, 441
— Völkerverständigung 46, 57, 59 f, 191 f, 373
— Zusammenwirken der Christen 47 f, 93 f, 439,, 495 f, 546
— und Hochschuljugend 397 f
— und Islam 318 f
— und Juden 351, 508 f
— und Kunst 539, 557 ff
— und Palästina 502 ff
— und soziale Klassen 319 f, 339f, 379, 449
Christian Council of South Africa 449 f
Christlich-deutscher Studentenbund in Österreich 429 f
Christlich-Soziale in Österreich 480
Christliche Demokraten (Italien) 393
Christopher-Bewegung in USA 352 f
Christusbild 60 f
CIC (Codex juris canonici, vgl. Kirchenrecht) 79, 104, 190 f, 209 f, 221, 241, 291 f, 327, 340 ff, 348, 401, 452, 463 f, 487
Comitati Civici der Katholischen Aktion Italiens 348
Common Prayer Book 188, 498
Confédération Française des Travailleurs chrétiens 541 f, 563, 570
Confédération Générale des Travailleurs in Frankreich 541 f, 563
Confederazione Generale Italiana del Lavoro 348 f
Confederazione, Libera ... Generale Italiana del Lavoro 64 f, 152, 348
Costa Rica 309
Council of Profit Sharing Industries (USA) 207
CV 397

D

Dämonie bei den Synoptikern 416
Dänemark 69, 304
Demokratie 108, 152, 516, 572
Demokratische Frauenliga 347
Determinismus 491, 571
Deutsch s. die betreffenden Organisationen
Deutsche Partei 389
Deutsch-französische Studienstelle, Offenburg, 97, 101
Deutschland
— Diaspora 3 ff, 12, 16, 19, 47 f, 49, 54, 55, 197 ff, 300 f, 345 f, 437 f, 438 f, 485, 502
— Evangelische Kirche 71, 103 f, 208, 231 ff, 286 ff, 330 ff, 401 ff, 428 f, 450, 480, 496 ff, 522 f, 528, 549 f, 574, 575 ff
— Katholische Kirche 1 ff, 78, 97 ff, 102 f, 149 ff, 197 ff, 245 f, 297 ff, 339 f, 345 f, 347 f, 389 f, 420 ff, 437 f, 485 f, 500 f, 533 ff
— Ostzone 346 ff, 575 ff
— Staat 99, 245 f, 389, 450, 533 ff
Dorf (vgl. Landvolk, Seelsorge) 20, 112, 246 f
DP's s. Verschleppte Personen

E

Économie et Humanisme 216, 515, 563
Ehe (vgl. Familie) 26 f, 53 f, 112, 188, 241, 251, 255, 305, 340 ff, 348, 360, 366 ff, 368 f, 437, 469 f, 537 f
Ehescheidung 26, 111, 118, 200, 251, 305, 325, 411, 501
Eigentum 180, 184 f, 212, 234, 254, 282, 397, 513, 571 ff
Einwanderung s. Auswanderung
EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) s. Deutschland Evangelische Kirche
Elternrecht 54, 119, 200, 238, 245, 283 f, 298, 325, 389 f, 428 f, 445, 452
Elternpflicht 119, 215, 447
England

— Allgemeines 199, 328, 359 f, 395, 503
— Anglikanische Kirche 185 ff, 202 f, 498
— Katholizismus 202 f, 250 f, 391, 396 f, 464 ff
Entnazifizierung 14, 52
Enzyklika über ländliche Gesellschaft gefordert 112
Enzykliken
— Auspicia quaedam 112 f
— Casti conubii 25
— Divino afflante Spiritu 103
— Immortale Dei 554
— In Multiplicibus 112 f, 406
— Libertas praestantissimum 109, 263, 419
— Mediator Dei 278, 291, 336, 353
— Mortalium Animos 189
— Mystici corporis 78, 129, 506, 549
— Orientales omnes 333
— Pacem Dei 47
— Quas primas 47
— Redemptoris Nostri 406 f, 503
— Sertum laetitiae 190
— Soziale Enzykliken 8, 14, 17, 38, 68, 102, 112, 125, 211 f, 223, 301, 350, 376, 397, 424, 431, 454, 477 f, 511 ff, 567
— Vigilanti cura 42, 57, 564, 566
Erziehung (vgl. Elternrecht, Schulen)
— Allgemeines 13, 30, 47, 63, 67, 101, 123, 127, 151, 211, 286, 397 f, 447, 467 f
— Familie 27 f, 30, 298, 369
— Heilpädagogik 392
— Kirche 16, 30, 389 f, 398, 428, 467 ff
— Rundfunk 40, 67
— Schule 27 f, 29 ff, 53 f, 67, 158, 398
— Staat 47, 101, 123, 127, 187, 445
— Völkerverständigung 47, 101, 123, 127
Eschatologie 93, 141, 311, 333, 426, 475, 519 f
Ethik 5, 98 ff, 345, 364 f, 460, 537
Eucharistie 288 f, 331, 333 ff, 379 ff, 403 f, 521 ff, 548 ff, 555 f, 574 f
Eucharistische Bruderschaft 379 ff
Eucharistischer Kongreß in Nancy 552 f
Europa 2, 59 f, 94, 97, 101, 126 f, 166 f, 262, 276, 516 f
Euthanasie 447
Evangelische Kirche (vgl. Deutschland, Evangelische Kirche, Ökumenische Bewegung)
— und Abendmahl s. Eucharistie
— und katholische Kirche 240, 257, 291, 330 ff, 405
— und moderne Welt 257, 330 ff
— und Schulfrage 428 f
— Treffen deutscher und französischer Pfarrer 312 f
Evangelischer Ausschuß für Dienst an Israel 103 f
Evangelischer Kirchentag 549
Evangelisches Hilfswerk 40, 257, 536
Evangelisches Kirchengesangbuch 287
Exegese 225 ff, 290 f, 381 ff, 425, 521, 528, 548 f, 574
Existenzphilosophie 8, 31, 154, 217, 322, 441, 525, 527, 537
Exkommunikation
— durch Erzbischof Beran angedroht 445
— im Falle Mindszenty 221, 262
— und Dekret gegen den Kommunismus 487, 562 ff

F

Familie (vgl. Ehe, Erziehung)
— Beratung 27
— Erziehung zur Familie 27 f
— Rechte 25 f, 52 f, 167, 183, 200, 282 f, 325
— Sinn und Wert 12, 26 f, 52 f, 66, 153 f, 167, 183, 298, 468, 490 f
— Wirtschaft, Heim und Wohnung 25 f, 246, 357, 423, 443, 479
— Zerfall 322, 501, 505
FAO (Welternährungsorganisation) 307, 516
Fetischismus 158
Film 42 ff, 57, 322, 353, 355 f, 367, 413, 543 f
Filmgilde, österreichische katholische Filmbewegung 43
Finanzpolitik und Sittlichkeit 114
First Amendment der Verfassung in USA 212 ff
Flüchtlinge s. Heimatvertriebene
Force Ouvrière 541 f
Fortschrittliche Christen 279 ff, 323 f, 349, 370 f, 392, 533 ff, 563 f, 566 ff, 571, 577
Frankreich
— Allgemeines 250, 393, 417 ff, 488, 541 f, 568 ff
— geschichtstheologische Diskussion 62
— Katholische Werke in Frankreich 490 f
— Katholizismus 65 ff, 78 ff, 83 ff, 101, 107 f, 152 ff, 154, 201 f, 214 f, 216 ff, 224 f, 226 ff, 279 ff, 300, 303 f, 313 f, 320 f, 323 f, 349 f, 358 f, 370 f, 393 ff, 407 ff, 440 ff, 460 ff, 467 ff, 490 f, 501, 524 ff, 533 ff, 540 f, 552 f, 556 f, 557 ff, 562 f, 566 ff, 568 ff
Frau
— Allgemeines 8, 12, 31 ff, 33, 54 f, 469 f, 537
— und Diaspora 439
— und Frieden 33, 51
— und öffentliches Leben 8, 12, 31 ff, 51, 54 f, 360, 368, 469 f
— Frauenarbeit 31 f, 54 f, 112, 255
— Frauenbildung 27, 31, 54, 360, 368, 486
— Frauenjugend 28
— heilige Frauen 59
Frauenbund, argentinischer 309
Frauenbund, Katholischer deutscher 150 f, 486
Frauenbünde, Internationale 200, 469 f
Frauenliga, demokratische 347
Freidenker 206, 431
Freie Arbeiter, deutsche im Ausland 24, 51
Freie Deutsche Jugend 29, 53, 347, 577
Freiheit,
— der Kirche 259, 264
— und Grundrechte 181, 237 ff, 284 ff, 315 f, 325 f, 375 f, 390, 418 ff, 469 f, 573
Friede 8, 12, 33, 46 f, 53, 57 f, 62 f, 73 f, 106, 113, 122 f, 164 ff, 187, 189, 193, 234 ff, 248 ff, 250, 253, 299, 338 f, 371 ff, 392, 406 f, 453, 456, 489 f, 502, 526
Friedensbewegung, katholische 1, 200, 324 f, 442, 540
Fürsorge (vgl. Caritas) 23, 52, 183, 346

G

Gebetsmeinungen des Papstes 63, 311, 399, 539 f
Geburtenbeschränkung 251, 368, 488, 494, 505, 512, 516 ff, 537 f
Gemeinschaft Unserer Lieben Frau vom Wege 69, 444
Gerechtigkeit
— als Götze 410
— soziale 534 f, 536 f, 549, 566
— und Friede 299, 372 f
Gerichte, kirchliche 437
Geschichte 17, 38, 59 ff, 101, 372 f, 417 f
Gesellenverein, katholischer 101 f
Gesellschaft für christliche Kunst 34, 56

Gesellschaft für Gerichtsmedizin 326 f
Gesellschaft katholischer Publizisten 35, 37, 56
Gesellschaft für Kirchenmusik 56
Gesellschaft für Wissenschaft und Kultur (Rumänien) 545
Gesellschaft, menschliche
— Reform 11, 38 f, 55, 106 f, 123 ff, 179 ff, 186, 199, 259, 282 ff, 300, 345, 375 f, 455, 476 f, 514 f
— Zustand 4 f, 17, 32, 44 f, 126, 155, 167, 179 ff, 186, 199, 210 ff, 251, 254, 276 ff, 319, 321, 364 f, 365 f, 375 f, 417 f, 547, 565
— im 13. Jahrhundert 59
— und Arbeiter 83, 106 f, 168, 276 ff, 319, 455
— und Intellektuelle 101, 319, 407 f
— und Unternehmer 345, 375, 455
Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (USA) 111 f
Gesetz
— Allgemeines 212 ff, 236
— Arbeitserziehungsgesetz 23, 51
— Grundgesetz 48, 245 f, 298, 389 f, 437
— Jüdisches Gesetz 509
— Jugendschutzgesetz 51
— über Menschenrechte 52, 239 f, 325
— Religionsgesetz in Bulgarien 361 ff
— Steuergesetze 350
— Taft-Hartley-Gesetz 124, 423 ff
— Zuzugsgesetze 52
— zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 51
Gewerkschaften 32, 64 f, 124 ff, 152, 200, 300, 347 ff, 352 f, 423 ff, 502, 541 f, 554
Gewerkschaften, christliche 64 f, 124, 200, 348 f, 502, 541 f, 563, 570
Griechisch-orthodoxe Kirche 161 f, 164, 310, 313, 336 ff, 446, 472 f, 499, 547
Griechisch-Unierte Kirche 171, 204 f, 270 ff, 310, 336 ff, 398, 444, 446, 591 f
Grönland 94

H

Häresie 528
Heiliger Stuhl s. Vatikan
Heiliges Jahr 63, 153 f, 199, 248, 299 f, 354 ff, 406, 452 f, 536 f
Heiliges Offizium s. Kongregationen
Heilsarmee 365 f
Heimatvertriebene 1, 6 ff, 18 ff, 47, 49 f, 50, 97, 102, 109 ff, 157, 166, 189, 239, 345 f, 392, 406, 437 f, 453, 485, 546 ff
Heimkehrer 24, 51
Hennecke-System 347
Hildegardis-Verein 450
Hinduismus 414, 494 f
Hirtenworte s. Inhaltsverzeichnis
Historiker, Arbeitstreffen 60 ff, 101
Historismus 526
Hochschulwoche, s. Beuroner . . ., Salzburger . . .
Holland s. Niederlande
Humanismus 30, 60, 217 f, 304, 571

I

Ichud, jüdische Bewegung 329
Immanentismus, Immanenzapologetik 525 ff
Imperialismus 236, 276
Index der verbotenen Bücher 105, 218, 322
Indianer 448
Indien
— Allgemeines 158 f, 187, 255 f, 276, 310, 400, 414, 455, 488, 494 f, 499
— Katholizismus (vgl. Missionen) 104 f, 400, 413 f
Indochina 490
Indonesien 399 f, 455 f
Industrieräte in USA 112, 125, 212
Innere Mission s. Evangelisches Hilfswerk
Institute
— katholische soziale 22, 50
— soziales Institut für die Priester Italiens 440
— soziales Institut für die Priester Spaniens 302
Intentionen des Papstes s. Gebetsmeinungen
Interamerikanische Vereinigung für katholische soziale Aktion 112
International Council of Christian Churches 472
Internationale Gemeinschaft (vgl. Ausland, Frieden) 125 ff
Internationale christliche Aktion für soziale Einheit (Christliche Internationale) 439 f
Internationale christlich-soziale Vereinigung 105
Internationale Flüchtlingsorganisation 239
Internationale katholische Vereinigung für Rundfunk und Fernsehen s. UNDA
Internationale Zusammenarbeit der Katholiken s. Ausland
Internationaler Gerichtshof 123
Internationaler Missionsrat 92, 137, 238
Internationaler Rat der Christen und Juden 45
Internationales Arbeitsamt 356 f
Internationales Büro der Katholischen Jugend 105, 348
Internationales Filmbüro 42
Internationale Union katholischer Frauenverbände 200, 469 f
Internationale Union katholischer Männer 105 f
Internationaler Verband katholischer Sozialarbeiter 200
Internierte 12, 24, 51, 155 f
Interparlamentarische Union 63 f
Irak 157, 328
Irland 222, 275, 390, 465 f
Islam 157 f, 227, 229 ff, 310, 318 f, 337, 449
Israel (Staat) 249, 328 ff, 504 f
Italien
— Allgemeines 64 f, 152, 168, 348 f, 393
— Katholizismus 63, 72 ff, 80 ff, 105 ff, 125 ff, 168 f, 279, 300 f, 323, 348, 440, 488 f, 533, 550 f

J

Jansenismus 217, 526, 555
Japan (vgl. Missionen) 256, 367, 405, 494, 505, 517
Jeunesse de L'Eglise 216, 276 ff, 321, 460 f, 563
Jesuiten 158, 414
JIC (Jeunesse Indépendante Chrétienne) 394, 490
JOC (Jeunesse Ouvrière Chrétienne) 107 f, 256, 309, 321, 394, 407, 442, 490, 563
Juden, Judenfrage 45 f, 58, 60 f, 103 f, 137 f, 157, 206, 239, 249, 318, 327 ff, 331, 337 f, 351, 416, 461 f, 496, 502 ff, 508 f
Jugend
— Allgemeines 10, 12, 23, 28 f, 31, 43, 51, 53, 63, 69 f, 72 ff, 231, 251, 254, 272, 298, 309, 347, 354, 360, 392, 397, 445, 453, 577
— Dänische katholische Jugend 69 f

— katholische Jugend 28 f, 53, 63, 105, 163, 166, 169, 298, 309, 348, 361, 390, 500, 502
— Landjugend 29, 246
Jugendbewegung in Österreich 430
Jugendfürsorge 23, 29, 51, 53, 486
Jugendpflege 53
Jugendschutzgesetz 51 f
Jugoslawien 75, 399, 541, 552
Jus Divinum 476 f

K

Kalenderreform 495
Kalifat 229, 449
Kanada 222, 309, 488
Kapitalismus 85, 179 ff, 191, 276, 279, 371, 424, 448, 455, 471, 477 f, 511 ff, 515 f, 534 f, 566 ff
Kardinalskollegium 487
Kartelle 424, 515
Katechismus, amerikanischer 446 f
Katholikentage, deutsche 1 ff, 141, 299, 528, 549
Katholische Vereinigungen s. unter dem jeweiligen Namen
Katholische Aktion
— Allgemeines 8, 79 f, 300, 320 f, 523
— Ägypten 310
— amerikanischer Kontinent 112, 309
— Argentinien 309, 348
— Belgien 407
— Deutschland 1 ff, 298, 302
— Frankreich 65, 85, 107 f, 153 f, 201, 216 f, 320 f, 348, 490, 540 f
— Indien 104 f, 400
— Italien 72 ff, 300, 348, 489, 515
— Niederlande 348
— Ungarn 75
— Vereinigte Staaten 348
Katholische Soziale Aktion 83 ff, 112, 123 ff
Katholische Kirche
— Lehre von der, 105, 217 f, 253 f, 284, 321, 336, 370 f, 382, 506 ff, 521
— Pius XII. über, 16, 73, 114 f, 163 f, 259, 356 f
— Statistik 348, 487 f
— in den einzelnen Ländern s. Inhaltsverzeichnis
— und Arbeiterschaft 21, 50, 67 ff, 114 f, 203 f, 299 f, 407, 443, 454
— und Erziehung 54, 286, 389 f, 428, 467 ff
— und Familie 26, 411
— und Frieden 46 f, 57, 127, 392
— und Geburtenbeschränkung 518, 537
— und Heimatvertriebene 50 ff, 438
— und Juden 509
— und Jugend 23, 51
— und Kapitalismus 511 ff
— und Kommunismus 8, 74 ff, 101, 169 ff, 203 f, 220 f, 223, 259, 268, 272 ff, 279, 383, 398, 405, 487, 499, 511 ff, 560 ff, 571 f
— und Kunst 56, 538 f
— und Ökumene 91, 233 f, 257, 330 ff, 401
— und soziale Neuordnung 20 ff, 68, 568 ff
— und Staat 108, 177 f
— und Welt 15, 101, 152 f, 216 f, 303 f, 324, 366, 384, 461
— und Wohnungsbau 301, 357, 420 ff
Katholische Volkspartei der Tschechoslowakei 445
Katholische Werke in Frankreich 490 f
Katholische Zusammenarbeit s. Ausland
KDSE (Katholische Deutsche Studenten-Einigung) 149
Kind, Rechte des Kindes 469 f
Kirche (vgl. Katholische Kirche)
— Begriff und Wesen 95 f, 105, 131 ff, 186, 257, 288 ff, 311 ff, 379 ff, 403 f, 425 f, 480 f, 518 ff, 521 ff, 528, 547 ff, 575
— Einheit der 105, 187 f, 256 f, 300, 353, 528, 546 f
— Selbstbetrug der, 384 f
— und Ehe 188
— und Elternrecht s. Elternrecht
— und Friede 189, 192, 234 f
— und Gesellschaft 179 ff, 234 ff, 237 f, 330, 403 f
— und Judentum 103 f
— und Mischehe 368 f
— und Recht 231, 236 f, 286, 289 f
— und Rundfunk 39
— und soziale Neuordnung 185
— und Staat 205, 212 ff, 306, 309, 360, 418 ff, 471
— und Weltpolitik 405, 473 ff
Kirchenbau 462 ff
Kirchengeschichte 3 ff, 9, 460 f
Kirchenmusik s. Musik
Kirchenrecht (vgl. CIC)
— Eherecht 104, 241, 340 ff, 348, 437
— evangelisches 288 ff, 480 f, 521 ff
— und Apostelamt 382 f, 520
— und Krieg 122 f
— und Seelsorge 78 f, 140, 291 f
Kirchenväter 217, 404, 493
Kirchlicher Wiederaufbau 247 f
Kolchose 347, 446
Kollektivwirtschaft 375, 515
Kolpingswerk 101 f
Kominform 220, 324, 444, 543 f
Kommunismus (vgl. Fortschrittliche Christen)
— allgemeine Tätigkeit 152, 269 ff, 352
— als Weltanschauung und Lehre 179 ff, 186 f, 268, 280, 317, 332, 375, 410, 419, 515 f, 570 f
— Afrika 158
— Asien 275 f, 455 f, 494 f
— Belgisch-Kongo 311
— Bulgarien 306
— Chile 553 f
— China 172 ff, 223 f, 311, 455 ff
— Deutschland 370, 389, 533 ff, 575 ff
— Frankreich 349, 533 ff, 541
— Indien 400, 455, 494 f
— Indonesien 400, 455
— Italien 64, 107, 348 f, 392
— Japan 401, 405, 505
— Jugoslawien 399
— Osteuropa (vgl. die betreffenden Länder) 74 ff, 274
— Philippinen 455 f
— Polen 272 f, 304 f, 360, 445, 544
— Rumänien 270, 446
— Siam 311
— Spanien 443
— Südamerika 448
— Tschechoslowakei 76, 204, 275, 360, 445, 542 ff
— Ungarn 118, 169 f, 218 ff, 264 ff, 359, 446
— Vereinigte Staaten 254
— und katholische Kirche s. Katholische Kirche
— und orthodoxe Kirche 270
Kommunistische Gefahr 518
Kongregationalisten 187, 499

Kongregationen
— marianische 304
Päpstliche:
— Bibelkommission 509
— Heiliges Offizium 91, 105, 129, 190, 210, 218, 487, 493, 512 f 528, 542, 544, 556, 560 ff, 566, 571
— Konsistorialkongregation 221
— Konzilskongregation 551
— Orientalische Kirche 270
— Religiosenkongregation 119 ff
— Ritenkongregation 249
Konkordate
— Deutschland 245 f, 390
— Polen 398
— Rumänien 74, 172, 270, 272
Konstitutionen, apostolische
— Provida Mater Ecclesia 55, 69, 119 ff, 444
Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung 155 f, 488
Konversion 320
Konzile
— Trient 87, 260, 507, 551
— Vatikan 123, 333, 342, 567
Kopten 310, 336 ff
Koran 318
Kosmologie 417
Krieg (vgl. Frieden) 58, 122, 164, 191 ff, 240 f, 338 f, 373, 392 f, 447, 474 f
Kriegsgefangene 24, 51, 70, 141 ff, 236
Kriegsgeschädigte (vgl. Heimatvertriebene) 23 f, 50
Kultur 16, 33 ff, 56 f, 127, 229, 419
Kunst, christliche 34, 56, 60, 66 f, 462 ff, 464, 502, 539

L

Laien in der Kirche 79 f, 257, 320 f, 502, 540 f
Laienapostolat s. Apostolat, Katholische Aktion
Laienkatecheten 29, 49, 53, 153
Laizismus 123, 187, 205, 210 ff, 224, 230, 231, 253, 297, 309, 311, 449 f
Lambeth-Konferenz 185 ff
Land s. Dorf, Landvolk
Landarbeiter 106 f, 112
Landeskirche s. Deutschland, Evangelische Kirche
Landvolk 19 f, 49, 216, 246 f, 339 f, 502, 540 f, 569
Lastenausgleich 14, 24 f, 49 f, 51 f, 102, 112, 247 f, 392
Legion of Decency 42 f
Libanon 78, 157, 256, 328, 488
Libera Confederazione del Lavoro 64 f, 152, 348 f
Liberal-Demokratische Partei 389
Liberalismus 84, 154, 474, 515, 569 ff
Litauen 361, 545
Liturgie 34, 156 f, 217, 249, 278 f, 354 f, 380 f, 442, 464, 496, 555 ff
Liturgische Bewegung 278 f, 430, 442, 462 ff, 502
Lohn 112, 114, 168, 200, 345, 351, 374 ff, 377 ff, 423 f, 447 f, 453, 469, 569 ff
Lukas-Gilde, ärztliche Vereinigung 62
Lutherische Kirche s. VELKD
Lutherischer Weltbund 231, 548
Luxemburg 390 f

M

Mädchenschutz, Katholischer 102 f, 321 f, 346
Malerei 66 f
Männerwerk, Katholisches 105 f, 200
Mariologie 336, 404, 426 ff, 479 f, 528 ff
Maroniten 78, 256, 310, 336, 338
Martyrium 223, 259, 268 ff, 291, 316 ff, 339, 453, 492, 506 f, 552 f
Marxismus (vgl. Komunismus) 66, 118, 204, 227 f, 305 f, 324, 371 f, 377, 445 ff, 474, 513, 515 f, 525, 570 ff
Materialismus 175, 182, 224, 272, 279, 407, 431, 505, 513, 560 ff, 567, 570 f, 577
Medizin 326 f
Menschenbild, christliches (vgl. Abendland) 44, 54, 84, 327, 375, 539
Menschenrechte 48, 52, 126, 152, 158 f, 167, 187, 200, 202 f, 222, 236 ff, 261 f, 270 ff, 281 ff, 324 ff, 389 f, 419, 469 f
Messe (vgl. Abendmesse) und evangelische Kirche 331, 333, 336
Mouvement populaire des Familles 442, 491, 563
Michaelsbruderschaft 523
Militärregierungen
— in der Ostzone 346 ff
— in Japan 517
— und Presse 37 f
— und Rundfunk 40
— und Schule 9, 54
Minderheiten 234, 420, 548
Mischehe 368 f
Mission, evangelische
— Allgemeines 134 ff, 471
— China 174
— Kongo 311
Mission, katholische
— Allgemeines 12, 16, 58, 157, 226, 255, 413, 443, 461, 488
— Ägypten 157, 310
— Afrika 158, 443
— Asien 276
— Belgisch-Kongo 311
— China 173, 223, 311, 457
— Deutschland 6, 10, 12, 16, 58, 151
— England 250, 351
— Indien 158, 310, 400, 413
— Indonesien 399
— Japan 159, 401, 505
— Korea 400
— Nordeuropa 69
— Palästina 157
— Siam 311
— Statistik 255, 488
— Türkei 449
— Vereinigte Staaten 308
Mission als Katholische Aktion 79 f, 540
Missionen, Volksmission 304, 441
Mission de France 152 f, 257, 440, 563
Mission de Paris 68, 79, 216, 563
Missionskonferenz (Vereinigung deutscher Ordensoberer) 151, 198
Mittelalter 59, 178, 218, 324, 341, 418 f
Monitum über interkonfessionelle Zusamemnarbeit 91, 129, 210, 401, 528
Moral (vgl. Ethik)
— Internationale 200
— katholische 151, 273
— menschliche 111, 114, 470
— öffentliche 168 f, 299
— wirtschaftliche 307, 571
— und Narkotisierung in Gerichtsverfahren 326

— und Psychoanalyse 175 ff
— und Theater 538
Moralische Aufrüstung 321, 365 f, 502
Motu Proprio 104, 119 ff, 348
Musik, kirchliche 34, 56, 156 f, 331
Mutter, werdende 62
Mystik 526
Mystizismus 322
Mythologie 510 f

N

Naher Osten 78, 328
Nationalismus 71, 230, 329, 449, 475, 508 f, 526
Nationalökonomie 67, 374 f
Nationalsozialismus 45 ff, 97, 203, 208, 228, 290, 450, 508 f, 521 f, 564
Naturrecht 49, 76, 122, 155, 167, 191, 200, 212, 284, 331 f, 458 ff, 475 ff, 512, 546
Naturwissenschaft 39, 72 f, 509, 537
NCWC s. Caritas
Neger 449 f, 559
Neodemismus 172 f
Neues Testament 290 f, 334 f, 381 ff, 415 ff, 425, 476
Neurosen 175, 538
Niederlande 67, 97 f, 350 f, 390, 455 f, 472 f, 495
Nihilismus 558
Nominalismus 459

O

Offenbarung 60 ff
Öffentliche Meinung 33, 55
Ökumenische Bewegung
— Generalversammlung des Ökumenischen Rates in Amsterdam 1, 77 f, 86 ff, 129 ff, 161, 179 ff, 234 ff, 330 ff, 450, 471 ff, 500
— Ökumenischer Rat 86, 88, 92, 160, 188, 231 ff, 234 f, 237 f, 239, 286 ff, 331, 401 f, 450, 471 f, 497 ff, 523, 546 ff
— Weltkonferenz in Edinburgh 133 f
— Ziel und Tätigkeit 70, 92 f, 93, 105, 188, 256 f, 288 ff, 292 f, 311 f, 312 f, 336 ff, 353, 379 ff, 403 ff, 426 ff, 473 ff, 496, 518 ff, 547, 549 f, 574 f
— und katholische Kirche 1, 47 f, 70 f, 86 f, 208 ff, 217, 256 f, 313, 330 ff, 336 ff, 353, 401, 425 f, 495, 528 ff, 548 f
Ökumenischer Patriarch von Istanbul 161 ff, 313
Ordensgenossenschaften 25, 52, 55, 151, 198, 411, 443, 479
Orientalische Kirche 157 f, 310, 336 ff, 348, 449, 552 f
Orthodoxe Kirchen 404 f, 450 f, 471 ff, 499, 528 ff
Österreich
— katholische Kirche 156 f, 203, 304, 443 f, 563 f
— katholisches Leben 33, 67 ff, 109 f, 156 f, 203, 304, 429 ff, 443 f, 556
— Universität Salzburg 33, 69, 397 f
Ostzone Deutschlands 346 ff, 575 ff

P

Pädagogik s. Erziehung, Schule
Palästina 58 f, 63, 112 f, 157, 166, 239, 248, 327 ff, 406 f, 453, 502 ff
Panama 309
Päpstliche Behörden s. Kongregationen
Päpstliche Rundschreiben s. Enzykliken
Parlamentarischer Rat 48, 245 f, 298, 389 f, 428, 437
Parlamentarismus 199
Parteien s. Politik
Patenschaften 19, 23, 25, 49, 391
Pax-Christi-Bewegung 1, 442, 540
Pax Romana 149 f, 200, 441, 448 f
Pazifismus 371 ff
Pelagianismus in Amerika 312, 475
Persönlichkeitsideal 13 f, 180 f, 245, 326 f, 376 ff, 572
Peru 222, 309
Pfarrer, evangelische 523, 574
Pfarrhelferinnen s. Seelsorgshelferinnen
Pfarrgemeinde (Pfarrprinzip) 20, 49, 62, 68, 78 ff, 80 ff, 140, 216 f, 291 f, 491
Phänomenologie 527
Philippinen 455 f
Philosophie 98 ff, 440 f, 458 ff, 524 ff, 537
Piaristen 151
Planwirtschaft 85, 375, 568, 576
Polen
— katholische Kirche 77, 110 f, 273, 304 f, 314 f, 398, 444 f, 556
— Kirchenpolitik 77, 274, 305, 360 f, 398, 444 f, 544
— Regime 272 f, 305, 544
— Verband polnischer Schriftsteller 304 f
— Westgrenzen 110 f
Politik
— Eingriffsrecht der Kirche 47, 177 f, 190, 203, 264 f, 324, 418 ff, 430 f, 477, 496
— als Wissenschaft 208
— und christliches Gewissen 47, 70 f, 139, 177 f, 182 f, 189 ff, 202 f, 237 f, 264 f, 280, 324, 352, 370, 396, 418 ff, 424 f, 430 f, 447, 477, 496
Politische Säuberung 14, 52
Portugal 413 f, 489
Positivismus 31, 154
Prado (französische Priestergenossenschaft) 567
Prädestination 287
Predigt 41, 57, 103, 112, 193 f, 201 f, 214, 307, 320, 330, 365 f, 394 f, 460 ff, 502, 519 ff
Prebyterianer 187
Presse
— Allgemeines 36, 44, 56, 155, 169, 223, 285, 347, 352, 355, 360, 398, 455 f, 492, 517, 535, 541, 560 ff
— amerikanische 351 f
— christliche 35 ff, 56 f, 68, 77, 117, 139, 155, 204, 208, 214 f, 252, 274, 304, 305, 351 f, 353, 445, 455, 540, 560 ff
— im Falle Mindszenty 169, 222, 223, 251 f, 266, 268
Priester (vgl. Pfarrgemeinde, Seelsorge und Laien)
— Diaspora 2, 49, 55, 201, 300 f,
— Priestergemeinschaften 20, 66
— Priestermangel 309
— Priester und Laien 320 f
— soziale Ausbildung 302, 440
— Zeitaufgaben 20, 51, 68, 79 ff, 152 f, 201, 216 f, 340, 358 f, 491, 540, 551
— und Arbeiter 49, 67 ff, 107
Produktion 181, 307, 376, 454, 515 f, 568, 570 ff
Proletariat 277 f, 364 f, 430, 515 f, 553, 571
Propheten 329 f
Psalter 495 f
Psychoanalyse 175 ff, 326 f, 491
Psychologie 82 f, 175 ff, 224 f, 491

R

Radio s. Rundfunk
Rassemblement démocratique africain 158
Rassenfrage 182, 236 f, 276, 411, 449 f, 546, 548
Rat der Christen und Juden 351
Rationalismus 524 f
Recht (vgl. Gesetz, Kirchenrecht, CIC, Menschenrechte)
— als Beruf 100
— als Idee 48, 52, 63 f, 164 ff, 234 ff, 326 f, 475 ff, 478, 546
— Völkerrecht 122 ff, 331 ff, 546, 548
— einzelne Rechtssysteme 158 f, 204, 212 ff, 229, 245 f, 302, 341, 423 ff, 450, 454, 568
Rechtfertigung 333, 521
Reformation 332 ff
Reformierte Kirche 233, 288, 291, 402, 472, 497, 548
Reichsbruderrat der Bekennenden Kirche 451 f, 518
Released-Time-Program 206
Religionsfreiheit 238 f, 326, 405, 418 f, 446, 547
Religionsphilosophie 440 f, 525
Religionsunterricht
— Allgemeines 62 f, 71, 103, 224 f, 231, 272, 309, 369, 397 f, 431 f, 449, 452, 539, 550 f
— Erwachsenenbildung 34, 37, 103, 539
— evangelischer 287, 369
— Katechismus 31, 58, 71, 224 f, 446 ff, 517 f
— sozialer Katechismus 21, 31, 50
— in Ägypten 157 f
— in Chile 309
— in Indien 157 f
— in der Ostzone 347, 576 f
— in Polen 272
— in Siam 311
— in der Tschechoslowakei 445
— in der Türkei 231, 449
— in USA 205 f, 210 f, 369
Roman 417 f, 464 ff
Rotes Kreuz 155 f
Rumänien
— katholische Kirche 172, 545, 552
— orthodoxe Kirche 270, 446
— unierte Kirche 171, 204 f, 270 ff, 398, 491 f, 552
— Kirchenpolitik 74 f, 171 f, 204 f, 270 f, 491 f, 545
Rundfunk 39 ff, 57, 67, 152, 256, 353, 396 f, 492, 563 f
Russisch-orthodoxe Kirche 77 f, 90 f, 95, 270, 280, 353 f, 404 f, 473, 499, 547
Rußland
— Allgemeines 223, 272, 276, 305, 325, 328, 347, 352, 375, 456 f, 473 ff, 518, 541, 570
— kirchliches Leben 111, 205, 254, 305 f, 353 f, 361, 546
— Religionspolitik 223, 354, 552

S

Säkularismus s. Laizismus
Sakrament 287, 288 ff, 331, 333 ff, 379 ff, 403, 429, 448, 480, 548 f, 575
Salzburger Hochschulwoche 69
Scholastik 217 f, 458 ff
Schriftsteller 38 f, 214 f, 249, 304 f, 464 ff
Schrifttum 20, 34, 38 f, 54, 56, 216, 251, 257, 347, 394 f, 445, 449, 464 ff, 487
Schuldfrage 13, 15
Schule (vgl. Erziehung, Religionsunterricht)
— Aufgaben 63, 151, 202, 286
— Schulfunk 67
— Ägypten 157 f
— Deutschland 2, 9, 16, 27 f, 29 ff, 52 ff, 245, 298, 347, 389 f, 428 f, 437, 451 f, 576 f
— Frankreich 467 ff, 490
— Indien 158, 256, 414
— Italien 63
— Korea 400 f
— Niederlande 67
— Österreich 203
— Polen 272, 445
— Rumänien 74
— Südamerika 309
— Tschechoslowakei 77, 274 f, 360, 445
— Türkei 449
— Ungarn 76, 117 ff, 169, 262 f
— USA 205 f, 211, 253
Schutzengelverein 199
Schwarzhandel 149
Schweden 391, 395
Schweiz 288, 390, 501 f
Schwesternschaft St. Bonifatius 438 f
SED 21, 347
Seelsorge (vgl. Priester, Pfarrgemeinde, Diaspora, Predigt)
— Arbeiterseelsorge 67 ff, 107 f, 358 f, 364, 430 f
— Aufgaben 6 f, 16 ff, 41, 57, 78 f, 80 ff, 103, 177, 193 f, 201 f, 216 f, 308, 309, 354, 563 f
— evangelische 330 ff, 365 f
— Familienseelsorge 26, 52 f, 490 f
— Frauenseelsorge 33, 55
— Hochschulseelsorge 397 f
— Industrieseelsorge 20, 302 f
— Jugendseelsorge 28, 53
— Landseelsorge 20, 246 f, 340, 540 f
— Schauspielerseelsorge 539
— und Medizin 537 f
Seelsorgehelferinnen 49, 486 f, 536
Semaine des Intellectuels Catholiques 441, 557
Semaine Sociale s. Soziale Wochen
Sexualität 366 ff
Shintoismus 505
Siam 311
Siedlung 23, 53, 299, 420 ff, 443, 478 f
Skandinavien 69 f, 288, 300
Social Action Department der NCWC 424
Sowjetrußland s. Rußland
Sozialdemokratie 389, 430, 487
Soziale Frage 1, 8, 9, 14, 15, 21, 47, 49, 63 ff, 68, 73 f, 107, 112, 123 ff, 164, 168, 182 ff, 252, 253, 259, 280, 323, 345, 350 f, 376 f, 437, 442 f, 455, 494 f, 515 f, 536 f, 549, 553 f, 556, 568 ff
Soziale Strukturen 65, 85, 372
Soziale Wochen 108, 125 ff, 154, 226 f, 441, 442 f, 526, 567 ff
Sozialer Katholizismus 83 ff
Sozialisierung 180, 454
Sozialismus 108, 203 f, 272, 276, 431, 448, 477 f, 513 ff, 571
Soziallehren 16, 39, 50, 83 ff, 106, 114 f, 179, 200, 238, 251, 300, 350, 353, 357, 377, 396, 407, 439, 513, 567, 572
Sozialversicherung 424, 448, 569, 573
Sozialwissenschaft 83 ff, 225, 302, 306
Sozialwissenschaftliche Institute für den Klerus 302, 440
Spanien 108 f, 300 f, 349, 390, 395 f, 412 f, 442 f
Staat
— und Christen 102, 108
— und Kirche 6 f, 16, 74 ff, 177 ff, 205, 212 ff, 306, 309, 418 ff

— Wesen und Rechte 5, 101, 102, 114, 122 f, 181, 187, 227 ff, 234 ff, 261 f, 270 ff, 283 ff, 287, 332 f, 351, 372, 389 ,413, 468 f, 547, 570 ff
Sterilisation 517
Steuern 393 f, 447, 549, 571 ff
Streik 107, 112, 424 f, 515
Studenten
— Allgemeines 34, 100 f, 400, 440, 494 f, 505
— Christliche Studentenbewegung 28, 53, 56, 66, 68, 149, 397 f, 412 f, 501 f, 505
Studentenbund, christlich-deutscher 429 f
Studenten-Einigung, katholische deutsche 149
Südafrikanische Union 449 f
Südamerika 309, 448 f
Sword of the Spirit 155, 202 f
Synoptiker 416
Syrer 310, 336 ff, 413 f
Syrien 157, 328

T

Taft-Hartley-Gesetz 124, 423 f
Tagungen
— Religiös-wissenschaftliche *Ärztetagung* in Beuron 537
— Treffen der Aktion katholischer *Akademiker* in Berlin 487
— Tagung der katholischen *Akademiker* Frankreichs in Paris 441
— Nationalkongreß der Christlichen *Arbeitervereine* Italiens in Rom 127
— Tagung der Seelsorger der Katholischen Aktion der *Arbeiter* in Versailles 107
— Tagung des Internationalen *Arbeitsamtes* in Rom 356
— Arbeitstagung des Katholischen *Bibelwerks* in Ulm 103
— Konferenz der deutschen *Bischöfe* in Pützchen 245
— Ligurische *Bischofskonferenz* 168
— Tagung des Gebiesausschusses der *CAJ* 102
— Tagung des Zentralrates des Deutschen *Caritas-Verbandes* in Freiburg 391
— Woche für die *Einheit der Kirche* in Bologna 105
— Kirchenkonferenz der *EKD* in Dresden 496, 497
— Erste Synode der *Evangelischen Kirche* in Deutschland in Bethel 231, 286
— Deutscher *Evangelischer Kirchentag* in Hannover 549
— Treffen deutscher und französischer *evangelischer Pfarrer* in Chambon 312
— *Eucharistischer* Kongreß in Nancy 552
— Zweiter Internationaler Kongreß der Europäischen Union der *Föderalisten* in Rom 166
— Tagung der Katholik Genootschap voor *Geestelijke Vernieuwing* in Drakenburgh 97
— Tagung der Kirchlichen *Gerichte* Westdeutschlands in Walberberg 437
— Arbeitstreffen christlicher *Historiker* in Speyer 60
— Beuroner *Hochschulwoche* 98
— Salzburger *Hochschulwoche* 69
— 37. Tagung der *Interparlamentarischen Union* in Rom 63
— Internationaler Katholischer *Jugendkongreß* in Rom 105
— Landestreffen der *jungen Katholiken* Dänemarks 69
— 72. Generalversammlung der deutschen *Katholiken* in Mainz 1
— Studienwoche der geistlichen Assistenten der *Katholischen Aktion* in Rom 550
— Tagung der *Katholischen Werke* Frankreichs in Lille 65
— Nationalkongreß der *Katholischen Werke Frankreichs* in Rennes 490
— Studientagung *„Kirche und Judentum"* in Darmstadt 103
— Norddeutscher *Kolpingstag* in Hamburg 101
— 6. Internationale Konferenz der *Kongregationalisten* in Wellesley 499
— *Lambeth-Konferenz* 1948 185
— Konferenzen für Katholisches *Landleben* in Bayern 246
— Tagung der Seelsorger der Katholischen Aktion für das *Land* in Versailles 540
— Tagung der italienischen Vereinigung katholischer *Lehrer* in Rom 63
— 4. Konferenz der österreichischen *Liturgischen Kommission* in Salzburg 156
— Verbandstagung des deutschen Nationalverbandes der Katholischen *Mädchenschutzvereine* in Telgte 102
— Tagung der Internationalen Union christlicher *Männer* in Lourdes 105
— Generalversammlung des *Ökumenischen Rates* der Kirchen in Amsterdam 87, 129, 179, 234
— Tagung des Zentralausschusses des *Ökumenischen Rates* in Chichester 546
— *Ökumenische* Tagungen im Zusammenhang mit der Zentralauschußtagung von Chichester 547
— Jahresversammlung deutscher *Ordensoberer* in Würzburg 151
— Wissenschaftliche *Ostkirchentagung* in Heidelberg 404
— *Ostkirchentagung* in Schleswig 450
— 38. Tagung der Bonne *Presse* in Paris 214
— Tagung des Council of *Profit-Sharing* Industries in Chikago 207
— 1. Internationaler Kongreß Katholischer *Psychiater* in Bec-Hellouin 491
— Internationale *Religions-pädagogische Woche* in Salzburg 397
— 12. Internationaler *Rotkreuzkongreß* in Stockholm 155
— Konferenz der Schulen für *Seelsorgehilfe* in Freiburg 486
— Interamerikanische Konferenz für Katholische *Soziale Aktion* in Rio de Janeiro 112
— Internationale Tagung Katholischer *Sozialforscher* in San Sebastian 281
— Studientagung der italienischen Diözesansekretariate für *soziale* Tätigkeit 64
— Tagung der Internationalen *christlich-sozialen Vereinigung* in St. Gallen 105
— Holländisch-belgische *Soziale Woche* in Roldue 108
— *Soziale Woche* Italiens in Mailand 125
— 9. *Soziale Woche* der spanischen Katholiken in Madrid 443
— 36. *Soziale Woche* von Frankreich 568
— Internationales *Studententreffen* 100
— Tagung der Aufgabengemeinschaft christlicher *Theaterfachleute* in St. Meinold 538
— Österreichische *Theologenwoche* in Matrei 67
— Vollversammlung der *UN* in Paris 200
— Tagung des Verbandes katholischer *Unternehmer* Italiens in Venedig 106
— Gründungsversammlung des Bundes katholischer *Unternehmer* in Königswinter 345, 374
— Tagung katholischer *Unternehmerverbände* in Tilburg 397
— 9. Internationale Konferenz der Katholischen *Unternehmerverbände* in Rom 453

— Tagung der Beauftragten für *Vertriebenenseelsorge* in Königstein 102
— Jahresversammlung der Amerikanischen Gesellschaft zur Förderung der *Wissenschaften* in Washington 111
— Diplomatische Tagung über Konvention zum Schutz der *Zivilbevölkerung* in Genf 488
Tarifverträge 377 f
Taufe 189, 289, 331, 334 f, 506 ff, 523
Technik 44, 73, 204, 374 ff, 568, 570
Theater 34 f, 56, 355, 538 f
Theatergemeinden, katholische 35
Theologie (vgl Inhaltsverzeichnis: Fragen der Theologie)
— Evangelische 208, 288, 334 ff, 383, 425 f
— Exegetische 225 f (vgl. Exegese)
— Geschichtliches 17, 59, 385, 425 f, 458 ff, 524 ff
— Geschichtstheologie 60 ff, 101
— Ökumenische 47, 257
— Pastoraltheologie 26, 247
— Scholastische 458 ff
— Wissenschaft 59, 216 ff, 404, 418 f, 502
— und Rechtswissenschaft 478, 481
Thomas-Christen 413 f
Thomismus 217 f, 440, 527
Totalitarismus 14, 115, 123, 186, 191 f, 227 ff, 230, 236, 267, 279, 312, 316, 332, 338 f, 419, 534, 547, 565, 567 ff
Tötung keimenden Lebens 62, 447
Transjordanien 157, 328
Trinität 480
Trust 424, 515
Tschechoslowakei
— katholische Kirche 76 f, 116 f, 204, 274 f, 305, 360, 398, 445, 492, 542 ff, 576
— Kirchenpolitik 76 f, 274 f, 360, 445, 492 f, 542 ff, 561 f
— nichtkatholische Kirchen 274 f
— Regime 111, 204, 274, 305
Türkei 162, 229 ff, 319, 449, 456

U

UCID (Union christlicher Unternehmer Italiens) 106 f
UdSSR s. Rußland
UN (Vereinte Nationen) 40, 58 f, 62, 71 f, 106, 165, 187, 189, 200, 222, 234, 236 f, 249 f, 263, 300, 325, 328 ff, 359, 373, 389 f, 393, 395, 399, 469 f, 495, 500, 503 ff
Una Sancta s. Ökumenische Bewegung
Unda (Internationale katholische Vereinigung für Rundfunk und Fernsehen) 39 f, 57
Unfehlbarkeit 33
Ungarn
— Fall Mindszenty 220 ff, 261 ff, 446, 492
— katholische Kirche 75 f, 117 ff, 162, 169, 258 f, 261 ff, 291, 317 , 359, 446, 545, 576
— Kirchenpolitik 75 f, 169, 220 f, 262 ff, 317, 359, 545, 568
— nichtkatholische Kirchen 160 f, 234, 313, 359, 546, 550, 576
Union christlicher Unternehmer Italiens 106 f
Union evangelischer Kirchen in Deutschland 287 f, 402, 574
Union der Fortschrittlichen Christen s. Fortschrittliche Christen
Union der getrennten Christen s. Ökumenische Bewegung
Union der Katholiken in England 202
Union der katholischen Frauenverbände, Männerwerke usw. s. Internationale Union
Universität
— Allgemeines 33 f, 56, 59, 69, 99, 150, 397, 407 f
— in einzelnen Ländern 69, 204, 309, 310, 397 f, 414, 445, 502
Unschuldige Kinder 507
Unternehmer (vgl. Arbeitgeber) 374 ff, 397, 453
USA s. Vereinigte Staaten

V

Vatikan 70, f, 78, 95, 189 f, 209 f, 221 f, 228, 245 f, 256, 263, 270, 273 f, 303, 310, 316, 360, 390, 398, 405, 420, 488, 542, 560 f, 564 ff
VELKD, Vereinigte Evangelisch-lutherische Kirche in Deutschland 231 ff, 286 ff, 402 f, 450 f, 497, 522, 575
Venezuela 222, 309
Verband katholischer Werke in Frankreich s. Katholische Werke
Verband polnischer Schriftsteller 304 f
Vereinigte Staaten von Amerika
— Katholische Kirche 42 f, 72, 123 ff, 190, 205 f, 210 ff, 253 f, 308 f, 351 ff, 391, 424, 446 ff, 455 f
— Kulturelles und Soziales 111 f, 207 f, 254, 255, 276, 326, 393, 423 ff, 516
— nichtkatholische Kirchen 206, 254 f, 405, 471 f
— Politisches 70, 222, 329, 359 f, 455 f, 471, 488
— Staat und Kirche 205 f, 212 ff
Vereinigung deutscher Ordensobern s. Missionskonferenz
Vereinigung für Trennung von Kirche und Staat in USA 206
Vereinte Nationen s. UN
Verfassung 99
Verkündigung s. Predigt
Verleger 35 f, 39, 502
Verschleppte Personen 112, 239, 559
Vinzenz-Vereine 200, 303
Völkergemeinschaft s. Ausland, Christentum, Frieden
Völkerrecht s. Recht
Volksbildung s. Erziehung
Volksmission 304, 441 f
Volksdemokratie 306, 516, 576
Volksdeutsche s. Heimatvertriebene
Volksverein für das katholische Deutschland 21
Volksverein, Schweizer katholischer 502

W

Wahlen
— deutsche 298, 437, 496, 533 ff
— englische 396
— französische 349 f
— italienische 139
— ungarische 446
— Kirche und Wahlen 298, 324, 418, 447
Wahrheitsserum 326 f
Wehrpflicht 123
Weltbürgertum 373 f
Welternährungsorganisation 307, 516
Weltliche Institute 32, 55, 69, 119 ff, 444
Westeuropa 97 f, 108, 203
Widerstandsbewegung 156, 191 f, 319, 338 f, 353 f, 373, 446 f, 558 f, 566

Wiederaufbau, kirchlicher 247 f
Wiedergutmachung 13
Wirtschaftsdemokratie 207, 212, 572 f
Wirtschaftspolitik 123 ff, 127, 167 ff, 181 ff, 189, 207, 211 f, 228, 236, 323, 348 f, 350 f, 356 f, 374 ff, 397, 424 f, 453 ff, 511 ff, 515 f, 549, 568 ff
Wirtschaftswissenschaft 85, 302, 570 ff
Wissenschaft 69, 99, 407 f, 409
Wohlfahrtspflege 29, 52 f, 536
Wohnungsfrage 24, 53, 299, 301, 302 f, 351, 356 f, 420, 422 ff, 443, 478 f, 570

Z

Zentrumspartei 389
Zins 422 ff
Zisterzienser 304
Zypern 256

A

Abd-el-Rahman-Azzam 542
Abd-el-Razek 337
Adam, Karl 528
Adam, Aumônier 392
Adamski, Stanislaus, Bischof von Kattowitz 272, 361
Agagianian, Gregor Peter XV., Kardinal, armenisch-kathol. Patriarch von Cilicien 105
Alexis, russ.-orth. Patriarch von Moskau 353, 572
Allen, Geoffrey Francis, anglikanischer Bischof von Kairo 337
Alter, Charles, Bischof von Toledo (USA) 112
Alvares, Armando, SJ 400
Amin al Husseini, Großmufti von Jerusalem 328
Amorth, Antonio 227
Anastasius, orth. Metropolit in München 450
Ancel, Alfred, Weihbischof von Lyon 535, 567
Ancelet-Hustache, Jeanne 59
Andrew, OFM 396, 397
Anrod, C.W. 423, 424, 425
Archambault, Paul 526
Ardant, Henri 570
von Aretin, Erwin, Freiherr 2
van Asbeck, F.M., Baron 450, 546, 548
Asmussen, Hans 70, 71, 232, 257, 288, 334, 335, 336, 353, 402, 403, 404, 496, 575
Athanasius, orth. Bischof von Hamburg 451
Athenagoras, ökum. Patriarch von Konstantinopel 161, 162, 313
Attlee, Clement 498
Aubert, Roger 524
Augros, Msgr. 152, 153
Aujoulat, Louis 226, 227
Aulén, G., evang. Bischof von Strängnäs 450
Ayub, Franciscus, Bischof der maronitischen Kirche auf Zypern 256

B

Babinet, M. 570
Bach, Dr. jur. 422, 423
Baeck, Leo 103, 104
Baers, Maria 8
Balan, orth. Metropolit von Hermannstadt 270
Balogh 446
Bard, Johannes 75
Barnes, anglik. Bischof von Birmingham 450, 498
Barrère, Alain 83, 85
Barth, Karl 94, 95, 160, 289, 290, 311, 312, 385, 403, 425, 427, 428, 450, 471, 472, 473, 479, 518, 550, 576, 577
Barth, Markus 290, 381, 382, 481
Basset, Bernard, SJ 202
Bates, S. 450
Bauer, Clemens 99
Bauer, Horst Udo 241
Baumgärtner, Georg 22
Baur, Hermann 463
Bayar, Celâl 230
Bayard, Pierre 570
Bayer, Prof. Dr. 67
Beaussart, Roger, Weihbischof v. Paris 567, 568
Becher, Hubert, SJ 30
Beckmann, Anna 27
Beckmann, J. 232, 233, 402
de la Bedoyere, Michael 64, 306, 316
Bell, G. K. A., anglik. Bischof von Chichester 94, 160, 546
Benedikt XV., 25, 234
Benn, Ernst 497, 498
Bennet, Frank 405, 450, 471
Bennet, J. C. 450
Benz, Ernst 404
Beran, Josef, Erzbischof von Prag 77, 273, 274, 275, 360, 398, 445, 493, 543, 544, 552, 561
Berdjajew, Nikolai 217
Bergamin, Josef 559
Bergengruen, Werner 60, 257, 240, 339
Berggrav, Eivind, evang. Bischof von Oslo 94, 160, 161, 546, 547
Bergmann, Kurat 246
Bergson, Henri 217, 525
Berkenkopf, Paul 97
Berlinger, R. 60, 61
Bernadotte, Graf 328, 504
Bernanos, Georges 465, 466, 559
Bernard, J. J. 101, 441
Bernhardt, Joseph 98, 99
Berning, Wilhelm, Bischof von Osnabrück 37, 41, 42, 44, 101, 102
Berry, Sidney M. 499
Bevin, Ernest 328, 395
Bierut, poln. Staatspräsident 272
Bigart, Homer 349, 395
Bigo, P., 571, 572
Bischof, SJ 67
Bliß, Kathleen 94, 450
Blondel, Maurice 217, 218, 440, 441, 524
Bo, Carlo 558, 559
Bobbio, Norbert 154
Boegner, Marc, Präsident der Reform. Kirche in Frankreich 88, 89, 93
Böhler, Wilhelm 29—31
Böhm, Hans 330, 331
Böhm, Hans-Otto 34
Böhme, Jakob 404
Bonnard, Pierre 66
Bonneville, P. de, SJ 337
Booens-Leswen, P. 97
Borgmann, Karl 391
Bor-Komorowski 273, 274
Borne, E. 281
Bornitz, Maria 24, 25
Borris, Pastor 71
Borsinger, Verene 33
Borucki, Stanley F. 77
Boudes, E. 506—508
Bouillard, P., SJ 218
Bouladoux, Maurice 542, 570
de Boulanger, OP 337
Boulart, Abbé 216
Boulgakoff, Prof. 529
Boulier, Jean 568
Bouyer, Louis 415—417
Boyer, Charles, SJ 210
Brachthäuser, Wunibald, OP 7
Braque, Georges 67
Braun, Suso, OMCap. 397, 398
Brecht, Pfarrer 103
Bredendick, Alexander, C.op. 67, 68
Brilioth, Y., evang. Bischof von Växjö 548
Brinkmann, Hennig 538, 539
van den Bronk, Msgr. 337
Brüning, Heinrich 2
Bruggaier, Ludwig 241, 340, 341
Brunner, Emil 450
Brunner, Peter 331, 333, 403
Brunotte, Heinz 287, 402, 403, 497, 498
Buber, Martin 329
Buchman, Frank 321
Büchner, Franz 98, 537
Bugany, César 374
Buhmüller, Dr. 100
Bullitt, William 457
Bultmann, Rudolf 335, 548
Burckhardt, Jacob 61
Burgard, Abbé 62
Burgbacher, Fritz 345, 377—379
Buschmann, Fritz 40, 41
Bush, Prof. Dr. 494
Büttner, Alfred 437, 438
Bye, Maurice 571

C

von Campenhausen, Hans Freiherr 382, 383, 519
Camus, Albert 557—560, 466
Cantwell, M. 253, 254
Cardijn, Joseph 68, 407
Casper, Josef 157
Chad, Carlos 319
Chagal, Marc 67
Chaine, J. 510
Chao, T.C. 457
Chapoulie, M. 227
Chardonnet, M. 570
Charles, Pierre 487, 488
Charlier, P. 218
Charvet, Louis 570
Chau, Prof. 88
Chenu, M.D., OP 59, 218
Chiapetta, Prof. 464
Chisholm, Dr. 111
Choromanski, Sigismund, Bischof von Lublin 360, 361
Christophorus, Patriarch der orth. Griechen in Ägypten 338
Cippico, Msgr. 268
Claudel, Paul 441, 464, 539
Clemens, Prof. 424
Colli, Evasio, Bischof von Parma 392, 393
Congar, Yves, OP 216—218, 256, 257, 278, 279, 292, 293, 418, 419, 425, 426, 506
Considine, Bob 352
Cooke, Leslie E. 499, 547
Copleston, F. C., SJ 154, 155
Cornelissen, Dr. 108
Courtade, Schriftsteller 418
Craig, Cl. 450
Crivelli, Msgr. 24, 390
Cule, Peter, Bischof von Mostar 75
Cullmann, Prof. 425
Cushing, Richard, Erzbischof von Boston 71
Cyrankiewicz, poln. Ministerpräsident 272, 273, 274
Cyrillos, melchit. Patriarch von Antiochien, Alexandrien und Jerusalem 337
Czapik, Julius, Erzbischof von Erlau 170, 263, 359, 446, 545

D

Dagallier, M. 65
Dalla Torre, Giuseppe, Graf 193, 392, 511—515
Damsholt, Soen 69, 70
Daniélou, Jean, SJ 101, 218, 225, 226
Daniel-Rops 417
Darwin, Charles 248
Davies, Norman 97
Davis, Garry 373, 374
Dawson, Christopher 59, 475
Debray, Pierre 417, 418, 466
Delacroix, Eugène 66
Delekat, Friedrich 231
Dempf, Alois 59, 60
Denis, Maurice 66
Derain, Andrè 67
Desqueyrat, A. 515, 516
Dessauer, Philipp 60, 61
Devanandan, P. 450
Dewey, Thomas 70
Dibelius, Otto, evang. Bischof von Berlin 71, 88, 94, 208, 232, 331, 402, 450, 452, 496
Diening, Dr. 39, 40, 48
Dietrich, SJ 44
Dietz, Oskar 478, 479
Dimitroff, Georgi 306, 347
Dinnyes, ung. Ministerpräsident 170
Dirichs, Ferdinand, Bischof von Limburg 24, 102
Doad, Norris 307
Döpfner, Julius, Bischof von Würzburg 421
Doldi, Dekan 246
Doll, Dr. 61
Domenach, J.-M. 350
Doncouer, Paul SJ 278
Dortal-Claudot 442
Douglas, H. Paul 471, 472
Dovifat, Emil 15, 35, 487
Driberg, Tom 155
Drinkwelder, Erhard, OSB 156
D'Sousa, Hieronymus, SJ 255
Dubarle, A. M. 510, 511
Dulles, John Foster 77, 78, 94, 161, 234, 450
Dumay, Raymond 418
Duméry, Henry 321, 528
Durcovici, Antonio, Bischof von Jassy 491
van Dusen, Henry P. 472
Duynstee, Prof. 67

E

Eidem, Erling, evang. Erzbischof von Upsala 88
Ehlen, Nikolaus 478, 479
Eliot, Thomas Stearns 539
Ellul, J. 450
zu Eltz, Sophie, Gräfin 423
Erb, Alfons 46
Esch, Ludwig, SJ 28

Esterhazy, Paul, Fürst 220
Evatt, austral. Minister 325
Even, Johannes 11, 21

F

de Fabrègues, Jean 279, 323
Fabro, Cornelio 154
Faruk, König von Ägypten 338, 542
Faulhaber, Michael, Kardinal, Erzbischof von München-Freising 40, 442, 487
Fechter, Adam 426—428
Feigl, Dr. 44
Feisal, König des Irak 328
Fessard, Gaston, SJ 280, 323, 370, 371, 440, 441
Fey, Harold E. 471, 472
Fierlinger, Zd. 76
Fincke, Walther 28, 150
Finet, Albert 280, 281
Fischer, Guido 22
Fisher, Geoffrey, anglik. Erzbischof von Canterbury 88
Fjellbu, A. 450
Fleckenstein, Heinz 537, 538
Florovsky, Georges 94, 129, 450, 499, 547
Flory, M. Charles 226, 526, 569, 570
Fogarty, Michael 570
Folliet, Joseph 227
Fontaine, André 562, 563
Ford, Henry, jun. 376
Franco, Francisco 514, 559
François, Jacques 373, 374
Franzel, Emil 493
Fraser, Lindley 262
Freud, Siegmund 175—177, 248, 249, 326, 327, 491
Friedmann, Georges 83
Frings, Joseph, Kardinal, Erzbischof von Köln 10, 11, 15, 298, 345, 389, 390, 437, 438, 487
Frühauf, Hermann 538
Fumet, Stanislaus 441
Funk, Dr. 43
von Fürstenberg, Kaspar, Freiherr 339
Furst, Peter 266

G

von der Gablentz, Otto Heinr. 523
Gallatin, Albert 207
Galling, Prof. D. 60, 61
Gandhi, Mahatma 322, 373
Gantert, Pfarrer 103
Garrigou-Lagrange, Reginald, OP 218
Garrone, Gabriële, Erzbischof Koadjutor von Toulouse 540
de Gasperi, Alcide 393
Gastillo, Jaime 554
Gavrilo, orth. Patriarch von Serbien 77
Gedda, Luigi 105, 106, 348
Gehle, H. H. 422
Gemelli, Agostino, OFM 82, 83, 326, 327
Gentges, Ignaz 35
Gerlier, Pierre, Kardinal, Erzbischof von Lyon 46, 487
Germanos, Ph., orth. Erzbischof von Thyateira 88, 472, 473, 499
Gerst, Wilhelm Karl 533—535, 564
Giani 35
Gide, André 249, 250
Gilson, Etiene 441, 565
Giordani, Igino 304
Gockeln, Josef 8, 9, 105, 345
Godin, H. 216, 501
Goebel, Georg 20, 21
Görres, Ida Friederike 101
Gogarten, Friedrich 290
Goldstein, David 308
Gollancz, Victor 194
Goltzen, Herbert 575
Gonzales, chilen. Präsident 553
Gottron, Adam 100
Gottwald, Klement 493
Goetz-Girey, M. 570, 571
Graf, Otto 537
Grau, Abbé 222, 223, 265, 266
Greene, Graham 194, 441, 464, 557
Gregg, J. 450
Gregory, Th. S. 59
Greiß, Dir. 345
Griffin, Bernhard, Kardinal, Erzbischof von Westminster 155, 202, 251, 351, 487
Griffiths, James H. 503
Gritschneder, SJ 44
Gröber, Konrad, Erzbischof von Freiburg 46
Grosche, Robert 59, 441, 548, 549
Grossek, Melchior 42
Grosz, Joseph, Erzbischof von Kalocza 359, 446, 545
Grotewohl, Otto 576
Groza, rumän. Ministerpräsident 271
Grubb, Kenneth G. 94, 450, 548
Guardini, Romano 101, 441
Guérin, Kanonikus 358
Guérin, Henri 11
Guggenberger, Prof. Dr. 537
Guitton, Henri 570
Guitton, Jean 226, 510, 557
Gulde, W. 34
Gundlach, Gustav, SJ 21, 22
Gurian, Waldemar 208, 255
Gurion, David Ben 504
Gwynne, anglik. Bischof von Kairo 337

H

Haak, Heinrich 246
von Habsburg, Otto 267
Haecker, Theodor 292
Hagen, Kapitularvikar von Rottenburg 485
Hahn, Hugo 232
Hahn, K. J. 98
Hakom, Georgi, melchit. Erzbischof von Haifa und Galiläa 337
Hammelsbeck, Oskar 428, 429
Hamvas, Andreas, Bischof von Szeged 317
Hanssler, Pfarrer 537
Hartenstein, Karl 232
Hartmann, Robert 207
Hartnett, Robert C., SJ 206
Heckel, evang. Bischof 497
Heidegger, Martin 527
Heidemeyer, Dr. 30
Heidingsfelder, Georg 240, 241, 339
Heinemann, Gustav 231
Heinen, Wilhelm 246, 247
Hengsbach, Franz 538
Herder-Dorneich, Theophil 2, 10, 11—15
Hermogen, Archimandrit 451
Herntrich, Volkmar 232
Herrera, Oria, Angelo, Bischof von Malaga 194, 301, 302, 443
Herter, Prof. Dr. 333
Herzl, Theodor 329
Hettier de Boislambert, Gouverneur 2
Heyer, Pastor 450, 451
Hinsley, Arthur, Kardinal, Erzbischof von Westminster 190, 202, 203
Hlond, August, Kardinal, Primas von Polen 110, 111, 273
Hodgson, Leonard 529
Hoegsbro, Propst 231
Höfer, Josef 17
Hoffmann, Conrad 103
Hoffman, M. M. 254, 255
Hoffmann, Dr. 104
Höffner, Josef 140, 345, 374
Höfler, Heinrich 24
Hollis, Christopher 518
Holstein, G. 481
Holzammer, Prof. Dr. 29
Holzmeister, Urban, SJ 255
Horton, Douglas 499, 500
Horton, Walter M. 130, 450, 471, 498, 499
Horvath, Kozy 263
d'Hospital, J. 560, 561, 562
Hossu, Josef, Bischof von Klausenburg 271
Hottelet, Richart C. 565
Hromodka, Joseph 94, 161, 274, 450, 548, 577
Huber, Josef 157
Hughes, Arthur, Erzbischof, Päpstlicher Internuntius in Kairo 157, 310, 338, 542
Hutchison, M. P. 492
Huxley, Julian 312
Hyde, Douglas 152, 455

I

Innitzer, Theodor, Kardinal, Erzbischof von Wien 69, 444, 556
Inönü, Ismet 230, 231
Isaac, Jules 508, 509
Iwaszkiewicz, Schriftsteller 305

J

Jacob, Günther 379—381, 523
Jacquin, Georges, Bischof von Moulins 201
Jäger, Lorenz, Erzbischof von Paderborn 33, 62, 439
Jaspers, Karl 527
Jimenez, Julio SJ 554
Jirasek, Schriftsteller 275
de Jong, Jan, Kardinal, Erzbischof von Utrecht 209, 210
de Jonghe d'Ardoye, Georg, Bischof, Apostolischer Delegat in Indonesien 399
Jores, Prof., Dr. 537
Jostock, Paul 25, 26
Journet, Charles 218
Jouvenroux, J. 321
Justinian, orth. Patriarch von Rumänien 171, 270, 272, 446, 492

K

Kaczmarek, Ceslas, Bischof von Kielce 361
Käsemann, Ernst 334, 335, 381, 382, 481, 521, 549
Kaller, Maximilian, Bischof von Ermland 139, 140, 194, 241, 346, 437
Kappes, Heinz 327—330
Kalwa, Bischof 545
Karolyi, Graf 265, 266
Keenan, Charles, SJ 352
Keller, James 352, 353
Keller, Michael, Bischof von Münster 102, 149, 346
Kerame, Orestes 337
Kerstholt, Ludgera 28
Kindermann, Msgr. 23, 24
Klaes, Dr. 97
Klausner, Prof., Dr. 508, 509
Klebel, Ernst 60, 61
Klein, Franz 390, 391
Klein, Joseph 341, 342, 481, 548
Kloppenburg, Heinz 104, 402
Knappstein, Karl Heinrich 35, 36, 37
Knaus, Prof., Dr. 537
Koch, Präses 522
Kochs, Anton 35, 42
Kockerols, Adolf 20
Koechlin, A. 547
Köhler, Oskar 340—342
Kogon, Eugen 564
Kolaroff, bulg. Minister 360
Kolb, Otto, Erzbischof von Bamberg 40
Kolbanowskij, Prof. 305
Koenig, Pierre 2
Kopecky, Vaclav 76, 445
Kosch, Franz 156
Kosylowskyi, Josaphat, Bischof 205
Krabbel, Gerta 2, 33, 150, 151
Kraemer, Hendrik 94, 450, 472
Krause, Martha 31, 32
Kreutz, Benedikt 346, 391, 392, 536
Kreyssig, Lothar 232
Krupavicius, Msgr. 361
Küchenhoff, Prof. Dr. 7, 8
Kuhl, Josef 391
Kung Peng 174

L

Laberge, A. A. 305, 306, 361
Labourdette, OP 218
Labrousse, Ernest 249, 250
La Cour Grandmaisson, Jean 106
Lang Hugo, OSB 33—35
Laros, Matthias 247
Larrain, Emanuel, Bischof von Talca 554
Latz, Dr. 537
Laufen, Heinrich 246
Lavery, Schriftsteller 539
Lebret, L.-J. 448, 449, 514, 515
Lechner, J. G. 139
Leclercq 319, 320, 418—420
Leder, Herbert 141—143
Leduc, Gaston 571
Lefère, Frédéric 526
von Le Fort, Gertrud 257
Legge, Msgr. 2
Lenard, Odo 75
Leo XIII. 109, 211, 263, 419, 502, 512
Léon, Abram 508
Lesort, Paul-André 276—278
Leßlie, James Edward, Bischof 94
Lettau, Josef 22, 23, 246
Lévesque, D.-H. 570
Levis, Josef 206

Liénart, Achille, Kardinal, Bischof von Lille 487, 569
van Lieth, SJ 399
Lilje, Hans, evang. Landesbischof von Hannover 88, 130, 232, 257, 286, 385, 402, 428, 546, 549
Ljalin, Clemens, OSB 353, 354
de Llanos, José-Maria, SJ 412, 413
Loeb, William 207
Loew, Reginald, OP 364, 365
zu Löwenstein, Aloys, Fürst 1, 11
zu Löwenstein, Hubertus Prinz 42, 43
Lortz, Joseph 333
Lovett, USA, Unterstaatssekr. 221, 222
de Lubac, Henri, SJ 101, 218, 440, 458, 476, 527
Lubienski, M. 273
Luckner, Gertrud 46, 327
Lüthi, Pastor 550
Lukaschek, Hans 45, 392
Lurçat, Jean 67
Lutz, Rektor 486
Lyons, William Nelson 255

M

McArthur, Douglas 457
McCollum, Mrs. 205, 206, 213, 214
McCracken, Henry Noble 351
McDermott, Rev. 494
McDonnell, Thomas John, Weihbischof in New York 255
McDougall, F. L. 494
Madaule, J. 441
McGuigan, James Charles, Kardinal, Erzbischof von Toronto 488
Mackay, John A. 94, 548
Madiot, Guy 101
Mager, Präses 232
Magnes, L. J. 329
Magny, Claude-Edmonde 466
Mahrenholz, D. 287
Maier, Karl 246
Malan, Daniel François 449, 450
Malraux, André 466
Mandouse, André 280
Mao-Tse-tung 172, 173, 457
Mararu, Prof. 446
Marcel, Gabriel 440, 557, 558, 559
de Marchi, P. 443
Marchetti-Selvaggiani, Francesco, Kardinal, Dekan des Kardinalskollegiums 221
Maréchal, Joseph, SJ 440, 527
Marias, Dr. 441
Maritain, Jacques 194, 208, 218, 240, 351, 441, 489, 490, 554
Marquardt, Generosus, OFM 103
Marrou, Henri 509
Marschall, Bernhard 39, 41
Marshall, David 351, 352
Martel, Pierre-Albin 226, 227
Martin-Chauffier, Schriftsteller 223, 265, 266
Marton Aaron, Bischof von Alba-Julia 491, 492
Masse, B. L. 423, 424, 425
Massignon, Louis 318, 319
Maunz, Theodor 99
Mauriac, François 249, 250, 269, 441, 465, 466, 557, 567
Maury, Pierre 94, 450
Maximos V., ökumenischer Patriarch von Konstantinopel 161
Maximus IV., melchit. Patriarch von Alexandrien und Jerusalem 337, 338
Maydieu, A. J. 370, 371
Mayer-Pfannholz, Anton 60, 61
Mayr, Cyprian, OSB 438, 439
Medawar, Peter, Titularerzbischof und Weihbischof in Alexandrien 337
van der Meersch, Maxence 320, 321, 418
Meiser, Hans, evang. Landesbischof von Bayern 88, 232, 287, 452, 546
Meixner, Georg 40
Mell, Max 539
Mertens, Heinrich A. 538, 539
Metzger, Fritz 463
Meyerson, J. 82
Meysels, L. O. 504, 505
Michael, Horst 331
Michelfelder, Dr. Sylvester 231
Michonneau, Abbé 216
Middendorf, Dr. 497
Mihalovics, Sigismund 75, 169, 170, 268
Mihlyfis, ung. Minister 160, 161
Mindszenty, Joseph, Kardinal, Erzbischof von Gran, Primas von Ungarn 75, 76, 119, 162, 169, 170, 171, 194, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 251, 252, 258, 259, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 273, 275, 291, 306, 315, 316, 318, 326, 327, 350, 359, 395, 446, 487, 492, 493, 543, 545, 552
Moebius, Ferdinand 193
Moiroud, M. 323
Moll, Clara 27, 28
Montaigne, Msgr. 173
de Montcheuil, Yves 527, 528
Montini, Giovanni Battista 80—82, 125, 126, 348, 360, 550, 551, 568, 569
Montuclard, M.-J. 461, 462
Morehouse, Cliffort 546
Morel, Robert 373
Morkos II., Amba, Kopt. Patriarch von Ägypten 338
Moßhammer, Ottilie 246, 339, 340
Mott, John 88
Mounier, Emmanuel 218, 249, 250, 280, 323, 324, 350, 371, 372, 373, 440, 441, 563
Muckermann, Richard 42
Mühlenbrock, Werner 246
Müller, Eberhard 549
Müller, Erik, Bischof von Schweden 391
Müller, L. 404
Müller, Max 98
Muench, Alois, Bischof von Fargo, Apostolischer Visitator für Deutschland 9, 11, 15, 247
Mulert, Emil 21
Mund, Klaus 26
Murray, Prof., SJ 203

N

Nai Plek Phibul Songrama 311
Nassif, M. 488
Naumann, Johann Wilhelm 36
Nehru, Pandit 159, 276, 455
Nejedly, Zdenek 275, 445
Neill, Stephan Charles, evang. Bischof 94, 450
von Nell-Breuning, Oswald, SJ 78, 79, 140, 192, 560, 562
Nelson, Ansgar, Bischof 69
Newbigin, J. 450
Niebuhr, Reinhold 94, 253, 276, 311, 312, 405, 450, 471, 472
Niemöller, Martin 88, 94, 95, 96, 103, 141, 232, 287, 288, 402, 403, 404, 428, 451, 452, 471, 472, 497, 547, 549, 574
Niemöller, Wilhelm 549, 550
Niessel-Schöller, Wilhelm 88, 232
Niles, Daniel T. 94
Nodet, Ch. H. 175—177
Noel-Barker, M. P. 395
Nolde, O. Frederick 450, 548
von Norfolk, Herzog 202
Nuwer, Msgr. 556
Nyaradi, ung. Minister 266, 267
Nygren, Anders, evang. Bischof von Lund 94, 548

O

O'Connor, P. 173, 174
Oertel, Kurt 44
Offenberg, Maria 31
O'Hara, Gerald Patrick, Bischof, Nuntius in Rumänien 172
Oldham, J. H. 179, 450
Olphe-Gailliard, SJ 321, 322
Ordaß, L., evang.-luth. Bischof von Ungarn 160, 161, 221, 267, 269, 546, 548
Osborn, Fairfield 111
Oster, Adalbert 140
Ott, Werner 29
Ottaviani, Alfredo 122, 123, 191, 192, 193, 199, 240, 241, 338
Oxnam, Bromley, method. Bischof 88

P

Pairault, M. 570
Pamies, Anglès 199
Paneloux, SJ 558, 559
Pang, Soon Syung 400, 401
Panteleimon, orth. Erzbischof von Edessa 94, 472, 473, 547
du Parc, R. 466
Paris, Merrill M. 255
Pascher, Josef 17—20
Patijn, C. L. 450
Paulus, P. 263, 264
Pavan, Pietro 64, 65, 443
Penskofer, Ludwig 246
Peres, Luis 554
Peron, Juan Domingo 391
Perret, Auguste 463
Persun, W. 487
Peters, Prof., Dr. 97
Petr, tschech. Minister 445
Petry, Ludwig 60
Peuler, Wilhelm 41
Pfeffer, Nathaniel 173
Pfeiffer, Dr. 61
Pfliegler, Michael 203, 204, 429
Piazza, Adeodato Giovanni, Kardinal, Patriarch von Venedig 80—82
Picard de la Vacquerie, Robert, franz. Armeebischof 1, 216
Pichard, J. 67
Pieck, Wilhelm 576
Piettre, André 571
Piguet, Gabriel, Bischof von Clermont 201, 202
Piontek, Ferdinand 347
Pius IX. 109, 123
Pius X. 71, 72, 555, 556
Pius XI. 26, 42, 68, 79, 122, 125, 189, 211, 214, 240, 254, 300, 454, 464, 523, 556
Pius XII. 11, 12, 14, 15—17, 18, 46, 47, 49, 51, 53, 55, 57, 58, 62, 63, 64, 71, 72—74, 79, 80—82, 102, 103, 104, 105, 106, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 119—121, 122, 125, 126, 129, 139, 150, 151, 152, 162—166, 167, 190, 193, 199, 214, 221, 240, 241, 248, 256, 258, 259—261, 263, 278, 291, 298, 299, 300, 311, 313, 314, 315, 317, 333, 336, 340, 342, 346, 348, 354—356, 357, 358, 359, 389, 390, 392, 406, 407, 408, 452, 453—455, 456, 481, 487, 488, 489, 495, 500, 501, 502, 503, 504, 507, 509, 512, 524, 536, 539, 540, 542, 550, 551, 552, 553, 555, 556, 557, 567, 568, 569
Pizzardo, Giuseppe, Kardinal 106
Planck, Max, 72, 73
Plojhar, Josef 77, 275, 360
Post, R. 67
Potts, Repr. 222
Prem, Dir. 246
Prenter, Regin. 498
Preuß, Hans 439
Preysing, Konrad, Graf, Kardinal, Bischof von Berlin 208, 487, 500
Prosdocimi, Luigi 177, 178
van de Putte, Melle 33

R

Rabi 508, 509
Radlauer, Dr. 104
Rahner, Karl, SJ 506, 507, 528
Rakosi, ungar. Minister 262, 266, 267, 446
Ramsey, A. M. 498, 499
Ranner, Balthasar 246
Raskop, Heinrich 34
Rauch, Wendelin, Erzbischof von Freiburg 346, 391
Rautenfeld, H. v. 404, 405
Reading, Lord 351
Reese, Thomas 321
Régamey, P.-R. 462—464
Rehbach, August 404
Reinartz, Dr. 486
Reinermann, Dr. 33, 34, 69
Reisch, Erich 27, 246
Rendtorff, D. 521
Rengstorf, Prof. 104
Renkewitz, Lic. 88
Reuß, Frau 30
Reval, Joseph 446
Recoeur, Paul 372, 373
Riegel, Alf. 537
Riquet, P. 567, 572
du Rivau, Jean, SJ 97, 101
Rodano, Franco 279, 301, 323
Rödemeyer, Prof., Dr. 40
Roegele, Otto Bernhard 481
Roesen, Dr. 97

van Roey, B., Kardinal, Erzbischof von Mecheln 556
Romeyer, Blaise 527
Rommerskirchen, Josef 10, 28, 29
Romulo, Carlos P. 455, 456
Romza, Theodor, Bischof von Munkacz 552
Rotondi, SJ 107
Rousselot, P. 440, 527
Rousset, David 249, 250
Rouvière, Architekt 463
Roy, Claude 418
Roynet, L. 557, 559
Rozman, Gregori, Bischof von Laibach 75
Rudolf, Karl 43
Rüther, Dr. 33
Ruffin, Hans 98
Ruffini, Ernesto, Kardinal, Erzbischof von Palermo 105
Rusch, Paul, Bischof von Innsbruck 68
Russel, W. H. 308
Rußwurm, Josef 339, 340
Rußkowski, Prof. 441
Ruthnaswamy, M. 400

S

Saliège, Jules G., Kardinal, Erzbischof von Toulouse 216, 218, 340, 408, 487
Sanschagrin, Albert, OMI 309
Sapieha, Adam Stefan, Kardinal, Erzbischof von Krakau 110, 111, 273
Sartre, Jean Paul 105, 154, 155, 508, 539
Saurer, Carl, SJ 390
Sauzin, Prof. 100
Savarimuthu, S. C. 450
Schabasser, Josef 157
Schaefer, Rita 324, 325
Scharet, Mosche 505
Scharf, Dr. 208
Scharl, Emmeran 19, 20
Scheffler, Johann, Bischof von Szatmar 172
Scherer, Alice 32
Scherzl, Simon, CSSR 197, 198
Schlier, Heinrich 290, 291, 335, 381, 382, 479, 481, 518, 548, 549
Schlink, Edmund 94, 129, 130, 336, 383, 385, 426, 450, 521
Schlüter-Hermkes, Maria 33, 44, 45, 97
Schmand, Alois 246
Schmauch, Cäcilia 18, 19, 194, 439
Schmidt, Wilhelm, SVD 26, 69
Schmidthüs, Karlheinz 35, 38, 39, 46
Schmitt, Hermann Josef 105
Schneider, Egidius 246, 247
Schneider, Karl 471
Schneider, Reinhold 257
Schnell, Dr. 438
Schnippenkötter, Josef 30
Schöllgen, Werner 366—368
Schoen, Prof. 480, 481
Schöningh, Franz Josef 37, 38
Schönfeld, Lic. 478
Schröffer, Josef, Bischof von Eichstätt 540
Schubert, Kurt 504
Schü-krü-Kaya 230
van der Schueren, Ridder 98
Schuhmacher-Köhl, Minna 27
Schumann, Friedrich-Karl 331—333
Schuster, Alfredo Ildefonso, Kardinal, Erzbischof von Mailand 300, 540
Schwamm, Heinrich 60, 61
Schweitzer, Albert 194
Schwingenstein, Alfred 46
Scriver, Dr. 495
Seegers, Paul 108
Seewald, Richard 60
von Segesser, Hans 391
Segura y Saenz, Pedro, Kardinal, Erzbischof von Sevilla 349
Seidenather, Hans 246
Seiterich, Eugen 527
Semle, Dr. 43, 44
Sendker, Adalbert 246
Senti, Dr. 501
Sergei, orth. Patriarch 353
Serrand, A. Z. 370, 371
Sertillanges, Antonin, OP 440, 527
Sheen, Fulton 307, 308
Shen, Tschung-jin 174
Sherwood Eddy, M. 494, 495
Shuen-lai 174
Shuster, George 8
Sigge, Franz 41, 42
de Simone, Saverio 439
Simrak, Johann, Bischof von Üsküb 552
Sinnott, Edmund W. 111
Sisco, G. A. 547
Skrzeszewski, poln. Minister 272
Skydsgaard, K. E. 450
Sladek, Paulus, CRSA 18
Slipyi, Josef, Erzbischof 205
Smend, Rudolf 232
Smit, Gabriel 97
Smith, Patrick 266
Smuts, General 449
Soegijapranata, Albert, SJ 399, 400
Sokorski, poln. Minister 305
de Solages, Bruno 218, 315, 316, 572
Sommer, method. Bischof 46
Sommer, Johann W. E., method. Bischof, Frankfurt a. M. 331
Spacel 446
Spaemann, Heinrich 495, 496
Spellman, Francis, Kardinal, Erzbischof von New York 220, 221, 222, 504, 556
Sprater, Dr. 62
Springovics, Anton, Erzbischof von Riga 111
Stählin, Wilhelm, evang. Bischof von Oldenburg 330, 495, 528
Stauffer, Ethelbert 290, 334, 335, 382, 425, 479
Steber, Franz 27
Stehlin, Albert 23, 24
Steinbüchel, Theodor 60, 98, 99, 100
Stenzel, Hugo 35
Stepinac, Aloys, Erzbischof von Zagreb 75, 220, 221, 552
Stern, Karl 248, 249
Stibrany, Justin 77
Stiefvater, Alois 27
Stohr, Albert, Bischof von Mainz 1, 8, 9, 11, 17
von Strachotinsky, Maria Elisabeth 444
Stratmann, Franziskus, OP 46, 47
Strickland, Lord 178
Strong, Robbins 174
Sturm, Marcel 231
Suciu, Johann, Weihbischof von Fagaras 270, 271
Suhard, Emanuel, Kardinal, Erzbischof von Paris 1, 66, 108, 214 ff, 224 f, 280, 297, 303 f, 323 f, 440 f, 487, 490, 509
Sullivan, J. J. 560, 561
Swain, Leslie 547
Szakalits, Arpad 220, 221
Szebeni, Dr. 75

T

Taft, Charles P. 179, 547
Tattenbach, Franz, SJ 141, 142
von Taube, Otto Freiherr 60, 61
Taylor, Myron 78, 210
Taylon, T. M. 547
Tedde, Antonio, Bischof von Ales 488, 489
Teilhard de Chardin, Pierre, SJ 218
Tessier, Gaston 542
Teufel, P., SDS 67
von Thadden-Trieglaff, Reinhold 88, 549
Thalhammer, Dominicus, SJ 67
Thekaekara, M. 413, 414
Thibon, Gustave 441
Thielicke, Helmut 330, 365, 366
Thieme, Karl 45, 327
Thomas, Johann 361
Thomas, M. M. 450
Thompson, Warren Simpson 517
Thurneysen, Prof. D. 550
Tillich, Paul 450
Tisserant, Eugen, Kardinal 487, 552, 553
Tito, Brosz 457, 541
Togliatti 64, 565
Tomek, Ernst 444
Tomkins, Oliver 450, 498, 548
Toynbee, Arnold J. 45
Trentinaglia, Ferdinand, SJ 67
Treppesch, Dr. 34
Truman, Henry 221, 222, 428
Tschakmak, Fevzi 230
Tschang Kai-schek 172, 173, 455, 457
Tschen-Tu-siu 172
Tunk, Walter 34

U

Urwin, E. C. 450
Utz, Fridolin, OP 40

V

Valensin, Auguste 527, 528
Valeri, Valerio, Erzbischof 151, 152, 199
Vas, Zoltan 267
Vedel, Georges 570
Veerkamp, Mlle 33
Velarde, R. 250, 251
Verberne, L. 67
Vercors, Schriftsteller 249, 250
Veronele, Vittorino 8, 443
Vicedom, G. 450
Villain, P. J. 440, 450
Vischer, Prof. D. 425
Visser't Hooft, A. 88—93, 130, 208 ff, 231 426 ff, 450, 471 f, 480
Vito, F. 440
de Vocht, CSSR 444
Vogel, Heinrich 231, 232, 575
Voigt, Berta 31, 32
Vogt, William 516—518
Volk, Anna 31, 32, 33
Volk, Georg 32, 99, 100

W

Wagner, Senator 222
Walsh, James E., Bischof 275, 276
Ward, Barbara 317
Warnach Viktor, OSB 548
Waugh, Evelyn 465, 466, 467
Weber, Helene 31, 150, 151
Weber, Dr. 67
Wedemeyer, Frederick 457
Wehrhahn, Herbert 289, 290, 480 f
Weinberg, Dr. 104
Weinrich, Karl 34, 35
Weismantel, Leo 246
Weizmann, Chaim 504
Welte, Bernhard 99
Wenzl, Aloys 537
Werhahn, P. H. 105
Westermayr, Johann 30
Whelpton, Dr. 517
Wienken, Heinrich, Bischof 438
Wiesen, Wilhelm, OSC 486
Wight, Martin 473—475
Wilder, Thornton 539
Wilken, OFM 247
Willecke, Dr. 43
Winkelheide, Bernhard 2
Wischinsky, russ. Volkskommissar 200, 325, 326
Wittenberg, Dr. 104
Wolf, Dr. 537
Wolf, Erik, 288 f, 476, 477, 478, 481, 521
Wolf, Ernst 404
Wolff, Paul 97
Wolff, Msgr. 45
Wolker, Ludwig 10, 28
Wollasch, Hans 25, 26
Wolski, poln. Minister 360, 361
Wosnitza, Msgr. 246
Wothe, Franz 23
Wühr, Prof. Dr. 60—62
Wulfers, Josef 292
Wulf, Friedrich, SJ 32, 33
Wurm, Theophil, evang. Landesbischof von Württemberg 232, 233, 293, 451, 550
Wyon, Oliver 450
Wyszynski, Stefan, Erzbischof von Gnesen und Warschau, Primas von Polen 273, 314, 315, 444

Y

Yi-Fang-wu 94
Yoshida 517
Youssab II., Amba, orth.-kopt. Patriarch von Alexandrien und Afrika 337, 338
Yu-pin, Paul, Erzbischof von Nanking 223, 224

Z

Zabel, Johann 156, 157
Zakar, Msgr. 262
Zangerle, Ignaz 67
Zander, L. 473
Zawadski, Alexander 272
Zawadski, General 444
Zeiger, Ivo, SJ 2 ff, 17, 34, 193, 346, 438, 501
Zilken, Elisabeth 23
Zinke, Hans 24
Zinkl, Johann 30
Zolkiewski, Schriftsteller 305

HERDER-KORRESPONDENZ

Erstes und zweites Heft - 3. Jahrgang - Oktober/November 1948

Die 72. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Mainz

Vom 1. bis 5. ~~Oktober~~ September 1948 fand in Mainz der 72. Deutsche Katholikentag statt. Er nahm die Tradition der alljährlichen Generalversammlungen der deutschen Katholiken wieder auf, die seit dem Essener Katholikentag von 1932 unterbrochen war. Für das folgende Jahr war der Katholikentag nach Wien einberufen; er wäre der 72. geworden. Aber die politischen Verhältnisse verhinderten seine Durchführung oder vielmehr die Beteiligung der Reichsdeutschen, so daß es nur zu einer österreichischen Tagung kam. Nach der Beseitigung des nationalsozialistischen Regimes versammelte man sich nun von neuem in jener Stadt, in der vor hundert Jahren zum ersten Male die Führer des deutschen Katholizismus zusammengekommen waren. Der äußere Rahmen war bescheidener als früher. Diesmal handelte es sich in der Hauptsache um eine Arbeitstagung. Sie begann täglich mit einem Pontifikalamt und fand am Abend mit einer öffentlichen Versammlung im Dom ihren Ausklang. Der letzte Tag war ganz und gar öffentlichen Kundgebungen vorbehalten. Die Beratungen vollzogen sich in 12 Arbeitsgemeinschaften, zu denen jeweils eine Anzahl Sachverständiger und die Vertreter der verschiedenen kirchlichen Organisationen und Institute persönlich eingeladen waren mit dem Auftrag, eine einheitliche Stellungnahme der deutschen Katholiken zu den dringendsten Fragen der Zeit zu erarbeiten. Das allgemeine Thema der Beratungen lautete: „Der Christ in der Not der Zeit". Daraus ergab sich, daß die unmittelbar praktischen Sorgen und Anliegen im Vergleich zu den früheren Katholikentagen stark im Vordergrund standen; an erster Stelle unter ihnen die soziale Frage und ihr drängendstes Problem: das Schicksal der Heimatvertriebenen. Insofern war der Katholikentag ein Bekenntnis zu der Person und Idee Kettelers, der einst von Mainz aus als erster die Verpflichtung der Kirche und der katholischen Laien gegenüber den sozialen Notständen ihrer Zeit proklamiert hat.

Die Eröffnungsfeier

Der Katholikentag wurde am Mittwoch, den 1. September, um 19 Uhr mit einer Kundgebung auf dem Liebfrauenplatz im Angesicht des Mainzer Doms eröffnet. Fanfarenklänge von der Höhe der Domgalerie leiteten die Weihestunde ein. Der Vorsitzende des Lokalkomitees beschwor vor den Zuhörern das Sinnbild des Mainzer Domes. Er hat, sechsmaliger Brandschatzung zum Trotz, die Zeiten überdauert und kann darum dem deutschen Katholizismus in der Gegenwart zu einem Sinnbild der Hoffnung werden.

Fürst Aloys zu Löwenstein, der nun schon seit 28 Jahren dem Zentralkomitee der deutschen Katholikentage präsidiert, gab in seiner Rede der Hoffnung Ausdruck, daß uns diese Tagung zu einem „Programm katholischen Denkens und Lebens" in der gegenwärtigen Zeitstunde verhelfen werde. Aus der hundertjährigen Geschichte der Katholikentage müsse sich ein Standpunkt gewinnen lassen, „von dem aus wir eine Zukunft aufbauen können"; es handle sich darum, den „Grundstein zu einem neuen Haus" zu legen. Vom Giebel dieses Hauses müsse das Kreuz ragen, das einst Bonifatius von dieser Stelle aus gepredigt hat.

Der *Bischof von Mainz* hob die innere Verbindung zu den früheren Generalversammlungen der Katholiken hervor: Die deutschen Katholikentage sind das Werk katholischer Laien, insbesondere der Männer; sie sind eine klassische Funktion der Katholischen Aktion. Diese stellt, wie der Bischof sagte, den Laienapostel zwar nicht an die Stelle, wohl aber an die Seite der hierarchischen Nachfolger der Apostel; sie bedeutet „Laienapostolat, aber nicht Laienregiment"; sie ruht auf gegenseitigem Vertrauen und auf dem „Respekt vor fremder Freiheit", der in keiner Demokratie so gut aufgehoben ist wie in der katholischen Kirche. Die katholische Aktion ist keine Äußerung von Machtgelüsten, sondern eines Willens zum Dienen. Wer immer ohne Engherzigkeit zu diesem Ziele beitragen will, sei uns als Bruder willkommen, ohne konfessionelle oder nationale Schranke. Bischof Stohr grüßte in diesem Sinne die Tagung des Ökumenischen Rates in Amsterdam mit einem warmen Wort christlicher Bruderliebe.

Dann betrat der französische Armeebischof, *Msgr. Robert Picard de la Vacquerie*, das Rednerpult, um dem Katholikentag die Grüße des französischen Episkopates und der französischen Katholiken zu überbringen. Er betonte die Einheit der katholischen Bischöfe in aller Welt, die durch die Ergebenheit gegen das Oberhaupt der Kirche, den Papst, verbürgt ist, und appellierte in herzlichen Worten an eine enge Zusammenarbeit zwischen den Katholiken beider Länder. Die Brüderlichkeit, mit der die deutschen Teilnehmer an der Pax-Christi-Wallfahrt nach Lourdes in diesem französischen Gnadenort begrüßt worden seien, und die Teilnahme des Kardinals von Paris und dreier französischer Bischöfe an den Feierlichkeiten zum Domjubiläum in Köln sowie ihre herzliche Aufnahme seitens der deutschen Katholiken seien ein ermutigendes Zeichen wachsender christlicher Liebe zwischen den Nachbarvölkern. Der Bischof zollte dem sozialen Empfinden und der Organisationskraft des deutschen Katholizismus Anerkennung und lenkte die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf die verwandten Bestrebungen im französischen Katholizismus, von denen er hofft, daß sie Frankreich für Christus zurückgewinnen werden. Der Bischof schloß mit

einem betont herzlichen Aufruf zur Einigkeit im Dienste des gemeinsamen Ringens um die Wiedergewinnung der Welt für Christus und die Überwindung des Materialismus. Er forderte alle Christen auf, dem Haß die Liebe entgegenzusetzen. Die Herzlichkeit seiner Worte wurde mit bemerkenswert starkem Beifall aufgenommen.

Die Vertreter der deutschen Behörden, der Oberbürgermeister von Mainz und der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, betonten die überragende Dringlichkeit der sozialen Probleme.

Dann überbrachte der Gouverneur von Rheinland-Pfalz, *Hettier de Boislambert,* mit seinen persönlichen Grüßen eine sehr inhaltsreiche Botschaft des französischen Oberbefehlshabers, *General Koenig.* Während der Gouverneur dem deutschen Katholizismus bezeugte, daß von ihm der härteste Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime ausgegangen sei, betonte der Oberbefehlshaber in seinem Schreiben, er sei zwar als Oberbefehlshaber der Zone, in der sich die Metropolis Mainz befinde, eingeladen worden, aber, so sagte er wörtlich: „Sicher haben Sie und die Mitglieder Ihres Ausschusses nicht vergessen, daß der Vertreter der höchsten Alliierten Kontrollbehörde dabei ein Katholik ist, der es ganz natürlich findet, in dieser Eigenschaft unter Ihnen zu sein."
Seine weiteren Ausführungen bestanden in einer höchst gewichtigen Erklärung der Ideen der Kulturpolitik Frankreichs in seiner Besatzungszone. „Viele Ihrer Arbeiten interessieren die Franzosen und ganz speziell die französischen Katholiken. Die Richtung, die Sie ihnen geben, und die Beschlüsse, die die Debatten darüber abschließen werden, werden Folgen haben, die, glauben Sie es mir, für unsere gemeinsame Zukunft nicht unbedeutend sein werden. Vielleicht finden Sie bei uns, wenn nicht die Lösung einiger Ihrer Probleme, so doch nützliche Hinweise oder Beispiele, die aus einer manchmal älteren Erfahrung als der Ihrigen stammen. Wenn also Frankreich sich kraft eines interalliierten Auftrages bemüht, im Schulwesen solche Ideen bei Ihnen zu entwickeln, wie z. B. Gewissensfreiheit für alle oder die Möglichkeit für arme wie für reiche Kinder, eine so ausgiebige Ausbildung zu erhalten, wie es ihnen ihre Begabung gestattet, oder auch der Jugenderziehung eine freiere Richtung zu geben, dann weiß Frankreich auf Grund seiner eigenen und manchmal kostspieligen Erfahrung, daß es Sie nicht auf einen falschen Weg führt. Vielmehr hat es die Gewißheit, die künftigen Beziehungen Ihres Volkes zu den anderen Völkern besser zu gestalten. Ketteler selbst vertrat solche Ideen; man braucht nämlich nur seine Rede vom 18. September 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt/M. über das Schulproblem aufmerksam nachzulesen.
Doch in Anbetracht der Stellung, in der ich mich z. Zt. befinde, halte ich es für meine Pflicht, Sie auf die Bedeutung Ihrer Studien auf dem internationalen Gebiet ganz speziell aufmerksam zu machen. Schon im Jahre 1840 rief Ihr Görres aus: „... Jetzt geht es um die Christenheit und Europa, um den Bestand der europäischen Kultur im weitesten Sinne des Wortes. Darum müssen sich zunächst die Christen aller Bekenntnisse, soweit sie noch Christen sind, zusammenschließen und zu einer wahrhaften Einigung kommen ..." Von Görres entnehmen wir ebenfalls dieses prophetische Zitat: „... in dem großen Staatenverein Europas muß jedes Volk als Glied einer Familie betrachtet werden. Jedes dieser Glieder besitzt große Rechte, aber auch große Pflichten gegen die anderen Glieder ..." Warum wurden solche Worte zwischen 1936 und 1940 nicht in Erinnerung gebracht und ihnen kein Gehör geschenkt? Nichts anderes beansprucht Frankreich, wenn es wünscht, seine Ruhe zu schützen.
Vor zwei Jahren — gelegentlich der Wiedereröffnung der Mainzer Universität — gestattete ich mir diesen (in meinen Augen übrigens banalen) Gedanken, daß inmitten der Ruinen unserer Zeit allein der renovierte Kult der geistigen Werte in Zukunft ebenso sehr und viel mehr als der Kult der materiellen Kräfte imstande sein wird, uns endgültig die Schrecken künftiger Konflikte zu ersparen. Ich glaube, daß heute Abend eine solche Behauptung hier nicht bestritten wird. — Sind alle diese Ideen auch ganz die Ihrigen, dann können deutsche und französische Katholiken auf dem Gebiet des sozialen und internationalen Wiederaufbaus zusammenwirken. Welch schöne Aufgabe! Laßt sie uns mit Glauben unternehmen, wir, die wir Nachbarn sind, die mit den Problemen Westeuropas nunmehr so vertraut sind und die seit so vielen Jahrhunderten den Kampf um die Christenheit und die christliche Zivilisation geführt haben und weiter führen."

Nach diesen Begrüßungsansprachen wurde durch Akklamation des Vertretertages das vom Zentralkomitee vorgeschlagene Präsidium des 72. Katholikentages gewählt. Es bestand aus den Herren *Dr. Theophil Herder-Dorneich,* Freiburg, *Bernhard Winkelheide,* Diözesanführer der Arbeitervereine des Bistums Münster, *Erwin Freiherr von Aretin,* München, und Frau *Gerta Krabbel,* der Vorsitzenden des Deutschen Katholischen Frauenbundes.

Zum Schluß der Eröffnungskundgebung sprach der ehemalige Generalsekretär des Zentralkomitees, *Prälat Dr. Legge,* Arnsberg, über „Sinn und Aufgabe des Katholikentages". Katholikentage seien Führertage, Arbeitstage, Bekenntnistage und Friedenstage. Von jeher hätten die geistigen Führer des deutschen Katholizismus, Politiker wie Windhorst, Reichensperger, Mallinckrodt, Marx und Brüning, Führer der sozialen Bewegung wie Hitze, Brandts, Stegerwald und Sonnenschein, Herolde des kulturellen und des wissenschaftlichen Lebens, den deutschen Katholiken Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Forderungen der Zeit und entschlossene Einheit im Handeln eingeprägt. Die Arbeit, die nun vor uns liege, übersteige wegen der Größe der Not alles bisher Dagewesene. Die soziale Lage könne materiell nur unter entscheidender Mitwirkung des Staates, ideell jedoch ausschließlich vom Christentum her gemeistert werden. Der Redner wandte sich an die junge Generation mit dem Aufruf, in die Reihen der alten Vorkämpfer zu treten. Der nächste Katholikentag müsse ihr Tag werden.

Die Kundgebung schloß mit dem gemeinsamen Liede: Lobe den Herren, in das die Glocken der Mainzer Kirchen einstimmten, während Scheinwerfer die großartige Front des Domes aus dem nächtlichen Himmel heraushoben.

Die religiös-sittliche Lage und die Aufgabe der deutschen Katholiken

Den großen Eröffnungsvortrag zum 72. Deutschen Katholikentag in Mainz hielt P. Ivo Zeiger SJ über das Thema „Die religiös-sittliche Lage und die deutschen Katholiken". Er gab damit eine Analyse des gegenwärtigen

Augenblicks und des heutigen Menschen, die die Grundlage und den Ausgangspunkt jeder praktischen Arbeit bilden muß. Die Aufgabe der Katholiken in der gegenwärtigen Welt ist nicht losgelöst vom Zustand dieser Welt und nicht unbeeinflußt von ihren allgemeinen Übeln zu denken. Wegen der Bedeutung der Ausführungen P. Zeigers als Einleitung des gesamten Katholikentags bringen wir seine Rede mit einigen Kürzungen im Wortlaut. (Die Zwischenüberschriften stammen von der Schriftleitung.)

Die Lage der Kirche im Zusammenbruch Deutschlands

Der 72. Katholikentag Deutschlands, den wir nunmehr beginnen, verfolgt ein praktisches Arbeitsziel: er will dem Schaffen der deutschen Katholiken in Kirche und Volk Anregung und Richtung geben... Zur Frage steht die religiös-sittliche Lage und die Aufgabe der deutschen Katholiken.

Das Leben des deutschen Volkes ist heute weithin von dem Zusammenbruch bestimmt. Unsre erste Frage lautet: Wie weit steht das kirchliche Leben unter dem Gesetz des Zusammenbruchs?

Die katholische Kirche Deutschlands ist in ihrem äußeren Gefüge, in ihrem materiellen Bestand von der gleichen Not betroffen worden wie das Volk selbst. Dagegen blieb sie von einem inneren Zusammenbruch verschont. Denn weder der Kirche als solcher noch dem einzelnen gläubigen Katholiken ist eine Weltanschauung zerbrochen, die er liebgehabt, die er begeistert umfaßt hätte. Im Gegenteil, der christliche Glaube hat sich als richtig erwiesen und kann sich erneut in Freiheit erweisen. In dieser Hinsicht steht die Kirche heute fester da als noch vor Jahren. Die harte Prüfung ward eine Läuterung und, wie alles Kreuz Christi, ein heiliger Segen.

Hat also die katholische Kirche aus dem Zusammenbruch Nutzen gezogen? Man kann leider heute schon wieder das Wort hören, die Kirche sei zum zweiten Mal die Nutznießerin des vaterländischen Zusammenbruchs geworden. Das Wort ist böswillig falsch...
Nach kaum drei Jahren stellen wir bereits fest, daß die Rückkehr zu christlichem Denken und Handeln bei vielen nur ein Modewort war...

Sind wir Nutznießer, weil wir etwa eine bessere Behandlung oder Vorrechte genießen? Es wurde uns noch nie etwas geschenkt. Es wird uns auch in Zukunft nur jenes Maß von Freiheit und Daseinsrecht eingeräumt werden, das wir uns erarbeiten und erkämpfen.
Und das ist gut so. Wir wollen keine Sonderrechte. Wir fordern als Katholiken nur das eine selbstverständliche Recht, daß wir für die heiligen Rechte Gottes und seiner Kirche eintreten können, daß wir sie im öffentlichen Leben einzubauen und durchzusetzen versuchen. Darauf allerdings bestehen wir, weil wir überzeugt sind..., daß jeder Angriff auf Gottes Recht in einen Angriff auf die Menschenrechte ausartet.

Wir erwarten kein Sonderrecht, höchstens das eine Vorrecht: daß wir am Leben und Leiden unsres Volkes tiefer und inniger Anteil nehmen als andere, weil unser Glaube ein höheres Maß an Hingabe und Selbstlosigkeit von uns erheischt.
Krieg und Nachkriegszeit haben eine neue Lage für unser kirchliches Leben und Wirken offenbar werden lassen. Verändert ist das geographische Bild der Kirche Deutschlands, verändert ist ihr materieller Bestand, verändert sind vor allem die inneren Grundgegebenheiten des Menschen, der in der Kirche steht, bzw. für die Kirche gewonnen werden soll.

Das geographische Bild

Zunächst möchte ich vom geographischen Bild der Kirche sprechen. Das ist nicht nur eine Äußerlichkeit, die man als Nebenwert außer Rechnung lassen könnte, sondern es wirkt sich aus in praktischen Folgen von großer Tragweite...

P. Zeiger gab dann einen kurzen historischen Überblick über die Situation der Kirche in Deutschland seit 1648, als der Besitzstand der Konfessionen durch territoriale Grenzen festgelegt wurde. Zweihundert Jahre später gingen der Kirche dann ihr weltlicher Besitz und ihre rechtlichen Hoheitsgebiete durch die Säkularisierung verloren, wodurch jedoch die konfessionellen Grenzen nicht verschoben wurden, die im Ganzen bis ins 19. Jahrhundert bestehen blieben. Sie begannen sich aufzulösen durch die industrielle Entwicklung des vorigen Jahrhunderts und ihre Bevölkerungsverschiebungen. Jedoch wurden dabei fast ausschließlich die Städte betroffen. Erst seit 1933 begann eine Binnenwanderung großen Stils in Deutschland durch das Aufschießen neuer Industriezentren, durch totale Arbeitsverpflichtung, dann durch den totalen Krieg, die Evakuierungen und Landverschickungen, schließlich als grauenvollem Höhepunkt durch die Ausweisung von Millionen.

Ein hoher Hundertsatz des ganzen Volkes ist in Bewegung geraten wie Geröll einer Bergmure. Das Besondere ist dabei, daß diesmal gerade das Dorf, das flache Land getroffen wurde, wo früher am zähesten die alte Schichtung sich erhalten hatte.
Da bei der Neuansiedlung, besser gesagt, bei der notdürftigsten Unterbringung keine Rücksicht auf konfessionelle Zugehörigkeit genommen wurde, so haben sich die konfessionell verschiedenen und einst auch regional getrennt lebenden Volksgruppen durcheinander und übereinander geschoben. Beide Konfessionen haben heute, von ganz wenigen Dörfern abgesehen, an allen Orten Deutschlands ihre Pfarrkinder. Ja man könnte sagen: sie haben überall, bis ins letzte Dorf hinaus, ihre Diaspora. Der alte konfessionelle Besitzstand im territorial geographischen Sinne hat aufgehört zu bestehen...
Noch halten wir in unserem Denken weithin an dem alten Bilde fest. Wir betrachten den jetzigen Zustand, dessen Auswirkungen wir bereits ahnen, aus einer Art Furcht lieber als außerordentlich und klammern uns an die Hoffnung, er werde bald wieder ins Normale zurückschwingen. Doch ist dies vom seelsorglichen Standpunkt aus zum mindesten gefährlich. Selbst wenn eine Art politischen Wunders geschehen würde, so sind die neuen Verhältnisse doch schon so menschlich verflochten und verzahnt, daß die Diaspora im neuen Sinn weiterbestehen würde.
Durch Gottes Zulassung ist unsre territoriale Kircheneinheit zerstört, die Geschlossenheit unsrer Gemeinden durchbrochen, die Schutzmauern unsres katholischen Eigenheims sind niedergelegt...
Sind wir deutschen Katholiken dieser neuen Lage gewachsen? Erfahrene Kirchenmänner werden sagen, unser Volk sei zu einem großen Teil nicht diasporareif...
Jedoch meine Frage geht noch weiter. Ist der deutsche

Katholik diasporareif nicht nur in dem Sinn, daß er durchhält, sondern daß er die positive Seite der neuen Diasporalage sieht und meistert? Mit anderen Worten: fühlt er sich als Samenkorn Christi, das aufgehen und unsre Erde erfüllen soll? . . .

Der alte Geist des Bewahrens und Verteidigens

Wie ein still wirkendes Gesetz des Handelns stand im Hintergrund des katholischen Wirkens — übrigens nicht nur in Deutschland — das eine Anliegen: den überkommenen Besitzstand wahren, jeden Fremdeinbruch in unser Leben abwehren, den Einzelkatholiken im Glauben behüten, schließlich das uns verbliebene katholische Eigenheim ausbauen und im Innern möglichst durchorganisieren, während die in jedem katholischen Volk wache Stoßkraft des apostolischen Eroberungswillens auf die Außenmission verwiesen war.

Wir haben mit dieser Bewahrungs- und Verteidigungstaktik geschichtlich Großes geleistet . . . aber: haben wir denn noch die alten Verteidigungsstellen? Früher wurden im schlimmsten Falle unsre Frontlinien eingebuchtet . . ., diesmal aber sind unsre Verschanzungen . . . eingeebnet worden. Nicht mehr geborgen in einheitlicher Geschlossenheit, steht der Einzelne dem Einzelnen gegenüber . . .

Man möge meine Worte nicht falsch verstehen, wenn ich von Diaspora und Wirken in der Zerstreuung spreche. Es kann der Eindruck entstehen, als ob wir einen Eingriff auf den Besitzstand fremder Konfessionen beabsichtigten. Viel vordringlicher ist zuerst die Rettung, ja die Wiedergewinnung unsrer eigenen Gefährdeten und Verlorenen.

Und damit komme ich zu einem zweiten Punkt: wie steht es um den inneren Besitzstand unsrer Gemeinden? Wieviele getaufte Katholiken sind denn noch katholisch, wie weit ist der Mensch heute dem christlichen Leben geöffnet? Man unterscheidet gemeinhin zwischen schwer gefährdeten Pfarreien und noch guten Pfarreien, zwischen abgestandenen und noch guten Katholiken. Das unschuldige Wörtchen „noch" ist aber gar nicht so unschuldig. Es zeigt doch eigentlich, wie selbstverständlich wir uns auf Bewahrung und Verteidigung stützen, und es besagt leider auch, daß wir stetig Einbußen erleiden und uns an diesen Zustand gewöhnt haben als an eine unausweichliche Folge.

Wer gehört wirklich zur Kirche?

Wie steht es aber tatsächlich? Wir beobachten eine doppelte Bewegung im religiösen Leben unsres Volkes. Eine Bewegung zurück zur Kirche, eine andere weg von der Kirche.

Zurück zur Kirche kamen einmal jene, die in den vergangenen Jahren, sei es aus überstürzter Hingabe an das Neue, sei es unter Druck, die Kirche verlassen hatten. Ihre Zahl ist nicht überwältigend.

Dann sind andere zu uns gekommen, ernste Menschen, Menschen der Bildung und des Geistes. Sie haben in den Geschehnissen der Zeit den Zusammenbruch des neuzeitlichen Geistes erkannt und wissen, daß unser Leben nach gelebtem Christentum ruft. Mit Dankbarkeit gegen Gott begrüßen wir sie . . .

Es gibt noch eine andre Bewegung zurück zum Christentum, die jedoch unter Umständen zu einer Täuschung werden könnte. Nachdem ein christentumfeindliches politisches System abgewirtschaftet hat, ist es Mode geworden, neue politische Zielsetzung mit dem Wort „christlich" zu verbinden. Sicherlich liegt vielen solchen Bewegungen und Organisationen ein ernstes christliches Anliegen zugrunde. Aber es ist ebenso sicher, daß manche mit diesem Wort nichts anderes meinen, als in Volk und Staat die alten Verhältnisse wiederkehren zu lassen, also den Zug ins Konservative . . . Und da müssen wir sagen: es ist nicht gut, wenn wir unsren seelsorglichen Besitzstand nach den Wahlergebnissen der Parteien beurteilen wollten. Ein horizontaler Querschnitt durch alle Parteisäulen würde offenbaren, daß es überall Christen und Nichtchristen gibt. Daher wäre es verhängnisvoll, seelsorgliche Schlußfolgerungen aus politischen Gegebenheiten zu ziehen.

Die Scheidung der Geister vollzieht sich in viel tieferen Schichten. Dort ist eine Abkehr von der Kirche, eine Entfremdung von christlichem Leben nach wie vor im Gang. Nicht nur wie früher bei höheren, gebildeten Schichten, sondern ebenso in der breiten Masse des Bürgertums, in der Arbeiterschaft und der Bauernschaft. Ja gerade auf dem Lande.

Ich spreche nicht davon, daß aus den christlichen Lehren nicht immer die praktischen Folgerungen gezogen werden. Der Zwiespalt zwischen Glauben und Leben ist allen Zeiten eigen. Ich sage auch nicht, daß der Bauer selbstsüchtig und grob und materialistisch sei, er ist es nicht mehr und nicht weniger als alle anderen Bevölkerungsschichten auch. Aber etwas anderes ist geschehen: das Land galt uns früher als der wohlbehütete Hort des selbstverständlichen Glaubens, der alten treuen Sitte. Nun aber sind die Mauern, die früher Stadt und Land geistig trennten, niedergerissen. Die Verstädterung greift bis ins fernste Tal. Voraussichtlich wird sogar das Bauernhaus schneller überrannt, weil es der neuen Welle weniger vorbereitet gegenüber steht . . . Die Denkart des Modernen, des Technischen, des Rational-Organisatorischen hat auch das Land ergriffen.

Der Massenmensch

Denn unser ganzes Volk, Bürgertum und Bauerntum nicht ausgenommen, ist in den Prozeß der Vermassung geraten. Hier liegt vielleicht die tiefste Wandlung des Menschen von heute. Sie bestimmt mehr als wir wahrhaben wollen, die seelsorglichen Möglichkeiten, die religiöse Ansprechbarkeit. Unsre Arbeitsweise hat vorwiegend auf die Denkinhalte der modernen Weltanschauungen geachtet. In Wirklichkeit ist für den Massenmenschen nicht bezeichnend, was die jeweilige Modephilosophie aussagt, sondern die strukturelle Haltung, wie er auf Anregungen reagiert.

Ist denn die Vermassung bereits so tief in unser Volk eingedrungen? . . .

Ein sehr erheblicher Teil des Gesamtvolkes mußte lange Jahre ein Lagerleben führen oder führt es noch, das heißt eine Lebensform, wo der Einzelne in einem vorgegebenen System untergeht, seine Persönlichkeit verschwindet unter der Nummer, wo er in einem großen Raum, auf primitiver Pritsche, schläft und als einzige persönliche Lebensausrüstung ihm das Kochgeschirr bleibt. In allem Übrigen ist er gleichgeschaltet, ein Maschinenteilchen in einem großen unmenschlichen Getriebe. Viele haben sich nur mit innerem Widerwillen

gleichschalten lassen, wenige nur wußten ihre persönliche Eigenständigkeit zu wahren, alle aber sind mehr oder weniger bewußt in den Bann der Vermassung geraten. Kaum ein Lebensbereich bleibt verschont. Selbst politische Bewegungen und andere Organisationen, die auf Grund ihres Wesens gegen die Vermassung sind, arbeiten mit den Mitteln der Massenbeherrschung: Großorganisation, Massenbewegung, Massenaufmärsche, Großkundgebungen, Lager, bis zu Großwallfahrten, Sprechchorfeiern, Gemeinschaftsgottesdienst. Der befremdende Widerspruch steht sogar im kirchlichen Raum: wir arbeiten bereist mit den Methoden der Massenerfassung und denken in der Seelsorgsarbeit noch mit den Kategorien einer geruhsamen Familienkultur.

Das Leben im Lager ... widerstreitet dem natürlichen Empfinden. Der Mensch wird sich also dagegen zu wehren suchen, und da er es nach außen nicht kann, gewöhnt er sich an ein Doppelleben. In der Masse wird ihm vorgesagt, was er zu denken und zu sprechen hat, in seinem Innern jedoch sucht er sein persönliches Eigenleben zu retten ...

Die Kluft wird umso breiter, je verfeinerter unsre Geisteskultur geworden ist. Denn im Massenmenschen steht ihr eine umso tiefere Primitivität gegenüber. Nahrungshunger und Lebensgier stehen im Vordergrund, ja werden bewußt von der Führung erzeugt und gezüchtet. Verdrängt dagegen wird jede edlere Regung, die geistige Selbstarbeit, die Aufgeschlossenheit für die hohe Welt des Geistes und des Übersinnlichen, schließlich erstirbt die gesunde Initiative der Persönlichkeit ...

Der filmische Mensch

Im Zusammenhang damit, als Wirkung und als Ursache zugleich, steht ein anderes Kennzeichen, und dies scheint mir bedeutungsvoller für das Religiöse.

Der heutige Mensch ist filmisch geworden. Das heißt, er wird mit äußeren Sinneswahrnehmungen so überschüttet, daß für sein Inneres weder Zeit noch Gespür bleiben. Trotz aller schnellen Verkehrsmittel hat er weniger Zeit als der Mensch der früheren Jahre. Ein nie abreißendes Filmband von Bild und Ton läuft vor ihm ab. Die Zeitung ist bebildert, ein wirres Gemenge von Überschriften und Sensationsnachrichten, die Erholung wird in Kino, Variété, Sport und Tanz geboten und gesucht, die Musik wird zum treibenden Rhythmus ohne Seele, der Rundfunk tönt ohne Unterlaß, schließlich vollenden Politik, Parteipropaganda und hundert Behörden den rastlosen Wirbel. Wir sind ein Jahrhundert ohne Epos und ohne Lyrik geworden, ohne Beschauung und Sammlung, ohne Stetigkeit, Ruhe, innere Besinnlichkeit.

Da die einmal aufgepeitschten Sinne immer neue Nahrung fordern, so wächst der Hunger nach Neuigkeiten, nach der Sensation. Damit aber wird der Mensch in seinen tieferen geistigen Schichten entwurzelt ...

Hier liegen die bedenklichsten Folgen der Vermassung. Sie treffen die religiöse Veranlagung und Ansprechbarkeit. Hier liegt auch die Erklärung für so viele Rätsel, vor die sich der heutige Seelsorger gestellt sieht.

Da ist zunächst die Spaltung des religiös-sittlichen Bewußtseins. Sie wurde im Beginn des politischen Vermassungsprozesses zunächst von den Linksparteien propagiert als „Religion ist Privatsache", seit 1933 unter dem Leitwort vom „Rückzug auf die rein religiöse Linie". Sie hatte solchen Erfolg, daß sie selbst in die Kirche eindringen konnte. Das Wort hat seine Früchte getragen. Was ich im ersten Weltkrieg nie beobachtet habe, das fand ich in diesem Krieg an unseren katholischen Soldaten. Es waren prächtige Jungmänner ... aber gleichzeitig gaben sie bedenkenlos und ahnungslos die Ideen der neuheidnischen Ethik wieder, die ihnen eine geschickte Propaganda eingehämmert hatte. Es waren, wenn ich so sagen darf, sakramentale, liturgische Christen und gleichzeitig Nachbeter der neuheidnischen Ethik. Die beiden Welten standen in ihnen ohne innere Beziehung, ohne aufeinander abgestimmt zu sein.

Oder denken wir an das andere: alle Welt klagt über die herrschende Unkenntnis in Glaubens- und Sittenlehre. Und doch ist niemals zuvor so viel für Religionsunterricht, Schulung, katholische Volksbildung geschehen ... Es fehlt nicht daran, daß zu wenig religiöses Wissen dargeboten würde, es fehlt daran, daß es nicht aufgenommen und verarbeitet wird ... Man schreibt und spricht vom christlichen Elternrecht, von den Menschenrechten, von Demokratie, aber wie viele haben eine klare Idee von diesen Begriffen, die nichtssagende, abgegriffene Münzen geworden sind?

Ich habe mir jüngst die Mühe gemacht und alle unsere Verfassungen durchgearbeitet. Ich glaubte, sie seien dem Zuge der Zeit entsprechend wirklich demokratisch und freiheitlich. Ich wurde enttäuscht. Selbst in die grundlegendsten Menschenrechte ist die Klausel hinein geraten: im Rahmen der für alle geltenden Gesetze. Mit dieser Einschränkung hat ein totalitäres System schon einmal ohne einen formalen Verfassungsbruch alle Grundrechte aufgehoben, hat auch unser Konkordat ausgehöhlt. Wie kommt diese totalitäre Klausel in die neuen Verfassungen? Aus Unachtsamkeit, aus Bosheit, aus einem unausrottbaren Totalitätsanspruch des modernen Staates? Ich kann das von den demokratischen Verfassern der Texte nicht annehmen. Da sind einfach Worte nachgeschrieben worden, ohne durchdacht zu werden; da sind, und das ist schlimmer, Worte und Begriffe überhaupt nicht mehr ernst genommen worden.

Das ist vielleicht die grauenvollste Auswirkung des vermassten und verfilmten Menschen: er nimmt nichts mehr ganz ernst ... Es geht nichts mehr in die Tiefe ...

Wenn ich die Jahresprogramme (der Volksbildungswerke) durchsehe, so kommt mir nicht selten ein Schrecken. Da wird gesprochen in hoher Form über die modische und doch so überflüssige Existentialphilosophie, über die Metaphysik unserer Not, über die theologische Grundlage der Caritas, über die Seinsbezogenheit des Christen in der Welt, über das Menschenbild Hölderlins, über die metaphysischen Grundlagen der IX. Symphonie. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich klage nicht die verdienstvollen Veranstalter, die fleißigen Redner an, ich klage über die Tatsache, daß die Sensationslust des filmischen Menschen schon ein so großes Raubtier geworden ist, daß es uns bereits auch unseren Raum ausraubt. Bis in die geheiligten Gemächer der Religion verfolgt sie uns.

Ordensobere werden Ihnen bestätigen, daß der Geist der Einsamkeit bis in die beschaulichen Klöster hinein bedroht ist. Junge Ordensmitglieder bitten und bestürmen ihre Vorgesetzten um Einführung von gemeinsam gesprochenen Gottesdiensten, um Ausdehnung der liturgischen Gemeinschaftsfunktionen über das bisherige Maß hinaus. So schwer ist es dem Menschen von heute bereits geworden, mit sich allein zu sein ...

Und diese Entwicklung wird noch schneller vorwärts schreiten, je mehr sich die alten geistigen Ordnungen auflösen. Schon hat sie den Familienverband angetastet, die Ehe und ihre Unauflöslichkeit, die Ehrfurcht vor dem Geschlechtlichen angekränkelt, sie ergreift bereits das Land bis in die letzte Bauernfamilie und wird so immer mehr das ganze Volk atomisieren.

Damit aber schwindet in einer ganz tiefen Schicht der Besitzstand unserer Kirche, viel umfassender, als es die materielle Verarmung der Kirche oder die geographische Verschiebung der Konfessionen zustande gebracht haben ...

Missionsland Deutschland

Deutschland ist ein Missionsland geworden. Uns ist im Flüchtlingsproblem eine Diaspora zugewachsen mit geradezu beängstigender Seelennot. Millionen von Glaubensbrüdern stehen vor unsrer Tür und betteln um ein Schnittlein Gottesbrot. Hunderttausende von Kinderchen warten auf ein Wort aus Priestermund von der lieben Muttergottes, vom Vater im Himmel. Aber wir haben nicht genug Priester, uns fehlen dort Schwestern und Pfarrhelfer, Kirchen, Kapellen und Beträume, Seelsorgestationen, Einrichtungsgegenstände, Paramente, Bücher, Essen und Geld. O meine Brüder und Schwestern, wie groß ist bei all unsrer Armut doch noch unser Überfluß gegenüber jenen Ärmsten der Armen, denen sich nicht einmal das Tor zu Gott öffnet. Darf ich Ihnen etwas verraten? Der Heilige Vater hat meinen Artikel über unsre Diaspora ins Englische übersetzen lassen — sehen Sie, ich habe daran nicht gedacht, habe mir diese Mühe nicht gemacht — und hat ihn den Bischöfen der wohlhabenden Länder zugesandt. Ein hoher Kirchenfürst schrieb ihm, er sei so erschüttert, daß er seine ganze Kraft einsetzen wolle, um Hunderttausende von Dollars aufzubringen für die seelsorglichen Anliegen der deutschen Diaspora. Ist das nicht begeisternd trostvoll? Ist es nicht zugleich beschämend für uns, wenn wir irgendwo noch brachliegende Kräfte hätten, ohne sie richtig einzusetzen? Diese Missionskirche ist unsere Kirche, wir sind jenen unseren Glaubensbrüdern die Nächsten ...

Missionssituation fordert Missionsmethoden. Das heißt erstens: arbeiten in Armut, arbeiten mit bescheidenen Mitteln. Wir sind arm geworden. Manche Bistümer haben bis zu 85% ihrer Kirchen und religiösen Einrichtungen in Trümmern liegen. Es gibt Bischofsstädte, wo kaum ein Kirchlein von der Zerstörung verschont blieb. Wir sollten sofort nicht nur hunderte, sondern tausende von Notkirchen, Pfarrheimen, Schwesternhäusern erwerben oder erbauen und können es nicht. Denn auch der Kirche hat die offenbar gewordene Finanznot die Mittel beschnitten.

Da wir in früheren Jahren, selbst in der Armut der ersten Nachkriegszeit, nicht eigentlich unter Geldmangel litten, wird es uns doppelt schwer, uns in solche Lage zu bescheiden. Und doch ist eine innere Umstellung zwingend notwendig. Wir müssen arm und bescheiden wieder von vorn anfangen, wie eine Missionskirche. Das bedeutet, daß wir uns eben manches noch so Schöne und Wertvolle nicht mehr leisten können, nicht mehr leisten dürfen. Das bedeutet, daß der deutsche Gesamtkatholizismus mit seinen geringen Mitteln — und sie sind doch noch so groß, weil ein herrlich opferbereites Volk dahinter steht — genau rechnen und haushalten muß, zunächst für die vordringlichsten Gesamtaufgaben.

Das ist die zweite Forderung: Mehr soziale Aufgeschlossenheit und Liebe in unseren eigenen Reihen!

Verzeihen Sie, wenn ich Ihnen in aller Offenheit einige Beispiele gebe.

Können Sie es verstehen, daß ein Priester ein Auto oder Motorrad aus einer für die Diaspora gedachten Auslandsspende anfordert, bloß weil er noch ein zweites und drittes Dorf mitzubetreuen hat? Zur gleichen Zeit haben andere Seelsorger zehn, zwanzig, ja bis zu 50 und 100 Ortschaften zu betreuen und machen ihre Wege buchstäblich per pedes Apostolorum, mit leerem klapperigem Magen und mit zerrissenen Schuhen.

Können Sie es verstehen, daß aus dem Ausland Silber und Gold angefordert wird, um in einer ganz unbeschädigten Pfarr- oder Klosterkirche eine Statue zu vergolden, während in den ausgebombten Pfarreien, erst recht in der neuen Diaspora, der liebe Heiland wie einst zu Bethlehem in einen Stall herniedersteigen muß?

Der hochwürdigste Episkopat hat mit Recht immer wieder über den Mangel an Katechismen, biblischen Geschichten, Gebetbüchern geklagt. Die Papierknappheit war groß. Andere Hindernisse kamen dazu. Aber war es wirklich ganz unmöglich, daß überall etwas Papier eingespart wurde für diesen apostolischen Notstand? Gab es wirklich unter den seit 1945 erschienenen katholischen Veröffentlichungen keine, die ohne Schaden für die Seelen auch erst nach den Katechismen im Jahre 1950 hätte erscheinen können? Hier und in vielen anderen Fällen war nicht böser Wille am Werk. Nur ein mangelndes Verständnis für die Gesamtlage, nur mangelnde soziale Liebe gegenüber dem noch ärmeren Mitbruder. Wieviel deutscher Partikularismus, wieviel enger Kantönligeist, wieviel heiliger und unheiliger Egoismus! Wir richten uns im kleinen Raum wieder ein, bauen gute Stuben, Balkone und Balkönchen an unser katholisches Eigenheim, Organisationen werden gegründet, überschneiden sich, beargwöhnen sich, befehden sich, und das alles ohne der großen Aufgabe zu gedenken, die uns der Herrgott vor die Tür gelegt hat wie einen schweren Stein. Quis revolvit nobis lapidem? Nur einheitliches Großplanen, selbstloses Zusammenarbeiten aller Katholiken.

Die dritte Forderung aus unsrer Missionssituation: Der deutsche Katholizismus muß von unten her wieder aufgebaut werden.

Das gilt im materiellen Gebiet: Kirchen bauen, Notkirchlein, Kapellen, Seelsorgestationen, kurz alle jene notwendigen Einrichtungen, auf denen nun einmal die Seelsorge auch stehen muß.

Das gilt im rechtlichen Gebiet: ich darf hier einen Gedanken aussprechen, der meines Wissens kaum berührt wird. Wie gesichert ist denn die rechtliche Grundlage der Kirche im heutigen Deutschland?

So wie auf staatsrechtlichem Gebiet alles in Schwebe steht, so auch auf kirchenrechtlichem. Welche staatlichen Gesetze, also auch Gesetze kirchlichen Inhalts gelten noch? Welches Konkordat ist so gesichert, daß seine Fortgeltung von allen anerkannt werden müßte? Welche Verfassungen gelten? Wie weit sind in den Länderverfassungen die Grundrechte des Christenmenschen und der Kirche gesichert? Wie weit haben wir für eine kommende Reichsverfassung vorgearbeitet? Da im Jahre

1945 niemand daran dachte, die Kirchen zu belästigen, hat man sich an diesen ruhigen Zustand gewöhnt. Aber es ist doch ein Zustand des Als-ob, als ob alles geordnet und gesichert wäre.

Ist es das wirklich? Wird eines Tages, vielleicht schon bald mit Diskussionen nach altbekannter Melodie zu rechnen sein? Es war einmal ein Ruhmesblatt der deutschen Katholikentage, daß sie klare Richtlinien für die Wahrung kirchlicher Rechte boten. Der deutsche Katholizismus hat durch die unglückselige „rein religiöse Linie", die ihm aufgezwungen wurde, aus deren Not er sogar manchmal eine Tugend machen wollte, den Zusammenhang mit jener großen Überlieferung verloren. Es fehlen uns Männer mit fachlichem Wissen gerade in diesen sogenannten Grenzfragen über Kirche und Staat, Priester, Juristen, Politiker. Es ist der heiße Wunsch vieler Katholiken, daß dieser 72. Katholikentag die Geburtsstunde für eine neue ruhmreiche Überlieferung werde. Nicht weil wir Kampf wünschten, sondern weil wir in einer sauberen rechtlichen Regelung zwischen Kirche und Staat einen Garanten friedlicher Entwicklung sehen, weil wir jedoch bereits wieder Kräfte sich rüsten sehen, die uns gar nicht gefallen wollen, weil wir schließlich, so wie um unsre Kirche, so erst recht um den inneren Frieden unseres allzu geplagten Volkes besorgt sind. Auch die rechtliche Basis des kirchlichen Lebens ist erst wieder von unten auf in geduldiger Kleinarbeit zu bauen und zu sichern.

Kleinarbeit von unten her drittens auch im eigentlich Missionarischen, im apostolischen Ringen um die Seele. Wir Deutschen tragen einen merkwürdigen Zwiespalt in uns: hartes zähes Arbeiten bei einer klar gestellten Aufgabe, und daneben uferloses Sichverlieren in weitschweifende utopische Theorien. Auch unsere Seelsorge im weitesten Sinn, als Apostolat des gottbestellten Priesters wie des treuen Laienapostels, ja auch unsere Seelsorge steht unter solcher Zwiespältigkeit. Da wirkt der Pfarrer, Kaplan und Laie, jeder in seinem Bereich, in bewundernswerter Treue und Hingabe, mit rührendem Opfermut, unermüdlich bis zur Erschöpfung. Wir können das Hohe Lied dieser Männer und Frauen an der Front gar nicht dankbar genug singen. Wir verlangen nach Belehrung, nach dem Blick aus der Enge des Alltags in die Weite, nach den großen praktischen, d. h. tunlichen Anregungen. Wenn wir jedoch unser Schrifttum darauf prüfen, so bietet es wohl tiefe Spekulation, gelehrte Analysen der Vergangenheit, weitgreifende Planungen, aber leider allzuviel, was bei der Berührung mit der Lebenspraxis sich als Fata Morgana erweist.

Beim Durchblättern der Programme, Denkschriften zur Lage, Leitsätze, Organisationsziele der vergangenen drei Jahre kann ich mich oft des Eindrucks nicht erwehren, daß da weitbogige Brücken ins Nichts geplant werden. Wieviel wertvolle, ja hochwertige Kräfte werden aber an dies Bauen gebunden, verbrauchen, ja verschwenden sich in heiligem Idealismus an das Unlösbare, während das Lösbare, freilich Schwere, liegen bleibt, nämlich die schlichte Brücke zu den Seelen.

Unsre heilige Kirche sucht in erster Linie den Menschen selbst. Insofern ist sie unmodern. Denn unsre Welt, die wohl ununterbrochen vom Menschen redet, sucht und organisiert zuerst die Dinge und Kräfte, denen der Mensch dann dienstbar gemacht wird. Deswegen ist es nicht verwunderlich, daß der moderne Mensch, die Umkehrung instinktiv fühlend, unsicher wird, in eine Angst um seine Existenz gerät.

Der Weg des Christen

Wie gut ist Gott, daß er uns in Christus als der Lebensweg vom Menschen zu Gott erschienen ist! Alle anderen Wege mögen noch so nützlich sein, sind aber Umwege. Richten wir all unser Apostolat auf diesen geraden Weg: Seele und Christus. Der lebendige Zugang zu Gott ist viel mehr verloren gegangen, als es nach außen erscheint, auch bei noch praktizierenden Katholiken, wie viel mehr bei den zahllosen Anderen unseres Volkes. Wir sind ein Missionsland. Denn Millionen rechnen in ihrem Leben einfach nicht mehr mit Gott, sie bekämpfen ihn nicht, sie kümmern sich einfach nicht um ihn... Hier muß unsere Seelsorge buchstäblich aus den Fundamenten wieder beginnen und den unmittelbaren Zugang zu den Seelen finden.

Wenn wir jedoch dies leisten wollen, brauchen wir eine neue Haltung, wir brauchen den Stolz und Mut von Eroberern...

Stellen Sie alle Eigenwünsche zurück, reichen Sie sich die Hand zu einiger Arbeit an einem Ziel... Stolz sollen Sie werden an Christi Seite, bewußt der Kraft Christi, erfüllt von der Wahrheit Christi, eroberungsmutig für Christus. Gott hat uns aus aller Geborgenheit und Sicherung gerissen, hat die Katholiken wie Samenkörner über sein weites Ackerland zerstreut. Mag die Ernte nicht mehr unser sein, mag der 100. oder 150. Katholikentag reifen, wenn sie nur Gottes ist. Wenn nur unser liebes Volk wieder froh und groß wird in Christus!

Die öffentlichen Abendveranstaltungen im Dom

An jedem der drei Abende der Arbeitstagung versammelte sich eine große Menschenmenge im Dom, um einem Vortrag aus dem Gedankenkreis des Katholikentages beizuwohnen. Am ersten Abend sprach der Kölner Domprediger *P. Dr. Wunibald Brachthäuser OP* über das Thema: „Der lebendige Gott". Mit mächtiger Beredsamkeit nahm er die Frage der vielen vom Schicksal Getroffenen auf, die Frage: Wo bleibt Gott? und zeichnete ein Bild des wirklichen Gottes, der in souveräner Freiheit das Schicksal der Unschuldigen mit dem der Schuldigen verknüpft, damit das Leid der einen zur Erlösungstat für die anderen werde. Nicht in der Klage und Anklage, auch nicht in der rhetorischen Selbstanklage, sondern in der Hingabe an den Vatergott durch ein Handeln nach der Forderung der Stunde werde das Leid bewältigt.

Am zweiten Abend war die Heimatlosigkeit als Ausdruck des heutigen Schicksals Gegenstand der Rede von Universitätsprofessor *Dr. Küchenhoff*, Werl. Der Redner zeichnete die Heimatlosigkeit der vielen, die ihr Heimatland verloren haben. Sie wird noch überboten durch die Einsamkeit aller derjenigen, die das Vertrauen zu den Mitmenschen und die Bindung an sie verloren haben. Der Redner wies hin auf die erschütternde Familien- und Ehenot, die unserer Zeit das Gepräge gibt. Der tiefste Grund des Zerbrechens der Ordnungen, in denen der Mensch

beheimatet ist und in denen die Wurzeln seiner Kraft liegen, ist die Tatsache, daß die moderne Menschheit die Heimat in Gott verloren hat, was in der Existentialphilosophie seinen denkerischen Ausdruck findet.
Daß wir von so vielen sachlichen und persönlichen Bindungen durch den Krieg gelöst wurden, kann aber auch zum Segen werden, wenn wir uns auf Gott besinnen und durch die Erfahrung der letzten Dinge zur inneren Freiheit kommen. Solche Freiheit wird Raum schaffen für die Liebe zu Gott und um Gottes willen zum Nächsten, und diese Liebe kann uns einen Abglanz der ewigen Heimat bieten.
Am Samstag Abend hörten die Versammelten die Grüße und die Botschaften der Katholiken des Auslandes. Fräulein *Baers*, Belgien, rief die deutschen Katholiken zu mutigem Handeln auf. Die Welt von morgen, sagte sie, wird das Angesicht derer tragen, die sich die Aufgabe stellen, es zu formen. Wie können wir da untätig sein? Wenn wir nicht handeln, werden es andere für uns tun. Auch die Frauenwelt darf nicht abseits stehen. Die Welt wäre nicht so krank, wenn die Frauen sich stärker in der sozialen Arbeit und im gesamten öffentlichen Leben des Staates einsetzten. Die Aufgabe der Frau in der Welt ist vor allem, Mutter zu sein, Mutter ihrer Kinder, aber auch Mutter aller derer, die ihrer bedürfen. Der soziale Fortschritt sollte die Frau für die Aufgaben dieser Mutterschaft freimachen, sie nicht noch in verstärktem Maß in die Berufsarbeit einspannen. Zum Schluß ging die Rednerin auf die soziale Frage ein und warnte davor, sie leicht zu nehmen. Von der Arbeiterschaft wird es weitgehend abhängen, ob unsere Welt christlich oder materialistisch wird. Wir müssen den Arbeitern beistehen als Brüder und Schwestern. Wir müssen es ihnen in Wahrheit sein; denn was wir sind, ist wichtiger als das, was wir tun.

Für die Katholiken Deutschlands sprach Landtagspräsident und Oberbürgermeister *Josef Gockeln*, Düsseldorf. Das Kölner Domfest hat bewiesen, daß die Verbundenheit der Völker die tiefste Sehnsucht unserer Zeit ist. Unsere Christenpflicht in dieser Hinsicht verlangt mehr als Solidaritätserklärungen. Wir haben uns als Kinder des einen Vaters, der einen Kirche zu bewähren. Wenn wir das Vaterunser beten, dürfen wir nicht egoistisch als Deutsche, Franzosen, Engländer oder Amerikaner nur an uns selbst denken; wir sprechen es als das, was es ist, als das Gebet der Völker. Sind wir frei von Schuld, wenn ein unchristlicher Nationalismus sich ausbreiten konnte, dessen verheerende Folgen wir nun tragen? Umso dringender ist unsere Pflicht, aus christlicher Verantwortung für den Frieden zu wirken. Wir können das aber nur dann tun, wenn wir gemeinsames Wollen und gemeinsames Handeln beweisen. Nach unserm Handeln wird man uns bewerten.

Der Redner wandte sich ebenfalls der sozialen Frage zu und erinnerte an die weitsichtige soziale Haltung Kettelers, die uns in der Gegenwart dringend nottut. Heute ist die Arbeiterfrage und damit die soziale Revolution das entscheidende Problem der Welt, das alle nationalen Probleme hinter sich läßt. Für uns Christen ist es eine entscheidende Gewissensfrage, die Lehren der päpstlichen Sozialenzykliken zu befolgen. Täuschen wir uns nicht über die Macht des Glaubens, den der Kommunismus verbreitet! Der Kreuzzug des 20. Jahrhunderts muß auf dem sozialen Schlachtfeld geführt werden. In unserm Vaterland wird diese Aufgabe in führenden christlichen Schichten zu wenig ernst genommen; die gleiche Zurückhaltung herrscht in kirchlichen Kreisen. Es ist eine allgemeine Scheu vor den Konsequenzen, die in einem peinlichen Mißverhältnis zur Erkenntnis steht. Es geht nicht an, daß dem Proletariat mit bürgerlichem, mittelständischen Prinzipien geantwortet wird. Das Gesetz der Liebe fordert die größten Bemühungen, der Not und dem Leid zu steuern. Wir glauben an die Liebe, die sich doch so großartig in der privaten und organisierten Hilfe gezeigt hat, die uns aus allen Nationen zuteil wurde. Die Helfenden sind die wahren Streiter für den Frieden. Nur in der Liebe aus dem Glauben liegt für uns die Möglichkeit einer Zukunft.

Vittorino Veronese, Generalpräsident der Katholischen Aktion Italiens, sprach im Namen der italienischen Katholiken. Er betonte ihre Verbundenheit mit den deutschen Katholiken infolge des gemeinsamen Schicksals beider Völker unter der Diktatur des Neuheidentums. Er wünschte, es möge dem deutschen katholischen Volk vergönnt sein, was dem italienischen gelungen sei, im Kampf gegen den Kommunismus einen entscheidenden Erfolg zu erzielen. Die Katakombenzeit des Katholizismus sei vorbei, die Zeit des militanten Katholizismus gekommen, in der man sich nicht mit der Defensive begnügen dürfe. Aufgabe der Katholiken sei es zu sorgen, daß der Primat des Geistes gewahrt bleibt. Der Redner forderte die deutschen Katholiken auf, der Kirche selbstlos zu dienen, nicht aus ihr Nutzen ziehen zu wollen, und schloß mit dem Wunsch: Auf Wiedersehen in Rom vor unserm gemeinsamen Vater!

Professor *George Shuster*, New York, überbrachte die Grüße der Katholiken Amerikas, vor allem ihrer Jugend. Er sagte, daß die Liebe Christi die tiefste Gemeinschaft unter den Christen aller Völker schaffe. Das christliche Gewissen werde nicht von kühler Gerechtigkeit, sondern von der Liebe getrieben. Doch sei sie keine sentimentale Humanität, sondern vielmehr eine Liebe, die sich selbst und den andern an den Forderungen Gottes orientiert und von daher in die Welt wirkt. Solches Wirken setze christlichen Realismus voraus, den der Redner den deutschen Katholiken wünschte. Die Rede Professor Shusters zeichnete sich durch einen besonders warmen und herzlichen Ton aus, der auf die Zuhörer einen tiefen Eindruck machte.

Die öffentlichen Feiern am Sonntag

Zu den öffentlichen Feiern am Sonntag war das katholische Volk aus der Stadt Mainz und den umliegenden Gauen, aber auch aus dem Rheinland, aus der Pfalz, aus Baden und aus Franken in einer unübersehbaren Menge zusammengekommen. Man schätzte sie auf 150 000 bis 180 000 Personen. Die vorbildliche Disziplin und die innere Anteilnahme dieser Menschen beim Gottesdienst und bei den großen Kundgebungen, die wenig an äußerem Schauspiel boten, dafür aber um so mehr Ansprüche an die geistige Aufnahmebereitschaft stellten, rechtfertigt das Wort des Bischofs von Mainz: „Wir dürfen immer noch auf unser schlichtes Volk vertrauen." Die Gegenwart des Volkes verlieh den Proklamationen des Katholikentages eine Resonanz, die nicht leicht überhört werden kann.

Die Predigt der Pontifikalmesse

Der Sonntag begann mit einer Pontifikalmesse im weiten Gelände des Mainzer katholischen Jugendwerks, die der Apostolische Visitator in Deutschland, *Bischof Muench*, zelebrierte. Der *Bischof von Mainz* hielt die Festpredigt. Er gab im ersten Teil seiner Rede einen Rückblick über die letzten hundert Jahre deutscher Kirchengeschichte, in denen die deutschen Katholikentage eine so wichtige Rolle spielen. Das vergangene Jahrhundert war, wie der Bischof sagte, erfüllt vom Ringen um die Freiheit der Kirche. Dies Anliegen ist häufig mißverstanden worden, als wäre es ein primär politisches gewesen. Aber „kirchliche Freiheit ist der breite Rahmen, in dem sich das Innenleben, das Leben der Gnade ... entfalten kann ..., und die Freiheit der Kirche haben wir immer nur als Freiheit zu dieser gottverliehenen Blüte und Entfaltung aufgefaßt."

Was die Freiheit der Kirche im realen Leben des christlichen Volkes tatsächlich bedeutet, läßt sich vielleicht am deutlichsten an der Gestaltung des Schulwesens aufzeigen. „Wie hat Bischof Ketteler gezittert vor jedem Angriff auf das katholische Schulwesen, wie hat der edle Wilhelm Marx, der 1911 hier in Mainz die katholische Schulorganisation aus der Taufe hob, gebangt vor den Folgen des Kulturkampfes auf dem Gebiet der Schule."

Der Bischof von Mainz setzte unter den zahlreichen Aufgaben, vor die der Deutsche Katholikentag unser kirchliches Volk gestellt hat, das Ringen um die vollständige Freiheit der Kirche an die erste Stelle. „Ich rufe euch heute, meine Brüder und Schwestern, alle zu vereintem, machtvollem Einsatz für die Freiheit der Kirche, besonders für die Freiheit der katholischen Schule! Hinweg über politische Parteizugehörigkeit und über Standesvorurteile! Unseren Vätern ging die Freiheit der Kirche über alles. Das muß auch in Zukunft für uns so bleiben. Wer im politischen Raum für Freiheit kämpft, der darf die heiligste Freiheit, die das innerste Heiligtum des Gewissens schützt, nicht außer Acht lassen. Wir haben in dieser Beziehung heute mancherlei Beschwerden. Die Neuordnung in den einzelnen Ländern unseres Vaterlandes hat uns zwar über die Formeln von 1848 hinaus die Freiheit der Kirche bestätigt, aber von der konsequenten Durchführung auf allen Gebieten der Verwaltung vermissen wir noch manches. Auf dem Gebiet der Schule sieht es noch schlimmer aus. Hier haben uns Kreise, die sich freiheitlich nennen, noch manchenorts ... die Freiheit des Elternwillens unzulässig eingeschnürt und an seine Stelle eine Mehrheitstyrannei gesetzt, die wir nie und nimmer anerkennen werden. Und Besatzungsmächte haben sich über Landtagsbeschlüsse, ja über die Normen rechtsgültiger Verfassungen hinweggesetzt, was auf diesem empfindlichen Gebiet doppelt schmerzlich empfunden wird. Wir wünschen keinerlei Überfremdung, von welcher Seite sie auch kommen mag. Wir wünschen festzuhalten an Gütern, die uns durch Tradition bewährt und heilig sind, wie z. B. am humanistischen Gymnasium, das bei uns eine stolze Geschichte hat. Und wir haben das Recht, daß dieser unser Wille respektiert wird. Hier müßten alle Katholiken einmütig zusammenstehen und erklären: es geht um unsere heiligsten Güter. Und an diese lassen wir nicht tasten."

Wie schon P. Zeiger in seiner Einleitungsrede betont hatte, dürfen die rechtlichen Forderungen der deutschen Katholiken nicht als konfessioneller Egoismus mißdeutet werden. Die Mißachtung der göttlichen Ordnung bleibt nie ohne direkte Rückwirkung auf die menschliche Gesellschaft und die Freiheit der Persönlichkeit. Im Hinblick darauf fuhr der Bischof fort: „Wir vergessen keineswegs die bitterschweren vaterländischen Anliegen dieser Stunde und grüßen unsere darunter am meisten leidenden Brüder in der Ostzone mit ganz besonderer Innigkeit."

Der bischöfliche Redner wandte sich dann der inneren Lage des deutschen Katholizismus zu, der neben vielen hervorragenden Persönlichkeiten auch manche Beweise des Versagens hervorgebracht hat. „Ich denke, wir sind uns hier alle einig, daß die deutschen Katholiken ihre Kirche nicht immer so ehrenvoll repräsentiert haben, wie der Heiland (vor den Menschen) Sein verborgenes göttliches Wesen" repräsentierte. „Es ist uns viel verloren gegangen an christlicher Substanz; die unheilvollen Zersetzungserscheinungen der letzten Jahrzehnte, auch dieser Nachkriegsjahre machen es offenbar. Aber wir dürfen immer noch auf unser schlichtes Volk vertrauen und von ihm gerade die Rettung christlichen Lebensgutes erwarten. Was wir Elite nennen, sollte darum keinen höheren Stolz kennen, als volksnahe zu bleiben."

Im folgenden gab Bischof Stohr der Frage, die sich in allen Beratungen des Katholikentages als die für die Zukunft der Kirche entscheidende und zugleich als die für die Bewährung der deutschen Katholiken maßgebende erwiesen hatte, ergriffenen Ausdruck: Wird der deutsche Katholizismus den sozialen Problemen gerecht werden? „Wir werden heute nicht mehr so siegesgewiß wie Ketteler 1848 proklamieren, daß allein die Kirche die soziale Frage lösen könne, während der Staat dazu nicht die Kraft habe ... Wir erleben auch, daß die soziale Frage heute nicht mehr bloß eine Arbeiterfrage ist, sondern auch die derer, die im Krieg alles einbüßten, die Frage der Entschädigung unserer Heimatvertriebenen aus dem Osten." Wenn wir den Blick auf diese bevorstehende Bewährungsprobe richten, muß das Bewußtsein unserer Ohnmacht auf die Hilfe von oben hoffen. „Nicht auf eigene Kraft stützen wir uns, nicht unserer eigenen Einsicht vertrauen wir noch unserem Können, sondern allein der demütigen Hingabe an das Wirken der Gnade und dem schlichten Anschmiegen an die führende Hand des Herrn."

Das darf indes nicht so verstanden werden, als wollte man tatenlos auf ein Wunder von oben warten. „Wir dürfen die Bereitschaft betonen, unsere ganze Kraft einzusetzen für jene guten Werke, die nicht nur von Mensch zu Mensch von uns gewirkt werden, sondern hinein in den weiten Raum unseres Volkes, hinein in das weltweite Wirkungsfeld unserer Kirche."

Zum Schluß seiner Predigt richtete Bischof Dr. Stohr, wie schon bei der Eröffnungskundgebung, wieder ein Wort einladenden Grußes an die im Glauben getrennten Brüder, deren Vertreter fast zur gleichen Zeit in Amsterdam versammelt waren. „Wir grüßen sie in der Hoffnung, daß die große Sehnsucht heutiger Christen nach Glaubens- und Kircheneinheit sich nach Gottes gnädigem Ratschluß bald erfülle und daß unsere Zeit recht viel dazu beitragen dürfe — auf daß eine Herde und ein Hirt werde."

Kundgebung der Jugend und des Werkvolks

Kurz nach Beendigung des Gottesdienstes zogen die vielen Banner der katholischen Jugend erneut in das Stadion

ein. Die Jugend hatte sich schon am Abend vorher zu einer Feierstunde im Dom versammelt, bei der *Prälat Wolker* ihr das Vermächtnis Kettelers ans Herz gelegt hatte. Bei der großen Kundgebung am Sonntagvormittag stellte zunächst der *Präsident des Katholikentages* die Aufgabe der Jugend in den Rahmen des vom Katholikentag erarbeiteten Programmes für die Zukunft. Er führte aus: „In diesen Tagen wurde immer wieder gesagt, daß Deutschland Missionsland geworden ist. Da werdet gerade ihr Jungen aufhorchen. Warum ist Deutschland Missionsland? Weil Millionen von Deutschen wie Flugsand vertrieben sind, weil die Herzen erkaltet sind und der Geist verarmt ist, und weil die Fülle des Glaubens dahingeschwunden ist. Ihr wollt euch kein X für ein U machen. Ihr wollt keinen rosaroten Himmel gemalt haben, wenn ein dunkles Wetter heraufgezogen ist. Nein! Ihr seid bereit, die ganze Not, die äußerlich so groß ist wie innerlich, als eigene Not durchzutragen. Das ist die Art derer, die in einem Missionsland leben. Sie schließen sich nicht aus von der Last, die auf dem Weg durch eine Wüste getragen werden muß.

Braucht es im Missionsland nicht Missionare? Junges Volk, das sich gesendet weiß, die Ruinen abzutragen, die Geister neu zu ordnen, die Herzen zu entrümpeln? Junges Volk, das seinen Auftrag so versteht, wird in unserm Missionsland reichlich zu tun haben.

Was ist die echte Art eines Missionars? Er braucht zunächst Mut, wenn er die Gefahren, die allenthalben vom rechten Weg abspenstig machen wollen, tapfer bestehen will. Er braucht zweitens Einsicht, damit er antworten kann, wenn er gefragt wird, und vorzeigen kann, was er leistet. Echte Missionare sind anderen immer ein Stück voraus. Vergeßt dabei nicht die sorgliche Schulung des Geistes, ohne die man versandet und selber zur Wüste wird. Und drittens braucht er einen gefestigten Sinn für das Gute und eine glühende Tatkraft, um dem Guten Raum zu schaffen. Sendboten im Missionsland sind ja Gesandte Gottes, der das Gute selber ist, weil er die Liebe ist.

Wenn es wahr ist, daß auch die göttlichen Tugenden auf dieser Erde ihre Gezeiten von Ebbe und Flut haben, dann ist heute die Flutzeit der Liebe da. Im Missionsland können wir die gleichgültigen Menschen durch unsern Glauben überraschen. Das Christentum, das göttliche Kraft birgt, verfügt über ewige Jugend und immer neuen Einsatz. Aufgabe unserer jungen Christen ist es, diese ewige Jugend aus Gott zu schöpfen und ohne Müdigkeit und Pessimismus die Gestaltung einer neuen Zeit in Angriff zu nehmen. Macht das Wort wahr mit jugendlicher Frische, das wir von diesem Katholikentag mit heimnehmen wollen in unsere Gruppen, in unsere Familien, in Büro und Schule, Werkstatt und Fabriken: Nicht klagen, handeln!"

Der Führer des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, *Josef Rommerskirchen,* nahm in seiner Rede aufs deutlichste Stellung zur Frage der Einordnung der katholischen Jugend in Kirche und Gesellschaft. Er legte zunächst ein herzliches Bekenntnis der Treue zur kirchlichen Autorität und zur priesterlichen Führung ab: „Wenn wir als junge katholische Laienbewegung ... in die Tiefe wie in die Breite zu wirken uns mühen, dann nicht und niemals ohne Bischof und Priester." Ebensowenig will sich die Deutsche Katholische Jugend in einen Gegensatz zur älteren Generation hineinmanövrieren lassen. „Wir benötigen die Erfahrungen und Erkenntnisse der reiferen Älteren, wir wissen, daß wir uns viele Umwege ersparen können durch den Rat und die praktische Hilfe derer, die uns ein Wegstück des Lebens voran sind ... Aber verschweigen wollen wir auch nicht unser großes Anliegen: Achtet unser Vertrauen, wie wir das Eure gewinnen möchten. Lebt uns christliche Existenz vor, gebt uns Beispiele wahrer sozialer Gerechtigkeit und Liebe, laßt uns an Eurer Unruhe und an Eurem Einsatz erkennen, daß Euch der Ruf der Stunde als Anruf Gottes gilt, helft durch achtungsvolles, bewußtes Zusammenwirken und durch kompromißlose Verfechtung christlicher Grundsätze im öffentlichen Leben die Skepsis der Jugend vor dem Einsatz im öffentlichen Raum beseitigen."

Die folgenden Ausführungen zeigten, daß die heutige katholische Jugend weit davon entfernt ist, sich „ein eigenes Jugendreich zu bauen", d. h. ins Ghetto zu gehen, sondern daß sie die apostolische Aufgabe gegenüber ihren Altersgenossen, die abseits stehen, klar erkennt. „So sehr wir uns mühen müssen, selbst an Leib und Seele zu erstarken ... so sehr müssen wir uns auch sorgen um alle Glaubensbrüder, die sich völlig selbst überlassen oder gefährlicher Umgebung anheimgegeben sind ... Mit unserm Frohsinn und unserer Freude, durch unsere Geradheit und Wahrhaftigkeit, unsern Bekennermut und vor allem durch unsere helfende Hand wollen wir sie wieder einzureihen suchen in die Gemeinschaft des Betens, des Glaubens, des Lebens und der Liebe." Hierin liegt die Bedeutung des Sozialen Hilfswerks des Bundes, das aber den einzelnen nicht von sozialer Tat dispensiert.

Die Katholische Jugend ist, wie der Bundesführer sagte, bereit zur Zusammenarbeit mit allen, die willens sind, die Not und die soziale Unordnung in unserm Vaterland zu überwinden. Sie macht dabei nur einen Vorbehalt: „Wo man uns als Vorspann oder Partner zu mißbrauchen versucht für Ziele, die der vollen Freiheit, der echten Einigkeit und allumfassenden Brüderlichkeit zuwider sind, wo man nur als tolerant anerkennt, was zu allem Ja und Amen sagt, wo man unter dem Deckmantel der Überparteilichkeit und religiösen Neutralität in Wirklichkeit der Kirche und Religion den Kampf ansagt und den Klassenhaß schürt, da ist Zusammenarbeit Verrat, ja Selbstmord!" Diese Grundsätze sollen maßgebend sein für die Zusammenarbeit in Jugendringen und bei gemeinsamen Aktionen der Jugendorganisationen wie im Hinblick auf sportliche, gewerkschaftliche und internationale Zusammenarbeit. Die Rede des Bundesführers wurde von der Jugend mit starker Bewegung aufgenommen. Im Anschluß daran bekannten verschiedene Sprecher einzelner Gruppen der Deutschen Katholischen Jugend sich zur Gemeinsamkeit ihrer Aufgabe und Sendung. Den Abschluß bildete das geistliche Führungswort, das wiederum Prälat Wolker sprach. Eine besondere Freude war es der versammelten Jugend, daß im Namen der anwesenden Bischöfe Kardinal Frings sie grüßte.

Die gleichzeitig anberaumte Tagung der Vertreter des katholischen Werkvolks, die auf dem ziemlich entfernten Platz der Universität stattfand, konnte aus diesem Grunde von vielen Teilnehmern nicht besucht werden. Trotzdem hatte sich eine beträchtliche Anzahl von Menschen dazu eingefunden, und es war eine betonte Ehrung des Werkvolks, daß unter Führung von Kardinal Frings und Bi-

schof Muench nicht weniger als zwölf Mitglieder des deutschen Episkopates daran teilnahmen. Der *Kardinal von Köln* sagte den Arbeitern wiederum, wie schon bei seiner bekannten Rede in Gelsenkirchen, daß er sich als ihr Kamerad fühle und daß die deutschen Bischöfe der Arbeiterschaft in Herz und Wollen und Anliegen verbunden seien. Arbeitersekretär *Johann Even,* Bergheim (Rhld.), sprach über „Ketteler als Künder christlicher Lebensordnung". Er entnahm der Persönlichkeit und dem Programm des Mainzer Bischofs vor allem die Mahnung zur Selbsthilfe des Arbeiterstandes und zur Besinnung auf die eigenen Pflichten gegenüber dem Gemeinwohl, wodurch die katholische Arbeiterschaft sich von der Dogmatik des Klassenkampfes distanziert. Umso mehr ist es eine unabdingbare Notwendigkeit, daß die katholischen Arbeiter sich untereinander in der Gemeinschaft und unter der geistigen Inspiration der Kirche zusammenschließen, damit sie als geeinigte Gruppe der Gesellschaft ihren Beitrag zu der kommenden Reform der Gesellschaft leisten können.

Die Schlußkundgebung des Katholikentages

Am frühen Nachmittag versammelten sich die Teilnehmer der Arbeitstagung gemeinsam mit den Scharen des katholischen Volkes in Anwesenheit der Bischöfe, der Vertreter der Besatzungsmacht und der deutschen Regierungen und der zahlreichen ausländischen Gäste aufs neue im Stadion der Katholischen Jugend, um die Beschlüsse des Katholikentages zu hören und die mit erregter Spannung erwartete Botschaft des Heiligen Vaters zu vernehmen.

Der Rechenschaftsbericht des Präsidenten

Der Präsident des Katholikentages, Dr. Herder-Dorneich faßte in seiner Rede die Arbeiten der vergangenen Tage kurz zusammen:

Gelobt sei Jesus Christus! Die heutige Festversammlung des 72. Katholikentages in Mainz ist eröffnet.

Unser erster Gruß gilt dem Kreuz in unserer Mitte, in den vergangenen Jahren ins unheilige Kreuz gebrochen zum Unsegen unseres Volkes und der Welt, nun wieder vor uns als das heilige Kreuz, das Himmel und Erde verbindet.

Die Katholiken Deutschlands grüßen sodann in erster Linie die geistliche Autorität. Sie grüßen unseren Heiligen Vater in Rom, vertreten durch Seine Exzellenz, den Hochwürdigsten Herrn Apostolischen Visitator Bischof Aloysius Muench. Papst Pius XII. hat nicht nur unsere Ehrfurcht für die Würde seines Amtes. Er besitzt auch unsere Liebe für seine Person. Wir danken dem Heiligen Vater für die unermüdliche Caritas an unserm Volk. Er soll wissen, daß auch wir ihm nahe sind, wie er uns nahe ist in Not und Leid.

Ich begrüße Seine Eminenz, den Hochwürdigsten Herrn Kardinal von Köln. Eure Eminenz haben in den Tagen des Kölner Dombaufestes der Welt mit der Auferstehung des Doms und des heiligen Köln die Auferstehung Deutschlands bezeugt und uns alle mit Mut und Zuversicht erfüllt. Wir danken Eurer Eminenz und Ihren bischöflichen Mitbrüdern aus dem In- und Ausland herzlich für die Ehre Ihres Besuches.

Insbesondere begrüße ich den Oberhirten dieser Diözese auf dem ehrwürdigen Bischofsstuhl des heiligen Bonifatius. Eure Exzellenz haben Ihre schützende Hand gehalten über diese Tagung und ihre Vorbereitung.

Darf ich Seine Eminenz, den Hochwürdigsten Herrn Kardinal von Köln und die andern Hochwürdigsten Bischöfe bitten, am Schluß dieser Versammlung den bischöflichen Segen zu erteilen.

Möge der Hirt seine Herde segnen, damit Gott der Herr auch die Früchte unserer Arbeit segne.

Die Katholiken Deutschlands grüßen in zweiter Linie die Träger der weltlichen Gewalt. Wir katholischen Christen wollen gewissenhafte Bürger des Staates sein, wenn wir auch wissen, daß die Grenzen des Staates nicht die Grenzen des Reiches Gottes sind.

Zunächst begrüße ich in geziemender Weise den Repräsentanten der französischen Besatzungsmacht, vertreten durch Herrn Gouverneur Henry Guérin. In ihm begrüßen wir auch den Vertreter unseres Nachbarlandes Frankreich, mit dem uns ein bis zum Rande erfülltes, ein Jahrtausend altes Schicksal verbindet. Mögen die Herzen Frankreichs und Deutschlands groß genug sein, um gemeinsam die Liebe und die Weisheit zweier Völker zu tragen, die zur Rettung unserer bedrohten Kultur einander brauchen wie nie zuvor.

Ich begrüße ferner die Vertreter des Landes und der Stadt, insbesondere den Herrn Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, sowie den Oberbürgermeister des gastlichen Mainz und den Rektor Magnificus der Universität, die dem Vertretertag in großzügiger Weise ihre Räume zur Verfügung gestellt hat. Herzlich danken wir den staatlichen und städtischen Behörden für alle Unterstützung. Das Goldene Mainz liegt in Trümmern. Aber wir sehen neues Leben wachsen, und wir wünschen dieser schönen Stadt, daß sie bald wieder aufblühe.

Ich grüße den Nestor der deutschen Katholikentage, Seine Durchlaucht den Fürsten Aloys zu Löwenstein, sowie die Mitglieder des Zentral- und Lokalkomitees. Auch die Redner und Sänger und die Herren der Presse und alle die vielen gütigen und helfenden Hände. Der Erfolg dieses Katholikentages wird ihr schönster Lohn sein.

Ich grüße alle Teilnehmer aus Nah und Fern, insbesondere die Gäste aus dem Ausland, die uns in diesen Tagen unserer Ohnmacht den Trost ihrer brüderlichen Gesinnung bringen.

In schmerzlichem Gedenken und im Bewußtsein unserer unverbrüchlichen Gemeinschaft grüße ich in die Ferne diejenigen, die aus dem Osten Deutschlands nicht zu uns kommen konnten.

Seit dem letzten Katholikentag ist eine Welt eingestürzt; unsere Welt. Gott ist es, der sie über uns zerbrechen ließ, auf daß wir Ihn finden. Nun wollen wir Seinen Willen hier und jetzt in den deutschen Verhältnissen 1948 erkennen und ergreifen.

Lassen Sie mich die Ergebnisse des Vertretertages zusammenfassen in der Ordnung des Vaterunsers, das die Ordnung des christlichen Lebens ist und das wir beim heiligen Opfer heute Vormittag gemeinsam gebetet haben. Ich selbst bin nur der Sprecher.

Erstens: *Geheiligt werde Dein Name.*

Seinen Namen in uns zu heiligen, dazu sind wir durch die Berichte der Arbeitsgemeinschaften dieses Vertretertages aufgerufen.

Die tiefste Ursache der Not des Menschen ist seine Ferne von Gott. Nur in Ihm vermögen wir unsere Not zu wenden.

Aus dem Inneren der Menschen wird die Welt bewegt, entscheidend auch aus dem Gebet. So möge das Flehen um die Rückkehr der Kriegsgefangenen und der ohne Richterspruch Internierten erhört werden. Mögen diejenigen, denen die Macht dazu gegeben ist, diese Bitte vernehmen und den Menschen die Freiheit geben, ohne die sie nicht sein können, was sie nach Gottes Willen sein sollen.

Der moderne Mensch ist seiner unmächtig geworden. Das Gute, das er tun will, tut er nicht; das Böse, das er nicht tun will, tut er und verwirrt alles immer mehr.

Diesen namenlos erniedrigten Menschen der Gegenwart stellt die moderne Philosophie vor das Nichts, oder sie verachtet den Menschen. Das Christentum aber verkündet seine Würde.

In dieser Zeit können wir hoffen, daß der moderne Mensch, der trotz all seines Fortschritts gescheitert ist, diese christliche Botschaft hört; denn in ungezählten Herzen ist die Sehnsucht nach Gott, dem einzig Bleibenden und Verlässigen, erwacht.

Wir Christen müssen nun vor diesen Menschen unsern Glauben durch unser Leben beweisen. Wir müssen die Sehnsucht unserer Mitmenschen berühren, und wir müssen glaubwürdig machen die Wahrheit
vom Ebenbild Gottes,
von der Menschwerdung und
von der Menschenliebe, die aus der Liebe Gottes kommt und in deren Mitte die Gerechtigkeit geborgen ist.

Zweitens: *Zu uns komme Dein Reich.*

Gott zu helfen bei der Bestellung seines Ackers, der wir selber sind, das ist der Sinn unseres Apostolates.

Deutschland ist Missionsland. Die Menschen stehen mit leeren Händen vor den Toren der Kirche. Dort sehen sie zunächst nur uns: die Christen. In diesen neuen Heiden kann die Kirche als Überraschung wirken. Jetzt ist wieder Zeit des Eroberns!

Missionsland verlangt Missionsmethode. Wir dürfen nicht meinen, wir hätten die Gemeinde Christi neu aufgebaut mit dem Wiederaufbau unserer Kirchen. An uns Laien liegt es, ganz in der Welt und ganz in der Kirche zu leben und zu wirken. Der „mündige Laie" ist das größte religiöse Erziehungsproblem der Kirche. Großgesinnte Päpste haben es zu lösen aufgegeben. Wir selber sind die Zeit!

Aber wir müssen heraus aus der Enge eines genügsamen Selbstvertrauens. Wir sind gesendet vom Altar der Gemeinde aus über alle Grenzen hinweg, und wir müssen bereit sein, die schwere Last der weltumspannenden Aufgaben auf uns zu nehmen: der Diaspora, der Union der getrennten Christen und trotz aller heimischen Not auch der Weltmission. Die Lebensstärke der Kirche erweist sich in ihrer Missionskraft, und wir danken den Missionaren, die draußen ausgehalten haben, wie auch denen, die mutig wieder hinausgehen.

Der Christ ist nie allein, er ist immer getragen von der Kraft der jungen Kirche, der Gemeinde Christi. Und die Welt ist heute klein geworden, überschaubar wie eine große Gemeinde. Christi Stellvertreter, der Papst, erscheint heute wahrhaft als Seelsorger der Welt und leistet in offenbarer Weise, was Christus zu Petrus sagte: „Du aber stärke Deine Brüder".

Eine besonders große Verantwortung legt uns die Not der Heimatlosen auf. Ihr Elend ist heute ein Prüfstein geworden für die Echtheit des Christentums.

Wir danken dem Heiligen Vater dafür, daß er sich zum Anwalt der Vertriebenen macht und daß er ein Unrecht genannt hat, was ein Unrecht ist und nach Wiedergutmachung ruft.

Zwei Aufgabenkreise traten in den Arbeitsgemeinschaften in den Vordergrund:

Die Jugend, unsere Jungen und unsere Mädchen, auf deren Begeisterung wir hoffen, auch wenn sie heute noch zum leidenden Teil unseres Volkes gehört, der schweigt. Wir wollen ihr vertrauen. Schon hat unsere Jugend neue Apostelwege beschritten, insbesondere in der Arbeiterjugend und von Altenberg aus in Stadt und Land.

Und die Frauen, deren Innerlichkeit die kirchliche Arbeit der Laienhilfe trägt. Durch den Anteil der modernen Frau am Berufsleben ist die Frauenfrage zu einer Volksfrage geworden. Die Frauen wirken auch in die Öffentlichkeit und in den Lebensraum der Massen hinein aus der Kraft ihres Wesens, das die Liebe ist.

Die Liebe ist das Gesetz des Reiches Christi, das nach den Worten Pius' XII. nicht Sieger und Besiegte, sondern Hilfsbedürftige und Hilfsbereite kennt.

Nach dem Frieden halten wir Deutsche Ausschau, die wir keinen Krieg, aber auch keinen Frieden haben.

Die Nationen sind in Gefahr, sich nur noch zu bekämpfen und zu zerstören.

Wir Christen wissen, daß diese Welt unter dem Kreuz steht und unter dem Kreuz bleiben wird bis zum Jüngsten Tag; daß — wie dem Einzelnen der Tod — auch den Völkern Auf- und Untergang bestimmt ist. Das hindert uns nicht, für den Frieden zu arbeiten. Wir meinen freilich nicht den Frieden zum hemmungslosen Genuß der Erdengüter oder den Frieden der Einförmigkeit, sondern den Frieden der Gerechtigkeit, der Ordnung, des Maßes und Maßhaltens. Nur so trägt er in sich die Gewähr der Dauer und des Segens, nicht aus äußerer Macht oder Gewalt.

Wir Christen müssen die Gebote der Liebe und der Einheit auch unter schwierigen Umständen ernst genug nehmen. Es ist dem christlichen Staatsbürger nicht erlaubt, ein doppeltes letztes Ideal zu haben: sein Interesse am Vaterland abzutrennen von dem am Reich Gottes. Die päpstlichen Rundschreiben enthalten eine klassische Friedenslehre.

Wir wissen, daß der Friede immer wieder gestört werden wird durch das Böse, das in der Welt ist; aber wir wissen, daß man unentmutigt gegen das Böse und Zerstörerische kämpfen muß. Wir wissen endlich, daß es mitten unter diesen unvermeidlichen Störungen einen Frieden gibt, den die Welt nie geben kann, weil sie ihn nicht besitzt. Möge Gott die Gnade geben, daß durch uns ein Abglanz dieses Friedens auf die Welt fällt.

Drittens: *Dein Wille geschehe.*

Die Welt verwandelt sich. Das gibt uns Christen Gelegenheit, sie näher an den Willen Gottes heranzurücken. Wir müssen unsern Teil beitragen, die Welt zu gestalten, indem verläßliche Männer, die einen festen Standort haben, Ordnung schaffen aus dem Geist der Verantwortung vor Gott und aus der Sorge für das Ganze, damit auch der Redliche wieder bestehen kann.

Wir müssen uns allem widersetzen, was die Familie, diese Wurzel der menschlichen Ordnung, weiter untergräbt, und alles fördern, was immer ihre Kraft verstärkt, damit väterliche und mütterliche Gesinnung in unserem Volke wirken — auch über die Familie hinaus.

Wir müssen im Staat, dessen Macht wahrlich Grenzen hat, im Namen der Freiheit der Kinder Gottes immerfort an die Freiheit und Verantwortung der Persönlichkeit gemahnen.
Wir müssen in der Erziehung, die zuletzt auf Christus hinformen soll, daran denken, daß die Christen das Salz der Erde sind. Salz aber muß Salz bleiben, wenn es als Salz wirken soll. Darum müssen wir kompromißlos sein und uns allem widersetzen, was die Erziehung verflachen will. Wir brauchen unsere Schule und unsere Lehrer. Über diese Probleme hat der Hochwürdigste Herr Bischof von Mainz in seiner Ansprache am heutigen Vormittag ausführlich gesprochen.
Gegenüber der Bildung und Kultur übersehen wir nicht, daß die Formen sich wandeln und daß die Maschine die große Tatsache unserer Zeit ist. Ihr vertrauen die Menschen mit einem Erlösungsglauben. Wir Christen, die wir die rechte Verbindung von Beten und Arbeiten kennen, müssen zu einem neuen Gleichgewicht helfen aus unserem Wissen vom erlösten Menschen.
Der Kunst wünschen wir, sie möchte die Verherrlichung Gottes als ihr höchstes Ziel erkennen, und der Künstler soll unser Verbündeter sein, den von der Technik beherrschten Menschen zu retten.
Auch die Wissenschaft ist zur Heimkehr vorbereitet. Da müssen wir ihr entgegengehen zu dem Punkt, an dem das Wissen dem Glauben mit der Vernunft zu folgen vermag.
Das ist die Stunde der christlichen Verkündigung. Wir müssen uns dabei aller Mittel zur Bildung der öffentlichen Meinung bedienen, der Presse, des Buches, des Rundfunks und des Films.
Es sind Mittel, um neues Leben zu wecken und den guten Samen auszustreuen.

Viertens: *Unser tägliches Brot gib uns heute.*

Wie ganz anders haben wir den Sinn dieser Brotbitte kennengelernt, seit Hunger und Not unser Teil sind.
Wir haben diese Not und die Nothilfe in den Mittelpunkt der Beratungen gestellt. Wir fragten uns: Was ist uns genommen, und was ist uns geblieben? Aber wir fragten noch mehr. Was kann daraus gemacht werden?
Der erste Schritt aus der Armut heraus gelingt nur, wenn wir den seelischen Abstand von ihr gewinnen. Wir wollen denen vertrauen und helfen, die den neuen Anfang wagen. Sind uns doch kostbare Schätze verblieben: die Werte der Familie, der Freundschaft, der Einfachheit und der Arbeit. Sie erst machen das Leben wert.
Sind wir im Absturz der Welt vorangegangen, die noch in derselben Entwicklung geistiger Verarmung steht, so werden wir vielleicht auch vorangehen können, die geistige Armut zu überwinden.
Wir müssen unsere äußere Armut aus unserem inneren Reichtum begreifen. Der Königsweg zu diesem Ziel ist die Caritas aus der Kraft des im eucharistischen Brot uns stärkenden Christus. Er sendet uns zuerst zu den Geringsten unserer Brüder, den Armen, Entrechteten, Vertriebenen, in denen Er uns zugleich selber begegnet. Er hat gesagt: „Mich erbarmt des Volkes", und Er will, daß sie durch uns dieses Seines Erbarmens teilhaftig werden. Sie haben den ersten Anspruch auf unsere Liebe. Aber die Caritas darf uns und sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie auch einen Anspruch auf Gerechtigkeit haben, der unabdingbar ist. Die christliche Nächstenliebe darf nicht in ein Almosen des Mitleids verfälscht werden, das ein Selbstbetrug der Besitzenden wäre.
Das verwandelte Brot wird zum Geheimnis der Einheit all derer, die am Tische des Herrn teilhaben. In der gemeinsamen Feier der heiligen Geheimnisse am heutigen Vormittag haben wir diese Einheit unter den Teilnehmern aus den verschiedenen Ländern erlebt. Darauf wollen wir weiter bauen am großen Einigungswerk des in der Kirche fortlebenden Christus.
Der Vertretertag hat folgendes Wort an die Brüder in aller Welt gerichtet:
(Den Text des Wortes, das der Präsident an dieser Stelle verlas, s. S. 47.)
Zu dieser Einheit gehört auch die Einheit unter den getrennten Brüdern. Noch ist die Zeit des stillen Wachsens. Da wollen wir uns bemühen, die Menschen durch das Heilige zu ändern, statt das Heilige durch die Menschen.
Inzwischen mögen unsere evangelischen Brüder wissen, daß unsere Herzen offenstehen für sie wie die Pforten unserer Kirchen.
Der Vertretertag hat folgendes Wort an die getrennten Brüder gerichtet:
(Den Text des Wortes, das der Präsident an dieser Stelle verlas, s. S. 47.)

Fünftens: *Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben.*

Wenn die deutschen Katholiken zum ersten Mal nach dem Krieg gehört werden, so genügt nicht das Confiteor, das wir allein vor Gott sprechen und dessen Verpflichtung nicht nur für uns, sondern für alle gilt, die in jene europäische Unordnung verwickelt sind, die diese Katastrophe über die Welt gebracht hat. Die Mehrzahl der erwachsenen, einsichtigen Katholiken weiß um die eigene persönliche Schuld. Viele waren verblendet und unterschieden nicht mehr genug zwischen der Selbstbehauptung unseres Volkes und dem Willen zur Macht. Die Herzen vieler von uns waren verhärtet gegenüber den unschuldig Leidenden, und viele unterlagen dem Mangel an Mut.
Wir verheimlichen das nicht gegenüber den Völkern, die an den schrecklichen Geschehnissen so entsetzlich gelitten haben. Sie mögen uns vergeben, wie auch wir vergeben wollen denen, die uns Unrecht getan haben und tun, damit nicht Haß auf Haß antworte, sondern endlich Frieden werde.
Mit dem Wort Kollektivschuld und seiner Anwendung auf Nation und Kirche ist Verwirrung gestiftet worden. Die Kirche als der fortlebende Christus kann als solche nicht schuldig sein. Schuld lädt sich das einzelne Gewissen auf.
Wir danken dem Heiligen Vater dafür, daß er allein unter den großen Mächten der Welt die Schuldfrage von der falschen auf die rechte Ebene verwiesen hat.
Schuld fordert Wiedergutmachung. Unsere Wiedergutmachung besteht vor allem darin, daß wir unser Leben in den Dienst am Wiederaufbau eines gesunden Europa stellen und uns für den Kurs in unserem Lande verantwortlich fühlen, damit wir nicht wieder einmal mitweggerissen werden. Die Entscheidungen von morgen fallen schon heute.
Und Schuld fordert Sühne. Wir leben in einer großen Zeit der Buße und damit der Gnade. Wer Leid hat, den will Gott segnen. In unserem Leid möge das geschändete Antlitz Deutschlands wieder geläutert werden.
Vor allem unsere Frauen und Mütter haben Unermeßliches still getragen. Macht daraus, Ihr deutschen Frauen,

einen unersetzlichen Beitrag für die Entsühnung unseres ganzen Volkes, indem Ihr Euer Leid dafür aufopfert.
Das Gebet lautet: „Wie auch wir vergeben". Es ist wohlgemeint versucht worden, das deutsche Volk mit dem Mittel der Gesetzesmaschine zu reinigen, und wir sind dadurch noch tiefer in die Lüge verstrickt worden. Es ist notwendig, daß endlich auch innerhalb unseres Volkes Versöhnung geschieht. Der Katholikentag will diese Botschaft der Versöhnung verkünden.
Die fünfte Bitte des Vaterunsers ist auch die Bitte um vollkommenere Gerechtigkeit, vor allem im sozialen und besonders im wirtschaftlichen Leben. Wie hat sich die soziale Frage seit dem ersten Katholikentag vor hundert Jahren gewandelt. Damals ging es nur um die neue Industriearbeiterschaft. Heute um die Wiederherstellung der gesamten gesellschaftlichen Ordnung. Und diese Frage ist zudem noch belastet durch die mannigfachen Kriegsfolgen, durch die Not der Heimatlosen, der Verarmten und Versehrten und von der schweren Sorge des Lastenausgleichs.
Der Lastenausgleich ist für uns nicht eine Frage, die zwischen den verschiedenen Gruppen des Volkes ausgekämpft werden muß, sondern eine Forderung an das Gewissen. Er muß auch eine Wiedergutmachung darstellen für das, was bei der Währungsreform an sozialem Ausgleich nicht gelungen ist.
Wie aber sehen wir katholischen Christen heute die soziale Frage?
Früher hat man geglaubt, durch eine Verteilung von Besitz und Gewinn den Arbeiter glücklich zu machen. Das war das große Anliegen auch der katholischen Sozialreform seit ihren Anfängen im vorigen Jahrhundert. Aber heute ist der Punkt der Sorge langsam ein anderer geworden. Gerade der Arbeiter hat in den Zeiten unseres wirtschaftlichen Wohlergehens eingesehen, daß die bloße Hebung der materiellen Lebensbedingungen sein Streben noch nicht befriedigt. Er verlangt auch nach Gütern ganz anderer Art, nämlich nach Freiheit, Würde und Anerkennung seiner Person und seiner Arbeit. Er will nicht, daß sie ihm bloß als Wohlwollen zuteil werden, er verlangt sie als sein Recht. Das wird ihm gegeben, wenn ihm seine Arbeit nicht nur in einem Lohnverhältnis abgekauft wird, sondern wenn er als mitverantwortliches Glied in seinem Betrieb steht. Es geht heute um die rechtliche Sicherung dieser Ansprüche.
Ein böses Schlagwort lautete einst: Alles für den Arbeiter, nichts mit dem Arbeiter. Wir Katholiken sagen: Alles mit dem Arbeiter für das ganze Volk.
Die päpstlichen Rundschreiben sprechen das deutlich aus. Trotzdem wird es oft nicht verstanden. Es herrscht sogar bei manchen Arbeitern großes Mißtrauen gegenüber der Kirche. Woran liegt das?
Wir müssen uns eingestehen, daß wir den Inhalt der Enzykliken noch nicht so in die Tat umgesetzt haben, wie es Aufgabe gerade für uns Laien ist. Nicht die Kirche als Verkünderin der Lehre hat versagt, sondern wir Menschen, die sie verwirklichen sollen. Vielleicht haben wir zu vertrauensselig auf den Staat gewartet, während die Enzykliken vor allem zur Selbsthilfe aufrufen.
Unternehmer und Arbeiter sollten versuchen, den Betrieb als Lebensraum zwischen Familie und Staat zu gestalten. Dafür braucht es wagemutige Unternehmer, verantwortungsbereite Arbeiter und fortschrittliche Gesetzgeber; denn noch fehlen hierzu die juristischen Formen. Für das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bedarf es des ausreichend tiefen Ansatzpunktes der Verantwortung: denn es gibt keine Freiheit zur Entscheidung ohne eine Verantwortung für sie.
Unternehmer und Arbeiter sind seit langem der Propaganda totalitärer Systeme ausgesetzt, die sie von der Selbsthilfe und ihrer schweren Verantwortung fortlocken wollen in die bequeme Kapitulation vor einem Staat, der ihnen Wohlfahrt und Sicherheit verheißt und ihnen die Freiheit nimmt.
Wir lehnen alle Reformbestrebungen kollektivistischer und totalitärer Art ab um der Würde der Persönlichkeit willen.
Vergessen wir bei all dem nicht: es gibt keine Lösung der sozialen Frage inmitten zerstörter Fabriken und entleerter Werkstätten und vor der Völkerwanderung der Millionen Heimatloser. Hier muß die Lösung der sozialen Frage erst vorbereitet werden. Für den einfachen Menschen ist gewöhnlich Gott da, wo ihm geholfen wird.

Sechstens und siebtens: *Unsere Versuchung und die Erlösung vom Übel.*

Wir sprechen diese beiden Bitten zusammen, weil wir wissen, daß es eine Macht außer Gott gibt, die über den Menschen Gewalt hat. Es steckt in uns der Wurm der Überheblichkeit.
Gestern war es die Überheblichkeit, die aus Blut und Boden allein ein neues Deutschland aufbauen und unser Volk vom Christentum reißen wollte.
Heute weist die Entwicklung zu einem wachsenden Absolutismus der Gesellschaft hin.
Und morgen? Wir stehen einer unchristlichen Bewegung gegenüber, die den westlichen Materialismus in östlicher Weise zu Ende führt und das ganze Abendland und die Welt bedroht.
Gegen diesen Irrtum und das Übel in seinem Gefolge gibt es nur Absage. Pius XII. hat vor den italienischen Wahlen das klar ausgesprochen, und das Wort des Papstes ist gehört worden.
Indessen müssen wir darnach trachten zu beweisen, daß die sozialen Ziele, die alle Menschen herbei wünschen, auch mit friedlichen Mitteln und in menschenwürdiger Weise verwirklicht werden können. Und wir müssen den Irrenden im eigenen Lande verständnisvoll nachgehen.
Die Kirche ist immer im Kampf. Jeder neue Kampf gegen sie ist eine Wiederholung des Versuchungskampfes des Satans gegen Christus. Darum besteht kein Zweifel über den letzten Ausgang.
Wir Christen sollen der Sauerteig sein. Unsere Liebe soll die Entzweiung überwinden. Wissen wir doch, daß die vom Schöpfer-Gott erschaffene Welt gut ist, soviel wir sie auch durch unsere Sünde verdorben haben. Wir müssen diese Welt — es ist unsere Welt — verstehen und begreifen. Das ist die Aufgabe, die Pius XII. uns stellt. Damit ist unser Tun eingeordnet in ein Gebäude, das uns selbst überdauert, auch wenn ihm der äußere Erfolg jetzt und hier versagt erscheint. Denn es ist zugeordnet der Ewigkeit im Augenblick.
Darum hat es Sinn, trotz allem wieder anzufangen. Ja, es ist beglückend: dieser neue Anfang aus dem Tiefpunkt unserer Zeit und im Ausblick auf die Fülle der Zeiten.
Ein altes Weisheitswort des Fernen Ostens sagt, daß nicht die Sieger, sondern die Besiegten auf den Wegen in die Zukunft voranschreiten.
Ich fasse zum Schluß das zusammen, um was es dem Katholikentag 1948 zu Mainz geht:

Die Kirche als der in Zeit und Raum fortlebende Christus sagt unserer modernen Welt und uns modernen Menschen, daß unser Zustand nicht in Ordnung ist. Wir modernen Menschen wissen das im Grunde unseres Herzens. Aber wir suchen die Schuld in äußeren Zuständen, die uns hindern, gut zu sein.
Da sagt uns die Kirche: Du selbst trägst die Verantwortung. Kehr um, ändere dich, und die Welt wird anders!
Die Kirche weist uns den Weg des Heiles: Christus. Er lehrt die rechte Ordnung der Dinge: „Suche zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, alles andere wird dir hinzugegeben". Diese Wahrheit macht den Menschen frei von seiner Verstrickung durch die Mächte.
Von diesem Reich und seiner Wertordnung wollten wir in diesen Tagen Zeugnis geben. Dies Zeugnis sind wir der Welt schuldig, hier, wo wir beisammen sind und überall, wo wir als Einzelne stehen. Die Welt wartet darauf, zu erfahren, wo die Kraft zu finden ist zur Wiederherstellung echter menschlicher Freiheit und Würde.
Das, was wir hier sagen, ist nicht unsere Weisheit, sondern der Nachhall dessen, was die Kirche immer sagt.
Nach einem prophetischen Dichterwort unserer Tage hat das Böse keine andere Macht als die Ohnmacht des Guten. Darum müssen wir rücksichtslos das Gute tun in eine friedlose Welt hinein.
Aber all unser Tun muß aus der Liebe kommen, deren geheimnisvolle Kraft nicht nur anstrahlt, sondern zum Erstrahlen bringt und von der nichts, nicht das Geringste, verloren geht im großen Haushalt Gottes.
Es ist „die Liebe, die bewegt die Sonne und die andern Sterne".

Im Anschluß an die programmatische Kundgebung des Präsidenten hielt *Universitätsprofessor Dr. Dovifat,* Berlin, die Festrede über das Thema: „Mainz 1848—1948. Das Erbe Kettelers für die Gegenwart." Der Redner vermied die Gefahr solcher Gelegenheiten, die Wirklichkeit mit dem Ideal zu verwechseln. Er stellte im Gegenteil fest, daß es den deutschen Katholikentagen der Vergangenheit nicht gelungen ist, die Idee Kettelers von der Bewältigung der sozialen Frage aus dem religiösen Bewußtsein zu verwirklichen, wenn man auch zugestehen muß, daß der Katholizismus in diesem Jahrhundert auf sozialem und karitativem Gebiet Großes geleistet hat. Aber er hat es nicht vermocht, die soziale und die nationale Katastrophe aufzuhalten. In der Katastrophe aber sind in ihm Bekenner und Blutzeugen genug aufgestanden, daß von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes nicht die Rede sein kann. Nun wird es sich zeigen müssen, ob die deutschen Katholiken im Geiste Kettelers, im Geiste der Gerechtigkeit und Liebe, zur sozialen Tat fähig sind. Der Weg zur Errettung Europas geht durch die Herzen der Einzelmenschen und über die entschlossene Inangriffnahme einer tiefgreifenden sozialen Neugestaltung.

Dann ergriff, im Namen aller anwesenden deutschen Bischöfe, der Erzbischof von Köln, *Kardinal Frings,* das Wort zum Gruß an das katholische Volk. Er rief noch einmal das Kölner Domjubiläum ins Gedächtnis, mit dem zugleich auch die anderen beiden historischen Metropolen des deutschen Westens, Trier und Mainz, in diesem Jahre ihre Jubiläen feierten. Über diesem Dreieck großer geschichtlicher Erinnerung zeichne sich ein anderes von noch größerer abendländischer Bedeutung ab, dessen Ecken in Rom, in Frankreich und in Deutschland lägen. Es sei nicht schwer, hierin das Symbol zu erblicken, unter dem die gewaltige Aufgabe gesehen und angegangen werden müsse, die den Völkern ebenso wie der Kirche und dem christlichen Volk gestellt ist. Mit einer geistvollen rhetorischen Wendung ging der Kardinal dann auf das Viereck der Gedanken über, die durch die Epistel dieses Sonntags zur Betrachtung vorgelegt werden, die Länge, Breite, Höhe und Tiefe des Reichtums, der uns in Christus und seiner Kirche als Gnade gegeben und als Forderung aufgegeben ist. Er bereitete die Menge darauf vor, aus dem Munde des Heiligen Vaters selbst das entscheidende Wort zu vernehmen.

Während die Erwartung des Volkes vor diesem Augenblick spürbar wuchs, nahm dann noch der Apostolische Visitator, *Bischof Muench,* Gelegenheit zu einer kurzen Ansprache. Er sprach die Überzeugung aus, daß das katholische Deutschland steht, mahnte aber gleichzeitig zur Aktivierung der Kräfte der Laien. Die Kirche in Deutschland brauche die Laien. Er rief der Versammlung zu: „Seid Ihr bereit?" Man müsse sich davor hüten, die Organisationen als solche mit katholischer Aktion zu identifizieren. Sie seien nur das Mittel zum Zweck, das erst in einträchtigem Zusammenwirken seinen Wert erweise. Denn katholische Aktion ist Geist und Leben.

Dann hörte die Versammlung die Rede des *Heiligen Vaters* stehend und in tiefem und ergriffenem Schweigen an.

Die Ansprache des Heiligen Vaters

Geliebte Söhne und Töchter!

Wie hätten Wir der freundlichen Bitte Unseres ehrwürdigen Bruders, des Oberhirten von Mainz, nicht Folge leisten sollen, an euch, die ihr in seiner Bischofsstadt nach alter Sitte zu gemeinsamer Tagung euch zusammengefunden habt, Unser väterliches Wort zu richten und euch zu segnen!
Dürfen Wir Uns doch zu jenen rechnen, die am mächtigen Werk der Deutschen Katholikentage tätigen Anteil nahmen. Es war Uns nicht weniger als achtmal beschieden, als Apostolischer Nuntius auf ihnen zu sprechen und den Versammelten den Gruß und Segen des Stellvertreters Christi zu übermitteln.
Während die Ätherwellen Unsere Worte an euer Ohr tragen, ersteht vor Unserm geistigen Auge das Erinnerungsbild jenes frohbewegten und glücklichen Mainz des Domfestes 1928. Die glanzvolle Serenade auf dem Gutenbergplatz, der aus einem Lichtmeer zum Himmel ragende Dom, die von Heimatliebe und Glaubenstreue getragene Massenversammlung in der Stadthalle — all diese köstlichen Erinnerungen umdrängen und erfüllen Uns, während der schneidende Gegensatz zwischen dem freudebeschwingten Gestern und dem leidbeladenen Heute sich schmerzvoll auf das Gemüt legt.
Dem diesjährigen Katholikentag kommt eine besondere, weittragende Bedeutung zu. Ihr begeht mit ihm die erste Jahrhundertfeier jener stolzen Heerschau der katholischen Kräfte eures Volkes. Er selbst ist wieder der erste seiner Art nach einer gewaltsamen Unterbrechung von drei Lustren, einer Zeitspanne, die das Dunkelste und Erschütterndste in sich faßt, das die deutsche Geschichte seit grauer Vorzeit zu berichten hat. Der diesjährige Katholikentag soll zudem euren Führern die Richtung weisen in eine Zukunft, deren Düster schwer auf euren Seelen lastet und von der ihr nur das eine wißt, daß ihr euch

den Weg durch sie im Kirchlichen wie im Weltlichen in harter und entsagungsvoller Arbeit bahnen müßt.

Trotz allem — heute, beim Rückblick auf die verflossenen hundert Jahre, möge inmitten der bitteren Not der Gegenwart die Empfindung der Freude und Dankbarkeit vor Gott in euch vorherrschen.

Diese hundert Jahre haben eure langen, oft sehr bewegten Kämpfe um die Freiheit der Kirche und die Gleichberechtigung der Katholiken im öffentlichen Leben gesehen, und ihr habt sie mit gutem Erfolg gekämpft.

Es waren hundert Jahre fruchtbarster organisatorischer Tätigkeit. Ein Jahrhundert zähen Bemühens um die Meisterung der sozialen Not, in geistigen Auseinandersetzungen wie in lebendigen, segensvollen Schöpfungen. Vorbildlich habt ihr auf diesem Felde gewirkt, zum Ansporn für viele andere.

Es waren hundert Jahre hervorragender Leistungen in Wissenschaft und Kultur, für Schule und Erziehung.

Hundert Jahre auch harten Ringens um die Millionen von Katholiken in der heimatlichen Diaspora, wie opferbereiten und wagemutigen Schaffens für die Missionen. Wenn heute die Diaspora mit ihrer Not sich mehr als verdoppelt hat, geradezu Missionsland geworden ist und schleunige Hilfe heischt, so möge es für euch doch auch Ehrensache sein, einen geachteten Platz, wie ihr ihn in der Katholischen Weltmission immer einnahmt, auch in Zukunft zu behaupten. Bleibt euch bewußt, daß ihr ein Glied der erdumspannenden katholischen Familie seid!

Zweimal in diesen hundert Jahren war der verbissene Angriff einer kirchenfeindlichen, übermächtigen Staatsgewalt gegen euch gerichtet. Es waren gefahrvolle, langanhaltende Stürme, durch die ihr euch hindurcharbeiten mußtet. Gottes starker Arm hat euch erbarmungsvoll geleitet. Dafür und für allen Segen dieser hundert Jahre steige aus euren Herzen und von euren Lippen demütiger und jubelnder Dank zum Allmächtigen empor.

Und nun, geliebte Söhne und Töchter, heißt es, den Blick in die Zukunft richten.

Gerade vor hundert Jahren ist in euren Landen das Wort vom „gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung" gefallen. In weitem Ausmaß und unter furchtbaren Verhängnissen hat dieses Wort sich an euch selbst bewahrheitet. Eure zerstörten Städte sind das sprechende Sinnbild seiner Verwirklichung, und nur mit tiefem Ernst geht heute Unsere Erinnerung zurück zu jenem noch „goldenen" Mainz, in dessen Mauern Wir vor rund zwei Jahrzehnten das unvergeßliche Domfest mitfeiern durften. Die Grabstätte der frommen Kapuzinerinnen von der ewigen Anbetung, die in einer grauenvollen Nacht des Feuerregens, um ihre Oberin geschart, gemeinsam das Opfer ihres Lebens bringen durften, ist inzwischen zum Wahrzeichen der Stadt geworden.

Tiefgreifende — und wie oft tiefschmerzende — Veränderungen gehen durch alle Bezirke eures wirtschaftlichen, politischen, sozialen und auch religiös-kirchlichen Lebens hindurch. Wer heute führt, muß sich dessen jeden Augenblick bewußt sein. Er soll die Vergangenheit kennen, um aus ihr zu lernen. Nur darf er ihr nicht einseitig verhaftet bleiben. Er hat die Pflicht, im guten Sinne des Wortes wirklichkeitsnah zu sein.

Ganz erfüllen wird sich jenes Wort vom Umsturz aller Ordnungen doch nicht, nicht einmal in den Diesseitsbeziehungen. Der alte Gott lebt noch. Noch gilt sein Gesetz. Es wird immer gelten, und auf dieses Gesetz ist die Soziallehre der katholischen Kirche aufgebaut. Haltet mutig und treu ihre Linie ein, ohne abzuweichen, weder nach rechts noch nach links.

Wenn die Zeichen der Zeit nicht trügen, wird auch die Zukunft von euch den Einsatz verlangen für die Freiheit der Kirche, für ihre und der Eltern Rechte auf das Kind, seine Erziehung und seine Schule. In bestimmten Landesteilen mag es sogar ein Kampf auf Leben und Tod werden. Die Vorzeichen und Formen der Gegnerschaft gegen die Kirche wechseln; die Ziele der Gegner bleiben im Grunde immer dieselben.

Wir wissen, wie drängend bei vielen eures Volkes, Katholiken und Nichtkatholiken, die Sehnsucht nach Einheit im Glauben ist. Wer könnte diese Sehnsucht lebendiger empfinden als der Stellvertreter Christi selbst? Die Kirche umfaßt die im Glauben Getrennten mit „ungeheuchelter Liebe" und mit der Inbrunst des Gebets für ihre Rückkehr zur Mutter, der Gott weiß wie viele von ihnen ohne persönliche Schuld fernstehen. Wenn die Kirche unbeugsam ist gegenüber allem, was auch nur den Anschein eines Kompromisses, eines Ausgleichs des katholischen Glaubens mit anderen Bekenntnissen oder der Vermengung mit ihnen erweckt, so deshalb, weil sie weiß, daß es nur einen unfehlbar sicheren Hort der ganzen Wahrheit und der Fülle der Gnade, die uns durch Christus geworden, immer gegeben hat und immer geben wird, und daß dieser Hort nach dem ausdrücklichen Willen ihres göttlichen Stifters schlechthin sie selber ist.

Die Aufgaben der Seelsorge in Gegenwart und Zukunft werden sich unmöglich lösen lassen, ohne in noch stärkerem Grad als bisher dem hierarchischen Apostolat die Hilfe der Laien zur Verfügung zu stellen. Gerade die Erfahrungen der Seelsorge in den verwirrten und oft fast ausweglosen Verhältnissen der letzten Jahre haben erwiesen, wie wertvoll jene Hilfe ist und wie wenig oftmals der Priester auch bei bestem Willen ohne Laienhilfe zu erreichen vermag. Was Wir auf dem Magdeburger Katholikentag im Jahre 1928 über die Katholische Aktion ausgeführt haben, ist heute vielleicht noch zweckdienlicher als damals.

Eines möge als Erbe der Vergangenheit in vollem Maße auf euch übergehen: der Geist, aus dem die Besten von euch, Priester und Laien, in den vergangenen hundert Jahren für die katholische Sache gekämpft und gesiegt haben. Es war der Geist warmen, lebendigen Glaubens. Sie waren fromme Beter. Sie liebten Christus. Sie liebten seine Kirche und standen mit rührender Treue zu ihrem Oberhaupt, dem Papst in Rom.

Wenn Wir an Stelle von allen einen nennen wollen, wer anderer könnte es sein, wo ihr in Mainz tagt, als Wilhelm Emmanuel von Ketteler! Er, an dessen Grab Wir seinerzeit in Ehrerbietung und Ergriffenheit standen, hat den Beginn der Katholikentage mitgeschaffen. Er war führend als Kämpfer für die Rechte der Kirche. Führend als Bischof, ein würdiger Nachfolger des hl. Bonifatius, eures großen Apostels, der im Geist heute unter euch weilt. Führend war Ketteler als der mit seherischem Blick die Zukunft vorausschauende Vorkämpfer für soziale Gerechtigkeit und Liebe. Er konnte irren, aber groß war er wieder, wie er sich demütigen Sinnes und mit voller, ja froher Überzeugung der von der Kirche unwiderruflich verkündeten Wahrheit unterwarf, auch hierin ein leuchtendes Vorbild für euch. Möge sein Geist in denen fortleben, die heute zur Führung der deutschen Katholiken berufen sind.

Geht mit unbegrenztem Gottvertrauen an die, wenn auch oft vielleicht unlösbar erscheinenden Aufgaben heran, welche die Not des Vaterlands und die Sendung der Kirche euch stellen. Eure Hilfe ist im Namen des Herrn, der Himmel und Erde erschaffen hat. Ihm befehlen Wir euch an, dem Ewigen Gott, dem Vater der Armen, dem Tröster der Gedemütigten, der aufrichtet, die zerschlagenen Herzens sind. Wir empfehlen euch der reinsten Jungfrau und Gottesmutter Maria, deren vielzählige Heiligtümer auf deutschem Boden von dem echten Glaubenssinn eures Volkes zeugen. Wir empfehlen euch der glorreichen Schar der Heiligen, die eure Heimat der Kirche und die Kirche eurer Heimat geschenkt hat. Gottes Allmacht und ihre Fürbitte mögen euch Kraft verleihen, in einer wenn auch überaus schweren, so doch großen Zeit nicht kleinmütig zu werden.

Mit diesem Wunsch im Herzen erteilen Wir euch und dem ganzen deutschen Volk in stets gleichbleibender väterlicher Liebe den erbetenen Apostolischen Segen.

Nachdem das Lied der Treue zur Kirche verklungen war, womit die Versammlung die Rede des Papstes beantwortete, sprach der Bischof von Mainz ein kurzes Schlußwort, in dem ein erneuter Gruß an die im Glauben getrennten Brüder und an die noch der Heimkehr harrenden Kriegsgefangenen einen besonders warmen Widerhall bei der Versammlung fand. Das Tedeum der Menge und das Tedeum der Glocken beschloß den Katholikentag.

Die Vertretertagung

Arbeitsgemeinschaft 1

Verantwortung für Glauben und Kirche im heutigen Deutschland

Unter Leitung von *Universitätsprofessor Dr. Pascher*, München, wurden in dieser Arbeitsgemeinschaft die Fragen besprochen, die sich aus dem geistigen, seelischen und sozialen Strukturwandel des modernen Menschen und der Gesellschaft für die Seelsorge ergeben. Die drei Schichten, in denen sich dieser Wandel am deutlichsten kundtut und die zugleich für unser Volk entscheidend wichtig sind, die Heimatvertriebenen, das Landvolk und die Industriearbeiterschaft, stellen die Seelsorge vor die Notwendigkeit einer ganz neuen Orientierung.

In einem einleitenden Referat behandelte *Professor Dr. Höfer*, Paderborn, die geistesgeschichtlichen Ursachen die zu diesem Strukturwandel geführt haben. Das Referat ergänzte die Feststellungen von P. Ivo Zeiger nach der ideellen Seite. Professor Höfer betonte die Wichtigkeit geschichtlicher Betrachtung der gegenwärtigen Lage, die allerdings weder eine vergangene Zeit standardisieren noch jener Ideologie des Fortschrittes verfallen dürfe, die das Neue allein deshalb absolut setzt, weil es neu ist. Die absolute Norm christlicher Geschichtsbetrachtung ist die Offenbarung Gottes im gekreuzigten Christus.

Der Referent ging auf die Gründe ein, die den „modernen" Menschen, den Menschen des „natürlichen Systems" zu dem für ihn typischen menschlichen Verhalten bewegen. Man kann dieses Verhalten mit drei Merkmalen kennzeichnen. Der moderne Mensch hat Abneigung gegen jede Wahrheit, die nicht unmittelbar einsichtig ist und eine Unterwerfung der Vernunft fordert; er scheut sich vor persönlicher und gemeinschaftlicher sittlicher Verantwortung; er erkennt stillschweigend den verantwortungslosen Genuß des Diesseits für sich selbst und für die Allgemeinheit als Lebensmaxime an. In diesen Verhaltungsweisen spricht sich die Entpersönlichung, die Vermassung des modernen Menschen aus, die der Referent durch den Begriff „Massenlebenswert" ethisch charakterisierte. Unter den geistigen Ursachen dieser Haltung steht, wie er sagte, der zur Bourgeoisie entartete Humanismus des 19. Jahrhunderts an erster Stelle. Sein Idealismus war ohne Verbindlichkeit für die Existenz. Er relativierte alle Grundsätze und Haltungen, erzog den Menschen zu sittlicher Indifferenz und machte ihn für die verstiegensten und unmenschlichsten Idole anfällig. Er bannte den Menschen ins Diesseits mit dem Erfolg, daß seine Sehnsucht sich in neuen Mythen ins Unendliche hineinsteigerte. Die Mythen des Übermenschen, der Rasse, der Nation oder der Arbeit sind solche Ersatzideale. Neben dem „phäakenhaften Idealismus" ist die vom Weltbild Newtons beherrschte Naturwissenschaft und ihr Einfluß auf die geisteswissenschaftlichen Methoden Voraussetzung der modernen Entwicklung.

Doch gerade in der Wissenschaft vollzieht sich nun die Veränderung der geistigen Gründe des heutigen Menschenwesens. Die Naturwissenschaft hat die begrenzte Geltung des mechanischen Weltbildes erkannt, und auch die Geisteswissenschaft löst sich vom rationalistischen Naturalismus. Sie wird unbefangener gegenüber einer übernatürlichen Wirklichkeit.

Religion und Theologie sind nicht frei geblieben von den Einflüssen des Zeitgeistes. Die Theologie nahm in den vergangenen Jahrhunderten in gewissem Sinn den Charakter einer bloßen Buchtheologie an und versäumte es, auf die Fragestellungen des naturwissenschaftlich orientierten Menschen einzugehen. Sie verteidigte zwar die Freiheit Gottes gegenüber der Vorstellung einer mechanischen Weltordnung, aber sie fand nicht mehr das Gehör der Laienwelt wie einst im Mittelalter. Es ist aber ein ermutigendes Zeichen unserer Zeit, daß das Wort der Päpste in einem längst nicht mehr gekannten Umfang als echte Lehrverkündigung aufgenommen wird. Die päpstlichen Enzykliken haben ein Echo in der Welt erlangt wie nie zuvor. Das kirchliche Leben und die Seelsorge lösen sich durch die Eingliederung der Laien ins hierarchische Apostolat von den rationalistisch-naturalistischen Formen vergangener Zeiten, denen die Bewahrung des ererbten Besitzstandes als vornehmstes Ziel vorschwebte. Die Kirche wird wieder als die überragende Lebenswirklichkeit empfunden.

In der Diskussion über diesen Vortrag wurde die Frage nach dem Wesen des „Massenmenschen" gestellt. Ob man ihn als eine dämonische Erscheinung ansehen müsse. Der Referent warnte davor, die Erscheinungen des modernen Lebens allsogleich auf Dämonie zurückzuführen. Man müsse zunächst die soziologischen Gründe erschöpfend untersuchen. Auch die moderne Welt sei dem Guten ebenso offen wie dem Bösen. Keine ihrer Erscheinungen, auch nicht die Technik, sei an sich schlecht und dämonisch.

Die Heimatvertriebenen

In den drei folgenden Vorträgen wurden die psychologischen und soziologischen Bedingungen für die Seelsorge

an den drei großen Schichten unseres Volkes behandelt. *P. Paulus Sladek CRSA,* München, sprach über die „Heimatvertriebenen gegenüber Glauben und Kirche." Sein Referat stellte ausführlich dar, was in allen Arbeitsgemeinschaften durchklang: Die Flüchtlingsfrage ist die Schicksalsfrage unseres Volkes und der Kirche in ihm. Sladek legte zunächst die Gründe dar, die bei vielen Heimatvertriebenen das Vertrauen zu Gott und der Kirche erschüttert haben. Den ersten Stoß gab das Verhalten mancher tschechischer und polnischer kirchlicher Oberen nach Kriegsende. Die zweite Enttäuschung bereitete ihnen das lieblose Verhalten vieler kirchentreuer Bauern in den deutschen Landgemeinden, in denen sie nach ihrer Ausweisung Zuflucht nehmen mußten. Im Anfang war das Mitleid auf der einen Seite ebenso groß wie die Dankbarkeit auf der anderen. Aber die Länge der Zeit stumpfte beides ab. Man begann auf beiden Seiten, wieder „normal" zu denken. Die Flüchtlinge fühlten sich als die alleinigen Träger der deutschen Niederlage, die Bauern suchten das durch den Krieg Verlorene wieder einzuholen. Das Besitz- und Existenzproblem wurde von keiner der beiden Schichten sittlich bewältigt. Entscheidend für die praktische Gestaltung des Verhältnisses zwischen Flüchtlingen und Einheimischen war und ist im konkreten Falle fast immer die Persönlichkeit des Ortspfarrers. Sladek trat der Auffassung entgegen, als seien die Einheimischen immer und überall unsozial. Er erzählte rührende Beispiele von christlicher Nächstenliebe gegenüber den Vertriebenen. Aber er ließ deutlich werden, daß die Haltung der Bauern gewöhnlich von der Haltung der Geistlichen abhängt, und zwar davon, daß sie mit gutem Beispiel vorangehen. Für die religiöse Gewinnung der Flüchtlinge sei nicht das kirchliche Leben einer Gemeinde entscheidend, sondern ausschließlich die Bewährung des Christentums durch die Nächstenliebe. Die Verantwortung der Einheimischen gegenüber den Flüchtlingen müsse deshalb so ernst genommen werden, weil für diese die Religion und die Kirche der letzte Halt sind, an dem sie sich wieder aufrichten können.

Der Referent schilderte dann die katastrophalen seelsorglichen Zustände in den Diasporagebieten der russischen Zone. Die Verhältnisse stellen dort sowohl an die Seelsorger wie an die um ihre nackte Existenz ringenden Flüchtlinge übermenschliche Anforderungen. Sie können durch die äußerste Anspannung der christlichen Liebestätigkeit wohl für den Augenblick gemildert, auf die Dauer aber nur durch eine Reorganisation der gesellschaftlichen Verhältnisse in Ordnung gebracht werden. Nicht Worte und Kundgebungen, sondern Taten werden darüber entscheiden, ob die deutsche Kirche ihrer Aufgabe in dieser Zeitstunde gerecht geworden ist.

Der Vortrag von P. Sladek wurde durch ein Korreferat von *Frau Cäcilia Schmauch,* Kaufbeuren, ergänzt, das zu den eindrucksvollsten des ganzen Katholikentages gehörte. Hier sprach eine Frau mit mütterlichem Herzen aus der unmittelbaren Erfahrung und mit sehr konkreten Vorschlägen.

Die Referentin, die aus persönlichem Antrieb in der Mütterseelsorge der schleswigholsteinischen Diaspora mithilft, konnte ihre Ausführungen durch anschauliche Beispiele von der allgemeinen seelischen Not und von der rührenden Glaubenstreue vieler Heimatvertriebener belegen. Müssen die Katholiken des Westens nicht aufhorchen, wenn sie hören, daß „eine Mutter ihre vier Kinder auf dem Rücken nacheinander zu dem so weiten Gottesdienst trug, weil sie auf den aufgeweichten Wegen im Winter mit ihrem schlechten Schuhzeug nicht durchkommen konnten?" Im Osten und Norden Deutschlands hat die Diaspora ein eigenes Gesicht. Sie „ist deswegen so trostlos, weil die Armen in einer kaum zu schildernden Vereinzelung leben ... nicht etwa unter protestantischen Christen, sondern meist unter Neuheiden, die gewöhnt sind, das Wort „katholisch" als schmähendes Schimpfwort zu gebrauchen. Man muß erkennen, wie das Kirchenbewußtsein bei Heimatvertriebenen in solcher Lage einschrumpft und zum Sektenbewußtsein wird."

Die Lage wird dadurch verschlimmert, daß in den Heimatvertriebenen, soweit sie Bauern sind, das Selbstbewußtsein zerbrochen ist. Während die Handwerker wenigstens ihr Können mitgenommen haben, sind die Bauern „aus dem Stolz des bäuerlichen Besitzes und Standes in die Unfreiheit von Knechten geraten".

Die Rednerin ließ durchblicken, daß viele Heimatlose beginnen, sich in ihrem verzweifelten Ringen um die Bewahrung ihres Glaubens vom katholischen Deutschland verlassen zu fühlen. „Die Zusammenhänge für das Fehlen einer großzügigen katholischen Hilfe in der Seelsorge ist der einfachen Flüchtlingsfrau schwer klar zu machen. Als Italien den Krieg in Abessinien führte, wurden Gold- und Silbergeräte, goldene Leuchter, Kirchengeräte, Eheringe, ja die goldenen Ringe und Brustkreuze der Bischöfe dem Krieg geopfert. Aufrufe zu Opfern für die Heimatlosen, sagen wir für Barackenkirchen, haben diesen Opfersinn nicht zu erwarten."

Ein Vorzug des Referates war es, daß darin ganz konkrete Wege der Hilfe gezeigt wurden. Zunächst gab die Referentin Anregungen für die katholischen Aufnahmegebiete. An erster Stelle sei zu fordern, daß die Weisungen der Kirche bezüglich der Pflichten gegen die Flüchtlinge mit größerem Nachdruck bekannt gemacht und durchgeführt werden. „Der Heilige Vater spricht für die Flüchtlinge. Suchen wir einmal die deutschen Katholiken, die seine Worte kennen. Wir werden wenige finden. So schöpft der Vertriebene keinen Trost aus ihnen, und der Einheimische zieht keine Lehre daraus. Gibt es denn nicht Mittel und Wege, die Papstworte allen in Kopf und Herz einzuhämmern? Sie werden auch vom einfachen Manne verstanden; denn der Heilige Vater spricht wie ein Vater."

„Es sprechen die Bischöfe. Sie müßten mit solcher Wucht sprechen, daß auch der Letzte im Gewissen weiß: so und nur so kann ich mein Christentum beweisen. Da liegt meine Pflicht. Da liegt auch meine Sünde, meine schwerste vielleicht. Und nun die Hauptsache: finden diese Worte, gerichtet an die Gläubigen, ihre Erfüllung beim Priester selbst? Das zündet, und nur das!"

„Die Belehrung der einheimischen Gläubigen muß in einer christlichen Auffassung vom Eigentum gipfeln ... Wann werden solche aufrüttelnden, nieder- und aufreißenden Worte von den Kanzeln hallen und zünden, weil das edle Priesterbeispiel dahintersteht? Wann werden die Fragen nach solchen Sünden hinter Beichtgittern gestellt werden? Oder werden sie schon gestellt? Wann wird begonnen werden, zum Lastenausgleich zu erziehen? Wollen wir warten, bis dieser neue Zündstoff an den Herden des Landes, wo oft zwei und mehr Frauen sich sehr nahe berühren, neue Erbitterung aufflammen läßt? ...

„Der verantwortungsbewußte Laie wundert sich über die Scheu mancher Priester, Forderungen an die Gläubigen

zu stellen. Man weiß nicht, ist dies „Auf-leisen-Sohlen-Treten" die Furcht, sich unbeliebt zu machen, oder die Furcht, daß die Schäflein davonlaufen. Vielleicht gelingt der vorgeschlagene Weg am besten über die Frauen, oder über die Kinder zu den Frauen. Die Kinder vermischen sich ja am schnellsten."

Die Seelsorge erhielt den Rat, „in jeder Pfarrei größtes Augenmerk auf die Jugendlichen der Heimatvertriebenen zu richten, ... die zur Gefahr für die Pfarrei werden können, immer aber Aufgabe sind ... Das Fehlen der Flüchtlinge in der Pfarrjugend ist ein schlechtes Zeichen für die Pfarrei". Die Mitwirkung der Heimatpriester der Vertriebenen bei dieser Aufgabe wurde aus psychologischen Gründen als unentbehrlich bezeichnet. „Weisung und Forderung verträgt der Flüchtling fast nur von den Priestern seiner Heimat, denen er nicht entgegnen kann: was weißt denn Du davon!"

Für die Diaspora selbst wurden folgende Vorschläge gemacht:

1. Die planlose Streusiedlung der katholischen Heimatlosen wird bei vielen Tausenden den Tod des Glaubenslebens zur Folge haben, wenn nicht eine großzügige Umsiedlung den religiösen Belangen Rechnung trägt.

2. Solange das nicht geschehen kann, muß vor allem für das religiöse Leben innerhalb der Familien gesorgt werden, die weit ab von der Kirche ganz auf sich allein gestellt sind. „Religiöses Leben der Familie ist zuerst bedingt durch Familiengemeinschaft ... Wo bleiben die Maßnahmen, die dafür sorgen, daß getrennte Familien endlich zusammengeführt werden?"

„Religiöses Leben in der Familie fordert hundert Dinge, die katholische Atmosphäre schaffen: Heimschmuck, Kreuze, Bilder, Bücher, Kalender, Krippen. Nichts oder fast nichts ist vorhanden. Nie kann der Blick der Kinder auf ein Kreuz fallen, wenn die Christen in West- und Süddeutschland nicht helfen."

3. Das religiöse Leben bedarf aber darüber hinaus der Sakramente und darum der Priester. „Es klingt mir noch im Ohr der Aufschrei eines gequälten Frauenherzens im Flensburger Land: „Schickt uns doch Priester! Sollen unsre Kinder verderben? An welche Stellen sollen unsre Kinder Bittbriefe um Priester schreiben?" Wir gedachten dabei der Diözesen und Länder, wo alle drei Kilometer am Weg ein Kirchturm sich reckt. Wir dachten daran, daß junge Priester aus katholischem Land, die für 2 oder 3 Jahre als Sendlinge in solche Not kämen, unvergleichliche Erfahrungen sammeln könnten."

4. „Derselbe Ruf gilt den großen Ordensgemeinschaften, deren Missionsideal im Ausland zur Zeit nicht erfüllbar ist. Wann werden in der Diaspora ihre Missionsniederlassungen erstehen?"

„Der gleiche Ruf ergeht an die weiblichen Orden. Wann wird den armen Flüchtlingsfrauen in ihrer Verlassenheit die barmherzige Schwester als Kinderpflegerin, Krankenpflegerin, Seelsorgshelferin, Katechetin, mit einem Wort als Schwester in Christo entgegentreten? ... Ich höre die Antwort: Wir haben zu wenig Nachwuchs. Vielleicht löst gerade solch ein barmherziges Wagnis den Segen aus, den der Herrgott abhängig macht von ungewöhnlichern Opfern."

5. Dringend notwendig ist die Beschaffung von Räumen für Gottesdienst und Seelsorge. „Jede geschenkte Baracke wird zum katholischen Zentrum. Hunderte würden gebraucht, sechs sind bisher geliefert worden".

6. Sehr große Sorge muß uns die religiöse Erziehung der Kinder bereiten. „Ist es nicht verständlich, wenn katholische Mütter in ihrer aussichtslosen Not, in blindem Eifer für die religiöse Erziehung ihrer Kinder, diese vielfach in den evangelischen Religionsunterricht schicken, damit sie doch wenigstens von Gott und von Christus hören? Vielfach beruhigt sie das im Gewissen. Und unser Gewissen? Es fehlt das Wagnis kühner neuer Wege. Ein Vorschlag: Die Kinder mögen in den Ferien von Klöstern, Schulen, Internaten, Seminarien eingeladen werden. In dieser Zeit könnten sie katholische Luft atmen und Religionsunterricht bekommen."

7. Die beste Form der Unterstützung für die Diaspora ist die Übernahme von Patenschaften, durch die zwischen Gebern und Empfängern ein Gefühl gegenseitiger Verantwortung geschaffen wird. Solche Patenschaften könnten Pfarreien im katholischen Land über Diasporapfarreien, Familien über Flüchtlingsfamilien, Jugendgruppen über Jugendgruppen ... übernehmen.

Die Patenschaft ist insbesondere wohl der einzige Weg, dem begabten Nachwuchs der Heimatlosen in der Diaspora den Weg zum Studium zu ebnen. „Die Forderung nach einer geistigen Führerschicht auch dieses Volksteiles ist ein unabdingbares Recht, ja eine Notwendigkeit sondergleichen, wenn er nicht ins Proletariat und dem Radikalismus in die Arme getrieben werden soll."

„Praktische Wege dazu? Kirchliche und klösterliche Internate mögen sich bereit erklären, je 2 oder 3 begabte Jugendliche kostenlos aufzunehmen". Es wäre auch ein hervorragendes Werk der Caritas, wenn kinderlose Familien, religiöse Gemeinschaften, Pfarrgemeinden, Dekanate oder Klöster die Patenschaft über einen katholischen Studenten aus dem Kreise der Heimatlosen übernehmen würden; denn diese Studenten sind ohne jeden Rückhalt an ihrer Familie und ohne alle Beziehungen.

„Zum Schluß einen zusammenfassenden Vorschlag: Es möge eine wirksame Querverbindung von Sonderbeauftragten der einzelnen Diözesen geschaffen werden, welche die Hilfsaktion für die Heimatvertriebenen koordinieren kann. ... Und dann dieses: das katholische Land möge widerhallen vom Gebet für die Menschen in solcher Not. Gebet, aber nicht als Ersatz, sondern in Begleitung der liebenden Tat".

Das Landvolk

Über die religiöse Situation im katholischen Landvolk sprach Diözesan-Landjugendseelsorger *Dr. Emmeran Schall*, München.

Das Dorf, wie es in der Phantasie romantischer Menschen lebt, das Dorf von einst, ist nicht mehr, sagte der Referent. Die Dörfer sind Vorstadt geworden. Die Arbeit ist nach industriellem Vorbild rationalisiert. Die Stadtkultur hat sich des Dorfes bemächtigt. Die Bevölkerung ist durch die vielfältige Zuwanderung und durch die vorübergehende Abwanderung der Dorfjugend in ihrer Struktur grundlegend gewandelt. Religiös waren unsere Dörfer auf diese Ereignisse nicht vorbereitet. Ihre Religiosität ist überwiegend durch die Tradition, nicht durch die Überzeugung geformt. Die Bauernreligion ist weithin bestimmt durch den Grundsatz „do ut des". Sie ist ein naturalistischer Deismus, der durch Versicherung und Blitzableiter mehr und mehr überflüssig

geworden ist. Sittlich versagt das Dorf vor dem Gebot der Nächstenliebe. Die sexuelle Sittlichkeit unterscheidet sich grundsätzlich nicht mehr von der der Großstadt.
Die Wiedergewinnung des Landvolkes für ein wirkliches Christentum muß beginnen mit der Entlarvung der Selbstgerechtigkeit, in der die katholische Landbevölkerung befangen ist. Außerdem muß die religiöse Passivität überwunden werden. Das katholische Landvolk ist eine Riesenarmee, aber eine, die nicht kämpft!
Die moderne Landseelsorge muß landgemäß sein. Sie darf die übermächtige Wirkung des Milieus auf den durchschnittlichen Dorfbewohner nicht verkennen. Sie muß die Dorföffentlichkeit, das Wirtshaus, das Rathaus, das Schulhaus und die Milchabgabestelle mit christlichem Geist erfüllen. Denn dort wird der Dorfbewohner geistig bestimmt und geformt. Sie darf das Brauchtum nicht vernachlässigen, von dem der Mensch des Dorfes lebt. Freilich darf die Seelsorge auch nicht zur „Brauchtumsverweserin" werden. Es muß gelingen, die deistische Bauernreligion in eine christozentrische Frömmigkeit zu verwandeln. Die Mitwirkung der Laien, die an entscheidenden Stellen im Dorf das Wort führen, ist unersetzlich. Ihnen ist Beachtung zu schenken und religiöse Schulung zu widmen. Auch auf dem Dorf ist die Frage der sozialen Neuordnung von ausschlaggebender Bedeutung. Jetzt nach dem Kriege ist die soziale Struktur unserer Dörfer ungesund. Der soziale Gegensatz zwischen wohlhabenden Bauern und der übrigen Bevölkerung ist vielfach krasser als in der Stadt. Das Referat mündete aus in verschiedene Forderungen, wie die nach Priestergemeinschaften, wodurch der Priestermangel und die geistige Isolierung der Dorfpfarrer überwunden würde, nach Intensivierung der Mitarbeit der Laien, nach sozialen Reformen und nicht zuletzt nach einer katholischen Literatur für das Landvolk, die zur Zeit fast gar nicht vorhanden ist.

Das Industrievolk

Am nächsten Tag zeichnete *Vikar Adolf Kockerols,* Gelsenkirchen-Buer, ein Bild von der religiösen Lage der Industriearbeiter. Er traf eine bemerkenswerte Feststellung: „Die Religion ist nicht, wie üblicherweise angenommen wird, die am meisten angegriffene Wertsphäre, im Gegenteil, sie steht in der Angriffsskala am niedrigsten." Allerdings hat das eine betrübende Ursache: Die Religion hat dem Industriearbeiter überhaupt nichts mehr zu sagen. Er ist beherrscht von politischen und wirtschaftlichen Interessen. Auch seine Vorurteile gegen die Religion sind nicht religiös oder intellektuell, sondern sozial motiviert. Nicht den Grundwahrheiten des Christentums, sondern dem sozialen Erscheinungsbild der Kirche gilt der Widerspruch. Die Argumente selbst entlehnt die Arbeiterschaft vielfach der Vorstellungswelt des Industriebürgertums. Diese Gesellschaftsschicht darf bei der Gestaltung der Industrieseelsorge nicht unbeachtet bleiben.
Für die Wiedergewinnung der Industriearbeiterschaft stellte der Referent eine Reihe von Gesichtspunkten heraus: Die Industriepfarreien dürften nicht zu umfangreich sein. Sie sollten sich an die tridentinische Norm halten und nicht mehr als 1500 Seelen zählen. Neu zu bauende Kirchen sollten in Größe und Anlage der Gemeinde entsprechen. Sie sollten im Mittelpunkt der Wohnkolonien stehen. Die Industrieseelsorge selbst muß der sozialen Frage die größte Beachtung schenken, und tätige Bemühungen um soziale Gerechtigkeit erkennen lassen. Nicht Caritas, sondern soziale Gerechtigkeit fordert der Arbeiter zu allererst. Dazu bedarf es einer gründlichen sozialen Schulung der Seelsorger.
Die Glaubensverkündigung an die Industriearbeiter muß ihr Milieu, ihre Vorstellungen, ihren Geist vor Augen haben. Der Prediger muß die „Industriesprache" reden.
In der Diskussion wurde hauptsächlich über den Einsatz der Laienhelfer in der Industrieseelsorge gesprochen. Die Frage, ob sie eine besondere kirchliche Weihe haben sollten, wurde verschieden beantwortet. Ebenso wichtig wie hauptamtliche „Diakone" seien die seelsorglichen Vertrauensleute in den Betrieben. Den Laienaposteln müßte eine große Selbständigkeit gelassen werden.

Theologische Zusammenfassung

In seinem Schlußreferat faßte *Professor Pascher* die Arbeiten des Ausschusses unter dem Thema: „Verantwortung der christlichen Gemeinde" zusammen und suchte die Träger und den Umfang dieser Verantwortung vom Dogma her zu bestimmen. Träger der Verantwortung ist jeder Gläubige als Gliedpersönlichkeit der sichtbaren kirchlichen Gemeinschaft. Diese Verantwortung wird besonders in außerordentlichen Notzeiten aufgerufen und ist nicht nur auf die eigene Gemeinde oder Diözese beschränkt. „Es ist höchste Zeit, daß in die Gewissensbildung der ganzen Gemeinde das Bewußtsein dieser Verantwortung eingeht."
Priester und Laien sind aufeinander bezogen. „Wir brauchen einen Priester, der sich nicht bloß als Vater sorgend mit seinen Gläubigen verbunden weiß, sondern sie als Mitträger seiner Aufgabe und Verantwortung würdigt und praktisch zuläßt." Hier zeichnet sich eine besondere Aufgabe der Priestererziehung ab. Allerdings ist die Erziehung der Gemeinde zu sittlicher Gesamtverantwortung für das Reich Gottes noch weit schwieriger. Aber von ihr hängt die Wirksamkeit katholischer Aktion ab, die ja nicht nur von einigen wenigen Gemeindemitgliedern gemacht werden kann.
Im Mittelpunkt dieser Verantwortung stehen Eucharistie und Gottesdienst. Es muß allen bewußt werden, daß sie die Quelle des Lebens sind. Von hier aus sind die Christen, ganz besonders die Laien, in die Welt gesendet. Besonders vordringlich ist die Sorge um die Diaspora, um die Weltmission, die Deutschland trotz seiner eigenen Not nicht vergessen darf, und die Wiedervereinigung im Glauben.

Arbeitsgemeinschaft 2

Soziale Fragen

Dem Ausschuß war die Beratung dreier Themen aufgegeben: das Flüchtlingselend, die Grundlagen einer neuen sozialen Betriebsverfassung und die Ursachen der Vertrauenskrise zwischen Arbeiterschaft und Kirche. Jedes dieser Probleme hätte allein die Aufmerksamkeit der Versammelten vollauf in Anspruch nehmen können, so mußten die Diskussionen notwendig in einer gewissen Allgemeinheit bleiben.
Geistlicher Rat *Georg Goebel,* Lippstadt, selbst ein Ostvertriebener, umriß die Lage, die sich in dem Wort

Flüchtlingselend verbirgt. Es ist nicht nur, ja nicht einmal im wesentlichen materieller Natur. Es handelt sich vielmehr um die Entwurzelung von Millionen Menschen und die Schwierigkeit, irgendwo neue Wurzel zu fassen. Die Möglichkeiten, das Elend zu beheben, scheinen gering: Hemmnisse und Hindernisse sind einmal materieller Natur; zu viele Menschen auf zu engem Raum; sie liegen ferner in der geringen Kenntnis der Ostprobleme im Westen und nicht zuletzt im Fehlen des guten Willens. Die Auswirkungen unter den Heimatvertriebenen sind tief und aufwühlend. In dem Vorgang der Vertreibung und vielfach auch in den ersten Phasen der Aufnahme sind die einfachsten Grundsätze der Menschenwürde mißachtet worden. Das Volksbewußtsein ist enttäuscht, die Folge davon sind Ansätze eines ostdeutschen Separatismus, — man spielt mit dem Gedanken einer autonomen ostdeutschen Union —, Ansätze radikalsozialistischer Ideen vor allem aus den Kreisen der Intelligenz, die außer dem Verlust der Heimat noch die Degradation in ihrem Beruf und Lebensstandard zu tragen haben. Massenpsychosen treten auf, auch ganz unsinnige Parolen werden befolgt, man zieht sich auf die eigenen Kreise zurück. Das Christentum ist erschüttert, im positiven Sinne einer Vertiefung unter der Not der russischen Soldateska, negativ im Sinne eines zunächst erstaunten Fragens, dann Abwendens durch das Verhalten der katholischen Polen samt ihrer Priester, die dem russischen Heere nachfolgten, und durch das Unverständnis und die Hartherzigkeit christlicher Kreise des Westens. Zweifel entstehen an den Möglichkeiten der Völkerversöhnung und der Ernsthaftigkeit der Bemühungen um einen wirklichen Frieden.

Das Flüchtlingselend, so meinte Goebel, ist nicht nur eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes, sondern die Schicksalsfrage. In den Heimatvertriebenen steht eine geballte Macht da, sie stößt trotz Organisationsverboten in den sozialen und politischen Raum vor. Um die geistige Führung dieser Macht wird heftig gerungen.

Aus der Lage werden folgende Forderungen gezogen: ein menschenwürdiges Dasein für alle, Auflösung der Massenlager, sowohl als Unterkunft für Familien wie als einzig mögliche Wohnstatt für heimatlose Rückkehrer aus dem Krieg; Existenzzusicherung für diejenigen, die nicht mehr arbeitsfähig sind, durch Renten, vor allem aber die Schaffung von Arbeitsplätzen für alle Arbeitsfähigen, damit wieder der normale Unterhalt der Familie möglich wird. Das Recht auf das Ostland, das in jahrhundertelanger friedlicher Arbeit Besitz wurde, muß laut und deutlich nach allen Seiten immer wieder betont werden, die Gegensätze zwischen Ost und West müssen überbrückt werden, die führenden Menschen unter den Heimatvertriebenen sind in den entscheidenden Gremien an der Verantwortung für Gesamtdeutschland zu beteiligen.

Die Diskussion versuchte Wege zu suchen, wie dem Elend gesteuert werden könne. Es ist klar, daß es sich dabei nicht um caritative Hilfe, sondern um Institutionsänderungen handeln muß. Fragen der Siedlung, der Wohnungsbeschaffung, des Lastenausgleiches wurden angegangen, ohne daß daraus endgültige Empfehlungen gefunden werden konnten.

In seinem Referat über die Ursachen der Vertrauenskrise zwischen Arbeiterschaft und Kirche zeigte Stadtpfarrer *Dr. Mulert*, München, den äußeren Verlauf der Spannungsverhältnisse vom 19. Jahrhundert her auf und versuchte den inneren Gründen nachzugehen. Ursachen der Krise sind die Vermischung der Arbeiterbewegung mit Putschismus, Verbindung der Arbeiterbewegung mit dem Liberalismus, mit dem Freidenkertum auf der einen Seite, die Verquickung von Kirche mit staatlicher Autorität, mit Kapitalismus und Bourgeoisie, mit der bestehenden wirtschaftlichen Ordnung auf der anderen, Trennung von Moral und Wirtschaft, Moral und Politik, Religion und Alltag. Fehler wurden begangen von seiten der Sozialisten: der Angriff auf das Eigentum als solches, die Hervorkehrung von Klassenkampf und Klassenhaß, das Spielen mit Revolution und Diktatur und der messianische Traum von der Gleichheit aller Menschen. Fehler wurden gemacht von seiten der Christen: eine apologetische Haltung gegenüber der Arbeiterschaft, Angst um die Kirche, Vorliebe für das Bestehende, Angst vor dem Werdenden, kausales statt teleologisches Denken, Vorliebe für die Caritas, Hervorkehren der Gesinnungsänderung statt der Institutionsänderung als Heilmittel. Die Kirche steht zu sehr unter dem Prinzip des „Rette deine Seele" statt unter dem „Heimholen der Welt zu Christus". Landrat *Even*, Bergheim-Erft, versuchte von der Arbeiterseite her diese Mißtrauenskrise zu begründen: zu spätes Erkennen der Auswirkung des Kapitalismus von seiten der Kirche, ein einseitiger Eigentumsbegriff, Verweis aus diesem Jammertal auf das Jenseits, das schlechte Beispiel des reichen Christen im Lebensgenuß, Disharmonie zwischen Sonntag und Alltag, stillschweigende Duldung der Unterbewertung der Arbeit, Überbetonung des nur sakralen Christentums.

Die Lösung der Vertrauenskrise wurde gesehen in einer notwendigen Wandlung auf beiden Seiten. Von seiten der Kirche ein offenes Bekenntnis zur Arbeiterbewegung, nicht nur einer Spezialseelsorge, eine echte Mitbeteiligung der katholischen Kreise im Kampf um eine neue Ordnung, auf seiten der Arbeiter das Streben zur sozialen Mündigkeit, Mut zur Verantwortung und zur nüchternen Wahrheit. Damit tauchte die Frage der Bildung auf. Gefordert wurden — ein typisches Zeichen der Zeit — klare Richtlinien über die Stellung der Kirche in den sozialen Fragen, ein sozialer Katechismus. *P. Gundlach* SJ wies dagegen mit Recht darauf hin, daß es nicht Aufgabe des Lehramtes der Kirche sein könne, autoritativ den Lösungsversuch der sozialen Fragen zu geben. Die actio catholica sei eine Bewegung der Gläubigen, Aufgabe der Gläubigen sei, die sozialen Fragen, die sich ständig neu stellen, den jeweils notwendigen Lösungen zuzuführen. Dabei sei allerdings eine relativ gute Statik besser als ein schrankenloser Dynamismus. Erschütternd war der Ruf eines Pfarrers aus Thüringen: das ständig wachsende Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen die Politik der SED schafft ein Vakuum, in das mit den christlichen Grundsätzen hineinzustoßen weder Menschen — die Besten versuchen, die Ostzone zu verlassen — noch Unterrichtungs-Material vorhanden sind. Die Bildung besonderer christlicher Gewerkschaften wurde von den meisten abgelehnt, dagegen die Wiederbelebung des Volksvereins für das katholische Deutschland diskutiert, Kettelerwerk und Lagerwerk meldeten ihre Arbeit an. Dagegen fehlte in diesem Kreis die christliche Arbeiterjugend. Es wurde von der Gründung eines Bundes katholischer Unternehmer Mitteilung gemacht, der die Möglichkeiten einer christlich fundierten Wirtschaftsverfassung studieren und Katholiken zur aktiven Arbeit in den Wirtschaftsorganisationen verpflichten will.

Ein Teil der Teilnehmer hatte das Gefühl, daß über diesem Teil der Verhandlungen ein Hauch von Vergangenheit schwebte. Man sprach von dem Arbeiter und machte sich nicht bewußt, daß auch die Arbeiterschaft in sich seit dem 19. Jahrhundert einen weiten Weg zurückgelegt hat. Was Seelsorge und Organisationen erfassen, stammt aus dem Teil der Handarbeiter, die ihren Standort innerhalb des Volksganzen einigermaßen gefunden haben, die in ihrem Lebensstandard und auch in ihrer religiösen Haltung sich kaum von dem Gros der Angestellten und unteren Beamten unterscheiden. Aus dieser Schicht und Denkweise heraus kamen auch die Vertreter der Arbeiterschaft. Das verstellte den Blick auf die große Schicht der weiterhin ein proletarisches Dasein Führenden: der Gelegenheitsarbeiter in den stehengebliebenen Resten der Altstädte, in den Mietskasernen, am Stadtrand, der Landarbeiter in den Schnitterkasernen und armseligen Kotten, der in die Hunderttausende gehende Masse in den Werkarbeiterlagern, für die der Krieg eigentlich noch nicht aufgehört hat. Sie fanden keinen Sprecher, keinen, der mit echtem Charisma ihre Not herausschrie.

Aus diesem Gefühl, daß die reale Lage nicht ganz erfaßt worden, daß es vielmehr notwendig sei, aus den Kategorien des 19. Jahrhunderts in die des 20. Jahrhunderts umzudenken, erfolgte ein Vorschlag, der dann allerdings nicht weiter verfolgt wurde: die Schaffung von Sozialinstituten, die die soziale Lage nüchtern analysieren, aus dieser Kenntnis heraus Lösungsversuche erarbeiten und sie den Menschen an der Front vermitteln könnten.

In einem Bereich, den Forderungen und Grundlagen einer sozialen Betriebsverfassung, wurde diese Aufgabe vom Ausschuß selbst angepackt. In weitausholenden Darlegungen legte Professor *Guido Fischer*, München, den Grund und zeigte einzelne erprobte Modellversuche auf. Wichtig war der Hinweis auf die Differenziertheit des gewerblichen Lebens, ferner darauf, daß man bei den bisherigen Lösungsversuchen zu einseitig nur an Großbetriebe gedacht hat, während doch 90% der industriellen Arbeitsplätze in anderen Betriebsformen stecken. Entscheidend für die Diskussion waren die Hinweise *P. Gundlachs* auf ein systematisches Durchdenken der Grundlagen. Der Betrieb kann nicht als eine Einheit gesehen werden, wie es der Institutionalismus in Frankreich will, sondern nur die Volkswirtschaft als Ganzes dient dem Gemeinwohl und kann infolgedessen eine öffentlich rechtliche Stellung beanspruchen. Deshalb ist auch das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters nicht aus seiner Zugehörigkeit zum Betrieb, der Dreingabe seiner Arbeitskraft zu begründen. Wichtiger als die Mitbestimmung im einzelnen Betrieb ist die Schaffung von umfassenderen Institutionen, in denen der Wirtschaftzweig, Unternehmer, Angestellte und Arbeiter in Selbstverwaltung grundsätzliche Angelegenheiten regeln.

Alle Probleme des Ausschusses Soziale Frage konnten nicht ausgetragen werden. Dafür war der Kreis zu groß und die Zeit zu knapp. Es ist zu hoffen, daß die mannigfachen Ansatzpunkte weiter verfolgt und in der Alltagsarbeit der Theorie und Praxis gefördert werden.

Arbeitsgemeinschaft 3

Not und Nothilfe

Die erste Sitzung eröffnete Caritasdirektor Msgr. *Baumgärtner*, Stuttgart, mit einem Referat über „Überwindung der Nachkriegsnot durch die Kraft christlicher Liebe". Die katholische Liebestätigkeit hat nach dem Kriege die äußersten Anstrengungen gemacht, um der Not zu begegnen. Sie hat Kindergärten und Altersheime geschaffen, in der Flüchtlingsbetreuung, Bahnhofsmission, den Fürsorgevereinen, im Kampf gegen die Unsittlichkeit und auf dem Gebiet der Süchtigenfürsorge gearbeitet, Sammlungen veranstaltet, die große Sach- und Geldwerte ergeben haben, für die Mitgliedschaft im Caritasverband geworben und die Auslandshilfe alarmiert. Auch nach der Währungsreform hat sich bereits die Stärke der Caritas erwiesen, wenn man daran denkt, daß in Nordwürttemberg-Baden für das Hilfswerk Berlin 200 000 DM und für das Hilfswerk Ludwigshafen 300 000 DM gesammelt wurden. Aber gegenüber der großen Not ist alle Hilfe und alle Caritasbegeisterung zu klein. Gegenüber dieser Not, die sich heute besonders als Wohnungsnot und Geldnot offenbart, muß die christliche Nächstenliebe, damit sie ihre Kraft bewahrt, auf den letzten Fundamenten des Glaubens fundiert werden. Caritas ist die in die Tätigkeit überführte Seinsform der Gnade, das Christsein der tiefste Grund der Caritas. Ein Christ kann nicht ohne Liebe sein, weil er sonst nicht mehr Christ wäre. Die Erziehung zur Liebe ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der Pfarrseelsorge. Diese Erziehung zur Liebe muß Gegenstand der ordentlichen und nicht der außerordentlichen Seelsorge sein. Die Pfarrcaritas muß die Formkraft der Liebe bilden, aus der dann die vielen Werke der Caritas hervorgehen.

Praktische Konsequenzen:

1. Der Christ muß aus eigener Verantwortung zur Caritasinitiative kommen. Er ist der Träger der Liebe, also auch der Zeuge der Liebe.
2. Die persönlichen Beziehungen der Nachbarschaft sind zu pflegen.
3. In jeder Pfarrei müssen Helfer und Helferinnen sein, die sich ehrenamtlich der Caritas widmen.
4. Alle caritativen Vereine müssen sich im Pfarrcaritasausschuß zusammenfinden. Es muß ein Aktionsausschuß entstehen, von dem die Initiative zur Behebung der Not ausgeht.
5. Äußeren Ausdruck findet die Caritasgesinnung und Hilfe in der Mitgliedschaft beim Caritasverband. Hier muß die Zahl der Mitglieder noch vermehrt werden.
6. Neben der pfarrlichen Caritas muß auch die überpfarrliche Caritas gesehen werden. Das Leid macht nicht Halt an der Grenze der Pfarrei und der Diözese. Das gesamte große deutsche Caritaswerk muß unter allen Umständen gehalten werden.

Das zweite Referat hielt Erzpriester Geistlicher Rat *Lettau*, Vinsebeck, über die „Not als Anruf Gottes".

Daß Gott durch die Not zum Menschen spricht, war gläubige Überzeugung bereits im Alten Testament. Das Christentum hat diese Wahrheit geadelt durch die Lehre vom Kreuz. Die Not offenbart sich heute in der Gestalt der Flucht: Flucht verstanden nicht nur im wörtlichen Sinn des Flüchtlings, sondern im Losgelöstsein der Menschen von den letzten Bindungen, von Familie, von Haus und Hof usw. Der Mensch ist in seiner Flucht vor Gott am Ende angekommen. Als verlorener Sohn muß er zurückkehren. Hört er die Stimme Gottes? Das ist die Bedeutung des Flüchtlings. In ihm spricht Gott zur heutigen Menschheit. Der notleidende Flüchtling wird zu gleicher Zeit der Nothelfer der Zeit, indem er die Menschen aus

ihrer letzten Not zurückruft zu Gott. Am Flüchtling soll die Welt zur Umkehr kommen. Warum geschieht das so wenig? Weil man das Flüchtlingsproblem nicht als Glaubensproblem sieht. Im Flüchtling sollen wir Christus erkennen, und der Flüchtiling soll in sich selbst Christus den Heimatlosen erkennen. Die Flüchtlinge zu dieser Erkenntnis hinzuführen, ist der Sinn der ganzen Flüchtlingsseelsorge. Gerade die heutige Zeit mit ihrem Flüchtlingselend zeigt, daß Caritas nicht aus dem rein menschlichen Bereich, sondern aus der christlichen Auffassung kommen muß. Die Caritas ist geschwunden, wie der Glaube geschwunden ist.

In der Diskussion über diese beiden Referate wurden besonders folgende Punkte berührt: es ist uns nicht gegeben, die ganze materielle und geistige Not zu beheben. Es ist aber schon viel getan, wenn der Sinn dieser Not den Menschen eröffnet wird. In dieser Art kann gar nicht tief genug gearbeitet werden. Bei dieser Begegnung mit der Not sollen sich alle Katholiken, auch wenn sie bei den Sozialverwaltungen oder hauptamtlich bei der Caritas tätig sind, von dem großen Gedanken leiten lassen, daß sie „Menschen" vor sich haben. Die Not der Zeit sollte sich auch in der Kunst, in der Musik, im Schrifttum widerspiegeln, und zwar auch thematisch. Es müßte ein alle ergreifendes Wort gefunden werden, das die Menschen zur Liebe aufruft und begeistert, wie das benediktinische Regelwort, daß der Fremdling wie Christus aufgenommen werden müsse, oder das Wort der Kreuzzüge: „Gott will es". Auch die Herz-Jesu-Verehrung wäre dazu angetan, die Welt von ihrer Kälte zu erlösen. Manche Gedanken der Nothilfe finden wir heute auch bei den Sozialisten, beim Roten Kreuz, bei der Oxford-Bewegung (Caux). Man darf die Initiative aber nicht diesen Organisationen überlassen, sondern muß selbst aktiv sein, z. B. in der Siedlungsfrage. Die Kirche könnte z. B. ein Drittel des erforderlichen Landes zur Verfügung stellen, der Staat das zweite Drittel und die Industrie das dritte Drittel. Die Kraft des Christentums müßte sich auch in einem wirkungsvollen und erfolgreichen Wort an die Industriellen zeigen. Damit die Caritas konkrete Erfolge aufweisen könnte, müßten genaue Jahresprogramme aufgestellt werden. Schließlich dürfe man das Gebet um den Geist der Liebe nicht vergessen.

In den nächsten Referaten zum Thema „Kirche und Jugendliche" skizzierten die Referenten Frl. *Elisabeth Zilken* und *Dr. Franz Wothe,* die Not in dieser Gruppe als Familiennot (das Kind muß zu Hause sein Glück finden; ein unglückliches Kind ist oft ein böses Kind), Freizeitnot (Tanz, Kino, schlechtes Theater, Sport), Leibesnot, Berufsnot, geistige Not (zu wenig Schulen, Mangel an Lehrmitteln), sittliche Not (Alkohol, Nikotin, Pansexualismus usw.). Es wurde unterstrichen, wie wesentlich bei der Erziehung das glaubwürdige Vorbild ist, das aber nur zu oft fehlt. Als Möglichkeiten der Jugendhilfe wurden vier Wege vorgeschlagen:

1. Jugend hilft der Jugend (Appell, dessen Ergebnis nicht überwältigend sein wird).

2. Appell an die Erwachsenen, deren Verständnis geweckt werden muß.

3. Appell an das Gewissen der Welt (die Jugend darf nicht leiden an den Folgen einer Politik, für die sie nicht verantwortlich war).

4. Konzentration aller Kräfte, die für die Erziehung verantwortlich sind (Jugendhilfswerk).

Im Ganzen muß die Jugend familienhafter werden.

In der Diskussion wurde besonders das Verhältnis zwischen Öffentlicher und Freier Fürsorge behandelt. Es wurde gebeten, daß sich wahre Christen viel mehr um die Stellen in der Öffentlichen Fürsorge bewerben. Die Freie Wohlfahrtspflege habe sodann die Pflicht, den katholischen Beamten der Öffentlichen Fürsorge, den Parlamentariern das Rückgrat zu stärken durch Aufmerksammachen auf besondere Notstände und durch Zuführung von gutem Material zur Vorbereitung der Gesetze und Verordnungen. Besonders hervorgehoben wurde, daß die im Westen bestehende Kinder- und Jugendnot im Osten übermenschliche Formen annehme. Es wurde berichtet, daß städtische Jugendämter der Ostzone immer wieder um Plätze in Heimen der Freien Wohlfahrt bitten; aber es gibt dort praktisch keine christlichen Heime mehr. Der Osten dürfe nicht abgeschrieben werden. Man ist dort dankbar für Bücherspenden, um die dortige geistige Not — nicht nur der Jugend — zu lindern. Es wurde berichtet, daß auf Grund von übernommenen Patenschaften durch Sendung von Paketen eine wertvolle Korrespondenz auch mit Jugendlichen der Ostzone eröffnet wurde. Dadurch könne das Gefühl, das im Osten schon verbreitet ist, man sei ganz verlassen, behoben werden. Da es in der Ostzone für die Freie Wohlfahrtspflege sehr schwierig ist, können manche Aufgaben nur auf diese Art und Weise, durch Übernahme von Patenschaften, gelöst werden.

Es wurde verschiedentlich betont, daß gerade für die Kinder- und Jugendfürsorge die Helfer der Caritas gut geschult werden müssen. Da die Jugend das Wertvollste des Volkes sei, dürfe die Jugendfürsorge nicht am Mangel an Geld scheitern. Die Fürsorge darf nicht nur angesehen werden als eine Sache der Helfer und Helferinnen, sondern als ein Herzstück der Kirche und des katholischen Volkes. In der Frage des Arbeitserziehungsgesetzes wurde betont, daß ein solches Gesetz notwendig sei für alle Jungen und Mädchen über 21 Jahre, die trotz aller bestgemeinten Versuche nicht zum Arbeiten zu bringen sind. Es geht nicht an, daß diese arbeitsscheuen Jugendlichen den Staatshaushalt belasten durch die Behandlung der venerischen Krankheiten, die sie sich zuziehen. Leider spielen in dieser Frage parteipolitische Gesichtspunkte eine zu starke Rolle.

Zur Frage der Jugendämter wurde betont, daß der Modellentwurf in der britischen Zone ein Stimmrecht nur für die parlamentarischen Mitglieder vorsieht, nicht aber für die Mitglieder der Kirchen und der Freien Wohlfahrtspflege. Dem müsse schärfstens entgegengetreten werden.

Über die Flüchtlinge und Ausgebombten sprachen *Prälat Kindermann,* Königstein (Ts.), und Caritasdirektor *Stehlin,* Freiburg.

Die Flüchtlinge haben die Heimat und damit die Geborgenheit des Lebens verloren, noch keine neue Heimat und oft keine neue Existenzform gefunden. Es besteht für sie ständig die Gefahr, als Menschen zu versinken.

Die Wohnraumnot ist entsetzlich groß. 5 Prozent wohnt gut, 76 Prozent erträglich, 19 Prozent schlecht. 5 Prozent sind im Besitz von Möbeln und Hausrat, 41 Prozent haben geliehene oder primitive Möbel, 54 Prozent haben nichts.

Praktische Hilfe müßte geleistet werden:

1. Dadurch, daß rechtes Verständnis geweckt wird. Der barmherzige Samaritan „sah ihn". Das ist die große

Sorge der Priester und Seelsorger. Der Einheimische muß wissen, daß der Flüchtling eine Psychose in sich trägt.

2. Der Entwurzelung muß entgegengetreten werden durch Förderung des Einlebens. Die Flüchtlinge dürfen nicht aus der Hoffnung auf Rückkehr leben.

3. Der Not muß gesteuert werden, wo nur immer möglich. Dazu soll der Lastenausgleich aus sozialer Gerechtigkeit, Beschaffung von Wohnraum, Aufbau und Organisation der Selbsthilfe dienen.

Wenn auch die Not der Ausgebombten nicht so groß ist wie die der Flüchtlinge, darf diese Not dennoch nicht vergessen werden. Auch ihnen kann durch materiellen Lastenausgleich geholfen werden. Vor allem muß aber der Not mit christlicher Liebe begegnet werden.

In der Diskussion wurde betont, daß das Stadium der Aufnahme der Flüchtlinge praktisch als abgeschlossen gelten kann, aber nicht die endgültige Unterbringung. Die Eingliederung muß jetzt geschehen. Möglich ist das nur in der persönlichen Beziehung von Mensch zu Mensch. Wenn das Dritte Reich für die Christen eine Bewährung im Glauben bedeutete, so muß die jetzige Zeit eine Bewährung in der Liebe bringen.

Da wir als Christen die Familie betonen, kann das Flüchtlingsproblem nur zur Zufriedenheit gelöst werden durch gleichmäßige Verteilung des Wohnraums. Caritasdirektor *Crivelli*, Luzern, betonte, daß die Wohnungsnot nicht nur in Deutschland herrsche, sondern ein internationales Problem darstelle. Kapitalien für den Wohnungsbau in Deutschland stünden im Ausland bereit, die sofort abgerufen werden könnten, wenn die Frage des Transfers geregelt sei. In Italien sei man auch auf dem Wege der Selbsthilfe ein wenig weiter gekommen, als dort eine Reihe von Menschen ihr 13. Monatsgehalt für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt hätten. *Bischof Dirichs* sah die Grundlage für die Lösung des Flüchtlingsproblems im Wohlwollen der Einheimischen. Sie dürfen die Flüchtlinge nicht als Eindringlinge betrachten. Das ist die Hauptaufgabe der Seelsorger.

Caritasdirektor *Hans Zinke*, Berlin, gab dafür einen Grundgedanken, indem er sagte, wir müßten zu sterben lernen. Der Tod, der für uns eine Losschälung von allem Irdischen bedeutet, muß uns anleiten, freiwillig während der Lebenszeit auf manches zu verzichten zugunsten der Flüchtlinge und Ausgebombten.

Caritasdirektor *Heinrich Höfler*, Freiburg, sprach über „Die Not der Heimkehrer, der Kriegsgefangenen und freien Arbeiter und der Militärgefangenen (Internierten)". Offen muß zugegeben werden, daß die YMCA mehr getan hat für die Kriegsgefangenen als die Caritas. Wenn die YMCA nicht gewesen wäre, wäre bei den englischen Gefangenen vier Jahre lang kein Gottesdienst möglich gewesen. — 1948 soll das letzte Jahr der Heimkehr werden. Bis der letzte Gefangene zurückkommt, gilt es für uns Verbindung zu halten in Gebet, Brief und Denken.

Die Not der Heimkehrer wächst aus der Not der Kriegsgefangenen. Es handelt sich oft um seelisch Kranke. Die Zahl derer, die sich das Leben genommen haben, weil sie es bis zur nahe bevorstehenden Heimkehr nicht aushalten konnten, ist verhältnismäßig groß. Der Heimkehrer müßte in seiner Ehe Genesung finden. Aber 75 Prozent der Ehen der Kriegsgefangenen müsse als zerstört gelten, besonders die Ehen, die im Krieg geschlossen wurden, weil die Partner sich an das Zusammenleben nicht haben gewöhnen können.

Richtlinien für Heimkehrer und Kriegsgefangene müßten von ehemaligen Kriegsgefangenen herausgegeben werden.

Das Problem der Freien Arbeiter ist ebenfalls groß. Sie sind zu finden in Frankreich, England, Belgien, Griechenland, Ägypten und in der Cyrenaika. Das Problem dieser Freien Arbeiter ist leider heute ein politisches Problem geworden. Man will im Ausland nicht, daß diese Menschen von ihrer Heimat, von deutschen Priestern betreut und versorgt werden. Man will lediglich die Assimilierung. Man rechnet heute in Frankreich mit 145 000 Freien Arbeitern, die aus der Kriegsgefangenschaft entlassen wurden, und 85 000, die freiwillig hinübergegangen sind. Dazu kommen die nicht festzustellenden Tausende, die in die Fremdenlegion eingetreten sind. 80 000 Freie Arbeiter rechnet man in England. Dazu kommen jetzt noch viele Mädchen.

Als Forderung stellen wir, daß jeder Freie Arbeiter von seiner Heimatgemeinde betreut wird. Man vergesse dabei nicht die Freien Arbeiter aus der Ostzone, die von dort nicht betreut werden können. Hier öffnet sich ein großes Werk und modernes Apostolat für die Kolpingfamilie, das Männerwerk usw.

Aus christlicher Verantwortung muß protestiert werden gegen Bestimmungen, wie sie z. B. in Belgien gelten, daß fremde Arbeiter nur in Bergwerken arbeiten dürfen. Der Leitgedanke der ganzen Arbeit muß sein: Wenn das irdische Vaterland verloren geht, ist auch meist das himmlische Vaterland verloren.

Die Not der Militärgefangenen ist besonders groß. Es handelt sich hier um Menschen, die unter dem Verdacht stehen, Kriegsverbrecher zu sein und die deshalb verhaftet wurden. Sie führen ein schreckliches Leben, oft ohne jedes gerichtliche Verhör. Hilfe kann diesen Menschen dadurch gegeben werden, daß man Geld sammelt, von dem sie eine Rechtsbeihilfe bei einem bald zu fordernden Prozeß bezahlen können.

Über „Die Not des Alters" referierte Frl. *Dr. Bornitz*, Freiburg. Das Alter hat seine besonderen Nöte. Die Hl. Schrift weist schon darauf hin. Aus der Häufigkeit des Gebotes, das Alter zu ehren, kann man auch schließen, daß dieses Gebot oft verletzt wird. Wenn das Alter schon immer schwer gelebt wurde, so besonders heute. Es handelt sich um Menschen, die meist den ersten Weltkrieg selbst mitgemacht, Söhne und Angehörige im ersten Weltkrieg verloren haben, die Inflation mit ihrer Entwertung über sich ergehen ließen, die schwere Zeit des Dritten Reiches erdulden mußten, die Greuel der Ausbombung im zweiten Weltkrieg erlebten und jetzt zum zweiten Male um ihre Ersparnisse gebracht wurden. Dazu kommen die besonderen Nöte der Nachkriegszeit: Hunger, Mangel an Kleidung und Schuhen, Sorge um vermißte Angehörige. Das alles kommt hinzu zu den in allen Zeiten auftretenden Schwierigkeiten des Alters: der Ichsucht, der übertriebenen Empfindlichkeit, dem oft sich zeigenden Haß.

Wo findet man heute noch den Glanz eines gereiften Lebens? Das müßte doch das Ziel der christlichen Seelsorge sein! Deshalb gilt es — von der Seelsorge her gesehen —, den Wert der Hoffnung, die in die Zukunft weist, besonders zu betonen. Zur Abhilfe der Altersnot werden folgende Hilfen vorgeschlagen: gerechter Lastenausgleich, gut fundierte Altersrenten, Altersheime (neue Heime sind zu schaffen), Erleichterung der Zuzugsgenehmigung für alte Leute zu ihren Verwandten, Erhaltung

der bestehenden Altersheime, Gründung von Siechenheimen. Die Jugend muß mit alten Menschen in Verbindung gebracht werden. Wichtig sind auch der Altentag in den Gemeinden und das freie Helfertum am alten Menschen.
In der Diskussion wurde betont, daß man alte Leute eigentlich nicht einfach an die Armenfürsorge verweisen könne. Deshalb müßten eigene Altersklassen geschaffen werden. Die Pfarrcaritas hat ihre besondere Aufgabe in der Herstellung von Verzeichnissen der alten Leute der Pfarrei, die keine Einnahmen mehr haben. Für diese Leute sollen Patenschaften ausgemacht werden. Ebenso müsse gefordert werden, daß aus dem Lastenausgleich eine Leibrente für alte Leute abgezweigt werde. In der Verkündigung müsse besonders hervorgehoben werden, daß der alte Mensch in die Familie gehöre. Das gelte besonders heute, wo trotz Schaffung von vielen Altersheimen der Platz in diesen bei weitem nicht ausreiche. In den Altersheimen sei darauf zu sehen, daß jeder alte Mensch wenigstens etwas eigenes, wie z. B. einen Schrank oder einen Tisch, für sich allein besitze. Die Jugend solle systematisch zur Arbeit in Altersheimen herangezogen werden (nicht nur zu Weihnachten!). Bei der Einrichtung von Altersheimen solle auch an gebildete Menschen gedacht werden, die oft schwerer in Not seien als andere. Man solle auch nicht verfehlen, den alten Leuten selbst den christlichen Sinn des Alters zu deuten.

Das abschließende Referat hielt Direktor *Wollasch*, Freiburg, über das Thema: „Der christliche Nothelfer".
Der Ausbau der Helferorganisationen darf nicht der Bereitschaft des einzelnen Denkens überlassen werden. Hier muß gedacht, geplant und vorbereitet werden. Die persönlichen Voraussetzungen zum Helfertum müssen da sein. Ein Fehler, der oft gemacht wird, ist der, daß man diese Voraussetzungen unterschätzt. Die Notwendigkeit des qualifizierten Helfers muß dem Volke klar gemacht werden. Es sieht ja auch ein, daß man nicht den Schneider zum Lehrer der Kinder macht, sondern den Lehrer eigens ausbildet.
Eine Caritasarbeit ohne Ordensgenossenschaften ist unmöglich. Im Orden vollzieht sich die Aufgeschlossenheit des ganzen Menschen für Gott und die Liebe. Deshalb müssen wir das ganze deutsche Volk aufrufen, daß es diesem Beruf Söhne und Töchter schenken möge.
Daneben müssen die Organisationen der ehrenamtlichen Helfer stehen. Hier ist viel Geduld am Platze. Neben die Ordensleute und die ehrenamtlichen Helfer treten heute der berufliche Helfer und die berufliche Helferin. Das Verständnis für diese berufliche Arbeit der Fürsorgerin, der Caritas- und Seelsorgshelferin muß heute noch vielfach geweckt werden. Alle diese Gruppen sollen leuchtende Transparente der natürlichen und übernatürlichen Kraft der Liebe sein.

Arbeitsgemeinschaft 4

Ehe und Familie

Die Bemerkung, mit der der Arbeitskreis eröffnet wurde, daß er gleichsam das Herzstück aller Besprechungen des Katholikentages bilde, war nicht nur ein rhetorischer Superlativ. Daß die Teilnehmerschaft sich aus allen deutschen Gebieten zusammengefunden hatte, bildete eine der Voraussetzungen, die den Austausch fruchtbar machten. Die Spannweite war gegeben durch die Teilnahme von Mann und Frau, wobei der Mann in der Überzeugung kam, die Familie gebe ihm die Möglichkeit, aus der Tiefe des Menschlichen zu leben, die Frau in der Erkenntnis, daß die Familie neue Relationen zum Bereich des Öffentlichen gewinnen müsse; die von Adel und Arbeiter, wobei der eine gleichsam das Symbol der verlorenen und wieder zu gewinnenden Geschlechtertiefe der Familie war, der andere jenen Zug einer entschlossenen Einfachheit kennzeichnete, ohne den die Familie heute nicht Bestand haben kann; schließlich der des Akademikers, dessen Familie vom Geist her geformt ist und des Bauern, der noch das hohe Gut der Bodenständigkeit für die Familie besitzt. Allen oder fast allen war es dabei deutlich, ein neues Zielbild gültigen Familienseins müsse aus den Gegebenheiten unserer Lage geformt werden, und dies sei nicht nur möglich, sondern könne auch wirklich gegen widerstrebende Kräfte ermöglicht werden. Neben diesen natürlichen Dimensionen darf aber auch die aus der Übernatur nicht unbeachtet bleiben, durch die dem Ganzen eine neue und andersartige Tiefe gegeben war. Alle kirchlichen Stände betrachteten das hohe Gut der Familie als ihr Anliegen, Laien, Ordensleute, Priester und Bischöfe.
Der geschichtliche Moment in der Haltung zur Familie, wie er durch die Mainzer Begegnung festgehalten und hervorgehoben wurde, muß von zwei Tatsachen her begriffen werden. Da ist einmal die erschütternde Gegenwartslage der deutschen Familie in fast allen ihren Erscheinungsweisen, dann aber auch das ebenso lebensverbundene wie innerliche Streben zur gültigen Verwirklichung von Familie, wie es sich trotz aller äußerlich sichtbaren und durch Rechnung erfaßbaren Auflösungserscheinungen in stets wachsendem Maße geltend macht und durch seine Qualität heute schon der eigentlich beachtenswerte Vorgang ist. Vor drei Jahrzehnten, nach dem ersten Weltkriege, hat er eingesetzt. Die Erhebung des Festes von der heiligen Familie zum allgemeinen kirchlichen Feiertag durch Benedikt XV. im Jahre 1921 hat in der ersten Phase diese Entwicklung ermutigt und belebt. Durch die Enzyklika „Casti conubii" vom Jahre 1931 gewann sie dann neue besondere Vehemenz. Der Mainzer Arbeitskreis hob die starken Impulse, die von ihr für die innere Bewältigung von Ehe und Familie ausgegangen sind, erstmalig ins allgemeine Bewußtsein. Der Wille, die Familie aus der willkürlichen Bevormundung der organisierten Lebensmächte zu befreien und sie als selbständiges Sozialgebilde neu zu begründen, ist so entschlossen, daß Vorschläge zur sozialen Frage, die davon absehen, nicht mehr als geschichtlich relevant gewertet werden können, es sei denn, man tendiere zum Kollektivismus. Um diese neue Wertung der Familie vom Staatlichen und Wirtschaftlichen her ging es in dem ersten Referat „Die politischen und ökonomischen Lebensbedingungen der Familie im deutschen Lebensraum", in dem Regierungsdirektor *Dr. Paul Jostock* in einem induktiven Vorgehen alle Daten ausbreitete, denen zum Trotz die Neuformung der Familie und die Neuorientierung zur Familie erfolgen müsse.
Die Entleerung der Familie von ihren wirtschaftlichen und sozialen Funktionen, die Gefährdung ihrer Lebensbedingungen, das Schwinden ihrer Einschätzung als selbständiges Sozialgebilde im Bewußtsein des Einzelnen und des Staates wurden eindrucksvoll mit Zahlen belegt.

Es trat klar hervor, daß die Auflösung des Familienbestandes, wie sie sich auch in der Familiengesetzgebung gerade in den letzten Jahrzehnten nachweisen läßt, bereits überall zur Zerstörung der Grundlage des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens führte. Insbesondere wurde der Unheilskreis „Ehescheidung — leichtfertige Heirat — vermehrte Ehescheidung" und die wechselseitige Verkoppelung der auflösenden Tendenzen „Neigung zur Ehescheidung — Abneigung gegen das Kind" und ebenso der überaschend scharfe Absturz des sittlichen Empfindens bei einmal vorgenommener unterschiedlicher Bewertung des geborenen und ungeborenen Lebens deutlich.

Das Referat mündete in folgende Forderungen: 1. Sicherung des Familienzusammenhanges durch sinnvolle Regelung und entschlossene Handhabung des Zuzugsrechtes und der anderen einschlägigen Bestimmungen, 2. Schutz der Festigkeit der Ehe in der Gesetzgebung, 3. Durchsetzung des sozialpädagogischen Prinzips, daß die Familie in der Öffentlichkeit ihre Eigenständigkeit gewinne und von bürokratischer Bevormundung, durch die sie zur Zeit tyrannisiert werde, zu befreien sei.

Der zweite Vortrag, von Direktor *Hans Wollasch,* Freiburg i. Br., handelte von der „Stellung der Familie in der Kirche und im heutigen kirchlichen Bewußtsein". Das Referat beschränkte sich nicht darauf, die Herrlichkeit der christlichen Ehe und Familie, wie sie durch die Sakramentalität begründet ist, von neuem aufzuzeigen; es stellte vor allem den Stand und den Schwierigkeitsgrad der Verwirklichung von Ehe und Familie durch den Christen von heute fest. Die zeitlose Gültigkeit der christlichen Ehelehre muß vom heutigen Menschen in ihrer erlösenden Kraft begriffen und erlebt werden können. Hier gilt es zunächst, das eingewurzelte Gefühl der Fremdheit, ja Gegensätzlichkeit des natürlichen Inhalts von Ehe und Familie zu dem übernatürlichen Bereich im christlichen Bewußtsein zu beheben.

Die mangelnde oder mangelhafte anthropologische Bewältigung des Leiblichen und Geschlechtlichen in der theologischen Tradition, deren zeitgeschichtliche Ursachen mit sorgfältiger Unterscheidung aufgedeckt wurden, trug zur Entstehung einer leibfeindlichen und unfreien Haltung in Aszese, Pastoral und christlichem Volksbewußtsein bei. Die bedauerlichste Folge davon war die ungebührliche, ja oft ausschließliche Zentrierung der Ehefragen um das Geschlechtliche, so daß der Blick auf die Ganzheit der mitmenschlichen Beziehungen verloren ging. Die sachlich begründete Unterstreichung der Prokreation als finis primarius mußte in dem Augenblick, da sie eine Rechtfertigung der in sich verfehlt empfundenen Geschlechtsbeziehung zu geben versuchte, zu einer Unterbewertung der mitmenschlichen Sinngehalte der Ehe führen.

Dabei machte das Referat klar, daß die Überbetonung des finis primarius in der mittelalterlichen Theologie nicht gegen ein anthropologisch richtiges Menschenbild gerichtet ist, das ihr nicht voll erschließbar war, sondern gegen die (praktisch immer wieder mögliche aber mit der menschlichen Angelegenheit nicht grundsätzlich gleichzusetzende) Hybris, die den Menschen zum souveränen Maß seines Lebens macht und die im geschlechtlichen Bereich auf den individuellen Lustgewinn tendiert.

Aus der Natur der Ehe ergibt sich zwingend die natürliche Hinordnung der Ehe und des Ehevollzugs auf das Kind. Je verderbter nun die menschlichen Beziehungen der Eheleute erfahren oder gesehen werden, desto stärker wurde der Zweck des Kindes gesetzt, um die Ehe überhaupt menschlich rechtfertigen zu können. Indem diese Ehelehre sich aber mit einem solch defizienten Bild des menschlichen Beziehungsgefüges Ehe begnügte, blieb nur übrig, den Zweck der Kindererzeugung als positives Gebot einzuschärfen, ohne daß es auf einem menschlich natürlichen Fundament aufruhte. Um nichts anderes geht es heute, als dieses Fundament zu legen oder zu festigen.

Die einseitig sexologische Auffassung der Ehe muß durch eine personelle abgelöst werden. Man wird der Familie nicht gerecht, wenn man ihr Konstituens, die eigentümliche Beziehung zwischen Mann und Frau, überspringt. Erst die Ausreifung dieser Beziehung ermöglicht die reife Entfaltung der in ihr enthaltenen Elternschaft. Wenn zumal in der qualvollen Bedrängnis unserer Zeit der finis primarius der Ehe erreicht werden soll, dann nur durch die volle menschliche Erfüllung des Liebesauftrags und der Liebessehnsucht, die auch heute noch ein echter Bestand des Lebens sind. Das Referat schloß mit einer Beschreibung der Wesenszüge ehelicher Liebe und ihres inneren Zusammenhangs mit elterlicher Liebe und zeigte die Bedeutung der Sakramentsgnade von Ehe und Taufe für ihr Sein und ihre Läuterung. Die Kultivierung dieser Liebe muß heute mehr denn je von der Kirche als Aufgabe empfunden werden.

Exzellenz Universitätsprofessor *Wilhelm Schmidt* SVD., Fribourg, gab in der Diskussion eine interessante ethnologische Perspektive.

In innerer Zusammengehörigkeit mit diesen Fragen stand das Referat von Prälat *Dr. Klaus Mund,* Aachen: „Der Auftrag des Seelsorgers in der heutigen Situation der Familie". Im Gedanken an das Wort Pius XI., daß auf unserem Gebiet die bisherige Pastoraltheologie nicht mehr genüge, und im Gehorsam gegen seinen Wunsch, die Wahrheit über Ehe und Familie so eindringlich darzubieten, daß sie den Verstand gefangen nähme und bis ins Herzensinnere hineindringe, sieht Mund ein noch weithin unbeackertes Feld vor sich. Man denke an die Gestaltung des lebenskundlichen Unterrichts im letzten Jahr der Volksschule, an den Berufsschulunterricht, an die Aufgaben des Jugendseelsorgers in der Ehe- und Familienerziehung, an die Meisterung der Jugendbeicht, an die Gemeinschaftsarbeit und die geselligen Begegnungen zwischen Jungmännern und Jungfrauen auf dem Boden der Pfarrgemeinde.

Doch anstatt den ganzen Komplex einer Ehe- und Familienpädagogik in einer Stunde zu entrollen, beschränkte Mund sich auf die Erörterung einer Schlüsselstellung: die Brautleute-Seelsorge. Der Seelsorger muß anders als bisher für diese Aufgabe vorgebildet werden. Von den Moraltheologen erhofft Mund daher, daß sie, fußend auf der Sexualpädagogik des hl. Thomas, in mancher Hinsicht „revolutionär" auf die Pastoralpraxis wirken werden, wenn sie insbesondere die Gemeinschaftsverpflichtung des 6. Gebotes ganz klar herausarbeiten.

Pastoraltheologisch fordert er das „Ehe-Seminar" neben dem Priester-Seminar. Der Brautunterricht um 5 Minuten vor 12 Uhr reiche nicht hin. Es brauche einen lebendigen Kontakt des Seelsorgers mit Liebenden: auf der Straße, im Sprechzimmer, im Beichtstuhl, im pfarramtlichen Brautunterricht, im Brautleutekurs.

Inwiefern kann nun die Erneuerung der Familie dazu beitragen, uns eine menschlichere Zukunft zu schaffen? Die Antwort auf diese Frage gab in einer kulturtheologisch und volkskundlich erarbeiteten Betrachtung, „Familienhaftigkeit als Aufgabe der Familie" *Dr. Erich Reisch*, Freiburg i. Br., aus der festen, in einer 25jährigen Tätigkeit gewonnenen Zuversicht, daß ein reicher Fundus wirksamen Familiensinns allenthalben noch vorhanden ist. Unsere zerstörten Häuser bedeuten nicht die Zerstörung der Familie, wenn wir ihren vollen Sinn aus der Mitte der christlichen Person in Christus wiederfinden. Es gilt die Familienhaftigkeit des Menschen, die ihm als metaphysischer Wesenszug eignet und die zugleich ein hoher Vorzug seiner Person ist, duch die ganze Art, wie Familie leibt und lebt, als eine Dominante seines Menschseins hervortreten zu lassen. Denn als Sozialwesen ist der Mensch zuerst und zutiefst Familienwesen. Der Familienhaftigkeit genügt es nicht, daß Menschen in der Familie leben wollen, sondern sie erstrebt, daß Menschen Familie leben. Familienhaftigkeit bejaht Familie als Urwirklichkeit einer vollen Lebensentfaltung und letzter Lebenserfahrung. Familie ist wahrhaft Welt, Welt im Kleinen, ist ein Sein mit Körper, Seele und Geist und also in Leibhaftigkeit, Gemüthaftigkeit, Tugendhaftigkeit und Vertrautheit mit den Dingen, die in ihrer Sinntiefe erkannt und nicht lediglich funktional genommen werden. Von hier will das Heim „sakramentlich" werden, Weihe empfangen und im religiösen Hausgut seine Krönung finden. Die Vielfalt mitmenschlicher Beziehungen in der Einzelfamilie, aber auch die Beziehungsfülle der Gesamtfamilie muß gewahrt und innerlich ausgeprägt werden, die Familie überdies offen sein für jene, die in ihren Bannkreis treten, nicht zuletzt für die Armen, die Heilsuchenden, die Alleinstehenden. Wichtiger als der äußere Wohlstand der Familie ist der innere „Wohlbestand" (Kolping). Auch in der winterlich engen Wohnküche und in der arm und schmal gewordenen Wohnung kann er noch verwirklicht werden und ist er verwirklicht worden. Auch inmitten von Not und Leid behält die Familie Zugang zum Idyllischen, sie ist freilich auch immer unablösbar vom Tragischen. In Familiengemeinschaft leben heißt, mit seinem Herzen dem Schicksal vielfach ausgeliefert sein. Das ist nur überwindbar, wenn das Kreuz Christi in diese Wirklichkeit hineinragt. Es ist wichtig, daß Familie wieder im Boden gründet, wichtiger aber, daß sie in Christus, in seinem Frieden und in seiner Gnade fest gegründet sei. Darin, daß sie Kirche im Kleinen, Haus Gottes und Pforte des Himmels wird, findet Familie sich im Letzten wieder, darin liegt ihre höchste Ehre.

Den fraulichen Pol in dieser Besinnung bildeten die Darlegungen von Frau *Minna Schuhmacher-Köhl*, Bonn, die den Blick auf die „Mütterschulung der Frauenbildungswerke und Frauenvereine" lenkte. Die Familie sei Mann und Frau gemeinsam aufgetragen, der Lebensaustausch in der Lebenseinheit bringe allen Gliedern Erlösung zum wahren Leben, doch sei die Frau in betonter Weise das familienhafte Geschlecht und bedürfe für diesen ihren Beruf immer wieder Zeiten der Einkehr. Die wahre Frau wurde gleichsam als die „Beziehungsperson" der irdischen Dreieinigkeit der Familie sichtbar, die am stärksten den Stromkreis der Liebe herbeiführt und vermittelt.

Mit dem Referat von *Franz Steber*, München, trat der „Kreis junger Familien" und sein Wirken deutlich in Erscheinung. „Das Miteinandertragen und Miteinanderbauen der kleinsten Zellen des Volkes ist eine der wenigen positiven Kräfte von heute", war der Kerngedanke seiner Ausführungen.

Aus den Gruppen und Verbänden, aus den Bünden der katholischen Jugend von ehedem haben sich in fast allen deutschen Gegenden Kreise jüngerer Familien gebildet. Sie sind einer der eindeutigsten Beweise des Drängens zum Organischen, das sich in der Jugendbewegung dokumentierte. Die Männer und Frauen, die im Quickborn groß geworden sind, die Kolpingssöhne und die nun jungen Männer mit ihren Familien, die aus den Kreisen des früheren Jungmännerverbandes kommen, bilden heute keine verlängerte Jugend und keine Traditionsgruppe, bilden heute Lebensraum junger Familien.

Die Verflechtung der lebendigen Familie in Sippe, Nachbarschaft, Freundeskreis erweitert den kleinsten Rahmen der Jung-Familie. Aus diesem geweiteten Kreis entstand in vielen deutschen Städten die Katholische Junge Mannschaft. In den Natursäulen und Standessäulen der Katholischen Aktion entstehen leicht moralisch oder aszetisch übersteigerte Auffassungen von Ehe und Familie. Darum ist die gesunde Reaktion verständlich, die unmittelbar von der Familie ausgeht, auch wenn jetzt noch die Familienarbeit zu organisatorischen Überschneidungen führt, die ja ohnehin schon zwischen Natur- und Standessäule bestehen.

Dr. Stiefvater, Freiburg i. Br., der Vertreter der Kolpingsfamilie, gab Bericht über schlichten, wirklichkeitsnahen und doch wagenden Dienst an der Familie im Wiederaufbau.

Über „Ehe und Familienberatung" sprach die Geschäftsführerin der Vereinigung unserer Beratungsstellen, Frau *Anna Beckmann*, Bonn. Von diesem Blickpunkt her könnte das Zeitbild von der Familie leicht besonders dunkel gesehen werden, und die Auffassungen und Schwierigkeiten namentlich vieler junger Menschen, nicht zuletzt der weiblichen Studierenden, sind doch schon sehr ernst zu nehmende Erscheinungen.

Aber bei aller Sorge um das Zustandekommen rechter Ehen und um den Bestand der von der Zeit sehr belasteten und der vielen leichtfertig geschlossenen Ehen herrscht doch eine gute Zuversicht, daß den Krisen der Gegenwart durch heilkräftige Mittel begegnet werden kann, und die Bereitschaft, mutig und geduldig weiterzuwirken.

Eine außergewöhnlich reiche Menschenkenntnis, eine starke Kraft der Anteilnahme am mitmenschlichen Schicksal, eine heilwirkende Orientiertheit in Christus in der Orientierungslosigkeit der Zeit geben diesen Stellen ihr Gepräge. Sie müßten noch vermehrt werden, freilich in der organischen und behutsamen Art, die gerade hier naturnotwendig ist. Wenn die mannigfach qualifizierten ehrenamtlichen Helfer gefunden werden können, die für eine allseitig durchgeformte Stelle notwendig sind, macht sich der Segen aus dieser Quelle weithin spürbar.

Das letzte Referat der Tagung gab Schwester *Dr. Clara Moll* über „Familienpädagogische Aufgaben der Schule". Mit der Familie und der Seelsorge ist die Schule ein wichtiger Faktor der Bereitung unserer Jugend zur Familie. Der gesamte pädagogische Bezug muß der christlichen Familienhaltung als wichtiges Bildungsziel dienen. Erscheinungen in der gegenwärtigen Schule, die diesen familienpädagogischen Aufgaben zuwider sind, gilt es zu

überwinden. Die Schaffung einer familienhaften Schulatmosphäre ist nicht nur ein großes und ins Leben wirkendes Glück für die Jugend, sondern bringt erst dem berufenen Erzieher die volle Erfüllung und Befriedigung bei seiner Aufgabe. Heute wäre es oft wichtig, daß die Lehrerschaft hier der jugendlichen Sehnsucht entgegenkäme, der so oft in der Familie selbst die Erfüllung versagt ist. Wenn unsere Kinder und jungen Menschen den Geist der Familienhaftigkeit auch außerhalb des Elternhauses antreffen, werden sie umso bereiter sein, ihn später allenthalben zur Geltung zu bringen.

Wenn wir auf die Familie hin erziehen wollen, müssen die Knaben und Mädchen die Bildungsgüter in der besonderen Weise sich aneignen dürfen, die ihrem unterschiedlichen Geschlecht gemäß ist. Hauswirtschaftsunterricht der Mädchen und Werkunterricht der Knaben sind in gleichem Maße wichtig. Katholischer Familiengeist verlangt nach katholischem Bildungsgut und einer wesenhaft katholischen Lehrerschaft.

Arbeitsgemeinschaft 5

Jugendfragen

Bund katholischer Jugend

Im ersten Referat: „Die Lage der deutschen Jugend, das Werden und die Zielsetzung der Jugendseelsorge und des Bundes der deutschen katholischen Jugend" zeichnete *Prälat Wolker, Altenberg*, der Leiter der Arbeitsgemeinschaft, das Werden katholischer Jugendarbeit und Jugendbewegung. 1927 gab es 27 verschiedene Gruppen katholischer Jugend, die ihrer Zersplitterung wegen ohne tatsächlichen Einfluß auf die Öffentlichkeit waren. Diese fortdauernde Zersplitterung und die seit 1933 einsetzende starke innere Entwicklung führte bei Neubeginn katholischen Jugendlebens nach 1945 zu den beiden Bauprinzipien von Einheitlichkeit und Kirchlichkeit, deren erstes so zu verstehen ist, daß die Einheit katholischer Jugend eine teilweise eigenbündische Gliederung nicht ausschließt, jedoch alle Bestrebungen zusammenfaßt, während das zweite die Unterscheidung zwischen Jugendseelsorge und Jugendorganisation nicht aufhebt.

Die Zielsetzung des Bundes ergibt sich aus der Bundesordnung. Die Zielsetzung der Jugendseelsorge ist damit nicht identisch. Beide, Jugendseelsorge und Jugendorganisation, verbinden sich, decken sich aber nicht. Typisch für das Neue heutiger katholischer Jugendarbeit sind die Einheit der Mannes- und Frauenjugend, wobei „Einheit" die Gemeinsamkeit der Aufgabe, nicht jedoch Einheit des gesamten Lebens bedeutet; zweitens die Laienführung innerhalb des Bundes; drittens die actio catholica als pädagogisches Prinzip und als oberster Zweck. Zum letzten Punkt bemerkte der Referent ausdrücklich, daß der Bund nicht actio catholica selbst ist, sondern nach einem Ausdruck der Bundesordnung dazu „bereitsteht", daß er also kein kirchliches Institut, keine „seelsorgliche Hilfsanstalt" darstellt.

Der Redner verhehlte nicht bestimmte Gefahren, die das Werk des Bundes gefährden, wobei er die Extreme des Klerikalismus auf der einen und des Laizismus auf der anderen Seite berührte und auf die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwies.

Frauenjugend

Im zweiten Referat „Frauenjugendfragen" stellte *Dr. Ludgera Kerstholt*, die Bundesführerin des Bundes der deutschen katholischen Jugend, ausgehend von der notvollen Situation der Zeit, die Frage nach der fraulichen Eigenart in den Vordergrund. Erziehung zu dieser Eigenart, die vordringliche Aufgabe des Bundes ist, muß sowohl die „vitale Forschheit" als auch die „brave Sittsamkeit" und „Weltscheue" vermeiden und darf vor allem nicht den Wert der Frau allein vom Mann her sehen und bestimmen lassen. Das durch den „Frauenüberschuß" gestellte Problem muß in der Erziehung zum Beruf gelöst und durch die Weckung von Ordensberufen sowie durch das neue Ideal eines jungfräulichen Lebens in der Welt ermöglicht werden.

In der Diskussion wurde besonders die letzte Frage schärfer ins Blickfeld genommen. In eigenen Gruppen soll denen, die keine Möglichkeit zur Heirat gefunden haben, die Gemeinschaft geschaffen werden, die sie davor bewahrt, in ihrem Innersten verbittert zu werden.

Studentische Jugend

Über „Studentenfragen" sprach *Walter Fincke*. Er schilderte zunächst die Lage der Studenten, die durch die Währungsreform in besondere Not gekommen sind. Die Hilfen vom Staat her haben aufgehört. Selbsthilfe ist notwendig. Doch hat das Werkstudententum besonders bei den älteren Semestern seine Schwierigkeit. Daneben bedeutet die Überfüllung gewisser akademischer Berufe, besonders des medizinischen, den geraden Weg zu einer Verproletarisierung des Bürgertums. Aus dieser Not erstehen die Forderungen und Aufgaben einer katholischen Studentenschaft. Die erste Forderung ist die der Gesinnungsreform. Sie bedeutet ganz nüchtern die Selbstbeherrschung und die Selbstheiligung, sodann, daß Natur- und Geisteswissenschaften zusammenfinden müssen. Die zweite Forderung ist die des Apostolates, das auf eine Zuständereform abzielt. Zu diesem Zweck hätten sich die katholischen Studenten im Frühjahr 1946 aus der Mitte des Glaubens zusammengefunden, hätten sich in Hardehausen ihr Grundgesetz gegeben und würden an jeder Hochschule in den Studentengemeinden und -gemeinschaften mit ihren Studentenseelsorgern zusammenarbeiten. Nach Ausführungen über die Organisation der katholischen Studenten und ihre Entwicklung stellte der Referent sodann zwei Bitten. Die erste an die deutschen Bischöfe um hauptamtliche Studentenseelsorger, weil sie es sind, die an vielen Hochschulen die Lücke des Katholischen im Vorlesungsplan zu schließen hätten, die zweite an die deutsche katholische Öffentlichkeit um geistige und materielle Hilfe.

In der Diskussion hob *P. Esch SJ* vor allem zwei Dinge hervor, die ihm für den katholischen Studenten als besonders wichtig erschienen: europäisches Denken und wirklich christliches Leben. Eingehender wurde dann von der Arbeitsgemeinschaft die Frage der Studentenförderung diskutiert und zuletzt das Verhältnis von Student und Arbeiter gestreift.

Die nicht organisierte Jugend

Bundesführer Josef Rommerskirchen befaßte sich in seinem Referat mit den „Fragen um die nichterfaßte katholische

Jugend". Zur „Erfassung" bemerkte er zunächst, daß die organisierte Jugend nie über einen gewissen Prozentsatz der gesamten Jugend hinauskommen werde, zumal bei der Vorliebe der heutigen Jugend für Anonymität. Der Bund strebt die Erfassung der fernstehenden 80 Prozent an, indem er ihnen vornehmlich sein Apostolat zuwendet, zweitens neben der Gruppenstunde als eine lockere Form den Arbeitskreis oder den Klubabend einrichtet, der Nichtmitgliedern die Teilnahme bei Wahrung ihrer Anonymität ermöglicht, drittens sozial-caritative Hilfe leistet, die zum Teil in der Errichtung von Heimen verschiedenster Art besteht. Als besonders wichtiger Punkt, der dann später wieder in der Diskussion aufklang und in die Resolutionen aufgenommen wurde, wurde vom Referenten die planmäßige Schulung der Führerschaft und die zahlenmäßige Verstärkung der hauptamtlichen Laienkräfte gefordert. Eine abgeschlossene Schule für Wohlfahrtspflege und Jugendfürsorge sowie eine katechetische Ausbildung geben dem Laien das geeignete Mittel in die Hand, dem katholischen Leben entfremdete Jugend zu gewinnen.

Zur Frage der Mitarbeit in der deutschen Jugend bemerkte der Referent, daß der Bund eine bedeutende Rolle in der Gesamtvertretung deutscher Jugend sowie eine führende Stellung bei der gemeinsamen Arbeit der Verbände innehat. Als vorzügliches Beispiel wies der Redner auf den „Bayrischen Landesjugendring" hin, wo 41% der Gesamtvertreter dem Bund angehören. Mit scharfen Worten wandte sich Rommerskirchen gegen die Methoden und die Tätigkeit der Freien Deutschen Jugend, die nach allem Anschein nichts anderes als einen neuen Weg zur alten Staatsjugend darstellt. In den Leitsätzen an die deutsche Öffentlichkeit wurde darauf Bezug genommen.

In der Diskussion wurde vor allem auf die Lage der Landjugend und der Diasporajugend hingewiesen, die trotz ihrer Gefährdung, die der Gefährdung der Arbeiterjugend gleichkommt, nicht ebenso im Blickfeld der Bemühungen steht. Die Diskussion wandte sich dann der Möglichkeit einer gründlichen Schulung von Laienkatecheten zu; das Ergebnis wurde zu einer Resolution zusammengefaßt.

Arbeiterjugend

Bei dem Referat über die Arbeiterjugendfragen faßte *Werner Ott* vom Hauptsekretariat der CAJ seine Ausführungen in zwei Forderungen zusammen. Die erste wendet sich an die Öffentlichkeit der deutschen Katholiken mit der Bitte um Unterstützung der Bewegung und um die Errichtung eines Gebietssekretariates der CAJ in jeder deutschen Diözese. Die zweite befaßt sich mit der Lage der jungen Arbeiterschaft im Ruhrbergbau und spricht den Wunsch aus, man möge nach französischem Vorbild auch in Deutschland eigene Seelsorger für die Arbeiterschaft freistellen.

Das Generationenproblem

In einem grundsätzlichen Referat sprach *Professor Dr. Holzammer,* Mainz, schließlich über das „Verhältnis der jungen und der älteren Generation". Junge Generation bedeutet „Wachsen", ältere Generation „Reifsein". Jugend und Alter haben ihre eigenen Werte. Gerade durch das Christentum ist die Jugend viel stärker als Wert in Erscheinung getreten, die Kindheit selbst zum Zielbegriff geworden. Heute rührt die besondere Blickwendung auf die Jugend von der Zeit J. J. Rousseaus her, so daß man unser Jahrhundert schon das „Jahrhundert des Kindes" genannt hat. Diese Verschiebung bedeutet aber eine Verzerrung. Wie im sportlichen Leben den Übungen der Gewandtheit, Kraft und Ausdauer ein bestimmtes Alter entspricht, so gibt es auch im geistig-seelischen Leben drei Altersstufen: Jugend, Reife und schließlich das Alter im eigentlichen Sinn. Die erste Stufe kann als die der kompromißlosen Idealstrebung bezeichnet werden, die eine stärkere Beziehung zur ursprünglichen Natur aufweist. Wenn dieser Zustand über seine Zeit hinaus fortdauert, gibt es „verkrachte Existenzen", die nie reifen; umgekehrt wird der junge Mensch durch eine zu plötzliche Ernüchterung zerbrochen. Dieser Stufe einer reinen Schau folgt als zweite die der kraftvollen Verwirklichung des Gesehenen, Epoche der beruflichen Existenz- und Familiengründung, während die dritte Stufe sich als Verstehen und Ausdauer, als das richterliche Amt des Alters ausweist. Die heutigen Schwierigkeiten im Verhältnis der Generationen zueinander beruhen auf besonderen Verschiebungen in der zweiten Gruppe. Dieser Stufe fehlen die Männer; dann findet sich hier eine stärkere Resignation besonders gegenüber dem politischen Leben, enttäuschter Idealismus oder Schwarz-Weißmalerei, und es fehlen ihr die kraftvollen Vorbilder, die ihrer Generation den Weg weisen könnten; viertens ist sie vielfach ohne rechte Berufsvorbereitung geblieben, so daß in dieser Generation die vermittelnden Berufe des Handels und Gewerbes den schaffenden Berufen des Handwerks etc. vorgezogen werden.

Im Verhältnis der Generationen zueinander liegt auch das Poblem der Autorität beschlossen. Autorität heißt Urheberschaft. Im Letzten gibt es nur die Urheberschaft Gottes, daraus abgeleitet die menschliche Urheberschaft von Eltern, Priestern und Erziehern. Heute wird nun deutlich, daß die Jugend autoritätslos ist, insoweit die Autoritätsträger nicht eine echte Urheberschaft bezeugen. Nur eine überzeugende Autorität hat Autorität, eine usurpierte hat keine. Jede Anmaßung gebiert Ehrfurchtslosigkeit.

Die Folgerungen, die der Referent aus diesen nach seinen Worten „oft bewußt schroffen Formulierungen" zog, sind die, daß 1. von den Erziehern eine zeitgemäße, nüchterne Analyse dieser Generationsverhältnisse erfolgen muß; 2. der Jugend früh Aufgaben gestellt werden müssen, damit die Indifferenz zum Tun überwunden wird; 3. die Erziehung zur Ehrfurcht das Vorleben einer echten Autorität fordert; 4. im Zeitalter der Vermassung die Erziehung zur Mündigkeit und Persönlichkeit erfolgen muß; 5. der Jugend Hoffnung gegeben werden muß in der nüchternen Einschätzung der irdischen Möglichkeiten aber auch in einer spes contra spem, wie sie der heilige Augustinus vorgelebt hat.

Arbeitsgemeinschaft 6

Schule und Erziehung

Die Arbeitsgemeinschaft wurde von Domkapitular *Wilhelm Böhler,* Köln, geleitet. Ihre Besprechungen dienten der Gewinnung eines Überblickes über die geistigen und realpolitischen Verhältnisse, mit denen die katholische

Erziehung gegenwärtig zu rechnen hat, und widmeten sich der Aufgabe zu untersuchen, wie die pädagogischen Grundsätze unseres Glaubens unter diesen Verhältnissen verwirklicht werden können.

Das einleitende Referat über die „Pädagogische Situation der Gegenwart" hielt Professor *Dr. Johann Westermayr,* Rektor der phil.-theol. Hochschule Freising. Er stellte seine Zuhörer vor die bedrückende Erkenntnis, daß die Erziehung zur christlichen Persönlichkeit überaus erschwert wird durch die Einflüsse, die das wirtschaftlich-soziale, das politische und das weltanschauliche Milieu auf den jungen Menschen ausüben. Die Macht des Milieus erdrückt heutzutage die Persönlichkeit. Bestimmende Faktoren des Milieus sind im wirtschaftlich-sozialen Bereich die Verarmung und die soziale Umschichtung, im politischen die noch unentwickelte Demokratie, im weltanschaulichen die totale Säkularisierung des Lebens. Den überwiegend destruktiven Einflüssen des Milieus begegnet leider keine zielbewußte Zusammenarbeit der erzieherischen Kräfte. Besonders das Schulwesen bietet ein verwirrendes Bild gegensätzlicher Einflüsse. In diesem Kräftefeld begegnen sich die Militärregierungen, die deutschen Schulverwaltungen, erfüllt von den verschiedensten parteipolitischen und pädagogischen Ideen, die Kirchen und mannigfache an der Jugend interessierte Gruppen der Gesellschaft. Das Referat wurde durch Schilderungen der Schulverhältnisse in den einzelnen deutschen Ländern ergänzt. Sie sind sehr verschieden. In Berlin z. B. sind 80 Prozent der leitenden Schulmänner Atheisten, während 98 Prozent der katholischen Schulkinder am Religionsunterricht teilnehmen. In Hamburg werden die katholischen Schulen gefördert, während sie in Bremen auf die größten Schwierigkeiten stoßen. Im Ganzen entsteht der Eindruck, daß die Gestalt der Schulen nicht so sehr von den konfessionellen oder parteipolitischen Verhältnissen in den einzelnen Ländern abhängt wie von der Einstellung der jeweiligen Besatzungsbehörden und der deutschen Ministerialbürokratie. Man kam zu der Erkenntnis, daß es an der Zeit ist, auf Grund der Verfassungen die katholischen Eltern zu einer wirksamen Behauptung ihrer Erziehungsrechte anzuhalten, die sie in der Vergangenheit allzu vertrauensselig an die Schulen abgetreten haben. Es wurde als unverträglich mit demokratischer Freiheit empfunden, wenn es sich ereignet, daß irgendwo die natürlichsten Elternrechte durch parlamentarische Beschlüsse majorisiert werden.

Die Aufgaben, die unter diesen Verhältnissen den einzelnen Erziehungsträgern gestellt sind, wurden in eigenen Referaten behandelt. Über die pädagogischen Aufgaben des Elternhauses sprach Frau *Reuß,* Laubheim, über die der Schule Dozent *Dr. Heidemeyer,* Hildesheim, über die Erziehungsaufgaben der Kirche *P. Dr. Becher SJ,* Godesberg. Die katholischen Grundsätze, die für alle diese Erziehungsträger verbindlich sein müssen, wurden in einem Referat von Domkapitular *Dr. Zinkl, München,* dargestellt. *Dr. Heidemeyer* forderte auf, trotz aller gegenteiligen Strömungen und trotz der Ungunst der Verhältnisse im Kampf um die Verwirklichung des katholischen Schulideals nicht nachzulassen. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Idee der Ganzheit, der katholischen Gesamterziehung. Sie allein verbürgt die Entfaltung des jungen Christen zur Persönlichkeit. Weder die weltliche Schule noch die christliche Gemeinschaftsschule können dem katholischen Erziehungsanspruch Genüge leisten; denn die Schule muß als lebendige Zelle des Gottesreiches in ihren Schülern die Harmonie von Natur und Übernatur, von Wissen und Glauben, von irdischer und überirdischer Lebensgestaltung verwirklichen. Der Referent betonte, daß dies nicht so sehr von der organisatorischen Form der Schulen wie von der Persönlichkeit der Lehrer abhängt und erklärte deshalb die Frage der Lehrerbildung als vordringlich. Die katholische pädagogische Hochschule als Ausbildungsstätte für alle Lehrer, die mit katholischer Jugend in Berührung kommen, muß als wichtigste aller notwendigen Schulreformen gelten. Denn die Seele der katholischen Schulerziehung ist die ehrfurchtgebietende, glaubensfrohe Persönlichkeit des Erziehers, der ein reiches Wissen mit pädagogischen Fähigkeiten in aufrichtiger Glaubenshaltung vereinigt.

P. Becher sprach über die konkreten Erziehungsziele der kirchlichen Verkündigung. Gegenüber einem autonomen Humanismus, der nichts von Sünde wissen will, kann die Not des irdischen Daseins als Ausdruck der Kontingenz des Geschaffenen zum positiven Ansatz übernatürlichen Denkens werden. Man darf mit der Sinnlichkeit und mit der Hoffart des Geistes, die das Gesicht unserer Zeit prägen, keinen Kompromiß schließen, muß sie vielmehr mit erzieherischem Takt unter das Gesetz der Abtötung und der Demut zwingen, die allerdings nur als Früchte eines Lebens aus sakramentaler Gnade, als Früchte eines innerlichen Lebens zu verwirklichen sind.

Die sakramentale Erziehung muß deshalb im Mittelpunkt jeder recht geordneten christlichen Pädagogik stehen. Das ist keine Utopie. Der unsichtbare Gott ist dem jungen Menschenwesen zugänglicher als alle sichtbaren Gegenstände. Gott bereitet sich auch heute noch „Lob aus dem Munde der Unmündigen und Säuglinge". Unser Erziehungsziel ist deshalb der fromme Mensch; denn nur er steht „allen Dingen mit der rechten Offenheit und Zurückhaltung, mit dem rechten Maß und Mut gegenüber". Dies Erziehungsziel rechtfertigt in gewissem Umfang den Grundsatz der Bewahrung in der Methode der Erziehung, freilich mit dem Endziel der Selbständigkeit. Im Ganzen sah der Referent die katholische Erziehung nur unter der Bedingung gewährleistet, daß das Schulwesen vor der Bevormundung durch den Staat und schematisch-staatlicher Regelung bewahrt wird.

Regierungsdirektor Professor *Dr. Schnippenkötter,* Düsseldorf, versuchte, im Sinne dieser Erkenntnisse „Die geistige Grundlage einer neuen Schulgestaltung" darzustellen. Er forderte die Befreiung der Schule von der Verflechtung in parteipolitische Kämpfe, von einer veralteten Staatsomnipotenz und von standespolitischen Ressentiments der verschiedenen Lehrergruppen. Die Schule müsse die geistig-seelischen Forderungen unserer Zeit aufgreifen. Sie könne solchen Ideen wie der eines christlichen Sozialismus oder der Idee der Ganzheit, die sich in der Naturwissenschaft abzeichnet, nicht fremd gegenüberstehen. Ihre geistige Grundlage muß von größter Weite sein, geöffnet allen menschlichen und übernatürlichen Werten. Selbst das Abendland als Inbegriff geistiger Werte würde eine zu begrenzte Grundlage sein. Die Welt ist eine Einheit geworden, und darum sind alle konstruierten Einheitsprinzipien, einschließlich eines engen Konfessionalismus, abzulehnen. Schnippenkötter stellte allen diesen Verengungen den Begriff des „christlichen Humanismus" entgegen, der weit genug sei, als geistige Grundlage für die deutsche Schulgestaltung zu dienen.

Die Diskussion, die sich an die Referate anschloß, stellte heraus, daß für die pädagogische Lage der Gegenwart ein

starker Positivismus kennzeichnend ist, der die Religion als ein überlebtes geschichtliches Phänomen behandelt. Der immer stärker um sich greifende Existenzialismus wurde als Zeichen der Verzweiflung negativ, als Zeichen echten Suchens im Gegensatz zu den falschen Sicherheiten des bürgerlichen Zeitalters dagegen positiv bewertet. Die Situation der Intellektuellen nötigte zum Vergleich mit den Griechen, die Paulus am Areopag verließen. Einerseits herrscht heute eine viel größere geistige Aufgeschlossenheit im Vergleich zur damaligen Sattheit; andererseits war das antike Heidentum nicht im heutigen Sinne unreligiös; es stand noch in einer gewissen potentia oboedientialis, es stand in einem Advent. Für die heutige geistesgeschichtliche Situation ist dagegen die Ablehnung des transzendenten Seins kennzeichnend. Die Jugend selber ist durch die ungeheueren Enttäuschungen der vergangenen Krisenjahre weitgehend scheu und indifferent geworden. Sie zeigt eine starke Skepsis und vertraut nur solchen Erziehern, die als überzeugende, in sich geschlossene Persönlichkeiten vor ihr stehen. Die spürbare Ehrfurchtslosigkeit ist eine Krisis der Autorität selbst, die der Jugend keine Ehrfurcht einflößen kann, weil sie die Autorität Gottes nicht hinter sich hat. Das häufige Versagen der Erzieher ist schon in ihrer eigenen Erziehung begründet; das Schulmilieu vor dreißig Jahren verdient keine stolze Erinnerung; auch der Religionsunterricht hat vielfach nur zu einer oberflächlichen Gläubigkeit erzogen. Wir müssen versuchen, die Menschen zunächst zu Menschen zu formen, damit sie wieder Christen werden. In der Vergangenheit ist zuviel zum Gehorsam erzogen worden, nicht zum eigenständigen Handeln nach dem persönlichen Gewissen, das in Gottes Offenbarung seine Richtschnur hat. Es wurde darauf hingewiesen, daß viele Erwachsene noch auf dem religiösen Niveau ihrer Schulentlassung stehen, und daraus für die werktätige, schulentlassene Jugend zwischen 14 und 18 Jahren ein pädagogischer Betreuungsanspruch hergeleitet. Durch eine solche Betreuung können die Jugendlichen auf die Mitarbeit in der Kolpingsfamilie und Arbeiterjugend vorbereitet werden.
In der Diskussion wurden viele einzelne Anregungen gegeben. Sie galten zum großen Teil der Erziehung der Erzieher: man sprach von Arbeitsgemeinschaften zwischen Eltern, Lehrern und Priestern, von der Notwendigkeit eines Katechismus für Erwachsene, der vor allem auch nach sozialen Gesichtspunkten ausgerichtet sein soll. Eine Überprüfung der durch die „missio canonica" zum Religionsunterricht berechtigten Lehrer wurde als notwendig angesehen. Die Elternschaft forderte von den Priestern Rücksichtnahme auf den Sonntag der Familie, vor allem in den Nachmittagsgottesdiensten und der Standesseelsorge. Als wesentliches Ergebnis der Diskussion muß die Einsicht gelten, daß die christliche Persönlichkeit der Zukunft gläubige Individualität mit sozialer Verantwortung in sich verbinden soll und deshalb von Jugend auf durch das Vorbild aller Erzieher zu rechtem Tun erzogen werden muß, und daß diese „Taterziehung" eine geistige Reform der Schule notwendig macht.

Arbeitsgemeinschaft 7

Frauenfragen

In der Arbeitsgemeinschaft über Frauenfragen traten zwei Richtungen hervor, die in gewisser Weise mit den Generationengruppen zusammenfielen: die eine war die der eigentlichen „Frauenbewegung", die aus der Tradition des Ringens um die Rechte und die Gleichberechtigung der Frau hervorgegangen ist. Die zweite, jüngere, ist die, für welche die Freiheit und Selbständigkeit der Frau eine Selbsverständlichkeit ist, doch eine Selbstverständlichkeit, die mit einer Anzahl wichtiger und z. T. schwieriger Probleme belastet erscheint. Das Gesamtthema der Arbeitsgemeinschaft lautete: „Die katholische Frau in der deutschen Wirklichkeit der Gegenwart", das erste Hauptreferat hielt Frau *Dr. h. c. Helene Weber,* Essen, über das Thema: „Die Sendung der Frau im Deutschland des Wiederaufbaus".
Frau Helene Weber zeichnete vor allem ein Bild der Entwicklung der katholischen Frauenbewegung seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und wies auf deren Zusammenhang mit der politischen, sozialpolitischen und kulturellen Geschichte Deutschlands hin. Für die Frau der Gegenwart forderte sie ihren Einsatz als freie Persönlichkeit im Bewußtsein ihrer besonderen Bestimmung vor allem als Friedensbringerin.

In einem Korreferat betonte Frau *Dr. Martha Krause,* München, daß es beim Wiederaufbau Deutschlands ihrer Ansicht nach keine besondere Sendung der Frau gebe, sondern daß sie nur teilnehme an der allgemeinen Aufgabe; daß es darum auch irrig sei, immer ihre Mütterlichkeit als vornehmlichste Bestimmung in den Vordergrund zu rücken, während sie heute besonders männlicher Tugenden bedürfe: der Nüchternheit, Energie, Entschlossenheit, Ausdauer, Tapferkeit, Genügsamkeit. Nur mit deren Hilfe kann sie fertig werden mit dieser Zeit schwersten materiellen Mangels, äußersten Zwanges zur Leistung, größter Unsicherheit des Daseins und der Bedrohung der persönlichen Freiheit. Viel mehr als bisher muß sie sich einsetzen gemeinsam mit dem Mann, sowohl im öffentlichen wie im privaten Leben, überall mit aktivem Einsatz. Diesen Forderungen gegenüber betonte Frau *Dr. Anna Volk,* Offenbach, die unersetzliche Wichtigkeit der Hausfrau und Mutter, deren schwere Belastung, die ihr weder Zeit noch Kraft für öffentliche Arbeiten ließen, die dafür aber in ihrem verborgeneren Wirkungskreis die wichtigste kulturelle Aufgabe erfülle.
In der Diskussion wurde diese Auffassung zum Teil heftig angegriffen. Die Frau müsse im Gegenteil stärker heraustreten. Wenn sich immer nur die gleichen Frauen den öffentlichen Pflichten unterzögen, dann würden diese allerdings übermäßig belastet zum Schaden ihres Haushalts und ihrer häuslichen Pflichten. Im ganzen war in der Diskussion die Verteidigung der Hausfrau lebhafter als die Angriffe auf ihre Zurückgezogenheit, doch ohne besondere neue Gesichtspunkte.

Am zweiten Arbeitstag lautete das allgemeine Thema „Innere und äußere Bedeutung der Berufstätigkeit der Frau". Referentin war Frau *Dr. Maria Offenberg.* Die Berufstätigkeit der Frau gehört heute selbstverständlich in das Gesamtbild des aus christlichem Geist neu aufzubauenden deutschen Lebens. Frau Dr. Offenberg gab einen Überblick über die Fragen des Berufsethos für die Frauen und die der Gestaltung der Frauenberufe. Anschließend zeichnete eine der wenigen Vertreterinnen aus dem Osten, Fräulein *Berta Voigt,* das Bild einer Frauenexistenz von heute hinter dem Eisernen Vorhang, die jedoch auch in den westlichen Zonen überall anzutreffen ist: hier kam die heutige Wirklichkeit ganz rea-

listisch zur Darstellung. Vor allem handelte es sich dabei auch um die Frau aus dem Volk, nicht um die Frau, die noch den Halt einer kulturellen Tradition hinter sich hat:
„Der Typus unserer Frauen im Osten, sagte Fräulein Voigt, ist die Trümmerfrau, die sich unter den unglaublichsten Verhältnissen durchsetzen muß, die unter den unzulänglichsten Bedingungen um das nackte Leben kämpft. Dies ist nicht in Berlin, das im wesentlichen eine Sonderstellung einnimmt, sondern vor allem in den andern Städten der Ostzone. Der Kampf um das Leben hat die Frau hart und herb gemacht. Sie muß bis zur Brutalität unfraulich sein, um ihre Existenz sichern zu können. Sie lebt unter ganz anderen seelischen Bedingungen wie im Westen, vollkommen isoliert in geistiger und seelischer Verarmung, in ständiger Furcht. Die Versklavung und Vermassung vor allem der berufstätigen Frau ist ungeheuer. Die Gewerkschaften z. B. sind so eindeutig kommunistisch bestimmt, daß man niemand dazu raten kann hineinzugehen. Es ist hier kein Steuer herumzureißen, der Kurs ist vollkommen klar; was bleibt, ist allein die Opposition. Den dadurch entstehenden Situationen ist jedoch niemand auf die Dauer gewachsen.
In solchen Schwierigkeiten, fuhr Fräulein Voigt fort, leben die Frauen bei vollkommen unzureichender Seelsorge. Gewissensentscheidungen sind fast ausschließlich aus eigener Substanz zu treffen. Die hohe Warte, von der Sie hier ausgehen, wäre dort unmöglich. Wir können nur noch mit den einfachsten Missionsmethoden arbeiten. Die geistigen Anregungen, die uns aus dem Westen kommen, können die kulturelle Verarmung, die gerade deswegen so tragisch geworden ist, weil der größte Teil der katholischen Intelligenz eben dorthin abgewandert ist, nicht ausgleichen. Daß die bei uns beheimateten Orden in immer stärkerem Maße ihre Schwestern aus den Ostgebieten herausziehen, ist bei der Lage der Dinge unverständlich. Wir Laien des Ostens werfen immer häufiger die Frage auf, ob unsere Jungfräulichkeit wirklich so tief unter dem Klosterideal steht, und ob der Weg zum Himmel nur über die äußere Unversehrtheit möglich ist."
Der letzte Aufruf Frau Voigts zur Hilfe für den Osten wird lebhaft aufgenommen und durch praktische Vorschläge sofort in die Tat umgesetzt. Es sind sich alle darüber klar, daß es nicht möglich ist, hier im Westen im Schutz des eisernen Vorhangs katholische Ideale zu entwickeln, um späterhin den Osten zu befreien. Es wird dort späterhin vielleicht nichts mehr zu befreien und zurückzuerobern geben!
Die Bitte an Ordenshäuser und Priester (Dr. Martha Krause, München), die Not im Osten zu sehen und unter anderem die nur in der Verwaltung tätigen Priester gegen Laien auszutauschen und in den Osten zu senden, fand allgemein lebhaftesten Beifall und wurde für eine der Schlußresolutionen vorgesehen.
In der Diskussion ließen die verschiedenen Ausführungen die Situation der einzelnen Gruppen, der Landfrau, der Akademikerin usw. immer deutlicher erkennen. Interessant waren die Ausführungen eines Arztes, *Dr. Georg Volk*, Offenbach. Er knüpfte an den tatsächlichen Frauenüberschuß an und führte aus, daß bei sämtlichen Erwägungen, die die Frauenfrage angehen, diese biologische Tatsache vor allen Dingen gesehen werden müsse; ergibt sie doch eine Situation, die nicht nur die Wirtschaft beeinflußt, sondern vor allem auch unser ganzes Denken und Sein. Die zunehmende Ermüdung der Frau, die wir hauptsächlich bei jenen feststellen, die ein Berufsleben führen, liegt vor allem in der Tatsache des Wissens, daß ihnen eine letzte Erfüllung des Lebens wahrscheinlich versagt bleibt. Daß wir in Diskussionen über die Frau diesen elementar wichtigen Dingen zumeist nur wenig oder oberflächlich Gewicht beimessen, ist falsch, denn gerade hier liegt der entscheidende Punkt. Alle, die in der Frauenwelt eine führende Rolle spielen, müssen sich dieser Erkenntnisse klar bewußt sein, weil wir damit rechnen müssen, daß der Arbeitsstil, psychologisch unterbaut, von Ost und West, also hauptsächlich von Rußland und Amerika her, immer stärker entwickelt wird, und zwar ein durchaus männlicher Arbeitsstil, sodaß die Gefahr stärker als je zuvor besteht, daß die Frau diesem Arbeitsstil unterliegt. Es muß hier vorgearbeitet werden. Von vorneherein muß die Frau sich hier ihren Platz theoretisch sichern. Dies ist nur möglich, wenn die Frau in der wissenschaftlichen Arbeit einen Platz gewinnt, wenn sie in zunehmendem Maße an der Arbeit im öffentlichen Raum teilhat, und zwar vor allem, um hier die breite Masse der anderen Frauen lenken zu können.
Auch auf die Schulfrage und die Beteiligung der Frau in den Regierungen oder Ausschüssen, die über diese zu entscheiden haben, auf die Gewerkschaftsarbeit und die Schwierigkeiten, Frauen in die Betriebsräte zu bekommen, kam die Sprache. Alle Anwesenden kamen übereinstimmend zu der Überzeugung, daß hier gemeinsam gearbeitet und zwar nachdrücklich gearbeitet werden müsse.
Es folgte ein Referat von *P. Wulff SJ* über „Religiöse Fragen des Berufslebens", dessen Leitfaden die altehrwürdige Gegenüberstellung contemplatio und actio war. Den rein betrachtenden Ordensformen und den tätigen Orden der Vergangenheit und Gegenwart stellte er die neue Form der weltoffenen „Weltlichen Institute" sowie die ordensähnlichen Gemeinschaftsformen und Vereine der Eheleute usw. gegenüber. In diesen geht es vor allem um die Heilung der religiös-sittlichen und der sozialen Notstände dieser Zeit durch ein Leben in der Welt nach den evangelischen Räten der Bergpredigt.
Verschiedene andere Ordensleute fügten diesem Referat Ergänzungen an. Die Diskussion setzte jedoch eigentlich erst ein, als festgestellt wurde, daß es heute sehr viele Frauen gebe, die jene Form der Berufung erlebten, die auch Ignatius in seinen großen Exerzitien anführt, nämlich, daß sie sich Gott anbieten zu diesem oder jenem; es ist die Berufung des „Lebens der leeren Hände", d. h., daß sich der Mensch nicht in einer bestimmten Forderung angesprochen sieht, sondern daß er sich offen und bereit hält z. B. zu Ehe oder Ordensleben (Frau Dr. Alice Scherer, Freiburg). Daraus ergibt sich die Forderung, in unserer Mädchenbildung neben dem Aufzeigen des Ideals der christlichen Gattin und Mutter, der Ordensfrau usw. auch dieses wieder herauszuarbeiten.
Die große Aufgabe der Eltern, deren Sorge es sein muß, daß die Kinder nicht nur in ein religiöses Leben hineinwachsen, sondern daß der Kirche von hier aus auch wieder geistliche Berufe werden, erläuterte Frau *Dr. Anna Volk*, Offenbach, unter großer Zustimmung eingehend. Sie stellte dabei fest, daß die Schuld, dort wo Pater Wulff von der Unmöglichkeit spricht, daß die heutige Generation zu unseren Orden und Kongregationen finde, stark bei den christlichen Eltern liege. Zum anderen steht aber auch zur Frage, ob es wirklich nur das ist, daß diese

junge Generation die Orden unmodern, prüde usw. nennt, oder ob es nicht doch um viel tiefere Dinge gehe, ob nicht in unseren Orden heute vieles fiktiv geworden sei, was notwendig zu ihnen gehört, z. B. die Armut, wenn wir sie vergleichen mit der einer Flüchtlingsfamilie.

Die verschiedenen Einwürfe und Fragen zusammenfassend, sprach *Pater Wulff* darüber, daß heute auch der religiöse Mensch ein ganz großer Ignorant der Grundlage des geistlichen Lebens sei: der Hingabe an Gott, und daß darin die Schwierigkeiten im Bereich religiöser Berufsformen wohl am tiefsten begründet seien.

Seine Exzellenz, *Erzbischof Jäger* von Paderborn, der sich mit regster Anteilnahme an der Arbeitsgemeinschaft beteiligte, machte auf die Wichtigkeit einer Antwort auf die Not der heutigen Frauengeneration, die innerlich zu keiner Entscheidung kommen könne, ob Ehe oder Jungfräulichkeit, aufmerksam. Jene Generation, die nicht ins Kloster kann und will, die also notwendigerweise in der Welt bleiben muß und dort mit sich und den Dingen nicht fertig wird. Er bezeichnete dies als vordringlichstes Anliegen der Seelsorge, gehe es doch gerade hier um die Rettung der Frauenpersönlichkeit in der geistigen Lage unserer Tage.

Am letzten Tag sprach dann Frau *Dr. Maria Schlüter-Hermkes*, Rhöndorf, über „Die Einwirkung der Frau auf die öffentliche Meinung". Das allgemeine Interesse der Frau für die öffentliche Meinung ist, wie jeder zugeben muß, der sich mit dieser Frage beschäftigt, gleich null. Die Gründe dazu sah Frau Dr. Schlüter-Hermkes in erster Linie in ihrem Mangel an Erfahrung in diesem Raum und ihrer daraus erwachsenden Unsicherheit. Diese Unsicherheit entspringt aber nicht einer grundsätzlichen Inkompetenz der Frau auf diesem Gebiet, sondern ihrer faktischen Unkenntnis. Zur Überwindung dieses Mangels kann und muß verschiedenes geschehen: vor allen Dingen eine Erziehung der Kinder zur gegenseitigen Wertschätzung der Geschlechter in ihrer Eigenart; dann eine Stärkung des Selbstbewußtseins des jungen Mädchens in Dingen der Urteilskraft und des eigenen Wertgefühls; schließlich erschien der Referentin die Schulung eines möglichst großen Frauenkreises in den verschiedenen Sachgebieten des öffentlichen Lebens wichtig, so daß sie in diesen dann tatsächlich zuständig sind. Praktische Möglichkeiten für den Einsatz des Einflusses der Frauen bilden zunächst die Familien, dann alle Schulbetriebe, vor allem aber die Frauenkreise und Frauenorganisationen. Presse und Schrifttum, die die breite Masse der Frauen erreichen könnten, werden leider noch viel zu wenig benutzt.
In der anschließenden Diskussion meldeten sich zuerst die Männer zum Wort. Neben praktischen Hinweisen z. B. auf den Einfluß der Frau des Arbeitgebers, das Für und Wider der Gründung christlicher Gewerkschaften, die stärkere Beteiligung der Frau an der Presse, und sei es nur durch Leserbriefe, Hörerzuschriften usw., versuchten sie fast alle von den im Referat gesagten Dingen einiges abzubröckeln.

Nach einem Schlußwort von Frau *Dr. Schlüter-Hermkes* sprachen Vertreterinnen des Auslands, unter ihnen Frau *Dr. Verene Borsinger*, Schweiz, Mademoiselle *Veerkamp*, Frankreich, und Mademoiselle *Van de Putte*, Belgien.

Als letzte Referentin ist Frau *Dr. Gerta Krabbel* zu nennen, die über den „Einsatz der katholischen Frau für den Frieden" sprach. Sie rief die Frauen zum Mitwirken an der höchsten irdischen Aufgabe der Frau auf, Frieden auf Erden zu schaffen, ihn zu hüten und zu bewahren. Denn die Frau steht im Dienst des Lebens, der Dienst am Frieden ist. Ohne weitere Diskussion schloß die Arbeitsgemeinschaft mit diesem Wort für den Frieden.

Arbeitsgemeinschaft 8

Bildung und Kultur

Die Arbeitsgemeinschaft konnte sich nicht mit den inhaltlichen Fragen beschäftigen, die sich aus dem Verhältnis von Kirche und Kultur für deren einzelne Sachbereiche ergeben. Dagegen wurde über die soziologischen und sozialen Voraussetzungen des religiösen Kulturlebens und die schöpferisch oder empfangend an ihm beteiligten Menschen ausgiebig gesprochen. Deutlich genug brach auch bei dieser Beschränkung des Themas immer wieder die Grundfrage hervor, ob die Katholiken im deutschen Missionsland sich auf eine Insel zurückziehen sollten, um selbst die Krise zu überdauern und indirekt die Welt zu beeinflussen, oder ob es ihre Pflicht sei, sich mitten im Strom ihrer Zeit zu stellen. Das Geschick des Verhandlungsleiters, Univ.-Professor *Dr. P. Hugo Lang OSB*, München, vermochte die Diskussion immer im Rahmen der Realitäten zu halten.

Das Universitätsproblem

Dr. K. Rüther, Iserlohn, der Vorsitzende des nordwestdeutschen Universitätsvereins, sprach über Hochschulfragen und besonders über den Plan einer katholischen Universität. Er stellte fest, daß an einigen Universitäten schon wieder die Tendenz besteht, dem katholischen Nachwuchs trotz wissenschaftlicher Qualität den Aufstieg zu erschweren. Die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche versperre in manchen Fällen den Weg zum Lehrstuhl. Daraus ergebe sich, daß katholischen Kräften der Anreiz fehlt, sich der akademischen Laufbahn zuzuwenden. Eine katholische Universität würde, was den Nachwuchs betrifft, diese brachliegenden Talente zur Entfaltung bringen und keineswegs an mangelndem Nachwuchs scheitern. Die Notwendigkeit der katholischen Universität sei aber in der Gegenwart vor allem dadurch begründet, daß sie allein ein geschlossenes christliches Weltbild vermitteln könne, bei aller Anerkennung der von der Studentenseelsorge geleisteten Arbeit.

Dr. Reinermann, Salzburg, sprach über den Aufbau der katholischen Universität Salzburg. Man hat sich dort darauf beschränkt, der theologischen Fakultät einzelne Institute anzugliedern in der Hoffnung, daß sich aus diesem Kern im Laufe der Zeit eine Universität entwickeln wird. Reinermann zeichnete ein günstigeres Bild von der Lage des Katholizismus an den staatlichen Universitäten, wenn natürlich auch keine Aussicht besteht, daß die mittelalterliche Einheit von Religion und Kultur wiederkehren könnte.
In der Diskussion zeigte sich, daß die politischen Bedingungen für die Wirksamkeit katholischer Gelehrter an den Universitäten regional sehr verschieden sind. Auf keinen Fall dürfte man die hier errungene Position durch den Abzug von Kräften an eine katholische Universität schwächen. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wurde in ihrer Dringlichkeit erkannt. Es ist

kein Grund zu einem Inferioritätsbewußtsein. Die Qualitätsfrage ist heute im gesamten wissenschaftlichen Nachwuchs akut, nicht nur bei den Katholiken. Eine katholische Universität sollte nur gegründet werden, wenn genügend Kräfte und Mittel zur Verfügung stehen, ihr einen erstklassigen Rang unter den anderen Hochschulen zu gewährleisten. Das Ziel dürfe aber nicht aufgegeben werden; denn es handle sich — wie auch in der Arbeitsgemeinschaft „Schule und Erziehung" gesagt wurde — um die Krönung des katholischen Erziehungsplanes. Die Gestalt dieser Universität ist noch nicht restlos geklärt. Man wird das mittelalterliche Vorbild nicht restaurieren, aber ebensowenig die modernen deutschen Universitäten in ihrer inneren Zusammenhanglosigkeit und ihren vielfach auf oberflächliche Wissensanhäufung beschränkten Unterrichtsmethoden kopieren dürfen.

Letztlich handelt es sich bei den verschiedenen Auffassungen um eine Verschiedenheit der Wege, die sich gegenseitig nicht ausschließen, da weder die kulturpolitische Aktion ohne eine innere Klärung der Universitätsidee und der Nachwuchsfrage zum Ziele kommen wird, noch umgekehrt diese Klärung sinnvoll ist ohne den vorbereitenden Kampf um die praktische Verwirklichung. Um den Gedanken der katholischen Universität unter den Laien lebendig zu machen, wird es auch erforderlich sein, hier und da vorhandenes Mißtrauen auszuräumen durch eine Darlegung des Verhältnisses zwischen der Autorität der Seminarkongregation und einer relativen Lehrfreiheit des Gelehrten, die an einer wahrhaft katholischen Universität größer sein wird als an einer staatlichen.

Mit besonderer Eindringlichkeit stellte sich die Krise der modernen, nur noch additiven Universität dar im Referat von Ob.-Reg.-Rat *Dr. Treppesch,* München, über die „Lage der jungen Akademikerschaft". Der Situation gegenüber, in der sich der Student und der Jungakademiker geistig und sozial befinden, wiegen die anspruchsvoll vorgetragenen Erfahrungen der Alten nur noch wenig. Die Diskrepanz wird deutlich, wenn man das hohe, die Sechzigergrenze überschreitende Durchschnittsalter der Universitätsprofessoren betrachtet. Den Menschen, die nur noch eine Funktion ihrer Antragsformulare sind, kann mit reaktionär-restaurativen Maßnahmen nicht geholfen werden. Insbesondere geschehe auf organisatorischem Gebiet allzuviel des „Guten". Die ganze Ideenarmut zeige sich in der klischeehaften Übernahme des Verbindungswesens. Entgegen aller Pseudoromantik gelte es, eine neue Einheit der katholischen Studentenschaft zu gestalten, die ihrer geistigen und sozialen Situation entspreche. In der Diskussion wurde der überlieferte Typ des Akademikers als überlebt bezeichnet.

Die Erwachsenenbildung

Hieraus ergibt sich auch die besondere Bedeutung, die heute der religiösen Erwachsenenbildung zukommt, über die *Heinrich Raskop,* Dortmund, berichtete. Gegenüber den oft hochtrabenden und eigentlich volksfremden Volkshochschulen hat als Hauptanliegen die Befestigung der Glaubensfundamente zu gelten. Dabei komme es darauf an, die persönliche Bildungsinitiative zu stärken, da Institutionen heute immer unsicher bleiben. Der Referent unterstrich den lehramtlichen Charakter der kirchlichen Bildungswerke, der es verbiete, daß die Laien unter sich blieben. Die Frage sei nicht, was die Theologie sagt, aber was das Lehramt verkünde; individuelle Meinungen interessierten nicht. Organisatorisch wurde für größere Plätze die Bildungsstätte und für kleinere Orte die Arbeitsgemeinschaft empfohlen. In der Diskussion wurde betont, daß die Erwachsenenbildung milieubestimmt beim Stand anzusetzen habe und daß ein allzu ausgeprägt lehramtlicher Charakter Abseitsstehenden die Tür zuschlagen könnte. Dieser Gedanke wurde noch vertieft durch das Referat von Studienrat *W. Gulde,* Gedern, (Oberhessen), der mit großem Ernst die Frage stellte, wer eigentlich am Bildungswerk teilnehme. Nachhaltige Wirkung sei nur von der Heranbildung einer Elite zu erwarten. Der Angriff Pater Zeigers gegen den Intellektualismus fand ein Echo in dem Referat über eine heimat- und volksgebundene Erwachsenenbildung, wie sie auf Schloß Banz in Oberfranken angestrebt wird. Allseitige harmonische Bildung wurde auch in der Aussprache mehrfach gefordert. Allgemein wurde eine gemeinsame Arbeitsgrundlage für die Bildungswerke in Gestalt einer Reihe von Quellen- und Arbeitsbüchern gewünscht.

Die Kunst

In einem sehr geistvollen Vortrag zeigte *Dr. Walter Tunk,* München, den Wesenszusammenhang zwischen Liturgie und Kunst auf; die Kunst ist nicht nur Verschönerung des Kultes, sondern gehört notwendig zu seinem Vollzug. Um so weniger ist es angängig, hier dem Dilettantismus Raum zu geben. Zentrale Stellen wie die Dombauhütten und die Deutsche Gesellschaft für christliche Kunst haben hier eine wichtige Aufgabe, die der Unterstützung durch die Geistlichen bedarf. Neben der wirtschaftlichen ist die geistige Not zu beachten, die sich aus der Begegnung zwischen Liturgie und moderner Stilkrise ergibt. Das subjektiv-schöpferische Element ist der Ausgangspunkt jeder Kunst, der religiös-objektive Gehalt jedoch das Ziel aller kirchlichen Gestaltung. Hier gilt es, die drei Wirkungsweisen der Kunst in der Kirche: Predigt zu sein, Frömmigkeit zu wecken und schließlich nach östlichem Vorbild selbst teilzuhaben am Heiligen, aus den Ansätzen, die in der modernen Kultur vorhanden sind, zu entwickeln.

Hans-Otto Böhm zeigte in seinem Referat über die Kirchenmusik Möglichkeiten einer Begegnung mit der Liturgie, wenn er auch den schroffen Gegensatz zwischen der heutigen weltlichen Musik und dem Christentum scharf herausstellte. Die in den kirchlichen Richtlinien gegebenen Prinzipen der liturgischen Kunst: Heiligkeit, Güte der Form, Allgemeinheit, wurden in Erinnerung gerufen und auf die Gregorianik und Palestrina als das Ideal verwiesen. Böhm lenkte die Aufmerksamkeit besonders auf die soziale Stellung des Kirchenmusikers und wandte sich gegen einen minderwertigen Dilettantismus. Aus der Aussprache ergab sich die Bitte an die kirchlichen Stellen, weiterhin durch Auftragserteilung der Kunst eine Heimat zu bieten, Minderwertiges sachverständig auszuschalten und den Künstlern durch theologische Bildung Hilfe zu leisten. Man kann zwar keine christliche Kunst durch Anleitungen erwecken, aber man kann dem Künstler geistig und sozial helfen, als Christ zu existieren.

Am stärksten brach der Wille zur Weltbegegnung durch bei der Behandlung der Theaterfrage. *Intendant Weinrich* gab einen Einblick in die Krise des Theaters, das zwischen bourgeoiser Verstaubtheit und nihilistischer Halt-

losigkeit schwankt. Die Rückkehr zum wesentlichen Theater sei nur durch gute Theaterleiter garantiert, die man nicht zu sehr bevormunden sollte. Theaterskandale würden nichts ausrichten; das Mittel des öffentlichen Protestes sei der Besucherstreik. Durch Bildung katholischer Theatergemeinden sollte ein Forum des Gespräches zwischen Intendant und Publikum geschaffen werden.

Dr. J. Gentges, Münster i. W., der über das Laienspiel berichtete, forderte mehr Qualität, die freilich nur der begabte Dichter schaffen kann. Die brillanten Formulierungen Gianis, der über die Vogel-Strauß-Politik mancher Christen auf diesen Gebieten, über „Eskapismus" und „Ausflüchtigkeit" sprach, wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen.

Arbeitsgemeinschaft 9

Katholische Publizistik

Wegen der Gemeinsamkeit der Aufgabe an der öffentlichen Willens- und Meinungsbildung tagte die Arbeitsgemeinschaft am ersten Tage zusammen mit den Arbeitsgemeinschaften Film und Rundfunk, um einen Vortrag von Professor *Dr. Dovifat,* Berlin, über die geistige Lage und die Aufgaben der katholischen Publizisten an ihr zu hören. Prof. Dovifat betonte, daß die Instrumente der Publizistik den gläubigen Menschen zur Überwindung des Massenmenschen als Gottesgeschenk gegeben sind. Ihr Einsatz ist in erster Linie Sache der christlichen publizistischen Persönlichkeit, deren Heranbildung unsere erste Aufgabe ist. Für die katholische Presse warnte er vor einer Zersplitterung der Kräfte. Sein Vortrag gab dann ein eindrucksvolles Bild der Mächte, die heute um den Menschen und seine Zukunft ringen und eine gründliche Analyse der vielfachen Möglichkeiten publizistischer Arbeit.

Nach diesem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat wandte sich die Beratung zunächst dem Plan der Gründung einer Gesellschaft katholischer Publizisten zu, die der Arbeitsgemeinschaft von den Publizistentagungen von Limburg und Walberberg als Aufgabe aufgetragen worden war. Die Aufgabe dieser Gesellschaft sollte ein engerer Zusammenschluß der katholischen Publizisten zur Klärung ihrer Berufsanliegen und zur eventuellen Stellungnahme zu den großen Fragen des deutschen Pressewesens sein. Sie soll auf zum Teil schon bestehenden, zum Teil noch zu gründenden regionalen Gruppen aufbauen, die in den einzelnen Ländern errichtet sind oder werden sollen. Ihr Mitgliederkreis soll alle publizistisch Tätigen — der Zeitungen, der Zeitschriften, der Buchverlage, des Rundfunks und des Films — umfassen, wobei über die Aufnahme jeweils die regionalen Gruppen entscheiden. Zur Frage der Aufnahme der Zeitungsverleger wurde festgestellt, daß bei der heutigen Struktur des Zeitungswesens ein großer Teil der Verleger tatsächlich eine echte publizistische und keineswegs mehr eine bloß kommerzielle Funktion ausübe und daher durchaus in den Kreis der Mitglieder gehöre.

Die Arbeitsgemeinschaft beschloß dann die Gründung der Gesellschaft, zu deren vorläufigem Vorstand *Karlheinz Schmidthüs,* Freiburg/Br., *Dr. Hugo Stenzel,* Frankfurt, Professor *Dr. Dovifat,* Berlin, und Direktor *Anton Kochs,* Köln, gewählt wurden. Der Vorstand hat bis zum 1. November 1948 einen Satzungsentwurf und ein Arbeitsprogramm vorzulegen, die dann auf einer Versammlung von Vertretern der einzelnen regionalen Gruppen zu beschließen sind.

Der zweite Tag der Beratungen wurde eröffnet durch einen Vortrag des Pressereferenten beim Verwaltungsrat des vereinigten Wirtschaftsgebietes, Ministerialdirektor *Dr. Karl Heinrich Knappstein,* Frankfurt, über „Die Aufgaben des katholischen Journalisten heute".

Der Beruf des Journalisten ist ein Sonderfall des publizistischen Berufes. Seine Aufgabe ist vor allem die eines Chronisten der Zeitereignisse. Aber auch in dieser Funktion steckt die publizistische Aufgabe des Deutens, des Mahnens und Warnens. Er braucht besondere Berufstugenden: unbedingte Zuverlässigkeit, Feinfühligkeit in Bezug auf das Aktuelle und Gefühl für die rechte, d. h. aber die einfache Sprache. Erste Aufgabe des katholischen Journalisten ist, ein guter Journalist zu sein. Man sollte allerdings weniger vom katholischen Journalisten sprechen als vielmehr von dem als Journalisten tätigen Katholiken, d. h. dem mündigen katholischen Christen, der die besondere Aufgabe hat, den Beruf eines Journalisten auszuüben, und ihn erfüllt aus der Kraft seines lebendigen Glaubens an das Wirken eines Vatergottes in Erfüllung des Missionsauftrages, der für jeden Christen besteht. Zwar bedeutet dieses Wirken aus dem Glauben weltlich gesprochen vielfach eine Einschränkung und Begrenzung, d. h. er muß sich in jenen Grenzen halten, die ihm der Glaube setzt, und die Welt des Unglaubens hat in seiner Tätigkeit keinen Platz. Dieser Verzicht bedeutet aber keine „konfessionelle" Enge, denn der Glaube der Christen ist groß und umfassend, und auch in der Welt jenseits des Glaubens ist immer noch der Logos spermatikos wirksam. Vor einer Gefahr freilich muß er sich hüten, der gerade die Katholiken häufig erliegen, nämlich allzu gerne vor dem Geschichtlich-Konkreten der Welt und Zeit kleinmütig zu fliehen und sich in das überzeitlich Abstrakte eines stets offenstehenden ewigen Lehrgebäudes zurückzuziehen. Das gilt vor allem auf dem Gebiet des Sozialen, wo allzu oft Doktrin gegen Doktrin gesetzt worden ist und die geschichtlichen sozialen Erscheinungen in ihrer ganzen Realität unverstanden geblieben sind.

Der katholische Journalist hat heute drei Orte seiner Berufstätigkeit, einmal die sogenannte unabhängige überparteiliche Zeitung, zweitens die katholische Zeitung und drittens die Parteizeitung. Jede dieser Tätigkeiten hat bestimmte Gefahren. Die Tätigkeit bei einer überparteilichen Zeitung bringt die Gefahr der billigen Anpassung mit sich. Die Tätigkeit bei einer ausgesprochen katholischen Zeitung dagegen die Gefahr der Enge, Abschließung und Selbstgefälligkeit, die Versuchung, auch in Fragen der Tagespolitik mit angeblich „katholischen" Argumenten statt mit natürlichen Stellung zu nehmen, d. h. aber die Gefahr einer Säkularisierung der katholischen Haltung. Der katholische Journalist bei einer katholischen Zeitung muß sich also gerade um des Glaubens willen besonders davor hüten, den Glauben und die Moral zu eilfertig für Fragen der Tagespolitik zu benützen und statt dessen dem sachlichen Argument sein natürliches Gewicht belassen. Für den in der Parteizeitung wirkenden katholischen Journalisten ist die Gefahr der Säkularisierung religiöser Werte und Argumente viel-

leicht noch größer. Er muß daher mit besonderem Fingerspitzengefühl die Rangordnung der Werte bewachen. Selbstverständlich gibt es Fälle, in denen der katholische Journalist den Mächtigen dieser Erde und d. h. häufig auch den Parteileitungen aus religiösen und theologischen Gründen widersprechen muß. Aber er muß darauf achten, daß es wirklich die ehernen ewigen Gesetzestafeln sind, die er den Mächten entgegenhält, und nicht nur die vergänglichen Lebensregeln einer geschichtlich bedingten Gesellschafts- oder Herrschaftsschicht. Die starke lebensmäßige Durchdringung des mittleren Bürgertums mit christlichen Lebenselementen legt die Gefahr sehr nahe, die Gestalt dieses Bürgertums mit christlichen Argumenten zu verteidigen. Der katholische Journalist muß also in stärkstem Maße die Gabe der Unterscheidung anwenden.

Nach dieser Darstellung e contrario sprach der Referent dann über die positive Aufgabe des katholischen Journalisten. Auch Zeitungsartikel können in zeitgemäßer Form Verkündigung des Wortes Gottes sein. Ein Leitartikel zur Flüchtlingsnot könnte z. B. ebenso aufrüttelnd wirken wie die beste Exerzitien- oder Missionspredigt. Eine christliche Zeitung darf ihre Missionsaufgabe nicht durch die Sonntagsbetrachtung des Stadtpfarrers unter dem Strich als erfüllt ansehen, sondern muß ihr in allen ihren Spalten dienen.

All diese Aufgaben haben zur Voraussetzung ein volles und reiches Glaubenswissen. Gerade die Bereitstellung dieses Glaubenswissens für den mündigen, in der Welt tätigen Menschen ist aber eine eigentümliche Schwäche unseres heutigen Religionsunterrichtes. Der Referent regt also an, dieser „Christenlehre der Gebildeten", die gerade für den Journalisten wichtig ist, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Er empfiehlt dazu nicht besondere katholische Journalistenschulen, denn das eigentümlich Journalistische wird am besten an den spezifischen Ausbildungsorten des Journalisten gelernt. Aber die Journalisten sollten teilnehmen an systematisch aufgebauten Glaubensschulen, die für die katholischen Intellektuellen am besten von jeder Diözese organisiert werden müßten. Die normale Volkshochschule genügt dafür nicht, denn gerade das, was der katholische Studienrat, Richter oder Redakteur über seinen Glauben wissen muß, ist subtiler als das, was die breite Menge des katholischen Volkes braucht.

Anschließend sprach dann der Vorsitzende der Verlegerverbände in der US-Zone, *Johann Wilhelm Naumann*, Augsburg, über „Die Aufgaben des katholischen Zeitungs- und Zeitschriftenverlegers". Er ging davon aus, daß die Situation, die sich 1945 aus dem allgemeinen Zusammenbruch des von Hitler vergewaltigten deutschen Pressewesens ergab, für den Zeitungsverleger vollkommen neue Aufgaben stellt. Es gab damals keine politischen Parteien, keine Organisationen und Institutionen, die Träger einer neuen Presse hätten werden können. Die Verleger, deren Betriebe gewaltsam vom Nationalsozialismus in Anspruch genommen worden waren, mußten erst ihre Schuldlosigkeit nachweisen und konnten also nicht unmittelbar eingesetzt werden. Es gab im Wesentlichen nur unbelastete Journalisten, die in die Bresche springen konnten. So ist die Aufgabe der Errichtung neuer Zeitungen mehr vom journalistischen als vom verlegerischen Standpunkt aus gelöst worden, d. h. also von der Seite der publizistischen Aufgabe und weniger vom wirtschaftlichen Standpunkt. Aus dieser Entwicklung ergibt sich, daß der Zeitungsverleger heute sehr viel stärker als früher publizistisch und nicht mehr nur rein kommerziell interessiert ist.

Die Entwicklung des deutschen Pressewesens ist nach den Besatzungszonen ganz verschieden. In der US-Zone überwiegt der Typus der überparteilichen und überkonfessionellen Zeitung, deren es heute 54 gibt. Gleichsam wie ein Geschenk für den Katholikentag erschien am 28. August die erste von Naumann selber gegründete katholische Zeitung, die „Augsburger Tagespost". Von den zirka 60 Zeitungen der britischen Zone ist der größte Teil irgendwie politisch an Parteien und Weltanschauungen gebunden. Erst neuerdings erscheinen dort auch überparteiliche Zeitungen. Auch in der französischen Zone überwiegen die parteigebundenen Zeitungen die überparteilichen. Die Ostzone kennt überhaupt keine freie Presse. Charakteristisch ist, daß in einer ihrer Großstädte eine SED-Zeitung in mehr als 300 000 Auflage sechsmal wöchentlich, eine CDU-Zeitung zwei- bis dreimal wöchentlich mit 20 000 Auflage erscheint.

Aus einem Rückblick auf die Geschichte der katholischen Presse vor und nach 1933 lehnte der Referent die direkte parteipolitische Bindung der katholischen Presse ab. Es ist selbstverständlich, daß sie für die christlichen Parteien eintritt. Aber es muß ihr möglich sein, auch Kritik an ihnen zu üben, damit keine Identifikation der politischen christlichen Parteien mit der katholischen Kirche eintritt. Selbstverständlich muß sie gegen alle nichtchristlichen oder gegenchristlichen Bewegungen im marxistischen Sozialismus wie auch im Kapitalismus kämpfen.

Dann wandte sich der Referent gegen eine Wiederkehr der Vielzahl kleiner und kleinster katholischer Zeitungen, die vor 1933 existiert haben. Von den 452 statistisch erfaßbaren unter den 600 katholischen Zeitungen vor 1933 hatten nur 50 eine Auflage über 10 000, nur 11 eine Auflage über 30 000, wobei noch ihre Kopfblätter mitgezählt sind. Das führte dazu, daß die größte Zahl dieser Zeitungen ihr Nachrichtenmaterial in Matern von nichtkatholischen Maternzentralen bezogen. Es kann also bezweifelt werden, daß in diesen Zeitungen aus dem Ethos des Publizisten die Aufgabe der öffentlichen Meinungsbildung verantwortlich angefaßt worden wäre.

Die Tatsache, daß es bis jetzt nur eine unabhängige katholische Zeitung in Deutschland gibt und deshalb viele katholische Journalisten in einer „neutralen" Presse wirken, darf jedoch nicht dazu führen, die Notwendigkeit der katholischen Presse überhaupt zu leugnen. Ihre Aufgabe ist nicht die Übermittlung des Glaubensgutes oder Vertretung seelsorgerischer Anliegen, sondern die Erfassung und Verarbeitung der Geschehnisse auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens aus den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes heraus. Sie muß dabei unbedingt wahrhaftig sein und darf nichts, auch nicht für uns peinliche Dinge, verschweigen. In ihr wird aus der Verantwortung der christlichen Persönlichkeit heraus gesprochen. Diese Verantwortung trägt auch der Verleger mit. Er darf seine Zeitung nicht als ein Geschäftsunternehmen auffassen, sondern seine innere Haltung muß seinen Einsatz bestimmen. Freilich darf er die wirtschaftliche Nüchternheit dabei nicht verlieren.

Den Themen der vorangegangenen Referate folgte eine zuweilen sehr temperamentvolle Diskussion, insbesondere zur Frage der katholischen Tageszeitung und zur Frage der Berufsbildung und des Nachwuchses.

Zunächst wurde klargestellt, daß der Wirkungsbereich des katholischen Journalisten nicht eingeschränkt werden dürfe, er hat sowohl in der überparteilichen und überkonfessionellen Presse wie in der katholischen wie auch schließlich in der Parteipresse wichtige Aufgaben zu erfüllen. Es muß auf jeden Fall verhütet werden, daß zugunsten einer dieser Bereiche wichtige Positionen in den anderen unbesetzt bleiben. Keiner dieser Bereiche darf sich absolut setzen.

Zu der Frage der katholischen Tageszeitung wurde festgestellt, daß die verschiedenen Militärregierungen aus bestimmten Vorstellungen über die demokratische Erziehung des deutschen Volkes heraus in ihrer Lizenz- und Papierzuteilungspolitik die Bedürfnisse der deutschen Katholiken allgemein nicht genügend berücksichtigt haben. In den verschiedenen Besatzungszonen bestehen infolge der verschiedenen Politik der Besatzungsmächte ganz verschiedene Verhältnisse. Die Vertreter der britischen Zone, vor allem des Rheinlandes und Westfalens, glaubten feststellen zu können, daß bei ihnen die katholischen und christlichen Interessen angemessen repräsentiert seien und daß auch die Gefahr, daß diese Interessen zu eng mit Parteiinteressen identifiziert würden, nicht sehr groß sei. Vertreter der amerikanischen Zone beklagten, daß die Politik der Verkoppelung von Lizenzträgern und Hauptschriftleitern verschiedener Richtungen in der Leitung desselben Blattes leicht zur Verwaschenheit führe oder Konflikte hervorrufe. So kam man zu dem Ergebnis, daß die Notwendigkeit der Gründung unabhängiger katholischer Tageszeitungen nach den regionalen und örtlichen Gegebenheiten beurteilt werden müsse. Vor allem wurde betont, daß solche Gründungen nur auf einer gesunden wirtschaftlichen Basis vorgenommen werden könnten, die auch die wirtschaftliche und geistige Unabhängigkeit garantiere, und daß bei ihnen auch auf die in unserer Lage dringend gebotene Ökonomie der vorhandenen Kräfte Rücksicht genommen werden müsse. Wo die Voraussetzungen gegeben seien, müsse jede Initiative begrüßt und gefördert werden. Ziemlich einstimmig war man der Ansicht, daß die Vielzahl kleiner katholischer Zeitungen, die vor 1933 bestanden hätten, bei der heutigen Lage nicht mehr tragbar sei, wenngleich sich Stimmen dafür einsetzten, daß ihren Verlegern, die seit 1933 wirtschaftlich schwer geschädigt seien, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung geschuldet sei.

Das Bestehen und der hohe Stand der katholischen Wochenblätter wurde sehr begrüßt, wenn auch von verschiedener Seite dargelegt wurde, daß sie eine wesentlich andere Funktion hätten als die Tagespresse und infolgedessen katholische Tageszeitungen nicht ersetzen könnten. Vor allem aber wurde betont, ein wie wichtiges Instrument die Kirchenzeitungen seien, wobei gleichzeitig bedauert wurde, daß ihre augenblickliche Gestalt den Ansprüchen, die man an so wichtige publizistische Organe stellen müsse, nicht genüge, sodaß es dringend erforderlich sei, sie unter Heranziehung erfahrener, nichtgeistlicher Publizisten zu verbessern. Auch die anwesenden Kirchenblattredakteure stimmten dieser Forderung zu; sie wurde von dem hochwürdigsten Bischof Berning von Osnabrück, als er am nächsten Tage einem Teil der Beratungen beiwohnte, ebenfalls unterstrichen. Es kam dann noch die Forderung nach einer kräftigeren und wirkungsvolleren Unterstützung der Kleinschriftenliteratur für den Kirchenstand zur Sprache, nach denen trotz der vom Publikum in den Buchhandlungen gezeigten Abneigung gegen Broschüren in den Pfarreien und in der Gruppenarbeit ein dringender Bedarf bestehe.

Auch die Frage der Berufsausbildung wurde lebhaft diskutiert. Überall macht sich ein Mangel an hochqualifizierten Kräften bemerkbar, sodaß häufig wichtige Positionen nicht besetzt werden können. Es wurde beschlossen, daß die Gesellschaft katholischer Publizisten sich eine karteimäßige Übersicht über die vorhandenen Kräfte verschaffen soll, um in solchen Fällen Auskunft geben zu können. Über den richtigen Weg der Berufsausbildung herrschten verschiedene Meinungen. Viele qualifizierte Publizisten kommen aus echter Neigung aus anderen Berufen zur Publizistik. Der normale Weg ist jedoch der über ein Studium an der Universität und die Ausbildung in einer Redaktion und in einer Journalistenschule. Die Begründung eigener katholischer Journalistenschulen fand wenig Anklang, doch wurde ein Vorschlag begrüßt, Stipendien für begabte jüngere katholische Journalisten zum Besuch der vorhandenen Schulen zu stiften. Ebenso fand Zustimmung die Meinung, daß auch vom jungen Journalisten der ordnungsgemäße Abschluß eines Studiums oder einer Ausbildung gefordert werden müsse, da dies ein Beweis für eine gewisse Zuverlässigkeit und Ernsthaftigkeit sei. Allgemeine Zustimmung fand Knappsteins Vorschlag der Glaubensschulung der intellektuellen Berufe, an denen die Publizisten sich möglichst aktiv beteiligen sollen. Die Gesellschaft katholischer Publizisten wurde beauftragt, unverzüglich mit der Vorbereitung von Kursen für den Nachwuchs zu beginnen, in denen jüngere Journalisten einige Tage mit Fachleuten der Theorie und Praxis über bestimmte Themen und Fragenkomplexe arbeiten sollen, um so über den Stand der Probleme unterrichtet zu werden.

Die Arbeitsgemeinschaft hörte am dritten Tag zuerst ein Referat von *Dr. F. J. Schöningh,* München, dem Herausgeber des „Hochland", über „Die Aufgabe der katholischen Zeitschrift". Das Referat wollte keine Typologie der katholischen Zeitschriften geben, sondern widmete sich vor allem einer klaren Sicht der grundsätzlichen Aufgabe, die dem katholischen Publizisten in der Zeitschrift gestellt ist. Als erste Forderung für eine katholische Zeitschrift stellte er heraus, daß ihre Grundhaltung im nichtkatholischen oder ungläubigen Leser nicht das Gefühl erwecken sollte, sie sei nur für Auserwählte geschrieben, daß sie den Katholizismus also etwa wie eine Parteisache vertrete. Sie soll vielmehr den Geist einer echten Katholizität tragen. Das bedeutet keine Unklarheit der Haltung und keine Verwischung des Glaubensinhaltes. Aber sie muß sich vor der Gefahr hüten, einen Ton von Selbstzufriedenheit, Herablassung oder pharisäischem Mitleid zu pflegen. Auch eine katholische Zeitschrift muß noch nach jener Wahrheit suchen, die ihre Voraussetzung ist. Das entspricht der gegenwärtigen deutschen Situation, der die Voraussetzung des geschlossenen katholischen Raumes nicht mehr gegeben ist. Sie verlangt die Ersetzung der Apologetik im engeren Sinn durch den Gedanken der Missionierung. Denn wir stehen heute nicht einem militanten Irrglauben gegenüber, sondern den Formen des Unglaubens im wörtlichen Sinn. Die katholische Zeitschrift muß sich daher fragen, wie sie in das entstandene Vakuum eindringen kann. Dazu ist die Abwesenheit jedes Parteigeistes notwendig, auch bei der Auseinandersetzung über den Gegensatz zwischen

Ost und West. Sie bedarf im erhöhten Sinn der christlichen Unterscheidungsgabe, die nicht zuläßt, daß massive Interessen mit christlichen Argumenten verteidigt werden. Der Geist einer umfassenden Katholizität gibt auch die Garantie, daß eine etwaige Kritik an kirchlichen Behörden nicht als Kritik an der Kirche schlechthin mißverstanden wird. Man kann heute nicht von jeder katholischen Zeitschrift verlangen, daß sie innerkirchliche Verhältnisse grundsätzlich unkritisiert läßt. Die Voraussetzung dafür ist freilich, daß sie in allem die feste Überzeugung verrät, daß der Christus der katholischen Kirche ihr Mittelpunkt ist.

Die zeitgenössische Publizistik wird vor allen Dingen von der Gefahr beherrscht, das Prinzip des Interessanten, ja Sensationellen überzubetonen. Davor muß sich die katholische Zeitschrift hüten, aber sie darf sich auch nicht einzig und allein vom Prinzip des alten einzig Wahren leiten lassen. Auch der katholische Zeitschriftenredakteur hat in der Zeit zu leben und die Fragen der Zeit mitzuerleben. Er muß selber von innen beunruhigt sein, erst dann kann er die schwierige Aufgabe erfüllen, unter Umständen zu beruhigen. Trotzdem aber muß in der katholischen Zeitschrift eine letzte innere ruhige Festigkeit spürbar werden. Trotz aller Zeitnähe muß sie von den Dingen der Zeit den echten Abstand haben, der sich aus dem Wesen richtig verstandener Katholizität ergib. Dazu gehört auch das richtige Verhältnis zur Geschichte. Katholisches Christentum ist immer revolutionär, aber zugleich auch konservativ, da es sich in der Geschichte entfaltet hat und die Stadien seiner Entwicklung nicht verleugnen kann. So hat die katholische Zeitschrift die Pflicht, die geschichtliche Basis ihrer Existenz nicht zu verleugnen. Der Wille zur Revision unseres Geschichtsbildes schließt den Willen zu einem geläuterten Bild dieser Geschichte ein. Die katholischen Zeitschriften in Deutschland haben also die Aufgabe, die positiven Elemente der deutschen Geschichte aus den Trümmern zu heben und wieder lebenswert zu machen, auch dies freilich so, daß sie der Zukunft einen freien Blick zuwenden. Die Erschütterung unserer Lebensgrundlage und unseres Lebensgefüges birgt eine große Chance in sich, nämlich eine neue, bessere Ordnung des gesellschaftlichen Aufbaues zu finden. Katholische Publizistik muß sich von allen Ideologien freihalten, vor allem aber muß sie sich bemühen, die sozialen Enzykliken der Päpste nicht zu Ideologien werden zu lassen. Es gilt, ein wahres Bild der gegenwärtigen Situation zu geben und jede Illusion über unsere tatsächliche religiös-sittliche Verfassung, die mit der wirtschaftlich-sozialen aufs engste zusammenhängt, zu vermeiden. Die Verfallserscheinungen unserer Zeit können nicht durch problematische Proteste gegen sie, sondern nur durch die Bildung von gesunden Zellen einer echten Ordnung, nur durch Werk und Beispiel bekämpft und überwunden werden. So sind die wichtigsten Aufgaben der katholischen Zeitschrift Erziehung zu nüchternem Realismus und Weckung der Kräfte, die der Lösung der uns gestellten Missionsaufgabe gewachsen sind, ehrfurchtsvolle Behütung der deutsch-abendländischen Überlieferung und vertrauensvolles Wirken für eine bessere Zukunft.

Für diese letztere Aufgabe gilt jedoch, daß der Christ zur Zukunft ein dialektisches Verhältnis, ein optimistisches und pessimistisches zugleich hat. Er weiß, daß die christliche Wahrheit das Antlitz der Erde erneuern kann, aber auch, daß es in Wirklichkeit mit der Menschheit sittlich nicht aufwärts geht und daß die späteren Zeiten in Finsternis gehüllt sein werden. Diese Spannung zwischen Optimismus und Pessimismus erträgt er in der übernatürlichen Hoffnung auf die Wiederkunft Christi. In dieser Spannung muß auch jede katholische Zeitschrift leben, ohne den Akzent nach der einen oder anderen Seite zu verschieben.

Das anschließende Referat von Hauptschriftleiter *Karlheinz Schmidthüs*, Freiburg/Br., über „Die Aufgabe des katholischen Buchwesens" ging von der Tatsache aus, daß bei der Verteilung von Lizenzen und Papier die katholischen Bedürfnisse nicht genügend berücksichtigt worden sind. Der Grund dafür ist nicht ein besonderes Übelwollen, sondern einfach die Tatsache, daß bei den Vertretern der Besatzungsmächte und denen des katholischen Verlagswesens ganz verschiedene Vorstellungen über die Rangordnung der zu erfüllenden Bedürfnisse vorlagen, daß die Roile, die dem religiösen und spezifisch katholischen Gedankengut beim Wiederaufbau einer deutschen Ordnung zukommen, von beiden durchaus verschieden bewertet wurde. Das ist nur eine zeitgemäße Form der Problematik, die das katholische Buchwesen seit langem beherrscht. Muth hat seinerzeit die katholische Literatur aus dem Exil herausgeführt und in den Katholiken das Gefühl einer Gesamtverantwortung für das geistige Gesicht ihrer Zeit erweckt. Aber wenn die Leistungen der katholischen Literatur auch einen gewissen Achtungserfolg errangen, so waren ihre Werte, ihr Lebensgefühl doch auch damals der modernen Welt zu fremd, als daß sie sie ohne weiteres hätte annehmen können. Sie mußte immer um ihren Anspruch, sich an die gesamte Nation zu wenden, kämpfen, und es galt der Satz „catholica non leguntur". Eine gewisse Überwindung dieser Lage war in der Zeit nach 1933 zu spüren, in der das katholische Buch sich bei jenem wahren Kern des Volkes Geltung verschaffte, der der Schändung des Menschen und seiner Würde widerstand. Nach 1945 meldeten die Katholiken ihren Anspruch, einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau des geistigen Lebens leisten zu können, mit einem gewissen Selbstbewußtsein an. Freilich galt es jetzt nicht, in erster Linie über die Literatur auf die Entwicklung einzuwirken, sondern unmittelbar Entscheidungen im Politischen, Wirtschaftlichen und Sozialen zu treffen und zu verantworten. Der Anspruch der Zeit Karl Muths, auf Grund einwandfreier geistiger Leistung vor dem Forum der Nation gehört zu werden, hat sich gewandelt in den Willen, präsent zu sein in den großen Bewegungen der Zeit, um als Sauerteig in ihnen zu wirken; d. h. unsere Wirkform ist heute das direkte Apostolat. Dabei hat sich die geistige Lage geändert. Die moderne Welt steht dem Christlichen nicht mehr in Kampfstellung, sondern in vollkommener Gleichgültigkeit gegenüber. Sie nimmt keine Kenntnis mehr von ihm. Die einzige Form, es ihr zur Kenntnis zu bringen, ist die Begegnung mit echten Christen, deren Existenz so überzeugend ist, daß sie sie nicht übersehen können. Es gilt also, nicht eine christliche Front zu bilden, sondern den missionarischen Auftrag mitten in der Welt zu erfüllen. Diese Forderung des Apostolats des Einzelnen erschöpft jedoch die Situation nicht ganz. Die Christen in Deutschland sind nicht nur Einzelne, sondern eine Gemeinschaft, die ihre Rechte wahren muß. Sie sind nicht nur Starke mit wa-

chem Gewissen, sondern auch noch sich Bildende und Verführbare, die geschützt werden müssen. Sie leben nicht nur in der Bezeugung ihrer Christusexistenz in ihrer konkreten Situation, sondern sie haben eine Lehre, aus der Forderungen zu stellen sind. Sie stehen als Gruppe anderen Gruppen gegenüber, deren Heilslehren einen Absolutheitsanspruch erheben. Sie müssen sich also auch formieren, um den widerchristlichen Mächten zu widerstehen. So ist das Dilemma des Lebens einer katholischen Gemeinschaft in einer unchristlichen Welt, daß ihre Einzelnen den missionarischen Auftrag haben, sich nicht zu bewahren, daß sie als Ganzes aber auch die Pflicht hat, sich zu bewahren, um christlich leben zu können, daß sie dies aber wiederum nur kann, wenn sie durch den Einsatz der Einzelnen die Welt für Christus gewinnt. Es gibt also zwei Funktionen des christlichen Wirkens, die nur erfüllt werden können, wenn keine von beiden sich absolut setzt und wenn jede den Dienst der anderen nicht nur anerkennt, sondern sogar fördert.

Für das katholische Buchwesen ergibt sich daraus einmal, daß das Gesetz der Fremdheit zwischen Kirche und moderner Welt, die nicht durch Leistung allein überwunden werden kann, auch für es gilt. Es gibt Möglichkeiten, diese Fremdheit aufzulockern, z. B. ist ein Gebiet, in dem das Interesse der modernen Welt und christliche Haltung sich einander nähern, das Gebiet der Naturwissenschaften, deren Vertreter sich der Wirklichkeit in ehrfürchtiger Grundhaltung wieder zu öffnen scheinen. Die Pflege dieses Gebietes ist bisher stark vernachlässigt worden, aber sie wäre eine wichtige Aufgabe katholischer Verlage. Es gibt ferner in der modernen Welt eine starke Unruhe und ein Ungenügen an ihrer Lebensform. Es gibt viele Suchende, denen mit einer Deutung der Zeit im Licht der christlichen Wahrheit, in der sie unter das Gericht und die Verheißung des Reiches Gottes gestellt wird, gedient wäre und die tatsächlich nach einer solchen Deutung verlangen und bereit sind, sie aufzunehmen. Weiter scheint ein Korrelat für das Apostolat der christlichen Existenz mitten in der Welt am ehesten in den großen Werken der christlichen Dichtung vorzuliegen, gerade wenn sie nichts von der Realität der menschlichen Existenz, ihrer Gebrechlichkeit und Ausgesetztheit verschweigen. Gerade heute scheint die Verharmlosung des Bösen und des Abfalles vom Guten pastoral bedenklicher als das Gegenteil. (Freilich werden pastorale Bedenken für den katholischen Verleger immer eine Rolle spielen, und er muß sie aus der Kenntnis seines Publikums heraus ernst nehmen). Die katholische Dichtung ist heute nicht arm an Werken, die eine solche Funktion auszuüben imstande sind. Viele dieser Werke erscheinen in nichtkatholischen Verlagen, weil ihre Dichter das Gefühl haben, daß diese nichtkatholischen Verlage ihnen die große Breite der Wirkung gewährleisten, die wegen der grundsätzlichen Abneigung der Masse des Publikums gegen katholische Verlage in ihnen nicht immer gegeben ist. Der katholische Verlag muß das in Kauf nehmen, aber die katholischen Dichter und Schriftsteller müssen darauf achten, ob es wirklich in allen Fällen notwendig ist, daß der Versuch des katholischen Verlagswesens, Boden im nichtkatholischen Raum zu gewinnen, ihrer Mithilfe entbehren muß.

Neben diesem Wirken nach außen gibt es eine Fülle von Aufgaben des katholischen Verlagswesens im innerkirchlichen Raum. Eine sehr wichtige Aufgabe ist die Darstellung der unserer realen Lage entsprechenden Lösungen und Anwendungen der Soziallehren der Kirche und die Kritik der im Aufbau begriffenen Neuordnung im Sozialen und Wirtschaftlichen an den Maßstäben der christlichen Lehre.

Das soziale und politische Wirken setzt jedoch eine gründliche Bildung, vor allem auch eine gründliche religiöse Bildung, voraus. Infolgedessen wird im katholischen Verlagswesen das Buch der religiösen Bildung und der geistlichen Lehre eine große Rolle spielen, das jedoch ausgehen muß von der wirklichen Welt der heute lebenden Christen. Die große Tradition des katholischen geistlichen Buches ist von der Welt des Klosters und der in ihr gemachten Erfahrungen geprägt. Sie ist also weithin für den Christen in der modernen Welt wirkungslos. Wir brauchen eine echte weltförmige geistliche Lehre, eine Laienaszetik, in die die Erfahrungen des mündigen Christen der Welt eingegangen sind und die seine Sprache spricht.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Schaffung einer volkstümlichen Literatur, die nicht nur den Bauern und Bürger, sondern auch den Arbeiter anspricht. Volkstümliches Schreiben setzt eine Einfachheit voraus, die von großer Tiefe sein muß, um wahr zu sein. Sie ist das Ergebnis einer letzten Reife und Klarheit. Es müßte der Ehrgeiz der Besten unserer Schriftsteller sein, sich um die Schaffung einer solchen volkstümlichen Literatur zu bemühen.

Der Referent betonte zum Abschluß, daß es unbedingt notwendig sei, die Wirklichkeit unserer Lage zu sehen, um die Aufgabe richtig zu erkennen und vor allen Dingen nicht über die falschen Dinge zu klagen. Die Welt, die sich dem Christentum verschließt, verlangt doch gleichzeitig im Tiefsten nach ihrem Zeugnis. Von diesen beiden Dingen wird die Lage des katholischen Buches geprägt.

In der anschließenden Diskussion wurde von verschiedenen Seiten vor einer Ausweitung des Begriffes der „Mission" gewarnt, der bisher nur für die Verkündigung an die Heiden gebraucht worden sei. Vor allem dürfe es nicht das Bewußtsein von der Bedeutung der Heidenmission schwächen. Dann wandte sich die Aussprache der Beratung der Entschließung der Arbeitsgemeinschaft zu.

Arbeitsgemeinschaft 10

Rundfunk

Die erste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft wurde von *Prälat Marschall*, Gruiten, mit einem Bericht über die Arbeit der deutschen Katholiken im Rundfunk eröffnet. Träger dieser Arbeit ist die KRD. (Katholische Rundfunkarbeit Deutschland), deren Ordnung von der diesjährigen Fuldaer Bischofskonferenz genehmigt worden ist. Die Kirche ist nach den Statuten der Sender Stuttgart, München und des Nordwestdeutschen Rundfunks in der Leitung des Funks amtlich vertreten. Diese Vertretung ist auch für das Statut des Südwestfunks anzustreben.

Anschließend sprach der Generalsekretär der „Unda", *Dr. Diening*, Fribourg (Schweiz), der selber Holländer ist, über „Unsere internationale Rundfunkarbeit".

Die „Unda" ist die Nachfolgerin des im Jahre 1920 in Köln gegründeten Internationalen Rundfunkbüros. Es wurde 1936 nach Amsterdam verlegt und hat seit 1948 seinen Sitz in Fribourg (Schweiz). Die Unda vereinigt 47 verschiedene Länder in ihrer Organisation und ist der Brennpunkt aller katholischen Rundfunk-Vereinigungen. Die „Unda" nimmt an allen Versammlungen der UNO und UNESCO teil. Sie stellt bereit:

1. Einen technischen Informationsdienst für Rundfunk und Fernsehdienst, wobei sie mit dem Physikalischen Institut Fribourg/Schweiz (Professor Friedrich Dessauer) zusammenarbeitet.
2. Einen Nachrichtendienst d. h. einen Presse- und Informationsdienst.
3. Sie stellt Programme (fertige Texte und Schallplatten) zusammen. Zwei Serien von 12 Rundgesprächen über wichtige Themen sind bereits verfügbar, z. B.: „Gibt es einen Fortschritt?", „Wird die Technik den Menschen überwältigen?", ferner zwei Sendereihen über die beiden Sozialenzykliken von P. Utz OP, Basel. Ihr „Weltecho" ist ein Reportage-Magazin der großen katholischen Weltereignisse.

In der anschließenden Aussprache wurde darüber gesprochen, was die Unda für Deutschland bedeuten kann. Übertragungen aus dem Ausland sind z. Z. in Deutschland noch nicht möglich, da dazu ein Viermächtebeschluß nötig ist. Dr. Diening betonte jedoch, es sei für uns wichtig, daß man uns im Ausland lese und höre. Die Unda ist bereit, deutsche Manuskripte, die ihr eingesandt werden, zu übersetzen und in ihren Weltdienst zu geben.

Die Beratungen des zweiten Tages beschäftigten sich eingehend mit der Frage des katholischen Senders, der ebenso logischerweise aus der Bildungssubstanz des Katholizismus heraus gewünscht wird wie die katholische Schule und die katholische Presse.

Prälat Meixner, Bamberg, gab zunächst einen Bericht über den Stand der Frage:

Vor 1933 bemühte sich Kardinal Faulhaber, nach 1945 Erzbischof Kolb von Bamberg um einen christlichen Sender. Die amerikanische Militärregierung stellte zwei Millionen Reichsmark für den Bau des Senders als Geschenk von Amerika in Aussicht. Das Evangelische Hilfswerk Stuttgart bemühte sich bei Erzbischof Kolb um einen gemeinsamen christlichen Sender. Nach langen Verhandlungen einigte man sich auf einen solchen gemeinsamen Sender, dem ein technischer Direktor vorsteht (gemeinsame finanzielle Verwaltung), dagegen zwei Sendeleiter. Im Juni 1948 wurde die Errichtung beschlossen.

Der Bamberger Sender ist eine Körperschaft öffentlichen Rechtes und besteht aus einem Kuratorium, in dem je sieben katholische und evangelische Männer vertreten sind, und zwar von katholischer Seite: 5 Bischöfe, der Vorstand des Katholikentages und ein Ordensvertreter.

Neben dem Vorstand besteht ein Verwaltungsrat. Der Vorstand setzt sich zusammen aus: Generaldirektor, katholischem und evangelischem Sendeleiter, Programmausschuß von 6—10 Fachkräften für jeden Sendeleiter. Dazu kommen konfessionelle Hörergemeinschaften.

Inzwischen fand die „Wellen-Konferenz" in Stockholm statt, bei der für ganz Deutschland nur noch 4 Wellen genehmigt wurden. Die Bamberger Herren vertraten die Auffassung, von diesen vier Sendern in Deutschland sollten drei neutral und einer christlich sein. Es stellte sich jedoch heraus, daß sich die USA plötzlich vom Christlichen Sender zurückgezogen hatten und daß die Abteilung „Information" in München die Zuteilung der Welle verhinderte. Die letzten Hintergründe dieses Umschwunges sind nicht geklärt, sie liegen aber nicht auf funktechnischem Gebiet, sondern in weltanschaulichen Überlegungen.

Die Frage des Christlichen Senders wurde in der anschließenden Aussprache sehr heftig diskutiert. Es wurde vor allem betont, daß seine Gründung keinesfalls einen Rückzug der Katholiken aus der allgemeinen Rundfunkarbeit bedeuten oder zur Folge haben dürfe, daß vielmehr ihre Mitarbeit und ihr Einfluß dort ungeschmälert erhalten bleiben müsse. Auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen eines Senders wurden beleuchtet: Ein Sendetag mit 18 Stunden Sendezeit kostet den Sender durchschnittlich 36 000 Mark, d. h. ein Sender muß wenigstens 700 000 Hörer haben, um sich zu rentieren.

Der Wunsch, dem Anliegen des Christlichen Senders ebenso gerecht zu werden, wie der Notwendigkeit, den Einfluß und die Mitarbeit der Katholiken in der zentralen Rundfunkarbeit zur Geltung zu bringen und zu verstärken, fand dann seinen Ausdruck in der zu dieser Frage gefaßten Resolution (s. S. 57).

Am Nachmittag sprach Abteilungsleiter *Fritz Buschmann,* Radio München, über die „Eigengesetzlichkeit des Rundfunks". Nach einem Überblick über die Aufbauarbeit nach 1945 und die vorhandenen Kräfte sprach er von der notwendigen Erziehung zur Einsicht in die Wesensgesetze des Rundfunks. Er forderte eine Rundfunkwissenschaft, deren sich die Universität annehmen muß. Für eine gute Sendung ist das physikalische, physiologische und psychologische Optimum notwendig. Besonders verweilte er bei den psychologischen Vorgängen beim Hören und verwies auf die bahnbrechenden Arbeiten des verstorbenen Universitätsprofessors Dr. Rödemeyer, Freiburg.

Jede Sendung muß aus der Sicht eines akustischen Weltbildes ausgearbeitet werden. Nicht die „unsichtbare" Masse, sondern der anwesende Mensch ist psychologische Vorbedingung für den Funk. Seine Grundform ist der Dialog, der am wirkungsvollsten im Hörspiel zum Ausdruck kommt.

Buschmann stellte dann folgende Gebote für den Funk auf:

1. Der Rundfunk soll die Rechte der Hörer wahren. Er soll ihren Geschmack und ihre Bedürfnisse berücksichtigen und ihnen nicht seinen eigenen Geschmack oder seine Meinung aufzwingen.
2. Der Rundfunk soll sich seiner erzieherischen Verpflichtung bewußt sein, aber er soll sich darüber klar sein, daß Erziehung ein langsamer Prozeß ist. Neues muß mit Vertrautem verknüpft und allmählich an den Hörer herangebracht werden.
3. Sendezeiten sollen so selten wie möglich geändert werden. Gewohnheiten formen sich langsam, und es braucht manchmal Monate und Jahre, bis der Hörer sich eingewöhnt hat.
4. Der Rundfunk muß Sinn für „Humor" haben. Er muß einen Umgangston wie unter Freunden schaffen. Die Stimme im Lautsprecher darf nichts Abstraktes sein. Es muß dem Hörer möglich und leicht gemacht werden, sich für die Persönlichkeit, deren Ausdruck die Stimme ist, zu interessieren. Der Vortragende soll so zum Hörer sprechen, als ob er bei ihm zu Gast wäre.
5. Der Rundfunk soll daran denken, daß der Hörer nur ein Mensch ist. Er kann sich auf Wortprogramme nicht

allzulange konzentrieren. Gesamtprogramme sollen abwechslungsreich sein. Jede Sendung muß ein einheitliches Ganzes sein, deren Bestandteile miteinander verschmolzen werden müssen.

6. Der Rundfunk soll immer an seine Möglichkeiten denken, Probleme, Situationen, abstrakte Themen ebenso wie Hörspiele szenisch aufzulockern.

7. Der Rundfunk soll sich bewußt sein, daß er nur ihm eigene Eigenschaften hat, die andere sind als die des Theaters, des Films, der Zeitung, des Magazins und des Buches. Der geistige Gehalt von Werken, die nicht für das Radio geschrieben sind, soll erhalten werden, aber solche Werke müssen mit allen Mitteln des Rundfunks in eine Form gegossen werden, die diesem neuen und vielfältigen Instrument entspricht.

8. Der Rundfunk soll dahin wirken, daß in Schulen das Radiohören gelehrt wird. Seit der Entwicklung des Radios wird weit mehr gehört als gelesen; also muß das Kind auch das Niederschreiben und das Nacherzählen des Gehörten lernen. Daraus folgt, daß man Kinder lehren soll, mit Verstand zu hören, sowie man sie lesen lehrt.

9. Der Rundfunk darf keine technischen Schwierigkeiten, keine Vorurteile irgendwelcher Art, keine Fragen der Kompetenz, er darf nichts seiner Aufgabe im Wege stehen lassen: als schnellstes Publikationsorgan der Belehrung und Unterrichtung und als reichste Quelle der Unterhaltung zu dienen.

Zu der Frage der katholischen Morgenfeiern äußert sich Buschmann skeptisch: sie würden von Kranken und Gebrechlichen, die zu Hause bleiben müßten, gehört und dienten also nicht der missionarischen Aufgabe der Kirche. Zur Erfüllung dieser Aufgabe müßten sich katholische Dichter und Publizisten in allen Arten anderer Sendungen einsetzen, vor allem aber das Hörspiel pflegen. Beim Rundfunk herrsche heute weitgehend die Bereitschaft, auch außerhalb der gottesdienstlichen Sendungen dem christlichen Gedanken Raum zu geben.

In der Diskussion fand das Referat Zustimmung, nur seine Auffassung von dem Hörerkreis der Katholischen Morgenfeier fand energischen Widerspruch. Dieser setzt sich, wie einstimmig festgestellt wurde, aus Leuten aller Schichten zusammen und keinesfalls nur aus Kranken und Gebrechlichen. Es wurde angeregt, in einer Rundfrage diesen Hörerkreis genauer zu erforschen.

Dann sprach *Dr. Wilhelm Peuler,* Koblenz, über: „Die Katholische Rundfunkarbeit in ihrer Besonderheit".

Er stellte zunächst unter Zustimmung aller Anwesenden das sehr geringe Interesse katholischer Kreise am Rundfunk fest und führte als Beispiel an, daß auf 1000 versandte Fragebogen 7 Antworten von Geistlichen im Sendebezirk Koblenz eingegangen seien.

Wir müssen aber auch das Instrument des Rundfunks als eine Gabe des Schöpfers aller Dinge betrachten und ihn einbeziehen in den Dienst der Kirche als der Gemeinschaft derer, die zur Ehre des Vaters den Lobpreis und die Danksagung für Schöpfung und Erlösung spricht. Er wies besonders hin auf die volksmissionarischen Möglichkeiten des Rundfunks.

Für die katholische Rundfunkarbeit ist kein Programmteil unwichtig oder uninteressant. Wenn wir uns in unsern Sendungen bemühen, die christliche Grundhaltung zum Ausdruck zu bringen, so heißt das nicht, daß wir eine religiöse Übersättigung des Programms erstreben. Das spezifisch religiöse Moment soll richtig eingeordnet werden, aber allem soll das christliche Weltbild zu Grunde liegen. Ein besonderes Anliegen aber sind die katholischen Morgenfeiern. Für sie forderte er

1. daß sie eine gebethafte katholische Morgenfeier und
2. daß sie in ihrem Stile einheitlich und den Bedingungen des Rundfunks gemäß sein müßten.

Für ihre Gestaltung gibt es verschiedene Möglichkeiten:

1. Sie kann auf der Liturgie (Choral, Tagesoffizium) aufbauen,
2. sie kann durch Einbeziehung des Kirchenlieds volkstümlich gestaltet werden,
3. sie kann auf Dichtung und klassischer Musik aufbauen.

Die Rundfunkpredigt ist eine neue Form der geistlichen Rede. Sie muß den Funkgesetzen folgen und dementsprechend kurz sein (12 bis 15 Minuten Höchstdauer).

Für die täglichen Morgenandachten forderte das Referat, daß sie auf einem Gedanken aufbauen und ihn durchführen.

Weiter behandelte das Referat die Wege der Rundfunkarbeit: Es gibt zu wenig fähige Menschen, die wir in den Rundfunk bringen können. Wir brauchen für ihre Vorbildung eine Katholische Akademie, wie die Protestanten sie haben. Wir müssen ständigen Kontakt mit dem Studio wahren und aufklärend wirken im Volk. Wir müssen Leute haben, die alle Sendungen hören, bereit sind zu helfen und dann erst zu kritisieren. Nur so können wir entscheidenden Einfluß, vor allem auch auf die Personalbesetzung in den Rundfunkhäusern bekommen.

Bischof Berning von Osnabrück, der einem Teil der Beratungen beiwohnte, unterstrich die Forderung nach einer katholischen Akademie und forderte eine kräftige Mitarbeit des Klerus an der Funkarbeit.

Am dritten Tage sprach nach einem Referat von *Prälat Marschall* über „Die Aufgaben des Rundfunks als Volksbildungsmittel", Pfarrer *Dr. Franz Sigge,* Hamburg, über: „Der Hörer in der Zeitsituation". (Sein Referat, das besonderen Eindruck machte, soll gesondert veröffentlicht werden.) Er zeichnete drei Schichten von Hörern:

Einmal den „Zonendeutschen" zwischen Krieg und Frieden. Ihn beschäftigt sehr nachdrücklich das Problem des dauernden Friedens, sein Dasein wird von der Sorge um die Zukunft und von Lebensangst bestimmt, und er erwartet, daß der Rundfunk diese Probleme nicht verschweigt.

Als zweiten Hörerkreis zeichnete Pfarrer Sigge den „Zeitgenossen". Für ihn ist das Rundfunkgerät ein Instrument des täglichen Lebens. Er ist kein homo contemplativus, hat keine Besinnlichkeit, keine Beziehung mehr zum Sein selbst. Er kann mit nichts lange etwas anfangen. Er ist kein homo receptivus, aber auch kein homo communicativus. Er hört nur zu.

Der dritte Hörerkreis besteht aus den Menschen der echten Begegnung: Sie suchen Begegnung mit den echten Gütern der Bildung. Auch Wissensbildung suchen sie. Ihnen dient das Nachtprogramm, das eine reife Darbietung reifer kultureller Werke bieten muß. Sie suchen am Rundfunk auch die religio — keine Theologie, keine konfessionelle Propaganda — aber echte Religion, das Wesensanliegen des Menschen.

Im Wort wird immer das Herz des Menschen spürbar, auch im Worte, das über das Mikrophon kommt. Entscheidend ist die sprechende Person. So gilt also für den Katholiken, der im Rundfunk spricht, das Wort aus dem

Vinzenzfilm: „Gehe so zu den Armen, daß sie dir das Stück Brot, das du ihnen reichst, verzeihen um deiner Liebe willen".

Arbeitsgemeinschaft 11

Film

Die Arbeitsgemeinschaft „Film" des Katholikentages sah sich zunächst einmal der Notwendigkeit einer sehr genauen Situationsforschung gegenüber. Während einerseits an der Wichtigkeit des Films, an seiner zunehmenden Bedeutung als Massenbeeinflussungsmittel im positiven wie negativen Sinne kein Zweifel bestehen kann, ist die öffentliche Meinung ihm gegenüber noch sehr viel weniger wach und verantwortungsbewußt geworden als gegenüber der Presse und dem Rundfunk. Dabei gibt es gar keinen einleuchtenden sachlichen Grund dafür. Tatsache ist aber, daß in Deutschland auf katholischer Seite — und besonders auch bei einem Teil des Klerus! — hier eine erschreckende Lethargie oder Indifferenz vorherrscht, sehr häufig auch eine vollkommene Ablehnung des Films anzutreffen ist. Im Laufe der Besprechungen, die von den verschiedensten Punkten her immer wieder vor diese Phänomene geführt wurden, trat klar heraus, daß diese Haltung seelsorglich und pädagogisch gleichermaßen unmöglich, ja gefährlich ist und durch eine wache, urteilssichere Offenheit dem Film gegenüber abgelöst werden muß.

Ein Umstand dürfte allerdings angesichts dieser erstaunlichen Vernachlässigung ins Gewicht fallen: daß nämlich die besondere Filmenzyklika „Vigilanti cura" Pius' XI. vom 29. Juni 1936, welche die „wache Sorge" gerade der höchsten kirchlichen Autorität gegenüber dieser Weltmacht ausdrückt und also auch längst einen Gesinnungswandel hätte herbeiführen sollen, in Deutschland erst nach dem Kriege bekannt werden konnte. Immerhin — in Amerika, der Hauptproduktionsstätte des Films, hatte sich ein solcher Wandel schon vorher vollzogen, ja es ist gerade jene von der katholischen Filmbewegung in Amerika getragene „Legion of Decency" („Legion des Anstands") — der aber auch eine große Anzahl von Protestanten und Juden angehören —, die den Anlaß zur Abfassung der päpstlichen Enzyklika bildete.

Das einführende Referat des ersten Arbeitstages von Direktor *Anton Kochs,* Leiter der Kirchlichen Hauptstelle für Bild- und Filmarbeit, Köln, machte mit den Grundzügen der — in Sonderdrucken bereits mehrfach veröffentlichten — Enzyklika nochmals bekannt und gab zugleich einen Überblick über die Arbeit des „Internationalen Filmbüros", das 1928 im Haag begründet wurde und jetzt seine Zentrale in Brüssel hat. Ihm gehören 23 Länder an, neuerdings auch wieder Deutschland. Die Arbeit der Brüsseler Filmkommission vollzieht sich folgendermaßen: Um die 800 bis 1000 neuen in Belgien jährlich laufenden Filme zu beurteilen, tritt jeden Mittwoch in Brüssel eine Filmkommission zusammen; von Donnerstag bis Sonntag besuchen mehrere Filmkritiker jeden neuen Film. Die Bewertung findet nicht nur vom sittlich-religiösen, sondern auch vom künstlerischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus statt, sie muß schriftlich begründet werden, damit ein eventueller kirchlicher Protest genauestens fundiert ist. Eine Woche nach der Uraufführung haben alle Stellen im Lande, bis ins kleinste Dorf hinein, die Bewertung, und besonders die katholische Presse in den flämischen Gebieten ist eifrig bemüht, diese Filmkritik zu stützen und ins Volk zu tragen. Ergänzende Vortragsreihen über den Film — gerade auch für Geistliche! — werden häufig an Sonntagen abgehalten. Angestrebt wird eine Gemeindebildung und die Möglichkeit, die Katholiken durch ein bindendes, während einer Andacht abzulegendes Versprechen von schlechten Filmen abzuhalten.

Direktor Kochs zeigte ferner auf, wie alle Ansätze ähnlicher Art in Deutschland durch den Nationalsozialismus wieder erstickt worden seien — so die Arbeiten von Richard Muckermann und Melchior Grosseck; die Vereinigung katholischer Filmtheaterbesitzer u. a., — so daß wir nun wirklich wieder neu beginnen müßten. Das Film-Referat, das vor dem Kriege bereits in Berlin bestand, ist nun endgültig nach Köln verlegt worden, sein oberster Leiter und Förderer in Deutschland ist Bischof Berning von Osnabrück.

Der zweite Arbeitstag führte diese Linie der Orientierung zunächst fort, indem *Hubertus Prinz zu Löwenstein,* der längere Zeit in den USA gelebt hat, von der „Legion of Decency" im besonderen und vom amerikanischen Film im allgemeinen berichtete. Die Statistiken zeigen, daß gerade in den kleinen und kleinsten Ortschaften der USA das Kino heute „das" Unterhaltungs- und Bildungsmittel ist. Nimmt man noch hinzu, daß eine Kapitalanlage von 2 Milliarden 50 Millionen Dollars im amerikanischen Film steckt, daß 200 000 Menschen im Film beschäftigt sind, so bekommt man eine Ahnung von der Macht des Films in Amerika und kann es umso höher veranschlagen, daß sich die öffentliche Meinung ihr gegenüber als Gegenmacht hervorgewagt hat. Die „Legion of Decency", 1933 auf Veranlassung des Erzbischofs von Cincinnati als ein wichtiger Bestandteil der „Katholischen Aktion" gegründet, umfaßt heute theoretisch alle Katholiken Amerikas — 30 Millionen — und ist ein Faktor geworden, mit dem die Filmproduktion heute rechnet. Daß aus Hollywood in den letzten Jahren ganz ausgezeichnete Filme hervorgehen — und zwar nicht nur inhaltlich-religiöse wie der „Bernadette"-Film —, das ist dem indirekten und direkten Einfluß der „Legion" zu danken. Der gute und anständige Film erweist sich auf die Dauer als größerer Publikumserfolg; interessant war zu hören, daß die älteren europäischen Filme, die Prinz Hubertus nach seiner Rückkehr hier gesehen hat, heute allesamt in Amerika nicht mehr vorführbar wären.

Das Instrument dieser Film-Liga ist ebenfalls ein Listensystem mit verschiedenen Kategorien, von denen die unterste Kategorie C (Condemned), die einen Film als unannehmbar bezeichnet, gegenüber 440 begutachteten Filmen im Laufe des vorletzten Jahres nur 3 Mal zur Anwendung gekommen ist, Kategorie A, die einen Film „für Alle" freigibt, hingegen 195 Mal. Die Handhabung dieses Systems ist also großzügig und weltzugewandt — ein wesentlicher Faktor, der in den nachfolgenden Besprechungen als unerläßlich auch für die deutschen Filmbeurteilungen anerkannt wurde. Voraussetzung für eine wirklich richtige und sichere Filmbeurteilung wird allerdings immer ein gewisses Maß an unerläßlichem Sachwissen sein, infolgedessen besteht in Amerika seit längerem eine bischöflich geleitete Begutachterkommission, deren Mitglieder eine 6monatige Ausbildung durchmachen müssen, in der sie sich sachliche Kenntnisse

über den Film sowie weitere Grundlagen einer detaillierten ethischen und künstlerischen Filmkritik aneignen müssen. (Eine „Film-Akademie" in diesem Sinne ist auch in Deutschland in absehbarer Zeit in Aussicht; es wird dann darüber noch zu berichten sein.)

Die katholische Presse Amerikas arbeitet engstens mit der „Legion" zusammen, indem sie deren Noten jede Woche verbreitet und in wichtigen Fällen auch in größere Pressekampagnen eintritt; der Erfolg ist der, daß sich die Produzenten sehr häufig dem Urteil der „Legion" beugen und ihre Filme noch einer Änderung unterziehen, damit sie in eine bessere Kategorie eingereiht werden können. Oft werden die Filme zu den Probe-Aufführungen in den New Yorker Theatern mit zwei verschiedenen Schlüssen eingereicht, oft auch werden Publikumsstudien mit überraschenden, unangekündigten Neu-Aufführungen in kleinen Kinos veranstaltet, wo dann die „Beobachter" die Wirkung des Films studieren, woraus sich ebenfalls noch eine Veränderung ergeben kann. Aus alledem ist die sehr viel größere psychologische Wendigkeit Amerikas ersichtlich, aus der sich auch für uns noch außerordentlich viel lernen läßt.

Vor allem wäre zu lernen, wie sich bei der nachfolgenden Diskussion ergab, daß eine deutsche Filmbewegung mit Vertrauen zur Sache und Zuversicht zu sich selbst an die Arbeit gehen muß und sich nicht von vornherein durch Zaghaftigkeit selbst boykottieren darf. Es ist nicht einzusehen, warum den deutschen Katholiken auf die Dauer nicht dasselbe gelingen sollte, was den Katholiken Amerikas gelungen ist; eine konsequente Erziehungsarbeit ist allerdings vonnöten, deren Früchte nicht sofort geerntet werden können. Gerade die Jugend — so wurde von Geistlichen und Laien, die mit ihr in Berührung stehen, betont — wartet auf ein Angefordertwerden in dieser Hinsicht; sie ist bereit, sich einzusetzen, wenn ihr nicht nur sture Verbote, sondern begründete Urteile geboten werden, vor allem wenn sie zu eigenem Urteil herangebildet und „mündig" gemacht wird. Der vehemente Protest einer Münchener Fürsorgerin gegen eine „Bevormundung des Laien" auf diesem Gebiet wurde als gegenstandslos ziemlich einhellig zurückgewiesen, da gerade der Geist dieser Arbeitsgruppe durch die besondere Einmütigkeit der anwesenden Kleriker und Laien charakterisiert war und es ferner immer wieder deutlich wurde, wie sehr es eben der Initiative und Mitarbeit beider bedarf, um hier voranzukommen. Die Wegweisung der Enzyklika, die ein Katholik wohl kaum als „Bevormundung" empfinden wird, zeichnet sich aber gerade durch eine ungewöhnliche „Modernität" aus gegenüber der sehr antiquierten Haltung der Interesselosigkeit, von der eingangs die Rede war.

Zwei einander ergänzende Kurzreferate von Pfarrer *Dr. Willecke,* Meschede (Westfalen), über „Die Darstellung des Bösen im Film und seine moraltheologische Bewertung" sowie von Pfarrer *Dr. Funk,* Trier, über „Die seelische Wirkung des Films auf die Jugend" zeugten von einer erfreulich intensiven Beschäftigung mit den Problemen des Films auch von geistlicher Seite und erhärteten den Eindruck, daß die Jugend hier selber nach einer aktiven Verantwortung strebe, an die man sie auf die rechte Weise heranführen müsse. Während Dr. Willecke grundsätzlich die Möglichkeit bejahte, auch den Film auf eine Höhe zu führen, auf der die echten Probleme von Gut und Böse, Schuld und Sühne, wie sie sich dem Drama stellten, in sublimierter Weise gestaltet würden, berichtete *Dr. Funk* von seiner Erfahrung aus einer Arbeitsgemeinschaft mit jungen Menschen, in denen man bis zur Bildung einer Laienspielgruppe mit dem Ziel einer eigenen Filmproduktion gekommen war. Die Verhandlungen mit einer Filmfirma waren an finanziellen Problemen gescheitert; außerdem hatte man feststellen müssen, daß die „Crux" einer eventuellen katholischen Filmproduktion natürlich schon beim Exposé beginne. Vorläufig fehle es noch sehr an geeigneten Manuskripten.

Dies verursachte die längst fällige Diskussion über die Frage „Katholische Filmproduktion?". Als Resultat der hin- und hergehenden Meinungen ist festzuhalten, daß man den Zeitpunkt für eine solche eigene Produktion in Deutschland in jeder Hinsicht noch für verfrüht halten muß, allenfalls könne man daran denken, geeignete Film-Exposés, sofern sie sich einstellen sollten, einer vorhandenen Firma in Auftrag zu geben und die Produktion dann zu überwachen. Wichtiger und vordringlicher ist jedenfalls die Einflußnahme auf die laufende Filmproduktion. Einigkeit herrschte darüber, daß man keine Serien von Heiligenfilmen, ja nicht einmal den ausgesprochen inhaltlich „religiösen" Film wünschen könne, da der gelungene religiöse Film, infolge der ungeheuer subtilen Dinge, die hier zu verarbeiten und zu veranschaulichen sind, immer zu den Ausnahmen zählen wird. Die Gefahr des Kitschs ist hier größer als irgendwo sonst und muß umso peinlicher vermieden werden.

Als Mittel der Beeinflussung der Filmindustrie bieten sich uns dieselben Möglichkeiten an wie in Brüssel und USA, und tatsächlich arbeitet die Bild- und Filmstelle Köln samt ihren Nebenstellen in allen Diözesen bereits seit Kriegsende in diesem Sinne. Auch hier ist es eine Film-Liste, die durch entsprechende Organe in den drei westlichen Zonen („Filmspiegel" französische Zone; „Filmüberschau" amerikanische Zone; „Filmdienst der Jugend" britische Zone) die Filmbewertungen weitergibt; sie hält sich dabei an die auf dem internationalen katholischen Filmkongreß 1947 in Brüssel festgelegten Einteilungen für ausländische und deutsche Filme (sie umfassen vier Kategorien mit Unterabteilungen). Es ist allerdings dringend nötig, diese Arbeit nun auf eine viel breitere Grundlage zu stellen und vor allem eine „Filmbewegung", ähnlich der amerikanischen „Legion of Decency" und der „Filmgilde" in Wien, (über die in kurzen Worten Prälat *Dr. Rudolf,* Wien, berichtete) zu schaffen, die zu einem Faktor der öffentlichen Meinung wird. Die Pfarreien, die Jugendgruppen, die katholischen Verbände sind dafür heranzuziehen, es darf nicht nur Interesse am Film entfacht, sondern es muß auch positiv mit ihm gearbeitet werden.

In einem Referat von Dompräbendar *Semle,* Rottenburg, wurden die Möglichkeiten einer von der Diözese und Pfarrei verständnisvoll geleiteten Arbeit herausgestellt, dabei wurde klar, welche Wichtigkeit der Gestaltung einer Vorführung und also der grundsätzlichen Haltung des Kinobesitzers beizumessen ist. (Es ergab sich daraus später die Forderung nach der Neubegründung des Verbandes katholischer Lichtspieltheaterbesitzer.) Ferner wurde hier auch der Schmalfilm in seiner Bedeutung für katechetische und missionarische Zwecke gewürdigt. Gerade in der gegenwärtigen Weltsituation kommt dem Schmalfilm und dem kleinen transportablen Vorführungs-

apparat (den es für Deutschland im Moment noch nicht wieder in genügender Anzahl gibt!) eine agitatorische Bedeutung ersten Ranges zu; „sorgt für den Schmalfilm, sonst sorgen die anderen dafür!", wurde von einem Diskussionsteilnehmer gemahnt.

Ein Kurzreferat von *P. Gritschneder SJ,* München, informierte über den derzeitigen Stand der katholischen Filmkritik in Deutschland und verlangte größeres Verständnis der Presse für diese wichtige Aufgabe. Abgelehnt wurden allgemein die in letzter Zeit häufiger gerade von der Jugend veranstalteten öffentlichen Protestaktionen gegen bestimmte Filme, da sie sich erfahrungsgemäß geradezu als eine Reklame für diese Filme auswirken.

Eine kurze Darlegung von *Dr. Feigl,* Hamburg, gab einige interessante Zahlenangaben zum Problem einer eventuellen katholischen Filmproduktion; *Dr. Hans Pehl,* Frankfurt, sprach im Anschluß an den „Bernadette"-Film einige Worte zum Problem des religiösen Films.

Der dritte Arbeitstag führte die Filmgruppe in ein Vorstadtkino und zur Sondervorführung zweier Kurzfilme, eines deutschen „Lourdes"-Films, der landschaftliche Schönheit mit eben jener religiösen Süße vereinte, die es unter allen Umständen zu vermeiden gilt, und eines Filmes „Caritas SOS!", den *P. Dietrich SJ* von der Caritas-Stelle Lübeck zusammengestellt hat. Die gute Absicht, durch Bilder aus dem zertrümmerten Deutschland und von verelendeten Kindern die Gebefreudigkeit des Auslandes anzuregen, gleichzeitig für die schon an uns betätigte große Hilfe durch Aufzeigen der Verteilungsmethoden ausländischer Sendungen zu danken, überwog auch hier die Leistung bei weitem.

In Anwesenheit Bischof Bernings wurden dann die praktischen Folgerungen aus den Beratungen besprochen, die in den Beschließungen der Arbeitsgemeinschaft niedergelegt wurden.

Bischof und Arbeitskreis nahmen mit Interesse Kenntnis von den Ausführungen Professor *Kurt Oertels,* des Verfassers der bekannten Dokumentar-Filme „Michelangelo" und „Die Stifterfiguren des Naumburger Domes", der an der letzten Sitzung als Gast teilnahm und von den Bemühungen um eine „Selbstkontrolle" der deutschen Filmindustrie berichtete. Auch dies geht auf ein amerikanisches Vorbild zurück, nämlich den freiwilligen „Codex", den sich die amerikanische Filmindustrie schon im Jahre 1930 aufzuerlegen versuchte und in dem sie die Grundregeln des Sittengesetzes für sich als maßgeblich anerkannte. Die deutsche „Selbstkontrolle" geht vor allem hervor aus dem Bemühen, einer staatlichen Filmzensur von außen zuvorzukommen und von sich aus den „guten" Film hervorzubringen. Es besteht begründete Hoffnung, daß diese Bemühungen zu einem positiven Abschluß kommen, sie werden von Professor Oertel selber maßgeblich gefördert.

In einem Schlußwort wies der Bischof darauf hin, daß es darauf ankäme, „keine Angst vor dem Film" zu haben, diese Haltung sei sehr unklug und auch gar nicht biblisch. Es gelte, „dem Bösen", der „wie ein brüllender Löwe umherginge, standhaft im Glauben zu widerstehen", nicht aber „vor ihm auszurücken". So sei uns auch der Film als eine Aufgabe aufgegeben, die wir voller Mut anzugreifen hätten.

Arbeitsgemeinschaft 12

Übernationale Zusammenarbeit

Ein besonderes Kennzeichen des Mainzer Katholikentages war die Teilnahme zahlreicher Katholiken des Auslandes, die alle Beratungen mit großer Anteilnahme verfolgten. Ihre Teilnahme war ein Zeichen für den Geist der Brüderlichkeit, der die Katholiken der ganzen Welt angesichts des Bewußtseins der großen Aufgabe katholischer Aktion für ihre Neuordnung beherrscht, zum andern auch ein Beweis dafür, mit welchem Interesse die deutschen Entwicklungen verfolgt werden, wie sehr man von der Bedeutung der deutschen Lösungen durchdrungen ist. Die Beratungen der Arbeitsgemeinschaft für übernationale Zusammenarbeit wurden ergänzt durch zahlreiche gesellige Zusammenkünfte, die alle von dem Geiste einer herzlichen Freundschaft beseelt waren.

Auf der ersten Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaft für übernationale Zusammenarbeit sprach Frau *Dr. Maria Schlüter-Hermkes,* Rhöndorf, über den Auftrag, dessen Bewußtsein dieses Gefühl der brüderlichen Verbundenheit geschaffen hat, nämlich die „Verantwortung der katholischen Christen für das universale Erbe des Abendlandes". Es handelt sich weniger um die Frage, wie wir dieses Erbe bewahren können, als vielmehr um die Erkenntnis, daß in diesem geschichtlichen Augenblick der Ruf Gottes an uns ergeht, endlich unser Erbe zu erwerben, um es weiter zu geben. Unter Erbe wurde dabei nicht verstanden das Erbe einer fragwürdigen christlichen Kultur, auch nicht der Inhalt der christlichen Lehre, sondern das Gesamt von Form- und Wirkkräften und Haltungen, die aus der christlichen Lehre in den Menschen einströmen und ihn bilden und die wiederum mit verwandelnder Wirkung von ihm ausströmen. Der erste Teil des Referates versuchte zu zeigen, was dieses christliche Erbe dem Menschen unserer Zeit, nämlich dem Menschen des technischen Zeitalters, bringen könnte. Dieser Mensch des technischen Zeitalters wird durch seinen Glauben an die Wissenschaft und die absolute Beherrschbarkeit der außermenschlichen sowohl wie der menschlichen Natur, seine Diesseitigkeit und Leugnung jeder Transzendenz gekennzeichnet. Er ist ein Gegenbild des christlichen Menschenbildes, und dieses Gegenbild ist dadurch entstanden, daß sich die Christen aus der modernen Entwicklung zurückgezogen haben. Die Christen müssen nun aus dem Traum der Geborgenheit im christlichen Erbgut zu ihrer Verantwortung erwachen und versuchen, den technischen Menschen zu gewinnen. Denn das christliche Erbgut umfaßt gerade die Überzeugungen, die der Sehnsucht des technischen Menschen Erfüllung geben. Es lehrt, daß der Mensch nach dem Bild Gottes zur Beherrschung und Verwandlung der Erde geschaffen ist, daß dadurch, daß Gott Mensch geworden ist, auch die Materie und der Alltag geweiht sind, es verkündet den unbedingten Wert der menschlichen Person unabhängig von ihrem sozialen, geistigen und sittlichen Rang und die zentrale Stellung der Liebe, in deren Herzen die Gerechtigkeit ruht. Die Krise, in die der Mensch unserer Zeit geraten ist, macht ihn bereit, unsere Botschaft zu hören, wenn unsere Verkündigung nur aus einem Verständnis und aus der Bejahung der echten Werte des technischen Menschen kommt. Neben der Verkündigung muß das christliche Leben stehen. Die Christen müssen den Auftrag, die Welt in eine men-

schenwürdige Welt zu verwandeln, in ihr Gewissen aufnehmen, d. h. sie müssen die Arbeit der fünfzig oder sechzig Politiker und der fünfzig oder sechzig Wirtschaftler, die das Gesicht der Erde bestimmen, als ihre Sache ansehen und diesen Menschen die christliche Auffassung so zu Gehör bringen, daß sie eine Macht dahinter spüren. Die Referentin berief sich auf die Analyse der Geschichtsmächte des englischen Historikers Toynbee (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jg., H. 3, S. 141), aus der hervorgeht, daß der christliche Geist die einzige Hoffnung der Welt ist.

Der zweite Teil des Vortrages sprach über unsere Verantwortung dafür, daß das universale Erbe der Christenheit auch universale Wirklichkeit werde. Dazu gilt es, die Wunden der Trennung innerhalb der Christenheit zu überwinden, es gilt, das materialistische und rationalistische Denken des Abendlandes und die unwürdige Lebenshaltung vieler seiner Bewohner zu verwandeln. Es gilt auch, die ausschließlich lateinische und abendländische Fassade, die die Universalität der Kirche verdeckt, aufzulösen. Wie einst die katholische Kirche die Frohe Botschaft der griechischen Welt in der ihr eigenen Ausdrucksform vermittelte, so sollte sie nun auch die ewigen Werte mit den Ausdrucksformen anderer Völker und Kulturen umkleiden. Dadurch könnte sie das Edelste dieser Kulturen, selbst wo sie dem Untergang geweiht sind, retten.

Damit die Christenheit dieser ihrer Aufgabe gerecht werden kann, bedarf es aber im tiefsten der Wiedergeburt jedes einzelnen Christen. Diese Wiedergeburt ist die Rettung des Abendlandes und der Menschheit.

Der zweite Tag der Arbeitsgemeinschaft beschäftigte sich in seiner Morgensitzung mit der Judenfrage. Professor *Dr. Karl Thieme,* Lörrach, hielt das grundlegende Referat. Verfolgt sein, so sagte er, gehört nicht zufällig sondern wesentlich zur Definition zweier Gemeinschaften, der Kirche und der Synagoge. Ursache dafür ist in beiden Fällen auf verschiedene Weise das Verhältnis dieser Gemeinschaften zur göttlichen Offenbarung, insbesondere zum Gesetz. Es buchstabentreu zu halten, hat Gott selbst, besonders eindringlich vom babylonischen Exil bis zu den Zeiten des Herodes, von seinem Volk gefordert, womit dessen Selbstaussonderung aus den Völkern und Verfolgtwerden durch sie wesensnotwendig verbunden war. Durch Jesus Christus hat Er das Buchstabengesetz „aufgehoben", aber die Synagoge hat dies nicht gewollt und wird darum weiter verfolgt.

Laut der neutestamentlichen Offenbarung setzt sich dies fort bis zur Bekehrung der Juden am unmittelbaren Vorabend des Jüngsten Tages (Römer 11, 25 ff), die davon ausgelöst werden soll, daß sie die Liebe der Christen als Erfüllung des Gesetzes erkennen.

Im Lichte dieser Aufgabe können wir erst unsere Schuld ermessen, die zutiefst die Schuld des harten Herzens des seelisch „reichen Mannes" ist, der den nach Gerechtigkeit hungernden und durstenden armen Lazarus vor der Kirchentüre überhaupt nicht bemerkt. Noch so viele in sich preiswürdige Einzelleistungen von Christen für verfolgte Juden schaffen die beiden großen Unterlassungssünden nicht aus der Welt:

1. Keine christliche Gemeinschaft kann von sich behaupten, sie habe ihre Angehörigen so über die besonderen Christenpflichten gegenüber den Juden und über Gottes fortbestehende Heilsabsichten mit ihnen unterrichtet, daß alle im Sinn der betr. Gemeinschaft rechtgläubigen Christen dadurch immun gegen die antisemitische Vergiftung geworden wären.

2. Keine christliche Gemeinschaft kann von sich behaupten, daß ihre offiziellen Vertreter irgendwo öffentlich und unzweideutig gegen Entrechtung und Mißhandlung der Juden ihres Landes vor demjenigen Moment Stellung genommen hätten, wo es sich bei solcher Stellungnahme zugleich um einen Protest gegen den im Lande stehenden politischen Feind gehandelt hat.

Als Aufgabe ergibt sich vor allen anderen, daß die kirchliche Verkündigung nicht eine Lücke lassen darf, in die sich der antisemitische Irrtum über die Judenfrage eindrängen kann. Die Wahrheit muß auch hier gelehrt werden, damit ihr gemäß gelebt werde.

Thiemes Ausführungen wurden ergänzt durch ein Korreferat von Oberpräsident *Dr. Hans Lukaschek.*

So wenig, sagte er, es im strengen Sinne „Kollektivschuld" gibt, so schwer lastet doch auf vielen Einzelgewissen, was an den Juden ohne genügenden und vor allem ohne genügend öffentlichen Widerstand von unserer Seite geschehen ist. Was bleibt uns in dieser Lage zu tun?

1. Die Juden haben uns gegenüber einen klaren Anspruch auf Schadenersatz.

2. Abzuraten ist von irgendwelcher Sondergesetzgebung gegen den Antisemitismus. Nicht der Staat hat hier zu handeln, sondern die Einzelperson und die Gesellschaft.

3. Vor allem muß die rechte Haltung persönlich in der Familie und überhaupt in der Erziehung vorgelebt werden.

4. Im übrigen liegt das Verhältnis der Katholiken zu den Juden ähnlich wie das der Katholiken zu den Protestanten. Wir müssen klar sagen, wo wir stehen, ohne Unterschiede zu verwischen. Wir müssen aber auch ins Gespräch miteinander kommen. Wir müssen dabei sogar imstande sein, uns etwa einmal vom Gesprächspartner überfordern zu hören, ohne gleich die Ruhe oder gar die Liebe zu verlieren. Wir dürfen nie vergessen, daß wir das Gesetz der Zehn Gebote und das unerschöpfliche Gebetbuch des Psalters als gemeinsames religiöses Gut mit den Juden haben.

In der Diskussion wurde betont, daß alles geschehen müsse, um jedes Fremdgefühl zu überwinden, das viele Juden infolge jahrhundertelangen Leidens und unerfüllten Verständnissehnens den Christen gegenüber empfinden.

Prälat Wolff berichtete von der Freiburger Tagung (Schweiz) des Internationalen Rates der Christen und Juden, bei der Rabbiner aus 16 Ländern zugegen waren. Es sei ihm dort aufgefallen, wie allgemein die Juden in einem ungeschickt erteilten christlichen Religionsunterricht eine der Hauptwurzeln des Antisemitismus erblickten. Allgemein befürchteten sie heute eine neue antisemitische Welle und blickten mit größter Spannung nach dem Vatikan, von dem sie Hilfe gegen diesen Antisemitismus erwarten. Um so schmerzlicher werde empfunden, daß gerade in katholischen Kreisen noch sehr wenig Echo auf die Bestrebungen des Rates zu vernehmen sei, und es sei zu hoffen, daß vom Katholikentag eine Aktion in dieser Richtung erfolge.

Ein Student bedauerte, daß nur so wenige Katholiken wirklich vom Geiste der Kapitel 9—11 des Römerbriefes erfüllt, ja überhaupt mit ihnen bekannt sind. Ein tieferes

Vertrautsein mit der heiligen Schrift würde uns bewußt werden lassen, daß wir keinerlei Anlaß haben, uns den Juden gegenüber als etwas Besseres zu dünken, und würde uns zu lebendigeren Mitträgern des göttlichen Heilsplanes machen. Von Seiten des protestantischen Bruderrates seien die evangelischen Christen schon sehr nachdrücklich in diese Richtung gewiesen worden.

In der weiteren Diskussion wurde all derer gedacht, die sich zum Schutze der Juden während der nationalsozialistischen Verfolgung besonders exponiert haben, besonders des Wirkens von Fräulein *Dr. Gertrud Luckner,* Freiburg, die sich im Auftrage des Erzbischofs Gröber und des Caritas-Verbandes eines organisierten Hilfswerkes für die verfolgten Juden angenommen hätte, und Fräulein *Dr. Sommer,* Berlin, die das Material für den Protest des deutschen Episkopates gegen das Gesetz über die Trennung der sogenannten Mischehen zusammengebracht hat. Es wurde dabei betont, daß bis heute das Problem der Christen jüdischer Herkunft offen geblieben sei, welche in der Hitlerzeit entrechtet und verfolgt wurden, von jüdischen Organisationen in der Regel nicht unterstützt werden und noch heute zu großen Teilen in besonders drückender Not sind.

Ausländische Redner berichteten dann noch von den französischen Hilfsaktionen für die verfolgten Juden, deren sich besonders Kardinal Gerlier angenommen hatte, sowie von ähnlichen belgischen und holländischen Initiativen. Aus den Beratungen der Arbeitsgemeinschaft wurde dann eine Resolution zur Judenfrage gefaßt.

Der Nachmittag war Berichten über den literarischen und persönlichen Kontakt mit dem Ausland gewidmet. Hauptschriftleiter *Karlheinz Schmidthüs,* Freiburg im Breisgau, sprach von der gemeinsamen Grundhaltung der Christen den großen Fragen der Zeit gegenüber, die sich bei all diesen Kontakten herausgestellt habe. Das Gefühl der Gemeinsamkeit und Brüderlichkeit, das in dieser Weise nach dem vorigen Weltkriege in so kurzer Zeit noch nicht möglich gewesen sei, stamme daher, daß die Welt äußerlich durch die Dichte des Systems ihrer Beziehungen, innerlich durch die Gleichheit ihrer geistigen und sozialen Probleme in ganz neuem Maße eine Einheit geworden sei, die freilich vorerst als eine reine Tatsächlichkeit da sei, welche geistig und sittlich bewältigt sein wolle, damit neue Formen des Zusammenlebens der Völker entstehen können. Diese Einheit trete allerdings zur Zeit nur in der Tatsache in Erscheinung, daß zwei Lösungen des die Lage beherrschenden Kampfes um das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit, die von den beiden einzig übriggebliebenen Großmächten der Welt vertreten würden, die Tendenz hätten, sich mit globaler Geltung absolut zu setzen. Viele stellten sich angesichts dieser Lage die Frage, ob es nicht einzig sinnvoll wäre zu beraten, solange noch die Möglichkeit des Kontaktes bestehe, auf welche Seite des Kampfes die Christen gehörten und welche Lösung dem Christentum die größere Chance des Weiterbestehens biete. Es habe sich aber bei allen gemeinsamen Beratungen gezeigt, daß die Christen bereit seien, sich solcher Vereinfachung des Problems zu widersetzen und daß sie sich der Pflicht der Unterscheidung der Geister bewußt seien. Er berief sich auf Eph. 6, 12—15, der die Maßstäbe angibt, nach denen der Christ die Kräfte dieser Welt beurteilt: Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Bereitschaft, das Evangelium des Friedens zu wirken. So stehen die Christen zusammen in der von Papst Pius XII. beschworenen Front des christlichen Gewissens, die von jenen Gesinnungen, Entschließungen und Taten gebildet wird, in denen sich die katholischen Kräfte ihre Unabhängigkeit gegenüber den politischen Richtungen und Kräftegruppen wahren. Der schärferen Herausarbeitung dieser Front des christlichen Gewissens habe aller Kontakt mit dem Ausland zu dienen.

Schriftleiter *Alfons Erb,* Offenburg, und der Leiter des Christlichen Nachrichtendienstes, *Alfred Schwingenstein,* München, berichteten dann über praktische Verwirklichungen des literarischen Kontaktes mit dem Ausland. Über den persönlichen Kontakt mit dem Ausland auf dem Gebiete der sozialen Aktion, der Caritas, der Jugendarbeit, der Bildungsarbeit, des Rundfunks und des Films wurde dann von maßgebenden Vertretern dieser Bereiche berichtet.

Am letzten Tage der Beratungen sprach Pater *Franziskus Stratmann OP,* Walberberg, über die Verantwortung der Kirche für den Frieden unter den Völkern, die auf ihrer Gabe und Aufgabe beruht, der Menschheit das Heil zu bringen. Sie hat zwar keine direkte Sendung für den Völkerfrieden, sondern soll den einzelnen Seelen den Frieden mit Gott vermitteln, denn es gibt kein kollektives, sondern nur ein individuelles Heil. Doch sind diese Einzelseelen nicht zu trennen von den bürgerlichen Gemeinschaften und ihren Geschicken. Der religiöse und kirchliche Friede braucht den politischen als das ihm gemäße Klima. Ebenso wirkt die religiöse Atmosphäre auf die politische. Daher müßte eine starke in der Weltkirche verbundene Christenheit auf den Frieden der Welt den größten Einfluß haben, umso mehr, als in der Kirche Kräfte wirksam sind, die die Menschenkräfte übersteigen. Diese natürlichen und übernatürlichen Eigenschaften befähigen die Weltkirche, in einzigartiger Weise zum Weltfrieden beizutragen.
Leider entspricht die Wirklichkeit nicht dieser Möglichkeit. Warum besitzt die Kirche keinen nennenswerten Einfluß auf die heutige Krise? Einmal ist sie nicht allein in dieser Welt. Neben ihr gibt es die Staaten und das, was das Evangelium „Welt" nennt. Aber auch von den Christen lebt nur eine Minderheit wirklich aus dem Glauben. Das entschuldigt jedoch die Schwäche der katholischen Christenheit bei der Befriedung der Welt nicht. Wenn die Lenker und Bürger der ursprünglich christlichen Staaten dem Geiste der Welt anheimgefallen sind, so war das keine Notwendigkeit, sondern eine Schuld des christlichen Staatsbürgers. Er darf kein doppeltes Ideal haben und sein Interesse am Vaterland nicht abtrennen von dem am Reiche Gottes. Die innere Geteiltheit der Staatsbürger und Reich-Gottes-Bürger bewirkt einen Riß mitten durch die Kirche hindurch.
Wenn die Kirche heute und in Zukunft ihrer Verantwortung für den Frieden unter den Völkern entsprechen will, so muß in ihrer Botschaft größerer Nachdruck auf die Hauptgebote Jesu gelegt werden, Liebe und Einheit. Auch der politische Feind darf nicht vom Gebote der Liebe ausgeschlossen sein. Das christliche Gewissen darf sich ferner in der Beurteilung der Mittel zum Kampf für das Recht und gegen das Unrecht nicht mit den Mitteln des naturhaften Daseinskampfes abfinden. Das politische Denken der meisten Getauften ist heidnisch, denn sie glauben nicht an die Brauchbarkeit der christlichen Tugenden für den politischen Kampf.

Die Rundschreiben der Päpste, vor allem „Pacem dei" und „Quas primas", haben die Geltung des Evangeliums auch in der Politik betont. Pius XII. ist wiederholt für eine internationale neue Ordnung eingetreten, die den Krieg als erlaubtes Mittel zur Lösung internationaler Konflikte ausschließt. Aber die Lehre der Päpste über die zwischenstaatliche Ordnung finden auch innerhalb der Kirche nicht dieselbe Beachtung wie die über eine neue soziale Ordnung. Es ist Aufgabe der Katholiken, insbesondere des Klerus, die neuen Wege mitzugehen. Der Referent machte dann praktische Vorschläge für die Durchdringung der christlichen Erziehung mit den Friedensgedanken der Päpste, die in die Resolution, die im Anschluß an seinen Vortrag gefaßt wurde, eingegangen sind.

Die Botschaften und die Entschließungen des Katholikentages

WORT AN DIE BRÜDER IN ALLER WELT

Zum 72. Deutschen Katholikentag in Mainz als Vertreter zusammengerufen, benutzen wir diese erste Gelegenheit nach dem Kriege, um uns an unsere Brüder in aller Welt zu wenden. Bei der 700-Jahrfeier des Kölner Domes haben wir beglückt erfahren, daß die christliche Gemeinschaft unter den Völkern wächst und daß auch unser Volk seinen Anteil an ihr hat.

Aber es kann nichts neu gebaut werden, bevor nicht der alte Schutt weggeräumt ist, und deshalb fühlen wir uns verpflichtet, ein Wort über die Vergangenheit zu sagen.

Wir beklagen aufrichtig das Unrecht, das im Namen Deutschlands und von Deutschen geschehen ist, nachdem der Nationalsozialismus die Macht im Staate erobert hatte, wie auch unsere christlichen Mitbrüder außerhalb der deutschen Grenzen alles Unrecht bedauern, das von Angehörigen ihrer Völker verübt wird. Wenn der Nationalsozialismus auch Frucht eines Geistes war, der nicht bloß das deutsche Volk ergriffen hat, so wollen wir uns doch nicht entschuldigen mit den Fehlern und Sünden anderer.

Unser katholisches Volk hat die Gewalten und Verfolgungen, den entsetzlichen Krieg und seine Greuel nicht gewollt. Aber alle die starken, vielfach bis zum Martyrium gehenden Widerstandskräfte konnten sich nicht durchsetzen, das schmerzt uns tief.

Es ist unser Gebet zu dem, der nicht nur unendlich gerecht ist, sondern auch unendlich barmherzig, daß er unser Volk zurückführe auf den Weg, auf dem es ehedem voranschritt zur geistigen und übernationalen Einheit des Abendlandes.

Indem wir den Zusammenbruch Deutschlands, seine Schmach und sein Elend vor Gott und im Geiste des Kreuzes Christi auf uns nehmen als stellvertretende Buße, danken wir denen, die uns, sobald die Waffen schwiegen, die brüderlichen Hände von der anderen Seite entgegengestreckt haben. Von Christen aller Länder ist uns eine Hilfe zuteil geworden, die in den Herzen unseres Volkes für immer verzeichnet bleiben wird.

Wir bitten unsere christlichen Mitbrüder und Mitschwestern im Ausland, mit allen verfügbaren Kräften für die Rettung unserer aufs äußerste bedrohten Existenz einzutreten und namentlich auch denen zu helfen, für die wir selbst nur unzureichend sorgen können: den Millionen Heimatvertriebener.

Dies ist ja die große Stunde der Christenheit, der Welt wiederum den Ruf zu entlocken, in den sie einstmals staunend ausbrach: „Seht, wie sie einander lieben!"

WORT AN DIE GETRENNTEN BRÜDER

Die in Mainz zu ihrer 72. Generalversammlung zusammengekommenen deutschen Katholiken fühlen sich gedrängt, ein Wort an die von ihnen getrennten christlichen Brüder zu richten.

Die gemeinsam erlittene Bedrängnis hat zwischen uns ein Gefühl der Verbundenheit geschaffen, das uns mit Freude und Hoffnung erfüllt. Eine neue Atmosphäre des Zusammenlebens ist so entstanden.

Was das theologische Gespräch zwischen Katholiken und Nichtkatholiken angeht, so hat es ein Stadium erreicht, in dem es sich nicht mehr um polemische Auseinandersetzungen oder irenische Überbrückungsversuche handelt, sondern in dem die strenge Wahrheitsfrage zu seinem Inhalt geworden ist. Die Sorge darum ist eine Angelegenheit des Hirtenamtes und der von den Hirten der Kirche damit Beauftragten. Das hat erst kürzlich ein römisches Dekret wieder eingeprägt. Wir stellen mit Befriedigung fest, daß dieser Stand der Dinge auch von den Führern der ökumenischen Bewegung anerkannt und bejaht wird.

Darüber hinaus aber gibt es einen zweiten Bereich, in dem alle Christen in Deutschland mehr denn je zusammenwirken müssen. Unser Vater, der Papst, hat in vielen Kundgebungen — von seiner Weihnachtsansprache 1945 bis zu der Namenstagsansprache dieses Jahres — alle Menschen guten Willes und alle Christen aufgefordert, einander die Hand zu reichen, um der großen Katastrophe zu begegnen, von der die Welt bedroht ist. Das ist in Deutschland in vielfacher Weise geschehen. Wir stehen gemeinsam gegen die Mächte, die das Bild Gottes im Menschen auszulöschen versuchen, und wissen uns verbunden durch das Band der Liebe, die bereit ist, in den Armen, den Heimatlosen und Vertriebenen Christus selber aufzunehmen. Das Zusammenwirken aller verantwortlichen Christen in der Arbeit an der sozialen Neuordnung unseres Volkes und in der Caritas stärkt unseren Willen und unsere Hoffnung. Uns alle drängt ja die Liebe Christi.

Besonders gedenken wir der Hilfe, die uns in den früher fast ganz evangelischen Gebieten unseres Vaterlandes zuteil geworden ist, in denen durch die großen Volksverschiebungen der Nachkriegszeit eine starke katholische Diaspora entstanden ist. Die evangelischen Christen, Pfarrer und Laien, haben dort nicht nur selbstlos Kirchen, Gottesdienst- und Unterrichtsräume zur Verfügung gestellt, sondern auch durch vielerlei persönliche Dienste die katholischen Seelsorger in ihrem mühevollen

Amte unterstützt. Dafür möchten wir ihnen heute von ganzem Herzen danken und sie zugleich bitten, in diesem brüderlichen Dienste nicht nachzulassen.
Wir wollen beten, daß es uns gegeben werde, die Probe des Zeugnisses für Christus in unserer Zeit zu bestehen, und daß wir die Gnade erhalten, die Spaltung im Glauben, aus der unserem Volke so viel Anfechtung und Unheil erwachsen ist, zu überwinden in unserem Herrn Jesus Christus, der gewollt hat, daß wir alle eins seien in seiner Heiligen Kirche.

WORT AN DEN PARLAMENTARISCHEN RAT IN BONN

Wie im Jahre 1848 die Deutsche Nationalversammlung in Frankfurt a. M. gleichzeitig tagte mit dem ersten Deutschen Katholikentag in Mainz, so tagt heute der erste Deutsche Katholikentag nach dem Kriege, wieder in Mainz, gleichzeitig mit dem Parlamentarischen Rat in Bonn, dem die Aufgabe gestellt ist, ein neues deutsches Grundgesetz vorzubereiten.
Möchten die Arbeiten des Parlamentarischen Rates durchdrungen sein von dem Geist der Achtung vor der Würde der Person und vor den menschlichen Grundrechten und Freiheiten.
Der Katholikentag erwartet eine solche Sicherung dieser Rechte und Freiheiten durch das künftige Grundgesetz, daß diese weder durch Verfassung und Gesetze der Länder noch durch Willkür der Verwaltung beeinträchtigt werden können!

DIE ENTSCHLIESSUNGEN DER VERTRETERTAGUNG

PRÄAMBEL

für die Entschließungen des Katholikentages

Der Katholikentag ist in einer Zeit zusammengekommen, in der die Not und das Elend menschliches Maß überstiegen hat. Die Menschen leiden leibliche und seelische Not: Hunger, Armut, Obdachlosigkeit quälen sie; sie sind getrieben von Lebensangst, Verzweiflung und einem Sicherheitsbedürfnis, dem sie vielfach das Opfer ihrer Freiheit und Menschenwürde zu bringen bereit sind. Sie wissen nicht mehr, wozu sie auf der Welt sind. Daher sind sie unfähig geworden, der Verstrickung durch die Gewalten dieser Welt zu entgehen, durch die sie schließlich zerstört werden.

Des Menschen leibliche Not erfordert Hilfe mit allen Kräften, wo immer wir ihr begegnen. Aber da der ganze Mensch auf dem Spiele steht, müssen wir um der Wahrheit willen sagen, was hart zu hören und für uns ohne Selbstgerechtigkeit nicht leicht zu sagen ist: Der Mensch kann nicht gesunden, wenn er die Güter des Lebens in verkehrter Reihenfolge sucht. Als unser Herr auf Erden wandelte, um uns die Botschaft des Heils zu bringen, da erbarmte er sich jeder leiblichen Not, die zu ihm kam; trotzdem aber sagte er: „Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, alles andere wird euch dazugegeben werden." Das ist die Wahrheit, die den Menschen frei und unabhängig macht.

Dieses Reich Gottes ist indessen keine unwirkliche Zuflucht bloßer Wunschträume. Gottes Sohn hat es als seine Königsherrschaft inmitten dieser Welt gegründet.
Es ist nun durch alle Zeiten im Werden, bis es im letzten Scheitern aller Geschichte offenkundig werden wird. Das allen Menschen ins Herz geschriebene Grundgesetz dieses Reiches ist das Gebot, Gott und den Mitmenschen aus ganzer Seele zu lieben. Dieses Gebot verpflichtet uns zunächst, den Mitmenschen ihr Recht zu sichern, das heißt heute aber, den zahllosen Entrechteten ihr Recht zu verschaffen. Durch unser Leben in Christus müßte es uns leichter sein als andern, schon diese Gerechtigkeitspflicht zu erkennen und zu erfüllen. Ja, wir sollen darüber hinaus an einer Liebe erkennbar sein, die den Gerechtigkeitsanspruch überbietet.
Konnten wir daran erkannt werden? Ist nicht oft dem Wort der Wahrheit um unseres Versagens willen nicht geglaubt worden? Wer so unmittelbar in seiner Existenz bedroht ist wie der Mensch unserer Zeit, ist ungeduldig gegen jede theoretische Wahrheit, deren Praxis verfehlt wird. So stellt sich uns dringlicher denn je die Aufgabe zeugnishafter Verwirklichung in unserem eigenen Leben, im Leben der Gemeinschaft, in der Errichtung rechter Ordnungen und im rechten Gebrauch der Mittel.
Die Beratungen des Katholikentages standen unter der Pflicht, die Wahrheit zu erkennen und „die Wahrheit zu tun". Sie umfaßten viele Bereiche des Lebens, und die Entschließungen seiner Arbeitsgemeinschaften betonen je nach ihrer Aufgabe bald die eine, bald die andere Pflicht. Der Gehorsam gegen beide aber sollte sein Gesamtbild bestimmen.

1.

UNSERE VERANTWORTUNG FÜR GLAUBEN UND KIRCHE IM HEUTIGEN DEUTSCHLAND

Der Katholikentag in Mainz bekennt sich freudig zur *Teilnahme am hierarchischen Apostolat* der Kirche und ruft auf zur tätigen Sorge um die Erfüllung jener Aufgaben, die Christus, der Herr, seiner Kirche gestellt hat.
Er bittet alle katholischen Priester, das Gewissen der christlichen Laien mit dem lebendigen Bewußtsein der Mitverantwortung zu erfüllen, und bittet die Hochwürdigsten Herren Bischöfe, ihre Priesterbildner anzuweisen, den priesterlichen Nachwuchs zur praktischen Anerkennung der Laienverantwortung zu erziehen.
Der Katholikentag ist sich klar bewußt, daß die Gewissensverantwortung für Glauben und Kirche auf der Gliedstellung beruht, die der Christ durch Sakrament und Recht am mystischen Leibe Christi besitzt, und ruft alle katholischen Christen auf, ihre verantwortlichen apostolischen Aufgaben in freudiger Einordnung in das Gefüge der Kirche zu leisten.
Der Katholikentag bittet, den Laien Gelegenheit zur religiös-theologischen Schulung und zur Übernahme verantwortlicher Aufgaben in Pfarrgemeinde, Bistum und Gesamtkirche zu geben, vor allem für die Brüder in der Zerstreuung und für die Heidenmission.
Aus der Situation der Gegenwart greift die Arbeitsgemeinschaft I die Verantwortung heraus, die der christlichen Gemeinde aufgelegt ist an drei Brennpunkten der Not.

1. Die Heimatvertriebenen

Das gegenwärtige Chaos in Deutschland hat seinen letzten Ursprung im Ausweichen vor den ewigen, sittlichen Normen des Naturrechts. Die Entrechtung von Menschen und Menschengruppen aus nationalen, rassischen und weltanschaulichen Gründen hat in den letzten fünfzehn Jahren bis zur Versklavung, Tötung, Beraubung und Vertreibung von Millionen geführt. Das widerspricht der natürlichen Sittlichkeit und noch schärfer dem Glauben. Als ihre letzten Opfer verloren 11—12 Millionen Deutsche nicht nur ihre Heimat und jeden Besitz, sondern wurden zudem in das vom Kriege schwer getroffene Deutschland verwiesen. Hier können sie ein menschenwürdiges Dasein nicht führen und müssen unter Verhältnissen leben, die ihre sittliche und religiöse Existenz schwer gefährden.

Das verarmte Deutschland ist außerstande, trotz größter Opfer mit dieser Not fertig zu werden. Wir bitten daher die Völker der Welt, deren verantwortliche Staatsmänner ihre Unterschrift unter die entscheidenden Dokumente gesetzt haben, inständig, begangenes Unrecht nicht durch neues zu vermehren, vielmehr „das Geschehene rückgängig zu machen, soweit es sich rückgängig machen läßt" (Pius XII., Brief an die deutschen Bischöfe 1. 3. 48), den Heimatvertriebenen ihre Heimat wiederzugeben und das Recht wiederherzustellen. Bis zur Verwirklichung dieser Maßnahme bitten wir um tatkräftige Hilfe. Insbesondere möge doch auch die französische Besatzungszone für die Aufnahme der Vertriebenen geöffnet werden.

Der Katholikentag ruft alle Katholiken auf, die Not mit allen Mitteln zu lindern. Wir erblicken darin eine Pflicht der sozialen Gerechtigkeit, die Lasten des Krieges auf alle Schultern zu verteilen. Darüber hinaus rufen wir unsere Glaubensbrüder auf, die Not der Vertriebenen zu verstehen, ihnen äußerlich und innerlich rückhaltlos Aufnahme zu gewähren, die eigenen Ansprüche an das Leben energisch herabzusetzen und großzügige Hilfe zu leisten. Sie mögen sich auch entschieden der Sucht nach kostspieligen, Ärgernis erregenden Vergnügungs- und Betäubungsmitteln entgegensetzen. Die Vertretertagung glaubt an das Wort: „Gib den Zehnten von allem den notleidenden Brüdern."

Der Katholikentag stellt fest, daß der weitaus größte Teil der heimatvertriebenen Katholiken in die Diaspora geworfen wurde. So wird das Flüchtlingsproblem religiös gesehen zu einem Problem der *Diaspora*. Die Diaspora müßte deshalb ein Gesamtanliegen der ganzen katholischen Kirche Deutschlands sein. Das Interesse an der Diaspora müßte durch Predigt, Schulungen, Zeitschriften, Kirchenblätter usw. gehoben werden. Jeder deutsche Theologe muß durch praktische Arbeit in die Diaspora eingeführt werden. Den Diasporagemeinden ist vor allem durch Einführung von Patenschaften zu Hilfe zu kommen. Die Priesternot in der Diaspora müßte so rasch wie möglich behoben werden, und zwar durch Freigabe von jungen Ostpriestern, durch die Einführung eines allgemeinen Diasporajahres für den gesamten Klerus und durch Sonderausbildung von missionarischen Berufen für die Diaspora. Nach dem gleichen Grundsatz sollten vom übrigen Deutschland Welt- und Ordenspriester und nicht zuletzt Ordensschwestern in die Diaspora entsandt werden, auch wenn andere Aufgaben dadurch beeinträchtigt werden. Überdies müßten möglichst bald Laienkatecheten und Seelsorgshelfer in großer Zahl ausgebildet und für die Diaspora freigestellt werden.

Erschüttert von der Not der Brüder, bitten wir sie selbst, ihr schweres Geschick auch als eine Sendung zu sehen und, im Vertrauen auf die Segensmacht des Kreuzes mit uns einig, einer ungläubigen, ins Irdische verstrickten Welt den Glauben und die Liebe und die Freiheit der Kinder Gottes gegenüber irdischem Besitz vorzuleben.

2. Das Dorf von heute

Wir danken all den stillen Arbeitern in unseren Dörfern, den Priestern und all den Laien, die dort ihre gottreue Arbeit und soziale Liebe üben. Besonders gilt unser Dank den vielen Besitzlosen, die still und froh das Beispiel des armen Christus vorleben. Wir danken den jungen Aposteln, die am Wiederaufbau des christlichen Dorfes rastlos tätig sind.

Wir erbitten von Gott und erwarten von den irdischen Autoritäten Volksbildner, die durchdrungen von der Aufgabe, in wahrer Liebe zum Dorf, seine Sprache sprechen und ihm ihr Leben weihen. Das weithin auf das rein Natürliche zurückgesunkene Glaubens- und Gottesbewußtsein und das Leben aus einer zur Gewohnheit erstarrten Ordnung muß wieder zu einem lebendigen Christusglauben und zur persönlichen Verantwortung werden. Je stärker und unabweislicher das Leben technisiert wird, umso tiefer muß die geistige Durchdringung und Aneignung des Glaubensgutes werden.

Bauernverbände mögen von christlichen Männern aus ihrem Gewissen heraus in beruflicher und fachlicher Arbeit selbständig geformt werden. Allen kulturellen und erziehlichen Aufgaben muß ein eindeutiges Glaubensbekenntnis zugrunde liegen.

3. Die Industriestadt von heute

Mit Dankbarkeit erkennen wir die großen Leistungen der Arbeiterschaft für die Linderung der Not an und gedenken mit Freude der in schwerer Zeit von den katholischen Arbeitern bewiesenen Treue und Verantwortungsfreudigkeit. Wir wünschen den anderen Ständen wachsendes Verstehen für die Würde des Arbeiters und seiner Welt. Wir rufen das Gewissen auf, für die Lage des Arbeiters wach zu sein, und fordern die christliche Gemeinde auf, tatkräftig und opferbereit an der Lösung der sozialen Frage zu arbeiten.

Die Verantwortung für die Lösung der sozialen Frage trägt in besonderer Weise der Laie, vorzüglich der Arbeiter selbst. Er kämpft um sie in christlichen Organisationen und christlichen Standesvereinen. Der christliche Arbeiter bildet sein Gewissen am Evangelium. Dazu ist erforderlich, daß die Priester eine ihm gemäße Sprache reden und sich in den wichtigsten Ergebnissen von Industriesoziologie, -psychologie und -pädagogik auskennen.

II.

SOZIALE FRAGE

Die Arbeitsgemeinschaft stellt von den Gegenständen ihrer Beratung als besonders wichtig zwei heraus, nämlich die Frage des Betriebes und die Frage des Verhältnisses von Kirche und Arbeiterschaft.

1. Der Betrieb

Die Soziallehre der katholischen Kirche, offen für jede Entwicklung, die mit dem von Vernunft und Offenbarung verkündeten Sittengesetz vereinbar ist, anerkennt nicht nur, sondern befürwortet und fördert die Bestrebungen, die darauf hinzielen, die Abhängigkeit und Existenzunsicherheit der Arbeiter und Angestellten immer mehr zu überwinden und ihnen ein *größeres Maß an Selbständigkeit und Mitgestaltung* an der Wirtschaft zu gewähren.

Der *Mensch* muß Voraussetzung, Mittelpunkt und Ziel alles Wirtschaftens sein, da die Wirtschaft ein wesentlich gesellschaftlicher Vorgang ist. Die Betriebe und die beruflichen und räumlichen Leistungsgemeinschaften sind die wichtigsten Stellen zur Verwirklichung dieser Aufgabe. Der Gegensatz zwischen Unternehmer und Belegschaft muß zu einem verständnisvollen Zusammenarbeiten werden. Diese Verantwortung schließt für beide Teile Rechte und Pflichten ein.

Dies gilt besonders bei dem heute geforderten *Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht* der Belegschaft. Beide können im Bereich der Betriebe und der beruflichen und räumlichen Leistungsgemeinschaften ohne christliches Denken und Handeln nicht verwirklicht werden. Rücksicht zu nehmen ist dabei auf die verschiedenartige Struktur der Betriebsgrößen, des Wirtschaftszweiges, der Landschaft und der in ihr lebenden Menschen. Richtig verstanden müssen Mitwirkung und Mitbestimmung dazu dienen, daß die betriebliche Leistung gesteigert wird. Alles Mitwirken und Mitbestimmen setzen eine entsprechende Eignung voraus. Notwendige Vorbedingung ist eine umfassende Schulungs- und Bildungsarbeit in sachlicher und charakterlicher Hinsicht. Kirche und kirchliche Organisationen, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis haben die Pflicht, an der Verwirklichung dieses Zieles mit geeigneten Persönlichkeiten und durch Bereitstellung der notwendigen Einrichtungen mitzuarbeiten.

2. Kirche und Arbeiter

Eine ernste Vertrauenskrise im menschlichen Bereich der Kirche ist nicht zu übersehen. Ein tieferes Eindringen in die soziale Verkündigung der Kirche kann viel dazu beitragen, diese Vertrauenskrise zu überwinden. Die Ausschöpfung der zahlreichen sozialen Kundgebungen der Päpste und Bischöfe steht erst in den Anfängen und bedarf dringend der Förderung durch Herausgabe gemeinverständlichen Schrifttums. Es wäre nötig, in einem *sozialen Katechismus* die Grundsätze des Evangeliums über die Pflichten der Gerechtigkeit und Liebe herauszugeben und diese Grundsätze auch in die Neubearbeitung des Volkskatechismus einzubeziehen.

Wie alle Gläubigen aufgerufen sind, durch die Katholische Aktion für das Gottesreich zu wirken, so müssen sie auch mitschöpferisch die soziale Ordnung gestalten. Jede Zeit stellt die soziale Frage von neuem als Aufgabe. Ohne lebendige Mitarbeit sämtlicher Glieder von Gesellschaft und Wirtschaft ist sie nicht zu lösen.

Wie die *Kirche* sich verantwortlich weiß für den Lebensbereich der *Arbeiterschaft,* so trägt auch die Arbeiterschaft gerade in unserer Zeit eine große Verantwortung für die Kirche.

Die schon gegebenen Möglichkeiten zur sozialen Schulung und Bildung gilt es restlos auszunutzen. Der Ausbau katholischer Sozial-Institute wird vom Katholikentag aufs wärmste begrüßt, um so die soziale Ausbildung des Klerus und der Laienführung zu vertiefen.

Nachdrücklich fordert er auch — in Übereinstimmung mit den wiederholten Weisungen unseres Heiligen Vaters — die weitere Ausbreitung der bisher schon bewährten katholischen Arbeiterbewegung (Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine und Werkvolk) sowie der christlichen Arbeiterjugend und der anderen katholischen Standesvereine.

An die katholische *Unternehmerschaft* ergeht der Aufruf, die bereits vorhandenen Ansätze zu einer Zusammenfassung katholischer Unternehmer weiter fortzubilden. Damit wäre ein weiterer wichtiger Schritt zur Schaffung einer gemeinsamen Basis gegeben, der zur Überwindung der sozialen Spannungen wesentlich beitragen wird.

Alle Glieder der Kirche haben in der Pflege echter sozialer Gesinnung und in der Bereitschaft zur sozialen Tat ihren Beitrag zur Überwindung der Vertrauenskrise zwischen weiten Volkskreisen und der Kirche zu liefern.

Der Katholikentag lenkt mit Nachdruck die Aufmerksamkeit des katholischen Volkes auf die Bedeutung der *Sonntagsruhe* und *Sonntagsheiligung* in der Überzeugung, daß Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung unentbehrliche Mittel zur Heilung gesellschaftlicher Wunden und zum Aufbau gesunden Gesellschafts- und Wirtschaftslebens sind.

III.
NOT UND NOTHILFE

Entsprechend ihrem Wesen und Auftrag, der fortlebende und fortliebende Christus zu sein, ist die Kirche mit brennender Sorge bemüht, durch die Kraft der Liebe in ihren Gliedern zur Überwindung der Nachkriegsnot beizutragen. Es ist ihr sehnlichster Wunsch, daß die Katholiken sich als Brüder und Schwestern in Christus wissen und Zeugen seiner Liebe im Leben unseres Volkes sind. Ist doch die heutige Notzeit ein Anruf Gottes an uns alle, ein Anruf der Bewährung im Glauben an diejenigen, die von der Not besonders hart getroffen sind, und ein Anruf der Bewährung in der Liebe an alle, die zur Hilfe nur irgendwie im Stande sind.

1. Die Not der Flüchtlinge

Die Flüchtlingsfrage wird immer mehr zur Schicksalsfrage unseres Volkes und der Kirche. Der Katholikentag mahnt daher, die entscheidende Bedeutung der Frage der Heimatvertriebenen in allen Einrichtungen und Organisationen zu berücksichtigen und auch große Opfer und neue Wege nicht zu scheuen. Vor allem ist ein gegenseitiges Verstehen aus dem Geiste der Liebe und der Ehrfurcht vor dem Schicksal der Heimatvertriebenen notwendig. Die Heimatvertriebenen müssen im kirchlichen Raum und innerhalb der katholischen Gemeinschaft eine Heimstätte finden, um der Gefahr der Entwurzelung zu entgehen. An die zuständigen Behörden und die Parlamente richten wir die Bitte, alle Maßnahmen zu treffen, um auf dem Wege eines gerechten Lastenausgleichs den Heimatvertriebenen in Bälde die Grundlage einer neuen Existenz vorzubereiten. Die Heimatvertriebenen rufen wir auf, ihr schweres Schicksal im Vertrauen auf die Segensmacht des Kreuzes zu tragen und einer ins Irdische verstrickten Welt die Freiheit der Kinder Gottes gegenüber irdischem Besitz und das Beispiel wahrer Bruderliebe vorzuleben.

Wir gedenken auch der Ausgebombten, die um Hab und Gut gekommen sind, der Versehrten sowie all derer,

die durch die unselige Vergangenheit besonders hart betroffen sind.

2. Die Not der Jugend

Die Jugend hat tatsächlich besonders schwer unter der Katastrophe gelitten, die über unser Volk hereingebrochen ist. Die Sorge und Hilfe für die große Zahl der Kinder ohne Heimat, ohne Eltern, der Kinder und Jugendlichen ohne geordnetes Elternhaus, kann nicht nur Sorge einzelner caritativer und Fürsorge-Organisationen und Heime sein. Der vielfach beobachteten und beklagten Zunahme der Gefährdung unserer Jugend, der Vergnügungssucht, des Mißbrauches von Alkohol und Tabak ist nur abzuhelfen, wenn der Jugend der wahre Sinn des Lebens erschlossen, die christliche Lebensordnung dargestellt und vorgelebt und sie von dieser Grundlage aus zur echten Freude geführt wird.

Der Katholikentag ruft alle katholischen Erwachsenen auf zur Hilfe für diese Jugend, von der die Zukunft unseres Volkes und der Kirche abhängt.

Die Organisationen der Jugend- und Gefährdeten-Fürsorge suchen viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen; sie bedürfen aber auch der materiellen Unterstützung. Wenn ihre Hilfsarbeit nicht jetzt, da die Hilfe so fruchtbar sein könnte, erliegen soll, muß die Liebe des katholischen Volkes zu seiner Jugend sich in Opferfreudigkeit und Barmherzigkeit äußern.

Die Zusammenarbeit mit allen Stellen, der das Wohl der Jugend am Herzen liegt, insbesondere auch mit allen behördlichen Fürsorgestellen, sieht die katholische Jugendfürsorge als eine ernste Aufgabe an. Mit Sorge sieht die katholische Jugendfürsorge die in einzelnen Ländern sich verschieden entwickelnde Gesetzgebung auf ihrem Gebiet. Wir brauchen:

a) ein einheitliches Jugendschutzgesetz ohne Herabsetzung der bisher geltenden Altersgrenzen,
b) eine verstärkte Ausbildung und Anstellung von hauptamtlichen männlichen und weiblichen Erziehern, Fürsorgern und Jugendpflegern für den caritativen und öffentlichen Dienst,
c) eine einheitliche Regelung der Ausbildung und Aufgabe der weiblichen Polizei mit dem Ziel eines qualifizierten Beamtinnen-Körpers.
d) ein Arbeitserziehungsgesetz. Die Arbeitserziehung soll den gefährdeten jungen Menschen von 18—25 Jahren an wirklichen geistigen und sittlichen Werten geben, was ihr in den vergangenen Jahren vorenthalten geblieben ist.
e) Die Abänderungen des Gesetzes für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten müssen den Primat der Erziehung und Fürsorge gegenüber Medizin und Hygiene zum Ausdruck bringen, wenn eine wirksame Hilfe auf diesem Gebiet möglich sein soll.
f) Das Jugendamt muß der katholischen Jugendfürsorge den Platz der Gleichberechtigung, den das Gesetz von 1922 festgelegt hat, einräumen, damit sie vollwertige Mitarbeit leisten kann. Wir wehren uns gegen die Ausbootung der freien Jugendwohlfahrt und der Vertreter der Kirche aus dem Jugendamt.

3. Die Not der Kriegsgefangenen und Internierten

Wir gedenken in Dankbarkeit und brüderlichem Mitgefühl unserer Kriegsgefangenen in allen Gewahrsamsländern. Bis der Letzte von ihnen zurückgekehrt ist, sollen unser Gebet und unsere Sorge für sie wach sein. Wir empfinden ihre weitere Festhaltung in Gefangenschaft als ein jeder Begründung entbehrendes Unrecht an unserem gedemütigten Volk. Unsere Bischöfe bitten wir, die Vermittlung des Heiligen Vaters anzurufen, daß der Entlassungsvorgang allenthalben ernst genommen und so beschleunigt werde, daß 1948 wirklich zum Jahr der Heimkehr werden kann.

Ebenso bitten wir um Erleichterungen für die in den Gefängnissen und Interniertenlagern verschiedener Länder festgehaltenen Deutschen im Sinne einer caritativen Lebenshilfe, sowie einer Rechtshilfe zur rascheren Durchführung anstehender Prozesse.

4. Die Not der Heimkehrer

Wir lenken die Aufmerksamkeit der deutschen Katholiken in besonderer Weise auf die Heimkehrernot. Sie fordert von Klerus und Gläubigen hingebende Sorge nach der pastoralen, menschlichen und sozialen Seite. Wir grüßen die Heimkehrer bei ihrem Wiedereintritt in unseren Kreis in Dankbarkeit für das, was sie für uns gelitten und gesühnt haben; wir wollen nichts übersehen, was ihnen nur helfen kann, wieder bei uns heimisch zu werden.

Es wird vor allem der denkwürdige und unabdingbare Auftrag an unsere katholische Frauenwelt sein, Söhne und Männer mit der heilenden sanften Gewalt ihrer Güte und Mütterlichkeit im tiefsten Sinne wieder heimzuholen und sie zu einem neuen Leben in Werk und Gnade zu geleiten.

5. Die Not der freien Arbeiter

Die Not der deutschen Heimat veranlaßt Hunderttausende Männer und Frauen, im fremden Lande Arbeit zu nehmen. Aus ihrer vielfachen Zerstreuung erstehen zahlreiche äußere und innere Gefahren. Wir sind darum verpflichtet, die Verbindung unserer wandernden Brüder und Schwestern in der Fremde mit der Heimat auf jede nur mögliche Weise aufrecht zu erhalten. Heimatpfarrei, Männerwerk, Arbeitervereine, CAJ, Kolpingsfamilie, Jung-Vinzenz- und Jung-Elisabeth-Vereine haben hier eine besondere Berufung zu persönlichster nachgehender Seelsorge. Auch die Bischöfe der Einwanderungsländer mögen gebeten werden, für das geistliche Leben der freiwilligen Arbeiter aus Deutschland hinreichende Sorge zu tragen.

6. Die Not der Alten

Unsere Altenhilfe beruht auf Ehrfurcht vor dem Alter und auf Erwartungen an das Alter. Im Alter erscheint uns die Reife des Lebens. Vom echtgelebten Alter kann ein unerlöschbarer Segen ausgehen in unser Volk und Land.

Unsere alten Leute bedürfen der Liebeskraft des ganzen gläubigen Volkes. Was wir alle an Not tragen, ist auf sie in einem unerhörten Maß gehäuft. In persönlicher Hilfe haben wir alle daran teilzunehmen. Die Helfer der Pfarrgemeinde sind auf eine Altenhilfe bis ins einzelne hinzulenken. Junge Menschen mit Alten in Verbindung bringen, heißt ihnen beiderseits einen Dienst erweisen.

Als Erfordernisse der heutigen Altenhilfe erkennen wir:

a) einen Lastenausgleich zu Gunsten der ihrer Mittel beraubten alten Leute in Form einer Gleichstellung mit

Empfängern von staatlichen Pensionen und Sozialversicherungsrenten,

b) eine Aufrechterhaltung des Bewußtseins, daß die alten Menschen normalerweise bei ihren Angehörigen leben,

c) Zuzugsbestimmungen, die eine Übersiedlung, vor allem der Ostvertriebenen, zu ihren letzten Angehörigen ermöglichen,

d) die Erhaltung und Neugründung von Altersheimen und vordringlich von Siechenheimen,

e) die Weckung von Berufen für die Altenpflege, sowohl der Krankenpflege als auch der Haus- und Familienpflege.

7. Die Not des Rechtes und der Wahrheit

Die Rechtssicherheit des Einzelnen ist heute schwer gefährdet. Die Rechtsbegriffe sind verwirrt, das geltende Gesetz ist der Ordnung unseres Notstandes nicht gewachsen, so daß die Verwaltung sich in ihren Maßnahmen vielfach über es hinwegsetzen muß; die Macht der Bürokratie verleitet sie häufig zur Willkür. Die im gottgegebenen Sittengesetz begründete Würde und Freiheit des Menschen und seine daraus fließenden Rechte müssen wieder in den Mittelpunkt der Rechtsordnung gestellt werden, so daß sie überall zur Übereinstimmung mit dem Sittengesetz kommt.

Es ist versucht worden, mit gesetzlichen und richterlichen Mitteln Sühne und politische Säuberung durchzuführen. In seinen Auswirkungen hat uns dieser Versuch aber nur noch tiefer in die Lüge verstrickt und das Rechtsgefühl noch stärker erschüttert. Es ist Zeit, das deutsche Volksleben wieder unter das Zeichen der Versöhnung zu stellen.

8. Der christliche Nothelfer

Die uns in den Sakramenten zugeflossene Liebe Gottes muß sich in der Liebe zum Nächsten und im Helferdienst an ihm auswirken. So ist vom Christsein her, nicht nur von der Größe der Not, jeder katholische Christ zu persönlicher Hilfe aufgerufen.

Wo Gemeinschaften sich zu besonderer Pflege des katholischen Lebens zusammenfinden (Standes- und Berufsgenossenschaften), muß der christliche Bruderdienst ein besonderes Anliegen und eine besondere Frucht der Gemeinschaft sein. Katholische Aktion muß sich als umfassende Liebesbewegung erweisen. Dazu ist folgendes festzuhalten:

a) Der Weiterbestand der caritativen Werke, von denen heute die größte Leistung gefordert wird, ist von der großherzigen Freigebigkeit des ganzen katholischen Volkes abhängig.

b) Die Scharen der Notleidenden warten auf eine vermehrte Schar der Helfer. Daher muß das katholische Volk die Besten seiner Söhne und Töchter dem Dienst an den Ärmsten, in denen sich Christus verbirgt, zuführen, sowohl den caritativen Ordensgenossenschaften wie dem ehrenamtlichen und beruflichen Helferdienst der Laien.

c) Die caritativen Orden sind für die Weiterführung der caritativen Arbeit unentbehrlich.

d) In Gemeinschaft mit den caritativen Einrichtungen muß eine immer größer werdende Schar ehrenamtlicher Helfer und Helferinnen, deren Erweckung seit dem vergangenen Jahrhundert den Vinzenz- und Elisabethvereinen zu verdanken ist, in den Dienst an der gleichen Aufgabe treten. In unsere katholische Jugend setzen wir dabei besonders große Erwartungen.

e) Unentbehrlich sind aber auch die beruflichen Fürsorger und Fürsorgerinnen, die jüngste Form des Helfertums in der Geschichte christlicher Liebestätigkeit, für den Ausbau der Caritasorganisation. Die Weiterführung ihrer Berufsverbände ist ein dringendes Erfordernis.

f) Von den in der öffentlichen Wohlfahrtsarbeit tätigen Brüdern und Schwestern erwartet die Kirche ein Wirken aus dem Geiste der Liebe. Wohlfahrtsarbeit ohne Liebe ist unmöglich.

IV.

EHE UND FAMILIE

Die Arbeitsgemeinschaft „Ehe und Familie" des Katholikentages in Mainz erhebt im Interesse der äußerst gefährdeten Familie die Bitte

an die Seelsorger, der Ehe und Familie die ihrer sakramentalen und natürlichen Bedeutung entsprechende Pflege und Förderung angedeihen zu lassen;

an den Staat, sie vor Maßnahmen und Gesetzen zu bewahren, die ihren Bestand bedrohen.

1. Wir fordern von der Gesetzgebung den Schutz der Ehe und Familie, besonders im Hinblick auf die *Ehescheidung, den Schutz ungeborenen Lebens und den sittlichen Jugendschutz.*

   Besondere Aufmerksamkeit lenken wir auf die Frage der Wiederverheiratung der Frauen von Vermißten. Die hier geltende staatliche Gesetzgebung ist nach katholischer Überzeugung untragbar. Wir verlangen darum, daß die einmal eingegangene Ehe als rechtsgültig anerkannt bleibt, auch wenn nach irriger Todeserklärung eine zweite Ehe geschlossen wurde. Dem wiederkehrenden Gatten müssen die Rechte seiner Ehe zugebilligt werden.

   Ferner verlangen wir Recht, Schutz und ausreichende Sicherstellung für die Familien der Gefallenen, Vermißten, Gefangenen und Internierten.

2. Die jetzige *Zuzugsgesetzgebung* zerreißt unzählige Familien, verhindert viele Arbeitsmöglichkeiten und stellt eine unerträgliche Einschränkung der persönlichen Freiheit dar.

   Wir verlangen daher eine sofortige weitgehende Auflockerung der Zuzugsperre zugunsten der Familien, besonders auf dem Land, wenn auch mit dem nötigen Schutz für die Gemeinde. Mit aller Kraft muß gesetzgeberisch darauf hingearbeitet werden, recht bald die persönliche Bewegungsfreiheit des Einzelnen wieder herzustellen.

3. Die *Schule* darf nicht vergessen, daß von ihrer Bildungsarbeit viel für die Tauglichkeit zur späteren Ehe abhängt. Besonders wichtig ist die Erziehung der Mädchen zu fraulichem Wesen. Dazu muß einmal der Lehrstoff entsprechend gestaltet werden, zum anderen muß Gewicht auf die Entwicklung weiblicher Eigenart bei den Lehrerinnen gelegt werden. Deshalb sollen auch die Lehrerinnen durch weibliche Sonderschulen (Kindergartenlehre, Frauenschule) gehen.

4. Der heutige *Brautunterricht* sollte durch eine die Brautleute zeitiger und stärker erfassende zeitnahe Brautleute-Seelsorge (Brautleutekurse) in Zusammenarbeit von Priestern und Laien ergänzt werden, die der

Bedeutung und Würde des Ehesakramentes entspricht. Es wird auch eine zeitgemäße Unterweisung des Klerus und der Erzieher aus dem Ordensstand erbeten.

Eine besondere Entschließung zur Begründung eines Werkes für Wohnbauhilfe und Siedlung ist den in Frage kommenden Stellen zugeleitet worden.

V.

JUGENDFRAGEN

Es ist der Auftrag des Papstes in seinem Brief an die Katholische Jugend, es ist der Wille des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend selbst, wie er in der Bundesordnung zum Ausdruck kommt, daß die Führung der katholischen Jugend, von ihrer Hauptstelle Altenberg wie von der Diözese und Pfarrgemeinde her, ihre Aufgabe in enger Verbindung mit der Gesamtführung der Katholischen Aktion wie mit den katholischen Erwachsenenverbänden und Zweckorganisationen durchführt.

Die Katholische Jugend bittet die deutschen Katholiken, mit Interesse und Vertrauen die Jugendarbeit zu begleiten und sie in ihren erzieherischen und sozialen Aufgaben wie in der wirtschaftlichen Sicherung ihrer Werke, ihrer Schulungsheime, nicht zuletzt des zentralen Schulungswerkes Haus Altenberg, freudig und opferbereit zu unterstützen, zumal in den gegenwärtigen äußerst schwierigen Monaten des Übergangs. Diese Bitte ergeht im besonderen an alle katholischen Männer und Frauen in führenden oder einflußreichen Stellungen in Staat, Gemeinde und Wirtschaft. Sie ergeht an die Elternschaft und Erzieherschaft. Sie ergeht aber auch allgemein an das ganze katholische Volk. Die Sache katholischer Jugend und ihres Bundes soll mehr als bisher Herzenssache des ganzen katholischen Volkes werden.

Es nützt nichts, über die Ehrfurchtslosigkeit und Sittenlosigkeit heutiger Jugend zu klagen; die hoffnungslose soziale Lage eines Großteils der jungen Arbeiterschaft oder jungen Studentenschaft zu beklagen; über die Haltlosigkeit, Aussichtslosigkeit und Ausweglosigkeit der Flüchtlingsjugend zu wehklagen. Hier gilt die Parole des Katholikentages: Nicht klagen, sondern handeln!

Die katholische Öffentlichkeit soll wissen: Die Katholische Jugend ist daran, zu handeln und nicht zu klagen; ist daran, in ihrem Bund ein Selbsthilfewerk zu schaffen durch alle Diözesen und durch alle ihre Teilorganisationen; sie ist erst an einem Beginn. Und doch hat der Einsatz aller guten Kräfte schon in den kurzen drei Jahren eine Grundlage zu einer geistigen Erneuerung, zu sozialer Hilfe und zu einem froheren, hoffnungsvolleren Jugendleben geschaffen. Wir sind wirklichkeitsnahe genug zu sehen, daß die Lösung der ungeheuren, in den Verbrechen des vergangenen Systems, in Krieg und in den furchtbaren Entscheidungen von Potsdam begründeten deutschen Jugendnot und die Lösung der durch sie gestellten ungeheuren Aufgaben für die deutsche Jugend bei allem Einsatz deutscher Selbsthilfe letztem Endes entscheidend durch die Politik und die wirtschaftliche Großplanung von seiten des Auslandes erfolgen muß. Trotzdem: Wir beginnen, die jungen Christen, die sozialen Menschen zu erziehen, die, zusammen mit den guten Kräften aller übrigen deutschen Jugend, das Neuwerden in sich und durch sich vollziehen können.

Im einzelnen werden noch folgende Bitten und Anregungen an die kirchlichen Stellen und katholischen Gemeinschaften gerichtet:

1. Es möge zur Bewältigung der immer schwieriger werdenden Aufgaben der Jugendseelsorge und Jugendführung der Gedanke der *Laienkatecheten* und hauptamtlichen Laienhelfer in größerem Umfang in den deutschen Diözesen verwirklicht werden, zumal für das Neuland katholischer Diaspora in den Ostgebieten. Der Plan eines Wohlfahrtspflegerseminars für Jugendfürsorge und Jugendpflege im Industriegebiet möge von den in Frage kommenden Stellen mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden.
2. Es möge die rasche Entwicklung der CAJ für katholische Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen gefördert und darum in jeder Diözese ein Gebietssekretariat, mit der Aufgabe der Vorkämpferschulung, eingerichtet werden.
3. Es möge die große apostolische und soziale Sendung *katholischen Studententums* neu gesehen und gefördert werden. Die deutsche katholische Studentenschaft möge in organischer Verbindung mit der katholischen Akademikerschaft und mit dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend ihre große Aufgabe erfüllen.
4. Die Öffentlichkeit möge davon Kenntnis nehmen, daß die Freie Deutsche Jugend als kommunistisch inspirierte und geführte Jugend zu sehen ist, deren Bestrebungen zu einer antidemokratischen, totalitären Einheitsjugend von den Katholiken Deutschlands abgelehnt werden.
5. Der Klerus wird gebeten, den Bund der Deutschen Katholischen Jugend nicht nur als Erfassungs- und Betreuungsprinzip, sondern vielmehr als junge katholische Laienbewegung, als Werk der Jugend zu sehen und zu fördern.
6. Die Auswertung der Ergebnisse des Limburger Kongresses für rauschgiftfreies Jugendleben wird als ein wichtiges Mittel empfohlen zur Überwindung des materialistischen Zeitgeistes und als ein Weg zu einem sittlich starken und christfrohen einfachen Leben.
7. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft „Jugendfragen" beim Deutschen Katholikentag senden einen Gruß an die *christliche Jugend des Auslandes*. Katholische Jugend bittet um neues Vertrauen zur Entwicklung deutscher Jugend; sie, die selbst keine Schuld trägt an dem vergangenen Geschehen, aber bereit ist, die Folgen der Schuld der Vergangenheit mit zu überwinden, erwartet von der katholischen Weltöffentlichkeit Gerechtigkeit und Bruderhilfe in der Öffnung eines neuen Weges zum Leben; sie ist willens und bereit, dem Gedanken des Weltfriedens und der europäischen Völkergemeinschaft mit aller ihrer jungen Kraft zu dienen.

VI.

SCHULE UND ERZIEHUNG

Erziehung und Bildung der deutschen Jugend ist der Weg, auf dem unser Volk aus der Tiefe zur Höhe geführt werden kann und den kommenden Geschlechtern die Segnungen des Friedens und der Gerechtigkeit, Ordnung und wahre Wohlfahrt zu sichern sind.

Einig in unseren klaren katholischen Grundsätzen, rufen wir das katholische Volk auf zur Tat!

Die Eltern, Lehrer, Priester müssen sich ihrer Verantwortung bewußt sein und ihre erzieherischen Aufgaben mit tiefem Ernst und heiliger Freude erfüllen.

Die *Familie* hat die oberste Pflicht. Sie hat den natürlichen und damit auch einen rechtlichen Vorrang, auch

vor dem Staat. Gegen überstiegene Ansprüche der Staatsmacht, gegen Staatssozialismus und Kollektivismus muß das katholische Volk sich in dem Bewußtsein stärken, daß die Eltern ein natürliches und gottgegebenes Recht auf die ganze Erziehung ihrer Kinder haben, das unverletzlich ist. Staat und Gemeinden haben die Eltern in der Erfüllung ihrer Pflicht und in der freien Ausübung ihres Rechtes zu schützen und zu unterstützen. Die Eltern werden gerade in dieser Notzeit aus tiefer Verantwortung und echter Liebe den Kindern ihr Bestes geben; eine kraftvolle Sozial- und Wirtschaftspolitik muß der Familie zu einem menschenwürdigen Dasein verhelfen. Dann erst kann sie ihrer Aufgabe voll gerecht werden.

Neben die Familie tritt die *Schule*. Alle Schulen müssen Erziehungsschulen sein, Stätten der Herzens-, Gewissens- und Charakterbildung. Bloße Wissens- und Lernschulen genügen nicht.

Für die katholische Jugend fordern wir katholische Schulen.

Die Seele der katholischen Schule ist der katholische Lehrer; seine Ausbildung muß im katholischen Geist erfolgen. Die katholische Elternschaft hat auf die Einrichtung katholischer Bildungsstätten für ihre Kinder, Söhne und Töchter, einen unveräußerlichen Gewissensanspruch. Wir betonen diesen Anspruch besonders und ausdrücklich für die *Diaspora*. Wir erwarten, daß ihm von allen verantwortlichen staatlichen Stellen Rechnung getragen wird.

Religion darf in der Schule nicht bloß ein Unterrichtsfach sein. Religion muß Geist und Leben sein, muß der Schule Licht und Wärme geben.

Das Ziel aller Bildung ist der *christliche Mensch*, für uns der christ-katholische Mensch. Die Gemeinsamkeit des Bildungszieles verbürgt die innere Einheit aller Schulen, verbürgt auch die innere Einheit des Lehrerstandes.

Vor uns steht das Bild einer Bekenntnisschule aus der Fülle, Tiefe und Kraft des katholischen Glaubens mit Aufgeschlossenheit und Lebensoffenheit. Sie erzieht heimat- und volksverbundene Menschen, sie erzieht im Geist der sozialen Hilfs- und Opferbereitschaft, sie erzieht zur Völkerversöhnung.

Die innere Erneuerung der Schule ist wesentlicher als äußere Reform ihrer Organisation. Die Gestaltung des Schul-, Bildungs- und Erziehungswesens gehört zu den ersten Angelegenheiten eines Volkes. Es ist ureigenstes Recht eines Volkes — auch des deutschen Volkes —, diese für seine Zukunft entscheidend wichtige Angelegenheit in eigener Verantwortung, im Einklang mit den Rechtsansprüchen aller beteiligten Erziehungsträger selbständig zu regeln. Wir erwarten, daß die Besatzungsmächte dieses Grundrecht unseres Volkes anerkennen.

Die *Kirche* als die von Gott für das ewige Heil der Menschen gestiftete übernatürliche Gesellschaft hat einen überragenden Rechtsanspruch auf die Erziehung der ihr durch die Taufe eingegliederten Christen.

Die Kirche hat in der Zeit des Ungeistes und der Gewalt sich als Hort der höchsten Güter unseres Volkes, der Freiheit und des Rechtes, der Wahrheit und der Sittlichkeit erwiesen. Auch in Zukunft wird die Kirche neben den anderen Bildungsträgern ihren erzieherischen Auftrag an Volk und Jugend erfüllen.

Eine Entschließung über die *Katholische Universität* wurde gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft „Bildung und Kultur vorgelegt sind (siehe S. 56).

Im Anschluß an die Entschließungen wurden folgende Anträge angenommen:

1. Das für die allgemeinbildenden Schulen aufgestellte Bildungsziel gilt auch für die *berufsbildenden Schulen*. Sie haben unbeschadet ihrer beruflichwirtschaftlichen Aufgabe auch Erziehungsschulen zu sein. Die Schüler und Schülerinnen dieser Schulen haben ein Recht auf Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, wie es alle ihre gleichaltrigen Mitschüler anderer Schulen seit jeher unbestritten besitzen.
2. Die gesamte *Mädchenbildung* verlangt eine Eigenständigkeit, die auf die personalen Kräfte der Frau aufbaut. Das bedeutet die Weckung und geistige Pflege ihrer Anlagen, die sie zur Mitgestaltung am katholischen Leben und an christlicher Kultur befähigen. Der katholischen Frau ist bei der Prägung der Mädchenschule Raum zu geben, auf daß die kommende Frauengeneration zum Dienst am Leben in Familie, Volk und Kirche heranreife.
3. Die *soziale Gerechtigkeit* verlangt, daß allen Kindern eine ihren Begabungen und Neigungen entsprechende Bildungsmöglichkeit offensteht. Wenn nötig müssen öffentliche Mittel bereitgestellt werden, um den Besuch der entsprechenden Schulen zu ermöglichen.
4. Für das *freie, kirchliche und Ordensschulwesen* verlangen wir in allen deutschen Ländern die Freiheit der Gründung und Weiterentwicklung, entsprechende Gleichberechtigung mit den staatlichen und gemeindlichen Schulen und gerechte finanzielle Beihilfen aus öffentlichen Mitteln.
5. Zur Sicherung des katholischen *Lehrernachwuchses* muß entweder der Albertus-Magnus-Verein bzw. Hildegardisverein auch die Studierenden der Pädagogischen Akademien und Hochschulen unterstützen, oder es ist eine besondere Einrichtung für diesen Zweck zu schaffen.
6. In der Tätigkeit der jungen Lehrerschaft und in ihrer Fortbildung macht sich der *Mangel an Lehrbüchern* sehr bemerkbar. Die Geistlichen und die ältere Lehrergeneration werden aufgefordert, der jungen Lehrerschaft durch Bereitstellung der notwendigen Bücher diese wichtige Hilfe zu leisten. Die Lehrerbüchereien mögen auch aus kirchlichen Kreisen unterstützt werden. Die Leiter der Pfarrbüchereien werden gebeten, eine pädagogische Sonderabteilung für die junge Lehrerschaft einzurichten.
7. Die katholischen Kreise mögen in allen Ländern bei den Arbeiten für eine *Schulreform* tatkräftig mitwirken. Die Vorstände und Schulausschüsse in den Diözesankomitees der Katholikenausschüsse in den Erzdiözesen Köln und Paderborn und in den Bistümern Aachen und Münster und der Vorstand des Bundes katholischer Erzieher haben eine Denkschrift zur Schulreform herausgegeben, auf die nachdrücklichst hingewiesen wird.

VII.

FRAUENFRAGEN

Die Arbeitsgemeinschaft für Frauenfragen hat sich mit vordringlichen Fragen befaßt, die in dieser Zeitenwende die Frau als verantwortungsvolle Mitgestalterin des deutschen Schicksals angehen.

1. Die Frauen unseres Volkes haben unter härtesten Entbehrungen, oft unter Verlust von Heimat und Besitz-

tum durch unauffälliges und selbstverständliches Wirken einen bedeutenden Beitrag zum beginnenden deutschen Wiederaufbau geleistet und noch vor sich. Aus dem Leid, das die deutschen Frauen und Mütter still getragen haben, werden sie einen unersetzlichen Beitrag für die Entsühnung unseres ganzen Volkes machen, wenn sie es dafür aufopfern!

In der Gegenwart steht die Frau jedoch vor weiteren unerbittlichen Forderungen des geistigen, beruflichen und öffentlichen Lebens, die noch nicht gemeistert sind. Insbesondere muß sie bestrebt sein, der Würde die gebührende Achtung wieder zu gewinnen, um die schwer gefährdete sittliche Kraft der Menschheit zu erhalten. Sie ist angesichts der heutigen Not im Gewissen aufgerufen, eigene Ansprüche auf das Notwendigste einzuschränken und durch die Kraft solchen Opfers das menschenwürdige Dasein anderer zu gewährleisten.

Sie bedarf einer großen inneren und äußeren Selbständigkeit, um in der gebotenen Weise ihre Aufgaben als Frau erfüllen zu können. Nüchtern, klar und entschlossen muß sie der Wirklichkeit unserer Zeit in Familie und Öffentlichkeit Rechnung tragen.

Deshalb wenden wir uns an die Gesamtheit der katholischen Frauen, damit wir einmütig in Ost und West diese Ziele erreichen. Lebendiges Interesse an der in den *katholischen Frauenorganisationen* geleisteten Arbeit und ihre tatkräftige Unterstützung sichern erst die notwendigen praktischen Ergebnisse. Wir wollen den mühevollen Weg zum gemeinsamen Ziel der geistigen, sittlichen und gesellschaftlichen Neuordnung Seite an Seite mit dem Mann gehen, weil wir nicht in künstlicher Isolierung, sondern nur in gemeinsamer Anstrengung einen Erfolg erwarten dürfen.

2. Die Arbeitsgemeinschaft für Frauenfragen erachtet es als dringend notwendig, daß die wirkliche Lage der *berufstätigen Frau* innerhalb und außerhalb der Familie gewürdigt wird.

   Die erwerbstätige Frau hat nur in den wenigsten Fällen heute für sich allein zu sorgen. Sie steht vielmehr fast immer auch für andere ein. Die Mechanisierung des heutigen Wirtschaftslebens, der Zwang zur Ausübung eines Berufes, dem häufig weder Neigung noch Begabung entspricht, gefährden ihre Eigenart und damit den besonderen Wert, den sie aller menschlichen Gemeinschaft zu geben hat.

   Es tut daher not, daß die Frau zur bewußten Erkenntnis der Bedeutung ihres Berufes für Familie und Volk, Kultur und Kirche gelangt. Der richtig erfaßte Beruf kann jedes persönliche Leben mit Inhalt erfüllen und dient nicht nur dem Gelderwerb.

   Sorge der wissenschaftlich tätigen Frau muß es sein, sich um die richtige Orientierung der sich neu gestaltenden Formen der Gesellschaft nachdrücklich zu bemühen. Nur dadurch kann die Leistung der überwältigend großen Zahl der güterschaffenden und -verwaltenden Frauen dem Volksganzen in höchstem Maße nutzbar gemacht werden.

   Die *Berufserziehung* der Frau muß durch die Familie — insbesondere die Mutter — die Kirche, Schule und Frauenorganisationen gewährleistet werden. Vor allem verlangen und empfehlen wir auf das dringendste die katholischen Berufsorganisationen, insbesondere die Haus- und Landfrauenvereinigungen. Die notwendigen äußeren Voraussetzungen der Berufsgestaltung zu schaffen und zu sichern und der weiblichen Eigenart Raum zur Auswirkung zu geben, ist dringendes Gebot für die Arbeitgeber, Berufsorganisationen und Volksvertretungen. Ihre Sorge muß in erster Linie den Hausangestellten sowie der in Industrie und Gewerbe tätigen Frau gelten. Das zahlenmäßige Schwergewicht und die ernste Verantwortung der Frau im Beruf bedeuten, daß ihre Lage nicht mehr als eine reine Frauenfrage, sondern als Volksfrage betrachtet werden muß.

3. Die Arbeitsgemeinschaft Frauenfragen bekennt sich zum wesenhaften Erbe christlichen Frauentums, der besonderen *„Hinordnung der Frau zum Religiösen"*. Diese Hinordnung ist eines der wichtigsten Elemente für die Erneuerung des Volkes. Jede einzelne katholische deutsche Frau sollte diesen hohen Wert gegenwärtig halten und sich um eine ständige Festigung und Vertiefung ihrer Frömmigkeit bemühen. Unsere unverrückbare Mitte finden wir in Christus, um von da aus in voller Bereitschaft jeden weltlichen Beruf, in dem wir stehen, als Aufgabe, die uns Gott gegeben hat, zu erfüllen. Ebenso wichtig ist, daß die geistlichen Gemeinschaften, die beschaulichen Orden, die tätigen Orden und Genossenschaften und die kraft der Konstitution „Provida Mater Ecclesia" des Heiligen Vaters Pius XII. auch für Frauen anerkannten und zu errichtenden Weltinstitute in unserem Volke neue Kraft und Entfaltung gewinnt.

   Dieses Wachstum muß durch die *Seelsorge* bewußt gepflegt werden. Die alten, aber doch zeitlos lebensvollen Ideale geistlicher Grundhaltung müssen gerade auch den jungen Menschen wieder bekannt gemacht und nahegebracht werden.

   In der Diskussion erging immer wieder der Hilferuf an die Orden und Genossenschaften, Kräfte für seelsorgerische, caritative und erzieherische Aufgaben in die mannigfaltigen Bezirke der großen deutschen Diaspora zu entsenden. Wir leiten den Hilferuf der Diasporafrauen um Priester und Ordensleute weiter und geben dabei der Überzeugung Ausdruck, daß die durch ihre Freigabe entstehenden Lücken in manchen Fällen auch von Laien ausgefüllt werden können, die in verwaltungsmäßiger, katechetischer und caritativer Tätigkeit eine neue Existenz finden könnten, während der Priester (und vielfach die Ordensfrau) andernorts unersetzlich bleiben.

4. Die Arbeitsgemeinschaft für Frauenfragen vertritt die Ansicht, daß der Einfluß der Frau auf die *öffentliche Meinung* bei weitem zu wenig von ihr und der Allgemeinheit gewürdigt und ausgewertet wird. Da es aber in diesem geschichtlichen Augenblick um Sein oder Nichtsein des Menschen geht, um die Neuerziehung des jungen Menschen auf der ganzen Welt zu einem Personsein, die der Vermassung und der Mechanisierung entgegenwirkt, um menschenwürdige Lebensbedingungen für alle, müssen die katholischen Frauenorganisationen Brennpunkte einer gut begründeten, umfassenden, objektiven Frauenmeinung bilden.

   Es wird eine hervorragende Aufgabe dieser Frauenmeinung sein, die Angst durch die christliche Hoffnung zu überwinden und das in Vermessenheit und Verzweiflung zerrissene Menschenantlitz zusammenzufügen zu einem Spiegel seines göttlichen Urbildes und damit dem Frieden zu dienen.

VIII.

BILDUNG UND KULTUR

1. Seit 100 Jahren fordern die deutschen Katholiken als Krönung ihrer Bemühungen um Schule und Erziehung, Bildung und Kultur die Freiheit zur Gründung einer *katholischen Universität.* Der 72. Katholikentag nimmt diese grundsätzliche Forderung wieder auf. Er begrüßt alle geeigneten Bestrebungen zur Erreichung dieses Zieles und erwartet von den deutschen Katholiken ihre Unterstützung.
   Die katholischen Gelehrten und akademischen Lehrer haben sich an den staatlichen Hochschulen hohes Ansehen und Einfluß erworben, wenn auch noch immer versucht wird, ihrer Tätigkeit dort Grenzen zu ziehen. Die Vertretertagung spricht die Erwartung aus, daß dem freien Weg katholischer Gelehrter zur akademischen Lehrtätigkeit keine Hindernisse mehr bereitet werden.
   (Gemeinsame Entschließung der Arbeitsgemeinschaften „Bildung und Kultur" und „Schule und Erziehung").
2. Die Arbeitsgemeinschaft hält angesichts der Lage der Studenten und Freischaffenden sofortige *Hilfsmaßnahmen* aus den Mitteln des ganzen katholischen Volkes für eine unaufschiebbare Pflicht.
3. Der 72. Deutsche Katholikentag hält die *Erwachsenenbildung* für dringend notwendig zur Gesamtformung eines christlichen Menschen, der bereit ist, weltgestaltend zu wirken. Unsere apostolische Aufgabe in der Welt verlangt es, daß sich christliche Volksbildner, Priester wie Laien, in jeder geeigneten Form an der allgemeinen Erwachsenenbildung betätigen. Jede Erwachsenenbildung erreicht nur dann ihr Ziel, wenn sie den Menschen in seiner Umwelt anspricht, sich planvoller Lehrweise bedient und alles Bildungsgut in der rechten Werteordnung lebensnahe darbietet.
4. a) Die Arbeitsgemeinschaft wünscht Ausbau und Vermehrung von *Bauhütten* und ähnlichen Werkstattgemeinschaften, um ein künstlerisches Niveau überall zu gewährleisten und die Künstler in Gesinnung, Arbeit und Leben zusammenzuführen.
   b) Die Arbeitsgemeinschaft bittet den Episkopat, das *kirchliche Bau- und Ausstattungswesen* im ganzen Land unter die fachliche Kontrolle künstlerisch wirklich urteilsfähiger Männer zu stellen und damit dem vielfach auflebenden Dilettantismus zu steuern, Aufträge und Gelder für das kirchliche Kunstschaffen gerade im gegenwärtigen Augenblick zu aktivieren und minderwertige Produktion zu verhindern.
   c) Die Arbeitsgemeinschaft regt eine Annäherung von *Kirche und Kunstschaffenden* durch priesterliche Hilfe und tiefere Einführung der Künstler in die Glaubenswelt und Liturgie an. Ebenso hält er eine zeitnahe Kunsterziehung von Klerus und Volk für dringlich, wobei der deutschen Gesellschaft für christliche Kunst besondere Aufgaben zuzuweisen sind.
   d) Die Arbeitsgemeinschaft wünscht, daß die *Kirchenmusik* unter Mitwirkung der Cäcilienvereine und der Internationalen Gesellschaft für Kirchenmusik opferfreudig erhalten und in Zeitnähe weiter ausgebaut werde, wobei die Mittätigkeit der ganzen Opfer- und Feiergemeinde besonders zu pflegen ist.
5. a) Die Arbeitsgemeinschaft empfiehlt allen Katholiken lebendigste Anteilnahme am *Theaterwesen,* weil dadurch dessen Wirksamkeit zu seinem eigenen Heil am besten christlich beeinflußt werden kann.
   b) Der Katholikentag macht sich die auf der *Laienspiel*-Studientagung in Haus Altenberg 1948 gefaßte und den H. H. Bischöfen bereits vorgelegten Resolutionen zu eigen.

IX.

KATHOLISCHE PUBLIZISTIK

Die auf dem 72. Katholikentag versammelten katholischen Publizisten haben im Bewußtsein des entscheidenden Einflusses, den die modernen publizistischen Mittel auf das Denken und Handeln der Menschen ausüben, ihre Anliegen und Aufgaben sowie die Wege beraten, wie der katholische Beitrag zu den Fragen unserer Zeit das Ohr der Öffentlichkeit erreichen kann.

Auch die Tätigkeit des Publizisten steht im Dienst des *Apostolates,* das der Christ in der Welt auszuüben hat. Die Arbeitsgemeinschaft ist sich darüber klar, daß es eine Vielfalt von Möglichkeiten und Orten des Apostolates im innerkirchlichen Raum wie im Raum der Welt und also auch eine Vielfalt von Wirkformen gibt.

Jede dieser Wirkformen muß respektiert und gefördert werden. Keine darf absolut gesetzt werden und keine darf die andere behindern oder unmöglich machen.

Um eine gedeihliche Zusammenarbeit und gegenseitige Förderung zu erreichen und auch um einen Ort der Erörterung und Klärung aller Fragen zu schaffen, hat die Arbeitsgemeinschaft eine *Gesellschaft katholischer Publizisten* begründet, die sich vor allem auch des Nachwuchses annehmen soll.

Die Arbeitsgemeinschaft stellt fest, daß die Bedürfnisse und Forderungen der Katholiken bei der Verteilung von *Lizenzen* und *Papier* für das katholische Schrifttum besonders auf dem Gebiet der Tagespresse nicht genügend berücksichtigt worden sind.

Die Arbeitsgemeinschaft begrüßt das Erscheinen unabhängiger *katholischer Tageszeitungen,* vor allem überall dort, wo den katholischen Grundsätzen und Anliegen sonst nicht genügend Rechnung getragen ist, hält aber eine Konzentration der vorhandenen Kräfte für notwendig, um eine unheilvolle Zersplitterung zu vermeiden. Es muß Sorge für eine gesunde wirtschaftliche Grundlage der katholischen Presse sowie ihre geistige und finanzielle Unabhängigkeit getragen werden. In der unabhängigen katholischen Wochenschrift sieht sie ein besonders wirkungsvolles und nachhaltiges Mittel katholischer Publizistik. Daneben stehen die Kirchenzeitungen, deren Einfluß und Bedeutung groß ist und noch gesteigert werden kann, wenn an ihrer Gestaltung unter Mitwirkung erfahrener Publizisten der übrigen Presse unermüdlich gearbeitet wird. Auch die religiösen Kleinschriften verdienen als wichtiges publizistisches Mittel Ausbau und Förderung. Das Studium all der Fragen der Tages-, Wochen- und Kirchenpresse und die Beratung bei allen Initiativen auf diesem Gebiet ist eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft katholischer Publizisten.

Die Arbeitsgemeinschaft vertritt den Grundsatz der *Pressefreiheit.* Sie begrüßt alle Bestrebungen, die auf eine Selbstverwaltung und Selbstkontrolle der deutschen Presse hinarbeiten. Die Gesellschaft katholischer Publizisten wird beauftragt, diese Frage zu studieren und Vorschläge für die Gestaltung einer solchen Selbstverwaltung zu entwickeln.

Der katholische Publizist wirkt an allen Orten, wo er steht, in enger Bindung an die katholische Wahrheit und das Lehr- und Hirtenamt der Kirche aus der Weltverantwortung des mündigen Christen. Er kann dieser Verantwortung um so froher gerecht werden, je mehr sie von allen Seiten geachtet wird.

X.
RUNDFUNK

1. Wie die übrige geschaffene Welt, ist uns auch *der Rundfunk eine christliche Aufgabe,* die wir in der katholischen Gemeinschaft der Kirche zu erfüllen suchen. Wir begrüßen im Rundfunk das neuzeitliche Mittel, das Wort Gottes der Welt in aller Weite verkündigen zu können. Wir begrüßen den Rundfunk als wirksames Mittel, unser Volk teilnehmen zu lassen am Leben der Kirche in der ganzen Welt.
   Wir unterstützen alle Arbeiten des Rundfunks für eine echte *Volksbildung* und eine *gute Unterhaltung.* Wir lehnen alle Bestrebungen ab, die durch den Rundfunk zerstörend auf die geistige Ordnung und den sittlichen Aufbau des Volkslebens einwirken.
2. Die Arbeitsgemeinschaft Rundfunk lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Katholiken hin auf die überragende Bedeutung des Rundfunks. Sie erkennt die bisher geleistete verdienstvolle Arbeit der im deutschen Raum bestehenden *Katholischen Rundfunkarbeitsgemeinschaften (KRA)* an.
   Sie empfiehlt den deutschen Katholiken diese positive Mitarbeit an den bestehenden Rundfunksendern und ruft alle zur wirksamen Förderung dieser Arbeit auf.
   Darüber hinaus hält sie die Errichtung eines Senders für notwendig, der sein gesamtes Programm aus christlicher Verantwortung gestaltet, und begrüßt die Errichtung der Körperschaft des öffentlichen Rechts *„Bamberger Sender"*, die im Einverständnis mit dem deutschen Episkopat die Grundlage für die Errichtung eines Christlichen Senders in Deutschland geschaffen hat. Sie erbittet und fordert im Namen von Millionen deutscher Katholiken von den zuständigen Stellen die baldige Verwirklichung dieses christlichen Senders (Lizensierung und Zuteilung einer Welle). Dieser Sender hat die besondere Aufgabe, im Wettbewerb mit den übrigen Sendern dem christlichen Leben zu dienen und unser Volk in seiner gegenwärtigen Not an den Kräften des Evangeliums aufzurichten.
   Die Anregungen dieser Arbeitstage in Mainz mögen sich in der „Katholischen Rundfunkarbeit in Deutschland" (KRD) unter Führung des Bischöflichen Rundfunkreferates weiter auswirken. Die Arbeitsgemeinschaft empfiehlt zugleich die Gründung einer *Katholischen Akademie für Volksbildung,* in der auch unsere Mitarbeiter im Rundfunk ihre fachliche Ausbildung und innere Formung finden.
   Die Arbeitsgemeinschaft begrüßt die wiederaufgenommene Zusammenarbeit mit dem *Internationalen Katholischen Rundfunkbüro* (gegründet 1928 in Köln), jetzt UNDA, Freiburg (Schweiz), und erhofft eine gegenseitige Förderung der Rundfunkarbeit von Land zu Land.

XI.
FILM

Die Arbeitsgemeinschaft „Film" ruft auf zur Durchführung der päpstlichen Weisungen gemäß der Filmenzyklika *„Vigilanti cura"* vom 29. Juni 1936, deren Bedeutung im Vorjahre vom Papst erneut betont wurde. Sie faßt folgende Entschließungen:

1. Die bejahende Haltung der Kirche zum guten, künstlerisch und ethisch hochstehenden Film ist in den Worten des Papstes grundgelegt. Das christliche Gewissen ist gegenüber dem Film als einem nicht zu übersehenden Faktor des modernen Lebens wachzurufen. Um die großen positiven Möglichkeiten des Films auszuwerten, aber auch um seine schädigenden Wirkungen einzudämmen, ist es nötig, die katholische Öffentlichkeit, Laien und Klerus, für den Film zu interessieren und eine katholische Filmbewegung zu schaffen.
   Auf Grund einer Haltung, die am Naturrecht und Gottesgebot orientiert ist, soll sie über die laufenden Filme beratend informieren, die Filmbesucher zu selbständigem Urteil befähigen, um dadurch gute Filme zu unterstützen und minderwertige Filme abzulehnen. Das setzt voraus eine geschlossene Haltung der katholischen Öffentlichkeit, die aufgefordert wird, sich nach den Weisungen des Filmreferats der deutschen Bischöfe als des Trägers dieser Filmbewegung zu richten.
2. Die Arbeitsgemeinschaft Film hat mit Interesse von den Bemühungen um eine *„Selbstkontrolle der deutschen Filmindustrie"* Kenntnis genommen und ist zur Mitarbeit bereit.
3. Für die Fragen der *Filmproduktion* wurde eine ständige Kommission geschaffen.
4. Es wurde die Neugründung des *Katholischen Lichtspielverbandes* beschlossen, der eine Interessengemeinschaft der katholischen Filmspielstellen ist und dem sich katholische Lichtspieltheaterleiter anschließen sollen. Die tatsächlich freie Auswahlmöglichkeit der Filme beim Filmverleih wurde gefordert.

XII.
ÜBERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

1. In der Erkenntnis, daß die katholische Kirche vermöge ihrer weltumspannenden Organisation und der ihr zu Gebote stehenden übernatürlichen Kräfte wie keine andere Macht der Erde die Fähigkeit besitzt, für den *Frieden unter den Völkern* zu wirken, ist es ihr in der gegenwärtigen Weltkrise aufgegeben, von dieser Fähigkeit einen möglichst starken Gebrauch zu machen.
   Der moderne Krieg ist nach den Worten des Heiligen Vaters kein geeignetes und angemessenes Mittel mehr zur Lösung internationaler Konflikte.
   Das „erste und größte Gebot" des Herrn beschränkt die Liebe nicht auf die Volksgenossen: jeder Mensch auch jenseits der Landesgrenzen, selbst wenn er als politischer Feind erscheint, ist als unser Nächster mit wahrem Wohlwollen zu lieben. Nur bei solcher Gesinnung können die Gegensätze überwunden werden. Da die Spannungen zum großen Teil auf mangelhafter Kenntnis der Menschen und Verhältnisse der anderen Seite beruhen, empfehlen wir häufige Zusammenkünfte zwischen katholischen Gruppen der einzelnen Länder.
   Die Herstellung guter Beziehungen zwischen den Völkern ist nicht nur eine Sache der Politik, sondern mehr noch der christlichen Religion. Darum möge der Geist der Brüderlichkeit über alle Grenzen hinweg im Schulunterricht und auf der Kanzel die ihm gebührende Pflege finden.

Bei der Neugestaltung des deutschen Einheits-Katechismus bitten wir, das evangelische Liebes- und Einheitsgebot sowie die Sünden dagegen mit dem Nachdruck zu behandeln, die der Herr selbst ihm gegeben hat, auch dem Kriege diejenige Beurteilung widerfahren zu lassen, die den heutigen Erkenntnissen und den Erklärungen des Papstes entspricht.

Staatliche und militärische Anordnungen können dem Gewissen die Verantwortung für seine Entscheidungen nicht abnehmen. In Konfliktsfällen müssen sich die Gläubigen an das Petruswort erinnern: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen" (Apg. 5, 29).

2. Angesichts des ungeheuren Leides, das durch eine Hochflut von öffentlich unwidersprochen gebliebenen Verbrechen über die *Menschen jüdischen Stammes* gebracht worden ist, erklärt der 72. Deutsche Katholikentag:
   a) Das geschehene Unrecht fordert Wiedergutmachung im Rahmen des Möglichen. Es handelt sich hierbei nicht bloß um die gerechte Verteilung vorhandener Güter, sondern um die Rückgabe widerrechtlich entwendeter.
   b) An jeden einzelnen Christen wird der Appell gerichtet, zu seinem Teil dazu beizutragen, daß die christliche Bevölkerung sich von einem bereits wieder aufflammenden Antisemitismus freihält. Als Familienväter, als Mütter, als Lehrer, als Seelsorger sollen wir die rechte christliche Liebeshaltung auch gegenüber dem Juden leben und lehren. Die Juden bitten wir, mit allen Gutwilligen gemeinsam Zersetzungserscheinungen jeder Art zu bekämpfen.
   c) Dies wird der Christenheit um so besser gelingen, je breiteren Kreisen die von der Kirche selbst stets festgehaltene Wahrheit wieder bewußt wird: Im Sinne St. Pauli hängt die sicher verheißene einstige Bekehrung des ganzen Judenvolkes davon ab, daß wir uns als Liebende bewähren.
   d) Die Arbeitsgemeinschaft befürwortet alles, was im Sinne einer tieferen Unterrichtung über die Judenfrage im Rahmen des beim Deutschen Caritasverband in Freiburg/Br. gegründeten Arbeitsausschusses unternommen wird.
3. Trotz der eigenen Not halten wir an den im universalen *Missionsbefehl* gegebenen Pflichten der deutschen Katholiken zur Mitarbeit an der Weltmissions-Aufgabe der Kirche fest.

   Unser Dank gilt unseren Missionaren und Missionsschwestern in aller Welt, die unter schweren eigenen Opfern den Auftrag des Herrn treu erfüllt haben. Wir wissen, daß Treue zur Weltmission Segen Gottes für die Heimatkirche bedeutet und empfehlen daher umso mehr die Förderung der Mission nach der Ordnung und den Weisungen der Kirche.

   Auch in der Zukunft wird die Mitarbeit der deutschen Katholiken an der Weltmission der Kirche zugleich Mitarbeit an der Völkerverständigung und dem Völkerfrieden sein.

   Aus diesen Erwägungen heraus halten wir es für geboten, an die zuständigen Stellen den dringenden Appell zu richten, den deutschen Missionaren und Missionsschwestern die Ausreise in alle Missionsgebiete zu ermöglichen, wohin die Kirche sie sendet.
4. Die Arbeitsgemeinschaft für übernationale Zusammenarbeit hat in einer herzlichen und tiefen Aussprache zwischen den zahlreichen Teilnehmern aus vielen Völkern festgestellt, daß überall dieselben Erkenntnisse gereift sind und auch dieselben Vorsätze gefaßt wurden, Erkenntnisse und Vorsätze, die von der Verantwortung für das universale Erbe der Christenheit getragen sind und dieses fruchtbar machen für den Frieden Christi im Reiche Christi. Sie hat ferner festgestellt, daß im Dienst der Völkerverständigung diesseits und jenseits der deutschen Grenzen schon manches geschehen ist und täglich noch mehr geschieht von Männern, Frauen und Jugend, von Verbänden und auf Gebieten aller Art.

   Aber sie hat ebenso feststellen müssen, daß bisher — jedenfalls auf deutscher Seite — das Gespräch mit dem Ausland ohne Zusammenhang, zersplittert und oft fast zufällig geführt wird.

   Sie hält es für dringend geboten, die verschiedenen Bestrebungen miteinander zu verknüpfen, die Kräfte zusammenzufassen und, unbeschadet der Initiative und Selbständigkeit der Einzelnen und der Verbände, zu steuern.

   Die Arbeitsgemeinschaft für internationale Zusammenarbeit beschließt daher, sich mit dem Ende des Katholikentages nicht aufzulösen, sondern bestehen zu bleiben, und bittet das Zentralkomitee zur Vorbereitung der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, sie in seine Obhut zu nehmen.

   Sie hält es auch für erforderlich, eine Lenkungsstelle einzurichten, in der die Fäden des Gesprächs mit dem Ausland von Deutschland her zusammenlaufen und die organisatorisch alle Bemühungen um den literarischen und persönlichen Kontakt unterstützt.

   Sie beauftragt daher den Ausschuß, der ihre jetzige Tagung vorbereitet hat, die Vorbereitung auch für eine solche Lenkungsstelle in die Hand zu nehmen.

BESONDERE ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE LAGE IN PALÄSTINA

Ungeachtet der großen Not und Zerstörungen im eigenen, noch immer unbefriedeten Land lenkt die 72. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Mainz die Aufmerksamkeit des katholischen Volkes auf die traurige Lage Palästinas und der heiligen Stätten, die infolge der blutigen Kämpfe zwischen Juden und Arabern entstanden ist, und fordert alle Gläubigen auf, die fortgesetzten Bemühungen des Heiligen Vaters sowie des Vermittlers der Vereinten Nationen um die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens in Palästina durch ihr inständiges Gebet zu unterstützen. Mit tiefem Schmerz haben die Katholiken Deutschlands die Kunde von der Entheiligung und Beschädigung heiliger Stätten, insbesondere auch von den Zerstörungen vernommen, die durch Kriegshandlungen an den vom Deutschen Verein vom Heiligen Lande errichteten und unterhaltenen Gotteshäusern und Anstalten verursacht worden sind. Mit großem Schmerz sind sie namentlich darum erfüllt, daß der ehrwürdige Mariendom auf dem Sion und die Benediktinerabtei Mariä Heimgang zum Schauplatz der Kämpfe gemacht worden sind.

Der Deutsche Katholikentag verurteilt vor allem die Einbeziehung der Stadt Jerusalem in die Kampfzone und richtet an die Katholiken aller Länder und Völker, die der UNO angehören, die dringliche Bitte, durch ihre Regierungen auf die Organe der UNO mit allem Nach-

druck einzuwirken, damit sowohl die Befriedung des Heiligen Landes als auch die Neutralisierung Jerusalems und Umgebung zur Tatsache werden. Die gesamte Christenheit muß verlangen, daß die von ihr durch alle Jahrhunderte verehrten und besuchten heiligen Stätten der Erlösung vor weiterer Entweihung und Zerstörung bewahrt bleiben und ihre alsbaldige Wiederherstellung möglich gemacht wird.

Den deutschen Patres, Ordensbrüdern und -schwestern, die zurzeit unter den schwierigsten Umständen und unter Gefahr ihres Lebens an den ihnen anvertrauten heiligen Orten getreulich ausharren, spricht die Generalversammlung ihren wärmsten Dank aus, versichert sie ihres aufrichtigen Mitgefühls und empfiehlt sie dem besonderen Schutze Gottes und der Fürbitte der allerseligsten Jungfrau Maria.

Deutsche Meldungen

„Die Christenheit und Europa"

In der Vortragsreihe, die das Kölner Metropolitankapitel in der Dombaufestwoche veranstaltete, bildete der Vortrag des französischen Dominikaners und Professors an der Sorbonne, P. Chenu, unzweifelhaft den Mittel- und Höhepunkt, und beim Hören dieses Vortrages ging es einem auf, was die Reihe als Ganzes hätte sein können und worauf sie ihrer ursprünglichen Zielsetzung nach auch angelegt war. P. Chenu hat sehr schlicht und sachlich über die Universität des 13. Jahrhunderts gesprochen, also ein geschichtliches Thema behandelt, bei dem der Zusammenhang mit dem Domjubiläum freilich unmittelbar gegeben war: denn in das Jahr der Grundsteinlegung des neuen Doms fällt ja, tief symbolisch, auch die Errichtung des Generalstudiums der Kölner Dominikaner. Er hat, der Blickrichtung gemäß, die soziologischen Perspektiven der geistigen Lösungen, die das 13. Jahrhundert brachte, ihre Zugehörigkeit zu den Auftrieben des wirtschaftlichen Lebens in den Stadtgemeinden, stark herausgearbeitet: „Universität—Kommunität", und er hat die Universitas des mittelalterlichen Wissens vom Gegenständlichen her beleuchtet, wobei vor allem das Problem der Theologie als Wissenschaft und, bei allem Absolutheitsanspruch der „Weisheit des Glaubens", das der fortschreitenden Autonomie der weltlichen Disziplinen in den Vordergrund rückte. Das Überraschende dabei war, daß P. Chenu, indem er auf diese Weise die spirituellen, geistigen, gesellschaftlichen Kräfte des 13. Jahrhunderts aufzeigte, zugleich in größter Aktualität die Fragen spüren ließ, die darin an uns gerichtet sind; daß er in der strengen Sachlichkeit der geschichtlichen Methode eine „Kühnheit, Geschmeidigkeit und Freiheit" des Denkens, eine „geistige Hochherzigkeit" und Offenheit nach jeder Richtung hin offenbarte, die auch „in der Struktur und im Klima einer völlig verschiedenen Welt" neue Lösungen zu finden hofft. So durfte er wirklich das vielberufene und von einem Jahrhundert des Historismus so gründlich mißverstandene „historia magistra vitae" ausdrücklich und in einem legitimen Sinn für seine Ausführungen in Anspruch nehmen.

„Die Christenheit und Europa" — dies wäre das Anliegen der Vortragsreihe gewesen: durch die geschichtliche Besinnung auf das 13. Jahrhundert unsere eigene Situation zu erhellen und Kräfte zum Wiederaufbau Europas und zu den noch darüber hinausliegenden größeren Aufgaben, die den Christen heute gestellt sind, aufzurufen. Denn es kann ja nicht bestritten werden — und keine Scheu vor romantisierender Verfälschung kann diesen Sachverhalt heute verdunkeln —, daß niemals so sehr wie in dem Jahrhundert der Grundsteinlegung des Kölner Doms die „Christenheit" jene „soziologische, Geschichte bildende Macht" darstellte, als die sie Robert Grosche, der geistige Anreger der Vortragsreihe, im „Rheinischen Merkur" zu bestimmen versucht hat. Entsprechendes aber zu dem, was P. Chenu im Blick auf das Mittelalter des Dombaus über die Universität und ihre Bedeutung für die geistige Welt der Zukunft gesagt hat, ist für die anderen Bereiche des Lebens, für die politische Ordnung und für die Kunst, für die kirchliche Gemeinschaft und für die Struktur des gesellschaftlichen Gefüges, nicht gesagt worden. Bei diesem Mangel mag die vom Zufall mitbestimmte Zusammensetzung der Redner mitgespielt haben (vielleicht hätte z. B. Chr. Dawson aus der Einsicht in die politisch-gesellschaftlichen Bildungskräfte des mittelalterlichen Europa heraus Wesentliches ausgesprochen). So aber, wie das „Gespräch" wirklich zustande kam, wurde die sinngebende Einheit, wie interessant auch die einzelnen Teilaspekte des Dichters, des Künstlers, der Philosophen, sein mochten, nicht eigentlich deutlich.

In der geistigen Nähe des Vortrags von P. Chenu stand am ehesten noch der Vortrag von Mme. Ancelet-Hustache (Paris), deren Arbeitsgebiet die deutsche Mystik des 13. Jahrhunderts ist (wie bezeichnend übrigens, daß es wiederum eine Stimme aus unserem Nachbarlande war, die uns die gemeinsame abendländische Vergangenheit deutete!). Mit einer für die begrenztere Thematik ihres Vortrags erstaunlich nachhaltigen Wirkung sprach Mme. Ancelet-Hustache über die heiligen Frauen, die dem Jahrhundert des Dombaus, das zugleich das Jahrhundert der heroischen Anfänge der Bettelorden ist, geschenkt worden sind. Über den Abstand hinweg, der uns von der Frömmigkeit jener Zeit zu trennen scheint, durch die Verhüllung und Schematisierung der Quellen hindurch öffnete sie einen unmittelbaren Zugang zu dieser Welt und schuf einen lebendigen Kontakt von eigentümlich tröstender Kraft. Die beiden geschichtsphilosophischen Vorträge im engeren Sinn, der Vortrag des Präsidenten der Londoner Thomas-Society, Th. S. Gregory, und der des in Wien lehrenden deutschen Philosophen Aloys Dempf, beschränkten sich auf eine mehr aphoristische Überschau der destruktiven Elemente, die die europäische Entwicklung seit dem 13. Jahrhundert bestimmt haben, und gewisse aperçuartige Einsichten und Mahnungen. Es verdient besonders festgehalten zu werden, wie auffällig betont der Engländer Gregory vom Macht-Gedanken abrückte, und wie nachdrücklich Dempf, indem er die Väter der geistigen „Europa"-Konzeption, Novalis, Fr. Schlegel und Görres, profilierte, zugleich neuere und neueste Theorien von der Religion als einem Gebilde

menschlicher Seelenkraft zurückwies. In einem umfassenden Schlußvortrag trug Theodor Steinbüchel dann das geistesgeschichtliche Material von zwei Jahrtausenden zusammen, um daran seine These zu erhärten: fruchtbar im Sinne abendländischer Einheit sind nur die Zeiten gewesen, in denen am „Dom" gebaut wurde.

Aber indem man sich darüber Rechenschaft zu geben sucht, ob diese Art der Zusammenschau noch unmittelbar überzeugt, rührt man noch einmal an das eigentliche Problem, vor das man sich immer wieder bei diesen Vorträgen gestellt sah: es ist der Zweifel, ob wir überhaupt, sofern wir es nicht von einer echten geschichtlichen Besinnung aus versuchen, eine verbindliche Aussage über unsere Situation machen können und ob nicht der eigentliche Ausdruck für diese unsere Armut und Unfähigkeit eine stärkere Betonung der Frage sein müßte, die die Situation in uns auslöst (ob nicht das Thema der Vortragsreihe mit ebensovielen Fragezeichen zu versehen sei, als es Worte enthalte, ist in scharfer Pointierung des Zweifels an der Möglichkeit solcher Aussagen geäußert worden!). Selbst das Wort des Dichters, das am Anfang der ganzen Reihe stand, Werner Bergengruens Vortrag, hat diesen Zweifel nicht zerstreuen können. Alle möglichen Seiten des Themas wurden von ihm beleuchtet, oft Gesagtes und Überdachtes, z. B. über Antike und Christentum, über das abendländische Menschenbild, in eine geschliffene Form gebracht; trotzdem wurde man den Eindruck nicht los, daß die vielzitierte Formel von „Europa" oder vom „Abendland" (die nach Bergengruens eigenen Worten einer „Schon- und Erholungszeit" bedarf) zu abgegriffen in unseren Händen geworden ist, als daß sie noch eine beschwörende Kraft entfalten könnte. Und ebensowenig wurde schließlich in dem Vortrag des Malers Richard Seewald, der die Möglichkeit christlicher Kunst heute erörterte, über das menschliche Zeugnis hinaus jene zwingend-sachliche Gültigkeit erreicht — wie sie freilich auch von der „Christlichen Kunst" selbst her, von der die Internationale Ausstellung in Köln gleichzeitig einige Anschauung vermittelte, kaum zu erwarten sein dürfte.

Drittes „Arbeitstreffen christlicher Historiker" in Speyer

Es ist das Verdienst von Hochschulprofessor Dr. Wühr, Freising, daß er mit dem jährlichen „Arbeitstreffen christlicher Historiker", das nach Niederaltaich und Fürstenried (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jg., H. 1, S. 3 f) diesmal in der Kaiserstadt Speyer stattfand, eine echte Gelegenheit der geistigen und persönlichen Begegnung zwischen christlichen Dozenten und Studenten der Geschichtswissenschaft geschaffen hat. Wühr versteht es, mit feinem Takt in einer freien Weiträumigkeit die Probleme zur Entfaltung kommen zu lassen. Hierbei erweist sich dann auch die interkonfessionelle Kontroverse, wie er mit Recht einleitend bemerkte, als eine durchaus positive Möglichkeit.

Auf einer Tagung, die sich in Auseinandersetzung mit der Geschichtsphilosophie und der Geschichtstheologie um die Sinndeutung der Geschichte bemühte, mußte die spezifisch abendländische Kontroverse, die im 4. und 5. Jahrhundert in der Christologie und im Reformationszeitalter in der Ekklesiologie zum Austrag kam, sich darstellen in der Frage nach der Sichtbarkeit der Offenbarung in der Geschichte. Die Grenzscheide, wo die heilsgeschichtliche Betrachtung umschlägt in einen wieder theologisierten Plan des Weltgeistes, in eine Identität von Gott und Geschichte im Sinne Hegels, nur daß sie diesmal von oben her gewonnen wird, ist schmal. Dabei wird die Freiheit und mit ihr die Würde des geschichtlichen Augenblickes verloren. Umgekehrt: Wo wir nur dem konkreten existentiellen Vollzug vor dem unfaßlichen Anruf des „verborgenen Gottes" begegnen, entrückt die Offenbarung in eine unzugängliche Fremde, und wir geraten an jene ebenso schmale Grenzscheide, wo das Spannungsverhältnis zwischen Weltgeschichte und Heilsgeschichte so unerträglich wird, daß sich der Mensch im Selbstverständnis der Geschichte davon befreien muß.

Es wäre abwegig, hier eine Darlegung der teilweise sehr komprimierten und manchmal die Möglichkeiten des gesprochenen Wortes übersteigenden Referate zu versuchen. Wir begnügen uns damit, nach einer Information über das Tagungsprogramm in einem Überblick einige Grundlinien nachzuzeichnen.

Es sprachen

Hochschulprofessor *Dr. Anton Mayer-Pfannholz* über „Geistesgeschichte, Geschichtsphilosophie, Geschichtstheologie";

Universitätsprofessor *D. Galling* über „Biblische Sinndeutung der Geschichte";

Universitätsprofessor *Dr. H. Schwamm* über „Das Kreuz in der Geschichte";

Philipp Dessauer über „Weltgeschichte und Heilsgeschichte";

Dr. Otto Freiherr von Taube über „Die Zukunft Israels in christlicher Schau";

Professor *Dr. Ludwig Petry* über „Die christliche Substanz in der klassischen deutschen Geschichtsschreibung";

Dr. Ernst Klebel über „Das Christusbild in der Kunstgeschichte";

Dozent *Dr. habil. R. Berlinger* über „Menschliche Existenzerfahrung im geschichtlichen Kairos".

Die mittelalterliche Weltchronik hatte in naiver Unbefangenheit den Bezug zwischen den Schöpfungstagen und der Gegenwart des lokalgeschichtlichen Ereignisses gesehen. Der mit der humanistischen Geschichtsschreibung einsetzende Ausbruch, der das Einzelgeschehnis aus dem Kosmos isolierte, um es quellenkritisch zu analysieren, hat zwar letztlich dazu geführt, daß dem Historiker nichts in den Händen blieb als die nackte Tatsächlichkeit, auf deren Sinndeutung er schließlich im Historismus verzichtete; aber gerade in der Historiographie wird offenkundig, daß ein Rückgriff auf das Mittelalter nicht nur unmöglich, sondern auch nicht wünschenswert ist. Denn nun erst zeigt sich, daß Weltgeschichte und Heilsgeschichte keine Verwechslung und keine Vermischung zulassen, aber auch keine Trennung, denn es gibt nicht zwei „Geschichten" (Dessauer). Der geschichtliche Augenblick ist nicht nur „Etappe", weder als Bruchstück einer Entwicklung („Im Nur-Fortschritt wirft sich die Generation weg, denn sie ist nur ein Übergang", Dessauer) noch auch als bloßes Exempel, dessen Geschichtlichkeit vom heilsplanmäßigen Ende radikal verschlungen würde. Der Augenblick ist Schnittpunkt, denn die Zeit hat zwei Dimensionen, die horizontale des Nacheinander und die vertikale des Augenblicks. So wurde im Referat Dessauers deutlich, daß die Zeitgeschichte, weil sie nur Entwicklungen hat, den Augenblick aushöhlt, während die Heilsgeschichte „Fristen" setzt und

damit die Dringlichkeit eines jeden Augenblickes unvertauschbar enthüllt. Im Augenblick als Kairos offenbart sich das „metaphysische Heute Gottes" — der „Göttliche Augenblick als Anruf des absoluten Du", in dem der Mensch das aufgipfelnde „momentum intelligentiae" erfährt und über die Zeit hinauswächst, zeitlos wird, jedoch ohne die auflösende Identifizierung von Geschichte und Ewigkeit, die sich vielmehr berühren — „ohne Vermischung" (Berlinger). Wird so die Würde des Augenblicks und mit ihm die Freiheit nur bewahrt, wenn Weltgeschichte überschritten wird, so kann auch Weltgeschichte als Kontinuität (die Salier und Chinesen miteinander abhängig verbindet) nur erfahren werden, wenn sie von der Heilsgeschichte umgriffen wird, freilich nicht so, als ob ihr gleichsam ein Sinn übergestülpt würde; enthält doch der weltgeschichtliche Horizont selbst schon, wenn auch in unbestimmter Weise, die Heilsfrage, die greifbar wird im „Heil-sein-wollen" einer jeglichen Herrschaft, im König als dem Heiligen Gottes und verkappt auch noch in der Säkularheiligkeit jeder Art von Souveränität (Dessauer). „Ungetrennt und unvermischt" — in diesem Symbol allein läßt sich das Verhältnis von Weltgeschichte und Heilsgeschichte erfahren.

Aber es gilt nun, von dieser seinsmäßigen Bezogenheit her vorzustoßen zur konkreten Geschichtserfahrung, in der sich die Frage nach der Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Offenbarung in der Geschichte mit erneuter Dringlichkeit stellt. Die Bibel ist nicht einfach als Schlüssel zu gebrauchen, dann müßte enthüllte Geschichte sein (Galling). Was dies bedeutet, wird klar, wenn sich in der Bibel selbst als einem Dokument Historiker und Theologe begegnen; ist doch die Bibel nicht nur Geschichte, sondern sie hat auch Geschichte als ein Gewordenes vom Sinai bis Pfingsten. Die Offenbarung geschieht am Menschen, in dessen durch die Stunde verschiedenem „konkret existentiellem Vollzug" wir sie erfahren (Galling). Der Vollzug ist immer neu und anders: Unter dem Zeichen von Verheißung und Erfüllung in den Büchern Moses — zwischen Rettung und Bedrohung, Glaube und Unglaube im deuteronomischen Geschichtsbild — unter der Dämonisierung des Erwählungsglaubens in den Büchern der Könige — vor der Ankündigung des Gerichts durch die Propheten — in der messianischen Eschatologie — in der Mitte der Basileia Jesu, in dem das Eschaton und damit das Ende der Geschichte erreicht ist — angesichts der Langmut Gottes, der Zeit zur Mission gibt, sodaß die Eschatalogie wieder an die Peripherie rückt und die Welt und ihre Ordnung der Fürbitte unterstellt wird. Im Anblick dieser „Schichtung" (Galling) wird die Offenbarung zu einem von Gott als dem deus absconditus her widerfahrenden Schicksal. Das ekklesiologische Problem der Unsichtbarkeit ist gestellt. Gleichsam an das andere Ende gerät man, wenn Gott-Vater in der Stunde von Golgatha nicht nur als Akzeptant des Opfers, sondern als der Handelnde begriffen wird: Er selbst hat versöhnt (Schwamm). Dann hebt sich das Kreuz mit scharfer Kontur ab von „dieser Welt", dem Fürstentum Satans, der Erfolg und Macht gibt, während Gott, wie es urbildlich an seinem Sohn geschehen, irdisch Mißerfolg und Untergang gibt. Was geschieht dieser Welt am Kreuz: Wird sie verneint? — wird auf sie verzichtet? — oder wird von ihr nur Abschied genommen? In diesen Fragen steckt die Frage, welchen eigenen Sinn die Geschichte noch behält, wenn ihr eigentlicher Sinn der gekreuzigte und verherrlichte Christus ist und alle irdische Geschichte ins Uneigentliche versinkt. Oder anders gefragt: wo wird dann hier und jetzt noch konkret Geschichte erfahren als Sichtbarwerden der Heilsgeschichte? Ob nach unten in den schichtweise verschiedenen „konkret existentiellen Vollzug" oder nach oben in das „Alles in Allen" der Königsherrschaft Gottes: jedesmal droht der „Schnittpunkt" ins Unerkennbare zu entschwinden. Die Sichtbarkeit — freilich nur eine „sich Schritt um Schritt enthüllende" — wird nur behalten, wenn begriffen wird, daß das Material der Weltgeschichte nicht heilsindifferent ist und daß umgekehrt die Heilsgeschichte hineingebettet ist in die getätigte Schicksalsgewalt des Menschen (Dessauer). Aber nur hineingebettet; sobald wir mehr verlangen, wird uns das Schriftwort wieder zum profanen Dokument, das wir mit nicht adaequaten Methoden zu interpretieren suchen — nämlich so zu interpretieren, wie wir sind, wobei wir dann meinen, so sei es auch, wie wir interpretieren. Und doch ist „Herrschaft" ein zentrales Wort in der Weltgeschichte wie in der Offenbarung. Es wird in ihr ein anderes Wort als bisher, ein Neues — aber doch so, daß das Alte nicht ganz und gar auf die Seite gelegt wird. Es bleibt Schnittpunkt. Und so immer: Im Medium kleinräumiger Sicht werden die Dimensionen der Heilsgeschichte gegeben (Dessauer). Oder theologisch ausgedrückt: Das Geheimnis der Menschwerdung ist Tat Gottes — aber dennoch ganz und gar der Menschheit zugehörig, sich in der Menschengeschichte ereignend, sodaß wir nach ihm die Jahre zählen.

Seinsmäßige Bezogenheit zwischen Weltgeschichte und Heilsgeschichte und ihre konkrete geschichtliche Erfahrbarkeit sahen wir — nun aber erhebt sich für den Historiker gebieterisch die Frage nach der Methode, die ja mehr ist als äußeres Handwerkszeug. In diese Richtung stieß Mayer-Pfannholz vor, wenn er als Geistesgeschichte bezeichnete „die auf geschichtsmethodischem Weg zu erreichende Zusammenfassung des gemeinsamen Geistigen, das über den einzelnen Geschehnissen liegt", und gleichzeitig den umgekehrten Vorgang, der aus dem „Überindividuellen", „Universalen" das Einzelereignis aufhellt und in die Synthese hineinführt. In dieser Synthese behalten die politische Geschichte, die Wirtschaftsgeschichte, die Kulturgeschichte ihre je eigene Gestalt, die keineswegs idealistisch verflüchtigt werden soll. Grenzscheide gegen jeden Idealismus bleibt auch, daß sich diese Geistesgeschichte nicht anmaßt, das erste und letzte Warum der Geschichte zu beantworten, sondern als Medium zwischen Historiographie und Geschichtstheologie die Offenheit und Zugänglichkeit der Geschichte für ihre letzte theologische Sinndeutung dartut.

Gleichsam Proben auf die Theorie waren die Darlegungen über das geschichtliche Geheimnis „Israel", das man mißverstehen würde, wenn man es nur sinnbildlich auf das „geistige Israel" und nicht zugleich auch auf das fortlebende Volk der Juden bezöge — und dann der versuchte Nachweis einer christlichen Substanz bei Ranke, Droysen und Burckhardt, der zumindest bei Ranke ein „retardierendes Moment" und bei Burckhardt eine aus dem Kulturpessimismus aufbrechende Offenheit für das Christentum erkennen ließ. Das zur kunstgeschichtlichen Entwicklung des Christusbildes vorgelegte Material war eine exemplarische Möglichkeit, den medialen Charakter der Geistesgeschichte zu zeigen.

Die ausgezeichneten Führungen durch den Dom (Dir. Dr. Pfeiffer), das Staatsarchiv (Dr. Doll) und das Mu-

seum (Dir. Dr. Sprater) rückten das Treffen aus dem literarischen Bereich in die Nähe der historischen Zeugnisse. Wie gegenwartsnah die Thematik des Treffens war, zeigte der Bericht von Abbé Burgard über „Die geschichtstheologische Diskussion in Frankreich", wo aus der Diskussion so konkrete Entscheidungen herausspringen wie die, daß man sich heute für die „Welt" ebenso zu entscheiden habe, wie sich die Päpste vor 1000 Jahren für die Barbaren entschieden haben.

Erzbischof Jäger über den Frieden

Erzbischof Jäger erklärte vor 3000 Katholiken Ostwestfalens im Paderborner Dom: „Es ist nicht damit getan, daß man nur in großen Kundgebungen den Frieden fordert, sondern wir müssen aktiv für den Frieden kämpfen." Er bezeichnete die Selbstsucht als die Ursache jeglicher Zwietracht unter den Menschen und die Wurzel aller modernen Zeitübel. Durch sie würden die Völker nicht zueinander, sondern weit auseinander geführt. Wie der Völkerbund nach dem ersten Weltkrieg, so sei die UN heute bereits auf dem besten Wege, der Lächerlichkeit zu verfallen. Der wahre Friede müsse erbetet und erarbeitet werden. „Wir müssen die Idee des Christentums hinaustragen in das öffentliche Leben, in Büro, Werkstatt und Parlament. Wir müssen, wo wir stehen, aktiv auftreten gegen den Egoismus einer Berufsgruppe, einer Partei oder einer Klasse. Wir müssen herauskommen aus den fruchtlosen Interessengegensätzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und wir müssen den Teufel der Selbstsucht auch bekämpfen in den Beziehungen der Völker untereinander. Katholische Aktion bedeutet die Mitarbeit der Laien im Apostolat. Nicht klagen, sondern handeln ist das Gebot der Stunde".

Schreiben des Heiligen Vaters an die St. Lukas-Gilde in München

P. Gratianus Gruber OMCap. erhielt in seiner Eigenschaft als Rektor der Ärzte-Gesellschaft St. Lukas in München folgendes Schreiben Pius' XII., dessen Inhalt für alle katholischen Ärzte und Ärzte-Gemeinschaften von Bedeutung ist: „Sie haben, geliebter Sohn, das Gelöbnis übermittelt, das die Ärzte und Ärztinnen der katholischen Gesellschaft „St. Lukas" Uns entboten haben, in unerschütterlicher Treue zur heiligen Kirche und ihrem Oberhaupt wie in bedingungslosem Festhalten an der von Gott bestimmten sittlichen Ordnung ihr Berufswirken mit christlichem Geist zu durchsetzen und so zielbewußt mitzuarbeiten an der Überwindung einer rein materialistischen Auffassung der medizinischen Wissenschaft und Praxis. Wie Ihnen wohl bekannt, haben Wir vor Jahren anläßlich eines Empfanges der italienischen medizinisch-biologischen Vereinigung „San Luca" (22. November 1944) gerade über die sittlichen Forderungen gesprochen, die den Inhalt jenes Gelöbnisses bilden. Wir ließen Unsere Ausführungen in dem Gedanken gipfeln, daß der Arzt — persönlich und in Ausübung seines Berufes — ständig unter der Herrschaft des Sittengesetzes steht, einer Macht, der sich keine seiner Maßnahmen und keiner seiner Eingriffe entziehen kann. Er trägt für jedes Wort und jede Handlung die Verantwortung vor Gott und dem eigenen Gewissen. Daß nun wie in verschiedenen anderen Ländern auch in Deutschland katholische Ärzte und Ärztinnen sich vereint haben, um sich zum Ideal des christlichen Arztes zu bekennen und diesem Ideal in der medizinischen Welt mehr und mehr Geltung zu verschaffen, hat Uns mit großer Genugtuung erfüllt. Wir können nur wünschen, daß immer mehr Berufsgenossen und -genossinnen sich Ihrer St. Lukas-Gilde anschließen mögen. Wir wissen, wie viel sittlicher, nur mit übernatürlicher Gnadenhilfe zu erwerbender Festigkeit es bedarf, um im Ringen mit anders gerichteten mächtigen Strömungen und unter den augenblicklichen sozialen Verhältnissen jenem Ideal unverbrüchlich treu zu bleiben."

In den drei Westzonen bestehen bereits zehn katholische Ärzte-Gilden, und zwar in München, Augsburg, Würzburg, Erlangen, Frankfurt am Main, Stuttgart, Karlsruhe, Mainz und Marburg a. d. L. Die Zentrale dieser zehn Gilden ist die Ärztegesellschaft „St. Lukas" in München. Neue Anschrift: München 23, Biedersteiner Straße 1 (Pfarrhaus St. Sylvester).

Die Not der werdenden Mütter

Das Amtsblatt der Diözese Mainz weist mit folgenden Worten auf die Verantwortung der Katholiken gegenüber den Nöten der werdenden Mütter hin: „Die Not treibt heute in unserem deutschen Vaterland viele Menschen zur Verzweiflung. Ganz besonders ist die werdende Mutter solchen depressiven Reaktionen des Gemütes ausgesetzt. Wenn auch heute die Neigung besteht, die Not allzu leicht zur Entschuldigung unerlaubten und unmoralischen Verhaltens vorzuschützen, so ist doch der große Ernst der Lage wohl zu erwägen, in der sich heute eine Mutter befindet, die einem Kind das Leben schenken soll und buchstäblich nicht weiß, wohin sie das Kind betten, womit sie es bedecken und ernähren soll. Wenn heute im Kampf um den § 218 des Strafgesetzbuches, der die Abtreibung keimenden Lebens unter Strafe stellt, sogar die Freigabe aus sozialen Gründen gefordert wird, so verkennen wir nicht den erschütternden Ernst der Not, der hinter einer solchen Forderung steht. Zwar ist vom katholischen Standpunkt mit allem Nachdruck die Aufrechterhaltung des § 218 zum Schutze des keimenden Lebens zu fordern. Aber nur dann werden wir uns wirksam dafür einsetzen können, wenn die Kirche und das katholische Volk bereit sind, alles zu tun, um den wirtschaftlichen und seelischen Nöten der Familien wirksam zu steuern. Es liegt nicht in ihren Händen, die sozialen Verhältnisse so rasch und so allgemein zu ändern, daß alle Schwierigkeiten ohne weiteres zu beseitigen wären. Wohl aber steht es in ihrer Macht, durch die Pfarrgemeinde die unmittelbare und individuelle Not der werdenden Mutter im Einzelfalle so zu lindern, daß diese frei von den drückendsten Sorgen, jedenfalls aber in der zuversichtlichen Hoffnung auf die Hilfe der Pfarrfamilie, ihrer schweren Stunde entgegensieht. Es darf nicht dahin kommen, daß man die Abänderung des § 218 fordert mit dem für uns Christen beschämenden Hinweis auf besondere Nöte, die angeblich auf andere Weise nicht zu lindern sind."

Stimmen der Jugend über den Wert des Religionsunterrichts

Um die Haltung der werktätigen Jugend gegenüber dem Religionsunterricht kennenzulernen, führte der Religionslehrer einer Gewerbeschule eine Fragebogen-Aktion durch. Er legte 236 Schülern und Schülerinnen, die kurz vor der Entlassung standen, fol-

gende Fragen vor: „1. Hältst du den Religionsunterricht an der Gewerbeschule für notwendig oder nicht? 2. Warst du gern im Religionsunterricht? 3. Haben dich die behandelten Themen interessiert? 4. Hast du durch den Religionsunterricht eine Bereicherung für dein Leben empfangen? 5. Bist du durch den Religionsunterricht der Kirche nähergekommen? 6. Hättest du Interesse, dich freiwillig an einem Ausspracheabend über religiöse Fragen zu beteiligen? 7. Hast du besondere Wünsche?
Die erste Frage beantworteten 173 mit Ja, 30 mit Nein. Fast alle erklärten, daß sie gern und mit Interesse am Unterricht teilnahmen. Die besprochenen Themen fanden dagegen nur wenig Zustimmung, und es wurden viele persönliche Wünsche vorgebracht (z. B. Unterricht über die Entstehung der Welt, die Geheimnisse der heiligen Messe, Fragen der Mischehe usw.). Die Antworten auf die vierte und fünfte Frage waren naturgemäß sehr zurückhaltend, da eine wirkliche Antwort erst durch das spätere Leben zu geben ist. Etwa ein Drittel der Jungen und die Hälfte der Mädchen wünschten freiwillige Ausspracheabende über religiöse Fragen.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Intentionen des Papstes zum Heiligen Jahr 1950

Altem Herkommen gemäß gab Papst Pius XII. am 26. Juli die Intentionen für das Heilige Jahr bekannt und fügte hinzu, die Gläubigen sollten nicht nur darum beten, sondern an ihrer Erfüllung wirken.
Die vier Intentionen sind:
1. Heiligung der Seelen durch Gebet und Opfer im unerschütterlichen Glauben an Christus und die Kirche
2. Bemühung um den Frieden und die Sicherheit der heiligen Stätten
3. Verteidigung der Kirche gegen die erneuten Angriffe ihrer Feinde; Gebet um den wahren Glauben für die Irrenden, diejenigen, die ihren Glauben verloren haben, und die Gottlosen
4. Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit durch tätige Hilfe für die sozial Benachteiligten und Bedürftigen.

Der Papst über die Aufgaben der Erzieher

Gleichzeitig mit der großen Zusammenkunft der Jugend der Katholischen Aktion in Rom fand auch eine Tagung der italienischen Vereinigung katholischer Lehrer in Rom statt. Der Heilige Vater empfing die Abgeordneten dieses Nationalkongresses und zahlreiche Teilnehmer der verschiedenen Sitzungen und hielt an sie eine Ansprache, in der er nach den einleitenden Begrüßungsworten sagte:

„Vor allem sind Wir froh, daß die in Vorbereitung befindlichen Schulreformen und vor allem der organische Aufbau des Unterrichts von der Kleinkinderschule bis zur höheren Schule dem obersten Ziel eurer Vereinigung entsprechen, dem nämlich, die menschliche Person als Ganzheit, ihre intellektuellen Fähigkeiten nicht minder als ihren Willen und ihre Triebe, den zukünftigen fleißigen und ehrlichen Bürger ebenso wie den Christen, das Kind Gottes, „der himmlischen Berufung teilhaftig" (Hebr. 3, 1), zu bilden und zu erziehen.

In zweiter Linie stellt die neue Schule eine breite Möglichkeit wohltätiger und fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen Familie, Kirche und Schule dar. Was die Kleinkinderschule betrifft, so sind Wir der Auffassung, daß das Kind in den Jahren, die der Volksschule vorausgehen, so viel wie möglich der Sorge der Mutter überlassen bleiben sollte. Wenn diese aber nicht imstande ist, die Erziehung der Kinder persönlich ganz oder teilweise zu leiten — und dieser Fall ist unter den heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen nur zu häufig — dann ist die Kleinkinderschule mit ihren erprobten Methoden und der sorgsamen Auswahl ihrer Lehrerinnen dazu berufen, so gut wie möglich die Tätigkeit der Mutter zu ersetzen oder zu ergänzen. Und würde es nicht für euch, geliebte Töchter, eine erlesene Form des Apostolats bilden, die Mütter dazu anzuleiten, gute Erzieherinnen ihrer Kinder zu werden und zu sein?

Schließlich werdet ihr euch dessen bewußt sein, daß auch die besten Programme wenig helfen, wenn der Lehrer seinem Amt nicht gewachsen ist, und daß umgekehrt ein guter Lehrer auch mit einem fehlerhaften und unvollkommenen Schulgesetz immer noch bemerkenswerte Ergebnisse erzielen kann. Das „sittlich-religiöse Gewissen" ist für ihn das erste und unerläßlichste Element, aber allein genügt es nicht. Er muß genau so gut Wissen und Fähigkeit besitzen. Z. B. bietet die gemeinverständliche Darstellung der Wissenschaften und die Vorführung der Technik — man denke an die Schulfilme — heute der Schule große Möglichkeiten, jedoch nur, wenn der Lehrer umfassende Kenntnisse besitzt und diese Mittel richtig anzuwenden versteht. Daher die Notwendigkeit einer „angemessenen kulturellen und beruflichen Vorbildung", wobei man zugleich darauf achten muß, daß der zukünftige Lehrer im Laufe seiner Ausbildung nicht die Liebe zum Kinde und den Willen verliert, sich mit Eifer der Arbeit in der Schule zu widmen, einer scheinbar bescheidenen, aber in Wahrheit durch das hohe Ziel, dem sie dient, sehr edlen Arbeit.

In diesen Wochen sind hunderttausende von katholischen Mädchen und Jungen Italiens nach Rom gekommen und kommen immer noch hierher. Jugend in einer solchen Menge kann nicht täuschen: sie zeigt sich als das, was sie wirklich ist. Ihr habt diese Jugend gesehen, in den Kirchen, in den Straßen, beim Besuch der Monumente der Stadt, bei den großen Zusammenkünften auf dem Petersplatz, eine gerade, fröhliche, frische, offene, für alles Schöne, Große und Gute begeisterte, aber gleichzeitig tief fromme und von Got erfüllte Jugend. Nun wohl, diese Jugend ist durch eure Schule hindurchgegangen; ihr habt an ihrer Erziehung mitgearbeitet; sie ist euer Ruhm, euer Trost und euer Ansporn."

Um den Frieden

Anfang September fand in Rom die 37. Tagung der Interparlamentarischen Union statt. An ihr nahmen Vertreter von 27 Staaten aus allen Erdteilen teil. Der Heilige Vater hat diese Abgeordneten mit ihren Familien empfangen und eine kurze Ansprache an sie gerichtet, in der er sagte:

„Der Gegenstand Ihrer Zusammenkünfte ist stets von höchstem Interesse für die Wohlfahrt der Völker und bezeichnet genau Ihre Bemühung, mit dem ganzen Einsatz Ihrer Kräfte über die Grenzen von Ländern und Parteien hinweg auf die Verwirklichung jenes Gutes hinzuarbeiten,

dem Sie gemäß Ihrem Programm alle Ihre Anstrengungen widmen.
Erlauben Sie Uns, zu dem Gegenstand dieses Programms und der Arbeiten Ihrer Tagung zwei eng miteinander verbundene Erwägungen zu äußern, die sich gegenseitig bedingen und deren eine die andere nach sich zieht.
Ihre Einrichtung nimmt ihre Kraft aus der Tatsache der Gleichheit der menschlichen Natur unter allen Breiten und in allen Klimata. Überall findet sich der angeborene Rechtssinn wieder, an sich unveränderlich und unzerstörbar, aber der Störung durch die Leidenschaften ausgesetzt. Ihre Aufgabe ist es, gemeinsam darauf hinzuarbeiten, daß er rein bewahrt wird, daß er reift und sich entfaltet allen Ansprüchen des regionalen oder nationalen Egoismus zum Trotz; des Egoismus, sagen Wir, und nicht der unbestreitbaren Rechte, der wirklichen Notwendigkeiten. Diese muß vielmehr der gerade und unparteiische Rechtssinn ausdrücklich anerkennen. Diese Sonderinteressen miteinander auszusöhnen, alle als gleichberechtigt zu betrachten, ist eine sehr schwierige Aufgabe: aber sie ist nicht unlösbar, man kann immer dazu kommen, einen Weg zur Verständigung zwischen den Parteien durch irgend einen erträglichen und sogar annehmbaren Kompromiß zu finden. Sollte es denn keinen anderen Ausweg als den Krieg oder den Zwang durch brutale Gewalt geben, diesen besonderen Bedürfnissen zu entsprechen? Daher würden Wir Uns gefreut haben zu hören, daß sich in Ihren Reihen Vertreter aller Nationen befänden. Aus dem Kontakt Ihrer Ideen wären die Funken — nicht jene allerdings, deren Aufflammen die Konflikte entzündet und anfacht — zahlreicher aufgesprungen, die sanft leuchtenden Funken, die überall in der Achtung vor dem Recht der anderen helles Licht erglänzen lassen.
Möge Ihre Einrichtung in besonderer Weise ihren wohltätigen Einfluß auf die oft so schädliche Macht der Propaganda ausüben, was sie ja auch gewiß schon getan hat, um sie dazu zu bringen, bei jeder Gelegenheit die Wahrheit, und zwar die ganze, uneingeschränkte Wahrheit zu sagen. Das wäre ein großer Fortschritt auf dem Weg zum Frieden. Wir kennen leider die Hindernisse nur zu wohl, die sich dieser idealen Wahrhaftigkeit entgegenstellen. Aber trotzdem kann man und muß man sie mit aller Kraft Schritt für Schritt anstreben. Auf jeden Fall sollte die unerträgliche Tatsache einer Kirchturmpropaganda aufhören, die sich ohne die geringste Sorge um die Wahrheit zur Rolle einer blindlings dienstfertigen Dienerin des Partei- und Nationalegoismus erniedrigt."

Zerfall der Einheitsgewerkschaften in Italien

Als Folge des Generalstreiks, den die Gewerkschaftsführung als Protest gegen das Attentat auf den Führer der kommunistischen Partei Italiens, Togliatti, im Juli angeordnet hatte, ist die Einheitsgewerkschaft, die in Italien seit der Errichtung der Republik bestanden hatte, auseinandergebrochen. Die christlichen Mitglieder der Gewerkschaftsführung erblickten in dem Streik eine rein parteipolitische Kundgebung, die mit den gewerkschaftlichen Interessen nichts zu tun hatte. Nach einer Zusammenkunft erließen sie ein Kommuniqué, in dem es heißt: „Wir weisen die italienischen Arbeiter darauf hin, daß es notwendig ist, eine selbständige demokratische Arbeiterbewegung zu gründen, die frei sein soll von allem und jedem Einfluß einer Partei und die sich infolgedessen wirksam für die Behauptung der Rechte der Arbeiter einsetzen kann." Kurz nach dieser Zusammenkunft wurden die christlichen Gewerkschaftsführer aus dem Zentralgewerkschaftsausschuß ausgeschlossen.
Im Anschluß an diese Vorgänge äußerte der Herausgeber des „Catholic Herald", der bekannte englische Journalist Michael de la Bedoyere, die Ansicht, daß dadurch wieder einmal bewiesen worden sei, daß ideologische Differenzen wirksamer sind als gemeinsame praktische Interessen. Deshalb könne zwischen Christen und Kommunisten auch in Fragen der Sozialreform auf die Dauer keine Übereinstimmung erzielt werden. „Wir bilden uns manchmal zu leichtfertig ein, daß weltanschauliche Gesichtspunkte unschwer von den Zielen der praktischen Politik getrennt werden können. Die Kommunisten und Sozialisten haben nie daran geglaubt. Der Solidarität der arbeitenden Klasse wird auf die Dauer besser gedient sein, wenn die Gruppen, die in ihrer Weltanschauung himmelweit voneinander entfernt sind, diese Tatsache von vornherein in Rechnung stellen".
Die christlichen Mitglieder der Einheitsgewerkschaft haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß nicht sie die Einheit zerbrochen hätten, da dies bereits vorher durch die illegalen Schritte der kommunistischen Führerschaft geschehen sei. Sie ihrerseits seien um der Erhaltung der Einheit willen so weit gegangen, wie es ihnen immer nur möglich gewesen sei, wozu sie in der Tat während des Wahlkampfes oft genug Gelegenheit hatten (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jg., H. 1, S. 9).
Seither ist in der Gewerkschaftsfrage in Italien noch keine neue Lösung gefunden worden. Im August dieses Jahres hat die „Corrente Sindacale Cristiana" (CSC) (Christliche Gewerkschaftsströmung) einen Brief an den Nationalverband der italienischen Presse gerichtet, worin es heißt, sie werde „von jetzt an die nötige Gewerkschaftstätigkeit entfalten, indem sie direkt an allen Streitfragen und Verhandlungen über neue Abmachungen und Arbeitskontrakte teilnehme".
In den letzten Augusttagen fand in Possagno del Grappa (Veneto) eine dreitägige Studientagung von Priestern und Laien der Diözesansekretariate für Soziale Tätigkeit über soziale Probleme statt, auf der das Gewerkschaftsproblem das wichtigste Thema bildete. Am dritten Studientag hielt Msgr. Pavan einen Vortrag über „Die christliche Gewerkschaftsidee". Er stellte zunächst die Grundzüge der christlichen Gewerkschaftsidee auf: der christliche Gewerkschaftsgedanke beruht auf den sozialen Ansprüchen des Menschen im Bereich der Arbeit; Ziel der Gewerkschaften muß die Hebung des Arbeiters im Ganzen sein, ihre Methode die Solidarität und Zusammenarbeit nicht nur der Arbeiter untereinander, sondern auch der Arbeiter mit den Unternehmern. Augenblicklich nun handelt es sich um das Ziel: dieses kann nicht fixiert werden ohne eine Gesamtlebensauffassung, die für uns die christliche sein muß. Es ist nun eine Tatsache, daß die Arbeiterschaft durch verschiedene Lebensauffassungen gespalten ist. Da sie aber in allerlei Punkten gemeinsame Interessen hat, besteht zugleich eine Tendenz zur Vereinigung. Das Problem ist nun dies: wie können diese widersprechenden Tendenzen vereinigt werden?
Msgr. Pavan gab dann einen Überblick über die in anderen Ländern bestehenden Lösungen: die Einheitsgewerkschaften in Amerika und England mit den christlichen Arbeitervereinen daneben; die weltanschaulichen Gewerkschaften (katholisch, protestantisch, sozialistisch) in

Holland und Belgien; in Frankreich vier Organisationen mit einheitlicher oberster Vertretung.
In Italien, so fuhr er fort, ist die Lage nach den bekannten Ereignissen, die die christlichen Arbeiter gezwungen haben, die Einheitsgewerkschaft zu verlassen, schwankend geblieben. Im katholischen Lager gibt es solche, die von einer freien, autonomen, parteilosen, demokratischen Gewerkschaft reden, neben der jedoch die ACLI, die Christlichen Arbeitervereine, als Hüter der christlichen Lebensauffassung bestehen bleiben sollen (Amerikanisch-englische Lösung). Andere ziehen die Formel der weltanschaulichen Gewerkschaft mit einheitlicher oberster Vertretung (wie in Holland) vor. Beide Lösungen bieten Vor- und Nachteile. Die Kirche hat sich zu der Frage nicht geäußert und wird sich vermutlich auch nicht äußern. Auch die Katholische Aktion hat nicht Stellung genommen. Die Wahl wird also Sache der christlichen Arbeiter selber sein.
Inzwischen organisiert sich die CSC (Christliche Gewerkschaftsströmung) weiter und bereitet die künftige Tätigkeit vor.

Katholische Aktion in einem Industrieunternehmen

Auf der Tagung der „Katholischen Werke Frankreichs" in Lille (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jg., H. 8, S. 335) berichtete der Generaldirektor eines großen Werkes über die Möglichkeiten, die er für ein Wirken im Sinn der Katholischen Aktion in seiner Stellung sieht. Der Vortragende, M. Dagallier, betont, daß er das Berufsmilieu nicht für die einzige Sphäre hält, in der ein Mann die Aufgaben des Laienapostolats erfüllen kann. Andere Bereiche, zumal der der Familie, sind noch grundlegender, aber er hält das Wirken in der Berufssphäre für besonders geeignet, gewisse Züge des Laienapostolats deutlich hervorzuheben.
Dagallier betont, daß er ebenso wie die meisten, die sich heute um eine christliche Erneuerung der Welt bemühen, an die entscheidende Wichtigkeit der „Sozialen Strukturen" glaubt. Eine solche soziale Struktur ist eine Fabrik. „Eine Fabrik wie die meine, sagt er, bedeutet 1500 Personen, 1500 menschliche Wesen. Gewiß, ihre Existenz ist nicht absolut auf den Umkreis dieser Werkstätten und Büros beschränkt, und der Wert ihres Lebens ist nicht ausschließlich durch ihr Arbeitsmilieu bestimmt. Aber die Fabrik ist für die große Mehrzahl von ihnen die einzige Einnahmequelle. Das bedeutet, daß sie sich nähren, sich kleiden, wohnen, sich pflegen, sich bilden in dem Maße, als ihnen die Fabrik erlaubt, sich zu nähren, sich zu kleiden, zu wohnen und für ihre leibliche und geistige Gesundheit zu sorgen. Wenn die Fabrik ihnen gegenüber ihre Pflicht nicht erfüllt, bedeutet das 1500 Personen, 1500 menschliche Wesen, beinahe 1500 Familien, deren vitales Gleichgewicht gestört ist und deren viele im gleichen Augenblick Opfer der Unterernährung, der Barackenwohnungen, kurz der proletarischen Lebensbedingungen würden. Eine Fabrik wie die meine ist ein Milieu, in dessen Bereich 1500 Personen, 1500 menschliche Wesen ein Drittel ihrer Existenz, die Hälfte ihrer bewußten Existenz verbringen, wenn man die Stunden des Schlafes abzieht. Jeder kann sich denken, was unter diesen Umständen eine Atmosphäre von Verbitterung, Härte, Mangel an Berufsgewissen, Unmoral bedeuten würde, und umgekehrt, welche Stütze für das gesamte Leben eine Arbeitsatmosphäre der Freude, der Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit darstellt. Eine Fabrik wie die meine ist je nach der industriellen und kaufmännischen Methode, die sie annimmt, ein Dienst am allgemeinen Wohl oder eine Verkennung desselben, eine Steigerung oder eine Milderung der allgemeinen Unordnung".
M. Dagallier schließt daraus auf die Bedeutung der „Spiritualisierung" dieser sozialen Struktur. Was bedeutet das? „Eine Fabrik spiritualisieren bedeutet einerseits, sie in den Dienst der menschlichen Gemeinschaft stellen, indem man dafür sorgt, daß sie die beste Qualität zum geringsten Preis herstellt. Es bedeutet andererseits, sie instand setzen, allen denen, die in ihr arbeiten, die Möglichkeit zu geben, sich zu entwickeln, indem man ihnen möglichst große Hilfsmittel zur Verfügung stellt und sie in eine Lage versetzt, in der sie gleichmäßig ihre Initiativkraft, ihre schpöferische Begabung, ihre Fähigkeit zum Gemeinschaftsleben entfalten können, kurz alles, was den intelligenten und freien Menschen vom dumpfen Arbeitstier unterscheidet. Noch einfacher gesagt: eine Fabrik spiritualisieren bedeutet, alles in ihr in Beziehung zum Menschen sehen, in ihr den Primat des Menschlichen verwirklichen".
Wenn nun dies das Ziel ist, das der aktive Katholik sich als Leiter eines solchen Betriebes stellen muß, so fragt es sich, welche Mittel er dazu anwenden soll. Jedenfalls genügt es nicht, die Institutionen zu reformieren, z. B. eine verbesserte Lohnverteilung oder einen veränderten Eigentumsbegriff einzuführen. Solche Reformen sind wichtig, müssen aber versagen, wenn nicht die Menschen selber mitverwandelt werden. Eine echte Spiritualisierung muß sich nach Ansicht M. Dagalliers immer gleichzeitig auf drei Ebenen abspielen. Sie muß zuerst einmal die freiwillige Anhängerschaft der Personen, und zwar jedes einzelnen für sich genommen, erreichen. Sie muß sodann die Atmosphäre in den verschiedenen Werkstätten, Büros, Gewerkschaften usw. durchdringen und einen Geist guten Willens schaffen, der immer weiter vordringen muß. Und drittens muß sie sich unermüdlich um die Verbesserung der Institutionen bemühen.
Unter Spiritualisierung darf natürlich nicht irgend eine Art von Klerikalismus verstanden werden. Man muß vielmehr stets die Freiheit des anderen achten, da nur die freie Hinwendung der Seele zu Gott das wahre Ziel sein kann. Nicht nur die Freiheit der Person muß jedoch gewahrt werden, sondern auch der besondere Zweck eines Unternehmens muß respektiert sein, d. h. das Unternehmen hat einen Zweck wirtschaftlicher Art, der erreicht werden muß. Die Vorschläge, die Dagallier macht, sind daher auch annehmbar für jeden Menschen guten Willens, der bereit ist, sich in den Dienst einer guten Sache zu stellen. Es genügt, ehrenhaft, gerecht und brüderlich zu sein. Daß er mit dieser Auffassung recht hat, sieht Dagallier dadurch bewiesen, daß eine Anzahl derjenigen Arbeiter, die am besten bei dieser Spiritualisierung mittun, Ungläubige, nichtpraktizierende Christen, Marxisten sind; sie wissen, daß ihr Chef Christ ist und begreifen auch, daß er seine Haltung als Chef nach den Geboten seines Glaubens richtet. Und obwohl sie anders denken, lassen sie sich dadurch nicht beirren. Zuweilen kommt es vor, daß ein Arbeiter mit seinem Chef über religiöse Fragen redet, was vielleicht beweist, daß die Achtung vor dem Denken des anderen jene Form der christlichen Liebe ist, für die diese Männer am meisten empfänglich sind.

Priestergenossenschaft für Seelsorge an Intelektuellen

Eine Verlautbarung der „Semaine religieuse" von Paris gibt bekannt, daß Kardinal Suhard, Erzbischof von Paris, auf Grund eines päpstlichen Indults eine Priestergenossenschaft gegründet hat, die sich vorab mit der Seelsorge unter den Studenten des Quartier latin befassen soll, wo Intellektuelle aus allen Teilen der Welt zusammenströmen.

„Catholicisme"

Von der seit dem vergangenen Jahr in Frankreich erscheinenden neuen Enzyklopädie „Catholicisme" (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jg., H. 2, S. 56) sind zwei weitere Faszikel, die Faszikel III und IV, erschienen. „La Croix" zählt als erwähnenswert aus diesen beiden Faszikeln die Artikel über biblische Archäologie, christliche Architektur, Basiliken, einen großen Artikel über die Beziehungen zwischen Kunst (art) und Moral (und im Zusammenhang mit letzterem die Artikel bains, baiser, bals) auf; sie enthalten die Stichworte Aristoteles, Roger Bacon, Bergson, Arianismus, Augustinismus, béatitude aus dem Gebiet der Theologie; aus der Kirchengeschichte die Artikel über das christliche Asien, Assyrien, die Babylonische Gefangenschaft, die Lebensbilder der hl. Augustinus, Basilius, Benedikt, Bernhard, Bellarmin, auch die einer Anzahl christlicher Schriftsteller (bis Bernanos). Hervorzuheben sind schließlich die Artikel über die Taufe (Baptême), das Almosen, das Asylrecht, und über verschiedene Zweige der Katholischen Aktion.

Neue Werte im Familienleben

Die französische Zeitschrift „Travaux de l'Action Populaire" bringt in ihrer Juli/Augustnummer einen Aufsatz, der die „Hauptwerte der neuen Familie" untersucht. Eine solche Untersuchung ist begründet durch die Tatsache, daß die Institution der Familie überhaupt in der heutigen Welt in Frage gestellt ist. Der Marxismus erhebt gegen die Einrichtung der Familie die schwersten Vorwürfe, er nennt sie ein Ergebnis des männlichen Egoismus, finanzieller Interessen, der Selbstsucht der Eltern, und will sie abschaffen. Hätte sie wirklich nur die Grundlagen, die diese Kritik in ihr sieht, so wäre es allerdings erstaunlich, daß sie so viele Jahrhunderte und so wechselnde Gesellschaftsformen überdauert hat.

Die heutige abendländische Familie ist nicht ohne die Formung zu denken, die sie durch das Christentum empfangen hat. Und bis gegen das Ende des 18. Jahrhunderts hielt die christliche Familie gewisse grundlegende Werte uneingeschränkt hoch: die unauflösliche Verbindung des ehelichen Paares und die Autorität und Verantwortung der Eltern gegenüber ihren Kindern. Auf Grund dieser fundamentalen Ideen erschien das Ideal der christlichen Familie als eine Art „Haus Gottes", in dem der eigentliche und wahre Herr und Vater Gott selber war.

In diese Vorstellung vom Wesen der Familie drangen seit der Renaissance naturrechtliche Ideen ein, Ideen heidnischen Ursprungs, die die Autorität Gottes auszuschalten strebten und zugleich die Autorität des Familienoberhauptes steigerten, indem sie der ehelichen und väterlichen Autorität den Hauptgrund, sich zu mäßigen, nahmen. Allmählich hielt sich die Familie, wenn ihr ihre wahre religiöse Basis genommen war, nur noch durch soziale Konventionen, oft genug nur durch materielle Interessen und Gründe weltlichen Glanzes. Ihre Moral wurde häufig zur bloßen Fassade.

Heute findet in gewissen Kreisen eine Art Wiedergeburt der Familie statt. Und daß es sich dabei um ein wirkliches neues Leben handelt, erkennt man daran, daß sich diese neue Familie nicht mehr nur auf die alten christlichen Werte gründet, sondern neue Werte an die Spitze gestellt hat. Diese Werte sind:

an allererster Stelle die Liebe; und zwar als christliche Liebe;

an zweiter Stelle eine größere Hochschätzung der Frau und ihrer Sendung;

und drittens eine größere Hochachtung vor der wachsenden Persönlichkeit des Kindes.

Dazu kommt dann noch, als ein vierter Wert, ein Gefühl von Zusammengehörigkeit der Familien eines Landes untereinander.

Während in den christlichen Familien also die alten Werte der Autorität, der Ehrfurcht, der Gottesfurcht erhalten bleiben, kommen als Zeichen einer wirklichen Fortentwicklung, eines Wachstums heute persönlichere, innerlichere Werte hinzu, die auch die alten Werte durchdringen und verwandeln.

Das Verhältnis der Kirche zur modernen Kunst in Frankreich

Die Zeitschrift „L'Art Sacré" — wir würden sagen: „Christliche Kunst" — gibt in ihrer Doppelnummer März-April 1948 einen Überblick über den Einfluß der großen modernen Strömungen der bildenden Kunst in Frankreich auf die bildende Kunst im Raum der Kirche und muß dabei feststellen:

Die christlichen Themen haben in der modernen Kunst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entweder keine Rolle mehr gespielt, oder, wenn der Künstler sie behandelt hat, ist die Kirche daran vorbeigegangen. Fängt man bei Delacroix an, so ist als erste dessen religiöse Kunst verkannt worden. Überblickt man die Kunst bis 1920, so ergibt sich: Impressionismus im kirchlichen Raum: null.

Cézanne: nichts.

Seurat und die Neuimpressionisten: nichts.

Gauguin mit seiner so offensichtlichen Anlage zur Freskomalerei: nichts.

Van Gogh: nichts.

Maurice Denis ist ein Maler von echt christlicher Inspiration; doch er gilt in kirchlichen Kreisen als „modern", als Maler abgeschlossener Kreise. Die katholische Öffentlichkeit kennt ihn nicht.

Bonnard und Vuillard haben keinerlei Aufträge erhalten.

Ein geringerer, aber interessanter Maler, Sérusier, hat seine Kirchenmalerei auf eigene Initiative ausgeführt und aus eigenem Drang die kleine Kirche von Châteauneuf-du-Faou in der Bretagne ausgemalt.

Selbstverständlich haben die „Fauves" nichts an christlicher Kunst geliefert.

Rouault stand völlig allein und wurde lange nicht erkannt.

Selbstverständlich haben die Kubisten keine religiöse Kunst geliefert.

Kurz: die lebendige Malerei existierte 1920 für die Kirche nicht.

Ebenso nicht die Bildhauerei.

Die moderne Eisenbetonarchitektur wurde sehr früh beim Kirchenbau versucht; diese Bauten waren aber Versager und eröffneten keine neue Kirchenarchitektur.

Zwanzig Jahre später, 1940, hat sich die Atmosphäre verwandelt; immer noch mangelt es an authentischer christlicher moderner Kunst. Aber die lebendigen Strömungen der Kunst außerhalb der christlichen Welt gelten jetzt den christlichen Künstlern als Vorbilder. Diese lebendige Kunst, die keinerlei spirituelle Ziele zu haben scheint, ist doch „das Leben". Heute sucht die kirchliche Kunst von daher ihre Erneuerung. 1938 z. B. hat J. Pichard im Pavillon de Marsan eine Ausstellung christlicher Kunst arrangiert, in der Werke von Chagall, Derain, Dufresne, Rouault, Utrillo zu sehen waren. Das sind große Möglichkeiten. Ob sie genutzt werden, ist allerdings die Frage. Denn die überwiegende Mehrheit des Klerus bleibt der authentischen Kunst der Gegenwart fern, und die großen Aufträge gehen immer noch zu den konventionellen frommen Malern, Bildhauern und Architekten.

Ein Werk ist allerdings heute im Entstehen begriffen, an dem sich zeigen soll, daß die modernen Künstler wohl imstande sind, sich in den Dienst des Glaubens zu stellen: die Kirche von Assy, an der die Meister der unabhängigen Kunst mitwirken, von Braque bis Lurçat.

Unterrichtsfreiheit in Holland

Die katholische Universität zu Nymwegen hielt kürzlich Feierlichkeiten ab, um den Hundertjahrestag der Erziehungsfreiheit in den Niederlanden zu begehen. Während in zahlreichen anderen Staaten die Schulfrage zu einem brennenden Gesprächsthema geworden ist, während daran in Belgien Kabinettskrisen entstehen und in Ungarn und der Tschechoslowakei harte Kämpfe mit Verfolgung und Unterdrückung entstanden sind, erfreut sich Holland einer selten günstigen Lösung dieser Angelegenheit. Das private Unterrichtswesen bis hinauf zur Hochschule ist anerkannt und wird durch den Staat finanziell unterstützt, ohne daß daraus die Freiheit irgendwelche Einschränkungen erführe. Professor Dr. R. Post, der Rektor der katholischen Universität von Nymwegen, hob diese Gesichtspunkte besonders heraus. Ein anderer Redner, Professor F. Duynstee führte diese Gedanken weiter und fragte, ob sich nicht eine ähnliche glückliche Lösung auch in den anderen drängenden Fragen der Gegenwart finden ließe, z. B. in den sozialen und kulturellen Angelegenheiten. Auch in diesen Gebieten solle das Zusammenwirken privater Genossenschaften und staatlicher Behörden in gleichem schönem Einklang geregelt werden. In die großen Zusammenhänge des Weltges hehens stellte Professor Dr. L. Verberne das Jubiläum der Erziehungsfreiheit, indem er es als einen Markstein im Kampfe gegen alle Diktaturen hinstellte.

Katholischer Erziehungsfunk in Holland

Die Sendungen, mit denen die KRO (Katholische Rundfunkgesellschaft) die Einführung eines Schulfunks in Holland begann, haben in wenigen Monaten zu einem Erfolg geführt, der die Durchführung eines regelmäßigen Programms ab September gewährleistet. An die 270 Schulen mit etwa 25 000 Schülern haben sich für diese Sendungen eingeschrieben. Nicht wenig hat dazu beigetragen, daß es ermöglicht werden konnte, den betreffenden Anstalten sofort ein Empfangsgerät zu verschaffen. Die Einführung des Schulfunks kommt in dem sonst so rührigen Holland verhältnismäßig spät. Doch hielt die katholische Rundfunkgesellschaft bereits 1929 eine Rundfrage ab, um festzustellen, inwieweit die Schulen solche Sendungen wünschten. Damals war das Interesse ungenügend. Jetzt nach dem Kriege zeigten indes die Schulfachleute große Begeisterung. Die Aufgabe des Schulfunks wird in einer Ergänzung des gewöhnlichen Unterrichts gesehen; er soll vor allem das Weltgeschehen in die Schule bringen und das Kind zum Zeitgeschehen hinführen. Die Sendungen werden zu Beginn des Schuljahres in einer Zeitschrift zusammengestellt, damit die Kinder durch ein Nachlesen von Erläuterungen gleichzeitig beschäftigt werden. Auf diese Weise hofft man die Schwierigkeit des mangelnden Kontaktes, die bei einem solchen Unterricht gegeben ist, zu überwinden. Außerdem denkt man daran, die Kinder zu schriftlichen Arbeiten über die Sendungen anzuhalten.

Die Österreichische Theologenwoche in Matrei

Die Österreichische Theologenwoche 1948, die, veranstaltet von der Theologenschaft des Canisianums, in der Zeit vom 24. bis 31. Juli in Matrei am Brenner etwa 200 Theologen und Neupriester, darunter auch eine Anzahl Gäste aus dem Ausland, vereinigte, stand unter dem Thema „Priester und Arbeiter". Die hohe Teilnehmerzahl — wobei aus Mangel an Unterkünften gar nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden konnten — beweist, welche Bedeutung gerade die junge Priestergeneration der Frage der Wiederbegegnung von Kirche und Arbeiterschaft beimißt.

Im Eingangsreferat „Die heutige Situation" legte P. Alexander Bredendick C. op. dar, daß die Kirche nach dem zweiten Weltkrieg in einer ganz neuen Situation stehe; denn das Bürgertum befindet sich mitsamt seinen Formen im Untergang, und das Zeitalter des Arbeiters steige herauf, sodaß die Arbeiterfrage zur Weltfrage geworden sei. Die Seelsorge dürfe daher nicht weiter im innerkirchlichen Raum verbleiben, sondern müsse aus diesem heraus zum Arbeiter vordringen. Ferner sei der Gefahr zu begegnen, die jedes wohlausgebaute organisatorische System, auch das kirchliche, mit sich bringt: die Zurückdrängung der persönlichen Initiative und Verantwortlichkeit. Es genüge nicht, gewissenhaft die Vorschriften und Funktionen zu erfüllen. Das Gebot der Stunde sei mehr Dynamik und mehr persönlicher Wagemut. Es gebe auch noch zuviel Theologenstolz und zuviel wissenschaftliche Diskussion.

P. Thalhammer SJ, der Spiritual des Canisiums, sprach über „Das priesterliche Idealbild in unserer Zeit" und forderte Aufgeschlossenheit für die Zeit, verbunden mit einer tiefen Innerlichkeit.

Nach dieser allgemeinen Einführung waren die beiden ersten Tage der Woche (26. und 27. Juli) der Soziologie und Psychologie des Arbeiters gewidmet. Univ.-Prof. Bayer (Innsbruck) vermittelte die nationalökonomischen Grundbegriffe und gab einen historischen Abriß über die Entstehung der heutigen wirtschaftlichen und sozialen Struktur, Dr. Weber (Vorarlberg) sprach über die christliche Wirtschaft und Sozialethik und Dr. Zangerle (Innsbruck) zeigte im einzelnen, wie der Arbeiter durch seinen Beruf geformt wird.

Die folgenden Tage gehörten ganz der seelsorglichen Praxis. Während P. Trentinaglia SJ, P. Bischof SJ und P. Teufel SDS über ihre seelsorglichen Erfahrungen mit Arbeitern berichteten (Innsbruck, Kaprun, Linz), gab P. Bredendick in mehreren großen Referaten („Arbeiter-

seelsorge und Arbeiterseelsorger im Heute", „Arbeiterkanzel", „Arbeiterbeichtstuhl", „Arbeiterpresse und -dichtung", „Die Apostelschule") die Richtlinien für die heutige Arbeiterseelsorge.

Vom Arbeiterseelsorger, so führte P. Bredendick aus, sei in erster Linie Einfachheit, Armut und Aufrichtigkeit zu fordern; er müsse sich vom komplizierten Denken und Reden des Akademikers loslösen und bestrebt sein, das Bild der „reichen" Kirche zum Verschwinden zu bringen; er müsse die konventionellen Formen der bürgerlichen Zeit ablegen und sich natürlich geben, weil der Arbeiter gerade dafür ein feines Gefühl hat.

Gegenüber den Methoden der „Mission de Paris", welche Priester als Arbeiter in die Fabriken entsendet und in der Entbürgerlichung des Priesters die entscheidende Tatsache sieht, an die Arbeiter heranzukommen, wendet P. Bredendick ein, daß nicht nur der Priester, sondern die Pfarre entbürgerlicht werden müsse, soll der Arbeiter erkennen, daß sich die Kirche geändert hat. Der richtige Weg für Österreich ist nicht, wie in Frankreich, die völlige Trennung von Arbeiterseelsorge und Arbeitermission, sondern ihre Verbindung. Die Arbeitermission müsse von der Pfarrseelsorge durchgeführt werden; wohl auch mit Hilfe auswärtiger Kräfte, aber mit dem Mittelpunkt in der Pfarre.

Daraus ergeben sich folgende Forderungen: 1. Die Seelsorge muß ganz auf das Milieu der Arbeiter eingestellt sein. 2. Die Pfarren müssen möglichst klein sein (so könnte ein Gemeindebau mit 2000 Bewohnern ganz gut eine eigene Pfarre bilden). 3. Die Pfarrgeistlichkeit darf nicht abgesondert leben, sondern soll den gesellschaftlichen Kontakt mit der Bevölkerung suchen. 4. Die Pfarrei soll dem Gläubigen nicht in erster Linie als Verwaltungseinheit („Verwaltungspfarrei") erscheinen, sondern zur Evangeliumspfarrei werden; gerade der Arbeiter ist sehr empfindlich, wenn er sich bürokratisch behandelt fühlt. 5. Die Formen, mit denen Kirche und Klerus den Arbeiter religiös und allgemein-geistig zu formen suchen, sind überholt, weil sie einerseits auf bürgerliches Milieu abgestimmt, andererseits an die gerichtet sind, die ohnehin von sich aus Kirche und Klerus aufsuchen. Die entsprechenden Formen sind aber noch nicht gefunden.

„Der Abfall der Arbeitermassen und das Versagen auf dem Gebiet der Arbeiterseelsorge", so schloß P. Bredendick, „ist nichts anderes als eine Krise der Pfarre und letzten Endes eine Krise des Klerus. Wir müssen unser eigenes Leben umwandeln. Wir wollen nichts Unmögliches fordern und dabei das Selbstverständliche unterlassen. Wir wollen den Pfarrboden nicht aufgeben, solange noch die Pfarre die Kräfte aufbringen kann, Mittelpunkt des religiösen Lebens zu werden."

Zur Frage der zeitgemäßen Predigt führte P. Bredendick aus, daß die Chance der heutigen Predigt darin liege, dem Zeitgeschehen ins Auge zu blicken, es zu klären und zu deuten, daß sich die vom Schicksal zu Boden Geschlagenen wieder erheben. Das Programm der Predigten wird bescheiden sein: Fragen, die uns die Zeit selbst stellt, des öffentlichen und sozialen Lebens, des Familien- und Privatlebens. In allen Lagern suchen die Menschen nach Wahrheiten, die für ihr Leben „brauchbar" sind. Die gilt es aufzugreifen und so den Kontakt mit den Suchenden herzustellen. Der neue Predigtstil wird so einfach und rhetorisch primitiv sein müssen, daß jeder Mensch sofort versteht, was gemeint ist. Das theologische Wissen muß in die normale Sprache des Landes übersetzt werden. Die traditionelle und steife Predigtweise ist lebensfern, veraltete Phrasen müssen entfernt und das Christentum aus der Verbindung mit Gedanken und Gefühlsassoziationen, die einer vergangenen Zeit angehören, gelöst werden. Deshalb muß das Evangelium von damals als unser Evangelium von heute gleichsam neu erlebt werden, damit zum Bewußtsein kommt, daß Christi Leben und Lehre von einer geradezu verblüffenden und aufrüttelnden Zeitnähe sind.

Die Gewissensbildung des Arbeiters darf nicht in erster Linie als eine Angelegenheit des Beichtstuhles angesehen werden. Denn bis zur Beichte hat der Arbeiter, der sich wieder der Kirche nähert, einen sehr weiten Weg. Doch ist der Arbeiter bereit, sich mit dem Seelsorger über die allgemeinen Lebensfragen und über seine ureigensten Probleme zu besprechen. Der Seelsorger möge dabei den Arbeiter nicht vor das absolut Vollkommene stellen, sondern das in der konkreten Situation Erreichbare fordern.

Was die Arbeiterdichtung (verstanden als Dichtung über den Arbeiter und seine sozialen Gegebenheiten) betrifft, so ist zu beachten, daß der Arbeiter selbst von solcher Dichtung nicht viel hält. Er will nicht das Elend geschildert sehen, sondern seine Lebensfragen beantwortet haben. Vom seelsorglichen Standpunkt hat nur die Dichtung Wert, die dem Arbeiter den Sinn und Adel seiner Arbeit zeigt und ihn so zu einer höheren Lebensauffassung hinführt.

Zuletzt legte P. Bredendick seine Idee von der Apostelschule dar, die sein Orden im Herbst 1949 eröffnen will. Die Idee geht davon aus, daß eine wirksame Arbeiterseelsorge nur möglich ist, wenn sich der Priester auf die rein seelsorglichen Angelegenheiten beschränken kann. Die vielen anderen Aufgaben in einer Pfarre, wie Jugendführung, Caritas usw. sind von Laienaposteln zu leisten, die in einem eigenen Apostelseminar heranzubilden sind als ein neues Diakonat. Es ist doch auffällig, sagte P. Bredendick, daß man schon seit einiger Zeit und in vielen Ländern Seelsorgehelferinnen ausbildet, aber noch nicht daran gedacht hat, auch Männer zur gleichen Aufgabe heranzuziehen. Es ist nicht gut, daß die Pfarre in ihrer vielfachen Tätigkeit dem Gläubigen überwiegend durch Frauen repräsentiert wird. So neu diese Idee auch erscheinen mag, so ist sie doch nichts anderes als die Verwirklichung des Wortes Pius' XI. in *„Quadragesimo anno"*: „Ein Apostolat der Arbeiter für die Arbeiter."

Auch Kanonikus Cardijn kam nach Matrei und hielt eine Ansprache, die durch ihren mitreißenden Schwung und Optimismus der erlebnismäßige Höhepunkt der Tagung wurde. Cardijn schilderte seinen Werdegang und betonte, daß die Begegnung von Kirche und Arbeiterschaft eine Lebensfrage für beide sei und daß in der großen Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Christentum Österreich gerade an der Frontlinie liege.

Das Abschlußreferat hielt Bischof Dr. Rusch (Innsbruck). Auch die Kirche müsse an der wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung mitarbeiten. Das Ziel sei ein sozialer Personalismus, das ist eine Sozialordnung, die sowohl das Recht der Einzelpersönlichkeit wie ihre soziale Verpflichtung berücksichtigt. Erst wenn der Arbeiter sein Recht hat, kann das Evangelium mit Erfolg verkündet werden. Bischof Rusch kündigte an, daß künftig in seiner Diözese jeder Theologe, der nicht beim Militär war, eine zeitlang als Werkstudent arbeiten müsse, und zwar einzeln oder in ganz kleinen Gruppen.

Der geistige Ertrag der theologischen Woche ist sehr groß. Es wurde nicht nur eine Situation aufgezeigt, sondern auch die Richtlinien und praktische Methoden gefunden, um dieser Situation gerecht zu werden.

Salzburger Hochschulwochen 1948

Die Salzburger Hochschulwochen nahmen organisatorisch und geistig in diesem Jahr ihre alte Tradition wieder auf, nachdem sie seit 1945 noch andauernd mit den Widrigkeiten des Nachkrieges zu kämpfen hatten. Trotz der gewandelten Zeitumstände und der Unmöglichkeit für die deutschen Katholiken, die vor allem in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen die Institution der Salzburger Hochschulwochen wesentlich getragen hatten, daran teilzunehmen, erwiesen sie erneut ihre geistige Bedeutung. An Stelle einer „Erlösung durch Wissenschaft" setzt sich zusehends die Erkenntnis durch, daß die Wissenschaft aus sich heraus nicht imstande ist, jene Fragen, die die Religion beantwortet, rational aufzulösen. Gleichzeitig konvergieren die Ergebnisse der modernen Forschung auf verschiedenen Wissengebieten auffällig zu den katholischen Positionen und legen so heute mehr noch als in früheren Jahrzehnten die Notwendigkeit einer Institution nahe, die einer solchen künftigen Summe der Wissenschaften vorarbeitet und ihre Einzelerkenntnisse auf einen universalen Horizont hin einzuordnen unternimmt. Entspricht dies der Forderung nach einer Akademie internationaler Wissenschaft, die sich regelmäßig in den Sommermonaten versammelt, so wird in der heutigen Situation auch geistespolitisch die Bedeutung einer katholischen Universität in Salzburg, als deren Vorläufer sich die Hochschulwochen immer nur betrachtet haben, offenkundig.

Univ.-Prof. P. Dr. Wilhelm Schmidt SVD (Fribourg), der an der bisherigen Entwicklung einen entscheidenden Anteil hatte, wurde während der diesjährigen Hochschulwochen zum Ehrendoktor promoviert. Der greise Gelehrte benutzte die Gelegenheit, um an die österreichische Öffentlichkeit zu appellieren, endlich dieses seit Jahrzehnten schon geplante Werk der Salzburger Universität zu verwirklichen. Er wies darauf hin, daß Wien, Graz und Innsbruck angesichts der außerordentlichen Überlastung mit Hörern davon keine Konkurrenz zu fürchten hätten.

Bisher versuchte man, durch Angliederung einzelner Institute, wie des Instituts für internationale Erziehungswissenschaft und für Volkskunde, an die schon bestehende theologische Fakultät dem Ausbau zu einer Volluniversität vorzuarbeiten. Die Gründung weiterer Institute ist geplant. Dieser Weg hat zwar den Vorteil, solide zu bauen, ist aber zeitraubend und steht in keinem Verhältnis zu der Dringlichkeit, die Salzburg heute für den europäischen Katholizismus, aber auch für Österreich selbst als Land völkerverbindender Kulturmission besitzt. Daß sich dabei ein neues Durchdenken des ursprünglichen Planes als notwendig erweisen wird, betonte auch Dr. Reinermann, der die Vorbereitungen für die diesjährigen Hochschulwochen leitete. Die Gründung der Salzburger Universität wäre dazu berufen, das Mittelstück, das dem zentraleuropäischen akademischen Lehr- und Forschungswesen fehlt, zu schaffen, nämlich eine College-Universität. Indessen wird es sich schon jetzt als notwendig erweisen, die unfreiwillige Konkurrenz, die Salzburg seit 1945 durch eine Reihe regionaler Veranstaltungen entstanden ist, durch Planung und Zusammenarbeit zu beseitigen. Darüber hinaus kann Salzburg nur seine Bedeutung nur dadurch demonstrieren, daß es die Spitze in der Begegnung von Religion und Wissenschaft, in dem tiefen Verlangen nach der Ausarbeitung eines geschlossenen modernen Weltbildes hält, endlich aber auch in der scharfen Analyse der Häresien der Zeit, mit denen es sich ständig auseinandersetzen muß. Wenn die Rede vom „Abendland" einen Sinn haben soll, dann ist die Salzburger Universität dazu berufen, einen Grundstein für diese neue Epoche zu legen. Die Vorlesungen dieses Jahres, die unter dem Thema „Weltschöpfung und Weltlenkung in gläubiger Sicht" standen und vor allem dazu dienten, die Theologie mit der modernen Physik, Mathematik und Biologie in ein fruchtbares Gespräch zu bringen, erwiesen ebenso wie der anschließende pädagogische und medizinische Kursus, welches ausgedehnte Arbeitsfeld sich hier eröffnet.

Gründung eines Weltlichen Instituts in Österreich

Kardinal Innitzer, Erzbischof von Wien, bestätigte auf der Grundlage der Konstitution „Provida Mater Ecclesia" die Gründung eines Weltlichen Instituts für Frauen mit dem Namen „Gemeinschaft Unsrer lieben Frau vom Wege", das mit dem Eintritt und den feierlichen Gelübden der ersten Schwestern eröffnet wurde. Diese religiöse Vereinigung berufstätiger Frauen wird sich besonders dem Apostolat widmen; sie kennt kein klösterliches Zusammenleben, verpflichtet aber zu Armut, Keuschheit und Gehorsam.

Die katholische Jugend des Nordens

Der Katholizismus in Dänemark, der immer noch eine kleine Minorität bildet, aber eine starke Lebendigkeit der Tatsache verdankt, daß fast alle seine Mitglieder aus eigener Überzeugung zum katholischen Glauben konvertiert sind, hat in diesem Sommer zum ersten Mal auch bemerkenswerte Kundgebungen seiner Jugend erlebt. Die dänische katholische Jugend hat eine sog. „Sommerhochschule" gegründet, d. h. eine Studientagung von 8tägiger Dauer, die diesmal im Kloster Dalum in der Nähe von Odense, der Hauptstadt der Insel Fünen, vom 27. Juli bis 3. August stattfand. 90 junge Katholiken aus Dänemark, aber auch Teilnehmer aus Norwegen, Schweden und Finnland waren hier zusammengekommen zu einer Studienwoche über katholische Menschen- und Gemeinschaftsbildung, die durch ein reiches liturgisches Leben umrahmt war. Ein starker Akzent lag auf der missionarischen Aufgabe, der die jungen Katholiken des Nordens in einer fast rein protestantischen Umgebung gegenüberstehen.

Anschließend an diese Schulungswoche fand ein erstes allgemeines Landestreffen der jungen Katholiken Dänemarks ebendort in Dalum statt; zu diesem hatte Soen Damsholt, der Führer des Bundes D.U.K. (Danmarks unge Katholikker) und Leiter der Sommerhochschule, eingeladen, und 400 bis 500 junge dänische Katholiken waren dieser Einladung gefolgt. Einen besonders festlichen Charakter erhielt das Treffen durch die Anwesenheit des schwedischen Bischofs Ansgar Nelson, der in seiner Ansprache auf den Wert und die Notwendigkeit einer internationalen katholischen Zusammenarbeit hinwies. Auch Vertreter der Bruderbünde der anderen nordischen Län-

der waren anwesend. Mit großem Beifall wurden zum Schluß folgende Entschließungen kundgegeben:
1) Die katholische Sommerschule soll eine ständige Einrichtung als gemeinsame Führerschule für den gesamten Norden werden und im nächsten Jahr 10 norwegische, 10 schwedische, 5 finnische und 25 dänische Jugendleiter versammeln.
2) Die katholische Jugendarbeit des gesamten Nordens soll zusammengeschlossen werden zu dem Bund „Nordens Unge Katholikker".

Ökumenische Nachrichten

Eine italienische Stimme zur Tagung des Ökumenischen Rates in Amsterdam

Die Zeitung der Katholischen Aktion in Italien, „Il Quotidiano", hat angesichts der Versammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam mit Befriedigung festgestellt, daß ein neuer Geist die in Amsterdam versammelten protestantischen Kirchen zu erfüllen scheine. Es ist der Geist eines tiefen Einheitsverlangens und die Überzeugung, daß die Spaltung der Christenheit, die durch die Irrtümer des menschlichen Geistes entstanden ist, überwunden werden müsse. Wenn der Prozeß einer solchen Annäherung auch noch Jahre beanspruche, so sei doch ein Weg in die Zukunft bereits vorgezeichnet.

Um die amerikanische Vertretung beim Vatikan

Aus Kreisen des amerikanischen Protestantismus sind immer wieder Stimmen gegen die Vertretung des amerikanischen Präsidenten bei Papst Pius XII. laut geworden, worin man eine Bevorzugung des Katholizismus erblickt. „The Christian Century" nimmt deshalb mit Befriedigung Kenntnis von einer Erklärung, die Mr. Dewey, der republikanische Präsidentschaftskandidat in USA abgegeben hat. Dewey sagte, er werde im Fall seiner Wahl zu den Methoden der regulären Diplomatie zurückkehren und die „persönlichen Botschafter" im Ausland nicht mehr bestätigen. Die Zeitschrift folgert daraus, daß dann auch der Posten eines persönlichen Botschafters des Präsidenten beim Vatikan nicht mehr besetzt werden wird.

Ein katholisches Grußwort an die Ökumene

Die in Lourdes versammelten katholischen Lagerpfarrer der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich richteten an die Ökumenische Kommission für die Seelsorge unter den Kriegsgefangenen ein Grußwort, in dem es dem Ökumenischen Pressedienst zufolge heißt:
„Rückblickend gedenken wir voller Dankbarkeit gegen Gott der brüderlichen Hilfe, die uns Kriegsgefangenen von den in der Ökumene zusammengeschlossenen christlichen Kirchen und ihren Hilfswerken zuteil geworden ist. Wir wissen, wie viele Kameraden besonders auf entlegenen Außenkommandos, die „Lagergemeinde" und anderes geistliches Schrifttum der Ökumene ihren Weg wieder klarer sehen und mutiger und getroster gehen ließ. Besonders aber sei mit Freude und Dank gegen den Herrn der Kirche das Erlebnis der Una Sancta bezeugt, das uns in der täglichen Begegnung mit dem evangelischen Mitbruder geschenkt wurde. Wieviele persönlichste Zeugnisse müßten hier stehen! Das werden wir katholischen Lagerpfarrer jedenfalls als eine der wertvollsten geistlichen Früchte unserer Gefangenschaft mit in die Heimat nehmen: Dieses Offen-Sein füreinander, dieses Bitten an den Geist, „daß Er eine, was zerstreut ist", diese Bruderschaft in der Nachfolge dessen, der unser aller Meister ist.
Und das sei unser Dank für alle geistige und moralische Hilfe, die wir von ihnen erfahren durften: Die treue Fürbitte gerade während der Weltkirchenkonferenz in Amsterdam, daß Gott, der Herr, sie in Gnaden zu einem weiteren Schritte werden lasse zur Erfüllung der letzten Bitte seines Sohnes: „Lasse sie eines sein, damit die Welt glaube, daß Du mich gesandt hast". (Joh. 17, 21)"

Die EKD, Rom und die Politik

Der bisherige Präsident der Kirchenkanzlei der EKD, D. Hans Asmussen, äußerte in einem Rundschreiben sehr ernste Worte über das Verhältnis der Kirche zu den politischen Kämpfen unserer Zeit. Wir veröffentlichen hier den wesentlichsten Teil seines Schreibens im Wortlaut:
„Mit großer Genugtuung hat man in evangelischen Kreisen das Zustandekommen der Grundordnung der EKD zur Kenntnis genommen. Wir würden uns aber sehr täuschen, wenn wir glaubten, unseren Gemeinden läge daran, daß die deutschen Kirchen eine Rechtsform gefunden haben, die sie zusammenhält. Unsere Pfarrer und die Christen insgemein erwarten von der EKD etwas ganz anderes. Sie erwarten, daß die EKD einen Mund habe, der für die deutsche evangelische Christenheit spricht. Das ist die Hoffnung, die sich an die Ergebnisse von Eisenach knüpft.
Alle Welt empfindet nämlich, daß die politischen Wirren nicht beendet sind. Dazu weiß man, daß diese Wirrnisse die christliche Existenz tangieren. Noch haben wir keinen einheitlichen Ausdruck dafür, wie dies geschieht. Es ist mehr Empfindung als Erkenntnis. Alle sehen, daß der Kampf der politischen Mächte gegen das Evangelium weitergeht. Dieser Kampf aber steht in engstem Zusammenhang mit der konfessionellen Frage. 1933 und 1934 gab es Lutheraner, die sich dahin täuschen ließen, als ob Hitler die Kirchen verfolge wegen der reformierten Irrlehren. So wurde die evangelische Front aufgespalten. Die Methode ist heute die gleiche geblieben. Man sieht das besonders deutlich an dem Schicksal der katholischen Kirche.
Es muß unsere Aufmerksamkeit erregen, daß die römische Kirche heute die am meisten angefochtene in unserem Gesichtskreis ist. Die Anfechtung geht besonders von Moskau aus."
Der Brief zählt dann eine Reihe von Tatsachen über die Verfolgung der katholischen Kirche in den Ländern des russischen Einflußbereiches auf und fährt fort:
„Man meinte einige Zeit, der Papst habe sich eindeutig für die westliche Welt entschieden. Neuerlich hat der Vatikansender gesagt: „In Wirklichkeit gibt es für den Vatikan eine Alternative Ost und West, Washington oder Moskau nicht."
Wie sollen wir alle diese Zeichen der Zeit erklären? Denn daß es solche sind, scheint mir sicher zu sein. Zunächst wird man sagen müssen, daß im Kampf gegen Rom sich das Bestreben des Ostens geltend macht, jeden westlichen Einfluß in der russischen Einflußsphäre auszu-

schließen. Für manche Protestanten liegt es nahe, eine gewisse Genugtuung dabei zu empfinden. Wir sind in der Meinung erzogen, daß Rom sich entgegen der Weisung unseres Herrn zu sehr in die Geschäfte dieser Welt menge. Ich halte diese Deutung nicht nur für unrichtig, sondern für seelengefährdend.

Hat Rom sich zu sehr in die Händel dieser Welt gemischt, so haben wir Evangelischen es zu wenig getan. Mag ein Anlaß zu Vorwürfen in dieser Richtung bestehen, ein Recht dazu besteht nicht. Vielleicht hat Rom in Jugoslawien zu sehr nationale kroatische Interessen vertreten, — es ist schwer, ein gerechtes Bild sich zu verschaffen — so ist es doch andererseits offensichtlich die einzige Größe in Jugoslawien, welche sich dem totalitären Anspruch entgegenstemmt. Es ist auf allen Fronten das christliche Anliegen mit alle dem verwoben, was wir als fehlerhaft ansehen. Man versuche einmal, die Dinge ins Evangelische zu übersetzen. Was wir als Nachricht über kirchlichen Nationalismus und Chauvinismus in Dänemark und Norwegen erhalten, macht uns tieftraurig. Während des Krieges strömte man in Norwegen aus nationalen und politischen Gründen in die Kirche, nun ist offenbar ein schwerer Rückschlag zu verzeichnen. In der Marienkirche in Hadersleben sollen Waffen der Untergrundsbewegung versteckt gewesen sein. Es gab Pfarrer, die bewaffnet die Deutschen ihres Kirchspiels im Internierungslager ablieferten. Heute müssen sich dem Vernehmen nach Deutsche, die aus dem Internierungslager entlassen werden, beim Ortspfarrer polizeilich melden. Und nun lese man, was Pastor Borris aus Kolding über die armen Flüchtlinge aus Ostpreußen schreibt, die nach Schleswig flüchteten. Mir ist kein Beispiel der Neuzeit bekannt, wo katholische Pfarrer sich so weit mit nationalem Interesse verbanden.

Hält man es wirklich für unmöglich, daß einmal eine Macht, die bewußt antichristlich ist, solche nationalen Kirchen zur Rechenschaft ziehen wird? Wenn sie nun an jenem Tage alle die Vorkommnisse als Anlaß benützt, da sie ihre wahren Ziele nicht aufdecken will, sollen wir dann sagen, daß jene nordischen Pfarrer ganz zu Recht verfolgt werden?

Nun muß man aber sagen, daß in vielen Dingen ganz unwidersprechlich Rom heute in der Welt die christliche Sache vertritt. Was wir als Lutheraner gegen Rom haben, wird damit nicht gegenstandslos. Aber die Anlässe, welche weltliche Mächte benutzen, um in Rom das christliche Anliegen zu erledigen, sind keine Gelegenheiten, unsere Streitfragen mit Rom auszufechten. Das Siegel des Widerspruchs bleibt doch nun einmal Gottes stärkste sichtbare Zustimmung zu einer Kirche. Rom hat von diesem Siegel heute mehr als wir. Bischof Dibelius sagte — und man tut gut, sich gerade dessen in diesem Zusammenhang zu erinnern —: „Jedenfalls will ich lieber als ein Narr in Christo mit meinen Brüdern und Schwestern untergehen, als von dem schweigen, was Menschen und Völker vor dem Untergang retten kann".

Es ist meine ernste Bitte zu Gott, daß wir zu Rom das rechte Verhältnis finden. Ich glaube, daß nur so unsere Kirche in der Ostzone einen guten Weg gehen wird. In der Ostzone hat die Kirche vieles mit der staatlichen Gewalt auszumachen. Rom hat darin mehr getan als wir. Man denke nur an die innerrömische Aussprache über die neue polnische Grenze. Ich freue mich deshalb zu hören, daß sich die evangelische und die katholische Kirche in der Ostzone angesichts der gemeinsamen Schwierigkeiten zu einer Notgemeinschaft zusammengeschlossen haben.

Haben wir Angst vor Rom, dann laßt uns ihm im Bekennen den Rang ablaufen. Die EKD wird stärker sein als die römischen Bistümer in Deutschland, wenn sie eine bekennende Kirche sein wird. Vieles deutet darauf hin, daß ihr Mund geschlossen bleibt, wo er sich öffnen sollte. Man denke nur an die Internierungslager der Ostzone. Laßt uns alle loyal daran mitarbeiten, daß die EKD nicht im Bewußtsein einer errungenen Rechtsgemeinschaft zu einer stummen Kirche wird."

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Der Papst ruft zu Gebet und Buße für die Arbeit der Vereinten Nationen auf

Am 1. September empfing der Heilige Vater in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo die amerikanischen Pilger, die nach einem Beschluß des Kongresses der Bruderschaft der christlichen Lehre unter Führung des Erzbischofs Richard Cushing von Boston eine Wallfahrt zum Grabe Papst Pius X. unternommen hatten. In der Ansprache, die er an sie hielt, hob der Papst zunächst die große Bedeutung dieser Bruderschaft und ihres Wirkens für die Verbreitung der christlichen Lehre hervor, lobte sie für ihren Entschluß, zum Grabe Pius X. zu pilgern, der sich Zeit seines Lebens der Verbreitung der Wahrheit gewidmet habe und ein besonderer Förderer des Katechismusunterrichts gewesen sei. Er forderte die Pilger zur Liebe und zum ununterbrochenen Studium dieses kleinen Büchleins auf und fügte dann hinzu:

„Wenn man von dieser großen Pilgerfahrt hört, die über das Meer kommt, um die Heiligtümer Europas auf ihrer Reise zum Mittelpunkt der Christenheit zu besuchen, könnte man versucht sein, daraus zu schließen, daß der Welt endlich ein echter und fester Friede mit seinen normalen Folgen wiedergegeben worden wäre. Das ist jedoch nicht wahr. Die tragische Tatsache ist, daß Millionen menschlicher Wesen, die in den Mahlstrom des Krieges geraten sind, der vor mehr als drei Jahren als beendet erklärt worden ist, in eben diesem Europa noch unter Verhältnissen leben, die unmenschlich sind. Noch wütet der Krieg in mehr als einem der anderen Teile der

Welt, während weitere Millionen unter einer unerwünschten Tyrannei leiden. Diese Verhältnisse, die Unser Herz so schwer bedrücken, zu beschreiben, liegt hier nicht in Unserer Absicht. Aber wie Sie wissen, wird in kurzer Zeit die Versammlung der Vereinten Nationen, die damit beauftragt ist, sich mit den Problemen des Weltfriedens und der Weltsicherheit zu befassen, ihre Sitzungen wieder aufnehmen. Männer von Gelehrsamkeit und Erfahrung, von hohem Charakter und erhabenen Idealen, die sich ihrer schweren Verantwortlichkeit für das Kulturleben bewußt sind, werden ihre besten Bemühungen einsetzen, der Familie der Völker wieder Sicherheit zu geben und, wie wir gerne hoffen, sie nicht nur vor einer unvorstellbaren Katastrophe zu bewahren, sondern sie auch auf den Weg zu bringen, der zur Freude in der Gerechtigkeit für alle, Arbeiter und Arbeitgeber, zur Sittlichkeit im völkischen und Einzelleben, die ihre einzig mögliche Grundlage im religiösen Glauben in Gott gefunden hat, führt. Wenn jemals eine menschliche Versammlung, die an einem kritischen Kreuzungspunkt in der Geschichte zusammenkam, die Hilfe des Gebetes brauchte, so ist es diese Versammlung der Vereinten Nationen.

Daher bitten Wir euch, ehrwürdige Brüder, euch, Unsere teuren Söhne im heiligen Priestertum und euch, Unsere geliebten Kinder, in Christus Jesus zu beten. Eure Stimme soll über euch hinweg zu all euren Mitkatholiken in Amerika, ja zu allen Katholiken in jedem Lande des Angesichts der Erde tragen, und Wir hoffen gerne, daß alle Menschen guten Willens einstimmen. Laßt während der kommenden Tage einen pfingstliche Päan des Lobes und der Anbetung zum Throne Gottes, des Vaters der Barmherzigkeit, aufsteigen. „Lobsingen will ich dir, mein Gott, und deinen Namen preisen in Ewigkeit. Dein Reich ist ja ein Reich für alle Zeiten, und deine Herrschaft überdauert die Geschlechter alle" *(Ps. 144, 1, 13).* „Alle Dinge sind in deiner Macht, und keines ist, das deinem Willen widersprechen kann" *(Esther 13, 9).* Du bist, o Gott, der Urheber und Schöpfer aller Dinge, ihr Vorbild, ihr Maß und ihr Ziel, und nach diesem Akt des Glaubens mögen die Menschen mit demütigem und zerknirschtem Herzen sich das Gebet Daniels zu eigen machen: „Wir haben gesündigt und Unrecht getan, gottlos gehandelt und wir sind abtrünnig geworden von deinen Geboten und Rechten. Gerecht ist der Herr unser Gott in allen Taten, die er ausführt, denn wir haben nicht gehört auf seine Stimme" *(Dan. 9, 5, 14).* Dann wird vielleicht der unendlich weise und unendlich gütige Gott durch unseren gereinigten Glauben und die Reue seiner Geschöpfe gerührt werden, wird ihre Verlassenheit ansehen und ihnen zu Hilfe kommen. Er hat ja seine Liebe zu den Menschen erwiesen, als er seinen einzig gezeugten Sohn in die Welt sandte, damit sie durch ihn das Leben habe *(1. Joh. 4, 9).*

Der Papst schloß seine Ansprache, indem er den amerikanischen Katholiken noch einmal für ihre Liebeswerke für die vom Kriege heimgesuchten Länder Europas und für die Großmut, mit der der amerikanische Episkopat auf die Hilferufe der zerstörten Länder geantwortet hat, dankte.

Der Papst über die Aufgaben der katholischen Jugend gegenüber den Mächten der Welt

Die Jugendorganisationen der Katholischen Aktion in Italien haben in diesem Jahr ihr 80jähriges Bestehen gefeiert. Am Sonntag, den 7. September, fand auf dem Platz vor St. Peter in Rom eine gewaltige Kundgebung der weiblichen Jugend statt. Etwa 200 000 junge Mädchen brachten dem Hl. Vater ihre Huldigung dar und hörten seine Ansprache. Am folgenden Sonntag, den 12. September, versammelten sich an gleicher Stelle 250 000 Jungmänner, die aus ganz Italien zur Feier des Jubiläums nach Rom gekommen waren. Bei strahlendem Wetter hielt der Hl. Vater auch an sie eine Ansprache, die nach den einleitenden Begrüßungsworten folgendermaßen lautete:

„Ihr habt in diesen Jahren schon wiederholt Beweise des Ernstes und der Standhaftigkeit eures Bekenntnisses und eures Wollens gegeben. Wir sind euch dafür dankbar; ihr seid Unsere Freude und Unser Stolz. Wir können euch nur in euren frommen Vorsätzen bestärken, indem Wir euch die goldenen Worte des Apostels Johannes ins Gedächtnis rufen: „Dies ist der Sieg, der die Welt überwindet, euer Glaube" *(1. Joh. 5, 4).*

Dieser Sieg muß ein dreifacher sein:

1. Er muß ein Sieg über die Gottlosigkeit sein und diese aus der Welt vertreiben.

In den religiösen Auseinandersetzungen unserer Zeit handelt es sich nicht mehr, wie in der Vergangenheit, um die eine oder andere Glaubenswahrheit, den einen oder anderen Artikel des katholischen Credos. Heute werden die fundamentalen Grundlagen der Religion, die Kirche, das Gottmenschentum Christi, Gott selber angegriffen und geleugnet.

Es mag unverständlich und absurd erscheinen, daß es so ist. Hat es je eine Zeit gegeben, in der die Gegenwart Gottes sich der menschlichen Vernunft so eindringlich — man könnte fast sagen: so sichtbar — bezeugt hat wie in der Gegenwart? Die Naturwissenschaften machen erstaunliche Fortschritte, und jede ihrer Entdeckungen nötigt dem Menschen den Ausruf ab: hier ist ein Schöpfer am Werk.

Die wachsende Kenntnis des periodischen Systems der chemischen Elemente, die Entdeckung der korpuskulären Strahlung der radioaktiven Elemente, unsere Kenntnisse über die kosmischen Strahlen und den Verlust der freien Energie des Atoms in der Elektronensphäre und im Kern — das alles und noch vieles andere beweist mit einer kaum überbietbaren Klarheit die Veränderlichkeit des Kosmos, des Universums als solchen bis zu den subatomarischen Konstituentien des Atomkerns. Die Welt ist gezeichnet mit dem Zeichen der Veränderlichkeit, des Anfangs und des Endes der Zeit, und verkündet mit mächtiger und unüberhörbarer Stimme einen Schöpfer, der von der Welt selber vollkommen verschieden und seiner innersten Natur nach unveränderlich ist. Daher waren Wir nicht erstaunt zu lesen, daß kürzlich einer der führenden nichtkatholischen Wissenschaftler, Max

Planck, kurz vor seinem Tode erklärt hat, daß die Welt der Physik ihn zur Anerkennung eines persönlichen Gottes geführt habe.

Und hat es je eine Zeit gegeben, in der die katholische Kirche so sehr wie heute als „signum levatum in nationes" *(Is. 11, 12)* erschienen wäre? Wir sind heute Zeugen gewaltiger Umwälzungen, vielleicht folgenschwerer als der Untergang des alten Römischen Reiches. Die politischen Kräfte haben sich grundlegend gewandelt, sowohl innerhalb der einzelnen Völker wie in ihren Beziehungen untereinander. Viele alte Dynastien sind eine nach der anderen verschwunden; Diktatoren, die von einer Weltherrschaft für ein Jahrtausend geträumt hatten, sind gestürzt worden; ganze Kontinente befinden sich im Aufstieg oder im Niedergang; die sozialen Ordnungen machen tiefgehende Umwandlungen durch. Aber eine Institution bleibt unverändert, immer sich selber gleich und doch immer neu und der Wirklichkeit jeder Zeit angepaßt: die Kirche Christi in der Kraft der Wahrheit und Gnade, deren Hüterin, Verkünderin und Vermittlerin sie ist, in der Unerschütterlichkeit des Glaubens und der Standhaftigkeit ihrer Kinder.

Junge Katholiken, ihr wollt wirklich und im vollen Sinn des Wortes Katholiken sein. Der Irreligiosität und Ungläubigkeit, von der ihr umgeben seid, stellt ihr euren festen, lebendigen, tätigen Glauben entgegen. Fest und leuchtend kann euer Glaube nur dann sein, wenn ihr ihn kennt, und zwar nicht nur oberflächlich und verworren, sondern klar und gründlich. Lebendig ist er, wenn ihr nach seinen Vorschriften lebt und die Gebote Gottes beobachtet. Der junge Mann, der die Festtage heiligt und dafür jede Schwierigkeit und Mühe auf sich nimmt, der oft zum Tisch des Herrn geht, der aufrichtig und zuverlässig, hilfsbereit gegenüber den Bedürftigen ist, der das junge Mädchen und die Frau achtet und die Kraft hat, Augen und Herz vor alle dem zu schließen, was in Büchern, Bildern, Filmen unrein ist, der beweist wirklich, daß er einen lebendigen Glauben hat. Und bedenkt, daß der Glaube, wenn er nicht lebendig ist, auch nicht wirksam sein kann. Wenn sich andere oft die größte Mühe bei den Unternehmungen des Bösen geben, wieviel größer muß dann euer Eifer für die Sache Gottes, Christi, der Kirche sein!

2. Euer Sieg muß ein Sieg über die Materie sein, um diese mit dem Geist zu versöhnen.

Man pflegt unsere Zeit das „Jahrhundert der Technik" zu nennen. Mit dem Fortschritt der Naturwissenschaften drängt die Technik, deren Wesen die Anwendung und Benutzung der Naturkräfte ist, in rascher und unwiderstehlicher Bewegung dazu, Raum und Zeit immer mehr zu überwinden und ihre Eroberungen in jeder Richtung immer mächtiger auszugestalten. Kein Wunder daher, daß sie nur zu oft das Auge besonders der Jugend blendet, daß diese ihrem Zauber ganz erliegt und Gefahr läuft, Blick und Sinn für alles, was geistig, übersinnlich und innerlich, alles, was religiös, übernatürlich und ewig ist, zu verlieren.

Und doch haben gerade die Menschen des Jahrhunderts der Technik die schützenden und ausgleichenden Kräfte der Religion mehr denn je nötig. Denkt an das Feuer. Gezähmt und gelenkt ist es eine Wohltat, eine unentbehrliche Hilfe für den Menschen. Wenn es aber einmal seiner Herrschaft entronnen ist, bringt es in zerstörerischer Feuersbrunst Vernichtung und Tod in Stadt und Land. Das Gleiche gilt von der Technik. Von Natur ein Geschenk Gottes, wird die übermächtige heutige Technik in den Händen von gewalttätigen Menschen, von Parteien, die mit der Brutalität der Gewalt herrschen, von allmächtigen Unterdrückerstaaten ein furchtbares Werkzeug von Ungerechtigkeit, Sklaverei, Grausamkeit und steigert in den modernen Kriegen die Schmerzen und Qualen der Völker bis zum Unerträglichen. Wird sie dagegen von einer menschlichen Gesellschaft, die Gott fürchtet, seine Gebote erfüllt und die geistigen, moralischen und ewigen Werte unvergleichlich höher als die materiellen schätzt, gehalten und geleitet, so kann die Technik jene Wohltaten spenden, zu denen sie nach den Plänen des Schöpfers berufen ist.

Hört daher, geliebte Söhne, den Schrei, der sich von allen Seiten zu den jungen Generationen erhebt: Ihr sollt in das Leben, in das ihr eintretet, in den Staat, an dessen Gestaltung ihr mitarbeiten sollt, eine solche Energie wahren religiösen Glaubens mitbringen, daß die von Gott, dem Schöpfer und Erlöser, gesetzte Ordnung der Werte, der zufolge die Materie nicht herrscht, sondern dient, gewissenhaft beobachtet wird und die Technik gemäß dem göttlichen Willen der Würde und Freiheit, dem Frieden und dem irdischen, vor allem aber dem ewigen Glück der Menschen untergeordnet wird.

3. Euer Sieg muß ein Sieg über das soziale Elend sein und dieses durch die Kraft der Gerechtigkeit und der Liebe überwinden.

Die soziale Frage, geliebte Söhne, ist zweifellos auch eine wirtschaftliche Frage, aber doch viel mehr noch eine Frage, die die geregelte Ordnung des menschlichen Zusammenlebens betrifft, und im tiefsten Grunde eine moralische und darum auch eine religiöse Frage.

Als solche kann man sie so stellen: besitzen die Menschen — vom Einzelnen über das Volk bis zur Gemeinschaft der Völker — die moralische Kraft, solche öffentliche Verhältnisse zu schaffen, daß im sozialen Leben kein Einzelner und kein Volk nur Objekt ist, das heißt ohne jedes Recht und der Ausbeutung durch andere ausgeliefert, sondern daß vielmehr alle auch Subjekt sind, das heißt rechtmäßig teilnehmen an der Gestaltung der sozialen Ordnung, und daß alle entsprechend ihrem Handwerk oder ihrem Beruf ruhig und glücklich leben können mit hinreichenden Mitteln zum Unterhalt, wirksam geschützt gegen die Übergriffe einer egoistischen Wirtschaft, in einer nur vom Gemeinwohl begrenzten Freiheit und in einer menschlichen Würde, die jeder beim Anderen ebenso achtet wie bei sich selbst?

Wird die Menschheit imstande sein, die sittliche Kraft für die Verwirklichung einer solchen sozialen Ordnung aufzubringen? Eines ist sicher: diese Kraft kann nur aus einer Quelle geschöpft werden, aus dem katholischen Glauben, wenn er bis zu seinen letzten Konsequenzen gelebt und von den übermenschlichen Strömen der Gnade gespeist wird, die der göttliche Erlöser mit dem Glauben selber der Menschheit spendet. Nur eine Generation, die so glaubt, kann der Menschheitsfamilie den ersehnten Frieden geben. Das sei euer Stolz, junge Katholiken!

Ihr habt jetzt, geliebte Söhne, drei große Aufgaben und Pflichten des Katholiken in der gegenwärtigen Zeit vor Augen.

Ihr werdet diese Pflichten, auch insofern sie das irdische Leben betreffen, nur dann erfüllen, wenn ihr Menschen übernatürlichen Geistes seid, für die die Vereinigung mit Christus, die glorreiche Auferstehung und das ewige Leben mehr sind als alle menschlichen Dinge. Die katho-

lische Welt trägt in sich eine unerschöpfliche Quelle von Wohlfahrt und Glück auch für das irdische Leben, gerade weil sie das Ewige einfach über das Zeitliche stellt. Wäre es nicht so, so würde ihre Kraft erlöschen.
Ihr werdet diese Pflichten nur erfüllen, wenn ihr betet. Nur wenn ihr betet, seid ihr imstande, im Glauben fest zu bleiben und gemäß dem Glauben in allen Lebenslagen zu handeln. Nur eine Schar von Betern kann in dem gegenwärtigen erbitterten Kampf zwischen Wahrheit und Irrtum, zwischen Gut und Böse, zwischen Gottesglaube und Gottesleugnung den Sieg erringen; nur eine Schar von Betern kann den sozialen Frieden bringen.
Ihr werdet nur imstande sein, diese Pflichten zu erfüllen, mit einer großen Liebe. Macht Front gegen den Haß, den nationalen ebenso wie den Klassenhaß. Der Haß kann nur zerstören. Die Liebe baut auf. An den Kräften der Geduld und der Liebe, die aus dem Glauben an Christus und der Liebe zu ihm entspringen, werden die Gottlosigkeit, der brutale Egoismus und der Klassenhaß endlich zerschellen . . .

Die Kirche in den Ländern

Neue kirchenpolitische Ereignisse in Osteuropa

Der Bericht über die kirchenpolitische Lage in Osteuropa im Augustheft der „Herder-Korrespondenz" zeigte, daß in allen von Rußland abhängigen Ländern die Tendenz besteht, den Einfluß der römisch-katholischen Kirche auf das öffentliche Leben und ganz besonders auf das Erziehungswesen so schnell wie möglich zu beseitigen. Im Hinblick auf dieses Ziel kann man mehrere Gruppen politischer Maßnahmen unterscheiden.

Rumänien

Zunächst werden in allen osteuropäischen Ländern schrittweise die vertraglichen Bindungen zwischen Staat und Kirche abgebaut. Soweit es sich dabei um Konkordate handelt, werden sie entweder nicht mehr beachtet oder formell für aufgehoben erklärt. Den letzteren Weg hat man in Rumänien beschritten. Die Regierung beschloß am 18. 7., das Konkordat von 1929 außer Kraft zu setzen. Diese Maßnahme wurde begründet mit der Absicht, „die volle Religionsfreiheit sicherzustellen, die durch die Verfassung der rumänischen Volksrepublik garantiert ist". Die rumänische Regierung hat ihre Entscheidung dem Heiligen Stuhl nicht einmal mitgeteilt. Der „Osservatore Romano" weist darauf hin, daß die vertraglichen Abmachungen über eine Kündigung des Konkordates seitens der rumänischen Regierung eindeutig mißachtet wurden.

Es läßt Rückschlüsse auf die Stimmung in Rumänien zu, daß die Regierung es für notwendig hielt, ihre Politik gegen die römisch-katholische Kirche propagandistisch zu unterstützen. Diese Propaganda bedient sich der üblichen Argumente. Im Sender Bukarest wurde verlautbart: „Die politische Opposition der katholischen Kirche in Rumänien kann nicht länger geduldet werden." „Der Katholizismus übt seinen politischen Einfluß auf die Gläubigen nicht um der christlichen Moral willen, sondern im Dienste reaktionärer Prinzipien aus". „Das ist verständlich, wenn man sich daran erinnert, daß der Vatikan überall auf der Welt große Unternehmen in der Industrie, im Bergbau, im Bankwesen und in der Landwirtschaft unterhält. Der Papst mit seinem Apparat ist der Nutznießer der Arbeit von Millionen von Leuten, die in jeder Weise für den Heiligen Vater ausgebeutet werden und ihn instandsetzen, mit den Kardinälen ein üppiges Leben zu führen."

Auch in Rumänien sind mit der Aufhebung des Konkordats alle kirchlichen Schulen durch den Staat übernommen und ihre Fonds beschlagnahmt worden. Nach der rumänischen Verfassung haben kirchliche Körperschaften nicht mehr das Recht, Schulen zu unterhalten.

Damit hat die Regierung ein Ziel erreicht, das sie seit dem Kriege ebenso wie die Regierungen der übrigen osteuropäischen Länder Schritt für Schritt verfolgte. Nach dem Konkordat von 1929 hatte die Kirche das Recht, unter bischöflicher Jurisdiktion eigene Schulen zu unterhalten. Das neue Regime mischte sich zunächst in die Ernennung der Lehrer ein und besetzte verschiedentlich Stellen an katholischen Schulen mit Kommunisten. Später erhielt die gesamte Lehrerschaft direkte Anweisungen vom Staat und wurde zum Eintritt in die Kommunistische Partei angehalten. Unterricht und Schulbücher wurden gleichgeschaltet, unter den Schülern kommunistische Zellen gebildet und durch Veranstaltungen der Staatsjugend der Besuch des Sonntagsgottesdienstes unmöglich gemacht. Im Frühjahr d. J. übernahmen dann „lokale Komitees" an Stelle der kirchlichen Instanzen die direkte Leitung der Schulen, so daß die nunmehr angeordnete rechtliche Nationalisierung eigentlich nur mehr das Eigentumsrecht am Vermögen betrifft.

Anstelle des bisherigen Konkordats hat die rumänische Regierung in der ersten Augustwoche durch ein Gesetz über „die allgemeine Religionsfreiheit" die Verhältnisse der katholischen Kirche eigenmächtig neu geordnet. Die einschneidendste Veränderung liegt in der Bestimmung, daß nur für je 750 000 Gläubige eine Diözese bestehen darf. Dadurch würde die Zahl der katholischen Diözesen von acht auf drei reduziert werden. Auch die anderen Bestimmungen des Gesetzes schränken das kirchliche Leben auf jede erdenkliche Weise ein. Die Kirche soll von jeder Verbindung mit dem Ausland möglichst abgeschnitten werden. Deshalb dürfen rumänische Bischöfe keine Jurisdiktion auf ausländischem Gebiet ausüben. Andererseits wird jede religiöse Tätigkeit von Ausländern und jede religiöse Einmischung ausländischer kirchlicher Stellen verboten. Jeder Verkehr der Kirchen mit dem Ausland bedarf der Genehmigung durch das Kultus- und das Außenministerium. Dazu gehört auch die Annahme von Geschenken aus dem Ausland.

Im Lande selbst wird die Tätigkeit der Bischöfe streng überwacht. Die Hirtenbriefe werden vom Kultusministerium zensiert. Das Gleiche gilt für alle wichtigeren ober-

hirtlichen Anordnungen. Die Freiheit des Gottesdienstes wird gewährleistet, „soweit sie sich nicht gegen die Sicherheit des Staates richtet". Die Gründung politischer Parteien auf konfessioneller Grundlage ist verboten. Die Geistlichen haben der Regierung einen Treueid zu leisten und im Falle „antidemokratischer Haltung" die Entlassung aus ihrem Amt zu gewärtigen.

Jugoslawien

Eine zweite Gruppe von Maßnahmen in verschiedenen Ländern besteht in propagandistischen Einschüchterungsversuchen gegenüber der Bevölkerung durch politische oder gerichtliche Maßnahmen gegen führende Mitglieder der Kirche, Geistliche und Laien. Solche Maßnahmen werden zur Zeit namentlich in Ungarn und Jugoslawien angewendet.

In Jugoslawien wurde Msgr. Cule, der Bischof von Mostar, dessen Verhaftung in unserem Bericht erwähnt wurde, zu elf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im gleichen Prozeß, der nur zwei Tage währte, wurden außerdem Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren gegen sieben andere Priester und Schwestern verhängt. Dem Bischof wurde zur Last gelegt, er habe Partisanen bei der Ausführung von Morden unterstützt, verleumderische Beleidigungen gegen die Autorität des jugoslawischen Volkes gerichtet und durch Aufreizung zu religiösem und nationalem Haß auf die Beseitigung des gegenwärtigen Staatssystems hingearbeitet.

Unter ähnlichen Vorwänden sind inzwischen weitere Priester und Schwestern in der Herzegowina verhaftet worden, so daß ein großer Teil der Pfarreien in dem weiträumigen und unzugänglichen Gebiet des Bistums Mostar verwaist ist und die Gläubigen sogar ohne priesterlichen Beistand sterben müssen.

In den anderen Gebieten Jugoslawiens streben Staat und Partei das Gleiche an. Der ins Exil getriebene Bischof von Laibach, Msgr. Rozman, erklärte kürzlich in einem Interview: In der Diözese Laibach gab es vor der Zeit Titos 700 Priester. Jetzt sind es nur mehr 300 bis 400. 87 sind getötet oder verschwunden, 125 ins Ausland geflüchtet. 48 Pfarreien sind völlig verwaist. Die Schulschwestern sind vertrieben. In diesem Sommer wurden auch die klösterlichen Kommunitäten, die im Dienste der Kranken tätig waren, aufgelöst. Die Seelsorger, die noch tätig sein können, arbeiten unter den schwierigsten Verhältnissen. Für ihren Lebensunterhalt sind sie nach Streichung der Staatszuschüsse und nach dem Kollektenverbot einzig und allein auf Gaben angewiesen, die ihnen die Gläubigen innerhalb der Kirche freiwillig überreichen. Der Religionsunterricht der Kinder bis zu 14 Jahren ist zwar gesetzlich erlaubt, wenn die Eltern ihn wünschen, aber er wird dadurch unmöglich gemacht, daß den Katecheten die Lehrerlaubnis verweigert wird. Am Sonntagvormittag zwingt man die Kinder zum Besuch von Jugendveranstaltungen und die Erwachsenen zur Arbeit in „freiwilligen Arbeiterbataillonen", so daß sie der heiligen Messe nicht beiwohnen können. Dem Bruch zwischen Stalin und Tito maß der Bischof keine „ernste Bedeutung" bei.

Ungarn

In Ungarn hat man es besonders auf die Leitung der Katholischen Aktion abgesehen. Ihr Generaldirektor, Msgr. Mihalovics, wurde am 23. Juli in absentia vom Volksgerichtshof zu zehn Jahren Gefängnis und zur Konfiskation seines Vermögens verurteilt, weil er anläßlich der Verstaatlichung der Schulen „antidemokratische Aktivität an den Tag gelegt" habe. Er habe im Ausland „verleumderische Unwahrheiten" über die ungarische Regierung verbreitet, die „voll von Lügen und entstellten Tatsachen waren und eine Aufreizung zum Kriege darstellten". Der Sekretär der Kulturabteilung der Katholischen Aktion, P. Odo Lenard, erhielt 6 Jahre Gefängnis, und mit ihm wurden drei andere Priester verurteilt. Das Gericht spielte darauf an, daß die Verantwortung für diese „Verbrechen" bei einer höheren Stelle liege, und die Gewerkschaftszeitung „Nepszava" beeilte sich, diese Anspielung dahin zu kommentieren, die Geständnisse der Angeklagten hätten deutlich gezeigt, daß sie auf Veranlassung und auf Anweisung des Kardinals Mindszenty gehandelt hätten. Auch mit anderen Verhaftungen wird der Kardinal in Zusammenhang gebracht. Nach verschiedenen Meldungen steht zu befürchten, daß die Regierung auch einen Prozeß gegen Kardinal Mindszenty beabsichtigt, dem in diesem Falle das gleiche Schicksal widerfahren könnte wie dem jugoslawischen Primas Stepinac. Schon wurde die Anschuldigung erhoben, daß der Kardinal in Verbindung mit Msgr. Mihalovics unerlaubte finanzielle Transaktionen vorgenommen habe, um seinen Kampf gegen die Volksdemokratie zu finanzieren.

Msgr. Mihalovics gewährte auf seiner Flucht in Salzburg Vertretern der katholischen Presse eine Unterredung, in der er eine aufsehenerregende Enthüllung über die eigentliche Absicht machte, von der die ungarische Regierung bei ihrem Vorgehen gegen die Katholische Aktion geleitet wurde. Der Polizeireferent im Innenministerium, Dr.Szebeni, habe ihm wenige Wochen vor dem Prozeß erklärt: „Kardinal Mindszenty wird kein Märtyrer werden, aber wir werden rücksichtslos seine Umgebung ausrotten. Dann wollen wir sehen, wie lange er seinen Widerstand fortsetzt, wenn er allein bleibt."

Tatsächlich ist es gelungen, die Zentrale der Katholischen Aktion in Budapest in ihrer Tätigkeit stark zu behindern. Sie arbeitet gegenwärtig unter einem neuen interimistischen Leiter, Dr. Johannes Bard, mit einem stark verkleinerten Mitarbeiterstab und mußte namentlich die caritative Tätigkeit einschränken. Daneben gibt sie die einzige noch erscheinende Wochenzeitschrift: „Der neue Mensch" heraus und bemüht sich um die Organisation von religiösen Kursen für Erwachsene. Auch jetzt ist die Katholische Aktion ununterbrochen das Ziel von Angriffen in der Presse.

Ebenso gehen die Verhaftungen von Priestern im Lande wegen „geheimer Tätigkeit" weiter. Nach einer Meldung aus Rom wurden in letzter Zeit etwa 70 Geistliche davon betroffen. Die Polizei- und Parteidienststellen haben vom Ministerium des Innern die Anweisung erhalten, weitere Listen verdächtiger Priester einzureichen und die äußersten Anstrengungen zu machen, um die katholische Kirche „von sabotierenden Elementen zu reinigen".

Aber Kardinal Mindszenty ist nicht nur ein unerschütterlicher, sondern auch ein schlagkräftiger Gegner in diesem Kampf und hat zudem den Vorzug einer nahezu legendären Volkstümlichkeit. Im Volk nennt man ihn „Stern der Puszta". Es ist dem Kardinal bisher gelungen, den Feinden des Christentums Schlag auf Schlag zu antworten. Als die Kommunisten die Pfadfinder auflösten und die „Pioniere" gründeten, erstanden auf ein Wort des Primas mit einemmal mehr als 4000 Pfarrjugendgruppen

in Ungarn. Die Kommunisten gründeten 200 „Volkskollegien" und 1000 Lehrlingsschulen, um die breite Masse zum Kommunismus zu erziehen. Der Kardinal schuf dagegen in allen größeren Pfarreien „Volksseminarien", in denen der katholische Glaube und vor allem das christliche Naturrecht gelehrt wird. Die Gründung von Parteischulen mit ein- bis eineinhalbjährigen Lehrgängen beantwortete er mit der Eröffnung von 20 theologischen Schulen für Laien. Die Parteiführer inszenierten einen Propagandafeldzug in allen Dörfern Ungarns. Mindszenty antwortete mit riesigen Wallfahrten, an denen sich Hunderttausende beteiligten. Die Partei beschlagnahmte die ausländischen Liebesgaben. Der Kardinal ordnete an, daß sie in Zukunft innerhalb der Kirchen aufzubewahren seien. Während der Innenminister in Moskau über neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Kirche beriet, proklamierte der Kardinal im vorigen Jahre ein „Maria-Huldigungsjahr". Seine Hirtenbriefe dürfen nicht publiziert werden, aber sie wandern von Hand zu Hand.

Über die einzelnen Phasen des Kampfes um die Schule hat die Herder-Korrespondenz im August-Heft (2. Jg., H. 11, S. 497) berichtet.

Die ungarischen Schulen sind nationalisiert worden. Dadurch haben 600 Geistliche und Schwestern ihr Lehramt aufgeben müssen. Die Regierung bestreitet, daß von ihnen ein Loyalitätseid verlangt worden sei. Sie seien nur deshalb entlassen worden, weil sie auf Anordnung von Kardinal Mindszenty die Mitarbeit unter staatlicher Leitung verweigert hätten.

Dagegen erklären kirchliche Autoritäten, Kardinal Mindszenty habe kein derartiges Verbot erlassen, sondern es der persönlichen Entscheidung aller Lehrkräfte anheimgestellt, in den Staatsschulen mitzuarbeiten oder nicht. Tatsächlich hat sich nur ein zehntel Prozent der geistlichen Lehrkräfte dem Staat ur Verfügung gestellt, so daß das Erziehungsministerium in großer Verlegenheit ist, für die verstaatlichten Schulen die notwendigen Lehrkräfte zu finden.

Kardinal Mindszenty hat übrigens seine Drohung ausgeführt und sämtliche Regierungsmitglieder, die bei der Beschlagnahme der Schulen beteiligt waren, feierlich exkommuniziert.

Letzten Berichten zufolge ist die Glaubenstreue des ungarischen Volkes ungebrochen und hat gerade in den letzten Wochen zu überwältigenden Kundgebungen geführt. Zum Abschluß des vorhin erwähnten „Maria-Huldigungsjahres" wurden in allen Kirchen Ungarns besondere Gottesdienste gefeiert, die unter ungeheurer Anteilnahme des Volkes eine urkirchliche Stimmung zeigten.

Zu einer gleichzeitigen Pressekampagne gegen den ungarischen Episkopat hat die Kanzlei des Primas einen Hinweis auf can. 2344 des Codex Iuris Canonici veröffentlicht, worin die Verfasser unter Androhung der Exkommunikation zum Widerruf aufgefordert werden.

Kardinal Mindszenty gilt heute in Ungarn bis weit in die Kreise der reformierten Christen hinein als Verteidiger der christlichen Anliegen gegen den kommunistischen totalen Staat.

Zu welchen grotesken Propagandamitteln man dagegen seine Zuflucht nimmt, wird durch eine Meldung aus Budapest beleuchtet. Man läßt nach Feierabend auf den Straßen der Hauptstadt Redner auftreten, die die Heilige Schrift erklären. „Dies ist die typische Erklärung: Liebe Brüder! Wir lesen euch einige Worte aus dem ersten Brief des heiligen Paulus an die Korinther: Wenn du mit Engelszungen redetest, hättest aber die Liebe nicht... Nun, liebe Brüder, wer sind diejenigen, die die Liebe nicht haben? Es sind die Priester. Sie haben die Absicht, das Volk im Dunkel der Dummheit zu lassen. Sie nehmen ihm die Zukunftshoffnung. Dafür sind die Kirchen da."

Tschecho-Slowakei

Aus der Tschecho-Slowakei liegen folgende Äußerungen offizieller Persönlichkeiten zur religiösen Frage vor:

Auf der mährisch-schlesischen Landesversammlung der tschechischen Kommunisten in Kremsier am 15. August wurde einem der neuen Vorstandsmitglieder, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Zd. Fierlinger, der als Triebkraft der kürzlich vollzogenen Fusion der Sozialdemokraten mit den Kommunisten gelten kann, die Aufgabe zuteil, zur Kirchenfrage zu sprechen, was er mit folgenden Worten tat:

„Wir wollen eine musterhafte Rechtsordnung aufbauen, die jeden arbeitenden Staatsbürger und die Früchte seiner Arbeit schützt und das größtmögliche Maß persönlicher Freiheit gewährt. Für uns ist und bleibt die Freiheit von Bekenntnis und Religion, die Freiheit des kirchlichen Kultes ein Kardinalgrundsatz unserer Rechtsordnung. Der Staat wird wie bisher allen berechtigten Forderungen der Kirchen opferbereit entgegenkommen, aber er kann nicht zulassen, daß sich irgend eine Kirche in die politischen Angelegenheiten des Staates und der Staatsbürger mischt, um zu einem Werkzeug fremder Mächte und fremder Interessen gegen unser Volk zu werden. Es möge daher niemand mit dem religiösen Empfinden unseres Volkes, das wir vollauf respektieren wollen, ein Spiel treiben. Wir stellen uns einmütig hinter jeden, und wenn es ein Priester wäre, der zur Zielscheibe ungerechtfertigter Angriffe wegen seiner politischen Überzeugung wird".

In der gleichen Stadt versammelte wenige Tage später der kommunistische Informationsminister Vaclav Kopecky seine Volksbildungsarbeiter zu einer gesamtstaatlichen Beratung und sprach auch vor ihnen zur Kirchenfrage:

„Wir werden die religiösen Empfindungen voll respektieren, aber es ist gerade in Mähren notwendig, daran zu gemahnen, daß die religiösen Gefühle des Volkes dort immer zugleich von nationalen, demokratischen und sozialen Gefühlen durchwoben waren. Es würde verhängnisvoll ausfallen, die religiösen Gefühle in einen Konflikt mit den slawischen Gefühlen zu bringen. Wir werden es nicht zulassen, daß die Souveränität des Vatikans mehr gilt als die des Staates".

Seine Ausführungen an die Volksbildner selbst sind bezeichnend für die umfassende Sowjetisierung des öffentlichen Lebens in der CSR:

„Der Volksbildner muß vor allem eine unabdingbare positive Einstellung zur Volksdemokratie und zur kommunistischen Partei haben. Unsere kulturelle Volksbildung darf nicht starr werden; sie muß über Masaryk weiter zum Sozialismus vordringen, muß die Kenntnisse T. G. Masaryks mit den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus in der Verbindung von Marx, Engels, Lenin und Stalin erfüllen. Von den Ideen der alten Weltanschauung muß sie zum dialektischen Materialismus übergehen. Die Volksbildner müssen alle Reste der Reaktion unterdrücken und die Reste des alten bürgerlichen Denkens beseitigen".

Über die weltanschaulichen Ziele kann demnach auch in der Tschecho-Slowakei kein Zweifel bestehen. Jedoch

sind die Methoden der Regierung in diesem Lande nicht so gewaltsam wie in den anderen Staaten. Soweit wir unterrichtet sind, werden die katholischen Schulen im laufenden Schuljahr noch fortbestehen. Dagegen sind die größeren kirchlichen Presseorgane unterdrückt worden. Nur „Katholicke Noviny", das führende katholische Blatt der Slowakei in Preßburg, kann mit einer Auflage von 200 000 Stück noch erscheinen, nachdem der bisherige Chefredakteur, Dr. Justin Stibrany, zurückgetreten ist und die Versicherung abgegeben wurde, daß das Blatt „keine Polemik" betreiben wird.

Als diplomatisches Zwischenspiel ist die Auseinandersetzung zu werten, die zwischen dem Erzbischof von Prag, Dr. Beran, und einigen Organisationen über die kirchliche Suspension des Priesters und Gesundheitsministers Plojhar stattfindet. Die ehemals christliche tschechische Volkspartei, der tschechische Bauernbund, die tschechische Jugendorganisation und der Bund der tschechischen Freiheitskämpfer, in dem der Erzbischof selbst ein prominentes Mitglied war, hatten gegen die „Verfolgung des unschuldigen Priesters" protestiert. Der Erzbischof konnte sich dagegen darauf berufen, wie sehr die politische Aktivität von Geistlichen gerade in der Tschecho-Slowakei die Kirche kompromittiert hat, wie berechtigt demnach die von den Bischöfen allgemein angeordnete Zurückhaltung des Klerus sei.

Auch in der Tschecho-Slowakei haben in den letzten Monaten große Kundgebungen an nationalen Wallfahrtsorten unter Teilnahme von Hunderttausenden von Gläubigen bewiesen, daß das katholische Volk sich der Gefahr für den Glauben bewußt ist.

Über den Ernst der Lage unterrichtet ein Hirtenbrief, den die tschecho-slowakischen Bischöfe gelegentlich einer Bischofskonferenz in Neutra im August erlassen und zugleich der Regierung als Memorandum überreicht haben. Darin wird festgestellt, daß auch in diesem Lande „ein Kampf gegen die Kirche und die Religion nach dem Muster anderer Länder vor sich geht". Die Bischöfe lassen zwar die Tür zu Verhandlungen offen, stellen aber fest, daß das katholische Volk von „großer Verbitterung" und großer „Sorge" erfüllt sei auf Grund der Regierungsmaßnahmen, die „auf die Unterdrückung der verfassungsmäßigen Freiheit gerichtet waren". „Manche anderen Vorfälle können zum Beweise dafür angeführt werden, daß ein großer, geheimer kirchenfeindlicher Kampf vor sich geht". So befindet sich die tschecho-slowakische Kirche gegenwärtig in einem Zustande großer Ungewißheit über die kommenden Dinge.

Polen

Die Verhältnisse in Polen charakterisiert die französische Zeitschrift „La Vie Intellectuelle" dahin, daß die Verfolgung der Kirche weit geschickter und zugleich weit gründlicher sei als zu Hitlers Zeiten. Hitler habe hastig gearbeitet, während das gegenwärtige Regime im Bewußtsein, daß es viel Zeit habe, seine Maßnahmen treffen könne. „Das Warschauer Regime wünscht keine Märtyrer zu schaffen, sondern Verbrecher", sagt die Zeitschrift. „Die Kirche wird nicht mit Gewalt beseitigt, man strengt sich aber an, sie allmählich aus dem nationalen Leben auszumerzen und zum Paria zu machen. Mangel an Luft wirkt langsam wie das beste Gift. Die Kirche wird nicht gemartert, sie wird nur der Luft beraubt." „Die Kirchen, zum Brechen voll, erwecken den Eindruck herrlicher Blüte katholischen Lebens. Aber unglücklicherweise endet dies Leben an den Kirchentüren. Es gibt keine Katholische Aktion, kein Apostolat, keine Jugendvereinigungen. Die Presse ist schwach und verängstigt durch die Zensur. Der Schatten des allmächtigen Staates fällt über jeden Schritt. Wer aus der Reihe tanzt, wird bestraft, nicht als Katholik, sondern als politischer Verbrecher".

Einen Augenzeugenbericht auf Grund sechswöchentlichen Aufenthaltes in Polen veröffentlichte vor kurzem ein Redaktionsmitglied der Detroiter Diözesanzeitung „The Michigan Catholic", Rev. Stanley F. Borucki. Er spricht von einem Nervenkrieg zwischen Staat und Kirche in Polen. Die offene Verfolgung sei in Sicht. Regierung und Volk seien sich darüber klar, daß die Kirche die letzte Bastion der Opposition darstelle. Die Regierung operiere vorläufig hauptsächlich durch Maßnahmen gegen alle kirchlichen Organisationen und eine ununterbrochene Propaganda. Man „garantiert die religiöse Freiheit" in der Öffentlichkeit und verhindert durch Schikanen aller Art jede ihrer Auswirkungen. Zugleich schüchtert man durch Verhaftungen von Geistlichen den Klerus ein. Gegenwärtig seien ungefähr hundert Geistliche und Ordensbrüder im Gefängnis, teils mit, teils ohne gerichtliches Verfahren. Auch in Polen, wie zuvor schon in Slowenien, sind Sittlichkeitsprozesse gegen Geistliche angestrengt worden.

Aber auch in Polen gibt das Volk in großen religiösen Kundgebungen seinen wahren Willen zu erkennen. Am 15. August wurden im Nationalheiligtum in Czenstochau etwa 500 000 Pilger geschätzt.

Die Orthodoxe Kirche

Endlich müssen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die römisch-katholische Kirche alle diejenigen Maßnahmen betrachtet werden, die dazu dienen sollen, die Aktivität der orthodoxen Kirche in den Ländern des Ostens zu steigern und unter Führung des Moskauer Patriarchates zusammenzufassen.

„Il Quotidiano", das Blatt der italienischen Katholischen Aktion, spricht geradezu von einer „religiösen Kominform im Dienste des atheistischen Imperialismus". Die Abhängigkeit der orthodoxen Landeskirchen von Moskau wird in erster Linie durch personelle Maßnahmen verstärkt. Wie in Rumänien ist auch in Polen an die Stelle des bisherigen Oberhauptes der orthodoxen Kirche eine Persönlichkeit getreten, die dem Moskauer Patriarchen ergeben ist. Der neue orthodoxe Erzbischof von Warschau, Timotheus, gab die Erklärung ab, daß die polnische orthodoxe Kirche ihre Anerkennung nicht mehr aus den Händen des ökumenischen Patriarchen in Konstantinopel, sondern vom Moskauer Patriarchen entgegennehmen wolle.

Ferner bemühen sich die orthodoxen Landeskirchen, die Verdienste der Sowjetregierung um Freiheit und Frieden der Welt zu bezeugen. Der serbische Patriarch Gavrilo hat noch nach dem Konflikt zwischen Tito und Moskau an der Kirchenversammlung zur 500-Jahrfeier des Patriarchats in Moskau teilgenommen und den dort gefaßten Resolutionen beigestimmt.

Auf dieser Kirchenversammlung, die Ende Juli stattfand, wurden zwei wichtige Entschließungen gefaßt. Zunächst lehnte die Konferenz einstimmig jede Art der Teilnahme an der Versammlung des Ökumenischen Rates in Amsterdam ab, weil „diese Bewegung in der Haupt-

sache politische, anti-demokratische und nichtkirchliche Ziele verfolge". Im Ausland vermutet man, daß die Entschiedenheit dieser Weigerung sich in erster Linie gegen Amerika richtet. Denn es ist bekannt, welche hervorragende Rolle John Foster Dulles in Amsterdam spielt. „The Christian Century" spricht die Vermutung aus, daß auch die Reise von Botschafter Taylor nach Genf auf die Moskauer Entschließung nicht ohne Einfluß gewesen sei.

Die zweite wichtige Entschließung von Moskau richtet sich gegen den Heiligen Stuhl. Der Vatikan wird darin als „Zentrum des internationalen Faschismus" bezeichnet. Der Papst wird beschuldigt, gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und besonders der slawischen Völker zu handeln. Er spiele „eine aktive Rolle bei der Vorbereitung zu einem neuen Krieg und in dem politischen Kampf gegen die Weltdemokratie". Die Christen aller Länder und Bekenntnisse werden aufgefordert, sich dem „antichristlichen, antidemokratischen und antirussischen Standpunkt des Vatikans zu widersetzen". Die Resolution schließt mit einer scharfen Unterscheidung zwischen „der katholischen Hierarchie unter Führung des Papstes einerseits und den Massen der katholischen Gläubigen, die unschuldig an den vom Vatikan verübten Verbrechen sind".

Auch aus dem Nahen Osten wird gemeldet, daß die Sowjetdiplomatie sich Mühe gäbe, die orientalischen Kirchen in eine nähere Verbindung mit dem Moskauer Patriarchat zu bringen; besonders bei den Maroniten des Libanon sind in letzter Zeit in dieser Richtung Schritte unternommen worden.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Das Pfarrprinzip in Kirchenrecht und Seelsorge

Während der Zeit des Nationalsozialismus war die katholische Kirche in Deutschland fast ausschließlich auf die Pfarrseelsorge beschränkt. Die überpfarrlichen Organisationen waren entweder aufgelöst oder lahmgelegt. Sie sind nach dem Kriege zum größeren Teil wiedererstanden, und neben ihnen haben sich neue Formen der Seelsorge und des Apostolates herausgebildet, die um ihres Zweckes willen von der Bindung an die Pfarrgemeinde frei sein müssen. Eine Bewegung wie die Christliche Arbeiterjugend hat ihren natürlichen Schwerpunkt in den Betrieben, nicht in den Pfarreien. Besonders in Frankreich hat man den apostolischen Gemeinschaften, die sich um die Wiedergewinnung der dem Glauben entfremdeten Massen bemühen, große Freiheiten eingeräumt; ihre Seelsorger sind praktisch exempt gegenüber der Pfarrei. Das Pfarrprinzip wird nicht mehr als die einzige Organisationsform für das kirchliche Leben angesehen. Angeregt durch diese Entwicklung, sind in den letzten Jahren einige Untersuchungen über Berechtigung und Grenzen des Pfarrprinzips veröffentlicht worden.

Vom juristischen Standpunkt hat P. Oswald von Nell-Breuning SJ in der schweizerischen Zeitschrift „Anima" zu diesem Thema Stellung genommen. (Jg. 1948, Heft 2). Er kommt zu folgenden Ergebnissen: Die Pfarreien sind kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur wirksamen Durchführung der Seelsorge.

Nach dem Kirchenrecht hat die Pfarrei keine Körperschaftsrechte. Sie ist ein in der Regel räumlich begrenzter Teil der Diözese, innerhalb dessen einem eigenen Priester die verantwortliche Ausübung der Seelsorge übertragen wird. Die Pfarrangehörigen sind also nicht Subjekt, sondern Objekt der Pfarrei und bilden rechtlich weder einen Personenverband noch gar ein Vollzugsorgan der Kirche. Es gibt im katholischen Kirchenrecht keine Pfarrgemeinde. Das ist ein Begriff des Staatskirchenrechts, das ihn dem Calvinismus entlehnte. Allerdings haben die Pfarreingesessenen ihrem Pfarrer gegenüber mancherlei Rechte und Pflichten. Aber diese leiten sich nicht daraus ab, daß sie untereinander in einer Rechtsgemeinschaft verbunden wären, sondern aus der Tatsache, daß der Pfarrer in bestimmtem Umfang ihnen gegenüber das Hirtenamt des Bischofs repräsentiert.

Man kann also nicht davon sprechen, daß die Pfarrei ein Glied, Organ oder eine Stufe des mystischen Leibes Christi darstellte. Eine solche Gliedschaft läßt sich allenfalls von den Diözesen aussagen, wiewohl die Enzyklika „Mystici Corporis" hierin sehr zurückhaltend ist. Die Pfarrei aber kann höchstens als Teil eines solchen Gliedes betrachtet werden.

Den Begriff „Pfarrfamilie" darf man nur im analogen Sinne anwenden. Nach dem Kirchenrecht kann auch eine juristische Person, z. B. ein Domkapitel oder ein Frauenkonvent, Pfarrer einer Gemeinde sein. Allein schon hieraus ergibt sich, daß die beliebte Redewendung, die den Pfarrer als Vater seiner Pfarrkinder bezeichnet, auf den Pfarrer im Rechtssinn nicht zutrifft. Sie bezeichnet vielmehr das geistige Band zwischen dem Seelsorger und den Gläubigen. Diese Beziehung ist aber durchaus nicht nur zwischen dem Pfarrer und seinen Pfarrangehörigen möglich. Sehr oft wird diese geistige Gemeinschaft gerade außerhalb der Pfarrkirche viel stärker empfunden als in ihr. Man braucht nur an die Verbundenheit zwischen Priester und Gläubigen in irgendeiner Filiale im Diasporagebiet zu denken oder auch an Gruppen und Kreise, die sich um den einen oder anderen Priester in der Stadt bilden. Dagegen wird bei den Gläubigen, die zu einer Riesenpfarrei von 10 000 Seelen gehören, kaum das Bewußtsein einer so engen Beziehung zu ihrem Pfarrer bestehen, daß das Bild vom Vater und den Kindern darauf zutreffen würde. Will man aber an dem Begriff „Pfarrfamilie" festhalten, wird man ihn nur auf diejenigen Pfarrangehörigen anwenden dürfen, die sich am kirchlichen Leben wirklich beteiligen. Nur sie bilden eine Gemeinschaft; denn wir haben ja gesehen, daß eine rechtliche Grundlage für die sogenannte Pfarrgemeinschaft nicht besteht.

Was haben wir angesichts dieser Rechtslage vom „Pfarrprinzip" zu halten? Was ist überhaupt damit gemeint? Will man sagen: alle Seelsorge soll pfarrlich

sein? Oder: die Seelsorge ist vorzugsweise pfarrlich? Der Codex juris canonici kennt auch eine nichtpfarrliche Seelsorge. Diese hat in letzter Zeit durch die Päpste Pius XI. und Pius XII. eine wichtige Anerkennung erhalten. Beide Päpste haben für bestimmte Verhältnisse die Loslösung der Katholischen Aktion von der Pfarrgemeinde und die Bildung von Organisationen auf der Grundlage der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe empfohlen. Das hat sogar in einzelnen Fällen zu einer Loslösung vom einzelnen Bistum und zu Bildung nationaler Organisationen geführt, die entweder über den Gesamtepiskopat eines Landes oder über eine eigens vom Heiligen Stuhl geschaffene Instanz mit der Hierarchie verbunden sind.

Auch die eingeschränkte Formulierung des Pfarrprinzips läßt sich nur aufrecherhalten, wenn man an die „ordentliche" Seelsorge, d. h. an die Betreuung des kirchentreuen Teils der Gläubigen mit den hergebrachten Mitteln denkt. In Bezug auf die Wiedergewinnung der übrigen und in Bezug auf eine Seelsorge, die über das in der Pfarrei gebotene Mindestmaß hinausgeht, gibt es für eine Vorrangstellung der Pfarrei oder gar für einen pfarrlichen Totalitätsanspruch im Kirchenrecht keine Begründung.

Es ist erfreulich, schließt P. von Nell-Breuning seine Ausführungen, daß die pfarrliche Seelsorge in den letzten Jahrzehnten wieder den Platz eingenommen hat, der ihr gebührt. „Ebenso erfreulich aber ist, daß es Gott gefallen hat, neben der pfarrlichen Seelsorge neue Kräfte und neue Formen des Apostolates in seiner Kirche zu erwecken".

Mission und Katholische Aktion in Frankreich

Vertreter einer Anzahl wichtiger Organisationen der Katholischen Aktion in Frankreich haben gemeinsam eine Erklärung abgegeben über das Verhältnis von missionarischer Tätigkeit und Katholischer Aktion. Die Gruppen, deren Vertreter die Erklärung unterzeichnet haben, sind: die Mission de France, die Mission de Paris, die Katholische Aktion des Mittelstandes, die Katholische Aktion der Arbeiter und die Katholische Aktion für die Landbevölkerung. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Viele Leute sehen gegenwärtig einen Gegensatz zwischen ‚Mission' und ‚Katholischer Aktion' und lassen z. B. die spezialisierten Bewegungen fallen unter dem Vorwand, missionarische Arbeit leisten zu wollen. Darum haben einige verantwortliche Priester es für nötig angesehen, hier Klarheit zu schaffen.

Sie haben einstimmig ihre Überzeugung festgestellt, daß in unserem Lande und im Jahr 1948 auf Grund der Sachlage selber und auf Grund der Richtlinien der Hierarchie drei Dinge in gleicher Weise und in Verbindung mit einander notwendig sind, damit die Kirche in einem bestimmten Gebiet ihre missionarische Aufgabe als Sauerteig der Welt wirklich erfüllen kann: eine organisierte Laienschaft der Katholischen Aktion, eine mit dem Leben in intensivem Kontakt stehende Geistlichkeit und erneuerte Pfarren.

Eine organisierte Laienschaft unter der Führung von Laien, örtlich, regional und national gegliedert in verschiedenen Formen je nach den Milieus und den Altersstufen, die die eigentliche spezialisierte Katholische Aktion darstellen.

Diese Laien haben ihre eigene Sendung, christlicher Sauerteig im sogenannten profanen Leben zu sein, wo sie mit Nichtchristen zusammenleben. Ihre Aufgabe ist eine doppelte:

Einerseits mit allen Menschen guten Willens und mit der Gnade des Heiligen Geistes in verschiedenen Formen, je nach dem Fall, an der Umgestaltung der Sitten und der Einrichtungen, der Einzelnen und der Massen mitzuarbeiten, um sie zugänglich, geöffnet und durchdringbar für den Geist Christi zu machen, der allein im Stande ist, die Sehnsucht der Menschen vollkommen zu erfüllen.

Andererseits überall durch ihre Lebensweise und gelegentlich auch durch das Wort Zeugnis für Christus und die Kirche abzulegen.

Um dieser Aufgabe gewachsen zu sein, müssen diese verantwortlichen Laien von Priestern geformt, unterstützt und geistig gespeist werden, die für die Verchristlichung des profanen Lebens Verständnis haben. Jeder Priester und insbesondere jeder Pfarrgeistliche muß die Fähigkeit erlangen, den Laien, die ihm von Gott und der Kirche anvertraut sind, diesen geistigen Halt zu gewähren.

Es gehört im übrigen zur seelsorglichen Verantwortung eines Pfarrers, die Christen zu ihrer Verantwortung im profanen Leben zu erziehen, sie anzuhalten, sich ihrer Pflicht in dieser Hinsicht nicht zu entziehen, und, so gut er es nur eben kann, für die Bildung solcher aktiver Christen von wirklicher Eignung und in hinreichender Zahl in allen Milieus des profanen Lebens, zumal in den wichtigsten, zu sorgen.

Diese Verantwortung des Seelsorgers verringert in keiner Weise die Autorität der verantwortlichen Laienführer. Insbesondere muß der Priester darauf bedacht sein, die Autorität der Laienführer der höheren Stufe zu stärken. Die regionale und nationale Organisation sind eine Notwendigkeit.

Ein „missionarischer" Priester oder Pfarrer darf weniger als irgend ein anderer diese Verantwortung vergessen, die darin besteht, daß er die spezialisierte Katholische Aktion fördert und unterstützt.

Eine Geistlichkeit, die mit dem Leben, der Tätigkeit und dem Milieu der Bevölkerung, zumal der Arbeiter in der Stadt und auf dem Lande *in engerem Kontakt lebt.* Das gilt für den gesamten Klerus, wenn auch in verschiedenem Maße und auf verschiedene Art. In gewissen Fällen, über die die Hierarchie entscheidet, verlangt diese Aufnahme des Kontaktes mit Milieus, von denen die Kirche und besonders die Pfarre abgeschnitten ist, daß besonders ausgewählte Priester ausschließlich für diese Mission bereitgestellt werden. Gelegentlich kann es nützlich sein, daß solche Priester als Arbeiter oder Bauern arbeiten, aber in keinem Fall darf die äußerliche Änderung der Lebensweise zu einer Täuschung führen: das Wesentliche ist, daß der Priester innerlich entschlossen ist, zwischen dem Volk und sich eine wirkliche Schicksalsgemeinschaft herzustellen; nach dem Beispiel unseres Herrn, der die ganze menschliche Situation auf sich nahm, muß er bereit sein zu allen notwendigen Entäußerungen, er darf nicht nur „eine Erfahrung machen" wollen, sondern muß bereit sein, an Ort und Stelle zugrunde zu gehen wie das Weizenkorn in der Erde.

Ziel eines solchen missionierenden Priesters muß es sein, dort, wo er ist, verantwortliche Laien zu finden, die der Sauerteig ihres Milieus werden und sich in der Katholischen Aktion organisieren können. Indem er den ganzen Reichtum seines Priestertums zu ihnen bringt, gründet er mit ihnen eine Kirche in diesen Milieus, wo sie vorher noch nicht Wurzel gefaßt hatte. Zudem wird sein priesterliches Gebet und Opfer, in dem er enger an eine menschliche Gemeinschaft gebunden ist, besser das Leben dieser Gemeinschaft zum Vater emportragen. Schließlich kann das Zeugnis seines armen priesterlichen Lebens, das mitten unter Menschen, die den Kontakt mit der Kirche und ihren Priestern nicht suchen, abgelegt wird, viele Vorurteile entkräften und apostolische Hochherzigkeit bei denen erzeugen, die er gewinnt.

Solche Priester sind keine Heckenschützen, sie sind die Vorhut eines ganzen in Bewegung geratenen Klerus.

Erneuerte und verbündete Pfarren, in denen die Arbeitsgemeinschaft der Priester und die Gemeinschaft der Gläubigen alle Milieus, die sich im Pfarrbezirk befinden oder die einen Einfluß auf die Einwohner ausüben, mit christlichem Geist durchdringen und Zeugnis für Christus ablegen. Eine solche „missionarische Pfarre" oder ein missionarisches Dekanat ist also in allererster Linie eine Pfarre oder eine Gruppe von Pfarren, die für das Leben außerhalb ihrer selbst geöffnet ist und sich nicht ausschließlich auf das innere Leben der Kirche konzentriert. Durch das Benehmen ihrer Geistlichen und ihrer Gläubigen wie auch durch die Organisation des Gottesdienstes soll sie auf alle diejenigen anziehend wirken, die bis dahin keinen Kontakt mit der Kirche hatten, und der Zusammenschluß all der christlichen Lebensgemeinschaften, die sie zusammensetzen und die sie mit ihrem Geist zu erfüllen hat, im gleichen Gebet und gleichen Opfer muß etwas ganz Natürliches sein.

Die Geistlichkeit einer missionarischen Pfarre weiß, daß sie keinen Erfolg haben kann, wenn sie isoliert ist. Sie wird suchen, mit der Geistlichkeit der benachbarten Pfarren oder mit besonders beauftragten Missionspriestern, die überall arbeiten können, zusammenzuarbeiten. Sie wird sich auch auf die Bewegungen der Katholischen Aktion stützen, die sie tatkräftig fördern wird.

Laien der Katholischen Aktion, eventuell frei wirkende Missionspriester und missionarische Pfarren erscheinen also alle drei als notwendig. Sie stellen alle die gleiche Bemühung der Kirche dar, sich instand zu setzen, den Glauben auszubreiten. Man darf sie nicht gegeneinander ausspielen: um seine Wirksamkeit voll zu entfalten, bedarf die missionierende Laienschaft der Katholischen Aktion einer missionierenden Geistlichkeit und missionierender Pfarren; eine missionierende Geistlichkeit oder eine missionierende Pfarre läßt sich nicht denken ohne missionierende Laienschaft der Katholischen Aktion.

In der Praxis müssen die einen und die andern sich vor zwei entgegengesetzten Versuchungen hüten:

Aktivisten der Katholischen Aktion, manchmal auch Seelsorger der Katholischen Aktion, die sich ausschließlich der Unterstützung der verantwortlichen Laien gewidmet und darauf verzichtet haben, ihrerseits unmittelbares persönliches Zeugnis in den nichtchristlichen Milieus zu geben, können gelegentlich dazu neigen, das missionierende Apostolat als ausschließlichen Bereich der Laien anzusehen. In ihren Augen ist die Rolle des missionierenden Klerus nur die der Unterstützung oder Erweckung der Laien zur Katholischen Aktion: sie glauben, der Priester könne keinerlei Wirkung durch ein priesterliches Zeugnis mitten in der Welt geben. Die Übersteigerung der angewandten Ausdrücke zeigt schon, daß dies nur eine Versuchung, eine Tendenz ist, aber diese Versuchung besteht hier und da doch wirklich.

Andererseits besteht jedesmal, wenn ein Priester in persönlichen Kontakt mit entchristlichten Kreisen tritt, jedesmal, wenn er die wirksame Stütze der Laienapostel bildet, sowohl bei dem Priester wie bei den mit ihm in Berührung stehenden Laien die Gefahr, die übergeordnete Stufe der Laienorganisation der Katholischen Aktion auszuschalten. Da der aufgeschlossene Priester, der mit den Sorgen und Reaktionen des Arbeiters oder der Landbevölkerung Kontakt hat und eine gewisse Bildung besitzt, scheinbar den Bedürfnissen der Laienführer, die sich an ihn wenden, vollkommen genügt, geht man nicht mehr weiter und gerät in Gefahr, die Laienführer der übergeordneten Stufe zu mißachten und die für eine wirksame Tätigkeit in den Milieus, die über den Rahmen der Pfarre hinaus bestehen, und für die wirkliche Autonomie der Laien notwendige nationale Organisation zu vergessen.

Es kommt auch vor, daß missionierende Priester in ihrem Eifer, in dem sie sich nicht um Nebensächliches kümmern, die mittleren Instanzen der Kirche oder der Laienschaft überspringen. Dadurch wird die wechselseitige Kenntnis und Verständigung natürlich nicht erleichtert.

Wir erwähnen nur noch der Vollständigkeit halber die Mißachtung jeder Organisation, die Geringschätzung des Laienapostolats und demgegenüber die Überschätzung des „direkten" Priesterapostolats, die Versuchung für einen eifrigen Priester, die missionierenden Laien auszuschalten. Das sind Jugendkrankheiten, die im Kontakt mit der Wirklichkeit und in einem ernstlichen Gruppenleben, in dem man sich gegenseitig brüderlich zurechtweist, schnell vergehen.

Meistens entstehen Mißverständnisse, wenn solche vorkommen, durch den Mangel an persönlichem Kontakt zwischen den einen und den andern. Trotz der furchtbaren Überlastung ihrer Zeit, die alle „Missionare" kennen, Priester sowohl wie Laien, dürfen sie die Zeit, die sie darauf verwenden, miteinander Freundschaft zu schließen, nicht als verloren betrachten.

Sollten diese Bindungen nicht genügen und (was Gott verhüten möge) Schwierigkeiten entstehen, so verpflichtet die katholische Disziplin dazu, sich in kindlicher Gesinnung dem Schiedsspruch der Diözesanautorität oder, wenn die Schwierigkeit auf nationaler Ebene auftauchen sollte, dem Seiner Exzellenz des Generalsekretärs der französischen Katholischen Aktion zu unterwerfen.

Denn das größte Hemmnis für die missionarischen Bemühungen der Kirche besteht nicht in der Undurchdringlichkeit der heidnischen Milieus noch in der Routine katholischer „bürgerlicher" Milieus, sondern in dem Mangel an Koordination der Bemühungen.

Der „Feind" hat seine Taktik nicht geändert, um die Ernte zu verderben. Er sät „Unkraut".

Richtlinien für das Priesterapostolat

Unterstaatssekretär Msgr. Montini hat im Auftrag des Papstes an den Vorsitzenden der Bischofskommission für die Leitung der Katholischen Aktion in Italien, Kardinal Piazza, das nachfolgende Schreiben gerichtet:

„Seine Heiligkeit hat mit besonderem Wohlgefallen zur Kenntnis genommen, daß in Italien zehn Kleruswochen vorbereitet werden, die ganz besonders für die mit der Seelsorge betrauten Welt- und Ordensgeistlichen bestimmt sind.

Zum Thema ist die „Pfarrgemeinschaft" gewählt worden: die Pfarre soll nicht nur in ihrer nunmehr längst durch die Überlieferung und die kanonische Gesetzgebung geheiligten Bedeutung als Teil der Diözese mit dem zu ihr gehörigen Volk und dem zu ihr gehörigen Hirten untersucht werden, sondern ganz besonders (und diese Auffassung läßt sich logisch aus der eben erwähnten Bedeutung ableiten) als lebendige Gemeinschaft der Gläubigen, die unter der Leitung ihrer Priester beten, sich innerlich vervollkommnen, sich in fruchtbaren Vereinen zu den verschiedensten Tätigkeiten im Dienste des Guten zusammenschließen und auf diese Weise den großen Zielen der Wahrheit und der Liebe zustreben, die die katholische Kirche mit stets neuer Energie erstrebt.

In der Literatur der Apostolischen Väter ist der glücklich gewählte Ausdruck „Pfarre" festgelegt worden, um die irdischen Kirchen auf ihrer Pilgerschaft zur ewigen Kirche zu bezeichnen; und die Didache sieht sie in ihrer mystisch wirklichen Einheit, wenn sie ihren Gläubigen das Gebet in den Mund legt: „Sammle von den vier Winden Deine Kirche, die du geheiligt hast für das Reich,. das du vorbereitet hast" (X, 6).

Darum ist es aufs lebhafteste zu wünschen, daß der italienische Klerus beim Studium der Pastoralprobleme der Pfarre, wenn er auch den örtlichen Erfahrungen und den Arbeitsmethoden von unmittelbarer Wirksamkeit die konkreteste Aufmerksamkeit zuwendet, doch vor allem die geistliche Stunde, in der wir stehen, bedenken und die schwere Verantwortung fühlen möge, die ihn zu einer gesteigerten Vollkommenheit des Lebens und des Apostolats aufruft.

Wenn wir diese letzten Jahre betrachten, müssen wir dem Herrn danken, daß er die Gelegenheit zu einer fruchtbaren Begegnung zwischen dem Klerus und den Seelen vervielfältigt hat: bei der schmerzlichen Pflicht zu moralischer und materieller Hilfe, die die Kriegsereignisse mit sich brachten, bei der seelsorgerlichen Aufgabe, sichere Richtlinien inmitten der beunruhigenden sozialen Propaganda zu geben, bei der verstärkten Bemühung um Organisation der im Leben stehenden Katholiken hat der Klerus viele neue Wege gefunden, um seine Begegnungen mit allen Gruppen von Personen lebendiger zu gestalten.

Und man kann sagen, daß dieses verstärkte Vertrauen zwischen einem ganzen Volk und seinen Priestern, ein Vertrauen, das schon allein genügen sollte, die Stimmen derer zum Schweigen zu bringen, die sie weder kennen noch lieben, ein tröstliches Zeichen für das Verlangen nach Gott und nach der Gnade ist: ein Verlangen, das sich in den Seelen immer stärker fühlbar macht. Nach den immer häufiger werdenden Erfahrungen scheint es wirklich, daß die vielen Enttäuschungen, die vielen trügerischen und leeren Versprechungen, die Irrtümer und die zahllosen Leiden des Lebens das Heimweh nach dem Haus des Vaters und das Verlangen, an die Pforten des Tempels Gottes zu klopfen, in den Geistern immer drängender machen.

Es ist eine wichtige Stunde für die Priester: sie sind in der Tat mit ihren Oberhirten die legitimen Zeugen Jesu Christi und seines Evangeliums: „eritis mihi testes" (Act. 1, 8). Damit ihre Unterweisung den Wert eines wirksamen Zeugnisses habe, müssen sie vor allem mit erneutem Eifer für ihre eigene Frömmigkeit und ihr Studium Sorge tragen. Nichts ist tatsächlich geeigneter, die Menschen weniger hart und egoistisch zu machen und ihr Herz für die ewigen Werte des Lebens aufzuschließen, als ein Priesterleben, das die Mittelmäßigkeit und alles, was an Trägheit, Egoismus, Lauheit erinnert, verachtet: „clamat vestis, clamat status, clamat professio animi sanctitatem" (S. Hieronymus).

Der Herr gebe, daß die Vielfalt der Apostolatswerke seine Priester nicht zerstreue; die traurigen Anzeichen immer wieder auflebenden Heidentums mögen sie nicht schwächen, und jeder einzelne von ihnen möge sich über jegliche Versuchung erheben in der leuchtenden und sicheren Nachfolge Jesu Christi, den er ein für allemal erwählt hat.

Die wohlverdiente Frucht ihres Gebets, ihres eingezogenen und demütigen Lebens, ihres unermüdlichen methodischen Studiums wird in der Wirksamkeit der Predigt und des Religionsunterrichts, im Erwachen einer kräftigen liturgischen Bewegung, in geduldiger Sorge um die geistliche Ausbildung jener Laien, die nach christlicher Vollkommenheit und apostolischem Wirken verlangen, in vielfachen neuen Beziehungen zu den Familien, die zu Heimstätten sittlichen Ernstes und religiösen Bewußtseins werden, bestehen.

Und wie sich die Kirche stets in Zeiten, die auf Kriege oder soziale Umwälzungen folgten, mit neuem Mut aufgerichtet hat, um die Völker zur Heiligkeit anzuleiten, so müssen wir auch heute darauf vertrauen, daß, da nun der Lärm der Waffen seit kurzem verstummt ist, die friedlichen Stimmen der Bischöfe und Priester in den Kirchen und in den Versammlungen der Gläubigen mit um so größerer Kraft widerhallen.

Sie sollen zum Bewußtsein bringen, daß Gott in seinem Volk gegenwärtig ist und jedes Gewissen zu Heiligkeit und Liebe aufruft; daß die Opfer dieser Jahre vergeblich wären, wenn ihr Ziel nicht das Vertrauen auf die göttliche Vorsehung wäre; daß selbst die Siege der Freiheit und der Zivilisation nur Schein wären, so lange Gott, „für den es nicht schwer ist, mit Wenigen oder mit Vielen das Heil zu bringen" (I. Könige, XVI, 6), nicht den Keim übernatürlicher Fruchtbarkeit in sie legt.

Es ist zu wünschen, daß jede Pfarrkirche ein glühender Mittelpunkt eucharistischer Anbetung und sakramentalen Lebens, geistlicher Einkehrtage und Bildungskurse wird; jeder Gemeindesaal soll der Ort fröhlicher Zusammenkünfte von Kindern und Jugendlichen zu festlicher Freude nach der Arbeit werden; jedes Pfarrhaus soll für Liebesdienst und guten Rat, für freigebige Freundschaft im Namen des Herrn offenstehen.

Unser Volk soll sehen, daß diese Priester wirklich ihm gehören, diese Priester, die aus seinen arbeitsamen Familien kommen und durch die Zucht des Seminars oder des Ordenshauses hindurchgegangen sind und nun zu seiner Verfügung stehen, um das heilige Opfer darzubringen, um zu lehren und zu trösten.

Und jede Pfarre Italiens soll, indem sie sich vervollkommnet, sich mit heiligem Stolz bewußt sein, ein Stein in dem herrlichen Bau der heiligen katholischen Kirche zu sein, die vom Orient zum Okzident reicht und alle Menschen auf dem Weg zu Gott sammelt.

Mit diesen Wünschen begleitet Seine Heiligkeit die Arbeit der Kleruswochen, deren Einrichtung in Italien sehr zeitgemäß ist. Er ruft auf die Veranstalter, die Vortragenden und die Teilnehmer die Fülle der göttlichen Erleuchtung herab und sendet von Herzen seinen gnadenreichen und stärkenden apostolischen Segen.

Fragen des sozialen und politischen Lebens

Arbeit als menschliche oder soziale Funktion

P. Agostino Gemelli OFM, Rektor der Mailänder Universität vom Heiligsten Herzen, hat in der Zeitschrift „Vita e Pensiero" ein Problem aus seinem Fachgebiet, der Psychologie, behandelt, das zu den höchst aktuellen gehört: die Psychologie des Arbeiters. Er nennt seinen Aufsatz „Menschliche oder soziale Funktion der Arbeit?" (Fattore umano o fattore sociale del lavoro?).

Ausgehend von einer jüngst erschienenen französischen Veröffentlichung *(I. Meyerson, „Le travail: une conduite"*, in *„Journal de psychologie normale et pathologique"* 1948, I), die den historischen Wandel des Wesens der Arbeit herausarbeitet, stellt sich P. Gemelli die Frage nach der besonderen Eigentümlichkeit der Arbeit des modernen Arbeiters, die, wie sich nicht bezweifeln läßt, im Arbeiter einen Zustand beständiger Unzufriedenheit, Unruhe und oft Auflehnung geschaffen hat. Das erscheint geradezu als das unterscheidende Merkmal des Zustandes des modernen Arbeiters.

Der Industriearbeiter hat ständig das Gefühl, eine Arbeit zu leisten, die nicht entsprechend oder wenigstens nicht so bezahlt ist, daß sie ihm gestattete, das zu haben, was alle anderen Menschen haben. Das ist sein psychologisch-moralischer Zustand. Das hat zwei Konsequenzen: erstens erscheinen ihm alle Maßnahmen, die der Arbeitgeber oder das gesamte industrielle Unternehmen oder der Gutsverwalter in verschiedener Form zu seiner Unterstützung trifft (Krankenversicherungen, Schulen, Altersversicherungen, Siedlungshäuser, Kantinen usw.) als Wohltätigkeit, die die Schuldigkeit der anderen Menschen gegenüber dem Arbeiter in keiner Weise regelt, sondern nur eine teilweise Erstattung dessen, was man ihnen schuldet, unter dem Druck drohender Streiks darstellt. Und zweitens ist der Streik, auch wenn er befohlen ist und wenn ganz andere (politische) Motive dahinterstehen, der Ausdruck seines Seelenzustandes: der Empörung gegen eine Gesellschaft, die eine dauernde Ungerechtigkeit zuläßt. Und was immer man versucht, um einen „gerechten" Lohn zu finden, der Arbeiter meint doch immer, daß er mehr gibt, als er erhält.

Das Problem ist also: ist es möglich, diese Reaktionen des Arbeiters, die einen gefährlichen und für das soziale Leben schädlichen psychologischen Zustand verraten, abzustellen? Mit anderen Worten: kann man etwas gegen die schädigenden Auswirkungen der Ermüdung und der Langeweile tun? Denn das sind, nach P. Gemelli, die wahren Ursachen der steten Unzufriedenheit des Arbeiters. Eben darum war die Opposition der Arbeiter und der Gewerkschaften gegen alle Art von wissenschaftlicher Organisation der Arbeit durchaus berechtigt. Die Vertreter dieser Methoden haben vergessen, daß unter den Motiven, die den Menschen zum Handeln drängen, die wirtschaftlichen und Nützlichkeitsmotive nur scheinbar den ersten Platz einnehmen und daß man den Menschen nicht von seiner Umwelt isolieren und nur an seiner Arbeitsstätte betrachten kann. Die Gegner der frühesten dieser Methoden haben dann die gesamtmenschliche Bedeutung der Arbeit betont und zuerst eine Physiologie, dann eine Psychophysiologie der Arbeit, schließlich die Psychotechnik herausgearbeitet. Diese hat in der Hauptsache folgende Ergebnisse gebracht: Wichtig ist

1) die Bestimmung der Arbeitsrhythmen, die Bestimmung des Einflusses, der Dauer und der Zahl der Pausen;
2) die Bestimmung der günstigsten Bedingungen, die Arbeit auszuführen, oder die Anpassung der Maschine an die Bedürfnisse und Möglichkeiten der menschlichen Arbeit;
3) Auswahl von Individuen mit Anlagen, die die schnellste Erfassung der Arbeitsmethoden gestatten, um dann an jede Arbeit diejenigen zu stellen, die die besten Anlagen haben, eine gute Rentabilität zu garantieren;
4) Untersuchung der Unfälle, insbesondere, um die besondere Veranlagung einiger Typen zu bestimmten Formen von Unfällen im Zusammenhang mit ihrer Konstitution zu erkennen;
5) die Bestimmung der in den Berufsschulen anzuwendenden Lehrmethoden.

Speziell die Engländer und Amerikaner haben diese Untersuchungen gefördert. Gemelli selber hat an Hand dieser Richtlinien die Reaktionen bei der Arbeit am laufenden Band untersucht. Ein anderes Untersuchungsfeld wäre die Langeweile, die eine der ärgsten Ursachen der Ermüdung ist.

Doch, so sagt P. Gemelli, der Psychotechnik fehlte etwas, das es ihr unmöglich machte, die Probleme der Arbeit zu lösen; sie kann nur teilweise Resultate erzielen, und man hat ihr schon bald besonders ihr Prinzip der Auswahl der Geeignetsten zum Vorwurf gemacht. Man hat daher in den letzten Jahren noch andere Studien über die Arbeit gemacht. Bei diesen neuen Untersuchungen haben die Vertreter der Auffassung der Arbeit als „menschlicher" Funktion in den Mittelpunkt ihrer Vorschläge für eine Verbesserung der Arbeitslage des modernen Arbeiters ein engeres Verhältnis zwischen Betriebsleiter und Arbeiter gestellt: nur dadurch könne das Interesse des Arbeiters an der Arbeit gesteigert und eine andere Arbeitsatmosphäre geschaffen werden.

Gegen diese aus edlen Motiven entspringenden Absichten, die Arbeitslage des Arbeiters zu ändern, macht P. Gemelli einige Einwendungen.

Zunächst einmal wird der Arbeiter bei diesen Versuchen immer noch irgendwie als „Sache", als „Gegenstand", als ein Element unter vielen andern im Produktions-

prozeß aufgefaßt. Man wägt und wertet ihn im Hinblick auf das, was er für seinen Lohn zu leisten hat. Im Gegensatz zu den ersten Versuchen, die Arbeit wissenschaftlich zu organisieren (Taylor), ist der Arbeiter zwar hier als Mensch berücksichtigt, jedoch nur bis zu einem gewissen Punkt. Er bleibt doch für die Untersuchung immer in erster Linie Arbeiter, d. h. Werkzeug zum Nutzen der Produktion; er dient zur Herstellung von etwas, das mit größerem Nutzen weiter verkauft werden kann usw. Kurz, was man auch von dieser Seite her zur Besserung der Lage des Arbeiters oder auch des Bauern tut, dieser wirft mit Recht ein, daß er nur gewertet wird im Hinblick auf das, was er einbringt, und nur danach richtet sich sein Lohn. Er erkennt wohl die Vorteile alles dessen an, was man für seine Lage tut, weiß aber, daß er dieser Vorteile nur teilhaftig wird, wenn er sein ganzes Leben lang fortfährt, in immer der gleichen Weise zu arbeiten. Aus diesem Zirkel kommt er nicht heraus, auch bei günstigsten Lohnverhältnissen. Und das wirft er dem kapitalistischen Regime vor.

Ein anderer Irrtum liegt auch in den Maßnahmen selber, die diese neuere Form wissenschaftlicher Organisierung der Arbeit einführt. Das Unternehmen sorgt hier für alle Bedürfnisse des Arbeiters (ein Beispiel dafür war z. B. der Betrieb Bata in der Tschechoslowakei). Er errichtet Schulen, Theater, Bäder, Kinos, Radio, Siedlungen, alles für die Arbeiter der Fabrik umsonst. Es sieht so aus, als ob ein vorsorglicher Vater auf alle Bedürfnisse seiner Kinder bedacht sei. Aber, so sagt P. Gemelli, wenn man einen solchen Betrieb besucht, hat man den Eindruck, die gewohnte Welt zu verlassen und in eine andere Welt einzutreten mit eigenen Gesetzen, eigenen Bräuchen und Maßnahmen; mit der übrigen Welt hat man keine Berührung mehr. Diese Bemerkung hat auch der französische Volkswirtschaftler Georges Friedmann schon gemacht *(Machinisme industriel,* 1946). Die Organisatoren dieser großen Musterbetriebe haben vergessen, daß der Arbeiter einer sozialen Welt angehört, mit der er verbunden ist. Es kann ihm nicht genügen, „Gegenstand" all dieser sozialen Maßnahmen zu sein, er muß Subjekt sein können, sich seine Welt selber gestalten. All diese großen Betriebe vergessen, daß der Arbeiter ein Mensch ist, der einer Nation, einer politischen oder sozialen Organisation, vielleicht einer Kirche angehört. Er gehört vielleicht Organisationen an, die seine Interessen vertreten, kurz, einer Welt, die nicht der Betrieb ist. Jene Wissenschaftler, die sich um die Hebung der Arbeitslage des Arbeiters bemühen, verfallen der perspektivischen Täuschung, daß der wichtigste Teil des Lebens des Arbeiters seine Arbeit sei, weil sie den größten Teil seiner Zeit beansprucht. Aber in Wahrheit gibt es für den Arbeiter eine andere Hälfte seines Lebens, die in vieler Hinsicht wichtiger und interessanter für ihn ist und von der man ihn nicht trennen darf.

Wenn man sich also um die Besserung der Lage des Arbeiters bemüht, so muß man vor allem die besondere Position erkennen, die der Mensch in der Welt der Arbeit als Glied einer menschlichen Gesellschaft hat. Das ist das besondere Anliegen P. Gemellis.

Der Arbeiter stellt dem Werk seine Arbeitskraft zur Verfügung; das bedeutet, daß er Fähigkeiten hat, die er in den Dienst des Zusammenlebens von Menschen stellt, die, wie er selber, einer bestimmten menschlichen Gesellschaft angehören. Er darf sich nicht als alleinstehendes Element im Gegensatz und in Auflehnung gegen alle anderen betrachten, in einer Lage unruhiger Unbefriedigtheit, sondern als einen Menschen, der, wie alle, seine Fähigkeiten zum Nutzen der menschlichen Kollektivität einsetzt, und dieser Einsatz muß ihm dann auch Lebensbedingungen verschaffen, die seine Bedürfnisse befriedigen, zu denen auch seine sozialen Ziele gehören. Eben darum darf er sich auch nicht in seinem Werk als Fremder fühlen müssen, sondern als Mitarbeiter, da er ihm ja seine tägliche Mühe widmet.

P. Gemelli stellt dann fest, daß es im modernen Betrieb keine Freude bei der Arbeit geben könne; er nennt es eine furchtbare Ironie, wenn man sagt, man könne diese schaffen. Er glaubt, es könne höchstens, und nur in einzelnen besonderen Fällen, die Freude geben, die aus der Befriedigung bei der eigenen Arbeit entspringt, hauptsächlich im handwerklichen Betrieb, ganz selten im industriellen. Befriedigung bei der Arbeit kann aber geschaffen werden, wenn der Arbeiter sich wirklich als Mitarbeiter im Werk fühlen kann. Heute werden verschiedene Versuche gemacht, eine solche Organisation der Betriebe zu schaffen. Die Betriebsräte sind nur ein erster schüchterner Versuch dazu. Jedenfalls kommt P. Gemelli als Psychologe zu dem Schluß, daß die Arbeit des Menschen nicht in erster Linie als „menschliche" Funktion betrachtet werden darf, wie es z. B. die Psychotechniker tun, sondern vor allem als soziale Funktion. Es sind also auch soziale Wandlungen, die den Arbeiter von seiner Unbefriedigtheit erlösen müssen.

Kirchliche Soziallehre und Sozialwissenschaft

Früher als in anderen Ländern ist sich eine katholische Elite in Frankreich der Notwendigkeit bewußt geworden, mit den Soziallehren der Kirche Ernst zu machen, aus ihnen eine soziale Aktion abzuleiten und eine neue Gesellschaftsgestaltung wirklich in Angriff zu nehmen. Die Leser der Herder-Korrespondenz wissen, was für eindrucksvolle Ereignisse die alljährlichen „Sozialen Wochen Frankreichs" darstellen, die das wesentlichste Organ einer ständig erneuten Begegnung von Lehre und Wirklichkeit geworden sind. Die großen und zahlreichen Probleme einer Gesellschaftserneuerung aus christlichem Geiste werden hier erörtert und ins Licht gerückt. „Etudes", die Zeitschrift der französischen Jesuiten, bringt in ihrer Juli/August-Nummer einen Aufsatz von *Alain Barrère,* ehemaligem Generalpräsidenten der Jugendverbände der Katholischen Aktion in Frankreich, der den Augenblick für gekommen hält, einen Überblick über die heutige Lage des „sozialen Katholizismus" zu geben *(Révision et développement du „Catholicisme social");* er nimmt vor allem seinen Ausgang von der vorjährigen „Sozialen Woche" von Paris (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 2, H. 1, S. 39 ff) und außerdem von einigen neuesten Veröffentlichungen. Für den Gegenstand, den er darstellen will, den „sozialen Katholizismus", übernimmt er eine Definition der „Sozialen Woche" von Paris: er nennt ihn eine Sozialpolitik mit dem Ziel der Humanisierung der sozialen Milieus. Von dieser Definition ausgehend, analysiert er dann Wesen und gegenwärtigen Stand der katholischen Sozialaktion.

Die Definition macht vor allen Dingen deutlich, daß die soziale Aktion, der „soziale Katholizismus" etwas anderes ist als die Soziallehre der Kirche; Barrère nennt ihn im Unterschied zu jener auch: soziale Forderungen des Christentums. Die Kirche stellt nur einige Grundprinzipien auf; von diesen aus muß der Christ dann die technische Ausführung derselben, ihre Überführung in eine bestimmte Situation und Anwendung auf eine bestimmte Wirklichkeit erarbeiten. Das ist eine Pflicht jedes Christen, eine ausdrückliche christliche Pflicht, deren sich die Führer der katholischen Sozialaktion von Anfang an bewußt gewesen sind und die heute noch genau so jede katholische Sozialaktion bewegt.

Barrère nennt es das Ruhmesblatt des sozialen Katholizismus, ein unwiderrufliches Urteil über den Kapitalismus gesprochen und das Programm der menschlichsten Gesellschaftsordnung entworfen zu haben, die man sich denken kann. Dazu befähigte ihn das christliche Menschenbild, das nicht nur das „Individuum", sondern den ganzen Menschen erfaßt und darum auch nicht auf gleicher Stufe mit dem Menschenbild des Marxismus oder des Liberalismus steht, sondern auf einer transzendenten Ebene. Der Mensch ist in der christlichen Soziallehre Person.

Eben damit, daß die christliche Soziallehre an die Stelle des Individuums in seiner Isoliertheit oder auch des Individuums als Bestandteil der Kollektivität die Person setzt, ist sie revolutionär, eine völlige Umwälzung. Dennoch ist es bekannt, daß sie als „gemäßigt", als Kompromiß verschrien wird. Wie kommt das?

Der soziale Katholizismus ist zugleich auch eine Sozialpolitik; die Lehre drängt zur Aktion. In Wahrheit ist es nicht die Lehre, die gemäßigt ist, sondern die Politik oder die aus der Lehre abgeleiteten politischen Richtlinien. Während nun die Lehre revolutionär ist, sind die politischen Methoden reformistisch. Sie sind dazu bestimmt, „das soziale Milieu zu verändern". Sozialer Katholizismus bedeutet nicht nur „Soziale Wochen", nicht nur Ideen gewisser Autoren, sondern auch Aktion der Gewerkschaften, der Familienverbände, der gegenseitigen Hilfe, der Presse, der Erziehungs- und Bildungsorganisationen usw. Und in allen diesen Sektoren erscheint die katholische Sozialpolitik reformistisch, d. h. nicht radikal, sondern „vermittelnd". Es ist selbstverständlich, daß diese Haltung dem Katholizismus von gewissen Seiten her Tadel einträgt.

Man wirft den Katholiken vor: Ihr habt eine Soziallehre und setzt sie nicht in die Praxis um. Darauf müssen die Katholiken antworten, im gegenwärtigen Augenblick könne man eine revolutionäre Politik nur durch Anwendung von Gewalt durchsetzen, und Gewaltanwendung sei kein Weg für Menschen, die von der christlichen Liebe zur sozialen Tat bewegt würden. Auch glaubt der Katholik, die Erfahrung habe bewiesen, daß reformistische Methoden bessere reale Resultate erzielten als die nur versprochenen der revolutionären Methoden. Wenn der soziale Katholizismus seine Bilanz zieht, kann er auf Erfolge hinweisen, die man ihm nicht bestreiten kann.

Doch wird er noch von einem anderen Punkt aus kritisiert; und diese andere Kritik ist viel bedenkenswerter. Man wirft dem sozialen Katholizismus vor, daß er zwar eine Doktrin besitze, jedoch keine Wissenschaft; auf dem Gebiet der Sozialökonomie gibt es tatsächlich kaum Veröffentlichungen aus katholischem Geist.

Darauf wird der Katholik erwidern, es sei nicht seine Aufgabe, eine Sozialwissenschaft zu schaffen, denn Wissenschaft sei neutral. Da die Wissenschaft die Wirklichkeit erläutert, das, was ist, konstatiert und nicht beurteilt, noch weniger beschreibt, was sein sollte, hat sie mit der Doktrin nichts zu tun. Was könnte denn auch eine von den christlichen Prinzipien ausgehende Sozialwissenschaft sein?

Alain Barrère läßt diese Entschuldigung der Katholiken nicht gelten, sie scheint ihm keineswegs befriedigend.

Gewiß, die Wissenschaft darf sich nicht den Forderungen einer Doktrin beugen; jedoch hat die Sozialwissenschaft gerade das in den Händen der Liberalen ebenso wie der Marxisten getan. Es wäre gut gewesen, wenn der Katholizismus gespürt hätte, wie ungenügend die geläufigen Theorien waren, wenn er diesen etwas entgegenzusetzen gehabt hätte. Von der Grundlage seiner Lehre ausgehend, hätte der Katholizismus mit Hilfe der Sozialwissenschaft, wenn er sie beherrscht hätte, vielleicht manche Probleme lösen können, für die er so nur äußere Abhilfen bereit hatte. (Als Beispiel nennt Barrère die Hilflosigkeit des Katholizismus gegenüber dem Phänomen der Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Welt). Barrère ist überzeugt, daß die katholische Sozialaktion einen bedeutend größeren Dynamismus hätte haben können, wenn sie einen festeren Halt an sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen besessen hätte: Aber diese Vermutung eröffnet erst die eigentliche Frage, die heute angesichts der katholischen Sozialaktion akut ist.

Alle Doktrinen müssen heute angesichts einer umgestürzten Welt ihren Bestand revidieren. Der Marxismus tut es (und bei ihm gehört das zu seinem Wesen, das in beständiger Anpassung besteht), und auch der Liberalismus tut es, indem ein „Neo-Liberalismus" den klassischen Liberalismus ablöst. Der Sozialismus sucht seine Form zwischen den Ideen Sorels und Jaurès'. Und so muß auch der soziale Katholizismus seinen Bestand überprüfen.

Eines ist für ihn unwandelbar und sicher: die christlichen Forderungen auf dem Gebiet des Sozialen. Für ihn kann es sich nur darum handeln zu untersuchen, wie diese Forderungen in unsrer neuen Situation verwirklicht werden können, was diese für Aufgaben stellt. Kurz: das Problem ist sehr einfach zu stellen — allerdings viel weniger einfach zu lösen. Dafür führt Barrère vor allem drei Gründe an :

Der erste Grund, welcher eine Neuorientierung erschwert, besteht gerade in den bisherigen Erfolgen. Es wäre so einfach, der bisherigen Linie weiter zu folgen.

Der zweite Grund liegt in der Abgeschlossenheit und Vollendung der Doktrin. Nicht als ob diese Doktrin, die nicht zum Lehramt der Kirche gehört und also nicht unfehlbar ist, nicht der Vervollkommnung fähig gedacht werden könnte; aber sie ist in ihren Grundzügen tatsächlich so harmonisch wie keine andere Soziallehre: sie trägt gleichsam einen Widerschein der geoffenbarten Wahrheit in sich. Trotzdem muß diese Lehre auch immer wieder in die Wirklichkeit überführt werden, und das bleibt eine schwierige Aufgabe.

Der dritte Grund dieser Schwierigkeit hängt mit dem notwendig abenteuerlichen Charakter einer solchen Aufgabe zusammen, denn je weiter man sich von den Prinzipien entfernt, desto unsicherer wird das Terrain, heute mehr denn je. Und je mehr der soziale Katholizismus gerade durch seine bisherigen Erfolge „offiziell" geworden ist, desto mehr erhebt sich die Frage, ob er sich auf

die Unsicherheiten der Avantgarde-Experimente einlassen darf.

Doch um in den konkreten Fragen den richtigen Weg zu finden, muß sich nun der soziale Katholizismus Rechenschaft darüber geben können, was um ihn her vorgeht, muß er erkennen, was für Möglichkeiten für eine neue Entwicklung gegeben sind. Er muß sich der neuen Lebensbedingungen unserer Zeit bewußt werden, ganz besonders mit Hilfe der Sozialwissenschaft. Diese ist für ihn unerläßlich geworden.

Aber was heißt das? Kann der Katholizismus eine Sozialwissenschaft schaffen? Oder soll er sie nur benutzen?

Hinter diesen Fragen steht die Frage nach dem Verhältnis zwischen Theorie und Doktrin — eine Unterscheidung, die viele Ökonomen heute angenommen haben.

Offenbar darf keine Doktrin sich die Wissenschaft unterordnen. Aber die Doktrin hat das Recht, die Forschungsarbeit des Wissenschaftlers in gewissen Ausmaßen zu orientieren. Sie kann ihm Aufgaben stellen. Die Sozialdoktrin setzt eine bestimmte Auffassung vom Menschen und von der Welt voraus; und die Wirtschaftswissenschaft hängt als Sozialwissenschaft par excellence von dieser Ausgangsposition ab. Eine individualistische, auf einer hedonistischen Lebensauffassung beruhende Doktrin führt zu einer Wirtschaftstheorie, in der der Mensch nur der homo oeconomicus ist; eine auf dem Kollektivinteresse aufbauende Kollektivdoktrin führt zur Theorie der Planwirtschaft. Da der Ausgangspunkt bei diesen beiden Lehren nicht der gleiche ist, erscheint auch die untersuchte Wirklichkeit beidemale in völlig verschiedener Beleuchtung. „Die Trennung zwischen Theorie und Doktrin, sagt Barrère, erscheint mir nicht so scharf, wie man zu sagen pflegt, und die Neutralität dessen, der sozialwissenschaftliche Untersuchungen anstellt, ist nicht so absolut wie die des Naturforschers: er steht selbst in der Welt drin und kann sich nicht rein rezeptiv verhalten". Es ist daher ganz entscheidend, ob das Menschenbild am Ausgang der Forschung ein vollständiges ist und nicht das einseitige, abstrakte und vereinfachte des liberalen Individualismus oder der kollektiven Gesellschaft. Die Wirtschaftswissenschaft soll keineswegs die christliche Soziallehre rechtfertigen, sondern diese soll umgekehrt jener ein zutreffendes Menschenbild zum Ausgang liefern. Erst im weiteren Verlauf kann dann die Wissenschaft wieder die Doktrin gegebenenfalls in Einzelheiten berichtigen.

Das führt zu der zweiten Frage: Kann die katholische Soziallehre die wirtschaftswissenschaftliche Theorie benutzen, und braucht sie sie? Barrère bejaht diese Frage in vollem Umfang. Denn die Sozialwissenschaften können dazu dienen, der Doktrin wertvolle Lehren zu vermitteln, die sich aus der existierenden oder zu verwirklichenden Wirklichkeit ziehen lassen. Geschieht das nicht, so bleibt die Doktrin in den Wolken. Allerdings darf man nicht meinen, darin bestehe die eigentliche Aufgabe der katholischen Soziallehre. Ihr Wesen ist es nicht, eine „christliche Wirtschaftspolitik" zu erzeugen, sie darf sich keinesfalls mit einer bestimmten Wirtschaftslehre identifizieren. Sie darf nur ihr Endziel, das Wohl aller, in den von der Wissenschaft erschlossenen realen Gegebenheiten zu verwirklichen streben.

In dieser Hinsicht handelt es sich nach der Meinung Barrères heute vor allem um zwei Punkte: erstens um eine Theorie der sozialen Strukturen und zweitens um eine Theorie der Intervention.

Die Humanisierung der sozialen Milieus, die ihr Ziel ist, setzt eine Theorie der Bedingtheit des menschlichen Lebens durch wirtschaftliche, soziale und politische Strukturen voraus. Diese müssen geändert werden, wenn dem Menschen geholfen werden soll, sein Leben zu vervollkommnen. Wie sollte das aber möglich sein, wenn eine Einsicht in das Wesen der Strukturen fehlt?

Der soziale Katholizismus, der nicht nur eine Doktrin, nicht nur eine Theorie, sondern vor allem auch Verwirklichung, Handlung ist, bedarf noch einer anderen Anpassung und Revision: der seiner politischen Methoden. Mag man es auch noch so sehr bedauern, daß hier Anpassungen nötig sind, die Tatsache bleibt doch bestehen. Der soziale Katholizismus hat bisher die bestehenden Verhältnisse angenommen, ohne deswegen seine Grundpositionen aufzugeben. Wo er nicht von heute auf morgen die kapitalistische Ordnung durch etwas anderes ersetzen konnte, hat er vorläufig eine moralische Haltung angenommen, und diese ist unerbittlich. Allerdings haben diese reformistischen Methoden oft nicht zum Ziel geführt, sie erwiesen sich als ohnmächtig.

Heute jedoch hat sich die Situation geändert. Der Kapitalismus ist nicht mehr die herrschende Gesellschaftsordnung. „Die Revolution, die die Menschen nicht gemacht haben, vollzieht sich unter unsern Augen von selbst; oder genauer: der Zerfall des kapitalistischen Systems geht Hand in Hand mit dem allgemeinen Zerfall der Werte, der Dinge und der Güter, den der Krieg verursacht hat". Heute handelt es sich darum, die Richtung zu erkennen, in die die Entwicklung führt, und zu erfassen, welche Haltung wir darin einzunehmen verpflichtet sind: ob wir uns ihr starr entgegenzustellen haben, ob wir uns ihr blind überlassen sollen, oder ob wir sie begleiten und umbiegen können.

Tatsächlich setzt sich das soziale Werden zusammen aus einem Teil Vorbestimmung und einem Teil Unbestimmtheit, und diesen letzteren können wir beeinflussen. Heute scheint es, als ob die Entwicklung, der wir beiwohnen, ebensogut zu einer völligen Entpersönlichung des Menschen wie zu einem neuen Aufstieg der menschlichen Person führen könne, dieses letztere dank der Zwischengemeinschaften, die sich heute bilden. Es ist Sache der Einsicht, den irdischen Sinn dieser Bewegung zu erkennen. Ihre tiefste Bedeutung im menschlichen Drama offenbart sich allerdings nur dem Glauben.

Alle Verwandlungen zum Guten scheinen heute nur Aussicht auf Erfolg und Dauer zu haben, wenn sie die ganze Welt in Betracht ziehen, wenn die „civitas terrestris" als Zusammenwirken aller Menschen aufgefaßt wird. Nur wir Menschen selbst müssen bescheiden und demütig sein, nicht die Ziele, die wir uns stecken, sagt Barrère. Zur Verwirklichung dieser Ziele bedarf die christliche Soziallehre der dynamischsten Kräfte unsrer Zeit, und diese liegen zweifellos in der Arbeiterklasse. Neben dieser zählt noch eine kleine wache Elite des Bürgertums, die alte Werte bewahrt und gegen gewisse Verführungen gefeit ist, denen die Arbeiterklasse leicht zum Opfer fällt. Barrère, der frühere Generalleiter der Jugendverbände der Katholischen Aktion in Frankreich, sieht diese doppelten Kräfte und Werte vor allem in der Jugend der Katholischen Aktion, in den spezialisierten Bewegungen vereint, auf die er daher die größten Hoffnungen für die Zukunft setzt.

Aus der ökumenischen Bewegung

Die erste Generalversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam

EIN HIRTENBRIEF DES NIEDERLÄNDISCHEN EPISKOPATS ZUR TAGUNG DES ÖKUMENISCHEN RATES

Der Niederländische Episkopat erließ aus Anlaß der Generalversammlung des Ökumenischen Rates einen gemeinsamen Hirtenbrief, in dem die Haltung der katholischen Kirche kurz umrissen, ihre liebevolle Sorge um die Einheit zum Ausdruck gebracht und Gebet und die Darbringung der hl. Messe für die Anliegen der Tagung angeordnet wird. Wir veröffentlichen eine Übersetzung der englischen Fassung des Hirtenbriefes, die das erzbischöfliche Ordinariat von Utrecht auf Wunsch des ökumenischen Pressebüros herausgegeben hat.

Gnade im Herrn! Liebe Brüder!

Vom 22. August bis zum 5. September wird der „Weltrat der Kirchen" zu einem Kongreß zusammentreten, um das Thema „Gottes Ordnung und die menschliche Unordnung" zu erörtern. Dieser Kongreß, der sich einem Gegenstand von so aktuellem Interesse widmen soll und der überdies in unserem eigenen Lande stattfinden wird, nämlich in Amsterdam, wird sicherlich auch die Aufmerksamkeit vieler Katholiken unseres Landes auf sich ziehen. Aus diesem Grunde, abgesehen von allen anderen, haben wir es als unsere Pflicht erachtet, Euch in einem gemeinsamen Hirtenbrief etwas über diesen Kongreß zu sagen.

Schon seit längerer Zeit sind die nichtkatholischen Christen beunruhigt wegen der zwischen den Christen bestehenden religiösen Spaltungen. Sie erkennen, daß diese Uneinigkeit dem Befehl unseres Herrn Jesus Christus widerspricht und schlimme Folgen für die Rettung der Menschheit haben muß. Die sogenannte Ökumenische Bewegung hat ihren Ursprung in dieser Besorgnis und erstrebt eine neue religiöse Einheit unter allen denen, die willens sind, Jesus Christus als ihren Herrn und Heiland anzuerkennen. Kurz vor Ausbruch des letzten Weltkrieges erlangte diese Bewegung eine bestimmte Gestalt durch die Gründung des sogenannten Weltrates der Kirchen, und der Kongreß, der nun in Amsterdam zusammentritt, wird die erste vollbeschickte Versammlung dieses Weltrates der Kirchen sein.

Geliebte Brüder, auch die katholische Kirche beklagt nicht weniger als irgend eine andere die religiöse Uneinigkeit zwischen den Christen. Auch sie erkennt, wie schlimm die Folgen dieser Spaltung sind. Auch sie ist durchaus bereit, anzuerkennen, daß diese Bemühung um eine neue religiöse Einheit von den besten Gedanken vieler Völker inspiriert wird. Aber trotz alledem fühlt sie sich genötigt, abseits zu bleiben, und so kann nicht davon die Rede sein, daß die heilige katholische Kirche an dem Kongreß in Amsterdam teilnimmt.

Dieses Abseitsstehen ist nicht begründet in irgend einer Furcht, Prestige zu verlieren, oder in irgend einer anderen rein taktischen Erwägung. Diese Haltung erwächst ausschließlich aus der Überzeugung der Kirche, daß sie unerschütterlich der Aufgabe treu bleiben muß, die ihr Jesus Christus anvertraut hat. Denn sie ist die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche, die von Jesus Christus gegründet wurde, damit sein Werk der Erlösung durch sie weitergeführt würde bis an das Ende der Zeiten; sie ist der mystische Leib Christi; sie ist Christi Braut. In ihr existiert diese Einheit unverlierbar; denn Christus hat ihr verheißen, daß die Pforten der Hölle sie nicht überwinden werden (Matth. 16, 18).

Darum können die Spaltungen unter den Christen nur auf eine Weise beendet werden: durch Rückkehr zu ihr; durch eine Rückkehr in die Einheit, die immer in ihr bewahrt worden ist. Wenn jedoch die katholische Kirche an den Bemühungen um eine neue religiöse Einheit teilnehmen würde, und dies auf gleicher Ebene mit den andern, so würde sie dadurch tatsächlich zugestehen, daß die von Christus gewollte Einheit nicht bei ihr selber fortbesteht und daß es deshalb in Wirklichkeit keine Kirche Christi gibt. Aber so etwas kann sie nie zugeben. Denn sie selber ist die eine Kirche Christi, der eine mystische Leib Christi, die eine Braut Christi. In der Tat, gerade durch ihr Abseitsstehen muß sie ununterbrochen bezeugen, daß die von Christus gewollte Einheit in ihr selber immer bewahrt worden ist und daß in ihrem Schoße die Einheit allen erreichbar bleibt.

Diese Pflicht, abseits zu bleiben, ergibt sich auch auf einem anderen Wege. Echte Einheit ist nicht möglich ohne Einheit des Glaubens. Das wird auch immer klarer durch eine wachsende Zahl von Leuten innerhalb der Ökumenischen Bewegung erkannt. Aber wie wird eine solche Einheit des Glaubens bewahrt? Unser Herr Jesus Christus hat Petrus und die andern Apostel und ihre Nachfolger beauftragt, in seinem Namen und auf seine Autorität hin das Evangelium zu predigen. „Wer euch hört, hört mich; wer euch verachtet, verachtet mich". (Luk. 10, 16). Zu diesem Zweck verhieß er ihr den Beistand des Heiligen Geistes. In der Vollmacht dieses Heiligen Geistes haben die Päpste und Bischöfe als Nachfolger Petri und der Apostel die offenbarte Wahrheit unvermischt bewahrt und mit unfehlbarer Autorität verkündet, und sie werden darin fortfahren, bis der Herr wiederkommt. Wer ihr Wort annimmt, nimmt Christi Wort an und tritt damit in die Einheit des Glaubens. Wie könnte es nun aber für den Papst und für die Bischöfe möglich sein, mit anderen zusammen nachzuforschen, ob sie vielleicht das Wort der göttlichen Offenbarung mißverstanden und menschliche Erfindungen einer göttlichen Wahrheit gepredigt haben. Was würde das anderes bedeuten als mangelnden Glauben an Christi Verheißung oder Zweifel an der Macht des Heiligen Geistes. Nein, sie kann nur weiterhin die Lehre Christi predigen mit unfehlbarer Autorität und auf diese Weise die Einheit des Glaubens bewahren.

Deshalb kann eine Teilnahme der heiligen katholischen Kirche an dem Amsterdamer Kongreß nicht in Frage kommen. Aber wir werden sicher den Verhandlungen dieses Kongresses mit denkbar größter Aufmerksamkeit

folgen. Denn dieser Kongreß ist geboren aus einem großen und ernsten Wunsch nach der von Christus gewollten Einheit, und zwar von vielen Menschen, die bereit sind, ihn als ihren Gott und Heiland anzuerkennen. Und wie könnten wir, die durch den Heiligen Geist unter der Führung des Nachfolgers Petri berufen sind, die Kirche in ihrer Einheit zu bewahren und auszubreiten, sorglos eine ernste Sehnsucht nach der Einheit mißachten? Auch kann es uns nicht gleichgültig sein, ob dieser Kongreß einen Schritt vorwärts oder rückwärts tut: einen Schritt vorwärts, falls der Kongreß zu einem verstärkten Verlangen nach der Mutterkirche und nach der Einheit führen wird, die in ihr gegeben ist; einen Schritt rückwärts, falls viele mit einer Einheit zufrieden sein sollten, die noch weit von der Einheit entfernt ist, die Christus selber gebracht hat. Eine Rückkehr zur Mutterkirche, das ist es, liebe Brüder, wodurch wahre Einheit erreicht werden kann. Aber wir wissen, daß es tief eingewurzelte Vorurteile gibt, die einer solchen Rückkehr im Wege stehen, und wir wissen, daß infolge der Mißbräuche in der Zeit der Spaltung und auch infolge der wachsenden Entfremdung der Abgrund so groß geworden ist, daß die Stimme und die Sprache der Heiligen Kirche nicht mehr von ihren getrennten Brüdern verstanden wird. Wir wissen, für viele ist eine Rückkehr nicht möglich ohne schwere innere Kämpfe und große persönliche Opfer. Wir wissen, daß eine Rückkehr aus voller Überzeugung niemals möglich ist, wenn nicht Gott durch seine Gnade die menschliche Einsicht erleuchtet und den menschlichen Willen bewegt. Und schließlich wissen wir, daß Gott um seine Gnade gebeten sein will.

Darum rufen wir Euch alle dringend auf, Priester und Volk, sich mit uns in heißen Gebeten zu vereinigen. Betet während dieser Tage für alle die, die an diesem Kongreß teilnehmen und für die vielen anderen nichtkatholischen Christen, die sehnlich nach der Einheit verlangen, die wahrhaft Christus folgen und in seiner Liebe leben und die, obwohl sie von Christi Herde getrennt sind, doch nach der Kirche schauen, und sei es oft unbewußt, als dem einzigen Hafen des Heiles. Besonders betet für die Männer, die als Führer der nichtkatholischen Christen handeln und die eine so schwere Verantwortung tragen, weil die einfachen Gläubigen von ihrer Haltung abhängen und oft nicht die rechte Einsicht aus sich selber erlangen können. Bittet unseren Vater im Himmel, „dessen Wille es ist, daß alle Menschen gerettet und zur Erkenntnis der Wahrheit geführt werden sollen" (I. Tim. 2, 4). Betet zu ihm durch Jesus Christus, „der lebt, um unser Mittler zu sein" (Hebr. 7, 25). Betet zu ihm in dem einen Heiligen Geist, der die belebende Seele des einen mystischen Leibes Christi ist. Betet darum, daß alle teilnehmen an der wahren Einheit, die nicht von Menschen gemacht ist, sondern in diese Welt gebracht worden ist durch Jesus Christus unsern Herrn.

Vergeßt jedoch nicht, liebe Brüder, daß Euer Beispiel ebenso notwendig ist wie Euer Gebet. In früheren Zeiten hat das unchristliche Leben vieler Katholiken zu dem Abfall von der Kirche beigetragen. Auf dem Konzil von Trient hat die Kirche selber dieser Apostasie ein Ende bereitet durch eine durchgreifende Reform „an Haupt und Gliedern". In gleicher Weise wird die Rückkehr zur Mutterkirche am besten gefördert, wenn wir die Heiligkeit unseres Glaubens in der Heiligkeit unseres Lebens und Wirkens bekunden.

Und wenn in der Vergangenheit bei der Verteidigung der katholischen Einheit nicht alle Katholiken immer von Liebe geleitet worden sind und daher nicht immer des Apostelwortes gedacht haben, „die Wahrheit in Liebe wirkend" (Eph. 4, 15) und daher nicht frei sind von Schuld an der Entfremdung zwischen uns und den nichtkatholischen Christen, so ist das sicherlich nicht nach dem Geiste unserer Mutter, der Heiligen Kirche, gewesen. Sie selber ist und bleibt die heilige Kirche. Sie bleibt heilig in ihrer Liturgie, den Sakramenten und ihrem Opfer sowie in dem Gnadenleben, das sie dadurch vermittelt. Sie bleibt heilig in ihrer Lehre, die von Gott kommt und zu Gott zurückführt. Sie bleibt heilig in ihren Gesetzen, die nur ausgerichtet sind zur Ehre Gottes und zur Errettung der Menschheit. Sie bleibt heilig, weil sie zu allen Zeiten große Heilige hervorbringt. Aber alle ihre Glieder sind und bleiben menschliche Wesen; in ihnen mag sich die menschliche Natur — manchmal allzu menschlich — offenbaren; in dieser menschlichen, allzu menschlichen Schwäche mag manchmal die Quelle des Ärgernisses und auch der Grund für die Tatsache liegen, daß viele nicht imstande sind, die wahre Heiligkeit der Kirche zu sehen.

Darum liegt in diesen Zeiten auf uns Katholiken eine schwere Verantwortung. Nachdem nunmehr viele, die Christus anerkennen, eine starke und wirkliche Sehnsucht nach der Einheit gezeigt haben, ist es von großer Bedeutung, daß unser Leben ganz vom Geiste Christi durchwirkt ist und daß in all unserm Tun, in jedem Bereich des Lebens wir nichts anderes als Jesus Christus suchen sollten und die Ausbreitung seines Reiches. Mehr als je zuvor sollten wir heute Christi Wort befolgen: „Euer Licht laßt leuchten vor den Menschen, daß sie Eure guten Werke sehen und Euren Vater rühmen, der im Himmel ist" (Matth. 5, 16). Mehr als je zuvor müssen wir nun die Heiligkeit der Kirche in unserem Leben sichtbar machen. Gebe Gott, daß alle diese Pflicht verstehen; und möge der Heilige Geist, der der Geist Christi ist, unserer Schwachheit helfen bei der Erfüllung dieser Pflicht (Röm. 8, 26).

Zuletzt, geliebte Brüder, ordnen wir an, daß in allen Kirchen, die zu der Kirchenprovinz der Niederlande gehören, und in allen Kapellen, an denen ein Rektor bestellt ist, am Sonntag, den 29. August, eine feierliche oder mindestens eine gesungene heilige Messe zelebriert werden soll, um Gott zu bitten, alle möchten an der Einheit der Heiligen Kirche teilnehmen. Zu diesem Zweck ist das Formular zu gebrauchen, das in dem römischen Missale als Votivmesse zur Beendigung des Schismas bezeichnet ist (Missa ad tollendum schisma). Wir vertrauen darauf, daß Ihr alle Euch so eng wie möglich dem heiligen Opfer anschließen werdet.

Dieser unser Hirtenbrief soll in der üblichen Weise und zu der vorgesehenen Zeit während allen heiligen Messen am Sonntag, dem 22., in allen Kirchen, die zu der Kirchenprovinz der Niederlande gehören und in allen Kapellen mit einem Rektor verlesen werden.

Die Vollversammlung des „Ökumenischen Rates" hat den Zentralausschuß beauftragt, diesen Hirtenbrief zu beantworten.

DER VERLAUF DER TAGUNG

Der im Jahre 1938 in Utrecht gegründete Ökumenische Rat der Kirchen, der damals einen vorläufigen Ausschuß

von 14 Mitgliedern zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung eingesetzt hatte, sah sich in Amsterdam zunächst vor die Aufgabe gestellt, den Utrechter Verfassungsentwurf (siehe Herder-Korrespondenz 2. Jg., H. 7, S. 320) durch die erste Vollversammlung genehmigen zu lassen und den vorläufigen Ausschuß zu entlassen. Das geschah in der Plenarsitzung vom 23. August durch Annahme folgender vom Präsidenten Marc Boegner, Paris, vorgelegten Resolution:

„Die erste Versammlung des Weltrates der Kirchen erklärt sich als vorhanden und ist hierdurch konstituiert in Übereinstimmung mit dem Verfassungsentwurf von Utrecht 1938, der von den Kirchen bestätigt worden ist; die Versammlung besteht aus solchen Personen, die als offizielle Delegierte derjenigen Kirchen ernannt worden sind, die dem Rat angehören; die Gründung des Weltrates der Kirchen wird damit als vollzogen erklärt".

In einer späteren Sitzung wurde das Präsidium des Ökumenischen Rates gewählt, das bisher fünf Mitglieder betrug und nunmehr auch noch einen Vertreter der Missionskirchen enthält. Das Präsidium besteht aus: Pfarrer Marc Boegner, Präsident der Reformierten Kirche in Frankreich, Dr. Geoffry Fisher, Erzbischof von Canterbury, Dr. Germanos, Erzbischof von Thyateira, Dr. Erling Eidem, Erzbischof von Upsala, ferner Bischof Bromley Oxnam (Methodist), USA, und Professor Chau (Anglikaner), Dekan einer Hochschule in China. Zum Ehrenpräsidenten wurde der Friedensnobelpreisträger Dr. John Mott gewählt.

Ferner wurde der aus 90 Mitgliedern bestehende Zentralausschuß des Ökumenischen Rates gewählt, der in den fünf Jahren bis zum Wiederzusammentritt der Vollversammlung diese vertritt. Bei der Zusammensetzung dieses Gremiums, das 150 Mitgliedskirchen repräsentiert, wurde nicht nur die zahlenmäßige Größe der einzelnen Kirchen, sondern auch konfessionelle und geographische Gesichtspunkte berücksichtigt. Acht Plätze wurden freigehalten für diejenigen orthodoxen Kirchen, die noch nicht dem Rat angehören. 12 Mitglieder sind Laien, darunter zwei Frauen. Unter den konfessionellen Gruppen stehen die Lutheraner und die Reformierten mit je 10 Sitzen an der Spitze, ihnen folgen die Orthodoxen mit 13 und die Anglikaner und Methodisten mit je 10 Sitzen. Dem Zentralausschuß gehören sieben deutsche Mitglieder an: Bischof D. Dibelius, Landesbischof D. Lilje, Landesbischof D. Meiser, Kirchenpräsident D. Niemöller, Moderator Lic. Niesel, Dr. Reinold von Thadden-Trieglaff und als Vertreter der Brüdergemeinde Lic. Renkewitz.

Das Programm

Das Programm der Vollversammlung umfaßte drei Hauptteile, Gottesdienst, Arbeit und Studium. Am Anfang jedes Tages fand ein Gottesdienst statt, der die Delegierten „als Glieder der einen Familie Christi" zusammenführte. Die Gliederung der Morgenandachten sollte die „verschiedenen Bräuche christlicher Anbetung in den Kirchen widerspiegeln und zur gleichen Zeit die geistige Einheit offenbaren, die hinter der Verschiedenheit der Formen liegt", wie der Generalsekretär des amerikanischen Kirchenbundes, Dr. Samuel McCrea Cavert, ausführte. Für das Heilige Abendmahl war kein besonderer offizieller Akt in der Vollversammlung vorgesehen. Damit wurde anerkannt, „daß unter den heutigen Verhältnissen es Kirchen gibt, deren Glieder nicht mit gutem Gewissen an solch einem Gottesdienst teilnehmen können ..." Deshalb wurden Vorbereitungen für eine kleinere Zahl von Abendmahlsfeiern getroffen, die den verschiedenen historischen und liturgischen Traditionen entsprachen. Beim Sonntagmorgengottesdienst, der nach dem Brauch der niederländisch-reformierten Kirche abgehalten wurde, sollten nach der Programmankündigung alle Mitglieder der Vollversammlung als Abendmahlsgäste willkommen sein und auch Geistliche anderer Kirchen amtieren.

Die Arbeit vollzog sich in verschiedenen Komitees, deren erstes alle Fragen der Konstitutierung und die Abänderung des Verfassungsentwurfs gemäß acht Ergänzungsvorschlägen behandelte. Ein zweites Komitee befaßte sich mit den künftigen richtunggebenden Grundsätzen des Rates, ein drittes mit der Verwaltung, Vorschlägen für die Erweiterung der Arbeit und dem Budget. Unabhängig von diesen Komitees tagten die vier Studienkommissionen gemäß dem Programm, über das wir in den früheren Heften ausführlich berichtet hatten.

Im folgenden drucken wir Auszüge aus den Berichten über die Arbeit des Vorläufigen Ausschusses ab, die von Pfarrer M. Boegner und von Generalsekretär Dr. Visser 'tHooft gegeben wurden.

Ein prophetisches Amt

In dem Bericht von Pfarrer Boegner heißt es unter anderem:

„Ein Zeuge, ein Erzieher, ein Prophet, das sind wohl, wie es mir erscheint, die Hauptaspekte der Mission, für die der Vorläufige Ausschuß schlechthin bis jetzt die Verantwortung übernehmen mußte. Ein Zeuge: die Tatsache allein, daß sich der Ökumenische Rat, der im Jahre 1938 gegründet wurde, ohne die Tagung der 1. Vollversammlung abzuwarten, provisorische Studien- und Arbeitsorgane schuf, beweist die geistige Revolution, die seit dem Anfang dieses Jahrhunderts in vielen christlichen Kirchen stattfand ...

Ein solcher Plan erfordert eine große und geduldige Umerziehung. Das hat vom ersten Tag an der vorläufige Ausschuß des Ökumenischen Rates verstanden und danach gehandelt. Seit 10 Jahren ist er ein beharrlicher Erzieher ...

Darf ich Ihnen vielleicht noch sagen, daß der Ausschuß, der Ihnen morgen seine Vollmachten übergeben wird, im Verlaufe dieser zehn provisorischen Verfassungsjahre trotz all seiner Schwäche von Gott beauftragt wurde, ein prophetisches Amt durchzuführen.

Er hat es zunächst verwaltet, weil er existierte und durch die Tatsache, daß er existierte, war er Zeuge. Er war inmitten der geteilten christlichen Kirchen ein ständiger Aufruf, ihre Spaltungen wieder im Lichte des hohenpriesterlichen Gebetes und der apostolischen Kirchenlehre zu betrachten, die in sich nicht nur eine Verpflichtung, sondern auch eine Versprechung enthalten. Ohne jemals den Anspruch auf eine Überkirche zu erheben, die eine Autorität auf alle Kirchen ausübt, ohne sich jemals an die Vorbereitung konfessioneller Annäherungen zu klammern, die eine Angelegenheit der Kirchen und nicht die seine ist, hat er allen immer wieder die Versicherung vorgelegt, daß die Einheit ein Geschenk Christi an seine Kirche ist, ein Geschenk, das die Sünde,

der Unverstand, der Hochmut und die Ungläubigkeit der Leute nicht vernichten können, damit dieses Geschenk eines Tages in seinem Glanze erscheine; jede Kirche muß in Wirklichkeit immer mehr zu dem werden, was sie zu sein vorgibt, nämlich: eine liebende und dienende, lebende Kirche unseres Heilandes Jesu Christi, die in wachsendem Maße nach der Wahrheit strebt, die nur in der Liebe gesehen werden kann.

Dieses prophetische Amt hat der Ökumenische Rat in seiner provisorischen Form bei all seinen Handlungen im Auge behalten. Immer bemühte er sich, den Kirchen vorauseilend, diesen eine Realität zu zeigen, die sie alle übertrifft und die ihnen die Gewißheit des Vollendens gibt, weil sie schon in ihnen ist. Wieviele Kirchen haben durch den Ökumenischen Rat gelernt, zu unterscheiden, daß es innerhalb der anderen Kirchen nicht nur Versuche zum Kompromiß gibt oder eine doktrinäre Konfession, sondern Fragen, die ihr von dem Herrn der ganzen Kirche gestellt werden!

Indem sie Mitglieder des Ökumenischen Rates werden, haben sie einen heiligen Wetteifer begonnen, wo sie zusammen entdecken, daß für jede und für alle eine Menge erreicht werden kann, oder besser gesagt auf dem Wege einer mutigeren und freudigeren Unterordnung erhalten werden kann; eine Fülle, durch die jede Kirche zu dem wird, was sie sein sollte und die Freude haben wird, sich mit den anderen in der Einheit der Kirche eins zu wissen ...

Prophet der Einheit: Gott wollte, daß der Ökumenische Rat, selbst während seiner Bildungsjahre, die durch den Krieg verlängert wurden, über dem stehen sollte, was wir vorgesehen hatten. Er war Prophet öfter durch seine Handlungen als durch Worte, die notwendigerweise nur selten gebraucht wurden; er war der Prophet der christlichen Einheit, die sich in all den Liebesdiensten lebendig geworden zeigte, die im Namen aller Kirchen und im Dienste aller derer gemacht wurden, von denen der Herr der Kirche will, daß wir das Zeichen seiner Gegenwart sehen ...

Von grundsätzlicher Bedeutung sind vor allem die Ausführungen des Generalsekretärs Dr. Visser 'tHooft:

Eine Lehrzeit

Während der zehn Jahre, die vergangen sind, seit der Plan zur Bildung eines Ökumenischen Rates der Kirchen endgültige Formen annahm, lebte der Rat in einer Zeit „zwischen den Zeiten", in der Zone des Zwielichts zwischen Existenz und Nicht-Existenz. Daraus erwuchs beträchtliche Unsicherheit. Die Frage, ob der vorläufige Ausschuß vorwärts gehen und neue Verantwortlichkeiten übernehmen sollte, trotzdem die Kirchen noch keine Gelegenheit hatten, die praktische Arbeit und das Programm des Rates festzulegen, konnte nicht befriedigend beantwortet werden. Aber von einem anderen Gesichtspunkt aus haben sich diese zehn Jahre doch als ein verhüllter Segen erwiesen, denn sie sind die Lehrzeit gewesen. Die Aufbauzeit erwies sich als eine Zeit der Formgebung. Wir haben Lektionen gelernt, die wir jetzt gut anwenden können in dem Augenblick, in dem wir die dauerhaftere Struktur festlegen sollen.

Welches sind diese Lektionen? Zunächst haben wir viel gelernt über die Ausmaße unserer Aufgabe. Wir wissen jetzt, daß diese Ausmaße viel gewaltiger sind, als wir vor zehn Jahren dachten. Wir haben in einen Abgrund von Unkenntnis und Indifferenz gesehen, der überbrückt werden muß, wir haben Berg von Mißverständnissen vor uns gesehen, die beiseite geschoben werden müssen. Wir kennen die Schwierigkeit besser, die entsteht, wenn wir zusammen lernen, aufs neue auf Gottes Wort für seine Kirche zu hören. Wir stehen noch ganz am Anfang dieser gemeinsamen Aufgabe, unsere Verwirrung zu überwinden und die Einheit des Volkes Gottes zu manifestieren. Unsere Geduld miteinander leben und arbeiten zu lernen, muß etwas von der Geduld Gottes mit unserer Herzens-Härtigkeit widerspiegeln.

Wir haben weiterhin gelernt, daß die Lebenskraft dieses Rates vollständig von der Lebenskraft der Kirchen abhängt, aus denen er zusammengesetzt ist. Damit ist nicht nur gemeint, daß wir keine Aufgaben angreifen können, wenn die Kirchen sie nicht unterstützen. Es ist vielmehr gemeint, daß unser gemeinsames Zeugnis in Wort und Tat keine Substanz und keine überzeugende Kraft hat, wenn nicht dieses Zeugnis in allen Kirchen örtlich und auf nationaler Basis ebenfalls gegeben wird. Ökumenische Botschaften über die Unordnung der Welt können die Welt nicht beeindrucken, wenn wir uns nicht mit der Unordnung auf geistlichem Gebiet befassen, die wir in unseren Nationen und Städten so deutlich zur Schau stellen. Unsere Bezeugungen der Einheit können nur dann auf ein Echo rechnen, wenn wir in jeder örtlichen Gemeinde das freudige Bewußtsein wecken, an der Kirche Christi als ganzer teilzuhaben und für sie verantwortlich zu sein.

Wir haben auch die einfache Lehre gelernt, daß die ökumenische Kirche da aufgebaut wird, wo wir als einander verbundene Glieder handeln. Wenn die Kirche ein wesentlicher Teil des Glaubens und des Gebetes vieler Christen geworden ist, dann liegt das vor allem an den Zeiten, in denen die Tatsache der Una Sancta sich unter uns ereignet hat: im Zeugnis der Bekennenden Kirchen, die im Namen der ganzen Kirche Christi sprachen, in der Fürbitte für verfolgte Kirchen, in Gottesdiensten unter Kriegsgefangenen und Flüchtlingen, in brüderlicher Hilfe, die leidenden Kirchen und verwaisten Missionen zuteil wurde, in der Wiederherstellung von Beziehungen im Namen des gemeinsamen Herrn wie in Stuttgart und Oslo. In der ökumenischen Bewegung hat nichts so viel Erfolg wie das Zusammensein der Kirche.

Mißverständnisse

Jetzt, da der Rat tatsächlich entsteht, ist es unsere rechte Aufgabe, uns selbst und der Welt gegenüber klarzumachen, was unser Zusammenkommen bedeutet, und was es nicht bedeutet. Die Funktionen des Rates sollten deshalb so deutlich wie möglich definiert werden. Gerade die Tatsache, daß wir einen ganz neuen Typ zwischenkirchlicher Gemeinschaft aufbauen, für den es in der Kirchengeschichte keine Vorbilder gibt, bedeutet, daß unsere Pläne leicht mißverstanden werden. Ein hartnäckiges Mißverständnis ist der Gedanke, daß dieser Rat eine Super-Kirche werden möchte, ein Zentrum ekklesiastischer Macht, das danach streben wird, die Kirchen, die ihm angehören, zu kontrollieren. Unsere Verfassung macht es so deutlich wie möglich, daß der Rat keine solchen Absichten hat und keine solche Autorität beansprucht. Darüber hinaus weiß jeder, der in der ökumenischen Arbeit gestanden hat, daß der geringste Versuch, solche Kontrolle auszuüben, unweigerlich auf den bestimmten Widerstand von seiten unserer Kirchen stößt, die ein deutliches Bewußtsein ihrer Unabhängig-

keit besitzen. Es wird jedoch angebracht sein, in absolut unmißverständlicher Weise wieder festzustellen, was der Vorläufige Ausschuß schon 1947 erklärt hat, nämlich, daß wir die Vorstellung verwerfen, derzufolge der Rat eine zentralisierte verwaltungsmäßige Autorität würde.

Ein weiteres Mißverständnis in bestimmten Gruppen ist das, daß der Rat politische Ziele verfolgt. Wir leben in einer Welt, die von der Politik besessen ist, und sehr viele Menschen können einfach nicht glauben, daß irgend ein Unternehmen internationaler Art frei von politischen Neigungen sein sollte. Unsere Aufgabe besteht darin, in Wort und Tat zu beweisen, daß wir einem Herrn dienen, dessen Herrschaftsreich sicherlich die Politik einschließt, aber dessen rettende Absicht alle politischen Gruppierungen überschneidet und Menschen aller Parteien, aller Länder umschließt.

Was ist dann die wahre Funktion unseres Rates? Unser Name gibt uns den Schlüssel zu einer Antwort. Wir sind ein Rat von Kirchen, nicht der Rat der einen ungeteilten Kirche. Unser Name zeigt unsere Schwäche und unsere Beschämung vor Gott, denn es kann nur eine Kirche Christi auf Erden geben, und letzten Endes gibt es sie. Unsere Pluralität ist im tiefsten Sinne unnormal; aber unser Name zeigt auch an, daß wir uns dieser Lage bewußt sind, daß wir sie nicht passiv annehmen, daß wir uns vorwärts bewegen wollen auf die Manifestation der einen heiligen Kirche hin. Unser Rat stellt deshalb eine Notlösung dar — eine Strecke auf dem Weg — eine Körperschaft, die zwischen der Zeit der vollständigen Isolierung der Kirchen voneinander und der Zeit — auf Erden oder im Himmel — lebt, in der es sichtbar wahr werden wird, daß es nur eine Herde und einen Hirten gibt.

Die Funktionen des Rates ergeben sich aus dieser Lage. Wir sind eine Gemeinschaft, in der die Kirchen nach einer langen Periode, in der sie einander außer Acht gelassen haben, anfangen, einander kennen zu lernen. Wir sind eine Gemeinschaft, in der die Kirchen in ein ernstes und dynamisches Gespräch über die Schwierigkeiten im Glauben, in der Botschaft, in der Kirchenverfassung miteinander eintreten. Wir sind eine Gemeinschaft, in der christliche Solidarität verwirklicht wird, so daß die Kirchen ihren schwachen und bedürftigen Schwesterkirchen helfen. Wir sind eine Gemeinschaft, in der wir gemeinsam die Herrschaft Christi in allen Angelegenheiten zeigen, in denen uns ein gemeinsames Wort für die Kirchen und für die Welt gegeben ist. Wir sind vor allem eine Gemeinschaft, die versucht, der Einheit in Christus Ausdruck zu verleihen, die uns bereits gegeben ist, und den Weg zu einer volleren und viel tieferen Darstellung dieser Einheit vorzubereiten sucht.

Wir dürfen uns nicht zu hoch einschätzen. Die ganz realen und tiefen Unterschiede zwischen uns, die auch in dieser Vollversammlung erscheinen werden, die Abwesenheit eines großen Teiles der Christenheit sind Gründe, demütig zu sein. Auf der andern Seite aber dürfen wir auch die Gabe nicht unterschätzen, die Gott uns gegeben hat. Wenn wir das empfangen, was wir zu empfangen hoffen — nämlich diese Koinonia des Sich-Kennens, des Gesprächs, der gegenseitigen Hilfe, des Zeugnisses und des Trachtens nach völliger Einheit — dann haben wir Grund, uns über die Güte Gottes zu verwundern, der uns erlaubt, in unseren gegenseitigen Beziehungen nach den langen Jahren der Trennung in dieser Weise einen neuen Anfang zu machen.

Die Abwesenden

Ich wende mich nun der Mitgliedschaft des Rates zu. Mit wenigen Ausnahmen haben die Kirchen, die eingeladen wurden, an der Konstituierung des Rates teilzunehmen, die Einladung angenommen. Wenn man sich daran erinnert, daß die ökumenische Bewegung noch sehr jung ist, und daß es ein neuer und für die meisten Kirchen erstmaliger Schritt ist, sich einer Gemeinschaft mit anderen Kirchen und anderen Konfessionen anzuschließen, die bleibenden Charakter trägt, dann bedarf die Bedeutung der Zusammenkunft von 150 Kirchen von so vielen Konfessionen und von allen Kontinenten keiner weiteren Erläuterung.

Aber gerade weil wir auf der einen Seite so weit in der Verwirklichung der „Ökumene" gegangen sind, nämlich der weltweiten christlichen Gemeinschaft, fühlen wir um so deutlicher, daß wir nicht die Christenheit als Ganzes vertreten. Einige Kirchen, die den Wunsch ausgedrückt haben, in dieser Vollversammlung vertreten zu sein, waren nicht in der Lage, ihre Delegierten zu senden, und zwar aus Gründen, die nicht von ihrem eigenen Willen abhängen. Wir werden in unseren Gebeten ihrer besonders gedenken und werden uns freuen in dem Bewußtsein, daß die Gemeinschaft in Christus derartige Beschränkungen und Hindernisse überschreitet, wie sie die Welt aufstellt.

Es gibt andere Kirchen, die die Einladung, an der Konstituierung dieses Rates teilzunehmen, abgelehnt haben. Wir freuen uns über die Anwesenheit offizieller Delegierter von verschiedenen historischen heiligen orthodoxen und anderen östlichen Kirchen. Aber wir sind uns deutlicher der Abwesenheit verschiedener anderer großer östlicher orthodoxer Kirchen bewußt. Der Vorläufige Ausschuß hat es der Orthodoxen Kirche Rußlands so deutlich wie möglich gemacht, daß ihre volle Teilnahme begrüßt werden würde und gewisse Mitteilungen, die wir von dieser Kirche erhielten, ließen die Hoffnung entstehen, daß eine günstige Entscheidung gefällt werden würde. Aber die kürzliche Zusammenkunft in Moskau hat anders entschieden. Ein Beschluß wurde angenommen, der unsere Bewegung als eine Körperschaft beschreibt, die sich nicht wirklich mit der Einheit der Kirchen befaßt, sondern politischen und sozialen Einfluß zu gewinnen sucht. Die Konferenz erklärt deshalb, daß die dort vertretenen Orthodoxen Kirchen nicht in der Lage seien, an der ökumenischen Bewegung in ihrer gegenwärtigen Form teilzunehmen. Eine Mitteilung des Pariarchats von Moskau fügt hinzu, daß dies nicht bedeutet, daß die Kirche nicht an der Tätigkeit der ökumenischen Bewegung interessiert ist und drückt die Hoffnung aus, daß das Patriarchat auch weiterhin über die Arbeit des Ökumenischen Rates informiert wird.

Das eine hoffnungsvolle Element in dieser Lage ist, daß die Gründe, die für die negative Entscheidung gegeben sind, auf ein vollständiges Mißverstehen der wahren Natur unserer Bewegung aufgebaut sind — ein Mißverstehen, das leicht in einer Kirche aufkommen kann, deren Leiter keine unmittelbare Kenntnis des ökumenischen Lebens haben. Wenn wir hier in Amsterdam und in den folgenden Jahren erreichen, daß es deutlich wird, daß wir weit davon entfernt sind, politische Ziele zu verfolgen — wir haben kein anderes Anliegen als das Anliegen der Herrschaft Christi überall — im Osten und Westen — und für Seine Kirche als die eine heilige

Kirche — kann es doch noch möglich sein, die bestehenden Mißverständnisse zu beseitigen. Unser Weg ist auf jeden Fall klar. Wir wollen die Tür für die Kirche von Rußland und andere orthodoxe Kirchen offen halten, die unter uns noch nicht vertreten sind, und wir sollten uns für sie so verantwortlich fühlen, wie wir für uns füreinander verantwortlich fühlen.

Die Römisch-Katholische Kirche bedarf ebenfalls besonderer Erwähnung. Da der Vorläufige Ausschuß sich durchaus der Gründe bewußt war, derentwegen diese Kirche an der ökumenischen Bewegung nicht teilnehmen würde, wurde sie nicht eingeladen, offizielle Delegierte zur ersten Vollversammlung zu entsenden. Aber schon in den ersten Stadien der Vorbereitung 1939 wurde entschieden, den Heiligen Stuhl über die Pläne zu informieren, die entworfen wurden. *(Vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jg., Heft 8, S. 372).* Angesichts zahlreicher Anfragen, die von römischen Katholiken eingingen, entschied der Vorläufige Ausschuß 1947, eine begrenzte Zahl nicht-offizieller römisch-katholischer Beobachter einzuladen, der Vollversammlung beizuwohnen. Aber obwohl viele der Eingeladenen den deutlichen Wunsch ausdrückten, nach Amsterdam zu kommen und zwar mit Wissen ihrer unmittelbaren Vorgesetzten, hat das Heilige Offizium im Juni entschieden, daß niemandem die Erlaubnis erteilt werden sollte, nach Amsterdam zu gehen. Diese Entscheidung ist um so bedauerlicher, als in den letzten Jahren viele römisch-katholische Priester und Laien ein tiefes Verständnis für die Ziele und das Leben unserer Bewegung gezeigt haben. Tatsächlich ist das Interesse an dieser Vollversammlung, das einzelne römisch-katholische Priester und Laien gezeigt haben, und das sich in Zulassungsanträgen, in Artikeln und persönlichen Besuchen ausdrückte, eines der auffallendsten Kennzeichen der Vorbereitungszeit gewesen. Es wird sich zeigen, ob das „Veto" des Heiligen Offiziums tatsächlich bedeutet, daß diese neue und hoffnungsvollere Annäherung mitverurteilt ist, oder ob eine Möglichkeit für ein weiteres Gespräch besteht. Vom Ökumenischen Rat aus müssen wir hoffen und dafür beten, daß wirklich Möglichkeiten fruchtbaren Kontaktes weiterbestehen bleiben.[1])

Es gibt andere Kirchen, die sich weigern, sich uns anzuschließen oder uns sogar angreifen. So kann einer Welt, die von Machtkomplexen besessen ist, die Bildung dieses Rates als die Entstehung eines neuen Zentrums kirchlicher Macht erscheinen, das mit denen, die bereits bestehen, in Konkurrenz eintreten wird. Diese Vollversammlung wird es sicher absolut deutlich machen müssen, daß ihr nichts ferner liegt als dies. Wir bilden diesen Rat nicht in einem Geiste des Ehrgeizes oder um uns an irgend einem Streit um Macht zu beteiligen. Wir bilden ihn in einem Geist der Buße für unser Versagen, die Kirche zusammen zu s e i n, und um gemeinsam den Herrn zu bezeugen, der kam, um allen zu dienen.

Die christologische Basis

Auf dieser Vollversammlung werden wichtige Entscheidungen über unsere künftigen Grundsätze im Blick auf Mitgliedschaft gefällt werden müssen. Es ist ganz deutlich geworden, daß bestimmte Maßstäbe zur Mitgliedschaft benutzt werden müssen, wenn der Ökumenische Rat der Treffpunkt von Kirchen bleiben soll, die einander achten und einander als Partner einer gemeinsamen Sache anerkennen. Die Definition dieser Maßstäbe bleibt jedoch ein schwieriges Problem. Einerseits sollte die Mitgliedschaft solchen Kirchen nicht angeboten werden,

---

[1]) *Zu der Frage des römischen Monitums ist folgendes zu sagen:*

Im Einklang mit dem geltenden kanonischen Recht macht der Text des „Monitum" (Vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jg., Heft 10, S. 443) die Führung solcher Gespräche abhängig von besonderer Erlaubnis des Hl. Vaters bzw. des zuständigen Bischofs. Das „Monitum" sagt nicht, daß eine solche Erlaubnis in jedem Fall verweigert würde. Sie ist tatsächlich nach Erlaß des „Monitum" bereits in zwei Fällen durch den Hl. Stuhl selbst für Deutschland erteilt worden. (Siehe auch den Kommentar des Radio Vatikan a. a. O. S. 444). Das dem „Monitum" zugrundeliegende Anliegen der Kirche hat der Hl. Vater, ohne den Erlaß des Hl. Offiziums unmittelbar zu zitieren, in seiner Ansprache an den Mainzer Katholikentag so formuliert:

„Wir wissen, wie drängend bei vielen eures Volkes, Katholiken und Nichtkatholiken, die Sehnsucht nach Einheit im Glauben ist. Wer könnte diese Sehnsucht lebendiger empfinden als der Stellvertreter Christi selbst? Die Kirche umfaßt die im Glauben Getrennten mit „ungeheuchelter Liebe" und mit der Inbrunst des Gebets für ihre Rückkehr zur Mutter, der Gott weiß wie viele von ihnen ohne persönliche Schuld fernstehen. Wenn die Kirche unbeugsam ist gegenüber allem, was auch nur den Anschein eines Kompromisses, eines Ausgleichs des katholischen Glaubens mit anderen Bekenntnissen oder der Vermengung mit ihnen erweckt, so deshalb, weil sie weiß, daß es nur einen unfehlbaren sicheren Hort der ganzen Wahrheit und der Fülle der Gnade. die uns durch Christus geworden, immer gegeben hat und immer geben wird, und daß dieser Hort nach dem ausdrücklichen Willen ihres göttlichen Stifters schlechthin sie selber ist."

Der „Felsen Petri" ist für viele, die der darauf erbauten Kirche ohne persönliche Schuld fernstehen, oft noch ein „Stein des Anstoßes". Da er von Christus selbst, dem eigentlichen „Eckstein, den die Bauleute verworfen," gelegt wurde, um die Sichtbarkeit, Rechts- und Gnadenfülle Seiner Kirche nach Seinem Aufstieg zur Rechten des Vaters bis ans Ende der Zeiten zu gewährleisten und fruchtbar zu machen, muß die Leitung der Kirche und jeder Katholik allen Anschein vermeiden, der diese Heilswahrheit verschleiern könnte. Nicht Selbstgerechtigkeit ist der Grund dieses Verhaltens, sondern die Gewissenspflicht des Zeugnisses für die Wahrheit, wie es zuerst dem Papst als „Diener der Diener Gottes", dann allen Bischöfen, Priestern, Getauften und Gefirmten im hierarchisch geordneten Apostolat der Kirche übertragen ist. — Daran mahnte das „Monitum" zu einem Zeitpunkt, da manche Katholiken dem hohen Geist der Einheit nicht in der von Christus festgelegten Ordnung zu dienen suchten.

Wenn diese Mahnung von den Katholiken in Gehorsam und im demütigen Gebet befolgt wird, bewirkt sie eine positive Begegnung mit dem sichtlich aufrichtig die Einheit suchenden Geist des vorstehenden „Berichtes".

(Anmerkung der Schriftleitung)

die noch nicht in angemessener Weise reif und autonom geworden sind, andererseits sollten jüngere und ältere Kirchen, die sich in besonders schwierigen Verhältnissen befinden, ermutigt werden, an einer weltweiten christlichen Körperschaft teilzunehmen. Aber der grundlegende Maßstab bleibt die Annahme der Basis des Rates. Auf Grund des Echos der Kirchen kann man annehmen, daß ein fast einstimmiges Einverständinis darüber besteht, daß der Rat seine deutliche christozentrische Basis festhalten muß, und daß die Bezeugung der Gottheit unseres Herrn, die in der gegenwärtigen Basis enthalten ist, nicht erweicht werden darf. Dies ist auch die feste Überzeugung des Vorläufigen Ausschusses. Denn es ist der auferstandene Herr, der jetzt zur rechten Hand des Vaters regiert, der uns allein die Einheit geben kann, die wir uns wünschen. Es bleibt jedoch die Frage, ob die gegenwärtige Basis angesichts ihrer Kürze und der daraus folgenden Einseitigkeit vielleicht einer Klärung und Erweiterung bedarf.

Die Struktur des Rates

Die Struktur des Rates wird weithin durch die Entscheidungen bestimmt werden, die die Vollversammlung im Blick auf die Verfassung fällen wird. Der wichtigste Änderungsvorschlag, der dem Vorläufigen Ausschuß vorgelegt wurde, betrifft die Art der Zuteilung der Sitze in der Vollversammlung und im Zentralausschuß. Die Verfassung, die in Utrecht entworfen wurde, erkennt die geographische Struktur an, indem je eine bestimmte Anzahl von Sitzen den Kirchen der verschiedenen Gebiete zugeteilt wurde. Die Angelegenheit wurde jedoch in den Nachkriegsjahren aufs neue geprüft, und der Vorläufige Ausschuß hat einstimmig beschlossen, ein Verfahren vorzuschlagen, demzufolge die Sitze in der Vollversammlung direkt den Mitgliedskirchen zugeteilt werden und demzufolge bei der Zuteilung der Sitze in der Vollversammlung und in dem Zentralausschuß sowohl der konfessionelle als auch die geographischen Faktoren voll berücksichtigt werden. Denn der Ökumenische Rat kann nur dann lebensfähig sein, wenn er tatsächlich geistlichen Wirklichkeiten Ausdruck verleiht, und diese sind auf der einen Seite in der Treue zu den verschiedenen Konfessionen und auf der anderen Seite in der Treue gegenüber der Geschichte, Sprache oder Aufgabe der Kirchen in einer einzelnen Nation oder auf einem Kontinent zu finden.

Ein anderes wichtiges Problem der Struktur liegt in der Frage nach dem rechten Gleichgewicht zwischen dem offiziellen und repräsentativen Prinzip auf der einen Seite und dem Bedürfnis nach spontaner und nicht offizieller Initiative auf der anderen Sete. Wenn der Rat in den Kirchen verwurzelt sein soll, muß es offensichtlich ihr Rat sein, und ihre erwählten Vertreter müssen ihn kontrollieren und leiten. Aber wenn der Rat die besten Elemente in der Tradition der Körperschaften aufrecht erhalten soll, aus denen er hervorging, wird er die Tür für die Beiträge einzelner Männer und Frauen weit offen lassen, die als Laien oder als Theologen besondere Gaben prophetischer Einsicht und Unterscheidungsvermögen besitzen, die für den Aufbau der ökumenischen Gemeinschaft und die Weitergabe ihres Zeugnisses erforderlich sind. Die ökumenische Bewegung ist auf den gemeinsamen Versuch von Männern aufgebaut worden, von denen einige in ihren Kirchen hohe Ämter inne hatten, und von denen andere keinen andern Anspruch auf Leitung hatten als den, der aus dem Gewicht ihrer Botschaft oder ihrer Einsicht hervorging. Wir werden in der Zukunft dieselbe Art der Zusammenarbeit noch viel nötiger brauchen. Und wir sollten deshalb unser Vorstellungsvermögen benutzen, um Laien — Männern und Frauen —, Theologen und der Jugend Möglichkeiten zu geben, sodaß sie in verantwortlicher Weise an den verschiedenen Tätigkeiten des Rates teilnehmen, zusammen mit der offiziellen Leitung des Rates und unter seinen Auspizien. Diese Vollversammlung wird der Berufung der christlichen Laien und der Aufgabe der Frauen in der Kirche besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Nur wenige andere Themen auf unserem Programm haben ein so volles Echo gefunden wie diese zwei. Wir können auf diesem Gebiet am meisten dadurch zu praktischem Fortschritt beitragen, daß wir den Laien und den Frauen ihren rechtmäßigen Platz im Leben des Rates einräumen.

Beziehung zum Internationalen Missionsrat

Eine der wichtigsten Zukunftsfragen ist die der Beziehung des Ökumenischen Rates zum Internationalen Missionsrat. Diese zwei Körperschaften haben so vieles gemeinsam in ihrer gemeinsamen Geschichte, in ihren Arbeitsfeldern, in ihrer Führerschaft und vor allem in ihrem Geist und in dem Zweck, den sie verfolgen, daß sie nicht isoliert voneinander existieren können. Sie haben deshalb bereits in vielen verschiedenen Gebieten angefangen, zusammen zu arbeiten. Aber sie sind in ihren Beziehungen jetzt an einem Punkt angelangt, an dem ein weiterer Schritt vorwärts vollzogen werden muß. Angesichts der bedeutsamen Verschiedenheit der Struktur der beiden Körperschaften und angesichts ihrer besonderen Funktionen ist vorgeschlagen worden, daß sie jetzt die engste und wirksamste Form der Verbindung eingehen sollen, die zwischen autonomen Körperschaften bestehen kann. Wir brauchen nur auf die Zusammensetzung dieser Vollversammlung und auf den Anteil der Kirchen von Asien und Afrika an ihren Ergebnissen achten, sowie auf die große Bedeutung der Evangelisation in unserm Programm, um zu verstehen, wie eng die Anliegen dieses Rates und diejenigen des Internationalen Missionsrates miteinander verflochten sind. Die beiden Körperschaften werden deshalb gemeinsam vorwärts gehen müssen und weitreichende praktische Vorschläge über ihre Zusammenarbeit werden der Vollversammlung vorgelegt werden . . .

Glaube und Kirchenverfassung

Der Vorläufige Ausschuß ist der Meinung, daß eine der wichtigsten Aufgaben des Rates die ist, die Kirchen zu Konferenzen zusammenzubringen, die sich mit ihren Unterschieden in Glauben und Kirchenverfassung und den Möglichkeiten zu ihrer Überwindung und damit mit der Vorbereitung des Weges zu voller Einheit zwischen den Kirchen befassen. *(Vgl. Artikel IV des Verfassungsentwurfes, Herder-Korrespondenz, 2. Jg., Heft 7, Seite 320).* Die Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung vertritt die älteste und grundlegendste aller Tätigkeiten, die der Rat in seine Verantwortung übernehmen soll. Sie steht am Anfang und am Ende. Sie erinnert uns ständig

an den im tiefsten Sinne unnormalen Charakter unserer Trennung. Sie erinnert uns daran, daß Zusammenarbeit nicht genügt, und daß das einzige Ziel, das der Beachtung eines Rates der Kirchen wert ist, die Manifestation der einen ungeteilten Kirche ist. Sie hat die schwierige und nicht kurzfristig zu lösende Aufgabe, unsere gegenwärtigen Unterschiede und die Wege zu untersuchen, die wir vielleicht beschreiten können, um sie zu überwinden. Ihre Arbeit ist weniger auffallend als die anderer Abteilungen, denn sie muß ruhig und geduldig vorgehen. Aus diesem Grunde braucht sie eine beträchtliche Autonomie innerhalb der Gesamt-Struktur. Zur gleichen Zeit soll sie die Kirchen und den Rat laufend informieren über alle Entwicklungen auf dem Gebiet der Kircheneinheit. Es wird deshalb vorgeschlagen, daß zusätzlich zu den Mitarbeitern, die einen Teil ihrer Zeit so aufopfernd zur Verfügung gestellt haben, ein hauptamtlicher Sekretär für Glauben und Kirchenverfassung ernannt werden soll. Dies ist umso nötiger, als in nicht allzu langer Zeit die Vorbereitungen für die dritte Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung eingeleitet werden müssen ... *(Diesen Vorschlag hat die in Amsterdam abgeänderte Verfassung in Artikel VI, 1—4, entsprochen. Die 3. Weltkonferenz findet nicht vor 1952 statt.)*

Die christozentrische Frage

Ja, wir müssen sehr sorgfältig die Kosten überschlagen, aber nach dem Neuen Testament bedeutet das nicht, daß wir die egozentrische Frage stellen: Können wir die Kraft, die Leute, das Geld aufbringen, um diese ungeheuren Verpflichtungen zu erfüllen. Die Kosten überschlagen bedeutet, die Augen zu erheben zu Ihm, der schon für alles Sorge getragen und alles bezahlt hat; es bedeutet, die christozentrische Frage zu stellen: Was will er an uns und mit uns, wenn wir uns selbst und alles was wir haben, völlig ihm hingeben und damit die Erbauung der Kirche, die Sein Leib ist, ermöglichen? Denn der König, der in den Krieg zieht gegen die Mächte der Dunkelheit, ist nicht der Ökumenische Rat oder irgend eine menschliche Einrichtung, sondern der König Jesus Christus, dem alle Gewalt gegeben ist im Himmel und auf Erden.

Mit diesen Ausführungen des Generalsekretärs Dr. Visser 'tHooft ist die „eschatologische Dialektik" bezeichnet, in der sich die Ökumenische Bewegung selber sieht. Die eigentliche Schwierigkeit, der sich die Tagung von Amsterdam gegenübersah, war die Behandlung des theologischen Themas „Gottes Ordnung und die Unordnung der Welt", und zwar auf Grund einer geistlichen Autorität, die nach der Verfassung rechtlich nicht vorhanden ist, noch vorhanden sein soll. Pfarrer Dr. Boegner hatte indessen erklärt, die Konstituierung des Ökumenischen Rates verfehle ihren Zweck, wenn der Rat nicht die geistliche Vollmacht finde, eine Botschaft an die Welt zu richten, durch welche ein ernsthafter Beitrag zur Lösung ihrer Schwierigkeit gegeben werden könne. Die Versammlung hat nun tatsächlich eine allgemeine Botschaft erlassen, die von sämtlichen Kanzeln, die dem Ökumenischen Rat angeschlossen sind, zur Verlesung gebracht werden soll und dazu eine Reihe von Entschließungen entgegengenommen, die von den vier Studienkommissionen erarbeitet und vorgelegt worden waren. Die allgemeine Botschaft hat folgenden Wortlaut:

AN DIE WELTCHRISTENHEIT

Eine Botschaft der Amsterdamer Kirchenkonferenz

Der Ökumenische Rat der Kirchen, in Amsterdam versammelt, grüßt alle, die Jesus Christus angehören und alle, die bereit sind zu hören.

Wir preisen Gott, den Vater, und unseren Heiland Jesus Christus, der die verstreuten Kinder Gottes sammelt und uns hier in Amsterdam zusammengeführt hat. Wir sind voneinander getrennt nicht nur in Fragen der Lehre, der Ordnung und der Überlieferung, sondern auch durch unseren sündigen Stolz, Nationalstolz, Klassenstolz, Rassenstolz. Aber Christus hat uns zu seinem Eigentum gemacht und in ihm ist keine Zertrennung. Wo wir Ihn suchen, finden wir einander. Hier in Amsterdam haben wir uns von ihm und damit voneinander aufs neue in Pflicht nehmen lassen, und deshalb haben wir diesen Ökumenischen Rat der Kirchen gebildet. Wir haben den festen Willen, beieinander zu bleiben.

Wir rufen die christlichen Gemeinden allenthalben auf, diesen Zusammenschluß zu bejahen und ihn auch in ihrem eigenen Leben miteinander Wirklichkeit werden zu lassen. So danken wir Gott und befehlen Ihm getrost die Zukunft.

Wenn wir auf Christus bauen, sehen wir die Welt, wie sie ist — nämlich als Seine Welt, in die Er hineinkam und für die Er in den Tod ging. Diese Welt ist voll großer Hoffnungen, und zugleich voll von hoffnungsloser Verzweiflung. Einige Nationen sind voller Freude in ihrer neu geschenkten Freiheit und Kraft; andere werden nicht frei von ihrer Bitterkeit, weil ihnen die Freiheit versagt bleibt; andere wieder bleiben gelähmt durch mangelnde Einheit. Überall aber spürt man in der Tiefe eine Angst, Millionen von Menschen leiden Hunger, Millionen sind ohne Obdach, ohne Heimat, ohne Hoffnung. Und über der gesamten Menschheit hängt die Drohung des totalen Krieges. Wir selber haben unseren Anteil an der Schuld dieser Welt. Deshalb haben wir Gottes Gericht über uns anzuerkennen und zu tragen. Wie oft haben wir versucht, Gott und dem Mammon zu dienen. Wie oft haben wir über die Bindung an Christus andere Bindungen gestellt. Wir haben die Frohe Botschaft verfälscht, indem wir sie mit unseren eigenen wirtschaftlichen, völkischen und rassischen Interessen gleichsetzten, und wir haben mehr Furcht vor dem Krieg gehabt als Abscheu. Bei unserer Begegnung hier ist uns das Verständnis dafür aufgegangen, wie sehr unsere Zertrennung uns daran gehindert hat, in der Gemeinschaft Christi voneinander Rat und Zurechtweisung anzunehmen und weil uns diese Zurechtweisung nicht zuteil wurde, hat die Welt aus unserem Munde statt des Wortes Gottes oft nur Menschenwort vernommen.

Aber Gott hat ein Wort gesprochen für unsere Welt. Er hat gesagt, daß diese Welt in der Hand des lebendigen Gottes ist, der nur Gutes mit ihr im Sinn hat. In Jesus Christus, seinem fleischgeworden Wort, der unter uns lebte und starb und von den Toten erstanden ist, hat Gott die Macht des Bösen ein für allemal gebrochen und für jedermann das Tor zur Freiheit und zur Freude im Heiligen Geist aufgetan. Das letzte Gericht über die ganze menschliche Geschichte und über jede einzelne menschliche Tat ist das Gericht des barmherzigen Christus, und am Ende der Geschichte steht der Triumph seines Reiches. Da werden wir dann voll verstehen, wie sehr Gott die Welt geliebt hat. — Das ist Gottes unwan-

delbares Wort für die Welt. Aber Millionen unserer Brüder haben es niemals vernommen. Und wir, die wir hier aus vielen Ländern versammelt sind, bitten Gott, er möchte seine ganze Kirche dazu aufrütteln, daß sie Seine Frohe Botschaft der ganzen Welt bekanntmacht und alle Menschen aufruft, an Christus zu glauben, in seiner Liebe zu leben und auf Sein Kommen zu hoffen.

Daß wir hier zusammenkamen, um den Ökumenischen Rat zu schaffen, würde ein vergebliches Beginnen bleiben, wenn nicht die Christenmenschen allenthalben sich Christus, dem Haupt der Kirche, zu eigen geben. In einem neuen Bemühen, dort, wo sie stehen, Seine Jünger zu sein und sich als Seine Diener ihren Nächsten zu erweisen. Wir müssen uns selber und alle Menschen daran erinnern, daß Gott die Gewaltigen vom Stuhl gestoßen und die Demütigen und Sanftmütigen erhoben hat. Wir müssen wieder aufs neue miteinander lernen, mutig im Namen Christi zu unseren Völkern zu sprechen und zu denen, die Macht über sie haben. Wir müssen lernen, dem Terror, der Grausamkeit, dem Rassenhaß zu widerstehen, dem Ausgestoßenen, dem Gefangenen, dem Flüchtling zur Seite zu sein und die Kirche überall zum Mund zu machen für die Stummen und zur Heimat, in der jeder ein Zuhause finden kann. Wir haben aufs neue miteinander zu lernen, welche Aufgaben christlichen Männern und Frauen in der Industrie, in der Landwirtschaft, in der Politik, in Haus und Beruf zufallen. Wir wollen Gott bitten, daß er uns miteinander lehre, ein echtes Nein und ein echtes Ja zu sprechen:

Ein Nein zu allem, was der Liebe Christi zuwider ist, zu jedem System, zu jedem Programm, zu allen Menschen, die einen Menschenbruder behandeln, als wäre er nicht Gottes Geschöpf, sondern ein Stück Ware, das man benutzen kann; ein Nein zu denen, die im Namen der Ordnung das Unrecht zu Recht machen, und zu denen, die die Saat des Krieges säen und zu denen, die uns auffordern, ihn als unvermeidliches Schicksal anzusehen.

Ein Ja zu allem, das mit der Liebe Christi zusammenstimmt, zu allen Menschen, die das Recht aufrichten, zu allen, die in der Welt einen echten Frieden schaffen möchten, zu allen, die um des Menschen willen hoffen, kämpfen und leiden. Ein Ja zu allen denen, die — selbst ohne es zu wissen — sich ausstrecken nach einem neuen Himmel und einer neuen Erde, in welchen Gerechtigkeit wohnt. Nicht Menschen haben die Macht, Sünde und Tod von der Erde zu verbannen, die Eine Heilige Kirche zu bauen, die Mächte des Satans zu überwinden.

Aber Gott kann es tun. Er hat uns mit dem Tage der Ostern die Gewißheit gegeben, daß Er selber es vollbringen wird. Aber wir können eins: indem wir gute Werke des Glaubens und Gehorsams tun, können wir auf Erden Zeichen aufrichten, die auf den Kommenden hinweisen. Bis zum Tage dieses Sieges ist unser Leben verborgen mit Christus in Gott, und keine irdische Enttäuschung, keine noch so große Not, keine Macht der Hölle kann uns von Ihm trennen. Als die, die in Zuversicht und Freude dem Tag ihrer Befreiung entgegensehen, wollen wir uns an die Aufgabe machen, die unser wartet, und damit Zeichen aufrichten, die gesehen werden können.

Dem aber, der Überschwängliches tun kann über alles, das wir bitten oder verstehen nach der Kraft, die da in uns wirkt, dem sei Ehre in der Gemeinde, die in Christo Jesu ist, zu aller Zeit, von Ewigkeit zu Ewigkeit!

(Dem Redaktionsausschuß dieser Botschaft gehörten folgende Delegierte an: Bischof Eivind Berggrav, Oslo, Vorsitzender; Dr. John A. Mackay, Princeton, USA; Bischof G. K. A. Bell, Chichester, England; Professor Anders Nygren, Lund, Schweden; Professor J. L. Hromadka, Prag; Professor Georges Florovsky, Paris; D. Martin Niemöller; Metropolit Panteleimon von Edessa, Griechenland; Pfarrer Pierre Maury, Paris; Dr. (Miß) Yi Fang Wu, Nanking; Pfarrer Daniel T. Niles, Ceylon; Dr. Hendrik Kraemer, Coligny, Schweiz; Dr. Edmund Schlink, Heidelberg; Dr. Reinhold Niebuhr, New York City; Bischof James Edward Leßlie, Südindien; Bischof Stephen Charles Neill, Genf; Mrs. Kathleen Bliß, London; Mr. Kenneth G. Grubb, London.)

Prophetie und Aktion

Der Text dieser Botschaft ist das Ergebnis eines dramatischen Zusammenpralles von „Propheten" und christlichen „Aktivisten" auf der Amsterdamer Konferenz. Die Wahrnehmung des prophetischen Anliegens war von vornherein in die Hände von Professor Karl Barth gelegt, den später Kirchenpräsident D. Martin Niemöller und der Führer der religiösen Sozialisten in USA, Professor D. Reinhold Niebuhr, ergänzten. Als prominentester Vertreter eines christlichen Aktivismus kam John Foster Dulles zu Wort. Er sprach nicht nur als angesehener und führender Laie der amerikanischen Kirchen, sondern jedes seiner Worte hatte das Gewicht politischer Verantwortung eines Mannes, der morgen schon Außenminister eines republikanischen Präsidenten sein kann. Ihm wurde auf der Ebene der politischen Antithese von Professor Hromadka, Prag, der die Führungsaufgabe des Westens als beendet ansieht, so heftig widersprochen, daß Bischof D. Otto Dibelius von Berlin sich genötigt sah, aus seiner Stellung als Kirchenführer im sowjetischen Raum die eindeutige Ablehnung des totalen Staates und die Rettung eines vereinigten Europa auf christlichen Grundlagen darzulegen, also ebenfalls die politische Verantwortung der Christen und der Kirchen zu unterstreichen. Wir bringen im folgenden in diesem Heft nur Auszüge der „prophetischen" Stimmen und tragen im nächsten Heft die übrigen Stimmen nach im Zusammenhang mit den Resolutionen der vier Studienkommissionen.

Karl Barth, der bereits mit Foster Dulles zusammen am ersten Tage der Vollversammlung sprach, ging davon aus, daß Matth. 6, 33 am Anfang der Beratungen zu stehen habe: „Suchet also zuerst das Reich Gottes ...". In keiner der Sektionen solle man bei unseren menschlichen Problemen, Befürchtungen, Hoffnungen und armseligen Lösungsvorschlägen zur gegenwärtigen Krise anfangen, sondern bei der tröstlichen Tatsache des längst bestehenden Heilsplanes Gottes, der unter gar keinen Umständen etwas „wie ein christlicher Marshallplan" sei. „Das biblische Bild von der Kirche als dem Leib Christi bedeutet nicht, daß man es in der Kirche mit der Fortsetzung der Inkarnation des Wortes Gottes zu tun hätte. Dann würde die geplagte Menschheit ihr Heil von uns, von unseren Programmen und Aktionen und von den zu erhoffenden Triumphen der Kirche zu erwarten haben. Kirche als Leib Christi bedeutet, daß ein jeder an seinem Ort und in seiner Weise alle Hoffnungen auf das Versöhnungswerk am Kreuz, auf die Auferstehung und auf den Tröster, den Heiligen Geist setzen" müsse. Der Leib

Christi lebe von oben her. Es sei aber erschreckend festzustellen, daß in dem vorbereiteten Material für die Versammlung nur wenig Hinweise auf den lebenden Christus enthalten seien, auf das schon begründete Königreich, auf die schon vollzogene Versöhnung der Welt.
„Ich sage nun", fuhr Barth fort, „wir sollten schon an diesem ersten Tage unserer Beratungen jeden Gedanken daran aufgeben, daß die Sorge um die Kirche, die Sorge um die Welt, unsere Sorge sei. Mit solchen Gedanken belastet, würden wir gar nichts ausrichten, sondern nur die Unordnung vermehren..." Denn die letzte Wurzel und der Grund aller menschlichen Unordnung in der Welt sei die gottlose, ja lächerliche Meinung, daß der Mensch der Atlasträger ist, der das Himmelsgewölbe auf seinen Schultern zu tragen habe. „Was wir in diesen Tagen leisten können und sollen, ist schlicht dies: Wir dürfen unseren Kirchen und der Welt in einem Beweis, der hoffentlich ein Beweis des Geistes und der Kraft ist, zeigen, was das heißt, wenn Tausende Christen aus allen Ländern und Völkern und Konfessionen miteinander in der heutigen Zeit und Lage, zu einer einzigen Gemeinde versammelt, zu dem stehen, was sie alle an ihrem Ort und in ihrer Weise so oft gehört und selber gepredigt haben: ‚Befiehl dem Herrn deine Wege und hoffe auf ihn, er wirds wohl machen'".

„Eine unvollkommene Gemeinde"

Die Versammlung müsse die Haltung geistlicher Freiheit bewahren und in allen Anliegen „ein wenig locker lassen", um zu erfragen, was der von uns denkt und will, dessen Name den Mittelpunkt aller Konfessionen bildet und der allein das Recht und die Macht hat, uns zusammenzurufen und zusammenzuschließen. „Es geht nicht um Prinzipien und Formen, sondern um das Hören. Wir wissen nicht, was daraus wird, wenn wir auf Ihn hören. Wir sollen das auch nicht vorher wissen wollen, aber wir sollen offen bleiben. Es wäre auch besser, wenn wir als das Zeichen des Stadiums, in dem wir uns befinden (zwischen nicht mehr ganz bestehender Trennung und noch nicht erreichter Einheit) auf das Abendmahl während der Konferenz verzichtet hätten. Wir durften hier mit beschwertem aber gutem Gewissen eine unvollkommene Gemeinde des einen Herrn sein. Wir sollen uns auch nicht zu sehr aufregen über die Absagen der Kirchen von Rom und Moskau. Nehmt das als ein Zeichen Gottes, daß wir keinen babylonischen Turm bauen können. Gott bewahrt uns damit zugleich vor Gesprächspartnern, mit denen zusammen wir hier nicht einmal in einer unvollkommenen Gemeinde sein könnten, weil sie, wenn auch aus verschiedenen Gründen, gerade die Bewegung von allen Kirchen zu Jesus Christus hin nicht vollziehen wollen. Gott stellt uns vielleicht damit an einen sehr guten Ort, daß ausgerechnet Rom und Moskau darin einig zu sein scheinen, nichts von uns wissen zu wollen. Ich schlage vor, daß wir Gott auch darin loben und danken wollen, daß es Ihm gefällt, unsern Plänen in so deutlicher Weise in den Weg zu treten."
Im Hinblick auf die Probleme der sozialen und internationalen Unordnung, mit denen sich die Konferenz befassen werde, bezeichnete Karl Barth es als den prophetischen Auftrag der Kirche, in der Ordnung der Welt Gottes Reich als das Reich der Gerechtigkeit und des Friedens anzuzeigen. Die Kirche habe einen doppelten Auftrag, das politische Wächteramt und den sozialen Samariterdienst. Sie müsse sich verpflichtet fühlen, diesen Auftrag nach der ihr gegebenen Erkenntnis besser auszuführen als früher. Auf zweierlei komme es dabei an: die Kirche habe nicht auf irgendwelche christlichen Marschrouten zu sinnen, sondern dem schlichten Gehorsam gegen den lebendigen Herrn der Kirche zu üben, sonst könne es nicht ausbleiben, daß das Programm der Kirche zu einem bestimmten Programm der Klassen und Nationen verfälscht werde.

„Solidarität der Ratlosigkeit"

Diese Warnungen Barths setzte einige Tage später D. Niemöller im Rahmen einer öffentlichen Kundgebung fort. Er sprach von der „Solidarität der Ratlosigkeit", in die heute die Welt geraten sei.

„Die Welt, in der wir leben und handeln, ist aus den Fugen, nicht nur hier und dort, sondern überall, und die Unordnung vermehrt sich mit alarmierender Geschwindigkeit. Weit und breit, und besonders in der Alten Welt, verbreitet sich eine lähmende Atmosphäre des Niederganges. Wir wissen nicht, wie wir mit den Schwierigkeiten fertig werden sollen, die uns entgegentreten; wir zweifeln sogar, ob man überhaupt mit ihnen fertig werden kann. Dieser Zweifel geht sogar weiter: wir sprechen schon von einer nachchristlichen Ära, in der wir leben, und wir sehen, wie der Prozeß des Zerfalls die christlichen Kirchen selber angreift. Es ist klar, daß da etwas in den Fundamenten unrecht ist; daß das Christentum selber in Unordnung geraten ist. Hätten wir wirklich demütig und schlicht mit der alten Kirche gebetet: „Möge diese Welt vergehen und Dein Reich kommen!", dann würden wir auch heute beten können, angesichts der gegenwärtigen Weltlage: „Komm Herr Jesus!" und unsere Ohren würden offen sein für den Trost und die Verheißung seiner Worte: „Aber wenn dies beginnt, anzuheben, sehet auf und erhebet euer Antlitz, denn der Tag eurer Befreiung ist nahe".
Das ist unsere gemeinsame Verlegenheit: daß unsere Ohren nicht offen sind; daß wir selber teilhaben an dem Zweifel und der Verzweiflung um uns, ist die Last, die wir zu tragen haben. Die Tatsache, daß wir nicht einfach sagen können, die Welt erntet, was sie gesät hat, sondern daß wir vielmehr zugeben müssen, daß wir selber, wir Christen nun ernten, was wir gesät haben, zeigt, daß wir in das Chaos verwickelt sind zusammen mit dem Rest der Menschheit... Ein Bankrott hat die „christliche Welt" befallen, die einmal dachte, sie könne den Rest der Welt mit christlichen Grundsätzen erfüllen und sie so vor Gottes Gericht bewahren. Das Feuer des göttlichen Gerichtes hat das Haus Gottes selber erfaßt, und die Pfeiler, auf denen unsere christlichen Grundsätze beruhen, sind in Flammen aufgegangen. Wir Christen in Mitteleuropa fühlen die Wirkungen dieses Gerichtes am meisten von allen und haben daher eine besondere Verantwortung, unsern Brüdern in der Welt darüber Zeugnis abzulegen, denn gerade in Mitteleuropa wurde einmal der grandiose Versuch über tausend Jahre hin unternommen, die christliche Welt in die Politik eines heiligen römischen Reiches zu inkorporieren, christliche Ordnungen der Gesellschaft aufzurichten, das moralische Gesetz der Kirche einzuführen... Diese Fundamente sind alle niedergebrochen, eins nach dem andern... Der Zusammenbruch ist vollständig, und wenn irgend jemand

die Ruinen wieder herstellen möchte, würde er sich durchaus lächerlich machen . . .

Denn es liegt außerhalb unserer Kraft, diese chaotische Welt wieder in Ordnung zu bringen oder die Würde des menschlichen Lebens wieder herzustellen. Wir Christen können und sollen nicht uns selbst von dieser allgemeinen Verwirrung lösen und dadurch falsche Hoffnungen erwecken. Es ist unverantwortlich und unerträglich, selbst in Europa und in Deutschland Stimmen zu hören, die da sagen: „Hättet ihr doch nur auf uns gehört, die christliche Kirche, und das Unglück wäre nicht gekommen!" Die christliche Kirche und das ganze Christentum steht unter Gottes Gericht . . .

Dennoch haben wir eine Botschaft für die Welt, aber sie ist nicht unsere Botschaft. Sie ist Gottes Botschaft, die wir auszurichten haben, das Zeugnis von Christus, die Botschaft vom Kreuz. Diese Botschaft umfaßt die Würde des menschlichen Lebens, aber nicht eine Würde, die wir haben und besitzen, die wir als ein Recht fordern, die wir einrichten und durchsetzen, um das Chaos zu überwinden, welches wir selber über uns gebracht haben. Die Botschaft, die uns anvertraut ist, sagt, daß Gott in seiner unbegreiflichen Barmherzigkeit, wie sie in Jesus Christus offenbar wurde, uns mit einer Würde ausgestattet hat, die wir in keiner Weise verdient haben und die uns befähigt, inmitten einer chaotischen Welt als Gottes Kinder zu leben . . . Diese Botschaft vom Kreuz, von Gottes Erbarmung im Gericht, ist unvereinbar mit irgend einem christlichen Programm für die Wiederherstellung der Weltordnung. Gott hat bereits sein eigenes Programm durch die Aufrichtung des Kreuzes begonnen. Sein Urteil über unsern Mangel an Glauben ist bereits offenbar, und der alte Aeon geht dahin. Der neue Aeon ist eröffnet, seine Türen stehen offen für jeden, der da glaubt, und eine andere Rettung gibt es nicht, das ist das einzige Tor in den neuen Himmel und die neue Erde. Aber mit dem Entwurf eines Programmes für die Rettung der Welt, Seite an Seite mit dem Kreuz Christi, muß die Kirche sich hüten, daß sie das Chaos nicht noch vermehrt . . . Wohl müssen wir weiterhin neue Programme entfalten, um unsern Brüdern zu helfen, gehorsam dem Wort: „gedenke derer, die unter Anfechtung leiden." Wir können nicht gleichgültig gegenüber der sozialen Not sein. Aber wir können nicht die rechte Ordnung der Gesellschaft verwirklichen, weil es so etwas in dieser vergehenden Welt nicht gibt. Auch können wir nicht einen ständigen Frieden aufrichten und den Krieg ausrotten, so wenig wie wir Streit und Mord im persönlichen Menschenleben beseitigen können. Dennoch bleibt es nach wie vor unsere Pflicht, für bessere soziale Ordnungen und Bedingungen zu arbeiten und ernsthaft an der Ausrottung des Krieges zu wirken."

Auch Niemöller forderte wie Barth gute Werke des Glaubens und der Barmherzigkeit und ein Wort der Vergebung an die Christenheit der Welt, das sie aus der Ratlosigkeit und Verzweiflung herausführt.

Ohne diese prophetischen Warnungen aus den christlichen Erfahrungen in Europa wäre es kaum gelungen, die Amsterdamer Konferenz vor einem „Amerikanismus" des sozialen Evangeliums zu bewahren. Eine Prüfung der Resolutionen, die von den vier Studienkommissionen der Vollversammlung vorgelegt worden sind, wird zeigen, daß die Schwierigkeiten des Ausgleichs in der geistlichen Beurteilung der politischen Fragen in einem tiefen Zusammenhang stehen mit der Unausgeglichenheit in den Ergebnissen der ersten Kommission, die sich mit dem Wesen der Kirche selber zu beschäftigen hatte. Die zweite Studienkommission hat eine Vorlage über die Evangelisation ausgearbeitet, die dritte zu dem Problem Kapitalismus und Kommunismus Stellung genommen und die vierte Vorschläge zur Erhaltung des Weltfriedens gemacht. Dazu wurden viele andere Resolutionen gefaßt, u. a. die Beurteilung des Antisemitismus als Sünde, die Anerkennung des Staates Israel und die Forderung, den deutschen Flüchtlingen bei der Aufnahme in ausländische Siedlungsgebiete die Gleichberechtigung zu geben sowie die Kriegsverbecherprozesse um des Friedens willen sofort einzustellen. Darüber berichten wir im nächsten Heft.

Die Zeugen Gottes haben heute den Troſt, nicht nur zu glauben, ſondern zu ſehen, mit Händen zu greifen – wenn man ſo ſagen darf – daß es, als Er, an Den ſie geglaubt haben, ſagte: Ich bin der Weg – notwendig geweſen wäre, dieſe Ausſage buchſtäblich und in ihrem konkreteſten Sinn zu nehmen . . . Wenn die Liebe ſich zurückzieht, bringt ſie den Menſchen dahin, nur noch eins unter all den Arten von Lebeweſen zu ſein, die ſich in der vegetabiliſchen und animaliſchen Welt gegenſeitig verſchlingen. François Mauriac

HERDER-KORRESPONDENZ

Drittes Heft - 3. Jahrgang - Dezember 1948

Das ist der erhabenste Dienst: Gottes Helfer zu sein und die Schöpfung zurückzuführen zu ihrem Herrn.

Dionysius Areopagita

Deutsche Meldungen

Zusammenkunft deutscher und niederländischer Katholiken

Die Katholik Genootschap voor Geestelijke Vernieuwing (Katholische Arbeitsgemeinschaft für geistige Erneuerung) hatte eine größere Gruppe Niederländer und Deutsche sowie Vertreter des französischen, englischen und belgischen Katholizismus zu einem Kongreß nach dem Landgut Drakenburgh bei Hilversum eingeladen, der vom 23. bis 30. September stattfand und als Thema den weiten Fragenkomplex „Deutschland und Westeuropa" behandelte. Universitätsprofessoren, Publizisten, Vertreter der Wirtschaft und des kulturellen Lebens, Juristen, Studentenseelsorger und Studenten sowie führende Mitglieder der katholischen Organisationen prüften in Einzelbesprechungen, Vorträgen und Diskussionen die Möglichkeiten gemeinsamer Arbeit, deren Dringlichkeit nicht nur infolge des gefährdeten Weltfriedens, sondern angesichts der geschichtlichen Notwendigkeit eines engeren europäischen Zusammenlebens in besonders drängender Weise deutlich wurde. Es ist eine Lebensfrage des europäischen Christentums, ob es in seinen Vertretern genügend Kräfte besitzt, um diese europäische Neuordnung mit christlichem Geiste zu formen.

Die für alle internationalen Gespräche von jeher besonders geeignete Atmosphäre der Niederlande, vor allem jedoch die Aufgeschlossenheit der niederländischen Kongreßteilnehmer für die deutsche Problematik ermöglichten nicht nur größte Unbefangenheit und absolut offene Gesprächsführung, sondern führten zu konkreten Plänen künftiger Zusammenarbeit. Rechtsanwalt *Dr. Roesen,* Düsseldorf, behandelte in seinem Eröffnungsreferat die im Ausland immer wieder diskutierte Frage nach der Haltung des Katholizismus zum Nationalsozialismus vor und nach 1933. In objektiver Würdigung der psychologischen wie historischen Komplikationen und in ehrlicher Aussprache über Leistungen, Versagen und neue Wege der deutschen Katholiken war damit zu Beginn des Kongresses die Atmosphäre geschaffen, die eine realistische Diskussion und die ersten entscheidenden Ansätze zu gemeinsamer Aufbauarbeit ermöglichte. Frau *Dr. Maria Schlüter-Hermkes* sprach über Erbe und Aufgabe der abendländischen Christen und wies auf die Notwendigkeit eines direkten und intensiven Engagements in den weltpolitischen Umwälzungen. Der Kölner Nationalökonom, Universitätsprofessor *Dr. Berkenkopf* legte in einem längeren Referat, „Deutschland zwischen Ost und West", dar, in welchem Maße Deutschlands Schicksal zum europäischen Schicksal geworden ist, und daß es gilt, in Westeuropa die wirklichen Bedrohungen zu erkennen. Christliche Haltung ist jedoch, so erklärte Professor Berkenkopf, in ihrem Wesen nicht primär anti-bolschewistisch, gewiß nicht anti-russisch, sondern muß die West-Ost-Frage dadurch zu lösen versuchen, daß in Europa eine vernünftige, den Arbeitern wie den Flüchtlingen gerecht werdende soziale Neuordnung geschaffen wird.

Den tiefen Zusammenhang zwischen sozialer Frage und internationalem Chaos machte Professor Berkenkopf besonders deutlich. Der Generalsekretär des deutschen Akademikerverbandes, *Dr. Paul Wolff,* Bonn, gab eine kritische Darstellung der heutigen Lage der deutschen katholischen Intellektuellen. Von deutscher Seite erfolgten in den Diskussionen weitere Informationen über die religiöse, geistige und wirtschaftliche Situation Deutschlands. Der holländische Dichter *Gabriel Smit* gab in einem eindrucksvollen Referat eine Darstellung des niederländischen Katholizismus im Rahmen der abendländischen Kirche und ihrer augenblicklichen inneren Entwicklung. Neben den bedeutenden Leistungen, so sagte G. Smit, vor allem auf organisatorischem Gebiet, stehen schwere geistige Gefahren innerer Art, die vor allem in der materiellen Gesichertheit und einer gewissen Abschließung vom übrigen Katholizismus mit all seinen Krisen und seinen Hoffnungen bestehen. *P. Jean du Rivau SJ,* der französische Mitherausgeber der Doppelzeitschrift Dokumente/Documents und Leiter der unabhängigen deutsch-französischen Studienstelle Offenburg, berichtete über die Arbeit seines Institutes und über Möglichkeiten übernationaler katholischer Zusammenarbeit. P. du Rivau bezeichnete es als unverantwortlich und absolut widerchristlich, heute noch in nationalistischen Ressentiments zu verharren. Besonders wohltuend wirkte seine ehrliche Kritik des deutsch-französischen Verhältnisses, dessen Gesundung eine der vornehmsten Aufgaben des deutschen und französischen Katholizismus sei.

Von nichtdeutscher Seite referierten außerdem *Msgr. Davies,* Birmingham (Newman-Association), *P. Booens-Leswen, P. Dr. Klaes,* Antwerpen, Professor *Peters,* Nijmwegen, sowie weitere Vertreter des holländischen Katholizismus. Die ehrliche Selbstkritik und die echtem christlichem Denken entspringende Arbeit führte immer wieder zur Betrachtung des evangelisch-katholischen

Verhältnisses in den verschiedenen Ländern. Es nahmen auch Protestanten als Gäste am Kongreß teil.

Der Drakenburgher Kongreß, der unter dem Präsidium des Provinzkommissars von Overijssel *Ridder de van der Schueren* stand und im wesentlichen von dem holländischen Germanisten *Dr. K. J. Hahn* holländischerseits vorbereitet worden war, läßt in unmittelbarer Zukunft wohl schon beträchtliche Wirkungen in der niederländischen Öffentlichkeit erwarten. Es ist in Deutschland nicht sehr bekannt, bis zu welchem Grade die öffentliche Meinung in Holland durch die deutsche Besatzung deutschfeindlich geworden ist. Holland ist eines der Länder mit den meisten und schwersten Opfern der Widerstandsbewegung, der wirtschaftlichen Ausplünderung und seelisch-geistigen Unterdrückung. Sein einstiger Reichtum ist einer knappen und sehr stark leidenden Wirtschaft gewichen. Die wichtigsten Lebensmittel sind noch immer rationiert, die Preise sind relativ hoch. Das Land leidet unter der Unordnung in den europäischen Wirtschaftsverhältnissen, mit denen es so eng verflochten ist. Die einstige Offenheit gegenüber Deutschland, seiner Wirtschaft und seiner Kultur, ist einer tiefen Feindseligkeit gewichen, die sich nur langsam, vorab nur in den geistig wie politisch führenden Schichten, zur Erkenntnis der neuen geschichtlichen Notwendigkeiten hindurchringt. Im gleichen Maße wächst auch die objektivere Sicht Deutschlands, seiner jüngsten Geschichte, wie seiner geistig-seelischen Struktur. Pionierarbeit im wahrsten Sinne leisten in dieser Hinsicht die christlichen Kirchen und die Jugend, vor allem die Studenten. Das holländische politische Denken war von jeher durch Nüchternheit und Lebensnähe gekennzeichnet. Dem Niederländer ist jedes übertriebene nationale Souveränitätsbewußtsein ebenso fremd wie der totalitäre Zentralismus der modernen Großstaaten. Da der Sozialismus wie die meisten politischen Erscheinungen in Holland kaum doktrinären Charakter trägt, ist auf sozialer wie internationaler Ebene in diesem Land in besonderem Maße eine fruchtbare Neuentwicklung der europäischen Verhältnisse zu erwarten. Es ist eine große Tat konstruktiven religiösen wie politischen Denkens, wenn die Katholiek Genootschap nun die Initiative ergriffen hat, um die Neuordnung der deutsch-niederländischen Beziehungen in direkter Form zu beginnen. Diese Versuche können freilich zunächst nur im vorpolitischen Raume geschehen.

Die deutschen Teilnehmer waren nach dem Drakenburgher Kongreß noch einige Tage Gäste holländischer Familien sowie katholischer Organisationen in Amsterdam, Utrecht, den Haag und Leiden.

Beuroner Hochschulwoche

Vom 12. bis 19. September trafen sich in Beuron, der Erzabtei des Benediktinerordens, über 130 Studenten und Studentinnen südwestdeutscher Universitäten mit einem Kreis katholischer Hochschullehrer, die die erste Beuroner Hochschulwoche vorbereitet hatten. Sie hatte das Ziel, zwei vor allem die akademische Jugend angehende Lebensnöte mit ausgezeichneten Fachwissenschaftlern und Praktikern aus katholischem Geist zu durchdenken, die gewonnenen Erkenntnisse in Aussprachen zu vertiefen und für das persönliche Leben in der Gemeinschaft fruchtbar zu machen.

Die 12 Vorträge gruppierten sich um zwei Themen, die die Studenten gewünscht oder denen sie zugestimmt hatten. So wurde es vermieden, nur den Wissenschaftler interessierende Fachfragen an die Studenten heranzutragen. Beide Themen, „Leib und Verleiblichung" – „Berufsethos", betrafen Seinsordnungen, in denen wir alle stehen: Leib und Beruf. So war es innerlich berechtigt, wenn Professor *Theodor Steinbüchels* (Tübingen) Vortrag über „Seinsordnung und Ethos" in beide Themenkreise einführte.

Das erste Rahmenthema, „Leib und Verleiblichung", sollte durch das Erkennen des Wesens der Leiblichkeit und der Stellung des Leibes im Ganzen der Schöpfungsordnung dazu erziehen, eine immer wieder auftauchende Gefahr zu überwinden, die Gefahr, Leibliches zu Grob-Stofflichem zu verkörperlichen oder es zu vergeistigen. Der Leib soll als göttliche Schöpfung dankbar bejaht und ehrfürchtig gepflegt werden. In dieses Ziel mündeten alle sechs Einzelvorträge, einerlei ob sie einen philosophischen, medizinisch-biologischen, geschichtsphilosophischen, juristischen oder theologischen Inhalt hatten.

Die Anordnung der Vorträge ging den scholastischen Weg vom Allgemeinen zum Besonderen. So ergriff an erster Stelle der Freiburger Philosoph, Professor *Dr. Max Müller* das Wort und betrachtete das leibliche Leben innerhalb einer „Philosophie der Verwirklichung". Eine Erkenntnistheorie, Metaphysik und Ethik der Verwirklichung entfaltend, betonte er, das Christentum erkenne an, daß auch Ordnungen sich wesensmäßig wandelten, daß sie vor Golgatha anders als nach Golgatha seien. Wenn er feststellte, daß christliche Philosophie Ordnungs- und Bewegungsphilosophie zugleich sei, daß die Bewegung die Bewegung zur Herrschaft des Antichristen hin sei und die christliche Philosophie darauf ziele, die Ordnung auch dann festzuhalten, wenn sie in der Welt zu scheitern scheine, nahm sein Vortrag die von Steinbüchel erhobene Forderung nach einer Verknüpfung von Ethik der Seins- und Schöpfungsordnung mit einer Ethik der geschichtlich-individuellen Situation wieder auf.

Die beiden Philosophen gaben das Wort weiter an die Mediziner. Professor *Dr. Franz Büchner,* der Freiburger Pathologe, sah „Das Wesen der Leiblichkeit" mit den Augen des medizinischen Biologen. Er folgte den Wandlungen der Leibgestalt im Leben des Einzelnen und der Arten der Bewegung leiblichen Lebens vom Einfachen zum Differenzierten, der prägenden Wirkung des Erbgutes und der ebenso großen Bedeutung der modifizierend wirkenden Umweltfaktoren, der Umwelt als Partnerin des Leibes, aber auch der Mittlerschaft des Leibes, der durch seine Sinne Umwelt in seelisch-geistige Innenwelt verwandle. Er schloß mit dem Paradox, daß der menschliche Leib im Vollsinn nur dort lebe, wo er von jenseits des Leibes gelebt werde, d. h. aus der Ordnung des Geistes, den der Christ vom Heiligen Geiste ableite. An diese Ordnung des Geistes führte der Mainzer Psychiater, Professor *Dr. Hans Ruffin,* heran, indem er einige markante Stellen aus der heutigen Lage des Leib-Seele-Problems herausgriff. Er betrachtete es zunächst vom Psychischen, dann vom Organischen her. Die vitalen Kräfte des Menschen seien der unmittelbare Ausdruck der Tatsache, daß der Mensch auf die menschliche Gemeinschaft und die Welt, der menschliche Organismus auf Teilhabe und Hereinnehmen angelegt, aber auch als Einmaliges von der Natur abgesetzt sei. Der Mensch sei immer unterwegs zwischen „Welt" und „Person". Mit dem Vortrag von *Dr. Joseph Bernhart,* Türkheim, trat

das Thema „Leib und Verleiblichung" unter den Blickwinkel des Geschichtsphilosophen. Da wir selbst Leib, also begrenzte Wesen seien, die das Grenzenlose nicht ertrügen, werde uns das geschichtliche Geschehen zum Erlebnis der Grenze. Doch alle Grenze reize uns, sie zu überschreiten. Darin spreche sich eine Unruhe nach dem Ganzen aus, die der Herzschlag der Geschichte sei. In der Geschichte seien Ideen wirksam, die nach Verleiblichung strebten. Die Kirche sei der beispielhafte Fall solcher Verleiblichung. Ideen als Prinzipien geschichtlicher Verleiblichungen seien nach der Seite der Situation wie nach der Dynamik zu betrachten. Für den Menschen wie für eine Idee sei es schicksalhaft, wann sie geboren seien. Es hänge vom Ganzen der geschichtlichen Gelegenheit ab, ob eine Idee geschichtsfähig wird. Hier tauchte das Problem der geschichtlichen Rezeptionen und der Affinität der geschichtlichen Zeitalter auf: das Alte kommt wieder, wird aber in der Situation jeweils anders. Das Dynamische an der geschichtlichen Verleiblichung zeichnet sich logisch als dialektischer Gegensatz, physisch als Polarität, metaphysisch als Antagonismus ab. Die scholastische Philosophie mit ihrem Unterschied von Thomismus und Scotismus und die Mönchsorden führte Bernhart als Beispiele innerer Gegensatzdialektik an. Die Auseinandersetzung von Ost und West, von Rom und Wittenberg dienten als Beispiele geschichtlicher Polarität. Immer wieder sei die Geschichte Drang nach Verleiblichung und Drang nach Lösung vom Leibe im Geist, ein Zwiespalt, der bei den Mystikern am tiefsten gehe. Aber der Mensch sei innigste Zweieinigkeit, und was Gott verbunden habe, solle der Mensch nicht trennen.

Sachlich, wenn auch nicht zeitlich, schloß sich an die geschichtsphilosophische die juristische Sicht des Rahmenthemas. Der Staatsrechtler der Universität Freiburg, *Professor Maunz,* beleuchtete staatsrechtliche von Menschen für Menschen geschaffene Formen als Verkörperung von Ideen und führte diesen Gesichtspunkt in seinem Vortrag „Grundfragen der neuen deutschen Verfassung" beispielhaft durch.

Den Ring dieser Vorträge schloß mit Recht ein Theologe, Dozent *Dr. Bernhard Welte,* Freiburg. Er deutete die Leiblichkeit des Menschen als Weg zu Christus. Prüfe man den Leib phänomenologisch, stoße man auf zwei ganz entgegengesetzte Reihen von Erscheinungen. Speziell in der Leibhaftigkeit gehe uns das Sein auf, seine Fülle wie seine Tiefe. In und durch die Leibhaftigkeit seien wir mit dem Kosmos verknüpft, aber andererseits begrenze und vereinzele gerade sie das Erleben unserer selbst. Der Leib erscheine als eine Stätte der Hülle des Entzugs. Statt unser Selbst zu öffnen, könne er es verschließen (das Triebhafte). Eine eigentümliche Dialektik klaffe zwischen beiden Reihen von Erscheinungen. Immer wieder hätten die Menschen versucht, diese Dialektik in große Einfachheit aufzulösen: in Spiritualismus oder in Materialismus. Aber die Dialektik weise über sich hinaus. Wohin, sei an Spitzensituationen der Leibhaftigkeit zu vernehmen, in der erotischen Blüte des Leibes und in ihrem Gegenbild, dem Tode. Das Phänomen der Leibhaftigkeit mute an wie ein Vorentwurf eines Heiles, das, leibhaft erscheinend, Reinheit und Fülle des Daseins tragen werde. Die Wahrheit der Leibhaftigkeit bereite auf Christi Botschaft vor. Man dürfe ihre leibliche Gestalt nicht vergeistigen. Das Heil müsse leibhaft entgegengenommen werden, in der Taufe, in der heiligen Kommunion. Die Wahrheit der Leibhaftigkeit und die Bereitschaft zu ihr blieben die Bedingungen dafür, daß das Christentum nicht vergeistigt werde, andererseits aber auch nicht in das Grob-Stoffliche abgleite.

Wie der Mensch in der Ordnung des Leiblichen steht, so auch in der des Berufs. Die Versuchungen, auch diese Ordnung in Unordnung zu verkehren, und die christliche Weise, solchen Versuchungen zu begegnen, schilderte der zweite Themenkreis „Berufsethos". Praktiker sprachen hier über die innere Haltung in solchen Berufen, deren Ethos besonders fragwürdig geworden ist. Der Beruf, mit dessen Vertretern es der Student während seiner Ausbildung am meisten zu tun hat, der Beruf des Hochschullehrers, kam in zwei Vorträgen zu Wort. Professor *Dr. Clemens Bauer,* mittelalterlicher Historiker an der Universität Freiburg, ging mit seinen Darlegungen über „Probleme der Hochschulreform" mitten in die Situation hinein. Den Bericht der englischen Hochschullehrer-Vereinigung, die die Universitäten der britischen Zone besucht hatte, benutzte er als Spiegel, der den deutschen Hochschulen vorgehalten werde, während sich in dem Bericht der Hochschulkommission der Harvard University eine verwandte amerikanische Lage spiegele. Die Krise der Hochschule sei also nicht spezifisch deutsch, sondern abendländisch. Die geistige und die soziale Situation der Universität, die Ziele einer jeden Hochschulreform, die Prüfung der von der Harvard University gemachten Vorschläge, der christliche Beitrag zur Überwindung der geistigen Krise bildeten die wichtigsten Punkte seiner Ausführungen. Er betonte abschließend, daß für den deutschen Katholiken die Lösung nicht im Abkapseln von der jetzigen Hochschule, sondern im Verbleiben in ihr bestände. Diese konkreten, aus der Krisensituation der Universität geborenen Darlegungen ergänzte Professor *Dr. Theodor Steinbüchel,* der Tübinger Moraltheologe, in seinem Vortrag „Das Ethos der Wissenschaft" nach der allgemeinen Seite. An eine Wesensbestimmung des Wissens fügte er die Frage nach der Grundhaltung, dem Ethos, in dem wissenschaftliches Fragen und Wissen vollzogen wird, und schloß mit der Frage, ob sich im Wissen eine Art des Mensch-Seins erfülle. Im Wissenschaffen vollende der Mensch die Ordnung, in der er stehe. Wissen sei eine metaphysische Forderung des Seins der Welt an den Menschen. Fragen sei Seinsausdruck menschlichen Existierens. Das Fragen des Menschen sei immer ein Wagen. Ob ihm Antwort werde, könne der Fragende nie wissen, fragend, wagend und harrend bringe der Wissenschaftler unser menschliches Dasein zur Erfüllung.

Besonders fragwürdig, wie das Berufsethos des Wissenschaftlers, ist uns auch die Haltung des Arztes zu seinem Beruf geworden. Deshalb nahmen auch hier zwei Berufsvertreter das Wort. Mit *Dr. Georg Volk,* Offenbach, sprach ein Großstadtarzt zum Thema „Arzt und Kranker".

Geschöpflichkeit, Krankheit, Schuld seien die Grundbestimmungen des Menschen vor dem Arzt. Die Versuchungen, die sich daraus für den Arzt ergäben, von denen die größte Versuchung die sei, sich selber zum Priester und Heiland zu machen und die Grundregeln der Gesundheitspflege an die Stelle des Glaubensbekenntnisses zu setzen, aber auch die Verbundenheit, die diese Grundbestimmungen zwischen Krankem und Arzt schaffen, deckte Dr. Volk mit ehrfürchtigem Freimut

auf. Diesem idealtypischen Bild des Arztes fügte der Direktor der Tübinger Hautklinik, Professor *Dr. Gottron,* einige heute sehr hervortretende Züge ein. Wie verhält sich das Berufsethos des Arztes zum Tierversuch, wie zum Versuch am lebenden Menschen? Gibt es eine absolute Wahrheitspflicht des Arztes? Wie erfüllt der Arzt seine Liebespflicht auch gegenüber dem geschlechtskranken Menschen? — alle diese konkreten Einzelsituationen und die in ihnen enthaltenen Gefährdungen des ärztlichen Berufsethos behandelte Gottron in seinen Überlegungen.

Als dritter Beruf, dessen Ethos heute in die Krise geraten ist, wurde von Landesgerichtsrat *Dr. Buhmüller,* Tübingen, „Der Beruf des Richters" dargestellt. Im Mittelpunkt der richterlichen Tätigkeit stehe die Frage nach Recht und Gerechtigkeit; also die Frage, wo der Richter die absoluten Werte finde, die er als Maßstäbe auf den jeweiligen Fall anwenden dürfe. Der Rechtspositivismus, der im Recht nur die Summe der Gesetzesvorschriften sehe, sei heute im Rückzug begriffen. Jedem Richter sei es nunmehr klar, wohin die Lösung des Rechts von der Sittlichkeit führe. Worin die Öffentlichkeit die Gefährdungen des richterlichen Berufsethos erkenne, verdeutlichte Buhmüller an der Gestalt des Richters in der Dichtung und in der Karikatur. In jeder Versuchung habe der christliche Richter daran zu denken, daß das höchste Amt Gottes sein Richteramt sei, und das menschliche Richteramt nur den Abglanz des göttlichen darstelle.

Die jeweils anderthalbstündigen Aussprachen, die den Vorträgen folgten und manchmal auch nach dem gemeinsamen Abendessen fortgesetzt wurden, standen auf beachtlicher Höhe. Herr Professor Steinbüchel, der bei der Eröffnung des wissenschaftlichen Teils der Hochschulwoche Monsieur *Sauzin,* den Germanisten der Universität Rennes und derzeitigen Hochschulreferenten der Militär-Regierung in Baden-Baden hatte begrüßen können, dankte in seinem Schlußwort vor allem auch der Erzabtei Beuron für ihre großzügige Unterstützung.

So ist auch diese erste Beuroner Hochschulwoche ein Anzeichen dafür, daß die heutige deutsche Universität weder dem christlichen Dozenten noch dem christlichen Studenten genügt, daß beide außerhalb der Hochschule, aber für sie auf Reform hindrängen und in der Einrichtung von Hochschulwochen einen Weg zur Reform ausprobieren, einen Ansatzpunkt, von dem aus christlicher Geist in die deutsche Universität zurückströmen kann.

Die diesjährigen internationalen Studententreffen

Mit dem Beginn des Wintersemesters 1948/49 an den deutschen und ausländischen Universitäten (Ende Oktober-Anfang November) schließt die diesjährige Periode der internationalen Ferienlager und Studententreffen ab. An zahlreichen Plätzen des In- und Auslandes trafen sich junge Menschen vor allem aus den europäischen Ländern und hatten Gelegenheit, in gemeinsamer Arbeit und fruchtbarem Gespräch sich gegenseitig persönlich über ihre Anliegen und Schwierigkeiten zu informieren. Für viele deutsche Teilnehmer waren diese Begegnungen die erste Möglichkeit, in einen lebendigen Kontakt mit den Kameraden anderer Völker und Länder zu treten.

Deutsche Studenten fuhren in diesen Herbstferien in größerer Zahl nach England, Frankreich, Holland und in die Schweiz, kleinere Gruppen kamen nach Schweden, Belgien, Luxemburg, Österreich und Italien. Den Einladungen spanischer Studentengruppen in Madrid und Barcelona konnte auf Grund der allgemeinen Paßschwierigkeiten nicht entsprochen werden. Von den Studenten der osteuropäischen Universitäten ist man durch den Eisernen Vorhang getrennt.Es ist jedoch bemerkenswert, daß auf verschiedenen internationalen Treffen in Holland, England und Frankreich Vertreter der osteuropäischen Exil-Studenten (D.P.) anwesend waren, die aus persönlicher Erfahrung über die Zustände in ihren Ländern, vor allem über das Leben an den Universitäten Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei, berichteten. Die Luftbrücke ermöglichte auch einer Reihe von Berlinern die Teilnahme an Lagern in Deutschland sowie im Ausland. Studenten der übrigen Ostzone konnten nur illegal und in spärlicher Anzahl nach Westdeutschland kommen; die Reise ins westliche Ausland ist für sie fast unmöglich. Nord- und südamerikanische Studenten waren in geringer Zahl in Frankreich, England und Deutschland anzutreffen. Ein kanadisch-deutsches Treffen fand in Plön (Holstein) statt. Einem großen Teil der England- und Schweizfahrer war die Reise durch landwirtschaftlichen Arbeitseinsatz in diesen Ländern ermöglicht. Die großzügige Geldbereitstellung vieler Kameraden machte es möglich, daß von allen westdeutschen Universitäten kriegsversehrte Studenten für mehrere Wochen kostenfrei in die Schweiz fahren konnten. Vor allem aber hatten viele deutsche Studenten in allen Westzonen Gelegenheit, durch die Teilnahme an internationalen Ferienkursen und Lagern mit ihren ausländischen Kommilitonen ins Gespräch zu kommen. Wenn diese Treffen der jungen Generation sich auch im vorpolitischen Raum bewegen und meist eine kulturelle oder religiöse Basis haben, so ist angesichts des späteren publizistischen, pädagogischen und politischen Einflusses vieler Teilnehmer nicht zu verkennen, daß Jugendbewegungen dieser Art auch für die künftige gesunde Entwicklung im politischen Bereich von ausschlaggebender Bedeutung sein können. Wer die internationale Arbeit dieser Art mißachtet oder sie einem utopischen und sentimentalen Pazifismus gleichsetzt, übersieht, daß alles geschichtliche Geschehen beeinflußbar ist und in hohem Maße von lebendigen Menschen getragen wird. Die internationale Informations- und Verständigungsarbeit unserer Jugend kann deshalb nicht leicht überschätzt werden. Sie ist für den jungen Deutschen umso notwendiger, als er dem Menschen des fremden Volkes seit langem fremd geworden ist oder ihm nur in den verzerrten Formen der Besatzung und Gefangenschaft begegnen konnte. Das gleiche gilt für die Jugend der anderen Völker in ihrer Haltung gegenüber Deutschland.

Von besonderer Bedeutung für eine saubere und echte Grundlegung einer neuen europäischen Ordnung ist die Klarlegung des deutsch-französischen Verhältnisses, nachdem die nationalistischen Ambitionen beider Völker zu veralteten Restbeständen einer in sich längst überwundenen nationalstaatlichen Geschichtsepoche Europas geworden sind. Eine konstruktive deutsch-französische Arbeit muß infolgedessen die starken Überreste nationalistischer Denkformen in genügender Weise überwinden. Es ist ein glückliches Omen, wenn sich in den Begegnungen deutscher und französischer Studenten immer wieder zeigt, daß auch in der jungen, hypernationalistisch erzogenen Generation echte nationale Würde und

europäisches Denken Hand in Hand gehen können. Man hatte sehr oft den Eindruck, daß die ältere Generation einen stärkeren nationalistischen Grundstock psychologischen Charakters hat. Deutsch-französische Jugendbegegnungen, die in so konkreter und offener, andererseits in so unabhängiger und reifer Weise die gemeinsamen Probleme wie die trennenden Tatsachen erörterten, waren — das bestätigten erfahrene Vertreter des öffentlichen Lebens in Frankreich und Deutschland — 3 Jahre nach dem ersten Weltkrieg noch nicht möglich.

Studenten aus dem Saarland, die an deutschen und französischen Universitäten studieren, konnten aus ihren eigengearteten deutsch-französischen Erfahrungen wertvoll berichten und waren in besonderem Maße befähigt, über Möglichkeiten einer Verständigung der beiden Völker zu berichten. Gerade die Saarländer kennzeichneten sich durch eine klarsichtige und ehrliche Beurteilung der jetzigen Verhältnisse ihrer engeren Heimat wie durch eine offene Haltung gegenüber den deutschen und französischen Problemen.

Deutsche Studenten (einschließlich Vertreter des Saarlandes) hatten in diesem Jahr zum erstenmal Gelegenheit, wieder nach Frankreich zu kommen. Sie waren in Paris, Chartres, Barèges (Hautes Pyrenées) und Vallorcines (Haute Savoie) Gäste von französischen Universitätsorganisationen, die alles aufboten, um ihren deutschen Kameraden einen ebenso interessanten wie schönen Aufenthalt zu ermöglichen. Die deutschen Gäste wurden in Paris von Vertretern verschiedener Institutionen und Jugendgruppen zu herzlicher und freimütiger Aussprache empfangen. Generalsekretär Guy Madiot vom Centre d'Echanges Internationaux in Paris, ein wohlwollender und tatkräftiger Förderer guter deutsch-französischer Jugendbeziehungen, ermöglichte 16 deutschen Studenten einen 12tägigen kostenfreien Aufenthalt in der französischen Hauptstadt.

Von besonderer Bedeutung sind auch auf diesem Gebiet die Leistungen der deutsch-französischen Studienstelle CECES in Offenburg/Baden. Diese Studienstelle, die von dem Jesuitenpater *J. du Rivau* in völliger politischer Unabhängigkeit geleitet wird, veranstaltete in diesem Herbst mehrere Studententreffen in den Jugendherbergen Maria-Laach und Überlingen, die die Tradition der beiden vorjährigen Begegnungen aufnehmen sollten. Diese Lager waren im wesentlichen katholisch inspiriert, ohne einen ausschließlich konfessionellen Charakter zu tragen. Die diesjährigen Lager konnten auf den im Jahre 1947 gesammelten Erfahrungen aufbauen und behandelten bereits spezielle Problemkreise. Das Überlinger Lager ragt vor allen anderen an Bedeutung heraus. Es erörterte die Frage nach der Stellung der Kirche zur modernen Welt. Die neuere französische Theologie leistet auf diesem Gebiet wertvollste Pionierarbeit und hat bereits Wege zu einem fruchtbaren und sachgerechteren Verhältnis gegenüber Naturwissenschaft und Technik, Marxismus und Sozialismus, Wirtschaft und Politik aufgezeigt. Aus ihrem reichen Schatz teilten die französischen Kameraden unter Leitung von *P. Bernard*, Straßburg, den Lagerteilnehmern aus Deutschland und Belgien mit. Sie berichteten auch über die geistliche Erneuerungsbewegung im qualitativ sehr starken französischen Laienkatholizismus, die in vieler Hinsicht den deutschen Verhältnissen entspricht. Der junge französische Katholizismus ist stark von Deutschland beeinflußt. Romano Guardini, die liturgische sowie die Bibel-Bewegung (einschließlich der modernen evangelischen Theologie) wirken sehr stark in das katholische Frankreich hinein, P. Daniélou und P. Lubac, führende Köpfe der jungen Kirche unseres Nachbarlandes, haben mehrfach auf die Bedeutung des deutschen Geisteslebens hingewiesen. Ein der deutschen Geisteswelt noch verhältnismäßig unbekannter Sektor der modernen französischen Philosophie und Theologie ist die tiefe und positive Auseinandersetzung mit der deutschen Philosophie des 19. Jahrhunderts (einschließlich Hegel und Marx). Auch darüber wurde berichtet. Von deutscher Seite nahm u. a. *Ida Friederike Görres* an dem Überlinger Treffen teil, das von einem Marburger Studenten vorbereitet worden war. Die deutschen Studenten referierten über die augenblickliche geistige und religiöse Lage in Deutschland. Die Aussprachen und Diskussionen waren überaus lebendig und fruchtbar. Es wird eine Veröffentlichung der Tagungsergebnisse geplant.

Die übrigen Treffen dieser Art behandelten die Themen „Struktur des modernen Staates (deutscher Föderalismus, französischer Zentralismus, europäischer Föderalismus — soziale und formale Demokratie — Krise des Parlamentarismus usw.) sowie „die Stellung des Intellektuellen in der Gesellschaft nach christlicher und marxistischer Auffassung" u. a. In Speyer trafen sich deutsche, französische, belgische und schweizerische Historiker (Dozenten und Studenten) zur Besprechung der Frage: „Wie weit sind die Schulgeschichtsbücher nationalistisch inspiriert?" Die hier begonnenen Besprechungen werden noch weitergeführt und sollen unter Teilnahme namhafter Historiker entscheidende Vorschläge für eine gesunde europäische Geschichtspädagogik ausarbeiten.

Die jungen Teilnehmer dieser Treffen mußten zur Aufbringung der Kosten zum Teil schwere persönliche Opfer bringen. Der Elan, die Opferbereitschaft und das lebendige Interesse der jungen Generation gestatteten bei aller Nüchternheit in der Sicht der praktischen Verhältnisse die Hoffnung, daß unser blutender und leidender Kontinent von innen her den organischen Weg echter Gesundung und Heilung gehen wird.

Bischof Berning vor dem norddeutschen Kolpingstag

Der zweite norddeutsche Kolpingstag, der vom 10. bis 12. September in Hamburg stattfand, steigerte sich am Sonntagnachmittag unter dem Eindruck der Rede des Bischofs Dr. Berning zu einer großen Bekenntniskundgebung der norddeutschen Katholiken überhaupt.

Nach den Feiern des 90jährigen Bestehens der Kolpingsfamilien Zentral-Hamburg vereinigte der Sonntagvormittag die Kolpingsfamilien mit den Hamburgern und Schleswig-Holsteinern zu einem feierlichen Pontifikalamt. Um 14 Uhr setzte sich von der kleinen Michaeliskirche der nach Tausenden zählende Festzug zum Festpark „Planten un Blomen'" in Bewegung, wo Bischof Dr. Berning vor 20 000 Katholiken sprach.

Die Katholikenversammlung von Mainz und der Evangelische Weltkongreß von Amsterdam, sagte Bischof Berning, stehen in einer Front gegen den gottlosen Kommunismus. Die katholische Welt hat die in Mainz ausgestreckte Bruderhand, die dort geschaffene neue Atmosphäre des Zusammengehens freudig begrüßt und wird sie eifrig fördern.

150 000 bis 200 000 junge Menschen vagabundieren noch immer in der britischen Zone herum. Die Familien hausen in Trümmern und Baracken oder sind zerstreut. Hier liegen Aufgaben, die nur im Geiste christlicher Nächstenliebe und tätigen Verständnisses zu lösen sind.

Das Tatchristentum darf auch vor dem Staat nicht haltmachen. „Also Politik?" „Jawohl Politik", rief der Bischof mit erhobener Stimme. „Man macht sich die Hand daran nicht unsauber und sollte den Männern, die sich um Deutschlands Gesundung politisch abmühen, dankbar sein, statt billige Kritik an ihnen zu üben.

Weil wir das göttliche Gesetz als Richtschnur haben, sind wir verpflichtet, mitzuarbeiten an der Neuordnung des deutschen Volkes. Wer sich zurückhält, handelt gegen Gottes Gebot."

Der Staat aber ist kein Ding an sich, auch für ihn gelten die Zehn Gebote. Darum darf nicht gestattet werden, daß in der Öffentlichkeit, in Film, Funk und Theater Gott gelästert wird. Wenn die Gesetze des Staates gegen Gottes Gebote verstoßen, dann gilt das Wort: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen".

Auf wirtschaftlichem Gebiet muß eine Ordnung Platz greifen, die die Wirtschaftsgüter nicht als Freibrief für die Erwerbsgier, sondern als Existenzgüter des ganzen Volkes auffaßt. Die Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen muß verschwinden. Ihr Fortbestand wäre eine Quelle des Radikalismus.

„Darum", so betonte der Bischof, „begrüßen wir den Lastenausgleich, der hoffentlich ein gerechter sein wird".

Notwendigkeit christlicher Arbeitgeberverbände

Die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses aller christlichen Unternehmer zur Verwirklichung einer christlichen Sozialordnung wurde auf einer Sondertagung des Gebietsausschusses der Christlichen Arbeiterjugend betont. Die christlichen Arbeitgeber seien zwar in dem Allgemeinen Arbeitgeberverband organisiert, jedoch nicht als christliche Unternehmer. Wenn man die Sozialenzykliken der Päpste in die Tat umsetzen wolle, müßten sich die christlichen Arbeitgeber ähnlich wie die Arbeitervereine und die Christliche Arbeiterjugend in einer Organisation zusammenschließen, um gemeinsam mit diesen eine christliche Sozialordnung herbeizuführen. Von der Christlichen Arbeiterjugend wurde die Bildung eines Arbeitsausschusses vorgeschlagen, dem Vertreter aller beteiligten Verbände angehören sollen. Die Christliche Arbeiterjugend gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auch die evangelischen Arbeiter und Jungarbeiter sich organisieren und gemeinsam mit der katholischen Arbeiterschaft an der Verwirklichung dieser Ziele arbeiten werden.

Mahnungen der Vertriebenenseelsorger

Am 18. und 19. Oktober tagten in Königstein im Taunus die Beauftragten für die Vertriebenenseelsorge in den einzelnen Diözesen unter Vorsitz des Päpstlichen Sonderbeauftragten für die Heimatvertriebenenseelsorge, Exzellenz Dirichs, Bischof von Limburg. Man besprach die derzeitige seelsorgliche Lage unter den Vertriebenen und die neuen Aufgaben, die sich vor allem durch die Erkenntnisse des Mainzer Katholikentages und die in der Sommerarbeit gewonnenen Erfahrungen ergaben. Die versammelten Seelsorger sahen sich angesichts der andauernden trostlosen Lage im Gewissen verpflichtet, am Schluß ihrer Beratungen im Namen der mehr als 2½ tausend ausgewiesenen Priester und ihrer Gläubigen neuerdings vor aller Welt auf folgendes hinzuweisen:

1. Die Heimatvertriebenen geben das Recht auf ihre alte Heimat nicht auf.
2. Das Vertriebenenproblem und die Not der Heimatvertriebenen kann Deutschland aus eigener Kraft nicht lösen.
3. Es müssen alle verfügbaren Kräfte im In- und Auslande eingesetzt werden, um diese Not wenigstens zu lindern.
4. Die Glaubensbrüder werden immer wieder aufgerufen, Verständnis zu haben für die Lage der Heimatvertriebenen und ihnen großzügigste Hilfe zu leisten. Die vertriebenen Brüder aber werden ermahnt, ihr Kreuz geduldig zu tragen und in dieser schweren Heimsuchung einen Anruf Gottes zur besonderen Auserwählung zu sehen.
5. Ein neuer Krieg kann diese Heimsuchung nicht zum Besseren wenden. Darum sollen die Heimatvertriebenen auf der Hut sein vor allem Radikalismus und ihre Hoffnungen nicht auf einen neuen Krieg setzen.

Probleme des Mädchenschutzes

Im Anschluß an den Internationalen Kongreß des katholischen Mädchenschutzes in Rom hielt der Deutsche Nationalverband der Katholischen Mädchenschutzvereine am 15. und 16. 10. 1948 in Telgte/W. in Anwesenheit seines Protektors, Sr. Exzellenz Bischof Dr. Michael Keller von Münster, seine diesjährige Verbandstagung ab. Grundthema der Beratungen waren die brennenden Gegenwartsprobleme der Arbeit, die das breite Feld zwischen der Jugendseelsorge und Jugendführung der Pfarr- und Standesvereinigungen einerseits und der Gefährdetenfürsorge andererseits einnehmen. Die Währungs- und Arbeitssorgen der Bahnhofsmissionen, die notwendigen Aktionen für die als Arbeitskräfte ins Ausland abwandernden deutschen Mädchen, die Weiterführung und Neueinrichtung von Abendheimstätten für die Alleinstehenden im Beruf in den zertrümmerten Großstädten, der nötige Ausbau der Jugendberatungsstellen für grundsätzliche Fragen der Berufswahl und Lebensführung, die Sorge für die weibliche Flüchtlingsjugend und die Heimkehrerinnen (insbesondere aus der Diaspora) durch Ausbau der hausmütterlichen Bildungsmöglichkeiten in Schwesternhäusern und Werkheimen, die Stützung der in der Diaspora verstreut auf schwierigen Posten stehenden helfenden weiblichen Kräfte der Caritas und der Seelsorge durch ein besonderes Liebeswerk — alle diese Arbeitsprobleme fanden lebhafte Erörterung aus den Reihen der fürsorgerischen Fachkräfte und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen. Es zeigte sich, daß in dieser Initiativarbeit Menschen stehen, denen die härtesten persönlichen Existenznöte nicht den klaren Blick und den starken Hilfswillen für unsere deutschen Mädchen und Frauen in Beruf und Erwerb, in Ortsfremdheit, Wanderung und Alleinstehen nehmen konnten. Die Schwierigkeiten der Arbeit infolge der Währungsreform sind überaus groß, aber sie haben sich nicht lähmend, sondern Kräfte anspornend ausgewirkt. Es ist wohl berechtigt zu hoffen, daß diese Caritasarbeit gesund wei-

terwächst; denn gerade der offene Caritasdienst darf nicht über allen Anstaltssorgen und -problemen verkümmern.

Eine besondere Freude war der Bericht über den Kongreß in Rom und die Audienz beim Heiligen Vater. Die ausführliche Ansprache des Heiligen Vaters an die Kongreßteilnehmer aus 23 Ländern der Welt gab die bedeutsame Weisung: „In unserem Zeitalter kann nicht die Rede davon sein, sich in einer örtlichen oder regionalen Tätigkeit zu verschanzen, nicht einmal in einer nationalen. Es ist notwendig, daß jede einzelne Ihrer Zentralen, die gut organisiert und ausgerüstet scheinen, eine Masche darstellt in dem ungeheuern Netz, das den ganzen Erdkreis umspannt!

„Bibel und Seelsorge"

Im Rahmen des Katholischen Bibel-Werkes, dessen Geschäftsstelle sich z. Z. in Mooshausen (Post Manstetten) befindet, hielt der Arbeitskreis „Bibel und Seelsorge" am 19. September 1948 in Ulm a. D. eine Arbeitstagung ab.

Das erste Referat der Tagung über „Gottes Wort in Predigt und Bibelstunde" von *P. Dr. Generosus Marquardt,* OFM (Wiesbaden), gab die Anregung zu einer lebhaften Aussprache. Wie der Heilige Vater in seiner Bibelenzyklika „Divino afflante Spiritu" verlangt, muß unsere Predigt möglichst engen Anschluß an das ursprüngliche Wort der Bibel suchen. Dabei ist zu beachten, daß nicht etwa eine Fülle von Bibelzitaten bereits den biblischen Charakter einer Predigt ausmacht, sondern daß vor allem das Gotteswort der Bibel selbst Gegenstand und Mark der Predigt sein soll. Damit soll nicht etwa der Homilie alleinige Daseinsberechtigung zugesprochen werden, aber ihre Pflege kann nicht eindringlich genug empfohlen werden, weil sie erfahrungsgemäß das gläubige Herz leichter und nachhaltiger anspricht. Auch die dogmatische und katechetische Predigt gewinnt durch biblische Gestaltung an lebendiger Durchschlagskraft.

Sodann sollte der Prediger die biblische Bildersprache in ihrer gesättigten Fülle voll auswerten. Tut er dies, wird er die Gefahr, in „toten Vokabeln" oder „christlichen Schlagworten" zu reden, vermeiden. Andererseits darf er natürlich — hierin dem Vorbild des Meisters folgend — seine Bilder auch der Vorstellungswelt seiner unmittelbaren Hörer entlehnen; nur wird er darauf achten müssen, daß Bilder aus der modernen Technik allzuleicht dazu verführen, das moderne technische Denken nun auch auf das übernatürliche Leben anzuwenden, die Übernatur gleichsam zu „technisieren".

Die dritte Forderung für eine biblische Predigt legt Wert auf die Verwendung biblischer Beispiele. Diese haben den Vorzug, durch göttliche Inspiration gesichert zu sein und bieten zudem eine günstige Gelegenheit, die Gläubigen wieder mit dem Alten Testament vertraut zu machen, denn gerade das Alte Testament ist eine reiche und wertvolle Fundgrube für Anschauungsmaterial. Hinsichtlich der Bibelstunde wurde ihr Verkündigungscharakter besonders betont, d. h. sie sollte stets eine religöse Erbauungsstunde sein, die zu einer echten Begegnung mit Gott führt. Nicht menschliche Neugierde soll befriedigt, sondern die Einzelseele heilsgeschichtlich angesprochen werden.

Das zweite Referat von Stadtpfarrer *Gantert* (Ulm a. D.) behandelte das Thema: „Gottes Wort im Religionsunterricht und in der übrigen Seelsorge". Es führte zu den drei Thesen: 1. Unser Volk, das so furchtbare Erschütterungen erleben mußte, muß durch eine organische Erziehung zur Bibel hingeführt werden. 2. Der Priester muß Gottes Wort vor seinen Hörern aufleuchten lassen als Weg, Wahrheit und Leben. Er muß die wunderbare und fruchtbare Einheit von Dogma, Kult und Ethos dem Volke wieder zum Bewußtsein bringen. 3. Diese Aufgabe und Arbeit setzt aber eine gründliche, lebensnahe, exegetische Ausbildung und Erziehung des Priesternachwuchses voraus sowie auch eine exegetische Literatur, die dem überlasteten Seelsorger nicht nur philologische Erkenntnis vermittelt, sondern auch die Wege zum Leben aufweist.

Zum Thema „Bibelliteratur" gab Pfarrer *Brecht* (Leipferdingen) folgende Anregung: „Unsere Bibeltheologen mögen in Gemeinschaftsarbeit ein großangelegtes, zusammenfassendes Standardwerk herausbringen, in dem sich nicht nur der augenblickliche Stand der wissenschaftlichen Forschung widerspiegelt, das vielmehr auch das einschlägige patristische Material enthält, den theologischen Gehalt der Schriftabschnitte eingehend behandelt und so zur seelsorglichen Auswertung überleitet".

Zum Thema „Mangel an Bibelausgaben" wurde einstimmig folgende *Entschließung* angenommen: „Die Anwesenden bedauern den Mangel an preiswerten Ausgaben der Hl. Schrift, wodurch heute eine Bibelarbeit geradezu unmöglich gemacht wird. Verleger, welche bald zu erschwinglichen Preisen Ausgaben der Hl. Schrift herausbringen, machen sich in höchstem Maße verdient um die Förderung der Bibelpflege im katholischen Deutschland".

Kirche und Judentum

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hatte mit dem Deutschen Evangelischen Ausschuß für Dienst an Israel vom 11. 10. bis 15. 10. zu einer Studientagung „Kirche und Judentum" nach Darmstadt eingeladen, zu der Vertreter der Landeskirche, der Judenmissionen, der Hilfsstellen für Rasseverfolgte, sowie Freunde dieser Arbeit auch aus dem Ausland erschienen waren.

Kirchenpräsident *D. Niemöller* eröffnete die Tagung im Namen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Er bat alle Teilnehmer zu bedenken, daß die Juden als Brüder der Christen um ihretwillen leiden müssen.

D. Dr. Conrad Hoffman, der Direktor des International Committee on the Christian Approach to the Jews, New York, gab einen Überblick über die Lage des Judentums in der Welt. Aus seinen Worten war zu spüren, daß auch in Amerika Christen etwas wissen von ihrer Verantwortung für die Tatsache, daß von den 9,7 Millionen Juden Europas im Jahre 1939 heute nur noch 4 Millionen in Europa leben. Den Juden, die sich nach einer Heimat sehnen, fehlt auch heute noch in den westlichen Ländern jede Möglichkeit einer Auswanderung. Daher sei der Druck der Zionisten auf Palästina zu verstehen. Drei Grundfragen ständen heute vor den Israeliten: 1. Die Staatsheimat der Juden in Palästina, 2. der sich in aller Welt bemerkbar machende Antisemitismus, 3. das allgemeine Chaos in der Welt, das den heimatlosen, angefeindeten Juden besonders trifft.

Das Judentum war vertreten durch den ehemaligen Oberrabbiner von Berlin *Dr. Leo Baeck,* der nun im hohen Alter in London lebt. Es erschütterte die Teilnehmer der Tagung tief, daß gerade Dr. Baeck nun zu den Chri-

sten in Deutschland kommt. Ferner waren anwesend *Dr. Weinberg,* Rabbiner in Frankfurt/Main, sowie der Leiter der Darmstädter jüdischen Gemeinde. Dr. Leo Baeck führte die Tagung in die geistige Lage des heutigen Judentums ein. Ausgehend von der jüdischen Geschichte der vergangenen drei Jahrhunderte wies er auf die Erneuerungsbestrebungen hin und versuchte, den Zuhörern etwas von dem Geheimnis dieses Volkes deutlich zu machen, dessen Geschichte nie Profangeschichte war. Die engen Verbindungen von Judentum und Christentum (die überwiegende Mehrzahl der Juden lebt auch heute noch in christlicher Umgebung) wurden schon hier angedeutet.

Zwei Vorträge von Herrn *Hoffmann,* Hamburg, und Oberregierungsrat *Dr. Radlauer,* Berlin, die in der Hilfsarbeit für die rasseverfolgten Christen stehen, gaben einen Überblick über die Lage dieser Christen in Deutschland. An einzelnen Beispielen wurde gezeigt, wie sich viele ehemalig Verfolgte noch heute im Zustand eines nach langer Krankheit Genesenden befinden, der besonderer Schonung und Hilfe bedarf, und wie sie nach der Währungsreform in neue Not geraten sind. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Kirchen es auch an Fürbitte für diese Menschen mit schweren Erinnerungen haben fehlen lassen. Eine Reihe von Einzelfällen, die mit dem Thema dieser Vorträge zusammenhingen, wurde in kleineren Arbeitsgruppen erörtert. Dabei wurde die Notwendigkeit besonderer seelsorglicher Hilfe für die rasseverfolgten Christen in ganz Deutschland, die oft noch keine Heimat in ihren Kirchengemeinden gefunden haben, deutlich. Es wurde der Christen in Deutschland und auch im Ausland gedacht, die sich ihrer Brüder aus Israel in der Zeit der Verfolgung und der notvollen Gegenwart angenommen haben. Die Flüchtlingskommission des Weltkirchenrates, die immer wieder Hilfe ermöglichte, war durch Oberkirchenrat *Kloppenburg* aus Genf zeitweise vertreten.

Über das Verhältnis von Kirche und Synagoge sprach Dozent *Wittenberg* von der Evangelischen Theologischen Hochschule Neuendettelsau. „Israel ist da, damit es die Unruhe der Welt mit Gott erhalte". Im Gleichnis vom verlorenen Sohn komme zum Ausdruck, daß das Christentum der jüngere Bruder sei, den Gott aufgenommen habe, während der Jude als älterer Bruder leiden müsse. Wenn sich die Kirche als jüngerer Bruder der Synagoge versteht, so wird ihr grobe und feine Judenfeindschaft unmöglich sein. Wirkliche Christen werden die Eigenart der Juden verstehen und ihnen ihren köstlichen Besitz, den Glauben an den Messias Jesus, nicht vorenthalten wollen.

Zum Schluß sprach Professor Lic. *Rengstorf* über „die eine Kirche aus Juden und Heiden". Gefährlicher als alle Zertrennungen wäre für die Kirche ein Riß zwischen Christen jüdischer und nichtjüdischer Herkunft. Dies würde die Folge haben, daß die Kirche ihre Würde als das Volk Gottes verlieren und in zwei Sekten zerfallen würde, die auch im Falle organisatorischer Zusammenfassung nicht mehr als Kirche des Neuen Testamentes gelten könnten.

Ein Besuch in dem Lager Bensheim, in dem etwa 850 meist ostjüdische Verschleppte (DPs) sind, die drei Jahre nach dem Grauen der kaum abgewendeten Vernichtung noch immer in einem recht primitiven Lagerleben darauf warten, dieses endlich aufgeben zu können und auszuwandern, erinnerte die Teilnehmer u. a. auch deutlich daran, daß sich also in etwa 2—3 Jahren kaum noch jüdische Menschen in Deutschland befinden dürften und demnach für Deutschland jetzt die letzte Chance ist, ihnen den Christus der Christen zu zeigen, ehe sie weggehen. In derselben Erkenntnis, daß man in Deutschland nicht lange noch Juden unter den Christen haben werde, wurde — obwohl die Frist eines Jahres für eine innere Vorbereitung auf eine solche wahrhaft ökumenische Tagung wie diese es war, zu kurz sei — doch beschlossen, sie im Hinblick auf diese Tatsache in Jahresfrist wieder stattfinden zu lassen.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Änderung im kirchlichen Eherecht

Durch ein Motu Proprio (enthalten in den Acta Apostolicae Sedis 1948, Heft 8 bis 9) hat Papst Pius XII. den Can. 1099 des C.J.C. außer Kraft gesetzt. Dieser Canon besagt, daß alle, die im katholischen Glauben getauft, aber in ihrer Jugend der Häresie oder dem Schisma verfallen sind oder ohne Religion erzogen wurden, nicht verpflichtet sind, die Bestimmungen des Trienter Konzils über die Eheschließung zu beobachten. Im Hinblick auf die Ergebnisse einer dreißigjährigen Erfahrung hat nun der Heilige Vater diese Ausnahme beseitigt.

Direktiven des Hl. Vaters für die Katholische Aktion in Indien

Der Hl. Vater hat kürzlich dem Erzbischof von Madras und dem indischen Episkopat Direktiven für die Organisation der Katholischen Aktion in Indien zugehen lassen.

Er hat in seinem Brief zuerst die indische Hierarchie zu den bisher erreichten Fortschritten auf dem Gebiet der Katholischen Aktion beglückwünscht; diese hat kürzlich ein Nationalkomitee der Katholischen Aktion für Indien errichten können. Heute, so fährt der Papst fort, steht Indien an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Es ist von der größten Bedeutung, daß die Katholiken ihren Beitrag zur Organisation des Landes liefern und ihre Landsleute an dem geistigen Erbe teilhaben lassen, das ihnen anvertraut worden ist. Das Ziel der Katholischen Aktion — die Ankunft des Reiches Gottes — unterscheidet sich grundlegend von dem der Parteien und aller anderen Bewegungen. Als direkte Mitarbeit der Laien am Apostolat der Hierarchie muß sich die Katholische Aktion zweifellos der Autorität der Bischöfe, „die eingesetzt sind, die Kirche des Herrn zu weiden" (Apg. XX, 28), in ihren jeweiligen Diözesen unter der obersten Jurisdiktion des Hl. Vaters unterordnen. Daher erscheint es richtig, im gegenwärtigen Augenblick eine der Sektionen der indischen Bischofskonferenz mit der Organisation der Katholischen Aktion zu betrauen. Der für diese Aufgabe vorgeschlagene Prälat soll die Tätigkeit der verschiedenen Gruppen koordinieren und sie in allen Sektoren von nationalem Interesse überwachen. Dadurch werden die verschiedenen Verbände auf nationaler Ebene zusammenarbeiten und doch zugleich ihre Autonomie bewahren.

Ein Gefühl möge vor allem die Laien, die am Apostolat des Priesters mitarbeiten, beseelen: *sentire cum ecclesia.*

Der Hl. Vater betont auch insbesondere die Notwendigkeit einer gründlichen religiösen und moralischen Bildung der Aktivisten. Was das Mitglied der Katholischen Aktion kennzeichnet und es zu einem Streiter Christi zu Hause, in der Arbeit und in allen Kreisen des sozialen Lebens macht, ist die Unantastbarkeit seines christlichen Lebens; diese beruht auf dem Studium, nährt sich an den Sakramenten, dem Gebet und der Übung des christlichen Lebens.

Die Ausbildung der Laienapostel, so schloß der Papst, ist Sache des Welt- und Ordensklerus. Er muß es als seine heilige Pflicht betrachten, die Zahl der Männer, Frauen und Jugendlichen zu steigern, die sich entschlossen der Ausbreitung des Reiches Gottes widmen wollen, indem sie ihre Brüder zu Christus und seiner heiligen Kirche hinführen.

Indizierung der Bücher J. P. Sartres

Durch ein Dekret des Heiligen Offiziums vom 27. Oktober 1948, das mit dem Datum vom 30. Oktober 1948 veröffentlicht worden ist, sind die sämtlichen Werke des bekannten französischen Existentialisten Jean Paul Sartre auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt worden.

Die Woche für die Einheit der Kirche in Bologna

Wie wir bereits in der Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 12, S. 538 berichtet haben, fand in Bologna auf Anregung des Kardinalerzbischofs im September eine Woche für die Einheit der Kirche statt. Sie endete mit einer Festkundgebung, an der 4 Kardinäle, 40 Erzbischöfe und Bischöfe, tausende von Priestern und eine große Menge Volkes teilnahmen. Kardinal Ruffini hielt den Schlußvortrag, in dem die Lehrpositionen der Kirche zu dem Thema „Irrtümer gegen die Einheit und ihre Widerlegung" dargelegt wurden. Zum Schluß wurden vier praktische Wünsche öffentlich verlesen, die die Leitung der Tagung kurz vorher formuliert hatte, nämlich:

daß dieser „Woche für die Einheit" periodisch andere in den verschiedenen Städten und sowohl regionalen wie nationalen Charakters folgen mögen;

daß in allen Pfarreien die Gebetswoche für die Einheit abgehalten werden möge, wobei zum mindesten der Sonntag in der Gebetsoktav feierlich begangen werden soll;

daß in jeder Diözese ein Delegat des Werkes „Pro Unione" ernannt werden möge, der insbesondere den Kontakt mit der „Unitas" pflegen soll;

daß Klerus und Gläubige durch die Heiligkeit ihres Lebens, durch den Adel des Kults, durch die inspirierte Caritas bei allen gegebenen Zusammentreffen dazu beitragen mögen, die ursprüngliche Sendung der katholischen Kirche vor den Augen der getrennten Brüder aufleuchten zu lassen.

Kardinal Agagianian hat als Vertreter der orientalischen Kirchen die Grüße der östlichen Brüder überbracht, indem er deren Bindung an Rom besonders unterstrich; er wurde mit langanhaltendem Applaus begrüßt. Der armenische Kardinal hielt auch am folgenden Sonntag in S. Petronio in Bologna das feierliche Pontifikalamt nach armenischem Ritus.

Christlich-soziale Internationale

Die „Internationale christlich-soziale Vereinigung" (St. Gallen), in der katholische soziale Organe und sozial tätige Persönlichkeiten aus fast allen Ländern der Welt zusammengeschlossen sind, tagte vom 20. bis 22. Oktober 1948 in der Schweiz und hat einen großen internationalen Kongreß vorbereitet, der im Mai/Juni 1949 in Einsiedeln stattfinden wird. An dieser Vorbereitung waren auch drei deutsche Mitglieder der Christlichen Internationale beteiligt: Verbandspräses Dr. H. J. Schmitt, Präsident Josef Gockeln und Dr. P. H. Werhahn. Das Grundthema des Kongresses lautet: „Arbeit als Existenzsicherung". Umfangreiche Vorarbeiten in den einzelnen Ländern sind in Angriff genommen, damit auf dem Kongreß ein vollständiges Bild über die heute noch unzureichende Sicherung der personalen und familiären Existenz entworfen werden kann.

Gründung des Internationalen Büros der Katholischen Jugend

Der Internationale Katholische Jugendkongreß, der in Rom im September stattgefunden hat, hat eine ständige Organisation für die katholische Jugend der Welt geschaffen. Diese Organisation bildet ein Glied der Katholischen Aktion, indem sie zu den Einrichtungen gehört, die die Zusammenarbeit der Laien mit der Kirche ordnen. Sie unterhält ein „Internationales Büro der Katholischen Jugend". Bei der Beratung über die Konstituierung dieses Büros waren 23 Nationen anwesend. Die Beratung war langwierig und mühsam durch die vielen nötigen Übersetzungen. Man kam aber zu dem gemeinsamen Ergebnis, daß eine internationale Zusammenarbeit notwendig sei; daß diese Zusammenarbeit sich in einem Sekretariat der Vertreter der katholischen Jugendorganisationen der Welt verkörpern müsse; und daß als Sitz dieses Sekretariats nur Rom in Frage käme.

Bei der Beratung der Form, die man diesem Sekretariat geben solle, kam man zu dem Entscheid, einen Rat zu gründen, in dem jede Delegation durch einen Vertreter repräsentiert werden wird; neben diesem soll ein Exekutivkomitee von 7 Mitgliedern stehen, deren eines der verantwortliche Sekretär der Arbeit des Sekretariats selber sein soll.

Anschließend wurden die Vertreter des Rates gewählt. Unter den 7 Mitgliedern des Komitees wurde ein Platz freigelassen für einen Abgeordneten der Nationen, die erst späterhin beitreten werden. Von den bereits ernannten 6 anderen ist einer Italiener (und es soll immer ein Italiener dabei sei); die anderen gehören folgenden Nationen an: Spanien, Schweiz, Polen, Mexiko, Brasilien und nochmals Italien.

Das Amt des ständigen Sekretärs soll dem Italiener in Permanenz obliegen.

Weltunion der Männer der Katholischen Aktion

In dem gleichen Augenblick, da in Paris die Vereinten Nationen zusammentraten, trafen sich in Lourdes die Führer der Männerorganisationen der Katholischen Aktion aus 18 Ländern, um zum ersten Mal in der Geschichte einen Zusammenschluß katholischer Männer aller Länder zum Zweck gemeinsamer katholischer Aktion im öffentlichen Leben der Welt ins Werk zu setzen. Die katholischen Männer Italiens unter ihrem aktiven Führer *Dr. Luigi Gedda* hatten dazu die Initiative ergriffen und die Einladung erlassen. Wenn diese Initiative von einem dauernden Erfolg gekrönt sein sollte und zu einer lebendigen Vereinigung der Kräfte

führte, könnte ihre Auswirkung auf die Weltöffentlichkeit und das internationale Leben in der Zukunft einmal dazu berechtigen, den 18. September 1948 als ein Ereignis der Kirchengeschichte festzuhalten.

An diesem Tage hieß der Führer der französischen Männerbewegung *Jean le Cour Grandmaison* die Brüder aus aller Welt an der heiligen Stätte willkommen, oder vielmehr er weigerte sich, dies zu tun, weil an einem solchen Ort alle Christen in derselben Weise daheim sind. Dieser Ton brüderlicher Einigkeit beherrschte die ganze Tagung. Luigi Gedda sagte in seiner Rede, es handle sich darum, die Folgerungen zu ziehen aus der Wahrheit, daß wir im mystischen Leibe des Herrn alle zu heiliger Einheit verbunden sind, und man müsse diese Einheit auch in der katholischen Männerwelt vor aller Augen sichtbar darstellen.

Diese Einigung der Männer ist das letzte und neueste Ereignis auf dem Wege zu weltweiter Zusammenfassung der Kräfte katholischer Aktion; die Weltunion der Frauen, der Jungfrauen, die Pax Romana der Studenten und ebenfalls erst anfangs September die Vereinigung der männlichen Jugend gingen ihm voraus.

Papst Pius XII. hatte Kardinal Pizzardo, der sich um den Aufbau der Katholischen Aktion in Italien hohe Verdienste erworben hat, beauftragt, ein Begrüßungsschreiben nach Lourdes zu senden. Der Kardinal spricht darin die Hoffnung aus, der Zusammenschluß der Männer werde der Kirche in den gegenwärtigen Nöten Erleichterung bringen. Der Papst billige ihn und wünsche, daß er sich im Sinne der Richtlinien auswirken möge, die der Heilige Vater am 7. 9. 1947 den Männern der Katholischen Aktion Italiens gegeben hat. (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jg., H. 2, S. 72).

Die Versammlung beschloß am folgenden Tage die Gründung der „Internationalen Union katholischer Männer" mit einem Sekretariat in Rom. Die Gründung trägt provisorischen Charakter. Ein Weltkongreß der Männer in Rom soll im Heiligen Jahr 1950 der Organisation ihre definitive Form geben, nachdem die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, die Vereinigungen der Länder von zum Teil abweichender Struktur auf ein gemeinsames Programm zu verpflichten. Der vorläufigen Union traten die Männervereinigungen der Katholischen Aktion folgender Länder bei: Argentinien, Österreich, Belgien, Kanada, Chile, Cuba, Spanien, Frankreich, Guatemala, Italien, Luxemburg, Malta, Holland, Polen, Rumänien, San Salvador, Schweiz und Uruguay. Daß die Vereinigten Staaten und England in dieser Liste fehlen, liegt daran, daß die Katholische Aktion der Männer in diesen beiden Ländern die Form spezialisierter Vereinigungen besitzt, wie sie etwa in Amerika die Kolumbusritter darstellen. Über ihre Beteiligung werden alsbald Verhandlungen stattfinden.

Die Tagung von Lourdes sandte eine Botschaft an die Männer aller Länder, die auch den Vereinten Nationen zugestellt wurde. Darin heißt es:

„Als Vertreter der Männer der Katholischen Aktion in unseren Ländern haben wir beschlossen, eine internationale Vereinigung der Männer der Katholischen Aktion zu bilden. Bei dieser Gelegenheit senden wir allen Männern guten Willens in allen Ländern der Welt unsere brüderlichen Grüße. Wir halten es für nützlich, sie mit unseren Absichten bekanntzumachen und präzisieren sie in folgenden Punkten:

1. Die tiefste Ursache der Übel, die gegenwärtig die Menschheit überfluten, ist nicht in der materiellen Ordnung der äußeren Verhältnisse allein zu suchen, wie oberflächliche Beobachter glauben; sie ist vor allem geistiger und innerlicher Natur. Sie liegt in der Unwissenheit über das wirkliche Wesen des Menschen und der Übertretung des Gesetzes, das dem Menschen durch den Schöpfer auferlegt ist. Dies Gesetz betrifft nicht nur das ewige Heil im jenseitigen Dasein, es ist auch in diesem Leben Bedingung für Wohlstand und Frieden der Menschen und Völker. In der Form, wie es von der katholischen Soziallehre ausgesprochen wird, enthält es die ursprüngliche und einzige Formel zur Lösung des gegenwärtigen und immer gegenwärtigen sozialen Problems.
2. Das göttliche Gesetz ist die unerläßliche Grundlage des persönlichen, familiären, sozialen, nationalen und internationalen Lebens. Es ist ausgedrückt in den Lehren des menschgewordenen Sohnes Gottes, unseres Herrn Jesus Christus.
3. Die Verkündigung der Wahrheit fordert eine Auktorität, die sie wachsam bewahrt, auslegt und auf die Bedürfnisse aller Zeitalter und Menschen anwendet und zugleich den Geist der Einheit verbürgt. Dieses Amt der Auslegung hat nach dem ausdrücklichen Willen Christi der Papst.
4. Der nationale und internationale Friede wird nur wirklich, fruchtbar und dauernd werden, im Maße die Völker sich einigen im Glauben an Christus, der Liebe zur Kirche und der Ausübung der christlichen Tugenden, die ihre Wurzel haben in der freien Hingabe der Herzen und der Gesinnung jedes einzelnen."

Katholischer Unternehmerverband Italiens

Im Oktober hielt der Verband katholischer Unternehmer Italiens, auf dessen „Soziales Programm" wir im nächsten Heft zurückkommen werden, in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Unternehmerkreisen seine erste nationale Gesamttagung in Venedig; sie stand unter dem Thema: „Der Mensch in der Welt der Arbeit". Beeindruckt von der Vermassung des Menschen durch die Gewalt der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Mächte, denen sein Leben ausgeliefert ist, und überzeugt, daß weder die liberal-kapitalistische noch die kollektivistische Ideologie dieser Vermassung wirksam begegnen können, suchten die Teilnehmer der Tagung die christliche Sozialidee auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten der italienischen Produktion anzuwenden und diskutierten über die Voraussetzungen einer wahrhaft menschlichen Existenz des Arbeiters im modernen Industriebetrieb.

Zwei Fragen fanden besonderes Interesse: das Problem einer persönlicheren Gestaltung der industriellen Betriebsgemeinschaft und die Umgestaltung der Verhältnisse der Landarbeiter im Hinblick auf die Weckung eines größeren Interesses des schaffenden Menschen an der Produktivität seiner Arbeit.

Die Diskussion war dadurch besonders fruchtbar, daß die Unternehmer aufs lebhafteste ihre persönlichen Erfahrungen sprechen ließen. Immer wieder zeigte sich eine sehr verschiedene Auffassung der Dinge und ein starker Gegensatz zwischen solchen Unternehmern, die aus eigener Initiative in ihren Betrieben Maßnahmen zur Hebung der menschlichen Position des Arbeiters versucht haben und von Erfolgen zu berichten wußten, und anderen, die eine Verwirklichung christlicher Grundsätze in der modernen Betriebswirtschaft sehr skeptisch beur-

teilten. Im ganzen war bei der Tagung eine wirkliche Unruhe nach sozialer Gerechtigkeit zu spüren und ein ernster Wille, dem Unrecht zu begegnen, das in der Proletarität so vieler in der Wirtschaft mitschaffender Menschen liegt.

Die Union der christlichen Unternehmer wird von Berichterstattern als eine Avantgarde der christlichen Gesellschaftsauffassung auf einem Gebiet, das bis dahin noch kaum erobert ist, bezeichnet. In den Kreisen ihrer Mitglieder zeigt sich ein empfindliches Gefühl für die Verantwortung, die sich aus dem christlichen Bekenntnis für das wirtschaftliche Verhalten ergibt.

Verbindung zwischen christlichen Arbeitgebervereinen verschiedener Länder

Eine Abordnung der Union christlicher leitender Unternehmer Italiens (UCID), die sich aus Industriellen und Grundbesitzern aus verschiedenen Landschaften Italiens zusammensetzte, hat Ende September die Organisationen der „Patrons Catholiques" in Belgien und Holland besucht. Holland und Belgien stehen heute an der Spitze mit ihren Verwirklichungen sozialer Reformen auf diesem Gebiet und konnten den Besuchern reiche Anregungen bieten. Am interessantesten waren die Besuche in den Gevaert-Fabriken in Mortsel-Antwerpen, im Bell-Telephon-Werk in Antwerpen und in den Walzwerken in Baitsfort für den industriellen Sektor, dann die Besuche im Hauptsitz des Boerenbonds in Löwen, im Polder-Gebiet in Nordostholland, auf dem großen Deich, auf dem Käsemarkt in Alkmaar und in anderen Versuchsbetrieben in beiden Ländern für den landwirtschaftlichen Sektor.

Priester und Arbeiter in Italien

Ein römischer Jesuit, P. Rotondi SJ, hat sich durch Straßenpredigten und Unterhaltungen mit Arbeitern in ihren Fabriken Popularität erworben. Er hat darüber im „Osservatore Romano" berichtet. Es lag ihm daran, die pessimistische Meinung zu zerstreuen, der italienische Arbeiter sei für den Geistlichen nicht ansprechbar. Das ist nach P. Rotondi nur die eine Seite der Wahrheit.

Der italienische Arbeiter hat nur etwas gegen die Priester im allgemeinen; gegen den einzelnen Priester, den er kennt, hat er nichts! P. Rotondi selber hat niemals Feindseligkeit getroffen. Der allgemeine Antiklerikalismus der Arbeiter rührt nur daher, daß sie glauben, alle Priester seien, weil sie gegen den Kommunismus sind, auch gegen ihre Interessen.

Das Thema, mit dem P. Rotondi den Arbeitern nahegekommen ist, ist das von der Wiedergeburt Italiens. „Bei dieser Wiedergeburt Italiens wird der Kommunismus vernichtet werden. Der Kommunismus wird bald und plötzlich zusammenbrechen, aber keiner seiner positiven Aspekte wird mit untergehen, denn nicht der Antikommunismus, sondern Jesus wird die Dinge in die Hand nehmen. Die Zeit Christi wird — von den Massen vielleicht unbewußt erwartet — bald kommen". Das ist die Meinung P. Rotondis über die religiöse Lage in Italien.

P. Rotondi begann sogleich nach der Befreiung Italiens mit seinen Predigten, zuerst bei den Verkehrsangestellten von Rom, mit dem Ergebnis, daß sich 2000 von 9000 dem Gebetsapostolat einreihten. Nach und nach erwarb er sich immer mehr Erfahrungen in dieser Arbeit und wandte sich an immer neue Arbeitergruppen, bis er zum „Arbeiterspezialisten" wurde. Seit 1947 dehnt er seine Tätigkeit auch über Rom hinaus aus und zieht überall große Massen von Arbeitern an.

In Januar dieses Jahres hat er eine öffentliche Debatte mit einem kommunistischen Professor von der Universität Rom gehalten, die ihn noch bekannter gemacht hat. Seither wirkt er vor allem auch in den kommunistischen Landstrichen Italiens, in der Gegend von Carrara, Livorno, Grosseto. Er selber stammt aus dem Volk und betont, daß er Sohn, Enkel und Bruder von Arbeitern ist.

Der französische Episkopat zu den gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen

Die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs, die vom 19. bis 21. Oktober in Paris stattfand, erließ eine Kundgebung, in der zunächst Gottes Segen auf die UN-Generalversammlung herabgefleht wird. Dann erklären die französischen Kardinäle und Erzbischöfe zu den gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen in Frankreich:

„Frankreich gibt gegenwärtig das schmerzliche Schauspiel eines Landes, dessen Bürger scheinbar alles suchen, was die einen gegen die anderen aufbringen kann. Wohl ist es in einer demokratischen Ordnung Recht und Übung, daß die politischen Parteien frei einander gegenüber stehen. Aber es ist ihnen nicht gestattet, dem Haß, dieser Veranlassung zu Bürgerkriegen, zu folgen. Das Streikrecht ist in der Verfassung verankert, und heute haben gewisse Gruppen von Arbeitern aus der Notlage heraus, die aus dem wachsenden Mißverhältnis zwischen Lohn und Preis entstanden ist, sich gezwungen gesehen, zu ihm ihre Zuflucht zu nehmen. Aber es ist nicht gestattet, das Streikrecht zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, und das noch in einer Weise, daß die Nation selbst verletzt und die Autorität des Staates beeinträchtigt wird. Für das allgemeine wirtschaftliche Gedeihen ist es unumgänglich, daß jeder aus seiner Arbeit einen gerechten Gewinn zieht. Aber es ist durchaus unhaltbar, daß aus dem Widerstreit der gewerkschaftlichen und privaten Interessen derartige wirtschaftliche Zustände entstehen, daß der übertriebene Gewinn der einen das Minimum an Gütern raubt, auf das jeder arbeitende Mensch für sich und seine Familie Anspruch hat."

Die Kundgebung drückt zum Schluß die Überzeugung aus, daß Frankreich ohne diese inneren Gegensätze schnell seine alte Größe und sein Gleichgewicht wieder finden würde und daß das französische Volk ohne psychologische Belastung durch sie auch leichter die Entbehrungen dieser Notzeit auf sich nehmen würde.

Tagung der Arbeiterseelsorger in Versailles

Vom 21. bis 25. September fand in Versailles die jährliche Zusammenkunft der Vereinigten Seelsorger der Katholischen Aktion der Arbeiter in Frankreich statt. Auch einige Gäste aus Belgien, England, der Schweiz, dem Saargebiet und Deutschland hatten sich eingefunden; im ganzen waren etwa 200 bis 250 Seelsorger um ihre Führer versammelt. Es fand eine Reihe von Vorträgen statt, in denen hervorragende Theologen und Soziologen den Arbeiterseelsorgern ein umfassendes Bild der modernen Welt entwarfen, der modernen Welt in ihrem religiösen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aspekt. Das

Bild, das auf diese Weise entrollt wurde, machte den Arbeiterseelsorgern die ganze Dringlichkeit ihres Apostolats aufs deutlichste fühlbar.

Diese Dringlichkeit der Aufgabe unterstrich auch Kardinal Suhard, der die Tagung besuchte und eine Ansprache an die Seelsorger hielt. Er betonte vor allem, wie segensreich überhaupt die spezialisierten Bewegungen der Katholischen Aktion seien. Er forderte seine Zuhörer auf, aus dem festen Glauben an ihre Aufgabe Mut und Tatkraft zu ziehen. Ihre Aufgabe sei es in erster Linie, den Schichten, in denen sie wirkten, den Glauben vorzuleben, denn dadurch geben sie denen, die sie sehen, gültiges Zeugnis für den Wert des Glaubens. Kardinal Suhard versicherte die Seelsorger des Interesses und der Teilnahme des gesamten Episkopats.

Das Wichtigste bei der Tagung waren die Diskussionen und Aussprachen. In diesen klagten viele Seelsorger der JOC darüber, daß die Aktivisten dieser Bewegung augenblicklich zu isoliert arbeiten, was ihrer Arbeit einen Teil ihrer Wirksamkeit entzöge und zu einer gewissen Müdigkeit führe. Um dieser Sachlage entgegenzuwirken, muß man den jungen Aktivisten vor allem ein genau bestimmtes Wirkungsfeld zuweisen; das sollte vorwiegend die Fabrik, der Betrieb, die Werkstatt sein, da dort die Elemente des sozialen Lebens am zahlreichsten in Erscheinung treten.

Die jungen Aktivisten sollen aber nicht jeder für sich kämpfen, ohne einander zu kennen und sich mit einander zu beraten oder sich einem gemeinsamen Plan unterzuordnen, wie es heute oft geschieht. Gerade hier hat der Verband der Seelsorger seine Rolle zu spielen, deren Pflicht und Aufgabe es ist, die Einzelnen zu sammeln und zu gruppieren, um durch gemeinsames Handeln dauerhafte Wirkungen zustande zu bringen.

Dieser Vorwurf, der hier erhoben wurde, nämlich daß die Aktivisten der JOC nicht mehr genügend ausgebildet würden, hat mit Recht Eindruck gemacht. Man hat daraufhin mit großem Eifer über die beste Methode, die angewandt werden könnte, diskutiert. Einhellig kam man zu der Ansicht, daß es immer das beste sei, die jungen Menschen tätig einzusetzen; sie würden dann von selbst bei allen Fehlschlägen zu den Seelsorgern kommen und sich Rat holen, und auf diese Weise werde sich das persönliche Verhältnis zwischen Aktivisten und Seelsorgern zwanglos vertiefen und freundschaftlich festigen. Was sie dann zuerst lernen müßten, sei die Bemühung um ein klares Urteil sowohl in religiösen wie in menschlichen Dingen. Gegenüber der Arbeit in Arbeitskreisen bestanden allerhand Bedenken. Manche der Arbeiterseelsorger standen durchaus negativ zu dieser alten Arbeitsmethode, da sie nicht unmittelbar genug an den Einzelnen heranführe. Sie sind mehr für persönliche Gespräche, in denen freundschaftliche Haltung die Grundlage der Wirkung sei. Den richtigen Augenblick, um diesen persönlichen Anstoß zu geben, muß der Seelsorger finden. Diese Methode ist besonders bei den Jungen, den Lehrlingen erfolgreich.

Holländisch-Belgische Soziale Woche

Führende Persönlichkeiten des holländischen Katholizismus — darunter der Ministerpräsident und der Erziehungsminister Hollands — kamen in Roiduc zu einer Sozialen Studienwoche zusammen. Die belgische katholische Arbeiterbewegung und die Universität Löwen waren durch Delegationen vertreten. Ein allgemeines Kennzeichen der Konferenz war das Bemühen, aus der Phase theoretischer Besinnung zur praktischen Aktion und zur Formulierung konkreter Aufgaben zu gelangen. Drei Probleme standen im Mittelpunkt der Erörterungen: Die Haltung der Katholiken gegenüber dem modernen Staat, Fragen des Unternehmertums und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit. In fast allen Referaten wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß der Katholik sich überall zur Mitarbeit anbieten muß, wo sich positive Ansätze zur Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufgaben unserer Zeit zeigen. Das wurde besonders in den beiden Referaten von Dr. Cornelissen über „Christentum und Demokratie" und von Paul Seegers (Präsident der christlichen Arbeitervereinigung Belgiens) über „Internationale Zusammenarbeit auf sozialem Gebiet" betont. Ersterer kritisierte in seinen Ausführungen scharf die Interesselosigkeit der Katholiken seines Landes gegenüber der Politik. In der heutigen Situation müßten die Katholiken „das Salz der politischen Erde" sein. Paul Seegers meinte in seinem Referat, die Teilung Europas in einen westlichen und einen östlichen Block müsse wohl oder übel als Tatsache hingenommen werden. Westeuropa müsse in fester und geeinter Haltung die notwendigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen ergreifen, um „den Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen". Der Redner nannte drei Voraussetzungen für eine gemeinsame Aktion der Westmächte: Zusammenarbeit der politischen Parteien, beständigere nationale Regierungen und schließlich eine intensivere internationale Zusammenarbeit. Paul Seegers wies dann auf das Übergewicht der sozialistischen Gruppen in Westeuropa hin, die unter Führung der englischen Regierung und der Labour-Party die Durchführung der westeuropäischen Reformmaßnahmen und des Marshall-Planes in die Hand genommen hätten. Es sei aber dem Sozialismus nicht möglich, den wahren Geist Westeuropas zu vertreten und gegen den Osten zu schützen. Dem Sozialismus fehle die Verankerung in einer die Freiheit der menschlichen Person würdigenden religiösen und moralischen Weltanschauung. Paul Seegers forderte von den Katholiken eine erhöhte politische Aktivität und eine Zusammenarbeit mit den sozialistischen Gruppen. Das Christentum sei berufen, im sozialen und politischen Raum die Tätigkeit der Sozialisten zu ergänzen, zu korrigieren und in Westeuropa das zu verwirklichen, was der Sozialismus aus innerem Unvermögen nicht schaffen könne.

Die spanischen Erzbischöfe zur Lage des Protestantismus

Die Lage des spanischen Protestantismus war in den vergangenen Monaten Gegenstand mannigfacher Presseberichte. Die Herder-Korrespondenz teilte im September (12. Heft, 2. Jhg., S. 552) das Ergebnis einer Untersuchung mit, die der Bischof von Genf an Ort und Stelle hatte durchführen lassen. Auch die spanischen Metropoliten haben in einem Hirtenbrief am 28. Mai d. J. zu den Vorwürfen Stellung genommen, die den spanischen Katholiken auch von Glaubensgenossen des Auslandes gemacht worden sind, und sie haben die dogmatischen Grundsätze dargelegt, die sie in ihrer Haltung bestimmen.

Der Hirtenbrief stellt fest, daß der Katholik in der Frage nach der Toleranz und der Kultusfreiheit andersgläubiger Religionsgemeinschaften gebunden ist durch das Dogma und das öffentliche Kirchenrecht, deren Grundsätze zudem in verschiedenen Enzykliken der neueren Zeit authentisch ausgelegt worden sind. Leo XIII. hat in seiner Enzyklika *„Libertas praestantissimum"* vom 20. 6. 1888 die Auffassung verworfen, daß die natürliche Freiheit des Menschen das Recht einschließe, eine beliebige Religion auszuüben. Die Freiheit, lehrt er, empfängt ihre Norm durch die Wahrheit. In dem gleichen Rundschreiben hat der Papst die religiöse Neutralität des Staates als einen Irrtum verurteilt. Nur unter gewissen Umständen ist die Duldung anderer Bekenntnisse durch den Staat zu rechtfertigen, um ein größeres Übel zu verhüten oder einen höheren Wert zu wahren. Ein Staat ist aber um so unvollkommener, je mehr er zu dieser Toleranz gezwungen ist, die immer nur soweit gehen darf, als es das Gemeinwohl unbedingt erfordert.

Spanien ist nun aber, wie die Erzbischöfe schreiben, ein statistisch und tatsächlich katholisches Land. Die Zahl der andersgläubigen Spanier ist so gering, daß eine besondere Rücksichtnahme auf ihre Religionsgemeinschaft nicht als ein Erfordernis des Gemeinwohls bezeichnet werden kann. Wenn der Artikel 6 der spanischen Verfassung trotzdem ein Element der Toleranz enthält, liegt darin ein Entgegenkommen gegenüber den Notwendigkeiten der auswärtigen Politik und der allgemeinen Kirchenpolitik; denn in den Heimatländern der ausländischen Protestanten, die in Spanien ihren Wohnsitz haben, wohnen z. T. beträchtliche katholische Minoritäten. Dieser Rücksicht ist Genüge geschehen dadurch, daß die private Ausübung andersgläubiger Kulte gestattet wurde. Der Artikel 6 lautet: „Das Bekenntnis und die Ausübung der katholischen Religion, welche die Religion des spanischen Staates ist, genießt öffentlichen Schutz. Niemand wird in seiner religiösen Überzeugung und der privaten Ausübung seines Kultes gehindert. Äußere Zeremonien und Kundgebungen werden der katholischen Religion vorbehalten." Man kann nach Ansicht der spanischen Metropoliten nicht die Forderung auf uneingeschränkte Kultfreiheit oder gar auf protestantische Mission aus diesem Artikel herleiten, was aber geschehen ist und zu den bedauerlichen Zwischenfällen geführt hat.

„Es ist erstaunlich", sagt der Hirtenbrief, „daß es außerhalb Spaniens Katholiken gibt, die von ihrem Standpunkt aus die katholische Einheit angreifen und Ansichten vertreten, die sowohl mit dem Syllabus Pius' IX. (Satz 78) wie mit der Enzyklika *„Libertas praestantissimum"* Leos XIII. ganz unverträglich sind ... Wir spanischen Katholiken hüten uns, unsere Brüder zu kritisieren, die in verschiedenen Staaten und Nationen in der Minorität leben, weil sie unter dem Banner der Freiheit Schutz suchen; aber das kann uns nicht veranlassen, dem Irrtum grundsätzlich dasselbe Recht zuzugestehen wie der Wahrheit. Die Katholiken, gleichviel welcher Länder, mögen sich hüten, ... die Katholiken Spaniens und aller anderen Länder, die das große Glück haben, die katholische Einheit zu bewahren, anzuklagen, sie wären intransigent und rückschrittlich, weil sie diese katholische Einheit verteidigen. Es ist unmöglich, an die katholische Kirche zu glauben, ohne als Ideal für jeden Staat und jede Nation das Ideal der katholischen Einheit zu ersehnen."

Es muß beachtet werden, daß dieser Hirtenbrief ausdrücklich als „Instruktion an die spanischen Katholiken" bezeichnet wird, die, wie die Erzbischöfe sagen, notwendig geworden ist, weil durch eine intensive protestantische Missionstätigkeit den weniger unterrichteten Katholiken Gefahr droht.

Der Hirtenbrief verwirft jede Art gewalttätiger Reaktion der Gläubigen auf diese Missionierung. Die Bischöfe betonen, daß ihre Haltung sich auf ihre Pflicht gründe, den katholischen Glauben als geoffenbarte Wahrheit zu verteidigen. Diese Pflicht soll indes mit Verständnis, Milde und wirklicher Liebe nach dem Gebot Christi verbunden bleiben. Sie wollen niemandem mit irgendeiner Art von Zwang den katholischen Glauben aufdrängen, hoffen vielmehr auf die Stunde, „da sich die Bemühungen aller, die an Christus und die Werte des Geistes glauben, vereinigen werden gegen den Materialismus der totalitären Tyrannei jeder Form und seine Folgen im sozialen und politischen Leben."

Volksdeutsche Flüchtlingsseelsorge in Österreich

Jede Seelsorge in einer entwurzelten und sozial gedrückten Bevölkerungsschicht sieht sich vor außerordentliche, fast unlösbare Schwierigkeiten gestellt. Das Bewußtsein, Unrecht zu erleiden, schafft einen Zustand der Verbitterung und Verhärtung, in welchem religiöses Leben nicht gedeiht. Das ist die schmerzliche Erfahrung der Arbeiterseelsorge des vergangenen und gegenwärtigen Jahrhunderts und ist nun die Erfahrung der Flüchtlingsseelsorge. Die Gefahr ist groß, daß sich in den Vertriebenen und Heimatlosen eine ähnliche Abwendung von Religion und Kirche vollzieht, wie es in der Arbeiterschaft bereits geschehen ist.

Die volksdeutschen Flüchtlinge in Österreich stammen zum größten Teil aus Jugoslawien, Rumänien und aus dem Sudetenland und waren dort, vor allem im Südosten, wohlhabende Bauern und Handwerker. Die Flüchtlinge aus dem Südosten sind in zwei großen Wellen nach Österreich gekommen, die einen noch vor Kriegsende, nachdem sie, teils aus Furcht vor den heranrückenden Armeen und den Partisanen, teils auf Befehl deutscher Dienststellen ihre Heimat verlassen hatten, die anderen erst 1946/47, nachdem tausende in den „Todeslagern" Jugoslawiens verhungert waren und jede Hoffnung erloschen war, im Land verbleiben zu können. Die ersteren konnten noch Pferd und Wagen und einige wertvolle Habe mitnehmen, die anderen kamen, physisch auf das schwerste geschädigt und beladen mit den schrecklichen Erlebnissen, als Bettler über die Grenze. In sozialer Hinsicht sind die ersteren daher etwas besser gestellt, auch weil sie schon länger Zeit hatten, sich eine neue Existenz zu schaffen.

Unter ähnlich furchtbaren Verhältnissen vollzog sich 1945/46 die Ausweisung der Sudetendeutschen. Aus ihrem Besitz verjagt, auf dem Weg oder in den Lagern brutal mißhandelt, sind die Überlebenden gleichfalls dem physischen Elend und quälenden Erinnerungen überantwortet. Die soziale Lage der Flüchtlinge ist aber nicht nur durch Besitzlosigkeit und Wohnungsnot charakterisiert, sondern auch durch Benachteiligung von seiten der österreichischen Behörden. Als Staatenlose sind sie von den Rechten des österreichischen Staatsbürgers ausgeschlossen; die Arbeitsämter drängen sie in die Berufe des Landarbeiters und Hilfsarbeiters ab und verwehren

ihnen die Ausübung ihrer erlernten Berufe; bei Betriebseinschränkungen sind sie die ersten, die entlassen werden usw.

Dazu kommt die ablehnende Haltung der einheimischen Bevölkerung gegenüber den Ausländern überhaupt, eine Ablehnung, die durch Nachrichten über kriminelle Vergehen von — überwiegend nichtdeutschen — Ausländern immer neue Nahrung erhält und auch die Volksdeutschen mitbetrifft. Alle diese Faktoren können nur zu Verbitterung und Abstumpfung führen und machen die soziale Krise zu einer moralischen und religiösen. Noch ist es nicht so weit, aber die Tendenz in dieser Richtung ist nicht zu verkennen.

Ein Teil der Flüchtlinge, namentlich in großen Städten, ist in Lagern untergebracht und wird durch besondere Lagerpfarrer betreut, die gleichfalls Flüchtlinge sind und infolge dieser Gemeinsamkeit des Schicksals von den Lagerinsassen gerne gesehen werden. Die Messen und Andachten im Lager, bei welchen die Lieder und Gebete der Heimat verwendet werden, sind im allgemeinen gut besucht. Es bedarf keiner näheren Ausführung, wie das Zusammenleben auf engstem Raum und unter primitivsten Verhältnissen die Familie und die Kindererziehung gefährdet. In diesem Milieu ist die Verproletarisierung besonders fühlbar.

Für die außerhalb der Lager über Stadt und Land verstreut lebenden Volksdeutschen besteht das Problem darin, ob sie zu den Ortspfarrern, zu denen sie kirchenrechtlich gehören, eine innerliche Beziehung finden und auf diese Weise „eingepfarrt" werden können. Lange Zeit sah man hierin kein besonderes Problem: Kirche und Pfarrer waren ja da und brauchten nur aufgesucht zu werden. Die Erfahrung zeigte jedoch, daß es den Flüchtlingen sehr schwer fällt, zur Pfarre Zugang zu finden. Sie waren ihre heimatlichen Lieder und Gebräuche gewöhnt und fühlten sich fremd in ihrer neuen Wohngemeinde. Auch die ortsansässige Bevölkerung zeigte meist wenig Verständnis für sie und machte ihnen die Eingliederung nicht leicht. Es wurde wiederholt besonders in Oberösterreich beobachtet, daß viele Volksdeutsche deswegen nicht zur Sonntagsmesse kommen, weil ihnen der traditionelle Brauch, die Kirchensitze zu vergeben, nur die Stehplätze übrig läßt, wodurch sie sich als Menschen zweiter Klasse behandelt fühlen und lieber ganz wegbleiben. Das sind nicht vereinzelte Erscheinungen einer übertriebenen Empfindlichkeit, sondern der natürliche Ausdruck eines durch soziale Deklassierung und erlittenes Unrecht gekränkten Ehrgefühls. Die Fremdheit ist wohl allmählich im Schwinden, aber immer noch wahrzunehmen.

Am stärksten fühlen sich die Flüchtlinge angesprochen, wenn sie von einem Priester ihrer alten Heimat aufgesucht werden. Da stellt sich immer ein Vertrauensverhältnis und eine Herzlichkeit ein, wie es gegenüber dem Ortspfarrer kaum der Fall ist. Sehr bewährt haben sich eigene Flüchtlingsgottesdienste, Totenfeiern und Wallfahrten, auf welchen die altgewohnten Lieder und Gebete ein Stück Heimat erleben lassen und der predigende Priester ganz aus der Situation der Flüchtlinge spricht.

Nach den letzten amtlichen Statistiken vom 1. Juli 1948 leben gegenwärtig 420 000 Volksdeutsche in Österreich, und zwar in Wien 89 500, Niederösterreich 31 500, Burgenland 5000, Oberösterreich 143 500, Salzburg 27 000, Steiermark 57 000, Kärnten 16 500, Tirol und Vorarlberg 50 000. Von diesen sind 70 bis 80 Prozent Katholiken.

In Wien ist die Flüchtlingsseelsorge 1945 aus der caritativen Betreuung der Flüchtlinge erwachsen und wird vom Flüchtlingsreferenten der Caritas und von der Flüchtlingsseelsorge der Erzdiözese Wien durchgeführt. Gegenwärtig sind in der Zentralstelle und in den großen Lagern 8 Priester hauptamtlich tätig. Die großen Flüchtlingsgottesdienste, die mehrmals im Jahr in der Karlskirche abgehalten werden, zählten etwa 5000 bis 6000 Besucher, die Flüchtlingswallfahrt nach Maria-Lanzendorf am 12. September 1200. Sehr bewährt haben sich die landsmannschaftlich gebundenen Feiern (für Sudetendeutsche, Banater Schwaben usw.), weil in den Flüchtlingen gerade das landsmannschaftliche Gefühl sehr ausgeprägt ist. Ferner haben verschiedene Wiener Pfarrer eine eigene Flüchtlingsseelsorge mit besonderen Jugendgruppen, Männer- und Frauenrunden und Gottesdiensten. Die Zentralstelle hat auch ein eigenes Flüchtlingsgebetbuch geschaffen und gibt als wöchentliche Beilage zum Kirchenblatt die „Heimatglocken" heraus.

In Graz ist seit April 1948 ein Flüchtlingspriester für die Flüchtlingsseelsorge freigestellt, betreut die Lager und besucht die vielen kleinen Gruppen im Land. Auch in einigen Industrieorten (Kapfenberg, Leibnitz) besteht eine eigene Seelsorge in den dortigen Lagern.

In Oberösterreich richtete das bischöfliche Seelsorgeamt im Herbst 1947 eine eigene Flüchtlingsseelsorge ein. Sechs Flüchtlingspriester sind als Lagerpfarrer in den großen Lagern tätig und bereisen in zunehmendem Maße das Land.

In Salzburg ist das Zentrum der Flüchtlingsseelsorge die Barackensiedlung bei der Lehener Brücke, wo bereits seit 1945 eine umfassende caritative und seelsorgliche Betreuung ausgeübt wird. Da diese Betreuung schon so früh einsetzte und sich in einem relativ kleinen Kreis bewegte, konnte der sittlichen und religiösen Verwahrlosung von Anfang an erfolgreich entgegengewirkt werden. In der Barackensiedlung sind fünf Kindergärten mit 300 Kindern, eine Schule, eigene Jugendgruppen und ein leistungsfähiger Jugendchor. Ein „Donau-schwäbischer Kulturabend" im Festspielhaus im April 1948 hat vielfach dazu beigetragen, die Vertriebenen mit der einheimischen Bevölkerung in Beziehung zu bringen und ihnen das Bewußtsein ihres Wertes wiederzugeben. Gerade die Erfahrungen in Salzburg beweisen, welcher Wert einer auf dauerndem persönlichem Kontakt beruhenden Flüchtlingsseelsorge zukommt.

Aus Ost- und Südosteuropa

Der Papst und die polnischen Westgrenzen

In einem noch von dem verstorbenen Kardinal Hlond als Primas von Polen unterschriebenen Hirtenbrief des polnischen Episkopates, der am 31. Oktober in den polnischen Kirchen verlesen wurde, wird zu der Frage der polnischen Westgrenzen folgendes gesagt:

„Kardinal Sapieha, Erzbischof von Krakau, hat von seinem kürzlichen Besuch in Rom die offizielle Versicherung mitgebracht, daß der Heilige Vater niemals die Grenzen der polnischen Republik bestritten, und daß er niemals beabsichtigt hat, diese Frage anzuschneiden, die außerhalb der Zuständigkeit der kirchlichen Behörden liegt und von den internationalen Übereinkommen ab-

hängt. Der Papst hat dem Kardinal Sapieha ebenso erklärt, daß er trotz des unpassenden Charakters gewisser Angriffe seine Haltung der Freundschaft gegenüber Polen nicht geändert hat."

Die Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion

Die große Enzyklopädie, die kürzlich in Moskau veröffentlicht wurde, bringt Angaben über die in Rußland anerkannten Religionsgemeinschaften. An erster Stelle steht die russisch-orthodoxe Kirche in Moskau, an zweiter Stelle die Mohammedaner, an dritter Stelle die Katholiken. Als Oberhaupt der katholischen Kirche in Rußland nennt die Enzyklopädie Msgr. Springovics, Erzbischof von Riga, mit zwei Bischöfen und einer nicht näher genannten Zahl von Geistlichen. Die Enzyklopädie enthält sich jeglicher Angaben über die griechisch-katholische Kirche der Ukraine, die einst einen eigenen Episkopat und ein gut ausgebautes Schulwesen hatte. Ebenso fehlen jegliche Angaben über die Zahl der Gläubigen und über die Zahl der Gotteshäuser der genannten Religionsgemeinschaften.

Ehescheidungen in der CSR im Wachsen

Die eben veröffentlichte Ehescheidungsstatistik der CSR für 1946 wird in der amtlichen tschechischen Presse mit Besorgnis kommentiert. Schon der Stand von 1945 mit 7898 Scheidungen galt als Rekord, 1946 hat aber fast 4000 Fälle mehr gebracht: 11 711, das heißt 123 Scheidungen auf 100 000 Einwohner. Die religiösen Mischehen sind daran mit 18,8%, die nationalen mit 16,8% beteiligt; 45% der geschiedenen Ehen waren kinderlos, doch zerbrachen selbst noch Ehen mit 10 Kindern. Bezeichnend ist der hohe Anteil der Großstädte: Prag allein hatte 2678 Fälle, während alle kleinen Gemeinden unter 500 Einwohnern zusammen nur 1074 aufwiesen. Als schuldig erkannt wurde in 23,1% der Gatte, in 8,9% die Ehefrau, in 55,8% der Fälle wurde eine Schuld nicht festgestellt. Als Scheidungsgrund galt in 722 Fällen Ehebruch, davon 316 durch den Mann, 288 durch die Frau, 118 durch beide ... In den meisten Fällen aber wurde als Grund tiefes Zerwürfnis (5929) oder unüberwindliche Abneigung (3314) anerkannt — in mehr als drei Vierteln aller Fälle!
Die Ehescheidungsziffern für 1947 sollen kein Nachlassen zeigen. Die ganze Erscheinung wird auch von der amtlichen Presse als besonders besorgniserregend angesehen, weil sich die offizielle sowjetische Praxis heute schon längst dem Schutz der Ehe und der Erschwerung der Scheidung zugewendet hat und die hohen Ehescheidungszahlen der CSR daher als ein bedenkliches Zeichen westlicher Infektion bezeichnet werden.

Aus Nord- und Südamerika

Die Zukunft der Welt

Die „Amerikanische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft" hielt in Washington ihre 100. Jahresversammlung ab. Die Presse berichtet über den niederdrückenden und von Pessimismus erfüllten Ausblick in die Zukunft, den man bei dieser Tagung gewann. Ein Berichterstatter schreibt: „Nach dem Resultat dieser Versammlung ist man berechtigt zu der Folgerung, daß die Zukunft der Welt eben nicht allein in die Hände der Wissenschaftler gelegt werden kann".
Es war viel die Rede davon, daß man eine neue Moral und einen neuen Menschen schaffen müsse. „Wenn das nicht gelingt," sagte Edmund W. Sinnott, der Präsident der Gesellschaft und Professor an der Yale-Universität, „dann gibt es keine Hoffnung mehr für die Menschheit." Wenn man aber berücksichtigt, daß gleichzeitig sehr scharfe Angriffe gegen jegliches Dogma gerichtet wurden, ist der Christ geneigt, sich von den moralischen Bemühungen der amerikanischen Wissenschaftler nicht sehr viel zu versprechen.
Einer der Hauptredner war Dr. Chisholm, der Leiter der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen. Er hat seine Ansicht über das Problem der Moral bereits bei früherer Gelegenheit geäußert. Seine Hoffnung ist die Entwicklung des Menschen zu „natürlicher Reife". Diese Entwicklung sieht er gehindert durch das Bewußtsein der Sünde, weil die Erkenntnis des Guten und Bösen die seelische Gesundheit des Menschen getrübt, ihn mit dem Druck der Schuld belastet und zur Unfreiheit und Unterwürfigkeit erzogen hat. Freiheit und Friede werden nur in einer Welt reifer Menschen zu finden sein, die jenseits von gut und böse stehen und so den natürlichen und ursprünglichen menschlichen Zustand wiedergewonnen haben.
Auf der gegenwärtigen Tagung entwickelte Chisholm, unterstützt von dem Präsidenten der New-Yorker Zoologischen Gesellschaft, Dr. Fairfield Osborn, sehr düstere Prognosen über die materielle Zukunft der Welt. Der europäische Leser wird erstaunt sein zu hören, daß beide Redner sich uneingeschränkt zu der Bevölkerungstheorie von Malthus bekannten. Osborn wies darauf hin, daß die Weltbevölkerung in den letzten 3 Jahrhunderten von 400 Millionen auf 2 Milliarden angewachsen ist. Im Jahre 2000 wird es seiner Meinung nach 3 Milliarden Menschen geben, und damit wird Roosevelts „Freiheit von Not" sich endgültig in eine Illusion verwandeln. Chisholm zögerte nicht, die Konsequenzen zu ziehen. Die Forderung nach hoher Kinderzahl bezeichnete er als eine „veraltete Tugend". Der Präsident der Weltgesundheitsorganisation fügte wörtlich hinzu: „Keine Organisation, die sich mit Bevölkerungsfragen zu befassen hat, kann an der Wahrheit vorbei, daß irgendetwas zur Kontrolle der Bevölkerungsvermehrung unternommen werden muß." Er beleuchtete diese These an Hand des Beispiels der Bekämpfung der Malaria. Eine Gegend, die von der Malaria befreit ist, wird mehr produzieren können; doch die vermehrte Bevölkerung wird diesen Überschuß restlos verbrauchen. Aber auch der Redner selbst wurde nachdenklich angesichts der Auswirkungen, die seine Theorie auf das Verhältnis von weißer und gelber Rasse haben könnte. Er erwog, ob die Amerikaner nicht auf eine Beschränkung der Bevölkerungszunahme in Japan hinarbeiten sollten, solange sie dies Land besetzt halten. Amerikanische Beobachter nehmen die malthusianischen Ideen, die auf der Washingtoner Tagung entwickelt wurden, sehr ernst und befürchten, daß sie, als ganz neue Forschungsresultate von erstklassigen Wissenschaftlern vorgetragen, einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung haben können.
Wir fügen hinzu, daß die Diskussion über die Lehre von Malthus auch bereits auf die englische Presse über-

gegriffen hat, und daß es an der Zeit ist, sich von der christlichen Ethik her erneut mit dem Bevölkerungsproblem und dem gegenwärtigen Stand seiner Erforschung zu beschäftigen.

Interamerikanische Konferenz für Katholische Soziale Aktion

In Rio de Janeiro tagte zu Beginn des Herbstes eine Konferenz der Organisationen, die sich mit katholischer sozialer Arbeit beschäftigen, unter Teilnahme von Delegierten aus allen amerikanischen Ländern. Das führende katholisch-soziale Werk der Welt, die National Catholic Welfare Conference der Vereinigten Staaten, wurde durch Msgr. Alter, den bischöflichen Leiter ihres Sozial-Departements, vertreten. Die Konferenz wird nach Mitteilungen ihrer Teilnehmer auf weite Sicht hin bedeutende Auswirkungen auf die soziale Tätigkeit im Sinne der Kirche haben, was namentlich für Südamerika eine dringende Notwendigkeit ist.

Es wurde eine „Interamerikanische Vereinigung für Katholische Soziale Aktion" ins Leben gerufen, die sich das Ziel setzt, auf die sozialen Probleme aller Länder des Kontinents zu achten und auf die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung Einfluß im Sinne der sozialen Doktrin der Kirche auszuüben.

Im Mittelpunkt der Diskussion auf der gegenwärtigen Tagung stand die Frage der ländlichen Gesellschaft. Die Konferenz richtete an Papst Pius XII. die Bitte, eine Enzyklika über diesen Gegenstand herauszugeben, der für ganz Amerika eine entscheidende Bedeutung hat.

In den Entschließungen der Konferenz wurde die Schaffung von Familienfarmen zur intensiveren Nutzung des Bodens und zur Hebung des Landarbeiterproletariates gefordert und daran gedacht, solche Farmen mit dem Mittelpunkt einer Pfarrei genossenschaftlich zusammenzuschließen.

Im Rahmen eines solchen Programms könnte Amerika eine sehr große Zahl verschleppter Personen aufnehmen, die ihm Nutzen bringen und die übrige Welt entlasten würden.

Für die nationale Wirtschaft der Länder und die Industrie im besondern wurden Industrieräte aus allen Beteiligten als notwendig angesehen, die gegenüber den Betrieben und der Regierung die Rechte der Gesellschaft wahrnehmen sollen und eine wichtige Funktion des allgemeinen Interesses im Hinblick auf eine Steigerung friedlicher Prosperität, volle Ausnutzung der nationalen Arbeits- und Produktionskapazität und demokratische Wirtschaftsführung ausüben können. (Vgl. dazu auch die Erklärung der NCWC zum Tag der Arbeit, dieses Heft, S. 123).

Auch das Genossenschaftswesen wurde der Förderung aller an der Konferenz beteiligten Organisationen empfohlen, weil es ein wirksamer Ausdruck des Gemeinschaftsbewußtseins ist. Besonders denkt man an Konsumgenossenschaften, Produktivgenossenschaften und Kreditgenossenschaften, die eine Restauration der amerikanischen Wirtschaft aus dem Geist der rechten Mitte zwischen Privatkapitalismus und totalitärer Vergesellschaftung des Wirtschaftslebens befördern könnten.

Die soziale Erziehung der Gläubigen nach den Richtlinien der Enzykliken der letzten Päpste wurde als unmittelbar drängende Aufgabe der Glaubensverkündigung bezeichnet. Die Vereinigung wird sich energisch in den Dienst dieser Arbeit stellen.

Die weiteren Entschließungen geben uns eine Vorstellung davon, welche Fragen in Amerika vordringlich sind. Es wurde Stellung genommen zu den Problemen des gerechten Mindestlohnes, der sozialen Familienhilfe in der Form von Zuschüssen und Lastenausgleich, der Befreiung der Ehefrauen von außerhäuslicher Arbeit, der ungenügenden Bezahlung weiblicher Arbeitskräfte, der häuslichen Frauenschulung, des Schutzes der Ehe und der Anerkennung des Streikrechts, soweit dies nicht mit Gewalt und zu politischen Zwecken mißbraucht wird.

Die nächste Tagung findet 1949 in Columbien statt. Der gesamte amerikanische Episkopat nimmt an den Bestrebungen der „Interamerikanischen Vereinigung" lebhaft Anteil.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Die Enzyklika „In Multiplicibus"

Der Hl. Vater erließ am 24. X. eine Enzyklika, in der er erneute Fürbitten für das Hl. Land anordnet. Wir bringen den Text dieser Enzyklika in einer privaten deutschen Übersetzung:

Von den vielfachen Sorgen, die Uns in dieser Zeit — aus der so entscheidende Konsequenzen für die Lebensbedingungen der gesamten Menschheit erwachsen — die Bürde Unseres hohen priesterlichen Amtes so schwer machen, bedrängt Uns ganz besonders jene, die der Gedanke an den blutigen Krieg um die heiligen Stätten Palästinas in Uns erweckt.

Wir können euch, ehrwürdige Brüder, wahrlich versichern, daß weder erfreuliche noch traurige Ereignisse den Schmerz mildern können, der Uns bedrückt beim Gedanken, daß im Lande, in dem Jesus Christus zur Erlösung des ganzen Menschengeschlechtes sein Blut vergossen hat, bis zur Stunde Bruderblut vergossen wird. Und daß dort, wo zuerst die himmlische Friedensbotschaft erklang und die Seelen erhellte, Menschen sich bekämpfen, und die Not der Elenden und die Angst der Entsetzten von Tag zu Tag anwachsen, während tausende von aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlingen in der Fremde herumirren auf der Suche nach Brot und Unterkunft.

Umso mehr quält Uns dieser Schmerz, da Wir von zahlreichen und nicht geringen Schäden an Baulichkeiten

in der Nähe der heiligen Stätten hören, die kirchlichen und wohltätigen Zwecken dienen. Dabei ist zu befürchten, daß die durch Geburt, Leben und Tod des Erlösers geheiligten Stätten — die im heiligen Land verstreuten und vor allem die in Jerusalem — dasselbe traurige Schicksal erleiden könnten.

Es ist unnötig, ehrwürdige Brüder, euch gegenüber zu erwähnen, daß Wir angesichts des gegenwärtigen Mißstandes und der augenscheinlich daraus für die Zukunft erwachsenden noch größeren Übel nicht schweigend Unseren Schmerz verhüllten, sondern alles taten, was in Unserer Macht stand, um Abhilfe zu schaffen.

Ihr wißt, daß Wir noch vor Eröffnung der Feindseligkeiten eine Abordnung arabischer Persönlichkeiten empfingen, die gekommen waren, um Uns ihre Huldigung darzubringen, und ihnen gegenüber Unsere Sorge um den Frieden in Palästina zum Ausdruck brachten. Wir erklärten entschieden, daß er nur durch Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit verwirklicht werden könne, durch Respektierung der Rechte der Einzelnen, der gewordenen Tradition — besonders auf dem Gebiet des Religiösen — und durch strenge Pflichterfüllung seitens eines jeden Teiles der Bevölkerung, nimmermehr aber durch Waffengewalt.

Auch nachdem der Krieg entbrannt war, setzten Wir Uns — durch den Charakter Unseres apostolischen Amtes über jedem Konflikt stehend, der die menschliche Gesellschaft bewegt — mit größter Unparteilichkeit und wo immer möglich ein für den Sieg der Eintracht und für einen gerechten Frieden in Palästina, sowie für die Erhaltung der dortigen heiligen Stätten.

Trotz der dringenden Hilferufe, die von überall her zu Uns dringen, bemühten Wir Uns gleichzeitig, den vom Krieg Geschädigten zu helfen, soviel Wir konnten, und stellten dazu Unseren Vertretern in Palästina, im Libanon und in Ägypten die Mittel zur Verfügung. Auch ermunterten Wir die Christgläubigen der verschiedenen Nationen zur Inangriffnahme und Fortführung von Hilfsmaßnahmen.

Überzeugt davon, daß alle menschlichen Mittel nicht ausreichten, einen so schwierigen und verwickelten Fall zu lösen, setzten Wir Unser Vertrauen vor allem in das Gebet zum göttlichen Friedensfürsten. Unlängst erst ermahnten Wir euch, ehrwürdige Brüder, in der Enzyklika *„Auspicia quaedam"* — wie Wir es auch jetzt wieder tun —, daß ihr und die eurer seelsorgerlichen Obhut anvertrauten Gläubigen öffentliche Bittgebete abhalten mögen, um durch die Fürsprache der heiligsten Jungfrau zu erflehen, „daß in Palästina nach gerechter Ordnung der Verhältnisse wieder Eintracht und Friede einkehren" *(Act. Ap. Sed. 1948, n. 5, p. 171).*

Wir wissen, daß Unser Aufruf nicht vergeblich war. Und es ist Uns auch bekannt, daß — während Wir Uns, verbunden mit der ganzen christlichen Welt, durch Gebete und Werke für eine glückliche Wiederherstellung der Ordnung in Palästina verwendeten, — es nicht an herzhaften Männern fehlte, die sich um dasselbe Ziel bemühten, ohne Mühen und Gefahren zu scheuen. Gerne anerkennen Wir ihre edlen Leistungen und sprechen ihnen in der Öffentlichkeit Unser Lob aus. Da die Feindseligkeiten noch nicht bendet sind, und die Schäden und Ruinen, die sie begleiten, immer zahlreicher werden, halten Wir es für angebracht, Unseren Aufruf zu erneuern und hoffen zuversichtlich, daß er nicht nur von euch, ehrwürdige Brüder, sondern von allen Christen willig aufgenommen wird.

Wie Wir am 2. Juni dem heiligen Kardinalskollegium gegenüber erklärten, als Wir ihm Unsere Besorgnis und Unruhe über die Situation in Palästina mitteilten, scheint es uns ganz ausgeschlossen zu sein, daß die gesamte Christenheit unbeteiligt oder mit leerer Entrüstung zusehen könnte, wie jener geheiligte Boden, den jeder gerne und mit tiefster Ehrfurcht betrat, um ihn in heißer Liebe zu küssen, nun von den Waffen der Kampftruppen verwüstet und durch Bombenangriffe zerrissen und zerstört wird. Wir können nicht glauben, daß jene heiligen Stätten und gar das Grab Jesu Christi sinnlos zerschlagen werden sollen.

Vielmehr hoffen Wir zuversichtlich, daß durch die Gebete der Christen aus aller Welt, die in dieser Meinung zum allmächtigen und barmherzigen Gott emporsteigen, zusammen mit den Bitten so vieler Menschen, die sich nach der Wahrheit und nach dem Guten sehnen, es jenen, denen die Geschicke der Völker anvertraut sind, erleichtert werde, den Weg zu finden, der zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit und Ruhe in Palästina führt, damit die Dinge dort im Einklang und unter Mitarbeit aller beteiligten Interessenten so geordnet werden, daß die öffentliche und persönliche Sicherheit aller gewährleistet ist und solche geistige und soziale Lebensbedingungen entstehen, die zu normalem Wohlstand führen.

Ebenso hoffen Wir, daß diese Gebete und Bitten, die beweisen, wie sehr das Schicksal der heiligen Stätten beinahe der ganzen Menschheit am Herzen liegt, alle in den zur Lösung der Probleme der Wiederherstellung des Friedens unter den Völkern berufenen hohen Versammlungen überzeugen, wie notwendig die Internationalisierung Jerusalems und seiner Umgebung sei, wo so viele ehrwürdige Erinnerungen an das Leben und den Tod des göttlichen Erlösers erhalten geblieben sind. So schiene Uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Sicherheit der Heiligtümer am besten gewährleistet zu sein.

In ähnlicher Weise wird es erforderlich sein, durch internationale Garantien den freien Zugang zu den anderen heiligen Stätten, wie auch die Freiheit des Kultes und die Respektierung des Brauchtums und der religiösen Traditionen zu sichern.

Gebe Gott, daß bald der Tag anbricht, an dem fromme Christen wieder zu den heiligen Stätten pilgern können, um dort in Betrachtung der Zeugnisse der Liebe Jesu Christi, der sein Leben hingab für das Heil der Brüder, klar zu erkennen, wie die Menschen und Völker in Frieden zusammen leben können.

Getragen von dieser Hoffnung erteilen Wir euch, ehrwürdige Brüder, euern Gläubigen und allen, die mit willigem Herzen diese Ermahnungen aufnehmen, als Unterpfand der himmlischen Gnaden und als Zeichen Unseres Wohlwollens den Apostolischen Segen.

Gegeben zu Castel Gandolfo bei Rom, am 24. Oktober 1948, im 10. Jahr Unseres Pontifikates.

Pius P. P. XII.

Der Papst über die Beziehungen zwischen Finanzpolitik und sittlichen Werten

Anfang Oktober fand in Rom ein Kongreß des Internationalen Institutes für öffentliche Finanzen statt. Eine Anzahl von Teilnehmern an diesem Kongreß, Universitätsprofessoren, Gelehrte und hohe Beamte der Finanzverwaltung aus Italien, Belgien, Frankreich, Holland, Dänemark, Brasilien, Argentinien, der Tschechoslowakei, Griechenland und der Türkei wurden am 3. Oktober vom Heiligen Vater empfangen, der an sie eine kurze Ansprache hielt. Nach einer einleitenden Begrüßung sagte der Papst:

„Die finanziellen Bedürfnisse aller Nationen, der großen wie der kleinen, sind gewaltig angewachsen. Die Schuld daran trifft nicht ausschließlich die internationalen Verwicklungen oder Spannungen; sie trifft auch, und vielleicht noch mehr, die maßlose Ausdehnung der Tätigkeit des Staats, eine Tätigkeit, die nur zu oft von falschen und ungesunden Ideologien diktiert ist und die Finanzpolitik, insbesondere aber die Steuerpolitik zu einem Werkzeug im Dienste ganz anderer Absichten macht. Wer wird sich folglich über die Gefahr wundern, in der die Wissenschaft und Kunst der öffentlichen Finanzen sich befinden, infolge des Mangels an klaren, einfachen, zuverlässigen Grundprinzipien zur Rolle einer rein formellen Technik und Handhabe herabzusinken? Leider muß man das heute auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens feststellen: ein geschickter und kühner Bau von Systemen und Methoden, doch ohne innere Kraftquellen, ohne Leben, ohne Seele.

Ein solcher Stand der Dinge wirkt sich noch verhängnisvoller auf die Mentalität des Einzelnen aus. Für den Einzelnen werden die Finanzgeschäfte des Staates mehr und mehr undurchsichtig; selbst in der ehrenhaftesten Politik vermutet er immer irgend einen geheimen Trick, irgendeinen bösartigen Hintergedanken, vor dem er gut tut sich zu hüten und in acht zu nehmen. Sehen Sie, an diesem Punkt muß man letzten Endes die tiefste Ursache des Versagens des moralischen Gewissens des Volkes — des Volkes auf jeder Stufe — gegenüber dem öffentlichen Wohl, ganz besonders in Steuerfragen suchen. Wie könnte die Kirche gleichgültig dieser Krise zusehen, die in Wirklichkeit eine Krise des Gewissens ist? Aus diesem Grunde wendet sie sich an die, welche einen gewissen Anteil an der Verantwortung bei der Behandlung von Fragen der öffentlichen Finanzen haben und fleht sie an: Im Namen des menschlichen Gewissens zerstören Sie die Moral nicht von oben herab. Enthalten Sie sich solcher Maßnahmen, die trotz ihrer technischen Virtuosität das Gefühl des Volkes für Recht und Unrecht verletzen oder die seine Lebenskraft, seinen legitimen Anspruch darauf, die Früchte seiner eigenen Arbeit zu ernten, seine Sorge um die Sicherheit seiner Familien hintansetzen, alles Rücksichten, die im Geiste des Gesetzgebers an erster, nicht an letzter Stelle stehen sollten.

Das Finanzsystem des Staates muß sich zum Ziel setzen, die wirtschaftliche Lage derart zu reorganisieren, daß dem Volk die materiellen Lebensbedingungen gesichert werden, die unerläßlich sind, damit es dem ihm vom Schöpfer gesetzten höchsten Ziel zustreben kann: der Entfaltung seines geistigen, geistlichen und religiösen Lebens.

Was Sie betrifft, so verlangt Ihre große Kompetenz von Ihnen, die Finanzpolitik gegen die Machenschaften ehrgeiziger Männer und Demagogen zu verteidigen. Wenn Sie sich dieser Aufgabe mit der großartigsten Selbstlosigkeit widmen und mit glühendem Eifer nicht die Gunst des Volkes, sondern das wahre Wohl des Volkes suchen, werden Sie zum mindesten die Billigung einer Elite finden, die Sie versteht; Sie haben das Zeugnis Ihres Gewissens und Gottes für sich, zweifeln Sie darin nicht; Gott, dem alles gegenwärtig ist, wird nicht unbelohnt lassen, was Sie im Dienste der Menschen, Ihrer Brüder, und zur Wiederherstellung der Welt getan haben."

Der Papst über Kirche und Arbeiterschaft

Am Christkönigsfest empfing der Heilige Vater eine Gruppe von ca. 900 Arbeitern der Fiat-Werke aus Turin. Nachdem er sie im ewigen Rom willkommen geheißen hatte, führte er folgendes aus:

Welcher Anstoß und welches Verlangen haben euch hierher geführt, Männer und Frauen der Arbeit, der modernen und heute auch so dringenden Arbeit in den berühmten Fiat-Betrieben? Von der Stätte eines unermüdlichen Schaffens seid ihr zum Mittelpunkt der heiligen katholischen Kirche gepilgert, weil ihr davon überzeugt seid, daß weder die Arbeit allein, weder die vollkommenste Betriebsorganisation noch die leistungsfähigste maschinelle Einrichtung die Würde des Arbeiters ausmachen und sichern können, sondern vielmehr die Religion und all das, was von ihr geadelt und geheiligt ist. Der Mensch ist Ebenbild des einen und dreifaltigen Gottes, und deshalb ist auch er Person, Bruder des Gottmenschen Jesus Christus und mit ihm und durch ihn Erbe des ewigen Lebens: das ist die wahre Würde des Menschen.

Sicher ist es gerade der Arbeiter, der sich immer mehr von dieser Wahrheit überzeugen und durchdringen lassen muß. Man behauptet schon seit langem und immer wieder, daß die Religion den Arbeiter im Alltagsleben in der Verteidigung seiner privaten und öffentlichen Interessen schwäche, daß sie ihn wie Opium einschläfere, indem sie ihn vollkommen beruhige mit der Hoffnung auf ein Leben im Jenseits. Welch offensichtlicher Irrtum! Warum besteht die Kirche in ihrer Soziallehre immer wieder auf der Achtung der innersten Menschenwürde, warum fordert sie für den Arbeiter die Festlegung eines gerechten Lohnes im Arbeitsvertrag, warum verlangt sie für ihn wirksame Unterstützung in seinen materiellen und geistigen Nöten, wenn nicht deshalb,

weil der Arbeiter eine menschliche Person ist, weil seine Arbeitskraft nicht als „Ware" betrachtet und behandelt werden darf, weil seine Arbeit immer eine persönliche Leistung darstellt? Gerade jene Welterneuerer, die die Wahrnehmung der Interessen des Arbeiters beinahe als Monopol für sich beanspruchen und die erklären, daß ihr System allein wahrhaft „sozial" sei, schützen die persönliche Würde des Arbeiters nicht, sondern machen aus seiner Produktionskraft ein einfaches Objekt, über das die Gesellschaft nach ihrem Willen und Ermessen voll verfügt.

Geliebte Söhne und Töchter, die Kirche will und sucht aufrichtig euer Bestes. Sie lehrt euch, daß die menschliche Freiheit ihre Grenzen hat im göttlichen Gesetz und in den vielfachen Pflichten, die das Leben mit sich bringt. Gleichzeitig bemüht sie sich aber darum — und wird das bis aufs letzte tun — daß jeder mit Gott und den Menschen in Frieden leben kann, im Glück des häuslichen Herdes und in ruhigen und ehrbaren Verhältnissen *(vgl. 1. Tim. 2, 1—2)*. Die Kirche verspricht nicht jene absolute Gleichheit, die andere proklamieren, weil sie weiß, daß das menschliche Gemeinschaftsleben notwendig immer Abstufungen und Unterschiede der körperlichen und geistigen Fähigkeiten, der inneren Veranlagungen und Neigungen, der Beschäftigungsarten und des Verantwortungsgrades mit sich bringt. Aber sie lehrt gleichzeitig, daß alle Menschen ganz gleich sind in ihrer Würde und ganz gleich auch im Herzen dessen, der alle zu sich ruft, die mühselig und beladen sind, und sie einlädt, sein Joch auf sich zu nehmen, um Frieden und Rast zu finden für ihre Seelen, denn sein Joch ist milde und seine Last ist leicht *(vgl. Matth. 11, 28—30)*.

Deshalb, um die menschliche Freiheit und Würde zu schützen und nicht, um die besondren Interessen dieser oder jener Gruppe zu begünstigen, lehnt die Kirche jeden Staatstotalitarismus ab, und sie beschwichtigt die gerechte Verteidigung der Rechte des Arbeiters auf Erden nicht durch Gedanken ans Jenseits. Jene Welterneuerer aber, von denen Wir bereits sprachen, opfern im Aberglauben an die Technik und die Organisation die Würde der menschlichen Person und das häusliche Glück dem Ideal eines falsch verstandenen irdischen Fortschrittes, indem sie vor die Augen des Volkes das Blendwerk einer Zukunft von trügerischem Wohlstand und unerreichbarem Reichtum zaubern.

Die Kirche, erprobte Erzieherin der Menschheitsfamilie und getreu der ihr von ihrem göttlichen Stifter anvertrauten Sendung, verkündet die Wahrheit, daß die vollkommene Seligkeit uns nur im Himmel bereitet ist. Aber gerade deswegen stellt sie die Gläubigen fest und kraftvoll auf den Boden der realen Gegenwart. Denn der oberste Richter, der uns am Ende unseres Erdenlebens an der Schwelle der Ewigkeit erwarten wird, ermahnt alle — die Großen und die Kleinen — die von Gott erhaltenen Gaben gewissenhaft zu nutzen, jede Ungerechtigkeit zu unterlassen und jede Möglichkeit zur Vollbringung von Werken der Liebe und des Guten wahrzunehmen. Das ist der einzige Maßstab des wahren Fortschritts, der eben nur dann echt ist, wenn er gleichzeitig hinführt zu Gott und zu seiner Ebenbildlichkeit. Jeder rein irdische Maßstab des Fortschritts ist trügerisch. Ja, Wir möchten sagen, er ist eine Verspottung des Menschen in einer Welt, die unter der Erbsünde und ihren Folgen steht und die deshalb — wenn sie selbst mit dem Lichte und der Gnade Gottes nicht vollkommen ist — ohne dieses Licht und diese Gnade in einen Abgrund von Elend, Ungerechtigkeit und Selbstsucht stürzen würde.

Nur diese religiöse Idee vom Menschen kann ebenfalls zu einer geschlossenen Auffassung seiner Lebensbedingungen führen. Wenn Gott nicht Anfang und Ende ist, wenn die Ordnung seiner Schöpfung nicht für alle Leitsatz und Maßstab der Freiheit und Tätigkeit ist, kann die Einheit unter den Menschen nicht verwirklicht werden. Die materiellen Lebens- und Arbeitsbedingungen allein können nie das Fundament abgeben für die Einheit der Arbeiterklasse auf der Grundlage einer angeblichen Gleichförmigkeit der Interessen. Würde das nicht eine Gewaltsamkeit gegen die Natur bedeuten, und würde es nicht nur neue Unterdrückungen und Spaltungen der Menschheit hervorbringen, in einem Augenblick, da jeder ehrbare Arbeiter nach einer gerechten und friedlichen Ordnung in der privaten und öffentlichen Wirtschaft und im gesamten Gemeinschaftsleben strebt? Geliebte Söhne und Töchter: jede rechtmäßige Macht über die Menschen kann ihren Ursprung und ihr Dasein nur von der Macht dessen empfangen, der sie kraft seiner Natur im Himmel und auf Erden besitzt, ohne Begrenzung von Zeit und Raum: Jesus Christus, der über die Großen dieser Welt herrscht, der uns liebt und uns mit seinem Blute von unseren Sünden erlöst hat, dessen die Herrlichkeit und Kraft ist von Ewigkeit zu Ewigkeit *(vgl. Offb. 1, 5—6)*. Ihm zollt den Tribut eurer Anbetung und eurer Dankbarkeit. Stellt euch in seinen Dienst, um seinem „Reich der Wahrheit und des Lebens, der Heiligkeit und Gnade, der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens" den Weg zu öffnen in die Reihen eurer Arbeitskameraden und -kameradinnen. Damit durch die Strahlen, die von ihm, der Sonne der Gerechtigkeit und dem Feuerofen brennender Liebe ausgehen, jedes sündhafte Gefühl, aller Neid und Haß, alle Zwietracht zerstreut werde, und der Friede des Herrn herrsche in den Herzen, in den Häusern und Fabriken, in den Städten und auf dem Lande, zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, im eigenen Volke und in allen Nationen. Denn es hat dem Vater gefallen, durch ihn alles zu versöhnen, sei es das, was auf Erden, sei es das, was in den Himmeln ist *(vgl. Kol. 1, 20)*.

Mit diesem Wunsche erteilen Wir von Herzen euch, euren Familien und allen euren Lieben, euren Arbeitskameraden und -kameradinnen als Zeichen und Unterpfand erlesenster Gnaden Unseren väterlichen apostolischen Segen.

Der tschechische Episkopat gegen öffentliche Angriffe

Die folgende Denkschrift des katholischen Episkopates der Tschechoslowakei an die tschechoslowakische Regierung wurde am 29. August von allen katholischen Kanzeln der Tschechoslowakei verlesen:

In der Presse und in öffentlichen Äußerungen der jüngsten Zeit sind katholische „kirchliche Würdenträger" angegriffen worden. Mit diesen „kirchlichen Würdenträgern" kann niemand anders gemeint sein als die katholischen Bischöfe und Ordinarien. Die Angriffe waren derartig, daß wir es für nötig gehalten haben, sie auf einer außerordentlichen Besprechung aller katholischen Bischöfe und Ordinarien Böhmens, Mährens und der Slowakei, die am 16. August 1948 in Nitra stattfand, zu besprechen. Wir hielten es für notwendig, gegen diese Angriffe Stellung zu nehmen und uns zu verteidigen. Daher erlauben wir uns auf einstimmigen Beschluß, der erlauchten Regierung der tschechoslowakischen Republik die folgende Denkschrift zu unterbreiten:

In unserer Gratulationsadresse aus Anlaß der ersten Audienz bei dem Herrn Präsidenten am 12. Juni 1948 haben wir ausdrücklich im Namen des gesamten Episkopates, des treuen katholischen Klerus und des katholischen Volkes die Erklärung erneuert, daß wir als getreue Söhne der Kirche unser Vaterland und unser Volk niemals verraten würden und daß wir unsere Pflichten gegenüber der Nation gewissenhaft erfüllen würden. Wir drückten jedoch ebenfalls die Hoffnung aus, daß wir im Geiste der durch die Verfassung gewährleisteten religiösen Freiheit auch in die Lage gesetzt würden, unsere Verpflichtungen gegen Gott und die katholische Kirche zu erfüllen.

Wir haben uns auf die Versprechungen verlassen, daß in allen kirchlichen Angelegenheiten eine Übereinkunft zwischen Kirche und Staat im Geiste und im Sinn des Modus Vivendi erreicht werden würde. Aber mit diesen vielversprechenden Anfängen war auch alles zu Ende. Die Verhandlungen wurden abgebrochen und alle Schuld wurde auf die Würdenträger der Kirche geschoben.

1. Man hat uns vorgeworfen, daß wir unterlassen hätten, eine uneingeschränkte Zustimmungserklärung zu allem, was geschehen ist, vorzulegen, wie es die übrigen Kirchen und Religionsbekenntnisse getan haben. Wir haben ausdrücklich erklärt, daß keiner von uns seine Pflichten gegen den Staat und die Regierung vernachlässigen würde, daß wir jedoch nicht nur „dem Kaiser geben würden, was des Kaisers ist", da wir zuerst verpflichtet seien, „Gott zu geben was Gottes ist". Wir konnten nicht allem uneingeschränkt zustimmen, weil wir leider sagen müssen, daß uns nur zu häufig bewiesen wurde, daß auch in unserem Lande trotz der versprochenen religiösen Freiheit und trotz aller Äußerungen der Bereitschaft, keinen Religionskampf heraufzubeschwören, ein unterirdischer antireligiöser und antikirchlicher Kampf nach einem Plan, wie er in andern Ländern gegen die Religion und die katholische Kirche wirksam ist, ausgelöst worden ist.

In diesem Zusammenhang möchten wir an die Verletzung der kirchlichen Rechte bei der Ernennung von Geistlichen erinnern, die keiner religiösen oder politischen Übertretung schuldig waren und die daran verhindert worden sind, die Pflichten ihres Amtes zu erfüllen, weil sie nicht an politischen Kundgebungen teilnahmen oder aus anderen noch geringfügigeren Gründen.

Große Unzufriedenheit unter dem gläubigen Volk hat die ungelöste Frage der Unterdrückung der kirchlichen Schulen, der religiösen und wohltätigen Organisationen, der religiösen Presse und katholischer Erziehungsinstitute hervorgerufen. Ebenso hat die Einschränkung öffentlicher religiöser Kundgebungen, deren Freiheit durch die Verfassung gewährleistet ist, gewirkt. Deshalb konnten wir nicht allem und jedem unsere uneingeschränkte Zustimmung geben, da trotz der Versprechungen, daß eine Übereinkunft über die angedeuteten Fragen so bald wie möglich getroffen werden sollte, tatsächlich nichts geschehen ist. Nicht einmal die Entschädigung für das beschlagnahmte Kirchenvermögen ist festgelegt worden. Dieses Kirchenvermögen ist nicht, wie so oft behauptet wird, ursprünglich das Vermögen tschechischer protestantischer Auswanderer, das nach der Schlacht am Weißen Berge beschlagnahmt worden ist, sondern es stammt in den meisten Fällen aus testamentarischen und anderen Schenkungen der Gläubigen und ist die Frucht der ehrlichen Arbeit der barmherzigen Schwestern und der Schulschwestern und -brüder. Trotz alledem ist (für die Mitglieder der Orden, die ihres Vermögens beraubt wurden) keine Vorsorge getroffen worden, sodaß eine große Anzahl von Priestern sowie Mönchen und Nonnen ab 1. Oktober 1948 ohne Lebensunterhalt dastehen, sofern sie nicht schon seit dem 1. April 1948 ihres Lebensunterhaltes beraubt sind.

Wir könnten noch eine große Anzahl ähnlicher Tatsachen als Beweis eines Kampfes gegen die katholische Kirche anführen, der zwar unterirdisch vor sich geht, sich aber trotzdem sehr stark fühlbar macht.

2. Man hat ferner behauptet, daß es nicht geduldet werden könne, daß in unserem Lande die Kirche anscheinend wie ein Staat innerhalb des Staates existiere. Unerläßliche disziplinarische Maßnahmen in der Frage der politischen Kandidatur der Priester sind auf diese Weise erklärt worden. Auch das zeigt, daß in unserem Lande das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht gelöst ist, und wir dürfen sogar sagen, daß nicht einmal der Versuch zu einer solchen Lösung zur Zufriedenheit beider Parteien gemacht worden ist. Wenn der Staat die katholische Kirche anerkennt, und sie ist, wie wir glauben, eine der religiösen Körperschaften, die vom Staate anerkannt worden sind, dann folgt daraus, daß der Staat auch den gesamten rechtlichen Aufbau der Kirche, wie er im kirchlichen Gesetzbuch festgelegt ist, achten muß. Daher muß also der Staat das Recht der Kirche anerkennen, das Verhalten ihrer Glieder, die ihre Pflichten nicht erfüllen, disziplinarisch zu untersuchen und zu bestrafen. Dieses Recht, das für jede vom Staate anerkannte Körperschaft, und sei es auch nur ein Sportverein, anerkannt wird, kann der Kirche nicht versagt werden, jener Organisation mit einer zweitausendjährigen Tradition, die sich ungeheure Verdienste um die kulturelle und sittliche Entwicklung der ganzen Mensch-

heit zurechnen kann. Wie schon bei anderen Gelegenheiten auseinandergesetzt worden ist, ist die Suspension in einem solchen Falle keine Bestrafung für eine politische Tätigkeit oder für die Bekundung der Zustimmung zu einem volksdemokratischen Regime, sondern ausdrücklich eine Strafe für einen Ungehorsam, dessen sich der Priester gegenüber seinen rechtmäßigen kirchlichen Vorgesetzten schuldig gemacht hat und durch den er den Eid, den er bei seiner Weihe leistete, verletzt hat. Diese Maßnahme kann deswegen nicht als eine Verletzung bürgerlicher Rechte eines Priesters ausgelegt werden, weil der Priester, als er die priesterlichen Pflichten auf sich nahm, freiwillig einige seiner bürgerlichen Rechte aufgegeben hat. Der Begriff der bürgerlichen Freiheit schließt sicherlich auch die Freiheit ein, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, besonders wenn solche Verpflichtungen keine Verletzung der bürgerlichen Pflichten bedeuten.

3. Eine uneingeschränkte Zustimmung und ein volles Vertrauen waren endlich auch deswegen unmöglich, weil schon zu Beginn der Verhandlungen die zuständigen Staatsorgane einen Mangel an Vertrauen zur katholischen Bewegung dadurch gezeigt haben, daß sie in den tschechischen Ländern praktisch die gesamte religiöse Presse, namentlich aber den „Rozsevac" (Sämann), die volkstümliche Wochenschrift mit der größten Verbreitung, verboten haben. Die katholische unpolitische und religiöse Presse hat immer nur der religiösen und sittlichen Erziehung gedient und dienen wollen. Dazu ist die katholische Kirche des öfteren ermutigt worden, als die zuständigen Stellen voller Besorgnis das Anwachsen der Unsittlichkeit besonders in der Jugend beobachten mußten. Eine solche Tätigkeit der katholischen Presse ist sicherlich dazu geeignet, die Bemühungen und Interessen der Regierung selber in dieser Richtung zu unterstützen. Die tschechischen Katholiken bedauern, daß sie zu religiöser Literatur in einer nichttschechischen Sprache greifen müssen, wenn sie sich bilden wollen. So liegen die Dinge im Gebiete von Teschen (an der polnischen Grenze), wo das Erscheinen der tschechischen katholischen Presse nicht erlaubt wurde und dadurch Leute bestraft wurden, die ihre Treue zur Republik mit Blutopfern bewiesen hatten.

Wir bedauern sehr, daß in öffentlichen Äußerungen, die auf falsch gedeuteten Tatsachen aufbauen, wir, die katholischen Bischöfe und Ordinarien, als Feinde des Volkes, und die Maßnahmen, die wir ergriffen haben, als verfassungswidrig gekennzeichnet worden sind. Wir bedauern ebenso, daß durch ungerechtfertigte Angriffe auf den Heiligen Stuhl eine künstliche Kluft zwischen uns und den Gläubigen und also auch zwischen den Interessen der Kirche und der Nation geschaffen werden soll. Unter dem Vorwand der „Fortschrittlichkeit" des Klerus bemüht man sich, unsern getreuen Klerus von seinen rechtmäßigen Oberhirten und von unserer guten Mutter, der Katholischen Kirche, zu entfremden.

Wir haben keine Furcht davor, daß jemand unsere Haltung als die einer gesellschaftlichen Oberschicht erklären könnte. Der Unterschied zwischen uns und dem übrigen Klerus ist allein ein Unterschied des sakramentalen Charakters und des Amtes. Wir können mit gutem Gewissen sagen, daß wir mit unserem getreuen Klerus als mit unsern Brüdern im Geiste Christi zusammenleben und arbeiten und daß wir bereit sind, mit ihnen jede soziale Last zu tragen und alle Schwierigkeiten auf uns zu nehmen. Wir wissen, daß sowohl der Klerus wie unsere treuen Gläubigen, Tschechen wie Slowaken, ihre Bischöfe genau kennen, ebenso wie diese aus dem Volke stammen und demokratisch denken und empfinden. Unser Volk weiß von seinen Bischöfen, daß wir das Vaterland und die Nation nicht verraten und daß wir, wenn wir nicht uneingeschränkt Ja zu allem sagen, das aus wahrer Liebe zur Republik und zum Volke tun, von dem wir alles abzuwenden wünschen, was zu seinem Unglück beitragen könnte.

Wir hoffen, daß diese unsere Denkschrift mit derselben Aufrichtigkeit und demselben Wohlwollen entgegengenommen wird, mit dem sie vorgelegt wird, und daß die Regierung selber darum bemüht ist, daß der planmäßig vorgetragene Kampf gegen die katholische Kirche beendet wird, damit die vielversprechenden Anfänge doch noch der Beginn einer ruhigen Entwicklung und einer freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat nach dem in Kosice angenommenen Programm werden möge.

Der ungarische Episkopat zur Schulfrage

Der ungarische Episkopat erließ zu Beginn des neuen Schuljahres am 1. September 1948 den nachfolgenden gemeinsamen Hirtenbrief über die Schulfrage in Ungarn. Da die ungarische katholische Presse verboten ist, sind die ungarischen Bischöfe gezwungen, ihre Gläubigen durch derartige Hirtenbriefe mit der jeweiligen Lage bekannt zu machen. Sie werden den Pfarrern durch Kuriere zugestellt, um jede Intervention der Polizei unmöglich zu machen. Der Hirtenbrief über die Schulfrage hat folgenden Wortlaut:

Geliebte Eltern!

Wenn sich Jahr für Jahr die Türen der Schulen öffnen, und wenn die heranwachsende Jugend in unseren Kirchen mit klarer und froher Stimme das „Veni Sancte" singt, so ergreift trotz aller Zuversicht das Herz der verantwortlichen Väter und Mütter eine gewisse Besorgnis. Über den Schulkindern hängt die große Frage der Heiligen Schrift: „Was wird aus diesem Kinde werden?" (Luk. 1, 66).

Zu Beginn des Schuljahres 1948/49 liegt diese Besorgnis und die Schwere dieser Frage wie ein Stück Blei auf den Herzen von Millionen. Dieses Schuljahr ist anders als alle vorhergehenden. Es ist das erste Jahr, in dem diejenigen, die fast tausend Jahre in der Schule neben dem ungarischen Kinde gestanden haben, nicht mehr da sind. Jener Geist der Erziehung, der aus der göttlichen Offenbarung stammt und der in schwierigen Zeiten allein im Stande war, die besorgten Eltern zu beruhigen, und der eine wohlbewährte Grundlage für die Erziehung der Jugend und ein Unterpfand für die Zukunft der Kirche und des Landes war, herrscht nicht länger mehr in unseren Schulen.

Es gibt einige, die durch Mächte von außen beeinflußt dagegen protestieren, daß Priester und Mönche in den kürzlich nationalisierten Schulen keinen Unterricht mehr geben. Sie geben die Schuld dafür der Kirche und den kirchlichen Behörden.

Sie vergessen, daß Priester und Mönche der Kirche nur im Geiste Christi und der Kirche unterrichten können. Das folgt aus ihrer Sendung und aus ihrem Charakter als Priester und Mönch. Bis jetzt konnten sie die Auf-

gabe des Schulunterrichtes annehmen und erfüllen, weil sie dadurch ihre Berufung ausübten. Wenn sie aber nicht mehr nach ihrer Weltanschauung und nach ihrer Berufung unterrichten können, so können sie überhaupt nicht mehr unterrichten, weil sie sich dadurch selber widersprechen würden. Die Beschlagnahmung der Schulen ist vor allem deswegen erfolgt, um diesen Geist der Erziehung zu beseitigen. Infolgedessen ist der Ausdruck dieses Geistes in den beschlagnahmten Schulen nicht mehr möglich außer im Religionsunterricht.

Der Staat hat die kirchlichen Erzieher nicht aus den Schulen verbannt und hat in öffentlichen Erklärungen sogar gewünscht, sie beizubehalten. Jedoch hat die Entwicklung ihr Verbleiben moralisch unmöglich gemacht. Außer den grundsätzlichen Erwägungen, die wir oben angeführt haben, möchten wir noch bei zwei anderen Gesichtspunkten verweilen.

1. Als der Kaiser von Japan im 17. Jahrhundert von den europäischen Missionaren verlangte, daß sie bei ihrem ersten Schritt, den sie auf japanischen Boden setzten, auf das Kreuz treten sollten, das vor sie hingelegt wurde, hat der heidnische Mikado und seine Minister den Europäern auch nicht verboten, japanischen Boden zu betreten. Sie schrieben ihnen nur gewisse Bedingungen vor, die eine Lage schufen, die mit einem Verbot gleichbedeutend war. Trotzdem kamen einige Europäer nach Japan, aber die Missionare und die Katholiken konnten japanischen Boden nicht betreten, wenn sie dabei auf das Kreuz treten mußten. Nachdem unsere Schulen beschlagnahmt worden sind, hätten auch die Priester, Mönche und Nonnen der Kirche die Schwelle dieser Schulen nur betreten können, indem sie dabei ewige, unwandelbare Grundsätze mit Füßen getreten und aufgegeben hätten. Diese Grundsätze sind: das göttliche Recht der Kirche zu lehren, ein Recht, das auch historisch in unserem Lande neuneinhalb Jahrhunderte lang bestanden hat, das Recht der Eltern, ihre Schule zu wählen und das siebte und zehnte der göttlichen Gebote. Die gegenwärtige Haltung der Welt bekümmert sich wenig genug um diese drei Grundsätze. Wir aber betrachten sie als ewig gültig.

2. Die Erklärung der kommunistischen Partei vom 9. Mai verlangt die Mitwirkung der Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Organisationen der Arbeiter bei der Leitung und Überwachung der Erziehung. Wir haben schon im vergangenen Schuljahr erfahren, was das heißt. Weiter entwirft die Erklärung auch ein klares Bild der Zukunft: „Die Partei der ungarischen Arbeiter, die kommunistische Partei, bekennt sich zur Ideologie, zu den Grundsätzen des marxistischen Leninismus. Sie wendet die Lehren von Marx und Engels an und entfaltet sie. Sie kämpft nachdrücklich gegen jede Abweichung von der marxistisch-leninistischen Weltanschauung" und kämpft für „die Beseitigung der noch bestehenden Vorurteile" in den Schulen.

Die Partei derjenigen, die diese Erklärung erlassen haben, besitzt heute die Herrschaft und die entscheidende Macht im ungarischen öffentlichen Leben. Wenn sie also nach ihren eigenen Worten zusammenarbeiten wollen, um die Leitung des Erziehungswesens in ihre Hand zu bekommen und die Erziehung nach der marxistisch-leninistischen Philosophie zu gestalten, so haben sie auch die Macht dazu.

Was heißt Marxismus? Die Marxisten sollen die Antwort selber geben. In einem in Moskau im Jahre 1947 erschienenen, von Lenin selbst verfaßten Buche mit dem Titel „Marx, Engels, Marxismus" ist folgendes zu lesen: „Marxismus heißt Materialismus. Als solcher ist er ein unerbittlicher Feind der Religion. Sein Grundsatz ist: die Religion muß bekämpft werden, der religiöse Glaube muß vernichtet werden. So wie der Materialismus atheistisch, gottlos ist, so ist auch der Marxismus ein entschiedener Feind jeder Religion. Die gesamte Erziehung, Bildung und Unterrichtung der heutigen Jugend muß darauf abzielen, diese Jugend gemäß der kommunistischen Sittenlehre zu erziehen." *(Seite 224 bis 236).*

Das ist also das marxistische Credo.

In diesem Glaubensbekenntnis gibt es weder Gott noch eine unsterbliche Seele, weder Offenbarung noch übernatürliche Wahrheit, weder die zehn Gebote noch die Kirche, weder die Sakramente noch das Gebet. Der Marxismus leugnet sie nicht nur, sondern kämpft, wie wir gerade gehört haben, gegen sie. Das Ziel der materialistischen Erziehung ist nicht das evangelische Sittengesetz, sondern die kommunistische Moral.

Wir fragen: Kann ein Mönch oder eine Nonne an einer solchen Erziehung mitwirken? Kann er teilnehmen an einer solchen unreligiösen Erziehung? Jeder denkende Gläubige kann darauf nur mit Nein antworten. Und wenn diejenigen, die unsere Schulen nationalisiert haben, dem widersprechen und behaupten, daß nichts dergleichen von den Mönchen verlangt worden ist und wird, was war dann der Zweck der Wegnahme unserer Schulen? Warum hat man ihnen dann ihre Kollegs weggenommen, in denen sie weiter hätten unterrichten und erziehen können in dem Geiste, der durch Jahrhunderte so bewährt ist und den kürzlich auch die Anstifter der Nationalisierung so hoch gepriesen haben?

Man fragt weiter: Wenn das Gesetz Nr. 33/1948 dem Kabinettsrat auf Vorschlag eines Ministers das Recht gibt, gewisse kirchliche Schulen auszunehmen und sie ihren früheren Besitzern zu lassen, warum nimmt dann die Kirche nicht einige ihrer Schulen zurück? Wir antworten, daß ein solches mündliches und schriftliches Angebot vonseiten des Ministeriums an uns gekommen ist. Das Angebot wurde von uns angenommen, aber sie haben uns nicht eine einzige Schule zurückgegeben, obgleich sie es hätten tun können. Sie hätten sagen können: „Wir lassen euch die folgenden 15 Schulen". Sie haben das jedoch nicht getan, sondern haben versucht, Bedingungen vorzuschreiben, deren Annahme die Aufgabe unserer Grundsätze bedeutet haben würde. Die Kirche will nicht einmal ihre eigenen Schulen behalten, wenn sie dafür ihre Grundsätze opfern muß. Die Gemeinschaft der katholischen Erzieher kann einen von der Kirche nicht gebilligten Unterricht weder geben, noch kann sie unmittelbar verantwortlich und handelnd an ihm teilnehmen, noch kann sie ihm untätig zusehen. Selbst wenn uns versprochen würde, daß die Schule nicht antireligiös sein, sondern neutral bleiben soll, und daß unsere Mönche und Nonnen bei der Weitererteilung des Unterrichts nicht in Gewissenskonflikte geraten würden, so müßten wir fragen: wer garantiert uns für diese Versprechungen?

Der Hirtenbrief führt für die Berechtigung dieses Mißtrauens dann das Beispiel des Streites um die kirchliche Schule in Frankreich an, wo auch die versprochene Neutralität nicht hat gehalten werden können.

Alles, was oben gesagt worden ist, ergibt uns ein zweifaches Bild. Innerlich ist die neue Schule nicht

die Schule der Offenbarung unseres Herrn Jesus Christus, der von ihm gegründeten Kirche, der katholischen Familie, unseres Königs, des heiligen Stephan, noch unserer auf den Friedhöfen ruhenden Vorfahren. Unsere Friedhöfe waren immer von tiefen Gräben umgeben, aber jetzt hat sich eine tiefere Kluft zwischen der Welt unserer Vorfahren und unserer Welt, zwischen ihrer Erziehung und der unserer Kinder aufgetan. Das Ziel der Schule in der Vergangenheit war, das Kind zu einem guten Christen zu erziehen, der Gott anbetet, ihm dient und gehorcht und dadurch das Heil zu erlangen sucht. So wurde aus dem Kind ein guter Bruder und ein guter Ungar. Statt dessen erwartet man heute von der Schule, daß sie eine bestimmte soziale und politische Weltanschauung lehrt *(Parlamentsbericht vom 16. Juni 1948 Seite 449).*

Äußerlich ist durch die Beseitigung aller Spuren christlicher Kultur, durch die Entfernung des Muttergottesbildes, religiöser Bilder, Heiligenfiguren und oft selbst des Kreuzes der religiöse Geist auf zwei Religionsstunden in der Woche beschränkt worden. Früher war der ganze Unterricht von dem Geist der Religion durchdrungen, ob es nun vier oder nur zwei Religionsstunden in der Woche gab. In der Zukunft wird, selbst, wenn fähige Lehrer in der Schule blieben, das religiöse Leben und die Wärme des Herzens während der übrigen 28 bis 30 Stunden einer kalten eisigen Gleichgültigkeit Platz machen. Und wie wir schon gesagt haben, wird auch diese Haltung nur eine kurze Zeit bestehen bleiben und dann einer noch schlimmeren Lage weichen. Was in den zwei Stunden aufgebaut werden kann, wird früher oder später mit dem Programm der neuen Schule zusammenstoßen. Man will die religiöse Erziehung sowohl aus den kirchlichen wie den staatlichen Schulen verbannen. Die Beziehung zwischen Natur und Übernatur, Mensch und Gott, Zeit und Ewigkeit, ist auseinandergerissen. Man beschäftigt sich nur noch mit dem Vergänglichen und läßt unendlich Wesentlicheres und Wichtigeres außer acht. Das Siegel des kostbaren Blutes Christi auf der Menschenseele wird nicht mehr berücksichtigt. Nach ihren eigenen Erklärungen sehen sie in der menschlichen Seele nur noch das zukünftige Parteimitglied. Die Schulleiter, die Lehrer, die Stundenpläne und die Bücher der heutigen Schule veranlassen uns zu der Frage: Was soll aus dem Kinde werden? Und jedesmal, wenn auf ungarischer Erde ein neues Leben geboren wird, wird dann nicht der erste Seufzer der Mutter nach der kirchlichen Schule sein?

Wir wollen die Tränen der Eltern trocknen und die unsterblichen Seelen der Kinder retten.

Wenn sie uns auch unsere alte starke Festung, die kirchliche Schule, geraubt und uns eine nie heilende Wunde zugefügt haben, so stehen doch noch unsere anderen Festungen, die katholische Familie, die Kirche und die Pfarrei. Und Ihr, geliebte Eltern, seid die Kämpfer, die diese Befestigungen besetzen müssen, ihre von Gott bestimmten Wächter.

In zwei kurzen Sätzen legt die Kirche die persönliche und heilige Pflicht der Eltern zur Erziehung der Kinder dar:

a) Es ist die wichtigste Pflicht der Eltern, nach bestem Können für die religiöse und sittliche, körperliche und bürgerliche Erziehung des Kindes zu sorgen *(Can. 1113).*

b) Die christliche Erziehung des Kindes ist nicht nur das Recht, sondern die unerläßliche Pflicht der Eltern und ihrer Vertreter *(Can. 1372, 2).*

Der Hirtenbrief prägt dann den katholischen Eltern die Schwere der Pflicht, die nach dem Wegfall der katholischen Schulen auf ihren Schultern ruht, nachdrücklichst ein und schließt mit folgenden Worten:

Es handelt sich also um das Bestehen oder Nichtbestehen des Glaubens, zum mindesten im Leben eurer Kinder. Durch Lehre und Beispiel müssen wir das Christentum für das Leben der kommenden Generation bewahren. Lehre und Beispiel, diese beiden müssen Gott und unserem Vaterland Mädchen und Jungen schenken, die stark im Glauben und unserer Kirche treu sind ... Mit Gottes Gnade und mit der Hilfe der Kirche werden die Eltern die große Frage lösen, die der Schulbeginn dieses Jahres stellt.

Der Hirtenbrief ist unterschrieben von dem gesamten ungarischen Episkopat unter Führung von Kardinal Mindszenty.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Instruktion „Cum Sanctissimis" für die Weltlichen Institute

Im Anschluß an das Motu proprio des Heiligen Vaters zu der Konstitution über die Weltlichen Institute, das wir in der Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., H. 12, S. 557 mitgeteilt haben, hat die Kongregation der Religiosen eine besondere Instruktion herausgegeben, die folgenden Wortlaut hat (wir bringen eine Privatübersetzung):

Bei der Verkündigung der Apostolischen Konstitution *Provida Mater Ecclesia* hat unser Heiliger Vater, der Papst, die Hl. Religiosen-Kongregation, deren Kompetenz die Weltlichen Institute unterstellt sind (Lex peculiaris, Art. IV, § 1 und 2), und der er zu diesem Zweck alle notwendigen und geeigneten Vollmachten übertragen hat, damit beauftragt, die Ausführung alles dessen, was in dieser Konstitution mit Bedacht festgesetzt ist, möglichst wirksam zu sichern.

Unter den Aufgaben und Funktionen, die die Hl. Kongregation auf Grund dieses päpstlichen Auftrages und gemäß der ausdrücklichen Angabe der Konstitution selber zu erfüllen hat, ist festzustellen, daß die Kongregation das Recht hat, „in dem Maße, wie es die Notwendigkeit erfordert oder die Erfahrung rät, durch Interpretation der Apostolischen Konstitution oder durch

deren Ergänzung und Anwendung" Vorschriften zu erlassen, die sie für die Weltlichen Institute im allgemeinen oder für einige von ihnen im besonderen für notwendig oder nützlich hält.

Wenn es nun auch besser ist, die vollständigen und endgültigen Regeln für die Weltlichen Institute auf bessere Zeiten zu verschieben, um die gegenwärtige Entwicklung dieser Institute nicht gefährlich zu behindern, ist es doch wichtig, schon sofort einige Punkte der Apostolischen Konstitution *Provida Mater Ecclesia,* die nicht von allen klar verstanden und richtig interpretiert worden sind, ausführlicher darzulegen und gegen jeden Irrtum zu schützen, wobei zugleich alle Vorschriften des Briefes *Primo feliciter,* der in Form eines Motu proprio am 12. dieses Monats von unserem Heiligen Vater, dem Papst, herausgegeben wurde, streng gewahrt werden sollen. Infolgedessen hat die Hl. Kongregation sich entschlossen, in Gestalt einer Instruktion die obersten Regeln wohlgeordnet zusammenzustellen und zu veröffentlichen, die man von Rechts wegen für grundlegend halten muß, wenn man die Weltlichen Institute von Anfang an haltbar errichten und organisieren will.

1. Damit eine Vereinigung, die sich in der Welt der Praxis der christlichen Vollkommenheit und der Ausübung des Apostolats intensiv widmen will, von Rechts wegen Namen und Titel eines Weltlichen Instituts führen kann, muß sie nicht nur alle und jedes einzelne der Elemente besitzen, die gemäß der Konstitution *Provida Mater Ecclesia* als notwendige und wesentliche Elemente für Weltliche Institute (Art. 1—3) angegeben sind, sondern es ist außerdem unbedingt notwendig, daß diese Vereinigung von einem Bischof gebilligt und kanonisch errichtet worden ist, nachdem diese Hl. Kongregation vorher konsultiert wurde (Art. 5, § 2, 8, 6).

2. Die Vereinigungen von Gläubigen, die die in der Apostolischen Konstitution angegebenen Zwecke und charakteristischen Merkmale besitzen, hängen rechtlich gemäß der Konstitution sämtlich und in allen Ländern von dieser Hl. Religiosen-Kongregation ab, ebensowohl in den Ländern gemeinen Rechts als in den Missionsländern (Art. 4, § 1 und 2), und sie unterstehen dem besonderen Gesetz dieser Konstitution; es ist ihnen gemäß dem Brief *Primo feliciter* aus keinem Grunde und unter keinem Rechtstitel erlaubt, sich weiterhin zu den gewöhnlichen Vereinigungen von Gläubigen zu zählen (C. I. C., L. II, p. 3), außer in den unter Nummer 5 der vorliegenden Instruktion angeführten Fällen.

3. Um die Erlaubnis zur Errichtung eines neuen Weltlichen Instituts zu erhalten, muß der Bischof des Ortes und kein anderer sich an diese Hl. Kongregation wenden und sie ausdrücklich über alles unterrichten, was in den Richtlinien gefordert wird, die von der Hl. Religiosen-Kongregation (6. März 1921, Nr. 3—8) mit den entsprechenden Ergänzungen (Art. 7) betreffs der Errichtung und Approbation von Kongregationen aufgestellt worden sind.

Auch müssen die Schemata der Konstitutionen (mindestens 6 Exemplare) in lateinischer oder einer anderen, an der Kurie zugelassenen Sprache eingeschickt werden; außerdem sollen die Direktorien und andere Dokumente eingesandt werden, die Ziel und Geist der Vereinigung offenbaren können. Die Konstitutionen müssen alle Angaben enthalten, die die Natur des Institutes, die Kategorien der Mitglieder, die Leitung, die Form der Weihe (Art. 3, § 2), die Bindung, die aus der Aufnahme der Mitglieder in das Institut resultiert (Art. 3, § 3), die gemeinsamen Häuser (Art. 3, § 4), die Stellung der Mitglieder des Instituts und die Frömmigkeitsübungen betreffen.

4. Die Vereinigungen, die vor der Konstitution *Provida Mater Ecclesia* rechtmäßig durch die Bischöfe gemäß den Vorschriften des früheren Rechts errichtet oder approbiert worden sind oder die eine päpstliche Approbation als Laienvereinigung erhalten haben, müssen, um von dieser Hl. Kongregation als Weltliches Institut diözesanen oder päpstlichen Rechtes anerkannt zu werden, der Hl. Kongregation die rechtlichen Unterlagen ihrer Errichtung oder Approbation, die Konstitutionen, denen sie bisher unterstanden haben, einen kurzen Bericht über ihre Geschichte, ihre Disziplin, ihr Apostolat zukommen lassen, und wenn sie nur nach Diözesanrecht bestehen, müssen sie die Zeugnisse der Ordinarien einschicken, in deren Diözese sie ihren Sitz haben. Wenn alle diese Dinge gemäß dem Wortlaut der Art. 6 und 7 der Konstitution *Provida Mater Ecclesia* gewürdigt und aufmerksam geprüft worden sind, kann ihnen die Erlaubnis zur Gründung oder das Dekret der Approbation, je nach dem Fall, zugebilligt werden.

5. Was die Vereinigungen jüngerer Gründung oder solche, die nicht genügend entwickelt sind, betrifft, ebenso die, welche aus einer besonderen Situation heraus gegründet worden sind, so wird es trotz der guten Hoffnung, sie später in feste und wirkliche Weltliche Institute verwandelt zu sehen, vorzuziehen sein, sie nicht sofort der Hl. Kongregation zur Billigung ihrer Gründung vorzuschlagen. In der Regel, von der es, außer in strengstens überprüften ernsten Fällen, keine Ausnahme geben darf, sollen diese neuen Vereinigungen der Leitung und dem väterlichen Schutz der Diözesanautorität unterstellt werden, die ihre Tätigkeit zunächst in der Form einfacher Vereinigungen, die mehr tatsächlich als rechtlich bestehen, überwachen und sie dann von Fall zu Fall, nicht sprunghaft, sondern allmählich und stufenweise in eine der Formen der Vereinigungen von Gläubigen überführen soll, etwa in fromme Vereinigungen, Gemeinschaften oder Bruderschaften.

6. Solange diese vorbereitenden Entwicklungen dauern, die den klaren Beweis liefern sollen, daß es sich wirklich um Vereinigungen handelt, deren Ziel ein ganz der Vollkommenheit und dem Apostolat geweihtes Leben ist, und daß sie die übrigen charakteristischen Eigenschaften besitzen, die für ein wirkliches Weltliches Institut erforderlich sind, muß aufmerksam darüber gewacht werden, daß diesen Vereinigungen im Innern oder Äußern nichts gestattet wird, was aus ihrer gegenwärtigen Stellung herausfällt und dem Ziel oder der besonderen Natur der Weltlichen Institute entspricht. Vor allem muß alles vermieden werden, was im Falle der späteren Verweigerung der Errichtung als Weltliches Institut nicht leicht wieder unterdrückt und abgeschafft werden könnte, und was geeignet sein könnte, einen Druck auf die Oberen auszuüben, ihnen die Approbation zu geben oder zu leicht zu geben.

7. Um sich ein sicheres und objektives Urteil darüber zu bilden, ob eine Vereinigung wirklich die Natur eines Weltlichen Instituts hat, d. h. um zu wissen, ob sie im weltlichen Stand und in weltlicher Lebensform ihre Mitglieder wirksam zu jener vollständigen Heiligung

und Hingabe führt, die auch in foro externo das Bild des Standes der Vollkommenheit und dem Wesen nach das des echten Ordensstandes bietet, müssen folgende Punkte sorgsam untersucht werden:

a) Praktizieren die Genossen, die in der Vereinigung als Mitglieder eingeschrieben sind, im strengsten Sinn des Wortes „über die Frömmigkeits- und Abtötungsübungen hinaus", ohne die das vollkommene Leben als eitle Illusion zu kennzeichnen wäre, wirklich und entschieden die drei evangelischen Räte nach einer der verschiedenen Formen, die die apostolische Konstitution zuläßt? Jedoch können als Glieder im weiteren Sinn des Wortes zugelassen und der Vereinigung mit mehr oder weniger großer Festigkeit und Absicht angeschlossen werden Mitglieder, die die evangelische Vollkommenheit suchen und sich bemühen, sie innerhalb ihrer Lebensumstände auszuüben, obgleich sie die evangelischen Räte nicht in einem höheren Grade auf sich nehmen können.

b) Ist das Band, durch das die Mitglieder im strengsten Sinn des Wortes und die Vereinigung untereinander verbunden sind, dauernd, gegenseitig, vollständig, so daß sich das Mitglied gemäß der Regel der Konstitution vollständig der Vereinigung hingibt und diese letzte bereit ist oder tatsächlich im Stande zu sein scheint, sich des Mitgliedes anzunehmen, und willens und in der Lage, die Sorge für es zu übernehmen und rechtlich für es aufzukommen (Art. 3, § 3, 2⁰)?

c) Ist die Vereinigung tatsächlich, und auf Grund welchen Rechtes ist sie im Besitz oder bemüht um den Besitz von Gemeinschaftshäusern, die die Konstitution (Art. 3, § 4) vorschreibt, um damit die Ziele zu erreichen, für die diese Häuser vorgesehen sind?

d) Vermeidet man alles, was mit der Natur und dem Ziel der Weltlichen Institute unvereinbar wäre, wie z. B. das Tragen einer Tracht, die zu dem Leben in der Welt nicht paßt, ein äußerlich organisiertes Gemeinschaftsleben (Art. 2, § 1; Art. 3, § 4) nach dem Vorbild des Gemeinschaftslebens der Orden oder etwas dem entsprechendes (Tit. XVII, L. II, C. I. C.)?

8. Die Weltlichen Institute sind gemäß Art. 1, 2⁰ der Apostolischen Konstitution *Provida Mater Ecclesia* und in Rücksicht auf die Artikel 10 und 2, § 1, 1⁰ dieser selben Konstitution der besonderen Gesetzgebung des Gemeinschaftslebens der Orden oder der in Gemeinschaft lebenden Gesellschaften nicht unterstellt und können sich auf diese nicht berufen. Jedoch kann die Hl. Kongregation ausnahmsweise gewisse besondere Vorschriften des Ordensrechts auf die Weltlichen Institute anwenden und übertragen, die für sie gemäß dem Wortlaut der Konstitution passen (a.a.O., Art. 2, § 1, 2⁰); sie kann selbst mit Vorsicht gewisse mehr oder weniger allgemeine Kriterien aus diesem Recht übernehmen, die durch die Erfahrung bestätigt sind und der inneren Natur der Dinge entsprechen.

9. Insbesondere: a) Obwohl die Vorschriften des Canon 500, § 3 nicht direkt die Weltlichen Institute betreffen, und man sie nicht ohne weiteres anwenden kann, kann man von ihnen doch mit Recht ein solides Argument und eine klare Direktive für die Approbation und Organisation der Weltlichen Institute ableiten.

b) Tatsächlich steht nichts dem entgegen, daß gemäß der Regel des Rechts (Canon 492, § 1) Weltliche Institute auf Grund einer besonderen Erlaubnis regulierten Orden und auch anderen Ordensgemeinschaften (religiösen Instituten) angegliedert werden und daß sie von diesen in verschiedener Weise unterstützt und selbst in gewisser Weise moralisch geleitet werden. Jedoch wird man nur schwerlich und nach sorgfältiger Erwägung des Wohles der Institute, ihres Geistes, der Natur und des Zieles des Apostolates, dem sie sich widmen sollen, und wenn man die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen hat, andere Arten engerer Abhängigkeit gestatten können, die die Selbständigkeit der Leitung der Weltlichen Institute gefährden und sie einer mehr oder weniger strengen Bevormundung unterwerfen könnten, selbst wenn die Weltlichen Institute, zumal die weiblichen, diese wünschen und erbitten.

10. Die Weltlichen Institute sind a) auf Grund des Standes der Vollkommenheit, dem sie sich weihen wollen, und auf Grund der vollständigen Hingabe an das Apostolat, die sie sich auferlegen, offensichtlich eben durch diese Art der Vollkommenheit und des Apostolats zu einem vollkommeneren Leben berufen als dem, das für die Gläubigen, selbst die besten, welche in den reinen Laienvereinigungen oder in der Katholischen Aktion oder in anderen frommen Werken arbeiten, zu genügen scheint.

b) Sie müssen sich jedoch diesen Übungen und den Arbeiten, die die besonderen Ziele der Institute sind, widmen in der Weise, daß ihre Mitglieder — und jede Unklarheit muß hier sorgsam vermieden werden — gemäß ihren Kräften den Gläubigen, die sie sehen und beobachten, ein hervorragendes Beispiel selbstloser, bescheidener und unermüdlicher Zusammenarbeit geben und zugleich ihre eigene besondere innere Disziplin unerschütterlich bewahren (Vgl. Motu proprio *Primo feliciter).*

11. a) Wenn ein Ordinarius vom Hl. Stuhl ermächtigt worden ist, nach kanonischem Recht ein Weltliches Institut zu errichten, das vorher als tatsächliche Vereinigung oder als frommer Verein oder Bruderschaft bestanden hat, kann er selber entscheiden, ob es angebracht ist, in Bezug auf die Bestimmung der Stellung der Personen und auf die Gegenstände, die in die Konstitutionen des Instituts aufgenommen werden müssen, zu berücksichtigen, was vorher festgesetzt worden war, z. B. in Bezug auf die Probezeit, die Weihe usw.

b) Während der ersten zehn Jahre des Weltlichen Institutes, von seiner Errichtung an gerechnet, kann der Ortsbischof betreffs der Funktionen, der Ämter, der Grade und anderer juristischer Gegenstände von den Bedingungen des Alters, der Zeit des Noviziats, der Jahre der Weihe und anderem dieser Art, was für alle Institute im allgemeinen und für ein einzelnes Institut im besonderen vorgeschrieben ist, dispensieren.

c) Die Häuser oder Zentren, die vor der kanonischen Errichtung des Instituts gegründet worden sind, bilden unter der Bedingung, daß sie mit Erlaubnis des einen oder anderen Bischofs gemäß den Vorschriften des Canons 495, § 1 errichtet worden sind, auf Grund der Errichtung selber einen Bestandteil des Instituts.

Gegeben zu Rom im Palast der Heiligen Religiosen-Kongregation, am 19. März, dem Fest des hl. Josef, des Gemahls der seligsten Jungfrau Maria, im Jahr 1948.

Gibt es heute noch einen gerechten Krieg?

In den Diskussionen über die sittliche Erlaubtheit des Krieges unter den heutigen Verhältnissen ist verschiedene Male auf die Lehre eines maßgebenden Juristen der päpstlichen Kurie hingewiesen worden, dessen Werk die offizielle Anerkennung der päpstlichen Autorität gefunden hat und darum für die Meinungsbildung unter katholischen Christen eine gewichtige Stimme darstellt. Es handelt sich um die *„Institutiones iuris publici ecclesiastici"* (2 Bände, Rom, 3. Aufl. 1947) von Msgr. *Alfredo Ottaviani*, der früher die Professur für öffentliches Kirchenrecht am Päpstlichen Kanonistischen Institut „Apollinare" und das Amt des Unterstaatssekretärs innehatte und gegenwärtig als Assessor des Hl. Offiziums wirkt. Sein Buch wurde, als es 1936 in zweiter Auflage erschien, im Auftrage Pius XI. durch ein Anerkennungsschreiben des Kardinalstaatssekretärs Pacelli ausgezeichnet. Dadurch wird zwar nicht jede einzelne Meinung des Verfassers autorisiert, andererseits jedoch zum Ausdruck gebracht, daß er in allen wesentlichen Fragen die traditionelle Lehre der Kirche vorlegt und sie auf die gegenwärtigen Probleme zutreffend anwendet.

Ottavianis Lehre vom Krieg gipfelt in dem Satz: *„Practice ergo nunquam bellum indicere licebit."* („Praktisch ist es also niemals erlaubt, den Krieg zu erklären." — 1. Band, Seite 153).

Der Verfasser handelt über den Krieg im Rahmen seiner Darstellung des Konfliktes zwischen souveränen Gesellschaften. Er sieht die Möglichkeit internationaler Konflikte nicht nur deswegen gegeben, weil man damit rechnen muß, daß einzelne Staaten sich über das Recht hinwegsetzen. Viel wichtiger für eine grundsätzliche Betrachtung ist ein anderer Fall, daß nämlich „die Rechte und die Tätigkeit einer souveränen Gesellschaft sich nicht vereinbaren lassen mit der vollen Ausübung der Rechte und der Tätigkeit einer anderen, so daß unter diesen Umständen die eine der anderen weichen oder ihr Anspruch beschränkt werden muß durch die Erfordernisse des Wohls der anderen." (Seite 136)

Wenn es sich um einen klaren Rechtsbruch eines Staates handelt, liegt es auf der Hand, daß der geschädigte Staat alle Mittel anwenden darf, die geeignet sind, sein Recht wiederherzustellen. Aber auch im Falle einer Kollision der Rechte braucht keine der streitenden Parteien der anderen ihr Interesse zu opfern; denn es handelt sich ja voraussetzungsgemäß um souveräne Gesellschaften, deren Ansprüche aus diesem Grunde den gleichen rechtlichen Rang besitzen. Es gibt auch keine übergeordnete Gewalt, die befugt wäre, auf Grund höheren Rechtes den Streitfall autoritativ zu entscheiden. So bieten sich zur Lösung eines solchen Konfliktes nur zwei Möglichkeiten: gütliche Vereinbarung oder Entscheidung durch die Waffen. Eine dritte Möglichkeit wäre nur dann gegeben, wenn die beiden Staaten sich allgemein durch einen Schiedsgerichtsvertrag auf zweiseitiger oder breiterer Grundlage vertraglich im voraus gebunden hätten, bei Konflikten ein bestimmtes Verfahren einzuhalten.

Abgesehen von einer solchen Bindung rieten die älteren Naturrechtslehrer wohl aus Gründen der Humanität zu einem Güteverfahren, aber sie erklärten es nicht für naturrechtlich streng geboten. Es liegt im Wesen der Souveränität, die kraft Naturrechtes den Staaten verliehen ist, daß ihre Träger die Befugnis besitzen, ihr klares Recht zu erzwingen. In der Gegenwart haben sich jedoch, wie Ottaviani meint, die Voraussetzungen für die Anwendung dieses Naturrechtsgrundsatzes gewandelt.

Auch früher wurde der Krieg nicht deswegen als erlaubt angesehen, weil man ihn als ein geeignetes Mittel betrachtet hätte festzustellen, wer im Recht ist. Ein Mittel der Rechtsfindung war der Krieg nie, genau so wenig wie das Duell. Aber er galt zu früheren Zeiten nicht bloß im Falle des Widerstandes gegen einen mit Waffengewalt angreifenden Rechtsbrecher als gerechtfertigt, sondern auch dann, wenn ein Staat, der über genügend große militärische Macht verfügte, dadurch in der Lage war, sein einwandfrei gerechtes Interesse in einer Kollision mit fremden Ansprüchen zu sichern oder wiederherzustellen. Der Widerstand gegenüber einem gewaltsamen und ungerechten Angriff muß auch heute noch als erlaubt angesehen werden, vorausgesetzt, daß er Aussicht auf Erfolg bietet. Aber es kann nicht mehr davon die Rede sein, daß man unter den heutigen Verhältnissen einen Krieg erklären dürfte, um dadurch sein Recht zu erzwingen; denn niemand darf, indem er sein eigenes Recht sucht, anderen Unrecht tun. Der heutige Krieg aber ruiniert beide Parteien, und selbst wenn er das nicht tut, fügt er den Bürgern beider Staaten und darüber hinaus der Menschheit im ganzen zweifellos großes Unrecht zu.

Ottaviani hebt hervor, daß er durchaus nicht von der Lehre der Tradition abweiche oder sie bestreite. Es handle sich um ein Problem, das von der älteren Naturrechtslehre gar nicht berührt worden sei: was man früher als „Krieg" bezeichnet hätte, sei nicht mehr dasselbe wie der gegenwärtige Krieg; das gleiche Wort bezeichne eine in jeder Hinsicht verschiedene Sache.

In früheren Zeiten war der Krieg die *„ultima ratio"*. Bei den verhältnismäßig lockeren gegenseitigen Bindungen und oberflächlichen Berührungen der einzelnen Staaten kam er nur selten und bei ganz außerordentlichen Anlässen in Sicht. Heute jedoch sind die Interessen der Staaten so miteinander verflochten, daß die Konfliktsfälle sozusagen in Permanenz bestehen, und daß der Krieg zu einer Dauererscheinung werden müßte, wollte man zugestehen, daß jedes Recht mit der Waffe verteidigt werden darf.

Auch die Inanspruchnahme der einzelnen Bürger für die Sache des Staates im Kriegsfall ist eine ganz andere geworden. In früheren Zeiten wurde der Kampf durch Söldnerheere ausgetragen. Das persönliche Engagement des Bürgers im Kriege war also ein freiwilliges. Allerdings mußte jedermann durch erhöhte Steuern oder Lasten einen Beitrag zum Rechtskampf seines Staates leisten, aber grundsätzlich blieb man in seinen privaten Lebensfunktionen frei und ungehindert. Heute bedeutet Krieg ein totales Existenzrisiko für jeden, der im Territorium eines kriegführenden Staates oder auch nur in seiner Nähe wohnt. Zu einer solchen Inanspruchnahme seiner Bürger ist der Staat durch das Naturrecht keines-

wegs ermächtigt. Die allgemeine Wehrpflicht muß als *„maxima iniuria civibus"*, als größtes Unrecht gegenüber den Bürgern angesehen werden, wie Ottaviani sagt. (Seite 151, Anm. 33). Allerdings vermißt man eine Antwort auf die Frage, ob der Verfasser auch für den Fall berechtigter Notwehr gegenüber einem gewaltsamen Angriff die allgemeine Dienstpflicht für naturrechtswidrig hält.

Sodann und vor allem hat der moderne Krieg derart grausame Formen und Ausmaße angenommen, daß er nicht nur das Recht, deswegen er begonnen wird, nicht mehr herzustellen vermag, sondern im Gegenteil den Träger dieses Rechtes und mit ihm zahllose Unbeteiligte in den Untergang führt oder doch ihnen Verluste zufügt, die in keinem Verhältnis zu irgendeinem Recht stehen, das man durch den Krieg zu erzwingen sucht. Es fehlt also regelmäßig an der *„proportionata causa"*, der angemessenen Ursache, die von jeher als Voraussetzung für einen gerechten Krieg angesehen wurde. Ottaviani erläutert das im einzelnen.

a) Der moderne Krieg hebt den Unterschied zwischen Kriegführenden und Zivilisten auf, gefährdet und schädigt also die gesamte Bevölkerung, nicht nur diejenigen, die durch einen freiwilligen Wehrvertrag erhöhtes Risiko auf sich nehmen.

b) Er zerrüttet bei Siegern und Besiegten auf lange Sicht hin Wohlstand und Volksvermögen, bietet also dem Sieger keinen Vorteil.

c) Die modernen Waffen treffen zahllose Unschuldige und erzeugen deswegen einen Haß, der zu immer neuen Repressalien treibt und notwendig zur Mißachtung des Völkerrechts führt. So untergräbt der Krieg Sittlichkeit und Menschlichkeit im Völkerleben.

d) Die Lokalisierung von Konflikten ist unmöglich geworden. Bei der engen Verbindung der Völker wird jeder Krieg zum Weltkonflikt.

e) Die schnelle Entwicklung der Kriegstechnik macht jede Voraussicht des Kriegsausganges unmöglich und bietet auch dem starken und berechtigte Interessen verfechtenden Staat im Augenblick des Beginns keine Gewißheit, daß er Macht genug besitze, um sein Recht tatsächlich zu erzwingen.

Schon die Väter des Vatikanischen Konzils haben Papst Pius IX. darum ersucht, Normen zur Verhinderung von Kriegen zu erlassen, weil der moderne Krieg kein Kampf mehr, sondern eine „schreckliche Metzelei" darstelle und mit seinen Folgen für die Moral zahlreiche Seelen zugrunderichte. Was muß man demnach vom heutigen Krieg halten, der die ganze moralische und religiöse Ordnung der Welt in den Grundfesten erschüttert?

„Praktisch darf man also niemals den Krieg erklären; ja man darf nicht einmal einen Verteidigungskrieg auf sich nehmen, wenn nicht die Autorität, der hierüber das Urteil zusteht, mit der Gewißheit des eigenen Sieges zugleich sichere Beweise besitzt, daß sie durch ihren Verteidigungskrieg ihrem Volk ein Gut gewährleistet, welches größer ist als die unermeßlichen Schäden, die der Krieg sowohl für jenes Volk wie für die gesamte Welt mit sich bringt." (Seite 153).

Ottaviani entzieht sich nicht der heiklen Frage, welche Wege man denn im Einvernehmen mit dem Naturrecht in Zukunft bei internationalen Konflikten beschreiten solle. Für den Einzelfall weist er darauf hin, daß es heutzutage Sanktionen gibt, die wirksamer sind als ein Krieg, vor allem wirtschaftliche Sanktionen.

Aber auf die Dauer muß es heißen: *„Potius quam armorum est animorum vis paranda,"* also geistige Aufrüstung statt militärischer Aufrüstung!

Die bürgerliche und religiöse Erziehung des Volkes, die das Gefühl der Massen auf weite Sicht hin formt und indirekt auch die Wahl der Volksvertreter und Regierungen beeinflußt, muß eines ihrer hervorragendsten Anliegen darin erblicken, die Völker Achtung vor ihren gegenseitigen Rechten und Pflichten zu lehren und die Ächtung des Klassenkampfes, Rassenkampfes und nationalistischen Imperialismus, dieser Herde künftiger Konflikte, durchzusetzen.

In der Politik muß mit aller Macht darauf hingearbeitet werden, daß die Völker übereinkommen, ihre Konflikte durch den Spruch eines internationalen Gerichtshofes zu regeln und dieses Urteil zu respektieren.

Die Völker müssen erzogen werden, es als ihre Pflicht anzusehen, daß sie für das Wohl der gesamten Menschheit Opfer zu bringen haben, wie sie ja auch von ihren Bürgern fordern, daß sie sich dem Wohl des Volkes unterordnen.

Endlich ist es notwendig, das Entstehen totalitärer Regierungen zu verhindern, die eine dauernde Gefahr für den Frieden darstellen. „Volksführer und Völker, die Gewißheit darüber besitzen, daß ihre Regierung auf den Krieg hinarbeitet und so den blutigen Ruin ihres Volkes vorbereitet, dürfen und müssen mit gerechten Mitteln (Sperrungen von Ottaviani) die Regierung stürzen."

Leider geht Ottaviani nicht auf die schwierige Problemstellung ein, die sich daraus ergibt, daß unter den heutigen Umständen ein gewaltsamer Angriff nur dann abgewendet und abgewehrt werden kann, wenn man dafür gerüstet ist, daß aber die Rüstung eines Staates naturgemäß die Rüstung der übrigen nach sich zieht. Er spricht sich nicht darüber aus, ob es nicht unter den heutigen Verhältnissen zur Vermeidung einer Zerstörung, die einem Weltuntergang fast gleichkommt, geboten sein könnte, der Gewalt zu weichen im Vertrauen darauf, daß Gott allein der Schild Israels gegenüber den Völkern ist!

Soziale und wirtschaftspolitische Anliegen der amerikanischen Katholiken

Zum Tag der Arbeit, der in den Vereinigten Staaten am ersten Montag im September allgemein gefeiert wird, erließ die Abteilung für soziale Aktion der National Catholic Welfare Conference den folgenden Aufruf (den Aufruf des Jahres 1947 s. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 2, S. 86 ff):

„Am 14. November 1947 faßten die Bischöfe der Vereinigten Staaten in ihrer berühmten Erklärung über den Säkularismus *(Vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 5/6 S. 231 ff)* die christliche Anschauung vom Wirtschaftsleben folgendermaßen zusammen: „Die christliche Anschauung vom Wirtschaftsleben unterstützt die Forderung nach einer Organisation des Unternehmertums, der Arbeiterschaft, der Landwirtschaft und der freien Berufe unter Förderung aber nicht Kontrolle der Regierung, die in gemeinsamem Bemühen soziale Konflikte vermeidet und die Zusammenarbeit für das Gemeinwohl fördert". Das Wirtschaftsleben soll also organisiert sein. Dies ist der erste Grundsatz der christ-

lichen Sozialethik. Aber der zweite Grundsatz, den die amerikanischen Bischöfe aufstellen, ist noch wichtiger. Das Wirtschaftsleben soll zu einem Ziele geordnet sein, nämlich dazu, in gemeinsamem Bemühen soziale Konflikte zu vermeiden und die Zusammenarbeit für das Gemeinwohl zu fördern.

In früheren Jahren hat die Abteilung für Soziale Aktion der NCWC in ihrer jährlichen Erklärung zum Tage der Arbeit jeden dieser beiden Grundsätze betont, aber sie hat sich zumeist auf ihre Anwendung auf die amerikanische Arbeiterbewegung konzentriert, auf deren Rechte, Bedürfnisse und Pflichten und auf ihre Möglichkeiten und ihre Funktion beim Neuaufbau der sozialen Ordnung. Diese Betonung war, wie wir überzeugt sind, gesund, denn es kann nicht zu oft oder zu nachdrücklich wiederholt werden, daß die von Christus — der selbst ein Arbeiter war — gegründete Kirche für das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren, eintritt, ja sie sieht die weitverbreitete Organisation der Arbeiter als eine absolut notwendige Vorbedingung für die Errichtung des Arbeitsfriedens und der wirtschaftlichen Gerechtigkeit an. Dieses Jahr legen wir, entsprechend dem Geiste des Anlasses, in unserer Erklärung zum Tage der Arbeit wiederum die Betonung auf die Fragen der Arbeiterorganisation und die Grundsätze, die sie leiten sollen.

Gleichzeitig jedoch halten wir es für angemessen, die Reichweite unserer Erklärung zum Tage der Arbeit zu vergrößern und an die Arbeitgeber ebenso wie an die Arbeiter, an die Arbeitgeberorganisationen ebenso wie an die Gewerkschaften einen besonderen Aufruf zu richten. Wir rufen beide Gruppen auf, sich des ersten Zieles ihrer Organisationen bewußter denn je vorher zu werden, nämlich soziale Konflikte zu vermeiden und die Zusammenarbeit für das gemeine Wohl zu fördern, und wir bitten sie dringend, in selbstloser Weise untereinander und mit der Regierung zusammenzuarbeiten, um die Errichtung einer besseren und christlicheren Gesellschaftsordnung zu beschleunigen.

An erster Stelle ermutigen wir deshalb wiederum die Arbeiterbewegung, die noch unorganisierten Arbeiter der Vereinigten Staaten zu erfassen. Bei Gelegenheit dieses nationalen Feiertages beglückwünschen wir die Arbeiterbewegungen zu ihren Erfolgen und bitten unseren göttlichen Herrn, sie zu beschützen und ihre Tätigkeit während des kommenden Jahres zu segnen.

Die amerikanische Arbeiterbewegung hat natürlich ihre Fehler und Unvollkommenheiten. Aber wir haben Grund zu glauben, daß ihre Mitglieder und ihre Führer sich zumeist dieser Mängel noch bewußter sind als ihre unfreundlichen Kritiker. Wir haben auch Grund zu glauben, daß diese Mängel, z. B. das Eindringen der Kommunisten, aus der Bewegung selber heraus schneller und wirksamer abgestellt werden, als sie durch eine Strafgesetzgebung abgestellt werden könnten. Im allgemeinen ist es nur gerecht zu sagen, daß in der Arbeiterbewegung zum mindesten ebenso viel, wenn nicht mehr von dem Geiste der Selbstkritik und Selbstreform herrscht als innerhalb der parallelen Organisationen der Arbeitgeber und der freien Berufe. Wir verwerfen also als unangebracht und diskriminierend die Bemühungen all derer, die, noch nicht zufrieden mit den entzweienden Wirkungen des Taft-Hartley-Gesetzes, nach weiteren Beschränkungen der Arbeiterbewegung verlangen. Wir machen besonders auf den unheilvollen Einfluß gewisser Typen einer Strafgesetzgebung von Seiten der Bundesstaaten aufmerksam, die dazu geeignet sind, den Arbeitsunfrieden eher zu fördern als zu vermindern, und die, entweder absichtlich oder unabsichtlich, dazu bestimmt sind, die Arbeiterbewegung eher zu lähmen als zu reformieren. Weiter empfehlen wir, daß das Taft-Hartley-Gesetz selber vom Kongreß der Vereinigten Staaten von neuem beraten werden möge, damit die hinderlichen und hemmenden Bestimmungen über die Arbeiterbewegung aus ihm ausgemerzt werden. Gleichzeitig sollten jedoch die für die Gesellschaft wohltätigen Bestimmungen beibehalten werden.

Vor einem Jahr fällten wir das Urteil, „daß das Taft-Hartley-Gesetz einen unangemessenen, kurzsichtigen Versuch zur Lösung des sehr komplizierten Problems der Arbeitsbeziehungen darstellt". Die Chronik seiner Tag für Tag vollzogenen Durchführung während des vergangenen Jahres zeigt, daß die Maßnahme nicht genügend konstruktiv war, und bestärkt uns in unserer Überzeugung, daß der Kongreß in seinen Untersuchungen über die der Unruhe in der Arbeitswelt zugrunde liegenden Ursachen tiefer schürfen muß, und zwar sollte er diesmal eine Gesetzgebung schaffen, die die Zusammenarbeit fördert und nicht Anlaß zu unnötigen Konflikten gibt.

Gleichzeitig rufen wir alle Mitglieder der Arbeiterbewegung auf, ein aktiveres Interesse an der tagtäglichen Tätigkeit ihrer Gewerkschaften zu nehmen. Die amerikanische Arbeiterbewegung ist eine ungeheuer starke Kraft zum Guten im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben der Nation. Wenn sie das bleiben will, und wenn sie den wachsenden Verantwortlichkeiten gerecht werden will, die ihr gerade die ihr angehörenden Massen auferlegen, so müssen ihre Mitglieder bis zum letzten Mann ihren vollen Anteil an der Verantwortung für die Richtigkeit ihrer Weisungen und Programme auf sich nehmen. Der regelmäßige Besuch der Gewerkschaftsversammlungen ist nur die Mindestforderung, deren Erfüllung von jedem Arbeiter, der im Besitz einer Gewerkschaftskarte ist, erwartet werden muß. Die katholischen Gewerkschaftler erinnern wir darüber hinaus noch an ihre weitere Pflicht, sich über die Grundsätze der christlichen Sozialethik zu unterrichten und zusammen mit den anderen Menschen guten Willens in ihren und durch ihre Gewerkschaften für den christlichen Wiederaufbau der Gesellschaftsordnung zu arbeiten.

Die amerikanischen Arbeitgeber und Betriebsleiter rufen wir auf, sich in der gleichen einsichtigen Weise für die Angelegenheiten ihrer eigenen Organisation und Berufsverbände zu interessieren, wie es von den Arbeitern in ihren Gewerkschaften erwartet wird. Die Vertreter der katholischen Arbeitgeber und Betriebsleiter erinnern wir daran, daß sie sich ebenso wie die katholischen Arbeiter auf die Grundsätze der christlichen Soziallehre stützen und in jeder Weise bemühen müssen, diese Grundsätze in und durch ihre Organisationen auf die Gesellschaftsordnung anzuwenden.

Wir freuen uns darüber, daß die Arbeitgeber sich in so großer Anzahl in ihren eigenen Organisationen zusammengefunden haben. Diese Organisationen sind in ihrer Weise ebenso unentbehrlich für den Neuaufbau der Gesellschaftsordnung wie die Gewerkschaften. Die Zeit ist jedoch gekommen, noch stärker als früher die Pflicht der Arbeitgeber und der Gewerkschaftler zu betonen, darauf zu achten, daß ihre Organisationen die

ihnen zukommende Funktion im Wirtschaftsleben ausüben. Augenblicklich sind die Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften, aus welchen Gründen auch immer, zu stark mit dem Schutz ihrer eigenen Interessen und zu wenig mit ihrer Pflicht, die Zusammenarbeit für das gemeine Wohl zu fördern, beschäftigt.

Es liegt jetzt nicht in unserer Absicht zu entscheiden, wer an diesem unheilvollen Zustand die Schuld trägt. Die Tatsachen zeigen jedoch, daß Teile der organisierten Arbeiterbewegung, die sich jetzt endlich durchgesetzt haben, nachdem sie lange verzweifelt nur für ihr Existenzrecht haben kämpfen müssen, die amerikanische Industrie wiederholt eingeladen haben, mit ihnen zusammen die Einrichtung eines Systems von Industrieräten (Industry Councils) zu beraten. Leider sind ihre Angebote in dieser Richtung nicht zur Kenntnis genommen und in einigen Fällen sogar offen zurückgestoßen oder in unverantwortlicher Weise als sozialistische oder schlimmere Versuche mißverstanden worden.

Sei dem wie immer, wir rufen Arbeiter und Arbeitgeber ernsthaft auf, die Vergangenheit auf sich beruhen zu lassen und großmütiger denn je zusammenzuarbeiten in gemeinsamer Bemühung, soziale Konflikte zu vermeiden und für das gemeine Wohl zu wirken. „Wenn diese freie Zusammenarbeit nicht zustande kommt", so ermahnen uns die Bischöfe in ihrer Kundgebung gegen den Säkularismus, „so muß schließlich die öffentliche Gewalt angerufen werden, um in gewissem Maße die wirtschaftliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Oft jedoch überschreitet sie die gerechten Grenzen der Macht, das wirtschaftliche Handeln auf das Gemeinwohl hinzulenken".

Um zusammenzufassen: wir empfehlen also wieder wie in unseren Aufrufen zum Tage der Arbeit in den Jahren 1946 und 1947 die Errichtung eines Systems von Industrieräten, und zwar betonen wir dieses Jahr noch nachdrücklicher die Verantwortlichkeit von Arbeitern und Arbeitgebern, in ihren eigenen Gewerkschaften und Berufsverbänden auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Die einem solchen System zugrundeliegende Philosophie und die Gründe dafür, daß es so schnell wie möglich errichtet werden muß, hat unser Heiliger Vater, Papst Pius XII., in folgenden Worten gegeben: „Die Zeit ist gekommen, leere Phrasen zurückzuweisen und den Versuch zu machen, die Kräfte des Volkes auf einer neuen Basis zu organisieren, sie über den Unterschied zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu erheben und jene höhere Einsicht zu verwirklichen, die alle diejenigen, die in der Produktion zusammenarbeiten, in der Solidarität der Pflicht, für das Gemeinwohl zu wirken und gemeinsam die Bedürfnisse der Gemeinschaft zu erfüllen, miteinander verbindet. Wenn diese Solidarität sich auf alle Zweige der Produktion erstreckt, wenn sie zur Grundlage für ein besseres Wirtschaftssystem wird, so wird sie auch die arbeitenden Klassen dahin führen, ihren ehrlichen Anteil an der Verantwortung für die Leitung der nationalen Wirtschaft zu erhalten. Auf diese Weise wird, dank solcher harmonischen Ordnung und Zusammenarbeit und dank dieser engeren Einheit der Arbeiter mit den anderen Elementen des Wirtschaftslebens, der arbeitende Mensch als Ergebnis seiner Tätigkeit eine sichere Entlohnung erhalten, die für seine und die Lebensbedürfnisse seiner Familie ausreicht, und gleichzeitig auch eine geistige Befriedigung und einen mächtigen Antrieb zur Selbstfortbildung".

Diese engere Einheit der Arbeiterschaft mit den anderen Elementen des Wirtschaftslebens kann und soll nicht von oben durch die Regierung auferlegt werden. Trotzdem liegt der Regierung die Verantwortung ob, die organisierte Arbeiterschaft und die organisierte Arbeitgeberschaft, ebenso wie die anderen organisierten Gruppen der Wirtschaftsgesellschaft zu ermutigen, so schnell wie möglich auf ein System von Industrieräten hinzuarbeiten. „In heißem Bemühen", so sagt Papst Pius XI. in seiner Enzyklika über die gesellschaftliche Ordnung, „müssen Staatsmänner und gute Staatsbürger dahin trachten, sich aus der Auseinandersetzung zwischen den Klassen zur einträchtigen Zusammenarbeit der Stände emporzuarbeiten. Erneuerung einer ständischen Ordnung ist also das gesellschaftspolitische Ziel. Bis zur Stunde dauert ja der unnatürliche und gewaltsame Zustand der Gesellschaft fort und ermangelt infolgedessen der Dauerhaftigkeit und Festigkeit; ist doch die heutige Gesellschaft geradezu aufgebaut auf der Gegensätzlichkeit der Interessenlagen der Klassen und damit auf dem Gegensatz der Klassen selbst, der allzuleicht in feindseligem Streit ausartet".

Die Soziale Woche Italiens

Die diesjährige (XXII.) Soziale Woche Italiens fand vom 26. September bis 3. Oktober dieses Jahres in Mailand in der Katholischen Universität vom Allerheiligsten Herzen statt. Die erste Soziale Woche Italiens nach dem Krieg, 1945 in Florenz, hatte sich mit den Problemen der Verfassungen befaßt, die von 1946 in Venedig mit den Fragen der Arbeit (vgl. Herder-Korrespondenz 1. Jhg., H. 6, S. 318), die von 1947 in Neapel mit den Problemen des ländlichen Lebens (Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 3, S. 103 ff.). Das Thema der diesjährigen war, wie übrigens auch, etwas variiert, das der Sozialen Wochen Frankreichs und Kanadas, das internationale Problem, genauer: „Die internationale Gemeinschaft".

Ein Wort des Hl. Vaters

Zur Eröffnung der Sitzungen hatte der Heilige Vater an die Kongreßteilnehmer durch Msgr. Montini einen Brief richten lassen, in dem es hieß:

„... Es ist wohl wahr, daß die Fragen, die hier untersucht werden, zu nicht geringem Teil die Kompetenz und die unmittelbaren praktischen Möglichkeiten der meisten Teilnehmer überschreiten, auch wenn sie mit internationalen Problemen und der Ausübung politischer Funktionen vertraut sind. Aber zugleich ist es doch auch wahr, daß das Los der Völker hauptsächlich auf der Ebene der internationalen Beziehungen verhandelt und entschieden wird, und daß das Bewußtsein von der engen, überwältigenden Abhängigkeit des privaten wie des öffentlichen Wohles von der Art, wie heute die Beziehungen zwischen Staat und Staat geregelt werden, alle beunruhigt. Von ihrem Gleichgewicht kann die Wohlfahrt ganzer Kontinente, Friede, Aufstieg, Glück der Nationen, der Familien und der Einzelnen abhängen. Es ließe sich kein geeigneterer Augenblick denken, um die so vielfältigen und reichen, weisen und maßvollen Lehren ins Gedächtnis zurückzurufen, die der Oberste Hirte, der vielleicht niemals vorher in der Ausübung

seines Lehramtes so bedeutend und providenziell erschienen ist, in diesen kritischen Jahren proklamiert hat ...

„Er hat die Probleme unserer Geschichte auf die moralische und religiöse Ebene erhoben, wo sie allein einen vollständig menschlichen Sinn haben und eine wohltätige Lösung finden können; er hat als großer Kulturpionier den Vorrang des Rechts vor der Macht betont, und das heißt, er hat die Sache des Friedens und der Gerechtigkeit verteidigt. Er hat die Leiter der Nationen und die einzelnen Bürger ermahnt, auf den Wegen gegenseitiger Achtung und Liebe die Möglichkeiten zu suchen, wohltätige Beziehungen im menschlichen Zusammenleben zu schaffen; er hat der Welt als eine Flamme, die nicht stirbt, die Hoffnung auf eine Reform, eine Entwicklung, einen Fortschritt, eine neue Zukunft gegeben, in der die Menschheit die Wohltaten der Ordnung, des Friedens, der Einheit, der Liebe in besseren und sicherern Umständen wie den gegenwärtigen wird genießen können.

„Den päpstlichen Lehren zufolge ist in der Tat die tiefste und letzte Wurzel der Übel, die wir in der modernen Gesellschaft beklagen, die Leugnung und Verweigerung einer allgemein gültigen moralischen Norm *(Enzyklika Summi Pontificatus)*, einer Regel und Grundlage nicht nur des individuellen menschlichen Lebens, sondern auch des sozialen Lebens der Völker und Nationen. Vergißt und verachtet man das Gesetz der Liebe und Einheit, das alle Glieder des Menschengeschlechts durch das Band des gemeinsamen Ursprungs und der gleichen Natur, geschweige denn durch das erhabenere der Erlösung durch Jesus Christus verbindet, so bedient man sich leicht rein irdischer Normen, die allein auf Willkür und einer egoistischen und subjektiven Moral beruhen.

„Jeder nun erkennt — und die Erfahrung des letzten Krieges bestätigt es in bitterer Weise — wie verhängnisvoll ein solches Verhalten für das friedliche Zusammenleben der Völker ist. Denn wenn die zivile Macht jede göttliche Autorität zur Seite schiebt, drängt sie in unausweichlicher Folgerichtigkeit dahin, sich selbst jene absolute Autonomie zuzuschreiben, die nur dem höchsten Schöpfer zusteht, und sich an die Stelle des Allmächtigen zu setzen und den Staat oder die Kollektivität zum obersten Lebenszweck, höchsten sittlichen und rechtlichen Ordnungsprinzip zu erheben und damit jede Berufung auf die Prinzipien der natürlichen Vernunft und des christlichen Gewissens unmöglich zu machen' *(a. a. O.)*.

„Um daher aus den gegenwärtigen Mißständen herauszufinden und die Herstellung ‚harmonischer und dauerhafter Beziehungen und fruchtbarer Verhältnisse' zwischen den Völkern zu beschleunigen, muß die neue internationale Ordnung errichtet werden auf ‚dem unerschütterlichen Felsen des moralischen Gesetzes', das, indem es den göttlichen Ursprung, die Würde und die Gleichheit aller Menschen anerkennt, zugleich allen einzelnen Nationen das Recht auf Leben, Unabhängigkeit, Entwicklungsmöglichkeit zuerkennt und das Bewußtsein der Verpflichtung und Treue gegenüber rechtmäßig abgeschlossenen Verträgen in ihnen neu belebt. Schon der Heidenapostel hat darauf hingewiesen, daß der Schöpfer ‚die gesamte Nachkommenschaft der Menschen aus dem gleichen Stamm hervorzog, auf daß sie die Erdoberfläche bevölkerten, und er setzte ihnen die Dauer ihres Lebens und die Grenzen ihrer Wohnungen, damit sie Gott suchten' *(Apg. 17, 26 f.)*".

Wir haben die Themen der einzelnen Vorträge der Tagung bereits in unserem Juli-Heft, S. 334/35 mitgeteilt. Die Dozenten faßten die Ergebnisse ihrer Referate und gemeinsamen Aussprachen in einer Erklärung zusammen, die in der Schlußsitzung verlesen wurde, und die folgenden Wortlaut hat:

Schlußfolgerungen der Studien über die Internationale Gemeinschaft

1. Vorausgesetzt wird die wesentliche Gleichheit aller Menschen nach Ursprung und Natur und ihre Hinordnung auf ein gemeinsames jenseitiges Ziel; gefordert die Existenz einer grundlegenden ethischen und juristischen Ordnung, die aus der Natur des Menschen selber entspringt; betont, daß einer solchen ethisch-juristischen Ordnung ebenso die einzelnen Individuen wie die Staaten in ihren inneren und internationalen Beziehungen unterworfen sind; festgestellt, daß das menschliche Zusammenleben, das sich dauernd weiter entwickelt, heute ein Stadium erreicht hat, das die Errichtung einer angemesseneren politischen und rechtlichen Organisation der internationalen Gemeinschaft verlangt. Daher wird es als notwendig erklärt, daß die besagte Organisation auch auf Grund eines einstimmigen Konsenses so bald wie möglich mit der geeigneten Autorität und den nötigen Mitteln ausgestattet wird, um den Frieden zu fördern und zu erhalten und das allgemeine Wohl auf der ganzen Welt zu verwirklichen.

2. Innerhalb der internationalen Organisation muß die Souveränität der einzelnen Staaten soweit eingeschränkt werden, wie es notwendig ist, um die Wohlfahrt aller Länder zu verwirklichen. Die einzelnen Staaten behalten jedoch ein gleiches Recht auf relative Souveränität zur Verwirklichung des Gemeinwohles ihrer eigenen staatlichen Gesellschaft.

3. Die Wohlfahrt der ganzen Welt besteht im wirksamen Schutz der grundlegenden Rechte der menschlichen Person und im friedlichen Zusammenleben der Völker in Gerechtigkeit und Liebe. „Wenn sich mit der engen und kalten Gerechtigkeit nicht die Liebe in brüderlicher Eintracht verbindet, so wird das Auge nur zu leicht blind für die Rechte anderer, das Ohr taub für die Stimme jener Billigkeit, aus deren heiliger und bereitwilliger Anwendung selbst in den erbittertsten Streitigkeiten vernünftige und lebensfähige Lösungen hervorgehen können" (Pius XII. in seiner Osterhomilie 1939).

4. Zu diesem Zweck ist die Errichtung einer rechtlichen Ordnung erforderlich, die sich auf die Normen der Moral stützt und den berechtigten Ansprüchen der einzelnen Völker auf Leben und Entfaltung entspricht. Diese rechtliche Ordnung muß gegebenenfalls durch friedliche Überprüfungen und Anpassungen abgeändert werden können, wenn sich die allgemeinen oder besonderen historischen Gegebenheiten ändern.

5. Für alle internationalen Streitfälle muß verlangt werden, daß eine geeignete Einrichtung mit der Macht ausgerüstet werde, sie auf friedlichem Wege zu lösen, und daß diese Einrichtung durch ihre Zusammensetzung, durch die Rechtlichkeit und Weisheit ihrer Mitglieder unbestrittenes Ansehen und das Vertrauen aller Völker genießt.

6. Europa hat auf Grund der menschlichen Werte, die im Laufe der Jahrtausende in ihm den reichsten Ausdruck

gefunden haben, bei der einheitlichen politischen und wirtschaftlichen Organisation der internationalen Gesellschaft besondere Aufgaben und Pflichten.
Um seine universale Sendung zu erfüllen, und damit es nicht zu einem Kampfplatz zwischen Blocks antagonistischer Mächte werde, muß es sich derart zu einer Einheit sowohl auf der politischen wie auf der wirtschaftlichen Ebene organisieren, daß es zum menschlichen Fortschritt und zum Weltfrieden beitragen kann.

7. Mit einer auf das allgemeine Wohl der ganzen Welt gerichteten internationalen Organisation ist in der gegenwärtigen Zeit ein Wirtschaftssystem, das ausschließlich den Kräften des Marktes anvertraut ist, unvereinbar. Die wechselseitige Abhängigkeit, die die Wirtschaft aller Völker miteinander verbindet und die durch die neueste Entwicklung der Technik und des Verkehrs gewaltig gesteigert worden ist, macht die Schaffung von Organen zur Zuordnung und Bewertung der wirtschaftlichen Vorgänge, insbesondere der Arbeit, auf weltumspannender Basis wünschenswert.
Solange objektive Hindernisse ein solches regelndes Eingreifen verzögern, ist es günstig, zur Bildung von übernationalen oder regionalen Verständigungen vorzugehen, die keinerlei aggressiven oder ausschließlichen Charakter haben dürfen, sondern darauf angelegt sein müssen, sich auch mit den übrigen Wirtschaftseinheiten zu verbinden.

8. Die Auswanderungen sind dazu angetan, jene Verteilung der Menschen auf der Erdoberfläche herzustellen, die die Grundlage einer würdigen Entfaltung der menschlichen Person ist.
Sie tragen zur Verbreitung der Zivilisation bei und stellen ein Mittel dar, das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht zwischen den Völkern herzustellen, sobald die Auswanderung unter voller Wahrung der Ansprüche der Person und der Familie vor sich geht. Zu diesem Zweck sind internationale rechtliche Normen notwendig, die einerseits den Auswanderer schützen, andererseits die Interessen der Gemeinschaften, aus denen und in die die Auswanderung stattfindet, miteinander in Einklang bringen.
Die Achtung vor diesen Ansprüchen verwirklicht sich in Dauereinrichtungen zur wirtschaftlichen Bewertung, an denen die Arbeitskräfte der überbevölkerten Länder und das Kapital der Gastländer in einem zu erhoffenden System umfassender internationaler Verständigung zusammenarbeiten sollen.

9. Die Arbeitsprobleme können, wie die Erfahrung gründlich bewiesen hat, im Umkreis einer vereinzelten Nationalwirtschaft keine befriedigende Lösung finden; daher haben sich auch die Arbeiterbewegungen auf internationaler Ebene zusammengeschlossen. Um die politischen und juristischen Organisationen der internationalen Gemeinschaft wirksam zu fördern, ist es unerläßlich, daß die besagten Arbeiterbewegungen ihre Tätigkeit unter sich aufeinander abstimmen und mit den Einrichtungen gleichordnen, die auf allen Gebieten der weltumfassenden Zusammenarbeit wirken.

10. Im Rahmen der internationalen Organisation kommt dem kulturellen Austausch eine hervorragende Rolle zu; je mehr sich die besonderen Kulturen der verschiedenen geschichtlichen Bereiche einander aufschließen, desto leichter bildet sich eine internationale Atmosphäre, die für deren konstruktiven Zusammenschluß äußerst günstig ist. Damit die Verstärkung der Berührungspunkte zwischen den verschiedenen Kulturen nicht dazu führt, daß der ursprüngliche Charakter einer jeden von ihnen gefälscht oder ihre natürliche Entwicklung erstickt wird, müssen die Einrichtungen, denen die hohe Aufgabe zufällt, den kulturellen Austausch zu fördern, volle Garantie für Unparteilichkeit bieten. Die Katholiken ihrerseits verlangen bei der internationalen kulturellen Zusammenarbeit die notwendige Hochachtung vor ihren moralischen und religiösen Überzeugungen und die ausdrückliche Anerkennung der höchsten Werte des menschlichen Lebens.

11. Bei der Förderung der Verbrüderung zwischen den Völkern und der Erleichterung einer wirksamen Zusammenarbeit auf jedem Gebiet spielt die Erziehung eine hervorragende und unersetzliche Rolle. Dabei müssen die gefährlichen Übersteigerungen des Nationalstolzes ausgeschaltet, die Beiträge eines jeden Volkes zum menschlichen Fortschritt gerecht gewertet und der Sinn dafür, daß die Völker sich gegenseitig ergänzen und zusammen gehören, entwickelt werden, und die Studien und Informationen die Geschichte und das Leben der Völker müssen von der äußersten Objektivität geprägt sein.

12. Die katholische Kirche trägt, da sie eine universale Gesellschaft ist, die keinerlei Grenzen in Raum oder Zeit kennt, durch die bloße Tatsache ihrer Existenz zur Einigung der Menschen und Völker bei. Sie entfaltet außerdem noch eine in tieferen Schichten verbindende Einwirkung durch das Licht ihrer Lehre, durch ihr heiligendes Wirken, durch ihre vielfältige Hilfe und caritative Tätigkeit, die einzige, die in den großen wirtschaftlichen Krisen und kriegerischen Heimsuchungen standhalten und Erfolg haben kann. Je mehr Freiheit ihr daher in der Entfaltung ihrer Sendung gelassen wird, desto größer wird ihr Beitrag zur weiteren Belebung der internationalen Gemeinschaft sein.

13. Die Katholiken müssen, in welcher Volksgruppe sie auch immer als deren Mitglieder leben, da sie die gleiche grundlegende Lebensauffasssung haben, sich vom gleichen Geist menschlicher und göttlicher Brüderlichkeit beseelt fühlen. Je tätiger sie in den internationalen Organisationen mit dabei sind und je größer ihr Beitrag zur Lösung der Weltprobleme ist, desto mehr wird die einheitliche Neuorganisation der menschlichen Familie erleichtert werden. Die Schaffung einer angemessen organisierten internationalen Gemeinshaft ist also auch eine Frage des Zusammenhaltes zwischen den Gläubigen und vor allem zwischen den Katholiken.

Entschließungen des Nationalkongresses der christlichen Arbeitervereine Italiens

Im Rom tagte im September der Nationalkongreß der ACLI (Christliche Arbeitervereine Italiens). Die ACLI suchten sich vor allem darüber klar zu werden, welche Haltung sie gegenüber der neuen Ordnung der Gewerkschaften Italiens, die nach dem Zerfall der Einheitsgewerkschaft im Juli dieses Jahres notwendig geworden ist, einzunehmen hätten. Drei Formen der Organisation wurden ins Auge gefaßt: die freie Gewerkschaft, die christliche Gewerkschaft und der Gewerkschaftsverband, d. h. unter einem Zentralorgan zusammengefaßte ver-

schiedene Organisationen. Bei der Abstimmung ergaben sich 1000 Stimmen für den Gewerkschaftsverband, 40 000 Stimmen für die christliche Gewerkschaft und 580 000 für die freie Gewerkschaft.

Nachdem durch diese Abstimmung die allgemeine Tendenz zur freien Gewerkschaft klargestellt worden war, sind eine Reihe von Entschließungen gefaßt worden, die bei der Schlußabstimmung mit allen gegen zwei Stimmen angenommen worden sind. Die Entschließungen wurden in einer Erklärung zusammengefaßt, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Außerordentliche Nationalkongreß der ACLI drückt mit den folgenden Erklärungen seine Gedanken zur Neugestaltung der Gewerkschaftstätigkeit in Italien aus.

Der Kongreß weist die christlichen Arbeiter auf ihre Pflicht hin, neuen Gewerkschaften beizutreten, wenn diese folgenden grundlegenden Prinzipien genügen:

1. Absolute Unabhängigkeit, 2. Aufstellung einer neuen Einigungsformel, 3. Anwendung der demokratischen Methode.

Unabhängigkeit

a) Die neuen Organe sollen den Arbeitern jeder politischen und religiösen Überzeugung offenstehen, die sich in uneingeschränkter Achtung vor dem Sittengesetz und den Prinzipien, die die Würde der menschlichen Person sichern, zu den demokratischen Methoden bekennen. Diese Organe werden handeln können, ohne sich den Richtlinien von Parteien oder dem Druck der Regierung irgendwie unterzuordnen. Mehrheiten und Minderheiten dürfen sich nicht auf Grund politischer oder weltanschaulicher, sondern nur solcher Meinungsverschiedenheiten bilden, wie sie sich bei der Behandlung einzelner wirtschaftlicher und technischer Probleme ergeben.

b) Die christlichen Arbeiter sind sich ihrer Pflicht bewußt, stets im Sinne der von ihnen bekannten Prinzipien handeln zu müssen. Sie sind jedoch der Auffassung, daß sie sich auf einer Ebene gemeinsamen Einvernehmens mit anderen demokratischen Arbeitern treffen können, soweit die Gewerkschaftsarbeit sich mit der Lösung konkreter Fragen befaßt.

Einigkeit

In Anbetracht dessen, daß die Gewerkschaftsarbeit sich nicht auf die Entwicklung der Probleme der Arbeitsverträge beschränken kann, sondern bei der gegenwärtigen Wirtschaftsreform auch darauf drängen muß, daß die Arbeiter ihren gerechten Anteil am Leben der Allgemeinheit durch Zulassung zu den führenden Stellen im Wirtschaftsleben erhalten, in Anbetracht des unschätzbaren Wertes einheitlichen Handelns zur Erreichung dieser Ziele und wegen des Scheiterns der Einigungsversuche des früheren Allgemeinen Gewerkschaftsbundes sind die christlichen Arbeiter der Meinung, daß der Gedanke einer autonomen und unabhängigen Gewerkschaftspolitik für alle Arbeiter, die sich von dem Parteidruck der alten Organisationen abgestoßen gefühlt haben, einen Antrieb bilden werde, einmütig die neuen Organisationen zu fördern und sich in ihnen zusammenzuschließen. Darüber hinaus wird es nützlich sein, durch Abmachungen und Fühlungnahmen die größtmögliche Einigkeit mit anderen Organisationen für die Bemühungen um die Fragen der Arbeitsverträge herzustellen, die die Anwendung des Art. 39 der Verfassung notwendig machen wird, und eine Garantie des Gesetzes über die Bildung interner Ausschüsse durchzusetzen, die auf der Basis des Betriebs alle Arbeiter vertreten, ohne dabei ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen zu berücksichtigen. Die größte Anstrengung muß endlich darauf verwandt werden, die Einheit der Fachgruppen zu erhalten oder wiederherzustellen, nachdem sie vom Einfluß des kommunistischen Verbandes befreit sind.

Demokratie

Die Gewerkschaftsarbeit besitzt größere Garantien für ein demokratisches und eigenständisches Leben, wenn sie sich von den Fachgruppen aus entfaltet, wobei den Gewerkschaften und ihren Verbänden ein Maximum autonomer Befugnisse zuerkannt werden soll. Die Zentralorgane (Zentralsekretariat, Provinzialsekretariate usw.), sollen die Funktion organisatorischer Zusammenfassung und gewerkschaftlicher Orientierung haben und müssen sich mit geeigneten technischen Sachverständigen versehen.

Die neue Organisation wird um so wirksamer sein, je mehr sie die Arbeiter an die sie angehenden Entscheidungen bindet, wobei sie jede mögliche Form direkter Aussprache ermöglichen soll, insbesondere, wenn sie nach Erschöpfung aller Möglichkeiten einer Beilegung der Streitfragen zur Waffe des Streiks greifen muß.

Die neuen Gewerkschaftsverbände sollen sich bei ihrem Handeln von einem offenen Geist der Eintracht und Brüderlichkeit gegenüber allen Arbeitern jeder anderen Organisation leiten lassen.

Die christlichen Arbeiter hoffen, daß die Vertreter aller Fachgruppen, die in freien Zusammenkünften gewählt worden sind, baldmöglichst nach demokratischen Grundsätzen zur Festlegung des Aufbaues und der Programme der neuen Organisationen schreiten werden. Die christlichen Arbeiter werden dazu ihren Beitrag an Erfahrung und Eifer liefern in dem festen Willen, die italienische Arbeiterklasse mit jenem Werkzeug zur Wahrung ihrer Interessen auszurüsten, welches sie so heiß ersehnt.

Aus der ökumenischen Bewegung

Die erste Generalversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam

Die Berichte der Sektionen zum Generalthema: „Gottes Heilsplan und die Unordnung der Welt"

Diese Berichte unterscheiden sich von der „Botschaft an die Weltchristenheit" (Herder-Korresp. 3. Jhg., Heft 1/2, S. 93 f.) in einem wesentlichen Punkte. Die Botschaft, die in allgemeinster Form den Inhalt der Sektionsberichte zusammenfaßt, ist von der Vollversammlung des Ökumenischen Rates am 3. September im Wortlaut beschlußmäßig angenommen worden *(adopted)*. Vor den einzelnen Berichten jedoch vermerkt das englische Original „Entgegengenommen *(received)* von der Vollversammlung und den Kirchen empfohlen zu ernster Erwägung und geeigneten Maßnahmen." Das gibt den Berichten einen geringeren Grad an Verbindlichkeit. Der Ökumenische Rat mußte angesichts mancher Bedenken bei einzelnen Mitgliedskirchen in jeder Weise zum Ausdruck bringen, daß er — gemäß der Verfassung — keine kirchenregimentlichen Funktionen besitzt oder in Anspruch zu nehmen beabsichtigt. Er hatte sodann darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Delegierten, die ihre Kirchen offiziell vertraten, später jedes beschlossene oder auch nur empfohlene Wort des Rates vor ihren heimatlichen Synoden persönlich verantworten müssen, ob es auch dem Geist oder Bekenntnis der betr. Kirche entspricht. Aus diesem Grunde ist hier und da der Eindruck entstanden, daß die Berichte der vier Sektionen (denen es oblag, die vorbereitenden Arbeiten der vier Studienkommissionen zu übernehmen und zu verwerten), in manchen Stücken zurückbleiben, nicht nur hinter der Arbeit der Studienkommissionen, sondern auch hinter dem Ertrag der früheren Weltkonferenzen von Oxford (des Rates für Praktisches Christentum über „Kirche, Volk und Staat" vom 12. bis 26. Juli 1937) und von Edinburgh (Glaube und Kirchenverfassung, vom 3. bis 18. August 1937).

Das mag insofern zutreffen, als in Amsterdam in erster Linie das praktische Ziel verfolgt wurde, den Ökumenischen Rat formell zu konstituiern, nachdem er zehn Jahre bestanden und gewirkt hatte. Zweitens sollte zu dem Generalthema „ein erlösendes Wort" gesprochen werden, das nicht nur die geistliche Autorität des Rates ausweisen, sondern auch eine ganz konkrete weltpolitische Situation treffen sollte. In Oxford dagegen war ein bestimmtes, freilich auch aktuelles Thema in möglichster Breite zunächst theoretisch durchforscht worden; und in Edinburgh stand eine grundsätzliche Frage zur Erörterung, ob und wieweit durch größere Übereinstimmung in Lehre und Gottesdienst einmal eine körperschaftliche Vereinigung der Kirchen erfolgen könne. Dieses sehr weitschichtige Problem, das als Schuldverpflichtung auf der ökumenischen Bewegung liegt und dessen Lösung innerhalb des Ökumenischen Rates durch die autonom gebliebene Bewegung „Glaube und Verfassung" vorangetrieben wird, ist in Amsterdam nur im Rahmen der 1. Sektion behandelt worden. Ihr Bericht besitzt für viele Teilnehmer und Neulinge der ökumenischen Arbeit gleichsam den Charakter einer Einführung in die Probleme von „Glaube und Verfassung", ohne daß er sich mit den einzelnen Kontroversfragen in der Weise befassen will, wie es in Edinburgh ausführlich geschehen ist und in Zukunft geschehen wird.

I. Einheit und Unterschiede der Kirchen

Behält man diesen Gesichtspunkt im Auge, dann wird das Mißverständnis vermieden, dem in Amsterdam selbst und in einzelnen Gliedkirchen manche Enthusiasten erlegen sind, daß nämlich der Bericht der 1. Sektion über „Die allgemeine Kirche in Gottes Heilsplan" wegen besonders gnadenhafter Einmütigkeit im Hl. Geiste davon abgesehen hätte, ähnlich wie in Edinburgh, die abweichenden Standpunkte einzelner Kirchen, z. B. der Orthodoxen Kirche, zu diesen und jenen dogmatischen Fragen ausdrücklich zu vermerken. Unseres Wissens ist dieses Schweigen gerade den orthodoxen Delegierten nicht leicht geworden, von denen nur eine kleine Minderheit zugegen war, während infolge der — doch wesentlich dogmatisch begründeten — Absage des Moskauer Patriarchen von 450 Plätzen 80 unbesetzt blieben, die den orthodoxen Kirchen des Ostens vorbehalten sind. Es ist sicher kein Zufall, daß Prof. Georg Florowsky-Paris, der prominente orthodoxe Vertreter in der 1. Sektion, in einem Interview der französischen Wochenschrift „Réforme" (11. Sept. 1948) zur Frage der apostolischen Sukzession erklärte, er glaube nicht, daß es jemals zu einer Einigung *(entente)* über die „Natur der Kirche" kommen werde! *Jamais*, niemals, so unterstrich er seine Ansicht. Darum dürfte auch im Sinne der eigentlichen Führer des Ökumenischen Rates eine nüchterne Beurteilung der Ergebnisse von Amsterdam ratsam sein, die heute das „Monitum" des Hl. Offiziums in anderem Licht erscheinen lassen.

Schon die Vorarbeiten der 1. Studienkommission, von denen wir einige Proben abgedruckt hatten (Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 8. Heft, S. 367 ff.), gaben zu erkennen, daß keine zusammenfassende theologische Vorlage über den Kirchenbegriff zustande kam, und daß „Mystici Corporis", die Enzyklika Pius' XII. über den „Mystischen Leib der Kirche" von 1943, nicht nur völlig unbeachtet gelassen, sondern behauptet wurde, es gäbe zur Zeit noch keine lehrmäßige Zusammenfassung über das Wesen der Kirche auf katholischer Seite (Florowsky unter Zitierung katholischer Autoren vor 1940; auch Edm. Schlink in „Ev.-Luth. Kirchenzeitung" vom 31. Juli 1948 S. 129; „die römische Ekklesiologie befindet sich noch im vortheologischen Stadium"). So boten vielmehr, sich selber eines leitenden Vorbildes beraubend, die verschiedenen Vertreter ihren konfessionellen Kirchenbegriff dar. Der lutherische Delegierte Prof. Edmund Schlink, Heidelberg, hatte (a. a. O. S. 128) dazu mit Recht bemerkt, daß man in der Vorarbeit nicht wesentlich über eine Phänomenologie der Kirchen hinausgekommen sei, und daß die christologische Formel des Artikel I der Verfassung — „die unsern Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen" — keine ausreichende und eindeutige trinitarische Formel sei. Versuche, die chri-

stologische Basis des Ökumenischen Rates zu klären oder zu erweitern, wie der Generalsekretär Visser't Hooft vorgeschlagen, sind offenbar zunächst gescheitert (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg. Heft 1/2, S. 92). Es fehlte also von vornherein an dem gemeinsamen christologischen Fundament, womit automatisch das anthropologische Fundament, die Gläubigkeit der Christen, in den Vordergrund rückte.

Das war schon in Edinburgh zu beobachten. Es heißt z. B. in dem Bericht über „Die Einheit der Kirche in Leben und Gottesdienst": „Wir haben zur Voraussetzung unserer Ergebnisse und Empfehlungen die schon bestehende und ständig wachsende geistliche Einheit genommen, die die Christen als gegenseitige Liebe, gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Achtung erfahren. Wir glauben, daß sichtbare Einheit, die für Gott und das Volk Gottes annehmbar ist, nur auf dem Grunde dieser geistlichen Einheit erreicht werden kann. Wir glauben, daß unsere gemeinsame Erfahrung der geistlichen Einheit aus dem grundlegenden Glauben stammt, daß die Kirche der Leib Christi und darum grundsätzlich und ihrem Ideal (!) nach Eine ist... Wir wollen vielmehr unter der Leitung des Heiligen Geistes das Wesen der Kirche, wie sie von Gott in Christo geschaffen worden ist, seinem ganzen Umfang nach entdecken... Es ist unser Ziel, das Ideal der Kirche zu verwirklichen..." (Leonard Hodgson, Das Glaubensgespräch der Kirchen Edinburgh 1937, Ev. Verlag Zürich 1940, Seite 320 f.)

Ein anderes Merkmal des Berichtes der 1. Sektion ist das Zurückhalten in der Verwendung des Begriffs „Leib Christi" für die Kirche, sowie der Gemeinschaft der Heiligen auf Erden und im Himmel, Begriffe, die in den Vorlagen der Studienkommission verheißungsvolle Ansätze geboten hatten, schließlich das Schweigen über den apostolischen Charakter der Kirche. Letzteres ist umso erstaunlicher als die protestantische Forschung der letzten Jahre, wenigstens auf dem Kontinent, fast zu einem Konsensus darüber gekommen ist, daß Christus in der Gemeinschaft der Apostel den Grund zu einer Kirche hat legen wollen. Prüft man daraufhin den Bericht, so fällt zweierlei auf:

1. Eine überaus starke Bezeugung der Initiative des Heiligen Geistes, der die getrennten Kirchen zueinander gezogen hat, und ein ehrliches Bekenntnis der Schuld gegenüber dem Herrn, der die Eine Kirche will. So wird „die Kirche" als Gottes Gabe und Werk erkannt und die gegenseitige Schuldverhaftung der getrennten Kirchen als unlösbar bezeichnet; auf der anderen Seite aber wird die vorhandene Gemeinschaft als durchaus ungenügend zugegeben. Das ist im Sinne des Hirtenbriefes des holländischen Episkopats (Herder-Korrespondenz 3. Jhg., Heft 1/2, Seite 86 f.) gewiß „ein Schritt vorwärts" und zweifellos eine Tat des Heiligen Geistes, der offenbar diesen notwendigen Umweg zur Einheit vorschreibt. Die ökumenische Bewegung bezeugt an dieser Stelle das Ausgeliefertsein ihrer Glieder an eine übernatürliche „eschatologische Dialektik", deren sie nicht mehr selber Herr sind. Schlink (ebda) bezeichnet diesen Sachverhalt treffend als „die tiefe Verlegenheit gegenüber der Frage des kommenden Herrn, die er an uns richten wird."

2. Demgegenüber wirken nun allerdings die beiden Kernsätze der gesuchten „Übereinstimmung" *(agreement,* III. A und B) als eine spiritualistische Abstraktion, die übrig bleibt, wenn man — trotz einer trinitarischen Gliederung — menschlich daran geht, das Gemeinsame von 148 Kirchenphänomenen herauszufiltern, statt auf das fleischgewordene Wort zu hören. Es ist fraglich, ob diese, die konkrete geschichtliche Kontinuität ausklammernde Methode sich als fruchtbar erweisen wird, besonders im Hinblick auf das erwünschte Gespräch mit Rom, oder ob sie nicht große Gefahren in sich birgt, ja eine fatale Konzession an einen theologisch schon fast überwundenen „Protestantismus" amerikanischer Prägung darstellt. Vielleicht ist das eine Folge der von den europäischen Kirchen heftig bedauerten Tatsache, daß die ökumenische Arbeit fast ausschließlich von den amerikanischen Kirchen finanziert wird!

Der Vorsitzende der 1. Sektion, der lutherische Landesbischof D. Hanns Lilje von Hannover, der mit großem Geschick die schwierigen Verhandlungen leitete — man wußte, daß von ihrem Gelingen das Schicksal der Konferenz abhing — hat sich darüber ausgesprochen, wie schwer es war, besonders die amerikanischen Denominationen von der Notwendigkeit einer theologischen Unterscheidung nach „katholischen" und „protestantischen" Kirchen zu überzeugen (d. h. Kirchen mit einer Lehre von apostolischer Sukzession und Tradition neben Kirchen, die die Kontinuität des Hl. Geistes mehr im jeweiligen Ereignis gläubigen Ergriffenseins durch das Zeugnis des Wortes sehen.) Das amerikanische Denken bei der Masse der Delegierten blieb phänomenologisch und forderte eine deskriptive Begriffsbestimmung. Das zeigt sich in der Einarbeitung eines dritten Kirchenbegriffs, der „versammelten Gemeinde", in Abschnitt II, den die amerikanischen Theologen unter Prof. W. M. Horton zur Bedingung machten. Bemerkenswert für die Wachsamkeit der dogmatischen Opposition ist eine andere Textänderung der ersten Vorlage. In den Kernsatz IIIA wurde der Ausdruck „im Fortgang der Geschichte" (genauer *in continuity throughout history)* aufgenommen. Damit wollten die „katholisch" ausgerichteten Delegierten ihren Glauben an die Kontinuität der Kirche in der apostolischen Sukzession gewahrt wissen; es ist aber nicht gelungen, den Ausdruck „apostolisch" aus dem Nicänum aufzunehmen.

Zum Thema der 1. Sektion liegt ein eigener Bericht der Jugenddelegierten vor, der folgende bemerkenswerte Gedanken enthält:

1. Da unser Kirchenverständnis von unserm Verständnis der Person Christi abhängt, ist es angesichts der Frage, ob man bei einer Definition der Kirche mehr von „Glaube und Verfassung" oder mehr von „Leben und Wirken" ausgehen soll, geraten, bei allen Untersuchungen über das Wesen der Kirche von der Christologie auszugehen.

2. Da die Frage der Abendmahlsgemeinschaft ein brennendes Problem ist, wünschen die Jugenddelegierten eine Klarstellung, was mit dem Abendmahl gemeint ist.

3. Der Ökumenische Rat soll für künftige Zusammenarbeit eine breitere dogmatische Grundlage suchen.

4. Einheit der Kirchen kommt nur durch Erneuerung der Kirchen, indem Christus zu ihrem Mittelpunkt wird.

5. Großer Wert ist auf die Fortführung freundlicher Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche zu legen, deren Abseitsstehen ein Grund zur Verdemütigung ist.

Nachstehend bringen wir zunächst den Bericht der 1. Sektion, dem die amtliche deutsche Übersetzung zugrunde gelegt wurde, als Anhang dazu die Erklärung der

Kirchenkonferenz von Edinburgh über die Einheit, die einen Vergleich ermöglichen soll.

DIE KIRCHE[1]) IN GOTTES HEILSPLAN

I. Die uns geschenkte Einheit

Gott hat in Jesus Christus seinem Volk eine Einheit gegeben; nicht wir haben sie erreicht, sondern Er hat sie geschaffen. Wir loben Ihn und danken Ihm für die mächtige Tat Seines heiligen Geistes, durch die wir zusammengeführt *(drawn)* wurden, und durch die wir erkennen, daß wir trotz unserer Trennungen in Jesus Christus eins sind.

Als Christen aus vielen Ländern und mit vielerlei Traditionen danken wir zuerst Gott für Seine Güte. Wir kommen aus christlichen Kirchen, die einander lange gegenseitig mißverstanden, ignoriert und unzutreffend dargestellt haben; wir kommen von Ländern, die sich oft bekämpft haben; wir alle sind sündige Menschen und Erben der Sünden unserer Väter. Wir verdienen den Segen nicht, den Gott uns gegeben hat.

Gott hat seine Erlösungstat in der Welt damit vollbracht, daß Er ein Volk dazu aufgerufen hat, Sein eigenes erwähltes Volk zu sein. Der Alte Bund wurde im Neuen erfüllt, als Jesus Christus, der fleischgewordene Sohn Gottes, starb und vom Tode auferweckt wurde, auffuhr gen Himmel und den heiligen Geist sandte, damit er in Seinem Leib, der Kirche, wohne. Indem wir gemeinsam nach dieser Kirche fragen, entdecken wir unsere Einheit untereinander in der Verbindung mit dem, der ihr Herr und ihr Haupt ist.

II. Unser tiefster Unterschied

Im Licht dieser Einheit können wir dem tiefsten Unterschied zwischen uns ins Auge sehen, und uns doch in Christus gegenseitig lieb haben und im Glauben an Ihn, den Einen *(in Him alone)* zusammen gehen. Dieser Unterschied hat viele Formen und tiefe Wurzeln und ist einer von vielen andern grundlegenden Verschiedenheiten. Die Begriffe „katholisch" oder „orthodox" werden gewöhnlich zur Kennzeichnung solcher Verschiedenheiten verwendet; ähnlich spricht man von „evangelisch" (protestantisch) im Sinne der großen reformatorischen Bekenntnisse; in anderen Fällen wird die lokale Gemeinde, die „versammelte Gemeinde" und die Idee der „Freikirche" hervorgehoben. Für einige hat die Überzeugung große Bedeutung, daß eine Kirche zugleich katholisch und evangelisch (protestantisch) sein kann. Indem wir uns dieser verschiedenen Ausprägungen bewußt sind, möchten wir doch vor allem auf einen Unterschied hinweisen, der von verschiedenen Ausgangspunkten her immer wieder in den Mittelpunkt unserer Erwägungen getreten ist. Historisch läßt er sich vielleicht am einfachsten als der Unterschied zwischen „katholischer" und „evangelischer"[1a]) Grundhaltung beschreiben. Wir haben aber gelernt, alle einfachen Formeln zu seiner Beschreibung nur mit Vorbehalt anzuwenden.

Unsere Lage ist entscheidend dadurch bestimmt, daß wir von zwei verschiedenen Seiten aus den christlichen Glauben und das christliche Leben als ein in sich geschlossenes Ganzes ansehen, und daß diese zwei Auffassungen des Ganzen sich nicht miteinander in Einklang bringen lassen.

Man kann keine der beiden Grundhaltungen und Tendenzen in Kürze beschreiben, ohne ihnen Gewalt anzutun. Sicher ist, daß wir hüben und drüben einer ganzen umfassenden Tradition des christlichen Glaubens und Lebens gegenüberstehen. Innerhalb jeder von ihnen gibt es wieder eine große Verschiedenheit der Anliegen und Betonungen und dementsprechend eine Mannigfaltigkeit der „Schulen". Man kann zur Verdeutlichung auf folgendes hinweisen: Die eine Seite, die man gewöhnlich „katholisch" nennt, wird vorwiegend gekennzeichnet durch eine Betonung der sichtbaren Kontinuität der Kirche in der apostolischen Sukzession des Bischofsamtes. Die andere, die man gewöhnlich „evangelisch" nennt, betont in ihrer Lehre der Rechtfertigung sola fide vor allem die Initiative des Wortes Gottes und die Antwort des Glaubens. Aber auch die erste Gruppe hebt die Bedeutung des Glaubens hervor, und die zweite betont ebenso bewußt eine gewisse Kontinuität der sichtbaren Kirche. Zudem finden wir innerhalb vieler Konfessionen Vertreter sowohl der einen wie auch der anderen Grundhaltung. Das Gespräch und das gegenseitige Verständnis zwischen den Vertretern dieser zwei Traditionen werden oft dadurch noch mehr erschwert, daß viele auf beiden Seiten, nur an ihre eigenen Ausdrucksformen gewöhnt, die Traditionen anderer nicht kennen und Anschauungen über die von ihnen getrennten Mitchristen haben, die auf einem Zerrbild der wahren Lage beruhen. Aber auch wenn das Gespräch in gegenseitigem Vertrauen und Verständnis geführt wird, bleiben doch bestimmte Kernfragen im Blick auf das Verständnis der Kirche Christi übrig, in denen eine Übereinstimmung vorläufig nicht erzielt werden kann.

In jeder dieser Anschauungen steht jeder Teil des Lebens der Kirche im Zusammenhang mit dem Ganzen, sodaß die Teile sogar da, wo sie einander ähnlich zu sein scheinen, sich doch in einem Zusammenhang befinden, mit dem der Zusammenhang, in welchem sie anderwärts stehen, nicht vereinbar scheint. Wir haben so wenig wie unsere Vorgänger vermocht, einander die Ganzheit unseres Glaubens so darzustellen, daß sie wechselseitig annehmbar würde.

III. Gemeinsame Glaubenserkenntnisse und gemeinsame Probleme

Wir können nicht alle die Punkte aufführen, die in unserer Aussprache erwähnt wurden, und noch viel weniger die auch nur aufzählen, die anderswo bearbeitet wurden, wo man sich mit dem Problem der christlichen Einheit befaßt, vor allem auf dem Arbeitsfeld der Kommission für „Glauben und Kirchenverfassung".

Wir versuchen hier nur, bestimmte Punkte hervorzuheben, denen wir besondere Aufmerksamkeit zugewandt haben, und einige Wege anzudeuten, die nach unserer Ansicht bei der weiteren Arbeit für christliche Einheit beschritten werden können. Wir sind der Meinung, daß das Buch „Die Kirche in Gottes Heilsplan", das zur Vorbereitung unserer Studien geschrieben wurde, viel hilfreiches Material enthält, und wir empfehlen es der Aufmerksamkeit unserer Kirchen, wo sie sich mit diesen Problemen befassen.

---

1) Im Englischen Text: Universal Church (Anm. d. Schriftleitung).

1a) In diesem Fall bezieht sich der Begriff „katholisch" selbstverständlich nicht nur auf die Römisch-Katholische Kirche; im englischen Sprachgebrauch bezeichnet der Begriff „protestantisch" oft das, was man in Europa „evangelisch" nennt.

Wir stellen die Punkte, in denen wir übereinstimmen, in der Weise dar, daß wir zuerst die aufführen, die sich mit dem Wesen *(nature)* der Kirche befassen und danach die, die ihre Mission betreffen, wobei wir in beiden Fällen die Unterschiede nennen, die sich bei einer genaueren Prüfung der Übereinstimmungen herausgestellt haben.

A. Wir alle glauben, daß die Kirche Gottes Gabe an die Menschen zur Erlösung der Welt ist, daß die Erlösungstat Gottes in Jesus Christi die Kirche begründet hat, und daß die Kirche durch die Gegenwart und Kraft des Heiligen Geistes im Fortgang der Geschichte am Leben erhalten wird *(persists in continuity)*.

Im Raum dieser Übereinstimmung möchten wir im Gehorsam gegen Gott fortfahren, zu einem tieferen Verständnis unserer Unterschiede und damit zu einer Möglichkeit ihrer Überwindung vorzudringen. — Es geht um folgende Punkte:

a) Das Verhältnis zwischen dem alten und neuen Israel und das Verhältnis der sichtbaren Kirche zur „neuen Schöpfung" in Christus. Aus unserer Aussprache ging hervor, daß einige unserer Meinungsverschiedenheiten über die Kirche und das Amt hier ihre Wurzeln haben.

b) Das Verhältnis zwischen der objektiven Erlösungstat Gottes in Christus und ihrer Vollstreckung in persönlichem Leben des Menschen; das Verhältnis zwischen Schrift und Tradition; das Verhältnis zwischen der einstmals gegründeten Kirche und der Kirche als gegenwärtiges Handeln Christi.

c) Die Stellung des Amtes (Dienstes) in der Kirche und das Wesen seiner Autorität und Kontinuität, die Zahl und Bedeutung der Sakramente, das Verhältnis der Taufe zum Glauben und zur Konfirmation, das Verhältnis der allgemeinen örtlichen Kirche, das Wesen sichtbarer Einheit und die Bedeutung des Begriffes „Schisma".

B. Wir glauben, daß die Kirche berufen ist, Gott in Seiner Heiligkeit zu dienen und das Evangelium aller Kreatur zu verkündigen. Sie hat von Gott die mannigfachen Gaben des Geistes zur Auferbauung des Leibes Christi verliehen bekommen. Sie wurde ausgesondert und geheiligt *(set apart in holiness)*, um im Dienste der ganzen Menschheit in Glaube und Liebe durch die Kraft des gekreuzigten und auferstandenen Herrn und Seinem Vorbild gemäß zu leben. Sie besteht aus begnadigten Sündern, die zugleich bereits im Glauben am ewigen Reiche Gottes Anteil haben und auf die Vollendung warten, wenn Christus in der Fülle Seiner Herrlichkeit und Macht wiederkommen wird.

Im Raum dieser Überinstimmung möchten wir im Gehorsam gegen Gott fortfahren, zu einem tieferen Verständnis unserer Unterschiede und damit zu einer Möglichkeit ihrer Überwindung vorzudringen. — Es geht um folgende Punkte:

a) Das Verhältnis zwischen dem Auftrag der Kirche, Gott, und ihrem Auftrag, durch ihr Zeugnis in Wort und Tat den Menschen zu dienen.

b) Das Ausmaß, inwieweit man sagen kann, daß das Reich Gottes innerhalb der Kirche bereits verwirklicht ist.

c) Das Wesen der Verantwortung der Kirche für das gewöhnliche Leben des Menschen in der Zeit, seine Gestaltung und Ordnung.

Indem wir Gott für die Erkenntnis dieser unserer Übereinstimmungen danken, wissen wir uns verpflichtet, uns auch mit den genannten Unterschieden ernstlich zu befassen. Gott will die Einheit Seiner Kirche, und wir müssen Ihm gehorsam sein.

In vielen dieser Punkte gehen unsere Probleme quer durch die Konfessionen hindurch, und wir sind Gott auch dafür dankbar, daß wir fortwährend von unseren Mitchristen lernen dürfen, und daß Er sich uns durch unsere Gemeinschaft untereinander deutlicher bekannt macht. In einigen Gebieten der Welt und für einige unter unseren Mitgliedern scheinen bestimmte Fragen, die wir hier besprochen haben, unwichtig oder sogar unbedeutend zu sein. Da sie jedoch für einige von grundlegender Bedeutung sind, gehen sie letztlich alle an. Unter andern, die wir vertreten, scheinen viele unserer Schwierigkeiten entweder schon überwunden oder auf dem Wege zur Überwindung zu sein. Wir danken Gott für alles Licht, das Er uns auf dem Weg zur sichtbaren Einheit schon jetzt gegeben hat.

IV. Die Einheit in unserer Trennung

Obwohl wir uns nicht ganz einigen können, erlaubt uns unser Herr nicht, daß wir uns trennen. Wir können einander nicht aus dem Auge verlieren, denn gerade das Gewicht unserer Unterschiede ist uns auch ein Zeugnis für eine gemeinsame Erkenntnis, die er uns geschenkt hat. Der Leib Christi ist eine Einheit, die es uns unmöglich macht, einander zu vergessen oder uns mit einzelnen Übereinstimmungen in Glaubensfragen zufrieden zu geben, während wir uns in anderen noch unversöhnt gegenüber stehen.

Und doch haben wir erkannt, daß Gott in Seiner Gnade die Schranken, die uns trennen, durchbricht und uns in die Lage versetzt, in der gemeinsamen Sprache der göttlichen Offenbarung, wie wir sie in der Schrift bezeugt finden, über die Fragen zu sprechen, in denen wir uns nach unserer Erkenntnis jetzt schon einigen können. Wir übersehen die schweren Probleme nicht, die sich immer wieder stellen, auch wenn wir im Begriff sind, uns zu einigen. Wir stoßen dabei auf jene Unterschiede, die auf unserem verschiedenen Verständnis des Ganzen beruhen , aber eben in diesen Unterschieden befinden wir uns auch in einer Übereinstimmung in dem Einen, das uns zusammenführte und nicht wieder losläßt.

V. Die Herrlichkeit der Kirche und die Schande der Kirchen

Die Herrlichkeit der Kirche ist ganz die ihres Herrn. In Seiner großen Liebe hat Er sich erniedrigt, um sie zu erlösen und sie als Seine Braut zu krönen. Wir loben Gott, weil wir an immer neuen Zeichen sehen, wie sehr Er seine Kirche liebt. Es ist in den letzten Jahren manchen Teilen der Christenheit geschenkt worden, neu zu entdecken, was es heißt, eine „Kirche unter dem Kreuz" zu sein. Sie haben als solche neues Leben gefunden; sie haben die Bibel als ein lebendiges, gegenwartsnahes Buch entdeckt; sie haben ein gutes Bekenntnis ihres Glaubens abgelegt; sie haben das Leben der Kirche erkannt in der Standhaftigkeit tausender einfacher Christen. Wir loben Gott, daß Er uns so viele Zeichen des Erwachens in manchen Kirchen sehen läßt. Christus hat viele dazu bewegt, sich aufopfernd den Heimatlosen und Verzweifelten hinzugeben, das Evangelium in Kraft zu verkündigen und mit neuem Ernst theologische Arbeit zu treiben. Er hat in vielen Teilen der Welt lange von-

einander getrennte Christen zusammengeführt. Bemerkenswerte Vereinigungen haben stattgefunden. Wir danken Ihm, unserm einigen Hirten, daß Er diese Christen dazu aufgerufen und getrieben hat.

Fraglos haben echte Überzeugungen und die Bindung an die Wahrheit an der Entstehung und der Aufrechterhaltung kirchlicher Trennungen Anteil; wir bekennen jedoch, daß auch Stolz, Eigenwillen und Lieblosigkeit dabei gespielt haben und weiterhin spielen.

Innerhalb unserer getrennten Kirchen müssen wir für vieles vor dem Herrn der Kirche Buße tun, denn gerade in unserer Entfremdung von Ihm hat unsere ganze Sünde ihren Ursprung. Dies ist der Grund dafür, daß die Übel der Welt so tief in unsere Kirchen eingedrungen sind, sodaß auch unter uns weltliche Erfolgsmaßstäbe, Klassentrennungen, wirtschaftliche Konkurrenz und säkulare Gesinnung zu finden sind. In bestimmten Fällen sind Kirchentrennungen nicht auf theologische, sprachliche oder liturgische Unterschiede zurückzuführen, sondern darauf, daß Trennungen nach Rasse oder Hautfarbe durchgeführt wurden; dies ist eine Schande für den Leib Christi. Wir sind in der Gefahr, kraftloses und darum wirkungsloses Salz zu werden.

Innerhalb unserer getrennten Kirchen haben wir uns zu unserer Schande oft fast nur mit unseren inneren Angelegenheiten beschäftigt, den Blick nach innen, auf unsere Sonderanliegen gerichtet, statt in selbstvergessener Liebe unseren Auftrag in der Welt zu erfüllen. Die Klerikalisierung unserer Kirchen spielt bei Geistlichen und Laien eine zu starke Rolle; wir sollten statt dessen die Bedeutung der lebendigen Gemeinde stärker betonen und stets darauf hinweisen, daß alle Glieder — „Geistliche" und „Laien" — an dem gemeinsamen Leben des Leibes Christi Anteil haben.

Wir beten für die Erneuerung der Kirchen, indem wir für ihre Einheit beten. Indem Christus uns durch Seinen Geist reinigt, werden wir finden, daß wir zusammengeführt sind und daß es keinen Fortschritt in der Einheit gibt, wenn es nicht Einheit in Wahrheit und Heiligkeit ist.

VI. Der Ökumenische Rat der Kirchen

Wir danken Gott für die ökumenische Bewegung, denn wir glauben. daß sie eine Bewegung in der Richtung ist, die Er will. Sie hat uns geholfen, unsere Einheit in Christus zu erkennen. Wir erkennen, daß Er unter uns mächtig am Werk ist, um uns weiterzuführen auf Ziele hin, die wir vorerst nur undeutlich wahrzunehmen vermögen. Wir wissen noch nicht, was Einiges von dem, was Er für uns getan hat, für uns oder unsere überkommenen Wege bedeuten mag. Es ist nicht immer leicht, unsere konfessionelle Bindung und unsere ökumenische Verpflichtung miteinander auszugleichen. Wir können auch aus der Begegnung der alteingesessenen christlichen Traditionen mit den kraftvollen, wachsenden Kirchen, deren eigene Traditionen erst noch geformt werden, großen Gewinn haben. Wir bringen diese und alle anderen Schwierigkeiten, die zwischen uns bestehen, in den Ökumenischen Rat der Kirchen ein, damit wir ihnen gemeinsam in Besonnenheit begegnen. Weil es ein Rat von Kirchen ist, müssen wir sie in vollem Bewußtsein der Verantwortung denen gegenüber erörtern, die uns beauftragen, ohne Übereinstimmungen vorzutäuschen, die unsere Kirchen als Ganze verwerfen würden.

Der Ökumenische Rat der Kirchen ist entstanden, weil wir bereits in unserm Herrn Jesus Christus eine gegenseitige Verantwortung für unsere Kirchen erkannt haben. Es gibt nur einen Herrn und einen Leib, und deshalb dürfen wir uns bei unseren gegenwärtigen Trennungen nicht beruhigen. Vor Gottes Angesicht tragen wir Verantwortung füreinander. Von einigen solchen Verantwortlichkeiten wissen wir schon; Gott wird uns noch weitere zeigen. Aber wir gehen an unsere Arbeit im Ökumenischen Rat der Kirchen in Bußfertigkeit für das, was wir sind, und in der Hoffnung auf das, was wir sein werden. Bei dieser ersten Vollversammlung bitten wir alle teilnehmenden Kirchen, unaufhörlich dafür zu beten, daß Gott ihn in Seiner Weisheit leiten möge. Er möge uns bewahren vor falscher Überheblichkeit und glaubensloser Furchtsamkeit.

Anhang:

DIE ERKLÄRUNG DER EDINBURGHER WELTKONFERENZ FÜR GLAUBEN UND KIRCHENVERFASSUNG, 1937

Bezeugung der Einheit im Gehorsam gegen unsern Herrn Jesus Christus

von der Konferenz am 18. August 1937 widerspruchslos angenommen

„Wir sind eins im Glauben an unsern Herrn Jesus Christus, das fleischgewordne Wort Gottes. Wir sind eins in unserm Gehorsam Ihm, dem Haupt der Kirche, dem König der Könige, dem Herrn der Herren gegenüber. Wir sind eins im Bekenntnis, daß dieser Gehorsam den Vorrang hat gegenüber allen andern Gehorsamsverpflichtungen, die Ansprüche auf uns erheben.

Diese Einheit besteht nicht in der Übereinstimmung in unserm Denken oder in der Zustimmung unsers Willens. Sie ist in Jesus Christus selbst gegründet, in Ihm, der lebte, starb und wieder auferstand, um uns zum Vater zu bringen, und der durch den Heiligen Geist in Seiner Kirche wohnt. Wir sind eins, weil wir alle der Gegenstand der göttlichen Liebe und Gnade sind, und weil wir von Ihm gerufen sind, von Seinem Evangelium in der ganzen Welt Zeugnis abzulegen.

Unsre Einheit ist eine Einheit des Herzens und Geistes. Unser Leben in Christus ist in seinen äußern Formen gespalten, weil wir Seinen Willen für Seine Kirche in verschiedner Weise verstehen. Wir glauben indessen, daß ein tieferes Verstehen uns zu einer geeinten Erfassung der Wahrheit leiten wird, die in Jesus gegeben ist.

Wir bekennen in aller Demut, daß unsre Spaltungen gegen den Willen Christi sind, und wir bitten Gott in Seiner Barmherzigkeit, die Tage unsrer Trennung abzukürzen und uns durch Seinen Geist in die volle Einheit zu führen.

Wir empfinden voll Dank, daß wir in den letzten Jahren einander näher gekommen sind, daß Vorurteile überwunden und Mißverständnisse beseitigt wurden, und daß ein wirklicher, wenn auch begrenzter Fortschritt auf dem Wege zu unserm Ziele, der Einheit des Geistes, gemacht worden ist.

Wir können in aller Demut für uns in Anspruch nehmen, daß uns der Geist Gottes auf dieser Konferenz die Bereitwilligkeit geschenkt hat, voneinander zu lernen,

und daß Er uns eine vollere Sicht der Wahrheit verliehen und unsre geistliche Erfahrung bereichert hat.

Gemeinsam haben wir unsre Herzen im Gebet erhoben; wir haben dieselben Lieder gesungen; gemeinsam haben wir alle die gleiche Heilige Schrift gelesen. Wir erkennen einer im andern, über die uns trennenden Schranken hinweg, eine gemeinsame christliche Auffassung und einen gemeinsamen Wertmaßstab an. Wir haben deshalb die Gewißheit einer Einheit, die tiefer ist als unsre Spaltungen.

Es ist unsre Überzeugung, daß die Einheit, die wir in Gesinnung und Ziel besitzen, in einer Weise Gestalt gewinnen muß, durch die sie auch der Welt kund wird; wir wissen aber freilich noch nicht genau, was für eine äußere Gestalt sie annehmen soll.

Wir glauben, daß jeder aufrichtige Versuch einer Zusammenarbeit in den Dingen des Reiches Gottes die getrennten Kirchen in wachsendem gegenseitigem Verständnis und freundschaftlicher Gesinnung einander näher bringt. Wir fordern all unsre Mitchristen in allen Kirchen auf, solche Zusammenarbeit zu pflegen; alle Anlässe zu Uneinigkeit voll Geduld zu überdenken, um sie zu überwinden; willig von denen zu lernen, die anders sind als sie selbst; sich darum zu bemühen, all das zu beseitigen, was als eine Folge unsrer Spaltungen der Ausbreitung des Evangeliums in der nichtchristlichen Welt hinderlich ist; und anhaltend um die Einheit zu beten, die, wie wir glauben, unser Herr für Seine Kirche haben will.

Wir möchten schließlich all denen, die hören wollen, deutlich sagen, daß wir gewiß sind, daß angesichts der Zerrissenheit und der Gegensätze der Gegenwart, Christus allein unsrer Welt Hoffnung auf Einigkeit bietet. Wir wissen, daß unser Zeugnis durch unsre Spaltungen beeinträchtigt wird. Gleichwohl sind wir eins in Christus und in der Gemeinschaft Seines Geistes. Wir beten darum, daß alle Menschen an allen Orten, in einer gespaltenen und in Verwirrung geratenen Welt, sich zu Jesus Christus, unserm Herrn, kehren mögen, der uns eins macht trotz unsrer Spaltungen, daß Er die zusammenschließen möge, die durch die vielerlei Ansprüche der Welt geschieden sind, und daß die Welt schließlich in Ihm Frieden und Einheit finden möge. Ihm sei Ehre in Ewigkeit!"

II. „Der Anfang eines neuen missionarischen Zeitalters"

Die 2. Studienkommission hatte vor allem mit der Ursache des Versagens der Kirchen bei der Ausbreitung des Evangeliums zu tun (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., Heft 8, Seite 415 ff.). Der nachstehende Bericht der 2. Sektion der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Amsterdam entbehrt in seiner Fassung mancher Schärfen und Würzen der Vorlagen aus dem Sammelband der 2. Studienkommission. Er macht den missionarischen Ausgangspunkt der ökumenischen Bewegung deutlich, die um der wirksamen Mission willen die Einheit der Kirche wiederherzustellen beschlossen hat, ja er weist nachdrücklich darauf hin, daß Gott einer geeinten Kirche größere Gnadengaben verleihen würde. Die Substanz des Berichtes liegt jedoch so wenig wie bei der 1. Sektion im Dogmatischen, sondern wiederum in der Forderung nach mehr Bruderschaft *(fellowship)*, vor allem nach konstruktiver Zusammenarbeit der Kirchen auf den Missionsfeldern. Dabei unterläuft dann ein Ausdruck: „die ganze Kirche" sollte die Verantwortung für die Mission tragen (IV, 2), als ob es „die ganze Kirche" gäbe — etwa in Gestalt des Ökumenischen Rates? An diesem Bericht zeigt es sich besonders deutlich, daß die Folgerungen noch abstrakter ausfallen, wenn schon die Fundamente (Bericht I) abstrakt gefaßt werden.

DAS ZEUGNIS DER KIRCHE VON GOTTES HEILSPLAN

I. Der Heilswille Gottes

Der Heilswille Gottes zielt darauf, alle Menschen mit Ihm und miteinander in Jesus Christus, Seinem Sohn, zu versöhnen. Dieser Heilswille ist geoffenbart in Jesus Christus, Seiner Fleischwerdung, Seinem Amt als Diener der Menschen *(His ministry of service)*, Seinem Tod am Kreuz, Seiner Auferstehung und Himmelfahrt. Dieser Heilswille setzt sich fort in der Gabe des Heiligen Geistes, im Auftrag, alle Völker zu Jüngern zu machen und in der bleibenden Gegenwart Christi in Seiner Kirche. Er zielt auf seine Vollendung hin, wenn alle Dinge in Christus zusammengefaßt werden. Vieles in diesem Heilswillen ist uns noch verborgen. Drei Dinge aber sind völlig klar:

Alles, was wir über Gottes Heilswillen wissen müssen, ist in Christus schon geoffenbart.

Es ist Gottes Wille, daß das Evangelium allen Menschen an allen Orten verkündigt werde.

Es gefällt Gott, den Gehorsam des Menschen zur Erfüllung seines Heilswillens zu gebrauchen.

Der Kirche ist deshalb das Vorrecht gegeben, Christus den Menschen so bekannt zu machen, daß jeder vor die Notwendigkeit einer persönlichen Entscheidung gestellt ist, vor ein Ja oder Nein. Das Evangelium ist der Ausdruck der Liebe Gottes zu den Menschen, aber auch seines Anspruches auf den Gehorsam des Menschen. Darin liegt das Gewicht dieser Entscheidung. Alle, die ihm gehorsam sind, sind aus der Gewalt der Welt erlöst, in der die Sünde herrscht, und haben schon hier in der Gemeinschaft *(fellowship)* der Kinder Gottes Anteil am ewigen Leben. Alle, die die Liebe Gotes verachten, bleiben unter Seinem Gericht und stehen in Gefahr, dem Urteil Gottes über eine Welt zu verfallen, die Seinem heiligen Willen trotzt.

II. Die gegenwärtige Lage

Zwei Weltkriege haben den Bau der Welt erschüttert. Überall wüten soziale und politische Beben. Die Stimmung vieler Menschen schwankt zwischen Verzweiflung, Enttäuschung und blinder Gleichgültigkeit. Die Millionenvölker Asiens und Afrikas, erfüllt mit neuer Hoffnung, sind entschlossen, jetzt die Gelegenheit zur Gestaltung ihres eigenen Geschicks zu ergreifen. Die Menschheit, durch ihr eigenstes Interesse so klar dazu berufen, im Frieden zu leben, scheint immer noch von dem fanatischen Trieb zu gegenseitiger Vernichtung besessen zu sein.

Das Wort „Glauben" wird in einem neuen Zusammenhang gebraucht. Für die meisten Menschen bedeutet es heute den Glauben an die neue Gesellschaft, die jetzt ein für allemal gegründet werden soll und in der das „Glück" verwirklicht werden wird. Sogar in der gegenwärtigen Verwirrung glauben noch viele, daß der Mensch durch kluges Planen seine Lage meistern kann.

Diesen Menschen liegt nichts an der absoluten Wahrheit, alles aber am Erfolg. Angesichts so vieler Religionen und Weltanschauungen hält man alle Wahrheit für relativ und glaubt auf diese Weise der Notwendigkeit einer kostspieligen persönlichen Entscheidung entgehen zu können.

Ein gewaltiges Hindernis für den christlichen Glauben ist die Vorstellung, daß das Christentum endgültig der Vergangenheit angehört. Denen, die wenig davon wissen, scheint es schlechthin belanglos. Nachdenklichere Leute, die glauben, daß es immerhin einige geistige und kulturelle Werte enthalte, sind der Meinung, daß es für einen ehrlichen Menschen als ein Glaubenssystem nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. Und doch findet sich weithin eine ernsthafte Sehnsucht nach einer klar formulierten Wahrheit. Die Religionen Afrikas und Asiens stehen neuen Problemen gegenüber und erleben starke innere Wandlungen. In dieser Übergangszeit sind die Seelen von Millionen Menschen für das Evangelium offener als in normalen Tagen. Aber die in diesen Ländern vorhandene Tendenz, eine alte Religion der Begründung eines politisch homogenen Staates dienstbar zu machen, ist schon zu einer Bedrohung der Freiheit christlichen Handelns geworden. So sieht die Kirche die Welt. Was sieht die Welt, oder was meint sie zu sehen, wenn sie auf die Kirche sieht? Es ist eine zertrennte Kirche, und in ihren getrennten Teilen begegnet uns oft Zaudern, Selbstgefälligkeit oder das Verlangen, den Herrn zu spielen.

Es ist eine Kirche, die weithin die Fühlung mit den maßgebenden Wirklichkeiten des modernen Lebens verloren hat und die noch immer versucht, der modernen Welt mit einer Sprache und Arbeitsweise zu begegnen, die vielleicht vor 200 Jahren angebracht war.

Es ist eine Kirche, die infolge ihrer Ohnmacht, in der Kriegsfrage ein wirksames Wort zu sprechen, sich als unfähig erwiesen hat, mit den Wirklichkeiten der Menschheitslage fertig zu werden.

Es ist eine Kirche, beladen mit der Anklage, für die Führung Gottes in der Geschichte blind gewesen zu sein, auf der Seite der geschäftlichen Interessen der herrschenden Gesellschaftsschicht und des Staates gestanden zu haben, und es versäumt zu haben, den Menschen in einer sich wandelnden Welt einen neuen Ausblick und einen gereinigten Willen gegeben zu haben.

Es ist eine Kirche, die unter dem ausgesprochenen Verdacht steht, in vielen Fällen ihr Missionswerk zur Unterstützung der imperialistischen Machtpolitik der westlichen Staaten mißbraucht zu haben.

An dieser Anklage mag vieles nicht wahr sein, aber die Kirche ist zu ernster Buße gerufen, weil sie es nicht vermocht hat, Jesus Christus den Menschen als den zu bezeugen, der er in Wahrheit ist. Dennoch ist die Kirche immer noch die Kirche Gottes, in der, und in der allein, es Ihm gefallen hat, Sich und Seine erlösende Gnade in Jesus Christus zu offenbaren, in Dem, und in Dem allein, die Erneuerung des Lebens möglich ist.

Es ist eine Kirche, der Gott durch die Erschütterungen der modernen Welt laut zuruft und spricht: „Kommt und laßt uns miteinander rechten". (Jesaia 1, 18).

Es ist eine Kirche, die beides erfahren hat: das Leiden und den Sieg des Lebens über den Tod.

Es ist eine Kirche, die für Millionen von Gläubigen der Ort ist, wo sie die Gnade Christi empfangen und die Kraft zu einem Leben in der Macht seines Sieges.

Es ist eine Kirche, die der großen Möglichkeit gewahr wird, das Amt der Versöhnung, die in Christus gewirkt ist, gegenüber dieser Welt auszurichten, in die Gott uns gesandt hat.

Es ist eine Kirche, die heute den Wunsch hat, die Verkündigung des Evangeliums in dieser Versammlung zum ersten Mal als die gemeinsame Aufgabe aller Kirchen zu behandeln und die traditionelle Unterscheidung zwischen den sogenannten christlichen und den sogenannten nichtchristlichen Ländern überwunden hat.

Die gegenwärtige Stunde ist der Anfang eines neuen missionarischen Zeitalters, das den Geist der ersten Zeugen fordert und viele zum Opfer ihres Lebens im Dienst des Evangeliums Gottes aufruft.

III. Die Aufgabe der Kirche heute

Die Pflicht der Kirche in einer solchen Zeit kann ganz einfach in einen Satz zusammengefaßt werden: dem Evangelium treu zu sein und ihr eigenes Wesen als Kirche mehr zu verwirklichen. Die Erfüllung dieser Pflicht schließt jedoch eine grundlegende Wandlung im Denken und Handeln der Kirche in sich.

1. Gottesdienst und Zeugendienst. Man hat oft beides von einander getrennt, und doch gehören sie untrennbar zusammen als die Erfüllung des größten Gebotes: Du sollst Gott lieben und deinen Nächsten als dich selbst.

Wenn der Mann auf der Straße von der Kirche spricht, denkt er an eine Schar von Leuten, die in einem geschlossenen Raum Gottesdienst feiern. Die Kirche wird danach beurteilt, aus was für Leuten diese Schar besteht. Zeugniskräftig wird eine zum Gottesdienst versammelte Schar nur insoweit, als sie sich des auferstandenen und lebendigen Herrn von Herzen freut, so daß auch der Außenstehende gewahr wird, daß die Kirche von Wirklichkeiten spricht.

Aber eine gottesdienstliche Versammlung von einzelnen ist nicht notwendig eine Gemeinschaft. Es ist wesentlich, daß jede solche Schar zu einer wirklichen Bruderschaft wird, indem alle die volle christliche Verantwortung zu gegenseitigem Dienst übernehmen und die Schranken von Rasse und Klasse niederlegen. Es ist untragbar, daß jemand wegen seiner Rasse oder Farbe von einer gottesdienstlichen Stätte ausgeschlossen wird.

Die heutige Welt hungert nach Gemeinschaft *(community)*. Aber viele scheint die Gemeinschaft *(fellowship)* in der Kirche viel weniger zu befriedigen als diejenige, die sie in ihren eigenen weltlichen oder religiösen Organisationen und Bruderschaften finden. Dies kann solange nicht richtig gestellt werden, bis die Kirchen deutlich erkennbar die Zeichen des Herrn Jesus tragen und andere nicht mehr durch die Armseligkeit ihrer Gemeinschaft daran hindern, zu Ihm zu kommen.

2. Ein Gottesvolk in der Welt. Die Kirche muß die Menschen dort aufsuchen, wo sie wirklich leben. Sie muß die christusferne Welt von innen her durchdringen und die Seelen der Menschen mit dem ABC Gottes von der Sünde und vom Sinn des Lebens bekannt machen. Das kann geschehen einmal durch neue Versuche der Christen, das Leben der Menschen dieser Welt zu teilen *(self-identification)*, sodann dadurch, daß Christen das Wort des Evangeliums dort zu Gehör bringen, wo die Entscheidungen fallen, die das Schicksal der Menschen bestimmen. Es kann im vollen Sinn nur dort geschehen, wo durch die Eingebung des Heiligen Geists die Kirche den Geist der Prophetie wieder findet, um die Zeichen

der Zeit zu deuten, den Heilswillen Gottes zu erkennen, wie er in den ungeheuren Bewegungen und Revolutionen unserer Gegenwart wirkt, und den Völkern das Wort Gottes neu mit Vollmacht zu verkünden.

3. Das ökumenische Bewußtsein. Jede Gruppe von Christen muß sich der weltweiten Gemeinschaft bewußt werden, an der sie Anteil hat. Jeder neue Sonntag muß sie an die unzählbare weltweite Schar derer erinnern, die an diesem Tag den gleichen Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anbeten. Sie kann zu einem vollen christlichen Leben nur kommen, wenn sie ihren Platz im großen Heilsplan Gottes einnimmt, der will, daß allen Menschen geholfen werde, und wenn sie die volle Verantwortung der Fürbitte, des Dienstes und des opferbereiten missionarischen Einsatzes auf sich nimmt, die damit verbunden ist.

IV. Missionarische und evangelistische Planung

Offensichtlich fordert Gott in dieser Lage, daß die ganze Kirche heute mit der umfassenden Aufgabe Ernst macht, die ganze Welt für Christus zu gewinnen.

1. Arbeit und Zeugnis der Laien.

Heute ist die Stunde des Laien in der Kirche. Gottes Werk verlangt von jedem Glied der Kirche, ob Geistlicher oder Laie, ein tätiges Zeugnis. Die innerkirchliche Aufgabe des Laien besteht in der Mitwirkung am Gottesdienst und in der Verwaltung. Aber es gibt auch eine außerkirchliche Aufgabe des Laien. Der nächstliegende Ort für sein Zeugnis ist sein Heim, in dem die Gemeinde von morgen erbaut werden muß. Manche haben besondere Aufgaben der Predigt oder der Fürbitte. Für die meisten ist der Ort ihres Zeugnisses ihr täglicher Arbeitsplatz. Die Art, wie sie ihre Arbeit oder ihren Beruf ausüben, muß unmißverständlich christlich sein. Sie sind aber auch berufen, wo immer Gott die Gelegenheit dazu gibt, tapfer dieses Zeugnis durch das Wort auszurichten, in dem andere dem Ruf des lebendigen Christus begegnen. Der Dienst des Christen muß im weitesten Sinne verstanden werden. Die Mannigfaltigkeit der Zeugnismöglichkeiten ist gerade ein Mittel in der Hand Gottes, um den ganzen Reichtum des Evangeliums als Seine Antwort auf alle Nöte der Menschheit kundzutun.

2. Zusammenarbeit in der Evangelisation

Die Kirchen mögen wohl den denominationellen Rahmen als zu eng für ihre heutige Arbeit empfinden. Meist wird die evangelistische Arbeit durch denominationelle Organe ohne Verbindung miteinander getan. In vielen Verhältnissen ist dies der natürliche Weg. Aber es gibt Gebiete, in denen Evangelisation am besten in Zusammenarbeit getrieben wird. Dabei muß man möglicherweise mit mannigfachen Schwierigkeiten rechnen. Es ist wichtig, daß die den Ökumenischen Rat bildenden Kirchen untereinander in allen Fragen freundschaftliche Fühlung zu halten suchen, die die evangelistische Arbeit und ihren besonderen Verantwortungsbereich berühren. Aber Gott selbst hat uns die Unzulänglichkeit der bisher üblichen Arbeitsweise gezeigt. Die Kirchen müssen heute in ihrer Organisation viel beweglicher sein als in der Vergangenheit. Sie müssen jede Situation im Licht der gesamten Aufgabe anpacken.

Es gibt Gebiete, in denen die Kirche unter großen Schwierigkeiten aushalten muß und in denen ihre Handlungsfreiheit eingeschränkt oder ganz aufgehoben ist. Da besteht ihr Zeugnis mehr im Leiden als im Reden. Solche Kirchen verlangen mit Recht, daß sie in der Gemeinschaft des Glaubens durch die Fürbitte und die Handreichung jedes Gliedes der weltweiten Kirche unterstützt werden.

In anderen Gebieten hat Gott der Kirche neue Türen geöffnet. Millionen von Menschen sind bereit, auf das Evangelium zu hören, und überlegen schon, ob es nicht ihre einzige Hoffnung ist. Für solche Gebiete sollte die ganze Kirche die Verantwortung übernehmen und nicht nur diejenigen, die augenblicklich dort in Arbeit stehen. Genügend Kräfte an Menschen und Geldmitteln sollten den betreffenden Kirchen zur Verfügung gestellt werden, sodaß das Nötige wirksam und rasch getan werden kann.

Die jüngeren Kirchen warten dringend auf die Hilfe ihrer christlichen Brüder im Westen. Sowohl in den älteren als auch in den jüngeren Kirchen besteht ein Mangel an ordinierten Geistlichen und an anderen Mitarbeitern, die sich ganz in den Dienst der Kirche Christi stellen wollen.

3. Das Problem unserer Zertrennung

Wenn wir diese weltweite Aufgabe ganz ernst nehmen, werden wir unwiderstehlich zur Neubesinnung über unsere Zertrennung genötigt. Können wir getrennt bleiben? Paulus schrieb den Bekehrten in Korinth, er könne ihnen keine feste Speise geben, da ihre Spaltungen zeigten, daß sie noch immer fleischlich gesinnt seien. Gott gibt Seine Gnade selbst getrennten Kirchen. Aber wir sind gewiß, daß Er noch größere Gaben bereit hat für eine Kirche, die nach Seinem Willen eins geworden ist. Das nachdrückliche Verlangen nach Einheit kommt besonders stark von den jungen Kirchen, während die älteren vorsichtige Zurückhaltung üben. Der Weg zur Einheit führt immer durch viele Schwierigkeiten. Aber die ökumenische Bewegung verliert ihre Kraft, wenn nicht alle beteiligten Kirchen ständig das Gebet Christi vor Augen haben, „daß sie alle eins seien, gleichwie Du Vater, in mir und ich in Dir; daß auch sie in uns eins seien, auf daß die Welt glaube, Du habest mich gesandt"; und wenn sie nicht bereit sind, gehorsam der Führung Gottes vorwärts zu gehen und die Einheit im Glauben, in der Gemeinschaft, am Tisch des Herrn und in vereinter Verkündigung des Wortes vom Leben, immer mehr zu verwirklichen.

V. „Dies ist die angenehme Zeit"

Je mehr wir die Evangelisationsaufgabe in ihrer ökumenischen Sicht gesehen haben, umso schwerer legte sich auf uns das Bewußtsein ihrer Dringlichkeit. Wir haben etwas vom Geist des apostolischen Zeitalters gespürt, in dem die Gläubigen „umhergingen", um das Wort zu predigen. Wenn es im Evangelium wirklich um Tod und Leben geht, erscheint es uns als ein untragbarer Gedanke, daß auch nur ein einziger Mensch in dieser Welt sein Leben leben sollte, ohne Gelegenheit gehabt zu haben, dies Evangelium zu hören und anzunehmen.

Es liegt nicht in Menschenmacht allein, eine neue Evangelisationsbewegung ins Leben zu rufen. Aber der Heilige Geist ist in Menschen und durch Menschen am Werk. Er hat schon in der Vergangenheit immer wieder die Kraft aus der Höhe belebt. Es ist unsere ernstliche Hoffnung und unser Gebet, daß Er auch heute ein machtvolles Werk tun und der Kirche von neuem

Weisheit und Kraft schenken wird, den Menschen die gute Botschaft von Jesus Christus recht zu verkünden. Wir freuen uns darüber, daß der Ökumenische Rat der Kirchen die Evangelisation in sein zukünftiges Arbeitsprogramm aufgenommen hat[1]). Schon jetzt sehen wir Zeichen der Erneuerung und jungen Lebens.

Heute, nicht morgen müssen wir handeln. Gott wartet nicht, bis wir vollkommen sind. Er ist bereit, auch sehr unvollkommene Werkzeuge zu benutzen. Entscheidend ist nur, daß die Werkzeuge zu seinem Gebrauch bereit stehen. Der Erfolg unserer Bemühungen steht nicht in unsern, sondern in Seinen Händen. Aber Er hat uns die Gewißheit gegeben, daß „an den Haushaltern nicht mehr gesucht werde, als daß sie treu erfunden werden." Wo aber solche Treue gefunden wird, da ist Er mächtig, „überschwänglich zu tun über alles, was wir bitten oder verstehen."

Anmerkung des Sektionsberichtes: In dieser kurzen Darstellung war es unmöglich, im einzelnen die neuen Probleme der Evangelisation, die gelöst werden müssen, und die neuen Arbeitsmethoden, die der Kirche heute zur Verfügung stehen, aufzuzeigen. Es bleibt ein weites Feld zur Forschung übrig, wie z. B. die Verwendung des Films, des Radios und des Fernsehens und die Anwendung allgemein anerkannter Grundsätze auf örtliche Verhältnisse. Wir erlauben uns, die Leser auf den Studienband unserer Sektion „Das Zeugnis der Kirche im Heilsplan Gottes" und auf den Bericht der Konferenz des Internationalen Missionsrates in Whitby „The Witness of a Revolutionary Church" und auf den gedruckten Band mit den auf dieser Konferenz gehaltenen Reden hinzuweisen. Dort werden die Grundsätze und ihre praktische Anwendung noch ausführlicher behandelt und aufgezeigt, wie die Kräfte Gottes in der heutigen Welt am Werk sind.

Anhang:

AUS DEN BERICHTEN DES KOMITEES IV: „ANLIEGEN DER KIRCHEN"

Das christliche Verhalten gegenüber den Juden[2])

(Von der Vollversammlung geprüft und den Kirchen zu ernster Erwägung und geeignetem Vorgehen empfohlen.)

Einführung.

Wenn wir zusammenkommen, um offenen Auges und bußfertig die Unordnung der Menschenwelt zu betrachten und miteinander Gottes ewigen Vorsatz für Seine Kirche aufs neue zu entdecken, dann wird uns unausweichlich die Frage nach dem chrtstlichen Verhalten gegenüber den Juden zu einem großen Anliegen. Es ist dies deshalb unser Anliegen, weil es zuerst ein Anliegen des uns in Christus offenbar gewordenen Gottes ist. Kein Volk in dieser Seiner Welt hat bitterer an der Unordnung der Menschenwelt gelitten als das jüdische. Wir können nicht vergessen, daß wir hier in einem Lande zusammentreten, aus dem 110 000 Juden ermordet wurden. Auch können wir nicht vergessen, daß wir nur fünf Jahre nach der Ausrottung von 6 Millionen Juden zusammenkommen. Gott hat uns mit den Juden in einer Solidarität besonderer Art verbunden, indem Er in Seinem Heilsplan unser beider Bestimmung miteinander verknüpfte. Wir rufen all unsere Kirchen dazu auf, diese Sache zu der ihrigen zu machen, wenn wir sie an den Ergebnissen unserer allzu kurzen Beschäftigung mit ihr teilnehmen lassen.

1. Der Auftrag an die Kirche, das Evangelium allen Menschen zu predigen

Alle unsere Kirchen stehen unter dem Auftrag unseres gemeinsamen Herrn: „Gehet hin in alle Welt und predigt das Evangelium aller Kreatur". Die Erfüllung dieses Auftrages fordert den Einschluß des jüdischen Volkes in unsere Aufgabe der Evangelisation.

2. Die besondere Bedeutung des jüdischen Volkes für den christlichen Glauben

Im Heilsplan Gottes hat Israel ein einzigartige Stellung. Es war Israel, mit dem Gott durch die Berufung Abrahams Seinen Bund schloß. Es war Israel, dem Er Seine Propheten mit der Botschaft von Gericht und Gnade sandte. Es war Israel, dem Er das Kommen Seines Messias verhieß. Durch die Geschichte Israels bereitete Gott die Krippe, in die Er den Erlöser der Menschheit, Jesus Christus, bettete, als die Zeit erfüllt war. Die Kirche empfing dies geistliche Erbe von Israel und steht deshalb unter der Verpflichtung, es im Licht des Kreuzes zurückzugeben. Wir haben deshalb den Juden in demütiger Überzeugung zu verkünden: „Der Messias, auf den ihr wartet, ist gekommen". Die Verheißung ist im Kommen Jesu Christi erfüllt.

Für viele ist das Weiterbestehen eines jüdischen Volkes, das Jesus Christus nicht anerkennt, ein Geheimnis, das seine einzig zureichende Erklärung in dem Vorsatz der unveränderlichen Treue und Barmherzigkeit Gottes findet (Röm. 11, 25—29).

3. Schranken, die überwunden werden müssen

Bevor unsere Kirchen hoffen dürfen, den Auftrag Gottes zu erfüllen, der uns von unserem Herrn gegeben wurde, müssen hohe Schranken überwunden werden. Wir müssen in aller Demut erkennen, daß wir es allzu oft unterlassen haben, unseren jüdischen Nächsten christliche Liebe zu beweisen oder auch nur den entschlossenen Willen zur gewöhnlichen sozialen Gerechtigkeit. Wir haben es unterlassen, mit ganzer Kraft gegen die uralte Unordnung in der Menschenwelt zu kämpfen, die sich im Antisemitismus darstellt. Die Kirchen haben in vergangenen Zeiten dazu geholfen, ein Bild des Juden als des alleinigen Feindes Christi entstehen zu lassen, das den Antisemitismus in der säkularen Welt gefördert hat. In vielen Ländern hat virulenter Antisemitismus noch immer eine bedrohliche Kraft, und in anderen Ländern sind die Juden mancher Entwürdigung ausgesetzt.

Wir rufen alle von uns vertretenen Kirchen dazu auf, den Antisemitismus, gleichviel welchen Ursprungs, als schlechterdings mit christlichem Bekenntnis und Leben unvereinbar zu verwerfen. Der Antisemitismus ist eine Sünde gegen Gott und Menschen.

Nur in dem Maße, in dem wir unseren jüdischen Nächsten den Beweis dafür geben, daß wir für sie das gleiche Recht und die gleiche Würde erstreben, die Gottes Wille für Seine Kinder sind, können wir ihnen in einer Weise begegnen, die es uns ermöglicht, mit ihnen das Beste zu teilen, das uns Gott in Christus gegeben hat.

---

1) Als Punkt 7 in Artikel III des ergänzten Verfassungsentwurfes.

2) Vgl. hierzu die bedeutende Arbeit „Ein Wort für Israel", die wir in der Herder-Korrespondenz 2. Jhg., Heft 9, Seite 425 abgedruckt haben.

4. Das christliche Zeugnis für das jüdische Volk

Ungeachtet der Universalität des Auftrages unseres Herrn und der Tatsache, daß die erste Mission der Kirche dem jüdischen Volke galt, haben unsere Kirchen, von seltenen Ausnahmen abgesehen, es nicht fertiggebracht, an dieser Missionsaufgabe festzuhalten. Die Verantwortung dafür darf nicht in so großem Umfang wie gegenwärtig freien Vereinigungen überlassen werden. Die Durchführung dieser Mission durch Sonderorgane hat oft die Bedeutung gehabt, daß die Juden zum Gegenstand einer besonderen missionarischen Aufmerksamkeit gemacht wurden, und zwar auch da, wo man sie sehr wohl in den Bereich des normalen Dienstes der Kirche hätte einschließen können. Sie hat in vielen Fällen auch bedeutet, daß die Neubekehrten in eine gesonderte religiöse Gemeinschaft hineingezwungen wurden, statt in die geordnete Mitgliedschaft der Kirche eingeschlossen und in ihr willkommen geheißen zu werden.

Da unsere Kirchen in dieser Weise versagt haben, müssen sie die Verantwortung für die Mission unter den Juden als normales Stück der Arbeit in der Pfarrgemeinde ansehen, besonders in den Ländern, wo die Juden zum Volksganzen gehören. Wo es keine bodenständige Kirche gibt, oder wo die bodenständige Kirche dieser Aufgabe nicht gewachsen ist, kann es nötig sein, einen besonderen missionarischen Dienst von anderen Ländern her einzurichten.

Angesichts des einzigartigen Erbes, das dem jüdischen Volke eigen ist, müssen die Kirchen für die Heranbildung zu dieser Aufgabe besonders ausgerüsteter Geistlicher Vorsorge treffen. Auch gilt es, für christliche Literatur zu sorgen, die das Evangelium den Juden verständlich macht.

Ebenso wichtig ist es, den Gliedern der Kirche klar zu machen, daß es kein überzeugenderes Mittel zur Gewinnung von Menschen für Christus gibt als die Ausstrahlung und die ansteckende Kraft sieghaften Lebens und das Ausströmen der Liebe Gottes in der persönlichen Berührung von Mensch zu Mensch. Wo das in echter christlicher, brüderlicher Gemeinschaft zum Ausdruck gelangt und erlebt wird, da wird die Kraft des Evangeliums empfunden. In solch einer Bruderschaft wird es zwischen den bekehrten Juden und anderen Gliedern der Kirche keinen Unterschied geben, da alle durch Jesus Christus derselben Kirche und Bruderschaft angehören. Aber der bekehrte Jude bedarf besonders zartfühlender Behandlung und der Aufnahme mit offenen Armen, gerade weil sein Eintritt in die Kirche oft einen tiefen und schmerzhaften Bruch mit seiner Familie und seinen Freunden zur Folge hat.

Bei der Arbeit des Wiederaufbaues und allem Hilfswerk dürfen die Kirchen die schwierige Lage der Christen jüdischer Herkunft nicht aus den Augen verlieren, weil sie in besonderer Weise zu leiden haben. Für sie muß in einer Weise gesorgt werden, daß sie erkennen, sie sind in der christlichen Bruderschaft nicht vergessen.

5. Das Staatwerden Israels

Wir sehen, daß die Schaffung des Staates „Israel" dem christlichen Ringen mit dem jüdischen Problem eine neue, politische Dimension verleiht und den Antisemitismus durch politische Befürchtungen und Feindseligkeiten zu komplizieren droht.

Wir maßen uns nicht an, ein Urteil über die politischen Seiten des Palästinaproblems und den verwickelten Gegensatz hier berührter „Rechte" abzugeben.

Welche Stellung man auch zu der Schaffung eines jüdischen Staates und zu dem hier in Frage stehenden „Recht" und „Unrecht" von Juden und Arabern, Judenchristen und arabischen Christen einnehmen mag — die Kirchen haben die strenge Pflicht, für eine Ordnung in Palästina zu beten und zu arbeiten, die so gerecht ist, wie das inmitten unserer menschlichen Unordnung nur sein kann; sie müssen nach Kräften unterschiedslos Hilfe für die Opfer dieses Krieges bereitstellen; sie müssen darum bemüht sein, die Nationen dahin zu beeinflussen, daß sie weit großherziger als bisher eine Zuflucht für „Displaced Persons" bereitstellen.

Empfehlungen

Wir schließen diesen Bericht mit den Empfehlungen ab, die sich aus unserer ersten, das Fragengebiet erkundenden Erörterung dieses „Anliegens" der Kirche ergeben.

Den Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates empfehlen wir, sie möchten zur Universalität des Auftrages unseres Herrn zurückzufinden suchen, indem sie das jüdische Volk in ihre evangelistische Arbeit einbeziehen;

sie möchten ihren Gliedern Mut machen, sich um brüderlichen Kontakt mit ihren jüdischen Nächsten, um ihr brüderliches Verständnis und um die Zusammenarbeit in Organen bemühen, die den Kampf gegen Mißverstehen und Vorurteil führen;

sie möchten bei der Missionsarbeit unter den Juden aufs peinlichste jede Art von unwürdigem Druck und unwürdiger Beeinflussung vermeiden;

sie möchten an die Heranbildung von Geistlichen denken, die recht darauf gerüstet sind, das Evangelium jüdischen Menschen verständlich zu machen und an die Beschaffung von Literatur, die bei diesem Dienst hilfreich sein kann.

Dem Ökumenischen Rat der Kirchen empfehlen wir, er wolle sorgfältig darüber nachdenken, wie er seine Mitgliedskirchen im Blick auf die Durchführung dieser Seite ihres Missionsauftrages am besten mobil machen und ihnen zur Seite stehen kann;

er wolle die Anregung des Internationalen Missionsrates, der Ökumenische Rat möge mit ihm eine gemeinsame Verantwortung für die christliche Arbeit an den Juden übernehmen, sorgfältig erwägen.

*

(Die Berichte der III. und IV. Sektion zur politischen Verantwortung der Kirchen folgen im Januarheft.)

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Die Herder-Korrespondenz betrachtet es als ihre Aufgabe, in den von ihr veröffentlichten Berichten, Meldungen und Dokumenten ein möglichst umfassendes Bild der bewegenden Kräfte der katholischen und darüber hinaus der gesamten christlichen Welt zu geben. Sie will damit natürlich ihren Lesern Anregungen, Klärungen, Anstöße für ihre eigene Arbeit und ihr eigenes Leben geben. Aber sie ist nicht Diskussionsorgan im eigentlichen Sinne.

Es hat sich trotzdem zu unserer großen Freude ergeben, daß uns aus unserem Leserkreis zahlreiche Stellungnahmen zu dem Inhalt der Hefte zugegangen sind, sodaß über viele Dinge ein Gespräch entstanden ist. Wir haben uns daher entschlossen, diesem Gespräch auch in den Heften einen Raum zu geben und solche Zuschriften, die etwas Förderliches zu den von uns aufgegriffenen Fragen beitragen, namentlich wenn sie von der Anwendbarkeit anderswo gefundener Lösungen in unserer konkreten Situation handeln, an dieser Stelle unter der Überschrift „Das Forum" zu veröffentlichen. Wir würden uns freuen, wenn viele Leser sich an dieser Ausspsrache beteiligten.

Die Schriftleitung.

Die Front des christlichen Gewissens

Sie haben in der Herder-Korrespondenz von jenen Auseinandersetzungen geschwiegen, die sich nicht nur in der kirchenfeindlichen Presse an die Osteransprache des Heiligen Vaters geknüpft haben, in der er mit einem Aufruf an das christliche Gewissen in den italienischen Wahlkampf eingegriffen hat. Ich denke z. B. an einen sehr heftigen Angriff gegen diese Ansprache, der in der auch von Ihnen oft zitierten französischen Zeitschrift „Esprit" erfolgt ist, und in der dem Papste dem Sinne nach vorgeworfen wurde, daß er mit seiner Warnung vor dem Kommunismus doch nur die Front der bewahrenden Kräfte der bürgerlich-kapitalistischen Welt stütze und vergesse, daß die Hinneigung breiter Schichten zum Kommunismus doch nur der Verzweiflung der Unterdrückten und Enterbten entstamme, in dieser Welt jemals Gerechtigkeit zu finden. Man dürfe aber niemals gegen den Kommunismus sprechen, ohne die Tatsache der Verweigerung der Gerechtigkeit auch durch die Christen dieser bürgerlich-kapitalistischen Welt zu erwähnen und zu verurteilen.

Nun ist ja zweifellos in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage die klare Stellungnahme des christlichen Gewissens gegen den Kommunismus damit belastet, daß diese Stellungnahme wie eine Option für den großen weltpolitischen Gegenspieler der Sowjets, den amerikanischen Kapitalismus, aussehen muß. Es ist sehr dankenswert, daß Sie in verschiedenen Berichten über die Auseinandersetzungen zur Haltung des Christen im Konflikt der Mächte immer wieder darauf hingewiesen haben, daß das eine falsche und unhaltbare Alternative ist. Eine letzte Klärung dieser Haltung scheint mir jedoch das in Ihrem Bericht über den Katholikentag auf S. 46 des Oktober/Novemberheftes angeführte Wort Pius' XII. zu sein, in dem er die „Front des christlichen Gewissens" als „von jenen Gesinnungen, Entschließungen und Taten gebildet" definiert, „in denen sich die katholischen Kräfte ihre Unabhängigkeit gegenüber den politischen Richtungen und Kräftegruppen wahren". Ich muß gestehen, daß ich diese Formulierung in der Namenstagsansprache überlesen hatte, oder daß ihr schweres Gewicht mir jedenfalls nicht aufgegangen war, und ich vermute, daß es vielen so gegangen ist, denn wie wäre es sonst möglich, daß ein so klares und klärendes, präzises und einprägsames Wort so wenig Widerhall gefunden hätte? Es gibt genau an, was die vom Papst beschworene „Stunde des christlichen Gewissens" bedeutet und ist die beste Widerlegung jeder übelwollenden oder einseitigen Interpretation dieses Ausspruches.

Es ist mir an diesem Beispiel jedoch aufgegangen, was die katholische Publizistik dadurch versäumt, daß sie auf eine Kommentierung und Auswertung der Äußerungen des Papstes zu den drängenden Fragen der Zeit in solchem Maße verzichtet, wie es in Deutschland festzustellen ist. In diesen Äußerungen geschieht ja etwas unendlich Bedeutsames: daß nämlich das Oberhaupt der Christenheit mit einer Energie und Kontinuität, wie wir sie seit langem in der Kirchengeschichte nicht mehr gekannt haben, das Richteramt der Kirche über die öffentlichen Dinge ausübt. Wie sehr könnte es die Wachheit der Christen zur Erfüllung ihrer Aufgaben und ihre Freiheit gegenüber der Verstricktheit des modernen Menschen in seine gesellschaftlichen Bedingtheiten stärken, wenn sie in einsichtiger Weise an dieser Verteidigung der Wahrheit gegenüber der wechselnden Taktik der Interessen teilnehmen könnten. Es ist schon fast ein Skandal, daß die katholischen Publizisten entweder noch nicht gemerkt haben, daß in den Äußerungen des Papstes etwas von höchster politischer Bedeutsamkeit geschieht oder daß sie in bestimmten Vorstellungen von der Ohnmacht des Geistes gegenüber den materiellen Machtfaktoren befangen, die Wirksamkeit der Behauptung der Wahrheit und der Grundsätze kleinmütig unterschätzen...

Dortmund *J. G. Lechner*

Wie kann man Heiligkeit darstellen?

Sie haben in Ihrer Julinummer ein „Bildnis" Bischof Kallers veröffentlicht. Mit tausend anderen begrüße ich den Gedanken, zum Todestag des Bischofs seiner zu gedenken, aufs lebhafteste. Ohne selber Bischof Kaller gekannt zu haben oder zu den ihm besonders Anvertrauten zu gehören, verehre ich ihn doch aufs tiefste auf Grund dessen, was ich von ihm weiß, und vielleicht vor allem auf Grund der ergreifenden Photographie, die kurz vor seinem Tode gemacht worden ist, die ich kenne.

Ich frage mich aber, ob Ihr „Bildnis" mir den richtigen Eindruck vermittelt haben würde, wenn ich nicht vorher schon von der ungewöhnlichen Reinheit und Schlichtheit seiner Persönlichkeit überzeugt gewesen wäre. Und da es so aussieht, als ob die Herder-Korrespondenz künftig überhaupt eine Rubrik „Bildnis" führen wolle, so scheint mir, daß sich hier einige prinzipielle Fragen erheben. Das „Bildnis" Bischof Kallers, das Sie uns zeigen, besteht aus einer Anzahl kleiner Züge und Beobachtungen, die für den, der ihn kannte von Angesicht zu Angesicht, die besondere Innerlichkeit oder Frömmigkeit seines Wesens zum Ausdruck brachten — die dies aber, mei-

ner Meinung nach, anderen gegenüber nicht vermögen. Denn an sich scheinen sie mir gar nicht so viel zu bedeuten. Der Bischof wollte arm bleiben, um die Not und das Leid seiner Herde zu teilen. Ich kenne viele, die ebenso jeglichen persönlichen Vorteil ausgeschlagen haben, weil es ihnen unerträglich wäre, ein leichteres Leben zu führen, während ihre Schicksalsgenossen im Elend verharren müssen. Der Bischof wollte nichts für sich, er wollte das, was er hatte, nur der anderen wegen, um geben zu können. Es gibt tausende, die mit spontaner Selbstverständlichkeit alles herzugeben imstande sind, um Not zu lindern. Und diese alle sind darum keine Heiligen, ganz abgesehen davon, daß sie vielleicht nicht einmal wissen, was Heiligkeit ist. Der Bischof blieb trotz seines Amtes immer der Bruder und Diener seiner Mitmenschen. Es gibt andere Große, z. B. Künstler, die trotz ihres Weltruhms das gleiche tun; sie sind keine Heiligen. Darum scheint mir in dem Bericht von solchen kleinen Zügen eben nicht das Wesen eines wirklich heiligen Mannes erfaßt werden zu können. Oder müssen wir als Christen wirklich schon den bewundern, von dem man sagen kann: „Er konnte sündigen und sündigte nicht, Böses tun und tat es nicht?" Denn der, der dem Bischof skeptisch gegenüberstehen sollte oder überhaupt nichts von ihm weiß, kann nach diesem Bericht nur den Eindruck gewinnen, daß die Tugend Bischof Kallers darin bestand, daß er den vielen Versuchungen seines Standes und seiner Zeit nicht zum Opfer gefallen ist.

Um das Pfarrprinzip

Sie berichteten in Heft 1/2 des 3. Jahrganges (Oktober-November 1948) über einen Aufsatz von O. v. Nell-Breuning SJ: Das Pfarrprinzip in Kirchenrecht und Seelsorge. Wenn damit das letzte Wort in dieser Sache gesprochen wäre, wenn also das Kirchenrecht den einzigen Maßstab zur Beurteilung der Pfarrei darstellte, müßte man sagen: Die Seelsorge ist in den letzten zwanzig Jahren auf Irrwegen gewandelt; denn die Idee einer verpflichtenden Pfarrfamilie war einer der wesentlichsten Impulse der liturgischen und seelsorglichen Erneuerungsbewegung, und die Verantwortung für die Pfarrgemeinde war eines der großen Motive, wodurch die Aktivität der Laien geweckt wurde.

Ich glaube, daß die Meinung Nell-Breunings, schon ehe seine Gedanken veröffentlicht wurden, eine treffliche Ergänzung gefunden hat in einem kleinen Aufsatz von Professor Josef Höffner, Trier, über das „Pfarrprinzip", der in der Trierer Theologischen Zeitschrift, 2. Heft, 56. Jhg. (Februar 1947) veröffentlicht ist. Höffner sagt mit Recht, man dürfe es nicht so darstellen, als habe das Kirchenrecht die Funktion der Pfarrei in der Kirche erschöpfend behandelt. Die Pfarrei, oder sagen wir lieber mit unzähligen bischöflichen und priesterlichen Kanzelrednern die „Pfarrgemeinde", ist da, auch wenn sie nach Nell-Breuning nicht existiert! Schon dies darf als Beweis dafür gelten, daß das Kirchenrecht hier nicht allein zuständig ist. Die Pfarrei ist auch nicht nur ein räumlich begrenzter Teil des Bistums. Weit mehr! Sie ist, wenigstens seit einigen Jahrzehnten, aus inneren, religiösen Kräften entdeckt und erweckt worden als die wesentliche Form, in der „Kirche" konkret gegeben ist: als Gemeinschaft an jedem einzelnen Ort der Erde. Sie ist eine echte „Seelsorge-Einheit", d. h. ein Funktionsgebilde in der Gesamtkirche, im Reiche Gottes, im mystischen Leibe des Herrn. In ihr ist dieser Leib hier und an diesem Orte vornehmlich sichtbar! Freilich darf sie nicht losgelöst vom Bistum betrachtet werden, sie ist immer und in jeder ihrer Lebensäußerungen ein Teil des Bistums, aber ein gegliederter Teil, eine Gemeinschaft, ein Ordnungsgefüge. Zu diesem Gefüge gehören auch gewiß nicht nur die „frommen Schäflein", die sich freiwillig am Pfarrleben beteiligen, sondern alle Gemeindemitglieder. Der Codex Iuris Canonici verpflichtet zwar nicht, aber er mahnt doch zu solcher Beteiligung, und das zeigt die Tendenz und das Ideal, dem die Kirche zustrebt. Wie sollte sich auch der Gemeindegedanke, von dem die Briefe der Apostel erfüllt sind, konkret verwirklichen, wenn nicht in der Pfarrgemeinde?

Die Pfarrei stellt das einigende Band sowohl zwischen den einzelnen Christen wie zwischen den besonderen christlichen Vereinen und Vereinigungen her; sie ist unter ihnen allen die einzige objektiv gegebene Form kirchlicher Gemeinschaft; alle übrigen kommen zustande durch das Zusammentreffen wesentlich subjektiver Bedürfnisse oder Veranlagungen und haben deshalb durchweg etwas Subjektives und in hohem Maße Zeitgebundenes an sich.

Man wird nicht so einseitig sein, jede Art außer- oder überpfarrlicher Seelsorge und Vergemeinschaftung abzuweisen, aber man wird ebenso darauf zu achten haben, daß die Pfarrei nicht nur als Sammelbecken derer übrig bleibt, die so durchschnittlich sind, daß sie in keine „Elite" und in keine „spezielle Seelsorgsgemeinschaft" hineinpassen. Die Diözese, wenn sie nicht in einer lebendigen Pfarrgemeinde am Orte repräsentiert und aktualisiert wird, dürfte vom einzelnen Gläubigen her schwerlich als lebendiger Organismus empfunden werden; er wird vielmehr in ihr in erster Linie ein kirchengeographisches Gebilde und in zweiter Linie eine verwaltungsrechtliche Institution, eine „Kirchenbehörde" erblicken, worin er ja zudem dadurch bestärkt wird, daß die Organe des Bischofs in vielen Gegenden dies grausam kalte Wort mit Vorliebe gebrauchen.

Eine seelsorgliche Entwicklung, die von der Pfarrgemeinde als dem objektiven Mittelpunkt kirchlichen Daseins an Ort und Stelle absehen würde, die sich also in der Linie bewegen würde, welche von Nell-Breuning, wenn ich ihn recht verstehe, durch das Kirchenrecht gestützt findet, könnte zu einem Ergebnis führen, das wir gerade vermeiden wollen: zu einer mindestens erlebnismäßigen Unterscheidung zwischen der „Rechtskirche", vertreten durch die „kirchliche Oberbehörde" und ihren örtlichen Delegierten, den Pfarrer, einerseits und den einzelnen Christen und ihren subjektiven oder milieubedingten Gruppen und Vereinigungen andererseits. Die Untersuchung Nell-Breunings kann als ein Laissez-passer für alle gelten, welche sich von der Pfarrgemeinde distanzieren wollen. Denn „es gibt ja im katholischen Kirchenrecht keine Pfarrgemeinde" und es gibt, außer für Taufe, Trauung und Begräbnis auch keine rechtliche Verpflichtung, den Pfarrer zu beanspruchen.

Ich wäre dankbar, wenn diese Zeilen die Berufenen anregen wollten, sich zu diesem Thema sachverständig zu äußern.

Frankfurt a. M. *Adalbert Oster.*

Der eschatologische Gedanke in der Zeitkritik

Das in Ihrer Oktober/November-Nummer wiedergegebene Referat Pastor Niemöllers auf der Amsterdamer Tagung hat mich besonders interessiert. Ich war überrascht, meine ganz persönlichen Gedankengänge, um nicht zu sagen: Befürchtungen, in dieser Hinsicht gerade von einem Vertreter des Protestantismus so offen ausgesprochen zu finden. Es ist schade und bedauerlich, daß der Mainzer Katholikentag kein solches Referat, welches wirklich einmal eine eindeutige Stellungnahme zur heutigen Weltlage gewesen wäre, aufzuweisen hatte. Richtig dargelegt, hätte bestimmt keine Gefahr bestanden, daß man eine pessimistische Weltuntergangsstimmung hervorgerufen hätte. Im Gegenteil würde dieser Blick in diese Situation unseres Jahrhunderts erst recht eine erhöhte Aktivität zur Rettung so vieler Menschen als nur irgend möglich aus dem Strudel des allgemeinen Nieder- und Untergangs erfordern. Oder sollten nur gewisse Sekten das Privileg haben, von Dingen zu sprechen, die Christus eindeutig vorausgesagt hat?

Saarbrücken *L. M.*

Die seelische Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Ägypten

Die Darstellung der religiösen Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich in Heft 11/48 dieser Zeitschrift gibt mir Anlaß, einiges über die Eindrücke zu berichten, die ich beim Besuch der deutschen Kriegsgefangenen in Ägypten und der Cyrenaika im Frühjahr und Sommer 1948 empfangen habe. Freilich bin ich nicht Theologe, und meine Beobachtungen sind mehr allgemeiner Art und in Bezug auf die religiöse Lage denen des P. von Tattenbach SJ in Frankreich nicht gleichzuwerten.

Die englische Regierung hatte die deutsche Arbeitsverwaltung der britischen Zone eingeladen, zwei Vertreter für eine Rundreise durch die Kriegsgefangenenlager des Mittleren Ostens zur Verfügung zu stellen, die dort über Heimkehr- und Berufsfragen berichten und Auskunft erteilen sollten. So kam ich Ende April nach einem Flug von London nach Kairo in die sogenannte Kanalzone und im Juli in die Cyrenaika. Auf dieser Rundreise habe ich 27 Lager besucht und vor etwa 8000 Kriegsgefangenen gesprochen, etwa 450 in Einzelbesprechungen bei mir gehabt und mit zahlreichen Kriegsgefangenen im Zufallsgespräch mich unterhalten können.

Im Mittleren Osten — Ägypten, Cyrenaika, Tripolis, Cypern und Griechenland — waren etwa 110 000 deutsche Kriegsgefangene. Zur Zeit meiner Ankunft im April 1948 waren noch 53 000 dort, zur Zeit meiner Abreise Ende August noch 23 000, und zwar nur noch in Ägypten und der Cyrenaika. Bis auf einen geringen Rest freiwilliger Zivilarbeiter war die Rückkehr bis Mitte Oktober beendet. Der weitaus größte Teil der Kriegsgefangenen befand sich in der sogenannten Kanalzone entlang dem Suezkanal und im Wüstengebiet westlich von diesem. Sie bildeten sozusagen den Troß und das Begleitpersonal für britische Einheiten und Depots, die auf Grund eines ägyptisch-englischen Staatsvertrages zum Schutz des Suezkanals dort liegen. Alle Arten von Reparaturen, Kraftfahrbetrieben, Barackenbau, Dienste als Köche und Kellner oder in Schreibstuben und Lägern — das war die Tätigkeit unserer Kriegsgefangenen.

Schon wenige Tage in der Kanalzone genügten, um mir ein ziemlich erschütterndes Bild von der seelischen Lage unserer Kriegsgefangenen in Ägypten zu vermitteln. Braunes Gesicht und körperliche Gesundheit, aber eine seelische Verfassung voller Gereiztheit und Unruhe, dazu oft voll Stumpfheit und Trägheit, oft verstrickt in eine hilflose Sucht, den „Schuldigen" ausfindig zu machen für ihre Lage, für die Lage Deutschlands, für die in Deutschland gemachten Fehler. Oft schien es, als sei in der Masse die Fähigkeit zu ruhigem, objektivem Denken fast ganz erstorben. Wie hatte es zu diesem Ergebnis kommen können? Mancherlei Ursachen haben beigetragen. Vorweg muß gesagt werden: die ich noch antraf, waren zum größten Teil Jugendliche zwischen 20 und 30 Jahren, die älteren waren zum größten Teil bis zum Frühjahr 1948 repatriiert worden. Immerhin, ich sprach auch noch etwa mit Männern, die ihr 6 Jahre altes Kind daheim noch nicht gesehen hatten. Aber vorherrschend war der Typ der jungen Menschen, die bei Kriegsbeginn junge Männer und 1933 noch Jungen waren. Beispielhaft etwa der junge Mann, der bei Kriegsbeginn mit 17 Soldat wurde, nun 9 Jahre die Uniform trug und in diesen 9 Jahren nur ganze 50 Tage seine Eltern gesehen hatte, die er im übrigen nun nach Rückkehr in die „Heimat" nicht mehr wiederfindet — in Ostpreußen auf der Flucht umgekommen. Soll man von einem solchen Menschen ruhige Einsicht und einwandfreie Haltung erwarten?

Im Herbst 1945 begann in den dortigen Gefangenenlagern die „politische Sichtung". Die Gefangenen sollten eingereiht werden in Gruppen A = Antifaschisten, B = politisch Harmlose und C = nazistisch Verseuchte. Bei dem ersten „Screening" waren zahlreiche „zuverlässige" Antifaschisten als Prüfer tätig. Aber offenbar waren viele Böcke als Gärtner eingesetzt, so etwa Überläufer, die durchaus nicht aus ideellen Gründen gehandelt hatten. Wer auf die Frage, warum er nicht übergelaufen sei, eine, je nach Temperament, passende oder pampige Antwort gab, war ein klarer Fall für Gruppe C! Später, im Jahre 1946, wurde das Screening wiederholt, man hatte wohl gemerkt, daß es so nicht ging. Da gab es nun wieder Zusammenstöße mit denen, die nicht vergessen hatten, was man ihrem Ehrgefühl beim ersten Male angetan. Im weiteren Verlauf verlor das C an Bedeutung. Aber was da zerstört worden war, wahrscheinlich mehr aus Unkenntnis als aus bösem Willen, ist nicht wieder gutzumachen. Wie es unter diesen Umständen nicht anders sein konnte, haben auch dort lange Zeit hindurch alle trüben Kräfte die Oberhand gehabt, bis man allmählich zu einer einigermaßen geordneten Kameradschaft zurückfand.

Der politischen Überprüfung folgte die re-education, teils von Engländern, teils von Emigranten betrieben. Neben einigen wertvollen Kräften, die ihre Aufgabe aus echter Menschlichkeit sahen und anfaßten, scheinen in der Mehrzahl solche tätig gewesen zu sein, die weniger von der Liebe für eine bessere Zukunft als vom Haß gegen eine schlechte Vergangenheit beseelt waren. Auch sie mußten naturgemäß scheitern vor Menschen, die zum größten Teil Kinder waren, als Hitler an die Macht kam.

Die Länge der Gefangenschaft war dazu angetan, die Mehrzahl innerlich immer mehr mürbe zu machen. Welcher aufbauende Gedanke sollte in einem Kreise von

Menschen wirken können, die von Jahr zu Jahr keinen Ausweg aus der Bedrückung der Unfreiheit sahen?
Hinzu kam die Eintönigkeit des Lebens in einsamen Lagern in der Wüste. Kein Zivilist zu sehen, niemals ein Ausgleich der Spannungen, wie er sicher manchem Gefangenen in England durch gelegentliche Fühlungnahme mit Zivilbevölkerung zuteil wurde; immer nur Kommißbetrieb und Stacheldrahtmilieu.
Die Arbeit wurde lange Zeit durchschnittlich mit 2, 4, später dann mit 4,8 Piaster pro Tag — von einigen höher bezahlten Arbeiten abgesehen — entlohnt. Als Vergleich: ein Bier in der Kantine kostete 5—7 Piaster. So hatten die Kriegsgefangenen das Gefühl, eher Zwangsarbeiter als Kriegsgefangene zu sein. Durchweg habe ich ihre Arbeit als zuverlässig anerkannt gehört.
Am meisten schien aber die seelische Lage ungünstig beeinflußt zu sein durch die Ungewißheit über die Lebensentwicklung in der Heimat. Briefe aus Deutschland brachten zumeist Klagen und vielfach Bitten um Beschaffung von Mangelwaren, aber wohl selten ein umfassendes Bild der Lage. Es ist erstaunlich, wie schwer es ist, allein aus Briefen, Rundfunkmeldungen und — meist sehr veralteten — Zeitungen sich einen wirklichen Überblick zu verschaffen. Wir wissen das, wenn wir uns nur vorstellen, wie schwer wir ein zuverlässiges Bild vom Leben etwa in Berlin oder in bestimmten Bezirken anderer Zonen gewinnen können. Ich bin — aus Hannover kommend — im Sommer 1948 in Ägypten dreimal von durchaus vernünftigen und intelligenten Hannoveranern gefragt worden, ob in Hannover die Straßenbahn wieder im Betrieb sei! So unklar war das Bild der Heimat selbst in den einfachsten Fragen des äußeren Lebens, um wieviel mehr in allem, was an Schwierigkeiten und Nöten, an Problemen und Sorgen auf dem deutschen Leben lastet. So traf ich auf allzuviele, die wirklich „um den Schlaf gebracht" waren, wenn ihre Gedanken das wirre Durcheinander zu ordnen versuchten, das sich aus ihren Vorstellungen, Gedanken und Sehnsüchten als Bild des unbekannten Deutschland von heute ergab. Da waren allzuviele, die „fertig" waren: sie hatten keine Hoffnung und keinen Glauben mehr, haßten die Engländer, haßten die Russen und wußten mit dem Begriff „Deutschland" nichts mehr anzufangen.
Gewiß geschah vieles, um dieser Entwicklung vorzubeugen. Sport und Theatervorführungen auf hohem Niveau sind zu erwähnen, auch mancher natürliche Ausgleich in der Liebe zu Blumen, wo Anpflanzungsmöglichkeiten bestanden, und zu kleinen Haustieren, die sich fürsorglicher Liebe erfreuen konnten. Gute Büchereien boten geistige Anregung, Unterrichts- und Vortragswesen waren vielfach gut entwickelt. Was das religiöse Leben anbelangt, so glaube ich, das für den Mittleren Osten bestätigen zu müssen, was P. von Tattenbach zur religiösen Lage der Kriegsgefangenen in Frankreich gesagt hat (Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 11, S. 508), daß nämlich die kleine Gruppe der wahrhaft Gläubigen durch die Gefangenschaft gewinnt, daß aber die Masse durch die Störung des natürlichen seelischen Lebens abstumpft. So war die Wirkungsmöglichkeit der Lagergeistlichen — durchwegs selbst Kriegsgefangene — auf den Kreis der wirklich Gläubigen begrenzt. Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, daß die Theologiestudenten beider Konfessionen in einem Lager zusammengezogen waren und dort — unter Befreiung von anderer Arbeit — ihre Studien fortführen konnten. Ich hatte die unerwartete Freude, am 1. Mai in der Garnisonkirche von Fayid am Bittersee der Priesterweihe eines schlesischen Theologen durch den Bischof von Heliopolis bei Kairo und tags darauf seiner Primizmesse im Camp 380 beiwohnen zu können, die sich zu einem Gemeinschaftsfest für die katholischen Gefangenen aus den umliegenden Lagern gestaltete.
So war die Situation, als ich meine Rundreise durch die Lager begann. Zuerst mußte fast überall eine Schicht des Mißtrauens durchstoßen werden. Denn es schien den meisten Gefangenen kaum faßbar, daß da, mehr als drei Jahre nach Ende der Kampfhandlungen, ein Deutscher aus Deutschland, kein Emigrant, zu ihnen gekommen sein sollte; mußte er nicht, wenn er wirklich aus Deutschland kam, im englischen Solde stehen oder — im besten Falle — ein Parteibonze sein, auf jeden Fall aber einer, der sie wieder einmal „schulen" oder ihnen beweisen wollte, daß früher alles Verbrechen, jetzt aber alles herrlich sei?
Meine Aufgabe war mit einem Male eine ganz andere geworden. Mit Fachwissen und trockenen Darstellungen war hier nichts zu gewinnen. Ich war, ob ich wollte oder nicht, schlechthin der Vertreter des heutigen Deutschland und zwar sein Vertreter vor den Söhnen der Heimat, die sich vergessen und verloren wähnten, und die nun mit scharfem Ohr auf den Klang hörten, der da aus Deutschland zu ihnen herüberklang. So mußte ich in jedem Lager am ersten Abend einen Vortrag ansetzen, um erst am zweiten Tage in Einzelbesprechungen die persönlichen Sorgen entgegenzunehmen. In dem Vortrag aber galt es zunächst, das Vertrauen zu gewinnen. War das gewonnen, dann freilich gab es kein Halten mehr, und ein Strom von Fragen über alles, was mit dem deutschen Leben und der deutschen Not von heute zusammenhängt, rauschte auf. Bald wußte ich, was unsere Gefangenen zumeist bedrückte, und bald war infolge der Fülle der Fragen der Vortrag unter drei Stunden kaum zu beenden. Ich habe es erlebt, daß mehrere hundert wegen Mangel an Bänken drei Stunden stehend zugehört haben, ohne daß einer wegging, und ich glaube, sie hätten auch noch eine vierte Stunde zugehört. Denn nun war endlich einmal Deutschland bei ihnen!
Was die Leser gerade dieser Zeitschrift interessieren wird, ist dies: so betrüblich die seelische Lage und so klein der Kreis derer war, die aus echter Gläubigkeit ihrem Opferleben dort einen Sinn zu geben wußten, so unerwartet aufnahmebereit fand ich doch auch wieder die „Masse", die schließlich als Zuhörer vor mir war — der Zustrom zu dem ersten Vortrag eines direkt aus Deutschland Gekommenen war durchweg sehr groß und erfaßte oft 80—90% der im Lager Anwesenden — auch für jedes ernste, ja auch oft ganz bewußt in Beziehung zum Religiösen gesetzte Wort zu der heutigen Lage Deutschlands und der Menschheit. Da war etwa zu sprechen vom Hunger und davon, daß wir früher nicht recht begreifen konnten, warum wir täglich neu den Vater im Himmel bitten sollten um das tägliche Brot, während heute hinter dieser Bitte eine Realität von schrecklicher Größe steht. Oder es war etwas zu sagen zu der Not der Heimatvertriebenen — es saßen ja auch vor mir solche, die heimkehren in ihre vertraute Ordnung und solche, die ihre Angehörigen wiederfinden werden in Armut und Verelendung — und es mußte dabei erinnert werden, daß nicht die Behörden diese Aufgabe meistern

werden, sondern daß es hier um Aufgaben geht, die dem ganzen Volk und jedem einzelnen gestellt sind und in denen jeder angerufen ist im Gewissen, das ihm Gott gegeben hat. Oder sie wollten hören, wie es um die deutsche Frau und das deutsche Mädchen stünde. Und man mußte ihnen sagen, eine wie große Sünde die Verallgemeinerung sei, und daß es „die Frau" sowenig gäbe wie „den Mann" oder „den Deutschen" oder „den Engländer", und daß erst einmal das Hohe Lied der deutschen Frau der Kriegs- und Nachkriegszeit wird gesungen werden müssen, die in den Jahren, in denen die Gefangenen von der Heimat fern sind, um das Doppelte der Jahre alterte, weil sie sorgte und kämpfte und litt um ihre Kinder, und wie oft in der Einsamkeit des Verlassenseins. Dann konnte man den jungen Menschen aber auch sagen, daß alles Klagen und Anklagen sinnlos ist, sondern daß es allein auf eines ankomme: daß sie selbst, einmal heimgekehrt, zur Ordnung ständen und gegen die Unordnung; täten sie das, würden sie auch deutsche Mädchen finden, die den gleichen Weg mit ihnen gehen wollten. Und sprach man zu ihnen über das politische Leben, dann konnte man ihnen ebenso sagen, daß es in dem wilden Auf und Ab, in dem Ringen der guten und unguten Kräfte nicht darauf ankäme, oberflächlich und hemmungslos anzuklagen, sondern allein darauf, die guten Kräfte zu stärken.

Und ging es dann um die Liebe zum Vaterland, dann verstanden sie es wohl, wenn man ihnen sagte, daß es leicht sei, das Vaterland zu lieben in Tagen des Glanzes und beim Rauschen der Fahnen, aber schwer, diese Liebe hinüberzutragen in die Zeiten der Not und der Verelendung, in denen man die ganze Wirklichkeit mit allem, was traurig und finster darin ist, umfassen muß mit seiner Vaterlandsliebe, die auch ein Gottesgebot ist, dem Menschen ins Herz gepflanzt. Dann hörten sie auf, und auch alle blieben still, die zum Vortrag gekommen waren mit dem Vorsatz, ordentlich zwischenzuschlagen, wenn die wehen und wunden Gefühle verletzt würden, die sie, oft ihnen unbewußt, erfüllten.

An manchen Abenden habe ich zum Schluß gesprochen vom Gesetz vom Berge Sinai, von Maria auf der Flucht nach Ägypten, vom Simon von Cyrene, um ihnen zu zeigen, daß nicht unsere Zeit allein, in der die grausigen Früchte des Verrates am Gesetz vom Sinai gereift sind, in der unsere Frauen das Geheiß empfingen: steh auf, nimm dein Kind und flieh, und in der die Menschen für die Menschen die Kreuze aufrichten, Not und Furcht erfahren hat. Von solchen Gedanken ließ sich dann der Übergang finden zu dem Abschiedswunsch, den auszusprechen dort fast ein Wagnis schien: daß sie beim Betreten des Repatriierungsschiffes hinter sich werfen sollten alle Verbitterung, die sich in ihnen angesammelt hat, daß sie im Rückblick auf das Vergangene Raum geben sollten dem Gedanken: in wieviel Not hat nicht der gnädige Gott über dir Flügel gebreitet! Nur so, sagte ich ihnen, wenn es ihnen gelänge, aus der Größe des Herzens zu schauen auf das, was hinter ihnen läge, sich abzuwenden von Haß und Vergeltung, aus denen noch niemals Glück erwachsen sei, könnten sie auch in ihrem Herzen die Heimat wiederfinden und bekennen wie einer ihrer Kameraden, der nach der Rückkehr geschrieben hatte: „Hier ist es knapp mit Zigaretten und Lebensmitteln, und hier ist manches nicht schön und vieles, über das man sich ärgern muß. Aber was ist das alles gegenüber dem Glück, wieder in Deutschland zu sein!"

Niemals habe ich Widerspruch gefunden oder ein abweisendes Lachen gehört oder ein überhebliches Lächeln gesehen, wenn ich unseren Gefangenen so oder ähnlich versuchte, eine Brücke des Herzens zu ihrer Heimkehr zu bauen, über der so viele Schatten der Sorge und der Bitterkeit oder der Furcht zu liegen schienen. Und wenn ich am Tage darauf wieder ins Lager kam, um in Einzelsprechstunden die persönlichen Sorgen zu besprechen, hat sich stets mein Eindruck vom Abend vorher verstärkt: manche hatten sich wohl gewundert, sie hatten eben einen Bonzen aus Deutschland erwartet. Aber nirgends wurde eine Ablehnung laut gegen den Versuch, aus christlicher Schau die Dinge zu sehen. Daraus sollen keine übertriebenen Hoffnungen hergeleitet werden. Auch vermag ich mir kein Urteil darüber zu erlauben. welche Tiefenwirkung aus diesem kurzen Zusammentreffen mit christlicher Betrachtung an den folgenden Tagen in den Diskussionen über den Vortrag in den Wohnzelten, an den Arbeitsstätten, in der Kantine sich ergeben haben mag. Aber daß ein christlicher Gedanke auch vor hunderten von jungen Menschen ausgesprochen werden kann, unter denen nur wenige bewußt christlich sind, und daß er aufgenommen und nicht abgelehnt wird, das ist mir in jenen Tagen, in denen ich ungewollt zum Wanderprediger für das arme Deutschland von heute wurde, ganz deutlich geworden.

Großlafferde über Peine *Dr. Herbert Leder.*

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

ANCEL, Alfred. *Evolution d'une oeuvre de formation religieuse en rapport avec l'évolution des milieux. Transformation de l'oeuvre de première communion du Prado.* In: Lumen Vitae Bd. 3 Nr. 3 (Juli/Sept. 1948) S. 435—452.
Verfasser der Generalobere der Priestergemeinschaft des Prado und Weihbischof von Lyon. Die zeitgemäßen Wandlungen des Erstkommunionwerks des Prados.

ARNOLD, Franz. *Renouveau de la prédication dogmatique et de la catechèse.* In: Lumen Vitae Bd. 3 Nr. 3 (Juli/Sept. 1948) S. 510—518.
Verfasser der Dekan der Tübinger katholisch-theologischen Fakultät. Entwicklung der Verkündigung in Predigt und Katechese von der Aufklärung bis heute.

BARBEL, Joseph. *Die Patrologie im französischen Sprachgebiet in der Kriegs- und Nachkriegszeit.* In: Trierer theologische Zeitschrift Jhg. 57 Heft 9/10 (Sept./Okt. 1948) S. 307—310.
Übersicht über die in der Zeit 1940—47 entstandenen französischen Neuausgaben, Übersetzungen, wissenschaftlichen Würdigungen einzelner Lehren und Persönlichkeiten aus der Väterzeit.

BERNHART, Joseph. *Chaos und Dämonie.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 1 (Okt. 1948) S. 17—36.
Das Theodizee-Problem vom Bösen wird hier aufgegriffen, wobei die Begriffe „Chaos" und „Dämonie" eine über die Logosphilosophie hinausgehende Erweiterung in den Bereich des „Irrationalen" erfahren.

COPPENS, Joseph. *Les harmonies des deux Testaments. En étudiant les divers sens des Ecritures.* In: Nouvelle Revue Théologique Bd. 70 Nr. 8 (Sept./Okt. 1948) S. 794 bis 810 (Forts. folgt).
Verfasser Professor in Löwen. Die Notwendigkeit, über den Wortsinn der Schrift hinaus zu einem „sens plénier" fortzuschreiten.

FILTHAUT, E., OP. *Pädagogische Gedanken zum päpstlichen Rundschreiben über die hl. Liturgie.* In: Pädagogische Welt Jhg. 2 Heft 9 (Sept 1948).
Die pädagogischen Richtlinien, die sich aus dem Rundschreiben Mediator Dei ergeben.

JUNKER, Hubert. *Ein neuer Weg in der alttestamentlichen Forschung.* In: Trierer theologische Zeitschrift Jhg. 57 Heft 9/10 (Sept./Okt. 1948) S. 257—266.
Die historiographischen Grundlagen der alttestamentlichen Forschung werden an Hand einer scharfen Kritik der „radikaldialektischen" Betrachtungsweise Fritz Hellings erörtert.

KOCH-MEHRIN. *Die Stellung des Christen zum Staat nach Röm. 13 und Apok. 13.* In: Evangelische Theologie Jhg. 2 Heft 11/12 (Mai/Juni 1948) S. 378—401.
Versuch, die in der christlichen Staatsauffassung möglichen positiven und negativen Stellungnahmen zur weltlichen Obrigkeit durch eine vermittelnde Interpretation zu verbinden.

LEWIS, C. S. *Difficulties in Presenting the Christian Faith to Modern Unbelievers.* In Lumen Vitae Bd. 3 Nr. 3 (Juli/Sept. 1948) S. 421—426.
Der meistgelesene christliche Apologet Englands. Professor in Oxford (Anglikaner). Berichtet über Erfahrungen in der englischen Luftwaffe.

ROLIN, Jean. *Le Pentothal, drogue de l'aveu.* In: Etudes Bd. 259 (Okt./Dez. 1948) S. 3—21.
Das Geheimnis der Droge, die auch unterbewußte Hemmungen beseitigt und zur Preisgabe jeden Geheimnisses zwingt. Eine Frage an die Moraltheologie.

STEFFES, I. P. *Existenzielles Denken.* In: Theologische Revue Jhg. 44 Heft 1.
Das katholische Denken steht in Gefahr, „über der starken Objekt-Betonung die subjektive Existenz nicht genügend zu beachten". Es sollen also von der Existenzphilosophie Anregungen aufgenommen werden.

TAUBE, Otto Freiherr von. *Die Zukunft Israels in christlicher Sicht.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 1 (Okt. 1948) S. 38—56.
Für eine nicht spiritualistische Interpretation der Verheißungen für das jüdische Volk, um dem Zionismus einen religiösen Sinn zu geben.

WAGNER - SIMON, Therese. *Sören Kierkegaard.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 6 (Sept. 1948) S. 505 bis 517.
Darstellung vornehmlich der Seite des dänischen Denkers, die von der Kritik an der christlichen Kirche bestimmt wird.

WURM, Theophil. *Feindesliebe.* In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 3 (Sept. 1948) S. 171—181.
Möglichkeiten einer Überwindung des Vergeltungsdranges aus den Geboten des Neuen Testamentes.

Heilige Teufel? In: Neue Wege Jhg. 42 Heft 10 (Okt. 1948) S. 452—456.
Versuch, aus christlicher Moral die eigentümliche Wachstumssymbiose von Gutem und Bösem, von Heiligkeit und Dämonie zu verstehen.

La liturgie des malades. In: La Maison-Dieu Heft 15 S. 8—176.
Bericht über die Tagung des Centre de Pastorale Liturgique in Vanves vom 7. 9. 1948. Umfaßt das Gesamtgebiet der Krankenseelsorge.

Rapport sur la vie religieuse à C... V... In Masses Ouvrières 4. Jhg. Nr. 37 (Okt. 1948) S. 71—96.
Eine sorgfältig belegte Studie über die Entwicklung des religiösen Lebens in einer französischen Arbeitergemeinde von 1886—1948.

Philosophie

BERNHARD, Jean. *La fécondation artificielle et le contrat de mariage.* In: Nouvelle Revue Théologique Bd. 70 Nr. 8 (Sept./Okt. 1948) S. 846—853.
Verfasser Anwalt am Offizialat in Paris. Inwieweit ist künstliche Befruchtung vereinbar mit der Natur der Ehe?

BOLLNOW, Otto Friedrich. *Gabriel Marcel.* In: Die Sammlung Jhg. 3 Heft 9 (Sept. 1948) S. 549—562.
Der christliche Existenzialismus als eine auf das Mysterium gegründete Ontologie.

GEBSATTEL, V. E. Freiherr von. *Zur Psychopathologie der Sucht.* In: Studium generale Jhg. 1 Heft 5 (August 1948) S. 258—265.
Psychopathologisch - phänomenologische Untersuchung, die den „existentiellen Sinn des Lasters" fixieren will. Der Verfasser gibt die medizinische Perspektive des „gefallenen" Menschen.

HARTMANN, Nicolai. *Ziele und Wege der Kategorialanalyse.* In: Zeitschrift für philosophische Forschung Bd. 2 Heft 4 S. 499—536.
Auf dem Philosophenkongreß in Garmisch-Partenkirchen gehaltener Vortrag über „Heutige Aufgaben der theoretischen Philosophie". Als Aufgabe wird die genaue Abgrenzung des Geltungsbereiches der einzelnen Kategorien angegeben, wodurch die Metaphysik ihre Stellung als „erste Philosophie" rechtfertigen soll.

HOLZAMER, Karl. *Aus der philosophischen Werkstatt.* In: Beiträge zur christlichen Philosophie Jhg. 1948 Heft 3.
Diskussionsbeitrag zur Frage des Verhältnisses von Wissenschaft und Weltanschauung.

LIEB, Fritz. *Das Evangelium und der revolutionäre Marxismus.* In: Neue Wege Jhg. 42 Heft 10 (Okt. 1948) S. 456—463. (In Fortsetzungen).
Um eine Parallele zwischen Evangelium und Marx'scher Sozialkritik.

PICHL, Karl. *Die liberale Philosophie des Westens.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 3 Heft 9 (Sept. 1948) S. 679 bis 686.
Darstellung der angelsächsischen Weltanschauung und ihrer Stellung zur christlichen und katholischen Religion.

SCHULTZE, Bernhard SJ. *In memoriam Nikolai Berdjajew.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 3 Heft 9 (Sept. 1948) S. 668—679.
Kritik und Betrachtungen zur Christologie und Ekklesiologie des russischen Philosophen.

STEINBUCHEL, Theodor. *Existenzialismus und christliches Ethos.* In: Theologische Quartalschrift Jhg. 128 Heft 1 und Heft 2.
Nach einer kurzen Explikation der existenz-philosophischen Gedankengänge setzt sich dieser Aufsatz mit der Lebenshaltung des Existenzialismus in der französischen, speziell der von Sartre gegebenen, Formung auseinander. In ihrem gemeinsamen Kampf gegen Kollektivismus und Naturalismus können sich beide, Existenzialismus und Christentum, etwas sein und geben.

THIEL, Matthias OSB. *Moderne Hemmnisse des Philosophierens.* In: Divus Thomas Bd. 26 Heft 3 (Sept. 1948) S. 271—290.
Verfasser Professor am Colleg St. Anselmo in Rom. Film, Sport und Technik in ihrem Einfluß auf das Seelenleben.

WENZL, Aloys. *Freiheit und Bindung als Weltprinzip.* In: Deutsche Beiträge Jhg. 2 Heft 2 S. 138—147.
Freiheit wird in sämtlichen Wirklichkeitsstufen, auch der anorganischen, erkannt und in ihrer Harmonie mit Bindung und Dienst betrachtet.

Mr. Dawsons View of History. In: The Tablet Bd. 192 Nr. 5656 (16. Okt. 1948) S. 248—249.
Die Geschichtsauffassung Dawsons in seinen „Gifford Lectures" 1947, veröffentlicht unter Titel: Religion and Culture. London, Sheed & Ward 1948.

Kultur

BECHER, Hubert SJ. *Erweiterung des dichterischen Raumes?* In: Stimmen der Zeit Bd, 143 Heft 1 (Okt. 1948) S. 26—35.
Der Verfasser stellt an der wichtigsten Romandichtung des letzten Jahrzehnts eine mögliche Wende zu einer „neuen Dichtung aus dem Glauben" fest, die mit den Mitteln von Realismus, Psychologie usw. das Thema der Erlösung des Einzelnen in der Gemeinschaft der Heiligen faßt.

BLARER, Arno von. *Über die Anwendung von Sodium Pentothal in der amerikanischen Armee.* In: Schweizerische Zeitschrift für Psychologie und ihre Anwendung Bd. 7 Heft 2 S. 133—139.
Bericht über eine neue psychoanalytische Technik zur Behebung von Kriegs- und Unfallsneurosen.

CAVALLI, F. *Collaborazione studentesca internazionale.* In: La Civiltà Cattolica 99. Jhg. Nr. 2355 (7. Aug. 1948) S. 233—247.
Überblick über Art und Tätigkeit der verschiedenen internationalen Studentenorganisationen.

ELLUL, Jacques. *Die Lage des Menschen in Europa.* In: Die Zeichen der Zeit Jhg. 1948 Heft 7/8 S. 252—254.
Auszüge aus einer für die Weltkirchenkonferenz ausgearbeiteten Diagnostik der heutigen Zivilisation und der öffentlichen Stellung der Kirche, der er eine Vernachlässigung ihrer Pflichten vorwirft. (Vgl. die Besprechung von Reinhard Mumm).

GASSNER, Hieronymus OSB. *The soul of Russia.* In: Orate Fratres Bd. 22 Nr. 10 (5. Sept. 1948) S. 443—452.
Verfasser Professor der Philosophie am Coll. St. Anselmo, Rom. Einfluß der Liturgie auf die russische Seele.

GEBSATTEL, Viktor von. *Das Ethos des Arztes. Ein Gespräch.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 3 Heft 9 (Sept. 1948) S. 652—666.
Das Thema wird dort aufgegriffen, wo es eine Verschärfung erfährt, beim Psychotherapeuten. Der existenzielle Einsatz des „ärztlichen Seelsorgers" fordert die volle Wirklichkeit seiner Person.

GEMELLI, Agostino OFM. *Rapporti culturali internazionali.* In: Vita e Pensiero 31. Jhg. Nr. 10 (Okt. 1948) S. 550—562.
Der Vortrag des Rektors der Kath. Universität Mailand auf der Settimana sociale dei cattolici italiani über Voraussetzung und Sinn internationaler Zusammenarbeit kulturschaffender Menschen.

GIAMPETRO, G. *Le premesse della nuova legislazione scolastica italiana.* In: La Civiltà Cattolica 99. Jhg. Nr. 2355 (7. Aug. 1948) S. 261—276 (wird fortgesetzt).
Die Rechtsstellung der freien Schulen in Italien.

HEUGTEN, J. van. *Kerk en Cultuur.* In: Streven 2. Jhg. Bd. 1 Nr. 1 (Okt. 1948) S. 2—15.
Der Beitrag der Kirche zur europäischen Kultur.

JACQUES, Jules. *Le problème de la presse.* In: Construire 3. Jhg. Nr. 8 (Okt. 1948) S. 1—5.
Probleme der „christlichen" Presse, besonders in Belgien.

JOCHUM, Otto. *Kirchenmusik.* In: Katholischer Digest Jhg. 2 Heft 10 (Okt. 1948) S. 32—37.
Knappe Geschichte der Kirchenmusik als Geschichte des Gregorianischen Chorals.

KOCK, F. de. *Katholiek Ondervijs in Zwitzerland.* In: Streven 2. Jhg. Bd. 1 Nr. 1 (Okt. 1948) S. 71—79.
Das Schweizer Schulwesen und die Enzyklika „Divini illius Magistri". Kritische Betrachtung.

LE FORT, Gertrud von. *Unser Weg durch die Nacht.* In: Die neue Ordnung Jhg. 2 Heft 4 (Sept. 1948) S. 289 bis 296.
Die Autorin will den Leidensweg unseres Volkes auf seine positiven Erfahrungen hin absuchen.

MALRAUX.

MOUNIER, E. *André Malraux ou l'impossible déchéance.* In: Esprit 16. Jhg. Heft 10 (Okt. 1948) S. 469—512.
Analyse des Werkes des Dichters Malraux. Exponent des geistigen Klimas in Frankreich. Trat vom Kommunismus zu de Gaulle über.

MAGNY, C.-M. *Malraux le fascinateur.* In: Esprit 16. Jhg. Heft 10 (Okt. 1948) S. 513—534.
Analyse seines Werkes und Lebensgefühls.

ROUSSEAUX, A., BEGUIN, A., PICON, G., DEBRAY, P. *Points de vue sur André Malraux.* In: Esprit 16. Jhg. Heft 10 (Okt. 1948) S. 449—460.
Malraux Übergang vom Kommunismus zu de Gaulle.

STEPHANE, Roger. *Malraux et la révolution.* In: Esprit 16. Jhg. Heft 10 (Okt. 1948) S. 461—468.

MUMM, Reinhard. *Jesus Christus, der Herr alles Rechts.* In: Die Zeichen der Zeit Jhg. 1948 Heft 7/8 S. 255—260.
Ausführliche Besprechung des Werkes: Le Fondement théologique du Droit von Jacques Ellul, Paris 1946, in dem eine christliche Fundamentalanalyse des abendländischen Rechtsdenkens versucht wird.

RIMAUD, Jean. *Les raisons d'une réforme profonde de l'enseignement.* In: Etudes Bd. 259 (Okt./Dez. 1948) S. 55—70.
Die Schwächen der heutigen Schulpädagogik.

ROEGELE, Otto B. *Zur Frage des Unbewußten in der Medizin.* In: Die neue Ordnung Jhg. 2 Heft 4 (Sept. 1948) S. 322—333).
Wege, die Psychoanalyse für christliche und religionspädagogische Anliegen nutzbar zu machen.

SAINT-EXUPERY, Antoine de. *Was sollen wir den Menschen sagen?* In: Neue Schweizer Rundschau Jhg. 16 Heft 6 (Okt. 1948) S. 332—337.
Ergreifender Brief aus dem Nachlaß, in dem der berühmte Flieger die Frage nach der Überwindung des Amerikanismus aufwirft.

STERNBERGER, Dolf. *Gibt es eine nihilistische Literatur?* In: Die Wandlung Jhg. 3 Heft 6 (Okt. 1948) S. 538—551.
Die vermeintlich „glaubenslose" Literatur, die zwar alle positiven Werte leugnet, hört deshalb jedoch nicht auf, christlich zu sein; denn der Dichter, der Retter des Unscheinbaren, schafft immer aus der Liebe, von der jeder Nihilismus im Grunde aufgehoben wird.

THIEME, Karl. *Georges Bernanos.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 6 (Sept. 1948) S. 489—493.
Würdigung des französischen Dichters als des „getreuesten Herolds Christi".

WARNACH, Walter. *Georges Bernanos' polemische Schriften.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 1 (Okt. 1948) S. 57—78.
Der Romancier Bernanos kann gegen den Pamphletisten nicht ausgespielt werden, sondern beide wirken aus der gleichen inneren Nötigung.

VENDOME, André. *Jean Paul Sartre et la Littérature.* In: Etudes Bd. 259 (Okt./Dez. 1948) S. 39—54.
Das Weltbild Sartres in kritischer Betrachtung.

Soziales und politisches Leben

BROCHARD, Pierre. *Le Syndicalisme et les Nationalisations.* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 23 (Sept.-Okt. 1948) S. 604—619.
Die Enttäuschung: Verstaatlichung bringt keine Wirtschaftsdemokratie.

CHANG-HSIN-HAI. *The Moral Basis of World Peace.* In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Bd. 258 (Juli 1948) S. 79—89.
Verfasser chinesischer Diplomat und Schriftsteller. Die chinesische Moral und der Weltfriede.

CORTI, Carlo. *Sproletarizzare le masse per risolvere la questione sociale.* In Vita e Pensiero 31. Jhg. Nr. 10 (Okt. 1948) S. 570—576.
Das Problem der Überwindung der proletarischen Mentalität.

COTTRELL, S. Leonard. *The present status and future orientation of research on the family.* In: American Sociological Review Bd. 13 Nr. 2 (April 1948) S. 123 bis 136.
Stand und Pläne der soziologischen Familienforschung in USA.

DERRICK, Michael. *The strength of France.* In: The Tablet Bd. 192 Nr. 5655 (9. Okt. 1948) S .228—230.
Die Stärke und Gesundheit Frankreichs liegt in der Provinz, deren Bedeutung steigt.

EBY, Kermit. *As One Lobbyist to Others.* In: The Christian Century Bd. 65 Nr. 37 (15. Sept. 1948) S. 940—941.
Verfasser Geistlicher der Brüderkirche, Direktor für Erziehung beim National Committee of Industrial Organisation-Washington. Über Notwendigkeit und richtige Methode, seitens der Kirche politischen Einfluß zu nehmen.

HAUSENSTEIN, Wilhelm. *Vom Sinn des Föderalismus.* In: Föderalistische Hefte Jhg. 1948 Heft 1 (Sept. 1948) S. 27—29.
Kurze, allgemeinverständliche Darstellung von Wert und Wille der föderalistischen Politik.

HERZ, Alice. *Amerika und seine Neger.* In: Neue Wege Jhg. 42 Heft 10 (Okt. 1948) S. 467—479.
Die allzu langsame Entwicklung zur Gleichberechtigung in ihren wichtigsten Stationen.

JARLOT, Georges. *La guerre hors la loi?* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 23 (Sept./Okt. 1948) S. 561 bis 570.
Nein! Der Krieg hat die Heiligkeit des Rechts als einzigen aber legitimen Grund seiner Rechtfertigung.

JARLOT, Georges. *La Semaine sociale de Lyon.* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 23 (Sept./Okt. 1948) S. 620—626.
Tagungsbericht.

LÖWENSTEIN, Felix zu, SJ. *Was ist eigentlich die soziale Frage?* In: Stimmen der Zeit Bd. 143 Heft 1 (Okt. 1948) S. 14—25.
Der an eine bestimmte historische Zeit gebundene Begriff der „sozialen Frage" soll hier mit einem konkreten, eindeutigen Sinn versehen und gegen bedeutungsverwandte Begriffe, wie „sozialer Mißstand", abgegrenzt werden.

MEYER, Julie. *Labor under the Taft-Hartley Act.* In: Social Research Bd. 15 Nr. 2 (Juni 1948) S. 194—210.
Das 1947 erlassene Gesetz: „The Labor-Management Relations Act", kurz Taft-Hartley Act genannt, bestimmt gegenwärtig die Arbeitsverfassung in USA. Gut dargestellt.

NELL-BREUNING, Oswald von SJ. *Einheitsgewerkschaft oder Richtungsgewerkschaften?* In: Orientierung 12. Jhg. Nr. 20 (31. Okt. 1948) S. 191—193.
Herausarbeitung der Alternativen und Lösungsmöglichkeiten.

RIDEAU, E. *Au Fil des jours et du travail. Scènes et reflexions.* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 23 (Sept.//Okt. 1948) S. 571—586.
Skizzen aus der Welt des Arbeiters.

RIED, Georg. *Bildungsreform.* In: Neues Abendland Jhg. 3 Heft 10 (Okt. 1948) S. 310—312.
Versuch, als Leitfaden für alle Reformarbeit am Bildungssystem ein christlich-humanistisches Bildungsziel aufzurichten, dessen Menschentum im Metaphysischen und in der Idee der Toleranz verankert ist.

SCHULLER, Richard. *The Ito Charter.* In: Social Research Bd 15 Nr. 2 (Juni 1948) S. 135—145.
Die Verfassung der International Trade Organisation, ein Schritt zur internationalen Wirtschaftsordnung.

THOORENS, Léon. *Exigences chrétiennes en politique.* In: Construire 3. Jhg. Nr. 8 (Okt. 1948) S. 24—31.
Christlicher Realismus in der Politik der Gegenwart.

TRILLHAAS, Wolfgang. *Studien zur Religionssoziologie.* In: Die Sammlung Jhg. 3 Heft 9 (Sept. 1948) S. 536—548.
Soziologische Analysen (in Fortsetzungen) über „Die Bauern", „Die Bürger", „Die Proletarier" und über „Umschichtungen".

VIRTON, P. *Paternalisme de grande industrie.* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 23 (Sept./Okt. 1948 S. 587 bis 603.
Die soziale Struktur des Eisenbergbaus im Becken von Briey.

WESTHOFF, Paul. *Zur Lage des freien Schulwesens.* In: Stimmen der Zeit Bd. 143 Heft 1 (Okt. 1948) S. 35—42.
Diskussion der verwaltungsrechtlichen Regelung und Kontrolle der nach ihren Kategorien noch nicht hinreichend klar unterschiedenen „Privatschulen".

WIESE, Leopold von. *Soziometrik.* In: Kölner Zeitschrift für Soziologie Jhg. 1 Heft 1.
Über die als „Soziometrik" bezeichnete mathematische Methode zur Erforschung der seelischen Eigenschaften von Bevölkerungen. Diese Methode des Doktor Moreno wird zwar begrüßt, erfährt aber in ihrem Rationalismus eine Bedeutungseinschränkung.

The case for the United Nations. In: The Tablet Bd. 192 Nr. 5655 (9. Okt. 1948) S. 227—228.
Die UN vor der Begründung einer ethisch-politischen Doktrin als Grundlage praktischer Politik.

The great deception. In: The Tablet Bd. 192 Nr. 5657 (23. Okt. 1948) S. 259—260.
Die Sozialgesetzgebung der Labour-Party proletarisiert die Gesellschaft durch Schwächung des Mittelstandes zugunsten eines vom Staate abhängigen Standes von „clerks in stiff collars".

Chronik des katholischen Lebens

BEDOYERE, Michael de la. *Ein Sozialseminar für Priester in Malaga.* In: katholischer Digest Jhg. 2 Heft 10 (Okt. 1948) S. 55—56.
Knapper Bericht aus einem neuen Unternehmen in der kirchlichen Erziehung zum Studium der praktischen und theoretischen Sozialfragen.

BERNANOS, Georges. *Christliches Denken in Frankreich.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 6 (Sept. 1948) S. 494—495.
Der Dichter weist die Christenheit auf die „schändliche" Gegenwart hin und ruft zur Ehrlichkeit in den christlichen Tugenden auf.

DORNEICH, Julius. *Die organische Staatsauffassung von Buß.* In: Föderalistische Hefte Jhg. 1948 Heft 1 (Sept. 1948) S. 21—26.
Leben und Werk des badischen Föderalisten, der in der „katholischen Bewegung" eine führende Stellung innehatte.

DRINKWATER, Francis H. *General View: Great Britain.* In: Lumen Vitae Bd. 3 Nr. 3 (Juli/Sept. 1948) S. 563—592.
Verfasser der bekannte englische Religionspädagoge und Herausgeber des „Sower". Überblick über die Lage des Religionsunterrichts in Großbritannien.

FRIES, Heinrich. *Begegnung mit Newman. Versuch einer bibliographischen Umschau.* In: Theologische Revue Jhg. 44 Heft 1.
Würdigung der wissenschaftlichen Arbeiten um das Werk Newmans.

HENNIG, John. *Katholisches Irland, heute und morgen.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 6 (Sept. 1948) S. 498—504.
Kurze Darstellung des Verhältnisses von Religion und Politik in Irland und Überschau über die katholische Publizistik des Landes.

GODIN, André. *L'Irlande catholique.* In: Construire 3. Jhg. Nr. 8 (Okt. 1948) S. 16—23.
Überblick über das kirchliche Leben in Irland.

LE BRAS, Gabriel. *Description de la France catholique.* In: Nouvelle Revue Théologique Bd. 70 Nr. 8 (Sept./Okt. 1948) S. 835—845.
Der bekannte Religionsstatistiker über den Zustand der Kirche in Frankreich. Mit einer sehr aufschlußreichen Karte.

LESLIE, Shane. *Wilfrid Meynell: 1852—1948 In Memoriam.* In: The Tablet Bd. 192 Nr. 5658 (30. Okt. 1948) S. 282—283.
Nachruf auf den berühmten englischen Schriftsteller.

NAGY, Istvan. *L'Enseignement religieux en Hongrie.* In: Lumen Vitae Bd. 3 Nr. 3 (Juli/Sept. 1948) S. 593—608.

NORMAN, G. C. *Catholic Resistance.* In: The Sword Bd. 9 Nr. 119 (Okt. 1948) S. 46—48.
Erfahrungen mit katholischen „Zellen". „Die Zukunft gehört den Wenigen".

SIEMER, Laurentius OP. *Die katholische Kirche und die Krise der Gegenwart.* In: Die neue Ordnung Jhg. 2 Heft 4 (Sept. 1948) S. 362—367.
Die Krise des gegenseitigen Verstehens kann am besten durch die in der kath. Kirche liegenden objektiven Werte überwunden werden, da jeder ehrlich strebende Mensch „irgendwie" zu ihrer Gemeinschaft gehört.

SIQUEIRA, Thomas SJ. *Catholic Education in India.* In: Lumen Vitae Bd. 3 Nr. 3 (Juli/Sept. 1948) S. 609—627.
Verfasser bekannter indischer Pädagoge.

ZÄHRINGER, Damasus OSB. *Schuld und Schuldbewußtsein.* In: Benediktinische Monatsschrift Jhg. 24 Heft 7/8 S. 243—256.
Prüfung der katholischen und protestantischen aktuellen Stellungnahmen zum Problem der Kollektivschuld auf Grund einer theologisch-psychologischen Wesensbestimmung des Schuldbegriffs.

Catholicism in Scandinavia. Signs of a second spring. In: The Tablet Bd. 192 Nr. 5654 (2. Okt. 1948) S. 214 bis 215.
Der Aufschwung des katholischen Lebens in Skandinavien.

The Church in Portugal. An Interview with the Cardinal Patriarch of Lisbon. In: The Tablet Bd. 192 Nr. 5654 (2. Okt. 1948) S. 215.
Das Verhältnis von Staat und Kirche in Portugal.

August Cardinal Hlond. Spokesman for the Polish Nation. In: The Tablet Bd. 192 Nr. 5658 (30. Okt. 1948) S. 276 bis 277.
Nachruf auf den verstorbenen Kardinal.

Chronik der Ökumene

BEIRNAERT, Louis. *Le Réarmement moral.* In: Etudes Bd. 259 (Okt./Dez. 1948) S. 22—38.
Umfassende Darstellung der Oxford-Bewegung Frank Buchmans zur moralischen Aufrüstung.

BELL, Bernard. *Studying Religion in the Universities.* In: The Christian Century Bd. 65 Nr. 39 (22. Sept. 1948) S. 973—975.
Verfasser bekannter Publizist der Episkopalkirche. Programm einer religionswissenschaftlichen Ergänzung der Universitätsstudien.

BENZ, Ernst. *Die russische Kirche und das abendländische Christentum.* In: Zeitschrift für Religion und Geistesgeschichte Jhg. 1948 Heft 1 S. 34—59.
Geschichtlicher Abriß der Berührungen und Auseinandersetzungen des russischen Christentums mit der reformatorischen Theologie.

BERDIAJEW, Nikolai. *Christentum und Antisemitismus.* In: Hamburger akademische Rundschau Jhg. 3 Heft 1 (Juli 1948) S. 1—14.
Die Judenfrage als eine „Prüfung des christlichen Gewissens und der christlichen Geistesstärke".

BRENNECKE, Gerhard. *Eisenach 1948.* In: Die Zeichen der Zeit Jhg. 1948 Heft 7/8 S. 238—246.
Zusammenfassender Bericht über die Kirchenversammlung der EKD vom 9.—13. Juli.

FECHTER, Adam. *Können Christen eine Kirche gründen?* In: Wort und Wahrheit Jhg. 3 Heft 9 (Sept. 1948) S. 641 bis 652.
Die Grundfrage zur Bildung der „Evangelischen Kirche in Deutschland".

HOFMANN, Georg SJ. *Zur Geschichte der Ostkirche.* In: Stimmen der Zeit Bd. 143 Heft 1 (Okt. 1948) S. 43-49.
Überblick der geschichtlichen Entwicklung des Verhältnisses der Ostkirche zu Rom auf Grund der jüngsten Ergebnisse der Forschung.

MULLER, Ludolf. *Die Kritik des Protestantismus in der russischen Theologie und Philosophie.* In: Hamburger akademische Rundschau Jhg. 3 Heft 1 (Juli 1948) S. 40-51.
Die Darstellung will im Zeichen der ökumen. Bewegung die östliche Kritik als eine z. T. berechtigte Korrektur fruchtbar werden lassen.

NIEBUHR, Reinhold. *Can the Church give a „moral lead"?* In: Christianity and Crisis Bd. 8 Nr. 14 (2. Aug. 1948).
Die Kirche kann nicht schematische sittliche Befehle geben, nur die klare Einsicht schaffen, aus der das Gewissen entscheidet.

SPULER, Bertold. *Die orthodoxen Kirchen.* In: Internationale kirchliche Zeitschrift Jhg. 1948 Heft 2 (April-Juli 1948.
Über den Kampf um das ökumenische Patriarchat in Konstantinopel und die Beziehungen der russischen Landeskirche zum Staat und den Landeskirchen in der russischen Einflußzone.

THURIAN, Max. *La communauté de Cluny.* In: Verbum Caro, Bd. 2 Nr. 7 (Sept. 1948) S. 108—124.
Bericht über Geist, Verfassung und Leben der evangelischen Kommunität von Taizé-lès-Cluny.

WEBER, Hans Emil. *Union und Konfession.* In: Evangelische Theologie Jhg. 2 Heft 11/12 (Mai/Juni 1948) S. 402—408.
In der Auseinandersetzung mit der gleichnamigen Schrift Peter Brunners soll hier die „Schicksalsfrage" der evangelischen Kirche im Kampf um eine echte „Glaubensunion" diskutiert werden.

ZEEDEN, Ernst Walter. *Eine ökumenische Stimme aus dem 17. Jahrhundert.* In: Trierer theologische Zeitschrift Jhg. 57 Heft 9/10 (Sept./Okt.) S. 287—299.
Würdigung des Geschichtsschreibers Veit Ludwig von Seckendorf, der auf der Basis einer christlichen Praxis die interkonfessionelle Einigung erreichen wollte.

HERDER-KORRESPONDENZ

Viertes Heft - 3. Jahrgang - Januar 1949

Die Mächte der Welt sind, so furchtbar sie auch scheinen, blind in der Finsternis wirkende Mächte, die ihre Stärke aus verneinenden und zerstörenden Kräften herleiten. Sie sind gegen den Geist, der der Herr und Schöpfer des Lebens ist, machtlos. Und gleicherweise sind all ihre neuen und sorgfältig erdachten Anschläge zur Versklavung des menschlichen Geistes gegen diese höheren Mächte geistigen Wissens und geistigen Willens, diese bedeutendsten Gaben des Heiligen Geistes, machtlos.

Christopher Dawson

Deutsche Meldungen

Ein Bischofswort

Eine himmelschreiende Sünde ist es, die Not des Mitmenschen auszunützen.

Das tut, wer Bedarfsgüter und Lebensmittel dem Normalverbraucher vorenthält, um einen höheren Preis dafür zu erzielen.

Das tut, wer aus reiner Gewinnsucht die Preise in die Höhe treibt.

Das tut erst recht, wer die Ware in die Kanäle des Schwarzhandels hineinleitet.

Auf solche Weise verdientes Geld ist unrecht erworbenes Gut, ist Sündengeld.

Wer solches tut, dem nützt kein Beten und kein Kirchengehen und kein Sakrament. In seiner Seele wohnt Gott nicht mehr.

Der Käufer, der ohne Not Wucherpreise zahlt, macht sich mitschuldig.

Der Bischof ist der Anwalt der Armen, Witwen und Waisen. In dieser Stunde der Not muß er offen sprechen.

Ich habe mein Gewissen entlastet. Gebe Gott, daß alle, die es angeht, dieses Wort willig hören; wer ihm sein Herz verschließt, mag selbst sein Tun vor Gottes strengem Richterstuhl verantworten.

Münster, den 7. November 1948.

† *Michael*
Bischof von Münster

Die Tätigkeit der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung

Wie wir in der Herder-Korrespondenz, 1. Jhg., H. 9, S. 385/86, berichtet haben, wurde im Mai 1947 die Katholische Deutsche Studenten-Einigung gegründet als Zusammenschluß aller katholischer deutscher Studentenverbände. Seit kurzem gibt die Einigung ein eigenes Mitteilungsblatt heraus, das im Dokumente-Verlag, Offenburg, erscheint. In der 2. Nummer dieser Mitteilungen vom 1. September 1948 wird im Anschluß an eine Arbeitstagung des Generalvorstandes und Generalrates des KDSE im Mai 1948 ein kurzer Rechenschaftsbericht über die bisherige Tätigkeit der Einigung gegeben. Darin heißt es:

„Wenn im vergangenen Jahr ein wesentlicher Teil unserer Arbeit und Kraft darauf verwandt werden mußte, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine fruchtbringende Arbeit zu schaffen, so hoffen wir doch, daß mit dieser Arbeitstagung — ein Jahr nach Gründung der KDSE an dem denkwürdigen Deutschen Katholischen Studententag 1947 in Limburg — hierin ein gewisser Abschluß erreicht ist. Diese mühevolle Kleinarbeit konnte den Studentengemeinden und -gemeinschaften keine Anregungen für ihre Arbeit geben, und vielleicht sind ihnen die kurzen Protokolle des Generalvorstandes über seine Sitzungen im ersten Lebensjahr nur allzu bescheiden erschienen... Und doch dürfen wir behaupten, daß der Rückblick auf das vergangene Jahr uns nicht zwingt, resignierend festzustellen, der große Impuls im katholischen studentischen Leben der Nachkriegszeit, der in der Gründung der KDSE zum Ausdruck kam, sei durch technische und organisatorische Schwierigkeiten erstickt worden oder in einer leeren Organisation erstarrt... Gerade diese Arbeitstagung hat erneut bewiesen, daß die KDSE einem gemeinsamen Anliegen der katholischen Studentenschaft entspricht. Sie ist ein realer Faktor im katholischen Leben Deutschlands geworden. Es sei hier nur auf die Gründung der Katholischen Deutschen Akademikerschaft verwiesen, an der die KDSE wesentlich beteiligt war, sowie auf die Aufnahme in die Pax Romana, die große Gemeinschaft der katholischen Studierenden der ganzen Welt. Es wird jetzt unsere Aufgabe sein, die KDSE auch zu einem nicht länger zu übersehenden Faktor des öffentlichen Lebens unseres Vaterlandes zu machen...

Wesen und Ziel der KDSE

Einigkeit bestand darüber, daß es unbeschadet der persönlichen Verantwortung des Einzelnen eine solidarische Verpflichtung der katholischen Studenten gegenüber der uns gestellten Aufgabe gibt, katholische Akademiker zu werden, die unserer Zukunft Rückgrat und

Führung geben. Die Studentenschaft ist ein Stand; wir gebrauchen dieses Wort nicht zur Distanzierung von anderen Gesellschaftsschichten, sondern nur um unsere gemeinsame Verpflichtung aufzuzeigen. Denn wir sind als zukünftige katholische Akademiker angesprochen, also in einer Eigenschaft, die uns allen gleichermaßen zukommt, und zum anderen ist eine Leistung von uns gefordert, die wir nur im Zusammenwirken zu bewältigen vermögen. Damit beantwortet sich auch die Frage, warum es heute eine Katholische Deutsche Studenten-Einigung geben muß, wenn auch damit nicht gesagt ist, daß die in Limburg 1947 geschaffene Form in allen Punkten eine unabänderliche Lösung darstellt.

In unserem Gespräch bestand auch Einigkeit darüber, daß das Bewußtsein einer solidarischen Verpflichtung der katholischen Studenten keineswegs überall lebendig ist, sondern in einem großen Teil der katholischen Studentenschaft überhaupt erst geweckt werden muß. Bejaht man die Idee der KDSE, so folgt daraus also sofort die Notwendigkeit des apostolischen Wirkens und zwar zunächst im studentischen Raum, der primär als Aufgabenbereich vor uns liegt. Damit haben wir einen entscheidenden Wesenszug der KDSE getroffen.

In der Verfassung der KDSE heißt es über die studentischen Gemeinschaften:

„Es ist Wesensart dieses Zusammenschlusses (nämlich der KDSE), daß bestimmte Gemeinschaften und Kreise, die sich zur aktiven Verantwortung für die gesamte Gemeinde ausdrücklich bekennen, seine Einheit begründen und ständig erhalten . . ."

Fragen wir nun, welche Ziele wir uns gestellt haben, so mag die Antwort bereits aus dem Gesagten deutlich geworden sein. Es geht darum, ein katholisches Akademikertum zu schaffen, das sich seiner christlichen Verantwortung stets bewußt ist und die im Laufe der vergangenen Jahrhunderte erfolgte Säkularisierung aller Lebensbereiche nicht als endgültig hinnimmt. Wir können sicher noch nicht sagen, das Bild des Akademikers, der dieser Aufgabe am besten gerecht werden kann, sei uns völlig klar. Man müßte wohl die Vergangenheit noch stärker analysieren und die nächste Zukunft deutlicher zu erkennen versuchen, um dieses Bild in allen Einzelzügen aufzeigen zu können. Gleichwohl erscheinen einige Grundlinien klar gefaßt:

Die Welt kann nur vom Religiösen her erneuert werden, wenn wir das Religiöse stärker und zentraler in unser persönliches Leben hineinnehmen. Darin sehen wir eine Grundlinie, und es wird eine wichtige Aufgabe sein zu zeigen, worin diese Lebenshaltung besteht und wie sie verwirklicht werden kann. Es sind dies gewiß keine neuen Gedanken, aber wir sind gerade heute aufgerufen, mit ihnen ernst zu machen.

Mit dieser bewußten Hereinnahme des Religiösen in unser persönliches Leben muß Hand in Hand gehen eine apostolische Einstellung, die mehr ist als das Apostolat der Haltung. Dieses ergibt sich schon zwangsläufig aus der Gestaltung des Lebens vom Religiösen her und ist die Voraussetzung zu dem Weiteren und Neuen, das wir erstreben: zu dem Willen nämlich, sich einzusetzen für die Verbreitung des Reiches Gottes und zwar zunächst in dem uns als Studenten aufgegebenen studentischen Bereich.

Als dritter Wesenszug des katholischen Akademikers, wie wir ihn sehen, wurde die soziale Haltung genannt. Viel ist darüber bereits in den drei Nachkriegsjahren gesprochen und geschrieben worden, und doch sind wir noch weit davon entfernt, daß diese Forderung im täglichen Leben bei all den vielen eigenen Nöten, die immer wieder das Herz hart zu machen drohen gegenüber den Sorgen des Nächsten, verwirklicht wird . . .

Stellungnahme der KDSE zu Problemen des Universitätslebens

Es handelt sich hier um eine der wichtigsten Fragen, die in Limburg erörtert wurden. In den einleitenden Worten zum Mitteilungsblatt Nr. 1 schrieb Walther Fincke: „Im Gegensatz zu früher hat heute eine Katholische Studentenschaft nur insoweit Sinn und Berechtigung, als sie eine ihrer wesentlichen Aufgaben darin sieht, Träger der actio catholica auf der Hochschule zu sein". Wenn die KDSE diese Forderung stellen muß, dann ist es unerläßlich, daß sie in wichtigen Fragen des Universitätslebens Sprecher der durch sie vertretenen katholischen Studenten und Studentinnen wird. Es gilt, eine doppelte Aufgabe zu erfüllen.

Einmal muß das Verantwortungsgefühl des katholischen Studenten für alle Fragen, die das Studium betreffen, geweckt werden. Ist es nicht noch immer so, daß wir, die wir zumeist viele Jahre durch den Krieg verloren haben, den Sinn und die ganze Arbeitskraft ausschließlich auf eine schnelle Beendigung unseres Studiums richten und bestenfalls in der Studentengemeinde für die Vertiefung unseres religiösen Lebens Sorge tragen oder in die Studentengemeinschaft eingehen? Von der großen Zahl derjenigen, die sich überhaupt nicht am Leben der Gemeinde und der Gemeinschaften beteiligen, wollen wir einmal ganz absehen, obwohl es sich keineswegs immer um tote Glieder am Leibe Christi handelt. Hier haben die Gemeinschaften eine große Aufgabe zu erfüllen: Persönlichkeiten heranzubilden, die willens und in der Lage sind, in neutralen studentischen Organisationen den Geist der Katholischen Studentenschaft wirksam zu vertreten. Es handelt sich um das gleiche Anliegen, das im Mittelpunkt der Diskussionen auf der Generalversammlung der Pax Romana in Spa stand.

An vielen Universitäten sind die Katholischen Studentengemeinschaften weitaus die stärksten Organisationsgruppen. Und doch ist es oft so, daß die Stellen der Selbstverwaltung an den Hochschulen in den Händen zahlenmäßig viel kleinerer Gruppen sind.

So ist — um nur ein Beispiel zu nennen — zum Problem der Hochschulreform von verschiedenen weltanschaulichen Gruppen in der Öffentlichkeit Stellung genommen worden. Haben wir zu diesen Fragen nichts zu sagen? . ."

Der Heilige Vater an den Katholischen Deutschen Frauenbund

Der Heilige Vater schickte den Vorsitzenden des Katholischen Deutschen Frauenbundes, Gerta Krabbel, Helene Weber und Elsbeth Scherer am 30. August 1948 aus Castel Gandolfo folgendes Handschreiben:

„Den kurzen, aber in seinen Grundlinien und Zielen klaren Bericht, den Sie Uns am 28. Juni d. J. über die erste Tagung des Katholischen Deutschen Frauenbundes nach den Jahren des Nationalsozialismus und des Krieges zukommen ließen, haben Wir mit Genugtuung und Freude entgegengenommen.

Nach langen Jahren der Hemmung und Verfolgung durch eine ungeistige und gottlose Staatsgewalt, die bewußt in

unüberbrückbarem Gegensatz zu den Glaubenslehren der Kirche und zur Weltanschauung der Katholiken stand, mußte Ihr Bund die ganze Kraft des sittlichen Sieges fühlen, der in der ehrenvollen, wenn auch schmerzens- und verlustreichen Überwindung eines beispiellosen Jahrzwölfts der Gefährdung und Bedrohung beschlossen liegt.

Dank sei dem Herrn für alle Getreuen Ihres Bundes, denen Er in den Tagen der Not jenen stillen, stolzen und unbeugsamen Starkmut schenkte, mit dem so oft in den Annalen der Kirche Gottes eine von lebendigem Glauben erfüllte Frauenwelt den Einschüchterungen und Lockungen äußerer Gewalt trotzte und jene friedlichen Siege errang, deren Geheimnis das Pauluswort erschließt: „Was der Welt schwach erscheint, hat Gott auserwählt, um das Starke zu beschämen" (1. Kor. 1, 27).

Zustimmend nehmen Wir von der Entschlossenheit Kenntnis, mit der sich die Mitglieder des Katholischen Deutschen Frauenbundes den ebenso drängenden wie bitter schweren Gegenwartsaufgaben in den ihnen eigenen Wirkbereichen der Familie, des Berufs, der öffentlichen sozialen und politischen Ordnungen zuwenden. Wenn sie sich hierbei von dem Streben leiten lassen, die von Uns zu verschiedenen Gelegenheiten dargelegten Grundsätze als Richtlinien ihrer Arbeit anzunehmen und in die Tat umzusetzen, so ist Uns dies ein neuer Beweis dafür, daß in ihnen der Geist treuer Verbundenheit mit dem Stellvertreter Christi wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft ungeschriebenes, aber in aller Herzen eingezeichnetes Grundgesetz des Planens und Handelns sein wird.

Mit voller Billigung vernehmen Wir, daß zwischen Ihrem Bund und verwandten Verbänden anderer Länder sich die Fäden schwesterlichen Verstehens und gemeinsamen Strebens wieder zu weben beginnen. Wir ermutigen Sie, nach dieser Richtung mit Geduld, Besonnenheit und Takt, aber auch mit Weitblick, Wagemut und Großzügigkeit entschlossen voranzuschreiten, und Wir sind gewiß, daß hier gerade auch Ihre jüngere Generation ein Betätigungsfeld finden kann, das ihrer innersten Sehnsucht entspricht und der Sache wahren Friedens in Europa und über Europa hinaus wertvolle Antriebe bieten mag.

Gottes Licht und Schutz auf Ihre Arbeit herabflehend erteilen Wir Ihnen, geliebte Töchter, und allen Mitgliedern des Katholischen Deutschen Frauenbundes als Unterpfand der überreichen Gnade und Liebe Jesu Christi in väterlichem herzlichem Wohlwollen den erbetenen Apostolischen Segen."

Die deutschen Ordensgemeinschaften und die Seelsorge

Die Fünfzig-Jahresversammlung deutscher Ordensoberer, die vom 9. bis 11. Oktober in Würzburg stattfand, besprach ausführlich das Problem des Einsatzes der Ordensgemeinschaften im „Missionsland" Deutschland. Dabei wurden folgende Zahlen über diesen Einsatz genannt: Die 46 Ordensgemeinschaften in Deutschland stellen den Bistümern der Westzonen zur Zeit 713 Ordenspriester als Pfarrer oder Kapläne zur Verfügung. In den Diasporagebieten der Ostzone sind 146 Ordenspriester in der ordentlichen Pfarrseelsorge tätig. In dieser Zahl sind die Diasporaseelsorger jener Orden, deren Provinzialate in der Ostzone liegen, nicht enthalten. Die Versammlung betonte nachdrücklich, daß allen Schwierigkeiten zum Trotz nach weiteren Möglichkeiten zur Hilfe in der seelsorglichen Not Deutschlands gesucht werden müsse.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Der Papst über die gegenwärtige Aufgabe der Erziehung

Papst Pius XII. empfing aus Anlaß der Dreihundertjahrfeier der Seligsprechung des heiligen Joseph Calasanz Mitglieder des von dem Heiligen gestifteten Piaristenordens und sprach ihnen seine Glückwünsche aus. Dann sagte er über die Aufgabe der christlichen Schule in der Gegenwart folgendes:

„Jede Zeit hat ihr eigenes Gesicht, dem die christliche Erziehung unbedingt begegnen muß. Deswegen glauben Wir, daß die katholische Schule zwei besondere Ziele vor Augen haben muß.

1. Der Ruhelosigkeit, der maßlosen Zersplitterung, dem Druck des modernen Lebens, das den Menschen sozusagen in eine Spirale spannt und ihn nicht zu sich selber kommen läßt, dem Taumel des glücklichen Erfolges, nach dem allein alles beurteilt wird, ohne daß man beachtet, ob es wahr oder falsch, gut oder schlecht, erlaubt oder unerlaubt ist, soll die katholische Erziehung Menschen von klaren, sicheren und tiefen Überzeugungen gegenüberstellen.

Ist das nicht die Stimme der täglichen Erfahrung? Schaut euch um! Wer keine gesunden Grundsätze hat, wird heute ohne weiteres von den hochgehenden Fluten der ringenden Ideologien umgerissen. Darum wenden sich gegenwärtig so viele Augen hoffnungsvoll der Kirche zu. Sie hat eine bewunderungswürdige Geschichte von Heiligkeit und großen Werken, ist reich an alten Traditionen, Schönheit und erhabenen Formen. Aber was die Geister vor allem anzieht, ist ihre felsenfeste Überzeugung von der Absolutheit ihrer Wahrheit, der göttlichen Kraft jenes Glaubens, von dem alles übrige Leben und Wert empfängt.

2. Der sittlichen Wankelmütigkeit, zu der die Jugend auf tausenderlei Weisen durch die überfeinerte Kultur verführt wird, durch das Buch, durch Bilder, durch den Film, soll die katholische Erziehung Menschen entgegenstellen, die sich selbst beherrschen, ihre menschliche und christliche Würde wahren und verteidigen können.

Die katholische Moral hat ein weites Herz. Alles, was sich im Rahmen dieser Würde hält, nimmt sie auf und umarmt sie. Da aber sind auch die Grenzen gezogen, die zu überschreiten nicht gestattet ist.

Diese Grenzen immer und unter allen Umständen unverletzt zu halten, ist Ehre und Verdienst der starken Geister. Aber Gnade und Gebet sind notwendig, um das zu erreichen — Gnade und Gebet, ohne die der Sieg nicht möglich ist — und es ist notwendig, daß der junge Mensch von den ersten Jahren an geübt werde im Verzicht, im Opfer, in der Selbstbeherrschung."

Goldenes Priesterjubiläum des Papstes

Am 2. April 1949 feiert Papst Pius XII. sein goldenes Priesterjubiläum. Es soll zum Anlaß einer weltumspannenden Vorbereitung auf das Heilige Jahr werden. Erzbischof Valeri, der Präsident der Päpstlichen Kommis-

sion für die Vorbereitung des Heiligen Jahres, hat an alle Bischöfe der Welt die Aufforderung gerichtet, zum Jubiläum des Papstes einen Gebetskreuzzug einzuleiten, „daß Gott der armen Menschheit gnädig sei und ihr in diesem beängstigenden Augenblick der Geschichte die Fülle seiner Gnade gewähre".

Papst Pius XII. hatte, Berichten zufolge, die Absicht, sein Jubiläum in aller Stille zu begehen. Jedoch hat er auf die Vorstellungen seiner Umgebung hin eingewilligt, es zu einem Tag weltweiten Gebetes werden zu lassen. Man plant in der gesamten katholischen Welt eine Generalkommunion, besonders der Kinder, und eine allgemeine Anbetung des heiligsten Sakramentes.

In weiten Kreisen wird erwogen, dem Heiligen Vater durch würdige Geschenke die Erfüllung seiner Aufgaben zu erleichtern. Die amerikanischen Katholiken planen, dem Heiligen Vater die Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, daß der Vatikanische Sender zu einer der stärksten Radiostationen der Welt ausgebaut werden kann.

Ein neuer Band der Reden und Rundfunkansprachen des Hl. Vaters

Anfang Oktober ist der IX. Band der Reden und Rundfunkansprachen Papst Pius' XII. im Verlag der Poliglotta Vaticana herausgekommen. Er umfaßt die Reden und Ansprachen des neunten Jahres seines Pontifikats auf 610 Seiten.

Appell der neugegründeten Gewerkschaft in Italien an alle Arbeiter

In allen Ländern macht man die Erfahrung, daß der linksradikale Einfluß in den Gewerkschaften in keinem Verhältnis steht zu der parteipolitischen Zusammensetzung des Mitgliederbestandes. Der bekannte englische Publizist Douglas Hyde, der in diesem Jahre vom Kommunismus zum Katholizismus übertrat, wird nicht müde, seinen Landsleuten einzuschärfen, daß diese Erscheinung sehr einfach zu erklären ist: Die Kommunisten sind die besten, d. h. die aktivsten Gewerkschaftler. Um die christlichen Arbeiter zu aktivieren, ist man verschiedene Wege gegangen. Diejenigen Länder, in denen die Politik sehr stark von weltanschaulichen Gesichtspunkten beeinflußt wird, haben zumeist auch christliche Gewerkschaften. In den übrigen Ländern hat sich vielfach die Notwendigkeit ergeben, innerhalb der Einheitsgewerkschaft christliche Gruppen zu bilden. So gibt es in England die ACTU (Association of Catholic Trade Unionists). In Deutschland und Italien haben sich nach dem Zusammenbruch die christlichen Gewerkschaften nicht mehr neu gebildet. Während in Deutschland die politischen und weltanschaulichen Gegensätze bisher latent geblieben sind, haben sich in Italien die Kommunisten innerhalb der Arbeiterschaft so sehr die führende Rolle angeeignet, daß die Gewerkschaftseinheit nach dem Attentat auf Togliatti zerbrach.

Man stand vor der Notwendigkeit, jene Teile der Arbeiterschaft zu organisieren, die sich dem kommunistischen Diktat nicht beugen wollten. Es wäre aber gewagt gewesen, die Einigung im Rahmen einer christlichen Gewerkschaft zu versuchen. Man entschloß sich deshalb dazu, eine Gewerkschaft zu bilden, die den kommunistischen Einfluß von vornherein dadurch ausschaltete, daß sie die absolute parteipolitische und weltanschauliche Neutralität zu einem ernstgemeinten Programmpunkt machte.

Diese neue Gewerkschaft nennt sich „Libera Confederazione Generale Italiana". Sie wendet sich an alle Arbeiter, die das folgende Programm unterstützen:

„Verteidigung der beruflichen, wirtschaftlichen und moralischen Interessen der Arbeiter im Geiste des Artikels 39 der Verfassung — welcher die einheitliche Vertretung der Arbeiter durch die anerkannten Gewerkschaften vorsieht — damit die Frucht der Arbeit gemäß der tatsächlichen persönlichen Leistung und den berechtigten Belangen der Familie jedes einzelnen verteilt werde.

Durchsetzung einer wirklichen Befreiung der Arbeiter in Übereinstimmung mit den Grundrechten der menschlichen Person durch Verwirklichung einer immer mehr umfassenden und eingreifenden sozialen Gerechtigkeit.

Vollständige Unabhängigkeit von den politischen Parteien und der Regierung.

Beachtung der demokratischen Methode in der Verfassung und im Leben der Organisation, mit direkter Befragung der Arbeiter, so oft dies notwendig ist wegen der gewerkschaftlichen Bedeutung der Entscheidungen, die zu treffen sind."

In ihrer Aufforderung zum Eintritt hebt die Gewerkschaft hervor, sie wende sich an alle Arbeiter, die nicht einer politischen Richtung angehören, die sie zwingt, gegebenenfalls innerhalb der Gewerkschaft undemokratisch zu handeln, an alle aufrichtigen Demokraten, an alle, denen es um soziale Gerechtigkeit und Freiheit zu tun ist, an alle, die ein Empfinden dafür haben, daß es Pflicht des Arbeiters ist, Solidarität zu beweisen.

Erfahrungen apostolischer Arbeit in Frankreich

Der Direktor des Seminars der Mission de France in Lisieux, Msgr. Augros, hat vor kurzem in den „Cahiers du clergé rural" einige Betrachtungen veröffentlicht, die gewissermaßen Zusammenfassungen verschiedener Beratungen sind, die die Mitglieder der Mission de France über die aktuellen Missionsprobleme gehalten haben. Es heißt darin:

Wenn wir die verschiedenen Fragen, die auf diesen Treffen angeschnitten worden sind, und die Schlußfolgerungen betrachten, zu denen man gekommen ist, so scheinen mir folgende Gesichtspunkte besonderer Aufmerksamkeit wert:

Wir haben wieder einmal zusammen festgestellt, eine wie große Kluft zwischen dem Priester und der Welt, der er die Frohe Botschaft bringen soll (und zwar sowohl der ländlichen Welt wie auch der Arbeiterwelt) besteht, eine Kluft zwischen der Pfarrei und der wahren menschlichen Gemeinschaft, eine Kluft zwischen der Kirche und der Menschheit, die zu retten ihre Sendung ist. So ist also das erste Problem, das es zu lösen gilt und ohne dessen Lösung nichts erreicht werden kann, das des Kontaktes, der Beziehung mit den Menschen. Man muß so wirken, daß die Priester und die Kirche wieder mitten unter ihnen sind.

Aber es ist ebenso nötig, daß diese Lösung echt ist. Die wiederangeknüpfte Beziehung muß eine Beziehung zwischen der Welt und dem Priester als Mann Gottes, sowie der Kirche als der Sendbotin Gottes, der Verlängerung des Heilandes Jesus Christus sein. Wenn nur eine Beziehung zwischen der Welt und dem armseligen Menschen, der ich selber bin, hergestellt wird, so ist nichts gewonnen, vielleicht sogar im Gegenteil viel verloren.

Dann ist es weiter nötig, daß diese Beziehung sich herstellt mit dem, was es an Tiefe in diesen Menschenseelen, in diesem menschlichen Milieu gibt, mit der tiefen Sehnsucht, mit dem tiefen Elend (das in der Sünde besteht), mit den tiefen Bedürfnissen, so daß der Sauerteig im Inneren der Gewissen wirke und zu einer Entscheidung zum Heile führe. Die Beziehung darf nicht nur oberflächlich sein ... Man muß also nach einer Gemeinschaft mit dem religiösen Menschen suchen, der vielleicht erst geweckt werden muß, aber der in diesen Menschen mit ihrer Sehnsucht, die aufs Unendliche gerichtet ist oder werden sollte, verborgen steckt.

Vielleicht ist es bei diesem Ringen um eine wahre Beziehung notwendig, daß man sich in die körperliche Arbeit hineinbegibt. Das darf dann aber kein Krampf sein, sondern man muß dem Ruf des Lebens sorgfältig folgen. Aber es ist dabei um so notwendiger, daß man sich nur von dem Wunsch nach einer tiefen Beziehung mit dem Ziele, den heilenden Sauerteig ins Allerinnerste der Menschen hineinzubringen, auf diesen Weg drängen läßt, also im Geiste Nazareths und des Kalvarienberges, im Geiste einer großen Geduld, Fügsamkeit, Demut und Armut, indem man den Erfolg von Gott erwartet und nicht von diesem „Trick" der körperlichen Arbeit. Wenn man diese Methode nur aus dem Wunsch nach schnellerem Erfolg, nach leichterem Kontakt ergreift, so kann man sicher damit rechnen, daß man scheitert, zum mindesten, was das Heil und die Erlösung dieser Menschen angeht.

Damit die Kirche mitten in der Welt darinnen ist und hier ihre Rolle des Sauerteigs spielen kann, braucht es eine Laienschaft, die zweifellos dem Priester bei seinen ihm eigentümlichen Aufgaben helfen soll (z. B. Katecheten), aber noch mehr eine Laienschaft, die mitten im Leben Zeugnis ablegt, einen Strom christlicher Liebe und in dem Milieu, in dem sie sich befindet, mehr Gerechtigkeit und Brüderlichkeit schafft. Wir brauchen ein schärferes Bewußtsein dafür, wie weit der Priester allein nicht die Kirche ist (er ist es nur soweit, als er der Schöpfer der Gemeinschaft ist), wie weit durch ihn allein, wie immer er auch wirke, die Kirche nicht in der Welt ist (sie kann in vollem Sinn nur durch die Laien überall sein).

Aber all das setzt voraus, daß man den Zeitfaktor berücksichtigt. Unter diesem Gesichtspunkt ist es interessant, sich die jungen Gemeinschaften anzusehen und diejenigen, die schon drei, vier oder noch mehr Jahre Arbeit hinter sich haben. Die Jungen fühlen sich immer noch ein wenig verloren, weil sie ihren Bereich noch nicht ganz ausgemessen haben. Sie versuchen zu bohren, weil es ihnen eilt, zum Ziele zu kommen, sie sind immer ein wenig aufgeregt, ihrer selber nicht sicher. Die Älteren sind ruhig. Sie wissen, daß alles lange dauert, und sie haben diese Perspektive für sich angenommen, weil sie sie normal finden. Sie haben ihre Einstellung gefunden. Sie ziehen eine tiefe Furche. Deswegen gehen sie ruhig im Vertrauen auf den Heiligen Geist voran.

Daraus und aus der Berücksichtigung des Zeitfaktors folgt, daß man sich damit abfinden muß, in Etappen vorzugehen. Es besteht immer die Versuchung, das zu vergessen, und schon beim ersten Schritt das tun zu wollen, was diejenigen tun, die sich schon fünf oder sechs Jahre auf dem Weg befinden. Aber wenn man zu schnell voranschreitet, muß man scheitern, weil alles Künstliche und Gemachte sich nicht hält.

Schließlich erfordert diese ganze Arbeit die Gruppe. Es ist unmöglich, dieses Gesamt von Aufgaben richtig zu erfüllen, dieser apostolischen Bemühung die Weite und die Stetigkeit, wie die Verkündigung sie fordert, zu geben, überall, wo es notwendig ist, zu wirken, ohne eine Gruppe. Vor allem ist es unmöglich, ohne Gruppe den missionarischen Geist zu bewahren und zu vertiefen.

Eine solche Gruppenarbeit ist jedoch schwierig infolge der entgegengesetzten Temperamente, der Altersunterschiede, der Verteilung der Aufgaben und vor allem vielleicht wegen der Unterschiede der Anschauung. Ohne daß sich nicht ein Geist der Gemeinschaft gebildet hat, ohne daß man sich nicht in allem einig fühlt oder nach dieser Einigkeit strebt, ohne daß man nicht auch in dieser Beziehung den Zeitfaktor anerkennt und sich zur Stetigkeit der Arbeit auf das Ideal hin entschlossen hat, kann es keine wahre Gruppe geben.

Aufruf der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs für ein Marienjahr

Der französische Episkopat hat sein Land dazu aufgefordert, das Jahr 1949 in besonderer Weise der Muttergottes zu weihen als Vorbereitung auf das Heilige Jahr 1950. Dieses Marienjahr soll, wie es in dem Aufruf heißt, den Gläubigen eine der ewigen Wahrheiten, die den Frieden und die Gerechtigkeit in der Welt wiederherstellen können, vor Augen führen, damit sie ihre Betrachtungen und Bemühungen auf eine der schönsten Lehren über die Gottesmutter gründen: die Lehre von der geistigen Mutterschaft der allerseligsten Jungfrau gegenüber allen Menschen.

Während die geistlichen Lehrer diese Doktrin im Marienjahr besonders ins Licht rücken sollen, fordern die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs das gläubige Volk auch zur religiösen Verwirklichung auf durch ein

Programm des Handelns.

„Im Licht der Mutterschaft Mariens stellen wir euren individuellen, familiären und apostolischen Bemühungen ein dreifaches Ziel vor:

die Wiedererweckung des Gewissens,
die Wiederherstellung der Familie und
die geistige Verlebendigung der Katholischen Aktion.

a) Die Wiedererweckung des Gewissens. — Während eine Elite sich weigert, Pflicht und Ehrenhaftigkeit aufzugeben, müssen wir doch als einen Schandfleck unserer Zeit das Versagen des privaten und des öffentlichen Gewissens anprangern.

Unser Volk muß den Sinn für Gerechtigkeit, Anständigkeit und das gemeine Wohl wieder finden.

b) Die Wiederherstellung der Familie. — Die Verteidigung und Wiederherstellung der Familie ist eine unserer größten Sorgen. Gewiß, wir sind stolz auf unsere Familienbewegungen, und es gibt in Frankreich noch wahrhaft christliche Familien; sie sind die schönste Zierde unserer Diözesen.

Aber müssen wir nicht auch nur zu oft ein schweres Versagen der Familientugenden und selbst eine Auflösung der Familien als natürliche Gesellschaft und Einrichtung, Lebenszelle des Staates, feststellen?

Wir bitten euch, euch um Maria, unsre Mutter zu scharen, damit sie, wie in Nazareth, in den Heimstätten den Geist der Familie und die großen Tugenden entwickle, die das Unterpfand der Wohlfahrt, der Fruchtbarkeit und des Glückes sind.

c) Die geistige Verlebendigung der Katholischen Aktion. — Unsere Bewegungen der Katholischen Aktion verfolgen mit Zähigkeit inmitten zahlreicher Schwierigkeiten ihr apostolisches Werk. Wir fordern sie auf, mit ihrem ganzen Glauben und ihrer Hochherzigkeit in den großen Strom marianischer Frömmigkeit einzutreten.

Ihre Seelsorger mögen den Militanten die Größe der allerseligsten Jungfrau, ihre mütterliche Zärtlichkeit, ihren Wunsch nahebringen, auch die Gesellschaft und ihre Einrichtungen in das Reich ihres Sohnes einzubeziehen.

Je mehr die Katholische Aktion sucht, die Lebensfragen zu lösen, je mehr sie sich bemüht, die gesamte menschliche Wirklichkeit zu umspannen, um die natürlichen Gemeinschaften umzugestalten, desto mehr wird sie das Bedürfnis fühlen, sich an den Quellen des göttlichen Lebens zu speisen, um den Eifer ihrer Apostel zu beleben und nie ihr wesentlichstes Ziel: die Verchristlichung der Gesellschaft, aus den Augen zu verlieren.

Sagen wir es ganz deutlich, geliebte Brüder: Es handelt sich nicht darum, eine neue Bewegung zu schaffen oder eine neue Organisation neben anderen Vereinigungen, die sich in den Dienst der Verherrlichung der allerseligsten Jungfrau stellen, sondern nur darum, einen Strom marianischen Geistes in Bewegung zu setzen, der die Seelen, die Familien, die Gruppen durchdringen soll.

Im übrigen soll jede Diözese diesen Aufschwung kindlicher Frömmigkeit organisieren, wie ihr Haupt es für gut befindet.

Wir erwarten davon nicht nur die reichsten Früchte für die Teilnahme der Christen an der Erneuerung ihres geliebten Vaterlandes, sondern auch für jeden einzelnen eine Gnade der Kraft, der Selbstbeherrschung und des Vertrauens, die ihnen unter dem mütterlichen Schutz Mariens helfen wird, sich überall inmitten der gegenwärtigen Unruhe und angesichts der großen Angst, die so viele Menschen befallen hat, als Bringer von Mut, Frieden und Hoffnungen zu erweisen."

Soziale Woche Frankreichs 1949

Der Zentralausschuß der Sozialen Wochen in Frankreich beschloß, die Soziale Woche von 1949 in Lille abzuhalten und zwar vom 18. bis 23. Juli. Sie hat das Thema: „Wirtschaftlicher Realismus und sozialer Fortschritt".

Das Urteil über Sartre

Im „Osservatore Romano" (5. 11. 1948) äußert ein Kommentar zur Indizierung Sartres, der von Cornelio Fabro gezeichnet ist, die Ansicht, daß die Kirche sich diesmal in Übereinstimmung mit der breitesten Öffentlichkeit befindet. Sartre ist vom Liberalismus und vom Kommunismus früher verurteilt worden als von der Kirche. Aber die anderen übersehen, daß er eigentlich nur die letzten Konsequenzen aus der modernen Geisteshaltung gezogen hat. Von der Vergottung der menschlichen Vernunft durch die Aufklärung, von dem Primat des Bewußtseins und der autonomen Sittlichkeit im Sinne des deutschen Idealismus führt ein gerader geistesgeschichtlicher Weg zu dieser Absurdität einer absoluten Freiheit des einzelnen Menschen, die Sartre proklamiert, und die das Sein als solches und mit ihm alle objektiven Werte der persönlichen, sozialen und religiösen Ordnung verneint. Sartre zeigt, was dem Menschen möglich und erlaubt ist, wenn es keinen Gott gibt. In diesem Zusammenhang ist es für den Katholiken interessant, die Auseinandersetzung zwischen Sartre und seinen kommunistischen Gegnern zu verfolgen, die in den französischen Zeitschriften „Temps modernes" und „La Pensée" geführt wurde. Beide Parteien entlarvten den Humanismus des Gegners als eine leere Ideologie und Fiktion.

Der Fall Sartre ist nach dem römischen Kommentar ein Symptom für den gefährlichen Augenblick, den die Menschheit durchschreitet. Was Sartre schildert, diese Perversität, diese Gewalttätigkeit, diese kalte und leidenschaftslose Unmoral ist nichts Erfundenes, sondern Ausdruck der Tatsache, die unserer Zeit das Gesicht prägt: es gibt kein menschliches Gewissen mehr in einer Welt, die sich anmaßte, sich selbst ihr Gesetz zu geben. Die Abwesenheit des Gewissens ist die Gottesgeißel für das Verbrechen des modernen Geistes in der Neuzeit.

In der englischen Zeitschrift „The Tablet" (6. 11. 1948) nimmt F. C. Copleston SJ zu dem kirchlichen Urteil Stellung. Die Verurteilung ist notwendig geworden, sagt er, weil Sartre mit außerordentlichem literarischem Talent seine Philosophie in weiten Kreisen verbreitet und anziehend dargestellt hat. Diese Philosophie und der Existentialismus überhaupt hat sich allerdings in England gegen den Positivismus noch nicht durchgesetzt, weil der Einsturz der europäischen Kultur bisher nur auf dem Kontinent in seinem ganzen Ausmaß offenbar geworden ist. Die Gedanken des französischen Philosophen und Dichters sind aber der Ausdruck und das Sinnbild jener inneren Welt, die sich darbietet, wo das Christentum zusammengebrochen ist. Gewiß kämpft Sartre gegen Materialismus, Totalitarismus und Kollektivismus für individuelle Geistigkeit, Persönlichkeit und Verantwortung. Vielleicht ist auch der Atheismus nicht der Kern seiner Gedanken und Absichten, aber er ist ihre ausdrückliche Voraussetzung, und es kann von einer „Freiheit" im Sinne Sartres nicht mehr die Rede sein, wenn man diese Voraussetzung nicht mit ihm vollzieht! So unterstützt er den Atheismus und macht ihn zu einer Konsequenz für den mitdenkenden Leser.

Copleston verweist auf das Werk des Paduaner Philosophen Norbert Bobbio, der im Existentialismus eine Philosophie der Dekadenz erblickt. Wenn es einen Existentialisten gibt, der diese Behauptung rechtfertigt, dann ist es Sartre; nicht deshalb, weil er Perversitäten schildert, deren der Mensch fähig ist, sondern weil seine Charaktere „mit eherner Stirn" Verbrechen begehen, weil sie das Verbrechen zu einer Weltanschauung des Immoralismus erheben, ohne daß der Dichter diesem das Urteil sprechen könnte.

Sartres Widerlegung der marxistischen Denkungsart ruft keine positive Gegenkraft auf den Plan. Was er als menschliche Freiheit ausgibt, ist tatsächlich deren gefährliche Bedrohung, unfruchtbar für einen echten Humanismus, übrigens auch von einer Auffassung des menschlichen Wesens, die keine dem Marxismus vergleichbare Anziehungskraft entfaltet.

So kann seine Philosophie, gleichgültig ob sie eine repräsentative Gestalt des Existentialismus ist oder nicht,

nur zu einer weiteren Auflösung der christlichen Kultur beitragen und die Krisis verschärfen, in der sich so viele schwankende Geister befinden, eine Krisis, die mit einem Sieg eben jener totalitären Kräfte enden kann, die Sartre selbst zu bannen wünscht.

Das Religiöse in der Zeitung

Bei einer Sitzung der „Königlichen Kommission für die Presse" in London berichtete der Unterhausabgeordnete Tom Driberg von seinen Beobachtungen darüber, wie die englische Presse sich gegenüber religiösen Themen verhält. Es gibt keine einzige weltliche Zeitung, sagte er, die in ihrer philosophischen Grundhaltung, ihren Kommentaren und in der Wahl ihrer Themen sich vom Christentum führen ließe. Sittliche Erwägungen, geschweige denn die Unterstützung oder Verkündigung christlicher Grundsätze, gehören nicht zu den Aufgaben, für die diese Presse sich verantwortlich fühlt. Ab und zu braucht man etwas „fürs Herz" oder eine gefühlvolle Geschichte. Am Rande räumt man auch nüchternen Nachrichten aus der kirchlichen Welt einen Platz ein, der aber in gar keinem Verhältnis steht beispielsweise zu den langen und lebendigen Darstellungen und Schilderungen jeder Art von sportlichen Ereignissen und Belangen.

Die Mehrzahl der Menschen, die ihre Meinungen, Ansichten und Anschauungen aus der Zeitung nehmen, muß bei dieser Art der Behandlung des Religiösen den Eindruck gewinnen, daß dies eine belanglose oder weltfremde Sache sei, um so mehr, wenn ihnen das Religiöse, wofern es überhaupt einmal zur Darstellung gelangt, entweder in weltfernen Essays oder in sensationellen Ereignissen dargeboten wird, die zu der sozialen und politischen Lebenswirklichkeit keine Beziehung haben.

Wie groß die Entfremdung zwischen der modernen Gesellschaft und dem Christentum geworden ist, beweist die Vorstellung, die man sich heutzutage von einer christlichen Zeitung macht. Sie würde ein feierliches, frommes, selbstzufriedenes und weltentrücktes Blatt sein, das niemand von den heutigen Journalisten zu schreiben in der Lage wäre, weil niemand in dieser Welt zu Hause ist. Die Idee eines Christentums, das zu den Fragen des Tages etwas zu sagen hat, ist verloren gegangen.

In einem Augenblick, da die politischen Führer zu erkennen beginnen, daß der Verlust des Glaubens die Tragödie unserer Zeit und seine Wiedererweckung eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Zukunft der Gesellschaft ist, muß die Gesamtheit derjenigen, die mit der Bildung der öffentlichen Meinung betraut sind, aus diesen Erkenntnissen die Folgerungen ziehen.

Der Bericht Dribergs beschäftigt sich nicht mit den einzelnen Zeitungen, sondern beschränkt sich auf die Wiedergabe des Eindrucks, den die Presse im ganzen erweckt. Dieser Eindruck wird nicht als zutreffend anerkannt werden können, sofern es sich um die führenden Organe der katholischen Presse in England handelt, etwa um die Wochenschrift „The Tablet" mit ihren hochwertigen Kommentaren und um die Zeitung „Catholic Herald", ein sehr lebendiges und vorzüglich geleitetes Blatt. Jedoch ist deren Verbreitung verhältnismäßig zu schwach, als daß sie ein Gegengewicht gegen die anderen Blättter bilden könnten, die das Feld der öffentlichen Meinung beherrschen. In diesem Lande mit einer katholischen Minorität, die nur 10 Prozent der Bevölkerung zählt, kann eine offen als katholisch deklarierte Zeitung nicht darauf rechnen, ein weites Echo zu finden. Nur wenn fähige und katholisch bewußte Publizisten in den großen Zeitungen zu Wort kommen, läßt sich eine weitere Verbreitung der Wahrheit erhoffen. Die Tätigkeit der Bewegung „Sword of the Spirit" unter dem Protektorat von Kardinal Griffin hat sich den Kampf für Naturrecht und Moral in der Breite des öffentlichen Lebens zum Ziel gesetzt, gewisse Erfolge erzielt und verdient die aufmerksame Beobachtung des katholischen Auslandes.

Eine Konvention zum Schutze der Zivilbevölkerung im Kriege

Der XII. internationale Rotkreuzkongreß in Stockholm (August 1948) beschloß eine „Magna Charta" zum Schutz der Zivilbevölkerung, die mit ihren weitgehenden Bestimmungen große Lücken in den bisherigen Konventionen des Roten Kreuzes ausfüllt. Die neue Konvention zum Schutze der Zivilbevölkerung im Kriege zerfällt in vier Abschnitte. In den allgemeinen Bestimmungen wird die Anwendung der Konvention behandelt. Diese gilt auch für den Fall, daß in einem Konflikt zwischen zwei Staaten der Kriegszustand von dem einen Staat nicht anerkannt wird, wie etwa in Bürgerkriegen, Kolonial- und Religionskriegen. Die Konvention soll in Zusammenarbeit mit Schutzmächten und unter deren Kontrolle Anwendung finden, die, um diese zu erleichtern, die Kriegführenden auch zu Verhandlungen auf neutralem Boden auffordern können.

Im zweiten Abschnitt, der den Schutz der Zivilbevölkerung gegen gewisse Kriegsfolgen behandelt, wird betont, daß die Signatarmächte schon in Friedenszeiten Sicherheitszonen sanitären Charakters errichten sollen, um Kranke und Verwundete, Kinder unter fünfzehn Jahren, schwangere Mütter, Mütter mit Kindern unter sieben Jahren und Personen im Alter von über 65 Jahren zu schützen. Diese Zonen werden von den Signatarmächten im Konfliktsfalle anerkannt, wobei kein Unterschied gemacht werden darf bezüglich der Rasse, Nationalität, Religion oder politischen Anschauung der zu Schützenden.

Krankenhäuser dürfen, wie weiter bestimmt wird, nicht angegriffen werden, und das Personal der Krankenpflege ist geschützt. Zivile Krankenhäuser sind mit dem Zeichen des Roten Kreuzes zu versehen. Medikamente und Sanitätsmaterial sollen frei durch feindliches Gebiet versandt werden dürfen, ebenso Lebensmittel und Kleider für schwangere Frauen und Kinder unter fünfzehn Jahren. Die Verteilung dieser Hilfssendungen an Bedürftige kann unter der Kontrolle der Schutzmacht vor sich gehen. Elternlosen oder abhanden gekommenen Kindern soll geholfen und während des Konflikts soll ihnen womöglich der Aufenthalt in einem neutralen Land ermöglicht werden. Der Kontakt zwischen Familien ist aufrecht zu erhalten, und die Nachforschungen nach verschwundenen Familienmitgliedern sollen erleichtert werden. Die „Behandlung geschützter Personen" bildet den Gegenstand des dritten Abschnitts der Zivilkonvention. Diese Personen dürfen nicht in Gebiete gesandt oder in solchen zurückgehalten werden, welche Kriegshandlungen ausgesetzt sind; ebenso darf ihre Anwesenheit nicht dazu mißbraucht werden, gewisse Gebiete oder militärische Operationen zu schützen. Die jeweiligen Vertrauensleute geschützter Personen haben das Recht, die Hilfe der

Schutzmächte oder des Roten Kreuzes anzurufen. Eine jede physische oder psychische Einwirkung, um Auskünfte zu erhalten, soll gleichfalls verboten werden. Niemand darf ferner für eine Tat bestraft werden, welche die betreffende Person nicht begangen hat. Kollektive Bestrafung ist untersagt, und ebenso Repressalien und die Zerstörung von festem und beweglichem Besitz, sofern diese nicht durch den Krieg notwendig gemacht werden. Die Festnahme von Geiseln in jeder Form ist verboten.

Im Falle der Besetzung gilt die Konvention für alle geschützten Personen. Deportation ist verboten, wie auch die Evakuierung, falls nicht die Sicherheit der Bevölkerung oder zwingende militärische Gründe eine solche erforderlich machen. Die Besetzungsmacht hat ferner nicht das Recht, geschützte Personen zu Dienstleistungen in kämpfenden Einheiten oder als Hilfstruppen zu zwingen. Ein jedes Anwerben von Freiwilligen unter den Geschützten ist gleichfalls untersagt. Weiter sind in diesem Abschnitt spezifizierte Bestimmungen über den Arbeitsschutz der Bevölkerung des besetzten Landes, über die hygienischen und sanitären Verhältnisse, die Verhinderung von Epidemien usw. enthalten.

In den allgemeinen Bestimmungen über Internierungslager wird u. a. vorgeschrieben, daß die Internierten nach Nationalität, Sprache oder Sitten gruppiert werden. Eltern haben das Recht, die Kinder bei sich zu behalten. Internierungs- und Kriegsgefangenenlager sind getrennt zu errichten. Über die Unterkunft und die hygienischen Verhältnisse, den Schutz gegen Bombenangriffe und andere Kriegsgefahren, die Ernährung der Zivilinternierten usw. enthält der Abschnitt präzisierte Bestimmungen, ebenso über die Arbeitspflicht — sie darf nur eingeführt werden, wenn die Internierten es selber wünschen — die Arbeitsleistung, die Verbindungen mit der Außenwelt usw. Eine Mitteilung über die Internierung hat an die Angehörigen zu ergehen, mit Angabe der Adresse und des Gesundheitszustandes des Internierten. Der briefliche Verkehr, der Empfang von Liebesgaben und Büchern, die Ausübung der Zensur werden gleichfalls bis in jede Einzelheit geregelt.

Im vierten Abschnitt über die Anwendung der Zivilkonvention wird den Vertretern der Schutzmacht das Recht zugesprochen, sich an sämtliche Stellen zu begeben, wo sich geschützte Personen aufhalten. Sie dürfen die Lokalitäten betreten, in denen die Geschützten untergebracht sind, und sie haben das Recht, sich ohne Zeugen persönlich oder mit Hilfe eines Dolmetschers mit ihnen zu unterhalten.

Als besonders wichtig wird es — so in dänischen Konferenzkreisen — aufgefaßt, daß der Begriff der Widerstandsbewegung in der Konvention über die Behandlung der Kriegsgefangenen eingeführt worden ist. Die Forderung, die früher an die äußeren Kennzeichen einer anerkannten Widerstandsgruppe gestellt wurde — die Uniform — ist in Wegfall gekommen. Immerhin wird verlangt, daß die Angehörigen einer solchen Gruppe ein sichtbares Kennzeichen tragen, wie etwa eine Armbinde, und daß sie ihre Waffen offen tragen. Diese Lösung hat die Delegation verschiedener im letzten Weltkrieg besetzter Länder nicht voll befriedigt, obwohl man in der grundsätzlichen Feststellung, daß die Widerstandsbewegung als „die letzte Reserve der kleinen Länder" anerkannt wird, einen Fortschritt erblicken will.

Die vierte Konferenz der österreichischen Liturgischen Kommission

Am 29. und 30. September tagte am Institutum Liturgicum in Salzburg die vierte Konferenz der österreichischen Liturgischen Kommission. Hauptthema war die „Verlebendigung des Amtes", nachdem sich frühere Konferenzen mit den deutschen Formen der Meßfeier befaßt hatten *(vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 4, S. 167).*

Den einleitenden Vortrag: „Das Choralamt — Problem Ziel, Aufgabe" hielt Prof. Franz Kosch von der Wiener Musikakademie. Er wies zunächst auf die vielfachen Probleme hin, die das Choralamt dem Menschen von heute stellt: Die „Monotonie" des Chorals durch Jahre und Jahrhunderte widerspricht dem Bedürfnis des Menschen nach Abwechslung; die Geschichte der Liturgie zeigt nicht nur einen Prozeß der Entfaltung, sondern auch der Einschrumpfung und Erstarrung und weckt damit das Verlangen, den heutigen Zustand der Liturgie nicht als endgültig und unveränderlich anzusehen, sondern kräftig weiterzuentwickeln; der Choral mit seiner wesenhaften Einstimmigkeit, freien Rhytmik und ganz anderen Modalität ist dem heuigen Musikempfinden fremd. Und trotzdem bleibt das Choralamt das Hochziel der liturgischen Arbeit. Es ist der ausdrückliche Wunsch der Kirche, und wenn die Kirche dem Verlangen nach anderer Gestaltung der Messe weiten Spielraum läßt, sollte man dies nicht damit beantworten, daß man die Hochfeier der Messe eliminiert. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß dort, wo man sich ernstlich um das Choralamt bemüht hat, die anfängliche Fremdheit rasch überwunden werden konnte und große Reichtümer erschlossen wurden. Die Aufgabe besteht darin, das Kirchenvolk dahin zu bringen, im lateinischen Amt die Hochform der Meßfeier zu erkennen. Praktische Möglichkeiten sind, die alte liturgische Gliederung der Gemeinde in Kantoren, Schola und Chor zu erneuern, die bestehenden Kirchenchöre so zu erziehen, daß sie die Rolle der Schola übernehmen können, oder besser noch, eigene Knabenchöre dafür heranzubilden. Ein weiteres Erfordernis ist die bessere Ausbildung des Klerus für den Choral und eine verstärkte Choralpflege in Klöstern und Kathedralkirchen. P. Drinkwalder OSB (Salzburg) behandelte „Die Grundfunktion der Gesänge im Amt" und zeigte, daß es eine Voraussetzung für die Verlebendigung des Amtes ist, die Grundfunktion der Gesänge wieder klar zu erkennen. Das eucharistische Hochgebet, das durch spätere Zutaten immer mehr zurückgedrängt worden ist, müßte auch in der musikalischen Gestaltung der Messe als ihr Kernstück hervorgehoben werden, dem sich alles Vorangehende als Vorbereitung unterordnet.

Dr. Johann Zabel (Wien) sprach über die Geschichte. Durchführung und seelsorgliche Bedeutung des „deutschen Hochamtes", besonders für kleinere Landgemeinden. Bei aktiver Teilnahme der gläubigen Gemeinde ist hier eine gewisse Stileinheit zu erreichen. Was vom Priester an Gott gerichtet ist, wird lateinisch gesprochen, was vom Priester ans Volk und was vom Volk an Gott gerichtet wird (Wortgottesdienst und Ordinarium und Proprium), deutsch. Er regte an, eine Petition an den Heiligen Stuhl zu richten, daß in den österreichischen Diözesen beim Hochamt Epistel und Evangelium unmittelbar nach der lateinischen Verkündigung auch in der Volkssprache feierlich gesungen werden dürfen. Zu diesem Antrag erklärte die Mehrzahl der Diözesanvertreter,

daß im allgemeinen kein Bedürfnis nach dem „deutschen Hochamt" bestehe, wenn auch in manchen Gegenden gute Erfahrungen vorliegen. Auch dürfe nicht übersehen werden, daß das deutsche Hochamt nur mit dem Ausdruck „benignissime toleratur" gestattet worden sei, was erkennen läßt, daß die Absicht des Heiligen Stuhles auf das lateinische Hochamt in seiner überlieferten Form gerichtet ist.

Den Standpunkt der Praxis vertrat Dr. Josef Schabasser, der Leiter der Diözesankommission für Kirchenmusik (Wien): es müßte endlich durch ein entschlossenes Wort der Gegensatz zwischen liturgischer Bewegung und Kirchenmusik beseitigt und klare Linien geschaffen werden, an die sich auch die Kirchenmusiker zu halten haben. Die Kirchenchöre sollten mehr als bisher liturgisch geschult werden, den Choral pflegen und für die Gestaltung der Gemeinschaftsmesse sowie der Nachmittags- und Abendandachten herangezogen werden.

Im weiteren Verlauf der Konferenz sprach Dozent Josef Casper (Wien) über die Möglichkeiten, den Opfergang in der Messe stilvoll zu gestalten und mit der Pflicht zur Caritas in Verbindung zu bringen. Spiritual Josef Huber (Linz) berichtete über die guten Erfahrungen bei den Stationsgottesdiensten in der Fastenzeit 1948.

Aus den Missionen

Die Folgen des Krieges in Palästina

Der päpstliche Internuntius in Kairo, Erzbischof Hughes, gibt in einem Bericht eine Übersicht über das Elend der durch die Kriegsereignisse in Palästina aus ihren Heimstätten vertriebenen 600 000 Araber, unter denen sich mehr als 20% Christen befinden. Das Problem der Versorgung dieser Flüchtlinge ist für die Aufnahmeländer allein unlösbar, wie sich schon aus einem Vergleich der Bevölkerungszahl dieser Länder mit den aufgenommenen Flüchtlingen ergibt.

Der Libanonstaat mit einer Gesamtbevölkerung von 1 Million hat 90 000 Flüchtlinge aufgenommen.

In Transjordanien, dessen Normalbevölkerung 350 000 beträgt, befinden sich 130 000 Flüchtlinge.

Syrien mit einer Bevölkerung von 3 Millionen hat 140 000 Flüchtlinge aufgenommen.

Weitere 200 000 Flüchtlinge leben in den verschiedenen Teilen Palästinas, die noch von Arabern besetzt sind. Die übrigen befinden sich in Ägypten und im Irak.

Erzbischof Hughes betont, daß das Problem dieser Flüchtlinge von den arabischen Ländern allein nicht gelöst werden kann und daß die Hilfe aus Europa und Amerika bis jetzt vollkommen unzureichend gewesen ist, daß also eine große internationale Hilfsaktion dringend notwendig ist.

Die Verlautbarung des Erzbischofs ist besonders bemerkenswert dadurch, daß sie sehr scharfe Angriffe gegen das Verhalten der Juden enthält. Er berichtet davon, daß die Juden einen besonderen Haß gegen die katholischen Institutionen zeigen. „Das Hinausschieben des Flüchtlingsproblems", so sagt er wörtlich, „und die Verhinderung der Heimkehr der Flüchtlinge ist ein vorsätzlicher jüdischer Versuch, die Araber zu dezimieren und das Christentum in Palästina auszurotten ... Ich bin entsetzt über die Gleichgültigkeit, mit welcher die Öffentlichkeit die Absicht aufnimmt, 600 000 Araber, unter denen sich tausende von Christen befinden, dem Tod und dem Elend auszusetzen, um für 600 000 Juden Platz zu machen. Allein schon die christliche Liebe und die Menschlichkeit sollten zum Mitleid für Flüchtlinge, gleichgültig welcher Rasse und welches Glaubensbekenntnisses, bewegen. Sicherlich sollten sie Christen und gottesfürchtige Moslems nicht zugunsten der vorwiegend irreligiösen jüdischen Bevölkerung ausschließen. Wir wollen diesen nicht Übles wünschen, aber wir sollten durch unsere Gleichgültigkeit nicht zugeben, daß hunderttausenden anderer, die sich in solchem Elende befinden, Böses zugefügt wird."

Scharfe Konkurrenz für katholische Missionsschulen

Das erwachende und sich steigernde Selbstbewußtsein in den orientalischen Ländern betrachtet die christliche Mission, trotz aller Stimmen wohlwollender Anerkennung für ihre Leistungen, mit wachsamem Argwohn. Besonders will man sich dagegen sichern, daß die Erziehungstätigkeit der Kirchen all zu sehr als Mittel zum Zweck benutzt wird, und daß es ihnen weniger auf die pädagogische und wissenschaftliche Leistung ankommt als auf Konversionen. Das Christentum wird von der gebildeten Schicht der Orientalen naturgemäß nicht in seinem göttlichen Anspruch, sondern als religiöse Ausdrucksform der abendländischen Kultur bewertet. Wenn man dieser fremden Kultur nun schon Einfluß auf die Jugend einräumt, dann will man wenigstens sicher gehen, daß er in uneigennütziger Weise und entsprechend dem erstrebten kulturellen Standard ausgeübt wird. Die Regierungen Indiens oder Ägyptens geben sich alle Mühe, die Bildung des Volkes zu fördern und machen große Anstrengungen zur Hebung des Schulwesens. Wenn sie in dieser Sorge von den christlichen Missionsschulen verlangen, daß sie Schritt halten und sich der Kontrolle des Staates hinsichtlich ihrer Leistungen und Lehrkräfte unterwerfen, brauchen die Missionen diese Forderungen, die dem Staate zustehen und im Abendlande selbstverständlich sind, nicht als Bedrohung zu empfinden, sondern nur als Ansporn zu um so schärferer Konkurrenz.

In Ägypten hat die Regierung jetzt im Gesetzeswege alle freien Schulen staatlicher Kontrolle unterstellt. Davon werden über 200 katholische Schulen und die Universität in Kairo betroffen. Artikel 13 des Gesetzes bestimmt, daß der Religionsunterricht den Schülern nur in ihrem eigenen Bekenntnis erteilt werden darf. Er wird auf den Einfluß der Mohammedaner zurückgeführt, die den Grundsatz der Glaubensfreiheit ebenso ablehnen wie wir und sich durch das Gesetz gegen christliche Beeinflussung ihrer Kinder schützen wollen. Die Missionsschulen wehren sich dagegen, weil es bisher üblich war, andersgläubige Kinder mit Zustimmung ihrer Eltern am christlichen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Die ägyptische Regierung kommt ihnen insofern entgegen, als sie eingewilligt hat, nicht darauf zu bestehen, daß für die mohammedanischen Schüler der Missionsschulen ein eigener islamischer Religionsunterricht erteilt wird.

Ägypten hat im letzten halben Jahrhundert die Zahl der Staatsschulen von 51 auf 5516 erhöht, die von 1½ Millionen Schülern besucht werden. Es kann deshalb nicht beanstandet werden, wenn der Staat nunmehr das ganze Erziehungswesen unter seine Kontrolle nimmt, sofern er

die weltanschauliche Freiheit wahrt. Ein typisches Beispiel für die Auswirkung der Staatskontrolle ist die Frage der Koedukation. Die Regierung hat sie entsprechend den nationalen Traditionen untersagt. Die christlichen, besonders die evangelischen Schulen haben sie vielfach aus praktischen Gründen eingeführt und protestieren nun gegen das Verbot, das ihnen eine finanzielle Mehrbelastung bringt. Ist ein solcher Protest gerechtfertigt? Nichtsdestoweniger hat die Regierung ihn berücksichtigt und für christliche Schulen die Koedukation gestattet, soweit sie bisher schon bestand.

In Indien bereitet die Schulpolitik der Provinzialregierung von Madras den Missionen besondere Sorgen. Ein Dekret hat verfügt, daß während der planmäßigen Unterrichtsstunden in den Schulräumen kein Religionsunterricht erteilt werden darf. Ein anderes verbietet körperliche Bestrafung wegen Wegbleibens vom Religionsunterricht. Der Staat hat sich entschlossen, den Pariakindern kostenlose Schulausbildung zu gewähren. Aber das gilt nur für hinduistische Kinder, während die christlichen die Hälfte der Kosten tragen müssen. Besondere Sorge bereitet den Missionen auch die Anordnung, daß die Regierung Schulen aufheben und beschlagnahmen kann, wenn sie ihre Lehrkräfte nicht tariflich bezahlen oder sonst finanziell in Unordnung sind. Man fürchtet, das könnte zu einer Handhabe werden, Missionsschulen zu enteignen. Wenn man aber erwägt, daß diese Maßnahmen sich auf Schulen beziehen, die staatliche Subventionen erhalten, ist es schwierig, abgesehen von der Härte der angedrohten Sanktionen, dagegen Einwände zu machen, obgleich man sehr wohl einsieht, daß die Finanzlage es den Missionen schwer macht, mit dem Staat zu konkurrieren. Schließlich hat die Regierung die Exemtion der Jesuiten von den staatlichen Lehramtsprüfungen aufgehoben. Sie begründet das damit, daß andere christliche Schulen das gleiche Privileg gefordert hatten. Natürlich erschwert diese Maßnahme den Jesuiten ihr weit verbreitetes Unterrichtswesen. Aber man kann der Regierung darum nicht vorwerfen, sie habe ihre Kompetenzen überschritten.

Man wird sich beizeiten darauf einrichten müssen, daß die Staaten und Völker der Missionsgebiete ihr Naturrecht auf kulturelles Eigenleben mehr und mehr realisieren, und daß die christliche Mission innerhalb dieser erwachenden Völker ungeachtet ihrer geschichtlichen Verdienste in Zukunft nicht mehr im Schutz von Privilegien und aus dem Pathos der Überlegenheit des Abendlandes betehen kann, sondern nur durch höhere Leistungen. Das Abendland hat daraus den Schluß zu ziehen, daß es seine Opfer für die Missionen, die persönlichen wie die sachlichen, steigern muß, wenn ihm daran gelegen ist, daß seine Missionen mit der Entwicklung der Völker Schritt halten.

Kommunismus an der Elfenbeinküste

Frankreich hat vor kurzem allen Bewohnern seiner Kolonien das volle Bürgerrecht erteilt. So zwingend die Ideen der Gerechtigkeit und der Würde der menschlichen Persönlichkeit diesem Ziel zustreben, so muß man sich doch fragen, ob die Zeit dafür schon in allen Gebieten des französischen Kolonialreichs gekommen war. Jedenfalls scheinen sich gewichtige Probleme aus der neuen Sachlage zu ergeben, auch solche, die insbesondere die Missionare beunruhigen. So haben z. B. die Eingeborenen des Apostolischen Vikariats Sassandra die vollen Bürgerrechte erhalten: das Gebiet liegt im Südwesten der Elfenbeinküste, bedeckt etwa 300 000 qkm und ist von weniger als einer halben Million Menschen besiedelt. Als es 1910 erobert wurde, traf man dort auf Stämme, die ein anarchisches Leben tief im Urwald führten, in dem sie sich vor mächtigeren Nachbarn bargen. Die französische Verwaltung baute Straßen und versuchte, die Bevölkerung längs dieser anzusiedeln; doch gelang das infolge des atavistischen Geistes dieser Stämme nicht. Diese Leute, die weder lesen noch schreiben können, sind jetzt französische Vollbürger geworden. Das hat ihnen den Vorteil gebracht, sie weitgehend vor Übergriffen habgieriger Beamter zu schützen. Aber die neue Situation hat auch ernste Gefahren gebracht. Da ist einmal die im Wesen der Eingeborenen liegende Gefahr, daß sie Freiheit und Bürgerrechte für gleichbedeutend mit der Erlaubnis zur Passivität, zur Trägheit und Faulheit halten. Für sie bedeutet das Bürgerrecht vor allem die Befreiung von Requisition und Zwangsarbeit, während sie keinerlei positiven Gebrauch von ihrer Freiheit zu machen verstehen. In dieser Hinsicht müssen die Missionen mit Vorsicht ihre Erzieheraufgabe fortzusetzen bestrebt sein — mit Vorsicht, um die Eingeborenen nicht in ihrem neuerwachten Ehrgefühl zu verletzen. Es gibt aber noch ein anderes dringlicheres Problem für die Missionen: die Kommunistische Partei hat sofort nach Erteilung des Wahlrechts an die Eingeborenen eine Bewegung unter den Schwarzen gegründet, die sich Afrikanisch-Demokratische Bewegung (Rassemblement démocratique africain = RDA) nennt.

Die RDA hatte es leicht, mit zügigen Schlagworten zu arbeiten: Mißbräuche bestanden tatsächlich auf Seiten der Kolonisatoren, gegen die die RDA aufrufen konnte; sie unterschied dabei nicht zwischen kolonisatorischem Wirken zum Nutzen der Kolonie und solchem aus eigennützigen Interessen, sondern rief zum Kampf gegen die Kolonisatoren überhaupt. Die Bevölkerung des Buschs wurde dadurch in Massen für die Bewegung gewonnen. Die sogenannten „Evolués", die europäisierte Schicht der Schwarzen, sind die ersten gewesen, die sich anschlossen; die Leute aus dem Busch folgten ihnen, da sie selber völlig unfähig sind, die Lage zu überschauen. Die guten schwarzen Christen, die katholischen Führer sind heute alle in der RDA. Wenn man versucht, ihnen klarzumachen, daß dies ein Irrweg ist, so glauben sie, man sei ein Gegner ihrer Freiheit und Entwicklung. In der Tat saugen die Eingeborenen aber mit den Ideen von Gleichheit und Unabhängigkeit, die sie zur RDA hingezogen haben, zugleich die materialistische Weltanschauung des Kommunismus ein. Wer lesen kann, liest die kommunistischen Blätter, die in der Bewegung kreisen. Diese versuchen, die Beziehungen der Schwarzen zum Christentum dadurch zu vergiften, daß sie es als „importierte Religion" brandmarken. Vielleicht steht es damit in Zusammenhang, daß der Fetischismus wieder auflebt und neue Religionen aus einer Mischung von Fetischismus und Christentum entstehen.

Religionsfreiheit in den Zentralprovinzen Indiens

Die Gesetze, welche die Grundrechte garantieren, finden im heutigen Indien von Provinz zu Provinz eine recht unterschiedliche Anwendung. Dabei hängen all diese Provinzen von der Zentralregierung in Delhi ab, die augen-

blicklich eine für die ganze Union geltende Verfassung ausarbeitet.

Pandit Nehru läßt als Präsident des Obersten Rates von Delhi keine Gelegenheit vorübergehen, allen Bürgern Indiens die vollständige Gewissens-, Religions- und Redefreiheit zuzusichern. Nach seiner Auffassung kennt das Gesetz keine Stammes-, Rassen-, Klassen- oder Religionsunterschiede. Nehru will auch, daß Minderheiten, wie die Christen und Sikhs, mit den andern gleiche Behandlung erfahren und in den Verwaltungsräten ihre Vertreter sitzen haben. Er selbst hat unter seinen Ministern einen Christen und einen Sikh. Und wenn er von den Christen spricht, versäumt er nicht, die Dienste anzuerkennen, die die Missionen Indien geleistet haben. Anfang 1948 hat er in Sambalpur in der Provinz Orissa vor einem großen Zuhörerkreis denen gegenüber, die eine Unterdrückung der Missionen wünschen, betont, in Orissa würden die Missionen genau so wie irgend eine andere Einrichtung öffentlicher Wohlfahrt beschützt. Er fügte hinzu, unter den hohen Beamten Delhis seien nur wenige, die ihre Erziehung nicht den Missionen verdankten. Ein anderer Punkt, den er oft berührt, ist der, daß das Indische Dominion niemals zu einem Hindu-Dominion werden dürfe, wie Pakistan zu einem muhammedanischen Land geworden ist; gerade in diesem Punkt steht er in offenem Gegensatz zu der Politik der Mahasaba (Großen Versammlung).

Die Provinzen legen in ihrer Politik diese fundamentalen Grundsätze sehr verschieden aus, besonders wenn es sich um die Interessen des Christentums handelt.

Was versteht man hier nun unter Provinzen? Durch Einwohnerzahl und Bodenfläche kommen diese Provinzen europäischen Ländern gleich. Die Provinz mit der Hauptstadt Nagpur, die im Plural als „Zentralprovinzen" angesprochen wird, deckt ein Gebiet, so groß wie Frankreich.

Wie werden nun die Rechte der Minderheiten respektiert? In Provinzen wie Bombay und Madras, wo die Christen zahlreich sind und manchmal den führenden Klassen angehören, werden sie so gut, wenn nicht besser als unter der britischen Herrschaft behandelt. In Bengalen, wo sie verhältnismäßig wenig zahlreich sind, genießen die Christen ob ihrer in jeder Hinsicht ausgezeichneten Erziehungsinstitute bei der neuen Regierung ein Ansehen, das allen insgesamt zugute kommt. Die Behörden können aber auch keine besseren und treueren Mitarbeiter als die Missionare finden, und der Gouverneur, obwohl selbst Hindu, scheut sich nicht, das offen zu erklären.

In der Provinz Bihar, wo sich die Mission Ranchi befindet, erregen die Schulorganisation und die Großzahl von Urbewohnern, die sich dem Christentum angeschlossen haben (300 000 Katholiken), das allerhöchste Mißfallen gewisser Elemente. Diese haben seit einiger Zeit einen Verleumdungsfeldzug gegen die Missionen eröffnet, um zwischen Christen und Nichtchristen den Klassenhaß zu entfachen, den Nehru so entschieden verdammt. Da man keinen Erfolg hatte, sucht man jetzt den katholischen Unterricht lahmzulegen.

Eine weitere Schwierigkeit entsteht bei den sogenannten halb-unabhängigen Staaten. Sie gehörten vor Ende 1947 zu Chota Nagpur, wurden aber alle am 1. Januar 1948 von einer der beiden Provinzen, Orissa (Hauptstadt Cuttack) oder den Zentralprovinzen (Hauptstadt Nagpur) verschluckt. In beiden Provinzen stellen die Christen nur einen schwachen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung dar. Nur die Staaten Gangpur und Jashpur machen eine Ausnahme. In ihnen bilden die Christen ein Viertel der Bevölkerung: Gangpur wurde von Orissa, Jashpur von den Zentralprovinzen aufgenommen. Die Behandlung, die nun der Bevölkerung in den beiden Provinzen zuteil wird, ist ganz und gar verschieden. Die Regierung von Orissa hat von Anfang an für das Volk viel übrig gehabt. Stieß sie auf Opposition, wie beispielsweise bei der Bewegung, die die Vereinigung mit der Provinz Bihar befürwortete, so bewies sie Geduld, nahm von Druckmaßnahmen Abstand und ließ sich die Interessen des Volkes angelegen sein. Sie suchte den Unterricht zu heben, indem sie freie Schulen wie Staatsschulen unterstützte, so daß sie sich alle Herzen gewann. Die christlichen Missionen wurden nicht etwa bekämpft, sondern als eine Wohltat für das Volk betrachtet, ihre Schulen erfreuen sich eines ganz besonders guten Rufes. Führende Mitglieder der Verwaltung haben sogar die katholischen Missionen eingeladen, in andern Staaten Stationen aufzumachen.

Ganz anders wirkt sich der Wechsel aus, der über Jashpur, Udaipur und andere Nachbarstaaten kam, die in die Zentralprovinzen eingegliedert wurden. Von Anfang an hat die Regierung hier Abneigung und Kälte gezeigt.

Auch hier hatte eine Gruppe von Ureinwohnern unter dem Einfluß Zugereister sich für eine Verbindung mit der Provinz Bihar statt mit den Zentralprovinzen ausgesprochen, aber das hatte strenge Druckmaßnahmen zur Folge. Immerhin wurde im Januar 1948, als die Gewalt der Radschas an die Zentralverwaltung der Provinzen überging, laut die allgemeine Freiheit ausgerufen. Die Missionare hielten es für selbstverständlich, daß sie jetzt in allen Teilen des Gebietes dieselbe Freiheit genießen würden wie zuvor in Chota, Nagpur und Bengalen. Das war eine starke Täuschung. Von Anfang an wurden die Missionen mißtrauisch behandelt. Durch ihr taktvolles Auftreten gelang es den Missionaren, gewisse lokale Verwaltungsbehörden für sich zu gewinnen. Freundschaftliche Beziehungen wären gewiß rascher zustande gekommen, wäre nicht beim Besuch des Ministerpräsidenten von Nagpur eine Gruppe auf die unpassende Idee gekommen, zu Gunsten der Verbindung mit Bihar eine Kundgebung zu veranstalten. Das führte zu einer Reaktion, die ganz anders als die in Orissa war. Die alten Unterdrückungsmaßnahmen wurden wie unter dem Regime der Radschas wieder in Kraft gesetzt. Leute in hoher Stellung hielten schöne Reden voll glänzender Versprechungen für die Zukunft, aber im Grund gingen sie nur darauf aus, die Missionen zu ruinieren und ihnen die Zuneigung der Nichtchristen zu entfremden. Alle diese Reden konnten allerdings eines nicht vergessen machen: daß die Missionen den Ureinwohnern jederzeit beistanden.

Erfolge der Mission in Japan

Die Zahl der japanischen Katholiken hat sich im Jahre 1947 um 10% von 109 000 auf 120 000 vermehrt. Dazu kommen noch 15 000 Katechumenen. Trotzdem die Zunahme um 10 000 Seelen einen Erfolg darstellt, ist die Aussicht auf japanische Massenkonversionen immer noch gering. Wenn man bedenkt, daß die amerikanische Besatzungsmacht der christlichen Propaganda sehr große Unterstützung angedeihen läßt, ist das Ergebnis dieser Politik keineswegs überwältigend. Bei näherer Betrachtung der Statistik zeigt sich, daß der Katholizismus dort am stärksten zu-

genommen hat, wo er seit langem schon seine Mission ausübt, nämlich in Kagoshima um 69%, in Kyoto um 55%, in Hiroshima um 25%.

Dagegen beträgt in Tokio, dem amerikanischen Propagandazentrum, die Zunahme nur 12%, d. h. 1100 Seelen. Die verhältnismäßig geringste Zunahme allerdings, zugleich jedoch absolut betrachtet die höchste, hat die Mission in Nagasaki, der ältesten Gemeinde in Japan. Sie nahm um 2500 Seelen zu und zählt nunmehr fast 61 000 Gläubige. Im ganzen betrachtet zeigt sich, daß das Christentum in den östlichen Ländern, je mehr sie von dem Bewußtsein ihrer eigenen Kultur erfüllt sind, umsomehr um den einzelnen Menschen ringen muß und um so weniger vom Prestige des Abendlandes zehren kann.

Ökumenische Nachrichten

Der Ökumenische Rat interveniert in Ungarn

Nachdem unlängst erst Karl Barth aus Ungarn zurückkam und an den dortigen Verhältnissen auf kirchlichem Gebiet wenig zu beanstanden fand, kommt jetzt der Tatsache eine erhebliche Bedeutung zu, daß der Präsident des Exekutiv-Ausschusses des Ökumenischen Rates, *Bischof Dr. Bell von Chichester*, einen offiziellen Schritt gegen die Verhaftung des lutherischen Bischofs Ordaß unternommen hat. Der Brief von Dr. Bell wurde am 6. September, unmittelbar nach Abschluß der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Amsterdam, abgesandt und stellt die erste praktische Anwendung der „Erklärung über die religiöse Freiheit" dar, einer Ergänzung der Beschlüsse der 4. Sektion (deren Text im nächsten Heft der Herder-Korrespondenz erscheint). In einer Erwiderung hatte der ungarische Ministerpräsident erklärt, daß Bischof Ordaß wegen Devisenvergehens verhaftet sei, seine Kirche aber volle Freiheit genieße. Daraufhin schrieb der Bischof von Chichester folgenden Brief vom 17. September 1948, in dem es u. a. heißt:

„Ich muß jedoch bemerken, daß nicht nur Bischof Ordaß das Visum zur Teilnahme an der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam als Delegierter verweigert worden ist, sondern auch, daß, bevor noch die Frage eines gesetzwidrigen Zahlungsverkehrs auftauchte, die ungarische Regierung eine entschieden feindselige Haltung Bischof Ordaß gegenüber einnahm, wobei der Grund dieser Feindseligkeit sein angeblicher Widerstand gegenüber dem heutigen Regime, wie auch seine Opposition auf religiöser Grundlage gegen die Verstaatlichung der Schulen — für ihn eine Gewissensfrage — ist.

Das Vorgehen der ungarischen Regierung in dieser Hinsicht steht in unmittelbarem Gegensatz zu der Erklärung über die religiöse Freiheit, der der Ökumenische Rat in Amsterdam zugestimmt hat und die besagt, daß jeder Mensch das Recht hat, seinen religiösen Überzeugungen im Gottesdienst, im Unterricht und im praktischen Leben Ausdruck zu geben und die Folgerungen aus ihnen für die Beziehungen in der sozialen oder politischen Gemeinschaft offen auszusprechen.

Darüber hinaus dürfte eine so willkürliche Einschränkung der Tätigkeit eines Kirchenmannes in vollem Widerspruch stehen zu der Erklärung in Ihrem an mich gerichteten Brief, daß in Ungarn bekanntlich das Gesetz jeder Kirche volle Handlungsfreiheit und jedem Staatsbürger Kultusfreiheit zusichert.

Was die Anklage betrifft, Bischof Ordaß habe sich in einen ungesetzlichen Zahlungsverkehr eingelassen oder daß er über einen geheimen Dollarfonds verfüge, den ihm die Lutherischen Kirchen in USA zur Verfügung gestellt haben, so wird mir von Vertretern der Lutherischen Kirchen in den USA mitgeteilt, daß das eine reine Erfindung ist. Daß die Lutherischen Kirchen in den USA den Wunsch haben, einer Schwesterkirche in Ungarn in schwerer Zeit beizustehen, ist ein natürlicher Beweis christlicher Nächstenliebe. Ebenso natürlich ist es, daß der Nationale Lutherische Rat dementsprechend einen festen Beitrag zu diesem Zweck bereitstellt... Es gibt keinen geheimen Fonds, auf den Bischof Ordaß zurückgreifen kann.

Es ist erstaunlich, daß in einer Angelegenheit, die so unmittelbar die Lutherischen Kirchen in Amerika angeht, kein Versuch unternommen worden ist, sich mit den maßgebenden Behörden dieser Kirchen in Verbindung zu setzen, um von ihnen Auskünfte über das Geschehene einzuholen. Das ganze Verfahren gegen Bischof Ordaß scheint im Zeichen einer seltsamen Überstürzung zu stehen, die sich schwer vereinbaren läßt mit einem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren.

Angesichts des unbefriedigenden Charakters Ihrer Antwort auf mein früheres Schreiben, der die Verurteilung des Bischofs zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe folgte, sehe ich mich genötigt, im Namen des Ökumenischen Rates der Kirchen einen scharfen Einspruch zu erheben gegen diese Handlungsweise der Ungarischen Regierung und diesem Einspruch öffentlich Ausdruck zu geben."

Diesem Protest hat sich auch der bekannte lutherische *Bischof Berggrav von Oslo* angeschlossen. In seinem Brief vom 15. Oktober 1948 heißt es:

„Wir empfinden es als unsere Pflicht, in voller Offenheit an Sie zu appellieren, Sie möchten unsere Erfahrungen und einige bedeutsame Tatsachen zur Kenntnis nehmen. Unsere Erfahrung ist folgende:

Vor sechs Jahren wollte ein totalitäres Regime in Norwegen einen lutherischen Bischof, der gegen den Nazismus anging, beseitigen. Jene Regierung hatte die Absicht, die ganze Kirche zu unterdrücken, aber sie wagte einen frontalen Angriff auf die Freiheit des Gewissens und des Glaubens nicht. Statt dessen wandte sie eine Methode an, die sie selbst als höchst geschickt ansah: man fabrizierte ganz einfach eine Lüge und bezichtigte öffentlich den Bischof eines unmoralischen Verhaltens.. Aber Lügen haben kurze Beine... Die Propaganda muß der Wahrheit auf die Dauer unterliegen...

Nunmehr haben Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrem Land einen lutherischen Bischof, L. Ordaß, der in wahrhaft christlicher Weise sich dem widersetzt, was die Kirche, sich auf ewige Grundlagen stützend, als einen Mißbrauch demokratischer Staatsgewalt brandmarkt. Sie wollten Bischof Ordaß zwingen abzudanken, und da er sich weigerte, klagen Sie ihn wegen Devisenvergehens an und kerkern ihn ein. Sie haben uns dies durch Ihr Telegramm an die ‚Lutheran World Federation' glaubhaft machen wollen. Es ist unsere Pflicht, darauf zu antworten, daß, gegründet auf eine feste Basis klarer Tatsachen, wir gezwungen sind, Ihr Vorgehen als eine Verletzung der Wahrheit und demokratisch-christlicher Regierungsgrundsätze anzusehen.

Wir sind zu dieser Feststellung auch gezwungen durch die Rede Ihres Ministers Mihlyfis, der sich unter Beru-

fung auf den obengenannten norwegischen Bischof gegen Bischof Ordaß wendet. Ihr Minister behauptet, Bischof Berggrav habe eine Stellung bezogen, die der von Bischof Ordaß entgegengesetzt sei, da er den Nazismus und seine reaktionären Pläne bekämpft habe, während Bischof Ordaß die ‚Freiheit und Demokratie' bekämpfe. Da diese Worte nunmehr in der Weltpresse zitiert werden, müssen wir feststellen, daß Ordaß genau auf derselben Front stand wie der norwegische Bischof in seinem Kampf gegen den Nazismus, und daß der norwegische Bischof heute dieselbe Überzeugung vertritt wie Bischof Ordaß, nämlich, daß Mißbrauch der Polizeigewalt, selbst wenn sie in der geschickten Verkleidung von ‚strenger Moralität' auftritt, in absolutem Gegensatz zu Gottes Willen steht, und die christliche Kirche daher in allen Fällen Widerstand zu leisten hat."

Hromadka berichtet über Amsterdam

Man hatte angesichts des Mißtrauens, das die orthodoxe Kirche, vor allem aber die Machthaber in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang, der Amsterdamer Konferenz entgegengebracht haben, mit einiger Spannung den Bericht erwartet, den der tschechische orthodoxe Theologe, Dr. Joseph Hromadka, zu Hause über den Verlauf der Amsterdamer Besprechungen, vor allem aber über seine Auseinandersetzung mit John Foster Dulles (über die wir in der Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 1/2, S. 94 berichtet haben) geben würde. Religious News Service berichtet nun von einem Interview, das Hromadka der tschechischen Presse bei seiner Rückkehr gegeben hat. Er sagte darin, daß Amsterdam vollkommen klar gestellt hätte, daß der Weltrat sich nicht als Waffe gegen die von den Kommunisten beherrschten Länder gebrauchen lasse. Er habe vielmehr anerkannt, daß revolutionäre gesellschaftliche Veränderungen vor sich gingen und daß sie nicht aufzuhalten seien, und er habe allen Bemühungen widerstanden, den Weltrat für eine religiöse Sanktion eines Kreuzzuges gegen den Osten zu gewinnen. Der Paragraph 22 des Berichtes der dritten Sektion der Amsterdamer Konferenz (siehe dieses Heft S. 182) zeigt, welches Maß an Wohlabgewogenheit für das Zustandekommen der Amsterdamer Stellungnahme notwendig gewesen ist, damit sie sowohl Foster Dulles wie auch Hromadka befriedigen konnte.

Berichtigung zu den Amsterdamer Texten

Zu den deutschen Übersetzungen der Texte der offiziellen Beschlüsse von Amsterdam werden von der Ökumenischen Zentrale einige Korrekturen mitgeteilt, die darauf zurückzuführen sind, daß in diesen Übersetzungen bestimmte von der Vollversammlung beschlossene Änderungen nicht berücksichtigt sind. Es handelt sich um folgende Änderungen in den von uns schon wiedergegebenen Texten:

1. In der Botschaft

a) Dort muß es im zweiten Satz (Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 1/2,S.93) heißen: „Wir preisen Gott den Vater und unseren Herrn Jesus Christus"... dann ist nach dem zweiten Satz ein dritter Satz eingefügt worden: „Wir sind darin einig, daß wir Ihn als Gott und Heiland anerkennen." Erst dann folgt: „Wir sind voneinander getrennt" usw.

b) Im viertletzten Absatz (Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 1/2, S. 94), der mit den Worten beginnt: „Ein Nein zu denen, die im Namen der Ordnung das Unrecht zum Recht machen, zu denen, die die Saat des Krieges säen oder zum Kriege drängen, weil er doch unvermeidbar sei".

c) Der vorletzte Absatz (Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 1/2, S. 94) beginnt mit folgenden Worten: „Es steht nicht in menschlicher Macht, Sünde und Tod von der Erde zu verbannen, die Einheit der einen heiligen Kirche zu schaffen..."

2. Im Bericht der Sektion I (Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 3, S. 131) Fußnote in der zweiten Zeile („nur auf die römisch-katholische Kirche") das Wort „nur" zu streichen.

3. Im Bericht der Sektion II muß der letzte Satz des Abschnittes 1 (Der Heilswille Gottes) (Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 3, S. 134) lauten: „Alle, die die Liebe Gottes verachten, bleiben unter seinem Gericht und stehen in Gefahr, dem Urteil Gottes über diese vergehende Welt zu verfallen". Die Worte nach „verfallen" sind also gestrichen und an die Stelle des Wortes „eine" sind die oben angegebenen Worte „diese vergehende" zu setzen.

4. Im Bericht des Komitees über die Judenfrage ist im Abschnitt V im zweiten Absatz (Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 3, S. 138) nach den Worten „hier berührter ‚Rechte' abzugehen", einzufügen: „Wir erwarten jedoch von den Nationen, daß sie dieses Problem nicht als eine Sache politischer, strategischer oder wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit behandeln, sondern als eine sittliche und geistliche Frage, die das religiöse Leben der Welt im Innersten berührt".

Neuer ökumenischer Patriarch in Istanbul

Nach langer Überlegung, die von mannigfachen äußeren Einflüssen bestimmt wurde, ist der ökumenische Patriarch der griechisch-orthodoxen Kirche, Maximos V., zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wählte das aus zwölf Prälaten der griechischen Kirche bestehende Wahlkollegium am 1. November den bisherigen orthodoxen Erzbischof von New York, Athenagoras.

Maximos V. hatte das Patriarchat nur zweieinhalb Jahre inne. Bald nach seiner Wahl erkrankte er und war außerstande, seine Amtspflichten voll zu erfüllen. Die imperialistischen Pläne Moskaus, die auf kirchenpolitischem Gebiet in den ehrgeizigen Ansprüchen des Moskauer Patriarchats ihren Ausdruck finden, machten eine energische Vertretung der kirchlichen Freiheiten und der Interessen der Orthodoxie im westlichen Machtbereich immer notwendiger. So spielte der Machtkampf zwischen Ost und West auch hier hinein, und nach allgemeiner Ansicht ist der amerikanische Einfluß bei der Neuwahl ausschlaggebend beteiligt gewesen.

Der neue Patriarch ist als Kind einer griechischen Familie in Kleinasien geboren, war nach dem ersten Weltkrieg einige Zeit Bischof von Korfu und dann orthodoxer Metropolit von New York. Die Bedeutung des ökumenischen Patriarchates hängt in hohem Maße von der Person seines Inhabers ab. Seine kirchenrechtliche Macht ist gering. Eine wirksame Jurisdiktion übt er nur in seiner eigenen Diözese aus, während seine Stellung als Oberhaupt der Kirche Griechenlands und der Diözesen in Westeuropa, Amerika und Asien mehr einen Ehrenprimat darstellt. Jedoch ist er der höchste und bei gemeinsamem Handeln nach außen der naturgemäß

führende Repräsentant der Orthodoxie, soweit sie nicht im russischen Einflußgebiet liegt. Insofern ist die Wahl sowohl von politischem wie von ökumenischem Interesse.

Politisch hat die Türkei, in deren Territorium Istanbul, der historische Sitz des Patriarchen, gelegen ist, im Vertrag von Lausanne und den darauf folgenden Abmachungen mit der Kirche einen starken Einfluß auf Ernennung und Tätigkeit des Patriarchen gewonnen. Die jungtürkische Bewegung ist zwar antireligiös, hat aber selbstverständlich am ökumenischen Patriarchat ein politisches Interesse. Bei dieser Wahl waren erstmalig die griechischen kirchlichen und staatlichen Autoritäten mit den türkischen einig. Die Einigkeit ist zum mindesten stark beeinflußt durch die gemeinsame Front gegen Moskau.

Kirchenpolitisch muß man vor allem die ökumenischen Auswirkungen der Wahl in Betracht ziehen. Eine dogmatische Annäherung an Rom liegt außerhalb des Wahrscheinlichen; aber eine Zusammenarbeit in der Abwehr der widerchristlichen Kräfte aus dem Osten ist bei Berücksichtigung der Umstände, unter denen diese Wahl erfolgte, immerhin denkbar.

Für die Orthodoxie selbst kann der Amtsantritt des neuen Patriarchen vielleicht zu einer Epoche ihrer Geschichte werden. Nicht nur, daß der energische Athenagoras ein erklärter Gegner der Sowjets ist und die Staatshörigkeit der russischen Kirche benutzen wird, um die jahrhundertealte Rivalität zwischen Konstantinopel und Moskau, dem „dritten Rom", zu forcieren und den Gleichschaltungstendenzen Moskaus in den orthodoxen Kirchen der Satellitenstaaten entgegenzuwirken; seine Bedeutung liegt vielleicht mehr noch in den dogmatischen und disziplinären Anschauungen, die er vertritt. Er ist ein neuer, ein „westlicher" Typ unter den ostkirchlichen Theologen. Er bekennt sich nicht nur zur Unabhängigkeit der Kirche von der Staatsgewalt, zu der Idee einer überzeitlichen und übernationalen konkreten Form der Kirche, sondern zugleich auch zu einem christlichen Kulturauftrag, zu einer ethischen Auswirkung und Ausstrahlung der liturgischen und dogmatischen, sozusagen transzendenten Lebenswelt, in der die Ostkirche seit Jahrhunderten ein weltabgeschiedenes und vielfach zum Formalismus erstarrtes Eigenleben führte. Ob man berechtigt ist, von einer Renaissance der Orthodoxie zu sprechen, wie es der Berichterstatter der „Neuen Zürcher Nachrichten" (19. 11. 1948) tut, wobei er allerdings ein Fragezeichen setzt, ist zweifelhaft. Aber sicher hat er Recht, auf die erstarkende Position der Orthodoxen in der Neuen Welt hinzuweisen, die durch diese Wahl so sichtbar unterstrichen wird.

Letzte Meldung

Kardinal Mindszenty verhaftet

Zu unserem Bericht über den Kirchenkampf in Ungarn (in diesem Heft, S. 169), ist zu ergänzen, daß Kardinal Mindszenty, der Primas von Ungarn, inzwischen unter der Anklage des Hochverrats vernaftet wurde.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Die Weihnachtsbotschaft des Papstes

„Confirma Fratres tuos"

Am 24. Dezember 1948 richtete der Papst an das Kardinalskollegium die folgende Ansprache, deren amtlichen deutschen Wortlaut wir wiedergeben:

Ernst und mild zugleich, wie der letzte Wille und der Abschiedsgruß eines geliebten Vaters, erklingen die Worte des göttlichen Erlösers an seinen ersten Stellvertreter auf Erden: „Confirma fratres tuos" (Luk. 22, 32): „Stärke deine Brüder" immerfort in Unserem Geist und in Unserem Herzen, seit dem Tage, da er in seinem unerforschlichen Ratschluß Unseren schwachen Händen das Steuer des Schiffleins Petri anvertrauen wollte.

Unsterbliche, tief Unserem Innersten eingeprägte Worte — und sie machen sich mit noch größerer Eindringlichkeit geltend jedesmal dann, wenn Wir in Ausübung des apostolischen Amtes dem Episkopat und den Gläubigen in aller Welt die Lehren, Richtlinien und Ermahnungen zu vermitteln haben, die die volle Ausführung der heilbringenden Sendung der Kirche erheischt, und die ohne Abstrich von ihrer wesentlichen Unveränderlichkeit sich doch stets den immer wechselnden Umständen und Verhältnissen von Zeit und Ort zweckmäßig anpassen müssen.

Mit einzigartig tiefer Ergriffenheit jedoch erfahren Wir in Uns die Wucht jenes göttlichen Befehls in diesem Augenblick, da Wir zum zehnten Mal Unsere Weihnachtsbotschaft an euch, geliebte Söhne und Töchter auf dem ganzen Erdenrund richten, — am Ende eines Jahrzehnts, das an Ereignissen und Umwälzungen, an Prüfungen und Aufgaben, an Bitternissen und Leiden nicht seinesgleichen in den Jahrhunderten der menschlichen Geschichte hat.

Als Wir zur letzten Weihnacht bei demselben Anlaß euch zu Gebet und Mitarbeit aufriefen, gaben Wir dem Wunsche Ausdruck, das damals anhebende 1948 möchte für Europa und die gesamte, von so viel Zerrissenheit gequälte Völkergemeinschaft ein Jahr eifrigen Wiederaufbaus, der Beginn eines raschen Anstiegs zu einem wahren Frieden sein.

Heute, am Schlusse eines Jahres, das sich mit so viel Hoffnung aufgetan, ladet euch, die aufrechten und nachdenklichen Geister, die ehrlichen Christen, Unsere väterliche Stimme aufs neue ein zu erwägen, welches gegenwärtig die Lage der Menschheit und der Christenheit sei und was das Mittel, um freien und festen Schritts vorwärtszuschreiten auf dem Pfad, den die Härte und Not der Zeit ebenso wie das Gewissen euch weisen.

Wer immer den klaren Blick, die sittliche Kraft und den Mut besitzt, der Wahrheit, auch wenn sie unangenehm und demütigend ist, Aug in Aug gegenüberzutreten, muß unumwunden zugeben, daß das Jahr 1948, welches an seinem Beginn Gegenstand hoher und durchaus begreiflicher Erwartungen war, heute, bei seinem Abklingen, als

einer jener Kreuzungspunkte erscheint, wo der Weg, der bereits verheißungsvoll anhub, statt dessen an den Rand eines Abgrunds auszumünden scheint, dessen Tücken und Gefahren alle edelgesinnten und großmütigen Völker mit steigender Besorgnis erfüllen.

Trotzdem, ja gerade deshalb, geliebte Söhne und Töchter, fühlen Wir Uns inmitten des beginnenden Umsichgreifens von Verzagtheit auch bei Mutigen und des Aufsteigens von Zweifeln bei den Klarblickendsten und Entschlossensten, mehr denn je verpflichtet, dem göttlichen Auftrag: „Confirma fratres tuos" zu entsprechen und Wir richten an euch alle bis zu den äußersten Grenzen der Welt als Unseren Weihnachtsgruß die Worte, mit denen der Prophet das Werk der Erlösung und den endgültigen Sieg des Reiches Christi ankündigte: „Stärkt die schlaffen Hände und festigt die wankenden Kniel Sagt den Verzagten: Mut, fürchtet euch nicht! Seht da euer Gott... er selbst wird kommen, euch zu erlösen" (Is. 35, 3—4).

Zweifache heilige Pflicht

Als Nachfolger dessen, dem die göttliche Verheißung zuteil wurde: „Ich habe für dich gebetet" (Luk. 22, 32), wissen Wir wohl, daß dann, wenn der Kampf mit den Mächten der Finsternis härter wird, wenn er in entscheidende und menschlich gesehen beunruhigende Entwicklungsstufen eintritt, der Herr seiner Kirche und seinen Gläubigen um so näher ist. Tief überzeugt und durchdrungen von diesem göttlichen Beistand, rufen Wir allen, die sich des katholischen Christennamens rühmen, eine zweifache heilige, für die Besserung der gegenwärtigen Lage der menschlichen Gesellschaft unabdingliche Pflicht in Erinnerung.

1. Unerschütterliche Treue zum Wahrheitsgut, das der Erlöser der Welt gebracht.
2. Gewissenhafte Erfüllung des Gebots der Gerechtigkeit und Liebe, notwendige Voraussetzung für den Triumph einer des göttlichen Friedenskönigs würdigen sozialen Ordnung auf Erden.

I.

Leuchtende Zeichen des Lebens

Wir würden es an Dankbarkeit gegen den Allmächtigen, den Spender und Vollender aller Güter und Gnaden, fehlen lassen, erkännten Wir nicht an, daß das nunmehr verflossene Jahr trotz aller Sorgen und Leiden auch reich an heiligen Freuden und Tröstungen, glücklichen Erfahrungen und ermutigenden Erfolgen war. Es war ein Jahr, in dem die Kirche allen Völkern und Nationen in allen Ländern und Erdteilen unbezweifelbare und glänzende Zeichen des Lebens, der Kraft, der Wirksamkeit, des Widerstandes und raschen Fortschritts gegeben hat, die nicht nur zu den strahlendsten Hoffnungen auf geistigem Gebiet berechtigen, sondern auch greifbare Früchte in den gigantischen Auseinandersetzungen zeitigen, in die die Menschheit im Ringen um ihre Wiedergenesung und Befriedung verwickelt ist.

Eine glanzvolle Reihe von religiösen Feierlichkeiten, eucharistischen und marianischen Kongressen, bedeutsamen Jahrhundertfeiern und großartigen Tagungen haben jedem unvoreingenommenen Beobachter gezeigt, daß weder der Krieg, noch die Nachkriegszeit, noch die Zähigkeit der Feinde Christi mit ihren Spaltungs- und Zerstörungstendenzen in der Lage gewesen sind, die reinen Quellen, aus denen die Kirche seit bald zwanzig Jahrhunderten ihre Lebenskraft schöpft, zum Versiegen zu bringen oder zu trüben. Überall wächst und blüht neues Leben, das vor allem bei der katholischen Jugend bestrebt ist, die Wahrheit des Evangeliums und die heilbringende Kraft seiner Lehre in alle menschlichen Lebensgebiete hineinzutragen, zum Nutzen und Heil auch jener, die bis jetzt zu ihrem großen eigenen Schaden einem solch wohltuenden Werk ihre Herzen verschlossen hielten.

Erhabenes Heldentum

Die harten Prüfungen, die die Kirche infolge des Kriegs und in der Nachkriegszeit erlitten hat, die schmerzlichen Verluste und die schweren Schäden, die sie getroffen, haben ihre Tatkraft und ihren Widerstand nur noch mehr gestählt und ermutigt. Sie hat mitten im Sturm und Wogengang ihre Lebenssubstanz unversehrt und unverletzt bewahrt und unter allen Völkern, bei denen das Bekenntnis zum katholischen Glauben in Wirklichkeit gleichbedeutend ist mit Erleiden von Verfolgungen, fanden und finden sich immer tausende von Tapferen, die ohne Furcht inmitten der Opfer, der Ächtung und der Qualen, unerschrocken angesichts der Ketten und des Todes, ihre Knie vor dem Baal der Macht und Gewalt nicht beugen (vgl. 3. Könige, 19, 18). Die weite Öffentlichkeit kennt ihre Namen in den meisten Fällen nicht; aber in den Annalen der Kirche stehen sie mit unaustilgbaren Lettern geschrieben.

Es ist für Uns eine Pflicht, jene Treuen und Starken, Unermüdlichen und Tapferen, von Gott Auserwählten und Gesegneten zu verherrlichen, denen die Bedrängnisse der gegenwärtigen Zeit, die Leiden und mütterlichen Tränen der Braut Christi weder Ärgernis noch Torheit sind, vielmehr Anlaß und wirksamer Ansporn, nicht mit Worten, sondern durch Taten die Aufrichtigkeit und Selbstlosigkeit ihrer Gesinnungen, ihre unbedingte Treue, die erhabene Großmut ihrer Herzen kundzutun. Es fehlen die Worte, um den Heroismus dieser Treuesten unter den Getreuen würdig anzuerkennen und nach Verdienst zu erheben. An jeden von ihnen ergehe Unser Lob und Unser Dank. Der Herr, der verheißen hat, vor dem himmlischen Vater jener eingedenk zu sein, die ihn vor den Menschen bekannt haben (cf. Matth. 10, 32), wird ihr ewiger Lohn sein.

Schmerzlicher Schiffbruch

Immerhin, ist die Ausdauer und Festigkeit so vieler Brüder im Glauben für Uns Quelle der Freude und heiligen Stolzes, so können Wir uns doch nicht der Pflicht entziehen, auch jene zu erwähnen, deren Gedanken und Gefühle das Gepräge des Geistes und der Schwierigkeiten der Zeit widerspiegeln. Wie viele haben Schaden, ja Schiffbruch gelitten am Glauben, selbst am Glauben an Gott! Wie viele, angesteckt vom Geist des Laizismus oder der Feindseligkeit gegen die Kirche, haben die Frische und ruhige Sicherheit des Glaubens verloren, der bis dahin ihrem Leben Licht und Halt gewesen war. Andere, ihrem Heimatboden rücksichtslos entwurzelt und entführt, irren ziellos umher, religiösem und sittlichem Verfall ausgesetzt, besonders wenn es Jugendliche sind, einem Verfall, dessen Gefahr nicht ernst genug eingeschätzt werden kann.

Das mütterliche Auge der Kirche folgt jenen vorüber-

gehend verlorenen oder gefährdeten Seelen mit wacher Liebe und verdoppelter Sorge. Sie wird nicht bitter. Sie betet. Sie wartet: — wartet auf die Rückkehr jener Kinder, bestrebt, die geeigneten Mittel zu finden, um die Stunde dafür zu beschleunigen. Deshalb schreckt sie vor keinem Opfer zurück; keine Mühe ist ihr für dieses Ziel zu schwer. Sie ist zu allem bereit: zu allem, ausgenommen eines: daß man von ihr nicht verlange, die Rückkehr der von ihr — früher oder kürzlich — getrennten Söhne um den Preis irgendwelcher Schmälerung oder Trübung des ihr zum Schutze anvertrauten Glaubensgutes zu erreichen.

Bittere Trennung

Eine kurze Klarstellung scheint Uns angebracht hinsichtlich bestimmter unguter Äußerungen, die aus dem Mund von Getrennten gegen die katholische Kirche und das Papsttum getan worden sind.

Unsere Pflicht zu Caritas und persönlicher Liebe wird gewiß nicht verringert weder durch Angriffe noch durch Schmähungen. Wir wissen zu unterscheiden zwischen den Völkern, die oft der Freiheit beraubt sind, und den Regierungssystemen. Wir kennen die servile Abhängigkeit, die einige Vertreter des sogenannten „orthodoxen" Bekenntnisses gegenüber einer Weltanschauung an den Tag legen, deren wiederholt ausgesprochenes Endziel kein anderes ist als der Ausschluß jeglicher christlichen Religion. Nicht unbekannt ist Uns der bittere Weg, den viele Unserer geliebten Söhne und Töchter gehen müssen, die ein offenes Gewaltsystem vermocht hat, sich formell von der Mutterkirche, mit der sie ihre innersten Überzeugungen verbanden, zu trennen. Bewegten Herzens bewundern Wir die heldenhafte Festigkeit der einen, mit tiefem Schmerz und ungeschmälerter väterlicher Liebe sehen Wir den seelischen Kummer der anderen, deren äußere Widerstandskraft dem Übermaß eines ungerechten Druckes gewichen ist und nach außen eine Trennung erfahren hat, die ihr Herz verabscheut und ihr Gewissen verurteilt.

II.

Der katholische Christ im Wirbel der modernen Welt

Die Treue des katholischen Christen zu dem göttlichen, von Christus dem Lehramt der Kirche hinterlassenen Glaubensgut, verurteilt ihn in keiner Weise — wie nicht wenige glauben oder zu glauben vorgeben — zu mißtrauischer Zurückhaltung oder kalter Gleichgültigkeit gegenüber den schweren und drängenden Aufgaben der gegenwärtigen Stunde.

Im Gegenteil: der Geist und das Vorbild des Herrn, der gekommen ist, zu suchen und zu retten, was verloren war; das Liebesgebot und der Sinn für das Soziale, der von der Frohbotschaft ausstrahlt; die Geschichte der Kirche, die zeigt, daß sie stets die stärkste und festeste Stütze aller Kräfte des Guten und des Friedens war; die Lehren und Weisungen der Römischen Päpste, vor allem im Verlauf der letzten Jahrzehnte, über das Verhalten der Christen gegen ihresgleichen, gegen die Gesellschaft und den Staat: — all das verkündet die Pflicht des Gläubigen, seinen Verhältnissen und Möglichkeiten entsprechend selbstlos und mutig sich mit den Fragen zu beschäftigen, die eine gequälte und gehetzte Welt auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit wie der internationalen Rechts- und Friedensordnung zu lösen hat.

Ein überzeugter Christ darf sich nicht in einem bequemen und eigennützigen „Isolationismus" abkapseln, wenn er Zeuge der Not und des Elends seiner Brüder ist; wenn die Hilferufe der wirtschaftlich Schwachen an sein Ohr dringen; wenn er das Streben der Arbeiterklassen nach geregelteren und gerechteren Lebensbedingungen kennt; wenn er sich der Mißbräuche einer Wirtschaftsordnung bewußt ist, die das Geld über die soziale Verantwortung stellt; wenn er die Abirrungen eines sturen Nationalismus genau kennt, der die Verbundenheit der einzelnen Völker leugnet oder mit Füßen tritt, eine Verbundenheit, die jedwedem vielfältige Pflichten gegenüber der großen Völkerfamilie auferlegt.

Die Völkergemeinschaft

Die katholische Lehre vom Staat und der bürgerlichen Gesellschaft beruhte stets auf dem Grundsatz, daß nach Gottes Willen die Völker insgesamt eine Gemeinschaft bilden mit gemeinsamem Ziel und gemeinsamen Aufgaben. Auch zu einer Zeit, da die Verkündigung dieses Grundsatzes und seiner praktischen Folgerungen auf heftigen Widerstand stieß, hat die Kirche der irrigen Auffassung von einer absolut autonomen, der sozialen Pflichten enthobenen Oberhoheit ihre Zustimmung versagt.

Der katholische Christ, der überzeugt ist, daß jeder Mensch sein Nächster und jedes Volk gleichberechtigtes Glied der Völkerfamilie ist, schließt sich hochherzig jenen edlen Bemühungen an, deren erste Ergebnisse sehr bescheiden sein können, deren Äußerungen auf zähe Gegnerschaft und starke Hindernisse stoßen, die aber darauf abzielen, die einzelnen Staaten aus der Enge einer egozentrischen Haltung herauszuheben, einer Haltung, die einen überwiegenden Anteil an der Verantwortung für die Zusammenstöße der Vergangenheit hatte und die, würde sie nicht endlich überwunden oder wenigstens eingedämmt, zu neuen, für die menschliche Kultur vielleicht tödlichen Kriegen führen könnte.

Der Alpdruck eines neuen Krieges

Nie seit Beendigung der Feindseligkeiten fühlten sich die Menschen derart beklemmt von dem Alpdruck eines neuen Krieges und der angstvollen Sehnsucht nach dem Frieden wie heute. Sie bewegen sich zwischen zwei entgegengesetzten Polen. Da sind die, welche das alte, nicht ganz falsche, jedoch zu Mißverständnissen Anlaß gebende und oft mißbrauchte Wort wiederaufnehmen: Si vis pacem, para bellum: Willst du den Frieden, rüste zum Krieg! Andere glauben das Heil in der Formel zu finden: Frieden um jeden Preis! Beide Teile wollen den Frieden, aber beide gefährden ihn: die einen, weil sie das Mißtrauen wecken, die anderen, weil sie die Sicherheit dessen ermutigen, der den Angriff vorbereitet. Beide also setzen, ohne es zu wollen, die Sache des Friedens aufs Spiel, ausgerechnet zu einer Zeit, da die Menschheit, erdrückt vom Gewicht der Aufrüstungen, geängstigt vom Ausblick auf neue und noch schwerere Konflikte, schon beim Gedanken an eine kommende Katastrophe erzittert. Deshalb möchten Wir kurz aufzeigen, welches die Merkmale des wahren christlichen Friedenswillens sind.

Der wahre christliche Friedenswille

1) Er kommt von Gott

Der christliche Friedenswille stammt von Gott. Gott ist der „Gott des Friedens" (Röm. 15, 33); er hat die Welt geschaffen, daß sie eine Stätte des Friedens sei; er hat

sein Gebot des Friedens gegeben, jener „Ruhe in der Ordnung", von der der hl. Augustinus spricht.
Auch der christliche Friedenswille hat seine Waffen. An erster Stelle sind es jedoch das Gebet und die Liebe: das beharrliche Gebet zum himmlischen Vater, dem Vater unser aller; die Bruderliebe unter allen Menschen und Völkern, da sie ja alle Kinder desselben Vaters im Himmel sind, die Liebe, der es mit Geduld gelingt, immer allen gegenüber Verstehen und Verständigung bereit zu halten.
Diese beiden Waffen stammen von Gott, und da wo sie fehlen, wo man nur die materiellen Waffen zu handhaben weiß, kann kein wahrer Friedenswille herrschen. Denn die rein materiellen Rüstungen wecken notwendig Mißtrauen und schaffen eine Atmosphäre des Krieges. Wer sieht deshalb nicht, wie wichtig es für die Völker ist, das christliche Leben zu erhalten und zu stärken, und wie schwer ihre Verantwortung ist für die Auswahl und Kontrolle jener, die sie unmittelbar mit dem Rüstungswesen betrauen?

2) ist leicht erkennbar,

Der christliche Friedenswille ist leicht erkennbar. Dem göttlichen Friedensgebot gehorsam, macht er nie aus einer Frage des Prestiges oder der nationalen Ehre einen Kriegsfall oder auch nur eine Kriegsdrohung. Er hütet sich wohl, mit Waffengewalt Recht geltend zu machen, die, so sehr sie ihm zustehen mögen, die Gefahr eines Kriegsbrandes mit allen seinen entsetzlichen seelischen und materiellen Folgen nicht aufwiegen.
Hier offenbart sich wiederum die Verantwortlichkeit der Völker in den entscheidenden Fragen der Jugenderziehung und der Bildung der öffentlichen Meinung, welche die modernen Methoden und Mittel so beeinflußbar und wandelbar machen, in allen Bereichen des nationalen Lebens. Und diese Tätigkeit muß immer in Gang gehalten werden, um die Solidarität aller Staaten für die Verteidigung des Friedens zu festigen. Jeder Rechtsbrecher muß als Friedensstörer in eine diffamierende Isolierung außerhalb der gesitteten Welt verwiesen werden. Möge es der Organisation der Vereinten Nationen (UN) gelingen, der volle und reine Ausdruck dieser internationalen Friedenssolidarität zu werden, indem sie aus ihrer Grundverfassung und ihren Statuten jede Spur ihrer Herkunft beseitigt, die nun einmal notwendig eine Kriegssolidarität gewesen war.

3) ist praktisch und realistisch

Der christliche Friedenswille ist praktisch und realistisch. Sein unmittelbares Ziel ist es, die Ursachen der Spannungen, die seelisch und materiell die Kriegsgefahr erhöhen, zu beseitigen oder wenigstens zu mildern. Diese Ursachen sind neben anderen hauptsächlich der im Verhältnis zur Bevölkerung zu enge nationale Raum und der Mangel an Rohstoffen. Anstatt daher mit riesigen Ausgaben die Nahrungsmittel an die flüchtigen, irgendwo schlecht und recht zusammengepferchten Bevölkerungen heranzubringen, warum nicht die Auswanderung und Einwanderung der Familien erleichtern und sie dabei in Gebiete lenken, wo sie müheloser die nötige Nahrung finden? Und anstatt, oft ohne gerechten Grund, die Erzeugung zu drosseln, warum nicht dem Volk die Möglichkeit lassen, seiner normalen Kapazität entsprechend zu erzeugen und so das tägliche Brot vielmehr als Frucht seiner Arbeit zu erwerben, statt es als Gabe zu empfangen? Anstatt schließlich Schranken zu errichten, um sich gegenseitig den Zugang zu den Rohstoffen zu sperren, warum nicht deren Nutzung und Austausch von allen unnötigen Fesseln befreien, von denen vor allem, die eine schädliche Ungleichheit der wirtschaftlichen Lage schaffen?

4) bedeutet Kraft — Der Zusammenschluß der Völker gegen den Angriffsgeist

Der wahre christliche Friedenswille ist Stärke, nicht Schwäche oder müde Resignation. Er ist ganz eins mit dem Friedenswillen des ewigen und allmächtigen Gottes. Jeder kriegerische Angriff auf jene Güter, welche die göttliche Friedensordnung unbedingt zu achten und zu gewährleisten, deshalb aber auch zu schützen und zu verteidigen verpflichtet, ist Sünde, ist Verbrechen, ist Anschlag auf die Majestät Gottes, des Schöpfers und Ordners der Welt. Ein Volk, das von einem ungerechten Angriff bedroht oder schon dessen Opfer ist, kann, wenn es christlich handeln will, nicht in passiver Gleichgültigkeit verharren, und noch mehr verbietet die Solidarität der Völkerfamilie den anderen, sich in gefühlloser Neutralität als einfacher Zuschauer zu verhalten. Wer wird je die Schäden ermessen können, die bereits in der Vergangenheit durch eine solche, vom christlichen Empfinden weit entfernte Gleichgültigkeit gegenüber dem Angriffskrieg angerichtet worden sind? Wie hat sie das Gefühl mangelnder Sicherheit gesteigert bei den „Großen" und vor allem bei den „Kleinen"? Hat sie dafür vielleicht irgend einen Vorteil eingebracht? Im Gegenteil: sie hat die Anstifter und Begünstiger des Angriffs nur beruhigt und die einzelnen, sich selbst überlassenen Völker in die Notwendigkeit versetzt, ihre Rüstungen ins Unbegrenzte zu vermehren.
Auf Gott und die von ihm festgesetzte Ordnung sich stützend, ist der christliche Friedenswille deshalb hart wie Stahl. Er ist von einer ganz anderen Prägung als das gewöhnliche Gefühl für Menschlichkeit, das zu oft nur reine Sentimentalität ist und den Krieg lediglich verabscheut wegen seiner Schrecken und Grausamkeiten, seiner Zerstörungen und Folgen und nicht auch wegen seiner Ungerechtigkeit. Einem solchen Gefühl eudämonistischer und utilitaristischer Art und materialistischer Herkunft fehlt die feste Grundlage einer strengen und unbedingten Verpflichtung. Es schafft jenen Boden, auf dem der Betrug des unfruchtbaren Kompromisses, der Versuch, sich auf Kosten anderer zu retten, und auf alle Fälle das Glück des Angreifers gedeihen.
Dies ist so sehr wahr, daß weder die ausschließliche Erwägung der vom Krieg verursachten Leiden und Übel, noch die genaue Berechnung von Einsatz und Vorteil letztlich zu bestimmen vermögen, ob es sittlich erlaubt, oder auch unter bestimmten konkreten Umständen verpflichtend sei (immer eine begründete Wahrscheinlichkeit des Erfolgs vorausgesetzt), den Angreifer mit Gewalt abzuwehren.

Das göttliche Friedensgebot

Eines aber ist sicher: das Friedensgebot ist göttlichen Rechtes. Sein Zweck ist der Schutz der Menschheitsgüter, insofern sie Güter des Schöpfers sind. Nun aber sind unter diesen Gütern manche von solcher Wichtigkeit für das menschliche Zusammenleben, daß ihre Verteidigung gegen den ungerechten Angriff zweifellos vollkommen gerechtfertigt ist. Zu dieser Verteidigung ist auch die Solidarität der Völker gehalten: sie hat die Pflicht, den

Angegriffenen nicht im Stich zu lassen. Die Gewißheit, daß diese Pflicht nicht unerfüllt bleiben wird, wird dazu dienen, den Angreifer zu entmutigen und so den Krieg zu vermeiden, oder wenigstens, im schlimmsten Fall, seine Leiden zu verkürzen.

So wird das Wort: „Si vis pacem, para bellum", und auch die Losung „Frieden um jeden Preis" verbessert. Worauf es ankommt, ist der ehrliche, christliche Friedenswille. Ihn zu haben, dazu bewegen uns zweifelsohne der Blick auf die Zerstörungen des letzten Krieges, die stumme Anklage, die sich von den weiten Totenfeldern erhebt, wo in endlosen Zügen die Gräber seiner Toten sich aneinanderreihen, das noch nicht gestillte Heimweh der Gefangenen und Flüchtlinge, die Not und Verlassenheit nicht weniger politischer Häftlinge, die es müde sind, ungerecht verfolgt zu werden. Aber noch mehr muß uns anspornen die machtvolle Stimme des göttlichen Friedensgebots und der liebevoll durchdringende Blick des göttlichen Kindes in der Krippe.

Hört die wie Weihnachtsglocken in der Heiligen Nacht anmutenden, wunderbaren Worte des Völkerapostels — auch er zuvor Sklave der kleinlichen Vorurteile des nationalistischen Dünkels und Rassenstolzes, die auf dem Weg nach Damaskus mit ihm zu Boden geworfen wurden: „Er, Jesus Christus, ist unser Friede, er der aus zwei Völkern ein einziges gemacht hat . . ., der die Feindschaft in sich hinwegnahm . . . Er kam, den Frieden zu verkünden euch, die ihr ferne waret, und denen, die nahe waren (Eph. 2, 14. 16. 17).

Deshalb beschwören Wir in dieser Stunde mit der ganzen Kraft Unserer Stimme euch, geliebte Söhne und Töchter in der ganzen Welt: Arbeitet für den Frieden nach dem Herzen des Erlösers. Zusammen mit allen Rechtdenkenden, die, wenn sie auch nicht in euren Reihen stehen, mit euch in der Gemeinsamkeit dieses Ideals verbunden sind, macht euch daran, den christlichen Friedenswillen zu verbreiten und zum Sieg zu führen.

Aufruf an die katholische Jugend

Mit besonderem Vertrauen jedoch wendet sich Unser Ruf an die katholische Jugend. Die unvergeßlichen Kundgebungen des verflossenen Monats September in Rom vereinigten in bisher nie erreichter Zahl Vertreter der katholischen Jugend aus den verschiedensten Nationen. Sie haben mit lichtvoller Klarheit die Einmütigkeit ihres Friedenswillens kundgetan.

Damals haben Wir von den Stufen Unserer vatikanischen Patriarchalbasilika in Gegenwart einer begeisterten Jugend den Grundstein der zu errichtenden „Domus Pacis" gesegnet: Haus des Friedens, dazu bestimmt, der Jugend der katholischen Welt im Angesicht der Kuppel von St. Peter das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur einen großen Familie zu geben, die alle ihre Söhne mit gleicher Liebe umfängt. Euch, der Jugend, die in der Blüte der Jahre die Verantwortung für ein noch ungewisses Morgen trägt, sagen Wir: Gebt euch nicht zufrieden damit, die Domus Pacis an der Via Aurelia zu bauen! Sie wird ein Symbol eures Friedenswillens sein; doch nunmehr gilt es, alle eure Hingabekraft und Zähigkeit einzusetzen, um aus der Welt selbst eine Domus Pacis zu machen, über der der Geist und die Verheißung von Bethlehem licht und froh sich ausbreiten, und wo die gequälte Menschheit endlich den Frieden finden möge.

Palästina

In dieser Hoffnung rufen Wir den Schutz des Allmächtigen auf alle Völker und Nationen herab, besonders auf jene, die mehr als die andern der Kriegsgefahr, Unruhen und Verwüstungen ausgesetzt sind. Und wie sollte am Heiligen Abend Unser Gedanke nicht noch einmal Palästina sich zuwenden, wo der menschgewordene Gottessohn sein irdisches Leben durchlief; Palästina, wo auch bei Unterbrechung der Feindseligkeiten, eine sichere Friedensgrundlage noch nicht sichtbar wird. Möge sich endlich eine glückliche Lösung finden, die neben der Hilfe für die Nöte vieler tausender von armen Flüchtlingen gleichzeitig der Sehnsucht der gesamten, um den Schutz der Heiligen Orte besorgten Christenheit Genüge leistet, indem man freien Zugang zu ihnen gewährt und sie durch Bildung einer internationalen Verwaltung schützt.

Wir rufen gleicherweise den göttlichen Beistand herab auf alle, die sich der Sicherung und Vervollkommnung des Friedens durch ihr Gebet und ihre tätige Mitarbeit widmen wollen: auf die Lenker der Völker, auf jene, die einen wirksamen Einfluß auf die öffentliche Meinung auszuüben imstande sind, wie überhaupt auf alle jene, von denen die Völker ehrliche Friedensangebote entgegenzunehmen leichter geneigt sind; auf die unzähligen Scharen der Kriegsopfer und auf die vielen anderen, deren Notlage sich täglich um so schmerzlicher zeigt, je länger sich das unerträglich werdende Harren auf einen endgültigen, sittlich zu rechtfertigenden und dauerhaften, jedes Vorurteils oder Rasse- und Blutwahns ledigen Frieden hinzieht.

Indessen erteilen Wir, von der göttlichen Gnade die Verwirklichung dieser heißen Wünsche erhoffend, euch allen, geliebte, mit Uns durch das Band des Glaubens und der Liebe verbundene Söhne und Töchter von Herzen Unseren väterlichen Apostolischen Segen.

Der Papst über die Einheit Europas und die christliche Religion

Der Hl. Vater, der am 11. November die Mitglieder der Delegationen des Zweiten Internationalen Kongresses der Europäischen Union der Föderalisten empfing, hat an diese eine Ansprache gerichtet, in der er aufs neue in eindringlichster Weise alle Völker Europas zur Eintracht ermahnte.

Der Hl. Vater hielt seine Ansprache in französischer Sprache und sagte:

Meine Herren, Ihr Besuch erfreut Uns aufrichtig. Er beweist Uns, daß Sie die Bemühungen verstanden und gebilligt haben, die Wir seit zehn Jahren unermüdlich erneuern, um eine Annäherung, ein wirklich herzliches Verständnis zwischen allen Nationen zu fördern. Seien Sie dafür bedankt.

Eben diese Sorge hat Uns inspiriert, als Wir am 2. Juni dieses Jahres zugunsten einer europäischen Union sprachen. Wir taten es, indem Wir Uns wohl hüteten, die Kirche in rein zeitliche Interessen mit hineinzuziehen. Die gleiche Zurückhaltung tut not, wenn es sich um die Frage handelt, welchen Grad von Wahrscheinlichkeit

oder Möglichkeit man der Verwirklichung dieses Ideals zusprechen soll und wie weit man noch von ihm entfernt oder wie nah man ihm schon gekommen ist.

Daß die Errichtung einer europäischen Union ernstliche Schwierigkeiten bietet, wird niemand bestreiten. Auf den ersten Blick könnte man ins Feld führen, daß, um sie allen Völkern Europas psychologisch erträglich zu machen, ein gewisser Abstand von den Erinnerungen an die Geschehnisse des letzten Krieges gewonnen werden müsse. Aber wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Und wenn man wünscht, daß diese Union ihr Ziel erreicht, daß sie der Sache der europäischen Freiheit und Eintracht, der Sache des wirtschaftlichen Friedens und der interkontinentalen Politik wirksam dient, so ist es höchste Zeit, daß sie zustande kommt.

Warum dann also verlangen, daß die Erinnerung an den Krieg zuerst aus unserem Horizont verschwindet, während doch gerade umgekehrt dessen noch schmerzhaft empfundene Auswirkungen für die Völker Europas eine Ermunterung sind, endlich einmal ihre egoistisch-nationalistischen Sorgen, diesen Quell so vieler Eifersüchteleien, so vielen Hasses aufzugeben, ein Antrieb, Vorsorge zu ihrer berechtigten Verteidigung gegen alle offene oder versteckte Gewaltpolitik zu treffen?

Es gibt einen Punkt, auf den man nie genug hinweisen kann: das ist der Mißbrauch einer politischen Überlegenheit in der Nachkriegszeit, um wirtschaftliche Konkurrenz auszuschalten. Nichts könnte das Werk der gegenseitigen Annäherung und des gegenseitigen Verständnisses unheilvoller vergiften.

Die großen Nationen des Kontinents mit ihrer langen Geschichte voller Erinnerungen an Ruhm und Macht können das Zustandekommen einer europäischen Union auch dadurch zum Scheitern bringen, daß sie, ohne darauf zu achten, der Gefahr erliegen, sich am Maß ihrer eigenen Vergangenheit zu messen anstatt an dem der gegenwärtigen Wirklichkeit und der Vorausschau in die Zukunft. Eben darum erwartet man von ihnen, daß sie von ihrer einstigen Größe abzusehen verstehen, um sich einer höheren wirtschaftlichen und politischen Einheit einzufügen. Sie werden das umso bereitwilliger tun, wenn man sie nicht aus einer übertriebenen Sorge um Einheitlichkeit zu einer gewaltsamen Nivellierung zwingt, während doch die Achtung vor dem kulturellen Charakter der einzelnen Völker durch deren harmonische Vielfalt eine leichtere und dauerhaftere Vereinigung zustandebringen würde.

Aber was sie auch wert sein mögen, diese und viele andere Betrachtungen treten an Interesse und Bedeutung vor einer, oder vielmehr vor der grundlegenden Frage zurück, die sich angesichts des europäischen Wiederaufbaus unausweichlich stellt und von der Unsre Aufmerksamkeit abzuwenden Wir nicht das Recht haben.

Niemand, glauben Wir, wird sich weigern können, der Behauptung zuzustimmen, daß ein geeintes Europa, um sich im Gleichgewicht zu halten und die Verschiedenheit auf seinem eigenen Kontinent auszugleichen — ganz zu schweigen von seinem Einfluß auf die Sicherheit des universellen Friedens — einer unerschütterlichen sittlichen Grundlage bedarf, auf der es ruhen kann. Wo soll es diese Grundlage finden? Lassen wir die Geschichte antworten: es gab eine Zeit, in der Europa in seiner Gesamtheit ein kompaktes Ganzes darstellte, und inmitten all seiner Schwächen und trotz alles menschlichen Versagens war das für es eine Kraft; es vollbrachte dank dieser Einheit große Dinge. Die Seele dieser Einheit war die Religion, die die ganze Gesellschaft bis zum Grund mit christlichem Glauben durchtränkte.

Als sich jedoch erst einmal die Kultur von der Religion getrennt hatte, hat sich die Einheit aufgelöst. Auf die Dauer hat die Irreligiosität, die sich wie ein Ölfleck langsam, aber unaufhaltsam ausgebreitet hat, das öffentliche Leben immer weiter durchdrungen, und ihr vor allem verdankt dieser Kontinent seine Zerrissenheit, sein Elend und seine Unruhe.

Wenn sich also Europa davon freimachen will, muß es dann nicht das Band zwischen Religion und Zivilisation bei sich wieder herstellen?

Darum haben Wir mit großer Freude am Kopf der Resolution der kulturellen Kommission im Gefolge des Kongresses im Haag im Mai dieses Jahres die Erwähnung der „gemeinsamen Erbschaft der christlichen Zivilisation" gelesen. Aber das ist noch nicht genug, solange man nicht dahin kommt, die Rechte Gottes und seines Gesetzes ausdrücklich anzuerkennen, mindestens aber das Naturrecht als festen Grund, in dem die Menschenrechte verankert sind. Wie sollen diese Rechte und alle Freiheiten, losgelöst von der Religion, Einheit, Ordnung und Frieden sichern können?

Und dann: wird man noch immer weiter vergessen, zu den Menschenrechten die der Familie, der Eltern und Kinder, zu rechnen? Das Vereinte Europa kann nicht auf einer bloßen abstrakten Idee errichtet werden. Es bedarf lebendiger Menschen als seiner notwendigen Träger. Wer soll das sein? Schwerlich die einstigen führenden Schichten der alten europäischen Mächte: sie sind verschwunden oder haben keinen Einfluß mehr. Noch weniger die Elemente einer Masse, wie Wir sie in Unsrer Weihnachtsbotschaft 1944 definiert haben: die echte Demokratie mit ihrem Ideal einer gesunden Freiheit und Gleichheit hat keinen gefährlicheren Gegner.

Es bleibt Uns also nur übrig zu fragen, von woher der dringendste Ruf nach der europäischen Einheit kommt? Er kommt von den Menschen, die aufrichtig den Frieden lieben, von den Menschen der Ordnung und der Ruhe, den Menschen, die — zum mindesten nach Intention und Willen — noch nicht entwurzelt sind und in einem ehrsamen und glücklichen Familienleben den ersten Gegenstand ihres Denkens und ihrer Freude finden. Diese werden das Gebäude des Vereinten Europa auf ihren Schultern tragen. Solange man ihrem Ruf das Ohr verschließt, wird man nichts Dauerhaftes, nichts, das den gegenwärtigen Krisen gewachsen ist, bauen können.

Aber, so fragen Wir Uns, wird man auch das in diesen Konjekturen nötige Verständnis finden, das Verständnis, ohne das alle Bemühungen zum Scheitern verurteilt sind? Das ist das große Problem; es fordert eine Lösung, wenn man die Verwirklichung der europäischen Union erreichen will.

Gott sei Dank wirbt und sammelt die Bewegung schon so viele Menschen guten Willens, so viele Menschen mit Herz, daß Wir nicht aufhören zu hoffen, man werde schließlich das wahre Heilmittel für die Leiden dieses Kontinents finden. Auf jeden Fall bitten Wir mit der lebendigsten Teilnahme den Vater des Lichtes, Sie zu erleuchten, Ihnen bei Ihren Arbeiten beizustehen und Ihre Bemühungen um den so glühend ersehnten Frieden zu segnen.

Hirtenworte in die Zeit

Ligurische Bischöfe über öffentliche Moral

Auf ihrer Bischofskonferenz am 14. September 1948 haben der Erzbischof und die Bischöfe der ligurischen Kirchenprovinz es für ihre ausdrückliche Pflicht gehalten, die soziale Lage der verschiedenen ihnen anvertrauten Diözesen unparteiisch zu prüfen. Das haben sie aus folgenden Gründen getan:

1. Die Bischöfe halten sich zur Ausübung einer väterlichen Fürsorge verpflichtet, der weder das Glück noch die Nöte aller gläubigen Christen gleichgültig sein können;
2. sie glauben, daß ihre Würde und ihre Sendung in dem liebevollen Dienst am ewigen Heil und, diesem untergeordnet, auch dem zeitlichen Wohl aller besteht;
3. die Bischöfe betonen den unauflöslichen Zusammenhang zwischen den sozialen Fragen und der christlichen Sittenordnung mit ihren Vorschriften und Gesetzen, zu deren Hütern sie sich durch göttlichen Auftrag berufen fühlen.

Bei der durchgeführten Untersuchung haben die Bischöfe kein anderes Ziel gehabt, als auf die offenkundigsten, schwersten und gefährlichsten Verletzungen des göttlichen Gesetzes im gegenwärtigen sozialen Leben unserer Heimat hinzuweisen. Mit andren Worten, sie wollen die Sünde aufzeigen, damit die Gläubigen sich vor ihr hüten und sich gerecht und rein vor dem Herrn bewahren können. Sie sind sich bewußt, damit der menschlichen Wohlfahrt zu dienen, die niemals vollkommen oder beständig sein kann, wenn sie auf dem Weg der Sünde gesucht wird.

Nachdem sie damit die Absicht und die Berechtigung ihrer Ermahnung allen erklärt haben, lenken die Bischöfe die Aufmerksamkeit der Gläubigen auf folgende Punkte, die sie für eine schwere Verletzung der sozialen Ordnung und des sozialen Friedens halten.

Die Bischöfe stellen übertriebenen Luxus, sinnlose Verschwendung, protzigen und aufreizenden Prunk fest. Das gilt für eine beschränkte Zahl von Personen aus verschiedenen und selbst entgegengesetzten Milieus und Lebensanschauungen. Dieser Tatbestand ist mehr oder weniger überall festzustellen, aber vor allem in den großen Städten und in den bekannten Kurorten der Riviera. Er bildet eine der schwersten sozialen Provokationen, da er den Lebensbedingungen des Landes in keiner Weise entspricht und schamlos neben den harten Erfahrungen von Kummer und Elend herläuft. Doch vor allen Dingen ist ein solches Verhalten eine Sünde.

Das Recht auf Eigentum berechtigt ja nicht zu Verschwendung und sinnlosen Übertreibungen; nicht zu protzigem Luxus, der meist begleitet ist von schmählicher Korruption, Verletzung der ehelichen Treue und Zerstörung des häuslichen Friedens.

In einem Augenblick, in dem die wirtschaftliche Not allzuviele trifft und eine rebellische Verzweiflung Brüder zu Feinden macht und zu unvernünftigen Kundgebungen treibt, ist eine maßvolle Einfachheit des Lebens und anständige Zurückhaltung in Bezug auf Bequemlichkeiten und Vergnügungen auch für besser Situierte eine ausdrückliche Pflicht. Diese Einfachheit macht nicht geldgierig, vermeidet die Komplikationen des Lasters und läßt genug Spielraum für Investitionen mit größerem Nutzen für das Allgemeinwohl und für die christliche Nächstenliebe. Vor allem wird diese Einfachheit und Bescheidenheit Herzlichkeit und Vertrauen in das gesellschaftliche Leben zurückführen.

Eine andere schmerzliche Feststellung, die mit der ersten Hand in Hand geht, betrifft alle sozialen Klassen, nämlich das Fehlen einer vernünftigen Sparsamkeit. Dieser Mangel ist im allgemeinen eine Sünde, weil der vernünftige und angemessene Gebrauch des Besitzes eine von Gott auferlegte Pflicht ist, über die man Rechenschaft ablegen muß. Außerdem ist der Mangel an Sparsamkeit gewöhnlich mit anderen Fehlern verbunden, von denen man wohl kaum bestreiten kann, daß sie Sünden sind, nämlich: Unordnung, Eitelkeit, Schlemmerei, Trägheit, Sinnlichkeit und Unreinheit.

Auch wenn — wie wir hoffen — eine bessere Gesellschaftsordnung entsteht, wird doch die Sparsamkeit immer die notwendige und sicherste Quelle des Wohlstandes sein, einmal weil sie nicht nur ein materieller Faktor, sondern eine Tugend ist, dann aber auch, weil die Erde unter keinen Bedingungen allen soviel geben wird, daß ihre Güter unbeschränkt verschleudert werden könnten.

Die Bischöfe müssen in diesem Mangel an Sparsamkeit einen der schwersten Anlässe zur Unsittlichkeit und ebenso eine der besorgniserregendsten Ursachen der Unordnung der Geister sehen.

Tatsächlich gibt es unter den vielen unterernährten Kindern eine beträchtliche Anzahl, die nur deswegen Not leiden, weil ihre Eltern das Geld für unnütze Dinge verschwenden und auf diese Weise ihre Liebespflicht verletzen und also sündigen. Es ist auch klar, daß eine ungehemmte Verschwendungssucht und das Verlangen nach unerschöpflichen Gewinnquellen in den Menschen die schlechtesten Triebe entfesseln und zu Verbrechen führen muß.

Die Bischöfe wissen, daß der größte Teil des ligurischen Volkes gesund und vernünftig ist, aber gerade deshalb müssen sie es um so entschiedener auf die sittliche Gefahr hinweisen, die ihm droht.

Angesichts einer schweren Ungerechtigkeit können die Bischöfe nicht schweigen. Sie verletzt gleicherweise die sittliche wie die soziale Ordnung. Es handelt sich um die ungleiche Bemessung der Löhne und Gehälter, durch die ganze Gruppen arbeitender Menschen, wie z. B. die Intellektuellen, die Beamten und andere, im Vergleich mit anderen Gruppen nicht entsprechend ihrer langwierigen Ausbildung und ihrem tatsächlichen wirtschaftlichen Nutzen bezahlt werden.

Da sich hier wohl die meisten selber als Opfer und nicht als Sünder und Schuldige ansehen, halten es die Bischöfe für ihre Pflicht, alle die als Sünder und Schuldige zu bezeichnen, die in irgend einer Weise dazu mitwirken, den geregelten Ablauf des öffentlichen Lebens zu stören und künstliche Depressionen hervorzurufen, die zulasten der Schwachen und weniger Robusten gehen. Nur wenn das bürgerliche Leben in geordneten, ruhigen und würdigen Bahnen verläuft, ist es ja möglich, mit der Zeit zur Anwendung der distributiven Gerechtigkeit und einer ihr entsprechenden Verteilung sowohl der Gewinne wie der Lasten zu gelangen.

Mit allem Nachdruck weisen die Bischöfe auf die furchtbare, durch Geldgier hervorgerufene Korruption in den Ämtern, bei Vertragsabschlüssen, bei Zuteilungen und im Handel hin.

Es gibt unzählige Personen, die heute aus ihrer Pflicht ein Geschäft machen. Häufig wird das, was gesetzlich gegeben werden müßte, an Geschenke gebunden. Beziehungen, Beförderungen, Aufträge werden verhandelt; überall werden Preiserhöhungen vorgenommen, um Leuten gewisse Gewinne zuzuschieben, die darauf keinen Anspruch haben.

Auch Kreise, die stets eine würdige Rechtlichkeit gepflegt haben, haben sich nicht mehr vollständig sauber erhalten.

Alles das ist eine sündhafte Verletzung der Standespflichten und meist auch Sünde des Diebstahls mit der daraus folgenden Verpflichtung zur Rückerstattung.

Die Bischöfe fordern alle Gläubigen auf, nicht ihr eigenes Heim durch unrecht erworbenes Gut mit einem Fluch zu belasten.

Sie müssen auch betonen, daß die oben erwähnten Übel dazu beitragen, die Korruption durch das Geld immer allgemeiner zu verbreiten. Die übertriebenen und leichtsinnigen Lebensansprüche im Verein mit den ausgesprochen bescheidenen Löhnen verführen dazu, sich leichtere und ergiebigere, wenn auch unmoralische Verdienstquellen zu erschließen. Kurz, die erwähnte Unsitte wird zu einer der schwersten Ursachen der fortdauernden wirtschaftlichen Anormalität.

Schließlich weisen die Bischöfe auf die Sünde der Ungerechtigkeit hin, die in der mangelnden Treue gegenüber einem Arbeitsvertrag besteht. Sie findet statt, wenn jemand seine Arbeit ungebührlich und ungerechtfertigt gleichgültig und langsam verrichtet; schlimmer noch, wenn es bis zur absichtlichen Nachlässigkeit und Sabotage kommt. Nichts verbietet, auf rechtem Weg eine ehrliche Besserung zu erstreben. Aber ungerechtfertigterweise eine übernommene Aufgabe, die schon nach den allereinfachsten sittlichen Anschauungen heilig ist, im Stich zu lassen, ist kein rechter Weg. Tatsächlich verletzt diese Gleichgültigkeit gegenüber abgeschlossenen Verträgen nicht nur eine sittliche Bindung, sondern lähmt, wenn sie allgemein üblich wird, fortschreitend das ganze Volksleben und führt zu den übelsten Folgen. Das Volk darf sich darüber nicht täuschen. Es soll seine gerechten Interessen schützen, aber es darf sich nicht aus Leidenschaft zu Dingen hinreißen lassen, die nur zu seinem Schaden sein können.

Die Bischöfe sind davon überzeugt, daß das Streben nach Wohlstand auf ehrenhafte Weise erfolgen muß, nicht nur damit der Gehorsam gegenüber Gott gewahrt bleibe, sondern auch, damit das Volk wirklichen Nutzen davon habe. Sie sind nicht weniger überzeugt, daß das größte Hindernis der Wohlfahrt und der einträchtigen Lösung der sozialen Probleme in den oben erwähnten Sünden besteht. Darum haben sie gesprochen, wie es ihre Pflicht und ihr Recht ist.

Die Kirche in den Ländern

Der Kirchenkampf in Ungarn und Rumänien

Ungarn und Rumänien sind die beiden Länder, in denen der Kampf um die Kirche sich in diesen Wochen am sichtbarsten verschärft hat. Ungarn, wo der Katholizismus und das Nationalgefühl seit 1000 Jahren aufs engste verbunden sind, und das zudem in Kardinal Mindszenty einen klassischen Repräsentanten seiner besten Traditionen gefunden hat, der immer mehr zum nationalen Heros wird, Ungarn soll jetzt sturmreif gemacht werden, indem man den Kardinal zu Fall bringt; Rumänien, dessen Katholizismus durch die Trennung in eine Kirche des römischen und eine andere des griechisch-byzantinischen Ritus in seiner Einheit wenigstens organisatorisch und psychologisch geschwächt ist, bietet eine bequemere Angriffsfläche, und die Kommunisten nützen dies aus, um zunächst die schwächere byzantinische Kirche zu liquidieren.

Der ungarische Kommunismus

Die allgemeine Lage in Ungarn im Augenblick des beginnenden Endkampfes wird in einem Kommuniqué, das der geflüchtete Generaldirektor der Katholischen Aktion, Msgr. Mihalovics, kürzlich der Presse übergeben hat, wie folgt geschildert: „Wer heute in Ungarn lebt und den Gang der Ereignisse beobachtet, macht vor allem die erschütternde Erfahrung, daß die kommunistische Partei jeden politischen Gegner ausrottet und so zu einer ausschließlichen Herrschaft gelangt, das wirtschaftliche Leben vollkommen in der Hand hat und das geistige ebenso vollkommen unterdrückt. Im Besitz der gesamten politischen Macht, organisiert die Partei das Wirtschaftsleben nach leninistisch-stalinistischen Grundsätzen. Durch den Kampf gegen das selbständige Bauerntum legt sie die letzte Bastion des Privateigentums nieder, so daß in Ungarn keine sozial unabhängige Schicht übrig bleibt.

Presse und Literatur sind bereits vollständig in Händen der Marxisten. Während der letzten Saison haben die Theater nicht ein einziges Stück gespielt, das von christlichem Geist erfüllt gewesen wäre. Kein Buch ist erschienen, das die ewigen christlichen Ideen zum Ausdruck gebracht hätte. Die Zensur gewährt weder die Erlaubnis noch das Papier für eine solche Publikation.

Am 16. Juni sind die Konfessionsschulen verstaatlicht worden... Damit ist die Erziehung und infolgedessen die ganze kommende Generation vollständig in die Hände der Kommunisten geliefert...

Die ungarischen Katholiken sehen mit Schmerz, mit welcher Hartnäckigkeit die Kirche aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens verdrängt wird... Alle ihre Jugendorganisationen sind aufgelöst worden, und man hat ihr soeben 3142 Schulen geraubt...

Nach den neuesten Dekreten ist sogar das Recht zur Veranstaltung von Prozessionen und Wallfahrten an die Genehmigung des Innenministeriums gebunden und der Gebrauch von Lautsprechern untersagt.

All das hindert aber das ungarische Volk nicht, seinen Kampf gegen den Atheismus fortzusetzen. Man ist überzeugt, daß am Ende, dank der heiligen Jungfrau, die Kirche siegen wird."

Intrigen um den ungarischen Episkopat

Nach menschlichem Ermessen wird aber diesem Sieg ein Kampf von steigender Härte voraufgehen. In diesem Kampf, der mit dem oben erwähnten Ministerialerlaß nun schon auf das im engsten Sinne religiöse Gebiet übergegriffen hat, steht zur Zeit die Person des Kardinals Mindszenty im Mittelpunkt, von dem nicht nur seines Amtes wegen, sondern auch persönlich die stärkste Widerstandskraft ausstrahlt. Man hat das Erdenkliche getan, den Kardinal geistig zu isolieren. Aber die Versuche, zwischen ihn und die übrigen Bischöfe einen Keil zu treiben, sind ebenso mißlungen wie die Anstrengungen, ihn beim ungarischen Volk unpopulär zu machen.

Mehrmals hat die Regierung über die in- und ausländische Presse versucht, den Eindruck zu erwecken, als gäbe es zwischen den Bischöfen Meinungsverschiedenheiten. Namentlich den Erlauer Erzbischof Czapik versuchte sie gegen den Primas auszuspielen und benutzte die Romreise des Erzbischofs, um das Gerücht zu verbreiten, der Papst habe die Absicht, Mindszenty als Kurienkardinal nach Rom zu berufen, während der Erlauer Erzbischof einen vermittelnden „Modus vivendi" zwischen Vatikan und Regierung vorbereite. Die Tendenz solcher Gerüchte war durchsichtig. Man wollte den Glauben erwecken, der Kardinal sei in Rom in Ungnade gefallen oder der Vatikan mißbillige doch seine entschiedene Politik. Um solchen Meinungen und Gerüchten ein Ende zu bereiten, haben die ungarischen Bischöfe ihre zweitägige Konferenz zum Anlaß genommen, zu Beginn des Monats November in einer öffentlichen Erklärung und in tief empfundenen Worten ihrem Führer das volle Vertrauen zu bekunden, und sie „erklären sich mit seiner Tätigkeit für die römisch-katholische Kirche, das ungarische Vaterland und das ungarische Volk gemeinsam und innig verbunden solidarisch".

Der Kampf gegen Mindszenty

Damit ist dies Spiel zuende, und die offizielle Öffentlichkeit, die bisher die übrigen Bischöfe mit Zurückhaltung behandelte, ist nun gezwungen, ihre Angriffe auf den Gesamtepiskopat auszudehnen, nachdem die Regierung vergeblich versucht hat, die Solidaritätserklärung geheim zu halten. Während dieses diplomatische Manöver im Verein mit einigen toleranten Maßnahmen, zu denen unter anderem die Beibehaltung des Religionsunterrichtes in den Staatsschulen gehört, beim Volk den Anschein erwecken wollte, als wahre der Staat gegen die Kirche als solche Neutralität, wurden die Angriffe gegen die Person des Kardinals von Woche zu Woche massiver und wüster. Vom Ministerpräsidenten bis zum letzten Gewerkschaftssekretär wurden alle Organe, über die die Regierung verfügt, gegen ihn aufgeboten. Herr Dinnyes, der Ministerpräsident, betonte seine Achtung vor den Kirchen und stellte in Abrede, daß er auch nur die leiseste Absicht habe, die Freiheit des religiösen Lebens zu beschneiden, um dann fortzufahren: „Wer Politik auf die Kanzel bringt, muß mit der Tatsache rechnen, daß seine Tätigkeit von den Repräsentanten des Staates mit scharfem Auge betrachtet wird. Die ungarische Demokratie ist tolerant, aber ... wenn die Übung der Toleranz sich als schädlich für das Land erweisen sollte, wird die Regierung die nötige Entschlossenheit zeigen, ihre Stärke auch denen zu beweisen, die ohne Rücksicht auf ihre hohe Stellung die Geduld der Demokratie mißbrauchen". Die Sprache des Regierungschefs gewinnt nach unten hin an Deutlichkeit. Für den Minister des Innern ist Mindszenty „mehr und mehr das Haupt der Reaktion in Ungarn und der Hauptverbündete der ausländischen Imperialisten". Dem Gewerkschaftskongreß fällt die Rolle zu, die Regierung aufzufordern, „sie möge den antidemokratischen Aktionen Mindszentys, der Kriegstreiberei und dem Kanzelmißbrauch ein Ende bereiten". Und der Generalsekretär des Verbandes spricht sich noch etwas drastischer aus, indem er erklärt: „Wenn diejenigen, denen diese Aufgabe zufällt, nicht imstande sind, die antidemokratische Tollheit von Mindszenty niederzuzwingen, werden die organisierten Arbeiter die Mittel dazu finden".

Vor einer Verhaftung des Kardinals?

In der Umgebung des Kardinals faßt man das nicht als leere Drohung auf. Das katholische Ungarn lebt im Vorgefühl des schmerzlichen Ereignisses einer Verhaftung seines Kardinals, wenn nicht eines noch traurigeren Geschicks. Und der Kardinal selbst scheint mitunter von einer dunklen Vorahnung erfüllt zu sein. Kürzlich fuhr er von seiner Residenz in Gran nach Budapest. Am Rande der Stadt ließ er halten und begab sich auf die Margareteninsel in der Donau, um in dem halbzerstörten Heiligtum der heiligen Margarete zu beten, die während des Tartareneinfalls im 13. Jahrhundert Ungarns Patronin war. Nachdem er 20 Minuten an dem Ort gekniet hatte, wo früher der Hochaltar stand, schritt er langsam hinaus und blickte sich dann noch einmal lange Zeit um, als wollte er dem Heiligtum Lebewohl sagen. Die Befürchtungen für Leben und Freiheit des Kardinals sind so gestiegen, daß jede Verspätung seines Erscheinens die Angst hervorruft, es könne ihm etwas zugestoßen sein. In seinem engsten Mitarbeiterkreis wird es immer einsamer. Anfang November wurde sein persönlicher Sekretär verhaftet, natürlich wegen „staatsfeindlicher Umtriebe". Die ungarischen Katholiken nehmen indes, nachdem alle irdischen Bemühungen zum Scheitern verurteilt scheinen, ihre Zuflucht zu Gebet und Buße. Der Kardinal geht ihnen darin mit großartigem Beispiel voran. Bei einer Wallfahrt zu einem Marienheiligtum in der Diözese Szekesfehervar verweilte er mit drei Bischöfen und 30 000 Gläubigen mit geringer Unterbrechung zwei Tage und zwei Nächte lang im Gebet. Bei einer anderen Wallfahrt enthielten sich die Teilnehmer einen Tag lang jeglicher Nahrung und ein andermal fasteten alle mit ihrem Primas zwei Tage lang bei Wasser und Brot. Die Predigten des Kardinals bei diesen Anlässen haben, den Presseberichten zufolge, etwas Erschütterndes und zuweilen klingen sie wie Abschiedsworte. „Es ist Mitternacht", rief er kürzlich aus, „Nacht über Ungarn an den Ufern der Donau. Niemand wacht mit uns. Wir sind ohne Freunde und Brüder. Die Not treibt uns zu Dir, heilige Mutter".

Der Kardinal und seine Gegner

Gegenüber den Angriffen auf seine Person verhält Kardinal Mindszenty sich schweigend. In einem neuen kurzen Hirtenbrief tröstet er die Gläubigen, die in „unermeßlicher innerer Not sind", weil sie sich entscheiden müssen zwischen „ihrem täglichen Brot und ihrem christlichen Gewissen". Er wolle nicht, daß sie ihr Brot verlieren. „Jeder Katholik, der einen Protest gegen mich unterschreibt, kann es tun, und sich dabei bewußt sein, daß er es nicht aus freiem Entschluß getan hat".
Man wird also wissen, was man von etwaigen Zustimmungen der „fortschrittlichen Katholiken" zu halten hat, die von einem hohen Regierungsfunktionär aufgefordert wurden, „im öffentlichen Leben, in den Anliegen der Menschlichkeit, des Dienstes am Volk, der Demokratie, des Imperialismus, des Friedens und des Krieges, eine entschiedene Stellung zu beziehen, eine Position nicht minder entschieden als jene von Mindszenty und seiner Gefolgschaft". Für den notwendigen Druck sorgt die wirtschaftliche Macht, für die nötige Abschreckung eine Flut von Verhaftungen und nachfolgender Tortur. Aber die Masse des katholischen Landvolkes hat bisher auch der Drohung mit dem Terror widerstanden.

Die griechisch-unierte Kirche in Rumänien

Ungleich schwieriger ist die innere Lage der Kirche in Rumänien. Dort ist sie nicht nur dem staatlichen Druck ausgesetzt, sondern muß sich außerdem gegenüber der orthodoxen Mehrheit des Volkes behaupten, die mit dem Regime einen äußeren Frieden geschlossen hat, und deren Patriarch Justinian mit der Regierung Hand in Hand arbeitet. Dazu kommt, daß die unierten Katholiken des griechisch-byzantinischen Ritus trotz der Verbindung mit Rom ihr Eigenleben führten und vielleicht nicht in gleichem Maße wie ihre lateinischen Glaubensgenossen zum Widerstand gegen die Überredungskünste und Druckmittel der staatlichen Machthaber und ihrer Helfer aus der Orthodoxie gerüstet sind.
Es war zu erwarten, daß der Angriff gegen die Kirche nicht lange auf sich warten lassen würde, nachdem durch das Gesetz über die religiöse Freiheit, von dem die Herder-Korrespondenz in Heft 1/2 des dritten Jahrgangs (Okt. 1948, S. 74) berichtet hat, der Kurs der Regierung festgelegt war. Wie vor zwei Jahren, im Frühjahr 1946, die ruthenische Kirche von Polnisch-Galizien der russisch-orthodoxen Einladung zur Trennung von Rom und zur Wiedervereinigung mit der schismatischen Kirche „gefolgt" war, wiederholt sich nun das gleiche Spiel in Rumänien, bis in die Einzelheiten der Vorgänge ein Abbild des ruthenischen Vorbildes.

Erfolge der Regierung: ein neues Schisma?

Die Verfolgung der rumänischen Unierten setzte Ende September ein. In ganz Transsylvanien, wo die meisten Katholiken des griechischen Ritus beheimatet sind, wurden die Geistlichen durch die Polizei, die kommunistischen Funktionäre und an einzelnen Orten durch die höheren Verwaltungsbeamten unter Druck gesetzt, eine Erklärung abzugeben, daß sie die Wiedervereinigung mit der Orthodoxie wünschen. Die Methoden wechselten von Fall zu Fall zwischen Versprechungen und Drohungen mit Gefängnis und Deportation nach Sibirien, einzelne Pfarrer wurden sofort in Haft genommen. Manche Geistliche entzogen sich der Gefahr durch Flucht, so daß ihre Pfarreien verwaist sind; die Mehrzahl weigerte sich standhaft und anscheinend bisher mit Erfolg, aber 423 von insgesamt 2340 Priestern, wenn man den Angaben der Regierung Glauben schenkt, unterzeichneten, meist wohl mit Rücksicht auf ihre Familien, die geforderte Erklärung. In ihr war ein Passus enthalten, daß der Unterzeichner einen vorher bestimmten Geistlichen bevollmächtige, in seinem Namen die Unterwerfung unter das orthodoxe Patriarchat zu vollziehen. Am 30. September wurden 38 derart „bevollmächtigte" Erzpriester und Priester in Gewahrsam genommen und nach Klausenburg geschafft, wo sie auf einer Konferenz am 1. Oktober die Rückkehr in die orthodoxe Kirche beschlossen. Darauf wurden sie nach Bukarest gebracht, und am 3. Oktober fand vor dem Synod der rumänischen orthodoxen Kirche ihre Wiederaufnahme statt, die durch eine kirchliche Feier in der Kirche des heiligen Spiridion beschlossen wurde, bei der sowohl der Patriarch wie die Vertreter der übergetretenen Priester in Ansprachen ihre Freude über die kirchliche Wiedervereinigung aussprachen. Die Reden, selbst die des Patriarchen, wurden nach einem zuverlässigen Augenzeugenbericht an Ort und Stelle von einem Zivilisten zensiert. Derselbe Augenzeuge hatte nach der Feier durch einen Zufall Gelegenheit, mit einem der delegierten Priester zu sprechen, die übrigens auch in Bukarest in strengem Gewahrsam gehalten wurden Dieser Geistliche erzählte, „wie man seine Frau und seinen Sohn eingesperrt habe, um ihn zum Abfall zu bewegen. Beide seien auch jetzt noch nicht frei, obwohl er doch die Unterschrift geleistet habe".
Am 21. Oktober wurde in Alba Julia in Siebenbürgen in einem Volksfest die „Wiederherstellung der religiösen Einheit Rumäniens" gefeiert. In den Wochen vorher wurden die Bauern durch die Funktionäre bearbeitet, dem Beispiel „des Klerus" zu folgen, und durch die üblichen Drohungen wurde eine große Zahl von Unterschriften erzwungen. Mit den gleichen Mitteln wurde die Bevölkerung dann veranlaßt, sich am genannten Tage nach Alba Julia zu begeben, wo eine angeblich nach tausenden zählende Menge eine Entschließung annahm, in der die Anwesenden die vor genau 250 Jahren auf Grund „falscher Versprechungen" vollzogene und durch „jesuitische Propaganda" erzwungene Union mit Rom widerriefen und „von heute an für immer" in den Schoß der rumänischen Landeskirche zurückzukehren versprachen.

Dunkel über der Zukunft

Dies sind die Tatsachen, aus denen sich natürlich noch kein Schluß ziehen läßt, wie viele Gläubige und Priester des griechischen Ritus nun tatsächlich mit Rom gebrochen haben, und wie die weitere Entwicklung verlaufen wird. Sämtliche fünf unierten Bischöfe werden an der Ausübung ihres Amtes gehindert, vier von ihnen sind in Haft. Ihre Diözesen sind von Staatswegen auf zwei reduziert, aber auch diese besitzen keine Leitung. Man wird alles aufbieten, das Leben der unierten Kirche zu desorganisieren, und es ist zu befürchten, daß die Zeit für einen Erfolg der Orthodoxie arbeitet, wenn die gegenwärtigen Verhältnisse andauern. Es liegen aber auch Nachrichten vor, die von einem Katakombenleben der romtreuen unierten Gläubigen erzählen, das sich naturgemäß einer genaueren Beobachtung entzieht. Jedoch

dauert die Terrorisierung der Bevölkerung in voller Schärfe an.

Die lateinische Kirche Rumäniens ist augenblicklich gleichfalls in einer organisatorischen Krise, weil auf Grund des neuen Religionsgesetzes nur zwei von ihren fünf Bistümern staatlich anerkannt sind. In einem Einzelfall hat die Regierung hieraus bereits Konsequenzen gezogen und durch ein Dekret vom 17. September den Amtshandlungen des Bischofs Scheffler von Szatmar die rechtliche Verbindlichkeit entzogen. Die Beziehungen zwischen der Regierung und der apostolischen Nuntiatur, die von dem amerikanischen Bischof O'Hara interimistisch verwaltet wird, sind äußerst gespannt. Die Note, in der die Regierung auf den vatikanischen Protest gegen den Konkordatsbruch antwortete, war in einem mehr als herausfordernden Ton gehalten. Außerdem gibt das Religionsgesetz dem Staat eine Fülle von Handhaben, die Tätigkeit der Kirche lahmzulegen. Es wäre unbegründet zu erwarten, daß davon nicht Gebrauch gemacht werden wird. Die Kirche in Rumänien ist also in ihrer Gesamtheit aufs schwerste gefährdet.

Der chinesische Kommunismus

Der Siegeszug der kommunistischen Armeen in China hat die intensive Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit nach dem Fernen Osten gerichtet, wo ein neues kommunistisches Bollwerk zu entstehen droht.

Was freilich ein kommunistisches China bedeutet und wie es aussehen wird, darüber klare Vorstellungen zu gewinnen ist schwer. Wird das russische Muster sich auch dort durchsetzen und wird China ganz nach ihm organisiert oder besitzen die eigentümlichen chinesischen Traditionen und Lebensformen noch so viel Lebenskraft, sich gegen dies Vorbild und die reale russische Macht zu behaupten und eine neue spezifisch chinesische Form des kommunistischen Staates hervorzubringen? Eine solche Möglichkeit spielt in den Erwartungen mancher, vor allem amerikanischer Kreise eine Rolle, aber sie scheint zum mindesten problematisch. Die moralischen Kräfte Nationalchinas scheinen in einem Zustand völliger Zersetzung zu sein und eben diese schon lang andauernde Zersetzung der altchinesischen Traditionen ermöglichte die Entwicklung eines radikalen Kommunismus russischer Prägung in China. Über sie berichtet die belgische Zeitschrift „Le Bulletin des Missions" (Bd. 22, Nr. 1—2):

Geschichtliche Entwicklung

Seit dem Sturz des Kaiserreiches im Jahre 1911 war China in zahllose Kämpfe und Wirren verwickelt, denen die nationale Revolution 1918 ein Ende machen sollte. Sun Yat-sen wollte eine Demokratie nach westlichem Vorbild schaffen, in die neben dem tragenden chinesischen Gedankengut auch marxistische Ideen eingebaut wurden, die er in Rußland kennengelernt hatte. Aber sie betrafen mehr den Bereich der Politik und Wirtschaft als den der Religion, Moral und Ethik. Sun Yat-sen erschienen Tugend und Religion noch als die Grundpfeiler des Staates.

Die von ihm erstrebte Synthese mißlang jedoch. Das jahrelange Tohuwabohu hatte in China den Boden für die Entfaltung der absoluten Form des Kommunismus reif gemacht. Die kommunistische Bewegung war von Tschen Tu-siu schon während des europäischen Krieges zu weit ins Land hineingetragen worden. 1927 erfolgte der endgültige Bruch zwischen der Kuomintang und den Kommunisten. Jede der beiden Parteien betrachtet Sun Yat-sen als ihren geistigen Urheber, als den „Vater der Republik".

Die Träger der kommunistischen Ideen, die ihnen den Weg ins Land ebneten, waren in China die Intellektuellen. Tschen Tu-siu sammelte an der Universität Peking Zirkel marxistischer Studenten um sich, um mit ihnen gemeinsam die russische Revolution zu studieren und sich das Feld für die Aufnahme seiner Ideen zu schaffen. Doch brachte ihm Peking nicht die erwarteten Erfolge, und so wählte er mit seinen Anhängern Schanghai als Einflußzentrum. Dort wurde 1921 die Kommunistische Partei offiziell gegründet, die allerdings bald in mehrere Gruppen zersplitterte. Chinesische marxistische Studenten, die im Ausland neue Ideen aufgenommen hatten, suchten diese nun in ihrer Heimat zu verbreiten und zu verwirklichen. Meinung stand gegen Meinung, Ehrgeiz gegen Ehrgeiz! Die Zerrissenheit der Situation machte sich Mao Tse-tung, der Sekretär der Kommunistischen Partei, zunutze, riß die Macht an sich und blieb von da ab alleiniger Diktator des chinesischen Kommunismus.

Sun Yat-sen hatte, da die westlichen Mächte versagten, inzwischen das sowjetische Angebot angenommen, zivile und militärische Fachkräfte nach China zu schicken, die an seinem Wiederaufbau mithelfen sollten. Bedingung war der Ausschluß jeder politischen Propaganda. Bald jedoch überfluteten sowjetische Agenten das Land, breiteten sich in allen Volksschichten aus und durchsetzten China mit ihren russisch-kommunistischen Ideen. Der Kampf wurde zunächst noch geistig geführt. Noch regten sich idealistische Kräfte, die ihre Ideale gegenüber dem marxistischen Materialismus zu behaupten suchten.

In der großen Krise 1927 kam es zu der entscheidenden, verhängnisvollen Spaltung der Kräfte, die China in die Katastrophe führte. General Tschang Kai-schek an der Spitze der Nationalisten bildete eine neue Regierung in Nanking und versuchte den kommunistischen Einfluß zu brechen. Eine Generaloffensive von seiten der Kommunisten gegen ihn und sein System scheiterte. In Kiangsi hatte inzwischen der rote Diktator Mao Tse-tung einen sowjetischen Staat begründet. Der wichtigste Punkt seines Wirtschaftsprogramms war eine radikale Agrarreform. Auf ideologischem Gebiet bot der Kommunismus alle verfügbaren Kräfte auf, um sich durchzusetzen. Die Werke von Marx, Lenin und Engels wurden ins Chinesische übersetzt. Die ganze Literatur mußte kommunistisch ausgerichtet sein. So blieben weiterhin Wissenschaftler und Studenten die Träger der roten Idee, nicht die Bauern oder das Proletariat. Wiederholt war Tschang Kai-schek gegen die sowjetisch-chinesische Provinz Sturm gelaufen. Doch erst die 6. Offensive 1934 gelang; die Rebellen wurden geschlagen und zu dem historischen „langen Marsch" von 235 Tagen und 18 Nächten bis Schensi gezwungen, wo sie sich 1936 in der Gegend von Yenan niederließen. 100 000 Mann waren aus Kiangsi geflüchtet, kaum 20 000 waren ans Ziel gekommen.

Mit der japanischen Invasion änderten die chinesischen Kommunisten ihr Programm (1931). Nun galt die Parole: Gemeinsame Front gegen Japan! Mao Tse-tung nannte das neue Regime „Neodemismus", ein Regime unter

Einschluß der bürgerlichen Kreise, das Toleranz, Freiheit und Weite versprach und zu neuen Hoffnungen Anlaß gab, dann aber doch nur Enttäuschung brachte. Mao Tse-tung selbst äußerte, es bleibe bei dem einen großen Ziel: Errichtung einer proletarischen Weltkultur. „Denn", so erklärte er einem amerikanischen Journalisten, „die Kommunistische Partei hat nicht aufgehört kommunistisch zu sein. Unser letztes Ziel ist unverändert ..."
Philosophisch mußte sich der Neodemismus um eine neue Schau der Vergangenheit des Landes bemühen. Man suchte die Wurzeln des Marxismus schon im alten China zu entdecken. Er stellte sich in China dar als „die Synthese zwischen der universellen Wahrheit des Marxismus und der konkreten Praxis der modernen chinesischen Kultur". Die philosophischen Dispute hören nun auf. Es gibt nur noch eine Philosophie: die des vulgären Marxismus! Ihre großen Themen sind: Entwicklung der Welt aus der Urmaterie; Abstammung des Geistes von der Materie; wissenschaftliche und politische Macht als Grundlage von Kultur und Geistesleben. Die Existenz einer absoluten Wahrheit wird geleugnet, das religiöse Problem kaum beachtet. Diese Ideologie ist das Grunddogma des chinesischen Kommunismus.
Während die Kuomintang ihre Kräfte gegen Japan einsetzte, organisierten die Kommunisten ihre Armee für den Kampf gegen die nationalen Truppen nach dem Krieg. 1945, zur Zeit des Waffenstillstandes, waren sie noch in die Provinzen Schensi, Schansi und Schantung eingeschlossen, heute haben sie die Pforte Zentralchinas durchschritten.

Die Stärke des chinesischen Kommunismus

Wo liegen nun die inneren Gründe für diese Erfolge? Hören wir die Antwort objektiver Ausländer, die durch jahrelangen Aufenthalt in China und ihr Leben dort unter dem Volk seine Mentalität und sein Wesen kennen. Msgr. Montaigne, ein Missionar, der über 40 Jahre in China wirkte, schildert dem Schriftleiter der französischen Zeitung „La Croix" die Grundzüge des chinesischen Wesens. Er spricht von einer Gruppe der „Passiven", die die Mehrzahl des Volkes ausmachen, und den „Aktiven" zu denen selbstverständlich in erster Linie die Kommunisten gehören. Die aktive Gruppe zeichnet sich aus durch ein stark ausgeprägtes Pflichtgefühl und einen ausgesprochenen Menschlichkeitssinn. Im Kommunismus wurden diese Wesenszüge freilich in die ihm eigene Richtung gezwungen. Aber sie sind da! Und wenn Nathaniel Pfeffer in „Harper's Magazine" schreibt: „Es gibt im kommunistischen China eine Moral, und allein in diesem China", dann erklären sich ohne weiteres die Siege der kommunistischen Truppen. Dagegen ist der sittliche Standard der Nationaltruppen denkbar niedrig. Zwar waren es zum Teil üble Elemente, aus denen sich die kommunistische Armee zusammensetzte. Aber sie sind durch eine harte Schule gegangen und stehen unter eisernem Zwang. So kommt es, daß „ihre Disziplin streng und ihre Kameradschaft erstaunlich ist". Zwischen Offizieren und Soldaten gibt es in Kleidung, Nahrung, Sold und dem gesamten materiellen Leben keinen Unterschied. Die Kommunisten haben es verstanden, ihren Leuten Verachtung der Gefahr und Ergebenheit bis zum Tode einzuprägen. Die Armee ist so zur Elite der Partei geworden. „Unglücklicherweise aber zieht die Armee aus den ‚befreiten Gebieten' wieder ab, und die Verwaltung bleibt". Die Verwaltungschefs kommen von der hohen kommunistischen Schule aus Moskau, sind besessen von einem unerschütterlichen Glauben an das kommunistische Evangelium und geleitet von strenger innerer Disziplin. Sie vollbringen Wunder der Selbstverleugnung, sind unentwegt tätig, von Fanatismus besessen, ungeachtet ihres oftmals zerrütteten Gesundheitszustandes. Man findet bei ihnen eine wirkliche Liebe zum Volk und zum Armen, aber Haß und Eifersucht gegen alle Reichen und Besitzenden! Ihnen gegenüber wenden sie alle Methoden der Grausamkeit, allen Terror und alle Brutalität an, deren Menschen nur fähig sein können. Aber diese Methoden wirken sich ebenso willkürlich am kleinen Mann aus. Die Agrarreform hat auch die kleinen Besitzer enteignet und die Bauern als Landarbeiter in die kommunistische Staatswirtschaft gezwungen. Das russische Schema legt sich erdrückend über das ganze von den Kommunisten eroberte Gebiet und erstickt alles Leben, das sich ihm nicht fügt. Zweifellos werden sich daraus bei einer endgültigen Konsolidierung schwere wirtschaftliche Probleme ergeben und vielleicht erfordern sie, wie manche Stimmen u. a. auch des NCWC meinen, die Inanspruchnahme ausländischer Hilfe, die ein Hindernis für terroristische Ausschreitungen und direkte Angriffe auf Religion und Kirche darstellt. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Kommunismus anderswo lehren jedoch „solche Zugeständnisse taktischer Art nicht zu überschätzen und sie höchstens als retardierende Momente in Rechnung zu stellen.

Der chinesische Kommunismus und die Religion

China zählt heute rund 4 Millionen Katholiken. Im Jahre 1946 erweiterte der Heilige Vater die Zahl der Bistümer auf 20 Erzdiözesen und 79 Diözesen. 5000 Priester und 6000 Nonnen wirken in diesen Diözesen unter den schwierigsten Verhältnissen. Denn auch die Regierung Tschang Kai-scheks gewährt ihnen nicht volle Entfaltungsfreiheit. Seit 20 Jahren kämpfen die Christen um den Religionsunterricht. Immer wieder werden sie auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet.

Und das kommunistische Regime? Der Berichterstatter des NCWC in Schanghai, P. O'Connor, bat 12 ausländische Korrespondenten um die Beantwortung der Frage: „Hat das kommunistische chinesische Regime die religiöse Freiheit in bemerkenswertem Maße unterdrückt?" 11 von ihnen antworteten mit „ja" und gaben verschiedene Begründungen. Interessant erscheinen die beiden gegensätzlichen Meinungen, von denen die eine sagt: „Ich habe gesehen und gehört, daß die Kommunisten die Freiheit der Religionen, die fremden Ursprungs sind, gewalttätig einschränken, so vornehmlich das Christentum; aber ich bin sicher, daß davon ihre heimischen Religionen, wie der Buddhismus, ausgenommen sind", die andere dagegen: „...ich erwähne diese Verfolgung des Buddhismus, um zu zeigen, daß die komunistische Ideologie nicht allein die christliche Religion bekämpft, sondern alle Religionen!"

Offiziell behaupten die Kommunisten natürlich, daß sie die religiöse Freiheit achten und der Tätigkeit der Kirche keine Hindernisse in den Weg legen. Freilich mit der Einschränkung — „sofern die Kirche nicht gegen die Regierung ist und solange die Missionare sich nicht in die Politik mischen..." Herr Shen Tschung-jin, ein

Führer der vor Tschang Kai-schek nach Hongkong geflüchteten Liberalen der demokratischen Liga, die mit den Kommunisten wegen der Gründung einer Volksfrontregierung in Verbindung stehen, drückte (nach „The Christian Century") diese Einschränkung etwas anders aus: Freiheit der Kirche „nur daß dabei jede Spionage für die Reaktionäre verhindert werden wird" und nennt sie in einem Atem mit der Freiheit der Presse — „außer natürlich für Reaktionäre". In dieser Formulierung klingt die Einschränkung schon etwas bedenklicher, und im übrigen weiß man ja allmählich, daß das Wort Freiheit im Osten und im Westen nicht genau das gleiche bedeutet. Shen Tschung-ju sowohl wie auch Frau Kung Peng, die Herausgeberin der in Hongkong in englischer Sprache erscheinenden kommunistischen Zeitschrift „China Digest" weisen weiter darauf hin, daß es gerade unter den Christen und den Missionaren „viele fortschrittliche Elemente" gäbe, daß viele der aus dem Bürgertum kommenden Revolutionäre erst durch die Erziehung in den Missionsschulen zur Erkenntnis des sozialen Elends erweckt worden sind, und daß wegen der religiösen Indifferenz des Nankingregimes keine enge Bindung der Kirchen an es entstanden sei und diese also nicht notwendig in seinen Sturz verwickelt würde, — kurz daß es manche Hoffnungen für einen Modus vivendi gäbe. Von Chinesen selber wurde davor gewarnt, daß sich die Missionare beim Heranrücken der Kommunisten zurückziehen; das könnte wie eine Identifikation der Mission mit der Nankingregierung aussehen. Trotz der Proklamation der Religionsfreiheit leugnet der chinesische Kommunismus jedoch nicht, daß er keineswegs religiös neutral, sondern vielmehr ausdrücklich antireligiös ist. So erklärte der rote General Shuen-lai P. O'Connor in einem Interview: „Unser äußerstes Ziel ist die klassenlose Gesellschaft für China und die Welt. Dann wird die Religion eine Sache für Liebhaber sein und nur als Phantasie behandelt werden. Nach dem Tod ist doch nichts mehr . . ."

Wie stehen die Tatsachen zur Theorie?

Wir haben in der Herder-Korrespondenz schon von vielen Ermordungen von Priestern und Laien berichtet, von grausamen Verfolgungen der Christen und weitgehender Einmischung der Kommunisten in das religiöse Privatleben der einzelnen.

Andere Berichte besagen, daß Gottesdienst, Predigten und Krankenpflege vielerorts toleriert, während Schulen, Jugendarbeit und direkte missionarische Arbeit im allgemeinen verboten würden. Nach neueren Meldungen von NCWC ist in einigen Landstrichen neuerdings sogar eine vollständige Änderung der Taktik zu beobachten. Bei Besitzergreifung einer Stadt wird die religiöse Freiheit verkündet, werden die Kirchen geöffnet, die Glocken geläutet und die Gläubigen zum Gebet aufgerufen.

So läßt sich kein einheitliches Bild gewinnen, die offizielle Stellungnahme zur Religion und die gegenüber den christlichen Gemeinden verfolgte Taktik ist von Stadt zu Stadt, ja manchmal innerhalb derselben Stadt in verschiedenen Vierteln verschieden. Sie richtet sich, wie man das ja auch in den von den Russen besetzten Gegenden Europas beobachtet hat, nach dem jeweiligen Kommandanten und nach taktischen Rücksichten.

Diese Uneinheitlichkeit betont auch in einer Zuschrift an die amerikanische protestantische Zeitschrift „The Christian Century" Robbins Strong von der American Board Mission in Tunghsien, Hopei; aber er glaubt doch aufgrund einer dreijährigen Erfahrung gewisse Verallgemeinerungen machen zu können. Er unterscheidet drei Stadien des Verhältnisses zwischen Kommunisten und Missionen. In dem ersten Stadium, dem der ersten militärischen Besetzung einer Gegend, ist gewöhnlich eine Tendenz der Nachsichtigkeit gegenüber den Missionen festzustellen. Gottesdienst, vor allem die Krankenhausarbeit, aber auch Schulen und manchmal selbst die Jugendarbeit werden toleriert. Das zweite Stadium kommt, wenn die zivile Verwaltung an die Stelle der militärischen Behörden tritt. Es ist eine Epoche der Liquidation, der „Volksgerichte", der Racheakte aus persönlichen Gründen, ihr Zeichen sind Quälereien, Grausamkeiten, Verfolgungen und allgemeine Unsicherheit. Das Schicksal der christlichen Gemeinden hängt dabei von mannigfachen Faktoren ab, aber Strong betont, daß häufig der wichtigste Faktor sei, ob die Gemeinde ein wahrhaft christliches Leben geführt habe und sich der Achtung des gemeinen Mannes erfreue. „Es ist eine Art eingetroffene Eschatologie, ein jüngstes Gericht, wo die öffentliche Meinung die Stelle Gottes vertritt." Das dritte Stadium ist nach ihm das einer Anpassung derjenigen, die das zweite überlebt haben, an die Verhältnisse. Irgendwie muß ein Modus vivendi gefunden werden. Das Gemeindeleben geht irgendwie angepaßt weiter, manchmal mit größerer oder geringerer Öffentlichkeit. Schule und Erziehungsarbeit sind unmöglich, denn sie werden von den Behörden, die keine Beeinflussung des Volkes außerhalb ihrer Kontrolle dulden, für sich beansprucht. Die Krankenpflege ist unbehindert, leidet aber an dem Mangel an Hilfsmitteln und Geld. Die Missionare müssen sich einen Nebenerwerb suchen, einmal um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, dann aber auch um eine (im kommunistischen Sinn) für die Gesellschaft nützliche Tätigkeit nachzuweisen. „Die Kirche kann in dieser Situation zwar nicht wachsen, aber sie kann sich halten."

Soweit ist die Lage nach diesem Bericht bis jetzt gediehen. Auch ein anderer Bericht des „Christian Century" (Nr. 43 vom 27. Okt. 48) spricht sich über die Aussichten der Missionen (gemeint sind vor allem die protestantischen Missionen der verschiedenen Denominationen), ähnlich aus: „Für die christliche Arbeit ist im kommunistischen China wenig Hoffnung, sicherlich aber nicht für die bisherige Form ihrer Organisation. Notwendig ist eine irgendwie organisationslose Kirche, wenn es so etwas gibt. Krankenhäuser können weiterbestehen, denn sie stellen etwas dar, was die Kommunisten verstehen. Die Schulen werden als christliche Schulen verschwinden. . . . Kurz, jede Organisation, die sie (die Kommunisten) nicht kontrollieren und in ihren Rahmen einfügen können, ist praktisch unnütz." Aber, so meint der Bericht, es ist nicht hoffnungslos für einen ganz schlichten „Pionier"-typ missionarischer Arbeit. Sie erfordert Missionare, die auf jeden Komfort verzichten, die den Mut haben, auf einen plötzlichen Tod durch die Hände von Fremdenhassern, die sich nicht an die Parteilinie halten, gefaßt zu sein, und die fähig sind, mit der kommunistischen Erbitterung über die Ausbeutung des Volkes zu sympathisieren und gleichzeitig der Ausbeutung des sozialen Hasses und der Verachtung der menchlichen Person, der Vernichtung ihrer Würde zugunsten utopischer Ziele entgegenzuwirken.

Denn, so schließt dieser Bericht, es ist noch nicht gesagt, daß auch der chinesische Kommunismus sich mit einem eisernen Vorhang von der übrigen Welt abschließt. Vielleicht ist China der einzige Ort auf der Welt, wo die Christen, sofern sie etwas Phantasie und viel Kenntnis des Landes besitzen, innerhalb eines kommunistischen Gebietes wie ein Sauerteig wirken können. Die Bescheidenheit dieser Hoffnung und der Einsatz, den sie fordert, möchte einen bewegen, sie für realistischer zu halten, als alle anderen optimistischen Erwartungen politischer oder ökonomischer Art.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Psychoanalyse und Moral

Die französische Zeitschrift „Cahiers Laënnec" (Zeitschrift der Internationalen Bewegung der katholischen Intellektuellen für ärztliche Forschung und Pflichtenlehre) hat ihre 2. Nummer 1948 (sie erscheint 4mal jährlich) dem Problem der Beziehungen zwischen Psychoanalyse und Moral bzw. Gewissen gewidmet. Das Thema ist von ärztlicher und von geistlicher Seite behandelt, so daß die hier untersuchten Phänomene klar herausgearbeitet sind. Gerade weil sie sich so stark berühren, weil das Verfahren der Psychoanalyse und Psychotherapeutik so tief in das menschliche Seelenleben eingreift, das für den Christen unter gottgegebenen moralischen Gesetzen steht, hat die katholische Welt und zumal die Seelsorge sich lange sehr zurückhaltend zu dieser neuen Wissenschaft und Heilmethode verhalten. Diese ist entdeckt und zuerst systematisiert worden von Männern einer völlig anderen Weltanschauung und Lebensauffassung, und die Ideenwelt ihrer Entdecker hat sie zu Beginn stärker gefärbt, als es im Wesen dieser Wissenschaft liegt. Um dieser Färbung willen schien sie den Katholiken bedenklich. Nach und nach hat man aber unterscheiden gelernt, was in dieser Wissenschaft Tatsachenanalyse und was deren hinzutretende philosophische Deutung war, hat man erkannt, daß die Tatsachen gültig sind ganz unabhängig von jener Deutung, daß sie die Deutung keineswegs unabweisbar nach sich ziehen und daß sie zu Erfolgen bei der Heilung seelischer Störungen verhelfen, die man auf keinen Fall außer acht lassen oder ablehnen darf. Allerdings ist es für den Christen wichtig zu erkennen, wie weit die Tragweite der neugewonnenen Erkenntnisse geht, und wie diese sich zu den Lehren und Forderungen des Glaubens verhalten. Der wesentlichste Punkt ist dabei wohl der, inwiefern die durch die Psychoanalyse aufgedeckten Tatsachen die Verantwortlichkeit der Person bestehen lassen oder in Frage stellen, wie weit sie also die Moral, das Gewissen betreffen.

Unter den Aufsätzen in der erwähnten Zeitschrift ist der eines Arztes in dieser Hinsicht am aufschlußreichsten. Dr. Ch.-H. Nodet, Arzt an einer psychiatrischen Klinik, hat hier einen Vortrag veröffentlicht, den er über das Thema „Psychoanalyse und Moral" vor der Katholischen Philosophischen Fakultät in Lyon im Februar vorigen Jahres gehalten hat.

Um das Problem in diesem Rahmen einigermaßen übersichtlich zu machen, hat Dr. Nodet sich auf die Psychoanalyse Freuds beschränkt, während die andere Gegebenheit, auf die er sich bezieht, auch nicht „Moral" überhaupt, sondern die christliche, die katholische Moral ist.

Dr. Nodet gibt zunächst eine kurze Darstellung der Freudschen Lehre. Dabei unterstreicht er vor allem, daß es sich bei Freud um drei verschiedene Ebenen handelt, auf die sich seine Aussagen beziehen, und daß diese nicht gleichwertig sind. Es handelt sich einmal um eine therapeutische Methode, dann um eine Psychologie und schließlich um eine Philosophie. Letztere ist im großen und ganzen der empirische Materialismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts, von dem Freuds Menschenbild bestimmt ist. Aber um seine Erkenntnisse als Psychologe und Arzt anzunehmen, ist es in keiner Weise nötig, diese weltanschauliche Deutung mit zu übernehmen. Von ihr kann also auch bei der Darstellung der Freudschen Psychoanalyse ohne weiteres abgesehen werden. Praktisch ist natürlich das Wichtigste an Freuds Entdeckung die Heilmethode der Psychoanalyse; als solche stellt sie den Christen schon vor ein Problem. Aber schließlich ist Freuds Psychologie die Ebene, in der sich die Fragen konzentrieren, mit denen der Christ sich auseinanderzusetzen hat.

Freuds Heilmethode besteht darin — um es auf die einfachste Formel zu bringen —, verdeckte seelische Erlebnisse, Erfahrungen, Spannungen, Verwundungen durch ein bestimmtes Verfahren wieder ins Bewußtsein zu heben, neu zu aktivieren und dadurch zu überwinden. Freuds Psychologie, die dieser Methode zur Grundlage dient, hat der alten Psychologie die völlig neue Erkenntnis hinzugefügt, daß unser Seelenleben auf einem unterbewußten Grund ruht, der in der frühesten Kindheit gelegt wird, und daß dieser Untergrund, obwohl normalerweise dem Bewußtsein nicht mehr zugänglich, unser Leben und Wesen entscheidend bestimmt. Jene seelischen Erkrankungen, die man Neurosen nennt, haben ihren Grund in unbewältigten Konflikten der frühesten Kindheit, die als verborgene Wunden im Unterbewußtsein weiterbestehen und das künftige Leben verbiegen, verstören, ja unerträglich machen können. In der normalen Entwicklung dagegen werden die kindlichen Konflikte normal aufgearbeitet und beunruhigen das erwachsene Leben nicht mehr oder kaum mehr. Diese Entdeckung Freuds muß man heute als wissenschaftlich gesichert und unbestreitbar annehmen.

Um die Bedeutung dieser Erkenntnisse für das Problem der Moral zu verstehen, ist es jedoch nötig, mit Dr. Nodet die Freudsche Psychologie etwas eingehender darzustellen.

Die Freudsche Psychologie betont ganz allgemein die Bedeutung des affektiven Lebens, d. h. vor allem der Haß-Liebe-Beziehungen. Da diese Bezeichnungen, besonders das Wort Haß, eine zu enge Beziehung zur Moral der Erwachsenen haben, während sie sich auf kindliche Reaktionen beziehen, kann man auch die Ausdrücke Begierde und Agressivität brauchen. Von allergrößter Wichtigkeit ist es nun, daß das Kind vor dem Alter von 7 Jahren eine ganze Abfolge von Bewältigungen dieser seiner Triebe vollziehen muß, und daß von der Stabilität oder Gebrechlichkeit dieses früh errungenen Gleichgewichts das nervöse Gleichgewicht des ganzen Lebens abhängt. Von Geburt an verlangt das Kind nach Befriedigung seiner Triebe, nach Lust, und stößt dabei auf den Widerstand der Wirklichkeit. Diesem Widerstand muß es sich langsam anpassen. Der Widerstand der Wirklichkeit besteht für das kleine Kind in zweierlei: der äußeren Wirklichkeit, an die es sich durch Gewohnheiten, mehr oder weniger differenzierte Automatismen, anpaßt; und in dem Widerstand des elterlichen Verbotes. Auf diesen reagiert das Kind mit Unbehagen, und in dieser Reaktion tritt die geheimnisvolle Wurzel der Angst und des Schuldbewußtseins zutage. Zwei seelische Tatsachen nennt. Dr. Nodet „geheimnisvolle Gegebenheiten": diese Disposition zur Angst und zum Schuldbewußtsein und das ebenso grundlegende Verlangen nach Glück. Die Aufgabe, die an den kindlichen Selbsterhaltungstrieb, die kindliche Anpassungsfähigkeit, natürlich noch ganz vormoralisch, gestellt ist, besteht darin, „stets wieder ein gebrechliches Gleichgewicht herzustellen zwischen dem Trieb, der seine Lust fordert, der sozialen und moralischen Welt, die Verzichte verlangt um den Preis, in sie aufgenommen zu werden, und der Angst, die immer darauf lauert, aus dem Zusammenstoß dieser beiden aufzuspringen". Während nun die vitalen Instinkte keinen Kompromiß dulden, Hunger und Durst gestillt werden müssen, sind Liebe und Zerstörungstrieb weit elastischer, sie können verwandelt werden, was in der Sprache der Psychoanalyse Sublimierung genannt wird. Liebe ist dabei viel verwandlungsfähiger als Aggressivität. Der ursprüngliche Liebestrieb des Kindes, von Freud Sexualität genannt, ist auch in seinen neurotischen Formen nie so zerstörerisch wie der schlecht bewältigte, schlecht aufgearbeitete kindliche Zerstörungstrieb; selbst in geschickter Verkleidung führt er zu den eigentlichen Dramen der seelisch Gestörten und der Kollektivgebilde. „Es scheint sogar, daß die Aggressivität ein wahres Eigenleben besitzt, das seine Befriedigung in einer positiven Dynamik sucht, die weit mehr ist, als Abwesenheit von Liebe".

Man kann dieses Gleichgewicht, das das Kind herstellen muß, noch genauer bezeichnen: für das Kind stellt sich die Aufgabe konkret dar, nämlich in den beiden Eltern, die es gleich zärtlich zu lieben und denen gegenüber es seine Unterlegenheit als Kind ohne Angst anzunehmen lernen muß; zudem muß es seine Sexualität überwinden, die erst in den Entwicklungsjahren harmonisch wieder erscheinen soll. Freud hat für die Konflikte, die das Kind durchzumachen hat, die Ausdrücke Oedipuskomplex und Kastrationskomplex gefunden. Die Oedipussituation besteht in der leidenschaftlichen Liebe des Kindes zu dem Elternteil des entgegengesetzten Geschlechts und dem aggressiven Wunsch, den andern Elternteil, den es als Rivalen empfindet, auszustechen. Da es diesen Rivalen nicht ausschalten kann, versucht es, sich an seinen Platz zu stellen, indem es ihn nachahmt, ihm zu gleichen strebt. Indem es sich in dieser Weise mit dem Elternteil des gleichen Geschlechts gleichsetzt, lernt es endlich aufs neue, diesen zu lieben, und bleibt damit zugleich in der Linie seines eigenen Geschlechts. Neben dieser Aufgabe, die gleichmäßige Liebe zu beiden Eltern zu entwickeln, besteht als zweite die Aufgabe, die eigene Unterlegenheit anzunehmen. Diese empfindet das Kind sehr früh mit einem Mißbehagen, das dem Schuldbewußtsein gleicht. Es traut den Eltern alles zu und gibt ihnen daher auch schuld an dem, was ihm fehlt. Das kleine Mädchen, das gern ein Junge wäre, fühlt sich gestraft. Der kleine Knabe fürchtet dieselbe Strafe als drohende Verstümmelung; diese Angst vor der „Kastration" taucht dann immer wieder auf, sobald sich eine reale Situation von Versagen ergibt, und kann, wenn sie nicht glücklich bewältigt wird, später schweres Mißbehagen verursachen, jenes Minderwertigkeitsgefühl, das als immer offene Wunde jede wirkliche Niederlage im späteren Leben zum unerträglichen Schicksalsschlag machen kann.

Die wesentliche Linie einer normalen Entwicklung führt also auf rein instinktiver Ebene durch eine Reihe von endgültigen Verzichten und Annahmen von Gegebenheiten hindurch, von der narzissischen Selbstliebe und der Aggressivität weg zu immer offenerer Liebesfähigkeit, die originale und authentische Bereicherungen bringt. Es handelt sich nicht darum, die elementaren Neigungen einfach tyrannisch zu unterdrücken, was nur schlecht gebändigte Triebe ergeben würde, sondern sie umzuwandeln, während sie selber ins Dunkel des Vergessens hinabtauchen, von wo aus sie das psychische und moralische Leben mit ihrer Dynamik befruchten. Eine Art unbewußter Zensur hält diese Impulse bei dem normal entwickelten Erwachsenen zurück; man nennt sie auch „Über-Ich". „Dieses entspricht den ersten elterlichen und sozialen Verboten, die ins psysische Leben infiltriert worden sind, entspricht also einer äußerst archaischen kindlichen Moralität. In Wahrheit ist es eine Pseudo-Moral, die die kindlichen Automatismen errichten, um mit den Tabus seines Clans in Übereinstimmung zu sein. Diese unbewußte Pseudomoral kann später die originale Entwicklung des echten moralischen Gewissens verfälschen, zu dem sie nur eine rudimentäre, vormoralische Skizze darstellt. Der ungerechtfertigte Fortbestand dieses Systems unbewußter und primitiver Bezogenheit kann einem autonomen moralischen Leben ganz besonders verhängnisvoll werden."

Mit dieser Skizzierung der Freudschen Entdeckungen im psychischen Leben kann Dr. Nodet nun den eigentlich moralischen Fragen, die die Psychoanalyse, und den analytischen Fragen, die die Moral stellt, nähertreten.

Unstreitig stellt die psychotherapeutische Analyse moralische Probleme. Sie wühlt im Kranken kindliche Konflikte auf, die von Sexualität und Aggressivität strotzen und die nun in den Ausdrucksformen des Erwachsenen wiedererscheinen sollen. Die Situation der „Übertragung" (in der der Patient die kindlichen Reaktionen gegenüber den Eltern in Haß und Liebe auf den Arzt überträgt) stellt zweifellos eine sehr ungewöhnliche soziale Situation dar. Trotzdem findet Dr. Nodet im psychoanalytischen Heilverfahren keinen Widerspruch zu einer strengen christlichen Moral, sofern nur Arzt und Patient vom aufrichtigen Willen zur Heilung beseelt sind. Im einzelnen könnte der Seelsorger diese Frage allerdings nur diskutieren, wenn er genau über die Analyse Bescheid

wüßte, und dazu würde es notwendig sein, daß er eine solche (wie jeder psychoanalytisch behandelnde Arzt) selber durchmachte.

Im ganzen ist der Weg dieser: selbst die Liebe zu Gott, die endlich zu einer originalen transzendenten Haltung werden muß, beginnt mit einer ganz bescheidenen, ganz „menschlichen" Form. Von der Erfahrung des irdischen Vaters aus macht sich der Mensch (manchmal auch durch Umkehrung) sein Bild vom himmlischen Vater, und erst allmählich klärt sich die Vorstellung. Aber wie oft bleibt etwas von jener ersten Skizze zurück und wirkt sich auch beim Erwachsenen noch in seiner Haltung Gott gegenüber aus. Wie oft vor allem verhält sich auch der Erwachsene vor Gott wie ein Kind, das von seinem Vater die wunderbarsten Zaubergeschenke erwartet!

Diese Tatsachen der analytischen Psychologie müssen den Christen endlich zu sehr gewinnbringenden Meditationen über die Einheit der menschlichen Natur und die notwendige Hierarchie ihrer verschiedenen Ebenen anregen.

Einerseits muß man betonen, daß sich diese Psychologie in keiner Weise religiösen Spekulationen und insbesondere der Rolle der Gnade widersetzt. Sie stellt Tatsachen fest, über deren Ursache sie nichts aussagen kann. Die Lebenskraft und ihre Äußerungen bleiben etwas Irrationales, dem gegenüber die Metaphysik alle Freiheit der Spekulation besitzt. Die christliche Theologie ihrerseits hat immer erklärt, daß die Einwirkung der Gnade, die eine Glaubenstatsache ist, sich psychologisch nicht von den vitalen Mechanismen unterscheiden läßt, die von Gott geschaffen sind.

Andrerseits deutet die enge und geheimnisvolle Verbindung zwischen der moralischen Sphäre (für die allein der Mensch verantwortlich ist) und jener vormoralischen, durch die das moralische Leben so leicht gestört werden kann, vielleicht auf eine „Analogie" hin, in der die wahre unsterbliche menschliche Seele allmählich den Organismus informiert. Der Mensch ist eine substantielle Einheit, und seine höchsten Aktivitäten sind nicht abgelöst von der Last des Fleisches. Doch in beiden Sphären, der bewußten und der vorbewußten, scheint ein gleiches Gesetz zu herrschen: daß sich die Liebe nicht entfalten kann, wenn nicht um den Preis unwiderruflicher Verzichte.

Aber auch abgesehen von dieser heiklen Frage scheint es Dr. Nodet für den Seelsorger von großer Wichtigkeit, daß er etwas von der Situation der Übertragung weiß. Diese tritt in einem bestimmten Stadium der Behandlung ein und bringt meist eine merkliche Besserung mit sich, die aber noch keineswegs die Heilung ist, sondern nur als Durchgangsstadium gewertet werden darf. Auch in der Seelsorge spielt sich zuweilen etwas Ähnliches ab; diese Stufe kann als Durchgang ausgezeichnet wirken, aber sie darf nicht als Ersatz für die wahre Leistung angesehen werden.

Das ist das moralische Problem von seiten des Behandelnden. Wichtiger und allgemeiner ist die neue Psychologie für das Verständnis des moralischen Lebens des Menschen überhaupt. Die Freudsche Psychologie hat gezeigt, daß beim Kind im vormoralischen Alter psychische Verhaltensweisen existieren, in denen alles sich abspielt, „als ob" es Erlaubtes, Verbotenes und Unbehagen gegenüber dem Verbotenen gäbe: das ganze Vokabular, mit dem diese Situation ausgedrückt wird, stammt aus dem moralischen Leben. Die gesamte glückliche Überwindung des Oedipuskomplexes und Kastrationskomplexes geschieht im Zeichen des Verzichts. Aber das alles vollzieht sich zunächst noch unterhalb der Linie des Moralischen. Und nur allmählich taucht aus dieser pseudomoralischen Sphäre das echte moralische Gewissen auf, das in jener gleichsam seine erste Skizze und Verkörperung besaß. Diese Pseudomoral besteht auch mehr oder weniger stark beim Erwachsenen im Unterbewußtsein weiter und kann das echte moralische Leben verfälschen. Daher ist es notwendig, bei jedem moralischen Akt seine doppelte Motivation festzustellen: die bewußte, authentisch moralische, und die unbewußte, pseudomoralische, rückschrittliche und infantile. Gerade hier wäre die Zusammenarbeit von Arzt und Seelsorger sehr fruchtbar. Dr. Nodet führt zwei ganz geläufige Fälle an, in denen man sich fragen sollte, ob sie echter Sittlichkeit oder jener Pseudomoral entspringen: Bußübungen und „natürliche" Keuschheit. Die eine kann instinktive Befriedigung im Schmerz, Masochismus, die andere unbewältigter kindlicher Sexualkomplex sein, aber beide können ebenso gut echte Tugend sein.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Kirche und Politik

Unter dem Titel „Politik und Religion" gibt ein ganz kurzer Aufsatz in der italienischen Zeitschrift „Vita e Pensiero" aus der Feder Luigi Prosdocimis einen Überblick über die Lehre der Kirche vom Verhältnis zwischen Kirche und Staat, der das Verhalten der Kirche gegenüber dem politischen Geschehen der letzten Zeit in interessanter Weise beleuchtet.

Das Problem der Beziehungen zwischen Politik und Religion, so heißt es da, ist tatsächlich ein zweifaches: es hat einen äußeren, sozialen Aspekt als Verhältnis zwischen Staat und Kirche und einen inneren, das Gewissen der einzelnen Christen angehenden Aspekt, der das Verhältnis zwischen der Wertordnung der irdischen und zeitlichen Ordnung und den ewigen und übernatürlichen Werten betrifft; was hier beleuchtet werden soll, ist der erste dieser beiden Aspekte.

Prosdocimi geht aus von der alten Lehre über die Ziele der beiden Ordnungen, in denen wir leben, Staat und Kirche: das zeitliche (politische) Heil und das ewige Heil (die ewige Seligkeit und Anschauung Gottes). Nach alter spirituell-christlicher Anschauung fällt dabei die Politik unter den Aspekt der Gerechtigkeit und ist da-

durch ein Teil der Ethik. Sie ist nicht wie in der Neuzeit und seit Machiavelli, als bloße Kunst und Technik des Regierens aufgefaßt; diese Seite wird zwar nicht verkannt, aber doch völlig dem ethischen Moment untergeordnet. Der einzige grandiose Versuch einer politischen Gestaltung aus dieser Auffassung des Christentums von der Politik ist der der mittelalterlichen Christenheit gewesen. Auf dem Gipfel seiner Entfaltung zeigte er die selbständige Nebenordnung der politischen und der religiösen Macht, bei der aber die Zusammenarbeit beider Mächte in den „gemischten Materien" (den zugleich zeitlichen und geistlichen) vorgesehen war. Zudem war ein Richterspruch und Eingriff der religiösen Macht bei solchen an sich zeitlichen Geschäften gefordert, die gelegentlich, akzidentell (oder, wie man damals sagte, *ratione peccati)* in die geistliche Sphäre übergriffen.

Die mittelalterliche Christenheit erscheint also als auf dem Prinzip der Dualität der beiden Mächte begründet, wobei diese Mächte durch genau bestimmte rechtliche Bindungen miteinander verknüpft sind. Darüber hinaus gibt die sakrale Lebensauffassung, die dem gesamten mittelalterlichen Leben zugrunde liegt, der höchsten kirchlichen Autorität, dem römischen Papst, Eingriffsmöglichkeiten und ein moralisches Gewicht, die noch weiter reichen als die theoretisch festgelegte Schiedsgerichtsvollmacht der geistlichen Macht.

In der Neuzeit schwindet diese Idee mehr und mehr dahin, und die politische Sphäre betrachtet sich mehr und mehr als unabhängig auch gegenüber der Ethik. Doch zugleich entwickelt sich eine immer tiefere Kenntnis der menschlichen Persönlichkeit, und über allerlei Irrwege hinweg gelangt die Gegenwart zu einer Anerkennung des Wertes und der Würde der menschlichen Person, die auch für das politische Leben gefordert wird (Demokratie). Unter diesen Verhältnissen ist es notwendig, die Wertordnung für die Politik in christlicher Sicht wirklich neu zu durchdenken und dabei den Beitrag der Neuzeit in Rechnung zu setzen.

Die wesentlichen politischen Direktiven im Leben des modernen Staates besitzen, auch wenn man vom im engeren Sinne demokratischen Regime absieht, ihre Basis in der öffentlichen Meinung, ob sie nun als spontane Volkskundgebung oder als Ausdruck bestimmter organisierter Gruppen in Erscheinung tritt. Im demokratischen Staat selber werden die entscheidenden Beschlüsse von jenem größten staatlichen Organismus getroffen, den die Wählerschaft darstellt, die ideell mit dem Volksganzen zusammenfällt.

Daher muß auch die Beziehung zwischen der religiösen Gesellschaft und der politischen Gesellschaft eine hinreichende Basis in der öffentlichen Meinung und im Volkswillen finden, wenn sie sich in ein festes rechtliches Verhältnis zwischen den beiden Ordnungen und den sie darstellenden Organen bringen lassen soll.

Für die in der Bildung begriffene neue christliche Gesellschaft der „heiligen Freiheit der Kinder Gottes" bleiben die wesentlichen, von der Tradition erarbeiteten Prinzipien bestehen, nämlich 1.) die Souveränität und Unabhängigkeit der beiden Ordnungen in ihrem eigenen Bereich, dem zeitlichen und dem überzeitlichen; 2.) die Notwendigkeit einer vertraglich festgelegten Verständigung in Materien gemischter Kompetenz (durch Konkordate); 3.) das Recht der religiösen Autorität, mit tatsächlicher Machtvollkommenheit einzugreifen in zeitliche Materien, wenn diese unter Umständen geistliche Bedeutung annehmen *(potestas indirecta in temporalibus).* Solche Eingriffe stellen in neuester Zeit das berühmte *non expedit* an die italienischen Katholiken und die Verbote dar, gewisse Kandidatenlisten bei politischen Wahlen zu wählen (Lord Strickland in Malta u. a.).

Gelegentlich dieses letzten Punktes muß jedoch bemerkt werden, daß der Eingriff der religiösen Autorität in die politische Sphäre vermittels ihrer Jurisdiktion in den seltenen Fällen, in denen wir ihm begegnen, tatsächlich der Wählerschaft gegenüber ausgeübt wird, soweit diese sich aus Katholiken zusammensetzt, nicht aber gegenüber anderen staatlichen Organen (wie z. B. dem Staatsoberhaupt oder der Regierung usw.), und das eben aus dem Grunde, weil der heutige Staat seine tragende Grundlage in der breiten Masse des Volkes besitzt, die das Fundament seiner Konsistenz und den Ausschlag bei seiner Gestaltung liefert.

Man muß vor allem betonen, daß ein solcher Eingriff, selbst in dieser Begrenzung, völlig ausnahmsweise bleibt, da die Änderung der Volksmeinung und damit der politischen Richtung überhaupt nicht mehr durch Befehle und Verbote zustande kommt, sondern vielmehr durch Aufklärung und Lenkung der Geister und Willen der politischen Gemeinschaft.

Die Einwirkung dieser Art ist in Wirklichkeit nichts anderes als die wohlbekannte *potestas directiva,* und auch diese wird heute nicht auf die Staatsoberhäupter oder Regierungsorgane eines Staates ausgeübt, sondern auf das gesamte Volk. Diese Leitung und Lenkung liegt jedoch garnicht so sehr in erster Linie der Hierarchie ob, die sich darauf beschränken wird, die großen Richtlinien anzugeben, als vielmehr den Christen selber, den einzelnen ebenso wie den Organisationen. Ihnen vor allem ist in den heutigen staatlichen Formen die Erneuerung einer christlichen Ordnung anvertraut.

Aus der ökumenischen Bewegung

Die politischen Berichte der Generalversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam

„Die Kirche und die Unordnung der Gesellschaft"

Die dritte Sektion der Vollversammlung des Ökumenischen Rates hat in ihrem Bericht über „Die Kirche und die Unordnung der Gesellschaft" thematisch etwa die gleichen Fragen behandelt wie die „Weltkonferenz für Praktisches Christentum" 1937 in Oxford. Einige Vorarbeiten hatte die Herder-Korrespondenz (2. Jhg., 10. H., S. 464) abgedruckt. Auch an diesem Bericht ist das Gleiche zu beobachten wie an den Berichten der 1. und 2. Sektion: er ist nicht annähernd so interessant wie die Berichte von Oxford. Zwar wären bei den beiden Problemen, deren sich besonders D. J. H. Oldham mit meisterhafter Analyse angenommen hatte: 1. Die Bedeutung der Technik für die moderne Zivilisation und für die Verkündigung der Kirche, und 2. Die Erhaltung einer „verantwortlichen Gesellschaft" als Aufgabe der Christen, ausgesprochene Fortschritte des Beobachtens und theologischen Erkennens über Oxford hinaus möglich gewesen, aber der Sektionsbericht (§ 6—7, 14—16) wird den Vorarbeiten Oldhams kaum gerecht.

Oxford hatte sodann die Frage des Eigentums (§ 11), die Kritik an der Bürgerlichkeit der Kirche und die Probleme eines neuen christlichen Arbeitsethos, mit dem der Erfolg der Evangelisation unter den entchristlichten Massen steht und fällt, viel gründlicher behandelt. Wir haben es daher für nötig gehalten, dem Leser einen Vergleich zu ermöglichen und im Anhang zu diesem Bericht der 3. Sektion einen Auszug aus dem entsprechenden Bericht von Oxford über „Die christliche Lehre von der Wirtschaftsordnung" abzudrucken.

Die Mängel des Amsterdamer Berichtes erklären sich wohl nicht nur aus der Überlastung der Konferenz, sondern vor allem aus dem Vorrang einer aktuellen Fragestellung, die die Konferenz beherrschte: dem Verhältnis des Christentums zu Kommunismus und Kapitalismus, dem der ganze IV. Abschnitt gewidmet ist. Darüber hatte Oxford kaum gehandelt. Die Distanzierung des Ökumenischen Rates nicht nur vom Kommunismus sondern auch vom Kapitalismus ist nicht ohne Krisen erfolgt. Die ursprüngliche Fassung des Eingangssatzes von § 22 lautete: „Die christlichen Kirchen sollten die Ideologien beider verwerfen, des Kommunismus und des Kapitalismus ..." In letzter Stunde versuchte der einflußreiche Präsident des „Bundesrates der Kirchen Christi in Amerika", Charles P. Taft-Cincinnati (O.), gleichzeitig Vorsitzender des Informationsausschusses der Konferenz, den § 22 umzustoßen und durch folgende Formel zu ersetzen: „Die christlichen Kirchen sollten die Ideologie des Kommunismus und die ganz sich selber regulierende Laissez-faire-Theorie des extremen Kapitalismus verwerfen und sollten die Menschen von der falschen Annahme befreien ..." Er begründete seinen einschränkenden Vorschlag mit dem Hinweis, daß der Kapitalismus zu viele Varianten habe, und er machte geltend, daß von den 50 v. H. Laien der Sektion nur 15 dem geschäftlichen und politischen Leben angehörten und nur er selber Erfahrungen auf industriellem Gebiet besitze. Die endgültige Fassung des Satzes schränkte dann auch die Bezeichnung „Kapitalismus" zu „Laissez-faire-Kapitalismus" ein.

Zusammenfassend ist zu sagen: der Bericht der 3. Sektion ist trotz der fehlenden Unterstützung durch eine klare Naturrechtslehre in vielen Punkten den katholischen Soziallehren verwandt, besonders in der Herausarbeitung des Rechts der verantwortlichen Person, und er bekennt unwiderruflich die Verantwortung der Kirche für die politische Ordnung der Menschen und Nationen. Allerdings läßt er auch keinen Zweifel, daß die dogmatische Spaltung der Glieder des Ökumenischen Rates die praktische und erfolgreiche Ausübung dieser Verantwortung ernstlich behindert, weil hier die Diskussion der zu suchenden Wahrheit das letzte Wort hat vor der autoritär gesteuerten aber selbstverantwortlich durchgeführten Aktion für die gefundene Wahrheit.

I. Die Unordnung der Gesellschaft

1. Die Welt erfährt heute eine soziale Krisis von unvergleichbaren Ausmaßen. Die tiefste Wurzel dieser Unordnung ist die Weigerung der Menschen, zu sehen und anzuerkennen, daß ihre Verantwortung vor Gott höher steht und größer ist als ihre Verbundenheit mit irgendeiner irdischen Gemeinschaft und ihrer Gehorsamspflicht gegenüber irgendeiner weltlichen Macht. Unsere moderne Gesellschaft, die zum größten Teil weltlich ausgerichtet ist, verkennt die ganze Tiefe des Bösen in der menschlichen Natur und die volle Größe der Freiheit und Würde der Kinder Gottes.

2. Die christliche Kirche begegnet der Unordnung unserer Gesellschaft mit dem Glauben an die Herrschaft Jesu Christi. In Ihm hat Gott Sein Reich aufgerichtet und seine Tore stehen allen offen, die hineinzukommen willens sind. Ihr Leben gehört Gott in einer Gewißheit, die keine Unordnung der Gesellschaft zerstören kann, und auf ihnen liegt die Pflicht, Gottes Reich und Seine Gerechtigkeit zu suchen.

3. Im Lichte dieser Gottesherrschaft, die Gericht und Gnade zugleich ist, sind sich die Christen der Sünden bewußt, welche die menschlichen Gemeinschaften und Einrichtungen zu allen Zeiten verderbt haben, aber sie vertrauen auch auf den endlichen Sieg über Sünde und Tod durch Christus. Er ist es, der uns befohlen hat, für das Kommen Seines Reiches auf Erden zu beten, und unser Gehorsam gegenüber diesem Befehl verlangt, daß wir jederzeit versuchen, die besonderen Formen der Unordnung zu überwinden, durch welche das bleibende Böse in den menschlichen Gemeinschaften noch verschlimmert wird, und Mittel und Wege zu suchen, wie sie behoben oder eingeschränkt werden können.

4. Die Menschen sind oft enttäuscht, wenn sie merken, daß der Wechsel eines bestimmten Gesellschaftssystems

nicht nur Gutes bringt, sondern neue Übel erzeugt. Neue Versuchungen zu Macht- und Habgier entstehen selbst in Verhältnissen, die gerechter sind, als jene, die sie ersetzt haben, weil die Sünde im menschlichen Herzen immer am Werke ist. Deshalb versinken viele in Gleichgültigkeit, Verantwortungslosigkeit und Verzweiflung. Der christliche Glaube läßt keinen Raum für solche Verzweiflung. Er ruht auf der Tatsache, daß das Reich Gottes in Christus fest gegründet ist und allem menschlichen Versagen zum Trotz durch Gottes Tat kommen wird.

5. Zwei Hauptfaktoren tragen zu dieser Krisis unseres Zeitalters bei. Einer von diesen besteht in den gewaltigen Machtkonzentrationen, die unter dem Kapitalismus vorwiegend wirtschaftlicher, unter dem Kommunismus sowohl wirtschaftlicher als politischer Art sind. Unter solchen Bedingungen offenbart sich das ganze soziale Übel im größten Ausmaß nicht nur in der Habgier, dem Hochmut und der Grausamkeit von einzelnen und ganzen Gruppen; es liegt auch in der Stoßkraft oder der Trägheit riesiger Organisationen, welche die Fähigkeit des Menschen, als sittliches und verantwortliches Wesen zu handeln, herabmindern. Wege zu finden, um die persönliche Verantwortung für gemeinsames Handeln in den ausgedehnten Machtgebilden unserer modernen Gesellschaft zu verwirklichen, ist eine Aufgabe, die noch nicht ernsthaft genug angegriffen worden ist.

6. Der zweite Faktor in dem kritischen Zustand unserer Zeit besteht in der Tatsache, daß die in ihrer Gesamtheit von der Technik beherrschte Gesellschaft stärker als in früheren Zeiten einer Eigentriebkraft gehorcht. Das führt zu Machtkonzentrationen. Zwar wird auf diese Weise der Mensch in höherem Maße in den Stand gesetzt, sich der Natur zu bedienen, aber es liegen hier auch Möglichkeiten der Zerstörung sowohl durch den Krieg als auch durch die Untergrabung der natürlichen Grundlagen der Gesellschaft in Familie, Nachbarschaft und Handwerk. Die Menschen wurden in großen Industriestädten zusammengeballt, und viele Völker wurden derjenigen Formen des Gemeinschaftslebens beraubt, in denen der Mensch zu voller Personhaftigkeit erwachsen kann. Im Menschen wurde die Neigung bestärkt, die Gabe Gottes zu verschwenden, die ihm im Boden und anderen natürlichen Reichtümern geschenkt ist.

7. Andererseits hat die technische Entwicklung die Menschen von viel Plagerei und Armut befreit und ist noch jetzt imstande, mehr in dieser Richtung zu tun. Die in dieser Hinsicht gegebenen Möglichkeiten sind begrenzt. Immerhin sind große Teile der Welt von dieser Grenze noch weit entfernt. Die Gerechtigkeit verlangt, daß den Einwohnern, z. B. von Asien und Afrika, die Vorteile einer mehr maschinellen Produktionsweise zugute kommen. Sie mögen lernen, die Mechanisierung des Lebens und die anderen Gefahren einer unausgeglichenen Wirtschaft zu vermeiden, die der sozialen Gesundheit der älteren industriellen Völker abträglich ist. Der technische Fortschritt schafft auch Austauschmöglichkeiten und eine wechselseitige Abhängigkeit, die zu echter Gemeinschaft helfen können, wenngleich engerer Kontakt Reibungen mit sich bringen mag.

8. Die Gesellschaft steht nicht vor der unausweichlichen Notwendigkeit, einer steuerlosen Entwicklung der Technik zu verfallen, und die christliche Kirche hat eine dringende Verantwortung dafür, daß dem Menschen von heute geholfen wird, in der technisierten Gesellschaft zu einem volleren persönlichen Leben zu gelangen.

9. Indem sie das tun, sollten die Kirchen nicht vergessen, in welchem Ausmaße sie selbst gerade zu den Übeln beigetragen haben, die sie so gerne der Verweltlichung der Gesellschaft zur Last legen. Gewiß haben sie viele Christen in Bewegung gesetzt, die in allen Arten von Reformbewegungen führend wurden; gewiß haben viele von ihnen in einer ganz neuen Weise sehen gelernt, welchen Bezug ihr Glaube auf die gesellschaftlichen Probleme hat, und welche gebieterischen Verpflichtungen ihnen infolgedessen auferlegt sind; dennoch sind sie für die soziale Unordnung der Gegenwart mit verantwortlich. Unsere Kirchen haben oft die besonderen Vorrechte der herrschenden Klassen, Rassen und politischen Gruppen religiös sanktioniert und sind auf diese Weise den Wandlungen im Wege gewesen, die im Interesse der sozialen Gerechtigkeit und politischen Freiheit notwendig waren. Sie haben sich oft auf ein rein geistliches oder jenseitiges oder individualistisches Verständnis ihrer Botschaft und ihrer Verantwortung beschränkt. Sie haben oft versäumt, die Kräfte zu begreifen, welche die sie umgebende Gesellschaft bestimmten und waren deshalb nicht bereit, sich mit den neuen Problemen, wie sie sich in einer technischen Zivilisation ergaben, schöpferisch zu befassen; sie haben oft die Wirkungen der Industrialisierung auf bäuerliche Völker übersehen.

II. Wirtschaftliche und politische Organisation

10. In der industriellen Revolution wurde die wirtschaftliche Aktivität von früheren sozialen Einschränkungen befreit und wuchs über ihre bescheidene Rolle im menschlichen Leben hinaus. Sie schuf das umfassende Netz finanzieller, kommerzieller und industrieller Beziehungen, die wir als kapitalistische Ordnung kennen.

In allen Teilen der Welt sind dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte in verschiedenem Ausmaß neue Einschränkungen auferlegt worden, aber es gibt wirtschaftliche Notwendigkeiten, die kein politisches System mißachten darf. So ist zum Beispiel heutzutage das Bedürfnis nach Stabilisierung der Währung, Kapitalschöpfung und Produktionsantrieben unausweichlich und allgemein. Allerdings verlangt die Gerechtigkeit, daß wirtschaftliches Tun sozialen Zwecken untergeordnet werde. Es ist unerträglich, daß viele Millionen von Menschen durch periodische Inflation und Depression der Unsicherheit, dem Hunger und der Verzweiflung ausgesetzt werden.

11. Die Kirche kann die Debatte zwischen denjenigen, die glauben, daß die primäre Lösung in der Sozialisierung der Produktionsmittel besteht und jenen anderen nicht entscheiden, die fürchten, daß auf diese Weise nur neue und unmäßige Machtansammlungen politischer und wirtschaftlicher Art entstehen, die schließlich in einem für alles zuständigen Staat gipfeln. Vom christlichen Verständnis des Menschen her aber müssen wir den Befürwortern der Sozialisierung sagen, daß die Institution des Eigentums als solche nicht die Wurzel der Verderbnis der menschlichen Natur ist. Wir müssen gleichermaßen den Verteidigern der bestehenden Besitzverhältnisse sagen, daß Privateigentum kein unbedingtes Recht ist. Das Eigentum muß dshalb den Erfordernissen der Gerechtigkeit gemäß erhalten, eingeschränkt oder verteilt werden.

12. Einerseits müssen wir den unbedingten Vorrang der Person gegenüber rein technischen Erwägungen sicher-

stellen, indem wir alle wirtschaftlichen Vorgänge und sorgsam gewahrten Rechte den Bedürfnissen der Gemeinschaft als Ganzes unterordnen. Andererseits müssen wir dem kleinen Mann in der großen Gesellschaft die Möglichkeit eines befriedigenden Lebens sichern. Wir müssen dem Mißbrauch der Autorität vorbeugen, sowie einen möglichst weiten Raum offenhalten, in dem die Menschen unmittelbare und verantwortliche Beziehungen personhafter Art miteinander haben können.

13. Eine zweckentsprechende und in sich geschlossene Neuordnung der Gesellschaft ist heutzutage eine zwingende Notwendigkeit geworden. Hier haben die Regierungen eine Verantwortung, der sie nicht ausweichen können. Aber Zentren der Initiative im wirtschaftlichen Leben müssen so gefördert werden, daß es vermieden wird, zentralen Instanzen zu viele Entscheidungen zuzuschieben. Wenn religiöse, kulturelle, wirtschaftliche, soziale und andere Ziele erreicht werden sollen, so ist es von großer Wichtigkeit, daß die Gesellschaft eine reiche Vielfalt kleinerer Gemeinschaftsgebilde umfaßt, in der örtlichen Verwaltung, in industriellen Organisationen einschließlich der Gewerkschaften, durch die Entwicklung öffentlicher Körperschaften oder durch freie Vereinigungen. Mit solchen Mitteln ist es möglich, einer übertriebenen Machtzentralisierung in modernen technisch organisierten Gemeinschaften vorzubeugen, und sowohl den Gefahren der Tyrannei zu entrinnen, als auch die Gefahren der Anarchie zu vermeiden.

III. Die verantwortliche Gesellschaft

14. Der Mensch ist geschaffen und berufen, ein freies Wesen zu sein, verantwortlich vor Gott und seinem Nächsten. Alle Tendenzen innerhalb des Staates und der Gesellschaft, die den Menschen der Möglichkeit des verantwortlichen Handelns berauben, sind eine Verleugnung des Willens Gottes über den Menschen und Seines Erlösungswerkes. Eine verantwortliche Gesellschaft ist eine solche, in der Freiheit die Freiheit von Menschen ist, die sich für Gerechtigkeit und öffentliche Ordnung verantwortlich wissen und in der jene, die politische Autorität oder wirtschaftliche Macht besitzen, Gott und den Menschen, deren Wohlfahrt davon abhängt, für ihre Ausübung verantwortlich sind.

15. Der Mensch darf niemals zum bloßen Mittel für politische oder wirtschaftliche Zwecke gemacht werden. Der Mensch ist nicht für den Staat geschaffen, sondern der Staat für den Menschen. Der Mensch ist nicht für die Produktion geschaffen, sondern die Produktion für den Menschen. Für eine Gesellschaft, die unter modernen Lebensbedingungen verantwortlich bleiben soll, ist es erforderlich, daß die Menschen die Freiheit haben, ihre Regierungen zu kontrollieren, zu kritisieren und zu wechseln, daß die Macht durch Gesetz und Tradition verantwortlich gemacht und soweit wie möglich auf die ganze Gemeinschaft verteilt wird. Es ist erforderlich, daß wirtschaftliche Gerechtigkeit und die Bereitstellung gleicher Entfaltungsmöglichkeiten für alle Mitglieder der Gesellschaft gesichert werden.

16. Daher verwerfen wir:

a) jeden Versuch einer Beschränkung des freien Zeugnisses der Kirche für ihren Herrn und Seinen Heilsplan sowie jeden Versuch einer Beeinträchtigung der Freiheit, Gott zu gehorchen und dem Gewissen gemäß zu handeln, denn diese Freiheiten sind mit der Verantwortlichkeit des Menschen vor Gott gesetzt;

b) jedes Versagen der Möglichkeit, an der Gestaltung der Gesellschaft Anteil zu nehmen, denn dies ist eine Pflicht, die mit der Verantwortlichkeit des Menschen gegenüber seinem Nächsten gesetzt ist;

c) jeden Versuch, den Menschen an der Erforschung und Verbreitung der Wahrheit zu hindern.

IV. Kommunismus und Kapitalismus

17. Christen sollten fragen, warum der Kommunismus in seiner modernen totalitären Form eine so große Anziehungskraft auf große Volksmassen in vielen Teilen der Welt ausübt. Sie sollten die Hand Gottes im Aufstand der Massen gegen das Unrecht erkennen, der dem Kommunismus viel von seiner Stärke gibt. Sie sollten darnach trachten, für die Kirche die ursprüngliche christliche Solidarität mit den notleidenden Menschen in der Welt wiederzugewinnen, ihr Verlangen nach Gerechtigkeit nicht zu unterdrücken, sondern im Gegenteil sie darin zu überbieten und auf den einzigen Weg zu leiten, der sie nicht vor eine unüberwindliche Mauer führt, den Weg des Gehorsams gegen Gottes Willen und seine Gerechtigkeit. Christen sollten sich darüber klar werden, daß für viele, besonders für viele junge Männer und Frauen, der Kommunismus das Ideal menschlicher Gleichheit und universaler Bruderschaft darstellt, für das sie durch den Einfluß des Christentums vorbereitet worden sind. Christen, die die Vorteile des Kapitalismus genießen, sollten versuchen, die Welt so zu sehen, wie sie den vielen erscheint, die sich von ihren Vorrechten ausgeschlossen sehen, und die im Kommunismus ein Mittel zur Befreiung von Armut und Unsicherheit erblicken. Alle sollten verstehen, daß die Proklamierung der Rassengleichheit durch die Kommunisten und ihr Eintreten für die Sache der Kolonialvölker den Bevölkerungen Asiens und Afrikas und rassischen Minderheiten anderwärts großen Eindruck macht. Es ist eine große menschliche Tragödie, daß so vieles Gute in den Motiven und Bestrebungen vieler Kommunisten und derer, deren Sympathie sie gewinnen, in eine Gewalt verwandelt worden ist, die neue Formen des Unrechts und der Unterdrückung mit sich bringt, und daß der Wahrheitsgehalt der kommunistischen Lehre dazu mißbraucht wird, einer unglaubwürdigen Propaganda überzeugende Kraft zu geben.

18. Christen sollten bußfertig erkennen, daß viele Kirchen an mancherlei wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und rassischer Diskriminierung Anteil haben, die die dem Wachstum des Kommunismus günstigen Verhältnisse geschaffen haben, und daß der Atheismus und die antireligiöse Lehre des Kommunismus teilweise eine Reaktion auf das zweideutige Bild einer angeblich christlichen Gesellschaft darstellen. Es ist eine der verhängnisvollsten Tatsachen der modernen Geschichte, daß die Menschen der Arbeiterklasse, einschließlich der Kleinbauern, oft zu der Überzeugung kamen, die Kirchen ständen gegen sie oder seien an ihrer Not uninteressiert. Christen sollten erkennen, daß die Kirche es oft versäumt hat, ihre Jugend so anzusprechen, daß diese darauf zuchtvoll, zielbewußt und opferwillig reagierte, und daß der Kom-

munismus in dieser Hinsicht ein moralisches und geistiges Vakuum ausgefüllt hat.

19. Der Gegensatz zwischen dem Christentum und dem atheistisch-marxistischen Kommunismus unserer Tage zeigt sich an folgenden Punkten:

1) die kommunistische Verheißung einer geradezu vollkommenen Erlösung des Menschen innerhalb der Geschichte.

2) der Glaube, daß eine bestimmte Gesellschaftsklasse kraft ihrer Rolle als Trägerin einer neuen Ordnung für frei von den Sünden und Zweideutigkeiten erklärt wird, von denen die Christen überzeugt sind, daß sie alle menschliche Existenz kennzeichnen.

3) die materialistischen und deterministischen Lehren, die — wie immer sie auch näher bestimmt sein mögen — nicht mit dem Glauben an Gott und mit der christlichen Anschauung vom Menschen als einer nach Gottes Ebenbild geschaffenen und ihm verantwortlichen Person zu vereinbaren sind;

4) die rücksichtslosen Methoden der Kommunisten in der Behandlung ihrer Gegner.

5) das Bestehen der Partei auf der ausschließlichen und bedingungslosen Treue ihrer Mitglieder, wie sie doch Gott allein zukommt, und die Zwangsmethoden der kommunistischen Diktatur bei ihrer Kontrolle aller Gebiete des Lebens.

20. Die Kirche sollte der Ausbreitung eines jeden Systems zu widerstehen suchen, das nicht nur Elemente der Unterdrückung in sich schließt, sondern auch den Opfern seiner Unterdrückung jede Möglichkeit der Kritik oder der Bemühung um eine Korrektur versagt. Es gehört zur Mission der Kirche, ihre Stimme überall dort hören zu lassen, wo Menschen Opfer des Terrors sind, wo ihnen solch grundlegende Menschenrechte wie das der Sicherheit gegen willkürliche Verhaftung versagt werden, und wo Regierungen Foltern und grausame Bestrafungen gebrauchen, um das Gewissen der Menschen einzuschüchtern.

21. Die Kirche sollte klarstellen, daß es Gegensätze zwischen Christentum und Kapitalismus gibt. Die Entwicklung des Kapitalismus ist von Land zu Land verschieden, und oft ist die Ausbeutung des Arbeiters, die für den frühen Kapitalismus charakteristisch war, in beträchtlichem Maße durch den Einfluß der Gewerkschaften, soziale Gesetzgebung und verantwortliche Betriebsführung korrigiert worden. Der Kapitalismus hat indes

1) die Tendenz, das, was die primäre Pflicht jeder Wirtschaft sein sollte — die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse — dem wirtschaftlichen Vorteil derer unterzuordnen, die in erster Linie über ihre Einrichtungen verfügen.

2) Er hat die Tendenz, schwerwiegende Ungleichheiten zu erzeugen.

3) Er hat in den westlichen Nationen trotz ihrer christlichen Vergangenheit praktisch eine Art von Materialismus groß werden lassen, denn er hat nichts wichtiger sein lassen, als den Erfolg im Geldverdienen.

4) Er hat auch die Völker der kapitalistischen Länder sozusagen einem Schicksal unterworfen sein lassen, das die Gestalt sozialer Katastrophen, wie z. B. der Massenarbeitslosigkeit, angenommen hat.

22. Die christliche Kirche sollte die Ideologien beider verwerfen, des Kommunismus und des Laissez-faire-Kapitalismus, und danach trachten, die Menschen von der falschen Vorstellung zu befreien, diese beiden stellten die einzige Alternative dar. Beide haben Versprechungen gemacht, die sie nicht einlösen konnten. Die kommunistische Ideologie betont wirtschaftliche Gerechtigkeit und verheißt, die Freiheit werde sich automatisch aus der Vollendung der Revolution ergeben. Der Kapitalismus betont die Freiheit und verheißt, die Gerechtigkeit werde sich ganz von selbst aus der freien Wirtschaft ergeben. Auch dies ist eine Ideologie, die sich als falsch erwiesen hat. Es gehört zu der Verantwortung der Christen, neue schöpferische Lösungen zu suchen, die es nicht zulassen, daß Gerechtigkeit und Freiheit sich gegenseitig zerstören.

V. Die soziale Funktion der Kirche

23. Der größte Beitrag, den die Kirche zur Erneuerung der Gesellschaft leisten kann, ist für sie die Erneuerung ihres eigenen Lebens im Glauben und im Gehorsam gegen ihren Herrn. Eine solche innere Erneuerung schließt eine klarere Erfassung der Bedeutung des Evangeliums für das ganze Leben des Menschen ein. Diese Erneuerung muß ebenso in den größeren Kirchenkörpern wie in den Ortsgemeinden verwirklicht werden. Der Einfluß der gottesdienstlichen Gemeinden auf die Lösung der sozialen Probleme ist sehr groß, wenn diese Gemeinden Menschen aus vielen sozialen Gruppen umfassen. Wenn die Kirche die nationalen und sozialen Schranken zu überwinden vermag, die sie heute noch zerspalten, so kann sie auch der Gesellschaft helfen, diese Schranken zu überwinden.

24. Das ist besonders klar im Fall des Rassenunterschiedes. Gerade hier hat die Kirche jämmerlich versagt, wo sie sich das rassische Vorurteil, das sich in der Welt breit macht, zu eigen gemacht und dann durch ihre Praxis geheiligt hat. Und doch kann sie gerade an diesem Punkte heute die Führung Gottes besonders klar erkennen. Sie weiß, daß sie die Gesellschaft zur Absage an alle sich auf Unterschiede der Rasse und Hautfarbe gründenden Vorurteile, wie an alle Praktiken der Diskriminierung und Absonderung als eine Verleugnung der Gerechtigkeit und Menschenwürde auffordern muß, aber sie kann kein überzeugendes Wort an die Gesellschaft richten, wenn sie keine Schritte tut, um diese Praktiken ganz und gar aus der christlichen Gemeinschaft zu entfernen, denn sie widersprechen ihrem Glauben an die Liebe Gottes zu all seinen Kindern.

25. Es gibt Gelegenheiten für die Kirchen, wo sie durch ihre Räte oder durch in ihrem Namen dazu beauftragte Personen direkt sagen müssen, was sie für den Willen Gottes in den öffentlichen Entscheidungen der Stunde ansehen. Solche Weisungen werden oft die Formen der Warnung vor konkreten Formen des Unrechtes, der Unterdrückung oder sozialen Götzendienstes annehmen. Sie müssen auch die Hauptziele aufzeigen, denen eine bestimmte Gesellschaft zustreben soll.

26. Eine Frage entsteht aus der Tatsache, daß es in mehreren Ländern christliche politische Parteien gibt. Die Kirche als solche darf mit keiner politischen Partei in eines gesetzt werden, und sie darf nicht handeln, als wäre sie selbst eine politische Partei. Im allgemeinen ist die Bildung derartiger Parteien eine gewagte Sache, weil diese allzuleicht das Christentum und die in der Politik unvermeidlichen Kompromisse miteinander verwechseln. Es kann auch geschehen, daß sie Christen aus der Verbindung mit anderen Parteien herauslösen, die des christlichen Sauerteigs bedürfen, und daß sie alle, die die poli-

tischen Grundsätze der christlichen Partei nicht teilen, nicht nur gegen diese Partei, sondern gegen das Christentum selbst in Front bringen. Gleichwohl mag es in dieser oder jener Lage dennoch erwünscht sein, daß Christen sich zur Erreichung bestimmter Ziele zu einer politischen Partei zusammenschließen, solange sie nicht den Anspruch erheben, es sei dies der einzig mögliche Weg, sich als treuer Christ zu beweisen.

27. Aber der soziale Einfluß der Kirche muß vor allem durch die Art und Weise geübt werden wie sie auf ihre Mitglieder einwirkt. Das tut sie, indem sie unablässig die Wahrheit so lehrt und predigt, daß die geschichtliche Situation, in der die Menschen leben, und die Probleme, denen sie gegenüberstehen, in helles Licht gestellt werden. Die Kirche kann in der Gesellschaft den wirksamsten Einfluß haben, wenn sie ihre Mitglieder dazu bringt, in neuer Weise danach zu fragen, worin ihre christliche Verantwortung besteht, ob sie nun ihre Stimme abgeben oder die Pflichten eines öffentlichen Amtes erfüllen, ob sie die öffentliche Meinung beeinflussen, ob sie als Arbeitgeber oder als Arbeiter oder in irgendeinem anderen Beruf eine Entscheidung fassen. Eine der schöpferischen Entwicklungen in der Kirche von heute ist die Übung vieler Gruppen von Christen, die in ihrer Arbeit ganz ähnliche Probleme zu lösen haben, zusammen zu beten und zu beraten, um zu entdecken, was ihnen als Christen zu tun obliegt.

28. Bei der Erörterung der sozialen Funktion der Kirche müssen Christen sich immer an die große Mannigfaltigkeit der Situationen erinnern, in denen die Kirche lebt. Nationen, in denen aktive Christen die Mehrheit haben, Nationen, in denen die Kirche nur einen geringen Prozentsatz der Bevölkerung darstellt, Nationen, in denen die Kirche unter einer feindlichen, sie verfolgenden Regierung lebt, bieten der Kirche sehr verschiedene Probleme. Es ist einer der Beiträge der ökumenischen Erfahrung der vergangenen Jahre, daß Kirchen unter so gegensätzlichen Situationen nicht nur dazu gekommen sind, das Verhalten der anderen zu würdigen, sondern auch aus ihrem Versagen, ihren Erfolgen und ihrem Leiden zu lernen.

VI. Schlußwort

29. Es ist ein weiter Abstand zwischen allem, was hier gesagt worden ist, und dem, was in vielen Teilen der Welt geleistet werden kann. Gehorsam gegen Gott ist unter allen äußeren Umständen möglich, und niemand braucht zu verzweifeln, wenn die jeweiligen Umstände den Spielraum zu verantwortlichem Handeln erheblich einschränken. Die verantwortliche Gesellschaft, von der wir gesprochen haben, bleibt jedoch das Ziel, für welches die Kirchen in allen Ländern arbeiten müssen, zur Ehre des einen Gottes und Vaters unser aller. Sie schauen dabei aus nach dem Tag Gottes und einer neuen Erde, in welcher Gerechtigkeit wohnt.

Anhang

Die christliche Lehre von der Wirtschaftsordnung

(Auszug aus dem Bericht der III. Sektion der Weltkonferenz für praktisches Christentum in Oxford 1937, nach „Kirche und Welt in ökumenischer Sicht", Band 12 der Forschungsabteilung, Genf 1938. Die Zwischenüberschriften sind von der Schriftleitung).

Normen und Grundsätze

A. Die christliche Verkündigung muß sich mit Zielen im Sinne von Zielen auf lange Sicht — mit Normen und Grundsätzen befassen, in deren Licht jede konkrete Situation und jeder Besserungsvorschlag zu prüfen ist. Im Lichte solcher Ziele und Grundsätze treten die vier Wesenszüge der bestehenden Wirtschaftsordnung, wie sie in Abschnitt II erörtert sind, als Anstöße für die christliche Kirche heraus. Es bestehen theoretische Meinungsverschiedenheiten über die Art und Weise, in der diese Ziele zum christlichen Glauben in Beziehung stehen. Manche Leute würden sich sehr hüten, diese Ziele christlich zu nennen, und doch würden sie anerkennen, daß es sich um Ziele handelt, die Christen im Gehorsam gegen Gott anstreben müssen.

Wir deuten beispielsweise fünf solche Ziele oder Normen an, die bei der Prüfung jeder wirtschaftlichen Situation angewandt werden können.

(I) Da rechte Gemeinschaft von Mensch zu Mensch eine Voraussetzung der Gemeinschaft des Menschen mit Gott ist, muß jede wirtschaftliche Regelung, die sie unmöglich macht oder beeinträchtigt, abgeändert werden — und insbesondere eine Ordnung des Wirtschaftslebens, die die Gemeinschaft in eine besitzende und eine nichtbesitzende Klasse aufzuspalten und bei den Ärmeren ein Gefühl ungerechter Behandlung zu erzeugen droht. Jedem Glied der Gemeinschaft müssen angemessene Unterhaltsmittel zugänglich gemacht werden. Die Möglichkeit zur massenhaften Anhäufung privaten Besitzes muß in der Weise beschränkt werden, daß die Skala sozialer Werte nicht durch Furcht und Neid, durch Unverschämtheit und Unterwürfigkeit, wie sie mit übermäßiger Ungleichheit Hand in Hand zu gehen pflegen, verfälscht werde.

(II) Ohne Rücksicht auf Rassen- oder Klassenzugehörigkeit muß jedes Kind und jeder heranwachsende Mensch die Bildungsmöglichkeiten erhalten, die der vollen Entfaltung seiner besonderen Anlagen angemessen sind, und muß von all jenen zufälligen Beeinträchtigungen gesundheitlicher und milieumäßiger Art unabhängig sein, wie sie unsere heutige Gesellschaft unzähligen Kindern der unteren Schichten auferlegt. Im Zusammenhang hiermit muß der Schutz der Familie als einer Gemeinschaftszelle ein dringliches Anliegen der Gemeinschaft sein.

(III) Menschen, die zu wirtschaftlicher Betätigung, sei es durch Krankheit, Gebrechlichkeit oder Alter, unfähig geworden sind, dürfen dafür nicht wirtschaftlich bestraft werden; sie müssen vielmehr der Gegenstand besonderer Fürsorge sein. Hier spielt wiederum der Schutz der Familie mit herein.

(IV) Die Arbeit hat, als von Gott zum Besten des Menschen verordnet, inneren Wert und Würde. Pflicht und Recht des Menschen zur Arbeit muß deshalb in gleicher Weise nachdrücklich betont werden. Im Wirtschaftsprozeß darf darum die Arbeit niemals als bloße Ware angesehen werden. Der Mensch muß imstande sein, in der täglichen Arbeit seinen Christenberuf zu erkennen und zu erfüllen. Der Arbeiter — der auf dem Felde wie der in der Fabrik — hat einen Anspruch auf auskömmlichen Lohn, gesunde Umgebung und auf Gehör bei Entscheidungen, die sein Wohlergehen als Arbeiter berühren.

(V) Der Reichtum der Erde wie der Boden und die Bodenschätze müssen als Gaben Gottes für die gesamte

Menschheit angesehen und mit angemessener und wohlausgewogener Rücksicht auf die Bedürfnisse der gegenwärtigen und der zukünftigen Generationen genutzt werden.

Was sich auch nur aus einer dieser Normen ergibt, wird, wenn man es einmal ernst nimmt, drastische Veränderungen im Wirtschaftsleben nach sich ziehen. Je nach der besonderen Problemlage im einzelnen Volke muß dann ihre Anwendung in bestimmter Form erfolgen.

Die Frage des Eigentums

Eng verknüpft mit dem Bisherigen ist die gesamte Frage des Eigentums und zwar so eng, daß alle Maßnahmen seitens der Gemeinschaft, die Eigentumsrechte berühren, auch die Anwendung der erwähnten Normen berühren werden. Das ist ein Bereich, in dem die christliche Lehre von Zielen und Grundsätzen des Wirtschaftlebens unmittelbare Ergebnisse haben könnte, wenn sie in praktische wirtschaftliche Entscheidungen umgesetzt würde. Das christliche Denken hat hier bereits eine geistige Grundlage geschaffen, die von großer Bedeutung ist, aber wirkungsvolle Beziehung zu der Entwicklung der Eigentumsordnung in der Welt der modernen Wirtschaft wurde von hier aus noch nicht gewonnen. Dieser Sache muß von allen etwa für das weitere Studium unserer Fragen künftig zu schaffenden Organen lebhafteste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Einstweilen deuten wir einige Gesichtspunkte an, denen das christliche Denken nachgehen müßte.

(I) Es muß ohne jede Einschränkung wieder und wieder ausgesprochen werden, daß alles menschliche Eigentumsrecht bloß relativen und zufälligen Charakter trägt, sofern der Mensch von Gott als dem Geber aller Güter und dem Schöpfer der menschlichen Fähigkeit zur Entwicklung des Reichtums der Natur an Kräften und Gütern abhängt. Diese grundlegende christliche Überzeugung muß bei Christen ebenso in dem Gedanken, anvertrautes Gut zu verwalten, wie in der Bereitschaft zum Ausdruck kommen, jede Anhäufung von Eigentum im Blick auf ihre sozialen Folgen zu prüfen.

(II) Die heutige Eigentumsordnung und -verteilung muß von den weithin nicht-moralischen Vorgängen her kritisiert werden, durch die sie entstanden ist, und die Kritik muß die Tatsache in Rechnung stellen, daß jedes für das christliche Denken gültige Argument zur Verteidigung von Eigentumsrechten immer auch ein Argument für die weitestmögliche Verteilung dieser Rechte ist.

(III) Es muß ferner ausgesprochen werden, daß individuelle Eigentumsrechte niemals ohne Rücksicht auf die sozialen Folgen oder ohne Rücksicht auf die Leistung der Gesamtheit bei der Erzeugung alles Reichtums aufrechterhalten und ausgeübt werden dürfen.

(IV) Es ist sehr wichtig, zwischen den verschiedenen Formen von Eigentum klar zu unterscheiden. Eigentum, das in Besitz zum Zwecke persönlichen Gebrauchs steht, wie etwa das eigene Heim, hat eine klarere sittliche Rechtfertigung hinter sich als das Eigentum an den Produktionsmitteln und an Grund und Boden, das dem Inhaber Macht über andere Menschen verleiht. Alles Eigentum, das gesellschaftliche Macht darstellt, verlangt in besonderer Weise sittliche Prüfung, da die Macht, über das Leben anderer Menschen zu bestimmen, in jedem Rechtssystem den schwierigsten Punkt darstellt. Man muß immer fragen, ob es sich hier um eine Art von Macht handelt, die ausreichender gesellschaftlicher Kontrolle unterstellt werden kann, oder ob sie den Typ darstellt, der sich wesensgemäß gesellschaftlicher Kontrolle entzieht und ihr entgeht. Industrielles Eigentum im besonderen fördert die Anhäufung von Macht; denn es verleiht dem Inhaber Verfügungsgewalt sowohl über den Arbeitsplatz wie über das Werkzeug und läßt so den Arbeiter machtlos, soweit es sich um die Eigentumsverhältnisse handelt; ihm bleibt nur übrig, die organisierte Macht seiner Gewerkschaft und sein politisches Wahlrecht der Macht des Eigentums entgegenzusetzen. Großeigentum an Grund und Boden kann eine ähnliche Macht über die bedeuten, die gezwungen sind, es für ihren Lebensunterhalt zu pachten. Es gibt dementsprechend in Europa, in einigen Staaten Amerikas und im Orient feudalen Landbesitz in einer Form, die häufig eine Quelle sozialer Ungerechtigkeit ist. Hingegen gehört das Eigentum an Grund und Boden, dessen Bearbeitung die Leistungskraft einer Familie nicht überschreitet — der freie kleine Grundbesitz, der die Landwirtschaft des Abendlandes zum guten Teil kennzeichnet — zu einer eigenen Kategorie. Der kleine freie Grundbesitzer mag es zunehmend schwierig finden, mit der mechanisierten Produktion großen Stiles zu konkurrieren und, ohne sich zu übernehmen, ein ausreichendes Einkommen zu schaffen. Andererseits aber liegt eine besondere Rechtfertigung für diese Art des Eigentums vor, da sie die Freiheit verleiht, ohne die willkürliche Einmischung fremder Macht und ohne die Ausübung von Macht über andere eine gesellschaftliche Funktion zu erfüllen. Darüber hinaus besteht zwischen dem bäuerlichen Eigentümer und seinem Eigentum überhaupt eine organischere Beziehung als bei irgend einer Art industriellen Eigentums. Kleinbesitz in Industrie und Kleinhandel weist einige derselben Charakterzüge in etwas geringerem Maße auf. Doch besteht hier immer die Gefahr, daß produktiver Kleinbesitz, sei es in der Landwirtschaft, in Industrie oder Handel, den Eigentümer dazu verführt, in seinem Wettbewerb mit mächtigeren Produzenten seine Familie und die anderen von ihm beschäftigten Arbeiter auszubeuten, insbesondere da wohl in jedem dieser Fälle die letzteren zu gering an Zahl sind, um sich wirksam organisieren zu können.

Der christliche Selbstbetrug

C. Dieses Scheinwerferlicht der christlichen Verkündigung kann auch die der wirtschaftlichen Gerechtigkeit im Menschenherzen entgegenstehenden Hindernisse aufzeigen, insbesondere die, die uns bei den der Kirche angehörenden Menschen begegnen. Es ist nicht genug, daß der einzelne Christ das Gute tun möchte oder sich in seinen bewußten Motiven ändert. Nötig ist jene Art der Selbsterkenntnis, die dem Christen hilft einzusehen, wie weit seine Haltung durch die Stellung geformt wird, die er in der Wirtschaftsordnung einnimmt. Selbsterkenntnis ist nicht weniger wichtig als die Kenntnis äußerer Bedingungen und wichtiger als die Erkenntnis der Sünden anderer Leute.

Christen müssen dahin kommen zu begreifen, wie weit sie — allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz — in Wirklichkeit eine Welt erstreben, in der sie und ihre Schicht obenauf sind, wie weit ihre Ansichten über wirtschaftliche Dinge von den Interessen der Schicht oder Klasse, der sie angehören, diktiert werden, wie

weit sie sich durch falsche Schlagworte und Klugrederei täuschen lassen, wie weit sie dem „Bösen in der Ferne" oder dem Bösen, das eine andere Nation oder Klasse erfährt, empfindungslos gegenüberstehen — dem Bösen, mit dem sie womöglich ganz einverstanden sind, für das sie ihre Stimme abgeben, oder von dem sie Nutzen ziehen. Hier ist wiederum das, worauf es ankommt, nicht das Anklagen, sondern daß man den Menschen zu der Selbsterkenntnis verhilft, wie sie von der mit der christlichen Bewertung der Sünde gegebenen Schau her entsteht, so daß sie sich dann selbst das Urteil sprechen.

Je nach dem verschiedenen Charakter der Gemeinden werden hier die verschiedenen Gestalten des Selbstbetruges besonders behandelt werden müssen; die kirchliche Weisung wird also nicht überall dieselbe sein. In den Bezirken, die hauptsächlich wohlhabenden Mittelstand umfassen, muß eine Atmosphäre geschaffen werden, in der sich eine Aussicht auf Zerstörung der typisch mittelständlerischen Illusionen eröffnet. So herrscht in dieser Schicht z. B. eine Neigung, die bestehende Eigentumsordnung unbesehen hinzunehmen und Änderungen der gegenwärtigen Eigentumsrechte als ungerecht anzusehen. Die christliche Lehre vom Eigentum, wie sie oben umrissen wurde, hat in diesem Stadium und für diese Schicht eine besondere Bedeutung.

Diese Schicht muß auch zu der Einsicht kommen, wie einseitig jene Auffassungen vom Christentum sind, die unter Berufung auf den geistigen Charakter der christlichen Religion annehmen, wirtschaftliche Verhältnisse seien ohne erhebliche Bedeutung, oder es reiche hin, der Gnade Gottes die Rettung der Seelen unter allen möglichen äußeren Verhältnissen zu überlassen. Die Gerechtigkeit mag sich auf dieser Stufe in der Verteilung von Brot verkörpern, aber darum ist das Verlangen nach Gerechtigkeit nicht weniger geistig. Vor allem ziemt es sich nicht, daß Menschen bei dem Blick auf Hindernisse für die persönliche Entwicklung anderer, wie sie selbst sie nicht zu überwinden hatten, ihre selbstgefällige Ruhe bewahren. So beruhigt bleiben, weil man angeblich an die Seele und Gott glaubt, das heißt aus der Religion ein Opium für das Gewissen machen.

Auch ist es in manchen Ländern wichtig, den wohlhabenden Christen aus dem Mittelstande zu der Einsicht zu verhelfen, daß sie gerade so gut von Klasseninteressen beherrscht werden wie die Arbeiter und Bauern, ja in einigen Ländern, nämlich da, wo die Arbeiter- und Bauernorganisationen nicht so weit entwickelt sind, sogar noch mehr als jene anderen Gruppen. Die Annahme, daß die Interessen des Mittelstandes sich mit denen der Gesamtheit decken, ist eine Illusion, die unbewußt viele der aufrichtigsten Christen verblendet und sie eine unbillige und selbstgerechte Haltung gegenüber den Schichten einnehmen läßt, die gegenwärtig am meisten unter der Wirtschaftsordnung leiden.

Zur rechten Zeit und am rechten Orte muß die Lehre der Kirche ebenfalls eine Atmosphäre schaffen, in der der Arbeiterschaft und anderen Schichten mit ihren besonderen Illusionen mit der Aussicht auf ein echtes Verständnis der Star gestochen werden kann. Es ist z. B. eine Illusion anzunehmen, daß die Interessen der Industriearbeiter sich mit denen der Gesamtheit decken.

Worauf es besonders ankommt ist dies, daß jede Gruppe auf die jeweils wirkungsvollste Weise unter die Kritik gestellt wird, die der christliche Glaube in sich faßt. Bei den Beziehungen von Klasse zu Klasse sehen wir gegenwärtig allzu gern nur den Splitter in unseres Bruders Auge. Die Christen haben eine besondere Verpflichtung — wie sie auch eine besondere Gabe hierzu haben sollten — zu dem Versuch, den voneinander geschiedenen gesellschaftlichen Schichten zu gegenseitigem Verständnis zu verhelfen. Trennende Schranken müssen durchbrochen werden, bevor sie niedergebrochen werden können. Persönliche Hingabe und Mitleid sind gut; sie sind aber z. B. nicht das, was der Arme heute von dem Reichen verlangt. Ohne das innere Verstehen, das die Stellung des anderen gedanklich und gefühlsmäßig zu erfassen vermag, lassen sich Argwohn und Mißtrauen nicht niederreißen. Diese Fähigkeit einfühlenden Verständnisses ist etwas Seltenes in der Welt, ja sie ist in Wahrheit eine von Gott stammende Gabe, und als solche sollte sie der besondere Beitrag der Kirche bei der Schaffung wirklicher Gemeinschaft sein.

Selbsterkenntnis ist eine notwendige Voraussetzung christlicher Buße. Die Kirche muß in der Lage sein, sie zu schaffen, weil sie im Herzen ihrer Botschaft eine Vorstellung vom Wesen des Menschen besitzt, die den Menschen ganz von selbst gegenüber seinen eignen Motiven mißtrauisch machen und ihn dazu bringen muß, sich auf das gründlichste zu prüfen, wenn seine Entscheidung mit dem eigenen wirtschaftlichen Vorteil zusammenfällt. In manchen Fällen kann man auch sagen, daß die Kirche (und damit ist vor allem die Geistlichkeit gemeint), bis zu einem gewissen Grade von dem unmittelbaren Druck der Interessen wirtschaftlicher Gruppen frei ist und fähig sein muß, die Welt aus einem größeren Gesichtskreis als dem einer einzelnen Gruppe zu sehen. Daß dies gegenwärtig nur in geringem Umfange zutrifft, das bedeutet allein schon einen der tragischsten und sündhaftesten Faktoren im Leben der Kirche.

Im kommenden Jahrzehnt müssen die, die für die Führung im Leben der Kirche verantwortlich sind, danach trachten, durch Unterweisung dieser und anderer Art das wirtschaftlich-soziale Verhalten ihrer Glieder sittlich zu beeinflussen — genau so, wie sie darum von jeher im Blick auf ihre unmittelbar persönlichen Beziehungen bemüht gewesen sind. Diese Aufgabe verlangt viel mehr als bloßes Predigen. Sie muß das ganze Leben der Kirche durchdringen. Auch gottesdienstliches Sündenbekenntnis und Gebet müssen auf die Wirtschaftsordnung, in der die Glieder der Kirche leben, Bezug nehmen. Es muß hier auch betont werden, wie wichtig die Unterweisung der Kinder und Jugendlichen ist, ehe Klassenbewußtsein und Konvention ihr Gemüt verhärtet haben. Die Ausbildung der Geistlichen muß eine Vorbereitung für diese Art der Unterweisung einschließen.

Die Lambeth-Konferenz 1948

Die Ergebnisse der „Lambeth-Konferenz", der Kirchenversammlung der anglikanischen Kirche, die dieses Jahr nach achtzehnjähriger Pause (der normale Turnus ist zehn Jahre) mit einer Beteiligung von 329 Bischöfen aus allen Teilen des britischen Imperiums, der USA, Chinas, Japans, Koreas und anderer Missionsgebiete fünf Wochen lang in London tagte, liegen jetzt in einer von der S.P.C.K. (Society for the Promotion of Christian Knowledge) veröffentlichten, 180 Seiten umfassenden Schrift vor.

Sie ist in zwei Teile geteilt, deren erster das von der Konferenz erlassene Rundschreiben an alle Gläubigen (Encyclical Letter to the Faithful in Jesus Christ) und die von der Konferenz formell angenommenen Resolutionen enthält. Der zweite Teil bringt die Berichte der verschiedenen Ausschüsse der Konferenz. Es gab folgende Ausschüsse: I. Die christliche Lehre vom Menschen (dessen Bericht zwei Teile hat; der zweite Teil ist unter der Überschrift „die christliche Lebensführung" dem Bericht des Ausschusses II beigefügt). II. Die Kirche und die moderne Welt. III. Die Einheit der Kirche. IV. Die Anglikanische Gemeinschaft. Ausschuß V hatte drei Abteilungen: V (A) Die kirchliche Ehezucht, V (B) Taufe und Konfirmation, V (C) Über einen chinesischen Vorschlag zur Ordination von Diakonissen zum Priester.

I. DAS RUNDSCHREIBEN AN DIE GLÄUBIGEN

Ein Wort der Ermutigung

Das Rundschreiben hat eine Präambel und zwei Teile. Die Präambel und der erste Teil enthalten die Botschaft der Konferenz, die am 10. Oktober in den Kirchen verlesen wurde. Nach Gruß- und Dankworten spricht sie von der Kirche, die nicht Menschenwerk ist, sondern das Werkzeug Gottes für die Errichtung seines Reiches auf Erden. Gott hat in Christus gesiegt, die Kirche lebt in der Kraft der Auferstehung. „Dies ist eine Stunde der Prüfung und Gefahr für die Kirche nicht weniger als für die Welt. Aber es ist die Stunde des Rufs Gottes an die Kirche. So ist der Grundton unserer Botschaft Ermutigung für Gottes Volk auf der ganzen Erde. Wer Augen hat zu sehen, der sieht Zeichen dafür, daß die Flut des Glaubens wieder eingesetzt hat." Das Rundschreiben gedenkt dann der Schwierigkeiten vieler Menschen, als Christen zu leben, sodaß sie sich fragen, ob christliches Leben überhaupt möglich und der Mühe wert sei. Es erinnert an die ersten Christen, die Sklaven heidnischer Herren waren, und an die Märtyrer bis auf unsere Zeit. „Das christliche Leben ist immer schwierig. Der Kampf gegen das Böse ist immer kostspielig. Ohne Kreuz hätte es keine Auferstehung gegeben. Aber die Auferstehung ist die Gewähr dafür, daß Gottes Liebe stärker ist als der Tod und das Böse." Gott herrscht unbesiegt, er gebraucht zur Ausführung seiner durch Jesus Christus offenbarten Pläne unvollkommene und sündige Menschen. „Christen sind vielleicht nicht immer besser als ihre Nächsten, aber sie dienen einem besseren Herrn. Seine Sache birgt Leben und Hoffnung in sich."

In der heutigen Welt kämpfen zwei Glaubenslehren um die Seele des Menschen: der Glaube an Gott und den Menschen durch Christus, der freimacht, und der Materialismus und Machtwille, der versklavt. „Die Kirche ist die Vorkämpferin des Menschen gegen alles, was ihn herabsetzt und herabwürdigt, denn das Evangelium ist die Charta der Menschenwürde."

Die soziale Ordnung entsteht aus den Gesinnungen der Menschen. „Wenn die Kirche das Salz der Welt sein will, das die Kultur vor dem Verfall bewahren und das Leben gesund erhalten soll, müssen die Christen etwas haben, was sie unterscheidet — in der Art ihrer Tagesarbeit, in ihrem Heim, in ihren Wertmaßstäben." Sie müssen ihre Staatsbürgerpflichten voll und ganz erfüllen, aber dürfen darüber nicht vergessen, daß sie Bürger des Himmelreiches sind. „Denn Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt hängen davon ab, daß es genug Männer und Frauen gibt, die sagen ‚Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen'."

Der Mangel der Welt besteht darin, daß sie den wahren Gott und sein Gesetz vergessen hat. Ohne Anerkennung der Autorität Gottes ist keine Gerechtigkeit, ohne sie kein Friede. Die neue schreckliche Macht der Wissenschaft führt zum Unheil, wenn sie nicht zur Erfüllung der Absichten Gottes gebraucht wird Die oberste Aufgabe der Kirche ist aber, die Völker zur Erkenntnis des in Jesus Christus offenbarten Gottes zu führen. So ruft die Botschaft das ganze Kirchenvolk zu diesem Dienst. „Gott hat uns in seiner Gnade auf unserer Konferenz eine klarere Einsicht in seinen Willen und seine Absicht für seine Kirche und ihre Sendung in die Welt gegeben. Wir fordern euch auf, euch ihr zu widmen".

Zum Schluß beklagt das Rundschreiben den Mangel an Geistlichen und Kirchendienern, ermahnt zum sonntäglichen Gottesdienst, zur besseren Unterrichtung in den Glaubenslehren und zu ihrer Verwirklichung im täglichen Leben, zur Zusammenarbeit mit den Christen anderer Kirchen, zum Gebet und Wirken für die Wiedervereinigung der Christenheit und schließlich zum unermüdlichen Kampf gegen das Böse, das den Menschen zerstört, und die falschen Lehren, die ihn herabwürdigen — einen Kampf, in dem es keine Neutralität geben kann.

Der Kommunismus und der westliche Säkularismus

Der zweite Teil des Rundschreibens berichtet über die Arbeit der Konferenz und die Probleme, denen sie sich gegenübersah. Er enthält zwei Abschnitte, deren erster, „Gott in seiner Welt", von der Stellung der Kirche zu den Fragen der Zeit handelt. Er beginnt mit der Darlegung der Lehren vom Menschen, die heute herrschen, und spricht zuerst von der Lehre vom Fortschritt, die durch wachsende Beherrschung der Lebensbedingungen auf die Vervollkommnung des Menschen und der Gesellschaft hofft. Diese wachsende Beherrschung der Natur ist ein Positivum, aber sie führt zum Ruin, wenn sie den Willen Gottes mißachtet. Eine zweite Lehre setzt Glück und Wohlfahrt des Menschen mit seinem materiellen Besitz gleich. Der nach dem Bilde Gottes geschaffene Mensch aber kann seinem Wesen nach mit irdischen Gütern allein niemals glücklich werden. Die dritte Lehre vom Menschen sagt, daß es seine Bestimmung sei, sich ganz der Nation oder Gruppe hinzugeben, der er angehört. Die eine Form dieses Totalitarismus ist gerade niedergeworfen, aber die Menschheit sieht sich jetzt gefährdet durch die neue Drohung des marxistischen Kommunismus, der den Atheismus auf den Schild erhebt, sein ganzes Vertrauen auf den materiellen Fortschritt setzt und seine Lehre mit einer kämpferischen Begeisterung verkündet, die erwartet, die ganze Welt zu erobern.

„Die Christen müssen diese Form des Kommunismus ablehnen und müssen die Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten und die lügenhafte Propaganda, die zu ihr gehören, verurteilen. Aber sie können auch gewisse Lehren nicht übersehen, die aus der unbezweifelbaren Tatsache zu ziehen sind, daß der Kommunismus bei Vielen, sowohl im Westen wie im Osten, die seinen Atheismus oder seine Lehre vom Menschen nicht notwendigerweise teilen, eine disziplinierte Antwort erweckt hat. Ihnen erscheint der Kommunismus als ein Protest gegen die gesellschaftliche Ungerechtigkeit. Für

sie scheint er das Erbe jener Sorge für die Unterdrückten und Erniedrigten angetreten zu haben, die den Ruhm der Kirche ausmacht, wo immer sie ihrem Berufe treu ist. Das ist in einem sehr wirklichen Sinn ein Urteil über die Kirche und über die Gesellschaft.

„Wir behaupten nicht, daß der Kommunismus der einzige Einfluß in unserer politischen und wirtschaftlichen Welt ist, gegen den das christliche Gewissen Stellung nehmen muß. Es gibt andere wirtschaftliche Herrschaftsformen, die für unsere abendländische Gesellschaft charakteristisch sind und die dieselbe Erbarmungslosigkeit zeigen und die, was immer sie auch mit den Lippen bekennen mögen, in ihrer Praxis keine klarere Erkenntnis des Sittengesetzes beweisen. Gegen alle diese Formen des Säkularismus muß die Kirche verkünden, daß der Mensch ein von Gott geschaffenes Wesen ist, das einer Oberherrschaft untersteht, und daß er ohne Gott weder Herr seines Wesens werden noch sein wahres Selbst finden kann. Diese Welt ist Gottes und der dem Menschen zugewiesene Bewährungsort für die Ewigkeit. Christus allein kann den Menschen von dem Riß in seinem eigenen Wesen befreien, ihn aus der Knechtschaft des Bösen lösen und seinen Fuß auf den Weg setzen, der zu der wahren Freiheit in Gott führt".

Das Rundschreiben spricht dann von der Verantwortlichkeit des Menschen, zu deren Ausübung er Freiheit braucht. Daher fordert die christliche Kirche für alle die wesentlichen Menschenrechte. Sie begrüßt die Tätigkeit der Kommission für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen und verpflichtet sich für die Beseitigung von Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu wirken und besonders denen beizustehen, deren religiöse Freiheit bedroht ist. Es betont dann weiter, daß Rechte Pflichten nach sich ziehen und daß das Bestehen auf den Rechten sich ins Gegenteil verkehrt, wenn diese Pflichten nicht erfüllt werden.

Der Friede

Das Rundschreiben enthält dann einen Abschnitt über die Frage der Sicherheit und des Friedens. „Sicherheit und Friede sind noch immer gegen nationale Selbstsucht und Kriegsdrohung zu erringen. Der Friede der Welt wird von Argwohn, Furcht und Haß bedroht. Neue und schreckliche Vernichtungswaffen sind entstanden, die Zerstörung über die Erde bringen können. Dem Christen kann selbst die Zerstörung der Kultur nicht als das größte Übel erscheinen, da die Menschen ja die Erben des ewigen Reiches sind und nichts, nicht einmal die Atombombe, sie von der Liebe Gottes trennen kann. Aber die Christen müssen den Krieg und alles, was zu ihm führt als vollkommen unvereinbar mit der Lehre und dem Beispiel Jesu Christi hassen. Das Gesetz Gottes fordert von jedem einzelnen Volk und von allen zusammen, den Anspruch der Nation auf unbeschränkte Souveränität und die Lehre, daß Macht sich selbst rechtfertigt, zu verdammen. Wir rufen alle Nationen auf, gemeinsam die Herstellung und den Gebrauch der Atomkraft zu kontrollieren und sich zu verpflichten, sie niemals zu Kriegszwecken zu gebrauchen. Wir rufen die Nationen weiter auf, selbst um den Preis der Beschränkung ihrer eigenen Souveränität zusammenzuarbeiten und die Ursachen des Krieges zu beseitigen und die menschliche Kultur und Wohlfahrt zu fördern. Wir vertrauen deshalb darauf, daß die christlichen Kirchen die Vereinten Nationen unterstützen werden, sodaß sie ein wirksameres Organ zur Zusammenarbeit der Welt werden können. Dies wird jedoch mißlingen, wenn sie nicht von der Überzeugung getragen wird, daß die Völker sowohl wie die Einzelnen Glieder der einen Familie unter dem einen Gott und Vater aller sind".

Erziehung und soziales Leben

Das Rundschreiben betrachtet dann zum Schluß die zunehmende Tendenz des Staates, die Erziehung und die Fürsorge zu kontrollieren. So sehr die Kirche die wachsende Sorge des Staates für die menschliche Wohlfahrt begrüßt, sieht sie doch auch die großen Gefahren, die darin liegen, und fordert zu Widerstand auf, wo immer Eingriffe des Staates die menschliche Person gefährden. Aber die Frage der Erziehung ist nur ein Aspekt des sich immer mehr ausweitenden Bewußtseins der sozialen Verantwortlichkeit. Die Christen müssen hier einen entschiedenen Beitrag leisten. In all ihren Tätigkeiten sind sie dazu berufen, Zeugen der Wahrheit und Liebe Gottes zu sein, und im Geiste dieses Zeugnisses soll jeder Christ seine tägliche Arbeit leisten.

Die südindische Kirchenunion

Der zweite Abschnitt des zweiten Teils des Rundschreibens befaßt sich mit der Lage der Kirche selber, vor allem aber mit der Frage der Einheit der Kirche. Die Lambeth-Konferenz hat dieser Frage einen großen Teil ihrer Arbeit gewidmet. Unter allen Versuchen zur Herstellung kirchlicher Einheit ist für sie der wichtigste und dringendste die Entstehung einer Kirchenvereinigung zwischen Anglikanern, Methodisten, Presbyterianern und Kongregationalisten in Südindien (Vgl. Herder-Korrespondenz 1. Jhg., H. 6/7, S. 323), denn hier ist der Versuch gemacht worden, episkopale und nichtepiskopale Kirchen zusammenzuführen. Eine Stellungnahme zu dieser Union war eine ihrer Hauptaufgaben. Sie hatte sich vor allem über die Gültigkeit der nach der Union erteilten Weihen der südindischen Bischöfe und Geistlichen zu äußern. Es ist indessen über diese Frage zu keiner Einigung gekommen. Das Rundschreiben sagt zu diesem Punkt: „Über eine Sonderfrage, nämlich den Status der Bischöfe und Geistlichen, die bei oder nach dem Vollzug der Union in der Kirche von Südindien konsekriert oder ordiniert worden sind, ergab sich eine Meinungsverschiedenheit. Eine Mehrheit anerkennt ihren Status vollständig, eine starke Minderheit fühlt sich verpflichtet, ihre Entscheidung noch aufzuschieben. Keiner von uns wünscht, die geschaffenen Ämter geradezu zu verurteilen oder als ungültig zu erklären. Keiner von uns wünscht auch, die Freiheit sowohl der Mehrheit wie der Minderheit zu beschränken, nach ihrem eigenen Urteil zu handeln. Es war eine Prüfung für unsere Aufrichtigkeit und Liebe, daß wir diesen Beschluß erzielen konnten. Aber nur durch eine Anstrengung, die wirklich etwas kostet, kann die Einheit des Leibes Christi wieder hergestellt werden".

Die Einheit der Kirche

Das Rundschreiben geht dann auf andere Einigungsbestrebungen sowohl in den Missionsländern wie in den englisch sprechenden Ländern selber ein. „Wir fühlen", so sagt es, „immer schärfer die Kluft zwischen den ver-

schiedenen Teilen der anglikanischen Gemeinschaft und den protestantischen Kirchen, und wir haben den größten Wunsch, einen Weg zu klarer Einheit mit ihnen zu finden". Es erwähnt dann einige bestehende Pläne entweder für eine Vereinigung oder für die gegenseitige Anerkennung der Ämter und weist auf den Bericht der damit befaßten Kommission hin, in dem einige Grundzüge, die für alle diese Versuche gelten, niedergelegt sind. (Darin wird vor allem betont, daß bei allen Wiedervereinigungsbestrebungen die theologischen Fragen, besonders die nach dem Wesen der Kirche und des geistlichen Amtes, von Anfang an geklärt werden müssen, daß bei Besprechungen über gegenseitige Interkommunion die wesentliche Verbindung von Kirche und Amt erhalten und daß um der Einheit und besonderen Berufung der anglikanischen Gemeinschaft willen jeder Schritt, der zum Ausscheiden aus ihr führen könnte, vorher mit der Lambethkonferenz beraten werden soll.) Die grundsätzliche Stellung der Konferenz zu der ganzen Frage der Kircheneinigung wird dann folgendermaßen beschrieben. „Wir möchten hier unserem Kirchenvolk ein Bild von dem entwerfen, was, wenn es der Wille Gottes ist, vielleicht einmal geschieht. Als Anglikaner glauben wir, daß Gott uns in unserer Gemeinschaft nicht nur den katholischen Glauben, sondern auch einen besonderen Dienst anvertraut hat, den wir der ganzen Kirche erweisen sollen. Wenn sich irgend ein Teil unserer Gemeinschaft mit anderen Bekenntnissen in dem Gebiete dieser Teilkirche wiedervereinigt, wird die so entstehende Kirche nicht länger bloß anglikanisch bleiben, sondern zu etwas Umfassenderem werden. Es würde dann also in jedem Lande, wo jetzt die anglikanische Kirche und andere von ihr getrennte Kirchen bestehen, eine Vereinigte Kirche geben, die katholisch und evangelisch, aber nicht länger mehr in dem einschränkenden Sinn des Wortes anglikanisch ist. Die anglikanische Gemeinschaft würde in einer viel größeren Gemeinschaft nationaler oder regionaler Kirchen aufgehen, die in voller Gemeinschaft miteinander stehen und die nach den Bedingungen dessen, was als das ‚Lambeth Quadrilateral'[1]) bekannt ist, geeinigt sind.

„Es ist gut, sich dieses Bild vor Augen zu halten. Aber wir sind noch weit von seiner Verwirklichung entfernt, und ehe nicht diese größere Gemeinschaft festere Formen anzunehmen beginnt, würde es nur eine Schwächung der gegenwärtigen Stärke und des gegenwärtigen Dienstes der anglikanischen Gemeinschaft bedeuten, wenn Teile vorzeitig von ihr abgetrennt würden. Wollten wir zögern, die große Sache zu fördern, so wäre das ein Verrat an dem, was wir für unsere besondere Berufung halten. Es würde ebenso ein Verrat an dem sein, was Gott uns anvertraut hat, wenn die anglikanische Gemeinschaft es zuließe, daß sie zerstreut würde, ehe ihr besonderes Werk erfüllt wäre. In unseren Beschließungen empfehlen wir daher, daß bei weiteren Plänen für eine Wiedervereinigung Sorge getragen werden soll, daß sie nicht, außer für eine kurze Zeit, irgend ein Glied unserer Kirchenfamilie aus der Gemeinschaft mit ihr herauslösen und daß sie nicht in Kraft gesetzt werden, ehe sie nicht mit dem Rest unserer Familien beraten sind. Das ist eine richtige und weise Vorsichtsmaßnahme. Aber wir ersehnen die größere Familie und arbeiten für sie, und wir sind dankbar dafür, daß in so vielen Teilen der Welt andere Kirchen mit uns zusammen für sie arbeiten". Weiter begrüßt das Rundschreiben die Ökumenische Bewegung und den Weltrat der Kirchen als einen großen Schritt vorwärts. „Inzwischen", so fährt es fort, „ist es unsere Pflicht, das Leben und das Zeugnis unserer Gemeinschaft stark und wirksam für ihr eigenes Werk zu machen. Zu diesem Zweck sind wir verpflichtet, unsere Einheit in der Tradition, die wir empfangen haben, zu bewahren". Die Anzahl und Verschiedenartigkeit der nationalen Kirchen innerhalb der anglikanischen Gemeinschaft wirft zwei besondere Probleme auf. Es gilt einmal, diese Mannigfaltigkeit zu bewahren und zum andern, eine solche Einheit des Glaubens in der Kirchenverfassung zu schaffen, daß sie die Einheit des Zieles und des Geistes garantiert. Der autoritative Ausdruck dieser Einheit ist das Common Prayer Book. Das Rundschreiben erwähnt dann noch verschiedene praktische Vorschläge, die der Stärkung der Einheit dienen sollen, geht besonders auf die Frage der Berufungen, den Mangel an Geistlichen und Kirchendienern ein und ruft die Verpflichtungen des Kirchenvolkes gegenüber der Kirche ins Gedächtnis.

Die Ehezucht der Kirche

Dann weist es noch einmal besonders auf den Bericht der Kommission über die Ehezucht der Kirche hin und faßt ihn kurz zusammen. „Während", so sagt es, „wir nicht vergessen dürfen, daß treue und glückliche Ehen die unglücklichen an Zahl noch immer überwiegen, so bedroht doch das Überhandnehmen der Ehescheidungen und die allzu leichte Hinnahme dieser Scheidungen ernsthaft die Stabilität des Einzel- und des Familienlebens und bereitet unschuldigen Kindern, die so der Sicherheit eines Heimes beraubt werden, schwere Leiden. Wir glauben, daß besonders unter den jüngeren Menschen eine Auflehnung gegen die Herabwürdigung der Ehe beginnt und daß der Wunsch sich fühlbar macht nach Heimstätten, die durch verpflichtende Gelübde und das Band der Kinder gesichert sind. Die Kirche schuldet es allen Verlobten, ihnen zu helfen, sich auf die Ehe vorzubereiten. Wo eine Ehescheidung und eine Wiederverheiratung stattgefunden hat, da muß die Kirche die Beteiligten in ihrer Hirtensorge und -liebe behalten und die Leiden und die Not mit Sympathie und Verständnis ansehen, die vielen von ihnen zugefügt worden sind, und sie muß ebenso von den Sündigen Buße verlangen. Die Kirche wird niemanden, der vorher schon verheiratet war, trauen, außer in den Fällen, wo kein von der Kirche anerkanntes Eheband mehr besteht. Sie fordert ihre Mitglieder auf, die lebenslängliche Verbindlichkeit eines Ehegelübdes getreulich aufrecht zu erhalten und keine Gelegenheit zur Sünde zu bieten. Aber sie kann diejenigen, die durch eine bittere Erfahrung gegangen sind und sie um Hilfe bitten, nicht von der Liebe Christi noch auch aus ihrer eigenen Gemeinschaft ausschließen. Diese Sache hat eine besondere Dringlichkeit. Aber in jedem Bereich des menschlichen Lebens gibt es heute den nachdrücklichen Ruf für jeden Christen, klares Zeugnis für den christlichen Charakter und für jene Grundsätze der Lebensführung, die er einschließt, abzulegen".

1) Unter dem „Lambeth Quadrilateral" versteht man das 1920 beschlossene ökumenische Mindestprogramm der anglikanischen Kirche, das die volle kirchliche Einheit abhängig macht von der Anerkennung 1) der Bibel als Grundlage des Glaubens, 2) des Apostolicums und Nizänums als kirchlicher Bekenntnisse, 3) der Taufe und des Abendmahls als Sakramente und 4) des auf die apostolische Sukzession gegründeten Bischofsamtes.

Das Rundschreiben weist dann weiter auf die Berichte über die Wichtigkeit der Sorge für die Erteilung der Taufe und der Firmung und den wesentlichen Platz des privaten Gebets und des öffentlichen Gottesdienstes im christlichen Leben hin.

II. AUS DEN RESOLUTIONEN UND DEN AUSSCHUSS-BERICHTEN

Aus den Resolutionen der fünf Ausschüsse der Lambeth-Konferenz, deren allgemeine Richtung in dem Rundschreiben schon klar gekennzeichnet ist, scheint uns von besonderer Bedeutung die des zweiten Ausschusses über die Kirche und den Krieg.

Die Kirche und der Krieg

9. Die Konferenz bestätigt noch einmal die Entschließung 25 des Jahres 1930, „daß der Krieg als ein Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten unvereinbar mit der Lehre und dem Beispiel unseres Herrn Jesus Christus ist".

10. Die Konferenz stellt fest, daß es die Pflicht der Regierungen ist, für die allgemeine Beschränkung und Kontrolle und letzten Endes für die Beseitigung von Rüstungen aller Art zu arbeiten, mit Ausnahme derjenigen, die vielleicht für einen internationalen Polizeischutz notwendig sind. Aber so lange, bis das erreicht ist, erkennt sie an, daß es Anlässe gibt, wo sowohl Nationen wie Einzelne verpflichtet sind, zum Kriege als dem geringeren von zwei Übeln ihre Zuflucht zu nehmen.

11. Die Konferenz fordert dringend, daß der Gebrauch der Atomenergie unter eine so wirksame internationale Aufsicht und Kontrolle gestellt werde, daß ihr Gebrauch als Kriegswaffe verhindert wird.

12. Die Konferenz fordert alle Christen auf, sich zur Arbeit an der Wiederversöhnung der ehemals kriegsführenden Nationen zu vereinigen und bittet die verbündeten Nationen mit allem Nachdruck, sich ohne Zögern über Friedensverträge mit Deutschland und Japan zu einigen, die auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit beruhen.

13. Die Konferenz ist tief bewegt von der tragischen Not einer großen Anzahl von Männern und Frauen, die infolge der politischen Verhältnisse aus ihrem Heimatlande vertrieben sind. Sie glaubt, daß genug Raum da ist, daß sie eine neue und bleibende Heimat finden können, und bittet die Regierungen aller in dieser Konferenz vertretenen Länder, in denen ein solcher Raum gefunden werden kann, dringend, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die Einwanderung so vieler Männer und Frauen mit ihren Familien als Siedler zuzulassen, wie möglich. Gleichzeitig ruft sie alle Christen in den Ländern, in denen die Siedlung erlaubt wird, dazu auf, ihnen jede in ihrer Macht stehende Hilfe zu leisten.

14. Die Konferenz bittet die Staatsmänner der Welt und ihre Völker dringend, ihr Äußerstes zu tun, eine Weltpolitik für die vollere Entwicklung und gerechtere Verteilung der wirtschaftlichen Reichtümer der Welt zu entwerfen, die den Bedürfnissen der Menschen bei allen Völkern gerecht wird.

15. Die Konferenz glaubt, daß die Völker der Welt ein Organ der Zusammenarbeit nötig haben, dem jede Nation etwas von ihrer Souveränität abzutreten bereit ist. Sie hofft, daß die Organisation der Vereinten Nationen zu diesem Ziele verwendet, gestärkt und verbessert werden möge.

Die Christen in der Politik und im Arbeitsleben

Aus der Resolution desselben Ausschusses über „die Kirche und den modernen Staat" scheinen uns drei Punkte besonders bemerkenswert.

21. Die Konferenz erkennt an, daß bei den Bemühungen für eine gerechte soziale Ordnung Meinungsverschiedenheiten zwischen denen, die an der Tradition hängen, und denjenigen, die die Notwendigkeit einer Änderung und Reform als das Dringendste ansehen, zu einer Feindschaft führen können, glaubt aber, daß, wie stark diese Spannungen auch sein mögen, die Brüderlichkeit der christlichen Gemeinschaft sie alle umfangen kann und daß in Zeiten der Auseinandersetzung die Glieder der Kirchen diesen bedeutungsvollen Beitrag zur Einheit in Christus für das Leben der engeren Gemeinschaft oder des Volkes leisten können.

22. Die Konferenz ruft die Kirche auf, das christliche Evangelium der Arbeit von neuem in Formen auszudenken, die den modernen Arbeitsbedingungen gemäß sind, und ruft alle Kirchenmitglieder dazu auf, ihren Antrieb zur Arbeit nicht nur in Sicherheit und Gewinn zu sehen, sondern vor allem in der Dienstleistung und der Qualität ihrer Arbeit, um sie der Ehre Gottes aufzuopfern.

23. Da Staat, Industrie und gemeinnützige Unternehmungen eine wachsende Zahl von Stellungen bieten, die zu christlichen Einflußbereichen gemacht werden können, so ruft die Konferenz alle Kirchenmitglieder dazu auf, für solche Stellungen nicht nur ihre Berufsausbildung und Berufseignung mitzubringen, sondern auch eine gründliche Kenntnis der christlichen Lehre von Gott und den Menschen.

Die Anglikanische Kirche und Rom

Aus den Ausschußberichten ist für uns noch von besonderem Interesse der Abschnitt aus dem dritten Teil des Berichtes des dritten Auschusses über die Einheit der Kirche, der von den Beziehungen der anglikanischen zur katholischen Kirche handelt. Es heißt dort:

„Wie frühere Lambeth-Konferenzen schon wiederholt festgestellt haben, kann kein Wiedervereinigungsplan die göttliche Absicht ganz erfüllen, der nicht letzten Endes die große lateinische Kirche des Abendlandes einschließt, mit der unsere Geschichte in der Vergangenheit so eng verbunden war und mit der uns noch immer viele Bande des gemeinsamen Glaubens und der gemeinsamen Tradition verknüpfen. Aber die Enzyklika über die Förderung der wahren Einheit im Glauben *(Mortalium Animos)*, die Papst Pius XI. im Jahre 1928 veröffentlichte, machte es wieder einmal überreichlich klar, daß der einzig Weg der Wiedervereinigung, den Rom annimmt, der der Unterwerfung unter das Papsttum ist. Es sind keine irgendwie gearteten Zeichen dafür zu sehen, daß diese Forderung in den letzten zwanzig Jahren vermindert worden wäre. Auch gibt es keine Möglichkeit, daß sie von den Kirchen der anglikanischen Gemeinschaft angenommen wird. Man darf nicht vergessen, daß außer der Frage der Stellung des Papsttums zwischen uns und der römisch-katholischen Kirche noch

sehr ernste Verschiedenheiten des Glaubens und der Praxis bestehen, die ausichtsreiche Schritte zu einer Interkommunion augenblicklich hoffnungslos machen.

Gespräche, wie die von 1921 bis 1925 unter dem Vorsitz von Kardinal Mercier in Mecheln zwischen anglikanischen und römisch-katholischen Gelehrten abgehaltenen, die in dem Bericht der letzten Lambeth-Konferenz erwähnt worden sind, sind nicht wiederholt worden. Ja, die oberste heilige Kongregation des heiligen Offiziums, deren Präfekt der Papst ist, hat gerade das Verbot wieder eingeschärft, das den Katholiken untersagt, ohne vorherige Genehmigung des Heiligen Stuhles gemischte Zusammenkünfte mit anderen Christen abzuhalten, bei denen Fragen behandelt werden, die den Glauben betreffen. Es stellt weiter fest, „da aber sowohl bei den vorerwähnten Zusammenkünften wie auch außerhalb derselben nicht selten Handlungen eines gemischten Kultes vorgenommen worden sind, werden von neuem alle daran gemahnt, daß eine Communicatio in sacris durchaus gemäß der Norm der Canones 1258 und 731 § 2 verboten ist". (5. Juni 1948).

Jedoch hat es trotz der unnachgiebigen Haltung der römisch-katholischen Kirche in der Frage der Wiedervereinigung und in Glaubensfragen in den vergangenen Jahren Zeichen für eine größere Bereitschaft gegeben, im Bereiche der internationalen Politik und der sozialen Aktion gemeinsam mit anderen Christen zu handeln. Der Weltkrieg lieferte beachtliche Beispiele für verschiedene Formen der Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Protestanten in Deutschland, Holland und Frankreich. In Großbritannien wurde die erste klare Definition eines großen gemeinsamen Bereiches im Feld der sozialen und internationalen Politik in den 10 Punkten eines Briefes an die Times vom 21. Dezember 1940 gegeben, der von den Erzbischöfen von Canterbury und York, Kardinal Hinsley und dem Moderator des Bundesrates der Freikirchen unterschrieben war.

Aber noch wichtiger als diese lokalen Beispiele sind eine Anzahl von Aufrufen zur Zusammenarbeit, die der Papst selber erlassen hat. Einer der frühesten dieser Aufrufe während des Weltkrieges war in der Enzyklika Papst Pius' XII. über echten und falschen Wohlstand an die Erzbischöfe und Bischöfe der Vereinigten Staaten vom 1. November 1939 *(Sertum laetitiae)* enthalten. Nachdem er „von der Grundlegung einer besseren Welt..., indem man sich an die sicheren Pfade hält, die das Licht des Evangeliums uns zeigt", gesprochen hat, sagt der Papst: „Nur durch vereintes und zusammengefaßtes Wirken können wir große Pläne fördern. Aus diesem Grunde zwingt uns die Liebe hier diejenigen zur Mitarbeit einzuladen, welche die Mutter Kirche als von ihrer Gemeinschaft getrennt beklagt".

Einen ähnlichen Aufruf erließ der Papst in seiner Ansprache zum fünften Jahrestag des zweiten Weltkrieges am 1. September 1944. „Daher richten Wir an all Unsere Söhne und Töchter in der ganzen Welt und an die, welche sich, wenn sie auch nicht zur Kirche gehören, doch mit uns in dieser Stunde einer vielleicht unwiderruflichen Entscheidung vereinigt fühlen, einen dringenden Aufruf, die außerordentliche Bedeutung dieses Augenblickes zu erwägen und zu bedenken, daß über und jenseits all solcher Zusammenarbeit mit den mannigfachen anderen ideologischen Tendenzen und gesellschaftlichen Kräften, die vielleicht aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen angezeigt sein mag, doch die Treue zur Erbschaft christlicher Kultur und ihre angestrengte Verteidigung gegen atheistische und antichristliche Tendenzen der Eckstein ist, der niemals um irgend welcher vorübergehender Vorteile oder irgendwelcher wandelbarer Koalitionen willen geopfert werden kann".

Wir glauben, daß von Seiten der Mitglieder der anglikanischen Gemeinschaft große Bereitschaft vorhanden ist, mit Katholiken auf gemeinsamem Boden in eine fruchtbare Zusammenarbeit einzutreten. Aber wir gestehen freimütig, daß uns der anscheinende Widerspruch zwischen diesen wiederholten Einladungen zur Zusammenarbeit, die der Papst selber erlassen hat, und der Haltung vieler Katholiken in gewissen Ländern, wenn es zu bestimmten Programmen kommt, vor ein Rätsel stellt. Es ist auch eine große Enttäuschung gewesen, daß gewisse Beziehungen der Zusammenarbeit, die während des Krieges in einigen Ländern vielversprechend schienen, nicht aufrecht erhalten worden sind. Die Tatsache, daß sie in bestimmten Ländern nicht aufrecht erhalten worden sind, mag rein zufällig sein. Aber wir wissen wirklich nicht, woran wir sind. Es entstehen Schwierigkeiten über den Sinn und die Anwendung des Prinzips der religiösen Freiheit, und es gibt noch andere Schwierigkeiten verschiedenster Art.

Es gibt auffallende Ausnahmen für diese fehlende Bereitschaft, bei bestimmten Plänen zu gleichen Bedingungen zusammenzuarbeiten, auf die wir aufmerksam gemacht worden sind, und ebenso sind persönliche Freundschaften, die durch Kontakt beim Studium und bei sozialen und philantropischen Tätigkeiten gefördert worden sind, glücklicherweise allgemein. Wir freuen uns auch, von Anlässen in verschiedenen Ländern gehört zu haben, bei denen es Katholiken erlaubt worden ist, sich mit anderen Christen bei Zusammenkünften, die sich mit sozialen oder internationalen Fragen befaßten, im Sprechen des Vaterunsers oder in schweigendem Gebete zu vereinigen. Wir hoffen, daß Zusammenkünfte zur Förderung gemeinsamen Wirkens zur Aufrechterhaltung christlicher Grundsätze, an denen Katholiken teilnehmen, wenn immer möglich irgend eine christliche Gebetshandlung einschließen werden. Wir sind uns der dringenden Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Katholiken und anderen Christen auf gemeinsamer Grundlage bewußt, wo letzte Fragen der Kirchenverfassung und Lehre, die uns trennen, nicht entstehen. Wir glauben, daß der Bereich außerhalb des Glaubens und der Kirchenverfassung sehr groß ist. Wir würden daher weitere Aufklärung von katholischer Seite über die Art und Weise solcher Zusammenarbeit sehr begrüßen und würden dankbar sein, wenn ein Weg gefunden werden könnte, sie zur vollen Wirksamkeit zu bringen. Wir haben das Gefühl, daß es von Seiten der Glieder der anglikanischen Gemeinschaft an Bemühungen dazu nicht fehlen wird".

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Die Christen vor der Frage des Krieges

Ich war sehr dankbar dafür, daß Sie in Ihrem Dezemberheft endlich einmal eine Darstellung der in den neueren Diskussionen um Krieg und Frieden so oft angeführten, im Wortlaut aber in Deutschland doch wohl noch ziemlich unbekannten Lehre Ottavianis über die Anwendung der naturrechtlichen Grundsätze über die Erlaubtheit des Krieges in der gegenwärtigen Lage veröffentlicht haben. Die Beschreibung, die er von dem Wandel des Charakters des Krieges gibt, umreißt den Tatbestand des modernen „totalen" Krieges sehr genau, aber mir scheint, daß ein besonderes Merkmal dabei fehlt, das gerade den letzten Krieg kennzeichnete und das auch die Drohung des neuen Kriegs, die über uns hängt, so unheimlich macht. Die Anwendung der Gewalt im Dienste massiver materieller Interessen durch Hitler war ja begleitet von dem Versuch, auch Seele und Geist der angegriffenen Völker zu versklaven, sie der Herrschaft einer „Weltanschauung" und einer von ihr geprägten Lebensform total zu unterwerfen! Die Auflehnung dagegen war ja denn auch der eigentliche Kern der sich in den besetzten Ländern bildenden Resistance, die wir als geistig-sittliches Phänomen noch gar nicht genug gewürdigt haben.

Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß jede (nicht allein die bolschewistische) totale „Weltanschauung" eine erbitterte Feindin nicht nur der Grundwerte unserer europäischen Kultur, sondern auch der christlichen Religion sein muß, — der Kommunismus, der ja in concreto der eine Faktor der gegenwärtigen Situation der Kriegsgefahr ist, ist es jedenfalls in erklärter Weise! Wenn er auch vorgibt, in Frieden mit der orthodoxen Kirche zu leben, so ist das doch nur deswegen möglich, weil diese Kirche ihm gewisse politische Dienste in der slawischen Welt leistet und von ihrer Tradition aus keine Hemmungen hat, das zu tun. Sie haben in der Herder-Korrespondenz ihr gegenüber immer eine sehr irenische Haltung eingenommen, und man kann ja den Standpunkt vertreten, daß allein die Tatsache des Daseins einer Kirche mit einer ‚wenn auch noch so eingeschränkten' Verkündigung, mit Gottesdienst, Sakramentenspendung usw. ein so großes Gut ist, daß man sie positiv bewerten muß. Aber man muß sich darüber klar sein, daß ein solcher Zustand der Toleranz auf Grund politischer Dienstleistungen bei uns unter einer kommunistischen Herrschaft unmöglich wäre, denn die westlichen Christen können bestimmte Vorstellungen über die Voraussetzungen und Grundelemente der sozialen Ordnung nicht aufgeben, wenn sie sich vielleicht auch in der Vergangenheit mit deren mangelhafter Verwirklichung oder Vergewaltigung in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu leicht und mit zu wenig Widerstand abgefunden haben.

Ein Krieg heute hat also zum Gegenstand nicht nur die Durchsetzung oder Verteidigung von Ansprüchen, Rechten oder Interessen, sondern ist ein Kampf um die Durchsetzung auch einer totalen Weltanschauung, was bei uns zweifellos den Versuch der radikalen Ausrottung der christlichen Religion bedeuten würde und zwar in Formen, die die nationalsozialistischen Methoden des Kirchenkampfes weit hinter sich lassen. Und schon der Nationalsozialismus hat ja nicht nur vielen Christen, aus der intellektuellen Elite wie aus dem einfachen Volk, Gelegenheit gegeben, ihr Christentum herrlich zu bewähren, sondern noch mehr in schwerste Anfechtungen geführt, Gewissen zerrüttet, und indem er sie zu Handlungen zwang oder verführte, in schwere Sünde gestürzt. Was würde es für die Masse des christlichen Volkes bedeuten, wenn ihm Verkündigung und Unterweisung genommen, der Gottesdienst unterbunden, es der Spendung der zum Heile notwendigen Gnadenmittel beraubt und in seinem Glauben ausgehöhlt würde? All das aber würde fast sicher unter langsam steigendem Druck geschehen.

Sind diese Übel nicht groß genug, daß man eine u. U. kriegerische Verteidigung gegen sie nicht ins Auge fassen müßte, auch wenn man sich über die entsetzlichen Schäden eines modernen Krieges klar ist? Man wird diese Frage zum mindesten nicht beiseiteschieben dürfen, und Msgr. Ottaviani hat als kluger Jurist und Moraltheologe seinen Satz von der praktischen Unerlaubtheit eines jeden Krieges ja auch sogleich mit einem Wennsatz wieder eingeschränkt. Aber welche Autorität gibt es denn, der ein Urteil darüber zusteht, daß ein Verteidigungskrieg für die Güter der christlichen Religion gerechtfertigt ist — d. h. von welcher politischen oder staatlichen Autorität kann man sicher sein, daß die Verteidigung der Güter der Religion von ihr nicht als Vorwand für andere Ziele gebraucht wird, oder aber anders und vielleicht gerechter ausgedrückt, von welcher politischen oder staatsmännischen Autorität kann man bei dem Zustand der immer noch bestehenden Verbindung christlicher Vorstellungen und Begriffe mit unserer westlichen, vom Kapitalismus befleckten Gesellschaftsform ein solches sicheres Urteil verlangen oder erwarten?

Auf jeden Fall ist es immer heikel, einen Krieg im Namen der christlichen Religion zu führen, zumal aber dann, wenn die Masse der Völker, die zu ihm aufgerufen werden sollen, in Wirklichkeit nicht mehr christlich sind. Ich nehme an, daß Ihre über Ottavianis Aufstellungen hinausgehende Frage, ob es nicht auf jeden Fall — d. h. also unter Vernachlässigung seines Konditionalsatzes — geboten sei, im Vertrauen auf Gott der Gewalt zu weichen, von solchen Erwägungen eingegeben ist. Dann stellt sich jedoch die Frage nach der „Résistance", ihrem Wesen, Sinn, Charakter, ihren Formen und Methoden. Auch die Fragen des Widerstandsrechts bedürfen einer Neubehandlung unter den Gesichtspunkten der gegenwärtigen Situation und ihren veränderten Voraussetzungen. Und gilt nicht auch für den Widerstand in dieser Form der Satz, daß er Aussicht auf Erfolg bieten muß, um gerechtfertigt zu sein? Diese Aussicht kann entweder darin bestehen, daß man auf den Erfolg kriegerischer Maßnahmen befreundeter Mächte rechnet — wodurch man die Last des Krieges doch nur auf andere Mächte abwälzt — oder aber auf einen Zusammenbruch des bedrückerischen Systems — was eigentlich nur eine

reale Aussicht ist, wenn er in einer menschlich absehbaren Zeit erwartet werden kann. Heißt der Verzicht auf kriegerische Verteidigung gegenüber einem totalen System also nicht die Gewißheit eines Abfalls der großen Menge und des Martyriums der Wenigen?
Ich kann nur Fragen stellen, wie sie sich mir aus dem Überlegen unserer Lage ergeben, aber ich glaube, daß es Fragen sind, an denen eine Erörterung von Grundsätzen und ihrer Anwendung nicht vorbei kann, wenn sie ernst genommen sein will. Ottavianis Ausführungen sind wenigstens ein Versuch, über die rein formale Behandlung des ganzen Fragenkomplexes herauszukommen, er sollte aufgegriffen werden...

Bonn *K. H. H.*

Wenn Ihr Bericht im Dezemberheft richtig ist, hat der Assessor des Heiligen Offiziums, der höchsten Glaubensbehörde also, unter den Augen des Papstes als Lehre der Moraltheologie den Satz geschrieben: *„Bellum indicere practice nunquam licebit"*. Das heißt: Jede Kriegserklärung und infolgedessen auch jede Teilnahme an einem Krieg auf Seiten der Partei, die ihn erklärt hat, ist in sich unsittlich. Ich finde, daß die Moraltheologie schon lange nicht mehr eine Lehre von solcher Tragweite ausgesprochen hat.
Zu gleicher Zeit lese ich aber im Wörterbuch der Politik, dessen zweiter Band soeben erschien, in einem Artikel „Widerstandsrecht" von O. von Nell-Breuning einen Satz, der damit schwer vereinbar ist. Dort heißt es, „daß unter den katholischen Theologen die Bejahung des aktiven Widerstandsrechtes mehr und mehr an Anhängerschaft gewinnt". Aktiver Widerstand bedeutet Gewaltanwendung gegenüber einer tyrannischen Regierung, Erklärung und Eröffnung eines Bürgerkrieges.
Während also die Theologie auf dem Wege ist, den internationalen Krieg zu ächten, ist sie zu gleicher Zeit daran, den nationalen Krieg zu billigen. Ich versuche, diesen Anschein eines Widerspruchs zu verstehen.
Ottaviani ächtet den Krieg, weil es nicht erlaubt ist, sein Recht zu suchen, wenn man dabei Unrecht tun muß. Wer heute Krieg beginnt, fügt zahllosen Unbeteiligten und der ganzen Menschheit Unrecht zu. Nell-Breuning fordert den Bürgerkrieg, weil es Pflicht ist „dem Recht gegen den tyrannischen Herrscher zum Siege zu verhelfen". Beide Autoren wollen das Recht verwirklicht sehen, doch der eine sagt, heutzutage sei die militärische Gewalt kein gerechtes Mittel mehr, während der andere gerade aus der Erfahrung der jüngsten Vergangenheit von der Unwirksamkeit eines rein passiven Widerstandes zu der Erkenntnis kommt, daß man in der Politik um des Rechtes willen Gewalt anwenden muß, des Umstandes ungeachtet, daß dadurch ebenfalls zahlreiche Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen werden. Oder glaubt jemand, die Regierung Hitlers hätte sich kampflos ergeben? Ich denke beispielshalber an den spanischen Bürgerkrieg.
Das Problem, worum es sich handelt, liegt anscheinend in der Frage: was geht vor, der Wert der Rechtsordnung oder die Werte, die bei ihrer Wiederherstellung durch militärische Gewalt geopfert werden müssen: Leben, Freiheit und Eigentum, natürliche Lebensbedingungen, sittliche Daseinsverhältnisse... Ottaviani verzichtet auf gewaltsame Wiederherstellung der gestörten Rechtsordnung; er verwirft das Axiom: *„fiat justitia, pereat mundus"*. Nell-Breuning fordert Gewalt. Er erwähnt mit keinem Wort die Folgen, wahrscheinlich, weil er die Möglichkeit eines blutigen Bürgerkrieges und seiner internationalen Auswirkungen nicht so ernst nimmt. Aber es kann natürlich nicht genügen, ein Widerstandsrecht oder — wie Nell-Breuning es tut — eine Widerstandspflicht („das Volk muß dem Recht zum Siege verhelfen") zu proklamieren, wenn jene Folgen nicht beachtet werden. Sie heißen: Krieg, unter den heutigen Umständen Krieg gegen ein totales Regime; Krieg, der wahrscheinlich (Spanien hat es bewiesen) über die Landesgrenzen hinausgreift.
Man wird also eine von beiden Meinungen aufgeben oder man wird sie alle beide nicht so ernst nehmen müssen. Die Kirche wird weder der „angreifenden Macht" den moralischen Boden entziehen, indem sie den Katholiken verbietet, an einem solchen Kriege teilzunehmen — trotz des *„nunquam licebit"* — und sie wird andererseits auch nicht den zukünftigen „Parteigenossen" das Entweder-Oder abverlangen, wenn das mit Gefahr verbunden ist. Mit anderen Worten, die Kirche wird theoretische Erkenntnisse der Moral immer mit dem gebotenen *granum salis* realisieren, und hierin unterscheiden sich enthusiastischer und weltförmiger Glaube. Oder nicht?

Gießen *Dr. R. H.*

... doch scheint mir der letzte Satz des Berichtes über die Thesen des römischen Rechtsgelehrten, daß es heute vielleicht „geboten sein könnte, der Gewalt zu weichen im Vertrauen darauf, daß Gott allein der Schild Israels gegenüber den Völkern ist", nicht ganz unbedenklich zu sein. Schon die Gegenüberstellung „Israel" und „die Völker" zeigt, daß hier das Volk Israel als Träger der Heilsgeschichte, der ihm gegenüber ausgesprochenen göttlichen Verheißung gemeint ist, daß es also als solches unter dem Ansturm der Weltmächte nicht untergehen kann. Die Israel solcherart gegebene Verheißung ist übergegangen auf die Kirche und nicht auf irgend ein besonderes Volk, nicht einmal auf eine Gruppe von Völkern, wie etwa das vielberufene „christliche Abendland", eine so wichtige geschichtliche Rolle es auch in der Entwicklung und bei der Verbreitung des Christentums gespielt hat. Nur dem Volke Israel ist zugesagt, daß es bestehen bleibt (und zwar geheimnisvollerweise auch noch nach seiner Verwerfung des Messias, *vgl. Röm. 11, 25—29*, — freilich in welcher Zerstreuung und welchem Elend!), alle anderen Völker und Kulturen können als solche untergehen und ausgelöscht werden, auch wenn sie aus noch so hohen ethischen oder christlichen Gründen der vernichtenden Gewalt nicht widerstehen. Denn keinem von ihnen ist geoffenbart, welches der Ratschluß Gottes über es ist. Man spricht freilich — wohl mit Recht — von einer besonderen geschichtlichen Sendung oder der Berufung eines Volkes, die man abliest aus seinem (sich geschichtlich bildenden) Charakter, seiner Lage im (geschichtlichen) Zusammenspiel der Kräfte und der von ihm tatsächlich gespielten Rolle in der Geschichte — aber alles, was man bestenfalls darüber sagen kann, ist, daß es sie bis hierhin gehabt (d. h. erfüllt oder verfehlt) hat und daß es in der gegenwärtigen Lage deshalb wahrscheinlich so oder so handeln

müßte. — Es ist jedoch eine Berufung, die verfallen oder gar auch entfallen kann, und der keine Gewähr auf Dauer innewohnt. Alle anderen Behauptungen sind verwegenes oder verzweifeltes Gerede, mit dem Gott als souveräner Herr der Geschichte geleugnet wird.

Wenn man also aus dem Satz, daß Gott allein der Schild Israels gegenüber den Völkern ist, einen Schluß ziehen darf, so scheint mir allein dieser schlüssig und berechtigt zu sein: daß man keineswegs in einen Verteidigungskrieg eintreten darf mit der Begründung, man verteidige das Christentum oder die Kirche, die ja die allein legitime Erbin der Israel gegebenen Verheißung ist. Ein Volk verteidigt immer seine eigene Existenz, seine eigenen Rechte, Werte, Lebensformen — oder vielleicht auch manchmal die des ganzen Kulturkreises, dem es angehört — (im Falle der Verteidigung eines christlichen Volkes gegen einen christentumsfeindlichen Agressor, also z. B. sein Recht auf Ausübung seines Glaubens, den unschätzbaren Wert des Genusses der Heilsgüter der christlichen Religion usw.)! Sollte es aus erhabenen Motiven sich entscheiden, diese seine Existenz um höherer Werte willen zum Opfer zu bringen, also der Gewalt zu weichen, so muß es damit rechnen, daß es selbst dabei zugrundegeht, ausgelöscht wird, wenngleich aus solchem Opfer für die übrige Welt vielleicht herrliche Früchte erwachsen. Es hat jedenfalls keine Gewähr dafür, daß Gott es um dieses Opfers willen zeitlich gesehen — also in seiner geschichtlichen Existenz — bewahren und retten wird.

Wenn man also ernsthaft die Möglichkeit eines solchen Schrittes vorschlägt, so muß man sich über seine Bedeutung und Tragweite klar sein. Mir scheint ein solcher Satz, wie Sie ihn schreiben, nur geeignet, die Entscheidung zu vernebeln.

Paderborn *Dr. J. W.*

„Si vis pacem — para bellum!"

Sie haben durch Ihren Bericht über Ottaviani (3 Jg., H. 3) das Problem „Krieg und Frieden" angeschnitten. Dazu muß ich Sie auf einen Leitartikel im „Osservatore Romano" hinweisen, der im Oktober erschien und vom Herausgeber della Torre gezeichnet ist, was der „Osservatore Romano" meist nur bei Aufsätzen zu tun pflegt, denen eine programmatische Bedeutung beigemessen wird. Der Aufsatz trägt den Titel „Si vis pacem!" Im alten Rom sagte man: „Si vis pacem, para bellum!", und man durfte es sagen, weil die römischen Legionen eine so mächtige Kraft darstellten, daß es in der Hand der Römer lag, durch sie den Frieden zu garantieren.

Heute aber verfehlt die Aufrüstung diesen Zweck, weil keine Macht die Überlegenheit der alten Römer erreichen wird. Deshalb kann der Friede heutzutage nur mit moralischen Mitteln errungen und gesichert werden. Das Königsproblem liegt darin, das Vertrauen der Völker zueinander zu steigern. Dies Vertrauen kann nicht erzwungen werden, es ist Gefühlssache. Aber die Abrüstung ist seine Voraussetzung.

Wenn Ottaviani fordert, daß die Ethik den Krieg ächten soll, weil er unter den heutigen Verhältnissen seinen Sinn verloren hat, gilt das nicht minder von der Aufrüstung in Friedenszeiten, die mit psychologischer Notwendigkeit zum Krieg führt. Die Moraltheologie müßte deshalb sogar zu der These kommen: „Es ist nicht erlaubt, ein stehendes Heer zu unterhalten."

Ein solcher Satz klingt unerhört. Aber sicher bringt er das zum Ausdruck, was der Mann von der Straße empfindet. Wenn sich die Moraltheologen nicht entschließen können, diesen Satz zu diskutieren, ist das nicht ein Zeichen, daß die Moraltheologie vergißt, daß das Rad der Geschichte sich dreht?

Köln *Ferdinand Moebius.*

Wie denken Sie darüber?

... Nachdem ich die Herder-Korrespondenz seit ihrer Gründung verfolgt und vielfach gebraucht habe, möchte ich die Gelegenheit benützen, Ihnen einmal zu sagen, wie sie sich für die Arbeit in der praktischen Seelsorge verwenden läßt. Sie werden mir gestatten, dabei einige Wünsche zu äußern, die vielleicht beitragen können, diese Brauchbarkeit noch zu erhöhen.

Der Seelsorger befindet sich immer auf der Suche nach Anschauungsmaterial, damit seine Rede nicht zu abstrakt bleibe und unwirklich erscheine. Mancher hilft sich mit Anekdoten. Mir scheint, das ist ein antiquierter Geschmack. Was das Volk verlangt und notwendig hat, ist die Sprache der Tatsachen, die Illustration der ewigen Wahrheit durch die Geschichte der Gegenwart. Ich habe schon oft anhand der Herder-Korrespondenz eine „Weltrundschau" gegeben und bei dieser Gelegenheit — wohlgemerkt! — unter gespanntem Interesse der Zuhörer mehr von der Offenbarung verkünden können, auf alle Fälle aber mit tieferer Wirkung, als wenn ich darüber „thematisch" gesprochen hätte. Ihr Oktoberheft z. B. bot eine herrliche Gelegenheit, anhand der Rede von Ivo Zeiger und unter Berücksichtigung der Ausschußberichte die innere Lage der Kirche in Deutschland zu behandeln. Man kann sich keine bessere Illustration zu dem Wort des Papstes von der „Stunde des christlichen Gewissens" denken. Ihre Berichte über die Länder hinter dem eisernen Vorhang geben die richtige Folie für dies Thema. Was Sie laufend aus Amerika referieren, ist besonders aufschlußreich für die Behandlung sozialer Themen. Vor allem aber schätze ich Ihre französischen Meldungen und die Referate über die Gedanken französischer Theologen. Sie sind geeignet, den Anschluß unserer Theologie und Religiosität an den Rhythmus der Zeit herzustellen. Die Nachrichten aus dem Fernen Osten geben mir willkommenes Material, den Blick meiner Zuhörer wirklich „kat-holen-gen" zu weiten.

Wenn ich mich nun frage, was vielleicht die Benützung Ihrer Korrespondenz noch fruchtbarer gestalten könnte, muß ich zunächst auf einen technischen Mangel hinweisen. Sie sollten uns das Lesen leichter machen, indem Sie die Spalten durch Hervorhebung von Stichworten und markanten Formulierungen mehr auflockerten. Wir Seelsorger müssen „in der Diagonale lesen", wie Sie wahrscheinlich auch, und die Diagonale lesen wir in der Straßenbahn.

Was den Inhalt betrifft, wünschte ich etwas weniger an Gründungs- und Tagungsberichten aller möglichen Institute und Organisationen, weil sie zumeist doch keinen wirklichen Einblick gewähren. Praktischer wäre es, aus solchen Tagungen einzelne markante Referate oder For-

mulierungen auszuwählen und ausführlicher wiederzugeben, wie Sie es z. B. mit dem ergreifenden Vortrag von Cäcilie Schmauch in Mainz getan haben. In der ausführlichen Wiedergabe des wirklich Wesentlichen liegt ja überhaupt die Stärke der Herder-Korrespondenz im Vergleich zu den üblichen Nachrichten der Tagespresse, bei denen man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht.

Die konventionellen Reden kann man dafür unter den Tisch fallen lassen. Für uns Seelsorger — ich weiß, daß Sie auch andere Leser haben — sind „grundsätzliche Reden" weniger wichtig; es handelt sich um die Anwendung. Und da nun wünschte ich mir, daß die Herder-Korrespondenz noch mehr als bisher Tatsachen sprechen ließe oder die Gedanken von solchen Rednern und Schriftstellern, die es verstehen, uns die Tatsachen des modernen Lebens zu deuten, was mir ein großer Vorzug Ihrer französischen Autoren zu sein scheint.

Übrigens wäre es gut, Sie würden uns die führenden Persönlichkeiten der katholischen Welt einmal in eigenen Berichten vorstellen. wie Sie es mit Bischof Kaller getan haben. Was wissen wir z. B. von einer so überragenden Gestalt wie Mindszenty oder, auf anderem Gebiet, von Maritain oder Graham Greene oder dem interessanten Bischof Herrera. Übrigens brauchen es nicht immer Katholiken zu sein. Ich meine, ein Victor Gollancz oder Albert Schweitzer sind auch „Dokumente" des Christentums in unseren Tagen...

C. O., Pfarrer.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BALTHASAR, Hans Urs von. *Aktion und Kontemplation.* In: Geist und Leben Jhg. 21 Heft 5 (Okt./Nov. 1948), S. 361—370.

Eine wesentliche Untersuchung über dieses eigentlich christliche Begriffspaar, das griechische Elemente enthält. Seinen theologischen Gehalt enthüllt es erst nach Tilgung des anhaftenden spätantiken Intellektualismus.

BERDJAJEW, Nikolaus. *Christianity and Anti-Semitism.* In: Blackfriars Bd. 29 Nr. 343 (Okt. 1948) S. 451—466.

Das jüdische Problem ist ein apokalyptisches. Formen und Gründe des Antisemitismus.

BERTRAMS, Wilhelm SJ. *Vom Sinn des Kirchenrechts.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 2 (Nov. 1948) S. 100 bis 112.

Widerspricht der Rechtsgedanke der persönlichen Beziehung zwischen Mensch und Gott? Nein, insofern es sich um ein übernatürliches Recht handelt.

BOUYER, Louis. *Christianisme et Eschatologie.* In: La Vie Intellectuelle Jhg. 16 Nr. 10 (Okt. 1948) S. 6—38.

Christliche Eschatologie steht im Gegensatz zur Durchschnittserwartung einer fortschreitenden Christianisierung und Humanisierung der Welt.

CHIFFLOT, Thomas G. *De l'Eschatologie considérée comme un des Beaux-Arts.* In: La Vie Intellectuelle Jhg. 16 Nr. 10 (Okt. 1948) S. 39—52.

Theologische Unterscheidungen als Auseinandersetzung mit dem Aufsatz von Bouyer im gleichen Heft.

DICKINSON, Robert. *Truth and the consequences: Kinsey's Version.* In: The American Scholar Bd. 17 Nr. 4 (Herbst 1948) S. 461—468.

Verfasser, Präsident der amerikan. gynäkolog. Gesellschaft, bespricht den „Kinsey-Report" betr. die sexuellen Sitten und Forderungen der amerikan. Gesellschaft. Bericht und Besprechung von moraltheolog. Aktualität.

DONCOEUR, Paul. *L'Effort liturgique contemporain.* In: Etudes Nov. 1948, S. 200—210.

Die Vertiefung der liturgischen Bewegung in den allerletzten Jahren.

GUERRERO, E. SJ. *El problema de la libertad religiosa. A proposito de las „Conversaciones" de San Sebastian.* In: Razón y Fe Bd. 138 Heft 5 (Nov. 1948) S. 518—539.

Das Problem der religiösen Freiheit im Anschluß an die Charta der Menschenrechte von San Sebastian.

KRETTELS, Gaspard. *L'Incroyance des croyants et Religion des Athées.* In: Construire 3. Jhg. Nr. 9 (November 1948) S. 11—16.

Merkmale „unechten" Glaubens.

LE FORT, Gertrud von. *Das Gebet der Frauenseele.* In: Anima Jhg. 3 Heft 3 S. 222—231.

Der innere Einheitspunkt und der Beziehungsreichtum des Wesens der Frau und des Wesens des Gebets.

OESTERREICHER, John M. *Life from the dead.* In: Blackfriars Bd. 29 Nr. 343 (Okt. 1948) S. 466—473.

Die Einheit der Kirche und die Bekehrung der Juden. Eine Rede.

PETERSON, Erik. *Theologie der menschlichen Erscheinung.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 2 (Dez. 1948) S. 148—153.

Diese Theologie will durch das zeitliche Provisorium des Menschen hindurchsehen auf sein Urbild.

WULF, Friedrich SJ. *Das stellvertretende Leiden als Anruf Gottes an unsere Zeit.* In: Geist und Leben Jhg. 21 Heft 5 (Okt./Nov. 48) S. 321—331.

Der Liebesdienst des Christen erstreckt sich auch auf das Sichteilen in die Sündhaftigkeit des Mitmenschen.

ZALBA, M. *El motiva de la limosna.* In: Fomento social Bd. 3 Heft 12 (Okt./Dez. 1948) S. 421—426.

Das Almosen als Akt der sozialen Gerechtigkeit oder der christlichen Liebe?

Les Exercices spirituelles de SAINT IGNACE. Sondernummer der Nouvelle Revue Théologique Jhg. 80 Nr. 9 (Nov. 1948).

Mit Beiträgen von R. Debauche SJ, L. de Coninck SJ, G. Dirks SJ, J. Delépierre SJ, J. Schaack SJ, A. Mativa SJ über die Exerzitien des hl. Ignatius von Loyola.

Centenario de SUAREZ 1548—1948. Sondernummer von Razón y Fe Bd. 138 (Juli-Okt. 1948) 510 S.

Aufsätze über Suarez: Der Mensch, Die Umwelt, Die Werke, Die Wirkung. Sonderstudien über einzelne Fragen in S's Werk. Bibliographie.

Philosophie

BECKER, Walter G. *Lüge, Feigheit, Vorurteil und überlebter Brauch.* In: Die Wandlung Jhg. 3 Heft 7 (Nov. 1948) S. 616—629.

Eine rechtsphänomenologische Untersuchung über spezifische Formen des Miteinanderseins

BRUGGER, Walter SJ und LOTZ, Johannes B. SJ. *Deutscher Philosophenkongreß in Mainz* (Tagungsbericht). In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 2 (Nov. 1948) S. 147—154.

JUNG, C. G. *Psychologie und Spiritismus.* In: Neue Schweizer Rundschau Jhg. 16 Heft 7 (Nov. 1948) S. 430 bis 435

Abdruck des Vorwortes zu Stewart Edward White: Uneingeschränktes Weltall. „Einheit von Diesseits und Jenseits" ist zugänglich durch die nicht an die Schranken von Raum und Zeit gebundene „unbewußte Wahrnehmung".

KRUGER, Gerhard. *Christlicher Glaube und modernes Denken.* In: Studium generale Jhg. 1 Heft 4 (Juni 1948) S. 189—202.

Der Konflikt der Titelbegriffe wird auf die Frage reduziert: Kann ein göttlich begründetes Geschehen gedacht werden? — Interpretation des Bezuges von Denken und Zeit.

LIEB, Fritz. *Das Evangelium und der revolutionäre Marxismus.* (In Fortsetzungen.) In: Neue Wege, Zürich Jhg. 42 Heft 11 (Nov. 1948) S. 526—533.

Die Gegenüberstellung läßt jeweils die eine Position durch die andere und durch die Weise, wie sie die andere interpretiert, hell werden.

MARCEL, Gabriel. *Note pour une métaphysique de l'acte de charité.* In: Jeunesse de l'Eglise Nr. 9 (1948) S. 67—76.

Caritas im wahren Sinne gehört zur Welt des Seins, nicht zur Welt des Habens.

MARITAIN, Jacques. *Sozialer Humanismus und integraler Humanismus.* In: Dokumente Jhg. 4 Heft 5 S. 374 bis 377.

Der Wert des Sozialismus ist auf eine historische Situation und Aufgabe beschränkt und wird durch den integralen Humanismus überwunden, als dem „Fortschritt in der Entdeckung der Welt der spirituellen Wirklichkeiten".

MOUNIER, Emmanuel. *Tâches actuelles d'une pensée d'inspiration personnaliste.* In: Esprit Jhg. 6 Sonderheft (Nov. 1948) S. 679—708.

Mouniers Personalismus, in seiner Stellung zu Marxismus, Existentialismus und Christentum charakterisiert, stellt vor einfache und dringende Aufgaben durch die echte Einschätzung der menschlichen Natur.

SCHLINK, Edmund. *Offenbarung und Metaphysik. Theologische Bemerkungen zu der philosophischen Abhandlung von Gerhard Krüger über „christlicher Glaube und modernes Denken".* In: Studium generale Jhg. 1 Heft 4 (Juni 1948) S. 202—206.

Kultur

BRANDENSTEIN, Béla von. *„Das noch nicht festgestellte Tier?"* In: Wort und Wahrheit Jhg. 3 Heft 10 (Okt. 1948) S. 755—770.

Kritische Betrachtungen zur Abstammungslehre und Entwurf einer „kritischen Entwicklungstheorie", die schöpferische Kräfte und damit eine eigene Art von Geschichtlichkeit in der Natur annimmt.

BROWN, Alan Willard. *The Columbia College Colloquium on important books.* In: The Journal of General Education Bd. 11 Nr. 4 (Juli 1948) S. 278—286.

Besprechung der Columbiamethode (Unterricht über die „bedeutendsten Werke der Weltliteratur"), die in USA große Verbreitung hat. Wichtig die Auswahl der Werke!

BRUPBACHER, Paulette. *Die Literatur in Sowjetrußland.* In: Neue Schweizer Rundschau Jhg. 16 Heft 7 (Nov. 1948) S. 436—441.

Knappe Übersicht über die Wandlungen der russischen Literatur seit der bolschewistischen Herrschaft.

LINDNER, H. *Sozialpsychologische Untersuchungen an Flüchtlingskindern und einheimischen Kindern in Volksschulen.* In: Pädagogische Rundschau Jhg. 2 Heft 8 (August 1948).

Ansammlung von statistischem Material über die anpassungshemmenden und fördernden Momente in den gegenseitigen Beziehungen der Schulkinder.

MAU, Hermann. *Die deutsche Jugendbewegung.* Rückblick und Ausblick. In: Zeitschrift für Religion und Geistesgeschichte Jhg. 1 Heft 2 S. 135—149.

Zeigt das kulturgeschichtliche Phänomen, in dem, vielleicht zum letzten Mal, „die Versöhnung des Lebens mit sich selbst in lebendiger menschlicher Gemeinschaft" gelang.

NEUHÄUSLER, Anton O. *Naturwissenschaft — Religion — Weltanschauung.* In: Geistige Welt Jhg. 3 Heft 2 (Okt. 1948) S. 84—88.

Der Artikel gibt das Fazit einer Tagung des Gmelin-Institutes für anorganische Chemie und ihre Grenzgebiete.

PAYNE, Wilfred. *The Humanities.* In: The Journal of General Education Bd. 11 Nr. 4 (Juli 1948) S. 346—348.

Verfasser Chairman of Humanities, University of Omaha, über amerikan. Einstellung zur klassischen Bildung in Schulen.

PETERHANS, P. Sebald. *Christliche Dichtung.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 47 Heft 12 S. 893—899.

Übersicht über die neuere Literaturgeschichte unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Dichtung aus gelebtem Glauben.

RUSSEL, William F. *Teaching Germans to teach themselves.* In: Foreign Affairs Bd. 27 Nr. 1 (Okt. 1948) S. 68 bis 77.

Verf. Dekan Columbia University. Eindrücke eines führenden amerikan. Pädagogen vom deutschen Schulwesen und seinen Erfordernissen.

VANCE, B. Rupert. *Malthus and the Principle of Population.* In: Foreign Affairs Bd. 26 Nr. 4 (Juli 1948) S. 682 bis 692.

Eine Studie über die gegenwärtige Bevölkerungsbewegung, die keine eindeutige Vorhersage zuläßt.

Soziales und politisches Leben

AMORTH, Antonio. *Lo Stato come fine o lo Stato come mezzo.* In: Humanitas Jhg. 3 Nr. 9 (Sept. 1948), S. 869 bis 875.

Der Staat als Mittel führt zu ärgstem Mißbrauch. Staat hat, wie Individuum, Familie, einen eigenen Zweck.

BAYART, Pierre. *Dirigisme et Organisation professionelle.* In: Travaux de l'Action Populaire, Nouvelle Série Nr. 24 (November 1948) S. 655—672.

Bericht über eine Enquête der Kath. Aktion der Diözese Lille, die das Versagen der staatlich gelenkten Wirtschaft ergibt und zugunsten der berufsständischen Ordnung spricht, aber die Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung für unüberwindbar erklärt, solange der Begriff der „Konkurrenz" das Geschäftsleben beherrscht. Es bedarf zuvor eines „neuen moralischen Klimas".

BENZ, Ernst. *Franz von Baaders Gedanken über den „Proletarier". Zur Geschichte des vormarxistischen Sozialismus.* In: Zeitschrift für Religion und Geistesgeschichte Jhg. 1 Heft 2 S. 97—123.

Nachweis einer verlorenen Chance kirchlich-sozialen Einsatzes, der die verhängnisvolle Kampfstellung Christentum-Sozialismus hätte vermeiden können.

BIGO, Pierre. *Diskussion über den Marxismus. Um die Thesen Arthur Koestlers.* In: Dokumente Jhg. 20 Heft 5 S. 347—364.

Koestlers Roman „Le zéro et l'infini", ein Angriff auf den Marxismus, soll auf die Tragfähigkeit seiner Thesen geprüft werden.

GUARDINI, Romano. *Auf der Suche nach dem Frieden.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 2 (Dez. 1948) S. 105—122.

Eine geistesgeschichtliche Zusammenschau der Wesensverwandlungen des Krieges. Entsprechend seiner nach-neuzeitlichen Gestalt kann ihm nur noch ein „absoluter Friede" entgegengesetzt werden, der dem Ansturm der autonom gewordenen Macht gegen das Leben des Menschen selbst ein Ende setzt.

HAUSER, Philipp M. *Present status and prospects of research in population.* In: American Sociological Review Bd. 13 Nr. 4 (Aug. 1948) S. 371—382.

Verfasser Prof. Universität Chikago. Angesichts des Problems der drohenden Überbevölkerung der Welt ist die Demographie von aktueller Bedeutung. Ihre Objekte, Methoden und Ergebnisse.

JAEGHER, R. de. *L'organizzazione comunista cinese.* In: Vita e Pensiero Jhg. 31 Heft 11 (Nov. 1948), S. 631—635.

Überblick über die Organisation der Kommunistischen Partei in China.

KOGON, Eugen. *Der Terror als Herrschaftssystem.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 3 Heft 11 (Nov. 1948) S. 985 bis 1001.

Aufweis der Anfänge, Formen, Praktiken und Folgen der Schreckensherrschaft und ihre Mischerscheinungen. Als Gegenkräfte werden Humanismus, Sozialismus und Religiosität genannt.

MOORE, Wilbert E. *Industrial Sociology: Status and Prospects.* In: American Sociological Review Bd. 13 Nr. 4 (Aug. 1948) S. 382—400.

Der verstorbene Soziologe von Princeton, Autor eines Standardwerkes über „Industrial Relations and the Social Order", berichtet über den gegenwärtigen Stand der amerikan. Forschung in Bezug auf die Probleme des industriellen Betriebes, der Organisation, der innerbetrieblichen Beziehungen, des Arbeiters, des Industriemilieus. Mit Diskussionsbeiträgen.

OLGIATI, Francesco, Msgr. *La Chiesa e il Mondo internazionale.* In: Vita e Pensiero Jhg. 31 Heft 11 (Nov. 1948) S. 606—614.

Die Bedeutung der Kirche als Corpus mysticum in Recht und Politik gegenüber dem Vorwurf der Theokratie.

ROLLET, Henri. *Regards sur la vie des Comités d'entreprise.* In: Travaux de l'Action Populaire, Nouvelle Série Nr. 24 (November 1948) S. 673—683.

In den zwei Jahren seit Einführung der obligatorischen Betriebsräte ergibt sich, daß sie nicht geeignet waren, das Mißtrauen zwischen Unternehmern und Arbeitern zu überwinden.

STRATMANN, P. Franziskus OP. *Die Verantwortung der Kirche für den Frieden unter den Völkern.* In: Die neue Ordnung Jhg. 2 Heft 5 (Okt. 1948) S. 385—405.

Referat in der Arbeitsgemeinschaft für übernationale Zusammenarbeit auf dem Katholikentag in Mainz 1948.

TELLKAMP, August S.V.D. *Das Problem der Bodenreform in China.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 2 (Nov. 1948) S. 124—136.

Eine gut unterrichtete Darstellung der bäuerlichen Besitzverhältnisse, die den Grund für den Bürgerkrieg abgeben.

TIMASHEFF, N.S. *The strength and the weaknesses of the Soviet Union.* In: The Review of Politics Bd. 10 Nr. 4 (Okt. 1948) S. 399—411.

Verfasser Prof. für Soziologie Fordham-University. Überblick über die realen Grundlagen der Macht Rußlands.

THOMASINE, Sister M. OP. *Economic and moral issues of ERP.* In: America Bd 80 Nr. 2 (16. Okt. 1948)

Verfasserin. Professorin der Wirtschaftswissenschaften Rosary-College untersucht die ethischen Voraussetzungen für das Gelingen des Marshallplanes.

Fédéralisme Européen Documentaire. In: Esprit Jhg. 6 (Nov. 1948) Sonderheft.

Dokumentation der verschiedenen föderalistischen Strömungen in Europa (Grundthesen, Bewegungen und Tagungen, Standpunkte (H. Brugman, Max Richard, Bernard Voyenne, Léo Hammon, J.-J. Gruber, Jean Mathé, André Allard, R. Garros).

Chronik des katholischen Lebens

AUJOULAT, Louis et MARTEL, Pierre-Albin. *La Semaine Sociale de Lyon 1948.* In: La Vie Intellectuelle Jhg. 16 Nr. 10 (Okt. 1948) S. 79—86.

Kritik am Übergewicht des Theoretischen über das Tatsächliche auf der Tagung und an der Betonung des Vorrangs des Abendlands.

BRUGAROLA, Martin. *La reforma de las condiciones juridicas de la tierra.* In: Fomento Social Bd. 3 Heft 12 (Okt.-Dez. 1948) S. 407—420.

Die in Spanien besonders dringende Frage der Bodenreform im Hinblick auf die Äußerungen der Päpste.

DIDIER, Georges. *L'Essor catholique aux USA.* In: Rythmes du Monde Nr. 3 (1948) S. 61—74.

Überblick über den amerikanischen Katholizismus der Gegenwart.

GILSON, Etienne. *„Wir leben in der Zeit der systematischen Zerstörung." Schlußrede auf der internationalen Tagung der katholischen Intellektuellen zu Paris.* In: Dokumente Jhg. 4 Heft 5 S. 323—330.

Die vordringlichste Aufgabe liegt in der ausdrücklichen Abkehr vom Antichristen.

d'HARCOURT, Robert. *Unser Verhältnis zu Deutschland.* In: Dokumente Jhg. 4 Heft 5 S. 335—340.

Vortrag auf der Woche der katholischen Intellektuellen zu Paris. Nur im Geiste des Christentums ist ein Herauskommen aus „dem Teufelskreis der gegenseitigen Beschuldigungen" möglich.

JARLOT, G. *Le Congrès catholique de Mayence.* In: Travaux de l'Action Populaire, Nouvelle Série Nr. 24 (November 1948) S. 705—711.

Der Bericht wirft dem Katholikentag eine im ganzen zu akademische und zu wenig konkrete Behandlung seiner Probleme vor.

VAN DER MENSBRUGGHE, A. M. *Démocratie et christianisme au Japon nouveau.* In: Le Bulletin des Missions Bd. 22 Nr. 1/2 (1. u. 2. Vierteljahr 1948) S. 17—28.

Ein Vergleich zwischen der früheren japanischen Gesellschaftsverfassung und den Reformen der Besatzungsmacht weist wesentliche Vorteile der ersteren auf. Demokratisierung Japans auf westlicher weltanschaulicher Grundlage unmöglich.

REMOND, René. *Bonne Volonté et réalités politiques.* In: La Vie Intellectuelle Jhg. 16 Nr. 10 (Okt. 1948) S. 64 bis 78.

Untersuchung über den sozialen Katholizismus.

SLESSER, Sir Henry. *Through Anglicanism to the Church.* In: The Tablet Bd. 192 Nr. 5661 (20. Nov. 48) S. 326—328.

Slesser, dessen Konversion am 30. 10. 48 als die wichtigste seit Newman bezeichnet wird, erzählt hier die Geschichte seiner inneren Entwicklung.

VERWILCHEN, L. SJ. *Condizioni e problemi missionari alla XIX Settimana di Missionologia.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 99 Heft 2360 (16. Okt. 1948) S 123—137.

Bericht über die Tagung in Löwen im August 1948.

YACCARINI, Maurice. *Situation religieuse de l'Egypte.* In: Le Bulletin des Missions Bd. 22 Nr. 1/2 (1. u. 2. Vierteljahr 1948) S. 8—16.

Islam und Christentum in Ägypten.

L'Emancipation du sud-est asiatique. 2. Le Vietnam. In: Le Bulletin des Missions Bd. 22 Nr. 1/2 (1. u. 2. Vierteljahr 1948) S. 60—81 (wird fortgesetzt).

Die Entwicklung Vietnams seit dem Kriegsende und ihre grundsätzliche Bedeutung für die Mission.

Chronik des ökumenischen Lebens

DITTMANN, Wilhelm. *Möglichkeiten und Grenzen jüdisch-christlicher Verständigung.* Eine Antwort an Hans-Joachim Schoeps. In: Unterwegs Jhg. 1948 Heft 3 S. 8—11.

In dogmatischer Sicht liegt hier das Augenmerk auf der strengen Beachtung der Grenzen.

FECHTER, Adam. *Die getrennten Brüder. Heimsuchungen des heiligen Geistes in babylonischer Gefangenschaft.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 3 Heft 10 (Okt. 1948) S. 742 bis 755.

Nachdem der Verfasser die „Stationen kirchenrechtlicher Besinnung" auf dem Wege zur Einheit der evangelischen Kirchen gezeigt hat (in: Wort und Wahrheit Jhg. 3 Heft 9), wird hier das dogmatische Problem aufgegriffen.

GABLENZ, Otto Heinrich v. d. *Amsterdam.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 3 Heft 11 (Nov. 1948) S. 1046—1050.

Der Berliner Schriftsteller läßt das Wesentliche der Kirchenkonferenz in ihrer Wirkung auf die Person erscheinen.

KALOGIRU, J. *Die orthodoxe Kirche im Licht der ökumenischen Bewegung.* In: Internationale kirchliche Zeitschrift Jhg. 1948 Heft 2 (April/Juli 1948)

Nach der Darstellung des Verfassers ist die orthodoxe Kirche ihrer Natur nach ökumenisch und garantiert das innere Gleichgewicht zwischen protestantisierenden und romanisierenden Tendenzen.

NIEBUHR, Reinhold. *The World Council at Amsterdam.* In: Christianity and Crisis Bd. 8 Nr. 15 (20. Sept. 1948) S. 114—116.

Der führende ökumenische Theologe teilt seine Eindrücke über die Ergebnisse von Amsterdam mit.

ROUQUETTE, Robert. *La „Conférence" orthodoxe de Moscou.* In: Etudes Nov. 1948, S. 253—259.

Kritischer Bericht über die Moskauer orthodoxe Kirchenkonferenz.

SCHOEPS, Hans-Joachim. *Möglichkeiten und Grenzen jüdisch-christlicher Verständigung.* In: Unterwegs Jhg. 1948 Heft 3 S. 4—7.

Verfasser ist deutscher Glaubensjude und hält eine weitgehende Verständigung von seinem rein religiösen Glaubensgrunde aus für möglich.

WITTE, J. L. SJ. *A talk with a giant — Karl Barth.* In: America Bd. 79 Nr. 25 (25. Sept. 1948) S. 567—568.

Verfasser, Mitarbeiter von „De Linie" Amsterdam, sprach auf der Versammlung des Ökumenischen Rates mit Barth über den Katholizismus.

WOLF, Ernst. *Ökumene. Ein Rückblick auf die Weltkirchenkonferenz in Amsterdam.* In: Die Wandlung Jhg. 3 Heft 7 (Nov. 1948). S. 646—667.

Anglicanism. Sonderheft von: Blackfriars Bd. 29 Nr. 344 (Nov. 1948)

A query at Lambeth. S. 497—502.

Katholische Würdigung der Lambeth-Konferenz.

ST. JOHN, Henry OP. *Catholics and the Oecumenical Movement.* S. 503—507.

Überwindung der gegenreformatorischen Einseitigkeiten.

YELLI, Paul. *Anglicanism and Catholicity.* S. 507—517.

Der Eindruck eines kontinentalen Beobachters von der Church of England.

VELARDE, R. *The Conversion of England.* S. 517—522.

Die Einstellung der Engländer gegenüber dem römischen Katholizismus.

Caesar and the third Rome. The Enigma of the Russian Church. In: The Tablet Bd. 192 Nr. 5659 (6. Nov. 1948) S. 295—296.

Die Gründe für die anti-römische Agressivität der Moskauer Kirchenkonferenz im Juli 1948.

HERDER-KORRESPONDENZ

Fünftes Heft - 3. Jahrgang - Februar 1949

Viele Menschen brauchen sehr lange, bis sie das Unwiderrufliche erkennen und brauchen dann noch einmal sehr lange, bis sie erkennen, daß sie danach handeln müssen, und brauchen, zum drittenmal, sehr lange, bis sie danach handeln. Und auch dieses ginge niemals ohne die Hilfe der Gnade.

Theodor Haecker

Deutsche Meldungen

Neue Wege der Diaspora-Mission

Junge Missionäre haben im Jahre 1948 versucht, Mittel und Wege zu finden, an die verlassensten Katholiken heranzukommen, zunächst in der schwäbischen Diaspora, dann ausholender im Coburger Land (Nordbayern). Dort wurden 144 Ortschaften mit 15 000 Katholiken unter 100 000 Protestanten in einem Gebiet von 1300 qkm (40 km Durchmesser), das einen Pfarrsprengel ausmacht, in einem Zeitraum von 5 Wochen mit 42 Missionen bedacht. Acht Patres waren dabei tätig. Auf Bezirke mit weniger als 150 Katholiken traf eine halbe, auf Bezirke mit größerer Seelenzahl eine ganze Woche (die Stadt Coburg mit 7000 Katholiken hatte eine eigene vierzehntägge Mission). Jeder Pater missionierte einen zusammenhängenden Bereich. Er wohnte und aß bei den Flüchtlingen, ging in den Hausbesuchen allen nach, sah ihre Elendswohnungen, ihre Versklavung an die Einheimischen, ihren Hunger nach Brot, nach Verdienst, nach Heimat, ihren Unglauben an Menschen und Zukunft, ihre Verbitterung und Verzweiflung. Er predigte, zelebrierte und spendete die Sakramente in den Tanzsälen der Gasthäuser (Kirchen standen nirgends zur Verfügung). Honorar beanspruchte er keines, weder vom Pfarramt noch von den Flüchtlingen; diese hatten lediglich die Saalmiete (durchschnittlich 10—20 DM) zu begleichen, die durch eine Sammlung am Schluß der Mission gedeckt werden konnte.

Und der pastorale Erfolg? Die Teilnahme am Sakramentenempfang war nach den Ortschaften sehr verschieden. Es gab Bezirke, die sich bis zu 90 Prozent beteiligten und solche (zumal wenn der Missionsort weiter entfernt lag), mit 40 oder auch nur 30 Prozent.

Wie sich aus der Aussprache in den Häusern ergab, hatte der weitaus größere Teil seit Jahren nicht mehr gebeichtet. Daß sich durchschnittlich über die Hälfte stellte, ist viel (Zahlen besagen nicht alles!), wenn man bedenkt, daß diese Leute durch das jahrelange furchtbare Erleben seelisch wie gelähmt sind und durch den Mangel an religiöser Betreuung (keine Kirche, selten hl. Messe, kaum je Sakramente, kein katholisches Erlebnis, bei der Einpferchung kein geordnetes christliches Familienleben, kein religiöses Schrifttum und Brauchtum) sowie durch die Abhängigkeit von den andersgläubigen Wirtsleuten, durch die säkularisierte Atmosphäre ringsum, durch die religiöse Vereinsamung in eine verhängnisvolle Gleichgültigkeit hinabsinken. Zudem war durch den erfolgten Geldsturz die Stimmung auf dem Nullpunkt angelangt.

Aus den Erfahrungen dieser Mission hat der Provinzial der Redemptoristen und Vorsitzende der Missionskonferenz, P. Simon Scherzl CSSR, die folgenden Forderungen für die Methode der Missionierung abgeleitet:

1. Die Mission muß zu den Leuten kommen

Sie muß in ihre entlegenen Ortschaften hinausgetragen werden. Man darf die Veranstaltung nicht zentralisieren. Wir haben immer wieder gefunden, daß ein zu ausgedehnter Missionsbezirk den Ertrag wesentlich mindert. Man darf sich darum nicht abschrecken lassen, wenn nur kleine Missionsgemeinden zustande kommen. Sie nehmen viel Zeit und Kraft weg. Aber Seelsorge kann nicht im Stil der Massenproduktion angepackt werden, in der Diaspora schon gar nicht. Je mehr Dörfer zu Missionsstationen gemacht werden, desto besser! Lieber bloß wenige Tage an einem Ort wirken, als die Leute eine ganze Woche lang an den Nachbarort rufen! Sie kommen sonst nur sehr lückenhaft! Es hat keinen Sinn, sich über ihre „Bequemlichkeit" aufzuhalten. Entwurzelten Menschen darf man nicht zumuten, was man von gesicherten ohne weiteres verlangen kann. Es gilt ja doch in erster Linie, sie wieder anzusprechen und irgendwie hungrig zu machen. Einmal gestillt und beglückt, holen sie sich das Brot der Gnade eher in der Ferne.

2. Der Missionär muß den Leuten gehören

Er darf nicht bloß für eine Gottesdienststunde bei ihnen „anknattern" und dann wieder verschwinden. Er muß bei ihnen bleiben, muß sie in ihren „Wohnungen" besuchen, muß ihnen auf der Straße begegnen, mit ihnen reden im persönlichen Gespräch, sich mit ihnen zu Tische setzen und ihre Mahlzeiten teilen, muß arm mit den Armen leben, muß allen alles werden. Wenn dann die Leute merken: der Missionär hat Zeit für uns, nimmt sich um uns an, versteht unsere Lage, bringt uns ehrliche Liebe entgegen, tauen sie auf. Dann darf er auch in der Predigt sehr ernst und eindringlich werden: sie nehmen alles von ihm an, weil sie an seine Ehrlichkeit glauben. Darum muß der Missionär grundsätzlich am Ort wohnen. Und wenn

er noch so dürftig untergebracht ist: er braucht ja nur eine Schlafstätte. Tagsüber ist er ohnehin dauernd unterwegs oder in seiner „Kirche". Noch überall haben die Flüchtlinge ein Eckchen für ihren Missionär gefunden, vielfach sogar ein Zimmer bei andersgläubigen Gastgebern. Und wenn es gar nicht anders ging, mußte eben ein Gasthaus herhalten.

3. Der Missionär muß „katholische Heimat" bringen

Am Ort wird ein Saal gemietet und zur Kirche gestaltet. Dieser Raum steht für die Dauer der Mission ganz den Katholiken zur Verfügung; sie können sich denselben in ihrem Sinn gestalten; hier haben sie katholisches Heimatrecht; hier dürfen sie sich einmal ungeschminkt katholisch geben. Den Raum beherrscht ein Altar, der so festlich wie möglich zu gestalten ist: Blumen, Bilder Kerzen, weißes Linnen, Teppiche... Inmitten dieser ärmlichen Herrlichkeit thront Christus selber: Von der Feier der ersten hl. Messe an bewahren wir das Allerheiligste in dieser „Kirche" auf. Nur während der Nacht nimmt es der Missionär mit in sein Quartier. Im eucharistischen Gottmenschen hat die Gemeinde den Mittelpunkt, den sie so lange entbehren mußte. ...Es ist alles ganz anders wie in den kalten protestantischen Kirchen; es ist heimeliger; trotz der sonstigen profanen Verschwendung ist der Raum Kirche geworden, katholischer Boden, in dem man wieder Wurzel schlägt.

4. Der Missionär muß katholische Gemeinde bauen

Tagelang geht er von Haus zu Haus. An Hand der Kartei sucht er alle Familien auf und lädt sie zur Mission. Die Aufnahme ist naturgemäß sehr verschieden; ...grobe Ablehnung kommt kaum einmal vor. Zum Abschied gibt der Missionär seinen priesterlichen Segen und reicht allen die Hand: „Auf Wiedersehen heute abend!" So mühsam diese Hausbesuche sind, so wichtig bleiben sie: der Missionsgedanke wird dadurch priesterlich und persönlich an alle herangetragen; der Kontakt mit der Gemeinde wächst.

Die Schar, die sich zum abendlichen Missionsgottesdienst einfindet, wird täglich größer, man lernt sich immer besser kennen: staunend sehen die Jugendlichen, wieviele ihrer eigentlich wären, und so bei allen Ständen. Bisher in der Kirche unbekannte Gesichter werden einander vertraut, die Teilnahme am Gottesdienst wird Bekenntnis zu Christus, zur Kirche, zur Gemeinde. Der Gottesdienst wird wärmer, das Gebet inniger, der Gesang kräftiger. Die Einzelnen wachsen zusammen... Es wird katholische Gemeinde.

5. Der Missionär muß die Gemeinde auf den Seelsorger ausrichten

Die außerordentliche Seelsorge steht im Dienste der ordentlichen. Den Primat der letzteren wird der Missionär niemals antasten; vielmehr wird er sich in allem als Wegbereiter dessen fühlen, der vor ihm da war und nach ihm in seine Spuren tritt. Die lebendige Pfarrgemeinde bleibt der Diasporamission noch viel mehr aufgegeben als der Volksmission in katholischen Gegenden. Was unter solchen Umständen nicht in der ordentlichen Seelsorge verankert wird, kann nie Bestand haben, geschweige denn zur Entwicklung und zur Blüte gelangen.

Von diesem Standpunkt muß man fordern, daß der Missionär die neu geformte Gemeinde mit großer Eindringlichkeit auf die zugehörige Seelsorgstation verweist. Ist diese zu abgelegen, so empfiehlt es sich, die improvisierte Missionsstation vorübergehend zu einer Seelsorgestation zu erheben. Zum mindesten wird der Seelsorger die missionierte Gemeinde, wenn sie ihr religiöses Bedürfnis erfahrungsgemäß nur in wenigen Vertretern auswärts befriedigt, einmal im Monat — und sei es an einem Werktagabend — aufsuchen, um sie durch Gottesdienst, Predigt und Sakramentenempfang lebendig zu erhalten. Die „fliegende Mission" muß, solange nicht genügend Priester zur Verfügung stehen, von der „fliegenden Seelsorge" abgelöst werden. Lieber in jedem Dorf nur selten eine Auffrischung, als in wenigen Orten täglich oder sonntäglich, während andere, deren Bewohner nun einmal nicht zur ferngelegenen Station zu führen sind, leer ausgehen.

Im übrigen wären an den Sonntagen, die durch keinen priesterlichen Gottesdienst ausgezeichnet sind, wohl Laiengottesdienste am Platz, wie sie noch in jeder Priesternot gepflegt wurden. Bewährte Helfer müßten daraufhin geschult und die Gläubigen dafür gewonnen werden.

6. Der Missionär darf die Gemeinde nicht auf immer verlassen

Die unzulänglichen Seelsorgsverhältnisse fordern unbedingt seine Wiederkehr und das nicht bloß einmal, sondern auch ein zweites und drittes Mal. Wenn schon der Seelsorger in katholischen Gegenden auf die Nachmission nicht verzichten will, wie könnte es der Diasporaseelsorger inmitten all der Schwierigkeiten?

Ob sich für die Diasporamission seitens der Missionsorden nicht so etwas wie Patenschaften empfehlen, Patenchaften im urkirchlichen Sinn: Mitverantwortung neben dem Pastor natus für die Erstarkung des Glaubenslebens? Wenn Deutschland schon „Missionsland" geworden ist, müssen auch Missionsmethoden entwickelt werden, wie sie die Verhältnisse fordern. Eine davon dürfte die bleibende Verbindung mit den Missionsstationen sein.

Um die fortgesetzte Betreuung zu erleichtern und sinnvoll zu gestalten, müßte die Erschließung der weiten Gebiete planmäßig erfolgen. Ein willkürliches Vorgehen schafft Zersplitterung und führt zur Vergeudung der ohnehin zu geringen Kräfte. Nur die großzügige, einheitliche und zusammenhängende Missionierung kann zum Ziele führen. Voraussetzung ist, daß sich alle Orden daran beteiligen und den einzelnen Genossenschaften größere Missionsbezirke (etwa jeweils ein Dekanat) überwiesen werden. Die Verteilung müßte im Einvernehmen mit den höheren Oberen durch den Ordinarius loci geschehen. Die Fuldaer Bischofskonferenz und die Vereinigung deutscher Ordensobern, der in Hinsicht auf die apostolische Betätigung noch eine eigne Missionskonferenz (Vereinigung aller missionierenden Orden und Institute) zur Seite geht, bieten Möglichkeiten genug zu einer überschauenden, alle Diözesen gleichmäßig erfassenden Regelung.

Statistik der katholischen Kirche in der Ostzone

Der Bonifatiusverein Paderborn gibt folgenden Überblick über die Lage der Katholischen Kirche in der russischen Besatzungszone Deutschlands (die eingeklammerten Zahlen geben den früheren Stand an):

A. Zahl der Katholiken 2 865 011 (1 083 437)

B. Zahl der Seelsorgstellen 967 (317)

C. Zahl der Notgottesdienststationen 2392 (317)
D. Zahl der Seelsorggeistlichen 1564 (987).

Für den Kommissariatsbezirk Erfurt ergibt sich:

A. Zahl der Katholiken 428 078 (132 777)
B. Zahl der Seelsorgstellen 214 (127)
C. Zahl der Seelsorggeistlichen 285 (173).

Um eine einigermaßen geordnete Seelsorge zu ermöglichen, müßten in der sowjetischen Zone mindestens noch 197 Priester eingesetzt werden. Allein der Kommissariatsbezirk Erfurt fordert noch 42 Seelsorggeistliche. Insgesamt arbeiten in Thüringen neben den Priestern 160 Diasporahelferinnen und Laienkatecheten. Das bedeutet gegenüber dem Stand von 1946 ein Plus von zirka 70 Laienkräften. Der Unterhalt für diese Laienkräfte ist durch die Währungsreform außerordentlich bedroht. Der Schutzengelverein, der in der westlichen und östlichen Diaspora 673 Helferinnen einsetzen konnte, ist nicht mehr in der Lage, den für diesen Zweck notwendigen Zuschuß von 50 000 DM monatlich aufzubringen (für die in den Westzonen eingesetzten Laienhelferinnen ist ein Zuschuß von 28 000 DM notwendig). In diesem Betrag sind die Unkosten für die Miete der Unterrichtsräume, Fahrgeld der Kinder usw. nicht eingerechnet.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Über die Bedeutung des Heiligen Jahres

Bei der Gründung des Zentralkomitees für das Heilige Jahr in Rom hat der Präsident desselben, Msgr. Valerio Valeri, eine Ansprache vor den im Vatikan versammelten Mitgliedern gehalten, in der er Wesen und Bedeutung des Heiligen Jahres in unserer Zeit umriß und einen Überblick über die Vorbereitungen gab, die für die feierliche Begehung dieses Ereignisses bereits im Gang sind.

„Wenn zu jeder Zeit, so sagte er, die feierliche Erschließung der Quellen der Gnade und der himmlischen Gaben eine Sache ist, die das Leben der Einzelnen und der Gesellschaften tief berührt, so scheint es, daß eine solche Tatsache in dem bitteren Augenblick, den wir durchmachen, eine noch viel größere Bedeutung und Tragweite annimmt. Gewiß, jedes Jubeljahr hatte eine heilsame Wiedererweckung des Glaubens, einen Aufschwung der Seelen zu einem höheren Grad von Frömmigkeit und Heiligkeit und damit zugleich eine christliche Erneuerung der Gesellschaft selber zum Ziel. Aber man darf sich wohl fragen, ob das kostbare Erbe der religiösen und sittlichen Überzeugungen, seitdem die Frohe Botschaft der ganzen Welt verkündigt worden ist, je so bedroht gewesen ist wie heute. Nie ist die Welt auch so sehr wie in unsern Tagen von Haß und Eifersucht zerrissen gewesen. So soll denn das Heilige Jahr, indem es die Menschen einlädt, in sich selbst Einkehr zu halten, über die ewigen Werte des Lebens nachzusinnen, die Flüchtigkeit der irdischen Dinge zu bedenken, mächtige Strömungen individueller und sozialer Umwandlung auslösen...

Man muß aber anderseits auch in Betracht ziehen, daß sich heute vielleicht mehr als in der Vergangenheit, gerade weil die Völker in so tiefgehendem Gegensatz zueinander stehen, das Bedürfnis lebhaft und dringend fühlbar macht, sich einer universaleren Gesellschaftsform zuzuwenden. Das beweisen ganz deutlich die verschiedenen internationalen Organismen, die entstanden oder im Entstehen begriffen sind, und ebenso beweisen es die Kongresse, die stattfinden, um gewisse Teile der Welt zu einigen. Eine erhabene Sehnucht, die ihre Magna Charta nur im Evangelium finden kann!

Inzwischen kann das Heilige Jahr gleichsam eine Präfiguration und eine Hoffnung derselben bilden. Es wird auf jede Weise zur Darstellung bringen, wie wohltätig, heilsam und kulturfördernd das Werk der Kirche ist, dieser liebenden Mutter, die sich über alle Menschen neigt ohne Unterschied der Herkunft, der Farbe oder der Rasse...

Bis nun die verschiedenen Nationalkomitees geschaffen sind, hat das Zentralkomitee schon einmal verschiedene Kommissionen für praktische Arbeiten auf den einzelnen Gebieten eingesetzt. Die erste betrifft die geistige Vorbereitung. Ihre Aufgabe ist es, die das Heilige Jahr beherrschende religiöse Idee durch Predigt, Presse, Bußzeremonien und Publikationen zu verbreiten. Ihr Vorsitzender ist Msgr. Ottaviani, Assessor des Hl. Offiziums. Eine zweite Kommission, für die Kirchenmusik, soll sich mit der Vorbereitung der liturgischen Gesänge beschäftigen und Konzerte mit klassischer religiöser Musik organisieren. Ihren Vorsitz führt Msgr. Anglès Pamies, Präsident des Päpstlichen Instituts für Kirchenmusik.

Für das Heilige Jahr sind auch zahlreiche Tagungen für Kleriker und Laien vorgesehen..."

Der Papst lobt die Traditionen des englischen Parlamentarismus

Pius XII. empfing am 11. Januar 1949 eine vom britischen Gesandten beim Heiligen Stuhl geführte Delegation des englischen Parlamentes, die sich gegenwärtig zu Studienzwecken in Rom aufhält, und hielt bei dieser Gelegenheit in englischer Sprache eine Ansprache, die ein beachtliches Lob des britischen Parlamentarismus enthielt. Nach dem Willkommgruß sagte Seine Heiligkeit:

„Wir sind erfreut, daß Ihre Delegation aus Vertretern der verschiedenen Parteien zusammengesetzt ist. Dies zeigt, daß Sie bereit sind, von den andern zu lernen und die gemachten Erfahrungen gegenseitig auszutauschen. Sie haben sicher verstanden, daß die Zeit vergangen ist, in der Individuen, Organisationen und Nationen in vollkommener Isolierung leben konnten. Das gegenseitige Kennenlernen und Verstehen sind die Hauptbedingungen zur Niederwerfung trennender Schranken und zur Ausschaltung von Vorurteilen, welche Völker trennen und Spannungen verursachen. In den edlen Traditionen des parlamentarischen Systems, das sich Jahrhunderte hindurch in England bewährt hat, nimmt dieser Ideenaustausch zusammen mit der Redefreiheit einen ersten Platz ein. Wenn diese Freiheit in einer Atmosphäre gegenseitigen Verständnisses, gepaart mit der geziemenden Achtung von Recht und Freiheit und unter der Führung eines gerechten Richters geübt wird, dann kann der daraus entstehende Nutzen für die Nation nicht unterschätzt werden. Möge Ihr Besuch einen Schritt vorwärts bedeuten in der Annäherung der Nationen im Geiste der Wahrhaftigkeit und des Verständnisses und in Ihnen die Überzeugung stärken, daß unter den Menschen, die Gott als ihren Vater anerkennen, eine weite Grundlage für Einheit und Harmonie vorhanden ist".

Annahme der Erklärung der Menschenrechte durch die UN

Die Erklärung der Menschenrechte, an deren Entwurf drei Jahre lang gearbeitet worden ist, wurde von der Vollversammlung der UN mit 48 gegen 0 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen der Staaten des Sowjetblockes nunmehr angenommen. Der Text des Entwurfes ist in Heft 11, Jhg. 2, S. 512 der Herder-Korrespondenz veröffentlicht worden. Der entgültige Text liegt augenblicklich noch nicht vor. Er weicht aber vom Entwurf, soweit wir sehen, nur geringfügig ab.

Die Bemühungen, in die Erklärung eine Anerkennung der Herrschaft Gottes einzufügen, sind gescheitert. Jedoch tragen die Bestimmungen über Freiheit der Religion und Erziehung, über die Familie, das Recht auf Eigentum und auf einen auskömmlichen Lohn den Grundsätzen der christlichen Soziallehre Rechnung.

Der russische Delegierte, Minister Wischinsky, griff die Erklärung mit zahlreichen Gründen an. Er behauptete, sie enthalte faschistische Einflüsse und beantragte, die Beschlußfassung auf die nächste Vollversammlung zu vertagen. Sein Antrag wurde auf die Initiative von Frankreich und USA zurückgewiesen.

Eine Gruppe von internationalen katholischen Organisationen richtete an den Präsidenten der Generalversammlung ein Memorandum, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Katholiken sich mit allen Kräften für die Verbreitung und Anwendung der Erklärung einsetzen werden. Zugleich wurde das Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Vereinten Nationen auf den Vorschlag Brasiliens und der Niederlande nicht eingegangen sind und den göttlichen Ursprung sowie die ewige Bestimmung des Menschen nicht erwähnen. In seiner gegenwärtigen Form biete dieses wichtige Dokument nur ein blasses Bild des menschlichen Ideals und trage der religiösen Überzeugung des größeren Teiles der Menschheit nicht genügend Rechnung. Bedauerlich sei außerdem, daß ein Artikel der Erklärung einschlußweise das Recht auf Ehescheidung proklamiere. Das Memorandum ist u. a. unterzeichnet von der internationalen Union katholischer Frauenverbände, dem Generalrat der Vinzenzvereine, der Pax Romana, den internationalen Verbänden katholischer Sozialarbeiter und sozialer Hilfsdienste. Schon vorher hatten auch andere Organisationen, wie die christlichen Gewerkschaften, die katholische Friedensbewegung, die katholischen Männervereinigungen und die amerikanische National Catholic Welfare Conference den Standpunkt der Kirche zum Ausdruck gebracht. Es ist erfreulich festzustellen, daß in diesem Falle die Kräfte der katholischen Laienbewegung rechtzeitig und mit ihrem ganzen Einfluß auf eine Angelegenheit von so großer internationaler Bedeutung eingewirkt haben.

Die Präambel der Erklärung der Menschenrechte besagt, daß „die Anerkennung der angeborenen Würde und der unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Menschheitsfamilie Grundlage für die Freiheit, die Gerechtigkeit und den Frieden in der Welt ist."

Über die religiöse Freiheit bestimmt die Erklärung, daß „jedermann das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit hat. Dies Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seinen Glauben zu wechseln, und die Freiheit, entweder allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat, seine Religion oder seinen Glauben kundzutun in Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Beobachtung der Vorschriften."

Die Erklärung bestimmt ferner, daß die Familie als „die natürliche und grundlegende Gruppeneinheit der Gesellschaft mit dem Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat" zu gelten hat. Männer und Frauen haben das Recht, eine Familie zu gründen „ohne irgendeine Beschränkung durch Rasse, Nationalität oder Religion".

Die Eltern haben das Recht, die Art der Erziehung zu bestimmen, die ihren Kindern zuteil werden soll. Hierin wird ein „Prioritätsrecht" für die Eltern festgelegt.

Bezüglich des wirtschaftlichen Existenzrechtes bestimmt die Erklärung: „Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf eine gerechte und angemessene Entlohnung, die ihm selbst und seiner Familie eine menschenwürdige Existenz gewährleistet und nötigenfalls durch Hilfsmittel der Allgemeinheit ergänzt werden muß. Jedermann hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und ihnen anzugehören."

Wenngleich diese Erklärung der Menschenrechte noch weit davon entfernt ist, unmittelbar anwendbares Recht zu sein und dem einzelnen wirksamen Schutz gegen große und kleine Machthaber zu gewähren, die überall in der Welt in immer bedrohlicherem Maß dem Drang nach Totalität verfallen, ist ihre feierliche Annahme durch 48 Völker der Erde dennoch ein Ereignis von großer Bedeutung für die internationale Moral. Wenn alle Persönlichkeiten und Gemeinschaften, die auf die Bildung der öffentlichen Meinung Einfluß haben, die Tatsache und den Inhalt dieser Erklärung unausgesetzt der Öffentlichkeit ins Gedächtnis und den zivilisierten Regierungen ins Gewissen rufen, kann es auf die Dauer nicht ausbleiben, daß ihre Normen zur Würde und zum Ansehen eines allgemeinen Gesetzes der Menschheit gelangen, das von einer einzelnen Regierung nicht ungestraft mißachtet werden kann. Die Erklärung der Menschenrechte sollte deshalb besonders in den Gruppen der Katholischen Aktion aufmerksam studiert und energisch propagiert werden. Hier bietet sich ein Ansatz zu fruchtbarer Einwirkung im Sinne einer Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse aus dem Geist des Naturrechtes.

Zunahme der Ehescheidungen

„Caritas", die Zeitschrift des Schweizer Caritasverbandes (Heft 6, Nov.-Dez. 1948), veröffentlicht die nachfolgende statistische Tabelle, die Auskunft gibt über die Zahl der Ehescheidungen (im Jahresdurchschnitt) auf je eine Million Einwohner in einigen europäischen Ländern und in den USA seit 1880.

Länder	1881/1890	1911/1920	1921/1930	1931/1940	1941/1944
USA	455	1130	1530	1698	2531
Dänemark	112	325	555	830	1177
Österreich	4	406	887	960	981
Schweiz	312	434	587	746	755
Deutschland	124	263	587	729	749
Schweden	50	158	299	467	689
Finnland	24	102	183	369	637
Frankreich	72	274	547	502	469

Die Tabelle zeigt, wie die Ehescheidungen in diesen Jahrzehnten zur Massenerscheinung werden. Besonders auffällig ist die Zunahme in den skandinavischen Ländern und den USA.

Obwohl diese Tabelle schon mehr aussagt, als die absoluten Zahlen, müßte, um sie noch sprechender zu machen, auch noch ihr Verhältnis zur Zahl der bestehenden

Ehen und der Eheschließungen angegeben werden. Wie erhellend solche Vergleichszahlen sind, zeigen die folgenden Angaben:
In der Stadt Zürich sind in den Jahren 1942 bis 1947 8800 Ehen durch den Tod gelöst worden, dagegen 4500 durch gerichtliches Urteil. Ein Drittel der im letzten Halb-Jahrhundert geschiedenen 18 300 Ehen hatten weniger als fünf Jahre gedauert, fast ein weiteres Drittel fünf bis neun Jahre. Die Zahl der Kinder, die durch die Ehescheidung der Eltern betroffen wurden, beträgt seit Beginn dieses Jahrhunderts in der Stadt Zürich 16 000 bis 17 000, in der ganzen Schweiz 120 000.

Bildnis einer französischen Diözese

Wir haben schon einmal in der Herder-Korrespondenz (1. Jhg., 8. H., S. 349/50) über die sehr persönliche Art berichtet, mit der Bischof Jacquin von Moulins, einer Diözese im östlichen Mittelfrankreich, die Schwierigkeiten angreift, die sich in dieser weitgehend entchristlichten Gegend erheben. Im Kirchenblatt der Diözese Moulins ist kürzlich ein Hirtenbrief veröffentlicht worden, den der Bischof an seinen Klerus gerichtet hat, und in dem er mit großer Offenheit die Lage in seiner Diözese schildert. Darin heißt es:
„Vor 40 Jahren war die Diözese Moulins so reich an Priestern, daß sie sich genötigt sah, deren Überschuß an andere, weniger glückliche Diözesen abzugeben. Wie haben sich die Zeiten geändert!
Heute haben wir nicht genug Arbeiter. Die Statistik des französischen Klerus vom 1. Mai 1948 zeigt, daß wir eine der Diözesen Frankreichs sind, die am allerärmsten an Geistlichen ist.
In gewissen Gegenden des bourbonesischen Landes schreitet die Entchristlichung langsam aber unerbittlich fort. Residierende Priester fehlen. Da sie meist nicht im Besitz von Fortbewegungsmitteln sind, haben sie physisch nicht die Möglichkeit, ihr Volk zu besuchen, noch die Kinder, die Gläubigen und die anderen gebührend zu unterrichten.
Daß das Proletariat in den Arbeiterdistrikten oft genug vom Pfarrleben abgeschnitten ist, läßt sich nicht leugnen, und das ist ein Unglück.
Glaubt Ihr nicht, daß es unter diesen Umständen notwendig ist, die ungenügende Tätigkeit der residierenden Geistlichkeit durch die Arbeit einer neuen Geistlichkeit, die der Wanderpriester und Missionare, zu verstärken?
Diese Missionare stelle ich mir wohlgeordnet in Equipes vor, die mit ihrer Ausstrahlungskraft dem Pfarrklerus zu Hilfe kommen und ihn unterstützen. Das braucht nicht immer auf Grund eines regelrechten Hilferufs des Pfarrers zu geschehen, sondern auf Anweisung des Ordinarius, der zwangsläufig auf Grund des Diözesanplans die Gesamtheit der Nöte und ihre Dringlichkeit besser beurteilen kann.
Haben wir nicht sogar versucht, den residierenden Klerus selbst in dieser Art in Tätigkeit, in Bewegung, zu versetzen, indem wir ihn tageweise für besondere Missionen freistellten?
Auch der Bischof ist auf seine Weise für ganze Monate ein Wanderer geworden.
Wanderer sind die Leiter unsrer Werke, die an allen Punkten unsrer weiten Diözese unermüdlich der fesselnden Arbeit der allgemeinen und der spezialisierten Katholischen Aktion nachgehen.
Wanderer unsere Priester in Stadt und Land, die einige Tage ihrem gewöhnlichen Amt entrissen werden, um im Laufe unsrer „Blitz-Missionen" der enterbtesten Bevölkerung, die keine Hirten hat, das Evangelium des Lebens zu bringen.
Wanderer unsre Professoren, die zu gewissen hohen Festen und in der Osterzeit auf Kosten ihrer Ferien Pfarren, in denen die pastorale und persönliche Aktion der Pfarrer nicht mehr genügt, ihre starke Hand leihen.
Wanderer die Prediger unsrer „Tage der Berufung", die oft am Sonntag die Herrlichkeit des Priestertums predigen gehen und die Gläubigen für die Nachwuchsfrage unserer Seminarien interessieren.
Während der letzten Wochen der Fastenzeit 1948 sind mindestens 60 Priester ihrer normalen Arbeit entzogen worden, um eine Woche lang oder noch länger ein Amt auf sich zu nehmen, das oft hart war, das sie aber, wie ich wohl weiß, von ganzem Herzen erfüllt haben.
Die Landmissionare, die hierzu bestimmt werden, sind nicht nur gelegentliche, sondern gewohnheitsmäßige Wanderer.
Selber „ohne Feuer noch Ort", gehen sie bis zu den entlegensten Almen, den Dörfern und Weilern, die von den residierenden Priestern nicht erreicht werden können. Sie folgen methodisch einem Plan, den das bischöfliche Ordinariat in Verbindung mit den regulären Geistlichen ausgearbeitet hat.
Neue Bedürfnisse, neue Methoden!
Inzwischen, geliebte Mitbrüder, studiert mit mir zusammen das brennende Problem der Evangelisation unsrer Diözese. Zögert nie, mir Eure Eindrücke, Eure Ideen mitzuteilen.
Und dann: seien wir alle ohne Hintergedanken davon überzeugt, daß für uns die schöne Zeit nicht die von gestern ist, sondern diejenige, in der wir jetzt nach dem Willen der göttlichen Vorsehung leben.
In der Zerrüttung einer Gesellschaft, die mit ihrer Seele das Bewußtsein von Gott verloren hat, wenden die Gläubigen und auch unsre ungläubigen Brüder ihren Blick auf die Kirche und ihre Priester.
Darum dürfen wir nicht in sogenannten gewonnenen Positionen einschlafen, deren Unsicherheit uns doch nicht entgehen kann.
Wir alle, die Residierenden und die Wandernden, wir wollen ohne Seufzen vorwärts gehen und unsre Anstrengungen brüderlich vereinen."

Evangelium und Predigt

In Clermont hat vor kurzem eine „Woche des Evangeliums" stattgefunden. Der Bischof von Clermont, Msgr. Piguet, hat deren Ergebnisse in einer Reihe von Schlußfolgerungen zusammengefaßt, deren erste die Predigt betrifft. Da die Predigt heute überall ein Problem geworden ist, das nach neuen Lösungen verlangt (die in Wahrheit die uralten sind), geben wir die erste Schlußfolgerung wörtlich wieder:
„Es ist völlig evident, daß die Gläubigen von den Priestern eine ganz vom Evangelium durchtränkte Predigt erwarten. Der Katholik des 20. Jahrhunderts interessiert sich offenbar nicht für eine Predigt, die ihn mit den persönlichen Ansichten des Redners bekannt macht und mehr oder weniger einem profanen Vortrag gleicht, selbst wenn sie mit Wissenschaft und Kunst aufgebaut und dargeboten wird; der Gläubige empfindet ein unabweisbares Verlangen, das Wort Gottes zu vernehmen. Er

will in der kirchlichen Predigt ein Zeugnis über die Person, die Gedanken, das Leben, die Sendung und die Einrichtungen Christi hören. Er verlangt eine Lehrunterweisung in der Art des Evangeliums, d. h. der Reden Christi, der ersten Unterweisungen der Apostel, der authentischsten und fruchtbarsten Überlieferung der Kirchenväter und des wahren missionarisch und pastoralen Geistes, von dem alle Generationen hervorragende und fruchtbare Beispiele gesehen haben.

Jeder von der Kanzel der Wahrheit behandelte Gegenstand ohne wirklichen und einleuchtenden Zusammenhang mit der christlichen Unterweisung erscheint für die Zuhörer überflüssig und selbst deplaciert und peinlich.

Diese Suche nach dem Übernatürlichen, dieser Geschmack am Evangelium bildet einen ebenso günstigen Geisteszustand für die Wahl des Gegenstandes, den der Prediger behandeln soll, wie für das Interesse und die echte Aufnahme von seiten der Hörerschaft dar."

Der erzieherische Einfluß der Schule

Im „Catholic Herald" (31. 12. 48) erzählt P. Bernard Basset SJ: „Die Kinder einer katholischen Schule wurden aufgefordert, die wesentlichen Bestandteile einer Weihnachtskarte niederzuschreiben. Sie wählten folgende: Schnee, Glocken, Sterne, Stechpalme, Weihnachtsbaum, Mistelzweig, Spielzeug, Weihnachtsmann, Kutschen, altmodische Frauen und endlich — eine Krippe."

Parteipolitische Betätigung der Katholiken

Auf einer großen Versammlung der Vereinigung katholischer Eltern und Wähler in Brighton forderte Kardinal Griffin seine Zuhörer auf, sich nicht mit der Ausübung des Wahlrechtes zu begnügen, sondern durch Eintritt in die verschiedenen Parteien der englischen Demokratie einen wirklichen Einfluß auf die Politik zu nehmen. Nur als Parteimitglieder könnten sie auf die Gesetze des Landes und der Gemeinden im Stadium ihrer Entstehung einwirken. Die Verpflichtung, sich um das öffentliche Leben zu kümmern, beschränke sich nicht nur auf den Wahlakt. „Wenn die Wahlen vorüber sind, habt ihr die Pflicht, darüber zu wachen, was in eurem Namen getan wird, und eure Meinung den Leuten, die euch vertreten, bekannt zu machen. ... Es ist zu spät, zu protestieren, wenn die Gesetze einmal da sind." In den Parteien hätten die Katholiken darauf zu achten, daß die Haltung ihrer Partei in jeder einzelnen konkreten Angelegenheit vor dem Gewissen verantwortet werden könne. Nie dürften sie ihrer Partei eine Generalvollmacht erteilen. Als besonders wichtig bezeichnete der Kardinal die Beteiligung der Katholiken an der Gemeindepolitik. Es sei schade, daß auch die Gemeindeangelegenheiten nach parteipolitischen Gesichtspunkten behandelt würden. Da es nun aber einmal so sei, müsse man sich als Mitglied den Parteien anschließen.

In diesem Zusammenhang ist auch die folgende von Kardinal Griffin herausgegebene Erklärung von Bedeutung:

„Die Katholische Union von Großbritannien hat auf Ansuchen des Episkopates die besondere Wahrnehmung solcher Angelegenheiten übernommen, bei denen die katholischen Interessen eine eigene Vertretung vor Regierungsstellen oder eine parlamentarische Aktion erfordern.

Tempo und Umfang der modernen Gesetzgebung, besonders auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrt, sind derartig, daß eine Bestimmung, die katholischen Interessen oder Einrichtungen Eintrag tut, mit Leichtigkeit durchschlüpfen kann, ohne bemerkt zu werden und ohne daß selbst ihre Urheber sich einer solchen Tragweite bewußt werden. Deshalb ist es wichtig, daß solche Angelegenheiten aufmerksam verfolgt werden und frühzeitig zur Kenntnis des Episkopates gelangen.

Nicht weniger bedeutsam ist die Koordination des Handelns zur Wahrnehmung der katholischen Interessen und die Vermeidung aller Überschneidungen und Doppelarbeit.

Um diese Koordination zu gewährleisten, hofft der Episkopat, daß jede katholische Vereinigung oder Einrichtung, die ihre Interessen durch einen Gesetzesvorschlag oder eine Regierungsmaßnahme berührt sieht, dem Sekretär der Katholischen Union, Farrar's Buildings, Temple, London EC 4, Mitteilung macht".

Präsident der katholischen Union ist der Herzog von Norfolk, das prominenteste katholische Mitglied des englischen Hochadels.

Konfessionelle Zusammenarbeit in der Krise

Während des Krieges begründete Kardinal Hinsley, der Erzbischof von Westminster, die Bewegung „Sword of the Spirit", in der Absicht, katholische und nicht-katholische Christen in einer einzigen Organisation zu gemeinsamer Aktion im öffentlichen Leben zusammenzuschließen. Das Ziel dieser Aktion war und ist die Propaganda und der Kampf für die Geltung der ethischen Werte des Christentums in der Gesellschaft. Der Aufruf des Kardinals fand damals ein unerwartet großes Echo in der Öffentlichkeit aller Konfessionen. Bei der ersten Kundgebung war einer der größten Säle Londons trotz der Fliegergefahr überfüllt.

Kardinal Hinsley hatte seiner Vereinigung bewußt einen interkonfessionellen Charakter gegeben. Dies entsprach nicht nur der Situation des Krieges, der sich dem Engländer als Bedrohung der gemeinsamen christlichen Zivilisation darstellte, sondern kam auch dem Wunsche der beiden letzten Päpste entgegen, die mehrfach zur Zusammenarbeit aller gutgesinnten Menschen im Kampf für die Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit unter den Völkern aufgerufen hatten. Im Laufe der Zeit stellte sich aber heraus, daß Kardinal Hinsley einen Schritt getan hatte, der vielleicht allzu kühn über gewisse Traditionen und Vorurteile mancher Kreise des englischen Katholizismus hinwegging. Auch auf anglikanischer Seite tauchten Bedenken gegen eine allzu enge Gemeinschaft auf, die schließlich dazu führten, der Bewegung des Kardinals Hinsley eine anglikanische Schwestervereinigung an die Seite zu stellen, die den Namen „Religion und Leben" annahm. „Sword of the Spirit" nahm hinfort Nichtkatholiken nur noch als Mitglieder ohne Stimmrecht auf. Naturgemäß änderten sich dadurch mit der Zeit zwar nicht die Ziele der Bewegung, aber doch ihre konkreten Unternehmungen. An die Stelle der interkonfessionellen Arbeit in Politik und Gesellschaft trat mehr und mehr die soziale und sozial-ethische Schulungstätigkeit innerhalb katholischer Kreise sowie die öffentliche katholische Stellungnahme zu wichtigen nationalen oder internationalen Problemen. So hat „Sword of the Spirit" z. B. die Entstehung der Erklärung der Menschenrechte in leben-

diger Mitarbeit begleitet, und noch im letzten Jahre trat die Bewegung durch ihre Teilnahme an der großen internationalen Albert-Hall-Kundgebung für die Vereinigung Europas hervor.

Die jüngst abgehaltene Generalversammlung zeigte aber deutlich, daß die Bewegung in eine Existenzkrise geraten ist. Im engeren Raum des englischen Katholizismus überschneiden sich auf sozialem Gebiet die Tätigkeiten verschiedener Organisationen. Und das, was „Sword of the Spirit" an Eigenem und Eigentlichem besaß: die Idee der interkonfessionellen Verständigung und Zusammenarbeit für die politischen Grundsätze des Christentums, begegnet wachsendem Mißtrauen, das besonders vom Klerus genährt wird. „Ich glaube", sagte P. Murray SJ auf der Generalversammlung, „daß die allgemeine Atmosphäre bei den meisten Mitgliedern der katholischen Hierarchie Englands der Zusammenarbeit von „Sword of the Spirit" mit nichtkatholischen Organisationen viel weniger günstig ist als in der Zeit von Kardinal Hinsley."

Die englische Wochenzeitung „Universe" (26. 11. 48) sucht dies Mißtrauen damit zu erklären, daß man in der Zusammenarbeit ein wenig zu schnell und zu weit gegangen sei. Viele Leute seien z. B. dadurch vor den Kopf gestoßen worden, daß Katholiken und Nichtkatholiken auf den Zusammenkünften gemeinsam gebetet hätten. Außerdem sei man auch bei den sozialen Diskussionen oft auf theologisch-philosophische Gegensätze gestoßen, welche die Möglichkeit einer vollkommenen Einigung über konkrete politische Ziele infrage stellten oder ausschlossen. Trotzdem kommt die Zeitung zu dem Ergebnis, „Sword of the Spirit" sollte durchaus gehalten werden. Dazu bedarf es im Augenblick vor allem einer Steigerung der Mitgliederzahl die z. Z. nur 2250 beträgt. Die Idee der Bewegung ist heute nicht weniger gut und dringend als vor acht Jahren. Mit nicht geringerem Recht als damals beruft sie sich auf einen Herzenswunsch des Papstes, und auch heute noch ist der britische Kardinal ihr Protektor. Wenn auch verständlicherweise hie und da ein Mißgriff in der Form der interkonfessionellen Arbeit unterlaufen sein mag, darf man doch unter keinen Umständen diese selbst preisgeben in einem Augenblick, wo nur die Vereinigung aller gläubigen Menschen den Ansturm des Atheismus und Säkularismus aufhalten kann.

Die Krise von „Sword of the Spirit" zeigt erneut, daß es notwendig ist, sich über die rechte Form interkonfessionellen christlichen Zusammenwirkens im öffentlichen Leben klar zu werden. Wie man einerseits jeden Anschein von Indifferentismus vermeiden muß, gilt es andrerseits, die gemeinsame Kraft der Christen nicht durch Absonderung zu schwächen oder gar in borniertem Stolz in eine katholische „splendid isolation" zu gehen, ein Ghetto, das niemandem willlkommener sein würde als den Gegnern des Christentums.

Die soziale Schichtung an den katholischen Privatschulen Wiens

Die Wiener katholische Wochenschrift „Die Furche" hat über die soziale Schichtung an den katholischen Privatschulen Wiens eine Erhebung durchgeführt, um zu ermitteln, ob der alte Vorwurf, die katholischen Privatschulen seien Standesschulen bürgerlicher Kreise, irgendeine Berechtigung habe. Untersucht wurden 65 Schulen mit 10 900 Schülern. Die verschiedenartige soziale Schichtung wurde in vier Gruppen zusammengefaßt: 1) Arbeiter und kleine Angestellte, 2) Kleingewerbe und kleine Kaufleute, 3) Bauern und bürgerlicher Mittelstand, 4) sehr gut situierte Kreise. Dabei ergab sich, daß sich die 10 900 Schüler folgendermaßen auf die vier Gruppen verteilen: 43%, 26,5%, 26,1%, 4,4%. Bei den 6526 Volksschülern sind die entsprechenden Zahlen 46%, 26%, 24%, 4%. Bei den 2028 Hauptschülern 43%, 29%, 25%, 3%, bei den 885 Schülern von Realgymnasien 40%, 26%, 28%, 6%, bei den 278 Schülern von Gymnasien 16%, 13%, 55%, 16%; und bei den 479 Schülern der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten 38%, 28%, 31%, 3%. Der Anteil der Gruppe 3 und 4 ist somit nur bei den Gymnasien höher als der der Gruppen 1 und 2, während bei den übrigen Schulen rund zwei Drittel der Schüler aus den Gruppen 1 und 2 stammen.

Gespräche um Sozialismus und Kirche

Univ.-Prof. Michael Pfliegler veröffentlichte in der „Furche" vom 4. September 1948 einen Artikel „Sozialismus und Kirche", in welchem er auf die in Westeuropa sich vollziehende Annäherung von Katholiken und Sozialisten hinweist und die Frage stellt, ob auch in Österreich ähnliche Anzeichen vorliegen. Auf seiten der Kirche könne die Distanzierung von aller Parteipolitik und der Verzicht auf die Bildung eigener christlicher Gewerkschaften genannt werden, auf seiten der sozialistischen Partei das Aufgeben der aggressiven Religionsfeindlichkeit, einige Artikel in den sozialistischen Zeitschriften „Zukunft" und „Strom", die auf einen Abbau des alten Feindverhältnisses drängen (doch damit auf Widerspruch innerhalb der Partei stießen), und die Wandlung bei den sozialistisch geführten Volksbildungsheimen, die früher das Tätigkeitsfeld ausgesprochener Freidenker waren, jetzt aber Fachleute aller Richtungen zu Vorträgen einladen. Abschließend erklärt Prof. Pfliegler, daß die Berichtigung des Irrtums, Christentum und Befreiung der Arbeiterschaft seien Gegensätze, aus innerer Logik unaufhaltsam weitergehe und zu einer „soziologischen Läuterung von Vorurteilen auf beiden Seiten" führen wird.

Auf diese Ausführungen antwortete am 23. September ein mit a. p. gezeichneter Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung": „Sozialismus und Kirche". Darin wird zunächst hervorgehoben, daß unter der Verfolgung des Nationalsozialismus und der Not der Kriegs- und Nachkriegszeit Christen und Sozialisten einander nähergekommen sind und daß die Kirche nach 1945 strenge politische Neutralität wahrt. Deshalb habe die Sozialistische Partei nach 1945 keinen Anlaß gefunden, sich gegen die Kirche zu wenden. „Aber niemals", so behauptet der Verfasser des Leitartikels, „hat ja auch früher die Sozialdemokratie die katholische Kirche als Religionsgemeinschaft bekämpft. Doch jahrzehntelang fand sie in der ersten Reihe der gegen sie gerichteten Front katholische Priester, in den Pfarrhöfen Sekretariate der gegnerischen Parteien und auf den Kanzeln Agitatoren gegen den Sozialismus. Das vor allem war die Ursache des Gegensatzes zwischen Kirche und Sozialismus und nicht der ‚religionsfeindliche Marxismus'." Die Forderung Pflieglers, der Sozialismus möge den Irrtum der materialistischen Geschichtsauffassung aufgeben, lehnt der Verfasser aus einem zweifachen Grunde ab: weil man nicht verlangen könne, „daß der moderne Sozialismus seine theoretischen Grundlagen aufgebe" und weil „sein Verhältnis zur

Religion und zur Kirche nicht von seiner marxistischen Geschichtsauffassung abhängt". „Wir glauben, daß es genügt, wenn die Kirche in politischen Fragen neutral bleibt und die Sozialistische Partei in religiösen, um dem alten, schädlichen Kampf ein Ende zu bereiten. Sozialismus und Kirche brauchen keine Gegner zu sein — aber die Entscheidung liegt bei der Kirche." Soweit die Thesen der „Arbeiter-Zeitung".

Gegenüber diesen Behauptungen verweist Prof. Pfliegler in seiner Erwiderung („Furche" vom 9. Oktober) auf die Tatsache, daß Marx und Engels und deren Nachfolger bewußte Atheisten waren und damit auch die Haltung der marxistischen Parteien zur Religion bestimmten. Bevor noch die Kirche zur Arbeiterbewegung Stellung nahm, war bereits die Feindschaft der Arbeiterbewegung zu jeder Religion, nicht nur zur Kirche, festgelegt. „Der Widerstand der Kirche wandte sich nicht gegen die Rechte der Arbeiter, sondern gegen den Atheismus, der vom Marxismus in einem propagiert wurde. Die Kirche war dabei durchaus in der Defensive. Es hätte ganz anders kommen können: genau vor hundert Jahren im gleichen Jahre, da das Kommunistische Manifest erschien, begann Wilhelm Emanuel Ketteler seinen Kampf um die Rechte der Arbeiter im Namen Christi nicht weniger ernst und radikal. Sein Auftreten brachte ihn wiederholt an die Seite Ferdinand Lasalles. Aber auf die Dauer war eine Kampfgemeinschaft mit einem Atheisten untunlich." „Dieser Sozialismus", so setzt Prof. Pfliegler fort, „hat im letzten Jahrhundert Millionen von Arbeitern um ihr Verhältnis zu Gott gebracht. Das hat er gutzumachen! Mindestens möge er endlich aufhören, Ursache und Wirkung zu verwechseln." Die durch zwei Menschenalter betriebene Hetze gegen die Kirche müsse endlich als ein Unrecht an den arbeitenden Menschen erkannt werden, welche Erkenntnis wesentlich zur Bereinigung der Spannung zwischen Sozialisten und Kirche beitragen wird. Somit liegt die Entscheidung, ob Sozialismus und Kirche Gegner sind oder nicht, beim Sozialismus.

Die Erwiderung der „Arbeiter-Zeitung" (16. Oktober 1948) wiederholt die These, daß nicht der Atheismus von Marx und Engels, sondern die Stellung der Kirche auf seiten der Herrschenden für die Feindschaft des Sozialismus zur Kirche verantwortlich zu machen ist. Eine weitere Ursache sei die allgemeine technische und wissenschaftliche Entwicklung der modernen Zeit, die zur Auflehnung gegen die überkommenen geistigen Bindungen geführt habe. Doch soll das Gespräch über Sozialismus und Kirche fruchtbringend weitergeführt werden, möge man es aufgeben, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen. „Begnügen wir uns doch damit, daß das gemeinsame Erlebnis von Faschismus und Krieg auf beiden Seiten einen Wandel eingeleitet hat. Daß sich Kirche und Sozialismus seit 1945 nicht mehr als Gegner gegenüberstehen. Der Sozialismus verfolgt irdische Ziele; er kann also mit der Religion nicht in Konflikt geraten, solange die Kirche nicht kämpfend in irdische Ziele, in die Politik eingreift ... Der Sozialismus wird die Kirche nicht angreifen, wenn sie ihn nicht bekämpft. Es liegt an ihr."

Dieser Diskussion fügte Prof. Pfliegler im „Offenen Wort" vom 15. November ein Schlußwort hinzu, um das Ergebnis des Gespräches und die offenen Fragen festzustellen. Er gesteht dem Sprecher der „Arbeiter-Zeitung" zu, daß die Haltung so mancher Priester, „die sich auf seiten der damals ‚Herrschenden' wohler fühlten", mitbeteiligt war an der Feindschaft der Arbeiterbewegung zur Kirche, ebenso daß der Geist des technischen Fortschrittes mit eine Ursache war. Doch zugleich weist er mit allem Nachdruck auf die religionsfeindliche Tätigkeit der sozialistischen Presse und Volksaufklärung als die eigentliche Ursache des Abfalles hin. Und was die Gegenwart betrifft, so sieht Prof. Pfliegler keine Lösung in den Schlußworten der „Arbeiter-Zeitung", daß der Sozialismus, da er irdische Ziele verfolgt, nicht mit der Religion in Konflikt geraten kann. Denn die entscheidende Frage ist, „ob unter den ‚irdischen Zielen' die gesellschaftliche und wirtschaftliche Sicherstellung des Arbeiters oder ein weltanschauliches Programm gemeint ist, das sich von vornherein als ‚fortschrittlich' vorstellt. Im ersten Fall wird es, dafür können wir gutstehen, keinen Zusammenstoß geben; im anderen Fall werden die alten Gegenfronten, vielleicht gemildert, wieder da sein."

Aus Ost- und Südosteuropa

Die kommunistische Durchdringung der Slowakei

Wie aus Preßburg gemeldet wird, hat vor kurzem eine neue Phase der kommunistischen Durchdringung in der Slowakei eingesetzt. Die Hochschulprofessoren haben die Weisung erhalten, ihre Fächer im marxistich-leninistischen Geist vorzutragen. Das Römische Recht und das Kirchenrecht sind aus dem Studienplan der Juristen verschwunden, auf der philosophischen Fakultät ist eine Lehrkanzel für Philosophie des Marxismus errichtet worden. Mit diesen organisatorischen Maßnahmen verbindet sich schwerster persönlicher Druck auf die katholischen Studenten. So wurden die Studenten eines verstaatlichten Hochschülerheimes einzeln zur neuen Direktion gerufen und vor die Entscheidung gestellt, ob sie als Katholiken oder als Marxisten tätig sein wollen. Auch eine „freiwillige" Sonntagsarbeit wurde nach russischem und jugoslawischem Vorbild eingerichtet und der Beginn so früh angesetzt, daß der Messebesuch unmöglich war. Von den katholischen Zeitungen und Zentschriften besteht nur mehr ein einziges Wochenblatt, die „Katolicke Noviny", und diese nur in beschränkter Auflage und behindert durch häufige Konfiskationen. Hirtenbriefe des Episkopates und päpstliche Enzykliken dürfen nur mit besonderer Erlaubnis, die praktisch nicht gegeben wird, abgedruckt werden. Andererseits hat der Staat die finanzielle Erhaltung der Kirchen übernommen und große Summen zur Wiederherstellung kriegsbeschädigter Kirchen zur Verfügung gestellt, was die Gegenleistung für die völlige Unterordnung der Kirche unter den Willen des Staates sein soll.

Was das religiöse Leben betrifft, so hat der Druck des Staates eine Intensivierung bewirkt. Messebesuch und Sakramentenempfang weisen wesentlich höhere Zahlen auf als in früheren Jahren. Viele laue Katholiken sehen sich vor die Entscheidung gestellt und nehmen ihren Glauben ernst, beonders viele unter der studentischen Jugend.

Auflösung der griechisch-unierten Kirche in Rumänien

In Heft 4, 3. Jhg., S. 169 f, hat die Herder-Korrespondenz über die Machenschaften der Regierung und der orthodoxen Kirche in Rumänien berichtet, durch welche die unierten Katholiken dieses Landes gezwungen wurden, sich von Rom zu trennen und

mit der Orthodoxie zu vereinigen. Daraufhin hat die Regierung durch ein Dekret vom 2. Dezember nun die unierte Kirche für abgeschafft erklärt und ihr Eigentum beschlagnahmt. Die Gebäude, Liegenschaften und das bewegliche Vermögen geht in das Eigentum des Staates über, der einiges davon der orthodoxen Kirche überlassen hat. Die unierten Bischöfe befinden sich nach wie vor in Haft. Die Regierung beruft sich in ihrem Dekret darauf, daß die unierte Kirche durch ihre eigene Entscheidung in den Schoß der Orthodoxie zurückgekehrt sei und so von selbst zu bestehen aufgehört habe. Abgesehen davon, daß nur ein Bruchteil von Klerus und Volk unter äußerstem Zwang diese Entscheidung getroffen hat, wird niemand sich einreden lassen, die Existenz einer Kirche von mehrhundertjähriger Tradition könne durch einen Federstrich einer Staatsregierung ausgelöscht werden. Wie groß immer die Zahl derer sein mag, die sich im Laufe der Zeit durch Drohungen oder Versprechungen zum Abfall bewegen lassen, das religiöse Leben wird weitergehen, und die Zahl der Kirchen im Untergrunde von Osteuropa wird um eine vermehrt werden.

Religiöses Leben in der Westukraine

Die 1946 erfolgte Eingliederung der unierten Kirche Westgaliziens und der Karpato-Ukraine in die Russisch-orthodoxe Kirche und die zugleich einsetzende atheistische Propaganda in Presse und Schule hat die Gesinnung des Volkes nicht umzuwandeln vermocht. Wie die „Correspondentia Catholica Ukrainensis" vom 1. November meldet, verzeichneten die traditionellen Wallfahrten in der Karpato-Ukraine — wo allein sie noch geduldet werden — in diesem Jahr dreimal soviel Teilnehmer als in früheren Jahren. Diese Glaubenskundgebungen sind zugleich Bekenntnisse des treuen Festhaltens an der Union mit Rom. Es wird sogar berichtet, daß die Gläubigen durch ihr geschlossenes Auftreten — und weil die Sowjets in diesem neu angegliederten Gebiet vor der äußersten Gewaltanwendung zurückscheuen — einige Kirchen, die bereits der Staatskirche übergeben waren, zurückerhielten. Die Gottesdienste und der gleichfalls in den Kirchen abgehaltene Religionsunterricht für die Jugend sind sehr gut besucht.

Ähnliches wird von den ukrainischen Gemeinden berichtet, die im Staatsverband der CSR verblieben sind. Die Weihe wiederhergestellter Kirchen wird unter Beteiligung von Tausenden von Pilgern begangen. So zählte man bei der großen Wallfahrt in Lutin an einem einzigen Tag mehrere zehntausend Teilnehmer und 45 000 Kommunionen.

Wesentlich schärfer ist das Regime in Ostgalizien. Nach Wegnahme sämtlicher Kirchen und der Verhaftung eines Großteils des Klerus kann die griechisch-katholische Kirche nur mehr in der Illegalität weiterbestehen. Der Gottesdienst kann nur im geheimen, in Kellern oder Scheunen oder abgelegenen Waldtälern abgehalten werden. Nach einer Meldung des vatikanischen Rundfunks sind von den 500 Basilianermönchen nur noch 62 verblieben. Uber die sieben eingekerkerten Bischöfe ist nur bekannt geworden, daß Bischof Josaphat Kosylowskyi gestorben und Erzbischof Dr. Josef Slipyi nach Sibirien verschleppt worden ist. Uber die anderen Bischöfe besteht völlige Ungewißheit, doch kann mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß sie nicht mehr am Leben sind.

Katakombenkirche in Sibirien

Nach Informationen, die durch litauische Quellen in den Vereinigten Staaten an die Öffentlichkeit gelangen, lebt heute im Untergrund Sibiriens eine Kirche von 1 Million Gläubigen. Laien und Priester sind über die Wälder, Steppen, Fabriken und Bergwerke zwischen Ural und Pazifik verstreut. Vergleichende Schätzungen auf Grund der verschiedensten Berichte, die in USA gesammelt wurden, geben die Zahl der Verschleppten mit 200 000 Polen, 100 000 Litauern und 70 000 Letten an. Dazu kommen die verbannten Ukrainer und die Angehörigen der Mittelmächte, Soldaten und Zivilisten.

Nach außen hin gibt es kein Zeichen christlichen Lebens. Mitunter haben Sowjetwachen Leute niedergeschossen, nur weil sie das Kreuzzeichen machten. Aber die Kirche lebt trotzdem. Während die Posten draußen vor dem Lager mit Maschinenpistolen auf- und abwandern, holen die Insassen Heiligenbilder aus dem Versteck hervor und versammeln sich zum gemeinsamen Gebet. Die Kinder in den Zwangslagern werden im Atheismus geschult. Aber heimlich machen sie das Kreuzzeichen und beten.

Die Gesamtzahl der in russischen Konzentrationslagern versklavten Menschen fremder Nationalität beträgt nach den Unterlagen der genannten Informationsquelle mehr als 2 Millionen.

Aus Nord- und Südamerika

Verfassungsstreit wegen religiöser Erziehung in USA

Die Bischöfe der Vereinigten Staaten haben jüngst einen neuen Hirtenbrief über den Säkularismus herausgegeben, den die Herder-Korrespondenz an anderer Stelle dieses Heftes (S. 210) veröffentlicht. Unter Säkularismus versteht man die Tendenz, jeden Einfluß der Religion auf das öffentliche Leben zu verhindern. In USA bestand von jeher Trennung zwischen Staat und Kirche. Das hat aber nicht gehindert, daß die Staatsgewalt wie auch die öffentliche Meinung der Religion und der Kirche im allgemeinen wohlwollend gegenüberstanden, und daß die religiöse Toleranz, ja sogar eine gewisse allgemein gehaltene Religiosität zur amerikanichen Mentalität gehören. In neuerer Zeit ist aber auch in Amerika der praktische Atheismus in der Form des Säkularismus aktiver geworden, so daß die Bischöfe schon wiederholt vor dieser Gefahr warnen mußten. In diesem Hirtenbrief sprechen sie von ihr als „der Bedrohung der religiösen Grundlagen unseres nationalen Lebens, die der Staatsallmacht den Weg bereitet." Veranlassung zum Ausdruck dieser Befürchtung ist, wie die Bischöfe selber sagen, ein Aufsehen erregendes Urteil des Obersten Gerichtshofes, das in einem Präzedenzfall den Religionsunterricht in öffentlichen Schulen für verfassungswidrig erklärt hat, weil es durch die Verfassung verboten ist, daß der Staat irgendeiner Religion seine Unterstützung leiht. Der „Fall McCollum" ist wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung für das Verhältnis zwischen dem modernen religiös neutralen Staat und den religiösen Rechten seiner Bürger weithin bekannt geworden.

Religionsunterricht in amerikanischen Schulen

Die öffentlichen Schulen in USA waren in neuerer Zeit ohne jeden Religionsunterricht. Die öffentliche Erziehung sah im Sinne der religiösen Neutralität des Staates ganz

und gar von religiöser Beeinflussung ab. Hierin ist eine Ursache für die starke Entwicklung des kirchlichen Privatschulwesens zu suchen. Aber bald nach der Jahrhundertwende setzte langsam eine Bewegung ein, die der Religion auch im öffentlichen Schulwesen Raum zu geben bestrebt war, weil man das Empfinden hatte, daß eine völlig religionslose Erziehung weder mit den bürgerlichen Auffassungen der amerikanischen Öffentlichkeit noch mit den sozialen und politischen Belangen im Einklang stand. Niemand wünschte, an dem Verfassungsgrundsatz bezüglich der religiösen Neutralität des Staates etwas zu ändern. Man suchte einen Weg zu finden, auf dem eine offensichtlich unpraktische und ungeschichtliche Anwendung dieses Grundsatzes vermieden werden konnte. Man fand diesen Ausweg in dem sogenannten „Released-Time-Program". Die Schulen stellten den verschiedenen Religionsgemeinschaften wöchentlich eine Stunde zur Verfügung, in der sie außerhalb, mancherorts auch innerhalb der Schule Religionsunterricht erteilen konnten, während diejenigen Schüler, die daran nicht teilnahmen, in dieser Zeit durch die Lehrer anderweitig beschäftigt wurden. Da die Gestaltung des Schulwesens in USA nicht Sache des Bundes ist, entwickelte sich dieses System von Staat zu Staat, ja sogar von Ort zu Ort verschieden. In einigen Gegenden war sogar eine für alle Schüler gemeinsame Bibellesung und ein Unterricht über die zehn Gebote eingeführt worden. Alle diese Einrichtungen haben sich seit 1914, in den letzten Jahren aber in immer größerem Umfang entwickelt. Im Jahre 1947 nahmen z. B. in Boston 75% der Schüler und in New-York 29% am Religionsunterricht der verschiedenen Konfessionen teil.

Nachdem nun schon wiederholt vor einzelnen Gerichtshöfen um das „Released-Time-Program" gestritten worden war, hat jetzt eine kämpferische Atheistin, Mrs. Mc. Collum, mit der Behauptung, ihr 12jähriger Sohn Jimmy werde durch diese Einrichtung benachteiligt, das genannte Urteil des Obersten Gerichtshofes erfochten. Dieses Urteil verwirft den Religionsunterricht zwar nur, soweit er den Schulunterricht beeinträchtigt, bzw. soweit öffentliche Schulräume in Anspruch genommen werden. Aber einige Staaten haben bereits weitere Konsequenzen daraus gezogen und das „Released-Time-Program" generell abgeschafft.

Das McCollum-Urteil

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes stützt sich auf den ersten und vierzehnten Zusatz zur amerikanischen Verfassung. Das „First Amendement" vom Jahre 1791 bestimmt: „Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, das eine Religion errichtet oder die freie Ausübung einer Religion verbietet." Im „Fourteenth Amendement" von 1868 heißt es: „Kein Staat darf ein Gesetz erlassen oder durchsetzen, das die Privilegien oder Freiheiten der Bürger der Vereinigten Staaten abschaffen würde; noch soll ein Staat irgendjemanden seines Lebens, seiner Freiheit oder seines Eigentums berauben ohne rechtliches Verfahren". Der erste Zusatz beschränkt also die gesetzgebende Gewalt des Bundes, der vierzehnte diejenige der Einzelstaaten. Der Oberste Gerichtsfall hat nun im Fall Mc.Collum diese Beschränkung dahin erweitert, daß auch eine örtliche Schulbehörde nicht berechtigt sei, durch Mitwirkung am Religionsunterricht eine Religion zu fördern. Um diese Interpretation zu rechtfertigen griff man zurück auf einen bildlichen Ausdruck von Jefferson, der von einem „Trennungswall zwischen Kirche und Staat" spricht, der hoch und undurchdringlich gehalten werden müsse. Abgesehen davon, daß es unzulässig erscheint, eine klare Gesetzesbestimmung durch eine Metapher zu interpretieren, heben die Bischöfe hervor, daß zweifellos der wahre Sinn dieser Worte und die wirkliche Meinung der Väter der amerikanischen Verfassung falsch gedeutet wurde. Man benutzte ihre Ausdrucksweise, um seine eigenen modrnen Vorstellungen und Absichten durch ihre Autorität zu decken.

Das Urteil des Obersten Gerichtshofes hat die öffentliche Meinung in Amerika ungewöhnlich stark erregt. Ihre Stellungnahme schwankt zwischen begeisterter Zustimmung und radikaler Ablehnung. In der Zeitschrift „America" (25. 9. 48) stellt Robert C. Hartnett SJ über die Problematik des Urteils eine Betrachtung an. Die Welt steht, wie er sagt, gegenwärtig in der Entscheidung zwischen den Prinzipien des totalitären Materialismus und einer Demokratie, die auf geistigen Werten ruht. Amerika ist der Repräsentant eben dieser Werte. Sie sind sicherlich in der Religion am festesten verankert. Wenn der Staat sie nun desavouiert, untergräbt er seine eigenen Fundamente. Als in der amerikanischen Verfassung die religiöse Neutralität des Staates proklamiert wurde, beabsichtigte der Gesetzgeber nur soviel, daß in Amerika keine Konfession vor einer anderen bevorzugt und zur Staatsreligion erhoben werden sollte. Keineswegs wollte man einen „gottlosen" Staat ins Leben rufen. Das Urteil des Obersten Gerichtshofes sei deshalb ein typischer Fall von Prinzipienreiterei. Wenn es zuende gedacht würde, müßte auch die Heeresseelsorge abgeschafft, die Nennung des Namens Gottes in den Schulen verboten und die übliche Jahresproklamation des Präsidenten am „Thanksgiving-Day" unterlassen werden. All das stellt ja eine Unterstützung der Religion dar.

In den Kreisen derer, die das Urteil begrüßen, stehen z. B. der amerikanische Lehrerverband, die Adventisten, die America Ablucee Union, die Vereinigung für Trennung von Kirche und Staat, die betont antikatholische Southern Convention der Baptisten, das liberale Judentum und selbstverständlich die Freidenker. In ihrer Stellungnahme zeigt sich deutlich die Absicht, aus dem Fall ein Kampfmittel gegen den wachsenden Einfluß der Katholischen Kirche zu gewinnen.

Die Katholiken, die maßgebenden Kreise der protestantischen Kirchen, die orthodoxen Juden, unterstützt durch führende Persönlichkeiten der ersten Universitäten des Landes, bedauern die Entscheidung, weil sie nicht daran zweifeln, daß sie weitreichende Konsequenzen haben kann. Der Präsident der Freidenkergesellschaft von Amerika, Josef Levis, hat bereits einen Prozeß eingeleitet, um die begrenzte Entscheidung des Obersten Gerichtshofes zu erweitern. Deshalb ist es an der Zeit, daß der amerikanische Episkopat namens der Katholiken einer Entwicklung zuvorkommt, die unter Aufrechterhaltung eines formalen Prinzips tatsächlich eine ganz bestimmte weltanschauliche Entwicklung fördern und religiöse Grundrechte des einzelnen Bürgers unterdrücken könnte. Mit jenem Respekt, der in Amerika den Entscheidungen des Obersten Bundesgerichtes allgemein entgegengebracht wird, greifen die Bischöfe dadurch in die verfassungsmäßige Entwicklung des Landes ein in der entscheidenden Frage, ob im freiesten Lande der Welt im 20. Jahrhundert die Idee einer christlichen Zivilisation noch geduldet werden kann.

Auf dem Wege zur Sozialreform

Seit 1947 gibt es in USA eine Arbeitsgemeinschaft industrieller Unternehmungen, die ihren Arbeitnehmern Gewinnbeteiligung gewähren (Council of Profit Sharing Industries). Wer die Vereinigten Staaten als den klassischen Schauplatz des wirtschaftlichen Machtkampfes zu betrachten gewohnt ist, wird sich fragen, wie diese Tatsache in das gewohnte Vorstellungsbild hineinpasse. Handelt es sich um eine kleine Gruppe idealistischer Außenseiter? Hat man in der Gewinnbeteiligung einen neuen Geschäftstrick gefunden? Oder haben doch schließlich im Lande des „big business" jene Stimmen ein Echo gefunden, die vor allem aus dem christlichen und besonders dem katholischen Lager unaufhörlich zur Überwindung der Klassengegensätze und des Machtprinzips im Wirtschaftsleben aufrufen?

Tatsächlich beseelt der Wille zu einer echten sozialen Erneuerung die geistigen Führer der Bewegung. Das kommt zum Ausdruck in einem Wort des Sekretärs des Council, Prof. Robert Hartmann, der auf der Jahrestagung in Chikago im November 1948 den Sinn der Gewinnbeteiligung formulierte, indem er Albert Gallatin zitierte. Gallatin hat, während er unter Jefferson das amerikanische Schatzamt leitete, als einer der ersten Amerikaner ein gemeinwirtschaftliches Industriewerk gegründet. „Das demokratische Prinzip", sagte er, „auf dem unsere Nation gegründet ist, darf nicht auf das politische Leben beschränkt bleiben, sondern muß auch auf die industriellen Unternehmungen angewendet werden".

Nicht alle Sprecher auf der Tagung in Chikago mögen von der Liebe zu einem sozialen Ideal erfüllt gewesen sein. Unter ihnen waren auch sehr realistische Geschäftsleute, deren Philosophie ihren Ausdruck fand in dem nüchternen Satz: „Wir beteiligen unsere Leute am Gewinn, um den Gewinn zu erhöhen."

Der „Council of Profit Sharing Indutries" hat gegenwärtig 90 Mitglieder, darunter einige Gesellschaften mit beträchtlichem Kapital. Bei der Tagung in Chikago waren etwa ebensoviele Unternehmungen als Gäste vertreten. Insgesamt schätzt man in diesen Kreisen die Zahl der amerikanischen Firmen, die ihren Arbeitnehmern Gewinnbeteiligung gewähren, auf 15 000—20 000, also auf ½% aller Unternehmungen oder auf 5% aller Gesellschaften. Andere Schätzungen sind wesentlich vorsichtiger. Das „Bureau of Internal Revenue" gibt ihre Zahl mit 10 000 an. In diesen Zahlen sind aber auch jene Unternehmungen einbegriffen, die für ihre Belegschaft lediglich einen Pensionsfond unterhalten, so daß nur 3000 bis 4000 Firmen übrig bleiben, die tatsächlich ihren Geschäftsgewinn unter die Arbeiter mit verteilen. Die Summe der Beträge, die im letzten Geschäftsjahr als Gewinnbeteiligung ausgeschüttet wurden, wird auf 100 Millionen Dollar beziffert.

Wenn man die Reden der Tagung in Chikago überblickt, zeigen sie im ganzen einen erfreulichen Fortschritt hinsichtlich der Würdigung, die dem Arbeiter als gleichberechtigtem Partner im Produktionsprozeß gebührt. Es ist richtig, was William Loeb, der Chef eines großen Verlages in Manchester N. H., ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft, im Rückblick auf die Tagung schrieb: „Die Redner legten großen Wert darauf, daß die Industrieunternehmungen, die sich zur Gewinnbeteiligung entschlossen haben, im Arbeiter das wichtigste Element der amerikanischen Industrie erblicken und nicht mehr den namenlosen Roboter an einer entmenschten Maschine."

Damit das System der Gewinnbeteiligung dieses Ziel erreicht, wurden zwei Bedingungen als notwendig erachtet: *Alle* Angestellten und Arbeiter eines Unternehmens müssen am geschäftlichen Erfolg beteiligt sein, und sie müssen in irgendeiner, wenn auch noch so bescheidenen Weise persönliche Verantwortung für den Geschäftsgang tragen. Der Begriff „multiple management" spielte in der Diskussion eine große Rolle. Man kam zu dem Ergebnis, der Arbeiter werde im Betrieb erst dadurch als vollberechtigter Mensch anerkannt, daß er an der Führung des Betriebes Anteil hat. Diese Mitbestimmung wurde von einigen Rednern sogar wichtiger genommen als die finanzielle Beteiligung. Man ging dabei von der Annahme aus, daß der geschäftliche Erfolg der wirtschaftlichen Tätigkeit sowohl für den einzelnen Menschen als auch für ein Unternehmen bewußtseinsmäßig zurücktritt hinter dem Willen, durch die wirtschaftliche Tätigkeit seine Persönlichkeit auszuwirken. Der Mensch widmet der Arbeit im Betrieb die meisten und besten Stunden seines Lebens. Nichts kann den menschlichen Verlust ersetzen, den er erleidet, wenn er das Gefühl hat, in seiner Arbeit nur ein Funktionär fremder Befehle zu sein. Wichtiger als die Frage nach dem Bilanzausgleich ist die andere: Was macht das Unternehmen aus den Leuten, die in ihm tätig sind?

Die Zeitschrit „The Christian Century" (24. 11. 48), die der Tagung von Chikago einen längeren kritischen Bericht widmet, findet den Optimismus der Teilnehmer etwas zu hoch gespannt, wenn sie in der Gewinnbeteiligung das soziale Allheilmittel sehen. Diese ist weder imstande, die Nöte der Millionen von Hilfsarbeitern, des größten Teils der Arbeiterschaft, zu lindern, noch bietet sie den übrigen die notwendige Sicherheit in Zeiten einer industriellen Baisse. Außerdem ist zu befürchten, daß das Interesse der Unternehmer an der engeren Bindung der Arbeiterschaft, die in der Gewinnbeteiligung erstrebt wird, sehr stark durch die konjunkturbedingte Nachfrage am Arbeitsmarkt bestimmt wird. Man hofft aber darauf, daß die Erfolge dieses großzügigen Versuchs einer neuen Organisation der Wirtschaft auf die Dauer doch erweisen werden, daß eine richtige soziale Ordnung auch wirtschaftlich richtig ist. Eine Front in dem harten Konkurrenzkampf, den der Geschäftsmann zu führen hat, wird durch die Gewinnbeteiligung und Mitverantwortung des Arbeiters neutralisiert. Der Arbeiter wird aus einem Gegenspieler zum Bundesgenossen des Unternehmers; er ist genau so wie dieser am Erfolg interessiert und für Wohl und Wehe des Geschäftes mit seinem eigenen Einkommen haftbar.

Zieht man das Interesse der gesamten Nation in Betracht, wird man „The Christian Century" rechtgeben, wenn sie schreibt: „Ein Volk, das zwar in der Politik demokratisch ist, aber im Geschäftsleben die Diktatur duldet, fordert sein Schicksal heraus. Die Stunde ist zu spät, und die Zeit ist zu bedrohlich, als daß wir das noch länger riskieren könnten."

Die soziale Entwicklung in USA

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Amerika trägt der Lohnempfänger vor allen andern Schichten der Bevölkerung den größten Anteil an den Kosten des Krieges. Vergleicht man sein Einkommen mit den immerfort steigenden Preisen, so ergibt sich folgendes Bild. Im Jahre 1940 konnte ein Zimmermann für den Lohn von

473 Arbeitstagen ein Haus mit sechs Zimmern kaufen. Heute muß er 739 Tage dafür arbeiten. Ein Automechaniker konnte 1940 in 21 Stunden einen Anzug verdienen, jetzt arbeitet er dafür 35 Stunden. Der ungelernte Arbeiter brauchte damals 140 Tage, um sein Auto bezahlen zu können; er als einziger unter allen Arbeitern hat aus der Konjunktur Nutzen gezogen und bringt es heute schon in 124 Tagen zu seinem Wagen. Die Geschäftsleute und Landwirte haben sich seit Kriegsbeginn laufend verbessert. 1940 mußte der Farmer für seinen großen Buick 14 Stück Vieh hergeben, heute kauft er ihn für 7½ Stück Vieh. Um einen Kühlschrank anzuschaffen, mußte er die Ernte von 600 ar verkaufen. Heute genügen 140 ar. Diese Mitteilungen bestätigen wiederum, was wir schon häufig berichteten: In Amerika hat die große Masse des Volkes weit unter dem Durchschnitt Anteil am Nationaleinkommen.

10 Jahre Review of Politics

Zwischen der Politik als Willensbildung in einer Gesellschaft und der „Politik des Aristoteles als Lehre vom Zusammenleben der Menschen" scheint es heute keine Brücke zu geben; die Gleichheit der Worte erscheint als rein äußerlich, der Leitartikel als das höchste, was sich im politischen Felde an Objektivität erreichen läßt, die Soziologie und Psychologie als das, was der Wirklichkeit im wissenschaftlichen Bereich am nächsten kommt. Bei den Plänen, eine Hochschule für Politik, wie sie vor 1933 in Berlin bestand, wieder ins Leben zu rufen, darf daran erinnert werden, daß Ende 1948 die amerikanische Zeitschrift „Review of Politics" ihr zehnjähriges Bestehen feiert die es sich zum Ziel gesetzt hat, eben jene „aristotelische Auffassung der Politik im umfassenden Sinne" wieder zu beleben, „die alle Interessen, Ereignisse und Ideen in sich begreift, die das Leben des Menschen in der menschlichen Gemeinschaft berühren". Die Themen umfassen Analysen konkreter Situationen und theoretische Fragen, Probleme der Gegenwart und historische Untersuchungen; sehr eingehend werden deutsche Fragen behandelt. Wichtig für den deutschen Leser erscheint, wie hier Objektivität im strengsten Sinne mit einer katholischen Grundlage vereint ist: man hat sich hier Maritains Unterscheidung über die zwei Typen katholischer Zeitschriften zu eigen gemacht, von denen die eine „katholisch nach dem Glaubensbekenntnis" ist und also zu einer „förmlich und spezifisch religiösen Presse, der Presse einer allgemeinen oder speziellen katholischen Aktion" gehört, während die zweite katholisch der Gesinnung nach ist, aber „spezifisch, politisch oder kulturell". Die „Review of Politics" hat sich für den zweiten Typ entschieden. „Wir wollen aufrichtig und demütig, innerhalb unserer Wirkungsmöglichkeiten, die Einheit der Erkenntnis und der menschlichen Erfahrung darstellen, mit der christlichen Weisheit als unserem Beziehungs- und Mittelpunkt". Der Herausgeber der „Review of Politics", *Waldemar Gurian,* Professor an der University of Notre Dame in Indiana, ist in Deutschland durch seine Arbeiten über „Die politischen und sozialen Ideen des französischen Katholizismus", sein Buch über den Bolschewismus und seine Schriften zur Frage des Nationalsozialismus bekannt; er hat den Geist seiner Arbeiten, die alle Beiträge zur politischen Wissenschaft sind, auf die „Review of Politics" übertragen, in deren Wirken durch ein Jahrzehnt hindurch manche Probleme gelöst sind, die uns als offene Fragen beschäftigen: Das Verhältnis von Theorie und Praxis, von Weltanschauung und Objektivität, von übernationalem Denken und nationaler Zugehörigkeit.

Ökumenische Nachrichten

Bischof Dibelius

Bischof D. Dr. Otto Dibelius, der neue Vorsitzende des Rates der EKD, der am 15. Juni 1880 in Berlin geboren ist, gehörte zu der „alten Garde" der Generalsuperintendenten der Altpreußischen Union (die preußischen Provinzen vor 1864). Schon 1925 übernahm er die geistliche Leitung der Kurmark, damals noch ein Gegner der „dialektischen Theologie". Sein Buch über „Das Jahrhundert der Kirche" war sehr umstritten, in anderem Sinne, als er es wohl damals verstand, hat er recht behalten. 1933 war er eines der ersten Opfer der deutsch-christlichen Gewaltherrschaft. Er schloß sich bald der „Bekennenden Kirche" an, die ihm nicht ohne Mißtrauen gegen den „Mann der Restauration" begegnete. Aber hier entfalteten sich seine Gaben der Weisheit und Klugheit, der Bescheidung und persönlichen Tapferkeit. Er ordnete sich willig dem Bruderrat von Brandenburg unter und wurde seinem Präses, Pfarrer Scharf, ein treuer Helfer und Diener. Diese Probe der Selbstüberwindung hat ihm die „Bekennende Kirche" nie vergessen trotz mancher Unterschiede in Erfahrung und kirchlichem Urteil. Auch er darf sich zu den Vertretern der „Bekennenden Kirche" rechnen. Nach dem Zusammenbruch 1945 wurde er daher Vorsitzender der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg und der Konferenz der Evangelischen Kirchen der Ostzone, auch Mitglied des Rates der EKD. Von jeher gehörte er zu den Vertretern der Evangelischen Kirche auf großen ökumenischen Tagungen. Seine mutige Ablehnung jeder Form des totalen Staates, die er in Amsterdam vertrat, ist noch in Erinnerung, ebenfalls seine öffentliche Fürbitte für den lebensgefährlich erkrankten Kardinal Graf Preysing. Die Abstimmung der Synode zeigt die breite Vertrauensbasis, auf die er sich stützen darf.

Die Frage der katholischen Beobachter auf der Amsterdamer Vollversammlung des Ökumenischen Rates

Die Nichtteilnahme katholischer Beobachter an der ersten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam hat bekanntlich in ökumenischen Kreisen erhebliches Aufsehen und z. T. große Enttäuschung hervorgerufen und auch in der Presse zu Kommentaren und lebhaften Erörterungen geführt. Da diese Presseberichte „widerspruchvoll, ungenau und unvollständig" waren, hat sich der Generalsekretär des Rates, der holländische reformierte Theologe Dr. Visser't Hooft, der diese Frage schon in seinem Bericht über die Arbeit des Vorläufigen Ausschusses des Rates behandelt und kommentiert hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 1/2, S. 91), veranlaßt gesehen, eine Darstellung der Tatsachen „soweit sie der Leitung des Ökumenischen Rates bekannt sind" in der „Ecumenical Review" (Vol. I, Nr. 2, Winter 1948, S. 197 ff) zu geben.

Dr. Visser't Hooft legt darin, wie in seinem Amsterdamer Bericht, zuerst dar, daß der Vorläufige Ausschuß, angesichts der klaren Ablehnung des Heiligen Stuhles, offiziell an der Versammlung teilzunehmen, auf der einen Seite, des Interesses katholischer Theologen an der ökumenischen Bewegung auf der anderen Seite, den Weg gewählt habe, einige katholische Persönlichkeiten als „unoffizielle Beobachter" zur Teilnahme einzuladen, wie es schon 1937 auf den Weltkonferenzen für „Glauben und Kirchenverfassung" und „Praktisches Christentum" geschehen sei. Im Laufe des Winter erbaten „eine beträchtliche Zahl" katholischer Priester und Laien eine Einladung, wobei sie „in mehreren Fällen" die Genehmigung ihrer Bischöfe oder Ordensoberen erwähnten. Neben Namensnennungen von Männern der ökumenischen Bewegung erhielt der Ausschuß „von einer unoffiziellen römisch-katholischen Stelle eine Liste von 14 Namen von Katholiken, die sich eingehend mit den ökumenischen Fragen beschäftigt hatten". Eine Reihe davon hatten für ihre Teilnahme die Genehmigung ihrer kirchlichen Oberen. Aus diesen Namen wurden Anfang 1948 10 bis 20 Personen ausgewählt und eingeladen. „Der entscheidende Maßstab, der dabei benutzt wurde, war dieser: Die unoffiziellen Beobachter sollten Männer und Frauen sein, die auf der einen Seite guten Ruf in ihrer Kirche und auf der anderen ein wirkliches Verständnis für die Ziele der ökumenischen Bewegung und den Ökumenischen Rat gezeigt hätten".

Dar Darstellung fährt dann weiter wörtlich fort:

„Im April 1948 erfuhr man indirekt, der Erzbischof von Utrecht, Kardinal de Jong, sei der Meinung, die Auswahl der Beobachter müsse vom römisch-katholischen Episkopat der Niederlande gebilligt werden. Die holländischen Bischöfe hätten den Wunsch, sich in dieser Sache hilfreich zu erweisen, seien sich aber ihrer besonderen Verantwortung bewußt. Der Tenor der Mitteilung war so, daß sich der Schluß nahelegte, die holländischen Bischöfe handelten hier im Auftrage des Vatikans. Auch wurde darauf hingewiesen, daß sehr wenige von den in der oben erwähnten Liste von 14 Namen genannten Persönlichkeiten die notwendige Erlaubnis erhalten würden, da ihre literarischen Äußerungen zuweilen Anlaß zu Mißverständnissen gegeben hätten. So entstand der Vorschlag, man solle die römisch-katholische Führung in Holland um Nennung der Namen solcher Persönlichkeiten bitten, die eingeladen werden könnten. Auf diesen Vorschlag erwiderte das Generalsekretariat indirekt, es gehöre in die Verantwortlichkeit jedes einzelnen römischen Katholiken, der schon eingeladen war, und nicht in die des Ökumenischen Rates, die notwendige Erlaubnis zu erlangen. Alles, was der Ökumenische Rat tun konnte, war die Unterrichtung der schon Eingeladenen über den Wunsch Kardinal de Jongs, es möchten nur die an der Vollversammlung teilnehmen, die seine Billigung hätten. Man machte auch klar, daß die Liste der 14 Namen, die keine Billigung fand, keineswegs alle eingegangenen Vorschläge umfaßte. Und man fügte hinzu, für den Fall, daß, falls die römisch-katholische kirchliche Führung in Holland den Wunsch habe, andere Namen vorzuschlagen, diese genau so wie die bereits erhaltenen Vorschläge erwogen werden würden".

Die Vorgänge bleiben in der Darstellung Dr. Visser't Hoofts unklar, da er offenbar die kirchenrechtlichen Voraussetzungen zu einer Teilnahme von Katholiken an der Amsterdamer Versammlung verkennt. Nach Can. 1325 Par. 3 CIC ist ausschließlich der Heilige Stuhl, in dringenden Fällen der örtlich zuständige Bischof (ordinarius loci), befugt, die Erlaubnis zu einer solchen Teilnahme zu erteilen.

Die katholischen Persönlichkeiten, die an der Amsterdamer Versammlung teilnehmen wollten, hätten also die Pflicht gehabt, beim Apostolischen Stuhl oder beim Bischof von Haarlem die Erlaubnis dazu einzuholen. Für die Frage der Erteilung einer solchen Genehmigung ist natürlich zu bedenken, daß auf die besonderen Verhältnisse Hollands und die Mentalität der dortigen Gläubigen Rücksicht zu nehmen war, bei denen unter Umständen das Auftreten an andere Verhältnisse und andere Wirkmöglichkeiten gewohnter katholischer Persönlichkeiten Befremden, Beunruhigung oder gar Ärgernis hätte hervorrufen können. So mochte ein Auftreten einzelner von ihnen nicht angebracht erscheinen, ohne daß dadurch ihre moralische und wissenschaftliche Qualifikation, ihre kirchliche und theologische Korrektheit und die Art und Weise ihres Wirkens angezweifelt werden sollte. In diesem Sinn ist der Schritt des Kardinals von Utrecht wahrscheinlich zu verstehen.

Ob ein solches Mißverständnis der Nichtgenehmigung der Teilnahme einzelner katholischer Persönlichkeiten freilich angesichts des Maßes an Unklarheit, das aus dem Bericht Visser't Hoofts hervorgeht, und angesichts der Tatsache, daß höchstwahrscheinlich darüber doch sehr viel an die Öffentlichkeit gedrungen wäre, zu vermeiden gewesen wäre, mag füglich bezweifelt werden. Tatsächlich würde dem Ansehen der Persönlichkeiten und der Beurteilung ihres Wirkens durch die Nichterteilung der Genehmigung also doch erheblich geschadet worden sein. Vielleicht wird man also, nachdem man einigen Abstand zu den Ereignissen genommen hat, sagen dürfen, daß die spätere Entscheidung des Heiligen Stuhles, überhaupt keine Erlaubnis zu erteilen, ein Akt kirchenpolitischer Weisheit gewesen ist.

Die Darstellung des Generalsekretärs Dr. Visser't Hooft berichtet dann weiter, daß die schon Eingeladenen über die Äußerung des Kardinals von Utrecht unterrichtet worden seien „jeder möge nun so vorgehen. wie er es für das Richtige halte". Das Genfer Sekretariat erwartete dann den Vorschlag Kardinal de Jongs.

„Anfang Mai wurde in einer Unterhaltung zwischen einem römischen katholischen Geistlichen und einem holländischen Pfarrer die Möglichkeit angedeutet, daß das bald geschehen könne. Ja, es wurden in vorläufiger Weise bestimmte Namen erwähnt, aber aufs bestimmteste versichert, die Namenliste stehe noch nicht fest. Der holländische Pfarrer wurde deshalb ausdrücklich gebeten, die gesprächsweise genannten Namen nicht nach Genf mitzuteilen, ausgenommen zwei, die sich von selbst zu verstehen schienen. Vom Kardinal aber erfuhr man weder direkt noch indirekt irgend etwas weiteres. Weder damals noch zu irgend einer anderen Zeit empfing irgend jemand, der mit dem Ökumenischen Rat zusammenhing, von Kardinal de Jong oder von irgend einem anderen Mitglied des holländischen Episkopates einen Vorschlag über zur Teilnahme an der Vollversammlung als Beobachter einzuladende Persönlichkeiten. Diese besonderen Verhandlungen fanden ihr Ende, als man den holländischen Pfarrer wissen ließ, es würde überhaupt niemand zur Teilnahme an der Vollversammlung ermächtigt werden."

Der Bericht geht dann auf die bekannte Intervention Myron Taylors, des persönlichen Vertreters des Präsidenten Truman beim Vatikan, ein. Bei einem Besuch in Genf erklärte dieser, „das Ziel seiner Sendung bestehe darin, ‚darauf hinzuwirken, daß die Amsterdamer Konferenz die ganze Christenheit umfasse' und drang darauf, die römisch-katholische Kirche zur Bestellung von Beobachtern aufzufordern. Er glaubte, Grund zu der Überzeugung zu haben, daß der Vatikan eine derartige Einladung annehmen werde". Das Generalsekretariat, das wegen der in Amsterdam zu erwartenden Auseinandersetzungen über Kommunismus und Kapitalismus und angesichts der damals schon laut werdenden Verdächtigungen, es würde sich zum Instrument westlicher Politik mißbrauchen lassen, sorgfältig seine Unabhängigkeit von allen staatlichen Stellen wahren mußte, lehnte diese Intervention Myron Taylors aus diesen sehr wohl verständlichen Gründen ab.

Es folgte dann die Veröffentlichung des Monitums am 5. Juni, das die Voraussetzung der Genehmigung des Heiligen Stuhles für die Teilnahme an ökumenischen Veranstaltungen noch einmal klarstellte, aber wie Dr. Visser't Hooft richtig feststellt, nicht unbedingt bedeutete, daß eine solche Genehmigung nicht erteilt werden würde. Die Entscheidung fiel am 18. Juli, als das Heilige Offizium Kardinal de Jong an die Vorschrift des Can. 1325 Par. 3 erinnerte und gleichzeitig mitteilte, daß der Apostolische Stuhl keine Erlaubnis zur Teilnahme an der Amsterdamer Tagung erteilen würde. Der Bericht Dr. Visser't Hoofts berichtet dann über das Echo, das diese Entscheidung auch in katholischen Kreisen fand und beschäftigt sich dann noch mit der Rolle Pater Boyers SJ, des Präsidenten der Unitas-Bewegung, der schon vorher des öfteren als Vertreter des Heiligen Stuhles genannt worden war. Er nahm nicht an den Sitzungen der Vollversammlung in Amsterdam teil, erhielt aber, da er aus Anlaß des Philosophen-Kongresses zur Zeit der Versammlung des Ökumenischen Rates in Amsterdam war, die „Möglichkeit, sich mit den Dokumenten der Vollversammlung bekannt zu machen und eine Anzahl prominenter Delegierter zu treffen. In einem Herausgeberartikel der ‚Unitas' hat Pater Boyer seine Dankbarkeit für die brüderliche Aufnahme zum Ausdruck gebracht, die ihm in Amsterdam von den Herren des Stabes des Ökumenischen Rates zuteil wurde". Die Darstellung Dr. Visser't Hoofts schließt mit der Erwähnung des Hirtenbriefes der Holländischen Bischöfe (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 1/2; S. 86 f), der durch ein Mißverständnis der Vollversammlung nicht rechtzeitig offiziell zugeschickt worden war. Die Zustellung geschah dann am 31. August mit einem aufklärenden Brief des Kardinals von Utrecht.

Hirtenworte in die Zeit

Der Christ im Leben

Der amerikanische Episkopat erließ aus Anlaß der Zusammenkunft der amerikanischen Bischöfe bei der jährlichen Versammlung der National Catholic Welfare Conference in Washington die folgende Verlautbarung:

„Das menschliche Leben hat seinen Mittelpunkt in Gott. Der Säkularismus, der, wie wir im letzten Jahre sagten, die tödlichste Bedrohung für unser christliches und amerikanisches Leben ist, besteht in der Unterlassung, das Leben in Gott zu verankern. Wir können dieses Übel nicht erfolgreich bekämpfen, wenn wir es nur definieren und verdammen. Vielmehr wird ein konstruktives Bemühen verlangt, um diesem versehrenden Einfluß in jedem Lebensbereich, wo die Haltung des Einzelnen eine entscheidende Rolle spielt — im Heim, in der Schule, in der Arbeit und in der staatlichen Politik — entgegenzuwirken. So wie der Mensch ist, so werden letzten Endes alle Einrichtungen der menschlichen Gesellschaft auch sein.

Um den Säkularismus zu bekämpfen, muß der einzelne Christ die christliche Wahrheit in ihrer Fülle sehen. Sie ist nicht teilbar. Man kann nichts aus ihr auswählen. Entweder wird sie als Ganzes angenommen, oder sie hat im wirklichen Leben wenig Bedeutung. Wenn der Christ diese Fülle der Wahrheit sieht, so wird er von Eifer beseelt, sie mit der Welt, die um ihn herum ist, zu teilen. Die Anschauung der christlichen Wahrheit ist etwas Wunderbares, sie gibt dem menschlichen Leben einen neuen Sinn und einen verpflichtenden Drang zu selbstlosem Handeln.

Es ist eine traurige Tatsache, daß viele, sehr viele Christen diese Anschauung nur schwach und unbestimmt haben. Sie halten sich selbst für Christen und werden als Christen angesehen. Aber sie sind niemals von der Herrlichkeit der wirkenden Wahrheit Christi erschüttert worden. Durch ihre Gleichgültigkeit helfen sie in Wirklichkeit denjenigen, die für die Zerstörung und für das Chaos arbeiten. Sie kritisieren und beklagen den Verfall der Sittlichkeit und die Ausbreitung der Korruption im öffentlichen Leben, aber sie fühlen keine Verpflichtung, etwas dagegen zu tun. Sie erfassen einfach nicht, daß das große Wunder der göttlichen Liebe darin besteht, daß sie das Göttliche in das Menschliche hineinbringt, und daß gottgemäßes Leben heißt, sich selbst Gott hinzugeben.

Das große christliche Paradox besteht darin, daß man sich selbst aufgeben muß, um sich zu finden, daß man geben muß, um zu erlangen. Viel von der Verwirrung und von dem Chaos um uns herum ist unmittelbar mehr auf das Nichthandeln der Christen zurückzuführen als auf die Wirksamkeit der fieberhaften Bemühungen der Zerstörer. Diese Zerstörer sind fraglos eine Minderheit. Und doch geht das Werk der Zerstörung weiter. Die Krisis steht jetzt vor uns.

Heute muß jeder Christ die volle Anschauung der christlichen Wahrheit verwirklichen und muß ohne Kompromiß versuchen, sie selbst kraftvoll zu leben. Jeden Tag muß er

sich fragen: Was tue ich, um eine christliche Welt aufzubauen? Gleichgültig, welches seine Lebensverhältnisse und sein Stand sind, so gibt es doch vieles, was er tun kann. Der Wiederaufbau muß bei dem Einzelnen beginnen. Er muß kraftvoll im Denken und im Handeln ein wirklicher Christ sein, in seinem Heim, in der Erziehung seiner Kinder, in seinem Büro und seiner Werkstatt und in der Gemeinschaft, in der er steht.

Die Religion im Heim

Die volle Anschauung der christlichen Wahrheit enthält das göttliche Ideal des Heimes, der grundlegenden gesellschaftlichen Einrichtung. Es genügt nicht, die christlichen Wahrheiten der Beständigkeit und Heiligkeit des Ehebandes zu bekennen und um den Sinn der Ehe zu wissen. Der Christ muß sein Heim heiligen. Es blieb der modernen Geschichte vorbehalten, den ersten Versuch aufzuzeichnen, das Heim zu säkularisieren, ein Versuch, der die Wurzel so vieler unserer größten gesellschaftlichen Übel ist. Das christliche Heim muß das christiche Ideal verwirklichen. Die ganze Atmosphäre des Heimes muß von echtem christlichem Leben durchdrungen sein. Die häuslichen Tugenden müssen geübt und das Familiengebet muß zu einer täglichen Übung werden. Im Heim lernen die Kinder Verantwortlichkeit Gott gegenüber und in dieser Verantwortlichkeit ihre Pflicht gegen den Nächsten. Das Heim ist die erste Schule des Kindes, in der es lernt, die Anschauung der christlichen Wahrheit zur Seele des ganzen Lebens zu machen. Wir empfehlen dringend eine organisierte Anstrengung, das Heim wahrhaft christlicher zu machen."

Der Hirtenbrief weist dann auf die Tätigkeit des Catholic Family Life Bureau hin, dessen Arbeit durch katholische Laienorganisationen fortgeführt wird, und dessen Arbeit besonders von den modernen Problemen des Familienlebens bestimmt wird. Er fährt dann fort:

„Wenn wir diese Probleme zu lösen versuchen, so dürfen wir nichts von unseren christlichen Grundsätzen preisgeben. Die Lösung dieser Probleme ist nur ein Teil der Lösung der weiteren gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit. Um ihren Beitrag dazu zu leisten, müssen unsere Heime durch und durch christlich sein und müssen sich erleuchten lassen von dem Licht der vollen Anschauung der christlichen Wahrheit.

Die Religion in der Erziehung

Wir wissen, welche Opfer unser Volk für die Erziehung seiner Kinder in den Schulen bringt, deren überfließende Weisheit das Evangelium Christi ist. Die katholischen Eltern suchen eine engere Verbindung ihrer Schulen mit dem christlichen Heim, weil sie wisen, daß das menschliche Leben seinen Mittelpunkt in Gott haben muß. Jahr auf Jahr wachsen die Einrichtungen für die Erziehung unserer katholischen Jugend.

In einer Zeit, wo der Säkularismus Besitz ergriffen hat vom Geiste so vieler führender Pädagogen, ist es ermutigend, daß die katholischen Eltern immer dringlicher in ihren Forderungen nach Schulen werden, in denen die religiöse Bildung sich mit den höchsten Maßstäben der Pädagogik und Methodik verbindet. Wir sind verpflichtet, unseren Schulen zu ermöglichen, das Ideal der christlichen Pädagogik voll durchzuführen, und das Gebiet der höheren Schulbildung vor allem verlangt größeres und tätigeres Interesse. Unsere höheren Bildungseinrichtungen sind die natürlichen Bildungsstätten für christliche Führer. Die christlichen Führer ergänzen sich zum größten Teil aus den Vorgraduierten-Schulen, aber ohne die christlichen Gelehrten, die in den Graduierten-Schulen herangebildet werden, wird es in ihren Reihen Lücken geben.

Vielleicht sind viele der Erfolge der Säkularisten darauf zurückzuführen, daß die Zahl ausgezeichneter christlicher Gelehrter für die Bedürfnisse unserer Zeit nicht ausreicht. Wir verlangen eine nachhaltigere Würdigung des Beitrages, den unsere höheren Bildungsanstalten für einen christlichen Neubau der Gesellschaft leisten, und wir fordern zu großzügigerer Unterstützung ihrer Arbeit auf. Denn wenn wir Christen unsere Rolle bei der Wiederherstellung der Ordnung in einer chaotischen Welt erfüllen sollen, dann muß Christus der Lehrer in unseren Schulzimmern und Vorlesungsälen und der Leiter unserer wissenschaftlichen Untersuchungen ein.

Die Religion im Wirtschaftsleben

Die christlichen Grundsätze müssen auch im Wirtschaftsleben zur Auswirkung kommen. Es genügt nicht, unser Wirtschaftssystem zu kritisieren. Wir brauchen ein positives, konstruktives Denken und Handeln. Die säkularistischen Lösungen, die der Individualismus des 18. und der Atheismus des 20. Jahrhunderts vorgeschlagen haben, führen entweder zu ewigen Konflikten oder zu tödlicher Unterdrückung. Die christlichen Gesellschaftsgrundsätze, die ihre Wurzel im Sittengesetz haben, verlangen Kooperation, nicht Konflikt, Freiheit und nicht Unterdrükkung in der Entfaltung des wirtschaftlichen Handelns. Die Zusammenarbeit muß organisiert sein, organisiert für das gemeine Wohl. Die Freiheit muß geordnet sein, geordnet auf das gemeine Wohl hin.

Heute sind die Arbeitnehmer organisiert, aber hauptsächlich zur Vertretung ihrer eigenen Interessen. Kapital und Betriebsführung sind organisiert, möglicherweise in einem weiteren Rahmen, aber doch wiederum hauptsächlich zur Vertretung ihrer eigenen Interessen. Was wir nach unserer christlichen Gesellschaftsauffassung brauchen, ist die freie Organisation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in dauernden Einrichtungen der Zusammenarbeit für das gemeine Wohl. Um sicherzustellen, daß diese Organisation das gemeine Wohl nicht aus den Augen verliert, sollte die Regierung als der verantwortliche Wächter des öffentlichen Interesses an ihr teilnehmen, aber ihre Rolle soll die der Anregung, der Führung sein, nicht die der Herrschaft. Diese Auffassung stimmt vollkommen überein mit unserer Bundesverfassung, die die Regierung ermächtigt, nicht nur die Gerechtigkeit herzustellen, sondern auch die allgemeine Wohlfahrt zu fördern.

Das katholische Aufbauprogramm

Die katholische soziale Philosophie hat ein konstruktives Programm für diese organische Entwicklung des Wirtschaftslebens. Papst Pius XI. hat, als er die von Leo XIII. dokumentierten sozialen Grundsätze ausbaute, vor 17 Jahren die Grundzüge dieses Programms festgelegt. In Übereinstimmung mit diesem konstruktiven Programm empfehlen wir die frei organisierte Zusammenarbeit zwischen den anerkannten Vertretern des Kapitals und der Arbeitnehmerschaft in jeder Industrie und in der Wirtschaft, unter Überwachung aber nicht Kontrolle der Regierung.

Die Formen dieser frei organisierten Zusammenarbeit sind verschieden benannt worden, Beschäftigungsgruppen, Berufsstände und neuerdings Industrieräte. Die amerikanischen katholischen Gelehrten, die sich mit den sozialen Enzykliken befaßt haben, haben zum Ausdruck gebracht, daß sie den Namen Industrieräte bevorzugen, um die grundlegenden Organe eines christlichen und amerikanischen Typs der Wirtschaftsdemokratie, zu der sie unser Wirtschaftssystem sich gerne entwickeln sehen möchten, zu bezeichnen.

Diese Entwicklung kann nur erreicht werden als Frucht sorgfältiger Studien und Bemühungen, die berechtigten Interessen des Eigentums und die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer bei Verfolgung des übergeordneten Interesses aller, d. h. des gemeinen Wohles, in Gerechtigkeit und Liebe zu garantieren. Ein solches konstruktives Programm der Gesellschaftsordnung scheint uns die Antwort zu sein auf die Fragen, die von hochgesinnten Führern der Industrie gestellt werden, und auf die ausführlichen Vorschläge verantwortlicher und gutgesinnter Führer der organisierten Arbeitnehmerschaft. Wir fordern für es in diesen kritischen Zeiten leidenschaftslose Erwägung und eine ruhige offene Diskussion in einer Atmosphäre des Wohlwollens und mit dem Willen, Lösungen lieber durch Übereinkunft als durch politische oder wirtschaftliche Gewalt zu suchen. Wir fordern die Menschen mit religiösem Glauben und religiösen Grundsätzen sowohl in der Arbeitgeber- wie auch in der Arbeitnehmerschaft dazu auf, die Führung bei der Ausarbeitung und — soweit notwendig — Anwendung eines konstruktiven sozialen Programm dieses Typs zu ergreifen, denn die sittlichen und sozialen Ideale, die in ihm verwirklicht werden würden, gehören zu ihrem Erbteil.

Religion und Staatsbürgerrecht

Über den konkreten Anlaß der folgenden Ausführungen, den Streit um den Religionsunterricht in Staatsschulen, siehe die Meldung „Verfassungsstreit um die religiöse Erziehung in USA" in diesem Heft, S. 205.

Die Eingriffe des Säkularismus in das staatsbürgerliche Leben sind eine Herausforderung für jeden christlichen Staatsbürger, ja für jeden Staatsbürger, der bestimmte religiöse Überzeugungen besitzt. Die wesentliche Beziehung zwischen Religion und gutem Staatsbürgertum ist tief in unserer amerikanischen Tradition verankert. Diejenigen, die bei der Errichtung unserer Unabhängigkeit und bei dem Entwurf unserer Verfassung die Führung ergriffen, hatten die feste und ausdrückliche Überzeugung, daß Religion und Sittlichkeit die stärksten Stützen der nationalen Wohlfahrt seien, daß eine nationale Sittlichkeit ohne religiöse Grundsätze nicht lange bestehen könne und daß die unparteiische Ermutigung einer religiösen Beeinflussung ihrer Bürger eine praktische Funktion jeder guten Regierung sei. Diese amerikanische Tradition sah zweifellos die Schule als Treffpunkt dieser hilfreichen zusammenwirkenden Einflüsse. Die dritte Ergänzung der vom Kongreß im Jahre 1787 erlassenen, 1790 neu gefaßten und in die Verfassung vieler Staaten aufgenommenen North-West Ordinance verfügt: „Da Religion, Sittlichkeit und Wissen zur guten Staatsbürgerschaft und zum Glück der Menschheit notwendig sind, sollen Schulen und alle Bildungsmittel jederzeit gefördert werden". Das ist unsere authentische amerikanische Tradition der Erziehung zur Staatsbürgerschaft. Auf dem Gebiete des Rechtes zeigt unsere Geschichte dieselbe grundsätzliche Beziehung zwischen Religion und Staatsbürgerschaft. Durch das Gesetz übt die Regierung eine Fürsorge über ihre Staatsbürger für das gemeine Wohl aus und stellt einen Ausgleich zwischen ihren Rechten und Pflichten her. Die amerikanische Konzeption der Regierung und des Gesetzes ging von der Anerkennung aus, daß die unverlierbaren Rechte des Menschen, die zu beschützen die Aufgabe der Regierung ist, von Gott, seinem Schöpfer, stammen. So gründet sie das menschliche Gesetz, das von den Rechten und den dazugehörigen Pflichten des Menschen in der Gesellschaft handelt, auf Grundlagen, die zweifellos religiöser Art sind, auf Grundsätze, die aus der bestimmten Anschauung des Menschen als eines Gechöpfes Gottes hervorgehen. Dieses Menschenbild verankert das menschliche Gesetz in dem Naturgesetz, welches das göttliche Sittengesetz ist, das uns durch das Urteilen der menschlichen Vernunft und die Gebote des Gewissens klar wird. Das Naturgesetz ist, wie ein hervorragender moderner Kommentator geschrieben hat, auf der ganzen Welt in allen Ländern und zu allen Zeiten bindend. Keine menschlichen Gesetze besitzen irgend welche Gültigkeit, wenn sie im Widerspruch zu ihm stehen. So ist das menschliche Gesetz wesentlich eine Verordnung der Vernunft und nicht nur ein willkürliches Diktat des Staates. Das ist die anerkannte Rechtsphilosophie der echten amerikanischen Tradition.

Auf diese grundlegende religiöse Tradition hinsichtlich der Vorbereitung des Staatsbürgers durch die Erziehung und der Weisungen, die an ihn durch das Gesetz ergehen, hat der Säkularismus im vergangenen Jahrhundert einen verheerenden Einfluß ausgeübt. Er hat die Religion aus allen mit Steuermitteln unterstützten Bildungsstätten verbannt und ist jetzt darauf aus, jede Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der organisierten Religion bei der Erziehung der zukünftigen Staatsbürger zu zerstören. Er hat die religiösen Grundlagen des Rechtes im Denken vieler Juristen unterminiert und hat sie geneigt gemacht, die Rechtstyrannei des allgewaltigen Staates anzunehmen. Er hat zum Schaden der Religion und der guten Staatsbürgerschaft das heikle Problem der Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat in einem Lande, das religiös gespalten ist, geschickt ausgenutzt.

Dieses konkrete Problem, so heikel es auch sein mag, kann praktisch gelöst werden, wo guter Wille und der Geist der Gerechtigkeit herrscht. Die autoritative katholische Lehre über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat, wie sie in den päpstlichen Enzykliken und in den Abhandlungen anerkannter Kirchenrechtler niedergelegt ist, sagt nicht nur klar, welcher Art diese Beziehungen unter diesen Bedingungen normalerweise sein sollen, sondern gibt auch an, bis zu welchem Grade die katholische Kirche sich den besonderen Bedingungen, die in den verschiedenen Ländern herrschen, anpassen darf. Wenn wir unter voller Berücksichtigung dieser Lehre die Stellung betrachten, die diejenigen, die unsere Nation gegründet haben und ihre Grundsätze geprägt haben, dem Problem der Beziehungen zwischen Kirche und Staat in unserem Lande gegenüber einnehmen, so sehen wir daß das First Amendment zur Verfassung dieses Problem in einer Weise löste, die typisch amerikanisch war in ihrer praktischen Anerkennung der bestehenden Bedingungen und ihrem offensichtlichen Wunsch, allen

Bürgern jedweden religiösen Glaubens durchaus gerecht zu werden. Jedem, der etwas von Geschichte und Recht versteht, ist der Sinn des First Amendment aus seinem Texte vollkommen klar. Der Kongreß soll keine Gesetze über die Errichtung einer Staatsreligion oder über das Verbot der freien Ausübung der Religion erlassen. Der Sinn wird aus den Sitzungsberichten des Kongresses, der es erließ, noch klarer. Damals und in der ganzen englischen kolonialen Geschichte bedeutete die Errichtung einer Staatsreligion die gesetzliche Einführung einer amtlich anerkannten Kirche, die von der Regierung Begünstigungen erhielt, die in der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Religion nicht in derselben Weise anderen Kirchen zugebilligt wurden, was in unserem Lande damals einfach selbstverständlich gefunden wurde und bis auf den heutigen Tag in vieler Beziehung selbstverständlich geblieben ist. Nach diesem First Amendment konnte die Bundesregierung keine Religion gegenüber einer anderen bevorzugen, noch konnte sie einem Staate verbieten oder auferlegen, etwas derartiges zu tun.

Wenn diese praktische Politik mit dem unbestimmten Bild einer Trennungswand zwischen Kirche und Staat beschrieben werden soll, so muß dieser Ausdruck in einem bestimmten und typisch amerikanischen Sinn verstanden werden. Es wäre eine vollkommene Verzerrung der amerikanischen Geschichte und des Rechtes, diese praktische Politik so auszulegen, als ob sie Gleichgültigkeit gegenüber der Religion und Ausschluß der Zusammenarbeit zwischen Religion und Regierung bedeute, wie es der Begriff der Trennung zwischen Kirche und Staat, der zum Schibboleth des doktrinären Säkularismus geworden ist, haben will.

Siege ohne Vorgang

Während der letzten zwei Jahre hat der Säkularismus in seinem Kampf gegen die Unterstützung der religiösen und sittlichen Bildung durch die Regierung, selbst da, wo keine bevorzugte Behandlung einer Religion gegenüber der anderen im Spiele war, Siege ohne Vorgang erzielt. In zwei Fällen hat der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten kürzlich eine vollkommen neue und bedrohlich erweiterte Interpretation des Staatsreligionssatzes des First Amendment angenommen. Diese Interpretation verbietet jede Zusammenarbeit zwischen Regierung und organisierter Religion, die die Religion unterstützt, selbst dort, wo keine Unterscheidung zwischen religiösen Körperschaften gemacht wird. Diese Lesart des First Amendment gefährdet, wie eine Gruppe nichtkatholischer religiöser Führer festgestellt hat, „die Formen der Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat, die vom amerikanischen Volke für selbstverständlich gehalten worden sind", und sie „beschleunigt die Neigung zur Säkularisierung unserer Kultur erheblich".

So ungern wir unseren Obersten Gerichtshof kritisieren können wir nicht umhin, festzustellen, daß die Mitglieder dieses Gerichtshofes, wenn sie lange und voneinander verschiedene Meinungen zur Begründung einer Entscheidung niederschreiben, erwarten müssen, daß intelligente Bürger einer Demokratie diese Meinungen studieren und erwägen. Die Zeitung des amerikanischen Juristenverbandes bemerkt in einer kritischen Analyse zu einem der fraglichen Fälle mit Recht; „die traditionellen religiösen Vorschriften unseres Gesetzes, unseres Lebens und unserer Regierung sind in Frage gestellt durch eine richterliche Neigung, die sorgfältige Überlegung und sorgfältiges Studium der Juristen und des Volkes verdienen".

Die in der amerikanischen Rechtstradition erzogenen Juristen werden mit Erstaunen feststellen, daß in dem Mc.-Collum-Fall die Majoritätsbegründung auf die Logik, die Geschichte, die anerkannten Normen der Gesetzesinterpretation nur dürftig Rücksicht nimmt. Die Logik verlangt, daß das, was weniger klar ist durch das, was klar ist, definiert wird. In dem vorliegenden Fall finden wir gerade das Gegenteil. Die sorgfältig formulierten Sätze des First Amendment werden durch das irreführende Bild „Trennungswall zwischen Kirche und Staat" definiert. Dieses von Jefferson geprägte Bild spezifiziert nichts als die Tatsache, daß es keine anerkannte Staatskirche oder Staatsreligion geben soll. Alles, was es sonst enthält, hängt von dem Buchstaben des Gesetzes ab und kann in concreto alles bedeuten von der unparteiischen Zusammenarbeit zwischen Regierung und freien religiösen Körperschaften (wie in Holland und traditionsgemäß in unserem eigenen Lande) bis hin zu der bitteren Religionsverfolgung (wie in Frankreich um die Wende des Jahrhunderts). So stellte eine abweichende Meinung scharf heraus: „eine Gesetzesregel kann nicht aus einem Bild abgeleitet werden".

Ein Blick auf die Geschichte von Jeffersons eigenem Leben und Werk hätte schon als Warnung gegen diese weite und verheerende Anwendung seines Bildes vom Trennungswall dienen können, die wir in diesem Fall finden. Der Ausdruck erscheint zum ersten Mal in einem Brief, den Jefferson im Jahre 1802 geschrieben hat und zwar bezeichnenderweise in einem Zusammenhang, in dem er sich auf den Satz über die freie Ausübung der Religion und nicht auf den Satz von der Staatsreligion des First Amendment bezieht. Zwanzig Jahre später zeigt Jeffersons Handeln, daß seine Konzeption von der Trennung von Kirche und Staat bei weitem verschieden war von derjenigen derer, die heute sein Bild in eine Norm der Interpretation umdeuten. Als Rektor der Staatsuniversität von Virginia schlug Jefferson ein System der Kooperation zwischen den verschiedenen religiösen Gruppen und der Universität vor, das weit über das alles hinausgeht, um was es sich in dem vorliegenden Fall handelt. Und Madison, der das First Amendment einbrachte und es zur Annahme durch den Kongreß führte, war einer der Besucher der Universität von Virginia, die Jeffersons Plan billigte. Selbst ein Nicht-Jurist würde erwarten daß die Begründung des Gerichtshofes Erwägungen darüber anstellte, was im Sinn der Kongreßmitglieder lag, als sie das First Amentment verfaßten und annahmen. Denn der Wille der Gesetzgeber sollte von entscheidender Bedeutung bei der Interpretation jedes Gesetzes sein, wenn ein Zweifel über den objektiven Sinn der Worte, in denen es abgefaßt ist, entsteht.

Hinsichtlich des Satzes über die Staatsreligion herrscht kein Zweifel über den Willen des Gesetzgebers. Er geht klar hervor aus den Berichten des Kongresses, der es abfaßte und der Staatsgesetzgebung, die es ratifizierte. Für sie bedeutete es keine offizielle Kirche für das Land als Ganzes, keine Bevorzugung einer Religion gegenüber der anderen durch die Bundesregierung und gleichzeitig keine Einwirkung der Bundesregierung auf die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in den Einzelstaaten. Die Begründung des Gerichtshofes gibt keinen Grund dafür an, warum er den Willen des Gesetzgebers übergeht.

Aber dieser Grund ist in einer gleichzeitigen Begründung erkennbar, die von vier der neun Richter gegeben wird. In ihr sehen wir deutlich den bestimmten Einfluß der säkularistischen Theorien über die öffentliche Erziehung und möglicherweise über die Gesetzgebung. Man kann nicht umhin, festzustellen, daß, wenn dieser säkularistische Einfluß in unserer Regierung und ihren Einrichtungen vorherrschen sollte, das nach den Grundsätzen der Redlichkeit, der Logik und des Rechtes durch eine Gesetzgebung erfolgen sollte, die nach voller öffentlicher Diskussion angenommen worden ist und nicht durch die ideologische Interpretation unserer Verfassung.

Wir hoffen daher und bitten darum, daß die neue Interpretation des First Amendment, die jüngst von dem Obersten Gerichtshof angenommen worden ist, auf gebührende Art revidiert wird. Auf dieses Ziel hin werden wir friedlich, geduldig und beständig hinarbeiten. Wir haben die tiefe Uberzeugung, daß sowohl um der Sache der guten Staatsbürgerschaft wie der Religion willen unsere ursprüngliche amerikanische Tradition der freien Zusammenarbeit zwischen Regierung und religiösen Körperschaften wieder festgelegt werden solllte, eine Zusammenarbeit ohne besonderes Privillig für irgend eine Gruppe und ohne Beschränkung der religiösen Freiheit irgend eines Bürgers. Wir erklären feierlich, daß wir nicht die Absicht oder den Wunsch haben, diese weise und gerechte amerikanische Regierungspolitik in den heiklen Fragen, die ihren Ursprung in der religiösen Gespaltenheit unserer Bürger haben, zu ändern. Wir rufen unser katholisches Volk dazu auf, in seinem Glauben Anleitung und Führung zu einem informierten Beitrag zu guter Staatsbürgerschaft zu suchen. Wir bitten besonders dringend die Juristen, ihre besondere Zuständigkeit auf diesem Gebiete zu entfalten und anzuwenden. Wir stehen bereit, in Gerechtigkeit und Liebe mit allen zusammenzuarbeiten, die an Gott glauben, und die der Freiheit und Gott anhängen, die drohende Gefahr einer richterlichen Einführung des Säkularismus als Staatsreligion abzuwenden, die Gott aus unserem öffentlichen Leben verbannen würde. Denn der Säkularismus bedroht die religiösen Grundlagen unseres nationalen Lebens und bereitet den Weg für die Allgewalt des Staates.

Verantwortung der katholischen Publizisten — Verantwortung des katholischen Publikums

Vom 11. bis 14. Oktober 1948 fand in Paris im Haus der „Bonne Presse" die 38. Tagung der katholischen Tageszeitung „La Croix" statt. Am letzten Tag der Tagung fand ein Schlußgottesdienst statt, in dem Kardinal Suhard von Paris eine Ansprache an die versammelten Schriftsteller und Journalisten über die Bedeutung der katholischen Presse und die Aufgaben der katholischen Publizisten hielt. In dieser Ansprache sagte er:

„... Ihnen sagt Christus eigens etwas sehr Großes. Er erinnert daran, daß Sie durch Ihre Berufung als katholische Schriftsteller und Publizisten zu der hervorragenden Würde dessen erhoben sind, was die Apostelgeschichte so treffend den „Dienst des Wortes" nennt.

Diener des Wortes! Sie denken vielleicht, daß dieser Titel nur dem Papst, den Bischöfen und den Priestern zukommt. Es ist wahr, daß ihnen allein durch das Sakrament der Priesterweihe die Macht übertragen worden ist, mit Autorität in der Kirche zu lehren. Ihnen ist der Schatz des Glaubens und die Fülle der Offenbarung anvertraut worden. Aber was sie als Lehrer tun, können Sie als Schüler tun; Sie können in Verbindung mit ihnen und durch die Teilnahme am hierarchischen Apostolat, das die Päpste Pius XI. und Pius XII. mit solchem Nachdruck betont haben, auf Erden die Vorkämpfer des Evangeliums sein. Denn allen Christen hat Christus befohlen, Missionare zu sein, als er ihnen sagte: „Geht hin und lehret alle Völker".

Ja, Sie sollen Diener des Wortes sein. Jedoch nicht aller Worte; denn es gibt auch solche, die besser nicht verbreitet werden: diejenigen, die die Menschen verderben, die sie täuschen, und auch die, die unnütz sind und die Tat und Gedanken verdrängen.

Wie viele Reden, wie viele Schriften berauben die Menschen der Stille! ... Wie jeder Fortschritt, der Mißbrauch wird, hat die Buchdruckerkunst bei unseren Zeitgenossen eine krankhafte Sucht zu lesen oder zu schreiben geschaffen, die schließlich ihre Persönlichkeit auslöscht. Eine nützliche Mahnung an diejenigen, die gewillt sind, ihre Feder oder ihre Beredsamkeit nur in den Dienst der Wahrheit zu stellen. Sie werden sich nicht gestatten zu schreiben, wenn Sie nichts sagen haben, und wenn Sie zu reden haben, so werden Sie es mit Maß tun.

Aber neben den Worten, die verschwiegen oder nur mit Maß geäußert werden sollen, gibt es andere, die gesagt, wieder gesagt und laut gerufen werden müssen: es sind diejenigen, die ausgehen von dem WORT, dem einzigen, dem allein gültigen, dem allein wesentlichen, diesem geheimnisvollen und unaussprechlichen Wort, das im Schoße der Dreifaltigkeit der Vater von Ewigkeit her ausspricht, indem er den Sohn zeugt ...

Indem Sie überall das Wort Gottes verbreiten, setzen Sie seine Schöpfung fort, Sie werden selber Schöpfer. Haben Sie das genügend bedacht?

Man sagt oft, daß Schweigen besser ist als Reden. Wenn es sich um das Wort Gottes handelt, seien Sie überzeugt, daß von ihm reden dem Schweigen so wenig widerspricht, wie die Schöpfung den Frieden Gottes gefährdet.

Doch gleichzeitig werden Sie, da diese Wahrheiten, von denen Christus gesagt hat, daß sie nicht vergehen, die des erlösenden WORTES sind, jedesmal, wenn Sie sie unter den Menchen verbreiten, Ihrerseits Erlöser! Sie werden Retter, weil Sie die Worte wiederholen, die frei machen, denn, wie das Evangelium des heiligen Johannes sagt, sie sind „Geist und Leben". Deine, meine herrliche, die herrliche Wirklichkeit, die die Heilige Schrift und die Uberlieferung der Kirche den Boten des Evangeliums zuweist. Sie ist so hoch, daß sie Ihnen unerreichbar erscheinen kann. Sie führt jedoch zu sehr praktischen und sehr einfachen Folgerungen.

Diese sind nicht die gleichen für alle. Diejenigen, die intellektuelle Gaben und die Berufung zum Schriftsteller erhalten haben, haben den verantwortungsvollen Auftrag zu publizieren. Denn in unseren Tagen sind das Buch und die Zeitschriften die modernen Formen der Predigt ... Predigten und Vorträge erreichen relativ wenige Hörer; die Zeitung erreicht alle Welt ...

Die Verantwortung, die sich daraus für den christlichen Publizisten ergibt, ist schwer. Er darf die Wahrheit nicht erfinden, sondern muß sie empfangen und weitergeben, er muß sich im strengsten Sinn das Wort Christi zu

eigen machen: „Was ich sage, sage ich nicht aus mir selbst". Er schreibt nicht in seinem eigenen Namen, sondern als Beauftragter. Er muß die Botschaft, die er vom Herrn selber empfangen hat, getreu wiederholen; getreu den Weisungen des heiligen Paulus, darf er sie nicht aus Leidenschaft oder um, wie er meint, originell zu sein, verändern. Seine erste Pflicht ist die Objektivität und der Friede. Da er im Auftrag Gottes spricht, wird er ohne Furcht sprechen und den wunderbaren Ausruf des heiligen Paulus im Gefängnis sich zu eigen machen: „Das Wort Gottes liegt in Ketten!" Er wird nach dem Beispiel der Apostel angesichts der Fürsten und der Völker „offen sprechen"; er wird „wiederholen, widerreden, sei es gelegen oder ungelegen". Er wird sich nicht durch Widerspruch oder Gleichgültigkeit einschüchtern lassen, sondern sich an das Wort der Jünger nach dem Pfingstfest halten, das wir zum Text dieser Ansprache gewählt haben: „Ministerio verbi instantes, eifrig im Dienste des Wortes" ...

Katholische Journalisten und Schriftsteller, was immer sich in der Welt ereignen mag, verzichtet nicht: seid Euch bewußt, daß Ihr, mit Christus bekleidet, wie er „mächtig in Worten" seid und daß eines Tages die Generationen, die Ihr nicht kennt, von Euch sagen werden ...: „Sie haben durch das Wort gesiegt". Sie haben gesiegt, weil sie gesprochen haben.

Aber man wird auch sagen können müssen: Sie haben gesiegt, weil sie gelesen worden sind, weil sie verbreitet worden sind. Entsprechend dem Auftrag des christlichen Publizisten gibt es einen des katholischen Publikums. Zaudern wir nicht, in diesem Heiligtum, das der Zeuge so vieler Gewissenserforschungen, aber auch so vieler hochherziger Entschlüsse gewesen ist, zu sagen, daß es hier eine ungeheuere Lücke auszufüllen gilt. Eine große Zahl von Katholiken machen sich schuldig, schwer schuldig, wenn man an die Bedeutung des Problems denkt. Die Mehrzahl der Katholiken hat keinerlei Pressegewissen; sie lesen unbesehen alles. Man ist erstaunt, in den Händen christlicher Eltern und Kinder Wochenschriften und selbst Illustrierte zu sehen, von denen man zum mindesten sagen muß, daß sie nicht moralisch sind. Ahnt man das Böse, das besonders auf einfache Seelen diese ständigen Wiederholungen tendenziöser Urteile oder diese Ausbreitung aufreizender Bilder ausüben? Die Gleichgültigkeit der Familien, selbst der Militanten, in diesem Punkte neutralisiert zu einem guten Teil die großartigen Bemühungen, die sie andererseits in der Sphäre der Katholischen Aktion oder des missionarischen Fortschrittes machen.

Wir benutzen die Gelegenheit dieser Tagung der „Bonne Presse", um einen äußerst dringlichen Alarmruf auszustoßen. Wir fordern von allen denen, die des Namens eines Christen würdig sein wollen, keine materialistischen Zeitungen und Zeitschriften mehr zu lesen und keine zweifelhaften Publikationen zu öffnen. Sie mögen davon überzeugt sein, daß diese systematische Enthaltung den verhängnisvollen Drucksachen einen tödlichen Schlag versetzen und allen denen — und sie sind Gott sei Dank in Frankreich noch zahlreich — die die Massen zu erziehen suchen, ermöglichen wird, an die Stelle dieser verdorbenen Literatur zu treten.

Soll das heißen, daß die Katholiken nur die katholischen Zeitungen lesen sollen? Ganz gewiß nicht. Ich habe an anderer Stelle zu sehr betont, daß die Christen in der Welt und bei den öffentlichen Einrichtungen mit dabei sein müssen, um jetzt eine Politik parteilicher Enge zu befürworten. Die Einheit der Christen ist keine Frage der Pfarregister. Die Kirche ist ihres Schicksals zu gewiß, als daß sie sich ängstlich in sich selbst verschließen müßte. Man muß sich bei dem Gleichgültigen und bei dem Gegner informieren: das ist eine grundlegende Bedingung einer ehrlichen Information. Doch das bedeutet nicht, daß es allen zusteht, diese Untersuchung zu unternehmen. Und vor allem betrifft die Absage, zu der wir auffordern, nicht die Werke guten Willens; sie betrifft die ihrer Tendenz nach unheilbar atheistische Literatur. Mögen die Gläubigen die Vorschrift des heiligen Paulus anhören: „Möge niemand Euch durch leere Worte verführen".

Ich weiß, daß ein Einwand häufig von den Christen, selbst den eifrigsten, erhoben wird: Wenn wir die Zeitschriften und Zeitungen meiden sollen, die der christlichen Moral nicht genugtun, was sollen wir dann lesen? Finden wir nicht allein in diesen Informationsblättern, selbst wenn sie verdächtig sein mögen, die unerläßlichen Neuigkeiten? ...

Darauf haben Sie, meine Herren, eine doppelte Antwort gegeben. Sie haben zunächst diese Argumentation widerlegt, indem Sie gezeigt haben, daß sie ihre festen Verbündeten in der Menschenfurcht, in der geistigen Trägheit und in jenem stillschweigenden Einverständnis mit dem Materialismus der Umgebung findet, der den geistigen Fortschritt so vieler Christen lähmt. Sie haben die Eltern und die Lehrerschaft immer wieder dazu aufgefordert, ihre Kinder und ihre Nächsten zum rechten Lesen zu erziehen. Sie haben zahlenmäßig belegt, daß es zwar zu wenig katholische Publikationen und Zeitungen gibt, aber nur darum, weil sie bei den Christen nicht die Leserschaft finden, die sie erwarten dürften.

Man sieht die Gefahr dieses circulus vitiosus: die Gläubigen beklagen sich, daß sie keine Zeitungen haben; die Zeitungen können nicht leben, weil sie nicht genug Leser haben.

Um diese ernste Gefahr zu bekämpfen, ist auf unserem französischen Boden die „Bonne Presse" geschaffen und entwickelt worden. Und das ist Ihre zweite und beste Antwort, die Antwort durch die Tat ..."

Frankreich im Aufbruch

Als der französische Armeebischof, Msgr. Picard de la Vacquerie, auf dem Katholikentag in Mainz die deutschen Katholiken einlud, der katholischen Erneuerungsbewegung in Frankreich ihre Aufmerksamkeit zu schenken, lag in diesen Worten eine Anregung, von deren Wichtigkeit sich nur ein Teil der Zuhörer die richtige Vorstellung machen konnte, weil wir im allgemeinen über die geistigen Vorgänge im katholischen Frankreich immer noch zu wenig orientiert sind. Über die ganze Breite dieser Erneuerungsbewegung, die zum mindesten die geistige Führerschicht der französischen Katholiken ergriffen hat und die für unsere eigene Problematik von höchstem Interesse ist, berichtet uns neuerdings ein vorzüglich zusammenfassender Aufsatz von *P. Yves Congar* OP über die „Tendances actuelles de la pensée religieuse" in Frankreich. Er erschien zunächst in dem Heft „Bilan français" der Editions du Monde Nouveau (Paris 1948) und wurde durch die Wiener Zeitschrift „Wort und Wahrheit" (August 1948) auch in deutscher Sprache zugänglich.

Congar gibt sogleich am Anfang der Überzeugung Ausdruck, auch die Theologie müsse sich darüber Rechenschaft ablegen, daß wir an einer Wende der Geschichte des Geistes angelangt sind, die diesmal zugleich auch eine Epoche der Geschichte des katholischen Christentums ist. In Frankreich hat sich im letzten Jahrzehnt mehr und Tieferes geändert als in der ganzen Ära des Modernismus. Was zuerst in die Augen fällt, ist die tiefe Abneigung gegen intellektuelle Systematik, wenn sie den Eindruck rein gedanklicher Konstruktion erweckt. Man ist mißtrauisch gegen ihren Anspruch, mittels syllogistischer Gedankengänge den Zugang zur Wahrheit zu erzwingen. Ideen werden nicht mehr allein mit dem Intellekt, sondern mit einem „gewissen Vorrang des persönlichen Einsatzes" realisiert. Die Existenzkrise dieser Jahre hat die Christen gezwungen, eine neue Synthese von dogmatischer Wahrheit und persönlicher Ehrlichkeit, von religiöser Innenwelt und realem Dasein inmitten der äußeren Welt zu suchen, eine Synthese, die nicht allein im ideellen Raum, sondern in denkendem Leben vollziehbar ist und vollzogen wird.

Aus diesem innern Zwang entstanden jene zahlreichen *Equipes*, Arbeitsgruppen von Christen, Laien wie Priestern, die sich nach wohlüberlegten Plänen aus gläubigem Impuls zu konkreten Unternehmungen zusammenfanden und die wichtigste Quelle schöpferischen christlichen Denkens und Lebens in Frankreich geworden sind. Es gibt ihrer eine Menge, von denen nur wenige auch in weiteren Kreisen Deutschlands bekannt sind, so die *„Mission de Paris" „Jeunesse de l'Eglise" und „Economie et Humanisme"*. Ein anderes Beispiel solches christlichen Realismus geben jene zahlreichen Buchreihen und periodischen Veröffentlichungen, die nicht etwa der Initiative eines bestimmten Herausgebers oder Verlegers entsprungen sind und auf dem Markt ihr Publikum suchen, sondern in denen eine innerlich notwendige Kommunikation zwischen Gliedern einer weit verzweigten Gemeinschaft von Autoren und Lesern stattfindet, die oftmals in Symposien und Sammelheften über ihre Anliegen miteinander sprechen. Das ist eine bei uns in Deutschland durchaus ungewöhnliche und unbekannte Erscheinung, in der aber die literarische Produktion sich als das erweist, was sie in einer solchen Zeit eigentlich immer sein sollte, nämlich Äußerung einer aktiven und gemeinschaftlichen Inangriffnahme der Probleme, die dem Christen zur Bewältigung aufgegeben sind.

„An der ganzen Front vollzieht sich heute der Aufbruch einer apostolischen Gesinnung", darf Congar auszusprechen wagen.

Der Klerus

Was zunächst den Klerus betrifft, so hat er aufgehört, die „Situation der leeren Bänke" als etwas Unvermeidliches hinzunehmen, das allein auf das Schuldkonto der Kirchenfeinde zu setzen ist und dem man nicht beikommen kann. Die Katholische Aktion hat den Klerus dazu gezwungen, der „wahren und konkreten Problematik des Christentums in der modernen Welt", das heißt dem Problem des Laien, ins Auge zu sehen und von da aus die überkommenen Methoden der französischen Seelsorge zu revidieren. Praktisch haben dazu die von der Katholischen Aktion veranstalteten Enquêten die wertvollsten Unterlagen geliefert. Über diese Enquêten hat die Herder-Korrespondenz im Juni v. J. (2. Jhg., H. 9, S. 403) ausführlich berichtet.

Die französische Kirche hatte in diesen Jahren das Glück, aus dem Werk dreier Priester Nutzen zu ziehen, die der Seelsorge eine zeitgemäße Richtung gegeben haben: *Abbé Godin* (vgl. Herder-Korrespondenz, 1. Jhg., H. 6/7, S. 299 ff), *Abbé Boulart* und *Abbé Michonneau*. Der erstgenannte begründete die Mission von Paris, der zweite gab der Landseelsorge entscheidende Anregungen, der dritte organisierte die Seelsorge der Pariser Vorstädte. Unter ihrem Einfluß hat man erkannt, daß die Kluft zwischen Kirche und Welt nicht in der Weise überbrückt werden wird, wie die ältere Generation der Priester sich das dachte, nämlich in der Form einer Heimkehr der reumütigen Welt in den Schoß einer Kirche oder konkret einer Pfarrkirche, die in allem die alte geblieben ist. Die bürgerlich-bürokratische Struktur der Pfarrei, die dieser entsprechende Lebensart des Klerus und auch die überkommene Art der Glaubensverkündigung sind in ehrlicher, oftmals schonungsloser Selbstkritik wegen ihrer Beziehung zu einem untergegangenen Zeitalter der Gesellschaft in Frage gestellt worden. Natürlich kann eine neue und zeitgemäße Form der kirchlichen Praxis sich nicht in wenigen Jahren endgültig durchsetzen. Aber es ist ein Glück für Frankreich, daß es in diesem Augenblick in der Person von *Kardinal Suhard* und *Kardinal Saliège* an der Spitze des Episkopates über Männer verfügt, die weitsichtig und energisch genug sind, alle diese Erneuerungsbestrebungen mit unerhörter Weitherzigkeit aufzunehmen und zu unterstützen. Dadurch wird die Gefahr vermieden, daß sie ins Revolutionäre abgleiten; stattdessen münden sie in einen großen Strom innerkirchlicher Besinnung und Erneuerung.

Ein deutliches Zeichen für die Notwendigkeit einer Reform der Pfarrei und des Weltklerus war die Tatsache, daß die zum Priestertum Berufenen immer sichtbarer die

Orden und neuen priesterlichen Gemeinschaften bevorzugten, während sie sich durch den Gedanken entmutigt sahen, Mitglieder des Pfarrklerus zu werden, dessen Aktivität durch eine Masse von Konventionen, bürokratischen Hemmungen und antiquierten Formen gelähmt zu sein schien (vgl. Herder-Korrespondenz 1. Jhg., H. 2, S. 85 ff; H. 3, S. 105; 2. Jhg., H. 5/6, S. 241 ff). So ist es zu einer Krise des Pfarrklerus gekommen. „Es bedarf einer neuen Formel für das priesterliche Innenleben, durch die das geistliche Leben dem apostolischen Werk eingegliedert wird". Dem Klerus ist die Aufgabe gestellt, aus dem Ghetto hervorzutreten und sich von den politischen, sozialen und geistigen Bindungen an jene geschichtliche Periode zu lösen, deren Antlitz von der Aristokratie und vom Bürgertum geprägt war. Der Klerus hat den Ruf der Zeit vernommen. Gemeinschaften und Gemeinden von Priestern und Laien sind in Bildung begriffen, die eine wirkliche Leidens- und Hoffensgemeinschaft mit den Menschen unserer Zeit suchen. Dort finden sie auch den Anschluß an die beherrschenden geistigen Strömungen unseres Zeitalters, den Sozialismus, den Existentialismus, den Evolutionismus. In der Philosophie, in den Wissenschaften, in der Kunst, überall sind heute Christen und nicht zuletzt Priester führend beteiligt.

Die Laien

Die moderne Laienfrömmigkeit versucht das reale Leben zu heiligen und von der Nachahmung mönchischer oder zölibatärer Formen der Aszese zur Selbständigkeit fortzuschreiten. Beruf, Liebe und Ehe werden als die Bereiche der eigentlichen christlichen Bewährung nicht nur empfunden und genannt, sondern in steigendem Ausmaß realisiert. Außerdem haben die Laien das Bewußtsein erlangt, daß sie verantwortliche Mitglieder der Kirche sind. Sie haben begonnen, die Sakramente und die Liturgie als einen Teil ihrer eigenen Existenz ernst zu nehmen. Von dieser Mitte her stoßen sie mit großem Elan in die Welt vor, und hier fühlen sie sich in ihrer Domäne und zu selbständiger Entscheidung aufgerufen. Die Eigenständigkeit und relative Unabhängigkeit, vor allem aber der spezifische Ernst der weltlichen Dinge sind ihnen ein wichtiges Anliegen. „Die Bewegung zur Welt hin... führt zu einer Art von Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit gegenüber den weltlichen Dingen und nimmt um ihrer selbst willen an ihnen Anteil. Sie sind ihr nicht mehr nur reine Durchgangsstufen, Vollkommenheitsmittel oder Okkasionen des christlichen Verdienstes". Man ist dabei, diesen neuen christlichen Humanismus theologisch zu unterbauen.

Die Theologie

Die Theologie in Frankreich ist sich bewußt, daß auf ihr die Verantwortung lastet, diese neue Bewegung mit ihren Problemen in der rechten Weise anzuregen und zu beraten. Das Heilswerk Gottes muß zu diesem Zweck aus der Problematik des heutigen Menschen neu durchgedacht werden, wobei der Nachdruck auf dem menschlichen Pol der Relation ruht. Die Häresien dieser Zeit sind anthropologischer Art. Die Frage nach dem Menschen in ihren weiten Konsequenzen berührt sich mit der Theologie heute ganz besonders eng in dem Lehrstück von der Kirche. „Ich... wage, die Vermutung auszusprechen", schreibt Congar, „daß der theologische Traktat von der Kirche das eigentliche Zentrum unserer apostolischen und theologischen Bemühungen sei". Diese Auffassung wird nicht zuletzt durch die zunehmende Bedeutung des ökumenischen Gedankens in der katholischen Gemeinschaft Frankreichs gestützt. Die ökumenische Sehnsucht hat die kirchlichen Laien erfaßt und begegnet wachsendem Interesse. Weil hie und da behauptet wird, es seien die deutschen Katholiken, die sich hierin zu weit vorgewagt haben, ist die folgende Mitteilung Congars für uns von einigem Interesse: „1947 wurde in Paris auf Wunsch Kardinal Suhards erstmalig eine gemeinschaftliche Veranstaltung von Katholiken, Orthodoxen und Protestanten durchgeführt, wobei ein orthodoxer Erzpriester, ein lutherischer Superintendent und der Kardinal selbst sprachen und ein gemeinsames Vaterunser die versammelten Christen in einer Atmosphäre hinreißender Frömmigkeit vereinigte."

Der Traktat über die Kirche ist unter allen theologischen Problemen zur Zeit am meisten in Bewegung geraten. Die Lehre von der Kirche wurde im wesentlichen einstmals aus dem Gegensatz zur Reformation heraus formuliert und dargestellt. Sie ist außerdem mit der Abwehr des Jansenismus und Gallikanismus engstens verbunden. Darum zeigt sie eine gewisse Einseitigkeit und hat „viele tiefe und echt theologische Begriffe in den Verruf des Jansenismus gebracht". Die Kirche wurde fast nur nach ihrer menschlichen Seite und in apologetischer Geisteshaltung betrachtet. Ohne die Wahrheit dieser Betrachtung zu bestreiten, muß man nunmehr die ganze Fülle des katholischen Kirchenbegriffs entfalten und zum Ausdruck bringen, daß die Kirche nicht nur „Heilsanstalt", sondern in erster Linie „Heilsgemeinschaft" ist, daß sie ferner zur gesamten Heilswirklichkeit, von der Trinität bis zur Eschatologie, in unmittelbarer Beziehung steht. Dies ist die Aufgabe, deren sich die französische Theologie unter den verschiedensten Gesichtspunkten annimmt.

Es ist von besonderem Reiz, nach den Quellen zu fragen, aus denen die geistige Bewegung in Frankreich ihre Anregungen schöpft. Natürlich stehen die ursprünglichen Quellen des christlichen Denkens: Bibel, Liturgie und Väterschrifttum allen anderen voran. Eine neue Liebe zu ihnen ist erwacht. „Wir scheinen am Anfang eines biblischen Zeitalters zu stehen." Eine ganze Anzahl von Buchreihen müht sich um die Erschließung der Heiligen Schrift und der Väter für eine neue Kategorienlehre der Theologie und für das religiöse Leben des Menschen in der Welt.

Unter den philosophischen Einflüssen macht neben dem Existentialismus die Philosophie von Bergson und von Blondel Anspruch auf Erwähnung. Über die Philosophie der Scholastik, wie sie heute gewöhnlich vorgetragen wird, fällt der Dominikaner Congar das harte Urteil, daß man vom Geiste der großen Meister „wenig mehr als die Methode" behalten habe. Vor allem sei die große Entdeckung der Neuzeit: das Subjekt, in dieser Philosophie eines reichlich „diffusen Thomismus" nicht genügend zur Geltung gekommen. Dieser Mangel zieht einen andern nach sich; man hat es unterlassen, eine Theologie der Entwicklung und der Geschichte aufzubauen. Ein moderner Thomismus muß diese Unterlassung auszugleichen trachten, und er ist in Frankreich am Werk. Auch der Einfluß der ökumenischen Theologie, nicht nur Kierkegaards und Berdjajews, sondern auch der modernen protestantischen Theologen ist im Wachsen begriffen. Sie werden viel gelesen. Als Ergebnis des Zurückgehens auf

die Quellen und der Berührung mit den modernen christlichen Denkern stellt Congar fest: Die Theologie ist dadurch nicht nur um einige Gedanken bereichert worden, sondern man sieht und stellt ganz neue Probleme oder die alten Probleme in neuer Weise. Die erstarrten theologischen Fronten und Schemata sind niedergelegt worden.

Vor allem ist ein neues Verhätnis zur Geschichte entstanden, das der apostolischen Anpasssung der Kirche nur zugutekommt. Die Substanz der kirchlichen Lehre und des christlichen Lebens ist unveränderlich; nicht aber sind es die Formen, in denen sich diese Substanz im Lauf der Zeiten verwirklicht hat. „Daß die Kirche die Sendung besitzt, Seele der Welt zu sein, gehört ihrem innersten Wesen an. Aber daß sich diese Sendung in der Gestalt jener res publica christiana verwirklicht, wie sie die Christenheit des Abendlandes von den Karolingern bis in das hohe Mittelalter gekannt hat, stellt eine historische Tatsache dar, die nicht notwendigerweise mit dem Leben der Kirche gegeben ist. Der Glaube kann auch in anderen Formen das Leben durchdringen und Salz und Licht im evangelischen Sinne sein. Diese Unterscheidung wurde von Maritain in seinem ‚Humanisme intégral' eindeutig vorgenommen; nach ihm von Abbé Journet in seiner monumentalen Schrift ‚L'Eglise du Verbe incarné'. Beide prophezeien einen Wandel von der sakralen Grundform mittelalterlicher Prägung in eine Christenheit weltförmigen Charakters. Mouniers Zeitschrift ‚Esprit' hat sich um die begriffliche Differenzierung zwischen ‚christlicher Welt' und ‚Christentum' bemüht. (Vgl. Herder-Korrespondenz 1. Jhg., H. 5, S. 226 ff.) Die erstere fällt unter den Relativismus der Geschichte und gibt Anlaß zur Kritik, letzteres bleibt unantastbar und jederzeit fähig, den geistigen Sauerteig der Welt zu bilden. Von hier aus erhebt sich die Forderung nach einer Ablösung von jenen mittelalterlichen hierokratischen Formen, die dem Christentum nicht wesentlich sind. Das Mittelalter ist endgültig vorbei." Die Kategorien der Entwicklung und der Geschichte kommen also allmählich zu ihrem Recht in der Theologie und eröffnen ihr, wenn man sie ernst nimmt, große Perspektiven.

Diese Gedankengänge haben in den letzten Jahren in Frankreich unter Beteiligung der führenden Köpfe der Theologie zu einer scharfen Kontroverse über die Relativität der Scholastik und der Theologie überhaupt geführt, die die geschichtlichen Formen des Christentums in ihrer Gesamtheit in sich hineinzog. (Vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 3, S. 137).) Natürlich leugnete niemand die Wahrheit und den Bestand desjenigen, was darin an absoluten Erkenntnissen enthalten ist. Es handelte sich nicht um Revolution, aber in einer sehr grundsätzlichen Weise um das Recht der Evolution.

Wir können hier nur den äußeren Verlauf dieser Kontroverse nachzeichnen und die Beteiligten nennen. Im Jahre 1945 erschien das Werk *P. Bouillards* SJ, „Conversion et grace chez Saint Thomas d'Aquin", „das einer Relativierung des Thomismus das Wort zu reden scheint", und gleichzeitig *Henri de Lubacs* SJ „Corpus mysticum", von dem übrigens 1949 die deutsche Ausgabe vorliegen wird. Im Jahre 1946 gaben ein Artikel von *Daniélou* SJ über „Die gegenwärtigen Richtungen des religiösen Denkens" (Etudes, April 1946) und geistesverwandte Publikationen *Blondels, Teilhard de Chardins*. SJ und der Jesuiten von Lyon dem Ganzen den Anschein einer „verabredeten Offensive". Sie stieß in einem Artikel von *Labourdette* OP „La Théologie et ses sources" (Revue thomiste Mai 1946) auf eine heftige Abwehr. Im Anschluß an eine Antwort der Jesuiten in den „Recherches de science religieuse" (Oktober/Dezember 1946) versuchte Msgr. *Bruno de Solages*, Rektor des Institut Catholique in Toulouse, zu vermitteln. Jedoch wurde die Kontroverse verschärft, als Pater *Garrigou-Lagrange* OP in einem Aufsatz „La Théologie nouvelle, où va-t-elle?" (Angelicum, 3/4, 1946) gegen Bouillard, de Lubac, Daniélou und Teilhard de Chardin den Vorwurf der Häresie erhob. Allerdings waren zwei bekannte Theologen der modernen Richtung mit ihren Werken im Jahre 1942 vom heiligen Offizium indiziert worden, P. *Charlier* mit seinem Buch „Le Problème théologique" und P. *Chenu* OP mit einer Studie „Une école de théologie — Le Saulchoir". Aber diese Werke standen in keinem Zusammenhang mit unserer Kontroverse. Deshalb antwortete de Solages auf jenen Vorwurf mit einem kämpferischen Aufsatz „Pour l'honneur de la théologie. Les contre-sens du P. Garrigou-Lagrange", mit dem die literarische Fehde vorläufig zum Stillstand gekommen ist.

Es würde zu weit führen, wollten wir in diesem Bericht alle theologischen Werke, Buchreihen, Zeitschriften und sonstigen Publikationen nennen, die P. Congar zur Verdeutlichung seiner Meinungen zitiert. Um ein vollständiges Bild von der geistigen Lage des französischen Katholizismus zu gewinnen, müßte man ferner die Tagungsberichte der verschiedenen Kongresse des katholischen Frankreich studieren, die nach dem Kriege abgehalten worden sind, vor allem aber die großen richtungweisenden Hirtenbriefe der Kardinäle Suhard und Saliège.

Der Aufsatz von Yves Congar gibt ein eindrucksvolles und durchaus anderes Bild vom französischen Katholizismus, als es die meisten deutschen Katholiken besitzen und z. T. durch ihre Kriegserlebnisse bestätigt fanden. Er nimmt heute ohne Zweifel in der Auseinandersetzung mit den neuen Fragen und im Versuch, unsere Aufgaben neu zu formulieren und zu bewältigen, innerhalb des kirchlichen Raumes des Abendlandes die führende Stellung ein, sodaß es für uns von großer Wichtigkeit ist, uns mit seinen Erneuerungsbewegungen eingehender bekannt zu machen.

Die Verhaftung von Kardinal Mindszenty

Das Abschiedswort

Am 16. November 1948 gab Kardinal Mindszenty eine Erklärung heraus, die sofort von der Polizei beschlagnahmt wurde. Die ausländische Presse hat sie als einen „Schwanengesang" bezeichnet, mit dem der Kardinal von seinem Volke Abschied nehmen wollte, im Begriff, einem unbekannten Schicksal entgegenzugehen. Die Erklärung hat nach authentischer Information den folgenden Wortlaut:

„Während der letzten Wochen sind überall in unserm zerrütteten Lande Entschließungen gefaßt worden, welche die gegenrevolutionären und volksfeindlichen Umtriebe verurteilen, die ich geschürt haben soll gelegentlich der Feierlichkeiten zu Ehren der heiligen Jungfrau, die in den letzten zwei Jahren in verschiedenen zentral gelegenen Teilen unseres Landes veranstaltet wurden. Diese Entschließungen beklagen den Mangel an Einigkeit zwi-

schen Kirche und Staat und fordern, ich solle daran gehindert werden, diese angeblich unheilvolle Tätigkeit fortzusetzen.

Tatsächlich bezwecken diese Ehrungen der heiligen Jungfrau nichts mehr und nichts weniger, als die überkommene Marienverehrung in der ungarischen Nation zu vertiefen und das religiöse Bewußtsein unseres Volkes zu stärken. Fragen rein politischer Natur wurden bei diesen Gelegenheiten nirgendwo erörtert. Bei diesen Feiern predigten wir immer über die zehn Gebote, über die Würde des Menschen, über Wahrheit und Liebe, alles in Verbindung mit dem Namen und der Verehrung Mariens.

Diese Tage der heiligen Jungfrau erreichten ihr erstrebtes Ziel. Der ungarische Episkopat, der in dieser Angelegenheit sicher zu einem kompetenten Urteil befugt ist, bestätigte dies in einem Dankesbrief, den er am 3. November an mich richtete und in dem er in Bezug auf die umlaufenden Anschuldigungen sein volles Einverständnis mit mir erklärte.

Das Gleiche bezeugt übereinstimend die öffentliche Meinung der Millionen von Ungarn, gegen deren heroische Ausdauer alle Arten von solchen Maßnahmen angewendet wurden, die unvereinbar sind mit den Prinzipien religiöser Freiheit, wie sie durch das Gesetz der Demokratie vorgeschrieben sind. All diese Unterdrückung war umsonst. In den Augen der Öffentlichkeit hat die Anwendung solcher Maßnahmen nur dazu gedient, diejenigen herabzusetzen, die sie angewendet haben.

Was den Wert dieser Entschließungen vor dem Gesetz betrifft, braucht man nur zu erwägen, daß, entgegen wiederholten offiziellen Versprechungen, seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in Ungarn, ausgenommen Budapest, noch keine lokalen Wahlen abgehalten worden sind. Aus diesem Grunde haben die Entschließungen von Bezirken, Städten und Dörfern keine verfassungsmäßige Grundlage. Es ist nichts als ein unehrliches Spiel mit dem öffentlichen Leben, Äußerungen zu erzwingen, die durchaus im Gegensatz stehen zu der einmütigen öffentlichen Meinung einer Nation, die der Möglichkeiten verfassungsmäßigen Lebens beraubt ist, und die durch den drohenden Verlust von Brot und persönlicher Freiheit zum Schweigen gezwungen wird. Drastische Beispiele zeigen, daß der Verlust der Beschäftigung und andere ähnliche Konsequenzen aus dem Versuch folgen, von der demokratischen Freiheit der Rede Gebrauch zu machen. Ich sorge mich wegen der Leiden der Opfer dieser Konsequenzen. Ich habe tiefes Mitgefühl mit denen, die sich solchem Zwang gegenüber sehen. Gleichzeitig bin ich tief bewegt durch die wundervollen Beispiele von Standhaftigkeit und Treue.

Was die Kläger betrifft, vermochten sie, vom allerersten bis zum letzten, ihren Anspruch nicht zu rechtfertigen. Wir baten die Regierung, meine Erwiderungsschreiben bekanntzugeben und der Weltöffentlichkeit das Urteil zu überlassen. Sie tat es nicht, sondern blieb bei ihren vagen Verallgemeinerungen.

Es besteht kein Einverständnis zwischen Kirche und Staat oder besser gesagt, zwischen den Parteien. Doch jedermann weiß sehr wohl, daß die Kirche die von der Regierung versprochene Einladung zu Verhandlungen erst nach dreimonatigem Aufschub erhalten hat, obwohl sie wiederholt ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme erklärt hatte! Jene gab vor, mittels voraufgehender Verhandlungen die Fragen bereinigen zu wollen, die die Interessen der Kirche berühren. Aber gerade die bedeutendste Frage, die Verstaatlichung der Schulen, regelte sie in einseitiger Weise. Diese Maßnahme ging gleichzeitig vor sich mit der Einladung der Regierung an die Kirche, vorbereitende Unterhaltungen zu eröffnen. Natürlich, die Kirche wurde als Sündenbock hingestellt. Ebenso in der Angelegenheit der Festlichkeiten zu Ehren der allerseligsten Jungfrau: nicht die Kirche, sondern die Mächte der Gewalt führten Klage.

Wie dem auch sei, ich schaue mit größter Gelassenheit herab auf diese Wogen, die künstlich aufgewühlt wurden. An dem Platz, auf den ich gestellt bin, durch die Gunst und Gnade des Heiligen Apostolischen Stuhles, nicht durch die Gunst politischer Parteien, sind rollende und stürmische Wogen nicht ungewöhnlich. Die Geschichte ist nun einmal voller Wechselfälle. Zwei meiner Vorgänger fielen auf dem Schlachtfeld, zwei wurden durch Konfiskation all ihrer Habe beraubt. Johann Vitéz wurde ins Gefängnis geworfen, Martinozzi fiel durch die Hände von Mördern, welche durch die Mächtigen seiner Tage gedungen waren, und Pàzmàny, der Größte von allen, wurde ins Exil geschickt. Karl Ambrus wurde von einer epidemischen Krankheit dahingerafft; bis zum Augenblick seines Todes hatte er standhaft und unermüdlich die leidenden Kranken besucht und für sie gesorgt. Aber von all meinen Vorgängern stand nicht ein einziger so aller Mittel beraubt da wie ich. Soviele vorsätzlich inszenierte Verleumdungen, hundertmal zurückgewiesen, aber fortgesetzt und nachdrücklich verbreitet, sind nicht um einen einzigen meiner 78 Vorgänger ausgestreut worden wie um mich.

Ich stehe für Gott, Kirche und Vaterland! Dies ist die geschichtliche Pflicht, die mir auferlegt wird durch die Tradition meines Vaterlandes, der verlassensten Nation in dieser Welt. Verglichen mit dem Unglück meines Volkes ist mein eigenes Schicksal von keiner Bedeutung.

Ich klage meine Ankläger nicht an. Wenn ich zu Zeiten die Lage darlegen muß, sind meine Darlegungen ein Ausdruck der Tränen, ein Aufschrei über die Schmerzen, eine Erschütterung über die Rechtlosigkeit meines Volkes. Ich bete für eine Welt der Gerechtigkeit und Liebe und auch für jene, die nach den Worten meines Meisters nicht wissen, was sie tun. Ich vergebe ihnen aus dem Grunde meines Herzens."

Im Angesicht der Gewalt

Kardinal Mindszenty hat in den letzten Monaten unter Beweis gestellt, daß seine Auffassung über die wahre Natur des Kommunismus im allgemeinen und des ungarischen Regimes im besonderen von den Verheißungen seiner Gegner ebenso unbeeinflußt blieb wie von ihren Drohungen. Er ist in den Augen der katholischen Welt, ja man darf sagen, in den Augen der freiheitliebenden Welt überhaupt, zu einem „rocher de bronze" geworden, der einsam aus den trüben Fluten herausragt, die heute den Osten Europas überspülen. Er hat einen Mut an den Tag gelegt und eine Nichtachtung des eigenen Schicksals, die nur würdigen kann, wer selbst mit einer totalitären Regierung zu tun gehabt hat. Die Herder-Korrespondenz hat im vorigen Heft (3. Jhg., Heft 4, S. 169) darüber berichtet, was sich in den letzten Wochen in Ungarn abgespielt hat. Niemand, am allerwenigsten wohl Mindszenty selbst, konnte darüber im Unklaren bleiben, was sich demnächst

ereignen würde. Er hat längst geahnt, daß man ihm eines Tages das gleiche Schicksal bereiten könnte, das vor längerer Zeit dem Primas von Jugoslawien, Erzbischof Alois Stepinac, widerfahren ist. Schon im Frühjahr des letzten Jahres wurde er nach einer Mitteilung von Kardinal Spellman, New York, als er im Begriffe stand, von Amerika nach Ungarn zurückzukehren, gefragt, ob er keine Furcht davor habe. Er gab die schlichte Antwort: „Warum sollte ich Angst haben heimzukehren? Ich werde da sein, wo meine Herde ist. Im Grunde genommen: alles, was meine Feinde mir nehmen können, ist mein Leben". Diese Worte haben Gewicht bei einem Mann, den die Amerikaner „the silent one" genannt haben, und der, ehe er sprach, überlegte.

Ein Priester seiner Umgebung, dem es noch nach Mindszentys Verhaftung gelungen ist, aus Ungarn zu entkommen, hat in Wien erzählt, dem Kardinal sei in den letzten Wochen von guten Freunden mehrfach der Weg ins Ausland geebnet worden. Er habe darauf immer nur die eine Antwort gegeben: „Ein Hirt verläßt nie seine Herde".

Der Lauf der Ereignisse

Die Verhaftung ging in den Abendstunden des 2. Weihnachtsfeiertages im erzbischöflichen Palais in Gran vor sich. Der Kardinal zeigte, verschiedenen Berichten zufolge, keinerlei Aufregung. Er bat nur darum, sein Brevier mitnehmen zu dürfen, und wurde dann mit einem Wagen der Polizei an einen noch unbekannten Ort abtransportiert. Kurze Zeit später wurden zehn weitere katholische Persönlichkeiten verhaftet. Unter ihnen befinden sich ein Mitglied des Ordinariates, der Archivar des Bistums, der Sekretär der ungarischen Katholischen Aktion, der Führer der Katholischen Aktion in Budapest, zwei Budapester Jesuiten, ein Bankdirektor und der Fürst Paul Esterhazy mit seinem Sekretär.

Daß die Regierung diesen Zeitpunkt der Verhaftung wählen würde, der ja an und für sich eine ganz besondere Herausforderung der Christenheit darstellt, schien in den allerletzten Wochen nicht wahrscheinlich. Denn es waren nach langer Pause Gespräche zwischen den Parteien in Gang gekommen. Das entnehmen wir einem Communiqué der ungarischen Bischofskonferenz, die in der dritten Adventswoche unter dem Vorsitz von Mindszenty getagt hatte. Darin hieß es: „Wir halten es für sicher, daß die zuständigen Autoritäten auf beiden Seiten sich darüber klar sind, daß die Lösung des Problems in seinem gegenwärtigen Stadium eine Teilnahme des römischen Konsistoriums erfordert. Die Kirche ist noch willens, die Frage in einer Weise zu regeln, die sich mit Lehre, Gesetzen und Rechten der Kirche verträgt. Die Tatsache, daß gegenwärtig Erörterungen zwischen Beauftragten des Episkopates und dem Staat über einige Einzelheiten stattfinden, ist ein Beweis für diese Bereitschaft". Es zeigt sich jetzt, daß auch diesmal die Bereitschaft nur auf seiten der Kirche vorhanden war, während die Regierung durch hinhaltende Diplomatie und durch künstliche Erregung der Massen, soweit diese in ihrer Hand sind, lediglich das Ziel verfolgte, das nun erreicht ist. In den letzten Tagen vor der Verhaftung wurde die Agitation gegen Mindszenty noch einmal gesteigert. U. a. wurde vor seinem Palais eine Demonstration von 2000 Arbeitern und Studenten veranstaltet, die im Chor zu rufen hatten: „Nieder mit Mindszenty, dem amerikanischen Agenten! Wir wollen sehen, ob er auch jetzt noch eine aufreizende Rede halten wird".

Am 1. Weihnachtsfeiertag erklärte der Präsident der ungarischen Republik, die Hauptaufgabe der Regierung im neuen Jahr werde darin bestehen, ihre Beziehungen zu der Katholischen Kirche zu revidieren. Man weiß jetzt, worin diese Revision besteht. Wenn es immer noch zweifelhaft sein konnte, ob die östliche Macht es wagen würde, die Weltöffentlichkeit durch eine Handlung herauszufordern, die, wenn wir recht unterrichtet sind, seit den Zeiten Napoleons sich nicht mehr ereignet hat, ob sie einen Kardinal der römischen Kirche unter kriminellen Verdächtigungen verhaften würde, noch dazu einen Mann von solcher Popularität und in einem Volke, dessen Seele so emphatisch reagiert, dann ist für diese Entscheidung eine von zwei Erklärungen möglich: Entweder fühlt sich diese Macht so sicher oder sie weiß keinen anderen Rat mehr. In jedem Fall kann der „Catholic Herald" recht haben, der da sagt (31. 12. 48): „Wenn einst die Geschichte unserer Zeiten geschrieben werden wird, dürfte der Tag, an dem Kardinal Mindszenty von den Kommunisten in Ungarn verhaftet wurde, als ein Tag der Entscheidung angesehen werden. Diese Verhaftung bringt die Spannung zwischen Christentum und Kommunismus zur Explosion, und dies bestimmt die Zukunft der zivilisierten Welt."

Die Beweggründe der Verhaftung

Über die Beweggründe der ungarischen Regierung wird mancherlei gemutmaßt. In Wien wurde, wie man meint von kommunistischer Seite, das Gerücht verbreitet, die Kominform habe dadurch dem Papst die Antwort auf seine Weihnachtsansprache geben wollen. Der „Osservatore Romano" (5. 1. 49) gibt die Meinung wieder und macht sie sich später selbst zu eigen, die gewaltsame Beseitigung Mindszentys „aus dem Leben der Nation" sei auf der letzten Sitzung der Kominform in Sofia beschlossen worden, weil die „Katholische Kirche das engste Band zwischen Ungarn und dem Westen sei". Demnach würde die ungarische Regierung nichts anderes getan als einen Befehl ausgeführt haben. Nach neueren Meldungen aus Wien soll dieser Befehl sogar zweimal wiederholt worden sein, ehe er ausgeführt wurde. Auf alle Fälle ist es gewiß, daß Ungarn diesen Schritt ohne Wissen seines mächtigen Verbündeten kaum unternommen haben würde.

Die Verhaftung des ungarischen Primas, der nach alter ungarischer Tradition und Verfassung in Abwesenheit des Königs die erste Persönlichkeit des Landes war und es in den Augen des Volkes zweifellos auch heute noch ist, zwang die Regierung, mit der Verhaftung sogleich auch die Reihe der Plädoyers zu ihrer Rechtfertigung zu beginnen. Zunächst wurde Mindszenty allgemein der Verletzung der Staatsgesetze und im besonderen des Hochverrates, der Spionage und des Devisenverbrechens beschuldigt. Aber die Weltöffentlichkeit antwortete auf diesen schülerhaften Einfall der ungarischen Kriminalpolizei mit soviel Ironie und Entrüstung, daß nach kurzer Zeit der Staatspräsident in eigener Person in Aktion treten mußte. Herr Arpad Szakalits erklärt voll Bedauern, „die Verhaftung des Kardinals Mindszenty stelle keine Handlung gegen die Katholische Kirche dar... Die römisch-katholische Kirche habe leider das Beispiel der protestantischen Kirchen nicht befolgt und dadurch die

Regierung der ungarischen Demokratie gezwungen, Maßnahmen von der Art zu treffen, wie sie nur im äußersten Notfall ergriffen werden". In wenigen Tagen also hat sich der „Hochverrat" in einen „äußersten Notfall" verwandelt, der darin bestand, daß „ die römisch-katholische Kirche das Beispiel nicht befolgte", der Regierung in allen wesentlichen Dingen nachzugeben. Allerdings gebietet die Gerechtigkeit festzustellen, daß es auch auf Seiten der protestantischen Kirche einen Mann gab, der den gleichen Weg einschlug wie Kardinal Mindszenty und ihm ins Gefängnis vorausging: den lutherischen Bischof Ordaß.

Was nun die Anschuldigungen betrifft, die im einzelnen gegen den Kardinal erhoben wurden, und mit deren Enthüllung die Regierung es im Gegensatz zu den sonstigen Gepflogenheiten der Justiz sehr eilig hat, ist das Beweismaterial, das bisher vorgebracht wurde, mehr als dürftig. Mindszenty habe eine ausländische Macht aufgefordert, sich mit den inneren Angelegenheiten Ungarns zu befassen. Zum Beweis dafür wird die Photographie eines Briefes des früheren amerikanischen Gesandten in Budapest an Kardinal Mindszenty veröffentlicht, in dem dieser erklärt, Amerika könne nicht intervenieren, und ein anderer Brief des Kardinals an den gegenwärtigen Gesandten, in dem die Bitte ausgesprochen wird, Amerika möge die Stephanskrone, die sich z. Z. im Gewahrsam der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland befindet, nicht nach Ungarn ausliefern. Auch der Antwortbrief des Gesandten, der im Sinne der Bitte des Kardinals gehalten ist, wurde bekannt gegeben. Zu der ersten Anschuldigung bemerkt der „Osservatore Romano" (3./4. 1. 49), bei der gegenwärtigen Lage der Kirche in Ungarn sei es sehr naheliegend, daß der Primas zugunsten der religiösen Freiheit sich an den Vertreter eines Landes wandte, in dem wir den mächtigsten Garanten der Atlantic Charter zu erblicken haben, und dem gegenüber Ungarn durch den Friedensvertrag außerdem die rechtliche Verpflichtung eingegangen ist, die Freiheiten aller Menschen in seinem Gebiet zu achten. Was die Stephanskrone angeht, ist sie nicht nur ein nationales Heiligtum, sondern eine Reliquie und steht als solche zum mindesten auch unter der Jurisdiktion der Kirche. Außerdem ist sich jedermann darüber klar, daß sie im Falle ihrer Rückkehr nach Ungarn mit größter Wahrscheinlichkeit von den Russen als Reparation beansprucht werden würde. In Budapest spricht man auch noch von einem schwer belastenden Brief des amerikanischen Kriegsministers an Kardinal Spellman, der im Archiv in Gran gefunden sei. Hinsichtlich der Bewertung dieser Dokumente verweisen wir auf die weiter unten angeführten Erklärungen des amerikanischen Unterstaatssekretärs Lovett und des Präsidenten Truman.

Die Antwort der Kirche

Die Antwort des Apostolischen Stuhles auf die Herausforderung und das Sakrileg, das in der Person des Kardinals und höchsten Würdenträgers der Kirche in einem katholischen Lande von tausendjähriger Tradition die Kirche selber mißachtet, besteht in der folgenden Erklärung der Konsistorialkongregation: „Gegen Seine Eminenz, den Herrn Joseph Mindszenty, Kardinal der Römischen Kirche, Erzbischof von Gran, hat man gewagt, sakrilegisch Hand anzulegen und ihn in der Ausübung seiner kirchlichen Jurisdiktion zu behindern. Die Heilige Konsistorialkongregation erklärt, daß alle diejenigen, die die erwähnten Delikte begangen haben, nach der Norm des can. 2343 § 2 und 2334 n. 2 des Codex Juris Canonici der Exkommunikation verfallen sind, die dem Heiligen Stuhl speciali modo vorbehalten ist, und daß sie ipso jure infam sind."

Diese Erklärung war auch schon bei der Verhaftung von Erzbischof Stepinac erlassen worden. Diesmal indes ist ein Mitglied des Heiligen Kollegiums betroffen, und deshalb war es angebracht, daß die Kardinäle durch ihren Dekan das Wort ergriffen. Am 30. 12. richtete der Dekan des Kardinalskollegiums, Kardinal Marchetti-Selvaggiani, an den Papst folgenden Brief: „Heiliger Vater! Die Nachricht von der Verhaftung Seiner Eminenz, des Kardinals Joseph Mindszenty, Erzbischofs von Gran, hat das Heilige Kollegium, das ihn zu seinen vornehmsten Mitgliedern zählt, in tiefen Schmerz versetzt. Unser Kummer wird vermehrt, wenn wir erwägen, daß ein neuer Grund der Betrübnis sich zu allen anderen gesellt, die in so großer Schwere und Zahl das Herz Euerer Heiligkeit bedrücken.

Unter diesen traurigen Umständen, die den Weihnachtsfrieden getrübt haben, der in Ihrer jüngsten Botschaft so glühend herbeigesehnt wurde, gestatten Sie, daß ich als Dekan des Heiligen Kollegiums im Namen aller Kardinäle, die in Rom anwesend sind, Ihnen unsere Solidarität mit unserem Mitbruder und mit der großen Sache, für die er gekämpft hat und für die er nun Verfolgung leidet, zum Ausdruck bringe.

S.E. Kardinal Mindszenty, wie übrigens nicht wenige andere seiner bischöflichen Mitbrüder aus anderen Nationen, hat die Rechte Gottes und der Kirche und die christliche Erziehung der Jugend energisch behauptet und verteidigt und unermüdlich für die Würde und Freiheit der menschlichen Person gekämpft.

Mit dieser Kundgebung unseres Schmerzes wünschen wir, Heiliger Vater, Ihnen die lebhafte Entrüstung zum Ausdruck zu bringen, die in uns verursacht wird durch das, was man gegen den Primas der katholischen Kirche in Ungarn zu vollbringen gewagt hat. Jene Kirche, die der Presse und aller anderen Mittel zur rechten Bildung der öffentlichen Meinung beraubt ist, muß auch diesen überaus schmerzlichen Schlag erleiden.

Endlich, Heiliger Vater, erheben wir vor der gesamten zivilisierten Welt unsern feierlichen Protest wegen des neuen sehr schweren Angriffes gegen die Freiheit der Kirche in der Person eines ihrer vornehmsten Söhne, der, ausgezeichnet mit dem heiligen römischen Purpur, sich ohne Pose verschwendet hat für das Wohl der Religion und des Vaterlandes.

Mögen unsere Gebete und unsere vollkommene Anhänglichkeit gegen Ihre Lehren und Weisungen in einem für die Kirche so schwerwiegenden Augenblick Ihren Sorgen Erleichterung bringen und beim König des Friedens die Gnade himmlischen Trostes und göttlichen Segens für alle jene erwirken, die für die Sache der Gerechtigkeit leiden und besonders für unseren verfolgten hochwürdigsten Mitbruder..."

Ein Schritt der ungarischen Regierung, die dem Heiligen Stuhl zum Ausdruck brachte, sie sei unabhängig von dem persönlichen Fall des Fürstprimas von dem Wunsch erfüllt, mit der Katholischen Kirche und dem Heiligen Stuhl ein Übereinkommen zu treffen, konnte unter diesen Umständen keine andere Antwort erhalten als die folgende, die im „Osservatore Romano" (3./4. 1. 49) veröffentlicht wird: „Der Heilige Stuhl hat geantwortet: 1. Es

ist nicht ersichtlich, wie der Wunsch nach einem Übereinkommen mit dem Heiligen Stuhl vereinbar ist mit der Behandlung, die einem Erzbischof, Primas und Kardinal zugefügt wurde, eine Behandlung, durch die der Heilige Stuhl selbst beleidigt wurde. 2. Der Heilige Stuhl will bekanntlich, daß überall die Rechte der Kirche und der Gewissen sichergestellt werden, d. h. nicht nur Kultusfreiheit, sondern auch Freiheit der Verkündigung, der Propaganda, Freiheit für alle katholischen Einrichtungen und besonders für die christliche Erziehung der Jugend".

Das Echo in der Welt

Die ungarische Maßnahme hat in der katholischen Welt eine so spontane und flammende Entrüstung erregt, wie sie vielleicht seit den Tagen Garibaldis nicht mehr in Erscheinung getreten ist. Seit dem 27. Dezember hat der Heilige Stuhl zahllose Telegramme von Bischöfen, Gruppen der Katholischen Aktion, katholischen Instituten, Pfarreien, Ordensgemeinschaften und einzelnen Persönlichkeiten aus allen Teilen der Welt erhalten. Soweit aus den Veröffentlichungen des „Osservatore Romano" ersichtlich ist, war die Anteilnahme des Mitgefühls und der Entrüstung besonders lebhaft in Italien, Irland Nord- und Südamerika und bemerkenswerter Weise bei den unierten Kirchen im Nahen und Mittleren Osten.

Inzwischen haben die Katholiken und die führenden Mitglieder des Episkopates in ihren eigenen Ländern Protest erhoben, und sie sind, soweit das in ihrer Macht lag, auch bei ihren Regierungen vorstellig geworden, um diese zur Intervention gegen eine Handlungsweise zu veranlassen, die umso herausfordernder ist, als gerade vierzehn Tage vor der Verhaftung die Erklärung der Menschenrechte von den Vereinten Nationen angenommen wurde.

Neben dem bekannten Protest der deutschen Bischöfe ist besonders die Stellungnahme von Kardinal Spellman bemerkenswert, in der sich die Entrüstung spiegelt, die den amerikanischen Katholizismus in diesen Tagen erregt. Spellman fragt zum Schluß: „Werden die Vorkämpfer der Freiheit im Schweigen verharren? Werden die Männer und Frauen aller Nationen, die sich jüngst soviel Mühe gegeben haben, die grundlegenden Menschenrechte zu sichern und zu garantieren, ihre Stimme erheben?"

Es handelt sich bei diesem Fall aber auch um ein politisches Ereignis ersten Ranges. Erstens wird zu prüfen sein, wie sich das ungarische Vorgehen mit den Versprechen vereinbaren läßt, die die Regierung hinsichtlich der Behandlung ihrer Bürger im Friedensvertrag eingegangen ist. Zweitens geht es darum, ob die Erklärung der Menschenrechte ein Fetzen Papier ist oder nicht. Drittens handelt es sich um ein Fanal, das die Einstellung der östlichen Regierungen gegenüber dem Christentum und der Kirche in einer Weise deutlich macht, die auch den Harmlosesten aufklären kann. Wenn Napoleon, als er Hand an Papst und Kardinäle legte, dartun wollte, daß er die Kirche in der Hand habe, ist die Dialektik der Geschichte in diesen 150 Jahren zu den Grundlagen des religiösen Themas vorgedrungen. Als man nach Mindszenty griff, handelte es sich nicht mehr nur um die Kirche, sondern um Gott oder mindestens um Christus.

Die Welt hat denn auch begriffen, daß es in diesem Fall um jene Werte des Humanen geht, die durch das Christentum zum unverlierbaren Erbe unserer Kultur geworden sind und nicht etwa nur um eine interne Angelegenheit zwischen dem Vatikan und Budapest, auch nicht nur um die Person des ungarischen Kardinals, so sehr sein Mut und sein unbeugsamer Sinn für Wahrheit und Recht die allgemeine Sympathie gewonnen haben; seine Person ist wegen der Stellung, die sie einnimmt, diesmal der Anlaß zu einer grundsätzlichen Entscheidung darüber, ob es auch weiterhin einem politischen Kollektiv gestattet werden soll, mit den Freiheiten zu spielen, auf die die Völker der Welt sich soeben feierlich festgelegt haben.

Es war zu erwarten, daß die amerikanischen Katholiken die Führung bei diesem Feldzug zur Aufklärung der öffentlichen Meinung ergreifen würden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte aber auch deshalb Grund, sich zu äußern, weil sie in den Fall hineingezogen wurde. Der geschäftsführende Außenminister Lovett erklärte am 30. Dezember vor der Presse, die Verhaftung sei eine „Handlung revolutionären Charakters", die „eine lange Reihe von Maßnahmen zur Unterdrückung der bürgerlichen politischen und religiösen Freiheiten des ungarischen Volkes auf die Spitze triebe." Präsident Truman bestätigte auf der nächsten Pressekonferenz die Auffassungen seines Staatssekretärs, und die Pressestelle der amerikanischen Regierung nannte die Verdächtigung des Kardinals wegen der Beziehungen zur amerikanischen Gesandtschaft eine „geschmacklose Unverschämtheit". Inzwischen sind der Regierung wie dem Kongreß zahlreiche Entschließungen aus katholischen Kreisen zugegangen, die eine Intervention der Regierung zum Ziel haben. Im Parlament selbst hat Senator Wagner die Bildung einer Senatskommission gefordert, die den Fall untersuchen soll und im Repräsentantenhaus hat der Abgeordnete Potts den Antrag gestellt, die Regierung aufzufordern, sie möge die Initiative ergreifen, diesen und die anderen Fälle religiöser Verfolgung in Ungarn vor das Forum der Vereinten Nationen zu bringen.

Auch in Kanada hat der Erzbischof von Ottawa die Regierung zum Protest aufgefordert, Brasilien, Peru, Bolivien und Venezuela haben in Telegrammen an den Heiligen Stuhl ihre Sympathien und Proteste zum Ausdruck gebracht.

Die irische Regierung hat als erste und, soweit bekannt, bisher einzige den direkten Weg beschritten und bereits am 29. Dezember durch ihren Außenminister eine Note nach Budapest gerichtet, in der es heißt: „Ich halte mich für verpflichtet, Ew. Exzellenz davon in Kenntnis zu setzen, daß die Bekanntgabe der Verhaftung S.E. des Kardinals Mindszenty in diesem Lande schwere Befürchtungen ausgelöst hat. Ew. Exzellenz werden bereit sein, sich Rechenschaft zu geben von der Besorgnis, die alle jene, die die Freiheit lieben, in der ganzen Welt wegen der Würde und des Wohlergehens einer Persönlichkeit empfinden, die sich immer als standhafter Vorkämpfer der menschlichen Grundrechte erwiesen hat. Die irische Regierung würde es sehr zu schätzen wissen, wenn die ungarische Regierung sich entschließen wollte, die notwendigen Vollmachten zu gewähren, um einen von der irischen Regierung bezeichneten Vertreter in den Stand zu setzen, Seine Eminenz zu besuchen." Die ungarische Regierung ihrerseits hat nach einer Meldung der „Neuen Zürcher Nachrichten" vom 12. Januar das französische Parlamentsmitglied, Pater Grau von der MRP eingeladen, sich in Budapest über die Verhaftung zu unterrichten. Grau forderte die Erlaubnis, mit Kardinal Mindszenty unter vier Augen sprechen zu dürfen, worauf er die Ant-

wort erhielt, er müsse sich von dem linksgerichteten Schriftsteller Mardin-Chauffier begleiten lassen. Da dieser erkrankt ist, kam die Reise bisher nicht zustande.

Die Weltpresse bis in die Reihe der sozialistischen Zeitungen hinein, bezeichnet den Gewaltakt als „Unterdrükkung der Freiheit", wodurch er als ein Ereignis charakterisiert wird, das weit mehr aufs Spiel setzt als bloß kirchliche Belange, wie „L'Italia socialista" schreibt. Dasselbe Blatt fährt sehr bezeichnend fort: „In einem wirklich demokratischen Staat der sich der Tragweite seiner Souveränität gegenüber der Kirche bewußt ist, wird die Nationalisierung durch die Macht des Gesetzes vollzogen und nicht durch die Macht der Polizei."

Radio Moskau macht sich zum Sprecher der entgegengesetzten Auffassung. Man klammert sich an die „politischen Verbrechen" des Kardinals und bemüht sich, die Aufrichtigkeit des Verständigungswillens der Regierung darzutun. Diese selbst ist nach der Verhaftung nicht nur an den Vatikan, sondern auch an die ungarischen Bischöfe mit dem Vorschlag herangetreten, unabhängig von diesem Ereignis über die Regelung der zukünftigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu verhandeln. Auch die ungarische Volkspartei wurde veranlaßt, in dieser Sache ihre Dienste anzubieten. Der ungarische Episkopat hat aber, wie bei Abschluß unseres Berichtes bekannt wird, diesmal Nein gesagt.

So ist in diesem Augenblick die stürmische erste Reaktion auf das neue Komplott gegen die höchsten Werte des menschlichen Daseins abgeklungen. Die Kräfte für den Kampf um das Recht beginnen sich zu formieren. Die Herder-Korrespondenz wird ihre Leser über die weitere Entwicklung laufend in Zusammenfassungen unterrichten.

Über den chinesischen Kommunismus

Die Herder-Korrespondenz berichtete im 3. Jhg., Heft 4, S. 172 ff auf Grund von Informationen aus den verschiedensten Quellen über die Gestalt des chinesischen Kommunismus und die mutmaßlichen Aussichten, die sich für das Christentum ergeben würden im Falle, daß die Kommunisten in China zur Herrschaft gelangten. Unsere Darstellung wird vollauf bestätigt durch ein Interview, das der Erzbischof von Nanking, Msgr. Yu-pin, bei seiner Romreise im Dezember einem Vertreter der „Agenzia Fides" gewährte. Wir geben dieses Interview im Wortlaut wieder:

„Die kommunistischen chinesischen Streitkräfte zählen ungefähr 2 Millionen und haben heute etwas mehr als ein Drittel des Landes besetzt. Es handelt sich dabei um die reichste Gegend, in der sich 80% der natürlichen und industriellen Hilfsquellen Chinas befinden. Die Schlacht zwischen Suchow und Nanking ruft die großen Kämpfe des japanisch-chinesischen Krieges in Erinnerung. Sie hat eine halbe Million Kommunisten und 400 000 Mann Nationaltruppen ins Feld geführt.

In China wie im Ausland haben die Staatsmänner und die führenden Kreise nicht vollkommen begriffen, welches die Bedeutung dieses Kampfes ist. Sie haben sich eingeredet, es handle sich nur um einen Bürgerkrieg, oder es ginge gegen Unordnung und Räuberunwesen. Die Ereignisse der letzten zwei Monate haben sie endlich darüber belehrt, daß es sich um einen internationalen Krieg handelt. Es gibt nur einen einzigen Kommunismus, und alle Kommunisten kämpfen für den Sieg derselben Ideologie. Die Russen behandeln uns auf ihren Gesandtschaften als Freunde, bekämpfen uns aber auf den Schlachtfeldern; wir haben mit ihnen einen Freundschaftspakt, aber sie sehen in uns ihre Feinde.

Für China steht heute nicht mehr und nicht weniger auf dem Spiel als die Verteidigung der eigenen Zivilisation und der nationalen Unabhängigkeit. Diese Entdeckung hat dem Krieg einen neuen Sinn gegeben. Intellektuelle, Professoren, die oberen Schichten der Gesellschaft, die sich im Hinblick auf den Brigantenkrieg „die Hände in Unschuld wuschen", wissen jetzt, daß es sich handelt um die Verteidigung der geistigen Güter, ja um die Existenz des Landes.

Diese Ausrichtung des Bewußtseins kann im Augenblick China noch instandsetzen, sich zu retten. Auch das Volk hat angefangen zu begreifen, daß der Kampf um eine Wahrheit geht, um einen Glauben, um eine „Weltanschauung", wie die nichtchristlichen Intellektuellen der Nanking-Partei sich ausdrücken. Sie spüren, daß sichere Direktiven notwendig sind, sie suchen eine Lösung für die schweren sozialen Probleme der Stunde. Diese Direktiven und diese Lösung kann nur die katholische Kirche geben und hat sie bereits in ihren großen Enzykliken in klarer Form gegeben.

In der Zone, die sie besetzt haben, beweisen die Kommunisten im Hinblick auf das Christentum im Augenblick eine großzügige Toleranz. Sie verstehen es, ihren Worten solche Kraft der Überzeugung zu verleihen, daß sogar einige Missionare sich haben täuschen lassen. Diese Haltung der Toleranz ist in Wirklichkeit nichts als ein sehr geschicktes Manöver von durchaus provisorischem Charakter. Die Kommunisten sind imstande, protestantische Missionare darum anzugehen, sie möchten eine Universität eröffnen; sie bringen es fertig, im Rundfunk von katholischen Missionaren erklären zu lassen, daß die religiöse Freiheit in dem von ihnen besetzten Gebiet geachtet wird. All das stimmt solange es andauert. Aber dieser Opportunismus darf niemanden täuschen. Gewiß haben die Missionare die Freiheit, Messe zu lesen und zu predigen, aber den Christen wird es verboten werden, daran teilzunehmen; die katholischen Schulen werden sicherlich offen bleiben, aber sie werden den Marxismus lehren müssen, und der Priester wird keinen Fuß darein setzen dürfen. Die Taktik der Kommunisten ist in der ganzen Welt die gleiche: mit lauter Stimme verkünden sie die religiöse Freiheit, und gleichzeitig machen sie es dem Priester unmöglich, sein Apostolat auszuüben und in ihrer Mitte zu verbleiben.

Die Missionare, die vom Martyrium träumen, mögen sich keinen eitlen Illusionen hingeben. Sicherlich sind unter den Opfern der chinesischen Kommunisten wirkliche Martyrer wie die Trappisten von Yangkiaping, die nur darum verfolgt wurden, weil sie Mönche waren. Aber das sind Ausnahmen. Wenn die Kommunisten Hand an die Missionare legen, werden sie auf jede Weise vermeiden, daß auch nur der Verdacht entsteht, sie betrieben eine Verfolgung um des Glaubens willen: man wird Verräter verurteilen und nicht Priester.

Eine gewisse Zahl von Missionaren hat bereits zwangsweise Nordchina verlassen müssen. Sie sind in Mittel- und Südchina willkommen: in der Erzdiözese Nanking gab es nur 17 Priester; nun sind es 70, und schon schreien einige über die Kriegsgewinne des Erzbischofs!

Vielleicht ist es von der Vorsehung gefügt, daß einige Missionare gezwungen wurden, in Südchina das Evangelium zu verkünden, auf diesem Feld des Apostolates, das bisher allzu sehr vernachlässigt wurde. Aber wie lange werden die Missionen noch auch nur in Südchina arbeiten können? Es ist müßig, den Propheten zu spielen. Eins jedoch ist sicher: die Regierung denkt nicht daran, mit den Kommunisten zu verhandeln oder auch nur Nanking zu verlassen. Auch die auswärtigen Botschaften sind entschlossen, in der Hauptstadt zu verbleiben. Allerdings ist es richtig, daß aus Sicherheitsgründen Frauen und Kinder evakuiert worden sind, da ja auch die Möglichkeit von Bombenangriffen nicht ausgeschlossen ist. Jedoch geht das Leben in Nanking seinen ruhigen Gang, und bis jetzt sind auch die Schulen geöffnet. Sollte der Tag kommen, an dem die Regierung die Hauptstadt verlassen müßte, wie in den Zeiten der japanischen Invasion, dann würde es nur geschehen, um von Kanton oder sonst woher den Kampf fortzusetzen. Sie wird sich nur zurückziehen, um später zurückzukehren."

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Forderungen an den Religionslehrer von heute

Kardinal Suhard, der von der Konferenz der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs mit der Leitung der Katechismuskommission betraut worden ist, hat in der neugegründeten Vierteljahrsschrift „Documenation catéchistique" folgende Richtlinien für den Religionsunterricht veröffentlicht:

„Pius XI. brandmarkte mehrmals, aber besonders am Ende seines Pontifikates, die religiöse Unwissenheit als die ‚Schande' unserer Zeit. Noch jüngeren Datums ist eine Erklärung Pius' XII., in der es heißt, daß sie eine ‚offene Wunde am Leibe der Kirche' ist. Diesen doppelten Alarmruf müssen jene hören, die die Verantwortung für den Unterricht tragen.

Woher kommt dieser beängstigende Zustand? Es soll hier nicht über die allgemein bekannten Ursachen gesprochen werden. Es scheint, daß man die tatsächliche Wirkung auf die Gesellschaft in dem einen Wort zusammenfassen kann, daß der Atheismus ein ‚Lebensganzes' geworden ist. Der Atheismus gibt sich heute nicht mehr mit Einzelaktionen gegen das Christentum zufrieden; seine Vertreter wollen vielmehr gegenüber der einen universalen Kirche eine andere, unabhängige und autonome Gesellschaft konstituieren; und gegen das Dogma der Kirche ein ‚eigenes System' schaffen, das sich selbst genügen soll.

Diese fundamentale Tatsache darf man nie vergessen, wenn man den christlichen Unterricht fördern will. Die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen bewegen sich in diesem geschlossenen System. Mit allen ihren Fasern atmen sie diesen Laizismus ein. Denn der Materialismus wird nicht nur in Form von Thesen und Aphorismen dargeboten, sondern dringt täglich durch die Dinge selbst ein: durch Plakate, Kino, Mode, Schlagwörter usw. Für jene, die den Atheismus nicht verstehen, ist es leider immer möglich — und in der Gesamtheit ist dies unvermeidlich —, daß sie diesen Atheismus nachahmen und leben.

Man darf jedoch nicht meinen, daß dagegen nichts zu machen wäre. Die Stunde ist gekommen, das Evangelium zu lehren und zu verbreiten, das heilt und rettet. Wir sollen dies tun, aber dabei aus den Verhältnissen lernen. Das Geheimnis des Ansehens und der Verbreitung des atheistischen Materialismus ist seine Organisation: er bildet ein Ganzes.

Die Katecheten und christlichen Lehrer mögen nie den Fehler begehen, das Christentum in auseinandergerissenen Teilen darzulegen. Zergliedert nicht unter dem Vorwand der Logik oder der Notwendigkeit. Zeigt das Christentum in seiner ganzen Struktur und in seinem ganzen Umfang. Erstickt eure Botschaft nicht durch Kleinlichkeit. Geht geradewegs auf das Mysterium zu. Haltet die Seelen nicht ohne Grund zurück, sondern taucht sie zur Gänze in das Leben Christi und der Kirche ein. Glaubt nicht, daß diese ‚Methode' eine bequeme Lösung sei. Sie erfordert viel Wissen und Genauigkeit. Die Grundbedingung des christlichen Unterrichts ist die synthetische Methode, die Gesamtkatechese. Die Verbreitung der Botschaft muß dem Wort Christi entsprechend, ‚Gehet hin und lehret...', den Vorrang haben. Jedes Apostolat, das nicht auf dieser Überzeugung ruht, ist zum Scheitern verurteilt.

Der Eifer ersetzt nicht das Wissen. Oberflächlich betrachtet, scheint der Katechismusunterricht einfach zu sein: eine Sache des Herzens und der Frömmigkeit. Wenn man näher zusieht, erfährt man, daß dies eine Sache des Verstandes, der Wissenschaft und der Geschicklichkeit ist. Man kann nur das gut unterrichten, was man vollkommen besitzt. Dieses Gesetz gilt bei den Erwachsenen, besonders aber bei den Kindern; vor allem bei ihnen ist es unerläßlich, nicht nur zu wissen, sondern auch anzuwenden. Die kindliche Mentalität ist sehr kritisch. Sie ist mit Improvisationen nicht leicht zufrieden. Sogar die mütterliche Phantasie und Intuition genügt nicht. Es braucht auch ‚Technik', das heißt das Wissen um die Vorgänge des kindlichen Denkens und deren Handhabung.

Wenn man nicht in der Sprache des Kindes spricht, wenn man sein Gemütsleben dem der Erwachsenen angleicht, erlangt man vielleicht Schulresultate, die vorläufig zufriedenstellen, aber man spricht nicht sein tieferes Wesen an, jenes, das sein Leben als Erwachsener vorbereitet und das es auch überdauern wird, weil es seine Personalität und sein Leben ist.

Es ist daher wichtig, die kindliche Psychologie methodisch zu studieren. Verwenden wir also ohne Zögern

die gültigen Ergebnisse der Wissenschaft, sollten sie auch gewisse Gewohnheiten umstürzen und eine gewisse Gleichgültigkeit aufstören. Nichts wäre dem Geist der Kirche entgegengesetzter, als von vornherein und zur Gänze alle Ergebnisse der experimentellen Wissenschaften über das Kind abzulehnen, unter dem Vorwand, daß sie oft auf eine atheistische Weltanschauung hinauslaufen. Es ist besser, kritisch, aber nicht mit Abneigung, die Ergebnisse der Fachleute auf diesem bis jetzt wenig bekannten Gebiet zu prüfen.

Der Religionsunterricht wird sich jedoch niemals mit der Kenntnis der kindlichen Psychologie zufriedengeben können. Er wird auch dem Licht der Theologie und der Handlungsweise des Christen Rechnung tragen müssen. Besonders die Gnade wird sehr tiefgehend behandelt werden müssen, um die normalen Wege Gottes und die beherrschenden Kraftlinien des Übernatürlichen bei den getauften Kindern darzulegen. Diese werden auch ihr ganzes Leben besondere Beziehungen zur katholischen Hierarchie haben. Daher müssen auch die Lehrer von kindlicher und ehrfurchtsvoller Anhänglichkeit erfüllt sein gegenüber dem Lehramt und allen Graden des Priestertums. Schließlich wird es notwendig sein, sich die soziologischen Grundbegriffe zu erwerben, um die Reaktionen und die Schwierigkeiten zu kennen, denen die göttliche Botschaft durch die Verhältnisse des sozialen Milieus begegnet: Vererbung, Art der Arbeit, Wohnungsverhältnisse, Vergnügungen usw."

Abschließend weist Kardinal Suhard auf die neue Zeitschrift, die „Documentation catechistique", als ein Organ der Erneuerung des Religionsunterrichtes hin.

Zur Geschichte der typologischen Schriftdeutung

Schon im zweiten Petrusbrief ist das Eingeständnis enthalten, daß in der Schrift, namentlich in den Briefen des Apostels Paulus, „manches schwer zu verstehen ist" (2. Petr. 3, 16). Vinzenz von Lérin klagt im fünften Jahrhundert über die Willkür, die man der Schrift antut: „Die Heilige Schrift deutet jeder auf seine Weise." Zur Geschichte der verschiedenen Methoden, die Schrift auszulegen, wie sie sich in der frühchristlichen Tradition nach und nach entwickelt haben, bietet *J. Daniélou SJ* in den „Ephemerides Theologicae Lovanienses" (24. Jhg., H. 1/2) einen Überblick. Er führt die Verwirrung des Verständnisses, wie sie Vinzenz von Lérin beklagt, vor allem auf den schlechten Einfluß Philos und der Alexandriner zurück. Sie haben, wie er sagt, entsprechend ihrer psychologischen Doktrin von der Dreiteilung der menschlichen Seele die Unterscheidung zwischen drei verschiedenen Bedeutungen der heiligen Texte, zwischen dem wörtlichen, dem moralischen und dem anagogischen Sinn erfunden, die dann im Lauf der Zeit durch hinzukommende Verfeinerungen immer undurchsichtiger geworden ist.

Die frühchristliche Tradition kennt nach dem Bericht von Daniélou nur zwei Möglichkeiten der Sinndeutung biblischer Stellen, nämlich die wörtliche und die typische Auslegung.

Der Wortsinn ist der vom Schriftsteller gemeinte, den der Leser durch Textanalyse ermittelt. Er ist entweder ein „eigentlicher" oder ein „figürlicher" Sinn, je nachdem es sich um eine geschichtliche Erzählung oder um ein Gleichnis handelt.

Der andere Sinn, der „typische", wohnt den Gegenständen der alttestamentlichen Erzählung an und für sich inne; denn die Personen, Ereignisse und Einrichtungen des Alten Bundes sind Vorbilder Christi. Als der Herr erschien, deutete er auf diese Vorbilder hin und sprach: „Ich bin es". Der Unterschied zwischen dem Alten und dem Neuen Testament liegt darin, daß Christus dort repräsentiert wurde, während er hier präsent ist.

Die patristische Tradition hierüber ist einhellig. Ihr zufolge hat das Alte Testament keinen anderen Gegenstand als Christus. Hilarius schreibt: „Das ganze Werk, das in den heiligen Büchern enthalten ist, verkündet mit Worten, offenbart durch Taten und bestätigt durch Beispiele das Kommen Christi." (Tract. de myst. I, 3). Eine akkomodierende Exegese, die in der Schrift Allegorien moralischen oder kosmologischen Inhalts sucht, widerspricht dieser patristischen Tradition. Es war die Gnosis, welche die Bilder der Schrift für ihre eigenen Ideen in Anspruch nahm, während doch der Mensch, wenn er der Schrift gemäß verfährt, sein Denken nach dem Wort Gottes zu richten hat.

Der typische Sinn der Schrift weist also immer und allein auf Christus hin, jedoch auf den ganzen Christus. Hieraus ergeben sich verschiedene Möglichkeiten der Deutung. Das Alte Testament enthält in seinen Typen die Fülle des Geheimnisses Christi. Es gibt soviele Weisen der Auslegung wie es Aspekte dieses Mysteriums gibt. Ihre Klassifizierung ist nicht so wichtig; sie kann sogar gefährlich werden, wenn sie die Tatsachen a priori einem Schema unterordnet.

Man kann zunächst die Umstände des irdischen Lebens Jesu ins Auge fassen; sie sind im Alten Testament vorgebildet. Matthäus ist der Klassiker dieser exegetischen Richtung. Er stellt aus alttestamentlichen Stellen das ganze Leben Jesu zusammen, während dem heiligen Paulus diese Art fremd ist. Nichtsdestoweniger hat sie Schule gemacht, und eine Reihe von Details, wie etwa die „Grotte" von Bethlehem, der Ochs und der Esel an der Wiege des Jesuskindes oder die erbarmungswürdig entstellte Gestalt des leidenden Herrn sind durch Schlüsse aus typisch gedeuteten Stellen des Alten Testaments in die Tradition eingegangen. Geschichtlich interessant ist es, daß diese exegetische Art sich nur im Westen findet.

Der Osten setzt jener „historischen" Typologie die „pneumatische" Exegese entgegen, worin Origenes sein Talent beweist. Die Typen des Alten Testamentes werden nicht auf äußere Einzelheiten im Leben des Herrn gedeutet, sondern als Vorbilder der Mysterien betrachtet, die uns in Christus offenbar werden. Diese Art typologischer Exegese ist, wie Daniélou sagt, die bei weitem tiefere und sinngemäßere. Der Herr selbst bedient sich ihrer, um das Geheimnisvolle seines Werkes auszudrükken, wenn er z. B. vom Zeichen des Jonas spricht oder auf die eherne Schlange deutet. Johannes der Täufer sagt mit dem Bilde vom Lamm Gottes das Tiefste über ihn aus. Dies ist die eigentliche Bedeutung der typologischen Exegese, daß sie die Kategorien einer biblischen Theologie liefert. In dieser Hinsicht ist das Alte Testament unerläßlich, wenn man Christus in den Tiefen seines Geheimnisses nahe kommen will. Ohne die Typen des Osterlammes, des Bundesopfers, des Jonaszeichens

kann man die Erlösung nicht auffassen, sie sind der Kommentar zu ihr. Jede alttestamentliche Begebenheit trägt einen Zug in dieses hintergründige Bild des Erlösers ein. Deswegen ist diese Art der Exegese bei den Vätern vorherrschend; die Mysterien Christi sind ihr eigentliches Anliegen.

Damit tritt eine neue Erweiterung des Gesichtskreises der Exegese in Erscheinung. Sie beschränkt sich nicht auf die historische Persönlichkeit des Herrn, umfaßt vielmehr auch seine Erscheinung im mystischen Leib, der Kirche. Das Alte Testament enthält die Vorbilder und in ihnen den Kommentar für das sakramentale Leben der Kirche. Hierin ist Johannes das Vorbild. Die Episoden aus dem Leben des Herrn, die er berichtet, sind in ihrer großen Mehrzahl Typen der Sakramente und in ihrer Gesamtheit eine wahre Mystagogie, die sich ihrerseits auf die sakramentalen Typen des Buches Exodus stützt. Die im Urchristentum so bedeutsame Mystagogie findet in den Schriften von Justin, Tertullian, Origenes, Cyrill von Jerusalem und Ambrosius ihre vollendete Form. Im ganzen ist sie das Kennzeichen der antiochenischen Schule gewesen.

Ein weiteres Entwicklungsstadium beschreitet die typologische Exegese, indem sie die Beziehung zwischen den Typen und dem innern Leben des einzelnen Christen herstellt; auch in der einzelnen Seele vollzieht sich ja das Mysterium Christi. Diese Art, die Schrift zu verstehen, lernen wir von Paulus, und Origenes samt der alexandrinischen Schule wandelt in seinen Spuren. Die fremden Einflüsse, die von Philo gerade in diese Schule eingedrungen sind, dürfen nicht verdunkeln, daß die Typologie in dieser Form, wie sie von den Alexandrinern gepflegt wurde, grundsätzlich berechtigt ist und eine Seite der Tradition darstellt, soweit wenigstens, als die Beziehung der Schriftworte auf Christus nicht verloren geht.

Eine letzte Weise, die Typen zu verstehen, kann man die eschatologische nennen. Auch sie hat sich unter dem Einfluß der jüdischen Apokalyptik zuweilen verirrt und ist in den Chiliasmus entartet. Davon abgesehen hat sie jedoch Berechtigung. Die eschatologischen Reden des Herrn enthalten ebenso typologische Deutungen alttestamentlicher Stellen wie die Geheime Offenbarung. Die Sintflut, die Ereignisse beim Auszug der Juden, das Osterlamm, der Fall Jerichos und ganz besonders der Sabbat als Typ der ewigen Ruhe gehören hierher.

Diese verschiedenen Deutungsweisen, sagt Daniélou, haben sich ganz zwanglos in verschiedenen Strömen der Tradition nebeneinander entwickelt, während die späteren Klassifizierungen und Unterscheidungen der verschiedenen Sinne der Hl. Schrift alle etwas Gekünsteltes an sich tragen. Der erste, der mehrere Auslegungen nebeneinander stellt, scheint Origenes gewesen zu sein. Aber er folgte zunächst keinem Schema, sondern der Eingebung des Gegenstandes. Unglücklicherweise machte er dann aber ein System aus der Sache: „Wie der Mensch aus Körper, Seele und Geist besteht, so ist auch die Schrift von der Vorsehung zum Heil des Menschen eingeteilt." So wurden nun den einzelnen Texten schematisch Bedeutungen erpreßt oder unterstellt. Origenes stellte von seiner Psychologie aus drei Kategorien von Bedeutungen auf, die dem entsprachen, was man bis dahin unter dem Literalsinn, dem mystischen Sinn und dem eschatologischen Sinn verstanden hatte. Diese drei Kategorien setzten sich nun allmählich durch und zwar derart, daß sie zu einer apriorischen Norm erhoben wurden.

Man sollte, schließt Daniélou seine Ausführungen, zu der einfachen Zweiteilung der früheren Väter, zu der Unterscheidung zwischen Literalsinn und typischem Sinn zurückkehren, und die Exegese würde von vielen Mißverständnissen und Verwirrungen befreit werden.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Kritik an der Semaine Sociale von 1948

Wie schon gegenüber der Sozialen Woche Frankreichs 1947, deren Thema „Der soziale Katholizismus angesichts der großen Zeitströmungen" lautete (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., 1. Heft, S. 39 ff), hat die französische Zeitschrift „La Vie Intellectuelle" auch an der diesjährigen mit dem Thema „Abendländische Kultur und überseeische Völker" grundsätzliche Kritik geübt. Wie beim vorigen Mal (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., 3. Heft, S. 105) geht es auch diesmal um die Methode, mit der die Tagung der Semaine Sociale ihr Thema angepackt hat. Die Kritik ist eine gemeinsame Ausarbeitung zweier wirklicher Sachkenner der in Lyon behandelten Frage: Des Verhältnisses der abendländischen Kultur und der Kolonialgebiete, nämlich Pierre-Albin Martel und des auch uns bereits als Gründer des Laienmissionswerks Ad Lucem wohlbekannten Abgeordneten für Kamerun im französischen Parlament, Dr. Louis Aujoulat.

Der von diesen beiden Kennern abgefaßte Bericht über die Semaine Sociale von Lyon für die „Vie Intellectuelle" beginnt damit, herauszuheben, daß das Wichtigste in dem Titel der Tagung das „Und" ist: abendländische Kultur und überseeische Völker. Er bezeichnet das Verhältnis beider zueinander, und dieses war Gegenstand der Untersuchung. Denn dieses Verhältnis ist in voller Wandlung begriffen. Es ist nun überraschend zu bemerken, daß die drei ersten Referate der Tagung sich ausgesprochen auf die Seite der einen der beiden auf einander bezogenen Wirklichkeiten stellten, nämlich auf die Seite der abendländischen Kultur. Ch. Flory hat betont, daß das durch die Kriege geschwächte Europa immer noch ein unvergleichliches Privileg besitze, nämlich seine Menschen. R. Montagne hat gesagt, die Bilanz der kolonisatorischen Leistungen des Abendlandes sei alles in allem durchaus positiv zu bewerten. Und J. Guitton hat den unvergänglichen Beitrag Europas zur Weltkultur durch Athen, Rom und Israel unterstrichen.

Der Bericht bezeichnet dies als eine anthropozentrische Einstellung. Er vermutet, daß die Semaine Sociale dabei der Versuchung nachgegeben habe, das erschütterte Selbstvertrauen Europas durch diese Betonung seiner Werte zu stärken. Aber diese Haltung ist gefährlich; denn sie scheint zu der Folgerung zu führen, daß auch die Aufrechterhaltung der politischen Führerschaft des Abendlandes in den überseeischen Ländern berechtigt und nötig sei. Im Hintergrund solcher Haltungen spürte man allzusehr die Besorgnisse der Französischen Union, und die Verfasser des Berichts für die „Vie Intellectuelle" beklagen ausdrücklich, daß dadurch der Eindruck entstehen könnte, daß man die christliche Soziologie benutzt habe, um gewisse politische Konstruktionen zu verteidigen, die gebrechlich und strittig sind und nur bis auf Widerruf gelten können. Im Zusammenhang damit stellen sie die Frage, ob es, wenn man den dauernden Beitrag des Abendlandes jenseits der Meere darstellen will, vom christlichen Standpunkt aus zu verantworten sei, diesem einen so absoluten Vorrang einzuräumen, ohne dabei Unterscheidungen zu machen und insbesondere das christliche Ferment auszusondern und als Kraft anderer Ordnung zu betrachten'

Der Bericht wendet sich dann den Vorträgen zu, die den anderen Pol des Themas, nämlich die überseeischen Völker behandelt haben. Er stellt die Verschiedenheit der Probleme in den verschiedenen Gegenden der Welt heraus: im Fernen Osten und in den Ländern des Islam stehen sich zwei riesige Kulturwelten gegenüber, und es handelt sich darum, das wiedererwachte uralte Erbe dieser Völker mit dem Beitrag Europas, der sich nicht auslöschen läßt, zu harmonisieren.

In Afrika dagegen geht es darum, dem Schwarzen den Aufstieg zur Stufe der europäischen Kultur zu ermöglichen, wobei die schwarze Welt sich zutraut, ihre eigenen Werte im Aufstieg zu der fremden Kultur nicht zu verlieren.

Mit besonderer Zustimmung geht der Bericht auf den Vortrag von J. Folliet ein, dessen Formulierung lautet, es gebe keine „zivilisatorische Mission des Abendlandes" sondern nur unvermeidliche historische Beziehungen zwischen Zivilisationen, die die momentan weiter fortgeschrittenen Völker verpflichten, den weiter zurückgebliebenen von ihrem Überfluß abzugeben, und die weiter zurückgebliebenen verpflichtet, sich nicht am Rande der Geschichte einzukapseln. Folliet hat gesagt, eine koloniale Ära sei zu Ende gegangen, jetzt handle es sich darum, sich dem Bau einer menschlichen Gemeinschaft zuzuwenden.

Mit sehr warmen Worten haben die Berichterstatter schließlich den Vortrag M. Chapoulies über das Verhältnis der Missionskirchen zu den jungen autochthonen Kirchen erwähnt.

Aber als zusammenfassendes Urteil heißt es am Schluß: „Der Gegenstand der Tagung ist mit dem größten Interesse begrüßt worden und man hat die Kühnheit der Organisatoren gebührend geehrt. Aber die Tagungsredner erschienen weit weniger lobenswert. Warum? Wir glauben nicht, daß man sich an die rechte Methode gehalten hat". Die rechte Methode wäre gewesen, vorwiegend von den Tatsachen auszugehen, das ist aber nicht geschehen. Die Diskussion von Prinzipien hat einen unverhältnismäßig breiten Raum gegenüber der Darstellung der Sachlage eingenommen, und darin liegt ein Keim der Unfruchtbarkeit. Zudem: nur ein Prinzip trat klar hervor, das des Primats des Abendlandes. Und es ist ein Prinzip, das sehr bald versagen wird.

Aber, so schließt der Bericht, sind das überhaupt Prinzipien? Haben wir als Katholiken nicht Wahrheiten, mit denen wir der Wirklichkeit begegnen können? Und um den Hiatus zwischen diesen Wahrheiten und der Wirklichkeit der Tatsachen zu überwinden, diese Wahrheiten auf die Wirklichkeit anzuwenden, müssen wir da nicht entschlossen uns auf die Ebene eben dieser Tatsachen stellen? Erst wenn man so vorgeht, gewinnt man Prinzipien, und zwar Prinzipien des Handelns.

Der Staat als Zweck oder der Staat als Mittel

Ist der Staat ein Selbstzweck, oder ist er ein Mittel?, fragt sich Antonio Amorth in der von dem katholischen Verlag Morcellana in Brescia herausgegebenen Zeitschrift „Humanitas". In dieser Frage liegt die nach dem Wesen des Staates beschlossen. Das Auftreten des Typs des „totalitären Staats" hat dessen Gegner sehr oft dazu verleitet, sich bei ihrer Ablehnung auf einen Satz von Kant zu berufen und dem Staat vorzuwerfen, er mache sich zum Zweck und das Individuum zum Mittel in Umkehrung dessen, was in der Natur der Sache liege, daß nämlich der Staat das Mittel und das Individuum der Zweck sei. Man wiederholte immer wieder, daß das Individuum niemals zum Mittel herabgewürdigt werden dürfe; der totalitäre Staat aber erhebt sich zum Absoluten, zum höchsten Zweck und verschlingt das Relative, den Bürger, macht ihn zum bloßen Instrument. Der Staat müßte dem Einzelnen dienen, statt dessen dient hier der Einzelne dem Staat zu dessen Macht und Wirksamkeit. Der Bürger ist nur eine Zelle des Staats, jener darf unbegrenzte Ansprüche an ihn stellen. Einige Theoretiker des totalitären Staates haben dem entgegengehalten, es sei ja eben der Bürger, der die Macht und Wirksamkeit des Staates genieße, das Individuum feiere in der Macht des Staates sich selbst, indem es sich transzendiere zu Zielen hin, die es als Einzelner nicht verwirklichen könne. Sich transzendieren sei aber immer sich sublimieren. Dieser Trost bleibt jedoch im totalitären Staat rein theoretisch, da der Staat in Wahrheit jede Willkür verüben kann.

Die Wertung des Bürgers als bloßen Mittels im unterdrückerischen Staat — auch wenn dieser nicht oberster Zweck ist — bilde auch den Vorwurf, den die marxistische Kritik am Staat als solchem übt. Für den Marxismus ist der Staat eine der „Ausbeutungs-Strukturen" der wirtschaftlich Mächtigen gegenüber der Masse der Proletarier (für den Marxismus wird ja die gesellschaftliche Wirklichkeit auf Grund des historischen Materialismus ausschließlich von der Wirtschaftsordnung bestimmt).

Neben der Auffassung vom Staat als höchstem Zweck (beim totalitären Staat) gibt es aber eine andere Auffassung vom modernen Staat, die nicht minder charakteristisch für seine heutige Form ist: die des Staates als Mittel, um ein Ziel zu erreichen, das aber nicht das Individuum als solches ist, noch auch seine höchste Steigerung, noch die Gesamtheit als gegenwärtige Substanz eines bestimmten Staates, sondern das Ziel betrifft nur einige Objekte, oder es ist ein transzendentes

oder zukünftiges Ziel. So faßt z. B. der Marxismus den Staat als Mittel zur Erreichung einer zukünftigen klassenlosen Gesellschaftsordnung auf. Diese Auffassung ist übrigens schon alt. Sie liegt unter anderem auch der absoluten Monarchie zugrunde, für die der Staat der Rivalität der herrschenden Dynastien dient, einer Rivalität, die bis zum mächtigsten Ausdruck staatlicher Gewalt, zum Krieg führt. Hier dient der Staat nur als Mittel zum Nutzen einiger Weniger oder einer Kaste.

Auch der nationalsozialistische Staat war ein Staat als Mittel auf kommunitärem Grund. In der faschistich-totalitären Staatsauffassung Italiens blieb der Staat noch eine institutionelle Einheit; in der nationalsozialistischen war der Staat als Einheit aufgegeben und durch eine umfassendere Vorstellung ersetzt: die der Rasse, des Blutes. Der Staat wurde zum bloßen „Apparat" einer riesigen Organisation im Dienst der Gesamtheit. Der faschistische Staat war noch so weit identisch mit dem eigentlichen Staatsbegriff, daß ihm immer noch der Bürger gegenüber stand, wenn auch der Bürger im Dienste des Staates; zwar ging das Wohl des Staates immer dem des Bürgers voran, und nur vom Staat erhielt der Bürger seine Stellung als Untertan, aber trotzdem blieb doch die Idee des Bürgers erhalten und bildete eine letzte Bastion des Individuums. Im nationalsozialistischen Staat war der Gegenpol zum Staat nicht der Bürger; das Band, das den Einzelnen an das Ganze band, war das Blut, wodurch das Individuum vollständig in die Gesamtheit aufgesogen war.

Doch wie schon erwähnt, wird die Vorstellung vom Staat als Mittel am kraftvollsten vertreten durch den Marxismus. Der Staat war Mittel der wirtschaftlich Mächtigen zur Ausbeutung der Schwachen im ganzen Verlauf der Geschichte; er bleibt aber auch dann Mittel, wenn das Proletariat zur Herrschaft gelangt. Solange die Diktatur des Proletariats den Umsturz der Klassen vollzieht, bedarf es der Gewalt und der Unterdrückung, aber zu einem höchsten Zweck: der Einführung der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft, die keinen Staat mehr braucht, weil sie kein Unterdrückungsinstrument einer Klasse gegenüber einer anderen mehr nötig hat.

Die Auffassung vom Staat als höchstem und absolutem Selbstzweck erscheint heute in definitivem Niedergang und die faschistische Doktrin mit ihrer Unterbauung durch hegelianische Ideen unwiderruflich vergangen. Nicht das gleiche kann man von der Auffassung vom Staat als Mittel sagen: nicht nur, weil die kommunistische Ideologie in der Nachkriegszeit eine gewaltige Ausbreitung gefunden hat, sondern auch, weil die Struktur und Wirksamkeit des heutigen Staates und die in ihm gültigen Ideologien sich leicht dazu hergeben.

Hier spielt vor allem die ungeheure Technisierung des modernen Lebens eine Rolle. Die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit und Koordination im kollektiven Leben hat es mit sich gebracht, daß der Staat eine beträchtliche Rolle in der wirtschaftlichen Ordnung der Welt spielt. Das führt dazu, daß er als eine Art riesigen Unternehmens erscheint, daß sein organisatorisches Wirken wie das eines großen Betriebes aufgefaßt wird. Zu dieser Auffassung des Staates als Unternehmen trägt vor allem auch die Bedeutung der Wirtschaftler im öffentlichen Leben bei, die die der Juristen heute bei der Analyse und spekulativen Systematisierung des kollektiven Lebens bei weitem übertrifft.

Dazu kommt noch die reformatorische Tendenz, die so viele der heutigen politischen Ideologien kennzeichnet. Auf Grund dieser Ideologien erfährt die Auffassung vom Wirken und von den Aufgaben des Staates eine für die Gegenwart sehr charakteristische Abwandlung: hier soll der Staat als Mittel zur Schaffung einer gerechteren sozialen Ordnung eingesetzt werden, anstatt zum unmittelbaren Wohlergehen der Bürger, die seinen gegenwärtigen Bestand ausmachen. Diese Aufgabe ist dem Staat wohl auch in anderen Zeiten mehr oder weniger klar zugesprochen, aber nie wie heute als die eigentlich wesentliche gefordert worden. Auch hier wird der Staat als Mittel aufgefaßt zur Verwirklichung eines ihn transzendierenden Ziels. Diesem Ziel zuliebe erlegt er seinen gegenwärtigen Bürgern Dienste und Opfer auf.

Hier muß man sich nun fragen: kann man diese Auffassung vom Staat als Mittel akzeptieren? Oder muß man sie ablehnen, wie man die Auffassung vom Staat als höchstem und absolutem Zweck ablehnt?

Dieser Frage müssen zwei Feststellungen vorausgeschickt werden: 1) es ist nicht gleichgültig, ob man die eine oder andere Vorstellung vom Staat hat; und 2) der Staat ist nicht zwangsläufig durch die Umstände determiniert, so daß er zu einer gegebenen Zeit nur Zweck und zu einer anderen nur Mittel sein könnte.

Daß die Auffassung vom Staat als Mittel oder als Zweck nicht gleichgültig ist, ergibt sich daraus, daß die staatliche Befehlsgewalt sich je nach den Zielen, die dem Staat als Mittel gesetzt werden können, erheblich variiert und daß auch die Haltung des Bürgers gegenüber dem Staat variiert je nach dem Ziel, dem er den Staat untergeordnet sieht. Daß aber die konkrete Form des jeweiligen Staates nichts Zwangsläufiges ist, folgt schon einfach daraus, daß der Staat zum Bereich des Menschlichen, zur vom Menschen geschaffenen Welt gehört und trotz der Macht, die die vom Menschen unabhängigen Geschehnisse zuweilen gewinnen können, doch nie der menschlichen Einwirkung und Bestimmung entzogen ist; und auf diese wieder wirkt die Auffassung vom Staat stark ein.

Unter diesen Voraussetzungen nun muß man sagen, daß der Staat als Mittel entweder nur noch Form ohne staatliche Substanz ist oder eine wirkliche Korruption des Staates darstellt.

Der erste Fall liegt z. B. im Vatikanstaat vor, der nur Mittel zum Zweck der Sicherung der Unabhängigkeit der höchsten geistlichen Autorität ist, der aber auch in Wahrheit keinen Staat darstellt. Seine Bürger bilden keine Gemeinschaft, sondern sind nur Personen, die auf einem jeder anderen staatlichen Souveränität entzogenen Territorium wohnen.

Der zweite Fall dagegen untergräbt die Würde des Staates als Einrichtung und kann zu den raffiniertesten Totalitarismen führen. In Wirklichkeit ist es vielmehr so, daß der Staat zu jenen Einrichtungen der Menschenwelt gehört, die mit eigener Würde neben dem Einzelmenschen bestehen, so wie die Familie oder die Kirche. Solche Einrichtungen haben eigene Ziele, die aus den Beziehungen des Zusammenlebens hervorgehen. Es sind Ziele oder Zwecke, die die Ziele und Zwecke des Einzelnen transzendieren. Sie sollen über den Einzelnen hnaus dauern in der Zeit oder erfordern eine beständige Zusammenwirkung, wie manche andere gemeinschaftliche Einrichtungen, die der Mensch schafft: Gesellschaf-

ten, Vereinigungen; aber sie sind mehr als das. Der Staat ist, wie die Familie, wie die Kirche, keine willkürliche Schöpfung des Menschen (darum ist auch die weit verbreitete Auffassung, der Staat sei Diener des Individuums, in dieser Form nicht haltbar). Er hat als Einrichtung eine ursprüngliche Würde, und so wenig er den Bürger zu seinem Mittel entwürdigen darf, darf umgekehrt das Individuum ihn zu seinem Instrument herabsetzen.

Um diese Auffassung von der selbständigen Würde des Staates aufrechterhalten zu können, kommt es allerdings darauf an, daß sich bestimmte, ihm allein eigentümliche Ziele aufzeigen lassen, die ihn neben die ursprünglichen Einrichtungen nach der Art der Familie stellen. Gerade diese eigentümlichen Ziele werden verwischt, sobald der Staat als Mittel für außer ihm liegende Ziele aufgefaßt wird. Auch die Frage der reformerischen Tätigkeit und Aufgabe des Staates gehört hierher.

In Wahrheit hat der Staat es mit den gegenwärtig in ihm lebenden Bürgern zu tun. Seine Sphäre ist die der Beziehungen der Menschen zueinander, die, ganz konkret, in ihm vorhanden sind, und er darf sich von dieser Sphäre der Beziehungen nicht entfernen. Seine Befehlsgewalt hat in Wahrheit nur dann Gültigkeit (und kann Opfer bis zu dem des Lebens verlangen), wenn es sich um reale Erfordernisse des konkreten gegenwärtigen Lebens handelt. So muß der Krieg vor der Türe stehen und unvermeidlich sein, der Friede darf nur bei unaufschiebbarer Bedrohung aufgegeben werden. Gegen diesen Grundsatz vergehen sich nur zu leicht z. B. alle revolutionären Kräfte.

Rückwendung zum Islam in der Türkei

1935 bekannten sich von den Bewohnern der Türkei 98 vom Hundert zum Islam. Im Osmanischen Reiche waren die Muslim der staatstragende Faktor, die christlichen Untertanen und die Juden regelten ihre bürgerlichen Verhältnisse durch ihre eigenen religiösen Obrigkeiten. Auch die republikanische Verfassung der Türkei erkannte anfangs noch den Islam als Staatsreligion an und wies dem Staat die Aufgabe zu, den Bestimmungen des Scherifatrechtes Geltung zu verschaffen.

Das Scherifat ist die Gesamtheit der durch den Koran und die Tradition geheiligten Rechtssätze, in welchen das Familienrecht der Muslim verankert ist. Ihre Wahrung oblag geistlichen Gerichtshöfen mit theologisch ausgebildeten Richtern (kadi), die oberste Instanz war der Scheich ül-Islam in Konstantinopel. Selbst als dem Hause Osman das Sultanat bereits abgesprochen war, beließ ihm der nationale Revolutionär Mustafa Kemal aus Scheu, der Macht des Konservativismus zur Unzeit den Kampf anzusagen, noch die religiöse Würde eines Nachfolgers des Propheten (Kalif) in seiner Funktion als oberster Vorbeter und Leiter der theokratisch aufgebauten weltlich-geistlichen Gemeinschaft aller Muslim, in der sich die beiden Bereiche nicht trennen ließen.

Ähnlich durchdrang in der Vorstellungswelt der Masse das religiöse Gedankengut das Alltagsleben. War auch die hauptstädtische, politisch führende Oberschicht in der Lebenshaltung seit langem verwestlicht und in der Weltanschauung säkularisiert, so stand doch das Volk noch ganz im Banne des islamischen Brauchtums. Die Geschichte der das ganze 19. Jahrhundert erfüllenden Reformbestrebungen in der Türkei zeigt, wie es der mohammedanischen Geistlichkeit immer wieder möglich war, ihre Gläubigen zum Widerstand gegen von oben geplante Neuerungen aufzurufen, wobei religiöse Inbrunst und orientalische Abwehrinstinkte gegen Europa Hand in Hand gingen.

Erst durch die militärischen und diplomatischen Siege Mustafa Kemals, des späteren Atatürk, wurden diese beiden Regungen in ein modernes Nationalgefühl umgeschmolzen. Nun konnte jene bisher unmöglich erscheinende Trennung zwischen politischem und religiösem Bewußtsein Platz greifen, die seinen Reformen den niemals wieder völlig rückgängig zu machenden Erfolg gesichert hat.

Der geistige Vorläufer und Wegbereiter dieses Mannes, der Dichter Ziya Gökalp, hat die Aufgabe noch in einer Nationalisierung des übernationalen Islam gesehen:

Ein Land, in dem der Gebetsruf türkisch erklingt,
Ein Land, in dem der Bauer versteht, was er betet,
In dem in der Schule der Koran türkisch gelesen wird.

Mustafa Kemal fühlte sich aber bereits im März 1924 so sicher, daß er die Entwicklung weit über diese rein sprachlichen Forderungen hinauszutreiben wagen durfte: die Abschaffung des Kalifates und der Ministerien für geistliche Rechtspflege und für religiöse Stiftungen (evkaf) ist auf keinen Widerstand gestoßen.

Die Säkularisation der reichen geistlichen Stiftungen, des Erbes von Jahrhunderten, erinnert an ähnliche Maßnahmen in der Geschichte der deutschen Länder. Und wie dort, so hat man auch in der Türkei, nachdem 1926 durch die Einführung des Schweizer Zivilrechtes eine allgemeine von religiösen Bindungen freie Staatsbürgerschaft geschaffen war, den Kampf gegen religiöse Einrichtungen aufgenommen, die in tieferen Schichten des Glaubens verwurzelt waren. Die Medressen als Hochburgen der Theologie wurden ebenso aufgelöst wie die Klöster des Mewlewi- und Bektaschi-Ordens, die, niemals orthodox im Sinne des Hochislam, unter liberaler Duldung eines ungebundenen Weltlebens doch den mystischen Bedürfnissen Rechnung getragen hatten. Warum nahm man an diesem Ordenswesen Anstoß? Mustafa Kemal sagte es im Jahre 1925 in einer seiner Kampfreden selbst:

„Ich gestatte auf keinen Fall in der zivilisierten Gesellschaft der Türkei die Existenz so primitiver Menschen, die sich angesichts des strahlenden Lichtes der heutigen Wissenschaft, der Technik und der Kultur überhaupt, unter der Leitung dieses oder jenes Scheichs ihr materielles und geistiges Glück suchen. Meine Herren, und Du, Nation, höret: Die türkische Republik darf nicht das Land der Scheiche, Derwische und Ordensjünger sein! Der richtigste und wahrste Orden ist der Orden der Kultur. Um Mensch zu sein, genügt es zu tun, was die Kultur befiehlt und fordert."

Der jeder Aufklärung eigene Kulturoptimismus, hier der von keinem Bedenken gehemmte Glaube an die Zauberkraft der technischen Zivilisation des Westens ist die Triebkraft. Was als „unzivilisiert" und „dunkles Mittelalter" anzusehen ist, hat zu weichen: die islamischen Wallfahrtsstätten, an denen sich ein krauser Volksaberglaube breit gemacht hatte, ebenso wie die nicht zuletzt aus vermeintlich religiösen Gründen aufrecht erhaltene orientalische Tracht: Fez, Turban und Schleier. Die pro-

pagandistisch wirksame Gegenüberstellung von Einst und Jetzt, von alter und neuer Schule, von der Eheschließung unter dem alten und dem neuen Recht, wurde zu einem beliebten Denkschema. Eine bis in die kleinsten Interjektionen der Umgangssprache auf Allah und das Reich seiner Verheißung bezogene Vorstellungswelt wurde von dem utilitaristischen Gedanken an die größtmögliche Wohlfahrt hienieden abgelöst. „Der Osmane (d. h. der Türke vor 1923) suchte das Paradies im Jenseits, der Türke will die Türkei zum Paradiese machen". Oder wie es Atatürk 1937 ausgedrückt hat:

„Wir erhalten unsere Grundsätze nicht vom Himmel, sondern unmittelbar aus dem Leben; Marsch zu den Höhen der Zivilisation und des Glücks, Verbilligung der Lebenshaltung, kaufmännische Gesichtspunkte in den Staatsbetrieben".

Nachdem schon 1926 die Zeitrechnung nach der Hedschra (622 n. Chr.) abgeschafft worden war, wagte Atatürk 1928 seinen vielleicht kühnsten Schritt: er ersetzte die von den Türken zugleich mit dem Islam übernommenen arabischen Buchstaben durch die Lateinschrift, eine Kampfmaßnahme, die wie keine andere dazu beitrug, die junge Generation dem überkommenen Gedankengut, vor allem auch dem religiösen, zu entfremden. Nur die wenigsten älteren Werke wurden neu aufgelegt; das Lehren der alten Schrift wurde ebenso unter strenge Strafen gestellt wie die Ausübung des Derwischrituals oder jede Art religiöser „Propaganda" außerhalb der Moschee. Seit 1931 mußte der Gebetsruf türkisch erfolgen, die Koranrezitation im Gottesdienst selbst blieb allerdings arabisch. 1934 wurde die Hagia Sophia, Symbol des Sieges des Islams über das Kreuz, ihres Charakters als Gotteshaus entkleidet und in ein Museum verwandelt; gleichzeitig wurden 112 kleinere Moscheen Istanbuls wegen mangelnden Bedürfnisses geschlossen. Die „Türben", Grabkapellen der Sultane und heiligmäßiger Männer, waren schon vorher der Verehrung entzogen worden. 1935 verschwand die Tracht der islamischen Geistlichkeit wie die der anderen Konfessionen aus der Öffentlichkeit und wurde auf die Moschee und den Friedhof beschränkt. Am 31. Mai 1935 wurde zum letzten Mal der Freitag als Wochenfeiertag begangen; dann trat der Sonntag an seine Stelle.

Zu den 6 Programmpunkten der von 1923 bis 1946 den Staat allein tragenden Türkischen Volkspartei, die 1937 auch in die Verfassung aufgenommen wurden, gehört der Laizismus. Nicht eine Trennung von Religion und Staat im Sinne von Combes und Clemenceau war allerdings das Ergebnis, sondern eine administrative Gängelung des Kultus nach der Art eines Joseph II. und Montgelas.

In den durch den Staat von „religiösen Fabeln, erfundenen Märchen und nichtigen Ideen" gesäuberten seelischen Raum ergoß sich ein Nationalismus, der seine Ahnen im vorislamischen Türkentum Innerasiens suchte.

„Die Religion darf nicht aus den Moscheen und aus dem Bereich des Einzelgewissens heraustreten und sich in die Geschäfte des Lebens und der Welt mischen. Für uns ist der einzige Weg, die einzige ‚Ordnung', der die Türken folgen dürfen, der Nationalismus auf der Grundlage der positiven Wissenschaften" sagte 1937 der Innenminister Schü krü Kaya.

Was hat denn vom Islam in der Türkei überhaupt noch Bestand gehabt? Zunächst einmal die Tatsache, daß trotz der Aufhebung entsprechender Verfassungsbestimmungen in der Praxis die Zugehörigkeit zum Islam nach wie vor die ungeschriebene Voraussetzung für eine politische und militärische Laufbahn ist. Nichtmuslim dienten nur in Arbeitsbataillonen. Bloße Einbürgerung ohne Konversion zum Islam gilt nur als eine halbe Sache. Bei der Aufnahme von Rückwanderern ist neben der türkischen Muttersprache die Zugehörigkeit zum „türkischen Kulturkreis" (sprich Islam) Voraussetzung. Niemals ist der mohammedanische Kultus als solcher unterdrückt worden, wenn auch der Besuch der Moschee, die Vornahme der religiösen Waschungen und der fünfmaligen täglichen Gebete in den höheren Volksschichten in Vergessenheit geraten waren. Fevzi Tschakmak, der langjährige Generalstabschef, ist einer der wenigen Männer aus der Umgebung Atatürks, die als gläubige Mohammedaner galten. „Die türkische Revolution ist antiklerikal, aber nicht antireligiös", sagte Peyami Safa, Dichter und Theoretiker des Kemalismus.

Der Kultus und seine Diener wurden von einer dem Ministerpräsidenten untergeordneten „Generaldirektion für religiöse Angelegenheiten" betreut und überwacht. Die Geistlichkeit gegliedert in Müftü (höchster Würdenträger eines Bezirks), Imam (Vorbeter), Hatip, Vaiz (Prediger) und Müezzin (Gebetsrufer), war sozial abgesunken und häufig auf Nebenverdienst angewiesen. An der Sitte der Beschneidung hat man festgehalten, und das Totengebet in der Moschee war noch so eingebürgert, daß man es selbst für Atatürk 1938 nicht versäumt hat. Die beiden großen Feste des islamischen Jahres, das „Opferfest" und das „Fest der Süßigkeiten" gehören, stark verweltlicht, untrennbar zum Rhythmus des türkischen Familienlebens, während der dem letzteren vorangehende Fastenmonat Ramadhan schon aus praktischen Gründen kaum mehr beachtet wird.

Der zweite Staatspräsident Ismet Inönü hat 1946 mit dem totalitären System vorsichtig gebrochen und einer Oppositionspartei Spielraum gelassen. Unter den Unzufriedenen, die ihr zuströmten, waren auch altgläubige Kreise. Das Erscheinen des Oppostionsführers Celâl Bayar wird in kleineren Städten gern mit dem Schlachten von Opferhammeln gefeiert, Mekkapilger werden bei der Heimkehr feierlich eingeholt, in Todesanzeigen tauchen die verpönten Ehrentitel „haci" (Mekkapilger) und „hafiz" (der den Koran auswendig kann), ja sogar Hinweise auf die frühere Zugehörigkeit zu Derwischorden auf. In Ankara und Istanbul errichtet man, was unter Atatürk nicht denkbar war, neue Moscheen. Der Marschall Fevzi Tschakmak hat die politische Arena betreten und eine „Partei der Nation" begründet, die sich den Schutz der Religion besonders angelegen sein läßt.

„Wieviel geistige Schätze wurden unter den Ruinen des Alten verschüttet. Nun ist es wohl an der Zeit, in den Ruinen zu graben und mit kritischem Blick das Gute vom Schlechten zu scheiden", so hat kürzlich der Schriftleiter einer der angesehensten Zeitungen die geistige Situation umschrieben. „Wir sind weit von der Toleranz unserer Vorfahren entfernt; die in der Türkei lebenden Mohammedaner sind trotz dem Grundsatz des Laizismus nicht im Besitz ihrer Gewissensfreiheit. Es ist ihnen verboten, Gott so zu verehren, wie sie wollen."

Auch in der Regierungspartei spürte man die veränderte Volksstimmung, mit der man angesichts der 1950 bevorstehenden Wahlen und der unerbittlichen Kritik der Opposition zu rechnen hat. Auf dem im Herbst 1947, zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit tagenden Parteikongreß

griffen nicht nur Delegierte aus der Provinz das bisher als tabu geltende Thema Religion auf und beklagten sich darüber, daß in der Türkei die Jugend ohne religiöse Unterweisung aufwachse, während in Westeuropa das Volk in die Kirchen ströme; selbst ein so angesehener Politiker und Schriftsteller wie Hamdullah Suphi Tanriöver erhob seine Stimme, um Ausbildungsstätten für mohammedanische Religionsdiener zu fordern. Die unentwegten Revolutionäre innerhalb der Partei sparten zwar nicht mit Zwischenrufen: „Die Religion ist Angelegenheit der Pfaffen. Sind Sie denn ein Hodscha? Lassen Sie doch die Geistlichen sich mit der Religion befassen!" Aber erfolglos war der Vorstoß nicht, denn tatsächlich wird nun der Religionsunterricht als Wahlfach an allen Schulen wieder zugelassen; man hört sogar von dem Plan, an den beiden Landesuniversitäten theologische Fakultäten zu errichten. Will die Regierungspartei mit dem Abrücken vom extremen Laizismus nur Ballast abwerfen und damit, wie man ihr vorgeworfen hat, ihre gefährdete Position verbessern?

Die Wandlung geht wohl tiefer. Man beobachtet eine Art nationaler Gewissenserforschung: „Die Verachtung gegen die jüngsten Jahrhunderte unserer Vergangenheit hat uns beinahe aus unserem Wurzelboden gerissen." Das so viel geschmähte türkische Mittelalter, die osmanische Epoche, wird wieder als Schöpferin bedeutender Kulturwerke erkannt, und mit dem wehmütigen Wissen, daß eine Rückkehr unmöglich ist, preist ein Dichter wie Abdülhak Schinasi Hisar den einst so selbstverständlichen Zusammenklang von Religion, guter Kinderstube, Formgefühl und Lebensgenuß, wie er bis vor 40 Jahren das Dasein der türkischen Elite gekennzeichnet hat.

Wenn türkische Intellektuelle heute für den Islam eine Lanze brechen, so denken sie allerdings nicht an seine orthodoxe Form, die seit langem ihre Hauptpflegestätte in der el-Azhar zu Kairo hat, sondern an eine die türkische Familie tragende Hausreligion, die man auch als Bundesgenossin in dem in der Türkei rigoros geführten Kampf gegen alle „Linkstendenzen" braucht; diese Religionsvorstellung bleibt aber doch im wesentlichen diesseitig und legt mehr Wert auf Moral, Toleranz, soziale Verbundenheit und Tatfrömmigkeit als auf Erfüllung gottesdienstlicher Vorschriften oder mystischer Erhebung.

Die Wendung zur Religion in der Türkei ist also ein nach 25jähriger Revolutionszeit unvermeidlicher geistesgeschichtlicher Rückschlag, der sich in der Verklärung einer bisher verzerrten Vergangenheit auswirkt, ähnlich dem Wiederfinden des Mittelalters durch die Romantik. Ob es bei einer Opposition gegen allzuweit getriebene Reformen bleibt, die die Imponderabilien mißachteten, oder ob der Islam in der Türkei tatsächlich noch neuer Impulse fähig ist, wird erst die Zukunft zeigen. Bisher scheinen uns für eine Rückkehr zum Islam die politischen und soziologischen Argumente vorzuwiegen. Von einer religiösen Erschütterung der Elite durch den Geist des Koran spürt man noch wenig, und nur dann könnte man in der jetzigen Kritik an der Reformepoche mehr sehen als einen Ausdruck des beleidigten Konservatismus.

Aus der ökumenischen Bewegung

Die erste Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Verlauf der Synode

Nach den Erfahrungen und mancherlei Schwierigkeiten bei der verfassungsgebenden Kirchenversammlung in Eisenach (siehe Herder-Korrespondenz 2. Jhg., Heft 11, S. 514 ff.), die eine Grundordnung mit einander widersprechenden kirchenrechtlichen Prinzipien zu beschließen hatte, dem bruderrätlichen der Bekennenden Kirche und dem landeskirchenrechtlichen Prinzip der Lutheraner, trat die erste Synode der EKD unter dem Gebetsschutz der Diakonissen in Bethel-Bielefeld mit bangen Erwartungen am 9. Januar 1949 zusammen. Die Synodalen der Bekennenden Kirche hatten sich dafür gerüstet, ihr „revolutionäres" geistliches Anliegen zu fördern, und die Lutheraner der VeLKD waren entschlossen, ihre konfessionellen Rechte zu verteidigen. Die Bedeutung der Synode wurde unterstrichen durch die Anwesenheit des Generalsekretärs des Ökumenischen Rates, Dr. Visser't Hooft, des Generalsekretärs des Lutherischen Weltbundes, Dr. Michelfelder, des Delegierten des Ökumenischen Rates bei den Deutschen Kirchen Probst Hoegsbro von Kopenhagen und des Inspecteur Aumonier der französischen Besatzungstruppen, Pastor Sturm.

Die Synode löste in vier Beratungstagen vordringliche Aufgaben: die Wahl ihres Präses, die Wahl der Mitglieder des Rates der EKD sowie seiner beiden Vorsitzenden, sie verabschiedete den Haushalt und eine vorläufige Ordnung für das Hilfswerk, ferner eine Vorlage über ein Schiedsgericht. Sie machte sich ein Wort des Bruderrats der Bekennenden Kirche zur Flüchtlingsfrage zu eigen, kam aber nicht zu einer Vorlage über das Thema „Kirche, Recht und Gerechtigkeit", für das Professor Delekat (Mainz) ein Referat und Professor Heinrich Vogel (Berlin) ein Gegenreferat hielten. Der neue Rat soll auf Grund dieser Gutachten eine Botschaft veröffentlichen und den Entwurf eines Dankes an die Ökumene, der auch eine Antwort auf das Wort des Mainzer Katholikentages an die Getrennten Brüder enthält, erarbeiten. Der formulierte Antrag eines Ausschusses zu diesem Thema ist nicht die endgültige Fassung.

Zum Präses der Synode wurde Oberbürgermeister Dr. Gustav Heinemann (Essen) gewählt, der auch dem Rat angehört. Die weiteren elf Mitglieder des Rates sind: Bischof D. Otto Dibelius-Berlin (uniert), Landesbischof D. Hanns Lilje-Hannover (lutherisch), Landesbischof

D. Hugo Hahn-Dresden (lutherisch), Prälat Dr. Karl Hartenstein-Stuttgart, Landesbischof D. Hans Meiser-München (lutherisch), Professor D. Rudolf Smend-Göttingen (reformiert), Moderator D. Wilhelm Niessel-Schöller (reformiert), Oberkirchenrat Dr. Volkmar Herntrich-Hamburg (lutherisch), Präses Lothar Kreyssig-Magdeburg (uniert), Kirchenpräsident D. Martin Niemöller-Wiesbaden (uniert), Präses Mager-Dresden (lutherisch). Bei dieser Zusammensetzung waren konfessionelle und geographische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Dr. Heinemann, Professor Smend, Regierungsrat a. D. Kreyssig und Präses Mager sind Laien.

Nunmehr waren in getrennten Wahlgängen und geheimer Wahl mit zweidrittel Mehrheit der erste und zweite Vorsitzende des Rates aus den zwölf Ratsmitgliedern durch Synode und Kirchenführerkonferenz zu wählen. Daraus entstand die eigentliche Schwierigkeit, die wie ein Bann auf der Synode lag. Die Bekennende Kirche hatte erwartet, daß D. Niemöller, nach dem Ausscheiden von Landesbischof Wurm Vorsitzender des bisherigen Rates, auch erster Vorsitzender des neuen Rates werden würde, damit das Anliegen der Bekennenden Kirche, die die Hauptlast des Kirchenkampfes getragen, zum maßgebenden Einfluß käme und dadurch der einzigartigen Stellung D. Niemöllers in der Ökumene Rechnung getragen werde. Denn nur dem persönlichen Ansehen D. Niemöllers, so erklärte Bischof Dibelius, sei es zu verdanken, daß mit ihm ein Deutscher in den zwölfköpfigen Exekutivausschuß des Ökumenischen Rates aufgenommen worden ist. Da indessen D. Niemöller in der innerkirchlichen Entwicklung als radikaler Führer der Bekennenden Kirche gilt, fand dieser Vorschlag nicht den Beifall der Synodalen der VeLKD, die über mehr als ein Drittel der Stimmen verfügen und damit eine Schlüsselstellung einnehmen. Auf Bitten der Synodalen der östlichen Kirchengebiete schlugen sie Bischof Dibelus von Berlin zum ersten Vorsitzenden vor, um auch die Verbundenheit mit dem Schicksal der Brüder in der Ostzone zu unterstreichen. Angesichts dieser Sachlage präsentierte der Rat auf Grund seiner verfassungsmäßigen Rechte Bischof Dibelius zur Wahl. Der Vorschlag war nicht einstimmig erfolgt, sodaß die Synode den Gegenvorschlag Niemöller einbrachte. Bei der Abstimmung erhielt Bischof Dibelius eine vierfünftel Mehrheit.

Nachdem die „Spitze des Rates in den Osten verlegt" war, mußte der zweite Vorsitzende „aus dem Westen" genommen werden. Die Synode stellte D. Niemöller und Bischof Lilje als Kandidaten auf. Im ersten Wahlgang fehlten Bischof Lilje für die Zweidrittelmehrheit acht Stimmen. Ein Ausschuß versuchte die Schwierigkeit durch einen Vorschlag zu lösen, wonach Bischof Lilje zweiter Vorsitzender werden sollte, wenn der Rat eine Art Direktorium, bestehend aus Dibelius, Niemöller und Lilje, bilden würde und wenn D. Niemöller von der Synode eine Sondervollmacht für die Vertretung der EKD in der Ökumene erhalte. Eine Beschlußfassung über diesen Vorschlag, der eine große Mehrheit gefunden hätte, wehrte D. Niemöller nachdrücklich ab. Denn ein Antrag von Seiten Synodaler der Bekennenden Kirche wollte die Vollmacht für D. Niemöller als positives Vertrauensvotum auch der Lutherischen Kirchen der VeLKD aufgefaßt wissen. Das veranlaßte Bischof Meiser, darauf hinzuweisen, daß die VeLKD ohne besondere Vorverständigung einer solchen Vollmacht nicht zustimmen könne, zumal es zweifelhaft sei, ob die EKD, die nur ein Bund von Kirchen ist, der Bestimmung des Ökumenischen Rates entspreche, wonach Mitglieder des Ökumenischen Rates nur Kirchen sein könnten. (Dieses Veto D. Meisers drückt ein in der ökumenischen Bewegung zunehmendes Anliegen des Weltluthertums aus, die konfessionellen Grundlagen des Ökumenischen Rates zu klären.)

Niemöller erklärte, angesichts dieser Sachlage, (die vielleicht auf der lutherischen Generalsynode in Leipzig Ende Januar bereinigt wird), er wolle lieber ohne ein besonderes Amt und ohne Verantwortung in der EKD nur als Mitglied des Rates weiterarbeiten. Daraufhin wurde Bischof Lilje, Kandidat der VeLKD mit Dreiviertelmehrheit zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Es wird eine der ersten Aufgaben des Rates sein, im Einvernehmen mit der Kirchenführerkonferenz über die seit D. Asmussens Ausscheiden verwaiste Leitung der Kirchenkanzlei und über eine etwaige Neubesetzung des Außenamtes zu beschließen, das zur Zeit D. Niemöller innehat. Bei dieser Besetzung werden erneut die Ansprüche der Bekennenden Kirche mit denen der VeLKD auszugleichen sein.

Folgen der Synode von Bethel

Die Stimmung der Synode in dieser erneuten, zeitweise bedrohlichen Zerreißprobe auf die Einheit der Evangelischen Christen in Deutschland gab der Synode Professor H. Vogel in einer Gebetsansprache mit der Verlesung des Gleichnisses vom unfruchtbaren Feigenbaum (Luk. 13, 6 f) wieder: „...Herr, laß ihn noch dies Jahr...". Zwar hat sich die Verfassung als arbeitsfähig erwiesen. Aber nach Meinung der Bekennenden Kirche wie der Lutheraner scheint sie dem geistlichen Anliegen der betreffenden Gruppen nicht voll zu entsprechen. Schon bei der Annahme der Grundordnung durch die Synoden der lutherischen Landeskirchen von Bayern und Hannover waren ernste konfessionelle Bedenken geltend gemacht worden, die eine klarere Entscheidung darüber forderten, daß die EKD keine Kirche ist.

Am stärksten wurde die Opposition in Kreisen der Bekennenden Kirche laut, die in der Verfassung eine Restauration der Behördenkirche sehen, was nach ihrer Ansicht durch die Wahl der leitenden Organe bestätigt werde. Daher betonte unlängst der Bruderrat, der nach Eisenach, in seiner Eigenschaft als Repräsentant der bruderrätlichen und charismatischen Gemeinschaft des „Notrechts" aus der Kampfzeit, auf die Ausübung kirchenregimentlicher Befugnisse verzichtet hatte, in einem Brief an Landesbischof Wurm sein unaufgebbares Wächteramt. Wir geben seinen Text hier wieder:

Sehr verehrter Herr Landesbischof,
lieber Bruder Wurm!

Die Nachricht über das Erlöschen der kirchenregimentlichen Funktionen des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland hat in der Presse häufig eine irreführende Formulierung und Deutung gefunden.

Der Reichsbruderrat sieht sich daher veranlaßt, Ihnen, hochverehrter Herr Landesbischof, eine Erklärung abzugeben, die das Mißverständnis abwehrt, als habe in Eisenach der Reichsbruderrat oder gar die Bekennende Kirche sich selbst aufgelöst.

In Ihrem Briefe vom 2. August 1948, in dem Sie dem Reichsbruderrat für die Übersendung und den Inhalt der Entschließung zur Grundordnung in so bewegter Weise

danken, haben Sie, Herr Landesbischof, durchaus die Sache getroffen, wenn Sie von dem Erloschensein der kirchenregimentlichen Funktionen und der Beendigung des Notrechts von Dahlem sprechen.

Unsere Entschließung hat in der Tat nur die feststellende Bedeutung, daß mit dem Aufhören des häretischen Gewaltregiments der Deutschen Christen und mit der Schaffung der Grundordnung der EKD in Eisenach die Voraussetzungen aufgehoben sind, auf die das Notrecht von Dahlem in seiner Anrufung und Ausübung bezogen war.

Es ist hier nicht irgendein Verzicht geleistet, nicht irgend etwas aufgegeben worden, sondern es ist ein faktisches Erloschensein konstatiert. Wir haben einer Sturmflut widerstanden, die nun vorüber ist. Aber wir haben sie überleben dürfen durch die Gnade unseres Herrn. Wir sind zwar nicht mehr in der Abwehr gegen diese Sturmflut. Es kann aber von einer Selbstauflösung der Bekennenden Kirche gar keine Rede sein. Vielleicht werden noch andere Stürme über uns kommen, die uns jetzt noch nicht tödlich bedrohen. Es kann sein, daß wir dann wieder zum besonderen Widerstand gerufen sind. Ob aber in großen Stürmen oder in den schwelenden Anfechtungen während der Atempause, die Gott uns läßt, so können wir doch nicht verzichten auf das Mandatum Christi, in dessen Dienst wir gestellt sind.

In Artikel 1, Absatz 2 der Grundordnung ist von der EKD gesagt: „Sie weiß sich verpflichtet, als Bekennende Kirche die Erkenntnisse des Kirchenkampfes über Wesen, Auftrag und Ordnung der Kirche zur Auswirkung zu bringen." Wir wissen uns mitverantwortlich, daß das geschieht und nehmen diese Verantwortung wahr in dem einen Glauben und in dem einen Dienst des Gehorsams als solche, die nichts eigenes haben oder beanspruchen, mit dem Gebet, daß Sein Reich in ruhigen und in stürmischen Tagen zu uns komme.

Wir halten dafür, daß wir Ihnen und der Öffentlichkeit gegenüber schuldig sind, unmißverständlich zu bezeugen, daß wir wie in der Vergangenheit so auch in der Gegenwart allezeit einander den Dienst erweisen wollen, der uns aufgetragen ist.

Mit ehrerbietigen brüderlichen Grüßen

gez. Beckmann
(Vorsitzender)

Eine Kundgebung des Bruderrates vom 16. Oktober 1948 fügte diesem Brief hinzu:

„Der Reichsbruderrat der Bekennenden Kirche Deutschlands, der vom 14. bis 16. Oktober in Bad Boll tagte, hat dabei das folgende Wort beschlossen:

Die von mancherlei Seite her aufgeworfene Frage nach Bestand, Dienst und Vollmacht der Bekennenden Kirche hat uns erneut zu ernster Selbstprüfung genötigt.

Der Auftrag der Bekennenden Kirche ist heute der gleiche wie zu Beginn ihrer Sammlung: die Alleinherrschaft Jesu Christi in seiner Kirche und über die Welt zu bezugen. Mit der Barmer Theologischen Erklärung wurde ihr dieser Auftrag als bleibende Verantwortung für die ganze Kirche von ihrem Herrn auferlegt. Wir können und dürfen uns von dieser Verantwortung nicht selbst entbinden, wenn wir nicht ungehorsam werden wollen.

Unsere gegenwärtige Aufgabe besteht darin, darüber zu wachen und darum zu beten, daß die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Gliedkirchen wirklich Bekennende Kirche werden, wie es in der Grundordnung der EKD heißt. Wir wollen nicht wieder eine sichere und schlafende Kirche werden. Ecclesia semper reformanda est, „die Kirche bedarf ständiger Erneuerung".

Die Verkündigung der Kirche in Predigt und Seelsorge, die rechte Verwaltung der Sakramente, die Gestaltung des Gottesdienstes, der Dienst der Barmherzigkeit an den Notleidenden und Flüchtlingen, die rechte Leitung der Kirche, das Leben der Gemeinde unter dem Wort, die Sorge um die künftigen Diener am Wort, die Einheit der Kirche Christi sind der ganzen Gemeinde und allen ihren Gliedern befohlen.

Alle, die diesen Ruf hören, bitten wir, sich diese Verantwortung mit uns auferlegt sein zu lassen.

Wir rufen die Landesbruderräte und Arbeitskreise der Bekennenden Kirche auf, dieses unser Wort ernstlich zu prüfen und Pfarrer und Gemeindeglieder im Bekenntnis zu Jesus Christus als dem einen Wort Gottes, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben, in jeder geeigneten Weise zu sammeln und in den Dienst der Gemeinde zu stellen. In der ganzen Art der Arbeit muß deutlich werden, daß es nicht um die Aufrechterhaltung kirchlicher Überlieferung oder gar um die Verfolgung eigenmächtiger und eigensüchtiger kirchenpolitischer Ziele, sondern um die Auferbauung der ganzen Gemeinde auf ihrem Einen Grund und um den rechten Dienst der ganzen Kirche an der Welt geht."

Nach der Synode von Bethel ist mit einer verstärkten geistlichen Aktivität und einer organisatorischen Wiederbelebung der Bekennenden Kirche zu rechnen, um „die echte Einheit der EKD weiter voranzutreiben" und den konfessionellen Zwiespalt zu überwinden. Man will den Grundgedanken der Bekenntnissynode von Barmen 1934 (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 5/6, S. 266 ff) von der „Alleinherrschaft Jesu Christi in der Kirche" in einem eigenen Kirchenrecht „gemäß Schrift und Bekenntnis" durch lebendige Gemeinden entfalten. Zugleich steht hinter dieser Bewegung das Bestreben, die politische Verantwortung der Kirche voll wahrzunehmen und sich zugunsten einer Missionierung der dem Evangelium entfremdeten Massen von den christlichen Parteien zu distanzieren.

Demgegenüber möchte ein anderer Flügel der Bekennenden Kirche in Verbindung mit manchen Lutheranern „die Belastung durch das Bündnis mit den Reformierten abstreifen" und durch eine Besinnung auf das reformatorische Anliegen Luthers die neuen Glaubenserfahrungen, gestützt auf die Ergebnisse neuer wissenschaftlicher Auslegung der Heiligen Schrift über Ordnung und Sakrament und das Wesen der Kirche, Gestalt werden lassen. Dabei will man auch ins Gespräch mit der Katholischen Kirche kommen. Nicht durch Einebnung der Konfessionen, sondern durch die Konfessionen hindurch, so wird hier gesagt, führe der Weg zu der geforderten Einheit der Kirche Jesu Christi.

Die politischen Berichte der Generalversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam (Schluß)

„Die Kirche und die internationale Ordnung"

Der Bericht der 4. Sektion der Amsterdamer Vollversammlung bringt das eigentliche aktuelle Hauptthema, um dessentwillen der Ökumenische Rat in dieser Stunde formell gegründet und aktionsfähig gemacht worden ist und zu dessen Lösung er sich vor allem berufen fühlt. Gerade weil viele seiner Führer wissen, daß die Förderung des internationalen Friedens durch eine übernationale Rechtsordnung nicht ohne engstes Zusammenwirken mit der römischen Kirche gelingen kann, die seit Papst Benedikt XV. dieses Ziel erstrebt, haben sie die Abwesenheit römischer Beobachter schmerzlich empfunden (Vgl. Herder-Korresp. 2. Jhg., 11. Heft, S. 491 f). Den Vorrang hat in diesem Bericht das Bekenntnis zum Frieden und die grundsätzliche Ablehnung des Krieges als Mittel der Politik, wenn es auch wie in Oxford nicht gelungen ist, über eine dreifach gespaltene Beantwortung dieser Frage hinauszukommen. Sodann ist eindeutig das Bekenntnis zu einer internationalen Rechtsordnung, ferner die Distanzierung der Kirchen von den vorhandenen Blocks der Weltmächte sowie die wichtige Verurteilung des Prinzips staatlicher Souveränität, das die Arbeit der Vereinten Nationen hindert. Über den interessantesten Punkt, die „besonderen Organe", die der Ökumenische Rat für die diplomatische Durchführung dieser Friedensmission für notwendig hält und bereits einrichtet, sagt der Bericht vorsichtshalber nichts (§ 28). Jedenfalls scheint er die geistliche Autorität des Ökumenischen Rates schon für hinreichend gefestigt zu halten, daß er sich den Einsatz diplomatischer Mittel zutraut, wie es soeben in Ungarn geschehen. (Vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., Heft 4, Seite 160.) Wieweit hier eine diplomatische Organisation in Konkurrenz zu den vatikanischen Delegaturen entsteht, bleibt abzuwarten. Wie weit sie dann gegenüber totalitären Staaten gemeinsam mit dem Vatikan für die Freiheit des Glaubens eintritt oder im Gegensatz zu ihm etwa in Spanien und Südamerika die individuellen Freiheitsrechte protestantischer Denominationen gegen die überlieferte katholische Tradition fördert (§ 13), wird ebenfalls die Zukunft zeigen. Die wirkliche moralische Macht des Ökumenischen Rates in der gegenwärtigen Weltkrise muß wohl erst noch erwiesen werden, und sie wird sich gewiß u. a. an der Tätigkeit seines prominentesten Mitgliedes, J. Foster Dulles, als Vertreter der USA bei der UNO, erkennen lassen. Durch Amsterdam ist diese Probe nicht bestanden. Von der konstruktiven staatsmännischen Weisheit der Vorschläge von Dulles zum Ausbau der Vereinten Nationen und über das Ertragen eines „dynamischen Friedens" mit dem sowjetischen Kommunismus, der zur Durchführung sozialer Reformen in den westlichen Demokratien zwingt, ist in dem Bericht der 4. Sektion wenig eingegangen (§ 11, 15, 18, 20; vgl. dazu Herder-Korresp. 2. Jhg., 11. Heft, S. 521 f). Einstweilen bleibt es offensichtlich die vordringliche Aufgabe des Ökumenischen Rates, erst einmal solide Autorität über seine Gliedkirchen zu gewinnen, den Konsensus über elementare politische Grundsätze, bes. in der Eigentumsfrage, zu klären und vor allem — unter peinlicher Vermeidung einer politischen Abhängigkeit von den Westmächten — die abwesenden Ostkirchen zur Teilnahme an seiner Organisation zu gewinnen. Diese Fragen aber führen wieder auf die Grundfrage größerer Einheit in Glauben und Kirchenverfassung, dem Thema der nächsten Weltkonferenz. Die Wahrheitsfrage läßt sich durch keinerlei Notwendigkeit praktischer Verantwortung vertagen. Gerade die „eschatologische Dialektik", die um der Rettung der Welt willen den „Erfolg" der kirchlichen Botschaft verlangt, zwingt zur Sache, das heißt in diesem Falle zur Christologie und Ekklesiologie oder zur vollen Erkenntnis des Christus Incarnatus und Seiner vorgegebenen Wirklichkeit und Wirksamkeit.

DIE KIRCHE UND DIE INTERNATIONALE UNORDNUNG

1. Der Ökumenische Rat der Kirchen ist in einer Zeit kritischer internationaler Spannungen zusammengetreten. Die Hoffnungen der letzten Kriegsjahre und das Morgenrot eines kommenden Friedens sind dahin. Kein wirksames System ist gefunden worden, um politische Veränderungen auf friedlichem Wege durchzuführen, so sehr auch Millionen darnach verlangten. In vielen Ländern werden die einfachsten Menschenrechte mit Füßen getreten. Politische und wirtschaftliche Systeme nehmen den Menschen jegliche Freiheit. Überall herrschen Erschöpfung und Enttäuschung, und damit verbindet sich innere Müdigkeit. So entsteht ein sittliches Vakuum. Und dieses Vakuum wird wieder ausgefüllt werden, entweder durch christlichen Glauben oder durch Verzweiflung, wenn nicht gar durch Haß. Voll Furcht und Bestürzung fragen die Menschen: Was will nun werden?

2. In dieser Lage bezeugen die Kirchen aller Welt, daß Gott die Welt in seinen Händen hält. Was Gott im Sinn hat, das mag durchkreuzt und verzögert, zunichte gemacht kann es niemals werden. Die Erfahrung der Geschichte erlaubt uns nicht, zu verzweifeln oder uns an die Macht zu verlieren, als könnte diese aller menschlichen Not ein Ende machen, so berauschend dieser Glaube auch für viele ist.

3. Der Krieg kommt daher, daß die Menschen sich um Gott nicht gekümmert haben. Eben darum aber ist er nicht unvermeidlich, wenn die Menschen sich nur wieder zu Gott wenden, Buße tun und seinen Geboten gehorchen wollten. Es gibt keine Flut, der man nicht widerstehen könnte und von der man sich der Vernichtung entgegentreiben lassen müßte. Kein Ding ist unmöglich bei Gott!

4. Wir wissen sehr wohl, daß Kriege bisweilen von Ursachen herkommen, auf die Christen keinen Einfluß haben. Und doch brauchen wir nicht blind oder einsam unsere Arbeit zu tun. Wir sind Gottes Mitarbeiter. Er hat uns in unserem Herrn Christus den Weg gezeigt, wie dämonische Kräfte in der Geschichte der Menschen überwunden werden können. Durch die Kirchen, die sich in seiner Gewalt wissen und so miteinander arbeiten, gestaltet sich allmählich eine Gemeinschaft, die keine Schranken der Rasse, der Hautfarbe und der Nationen

mehr kennt, wie sie so oft Menschen miteinander in Konflikt bringen.

5. Jeder Mensch hat in Gottes Plan seinen Platz. Gott hat ihn nach seinem Bild geschaffen und ihm gilt die Erlösung durch die ewige Liebe, die in Jesus offenbar geworden ist. So muß er denn auch frei sein, den Ruf Gottes zu hören und eine Antwort darauf zu geben. Er sieht dem Elend nicht gleichgültig zu. Er ist nicht taub für das, was Menschen von ihm erbeten und erhoffen. Was Menschen auch gesündigt haben, es gibt eine Stätte der Vergebung! Wer an sein Evangelium glaubt, findet Vergebung für alle seine Sünden, aber er empfängt auch die Kraft, seine Beziehungen zu den Mitmenschen zu wandeln.

6. Das ist der Grund unserer Hoffnung, und all unseres Strebens. Wir sind gefordert, daß wir Glauben halten und gehorsam sind. Was daraus wird, steht bei Gott. So möge denn jeder Mann sich in den Dienst des Friedens stellen und darauf vertrauen, daß er, was immer auch geschieht, nicht verloren ist und kein unnützes Werk treibt; denn Gott, der Allmächtige, sitzt im Regiment!

7. In solchem Vertrauen bezeugen wir der ganzen Welt einmütig:

I. Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein

Die Rolle, die der Krieg im heutigen internationalen Leben spielt, ist Sünde wider Gott und eine Entwürdigung des Menschen. Gerade jetzt sieht sich die Christenheit vor besonders brennende Fragen in bezug auf den Krieg gestellt. Der Krieg bedeutet heute etwas völlig anderes als früher. Wir haben jetzt den totalen Krieg. Jeder Mann und jede Frau wird jetzt zum Kriegsdienst aufgeboten. Dazu kommt der ungeheure Einsatz der Luftwaffe und die Entdeckung der Atombombe und anderer neuer Waffen. Dies alles führt in einem modernen Krieg zu unterschiedslosen Zerstörungen in einem Umfang, wie ihn die Welt bei früheren Kriegen nicht gekannt hat. Die herkömmliche Annahme, daß man für eine gerechte Sache einen gerechten Krieg mit rechten Waffen führen könne, ist unter solchen Umständen nicht mehr aufrecht zu erhalten. Es mag sein, daß man auf Mittel der Gewalt nicht verzichten kann, wenn das Recht zur Geltung gebracht werden soll. Ist der Krieg aber erst einmal ausgebrochen, dann wird die Gewalt in einem Umfang angewandt, der dem Recht seine Grundlage zu zerstören droht.

8. Wir können uns daher nicht länger der Frage entziehen: Kann der Krieg heute noch ein Akt der Gerechtigkeit sein? Auf diese Frage können wir freilich keine einmütige Antwort geben. Drei verschiedene Grundhaltungen werden in unserer Mitte vertreten (1)

1) Da sind zunächst jene, die die Überzeugung haben, daß, wenn der Christ auch unter bestimmten Umständen wird in den Krieg ziehen müssen, ein moderner Krieg mit seinen allumfassenden Zerstörungen niemals ein Akt der Gerechtigkeit sein kann.

2) Da es gegenwärtig unparteiische, übernationale Instanzen nicht gibt, so meinen andere, militärische Maßnahmen seien das letzte Mittel, um dem Recht Geltung zu verschaffen, und man müsse die Staatsbürger klar und deutlich lehren, daß es ihre Pflicht ist, das Recht mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, wenn es keine andere Möglichkeit mehr gibt.

3) Wieder andere lehnen jeden Kriegsdienst irgendwelcher Art ab und sind überzeugt, daß Gott von ihnen verlangt, bedingungslos gegen den Krieg und für den Frieden Stellung zu nehmen und nach ihrer Meinung müßte die Kirche im gleichen Sinn sprechen.

9. Wir bekennen offen, daß es uns schwer ist, so verschiedene Meinungen in dieser Sache unter uns zu haben. Wir bitten alle Christen dringend, sie möchten es als ihre Pflicht ansehen, dauernd um diese schwierige Frage zu ringen und in aller Demut Gott zu bitten, er wolle ihnen den rechten Weg zeigen. Wir glauben, daß hier die Theologen die besondere Verpflichtung haben, den theologischen Fragen nachzugehen, um die es sich hier handelt. Derweilen darf die Kirche nicht aufhören, alle, die eine dieser drei Meinungen mit Ernst vertreten, und die bereit sind, sich von Gott erleuchten zu lassen und sich seinem Willen zu unterwerfen, als ihre Brüder und Schwestern anzusehen.

10. Bei aller Verschiedenheit der Meinungen aber gibt es gewisse Grundsätze, in denen wir alle übereinstimmen. Da es ein unparteiisches Organ für die Sicherung des Rechtes nicht gab, sind Völker in den Krieg gegangen in dem Glauben, eben damit der Gerechtigkeit zu dienen. Wir sind der Überzeugung, daß sowohl im internationalen Leben als auch im Leben der einzelnen Nationen Gerechtigkeit walten muß. Auch die Völker müssen sich frei machen von dem Verlangen, „das Gesicht zu wahren". Denn dies Verlangen ist ein Zeichen von falschem Stolz und ist gefährlich. Aufgabe der Kirchen ist es, die sittlichen Grundsätze geltend zu machen, die der Gehorsam gegen Gott im Kriege wie im Frieden fordert. Sie dürfen ihre geistlichen und sittlichen Kräfte vom Staat weder im Krieg noch im Frieden dazu mißbrauchen lassen, um eine bestimmte Ideologie zu propagieren oder irgendeine Sache zu unterstützen, der sie nicht von ganzem Herzen zustimmen können. Wenn Krieg ist, müssen sie lehren, daß wir unsere Feinde lieben und für sie beten sollen, und wenn der Krieg vorüber ist, müssen sie dafür eintreten, daß Sieger und Besiegte sich versöhnen.

11. Die Kirchen müssen sch darum bemühen, daß das, was geändert werden muß, auf friedliche und gerechte Weise geändert wird, und müssen eben dadurch den Ursachen des Krieges zu Leibe gehen. Sie müssen dafür eintreten, daß Treu und Glauben gewahrt, und daß das einmal gegebene Wort gehalten wird. Sie müssen den überheblichen Ansprüchen imperialistischer Mächte Widerstand entgegensetzen und für die allseitige Verminderung der Rüstungen eintreten. Sie müssen dagegen ankämpfen, daß sich angesichts der Erfahrung, daß Kriege zu nichts führen, Gleichgültigkeit und Verzweiflung breit machen. Sie müssen jedem einzelnen Christen zum Bewußtsein bringen, daß ein geistiger Widerstand, wenn er auf einer weitverbreiteten festen Überzeugung beruht, eine Macht ist, die vom Kriege abhalten kann. Ein moralisches Vakuum fordert unweigerlich den Angreifer heraus.

12. Wir fühlen uns auch verpflichtet, die Regierungen der Siegermächte des zweiten Weltkrieges dazu aufzurufen, daß sie mit den besiegten Nationen so schnell wie möglich einen gerechten Frieden schließen, und ihnen ge-

(1) Vgl. dazu den Auszug über „Kirche und Krieg" (Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 11, S. 527 ff) aus dem Bericht von Oxford.

statten, ihr politisches und wirtschaftliches Leben für friedliche Zwecke wieder aufzubauen, die Kriegsgefangenen alsbald in die Heimat zu entlassen, und alle Maßnahmen zur politischen Bereinigung, sowie die Prozesse gegen Kriegsverbrecher unverzüglich zum Ende zu bringen.

II. Um des Friedens willen muß den Ursachen der Spannungen zwischen den Mächten zu Leibe gegangen werden

13. Die schlimmste Bedrohung des Friedens kommt gegenwärtig daher, daß die Welt in verschiedene Blocks aufgespalten ist, und daß diese Blocks einander voll Mißtrauen und Feindseligkeit betrachten. Diese Bedrohung ist umso schwerer, als die nationalen Spannungen sich mit einem Gegensatz der wirtschaftlichen und politischen Systeme verbinden. Das Christentum darf nicht mit irgend einem bestimmten System gleichgesetzt werden. Es gibt in allen Systemen gewisse Dinge, die wir verurteilen müssen, weil sie wider das erste Gebot streiten und damit zugleich den grundlegenden Menschenrechten, und weil sie unter Umständen den Frieden gefährden. Wir verurteilen auf das schärfste jegliche Art von Tyrannei, die dem Menschen die Freiheit versagt, es sei auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiet. Wir wissen uns im äußersten Gegensatz gegen jedes totalitäre System, wo immer es sich findet, gegen jedes System also, in dem ein Staat sich das Recht nimmt zu bestimmen, wie die Menschen zu denken und zu handeln haben, anstatt das Recht jedes Menschen anzuerkennen, aus eigenem Gewissen den Willen Gottes zu tun. Genau so wissen wir uns im Gegensatz zu jeder Kirche, die die Macht des Staates zur Erzwingung religiöser Gleichschaltung zu benützen sucht. Wir widersetzen uns allen Bestrebungen, geistige oder wirtschaftliche Systeme ohne Rücksicht auf das Gewissen oder auf die Pflicht zur Toleranz zu verbreiten und diejenigen, die eine andere Meinung vertreten, zu unterdrücken und zu verfolgen.

14. Nicht minder wissen wir uns im Gegensatz gegen jede Art von aggressivem Imperialismus, bei dem die eine Nation die andere zum Werkzeug ihrer eigenen Zwecke machen will, ob es sich nun um Imperialismus auf politischem Gebiet, auf wirtschaftlichem oder auf kulturellem handelt. Wir legen Verwahrung dagegen ein, daß Völker, die keine eigene Regierung haben, zu eigensüchtigen Zwecken ausgebeutet werden, oder daß man ihre Entwicklung zur Selbständigkeit aufzuhalten sucht. Keine Rasse darf unterdrückt werden. Wir wenden uns ebenso dagegen, daß irgendein Volk wegen seiner Rasse oder Hautfarbe isoliert wird,

15. Die Kirchen müssen sich positiv dafür einsetzen, daß verschiedene wirtschaftliche Systeme, wie sie heute gegeneinander stehen, also etwa Kommunismus, Sozialismus und Privatwirtschaft, nebeneinander bestehen dürfen, ohne daß es zum Kriege kommt. Kein Volk hat das moralische Recht, seine eigene Wirtschaftspolitik festzulegen, ohne die wirtschaftlichen Bedürfnisse anderer Völker in Betracht zu ziehen und ohne von der Möglichkeit internationaler Beratung Gebrauch zu machen. Die Kirchen sind mitverantwortlich dafür, daß die Menschen dazu erzogen werden, über die Grenzen der eigenen Nation hinauszusehen und die verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Systeme unter dem christlichen Gesichtspunkt zu betrachten, daß es darum geht, jedem Menschen die Freiheit von wirtschaftlicher und politischer Gebundenheit zu sichern. Solche Systeme sind für den Menschen da und nicht der Mensch für solche Systeme.

16. Christen müssen alle Maßnahmen der Regierungen sehr kritisch prüfen, die Spannungen verstärken und Völker einander entfremden, auch wenn das nicht die Absicht ist. Vor allem müssen wir uns gegen alles wehren, was in der Presse, im Rundfunk oder in der Schule Haß und Feindseligkeit zwischen Völkern schürt.

III. Die Völker der Welt müssen sich zu der Herrschaft des Rechts bekennen

17. Unser Herr Jesus Christus lehrte, daß Gott, unser aller Vater, ein souveräner Herr ist. Darum sprechen wir es aus, daß kein Staat einen Anspruch auf absolute Souveränität hat, und keine Gesetze ohne Rücksicht auf die Gebote Gottes und die menschliche Wohlfahrt erlassen darf. Er muß wissen, daß er unter der Herrschaft Gottes Verantwortung trägt, und muß sich in der Gemeinschaft der Nationen dem Recht unterordnen.

18. Die Autorität des Rechtes muß in den Beziehungen der Völker genau so anerkannt und zur Geltung gebracht werden wie im Leben der einzelnen Nationen. Internationales Recht bedarf selbstverständlich internationaler Instanzen, wenn es wirksam sein soll. Wenn diese Instanzen bei den Völkern Achtung und Gehorsam finden sollen, dann müssen sie die internationalen Probleme ihrer sachlichen Bedeutung gemäß behandeln, nicht aber vorzugsweise im Sinne bestimmter nationaler Interessen.

19. Wir bedürfen heute solcher Instanzen auf das dringendste. Die Geschichte steht niemals still. Immer wieder tauchen neue Kräfte auf. Vereinzelt auftretende Gegensätze zwischen Ost und West, die Tatsache, daß riesige Menschenmassen ihre Unabhängigkeit erlangten, der zu Tage liegende Niedergang europäischer Vorherrschaft, das Zusammenprallen miteinander rivalisierender politischer Systeme in Asien, — alles das weist auf die Unvermeidlichkeit politischer Wandlungen hin. Die Vereinigten Nationen waren als eine Instanz gedacht, die bei der Überwindung von Schwierigkeiten behilflich sein und der Förderung freundschaftlicher Beziehungen unter den Völkern dienen sollte. In dieser Hinsicht verdienen ihre Ziele von den Christen unterstützt zu werden. Aber wenn die Nationen nicht bereit sind, auf einen größeren Teil ihrer nationalen Souveränität zu verzichten, werden sie in der Versuchung stehen, zum Mittel des Krieges zu greifen, um ihre Ansprüche durchzusetzen.

20. Wenn es sich darum handelt, jene Grundlage sittlicher Überzeugungen zu schaffen, ohne die jedes Rechtssystem zusammenbrechen muß, dann haben die Kirchen an dieser Aufgabe einen erheblichen Anteil. Unbeschadet der Bemühungen um eine umfassendere und mit Autorität ausgestattete Weltorganisation müssen die Kirchen gegenwärtig unterstützen, was an unmittelbaren Schritten getan wird, damit die Völker einander besser verstehen und sich gegenseitig ihren guten Willen beweisen; sie müssen die Achtung vor internationalem Recht und die Schaffung derjenigen internationalen Einrichtungen fördern, die gegenwärtig möglich sind. Sie müssen auch alle Bestrebungen unterstützen, die gemacht werden, um die

mannigfachen Fragen von internationaler Bedeutung, mit denen die Welt heute zu tun hat, auf breiter Grundlage zu lösen, so z. B. die Frage der Atomkraft, der Rüstungsbeschränkung, Gesundheitsfürsorge und der ausreichenden Ernährung aller Menschen. Sie sollen dafür eintreten, daß die Vereinten Nationen so weiter entwickelt werden, daß sie solchen Aufgaben dienen können. Sie sollen auch darauf bestehen, daß die innere Gesetzgebung eines jeden Landes in Übereinstimmung mit den Grundsätzen eines fortschrittlichen internationalen Rechtes erfolgt. Sie erkennen dankbar an, daß die neuerlich erhobene Forderung nach grundsätzlicher Formulierung der Menschenrechte ein neues Bewußtsein internationaler Verantwortung für die Rechte und Freiheiten aller Menschen erkennen läßt.

IV. Die Beachtung von Menschenrechten und Grundfreiheiten muß durch nationale und internationale Maßnahmen gefördert werden

21. Die Kirche hat zu allen Zeiten die Freiheit gefordert, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. Wir stellen fest, daß die Rechte der Menschen unmittelbar auf ihre Gotteskindschaft zurückgehen. Der Staat maßt sich etwas an, das ihm nicht zusteht, wenn er glaubt, er könne die Grundrechte verleihen oder versagen. Es ist Sache des Staates, diese Rechte in sein eigenes Rechtssystem einzubauen und ihre tatsächliche Beachtung zu sichern. Wir sind freilich der Überzeugung, daß es keine Rechte ohne Pflichten gibt. Der Freiheit des Menschen steht seine Verantwortlichkeit zur Seite, und jeder Einzelne trägt gegenüber seinem Volksgenossen eine Verantwortung.

22. Wir haben Beweise aus vielen Teilen der Welt für offensichtliche Verletzungen von Menschenrechten und sind dadurch tief beunruhigt. Einzelne wie ganze Gruppen unterliegen Verfolgungen und Benachteiligungen aus Gründen der Rasse, der Hautfarbe, der Religion, Kultur oder politischer Überzeugung. Einerlei wer sich dergleichen zuschulden kommen läßt, seien es Regierungen, Beamte oder die große Masse, — die Kirchen müssen gegebenen Ortes fest und energisch dagegen Stellung nehmen und dabei mit Kirchen in anderen Ländern auf dem Wege der internationalen Rechtsinstanzen zusammenarbeiten. Sie müssen auf ein immer umfassenderes und tieferes Verständnis der Menschenrechte hinwirken, die wesentlich sind, wenn die Menschen dazu frei sein sollen, den Willen Gottes zu tun. (1)

23. Gegenwärtig müssen die Kirchen alle Bemühungen unterstützen, die darauf hinausgehen, im Rahmen einer internationalen Freiheitsurkunde (Bill of Rights) ausreichende Sicherungen der Religions- und Gewissensfreiheit zu schaffen, unter Einschluß des Rechts aller Menschen, einen Glauben zu haben oder zu wechseln, ihm im Gottesdienst wie in der Lebensgestaltung Ausdruck zu geben, ihn andere zu lehren und sie dafür zu gewinnen, und über die religiöse Erziehung ihrer Kinder zu entscheiden. Sie müssen sich für die Freiheit der Meinungsäußerung, der Vereinigung und Versammlung, für die Rechte der Familie, für die Freiheit gegenüber willkürlicher Verhaftung, und in gleicher Weise für alle anderen Rechte, die die wahre Freiheit des Menschen fordert, einsetzen. In der inneren wie in der internationalen Politik müssen die Kirchen für eine umfassendere Verwirklichung der Freiheit auf dem Wege über die soziale Gesetzgebung eintreten. Sie müssen gegen die Vertreibung von Minderheiten Protest einlegen. Mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln müssen sie die zwangsweise Absonderung aus Gründen der Rasse oder Hautfarbe bekämpfen und auf die fortschreitende Anerkennung und Anwendung dieses Grundsatzes in jedem Lande hinwirken. An erster Stelle aber ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Kirchen diese Grundrechte unter ihren eigenen Mitgliedern und in ihrem eigenen Leben wahren, um auf solche Weise anderen an einem Beispiel zu zeigen, was Freiheit in der Praxis bedeutet.

V. Die Kirchen und alle Christenleute haben angesichts der internationalen Unordnung bestimmte Verpflichtungen

24. In dieser Sache tragen die Kirchen Schuld, weil sie gleichgültig waren und versagten. Gewiß haben sie den Wunsch, es möchte zwischen den Regierungen und allen, die es mit internationalen Beziehungen zu tun haben, mehr wirkliche Ehrlichkeit und weniger Selbstgerechtigkeit geben, aber sie können auf niemand den ersten Stein werfen oder den Vorwurf abweisen, daß sie zu Dingen geschwiegen haben, zu denen sie nicht schweigen durften.

25. Deshalb ist es Pflicht des Christen, für alle Menschen zu beten, ganz besonders aber für die Regierenden, den Haß und alle Resignation im Blick auf den Krieg zu bekämpfen, für die Methode des Verhandelns einzutreten, statt sich in erster Linie auf Waffen als Werkzeug der Politik zu verlassen, und eine nationale Politik zu unterstützen, wie sie nach seiner Meinung am deutlichsten christlichen Grundsätzen Ausdruck verleiht. Er soll tun, was sein staatsbürgerlicher Beruf von ihm fordert, soll für die Hungrigen und Heimatlosen sein Opfer bringen, und vor allem Menschen für Christus gewinnen, um auf solche Weise den Bereich übernationaler Bruderschaft zu erweitern.

26. In dieser Bruderschaft muß jede Kirche dafür sorgen, daß keinem ihrer Glieder aus unwürdigen Gründen die gleiche Achtung versagt wird. Sie muß sie dazu anleiten, die Fragen der internationalen Politik vom Glauben her zu sehen. Ihr Eintreten für das moralische Gesetz muß den Staat davor warnen, unnötige Konzessionen an reine Zweckmäßigkeit zu machen, und sie muß die führenden Persönlichkeiten wie die Vertreter der Regierung bei ihrem Bemühen um die Schaffung sicherer Grundlagen einer gerechten Weltordnung unterstützen.

27. Die Bildung des Ökumenischen Rates kann zu einer Sache von großer Bedeutung für das Leben der Völker werden. Sie ist ein lebendiger Ausdruck der über alle Unterschiede der Rasse, der Nation, der Klasse und Kultur hinausgreifenden Bruderschaft, die sich im Glauben, im gegenseitigen Dienst und Verstehen eng verbunden weiß. Er wird es sich zur Aufgabe machen, durch seine Mitglieder und durch die Zusammenarbeit aller christlichen Kirchen und aller Menschen guten Willens die Versöhnung zwischen den Nationen kräftig zu fördern. Er wird sich angelegen sein lassen, internationale Gegensätze von Gottes Heilstat her zu sehen; er wird daran

(1) Dieser Grundsatz ist inzwischen in einer Demarche des Ökumenischen Rates bei der ungarischen Regierung bestätigt worden (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 4, S. 160.)

denken, daß in der Regel Christen auf beiden Seiten jeder Grenzen leben. Er darf nicht müde werden in dem Bemühen, christliche Grundsätze herauszustellen und ihre Anwendung in der internationalen und nationalen Politik zu fördern.

28. Für diese Zwecke bedarf es besonderer Organe. Von Seiten des Ökumenischen Rates und des Internationalen Missionsrates ist ein Ausschuß der Kirchen für internationale Angelegenheiten geschaffen worden. Die Vollversammlung befiehlt ihn der Anteilnahme und den Gebeten aller Christen.

29. Ernst sind die Aufgaben und schicksalsschwer die Verantwortungen, die heute auf den Christen liegen. Mit unserer Macht ist nichts getan, aber unsere Hoffnung gründet sich auf Christus und das Kommen Seines Reiches. Bei ihm ist der Sieg und auf Ihn trauen wir. Wir bitten Er möge uns mit der Kraft Seiner Stärke erfüllen und zur Vollendung Seines Heilsplans unter den Völkern gebrauchen. Denn er ist der Fürst des Friedens und das auferstandene und lebendige Haupt der Kirche.

EINE ERKLÄRUNG UBER DIE RELIGIOSE FREIHEIT

Diese Erklärung des Ökumenischen Rates über die religiöse Freiheit der Person weicht insofern von den katholischen Soziallehren ab, als sie im Wesentlichen von den individuellen Freiheitsrechten der „Erklärung der Menschenrechte" von 1776 ausgeht und nicht von den Rechten Gottes und der Kirche. Beachtlich ist die Hervorhebung des Elternrechts.

Ein wesentliches Element einer guten internationalen Ordnung ist die Religionsfreiheit. So ergibt es sich notwendig aus dem christlichen Glauben und dem weltweiten Charakter des Christentums. Die Christen betrachten deshalb die Frage der religiösen Freiheit als ein internationales Problem. Sie sind daran interessiert, daß die religiöse Freiheit überall sichergestellt ist. Wenn sie sich für diese Freiheit einsetzen, dann fordern sie nicht irgendein Vorrecht für Christen, das anderen verweigert wird. Wenn auch die Freiheit, mit der Christus die Menschen frei gemacht hat, von keiner Regierung gegeben noch zerstört werden kann, werden Christen um dieser inneren Freiheit willen eifersüchtig über ihren äußeren Ausdruck wachen und es sich angelegen sein lassen, daß alle Menschen in ihrem religiösen Leben Freiheit genießen. Wesen und Bestimmung des Menschen kraft seiner Erschaffung, Erlösung und Berufung, sowie die Tätigkeit in Familie, Staat und Kultur legen Grenzen fest, über die die Regierung nicht ungestraft hinweggehen kann. Die Rechte, die die christliche Jüngerschaft für sich verlangt, sind derart, daß sie für alle Menschen gut sind, und keine Nation hat jemals darunter leiden müssen, daß sie solche Freiheiten gewährte. Demgemäß sollen die Rechte der religiösen Freiheit in ihrem hier beschriebenen Umfang für alle Menschen ohne Ansehen der Rasse, des Geschlechtes, der Sprache oder der Religion und ohne Benachteiligung durch gesetzliche Bestimmungen oder Verwaltungsmaßnahmen anerkannt und beachtet werden.

1. Jeder Mensch hat das Recht, seinen eigenen Glauben und sein Glaubensbekenntnis selbst zu bestimmen

Dieses Recht umfaßt sowohl den Vorgang, auf Grund dessen ein Mensch seinem Glauben anhängt, wie den Vorgang, auf Grund dessen er seinen Glauben wechselt. Es schließt das Recht ein, Unterweisung und Erziehung zu erhalten.

Dieses Recht erhält seine volle Bedeutung, wenn der Mensch die Möglichkeit des Zugangs zur Information hat. Religiöse, soziale und politische Instanzen haben die Verpflichtung, jedem reifen Menschen zu gestatten, mit allen Quellen der Information in der Weise in Verbindung zu kommen, daß dadurch persönliche religiöse Entscheidung im Glauben möglich wird.

Das Selbstbestimmungsrecht in Glaubensfragen wird durch *das Recht der Eltern* begrenzt, ihrerseits diejenigen Quellen der Information auszuwählen, die für ihre Kinder in Frage kommen sollen. Alle Menschen sollten, wenn sie Entscheidungen treffen, dabei ihre höheren Eigeninteressen und die Folgerungen aus ihren Glaubensüberzeugungen für das Wohl ihrer Mitmenschen in Betracht ziehen.

2. Jeder Mensch hat das Recht seinen religiösen Überzeugungen im Gottesdienst, im Unterricht und im praktischen Leben Ausdruck zu geben und die Folgerungen aus ihnen für die Beziehungen in der sozialen oder politischen Gemeinschaft offen auszusprechen

Das Recht auf freie religiöse Äußerung enthält das Recht auf Gottesdienst in öffentlicher oder privater Form; sowie die Freiheit, anderen Belehrung durch Unterricht, Predigt und überzeugendes Einwirken zu verschaffen; und die Freiheit, den Weg zu gehen, den das Gewissen gebietet.

Dies Recht erfordert Freiheit von willkürlichen Einschränkungen in allen religiösen Meinungsäußerungen, sei es in der Rede, Presse, Radio, Film und Kunst. Soziale und politische Institutionen sollten Sicherheit gegen jede Diskriminierung und gesetzlichen Benachteiligung infolge von Äußerungen einer religiösen Überzeugung gewähren, mindestens soweit dadurch anerkannte Gemeinschaftsinteressen nicht nachteilig berührt werden.

Die Freiheit der religiösen Äußerung wird durch das *Recht der Eltern* eingeschränkt, ihrerseits die religiösen Ansichten zu bestimmen, in denen ihre Kinder erzogen werden sollen. Sie wird ferner durch solche vom Gesetz vorgeschriebenen Maßnahmen beschränkt, wie sie nötig sind, um die öffentliche Wohlfahrt und Ordnung, die Moral sowie die Rechte und Freiheiten anderer zu schützen. Jeder Mensch muß das Recht der Anderen anerkennen, ihrer Glaubensüberzeugungen Ausdruck zu geben, und immer der Obrigkeit Achtung entgegenbringen, selbst wenn sein Gewissen ihn in Gegensatz zu denen bringt, die der Obrigkeit angehören, oder in Gegensatz zu der Haltung, die sie vertreten.

3. Jeder Mensch hat das Recht, sich mit Andern zusammenzuschließen und mit ihnen eine gemeinsame Organisation für religiöse Zwecke zu bilden

Dieses Recht schließt die Freiheit ein, religiöse Organisationen zu bilden, die Mitgliedschaft in solchen Organisatonen nachzusuchen und die Verbindung mit religiösen Organisationen zu lösen.

Es verlangt ferner, daß die von einer Gemeinschaft ihren Mitgliedern garantierten Rechte auf Vereinigung und Organisierung auch das Recht auf Bildung von Vereinigungen zu religiösen Zwecken mit einschließen.

Es unterliegt den gleichen Beschränkungen, die allen Vereinigungen durch nicht-diskriminierende Gesetze auferlegt sind.

4. Jede religiöse Organisation, die entsprechend den Rechten der Einzelperson gebildet oder aufrechterhalten wird, hat das Recht, selbst ihre Grundsätze und ihre Praxis im Dienste der Ziele zu bestimmen, für die sie sich entschieden hat

Die Rechte, die für den Einzelmenschen bei der Ausübung seiner religiösen Freiheit beansprucht werden, stehen auch den religiösen Organisationen zu. Hierzu gehören: das Recht auf Selbstbestimmung des eigenen Glaubens und Bekenntnisses; das Recht auf religiösen Gottesdienst in öffentlicher und privater Form; das Recht auf Unterricht, Erziehung, Predigt und Gewinnung anderer, das Recht, die Folgerungen des Glaubens für Gesellschaft und Regierung zum Ausdruck zu bringen. Zu diesen Rechten kommen noch gewisse korporative Rechte hinzu, die sich von den Rechten der Einzelperson herleiten, wie das Recht, die Form der Organisation, ihre Leitung und die Bedingungen für die Mitgliedschaft zu bestimmen, das Recht auf Auswahl und Ausbildung ihrer eigenen Beamten, Leiter und Mitarbeiter, das Recht auf Veröffentlichung und Verbreitung von religiöser Literatur; das Recht auf Dienst und Missionstätigkeit in der Heimat und im Ausland; das Recht, über Eigentum zu verfügen und Geld zu sammeln; das Recht auf Zusammenarbeit und Vereinigung mit anderen religiösen Körperschaften in der Heimat und in andern Ländern, und schließlich das Recht auf Inanspruchnahme aller Erleichterungen, die allen Staatsbürgern oder Vereinigungen gewährt werden, und die das Erreichen religiöser Zwecke ermöglichen.

Damit diese Rechte in der Praxis des Gemeinlebens verwirklicht werden können, muß der Staat den religiösen Organisationen und ihren Mitgliedern die gleichen Rechte gewähren, die er andern Organisationen einräumt, einschließlich des Rechts auf Selbstverwaltung, öffentliche Versammlung, Rede oder Presse und Veröffentlichung, des Rechts auf Eigentum, Geldsammlung, Reise, Einreise und Ausreise, sowie allgemein des Rechts auf Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten.

Das Gemeinwesen hat das Recht, Gehorsam für die nichtdiskriminierenden Gesetze, die im Interesse der öffentlichen Ordnung und Wohlfahrt ergangen sind, zu verlangen. Bei der Ausübung ihrer Rechte muß eine religiöse Organisation die Rechte der anderen religiösen Organisationen respektieren und die korporativen und individuellen Rechte der ganzen Gemeinschaft wahren.

RESOLUTIONEN

In Erwägung dessen, daß die Zahl der heimatlosen Menschen in Europa und Asien sehr viel größer ist als bei Kriegsende und daß die hier entstandenen Nöte einen dringenden Mahnruf an das Gewissen der Christenheit bedeuten, wird beschlossen:

I. daß der Ökumenische Rat der Sorge für die materielle und seelsorgerliche Hilfe für Flüchtlinge einen besonderen Vorrang vor anderen Aufgaben gibt und daß er seine Mitgliedskirchen in solchen Ländern, die Neusiedler aufnehmen können, auffordert, sowohl die öffentliche Meinung in diesen Ländern in der Richtung auf eine weitherzige Einwanderungspolitik zu beeinflussen, als auch für den Empfang und für die Betreuung der Neuankömmlinge in ihren Länden Sorge zu tragen. Dieser Vorrang hinsichtlich der materiellen und seelsorgerischen Betreuung der Flüchtlinge gilt nicht nur denen, die unter der Obhut der Internationalen Flüchtlingsorganisation stehen und den Flüchtlingen deutscher Abstammung, sondern allen Flüchtlingen und Vertriebenen, welcher Nationalität sie auch immer angehören mögen;

Besondere Aufmerksamkeit soll gerichtet werden auf die Behebung der Notlage der Kinder, vor allem in den Ländern, in denen Kinder von ihren Familien getrennt worden sind.

II. daß die Internationale Flüchtlingsorganisation aufgefordert wird, in Verfolg ihrer Aufgabe der Neuansiedlung von Flüchtlingen auch weiterhin diejenigen Regierungen, die arbeitsfähige Leute aus dem Kreis der deplaced persons auswählen, dringlich zu ersuchen, die von diesen abhängigen Familienangehörigen in gleicher Weise aufzunehmen und anzusiedeln und dadurch die Einheit und Unverletzlichkeit des Familienlebens zu achten.

III. daß der Ökumenische Rat seine Flüchtlingskommission ermächtigt, alle diejenigen Schritte zu unternehmen, die angemessen erscheinen, um Flüchtlinge deutscher Abstammung unter den Schutz der Internationalen Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen zu bringen. Ebenso weist die Vollversammlung die Flüchtlingskommission des Ökumenischen Rates an, für den Einschluß aller Flüchtlinge und Vertriebenen in das Mandat der Internationalen Flüchtlingsorganisation zu wirken.

IV. Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates, der seine Mitgliedskirchen bereits ersucht hat, die Bemühungen des Sekretariats der Vereinten Nationen in Sachen der Araber und anderer Flüchtlinge aus den palästinensischen Kampfgebieten zu unterstützen, richtet an die verantwortlichen jüdischen Stellen in aller Welt die Bitte, sich bei diesem Hilfswerk zu beteiligen und dazu zu helfen, daß die Flüchtlinge so bald als tunlich zu ihren Heimstätten zurückkehren können.

V. Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Vereinten Nationen es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben anerkannt haben, die Achtung vor Menschenrechten und Grundfreiheiten sowie ihre Wahrung zu fördern, und zwar im Interesse aller, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder Religion. (1) Die Vollversammlung ist sich der Größe und Schwierigkeit der Aufgabe bewußt, den Schutz der Menschenrechte einer internationalen Autorität zu unterstellen. Sie betrachtet eine Erklärung der Menschenrechte, die weder bindend noch erzwingbar ist, so wertvoll sie dadurch sein mag, daß sie für alle Völker und Nationen einen gemeinsamen Maßstab dessen aufrichtet, was erreicht werden muß, als in sich unzulänglich. Sie beschließt deshalb:

1. Die Vollversammlung fordert ihre Mitglieder zum Einsatz für die Annahme eines internationalen Gesetzes über die Menschenrechte auf, das die Anerkennung wie die Durchsetzung aller wesentlichen Freiheiten, der persön-

(1) Vgl. den Text der „Erklärung der Menschenrechte" in Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 11. Heft, S. 512 f.

lichen, politischen oder sozialen, im nationalen und internationalen Rahmen vorsieht.

2. Die Vollversammlung ruft ihre Mitglieder zur Unterstützung der Annahme weiterer Abkommen in Sachen der Menschenrechte auf, z. B. über die Vernichtung geschlossener Gruppen, die Freiheit des Nachrichtenwesens und der Presse; auch diese bedeuten ja einen Schritt in der Richtung auf höhere Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten in der ganzen Welt und ihre Beachtung.

3. Christen suchen der Sache der religiösen Freiheit in aller Welt zu dienen; deshalb nimmt die Vollversammlung des Ökumenischen Rates die *„Erklärung über die religiöse Freiheit"* an und dringt darauf, daß die Anwendung ihrer Bestimmungen durch nationale und internationale Maßnahmen gesichert wird.

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Confirma Fratres tuos

Pius XII. hat durch seine Weihnachtsansprache vor dem Kardinalskollegium, die an die katholischen Gläubigen gerichtet war, auch evangelische Laien und Pfarrer gestärkt und beglückt, nicht nur durch den Inhalt der Botschaft sondern vor allem durch die Begründung seines apostolischen Auftrages auf Lukas 22, 31—32: „...Stärke Deine Brüder... — Ich habe für dich gebetet...", das waren wiederholt die Schriftworte, auf die sich der Papst berief, der Petrusauftrag des Herrn, der nach der Einsetzung des Heiligen Abendmahles, also in einem besonders feierlichen Augenblick, kurz vor der Verleugnung des Petrus, gesprochen wurde. Durch dieses Wort haben auch wir Evangelischen den Primat des Petrus, den die moderne evangelische Exegese deutlich herausarbeitet, verstehen gelernt, und zwar als klasisches Exempel der Rechtfertigung aus Gnade. Das Gebet des Herrn trägt auch den wankenden Petrus in seinem Amt als pastor pastorum.

Was damit gemeint ist, macht die von Pius XI. heiliggesprochene Kleine Therese vom Kinde Jesu in folgenden Worten deutlich:

„Ich begreife sehr wohl, daß der heilige Petrus gefallen ist. Er baute zu sehr auf die Glut seiner Gefühle, statt sich einzig und allein auf die göttliche Kraft zu stützen. Ich bin sicher, hätte er Jesus gesagt: ‚Herr, gib mir den Mut dir bis in den Tod zu folgen!', dieser Mut wäre ihm nicht versagt worden.

Wie kommt es, daß der Herr, wohl wissend, was geschehen werde, ihm nicht sagte: ‚Bitte mich um die Kraft, was du möchtest, zu vollbringen'? Ich glaube, es geschah, um uns zwei Dinge zu zeigen. Erstens, daß Er seinen Aposteln durch seine sichtbare Gegenwart nicht mehr lehrte als uns durch die inneren Einsprechungen seiner Gnade.

Zweitens war der heilige Petrus bestimmt, die ganze Kirche zu regieren, in der es soviele Sünder gibt. Darum wollte Jesus, daß er erfahrungsmäßig innewerde, was der Mensch ohne Gottes Hilfe vermag. Deshalb sagte ihm Jesus vor seinem Fall: ‚Wenn du dich dereinst bekehrst, dann stärke deine Brüder!', d. h. erzähle ihnen an der eigenen Erfahrung, wie notwendig es für das Heil ist, sich nur auf mich zu stützen."

Der Inhalt der Weihnachtsbotschaft des Papstes zeigt, daß die Verwendung dieses Petruswortes des Herrn gerechtfertigt ist. Die Stimme des Guten Hirten!

Frankfurt/M. *A. F.*

Der „gerechte Krieg"

In Ihrer Erörterung über die Frage: „Gibt es heute noch einen gerechten Krieg?", die so dringend notwendig ist, erhellt erst Ihr Schlußsatz die ganze „verzweifelte" Lage. Sie sagen: „Ottaviani (der Assessor des hl. Offiziums) spricht sich nicht darüber aus, ob es nicht unter den heutigen Verhältnissen zur Vermeidung einer Zerstörung, die einem Weltuntergang fast gleichkommt, geboten sein könnte, der Gewalt zu weichen im Vertrauen darauf, daß Gott allein der Schild Israels gegenüber den Völkern ist." Auf diesen Satz, für den ich Ihnen herzlich dankbar bin, wird ein stattlicher Chorus von Christen zu antworten bereit sein: „Nein, der Gewalt zu weichen wäre profund unchristlich und der bare Hinduismus." Ohne daß ich mich auf eine Auseinandersetzung mit diesen Leuten einlasse, möchte ich meines Teils der Überzeugung Ausdruck geben, daß es heute ganz gewiß geboten ist, in der Nachfolge Christi sich von jeder Teilnahme am Krieg fernzuhalten, im Vertrauen auf Gott. Mit dichterischem Bild hat Bergengruen die Loslösung von überkommenen „Haltungen" so ausgesprochen:

> Schiffer, dessen Schiff der Sturm zerschlagen,
> hilflos Treibender, davongetragen,
>
> angeklammert an die fäulniskranke,
> brüchig halbvermorschte Planke —
>
> Los die Hände! Und vertraue
> dich ins unvermessne Blaue.

Die verkrampften Hände des auf sein Recht und auf seine Waffen vertrauenden Christen sind angesichts der Situation Ausdruck des Kurzschlusses, mangelnden Vertrauens auf Gott, der Recht und Waffen schaffen kann.

Jacques Maritain hat vor Jahrzehnten schon eine „glückselige" Zeit angekündigt, „où l'homme pourra mourir à cause de Dieu seul; non pour la nation ni pour l'humanité ni pour la révolution ni pour le progrès ni pour la science, mais pour Dieu seul".

Wir glauben, daß diese „glückselige Zeit" nun gekommen ist. Möchten viele Christen die Gnade erflehen, sich in dieser Zeit zu bewähren! Und möge einer noch größeren Zahl Christen die Metanoia — die neue Art zu sehen! — zuteil werden. die es möglich macht, die profunde Christlichkeit der Gewaltlosigkeit hier und heute zu erkennen.

Meschede *Georg Heidingsfelder.*

Änderungen im kirchlichen Eherecht

In Heft 3, 3. Jahrgang, S. 104 Ihrer Korrespondenz bringen Sie eine Meldung über „Änderungen im kirchlichen Eherecht" die leider in wesentlichen Punkten unrichtig ist. Dies ist bedauerlich, weil es sich einerseits um eine sehr wichtige Änderung im kirchlichen Eherecht handelt und andererseits der Gesetzestext selbst den meisten Lesern nicht zur Verfügung steht, da die Acta Apostolicae Sedis immer noch nicht leicht erhältlich sind. Außerdem wurde auch in anderen viel gelesenen Korrespondenzen über die Änderungen sehr ungenau berichtet.

1. In Ihrem Berichte heißt es: „Durch ein Motu proprio .. hat Papst Pius XII. den Can. 1099 des C.I.C. außer Kraft gesetzt". Tatsächlich wurde nur das „Comma alterum", der letzte Abschnitt des Paragraphen 2 des Can. 1099 aufgehoben; der ganze wichtige Paragraph 1 und der erste Abschnitt des Paragraphen 2 des Can. 1099 hingegen, worin der Kreis der an die kirchliche Eheschließungsform gebundenen Personen bestimmt ist, bleibt nach wie vor in voller Geltung.
2. In Ihrem Bericht heißt es weiter: „Dieser Can. besagt, daß alle, die im katholischen Glauben getauft sind ..." — Im Can. heißt es: „Alle, welche von katholischen Eltern abstammen, und zwar in der katholischen Kirche getauft sind, dann aber von Kindheit an ..."
   a) also nicht alle in der katholischen Kirche Getauften, sondern nur solche, in der katholischen Kirche Getaufte, welche von akatholischen Eltern abstammen, sind in diesem Abschnitt gemeint.
   b) Sodann müssen sie „von Kindheit an" („ab infantili aetate") der Häresie und dem Schisma verfallen oder ohne Religion erzogen sein. „Von Kindheit an" ist terminus technicus und bedeutet speziell die Zeit vor dem vollendeten 7. Lebensjahre (Can. 88 § 3). Der Ausdruck „von Jugend an" ist darum mißverständlich, weil weiter als „von Kindheit an".
   c) Endlich sind die im 2. Abschnitt des § 2 des Can. 1099 Bezeichneten nicht überhaupt frei von der Eheschließungsform, sondern nur bei Eheschließung mit Akatholiken.

Eichstätt *Prälat Dr. Ludwig Bruggaier, Domdekan.*

Wie kann man Heiligkeit darstellen

In der Dezembernummer der Herder-Korrespondenz veröffentlichten Sie auf S. 139 f die Kritik einer Arbeit über den letzten Bischof von Ermland, Maximilian Kaller, die im Juli-Heft zum Abdruck gekommen war.

Sie geht — scheint mir — doch etwas über das Ziel dessen, was der Kritiker wohl damit zum Ausdruck bringen wollte, hinaus und darf daher nicht unwidersprochen bleiben!

Der Titel bereits („Wie kann man Heiligkeit darstellen") ist eine offenbar müßige Formulierung, denn es geht nirgends in dem Lebensbild Kallers darum zu zeigen, daß er etwa ein Heiliger war! Niemand wäre darüber unglücklicher gewesen als der Mann der sich stündlich der krassesten Realität unseres gehetzten Daseins gegenübersah. Der Verfasser wollte — ähnlich wie der Regisseur eines Films — durch „spotlights" besonders eindringlich charakteristische Szenen dieses opfervollen Flüchtlingslebens erhellen — und das ist ihm wohl gelungen! Daß diese Betrachtungsweise eindrucksvoller und zwingender als langatmige seelenschürfende Erörterungen das beispielhafte Aufgehen, ja das Verbrennen eines begnadeten Menschen in seiner Aufgabe offenbart, wird niemand leugnen, der zu den Härten dieses Lebens Verbindung hat!

Der Glaube des Kritikers, daß die Zahl der Menschen in die Tausende ging, die spontan bereit seien, alles herzugeben um die Not der Zeit zu lindern, möge man ihm nicht stören! Der betrübliche Umstand, daß man im täglichen Leben fast ausschließlich die 99 000 Andersgesinnten trifft, und sie es sind, die das Bild dieser Zeit prägen, ist hart und gnadenlos genug und wird zu gegebener Zeit zweifellos auch in sein Blickfeld rücken.

Die Person des Bischofs Kaller scheint mir gerade durch die mitgeteilten Einzelzüge seines Charakters und in dem unpathetischen Ablauf seines dienenden Lebens wirklich ein Ansporn, eine Mahnung und ein Trost zu sein für alle Menschen, die gezwungen sind, in der beispiellosen Härte unserer Tage leben zu müssen.

Freiburg/Br. *Dr. Horst Udo Bauer.*

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BALTHASAR, Hans Urs von. *Theologie und Heiligkeit.* Zur Revision der Scholastik. In: Wort und Wahrheit Jhg. 3 Heft 12 (Dez. 1948) S. 881—897.

Mit dem Einbruch der Philosophie in die Theologie zerfällt die Einheit von Wissen und Leben, Lehrer und Hirt, Heiligkeit und Theologie. Deshalb muß eine „sehr ernste neue Besinnung auf das Wesen der Theologie" hinter die Scholastik zurückgehen.

BAUR, Benedikt. *Der Wandel in Gott in der praktischen Seelsorge und seine Schwierigkeiten.* In: Anima Jhg. 3 Heft 3 S. 214—222.

Aufgabe der Seelsorge ist Erziehung zu einer „einfachen, ungesuchten Form des Wandels in Gott".

BEUMER, Johannes SJ. *Die Gottesschau des Moses:* In: Geist und Leben Jhg. 21 Heft 3 (Juni 1948) S. 221—230.

Eine dogmatische, mystische und exegetische Diskussion der Sinaitheophanie.

BRENNINKMEYER, Bernhard SJ. *Zu den Erscheinungen und der Botschaft von Fatina.* Ein Buchbericht. In: Geist und Leben Jhg. 21 Heft 3 (Juni 1948) S. 214—220.

Zu den kritischen Untersuchungen, die der Löwener Theologieprofessor P. Edouard Dhanis den Erscheinungen gewidmet hat.

DELP, Alfred. *Von den Geheimnissen des Herzens Jesu Christi.* In: Geist und Leben Jhg. 21 Heft 3 (Juni 1948) S. 161—170.

Eine Deutung der Litanei nach ihren theologischen Aussagen und deren Umsetzung in persönliche Religiosität.

DONNELLY, Philip J. SJ. *A recent Critique of P. de Lubac's Surnaturel.* In: Theological Studies Bd. 9 Nr. 4 (Dezember 1948) S. 554—560.

Verfasser bezeichnet das Werk von G. de Broglie SJ: De fine ultimo humanae vitae, Paris 1948, als die tiefste und umfassendste Kritik Lubac's.

DURAND, Alexandre. *La liberté du Christ dans son rapport à l'impeccabilité.* In: Nouvelle Revue Théologique Bd. 70 Nr. 8 (Sept./Okt. 1948) S. 811—822.

Ausgehend von der Freiheit Christi gibt Verfasser Hinweise für eine theologische Analyse des Begriffs der Freiheit.

EGGENSPIELER, Alfred. *Einem neuen Dogma entgegen!* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 6 (Sept. 1948) S. 481—488.

Die katholische traditionelle Auffassung von der Miterlöserschaft der Gottesmutter.

GERHARDT, Martin. *Die christlich-evangelische Erneuerungsbewegung im 19. Jahrhundert und die Ursachen ihres Versandens.* In: Die Besinnung Jhg. 3 Heft 5/6 1948 S. 212—217.

Die gegen die Aufklärung gerichtete Erweckungsbewegung und Einigung von Pietismus und Orthodoxie mußte insbesondere an der sozialen Frage scheitern.

GUARDINI, Romano. *Die Vorsehung.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 3 Heft 12 (Dez. 1948) S. 1116—1126.

In der Begegnung und Entsprechung von Offenbarung und irdischer Wirklichkeit hat die Vorsehung eschatologischen Charakter; ihr ist nicht die Gewißheit, sondern der Glaube und die Hoffnung zugeordnet.

HEIM, Karl. *Erkenntnis und Liebe.* In: Neubau Jhg. 3 Heft 9 (Dez. 1948) S. 343—344.

Ausschnitt aus einer Vorlesung über den 1. Korintherbrief. Eine auf sich allein gestellte Erkenntnis kann nicht eigentlich theologisch heißen, sie muß aus der lebendigen, liebenden Gemeinschaft kommen.

LESORT, Paul-André. *Le temps de la révolte.* In: Jeunesse de l'Eglise Nr. 9 (1948) S. 33—46.

Resignation als Haltung gegenüber dem „Schicksal", Auflehnung gegen Unrecht und Leid und zugleich Annahme derselben als christliche Haltung.

MASSIGNON, Louis. *Le signe mariale.* In: Rythmes du Monde Nr. 3 (1948) S. 7—16.

Über die gemeinsame spirituelle Basis zwischen Christen und Mohammedanern.

„ORIENTIERUNG", Zürich. *Was wollen die Adventisten?* Abdruck aus: Katholischer Digest Jhg. 3 Nr. 1 (Jan. 1949) S. 31—33.

Kurze populäre Darlegung von Geschichte und Ziel dieser Sekte.

OSWALD, Josef. *Zum Bild der Heiligen im 19. Jahrhundert.* In: Die Besinnung Jhg. 3 Heft 5/6 1948 S. 217—219.

Die Betrachtung der Heiligengestalten soll zu einer gerechteren Beurteilung der Frömmigkeit dieser Zeit führen.

PAUWELS, C. F. OP. *Theological Problems of Conversion.* In: The Thomist Bd. 11 Nr. 4 (Oct. 1948) S. 409—423.

Eine Studie über den Begriff „Konversion" und die spezifische Natur ihrer Beweggründe.

RAHNER, Karl SJ. *Über Visionen und verwandte Erscheinungen.* In: Geist und Leben Jhg. 21 Heft 3 (Juni 1948) S. 179—213.

Eine gut fundierte und eingehende Untersuchung des Phänomens der religiösen Erscheinungen auf ihre Evidenz und Echtheitskriterien hin; unter Einschluß der theologischen Fragenkomplexe.

RIDEAU, Emile. *La nécessaire présence du Pauvre dans l'Eglise.* In: Jeunesse de l'Eglise Nr. 9 (1948) S. 13—32.

Notwendigkeit und Bedeutung des Geheimnisses der Armut und des Armen in der Kirche.

ROMMEN, Heinrich. *Francis Suarez.* In: The Review of Politics Bd. 10 Nr. 4 (Oktober 1948) S. 437—461.

ROCHE, E. SJ. *L'homme de la Rédemption.* In: Nouvelle Revue Théologique Bd. 70 Nr. 10 (Dez. 1948) S. 1023 bis 1036.

Theologische Betrachtungen über den spezifischen Beitrag von Klerus und Laien zur christlichen Missionsaufgabe an der Welt.

SCHULZE, Wilhelm. *Protestantismus und Naturrecht.* In: Begegnung Jhg. 3 Heft 12 1948 S. 559—562.

In der Polemik gegen bekannte protest. Historiker, weist der Verfasser bei den Reformatoren eine Naturrechtsauffassung ähnlich der des Aristoteles und der Scholastik nach.

WEIGEL, G. SJ. *Theology in South America.* In: Theological Studies Bd. 9 Nr. 4 (Dezember 1948) S. 561—566.

Überblick über die theologischen Leistungen auf dem Kontinent.

WEHRUNG, Georg. *Schleiermacher; Bedeutung und Grenzen der Subjektivität auf dem Gebiet der Religion.* In: Die Besinnung Jhg. 3 Heft 5/6 1948 S. 203—211.

Philosophie

BEAUCAMP, Cola. *Von den Chinesen.* In: Neues Abendland Jhg. 3 Heft 12 (Dez. 1948) S. 365—368.

Aufschlußreiche Gegenüberstellung der Moralisten und Anthropologen Kungtse und Laotse, in denen die in vita activa und contem lativa aufgeteilte chinesische Kultur ihren Reichtum bezeugt.

BENSE, Max. *Über Philosophiekritik.* In: Universitas Jhg. 3 Heft 11 1948 S. 1287—1294.

Ein Versuch, allgemeine Kriterien für eine philosophische Kritik aufzustellen, wobei der Kanon sich entsprechend der drei modernen Tendenzen des Philosophierens wandelt: logisch-deduktiv, systematisch und existenziell.

CHROUST A. H. *On the Bases of Ethics.* In: The Review of Politics Bd. 10 Nr. 4 (Okt. 1948) S. 517—519.

Verfasser, Professor der Historischen Fakultät Notre-Dame-University, bespricht grundsätzlich das ausgezeichnete Werk v. Wieses: Ethik in der Schauweise der Wissenschaften vom Menschen und von der Gesellschaft. Die reale Bedingtheit der ethischen Prinzipien.

CRESPI, G. M. *La filosofia di Whitehead.* In: Rivista di Filosofia Neo-Scolastika. Jhg. 11 Nr. 4 (Okt.-Dez. 1948) S. 293—331.

Der Beitrag Whiteheads zum Problem der Methode der Metaphysik.

KOTOWSKI, Alfons. *Naturwissenschaft — Religion — Weltanschauung.* In: Frankfurter Hefte Jhg 3 Heft 12 (Dez. 1948) S. 1143—1114.

Bericht und Betrachtung zum Gespräch im Gmelin-Institut der Max-Planck-Gesellschaft.

KÜSSNER, Hans Georg. *Teleologische Betrachtungen.* In: Universitas Jhg. 3 Heft 11 1948 S. 1325—1334.

Verfasser sieht in der Überwindung der Grenzen einer mechanistischen Weltauffassung und der Hinwendung zur teleologischen Betrachtung das Heraufkommen einer neuen geistigen Epoche.

LANDMANN, Michael. *Credo ut intelligam.* In: Geistige Welt Jhg. 3 Heft 3 (Dez. 1948) S. 99—101.

Philosophische Kritik an der neuzeitlichen Auffassung der Erkenntnis als einer isolierten und in sich gegründeten Geisteskraft.

LOESCHE, Martin. *Weltanschauliche Metamorphose.* In: Geistige Welt Jhg. 3 Heft 3 (Dez. 1948) S 102—108.

Die gegenwärtige geistige Wandlung läßt den Gegensatz von Naturwissenschaft und Religion verschwinden; beide einigen sich in einer „entelechialen Weltauffassung".

MELZER, Friso. *„Philosophischer Glaube"?* In: Neubau Jhg. 3 Heft 9 (Dez. 1948) S. 321—324.

Christliche Stellungnahme zu Karl Jaspers' neuem Buch Gott ist nicht nur der Fernste, sondern auch durch Christus der Allernächste.

RAMSAY, Paul. *Existenz and the Existence of God. A Study of Kierkegaard and Hegel.* In: The Journal of Religion Bd. 23 Nr. 3 (Juli 1948) S. 157—176.

Verfasser ist Professor in Princeton-University.

SCHESTOW, Leo. *Kierkegaard und Dostojewskij.* Ein Vortrag. In: Deutsche Beiträge Jhg. 2 Heft 4 1948 S. 324 bis 343.

Das Verhältnis beider zum Problem der Erbsünde, die sich in dem der geoffenbarten Wahrheit gegenüber- und entgegenstehendem Wissen bekundet.

SCHUCKLER, Georg. *Jaspers und das Christentum.* In: Begegnung Jhg. 3 Heft 12 1948 S. 537—538.

Ein Nein zu Jaspers' Deutung des Christentums.

THURN, Hubert SJ. *Außergewöhnliche religiöse Erfahrungen im Lichte der Psychologie.* In: Geist und Leben Jhg. 21 Heft 3 (Juni 1948) S. 170—178.

Der Gesichtspunkt der Eidetik erlaubt es, die psychologische Seite der „Erscheinungen" zur wissenschaftlichen Verständlichkeit zu bringen.

WATTS Cunningham, G. *Must we all be Thomists?* In: The Philosophical Review Bd. 57 Nr. 5 (Sept. 48) S. 493 bis 504.

Verfasser, Prof. Cornell-University, setzt sich mit den drei Grundsätzen auseinander, auf denen thomistische Philosophie beruht: Materie—Form, Intelligibilität des Seins, Vorrang des Glaubens.

WURTENBERG, Gustav. *Jean-Paul Sartre und die menschliche Existenz.* In: Begegnung Jhg. 3 Heft 10 1948 S. 447—454.

Mit dem Hinweis auf den „Solipsismus" von Sartre möchte der Verfasser diesem die Fähigkeit zur Deutung und Erhellung der Existenz absprechen.

Kultur

BARS, Henry. *Charles Du Bos Européen.* In: La Vie Intellectuelle Jhg. 16 Nr. 10 (Okt. 1948) S. 112—123.

Charles Du Bos Europäertum als außergewöhnliche Erscheinung im franz. Geistesleben, seine Eigenart und Bedeutung.

BURKART, Albert. *Christliche Kunst der Gegenwart im Spiegel der Menschwerdung:* In: Das Münster Jhg. 2 Heft 5/6 1948 S. 129—146.

Problem der Diskrepanz von Kunstwerk und Kult, insofern diese scheinbar keinen Raum für gegenwartsnahe Kunst läßt. Die Schwierigkeit läßt sich nur durch eine entschiedene Absage an den Kitsch lösen.

BO, Carlo. *Sull' opera di Camus.* In: Humanitas Jhg. 3 Nr. 9 (Sept. 1948) S. 897—912.

Analyse der Grundgegebenheiten der Camus'schen Welt und ihrer Durchbrechung in „La Peste".

BOSIO, G. SJ. *La nuova genetica in Russia.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 99 Heft 2359 (2. Okt. 1948), S. 48—58.

Die neue genetische Wissenschaft in Rußland im vollen Widerspruch zur klassischen Genetik.

CURTIUS, Ludwig. *Goethe und der Katholizismus.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 47 Heft 12 S. 878—892.

In der Polyphonie der Religiosität Goethes weist der Autor einen katholischen Grundzug nach, der in der Reifezeit zu immer stärkerer Ausprägung gelangt.

DESCHER, Rudolf F. *Die Möglichkeiten des religiösen Films.* In: Begegnung Jhg. 3 Heft 10 1948 S. 468—470.

Die inneren und äußeren Grenzen des Films und die sich daraus ergebenden Aufgabenbereiche werden umrissen.

Education and Christians. In: Blackfriars Bd. 29 Nr. 345 (Dez. 1948)

VERSFELD, Martin. *The Catholic philosophy of education.* S. 548—560.

EDEN, Helen Parry, *Whither Women.* S. 566—570.

RICKINGS, Ronald. *Real education.* S. 571—572.

FALCONI, Carlo. *L'istinti del divino nell'opera di J. P. Sartre.* In: Humanitas Jhg. 3 Nr. 9 (Sept. 1948), S. 824 bis 931.

Analyse der „Fliegen" von Sartre mit deren pervertiertem Sinn für das Göttliche.

HEER, Friedrich. *Gregor VII. und die revolutio christiana.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 3 Heft 12 (Dez. 1948) S. 926 bis 936.

Übergang der in sich geschlossenen Welt karolinisch-patristischer Theologie zur ‚Moderne', die durch den Dualismus von Kirche und Welt, Geist und Macht, Freiheit und Fortschritt gekennzeichnet ist.

HEISELER, Bernt von. *Über den Dichter.* Zeitalter und Aufgabe. In: Die Sammlung Jhg. 3 Heft 12 (Dez. 1948) S. 709—719.

Die entleerte und sich selbst entfremdete Welt stellt die Aufgabe, dichterisch ihre Gnadenfülle und ihre höhere, eigentliche Wirklichkeit sehen zu lassen.

JÜNGER, Ernst. *Strahlungen.* Aus einem unveröffentlichten Kriegstagebuch. In: Wort und Wahrheit Jhg. 3 Heft 12 (Dez. 1948) S. 898—924.

Auszugsweiser Vorabdruck aus dem neuen Kriegstagebuch Ernst Jüngers.

KUPPERS, Leonhard. *Hat Kunst einen Zweck?* In: Begegnung Jhg. 3 Heft 12 1948 S. 548—550.

Zwischen den extremen Lösungen einer „zweckdienlichen" Kunst und einer Kunst nach dem Prinzip des „l'art pour l'art" wird ein dritter Weg christlicher Deutung versucht.

OPAHLE, Oswald. *Grundsätzliche zur katholischen Pädagogik.* In: Begegnung Jhg. 3 Heft 10 1948 S. 471—475.

Darstellung des Wechselbezuges von allgemeiner wissenschaftlicher und speziell katholischer Pädagogik.

RÖHRIG, Wilhelm. *Eine Reform unseres Kalenders.* In: Katholischer Digest Jhg. 3 Nr. 1 (Jan. 1949) S. 16—19.

Verfasser nimmt mit einer Erörterung des christlichen Standpunktes zur Frage seine Vorschläge in der Märznummer der Frankfurter Hefte wieder auf.

SCHREYER, Lothar. *Vom Gnadenbild.* In: Begegnung Jhg. 3 Heft 10 1948 S. 465—467.

Die eigenartige Stellung des Gnadenbildes wird hier mit einer Interpretation des „Sinnbildcharakters" der Kunst überhaupt skizziert.

VINCENT, Henri. *Eine Privatbibel. Patrice de la Tour du Pins „Summe der Poese".* In: Wort und Wahrheit Jhg. 3 Heft 10 (Okt. 1948) S. 770—775.

Bringt das Werk des Dichters in die Nähe zur Sakralgeschichte.

Soziales und politisches Leben

DAVIS, Richard J. *Wie stark ist der Komunismus in den Vereinigten Staaten?* In: Schweizer Monatshefte Jhg. 28 Heft 10 (Jan. 1949) S. 653—656.

Der Kommunismus bildet nur eine mittelbare Gefahr, insofern die ihm entgegengesetzte Leidenschaft die amerikanische Politik auf eine reaktionäre Linie abdrängen kann.

DIRKSEN, Herbert von. *Der geistige Kampf gegen den Bolschewismus.* In: Schweizer Monatshefte Jhg. 28 Heft 10 (Jan. 1949) S. 609—614.

Der Materialismus wird erst gefährlich in der Umbildung der Marx'schen Lehre durch seine bolschewistischen Schüler, die auch russische Zuflüsse nationalen und transzendalen Inhalts aufnehmen. Nur ein entschlossenes Glaubensbekenntnis kann dem entgegengesetzt werden.

DOMENACH, J.-M. *Quelle Europe?* In: Esprit Jhg. 6 Sondernummer (Nov. 1948) S. 639—656.

Welches Europa, welche europäische Föderation wollen wir? Untersuchung des Begriffs Föderalismus.

DRUCKER, Peter. *A Key to American Politics: Calhoun's Pluralism.* In: The Review of Politics Bd. 10 Nr. 4 (Okt. 1948) S. 412—426.

Verfasser Prof. Bennington College, bevorzugt die realistische Parteistruktur in USA vor der ideologischen Europas.

ELKIN, Henry. *The Sexual Crisis of our Time.* The Meaning of the Kinsey-Report. In: Christianity and Society Bd. 13 Nr. 4 (Herbst 1948) S. 8—13.

Verfasser, Professor der Anthropologie und Sozialwissenschaft, kommt zu einer entschiedenen Ablehnung des Kinsey-Reports über die sexuellen Zustände in USA. Er sei das Ergebnis einer Arbeit von Technikern der Statistik ohne geistigen Überblick.

FAHERTY, W. B. SJ. *American Feminism a century after.* In: America Bd. 80 Nr. 9 (4. 12. 48) S. 234—236.

Über die Rolle der Frau in der amerikanischen Gesellschaft.

H. *Das russische Problem in christlicher Sicht.* In: Neue Wege Jhg. 42 Heft 12 (Dez. 1948) S. 587—593.

Da die russische Revolution ganz im Gegensatz zum Nazismus einer moralischen Idee — obzwar mit unmoralischen Mitteln — folgt, darf der Christ nicht in den Fehler eines Kreuzzugswahnes verfallen.

HOFFMANN, Erika. *Das Problem der Schulreife.* In: Die Sammlung Jhg. 3 Heft 12 (Dez. 1948) S. 732—755.

Darlegung der Notwendigkeit, den Kindergarten mit der Normalschule zu einer organischen Einheit zu verbinden.

LENER, S. SJ. *Il Bolscevismo e l'odierna crisi mondiale (Tra la pace e la guerra).* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 99 Heft 2360 (16. Okt. 1948), S. 138—153.

Das Ende des möglichen Gleichgewichts der Weltwirtschaft durch den Bolschewismus bildet keinen zwangsläufigen Weg zum Krieg (Fortsetzung).

LORCH, Theo. *Armut.* In: Neubau Jhg. 3 Heft 9 (Dez. 1948) S. 313—316.

Sinndeutung christlicher Armut, die nicht als gewollte Askese wohl aber als wirtschaftliche, irdische Ungesichertheit de menschliche Transzendenz eröffnet.

MACHUI, Artur von. *Hoffnungsloses Proletariat?* Möglichkeiten einer sozialen Aktivierung der Landwirtschaft. In: Frankfurter Hefte Jhg. 3 Heft 12 (Dez. 1948) S. 1083 bis 1092.

MEHNERT, Klaus. *Rußlandliteratur in den Vereinigten Staaten.* In: Europa-Archiv Jhg. 3 Heft 10 (Okt. 1948). S. 1629—1634.

Eingehende Zusammenstellung der nach Gruppen und Frontstellung geordneten Literatur.

MULLANEY Thomas U. OP. *The Basis of the Suarezian Teaching on Human Freedom.* (Fortsetzung) In: The Thomist Bd. 11 Nr. 4 (Okt. 1948) S. 448—502.

Aktuell im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Hausse dieser Begriffe in der politischen Rhetorik.

RONSAC, Charles. *Les Etats-Unis américains d'Europe ne sont pas l'Europe.* In: Esprit Jhg. 6 Sonderheft (Nov. 1948) S. 657—678.

Gegen die Abhängigkeit einer Neuordnung Europas von den Vereinigten Staaten von Amerika.

TOYNBEE, Arnold J. *The Study of History in the light of current developments.* In: International Affairs Bd. 24 Nr. 4 (Okt. 1948). S. 555—564.

Toynbee beschäftigt sich mit der Alternative: Weltstaat oder Nationalstaaten, Klassenlose Gesellschaft oder Klassenkampf, unter Bezugnahme auf die Lehren der antiken Geschichte.

WURM, Alois. *Zur sozialen Lage.* In: Seele Jhg. 24 Heft 10 (Okt. 1948) S. 305—308.

Diskussionsbeitrag zu Laros' „christlich-sozialem Manifest" mit dem Ziel einer Annäherung christlicher und sozialer Kreise.

Chronik des katholischen Lebens

BISHOP, Claire Huchet. *Die hl. Messe in der Küche.* In Katholischer Digest Jhg. 3 Nr. 1 (Jan. 1949) S. 46—52.

Farbiger Bericht über den Einsatz der Arbeiterpriester vom Seminar für die Missionierung Frankreichs.

BOYD BARRET, *E. Prayer for stray shepherds.* In: America Bd. 80 Nr. 9 (4. 12. 48) S. 229—231.

Verfasser rekonzilierter Priester, schreibt einen wertvollen Bericht über die Situation von Priestern, die mit ihrem Beruf gebrochen haben, und die rechte Einstellung der Gläubigen ihnen gegenüber.

CHAD, C. *Chrétiens arabes.* In: Rythmes du Monde Nr. 3 (1948) S. 34—39.

Geschichte und gegenwärtiger Zustand der Christen im Nahen Orient.

DUFF, Edward. *Newman Clubs: problems, prospects.* In: America Bd. 80 Nr. 6 (13. 11. 48) S. 153—155.

Der Schriftleiter an „America" gibt einen Überblick über Idee und Aktivität der katholischen Studentenklubs an den weltlichen Universitäten in USA.

HEMSING, Walter. *Kriegsgefangenschaft und Religiosität.* In: Caritas Jhg. 49 Heft9/10 (Sept./Okt. 1948) S. 132 bis 139.

Eine religionspsychologische Darstellung, die Hinweise geben kann für eine verständige Hereinnahme des Heimkehrers in die relig. Gemeinde.

RATIU, Ion. *The persecution in Rumania.* In: The Tablet Bd. 192 Nr. 5664 (11. 12. 48) S. 384—385.

Verfasser, Mitglied der rumänischen unierten Kirche, gibt genaue Informationen über den Gang der Ereignisse, die zur Unterdrükkung der unierten Kirche führten.

RENARD, A. *Comunautés sacerdotales et efficacité apostolique.* In: L'Union 75. Jhg. Nr. 646 (November 1948) S. 21—26.

Bericht über Erfahrungen und Problematik der Gemeinschaften von Seelsorgern auf dem Lande.

ROSSI, Ettore. *Islamismo e Cristianesimo nell'età moderna.* In: Humanitas Jhg. 3 Nr. 10 (Nov. 1948) S. 967 bis 977.

Islam und Christentum, Islam und Abendland im Verhältnis zu einander in den letzten 50 Jahren.

SEILER, Hermann. *Amsterdam und der Katholizismus.* In: Civitas Jhg. 4 Heft 4 (Dez. 1948) S. 154—160.

Eine Rechtfertigung des Verhaltens der kath. Kirche gegenüber der Weltkirchenkonferenz.

Chronik des ökumenischen Lebens

BALSCHEIT, Bruno. *Die Weltkirchenkonferenz in Amsterdam und ihre Überraschungen.* In: Neue Wege, Zürich Jhg. 42 Heft 11 (Nov. 1948) S. 517—525.

Ein Bericht.

HARTENSTEIN, Karl. *Die Kirche auf dem Wege zur Einheit.* In: Neubau Jhg. 3 Heft 9 (Dez. 1948) S. 336—343 (Schluß aus Heft 8).

Aus unserer geschichtlichen Lage erwachsen der geeinten Kirche neue Aufgaben, zwischen den Extremen des Kapitalismus und des Sozialismus eine neue Weltordnung aufzubauen. Das Schwergewicht legt sich auf den Laien.

HEERING, G. J. *Die Theokratie, der Weltbund der Kirchen und der Krieg.* In: Neue Wege Jhg. 42 Heft 12 (Dez. 1948) S. 565—574.

Rede über die Amsterdamer Konferenz. Fordert eindeutige religiöse Ächtung des Krieges.

OXNAM, G. B. *Onward from Amsterdam.* In: The Ecumenical Review Bd. 1 Nr. 2 (Winter 1949) S. 137—141.

Der amerikanische Bischof betrachtet die zukünftigen Möglichkeiten des Weltrates der Kirchen.

POLOSHENSKY, Sergius. *Die Eine Kirche Christi.* Predigt zum ökumenischen Gottesdienst. In: Universitas Jhg. 3 Heft 11 1948 S. 1395—1398.

Post-Amsterdam Number. Christendom Bd. 13 Nr. 4 (Herbst 1948).

HORTON, Douglas. *An Over-all Appraisal of Amsterdam.* S. 421—431.

AUBREY, Edwin E. *The Theological Atmosphere at Amsterdam.* S. 432—438.

DUN, Angus. *First Thoughts on Amsterdam and Lambeth.* S. 439—445.

HOLT, I. L. *The Worship Services at Amsterdam.* S. 446—448.

OXNAM, G. B. *The Assembly and Practical Issues.* S. 453—464.

CRAIG, Clarence T. *Development of Thought about the Church.* S. 465—473.

PAUCK, W. *Impression of the Discussion on Evangelism.* S. 474—479.

BENNETT, John C. *The Church and the social disorder.* S. 480—485.

VAN KIRK, Walter W. *The Churches and the international disorder.* S. 486—497.

CAVERT, T. L. Women at Amsterdam. S. 498—503.

JOHNSON, Ch. S. *Laymen at Amsterdam.* S. 504—508.

MACY, P. G. *Youth at the World Council Assembly.* S. 509—514.

SCHLINK, Edmund. *The Church and the Churches.* In: The Ecumencal Review Bd. 1 Nr. 2 (Winter 1949) S. 150 bis 168.

Über die Bedeutung des Weltrates der Kirchen für die Verwirklichung der Una Sancta.

VAN DUSEN, Henry P. *Revolution- and Christian Response.* In: Anglican Theological Review Bd. 30 Nr. 3 (Juli 1948) S. 145—150.

Verfasser Prof. Union Theol. Seminary N. Y. City. Die Antwort der Kirche auf Revolution ist Selbstreformation. Diese weist in die Linie der ökumenischen Bewegung.

HERDER-KORRESPONDENZ

Sechstes Heft - 3. Jahrgang - März 1949

Unheilvoll erweisen sich für das Wohl der Nationen und den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft jene falschen Gedankengänge, nach denen die Staatsgewalt frei und unabhängig vom höchsten Wesen dastehen soll ... Damit verneint man die Herrscherhoheit Gottes und die verpflichtende Kraft seines Gesetzes. Mit unerbittlicher Folgerichtigkeit greift dann die staatliche Gewalt nach jener unumschränkten Selbstherrlichkeit, die doch nur dem Schöpfer zusteht; sie sucht, sich an die Stelle des Allmächtigen zu setzen, erhebt den Staat oder die Masse zum letzten Ziel des Lebens, zur obersten Richtschnur der sittlichen und rechtlichen Ordnung, und verbietet damit jeden Appell an die Grundsätze der natürlichen Vernunft und des christlichen Gewissens. Pius XII. („Summi Pontificatus")

Deutsche Meldungen

Um Elternrecht und Reichskonkordat

Am Wochenende der zweiten Februarwoche fand in Pützchen bei Bonn eine außerordentliche Konferenz der deutschen Bischöfe statt, die zu der Festsetzung der Grundrechte im kommenden deutschen Bundesgrundgesetz, besonders aber zur Frage des Elternrechtes und der Geltung des Reichskonkordates Stellung nahm. Diese außergewöhnliche Maßnahme zeigt, mit welcher Besorgnis die Bischöfe die Entwicklung der Dinge im Parlamentarischen Rat in Bonn beobachten. Die Konferenz erließ die folgende, von Kardinal Frings im Namen der versammelten Bischöfe unterschriebene Erklärung:

Ernste Besorgnis um die Zukunft unseres Volkes hat uns deutsche Bischöfe veranlaßt, zu einer außergewöhnlichen Beratung zusammenzukommen.

Der Stand der Verhandlungen im Parlamentarischen Rat in Bonn läßt uns befürchten, daß in dem geplanten Bundesgrundgesetz wichtigste und für den Aufbau eines gesunden staatlichen Lebens unentbehrliche Grundrechte und Grundsätze außer acht gelassen werden. Das Grundgesetz eines Staates kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn darin die schon in der Natur gegebene ewig gültige, durch Christus neu gefestigte und vollendete Gottesordnung als die tragende Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt wird. Die Würde der freien sittlichen Persönlichkeit muß geachtet werden. Jeder Staatsbürger muß die unbedingte Gewähr haben, sein persönliches Leben und das Leben seiner Familie nach seinem Gewissen gestalten zu können, das sich an das Gesetz Gottes gebunden weiß.

Eine der wichtigsten Forderungen, die wir stellen müssen, ist die Forderung, daß in der Bundesverfassung das gottgegebene Elternrecht anerkannt wird. Die Eltern sind die von Gott berufenen und vor Gott verantwortlichen Erzieher ihrer Kinder und müssen deshalb die Möglichkeit und das Recht haben, ihre Kinder nicht nur in der Familie, sondern auch in den öffentlichen Schulen entsprechend dieser Verantwortung zu erziehen, beziehungsweise erziehen zu lassen.

Auf diese Forderung können und werden wir — das stellen wir hiermit im Bewußtsein unserer Verantwortung in aller Öffentlichkeit fest — unter keinen Umständen verzichten.

Wir wissen uns hierin einig mit unseren katholischen Eltern, ja mit unserem ganzen katholischen Volk, das mit uns voll ernster Sorge ist. Wie soll eine Bundesverfassung die Grundlage sein für eine gesicherte und friedvolle Zukunft unseres Volkes, wenn in ihr ein solches Grundrecht bewußt ausgeschaltet wird? Die Kämpfe und Leiden der vergangenen Jahre wären umsonst gewesen, wenn die Bundesverfassung nicht ein für allemal der Staatsgewalt die Möglichkeit zur Vergewaltigung des christlichen Gewissens nimmt, sondern gerade in der Schulerziehung unserer Jugend von neuem Staatsgewalt über Elternrecht stellt. Wir lehnen jedenfalls schon jetzt jede Verantwortung für die damit beginnende Entwicklung ab.

Die Angriffe, die in Presse und Parlament bei den Auseinandersetzungen um das Reichskonkordat gegen den Heiligen Stuhl gerichtet worden sind, weisen wir Bischöfe auf das entschiedenste zurück. Sie haben uns und das ganze katholische Volk aufs tiefste verletzt. Sie waren um so beleidigender für den Heiligen Vater, als der Heilige Stuhl in der Zeit unserer Erniedrigung nicht aufgehört hat, Deutschland als vertragsfähigen Partner anzuerkennen und unbekümmert um das Urteil der übrigen Welt sich als Freund und Helfer unseres darniederliegenden Volkes zu erweisen. Wir erwarten, daß die Bundesverfassung eine Garantie für die Aufrechterhal-

tung des vom Heiligen Stuhl mit dem Deutschen Reich abgeschlossenen Konkordates enthält.
Mögen alle, die für den Aufbau unseres staatlichen Lebens eine Verantwortung tragen, unsere Stimme hören und, ehe es zu spät ist, dem so lange geknechteten deutschen Volk die von allen heiß ersehnte und unentbehrliche innere Freiheit geben.

Das Land muß christlicher werden

Die Beauftragten für Seelsorge, Caritas und Volksbildung auf dem Lande zu gemeinsamen Besprechungen über die Fragen der christlichen Existenz auf dem Lande im Strukturwandel der Gegenwart zusammenzuführen, war Aufgabe der Konferenzen für katholisches Landleben, die vom November bis Januar getrennt für die bayrischen, mitteldeutschen und nordwestdeutschen Diözesen stattfanden. Die Tagung in Regensburg vom 23. bis 25. November 1948 eröffnete die Arbeit, nachdem eine für Südwestdeutschland im Juli vorgesehene Veranstaltung wegen der Währungsumstellung nicht stattfinden konnte. In der neuen Caritasschulungsstätte Adelheide bei Delmenhorst fand sich dann der nordwestdeutsche Arbeitskreis vom 30. November bis 2. Dezember 1948 inmitten der weiten Diaspora zusammen. Die Diözesen Fulda, Limburg, Mainz, Trier und auch Würzburg hatten Limburg zum Ort einer gründlichen Aussprache in den Tagen vom 24. bis 27. Januar 1949 gewählt.
In gleicher Weise war die Überzeugung, daß das Dorf erst heute voll in den Angriff der zerstörenden Mächte des 19. Jahrhunderts gerückt ist, wie die Tatsache, daß heute ein Höchstmaß sozialen Willens und vor allem hilfsbereiter Nächstenliebe erforderlich ist, um die Notsituation des Landes menschlich und christlich zu bewältigen, Ausgang der Überlegungen. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, hatte das Referat für Dorfcaritas beim Deutschen Caritasverband diese gemeinsamen Beratungen angeregt und veranstaltet und überall bei den maßgebenden Stellen: den Landseelsorgeämtern, so weit sie bestehen, und den Diözesanbeauftragten für Landseelsorge, bei den Diözesancaritasdirektoren und den Diözesan-Flüchtlingsseelsorgern, aber auch bei volksbildnerisch interessierten Persönlichkeiten freundliches und förderliches Entgegenkommen gefunden.
Die Wandlungen im Lebensgefüge des Dorfes und der ländlichen Gemeinschaften, die in der Kriegszeit und Nachkriegszeit ganz offenkundig geworden sind, haben nicht nur die Aufmerksamkeit der offiziellen Stellen und zuständigen Persönlichkeiten, sondern den Blick der Allgemeinheit auf Zerfallserscheinungen im Landleben gelenkt. „Man sollte aber vorsichtig sein, wenn man daran geht, die geistige und religiös-sittliche Lage des Landes zu beschreiben ... Wir sind überzeugt, daß dieses Zustandsbild des heutigen Dorfes, die chaotischen, religiösen und sittlichen Verwirrungen, die noch tiefer gewordenen Gegensätze zwischen Stadt und Land, das Auseinanderstreben von Einheimischen und Fremden in der Dorfgemeinde, der Zwiespalt zwischen Armen und Reichen, Gesicherten und Ungesicherten, zwischen Schollengebundenen und Entwurzelten nicht so schnell sich ändern wird." (Dorfpfarrer Karl Maier, Horben).
Aber alle wirklichen Kenner des Landes sind doch voll Zuversicht, wie sie auch voll Ernst sind. Übertreibungen des Zustandes wie Blindheit gegenüber der Lage sind in gleichem Maße schädlich. Die „Konferenz für katholisches Landleben" wird ihr Ziel treffen, wenn sie sich die Aufgabe stellt: Das Land muß christlicher werden. Sie kann sich nicht mit dem allzu beharrlichen „Das Land muß christlich bleiben" begnügen. Aber sie vermag sich auch nicht einer Beurteilung anzuschließen, die von der Auffassung ausgeht, das Land sei immer nur naturreligiös gewesen und die darum erklärt: Das Land muß erst christlich werden, oder Feststellungen, die damit verbunden geäußert werden: Das Land sei nicht mehr christlich. Beide Extreme sind heute stark in Geltung, und selbst Ottilie Moßhammer nähert sich in ihrem Artikel „Um unsere Dorfjugend" in der Trierer Theol. Zeitschrift (1948 Heft 7/8 S. 201) dem zweiten. Demgegenüber kann, ohne ernste Erscheinungen zu verharmlosen oder geflissentlich zu übersehen daran festgehalten werden, was der Mainzer Katholikentag erkennen ließ:
Es gibt noch zahlreiche Dorfgemeinschaften, in denen ein echt caritatives und religiöses Leben herrscht.
Es gibt in nicht geringer Minderheit in allen Dorfschichten des heutigen Landvolkes Menschen, „die die Kirche lieben und leben" und auf ihre apostolische Aufgabe ansprechbar sind.
Aber es ist ebenso sicher, daß nur aus einer vertieften, christlichen Existenz das Land den äußeren Bedrängnissen standhalten, die inneren Gefährdungen überwinden, seiner sozial-christlichen Aufgabe dienen kann und seine apostolische Berufung vernehmen wird.
„Der Landmensch zwischen Bewahrung und Bewährung" war so auf allen Konferenzen das Generalthema, das von Dr. Heinen, Freiburg i. Br., psychologisch eingeleitet wurde. In den Referaten über „Aufgaben und Formen ländlicher Bildung und Seelsorge" wurde deutlich, daß Volksbildung und Seelsorge in der Reichsgottesarbeit des Landes so wenig einander entbehren können wie Philosophie und Theologie im geistlichen Studium. (Dr. Egidius Schneider, Köln, Dechant Haak, Langbroich, Kurat Bergmann, Böhmzwiesel.) Die Existenzfragen des Flüchtlings auf dem Dorfe, die Möglichkeiten der Selbst- und Gemeinschaftshilfe, die Notwendigkeiten und Grenzen einer Sonderseelsorge für ihn wurden insbesondere von Ordinariatsrat Wosnitza und Erzpriester Lettau dargelegt. „Erprobte und neue Wege der Dorfcaritas" zeigten Leistung und Notwendigkeiten kirchlicher Nothilfe. (Caritasdirektor Prem, Regensburg, Seidenather, Limburg, Schmand, Fulda, Sendker, Hildesheim). „Die Schwester im Dienste der Dorfgemeinde" wurde von den Caritasdirektoren Penzkofer, Possau, und Mühlenbrock, Trier, behandelt. Jede der Konferenzen griff darüber hinaus besondere Fragen auf. So sprach in Limburg Weismantel über „Volkstum als Schicksal und Aufgabe" und Monsignore Laufen, der bekannte Direktor von Arenberg, über „Ländliche Krankenpflege". Zu dem Thema „Die Familie auf dem Lande" wurden von einem Priester, dem Geistl. Rat Rannes und einem Laien, Dr. Reisch, genaue Beobachtungen und weiterführende Gedanken gebracht.
„Die ländlichen Lebensführer von heute, die beherzt und unverdrossen im Geiste des christlichen Realismus wirken, sind Menschen der Lebenshingabe, denn Sinn des Christenlebens ist Opfer werden, nicht nur Opfer bringen" (Egid. Schneider). So gipfelten alle Überlegungen der Konferenzen in der Erkenntnis, daß die Persönlichkeit des Landseelsorgers letztlich bestimmend für die Zukunft ist. Unabhängig voneinander machten die Ausführungen des schwäbischen Dekans Doldi, des bekannten

rheinischen Pfarrers Dr. Laros und des niederdeutschen Paters Wilken OFM das eindeutig klar.

Die seelsorgliche Arbeit auf dem Lande ist von höchster Wichtigkeit geworden. Es ist darum ein schweres Hemmnis, wenn der Priestermangel zwingt, teilweise Geistlichen, die nicht oder nicht mehr voll leistungsfähig sind, die Arbeit auf dem Lande zu übergeben. Eine besondere Verpflichtung aber obliegt bei der Priesternot, gerade auch in der Diaspora, allen jenen, die bei voller Leistungskraft nur eine kleine Pfarrgemeinde zu betreuen haben. Von ihnen wird eine besonders in die Tiefe wirkende Arbeit erwartet.

Eine Zweimonatsschrift „Das Dorf", die von Carl Maier, Horben, Wilhelm Heinen, Freiburg i. Br. und Egid. Schneider, Köln, für die Aufgaben der Seelsorge, Caritas und Volksbildung auf dem Lande herausgegeben wird und seit Januar im Caritasverlag, Freiburg i. Br., erscheint, wird diese Fragen weiter behandeln. Es ist zu wünschen und zu erwarten, daß die Zeitschrift und die jährlich sich wiederholenden Konferenzen der Boden werden, auf dem sich alle jene treffen, die zur Erneuerung des katholischen Landlebens Richtungweisendes zu sagen haben. An Aufgeschlossenheit und Aufnahmebereitschaft bei den ländlichen Lebensführern wird es nicht fehlen. Wenn der Apostolische Visitator Bischof Muench bei der Verleihung des theologischen Ehrendoktorats der Universität Münster über „Theologische Grundgedanken zur katholischen Landvolkbewegung" sprach und dabei forderte, daß das Landvolk immer mehr Herdfeuer katholischen Glaubenslebens werde, so gilt diese Forderung in gleichem Maße wie für Nordamerika auch für uns in Deutschland.

Ein Kreditinstitut für den kirchlichen Wiederaufbau?

Da die Finanzierung des kirchlichen Wiederaufbaus heute auf fast unüberwindliche Hindernisse stößt, scheint uns der nachfolgende Vorschlag interessant. Er ist aus praktischen Erfahrungen in der Arbeit des Wiederaufbaus entstanden. Wir möchten ihn daher zur Kenntnis bringen und zur Diskussion stellen.

„Da infolge der Währungsreform auch die Kirchenkassen leer geworden sind, und durch die „Kreditsperre" der Bank deutscher Länder sich keineswegs die Mittel zur Kreditbeschaffung bereiten lassen, sieht sich die Kirche vor die Aufgabe gestellt, zur Selbsthilfe zu greifen durch Schaffung einer kircheneigenen Kreditanstalt.

Dieselbe müßte eine Investitions- und Treuhandgesellschaft G.m.b.H. sein, deren Gesellschaftsvertrag durch notarielle Urkunde festgelegt wäre.

Der Sitz der Gesellschaft müßte eine im vereinigten Wirschaftsgebiet zentral gelegene Stadt sein.

Das Kapital der Gesellschaft könnte zum Teil von kirchlicher, z. T. von privater Seite aufgebracht werden.

Zweck der Gesellschaft wäre die Vermittlung und Zurverfügungstellung von Anleihen und Krediten für kirchliche Institute und Körperschaften (Bistümer, Kirchengemeinden, Orden, Kongregationen, Hospitäler, Waisenhäuser und ähnliche Einrichtungen).

Damit wäre in großzügiger Weise eine Einrichtung geschaffen, um dem dringenden kirchlichen Wiederaufbau die notwendigen Mittel zu schaffen, ohne die es unmöglich ist, heute bei der immer größer werdenden Kreditnot zum Ziel eines raschen und geordneten Wiederaufbaus zu kommen.

Die Kirche müßte es sich zur Aufgabe machen, dem Publikum einen neuartigen Typus von Schuldverschreibungen mit dinglicher Sicherheit (Obligation) auszuhändigen, die von bester Sicherheit getragen sind und die interessierten Kreise anregen, hier Geld anzulegen. Der Erfolg wäre zweifelsohne vorhanden, da der Kirche heute, mehr denn je, das Vertrauen auch im Zeitlichen, entgegengebracht wird, und die Idee des Sparens weithin erschüttert ist.

Wenn heute jemand sein Geld anzulegen versucht, dann verlangt er Sicherheit! Das ist entscheidend für die Art und Weise der Schuldverschreibung. Auch will der Geldgeber in der Lage sein, ohne jede Formalität seine Zinsen erheben und seine Forderungen realisieren zu können. Diesem Bedürfnis entspräche die auf den Inhaber lautende Schuldverschreibung der Kircheneigenen Kreditanstalt, die mit dinglicher Sicherheit haftet, unter Verpfändung der Kircheneinnahmen (Kirchensteuern) die somit gebunden werden.

Es hat schon immer eine Zeit gegeben, wo der öffentliche Kredit nicht anders gesichert wurde als durch Verpfändung gewisser Einnahmen. Es wäre eine Mobilisation der Kirchensteuer. Es könnte auch als weitere Sicherheit die Eintragung einer Grundschuld zu Gunsten des Treuhänders, bis zum amtlichen Taxwert (60%) auf kirchliche Immobilien vorgenommen werden.

Diese Sicherheiten sind zweckbedingt für den Dienst der Anleihe. Zwar beschränkt eine solche Zweckbindung den Kreditnehmer in seiner Handlungsfreiheit hinsichtlich einer späteren Änderung des Kirchensteuersatzes, zwingt ihn aber auch zu einer korrekten Finanzgebarung (Sparsamkeit), zu der er außerstande wäre, wenn man ihn seinen eigenen Kräften überließe. Die Zweckbindung der Einnahmen müßte durch ein Überwachungsorgan (Aufsichtsrat der Kreditanstalt, vielleicht das Ordinariat) überprüft werden. Es ist uns allen klar, daß die großen Beträge, welche die Nachkriegszeit für den Wiederaufbau zerstörter und beschädigter Kirchen und kircheneigener Einrichtungen braucht, nur auf dem Wege der Anleihe beschafft werden können, zumal die vorhandenen Existenzmittel aus Kirchensteuern und freiwilligen Spenden allein nicht ausreichen, die dringendsten Aufgaben zu bewältigen. Gerade deshalb müssen diese immer wiederkehrenden Einnahmen (Kirchensteuern) mobilisiert werden. — Und zwar: Einmal um eine zusätzliche Garantie für die exakte Zinszahlung, das anderemal, um bei Auslosung der vorgesehenen Quote der Schuldverschreibungen immer liquid zu sein, wenn einmal eine vorübergehende Stockung eintreten sollte.

Dieser Typ der Schuldverschreibungen, den man seit Anfang dieses Jahrhunderts ganz besonders in Holland, USA, Kanada sowie Ungarn kennt, bietet allen Kreisen, denen es bisher aus Mangel an Erfahrung oder sonstigen Gründen an Sicherheit fehlte, Gelegenheit, ihr Geld anzulegen.

Die kirchliche Schuldverschreibung dient ebensogut kapitalkräftigen Kreisen, dem Mittelstand wie dem kleinen Mann, der sich eine gesicherte Geldanlage durch ein von der Kirche mitgesichertes Wertpapier verschaffen kann.

Die zu gründende kirchliche Kreditanstalt müßte Schuldverschreibungen in kleineren Stücken von 50, 100, 200,

300 und 500 bis 1000 DM anbieten, die von seiten der Diözese auf die nichtzerstörten Pfarreien ohne Schwierigkeit umgelegt werden könnten, zu Gunsten der wieder aufzubauenden Pfarrgemeinden (Lastenausgleich).
Die Zinszahlungen der Schuld- und Teilschuldverschreibungen erfolgen im nachhinein, erstmalig 6 Monate nach Ausgabe der Obligation. Was den Zinssatz angeht, so dürfte eine bis zu 10 oder 20 Jahren laufende Anleihe mit jährlich 5% verzinst werden. Es ist dabei zu bedenken, daß der Zinssatz von der Zinshöhe anderer Anleihe-Emissionen bei gleicher Sicherheit abhängig ist. Die vorhandenen Existenzmittel aus Kirchensteuern (zweckgebunden durch die Anleihe) und freiwilligen Beiträgen würden ohne weiteres den Zinsendienst der Anleihe tragen.

Durch die Gründung einer eigenen Kirchenkreditanstalt, die weitgehend gemeinnützig arbeitet und nur soviel erübrigt, als zur Bestreitung der laufenden Ausgaben und Verwaltung erforderlich ist, einschließlich der zeitgemäßen Verzinsung der Geschäftseinlagen, ist in jedem Fall die Differenz zwischen dem Übernahme- und dem Emissionskurs, nämlich dem Auszahlungskurs für den Anleihenehmer, ein Gewinn, den sonst die Banken einheimsen.

Deswegen nicht nur kircheneigene Kreditanstalt mit einer Treuhänderschaft für die Interessen der Obligationäre, sondern auch die Beteiligung der offiziellen Kirche. Natürlich bedarf eine kirchliche Einrichtung zur Aufnahme einer Anleihe der Genehmigung ihrer vorgesetzten Aufsichtsbehörde. (Bei Kirchengemeinden das bischöfl. Ordinariat, beim Bistum der Hl. Stuhl, bei Klöstern und Provinzialaten das Provinzialmutterhaus, beim Generalmutterhaus u. a. die Hl. Kongregation der Religiosen).

Es müßte versucht werden, die Gründung einer kirchlichen Kreditanstalt im vereinigten Wirtschaftsgebiet möglich zu machen und von seiten der offiziellen Kirche müßte versucht werden, die Genehmigung des Staates hierzu zu erhalten, der heute nicht in der Lage ist, der Kirche so zu helfen wie es notwendig wäre, da er selbst überbelastet ist. Es müßte sich eine der Eigenart der Kirche entsprechende Lösung finden lassen. Das in Vorbereitung befindliche „Gesetz über den Kapitalverkehr" steht zunächst in diesem Zusammenhang nicht zur Diskussion.
Jedenfalls muß die Kirche darauf bedacht sein, bei ihrer eigenen Belastung durch Wiederaufbau auf dem offiziellen Geldmarkt ihre Geldbedürfnisse zu befriedigen."

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Das Gebet des Heiligen Jahres

Allmächtiger, ewiger Gott, von ganzem Herzen danken wir Dir für das große Geschenk des Heiligen Jahres.
Himmlischer Vater, der Du alles siehst und die Herzen der Menschen erforschest und lenkest, öffne sie — in dieser Zeit der Gnade und des Heils — der Stimme Deines Sohnes.
Laß das Heilige Jahr für alle werden ein Jahr der Reinigung und Heiligung, der Verinnerlichung und der Sühne: das Jahr der großen Rückkehr und des großen Verzeihens.
Schenke, o Gott, den um ihres Glaubens willen Verfolgten den Geist der Stärke, der sie unlöslich verbinde mit Christus und seiner Kirche.
Beschütze, o Gott, den Stellvertreter Deines Sohnes auf Erden, die Bischöfe, Priester, Ordensleute und alle Gläubigen. Gib, daß alle, Priester wie Laien, Jung und Alt in enger Denk- und Gesinnungsgemeinschaft einen festen Fels bilden, an dem der Andrang Deiner Feinde zerschelle.
Deine Gnade entzünde in allen Menschenkindern Liebe zu den vielen Unglücklichen, denen Armut und Elend menschenunwürdige Lebensverhältnisse aufzwingen.
Erwecke in denen, die Dich Vater nennen, Hunger und Durst nach sozialer Gerechtigkeit, nach Brudersinn in Werk und Wahrheit.
„Gib Frieden, o Herr, in unseren Tagen" — Frieden den Seelen, Frieden den Familien, Frieden dem Vaterland, Frieden den Völkern.
Laß den Regenbogen der Befriedung und Versöhnung in ungetrübtem Glanze auch wieder über dem Lande erstrahlen, das einst durch das Leben und Leiden Deines Sohnes geheiligt ward.
Gott aller Tröstungen! Tief ist unser Elend, schwer unsere Schuld, zahllos sind unsere Nöte —, größer aber noch ist unser Vertrauen auf Dich. Unserer Unwürdigkeit bewußt, legen wir kindlichen Sinnes unser Geschick in Deine Hände und vereinen unsere schwachen Gebete mit der Fürbitte und den Verdiensten der Allerseligsten Jungfrau Maria und aller Heiligen.

Schenke den Kranken Ergebenheit und Gesundung, der männlichen Jugend Glaubenskraft, der weiblichen Herzensreinheit, den Vätern blühende und tugendhafte Familien, den Müttern Segen in der Erziehung der Kinder, den Waisen liebevolle Betreuung, den Vertriebenen und Gefangenen die Heimat, uns allen insgesamt aber Deine Gnade als Vorbereitung und Unterpfand der ewigen Seligkeit im Himmel. Amen.

Weihnachten 1948 *Papst Pius XII.*

Abriß der abendländischen Geschichte

In einem Aufsatz, der versucht, die Fruchtbarkeit psychoanalytischer Methoden für die religiöse Erkenntnis zu untersuchen, gibt der jetzt in Kanada lebende Psychiater Dr. *Karl Stern* (in The Commonweal Bd. 49, Nr. 2) eine Bemerkung Freuds wieder, die, wie er sagt, in wenigen Worten ein grelles Licht auf die ganze Kulturgeschichte des Abendlandes seit der Renaissance wirft. Freud versuchte den Widerstand, den er anfänglich gefunden hatte, damit zu erklären, daß seine Theorie als eine Beleidigung des Selbstbewußtseins des abendländischen Menschen gewirkt habe. Seine Theorie sei die dritte Beleidigung, die dem abendländischen Selbstbewußtsein zugefügt worden sei. Die erste sei die des Kopernikus gewesen. Bis zu ihm habe die Erde im Mittelpunkt der Schöpfung gestanden. Kopernikus aber habe sie zu einem bloßen, ziemlich peripheren Stäubchen in der Milchstraße entwertet. Dies war, so sagt Freud, die „kosmische" Beleidigung. Dann kam Darwin. Durch ihn wurde der Mensch, der sich im Mittelpunkt der Schöpfung gefühlt hatte, sozusagen ein reines Zufallsprodukt eines Entwicklungsprozesses, der keine transzendente Richtung mehr hatte. Dies war die „biologische" Beleidigung. Bis zu Freud habe der Mensch aber dann für

selbstverständlich gehalten, daß alle seine Bewußtseinsinhalte seiner Spontaneität und seiner freien Schöpferkraft entsprungen seien. Durch ihn aber wurden unsere bewußten Erfahrungen zu einer reinen Bewegung an der Oberfläche eines Ozeans unbewußter Strömungen, die aus tiefen biologischen Schichten stammen und unsere Gedanken und Handlungen absolut determinieren. Dies war die „psychologische" Beleidigung. Man könnte, so sagt Stern, als vierten Beleidiger noch Karl Marx und seine „kulturelle" Beleidigung hinzufügen, denn der dialektische Materialismus lehrt, daß die schöpferischen Werte wie Religion, Kunst und Kultur von den materiellen Produktionsbedingungen abhängig und ihnen nachgeordnet seien.

Dieser Abriß der Geschichte des abendländischen Kulturbewußtseins spricht vielleicht noch eindringlicher, wenn man bedenkt, daß sich gleichzeitig das Wachstum des europäischen Fortschrittsglaubens vollzog.

„Perfidia Iudaica" Wir haben früher schon einmal (Herder-Korrespondenz 1. Jhg., H. 11/12, S. 556 ff) über die Untersuchungen berichtet, in denen nachgewiesen wurde, daß die vielerorts gebräuchliche Übersetzung der Karfreitagsliturgie, welche die lateinischen Ausdrücke „perfidia Iudaica" und „perfidi Iudaei" mit den deutschen Worten „Treulosigkeit" und „treulos" wiedergibt, nicht den ursprünglichen Sinn des Lateinischen trifft und überdies den Geist der Versöhnlichkeit gegenüber dem jüdischen Volk vermissen läßt.

Deshalb ist eine Entscheidung der Ritenkongregation zu begrüßen, die am 10. 6. 1948 erklärt hat: „Es sei nicht zu mißbilligen, wenn bei Übersetzungen in lebende Sprachen Ausdrücke gebraucht werden, die den Sinn von „infidelitas, infideles in credendo" haben. Im Deutschen würden also diese Worte (wie es in Schotts Meßbuch schon seit 1937 geschieht) in Zukunft mit „Unglaube" und „ungläubig" wiederzugeben sein, womit ein abwertendes Urteil über das sittliche Verhalten der Juden nicht verbunden ist.

Daß das jüdische Volk wegen des Urteils, welches einst in seinem Namen über Jesus Christus gesprochen wurde, über zwei Jahrtausende hinweg nicht zur Ruhe kommen kann, zeigt in einer seltsamen, aber doch zum Nachdenken stimmenden Weise ein Beschluß des Justizministeriums des neuen Staates Israel, von dem der „Osservatore Romano" (31. 1. 1949) auf Grund einer Meldung aus Jerusalem berichtet. Ein holländischer, vorläufig noch nicht genannter Jurist hat in einer langen Eingabe, die tatsächlich und juristisch eingehend begründet ist, die jüdische Regierung aufgefordert, den Prozeß Jesu Christi wieder aufzunehmen. Der Oberste Gerichtshof von Israel habe die moralische Pflicht, das Fehlurteil zu berichtigen; denn Israel sei trotz des geschichtlichen Abstandes von 2000 Jahren der ideelle Nachfolger des altjüdischen Staates, so daß der Gerichtshof die notwendige Vollmacht besitze, eine Revision des Urteils vorzunehmen.

Das Justizministerium des Staates Israel hat daraufhin dem Einsender mitgeteilt, daß die Eingabe durch den Ministerrat geprüft werden solle. Eine solche Prüfung oder eine Wiederaufnahme des Prozesses kann, wie der „Osservatore Romano" bemerkt, das Urteil der Geschichte und der Wissenschaft nicht ändern, die die geforderte Revision längst vollzogen haben. Was aber sollte sie sonst erbringen? Der wirkliche Grund, weshalb der Herr sterben mußte, war doch der „Unglaube der Juden", die seine Königsherrschaft nicht anerkennen wollten, weil sie mit ihren nationalistischen Träumen nicht übereinstimmte. Dieser Unglaube besteht noch fort. Die vorausgesagte Bekehrung der Juden aber ist ein Ereignis der Endzeit. Sollte jedoch eine Revision zugeben, daß die politischen Anschuldigungen gegen Jesus, unter denen er vor Pilatus geführt wurde, unzutreffend seien, sollte sie den rein geistigen und religiösen Charakter seines Königsanspruches anerkennen und deshalb zu einem Freispruch kommen, so wäre eine solche Anerkennung vielleicht noch schlimmer, denn sie könnte letzten Endes nur Ausdruck einer ganz säkularisierten Verharmlosung, einer liberalen Indifferenz gegenüber der messianischen Hoffnung sein, aus der das Volk Israel lebt. Gegenüber dem messianischen Anspruch Jesu gibt es für das Volk Israel entweder nur den Glauben, d. h. aber die Bekehrung, oder den Unglauben, d. h. aber Jesu Verwerfung und Verurteilung als Gotteslästerer, aber keine liberale Toleranz seines „rein geistigen" Charakters; sie würde das Geheimnis Israels verraten.

Für die Erhaltung des Friedens Auf Grund einer Initiative der französischen Zeitschrift „Esprit" haben André Gide, Ernest Labrousse, François Mauriac, Emmanuel Mounier, David Rousset und Vercors die französische Intelligenz aufgefordert, in einer Adresse an die UN ihre tiefe Überzeugung von der Torheit eines neuen Krieges kundzugeben. Der Geist, in dem dieser Schritt unternommen wurde, geht aus dem Text des Briefes hervor, in dem zur Unterzeichnung dieser Adresse aufgefordert wurde.

„Die Initiative, die in diesem Brief dargelegt wird, geht von keiner Partei und von keiner Gruppe aus. Schon unsere Unterschriften können Ihnen sagen, daß wir darauf bedacht waren, daß sie von allen Punkten des Horizontes angestoßen werde. Auf den einmütigen Schritt der amerikanischen Atomforscher hat in einem anderen Lager der Schriftstellerkongreß von Breslau geantwortet. Heute müssen sich die Diener der Vernunft in jedem Lager gegen die Werke der Torheit erheben.

Der Krieg wird von allen Seiten her vorbereitet, mit demselben Ritual und derselben Fassade von Konferenzen, die den ersten Weltkrieg langsam in den zweiten hinübergeführt haben. Auf unserem Boden wird zum ersten Male in diesem Europa, das noch so viel zu sagen hat, eine Konferenz abgehalten, deren Ergebnis entscheidend sein kann für den Krieg oder für den Frieden. Die von zu viel Elend und Angst ermatteten Völker haben immer noch nicht die Kraft, ihre Stimme zu erheben. Es ist unsere Sache, es für sie und mit ihnen zu tun, denn die Intelligenz steht im Dienste der Menschen.

Deswegen bitten wir Sie, die Adresse an die UN zu unterschreiben, deren Text sie angefügt finden. Sie beabsichtigt nicht, eine neue Gruppe zu schaffen. Dafür übernehmen wir die Verantwortung. Sie will der UN nur eine geschlossene Kundgebung der französischen Intelligenz darbieten, die durch diesen einmaligen Akt die vereinzelten Bestrebungen unterstützt und erweitert und die es ihr dann überläßt, ihre Arbeit weiter zu verfolgen. Sie soll nur unsere wie eine schweigende Armee alphabetisch angeordneten Unterschriften tragen.

Es ist notwendig, daß sie eine Einmütigkeit aller Meinungen über ein Ziel darstellt, das jeder seinen Überzeugungen gemäß verfolgt. Wir haben deswegen einen Text verfaßt, der jedem die Freiheit des Urteils über die Ver-

antwortlichkeit der gegenwärtigen Parteiungen läßt. Er hütet sich, irgend einer von ihnen die Schuld zuzuschieben wie auch diese Verantwortlichkeit zu verteilen oder auch eine dritte Kraft vorzuschlagen, von der eine gewisse Anzahl der Unterzeichner nichts wissen wollen. Jeder von uns kommt zu diesem Schritt mit unbefangenem Urteil und ungebrochener Treue zu seinen Überzeugungen. Wir treffen uns nur in dieser einen Überzeugung: die Partei, der ich diene, würde, selbst wenn sie in einem Atomkrieg Sieger bliebe, darin unfehlbar mehr verlieren als bei einer Verlängerung ihrer Schwierigkeiten oder einer Verzögerung ihrer Ziele. Es ist deswegen nötig, daß die Unterschriften nicht diejenigen repräsentieren, die sich aus dem Streit des Tages zurückgezogen haben, sondern die Gültigsten und sicherlich die Engagiertesten aller Lager, damit in allen ein neuer Wille zum Handeln entstehe, der alles andere bedingt: nämlich den Krieg zu vermeiden.

Wir sind materiell entwaffnet, und wir kennen das überlegene Lächeln, das den Kundgebungen der Intellektuellen wegen ihrer Ohnmacht den modernen Mächten gegenüber entgegengebracht wird. Aber wenn manche von uns auch davon abgesehen haben, hundert eitle Erklärungen kleinerer Gruppen zu unterzeichnen, so könnte doch eine geschlossene Erklärung der französischen Intelligenz einen großen Widerhall finden und dem öffentlichen Gewissen einen Peitschenschlag versetzen.

Wir sind sicher, daß Sie dafür Verständnis haben werden, und wir bitten Sie, da unser Schritt eilt, uns die Adresse sobald wie möglich wieder zurückzugeben ..."

Die Adresse, die dem Generalsekretariat der UN zugeleitet wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die Unterzeichneten sind französische Schriftsteller und Intellektuelle. Sie nehmen in den Parteien, in die sich heute die Welt teilt, oder auch außerhalb dieser Parteien die verschiedensten Stellungen ein.

Aber sie glauben trotz all ihrer Gegensätze, daß ein neuer Krieg für die einen den Verlust der Freiheiten mit sich bringen würde, die sie über alles setzen, für die andern den dauerhaften Ruin der sozialistischen Welt, die sie vorbereiten, für alle Menschen jedweder Überzeugung aber eine unabsehbare Summe unfruchtbaren Elends, eine öffentliche Schande der Menschheit.

Die Rolle der europäischen Völker vom Atlantik bis zum Ural besteht darin, den Vertretern der ganzen Welt aus ihrer leidvollen Erfahrung heraus zu sagen: die Ablehnung des Krieges als Lösung Eurer Probleme soll vor jeder anderen Hypothese Eure Vorzugshypothese sein. Sie soll der Wille sein, der jedem Willen vorangeht. Denn welche Zukunft wir auch immer wollen, wir wissen nun, daß ein Atomkrieg sie für eine unübersehbare Reihe von Jahren zunichte machen würde.

Die Völker sind zu niedergeschlagen und sie haben zu wenig Mittel, um sich an Sie zu wenden. Wir Schriftsteller und Intellektuelle, die wir im Dienste der Menschen stehen, glauben ohne Anmaßung, daß es uns zusteht, für sie und mit ihnen zu sprechen. Unsere Stimme ist ohne Waffen. Sie ist die Stimme Europas selbst, das jetzt entwaffnet und ruiniert ist, weil es in der Vergangenheit die Waffen zu sehr geliebt hat. Möge sie ihnen zugleich mit dem Beispiel unserer Irrtümer den Ruf unseres Leides zutragen und unseren Entschluß, bis zum Ende die Torheit zu bekämpfen, die sich anschickt, das Glück und die Kräfte der Welt zu zerstören."

Reden und Schweigen Der Leitartikel der französischen Zeitschrift „Dieu Vivant" ruft den Christen sehr eindringlich eine der schwersten Erkrankungen unserer Zeit ins Bewußtsein, nämlich die Überschwemmung mit Worten, die fortwährende Auslöschung jedes Raumes des Schweigens und der Besinnung. Auch für die Christen hat sich die Übung des Schweigens in die Klöster zurückgezogen, im Leben des Christen in der Welt ist es ausgelöscht. Und doch gehört auch für den Laien zur geistlichen Gesundheit die Übung des Schweigens, die Pflege jenes innerlichsten Bereiches, in dem die Geheimnisse Gottes wachsen und mächtig werden können. Aber wir sind geneigt, uns unter dem Vorwand der Notwendigkeit der Aktion dem lärmerfüllten Getriebe unserer Zeit hinzugeben. „Das Ganze", so fährt die Betrachtung des „Dieu Vivant" fort, „ist eine Frage der Nuancen. In einer Gesellschaft, die stumm ist, müßte man zweifellos den Schüler Christi ermutigen, den Mund zu öffnen, denn ihm ist der Auftrag auferlegt, den Menschen die Frohe Botschaft zu verkünden. Aber das ist nicht unser Fall. Wie weit wird nicht die gegenwärtige Welt getrieben von dem Vertrauen in die Wirksamkeit des Wortes, diese Welt, die derart spricht, daß sie nicht mehr weiß, was sie sagt, daß sie selbst nicht mehr fähig ist, die Wahrheit von der Lüge zu unterscheiden. Auf dem Kampffeld des Christen aber wird der endgültige Sieg, der einzige Sieg, der zählt, nicht dem Subtilsten gewährt oder der Stimme, die am lautesten schreit, sondern dem wahrhaft entwordenen Herzen, das das Geheimnis der Kindheit wiedergefunden hat. Das Zeugnis, das von jedem von uns verlangt wird, ist weniger ein Zeugnis in Worten als eines, das darin besteht, daß in unseren Handlungen, unserer Haltung, unseren Blicken jenes Licht Christi durchscheint, das die Taufe in der Tiefe unserer Seele hat aufleuchten lassen und das die Sünde niemals ganz ersticken kann. Das ist das Wesentlichste. Ein Wort und selbst ein richtiges Wort kann ganze Fluten von Widerspruch auslösen. Nichts kann dem Ausstrahlen des von Liebe erfüllten Schweigens widerstehen ... Wie leicht wäre es mit ein wenig Mut möglich, der Welt heilsame Bereiche des Schweigens wiederzuschenken, in denen es uns und den andern Menschen mit uns erlaubt sein würde, leichter zu atmen ... Aber man stürzt sich auf das Wort, weil seine Früchte scheinbar schmeichelhafter sind als die des Schweigens, denn sie lassen sich schneller pflücken. Unter dem Vorwand, mitten in der Welt darin zu sein, verliert man sich an die Aktualität. Aber die Früchte des Schweigens sind, wenn sie auch langsamer reifen, doch unendlich viel weniger zeitgebunden und äußerlich. Sie widerstehen besser der Vergänglichkeit. Schweigend nimmt man intensiver an den Leiden der Menschen teil als mit lautem Schreien. Auch eine Theologie, die lebendig sein soll, läßt sich besser auf die Substanz der Geschichte aufpfropfen als auf die kleinen, vereinzelten Tatsachen des täglichen Lebens ...

Soziale Tat und moderne Apologetik als Voraussetzungen einer erfolgreichen Missionsarbeit Unter dem Titel „Die Bekehrung Englands" befaßt sich die Zeitschrift der englischen Dominikaner, „Blackfriars", mit den Voraussetzungen einer erfolgreichen Missionsarbeit.

Einleitend betont der Verfasser, R. Velarde, daß die „Bekehrung" zwar letztlich ein Werk der göttlichen Gnade, aber auch ein Problem der richtigen Methoden

ist. „Ich möchte den Katholiken anraten, eine Selbstprüfung anzustellen, welchen Eindruck sie auf die Nichtkatholiken machen. Die Reformation hatte die katholische Kirche aus dem nationalen Leben Englands eliminiert. Während des Großteils des 18. Jahrhunderts waren die Katholiken ein dahinschwindender Überrest, und die katholische Erneuerung des 19. Jahrhunderts war geradezu eine Wiedergeburt. Diese ist vor allem der irischen Diaspora zu verdanken. Daher war die Katholische Kirche in England immer vorwiegend eine Kirche der Armen und hatte in den Augen der Nichtkatholiken immer den Charakter einer gewissen Fremdheit im nationalen Leben. Das sind Tatsachen, die wir wohl nicht ändern können, auf die wir aber Rücksicht nehmen müssen im Eindruck, den wir auf andere machen." Hinsichtlich der Einstellung der Nichtkatholiken zur Katholischen Kirche unterscheidet der Verfasser drei Haltungen: Gleichgültigkeit, Mißtrauen und Verständnislosigkeit. Haß tritt nur selten auf, „obwohl doch ein gewisses Mißbehagen über unseren Nonkonformismus ganz natürlich ist".

Die Gleichgültigkeit ist die Haltung der breiten Massen, gegenüber dem Katholizismus nicht anders als gegenüber jedem anderen religiösen Bekenntnis.

Das Mißtrauen ist weiter verbreitet, als man für gewöhnlich annimmt, da es oft von Höflichkeit überdeckt ist. Es findet sich hauptsächlich in den mittleren und höheren Schichten der Gesellschaft. Die Wurzel dieser Haltung ist das Gefühl, daß die Katholiken Volksfremde, nämlich Iren sind und einer auswärtigen Macht, dem Papsttum ergeben sind, ein Wort, das beim Durchschnittsprotestanten die lebhafteste Vorstellung von Doppelzüngigkeit und Korruption hervorruft.

Die Verständnislosigkeit, die mehr ist als bloße Unkenntnis, ist hauptsächlich unter den Arbeitermassen verbreitet. Die große Mehrheit der Arbeiter hat überhaupt kein Verhältnis zur Religion und daher auch wenig Vorurteile gegen die Kirche. Bei ihnen fällt auch ein anderes, bei den höheren Gesellschaftsschichten eine große Rolle spielendes Hindernis für eine Annäherung an die Katholische Kirche hinweg, nämlich die katholische Ehemoral, da Ehescheidung und Geburtenbeschränkung hier nicht so verbreitet sind wie in den höheren Schichten.

„Es ist daher wohl zu überlegen", so setzt der Verfasser fort, „ob nicht die Arbeiter dasjenige Bevölkerungselement sind, das am ehesten für den Katholizismus gewonnen werden kann. Die Bedeutung dieses Faktums in einem aufs ganze Land gerichteten Feldzugsplan ist unleugbar. Die Zukunft ... liegt bei ihnen; denn ich nehme an, daß wir uns auf dem Weg zu einer nivellierten Gesellschaft befinden. Wie sollen wir nun dem Arbeiter nahekommen? Ich meine, mehr durch die Tat, als durch das geschriebene oder gesprochene Wort ... Das heißt, daß eine riesige Arbeit notwendig ist um den Boden zu bereiten. Wir sollten politische und soziale Maßnahmen, die der Allgemeinheit nützen, willkommen heißen, wo immer sie mit unsern Grundsätzen vereinbar sind. Wir sollten die negative und kritische Haltung aufgeben, die wir in der Vergangenheit so oft an den Tag gelegt haben ... Es ist einer unserer Mängel, daß die katholische Soziallehre, obwohl wir vorwiegend eine Kirche der Armen sind, meist durch das Medium einer Minderheit unter uns, die bürgerlich oder ästhetisch eingestellt ist und gewiß nicht als Repräsentant des gesamten Katholizismus gelten kann, den Nichtkatholiken dargeboten wird. Die Arbeiter sind derjenige Teil der Bevölkerung, der am wenigsten in Vorurteilen gegen die Kirche befangen ist; aber sie wollen auf die Botschaft der Kirche erst hören, wenn sie überzeugt sind, daß die Kirche für soziale Gerechtigkeit eintritt, und davon sind sie noch nicht überzeugt."

In diesem Apostolat kommt der Bewegung der Young Christian Workers (YCW) eine entscheidende Rolle zu.

Ist so die Annäherung an die Arbeitermassen auf dem Weg der sozialen Tat der eine Schwerpunkt der missionarischen Tätigkeit, so ist die Ausgestaltung der Apologetik der andere. „Ich möchte bei aller schuldigen Zurückhaltung darauf hinweisen", erklärt der Verfasser, „daß unsere gewöhnliche Apologetik gegenüber den Nichtkatholiken gleichsam zwischen zwei Stühle fällt ... Sie läßt den wirklichen Intellektuellen unberührt und den Arbeiter, falls er einmal des Weges kommt, verwirrt und unbeeindruckt zurück. Die Standardwerke der katholischen Apologetik ... leiden an dem Mangel aller umfassenden Sammelwerke: sie sind ein Gerippe, sie sind schematisch in ihrem Aufbau und vermitteln mehr ein Wortwissen als die Wirklichkeit, wie sie ist ... Wir brauchen einen Typus des theologischen Buches, der mehr ein Gesamtbild der Kirche — mit ihrem Göttlichen und ihrem Menschlichen — gibt, als auf einzelne Schwierigkeiten eingeht; der die Lehren miteinander verbindet und so dem Leser ein organisches Ganzes bietet. Eine solche Apologetik wird wahrscheinlich mehr überzeugen als die irgendwie rationalistischen Methoden unserer bisherigen Bücher."

Doch über allen menschlichen Bemühungen dürfe, so schließt der Verfasser seine Überlegungen, nicht vergessen werden, daß „in dem großen Werk von Englands Bekehrung das Gebet und die Sühne gottergebener Seelen mehr bedeuten als unsere Bemühungen ..."

Für ritterliche Ehemänner

Kardinal Griffin hat allen Ehemännern der Erzdiözese Westminster nach einer Meldung von NCWC News Service täglich einmal einen Ablaß von 100 Tagen gewährt, wenn sie den Ehering ihrer Frau küssen und gemeinsam mit ihr ein Gebet nach der Art des folgenden sprechen, das der Kardinal vorschlägt: „O Herr, gib, daß wir durch die Liebe zu Dir befähigt werden, uns beide zu lieben und nach Deinem heiligen Gesetz zu leben."

Idee und Wirklichkeit einer christlichen Tageszeitung

Die Berichterstattung verbreiteter Zeitungen im In- und Ausland über den Prozeß des Kardinals Mindszenty war geeignet, überzeugte und denkende Katholiken tief zu beunruhigen. Ohne jeden Kommentar gaben sie Tag für Tag die Budapester Nachrichten wieder, von denen zwar der Denkende wissen konnte, wie sie zustandekamen, die aber die Masse der Leser so kritiklos in sich aufnahm, wie die Zeitung sie ihr darbot. Den Gipfel der „Objektivität" erklommen diese führenden unabhängigen Blätter vielleicht, als sie der Öffentlichkeit ohne ein Wort der Erklärung jenes famose Kommuniqé vorlegten, das von der vornehmen Unparteilichkeit der Budapester Nachrichtengebung Zeugnis ablegte. Es wird nicht zu hart sein zu sagen, daß diese westlichen Zeitungen den Regisseuren von Budapest den Dienst erwiesen haben, den jene sich erträumten. Am Purpur Mindszentys ist in den Augen

vieler, die die Nachrichten lasen, etwas Staub hängen geblieben. Sie kommen zu dem abschließenden Urteil, das man aus dem Munde des Kommentators an einem deutschen Sender am Abend der Urteilsverkündung dem Sinne nach so ausgesprochen hörte: „Der Mensch Josef Mindszenty mag schuldig geworden sein, aber den Kardinal hätte man doch so nicht behandeln dürfen ... Die Freiheit der Kirche ist angetastet". Hätte man gesagt: hier stoßen zwei Welten aufeinander, die jede ihre innere Logik haben, es wäre besser gewesen. Dieser Fall zeigt erneut, daß die Schaffung bzw. Unterstützung einer gut unterrichteten, aber zugleich auch kritischen katholischen Presse in diesen Entscheidungszeiten eine der größten unserer Sorgen sein sollte.

Es ist aber kein Geheimnis, daß eine christliche Tageszeitung in ständiger Existenznot schwebt, wenn sie wirklich unabhängig bleiben will und deshalb die Unterstützung durch politisch oder wirtschaftlich interessierte Geldgeber verschmäht. Es trifft auch für die katholische Presse zu, was „The Christian Century" (29. 12. 1948) in einer Rückschau über die protestantischen Versuche zur Schaffung einer christlichen Presse in USA feststellt: „Wenn einmal der Tag kommt, an dem das Publikum eine große protestantische Tageszeitung finanziert, dann wird diese Zeitung nicht mehr notwendig sein". Die Masse verlangt eben von der Zeitung etwas anderes und vor allem eine andere Darstellungsart, als die ideale christliche Zeitung sie bietet und bieten kann. Die Masse will im allgemeinen nicht mehr und nicht weniger, als sensationell unterhalten und in ihren Instinkten bestätigt werden.

Es gibt also, meint „The Christian Century", nur zwei Möglichkeiten, eine große christliche Tageszeitung zu führen. Entweder macht man von dem „christlich" so viele Abstriche, daß das Blatt konkurrenzfähig wird, oder die Kirche übernimmt in großem Ausmaß seine Finanzierung. Wenn man jedoch mit der Weltpresse Schritt halten will, ist das nicht nur eine Sache, die die Finanzkraft der Kirchen übersteigt, sondern man müßte sich außerdem fragen, ob eine solch gewaltige Aufwendung von Geld nicht für andere Zwecke besser angelegt wäre.

Eine mittlere Lösung sieht „The Christian Century" in der großen und sehr angesehenen New Yorker Tageszeitung „The Christian Science Monitor" verwirklicht, die von einer kirchlichen Gemeinschaft, der „Christian Science", herausgegeben und subventioniert wird. Da aber die Höhe der Subventionen nicht unbegrenzt sein kann, ist das Blatt zu großen Zugeständnissen an seine Leser gezwungen. Es kann weder den radikal christlichen Standpunkt wahren, noch viel weniger eine kämpferische Haltung einnehmen, soweit die hauptsächlich bürgerliche Schicht seiner Leser dadurch beunruhigt wird. Was bleibt also übrig? „Ein dezentes und sauberes Blatt, aber auch ein aalglattes und zufriedenes." Das ist um so bedenklicher, wenn man sich vor Augen hält, daß der Stein des Anstoßes für die bürgerliche Leserschicht gerade da liegt, wo es um das augenblicklich wesentlichste Anliegen einer christlichen Presse geht. Dies Anliegen ist die soziale Gerechtigkeit. Die „ungewaschenen" Leute, die Entrechteten, die unpopulären Minderheiten finden in der New Yorker christlichen Tageszeitung keinerlei Verständnis und Unterstützung. Diejenigen Christen, von deren Wohlwollen die Zeitung abhängt, sind gute Kirchenleute. Aber ihr Begriff von einer christlichen Zeitung besteht darin, daß mindestens ein Zehntel der Nachrichten von kirchlichen Dingen handelt, daß die unmoralischen Geschichten wegfallen und daß das Blatt auch im übrigen, vor allem in Bildern und Inseraten, der guten Jugend kein Anlaß zu Versuchungen wird. Man würde sehr unwillig werden, wenn die ganzen Übel der Gesellschaft in einem dezenten christlichen Blatt schonungslos aufgedeckt würden, und sehr erstaunt sein, wenn die gläubig und voll Ehrfurcht hingenommenen christlichen Grundsätze plötzlich eine konkrete und unpopuläre Anwendung finden würden.

Allerdings, sagt „The Christian Century", ist die Erfüllung der hohen Anforderungen, die an eine wirklich christliche Zeitung gestellt werden müssen mit einer inneren Schwierigkeit verbunden, die das Problem von einer anderen Seite aus von neuem stellt. Für die meisten konkreten Dinge, mit denen sich die Tageszeitung beschäftigen muß, gibt es keine christliche Standardlösung. Innerhalb des Christentums bleibt ein weiter Raum für persönliche Ansichten und Geschmacksrichtungen. Die christliche Tageszeitung, die ja nicht der unmittelbaren Glaubensverkündigung dienen will wie die Kirchenblätter, sondern dem Inhalt nach weltlich ist, kann also unmöglich allen alles werden. Sie wird und muß notwendig einer bestimmten politischen und sozialen Tendenz huldigen, die nicht im ganzen Umfang durch die Autorität der Offenbarung gedeckt wird. Sie muß also insoweit „parteiisch" werden, wie etwa „The Christian Science Monitor" die Partei der gut bürgerlich Denkenden vertritt.

Äußere und innere Gründe hindern also auf diesem wie auf allen anderen Gebieten des irdischen Daseins eine schlechthin ideale Lösung. Trotzdem kommt das protestantische Blatt zu der Überzeugung, daß der Christ verpflichtet ist, die Anstrengungen derjenigen zu unterstützen, die es unternehmen, den unbefriedigenden Zustand auf dem Gebiet der Nachrichtenübermittlung und Meinungsbildung wenigstens im Rahmen des Möglichen zu vervollkommnen. Es sind viele versäumte Möglichkeiten zu beklagen. Gerade in diesem Augenblick ist eine neue Form der Publizität im Werden: das Fernsehen. Die Kirche sollte alle Anstrengungen unternehmen, um zu verhüten, daß auch dieses Mittel der menschlichen Annäherung rein kommerziell genutzt wird.

Es ist übrigens leicht, in einem solchen Falle nach „der Kirche" zu rufen und damit die Verantwortung auf die Schultern anderer abzuwälzen! „La France catholique" (14. 1. 1949) stellt wieder einmal die Frage: „Wie kann man denn die katholische Presse verbreiten?" Es ist eine Aufgabe, in der jeder Christ katholische Aktion betätigen, und die überhaupt nur durch die Mithilfe vieler gelöst werden kann. Ein energisches Pressekomitee in jeder Gemeinde kann die Verbreitung und den Verkauf organisieren. Buchhändler und Kioske halten das, was gefragt wird. Man sorge dafür, daß so lange nach katholischen Blättern gefragt wird, bis sie erst einmal aufliegen. Und dann schicke man nette und höfliche Leute vor, die es verstehen, den Zeitungsverkäufern das Blatt ans Herz zu legen, indem sie sich regelmäßig nach dem Geschäft erkundigen und ein wenig über das Blatt reden. So nimmt schließlich der Händler Interesse daran, vielleicht weniger wegen des Inhalts als deshalb, weil ein paar freundliche Kunden so viel Gewicht darauf legen.

Eine Sache ist eben immer so wichtig, wie man sie selber wichtig nimmt und anderen als wichtig darzustellen versteht.

Kann der Westen den Frieden retten?

Was die Herder-Korrespondenz in diesem Heft aus den Ländern des Ostens berichtet, ist düster genug. Es gibt im Zusammenhang mit dem Ost-Westproblem noch viele Ereignisse und Zustände, die uns aufs schwerste bedrücken und mit Sorge um die Zukunft, ja sogar mit einem Zweifel am Sinn unserer Kultur und Existenz erfüllen. Zu ihnen gehört die Berliner Frage. Darüber finden wir in der Zeitschrift des bekannten Theologen Reinhold Niebuhr „Christianity and Society" (Bd. 13 Nr. 4 Herbst 1948) eine tiefgründige Betrachtung. Sie dringt durch die politische Oberfläche des Problems bis zum Kern, wenn sie feststellt, daß über Krieg und Frieden letzthin entschieden wird von Menschen, aus der Kraft ihrer Nerven und aus dem Vertrauen zu ihrer Kultur, ihrer Religion, ihrer Ethik.

Keine Partei wird in Berlin nachgeben, schreibt das Blatt. Die Russen, die durch die Anfangserfolge des Marshall-Planes ins Hintertreffen geraten sind, wahren ihr Prestige, indem sie die Meinung erwecken, Amerika werde nachgeben, wenn sie selbst genügend Druck ausübten. Ganz gewiß ist es nicht so; aber die amerikanische Position in Berlin ist unglücklich. Sie wurde in dem Augenblick widersinnig, als Berlin mit dem Zusammenbruch der Viermächte-Kontrolle aufhörte, die Hauptstadt eines geeinten Staates zu sein. Wenn Amerika jetzt Berlin aufgeben würde, könnte dieser Prestigeverlust nur die Folge haben, daß Rußland seinen Druck vielleicht nach Wien oder nach Finnland verlegen würde, und daß der Kommunismus in Frankreich und Italien neuen Auftrieb erhielte. So ist der Fall Berlin kennzeichnend für den verzweifelten Charakter des Ost-West-Verhältnisses.

Die leiseste Fehlkalkulation kann Krieg bedeuten. Gibt Amerika um des Friedens willen nach, beschwört es gerade dadurch den Krieg herauf, wenn Rußland sich stark genug fühlt, ihn zu wagen. Wenn der Friede überhaupt aufrecht erhalten werden kann, dann nur durch ein politisch-militärisches Programm, das Rußland solange in Schranken hält, bis es klar ist, daß die westliche Welt Kraft genug hat, die russische Macht abzuwehren. Möglicherweise wird sie das nicht vermögen. Deshalb bleibt der Friede ungewiß. Vielleicht werden unsere Nerven zu schwach sein, diese Ungewißheit zu ertragen. Aber ein besserer Friede ist nicht erreichbar. Pläne für eine Weltregierung sind gegenstandslos, solange die zwei Parteien nicht einmal soviel Vertrauen zueinander besitzen, einen kleinen Handel zu machen. In einer einigen Welt müßte aber das gegenseitige Vertrauen so groß sein, daß man das Schicksal einer Minderheit getrost in die Hände der Mehrheit legen könnte.

Das Problem des Friedens ist also tatsächlich eine geistige, eine Vertrauensfrage. Nicht nur eine Frage des politischen Vertrauens, sondern des Vertrauens zum Sinn unserer Kultur, unserer Religion, unserer Moral. Ist unsere Kultur, die auf dem Fortschrittsglauben ruht, lebenskräftig genug, sich in der Enttäuschung durch die geschichtliche Wirklichkeit zu behaupten? Ist unsere Religion, die an das Gottesreich auf Erden glaubt, stark genug, sich mit dem bescheidenen Versuch zu begnügen, die Welt davor zu bewahren, daß sie eine Hölle wird? Ist das christliche Gewissen erleuchtet genug, daß es auch dann noch Gottes Willen erkennt, wenn es nicht mehr zwischen Gut und Böse, sondern nur noch zwischen zwei Übeln zu wählen hat?

Aus Nord- und Südamerika

Amerikanische Gewissenserforschung

Wir haben in den Heften 5/6, Jhg. 2, S. 231 und 3. Jhg., H. 5, S. 210 der Herder-Korrespondenz die letzten Hirtenbriefe des amerikanischen Episkopates wiedergegeben, die eine große Anklage gegen den Säkularismus als das zerstörerische Prinzip unserer Kultur enthielten. Der Säkularismus bedroht alle dem christlichen Erbe entstammenden Werte, die in dem Bewußtsein unserer Gesellschaft noch lebendig sind. Nun entspricht es jedoch dem Gefühl für die Weltverantwortung der Christen unserer Zeit, daß sie sich bei all den großen Abfallserscheinungen fragen müssen, in wieweit vielleicht ihr eigenes Versagen zu dem Sieg der zerstörerischen Tendenzen beigetragen hat. Dieser Gewissenserforschung scheinen sich auch die amerikanischen Katholiken nicht entziehen zu wollen. Wir finden in der amerikanischen Zeitschrift „The Commonweal" (Bd. 48, Nr. 25) eine Ansprache von Father M. Cantwell wiedergegeben, der eine solche Gewissenserforschung unternimmt. „Es ist", so sagt er, „töricht zu glauben, daß der Säkularismus nur von denen hervorgerufen worden ist, die Gott leugnen oder verwerfen, und nicht auch von den Christen, die die Ordnung des Zeitlichen vernachlässigt haben. Die Wurzeln des Säkularismus finden auch in den Herzen der Katholiken Nahrung. Sie haben auch in unseren katholischen Schulen Boden gefunden."

Der erste Vorwurf, der gegen die Katholiken erhoben werden kann, ist der, daß sie sich aus scheinbar religiösen Gründen aus der Zeit zurückgezogen haben. „Wir sind", so sagt er, „damit zufrieden, die ewigen Wahrheiten zu lehren, während das zeitliche Leben der Massen grausam, unmenschlich und hoffnungslos geworden ist. Wir haben aus Interesselosigkeit all die großen sozialen und demokratischen Bewegungen um uns herum vernachlässigt, und zwar im Namen des Religiösen. Die Enterbten aber, für die die soziale Reform ein Lebensinteresse war, haben ihrerseits die Religion abgelehnt, und zwar im Namen der menschlichen Freiheit. Diese beiden Tendenzen sind noch immer vorhanden. Zwar sind die Folgen dieser Entfremdung des Religiösen von den Sorgen des täglichen Lebens in Amerika noch nicht so auf der Hand liegend wie in Europa, aber auch wir werden sie eines Tages erfahren. Auf jeden Fall müssen wir feststellen, daß unsere Ablehnung des Zeitlichen aus einer zu engen Anschauung Christi, der Inkarnation, des menschlichen Lebens gekommen ist".

Der zweite Vorwurf, den man machen muß, ist der, daß unser Begriff von der Kirche ebenfalls vom Säkularismus beeinflußt ist. „Wir sehen die Stärke der Kirche in der großen Zahl der Katholiken, in der Stellung, die sie im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben einnehmen, und nicht in dem Heiligen Geiste, der die Menschen und die Einrichtungen durchformt. Wir sehen sie nicht so sehr als Christus, der sich den Menschen hingibt und in ihnen sein göttliches Leben lebt, sondern vielmehr als eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Zustände, die wir Christenheit und Katholizismus nennen ... So kann

man von uns den Eindruck erhalten, daß etwa unsere Furcht vor dem Kommunismus mehr aus der Sorge für die Kirche als einer Organisation kommt als aus der Besorgnis für das Leben und das Erbteil des Volkes, und zwar kann dieser Eindruck entstehen, weil wir unsere Stimme nicht laut genug gegen die Grausamkeiten und die Mißbräuche des gegenwärtigen Gesellschaftssystems erhoben haben. Das System und diejenigen, die seine Politik bestimmen, begegnen der Kirche mit Achtung und Ehrfurcht und lassen sich sogar dazu herab, sie für ihre eigenen Zwecke zu gebrauchen. Wir finden das vielfach schmeichelhaft für uns. Aber wir müßten in Wirklichkeit dieses System ablehnen, denn es ist voller Unmenschlichkeit und Verderbnis. Es ist praktischer Atheismus".

Der dritte Vorwurf, den man erheben kann, ist der gegen die Prinzipien unserer religiösen Bildung, die ebenfalls vom Säkularismus angekränkelt ist, denn der Säkularismus ist individualistisch, und auch unsere religiöse Atmosphäre ist individualistisch. Der Säkularismus hat den großen Zusammenhang der Welt aufgelöst und die einzelnen Bruchstücke dieses Zusammenhangs isoliert. Auch unsere religiöse Atmosphäre entbehrt des großen Zusammenhangs. Auch unsere Frömmigkeit zeigt den Erwerbsgeist der kapitalistischen Welt in all den vielen peripheren Frömmigkeitsübungen, aber sie entbehrt des Geistes der Anbetung, des Lobes, des Opfers und der Hingabe des ganzen reifen Menschen. Wir haben vom Säkularismus die Verwechslung von Sittlichkeit und gesellschaftlicher Respektabilität übernommen, ebenso die Verwechslung von Sittlichkeit und Rationalisierung. Der bürgerliche Geist will jedem Übel der modernen Gesellschaft mit einer Rationalisierungsmaßnahme begegnen. Wir müssen uns sorgfältig davor hüten, daß unsere Betonung des Grundsätzlichen nicht so klingt wie eine Rationalisierung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Wir müssen z. B. bei der Verteidigung des Systems des Privateigentums achtgeben, daß wir nicht das gegenwärtige System verteidigen, sondern das, was wirklich allein zu verteidigen ist, nämlich die Notwendigkeit des Besitzes eines gewissen Maßes von Eigentum für jeden.

Father Cantwell bespricht dann im einzelnen bestimmte Züge, die die religiöse Bildung der amerikanischen Jugend bestimmen. Sie krankt im Wesentlichen daran, daß in ihr die christliche Berufung in der Welt, die tiefe Verbindung von Kontemplation und Handeln, entstellt ist, sodaß das religiöse Bewußtsein des normalen Laien jener geistlichen Tiefe entleert wird, die notwendig ist, um ein volles christliches Leben in der Welt zu führen. Er kommt so zu der Forderung einer neuen geistlichen Lehre für den Menschen in der Welt, die grundsätzlich verschieden sein muß von der bisherigen Aszese, die sich im Wesentlichen auf Erfahrungen beruft, die in Klöstern gemacht worden sind.

Er belegt diese Feststellung dann aus den Erfahrungen, die er vor allen Dingen unter den jungen katholischen Arbeitern gemacht hat. „Die Arbeitgeber", so sagt er, „versichern, daß sie gerne Schüler katholischer Schulen anstellten, weil man bei ihnen voraussetzen könne, daß sie keine „Unruhe" verursachten. Die Kommunisten fürchten wenig von Schülern dieser katholischen Schulen, weil sie wissen, daß sie ohne Tatkraft, hilflos, ohne Führung, ohne Unterrichtung und unbeeindruckt sind von den sozialen Ungerechtigkeiten um sie herum". Die aktiven katholischen Arbeiter hätten ihn besonders darum gebeten, Stellung zu nehmen gegen das Erfolgsideal, das ihnen in der Schule gelehrt würde. Dieses Erfolgsideal verführe den jungen Arbeiter dazu, seinen Stand und seinen Beruf zu verachten und den sozialen Aufstieg, d. h. aber in diesem Fall den Aufstieg in die der Handarbeit entfremdeten Berufe, als einzigen Maßstab ihres Strebens zu nehmen. So seien diese jungen Arbeiter unfähig, das Apostolat in ihren eigenen Reihen auszuüben. All das weise auf tiefgehende Schäden im katholischen Bewußtsein hin, Schäden, die eben auf den Einfluß der säkularistischen Haltung auch auf den katholischen Geist zurückzuführen sind. Es müßte eine grundlegende Reform erfolgen, eine Reform in der Richtung, die durch die Worte Pius' XI. angedeutet seien: „Ich bin froh, im 20. Jahrhundert zu leben, denn im 20. Jahrhundert ist es unmöglich für einen Christen, mittelmäßig zu sein".

Der Atheismus in Amerika

Die Vereinigten Staaten stehen trotz der lebhaften Tätigkeit ihrer verschiedenen Kirchen in dem Ruf, nächst Rußland das gottloseste Land der Welt zu sein. Die Organisation der Freidenker bezifferte die Atheisten in USA auf 50 Millionen. Auf einem protestantischen Kongreß wurde von 70 Millionen gesprochen, die sich keiner Kirche zugehörig fühlen, und katholische Statistiker haben sich ähnlich geäußert. Bei dem Mangel einer umfassenden Konfessionsstatistik beruhen derartige Schätzungen jedoch immer auf Verallgemeinerungen irgendwelcher speziellen Untersuchungen.

In der Zeitschrift „America" (1. 1. 1949) stellt M. M. Hoffman eine solche Untersuchung an, die er auf seine Beobachtungen in den amerikanischen Militärlazaretten stützt. Die Personalien der Patienten enthalten einen Vermerk über „religious preference". Damit ist nicht die formelle Zugehörigkeit, sondern die augenblickliche Hinneigung zu einer Konfession gemeint. Von 21 000 Soldaten, deren Angaben Hoffman eingesehen hat, bezeichneten sich 70,09% als zum Protestantismus neigend, 24,3% bekannten sich zum Katholizismus, 3,16% als Juden und nur 2,1% als unkirchlich. Es handelte sich um junge Soldaten, die sicher nicht religiöser sind als der Durchschnitt der Bevölkerung. Demnach kann keine Rede davon sein, daß das Volk zur Hälfte gottlos ist oder, wie die Freidenker behaupten, zu einem Drittel.

Natürlich sind besonders unter den 70%, die zum Protestantismus neigen, viele, die am kirchlichen Leben nicht teilgenommen haben. So kam der protestantische Kongreß zu seiner Schätzung. Dennoch bekannten jene Soldaten eine religiöse Grundhaltung und sind keine Freidenker. Selbst in der kleinen Gruppe der Unkirchlichen hat Hoffman eine Anzahl junger Männer gefunden, die das Neue Testament bei sich trugen. Andere sagten ihm, daß sie an Gott oder an eine höhere Macht glaubten. Bei der Vielfalt der amerikanischen Kirchengemeinschaften und dem eigentümlichen Gebaren einiger Gruppen ist es nicht zu verwundern, daß manche Menschen deshalb mit keiner dieser Gemeinschaften Beziehungen pflegen. Hoffman hat unter den Soldaten, die er persönlich sprach, nur zwei gefunden, die sich als Agnostizisten ausgaben, und keinen, der Atheist sein wollte.

Die Untersuchungen Hoffmans bestätigen also den Eindruck jener anderen Kenner Amerikas, die eine gewisse, wenn auch vielleicht unbestimmte und mehr gefühls-

mäßige als entschiedene Frömmigkeit oder Ehrfurcht vor dem Heiligen zu den Wesensmerkmalen des amerikanischen Volkscharakters zählen.

Besorgniserregende Frauenarbeit

„America" gibt am 8. Januar 1949 der Besorgnis darüber Ausdruck, daß die kriegsbedingte Frauenarbeit in USA jetzt nicht nur andauert, sondern sogar steigende Tendenz zeigt. Namentlich hat sich das Verhältnis zwischen den verheirateten und unverheirateten Frauen, die in Arbeit stehen, nach dem Krieg so verändert, daß daraus ernste Befürchtungen für die Ehe entstehen.

1948 gab es in den Vereinigten Staaten ungefähr 34 Millionen Ehefrauen, 6 Millionen mehr als 1940. Damals waren 5 Millionen in Arbeit oder auf der Suche nach einer Beschäftigung. Heute sind 8,3 Millionen in den Arbeitsprozeß eingegliedert, von denen 7,7 Millionen mit ihrem Mann zusammenleben. Mindestens jede fünfte Ehefrau ist also berufstätig.

Die Zeitschrift „America" ist der Meinung, daß nicht allein wirtschaftliche Notwendigkeiten diese Tatsache erklären. Sie spricht von „nicht sehr lobenswerten Gründen", die viele Frauen veranlassen, das Geld über das Wohl der Familie zu stellen. Zum Teil seien die Männer schuld. „Wollen die ungalanten Männer des Atomzeitalters von ihren Frauen nicht nur, daß sie ihnen den Haushalt führen, sondern sie obendrein auch noch mit ernähren?" fragt das Blatt. Zum andern Teil liegt diese traurige Entwicklung in der wirtschaftlichen Zwangslage eines großen Teiles der amerikanischen Bevölkerung begründet. Die Herder-Korrespondenz hat schon wiederholt darauf hingewiesen, daß wir bei unserer Vorstellung vom Reichtum Amerikas all zu leicht übersehen, daß weit über die Hälfte des Volkes an diesem Reichtum keinen Anteil hat. Aber nach den Ausführungen der amerikanischen Zeitschrift ist die Vermehrung der arbeitenden Frauen doch mindestens ebenso sehr als Kennzeichen dafür zu werten, daß der Familiensinn in immer größerem Ausmaß schwindet.

Bibliographie neutestamentlichenr Literatur

Als Fortführung der Bibliographie über die neutestamentliche Literatur der Jahre 1940—42 (New Testament Literature in 1940, NT Literature in 1941, NT Literature in 1942) erschien bei der University of Chicago Preß, 1948, im Umfang von 392 Seiten das Werk *„New Testament Literature. An Annotated Bibliography,* Vol. I, Edited by William Nelson Lyons and Merrill M. Paris." Die Absicht des Buches ist nach dem Vorwort „eine erschöpfende Bibliographie der Bücher, Aufsätze und Buchbesprechungen zu bieten, die während der Jahre 1943, 1944 und 1945 auf dem Gebiet des NT und verwandten Gebieten erschienen sind, zuzüglich des Materials, das 1940—1942 erschien und wegen des Krieges nicht in die früheren Veröffentlichungen aufgenommen werden konnte". Neue Bände des Werkes sollen im Abstand von ein oder zwei Jahren erscheinen.

Das Buch enthält Titel in englischer, französischer, deutscher, lateinischer, italienischer, spanischer, holländischer und schwedischer Sprache. „Theological Studies" bezeichnen es als „so vollständig wie menschenmöglich" und die Inhaltsangaben zu den einzelnen Titeln als „im allgemeinen gut und sachgemäß". Mit den meisten Titeln (28) ist im Autorenindex P. U. Holzmeister verzeichnet.

Waldemar Gurian, Präsident der katholischen Historikergesellschaft der USA

Die katholische Historikergesellschaft Amerikas (Catholic Historical Association), die die Geschichtslehrer und die Lehrer verwandter Gebiete an allen katholischen Kollegs und Universitäten der ganzen Vereinigten Staaten zusammenfaßt, hat Dr. *Walter Gurian,* den Herausgeber der „Review of Politics", auf die wir im letzten Heft hingewiesen haben, und Professor für politische Wissenschaft an der Universität von Notre Dame, zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Nach den Regeln der Gesellschaft wird Dr. Gurian im Jahre 1950 automatisch Präsident dieser Organisation werden.

Aus den Missionen

Zahlen zur Missionsstatistik

Es ist schon oft darüber gesprochen worden, daß der Mittelpunkt der Kirche und das Schwergewicht des Christentums sich unter dem Druck der Verhältnisse oder im Zuge der langsamen Zerbröckelung Europas eines Tages in die neue Welt verlagern könnte. In der Tat nimmt die Kirche in den Missionsländern der Welt einen im ganzen so erfreulichen Aufschwung, daß die Verluste, die sie besonders in Europa und hier vor allem wieder in den Ländern des russischen Einflußbereiches erlitten hat und vielleicht noch erleiden wird, dadurch aufgewogen werden.

Das Tempo dieses Aufschwunges und die zahlenmäßige Bedeutung, die der Missionskirche schon heute zukommt, zeigen einige Angaben, die kürzlich vom Direktor des „Werkes der Glaubensverbreitung" in USA, Weihbischof McDonnell, New York, bekannt gegeben wurden. In den Missionsländern der Welt hat sich die Zahl der Katholiken in den letzten 15 Jahren um zehn Millionen vermehrt. 261 895 hauptamtliche Kräfte sind in 560 kirchlichen Missionsbezirken für eine katholische Bevölkerung von 27 843 762 Seelen tätig. Von den Missionaren sind 25 494 Priester, 9093 Brüder, 54 892 Schwestern und 91 677 Laienkatecheten. Augenblicklich werden 2 714 746 Katechumenen auf die Taufe vorbereitet. 2 267 391 Kinder besuchen 39 439 katholische Volksschulen, während 110 403 Schüler in 743 höheren Schulen unterrichtet werden. Die Missionen leisteten in 936 Krankenhäusern, 221 Lepraheimen und 2952 Krankenstationen ärztliche Hilfe an 41 685 000 Patienten. In 2046 Waisenhäusern werden 122 152 Kinder erzogen. Der Anteil der eingeborenen Missionshelfer ist in stetigem Steigen. Er beträgt insgesamt 8303 eingeborene Priester und 21 289 Schwestern. Über 17 000 junge Menschen bereiten sich auf das Priestertum vor, und zwar in 427 großen und kleinen Seminaren.

Religiöse Minderheiten in der indischen Verfassung

In der kürzlich angenommenen Verfassung des neuen Indien sind eine Reihe von Garantien für die Rechte der Christen und der anderen Minoritäten des Landes enthalten. Die Christen haben auch einen Vertreter in der Nationalversammlung, P. D'Souza SJ, Rektor des Jesuitenkollegs in Madras.

Ein Artikel der Verfassung gewährt allen Personen „Freiheit des Gewissens und das Recht, in Freiheit eine Religion zu bekennen, auszuüben und zu verbreiten." „Jede Glaubensgemeinschaft und jeder Teil einer solchen

hat das Recht, religiöse und karitative Einrichtungen zu unterhalten, seine religiösen Angelegenheiten selbst zu ordnen und bewegliches und unbewegliches Eigentum zu erwerben sowie gemäß dem Gesetz zu verwalten."

Die Verfassung schützt jeden Bürger gegen jede Benachteiligung durch den Staat wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Religion und bestimmt, daß die Religion keinen Einfluß auf die Besetzung der Staatsämter haben soll. Ferner wird allen Bürgern Rede-, Versammlungs-, Vereinigungs-, Bewegungs-, Siedlungs-, Gewerbe- und Eigentumsfreiheit gewährt.

Sehr wichtig ist Artikel 23 der Verfassung über die kulturellen Rechte der Minderheiten. Sie dürfen Schulen errichten, die bei der Gewährung staatlicher Hilfen nicht benachteiligt werden sollen. Andrerseits dürfen Angehörige der Minderheiten, der religiösen sowohl wie der übrigen, in den Staatsschulen nicht zurückgesetzt werden

Katholisches Radio Japan

Während in Deutschland die Pläne zur Errichtung eines katholischen Senders infolge zahlloser Hemmungen von seiten verschiedenster Behörden immer wieder vereitelt werden, wird das katholische Japan, dank der großzügigsten Unterstützung durch die Amerikaner, noch im Laufe dieses Jahres nicht nur über einen Sender, sondern über ein ganzes System von Stationen verfügen. Zunächst wird ein Sender in Tokio errichtet, der am 15. August, dem 400. Jahrestage der Ankunft des heiligen Franz Xaver, in Betrieb genommen werden wird. Es handelt sich um einen verhältnismäßig kleinen Sender mit einem Aktionsradius von 120 km. Dafür aber werden unmittelbar im Anschluß an dieses Projekt weitere Stationen in zehn japanischen Städten in Angriff genommen, so daß praktisch das ganze Land in Hörweite katholischer Sender kommt.

Maronitische Kirche auf Zypern

Der Bischof der maronitischen Kirche auf Zypern, Msgr. Ayub, ist kürzlich in Rom gewesen und vom Hl. Vater empfangen worden. Dieser Bischof gehört zu den fortschrittlichsten Kirchenfürsten im Nahen Osten. Er stammt aus Syrien, studierte am Orientalischen Seminar der St. Josephs-Universität in Beirut und wurde dort 1925 zum Priester geweiht. Nach einer Informationsreise durch Italien, Frankreich, Belgien, Holland und die Schweiz gründete er bereits im Jahre 1937 in Aleppo eine katholische Arbeiterbewegung und eine JOC. Seit 1942 ist er Bischof von Zypern.

Die maronitische Gemeinde von Zypern zählt heute nur 2500 Seelen. Sie ist zwar die größte katholische Gemeinde auf der Insel, aber doch nur eine unbedeutende Minderheit gegenüber den nichtkatholischen Gemeinden Zyperns: dort leben 250 000 griechisch-orthodoxe Christen und 60 000 Mohammedaner.

Zu der maronitischen Diözese von Zypern gehören außer den Gläubigen auf der Insel auch die Maroniten des Libanon, insgesamt 23 000 Seelen, die sich auf 82 Pfarren mit 95 Priestern verteilen. Von den letzteren gehören 19 einem Orden an, die übrigen sind Weltgeistliche. In den Gemeinden des Libanon leben neben den Maroniten 13 000 Orthodoxe, 5000 Mohammedaner und Drusen, 2000 Protestanten und 281 Juden.

Die Diözese hat im Augenblick 28 Seminaristen; ihren Stolz bilden ihre 61 Schulen mit rund 3000 Schülern.

Ökumenische Nachrichten

Yves Congar zur Gebetswoche für die Einheit der Kirche

P. Yves Congar OP, der berühmte französische Theologe, auf dessen Wirken für die Einheit im Glauben wir schon des öfteren hingewiesen haben, veröffentlichte aus Anlaß der Gebetswoche für die Einheit der Kirche in „Témoignage Chrétien" folgende Betrachtung:

„Viele unserer getrennten Brüder fragen sich jetzt, da sie feststellen müssen, daß die Haltung des Heiligen Stuhles gegenüber der ökumenischen Bewegung und vor allem gegenüber ihren großen Konferenzen (Amsterdam) immer ablehnend gewesen ist: All diese freimütigen und wohlwollenden Kontakte mit Katholiken, die Zusammenkünfte, auf denen wir uns sehr wohl befunden haben und bei denen wir eine wahrhafte Freude empfanden, einen wirklichen geistlichen Nutzen, all die brüderlichen Vorschläge so vieler Wochen für die Einheit der Kirche, ist all dies aufrichtig, kann man sich tatsächlich darauf verlassen?

Ihrerseits fragen sich viele eifrige Katholiken, die ihrer Kirche treu sind und auf denen auch nicht der Schatten eines Verdachtes zum mindesten einer bewußten und wissentlichen Abweichung von ihrer Lehre liegt, ob ihre Bemühungen für die Einheit auf dem Wege einer gegenseitigen, von jedem Proselytismus freien Verständigung ein richtiges Mittel seien, der Sache zu dienen, der sie sich gewidmet haben. Ist es nicht ein Wahn, so denken sie, eine unmögliche Übereinstimmung zu suchen, denn, um nur diesen Punkt zu berühren, die Katholische Kirche wird niemals auf das Dogma vom Papsttum verzichten, während der orthodoxe Osten oder der abendländische Protestantismus das Papsttum als Dogma niemals zugeben werden. Das Hindernis ist unüberwindlich.

Ich möchte unseren getrennten Brüdern mit einer Aufrichtigkeit, an der nichts ihnen erlauben sollte zu zweifeln, sagen: die Vorschläge und die Haltung unserer Wochen für die Einheit der Kirche sind aufrichtig. Die Versammlungen, die mit der Zustimmung, dem Segen und sehr häufig in Gegenwart unserer Bischöfe abgehalten werden, lügen nicht. Aus all dem spricht wahrhaftig die Seele immer zahlreicherer Katholiken, die, obwohl sie nur einzelne Gläubige sind und keineswegs im Namen der Kirche zu sprechen vorgeben, doch nie davon ablassen werden, in gesegneter Gemeinschaft mit ihr zu leben, und die sie also trotzdem bis zu einem gewissen Grad repräsentieren.

Denselben getrennten Brüdern und den Katholiken, die in Versuchung stehen, sich entmutigen zu lassen, möchte ich weiter sagen: die Hindernisse, denen wir auf unserem Wege zu jenem Ziel in der Zukunft begegnen, in der wir uns im Lichte treffen werden, sind für uns alle eine harte Prüfung. Aber sie sind auf ihre Weise ein Gnadenerweis dessen, dessen Name Wahrheit sowohl wie Liebe ist. Denn selbst das unüberwindlich scheinende Hindernis kann und soll dazu dienen, uns zu einer noch ernsteren Haltung gegenüber der Wahrheit und zu einer heilsamen Vertiefung zu zwingen. Nichts Großes läßt sich ohne Schwierigkeiten gewinnen, ob das nun auf dem Gebiete des Sittlichen oder in der Ordnung des Geistes, d. h. im Bezirk unserer Beziehungen zu Gott sei. Wir erreichen die wesentlichen Regionen erst, nachdem wir durch zu-

erst unüberwindlich erscheinende Hindernisse dazu gezwungen worden sind, tiefer zu gehen. In dieser Hinsicht soll das Hindernis gesegnet sein, das uns daran hindert, der Gefahr oberflächlicher Lösungsversuche zum Opfer zu fallen und zu glauben, daß alles mit einem bißchen guten Willen schon gut gehen würde.

Ja es wäre sogar vergeblich zu glauben, daß „alle Gegensätze" überwunden oder aufgelöst werden könnten, selbst um den Preis einer sehr ernsthaften Vertiefung, zu der das Hindernis uns gezwungen hat. So zu denken heißt zu glauben, daß es keine Irrtümer in der Welt gäbe, keine Häresien, daß es nur Mißverständnisse und zwar oberflächliche Mißverständnisse gäbe. Gewisse oberflächliche und schnellebige Darstellungen des ökumenischen Gedankens könnten dazu verleiten, so zu denken. Aber in Wirklichkeit existieren tatsächlich unauflösbare Gegensätze, weil sich in ihnen der Gegensatz des Irrtums zur Wahrheit zeigt. In dieser Hinsicht und genau in diesem Maße wird die Einheit immer einen Verzicht bedeuten müssen, daß man den Irrtum aufgibt und daß man sich zur Wahrheit bekennt, daß man sich durch eine unbedingte Unterwerfung mit der Kirche vereint, in der der apostolische Schatz der Wahrheit ruht.

Aber es gibt unter den Christen einige Gegensätze, die tatsächlich nur scheinbar oder oberflächlich sind, selbst wenn diese Oberfläche sehr dicht ist und undurchdringlich scheint. Je mehr die Kenntnis der östlichen Orthodoxie oder der Reform vertieft wird, desto mehr ist man geneigt zu denken, daß das Gebiet dieser Gegensätze, die sich zu einem ziemlich großen Teil auf ungenügend bewiesene und vertiefte Positionen beziehen, von erheblicher Größe ist. In dieser Hinsicht scheint der Gedanke der Wiedervereinigung nach einer langen Arbeit gegenseitiger sehr freimütiger, von Vertrauen erfüllter und vertiefter Erklärungen, Reinigung und Vertiefung der Positionen auf beiden Seiten, Rückkehr zu den reinen Quellen, kurz nach einer Arbeit an der Wahrheit, die im Geiste der Demut, der Liebe und der absoluten Selbstlosigkeit geleistet wird, zu verlangen. Eine solche Arbeit könnte man den Weg zu einem wahren Ökumenismus nennen.

Es ist klar, daß sie nicht von allen geleistet werden kann, denn die geistige Anstrengung, die sie fordert, setzt eine sehr gründliche Kompetenz und auch besondere Arbeitsbedingungen voraus. Sie ist eine Arbeit, die, wenn man so will, derjenigen der Fachleute in den Wirtschafts- oder Friedensorganisationen entspricht.

Aber der Friede hängt letzten Endes vom Friedenswillen, von der Zustimmung der Völker zum Frieden ab. Und sind nicht in der Kirche wie auch überall anderswo wir selber das Volk?"

Der evangelische Christ und die römische Kirche

Über das Thema „Der evangelische Christ und die römische Kirche" (vor gemeinsamen Aufgaben und Problemen) veröffentlicht die evangelische Wochenschrift „Christ und Welt" vom 3. 2. 1949 einen Aufsatz, der Dr. Hans Asmussen zugeschrieben wird. Anknüpfend an die gemeinsamen Anfechtungen zu Zeiten Hitlers, die in anderer Form im Osten noch andauern, weist der Verfasser darauf hin, daß „seit einem Jahrhundert" die katholische Belletristik in Deutschland interkonfessionell ist. Evangelische Christen hören in Reinhold Schneider, Gertrud von Le Fort und Bergengruen die Stimme des Guten Hirten. Es ist weiter eine Tatsache, daß die evangelische Theologie in katholischen Ländern hörbar geworden ist — und umgekehrt. Es ist endlich offenkundig, daß in beiden Kirchen die praktischen Aufgaben immer gleichförmiger werden. Diese letzteren Gedanken erläutert der Verfasser anhand eines Berichtes über die Arbeit der Mission de France, an den er die Bemerkung anknüpft: „Wenn man diesen Bericht liest, sieht man fast auf allen Stufen Bilder aus der deutschen evangelischen Christenheit vor sich". Angesichts dieser Parallelität der Bewegungen warnt er die evangelischen Kirchenmänner und Gemeindemitglieder davor, die Fragen der römisch-katholischen Kirche weiterhin für Tabu zu erklären und schließt dann:

„Auf diese Weise wird uns nicht geholfen. Je ungerechter unsere Urteile über den anderen sind, desto mehr fördern wir die Konversion. Je weniger offen wir über die Dinge reden, desto mehr geben wir der anderen Kirche Recht. Wenn wir nicht fähig oder zu stolz oder zu ängstlich oder zu dickköpfig sind, vom anderen zu lernen, was ihm an Gabe geschenkt ist, dann haben wir es verdient, daß massenweise konvertiert wird. Wer zum Beispiel meint, die katholische Schule des Betens ignorieren oder verspotten zu können, der hat sich schon ins Unrecht gesetzt. Und Entsprechendes gilt für die andere Seite. Bei der Entscheidung, welche der vielen Kirchen die rechte ist, spielt auch die Frage eine entscheidende Rolle: „Wo lerne ich am besten zu beten, zu büßen, zu glauben, zu leiden, heilig zu leben und selig zu sterben?" Das mögen die verantwortlichen Leitungen der Kirchen im Auge behalten! Die Menschheit ist an einen Punkt geführt, an dem sie ihre Seelen nicht mehr aufhalten läßt".

Um die Umbesinnung

Landesbischof Dr. Hanns Lilje von Hannover, der zweite Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, hielt in seiner Eigenschaft als Präsident des Zentralausschusses für die Innere Mission eine Ansprache, in der er unter anderem folgendes erklärte:

„Wir sind in Gefahr, daß unser Glaube das heroische Element verliert, ohne das es keinen wirklichen Glauben geben kann. Wir sind in Gefahr einer beschaulichen und selbstgenügsamen Frömmigkeit, die harmlos und behaglich wird, weil sie einer falschen Verbürgerlichung verfällt. Der äußere Stand der christlichen Kirche muß sich wahrscheinlich einer radikalen Umbesinnung unterwerfen. Ich habe im Augenblick kein besseres Wort, als daß ich von einem künftigen franziskanischen Christentum rede. Ich meine damit eine christliche Kirche, die sich zu der Armut in der Welt viel williger und freudiger bekennt und die nicht den Irrtum erweckt, als sei der langsame Abbau der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ein Thema, das sie wesentlich erregen müßte ...

„Eine ganz entscheidende Bewährung unserer Kirche muß sich vollziehen an der Frage, ob der Laie bei uns in der Kirche wirklich ernst genommen wird oder nicht. Es ist dies bei uns praktisch einer der schwächsten Punkte. Das ergibt sich schon daraus, daß wir so viel von ‚Laien' reden. An sich gibt es nicht den Ausdruck ‚Laie', sondern es gibt den Bibel-lesenden Christen. Der Bibel-lesende Christ ist der, der auf das Opfer und auf die Nachfolge Christi angesprochen werden kann. Und das ist im Grunde wieder ein Problem der Verkündigung. Es geht immer aus der gleichen Quelle, ob das Wort Gottes seine Wirkung getan hat."

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Der Papst über das Unrecht des Budapester Prozesses

Ansprache Seiner Heiligkeit Papst Pius XII.
an das Heilige Kollegium
(am 14. Februar 1949)

Ehrwürdige Brüder!

Wir haben Euch heute zu diesem heiligen, außerordentlichen Consistorium zusammengerufen, um Euch die schmerzliche Betrübnis Unseres Herzens zu eröffnen. Die Ursache dieser Betrübnis begreift Ihr wohl: es handelt sich um das schwerwiegende Vergehen, das nicht bloß Euer erlauchtes Collegium und nicht bloß die gesamte Kirche, sondern auch alle Verfechter der menschlichen Würde und Freiheit in empfindlicher Weise verletzt. Sobald Wir darum erfahren haben, daß Unser geliebter Sohn, der Kardinal der heiligen römischen Kirche, Joseph Mindszenty, Erzbischof von Esztergom, unter Außerachtlassung der seiner hohen religiösen Stellung gebührenden Ehrfurcht willkürlich in den Kerker geworfen wurde, haben Wir ein liebevolles Schreiben an die ehrwürdigen Brüder, die Erzbischöfe und Bischöfe Ungarns gerichtet, worin Wir gegen das der Kirche zugefügte Unrecht öffentlich und feierlich Einspruch erhoben haben, wie es Uns das Bewußtsein Unseres Amtes gebot.

Nachdem es nun aber bis zur äußersten Schmähung dieses so würdigen Kirchenvorstehers gekommen ist, daß er nämlich wie ein Übeltäter zum Zuchthaus verurteilt wurde, können Wir nicht umhin, jenen feierlichen Protest nochmals in Eurer Gegenwart zu wiederholen. Dazu bewegen Uns vor allem die heiligen Rechte der Religion, für deren Verfechtung und Verteidigung dieser wackere Anwalt des Heiligen unerschrocken und kraftvoll sich lange Zeit hindurch eingesetzt hat; dazu bewegt Uns außerdem auch die übereinstimmende und einmütige Auffassung der freien Nationen und Völker, die allenthalben sich sonnenklar geoffenbart hat, sei es in Worten, sei es durch Schriften, die auch von solchen veröffentlicht wurden, die eine öffentliche und amtliche Stellung einnehmen, ja selbst von solchen, die nicht des katholischen Glaubens sind.

Nicht im vollen Licht der Sonne aber, wie Ihr wißt, wurde die Sache dieses Kirchenfürsten verhandelt, der sich um die Wiederherstellung der Religion der Väter und der christlichen Sitten so sehr verdient gemacht hat. Es kamen nämlich Nachrichten, die zuerst die Gemüter mit ängstlicher Sorge erfüllten; denn wenn Personen aus anderen Nationen sich darum bewarben, nach Ungarn zu gehen, um dort dem Verlauf der Verhandlungen mit eigenen Augen folgen zu können, so erhielten sie — wenn es irgendwie den Anschein hatte, daß sie die Sache unparteiisch beurteilen und wahrheitsgemäß berichten würden — eine solche Absage, die nicht bloß bei diesen selbst, sondern auch bei den übrigen recht und rechtlich denkenden Männern die Meinung hervorrufen mußte, es gehe in Budapest um einen Prozeß, deren Urheber das Licht der Öffentlichkeit zu fürchten scheinen. Doch eine Rechtsprechung, die wirklich dieses Namens würdig sein will, geht nicht von vorgefaßten Meinungen aus und gründet sich nicht auf eine im voraus festgelegte Entschließung, sondern sie verlangt von sich aus eine freie Erörterung und gewährt jedem die geschuldete Denk-, Glaubens- und Redefreiheit.

Wiewohl aber die Dinge weder mit Sicherheit bekannt noch offen und vollgültig in Abrede gestellt wurden, glauben Wir doch den Hinweis auf das Urteil nicht unterlassen zu dürfen, das alle Gebildeten über diesen Prozeß gefällt haben: besonders den Hinweis auf den allzu raschen und darum verdächtigen Verlauf der Verhandlung; den Hinweis ferner auf die mit verfänglicher Schlauheit vorgebrachten Anklagen sowie auf den physischen Zustand dieses Erzbischofs, ein Zustand, der nicht begreiflich ist ohne geheime Einwirkungen, die zu nennen nicht angeht; erschien doch der mit seiner starken Natur und mit der Tätigkeit seines Lebens in der Vollkraft stehende Mann unversehens so schwach und geistig schwankend, daß sein Benehmen die Anklage nicht gegen ihn selbst, sondern gegen seine Ankläger und Verurteiler zu richten scheint.

Hierbei ist aber für alle dies Eine offensichtlich: Die Gerichtsverhandlung zielte in erster Linie darauf, die Katholische Kirche in Ungarn zu verwirren, nämlich in dem Sinne, wie die Heilige Schrift sagt: „Ich will den Hirten schlagen, dann werden sich die Schafe der Herde zerstreuen" (Mt. 26, 31).

Wenn Wir also dieses traurige Ereignis mit dem Ausdruck des Schmerzes verurteilen und es dem Gericht der öffentlichen Meinung und der Geschichte selbst gleichsam zur Beurteilung überweisen, tun Wir das, was sowohl die verletzten Rechte der Kirche wie auch die Würde der menschlichen Person selbst unbedingt fordert.

Ganz besonders glauben Wir auch dies erklären zu müssen: Es ist vollständig der Wahrheit entgegen, was im Verlauf dieses Prozesses behauptet wurde: daß nämlich die ganze Sache, um die es sich handelte, darauf zurückgehe, daß dieser Apostolische Stuhl aus politischem Machtwillen und Machtstreben Befehle und Weisungen gegen die Ungarische Republik und ihre Leiter gegeben hätte, und deshalb falle die ganze Sache und Verantwortung auf den gleichen Apostolischen Stuhl zurück.

Jedermann weiß ja, daß sich die Katholische Kirche nicht von irdischen Beweggründen leiten läßt, sondern jede Regierungsform zuläßt, sofern sie nur den göttlichen und menschlichen Rechten nicht widerspricht. Steht sie aber in Widerspruch mit ihnen, so müssen die Bischöfe und alle Gläubigen aus eigener Gewissenspflicht den ungerechten Gesetzen entgegentreten.

Inmitten dieser schweren Bedrängnis, ehrwürdige Brüder, entbehrten Wir jedoch nicht der himmlischen Tröstungen, die der Vater der Erbarmungen (vgl. 2 Kor. 1, 3) Uns zuteil werden ließ und die Unsern Schmerz gemildert haben. Wir empfingen sie vor allem beim Anblick des standhaften Glaubens der ungarischen Katholiken, die, obwohl in die schwierigsten Verhältnisse hineingestellt, wahrhaftig tun, was sie können, um die von den Vätern ererbte Religion zu schützen und die ruhmreichen Traditionen ihrer Vorfahren zu erneuern. Ebenso empfangen

Wir Trost aus dem unerschütterlichen väterlich in Unserem Herzen gehegten Vertrauen, daß die Bischöfe Ungarns stets in voller Einheit und mit unermüdlichem Eifer sich bemühen werden, die Freiheit der Kirche zu verteidigen, die Geschlossenheit der Gläubigen mit aller Kraft zu fördern und sie in jener Hoffnung aufzurichten, die, ausgehend vom Himmel und genährt von der göttlichen Gnade, weder durch traurige noch durch ungerechte Ereignisse dieses Lebens ausgelöscht oder geschwächt werden kann.

Ähnlich erhabene Tröstungen empfingen wir auch von Euch, ehrwürdige Brüder: Wir sahen Euch in dieser Entscheidungsstunde innigst mit Uns verbunden, an Unserm Schmerz teilnehmen und Eure Gebete mit den Unsrigen vereinen; desgleichen auch von den übrigen Kardinälen, von den Patriarchen, Erzbischöfen und Bischöfen der ganzen Welt, die im Verein mit Klerus und Volk flammende Schreiben und Telegramme an Uns gerichtet haben, in denen sie das der Kirche angetane Unrecht unter Protest zurückgewiesen und privat wie öffentlich Gott Fürbitten darzubringen versprochen haben.

Wir wünschen dringend, daß dies alle tun und nicht davon ablassen; sooft nämlich die katholische Sache von schweren Unwettern heimgesucht wird, die menschliche Kraft zu besiegen und zu überwinden nicht imstande ist, müssen wir voll Vertrauen unsere Zuflucht zum göttlichen Erlöser nehmen, der allein die stürmenden Wogen zu beschwichtigen und erneut friedliche Stille herbeizuführen vermag. Erheben wir daher alle unter dem mächtigen Schutz der jungfräulichen Gottesmutter unsere Gebete zu Gott, auf daß alle, die Verfolgung, Kerkerhaft und Qualen erdulden müssen, mit der notwendigen göttlichen Gnadenfülle und christlichen Tugendkraft gestärkt werden und jene, die die Freiheit der Kirche und die Rechte des menschlichen Gewissens widerrechtlich mit Füßen zu treten sich unterfangen, endlich einsehen mögen, daß eine Gemeinschaft unter Bürgern ohne Religion und mit Gott gleichsam im Exil keinen Bestand haben kann. In der Tat, nur die geheiligten Richtlinien der Religion vermögen Pflichten und Rechte der Bürger in gerechter Weise zu ordnen, die Grundlagen des Staates zu festigen und die Sitten der Menschen mit heilbringenden Grundsätzen zu durchdringen und zu wahrer Ordnung und Tugend hinanzuführen. Was der größte römische Redner bemerkte: „Ihr Oberpriester umwehrt mit der Religion die Stadt besser als es Schutzwälle vermögen" (Cic., De Nat. Deor., III, 40), bewahrheitet sich, angewandt auf die christlichen Gebote und den christlichen Glauben, in uneingeschränktem Maß. Das also mögen alle, denen die Dinge der öffentlichen Hand zur Leitung anvertraut sind, anerkennen. Es soll daher der Kirche überall die ihr zukommende Freiheit zurückgegeben werden, derart, daß sie, durch keinerlei Schranken behindert, mit ihrer heilbringenden Lehre die Herzen der Menschen erleuchten, die Jugend geordnet erziehen und zur Tugend anleiten, den geheiligten Charakter der Familie behaupten und das ganze menschliche Leben durchdringen kann. Durch diesen Einfluß erleidet die menschliche Gesellschaft gewiß keinen Schaden, sie zieht vielmehr reichsten Gewinn daraus. Sind die gegenseitigen sozialen Beziehungen in Gerechtigkeit und Billigkeit geregelt, die Lebensverhältnisse der Bedürftigen entsprechend gehoben und menschenwürdig gestaltet, die Zwistigkeiten endlich besänftigt und die Herzen in brüderlicher Liebe befriedet —, dann, ehrwürdige Brüder, werden in der Tat für alle Völker und Nationen bessere Zeiten anheben, wie Wir es sehnlichst wünschen und in innigem Beten erflehen.

Das, ehrwürdige Brüder, wollten Wir Euch in dieser wichtigen Zusammenkunft mitteilen, Euch, die ihr Uns bei der Regierung der Gesamtkirche mit Rat und Tat zur Seite steht.

Der Papst fordert zur Sühne des Frevels der Gotteshasser auf

Über die zu lesende Votivmesse zur Sühne des Frevels der Gotteshasser

Das Ringen zwischen Guten und Bösen, aus deren stets ineinandergreifenden Sitten und Taten die Geschichte des Menschengeschlechtes erwächst, hat noch selten oder vielleicht niemals so grauenvolle Formen angenommen wie in unserer Zeit.

Wohin immer Wir von dieser vatikanischen Warte aus den Blick auf den Erdkreis richten, haben Wir gewiß Grund zu hoher Bewunderung und Freude, wenn Wir die Reihen der Guten in einem Tugendglanze sehen, der vor allem durch den herrlichen Starkmut und Martyrergeist an die altehrwürdigen Zeiten der christlichen Religion erinnert; Wir werden anderseits aber auch mit Trauer und Weh erfüllt, wenn Wir gewahren, wie die Verkehrtheit der Bösen bis zu einer unglaublichen und bislang geradezu unerhörten Verwegenheit gestiegen ist. Es schaudert Uns, ehrwürdige Brüder, von dieser Untat zu sprechen, doch die Pflicht Unseres Apostolischen Amtes läßt uns nicht schweigen.

Die hochmütige Vernachlässigung und Verachtung des Göttlichen, die das erste Vergehen des Menschen bei seiner Übertretung des himmlischen Gebotes war und die aller Bosheiten trübste Quelle ist, schleicht und wütet in unseren Zeitläuften gleich einer verheerenden Krankheit fast überall auf Erden. Besonders in einigen Gegenden aber bringt sie durch ihre Verschwörung „gegen den Herrn und seinen Christus" (Ps. II. 2) wahrlich unzähliges Übel hervor: indem sie von Gott trennt, entkleidet sie den Menschen seiner geistigen Würde, macht ihn zum elenden Sklaven der körperhaften Dinge und ertötet in ihm bis zur letzten Wurzel alles, was Tugend, Liebe, Hoffnung und Schönheit des inneren Menschen ist; Wir sprechen von der Gottesleugnung, ja vom Gotteshaß.

In ihrer großen Hemmungslosigkeit greifen die Hasser des Namens Gottes zu allen erdenklichen Mitteln und Hilfen. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Radiowellen, Versammlungen, öffentliche Zusammenkünfte und private Unterredungen, Wissenszweige und Künste, alles muß ihnen dazu dienen, den Spott über heilige Dinge zu verbreiten. „Es stieg Rauch aus dem Schachte auf wie der Rauch aus einem gewaltigen Ofen, und Sonne und Luft wurden von dem Rauch aus dem Schacht verfinstert" (Apk. IX, 2). Wir meinen aber, ehrwürdige Brüder, daß dies nicht ohne das Treiben und die Machenschaften des

höllischen Feindes geschieht, dem es eigen ist, Gott zu hassen und den Menschen zu schaden.

Nichts soll darum euch und den Priestern sowie den eurer Sorge überwiesenen Gläubigen mehr am Herzen liegen als das Einstehen für die Rechte des Namens Gottes, den die Engelmächte in heiligem Schauer verehren. Unter dem Banner des hl. Erzengels Michael und mit seinem erneuten Streitruf: „Wer ist wie Gott?" sollt ihr den Verächtern und Schmähern der höchsten Majestät den festen Willen entgegensetzen, den Namen Gottes zu behaupten, zu lieben, zu verkünden.

Jene, die den Namen Gottes in solcher Verachtung herausfordern, machen sich nicht bloß eines schauderhaften Frevels schuldig, weil „der Haß Gottes am meisten Sünde gegen den Heiligen Geist ist" (S. Thomas, Summa Theol., 2—2, q XXXIV, art. 2 ad 1) und die schwersten Strafen auf sie herabzieht, sie zeigen auch offensichtlich ihre große Undankbarkeit. Was wäre denn notwendiger und heilbringender als die Anbetung und Verehrung Gottes? Unser ganzes leibseelisches Dasein, die Anlagen und Kräfte unseres Geistes kommen von ihm; das Licht der Sonne, die Luft, die Früchte der Erde, die Nahrung, die Annehmlichkeiten des Lebens und, was wichtiger ist, die himmlische Gnade, die Mittel der Heiligung, die Wahrheit und das Heil sind uns von ihm geschenkt. Jedes Gut, das wir haben, ist seine Gabe.

„O wie gut und mild, o Herr, ist dein Geist in allem" (Weish., XII, 1). „Du aber, unser Gott, bist gütig und getreu, langmütig und das All gar mild regierend" (Ibid. XV, 1). Er ist nicht fern einem jeden von uns, „denn in ihm leben wir, bewegen wir uns und sind" (Apg. XVII, 28). Er ist voll Weisheit und Erbarmen, wenn er uns linde tröstet und wenn er uns geißelnd bessern will. Sooft er uns aber straft, leiden wir mit Recht, denn „wir empfangen die gerechte Strafe für unsere Taten" (Luk. XX, 41) und nach der Absicht der himmlischen Vorsehung wird selbst der Schmerz zur Tugendschule und zur fruchtbaren Saat eines immerwährenden Glückes. Für wen aber Gott Besitz und Erbe ist, für den bedeuten günstige oder widrige Verhältnisse wenig und, wenn er nur Gott nicht verloren hat, ist nichts für verloren zu halten.

Noch ein weiteres Heil bringt die Gottesliebe den Menschen, während die Abkehr von ihm unselige Dinge zeitigt. Wer hätte nicht Furcht und Abscheu vor Streitigkeiten, Zwistigkeiten der Bürger, kriegerischen Zusammenstößen, die in Zukunft infolge der Gewalt neuer Waffen äußerst verheerend sein werden? Zu deren Fernhaltung begrüßen und loben Wir die Bemühungen, die dahin gehen, daß die Staaten durch immer fester geschlungene Bande zu einem Bund zusammenwachsen.

Ein solches Beginnen bricht aber leicht zusammen und ist auf lockeren Sand gegründet, wenn nicht überall auf Erden der Sinn für die brüderliche Verbundenheit aller herrscht, der das gegenseitig gegebene und empfangene Treuwort heilig und unverbrüchlich macht, die Verträge stützt und die Gemeinschaften festigt. Nun beweisen aber Erfahrung und Leben ganz offenbar, daß die Menschen untereinander sich nicht als Brüder fühlen, wenn sie nicht alle sich als Kinder des gleichen Vaters fühlen. Nimmt man die Ehrfurcht vor dem höchsten Gesetzgeber und göttlichen Richter weg, dann bleiben Recht und Unrecht bloße Worte; dann wird das Sittengesetz beiseitegelassen; dann wagt und unternimmt gierige Bosheit jeglichen Frevel, wenn nichts zu fürchten ist; dann stürzen sich wie Ungeheuer in gegenseitigem Morden die Menschen aufeinander, deren einzige und so erbärmliche Genugtuung darin besteht, zu wüten und den Lüsten zu frönen. Zu unserem Besten gereicht nur das, was Gott dient. So soll im Bereiche eines reinen Gewissens mit aller Kraft und Sorgfalt der Name des gegenwärtigen und liebenden Gottes geehrt werden, denn der Weg zu wachsender Tugend und herrlichem Fortschritt besteht darin, daß wir von den äußeren Dingen uns zu inneren wenden und von diesen, ohne zu flüchten, zu den überirdischen aufsteigen.

Mit Gottes trauter Gegenwart werde das Gedächtnis erfüllt, der Verstand erleuchtet, das Herz erfreut und der Wille gestärkt zum reinen, rührigen und frommen Handeln: „denn dich (nämlich Gott) zu erkennen, ist vollkommene Gerechtigkeit" (Weish. XV, 3). Allen, die von den Wegen der Gerechtigkeit abirren, soll durch Gebet, durch Wort und Werk und vor allem durch ein Leben, in dem das Bild der Güte des Vaters aufleuchtet, Ansporn erwirkt werden, daß sie ihre Schuld bereuen und wieder gutmachen. Die Sünder sollen wieder an den so gütigen Vater denken, „der den verlorenen Sohn zurückruft, den nach der Not reuig Gewordenen gerne aufnimmt, ein fettes Kalb opfert und seine Freude in einem Festmahl zum Ausdruck bringt. Warum nicht? Hatte er doch den Sohn gefunden, den er verloren hatte, und war ihm doch der noch teurer geworden, den er gewonnen hatte. Wen sollen wir unter diesem Vater verstehen? Sicherlich Gott: niemand ist ja so sehr Vater, und so gütig niemand" (Tertullianus, De poenit., 8; ML. I. 1353). Wer im Glauben stark und an Gütern des religiösen Lebens reich ist, der muß diese Schätze, soweit möglich auch den anderen mitteilen.

Wir haben nun ein mächtiges Mittel, um diesen religiösen Eifer mehr zu wecken und um dem frevelhaften Treiben der Gotteshasser, womit unsere Zeit besudelt wird, einen Damm und ein Heilmittel entgegenzustellen. Was vermöchten nicht die Gebete? Was vermöchte nicht die Bitte, die im Namen Christi von einem unschuldigen oder reuigen Herzen ausgesprochen wird, stark durch die Kraft des Vertrauens, begleitet vom Gefolge guter Werke? „Das Gebet ist die Mauer des Glaubens, unsere Wehr und Waffe gegen den Feind, der uns allenthalben belauert" (Tertullianus, De oratione, XXIX; ML. I, 1304). Doch alles, was religiöse Huldigung und Übung ist, tritt zurück hinter dem eucharistischen Opfer, das in unblutiger Weise die blutige Hinopferung Christi am Kreuze fortsetzt und deren reichste Heilsfrüchte den Menschen zuleitet. Da wird der himmlische und ewige Vater geehrt, um Verzeihung gebeten und versöhnt durch das kostbare Blut des makellosen Lammes, dessen Stimme wirksamer ist als die Stimme des unschuldigen Blutes des Abel und aller Gerechten, da es unendliche Würde und Kraft besitzt; von uns genommen, wird es für uns vom Sohne Gottes selbst dargebracht, bewirkt es uns Frieden und Versöhnung, schenkt es unerschöpflich jegliche himmlische Gabe. „Wenn durch unsere Schuld wir reizen / unseres Richters Rachestrahl, / möge uns dann Schutz verleihen / dieses heil'gen Blutes Ruf / und es möge von uns weichen / aller drohenden Übel Heer" (Hymnus der ersten Vesper am Fest des kos'b. Blutes J. O.). Als „wahres Sühnopfer" (Conc. Trid.) wird es auch wirksam dargebracht „für die Sünden, Strafen, Genugtuungen und die übrigen Nöte" (Conc. Trid.).

Wenn also die Gottesleugnung und der Haß gegen Gott eine ungeheure Schuld ist, wodurch das gegenwärtige Jahrhundert entstellt wird und weswegen es nicht ohne Grund erschreckende Strafen zu fürchten hat, so können wir durch das Bad des Blutes Christi, das der Kelch des Neuen Bundes enthält, den entsetzlichen Frevel gutmachen, dessen Folgen nach erlangter Verzeihung für die Schuldigen beseitigen und der Kirche einen herrlichen Triumph bereiten.

Indem Wir dies bedachten und in Unserem Geist erwogen, schien es Uns angebracht, Euch und allen Priestern zu erlauben und Euch selbst zu ermahnen, daß Ihr am Passionssonntag dieses Jahres *eine zweite heilige Messe* — als Votivmesse für die Nachlassung der Sünden — nach Unserer Meinung darbringt, wenn die heilige Messe nicht nach Meinung des Bischofs oder für das Volk gelesen werden muß. Wer aber aus irgendeinem Grunde nicht von diesem Privileg Gebrauch macht, der soll die Messe jenes Sonntags lesen und wenigstens Unsere soeben erklärten Wünsche im eucharistischen Opfer innig Gott empfehlen. Die Gläubigen aber, die gemäß der gegenseitigen Verbundenheit der Glieder des mystischen Leibes Christi stets an Trauer und Freude der Kirche teilnehmen müssen, sollen, von Euch aufgefordert, möglichst zahlreich am gleichen Sonntag sich um die Altäre scharen, sollen in gleicher Weise den Ernst und die Wichtigkeit der Sache bedenken, mit brennenderem Eifer Gott beschwören und anflehen und sich in geschlossener Reihe mit dem himmlischen Brote stärken.

Wir zweifeln nicht, daß Ihr Unserem Wunsch mit größter Ehrfurcht und Frömmigkeit erfüllen und zugleich Bitten und Gebete Gott darbringen werdet, daß er nach Tilgung der Schuld und zur Gewährung des allgemeinen Verlangens nach Frieden durch das Wehen der himmlischen Liebe alles in Christus erneuere. Wir vertrauen fest, daß Unseren Wünschen gerne Genüge geschehe und Wir spenden Euch und den geliebten Priestern und Gläubigen, die Eurer Wachsamkeit anvertraut sind und die in der von Uns bezeichneten Aufgabe sich als Liebhaber der Brüder erweisen werden, den Apostolischen Segen als Pfand der Hilfe von oben.

Gegeben bei St. Peter in Rom, am 11. Februar des Jahres 1949, im zehnten Jahre Unseres Pontifikates.

Papst Pius XII.

Die Kirche in den Ländern

„Commovet populum“ (Lukas 23,5)

Der Sinn des Urteils über Kardinal Mindszenty

Kardinal Joseph Mindszenty, Fürstprimas von Ungarn und Erzbischof von Gran, ist am 8. Februar 1949 von einem Volksgericht in Budapest wegen Hochverrates, Verbrechens gegen das Gesetz zum Schutz des Staates und Devisenverbrechens zu lebenslänglichem Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und seines Vermögens verurteilt worden. Seine sechs Mitangeklagten wurden ebenfalls für schuldig befunden.

Der Staatsanwalt wie auch der Kardinal haben mit Erlaubnis des Gerichtes beim Landesrat der ungarischen Volksgerichte gegen das Urteil Revision eingelegt.

Warum ein Gerichtsverfahren?

Es hat einmal in der abendländischen Rechtsgeschichte eine Zeit gegeben, in der man jedes Urteil eines Gerichtes an der Begründung messen konnte, die das Gericht ihm mitgab. Im Tatbestand und im Gesetz hatte das Urteil seine Gründe, und es hatte keine Hintergründe. Diese Zeit der Geschichte gehört im östlichen und einem Teil des mittleren Europa der Vergangenheit an.

Wenn heute in diesen Ländern Prozesse der Regierung gegen Einzelne geführt werden, sogenannte Staatsprozesse also, hat man bei der Würdigung des Urteils von anderen Voraussetzungen auszugehen. Zwar gibt es auch in diesen Ländern Verfassungen, in denen gewisse Sätze über das Verhältnis zwischen der Staatsgewalt und den Bürgern enthalten sind. Allen solchen Verfassungen ist es aber gemeinsam, daß niemand aus ihnen ein Recht gegenüber der staatlichen Gewalt ableiten kann. Die Verfassungen sind nur als ideologisches Programm gemeint. In der realen Welt von Recht und Staat herrscht der ungeschriebene Grundsatz: Wenn der Staat befiehlt, hat der Bürger zu gehorchen. Noch ein Unterschied zwischen einst und jetzt muß bedacht werden. Die Befehlsgewalt des Staates in früheren Zeiten beschränkte sich auf das äußere Verhalten des Bürgers. Gedanken waren zollfrei. Heute verlangt die Staatsgewalt, daß der Bürger auch seine Gedanken, Gefühle und Stimmungen so einrichtet, wie es die Generallinie seiner Regierung verlangt. Da man jedoch die Gedankenwelt mit den gewöhnlichen Mitteln, die dem Staat zur Verfügung stehen, nicht erforschen kann, nimmt der Staat das Recht in Anspruch, die Gedanken seiner Bürger entweder zu interpretieren oder mit neuartigen psychologischen Künsten ans Tageslicht zu fördern. Hiergegen ist nichts einzuwenden, wenn der Mensch gemäß der Grundvoraussetzung jener sozialen Ideologie im Eigentum des Staates steht, wenn er also sein Sklave ist.

Man wird sich fragen müssen, warum der Staat unter solchen Umständen überhaupt gegen einen seiner Untertanen ein Gerichtsverfahren durchführt. Es entspricht doch viel mehr der wirklichen Lage, wenn er ihn durch eine Verwaltungsanordnung ins Gefängnis oder in den

Tod schickt, sofern es ihm notwendig scheint, ihn zu liquidieren. Wenn es kein Recht gibt, auf das man sich gegenüber dem Staate berufen kann, was soll dann ein Rechtsstreit zwischen dem Bürger und dem Anwalt des Staates vor einem Gerichtshof, dessen Aufgabe nur mehr im Vollzug einer Verwaltungsanordnung besteht? Was bedarf es einer Justiz, wenn in einem Lande ein Grundsatz gilt, wie ihn nach Lindley Frazer ein stellvertretender Stadtkommandant in Berlin am 30. 12. 1947 aussprach: „Wenn die russische Militärregierung jemanden vor Gericht stellt, dann ist es selbstverständlich, daß der Angeklagte verurteilt wird. Wir stellen nicht Leute vor Gericht, damit sie freigesprochen werden." (Zitiert nach „Kompaß" vom 13. 2. 49).

Die Antwort darauf ist nicht so schwierig. Kein Staat kann darauf verzichten, seine Macht zu demonstrieren. So lange die Menschen noch denken und fühlen, kann man sie nicht einfach aus- und ein- und umschalten wie Maschinen. Es ist notwendig, sich ihrer Gedanken und Gefühle zu bemächtigen. Nun gibt es aber kein eindrucksvolleres Mittel dafür als die Szenerie des Gerichts, das mit einer gewissen Feierlichkeit über Leben und Tod befindet. Die Gerichtsverhandlung ist der erhabenste Akt der staatlichen Liturgie. Wenn auch, wie ein ungarischer Minister sich ausdrückte, „ein neuer Gott nach Ungarn gekommen ist", so bedarf doch auch dieser neue Gott Ungarns, eben der kommunistische Staat, einer Liturgie, einer symbolischen Verehrung, wenn auch nur, um das Volk in Scheu oder in Schrecken zu halten. Nur zwei Menschengruppen imponiert dieser Nimbus des Staates nicht: denjenigen, die ihn inszenieren, und den anderen, die das Spiel durchschauen. Aber auch unter diesen Wissenden sind viele, auf die es Eindruck macht.

Außerdem gibt es gegenwärtig noch einen Teil der Welt, der jenem Gefüge allmächtiger Staaten entzogen ist. Das Ausland kann bei politischen Handlungen von großer Tragweite nicht ganz übergangen werden und zwar aus zwei Gründen. Erstens ist der Verkehr der Regierungen untereinander in Friedenszeiten nur möglich, wenn in ihren Staaten gewisse Förmlichkeiten innegehalten werden, die es möglich machen, daß man sich gegenseitig wenigstens äußerlich respektiert. Die Beseitigung einer hervorragenden Persönlichkeit ohne Gerichtsverfahren z. B. würde eine Regierung, die das zu tun wagte, formell kompromittieren. Gibt sie sich aber den Schein des Rechtes, dann darf sie darauf rechnen, daß jenes Ausland in seiner tief eingewurzelten Ehrfurcht vor der Erhabenheit alles dessen, was ihm als Gesetz und Recht entgegentritt, entwaffnet ist, auch wenn ihm eine politische Ungeheuerlichkeit im Namen des Rechtes präsentiert wird.

Darauf aber stützt sich, was man als das entscheidende Charakteristikum der Prozesse des totalitären Staates ansehen muß: Ein Staat, der über den Menschen ganz und gar gebieten will, ist gezwungen, seine Gegner zu vernichten. Diese Vernichtung ist nicht vollständig, wenn sie sich darauf beschränkt, ihnen das Leben oder die Freiheit zu nehmen. Sie wird vollendet, wenn die moralische Persönlichkeit vernichtet wird. Hierzu gibt es nur ein Mittel: die Justiz, die das Opfer oder den Märtyrer in einen Verbrecher verwandelt.

Nach diesen Überlegungen ist das Urteil über Kardinal Mindszenty zweckmäßig im Rahmen folgender Fragen zu behandeln:

1. Aus welchen Gründen glaubte die Regierung, Kardinal Mindszenty beseitigen zu sollen?
2. Wie handhabte sie das Mittel der Justiz?
3. Welche Wirkungen erzielte sie im In- und Ausland?

I.

Chronik der Ereignisse

Wir geben nach „Témoignage Chrétien" (11. 2. 49) eine Chronik der Ereignisse, die der Verhaftung vorausgingen:

Februar 1948: Der Erziehungsminister lobt die Arbeit der kirchlichen Schulen, was man als schlechtes Omen auffaßt.

April 1948: Die Regierung deutet an, daß sie die kirchlichen Schulen nationalisieren wolle, um sie mit dem „modernen Gedankengut" in Übereinstimmung zu bringen. Der Kommunistenführer Rakosi erklärt „ein Übereinkommen zur Regelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat" für das dringendste Problem.

16. Mai 1948: Kardinal Mindszenty erläßt einen Hirtenbrief, in dem er die Katholiken auffordert, gegenüber der Verstaatlichung der Schulen standhaft zu sein.

23. Mai: 2. Hirtenbrief: Die Kirche sucht nicht und hat auch niemals einen Zwist mit der Regierung gesucht. Aber sie kann in der Schulfrage nicht nachgeben.

30. Mai: 3. Hirtenbrief: „Der Augenblick, Zeugnis zu geben, ist gekommen".

14. Juni: Das Nationalisierungsgesetz tritt am 19. in Kraft. Auf Anweisung des Kardinals läuten an diesem Tag die Glocken im ganzen Land.

3. Juli: Der Kardinal exkommuniziert die Minister, die das Gesetz erlassen haben.

10. Juli: Aufruf des Kardinals an die Bischöfe der ganzen Welt: „Wenn Ungarn dem Marxismus unterliegt, wird die Freiheit des größten Teiles von Europa darunter leiden."

23. Juli: Zahlreiche Priester und Ordensleute werden wegen antidemokratischen Verhaltens zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

August: Der „spontane Feldzug" gegen den Kardinal verbreitet sich über das Land, in der Presse und im Radio.

16. November: Botschaft des Kardinals: „Wir haben die Regierung aufgefordert, diejenigen unsrer Briefe zu veröffentlichen, über die sie sich beklagt und sie dem Gericht der öffentlichen Meinung des Landes und der Welt zu unterwerfen. Sie hat sich wohl gehütet, es zu tun und zieht es vor, auf sehr vagen Verallgemeinerungen zu bestehen. Wir haben manches Mal unsre Bereitschaft ausgedrückt, Unterhandlungen zu führen ... Natürlich wälzt man auf die Kirche die Verantwortung für diese Mißverständnisse ... Niemals sind meine 78 Vorgänger mit soviel Lüge, soviel tendenziösen Beschuldigungen, die tausendmal wiederholt und mit Hartnäckigkeit immer wieder proklamiert wurden, überschüttet worden."

20. November: Im („spontanen") Feldzug gegen den Kardinal fordert man seine Verhaftung.

21. November: Verhaftung des Sekretärs des Kardinals, Msgr. Zakar.

17. Dezember: Der Kardinal erklärt im voraus jedes „Bekenntnis, das man ihm erpressen könnte für null und nichtig."

23. Dezember: Haussuchung im erzbischöflichen Palais.

26. Dezember: Verhaftung um 8 Uhr abends.

3. Februar 1949: Beginn des Prozesses.

8. Februar 1949: Das Urteil ist gesprochen: Lebenslängliches Zuchthaus.

Bei Betrachtung dieser Chronik stellt sich die Verhaftung dar als Höhepunkt einer Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche, wie sie nicht zum erstenmal in der Geschichte vor sich geht. Im Mittelpunkt des Streites standen die katholischen Schulen, daneben jedoch eine Reihe anderer kirchlicher Freiheiten. Wie es um die Kirche in Ungarn am Jahresende bestellt war, zeigt eine Denkschrift, die von der christlichen ungarischen Volksbewegung zu diesem Zeitpunkt an die UN gerichtet wurde. Ihre Angaben, durch viele andere Informationen bestätigt, wurden vom Führer der Bewegung, Kozy Horvath in diesen Worten zusammengefaßt: „Die hervorstechenden Tatsachen der Verfolgung der ungarischen katholischen Kirche sind folgende: In dem Augenblick, da das kommunistische Regime, um das Ausland zu täuschen sich der Kultusfreiheit rühmte, beraubte es die Kirche ihrer Presse und aller Propagandamittel. Alle katholischen Organisationen wurden aufgelöst, alle kirchlichen Schulen und Internate konfisziert. Die karitative Tätigkeit der Kirche wurde untersagt. Auf Grund falscher Anklagen wurden mehrere hundert Priester und Ordensleute verhaftet, deportiert oder ermordet. Tausende und tausende von Gläubigen verloren ihre Stelle oder wurden ins Gefängnis geworfen, weil sie offen ihre religiösen Überzeugungen bekannten."

Der Episkopat vor der Entscheidung

Die Bischöfe Ungarns standen vor der Frage, wie sie sich in dieser Lage verhalten sollten. Mehrfach sind aus Ungarn Nachrichten gekommen, die von einer Uneinigkeit des Episkopates berichteten. Kardinal Mindszenty sei intransigent gewesen, Erzbischof Csapik in Erlau habe sich von einer konzilianten Haltung mehr versprochen. Was wir mit Sicherheit wissen, ist zunächst einmal, daß die Bischöfe in ihrer Gesamtheit auf einer Konferenz am 3. November dem Kardinal ihr Vertrauen aussprachen (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 4, S. 170). Zweitens wissen wir, daß sie auf einer späteren, der letzten Konferenz unter seinem Vorsitz, am 14. Dezember, in einer gemeinsamen Erklärung zu den Vorwürfen, die man ihnen machte, folgende Stellung nahmen:
„Hinsichtlich der Anschuldigungen, der Kardinal-Primas habe sich jeder Handlung und Initiative der ungarischen Demokratie, sowie jeder Verhandlung zwischen dem Staat und der Kirche widersetzt, beweisen die Tatsachen folgendes:

1. Gemeinsam mit der Gesamtheit der Bischöfe hat der Kardinal-Primas zu wiederholten Malen die Demokratie anerkannt und für sie Stellung genommen, gemäß der Proklamation von Papst Pius XII. an Weihnachten 1944. Deshalb kann diese Anschuldigung nicht standhalten, gleichgültig wie oft sie wiederholt wird.

2. Im Hinblick auf die Verstaatlichung der Rohstoffquellen des Landes hat weder der Kardinal-Primas noch der Episkopat öffentlich Stellung genommen. Deshalb können wir nicht verstehen, auf welcher Grundlage die Behauptung erhoben wird, daß er das frühere System wiederherstellen wolle.

3. Zur Frage der Agrarreform ist der Standpunkt der Kirche in verschiedenen Hirtenbriefen des Episkopates dargelegt worden und findet sich ausdrücklich ausgesprochen in einer Erklärung vom 17. November 1948, die in Verbindung mit einem Aufsatz in „The Economist" veröffentlicht wurde, und in der es heißt: „Die ungarische Kirche hat sich nicht, auch nicht ein einziges Mal gegen die kürzlich durchgeführte Agrarreform ausgesprochen". Im Mai 1945 hat der Episkopat in einem Hirtenbrief die Nutznießer der Landaufteilung gesegnet. In keinem Fall hat er verlangt, daß das bewirtschaftete Land zurückerstattet wurde, das unter diejenigen, die es bearbeiteten, verteilt worden war.

4. Der erste Artikel des Gesetzes von 1946 anerkannte die natürlichen und unveräußerlichen Rechte der Bürger. Niemand hat nach der Willkür des Hitlerschen Nazismus diese Rechte mit größerer Freude aufgenommen und begrüßt als der Kardinal-Primas und der Episkopat. Die ganze Nation und die ganze Welt können davon Zeugnis ablegen, daß diese Rechte von niemandem so oft und energisch verkündet und gefordert worden sind wie vom Kardinal-Primas, umso mehr als sie vollkommen übereinstimmen mit der oben erwähnten Demokratie.

5. Die ungarischen Katholiken sind fast tausend Jahre lang gute Ungarn gewesen unter der Monarchie, und sie werden auch unter der Demokratie gute Ungarn bleiben. Sie leben in der Republik und stehen in ständiger Fühlung mit ihren Einrichtungen. „Die Kirche mißbilligt keine einzige der verschiedenen Regierungsformen, wenn diese Formen fähig sind, dem Wohl der Bürger zu dienen." (Enzyklika Libertas praestantissimum Leos XIII. vom 20. Juni 1888). Angesichts dieser bemerkenswerten Elemente demokratischen Denkens und Wirklichkeitssinnes kann nicht behauptet werden, daß der Kardinal-Primas oder die Katholische Kirche sich zu irgendeiner Zeit oder in irgendeiner Hinsicht der Demokratie widersetzt haben.

Im Hinblick auf die weitere Anschuldigung sind die Beweise, die den Friedenswillen der ungarischen Kirche und des Kardinal-Primas von Ungarn bezeugen, in den Händen des Staates und der Kirche. Ebenso haben beide Parteien die Beweise zu ihrer Verfügung, daß der Kardinal-Primas auf direkte Bitten der Regierung persönlich im Dezember 1945 und im Februar 1946 mit dem Vatikan über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verhandelte, mit einem Resultat, das als befriedigend anerkannt wurde, und für das ihm die Regierung schriftlich dankte. Er traf die Vorbereitungen für ein Abkommen, sowohl in sachlicher wie in persönlicher Hinsicht. Weder der Vatikan noch der Kardinal-Primas von Ungarn können dafür verantwortlich gemacht werden, daß der Apostolische Nuntius nicht eintraf. Seine Ankunft würde gewiß eine wohltätige Wirkung auf die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen Kirche und Staat ausgeübt haben."

Die Einigkeit des ungarischen Episkopates vor der Außenwelt schließt nicht aus, daß die Bischöfe hinsichlich der Taktik gegenüber der Regierung verschiedene Auffassungen vertraten.

Ein nach Wien entkommener Sekretär Mindszentys, Paulus, hat, den Veröffentlichungen des „Tablet" (8. 1. 1949) zufolge, erklärt, bei der letzten Bischofskonferenz sei „nur eine schwache Opposition gegen seine (des Kardinals) unnachgiebige Haltung gegenüber der Regierung" vorhanden gewesen. Dieser Gewährsmann hat, um seine Erklärungen zu verdeutlichen, hinzugefügt, die kommuni-

stische Regierung Ungarns wende sich im Augenblick nicht gegen die Religion als solche. Sie versuche vielmehr, die Katholische Kirche Ungarns vom Heiligen Stuhl zu isolieren und in die abhängige Lage der orthodoxen Kirche zu bringen. Sie bemühe sich daher, eine „fünfte Kolonne" von Geistlichen gegen Kardinal Mindszenty zu schaffen und zu diesem Zweck Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Episkopates zu konstruieren. Was es damit auf sich hat, wird die Zukunft enthüllen. Kardinal Mindszenty vertrat jedenfalls den Standpunkt, es sei notwendig, gegenüber einer Regierung wie der, mit der er es zu tun hatte, kompromißlos für die Freiheit der Kirche einzutreten. Daß die Regierung diesen Standpunkt kannte, ist sicher. Daraus ergab sich, daß es ihr unmöglich war, ihren Plan zur Unterwerfung der Kirche zu verwirklichen, solange Mindszenty an ihrer Spitze stand.

Um zu begreifen, warum der Kardinal auf Verhandlungen und Vereinbarungen mit der Regierung, wiewohl er sie nicht zurückwies, keine Hoffnungen setzte, muß man sich die Entwicklung der Verhältnisse in Ungarn seit 1945 vergegenwärtigen.

Die Entwicklung seit Kriegsende

Im Frühjahr 1945 befreite die russische Armee Ungarn von der Herrschaft des Nationalsozialismus und der Pfeilkreuzlerbewegung. Mit den Russen hielt der Kommunismus seinen Einzug. Schon in seinem Hirtenbrief zu den Oktoberwahlen und in der Radioansprache am Silvesterabend 1945 war der neuernannte Primas in die Notwendigkeit versetzt, folgende Feststellung zu treffen: „Es ist keine Demokratie, wenn an die Stelle der schrankenlosen Willkürherrschaft des einen Menschen die Tyrannei eines anderen tritt. Und es ist ebensowenig Demokratie, wenn die maßlose, brutale Diktatur der einen Partei durch die noch maßlosere und noch brutalere Gewaltherrschaft einer anderen Partei abgelöst wird." Der Primas sagte weiter, die Bischöfe hätten schon im Mai jenes Jahres Bedenken gehabt, der Errichtung der ungarischen Demokratie zuzustimmen. Aber sie hätten darauf vertraut, das Gute werde sich durchsetzen, und die damals schon spürbaren Ausschreitungen seien Übergangserscheinungen. Die Bischöfe hätten lange zugesehen. Nun aber müßten sie das Volk auffordern, „seine Stimme nicht jener Richtung zu geben, welche eine neue Unterdrückung, eine neue Gewaltherrschaft, die Abschaffung der Naturgesetze auf ihr Programm geschrieben hat." Mindszenty ging auf einzelne Mißstände, Übergriffe und Gewalttaten ein. Er sprach auch von der Bodenreform, wobei er „den Geist der Rache" gegen die ehedem herrschende Gesellschaftsschicht geißelte und die Forderung erhob, daß die Bodenreform unter Innehaltung der grundlegenden Rechte, also gegen maßvolle Entschädigung, durchgeführt werde. Er schloß mit der Aufforderung: „Fürchtet euch nicht vor den Drohungen der Söhne der Bosheit! Es ist leichter, gegen eine Drohung aufzustehen, als auf jene Bahn zu treten, auf die gewissenlose Elemente das Volk drängen wollen. Zwang und Gewalt werden umso größer, je weniger Widerstand ihnen entgegengestellt wird. Es liegt in der Natur dieses Zwangssystems, daß man heute nur den Stimmzettel verlangt, morgen aber zwingt man dich unter Drohungen zu einer Arbeit, übermorgen in den Krieg und schließlich jagt man das ganze Volk in die Vernichtung hinein."

Diese Worte waren eine Kampfansage an den Kommunismus. Sie stützten tatsächlich, wenngleich Mindszenty sich mit einer bestimmten Partei nicht identifiziert hatte, die Partei der kleinen Landwirte, die mit 58% der Stimmen in der Wahl siegte. Nunmehr begann der Kampf der Kommunisten um die Macht, nun wurde der „spontane Volkszorn" inszeniert, der sich sowohl in Terrorakten aller Art und Einschüchterungsversuchen gegen jedermann wie ganz besonders in einem dreijährigen Verleumdungsfeldzug gegen denjenigen austobte, in dem die Kommunisten ganz mit Recht den geistigen Führer des Widerstandes erblickten. Mindszenty blieb ihnen die Antwort nicht schuldig, und seine Volkstümlichkeit wuchs mit der Hemmungslosigkeit der Angriffe, die man gegen ihn richtete. Er beschränkte sich nicht darauf, die Rechte und Freiheiten der Kirche zu vertreten, sondern trat zugleich für die verschiedensten Forderungen des Naturrechtes ein, wobei er gelegentlich wohl fast alle Punkte berührt hat, die etwa in der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen niedergelegt sind. Soweit es sich nicht um Fragen handelte, die unmittelbar die sittliche Ordnung betreffen, soweit er also den Boden der gewöhnlichen Politik betrat, soweit man also davon sprechen kann, daß er dem gegenwärtigen Regime politische Opposition bereitete und damit das Risiko auf sich nahm, als oppositioneller Politiker behandelt zu werden, ist das, was Gegenstand einer Anschuldigung sein kann, in den Budapester Prozeßakten enthalten und im Zusammenhang mit ihnen zu betrachten.

Religion oder Politik?

Im Laufe der Auseinandersetzungen über den Prozeß ist wiederholt die Frage aufgeworfen worden, ob Kardinal Mindszenty nicht tatsächlich sich auf einen Kampf mit der Regierung eingelassen habe, der durch seine kirchliche Stellung nicht unbedingt gefordert war. Eine solche Argumentation kommt der Deutung entgegen, die die ungarische Regierung dem Prozeß zu geben wünscht. Die Regierung hat ja mehr als einmal zum Ausdruck gebracht, es handle sich überhaupt nicht um das Verhältnis von Staat und Kirche, sondern um die politische Opposition des Kardinals, die sie selber als Verbrechen bezeichnet, und in der leider, wie noch zu zeigen sein wird, gewisse Kreise der westlichen Welt eine formale Berechtigung dafür erblicken, daß man Mindszenty den Prozeß machte.

Hiermit berühren wir den Kernpunkt des Problems. Kann es für einen Christen, gleichgültig ob er Laie, Priester oder Kardinal ist, überhaupt etwas anderes geben als Opposition gegen den Kommunismus in seiner Gesamtheit? Wer von Kardinal Mindszenty verlangt, daß er innerlich mit dem ungarischen System hätte einverstanden, oder daß er ihm gegenüber hätte neutral sein sollen, begibt sich damit bereits in den Bann der kommunistischen Logik. Einen Staat, der die Entrechtung des Menschen zum Zweck hat, kann man als Christ und als Mensch nur im ganzen ablehnen. Gegenüber einem solchen Staat handelt es sich nur noch darum, in welcher Form man seiner Opposition Ausdruck gibt. Das ist eine Frage der Zweckmäßigkeit und eine Frage des Gewissens. Der Primas von Ungarn hatte zu bedenken, daß er nicht nur Priester, auch nicht nur Bischof, sondern daß er Primas eines Volkes war, das in ihm auf Grund einer tausendjährigen Überlieferung das Gewissen der Nation sah. Wenn es daher heute in Europa und Amerika Leute

gibt, die diesem Manne post festum den Rat erteilen, er hätte sich auf seine bischöflichen Funktionen beschränken sollen, dann räumen sie dem Kommunismus genau die Chance ein, deren er bedarf, um die Völker wirklich zu unterjochen, dann leugnen sie gerade die Pflicht, deren Vernachlässigung den geistig führenden Deutschen in der Welt als Brandmal anhaftet: die Pflicht zum geistigen Widerstand gegen den Tyrannenstaat ohne Rücksicht auf die Folgen!

Wäre Mindszenty Bischof von Veszprem geblieben, säße er vermutlich noch heute auf dem bischöflichen Thron und nicht im Gefängnis. Er hätte dann nämlich nicht die Pflicht gehabt, dem ganzen Volk die Augen zu öffnen. Der Primas von Ungarn dagegen hatte nicht nur die römisch-katholische Kirche zu vertreten, die alt genug, erfahren genug und fest genug gefügt ist, um sich vor zeitweiligen Angreifern, wie wild sie sich auch gebärden mögen, in die Stille und in eine abwartende Haltung zurückzuziehen. Der Primas von Ungarn vertrat in diesem Falle, wenn es erlaubt ist so zu sagen, mehr als seine Kirche, er vertrat die Würde des Menschen, die Würde eines Volkes, die Würde der Menschheit gegen den Dämon des bolschewistischen Staates. Diese Verteidigung aber duldete und duldet keinen Aufschub, kein Schweigen und kein diplomatisches Spiel mehr. Hier von „Politik" zu sprechen, ist ein Beweis jener Blindheit, mit der die Götter schlagen, wen sie verderben wollen.

Wenn aber die Dinge so liegen, wenn es nicht zu vermeiden war, daß Mindszenty zum offenen Kampf antrat, liegt dann nicht doch ein Schatten über seinem Haupt? Wenn es so ist, wie wir die Dinge sehen, wenn gegenüber diesem System nichts anderes möglich war, als Widerstand um jeden Preis, ist es dann zu billigen, wenn Kardinal Mindszenty mit dem Episkopat die oben erwähnte Erklärung abgab, „daß der Kardinal-Primas und die Katholische Kirche sich nie und in keiner Beziehung der Demokratie widersetzt habe?" Lag nicht in einer solchen Erklärung eine Herausforderung, die kaum mehr überboten werden kann? Man muß wohl sagen: Ja! Nunmehr gab es für die „ungarische Demokratie" nur noch zwei Möglichkeiten: Rückzug oder Gewalt! Es war der Kardinal, der sie zur Wahl zwang. Aber es ist 2000 Jahre vor ihm ein Meister gewesen, der eine andere Regierung zur Wahl zwang. „Commovet populum!" (Lk. 23, 5). Dies war und dies ist der tiefste Grund, warum in Jerusalem und in Budapest ein Prozeß geführt wurde, dessen Ausgang schon zu Anfang feststand.

II.

Man scheut das Licht

Was Kardinal Mindszenty selbst von dem Prozeß erwartete, hat er kurz vor seiner Verhaftung in einer Erklärung niedergelegt, die durch den erwähnten Sekretär nach Wien gelangt ist. Es besteht kein innerer Grund, an ihrer Authentizität zu zweifeln. Mindszenty war gewiß nicht unbekannt mit den Mitteln, über welche die Justiz verfügt, um Angeklagte zu Geständnissen zu bringen. Er schrieb: „Ich habe an keiner Verschwörung teilgenommen. Ich habe kein Geständnis zu machen. Ich werde niemals abdanken. Sollte man trotzdem hören, ich hätte abgedankt oder gestanden, sollte man das sogar durch meine eigene Unterschrift beweisen, dann möge man das betrachten als ein Zeichen menschlicher Gebrechlichkeit. Ich erkläre es im voraus als null und nichtig."

Gleichzeitig mit dieser Erklärung wurden im Ausland Beweise dafür vorgelegt, daß die ungarische Justiz, die sich ja darin von der Justiz anderer Staaten nicht grundsätzlich unterscheidet, mit physischen und psychischen Mitteln arbeitet, um Angeklagte ihres Willens oder doch ihrer Widerstandsfähigkeit zu berauben und zu jedem beliebigen Geständnis zu zwingen. Es erübrigt sich, erneut darauf einzugehen, ob dem Kardinal gegenüber solche Mittel angewendet worden sind. Zwei Umstände sprechen, wie uns scheint, unwiderleglich dafür: erstens die Scheu vor dem Licht, mit der dieser Prozeß trotz seiner Publizität geführt wurde, zweitens die Veränderung oder, darf man sagen, die Spaltung der Persönlichkeit, die in Mindszentys Seele vor sich gegangen ist.

Beide Umstände werden durch eine Fülle von Tatsachen belegt, aus denen wir einige anführen, die weniger bekannt sind.

Abbé Gau, das französische Parlamentsmitglied, das von der Budapester Regierung eingeladen worden war, sich an Ort und Stelle von dem Beweismaterial gegen Kardinal Mindszenty zu überzeugen, hat der französischen Zeitung „La Croix" Informationen über den Hergang dieser Episode erteilt, die das Blatt am 25. 1. 1949 veröffentlichte, und aus denen hervorgeht, daß die Regierung sich vor objektiver Meinungsbildung fürchtete. Wir glauben, daß sie dazu Gründe gehabt haben wird.

In „La Croix" war zu lesen:

Am 31. Dezember bestieg Abbé Gau die Tribüne des Parlaments, um unter dem Beifall sämtlicher Abgeordneter mit Ausnahme der Kommunisten „gegen die verabscheuungswürdige Tat der ungarischen Regierung" feierlich zu protestieren. Sogleich wurde ihm vorgeworfen, er habe ohne Sachkenntnis gesprochen. Er erwiderte, er würde gern sich an Ort und Stelle informieren, wenn ihm die Gelegenheit geboten würde, mit dem Kardinal-Primas unter vier Augen zu sprechen. Am 6. Januar erhielt er eine Einladung der ungarischen Gesandtschaft in Paris, „an Ort und Stelle die Angelegenheit von Kardinal Mindszenty zu prüfen." In der Einladung war die Forderung Gau's, mit dem Kardinal zu sprechen, weder zugestanden noch abgelehnt. Gau antwortete telegraphisch, er nehme die Einladung „unter den gestellten Bedingungen" an. Am 11. Januar begab er sich zur Gesandtschaft. Der Gesandte Graf Karolyi bedauerte, daß die Reise von Abbé Gau bereits veröffentlicht sei und sagte, man befinde sich noch im Stadium der Vorbesprechungen. Er wolle auch Herrn Martin-Chauffier und eine andere Persönlichkeit einladen. (Martin-Chauffier ist ein politisch links orientierter Schriftsteller). Dieser sei z. Z. krank, und deshalb müsse die Reise verschoben werden.

Nun hatte jedermann das Gefühl, die Sache sei ins Wasser gefallen. Abbé Gau aber erinnerte am 18. und wieder am 24. Januar den Gesandten an seine Einladung. Er tat ein übriges und erklärte sich bereit, in Gegenwart von Zeugen der Regierung mit Mindszenty zu sprechen. Aber am 25. erklärte ihm der Gesandte, eine Unterredung mit Kardinal Mindszenty könne nicht stattfinden. In der Öffentlichkeit wurde das in Zusamenhang gebracht mit den Nachrichten von einem vierundachtzigstündigen Verhör des Kardinals. Ob das richtig ist oder nicht, die Regierung hielt eine Unterredung mit dem Gefangenen nicht für opportun. Abbé Gau gab daraufhin bekannt, er habe nicht die Absicht, als Tourist nach Budapest zu fahren, und wenn es sich nur darum handle, Dokumente einzu-

sehen, könne er das auch in Paris tun, nachdem ja die belastenden Dokumente im Gelbbuch der Regierung allgemein zugänglich gemacht worden seien. Martin-Chauffier aber erklärte am 26. Januar durch die Presse, er habe vom ungarischen Gesandten eine gegenteilige Zusicherung wie Gau erhalten. Er wüßte auch nicht, warum man nach Budapest fahren solle, wenn die fragliche Ermächtigung verweigert würde. Wie die Agentur France-Presse berichtet, sagte Abbé Gau nach der Verabschiedung vom ungarischen Gesandten, zu seinem Begleiter: „Die einzige Folgerung aus dieser Sache ist die, daß die ungarische Regierung das Licht scheut. Ihre Weigerung ist in den Augen der freien Menschen ein Geständnis."

Die Prozeßberichterstattung

Sodann steht fest, daß die Regierung sich gegen eine ihr ungelegene Berichterstattung über die Prozeßverhandlung sicherte. Ihre Sicherungen waren verschiedener Art. Zunächst beschränkte sie die Öffentlichkeit im Verhandlungssaal insofern, als sie sich selbst die Entscheidung vorbehielt, welche Personen zugelassen würden. Zweitens verweigerte sie den Diplomaten den Zutritt und zwar in der Weise, daß sie die bereits ausgegebenen Eintrittskarten zurückzog. Es ist auffällig, daß das einzige der ungarischen Sprache mächtige Mitglied der amerikanischen Gesandtschaft kurz vor der Verhandlung ausgewiesen wurde. Drittens waren als Presseberichterstatter nur die ständig in Budapest ansässigen Korrespondenten zugelassen und gewisse auswärtige Berichterstatter, die von der Regierung eingeladen waren. Unter ihnen waren aus dem westlichen Europa ausschließlich Vertreter kommunistischer Zeitungen. Dies ist um so bemerkenswerter, als zuvor eine allgemeine Einladung der Presse durch die ungarischen Gesandtschaften erlassen worden war. Einzelne Pressevertreter, die sich aus eigener Initiative um ein Visum bemüht hatten, wurden abschlägig beschieden, so der Wiener BBC-Vertreter Patrick Smith. Viertens haben einige der bisherigen ständigen Pressevertreter in Budapest das Land im Augenblick des Prozesses verlassen, so der New York Times-Vertreter und der Korrespondent des jugoslawischen Nachrichtenbüros. Sie haben ihre Gründe nicht bekanntgegeben. Fünftens weiß man von einigen der Budapester Vertreter westlicher Zeitungen, daß sie ungarische Staatsangehörige sind, von anderen, daß sie in Budapest politisch genehm sind. Der Reuter-Vertreter Peter Furst z. B. wurde im vorigen Jahr aus Jugoslawien mit der Begründung ausgewiesen, daß er „den Standpunkt der Kominform vertreten habe". Der Korrespondent der „Basler Nachrichten" und des „International News Service" hat schon vor der Verurteilung in ungarischen Zeitungen Artikel gegen Mindszenty veröffentlicht. Diese Journalisten haben die aufsehenerregende Erklärung abgegeben die in ganz Europa kommentarlos verbreitet wurde, daß die Berichterstattung über den Prozeß keinen Behinderungen unterworfen sei. Sechstens wurde die Übertragung an der Stelle unterbrochen, als der Kardinal seine Erklärung widerrief, er werde kein Geständnis ablegen und nicht zurücktreten, und man solle solche Akte, wenn sie dennoch erfolgten, als null und nichtig ansehen. Siebentens bestätigte Kardinal Mindszenty sein im Gelbbuch der Regierung veröffentlichtes Geständnis vor Gericht zunächst unter Ausschluß der Öffentlichkeit und wiederholte es dann, nachdem sie wiederhergestellt war.

Wenn wir diese Tatsachen anführen, behaupten wir nicht, daß durch Radio und Presse Worte verbreitet wurden, die nicht gesprochen worden sind. Wir behaupten nur, daß erstens keinerlei Gewähr gegeben ist, daß alles mitgeteilt wurde, was im Gerichtssaal gesagt worden war, und zweitens, daß die Regierung sich zuvor versicherte, daß keine andere Berichterstattung als die von ihr gewünschte möglich war. Das aber genügt uns, um festzustellen, daß hier etwas zu verbergen war und daß dieser Prozeß nicht öffentlich, sondern unter einem raffinierten Schein von Öffentlichkeit vor sich gegangen ist.

Mindszentys Verteidigung

Nunmehr ist aufzuhellen, warum Kardinal Mindszenty sich während der Untersuchungshaft und vor Gericht anders verhielt, als er es vorher getan und als man es von ihm auch nachher erwartet hatte. Er hat seine Verteidigung nicht mehr mit den Argumenten geführt, die er vor seiner Verhaftung der Regierung entgegenhielt, er hat nicht gesprochen von den Rechten der Kirche, den Freiheiten des Bürgers, den Werten der Menschheit, denen zuvor sein Kampf und seine Beredsamkeit gewidmet waren. Er hat sich den Rahmen seiner Argumentation vom Ankläger vorschreiben lassen. Und innerhalb dieses Rahmens, innerhalb der Logik seiner Feinde, die er sich aufzwingen ließ, verteidigte er sich nicht, sondern bekannte sich schuldig und versuchte zu erklären, warum er schuldig wurde. Wollte er damit seine Richter erweichen? Haben wir ihn kennen gelernt als einen Mann, der auf die Gnade seiner Feinde rechnete? Er hätte diese Gnade vor seiner Verhaftung haben können. Der kürzlich geflüchtete ungarische Finanzminister Nyaradi hat in der Schweiz ausgesagt, daß sein Kollege Rakosi, der Führer der Kommunisten, bereit war, dem Kardinal „ein weiteres Jahr zu gewähren, damit er seine Haltung gegenüber Staat und Partei revidiere." Der Kardinal aber handelte, so lange er frei war, aus dem Bewußtsein, daß ein Übereinkommen nicht möglich sei, daß der Kampf ein gnadenloser sein mußte. Wie hätte er erwarten können, seine Feinde zu beschwichtigen? Warum also gestand er? War er vielleicht am Ende des Prozesses selbst überzeugt, daß er Unrecht hatte? Sein Schlußwort im Prozeß ist denkwürdig. Mindszenty sagte: „Ein Mann, belastet mit Anklagen, steht hier vor dem Gericht, in einer Lage voll schwerer Verantwortung, und macht in diesem Augenblick Gebrauch von dem Recht das letzte Wort zu sprechen. Hier stehe ich, und auf meinen Schultern lastet nun schon ein halbes Jahrhundert. Ich stehe hier mit einer ganz bestimmten sittlichen Erziehung und mit einem Gepäck grundlegender Prinzipien. Diese Prinzipien wurzeln im Gemüt und im Herzen. Sie sind nicht für jeden Menschen die gleichen. Jeder Mensch folgt ihnen, wie der Zug den Schienen.

Nun stehe ich also hier vor dem Gericht, und das Verhör hat nicht nur für die richterliche Autorität, sondern auch für mich selbst Klarheit geschaffen. Wenn ich mich selbst frage, kann ich Gott dafür danken, daß ich in der Lage bin zu behaupten, daß ich immer im Laufe meines Lebens die Absicht hatte, gerecht zu handeln. Ich habe mich niemals in Gegensatz zum Gesetz stellen wollen, und wenn es geschehen ist, durch Umstände, die jenseits meines Willens lagen, dann habe ich hier bekannt und bekräftige noch einmal, daß es mir leid tut. Nachdem ich mit mir zu Rate gegangen bin, kann ich auch ausspre-

chen, daß ich Gott sei Dank kein Feind des ungarischen Volkes gewesen bin oder noch bin. Ich habe nie im Konflikt gestanden mit den Bauern oder den Arbeitern, mit der Klasse, zu der meine Familie gehört. Ich habe keiner einzigen Klasse ihre sozialen Rechte oder gerechten Ansprüche vorenthalten wollen. Im Gegenteil, ich halte es für angebracht, beiläufig hinzuweisen auf den Hirtenbrief, der im Mai 1945 an die neuen Grundeigentümer gerichtet wurde, denen die Bischöfe ihren Segen erteilten. Gott ist mein Zeuge, daß ich nicht bin und mich nicht fühle als ein Feind des Friedens. Ich bin nicht gegen den Frieden zwischen Staat und Kirche. Aber ich bin überzeugt, daß eine Versöhnung zwischen Staat und Kirche, wenn sie überhaupt zustande kommen soll, dauerhaft und beständig sein muß. Ich bestätige meinen Brief an den Justizminister, der in diesem Saal verlesen worden ist (es handelt sich um den Brief, in dem der Kardinal sich bereit erklärte, auf jede weitere Tätigkeit zu verzichten, wenn er ein Hindernis für den Frieden sei). Alle kennen den Inhalt dieses Briefes, und ich will ihn nicht wiederholen. Heute morgen habe ich lange gebetet (Kardinal Mindszenty sprach nun in lateinischer Sprache ein Gebet und fuhr dann fort): Gott schenke uns in diesen Tagen den Frieden, nicht nur in der näheren oder ferneren Zukunft, sondern jetzt. Ich bitte um diesen Frieden für meine Kirche, zu der ich meine Liebe bezeugt habe, und für den ungarischen Staat, für den ich meinen Gehorsam hier erwiesen habe. Ich habe auch für den Frieden meiner eigenen Seele gebetet. Möge Gott Ihnen die Weisheit geben, ein Urteil zu fällen, das im Ausland und in unserm Vaterland zu Frieden und Versöhnung führt."

Diese Worte machen irgendwie einen unheimlichen, gespenstischen Eindruck. Sie sind Worte eines gebrochenen Mannes, der sich von dem Zwange, sich in die Argumentation seiner Feinde einzufügen, ihrer Logik zu folgen, mit einer letzten Kraftanstrengung seiner moralischen Persönlichkeit freizumachen sucht, ohne daß es ihm jedoch ganz gelänge, ins Klare zu kommen. Er widerruft sein Geständnis nicht, das er mit 50 orthographischen Fehlern niedergeschrieben und das die ungarische Regierung unvorsichtiger Weise in dieser Form in ihrem Gelbbuch veröffentlicht hat. Er widerspricht der Anklage nicht, die im Wesentlichen darauf hinauslief, er wolle die Monarchie wiederherstellen und die jetzige Regierung stürzen. Aber er versucht, so scheint es uns, wenigstens zum Schluß noch einmal aus dem Rahmen auszubrechen, in die ihn uns unbekannte Einflüsse und Machenschaften während des Prozesses und seiner Vorbereitung gezwungen haben und das höhere Recht und die höhere Pflicht zu beschwören, deren Kämpfer er gewesen ist. Das ist das erschütternd Hintergründige dieser Worte. Aber sie bleiben zwiespältig. Die Anerkennung des Prozeßrahmens einerseits und die Beschwörung des höheren Rechtes, in dessen Namen er handelte, der Unmöglichkeit eines Friedens zwischen zwei durch Abgründe getrennten Welten andrerseits stehen unverbunden nebeneinander.

Wir wissen tatsächlich nichts Sicheres über die psychologischen, medizinischen, physischen Mittel, die angewandt worden sind, den Kardinal zu brechen. Wir wissen, daß sie im Bereiche des kommunistischen Totalitarismus zu einer hohen Vollkommenheit entwickelt worden sind, und der ganze Prozeßverlauf überzeugt uns, daß sie hier rücksichtslos angewandt worden sind. Die graphologische Untersuchung seiner Handschrift zeigt, daß das Gefüge seiner Persönlichkeit nicht mehr intakt war, am erschütterndsten aber kommt, so scheint uns, die tiefe unheilvolle Gespaltenheit dieser Persönlichkeit in seinem Schlußwort zum Ausdruck.

Dem Martyrium unserer Tage bleibt nichts mehr von Glanz und Heldentum, nichts vom Sieg des Geistes über die Gewalt, es führt in die tiefste, die absolute Erniedrigung. Der Kardinal ist wissend und sehend in sie hineingegangen — ein letzter, dumpfer Nachhall dieser Größe klingt noch aus den Worten, die er zum Schluß an seine Richter und die Welt richtete.

Die Anklagen

Der sachliche Gehalt des Prozesses kann in aller Kürze behandelt werden. Mindszenty war angeklagt: auf den Sturz der ungarischen Regierung hingearbeitet zu haben. Zum Beweis dafür mußte ein Schriftwechsel mit den Gesandtschaften von Amerika und England, die Begegnung mit Otto von Habsburg, und endlich die Angelegenheit der Stephanskrone herhalten. Wir halten es nicht für notwendig, diese Anklagen zu erörtern. Der Schriftwechsel mit den Gesandtschaften gehört einer Zeit an, in der Ungarn vor Abschluß des Friedensvertrages der Souveränität seiner Siegermächte unterstand. Die Stephanskrone, wiewohl in den Augen des ungarischen Volkes das Symbol der Nation, war gemäß der kommunistischen Staatsauffassung kein möglicher Gegenstand eines Hochverrates. Die „monarchistischen Gefühle" und die Gedankenwelt des Kardinals sind nur unter der Voraussetzung der kommunistischen juristischen Logik Gegenstand einer Gerichtsverhandlung. Zu den Devisenschiebungen hat der ehemalige Finanzminister Nyaradi erklärt: „Der oberste Wirtschaftsrat der ungarischen Nationalbank gestattete den religiösen und humanitären Körperschaften, ausländische Valuta zu höheren Kursen einzuwechseln. Zweck dieser Maßnahme war es, die Devisenzufuhr nach Ungarn zu erleichtern und zu vermehren. Zufolge dieser Maßnahme konnten katholische, jüdische und protestantische Gemeinschaften fremde Valuten zu Schwarzmarktpreisen wechseln. Die Anklagen wegen unerlaubten Devisenhandels sind in der kommunistischen Taktik nicht neu; man braucht sich nur an den evangelischen Bischof Ordaß zu erinnern, der auf Grund dieser Anklage zu mehreren Jahren Kerker verurteilt wurde. Zur Zeit seiner Verurteilung wendete ich mich als Finanzminister an den kommunistischen Minister Zoltan Vas und erinnerte ihn an die Entscheidungen des Wirtschaftsrates .... Vas wies meinen Protest zurück und gab ‚Erwägungen der hohen Politik' vor. Danach ist es klar, daß die Anklagen gegen Kardinal Mindszenty in dieser Beziehung gegenstandslos sind."

Die Weltmeinung hat sich zu diesen Anklagen dahin geäußert, daß sie unter Voraussetzung der demokratischen Freiheit weder Gegenstand einer Anklage sein und noch viel weniger ein solches Strafmaß rechtfertigen könnten. Ebenso gewiß ist es, daß diese Anklagepunkte todeswürdige Verbrechen darstellen, wenn man sich auf den Boden einer kommunistischen Staatsauffassung begibt, gleichgültig, ob die Anklage durchweg bewiesen wurde oder nicht. Für den Anwalt der kommunistischen Regierung war es ein genügender Grund zur Verurteilung des Kardinals, daß er auch nur daran gedacht hatte, sein Land könnte unter der Krone des heiligen Stephan vielleicht besser regiert werden als unter Herrn Rakosi.

Es wäre sinnlos und entwürdigend, wollten wir mit den Herren von Budapest auf eine juristische Spiegelfechterei eingehen, wie es leider ein erheblicher Teil der westeuropäischen Presse getan hat. Denn wir wissen zu gut, daß sie es mit dem Wort jenes Ahnherrn des Absolutismus gehalten haben, der da sagte: „Gebt mir zehn handgeschriebene Zeilen von irgendeinem Menschen, und ich werde ihn eines Verbrechens überführen."

III.

Ecce homo

Schon vor der Verhaftung des Kardinals und während des Prozesses sind wir mit Nachrichten aus Ungarn überschüttet worden, in denen die Regierung von den zahllosen Entschließungen, Kundgebungen, Telegrammen, Briefen aus dem Volk zu berichten wußte, die ihrer Entschlossenheit Beifall spendeten. Niemand wundert sich darüber. Sicherlich waren darunter auch ernstgemeinte Anerkennungen. Man darf nicht vergessen, daß der Kommunismus eine Weltanschauung ist, die Gläubige hat. Hierin unterscheidet er sich ja von der westlichen Welt, die wohl eine Weltanschauung, aber keinen Glauben besitzt, es sei denn den christlichen. Niemand wundert sich darüber, daß auch die verborgenen und offenen Gegner der Kirche in Ungarn und im Ausland diesen Fall willkommen hießen. Wir werden dafür sogleich ein eindrucksvolles Zeugnis aus England als Beleg anführen.
Aber das ist nicht die eigentliche Wirkung, die der Prozeß in Ungarn und im sowjetischen Machtbereich ausgeübt hat und ausüben sollte. Die ungarische Regierung und ihre vorgeordneten Stellen wußten, daß es die kühnste Machtprobe gegenüber ihrem einzigen Widerpart auf geistigem Gebiete war, wenn sie an den Führer der Katholischen Kirche, den ersten Kardinal, die populärste Gestalt im europäischen Osten Hand anlegten und ihn in den Augen der gesamten Welt zwar nicht zum Verbrecher machten, aber doch zu einem „Ecce homo". Sie zeigten, daß sie den Versuch wagen können, den einzigen Trumpf zu überspielen, über den die Katholische Kirche im Grunde genommen verfügt: das Martyrium. Es wurde den Gläubigen im Osten klar gemacht, daß es heute nicht mehr so leicht ist, Martyrer zu werden wie in der Antike. Es wurde den Katholiken und darüber hinaus den ihrer Würde bewußten Menschen des sowjetischen Inlandes demonstrativ bewiesen, daß sie jederzeit der Würde beraubt werden können, für die sie gegen diesen Staat innerlich optiert haben und äußerlich zu Opfern bereit sind. Ihr Ideal und der Repräsentant dieses Ideals, die Katholische Kirche, sollte in ein Bild des Jammers verwandelt werden, sollte entzaubert und seiner Erhabenheit beraubt werden.

Wir können nicht beurteilen, ob und inwieweit dem Teufel dieses Spiel geglückt ist. Wir haben erfahren, daß die ungarischen Katholiken die Kirchen und die Plätze füllten, um sich im Gebet gegen die Versuchung zu wehren, die ihnen bereitet wurde. Aber wir erkennen zugleich, daß die neue Form des Martyriums, die sich in den Devisen- und Sittlichkeitsprozessen des Hiterregimes zum erstenmal ankündigte, inzwischen zu einer Vollendung entwickelt worden ist, vor der alle Mittel zu versagen schienen.

Die Welt „nimmt zur Kenntnis"

Wir erkennen dies um so mehr, wenn wir betrachten, wie das Ausland auf den Mindszentyprozeà reagiert hat. Niemand wird erwartet haben, daß die Proteste der Parlamente, Regierungen und öffentlichen Meinung der westlichen Welt reale Folgen haben könnten. Die „New York Times" schrieb sehr tiefsinnig: „Für den Augenblick kann die demokratische Welt wenig diesbezüglich tun. Der Kardinal-Primas von Ungarn findet sich dem Schicksal gegenüber, das tausende und tausende anderer Märtyrer der Freiheit erlitten. Aber die Welt wird all das, was in Budapest vor sich geht, mit Sorgfalt zur Kenntnis nehmen und sich dessen noch lange erinnern."

Daß die Welt diesbezüglich wenig tun kann, wissen und verstehen wir. Daß sie aber von „erinnern" spricht, macht uns besorgt, sie könnte, nachdem sie Mindszenty ihren ehrenden Nachruf gewidmet hat, nun wieder zu ihren Geschäften zurückkehren und — vergessen.

„Das war nicht das Verhalten eines Märtyrers"

Noch mehr fürchten wir, daß in der Erinnerung nur ein politisches Drama zurückbleibt, das in seiner eigentlichen Bedeutung gar nicht erkannt wurde. Die Welt verhält sich wie die Pharisäer, die da sagen: „Heute gibts Sturm, denn der Himmel ist trübrot", und denen der Herr entgegnet „Das Aussehen des Himmels wißt ihr zu beurteilen, die Zeichen der Zeit aber nicht." (Mt. 16, 3). Eine der angesehensten Zeitungen Englands, der „Manchester Guardian", liefert einen erschütternden Beweis der Verblendung.

Er schreibt in seiner Wochenausgabe vom 10. 2. 1949: „Es ist klar, daß der Kardinal sich nicht so verhielt, wie seine Parteigänger es erwarteten. Er schrieb an den Justizminister: ‚Im Wesentlichen bin ich durch die Taten, die mir zur Last gelegt werden, schuldig geworden.' In Worten, die im Gegensatz zu seinem ersten Geständnis im Wesentlichen wahr klangen, gab er die meisten Tatsachen zu, die im offiziellen Gelbbuch enthalten sind, und seine Verteidigung bestand darin, daß er versucht hätte, im Einklang mit seinen Grundsätzen, das Rechte zu tun ... Sein Verkehr mit der amerikanischen Gesandtschaft wurde klar erwiesen ..... Was die Anklage des Hochverrates betrifft, konnte dem Kardinal nachgewiesen werden, daß er Unterhaltungen mit dem amerikanischen Gesandten gehabt hatte, und evident hatte er Kenntnis von der Tätigkeit von Msgr. Mihalovics, der anscheinend Informationsmaterial sammelte und mit dem englischen und amerikanischen Geheimdienst in Verbindung stand. Die Devisenvergehen wurden im allgemeinen erwiesen. Dies Beweismaterial, daß ein Primas eine rechtsgerichtete politische Rolle spielte, daß er seine politischen und religiösen Grundsätze über das Vaterland stellte, daß er auf finanziellen Wegen wandelte, wie sie durch Msgr. Cippico bekannt geworden sind, haben dem Vatikan beträchtlich geschadet. Das war nicht das Verhalten eines Märtyrers, und der Kardinal benahm sich nicht wie ein solcher. Sein Angebot zurückzutreten und den anderen Bischöfen ein Übereinkomemn mit der Regierung zu ermöglichen unter der Bedingung, daß der Prozeß abgebrochen würde, war eine unerwartete Wendung, die sein Bild vor der Welt von Grund auf veränderte, und eine klügere Regierung würde es angenommen haben ..." Zu der Vermutung, der Kardinal könnte psychisch beeinflußt

worden sein, schreibt das Blatt dann, „solche wilden Unterstellungen wären der Kommunisten würdig."

„Der Papst hat den Krieg begonnen"

Auch eine evangelische Zeitschrift, die sich oft durch Aufsätze von hohem geistigem Niveau auszeichnet, „The Christian Century" betrachtet am 12. Januar 1949 den Kampf Kardinal Mindszentys unter keinem größeren Gesichtspunkt als dem, den ihr die antirömische Polemik eingibt. Sie vergleicht Kardinal Mindszenty mit Bischof Ordaß, der kein Geständnis abgelegt hat. Man könne annehmen, daß Mindszenty im gewöhnlichen Sinne des Wortes unschuldig sei. Aber die Anklagen der ungarischen Regierung wegen Hochverrates und Spionage könne man begreifen, wie die Regierung jene Begriffe verstehe. Zwischen dem Kommunismus und der Papstkirche bestehe offener Krieg. Die Kommunisten haben offensichtlich die Weihnachtsansprache des Papstes als Kriegserklärung aufgefaßt. Der Vatikan wird sie als einen Appell für den Frieden hinstellen. „Aber der Friede, den der Papst zeichnete, war ein Friede, in dem sich Völker aktiv zusammenschließen, um mit Waffengewalt andere Völker zu strafen, die sich der Sünde des Angriffes schuldig gemacht haben, und die Botschaft machte demzufolge deutlich, daß es der drohende Angriff der kommunistischen Staaten war, gegen den der Papst einen Warnungsruf ausstieß... Der Papst versuchte, seine Mahnung zu vereinigter militärischer Aktion gegen die Angreifer mit den klassischen katholischen Erfordernissen für einen gerechten Krieg, wie sie von Augustinus und Thomas dargelegt sind, zu vereinbaren."

„Die Ansprache des Papstes", schreibt die Zeitschrift „w a r (Sperrung im Text der Zeitschrift) im Namen des Friedens eine Kriegserklärung an den kommunistischen Angreifer. ... Mit der Weihnachtsrede des Papstes wird der Krieg bis zum äußersten zwischen der Papstkirche und den kommunistischen Staaten offen verkündet. Man darf erwarten, daß er auf beiden Seiten mit allen Waffen geführt wird, über die die Kämpfenden verfügen."

In dieser Darstellung wird also Mindszenty zum Opfer päpstlicher Politik. Und das wird noch unterstrichen, wenn die Zeitschrift ihren Aufsatz mit der Aufforderung schließt, man müsse in Zukunft die Tätigkeit aller Politiker, die der Katholischen Kirche angehören, sorgfältig überwachen, nachdem ihr Oberhaupt zu einem unbarmherzigen Krieg aufgerufen habe.

Eines hat „Christian Century" richtig gesehen, daß der Schlag gegen Mindszenty letztlich doch der römischen Kirche galt. Daß aber die römische Kirche diesen Schlag deshalb empfing, weil sie hier als Vormacht der Freiheit und des Geistes kämpft, hat man nicht bemerkt. Und noch mehr betrübt es uns zu sehen, daß selbst Christen die „Zeichen der Zeit", von denen der Herr spricht, nicht erkennen.

„Wir glauben an die Märtyrer"

Es bleibt nur zu hoffen, daß diese Erkenntnis, wenn auch spät, so doch nicht zu spät durchbrechen wird. Gott sei Dank haben einige führende Geister der Welt ihre Stimme zum Zeugnis für die Wahrheit erhoben. Zu ihnen gehört der bekannte französische Akademiker François Mauriac. Er ruft den Machthabern des Ostens entgegen: „Was habt ihr aus diesem Manne gemacht? Wie habt ihr seinen Körper verändert, um ihm auch die Seele nehmen zu können? Mit welchen Mitteln habt ihr es fertig gebracht, aus diesem Menschen ein gänzlich verschiedenes Lebewesen zu konstruieren? Bis zu eurer Zeit, meine Herren Kommunisten, hatten alle Henker der Geschichte nur Macht über die Körper, aber keine Macht über die Seelen! Der Mensch war selbst in Ketten frei! ‚Fürchtet nicht die, die eure Körper töten,' sagt einst Christus, ‚sondern die, die eure Seelen vernichten!' Ihr meine Herren Kommunisten, ihr tötet zwar nicht immer die Körper, wenigstens nicht sofort. Man kann auch nicht sagen, daß ihr immer direkt die Seelen vernichtet. Euer teuflisches Werk setzt an der Nahtstelle zwischen Seele und Bewußtsein ein.

Wen wollt ihr denn eigentlich mit diesen furchtbaren Methoden betrügen? Wisset, daß Entsetzen und Mißtrauen euch gegenüber immer größer werden, je mehr ihr euch bemüht, den Schein der äußeren Form zu bewahren. Denn wir Menschen des Westens glauben an die Märtyrer, die ihr Leben hingeben, wir glauben aber nicht an die letzten Aussagen der armen Opfer, die im Tode ihr Martyrium abzustreiten scheinen. Als Lösung des furchtbaren Rätsels leuchtet durch die Schlußworte des Kardinals wie ein vager Lichtblick der Satz, den auszusprechen ihr nicht habt verhindern können: ‚Seit 40 Tagen werde ich von der Polizei verhört... Man fragt mich... ich antworte!'

Die ganze Welt weiß, was diese wenigen Worte bedeuten. Auch ihr, ihr linientreuen Kommunisten, wißt es! Soll also die entsetzliche Justizkomödie nur zu dem Zweck aufgezogen worden sein, um die schwankenden Geister einzuschüchtern oder zu beeinflussen, die dem Kommunismus gewisse Angstgefühle oder sogar noch Sympathien entgegenbringen? Das einzig unverzeihliche Verbrechen in den Augen eines Kommunisten ist und bleibt die Opposition zum roten Regime. Wenn es sich bei diesen Opfern also um solche Oppositionelle handelt, dann hättet ihr euch die Farce einer Justizbehörde ersparen können, denn eine solche verbrecherische Farce wird den allgemeinen Abscheu vor euch nur noch bis zur Unerträglichkeit steigern!"

Der Kirchenkampf in den Ländern Osteuropas

Das Martyrium der griechisch-unierten Kirche in Rumänien

Eine Provokation der Menschenrechte

Die Herder-Korrespondenz hat im Januarheft (3. Jg., H. 4, S. 171) einen kurzen, zusammenfassenden Bericht über die erzwungene Eingliederung der unierten Kirche Siebenbürgens in die rumänische Orthodoxie gegeben und im letzten Heft (3. Jg., H. 5, S. 204) gemeldet, daß dieser Prozeß mit der „Auflösung" der Kirche durch die rumänische Regierung vorläufig abgeschlossen wurde.

Erst allmählich sickern Nachrichten über die grausamen Einzelheiten dieser Verfolgung durch den eisernen Vorhang. In ihrer Gesamtheit vermitteln sie ein erschütterndes Bild von dem Terror, der die Rechte und Freiheiten des Menschen ungestraft mit Füßen tritt. Wie in Ungarn

zeigt sich auch hier, daß es sich gar nicht so sehr um die Katholische Kirche als solche handelt oder um die Kollision bürgerlicher und religiöser Pflichten, wobei die letzteren grundsätzlich anerkannt würden. Wir sind in die Zeiten des heidnischen Staatsabsolutismus zurückgeworfen, der nichts Geringeres fordert, als daß der Mensch sich mit seiner ganzen Person der Staatsgewalt und ihren Maximen zum Opfer bringe, daß er blindlings gehorche, was immer der Staat ihm befehlen mag. Auch in Rumänien hat die Regierung nicht etwa im Interesse der Orthodoxen Kirche die Mittel der Staatsgewalt in Bewegung gesetzt, um die römisch-unierten Katholiken mit der schismatischen Kirche zu vereinigen; eine kommunistische Regierung handelt nicht im Dienst einer Kirche. Vielmehr bedient sie sich auch der Kirche, um ihren Zweck zu erreichen und läßt dieser Kirche gerade soviel Leben, daß sie ihm als Instument dienlich sein kann. Dabei findet sie allerdings in der orthodoxen Kirche mit ihrer jahrhundertealten Tradition der Staatsuntertänigkeit und des Mißtrauens gegen Rom eine Prädisposition, die ihr Spiel nur allzu sehr erleichtert. Jedenfalls ist die Stützung der orthodoxen Kirche durch Moskau gegenüber Rom und allem, was mit Rom in Verbindung steht, nichts anderes als ein Schritt auf dem Wege zur vollständigen Beherrschung des Menschen durch den Staat. Dies ist das Ziel des Kommunismus, und ihm steht die religiöse Freiheit, wenn sie in einer vom Staate unabhängigen Kirche verankert ist, als einziges und letztes Bollwerk im Wege. Es geht nicht so sehr um die Religion als um die Freiheit des Menschen, die in einer freien Religion zum Ausdruck kommt. Dies sollte man bei Würdigung der folgenden Vorgänge nicht aus dem Auge verlieren.

Der „Nachrichtendienst der orientalischen Kirche" in Rom bietet in zwei langen Übersichten im „Osservatore Romano" (29. und 30. Januar 1949) der westlichen Welt eine solche Fülle von Einzelheiten über die Vergewaltigung der Menschenrechte in Rumänien dar, daß man am Ende der Lektüre geradezu das Gefühl haben muß: der Teufel lacht über den Eifer, mit dem im Westen die Freiheiten und Rechte des Menschen proklamiert oder deklamiert und die Ohnmacht, in der wir zuschauen, wie diese Rechte und Freiheiten im Osten „realisiert" werden.

Liquidation der unierten Kirche in Moskau beschlossen

Der Leidensweg der rumänischen unierten Kirche begann mit der Amtseinsetzung des dem Kommunismus nahestehenden Patriarchen der rumänischen Kirche Justinian Marina, im April 1948. Schon in seiner Antrittsrede betonte dieser, die Rückkehr der griechisch-unierten Katholiken zur orthodoxen Mutterkirche werde ein Hauptziel seiner Amtstätigkeit sein. Am 15. Mai erging durch den schismatischen Metropoliten Balan von Sibiu (Hermannstadt) an die Katholiken die formelle Aufforderung dazu. Der Erzbischof stand im Einvernehmen mit der Regierung. Dies ergibt sich daraus, daß die Aufforderung bei einer politischen Festlichkeit in Anwesenheit des Ministerpräsidenten ausgesprochen und sogleich von der gesamten Presse und der kommunistischen Parteiorganisation im Lande aufgegriffen und stärkstens forciert wurde. Dann kam die Moskauer Konferenz der orthodoxen Kirchenführer, und nach den Informationen der orientalischen Kongregation in Rom steht es außer Zweifel, daß hier der Plan zur Vernchtung der unierten Kirche Rumäniens im einzelnen festgelegt wurde.

Erpressung des unierten Klerus und der Gläubigen

Mit der Aufhebung der Konkordates am 17. Juli und dem Inkrafttreten des Kultusgesetzes am 4. August (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 1, S. 74) begann seine Ausführung. Zunächst wurde sowohl der lateinischen wie der griechischen Kirche die Diözesanorganisation zerschlagen. Die Regierung verfügte die Aufhebung von sechs der zehn Diözesen. Es blieben nur je zwei für den lateinischen und den griechischen Ritus. Dem einen der unierten Bischöfe, Msgr. Suciu in Fagaras (Fogarasch) und Alba Julia (Karlsburg), wurde persönlich die Jurisdiktion von der Regierung aberkannt, so daß insgesamt nur drei Bischöfe, zwei lateinische und ein unierter, voll aktionsfähig blieben. Ende September begann dann in Siebenbürgen die Polizeiaktion gegen den unierten Klerus, wobei unter Anwendung der Drohung mit Gefängnis, Deportation und Tod 423 Unterschriften für die Trennung von Rom erpreßt wurden. 38 „Bevollmächtigte" der Unterzeichneten vollzogen am 1. Oktober in Klausenburg und am 3. in Bukarest vor dem othodoxen Synod die Wiedervereinigung der unierten Kirche Transsylvaniens mit den rumänischen Schismatikern.

Nun ging man an die Gläubigen heran. In den ersten drei Wochen des Oktober wurde jeder unierten katholischen Familie Siebenbürgens durch Funktionäre der Partei und der Polizei folgendes gedruckte Formular zur Unterschrift vorgelegt: „Aus freiem Willen und ohne von jemand gezwungen zu sein, haben wir uns entschlossen, uns mit unseren rumänischen orthodoxen Brüdern in ein und derselben Kirche zu vereinigen". Gleichzeitig wurden die übrigen Geistlichen vor die Alternative gestellt. Eine Anzahl von ihnen entzog sich der Unterschrift durch die Flucht, andere unterzeichneten, andere wurden verhaftet oder gefoltert. Diejenigen Priester und Laien, die dem unerhörten Druck nachgegeben hatten, wurden am 21. Oktober zwangsweise nach Alba Julia geschafft, wo nun vor versammeltem Volk am 250. Jahrestag der Vereinigung mit Rom die Erneuerung des Schismas feierlich proklamiert werden konnte.

Märtyrer und Bekenner

Gegen die standhaft Gebliebenen ging man in der Folge immer schärfer vor, und hierauf beziehen sich die zahlreichen Einzelheiten, die jetzt von Rom aus der Weltöffentlichkeit mitgeteilt werden. Wir können nur einige wenige Beispiele wiedergeben.

Da ist zunächst eine große Anzahl namentlich angeführter griechisch-unierter Priester, die ins Gefängnis geworfen und verurteilt wurden. Allein in Klausenburg werden 120 gefangen gehalten. Grund der Verurteilung, wenn es dazu kam, war natürlich immer ein politisches Verbrechen, z. B., daß ein Geistlicher die von Rom abgefallenen Priester als Verräter bezeichnet und dadurch die nationale Einheit geschädigt hatte. Aber nicht immer nahm man sich die Zeit oder fand man einen Vorwand für ein Justizverfahren. Der erschütterndste Fall ist vielleicht der eines eben geweihten unierten Priesters. Nach seiner Weihe durch Msgr Suciu war er in ein Dorf gesandt worden, das, wie so viele, seines Pfarrers beraubt war. Während seiner ersten Messe drang die Polizei in

die Kirche ein und legte ihm am Schluß das Formular zur Unterschrift vor. Er weigerte sich, worauf die Polizei ihn mit der Waffe bedrohte. Der Neupriester rief aus: „Schießen Sie mich nieder! Ich will meinen Glauben nicht verleugnen." Der Polizist schoß und der junge Priester sank tot zu Boden, das Primizopfer mit dem Opfer seines Blutes vollendend.

Wie es den Gläubigen erging, mag an folgendem Beispiel verdeutlicht werden. In einem Hause erschien die Polizei in Abwesenheit des Ehemannes und erklärte der Frau: „Sie müssen Ihren Namen unter dies Formular setzen. Es handelt sich um den Weltfrieden." „Ich will den Frieden", sagte die Frau, „aber ohne meinen Mann kann ich nichts unterschreiben." „Dann werden wir Ihren Namen hier auf die andere Liste setzen, und Sie werden sehen, was Ihnen passiert." Die Frau begann zu weinen. Der Polizist beruhigte sie: „Es ist ja nicht so wichtig, nur eine Formalität ohne Bedeutung." „Nun, wenn das so ist, der Herrgott sieht ja, daß ich meinen Glauben nicht verleugnen will. Aber hütet euch! Wenn es etwas Schlechtes ist, wird Gott euch strafen." Und die arme Frau unterschrieb mit Tränen und zitternden Händen.

Drohung, Täuschung, Einschüchterung, wirtschaftlicher Zwang sind die gewöhnlichsten Mittel. Mitunter wird auch ein härteres Exempel statuiert. In einigen Gegenden wird den Leuten das Mahlen des Getreides verweigert, in anderen werden von ihren Kindern plötzliche hohe Schulgelder verlangt, anderswo verlieren sie den Arbeitsplatz. Aber das ist noch nichts im Vergleich zu der Angst, die man empfindet, wenn zwischen 1 und 3 Uhr nachts ein Auto daherfährt. Stoppt es vor dem Hause, dann öffnet die Frau den Klopfenden langsam die Tür, während der Mann mit dem stets gepackten Köfferchen zum Fenster hinaus oder durch die Hintertür verschwindet. Niemand in Westeuropa, sagt der Berichterstatter, macht sich eine Vorstellung davon, in welcher Furcht diese Menschen leben müssen.

Protest und Verhaftung sämtlicher Bischöfe

Das öffentliche Leben der unierten Kirche ist durch diese Maßnahmen lahngelegt worden. Seit dem 29. Oktober sind sämtliche unierten Bischöfe in Haft. Ihr letzter gemeinsamer Akt war ein Protestschreiben vom 7. Oktober an den Ministerpräsidenten Groza, in dem sie sagten: „Während wir glaubten, durch die Gesetze geschützt zu sein, die die Freiheit des Gewissens und des Gottesdienstes garantierten, sahen wir uns einem Feldzug gegenüber, in dem die Verwaltung und Polizei durch Drohung und Einschüchterung, Gewalt und Irreführung die griechisch-katholischen Priester in den Schoß der orthodoxen Kirche zu führen suchten." Dieser Feldzug habe nach Eingeständnissen der ausführenden Organe „die Unterdrückung der griechisch-katholischen Kirche in Rumänien" zum Ziel. „Aus Gründen der Klugheit halten wir es für zwecklos, die Fälle von Amtsmißbrauch und Gewalttätigkeit aufzuzählen, die begangen wurden." „Die Beweise, die wir in dieser Beziehung in Händen haben, sind schlüssig." Dies Vorgehen sei eine klare Verletzung der Verfassungsgrundsätze über die Gewissensfreiheit, und dennoch habe die Regierung es nicht nur geduldet, sondern direkt sanktioniert. Die Bischöfe hätten versucht, die Gläubigen in einem Hirtenbrief pflichtgemäß aufzuklären, dieser aber sei durch die Zensur verhindert worden, obwohl er weder polemischen noch politischen Charakter besessen habe. Das Schreiben schließt: „Wir griechisch-katholischen Bischöfe Rumäniens nehmen diese Gelegenheit wahr, im Namen unserer Priester und Gläubigen zu erklären, daß wir fest entschlossen sind, Hirten und Gläubige der Kirche Jesu Christi zu bleiben, und uns von der katholischen Einheit nicht zu trennen."

Dieser Brief war der Anlaß zur Verhaftung aller fünf unierten Bischöfe, die ihn einmütig unterzeichnet hatten. Dem letzten noch von der Regierung anerkannten Oberhirten, Bischof Hossu von Klausenburg, wurde am 8. November, als er schon in Haft saß, staatlicherseits die Jurisdiktion entzogen, nachdem er 32 Jahre regiert und 1918 dem König im Namen der Volksversammlung des Landes das Dokument über die Wiedervereinigung Siebenbürgens überreicht hatte.

Schließung der Kirchen und Klöster

Was der Polizei nun noch zu tun blieb, war die Schließung der unierten Kirchen und die Auflösung der klösterlichen Anstalten. Auch dafür einige Beispiele. In Blaj (Blasenburg), der Metropolitanresidenz und dem religiösen Zentrum der unierten Kirche, hatte der Apostolische Administrator des vakanten Erzbistums, Msgr. Suciu, schon den ganzen Sommer über tägliche Predigten und Andachten im Dom veranstaltet, um die Gläubigen auf das Kommende vorzubereiten. Im Oktober nahm der Zustrom der Gläubigen immer mehr zu. Die Polizei sperrte die Straßen. Da kamen die Menschen über die Höfe und Gärten, Mauern und Zäune. Man nahm Verhaftungen vor, ohne Erfolg. Als die übrigen Kirchen sequestriert waren, blieb die Kathedrale Tag für Tag überfüllt. Der Bischof erklärte: „Die Schlüssel sind in meinen Händen. Ich werde sie nicht herausgeben, es sei denn, man hackt mir die Hände ab". Da wurde dann endlich am 27. Oktober mit dem Bischof zugleich auch der ganze Klerus verhaftet und die Kathedrale überraschend besetzt. Die Gläubigen erhielten als „der Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates verdächtig", strengstes Versammlungsverbot.

Da sicherheitshalber auch die lateinische Kirche der Stadt geschlossen worden war, blieb als letzter Gottesdienstraum eine Schwesternkapelle übrig. In der Frühe des 30. Oktober konnte dort zum letzten Male eine Messe gehalten werden. Dann blieben die Schwestern in der Kapelle betend beieinander. Im Laufe des Vormittags erschienen „die Genossen" und 30 Arbeiter, die mit Lastwagen das Mobiliar der Schwestern wegschafften. Diese selbst ließen sich im Gebet nicht stören. Mittags kam die Polizei und suchte sie zum Verlassen des Kloster zu bewegen. Auf den Gängen lärmte und tobte die politische Soldateska. Gegen Abend ging man zur Gewalt über, denn am kommenden Tag sollte der orthodoxe Metropolit die geraubte Kathedrale einweihen und die Stadt katholikenrein sein. Die Banden drangen also in die Kapelle ein, schlugen alles kurz und klein und schleiften die Schwestern unter Faustschlägen einzeln zu einem Lastauto, um sie nach auswärts abzutransportieren. Die Schwestern sangen das Tedeum. Durch Regierungserlaß vom 3. November wurden dann die klösterlichen Einrichtungen einschließlich zehn Krankenhäuser beschlagnahmt. Hierbei handelt es sich auch um solche der lateinischen Ordensgemeinschaften.

Der schismatische Patriarch dankt der Regierung

Nachdem die Verfolgung bis Weihnachten in dieser Art fortgegangen war, hielt der Patriarch Justinian am Weihnachtsfest, dessen Feier in Rumänien übrigens durch die Regierung verboten wurde, den Zeitpunkt für gekommen, in einer Botschaft seiner Freude und seinem Dank für die geglückte Wiedervereinigung Ausdruck zu geben. Es handelt sich um ein Pamphlet, das man nur mit großer Trauer zur Kenntnis nehmen kann. Wir zitieren einige Sätze: „Diejenigen, welche Haß und Zwietracht unter die Völker säen, machen verzweifelte Anstrengungen und scheuen sich nicht, das Kommen des Friedens in der Welt hinauszuschieben, während sie im Namen der Kirche Jesu Christi reden ... An der Spitze dieser Namenschristen, dieser verirrten Diener Christi, steht der Bischof von Rom, der sich Papst nennt, und viele seiner Anhänger, die das Antlitz und das Kreuz des Erlösers verhöhnen und den Interessen der Feinde des Friedens dienen ... Ich habe die große Freude zu sehen, daß die gegenwärtige Regierung des Landes die Ungerechtigkeit erkannt hat, die der orthodoxen Kirche und unserem Volk vor zehn Jahren mit dem vatikanischen Konkordat angetan wurde ... Die volle Gleichheit aller Kulte ist wieder hergestellt, und einige unserer Brüder sind von den Ketten befreit, in denen das päpstliche Rom sie gefangen hielt. Kurz nachdem diese Sklavenketten zerrissen waren, haben unsere geistlichen Söhne, die mit Gewalt von unserer heiligen Kirche getrennt worden waren, in voller Freiheit unseren väterlichen Ruf zur Rückkehr vernehmen können ... Die Versuche der Diener des Papstes, den Willen Gottes zu hindern, sind fruchtlos geblieben. Sie haben nur noch klarer gezeigt, daß jene irren und von der christlichen Lehre abgewichen sind, und das Schriftwort erfüllt sich: Sie glaubten Weise zu sein und waren Toren ... Wir segnen ... unsere Brüder, weil sie das Sklavenjoch abgeschüttelt und einem Kult entsagt haben, dessen Gläubige wir respektieren, wie wir den Glauben jedes einzelnen respektieren, aber dessen Häupter immer fern unserm Volke im Lager der ungerechten Herrscher und grausamen Unterdrücker standen ..."

So demütigte dieser Kirchenfürst seine Würde vor jenen Machthabern, deren Werkzeug er auch in dem Augenblick war, als sie durch ihr Regierungsdekret vom 1. Dezember alle Körperschaften der unierten Kirche für aufgehoben erklärten, ihr Eigentum für den Staat in Besitz nahmen und einiges davon der Kirche des Patriarchen zu Lehen gaben.

Vor dem Beginn eines schärferen Kurses in Polen

Die Lage der Kirche in Polen wird durch zwei Ereignisse beleuchtet, in denen man die Absichten von Staat und Kirche erkennen kann, und die vielleicht als Ausgangspunkte der künftigen Entwicklung betrachtet werden dürfen: die Gründung einer „Vereinigten Arbeiterpartei" durch Zusammenschluß von Sozialisten und Kommunisten und die Ernennung des neuen polnischen Primas.

Die „Vereinigte Arbeiterpartei" und die Kirche

Der Kongreß, auf dem im Dezember 1948 die Gründung der neuen Staatspartei und die Liquidierung des gemäßigteren Sozialismus vollzogen wurde, ließ deutlich erkennen, daß die Ziele der polnischen Politik sich nicht von dem unterscheiden, was wir aus den übrigen östlichen Ländern gewohnt sind. Die neue Partei wird, wie wir der Rede des Staatspräsidenten Bierut entnehmen, alle jene Funktionen haben, die der Staatspartei im kommunistischen Staatsgefüge zugedacht sind. Ihre Komitees werden alle Ämter und Betriebe kontrollieren, und die Ministerien werden ihnen genau so Rechenschaft zu geben haben wie die Gerichte. Besonders wurde hervorgehoben, daß die Partei auch die Schulen überwachen und „alle dem Komunismus feindlichen Kräfte daraus entfernen wird".

Über die Einstellung der neuen Partei zur Kirche äußerte sich sehr ausführlich das prominente Mitglied des Kongresses Alexander Zawadski. Die Partei erhebt, wie er sagte, und der Staatspräsident unterstrich dies, die Forderung nach Trennung von Kirche und Staat, nach Verstaatlichung des gesamten Schulwesens und Abschaffung des Religionsunterrichtes. Die Arbeiterschaft muß gelehrt werden, die antidemokratische Tätigkeit eines Teiles der Geistlichen zu erkennen. Dann wird sie Verständnis dafür haben, daß der Staat dieses schädliche Treiben verhindert und der Kirche nicht gestattet, sich der sozialen Befreiung des Volkes und dem Sozialismus in den Weg zu stellen. Es wurde zugegeben, daß die Mehrheit des Volkes gläubig katholisch ist. Die Partei hat deshalb, nach den Worten Zawadskis, nicht die Absicht, sich in die inneren Fragen der Kirche einzumischen, wie sie auch der Kirche nicht gestatten wird, sich mit Staatsangelegenheiten zu befassen. Aber, fuhr er fort, „wir behaupten für uns das Recht, unsere Mitglieder im Geist der materialistischen Weltanschauung, der neuen wissenschaftlichen Ansicht von Welt und Leben zu erziehen, wobei die Partei nicht gegen die Religion ankämpft, sondern vielmehr auf dem Standpunkt des Schutzes der Freiheit des Gewissens und des religiösen Bekenntnisses steht." Der Staat hat die Aufgabe, vor allem die Jugend in diesem Geist der modernen, durch den Sieg der Arbeiterklasse erprobten Weltanschauung des Leninismus zu erziehen. Das ist die Grundvoraussetzung für eine hoffnungsvolle Entwicklung des polnischen Volkes.

Der Erziehungsminister Skrzeszewski hob besonders die Aufgabe hervor, das junge Geschlecht in der Liebe zur Sowjetunion und zur russischen Sprache, der Sprache Lenins und Stalins, zu stärken. Außerdem habe die Schule zur Liquidation aller kapitalistischen Elemente beizutragen, womit besonders das freie Bauerntum gemeint war. Einen Monat vorher hatte Ministerpräsident Cyrankiewicz auf einer Lehrertagung die gleichen Gedankengänge entwickelt.

In der Erziehungsfrage ist es nicht bei Worten und Ankündigungen geblieben. Zwar bestehen noch die katholischen Schulen, die zu einem großen Teil kirchliche Privatschulen sind. Doch ist seit dem vorigen Jahr die Bewegung der „Kinderfreunde" in steigendem Maße und mit Erfolg um die Errichtung eigener Schulen bemüht, die sich selbstverständlich der größten staatlichen Unterstützung erfreuen. Wie aus einem Hirtenbrief des Bischofs Adamski in Kattowitz hervorgeht, besuchen in seinem Gebiet bereits 60 000 Kinder diese Schulen, aus denen jeder religiöse Einfluß verbannt ist. Auf die Eltern, die sich in abhängiger Stellung befinden, wird ein immer stärkerer Druck zugunsten dieser Schulen ausgeübt.

Am 10. Januar 1949, also knapp einen Monat nach dem Kongreß, fanden dessen Programmpunkte bereits im Parlament, und zwar wiederum in einer Rede des Ministerpräsidenten, ein Echo, aus dem wir heraushören, daß man mit ihrer Verwirklichung nicht mehr lange säumen dürfte. Cyrankiewicz sagte: „Ein Teil der römisch-katholischen Hierarchie betreibt eine politische Tätigkeit, die darin besteht, unter dem Deckmantel der Religion feindselige Gefühle gegen den Staat zu schüren. Diese Tätigkeit fordert strenge Strafe."

Auch hier handelt es sich nicht nur um Worte und Drohungen. Die Zahl der verhafteten Geistlichen ist in den letzten zwei Monaten fast aufs Doppelte gestiegen und beträgt heute etwa 350.

Die Haltung der Kirche

Wenn der Konflikt zwischen Kirche und Staat in Polen bisher weniger offene Formen angenommen hat als in den übrigen Ländern, lag das, wie der Chef der polnischen Exilregierung in London, der bekannte General Bor-Komorowski, kürzlich einem Vertreter von „La Croix" erklärte, ganz besonders an der Position des polnischen Episkopates unter der Führung von Kardinal Hlond, der einen so großen Einfluß in Polen besaß, daß die Regierung zu einem äußerst vorsichtigen Vorgehen gezwungen war, so lange er lebte.

Wenn der Heilige Stuhl nunmehr den bisherigen Bischof von Lublin, Msgr. Wyszynski, zu seinem Nachfolger ernannt hat, wurde damit eine Persönlichkeit in die schwierige Stellung des polnischen Primas berufen, die sich durch außerordentliche Sachkunde auf sozialem Gebiet, durch eindeutigen Patriotismus während der Widerstandszeit, durch entschlossenes Eintreten für die Hebung des Arbeiterstandes und durch weitgehendes persönliches Entgegenkommen gegen den Sozialismus für die Aufgabe empfiehlt, die dem geistlichen Oberhaupt der Kirche in Polen in diesem Augenblick gestellt ist. Es ist bemerkenswert, daß der Heilige Stuhl auf die führenden Bischofssitze in den östlichen Ländern nach dem Kriege durchweg solche Persönlichkeiten berufen hat, die von jedem Verdacht einer reaktionären Einstellung gegenüber der gegenwärtigen Regierung frei sind. Die nach dem Kriege berufenen Erzbischöfe Mindszenty, Beran und Wyszynski nahmen zuvor keine Stellung ein, in der sie zur Zusammenarbeit mit den damaligen Landes- und Besatzungsbehörden gezwungen gewesen wären und haben sämtlich den Beweis erbracht, daß sie in jener Zeit die Rechte des Gewissens und des unterdrückten Teiles der Bevölkerung verteidigten. Die Meldungen darüber, ob auch der polnische Primas zur deutschen Zeit im Gefängnis war wie die beiden anderen Erzbischöfe, widersprechen sich. Auf jeden Fall aber war seine Opposition bekannt. Der Heilige Stuhl beweist durch diese Personalpolitik, daß ihm daran gelegen ist, von seiner Seite aus alle Voraussetzungen zu einer Zusammenarbeit oder doch zu einem friedlichen Nebeneinanderwirken von Kirche und Staat in den östlichen Ländern zu schaffen. Schon in der Auswahl der Kirchenfürsten zeigt sich das schonende Feingefühl für die politische Empfindlichkeit der Völker, wodurch Rom immer wieder bekundet, daß ihm nichts ferner liegt als der Wille, sich in die inneren Angelegenheiten der Staaten einzumischen und eine Politik der sozialen Reaktion zu fördern.

Der neue polnische Primas ist denn auch bei seinem ersten Erscheinen in der Öffentlichkeit so vorsichtig zu Werk gegangen, die Proklamation seiner Haltung im Einvernehmen mit dem gesamten Episkopat auf einer Bischofskonferenz in Krakau festzulegen und auch dadurch zu beweisen, daß er keinerlei persönliche Ambitionen hat, sondern nur den von der Gesamtheit der Bischöfe anerkannten unabdingbaren Lehren und Aufgaben der Kirche dienen will.

Der polnische Episkopat hat erst kürzlich, am Ende des vergangenen Jahres, durch einen Hirtenbrief zu erkennen gegeben, daß er eine staatsfeindliche Haltung der Katholiken nicht wünscht und nicht billigt. „Wir möchten euch, geliebte Brüder und Schwestern, vor Gefühlen der Niedergeschlagenheit und Verzweiflung und vor übereiltem Handeln warnen", hieß es darin. „Bewahren wir unser Vertrauen und unser Gleichgewicht. Halten wir in uns den Sinn für die persönliche, nationale und katholische Würde wach. Niemand möge sich von dunklen Elementen zu übereilten Schritten hinreißen lassen, die danach trachten, die Lebenskraft der Nation zu erschöpfen."

Dieser Hirtenbrief wurde im „Tygodnik Powszechny", dem Organ von Kardinal Sapieha in Krakau, dahin erläutert, daß die Katholiken von der Beteiligung an Untergrundbewegungen gegen das Regime zurückgehalten werden sollen, die der Regierung nur eine Handhabe bieten können, die Kirche dafür verantwortlich zu machen und den Katholizismus seine Prestiges und seiner besten Kräfte zu berauben, deren Aufgabe nicht in einem aussichtslosen Kampf um die Beseitigung des Regimes, sondern in dem Eintreten für die christliche Moral besteht. Eine illegale Aktion könne dem Volk in seiner Gesamtheit nur schaden und denen, die daran teilnehmen, den Untergang bringen. Die Kirche nehme deshalb gegen jede Politik der „natürlichen Reaktion", gegen illegale Tätigkeit und Blutvergießen Stellung. Dieser Artikel und der Hirtenbrief ist aber leider von der gegnerischen Seite nicht so aufgefaßt worden, wie er gemeint war. Die kommunistische Presse weiß dazu nur zu sagen, die Kirche sei zu spät gekommen mit der Erkenntnis, daß das gegenwärtige Regime eine unveränderliche Tatsache sei. Es gebe hier keinen Raum mehr für Diplomatie, und die Zukunft werde nicht den Fürsten der Kirche gehören.

Trotz dieser deutlichen Sprache gibt es auch in Polen immer noch „fortschrittliche Katholiken", die sich dem Glauben hingeben, man könne eine gemeinsame Basis zwischen katholischer und kommunistischer Gesellschaftspolitik finden. Erst kürzlich schrieb in der Warschauer Zeitschrift „Dzjs i Jutro" M. Lubienski, als Sprecher einer solchen Gruppe, im Sinne einer solchen „Verständigung". Es sei für die Kirche unmöglich, sich vom Staat vollständig zu isolieren, wenn dieser das gesamte Leben beherrsche. Eine gemeinsame Basis könnte gefunden werden, wenn die Katholiken sich für eine sozialistische Ordnung in der gesamten Welt einsetzen würden. Zwischen einer solchen Ordnung und der materialistischen Philosophie bestehe kein strenger Zusammenhang. Es handelt sich bei solchen Gedankengängen, wenigstens in diesem Falle, nicht einmal um Personen, die im Solde der Propaganda stünden. Wir haben auch hier im Westen keine Veranlassung, uns über die politische Torheit oder den Mangel an Rückgrat in solchen Äußerungen zu entrüsten. Sie sind vielmehr ein Ausdruck für die wirkliche Lage des Menschen in jenen Ländern: er ist ein ohnmächtiges Opfer in den Krallen eines nicht so sehr

brutalen als diabolischen, allmächtigen Feindes, der mit ihm so lange spielt, bis er es dahin gebracht hat, sich selbst seiner Würde zu berauben, um ihn dann erst zu vernichten!

Die Politik der kommunistischen Staaten in Osteuropa würde nur unvollständig charakterisiert werden, wenn man sie als religions- oder kirchenfeindlich bezeichnete. Nicht die Ausrottung der Religion, sondern die vollständige Unterwerfung des Menschen unter die Befehlsgewalt des Staates, die Vernichtung jeder Art persönlicher Freiheit, sich außerhalb der vom Staate vorgeschriebenen Generallinie zu bewegen, ist das eigentliche und letzte Ziel, um das es in der Auseinandersetzung des Staates mit der Kirche geht.

Ministerpräsident Cyrankiewicz sagte in seiner schon oben erwähnten Rede im Parlament: „Wir haben volle Achtung vor den religiösen Belangen aller Gruppen der Bevölkerung. Die Regierung ist gegen jede Art von Zwang in religiösen Dingen; denn das würde dem öffentlichen Interesse und den Grundsätzen der Demokratie widersprechen." Das mag ehrlich gemeint sein, nur fragt es sich, was er dabei unter dem Worte „religiös" versteht. Als der ebenfalls schon erwähnte General Bor-Komorowski von dem Pariser Zeitungsvertreter gefragt wurde: „Glauben Sie, daß die polnischen Kommunisten die vollständige Zerstörung der Kirche beabsichtigen?" entgegnete er: „Wenn die Kirche sich jedes Einflusses auf das kulturelle und soziale Leben Polens enthalten würde, wenn sie der Unterdrückung der menschlichen Grundrechte zustimmen und sich der Errichtung eines Systems der Sklaverei nicht widersetzen würde, würden die Kommunisten vielleicht bereit sein, die Kirche für sich allein leben zu lassen." Das ist ein knapper aber treffender Kommentar zu den Worten und Absichten der polnischen Regierung.

Verschärfung der Gegensätze in der Tschechoslowakei

Eine Denkschrift des tschechischen Episkopates

Die tschechoslowakischen Bischöfe haben Mitte Januar auf einer Konferenz in Prag unter dem Vorsitz von Erzbischof Beran die neueste Entwicklung der Dinge geprüft und in einer gemeinsamen Denkschrift an die Regierung die augenblickliche Lage der Katholischen Kirche im Lande gekennzeichnet. „Trotz des Versprechens religiöser Freiheit" heißt es darin, „ist ein Angriff gegen Kirche und Religion eröffnet worden, der sich auf der gleichen Linie bewegt wie die bekannten Angriffe in anderen Ländern." Die Bischöfe erinnern daran, daß sie im vergangenen Juli mit dem Staatspräsidenten Besprechungen über die schwebenden Fragen vereinbart hatten. Aber die Zusage von damals sei nicht erfüllt und die Gespräche seien abgebrochen worden.

Insbesondere erhebt die Denkschrift der Bischöfe vier Beanstandungen:

„1. Die Rechte der Kirche werden beeinträchtigt, indem von der Kirche bestellte Würdenträger an der Erfüllung ihrer Amtspflichten gehindert werden.

2. Diejenigen Mitglieder des Klerus, die an politischen Demonstrationen nicht teilnehmen, werden beargwöhnt.

3. Die Gläubigen sind unwillig über die Beschränkungen, denen katholische Schulen, karitative Einrichtungen, die katholische Presse und religiöse Organisationen sowie öffentliche katholische Versammlungen unterworfen werden.

4. Die Bischöfe sind nicht in der Lage, der entschädigungslosen Beschlagnahme des Kircheneigentumes zuzustimmen, von dem namentlich eine Reihe von Ordensgemeinschaften in ihrer Existenz abhängig ist."

Außerdem, sagen die Bischöfe, könnten noch viele andere Ungerechtigkeiten angeführt werden, die „eine verborgene, dafür aber umso schmerzlichere Absicht des Angriffes gegen die Kirche" deutlich machen, etwa die fast vollständige Vernichtung der katholischen Presse, die grundlosen Angriffe gegen den Heiligen Stuhl und die Versuche, Hierarchie und Volk zu spalten. Unter dem Vorwand des „Fortschrittes" versuche man, die Jurisdiktion der Bischöfe über den Klerus zu beeinträchtigen.

Die Bischöfe seien „entschlossen, mit ihrem treuen Klerus als Brüder in Christo zu leben, jedes Opfer zu bringen und auch jede materielle Entbehrung auf sich zu nehmen, zu der sie genötigt werden könnten. Wir sind überzeugt, daß Klerus und Volk ihre Bischöfe genügend kennen, um zu wissen, daß deren Gefühle und Gedanken angesichts ihrer wirklichen Lage nicht anders als wahrhaft demokratisch sein können."

Der Kirchenkampf als Konsequenz der kommunistischen Staatsräson

Aus diesen Sätzen und aus einer Reihe von Tatsachen ergibt sich, daß die tschechoslowakische Kirche heute etwa in derselben Situation lebt wie die ungarische vor einem halben Jahre. Das öffentliche Leben des Landes ist kommunistisch gleichgeschaltet, angefangen vom Staat bis zu sämtlichen Organisationen des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens, seien es nun die Gewerkschaften, die sogenannten unabhängigen Parteien der nationalen Front oder der „Sokol", der einflußreiche nationale Wehr- und Sportverband. Es gibt nur eine einzige Organisation außer und entgegen diesem Schema, die Katholische Kirche. Die tschechoslowakische Nationalkirche ist durch die katholische Erneuerung in den Jahren des Widerstandes gegen Deutschland bedeutungslos geworden, die protestantischen Gemeinschaften unter der geistigen Führung von Hromadka machen, wie sich schon aus dessen Haltung in Amsterdam ergibt, (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg. 1/2. Heft, Seite 94) keine weiteren Schwierigkeiten, und die orthodoxe Kirche hat sich dem Moskauer Patriarchat untergeordnet. Es ist darum ein zwingendes Erfordernis der kommunistischen Staatsauffassung, daß auch die Unabhängigkeit der Katholischen Kirche gebrochen wird.

Diese Logik ist in allen Ländern des russischen Einflußgebietes die gleiche. Wenn wir Unterschiede in der Situation der Kirche in den einzelnen Staaten und in der Haltung der Regierungen beobachten, handelt es sich nur um die Methoden, die man den jeweiligen konkreten Bedingungen anzupassen sucht. In der Beurteilung dieser Bedingungen mögen sich innerhalb der Generallinie persönliche Meinungen der einzelnen Staatsmänner zur Geltung bringen und das Tempo der Entwicklung beschleunigen oder mäßigen. Neben taktischen Überlegungen mögen hierbei auch persönliche Gefühle eine Rolle spielen. Die Generallinie selbst aber wird nirgends verlassen.

Propagandistische Vorgefechte

In der Tschechoslowakei bildet die griechisch-unierte Kirche des slowakischen Landesteiles keinen geeigneten

Ansatzpunkt zur Liquidation des Katholizismus wie etwa in Rumänien. Erstens ist sie zahlen- und verhältnismäßig nicht so bedeutend wie in jenem Lande, und zweitens sind die Slowaken von einer gefühlsmäßigen Treue zu Rom erfüllt, wie sie vielleicht nur noch in Irland vorkommt.

Man muß es also mit der lateinischen Kirche direkt aufnehmen und befindet sich vor den gleichen Problemen wie der ungarische Kommunismus. Zweifellos bewegt sich denn auch die tschechoslowakische Politik in der gleichen Richtung. Genau wie in Ungarn sind alle Lebensäußerungen der Kirche außerhalb des gottesdienstlichen Raumes unterdrückt. Die Nationalisierung der Schulen ist im Gange. Aber wie in Ungarn muß zunächst die Atmosphäre geschaffen werden, in der man zum großen Schlage ausholen kann. Es muß zwischen Bischöfen und Volk nach Möglichkeit Mißtrauen gesät werden, und die Bischöfe müssen in einer Reihe von Einzelfällen in den Augen der Öffentlichkeit ins Unrecht gesetzt werden. In diesem Stadium der psychologisch-propagandistischen Vorbereitung befindet man sich gegenwärtig in der Tschechoslowakei, wenn nicht alle Anzeichen trügen.

So ist z. B. die Propaganda des liberalen tschechischen Schriftstellers Jirásek zu werten, die gegenwärtig unter dem Protektorat des Präsidenten Gottwald vor sich geht. Jirásek ist der volkstümlichste Verbreiter des Husmythos und von einem ebenso tiefen wie geschickt ausgedrückten antirömischen Affekt erfüllt. In diesen Propagandafeldzug passen auch verschiedene „offene Briefe" von Gläubigen und Entschließungen von „Massenversammlungen", die die Bischöfe in aller Öffentlichkeit — für die der staatliche Nachrichtenapparat Sorge trägt — auffordern, sie möchten endlich Maßnahmen gegen die Priester ergreifen, die „unter der Soutane den Mörderdolch gegen die demokratische Republik verbergen", und durch solche Maßnahmen ihre „negative Haltung gegenüber dem Staat" revidieren. Die „Feindseligkeit" der Bischöfe gegenüber den staatstreuen Priestern von der Art des Ministers Plojhar bildet den Kontrast dazu. Daneben läuft eine ständige Kampagne gegen den reaktionären Vatikan. All diese Erscheinungen sind aus dem Ungarn des vorigen Herbstes noch in Erinnerung. Wie in Ungarn werden auch hier die übrigen Kirchen in die Stimmungsmache gegen den Katholizismus einbezogen. Im Dezember wurde ein offener Brief nicht-katholischer kirchlicher Gemeinschaften veröffentlicht, die bestätigten, daß in der Tschechoslowakei volle Religionsfreiheit besteht. Wenn die Katholische Kirche Klage zu führen habe, liege es nur daran, daß sie „ihre politische Macht gegen das demokratische Regime des Volkes auszuspielen" suche. Welche kirchlichen Gemeinschaften diesen offenen Brief erlassen haben, war bei der Nachrichtenagentur leider nicht zu ermitteln.

Daß auch die protestantische Kirche in der Tschechoslowakei den Anforderungen der Regierung noch nicht genügt, zeigt eine kürzlich gehaltene Radiorede des Erziehungsministers Zdenek Nejedly. Er warf den Protestanten vor, sie hielten — ebenso wie die Katholische Kirche nach Rom — Ausschau nach Protektion in den westlichen Ländern.

Im übrigen sucht man auch in der Tschechoslowakei hier und dort durch ein Gerichtsurteil oder eine Verhaftung den Mut der Gläubigen, insbesondere der Geistlichen, zu erschüttern und sie persönlich zu schikanieren. Ein Beispiel dafür sind die Prozesse gegen slowakische Geistliche, die wegen Unterstützung ukrainischer Untergrundgruppen verurteilt wurden, oder gegen einen tschechischen Militärpfarrer, der versucht hatte, sein Vaterland zu verlassen, selbstverständlich, um sich im Ausland mit staatsfeindlichen Elementen zu verbünden. Priester und Ordensleute erhalten auch keine Kleiderkarten und dürfen sich zu den um 300—600% höheren Preisen am freien Markt eindecken, nachdem man ihnen das Einkommen genommen hat.

Erwägungen der tschechischen Regierung

So bedient sich der tschechische Kommunismus im Augenblick des vorbereitenden Stadiums für den Endkampf der beiden Mittel, die wir aus Ungarn kennen: der Propaganda und der Schikane. Wie lange dieses Stadium anhalten wird, und warum die Entwicklung in der Tschechoslowakei um einiges langsamer vor sich geht als in Ungarn, dies zu beurteilen ist eine Sache sehr subjektiver Erwägungen. Es mag sein, daß die Prager Regierung den tschechischen Katholizismus, der vielleicht anfälliger ist als der ungarische, mit weniger auffälligen Mitteln zu zermürben hofft. Es mag auch sein, daß Erzbischof Beran in Prag, in Erkenntnis der anders gelagerten Verhältnisse seines Landes, der Regierung geringere Angriffsflächen bietet als der Fürstprimas von Gran der seinigen. Jedoch scheint es, als ob auch die tschechischen Kommunisten sich täuschen werden, wenn sie glauben, sie könnten das katholische Volk ohne großes Aufsehen der römischen Kirche entfremden und nach dem Vorbild anderer östlicher Länder auch in kirchliche Abhängigkeit von der Staatsgewalt bringen. Als Erzbischof Beran kürzlich seinen 60. Geburtstag feierte, erklärten ihm Tausende von Gläubigen in einer Prager Festhalle durch ihren Sprecher, einen Laien, sie wollten zu ihm stehen, „was immer in der Zukunft sich ereignen würde." Erzbischof Beran aber bewies ebenso viel Takt wie Klugheit, als er in seiner Antwort sagte, nur die Caritas Christi könne die Probleme endgültig lösen, die die Welt im Augenblick in sich berge. Wie immer die Entwicklung weiterhin verlaufen mag, die Gefahr einer Spaltung der Katholischen Kirche in der Tschechoslowakei, mit der die kommunistischen Staatsmänner vielleicht rechnen und die nach dem ersten Weltkrieg eine akute Gefahr war, liegt diesmal wohl kaum im Bereich der Möglichkeiten. Wenn man also die römisch-katholische Kirche sich unterwerfen will, wird man sich wohl doch zuletzt zu den ungarischen Methoden entschließen.

Die Zukunft Asiens

Während die westliche Welt über die Zukunft Chinas rätselt und sich in Betrachtungen darüber ergeht, ob nicht vielleicht der chinesische Kommunismus durch die Verbindung mit einer jahrtausendealten Kultur von hohem Rang und Selbstbewußtsein eine humane Gestalt annehmen könnte, gewinnt man aus Äußerungen der in China tätigen Missionare, die Land und Volk sicher am besten kennen, den Eindruck, daß alle derartigen Hoffnungen am grünen Tisch entstehen.

„New York Times" brachte am 29. November 1948 einen Brief von Bischof James E. Walsh, dem Sekretär des katholischen Zentralbüros in Schanghai, zum Abdruck.

Der Bischof wendet sich darin an seine Landsleute mit der beschwörenden Bitte, China in seiner Schicksalsstunde nicht im Stich zu lassen. Er schreibt: „Wie Asien uns Christus brachte, so kann die Liebe Christi Asien alles bringen, was es an geistiger und materieller Hilfe zu einem gesunden Fortschritt braucht. Aber niemand weiß, wie lange die Gelegenheit dauern wird. Gegenwärtig gehen ja Osten und Westen nicht Hand in Hand, sondern scheinen sich eher voneinander zu trennen; und darin liegt eine ernste Gefahr für eine zukünftige, vielleicht sogar unwiderrufliche Teilung. Über dem Asien der Gegenwart wölbt sich kein günstiger Himmel; er ist verdunkelt durch eine Wolke, die größer ist als die Hand eines Mannes, wirklich so gewaltig, daß sie gegenwärtig den östlichen Horizont bedeckt, von Korea bis Burma und darüber hinaus. Es ist der Aufgang des Kommunismus, der von einem fremden Feind heraufbeschworen und von Horden verräterischer Einfaltspinsel in jedem Land begünstigt wurde... Asien hat der Welt gute Dienste geleistet. Asien war die Wiege des Menschengeschlechtes. Asien war der Ursprung aller großen menschlichen Kulturen, die genug Vitalität in sich trugen, die Zeiten zu überdauern. Asien verdient etwas besseres als den geistigen Tod und die leibliche Versklavung durch den Kommunismus. In weltweiter und zeitnaher Perspektive gesehen, ist die Rettung Asiens das entscheidende Anliegen aller edelgesinnten und verantwortlichen Menschen in der Welt."

Bischof Walsh spricht von „geistiger Hilfe". Es handelt sich darum, die asiatischen Christen und darüber hinaus die ganzen Völker innerlich gegen den Einfluß des Kommunismus zu immunisieren. Dazu müssen wir wissen, daß die Völker und auch die Christen Asiens den Kommunismus mit ganz anderen Augen sehen als wir Europäer, weil sie mit ihm noch wenig praktische Erfahrung gemacht haben. Sie neigen dazu, in ihm den Erlöser von der abendländisch-kapitalistischen Unterdrückung zu erblicken. Sie wissen vielfach nichts anderes von ihm, als daß er der geschworene Feind ihrer Ausbeuter ist. Diese geistige Lage erschwert den Kampf gegen den Kommunismus umso mehr, als sogar manche eingeborene geistliche Führer der Christen in der Abwehr des Kommunismus durch die Europäer den verzweifelten Kampf um das sinkende Prestige des Abendlandes wittern.

Sehr aufschlußreich war in dieser Hinsicht das Verhalten der Vertreter aus den jungen asiatischen und afrikanischen Kirchen auf der Weltkirchenkonferenz in Amsterdam, die in erster Linie den Kapitalismus verdammt zu sehen wünschen.

Reinhold Niebuhrs Zeitschrift „Christianity and Society" bezeichnet in einem Leitartikel (Bd. 13 Nr. 4, Herbst 1948, S. 4) „die Sympathie für den Kommunismus unter den modernen asiatischen und afrikanischen Christen, die in Amsterdam wie schon bei zahlreichen früheren ökumenischen Treffen hervorgetreten ist, als eine der wichtigsten sozialen Tatsachen unserer Zeit." Sie sähen in Rußland den Vorkämpfer für die Sache der Kolonialvölker gegen die Imperialisten, für die Belange der unvorstellbar verelendeten, obendrein wegen ihrer Rasse gering geachteten Bevölkerung gegen ihre anmaßenden Beherrscher. Sie können deshalb mit dem Begriff „Freiheit", in dessen Namen wir den Kommunismus bekämpfen, keine reale Vorstellung verbinden und unsre Warnungen nicht glaubwürdig finden. Amerika zumal erscheint ihnen so märchenhaft reich und mächtig, daß sein Kampf gegen den Kommunismus der Überzeugungskraft entbehrt. Man weiß außerdem sehr genau, wie schwer in USA die schwarze und die gelbe Rasse um ihre Gleichberechtigung kämpfen müssen.

Wir müssen damit rechnen, daß der Kommunismus sich in Asien auch dann ausbreiten wird, wenn Europa ihm entschlossenen Widerstand leistet. In Europa ist er nur noch eine Machtfrage, in Asien dagegen ein geistiges Problem. Auch soziologisch betrachtet hat er in Asien einen günstigen Nährboden, weil es dort keinen demokratischen Sozialismus gibt, der das Ressentiment der kleinen Leute auffangen könnte.

In Indien z. B. entwickelt sich die herrschende Kongreßpartei, die in der Vergangenheit einmal den Freiheitswillen des gesamten Volkes repräsentierte, immer mehr zu einem Werkzeug der reaktionären Fabrikanten, und die Sozialisten unter Pandit Nehru spielen eine klägliche Rolle. Den Nutzen aus dieser Lage der Dinge zieht der Kommunismus. In dieser Situation hat das Christentum mit seiner vermittelnden Haltung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Eigentum und Proletariat, keine reale Chance.

Die Missionierung Asiens ist demnach wahrscheinlich schwieriger als einst die Missionierung des heidnischen Rom. Petrus hatte keinen Hinweis auf Wallstreet zu fürchten und keine Konkurrenz des Kreml aus dem Felde zu schlagen.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Die Zeit des Armen

„Jeunesse de l'Eglise", jene kleine Gruppe von katholischen Laien und Priestern, über deren Auseinandersetzung mit dem Geist unserer Zeit wir immer wieder berichtet haben, weil sie die eigentlichen Schnittpunkte zwischen der christlichen Welt und der modernen Welt sehr genau erkennt, hat ein Heft mit dem Gesamttitel „Die Zeit des Armen" (Le Temps du Pauve) veröffentlicht. Unsere Gegenwart ist damit gemeint. Jeder von uns begreift sofort, daß die Armut heute eine besondere Bedeutung gewonnen hat. Zwar haben jederzeit zahllose Menschen und ganze Völker in Armut gelebt, und ihre Misere war oft nicht geringer als die unserer Ärmsten. Aber sie duldeten ergebener und kamen kaum zu Wort. Das ist anders geworden. In der Gestalt der besitzlosen Massen sind diese Armen an die Oberfläche der Geschichte emporgestiegen und zu einem der entscheidenden Faktoren für den Gang der Ereignisse, für die Bildung der Ideen und der Ideale geworden. Der Arme empört sich gegen seine Armut und nimmt sie nicht mehr als schicksalhaft an. Unsere „Zeit des Armen" ist zugleich eine „Zeit der Empörung".

Diese Überschrift (Le temps de la révolte) trägt einer der Aufsätze des Heftes, dessen Verfasser Paul-André Lesort ist. Die Frage, die hier aufgeworfen wird, ist die, wie sich der Christ zu dieser Empörung stellen soll.

Die Armut, die in früheren Zeiten vor allem auf den kleinen Bauern, Landarbeitern und wandernden Hirten lastete, erschien als ein Schicksal, dem man nicht entrinnen konnte. Der Arme lebte in einer Welt der schicksalhaften Bestimmung, die von Mächten bestimmt wurde, die sich der Einwirkung des Menschen entzogen, blinden und tauben, lastenden, unfruchtbaren Wirklichkeiten. Diesen gegenüber erschien Ergebung als das Verhalten der Vernunft; sie war die Tugend, in der der Geist sich über die Leidenschaften erhob. Im Leben des Weisen gab es keinen Raum für Empörung.

Ändert der Glaube an Gott etwas an dieser Lebensauffassung? Auf den ersten Blick scheint er diese Unterwerfung unter die Tatsachen zu fördern. Diese Folgerung hat auch ein großer Teil des griechischen Denkens gezogen. Auch das traditionelle jüdische Denken hat die Weltordnung ganz ähnlich aufgefaßt, wenn es auch die Welt als Schöpfung Gottes und nicht als „Form Gottes" auffaßte. Die Schlußfolgerung war doch die gleiche: da alles in Gottes Hand liegt, geschieht nur das, was Er will. Nur ist hier das Unglück gerechtfertigt: das Unglück erscheint als Strafe, wenn der Mensch von dem Weg abweicht, den Gott selbst ihm ja offenbart hat. Umso mehr muß das Unglück als Gottes Schickung hingenommen werden.

Das haben auch die Freunde Jobs gewußt, die diesen vorbildlichen Dulder des Alten Testaments in seinem Leid aufsuchen, und das versuchen sie ihm vergeblich klarzumachen, als er sich in seinem Elend empört.

Job kann auf ihre Argumente, die Argumente der Weisheit und Frömmigkeit, nichts antworten, und doch hört er nicht auf, sein Leid zu dem Angesicht des allmächtigen Gottes emporzuschreien und seinen anscheinend so widersinnigen und unnützen Protest zum Himmel zu schicken: „Warum gibst Du das Licht den Unglücklichen und das Leben denen, deren Seele von Bitterkeit erfüllt ist? ... Was ist der Mensch, daß Du so viel Wesens von ihm machst, daß Du Dich herabläßt, Dich mit ihm zu beschäftigen und ihn in jedem Augenblick zu prüfen? ... Macht es Dir Freude, das Werk Deiner Hände zu erdrücken, zurückzustoßen und Deine Gnade leuchten zu lassen über dem Rat der Bösen? ... Warum hast Du mich aus dem Mutterleib gezogen? Warum verbirgst Du mir Dein Antlitz und betrachtest mich als Deinen Feind? ... Ich schreie Gewalt, und niemand antwortet mir!"

Eine solche Empörung wäre für den Stoiker sinnlos, denn er kann die Weltordnung nur annehmen, wie sie ist. Die Empörung erhält erst Sinn vor dem Gott Abrahams. Vor ihm weigert sich Job, nur ein Gegenstand im Universum zu sein. Er fühlt sich nicht in einem Netz von Gesetzen gefangen, sondern er steht in einem Verhältnis von Person zu Person. Seine Empörung ist also keine sinnlose Auflehnung gegen eine blinde Natur, sondern eine Forderung des frei geschaffenen Menschen, dessen Verhältnis zu Gott mit dem zu einer blinden Notwendigkeit völlig unvergleichbar ist. Alles kommt aus Gottes Hand, und Gott ist Gerechtigkeit, und das Unglück trifft ohne Ansehen den Sünder und den Unschuldigen: Job hört nicht auf, das alles zu behaupten, und er gibt keinen dieser Punkte preis, obgleich sie sich widersprechen. Jobs Irrtum besteht nur darin, daß er diesen Widerspruch, dessen Fruchtbarkeit darin besteht, daß er gelebt wird, von Gott erklärt, d. h. auf eine Vernunfteinsicnt reduziert haben will. Gerade das Nebeneinanderstehen dieser Behauptungen sichert ihnen aber die Kraft, die Wirklichkeit tatsächlich zu erfassen. „Mein Zorn ist entbrannt gegen dich und deine beiden Freunde, sagt Gott zu Eliphas, weil du von mir nicht gemäß der Wahrheit gesprochen hast, wie es mein Diener Job getan hat". Denn schließlich ist es Job, der trotz der Gefahr der Verzweifllung bei keiner Lüge Hilfe gesucht hat. Er hat sich geweigert, Glück zu nennen, was Unglück war, und Gerechtigkeit, was Gnade, Vernunft, was Geheimnis, und Weisheit, was Torheit des Glaubens war. Gerade seine Empörung beweist seine Überzeugung von der Güte der Schöpfung. Denn was könnte man einer von Natur schlechten Welt vorwerfen?

Gleich Jobs Freunden haben zahllose Christen diesen Schrei der Empörung gegenüber Elend, Hunger und Krankheit für gottlos gehalten, und man hat die Geschichte Jobs auf den Spruch reduziert: Der Herr hat es gegeben, der Herr hat es genommen, der Name des Herrn sei gebenedeit. Hier und überall hat eine jüdische und heidnische Philosophie den wahren Kern des Buches Job verdeckt. Aber trotzdem ist im ganzen Verlauf der christlichen Geschichte eine Unterströmung lebendig geblieben, die gewußt hat, daß Elend und Armut nicht sein sollen, daß vor allem auch die Unterdrückung der Armen und Schwachen gottlos ist.

Daß Ungerechtigkeit auch die letzte Wurzel einer Reihe von anscheinend schicksalhaften Plagen sein kann, daß soziale Unordnung Krankheiten, Hungersnöte, Aussetzen von Kindern, erdrückende Arbeit und Elend jeder Art zur Folge haben könnte, das allerdings ist der mittelalterlichen Christenheit noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Man hat das Elend im einzelnen in allen seinen Formen zu bekämpfen versucht und wenigstens im einzelnen das Unglück nicht als blinde Notwendigkeit angenommen. Dazu verhalf das neue Gesetz Christi: das Gesetz der Liebe.

Aber gerade dieser Begriff der christlichen Liebe wird von der modernen Welt abgelehnt oder zum mindesten mit Mißtrauen betrachtet. Die moderne Welt will nicht mehr, daß der Arme das als Gnade empfange, was ihm von rechtswegen gebührt.

Viele Leute sagen, daß ein großer Teil der heutigen Arbeiter ja keine Armen im früheren Sinn mehr seien. Das ist richtig; aber einmal darf man nicht vergessen, daß es doch nur ein sehr geringer Bruchteil der großen Massen ist, der diese Existenz des modernen Arbeiters mit seiner Freizeit, seinem Mindestlohn, seinem Siedlungshäuschen, seinen Sozialversicherungen, seinem bezahlten Urlaub führt. Und dann konnte der Arme früherer Zeiten denken, daß die Armut ausschließlich eine Folge der Naturgesetze sei und die Unterdrückung durch die Mächtigen höchstens noch zu seinem Elend hinzukäme; aber der moderne Proletarier hat begriffen, daß ein viel engeres Band zwischen seinem Elend und der Unterdrückung besteht. Er sieht, daß die Menschheit die Mittel gefunden hat, genug zu produzieren, daß alle menschenwürdig leben könnten, daß aber ein großer Teil der Menschen von diesen Wohltaten ausgeschlossen ist. Und daran ist nicht das Spiel der Natur schuld, sondern eine unsinnige Verteilung der Güter, Eiferucht, Haß und Egoismus der Menschen.

Diesen Gedanken gegenüber wird oft der Einwurf gemacht, die Empörung der Massen sei mit der Luzifers zu vergleichen, der sagte: „Non serviam"; aber in Wahrheit hat Dienen nur Sinn und Wert im Hinblick auf den, dem man dient, und wenn es in Freiheit geschieht. Derjenige, dem Luzifer den Dienst aufgesagt hat, war Gott.

Diese Rechtfertigung der Empörung widerspricht natürlich in keiner Weise der Wahrheit, daß der Christ auch heute das Elend des Proletariers als Kreuz auf sich nehmen kann. Nur kann er nicht dulden, daß diejenigen sich ein Edelsteinkreuz umhängen, die das wahre schwere und schmerzende Kreuz auf die Schultern anderer legen. Dann empört er sich mit Recht und ruft wie Job, daß Gott gerecht ist und alles von Gott kommt, und weigert sich zu gleicher Zeit. anzuerkennen, daß die Welt recht haben soll. Seine letztliche Annahme der Schickung hat nur einen Sinn, weil er sie in Gott und für Gott vollzieht und dabei doch keinen Augenblick aufhört, jede irdische Rechtfertigung zu verweigern. Von der antiken Resignation zur christlichen Annahme führt der Weg über die Empörung. Ein Ja zum Übel, zum Bösen würde kein reines Ja zu Gott mehr sein.

Um die Verlebendigung der Liturgie

Je tiefer das Bewußtsein von der Bedeutung der Liturgie im christlichen Leben in die Menge der Gläubigen, über den anfänglichen Kreis kleinerer Gruppen hinaus, eindringt, desto dringender und allgemeiner werden die Bemühungen darum, die Liturgie dem heutigen Menschen wieder wahrhaft verständlich und mitvollziehbar zu machen. Pater Yves Congar nennt (in einem Aufsatz der Zeitschrift „La Maison-Dieu" vom Juli 1948) das Ziel, das erreicht werden muß, eine „reale Liturgie". Das Wort „real" verwendet er dabei im scholastischen Sinn, als abgeleitet von *res:* die scholastische Terminologie unterschied im sakramentalen Vorgang zwei Faktoren, das *sacramentum* und die *res. Sacramentum* bedeutet dabei das äußere Zeichen, *res* die Frucht des Sakramentes, die durch den heiligen Ritus bedeutete spirituelle Wirklichkeit. Zu einer solchen geistigen Wirklichkeit in der Seele des Gläubigen muß die Liturgie wieder werden. Das kann sie nur, wenn der Gläubige die äußeren Zeichen, den Text und die Gebärden, wirklich versteht und wenn diejenigen Bestandteile der überlieferten Liturgie, die dem heutigen Menschen nicht mehr zum echten Mitvollzug gebracht werden können, aus der Liturgie ausgeschieden werden.

Ganz in dem gleichen Sinn fordert P. Paul Doncoeur im Novemberheft der „Etudes" eine „lebendige Liturgie". Er unterscheidet in der Liturgie das göttliche Element, das das Fortwirken Christi selber und die Auswirkung der Erlösung ist, und ein menschliches Element, das wie alles Menschliche den Zufälligkeiten der Geschichte und der Menschennatur unterworfen ist. Diese Unterscheidung hat auch Papst Pius XII. in seiner Enzyklika „Mediator Dei" gemacht. Wollte man gegenüber diesen menschlichen Elementen starr an der Überlieferung festhalten, so verhielte man sich wie die Pharisäer und Schriftgelehrten, zu denen Christus in Widerstreit auf Leben und Tod stand.

Die gleiche Verbindung zwischen dem starren Haften an der Überlieferung und der Buchstabentreue der alten Synagoge hat auch P. Congar gezogen.

Beide Theologen, der Jesuit und der Dominikaner, kommen zu der Feststellung, daß die liturgischen Formeln umso wirksamer und eindrucksvoller geblieben sind, je mehr sich die einfache Gestalt aus der Frühzeit der Kirche erhalten hat, daß sie umso unverständlicher geworden sind und darum umso äußerlicher aufgefaßt werden, je mehr die Praxis der Jahrhunderte sie ausgeschmückt hat.

P. Congar betont vor allem, daß die Vorstellungswelt der Liturgie, auch in jenen Teilen, wo sie dem gebildeten Gläubigen um ihrer Kraft und Einfalt willen besonders teuer ist, für den Durchschnitt der heutigen Menschen unzugänglich bleibt. Diese Vorstellungswelt entstammt einem zuständlichen und begrenzten Leben mit engen Horizonten und einer bäuerlichen Wirtschaft. In diese Lebensbedingungen kann sich der Durchschnittsmensch heute, der durch das Leben unserer Zeit geprägt, durch die Industriearbeit, die Standardisation, die Zusammenballung der Wohnungen, die Intensität und Schnelligkeit des Austausches, die Härte des Konkurrenzkampfes und den Kampf ums Dasein geformt ist, nur schwer hineinversetzen. Sowohl seine Bilderwelt wie seine seelische Verfassung sind ganz verwandelt. Zudem ist das Wesentliche von Riten überhaupt ihre symbolische Funktion, während das heutige tägliche Leben keinerlei symbolische Funktionen mehr kennt. Ein Teil dieser Symbolwerte hat seine Gültigkeit behalten, wenn er auch der Erklärung und Einführung bedarf. Ein anderer Teil ist so subtil, daß er nur besonderer Gelehrsamkeit zugänglich ist. Dies betrifft ganz besonders die Gebärden, die den geistigen Bedürfnissen der heutigen Menschen unangemessen sind.

P. Congar belegt das, was ihm am Herzen liegt, dann noch mit einigen konkreten Beispielen. Die Palmsonntagsliturgie z. B. wird immer besonders eifrig besucht wegen der Segnung der Zweige. Aber keiner von den Gläubigen versteht sie, und fast niemand hat Energie genug, ihr wirklich zu folgen. Daher hat die Zeremonie etwas Unwirkliches, sie kann die geistigen Früchte in den Menschen, für die sie doch da ist, nicht hervorbringen. Congar nennt es einen Fehler der liturgischen Bewegung, daß sie auf dieses Moment viel zu wenig achtet; man hat, so sagt er, manchmal den Eindruck, daß die Liturgiker für die Liturgie anstatt für die Menschen arbeiten und keine seelsorgerliche Beziehung zu den Seelen haben. Als ein anderes Beispiel führt er die Exorzismen der Taufliturgie an, die für die heutigen Menschen keine Realität mehr besitzen können, außer wenn man ihnen nicht nur die Formeln als solche erklärt, sondern ihnen auch deren Entsprechung in ihren eigenen Erfahrungen, Problemen und Bedürfnissen aufweist.

Eines der wichtigsten Probleme der liturgischen Erneuerung in diesem Sinn ist das der Volkssprache in der Liturgie. In England hat die Hierarchie selber auf ihrer Tagung im Dezember die Frage eines größeren Gebrauchs der englischen Sprache bei gewissen Riten und Zeremonien aufgerollt. Die Bischöfe sind jedoch zu keinem endgültigen Entschluß gekommen und wollen zunächst das Erscheinen der neuen englischen Übersetzung des römischen Rituale abwarten. Jedenfalls ist die englische liturgische Bewegung schon sehr erfreut darüber, daß die Bischöfe Englands dieser Frage öffentlich ihr Interesse

zugewandt haben. „Die Bischöfe haben unser Anliegen zur Kenntnis genommen", schreibt die Zeitschrift „The English Liturgist". Da wird es in Zukunft nicht mehr möglich sein meint sie, daß man der liturgischen Bewegung vorwerfe, sie handle gegen den Geist der Kirche. Denn es gibt wohl gute Gründe für die Erhaltung einer einzigen liturgischen Sprache für die ganze Kirche. Aber wenn das oberste Ziel das Heil der Seelen sein soll, wird der Gebrauch der Muttersprache in gewissem Umfang praktisch und wohltätig sein. Die Zeitschrift weist dann darauf hin, daß ja niemand daran Anstoß nehme, daß die Bibel in Übersetzungen, die Katechismen oder das Gesangbuch in der Muttersprache den Christen in die Hand gegeben wird? Warum solle es dann die Einheit der Kirche mehr gefährden, wenn die Muttersprache auch verwendet wird, um Gottes Namen zu preisen und seine Hilfe in den für das öffentliche Gebet vorgeschriebenen Formen anzurufen?

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Können Christen mit Kommunisten zusammenarbeiten?

In den westlichen Ländern, in denen die Kommunistische Partei einen unvergleichlich größeren Prozentsatz der Massen erfaßt hat als bei uns, vornehmlich in Italien und in Frankreich, fühlen sich immer wieder einzelne Christen oder christliche Gruppen gedrängt, lieber mit dieser zusammenzugehen als mit dem ihr entgegenstehenden kapitalistischen Block. In der Tat befinden sich gerade die lebendigsten Gruppen der Christen in dem schweren Dilemma, daß sie die Ungerechtigkeit, unter der die arbeitenden Klassen so schwer leiden, ebenso verabscheuen und bekämpfen wollen wie die Kommunisten, deren Weltanschauung mit ihrer atheistischen Grundhaltung sie doch nicht akzeptieren können, und daß sie sich andererseits nicht neben die kapitalistischen Gruppen stellen wollen, die als die Urheber jener Ungerechtigkeit erscheinen. Letzten Endes handelt es sich dabei um das große Problem: Der Christ und die moderne Welt, wie Jules Fabrègues in der Wochenschrift „La France Catholique" vom 11. 2. 1949 sagt, ein Problem, das gewisse Gruppen von vorwiegend jungen Intellektuellen praktisch zu lösen glauben, wenn sie entweder als Christen in der Kommunistischen Partei tätig sind oder aber eine eigene Bewegung in enger Fühlung mit den Kommunisten ins Leben rufen. Daß diese Lösung für den Katholiken undurchführbar ist, beruht letzten Endes eben auf dem Atheismus des dialektischen Materialismus, den die Kommunisten bekennen; ihr Geschichtsbild ohne Transzendenz führt zwangsläufig zu totalitären Formen des öffentlichen Lebens, die der christlichen Lehre grundsätzlich widersprechen.

Diese Fragen haben in letzter Zeit sowohl in Italien wie in Frankreich zu öffentlichen Auseinandersetzungen geführt, die sich um die Gruppen der „Fortschrittlichen Christen" erhoben haben. In Italien, wo es eine „Einheitsbewegung der fortschrittlichen Christen" gab, hat eine öffentliche Mahnung im „Osservatore Romano" vom 30. Januar 1949 festgestellt, daß niemand berechtigt sei, von sich selber zu behaupten, er „gehöre völlig und bewußt der katholischen Orthodoxie" an (wie dies in dem Manifest der „Einheitsbewegung der fortschrittlichen Christen" geschehen war), da dies nur die kirchliche Autorität beurteilen könne. Die Kirche habe aber wiederholt erklärt, daß die Prinzipien und Tendenzen derjenigen, die solche Bewegungen ins Leben rufen, und ihre Verbindung mit den Gruppen des atheistischen Materialismus nicht übereinstimmen mit der katholischen Lehre und den Richtlinien des Heiligen Stuhles. Die Gläubigen werden ermahnt, solchen Bewegungen nicht anzugehören. Vierzehn Tage früher hatte der „Osservatore Romano" (17.—18. Januar 1949) das Interdikt bekannt gegeben, das den Führer der Gruppe der christlichen Kommunisten in der italienischen Kommunistischen Partei, Prof. Franco Rodano, vom Empfang der Sakramente und dem christlichen Begräbnis ansschließt.

In Frankreich haben sich die Dinge nicht so einfach — allzu einfach — abgespielt. Schon seit dem Sommer 1947 besteht in Frankreich eine „Bewegung fortschrittlicher Christen". Sie bestand anfänglich aus einer kleinen Gruppe, der sowohl Katholiken wie Protestanten angehörten, und hat sich seither ständig ausgebreitet. Ihr Ziel ist nicht die Bildung einer eigenen Partei; sie glaubte anfangs von ihren Mitgliedern fordern zu sollen, daß sie der Kommunistischen Partei angehörten, hat aber diese Forderung sehr bald wieder aufgegeben. Immerhin hält sie „die Kommunistische Partei Frankreichs für die einzig Partei im Lande, die wirksam gegen den Kapitalismus kämpft". Den Kapitalismus aber hält sie „für unvereinbar mit den grundlegendsten christlichen Werten der Gerechtigkeit und der Liebe" (Manifest vom Januar 1948). Im Juli 1948 hat die „Union der fortschrittlichen Christen" eine zweite Erklärung abgegeben, in der sie wiederum erklärt, gegen die Macht des Geldes und gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kämpfen zu wollen; sie betont, daß sie Seite an Seite mit ihren nichtchristlichen Kameraden im Bewußtsein ihrer Solidarität mit den Arbeitern kämpfen will. Sie will insbesondere alle Versuche bekämpfen, die Kirche auf seiten der kapitalistischen Mächte in einen antikommunistischen Kreuzzug einzuspannen. Sie will den Frieden. Sie lehnt die gegenwärtige französische Kolonialpolitik ab. Sie bekennt sich zu dem Bündnis aus der Zeit der Widerstandsbewegung: mit der Arbeiterorganisation, der ihrer Vergangenheit treuen sozialistischen und der kommunistischen Partei. Nach einer Erklärung aus dem September 1948 will die „Union der fortschrittlichen Christen" unter den Christen einen Aufklärungsfeldzug führen gegen Lüge und Verirrung, die sie zu Dienern der Geldmächte machen wollen.

Wir haben in der Herder-Korrespondenz Jg. 2, H. 7,

S. 318 in unserem damaligen Überblick über die Auseinandersetzungen um Christentum, Marxismus, Geschichte die Abgrenzung erwähnt, die Emmanuel Mounier in seiner Zeitschrift „Esprit" (Dezember 1947) gegenüber dem ersten „Manifest der fortschrittlichen Christen" gezogen hat. Er ermahnte sie, zu unterscheiden zwischen den kühnen Lösungen der sozialen Probleme, die die Kommunisten vorschlagen und die die Besten Frankreichs mit Freuden mitmachen würden, und gewissen Methoden der Kommunistischen Partei, die der christlichen Auffassung vom Menschen und der menschlichen Freiheit radikal entgegenstehen. Ein Jahr später im November 1948, nachdem die fortschrittlichen Christen ihr Programm revidiert hatten, ist Mouniers Haltung ihnen gegenüber viel positiver geworden. Diesmal gibt er zu, daß die politische Zusammenarbeit mit den Kommunisten im nationalen Raum für den Christen nicht unmöglich sei, wenn er nur eine überlegene Klarheit in der Unterscheidung der Ebenen bewahre. Man könne dieses Wagnis wohl politisch zweifelhaft finden, aber nicht religiös anfechtbar. Zugleich betont Mounier, daß es immer zweifelhaft sei, wenn man eine politische Richtung christlich nenne (christliche Demokraten, christliche Monarchisten, christliche Kommunisten). Der christliche Glaube verlange eine bestimmte Haltung in der Politik, aber keine bestimmte Politik. Doch hat Mounier noch ein Übriges getan, indem er einem der führenden Leute der fortschrittlichen Christen die Spalten des gleichen Heftes geöffnet hat. André Mandouze hat hier eine kleine Darlegung unter dem Titel „Rom oder Moskau" veröffentlicht. Mandouze versucht darin am Beispiel der neu erstandenen russisch-orthodoxen Kirche die Möglichkeit des Zusammengehens zwischen christlicher Kirche und Kommunisten zu beweisen.

Gerade dieser Hinweis wird uns aber bedenklich stimmen. Die Gefahren der Haltung der fortschrittlichen Christen in Frankreich haben denn auch die Hierarchie zur Stellungnahme veranlaßt. Anfang Januar schon hat der Bischof von Pamiers, Couserans und Mirepoix einen Hirtenbrief zur Warnung vor „dem steigenden Einfluß, den dieser Irrtum selbst in überzeugt christlichen Kreisen ausübt", erlassen. Am 31. Januar hat dann Kardinal Suhard, Erzbischof von Paris, eine Bekanntmachung herausgegeben, die das Problem der fortschrittlichen Christen mit großer Gerechtigkeit darlegt. Wir geben das Wichtigste aus dieser Bekanntmachung wieder:

„1. Es liegt uns am Herzen, noch einmal zu betonen, daß das christliche Problem unserer Zeit das der Überwindung der sozialen Ungerechtigkeit ist. Wir sympathisieren aufs Tiefste mit den gerechten Forderungen und legitimen Wünschen der Arbeiterklasse ... Doch gegenüber den Ungerechtigkeiten, die die Folge des kapitalistischen Systems sind, wie es tatsächlich verwirklicht ist, glaubt die Kirche, man könne Besseres tun, als das Aufkommen eines totalitären atheistischen Kollektivismus zu fördern.

2. Einige Christen, deren Anliegen es ist, ihre irdische Veranwortung in der Ebene des politischen Handelns wirklich auf sich zu nehmen, glauben, daß ihr Gewissen allein genügt, um sie die Forderungen der christlichen Moral auf diesem Gebiet erkennen zu lassen. Sie verwerfen zwar nicht die allgemeine Lehre der Kirche über die Unterordnung der Politik unter die Moral und streiten der Kirche auch nicht die Macht ab, die allgemeinen Prinzipien zu bestimmen, durch die sie sich bei ihrem politischen Handeln leiten lassen sollen, aber sie behaupten, daß die Kirche bei den konkreten Entschlüssen dieses Handelns ihnen in keinem Fall Licht bringen und die Linie ihres Handelns festlegen kann ...

Es ist wahr, daß der Christ auf politischem Gebiet einen weiten Spielraum der Initiative unter eigener Verantwortung hat. In den meisten Fällen läßt die Kirche ihn seine Haltung im Lichte der Forderungen der Gerechtigkeit und der Liebe, von denen er niemals absehen kann, selber festlegen ...

Wenn jedoch die Kirche der Meinung ist, daß diese Prinzipien in Anbetracht der tatsächlichen Umstände eine ganz bestimmte Haltung fordern, so hat sie das Recht und selbst die Pflicht vorzuschreiben, welche Richtung einzuschlagen ist. Sie tut es nur selten und wenn geistliche Interessen direkt und schwer betroffen sind, dann aber tut sie es in dem vollen Bewußtsein, ihre Sendung zu erfüllen, und sie hält sich selbst für den obersten Richter über die Angemessenheit ihres Eingreifens ...

3. Gewisse Katholiken wollen ihr politisches Handeln als Christen, die einen in der Kommunistischen Partei, die anderen in enger und ständiger Zusammenarbeit mit dieser Partei ausüben. Die Bewegung der fortschrittlichen Christen hat diese letztere Haltung eingenommen. Sie glaubt, den Atheismus, den der Kommunismus bekennt, sie selbst aber verwirft, von dem politischen und sozialen Wirken der Partei, dessen praktische Ziele sie übernimmt, ablösen zu können.

Wir warnen die Gläubigen vor den Gefahren, die eine solche Haltung mit sich bringt ... Wenn der Katholik seine Haltung gewohnheitsgemäß mit der der Kommunistischen Partei verbindet, gerät er in Gefahr, sich oft ganz unbewußt von den Prinzipien einer Lehre gewinnen zu lassen, die die Kirche verurteilt hat, und er trägt dann für seinen Teil zum Erfolg dieser Partei bei. Der Sieg der Kommunistischen Partei würde aber unvermeidlich einen Rückgang des Glaubens an Gott, eine ungerechte Einschränkung der Freiheiten der Kirche und die Einführung totalitärer politischer Methoden mit sich bringen, die der Theorie des Marxismus entsprechen ...

Zweifellos können Umstände dazu führen, daß Katholiken parallel mit Kommunisten handeln im Kampf um ganz bestimmte und begrenzte Ziele, die vom allgemeinen Interesse gefordert werden und nichts mit den besonderen Zielen der Partei zu tun haben; aber die Kirche könnte keine gewohnheitsmäßige und tiefergehende Zusammenarbeit zulassen. Sie weiß, daß der Kommunismus eine zu schwere Verstümmelung des Menschen mit sich bringt, als daß er wirksam zu seiner Befreiung beitragen könnte, und sie fordert ihre Gläubigen auf, ihre Gedanken auszuarbeiten und ihren Einsatz durchzuführen, ohne sich einem Denken und Handeln unterzuordnen, deren Grundprinzipien in so vielen Punkten im Widerspruch stehen mit den ihren, selbst auf sozialem und politischem Gebiet ..."

In der Januar-Nummer der Zeitschrift „Etudes" hat P. Fessard SJ in einem längeren Aufsatz sehr polemisch gegen die fortschrittlichen Christen und auch gegen Emmanuel Mounier Stellung genommen. Da Mounier auf diesen Aufsatz antworten wird, werden wir später darauf eingehen.

Auch „Réforme", die Wochenschrift der französischen Protestanten, hat zu dem Problem „Fortschrittliche Chri-

sten Stellung genommen durch einen Auffsatz ihres Chefredakteurs Albert Finet, mit dem Titel „Zugleich Christ und Marxist?". Nach einem kurzen Überblick über die bisherige Geschichte der Bewegung und die Stellungnahmen der katholischen Hierarchie ihr gegenüber antwortet Finet auf ein scheinbar sehr bestechendes Argument, das einer der fortschrittlichen Christen, E. Borne, in der Zeitung „L'Aube" am 5. Februar vorgebracht hatte. Borne vergleicht die Stellung der progressiven Christen mit denen der Bischöfe des 4. und 5. Jahrhunderts in der Auflösung des Römischen Reiches, die jener sterbenden Welt den Rücken kehrten und die Barbaren wählten und dadurch die ewigen Werte retteten, die sonst zugrunde gegangen wären. Diesen gleich wählen die wachsten Christen des 20. Jahrhunderts die neu heraufkommende kommunistische Welt und lösen sich von der kapitalistischen Gesellschaft, deren Zersetzungsprozeß offenkundig ist.

Dagegen sagt Finet, es sei einerseits nicht so sicher, daß der Kommunismus wirklich der Fortschritt sei und die Zukunft darstelle, und andererseits sei die Lage der Christen des 4. und 5. Jahrhunderts insofern ganz verschieden von der der heutigen fortschrittlichen Christen gewesen, als die Barbaren ihren Glauben und ihre Kultur, ihre Ideen und ihre Sitten angenommen hätten.

Doch auch in theologischer Hinsicht macht Finet Vorbehalte gegenüber den fortschrittlichen Christen: Für sie scheint die Frage garnicht aufzutauchen, ob sich die marxistische Auffassung von der Welt und vom Menschen mit dem Wort Gottes vertrüge.

So dringt auf die christlichen Gruppen, die an die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten glauben, von allen Seiten die Warnung ein, nicht an die Trennbarkeit von Theorie und Praxis zu glauben. Sie würden wahrscheinlich nur als Wegbereiter für etwas dienen, was sie selber nicht wollen. Aber dabei bleibt die große Frage bestehen: was tun, um die mehr als zwei Millionen Arbeiter in der italienischen Kommunistischen Partei, die 30 Prozent aller französischen Wähler in der französischen Kommunistischen Partei nicht im Stich zu lassen. Was tun, um in der Mitte zwischen dem Unrecht des Kapitalismus und der Gottlosigkeit des Kommunismus die christlichen Ideale im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen?

Die Charta der Menschenrechte und -pflichten von San Sebastian

Wie im Jahr 1947 (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., Heft 4, Seite 162/163), so haben im letzten Jahr um die gleiche Zeit, nämlich vom 9. bis 14. September, die spanischen Katholiken eine Anzahl hervorragender katholischer Theologen, Philosophen und Juristen aus zwölf europäischen und südamerikanischen Ländern zu einer internationalen Tagung eingeladen, die in San Sebastian stattfand. Das Thema der diesjährigen Tagung war die Erklärung der Menschenrechte von San Franzisko und deren Mängel und Lücken vom katholischen Standpunkt aus. Die ungefähr 40 Teilnehmer des Kongresses haben ihrerseits eine neue „Charta der Pflichten, Rechte und Freiheiten der menschlichen Person" abgefaßt, die die in San Franzisko vergessenen oder verkannten Prinzipien zur Geltung bringt. Sie legen diesen Text der Approbation der kirchlichen Hierarchie vor. Der vorläufige Text dieser Charta lautet:

ERKLÄRUNG DER RECHTE UND PFLICHTEN DER MENSCHLICHEN PERSON

Präambel

Der Mensch, der von Gott an die Spitze der sichtbaren Schöpfung gestellt worden ist, untersteht in seinem Wesen physischen Gesetzen, die die Wissenschaften mehr und mehr entdecken. Doch er untersteht in seinem Handeln auch einem moralischen Gesetz, dem Gott ihn in freier Entscheidung gegenüberstellt. Da diese moralische Ordnung sich in einer Gesellschaft von Menschen verwirklichen muß, die imstande sind, einander zu schädigen aber auch sich gegenseitig zu helfen, nimmt sie die Form des Rechts an.

Diese doppelte, moralische und rechtliche Ordnung ist vor allem eine natürliche. Der menschliche Wille muß sie nur noch durch positive Gesetze präzisieren, deren Wert von ihrer getreuen Interpretation der natürlichen, von Gott gesetzten Norm des menschlichen Handelns und deren Anwendung auf die verschiedenen veränderlichen Umstände des Lebens abhängt.

Doch die Menschennatur hat auch eine Geschichte, in die die Tatsache ihres Falls und, zu dessen Heilung, die große Tatsache der Offenbarung Christi eingezeichnet ist. Die Lehre und das Werk Christi waren gleichzeitig eine Wiederaufrichtung der gefallenen menschlichen Natur und ihre Einordnung in eine übernatürliche Ordnung, deren organischer Ausdruck die Kirche ist. Als Fortführerin der Lehre und des Werkes Christi fordert die Kirche für ihre Kinder das natürliche Recht auf ein vernünftiges Leben und das übernatürliche Recht auf das Leben der Gnade und für die andern das natürliche Recht auf ein vernünftiges Leben in der Hoffnung, daß dieses ihnen als Vorbereitung auf die Fülle eines übernatürlichen religiösen Lebens dienen möge, dem sie mehr oder weniger fern sind, dem aber die Kirche sie durch die liebevolle Sorge des katholischen Apostolats nahebringen will.

Die Lehre Christi, der für alle Menschen gestorben ist, gilt in allen Teilen der Welt, für alle Menschen und alle Völker, welcher Rasse, Farbe und Bildungsstufe sie sein mögen. Denn eines Tages sollen sich alle in allumfassender Brüderlichkeit in einstimmiger Antwort auf den Anruf Gottes, ihres gemeinsamen Vaters, vereinigen, der ihnen zwar den Weg vorgezeichnet, ihnen aber die Freiheit gelassen hat, ihr Schicksal durch ihre freie Wahl selber zu bestimmen.

Aber auf Grund dieser freien Wahl haben die Menschen sich nur zu oft durch den Mißbrauch der von ihnen gegründeten Einrichtungen in die Irre führen lassen. Unter dem Druck der bösen Leidenschaften des Egoismus, des Ehrgeizes und des Stolzes haben gewisse Menschen und zuweilen auch gewisse Völker den Anspruch erhoben, andere Menschen und ihre Brudervölker zu unterdrükken, ja, sie haben ihnen sogar die elementarsten Rechte, selbst das, Gott zu bekennen, verweigert. Der Staat, diese Schutzorganisation, die der Mensch als soziales Wesen zu seiner Verteidigung geschaffen hat, ist zu einem Werkzeug der Unterdrückung geworden; daher

ergibt sich die Notwendigkeit, die grundlegenden Prinzipien wieder ins Gedächtnis zu rufen, die sich aus der Natur und Würde des Menschen ableiten lassen, um die allgemeine Ordnung der Welt zu sichern, in der sich durch die Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten eine Harmonie aller individuellen und kollektiven Tätigkeiten ergeben soll, die einem universellen und dauerhaften Frieden zustreben.

Von diesen Prinzipien durchdrungen und gestützt auf die fundamentalen Sätze der Lehre der römisch-katholischen Kirche glauben die Teilnehmer an den „Internationalen katholischen Gesprächen von San Sebastian" am Schluß ihrer Arbeiten folgende Vorschläge vorlegen zu können:

Der Einzelne

Art. 1

Der Mensch ist ein nach dem Bild und Gleichnis Gottes, seines Schöpfers, geschaffenes Wesen, das eine geistige und unsterbliche Seele besitzt und mit Verstand und freiem Willen ausgestattet ist. Er muß in der bürgerlichen Gesellschaft die Mittel finden, jene Rechte auszuüben und jene Pflichten zu erfüllen, die den Endzielen seiner Natur und seiner göttlichen Berufung entsprechen.

Art. 2

Der Mensch ist ein soziales Wesen, das seine volle Entfaltung nur in gegenseitiger Hilfe und allgemeiner Brüderlichkeit finden kann.

Art. 3

Diese wechselseitige Hilfe, auf die er als Kind Gottes ein Anrecht hat, verwirklicht sich in einer natürlichen Gesellschaft, der Familie; in einer geschichtlichen Gesellschaft, der Nation; in einer politischen Gesellschaft, dem Staat, und über diesen hinaus in der Gesellschaft der Staaten, die Universalität anstreben muß.

Art. 4

Jede dieser Gesellschaften geht vom Menschen aus und soll zur Verwirklichung der Ziele des Menschen führen.

Art. 5

Die politischen Zusammenschlüsse dürfen in keinem Fall und in keinem Punkt die natürlichen Rechte des Menschen unterdrücken, die sie vielmehr ordnen, ausbreiten und sichern sollen, indem sie jede natürliche Person zur Rechtspersönlichkeit erheben, die sowohl Rechte wie Pflichten hat, und indem sie das natürliche Recht, das der vernünftigen Ordnung entspringt, zu positivem Recht entwickeln.

Art. 6

Der Mensch hat ein Recht auf Achtung vor seinem Leben: Maßnahmen gegen die Empfängnis, sowohl vor als nach der Empfängnis, sind verboten.

Art. 7

Der Mensch hat Anspruch auf Achtung vor der Unantastbarkeit und Würde seiner Person sowohl in physischer wie in moralischer Hinsicht.

Art. 8

Der Mensch muß volle Freiheit haben, seine Pflichten gegenüber Gott zu erfüllen, ihn zu bekennen und ihm einen privaten oder öffentlichen Kult zu weihen.

Art. 9

Der Mensch hat ein Recht auf die Freiheit seines Leibes und seines Geistes, solange sie sich nicht in Gegensatz zur Gesamtheit seiner Pflichten auswirken.

Art. 10

Jeder Mensch hat innerhalb der Grenzen der sozialen Gerechtigkeit Anrecht auf Eigentum, denn dieses ist in allen seinen Formen zur physischen und moralischen Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit notwendig.

Als Frucht und Anreiz der Erfindungs- und Produktionsarbeit ist das auf Ersparnisse und Erbschaft gegründete Eigentum die Garantie der Ordnung und Freiheit in Dauer und Sicherheit.

Zuweilen wird es sogar durch die Bindung an den Boden zu einer wichtigen Quelle des Vaterlandsgefühles.

Art. 11

Jeder Mensch hat die Pflicht und daher auch das Recht, seine Vervollkommnung im Bereich seiner physischen, intellektuellen, ästhetischen, moralischen und religiösen Möglichkeiten durch die Ausübung seiner Aktivität, sei es allein, sei es mit andern, auf der Grundlage eines freien Vertrags und gerechter Beteiligung anzustreben.

Art. 12

Jeder Mensch hat von seiner Volljährigkeit an die Pflicht, zur allgemeinen Wohlfahrt mitbeizutragen durch eine Tätigkeit, die seine Existenz sichert und die er sich frei wählen können muß. Er hat ein Anrecht auf frei übernommene Arbeit.

Art. 13

Der Mensch hat das Recht, frei seinen Wohnort und seinen Stand (Ehe, Ledigenstand oder religiösen Zölibat) zu wählen.

Die Familie

Art. 14

Jedes Geschlecht hat das Recht auf physiologische, psychologische und moralische Achtung, denn männliches und weibliches Geschlecht sind dazu berufen, sich in der Familie und in der bürgerlichen Gesellschaft gerade auf Grund ihrer Verschiedenheit zu ergänzen.

Art. 15

Mann und Frau haben das Recht, frei und in voller Würde eine Familie durch die Ehe zu gründen, deren Beständigkeit durch die Unauflöslichkeit gesichert ist.

Die Rechte der unehelichen Kinder sollen gewahrt werden, ohne daß sie doch auf die gleiche Stufe mit den ehelichen Kindern gesetzt werden.

Art. 16

Der Mann hat die Pflicht, seine Autorität als Familienhaupt unter Beteiligung seiner Frau bei den häuslichen Aufgaben und in der allmählichen Ausbildung der Kinder bis zu ihrer Großjährigkeit auszuüben.

Art. 17

Die Eltern haben das Recht, in voller Freiheit die Erzieher ihrer Kinder zu wählen.

Art. 18

Die Familie hat zur Erfüllung ihrer Mission Anrecht auf
a) ausreichende Besoldung des Familienhauptes;
b) erblichen Familienbesitz;
c) eine materiell und moralisch gesunde Wohnung ohne zu große Entfernung vom Arbeitsort.

Art. 19

Die Familie hat ein Anrecht auf die juristische Persönlichkeit, auf die Einheit ihrer Glieder, die nicht willkürlich zerstreut werden dürfen und auf die Unverletzlichkeit des Heims geschützt vor jeder Promiskuität.

Die Vergesellschaftungen

Art. 20

Jeder Mensch hat das Recht, sich mit anderen zusammenzuschließen, um autonome Vereinigungen mit besonderen Zwecken zu gründen.

Art 21

Das Ziel dieser Vereinigungen mit weiter reichenden Möglichkeiten als den individuellen ist die Verteidigung der Interessen der Mitglieder und die Förderung der allgemeinen Wohlfahrt durch Entfaltung der besonderen Interessen.

Art. 22

Die autonomen Zusammenschlüsse, auf die die menschliche Person Anrecht hat, können kultureller, wissenschaftlicher, wirtschaftlicher, sozialer, beruflicher und freizeitgestaltender Art sein.

Art. 23

Sie sind ausgestattet mit dem Recht, Vermögen zu haben, und mit juristischer Persönlichkeit.

Die Nation

Art. 24

Menschliche Familien, die sich ihrer gemeinsamen geschichtlich bestimmten Herkunft und Kultur und ihres gemeinsamen Schicksals bewußt sind, bilden eine Nation.

Art. 25

Jede Nation hat das Recht auf Dasein, d. h. auf Wahrung ihrer Bräuche, ihrer Sprache, ihrer Schulen.
Sie wahrt es, indem sie sich entweder als Staat organisiert oder ihr eigenes Wesen in dem Staat, in den sie sich ganz oder teilweise einordnet, bewahrt.

Der Staat

Art. 26

Der Staat ist die rechtliche Organisation, die die Menschen einer oder mehrerer Nationen auf einem Gebiet zusammenschließt und ihnen durch die Errichtung einer Autorität die Garantie ihrer Rechte sichert. Jeder Staat hat ein Anrecht auf unabhängiges Bestehen sowie auf seine friedliche und ideale Entwicklung.

Art. 27

Die politischen Formen, die die Staaten sich geben, können je nach dem Charakter der Völker verschieden sein; aber im Maße es ihre politische Erziehung erlaubt, müssen ihre Untertanen als Individuen, Familien, Gesellschaften, private oder öffentliche gesellschaftliche Einrichtungen an der Errichtung und Verwaltung der Autorität teilnehmen.

Art. 28

Die Rolle der Autorität besteht nicht darin, sich durch Aufsaugung an die Stelle der freien Initiative der Untertanen zu setzen, sondern diese anzuspornen, zu stützen und zu ergänzen, im Maße es das Gemeinwohl d. h. letzten Endes die Entfaltung der menschlichen Person, die sich unter einem Gesetz entsprechender Gleichheit verwirklicht, erfordert. Weder im Bereich der Wirtschaft noch in dem der Kultur und Erziehung hat der Staat ein Recht, ein Monopol zu beanspruchen, sondern er muß dem freien Wettbewerb der nationalen Kräfte die Sorge überlassen, das Gemeinwohl zu erhalten und zu fördern ohne andere Eingriffe, als um deren Versagen auszugleichen, ihre Irrtümer wieder in Ordnung zu bringen und ihren stets möglichen Egoismus in Schranken zu halten.

Art. 29

Da der Schutz der menschlichen Person die erste Pflicht des Staates ist, dessen Autorität die Garantie und unerläßliche Ordnung in der Entwicklung der Freiheit darstellt, hat die Person in jedem Staat ein Anrecht auf gleiche, klare und bestimmte rechtliche Normen, die keinerlei Unterschiede wie rassische, konfessionelle, politische oder andere Vorurteile zulassen und die unabhängigen Tribunalen anvertraut sind, die sie loyal nach einem öffentlichen Prozeß mit allen Garantien für eine frei zugesicherte Verteidigung anwenden.

Art. 30

Kein Eingriff in die Freiheit kann bei gerichtlicher Verfolgung geduldet werden, der nicht von dem Gedanken ausgeht, daß der Beklagte bis zur Verurteilung nicht für schuldig gehalten wird und dessen Kontrolle durch baldige richterliche Nachprüfung nicht gesichert wäre.

Art. 31

Der Mensch hat Recht auf staatlichen Schutz
a) gegen die Gefahren, die seine Gesundheit bedrohen;
b) gegen intellektuelle Unbildung und Irrtum und gegen moralische Verführung;
c) gegen unverschuldetes wirtschaftliches Elend und
d) gegen die Unglücksfälle des Lebens durch Versicherungen und anderes dieser Art.

Art. 32

Die Familie hat als erste Zelle der Gesellschaft das Recht, vom Staate in seiner Gesetzgebung Anerkennung als eigene geistige, moralische, wirtschaftliche und juristische Einheit zu verlangen.

Art. 33

Die Eltern haben das Recht, vom Staat jede nötige Unterstützung zur Erfüllung ihrer Erzieherpflicht gegenüber ihren Kindern zu erwarten.

Art. 34

Die Eltern haben das Recht, vom Staate zu verlangen, daß er unter keinen Umständen die religiöse Bildung und die Pflege des religiösen Empfindens, diese Grundlagen aller menschlichen Werte, von den öffentlichen Einrichtungen ausschließt.

Die Internationale Gesellschaft

Art. 35

Das Recht des Menschen zu leben gilt für die ganze Welt.

Art. 36

Da die Erde als Geschenk Gottes für alle Menschen existiert, hat jeder Mensch das Recht, über die ganze Ausdehnung der Welt hin mit seinesgleichen zu verkehren und Zugang zu allen Hilfsquellen der Erde zu haben.

Art. 37

Da der Schutz der menschlichen Person wesentlich Pflicht des Staates ist, muß jeder Mensch mit einem Staat durch das Band einer Nationalität verknüpft sein, die seinen wahren Gefühlen entspricht. Er darf nur eine besitzen. Er muß diese wechseln können.

Art. 38

Kein Staat darf seine Untertanen daran hindern, auszuwandern oder sich zu expatriieren. Auf keinen Fall darf der Verlust der Nationalität jemandem zur Schuld angerechnet werden.

Art. 39

Jeder Staat hat die Pflicht, auf seinem Boden jeden Ausländer aufzunehmen, der vor der Verweigerung der wesentlichen Rechte der menschlichen Person flieht.

Art. 40

Jeder Staat muß nicht nur zu teilweisen Übereinkommen mit anderen Staaten bereit sein, sondern auch zur Errichtung einer internationalen Gemeinschaft auf der Grundlage einer wenn nicht faktischen, so doch zum mindesten rechtlichen Gleichheit, die die rechtmäßigen Interessen des Nationalgeistes und der inneren Souveränität der Staaten respektiert, welche die in dieser Erklärung umschriebenen Rechte anerkennen.

Art. 41

Versagt der Schutz der Rechte der menschlichen Person (Individuum, Familie, Nation), die in erster Instanz dem Staat anvertraut sind, so muß dieser der internationalen Gemeinschaft zustehen, welche, ohne in die rechtmäßigen Sonderheiten der Gesetzgebung und Rechtsprechung eines jeden Staates (Landes) einzugreifen, durch geeignete Mittel jeder Verletzung der hier definierten Rechte der menschlichen Person Einhalt gebietet. Denn es gibt keine Staatssouveränität gegen die Menschenrechte noch ein einseitiges positives Recht, das entgegen dem allgemeingültigen Naturrecht gültig wäre.

Art. 42

Die Internationale Gesellschaft soll die notwendigen Einrichtungen schaffen.

Art. 43

Die internationalen Einrichtungen sollen den Menschen durch die Ausschaltung des Krieges als Mittel der internationalen Politik die Entfaltung ihres Rechtes auf das Leben sichern.

Art. 44

Die internationalen Einrichtungen müssen den Menschen direkt oder durch die Mittlerschaft des Staates die Teilnahme an den für ihre wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Rohstoffen sichern.

Art. 45

Das Internationale Recht muß sich auf der Grundlage der Rechte der menschlichen Person und nach den Prinzipien des Naturrechts aufbauen ohne Rücksicht auf den selbstsüchtigen Widerstand von Staaten, die, wenn sie um ihre Zustimmung gebeten werden, diese verweigern sollten.

Art. 46

Der Mensch, die Familie, die Gesellschaften, die Nation, der Staat sind Rechtspersonen, deren Rechte der Garantie höchster nationaler und im Berufungsfalle internationaler Instanzen anvertraut werden müssen.

Art. 47

Um die Achtung vor den Rechten der menschlichen Person sicherzustellen, ist es unerläßlich, unter Teilnahme aller Staaten die Organisation der internationalen Gemeinschaft durchzuführen. Kein Staat darf beanspruchen, außerhalb der internationalen Gesellschaft zu leben. Die internationale Gemeinschaft kann sich keinem Staat verschließen. Ihre Organisation muß Gegenstand einer Erklärung der Rechte und Pflichten der Nationen sein, die sich auf die Prinzipien der Erklärung der Rechte der menschlichen Person gründen muß.

Die katholische Kirche

Art. 48

Um der Anerkennung der Rechte der menschlichen Person die höchste Weihe des göttlichen Rechts zu geben, müssen die Staaten die hervorragende Stellung der katholischen Kirche respektieren, deren hierarchisch geordnete Mitglieder den mystischen Leib Christi bilden. Die Kirche bildet eine Gesellschaft unvergleichlicher Art, weil sie alle Nationen mit übernatürlichem Leben füllt. Sie ist weder national noch international, sondern allgemein, übernational auf Grund ihrer Berufung, die gesamte Menschheit durch Christus zu Gott zu erheben.

Die Freiheiten

Präambel

Bevor wir die Rechte und Freiheiten der menschlichen Person formulieren, betonen wir ausdrücklich, daß der

Mensch ein vernunftbegabtes Geschöpf ist, das wesentlich auf Gott hingeordnet ist.
Das ist die philosophische und christliche Grundlage unserer Erklärung und der Geist, in welchem sie interpretiert werden muß.
Das ist auch auf der ontologischen und moralischen Ebene der Daseinsgrund der Würde der menschlichen Person und ihrer Rechte gegenüber ihresgleichen, der Gesellschaft und dem Staat.

Die Freiheit des Denkens

1. Der Mensch hat von Gott die Fähigkeit zu denken empfangen, um die Wahrheit erkennen zu können. Folglich hat er die Pflicht und das Recht, von dieser Fähigkeit Gebrauch zu machen, um dieses Ziel zu erreichen.
2. Er hat diese Pflicht im Hinblick auf alles, was notwendig ist, um sein letztes Ziel zu erlangen und seine Verpflichtungen zu erfüllen. Er hat dieses Recht bis zu der Grenze, die durch die Verteidigung anderer höherer Güter, die ihn selbst oder andere betreffen, gekennzeichnet ist.

3. Dieses Recht ist also beim Menschen ebenso wenig wie irgend ein anderes absolut und unbegrenzt. Es ist begrenzt durch seine eigene Natur und dem göttlichen Wollen untergeordnet.

4. Der Mensch hat nicht das Recht, d. h. die moralische Freiheit, dem Irrtum anzuhängen, obgleich er dazu die physische Möglichkeit besitzt. Eine solche Anhängerschaft stünde der rechten Vernunft und der göttlichen Ordnung entgegen. Er hat das Recht, die Wahrheit auf jedem Gebiet zu suchen; vorausgesetzt daß diese Kenntnis keine höheren Interessen seiner Seele schädigt, Rechte seines Nächsten vergewaltigt oder andere Güter höherer Ordnung bedroht.

5. Die Freiheit des Denkens als solche kann nur durch die menschliche Person selber kontrolliert werden; weder der Staat noch irgend eine andere äußere Macht können einen direkten Zwang auf sie ausüben. Das bedeutet, daß die Forderung der Gedankenfreiheit oder ihre Verteidigung gegen Unterdrückung durch das Gesetz sich im allgemeinen auch auf die Mittel erstreckt, die die volle Ausübung dieses Denkens und seines Ausdruckes ermöglichen, d. h. die Freiheit der Information, des Wortes und der Presse.

Die Freiheit des Ausdrucks und der Information

Im Maße der Mensch sich der Freiheit des Denkens erfreut, muß er folglich auch ein Anrecht auf Ausdruck dieses Denkens und ein Anrecht darauf genießen, daß er über ausreichende Mittel zur Bildung seiner Urteilskraft verfügt.

1. Was das Recht oder die Freiheit des Ausdrucks des Gedankens angeht, so erstreckt sich diese in Gestalt des Wortes oder der Presse auf das gesamte Gebiet der Freiheit des Denkens mit dem Vorbehalt, daß kein höheres Recht oder Gut anderer Personen oder der Gesellschaft verletzt werden darf. Es ist Aufgabe des Staates, d. h. der öffentlichen Autorität als Hüterin des Gemeinwohls, das Recht auf Ausdruck des Denkens zu garantieren wie auch dessen möglichen Mißbrauch zu verhüten. Insbesondere ist es wichtig, daß die rechtlichen Bestimmungen zur Beschränkung der Freiheit des Ausdrucks nicht durch die politischen Interessen einer Regierung oder einer Partei bestimmt werden, sondern durch das objektive Gleichgewicht zwischen den Rechten der menschlichen Person und denen der Gesellschaft. Ebenso ist es notwendig, daß diese Gesetze und ihre Sanktionen durch von der politischen Macht unabhängige Organe wie z. B. die Gerichtstribunale in Anwendung gebracht werden.

2. Was das Recht und die Freiheit der Information angeht, so muß seine Ausübung sich auf folgende Prinzipien stützen:

A) Jeder Mensch hat das Recht, über die notwendigen Informationen zu verfügen, die ihm erlauben, die Tatsachen zu beurteilen, nach denen er sein Handeln richten muß und in dem Maße, als dieses zum Gemeinwohl der verschiedenen Gesellschaften, denen er angehört, beiträgt.

B) Alle, die sich mit der Verbreitung von Nachrichten befassen, haben eine außerordentliche Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit und Objektivität. Diese Verpflichtung muß insbesondere durch eine berufliche und korporative Disziplin zum Ausdruck kommen.

C) Die Regierungen haben ihrerseits auf nationaler wie internationaler Ebene die Pflicht,

a) die Bürger durch eine geeignete Gesetzgebung zu schützen gegen die Eingriffe von Sonderinteressen auf dem Gebiet der Information wie gegen tendenziöse und lügnerische Propaganda;

b) sich jedes eigenen Eingriffs zu enthalten, der die Ausübung des Rechts auf Wahrheit fälschen würde.

D) Das Recht auf wahre und objektive Information bringt endlich für jeden Menschen die Pflicht mit sich, sich soweit es ihm irgend möglich ist, ein gesundes Urteil zu bilden. Bei dieser Aufgabe müssen alle Organe und Institutionen mitwirken, die etwas mit Erziehung zu tun haben.

Die Gewissens- und Kultfreiheit

1. Das ewige und positive göttliche Recht und die gerechten menschlichen Gesetze, die vom Gewissen gutgeheißen werden, bilden die objektive Regel des Handelns für das gesamte moralische Leben. Eine der ersten Vorschriften des göttlichen Gesetzes ist die des rechtmäßigen Kultes des wahren Gottes.

2. Die Freiheit des Gewissens, gemäß diesen Prinzipien vorzugehen, kann durch keine menschliche Autorität begrenzt werden.

3. Sollte jedoch die Ausübung dieses Rechtes ausnahmsweise beschränkt werden, so könnte dies nur in dem Maße geschehen, wie das göttliche Gesetz selber es zuläßt.

4. Doch kann sich der Mensch ein irriges Gewissen im Hinblick auf die Moral und den der Gottheit geschuldeten Kult machen. In diesem Fall bleibt dieses Gewissen eine subjektive Regel des Handelns für die betreffende Person, aber da das objektive und wirkliche Fundament fehlt, verpflichtet es weder die anderen noch die Gesellschaft, es für gültig anzusehen.

5. Wenn die Äußerungen dieses subjektiven Zustandes des Gewissens für die anderen und die Gesellschaft unschädlich sind, kann der Staat sie dulden und selbst

gegen die Bedrohung durch einzelne schützen. Aber wenn er die Rechte anderer menschlicher Personen oder der Gesellschaft verletzt, kann und muß der Staat sogar, je nach dem Fall, seine Äußerungsfreiheit beschränken, soweit das zum Schutze dieser Rechte notwendig ist.

6. Da es einer der Zwecke der bürgerlichen Gesellschaft ist, eine der Wahrheit und der Tugend günstige Umgebung zu schaffen, hat der Bürger das Recht, deren Verwirklichung zu fördern, und der Staat hat die Pflicht, sie zu schaffen.

7. Daraus folgt:

A) Nur die wahre Religion hat als solche Anspruch auf Schutz des Staates.

B) Die Gleichheit verschiedener Religionen in einer bestimmten Gesellschaft vor dem Gesetz kann rechtmäßig und selbst infolge der Erfordernisse des Gemeinwohls und letzten Endes auch im Interesse der wahren Religion notwendig sein.

C) Diese Erfordernisse sind in jedem Fall Ausdruck der Umstände; unter diesen muß nicht nur die Bedeutung der Minderheiten bedacht werden, sondern auch die anderen nationalen und internationalen Faktoren.

D) Die ausschlaggebende Wertung der Umstände und die Anwendung der Prinzipien auf jeden besonderen Fall stehen der Hierarchie zu.

Die Unterrichtsfreiheit

Die Unterrichtsfreiheit stützt sich auf das Grundrecht des Menschen, eine Belehrung und Erziehung zu erhalten, die ihm gestatten, sich harmonisch zu entwickeln, die Aufgaben zu erfüllen, zu denen er bestimmt ist, und sein übernatürliches Ziel zu erreichen.

Aus diesem Recht leiten sich die entsprechenden Pflichten der Organismen Familie, Kirche, Staat ab, die die Verantwortung dafür tragen, daß dem Individuum seine volle wahre und soziale Entfaltung gesichert wird.

1. Jeder Mensch, für sich genommen oder in Zusammenarbeit mit andern, hat das Recht, die Kenntnisse, die er erworben hat, mitzuteilen mit der vollen Freiheit, die die Prinzipien und Methoden jeder Disziplin erfordern, vorausgesetzt, daß der ausgedrückte Gedanke wahr und ehrenhaft ist.

2. Der Mensch hat das Recht, die wahre Lehre zu empfangen. Zumal das Kind muß in der Ausübung dieses Rechtes beschützt werden.

3. Das Kind hat das Recht auf die Entfaltung seiner Persönlichkeit mittels einer intellektuellen und moralischen Bildung, die durch seine Eltern oder, wenn diese fehlen, durch dafür bestimmte Organisationen derart sichergestellt wird, daß es sein zeitliches und übernatürliches Ziel vollkommen erreichen kann.

4. Jeder Mensch und jedes Familienoberhaupt hat das Recht, für seine Kinder frei die Schule und die Lehrer nach eigenem Gutdünken zu wählen, vorausgesetzt, daß der erteilte Unterricht wahr und ehrenhaft ist.

5. Die Kirche hat das Recht, auf jeder Stufe ihren eigenen Unterricht zu erteilen, den nichts beschränken kann, ebenso das Recht der Verleihung akademischer Grade, wenn die Kompetenz der Lehrer streng gesichert ist. Sie hat das Recht, in ihrem Unterricht nicht gestört zu werden und nicht durch die Verpflichtung gelähmt zu werden, ihre eigenen Hilfsquellen zu erschließen, während sie gleichzeitig Steuern für den staatlichen Unterricht bezahlt. Die Benutzer ihrer Unterrichtsanstalten haben das Recht auf die gleichen Geldbewilligungen und Zuschüsse wie die der öffentlichen Schule.

6. Der Staat hat das zusätzliche Recht, seinen Unterricht zu unterhalten, vorausgesetzt, daß er die Rechte der anderen Institutionen, Familie und Kirche, respektiert.
Der Staat kann also weder den einzelnen, noch den Familien, noch selbst den sozialen Gruppen die Unterrichtsfreiheit nehmen, um sie bei sich selber zu monopolisieren. Er kann sie jedoch garantieren und die Unterrichtsfreiheit schützen und deren Mißbrauch und Übergriffe gegen die Rechte der anderen oder das Wohl der Gesellschaft verhüten.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Die erste Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands

Bald nach der Beendigung der ersten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (siehe Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 5, S. 231 ff) tagte in Leipzig vom 25. bis 28. Januar die erste Generalsynode der VELKD, die sich bei dieser Gelegenheit konstituierte, nachdem im Juni 1948 ja in Eisenach die Verfassung beschlossen worden war. Der VELKD gehören an die lutherischen Landeskirchen von Bayern, Braunschweig, Magdeburg, Hannover, Mecklenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen und einige kleinere. Von den 58 Synodalen kamen 30 aus den Westzonen. Die VELKD steht innerhalb des Kirchenbundes der EKD und „es war die entscheidende Frage, ob es diesen beiden Institutionen gelingen würde, in ein fruchtbares Spannungsverhältnis zu kommen oder ob die eine von den anderen erdrückt würde", bemerkt das „Sonntagsblatt" von Landesbischof Dr. Lilje (6. Februar) und fährt fort: „Sowohl die Entscheidungen von Bethel als auch die von Leipzig rechtfertigen durchaus positive Erwartungen, da eine Reihe führender Persönlichkeiten eine persönliche Klammer zwischen den beiden Seiten darstellen".

Bemerkenswert an der Leipziger Synode ist „daß hier wirklich eine Kirche in Erscheinung tritt": das zeigte sich nicht nur in der Wahl eines leitenden Bischofs in

der Person des bayrischen Landesbischofs Dr. Hans Meiser, sondern auch in den Beschlüssen. Darüber gab Oberlandeskirchenrat Brunotte von Hannover, der erste Mitarbeiter des Landesbischofs Dr. Lilje, in einem Interview folgende Erklärungen ab: „Das wichtigste dieser Ergebnisse ist die einmütige Zustimmung der Generalsynode zum „Evangelischen Kirchengesangbuch". Dieser Beschluß bedeutet, daß die neun der VELKD angeschlossenen Gliedkirchen künftig in ihrem Bereich kein anderes Gesangbuch einführen können als das vom Liturgischen Ausschuß unter Oberlandeskirchenrat Professor D. Dr. Mahrenholz (Hannover) der Generalsynode vorgelegte, das aus 291 Liedern besteht. Allerdings haben die Gliedkirchen, die über den Zeitpunkt der Einführung dieses Gesangbuches selbst bestimmen werden, die Möglichkeit, ihm einen eigenen Anhang anzufügen, der die in der Landeskirche besonders gebräuchlichen Lieder enthält". Sodann ist ein Lektionar (gemeinsame Lesungen) angenommen worden, das die Ordnung der altkirchlichen Perikopen festlegt. Auf Grund dieser Ordnung soll demnächst eine einheitliche Agende erarbeitet werden; ebenso ist man um einen einheitlichen Katechismustext bemüht. Dafür sind die Vorarbeiten jedoch noch nicht abgeschlossen. Alle diese Bestrebungen zeigen das Hinauswachsen über das reine Landeskirchentum, wie es insgesamt in dem Zusammenschluß der VELKD zum Ausdruck kommt, ohne daß jedoch die Eigenart der Landeskirchen in irgend einer Form preisgegeben würde.

Von besonderer Bedeutung ist die Antwort, die Dr. Brunotte auf die Frage gibt, welchen Einfluß der Zusammenschluß der VELKD auf die Stellung der EKD innerhalb der Verfassung des Ökumenischen Rates haben werde. Diese Frage hatte schon in Bethel eine Rolle gespielt, als es sich darum handelte, Kirchenpräsident Dr. Niemöller eine Sondervollmacht zu übertragen. Die Leipziger Synode hat die in Bethel sichtbar gewordene Spannung nicht vertieft. Zu Beginn hatte Landesbischof Dr. Meiser ein Grußwort des Vorsitzenden des Bruderrates der Bekennenden Kirche, Dr. Martin Niemöller, verlesen, der darin den Weg der VELKD innerhalb der EKD bejaht. Dr. Brunotte gibt nun folgende Ausblicke über die Lösung des ökumenischen Problems.

„Diese Materie ist in der Tat etwas schwierig. Um sie zu verstehen, muß man bedenken, daß die ‚Evangelische Kirche in Deutschland' bei aller Wahrung kirchlicher Gemeinschaft unter den Gliedkirchen keine Einheits-Kirche, sondern ein Bund bekenntnisbestimmter Kirchen ist, deren größte Gruppe, das deutsche Luthertum, natürlich gemäß seinem Bekenntnis seine Mitarbeit in der Ökumene an ganz bestimmte Voraussetzungen knüpfen muß. Da die Verfassung des Weltrates der Kirchen nur wirkliche Kirchen als Mitglieder des Rates kennt, die EKD aber eine Kirche in diesem Sinne nicht ist, können in Wirklichkeit streng genommen nur die einzelnen Gliedkirchen innerhalb der EKD Mitglieder der Ökumene sein. Diesen Tatbestand hat die Leipziger Generalsynode für den lutherischen Zweig der EKD ganz klar festgehalten: Die einzelnen Gliedkirchen betrachten sich in der Ökumene als zum lutherischen Zweig gehörig. Sie legen daher auch Wert darauf, daß ihre Delegierten bei ökumenischen Versammlungen als ‚lutherisch' bezeichnet werden. Dennoch stellen sich aber die in der VELKD zusammengeschlossenen deutschen Lutheraner in ihrer ökumenischen Mitarbeit, soweit sie den Weltrat der Kirchen betrifft, nicht außerhalb der EKD. Die Generalsynode in Leipzig hat eine glückliche Synthese dafür erarbeitet, daß unter voller Wahrung der spezifisch lutherischen Interessen dennoch eine einheitliche Vertretung der gesamten evangelischen Christenheit in Deutschland im Ökumenischen Rat möglich und gewährleistet ist. In dem dritten Satz des Leipziger Beschlusses heißt es, daß die einzelnen Gliedkirchen der VELKD ihre Vertretung im Ökumenischen Rat durch den Rat der EKD (das bedeutet praktisch: durch das Kirchliche Außenamt) wahrnehmen lassen, im Rahmen der Befugnisse, die überhaupt der EKD nach ihrer Grundordnung zukommen. So ist trotz des Bundescharakters der EKD doch eine einheitliche Gesamtvertretung der EKD in der Ökumene möglich. Bei der ausgewogenen Zusammensetzung des Rates der EKD dürfte die Berücksichtigung der bekenntnismäßigen Grundlagen ohne weiteres gesichert sein".

Brunotte schließt seine Ausführungen damit, daß eine Beilegung der in Bethel zutage getretenen Spannung „mit großer Zuversicht erwartet werden darf". Die VELKD hat ein durchaus positives Verhältnis zur EKD. Das hat sich auch in Leipzig wieder gezeigt. Es wird noch unterstrichen durch die Bereitschaft der Generalsynode, das „Lutherische Kirchenamt", also die oberste Verwaltungsstelle der VELKD, an den gleichen Ort zu legen, an dem künftig die Kanzlei der EKD ihren Sitz haben wird.

Kirche im Kirchenbund

Über die Bedeutung der Leipziger Synode bemerkt die Evangelische Wochenschrift „Christ und Welt" vom 10. 2. unter anderem: „Eine Untreue gegenüber dem größeren Kreis der EKD mußte damit in der Tat noch nicht verbunden sein. Der bayrische Landesbischof Dr. Meiser, dessen treibender Initiative vor allem diese Entwicklung zu danken war, sprach gleich einleitend davon, daß man immer die treuesten Mitglieder des Deutschen Kirchenbundes zu sein und zu bleiben gedenke. Aber eben: des Kirchen*bundes*. Denn eine Kirche im strengen Sinn könne dort nicht sein, wo verschiedene Bekenntnisschriften mit zum Teil sogar widersprechenden Aussagen nebeneinander in gleicher Geltung stünden. Hatten manche unter dem Eindruck der im Kampf gegen den Nationalsozialismus neu erprobten engen Gemeinschaft gemeint, daß die im Jahrhundert der Reformation emporgekommenen und damals heiß umstrittenen Lehrunterschiede doch nicht für alle Zeiten als Trennungsmauer stehen bleiben dürften, so hatte sich nun doch die Beständigkeit und Kraft einer in Jahrhunderten gewachsenen Gestalt als stärker erwiesen. Auch wäre es eine unzulässige Verkürzung der Perspektive, wollte man neben Sakrament und Prädestination die mancherlei anderen Fragen vergessen, die, der Unterscheidung an der Wurzel entsprechend, im Calvinismus tatsächlich eine andere Antwort gefunden hatten als im Luthertum — um nur die Lehre vom Staat und vom Verhalten des Christen als Staatsuntertan als eine der heute wichtigsten zu nennen. Hier hatte nun jedenfalls ausgehend von der völligen Gleichheit der Lehre und des Bekenntnisses, der Zusammenschluß zu einer Kirche und damit die Konsolidierung eines starken Blocks innerhalb des deutschen Kirchenbundes stattgefunden. Darin muß, wenn auch unausgesprochen, die Aufforderung an den Calvinismus liegen, ein gleiches zu tun und eine ähnliche Fraktion zustande zu bringen, während die still-

schweigende Aufforderung an die bisher unierten Kirchen (von Rheinland, Westfalen, Baden, Pfalz, Hessen-Nassau, Kurhessen, Schlesien, Berlin und Brandenburg) wohl eher dahin gehen wird, die Grundlagen ihres Bekenntnisses neu zu überprüfen, um sich dann deutlich der einen oder anderen Seite anzuschließen."

Zur Frage der ökumenischen Beziehungen schreibt „Christ und Welt": „Es wird zu wenig beachtet, daß es so etwas wie die unierten Kirchen Deutschlands sonst in Europa überhaupt nicht und in der neuen Welt kaum gibt. Der Schweizer und französische Protestantismus ist calvinistisch, der skandinavische ist lutherisch. Nun hat die Kirchenkonferenz von Amsterdam die konfessionelle Gliederung des Weltrats der Kirchen zum Beschluß erhoben: seine nationale Zusammensetzung wird sich also nur innerhalb der konfessionellen Fraktionen spiegeln können. Beim nächsten Konzil werden die deutschen Lutheraner mit ihren Glaubensbrüdern aus anderen Ländern einziehen, die deutschen Reformierten mit Presbyterianern und Kongregationalisten — die Gegenstücke zu den deutschen Unierten dagegen würden sich nicht so leicht finden lassen. Solche Momente werden nicht ohne Einfluß auf die künftige Entwicklung bleiben."

Die in Bethel vorauszusehende neue Organisation der Bekennenden Kirche hat inzwischen stattgefunden. Auf einer Tagung in Detmold wurde eine Ordnung der Bekennenden Kirche beschlossen. Die obersten Organe sind die Konferenz der Landesbruderräte und der Reichsbruderrat unter dem Vorsitz von Dr. Martin Niemöller. Über die Frage eines engeren Zusammenschlusses der Reformierten innerhalb der EKD wurde auf der Tagung des Reformiertenbundes für Deutschland Anfang Februar beraten und folgendes beschlossen:

„1. Die Betheler Synode hat sichtbar gemacht, daß die EKD in zunehmendem Maße von konfessionell bestimmtem Gruppendenken beherrscht wird. Bis in die Unionskirchen hinein ist die Neigung zu beobachten, sich auf überlieferte Lehrformeln zurückzuziehen und damit hergebrachte Kirchentümer zu verteidigen und auszubauen.

2. Die Versuchung, das mit der Existenz der EKD gestellte Problem, daß nämlich in ihr drei Bekenntnisse beieinander sind, durch eine Aufspaltung in drei konfessionelle Kirchentümer zu lösen, ist in der Tat groß, zumal dieser Ausweg sich als der scheinbar einfachste empfiehlt. Der Reformierte Bund steht deshalb vor der Frage, ob er der VELKD ein entsprechendes reformiertes Kirchentum gegenüberstellen soll.

3. Das Moderamen ist aber der Überzeugung, daß eine solche Lösung keine Verheißung hat. Die Kirche baut sich nicht auf hergebrachten Bekenntnissen auf. Sie hat ihren Grund nicht in geschichtlichen Entscheidungen von Menschen, mag solchen Entscheidungen auch noch so hohe Würde zukommen; denn „einen anderen Grund kann niemand legen außer dem, welcher gelegt ist, Jesus Christus" (1. Kor. 3, 11)."

Man muß diesen ablehnenden Beschluß aus der Tatsache verstehen, daß die Reformierten nur eine verschwindende Minderheit innerhalb der EKD darstellen, die aber in allen Synoden und Verwaltungskörperschaften der unierten Landeskirchen, vor allem in der Bekennenden Kirche, einen bedeutenden Einfluß hat. Eine Isolierung der Reformierten würde sie um diesen Einfluß bringen.

Probleme des evangelischen Kirchenrechts
Zur Verfassungskrise der EKD

Die schleichende Krise des evangelischen Verfassungsrechtes, die durch die Grundordnung der EKD in Eisenach nicht gelöst scheint und immer wieder aufbricht, hat ihre tiefen Ursachen in der Wahrheitsfrage, und zwar nach zwei Seiten. Erstens wurde in den Wirren des Kirchenkampfes von den Anhängern der „Bekennenden Kirche" erkannt, daß die Ordnung der Kirche selber Bekenntnis sein und der Heiligen Schrift entsprechen muß, daß also der Zwiespalt zwischen einer positivistischen, die Rechtskontinuität der 1918 erloschenen Staatskirchenbehörden wahrenden Verfassung und dem Bekenntnis der Kirche beseitigt werden muß; denn gerade dieser Zwiespalt hatte es den widerchristlichen Mächten des Dritten Reiches ermöglicht, die Rechtsform der Kirche „gleichzuschalten" und das geistliche Leben abzudrosseln. Zweitens ist die Erkenntnis erwacht und nicht mehr beiseite zu schieben, daß Kirche nur da ist, wo Abendmahlsgemeinschaft und folglich ein gemeinsames Verständnis der Eucharistie vorliegt, also eine gemeinsame Lehre. Das ist vor allem das Anliegen der lutherischen Kirchen, die gegen die bloße Verwaltungseinheit opponieren. (Vgl. den Bericht über die Synode der VELKD S. 286). In vertiefter Weise drückt D. Asmussen dieses Anliegen neuerdings so aus: „Kirche ist die Gemeinschaft der Leiden Christi ... Sie ist die Fülle des Christus, der alles in allem erfüllt. Daß sie in ihrem Dasein durch Wort und Sakrament, durch Gebet und Leiden das Bild des Gekreuzigten an sich trage und aufrichte, daß ihre Glieder, zusammengehalten durch Gelenke und Sehnen (Ämter), einander Handreichung tun ... Damit wird der Not das Opfer entgegengestellt, weil Christi einmaliges Opfer das Opfer der Christen als der wahren Priester einschließt ..."

Einem solchen Kirchenbegriff rechtlichen Ausdruck zu geben, ist bisher keinem Kirchenjuristen eingefallen. Weder die systematische Theologie noch die Theorie des Kirchenrechts vermochte mit dem veränderten evangelischen Glaubensbewußtsein und der erweiterten Schrifterkenntnis, die bereits die wissenschaftliche Exegese weitgehend befruchtet hat, Schritt zu halten. Man weiß nur, sonderlich nach der Synode von Bethel, daß es so nicht weitergehen könne.

Es liegen nun zur Frage des Kirchenrechts Stimmen aus dem Kreise der „Bekennenden Kirche" vor, die etwa die Richtung anzeigen, in welcher sich die Besinnung bewegt. Kennzeichnend ist für sie, daß diese Stimmen theologisch noch bei dem Kampferlebnis und -ergebnis von 1934 stehen und dadurch eigentlich schon als überholt angesehen werden müssen. Sowohl Professor Erik Wolf-Freiburg wie der Tübinger Dozent Dr. Herbert Wehrhahn, die wir hier zu Worte kommen lassen, stehen dem sogenannten „Reichsbruderrat" nahe und repräsentieren mit verschiedener Schärfe den radikalen, dem Institutionalismus abgeneigten Standpunkt der „Bekennenden Kirche".

Bekennendes Kirchenrecht

Erik Wolf untersuchte das Problem in einem Vortrag „Bekennendes Kirchenrecht", der im September 1947 für die Ausarbeitung einer Grundordnung gehalten worden war (gedruckt in „Rechtsgedanke und biblische Weisung"

Furcheverlag 1948). Er geht von der „Barmer Theologischen Erklärung" aus, wonach die Ordnung der Kirche ihrer Lehre zu entsprechen habe. Ohne aber diese Ordnung aus den Barmer Artikeln selber zu gewinnen, greift Wolf auf den Artikel VII der Augsburgischen Konfession zurück, der ausgesprochen kirchenrechtsfeindlich oder gleichgültig gegenüber Ordnungen und Zeremonien ist, denn er begnügt sich, zu definieren: „Die Kirche ist Versammlung der Heiligen, in welcher das Evangelium recht gelehrt und die Sakramente recht verwaltet werden". Jede Ordnung, die diesem Zweck dient, ist recht. Als Versammlung, so interpretiert Erik Wolf (von Haus aus Reformierter) im Sinne von Karl Barth, ist die Kirche nicht Institution sondern „Ereignis", lebendige Gemeinde unter dem Haupte, Christus. Diese Gemeinde ist primär Rechtsgemeinschaft dadurch, daß sie von Christus zusammengerufen ist, was sich darin ausdrückt, daß sie Taufgemeinschaft, Verkündigungsgemeinschaft und Abendmahlsgemeinschaft ist. Durch diesen Inhalt ist ihre Ordnung bestimmt, und jegliches Amt, jeglicher Dienst ist rechtens nur, insofern er diesem inneren Sein der Kirche dient. Das Recht der Kirche darf daher nicht nach Analogie weltlichen Rechtes begründet werden. Zwar ist mit dieser Ableitung des Kirchenrechts ein übernatürlicher Rechtsgrund gefunden, er wird sogar weitgehend in die Sakramente verlegt, aber es wird sorgsam vermieden, die übernatürliche Rechtsfähigkeit der Kirche Christi in den Vollmachten zu sehen, die der Auferstandene seinen Aposteln hinterlassen hat. Dadurch fehlt das personale Bindeglied zwischen der sakramentalen Rechtsgrundlage der Gemeinde und ihrer positiv-rechtlichen Repräsentation.

Denn als Versammlung sündiger Menschen, fährt Wolf fort, ist die Gemeinde der Heiligen wie jede andere menschliche Gemeinschaft an eine Ordnung im weltlichen Sinne, an Leitung, Zucht und Gesetz gebunden, womit sich Ordnungsfragen im engeren juristischen Sinne ergeben. Dieses „Ineinander von göttlichem Rechtsursprung und menschlicher Rechtsgebarung" dürfe man nie aus dem Auge verlieren; es mache, daß die Kirche immer zugleich im Recht und im Unrecht ist, daß sie sich also ständig nach ihrem geistlichen Rechtsgrund zu reformieren habe. Es gibt keine unsichtbare Kirche, es gibt auch nicht den Unterschied von Geist- und Rechtskirche — diese Begriffe der evangelischen Kirchenrechtstheorie erklärt Wolf für überholt und unzulässig — sondern die Kirche ist rechtlich sichtbar, sie bedarf aber ständig der „Rechtfertigung".

Da Erik Wolf im theologischen Ansatz die Ergebnisse der neueren Exegese des Neuen Testaments nicht berücksichtigt, in welcher nachdrücklich die von Christus eingesetzte und von den Aposteln ausgebaute Hierarchie der Ämter Beachtung findet, stellt er unkritisch einen wesentlich reformiert beeinflußten Grundsatz der Barmer Theologischen Erklärung als Prinzip einer rechten Kirchenordnung auf: „Da alle Glieder der Kirche in den Wesenszügen, die sie als Heilige im theologischen Sinne haben, gleich sind, ist die Versammlung der Heiligen eine Gemeinschaft von Gleichen", oder wie es Barmen formuliert hat, eine „Gemeinde von Brüdern" (Art. 3), in der es keine hierarchische Über- und Unterordnung gibt, sondern nur Dienste.

Ein weiteres Merkmal für die Ordnung der Kirche verrät ebenfalls eine unkritisch übernommene theologische Voraussetzung des 16. Jahrhunderts: die Versammlung der Gläubigen ist Gemeinschaft eines bewußten Glaubens, eine Kirche, die also vorwiegend auf einer Lehre beruht, die öffentlich verkündet wird, und zwar mit Autorität. Die Autorität der Lehre, deren Schlüsselamt indessen nicht in Personen vertreten, sondern der ganzen Gemeinde anvertraut ist, bestimmt die Ordnung der Kirche. Von diesen Voraussetzungen ist in der Tat ohne weiteres einzusehen, daß die Verfassung der EKD von Eisenach keine echte Ordnung einer Kirche ist, denn sie hat keine Autorität der Lehre. Zwar ist sie Taufgemeinschaft, aber schon nicht mehr Abendmahlsgemeinschaft (s. Artikel 4), jedenfalls nicht mit gutem Gewissen bei den Lutheranern.

Auf der Suche nach Grundsätzen für eine neue Ordnung der Kirche kommt Wolf zu folgenden Ergebnissen:

„Christokratie"

„Es kann niemand im rechtlichen Sinne als Glied der Communio Sanctorum gelten, der beharrlich versäumt, sich zur gottesdienstlich versammelten Gemeinde unter das Wort rufen zu lassen. Es kann aber auch niemand im Vollsinn Gemeindeglied sein, der die Tischgemeinschaft des Herrn beständig meidet oder die Taufe mißachtet. Taufordnung und Abendmahlsordnung sind integrierende Bestandteile der kirchlichen Gesamtverfassung", nach welcher die Wahlordnungen und Ämterordnungen der Gemeinden auszurichten sind. Die unsichtbare Gegenwart des auferstandenen Herrn muß auch in den „Werken" der Gemeinde sichtbar werden, auch in dem Werk ihrer Ordnung. „Es gibt nur eine Form kirchlicher Ordnung: die Christokratie", oder, wie es Barmen ausdrückte: „die Alleinherrschaft Jesu Christi" in der Kirche. Die Heilige Schrift enthalte keinen Kodex des göttlichen Rechtes, keine Musterverfassung. Allerdings sei für das heutige Streben nach einer Erneuerung der Kirche die Ordnung auch nicht aus den Bekenntnisschriften des 16. Jahrhunderts abzulesen. Man müsse eben doch auf die Schrift zurückgreifen, „auf die Erfahrungen der ersten Gemeinden, des Jüngerkreises, der Urgemeinde von Jerusalem und der paulinisch geprägten Missionsgemeinden ... Kraft ihrer Aufnahme in die apostolischen Lehrbriefe dürfen die Ordnungsgrundsätze der frühen Gemeinden echt biblischen Weisungscharakter beanspruchen ..." Damit ist allerdings eine Erkenntnis ausgesprochen, die folgenreich sein könnte, wenn sie den Erkenntnissen der neuen evangelischen Exegese über den hierarchischen Charakter der Kirche Rechnung tragen würde, von denen wir unten einige Proben geben.

Dr. Herbert Wehrhahn, der ebenfalls ein „wirklich evangelisches, d. h. christologisches Rechtsdenken im Rahmen einer theologisch geläuterten Sozialethik" sucht, will nicht nur auf „Hierarchie", sondern auch auf „normative Bindungen" verzichten, weil er die theologische Voraussetzung übernimmt, daß „das Evangelium dem Recht als normativer Regel der Lebensformen für den Bereich der Kirche eine bestimmende Bedeutung abspricht". In einem Aufsatz der „Deutschen Rechtszeitschrift" 1948 Heft 10 über „Grundlagenkrise und Kirchenrecht" führt Wehrhahn die Kritik an der Grundordnung der EKD von Eisenach fort, die er an dem Entwurf zur Grundordnung bereits in einem lichtvollen historischen Rückblick in Heft 9/10 der „Evangelischen Theologie" (1948) unter

dem Titel „Die kirchenrechtlichen Ergebnisse des Kirchenkampfes" gegeben hatte. Er erweist sich als konsequenter Gegner des landeskirchlichen Behördeninstitutionalismus und des positivistischen Kirchenrechts alter Prägung und fordert, daß man wieder zurückgreife auf die Erkenntnisse der „Bekennenden Kirche" aus dem Kirchenkampf, wie sie in der Barmer Theologischen Erklärung niedergelegt sind. Insofern bekämpft auch Wehrhahn „das Dogma von der Irrelevanz des Kirchenrechts für Lehre und Wesen der Kirche".

„Freiwilligkeitskirche"

Wehrhahn sieht den Fehler in der Massenkirche oder Volkskirche, die immer, da man den weitgehend ungläubigen Gemeinden die kirchliche Willensbildung nicht überlassen könne, das Gegengewicht einer hierarchischen Kirchenleitung fordere, während erst die „Freiwilligkeitskirche", die „auf dem aktuellen persönlichen Glaubensbekenntnis" beruhe, ein genuines Kirchenrecht ermögliche, das dem Bekenntnis entspricht. Das ist nicht eine nur theoretische Forderung, sondern dieser Standpunkt setzte sich in der „Bekennenden Kirche" seit 1935 immer mehr durch, als der nationalsozialistische Staat in den gemischten „Kirchenausschüssen" eine Pseudokirchenleitung einrichtete, die von der radikalen Gruppe der inzwischen für illegal erklärten „Bekennenden Kirche" abgelehnt wurde, während die lutherischen Landeskirchen, die auf die Erhaltung ihres intakten Behördenapparates Wert legten, die Zusammenarbeit mit den staatlichen Kirchenausschüssen suchten. Übrigens haben praktische Erfordernisse, Rücksicht auf die Kirchenkasse, auf die Pfarrgehälter und auf die theologische Unreife der Gemeinden auch die radikalen „Bruderräte" gezwungen, von dem Ausbruch in die Freikirche abzusehen. Heute wird unter veränderten Umständen, gedeckt durch das Unverständnis gewisser Besatzungsmächte für Staatskirchenformen, abermals der Weg zur Freikirche erwogen, zumal auf der Synode von Bethel (siehe Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 5, S. 231 f) der Einfluß der „Bekennenden Kirche" in der Führung so zurückgedrängt worden ist.

Wehrhahn verspricht sich von einer „selbstlosen Auswertung der Barmer Thesen eine kopernikanische Wendung in der Kirchenpolitik und darüber hinaus eine Belebung und Befreiung der geistigen Gesamtsituation". Die Eisenacher Verfassung habe nicht einmal den ersten Schritt zur Erneuerung des evangelischen Kirchenwesens getan. So erscheint Wehrhahn als juristischer Fürsprecher für die Wiederherstellung der kirchenrechtlichen Befugnisse des „Reichsbruderrates" und der übrigen Organe der „Bekennenden Kirche" als Übergang für die Loslösung von den Landeskirchen. Dazu wäre es schon in Bethel gekommen, wenn nicht ein taktischer Gesichtspunkt geraten hätte, den Lutheranern keinen Vorwand für die Unabhängigkeitserklärung ihrer „Vereinigten Lutherischen Kirche Deutschlands" zu geben.

Exegese des Neuen Testaments und Kirchenrecht

Hinter den juristischen Thesen Wehrhahns steht die Theologie Karl Barth's mehr noch als bei Erik Wolf. Beide gehen an den Ergebnissen der neuen wissenschaftlichen Exegese des Neuen Testaments vorbei, die nahezu einen Konsensus erbracht hat, daß Christus nicht nur die Frohbotschaft von der Vergebung der Sünden verkündet, sondern daß er ein geordnetes Volk Gottes, eine Kirche, unter der Leitung der Apostel gegründet hat, wobei Petrus eine nachweisliche Oberleitung, das Amt des Pastor Pastorum zukam (letzteres bei Ethelbert Stauffer, Erlangen. Neutestamentliche Theologie 1947 § 4). Diese Erkenntnisse könnten, in Anwendung des lutherischen Schriftprinzips, gerade für eine neue Kirchenrechtslehre der Lutheraner fruchtbar werden, wenn nicht die Lutheraner so stark an der rechtlichen Indifferenz des Artikels VII der „Augsburgischen Konfession" festhielten. Immerhin liegt es im Bereich der Wahrscheinlichkeit, daß im lutherischen Raum die Lehre vom Amt sich biblisch vertieft und daß sie mit dem herrschenden Behördeninstitutionalismus eine Amalgamierung eingeht, die den sakramentalen Anstaltscharakter der Kirche wieder betont.

Beachtlich bleibt in diesem Zusammenhang, daß eine der folgenreichsten exegetischen Leistungen zur Grundlegung des Apostelamts von Markus Barth, Sohn von Karl Barth, stammt: „Der Augenzeuge. Zur Erkenntnis der Fleischwerdung Christi im Wahrnehmen des Menschensohnes durch die Apostel" (Zürich 1946). Das Wesentliche dieser noch nicht abgeschlossenen Monographie ist die Einbeziehung der Apostel in die Fleischwerdung Christi. Der Apostel unterscheidet sich von den übrigen Jüngern dadurch, daß er nicht nur den leidenden Christus hören, sehen und betasten, sondern daß er auch mit dem Auferstandenen in leibliche Berührung treten durfte und sollte, damit sein Zeugnis auch gewiß und kräftig sei, damit es die Autorität des Augenzeugen habe. Die Apostel gehören also nach Barth zum Leibe Christi, sie bilden die Urzelle dieses Leibes. Darin liegt ihre Einzigartigkeit. Barth hat die Ergebnisse dieser Untersuchung noch nicht für die Frage fruchtbar gemacht, was eine solche übernatürliche Auszeichnung der Apostel für ihre von Christus erhaltenen Vollmachten zu bedeuten habe. Da Barth seine Untersuchung zu dem Zweck unternommen hat, eine „der Autorität des Apostelwortes entsprechende Kirchenordnung" zu finden, so wird man auf die Fortsetzung seines Werkes gespannt sein dürfen. Einstweilen glaubt er noch, „in Auseinandersetzung mit dem katholischen und dem anglikanische Sukzessions- und Traditionsgedanken ... die Einmaligkeit und Einzigartigkeit des neutestamentlichen Apostolats klarzustellen", ist aber dabei ganz tief in die katholische Erkenntnis der Inkarnation geraten.

Auf diesem Wege geht weiter der Bonner Exeget Professor Heinrich Schlier mit einer Untersuchung über „Die Ordnung der Kirche nach den Pastoralbriefen" (in der Festschrift für Friedrich Gogarten 1948). Aus einer gewissenhaften Exegese der beiden Timotheusbriefe und des Titusbriefes, die „der bevollmächtigte Gesandte Christi", der Apostel Paulus, geschrieben, kommt Schlier zu dem Ergebnis: „Die Lehre oder das Evangelium sind ... nicht abstrakt tätig, sondern konkret im Wort oder Spruch der Autoritäten. Das Evangelium ist von Anfang an eine lebendige Lehre, die ein richterliches Lehramt voraussetzt". Paulus „hat also nach späteren Begriffen die Lehrgewalt, die Regierungsgewalt, die richterliche Bußgewalt und die Weihegewalt inne, oder zusammengefaßt die potestas iurisdictionis und ordinis. Er hat sie iure divino kraft seiner Bestellung durch Christus Jesus selbst. Daß noch kein entfaltetes Bewußtsein

von diesen Gewalten vorliegt, ändert nichts am Wesen und Faktum der Sache". Schlier stellt sodann fest, daß diese geistliche Gewalt von Paulus auf seine Schüler Timotheus und Titus übertragen wird, „durch Handauflegung formell vermittelt". Der Apostelschüler „hat die Regierungsgewalt in der Kirche überkommen, und zwar wird ihm in seinem Kirchengebiet die oberste geistliche Gewalt zugesprochen. Er teilt die Regierungsgewalt nicht mit der Gesamtheit der Gemeinde, auch nicht mit den Charismatikern." Abschließend sagt Schlier:

„1. Die Ordnung ‚der Kirche des lebendigen Gottes, der Säule und des Pfeilers der Wahrheit' ... beruht auf dem ‚Amt', liegt in den Händen bestimmter Amtsträger, die berufen und mit Amtsgnade ausgestattet sind ..."

„2. Dieses ‚Amt' hat seinen Ursprung in der Berufung und Einsetzung des Apostels durch Christus ... Es herrscht das Prinzip der Sukzession".

„3. Das Amt kennt gewisse Abstufungen. Es erscheint in dem Dienst des über einem Kirchengebiet stehenden Apostelschülers, der dort zugleich als apostolischer Delegat auftritt, und in dem Dienst mehrerer ‚vorstehender' Ältester oder Bischöfe in der lokalen Kirche ... In seiner Abstufung zeigt das Amt die Tendenz zur monarchischen Spitze. Das Prinzip des Primats schimmert hindurch".

Damit werden einer evangelischen Kirchenrechtslehre von der Exegese Ergebnisse angeboten, bei denen man sich fragen muß, ob nicht die „Augsburgische Konfession" einer Überprüfung bedarf. Eine solche Prüfung ist im Gange.

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Das Zeichen Mindszenty

Vielen evangelischen Christen ist es ein Anlaß zur Freude, daß evangelische Kirchenführer auf das Zeichen des Kardinals Mindszenty hinweisen. Das ist in der Tat auch unser Zeichen. Es ist Zeit, das zu erkennen.

Wenn hier und da evangelische wie katholische Christen bemerken zu müssen glauben, der ungarische Katholizismus habe viel zu sühnen, weil er tief in politische Reaktion verstrickt gewesen sei, so muß man heute solchen klugen Zeitgenossen die Frage vorlegen, ob sie selber schon mit der Sühne für ihre und ihrer Kirchen Schuld begonnen haben. Der Kardinal von Ungarn hat es getan und viele mit ihm. Er ist wissend in dieses Martyrium hineingegangen. Vermutlich hat er schon seit dem Februar 1946 gewußt, auf welchen Weg ihn wie andere Kardinäle damals drei Fragen Pius' XII. gewiesen haben, die den Kardinälen anläßlich ihrer feierlichen Amtsübertragung im öffentlichen Konsistorium zwischen dem Ringkuß und dem Bruderkuß gestellt worden sind. Es waren Fragen nach ihrer Bereitschaft zum Blutzeugnis für den Frieden der Welt und für die Freiheit der Kirche. Diese Fragen wurden von demselben Papst gestellt, der ein Jahr später in seiner Enzyklika „Mediator Dei" (über die Liturgie) mit ungewöhnlichem Nachdruck daran erinnerte, daß die Feier des heiligen Opfers von Priestern wie Gläubigen die persönliche Teilnahme am Leiden des Herrn erfordere. Dreimal hintereinander zitiert der Papst in diesem Rundschreiben das Wort des Apostel Paulus „Ich bin mit Christo gekreuzigt ..." (Gal. 2, 19) und das andere Pauluswort: „Ein jeder sei gesinnt, wie Jesus Christus auch war ... Er erniedrigte sich selbst und ward gehorsam bis zum Tod, ja bis zum Tod am Kreuz" (Phil. 2, 5—8).

Der Kardinal Mindszenty zeigt unübersehbar, wie sehr die liturgische Feier der Eucharistie und der Kommunion Teilnahme am Opfer und Leiden Jesu Christi bedeutet. Er zeigt, daß diese liturgische „Übung" eine Vorbereitung auf den Ernstfall ist, und daß sie darin ihren überzeugenden und die Welt überwindenden Sinn hat. Der Kardinal der römischen Kirche erleidet heute furchtbarer als einst der Schüler des Apostel Johannes, Bischof Ignatius von Antiochien, wie sehr die Christen „Triebe des Kreuzesstammes", „Weizen Gottes" zu sein bestimmt sind. Das Sühneleiden des Kardinals, der auf eine so dämonische Weise geschändet und erniedrigt wurde, soll nach dem Willen der Henker auch den letzten Schein eines christlichen Heroismus tilgen. Das ist völlige Selbstentäußerung. So wird sein Leiden zu einem großen Gnadenzeichen, das der ganzen Christenheit den neuen verborgenen Weg des Sterbens mit Christus weist. Dafür sei Gott gelobt in Ewigkeit.

Möchten wir uns hüten, durch unangemessene Proteste dieses Gnadenzeichen vor den Augen der Welt und vor unserem eigenen Gewissen wieder zu verdunkeln. Nachfolge, nicht Empörung wird von uns erwartet. Unser Gebet umschließt freudig diesen wahren Zeugen seines Herrn.

Frankfurt am Main. *A. F.*

Gedanken zum Pfarrprinzip

Die Ausführungen in Heft 1/2 Jahrgang III erwecken den Anschein, als ob die Pfarrgemeinde im Kirchenrecht (K.R.) überhaupt nicht erwähnt werde. Tatsächlich wird in Can. 216 die Pfarrgemeinde definiert und viele andere Canones enthalten weitere Einzelheiten. Allerdings ist die Pfarrgemeinde nicht im Sinne der reformierten Kirche festgelegt. Das Kirchenrecht ist ebenso wie jedes andere Recht bestrebt, bestehendes Leben zu beschützen, abzugrenzen und in geordnete Bahnen zu lenken. Es ist also nicht selbst Leben. Es trägt formalen Charakter. So definiert Can. 216 die Kirchengemeinde als bestimmtes Gebiet mit bestimmter Bevölkerung, die sich um eine Kirche und einen Pfarrer schart. Was die Mitglieder der Gemeinde zu tun haben, geht kaum über die Gebote Gottes und der Kirche hinaus. Und das ist gut so. Wir wollen keine Pharisäerkirche, die den Weg zum ewigen Heil zu einem Hindernislauf über Paragraphen gestaltet. Die in-

nerliche Umgestaltung des Menschen ist durch Gesetze nicht zu erreichen. Dagegen sind die Canones über den Pfarrer und seine Aufgabe sehr zahlreich. Im Sachregister der vatikanischen Ausgabe des C.I.C. nimmt der Pfarrer allein drei Seiten ein. Kein anderes Stichwort nimmt einen solchen Raum im Sachregister ein, auch nicht solch wichtige Worte wie Ehe, Eucharistie, Bischof und Papst. Das K.R. legt also der Tätigkeit des Pfarrers in seiner Pfarrgemeinde die größte Bedeutung bei.

Das Leben der Kirchengemeinde aber darf und kann nicht vom K.R. her gesehen werden. Es hat in der hl. Schrift seine Grundlage. Die von Petrus und Paulus gegründeten Gemeinden, vor allem die Gemeinde in Jerusalem, zeigen uns, wie das christliche Leben in der Gemeinde sein muß. Die Apostelgeschichte schildert uns im 2., 4. und 5. Kapitel das Idealbild einer Gemeinde, die unter der unmittelbaren Einwirkung des hl. Geistes ein christliches Leben führte, das wie ein Licht auf dem Scheffel hell leuchtete und nach allen Seiten in die Menschheit sich auswirkte. Wenn in der Liturgie Jerusalem als Vorbild erwähnt wird, so sollte man nicht so sehr an das salomonische Zeitalter mit Tempeln und Palästen denken, sondern vielmehr an die erste christliche Gemeinde, die unter dem Einfluß des hl. Geistes ein Leben höchster Liebe führte. Die Briefe des hl. Paulus und die kath. Briefe behandeln in der Hauptsache das Gemeindeleben und seine Schwierigkeiten. Immer wieder erkennt man, daß ein echtes christliches Leben nur dann vorhanden ist, wenn damit eine Einordnung in das Gemeindeleben verbunden ist. Nicht das stille Beten im Kämmerlein wird gefordert, sondern das Früchtetragen in der Gemeinde. Die tätige Liebe gegen Kranke und Arme, die liebevolle Rücksichtnahme gegen Nachbarn sind unerläßlich für ein vollwertiges Christentum. Da ist es verständlich, wenn das K.R. im Can. 216 verbietet, auf demselben Gebiete 2 Pfarrgemeinden zu gründen, etwa für verschiedene Nationalitäten oder sonstige Personenkreise. Die Liebe überwindet alles. Sie ist nur unduldsam gegen Spaltung und Trennung. Die Pfarrgemeinde hat also gewissermaßen eine Monopolstellung. Anderseits ist die Pfarrgemeinde nicht bloß der Rahmen für die Arbeit des Seelsorgers an den Seelen, sondern Pfarrgemeinde ist Aufgabe, ist die Fülle des lebendigen Christentums, ist das Ideal, das uns allen stets vor Augen stehen soll. Der Mensch ist ein Gemeinschaftswesen, und eine innerlich starke und gesunde Gemeinschaft wird ihn immer anziehen. Daher machen wir auch immer wieder die Erfahrung, daß die Ablehnung des Christentums meistens unter Hinweis auf die Uneinigkeit und Unverträglichkeit der Christen untereinander geschieht. Man kann keinen Abseitsstehenden allein durch Überzeugen oder gar Überreden gewinnen. Er schaut immer auf die Gemeinschaft, in die er durch den Übertritt hineinkommt. Der Gemeinschaftsgeist ist mehr als früher zu pflegen, zumal der Unglaube die Gemeinschaft verabsolutiert und den Einzelnen zum Sklaven macht, um auf diese Weise eine Macht zu bekommen, die unwiderstehlich ist. Diesem Unglauben gegenüber muß das Christentum die echte Gemeinschaft fördern, die das Eigenleben des Menschen nicht zerschlägt. Überall muß sich das Christentum als gemeinschaftsbildend erweisen, vor allem in den Betrieben, denn dort stehen schon die Scharen des Unglaubens. Aber alle diese christlichen Gemeinschaften finden die Fülle christlichen Lebens erst in der Pfarrgemeinde. Hier ist der Priester, hier ist der Gottesdienst mit Gebet, Opfer und Sakramenten. Keine andere Gemeinschaft kann die Pfarrgemeinschaft ersetzen. Sie ist die Ecclesiola, die Kirche im Kleinen. Jeder, der zum mystischen Leibe Christi gehören will, findet ihn in der Pfarrgemeinde. Hier ist die Verbindung zu Bischof und Papst. Hier liegen aber auch die natürlichen Verbindungen zur Familie und Nachbarschaft. Von hier nimmt der Christ die Bereitschaft, auch im Beruf und im Betrieb christlich zu handeln und christliche Gemeinschaft zu halten.

Das ist das Leben, das das K.R. schützen und festigen will durch seine Satzungen. Wer aber die Pfarrgemeinschaft zu Gunsten anderer Gemeinschaften zurückdrängen wollte, würde damit einen wesentlichen Teil des Christentums überhaupt zurückdrängen; denn es fehlte das Bindeglied zwischen all diesen Gemeinschaften. Statt Einheit hat man dann Zersplitterung, statt Gemeinschaftsgeist den Geist der Absonderung und der Überhebung.

Wuppertal *Josef Wulfers.*

Hilfe aus Deutschland

Wahrlich: orbis catholicus, die Ökumene, der Erdkreis spricht sich aus auf diesen Blättern!

Zwei Worte in der Februar-Nummer der Herder-Korrespondenz bewegten mich besonders: die Prophezeiung der französischen katholischen Theologie: „Wir scheinen am Anfang eines biblischen Zeitalters zu stehen" und die Hoffnung eines Flügels der Bekennenden Kirche in Deutschland, „ins Gespräch mit der Katholischen Kirche zu kommen" auf dem „Weg zu der geforderten Einheit der Kirche Jesu Christi" (S. 217 und 233). Auf *beiden* Seiten ist „der theologische Traktat von der Kirche das eigentliche Zentrum unsrer apostolischen und theologischen Bemühungen" (Congar)!

Freilich, wenn je eine Versöhnung unter Menschen und Völkern übermenschlich schwer war, so ist es die Versöhnung in der Wahrheit zwischen den nun 400 Jahre glaubensgetrennten Brüdern. „Viele Menschen brauchen sehr lange, bis sie das Unwiderrufliche erkennen, und brauchen dann noch einmal sehr lange, bis sie erkennen, daß sie danach handeln müssen, und brauchen zum drittenmal sehr lange, bis sie danach handeln. Und auch dieses ginge niemals ohne die Hilfe der Gnade" (Th. Haecker).

So werden die Katholiken ihr Zeugnis von der Gestalt der Kirche als ein biblisches, evangeliumgesättigtes, evangelisches ablegen in der Liebe, die alles glaubt, alles hofft, alles duldet (im Leiden mit Christus sühnt). Die biblischen Zeugnisse des Nachfolgers Petri — wenn sie erst durch unsre Wände in Ohr und Herz dringen, so werden wir nicht mehr anders können, als die Leute in Beröa taten; „diese aber waren edler denn die zu Thessalonich; die nahmen das Wort auf ganz willig lich und forschten täglich in der Schrift, ob sich's also verhielte" (Apg. 17, 10). Biblischer Rede können wir uns nicht verschließen, denn — sagt Luther —: *das Wort muß es tun.* Und, sagt derselbe, „der Glaube ist etwas Allmächtiges, wie Gott selber es ist". Können wir dem Glauben der katholischen Brüder widerstehen, die an Jesu Wort vom Fels glauben? Wir glauben an die Erstattungsgnade: daß Gott uns Evangelischen den ganzen Gehorsam unterm

Wort schenkt und erhält. Am Wort genesen wir, unterm Wort finden wir uns.

Gott spricht, und es geschieht: Gott selbst predigt durch Taten. Der katholische Bruder vermag zu sehen, daß Gottes erhabene Hand die evangelischen Scharen vom Suchen nach der Ökumene nicht mehr entläßt. Hier bedürfen wir der Gebetshilfe aller, die uns den Christennamen nicht versagen. Daß wir das erste freie Wort finden zum ersehnten „Gespräch"! Wie sollen wir den Mann anreden, der Jesu Wort glaubt, daß Ein Bruder alle seine Brüder stärken muß (Luk. 22, 31 f)? Schon diese Anrede, Antwort auf sein Zeugnis im Wort, nötigt uns zu einem Glaubenswagnis, ruft biblische Theologie von der Kirche; ruft Ekklesiologie hervor — die wir, nach einem Wort von Landesbischof Wurm allzulange vernachlässigt haben.

Die „Höllenpforten" waren allzulange im „Vakuum" unsres Glaubens, um ein Wort der Klage von der Generalversammlung in Amsterdam aufzunehmen (H.-Korr. S. 234 ff). Unser lebendiger Glaube verweist sie hinaus an ihren Ort. Scheint auch das Nebeneinander der Konfessionen ein totes Wasser, kaum von einem Lüftlein gekräuselt — es kann schon die schwere, gesättigte Lösung sein; eines Fädleins Spitze eingesenkt, und die Kristalle schießen. Ordnung des Volkes Gottes! „Her zu mir, wer zum Herrn gehört!"

Wir hoffen allein auf den lebendigen Gott. Ihm den einträchtigen Gehorsam unterm WORT zu leisten zur göttlichen „Reformation" in die Kirche des Einen Neuen Bundes, sei unser Anteil an der Arbeit der Völker; Hilfe aus Deutschland!

Tübingen-Lustnau *Pfarrer R. B. (i. W.)*

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BRAUNE, Walther. *Religiöse Strömungen im modernen Islam.* In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 73 Nr. 10 (Okt. 1948) S. 578—582.

Krisensituation und praktische Aufgaben des Islam und die darin beschlossene Situation für die christliche Missionierung.

BULTMANN, Rudolf. *Heilsgeschichte und Geschichte.* Zu Oscar Callmann, Christus und die Zeit. In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 73 Nr. 11 (Nov. 1948) Spalte 659 bis 666.

Klärende Kritik zur Frage der urchristlichen Zeit- und Geschichtsauffassung.

CONGAR, P. Yves. *Pourquoi le peuple de Dieu doit-il sans cesse se réformer?* In: Irénikon Bd. 21 4. Trimester 1948 S. 365—294.

Das Heilswerk Gottes ist Geschichte und Entwicklung, Keim, der sich entfaltet; dagegen dürfen auch zeitweise gültige Verwirklichungen sich nicht durch Festhalten am Alten auflehnen.

DUBARLE, D. *Prélude à un entretien sur la foi.* In: La Vie Intellectuelle Januar 1949 S. 1—16.

Gegen die These des Rationalismus, daß jede Glaubenshaltung Illusion und Atavismus sei, gilt, daß das Wesen des Glaubens mit den Methoden der Wissenschaft nicht erfaßbar ist, weil Wissenschaft methodisch von Gott absehen muß und ihn darum auch nicht findet; erst religiöse Meditation der wissenschaftl. Informationen führt in die Welt des Glaubens.

EBEL, Basilius OSB. *Das Mysterium der Liturgie im Lichte der Enzyklika „Mediator Dei".* In: Anima Jhg. 3 Heft 4 1948 S. 294—307.

Das Kultmysterium der Kirche und sein Bezug zum Leben.

HUNKELER, L. OSB. *Liturgie und Seelsorge.* In: Anima Jhg. 3 Heft 4 1948 S. 307—315.

Beide sind ihrem Wesen nach dasselbe und müssen diese Einheit je in ihrer Praxis beachten.

JUNGMANN, Josef Andreas. *Die Liturgie als Quelle fruchtbarer Seelsorge im Lichte der Liturgiegeschichte.* In: Anima Jhg. 3 Heft 4 1948 S. 341—350.

Aus ihrer ursprünglichen Einheit haben sich Liturgie und Frömmigkeit auseinanderentwickelt und müssen jetzt wieder zu einer Entsprechung gebracht werden.

KRUSE, Heinz SJ. *Die Sendung des alten Testaments.* In: Geist und Leben Jhg. 21 Heft 6 (Dez. 1948) S. 449—462.

In seinen zeitlosen Offenbarungsweisheiten enthält das Alte Testament ungenutzte Potenzen für das praktische Leben. Hier soll eine neue Verkündigungsexegese einsetzen.

LA FARGE, John SJ. *Thoughts on the liturgical movement.* In: America Bd. 80 Nr. 11 (18. 12. 48) S. 287—289. (Wird fortgesetzt).

Der amerikanische Liturgiker beginnt hiermit eine Reihe von Aufsätzen zur Kommentierung der Enzyklika „Mediator Dei".

LANGENFASS, Friedrich. *Die Krisis der Familie im Abendland.* In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 6 (Dez. 1948) S. 385—396.

Statistisches Material verdeutlicht die Gefahren einer im Grunde religiösen Krisis.

LECLERCQ, Jacques. *Changements de perspectives en Chrétienté.* In: Etudes Febr. 1949 S. 177—187.

Gegenüber einer Welt, für die das Christentum nur noch historisches Interesse hat, ist das Mittel der Verkündigung nicht mehr, wie innerhalb einer christl. Welt, Apostolat und Liebestätigkeit, sondern Zeugnisablegen.

LEIFFER, Murray H. *Mixed Mariages and Church Loyalties.* In: The Christian Century Bd. 66 Nr. 3 (19. 1. 49) S. 78—80 (wird fortgesetzt).

Eine von protestantischer Seite durchgeführte Rundfrage bei gemischten Ehen, die seelsorglich interessante Einblicke vermittelt.

LOTZ, Joh. B. SJ. *Die christliche Frömmigkeit und der Mensch von heute.* In: Geist und Leben Jhg. 21 Heft 6 (Dez. 1948) S. 418—429.

Untersuchung des Einflusses, den der Zeitgeist, d. h. das neue Endlichkeitsverfahren (bes. in der Existenzialphilosophie manifestiert) auf die Frömmigkeit nimmt.

NÖTSCHER, Friedrich. *Bibeltext und Bibelerklärung in Vergangenheit und Gegenwart.* In: Theologische Revue Jhg. 44 Nr. 2 Spalte 65—74.

In Auseinandersetzung und Besprechung des Werkes von P. Kahle The Cairo Geniza, London 1947 wird auf die Notwendigkeit einer Renovatio katholischer, alttestamentlicher Forschung hingewiesen.

PETERICH, Eckart. *Formen und Formeln vorchristlicher Theologie.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 4/5 (Juli/August 1948) S. 337—356.

Religionswissenschaftliche, typologische Untersuchung der alten und ältesten Mythengruppen.

RAHNER, Hugo SJ. *Das göttliche Kinderspiel.* Eine theologische Betrachtung des „homo ludens". In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 1 (Jan. 1949) S. 1—11

Darstellung der Polarität des Christseins, das ein „Tanzen und Weinen vor Gott . . . ein Geborgensein im Schoß der Gnade und ein Ausgestoßensein in die Gefährdung durch Freiheit" zugleich ist.

RAHNER, Karl SJ. *Über die religiöse Weihe.* In: Geist und Leben Jhg. 21 Heft 6 (Dez. 1948) S. 407—418.

Jenes Geschehen, „wo der Weihende die Tat des eigenen Herzens aus eigener Verantwortung still und schlicht vollbringt, sich selber weiht" wird hier existenzial und temporal interpretiert auf dem Grunde des Wesens der Freiheit.

SCHLIER, Heinrich. *Über die Liebe.* Eine Exegese. In: Hochland Jhg. 41 Heft 3 (Febr. 1949) S. 235—243.

Eine eingehende Auslegung der paulinischen Thesen im ersten Korintherbrief.

SEMMELROTH, Otto SJ. *Mariens leibliche Himmelfahrt heilsgeschichtlich gesehen.* In: Geist und Leben Jhg. 21 Heft 6 (Dez. 1948) S. 440—448.

Eine neu auflebende marianische Bewegung soll hier durch eine theologisch wissenschaftliche Vertiefung gefördert werden.

SIEMER, Laurentius. *Pfarrfamilie und Ecclesiola.* In: Die neue Ordnung Jhg. 3 Heft 1 (Jan. 1949) S. 37—51.

Über die möglichen Auffassungen des Sinnes der religiösen Gemeinschaft in der Pfarrei.

SOLA, Francisco de, SJ. *La Enciclica „Mediator Dei" sobre la Sagrada Liturgia.* In: Razón y Fe Jan./Febr. 1949 S. 11 und S. 138 ff.

Genau abwägende Interpretation der Enzyklika.

STRENG, Franziskus von. *Die Erziehung des Volkes zur Mitfeier des hl. Opfers gemäß der Enzyklika „Mediator Dei".* In: Anima Jhg. 3 Heft 4 1948 S. 332—340.

Zeigt verschiedene Wege, die Liturgie im Volk lebendig zu machen.

STURMER, Karl. *Judentum, Griechentum und Gnosis.* In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 73 Nr. 10 (Okt. 1948) S. 582—591.

Eine Gegenüberstellung in ihrer Weltanschauung, Gottesvorstellung und Daseinshaltung.

TILMANN, Klemens. *Die Liturgie missionarisch gesehen.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 73 Heft 3 (Dez. 1948) S, 161 bis 170.

Die außerordentlichen missionarischen Aufgaben drängen die Kirche heute dazu, die immer noch brachliegende menschenformende und seelsorgliche Kraft der Liturgie fruchtbar zu machen.

Philosophie

ANTOINE, J.-M. *Orient et Occident: une philosophie de l'histoire.* In: La Vie Intellectuelle Jhg. 16. Dez. 1948.

Darstellung der induktiven Geschichtsphilosophie des polnischen Philosophen Koneczny, mit dessen Analyse der Phänomene Abendland, Morgenland, Rom, Byzanz, Rätsel Deutschland.

DESROCHES, H.-Ch. *Dialectique de la nature et de la conscience.* In: Economie et Humanisme Jhg. 7 H. 40 (Nov.-Dez. 1948) S. 5—28.

Die Dialektik von Natur und Bewußtsein, Mensch und Natur, Mensch und Gesellschaft, Haben und Sein und alle anderen Antithesen der menschl. Existenz erhalten ihre Erklärung erst durch den Glauben, sind ohne diesen nur aufzählbar.

GEMELLI, Fr. Agostino. *Il siero di verità.* In: Vita e Pensiero Jhg. 31 Nr. 12 (Dez. 1948) S. 678—685.

Um die juristische Anwendung des „Wahrheitsserums". Darlegung der medizinischen und psychanalytischen Problematik in der Anwendung von Drogen, die in der Rechtsprechung noch viel größer ist. Da der Angeklagte nach alter Rechtsauffassung nichts gegen sich selber auszusagen braucht, darf man solche Aussage auch nicht durch Drogen erzwingen. Gott allein hat ein Recht, das innerste Herz zu kennen.

HÄNSEL, Ludwig. *Christentum und Magie.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 1 (Jan. 1949) S. 11—30.

Zu Eduard Sprangers „Magie der Seele", Berlin 1947. Unter Magie wird verstanden: „das ewig geheimnisvolle Wirken Gottes in der Seele und in der äußeren Welt", dessen Bewußtwerden die Rationalisierung des Christentums verhüten soll.

HEYDTE, Friedrich August, Freiherr von der. *Existentialphilosophie und Naturrecht:* In: Stimmen der Zeit Jhg. 73 Heft 3 (Dez. 1948) S. 185—198.

Ein Jurist versucht von seinem Standpunkt her über die Mittelbegriffe „Entscheidung" und „Selbstverantwortung" die innere Einheit von Existenz und Naturrecht zu zeigen.

RICOEUR, Paul. *Dimensions d'une recherche commune.* In: Esprit Jhg. 17 H, 12 (Dez. 1948) S. 837—846.

Grundriß der personalistischen Philosophie mit ihren für jede Frage nach dem Wesen der Person gültigen Ausgangsaporien Freiheit — Wert — Geschichte, dazu das Böse und die Transzendenz.

SCHERER, Robert. *Existenz und Wahrheit.* Zu dem neuen Werk Karl Jaspers. In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 1 (Jan. 1949) S. 59—63.

Zwischen Aufklärung (Verwandlung der Theologie in Philosophie) und Romantik (Relativierung aller Wahrheit nach dem Standpunkt der Existenz) steht das besprochene Werk. Die Zweideutigkeit seines Transzendenzbegriffes, die unzureichende Fassung des Verhältnisses von Intellekt und Existenz vermindern Wert und Rang des Buches.

SCIACCA, Michele F. *Il concetto cattolico della libertà di pensiero.* In: Humanitas (Morcelliana) Jhg. 3 Heft 11 (Nov. 1948) S. 1054—58.

Der katholische Begriff der Denkfreiheit besagt nach Sciacca, daß das Denken dann frei ist, wenn es gemäß der Natur des Menschen, d. h. in der Wahrheit geschieht.

SEIFERT, Friedrich. *Seelsorger und Seelenarzt.* Eine Erwiderung auf Helmut Thielickes „Fragen des Christentums an die moderne Welt". In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 6 (Dez. 1948) S. 418—430.

(Vgl. unter Thielicke). Das Gespräch zwischen Theologie und Psychologie wird fortgesetzt mit der Frage nach dem Verhältnis der moralischen Grundbegriffe gut und böse zur psychotherapeutischen Theorie und Praxis.

THIELICKE, Helmut und Friedrich Seifert. *Schuld und Krankheit.* Zur Auseinandersetzung zwischen Psychotherapie und Seelsorge. In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 6 (Dez. 1948) S. 445—450.

(Vgl. unter Seifert). Auszüge aus Thielickes Werk „Fragen des Christentums an die moderne Welt".

THURN, Hubert SJ. *Psychotherapie und Seelsorge.* In: Geist und Leben Jhg. 21 Heft 6 (Dez. 1948) S. 429—440.

Die Seelsorge, die häufig „primitiv und unzureichend" ist in Rücksicht auf tiefenpsychologische Fakten, kann von der Psychotherapie wesentliches lernen; umgekehrt kann aber auch diese selbst aus den Erfahrungen der Seelsorge gewinnen.

THURN, Hubert SJ. *Tiefenpsychologie.* Wesen und Geschichte. In: Stimmen der Zeit Jhg. 73 Heft 3 (Dez. 1948) S. 198—213.

Betrachtung dieser Wissenschaft mit Rücksicht auf ihr Verhältnis zur Seelsorge.

THURN, Hubert SJ. *Tiefenpsychologie.* Methoden und Grenzen. In: Stimmen der Zeit. Jhg. 74 Heft 4 (Jan. 1949) S. 271—286.

Die Intimität zwischen Psychotherapeut und Klient im Heilungsprozeß birgt Gefahren weltanschaulicher Beeinflussung in sich. Daher Forderung nach therapeutisch geschulten Kräften für christliche Seelsorge.

WENZL, Aloys. *Von der Wahrheit.* Zur Philosophie Karl Jaspers'. In: Hochland Jhg. 41 Heft 3 (Febr. 1949) S. 273 bis 279.

In einer Kritik des letzten großen Werkes des Philosophen verwirft Wenzl diese „Zwischenlösung", die sich zwar nicht für die Gottheit Christi entscheidet, dafür aber wesentlich christliche Gehalte retten will.

Kultur

BERNANOS, Georges. In: Esprit Jhg. 17 Heft 12 (Dez. 1948) S. 761—812.

Dem Andenken Georges Bernanos' sind in diesem Heft des Esprit 2 Aufsätze gewidmet, die einen nachgelassenen Aufsatz von Bernanos selber, „J'ai mené une vie de chien", einrahmen:

Béguin, Albert. Bernanos n'appartient à personne. Und D'Astorg, Bertrand. Mort au champs de son honneur.

LANGGÄSSER, Elisabeth. *Möglichkeiten christlicher Dichtung — heute.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 3 (Febr. 1949) S. 244—252.

Mit einer Deutung der Geschichte christlicher Dichtung gibt die Dichterin eine eigenwillige und aufschlußreiche Apologie für ihr Werk.

LORA TAMAYO, M. *Al término de una etapa académica.* In: Razón y Fe Febr. 1949 S. 125—137.

Der Vice-Rektor der Universität Madrid gibt Richtlinien für die Zukunft der Studierenden, insbesondere der Studenten der Naturwissenschaft: für einen neuen Aufschwung der Wissenschaften in Spanien.

RADECKI, Sigismund von. *Die Zeit ohne Bild.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 1 (Jan. 1949). S. 45—52.

Das Phänomen, daß es für uns keine künstlerische Darstellung bedeutender Ereignisse gibt, wird hier als Folgenotwendigkeit eines inneren Zerfalls der Kunst dargestellt.

RAMMELMEYER, Alfred. *Aufstand gegen den Westen.* Zur Weltanschauung und Frömmigkeit F. M. Dostojewskijs. In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 6 (1948) S. 431—440.

Über Dostojewskijs Glaube an die christliche Mission des russischen Volkes, das gegen ein religiös verlorenes Europa angesetzt wird.

REGALEY, P. Pie. *Les conditions de l'art sacré dans le monde moderne.* In: La Vie Intellectuelle Jhg. 16 Dezember 1948 S. 8—34.

Überblick über die Gründe, die die „guten Katholiken" unzugänglich für die echte Kunst der Zeit gemacht, die neue Elite jedoch zu entgegengesetzten Extremen treiben. Anlaß zur Hoffnung gibt die Neugestaltung der Liturgie als der obersten christlichen Kunstform.

VAN DER VAT, D. G. *Graham Greene. The Heart of the Matter* (Fortsetzung). In: Streven Jhg. 16 Nr. 3 (Dez. 1948) S. 254—267.

Der Gedanke der verlorenen Unschuld in Greenes Werk.

Soziales und politisches Leben

BORKENAU Franz. *Deutschland zwischen Ost und West.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 H. 1 (Jan. 1949) S. 33—45.

Der Marburger Historiker gibt hier eine Deutung der deutschen Geschichte in Hinsicht auf das „Problem der östlichen Elemente in der deutschen Struktur und ihre geschichtliche Rolle".

CAPPELLO, F. M. SJ. *La nuova Costituzione dello Stato italiano e i suoi rapporti con la legislazione eccleliastica.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 99 Heft 2361 (6. Nov. 1948) S. 229—242.

Analyse des Verhältnisses der neuen italienischen Verfassung zur Kirche und den kirchlichen Forderungen.

COLOMBO, Carlo. *Assistenza, beneficienza e carità.* In: Vita e Pensiero Jhg. 31 Nr. 12 (Dez. 1949) S. 686—694.

Soziale Fürsorge und christliche Caritas widersprechen sich nicht, vielmehr drängt Nächstenliebe zur sozialen Gerechtigkeit, soziales Gewissen ist sogar hervorgegangen aus christlicher Liebe.

DEL VALLE, Florentino SJ. *La corona de espinas de Madrid.* In: Razón y Fe Febr. 1949 S. 99—124.

Madrids Dornenkrone sind seine Elendsvorstädte, in denen die gleichen sozialen und religiösen Zustände herrschen wie in allen modernen Großstädten (mit reicher Statistik).

DESQUEYRAT, A. *La Pensée théologique des Catholiques sociaux français.* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 25 (Dez. 1948) S. 721—736.

Die theologischen Grundlagen der Ziele der franz. Sozialkatholiken.

D'HARCOURT, Robert. *La génération montante en Allemagne.* In: Etudes Febr. 1949, S. 161—176.

Die deutsche Jugend wird charakterisiert als verbittert, hoffnungslos, aufsässig, mit der immer gleichen Neigung zur Diktatur, zu Gewaltlösungen, zu den Waffen.

Donoso Cortés in gesamteuropäischer Interpretation. In: Die neue Ordnung Jhg. 3 Heft 1 (Jan. 1949) S. 1—15.

Die Gestalt des spanischen Politikers wird aus der geistesgeschichtlichen Situation Europas im 19. Jahrhundert gesehen.

EMMANUEL, Frank. Le pacifisme des forts. In: Esprit Jhg. 18 H 2 (Febr, 1949) S. 162—180.

Einer der Leiter des Internationalen Friedenskartells in Paris gibt hier einen Überblick über die Geschichte des Pazifismus. Gefordert wird Zusammenarbeit aller Organisationen, die die Berechtigung ihrer verschiedenen Wege gegenseitig anerkennen sollten.

FORSTHOFF, Ernst. *Die gescheiterte Revolution.* In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 6 (Dez. 1948) S. 397—407.

Ein geistig-politischer Überblick über die Ereignisse des Jahres 1848 mit Würdigung der Arbeit Wicherns, der eine Verquickung von Christentum und Sozialismus verwirft, da die Aufgaben beider auf verschiedenen Ebenen liegen.

FRANCOIS, Jacques. *Peut-on faire la paix par la magie?* In: Esprit Jhg. 18 H. 2 (Febr. 1949) S. 197—214.

Gegen die zu leichten und verantwortungsfreien Friedensbewegungen im Stil Garry Davis.

GANDILHON, M. *Derrière le silence de l'Espagne.* In: Esprit Jhg. 17 Heft 12 (Dez. 1948) S. 813—828.

Der vereinfachenden Sicht sowohl leidenschaftlicher Gegnerschaft als auch blinder Begeisterung gegenüber Franco-Spanien muß ein viel differenzierteres Verständnis des Landes und der Verhältnisse entgegengestellt werden.

GROETSCHEL, Johann SJ. *Rußland und Europa.* (Buchbericht). In: Stimmen der Zeit Jhg. 73 Heft 3 (Dez. 1948) S. 222—229.

GUNDLACH, Gustav SJ. *Der Nürnberger Prozeß und die Moral.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 4 (Jan. 1949) S. 286—293.

Da das Naturrecht nicht vom positiven Recht ausgeschlossen ist, können einzelne Nürnberger Anklagepunkte auf ihre moralischen Momente hin untersucht werden.

LECLERCQ, Jacques. *Problemas de la sociologia religiosa.* In: Arbor Bd. 11 Nr. 35 (Nov. 1948) S. 237—250.

Der Löwener Professor empfiehlt in der spanischen Zeitschrift für die Auffindung sicherer Grundlagen zu einer Soziologie des religiösen Lebens die Methode der Beobachtung und konkreten Kontakts entgegen allen abstrakten Theorien.

MONTESI, Gotthard. *Societas leonina oder der Weg zur Volksdemokratie.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 1 (Jan. 1949) S. 53—58.

Das Schema der kommunistischen Strategie des Staatsstreiches in Etappen wird hier am dokumentarischen Bericht des Desider Sulyok, Zwei Nächte ohne Tag, Thomas-Verlag Zürich, 1948, aufgewiesen.

MONZEL, Nikolaus. *Die Soziologie und die Theologen.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 3 (Febr. 1949) S. 259—272.

Skizzierung der Voraussetzungen, die von der Soziologie erfüllt sein müssen, wenn sie — wie jede echte Wissenschaft — in der Theologie ergriffen werden soll, d. h. präzis definierte sozialtheologische Aufgabenbereiche liefert.

MOUNIER, Emmanuel. *Les équivoques du pacifisme.* In: Esprit Jhg. 18 H. 2 (Febr. 1949) S. 181—196.

Warnung an die neuerwachten Bewegungen für den Frieden, in den alten Bahnen zu bleiben und die alten Fehler zu wiederholen, weder eine große Leidenschaft gegen den Krieg überhaupt und in jedem Fall zu entfesseln, noch eine Technik und Taktik für den Frieden zu entwickeln.

NELL-BREUNING, Oswald von, SJ. *Berufsständische Ordnung.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 4 (Jan. 1949) S. 254—261.

Ein das Wesentliche kurz zusammenfassender Auszug aus religiös-sozialen Schulungsblättern des kath. Männerwerkes der Erzdiözese Köln.

PRIBILLA, Max SJ. *Das Verhalten der Unternehmer im Dritten Reich.* Moraltheologisches Gutachten. In: Stimmen der Zeit Jhg. 73 Heft 3 (Dez. 1948) S. 171—185.

Dieses für die Nürnberger Industrieprozesse verfertigte Gutachten gilt auch für die verwickelte moralische Situation des gesamten deutschen Volkes. Auf dem Boden des Naturrechtes wird die unmittelbar vor Gott zu verantwortende „geschichtliche Schuld" klar von der juristisch faßbaren „persönlichen Schuld" geschieden.

RICOEUR, Paul. *L'Homme non-violent.* In: Esprit Jhg. 18 H. 2 (Febr. 1949) S. 224—234.

Zur Beantwortung der Frage: Ist Enthaltung von Gewalt wirksam, die Bergpredigt nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Leben gültig, wird der Begriff der Gewalt, die Folge der Nicht-Gewalt und das Wesen gewaltlosen Widerstandes analysiert.

ROEGELE, Otto B. *Der deutsche Katholizismus im sozialen Chaos.* Eine nüchterne Bestandsaufnahme. In: Hochland Jhg. 41 Heft 3 (Febr. 1949) S. 205—233.

Die durch die Vertreibung der Ostdeutschen völlig veränderten Verhältnisse stellen den Katholizismus auf eine harte Probe, die er bisher nicht bestanden hat; er muß „aus der apologetischen Defensive, aus dem Ghetto eines aus freien Stücken nicht mehr verlassenen ‚rein-religiösen Raumes' heraustreten.

STURZO, Luigi. *Die philosophischen Hintergründe der christlichen Demokratie.* In: Die neue Ordnung Jhg. 3 Heft 1 (Jan. 1949) S. 16—26.

Die historische Entwicklung seit 100 Jahren, das Grundproblem und die heutige philosophische Überprüfung der traditionellen Theorien christlicher Politik.

Chronik des katholischen Lebens

AMBORD, P. Beat. *Der Vatikan in der Weltpolitik — Die Weltpolitik des Vatikans.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 1 (April 1948) S. 31—36.

Die vatikanischen Bemühungen zwischen Ost und West, gegen Kommunismus und Liberalismus, haben ein dreifaches Ziel: Rückführung zum Naturrecht, Heimholung zum Frieden und Eingliederung der Menschheit in den mystischen Leib Christi.

ROESEN, Anton. *Der deutsche Katholizismus.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 4/5 (Juli/August 1948) S. 359 bis 374.

Seine Geschichte seit der Bismarckzeit und seine heutige politische Bedeutung.

SCHÄFER, Rudolf. *Der Papst und die Oder-Neiße-Linie.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 1 (Jan. 1949) S. 3—4.

Der Aufsatz dient der klaren Scheidung zwischen weltlicher und geistlicher Stellungnahme zu einem politischen Problem und damit der Verhütung eines Mißverstehens der überparteilichen Haltung des Papstes.

SCHÖNINGH, Franz Josef und Walter Dirks. *Die Wahrheit und der Weg.* Über die Aufgaben christlicher Zeitschriften heute. In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 1 (Jan. 1949) S. 53—63.

Zwei bekannte Publizisten berichten über mögliche Typen christlicher Zeitschriften.

Chronik des ökumenischen Lebens

Dokumente der russisch-orthodoxen Kirche. In: Russie et Chrétienté Nr. 3/4 S. 25—62.

1. Die rusisch-orthodoxe Kirche und die Ökumenische Bewegung: 5 Ansprachen hoher russischer Geistlicher aus den Jahren 1947 und 1948.

2. Zwei Briefe und ein Interview des Patriarchen Alexis 1946—48.

3. Die Entschließungen der Moskauer Kirchenkonferenz Juli 1948.

DUMONT, C. *Le Patriarchat de Moscou et le patriarchat oecumenique: conflit d'influence.* In: Russie et Chrétienté Nr. 3/4 S. 103—112.

Bericht über den Konflikt zwischen dem Patriarchen von Moskau und dem Ökumenischen Patriarchat als Kampf um Einflußsphären.

HEYLIGERS, A. R. *Bericht über den XV. Internationalen Altkatholiken-Kongreß in Hilversum-Holland.* In: Internationale Kirchliche Zeitschrift Jhg. 38 Heft 4 (Nov.-Dez. 1948) S. 217—321.

Das ganze Heft ist diesem Artikel gewidmet, der eingehend über die Tagesordnung und die Probleme der Altkatholiken im ökumenisch-theologischen Gespräch berichtet.

HROMADKA, Josef L. *The End of Western Supremacy.* In: The Christian Century Bd. 66 Nr. 1 (5. 1. 1949) S. 10—11 (wird in der folgenden Nummer fortgesetzt).

Englischer vollständiger Text der berühmten Rede Hromadkas auf der Generalversammlung des Ökumenischen Rates in Amsterdam.

LAROS, Mathias. *Das römische Monitum und die „Una-Sancta".* In: Die neue Ordnung Jhg. 3 Heft 1 (Jan. 1949) S. 79—85.

Der Rundbrief Nr. 11 der Una-Sancta-Bewegung in gekürztem Abdruck. Er will aufkommenden Mißverständnissen über das Monitum entgegenwirken.

PRIBILLA, Max SJ. *Interkonfessionelle Verständigung.* Die Kirchenkonferenz in Amsterdam. In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 4 (Jan. 1949) S. 241—253.

Verfasser begrüßt, daß es über die theol. Verständigung auch zur praktischen Zusammenarbeit kommt; jedoch ist der Weltprotestantismus nicht ein letztes Wort, sondern verlangt eine Ergänzung von katholischer Seite.

Renaissance des études ecclésiastiques et de l'enseignement théologique supérieur en U.R.S.S. In: Russie et Chrétienté Nr. 3/4 S. 87—102.

Bericht über die Wiederaufnahme der religiösen Studien und des theologischen höheren Unterrichts in Rußland (Geschichtlicher Rückblick, Ansprache des Patriarchen zur Eröffnung der kirchl. Akademie in Leningrad, statistische Angaben).

SCHLINK, Edmund. *Die Kirche in Gottes Heilsplan.* Die Ergebnisse der ersten Sektion der Weltkirchenkonferenz in Amsterdam. In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 73 Nr. 11 (Nov. 1948) Spalte 641—652.

Die Zeichen der Zeit 1948 Heft 10/11.

Dieses ganz den *Problemen des ökumenischen Rates* gewidmete Heft enthält im Einzelnen *„die Botschaft der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz"* (S. 338—339), die *„Predigt zur Eröffnung der Amsterdamer Konferenz"* von NILES (S. 340—343), *„das christliche Zeugnis in der internationalen Ordnung"* von Eivind BERGGRAV (S. 344 bis 347), *„Stationen auf dem Wege nach Amsterdam"* (S. 347—351), *„Die Bedeutung der ersten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen"* von Gerhard BRENNECKE (S. 352—358), *„Das Wesen der Kirche im Spiegel von Amsterdam"* (S. 359—361), *„Der Ökumenische Rat der Kirchen. Aus dem Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs"* von W. A. VISSER'T HOOFT (S. 361—365, *„Der Aufbau des Ökumenischen Rates"* (S. 365 bis 368), *„Beschlüsse der Vollversammlung"* (S. 368—370), *„Der Ökumenische Rat und die Jungen Kirchen"* von Daniel NILES (S. 371—372). In der Zusammenfassung *„Besinnung und Mahnung"* (S. 373—385) sind Auszüge aus bedeutenden Reden wiedergegeben von Karl BARTH, Stephan NEILL, Martin NIEMÖLLER, Kathleen BLISS, Emil BRUNNER, Joseph HROMADKA, Reinhold NIEBUHR.

HERDER-KORRESPONDENZ

Siebentes Heft - 3. Jahrgang - April 1949

Gott hat sich die Zukunft vorbehalten. Er gibt uns nur die Gegenwart, um das Recht zu lieben und das Unrecht zu hassen.

Henr Perreyve

Deutsche Meldungen

Die Fastenhirtenbriefe des deutschen Episkopats

Die Fastenhirtenbriefe des deutschen Episkopats geben in ihrer Gesamtheit ein äußerst aufschlußreiches Bild unserer deutschen Gegenwart, wie sie sich dem Blick unserer Bischöfe darbietet, deren Hirtensorge es obliegt, ihre Sorgen und Nöte, ihre Tugenden und Fehler, ihre Möglichkeiten und Verirrungen aufmerksam zu beobachten, und ein tröstendes, mahnendes und richtendes Wort in sie zu sprechen. So könnte eine Betrachtung ihrer Hauptthemen, wie wir sie im folgenden versuchen, so etwas wie einen Grundriß der Gegenwartsfragen bieten.

Bekehrung und Erneuerung

Das große Thema der Fastenzeit ist das der Buße und der Besinnung, der Einsicht in die Gebrechlichkeit unseres Zustandes, aus der wir immer wieder vor der christlichen Forderung versagten, und der Besinnung auf die großen, ewig gültigen, von Gott gesetzten Gebote unseres Lebens. Der Mensch, der sich allzu leicht den Bedingungen und Gewohnheiten des Daseins, in das er geboren ist, anpaßt, sich den breiten Wegen und Auswegen der Bequemlichkeit hingibt, braucht immer wieder den Ruf zur Bekehrung, zur Umkehr in seinem Innern, damit er gewahr werde, daß christliches Leben und christliches Wirken nach außen sich nicht in den ausgefahrenen Geleisen bewegen kann, sondern mutig immer wieder neue Wege zur Verwirklichung suchen muß. Das ist der Grundton aller Hirtenbriefe, ganz besonders aber haben die Oberhirten von *Paderborn* und *Freiburg, Osnabrück, Würzburg* und *Augsburg* den Aufruf zur Buße, Bekehrung und innerer und äußerer Erneuerung des Lebens zum Hauptthema ihrer Hirtenbriefe gemacht.

Der Vorrang des Geistes

So drängend die äußeren Sorgen, Nöte und Beschwerden der Zeit auch sind, und so sehr sie in den Fastenhirtenbriefen zur Geltung kommen, so betonen doch alle, daß diese Nöte und Sorgen, das ganze materielle Elend der Gegenwart seinen innersten Grund in der Verwirrung der Geister, im Abfall von Gott und von Christus, in der Schwächung des religiösen und sittlichen Bewußtseins, in der Verkehrung aller Werte hat. So wie die Präambel zu den Entschließungen des Mainzer Katholikentages sprechen auch sie die Mahnung aus, daß eine Heilung der Schäden unserer Zeit, die Gesundung des Lebens und der Zustände im tiefsten abhängen von einer inneren Umwandlung des Menschen, von seiner Rückkehr zu Gott. Es wäre, wie der Erzbischof von *Freiburg* sagt, ja geradezu eine Verkehrung unseres Glaubens, wenn wir nur um die äußeren Güter besorgt wären. Die Bewährung in der Gerechtigkeit und der Liebe gegenüber dem Nächsten kann ja nur geschehen, wenn uns die Botschaft Christi, der zuerst das Reich Gottes suchen hieß, innerlich ganz wirklich geworden ist, so daß wir aus ihrer Kraft und Erleuchtung wirken; wenn wir die Ordnung der Werte zuerst in uns selber vollzogen haben.

Verzicht auf eine grundsätzliche Analyse der Zeitströmungen

Der Grundschaden der Zeit, nämlich ihr Abfall von der göttlichen Lebensordnung und ihre daraus folgende Schwächung der religiösen und sittlichen Lebenskraft, wird also von allen Hirtenbriefen klar bezeichnet, aber sie halten sich im wesentlichen an eine allgemeine Charakteristik oder an den Aufweis konkreter einzelner Folgeerscheinungen dieses Übels. Der Bischof von *Passau* charakterisiert die Grundtendenz der Gegenwart als „Säkularisierung", der Erzbischof von *Paderborn* als einen Verlust der Einheit des Lebens, seines Mittelpunktes in Christus, als innere Zerrissenheit. Auf eine große grundsätzliche Analyse der Zeitströmungen, der Lebens- und Denkmotive, der Haltungen mit ihren Verirrungen und positiven Möglichkeiten, wie wir sie etwa aus den magistralen Fastenhirtenbriefen des Erzbischofs von Paris, Kardinal Suhard, kennen, verzichten die deutschen Hirtenbriefe zu Gunsten der unmittelbaren, konkreten Mahnung und Warnung.

Gewissenserforschung des Christen über seine Mitschuld

Wenn der Christ die Zeit anklagt, die rechte Ordnung verloren zu haben, so ist er wegen seiner Verantwortung für die Welt und seine Mitmenschen freilich immer verpflichtet, sich zu fragen, wie weit er durch sein eigenes Versagen an der Sünde der Zeit mitschuldig geworden ist. Das gesteigerte Gefühl der heutigen Christen für ihre Gesamtverantwortlichkeit, für den sozialen Charakter des Christentums erlaubt ihnen nicht mehr, sich mit der Feststellung des üblen Zustandes der Welt zu beruhigen. Dies kommt in den Hirtenbriefen deutlich zum

Ausdruck. Der Bischof von *Regensburg* widmet dieser Gewissenserforschung eine besondere Überlegung. Er weist die Christen nachdrücklich darauf hin, daß das Absinken des christlichen Glaubens und Lebens in ihnen selber dazu geführt hat, daß ihre Mitmenschen nicht mehr an das Christentum glauben und ihm statt seinen Vertretern ein Versagen vorwerfen.

Die öffentliche Verantwortung der Christen

Diese notwendige Gewissenserforschung kann und muß aber nur dazu dienen, den Christen die Voraussetzungen ihres Wirkens zum Bewußtsein zu bringen und sie zu wecken, den Glauben und die Kraft Christi in sich lebendig zu machen, damit sie ihrer Weltverantwortung fähig werden. Sie wahrzunehmen, rufen alle Hirtenbriefe kräftig auf. Der Bischof von *Aachen,* dessen Hirtenbrief im wesentlichen ein solcher Aufruf zu öffentlicher Verantwortung ist, spricht zu Beginn geradezu von einem kräftigen Eroberungswillen der Christen. Religion und Leben dürfen nicht voneinander getrennt werden. Darauf verzichten, Gott im öffentlichen, vor allem politischen Leben Geltung zu verschaffen, ist eine andere Form der Selbstsucht. Da im öffentlichen Leben der sittliche Wille auch der Macht bedarf gegenüber den Gewalten und Kräften, die aus einer anderen Welt kommen, so müssen die Christen auch die Einheit pflegen, damit ihre Kraft zu einer geachteten und segnenden Macht wird, die unüberwindlich ist. Er ruft in diesem Zusammenhang auch noch einmal die Wahlpflicht und die ernste Gewissensprüfung vor der Wahlentscheidung ins Gedächtnis. Dasselbe tut auch in ähnlichem Zusammenhang *Kardinal Frings,* und es ist sicher kein Zufall, daß gerade die beiden, den aktuellen politischen Entscheidungen auch räumlich am nächsten stehenden westdeutschen Bischöfe diese Mahnung besonders hervorheben.

Laienwerk

Diese Verantwortung für das öffentliche Wesen wird im konkreten täglichen Einsatz vor allem von den Laien wahrgenommen, so betont *Kardinal Frings.* „Bei der Verchristlichung der Welt hat das kirchliche Lehramt sicher die Aufgabe, die Wege zu weisen und vor Irrwegen zu bewahren. Aber die Ausführung obliegt in vorderster Linie den Laien in der Kirche ... In der Katholischen Aktion beauftragt der Bischof ausdrücklich Laien, namens der Kirche bestimmte Teilgebiete in dem großen Aufgabenkomplex der Verchristlichung der Welt in Angriff zu nehmen und innerhalb eines Berufsstandes oder eines sonst näher bestimmten Kreises apostolisch tätig zu sein. Aber auch *vor* einer solchen ausdrücklichen Beauftragung und unabhängig von ihr obliegt allen Christen die Aufgabe, an der Verchristlichung der Welt, jeder zu seinem Teil mitzuwirken".

Um Elternrecht und Schule

Die konkrete politische Frage, die den deutschen Episkopat in diesem Augenblick ganz offensichtlich am meisten bewegt und in Sorge versetzt, ist die Behandlung des Elternrechts und im Zusammenhang damit die Schulfrage im Grundgesetz, das der Parlamentarische Rat in Bonn zu beschließen hat. In fast allen Hirtenbriefen wird dazu Stellung genommen, und die fehlende Verankerung des Rechtes auf Erziehung der Kinder in solchen Schulen, die dem Gewissen der Eltern entsprechen, im Grundgesetz beklagt und verurteilt.

Sorge um die Familie

Eine ebenso vordringliche Sorge unserer Bischöfe, die in allen Hirtenbriefen lebhaft zum Ausdruck kommt, ist die Sorge um die christliche Familie, die die Keimzelle alles christlichen Lebens, die Grundlage jeder gesunden sozialen Ordnung und ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger als die Schule für die Erziehung der Jugend ist. Besonders schön und eindringlich kommt diese Sorge in dem Hirtenbrief des Bischofs von *Münster,* der ganz dem Problem der Familie gewidmet ist, zum Ausdruck. „Das erste Jahr meines bischöflichen Wirkens", so sagt er, „hat mir auf Schritt und Tritt bestätigt ..., daß ich mich ohne die tatkräftige Hilfe der christlichen Familien außerstande fühle, meiner bischöflichen Sendung gerecht zu werden ... Wird diese Überzeugung nicht auch bekräftigt durch das, was wir im Osten erleben? Wie wird dort die Kirche bestehen können ...? Sie wird nur bestehen durch die christliche Familie ... Wie werden unsere Pfarrgemeinden, wie wird überhaupt die menschliche Gesellschaft wieder ein wahrhaft christliches Gepräge bekommen, wenn nicht in allererster Linie die Familie, die natur- und gottgegebene Keimzelle der menschlichen Gesellschaft, wieder in christlichem Geiste erneuert wird?" Dabei verschweigt der Bischof nicht, welcher ungeheuren Belastung das Familienleben heute ausgesetzt ist: „Ich weiß, es ist heute oft schwer, übermenschlich schwer, die Last der Ehe zu tragen ... Absichtlich sage ich: übermenschlich schwer!" Aber was Menschenkraft nicht vermag, das vermag Gottes Kraft, und deshalb gibt er den Eheleuten Anweisungen, wie sie diese übernatürliche Kraft gewinnen können.

Forderung an die Jugend

Die Sorge um Schule und Familie ist nicht zuletzt auch eine Sorge um die Jugend, deren gesunde christliche Erziehung von dem inneren und äußeren Zustand dieser Faktoren abhängt. Trotzdem wird in allen Hirtenbriefen von ihr noch gesondert gesprochen. Die Bischöfe sehen die schwere Gefährdung unserer Jugend durch die innere geistige und sittliche Unordnung der Zeit und durch die unerträglichen äußeren Bedingungen, unter denen sie aufwächst, und erheben ihr mahnendes Wort an alle, Eltern, Erzieher, Staat und Wirtschaft, ihr Äußerstes zur Rettung dieser Jugend zu tun. Aber sie stellen auch Forderungen an die Jugend und sprechen vor allem ihr Vertrauen in den Idealismus der katholischen Jugend aus, die bereit ist zum Einsatz für das Gottesreich. Bezeichnend dafür ist die Mahnung des Bischofs von *Würzburg:* „Stellt hohe Forderungen in unseren katholischen Verbänden. Ich sage dies allen, besonders aber den Bünden und Gruppen unserer Jugend, da sie für die Zukunft des Gottesreiches besonders verantwortlich sind. Seid keine billigen, bequemen Vereine, die sich von den andern nur durch ihre Benennung unterscheiden. Seid vielmehr Gemeinschaften, die im einzelnen den neuen Menschen in Christus mitgestalten, ohne Abstrich und Kompromiß. Aus der inneren Geschlossenheit geht an die große Aufgabe, zu der der Heilige Vater euch in der Katholischen Aktion berief, die Welt umzugestalten für Christus".

Wohnung und Siedlung

Von den konkreten Aufgaben, in denen sich die Liebesgesinnung des Christen gegen seine Mitmenschen und

seine Verantwortung für die Not unseres Volkes bewähren muß, tritt in den Hirtenbriefen besonders die Beseitigung der Wohnungsnot und der Siedlungsbau hervor, zu denen ja auch schon vom Mainzer Katholikentag konkrete Anstöße gegeben worden sind. Neben dem Kardinal von *Köln* und dem Bischof von *Würzburg* äußert sich besonders eindringlich und praktisch dazu der Bischof von *Eichstätt*. „Wohnraum schaffen ist eine Forderung der Vernunft ... ist eine erste Forderung des Herzens ... In der Rangordnung der Werke der Barmherzigkeit ist heute das vierte an die erste Stelle vorgerückt, das Herbergebieten und Wohnraumschaffen ... Am Wohnraumschaffen fällt die Entscheidung des Gerichts. Nehmt jetzt einmal diese Stunde vorweg, die unausbleiblich kommt ... Wollen wir nicht dem Herrn ein Haus bauen, bevor er noch erscheint in der Unerbittlichkeit des Gerichts?" Der Bischof berichtet dann von den Siedlungs- und Wohnbauwerken seiner Diözese, in deren einem 30, in einem anderen 300 Siedlerstellen, an wieder anderen Stellen 120 Wohnungen geschaffen werden. Er berichtet, daß die Kirche trotz ihrer Grundstückarmut in seiner Diözese, deren Kirchenstiftungen im Durchschnitt 1 bis 2 Hektar an landwirtschaftlichem Grundbesitz haben, der zum größten Teil an Kleinbauern verpachtet ist, die ohne ihn nicht leben können, in über 20 Pfarreien 26 Tagewerke für Siedlung und Wohnbau zur Verfügung gestellt habe. Auf das Maß der Not gesehen, ist das alles noch wenig, deshalb ruft er alle auf, ihm zu helfen, mehr zu tun. Als einen praktischen Weg zeigt er das „Pfennigsparen", bei dem jeder allmonatlich einen kleinen Betrag als Spende oder zinsloses Darlehen zur Verfügung stellt.

Gegen Genußsucht und Verschwendung

Lebhaft äußert sich auch die Sorge des Episkopats, besonders bei den Bischöfen von *Regensburg* und *Osnabrück*, über eine der bedenklichsten Erscheinungen der Auflösung des gesunden Sinns und der sittlichen Lebensführung: dem Überhandnehmen der Sucht nach Genußmitteln, dem übertriebenen Luxus Einzelner angesichts der Not von Millionen. Während der Fastenzeit soll in ganz Deutschland eine Nüchternheitswoche durchgeführt werden, in der sich viele Christen zur eigenen Selbstbeherrschung und zum Vorbild für andere den Genuß von Nikotin und Alkohol vollständig versagen.

In allem: Erfüllung des christlichen Liebesgebots

Neben all diesen Forderungen, die aus der Situation unserer Not hervorgehoben sind, sind die Hirtenbriefe durchzogen von der Mahnung, gegenüber jeder Not, wo immer sie begegnet, das Gebot Christi zu erfüllen, in jedem Notleidenden Ihn selber zu erblicken. Die Nennung all dieser Gruppen von Notleidenden: der Ungeborenen, der Kinder, der Armen, der Flüchtlinge, der Obdachlosen, der Kriegsgefangenen, der Alten, der Rentner, der auseinandergerissenen Familien ergibt einen wahrhaft erschütternden Katalog unseres Elends und gibt gleichzeitig das Maß an, das an unsere Liebe angelegt werden wird.

„Gerechtigkeit schafft Frieden"

Am 3. und 4. März traf sich in Bochum, der Stadt des nächsten Katholikentages, ein vorbereitender Ausschuß des Zentralkomitees der Katholiken Deutschlands, um die Gestaltung und Themenstellung dieses Katholikentages zu beraten. Die Wahl des Ortes war ja schon eine Entscheidung über die Aufgabe, die als vordringlich empfunden wurde: das Wort der katholischen Lehre in das Leben der arbeitenden Menschen von heute zu verkünden und die Anliegen der Werktätigen an die Kirche zu Wort kommen zu lassen.

Dem zweiten Katholikentage nach dem Kriege wird wieder eine Vertretertagung vorausgehen, die in 10 Arbeitsausschüssen die soziale Wirklichkeit von heute untersuchen, unter die Kritik der katholischen Lehre nehmen und an ihrer Neuordnung mitarbeiten soll. Jeder dieser Ausschüsse behandelt eine besondere wichtige oder typische Frage oder Erscheinung des heutigen sozialen Lebens: Die Formung unseres Staatslebens und Staatsbewußtseins, die soziale Bildungsarbeit, die Wohnungs- und Siedlungsfrage, die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse, das Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitern und die Frage der Unternehmensreform, die Möglichkeit einer berufsständischen Ordnung, die Sozialversicherung und ihre Problematik, den sozialen Jugendschutz, die Not der Heimatlosen und ihr Recht auf Heimstatt und Arbeit. In drei Abendveranstaltungen sollen die Möglichkeiten dargestellt werden, die in unserer Lage für das Wirken der Kirche, für den sozialen und den Frieden der Welt enthalten sind.

Die große Kundgebung am Sonntag, dem Höhepunkt des Katholikentages, steht unter dem Papstwort „Gerechtigkeit schafft Frieden", das die beiden großen Anliegen nicht nur des arbeitenden, sondern des ganzen deutschen Volkes und darüber hinaus aller Gutgesinnten der Welt ausdrückt: die Forderung nach Gerechtigkeit und die Sorge um den Frieden.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Vorläufiges Festprogramm für das Heilige Jahr in Rom

Die „Präfektur der Päpstlichen Zeremonien" hat eine erste Liste von feierlichen Funktionen während des Heiligen Jahres in Rom herausgegeben.

Der Heilige Vater wird während des Heiligen Jahres jeden Monat einmal eine Messe in St. Peter für die Pilger zelebrieren. Er wird persönlich einem Pontifikalamt nach griechisch-byzantinischem Ritus zur Feier des 1200. Todestages des heiligen Kirchenlehrers Johannes Damascenus beiwohnen.

An noch festzulegenden Tagen werden die traditionellen Prozessionen des Bildnisses des Allerheiligsten Erlösers, das in „Sancta Sanctorum" aufbewahrt wird, des Heiligsten Crucifixus von S. Marcello und des Bildes der Allerseligsten Jungfrau „Salus Populi Romani", das der Basilika S. Maria Maggiore gehört, abgehalten werden. Im Anschluß an diese sollen feierliche Veranstaltungen nach den verschiedenen orientalischen Riten stattfinden.

Die feierliche Ankündigung des Heiligen Jahres mit Verlesung der Bulle in den vier Patriarchalbasiliken soll am 26. Mai dieses Jahres, dem Christi Himmelfahrtstag, stattfinden. Im Dezember werden dann die Heiligen Pforten der Basiliken überprüft und die Bulle des Heiligen Jahres zum zweitenmal verlesen und sodann das Jubeljahr mit Eröffnung der Heiligen Pforten begonnen.

Im Monat Januar 1950 findet eine feierliche Oktav in S. Andrea della Valle mit Funktionen in den verschiedenen Riten statt, sodann feierliche Eröffnung der Gebetsoktav für die Einheit der Kirche am 18. Januar, am 20. Januar die Feier des 1700. Gedenktages des Martyrerpapstes Fabian und am 25. Januar feierliches Pontifikalamt in der Basilika S. Paolo fuori le Mura zu Ehren der Bekehrung des Apostels Paulus.
Im Februar findet an Mariä Lichtmeß die traditionelle Übergabe des Wachses an den Heiligen Vater statt, am 10. Februar eine Feier zum Andenken an Papst Pius XI. und am 22. Februar, Aschermittwoch, den feierlichen Beginn der Fastenzeit in S. Sabina.
Im Monat März werden Wahl und Krönung Papst Pius XII. am 2. und am 12. gefeiert.
Im April werden die Gottesdienste der Karwoche und des Osterfestes mit besonderer Feierlichkeit begangen. In der zweiten Hälfte des Monats und im Monat Mai finden vier Heiligsprechungen statt.
Am 2. Juni weiht der Heilige Vater die neue Kirche S. Eugenio ein, und am 8. findet die feierliche Fronleichnamsprozession unter Teilnahme des Heiligen Vaters statt. Am 3. Sonntag nach Pfingsten gibt es noch einmal eine Heiligsprechung, am 29. und 30. Juni feierliches Gedenken der Apostel Petrus und Paulus.
Im Oktober und November werden, vom 20. Oktober an, an den Sonntagen eine Anzahl von Seligsprechungen stattfinden. Am 24. Dezember wird dann mit der Schließung der Heiligen Pforten das Heilige Jahr beendet.

Kardinal Schuster zu den Problemen des Augenblicks

Kardinal Schuster, Erzbischof von Mailand, hat die folgenden Punkte veröffentlicht, die für die diesjährige Fastenzeit Richtlinien des Nachdenkens und Grundlagen des Handelns bilden sollen:

1. Unter dem Vorgang des heiligen Apostels Petrus in seinem 1. Rundbrief an die Kirchen Kleinasiens, beansprucht das Christentum für sich den Ruhm, die Völker von der Diktatur und Staatsanbetung des Palatin befreit zu haben, um sie dann zu einem demokratischen Regime zu erziehen und sie schließlich in einem einzigen internationalen Verband jener Staaten zusammenzuschließen, die sich einst die Christenheit nannten.

2. Die moderne Welt fühlt das Bedürfnis und beginnt sich aufs neue aufzumachen zu dieser Gemeinschaft der Staaten, indem sie das Bewußtsein der Einheit der internationalen Welt oder der Menschheit zum gemeinsamen und auch zum Nutzen jedes einzelnen Gliedes im besonderen immer mehr stärkt.

3. Es ist die Sendung der Kirche, die Gläubigen in der Anwendung der obersten Normen des Gewissens und der sozialen Gerechtigkeit, also auch bei den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erleuchten und zu lenken, so daß sie immer mehr der Menschenwürde, den Forderungen der Billigkeit, dem Gemeinwohl, den Zeitverhältnissen im Geiste des Evangeliums entsprechen.
Alle Christen haben das Wort des göttlichen Winzers im Ohr, mit dem er den Vertrag mit den Arbeitern abschließt, die er in seinen Weinberg sendet: „Und ich werde Euch geben, was recht ist".

4. Es ist ein Recht, heute sogar eher noch eine Pflicht für die Arbeiter aller Art, sich in „freien Gewerkschaften" zum besseren Schutz ihrer eigenen rechtmäßigen Interessen zusammenzuschließen, jedoch so, daß die Gewerkschaft sich nicht in eine politische Waffe zu einem Partei- oder Klassenkampf umwandelt oder daß sie mit unbedachten Streiks im Interesse des Auslands das Aufbauwerk unserer nationalen Regierung sabotiert.

5. Die Arbeitgeber müssen in solchen freien und unabhängigen Gewerkschaften den rechtmäßigen Ausdruck der Bedürfnisse und Wünsche der Arbeiter anerkennen, so daß diese gerechte Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit eine Brücke zwischen den beiden Klassen zu gegenseitigem und gemeinsamem Nutzen bildet. Das war die Moral der Verteidigungsrede des Menenius Agrippa auf dem Mons Sacer der Nomentana.

6. Da heute der Parteikampf gegen die Katholiken von der politischen Ebene zu der der Gewerkschaften übergegangen ist, ist es Pflicht der Gläubigen, ihren Gegnern auf der gleichen Ebene zuvorzukommen, indem sie sich mit christlichem Geist im Kampf um die Herstellung einer gerechteren Gesellschaftsordnung erfüllen, einer Gesellschaftsordnung, die der Botschaft des Evangeliums und der Soziallehre der Kirche entspricht. Es ist Aufgabe der Seelenhirten, ihre Gläubigen in diesem Sinn zu unterweisen.

7. Die Kirche und ebenso auch die Katholische Aktion halten sich von jedem politischen Kampf fern. Ihre Aufgabe ist es vor allem, den „Christen" geistig zu unterrichten und zu formen, sodaß er der „beste Bürger" sowohl in der Kirche wie zu Hause wie in der Öffentlichkeit wird. Aufgabe der Parteien katholischen Geistes ist es dann, die Besten unter den Katholiken auszuwählen und auszubilden, damit sie der Nation recht dienen und der Partei und dem Glauben Ehre machen können.

Armut und Würde des Klerus

Nirgendwo auf der Welt leben die katholischen Priester durchschnittlich in ärmlicheren Verhältnissen als in den romanischen Ländern Europas. In Frankreich ist es nichts Unerhörtes, wenn der Curé eines Dorfes sich durch Handwerksarbeit einen Verdienst sucht, um sein Leben zu fristen, oder wenn er selbst seinen Haushalt führt, soweit von einem solchen die Rede sein kann. Auch in Spanien und Italien war der Unterhalt des niederen Klerus seit langem derart mangelhaft, daß die Priester in wirtschaftlicher Hinsicht zur untersten Volksschicht gehörten.
Die Armut ist gewiß eine Tugend, die den Priesterstand ziert. Eine Zierde kann sie jedoch nur solange sein, als sie entweder freiwillig erwählt wird oder doch wenigstens dem soziologischen und geistigen Erscheinungsbild des Klerus nicht schadet. In allen Diasporaländern, in England, Skandinavien, im Norden und Osten Deutschlands ist der Geistliche auch schlecht bezahlt, manchmal vielleicht sogar noch schlechter als im Süden. Aus England berichtete erst vor kurzem eine Zeitung, daß der Pfarrer eines neu errichteten Diasporakirchleins dem Bischof nach der Kirchweih selbst das Frühstück bereitete, und zwar in der Sakristei, die zugleich als Pfarrhaus diente.
Doch ist diese Armut der Diasporapriester etwas anderes als die Paupertät des klerikalen Standes. Das Volk der Diaspora ersetzt durch freiwillige Unterstützungen in mannigfacher Form die mangelnden „Dienstbezüge" und

hat bei seinen Priestern das Empfinden, daß ihre Stellung und ihr Wirken nicht mit bürgerlichen Maßstäben gemessen werden kann; in seinen Augen wird der Priester nicht etwa „schlecht" bezahlt, sondern er wird überhaupt nicht „bezahlt". Sein Ansehen ruht einzig auf seiner Person und seinem jedermann sichtbaren, unermüdlichen, geistigen Wirken.

In den katholischen Ländern dagegen und ganz besonders in bürgerlich-bäuerlicher Umgebung wird die Einschätzung des Geistlichen nicht allein durch seine Person, sondern auch durch die gesellschaftliche Achtung bestimmt, die man dem Klerus als sozialem Stand entgegenbringt. Und die Einordnung der Stände vollzieht sich im bürgerlichen Denken nicht zuletzt auf Grund ihrer wirtschaftlichen Bedingungen. Eine wirtschaftliche Stellung, wie sie dem niederen Klerus in den romanischen Ländern zugemutet wird, deklassiert ihn auch sozial. Sie erregt nicht Teilnahme, sondern ein Überlegenheitsgefühl in der breiten Umgebung. Dies um so mehr, wenn dem einzelnen Priester die persönlichen Gaben oder die äußeren Verhältnisse eine überragende persönliche seelsorgliche Wirksamkeit nicht gestatten.

Der „Catholic Herald" (25. 2. 49) hat durch seinen Korrespondenten in Bologna festgestellt, daß es in Italien 24 000 Weltpriester gibt, von denen 15 000 mit einem Jahreseinkommen ausgestattet sind, das weniger als 42 000 Lire, d. h. rund 250 DM beträgt. Ihre Nebeneinkünfte in Form von Stipendien und freiwilligen Gaben sind ganz gering, da die Bevölkerung, teils aus Gewohnheit, teils aus Gleichgültigkeit, also aus innerer Fremdheit kein Interesse für das Leben ihrer Priester zeigt. Diese selbst gehen in der Diözese Bologna zu mehr als 80% aus den ärmsten Schichten hervor, genießen umsonst die Seminarerziehung und kehren dann wieder in die ärmlichen Verhältnisse zurück. Die Wohnungen machen zum großen Teil einen armseligeren Eindruck als irgendeine englische Arbeiterwohnung. Kleidung und Schuhwerk sind abgenutzt. Das äußere Erscheinungsbild zeigt also keinerlei anziehende Merkmale. Das Wissen um die Armut beeinträchtigt sowohl das Urteil der Umgebung wie das Selbstgefühl des geistlichen Standes. „Im Nachkriegsitalien", schreibt der Berichterstatter des „Catholic Herald", „ist das Prestige, Geld zu haben, so wichtig geworden, daß ein Mensch von normalem Feingefühl sich schämen muß einzugestehen, daß er fast am Hungern ist."

Man würde vom italienischen Klerus Unmögliches verlangen, wollte man ihm zumuten, sein wirtschaftliches Elend, da es nun auf die Spitze getrieben ist, in ein franziskanisches Lebensideal umzugestalten .Dazu bedürfte es einer inneren Berufung und geistigen Kraft, die einzelnen, gewiß vielen einzelnen italienischen Priestern verliehen ist, die aber nicht plötzlich von einem ganzen Stand gefordert werden kann, ohne seinem Gefüge ernstlich zu schaden. Es ist keineswegs zufällig, daß der kürzlich von der Kirche verurteilte Führer der „fortschrittlichen Katholiken", Dr. Franco Rodano, in seinem Schrifttum gerade den Unterschied zwischen niederem und höherem Klerus behandelte, wobei allerdings nicht davon gesprochen wurde, daß auch die Bischöfe nur 216 000 Lire, also etwa 1250 DM im Jahr erhalten.

Die notwendige Hebung der Lebensverhältnisse des Klerus kann sich jedenfalls nicht allein mit geistlichen Mitteln vollziehen. Deshalb sind die römischen Behörden jetzt daran gegangen, einen Ausgleich der Einkünfte innerhalb des geistlichen Standes durch kirchengesetzliche Maßnahmen in die Wege zu leiten, wobei man auch vor Eingriffen in das Benefizienrecht nicht zurückschreckt. Die Wiederherstellung einer buchstäblich apostolischen Lebensform des Priesterstandes ist eben durch menschliche Bemühung allein nicht zu verwirklichen.

Neuartige kirchliche Initiative im Wohnungsbau

Die Wohnungsnot ist in Deutschland heute erfahrungsgemäß die wichtigste Ursache der Familiennot. Der Mainzer Katholikentag hat erkannt, daß die Förderung des Wohnungsbaus zu einer Gewissenspflicht geworden ist. Da die Kirche in ihren Mitteln zu sehr beschränkt und durch unmittelbar seelsorgliche Bedürfnisse beansprucht ist, muß diese Aufgabe durch organisiertes Zusammenwirken der gläubigen Laien angegriffen werden, wobei die Kirche allerdings organisatorische und propagandistische Dienste leisten kann.

Die folgende Nachricht aus Spanien ist geeignet, einen Weg zu großzügiger Finanzierung des Wohnungsbaus zu zeigen, der bisher bei uns noch nicht versucht wurde, nunmehr aber von kirchlicher Seite eingehend erörtert werden müßte.

Der Erzbischof von Valencia veranlaßte vor einem Jahr die Gründung einer Bank, die sich „Bank U. L. Frau von der Immerwährenden Hilfe" nennt. Sie ist ein Sparinstitut für jedermann, das seine Kapitalien ausschließlich im sozialen Wohnungsbau investiert. Für die Sicherheit der Einlagen, die normal verzinst werden, bürgt neben der Kirche selbst eine streng bankmännische Kreditgebarung. Den Katholiken ist durch dieses Institut die Möglichkeit gegeben, ihre großen oder kleinen Ersparnisse dem dringendsten sozialen Anliegen zuzuführen, ohne daß sie dabei Verluste oder Risiken tragen müssen. Es ist nur mehr eine Aufgabe der seelsorglichen Propaganda, die Sparer für diese Sache zu gewinnen und so das Kapital dahin zu lenken, wo es heute — im Sinne der päpstlichen Sozialrundschreiben — hingeleitet werden muß, um seinen volkswirtschaftlichen Sinn zu erfüllen. Wenn der Sparer Zinsen und Sicherheit hat, warum soll er nicht sein Geld ebensogut und gern bei dieser Bank anlegen wie bei einer anderen, dann zumal, wenn die Kirche ihm klarmacht, welchen Segen er damit stiften kann.

Die Bank in Valencia erhielt im ersten Jahr ihres Bestehens Einlagen in Höhe von 31 000 engl. Pfund, wovon sie 23 000, also 71%, im Bau von Kleinwohnungen investierte. Die Aktion ist inzwischen so vielverheißend angelaufen, daß sich nunmehr ein zweiter spanischer Bischof, der bekannte sozialpolitische Fachmann Msgr. Herrera, für seine Diözese Malaga ebenfalls zur Gründung eines solchen Unternehmens entschlossen hat. Er sagte, nach seiner Ansicht sei es unbillig, von den Armen ein christliches Tugendleben zu erwarten, solange sie, unter elenden Verhältnissen zusammengepfercht, ein erbärmliches Dasein fristen müßten.

Die Kirche hat es in der Hand, auf diese Weise ohne Aufwand eigener Mittel, aber durch Einsatz ihrer moralischen Macht und ihres Vertrauens bei den Gläubigen sowie ihres organisatorischen Netzes, das jedes Dorf erfaßt — warum sollten die Pfarrämter nicht vielleicht sogar als Agenturen fungieren können? — im Laufe der

Zeit eine soziale Segenstat größten Ausmaßes zu vollbringen. Jedenfalls sollte sie sich mit der spanischen Anregung unmittelbar beschäftigen.

Noch einmal: Das Soziale Institut von Malaga

Angesichts der dringenden Notwendigkeit, den Einfluß der Kirche auf dem Gebiete der Sozialreform zur Geltung zu bringen, muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die sozialwissenschaftliche Ausbildung der Priester und führenden Laien der Katholischen Aktion der erste Schritt ist, um dieses Ziel zu erreichen. Es kann nicht genügen, die Theologen in einer Nebenvorlesung mit den Grundsätzen der Sozialethik bekannt zu machen; denn auf Grund eines solchen Studiums allein fehlt ihnen die fachliche Zuständigkeit, die erlernten Grundsätze auf die konkreten Fragen anzuwenden, vor die sie in ihrer Praxis gestellt werden. Wenn auch nicht jeder einzelne Theologe zu einem Spezialisten ausgebildet werden kann, sollte doch jeder Seelsorgsgeistliche in der Zukunft unter seinen Amtsbrüdern einen erfahrenen Berater in sozialen Fragen in der Nähe haben. Nur von solchen Priestern kann auch die Leitung der Katholischen Aktion auf sozialem Gebiete sachverständig dirigiert werden.

Daß der Priestermangel und finanzielle Schwierigkeiten kein unüberwindliches Hindernis darstellen, wenn ein Mann von Initiative diese wichtige Aufgabe in Angriff nimmt, hat Bischof Angelo Herrera Oria von Malaga bewiesen. Am 12. Oktober 1947 ergriff er Besitz von seiner Diözese und am 11. Januar 1948 eröffnete er in seinem bischöflichen Hause das Soziale Institut für die Priester Spaniens. Am 19. Februar wurde das Institut kanonisch errichtet. Der Osservatore Romano beabsichtigt in einem längeren Aufsatz über das Seminar, diejenigen Länder, in denen der sozialen Bildung der Priester bisher noch nicht solche Beachtung geschenkt wurde, auf das kühne Beispiel des spanischen Bischofs hinzuweisen.

Das Institut verfolgt drei Ziele:

1. Die Ausbildung von Gruppen von Priestern in den Methoden des sozialen Apostolates durch eine ausgezeichnete theoretische Unterweisung und eine sorgfältige praktische Einführung. Sie sollen sich später der Aufgabe widmen, im Klerus, in den Seminaren und vor allem in den Gliederungen der Katholischen Aktion die soziale Arbeit anzuregen und zu leiten.

2. Die Heranbildung einer Gruppe von Spezialisten, die später fähig sein sollen, die soziale katholische Bewegung in Spanien zu lenken. Diese Priester werden ihre Institutsausbildung durch Universitätsstudien ergänzen. Außerdem werden sie ihre Studien durch eine praktische Tätigkeit im wirtschaftlichen oder sozialen Leben zu vervollständigen haben, um dann befähigt zu sein, in den sozialen Fragen von nationalem Charakter gleichberechtigt mitzusprechen. Sie sollen später als Berater der Regierung, der Bischofskonferenzen und der übrigen entscheidenden Organe des öffentlichen Lebens qualifiziert sein.

3. Die Ausbildung von Professoren der Sozialwissenschaft für die Seminare, die zugleich den einzelnen Bischöfen als Berater in den sozialen Aufgaben zur Seite stehen können.

Das Studium im Institut umfaßt drei Hauptgegenstände: Soziologie, Wirtschafts- und Rechtswissenschaft.

Ohne wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse ist eine angemessene Würdigung der sozialen Probleme nicht möglich und eine Begegnung mit den Männern der Wirtschaft fruchtlos. Die Rechtswissenschaft, besonders die Kenntnis des Sozialrechtes, ist unentbehrlich für die Arbeit unter dem Proletariat.

Im soziologischen Studium werden sich die Kandidaten angesichts der oberflächlichen Vorstellung, die der durchschnittliche Geistliche vom Kommunismus besitzt, vor allem mit seiner Doktrin und Praxis beschäftigen.

Was die praktische Ausbildung betrifft, wird sie gleichzeitig mit dem Studium vor sich gehen, indem die Studenten Einblick erhalten in die Tätigkeit sozialer, wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Organisationen, um dadurch Erfahrungen in der praktischen Problematik zu sammeln.

Es ist zu hoffen, daß das Institut die Hoffnungen erfüllen wird, die darauf gesetzt werden. Die Persönlichkeit seines Gründers, eines Mannes von hervorragender Erfahrung im öffentlichen Leben, bürgt dafür.

Die „Dornenkrone" von Madrid

Mit dem Ausdruck Dornenkrone von Madrid werden sehr bezeichnenderweise die armen Vororte der Stadt bezeichnet, die um das glänzende Zentrum einen breiten Bezirk von Elend und menschlichem Leiden legen.

Die Vororte von Madrid haben sich zur Zeit der Entstehung der großen Fabriken gebildet. Sie zählen ungefähr 400 000 Einwohner, die eng zusammengedrängt leben. Das schwierigste Problem in diesen Vororten bildet der Mangel an Wohnungen. Der Bürgerkrieg hat viele Häuser zerstört, und deren Bewohner haben bis vor kurzem noch zwischen den Ruinen gehaust. Erst seit 1946 ist ein Fonds zum Wiederaufbau gegründet worden. Die neuen Häuser sind modern und hygienisch, aber viel zu gering an Zahl, und dadurch ist das Unterkunftsproblem eher kompliziert als vereinfacht worden. Denn in die neuen Häuschen sind viel zu viele Menschen zusammengepfercht worden, mehrere Familien mit den ganzen übeln Folgen der Vermischung und Enge.

Wie verdienen sich diese Menschen ihren Lebensunterhalt? Viele verdienen einen Tagelohn von 15 Peseten als Fabrikarbeiter, Straßenkehrer, Handlanger. Es gibt auch einige spezialisierte Arbeiter, die etwas mehr verdienen. Die es am weitesten bringen, eröffnen eigene mechanische Werkstätten.

In einigen der Vororte hat die Bevölkerung eigene Bäkkereien, in einer haben die Franziskaner eine Ziegelbrennerei errichtet, um den Bewohnern dieses Viertels Arbeit zu geben, um eine neue Kirche zu bauen und einen Fonds aus dem Überschuß zu gründen.

In allen Vorstädten leben viele Bewohner vom Lumpensammeln. Sehr zahlreich sind die Arbeitslosen. Im Mai 1948 wurden sie offiziell für die Stadt Madrid mit 12 422 angegeben, die vorwiegend in den Vorstädten wohnen. Viele von diesen allerdings sind freiwillig arbeitslos, sterben lieber vor Hunger als zu arbeiten und leben vom Betteln. Das Betteln lernen auch die kleinsten Kinder schon.

Der geistige Stand dieser Bevölkerung entspricht dem materiellen, der apostolische Eifer der Katholiken fühlt sich gelähmt gegenüber ihrer Gleichgültigkeit. Die Pfarrer der Vorortpfarren betrachten einen großen Teil ihrer Gemeinde als durch das wirtschaftliche Elend auf die un-

terste Stufe des Menschentums gesunken. Der Schmutz der Behausungen, die Zerlumptheit der Kleider, die ständige Sorge um das tägliche Brot haben alle ihre Fähigkeiten erstickt. Viele leben von Kind an in einer Umgebung von Haß, Neid und Verzweiflung ohne irgend welche religiösen Gedanken. Man kann sie nicht unmoralisch nennen, weil sie überhaupt keinen Begriff für Moral haben. Die Geburtenzahl ist groß.

Was tut nun die Katholische Kirche diesem Elend gegenüber?

Der Bischof von Madrid hat die Errichtung von dreißig neuen Pfarren an den wichtigsten Punkten der Vororte angeordnet. Mit Hilfe des Staates und Privatspenden hat man elf Kirchen wiederherstellen können. Die Pfarrwerke sind in voller Entfaltung begriffen. Zahlreiche Kinderspeisungen sind im Gange. Die Vinzenzvereine arbeiten nach Kräften.

Ein anderes wichtiges Werk sind die ärztlichen Stationen. Fast jede Pfarre besitzt eine solche. Die Medizinen und das sanitäre Material werden von den Patronatspfarren im Stadtinnern an die armen Pfarren der Vorstädte geliefert. In den reichen Stadtvierteln wird auch das ganze Geld gesammelt. Eine Anzahl von Ärzten stellt sich täglich mehrere Stunden unentgeltlich in den Dienst der Armen in diesen Stationen. Zudem besteht schon seit 50 Jahren das große Krankenhaus S. Raffaele, in dem tausende von rachitischen armen Kindern gepflegt und geheilt worden sind; es hat Platz für 200 Kinder. Es besteht auch ein ziemlich großer Fonds für Mutter und Kind.

Diese Werke werden getragen von einem oft begeisterten Opfergeist und christlicher Liebe, und besonders die Jugend nimmt aufs eifrigste daran teil.

Aufstieg oder Abstieg der Kirche?

Kardinal Suhard empfing im Februar einen Korrespondenten des NCWC-Nachrichtendienstes, dem er seine Gedanken über die Lage der Kirche in unserer Zeit, vor allem die Lage der Kirche in Frankreich, entwickelte. Das, was er sagte, kann man im wesentlichen als eine Erweiterung und Erklärung des großen Hirtenbriefes auffassen, den er im Frühjahr 1947 erließ und den man wohl noch heute als das umfassendste Dokument kirchlicher Selbstdeutung bezeichnen kann. Der Kardinal betonte auch dem Korrespondenten des NCWC-Nachrichtendienst gegenüber, daß für die ganze christliche Arbeit heute das Verständnis der Grundzüge unserer Zeit und der neuartigen Aufgabe der Kirche ihr gegenüber notwendig sei.

Eine Wachstumskrise

„Man muß", so sagte der Kardinal, „verstehen, daß das, was wir heute wahrnehmen, nicht nur die Konsequenzen einer Weltkatastrophe sind. Unsere Zeit ist vor allem eine Epoche des Übergangs, in der ein neues Zeitalter geboren wird. Daher die Unruhe und das Quälende unserer Zeit. Sie sind nicht zufällig, sie sind charakteristisch für eine Wachstumskrise.

Das hat zur Folge, daß selbst unter Katholiken viel Verwirrung im Denken herrscht. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch darum, ob unsere Zeit den Aufstieg oder den Abstieg der Kirche erleben wird. Ich persönlich glaube, daß wir am Morgen eines neuen Frühlings des Christentums stehen.

Traditionalisten und Moderne

Wir können heute zwei extreme Gruppen von Katholiken beobachten, die Traditionalisten und die Modernen. Die ersteren möchten sich gerne vom Leben unserer Zeit abtrennen, da sie sie als eine bloße Periode des Bösen und der Sünde betrachten. Sie möchten bei den traditionellen Formen verharren und mit der Gegenwart brechen, da nach ihnen unsere Zeit unrecht hat und nicht die Kirche. Das ist eine Form religiöser Lebensangst.

Die Modernen dagegen finden die Kirche zu konservativ, finden, daß sie sich nicht genug mit der Zeit entwickelt und zu sehr an der Vergangenheit hängt. Sie haben das Gefühl, daß die Kirche, anstatt selber die Führung der modernen Gesellschaft zu übernehmen, Fremden erlaubt hat, die Initiative zu ergreifen. Sie möchten, daß sich die Kirche den neuen Strömungen und Verhältnissen besser anpaßt.

Doppelcharakter der Kirche

Beide Standpunkte sind übertrieben und irrig. Um die Rolle der Kirche in der modernen Zeit voll zu verstehen, muß man zuerst ihren doppelten Charakter verstehen, die transzendente und die der Welt verhaftete Seite der Kirche.

In ihrem transzendenten Wesen ist die Katholische Kirche der mystische Leib Christi und daher keinem Wandel ausgesetzt. Sie ist der Felsen und eine Norm, die aller Wandelbarkeit enthoben ist.

Aber das andere Kennzeichen der Kirche ist, daß sie auf dieser Erde ist und daß sie in diesem Sinn auch eine Körperschaft ist, die sich wandelt, entwickelt und wächst. In diesem Sinn geht die Kirche durch Epochen verschiedener Schicksale, — Zeiten des Sieges oder der Verfolgung, — wobei all diese Erfahrungen sie bereichern. Die Kirche ist niemals statisch. Sie ist beständig auf dem Wege auf das himmlische Jerusalem zu. Wachsen heißt Ausscheiden, heißt teilweises Sterben. In ihrer Geschichte hat die Kirche häufig zeitbedingte Formen hinter sich gelassen, hat sie Dinge fortgeworfen, die in Wirklichkeit nur Kleider waren. Ihre Struktur hat sich mit der Zeit gewandelt, aber niemals ihre Substanz.

Irrtum der beiden Gruppen

Infolgedessen sind die, die gerne zeitbedingte Werte von heute in beständige Formen für die Kirche umwandeln möchten, im Unrecht. Nicht alles, was neu ist, ist gut, nicht alles Alte ist schlecht. Morgen wird bald Heute werden und Heute Gestern. Deshalb muß sich die Entwicklung der Kirche immer in demselben gültigen Rahmen ihrer Lehre vollziehen.

Ebenso sind diejenigen, die die Formen von Gestern als das Ideal von Heute ansehen möchten, im Unrecht. Tradition, die Routine wird, ist tot. Wenn die Menschen heute im Zweifel sind, so ist die beste Methode für sie, aufmerksam den Worten des Heiligen Stuhles zu lauschen. Niemals in ihrer Geschichte hat die Kirche so viel gelehrt, wie in den letzten fünfzig Jahren."

Ein neuer Humanismus

Auf die Frage des Korrespondenten, welches nach seiner Meinung das wesentlichste Charakteristikum des neuen Aufstiegs der Kirche in unserer Zeit sei, antwortete der Kardinal:

„Es besteht in einer christlichen Synthese der Welt des zwanzigsten Jahrhunderts, d. h. im wesentlichen in

einem neuen Humanismus, der sowohl auf den Werten der Welt wie auf den Zielen Gottes beruht. Diese christliche Synthese allein kann die Kirche befähigen, heute wieder das zu werden, was sie im Mittelalter war: die geistliche Führerin der Welt.

Der große Irrtum der Christen in diesem Jahrhundert ist gewesen, daß sie es zugelassen haben, daß sich die moderne Welt ohne ihre Teilnahme entwickelt hat. Nun muß ein Katholik überall sein und handeln. Er muß die Bedürfnisse und Strömungen unserer Zeit verstehen, aber er muß auch wissen, zwischen den zeitlichen und den ewigen Dingen zu unterscheiden, zwischen der Form und der Substanz. Das ist das Wesentliche einer wahrhaft wertvollen christlichen Anpassung und auch das Wesen des modernen Apostolates.

Das moderne Apostolat

Dieses moderne Apostolat unterscheidet sich vom alten zunächst dadurch, daß es keine geographischen Grenzen kennt, daß es sich nicht auf die Gebiete ohne Kultur beschränkt. Das moderne Apostolat ist universal. Es muß überall wirken und sich aller Dinge bedienen, die für die Sache Gottes nützlich sein können. Es muß sich aus allen Klassen der Gesellschaft rekrutieren. Es muß Gruppen bilden, weil eine Gruppe nur wiederum durch eine Gruppe gerettet werden kann. Das moderne Apostolat kann sich nicht vereinzeln. Es muß alle Formen des modernen Lebens kennen und verstehen und versuchen, sie im Sinne Gottes umzuwandeln. Das moderne Apostolat kann jedoch die Menschen auf ihrem Wege nicht aufhalten, es muß mit ihnen gehen und ihnen Nahrung bieten, während sie durch das Leben marschieren."

Diversa sunt charismata

Unter der Überschrift: „Ein Geheimnis im Flüsterton" übernimmt der „Catholic Herald" (11. 2. 49) einen Leserbrief aus einer anderen katholischen Zeitung. Jener Leser beklagt sich über die Kirchenblätter und sagt von ihnen: „Ich habe den Eindruck, sie sind zumeist für ältere Damen und jüngere Kinder, aber nicht für Männer und Frauen im Leben geschrieben." Dann vergleicht er die katholische Presse Englands mit der deutschen und wundert sich, daß die deutschen Katholiken „bei ihrem hohen Standard von Glauben und Bildung" nichts als Kirchenblätter zustande bringen und kein Blatt, das dem „Tablet", dem „Catholic Herald" oder dem „Universe" zu vergleichen wäre. „Ich flüstere Ihnen das Geheimnis" schließt er: „Unsere Presse wird von Laien gemacht und ist frei."

In der nächsten Nummer des Blattes protestiert ein anderer zu Gunsten der deutschen Publizistik. Er nennt die „Frankfurter Hefte", den „Rheinischen Merkur" und die „Augsburger Tagespost", die jeden Vergleich aushielten, und fügt dann hinzu: „Im übrigen teilen sie das Geheimnis unseres Erfolges: Sie sind von Laien gemacht und frei."

Bei der Jubiläumsfeier des Lissaboner Blattes „Novidades" machte der italienische Schriftsteller Igino Giordani eine Bemerkung, die hierher gehört und vielleicht das wiedergibt, was die Leser fühlen. Er gab den katholischen Blättern den Rat, sich nicht in eine irreale Welt hineinzusteigern und die Skandale des wirklichen Lebens nicht totzuschweigen. Andernfalls würden die Leser in den anderen Zeitungen Information darüber suchen, wie es wirklich zugeht.

Erfolg und Erfahrungen der Volksmission in Klagenfurt

In der Zeit vom 21. November bis 19. Dezember 1948 war in Klagenfurt Volksmission. Sie wurde in konzentrischen Kreisen durchgeführt, zunächst in den drei äußersten Vororten, dann in den fünf Gürtelpfarreien und zuletzt im Stadtzentrum. Es wurden zwölf Missionare eingesetzt — alle aus dem Jesuitenorden — und die Möglichkeiten der Predigt und Werbung voll ausgenützt. In jede Familie gelangte eine schriftliche Einladung und ein Missionskalender; die Straßenpassanten wurden durch Plakate angesprochen; die Kinobesucher sahen vier Wochen lang bei jeder Vorführung ein Bild mit einem Kreuz und der Einladung zur Volksmission. Auch die Presse wies mehrfach auf die Volksmission hin, und die Kirchen waren wie zu einem Fest geschmückt.

Der Erfolg der Mission kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck: 50% der Bevölkerung haben an den Predigten teilgenommen und 27% sind zur Beichte gegangen. Erfreulich groß war der Anteil der Jugendlichen und der Männer, was um so höher zu bewerten ist, da die Männer vor etwa zwanzig, dreißig Jahren überhaupt nicht zur Kirche gingen.

Die Erfahrungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Man kann in der Bevölkerung drei Gruppen unterscheiden, die Kirchenfeinde, die „im Vorfeld der Kirche Stehenden" und die Praktizierenden. Die ersteren führen gegenwärtig keine offenen Angriffe, sondern gleichsam einen kalten Krieg. Die zweite Gruppe will als christlich gelten und formell zur Kirche gehören, aber keine Verpflichtungen übernehmen. In Wirklichkeit aber entfernen sie sich immer mehr von der Kirche und werden anfällig gegenüber den Sekten. Bei der dritten Gruppe ist der Mangel an apostolischem Geist zu beklagen. Die Gewissensbildung und apostolische Schulung des Kirchenvolkes ist eine so dringliche Aufgabe, daß sie allein schon — abgesehen von der Heimholung der Außenstehenden — eine Volksmission rechtfertigt. Eine weitere Erfahrung besteht darin, daß selbst bei bester Vorbereitung und Durchführung einer Mission keine Massenwirkungen erwartet werden dürfen. Es bedarf gewisser Stoßtruppen aktiver Katholiken. Als solche haben sich in Klagenfurt die marianischen Kongregationen bewährt.

Katholisches Leben in Dänemark

Zisterzienser aus der sowjetischen Besatzungszone Österreichs sind eben in Dänemark darangegangen, Kirche und Kloster von Oem auf Jütland wieder aufzubauen; es ist das der erste Fall der Rückkehr eines katholischen Ordens in das seit der Reformation protestantische Dänemark. Die Katholiken Dänemarks, eine kleine Gruppe von 22 000 Gläubigen unter der 4 Millionen zählenden Bevölkerung des Landes, werden dadurch ein neues seelsorgliches Zentrum gewinnen; ihre Zahl ist in den letzten Jahrzehnten beträchtlich gestiegen, man rechnet mit einem Jahresdurchschnitt von 100 Neubekehrten. Für die Seelsorge stehen zur Zeit 90 Geistliche zur Verfügung, von denen aber nur ein Drittel aus dem Lande selber stammt.

Aus Ost- und Südosteuropa

Die katholischen Schriftsteller in Polen

Wer Gelegenheit hatte, die Jahrestagungen des Verbandes der polnischen Schriftsteller in den letzten drei Jahren zu vergleichen, muß eine unverkennbar fortschreitende Festle-

gung der gesamten polnischen Literatur auf einen offiziell vom Regime gebilligten Kurs feststellen. Während noch 1946 in Krakau neben den beiden Hauptgruppen der Schriftsteller, der offiziellen regimetreu-kommunistischen und der katholischen, eine dritte Gruppe der Oppositionellen zu Worte kam, war 1947 in Breslau diese schon verstummt und verschwunden; aber immerhin wurde die starke Position der katholischen Gruppe, die nicht nur in der Zahl, sondern auch im Niveau begründet ist, dadurch offen anerkannt, daß man zum Leiter des Verbandes einen Unparteiischen, Iwaszkiewicz, wählte und ihm aus den beiden Gruppen der Sozialisten und Katholiken je einen Stellvertreter beigesellte.

Die Jahrestagung von 1948 in Stettin hingegen ließ keinen Zweifel mehr, daß man von offizieller Seite entschlossen ist, auch die katholische Gruppe als solche nicht weiter bestehen zu lassen. In den beiden Hauptreferaten wurde die Stellung der katholischen Gruppe offen angegriffen; der Minister Sokorski wendete sich gegen die „Defaitisten, die in katholischem Gewande auftreten", die „unter religös sein wollenden Erwägungen eine der Arbeiterklasse feindliche Stellungnahme verbergen"; der Sprecher der sozialistischen Gruppe Zolkiewski hingegen versuchte das Bestehen einer geschlossenen Gruppe katholischer Schriftsteller in einem Querschnitt durch die polnische Literatur einfach dadurch zu verleugnen, daß er die einzelnen katholischen Schriftsteller ihrer Darstellung entsprechend einzeln in die Gruppen der Psychologisten, Naturalisten usw. aufteilte.

Beide Hauptreferenten waren weiter darüber einig, daß die polnische Literatur vor eine neue Aufgabe gestellt sei: Polen befinde sich in der Phase des sozialistischen Aufbaus; jeder seiner sozialen Verantwortung bewußte Schriftsteller müsse daran mitarbeiten, und er tue das am besten, indem er in seinem Werk den Forderungen des „sozialistischen Realismus" Genüge tue: er müsse „in seinem Schaffen realistisch die Wirklichkeit aufzeigen, auf ihren sozialen Mechanismus hinweisen und sie in Übereinstimmung mit der wissenschaftlichen Weltanschaung, dem Marxismus, deuten".

Dieser sozialistische Realismus fordere auch, daß vor allem der sozialistische Aufbau als Thema behandelt werde.

Obwohl die katholischen Schriftsteller zu diesen Anschuldigungen gegen sie und zu diesen Forderungen an sie nicht schwiegen, endete der Kongreß doch mit der Resolution, daß der polnische Schriftstellerverband eine ideell klare Stellungnahme beziehen müsse; der Verband und alle seine Mitglieder müßten an dem Aufbau des Sozialismus in Polen aktiven Anteil nehmen, und die Forderung nach einem sozialistischen Realismus habe verpflichtende Kraft. Damit sind die Grundlagen zu einem Vorgehen gegen die katholische Gruppe gelegt, die sich zwar durchaus auch zur Mitarbeit am Aufbau und zu einem künstlerischen Realismus bekennt, aber nicht dem zustimmt, daß nur die sozialistische (d. h. kommunistisch geführte, regimetreue) Richtung das Alleinrecht haben soll.

Die Katholiken und das neue sowjetische Eherecht

In der katholischen Presse der CSR, die heute nur noch in einer slowakischen und einer polnischen Wochenzeitung besteht, wird mit großem Interesse ein Vortrag des sowjetischen Gelehrten Kolbanowskij kommentiert, den dieser vor kurzem in Warschau hielt. Er sollte offenbar dazu dienen, der polnischen Öffentlichkeit die kürzlich erfolgte Neuordnung im polnischen Eherecht mit ihrer grundsätzlichen Erschwerung der Scheidungen plausibel zu machen. Man begründet heute in Polen die vorher geltende laxe Einstellung gegenüber den Ehescheidungen damit, daß dies in der Nachkriegszeit nötig war, heute aber Familienleben und verwandtschaftlicher Zusammenhalt sich wieder festigen. Tatsächlich geht es aber um eine Übernahme der neuen sowjetischen Ehegesetzgebung, über die Kolbanowskij ausführlich sprach. Seine Ausführungen sind auch dadurch interessant, daß sie sich nicht nur für eine vom Staat geförderte Festigung der Ehe, sondern auch für das Erziehungsrecht der Eltern eindeutig aussprachen.

Das Scheidungsrecht in der Sowjetunion, so erklärte Professor Kolbanowskij, sei seit 1944 weiter erschwert worden und eine Sonderkommission, die das Eherecht ausarbeitet, solle die Scheidungen noch mehr einschränken. Die Scheidung der Eltern habe einen verheerenden Einfluß auf die geistige Lage der Kinder. „Halbwaisen von lebenden Eltern zu schaffen, ist eine kriminelle Unwürdigkeit". Das normale Familienleben sei etwas Gesundes, alle Ausschreitung und Unordnung in diesem Bereich habe eine einzige Folge: Degenerierung. Die Idee der freien Liebe sei primitiv und wertlos und aufs entschiedenste zu bekämpfen. Kolbanowskij widerlegte aber auch ausdrücklich die Ansicht, daß die Familie eine bourgeoise Einrichtung sei und daß der Staat für die Erziehung der Kinder sorgen müsse: die Menschen wollen nicht auf ihr Vorrecht an der Erziehung ihrer Kinder verzichten.

Eine besondere Eigenart der Sowjetunion sei es, daß sie auch alle Voraussetzungen dafür zeige, daß die Zahl der Kinder nicht eingeschränkt werden müsse. Die Wirklichkeit habe alle wirtschaftlichen Gründe für eine Geburtenbeschränkung widerlegt. Die gesunde Familie ist eine lebendige und reale Grundlage nicht nur für den Staat, sondern auch für die Jugenderziehung.

Auf diese sowjetischen und polnischen Neuerungen verweisend, verlangen die Katholiken der Slowakei, daß das neue, eben vorbereitete Eherecht der CSR ebenfalls die Ehescheidung erschwere und sich diese Auffassung der Familie zu eigen mache.

Lateinische Seelsorge in der Sowjetunion

Father Laberge, der Seelsorger der amerikanischen Kolonie in Moskau, weilte kürzlich auf Urlaub in seiner Heimat in USA und erklärte der Presse, daß auch gegenwärtig sechs oder sieben Priester des lateinischen Ritus innerhalb der alten Grenzen Rußlands tätig sind: zwei in Moskau und je einer in Leningrad, in Schitomir, in Odessa, in einer anderen ukrainischen Stadt und, wie er gerüchtweise gehört habe, einer in Rostow am Don. Die Seelsorge in Leningrad sei 1946, die in Odessa 1947 aufgenommen worden, und zwar auf Grund von Vereinbarungen der örtlichen Gläubigen mit den lokalen Behörden. Die Moskauer Gemeinde zähle schätzungsweise „einige tausend" Mitglieder, eingeschlossen die Angehörigen des Diplomatischen Corps. In der katholischen Kirche in Moskau finden sonntags drei Gottesdienste mit Predigten in russischer, englischer und französischer Sprache statt. Die sakramentalen Funktionen der Priester: Beichte, Taufe, Trauung, Beerdigung werden in keiner Weise gehindert. Persönlich besitzt Father Laberge volle Bewegungsfrei-

heit. Er hat bereits viermal die Reise nach Leningrad gemacht. Das Rückreisevisum nach Rußland wurde ihm erteilt. Er fügte seinen Mitteilungen hinzu: „Jede Schlußfolgerung aus meinen Feststellungen hinsichtlich der religiösen Situation in Rußland unterliegt ganz und gar der Verantwortung desjenigen, der diese Schlußfolgerungen zieht."

Budapest und Sofia in einer Front

Zu dem Urteil, das am 25. Februar gegen fünfzehn evangelische Geistliche in Sofia wegen „Spionage, Hochverrat, Schwarzhandel, Zusammenarbeit mit auswärtigen Geheimdiensten und Emissären der internationalen Reaktion" gefällt wurde, schreibt der führende katholische Journalist Englands, Michael de la Bedoyere, im „Catholic Herald", wir Katholiken sollten das Schicksal dieser Geistlichen mit derselben Besorgnis betrachten wie das der katholischen Opfer der ungarischen Verfolgung. Es sollte uns in der gemeinsamen Verteidigung des christlichen Anliegens um einen Schritt voranbringen.

Bis in die Einzelheiten gleicht dieser Prozeß dem Verfahren gegen Kardinal Mindszenty. Wieder erschüttert uns die Selbstbezichtigung der Opfer vor Gericht und ihre bedenkenlose Vernichtung, die wir um so mehr bedauern, als sie ihre Familien zurücklassen.

Erst ein Blick in die Vorgeschichte dieses Prozesses läßt erkennen, welcher Gewissensbedrängnis diese Männer mit allen übrigen Geistlichen ausgesetzt waren, ehe sie das Gefängnis davon erlöste.

„The Tablet" (26. 2. 1949) ist in der Lage, einige Dokumente wiederzugeben, die die Hintergründe dieses Urteils erhellen. Im Januar 1948 erließ die kommunistische Zentrale in Sofia einen Geheimbefehl, der sich mit „der wachsenden Stärke der evangelischen Kirche" befaßte. Darin wird ausgeführt, daß die internationalen Kriegshetzer sich der protestantischen Pastoren bedienen, um unter der Tarnung mit religiösen Lehren das unwissende Volk in seinem Vertrauen zur Regierung zu erschüttern. „Welchen anderen Sinn können ihre Reden über das Trügerische dieser Welt und die Prophezeiungen über die Härten und ewigen Strafen, die der Menschheit bevorstehen, wohl haben? Durch solche Reden beabsichtigen sie, im bulgarischen Volk Mißtrauen gegen die eigene Kraft zu verbreiten, und zwar gerade in dem Augenblick, da das Vertrauen zum Aufbau einer neuen, glücklichen Gesellschaftsordnung höchst nötig ist. Diese Pfarrer demoralisieren das Volk und haben vor, es vom einzigen Weg zu seiner Rettung, vom Wege der Demokratie und des Sozialismus abzubringen." Gegenüber diesen Machenschaften müsse „eine endgültige und entschiedene Stellung bezogen werden." Die Kommunisten seien nicht gegen die Religion, aber gegen ihren politischen Mißbrauch, der die nationale Kraft untergräbt. Es wird dann ein „Aufklärungsfeldzug" unter dem Volk angeordnet, in dem die Pastoren als Agenten der internationalen Reaktion darzustellen sind. Sie selber seien zu veranlassen, sich klar über ihre Einstellung zum Staat, zur Vaterländischen Front und zu den Westmächten zu äußern und ihre Einstellung praktisch zu zeigen.

Daraufhin wurden seit Februar 1948 die protestantischen Geistlichen fortgesetzt in ihrem Amt behindert. Die Milizdienststellen mischten sich besonders in die Angelegenheiten der Wortverkündigung ein und nahmen wiederholt Verhaftungen vor. Auch die Familien der Pfarrer wurden schikaniert.

Im Juni 1948 richtete dann die Regierung an alle Kirchen die Aufforderung, alle Maßnahmen des Staates zu unterstützen, den Vorrang des Staates vor der Kirche anzuerkennen und zu veranlassen, daß alle Geistlichen der Vaterländischen Front beitreten, der antirussischen Propaganda von der Kanzel entgegenwirken, Bilder der Staatsführer in den Kirchen ausstellen und Anhänglichkeit an sie predigen. Von da an wurden die Geistlichen unter Drohungen, die sich besonders auf die Familien bezogen, zum Eintritt in die Partei genötigt und mit der Schließung ihrer Kirchen bedroht. Im Juli wurden 13, im November etwa 30 von ihnen verhaftet.

Erst nach der Verhaftung der nunmehr Verurteilten, die nur eine ausgewählte Gruppe der Gefangenen sind, wurde das Gesetz veröffentlicht, welches als Grundlage für das Urteil diente. Dieses Gesetz verbietet den Kirchen, eine übergeordnete Instanz im Ausland zu besitzen, Gaben aus dem Ausland ohne Genehmigung zu empfangen, ausländische Geistliche zu haben; es ordnet die Trennung von Kirche und Staat an und gewährt selbstverständlich „allen Bürgern der bulgarischen Volksrepublik Freiheit des Gewissens und der Religion".

Diese Mitteilungen zeigen zur Genüge, daß auch die evangelischen Geistlichen in Sofia Opfer derselben Ideologie und Politik geworden sind, die in Ungarn katholische Priester „aus dem Leben der Nation" beseitigte. Vielleicht wurden in Bulgarien die wirklichen Gründe noch durchsichtiger. Wenn die Verkündigung der ewigen Gerechtigkeit Gottes und die Predigt über die Vergänglichkeit dieser Welt einen Angriff gegen die Kraft des Volkes und die Autorität des Staates darstellen, dann allerdings gibt es für den Christen wohl keinen Rückzug ins „rein Religiöse" mehr.

Ein Streiflicht zum Prozeß von Sofia

Die Protestanten Bulgariens stellen mit etwa 8300 Gläubigen eine verschwindende Minderheit gegenüber der 84% zählenden orthodoxen Mehrheit der Einwohnerschaft dar. Bezeichnend aber ist, daß gerade der für die heute politische Leitung Bulgariens maßgebliche Staatsmann, der Ministerpräsident Georg Dimitrov, aus dieser kleinen Gruppe von protestantisch-kongregationalistischen Familien stammt, was nicht hindert, daß gerade unter seinem Regime die Lähmung und Liquidierung dieser westlich beinflußten Gruppe, angefangen vom Verbot von Sonntagsschulen bis zu dem eben durchgeführten Hochverratsprozeß gegen die Kirchenleiter, ins Werk gesetzt wurde.

Die orthodoxe theologische Fakultät in Sofia

Der „Tserkoven Vestnik", das offizielle Organ der bulgarischen orthodoxen Kirche, berichtet in seinem Dezemberheft von der Tätigkeit der theologischen Fakultät in Sofia im Studienjahr 1947/1948. Die Fakultät — gegenwärtig die einzige des Landes — zählt 276 Studenten, von denen 111 aus Bauernfamilien, 36 aus Arbeiter- und 70 aus Beamtenfamilien stammen. Der Lehrkörper besteht aus 12 Professoren und Lektoren. Neu eingerichtet wurden Vorlesungen über die Weltanschauung des Marxismus, die Verfassung der bulgarischen Volksdemokratie, über Religionspsychologie und Soziologie.

Die Ernährungsaussichten der Welt

Die Herder-Korrespondenz berichtete in Heft 3, 3. Jhg., S. 111 über den Pessimismus in der Ernährungsfrage, der auf der Jahrestagung einer der ersten wissenschaftlichen Gesellschaften in USA zutage trat und der nach dem Bericht dieer Gelehrten eine energische Geburtenkontrolle verlangt.

Auch die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen), die sich am 15. November in Washington versammelte, beschäftigte sich mit der weiteren Zukunft. Für das laufende Jahr entwarf der Generaldirektor Norris Doad ein günstiges Bild, weil die Ernte überall und besonders in Nordamerika sehr gut ausgefallen ist. „Aber wir dürfen uns nicht zur Ruhe setzen in der Erwartung, daß die Ernten fortfahren werden, außergewöhnlich gut auszufallen." Noch ist der Vorkriegsstand nicht erreicht, und vor allem verschlechtert sich das Verhältnis zwischen den Nahrungsquellen und der unaufhörlich zunehmenden Weltbevölkerung. Jeden Tag sind auf der Welt 55 000 Menschen mehr zu ernähren!

Die katholische Zeitschrift „America" (9. 10. 1948) nimmt die Äußerungen der amerikanischen Wissenschaftler sehr ernst. Während die Wirtschaft sich vergebens anstrengt, vermehrt sich die Bevölkerung der Erde unablässig und zwar gegenwärtig um 1% im Jahr. Diese bedrohliche Lage kann nicht allein durch Sparsamkeit im Verbrauch gemeistert werden, solange man in weiten Teilen der Welt mit den Urquellen, Wasser und Boden, so schonungslos umgeht wie bis dahin, und zwar müssen sich die Methoden schnell ändern, wenn nicht in den kommenden Jahrzehnten Millionen von Menschen Hungers sterben sollen. Die Aussaugung des Bodens und die gewissenlose Abholzung der Wälder, welche das Land zur Steppe macht, muß ein Ende finden. Es handelt sich bei den düsteren Zukunftsaussichten nicht einfach um Zweckmeldungen zur Propaganda der Geburtenkontrolle. Die Kirche kann das Problem um so weniger abweisen, als ihrer Ehemoral mit idealen Ratschlägen allein nicht gedient ist.

Während die Bevölkerung der Erde bis zum Ende des Jahrhunderts auf über 3 Milliarden ansteigen dürfte, bleibt die landwirtschaftlich genutzte Fläche von etwa 4 Milliarden Acres, d. h. 1,8 Milliarden ha, nicht etwa konstant, sondern vermindert sich durch die Erschöpfung, Versteppung und Überschwemmung von Bodenflächen jedes Jahr um mehrere Millionen ha.

Die ökonomische Wissenschaft, die diesen Prozeß zunächst gefördert hat, indem sie das Gewinnprinzip anbetete, warnt jetzt, während die Wirtschaft in den Kategorien des 19. Jahrhunderts verharrt. „Es wird sich schon ein Weg finden. Die Wissenschaft wird schon neue Mittel entdecken", sagt man. Selbst Christen reden so. Sie protestieren zwar gegen die Geburtenbeschränkung, aber entziehen sich ihrer Verantwortung in dem wichtigsten aller Produktionsprobleme. Hier muß das christliche Gewissen vorangehen. Sprüche füllen keine Münder. Es handelt sich darum, daß die Moral auch in die Produktion und die Behandlung der Rohstoffquellen Eingang findet. Das ist mindestens so wichtig, wie den Kommunismus zu bekämpfen oder den Krieg zu ächten. Übrigens hängt alles drei zusammen.

Predigt über die sieben Hauptsünden

Msgr. Fulton Sheen von der Katholischen Universität in Washington gehört nicht zu den langweiligen Predigern, über die sich das Publikum im Briefkasten der katholischen Zeitungen Amerikas und Englands des öfteren sehr freimütig beklagt und von denen ein Briefschreiber behauptete, sie reden, als ob sie eben vom Monde kämen. Deshalb hat Msgr. Sheen ein dankbares und großes Auditorium, wenn er, wie es häufig geschieht, über das National Broadcasting Netz zu Hörern aller Konfessionen redet.

Man kann nicht leugnen, daß er es versteht, den alten Wein in neue Schläuche zu gießen und das Evangelium in die Denk- und Sprachformen unserer Tage zu übersetzen. Ende Januar sprach er über die Gewissenserforschung. Ihre eigentliche Aufgabe sei es, hinter dem „Schein-Ich" das wirkliche Ich zu entdecken. Man müsse sich die Frage stellen: „Woran denkst du, wenn du allein bist? Was macht dich am meisten traurig, wenn du es nicht hast? Was bringt dich am meisen hoch, wenn man es dir sagt?" Dann werde man seine wirklichen Fehler entdecken, die immer auf eine von den sieben Hauptsünden zurückgehen.

Die sieben Hauptsünden aber heißen heute anders als früher:

1. Hochmut. Heute: „Ich hab's hingekriegt", „Populärsein", „Mit der Zeit gehen", „Beziehungen schaffen und auf die Leute Rücksicht nehmen", „Keinen Minderwertigkeitskomplex haben".

2. Geiz. Heute: Wenn es gut geht: „Gutes Geschäft", „Sparen", „Tüchtigsein", „Vorsichtig kalkulieren"; wenn es schlecht geht: „Mit den Linksparteien gehen" (in der Hoffnung, dabei sein Geschäft zu retten).

3. Neid. Heute: „Was ein anderer hat, hat er mir weggenommen", „Mein Recht", „Die gute Sache", „Die Wahrheit".

4. Unkeuschheit. Heute: „Sexuelle Sitte", „Dizzey Report" (eine bekannte Enquête über sexuelle Auffassungen), „Freuds Psychoanalyse", „Persönlichste Angelegenheit".

5. Unmäßigkeit. Heute: „Darf ich Ihnen noch etwas anbieten?", „Gesundheit", „Wir sind starke Männer".

6. Zorn. Heute: „Miese Laune", „Unsympathisch", „Nicht vergessen", „Zurückzahlen", „die Faust in der Tasche ballen" . . . „die äußere Seite des schlechten Gewissens."

7. Trägheit. Heute: „Erholung", „Toleranz", „Vermeidung hohen Blutdrucks", „Verhinderung".

Sheen schloß mit der Aufforderung: „Nehmen Sie sich ab heute fünf Minuten Zeit, um sich selbst kennen zu lernen. Bitten Sie Gott um die Erleuchtung, sich selbst zu sehen, nicht so wie Sie glauben, daß andere Menschen Sie sehen, und nicht so, wie Sie sich selber sehen, sondern so, wie Sie in seinen Augen sind. Beginnen Sie, Sie selbst zu sein. Fangen Sie an, sich über Ihre Selbstgefälligkeit Sorgen zu machen, und beginnen Sie zu leben."

Die Straßenpredigt in den USA

Die Katholiken der Vereinigten Staaten haben bereits verschiedene neue Formen entwickelt, um ihre nichtkatholischen Mitbürger mit der Lehre der Kirche bekannt zu machen. Neben dem „Informationszentrum" (Herder-Korrespondenz, 2. Jhg,. 9. Heft, S. 393), besteht ein anderer Versuch darin, auf Straßen und in Parkanlagen Predigten zu organisieren und

für diesen neuen Predigtstil Priester und Laien heranzubilden. Die Vereinigung, die sich diese Aufgabe gesetzt hat, nennt sich „Liga zur Bezeugung der katholischen Wahrheit" („Catholic Evidence Guild"). Über ihre Methoden und Erfahrungen gibt W. H. Russel von der Katholischen Universität von Amerika in der Zeitschrift „Lumen Vitae" (1948/II) folgenden Bericht:

Der Gedanke, durch Predigten auf Straßen und in Parkanlagen das nichtkatholische Publikum für die katholische Lehre zu interessieren, stammt von dem Konvertiten David Goldstein, der 1916 in Boston mit solchen Predigten begann und seither mit einem Auto, das eine Art Tribüne für das Sprechen in der Öffentlichkeit trägt, die gesamten Vereinigten Staaten bereist.

Von diesem Versuch angeregt, vereinigten sich 1931 in Baltimore und Washington eine Anzahl Laien zur „Catholic Evidence Guild". In den folgenden Jahren wurden ähnliche Versuche auch in anderen Städten gemacht, teils mit, teils ohne Erfolg. Bald verlegte man die Predigttätigkeit auch in die kleinen und mittleren Orte und hatte damit solchen Erfolg, daß heute der Schwerpunkt dieser Tätigkeit auf dem Lande liegt. Als Beispiel nennt W. H. Russel die Diözese Cansas City im mittleren Westen, wo im Sommer 1947 72 Priester auf dem Lande und in 84 Kleinstädten tätig waren.

Auch die Träger der „Catholic Evidence Guild" wechselten. Waren es bis 1940 hauptsächlich Laien, so sind es heute überwiegend Priester, weil während des Krieges viele Laien von anderer Tätigkeit absorbiert waren, andererseits der Klerus ein steigendes Interesse an diesem modernen Apostolat nahm.

Die angehenden Prediger müssen eine 6- bis 12monatige Ausbildung durchmachen. Sie treffen sich ein- bis zweimal in der Woche; jedem wird ein Thema gestellt und ihm dann gesagt, worin die Schwächen seiner Predigtweise liegen. Erst nach dieser Ausbildungszeit darf er in der Öffentlichkeit sprechen, und zwar zunächst nur über ein einziges Thema. Hat er Erfolg, wird ihm mehr Freiheit gewährt, bis er schließlich berechtigt ist, über alle Themen zu sprechen. Die Mitglieder sind verpflichtet, vor jedem Auftreten in der Öffentlichkeit zur Anbetung vor dem Allerheiligsten in die Kirche zu gehen. Sie haben ferner gemeinsame Einkehrtage und eine monatliche Messe mit Kommunion.

Es ist natürlich nicht leicht, gute Sprecher für diese Art von Predigten heranzubilden. Es braucht viel Takt und Anpassungsfähigkeit an die stets wechselnde Zuhörerschaft, die vorübergeht, neugierig stehen bleibt, zuhört, Einwendungen macht, spottet und witzelt, wieder fortgeht. Viele Priester, die gute Kanzelprediger sind, können sich diesen Verhältnissen nicht anpassen. Ein längerer Vortrag findet kaum ein aufmerksames Publikum, wohl aber eine lebhafte Diskussion.

Für gewöhnlich nimmt eine Predigt folgenden Verlauf: In einem Park wird eine kleine Tribüne mit der Bezeichnung „Catholic Evidence Guild" aufgerichtet. Sobald ein paar Leute stehengeblieben sind, eröffnet der Vorsitzende die „Versammlung" und läßt den ersten Sprecher auf die Tribüne treten, der etwa 10 bis 15 Minuten spricht und dann Fragen beantwortet. Es folgt ein zweiter und dritter Sprecher. Zum Schluß faßt der Vorsitzende die verschiedenen Punkte zusammen und beantwortet abermals Fragen, die gestellt wurden. Russell gibt eine konkrete Schilderung von den Predigten im Franklin-Park in Washington und nennt als durchschnittliche Zuhörerzahl, die ein guter Sprecher um sich sammeln kann, 50 bis 70, die mit Beginn der Diskussion auf 120 bis 150 ansteigt.

Im Anfang begegnete die „Catholic Evidence Guild" vielfacher Gegnerschaft. Man wendete ein, daß das öffentliche Sprechen über Fragen der Religion ein Vorrecht des Klerus sei, oder man sah in den Predigten auf Straßen und Plätzen eine Herabwürdigung der Religion und des Priesters. Doch diese Auffassungen sind heute im Verschwinden.

Die Ergebnisse dieser Predigten sind nach dem Ausweis der Statistiken gering. Denn der direkte Anteil der Liga an den 100 000 Konversionen, die der Katholizismus der Vereinigten Staaten jährlich zählt, ist unbedeutend. Doch der eigentliche Erfolg, so betont Russel, entzieht sich einer statistischen Erfassung und muß als sehr bedeutend angesehen werden.

Vor allem hat die Liga einen nachhaltigen Einfluß auf die Haltung des amerikanischen Klerus zu den Nichtkatholiken ausgeübt und ihm zum Bewußtsein gebracht, daß eine weit größere Bemühung um die Nichtkatholiken von ihm gefordert ist. Junge Priester und Seminaristen wurden auf die Tätigkeit der Liga aufmerksam und stellten sich ihr zur Verfügung. Kein Studium der Homiletik und Apologetik kommt der unmittelbaren Erfahrung gleich, die der Seminarist beim Predigen in einem Park macht. Er erfährt die Bedeutung von persönlicher Sympathie und Antipathie; er erkennt, daß eine Schlußfolgerung, und sei sie noch so schlagend, keineswegs den Gegner überwältigt; daß es viele ernste und aufrichtige Nichtkatholiken gibt; daß er trotz seines Studiums die Bibel viel zu wenig kennt. Er mag im Seminar einen Preis für seine rhetorischen Fähigkeiten erhalten haben und ist nun erstaunt, daß seine Zuhörer ihm den Rücken kehren oder fortgehen. Er lernt Bescheidenheit und gewinnt ein anderes Verhältnis zu seinen Büchern. Das ist ein Nutzen, der für seine spätere seelsorgliche Tätigkeit nicht hoch genug einzuschätzen ist.

Andererseits macht es auf die Nichtkatholiken großen Eindruck zu sehen, daß sich die Kirche um sie kümmert, und zwar auf eine ganz und gar selbstlose Art. Sie gewinnen Vertrauen zur Kirche und einen größeren Respekt vor der katholischen Lehre, auch dann, wenn diese Begegnung zu keiner weiteren Annäherung an die Kirche führt. Besonders groß ist der Eindruck, wenn Laien von ihrem religiösen Glauben Zeugnis geben. Man erkennt, daß auch die Laien Glieder der Kirche sind und sich für deren Sendung verantwortlich fühlen. Viele laue Katholiken wurden zur Umkehr bewogen und viele Katholiken in ihrem Glauben gestärkt und zu persönlichem Einsatz ermutigt.

Abschließend betont Russell, daß die Hauptsache nicht die gewandte Apologetik oder die Bekämpfung gegnerischer Standpunkte ist, sondern das Zeugnis, das der katholische Glaube für jeden Menschen in dieser suchenden und irrenden Welt Licht und Leben bedeutet. Bischof Fulton Sheen hat diese Grundhaltung der „Catholic Evidence Guild" in die Worte gefaßt: „In der Diskussion gewinnen, bedeutet eine Seele verlieren. Wenn eine Diskussion rein dialektisch wird, geht der eigentliche Zweck unseres Predigens verloren. Wir sind ausgesandt, nicht zu beweisen, daß der Gegner im Unrecht ist, noch auch, daß wir im Rechte sind, sondern, daß wir Zeugnis von der Wahrheit ablegen."

Betrachtungen über den Priestermangel in Südamerika

In Panama kommt heute auf 10 000 Gläubige ein Priester, in Bolivien auf 8750, in Peru auf 6000, in Costa Rica und Venezuela auf 5000, in Chile auf 2622. Dagegen steht in den Vereinigten Staaten für je 630 Katholiken ein Priester zur Verfügung und in Kanada für 453. Genau so ist es um den Priesternachwuchs bestellt. Die Millionendiözese der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires hat nicht einmal 50 Theologen.

Die zweite Inter-amerikanische Woche der Katholischen Aktion beschäftigte sich mit der Ergründung der Ursachen und den Mitteln zur Besserung dieses Zustandes, der die Kirche in Südamerika auf die Dauer an ihrem Leben bedroht. Eine wichtige Ursache sah man darin, daß Südamerika kein katholisches Privatschulsystem hat, obgleich in den meisten Ländern schulplanmäßiger Religionsunterricht stattfindet. Es fehle an der Konzentration der Erziehung um den religiösen Mitelpunkt. Das habe eine weitverbreitete religiöse Indolenz zur Folge, die zusammen mit der Unwissenheit den fruchtbaren Boden für den Laizismus bereite.

Die Konferenz war sich darüber klar, daß unter diesen Verhältnissen mit einer direkten Werbung für den geistlichen Beruf nichts getan ist. Man muß weiter ausholen und zunächst die christliche Familie zu schaffen suchen. Praktisch, wie die Amerikaner sind, befürwortete man eine engere Zusammenarbeit zwischen den männlichen und weiblichen katholischen Jugendgruppen zum Zweck der Eheanbahnung, während bis jetzt in Südamerika auf strengste Trennung der Geschlechter geachtet wird. Die christliche Familie müsse aus der katholischen Jugend herauswachsen, und darum müsse man der Jugend Gelegenheit geben, sich zu finden.

Die religiöse Lage in Chile

Der geistliche Beirat der kanadischen JOC, P. Albert Sanschagrin OMI ist auf Einladung des Erzbischofs von Santiago (Chile) für zwei Jahre nach Chile gegangen, um dort die JOC aufzubauen und die religiösen und sozialen Verhältnisse zu studieren.

In seinem ersten Bericht an die Zeitung „La Croix" (12. Januar 1949) hebt er einerseits die Marien- und Heiligenverehrung hervor, die dem religiösen Leben des Landes seinen charakteristischen Zug verleiht und oft enthusiastische Formen annimmt, andererseits weist er auf die große religiöse Unwissenheit des Volkes hin (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 11, S. 487 f). Die Hauptursache davon ist der außerordentliche Priestermangel. Nach den letzten Angaben (1946) stehen für die viereinhalb Millionen Katholiken des Landes nur 1809 Priester zur Verfügung, 786 Weltpriester und 1023 Ordenspriester, sowie 250 Brüder und 4553 Schwestern. Dieser Priestermangel hat zur Folge, daß die Großstadtpfarren bis zu 25 000 Gläubige zählen und die Landpfarren sehr ausgedehnt sind.

Ein großes Problem ist die Schule. Es bestehen gegenwärtig: Volksschulen: 4060 staatliche und 406 katholische; Mittelschulen: 88 staatliche und 142 katholische; Universitäten: eine staatliche (Santiago), zwei katholische (Santiago und Valparaiso) und eine unabhängige, aber nicht katholische (Concepcion). Was den Religionsunterricht an den staatlichen Schulen betrifft, so ist er an den Volksschulen ohne weiteres gestattet, und der unterrichtende Priester oder Laie bedarf nur der missio canonica von seiten der Kirche; doch infolge des Mangels an Priestern und geeigneten Laien wird tatsächlich nur an 822 Volksschulen, das ist an einem Fünftel dieser Schulen, Religionsunterricht erteilt. Auf den staatlichen sechsklassigen Mittelschulen aber ist der Religionsunterricht nur in den drei unteren Klassen gestattet.

Ein weiteres großes Problem ist die finanzielle Erhaltung der Kirche. Bis 1926, dem Zeitpunkt der Trennung von Kirche und Staat, wurde die Kirche vom Staat und durch reiche Stiftungen erhalten. Seither fehlt die staatliche Unterstützung, und die Gläubigen, die gewohnt sind, für die Kirche finanziell nichts zu leisten, tragen auch heute fast nichts bei, sodaß die Kirche auf die Stiftungen reicher Einzelner angewiesen ist.

Seelsorge und Katholische Aktion in Argentinien

Im Rahmen einer längeren Aufsatzreihe „Eindrücke aus Argentinien" berichtete die englische Zeitschrift „Month" (Oktober 1948) auch über die religiöse Lage des Landes.

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist dem Bekenntnis nach katholisch, aber die Zahl der praktizierenden Katholiken ist sehr gering.

Der Klerus hat eine gute theologische Bildung und Lebensführung, ist aber zahlenmäßig unzureichend. In der Seelsorgsmethode herrscht die alte Auffassung, daß die Gläubigen zum Priester kommen sollen und nicht umgekehrt. Es wird großer Bemühungen bedürfen, meinte der Berichterstatter des „Month", eine Auffassung durchzusetzen, die der heutigen Situation gerecht wird. Während in den Städten die Zahl der Priester eben noch ausreicht, ist auf dem Lande bei der riesigen Ausdehnung der Pfarren, der Isolierung der einzelnen Farmen und den schlechten Wegverhältnissen — viele Wege sind auch mit Auto nur bei trockenem Wetter benutzbar — eine geregelte Seelsorge nicht möglich. Es gibt Gebiete, wie die Sierras im Norden von Cordoba, wo die Gläubigen den Priester nur einmal im Jahr und nur für kurze Zeit sehen. Dann kommen sie in improvisierten Hütten von weither zusammen, um die Messe zu hören, die Sakramente zu empfangen, kirchlich zu heiraten und ihre Kinder taufen zu lassen.

Die Katholische Aktion hat in den Städten bereits schöne Erfolge gezeitigt. Vielleicht hat Argentinien im Einsatz der Laien noch nicht die Erfahrung der europäischen Länder, und vielleicht behandelt man die Katholische Aktion noch zu theoretisch. Doch es fehlt nicht an bedeutenden katholischen Werken. An erster Stelle ist die „Casa de la Empleada" zu nennen, eine Vereinigung berufstätiger Frauen, die bereits 40 000 Mitglieder zählt und moderne Klubräume, gut ausgestattete ärztliche Ambulatorien und schöne Erholungsheime, sowohl am Meer wie in den Bergen, besitzt, wo die Mitglieder zu mäßigen Preisen ihren Urlaub verbringen können.

Das zweite ist ein Bildungswerk, das „Instituto de Cultura Religiosa Superior", gegründet von einer neu entstandenen religiösen Frauengemeinschaft. Das Institut veranstaltet Einzelvorträge und Kurse (mit Prüfungen) und wendet sich an Mädchen und Frauen, die nach einer vertieften religiösen Bildung und — in weiterer Sicht — einer apostolischen Tätigkeit verlangen. Nach Ansicht des Berichterstatters hat dieses Werk eine sehr große Zukunftsbedeutung.

Die Christen in Ägypten

Ägypten, in der Frühzeit des Christentums eines der Hauptzentren christlichen Lebens und Denkens, ist seit 1500 Jahren ein mohammedanisches Land. Es gibt zwar eine kleine Gruppe, die immer christlich geblieben ist, die Kopten. Aber unter den 19 Millionen Einwohnern zählt Ägypten heute 17 Millionen Anhänger des Islam. Der Islam ist in Ägypten Staatsreligion, und so weit man nach dem äußeren Anschein urteilen kann, ist er auch lebendig. Vielleicht fühlt er sich nicht ganz sicher, worauf der zunehmende Schutz der Religion durch den Staat hinweisen könnte.

Zwischen diesen 17 Millionen Mohammedanern leben 2 Millionen Christen, die zum größten Teil koptische Orthodoxe sind: deren Zahl beträgt etwa 1½ Millionen. Sie leben seit dem Konzil zu Chalzedon 451 von Rom getrennt. Sie haben im Laufe der Geschichte gefährliche Krisen durchgemacht, spielen aber heute durch ihren Wohlstand und ihre Funktionen eine nicht unbedeutende Rolle im Lande. Der koptische orthodoxe Patriarch genießt gewisse überlieferte Privilegien, hat jedoch nicht genug Macht, um die Rechte der Seinigen zu verteidigen.

Der koptische Klerus, sowohl der weltliche wie die Orden, bedürfte einer grundlegenden Reform. Er ist schlecht gebildet und hundert Jahre im Rückstand. Die koptischen Laien haben sich im letzten Jahrhundert entwickelt, sind Gelehrte, Juristen, Ärzte, Diplomaten geworden, ihre Geistlichkeit kann sie jedoch in keiner Weise führen.

Da der Klerus versagt, haben Laien verschiedene interessante Einrichtungen geschaffen: eine Tageszeitung, Volks- und Mittelschulen, Jugendgruppen, geistliche Zirkel. Durch den Mangel an geistlicher Leitung laufen diese Bestrebungen jedoch auseinander und haben keinen Schutz gegen Irrtum. Die koptischen Orthodoxen könnten in der ägyptischen Nation einen großen Einfluß ausüben, da sie in wichtigen Milieus, an der Universität, in den Ministerien einen Prozentsatz bilden, der ihren Prozentsatz im Volksganzen weit übertrifft. Die neuesten Strömungen in Ägypten suchen diesen Einfluß allerdings einzuschränken, indem sie gesetzlich festzulegen suchen, daß der Einfluß der koptischen Gruppe nur genau ihrem prozentualen Verhältnis im Volk entsprechen darf.

Was man der koptischen Orthodoxie vorwerfen kann, ist eine gewisse Starrheit, ein Vorwiegen des Verwaltungsmäßigen und infolgedessen ein Mangel an Ausstrahlungskraft.

Völlig getrennt von diesen, doch auch vom ägyptischen Volk, leben in Ägypten 80 000 griechische Orthodoxe, die einen eigenen Patriarchen haben.

Die Katholiken bilden in Ägypten nur 1% der Bevölkerung, ungefähr 200 000. Darunter sind etwa die Hälfte Ausländer, vorwiegend Italiener und Malteser. Diese spielen keine Rolle im Lande, nehmen an Zahl ständig ab und leben fast ausschließlich in den großen Städten.

So bleiben noch die orientalischen Katholiken. Sie zerfallen in zwei Gruppen, einmal die katholischen Kopten und dann die katholischen Griechen, Maroniten, Armenier und Syrer. Diese letzteren sind vorwiegend Handeltreibende, vor allem die Libanesen, eine reiche und gebildete Schicht, die aber infolge der Einwanderungsbeschränkung vorläufig nicht zunimmt. Sie leben ebenfalls fast ausschließlich in den Städten.

Einzig bei den katholischen Kopten gibt es, da sie die bodenständige Form des Katholizismus bilden, auch ein Proletariat. Diese Gruppe allein hat auch ständig einen Zuwachs im Lande, etwa 2000 pro Jahr. Das erklärt die besondere Sorge, die der Heilige Stuhl dieser Gruppe zuwendet. Die katholische koptische Gemeinde zählt heute 62 000 Gläubige, ist allerdings die ärmste der katholischen Gruppen. Wegen der Armut der Kirche hat eine Laienorganisation die Aufgabe übernommen, für Schulen zu sorgen; sie unterhält 122 Volksschulen.

Diese Gruppe ist zu arm und zu ungebildet, um einen Einfluß im Lande auszuüben. Einflußreich sind dagegen die katholischen Syrer und Libanesen in Handel, Industrie, den freien Berufen und der großen Presse; nicht vertreten sind sie in Wissenschaft und Kunst.

Gegenüber dem Islam bilden die Katholiken in Ägypten keine Einheit. Sie haben untereinander kein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Dieser Zustand beginnt sich allerdings heute zu ändern, vor allem durch die Persönlichkeit des Apostolischen Internuntius, Msgr. Hughes, und das Gesicht der universalen Kirche beginnt hervorzutreten. Die Bewegungen der Katholischen Aktion entwickeln sich und werden auch von offizieller Seite in keiner Weise beengt. Sie selber beginnen sich, gemäß dem Wort des Evangeliums als der Sauerteig in der Masse zu fühlen.

Intellektuellen-Mission auf weite Sicht

Amerikanische Jesuiten, denen die Diözese Patna (Indien) anvertraut ist, leiten auch die beiden Colleges von Patna und Jaipur, die 1940, bzw. 1944 errichtet worden sind. Die Studenten der beiden Colleges, zusammen 300, sind fast ausschließlich Hindu und Mohammedaner.

Die Gründung erfolgte auf Wunsch der indischen Familien, die unter dem Einfluß der nationalen Bewegung nicht mehr wie früher ihre Kinder ins Ausland schicken wollen, um ihnen eine europäische Bildung zu geben. Die beiden Colleges sind der Universität Cambridge angeschlossen, welche auch die Diplome verleiht.

Ebenso geschätzt wie die intellektuelle Bildung wird die geistig-sittliche Erziehung, welche die Studenten dort erhalten. 150 Studenten sind im Internat, in der unmittelbaren Umgebung der Patres. Sie beginnen den Tag mit einem Gebet, das alle, Christen, Hindu und Mohammedaner, sprechen können. Vaterunser, Glaube, Hoffnung und Liebe. Und für alle Studenten ist im täglichen Stundenplan eine halbe Stunde sittlicher Unterweisung im Geist des Evangeliums vorgesehen.

Die Colleges stehen voll und ganz in der nationalen Bewegung Indiens. Die Lebensform ist rein indisch, nur die Unterrichtssprache — und zwar auf Wunsch der Eltern — englisch. Man diskutiert die nationalen Probleme, nimmt an offiziellen Feiern teil und gewährt der indischen Geschichte und Literatur den breitesten Raum in der Gesamtbildung.

Die Zahl der Konversionen, die durch diese Berührung mit dem Christentum zustande kommen, ist zwar gering, da die Rücksicht auf die soziale Umwelt ein größeres Hindernis darstellt. Doch die katholischen Missionen sehen es als einen großen Gewinn an, den geistigen Führern Indiens von morgen eine gewisse Kenntnis und Wertschätzung des Christentums nahezubringen, weil dies für die Stellung der Kirche im öffentlichen Leben von allergrößter Bedeutung und die Voraussetzung für eine eventuelle spätere Konversion ist.

Religionsfreiheit und Kommunismus in Siam

Die neue Schulordnung der Siamesischen Regierung schreibt für alle Schulen des Landes den Religionsunterricht vor. Da die Bevölkerung in ihrer Mehrheit buddhistisch ist, bildet fortan das Studium des Lebens und der Lehre Buddhas einen integrierenden Bestandteil des Schulprogramms, während die Schüler mit anderm Glauben den Religionsunterricht ihres Bekenntnisses empfangen. Damit wird das Studium des Katechismus in allen katholischen Schulen Pflichtfach. Man ist also weit von der Verfolgung der Jahre 1940—1943 abgerückt.

Der Zweck, den die Regierung mit dem obligaten Religionsunterricht verfolgt, ist der, dem Kommunismus einen Riegel vorzuschieben, der vor allem Irreligiosität auf sein Programm geschrieben hat. Wenn auch die siamesische Bevölkerung durchaus antikommunistisch gesinnt ist, so besteht doch eine wirkliche kommunistische Gefahr durch die Masse chinesischer Emigranten, die von dem Reichtum Siams an Reis und Rohstoffen angelockt werden. Der augenblickliche Regierungschef, Nai Plek Phibul Songrama, hat das wohl begriffen, und um die Gefahr zu beschwören, hat er eine doppelte Schranke errichtet: die einer wohl organisierten Armee und die noch wirksamere Gewissensfreiheit des ganzen Volkes.

Kongo und China: Freuden und Sorgen der Mission

Belgisch-Kongo wird zuweilen das Paradestück der katholischen Mission genannt, China ist sicherlich zur Zeit ihr großes Sorgenkind. Die beiden Missionsfelder zählen nach einer vergleichenden Statistik der Fides-Korrespondenz fast genau gleichviel Gläubige. In China sind es 3 258 536 und im Kongo 3 281 519, zusammen also ein Viertel aller Missionschristen. Während die chinesische Mission 650 Jahre gebraucht hat, um diesen Stand zu erreichen, da in Peiping schon im Jahre 1307 ein Erzbischof residierte, betraten die Missionare das Land am Kongo erst 1886, ein Jahrzehnt nach seiner Erschließung durch Stanley. Auf dem alten Kulturboden des Reiches der Mitte wurde gerungen und unter zahllosen Rückschlägen gekämpft, im Kongo ergeben sich Hindernisse nur durch die unselige Spaltung der christlichen Bekenntnisse, die unter den Gebildeten Verwirrung stiftet und unter den Primitiven die Vorstellung von einem „klein-belgischen" Katholizismus und einem „groß-amerikanisch-englischen" Protestantismus zu erzeugen droht. So erfreulich die Kongomission bisher gewachsen ist, hat Papst Pius XII. sie doch gerade jetzt zur Intention des Gebetsapostolates gemacht, um anzudeuten, daß vermehrte Anstrengungen notwendig sind, wenn die Entwicklung anhalten soll.

Während in China 5627 Priester tätig sind, wirken im Kongo nur 1941, so daß auf jeden von ihnen 1700 Gläubige entfallen und auf alle zusammen überdies gegenwärtig nicht weniger als 850 000 Taufbewerber. Man zählt in diesem Missionsgebiet im Jahre durchschnittlich 140 000 Taufen. Die evangelischen Missionen haben etwa 600 000 Christen gewonnen. Neben den christlichen Kirchen sucht auch der Laizismus und Kommunismus in der Form verschiedener humanitärer und sozialer Organisationen neuerdings mit größerer Anstrengung Eingang. Leider geben ihnen zahlreiche führende und angesehene Kolonialeuropäer unbewußt dadurch Hilfestellung, daß sie sich um Kirche und Christentum nicht kümmern und in ihrer Person die bildungshungrige Schicht der Eingeborenen darüber belehren, daß es sehr zivilisierte Menschen gibt, die sich aus der Religion nichts mehr machen.

Wenn das Missionsfeld am Kongo indes genügend Nachschub an Missionaren erhält, wenn sich außerdem der eingeborene Klerus weiterhin vermehrt, braucht man der Zukunft nicht gerade ängstlich entgegenzusehen. Obwohl die Hälfte der Kongochristen erst weniger als zehn Jahre zur Kirche gehört, gibt es doch bereits 243 eingeborene Priester und 372 Theologiestudenten. Die europäischen Missionare werden hauptsächlich von Belgien aus gestellt, jedoch nimmt die Zahl der Missionare anderer Nationalität dauernd zu und erreicht heute schon das Verhältnis 1:4.

Während diese Missionare ein unbegrenztes Wirkungsfeld haben, werden in China sowohl der Ausdehnung wie der Intensität der Missionierung durch den Kommunismus besorgniserregende Schranken gesetzt. 1,4 Millionen Katholiken standen beim Jahreswechsel unter kommunistischer Herrschaft, eine weitere halbe Million ist unmittelbar bedroht. Die Zahl der Missionspriester in diesem Gebiet ist von 2155 auf 1220 zurückgegangen. Die seelsorgliche Versorgung im roten China liegt also bereits um über 50% unter dem Landesdurchschnitt, und das ist ein düstres Omen für den Fall, daß die Kommunisten die Macht über ganz China gewinnen sollten.

Ökumenische Nachrichten

Niebuhr und Karl Barth

Reinhold Niebuhr, einer der führenden amerikanischen Theologen, äußert sich in der Zeitschrift „The Christian Century" vom 27. Oktober 1948 zu der in Amsterdam sichtbar gewordenen Verschiedenheit der Anschauungen zwischen der „kontinentalen Theologie", die er vor allen Dingen in den Äußerungen Karl Barths ausgesprochen findet, und der „angelsächsischen theologischen Betrachtungsweise", die mehr zu einem christlichen Aktivismus tendiert. Niebuhr bezeichnet die Haltung Barths als eschatologisch in dem Sinn einer „eingetroffenen Eschatologie". Karl Barth hatte in seiner Ansprache am ersten Tage der Amsterdamer Konferenz (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 1/2, S. 94 ff) gesagt, daß der Gedanke daran, daß Christus schon Sünde, Tod, Teufel und Hölle ihrer Macht beraubt habe, uns dazu bewegen müsse, jeden Gedanken daran aufzugeben, daß die Sorge um die Kirche und die Sorge um die Welt unsere Sorge sei. Die alte Wurzel und der Grund aller menschlichen Unordnung in der Welt sei ja die gottlose Meinung, daß der Mensch der Atlasträger sei, der das Himmelsgewölbe auf seinen Schultern zu tragen habe. Gegenüber diesem Satz, dem er grundsätzlich vollständig zustimmt, wendet Niebuhr ein, daß es sich in Amsterdam ja gerade darum gehandelt habe, welche Folgerungen aus diesem Glaubensartikel zu ziehen seien, und fragt, ob Barths Predigt nicht die Tendenz hätte, das christliche Leben seines Verantwortungsgefühles zu berauben, ob sie nicht den Christen einen Sieg verspräche, ohne die richtige Betonung auf die Notwendigkeit der Reue zu legen, ob sie nicht alle die Versuchungen und Anfechtungen, die Urteile und Unterscheidungen, die Aufgaben und Pflichten des Christen in ihrem täglichen Leben etwas obenhin behandele.

Gegen den Satz Barths, daß die Sorge für die Kirche nicht unsere Sorge sei, wendet Niebuhr ein, daß eine wesentliche Schwäche dieser Hervorhebung dessen, was wir nicht tun könnten und was Christus schon getan habe, darin liege, daß die Christen dadurch versucht würden, den Sieg und die Herrlichkeit des auferstandenen Herrn zu teilen, ohne jedoch an der Kreuzigung ihres Ich, welches die schriftgemäße Voraussetzung eines neuen Lebens sowohl für den Einzelnen wie für die Kirche und die Völker sei, teilzunehmen. Für die Kirche besteht diese Kreuzigung ihrer selbst darin, daß sie bußfertig anerkennt, daß es der sündige Stolz auf die besonderen Gaben und Aufgaben der einzelnen Kirchen gewesen ist, der zur Spaltung geführt hat.

Gegenüber dem Satz, daß die Sorge für die Welt nicht unsere Sorge sei, fragte Niebuhr, ob dadurch nicht die prophetische Funktion der Kirche gegenüber den Völkern annulliert würde. Wir sehen heute, daß Völker und Reiche durch den göttlichen Zorn geschlagen und trotzdem nicht zur Einsicht geführt worden sind. Das über sie ergangene Urteil hat sie vielmehr öfter zur Verzweiflung als zur Reue geführt. Zwar kann die Kirche diese Verzweiflung nicht in Reue umwandeln, aber es gehört zur Sorge der Kirche für die Welt, daß sie die Urteile Gottes, die über die Natur ergangen sind, so deutet und als Gottesurteile enthüllt, daß die Möglichkeit der Reue gegeben ist.

Eine zweite Gruppe von Fragen stellt sich aus der Erwägung, ob die Überbetonung der Tatsache, daß die Christen der Welt keine Wirtschaftssysteme und politischen Grundsätze zu bieten haben, sondern nur eine revolutionäre Hoffnung, die Christen nicht in ihrem täglichen Leben und seinen Entscheidungen ohne Führung und Inspiration lasse. Bedeuten Barths Lehren nicht, daß wir als Christen ohne jene Grundsätze der Gerechtigkeit fertig werden können, die, wie fehlerhaft sie auch sein mögen, doch die angesammelte Erfahrung unserer Geschichte in Bezug auf die Probleme der menschlichen Beziehungen darstellen? Die Christen können es nicht den Heiden unserer Zeit überlassen, die dringenden Fragen der Gerechtigkeit, des Krieges, der Verhinderung totalitärer Tyrannei zu lösen. Sollen wir darauf verzichten, die Völker zu warnen, daß dieser oder jener Kurs zur Tyrannei führt, und uns nur darauf vorbereiten, der Tyrannei zu widersprechen, wenn sie einmal da ist?

Zweifellos hat die Theologie der Krisis in der vergangenen Zeit dazu beigetragen, in dem Kampf gegen die Tyrannei in den Christen eine heroische Haltung der „Sorglosigkeit" gegenüber den Folgen ihres Widerstandes zu erzeugen. Aber Niebuhr fragt, ob diese Theologie nicht zu sehr darauf angelegt ist, sich in den großen Krisen der Geschichte zu bewähren, und ob sie nicht zu sehr darauf verzichtet, etwa einem christlichen Staatsmann unserer Tage Führung zu geben. „Sie bekämpft den Teufel, wenn er seine beiden Hörner und seine beiden Klauen zeigt, aber sie weigert sich, unterscheidende Urteile über Gut und Böse zu fällen, wenn das Übel nur ein Horn und nur eine halbe Klaue zeigt". Es scheint Niebuhr bezeichnend, daß gerade so viele Christen in Deutschland geneigt sind, dieser Form der Flucht vor den eigenen Verantwortlichkeiten und Entscheidungen anzuhängen. „Sie haben gestern entdeckt, daß die Kirche eine Arche sein kann, in der man die große Flut überleben kann. Sie scheinen heute so verliebt in diese besondere Funktion der Kirche, daß sie beschlossen haben, die Arche in eine Wohnstatt auf dem Berge Ararat umzuwandeln und für ewig in ihr zu leben".

Wenn Barth sagt, daß wir den Gottlosen unserer Zeit nichts anderes zu sagen hätten als das, was wir den Gottlosen jeder Zeit auch sagen könnten, nämlich, daß Jesus Christus für sie starb und auferstand und ihr göttlicher Bruder und Heiland geworden ist, so heißt das, daß etwa der heilige Paulus auch kein Recht gehabt hätte, die Bedeutung der Sehnsucht seiner Zeit nach dem unbekannten Gotte zu analysieren und ihre Relevanz für das Evangelium zu beweisen, so heißt das auch, daß etwa der christliche Apologet unserer Zeit sich jedes apologetischen Angriffes auf die Absurdität z. B. der Irrtümer eines Julian Huxley enthalten müßte und ihm nur versichern könnte, daß Christus auch für ihn gestorben sei, obwohl Huxley in seinem augenblicklichen Geisteszustand überhaupt nicht verstehen könnte, warum es notwendig sei, daß jemand für uns sterben sollte. Niebuhr weiß die Leistungen der kritischen Theologie für die Vereinigung des Bewußtseins der Kirchenmänner wohl zu schätzen, betont demgegenüber jedoch, daß das nicht das ganze Evangelium sei. Der Christ muß jede Möglichkeit und jede Begrenzung des kulturellen wie auch des sozialen Lebens erforschen. Die Gewißheit der letzten Unangemessenheit jeder Form menschlicher Gerechtigkeit darf nicht zu einer defaitistischen Haltung gegenüber den verwirrenden Problemen der sozialen Gerechtigkeit unserer Zeit führen. Die Gewißheit, daß jede Form menschlicher Tugend vor dem Angesicht Gottes unzulänglich ist, darf uns nicht dazu verführen, unser Talent zu vergraben. Es ist richtig, daß die Angelsachsen, die sich der Einseitigkeit Karl Barths widersetzen, in der Gefahr stehen, gewissen pelagianischen und semipelagianischen Häresien zu verfallen. Sie haben es nötig, darin korrigiert zu werden, aber sie haben ebenso die Pflicht, die entgegengesetzte Einseitigkeit zu korrigieren. „Die (kontinentale) Theologie zeigt den Gipfel des christlichen Glaubens und der christlichen Hoffnung, die der Schrift getreu bleiben. Aber sie läßt die Täler, in denen das menschliche Leben sich vollziehen muß, im Dunkel. Sie hat vor Jahren damit begonnen, die Theologie daran zu erinnern, daß wir Menschen und nicht Gott sind, daß Gott im Himmel und wir auf der Erde sind. Jetzt hat sich das Rad gedreht. Sie steht jetzt in der Gefahr, die Krone ohne das Kreuz anzubieten, den Triumph ohne den Kampf, eine Gerechtigkeit ohne die Verpflichtung der Unterscheidung, einen Glauben, der das Dunkel der Verwirrung einfach annulliert, statt es zu verwandeln, kurz einen zu einfachen und kurzen Weg aus den Versuchungen und Verwirrungen, den Pflichten und Entscheidungen, die die Voraussetzung des menschlichen Lebens sind".

Französische und deutsche protestantische Pfarrer treffen sich in Frankreich

Im Monat Januar fand ein interessantes Treffen zwischen einer Gruppe von 13 französischen und 13 deutschen protestantischen Pfarrern in der kleinen protestantischen Stadt Chambon sur Lignon statt. Alle Beteiligten haben diese Zusammenkunft als sehr gelungen empfunden und beschlossen, ein zweites Treffen im Sommer in Deutschland zu organisieren. Die Tagung hat eine Erklärung in zwölf Punkten herausgegeben, deren wesentlicher Inhalt folgender ist:

1. Unsere Pflicht besteht darin, das Evangelium zu verkünden, das Evangelium allein, aber das ganze Evangelium.

2. Unser Zeugnis muß derart sein, daß jeder Mensch uns verstehen kann.

3. Das Wort Gottes verpflichtet uns, diese Welt als vergänglich anzusehen.

4. In dieser vergänglichen Welt müssen wir die Fundamente der neuen Welt bauen, die uns vom Evangelium verheißen ist.

5. Die Kirche ist die Gemeinschaft aller derer, die Jesus Christus berufen hat, die Zeugen Seines Reiches zu sein.

6. Durch die Predigt und die Sakramente ist die Kirche Zeuge der Erlösung durch Jesus Christus.

7. Wir dürfen uns nicht durch die Unordnung und Verzweiflung, die in der Welt herrschen, überwältigen lassen, sondern müssen unsere Sendung mit Ruhe und Vertrauen durchführen.

8. Durch Jesus Christus sind wir Glieder der Familie Gottes, und in dieser Familie dürfen weder Geschlecht noch Klasse, noch Vermögen, noch Erziehung, noch Alter, noch Rasse den geringsten Zwiespalt hervorrufen.

9. Jedoch sind wir auf Grund der Armut Christi aufgerufen, in erster Linie den Enterbtesten unserer Brüder zu dienen.

10. Da wir in der Einheit Gottes miteinander versöhnt sind, müssen wir uns gegenseitig helfen, alle Vorurteile und alle Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, die die Einheit des Leibes Christi bedrohen.

11. Nur auf diese Weise kann die Kirche bezeugen, daß die Versöhnung unter den Menschen und der Friede zwischen den Nationen nur im Geiste Jesu Christi geschlossen werden kann.

12. Wir haben die Pflicht, unaufhörlich den Völkern und ihren Regierungen das Gesetz Gottes vorzuhalten; dadurch bezeugen wir die Einheit der christlichen Kirche über alle nationalen Unterschiede hinweg.

Die Lutherische Kirche Ungarns schließt ein Abkommen mit dem Staat

Am 14. Dezember 1948 hat die ungarische Lutherische Kirche mit dem Staate ein Abkommen getroffen, das folgende Hauptpunkte enthält: die Regierung garantiert volle Religionsfreiheit; die Kirche erkennt ihrerseits an, daß der Staat bisher die Religionsfreiheit respektiert und die Bestrebungen der Kirche gefördert hat; die Regierung garantiert die Kultusfreiheit in kirchlichen und amtlichen Gebäuden, in Privathäusern und auf öffentlichen Plätzen; die Freiheit der kirchlichen Presse und der Verbreitung von Bibeln und religiösen Schriften; die Freiheit des Religionsunterrichtes an den Schulen; die Freiheit der kirchlichen Caritas. Der Staat wird seine finanziellen Leistungen an die Kirche allmählich abbauen und mit Ende des Jahres 1968 gänzlich einstellen.

Die Kirche findet sich mit der Verstaatlichung der konfessionellen Schulen ab. Die Schulgebäude gehen samt Inventar und Vermögen in das Eigentum des Staates über, die Lehrer werden Staatsbeamte. Die Verstaatlichung erstreckt sich aber nicht auf die theologischen Seminare und Diakonissenhäuser.

Die Kirche wird der ungarischen Nation, ihres Präsidenten und ihrer Regierung im Gebete gedenken.

Der ökumenische Patriarch und Rom

Der neue ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Athenagoras I., hat bei seiner Antrittsrede während der Einführungszeremonie ein freundschaftliches Wort an den Papst gerichtet, was in den katholischen Kreisen Griechenlands großen Eindruck gemacht hat. Es ist das erstemal seit der Trennung der Kirchen, daß ein Patriarch von Konstantinopel den Mut gehabt hat, eine solche Geste auszuführen. Man hofft, daß der neue Patriarch auch in Zukunft gegenüber den griechischen Katholiken eine weniger abweisende Haltung einnehmen wird als seine Vorgänger.

Hirtenworte in die Zeit

Über das Amt des Bischofs

Die Kirchenzeitung von Paris hat in ihrer Nummer vom 2. Adventssonntag eine Ansprache Kardinal Suhards veröffentlicht, in der dieser das Amt des Bischofs in seinem Wesen charakterisiert. Er spricht darin von der engen Verbundenheit des Bischofs mit seinem Volke, dessen ganze Sorge und Unruhe er mitlebt und fährt dann fort:

...Es wäre jedoch zu wenig, nur mitzufühlen. Der heilige Paulus hat sich nicht mit der Sorge um all seine Kirchen begnügt, er hat nicht nur gesagt: „Wer ist schwach, und ich wäre nicht schwach?", sein glühendes Herz hat mehr gewollt: „Ich bin allen alles geworden, um alle zu retten (Kor. 9, 22)". Alle zu retten! Das ist die Antwort des Bischofs auf die Unruhe.

Der Bischof ist Gesandter Christi. Als Nachfolger der Apostel muß er ein anderer Christus sein. Wie der Meister und die Zwölf muß er Priester, Führer und Lehrer sein. Ich will nicht jedes dieser Attribute im einzelnen durchgehen, ich möchte nur, daß Ihr Euch klar macht, daß der Bischof vor allem der Vater seines Volkes ist. Die ganze Tradition des Bischofs geht in dieser Richtung. Nur auf diese Seite seines Amtes will ich heute hinweisen, da sie vor allem auf den Mahnruf antworten kann, der zu ihm aufsteigt.

Soll man alles vom Bischof erwarten? Da er die Macht von Gott hat, kann er da alle Ungerechtigkeit aufheben, die Mietskasernen und die politische Knechtschaft abschaffen? Viele erwarten das von ihm. Viele möchten ein Zaubermittel, eine automatische Lösung. Die Gelehrtesten erinnern sich der Kirchengeschichte zur Zeit der Barbaren und bis ins Mittelalter hinein, wo der Bischof den

schönen Titel trug: Defensor civitatis, Verteidiger des Staates. Einige wären bereit zu schließen, daß der Episkopat in unseren Tagen diese Funktion nicht mehr hat: sie lehnen das ab, weil sie wissen, daß er dazu nicht mehr die Macht hat. Aber unbewußt wünschen sie doch noch, der Bischof wäre derjenige, der die Kranken heilt, das Brot verteilt, auf den ersten Anruf hin Wohnungen verschafft.

... Seine Macht bleibt im Rahmen des Menschlichen begrenzt; die Lösungen, die er bringt, sind nicht schon fix und fertig: es sind mühsame Versuche, Teilerfolge. Seine Bemühungen bleiben schmerzliche Anfänge. Wenn sein Herz bei jedem Unglück blutet, so ist es doch nicht seine Aufgabe, Wundertäter oder Wirtschaftler oder politischer Führer zu sein. Auch Christus ist das nicht gewesen. ... Der Bischof ist nicht Cäsar. Heute wie gestern ist es seine Aufgabe, Seelen für das Reich Gottes zu gewinnen. In dieser Hinsicht ist er Vater. Er ist zuerst und vor allem Vater für den Himmel.

Das ist im übrigen auch seine schönste Antwort, der keine Verteilung von Lebensmitteln oder Kleidern jemals gleichkommen kann. Glaubt ihr, daß es nichts sei, Menschen, die leiden, zu lehren, daß sie nicht umsonst leiden und daß z. B. jede Stunde Schlaflosigkeit ihnen Schätze im Himmel für sie selbst und für ihre Brüder einbringt? Glaubt Ihr, daß es in unseren Tagen nichts ist, dieser unglücklichen Menge von Männern und Frauen, die nur daran denken, gut zu leben bis zur Stunde, wo sie ins Nichts zurückzukehren glauben, ins Gedächtnis zu rufen, daß es ein anderes ewiges Leben gibt, daß sie einen Vater haben, der über sie wacht und sie erwartet, Brüder in dieser und jener Welt, die sie lieben und unterstützen? ... Die erste Antwort des Bischofs als Nachfolger Christi ist es also in diesem Jahrhundert der Technik, des Chaos und der schlimmen Betrügereien, die kleinen Leute, die Demütigen wieder zu Ansehen zu bringen. In den Augen der Welt haben diese ihr Leben verfehlt, es sind die Vergessenen und Verachteten. In den Augen Gottes sind sie es, die zählen. Ist es da nicht, frage ich Euch, die Ihr leidet und nicht mehr schlafen könnt bei dem Gedanken an Morgen, eine große Sache zu wissen, daß gerade Ihr recht habt, und, wie die Seligpreisungen sagen, „das Land besitzt"? ... Wie einst in den Augen Christi, meine Söhne und meine Brüder, die Ihr leidet und unruhig seid, so seid auch in meinen Augen Ihr es, die zählt und die den ersten Platz in meinem bischöflichen und väterlichen Herzen einnehmt.

Aber hüten wir uns hier wohl. Möge niemand von Euch, die Ihr mich diese Dinge sagen hört, einem bitteren Gedanken Einlaß gewähren, der sich in ihm erheben könnte. Vielleicht sagt Ihr Euch, da singe man Euch nun noch einmal das Lied, das einschläfert; man predige Euch noch einmal die christliche Religion, um den Ruf nach Gerechtigkeit zum Schweigen zu bringen und die Knechtschaft zu verlängern. Meine Freunde, Ihr wißt wohl, daß wenn ein Mensch auf die Erde gekommen ist, um die Ketten zu zerbrechen und jede Heuchelei und jede Ungerechtigkeit zu enthüllen, es der ist, der der Erste unter uns Brüdern werden wollte.

Und dann wißt Ihr auch, daß der Bischof sich nicht damit zufrieden gibt, die Menschen an ihre Pflichten und ihre Hoffnungen zu erinnern; er ist nicht nur ihr Vater für das Jenseits, sondern auch für die Gegenwart. Mit allen seinen Kräften rückt der Bischof dem Elend, der Unwissenheit zu Leibe ... Es ist wahr, daß viele Antworten der Kirche auf die sozialen Strukturen, auf das Arbeitsregime nicht so wirksam, nicht so allgemein gültig sind wie sie möchte ... Doch der Bischof ... hat oft die Aufgabe, sie an das Elend der kleinen Leute und an die Pflichten, die dieses den Regierenden auferlegt, zu erinnern. Ihr wißt, daß wir in diesem Punkt nicht nachlassen, denen, die die Macht haben, unermüdlich ihre Mission und ihre Verantwortung ins Gedächtnis zu rufen. Sei es gelegen oder ungelegen, wir werden nicht aufhören, unsere Stimme zu erheben, damit viel Ungerechtigkeit erkannt und bekämpft wird, damit die Familie ihre Würde und Unabhängigkeit wiedererhält, damit sie wieder die Zelle und heilige Quelle der Gesellschaft wird ...

Nein, der Bischof zeugt nicht nur Seelen für das Leben im Jenseits; schon auf Erden und mitten in den zeitlichen Umständen ist er ein Vater in dieser Welt, ein Vater für sein Volk, und wird es bis zum Ende der Zeiten sein.

Das erste Hirtenwort des neuen Primas von Polen

Die Interkatholische Preßagentur veröffentlicht jetzt eine Übersetzung des ersten Hirtenbriefes des Erzbischofs Stefan Wyszcynski, des Nachfolgers von Kardinal Hlond auf dem erzbischöflichen Stuhl von Gnesen und Warschau und als Primas von Polen. Der Erzbischof stellt sich in diesem Hirtenbrief seinen Landsleuten als geistlicher Vater vor und bezeugt seine tiefe Verbundenheit mit dem Schicksal seiner Herde. Wir geben aus dem sehr ergreifenden Hirtenbrief im folgenden einige der wichtigsten Stellen wieder:

„Geliebte priesterliche Brüder und liebe Kinder in Gott! Ich komme zu Euch im Geiste einer tiefen Demut und im Bewußtsein meines großen Ungenügens angesichts der geschichtlichen Umwälzungen, die heute stattfinden. Aber ich komme auch zu Euch mit dem Feuer eines lebendigen Glaubens, mit dem Licht der Liebe Gottes, voller Vertrauen in den Stahl eures Glaubens, der geläutert worden ist durch Verfolgung.

Mit großer Ehrfurcht und tiefem religiösem Gefühl betreten meine Füße den Boden, den das Blut der größten Helden dieser ehrwürdigen Stadt unvergleichlichen Mutes getränkt hat. Seit der Zeit des Aufstandes kann ich mich nicht von dem Gefühle freimachen, daß man in Warschau nur mit großer Ehrfurcht, mit Kraft und Glauben und mit einem Herzen, das von Feuer und brüderlicher Liebe geläutert ist, umhergehen sollte. Wie könnte ich, ein Sohn Polens, einem solchen Gefühl widerstehen, wenn der Heilige Vater Pius XII. selber von diesen Empfindungen beseelt war. Vor fünf Jahren, am 15. November 1944, zollte er auf die Nachricht von dem tragischen Schicksal des aufständischen Warschau Polen den herrlichsten Tribut. Damals, als die Straßen unserer Hauptstadt von polnischem Blut getränkt waren, hörte die im Vatikan versammelte polnische Kolonie in Rom die folgenden Worte: „Warschau, jene Stadt, die einen leuchtenden Kranz höchster Kultur trägt, jene Stadt, deren Zauber selbst Fremde erlagen, ist nun für ihre Söhne eine brennende Richtstatt, und ihre glühenden Ketten fühlen nicht nur die, die gekämpft haben, sondern auch Frauen und kleine Kinder, die, von der Welt abgeschnitten, unaussprechliche körperliche und seelische

Qualen erlitten haben." Wenn wir heute dieser ergreifenden Stimme lauschen, so möchten wir auf den geheiligten Fundamenten eine Stadt des Lichtes, eine Stadt der Stärke, eine Stadt des Friedens bauen, eine Stadt, die ebenso herrlich in ihrem Werk des Wiederaufbaus ist, wie sie herrlich war in ihren Werken des Heldentums. Das Blut, das vergossen worden ist, verpflichtet alle Bewohner dieser Stadt zur Treue gegenüber den geheiligten Gesetzen des Vaterlandes, zur Verteidigung seiner nationalen Würde, seiner christlichen Haltung und des Geistes der Gerechtigkeit, des Friedens und der Freiheit. In diesem Geiste wollen wir unser Denken schärfen, unseren Willen stärken, unsere Waffen läutern, sodaß Gemüt, Wille, Herz und Hände, durch Gottes Liebe geheiligt, einen bleibenden Bau aufrichten, in dem unsere Nation zur Ruhe kommen kann.

Obgleich ich, meine Kinder, mit Frömmigkeit und Demut im Herzen zu Euch komme, schreite ich doch mit christlichem Mut und aufrechtem Haupte daher. Ich komme nicht als Jemand, der Euer Feind ist, sondern wie einer, der gute Botschaft bringt. Ich komme, um Euch vom Kreuz Christi zu erzählen, der mit seinem eigenen Blute das Heiligtum erkauft hat und der sein eigenes Blut als Lösegeld für viele gegeben hat.

Muß ich mich Euch noch vorstellen? Ich bin kein Politiker, kein Diplomat, kein Reformer. Ich bin Euer geistlicher Vater und Hirte, der Bischof Eurer Seelen, ich bin ein Apostel Jesu Christi. Meine Sendung ist priesterlich, die Sendung eines Hirten und Apostels. Sie ist erwachsen aus Gottes ewigem Ratschluß, aus des Vaters Erlöserwillen, der seine Seligkeit freudig mit den Menschen teilt.

Es ist meine Aufgabe zu taufen, zu firmen, zu weihen, zu segnen, zu opfern, zu lehren und zu richten. Ich bringe Euch das Licht Christi, und ich spreche zu Euch allen, Priestern, und zu Euch, der Familie der Gläubigen. Helft mir die Fackel Gottes in Euere Häuser tragen und sie so hoch heben, daß sie allen, die in diesem Hause sind, leuchten kann, damit sie die dunklen Stellen in Euren Seelen und Herzen erleuchtet, damit das Volk, das noch im Dunkeln sitzt, ein großes Licht sehen möge.

Ich möchte meine Stimme mit Euer aller Stimmen vereinen, meine Kinder, und rufen: „Licht, mehr Licht, mehr vom Lichte Gottes." In seinen Strahlen können wir erkennen, daß wir alle Kinder Gottes sind, daß wir Brüder und Schwestern sind, daß wir eine Familie, eine häusliche und völkische Einheit bilden, daß wir ein Herz und eine Hand in den Mühen des täglichen Tagewerkes sind. Daß zwischen uns das Band der übernatürlichen Einheit besteht, das sagt Euch und mir der bischöfliche Ring, jenes Zeichen des Glaubens, und die Stimme des Gewissens, die mir befiehlt, die Braut Christi, die heilige Kirche, unangetastet zu erhalten.

Gebt mir, Ihr Priester Christi, Eure Herzen und Eure Hände, wir wollen zusammen als Diener Gottes und als brennende Flammen auf ein heiliges Polen hinarbeiten, auf Gottes Reich der Wahrheit und des Lebens, der Heiligkeit und Gnade, der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens. Nehmt meine Grüße, Ihr, die Ihr meinem Herzen so nahe seid, Ihr fröhlichen Kinder, von denen Jugend und Hoffnung der Zukunft ausstrahlt, und Du, fruchtbarer Boden, Mutter an der Wiege, und Du, Vater, auf dem Acker und in den Feldern, mit dem Pflug und der Sichel, in der Fabrik, der Werkstatt, am Tisch des Lehrers und mit der Feder und dem Buche.

Ein Gebet für die Henker

Msgr. Bruno de Solages, der Leiter des Institut Catholique von Toulouse, hat bei einem Gottesdienst zur Fürbitte für den Kardinal Mindszenty eine Ansprache gehalten, deren erster Teil ein Gebet für die Opfer, dessen zweiter Teil ein Gebet für die Henker ist. In dieser zweiten Hälfte seiner Ansprache sagte er:

„Für den, der über die Würde der menschlichen Person nachdenkt, gibt es Schlimmeres als das um seine Würde gebrachte Opfer; es gibt den Henker, der es seiner Würde entkleidet hat. Das erstere ist des Gebrauchs der wahren menschlichen Freiheit beraubt worden, der letztere hat sie bewußt pervertiert! So mag es denn unter dieser Zuhörerschaft vielleicht solche geben, die nach dem Aufruf zum Mitleiden mit den Opfern einen Aufruf zur Rache an den Henkern erwarten. „Herr, willst Du, daß wir befehlen, daß das Feuer vom Himmel herabkommt und sie verzehrt?" Wer hat nicht in seinem Herzen die Worte des Jakobus und Johannes zu Christus wiederholt, als Samaria sich weigerte, sie aufzunehmen? Sie haben in mir geklungen, wie zweifellos auch in euch, meine Brüder? Jedoch der Evangelist Lukas hat uns die Antwort Christi überliefert: „Ihr wißt nicht, aus welchem Geist Ihr redet. Der Menschensohn ist nicht gekommen, um Menschenleben zu vernichten, sondern um sie zu retten".

Wir wollen also — nach der ausdrücklichen Anordnung Jesu Christi — für die Verfolger beten, „damit sie sich bekehren und leben". Wir wollen Gott um Verzeihung für ihre Sünden bitten, für sie ... und ein wenig auch für uns. Denn wir haben keinen Grund, uns die Hände zu waschen. Jeder Mensch trägt für seinen Teil mit an der Verantwortung des Menschen. Beim Tode Turennes soll der befehlende General der feindlichen Armee gesagt haben: „Das war ein Mann, der dem Menschengeschlecht Ehre macht". Es gibt andere, die die menschliche Familie, unsere Familie entehren. Wir können uns nicht ganz unverantwortlich an ihren Ausschreitungen fühlen.

Wir sind in der Tat irgendwie mitschuldig: das Böse ist immer, welcher Art, welcher Schwere es auch sei, irgendwie am Bösen mitschuldig. Zweifellos sind uns diese Art Greuel, wo man die Menschen ihrer Würde beraubt, bisher erspart geblieben. Aber sind unsere Rechtsprechung und unsere Gefängnisse ganz frei von aller Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit? Ich gehe noch weiter. Wenn es in der ganzen Welt Menschen gibt, die auf unmenschlichen Wegen die Befreiung der Menschheit, die Errichtung einer neuen sozialen Ordnung suchen, ist das nicht in weitem Umfang die Folge davon, daß die unsere, an der wir teilnehmen und von der wir profitieren, zu viel Ungerechtigkeit in sich trägt, um derentwillen wir uns kaum Sorge machen? Zweifellos, wenn der soziale Fortschritt in dieser Weise mit dem Verlust der Freiheit und der Würde der menschlichen Person erkauft werden muß, laßt uns die Freiheit und die Menschenwürde bewahren, selbst wenn wir Hungers sterben müßten. Man darf nicht, um das Leben zu retten, das opfern, was das Leben lebenswert macht, und die Freiheit nicht für Brot hingeben. Wenn wir wählen müssen, dann ist die Wahl schon entschieden, aber wir

brauchen nicht zu wählen, und es ist die Aufgabe des Christen, die Wahl: sozialer Fortschritt oder Freiheit der Person abzulehnen, denn es gibt ein Mittel, den sozialen Fortschritt in einer Ordnung der Freiheit zu verwirklichen, und unsere kollektive Schuld ist es, nicht beizeiten diesen Weg eingeschlagen zu haben. Und eben darum sind wir nicht vollkommen unschuldig an dieser furchtbaren menschlichen Ungerechtigkeit.

Bitten wir also Gott um Verzeihung für die Henker, für uns selber, für alle Ungerechigkeit der Welt und für die unseres eigenen Egoismus: „Erbarme Dich unser, Herr, in Deiner großen Barmherzigkeit!" (Ps. 50).

Die Kirche in den Ländern

Das Martyrium des Kardinals Mindszenty

Kardinal Mindszenty hat also doch eine neue Form des Martyriums an sich erfahren müssen: „die Strafe, vor der Welt dazustehen als eine rohe Karikatur seines wahren Selbst," wie „Catholic Herald" sich ausdrückte.

Die Herder-Korrespondenz hat in ihrem Bericht im vorigen Heft (3. Jhg., H. 6 S. 268) die Befürchtung ausgesprochen, es könnte den ungarischen Machthabern am Ende doch gelungen sein, das Bild dieses Mannes vor der Welt in das eines politischen Phantasten umzufälschen.

„Tor um Christi willen" (1. Kor. 4,10)

In der Tat hat sein Verhalten vor Gericht selbst in katholischen Kreisen jener Länder, die den totalen Staat nur vom Hörensagen kennen, mindestens für einen Augenblick einen Schock erzeugt. Der „Catholic Herald" schrieb seinem englischen Publikum am 12. Februar: „Sollte irgendein Beweis dafür erbracht werden, daß Kardinal Mindszenty sein hohes Amt unzureichend ausgefüllt hat, können wir den Lesern versichern, daß sie in diesen Spalten davon hören werden. Das Ansehen der Kirche steht und fällt nicht mit dem Benehmen einer Person, wie hoch sie auch stehen mag." Dann bekundet das Blatt dem kommunistischen Gericht sein Mißtrauen, um in englischer Fairneß sogleich hinzuzufügen, man könnte ja den Kardinal vor ein internationales Gericht stellen, wenn man die Welt von der Wahrheit überzeugen wollte. Ganz gewiß hat ein so hervorragender Publizist wie Michael de la Bedoyere sein persönliches Urteil über Mindszenty und seine Feinde. Er mußte die erwähnten Sätze für seine Leser schreiben, er mußte „ad hominem" argumentieren. Daß indes eine solche Sprache notwendig war, scheint ein neues Zeichen dafür zu sein, daß die westliche Welt, miteingeschlossen die Katholiken, von der Dämonie des totalen Staates noch nichts verspürt hat. Man schleift seine Waffen gegen die „Gangster" des Ostens und versucht das drohende Unheil abzuwenden, indem man immer von neuem ein „fair play" anbietet. Man kann den totalen Umsturz der Werte, Begriffe und Ideen nicht fassen, der sich im absoluten und bewußten Atheismus vollzogen hat. Man schließt die Augen davor, daß im positiven Atheismus der Dämon an Gottes Stelle getreten ist, und daß der atheistische Staat oder das Kollektiv, welches über den Staat verfügt, etwas Dämonisches ist, das sowohl die Waffen wie die Diplomatie verspottet. Solange es bei dieser Hilflosigkeit des modernen Denkens bleibt, werden die Martyrer, die dem „neuen Gott" in die Hände fallen, ein erniedrigenderes Los haben als ein Thomas More.

Selbst der „Osservatore Romano" schrieb im Augenblick der Urteilsverkündigung einige Sätze, deren Formulierung auffallend war. Sie wurden zwar nur im ersten Teil der Auflage gedruckt und waren in dem Exemplar, das unserer Redaktion vorlag, nicht enthalten. Aber ein Teil der Weltpresse, vor allem das englische Blatt „New Statesman" und „Manchester Guardian" griffen sie auf, um sie dahin zu deuten, daß auch der Vatikan seine Haltung gegenüber Kardinal Mindszenty revidiert habe. „Osservatore Romano" schrieb: „Kardinal Mindszenty standen zwei Wege offen: der Weg der Unwahrheit und der Weg der Feigheit. Entweder alles zu leugnen oder alles zuzugeben. Er wählte den Weg der Rechtlichkeit und Ehre. Er gab zu, was wahr war und stritt ab, was falsch war." Im weiteren Zusammenhang wurden diese Sätze dahin erläutert, daß Kardinal Mindszenty im Bewußtsein seiner Verpflichtung als Primas von Ungarn zu den Angelegenheiten der Nation Stellung nahm, daß er sein Bedauern aussprach, wenn er dabei mit den Gesetzen in Konflikt gekommen sein sollte, daß er aber die Möglichkeit nicht ausschloß, daß diese Gesetze gegen das Gewissen verstießen, und daß er schließlich nichts von seinen religiösen Überzeugungen und Tätigkeiten zurücknahm. Wer in jenem Augenblick diese Sätze des vatikanischen Blattes las, konnte vielleicht tatsächlich das Gefühl haben, hier würde ein Rückzugsgefecht geführt, hier würde zugegeben, daß etwas „wahr" war an dem Budapester Prozeß.

Sehr gut traf nach unserer Meinung die „New York Herald Tribune" den Sachverhalt, wenn sie schrieb: Kardinal Mindszenty hat „eine größere und geschichtlich bedeutendere Haltung eingenommen, als viele seiner glühenden Verteidiger sie ihm zugestanden". Er habe die Rolle eines Priesters, der mit gemeinen Mitteln an den Galgen gehetzt wird, verschmäht und die Verantwortung auf sich genommen, die seine Stellung ihm gegenüber der Kirche wie dem Volk auferlegte. Er hatte es zu tun mit einem Staat, der seiner religiösen und philosophischen Überzeugung von Grund auf entgegensteht. Dann heißt es: „Dies ist das große Dilemma unserer Zeit. Für die meisten ist die Lösung nicht zu schwierig. Der gewöhnliche Mann kann eine Seite wählen und der anderen entgegentreten. Der Kardinal stand vor einem größeren Problem ... Er mochte bereitwillig das Martyrium auf sich nehmen von einem feindseligen Staat.

Aber was war seine Pflicht gegenüber dem katholischen Volk, das er hinter sich hatte? Die alte klare Trennung zwischen geistlicher und zeitlicher Gewalt ist nicht mehr länger gangbar angesichts einer neuen zeitlichen Gewalt, die auch auf die Geister und Seelen Anspruch erhebt . . ."

Wenn nun aber die amerikanische Zeitung im Anschluß an diese Ausführungen die Hoffnung ausspricht, der Kardinal könnte durch seine Schlußrede im Prozeß „eine Brücke zwischen dem katholischen Glauben und dem ungarischen Volk gelassen haben", fürchten wir, daß diese Hoffnung ebenso wie die Brücke sehr bald ins Wasser fallen wird.

Auch katholische Blätter machten sich am 12. Februar die Ansicht zu eigen, das Schlußwort sei der Schlüssel zu dem ganzen Problem, und der Kardinal, der vor seiner Verhaftung kämpfte, sei nunmehr zum Hirten geworden, der aus Sorge um die Not der Seelen zur Versöhnung und zum Frieden beitragen wollte und dafür auch das letzte hergab, was er noch besaß, nämlich das Prestige seiner Persönlichkeit und seine Ehre, — in diesem Sinne schrieb damals das englische „The Tablet". — Wird nicht dadurch die Gestalt des Hirten karikiert, der seine Herde vor dem Einbruch des Wolfs zu schützen trachtete? Das Schlußwort ist kein Schlüssel, sondern, wie wir im letzten Bericht schrieben, ein „dumpfer Nachhall" einstiger Größe, die nun zerstört war. Die neueste Entwicklung hat gezeigt, daß Kardinal Mindszenty auch weiterhin zum „Objekt" einer diabolischen Spekulation gemacht wird.

Der Kardinal als Faustpfand

Die ungarische Regierung hat nämlich bekanntgegeben, daß für den Termin des Appellationsverfahrens keine gesetzliche Frist bestehe, daß es also beliebig lange hinausgeschoben werden kann. Inzwischen wird die Regierung erneut versuchen, zu einem Übereinkommen mit der Kirche zu gelangen. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, daß der Kardinal dabei als Geisel und Faustpfand dienen muß. Je nach dem Lauf der Verhandlungen hat man es in der Hand, sein Schicksal zu verschlimmern; denn das Berufungsgericht kann ja die Strafe auch verschärfen — oder es auch zu mildern. Inzwischen füttert die Regierung die Bischöfe mit Appellen des Kardinals, sie möchten zu einem Kompromiß kommen, wie „The Tablet" es ausdrückt.

Die ungarischen Bischöfe scheinen unter einem schweren Druck zu stehen. Schon ihre Verlautbarung vor Beginn des Prozesses zeigt das. Sie erklärten damals, wenn die Veröffentlichung der Regierung richtig ist, daß sie keine Stellung zum Fall Mindszenty einnehmen und seine Sache der weisen Erwägung der ungarischen Regierung anvertrauen wollten. Der Bischof von Szeged, Msgr. Hamvas, erklärte außerdem nach übereinstimmenden Meldungen der Budapester Zeitungen, in Ungarn bestehe volle Religionsfreiheit. Vor Beginn des Prozesses wurde ferner der Budapester Klerus vor den Bürgermeister gerufen, der sämtliche Geistlichen persönlich dafür haftbar machte, daß keine Unruhen entstünden. Es ist gar kein Zweifel möglich, daß die Regierung auch jetzt Drohung und Verführung spielen läßt, um die Kirche gefügig zu machen. Daß die Auswertung des Budapester Urteils dabei einen Trumpf bedeutet, liegt auf der Hand. Der Brief des Heiligen Vaters an den ungarischen Episkopat mit seiner deutlichen Tendenz, die Bischöfe zu stärken, wird zweifellos verhüten, daß in irgendeiner Form wesentliche Zugeständnisse an die Regierung gemacht werden. So wird also Kardinal Mindszentys Schicksal nach aller Voraussicht noch eine Zeitlang in der Folter des Gewissens bestehen, ehe es sich erfüllt.

Folter des Gewissens

Wenn wir von der „Folter des Gewissens" sprechen, in der wir neben der „Karikatur vor dem Angesicht der Welt" den zweiten Wesenszug dieses Martyriums erblicken, wollen wir damit sagen, was nach unserer Ansicht dem Kardinal während seiner Untersuchungshaft und im Prozeß angetan worden ist. Die Fülle von Einzelheiten, die inzwischen über den Prozeß bekannt geworden sind, kann hier nicht wiedergegeben werden. Wir müssen diejenigen Leser, die sich darüber im einzelnen unterrichten wollen, auf die ausgezeichneten Darlegungen der englischen Zeitschrift „The Tablet" (12., 19., 26. 2. 1949) verweisen. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß Kardinal Mindszenty durch irgendwelche Einflüsse, die nach wie vor uns unbekannt bleiben, veranlaßt worden ist, seine Auffassungen zu ändern und einzugestehen, daß er sich geirrt hat. Es darf aber ebensowenig vergessen werden, daß er in seinem letzten Wort vor der Verhaftung diese Möglichkeit voraussah und voraussagte. Was dazwischen liegt, ist die Dämonie, der es gelang, ihm seine Überzeugung zu nehmen, daß sein kompromißloser Kampf nicht nur ehrlich, sondern auch richtig war, und ihm dafür jene Gefühle einzuflößen, die man nunmehr als „Friedensbereitschaft und Hirtensorge" kennzeichnet, die aber in Wahrheit zu einem Kompromiß mit dem Dämon führen würden. Was dieser innere Umschwung dem Gewissen dieses Mannes angetan hat und antut, können wir nicht ermessen, aber wir glauben, es mit dem Ölbergsleiden des Herrn und mit seiner Verlassenheit am Kreuz vergleichen zu sollen, wie denn überhaupt dieser Leidensweg an die Erniedrigung des Herrn gemahnt.

Wir glauben nicht, daß es notwendig oder auch nur angemessen ist, Kardinal Mindszenty zu bedauern, wie jene es tun, die es für richtig halten, von einer „politischen Haltung" zu reden, die er eingenommen habe und die nicht alle Katholiken teilen würden. Die englische katholische Frauenführerin Barbara Ward hat trefflich bemerkt: Kompromiß oder nicht, es kommt immer auf dasselbe hinaus. In der endgültigen Auseinandersetzung zwischen dem Kommunismus in seiner heutigen konkreten Gestalt und dem Christentum gibt es kein Arrangement, und jede vorläufige Abmachung aus „Hirtensorge" zögert nur hinaus, was eines Tages dann doch eintritt: die Verfolgung derjenigen, die sich gegen den „neuen Gott" entscheiden. Der Kardinal bedarf unseres Mitleids nicht.

Wir glauben aber auch nicht, daß es einen Sinn hat mit Protesten zu reagieren, um von Handelssanktionen und Atombomben zu schweigen. „Catholic Herald" schreibt am Ende seines Berichts über die große Londoner Protestkundgebung: „Nach Empfang des päpstlichen Segens . . . gingen die Bischöfe, die Peers und das gewöhnliche Volk nach Hause und konnten in Frieden schlafen, während der Kardinal in Budapest sein Schicksal erwartete."

Wer davon überzeugt ist, daß dieser Kampf die Ebene

des Politischen, des Kirchenpolitischen, ja des Menschlichen verlassen hat, daß er geht „nicht gegen Fleisch und Blut, sondern gegen die Mächte, gegen die Gewalten, gegen die Herrscher dieser finstren Welt, gegen die bösen Geister unter dem Himmel" (Eph. 6, 12), der weiß, daß wir „die Waffenrüstung Gottes" anlegen müssen, um zu bestehen.

Islam und Christentum heute

Neben dem Christentum gibt es noch eine große monotheistische Weltreligion, den Islam. Die Anhänger dieser beiden Glaubensbekenntnisse zu dem Einen lebendigen Gott leben in großen Gebieten, nämlich in Nordafrika und im Nahen Orient, in steter Berührung miteinander. Die Beziehungen zwischen den beiden Religionen sind aber im Laufe von zwölf langen Jahrhunderten fast immer gespannt gewesen, und religiöser Fanatismus auf beiden Seiten hat sich in jahrhundertelangen Kriegen ausgetobt. Heute besinnt man sich auf beiden Seiten, daß der Feind nicht mehr die andere Religion, sondern die Religionslosigkeit ist, und daß es zwischen denen, die an Einen Gott glauben, eine Gemeinsamkeit geben muß, die ihnen erlaubt, Seite an Seite gegen den modernen Atheismus zu stehen.

Theologische Basis

„Rhythmes du Monde", die französische Vierteljahresschrift zur Förderung des Verständnisses der fremden Kulturen in den Missionsländern, hat das dritte Heft des Jahres 1948 den Problemen des Zusammengehens mit dem Islam gewidmet. Im Vorwort dieses Heftes wird gesagt, daß es sich bei diesem Zusammengehen darum handle, die übernatürliche Bezogenheit des Menschen überhaupt zu retten. Beide Religionen bekennen, daß es „keinen Gott gibt außer Gott". Gewiß ist das nicht das ganze Glaubensbekenntnis des Islam. Aber sollte es nicht im gegenwärtigen Augenblick mehr auf dieses Bekenntnis zu Gott als auf die Nachfolge des Propheten ankommen? Beide Religionen bekennen auch die Unsterblichkeit der Seele und das Leben nach dem Tode, wenn auch ihre Vorstellungen von diesem verschieden sind. Aber sie können gemeinsam der heutigen Welt verkünden, daß wir nicht auf Erden eine bleibende Statt haben, auch wenn das „irdische Paradies" noch so schön organisiert wird.

Der Glaube des gewöhnlichen mohammedanischen Gläubigen ist natürlich ebenso vereinfacht und oft entstellt wie der des durchschnittlichen Christen. In der Christenheit hat man sich seit langen Jahrhunderten vielleicht viel zu sehr an diese Oberfläche des Islam gehalten, um erkennen zu können, eine wie breite Basis der Gemeinsamkeiten trotz allem zwischen den beiden Religionen vorhanden ist. Heute gibt es einige wenige Kenner, die diese Basis wieder freilegen, um dadurch das Bündnis der beiden Religionen gegenüber dem gemeinsamen Feind, der Gottlosigkeit, zu erleichtern. „Rhythmes du Monde" veröffentlicht einen Auszug aus einer Vortragsreihe von Professor Louis Massignon, der ein besonderer Kenner des Koran ist. Seine Interpretation dieses heiligen Buches des Islam geht zwar in viel größere Tiefen als die heute übliche rationalistische Auslegung bei seinen Anhängern selber, deckt sich aber mit gewissen alten mohammedanischen Überlieferungen. Das Problem, das ihn vor allem beschäftigt und das ja auch tatsächlich für die Verständigung zwischen Christen und Mohammedanern das wichtigste ist, ist die Auffassung des Koran von Maria und Jesus. Unter den Christen ist es in der Tat viel zu wenig bekannt, was für eine einzigartige Rolle vor allem Maria in dem heiligen Buch des Islam spielt.

Die arabische Welt Mohammeds galt als die Nachkommenschaft Ismaels, d. h. zwar wohl als Nachkommenschaft Abrahams und Erben von dessen Verheißung, jedoch ausgeschlossen von der Verheißung an Israel. An Israel war der Messias versprochen, und für Mohammed war der Messias in der Person Jesu zu den Juden gekommen, allerdings nicht als Gottmensch, sondern als der letzte und größte der Propheten. Seine messianische Rolle galt aber nur für Israel, während die übrige Nachkommenschaft Abrahams nur der Wiederkunft des Messias zum letzten Gericht unterstand. Von dem Messias (Jesus) hat Mohammed jedoch im Gegensatz zu den gesetzesgläubigen Juden betont, daß Jesus und seine Mutter rein, jungfräulich und heilig waren, ja die einzigen menschlichen Wesen, deren Empfängnis unbefleckt, unberührt vom Teufel war. Und er lehrte, daß die Welt in der Stunde des Gerichtes nach diesem Zeichen der Unbefleckten Empfängnis Mariä gerichtet und verdammt werden würde. Die Frage, ob Jesus Gott sei oder nicht, ist nach dem Koran unentscheidbar bis zum Jüngsten Gericht, wo jenes Zeichen erst gesetzt werden wird.

Massignon sagt, daß dieses „Zeichen der Beiden", das im Koran skizziert ist, dem mohammedanischen Leser wohl kaum klarer sein dürfte als das „Zeichen der Drei" vor Abraham in Mambre für den rabbinischen Leser der Bibel. Aber unzweifelhaft hat Mohammed vor den Juden in Medina dafür Zeugnis abgelegt, und zwar um die absolute Transzendenz Gottes zu beweisen entgegen der Hoffnung der Juden auf einen Messias, der durch seinen Vater von David abstamme. Denn der ganze Protest des Islam gegen die Menschwerdung Gottes richtet sich gegen eine fleischliche Vaterschaft, und sein Zeugnis für die Unbefleckte Empfängnis bekräftigt die jungfräuliche Mutterschaft als höchstes Gleichnis Gottes in der Frau.

Ein weiteres: so sehr Mohammed sich auch auf das alte Testament stützt, so geht er doch über die jüdische Enge hinaus, indem er immer wieder betont, der Gott Abrahams sei ein Gott aller, nicht nur des jüdischen Volkes.

Die meisten der geistlichen Schriftsteller des Islam glauben, daß die zweite Ankunft Christi, die sie sehnsüchtiger erwarten als wir, daran gebunden ist, daß wir zu ihnen kommen. Für sie wie für uns beginnt die Wiederkunft Christi stufenweise in den von Glauben glühenden Seelen in einer Ordnung evangelischen Lebens. Christus ist für sie der Geist einer alleingültigen Ordnung der Vollkommenheit. Was sie bei uns besonders anzieht, sind die kontemplativen Orden.

Trotz alledem äußert sich Massignon nur sehr zurückhaltend über die Aussichten einer Verständigung zwischen den beiden Religionen, vor allem auch, weil er glaubt, daß es „spät an der Zeit" ist. Auf mohammedanischer Seite sieht er jedoch eine günstige Voraussetzung darin, daß die religiöse Überlieferung des Islam daran glaubt, daß die großen Männer des Opfers und des Gebets, die Freunde des Gottes Abrahams, die das geistige

Leben der Gemeinschaft der Gläubigen wacherhalten, Fremdlinge und Gäste sind, verlorene Söhne von jenseits der sichtbaren Grenzen. Solche könnten sie auch unter den Christen finden.

Konkrete Lage

Ein anderer Beitrag des gleichen Heftes stellt neben diese theologischen Untersuchungen die Skizze der konkreten Situation, wie sie sich heute etwa in der arabischen Welt darstellt. Der Aufsatz stammt von einem arabischen Christen, Carlos Chad. In der Tat gibt es unter den Arabern eine christliche Minderheit, und zwar schon seit den ersten Zeiten des Islam. Nachdem die beiden Gemeinschaften, die mohammedanische und die christliche, im ersten Jahrhundert nach Mohammed friedlich nebeneinander gelebt hatten, haben sie dann allerdings bis vor kurzem einander feindlich gegenüber gestanden und keinerlei Gemeinsamkeit gehabt. Erst im 19. Jahrhundert änderte sich das, und zwar durch die arabische Wiedergeburt, an der beide Gemeinschaften mitwirkten. Wie sich eine Gemeinschaft der verschiedenen Weltanschauungen des Abendlandes in den europäischen Widerstandsbewegungen gebildet hat, so ist die Gemeinschaft zwischen arabischen Mohammedanern und Christen in den Gefängnissen der Türken zustande gekommen. Diese Annäherung hat allerdings nur die mohammedanischen Führer erfaßt, während die Masse der arabischen Mohammedaner diese Versöhnung nicht mitvollzog. Immerhin haben auch die Massen sich im 20. Jahrhundert der christlichen Gruppe ihrer Stammesangehörigen geöffnet.

Die arabischen Christen verhalten sich vorläufig dieser Annäherung gegenüber vorsichtig. Aber sie suchen doch ernstlich nach einer gemeinsamen Basis mit den andersgläubigen Brüdern. Im Bereich des Irdischen ist sie nicht schwer zu finden. Sie besteht in der gemeinsamen Aufgabe des Aufbaus einer neuen arabischen Kultur, eines neuen Staates. Innerhalb der arabischen Gemeinschaft bildet die christliche Gruppe eine Elite durch den jahrhundertelangen Kontakt, den sie mit dem Abendland unterhalten hat und der sie gebildeter, repräsentativer gegenüber dem Ausland und dynamischer in den sozialen und wirtschaftlichen Fragen gemacht hat.

Die arabischen Christen haben aber auch Grund, im Bereich des Geistigen eine alte Schuld gegenüber den Mohammedanern abzutragen. Der Islam konnte nur einen so großen Erfolg unter den Völkern des Orient erringen, weil zur Zeit seines Auftretens und lange darüber hinaus die Christenheit des Orient in Formalismus und Äußerlichkeit erstarrt war. Der christliche Glaube konnte in dieser Gestalt die religiöse Unruhe und geistige Sehnsucht der Völker nicht befriedigen. Doch hat nun die Vorsehung die arabischen Christen eben an diesen Punkt engster Berührung mit den arabischen Mohammedanern gestellt. Sie haben die gleiche liturgische Sprache, die gleiche weltliche Kultur und weitgehend die gleichen religiösen Bedürfnisse. Darum scheint es heute die besondere Sendung der arabischen Christen zu sein, inmitten dieser Gemeinschaft ein neues, gültiges Zeugnis für Christus abzulegen.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Immer wieder die Entchristlichung des Abendlandes

Das Schwinden des christlichen Glaubens ist in der Tat so sehr der erschütterndste Vorgang unserer Zeit, daß wir uns nie genug darum bemühen können, ihn zu fassen und in seinem Wesen zu durchschauen. Darum beschäftigen sich auch alle großen christlichen Zeitschriften immer wieder mit diesem Thema. So bringt das Februarheft der „Etudes" einen Aufsatz von Jacques Leclercq über „Veränderte Perspektiven in der Christenheit".

Schwund des religiösen Gefühls

Worauf es Leclercq vor allem ankommt, ist zu zeigen, daß die Entchristlichung, von der heute überall so viel geredet wird, in dem größeren Zusammenhang eines Erlöschens des religiösen Lebensgefühls in der ganzen Welt steht. Das religiöse Gefühl ist nicht nur in den christlichen Ländern geschwunden, sondern allen anderen Religionen widerfährt das Gleiche. Das religiöse Gefühl ist aufs engste gebunden an die Frage nach dem Leben jenseits des Todes. Aber die moderne Welt will von einem anderen Leben als dem irdischen nichts wissen, will den Menschen ganz auf diese Welt festlegen und hält die Frage nach dem Jenseits für unnütz und schädlich. Das ist bei den Chinesen, den Hindu, den Mohammedanern ganz genau so wie bei den Christen. Natürlich gibt es noch überall auf der Welt religiös gebundene Schichten; aber das sind überall die mittleren bürgerlichen Schichten, die in jeder Hinsicht die trägen, aufs Bewahren eingestellten, nicht in die Zukunft drängenden Schichten sind, während die Intelligenz und die Arbeiterklasse, diese beiden Träger der geschichtlichen Entwicklung, sich aus der religiösen Überlieferung gelöst haben. Auch bei den Ländern als Ganzen verhält es sich ebenso. Die entwickelten und fortschrittlichen Länder sind die religionslosesten, die rückständigen Länder die gläubigen; aber diese Länder haben auch keine Ausstrahlungskraft, und ihr religiöses Leben ist im großen und ganzen matt. Religiöse Vitalität scheint es nur dort zu geben, wo der Glaube in der Minderheit ist.

Aus dieser Lage hat sich als ganz neue Perspektive für die Religionen ergeben, daß sich alle Religionen und innerhalb der christlichen Welt alle Konfessionen dem gemeinsamen Feind des Unglaubens gegenüber in der gleichen Front befinden. Früher, als die ganze Welt von der Notwendigkeit eines Glaubens überzeugt war, stritt man sich darüber, welches die wahre Religion sei. Heute

handelt es sich darum, einer ungläubigen Welt zuerst einmal zu beweisen, daß es überhaupt von Wert sei, einen Glauben zu besitzen. Darum sehen auch die christlichen Konfessionen eine in der anderen nicht mehr vor allem den Irrtum, sondern vor allem die Notwendigkeit, zusammenzuarbeiten; die dogmatischen Streitfragen werden darum nicht ihrer Bedeutung entkleidet, aber viele Mißverständnisse in geringeren Fragen werden beseitigt.

Sehr bezeichnend ist es, wie heute durchweg die Konversion eines Ungläubigen sich vollzieht. Hat er einmal begriffen, daß die Religion etwas notwendiges ist, so nimmt er auch gleich den ganzen katholischen Glauben an. Die logische Entwicklung würde dazu führen, zuerst die Existenz Gottes anzuerkennen, dann die Gottheit Christi und schließlich die göttliche Sendung der Kirche; aber der psychologische Vorgang ist ein anderer: ist die Notwendigkeit des Glaubens einmal erkannt, so ist die Wahl schon getroffen; man nimmt die positive Religion an, die man gerade vorfindet, in einem katholischen Lande also die katholische Religion.

Das eigentliche Kennzeichen unserer Zeit ist, wie gesagt, die Religionslosigkeit, die völlige Gleichgültigkeit gegenüber der Religion. Die Religion stellt für die Menschen in dieser Sicht keine Wahrheitsfrage mehr. Sie ist nur ein Phänomen unter anderen, und man kann sie in psychologischer, soziologischer oder historischer Hinsicht studieren. Man kann diese Studien sogar mit Leidenschaft betreiben und die lebhafteste Sympathie für die religiösen Lehren empfinden, ohne sich jedoch vor ein Wahrheitsproblem gestellt zu fühlen.

Wenn die Katholiken sehen, daß sich ein Ungläubiger für ihre Religion interessiert und ihr mit Ehrfurcht entgegentritt, glauben sie im allgemeinen sogleich, er sei auf dem Wege der Bekehrung. Lange ist das auch wirklich so gewesen; aber der Ungläubige von heute ist anders. Für ihn ist das Christentum eine Religionsform wie etwa der antike Götterglaube. Er mag sich lebhaft dafür interessieren, Katholiken zu treffen, weil sie ihm als die Überbleibsel eines vergangenen Zeitalters, als ein sonderbares anachronistisches Phänomen erscheinen, das er zu seiner Freude noch lebend antrifft und studieren kann. Es gehört für ihn in den Bereich der Folklore. Aber, so sagt Leclercq, wenn der Katholik in ihrer Sympathie den Anfang einer Konversion zu sehen glaubt, so ist das ungefähr, wie wenn eine Katze, die man streichelt, glauben würde, man hätte Lust, auch eine Katze zu werden. Sie begeistern sich für unsern Glauben, so wie wir uns etwa für die Kultur Griechenlands, für die Welt des Islam oder des Buddhismus begeistern können.

In der Welt der Arbeiter ist die Gleichgültigkeit ebenso groß. Dort sieht man die Religion als einen Bestandteil der bürgerlichen Welt an, mit dem man selber nichts anfangen kann.

Notwendigkeit des Zeugnisses

Diesem Zustand der Gleichgültigkeit in den führenden Schichten können wir wachen Christen nicht mit Argumenten und Diskussionen entgegentreten, sondern nur durch das Zeugnis.

Solange die abendländische Gesellschaft einheitlich christlich war, handelte es sich beim Glaubensunterricht der Kinder nicht darum, sie zu der Entscheidung zu bringen, der christlichen Wahrheit anzuhängen oder nicht; die Anhängerschaft war selbstverständlich. Statt dessen mußte man sie ihren Glauben kennen lehren, ihnen sagen, ihr müßt dies und das glauben. Das wichtigste Problem des christlichen Lebens bestand dann darin, die in der Taufe erhaltene Gnade zu bewahren oder die verlorene wiederzufinden. Als sich die christliche Gesellschaft zu Beginn der Neuzeit aufzulösen begann, folgerte man aus eben dieser Mentalität, daß man die gläubigen Schichten möglichst in sich abschließen und isolieren müsse, damit das Christentum bewahrt werde. Diese Auffassung besteht auch heute noch in den traditionellen chrisflichen Schichten, nur daß deren Durchführung ganz illusorisch geworden ist. Denn es gibt keine isolierten christlichen Schichten mehr, da alle Kreise heute durch das gesamte öffentliche Leben, durch Lektüre, Kino, Radio mit der nichtchristlichen Welt eng verbunden sind. Darum müßte heute jeder Christ im Stande sein, seinen Glauben selber zu verantworten, auch außerhalb einer christlichen Umgebung.

Man spricht noch gar nicht so lange von Zeugnisablegen. Die Situation, die das Zeugnis fordert, gleicht in mancher Hinsicht dem Urchristentum. Dieser Drang, durch das Zeugnis für Christus die ganze Welt zu verwandeln, bricht bei Paulus andauernd durch. Der Glaube führt zwar zum ewigen Leben, aber er beginnt mit einer radikalen Umwandlung des Lebens auf Erden. Aber im Unterschied zur Gegenwart stand die Urkirche inmitten einer Welt, für die die religiöse Idee als solche allgemein gültig war.

Heute ist es die erste Aufgabe der Christen, der Welt zu beweisen, daß die Suche nach dem ewigen Leben einen verwandelnden Einsatz im irdischen Leben mit sich bringt, weil der Christ an der Liebe Christi zu den Menschen teilnimmt, die sich im irdischen Werk kundtut. Gewiß darf der Christ nicht der Gefahr erliegen, zu vergessen, daß sein irdisches Tun aufs engste verknüpft ist mit dem ewigen Ziel. Aber zweifellos ist das Zeugnisablegen durch den irdischen Einsatz heute das wirksamste Apostolat des Christen.

Der Klerus und die Laien

Seitdem es eine Katholische Aktion gibt, kommen Klerus und Laienwelt in weit engere Berührung miteinander als vordem. Sie arbeiten zusammen, sie lernen sich kennen und entdecken aneinander Fehler. Wenn es Rückschläge im Apostolat gibt, neigen beide Teile dazu, einander die Schuld zuzuschieben. Die Kritik ist offener geworden im Zuge der Zeit, sie ist in Frankreich, England und Amerika noch weit offener als in dem wohldisziplinierten Deutschland.

In Frankreich konnte, ohne vom Episkopat gemaßregelt zu werden, vor einiger Zeit der bekannte Schriftsteller und JOC-Führer M. van der Meersch ein Interview veröffentlichen lassen, das gewiß über das Ziel hinausschießt, das aber zweifellos mehr als seine persönliche Ansicht wiedergibt. Van der Meersch gab „der Kirche" die Schuld, sogar die hauptsächliche Schuld am Abfall der Massen. Ihre Botschaft sei viel zu tüchtig mit den Interessen an Geld und Gut verquickt und deshalb zu wenig den Massen angepaßt, die sie erreichen sollte. Andererseits sei die Predigt zu sehr dem wirklichen Leben entfremdet. Man begnüge sich damit, das Dogma

auseinanderzusetzen und stopfe die Gläubigen voll mit Doktrin, ohne ihnen zu zeigen, wie sie leben könnten. Die englische Zeitschrift „Blackfriars" (Januar 1949) bemerkt dazu, für die französischen Katholiken gäbe es zur Zeit kein beliebteres Thema als „Gewissenserforschung" und „Zeugnis". Das „Geld" aber, im Zusammenhang mit der Kirche, sei geradezu ihre fixe Idee. Es sei bereits dazu gekommen, daß Arbeiter sich weigern, in ihre „bourgeoise" Pfarrkirche zu gehen, und daß die beruflich organisierten Gruppen, wie etwa die JOC, ein solches Standesbewußtsein erlangt hätten, daß sie sich von der Pfarrei betont distanzierten. Was für die JOC zutrifft, gilt natürlich auch von anderen Gruppen und Kreisen verschiedenster Stände, deren lautere Gesinnung übrigens außer Zweifel steht.

Die Katholische Aktion und mit ihr das Apostolat der Laien, die dazu bestimmt sind, das Band zwischen den verschiedenen Gliedern der Kirche enger zu knüpfen, stehen also vor der Gefahr des Separatismus.

Die Versuchungen des modernen Apostolates

Zur rechten Zeit erscheint da in Frankreich ein Buch von Henry Duméry über die „drei Versuchungen des modernen Apostolates". Diese Versuchungen haben nach Meinung des Verfassers dies gemeinsam, daß sie den Primat des inneren Lebens im Reiche Gottes vergessen. Es gibt einen katholischen Pragmatismus, der das Geld, die Organisation und die materiellen Errungenschaften überbewertet, es gibt eine Art falschen Messianismus, der die katholische Reklametrommel rührt und das Reich Gottes mit viel Gepränge marschieren läßt, und es gibt immer noch den Klerikalismus, der die Funktionen von Priestertum und Laientum in Kirche und öffentlichem Leben durcheinanderwirft. Aus diesen Erscheinungen erwächst dem Apostolat Gefahr, nicht weil es an und für sich keine Chancen in der heutigen Zeit besäße, sondern weil es nicht mehr ganz rein ist.

Diese Gefahren zu diskutieren, heißt nicht, jemandem einen Vorwurf machen. Sie sind immer gegeben, weil die Kirche in der gegebenen Welt zu wirken hat, sagt der Verfasser. Es gilt vielmehr, in der Katholischen Aktion mit dem Dilemma fertig zu werden, das sich aus der Spannung von Über-Weltlichkeit und Inner-Weltlichkeit ergibt. Die kirchliche Botschaft kann sich in der Form, wie sie verkündet wird, ins Unwirkliche verlieren, und die Kirche kann sich in der Sorge um „diese Welt" übernehmen. Beides hat van der Meersch berührt. Man würde es sich zu leicht machen, nach „Blackfriars", ihn mit der Antwort abzutun, daß da eben wieder einmal „die Kirche" mit „einzelnen unzulänglichen Vertretern der Kirche" verwechselt wird.

Armut — Innerlichkeit — Selbtbescheidung

Die Diskussion über die Katholische Aktion hat in den westlichen Ländern gegenwärtig drei Schwerpunkte.

Die Frage des Verhältnisses von Evangelium, Kirche und christlichem Gewissen gegenüber der Armut und den verarmten, aus der Gesellschaft ausgestoßenen Klassen, den Negern, den DP's, den aus politischen Gründen Verfolgten oder Gemaßregelten hat eine drohende Gestalt angenommen und ist zur größten Bedrängnis des Gewissens geworden. In Frankreich hat die „Jeunesse de l'Eglise" hierüber einen Studienband veröffentlicht, über den die Herder-Korrespondenz in 3. Jhg., Heft 6, S. 276 kurz berichtet hat.

Ebenso wird, besonders in Frankreich, die Frage nach der rechten Gestalt der christlichen Innerlichkeit mit großer Anteilnahme bedacht. „La Vie Spirituelle" hat ihr im November v. J. ein ganzes Heft gewidmet. Die Katholische Aktion könnte sich, wenn sie ihrer ermangelte, leicht in eine irdische Fortschrittsbewegung verwandeln. J. Jouvenroux hat in einem Büchlein: „Journal d'un Catéchumène", das seine einjährigen Erfahrungen in der Katholischen Aktion schildert, von einer „Pseudo-Aktivität" gesprochen, die davon herkommt, daß man durch organisatorische Mittel den Mangel an innerem Leben in den „Aposteln" auszugleichen versuche. „Wir müssen selbst im Glauben fest gegründet sein, wir müssen die Rüstung des übernatürlichen Lebens anlegen, wir müssen bei uns selbst beginnen, wir müssen so sehr auf uns selbst verzichten, daß wir dann wagen können anzufangen, allen alles zu werden." Bei sich selbst beginnen, dies ist das Geheimnis des Erfolges der Bewegung „Moral Rearmement" Frank Buchmans, und es ist bezeichnend genug, daß sie sich in den westlichen Ländern bei Katholiken großer Sympathie erfreut, die in der „Katholischen Aktion" nicht ebensolche innere Aktivität zu finden glaubten.

„Selbstbescheidung" der Laien — aber auch der Priester auf die Rolle, die ihnen durch die Struktur der Kirche zugewiesen ist, dieses dritte Thema erörterte in der amerikanischen Zeitschrift „The Thomist" (Herbst 1948), anläßlich der Rezension zweier Bücher über Katholische Aktion, der Washingtoner Professor Thomas Reese. Er will scharf unterschieden wissen zwischen der Katholischen Aktion, der organisierten Teilnahme am *hierarchischen* Apostolat, das an und für sich dem Klerus vorbehalten und nur kraft Auftrags von Laien ausgeübt wird, — übrigens eine typisch moderne und aus den Notwendigkeiten unserer Zeit geborene Erscheinung —, und dem zum Wesen christlicher Existenz gehörigen *Laien*apostolat, das dem Christen durch Taufe, Mitgliedschaft im Leibe Christi und Firmung vom Herrn direkt übertragen ist und das er demgemäß wohl nach den allgemeinen Richtlinien der Kirche, aber in eigener Verantwortung und nach eigener Entscheidung ausübt. Reese beklagt den ungenauen Gebrauch und die Verwechslung zweier so wesentlich verschiedener Begriffe, aus der sich tatsächlich sehr leicht praktische Kompetenzüberschreitungen, sowohl der Laien wie der Geistlichen, ergeben können. Er regt an, die Theologie sollte sich mit diesen Fragen im Interesse gedeihlicher Zusammenarbeit unverzüglich beschäftigen.

Das moderne junge Mädchen und die Religion

Auf dem internationalen Kongreß der Werke zum Mädchenschutz vom 28. September bis 1. Oktober 1948 in Rom hat P. Olphe-Galliard S.J., Professor am katholischen Institut in Toulouse, einen Vortrag über die religiösen Vorstellungen des modernen jungen Mädchens von Gott und über seine sittlichen Auffassungen gehalten. Er betont selber, daß er natürlich nur einen bestimm-

ten Kreis von jungen Mädchen aus eigener Kenntnis oder durch unmittelbare Berichte kennt und beurteilen kann und daß auch dieses Urteil eine Verallgemeinerung darstellt, daß er aber doch einen sehr bezeichnenden Ausschnitt aus dieser Welt und einen solchen, der gerade den neuen Typ verkörpert, darzustellen glaubt.

Sein Typ ist der des abendländischen jungen Mädchens aus katholischem Milieu in einer durch die Zeit geprägten Umgebung. Dieses junge Mädchen ist nicht seiner Herkunft nach irreligiös, und seine Unkenntnis in religiösen Dingen ist kein völliges Fehlen von Prinzipien und Formeln. Aber es ist doch durch eine Kluft geschieden von den jungen Mädchen der ihm vorausgegangenen Generationen. Selbst wenn es vom flachen Lande, vom abgelegensten Winkel kommt, ist es kein unbeschriebenes Blatt. Autobus, Fahrrad, Radio, Kino haben es längst mit der Welt in Berührung gebracht. Dabei ist es doch mit seinen 18 bis 20 Jahren noch ein halbes Kind.

Physisch sind die jungen Mädchen von heute oft zurückgeblieben und tragen die Spuren der Unterernährung und der Entbehrungen an sich. Das Drüsensystem funkioniert schlecht und wirkt sich in seelischer Unausgeglichenheit aus. Das junge Mädchen kann sich schlecht konzentrieren und seine Erregungen oft nicht beherrschen. Die in kindlichem Alter durchgemachten Ängste haben es nicht zu dem kräftigen Gleichgewicht einer normalen Jugend gelangen lassen. Wenn wir also von unserer Jugend sprechen, dürfen wir nie vergessen, in welch erschütterter und von Leiden und Ungewißheit bedrängter Welt sie groß geworden sind.

Da das junge Mädchen von heute durch Literatur und Technik frühzeitig alle geheimen Dramen kennenlernt, die die Welt der Erwachsenen erschüttern, erleidet es ununterbrochen Schocks, denen es in Wahrheit noch nicht gewachsen ist. Es liest alles und würde niemals zugeben, daß der menschliche Geist durch die Einflüsse, die er auffnimmt, geprägt wird; darum hält es Vorsicht und Zurückhaltung seiner Neugier für überflüssig.

Ein besonderes Merkmal der heutigen Jugend ist ja überhaupt ihr Mißtrauen gegenüber überlieferten Werten, ihre Weigerung, irgendetwas aufs Wort zu glauben und andere Kriterien gelten zu lassen als die persönliche Erfahrung.

Was steht nun diesen Einflüssen der Umwelt an religiösen Ideen bei den jungen Mädchen gegenüber? Leider erweisen sich die Familien immer häufiger ihrer Aufgabe, die Kinder in das religiöse Leben einzuführen, nicht gewachsen. Der Durchschnitt der jungen Mädchen lebt heute in religiösen Hinsicht von Impressionen. Gedanken machen sie sich wenig darüber, und ihr religiöses Leben hängt sehr von Stimmungen und Zufällen ab. Sie halten sich wohl noch an die Kirche, sehen in ihr aber doch nur eine Art Verwaltungsstelle der religiösen Dinge. Gott ist für sie ein Helfer in der Not und das Gebet ein Hilfsmittel wie jedes andere. Das Gefühl für Sünde ist völlig verblaßt; daher wird auch das Sakrament der Beichte kaum benutzt. Die Beichte als übernatürliches Mittel der Selbsterkenntnis würde ja auch eine Anstrengung der Gewissenserforschung und einen Willen zur Treue einschließen, der keineswegs in der Linie dieser Generation liegt. An den Tod, an das Jenseits denken diese jungen Mädchen kaum; sie sind ganz an den gegenwärtigen Augenblick gebunden. Ob sie nun die Schriften der existenzialistischen Philosophen und Schriftsteller lesen oder nicht, sie leben praktisch aus diesem Geist, der ihren wechselnden Stimmungen entspricht.

Neben dieses Bild des Durchschnitts tritt das der Elite. Diese ist den religiösen Problemen geöffnet. Sie hat ganz besonders ein lebhaftes Interesse für die engen Bindungen, die den Geist an die Materie, das sittliche Ideal an das psychische Gleichgewicht, die religiöse Welt an den menschlichen Mikrokosmos knüpfen. Aber diese katholische Elite von heute hat zwei charakteristische Züge: Mangel an Begeisterungsfähigkeit und Neigung zu einem abstrakten Mystizismus oder einem sehr geschäftigen Altruismus nichtreligiöser Prägung. Man hat von dieser Jugend gesagt, es fehle ihr an Fröhlichkeit. Sie hat zu früh zu heftige Wechsel zwischen Begeisterung und Enttäuschung durchgemacht. Sie sehnt sich wohl nach höheren Werten, findet diese aber in unseren überlieferten Werten nicht mehr wieder. So scheint ihnen z. B. die Persönlichkeit Ghandis unerwartete Horizonte zu öffnen: den Frieden der Kontemplation, die Einfachheit des Lebens, das Nichtwiderstehen gegenüber der Gewalt. Alles das finden sie in dem verbürgerlichten Katholizismus ihrer Umgebung nicht mehr. Sie verfallen daher leicht einem religiösen Synkretismus. Ganz besonders hat die Idee der Überlieferung und der Hierarchie keine Macht mehr über sie, was man vor allem auch an ihrer völligen Nichtbeachtung des Index erkennen kann.

Die jungen Mädchen dieser Elite bewundern vor allem die Vorbilder einer unbegrenzten Nächstenliebe, auch wenn die dogmatische Grundlage dabei verschwommen bleibt. Vielleicht, so sagt P. Olphe-Galliard, verdankt auch der Film „Monsieur Vincent" seinen riesigen Erfolg dieser gewissen Unbestimmtheit der religiösen Vorstellungen.

Im Ganzen läßt sich sagen, daß diese Generation reiche Möglichkeiten in sich trägt, die aber von ihren Schwächen gehemmt sind. Sie ist nicht grundlegend egoistisch. Sie ist unbeständig, aber zu gelegentlichen Taten völliger Selbstlosigkeit fähig. Abstraktes Denken liegt ihr nicht, sie denkt im Kontakt mit der Wirklichkeit, sie hat kritischen Sinn und Besonnenheit. Sie hat ein unleugbares Gemeinschaftsgefühl. Sie hat in weitem Maße die Fesseln der Menschenfurcht abgestreift, und sie ist fähig, ihre Meinung zu äußern, ohne ihre Irrtümer und Fehler zu verbergen. Was ihr aber fehlt und was ihr gegeben werden muß, ist ein klares Wertsystem, Kenntnis ihres Glaubens und Rückhalt an der Familie.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Noch einmal Christen und Kommunismus

Wir haben im vorigen Heft der Herder-Korrespondenz berichtet, daß die Hierarchie in Frankreich und Italien an gewisse Gruppen von jungen Christen, die mit der kommunistischen Partei mehr oder weniger eng zusammenarbeiten, Warnungen hat ergehen lassen, die ihnen das Zusammengehen mit den Kommunisten verbieten sollten.

Die fortschrittlichen Christen nehmen die Warnung nicht an

In beiden Ländern haben sich diese „Fortschrittlichen Christen" nicht nach den Warnungen gerichtet. In Italien haben sie mit einer Note auf die im Osservatore Romano veröffentlichte Warnung der Kirche geantwortet, in der es heißt, sie wollten ihre Unabhängigkeit „gegenüber jedermann" bewahren. „Die Fortschrittlichen Christen werden fortfahren, sich um die Sammlung und politische Organisation aller jener zu bemühen, die aus dem Geiste des Christentums geschworen haben, unerbittlich gegen die Habsucht und ihre Instinkte, gegen den Stolz und seine Auswirkungen, die beide unvermeidlich zum Krieg führen müssen, zu kämpfen".

In Frankreich hat der Generalsekretär der „Fortschrittlichen Christen", M. Moiroud, in einem Interview gesagt, daß die „Bewegung der Fortschrittlichen Christen" genau den Intentionen Kardinal Suhards entspreche, daß sie dieselbe Sorge um die Überwindung der sozialen Ungerechtigkeit hätte und mit ihm die „Ängste, Sorgen und Hoffnungen der Arbeiter" teilte; daß sie vor allem, wie der Kardinal es für berechtigt erklärte, von den gegenwärtigen Verhältnissen dazu gebracht worden sei, eine der der Kommunisten parallele Aktion im Hinblick auf ein ganz bestimmtes Ziel zu unternehmen. Die Wochenschrift „La France Catholique" wirft ihnen allerdings durch die Feder Jean de Fabrègues vor und weist ihnen nach, daß sie die Warnungen des Kardinals, die an sie gerichtet waren, nicht auf sich beziehen, dagegen Formulierungen in seiner Bekanntmachung auf sich beziehen, die nicht auf sie bezogen waren.

Franco Rodano in Italien

Der Fall der „Fortschrittlichen Christen" scheint tatsächlich, zum mindesten in Frankreich, nicht mit einem Wort abzutun. In beiden Ländern scheinen es junge und eifrige Christen zu sein, die sich in diesen Bewegungen sammeln. Soweit es sich im Augenblick von hier aus beurteilen läßt, scheint die italienische Gruppe naiver, leichtgläubiger und auch mißleiteter zu sein. So erscheint wenigstens der junge 31jährige Rechtsanwalt Franco Rodano, der Führer der 1946 gegründeten Gruppe der „christlichen Kommunisten", der von der Kirche kürzlich persönlich mit dem Interdikt belegt worden ist. Sein Anliegen scheint vor allem die Aufdeckung einer Art Klassenschichtung innerhalb des Klerus zu sein, wobei er offenbar leidenschaftlich Partei für das „geistliche Proletariat", die tatsächlich in sehr großer Armut lebende niedere Geistlichkeit Italiens, und gegen die begüterte hohe Geistlichkeit ergreift (vgl. hierzu unsere Meldung S. 300).

Scharfe Kritik an der französischen Gruppe

In Frankreich ist die Lage natürlich ganz anders, wie ja auch die Warnung Kardinal Suhards einen ganz anderen Ton anschlagen konnte als die im Osservatore Romano veröffentlichten Warnungen an die italienische Gruppe. Zwar sind sehr scharfe Angriffe gegen die französische Bewegung der fortschrittlichen Christen von verschiedenen Seiten gerichtet worden. Der Vollständigkeit halber sei ein Artikel des Osservatore Romano vom 5. März erwähnt, der die ganze Bekanntmachung Kardinal Suhards wiedergibt und in einem Kommentar dazu betont, daß es eigentlich nicht genüge, die „enge und ständige Zusamenarbeit" mit den Kommunisten zu meiden, sondern daß auch in Einzelfragen, in denen ein gemeinsames Vorgehen erwogen werden könne, „äußerste Wachsamkeit" notwendig sei. Der Artikel des Osservatore Romano hält es vor allen Dingen für völlig überflüssig, sich den Anstoß zur sozialen Erneuerung bei einer heterodoxen Bewegung zu holen, da doch die Kirche in ihrer Soziallehre alle notwendigen Prinzipien biete. Er meint, der gute Katholik müsse so vorgehen, daß er die Situation objektiv untersuche, und wenn sich seine Überzeugung ihm als eine vom allgemeinen Weg abweichende Pflicht aufdränge, werde er nicht ins Lager der Feinde übergehen, sondern sich freimütig an seine geistlichen Vorgesetzten wenden, vielleicht einen Artikel in einer ernsthaften und politisch unabhängigen Zeitung schreiben, im Notfall bis zum Heldentum ausharren, aber auf keinen Fall mit den Feinden der Kirche zusammenarbeiten.

Die Stellung Emmanuel Mouniers

Sehr scharf ist in Frankreich selber vor allem ein Aufsatz von P. Fessard im Januarheft der „Etudes" gewesen, in der dieser übrigens auch Emmanuel Mounier, die Gruppe des „Esprit", in seine Anklage mit einbezieht. Nicht ganz zu Recht, wie Mounier in einer Antwort, die „Etudes" im Märzheft veröffentlicht, auseinanderlegt: zwischen den beiden Gruppen haben im Gegenteil lebhafte Auseinandersetzungen gerade über die doktrinären Probleme stattgefunden, die allerdings das gemeinsame Anliegen nicht verdunkelt haben. Als dieses bezeichnet Mounier: „Wie die fortschrittlichen Christen verurteilen wir das wirtschaftliche und soziale System, in dem wir leben, wie ihnen liegt es uns am Herzen, die erfindungsreiche Teilnahme der Christen an einer entscheidenden Wendung unserer Geschichte zu sichern, wie sie denken wir, daß man den Kommunismus nicht durch Lüge und den Marxismus nicht durch Unkenntnis bekämpft". Und am Schluß seines Offenen Briefes beklagt Mounier, daß, wenn man gewissen fortschrittlichen Christen oder sogar ihnen allen ihre Positionen und Formeln zum Vorwurf machen müßte, es in dieser Form geschieht. Denn diese jungen Christen werden gegenüber den dramatischen Problemen unserer Zeit in ihrem christlichen Gewissen angerufen und von der Liebe, wenn auch vielleicht einer irrenden Liebe, bewegt, glauben aber in der Kirche, von der sie doch die Fülle erwarten, einen Geist der Spitzfindigkeit und Schikane, der unüberwindlichen Dürre zu sehen, in welcher Meinung sie durch die Form dieser

Vorwürfe bestärkt werden. „Es gibt in der angstvollen Frage, die uns die jungen fortschrittlichen Christen stellen, eine Glut von Enttäuschung und Glaube, auf die nur das reiche Strömen des christlichen Lichts und die vollkommenste christliche Liebe wirken können".

Die Kirche und die politische Willensbildung

Das entscheidende Problem, das hinter dieser ganzen Angelegenheit steht, ist das Verhältnis zwischen Kirche und Welt, Kirche und Geschichte, Kirche und politischem Handeln. (Vgl. dazu auch Herder-Korrespondenz 3. Jhg., Heft 4, S. 177 f.) Hat die Kirche eine direkte oder indirekte Lehrmission gegenüber der Politik? Und wie weit ist die irdische Ordnung, die politische Ordnung ihr gegenüber autonom? Diese Frage ist uralt, sie hat das hohe Mittelalter in der Form der Doppelordnung Kirche und Reich, Papst und Kaiser und deren Kämpfen erfüllt. Ändert man gewisse Termini, so könnte die Formulierung Mouniers eine mittelalterliche sein, wenn er schreibt: „Der christliche Realismus beschreibt die menschliche Geschichte um zwei Pole herum, wie eine Ellipse, einen materiellen und einen übernatürlichen Pol, ersterer dem zweiten untergeordnet, obwohl der zweite eng mit den Positionen des ersten verbunden ist. Man muß sich davor hüten, diese komplexe und dialektische Beziehung in eine idealistische Konstruktion zu verwandeln ..." d. h.: die irdische Ordnung ist eine selbständige Ordnung, hat vor allem ihre eigene Technik, ist aber, da sie den gleichen Menschen betrifft wie die übernatürliche Ordnung, überall mit dieser verflochten. Die Frage ist nun, ob und wie weit die Kirche ganz positiv in die Ordnung der Welt eingreifen darf. Bekanntlich hat sie das in den letzten Jahren öfter getan, wie wir in der Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., Heft 8, S. 358 ff, berichtet haben, vor allem durch ihre Erhebung der Wahlpflicht zur christlichen Pflicht. Die Schriftleitung der „Etudes" veröffentlicht in ihrem Märzheft im Anschluß an den Erlaß Kardinal Suhards eine Interpretation dieses Rechtes der Kirche, politische Entscheidungen zu Glaubensfragen zu machen.

Die drei Formen kirchlicher Einmischung

Dieses Recht beruht darauf, daß die Kirche sich nicht auf das sogenannte rein geistliche Gebiet beschränken kann, schon darum nicht, weil die Ordnung der Welt die Verwirklichung der übernatürlichen Ziele der Menschheit fördern oder lähmen oder gar verhindern kann. Die Kirche hat also geradezu eine Pflicht, in Dingen der politischen Ordnung zu urteilen. Sie übt diese auf verschiedene Weise aus.

1. Die Kirche kann theoretische Prinzipien verurteilen, die die Handlungen einer politischen Partei oder eines Regimes leiten. Das hat sie in den letzten 150 Jahren des öfteren getan. Sie tut es beim Marxismus, weil er den materiellen Fortschritt einer Klasse zum Götzen erhebt und diesem die menschliche Person opfert und weil er die religiöse Sphäre als Ganzes ausrotten will. Darum, so sagt „Etudes", wird zugleich die Zugehörigkeit eines Katholiken zu der auf dem Marxismus beruhenden Partei unmöglich. Allerdings, so muß zugegeben werden, schwächen sich die götzendienerischen Positionen politischer Ideologien oft im Laufe der Zeit ab, und die von ihnen getragenen Bewegungen werden dann von der Kirche angenommen. So ist es z. B. mit der demokratischen Idee der französischen Revolution gegangen, die zuerst wegen ihres anthroprozentrischen Optimismus, der die Wirklichkeit der Sünde und die überirdischen Ziele leugnete, verurteilt wurde, dann aber sich in eine einfache politische Struktur verwandelte, die den christlichen Lehren nicht mehr widerspricht. Einige Christen mögen eine solche Wendung einer Ideologie voraussehen, aber die Gefahr des Irrtums ist in solchen Dingen sehr groß, und auf jeden Fall dürfen Christen den auf ihr beruhenden Bewegungen nicht angehören, solange die Irrtümer nicht tatsächlich ausgemerzt sind. Hier haben sie sich der Lehrvollmacht der Kirche zu fügen.

2. Die Kirche kann den Katholiken auch die teilweise Zusammenarbeit mit einer solchen politischen Partei untersagen, selbst wenn sie deren Weltanschauung ausdrücklich ablehnen, wie es z. B. bei den fortschrittlichen Christen der Fall ist. Bei solchen Verboten spielt auch der Eindruck auf die öffentliche Meinung eine große Rolle, mehr jedoch noch der Umstand, daß die Christen hier wahrscheinlich, ohne es zu wollen, zum Sieg dieser Partei mitwirken würden. Je höher in diesem Fall die Autorität ist, die die Warnung ausspricht, desto verpflichtender ist sie für die Gläubigen.

3. In gewissen besonderen Fällen kann die Kirche urteilen, daß eine ganz bestimmte politische Wahl wünschenswert ist, weil sie allein im Stande sei, die Freiheit der Kirche zu garantieren und ihr die Erfüllung ihrer Aufgabe zu ermöglichen. Derartige Urteile sind von der Hierarchie in Belgien, Holland, Deutschland, in einem Falle auch in Frankreich erlassen worden. Es handelt sich dann allerdings nur um einen Rat, den die Hierarchie gibt; der Gläubige ist nicht an diesen gebunden, aber doch verpflichtet, ihn wohl in Erwägung zu ziehen.

Der Ernst des Anliegens

Wie weit immer die fortschrittlichen Christen in Frankreich sich tatsächlich an die Kommunistische Partei gebunden haben mögen (die holländische katholische Wochenschrift „De Linie" behauptet, sie seien im vorigen Jahr von der französischen Kommunistischen Partei finanziert worden und würden dieses Jahr von der Kominform getragen), so ist doch ihr Anliegen, das sie in der christlichen Gesellschaft, so wie sie ist, nicht verwirklichen zu können glauben, jedenfalls eine ungeheuer ernste Mahnung für die, die in ihnen diesen Eindruck hervorrufen. Wenn sie dabei in Irrtum verfallen, so ist es auf jeden Fall, wie auch Mounier sagt, kein Grund, wie viele es tun, über die Unmöglichkeit ihrer Position wie über einen Triumph zu frohlocken, sondern zu trauern über das Ärgernis, daß die Christen nicht rückhaltlos an der Seite der Armen und Unterdrückten stehen können.

Katholische Stellungnahme zur Erklärung der Menschenrechte

„Die Erklärung der Menschenrechte sollte das verbreitetste öffentliche Dokument unserer Zeit werden", schreibt die Generalsekretärin der Katholischen Friedens-

bewegung in USA, Rita Schaefer. „Es liegt an jedem einzelnen, in seinem eigenen Leben und in der Politik seiner Regierung diese Erklärung wirksam werden zu lassen, und an jedem Gläubigen, die Ungläubigen von dem Wert und der Notwendigkeit der Menschenrechte zu überzeugen."

Das ist ein hohes Lob für die Erklärung der Vereinten Nationen. Die Herder-Korrespondenz hat im Februar d. J. (Jhg. 3, Heft 5, S. 200) darüber berichtet und im 2. Jhg., H. 11, S. 512 den vorläufigen Text veröffentlicht.

Zu dem Bericht im Februarheft ist nachzutragen, daß folgende acht Staaten sich bei der Endabstimmung der Stimme enthielten: Weißrußland, Tschechoslowakei, Polen, Saudi-Arabien, Ukraine, Süd-Afrika, Rußland, Jugoslawien.

Die Erklärung, deren Annahme am 10. Dezember 1948 durch den Präsidenten der Vollversammlung, Evatt, bekanntgegeben wurde, ist aufzufassen als ein Dokument von sittlichen Grundsätzen, zu denen die Vereinten Nationen sich bekennen. Es besitzt zwar an sich noch keine Rechtsverbindlichkeit, soll jedoch zur Vorbereitung eines internationalen Gesetzes über die Menschenrechte dienen. Inzwischen sollen die Mitgliedstaaten ihre Gesetzgebung mit diesen Grundsätzen in Einklang bringen. Wann das „Gesetz über die Menschenrechte" Wirklichkeit wird, dürfte nicht zuletzt davon abhängen, wie stark die öffentliche Meinung in allen Ländern sich dafür interessiert und darauf drängt. Aus diesem Grunde rufen die katholischen Organisationen in der angelsächsischen Welt die Gläubigen mit Nachdruck auf, sich für die Sache der Menschenrechte einzusetzen und dafür zu wirken, daß in verschiedenen Dingen der katholische Standpunkt klarer zur Geltung kommt, wenn das Gesetz einmal beraten wird.

Wer verleiht die Menschenrechte?

Der erste Mangel der Pariser Erklärung liegt darin, daß der Ursprung der Menschenrechte nicht klargestellt ist. Sie werden zwar als „unveräußerlich" bezeichnet, und dadurch ist gesagt, daß weder die Staaten noch die UN diese Rechte verleihen. Aber man hat es entgegen den Vorschlägen von Holland und Brasilien vermieden, Gott als den Urheber der Rechte zu nennen. Es war nicht nur Rußland, das dagegen Einspruch erhob; auch andere Redner ließen sich in der Debatte dahin vernehmen, „daß Gott in einer politischen Urkunde nicht erwähnt werden solle". Gegen den brasilianischen Vorschlag, darauf Bezug zu nehmen, daß der Mensch als Ebenbild Gottes erschaffen wurde, erhob man die Einwendung, dadurch würde ein bestimmtes Glaubensbekenntnis gegenüber den übrigen bevorzugt werden. Aus einer solchen Argumentation wird bereits deutlich, daß die politische Welt nicht geneigt ist, eine transzendente Grundlage des Rechtes anzuerkennen. Sie hat sich zwar in ihrer Majorität ebenso gegen die ständigen russischen Abänderungsanträge gewehrt, die in der folgenden Formel Wischinskys ihren Ausdruck fanden: „Menschenrechte haben eine Bedeutung nur innerhalb der Verfassung des Staates". Der Vertreter Boliviens trat dieser Unterordnung der Person unter den Staat entgegen. Aber diesem Widerstand fehlt die durchschlagende Begründung, wenn er nur auf solch schwankende Begriffe wie Freiheit, menschliches Empfinden oder Demokratie gestützt werden kann. Ein Übereinkommen der Völker über den Schutz geistiger Werte muß problematisch und gegenüber realpolitischen Gebilden von der Massivität der heutigen Staaten im Konfliktsfall unwirksam bleiben, wenn diese Werte selbst nur mit dem so wandelbaren „common sense". begründet werden. Andererseits ist die bloße Nennung des Namens Gottes, zumal wenn sie durch Majoritätsbeschluß erfolgt, unter solchen Umständen vielleicht nur eine Profanierung, die besser unterbleibt. „Du sollst den Namen Gottes nicht vergeblich führen". Die Diskussion über diese Angelegenheit wirft aber erneut das Problem auf, wie denn eine Vereinbarung über die Grundrechte des Menschen zu allgemeiner innerer Anerkennung gelangen soll, wenn diesen Rechten die transzendente und damit allein der Diskussion enthobene Grundlage fehlt. Eine rein äußere Sanktion wird nicht verhindern können, daß die naturgemäß dehnbaren Begriffe eines solchen Grundgesetzes vom Strom der kollektivistischen Zukunftsentwicklung ergriffen und in ihm zum mindesten ausgehöhlt und verwaschen werden. Es zeigt sich jetzt schon in einigen Einzelrechten, daß man weit genug bleiben möchte, sehr gegensätzliche ethische Auffassungen vereinbaren zu können.

Das Recht auf Leben

Die katholischen Organisationen hatten in ihren Denkschriften hervorgehoben, daß das Recht auf Leben dahin präzisiert werden sollte, daß auch dem ungeborenen Kinde Schutz gewährt wird. Demgegenüber wurde betont, es genüge, wenn „jedermann" in seinem Leben geschützt wird. Aber gerade da wurde deutlich, daß man es vermeiden wollte, eine Entscheidung darüber zu treffen, von wann an das junge Wesen als ein Mensch anzusehen ist.

Familienrecht

In der Vertretung des Anliegens der Familie waren die Vorschläge der Katholiken von mehr Erfolg. Aus der Denkschrift der National Catholic Welfare Conference wurde die Formulierung übernommen, daß die Familie die „grundlegende Gruppeneinheit der Gesellschaft" ist und daß den Eltern das Prioritätsrecht zusteht, über die Art der Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Diese Bestimmung ist um so wichtiger, als man sich darauf einigte, daß die Elementarschulbildung umsonst und zwangsmäßig vermittelt werden muß. Dem Staat ist damit die Pflicht auferlegt, seine Schulen dem Elternwillen anzupassen.

In der Frage der Ehescheidung wurde eine gewisse Anpassung an den katholischen Standpunkt erreicht. Mit 17 gegen 16 Stimmen wurde ein Sowjetantrag angenommen, durch den dem Manne und der Frau „gleiche Rechte sowohl während der Ehe als hinsichtlich ihrer Beendigung" zuerkannt werden, während ursprünglich von „gleichem Recht auf Scheidung" die Rede sein sollte. Aber es handelte sich hier um die Gleichstellung der Frauen in den Ländern, in denen der Mann allein das Recht hat, seine Frau zu entlassen.

Meinungsfreiheit

Bei der Diskussion über den Artikel, der das Recht auf Freiheit der Meinung ausspricht und mit dem Grundsatz

der Religionsfreiheit eng verwandt ist, begegneten sich merkwürdigerweise der russische und der katholische Standpunkt gegenüber dem liberalen. Die absolute Meinungsfreiheit schließt ja für Wahrheit und Irrtum gleiche Rechte in sich. Es ist interessant, in diesem Punkt die Pariser Formulierung mit der von San Sebastian (Herder-Korrespondenz 3. Jhg. H. 6 S. 285) zu vergleichen. Der russische Delegierte Wyszinsky führte zur Frage der Meinungsfreiheit folgendes aus: „Es ist unmöglich, die freie Verbreitung z. B. faschistischer Ideen zu gestatten. Wir haben dafür mit Millionen von Leben bezahlt ... Wenn die Freiheit gegen das allgemeine Wohl verstößt, muß sie begrenzt werden ... Geleitet von hohen Idealen, glauben Sie, Sie müßten unbeschränkte Freiheit auch den Räubern gewähren, ... die den Krieg organisieren und vorbereiten. Was tat Hitler, während Sie Freiheit gewährten? Er bereitete den zweiten Weltkrieg vor. Sie gestatteten ihm das. Sie können es nicht nochmals tun. Sie müssen kämpfen."

Sozialrecht

Gegen den Protest von England, Neu-Seeland und Australien wurde eine Bestimmung aufgenommen, die den Zwang verwirft, einer Organisation beizutreten. Sie hat an sich den Zwang im Auge, wie er von nationalsozialistischen und kommunistischen Bewegungen ausgeübt wurde und wird. Jedoch kann sie auch gegen Zwangsbestrebungen der Gewerkschaften angewendet werden und stellt damit ebenso eine sozialistische wie eine ständische Verfassung in Frage, indem sie sich auf den Freiheitsgrundsatz des 18. oder 19. Jahrhunderts zurückzieht, der nur den Staat und die Individuen als Träger des Gesellschaftslebens gelten ließ. Die NCWC hatte dagegen für eine Bestimmung plädiert, die auch den „Berufen und Industrien" ein Vereinigungsrecht auf überindividueller Grundlage gewähren sollte.
Trotz dieser Mängel aber ist die öffentliche Meinung der angelsächsischen Katholiken wohl im Recht festzustellen, es sei ein großer Erfolg, daß „eine Einigung über so grundlegende Prinzipien hinsichtlich der menschlichen Person unter den gegenwärtigen Umständen überhaupt erzielt werden konnte." Es sollte in Deutschland keine Diskussion darüber geben, daß unser Volk allen Grund hat, seine Verfassung den Empfehlungen anzupassen, die ihm in den Menschenrechten von der Gesamtheit der zivilisierten Welt vorgelegt worden sind.

Das Wahrheitsserum

Der Prozeß gegen Kardinal Mindszenty hat die ganze Welt neuerdings darauf hingewiesen, daß es heute Methoden der Beeinflussung Angeklagter gibt, die einen furchtbareren Zwang ausüben als die Folter früherer Zeiten, die durch die Qualen des Leibes den Widerstand des Willens zu brechen suchten, aber doch den Willen selber nicht antasten konnten. Heute hat die Wissenschaft Verfahren erfunden, die das innere Gefüge der Seele selber auflockern, verbiegen oder gar zerstören können. Wenn in Prozessen hinter dem Eisernen Vorhang Chemikalien so verwendet werden, daß sie die Selbstverantwortung des Angeklagten aufheben und ihn gewissen Suggestionen hypnotischer Art zugänglich machen, so ist das der extreme Mißbrauch eines Verfahrens, das in seinen milderen Formen schon seit einiger Zeit bekannt, teilweise in Gebrauch, jedoch sehr umstritten ist. Es handelt sich um den Versuch der Wahrheitsfindung durch die Einwirkung einer Droge, die die Widerstände des Angeklagten, die Wahrheit zu sagen, außer Kraft setzen soll.
Bei uns weiß die große Öffentlichkeit noch wenig von diesem Verfahren. Und da der Prozeß Mindszenty unsere Aufmerksamkeit auf diese Möglichkeiten gelenkt hat, erscheint es uns wichtig, sowohl über den Vorgang selber als auch über die Berechtigung seiner Anwendung Näheres zu erfahren. Fr. Agostino Gemelli OFM hat in der italienischen Zeitschrift „Vita e Pensiero" im Dezember 1948 einen Aufsatz über das „Wahrheitsserum" veröffentlicht, der uns dabei gute Dienste leisten kann. Die Anwendung von dergleichen Drogen in der Justiz hat verschiedene Seiten, die alle in Betracht gezogen werden müssen. Da ist zuerst die medizinische, dann die rechtliche, und schließlich beruht diese wieder auf einer theologischen, auf einer ganz bestimmten Auffassung von der Würde und dem Ziel des Menschen.

Das medizinische Verfahren

Um überhaupt zu wissen, worum es in dieser Frage geht, muß man selbstverständlich über die medizinische Seite des Verfahrens Bescheid wissen. Man hat Behandlungen mit den sogenannten „Wahrheitsseren" zuerst im Krieg durchgeführt, um damit die Schockwirkung zu heilen, unter der viele Flieger litten, die Bombenangriffe ausgeführt hatten. Man benutzte dazu Evipan, Amytal und Pentothal. Alle drei gehören zu den schlafbringenden Mitteln. Man hat die Patienten tagelang unter der Einwirkung dieser Mittel gehalten. Beim Erwachen, das in Etappen vor sich geht, konnte man die Patienten befragen und in ihrem Dämmerzustand von ihnen Bekenntnisse von dem erhalten, was jeder sonst in seinem tiefsten Innern verschlossen hätte. Von da aus war es nur ein Schritt, auch bei Strafverfahren auf diese Weise zu erfragen, was der Angeklagte in sich verschlossen hielt. Der Vorgang während des Dämmerzustandes hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem der Psychoanalyse. Auch da handelt es sich darum, gewisse Schranken zu lösen, hinter denen sich das Unterbewußtsein verschanzt. Man kann denn auch jene chemischen Mittel als Ersatz einer Psychoanalyse benutzen und unter dem Einfluß derselben Bekenntnisse erhalten, die das Unterbewußtsein von einem auf ihm lastenden Druck befreien, und zwar dadurch, daß die Droge zeitweilig die Einwirkung von Verstand und Willen lähmt, was einen Zustand verminderter Freiheit schafft.

Die juristische Zulässigkeit

Eben diese Methode hat man bei gerichtlichen Verfahren, zumal in den Vereinigten Staaten, angewandt. Um über die Zulässigkeit dieses Vorgehens zu urteilen, muß man zunächst unterscheiden, was dabei der Richter und was der Sachverständige zu tun hat. Der ärztliche Sachverständige hat im Rechtsverfahren nur die eine Aufgabe festzustellen, ob der Angeklagte für seine Tat verantwortlich ist oder nicht. Kann er zu diesem Zweck Pentothal benutzen? Hierzu hat sich die französische „Gesellschaft für Gerichtsmedizin" geäußert: sie hat erklärt, daß der Sachverständige sich nur über die Verant-

wortlichkeit des Angeklagten, nicht aber über seine Schuld oder Unschuld zu äußern habe. Redet der Angeklagte unter der Einwirkung des Pentothals über Tatsachen, die sich auf seine Schuld beziehen, so fällt das unter das ärztliche Schweigegebot. Der Gerichtsarzt kann also das Pentothal nur zur Diagonose, nicht aber zur Erlangung eines Bekenntnisses verwenden.

Ganz anders liegt der Fall für den Richter. Für ihn muß es sich um die Frage handeln: gibt die „Narkoanalyse", wie man dieses Verfahren nennt, tatsächlich ein Mittel in die Hand, immer den Widerstand zwischen bewußtem und unbewußtem Leben zu brechen? Und sind die Ergebnisse eindeutig? Diese beiden Fragen müssen verneint werden. Wie bei der Hypnose, wie bei der Freudschen Psychoanalyse gibt es auch gegenüber der Narkoanalyse bei manchen Charakteren Schranken, die sich nicht brechen lassen. Gewiß hängen die Antworten, die in diesem Dämmerzustand gegeben werden, von der Geschicklichkeit des Fragenden ab. Aber vielleicht liegt auch ein ganz allgemeiner großer Irrtum dem Glauben an die Verwendbarkeit dieses Verfahrens zur Wahrheitsfindung zu Grunde, den auch die Psychoanalyse macht, nämlich die Annahme einer Einförmigkeit in der seelischen Struktur der Menschen, die in Wahrheit nicht besteht.

Handelt es sich jedoch bei der Psychoanalyse darum, nur die subjektiven Gegebenheiten im Unbewußten eines Menschen aufzudecken, um ihn zu heilen, so muß in der gerichtlichen Untersuchung objektive Wahrheit gefunden werden. Bei der Ausschaltung des Willens und des Verstandes in der Narkoanalyse äußert jedoch der Patient meist eine Mischung von Erinnerungen, Träumen, Bruchstücken von Erfahrungen und seelischen Reaktionen, aus der sich das, was „Wahrheit" ist, kaum herauslösen läßt.

Die sittliche Zulässigkeit

Ist also das Ergebnis dieser Analyse für den Richter kaum brauchbar, so widerspräche, auch wenn beste Ergebnisse erzielt würden, ein solches Verfahren darüber hinaus auch dem gesamten Rechtsempfinden der abendländischen Welt. Im ganzen Abendland gilt der Grundsatz, daß niemand gezwungen werden kann, gegen sich selber auszusagen. Der Angeklagte gilt als freier Mann und muß als solcher behandelt werden; alle abendländischen Gesetzgebungen verurteilen jegliche Gewaltanwendung, um dem Angeklagten ein Bekenntnis zu entlocken. Und eine solche wäre die Anwendung des „Wahrheitsserums" ohne seine Einwilligung. Der Angeklagte hat das Recht sogar zur Verstellung, zur Lüge, deren Folgen er dann allerdings tragen muß. Ein erzwungenes Geständnis würde niemals als Schuldbekenntnis gelten können. Selbst bei freiwilligem Geständnis ist ja der Richter nicht der Pflicht enthoben, die Schuld auch noch zu beweisen.

Das Recht, den Richter durch Täuschung vom Beweis seiner Schuld abzuhalten, wird dem Angeklagten auch von den Moraltheologen zugebilligt. Selbst im kirchlichen Recht setzt der Canon 1743 des CIC fest, daß die Parteien verpflichtet sind, dem kirchlichen Richter, der sie fragt, die Wahrheit zu sagen, ausgenommen der Angeklagte, der ein Verbrechen begangen hat. Aus demselben Grund wird auch der Angeklagte im bürgerlichen Recht nicht vereidigt. Damit nimmt die Kirche Rücksicht auf die menschliche Schwäche, da die meisten nicht die moralische Kraft hätten, in dieser Lage die Wahrheit zu sagen.

Wenn man sich nun noch einmal die Frage stellt, ob es erlaubt ist, das Wahrheitsserum im gerichtlichen Prozeß zu benutzen, so tritt noch ein ganz tiefer Grund hinzu, weshalb seine Anwendung abgelehnt werden muß, und zwar der, daß es nur Gott zukommt, den tiefsten Grund des Menschenherzens zu kennen. Dem Richter steht es nicht zu, diese Schranke unter dem Einfluß von narkotischen Mitteln zu durchbrechen. Dieser Gedanke ist natürlich der eines Christen in einer christlichen Gesellschaft. In jenen Staaten, die sich von der christlichen Überlieferung gelöst haben und das christliche Menschenbild nicht anerkennen, benutzt man denn auch diese Mittel und noch schlimmere. Wenn es wahr ist, daß man den Kardinal Mindszenty unter den Einfluß des Mittels Actedron gesetzt hat, so ist dieses ein noch viel weitgehenderer Eingriff in die menschliche Freiheit. Actedron ist nach der Darstellung der englischen Wochenschrift „Tablet" eine Chemikalie, die nicht zu der Gruppe der Schlafmittel gehört, sondern ein Erregungsmittel ist, das nach kurzer Übersteigerung aller psychischen Kräfte zu einer furchtbaren Reaktion führt, in der der Patient sich im Zustand eines Hypnotisierten befindet, dessen Wille völlig gelähmt ist. Die Anwendung des Wahrheitsserums scheint ein erster Schritt über eine Grenze hinaus zu sein, hinter der es keine neue Schranke mehr für jeden beliebigen Eingriff in die Struktur der menschlichen Persönlichkeit gibt.

Palästina heute

In Freiburg arbeitet seit einiger Zeit in aller Stille unter der Leitung von Dr. Gertrud Luckner und Prof. Karl Thieme eine christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaft, deren Ziel es ist, die Probleme des Judentums zu studieren, das gegenseitige Verständnis zwischen Christen und Juden zu fördern und antisemitischen Tendenzen durch Aufklärung entgegenzuarbeiten. Die Freiburger christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaft trat kürzlich zum erstenmal vor eine größere Öffentlichkeit mit einem Vortrag von Professor *Heinz Kappes,* Karlsruhe, der in den Jahren 1934 bis 1948 in Palästina gelebt hat.

Sein Vortrag behandelte das Thema „Palästina heute". Wir geben die Grundgedanken dieses auf einer reichen Kenntnis der Probleme und persönlichen Erfahrungen beruhenden Vortrages hier wieder.

Der Vortrag betrachtete das Palästinaproblem jenseits jeder Parteilichkeit aus einer doppelten Sicht: der „realpolitischen" und der „prophetischen".

Geschichtliche Entwicklung

Palästina war seit jeher, und ist erst recht heute, „strategical area", ein Territorium, auf dem die Spannungen der Großmächte zusammenstoßen. In einem solchen Gebiet gehört das „Land" der jeweiligen Vormacht des Orients, der Boden allein gehört den Bewohnern, die immer national oder religiös gemäß den entgegengesetzten, miteinander konkurrierenden Großmächten zerspalten sind. Das war so bei den alten Großmächten des Orients, beim Vorstoß des Abendlands zur Zeit der Kreuz-

züge, und wieder, seit Napoleon I., in der modernen Geschichte. Durch den ersten Weltkrieg ist England die Vormacht des Orients geworden. Es mußte seinen Besitz Ägyptens und des Sudan, seine Seewege durch den Suezkanal und seine Luftwege nach dem Fernen Osten und seine Ölinteressen und Handelsmonopole durch das „Mandat" über Palästina und Transjordanien sichern, zumal nachdem Irak nicht mehr als Mandat gehalten werden konnte, sondern eine souveräne Monarchie wurde. Mit den englischen Interessen konkurrierten lange Zeit die französischen, die durch die Mandate über Syrien und den Libanon gesichert wurden. Das zaristische Rußland hatte während des ersten Weltkrieges, als die Vormacht der Orthodoxen Kirche, seine Ansprüche in Palästina angemeldet, konnte sie aber nach seinem Zusammenbruch nicht mehr realisieren. Rußland ist aber nie als ein potentieller Konkurrent in der Vorherrschaft über den Nahen Osten ausgeschieden.

Nur formal ein „Mandatsland", tatsächlich dagegen eine Kolonie, vom Colonial Office verwaltet, wurde Palästina während des zweiten Weltkrieges von England gegen den bedrohlichen Ansturm der Achse verteidigt und planmäßig als Festungsland des Orients ausgebaut. Dabei war die Mandatsadministration durchaus in patriarchalischer Weise am Aufblühen des Landes interessiert und hat aus den hohen Zoll- und Steuereinkünften des aufblühenden jüdischen Sektors auch den arabischen nach der schulischen, hygienischen, sozialen und wirtschaftlichen Seite hin sehr gefördert. Die Balfourdeklaration, die den Juden ein „Nationalheim *in* Palästina", (nicht: „Palästina *als* Nationalheim") zusicherte, war zwar wohl in erster Linie aus Gründen der englischen Politik gegeben worden, um im Festungsgebiet eine loyale kolonisatorische Bevölkerung anzusiedeln (Parallele mit der Wiederansiedlung der Juden durch Kyrus nach der babylonischen Gefangenschaft); doch spielten zweifellos auch religiöse Gründe der Erlösung Israels beim „Volk der Bibel" (England) eine wichtige Rolle. — Transjordanien wurde mit einer englisch geführten starken Militärmacht versehen und als Suzeränstaat, zuletzt als Königtum, unter englischer Führung entwickelt. Trotz der Zurückziehung englischer Truppen aus Ägypten und starker Spannungen nach dem zweiten Weltkrieg vermochte England, sich die Führung der arabischen Liga zu sichern, zumal es im Kampf gegen die Vichyregierung die Unabhängigkeit der beiden levantinischen Republiken Syrien und Libanon gefördert hatte. Die arabische Bevölkerung in Palästina verdoppelte sich während des Mandats auf etwa 1,3 Millionen. Als die Araber Palästinas unter der Führung des Großmufti von Jerusalem, Hajj Aminal-Husseini, mit immer stärkeren Rebellionen gegen die starke jüdische Einwanderung reagierten, vor allem beim Aufstand 1936—1939, und als die ganze arabische Welt wegen der Palästinensischen Frage unter den Einfluß der Achse zu kommen drohte, verlagerte England seine bisher versuchte Ausgleichspolitik ganz zugunsten der Araber und schränkte durch das „Weißbuch 1939" die Immigration und den Verkauf arabischen Bodens an die Juden so empfindlich ein, daß seither die Juden zu unversöhnlichen Gegnern Englands wurden. Trotzdem leisteten sie während des zweiten Weltkriegs den Alliierten Waffenhilfe durch etwa 30 000 Freiwillige und Hilfstruppen und stellten ihre Industrie ganz in den Dienst der Alliierten.

Nach dem zweiten Weltkrieg hatte sich mit dem Ausscheiden der Achse und dem Wiederaufkommen der russischen Macht das Spannungsverhältnis im Orient verschoben. Wenn „Atlantien" sein Vorfeld Griechenland, die Türkei und Persien gegen Eurasien sichern wollte, dann mußte es den Block der arabischen Staaten mit seinem Festungszentrum Palästina fest in der Hand behalten. Schon während des zweiten Weltkriegs hatte der Untergrundkampf jüdischer Geheimverbände gegen England begonnen, dessen Ursache einerseits Englands Ablehnung war, die „illegalen" armen jüdischen Flüchtlinge aus Hitler-Europa zuzulassen, andererseits der immer mehr wachsende Radikalismus jüdischer Nationalisten, die ganz Palästina oder sogar das ehemalige Gebiet des Davidstaats zwischen Damaskus und Aqaba als „Jewish Commonwealth" beanspruchten. 1945 begann der jüdische Aufstand, der zwei Jahre lang mit äußerster Erbitterung und großen Opfern auf beiden Seiten geführt wurde. Schließlich gab England das Mandat an die UNO zurück, nachdem alle Versuche gescheitert waren, die USA für die Unterstützung der englischen Politik zu gewinnen. Wären die sehr guten Empfehlungen der Anglo-American Commission 1946 von beiden Großmächten angenommen worden, dann hätte wohl der Krieg in Palästina vermieden werden können.

England hatte zwar sein Mandat, d. h. die zivile Administration über Palästina aufgegeben, war aber nicht gewillt, als Großmacht aus dem Orient zu verschwinden. Es behielt, vor allem mittels Transjordaniens, die Führung der arabischen Politik in seiner Hand, widersetzte sich dem UNO-Beschluß, einen Staat Israel zu deklarieren und Palästina zu teilen, und wirkte, als Israel gegen sechs arabische Staaten siegreich blieb, auf eine Koordination englischer und amerikanischer Politik hin, die England wenigstens die militärischen Basen im Negev und in Aqaba, dem Schlüssel zum Mittleren Orient, sichern sollte. Graf Bernadottes Bemühungen müssen in diesem Licht betrachtet werden. Bevin sagte mit Nachdruck, daß der Verlust der englischen Position im Nahen Osten auch den Lebensstandard des englischen Arbeiters beeinflussen würde.

Der arabische Standpunkt

Prof. Kappes, der mehrere Jahre lang im Dienst der Mandatsverwaltung gearbeitet hat, aber im arabischen Sektor wohnte und viele persönliche Beziehungen zu führenden Arabern der jungen Generation unterhielt, schilderte sodann ausführlich den arabischen Standpunkt. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts war der Gedanke an ein arabisches Großreich gewachsen und durch die jungtürkische Revolution zur Hoffnung auf arabische Autonomie gesteigert worden. Als die Türken diese Bewegung mit brutaler Gewalt unterdrückten, verbündeten sich die Araber mit England im ersten Weltkrieg und hofften auf einen von England garantierten arabischen Großstaat unter Feisal. Die Erbitterung über den „Verrat der Großmächte" und das Mißtrauen gegen die Juden als die Instrumente von deren Imperialismus steigerte diese nationalistische Bewegung zur Gluthitze. Die Überlegenheit der Juden auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, der Verlust der Bodenreserve für die wachsende arabische Bevölkerung durch die Verkäufe von z. T. außerhalb von Palästina wohnenden Großgrundbesitzern und der politische Einfluß der Juden bei den Westmächten erzeugten Furcht und Haß. Vor allem war in der auf europäischen und amerikanischen Schulen und Universitäten erzogenen jungen

Generation das Bewußtsein dafür gewachsen, daß ein von den Großmächten abhängiger israelitischer Staat in Palästina dies „strategical area" dauernd an die Fremdmächte ausliefern und dadurch alle Hoffnung auf eine Unabhängigkeit der arabischen Länder vereiteln würde. Zur politischen Emanzipation tritt hinzu die kulturelle Renaissance der Araber, die seit drei Generationen von den Zentren in Beirut, Kairo, Damaskus und Bagdad aus über alle Länder arabischer Zunge wächst. Auf keinem andern Weg konnten diese für die Weiterentwicklung der arabischen Länder lebenswichtigen Ziele verwirklicht werden, als indem sie ihre Drohung an die UNO, die Deklaration des Staates Israel mit Krieg zu beantworten, auch realisierten. Die militärische Niederlage hat desillusionierend gewirkt. Viele innere und äußere Schwächen sind an den Tag getreten; aus Selbstbesinnung und Arbeit an den sozialen und geistigen Fundamenten eines wahren Aufstiegs mag sich eine wirkliche Wiedergeburt der arabischen Kultur ergeben.

Die jüdische Leistung

Das „Sie müssen" gilt nun erst recht von den Juden. Aus den Pogromen Osteuropas erwachsen, wo sich, wenn auch in der Form der Ghettos, volkhaftes jüdisches Leben erhalten hatte, bedeutete der Zionismus Theodor Herzls eine innerliche Befreiung des jüdischen Bewußtseins. Rückkehr zum Boden der Heimat ihrer Seele, des Heiligen Landes, Erlösung durch eigene Arbeit, Wiederherstellung der Würde des Juden als eines schöpferischen Menschen, Volkwerdung auf der Grundlage der neuerweckten Sprache der Bibel und eines kühnen sozialen Experiments, Staatsbildung aus eigener Verantwortlichkeit: das waren die Ziele, die die Pioniere erfüllten, die aus der Verfolgung durch den russischen Zarismus in das „Alt-Neuland" flüchteten und die Fundamente des neuen Hauses mit allergrößten Opfern legten, das dann die Trümmer des jüdischen Volkes aufnehmen mußte, die sich aus der Hölle der Hitlerverfolgung retten konnten. Prof. Kappes, der in besonders engen freundschaftlichen Beziehungen zu verschiedensten Kreisen der jüdischen geistigen Elite und der Siedlungen gelebt hat, schilderte die Struktur des kulturellen und sozialen Aufbaus, des hebräischen Erziehungswesens vom Kindergarten bis zur Universität, die Arbeiterbewegung mit ihren festen Gewerkschaften, die auch auf dem Gebiet der produktiven Wirtschaftsunternehmungen Konstruktives leisteten, die Verschmelzung so vieler Kulturen und Nationen der Einwandrer zu einem immer homogener werdenden israelitischen Volkstum, die verschiedenen Typen der landwirtschaftlichen Besiedlung vom individuellen Bauernhof bis zu den Genossenschaften auf der Grundlage des Privatbesitzes (Moshawa) und erläuterte dann eingehend das Wesen der Gemeinschaftssiedlungen, der Kvatza, die einen dauernd wachsenden Sektor der Agrarbesiedlung einnimmt. Im Gegensatz zur Kolchose ist jeder staatliche Eingriff ausgeschaltet; die staatlichen Fonds stellen den Boden einer gefestigten und bewährten Gruppe zur Verfügung gegen einen Erbpachtzins von 2%; alle Darlehen für die Betriebsmittel müssen verzinst und heimgezahlt werden. Auf der doppelten Grundlage von individueller Besitzlosigkeit und totaler Demokratie haben sich die etwa 150 Kvatzer und Kibutzim zu blühenden landwirtschaftlichen Intensivbetrieben entwickelt, die zugleich die Basis für die den örtlichen Bedingungen und dem gesicherten Absatz entsprechenden Industrien abgeben. Was da unter schwersten Bedingungen von Boden und Klima, in dauernden Kämpfen mit den Arabern, von dem Strandgut von „Menschenmaterial" aus dem Schiffbruch der europäischen jüdischen Kultur, geleistet wurde, übersteigt alle Vorstellungen. Der kulturelle, geistige und ethische Standard ist in diesen totalen Gemeinschaftssiedlungen besonders hoch. Sie blieben fast immun gegen den destruktiven terroristischen Nationalismus; sie bildeten das Rückgrat der Verteidigung, und fast alle haben sich gegen eine ungeheure arabische Überlegenheit im Süden und Norden gehalten. Rettung aller der Juden, die nach Palästina gehen müssen, ist das Grundmotiv des jüdischen Aufbaus. Und dies Motiv gab auch dem jungen Staate die Kraft, seine Existenzprobe zu bestehen. Wird er sich aber auch in Zukunft gegenüber der immer stärker werdenden arabischen Umwelt behaupten können?

Prophetische Politik!

In einem „strategical area" kann es nur dann eine „Dauerlösung" geben, wenn es diesen Charakter durch das Zustandekommen eines Welteinheitsstaats verliert. Seit Samuel finden wir den Widerstand der Propheten gegen den Nationalismus in einem solchen Gebiet, das eigentlich Gott gehört, der noch über den Großmächten steht. „Stille-halten" gegenüber den Großmächten, Sublimierung des natürlichen Nationalismus in einen religiösen und ethischen Universalismus: das war das politische und erzieherische Programm der großen Propheten. Prof. Kappes wies auf solche Strömungen unter einer geistigen Elite hin, die von dem inzwischen verstorbenen Präsidenten der hebräischen Universität, Dr. L. J. Magnes, von Professor Martin Buber und zahlreichen bedeutenden Persönlichkeiten geführt wurde. Die Bewegung hieß „Ichud" (Einheit), weil sie die engste Verbindung mit den Arabern anstrebte, mit denen man in einem binationalen Staat zusammenleben wollte, ohne politische Majorisierung des einen durch den andern Teil, in einem weltpolitisch neutralisierten Palästina, das dadurch aufhören sollte, „strategical area" zwischen den Großmächten zu sein. Die Dynamik auf der realpolitischen Ebene brachte diese spirituell-politische Bewegung einstweilen zum Scheitern. Die imperialistischen und nationalistischen Interessen siegten — einstweilen — über den Universalismus. Mit welchem Frieden auch immer der jetzige Krieg enden mag, der dem Staat Israel die verdiente Anerkennung seiner Existenz verschafft hat, alle eigentlichen Probleme, um welche beide Völker gekämpft haben, müssen erst noch gelöst werden. Gehört der Block der arabischen Staaten in den atlantischen Verband, dann müssen England und USA ihre bisher z. T. gegensätzliche Politik koordinieren. Der militärische und wirtschaftliche Imperialismus (Olinteressen etc.) muß durch eine großzügige ökonomische Entfaltung dieser weiten entwicklungsfähigen Gebiete ersetzt werden, bei der die Juden durch ihre erprobte Kolonisationsgabe zum amerikanischen Kapital den wichtigen Beitrag der Technik und des Ethos zu geben haben. Israel muß dann als Gliedstaat in die arabische Liga eintreten. Die Weltspannung zwischen Eurasien und Atlantien kann wohl nur durch Neutralisierung der Zwischenländer: Skandinavien, Deutschland-Österreich-Schweiz, der Orientgruppe Griechenland-Türkei-Iran-Af-

ghanistan, der beiden Indien und der fernöstlichen Gruppe Tibet, China, Korea und Japan überwunden und der Gegensatz polarisiert werden. Wahrscheinlich muß aber dann auch der Raum der arabischen Staaten und Israels in diesen „cordon sanitaire" eingegliedert werden. Erst durch eine solche Stabilisierung der Machtverhältnisse der Erde kann die UNO die Vorstufe zum Welteinheitsstaat werden. Eine solche Entwicklung läßt sich nicht mehr durch politische Mittel organisieren. Sie muß sich organisch ergeben aus dem universaler gewordenen Bewußtsein der Menschen. Und hier schließt sich der Ring der Geschichte von 3000 Jahren. Der von den Propheten Israels in das Chaos der Welt hineingerufene „Heilsplan Gottes" war keine bloße „Idee" im luftleeren Raum; diese Schau war geboren aus konkreter politischer und menschlicher Not und Ausweglosigkeit, aus einer Tragik, die mit keinen menschlichen Mitteln aufgelöst werden konnte.

„Glaubet ihr nicht, so bleibet ihr nicht" — dies Wort des Propheten Jsaïas an seinen Staat Juda ist heute an die Menschheit vor dem dritten Weltkrieg gerichtet — um diesen zu vermeiden. Prophetische Politik wird zur einzig realistischen Politik, wenn die Menschheit gerettet werden soll für einen weiteren Aufstieg zu einem universalen Menschentum. Der Staat Israel hat aus dem Ethos der Makkabäer sich behauptet. Die Verwirklichung seiner höchsten Tradition, des Prophetismus, ist er der Welt noch schuldig. Aber sind das nicht mehr noch die „christlichen Völker"? Ist die Erfüllung der Prophetie in Christus Jesus andernfalls eine Realität? Und besteht dieselbe Herausforderung nicht an die Gläubigen, die im Raum der von Krishna, Buddha und Laotse gegründeten Religionen leben? Auf der prophetischen Ebene hat die große „round table conference" bereits begonnen. Als Glieder der jüdisch-christlichen Gruppe dieser „Menschheitskonferenz" sind auch wir in Deutschland und Palästina berufen.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Was bewegt heute die Evangelische Kirche Deutschlands?

Zur geistigen Vorbereitung der Amsterdamer Weltkonferenz hatte der Vorläufige Ökumenische Rat die teilnehmenden Kirchen der einzelnen Länder angeregt, ihre Ansicht über die Probleme der Konferenz zu äußern. Die Abhandlungen aus den einzelnen Ländern sollten Einleitung und Grundlage des ökumenischen Gespräches werden. Namhafte Vertreter der Deutschen Evangelischen Kirche veröffentlichten als deutschen Beitrag unter dem Titel: „Die Ordnung Gottes und die Unordnung der Welt" (Ev. Verlagswerk, Stuttgart, 1948) eine Anzahl von Arbeiten, die sich mit den drängendsten gegenwärtigen Problemen, vor die sich die Deutsche Evangelische Kirche gestellt sieht, auseinandersetzen, oder vielmehr sie erst aufwerfen, formulieren und zur Diskussion stellen.

Der Titel des Buches führt schon in die Problematik ein, die Bischof Stählin, Oldenburg, in dem Satz ausdrückt: „Der Brennpunkt aller Fragen des kirchlichen Denkens und Handelns ist heute das Verhältnis der Kirche zur Welt." Es geht darum, das Wesen der Kirche scharf zu umreißen, in der Vielfalt der christlichen Bekenntnisse die einigende Grundlage aufzusuchen und die Rolle der Kirche in der „Welt" festzulegen, in die sie unabänderlich gestellt ist, mit der sie sich auseinandersetzen muß und in der sie Aufgaben zu erfüllen hat.

Die evangelische Kirche und die Welt — das ist der eine Grundton, auf den die Beiträge abgestimmt sind; der andere ist nicht minder stark vernehmbar: die evangelische Kirche oder besser die Ökumene und die römisch-katholische Kirche.

1. Innerkirchliche Probleme

Daß die Jahre des Kirchenkampfes in Deutschland auch die evangelische Kirche aufgerüttelt und zur Selbstbesinnung gezwungen haben, bringt der Berliner Propst Dr. Böhm in seinem Beitrag „Neue Wege der Kirche" zum Ausdruck. Gegenüber der „Fehlentwicklung", wie er sagt, die früher die Gemeinde Jesu Christi mit der politischen Gemeinde oder mit einer staatskirchenrechtlichen Organisation identifizierte, stellt er klar heraus, daß die Kirche die Herde Jesu Christi ist, ja mehr: sein Leib. Das Herz dieses Leibes ist die Verkündigung, die Stimme des Herrn, wie sie in der frohen Botschaft vernommen wird. Dem Verkündiger wird das Wort der Schrift, wenn er es lauter und rein predigt, durch den Heiligen Geist erschlossen. Man muß vom Prediger verlangen, daß er selber „Zeuge und nicht nur Rezitator von Wahrheiten ist", daß er mit seiner Persönlichkeit und seinem ganzen Glauben zu seinen Worten steht. Wenn er es darüber hinaus noch vermag, zu der jeweiligen Gemeinde in ihrer konkreten Situation mit dem Worte Christi zu sprechen, wird er segensvolle Missionsarbeit wirken.

Ähnliche, noch weiter ausgeführte Gedanken und Anregungen über die inhaltliche und formale Erneuerung der Predigt gibt Professor DDr. Thielicke, Tübingen, in seinem Artikel: „Versagen und Erneuerung der kirchlichen Verkündigung". Die überzeugende Kraft des Wortes Gottes muß aus dem Prediger in der Weise sprechen, daß sie dem Menschen von heute, dem Mann von heute, in seinem öffentlichen Leben Richtung zu weisen vermag. Hier wird ein vielfaches Versagen der Kirche offenbar.

Drängender und wichtiger für die innerkirchliche Entwicklung scheint die Frage des Gottesdienstes. Dr. Böhm sagt: „Das Entscheidende im Leben der Gemeinde ist ihr Gottesdienst. Woran lag es, daß 99% der Glieder der evangelischen Kirche nicht mehr zum Gottesdienst kamen?" Er erklärte das z. T. als „Frucht einer Predigt", die in antikatholischer Haltung vermeinte, auch ohne den

Besuch des Gottesdienstes fromme Menschen heranziehen zu können und in übersteigertem Individualismus ausschließlich auf die persönliche Begegnung der Einzelseele mit Gott hinwirkte. „Und nun hat der Sturm des Kirchenkampfes offenbart, wie diese christlichen Einzelpersönlichkeiten in Massen den Gegnern der Kirche zum Raube fielen.“ In diesem Versagen der Christen sieht er eine ernste Frage an die Gestalt des Gottesdienstes. Wird sie den Ansprüchen der Zeit noch gerecht? Er fordert eine „Rückkehr zur Vielfalt der Gottesdienste der Väter“. Es muß wieder eine hohe Messe geben und in ihr, zentral gestellt, das heilige Abendmahl, Abendmahlsgottesdienst als Eucharistiefeier, an der die Gläubigen kommunizierend teilnehmen! Das Sakrament muß wieder ins Leben der Christen hineinwirken!

Diesem Wunsch vieler evangelischer Christen hat auch Professor Brunner in seinem Beitrag, auf den noch näher eingegangen werden wird, Ausdruck gegeben, wenn er sagt, daß zur Wortverkündigung die Sakramentsfeier gehört, die vorreformatorische und altkirchliche Form der Missa. Der methodistische Bischof Sommer, Frankfurt, betont die Wichtigkeit der Abendmahlsgemeinschaft auch für die ökumenische Zusammenarbeit; denn erst die häufige Tischgemeinschaft mit dem Herrn verbindet die Christen untereinander in der erstrebten Weise.

Mit der neuen Betonung des Sakramentalen wird auch der Taufe als dem entscheidenden Akt im menschlichen Leben wieder die gebührende Stellung eingeräumt. Daneben stellt Dr. Horst Michael in seinem Beitrag die Forderung nach der sakramentalen Buße, dieser „Erneuerung der Taufgnade“, an der die Menschen, die aus einem verfehlten Leben einen neuen Anfang suchen, nicht mehr vorbeikommen; „das göttliche Erbarmen muß jeden persönlich fleischgeworden umschließen“.

Mehr von innerkirchlicher Bedeutung, wenn auch für die praktische Gemeindegestaltung nicht weniger wichtig, sind Propst Böhms Vorschläge hinsichtlich der Pflege der Kirchenmusik, des familiären Gemeindelebens außerhalb des Gottesdienstes und des Laienapostolates. Alle diese Faktoren zusammen sollen das Antlitz der Kirche von innen her erneuern und dem gläubigen evangelischen Christen wieder Freude am Leben mit der Kirche geben.

2. Kirche und Welt

Der Berliner Bischof DDr. Otto Dibelius sieht in seinem Aufsatz „Zur Bedeutung des Ökumenischen Rates“ den radikalsten Gegensatz unserer Zeit darin, daß einer Welt mit Gott, der Kirche, die ganz andere Welt ohne Gott gegenübersteht, die notwendig eine Welt gegen Gott ist. „Im christianisierten Abendland ist eine Welt ohne Gott nicht möglich ohne ständigen, betonten, kampfentschlossenen Gegensatz gegen die Kirche Jesu Christi, die ihrerseits missionierende Kirche ist und sein muß; so ist der radikale und vollständige Gegensatz gegen diese Kirche eine Welt, die das gesamte Leben der Menschen in einem gegenchristlichen Geist zu gestalten unternimmt, und zwar mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln der Gewalt.“ — Trotzdem ist die Kirche nun einmal in diese Welt gestellt und muß eine Verständigung mit ihr suchen.

Professor DDr. Friedrich-Karl Schumann, Halle, versucht in seinem Beitrag „Von der rechten Ordnung des Volks- und Völkerlebens“ Wege dahin zu weisen. Er lehnt das Naturrecht als Grundlage der Volks- und Völkerordnung ab. Die Ordnung, wie der Christ sie versteht, ist nicht natur- oder vernunftgemäße Ordnung, „sondern vielmehr Ordnung, wie sie dem Willen Gottes entspricht“. Dies sind für Schumann gegensätzliche Begriffe. Der Wille Gottes findet nämlich seinen Ausdruck nicht in einem Recht. „Gott ‚will‘, wie kein Recht ‚wollen‘ kann, Gott gebietet, wie kein Recht gebieten kann; denn Gott straft, wie kein Recht und kein Rechtswille strafen kann.“ In Ausdrücken, wie „Gesetz Gottes“, „Strafe Gottes“, werden Redeweisen aus dem menschlich-politischen Bereich übertragen und erfahren eben durch diese Übertragung eine dialektische Sprengung ihres Sinnes, die nie übersehen werden darf. „Gottes Gesetz als Rechtsgesetz gibt es nur in jenem singulären Raum Israels“; das ist etwas Einmaliges und nicht ein Beispiel für andere Völker.

Uns ist der Wille Gottes im Evangelium Jesu Christi offenbart. Ihm können wir zwar nicht eine politische Ordnung entnehmen; denn das Evangelium wendet sich nicht an die Völker, sondern an die einzelnen Menschen. Aber es vermittelt uns ein „grundsätzliches Verständnis menschlichen Daseins, aus dem sich entscheidende Grundsätze auch für das Rechtsdenken über Volks- und Völkerleben gewinnen lassen.“ Es gewährt uns vor allem das rechte Verständnis des Alten Testamentes, insofern dieses nicht nur die Volksordnung Israels enthält, sondern auf die Gerechtigkeit Gottes hinführt, die in Christus in ihrer Fülle erschienen ist.

Die Gerechtigkeit Gottes, mit der wir es als Christen auch für den Bereich des öffentlichen Lebens zu tun haben, ist kein Recht im natürlichen Sinne des Wortes; sie offenbart sich zunächst in einer Tat, im Sterben Jesu Christi, und dann in einem Anspruch Gottes an den Menschen, der in seiner Unbedingtheit jegliches Naturrecht in den Schatten stellt. Wenn man vom „Gesetz“ Gottes spricht, muß man sich dieser Unterschiede gegenüber irdischem Gesetz bewußt sein.

Wie verhält sich nun, fragen wir, dieser Anspruch und Wille, dieses Gesetz Gottes zu dem, was man in katholisch-thomistischer Sicht als Naturrecht bezeichnet?

Schumann erblickt den richtigen Ansatz der Naturrechtslehre darin, daß sie die Rechtsordnung nicht positivistisch begründet, sondern in einem „Urdatum alles Menschseins“. Aber dies Urdatum ist eben nicht, wie das Naturrecht meint, *physis;* es ist nicht etwas, das zum Menschen gehört, sofern er geboren wird. „Hier ist übersehen, daß der Mensch sein Menschsein eben gerade nicht als ‚Natur‘ hat, d. h. als etwas vom Naturzusammenhang, von seinem physischen Gewordensein her zu Verstehendes und abschließend Greifbares, daß das Menschsein also nie von der ‚Abstammung‘ des Menschen, sondern nur von seinem geschöpflichen *Ursprung* zu verstehen ist, d. h. aber eben von jenem Sichgeltendmachen des Gesetzes Gottes über ihm.“ Das Gesetz Gottes macht sich dem Menschen nach der Meinung Schumanns nicht durch seine Natur geltend, sondern er vernimmt es als Anspruch von oben her. Dazu bedarf es freilich nicht der Offenbarung im strengen Sinne dieses Wortes. Das Gesetz Gottes meldet sich dem Menschen „inmitten seines Menschseins ... so, daß in diesem Sichmelden recht eigentlich sein Menschsein besteht.“ Aber darum ist es doch noch kein „Moment am vorfindlichen Menschsein“; daß der Mensch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist, dessen wird er *nicht* dadurch inne, daß

er auf seine Natur starrt, sondern indem er bemerkt, daß er es mit Gott als seinem Gegenüber zu tun hat, und dies bemerkt er. indem er in seinem Herzen Gottes Stimme vernimmt. Das göttliche Gesetz ist also für Schumann ein mit dem Schöpfungsakt zwar verbundener, jedoch nicht identischer Anspruch Gottes an den Menschen. Darum kann er nicht aus der geschaffenen Natur abgelesen, sondern nur im Hinhören auf die innere Stimme des Schöpfers vernommen werden. Dies ist der wesentliche Unterschied zwischen seiner und der katholischen Deutung des „Naturrechts".

Er findet seine tiefere Erklärung in den verschiedenen metaphysischen oder theologischen Voraussetzungen, unter denen der Katholik und der Protestant an das Problem des Naturrechts herantreten. Die thomistische Naturrechtsphilosophie setzt die analogia entis voraus, die reformatorische dagegen kennt diese Brücke zwischen Schöpfer und Schöpfung nicht. Darum ist es für sie ein unvollziehbarer Gedanke, daß der Wille und Anspruch Gottes auf irgendeine Weise in der Natur selbst zum Ausdruck kommen könnte. Sie ist außerstande, den thomistischen Naturbegriff als legitime Formulierung christlicher Theologie der Schöpfung anzuerkennen, und darum gehört die Naturrechtslehre in ihren Augen zu jenen Ideen, die der griechische Geist auf Kosten der biblischen Offenbarung dem Christentum aufgeprägt hat.

Schumann als protestantischer Theologe sucht deshalb die allgemeinen sittlichen Normen des menschlichen Zusammenlebens aus einem positiven gesetzgeberischen Willensakt Gottes herzuleiten, der sich dem Menschen kundtut, sobald dieser innewird, daß er als Mensch Gott gegenübersteht. Es handelt sich dabei um das Vernehmen einer inneren Offenbarung, die allen Menschen zuteil wird. Sie bezeugt sich gerade dadurch als Gottes Anspruch, daß sie dem natürlichen Denken und Verlangen widerspricht; sie ist nicht die Stimme und das Gesetz der menschlichen Natur, sondern ihr Widerruf! Mit dieser Auffassung wird also der Grund der Verpflichtung des Sittlichen in doppelter Weise subjektiviert und damit — wird der Thomist sagen — relativiert: Nicht das Sein, nicht die Idee der Schöpfung verpflichtet, sondern Gottes Wille, und er verpflichtet den Menschen nicht durch die Erhellung der Idee menschlichen Seins und seiner Ordnungen, sondern durch Auferlegung eines göttlichen Diktates. Die verschiedene Ansicht des Naturrechts erweist sich letzten Endes als Konsequenz einer verschiedenen Metaphysik.

Dieser Gegensatz in der Frage nach Ursprung und Verpflichtung der sittlichen Normen hat aber, wie sich in dem Aufsatz von Schumann zeigt, keine Bedeutung für das Problem des Inhaltes des Naturrechts. Schumann kommt nämlich mit der thomistischen Philosophie darin überein, daß dieser Inhalt im wesentlichen im Dekalog ausgedrückt sei, und so ergibt sich hier eine Perspektive fruchtbarer Zusammenarbeit für die katholische und die evangelische Stellungnahme zu allen konkreten Problemen des sozialen Lebens, die gegenwärtig das christliche Gewissen bedrängen.

Diese Aussicht gewinnt noch an Bedeutung, wenn man mit Schumann darin einig ist, daß der Christ auf Grund der besonderen Offenbarung Gottes, die er in Jesus Christus empfangen hat, dem Gesetz Gottes ein erhöhtes Maß an Gehorsam schuldet. Der Christ weiß sich durch Jesus Christus „unmittelbar gerufen in die Erfüllung dieses Gebotes." Wenn der Christ die Verpflichtung empfindet, auch mit der nichtchristlichen „Welt" über Fragen der rechten Ordnung im politischen Leben zu sprechen, tut er das nicht, um die Welt „nach dem Evangelium zu regieren", das nur den Glaubenden verpflichtet, sondern er spricht aus der Erleuchtung, die er durch das Evangelium über das für alle vernehmliche und gültige Gesetz empfangen hat. Die Bedeutung und den Wert solcher Erleuchtung haben nach Schumann schon die Reformatoren, und erst recht die ihnen folgenden Jahrhunderte in ihrer Naturgläubigkeit, weit unterschätzt. Das allgemeine Wissen um Gottes Gesetz ist nur im Rahmen christlicher Erziehungstradition lebendig geblieben. Außerhalb ihrer kann man nicht mehr voraussetzen als eine „virtuelle Ansprechbarkeit der Menschen für das christliche Verständnis des Gesetzes". Daraufhin kann die evangelische Kirche die Welt anrufen und der Welt ihr Verständnis des Gesetzes Gottes bezeugen. Sie will *bezeugen*, sie will nicht von einer „neutralen Theorie von der rechten Ordnung" *überzeugen*, wie es, Schumann zufolge, die katholische Kirche in ihrer Naturrechtslehre unternimmt.

In solchem Bezeugen christlicher Erkenntnis ergeben sich nun für eine rechte Ordnung im Völkerleben u. a. folgende Normen:

Das Evangelium sucht und rettet den einzelnen Menschen. Darum ist die Ordnung des Staates um des einzelnen Menschen willen da. Kollektivistische Staatsauffassung muß bekämpft werden.

Wie Gott dem Menschen Wahrheit gewährt, schuldet auch der Staat ihm Wahrheit und muß sie zuvor für sich selbst gelten lassen. Nur eine Staatsgewalt, die über sich selbst das Gesetz der Wahrheit und die Unterscheidung von gut und böse anerkennt, ist Obrigkeit im Sinne von Römer 13. Eine Macht, die sich gegenüber der Wahrheit und dem Guten autonom setzt, widerspricht nicht nur dem Evangelium, sondern dem Gesetz Gottes.

Staatliche Souveränität ist insofern berechtigt, als es in jeder Gesellschaft *eine* höchste Autorität geben muß. Doch ist diese Autorität nicht etwa die Quelle der Rechte aller kleineren Gemeinschaften, die im Staate zusammengeschlossen sind. Mit diesem Irrtum beginnt die totalitäre Vergötzung des Staates, und sie wird vollendet, wo die Staatsautorität sich selbst als Zweck setzt. Andererseits ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also die nationale Souveränität, Voraussetzung dafür, daß die Freiheit des einzelnen Menschen auch im politischen Bereich betätigt werden kann; dies ist nur in den übersehbaren Grenzen eines Volkes möglich. Innerhalb des Staates aber ist die Freiheit des einzelnen Menschen darin begründet, daß er in Gottes Verfügung steht und deshalb für niemand anders schlechthin verfügbar sein kann.

Die große Schwierigkeit, eine Lösung der Probleme des Völkerlebens aus christlichem Verständnis des Gesetzes herbeizuführen, erblickt Schumann darin, daß die Staaten im Bereich der christlichen Verkündigung immer wieder der Versuchung erliegen, von der echten Unterwerfung unter Gottes Gesetz in eine von zwei Scheinlösungen auszuweichen: entweder unter christlichem Vorzeichen eine pseudo-christliche Ordnung aufzurichten oder eine Trennungslinie zwischen weltlichem und geistlichem Bereich zu ziehen, womit dann im Zeichen der „Freiheit" der erste Schritt zu ihrer Zerstörung getan ist. Was die

Christen demgegenüber zur Geltung zu bringen haben, ist nicht eine „christlich-politische Weltanschauungsideologie", von der aus die politischen Entscheidungen positiv zu bestimmen wären, sondern die in jeder Entscheidung zu beachtende „grundsätzliche Forderung des Gesetzes Gottes", das sie vom Evangelium her in voll erschlossener Wahrheit vernehmen, das aber auch ohne den Glauben an das Evangelium verstanden werden und politisch heilsam wirken kann.

Es kann an dieser Stelle leider nicht weiter eingegangen werden auf die konkreten Anwendungen, die sich aus den dargelegten Grundsätzen für den Staat ergeben und in dem reichhaltigen Beitrag von Professor Schumann ausführlicher behandelt sind. Hier kam es darauf an zu zeigen, wie sich die Evangelische Kirche Deutschlands bemüht, auch im öffentlichen Leben dem Gesetz Gottes Gehör zu schaffen.

3. Ökumene und katholische Kirche

Wo immer christliche Theologen sich verantwortlich mit dem Wesen ihres Glaubens und ihrer Kirche beschäftigen, kommen sie an einer Auseinandersetzung mit der römisch-katholischen Kirche nicht mehr vorbei. Einen Beitrag zu dieser Auseinandersetzung liefert Professor D. Peter Brunner, Heidelberg, der als verantwortlicher Teilnehmer interkonfessioneller Gespräche mit ausgezeichneter Kenntnis über den gegenwärtigen Stand der theologischen Probleme zu schreiben in der Lage ist. Seine Haltung ist bestimmt durch den aufrichtigen Willen zu gegenseitiger Erkenntnis und Verständigung über das, was von beiden Seiten im Rahmen ihrer Glaubensüberzeugung gemeinsam anerkannt werden kann. Brunner beschäftigt sich in diesem Aufsatz mit der Frage, warum die katholische Kirche die ökumenische Zusammenarbeit in den Fragen des Glaubens ablehnt und was daraus für das Selbstverständnis der Ökumene folgt.

Mit tiefem Verstehen legt Brunner dar, daß die in der Ökumene zusammenwirkenden Kirchen in den Augen Roms als häretische Gemeinschaften gelten müssen, und daß es der katholischen Kirche innerlich unmöglich ist, ihnen als gleichberechtigter Partner an die Seite zu treten. Man muß sich fragen, „ob eine Kirche, die sich selbst als Kirche ernst nimmt, überhaupt anders urteilen kann. Schließt nicht jede andere Haltung ein relativistisches Moment der Unsicherheit, wenn nicht gar eine gewisse Skepsis ein?" Für die römische Kirche ist die ökumenische Einheit bereits in ihr selbst verwirklicht. Gestalten und Formen in ihr können sich wandeln, sie selbst aber wird in allen Wandlungen die gleiche bleiben. Der letzte Grund für die verschiedene Einstellung zur ökumenischen Arbeit liegt in Brunners Sicht in der Verschiedenheit der Einstellung zur Heiligen Schrift. Während die ökumenischen Kirchen sich „vor den Richterstuhl des Wortes Gottes gestellt wissen, wie es in den ....Schriften der Bibel verfaßt und begriffen ist", und bereit sind, zufolge neuem Verständnis dieses Wortes umzukehren, hat die römische Kirche „durch ihre Entscheidungen über die dogmatische Autorität der Tradition (Tridentinum) und des Lehramtes (Vaticanum) sich dieser richterlichen Begegnung mit der Heiligen Schrift grundsätzlich entzogen."

Trotz dieser Gegensätze sieht Brunner eine Möglichkeit der Begegnung zwischen der Ökumene und der katholischen Kirche im ernsthaften theologischen Gespräch. Durch die Überwindung des neuprotestantischen Modernismus einerseits und des hergebrachten Lutherbildes auf katholischer Seite in den Werken von Lortz und Herter, durch die Zeitereignisse, welche Katholiken und Protestanten in vielfache Berührung gebracht haben, durch die beiderseitige Sehnsucht nach der heiligen Einheit, wie sie in der Una-Sancta-Bewegung ihren Ausdruck findet, vermag man heute die dogmatische Auseinandersetzung in einer Haltung zu beginnen, die sachlichen Ernst mit auf richtiger Liebe zu den „Brüdern in Christus" verbindet.

In der Lehre von der Rechtfertigung, von der die Reformation ihren Ausgang nahm, sieht Brunner heute keinen unüberwindbaren Gegensatz mehr. Er glaubt, daß die tridentinische Rechtfertigungslehre ohne dogmatische Preisgabe ihrer Grundauffassung sich so deuten läßt, daß sie mit der lutherischen in Einklang ist.

Ebenso sieht er die Abstimmung der beiderseitigen Auffassungen über das Verhältnis von natürlicher und geoffenbarter Gotteserkenntnis als möglich an.

Was die Gottesdienstgestaltung und das heilige Abendmahl betrifft, spricht auch Brunner die Sehnsucht der evangelischen Kirche nach der Messe, nach der zentralen Stellung der Eucharistie, nach Erweiterung der Liturgie aus. Die Schwierigkeit des evangelischen Christen gegenüber der römischen Messe beginnen im Canon. Es handelt sich aber weniger um das Wesen der Trans- oder Consubstantiation als um das Problem von Opfer und Priester. Die offene Frage bleibt: „Inwiefern wird im Abendmahl Leib und Blut Christi Gott als ein wahres Opfer von Priestern dargebracht?" Hier zeigen sich Gegensätze in den Auffassungen, die nahezu hoffnungslos werden, je mehr man sich der Ekklesiologie zuwendet. Die Autorität der Tradition, die in der Lehre vom unfehlbaren Lehramt und dem Primat des Papstes gipfelt, erscheint der evangelischen Glaubensüberzeugung ebenso unannehmbar, wie diese andererseits darum weiß, daß die römische Kirche keine Konzessionen machen kann und wird. Eine Vereinigung mit den anderen christlichen Kirchen wird für sie immer gleichbedeutend sein mit der Rückkehr in ihre vom Nachfolger Petri geleitete Gemeinschaft. Doch ist diese Rückkehr nicht eine Sache von Unterwerfung und Triumph. Papst Pius XII. spricht in seiner Enzyklika „Orientales omnes" die Überzeugung aus, daß die lebendigen Werte der anderen Kirchen in die römische aufgenommen werden sollen, auf daß sie sich zu einer noch volleren Katholizität entfalte.

Und doch beweist das Dargelegte, wie tief der Riß geht, wie groß die Trennung ist. Für die evangelische Kirche liegt die Hoffnung auf eine Vereinigung nur darin, daß das Wort Gottes über alle Trennung hinweg die Verbindung aufrecht erhält. Glaubenseinheit muß vom Evangelium her kommen. So betrachtet scheint die korporative Wiedervereinigung der katholischen und der ökumenischen Kirchen ein eschatologisch-apokalyptisches Ereignis zu werden. Ist nicht die gegenseitige Annäherung schon ein Zeichen der Endzeit? fragt Professor Brunner zum Schluß. Dieser eschatologische Gedanke wird auch von anderen Mitarbeitern dieses wertvollen Bandes aufgenommen und durchzieht das ganze Werk: die Kirche scheint in einem Stadium angelangt zu sein, in dem alle Kräfte auf das letzte Kommen des Herrn und seines Reiches ausgerichtet werden müssen.

Ein neues Verständnis des Sakraments in der evangelischen Theologie

Die neuen Glaubenserfahrungen, die den evangelischen Brüdern in dem letzten Jahrzehnt geschenkt wurden, haben ihren Kern in der Wiederentdeckung des Sakraments. Eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten aus den letzten Monaten zeigt, wie stark diese Erfahrungen bereits das theologische Bewußtsein durchdringen und wie positiv sie das Gespräch der Konfessionen bestimmen.

Das zwölfte Gebot

1. Die soeben herausgekommene 4. Auflage der bekannten „Neutestamentlichen Theologie" des Erlanger Theologen Ethelbert Stauffer bringt einige beachtliche Ergänzungen in dem Kapitel über die Sakramente: „Der Taufbefehl ist das elfte, der Abendmahlsbefehl das zwölfte Gebot". Die Aussage „Solches tut..." in den Konsekrationsworten, sagt der Verfasser, ist keine Kannvorschrift sondern ein Gebot. Johannes ist nicht mehr wie in den früheren Auflagen der „Revolutionär", sondern der „Vollender" der urchristlichen Abendmahlslehre: „Hier ist der folgenreiche Schritt vom geltungshaften zum schöpfungshaften Verständnis des ‚est' offenbar." Diese neue Auffassung ist die Folge einer genaueren Exegese der Abendmahlslehre des Apostel Paulus: „Im 1. Kor. 10, 21 und 11, 20 spricht Paulus von der pneumatischen Personalpräsenz Christi, der uns am Tisch des Herrn das Mahl des Herrn spendet", und „in 1. Kor. 10, 3 f; 12, 13, vor allem 11, 27 und 29 spricht Paulus von der pneumatischen Realpräsenz Christi in Brot und Wein". „Durch den unwürdigen Genuß, der keinen Unterschied macht zwischen alltäglicher und sakramentaler Speise, versündigen wir uns an dem Leibe, der sich auf dem Tisch, an dem Blut, das sich im Becher befindet." Schließlich spricht Paulus im 1. Kor. 11, 24,27,29 ff von der „pneumatischen Lebensübertragung im Mahlsakrament".

Der Leib Christi

2. Sehr viel deutlicher und weitgehender ist die Arbeit von Ernst Käsemann (Göttingen) über „Anliegen und Eigenart der paulinischen Abendmahlslehre" („Evangelische Theologie" 1948 Heft 9/10 S. 263 ff). Diese Eigenart sieht Käsemann in der „Verbindung von Sakrament und Christusleib": „Wenn man den Christusleib anzieht, in ihn hineingetaucht wird, so ist dieser Leib da, ehe wir seine Glieder werden, wie der Christus selber vor unserem Glauben und Taufen da ist". Paulus nimmt zwar das Bild vom Leibe aus der hellenistischen Gnosis, aber er verbindet einen anderen Sinn damit. Auch die Korinther dachten sich das Sakrament als Medizin der Unsterblichkeit, seinen Gebrauch nach Analogie eines Naturvorganges. Deshalb warnt Paulus in 1. Kor. 10, 1—13 mit dem Beispiel Israels und betont mit Schärfe, daß das Sakrament weder vor dem Abfall noch vor der göttlichen Verwerfung sichere. „Es ist gerade nicht Garantie des Heils, sondern, wie 10, 15 ff dartun, Ruf zum Gehorsam, Ermöglichung der Glaubensentscheidung wider die Anfechtung zum Ungehorsam."

„Die Glieder konstituieren weder den Leib noch seine Einheit, weil dieser Leib seinen Charakter wie seine Einheit allein vom Kyrios empfängt... Wo der Kyrios im Pneuma präsent wird, da beschlagnahmt er Menschen für seinen Herrschaftsbereich. Das ist weder ein Naturvorgang noch ein mystischer Prozeß. Der Kyrios greift nach mir, indem er meinen Willen beschlagnahmt und mich seinem Willen dienstbar, darin zum Gliede seiner Herrschaft macht. Gehorsam ist die neue Seinsweise des Christen, in die er durch die sakramentale Epiphanie des Christus hineingestellt ward. Und Gehorsam ist kein character indelebilis, sondern die Möglichkeit der Entscheidung... Der neue Gehorsam ist die Gabe des Kyrios und die himmlische Seinsweise, weil die irdische Existenz im Ungehorsam ruht".

„Formel heiligen Rechts"

Die eigentümliche Erkenntnis Käsemanns ist der Nachweis, daß Paulus in 1. Kor. 11, 27 ff durchweg Begriffe und Wendungen der Rechtssprache verwendet. „Der Gemeinde wird hier eine verbindliche Formel heiligen Rechts überliefert, deren unantastbare Gültigkeit ihrem Inhalt und der dadurch gesetzten heiligen Handlung entspricht... Das Schwergewicht hat sich verlagert. Das Sakrament ist nicht mehr primär Vorwegnahme des eschatologischen Mahles, sondern Stiftung für die Kirche und darum an die Zeit der Kirche gebunden, die von Jesu Tod bis zu seiner Parusie reicht... darum unterliegt die Gestaltung der eucharistischen Handlung nicht dem freien Ermessen der Gemeinde, sondern der durch Tradition verbürgten, auf den Willen des Stifters selbst zurückführenden Ordnung". Paulus, sagt der Verfasser, spricht in der Vollmacht des Apostels, der für die Ordnung der Gemeinde und ihres Gottesdienstes verantwortlich ist. Daher der „dekretale Stil": „Er formuliert ein Gesetz...". Diese Exegese erleichtert in der Tat die Aussprache über die heilige Messe. Sie zeigt, wie sehr die Reformatoren die Lehre vom Abendmahl verkürzt haben.

Wer der Identität des Brotes mit dem Leibe und des Kelches mit dem Blute des Herrn nicht Rechnung trägt, ist „unwürdig". „Es ist die praesentia des Herrn, der sich dieser Mittel zu seiner Epiphanie bedient... Der Epiphanie des Christus gegenüber gibt es nur die beiden Möglichkeiten: mit der Gemeinde den Tod Jesu zu proklamieren oder mit der Welt diesen Tod herbeizuführen. Und diese Epiphanie zu übersehen, heißt eben, mit der Welt am Tode Jesu schuldig werden". Das Gericht ist mit dem Sakrament schon da, weshalb Paulus mahnt, sich selber zu richten. „Epiphanie des Kyrios ist ja zugleich die des Weltenrichters... Nicht zur Gemeinde gehören, die den Tod Jesu preist, heißt zur Welt gehören, die den Tod Jesu heraufführt!"

Besondere Aufmerksamkeit wendet der Verfasser auf den Begriff des „Leibes" Christi. Bei Paulus enthalte das „estin" kein Problem. „Die repräsentierende Größe führt nach antikem Verständnis die praesentia der repräsentierten herauf (s. unten bei Asmussen). Daher trifft Realpräsenz genau die von Paulus gemeinte Sache... *Soma* sollte nicht so selbstverständlich mit ‚Person' übersetzt werden. Sofern der Apostel den letzteren Begriff überhaupt prägnant gebraucht, charakterisiert er damit die Leiblichkeit der in die Schöpfung eingegliederten, von Gott beanspruchten und durch die kosmischen Mächte bedrohten Existenz. Gott beschlagnahmt die Leiber zum

Gehorsam. Soma ist hier prägnant zu verstehen: ‚Leib', und zwar der für uns in den Tod gegebene Leib Jesu ... Das Abendmahl stellt in den Christusleib, in die Gegenwart des Erhöhten und seit seinem Tode Herrschenden und unterstellt damit unter die Herrschaft dieses Kyrios ... Der Auferstandene setzt das fort, was der Menschgewordene und Gekreuzigte getan hat. Er ist leiblich für uns da, er gibt uns leiblich an sich Anteil. Aber Christi Leiblichkeit ist *Soma pneumatikon.*"

So schließt Käsemann seine bedeutsame Exegese: „Das ist das Paulus hier beherrschende Anliegen: die leibliche Selbstmitteilung Christi im Sakrament beschlagnahmt uns zu konkretem leiblichem Gehorsam im Leibe Christi ... Indem der Christus sakramental unsere Leiber zu seinem Dienst an seinem Leibe beschlagnahmt, erweist er sich als der Kosmokrator, der in unsern Leibern die Welt in seine Herrschaft reißt und mit seinem Leibe die neue Welt konstituiert." Es ist unschwer zu erkennen, welche Folgen aus dieser Exegese Käsemanns erwachsen, wenn man sie im Zusammenhang mit den Ergebnissen des andern Bultmannschülers, Heinrich Schlier, sieht, über die wir im letzten Heft berichtet haben.

Die kritische Frage an die evangelische Sakramentspraxis

3. Aber auch die systematische Theologie beginnt, die neue Sakramentserfahrung zu verarbeiten. D. Hans Asmussen veröffentlicht unter dem Titel „Das Sakrament" (Quell-Verlag, Stuttgart, 1949) ein Skizzenbüchlein zu einer ganzen Vorlesung. Ausgehend von der Feststellung, daß die Wahrheit beim Sakrament nicht so leicht mißverstanden werden kann als eine Summe von begrifflich ausdrückbaren Wahrheiten, weil der ganze Mensch, auch sein Leib, gemeint ist, fragt Asmussen: „ob denn die sakramentalen Zeichen, wie die Gemeinde sie hier und da aufrichtet, wirklich die Zeichen sind, die Gott aufgerichtet haben will (!). Man sollte sich hüten, zu früh zu fragen, was mir das Sakrament wohl nützt ... Wer diese Frage wirklich im Ernst stellt, der ist schon über eine Schwäche hinausgewachsen, an der der Protestantismus seit langem krankt. Denn die Schwäche unserer Sakramentspraxis war — und ist es noch weithin —, daß wir zuerst nach dem Bedürfnis der Menschen fragten". Die subjektive Seite der Sakramente habe man nur, wenn man ihre objektive Seite gesichert hat!

Die höchsten Geheimnisse des Heils hat Gott an Zeichen gebunden, die zwar den Einzelnen meinen, „aber so, daß sie ihn ganz in die Gemeinschaft stellen". Denn „es scheint dies zum menschlichen Wesen überhaupt zu gehören, daß Gemeinschaften des Zeichens bedürfen ... Die Sakramente sind kräftige Zeichen, die uns durch das, was sie bezeichnen, als Gemeinde zusammenfassen. Wir werden die Sakramente immer mißverstehen, wenn wir sie nur innerhalb unserer Subjektivität verstehen wollen". In diesem Zusammenhang entdeckt Asmussen wieder, was E. Stauffer (s. o. Seite 185) „das Gesetz der Mittlerschaft" nennt. Er sagt: „Die Kraft des Sakraments wird sichtbar, wenn man das Gesetz der Repräsentanz erkennt", das uns fremd geworden ist und das wir wieder lernen müssen. „Für das Ganze nimmt Gott einen Teil! Das ist ihm und uns ein Zeichen, damit nicht vergessen wird, daß das Ganze ihm gehört. An seinen Grenzen geht das Gesetz über in das Gesetz der Stellvertretung. Gott nimmt im Opfer das Tier an meiner Statt ... die Heilsbotschaft ist von dieser Anschauung unlöslich". Jesus ist vor Gott der Repräsentant aller Menschen. Brot und Wein repräsentieren die Tat des ganzen Christus. „Das Sakrament ist wie ein mehrfach verschlüsselter Brief". In der Taufe kommt die andere Seite der Repräsentanz deutlicher zur Geltung. „Ist Jesus unser Repräsentant, dann kann es nicht anders sein, als daß wir ihm gleich sein müssen ... dieses Zeichen steht für unseren ‚ganzen' Tod". Asmussen bezeichnet diese Repräsentanz als ein Wunder „d. h. etwas, das wir logisch zu erklären nicht imstande sind ..." „Darum ist das Wort, welches dem Wesen des Sakraments am meisten angemessen ist, das Gebet ... Wie zwei Liebende bestimmte Worte haben, die dem Dritten ... gleichgültig sind — dem Liebenden aber sagen sie alles — so hat Gott mit dem, der das Sakrament nimmt, sein Geheimnis. Hier gibt er das eine für das andere, was im Grunde gemeint ist ...".

„Sofern Hingabe ein Opfer ist, verlangt jedes Sakrament das Opfer". Glaube aber ist nur, wo die Hingabe ist, dieses „Sich-selbst-fahren-lassen". Der Mensch antwortet auf das Sakrament mit dem Versprechen, indem er sich weggibt in Gottes Hände. Aus diesem Grunde gehören zum Sakrament bestimmte Gebete. Hier legt Asmussen den Finger auf die Wunde: in der Reformationszeit ist „aus Gegensatz gegen Rom ein Gesichtspunkt unausgesprochen geblieben, der doch nicht verschwiegen werden darf. Wenn wir nämlich uns selbst mit allem, was uns lieb ist, Gott darbringen, wenn wir, da wir uns selbst nur unvollkommen zum Opfer bringen, Gott auf Christus verweisen, dann geschieht der Form nach das Gleiche, was in allen alttestamentlichen Opfern geschah: der Opfernde hat ein Subjekt, einen Stellvertreter ... Es muß darauf geachtet werden, daß dieser Vorgang im Gebet sich deckt mit dem, was im Sakrament repräsentiert wird ... In Richtung auf uns wird vergegenwärtigt, was für uns von Christus getan ist. Zu gleicher Zeit wird in Richtung auf Gott durch uns in Erinnerung gebracht, was Christus für uns tat! Die Gabe an uns fällt inhaltlich mit dem zusammen, was wir Gott zu bieten haben ... Das ist es, was meist übersehen wird ... Was aber im Abendmahl auf Erden geschieht, das geschieht im Grunde auch im Himmel ... Das Sakrament ist also ohne Opfer nicht verständlich und auch nicht segensreich!"

Man kann die Erkenntnisse des angesehenen evangelischen Theologen nur mit größter innerer Bewegung verzeichnen! In einem weiteren Abschnitt entdeckt er auch den von der Reformation verkannten Sühnecharakter des sakramentalen Opfers. „Wir bringen uns selbst Gott dar, dem wir gehören! Aber da wir es nicht können und Gott den Raub in dem Zustand wie er ist, nie annehmen könnte, bringen wir uns in Christus dar, dessen Opfer bereits angenommen ist!" Im Sakrament „stellt Gott unsere eigene Wirklichkeit in die Wirklichkeit des Kreuzes hinein".

Darum, so fährt Asmussen fort, gehört das Sakrament zum Priestertum aller Gläubigen und steht sogar recht in dessen Zentrum. „Denn es ist die Gemeinde, die als Gottes Mitarbeiterin sich selbst, ihre Glieder und die ganze Welt in die Welt und Wirklichkeit des Kreuzes Christi hineinbetet, wohl wissend, daß sie im Augenblick des höchsten Einsatzes nur passiv ist." Es sei ein Irrweg, wenn man vom Priestertum aller Gläubigen spricht und alles Priesterliche dem Dienst der Gläubigen entnimmt,

sodaß man im Grunde mehr ein Predigertum aller Gläubigen als ein Priestertum meint. Asmussen fordert daher für die Gemeinden an Stelle der Aktivität der Martha das Beten der Maria.

Lebendige Gemeinden stehen im Priestertum Christi vor Gott! Hier habe Rom vor den Evangelischen, so sagt er, „ohne Zweifel die bessere, weil biblischere Position". In einem eigenen Abschnitt entwickelt der Verfasser die Bedeutung des so verstandenen Sakraments für das christliche Handeln, die Nachfolge.

Die Schrift schließt mit einer Prüfung der Frage, wie das Sakramentsverständnis das Handeln und das Sein des reformierten, des katholischen und des lutherischen Christen bestimmt. Darin heißt es u. a.: „Die Stärke des römisch-katholischen Denkens ist sein Zug zum Realen. Ganz fremd ist ihm die Aufteilung der Wirklichkeit in Geist und Materie ... Auch das ist als Stärke zu werten, daß die römisch-katolische Theologie von dem modernen Geist so unberührt ist. Es ist zweifellos ungefährlicher, einer Philosophie zuzuneigen, die dem Zeitgeist fern ist, weil sie vergangen ist, als dem Zeitgeist seine Opfer zu bringen ... Vor allem scheint es mir, daß Rom begriffen hat, wie stark das Sakrament mit der Einheit der Kirche zu tun hat." Und der lutherischen Kirche wird gesagt: „Es geriet in Vergessenheit, daß das Wort, welches uns rechtfertigt, ein sakramentales Wort ist und also unsere ganze Existenz begreift, auch unsere Körperlichkeit ... Man vergaß, daß unsere Neuschöpfung ebenso sehr eine Wirklichkeit ist wie das, daß Brot und Wein Christi Leib und Blut wahrhaft ist."

Christus opfert in der heiligen Messe

4. Einen Schritt darüber hinaus tut Asmussen in seiner gleichzeitig erschienen, aber später verfaßten Schrift „Abendmahl und Messe", die er mit dem Untertitel versieht: „Was Papst Pius XII. in der Enzyklika Mediator Dei vom Abendmahl lehrt". (Evangelisches Verlagswerk, Stuttgart, 1949). Da ist nichts mehr von der Verkennung der „Schmalkaldischen Artikel", die die Messe ein Werk der Menschen nennen: „Wo die Messe fällt, so liegt das Papsttum". Asmussen hat in der Enzyklika Pius' XII. die Stimme des Guten Hirten vernommen und hat den Mut, das zu bezeugen, und zwar besonders vor den Laien, denen das „Allgemeinchristliche" in der Katholischen Kirche so sehr am Herzen liegt. Er will eine Antwort auf „die brüderliche Anrede aus Mainz" geben, indem er auf die katholischen Brüder ernsthaft hört. „Wir lassen uns gern von Pius XII. rufen", nach den Heiligtümern der Kirche in erster Linie zu fragen.

So rühmt Asmussen zunächst, welche Sorgfalt der Papst auf die Lehre von der rechten Bereitung der Gaben zum Abendmahl verwendet. „Was heißt beim Abendmahl danken? Und was heißt segnen? Können wir eine solche Antwort nicht geben und sie christlich begründen, dann sollten wir gegen das Opfer im Abendmahl keine Einwendungen erheben. Wir haben dann kein Recht dazu." Er rühmt, wie der Papst die Gläubigen zur Kommunion mahnt: „Möchten unseren Bischöfen doch ähnlich eindringliche Worte gegeben sein!" Er beachtet, wie wichtig es dem Papst ist, gemäß den Worten der Bibel, daß wir uns Jesus Christus als Opfergabe darbieten und im Opfer des Altars das Opfer der ganzen Gemeinde versinnbildlicht wird und daß die Gläubigen sich zugleich mit Christus ans Kreuz schlagen lassen nach Gal. 2, 19 f. „Es ist uns Lutherischen sehr wichtig, daß wir dies aus des Papstes eigenem Munde hören." Asmussen meint, in diesem „Opfer", in dieser „Mitwirkung" der Gläubigen dasselbe sehen zu sollen, wie wenn die Lutherischen sagen, daß der Glaube zum Sakrament gehört. Besonders beachtlich findet er die Lehre, wonach im Priester nicht nur die Gemeinde, sondern vor allem Christus selber der Opfernde ist, dessen einmaliges Kreuzesopfer uns hier zugewendet wird. Er sieht hier nicht mehr die Verirrungen, gegen welche die Reformatoren protestieren. Ja, Asmussen findet: was der bekannte lutherische Theologe Edmund Schlink (Heidelberg) über die „Identität" des Kreuzesopfers mit dem Abendmahl sagt, bedeutet für den Laien eine Bestätigung der Lehre des Papstes. Asmussen selber findet bei einer näheren Prüfung der beiderseitigen Aussagen, daß „an dem zentralen Punkt kein Unterschied vorhanden" ist, womit er nicht verschweigen will, daß es an anderen Punkten, z. B. in der Lehre von der potestas ordinis zum Vollzug des Sakraments noch wichtige Unterschiede gibt.

Zu der Lehre des Papstes über den Zweck des Opfers wird gesagt: „Wir Lutherischen danken dem Herrn der Kirche, daß wir an dieser Stelle jenen Ton überhaupt nicht hören, der uns so schwer erträglich ist. Hier verschlingt Christi Tun alles, was von unserem Tun überhaupt gesagt werden könnte ... Hier heißt es nicht mehr: Christus und der Mensch, sondern der Mensch in und mit Christus ... Mit Dankbarkeit stellen wir fest, daß die Ausführungen über die ‚Mitwirkung der Gläubigen' uns überraschen ... Was hier Mitwirkung genannt wird, findet sich in jeder rechtschaffenen lutherischen Predigt, nur daß wir es nicht als Mitwirkung bezeichnen. Wir werden wohl in allen Vokabeln des andern erst wieder das Gemeinte suchen und entdecken müssen."

Diese in der Tat verheißungsvolle „Anzeige" der päpstlichen Enzyklika durch einen namhaften lutherischen Theologen läßt zwar noch manche Fragen ungelöst, wie z. B. die der Mariologie (wo Asmussen sich gegen einen bedenklichen Marienkult wendet, ohne zu zeigen, daß er den positiven Sinn der katholischen Mariologie erkannt hätte); aber man wird sagen dürfen, daß dieses Hören und Erkennen eine grundlegende Wende im Gespräch mit den Getrennten Brüdern eröffnet. Denn die kleine Schrift nennt sich selber ein „Bekenntnis zum katholischen Bruder" im Angesicht des Einen Herrn Christus. Sie hört auf Pius XII. als den Lehrer der Einen Heiligen Katholischen Kirche und betrachtet alle Differenzen als eine „innerkirchliche Angelegenheit"!

Ökumenisches Kraftzentrum Ägypten

Die Herder-Korrespondenz hatte im 2. Jhg., H. 8, S. 344 anläßlich der Vorbereitung auf die Amsterdamer Weltkirchenkonferenz von „Ökumenischen Gesprächen in Kairo" berichtet. Hinter dieser kurzen Notiz verbarg sich ein Vorgang, bei dem es sich in Wirklichkeit um die Bildung eines ökumenischen Kraftzentrums von vielleicht entscheidender Bedeutung für die Wiedervereinigung vor allem der römisch-katholischen Kirche mit den orthodoxen, koptischen und armenischen Kirchen handelt, das aber darüber hinaus in die anglikanische Kirche und die verschiedensten protestantischen Denomina-

tionen ausstrahlt. Das kam z. B. in der 1600-Jahrfeier des Heiligen Pachomius, des Ägypters, des Erzvaters alles zönobitischen Mönchtums und damit vor allem des abendländischen Ordenswesens, sehr deutlich zum Ausdruck.

Wenn man einen neuen Begriff anwenden will, kann man sagen, daß Ägypten mit Alexandrien und Kairo als Angelpunkten geopolitisch die günstigsten Voraussetzungen hierfür bietet. Kairo ist im Mittleren Osten nicht nur der Brennpunkt aller Geschäfte, sondern auch der Treffpunkt für Osten und Westen, so daß Entscheidungen, die dort getroffen werden, sich weit über die Grenzen des kleinen Staates hinaus auswirken dürften, ja bis mitten in das Herz des Islams hinein, unter dessen Druck wohl — der überwältigenden Mehrheit von 17 Millionen Mohammedanern stehen bloß 1,4 Millionen Christen und etwa 60 000 Juden gegenüber — die Einigungsbestrebungen nicht bloßes Gespräch geblieben sind, sondern zu gemeinsamen Aktionen geführt haben, z. B. in der Frage des Personalstatuts.

Die oben genannte Gesamtzahl der Nichtislamiten gliedert sich auf in 4 religiöse Gruppen und zwar

1. Orthodoxe des koptischen, griechischen (melchitischen oder byzantinischen), syrischen und armenischen Ritus,

2. Katholiken des koptischen, griechischen (melchitischen), syrischen, armenischen, maronitischen, chaldäischen und lateinischen Ritus,

3. Protestanten aller Denominationen und

4. Juden karaîtischer und rabbinischer Observanz.

Alle diese religiösen Gemeinschaften haben in Kairo ihre Gotteshäuser, so daß z. B. dem, der die verschiedenen christlichen Riten studieren und miteinander vergleichen möchte, hier alle Gelegenheit geboten ist, sie in der Wirklichkeit ihrer Welt zu beobachten und zwar auch in verschiedener Auffassung und auf der Grundlage verschiedener Geistigkeit und Kulturhöhe.

Es ist von vornherein ersichtlich, daß die orientalischen Katholiken der verschiedenen Riten den geschiedenen Brüdern im Glauben, die aber den gleichen Ritus und zum größten Teil die gleiche Geschichte und dieselbe religiöse und kulturelle Entwicklung haben, die in der gleichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwelt leben und daher den Fragen des Lebens in gleicher Haltung gegenüberstehen, ein ganz anderes Verständnis für ihre Antwort auf den Anruf Christi und der Kirche entgegenbringen als etwa deutsche Katholiken des lateinischen Ritus, selbst wenn es sich bei letzteren um Gelehrte und Fachleute handeln sollte. So war es zweifelsohne ein besonderes Werk der Vorsehung, daß auf dem Thron des katholischen Patriarchen von Antiochien, Alexandrien und Jerusalem (melchitischer Ritus) ein Mann von solchem Weitblick und solch konzilianter Geisteshaltung saß wie der vor einem Jahr verstorbene Cyrillos IX., dessen Nachfolger Sua Beatitudo Maximus IV. ist. (Wir bedienen uns hier den orientalischen Patriarchen gegenüber des lateinischen Titels Sua Beatitudo; Sua Beatitudo Maximus IV. trägt offiziell den Titel: Maximus IV., der Gebenedeite, der Heilige und Erhabene, unser Herr und Meister und Patriarch der großen Städte Antiochien, Alexandrien und Jerusalem, Ciliciens, Syriens, Iberiens, Arabiens, Mesopotamiens, der Pentapolis, Äthiopiens, ganz Ägyptens und des ganzen Ostens, Vater der Väter, Hirt der Hirten, Hoherpriester der Hohenpriester und dreizehnter Apostel). Eine Gelegenheit, die bis dahin schon oft ausgedrückte Zuneigung und väterliche Sorge um die andern in die Tat umzusetzen, entstand, als S. B. Cyrillos IX. mit dem anglikanischen Bischof von Kairo, Gwynne, in Verhandlungen wegen des Ankaufs der Marienkirche Kasr-el-Aini eintrat, die von den Anglikanern aufgegeben wurde, nachdem sie eine neue, allen Heiligen geweihte Kathedrale erbaut hatten. Bis dahin hatten die melchitischen und koptischen Katholiken wohl einige Verbindungen zu den getrennten Brüdern der orientalischen Riten gehabt: zu den Protestanten aber und sogar zu den Katholiken des lateinischen Ritus, wie das übrigens für den Kenner des Nahen Ostens gar kein Geheimnis ist, hatte gar kein oder ein gespanntes Verhältnis bestanden. Die Unterhandlungen wurden von katholischer Seite durch den Archimandriten Orestes Kerame — heute mit der Verbindung zum französischen Episkopat beauftragt und damit Pfarrer der melchitischen Pfarre in Paris, St. Julien des Pauvres — und S. Exz. Msgr. Hakim — heute Erzbischof von Haifa und Galiläa — geführt. Nach Abschluß des Kaufes lud Bischof Gwynne die beiden Prälaten schriftlich zu einer Tagung der protestantischen Gemeinden zur Regelung von Schulfragen ein, eine Einladung, die mit Zustimmung der Oberen angenommen wurde und schließlich zu 14-tägig regelmäßig stattfindenden Studienabenden an der amerikanischen Universität führte, an denen u. a. der stellvertretende Provinzial der Jesuiten, P. de Bonneville, teilnahm und auf denen der Dominikaner de Boulanger über das Thema „Religion und Weltordnung" sprach.

Aus diesen Sitzungen ging eine Gruppe hervor, die besonders von S. Exz. Peter Medawar, Erzbischof von Pelusium und Hilfsbischof des griechisch-katholischen Patriarchen von Alexandrien, von dem anglikanischen Bischof Allen, Nachfolger von Bischof Gwynne, und von Msgr. Van den Bronk vom lateinischen Apostolischen Vikariat angeregt und unterstützt wurde und die zu ihren Sitzungen interessierte Mohammedaner heranzog. Der im vorvergangenen Jahr verstorbene Scheich Abd-el-Razek der Al-Azha-Universität hat diesen Zusammenkünften stets größtes Interesse und Wohlwollen entgegengebracht, obwohl er persönlich nie daran teilnehmen konnte. Dagegen war der Oberrabbiner der jüdischen Gemeinde von Kairo einmal zugegen und ließ durch Mitglieder seiner Gemeinde die Verbindung aufrechterhalten. Bezeichnend ist, daß die orthodoxen Kirchen dieser Arbeitsgruppe keine Sympathie entgegenbrachten und nicht zur Mitarbeit zu bewegen waren.

Diese geistige Zusammenarbeit ist dann zu einer brennenden Existenzfrage für alle nichtislamitischen und damit alle christlichen Kirchen in Ägypten geworden, als das ägyptische Justizministerium 1944 der Kammer eine Gesetzesvorlage zur Reform des „Personalstatuts" vorlegte. Es handelt sich um Folgendes: Seit langen Jahrhunderten hatten die christlichen Kommunitäten und die Juden ihre eigenen Gerichtshöfe für alle Rechtsfragen, die das persönliche Verhältnis der Gemeindemitglieder angingen, also Heiraten, Scheidungen, Erbschaften, Vaterschaften, Mündelgelder usw. usw. In dem neuen Gesetz soll nun die Kompetenz der Gemeindegerichtshöfe erheblich beschnitten werden, und jeder Streitfall, bei dem ein Teil mohammedanisch ist, nur von den mohammedanischen ägyptischen Zivilgerichten

verhandelt werden, wodurch eine vitale Benachteiligung des nichtislamitischen Teils entstände. Diese Gesetzesvorlage interessiert nun vor allem die größte christliche Gemeinde, die der Kopten, die etwa 1 Million Mitglieder vor allem unter der alten einheimischen und bodenständigen Bevölkerung der Fellachen zählt. (Das koptische Christentum ist das eigentlich ägyptische Christentum. Kopte ist die arabische Verstümmelung des griechischen „aigyptios"). Der orthodox-koptische Patriarch von Alexandrien und Afrika, S. B. Youssab II., rief im Anfang des letzten Jahres die Oberhäupter aller christlichen Gemeinden und den Oberrabbiner im koptischen Patriarchat in Alexandrien zusammen und veranlaßte die Abfassung einer Protesterklärung, die von allen Patriarchen, Erzbischöfen, Bischöfen und den Vertretern der protestantischen Gemeinden sowie dem Oberrabbiner unterzeichnet wurde. Es scheint, als ob der König Faruk diesem gemeinschaftlichen Vorgehen nachgegeben und eine die Nichtmohammedaner zufriedenstellende Änderung veranlaßt habe.

Diese Zusammenarbeit aller christlichen Kirchen bleibt ein erhabenes Beispiel. Es ist jedoch durch die 1600-Jahrfeier des Hl. Pachomius noch überboten worden. Um diesen großen ägyptischen Mönchsvater, dessen Kukulla nicht etwa nur die Thebais, die szetische Wüste und das konstantinopolitanische und lembergsche Studion sondern auch Montecassino, Citeaux, La Trappe, die Grande Chartreuse und den Karmel überschattet, gebührend zu feiern, hatte sich ein Komitee gebildet, an dessen Spitze die vier Patriarchen S. B. Christophoros II. und S. B. Amba Youssab II. für die orthodoxen Griechen und Kopten und S. B. Maximos IV. und S. B. Amba Morkos II. für die katholischen Griechen und Kopten standen und dem sämtliche Erzbischöfe und Bischöfe aller Kirchen, und zwar der anglikanischen, der jeweils orthodoxen und katholischen armenischen, byzantinischen oder melchitischen und syrischen, und der katholischen Chaldäer, Maroniten und Lateiner angehörten, mit dem päpstlichen Internuntius Msgr. Arthur Hughes, Erzbischof von Apro, der übrigens wohlwollend und höchst aktiv zu dieser ganzen Arbeit steht. Vom 11. bis 18. April 1948 sprachen Gelehrte und Theologen in verschiedenen Festsälen über die Regel des hl. Pachomius, seine Bedeutung für die Zivilisation des Abendlandes, über pachomianische Liturgie, Geschichte, Legenden usw., Vorlesungen, die in einem Sammelwerk „Pachomiana" der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Abschlußsitzung fand unter dem Vorsitz der vier Patriarchen und im Beisein des Apostolischen Internuntius in der Ewart Memorial Hall der amerikanischen Universität statt und bot ein Bild christlicher Zusammenarbeit von großer Eindringlichkeit.

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Résistance

Einer Ihrer Korrespondenten hat (im Januarheft S. 191) die Frage aufgeworfen, ob es nicht trotz der Formen, die der Krieg in der Gegenwart angenommen hat, eine Pflicht sein könne, dieses furchtbare Mittel einzusetzen, wenn es sich um die Verteidigung gegen eine totalitäre Macht handle, die auch eine geistige Diktatur zu bringen beabsichtige, und zwar eine religionsfeindliche. „Was würde es für die Masse des christlichen Volkes bedeuten — heißt es da — wenn ihm Verkündigung und Unterweisung genommen, der Gottesdienst unterbunden, es der Spendung der zum Heil notwendigen Gnadenmittel beraubt und in seinem Glauben ausgehöhlt würde?" Es ist die Frage, ob es Güter gebe, die höher stehen als der Friede.

Wenn wir die Begriffe Krieg und Friede einander gegenüberstellen, so sind wir uns bewußt, daß wir zuerst einmal klar sehen müßten, was Krieg und was Friede ist. Ottaviani, dessen Auffassung die Herder-Korrespondenz dankenswerterweise in ihrem Dezemberheft dargestellt hat, hält ja den heutigen Krieg für keinesfalls vor einem christlichen Gewissen zu rechtfertigen, und er scheint mir damit recht zu haben, auch wenn es sich um die Verteidigung gegen einen totalitären Angreifer handelt. Muß ein Land, um den Krieg zu vermeiden, z. B. dem Bolschewismus die Tür öffnen — gewiß, so geschieht all das, was Ihr Korrespondent befürchtet. Zahllose Christen (und Nichtchristen) werden „Schaden nehmen an ihrer Seele". Jedoch — wäre es besser, wenn in einem Krieg Millionen und aber Millionen „in ihrer Sünden Maienblüte" hinweggerafft würden? Tod ist immer das letzte, nie mehr rückgängig zu machende Siegel, Mord eben um dieser endgültigen Gefährdung der Seele des Getöteten willen die verhängnisvollste Tat. Gegen die totalitäre Macht in den Krieg zu ziehen — einen heutigen Krieg — bedeutet den plötzlichen — „unbußfertigen" — Tod zahlloser Millionen.

Wenn es aber kein anderes Mittel gibt, ihr zu widerstehen?

Daß auch Friede kein Mittel ist, ihr zu widerstehen, zeigt ja nicht nur das Vorrücken des totalitären Systems im Osten Europas, sondern mehr noch der wachsende Zulauf der „totalitären Partei" der Kommunisten in den Ländern, die dem bolschewistischen Rußland als Gegner gegenüberstehen. Nicht als ob ich diesen Frieden Frieden nennen möchte — das ist er ja gerade nicht —: er ist Friede nur im Vergleich zu dem von den modernen Vernichtungswaffen geführten modernen Krieg.

Aber solange nicht der millionenfache Tod eines heutigen Krieges Gerechte und Ungerechte in einem Nu dahinrafft, hat der Christ immerhin noch etwas in der Hand, das er im Kampf gegen eine widerchristliche Macht einsetzen kann: eben das Leben. Das Leben, das gewiß von Millionen auch wieder nur zu Verrat, Abfall, selbstsüchtigem Sicherheitsstreben benutzt, von Zahllosen in Mutlosigkeit und Verzweiflung hingebracht werden wird

(aber wird es das nicht jederzeit?), das aber auch zu der wahren Verteidigung gebraucht werden kann, die heute noch möglich ist: zum „Widerstand". Dieser kann „Krieg im Kleinen" sein, unterwühlende geduldige Arbeit; er kann auch gewaltlos vorgehen. Er kann äußerlich hundertmal unterliegen, aber er ist wahrscheinlich das einzige Vorgehen, das überhaupt Hoffnung auf endlichen Erfolg gegenüber einem riesigen Machtapparat hat. Man müßte ihn beizeiten einüben... Würde ein moderner Krieg noch einmal über Europa kommen und es endgültig in eine Wüste verwandeln — und wenn dann auch der Bolschewismus des Ostens besiegt wäre! — wer sind die Überlebenden? Es werden ja nicht durch Zufall nur die gläubigen Christen sein! Gesteigert begänne auf noch größeren Trümmerfeldern der gleiche chaotische Wirbel aufs neue, den im geistigen und sittlichen Leben der letzte Krieg hinterlassen hat. Gewiß, es wären sicher auch wieder die einzelnen wachgerüttelten Christen am Werk. Aber diese wirken ja auch unter totalitären Mächten, wenn auch verfolgt und entehrt; als Verfolgte und Entehrte möglicherweise wirksamer, als es mit staatlicher Waffenhilfe möglich wäre...

Köln *L.S.*

Was ist Teilnahme am Krieg?

Im Forum des Februarheftes der H.-K gibt Herr Georg Heidingsfelder seiner Überzeugung Ausdruck, „daß es heute ganz gewiß geboten ist, in der Nachfolge Christi sich von jeder Teilnahme am Krieg fernzuhalten, im Vertrauen auf Gott".

Hier bleibt die Frage offen, wie derjenige, der einen solchen Standpunkt vertritt, sich, wenn tatsächlich unser Land in einen Verteidigungskrieg verwickelt würde — was zu verhindern ja nicht in der Macht des Einzelnen läge — zu verhalten hätte. Was ist unter „Teilnahme am Krieg" zu verstehen? Konsequenterweise müßte man dann persönlich all das unterlassen, was in irgend einer Form dem Staat oder der Gemeinschaft, die diesen Verteidigungskrieg führt, nutzt. Jede Tätigkeit soll doch auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein. Jede Tätigkeit nutzt also direkt oder indirekt dem einen Verteidigungskrieg führenden Staat. Hierdurch nimmt der Einzelne, ob er will oder nicht, zum mindesten indirekt am Kriege teil.

Nimmt der Arzt, der den Verwundeten behandelt, die Schwester, die ihn pflegt, der Beamte, der aus der Situation notwendige Verwaltungsmaßnahmen durchführt, der Bauer, der Lebensmittel auch für die Soldaten produziert, der Forstwirt, der Holz erzeugt, das irgendwo der Kriegführung dient, der Arbeiter, der neben Gütern für den zivilen Bedarf auch solche für die Kriegführung herstellen hilft, nimmt nicht jeder Steuerzahler auch am Kriege teil?

Wie soll der Einzelne, auch wenn er den Krieg nicht will, sich solcher Teilnahme am Krieg entziehen? Das könnte er doch nur dann, wenn er am ersten Tage des Krieges durch eine Bombe getötet würde oder sich durch Flucht in ein fernes Ausland jeder Möglichkeit begäbe, in irgendeiner Form am Kriege teilzunehmen, es sei denn daß jemand die Möglichkeit hätte, ohne jeglichen auch nur mittelbaren Dienst in der Gemeinschaft sein Leben in völliger Zurückgezogenheit zu verbringen. Das mag für wenige Menschen möglich sein. Aber sollten wirklich nur diese wenigen Menschen recht handeln? Tun all die anderen, die auch den Krieg nicht wollen, die aber zwangsläufig in irgend einer Form in die „Teilnahme am Krieg" eingeschaltet sind, unrecht, weil ihr Leben, ihr Beruf, ihre Arbeit in die Gemeinschaft eingeschaltet ist?

Teilnahme am Krieg kann heute nicht mehr nur Teilnahme mit der Waffe sein. Dafür bringt der moderne Krieg zu sehr in alle Lebensbereiche.

Wo ist die Grenze der Teilnahme? Was ist für den Einzelnen geboten, auch wenn er eine begrenzte Art der Teilnahme, nämlich den Waffengebrauch und das Töten, ablehnt?

Das „Los die Hände und vertraue Dich ins unermessene Blaue", kann das nicht auch ein leichtfertiges Vertrauen auf Gottes Barmherzigkeit bedeuten?

Diesen Standpunkt Bergengruens halte ich für richtig im Hinblick auf das allzu ängstliche Schauen auf künftige Gefahren, die uns drohen. Hier muß ein großes Gottvertrauen helfen, weil wir als katholische Christen Optimisten sein sollen.

Aber für die unmittelbare Situation des Einzelnen, die ihn im Kriege treffen kann, ist es kaum möglich, eine bindende Regel über das „sich Verhalten" einer Gefahr gegenüber und somit seine Teilnahme am Kriege zu geben. So einfach ist das Fernhalten von der Teilnahme am Kriege nicht.

Wer den Standpunkt vertritt, daß er nicht als Soldat oder mit der Waffe in der Hand teilnehmen kann, gut, das lasse ich gelten. Aber was darüber hinaus „Teilnahme am Krieg" ist, das sind Unwägbarkeiten.

Aber daß ein ganzes Volk in all seinen Einzelgliedern und all seinen Handlungen sich völlig widerstandslos gegen ein hereinbrechendes Unrecht in sein Schicksal fügen soll, erscheint mir utopisch und keineswegs ein gottgewolltes Verhalten. Ein Volk in seiner Gesamtheit kann nicht Märtyrer sein, sondern nur einzelne Persönlichkeiten in gegebener Situation.

Ich glaube, diese Frage ist nur zu lösen, wenn man eine stufenweise Berufung zum Verhalten in dieser Welt annimmt, denn mit Gottes Willen sind wir Menschen unvollkommene Wesen, die zur Vollkommenheit trachten sollen, und der Grad der Unvollkommenheit liegt in Gottes Hand und nur die Gnade und die Erleuchtung des hl. Geistes, für die wir offen sein müssen, kann uns in der gegebenen Situation jeweils den rechten Weg unseres Verhaltens weisen.

Haus Brabeck (Sauerland)
Kaspar Freiherr von Fürstenberg.

Sorge um das christliche Land

...Gleichzeitig veranlaßt mich der Beitrag „Das Land muß christlicher werden" in der Märznummer III/6 (1949) S. 246 zu der Feststellung, daß man eine so positive und sachkundige Kapazität wie Ottilie Moßhammer nur in Unkenntnis der wahren Sachlage als dem pessimistischen Extrem der Beurteilung sich annähernd bezeichnen kann. Es ist überhaupt noch keine so pessimistische Stimme in der Öffentlichkeit laut geworden, wie es in manchen Gebieten der objektiven Wirklichkeit der christlichen Landsituation entspricht. Wenn eine so informierte Persönlichkeit von so bejahender Mentalität wie Ottilie Moß-

hammer sich so besorgt äußert, ist das ein Fanal: jedes Wort der besorgten Kritikerin ist leider mehr als wahr. Z. B. ist im Bayrischen Wald — und es gibt genug andere Gebiete gleicher Art — das ländliche Christentum praktisch weithin kein praktisches Christentum mehr, woran zum größten Teil die Passivität bzw. die fehlende Methoden-Umstellung oder der mangelnde christliche Unterricht, der Mangel an Klarsicht, Verantwortung, Wahrheitsmut, Arbeitsfreude, Geschick und Beispiel des Klerus mitschuld ist. Der Gottesdienstbesuch und das Taufbuch, Taufe — Hochzeit — Beerdigung (und nicht einmal mehr die Hochzeit!) sind große Täuschungen über den praktischen Abfall: den Auseinanderfall von „Glaubensbekenntnis" und Lebensbekenntnis bzw. Lebenspraxis: in Ehe, Familie, Erziehung, Lebensernst, Lebensansprüchen, Kauf — Verkauf, Annehmen von Fremden-Unsitte.

Wie wenige Familien sind noch das, was man früher als häusliche christliche Reserve, als ehrfurchtsvolles häusliches Christentum von Echtheit und Ernst bezeichnen könnte. Der Verfall ist rapid und epidemisch: die Therapie dagegen fehlt natürlich dort, wo man nicht einmal die Tatsachen sehen will. Es wäre ein Glück, wenn die täuschenden Fassaden, der letzte und so gefährlich einlullende Rest, auch fallen würden und die nackte Wahrheit offenkundig wäre. Aus Gutmütigkeit usw., um nicht wehe zu tun, weil man es nicht glauben will, übersieht man das befreiende Wort der Feststellung und die Gegenmaßnahmen, die vor allem im christlichen Unterricht, der wirklich ein solcher ist, in der Neubegründung des Christlichen, der christlichen Gesinnung und Lebenseinheit bestehen müßten: (Predigt! Katechese! Jugend — Männer — Frauenwerk!) in sorgender Arbeit und Mühe um Rettung. Nicht umsonst redet in Frankreich ein Kardinal Saliége, in Deutschland z. B. ein Bischof von Münster usw. — und eine Ottilie Moßhammer so offen und besorgt. Ach, es ist nicht leicht und gar nicht leichtfertig, ja sogar gefährlich — das zu schreiben: zu sehen und zu sagen. Mancher sieht es, aber hat nicht den Mut, die Gefahren des Sagens sich aufzubürden ... Kein Kritikaster, kein Besserwisser, kein Bauern- und Pfarrerfeind usw. redet hier: ein alter „Römer", ein Landseelsorger im Bayrischen Wald: einer der sich krankgearbeitet — seit vier Jahren bettlägerig — und sich durch den Mut zur Wahrheit viel Mißverständnis zugezogen hat. Verzeihen Sie diese trauernden Zeilen, dies Zeugnis des Herzblutes eines Leutpriesters: peccator et ipse est.

Mittenfels über Straubing

Dr. Josef Rußwurm lic. jur.

Noch einmal: Änderung im kirchlichen Eherecht

Das Heft 5, III. Jahrgang der Herder-Korrespondenz veröffentlicht im „Forum" eine Richtigstellung Prälat Dr. Bruggaiers zu der in Heft 3 erschienenen Meldung „Änderung im kirchlichen Eherecht". Diese Richtigstellung war sehr wesentlich, und zwar nicht nur für den Kirchenrechtsbeflissenen, sondern auch für den Laienleser, für diesen allerdings nur, wenn erläutert wird, welche lebendige Wirklichkeit von dieser kirchenrechtlichen Änderung getroffen wird. Da der in Rede stehende Canon 1099 innersten Gehalt unseres Kirchenbegriffes berührt, erscheint eine solche Erläuterung angebracht.

Der Canon lautet: „§ 1. Ad statutam superius formam servandam tenentur:

1. Omnes in catholica Ecclesia baptizati et ad eam ex haeresi aut schismate conversi, licet sive hi sive illi ab eadem postea defecerint, quoties inter se matrimonium ineunt;

2. Idem, de quibus supra, si cum acatholicis sive baptizatis sive non baptizatis etiam post obtentam dispensationem ab impedimento mixtae religionis vel disparitatis cultus matrimonium contrahant;

3. Orientales, si cum latinis contrahant hac forma adstrictis.

§ 2. Firmo autem praescripto § 1, n. 1, acatholici sive baptizati sive non baptizati, si inter se contrahant, nullibi tenentur ad catholicam matrimonii formam servandam; (von hier ab nun durch das Motu Proprio Pius' XII. beseitigt:) item ab acatholicis nati, etsi in Ecclesia catholica baptizati, qui ab infantili aetate in haeresi vel schismate aut infidilitate vel sine ulla religione adoleverunt, quoties cum parte acatholica contraxerint."

Dieser Canon hat folgenden Inhalt (nach „Recht der katholischen Kirche", von Anton Retzbach, 3. Aufl. Freiburg 1947):

§ 1, n. 1 „Als katholisch (und damit rechtlich an die katholische Trauungsform gebunden, d. Verf.) gelten alle in der katholischen Kirche Getauften und alle zur ihr aus der Häresie oder dem Schisma Bekehrten, ob sie später abgefallen sind oder nicht".

n. 2 (ergänzt v. Verf.) Diese Personen sind an die Trauungsform auch dann gebunden, wenn sie unter Dispens die Ehe mit einem getauften oder nichtgetauften Akatholiken schließen.

n. 3 (nach Retzbach) „Die Orientalen sind an die Trauungsform dann gebunden, wenn sie die Ehe mit an diese Form gebundenen Lateinern eingehen."

§ 2. „Akatholiken, Getaufte und Nichtgetaufte, sind an die von der Kirche vorgeschriebenen Trauungsformen nirgends gebunden, wenn sie unter sich heiraten. Ihre Ehe ist gültig, wenn sie in irgend einer Form einen wahren Ehekonsens erklären (z. B. vor dem Standesbeamten, vor dem akatholischen Religionsdiener oder auch privatim)."

(Nun folgt der gestrichene Abschnitt:) „Als nichtkatholisch gelten auch solche Abkömmlinge von *Akatholiken,* die zwar katholisch getauft, aber von Kindheit an in der Häresie, im Schisma, im Unglauben oder ohne jede Religion herangewachsen sind" (sofern sie mit einem akatholischen Partner eine Ehe eingehen, d. Verf.).

Soweit der Wortlaut des CIC. Retzbach berichtet noch über die Entscheidungen der Kardinalskommission zur authentischen Auslegung des CIC vom 20. 7. 1929 und 7. 4. 1930: „Dies (d. h. die Ausnahme von der kirchlichen Trauungsform, d. Verf.) ist selbst bei katholisch getauften Kindern *aus gemischten Ehen* der Fall, wenn ihre Eltern vor der Hochzeit zwar die katholische Kindererziehung zugesichert haben, die Kinder aber tatsächlich von frühester Jugend außerhalb der katholischen Kirche erzogen wurden, und trifft auch dann zu, wenn für die Ehe die kirchliche Dispens erteilt war. Dasselbe gilt von den Kindern der abtrünnigen Katholiken."

Diese Auslegung hatte also den Begriff „Abkömmlinge von Akatholiken" auf die „Kinder aus gemischten Ehen"

angewandt, sofern die tatsächliche katholische Erziehung mangelte. Es ist natürlich anzunehmen, daß nunmehr auch diese Auslegung hinfällig geworden ist. (Übrigens: Wenn schon einmal Mißverständnisse auftauchen, reißen sie nicht so leicht ab, es hat sich nämlich auch in die Richtigstellung Bruggaiers ein Fehler — wohl Druckfehler — eingeschlichen. In der Position 2, 3. Zeile muß es heißen: „Alle, welche von *akatholischen* Eltern abstammen ...").

Der Canon 1099 und seine *teilweise* Änderung — wie wichtig dieses „teilweise" ist, werden wir gleich sehen — hat 1) im engeren Sinn eine eherechtliche Bedeutung und 2) im weiteren Sinn eine tiefgreifende Bedeutung für das Verhältnis von Kirchenrecht und Kirchenbegriff.

1) Da das Kirchenrecht *alle* Getauften, *auch die Nichtkatholiken* verpflichtet, ausgenommen die Orientalen, erhebt auch das kirchliche Eherecht Gültigkeitsanspruch gegenüber dem gleichen Personenkreis. Innerhalb dieses grundsätzlichen Anspruches läßt der CIC Ausnahmen zu, und zwar eherechtlich insofern, als Akatholiken unter sich nicht an die kirchliche Eheschließungsform gebunden sind. Nicht vom kirchlichen Eherecht überhaupt, sondern nur von diesen speziellen *Formvorschriften* sind diese Personen ausgenommen (unter sich). Ihre Ehe ist also gültig, wenn sie sich in irgend einer Form den „Ehekonsens" erteilen, jenes gegenseitige Ja, das wesentlichster Kern beim Zustandekommen jeder Ehe ist. Im Gegensatz dazu können jedoch in der Katholischen Kirche Getaufte sowie zu ihr Zurückgekehrte nur dann eine gültige Ehe schließen, wenn sie diese Eheschließungsformen beachten. Andernfalls leben sie nicht in einer (kirchlichen) Ehe. An diese Formvorschrift bleiben auch solche gebunden, die von der Kirche abfallen. Ihre Nichtbeachtung macht eine Ehe auch dann (kirchlich) ungültig, wenn nur ein Partner Katholik ist. Diese Kirchenrechtslage hat sich im Zeitalter der Ehescheidung auch hinsichtlich der zweiten Heirat geschiedener Personen zu Lebzeiten des (ersten) Gatten wirksam gemacht. Ein Katholik kann eine Ehe nicht eingehen mit einem Akatholiken, der von seinem noch lebenden akatholischen Ehepartner geschieden ist, eben weil diese Ehe unter Akatholiken auch ohne Beachtung der kirchlichen Eheschließungsvorschriften gültig ist. Anders liegt der Fall, wenn auch nur ein Partner Katholik ist (oder auch als Abgefallener einer war) und diese Ehe nicht nach dem katholischen Kirchenrecht geschlossen wurde. Jeder dieser Partner kann auch zu Lebzeiten des anderen eine (bürgerlich gesehen zweite) Ehe eingehen, weil ja die bisherige bürgerliche Ehe kirchlich gesehen keine war.

Der in Frage stehende zweite Satz des Can. 1099 § 2 hatte nun den Akatholiken eherechtlich jene Personen gleichgestellt, die zwar in der Katholischen Kirche getauft sind, aber von akatholischen Eltern abstammen und ohne katholische Erziehung vom Kindesalter an herangewachsen sind. Die oben nach Retzbach zitierten Auslegungen der Kardinalskommission hatten, was Bruggaier nicht anführt, der akatholischen Abstammung eine solche aus Mischehen gleichgestellt, sofern die übrigen Voraussetzungen vorliegen. Dieser und nur dieser Teil des Can. 1099 ist nun gestrichen worden, während die Ehe, die Akatholiken unter sich außerhalb der kirchlichen Formen schließen, nach wie vor kirchlich gültig bleibt. Es sind also jetzt wieder *alle* in der Katholischen Kirche Getauften ohne Rücksicht auf ihre religiöse Erziehung an die kirchliche Eheschließungsform gebunden. Die eherechtliche Bedeutung dieser Bindung ist oben dargestellt.

2) Welche Bedeutung der Canon 1099 und insofern auch die vorgenommene Änderung für das Verhältnis von Kirchenrecht und Kirchenbegriff hat, ergibt sich aus einer Schrift des Bonner Kirchenrechtlers Joseph Klein („Grundlegung und Grenzen des kanonischen Rechtes", Tübingen 1947), deren auf unser Thema bezügliche Abschnitte wir hier referieren, ohne an dieser Stelle uns im einzelnen mit ihnen auseinanderzusetzen.

Wir sagten oben, daß das Kirchenrecht alle Getauften, auch die Nichtkatholiken, verpflichtet, wobei nur die Orientalen eine Sonderstellung haben. Eine Ausnahme von dieser Verbindlichkeit des CIC enthält der eben behandelte Canon 1099. Daß aber grundsätzlich der CIC auch Nichtkatholiken gegenüber verpflichtend sein soll, ist unserem heutigen Denken nicht ohne weiteres einsehbar. Diesen Anspruch leitet Klein her aus der abendländisch-mittelalterlichen Einheit der res publica christiana. „Die Christenheit war Trägerin einer einheitlichen Rechtsordnung, deren Verwirklichung in den Händen der geistlichen und weltlichen Obrigkeit lag. ... Das kanonische Recht wurde ein Teil des einen Rechtes der Christenheit. Welt und Kirche waren identisch geworden und so bestand keine Möglichkeit, den Rechtsbegriff beider zu unterscheiden" (Klein, wie alle folgenden Zitate). „Wie sehr sie (die Kirche) vom Rechtsdenken dieser Weltsphäre ergriffen und bestimmt war, geht daraus hervor, daß sie die Verwirklichung des Christlichen mit der Realisierung der Idee des Rechts in eins setzte und durch die districtio ecclesiastica erzwingen zu können vermeinte". In dieser geschichtlich bedingten Nähe zwischen kirchlichem und weltlichem Recht (und zwar einem ganz bestimmten, dem ius Romanum) sieht K. die Problematik, die auch heute noch nachwirkt. Dem gegenüber betont er den *eigenständigen* kirchlichen Rechtsbegriff. Die Kirche hat echtes Recht — dies betont die Schrift mit aller Schärfe gegenüber dem Kirchenbegriff Rudolf Sohms — aber es setzt die freie Entscheidung des Glaubensaktes voraus, von dem das gläubige Dasein in der Kirche erst gegründet wird. Ihm wendet sich dann die kanonische Regelung zu. „Die sakramentale Ordnung ist die Grundlage und die Substanz der kirchlichen Rechtsordnung". „Nicht in der Weise, wie das weltliche Recht sich auf den existenten Menschen als ein Gegebenes bezieht, richtet sich das geistliche Recht auf den Gläubigen". Baptismate homo constituitur in Ecclesia Christi persona (can. 87) — durch die Taufe, nicht durch die Geburt oder die Abstammung von christlichen Eltern, wird man Glied der Kirche (Retzbach). Dies ist die schärfste Unterscheidung des CIC von jedem staatlichen Recht. Zur Taufe gehören Glaube und Buße als geistliche Akte, was nicht deshalb zu übersehen ist, weil sie von den Stellvertretern des Kindes verlangt werden, während staatliches Recht schon mit Geburt und Abstammung bindet, ohne daß sich der Einzelne (oder sein Vertreter) ausdrücklich zu diesem Staat bekennt.

Aus dieser Andersartigkeit des *geistlichen* Rechtes erhebt sich nun für K. die Frage, wie seine positiven (also nicht gemeinverbindlichen, naturrechtlichen) Gesetze auf Nichtkatholiken angewandt werden können. Auch die weitere Frage wird gestellt, ob sie noch geltend gemacht werden können gegen solche, die der Kirche den Gehorsam aufkündigen. „Es dürfte kein schwerer

Schritt sein, alle Nichtkatholischen von allen kanonischen Gesetzen positiver Natur ausdrücklich auszunehmen. Die eingeschlagene Entwicklung drängt in diese Richtung, so daß man das Kirchenrecht der Zukunft als das geistliche Recht im Zeitalter der Kirche als einer freien Gefolgschaft bezeichnen könnte".

Einen Schritt in dieser Richtung, wenn auch nicht grundsätzlicher, sondern „auf Grund historisch gewordener Verhältnisse" praktischer Art sieht K. in dem oben behandelten Canon, weil er die Nichtkatholiken von den Formvorschriften der Eheschließung ausnimmt. Daß auch die Sondergruppe der Abkömmlinge von Akatholiken, die zwar katholisch getauft, aber nicht katholisch erzogen wurden, in diese Ausnahme einbezogen waren, bezeichnet K. als „eine scheinbar geringfügige, aber sehr bezeichnende Modifikation". Sie ist jetzt durch das Motu proprio Pius' XII. gefallen — wiederum nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern „im Hinblick auf die Ergebnisse einer dreißigjährigen Erfahrung" (Herder-Korrespondenz III, 3). Im Sinne der Darlegungen Kleins wäre dies also eine rückläufige Bewegung.

Es muß hier offen bleiben, inwieweit es in der geschichtlichen Verknüpfung des kirchlichen mit dem weltlichen Recht begründet ist, daß der CIC, von den Ausnahmen abgesehen, auch die Nichtkatholiken verpflichtet, die doch „geistlich" nicht zur Kirche gehören. Aber dies ist eben die Frage. Es wäre die Bedeutung der Tatsache zu erwägen, daß zum Vatikanischen Konzil auch die nichtunierten Orthodoxen und die Protestanten eingeladen wurden — oder daß der Papst noch immer urbi et orbi den Segen erteilt — oder daß die Verpflichtung der Nichtkatholiken auf das Kirchenrecht eine Gemeinschaft aufrecht erhält, die letztlich doch sakramental durch die Taufe begründet ist; daß also von der Kirche her eine Gemeinschaft besteht, auch wenn ihr andererseits keine „freie Gefolgschaft" entspricht. Freilich steht das Kirchenrecht wie die Kirche überhaupt in der Zeit. Die Zeit aber ist eine Last. Die Schrift Kleins zeigt viele Probleme auf, die damit gestellt sind.

Weidach b. Ulm *Dr. Oskar Köhler.*

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BAUMANN, Ferdinand. *Von den Selig- und Heiligsprechungsverfahren 1947/48.* In: Geist und Leben Jhg. 22 Heft 1 (Febr. 1949) S. 71—75.
Der Stufenbau des Verfahrens und Bericht über den Stand der einzelnen Prozesse.

BOUYER, Louis. *The Problem of Evil in early Christianity.* In Blackfriars Bd. 30 Nr. 346 (Jan. 1949) S. 6—16.
Die frühchristliche Überzeugung vom Wirken des Teufels wird dargestellt und in weiteren Aufsätzen des Heftes aufschlußreich auf die Probleme der Gegenwart, besonders die der Familie und Sexualität angewendet, denen gegenüber die rein natürliche Moral und eine vielfach darauf fußende (!) Pastoral versagt.

CARROL, William, SJ. *Neuartige Gottesdienste.* In: Katholischer Digest Jhg. 3 Heft 2 (Febr. 1949) S 54—57.
Eine künstlich geschaffene, extrem auf den Arbeiter zugeschnittene Gottesdienstform in einer Industrievorstadt von Paris verfolgt den Zweck, Nichtgläubige in die alte Liturgie einzuführen.

GAGERN, Friedrich von. *Folgen falscher Geschlechtserziehung.* In: Katechetische Blätter Jhg. 74 Heft 2 (Febr. 1949) S. 51—54.
Eine der Sphäre der Triebe bloß negativ gegenüberstehende Erziehung führt zu Verkrampfungen und späterer Unmöglichkeit echter Geschlechtsliebe.

GEBSATTEL, Viktor Emil von. *Die werdende Persönlichkeit des Kindes.* In: Katechetische Blätter Jhg. 74 Heft 2 (Febr. 1949) S. 34—41.
Der christliche Standpunkt in der angemessenen Behandlung der seelisch-leiblichen Diskrepanzen während der Pubertätszeit.

GORSKI, Herbert SJ. *Woran sie glauben.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 5 (Febr. 1949) S. 392—395.
Kritik der gängigen Meinung, daß eine allgemeine Zuwendung zum christlichen Glauben zu verzeichnen wäre. Eine Gegenüberstellung von Äußerungen aus Dichtung und bildender Kunst zeigt, daß der Glaube nach wie vor ein Geheimnis, keine Zeiterscheinung ist.

LOEW, M.-R. *Incroyance des Masses.* In: Masses Ouvrières Jhg. 4 Nr. 41 (Febr. 1949) S. 16—36.
Hier gibt der Marseiller Arbeiterpriester ein sehr düsteres Bild über die religiöse Lage bei den Arbeitern und Dockern der Stadt: Aberglaube, religiöse Feste als Folkore, keinerlei Verhältnis zu Christus und der Kirche, kein nennenswerter Zuwachs an Bekehrten.

MALEVEZ, L. SJ. *La vision chrétienne de l'histoire. I. Dans la Théologie de Karl Barth.* In: Nouvelle Revue Théologique Bd. 71 Nr. 2 (Febr. 1949) S. 113—134.
Die Geschichte in der Barth'schen Theologie heilsgeschichtlich: die durch Werke des Glaubens verwandelte Wirklichkeit nur Zeichen, ohne eigenen Wert; profangeschichtlich: Aufgabe, die Natur durch den Geist zu formen, also positive Kulturauffassung im Prinzip, während in der Wirklichkeit große Reserve.

MARTIN, Bernhard. *Die neunfache Form der Aszese. Von der Einübung christlicher Vollkommenheit.* In: Geist und Leben Jhg. 22 Heft 1 (Febr. 1949) S. 37—71.
Versuch einer Entfaltung der beziehungsreichen inneren Gliederung des „gottgegebenen Organismus" christlicher Vollkommenheit.

NIEBUHR, Reinhold. *Editorial Note.* In: Christianity and Crisis Bd. 8 Nr. 23 (10. 1. 1949) S. 178—179.
Der führende protestantische amerikanische Theologe widerspricht den katholischen Bestrebungen auf Erschwerung der Ehescheidung mit der Begründung: „daß kein moralischer Standard durch die politische Gewalt des Staates erzwungen werden kann, wenn die Mehrheit der Bevölkerung widerstrebt". Es gäbe ein Land, in dem die Ehescheidung verboten ist, dafür aber die Hälfte der Morde auf Ehestreitigkeiten beruht.

PLATTNER, F. A. *Die Weltkirche in der Zeitenwende.* In: Orientierung 13. Jhg. Nr. 1 (15. Jan. 1949) S. 1—3.
1. Teil: Japan. Beispiele dafür, daß die Mission keine rein religiöse Tätigkeit mehr sein kann.
2. Teil: Indien. In derselben Zeitschrift 13. Jhg. Nr. 2 (31. Jan. 1949) S. 18—20.

RAHNER, Hugo. *Noch ein neues Dogma? (Das neue Wort über Maria: Assumptio).* In: Orientierung Jhg. 13 Nr. 2 (31. Jan. 1949) S. 13—16.
Hinweise für eine mögliche Definierbarkeit der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel.

(Das neue Wort über Maria: II. Mediatrix) in derselben Zeitschrift Nr. 3 (15. Febr. 1949) S. 25—27.
Die Wesensverwandtschaft Mariens mit der Kirche macht die Definierung der Gnadenvermittlerin sinnvoll.

(Das neue Wort über Maria: III. Corredemptrix) in derderselben Zeitschrift Nr. 4 (28. Febr. 1949) S. 41—43.
Obwohl keine unmittelbare Mitwirkung Mariens im Erlösungsvollzug gedacht werden kann, hat sie doch eine einzigartige Stelle in der Zuwendung der Erlösungsgnade.

RAHNER, Karl. *Passion und Aszese. Zur philosophisch-theologischen Grundlegung der christlichen Aszese.* In: Geist und Leben Jhg. 22 Heft 1 (Febr. 1949) S. 15—36.

Die Bedeutungsrichtungen des Begriffes „Aszese", die innere Zusammengehörigkeit mit „Passion" und die Grenzen ihrer Heilsvermittlung.

THIBAUT, R. SJ. *Le problème des prières inexaucées.* In: Nouvelle Revue Théologique Bd. 71 Nr. 2 (Febr. 1949) S. 152—161.

Das beunruhigende Problem der unerhörten Gebete im Hinblick auf die Verheißung: Um was immer Ihr in meinem Namen bitten werdet . . .

TILMANN, Klemens. *Die Fragen zum sechsten Gebot im Beichtspiegel der Erstbeichtkinder.* In: Katechetische Blätter Jhg. 74 Heft 2 (Febr. 1949) S. 43—47.

Die Unkeuschheit hat für das Kind einen speziellen Sinn und eine stark eingeschränkte Verstehbarkeit. Es muß daher eine von den Formeln abweichende, sinnvolle Einführung in die sexuellen Fragen verlangt werden.

TILMANN, Klemens. *Aus der Praxis für die Praxis.* In: Katechetische Blätter Jhg. 74 Heft 2 (Febr. 1949) S. 61 bis 64.

Ein Brief zum Februarheft dieser Zeitschrift, das ganz dem Problem der sexuellen Erziehung gewidmet ist und auf das hier — ohne auf die weniger umfangreichen Artikel eingehen zu können — im Ganzen verwiesen sein soll.

THIEME, Karl. *Neue Gesichtspunkte zur Judenfrage.* (Ein Überblick über die heutigen Informationsmittel). In: Orientierung 13. Jhg. Nr. 1 (15. Jan. 1949) S. 6—8.

THIEME, Karl. *Die Christen, die Juden und das Heil.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 2 (Febr. 1949) S. 113—125.

Einsichten in die Gründe der Judenverfolgungen und in die Tendenzen der Annäherung des alten und des neuen Gottesvolkes.

WULF, Friedrich und Hubert THURN. *Auffassungen und Fragen der christlichen Aszese in neuerer Zeit.* In: Geist und Leben Jhg. 22 Heft 1 (Febr. 1949) S. 1—15.

Übersicht über die wichtigsten Veröffentlichungen innerhalb des angegebenen Problemkreises; eingeteilt in eine Theologie und eine Psychologie der Aszese.

Philosophie

BLAU, Joseph L. *Martin Bubers Religious Philosophy.* In: The Review of Religion Bd. 13 Nr. 1 (Nov 1948) S. 48—64.

Prof. Blau (Columbia-University) bietet eine exakte Übersicht über Thematik und Entwicklung in Bubers Denken.

BOLLNOW, Otto Friedrich. *Vorurteile.* In: Die Sammlung Jhg. 4 Heft 2 (Febr. 1949) S. 74—81.

Eine existenziale Analyse ergibt, daß Vorurteile (als solche sozialer Gruppen) immer im „unbewußten Mechanismus der Seele" gründen.

BRUNNER, August SJ. *Das Weltgefühl des Menschen von heute.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 5 (Febr. 1949) S. 321—329.

Der zerfallende Glaube an die Natur, die entpersönlichte Welt und das Gefühl der Verlorenheit fordern als Gegengewicht einen fundierten „Sinn für den wahren Wert des Menschseins".

HOLZAMER, Karl. *Aus der Philosophischen Werkstatt. Von der Einführung in die Philosophie.* In: Beiträge zur christlichen Philosophie Heft 4 1948 S. 61—69.

Problem der philosophischen Propädeutik. Grundsätzliche Erörterung und praktische Vorschläge.

KELSEN, Hans. *Absolutism and Relativism in Philosophy and Politics.* In: The American Political Science Review Bd. 42 Nr. 5 (Okt. 1948) S. 906—914.

Der ehemalige Wiener Staatsrechtler (heute University of California) zeigt die Zusammenhänge zwischen dem Absoluten (und Relativen) in Erkenntnistheorie, Metaphysik und Politik auf. Er findet die Begründung für ein demokratisches System (Majoritätsrecht) nur in der Relativität der menschlichen Werterkenntnis (!).

RAHNER, Hugo. *Saint Denis ohne Kopf. Ein paar Gedanken zum Menschenbild von heute.* In: Civitas Jhg. 4 Heft 5 (Jan. 1949) S. 217—222.

Unsystematisches zum „unaufhebbaren Paradox der menschlichen Existenz". Der Glaube setzt den Mut zum Verlust des eigenen Kopfes (Denkens) voraus.

ROSENBERG, Alfons. *Zur Erneuerung des christlichen Menschenbildes.* Ankündigung von Leopold Zieglers „Menschwerdung". (Olten 1948). In: Schweizer Rundschau Jhg. 1948 Heft 10 (Jan. 1949) S. 885—889.

RUFNER, Vinzenz. *Das Formproblem in der Neuzeit und die Wende der Gegenwart.* In: Beiträge zur christlichen Philosophie. 4. Heft 1948, S. 3—34.

Verfolgung der Geschichte des Gestaltproblems und der sich in ihr ausdrückenden Grundstellung der Philosophie.

Kultur

CALAN, Mad. de, und Monique NATHAN. *Les dernières oeuvres de Graham Greene.* In: Cahiers du Monde Nouveau Jhg. 5 Nr. 2 (Febr. 1949) S. 87—94.

Mad. de Calan bespricht den Roman The Power and the Glory, der ins Französische übersetzt ist, M. Nathan The Heart of the Matter; beide suchen den tiefen Eindruck wiederzugeben und zu analysieren, den Greenes Werke hervorrufen.

CLAUDEL, Paul. *Die Mystik der Edelsteine.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 2 (Febr. 1949) S. 120—129.

Aus „L'oeil écoute" bei Gallimard, Paris.

COULTON, Charles. *Istruzione ed Educazione in Inghilterra oggi.* In: Vita e Pensiero Jhg. 32 Nr. 2 (Febr. 1949) S. 75—85.

Die heutige englische Schulgesetzgebung mit ihren Charakteristika: Verstaatlichung, gemildert durch Achtung der menschlichen Freiheit; soziale Gesichtspunkte.

DENT, H. C. *Das englische Erziehungsgesetz 1944.* In: Pädagogische Rundschau Jhg. 3 Heft 2 (Febr. 1949) S. 60—63.

Einer der angesehensten pädagogischen Schriftsteller erläutert die rechtliche Struktur englischer Erziehungsarbeit.

HAAS, Adolf. *Gelenkte Naturforschung.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 2 (Febr. 1949) S. 383—388.

Am Beispiel der Genetik, des sowjet-russischen Kampfes gegen die Mendelschen Gesetze der Vererbungslehre, wird die Fragwürdigkeit einer auf doktrinärer, ideologischer Grundlage errichteten Naturwissenschaft erwiesen.

HILLIG, Franz SJ. *Die Kraft und die Herrlichkeit.* Zu dem Priesterroman von Graham Greene. In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 5 (Febr. 1949) S. 354—366.

Ausführliche Würdigung eines Buches, „das mit vielen anderen zusammen am Bild der kommenden Kirche oder besser an ihrer kommenden Erscheinung formen möchte". Absicht: die Kraft Gottes in der Schwachheit des Menschen zu zeigen.

KOHLSCHMIDT, Werner. *Klassische Walpurgisnacht und christliches Erlösungsmysterium.* Zum Verhältnis von Antike und Christentum in „Faust II". In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 7 (Jan. 1949) S. 502—520.

LUTZELER, Heinrich. *Größe und Grenze christlicher Kunst.* In: Beiträge zur christlichen Philosophie Heft 4 1948 S. 35—59.

Anders als die griechische Kunst steht die christliche in der Spannung und im Scheitern an der Aufgabe der endlichen Formung des Unaussprechbaren und Unsehbaren.

MONTESI, Gotthard. *Der Fall Ernst Wiechert.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 2 (Febr. 1949) S. 103—114.

Dem Dichter fehlt die Entscheidungskraft, entweder in der Rebellion gegen göttliche Weltregierung oder in der Demut des Glaubens Wurzeln zu schlagen.

PARC, Robert du. *Saint ou Maudit?* In: Etudes März 1949 S. 366—381.

Zu Graham Greenes Roman „Die Macht und die Herrlichkeit", Kurzer Überblick über die französischen Besprechungen und deren Haltung. Dann eigene Interpretation des Werks nicht als Darstellung eines Lebens unter dem Verhängnis (wie es C. M. Magny auffaßt), sondern echt christliche Geschichte eines Schwachen, in dem doch Gott wirkt.

SMOLKA, Georg. *Zur Revision des deutschen Geschichtsbildes.* In: Pädagogische Rundschau Jhg. 3 Heft 2 (Febr. 1949) S. 53—59.

Gegen die „Häresie", daß die Geschichte der Menschheit sich nur im Austrag von Machtgegensätzen abspiele, werden die föderativen Züge deutscher Staatsentwicklung hervorgehoben.

Soziales und politisches Leben

ALLINSMITH, Wesley and Beverly. *Religious Affiliation and Politico-Economic Attitude.* In: The Public Opinion Quarterly Bd. 12 Nr. 3 (Herbst 1948) S. 377—389.

Auf Grund von 6 Nachkriegs-Forschungsaktionen in je 3000 Fällen, durchgeführt vom American Institute of Public Opinion und vom Office of Public Opinion Research der Princeton-Universität, ergibt sich: Die religiöse Bindung ist ein untergeordneter Faktor bei wirtschaftlichen und politischen Einstellungen und Entscheidungen. Ausgenommen der Katholizismus, soweit es sich um offensichtlich ethisch-grundsätzliche Dinge handelt.

BERNUCCI, G. L. *Aspetti e prospettive della situazione cinese.* In: Vita e pensiero Jhg. 32 Nr. 2 (Febr. 1949) S. 100—109.

Die heutige Lage Chinas, dargestellt besonders im Hinblick auf die Stellung Amerikas zum chinesischen Kommunismus .

BULLOCK, Alan. *Föderation oder Kooperation. Die Zukunft der nationalen Eigenstaatlichkeit.* In: Europa-Archiv Jhg. 4 Heft 3 (5. Febr. 1949) S. 1849—1851.
Eine englische Stimme zum Problem der Westunion.

DIRKS, Walter. *Christen zum Marxismus. Bücher aus Frankreich, England und Deutschland.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 2 (Jan. 1949) S. 175—177.

DOMBOIS, Hans. *Die Einheit der Christenheit und die Spaltung der Welt.* In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 7 (Jan. 1949) S. 465—473.
Ein Rechtsanwalt untersucht die politische Stellung und Bedeutung der Kirche. Friede und Zwietracht sind im Grunde theologische Fakten, daher muß den aus dem Gegensatz lebenden Ideologien die Religion als das Prinzip auch der politischen Einheit entgegengesetzt werden.

FOLLIET, Joseph. *La Route de l'Appaisement.* In: Etudes März 1949 S. 351—360.
Das Problem der Wiedereinreihung der politisch Diskreditierten in das nationale Leben, ohne die die Welt ein großes Konzentrationslager wird, in dem die jeweils herrschende Partei die Gegner hinter Stacheldraht setzt.

GATHEN, David. *Die wachsende Bedrohung von Ehe und Familie durch die zunehmende Unsittlichkeit.* In: Werkhefte für kath. Laienarbeit Jhg. 3 Heft 1 (Jan. 1949) S. 11 bis 23.
Das soziale Problem ist mit der Wiedergesundung von Ehe und Familie eng verknüpft. Eine positive Entwicklung hat vor allem die Gesundung der Jugend zur Voraussetzung.

GUARDINI, Romano. *Alla ricerca della pace.* In: Vita e Pensiero Jhg. 32, Nr. 2 (Febr. 1949) S. 64—74.
Der Mensch muß, um Frieden zu schaffen, wieder in die Ordnung zurückkehren, in der Gott zu oberst steht. Von da aus kann er seine eigenen Kräfte ordnen und seine tatsächliche Macht bändigen und überwinden, indem er auf sie verzichtet.

HOLLIS, Christopher. *Bad housekeeping. The threatened World Shortage of Food.* In: The Tablet Bd. 193 Nr. 5675 (26. 2. 1949) S. 132—133.
Der kath. Unterhausabgeordnete setzt sich mit der Darstellung und den Vorschlägen (Geburtenkontrolle) auseinander, die in einem vielbesprochenen Buch (Road to survival) William Vogt zur Welternährungskrise gemacht hat.

KOGON, Eugen. *Die Aussichten Europas. Schlußrede auf dem deutsch-französischen Schriftstellertreffen in Royaumont.* In: Dokumente Jhg. 5 Heft 1 S. 19—32.
Mit dieser umstrittenen Rede wendet sich Kogon an „entschlossene Minderheiten" und stellt für eine konsequente europäische Friedensarbeit die Forderung auf: „Stärke unbedingt, Wohlstand unbedingt, und guten Willen ohne Schwäche".

MÜLLER, Eberhard. *Der religiöse Zweifel in der Arbeiterschaft.* In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 7 (Jan. 1949) S. 476 bis 488.
Soziale Wirkungslosigkeit ist der Zweifelsgrund des Arbeiters. Gegen dieses bloße Nutz-Denken muß die Kirche allein den Wert des Menschen zeigen und predigen.

NOLL, Bernhard A. *Das Recht auf Arbeit.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 5 (Febr. 1949) S. 343—354.
Der Wandel dieses Gedankens, der eine bloß zeitlich bedingte Bedeutung hat und darum auch überwunden werden kann. Wesentlich ist, daß die Menschen dahin gebracht werden, auch „im Wechsel von der unselbständigen zur selbständigen Beschäftigung das Leben zu meistern".

RANFT, Franz. *Die Una-Sancta als Europa-Problem.* In: Begegnung Jhg. 4 Heft 1 (1949) S. 12—17.
Die Kath. Kirche als Mittelpunkt einer Einheitsbewegung, die der politischen Einigung Europas noch vorausgeht. Aktuelle Umschau auf Äußerungen von christlicher Seite.

REGEL, Constantin von. *Westen und Osten.* In: Schweizer Monatshefte Jhg. 28 Heft 12 (März 49) S. 762—766.
Knappe Skizze von der Geschichte des ewigen Kampfes und die sich daraus ergebenden Gesichtspunkte für den heutigen Gegensatz.

SCHÖLLGEN, Werner. *Die Humanisierung der Sexualität. Anmerkungen zur Krise der modernen Ehe.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 2 (Febr. 1949) S. 95—103.
Durch die außerordentliche Entwicklung der Medizin im letzten Jahrhundert ist die Sexualität um ihre natürliche Aufgabe (Ausgleich der hohen Kindersterblichkeit) gebracht. Die gestörten Proportionen verlangen eine Humanisierung, einen „gerechten Weg der Mitte" zwischen sittlichem Ideal und ungehemmten Triebleben.

SCHRÖDER, Eduard. *Evangelische Akademien.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 2 (Febr. 1949) S. 167—168.
Die Arbeit und die Leistung dieser Einrichtungen in direkter Berührung mit noch ungeklärten Gegenwartsfragen.

SCHÜLER, Alfred. *Stalin über die Revolution.* In: Schweizer Monatshefte Jhg. 28 Heft 12 (März 1949) S. 782—784.
Die Einstellung des Diktators zur Geschichte der KPSU an Hand eines Aufsatzes der amerik. Zeitschrift „Foreign Affairs", dem alle Veröffentlichungen Stalins seit 1929 zugrunde liegen.

STÖSSINGER, Siegfried. *Christ und Wirtschaft.* In: Neubau Jhg. 4 Heft 1 (Jan. 1949) S. 25—31.
Zur Stellung des Christen zwischen Liberalismus und Sozialismus.

TEILHARD DE CHARDIN, P. *Der Glaube an den Frieden.* In: Dokumente Jhg. 4 Heft 8 S. 576—580.
Ein Paläontologe stellt eine Konvergenz in der menschlichen Artentwicklung fest, die ihn wissenschaftlich zur Hoffnung auf einen dauernden Frieden berechtigt.

Chronik des katholischen Lebens

AMBORD, Beat. *Die Kirche in der Zeit.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 10 (Jan. 1949) S. 863—866.
Die Zeitereignisse drängen die Kirche in gefährliche Nähe zu bloß äußerlicher Propaganda. Dagegen vollzieht sich in ihr eine echte Bewegung zur Vertiefung von Glaube und Lehre.

BALDSIEFEN, J. *Kleines Volk mit großem Eifer. Vom Wirken des holländischen Katholizismus.* In: Begegnung Jhg. 4 Heft 1 (1949) S. 9—10.
Organisation, Publizistik und politische Bedeutung der Kirche.

DIRKS, Walter. *Was ist Katholische Aktion?* In: Werkhefte für kath. Laienarbeit Jhg. 3 Heft 1 (Jan. 1949) S. 2—4.
Beitrag des bekannten Publizisten zur Diskussion über den Titelbegriff. „Wichtiger als alle terminologische Klärung ist, daß katholische Volks-Arbeit geschieht".

DIRKS, Walter. *Amt und Person.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 2 (Febr. 1949) S. 111—112.
Würdigung des verstorbenen Ferdinand Dirich, Bischof von Limburg.

HOLLANDE, Abbé. *Die „Mission de Paris".* In: Dokumente Jhg. 5 Heft 1 S. 50—54.
Aus einer deutsch-französischen Seelsorgertagung. Bericht über ein priesterliches „Freicorps" zur situationsbedingten Christianisierung der Großstädte.

LAROS, Matthias. *Die Reformation — religiöses Anliegen heute.* In: Begegnung Jhg. 4 Heft 1 (1949) S. 24—25.
Zu Lortz: Die Reformation als religiöses Anliegen heute, Trier 1948. Der geschichtliche Sinn der Reformation wird bejaht.

MOUNIER, Emmanuel und FESSARD, Gaston. *Correspondance.* In: Etudes März 1949 S. 389—399.
Richtigstellungen und Diskussionen über die „Bewegung der Fortschrittlichen Christen", einer den Kommunisten nahestehende Gruppe junger Christen in Frankreich.

PRIBILLA, Max, SJ. *Interkonfessionelle Verständigung. Das Gespräch zwischen Katholiken und Protestanten.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 5 (Febr. 1949) S. 329—342.
Obzwar eine kirchlich-theologische Einigung vorerst in jeder Weise unmöglich ist, verbürgt das in gemeinsamem Kampf geänderte Lebensgefühl ein wichtiges und vorbereitendes Verstehen. Dafür bringt dieser Aufsatz als Beleg Äußerungen und Formulierungen von der Amsterdamer Konferenz.

RETIF, André. *La Mission de Paris.* In: Etudes, März 1949 S. 289—299.
Eindrücke von einem Besuch dieser Vorstadtmission mit kurzem Rückblick auf ihren Gründer Godin und ihre Geschichte.

ROUQUETTE, Robert. *Le Cardinal de Hongrie.* In: Etudes, März 1949 S. 361—365.
Die Persönlichkeit Kardinal Mindszentys, sein psychisches Martyrium, das Rätsel seiner Schuldbekenntnisse, bes. derer, die nach theologischen Begriffen nur Irrtümer, nicht Sünden betreffen, und Klage um Kirchenverfolgung.

SMIT, Gabriel. *Der niederländische Katholizismus in Westeuropa.* In: Dokumente Jhg. 4 Heft 8 S. 601—609.
Auf einer Tagung vorgetragene Kritik am „bestorganisierten Katholizismus", der sich aber nicht genug europäisch und ausgleichend erwiesen hat.

K. ST. *Katholisch-kommunistische Verständigung?* In: Orientierung Jhg. 13 Nr. 3 (15. Febr. 1949) S. 27—30.
Eine Warnung. Das Entgegenkommen der Kommunisten (Gewähr für Religionsfreiheit) enthüllt sich immer (und jetzt wieder im ungarischen Kulturkampf) als lügnerisch.

Les Chrétiens Progressistes. In Etudes, März 1949, S. 400—404.
Über die Befugnis der Kirche, die politische Willensbildung zu beeinflussen.

HERDER-KORRESPONDENZ

Achtes Heft - 3. Jahrgang - Mai 1949

Menschen dieser irdischen Welt sind voller Pläne für den Alltag. Gerade auch in religiösen Dingen begehren sie immer nach unmittelbar greifbaren Erfolgen. Sie wollen überhaupt nichts tun, wenn sie nicht alles tun können, nach eigenem Weg, nach eigener Weise und das Ende schon greifend.

Aber der Christ wagt sich furchtlos ins Reich der Zukunft, weil er an Ihn glaubt, der war und ist und sein wird.

John Henry Newman

Deutsche Meldungen

Bund katholischer Unternehmer

Am 26. und 27. März fand in Königswinter die Gründungsversammlung eines Bundes katholischer Unternehmer statt. Etwa 120 Unternehmer — meist aus dem Gebiet von Rhein und Ruhr, aber auch aus Süddeutschland — waren zu dieser Versammlung gekommen und bezeugten so, daß das Gefühl für die Notwendigkeit eines solchen Zusammenschlusses sehr lebendig ist.

Die Ankündigung der Gründungsversammlung hatte sehr unfreundliche Pressekommentare zur Folge gehabt, in denen die Befürchtung zum Ausdruck kam, hier bilde sich eine „Unternehmerphalanx", die ihr Gewicht in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zur Geltung zu bringen suche. Die Tagung war daher bemüht, zuerst ganz klar zum Ausdruck zu bringen, daß der neue Bund keine Tarifpartei, kein Arbeitgeberverband im Sinne der Organisation der gewerblichen Wirtschaft sei. Er setzt sich zur Aufgabe, die sittliche Selbsterziehung des katholischen Unternehmers zur sozialen Verantwortung im Sinne katholischer Ethik und Soziallehre zu fördern, durch gemeinsames Studium die heute im wirtschaftlichen und sozialen Leben zur Entscheidung drängenden Fragen zu klären und die Aufgabe des katholischen Unternehmers, seinen Beitrag zu ihrer Bewältigung zu leisten, herauszuarbeiten. Dabei rechnet er auf die Mitarbeit der Wirtschafts- und Sozialtheoretiker und auch der Vertreter der Arbeiterschaft. Er verpflichtet seine Mitglieder, in ihrem Wirkungsbereich nach den Grundsätzen der christlichen Gesellschaftslehre zu handeln. Er sucht auch Verbindung und enge Zusammenarbeit mit den christlichen, nichtkatholischen Unternehmern.

An der Herausarbeitung dieser Grundsätze nahm der Vorsitzende der katholischen Arbeitervereine, Landtagspräsident Gockeln, Düsseldorf, lebhaft teil. Er betonte, bei der Frage der beruflichen und wirtschaftlichen Organisation müsse man von der gegebenen Situation ausgehen: daß diese Organisationen heute auf neutraler Basis aufgebaut seien. Das sei zu bejahen. Aber sie brauchten eine Ergänzung geistig-kultureller Art in weltanschaulich fundierten Verbänden, denen einmal die Aufgabe der sittlichen Erziehung, der Bildung und damit eine aus anderen tieferen und wertvolleren Quellen gespeisten Aktivierung der Kräfte, zum andern eine „Vergeistigung der Probleme" zufalle. Diese Aufgabe hätten die christlichen Arbeitervereine auf der einen Seite, sie begrüßten das Entstehen eines Bundes katholischer Unternehmer. Beide Organisationen hätten ein breites Feld fruchtbarster Zusammenarbeitsmöglichkeiten.

Kardinal Frings, der die Versammlung am Vormittag des zweiten Tages besuchte, betonte ebenfalls diesen Charakter des neuen Bundes. Seine Gründung geschehe nicht, um den Mitgliedern Vorteile zu verschaffen, sondern um ihnen Pflichten aufzuerlegen.

Als ein Beispiel eines Versuches einer Klärung der Lage und der Pflichten des katholischen Unternehmertums hielt Professor Dr. Joseph Höffner, Trier, ein Referat über „Der katholische Unternehmer in der kommenden Wirtschaftsordnung". Einen weiteren Versuch, katholische Grundsätze bei der Auseinandersetzung mit einem der vordringlichsten Probleme des Wirtschaftslebens, der Lohnfrage, zur Anwendung zu bringen, machte ein Referat von Dr. Fritz Burgbacher, Köln. Wir berichten über diese beiden Referate an anderer Stelle dieses Heftes. (S. 374 und 377.)

Zum Vorsitzenden des Bundes katholischer Unternehmer wurde Direktor Greiß, Köln, gewählt.

Das „Bischof-Kaller-Liebeswerk"

Die Not der Ostflüchtlinge in Deutschland hat sich noch nicht vermindert. Sie ist in allen deutschen Landschaften zu finden, jedoch in gewissen Gegenden besonders drükkend, etwa in dem mit Flüchtlingen übermäßig belasteten Holstein oder in dem Gebiet Niedersachsens, das mit Flüchtlingen gerade in der Zeit vollgestopft wurde, als die Arbeitsmöglichkeiten in den künstlich geschaffenen

Industrie-Großansiedlungen aufhörten und die bisherigen Einwohner selbst schon beschäftigungslos wurden. Diese Gebiete des Elends sind auch vom Blick der Kirche her in besonderer Weise Notstandsgebiete. Es sind Gebiete der Zerstreuung ohne katholisches Mutterland, so daß die Gläubigen, die in ihrer großen Bedürftigkeit neben der staatlichen Fürsorge und der mitmenschlichen Hilfe die Liebe der Glaubensbrüder besonders benötigen, gerade der kirchlichen Caritas nicht in genügendem Maße inne werden. Wenn im Bistum Hildesheim, das so groß wie Belgien ist, von vier Katholiken drei Flüchtlinge und von den wenigen einheimischen noch sehr viele bombengeschädigt sind, so kann bei aller Opferfreude ein solcher Kreis sich untereinander nicht mehr helfen. 300 000 mittellose Katholiken hat Holstein aufgenommen, ein Gebiet, das früher in weiter Zerstreuung nur 42 000 Katholiken, elf Pfarreien und achtzehn Hilfsseelsorgestellen zählte, aber fast keine Schwesternstationen und caritativen Einrichtungen hatte. Heute müssen hier neue Kindergärten und Altersheime, Krankenpflegestationen und Fürsorgestellen geschaffen werden. In der St.-Marien-Gemeinde in Braunschweig waren von 309 Täuflingen nur 10 aus bodenständigen Familien. Von rund 3000 Schulkindern in den oben erwähnten, durch Industrieverlagerung entstandenen Ansiedlungen sind die Lebensverhältnisse erfragt worden: etwa 600 entbehren den Vater, 750 haben keinen Mantel, 900 kein Paar feste Schuhe, 600 nur ein Kleid oder einen Anzug. Fast der zehnte Teil lebt mit der ganzen Familie in einem Raum, und nur die Hälfte schläft in einem eigenen Bett. In den Flüchtlingslagern ballt sich die Not: etwa hunderttausend Personen hausten im Juli 1948 in Holstein und Hamburg noch darin. Die Gesunden und Erwerbsfähigen kommen natürlich viel leichter hinaus als die Behinderten. Die Zahl der Kinder ist fast dreimal so groß, als es bei der Belegzahl normal wäre. Die Lage in der Ostzone ist für die kirchliche Liebesarbeit nicht günstiger. Auch hier sind die katholischen Flüchtlinge in ein Diasporagebiet eingeströmt.

Die bisher aus allen Kräften geholfen haben, drohen zusammenzubrechen. Obwohl ihre Stellen nicht mehr unterhalten werden können, sind sie doch nicht von ihrem Hilfswerk gewichen. Sie haben halbtägige Haushaltsstellen angenommen, oder sie gingen für einige Tage zum Gärtner oder Bauern. Flüchtlingsfamilien gaben Fürsorgerinnen abwechselnd ein Mittagessen, damit sie dann bei einem Taschengeld ihre Tätigkeit fortsetzen konnten. Es handelt sich nicht selten um Berufskräfte, die in den vergangenen Jahren behördliche Angebote ausgeschlagen haben, um der Kirche zu helfen, auch um andere, die schon älter sind, nachdem sie Jahrzehnte im Caritasdienst ihrer östlichen Heimatdiözesen gestanden haben. In der ganzen Diözese Hildesheim konnte nach der Währungsreform an keiner Caritasstelle mehr ein regelrechtes Gehalt gezahlt werden. Diese Mitarbeiterschaft insbesondere verkörpert heute wohl in einem besonderen Maße die heroische Caritas.

Hier nun versucht das *„Bischof-Kaller-Liebeswerk"* zu helfen. Der Aufruf dazu ist im Februar ergangen und vom Protektor des Deutschen Caritasverbandes Erzbischof Rauch von Freiburg und von seinem Präsidenten Prälat Kreutz unterzeichnet. Professor Ivo Zeiger SJ von der vatikanischen Mission in Deutschland hat es geistig gefördert. Der Heilige Vater, dem damit auch zu seinem fünfzigjährigen Priesterjubiläum eine ihm willkommene Festfreude bereitet werden sollte, hat es besonders begrüßt, daß das Liebeswerk als Vermächtnis und zum Gedächtnis des Flüchtlingsbischofs von Ermland Maximilian Kaller, des großen Freundes aller Notleidenden, geschieht.

Es handelt sich bei dem Bischof-Kaller-Liebeswerk nicht um eine Organisation, sondern um eine Aktion in Permanenz, die, bei den beruflichen Mitarbeitern der Caritas beginnend, in immer weiteren und sich wiederholenden Wellen Kräfte der Hilfe mobilisiert. Wenn die Berufskräfte der Caritas auch wohl überall von stark reduzierten Gehältern leben und das sie täglich umgebende Elend ständig Anforderungen auch an ihre ganz persönliche Hilfsbereitschaft stellt, so wollen sie doch ihre Verbundenheit mit den Helfern in den kirchlichen Notstandsgebieten erweisen. Die Ordensfrauen sind vorangegangen und ermuntern zum Mittun. „Arme geben noch Ärmeren", darauf gründet sich dies Liebeswerk.

Caritative Anstalten sind, wie in dem Aufruf erbeten, daran gegangen, ihre Planung für Reparaturen und Wiederaufbau zu überprüfen. Manches, was an Instandsetzung und Betriebspflege nicht ganz unaufschiebbar ist, soll zu Gunsten der Hilfe in äußerster Not zurückgestellt werden.

Konferenzberatungen des Katholischen Mädchenschutzes, der sich mit besonderer Intensität der gestellten Aufgabe annimmt, mit den Oberinnen der Schwesternhäuser haben zu einer vielversprechenden Hauskinder-Aufnahme geführt. Trotz den Kriegszerstörungen, den großen wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Sorgen, dem Mangel an Schwestern für erzieherische Aufgaben haben sich viele Häuser schon bereit erklärt, Mädchen aus der Diaspora aufzunehmen, um ihnen eine grundlegende und planmäßige hausmütterliche Bildung angedeihen zu lassen, auf die dann eine weitere hauswirtschaftliche Beschäftigung oder Ausbildung oder ein Übergang in die Kranken- oder Säuglingspflege und dgl. aufbauen kann.

Die örtlichen Fürsorgebehörden dieser Flüchtlingsgebiete sind über diese Hilfe für notleidende Familien gerade auch in Lagern und abgelegenen Gegenden sehr froh. Wenn der Heilige Vater in einem besonderen Handschreiben vom 20. 12. 1948 an Bischof Keller von Münster als Protektor des Mädchenschutzes diesen Weg besonders empfiehlt, so sieht er nicht zuletzt die große religiöse Festigung der jungen Menschen, ihrer jetzigen und künftigen Familien, die sich auf diese Weise vollzieht.

Auch das Ausland hat bereits Gaben mit besonderer Intention für die Zwecke des Bischof-Kaller-Liebeswerkes beigesteuert.

Ein besonderes Gremium von Vertretern aus den Notstandsgebieten verfügt über die Mittel, die für das Bischof-Kaller-Liebeswerk auf das Postscheckkonto des Deutschen Caritasverbandes e. V. Freiburg i. Br., Postscheckamt Karlsruhe Nr. 7926 mit dieser Zweckbestimmung eingehen.

Ostzonenbericht aus England

Es gibt heute in Westdeutschland nicht allzuviele, die zuverlässig wissen, was in der Ostzone vor sich geht. Die Informationen durch die Presse sind spärlich, und die privaten Briefe werden mit Vorsicht geschrieben. Deshalb bietet ein langer Bericht über das Leben in der Ostzone, den die englische Zeitschrift „The Tablet" (5. und 12. 3. 49) ver-

öffentlicht, selbst dem Deutschen manches, was er nicht oder nicht genau gewußt hat. Diese Zeitschrift ist bekannt dafür, daß sie sich mit großer Sorgfalt unterrichtet. Ihre Darstellung der religiösen Lage in der Ostzone wird zusammengefaßt in dem Urteil: „Im Augenblick ist die Taktik veränderlich, im ganzen kann man aber sagen, daß die Besatzungsmacht die Kirche in etwa derselben Weise duldet wie Hitler in seinen ersten Jahren ... Die Entfremdung des Volkes von der Kirche soll schrittweise und unauffällig vor sich gehen."

Auch in diesem Fall setzt die Umerziehung bei der Jugend ein. Der Religionsunterricht ist teilweise ganz auf kircheneigene Räume verwiesen, teilweise muß zwischen Schule und Religionstunde wenigstens eine Stunde Pause liegen, damit den Kindern die Teilnahme erschwert wird. Begründung: Da Kirche und Staat streng getrennt sind, muß das auch äußerlich durch diese Pause zum Ausdruck gebracht werden! Kirchliche Jugendzusammenkünfte sind zwar nicht gänzlich verboten, aber auf das „rein Religiöse" beschränkt und werden von der „Freien Deutschen Jugend" als „Element der Zersplitterung der Jugend" propagandistisch bekämpft.

Offiziell begegnet die Besatzungsmacht den Führern der Kirchen mit Freundlichkeit. Zu Ehren des Erzbischofs von Paderborn wurden bei einer Firmungsreise Straßen beflaggt und vom Kommandanten von Sachsen ein Essen gegeben. Die Schwierigkeiten beginnen, wo es um die Sache geht. Der Bischof von Meißen durfte bei einer Wallfahrt zu 4000 Jugendlichen sprechen, aber die Herausgabe eines Bistumsblattes wird ihm nicht gestattet, und an den Fuldaer Bischofskonferenzen darf er nicht teilnehmen. Dem Breslauer Kapitelsvikar Dr. Piontek in Görlitz allerdings wurde die Ausreise zu diesem Zweck erlaubt.

Die Erziehung der Jugend hat der Staat ebenso ausschließlich in die Hand genommen wie das Dritte Reich, nur daß sie jetzt nach russischem Muster gehandhabt wird. Dabei spielen Leistungsnormen, Kontrollen, Erfolgsberichte und Statistiken, Wettbewerbe und Rekorde die in Rußland übliche Rolle. Da wird ein Jahrespensum in vier Monaten bewältigt und dem Lehrer vorgeschrieben, was er im Laufe einer Woche den Kindern beizubringen hat. Man ist erstaunt, was da geleistet wird; tatsächlich kann selbst unter normalen Schulverhältnissen nur ein Bruchteil von dem bewältigt werden, was gefordert und auf dem Papier erreicht wird. Die russischen Kulturoffiziere sind mit den Statistiken zufrieden.

Eine besondere Rolle im Unterricht spielt die „Gegenwartskunde". Einige Beispiele vorgeschriebener Themen erläutern dieses etwas mysteriöse Fach. Da waren zu behandeln: 1. Berichte deutscher Frauen (von der Demokratischen Frauenliga) über ihre Erfahrungen in der Sowjetunion. 2. Die russische Oktoberrevolution und ihre Bedeutung für die Ostzone. 3. Der Marshallplan als Hindernis für die deutsche Einigkeit. 4. Die Sowjet-Armee verläßt Korea, die Amerikaner bleiben im Lande. 5. Biographien von Liebknecht, Rosa Luxemburg und Dimitroff. 6. Kulturelles Leben in der Sowjetunion.

Die einklassigen Volksschulen sind abgeschafft, die Kinder aus den kleinen Dörfern besuchen die Zentralschule im Nachbarort. Im fünften Jahr beginnt der russische, im siebenten der englische Sprachunterricht. Meistens ist aber weder für den einen noch für den anderen ein Lehrer verfügbar. Nach acht Jahren Grundschule, die für alle Kinder verbindlich sind, folgt eine dreijährige Berufsschule oder die höhere Schule. Dann beginnt die „Berufslenkung" durch das Arbeitsamt. Sie erfolgt ganz und gar nach dem jeweiligen Bedarf. Private Initiative ist weder hier noch sonstwo im öffentlichen Leben am Platze.

Alle Druckerzeugnisse unterliegen der Zensur und der staatlichen Papierzuweisung. Kein Verleger kommt hinter das Geheimnis, nach welchen Grundsätzen die Genehmigungen erteilt werden. Es kommt vor, daß etwas, was heute als reaktionär zurückgewiesen wurde, morgen als fortschrittlich erscheinen darf. Kants Schrift „Zum ewigen Frieden" konnte nach langem Überlegen gedruckt werden. Platos Werke fanden keine Gnade. Schrifttum, das als politisch betrachtet wird, unterliegt der Zensur von seiten der Partei, nicht des Staates; im Zweifel und daher in oberster Instanz selbstverständlich immer seitens der Militäradministration. Unterhaltungsliteratur von naturalistischem oder materialistischem Charakter wird bevorzugt.

Die SED wird charakterisiert als „eine unglückliche Mischung von Marxisten, Opportunisten, Karrieremachern aller Schattierungen und früheren Nationalsozialisten, die ihre Dankesschuld gegen die Partei abstatten, die ihnen Zuflucht und in übelster agitatorischer Manier Verzeihung gewährt."

Das Bauerntum befindet sich auf dem Weg zur Kolchosenwirtschaft, weil die Neubauern nach der Agrarreform unter Betriebsverhältnissen angesetzt wurden, die keine Existenz gewährleisten. Die Kollektivhaftung für die Erfüllung des Umlagesolls bedroht gleichzeitig auch die geordneten altbäuerlichen Betriebe. Ebenso greift die Verstaatlichung in Handel und Gewerbe nach und nach, aber konsequent auch auf die kleineren und kleinen Betriebe über. Die Gewerkschaften funktionieren nicht als Vertrauens-, sondern als Kontrollorgane gegenüber der Arbeiterschaft. In den Fabriken steht das Hennecke-System als getreues Abbild sowjetischer Methoden zur Leistungserhöhung in voller Blüte. Einzelne Bergarbeiter können bis zu tausend Mark im Monat verdienen und mit ihnen das Recht zum Einkauf in den Läden, die für die Bezieher höherer Einkommen nach und nach errichtet werden, wie in Rußland. Das höhere Einkommen ist ja Ausdruck höherer Leistung und darum privilegiert. Aber auch dieses steht in einem schlechten Verhältnis zu den Einkommensverhältnissen in den westlichen Ländern. Ein Anzug kostet in den Läden der Bevorzugten 500 Mark, ein Kilo Zucker 36 Mark, eine Zigarette 80 Pfennig.

Beamte auf Lebenszeit und mit Pensionsrechten gibt es nicht mehr; man kennt nur Hand- und Geistesarbeiter. Alle Pensionen sind abgeschafft und durch Fürsorgeunterstützungen für Arbeitsunfähige ersetzt, die 90 Mark im Monat im Höchstfall betragen.

Diese wirtschaftliche und soziale Struktur der Ostzone ist also dem russischen Vorbild bereits viel vollkommener angeglichen, als es in Westdeutschland allgemein bekannt ist. Bezüglich der Angleichung auf geistigem und religiösem Gebiet sind die Beobachter der Ansicht, daß mit einer Beschleunigung des Kurses erst nach der Bildung des westdeutschen Bundesstaates zu rechnen ist und daß die gegenwärtige Zurückhaltung nur aus propagandistischen Gründen geübt wird, um das Volk „in Schlaf zu wiegen". Man zögert nicht, zu diesem Zweck auch gelegentlich den Rückzug anzutreten. So wurde z. B. die vor einiger Zeit verfügte Anmeldepflicht für religiöse Veranstaltungen und Vorlagepflicht für Predigten auf kirchlichen Protest hin wieder aufgehoben. Man

hat aus den Erfahrungen der Nazi gelernt. Man glaubt, mehr Zeit zu haben als jene.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Die wachsende Kirche

„Annuario Pontificio", das amtliche Jahrbuch der römischen Kurie für 1949, ist in Rom erschienen. Daraus geht hervor, daß während des Pontifikates des gegenwärtigen Papstes 158 neue Erzbistümer und Bistümer errichtet worden sind. 53 Bischofssitze wurden ganz neu geschaffen, und 100 Apostolische Vikariate sowie 5 Apostolische Präfekturen wurden in Bischofssitze verwandelt. Im letzten Jahre wurden 6 Bistümer gegründet, je eines in USA, Kanada, Brasilien, Equador, Indien und auf den Philippinen. Die Diözesen Marseille und Goulburn in Australien wurden in den Rang von Erzbistümern erhoben. 6 neue Apostolische Vikariate zeigen die Entwicklung der Missionen an; 2 in Südafrika, je eines in Ostafrika, Nigeria, Equador und Paraguay. Dazu kommen 4 neue Präfekturen in Belgisch-Kongo, Französisch-Westafrika, auf Borneo und Java.

Im ganzen zählt die Katholische Kirche zu Beginn des Jahres 1949 14 Patriarchate, 257 Erzbistümer mit Suffraganbistümern (Metropolitensitze), 39 Erzdiözesen ohne Suffraganbistümer, 1052 Bistümer, 798 Titularbischöfe, die zumeist als Weihbischöfe fungieren; ferner 54 Abteien und Prälaturen nullius, 11 Apostolische Administraturen, 15 nichtbischöfliche Ordinariate und Prälaturen der orientalischen Riten, 244 Apostolische Vikariate, 129 Apostolische Präfekturen und 12 selbständige Missionsgebiete.

Kodifikation des orientalischen Eherechtes

In den Acta Apostolicae Sedis wurde als erster Teil des kommenden Codex Juris Canonici für die orientalische Kirche das Eherecht publiziert.

Die Arbeiten an dem neuen Gesetzbuch begannen 1929 unter Kardinal Gasparri, und seit 1935 war eine ständige Kommission dafür tätig. Obgleich man annimmt, daß das Gesetzbuch in nicht allzu ferner Zeit fertiggestellt sein wird, hat Papst Pius XII. auf Bitten der orientalischen Kirche schon jetzt durch Motu proprio vom 22. Februar 1949 „Crebrae allatae" die auf das Eherecht bezüglichen Canones in Kraft gesetzt.

Die 131 Canones, die in 12 Kapitel gegliedert sind, schließen sich eng an den lateinischen Kodex an. Eine Neuerung für die orientalische Kirchendisziplin stellt die Einführung der Eheproklamation dar, die, wie es heißt, notwendig geworden ist, weil sich auch im Orient das Gemeinschaftsleben der Dörfer und Stämme immer mehr lockert, so daß Ehen zwischen stammesfremden Partnern häufiger werden.

Bulletin international de la Jeunesse Catholique

Das Internationale Büro der Katholischen Jugend, das kürzlich in Rom errichtet worden ist, gibt jetzt eine eigene Zeitschrift heraus, das „Bulletin international de la Jeunesse Catholique". In einem Vorwort gibt die neue Zeitschrift ihr Ziel an, das darin besteht, „den Horizont der Jugend zu einer katholischen Weltsicht zu erweitern" in der Absicht, das innige Bedürfnis zu befriedigen, „sich nicht allein und isoliert zu fühlen bei der täglichen Arbeit des Organisierens und Ausbildens, sich gegenseitig kennen zu lernen, sich zu schreiben, durch Austausch von Gedanken, Ideen, Gefühlen und Erfahrungen zusammenzuarbeiten, sich trotz der Verschiedenheit der Erziehungsmethoden und der organisatorischen Formen vereint zu fühlen".

Die erste Veröffentlichung des Heftes ist sodann das Wort Msgr. Montinis an die Jugend der Katholischen Aktion. Es folgt ein Bericht über die Sitzung des Internationalen Kongresses, bei der das Internationale Büro und mit ihm zugleich das „Bulletin" gegründet worden ist. Ein zweiter Teil des Heftes berichtet über „Ereignisse", in diesem Fall vor allem über das große Weltjugendtreffen in Santiago de Compostella und über die italienischen Jugendtreffen in Rom im September letzten Jahres.

Es folgen Berichte über die Organisationen der Katholischen Aktion in den verschiedenen Ländern, dieses Mal über diejenigen der Niederlande, der Vereinigten Staaten und Argentiniens. Zum Schluß gibt das Bulletin die beiden Ansprachen des Hl. Vaters an die Jugend in Santiago de Compostella und in Rom wieder.

Italiens Hoffnung: Die christlichen Gewerkschaften

Italien hat nominell 2 161 271 Arbeitslose, aber nach einer Feststellung des Sekretärs der christlich-demokratischen Partei fanden 8 Millionen voll Erwerbsfähige während des letzten halben Jahres weniger als einen Monat Beschäftigung. „Es gibt wenige verantwortliche Leute", läßt „Catholic Herald" (4. 3. 49) sich aus Bologna berichten, „die der Meinung sind, daß die rasch fortschreitende politische und wirtschaftliche Krise ohne Gewalt vorbeigehen wird."

Die Wirtschaftskrise wird verschärft durch andauernd wiederholte Störstreiks, die im Auftrag der Kommunisten von den ganz unter ihrem Einfluß stehenden allgemeinen Gewerkschaften (Confederazione Generale Italiana del Lavoro) entfesselt werden. Die Kommunisten haben die Parole der Nicht-Kooperation ausgegeben und arbeiten eingestandenermaßen auf den Zusammenbruch der Wirtschaft hin. Um ihre Macht zu brechen, wurde am 12. 10. 1948 die antikommunistische Freie Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufen (Libera Confederazione Generale Italiana del Lavoro). Die „Comitati Civici" der Katholischen Aktion, die im vorigen Jahr den politischen Kampf gegen den Kommunismus führten und gewannen, haben den Hauptanteil an der Gründung der neuen Gewerkschaftsbewegung, mit deren Hilfe sie nun den Kampf auch in der Wirtschaft und Gesellschaft zu entscheiden hoffen. In diesen Komitees hat der italienische Katholizismus eine erstaunliche Tatkraft bewiesen. Selbst ein so kritisches Blatt wie „Manchester Guardian" (10. 3. 49) erkennt an, daß sie in diesem Jahr „von Position zu Position vorangeschritten sind" und wirklich „eine katholische Aktion in Aktion" darstellen, die über eine „mächtige Organisation" an jedem Platz des Landes verfügt. Ihr Führer ist Dr. Gedda.

Die Erfolge der neuen Gewerkschaftsbewegung berechtigen zu Hoffnungen. Man hat zwar nicht, wie man gehofft hatte, die sozialistischen und frei republikanischen Gewerkschaftsmitglieder vollständig herüberziehen können. Aber es ist der Gewerkschaft gelungen, in der

Textil- und Leichtmetallindustrie, im Handel und unter den übrigen Angestellten festen Fuß zu fassen, während die rote Gewerkschaft die Schwerindustrie und das Transportwesen noch beherrscht. Beim letzten Eisenbahnergeneralstreik betrug die Streikbeteiligung bei den Arbeitern 90%, bei den Angestellten dagegen erschienen 80% zur Arbeit. Der Erfolg der neuen Gewerkschaft unter den Landarbeitern wird noch gehemmt durch die Langsamkeit der Fortschritte in der Agrarreform. Besondere Beachtung verdient es, daß sie sogar in ausgesprochen linksradikalen Gegenden, wie etwa der Emilia, vorangekommen ist, nicht ohne daß ihre kommunistischen Gegner sogar zu Terror und Mord griffen und die Unternehmer in vielen Fällen ihre Mitglieder nicht einstellen wollten, weil sie die Reaktion von links fürchteten.

Eine Hilfe für die neuen Gewerkschaften bildet die Tatsache, daß der Staat sich in die Arbeitsvermittlung eingeschaltet hat, die vorher allein in den Händen der roten Gewerkschaften lag, so daß nur Parteifreunde Aussicht auf einen Arbeitsplatz hatten.

Die christliche, oder wie man zurückhaltend in Italien sagt, die freie antikommunistische Gewerkschaft hat wiederholt bewiesen, daß sie in der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft nicht weniger zäh ist als ihre Konkurrenz. Auch sie handhabt die Waffe des Streiks. Sie entfaltet eine starke Propaganda in Wort und Bild, die mit sehr zügigen Parolen arbeitet. „Von dieser neuen, noch etwas schwachen und spärlichen, aber äußerst tapferen Gewerkschaftsbewegung hängt es ab, ob die kommunistische Politik der Wirtschaftssabotage gebrochen und die unmittelbar drohende Katastrophe in Italien abgewendet wird", schließt „Catholic Herald" seine Betrachtung.

Der Streit um den spanischen Protestantismus

„Catholic Herald" (1. 4. 1949) erfährt aus Sevilla, daß Kardinal Segura y Saenz, vor dem Bürgerkrieg Primas von Spanien und jetziger Erzbischof von Sevilla, in einem Hirtenbrief darüber Klage führte, daß das staatliche Pressedirektorium in mehreren Fällen die Verbreitung seiner Hirtenbriefe durch Presse und Radio untersagte. Er drohte den dafür Verantwortlichen im Wiederholungsfalle die Strafen des kanonischen Rechtes an.

In diesem Hirtenbrief erwähnte der Kardinal namentlich zwei Fälle, in denen seine Hirtenbriefe der Zensur verfielen. Am 8. September 1947 hatte er in einem von der Herder-Korrespondenz im 2. Jhg., H. 12, S. 554 erwähnten Schreiben an seine Gläubigen gegen das Vordringen des Protestantismus Stellung genommen. Dieser Hirtenbrief wurde „vom spanischen Pressedirektorium abgefangen und verboten". Im zweiten Fall, am 14. Dezember 1948, wurde die Ausgabe eines anderen Hirtenschreibens mit dem Titel: „Katholiken, gebt acht auf die Gefahr des Verderbens für eure Seele" durch telefonische Anweisung des Direktoriums ebenfalls von Presse, Radio und selbst von der Verbreitung innerhalb der Stadt Sevilla ausgeschlossen.

Diese Nachricht zeigt, daß die im Ausland vielfach übliche Identifizierung der katholischen Kirche Spaniens mit der gegenwärtigen Regierung keineswegs den Tatsachen entspricht, und sie zeigt ferner, daß die Regierung bestrebt ist, alles zu verhindern, was sie als Angriff auf den Protestantismus deutet.

Erst kürzlich hat der Korrespondent der „New York Herald Tribune", Homer Bigart, von neuem über die Behandlung der Protestanten in Spanien Klage geführt und gesagt, sie sei nicht wesentlich anders als die Behandlung des Christentums durch die Kommunisten in den Ländern des Ostens. Er bezieht sich dabei auch auf Äußerungen des Kardinals von Sevilla in einem der inkriminierten Hirtenbriefe. Kardinal Segura soll darin gesagt haben, der Protestantismus sei vielleicht mehr zu fürchten als der atheistische Sowjetkommunismus, weil er weniger Schrecken einflöße als dieser. Bigart erhebt auch von neuem Anklage gegen die Verweigerung der legalen Anerkennung protestantischer Ehen, die von schweren wirtschaftlichen Nachteilen für die Betroffenen begleitet ist, und andere Übelstände.

„Catholic Herald" (11. 3. 49) macht dazu folgende Anmerkung: „Die Stunde ist gekommen, da die Behandlung der kleinen Minderheit spanischer Protestanten der Katholischen Kirche im ganzen einen sehr schlechten Dienst erweist... Wenn man ihnen die Freiheit gewähren würde, welche die Katholiken überall sonst für sich fordern, würden Kirche und Staat, ohne sich dabei etwas zu vergeben, einen Mißstand beseitigen, der immer wieder überall in der Welt Anstoß erregt und der Kirche mehr schadet als alles, was die Protestanten ihr in Spanien antun könnten. Es ist hohe Zeit, daß diese Tatsache den spanischen Autoritäten von den Katholiken des Auslandes zu Bewußtsein gebracht wird."

Kommunisten und Christen

Neben der Gruppe der „Fortschrittlichen Christen" hat sich in Frankreich kürzlich auch eine Bewegung gebildet, die sich „Kämpfer für Freiheit und Frieden" nennt und in der auch einige katholische Geistliche stehen. Da diese Bewegung in der Kommunistischen Partei steht, sind die ihr beigetretenen Priester mit dem Interdikt belegt worden.

Die Kirche und das Wahlrecht

Vor den französischen Kantonalwahlen, die am 20. und 27. März stattgefunden haben, hat der französische Episkopat wiederum von dem Recht der Kirche (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 7, S. 324), die politische Willensbildung zu beeinflussen, in verschiedenen Fällen Gebrauch gemacht. So hat der Bischof von Montpellier folgenden Aufruf an seine Diözese erlassen:

„Wir rufen den zukünftigen Wählern und Wählerinnen folgende bekannte Prinzipien ins Gedächtnis:

1. Als Katholiken haben wir die Pflicht zu wählen. Das bedeutet für uns eine schwere Verantwortung, denn wir müssen am allgemeinen Wohl des Landes mitarbeiten. Der Wahlgang ist eines der normalen Mittel, dazu beizutragen, indem wir geeignete Kandidaten wählen, die eine gute Führung der öffentlichen Angelegeneiten garantieren.

2. Als Katholiken haben wir die Pflicht, gut zu wählen, d. h. unsere Stimme der Persönlichkeit zu geben, die alle Garantien für den christlichen Standpunkt bietet, oder unter mehreren christlichen Persönlichkeiten diejenige zu wählen, die nach der Wahl dem christlichen Standpunkt am wirksamsten Nachdruck verleihen kann. Wir müssen vermeiden, unsere Stimmen um bloßer persönlicher Vorlieben willen auf Kandidaten zu zerstreuen, die keine ernstlichen Aussichten haben, durchzukommen.

3. Als Katholiken haben wir die Pflicht, auf jeden Fall zu wählen. Wenn uns keine Persönlichkeit hinreichende Garantien vom christlichen Standpunkt aus bietet, müssen wir für diejenige stimmen, deren Programm der katholischen Soziallehre am nächsten kommt".

Auch der Bischof von Versailles hat seine Diözese aufgefordert, in der rechten Weise zu wählen:

„... Sie werden Ihre Stimme nur solchen Kandidaten geben, die sich verpflichtet haben, die Freiheiten des Einzelnen und der Familie zu verteidigen, an denen wir mit Recht hängen, und alle Maßnahmen zu stützen, die selbst den unbemitteltsten Eltern tatsächlich gestatten, die Schule ihrer Kinder zu wählen.

Sie werden sie kategorisch denjenigen verweigern, die während ihres bisherigen Mandats die Abschaffung des Gottesdienstes und der religiösen Unterweisung in den Krankenhäusern und den kantonalen Heilstätten befürwortet haben".

Die mit den Kommunisten sympathisierenden christlichen Gruppen sind bei dieser Wahl naturgemäß ebenfalls in Erscheinung getreten. Es handelt sich vor allem um die Bewegung der „Kämpfer für Frieden und Freiheit", eine kommunistisch geleitete Bewegung, der jedoch auch einige Priester angehören. Sie hatten katholische Kandidaten auf kommunistischen Listen präsentiert und in allen Gemeinden „Gemeinderäte für Frieden und Freiheit" errichtet. Vor diesen hat insbesondere der Bischof von Nancy und Toul gewarnt:

„In einer gewissen Anzahl von französischen Gemeinden versucht man augenblicklich, „Gemeinderäte für Frieden und Freiheit" zu errichten. Man wird sich an die Mitglieder des Klerus wenden, um um ihre Anhängerschaft zu werben. Ohne zu zögern, fordern wir Sie auf, Ihren Namen dieser Organisation nicht zu geben. Die Anwesenheit von Männern der Kirche in diesen „Gemeinderäten" kann nur die Verwirrung erhöhen, die eine jüngst vergangene Zeit uns mit Recht zu fürchten gelehrt hat.

Die Lektüre der „Charta der Kämpfer", die die „Gemeinderäte" inspirieren soll, erweckt nur zu sehr den Eindruck von Zweideutigkeit; sie fordert zu Verwirklichungen auf, die zu Lehren führen würden, zu denen die Katholiken sich nicht bekennen können".

Was bedeutet der Widerhall auf den Prozeß Mindszenty

In die ungeheure Empörung über den Verlauf des Prozesses in Budapest hat die Christenheit der ganzen Welt eingestimmt. Die Herausgeber der französischen Zeitschrift „Esprit" schließen sich von dieser Empörung keineswegs aus; aber sie gehen nicht ganz darin auf, sondern lösen sich soweit davon, daß sie aus einem gewissen Abstand diesen gewaltigen Protest betrachten. „An dieser Stelle, sagen E. Mounier und J.-M. Domenach (Esprit März/April 1949), müssen wir uns von unserem Protest lösen, mit Angst und Zittern die große Entrüstung betrachten, die um uns herum aufsteigt, und unruhig werden wie jedesmal, wenn die Übersteigerungen des guten Gewissens den Christen bedrohen. Wenn in diesem Augenblick Europa von Werken des Satans bedroht ist, spielt er dann nicht zwei Karten auf einen Schlag aus, auf der einen Seite die Verfolgung, auf der anderen, dieser Verfolgung gegenüber, die Verhärtung der abendländischen Christenheit in einer solchen kollektiven Selbstsicherheit, daß sie, von Blindheit geschlagen hinsichtlich der Verhältnisse, die auf sie den gleichen Blitz herabziehen können, sich nicht einmal mehr die Mühe gibt, diese zu revidieren?

... Wir werfen unserer Kirche nicht vor, daß sie mit tausend Fäden an die Wirklichkeiten der Zeit gebunden ist: das Christentum ist eine inkarnierte Religion, es hat Europa geschaffen, und es hat wohl daran getan. Wir sagen nicht: „Zurück mit den Kräften! Zurück mit den Zivilisationen!" Wir suchen keine Märtyrer ohne Fehler, unmenschlich, und wir wünschen uns keine unmöglichen Verfolgungen, rein an reiner Bosheit. Die Kirche mußte, um völlig die Kirche der Menschen zu sein, in gewisser Hinsicht zuerst feudal, dann bürgerlich sein, wie sie morgen etwas anderes sein wird, das noch nicht Name oder Antlitz hat und seinerseits auch wieder vorbeigehen wird. Aber laßt uns die Gefahr erkennen, in der sie innerlich und äußerlich steht, wenn die Welt ihr Antlitz wandelt ... Die Strukturen, die zusammenbrechen, haben sich so fest in sie verklammert, daß man, wenn man jene einreißt, nicht umhin kann, sie in ihren lebendigen Werken zu treffen. Viele haben es zweifellos gar nicht auf sie abgesehen, aber sie können es nicht vermeiden, auch sie zu berühren. Ihrerseits aber, um es kurz zu sagen, haben die Christenheiten und die geistlichen Führer nicht immer die nötige geistige Muße und Bewegungsfreiheit, um das Vergängliche loszulassen und unmittelbar das Ewige zu inkarnieren: sie klammern sich an erworbene Positionen, und wenn sie aus diesen mit Gewalt herausgetrieben werden, wie sollten sie sich da nicht in einer Reflexbewegung religiöser Verteidigung sammeln? ... Hüten wir uns darum ...

Der Christ, der um diese lähmende Verworrenheit der Szenerie weiß, wird seine Zuflucht darum doch nicht zum bitteren Schrei der verzweifelten Seele nehmen. Dieses Wissen lebt er Schulter an Schulter mit dem Leben seines Volkes, seines doppelten Volkes. Denn wenn er zum Volk der Gläubigen gehört, so gehört er auch von Natur zu dem Volk der Verzweifelten der ganzen Welt ..."

Niederländische Bischöfe fordern Gewinnbeteiligung der Arbeiter

In ihrem diesjährigen gemeinsamen Fastenhirtenbrief beschäftigen sich die niederländischen Bischöfe mit der sozialen Frage. Sie erkennen in ihr „das Problem unseres Zeitalters, weil in den Übeln der sozialen Ungerechtigkeit satanische Kräfte entfesselt werden, die die ganze Welt bedrohen."

Im Hinblick auf das Eigentum heben die Bischöfe hervor, daß die Steuergesetze als verbindlich im Gewissen zu betrachten sind. Diese Verpflichtung leiten sie aus der „sozialen Gerechtigkeit" her und entwickeln damit die Lehren der klassischen Moraltheologie in Anlehnung an die Enzyklika „Quadragesimo anno" in einem wichtigen Punkt weiter.

Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung leidet nach der Meinung des holländischen Episkopates vor allem darunter, daß der industriellen Entwicklung eine nicht genügend große Streuung des Eigentums entspricht. Daher legen die Bischöfe besonderen Nachdruck auf die Forderung nach einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Wer Anteil hat an der Produktion, müsse auch Anteil am Gewinn haben. Nur auf diese Weise, glauben sie, könne in der Industrie jene Ausgeglichenheit der Eigentumsverhältnisse erreicht werden, die sich z. B. in dem gesunden Kleinbauerntum und Kleinhandel so segensreich auswirkt.

Die naturgemäß schwankende Gewinnbeteiligung der Arbeiter in der Industrie darf indes das Risiko für sie nicht erhöhen. Deshalb muß unabhängig von ihr die Forderung nach einem ausreichenden Familienlohn erhoben werden. Ein Ausgleich der Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern, wie er angesichts dieser Forderung notwendig wird, dürfte sich am ehesten erzielen lassen, wenn beide Parteien in gemeinsamen Körperschaften paritätisch zusammenarbeiten und ihre Beschlüsse Gesetzeskraft haben. Die Errichtung dieser Organisationen wird in dem Hirtenbrief als das wichtigste soziale Anliegen des gegenwärtigen Jahres bezeichnet.

Die Bischöfe versäumen nicht, auch die Arbeiter an ihre Pflichten zu erinnern. Sie nennen es eine Sünde gegen die soziale Gerechtigkeit, wenn der Arbeiter bei seiner Arbeit Zeit verschwendet. Streiks, deren Ziel in einer Beunruhigung der gesellschaftlichen Ordnung besteht, müssen von christlichen Arbeitern abgelehnt werden.

Unter den gegenwärtigen Umständen halten die Bischöfe eine gewisse wirtschaftliche Intervention des Staates für notwendig. Sie müsse sich vor allem auf die Aufrechterhaltung eines vernünftigen Verhältnisses zwischen Löhnen und Preisen beziehen.

Unter den übrigen sozialen Problemen hebt auch der holländische Hirtenbrief die Beseitigung der Wohnungsnot als besonders vordringlich heraus.

Kardinal Griffin und der „Rat der Christen und Juden"

Die internationale Organisation des „Rates der Christen und Juden", deren Präsidentschaft bisher der katholische Philosoph Jacques Maritain, der Protestant Lord Reading und als Generalsekretär der Jude Dr. Henry Noble McCracken innehatten (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 4, S. 172), hat als viertes Mitglied des Präsidiums Kardinal Griffin von Westminster gewonnen. Die Organisation hat erst kürzlich eine englische Sektion eröffnet. Ihre Ziele sind:

1. Kampf gegen religiöse und rassische Intoleranz,
2. Arbeit zum gegenseitigen Verständnis zwischen Christen und Juden zumal im Hinblick auf die Probleme, die sich durch die Kriegsfolgen ergeben haben, und
3. Herstellung der Einmütigkeit der Christen und Juden zur moralischen und religiösen Erneuerung in der Nachkriegszeit.

Volksmission in ganz England

Der englische Episkopat hat sich entschlossen, im Laufe dieses Jahres in sämtlichen Pfarreien von England und Wales eine Volksmission halten zu lassen. Sie wird 3 Millionen Katholiken in fast 2000 Gemeinden erfassen. Anfang März wurde mit der Ausführung des Planes in der am äußersten Südwesten der Insel gelegenen Pfarrei begonnen. Da die Zahl der Volksmissionare, die für gewöhnlich in England tätig sind, für dieses großangelegte Werk nicht ausreicht, werden sich zahlreiche Welt- und Ordenspriester aus allen englisch-sprechenden Ländern, besonders aus Irland, USA und Kanada, freiwillig und zum großen Teil auf eigene Kosten zur Verfügung stellen.

Die Mission verfolgt bemerkenswerterweise nicht nur das Ziel, die eigenen Gläubigen aufzurütteln. Die Führer der Katholischen Kirche in England glauben vielmehr, daß die Stunde gekommen sei, in der man die kühnen missionarischen Ideen eines Newman wieder aufnehmen müßte, der zu seiner Zeit von einem „zweiten Frühling" des katholischen Glaubens in England sprechen konnte. Freilich sind die geistigen Voraussetzungen, unter denen nunmehr wiederum eine große Mission beginnt, andere als zu Newmans Zeiten. Damals war die christliche Tradition in England immerhin noch so lebendig, daß die Auseinandersetzung zwischen der römischen und der anglikanischen Form des Christentums im Mittelpunkt der Verkündigung stehen mußte. Heute dagegen beabsichtigt der Episkopat nicht in erster Linie, sich an die gläubigen Anglikaner zu wenden. Er will vielmehr durch die Mission jene zahlreichen Menschen ansprechen, die im Laufe der letzten hundert Jahre in zunehmendem Maße ihre innere Bindung an die anglikanische Kirche verloren haben und mit einem vagen Rest von christlicher Moral und allgemeinen Glaubensvorstellungen, jedoch ohne kirchliche Bindung dahinleben. Um diese Menschen anzusprechen, werden die Missionare nicht nur in den katholischen Kirchen predigen, sondern, soweit es möglich ist, sich auch der in den angelsächsischen Ländern nicht ungewöhnlichen Methode der Straßenpredigt bedienen (Vergl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., Heft 7, S. 307).

Die englischen Bischöfe haben ihr großes Vorhaben unter den besonderen Schutz der Muttergottes gestellt und hoffen, daß die Marienverehrung und besonders das Rosenkranzgebet im Laufe dieses Jahres unter den Katholiken Englands eine zentrale Stellung einnehmen und zugleich die Wiedergewinnung zahlreicher getrennter Brüder bewirken wird. Im Zeichen der Verbundenheit unter den Gläubigen aller Länder soll das Anliegen der englischen Katholiken auch in unserem Gebet eine Stütze finden.

Aus Nord- und Südamerika

Katholische Presse in USA von innen gesehen

In USA gibt es 144 katholische Zeitungen und 255 Zeitschriften, die in einer Auflage von 4 bzw. 10 Millionen Exemplaren erscheinen. Die hohe Anzahl der Blätter darf allerdings zu keiner Täuschung über die publizistische Bedeutung der katholischen Presse verleiten. Die Zeitungen sind fast durchweg diözesane Wochenblätter von sehr unterschiedlichem Wert, die Zeitschriften zum größeren Teil ganz kleine Vereinsorgane. Nur 87 Zeitungen und 92 Zeitschriften sind bedeutend genug, die Mitgliedschaft in der Catholic Press Association zu besitzen, deren Leitung mit der journalistischen Abteilung der katholischen Fordham-University in New York verbunden ist.

Anläßlich des diesjährigen Pressemonats, während dessen alle Blätter ihren Werbefeldzug führten, veranstaltete Professor David Marshall, der Inhaber des Lehrstuhles für Journalistik an der Fordham-University, der bis zum letzten Herbst als Redakteur am „New York Sun" wirkte, eine kritische Überschau über die katholische Presse, die uns zusammen mit anderen Aufsätzen in derselben Zeitschrift einen Blick hinter die Kulissen des Zeitungswesens gewährt.

Marshall behauptet, das Interesse des Publikums an den katholischen Blättern sei im Wachsen. Die Leser, besonders die intelligenten und nachdenklichen, seien der Flut von Nachrichten müde, die täglich aus den großen Blättern von 36, 48 oder gar 64 Seiten über sie ausgeschüttet wird. Das Bemühen um eine ebenso umfassende wie zu-

verlässige Nachrichtenübermittlung sei zwar ein charakteristischer Vorzug der amerikanischen Presse, aber sie habe ein Ausmaß erreicht, das der Leser einfach nicht mehr überblicken könne und das eine nicht geringe Schuld an der Verwirrung der Geister trage. Marshall zitiert ein bezeichnendes Wort von einem bekannten Auslandskorrespondenten: „Die Sowjets", sagt jener, „vernebeln die Wahrheit durch die Fülle ihrer Meldungen aus aller Welt, in denen sie uns mit hunderttausend ungeordneten Tatsachen überschwemmen."

Ähnlich sei es heute um die große amerikanische Presse bestellt. Die Leser verlangten deshalb immer mehr nach orientierenden Zusammenfassungen und Kommentaren, die ihnen gestatten, den Wert und die Bedeutung der Tatsachen richtig einzuschätzen. Sie verlangten außerdem nach beständigen und einheitlichen Maßstäben, d. h. nach Zeitungen von Charakter und Profil. Der Leitartikel allein genüge bei der Fülle der Ereignisse nicht mehr und habe überhaupt an Bedeutung verloren. Auswahl und Ordnung der Nachrichten seien wichtiger geworden. Die katholische Presse sei fast die einzige im Lande, die diesem halb unbewußten Verlangen nach Ordnung der Dinge und zuverlässiger Führung durch das Labyrinth der Ereignisse entgegenkomme und die diesem Verlangen genügen könnte, wenn sie — im ganzen weniger dilettantisch wäre, dilettantisch vom publizistischen Gesichtspunkt. Deshalb heißt die große und ernste Forderung Marshalls: „Die katholische Presse muß fachmännischer geschrieben werden." Er meint, New York würde schon längst eine katholische Tageszeitung haben, wenn die Leute das Gefühl haben könnten, daß es ein erstklassiges Blatt würde. Um aber ein solches zu schaffen, fehlt es weniger am Geld als an den Männern. Es gibt eine Anzahl hervorragender katholischer Publizisten. Aber sie arbeiten fast durchweg für die neutrale Presse. Man kann sie dort nicht herausziehen, weil sie z. T. phantastische Gehälter beziehen (Bob Considine z. B. verdient 30 000 Dollar) und weil man es auch für wichtiger hält, daß in den großen Redaktionen wenigstens da und dort an führender Stelle ein Katholik steht. Einigen katholischen Zeitungen, z. B. dem in Cleveland erscheinenden „Universe Bulletin" ist es gelungen, sich mit Hilfe eines erstklassigen Stabes freier Mitarbeiter auf ein beachtliches Niveau zu erheben. Das Blatt ist eines der ganz wenigen, die sich in der Konkurrenz mit der neutralen Presse behaupten.

Im großen ganzen muß man aber vorläufig sich darauf beschränken, gute Journalisten auszubilden. Die beiden wichtigsten Ausbildungsstätten, die journalistischen Abteilungen der Marquette- und der Fordham-Universität bemühen sich, die Talente der führenden katholischen Journalisten und Schriftsteller wenigstens dadurch für die eigene Presse nutzbar zu machen, daß sie sie im Nebenamt zu Vorlesungen und Übungen mit den Studenten heranziehen. Auch nichtkatholische bedeutende Zeitungsleute stellen sich öfters zur Verfügung. Kein Gebiet der Journalistik, mit dem die Studenten nicht von guten Fachleuten bekanntgemacht würden. „Auch einige von denen, die Sexual- und Mordgeschichten schreiben, sind als Lehrer für die jungen katholischen Journalisten gewonnen worden." Unter den Lehrern befinden sich Redakteure von „New York Times", „Time", „Life", Kameraleute, Kritiker von nationalem Rang und zahlreiche Preisträger der verschiedenen Gebiete.

Die katholischen Ausbildungsstätten zählen heute etwa 2000 Studenten. Marshall betont, daß im Gegensatz zu früher, als die begabteren Studenten meist ein anderes Studium bevorzugten, jetzt bei ihnen eine Vorliebe für die Journalistik zu beobachten sei. Aber auch jetzt noch liegt die religiös-neutrale Journalistenfakultät der Columbia-University in Führung.

Wie Marshall die Dinge ansieht, ist die Heranbildung fähiger Journalisten der richtige Ansatz zur Schaffung einer bedeutenden Presse. „Zeitungen", sagt er, „setzen sich nur dann, dann aber sicher durch, wenn sie von Köpfen gemacht werden. Dagegen ist es auf die Dauer ein Mißerfolg, wenn die Kirche für Blätter werben will, die einfach nicht genügen."

In die Tätigkeit der führenden katholischen Wochenzeitschrift von USA, „America", gewährt uns ihr Chef vom Dienst, Pater Charles Keenan SJ, in der Nummer vom 19. 2. 49 einen interessanten Einblick. Sie arbeitet für ihre 30 000 Abonnenten mit einem Stab von sieben Redakteuren. 75% der Artikel werden von auswärtigen, überwiegend ständigen Mitarbeitern geschrieben. Für den sehr wichtigen literatur- und filmkritischen Teil sind im ganzen 150 Mitarbeiter tätig. Bemerkenswert und für uns in Deutschland ein unerfüllter Wunsch aller Redakteure ist die überaus große spontane Stellungnahme des Publikums zu dem Inhalt der Zeitschrift gegenüber der Redaktion und der Eifer, mit dem die Leser ihre Zeitschrift von sich aus informieren und anregen. Besuch, Brief und Telefon stellen einen Kontakt zwischen Redaktion und Publikum her, über den einmal die treffende Bemerkung gemacht wurde: „Die amerikanische Zeitung unterhält sich mit dem Leser, die deutsche predigt ihn an."

Die „Christopher-Bewegung" in den USA

Über Idee und Tätigkeit der Christopher-Bewegung, die seit zwei Jahren in der amerikanischen katholischen Öffentlichkeit steigende Beachtung findet, äußert sich der Gründer und Leiter der Bewegung, P. James Keller, in der Zeitschrift „Lumen Vitae". Zweck der Bewegung ist, das katholische Verantwortungsbewußtsein für das öffentliche Leben zu wecken und praktische Wege zu finden, es im christlichen Sinn zu beeinflussen. P. Keller hatte als Missionar von Maryknoll immer wieder die Erfahrung gemacht, daß die Katholiken im allgemeinen nur auf ihr persönliches Leben und Seelenheil bedacht sind, während die Vertreter antichristlicher Richtungen eifrig bemüht sind, ihre Ideen in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Gegenüber der Neigung der Katholiken, die Politik nur als ein Feld unsauberer Machenschaften anzusehen und den anderen zu überlassen, sind die Mitglieder der Christopher-Bewegung verpflichtet, am öffentlichen Leben aktiven Anteil zu nehmen. Sie müssen versuchen, in die Volksvertretungen, seien diese lokaler, regionaler oder gesamtstaatlicher Art, gewählt zu werden oder zumindest die Tätigkeit der von ihnen gewählten Männer aufmerksam zu beobachten. Sie müssen sich für die Ausarbeitung von Gesetzesanträgen interessieren und in Klubs und durch persönlichen Kontakt für gesunde politische Auffassungen eintreten.

Als ein Gebiet von besonderer Wichtigkeit wird die Gewerkschaftsbewegung angesehen. Denn es zeigt sich immer wieder, daß die Kommunisten mit äußerster Zähigkeit danach trachten, in führende Stellungen zu gelangen,

während die christlichen Arbeiter dem Kampf um diese Positionen ausweichen. Die Mitglieder der Christopher-Bewegung sind auch verpflichtet, die katholische Soziallehre gründlich zu studieren.

Ein weiteres Tätigkeitsgebiet ist die Presse, Rundfunk und Film. Es bedarf keiner näheren Ausführung, welcher ungeheure Einfluß dadurch ausgeübt wird und wie sehr es die Katholiken vernachlässigt haben, hier Einfluß zu gewinnen. Die Christopher-Bewegung will die vorhandenen Begabungen ausfindig machen, ermutigen und in die Bereiche von Presse, Rundfunk, Film entsenden, damit allmählich viele verantwortungsbewußte Katholiken an führende Stellungen gelangen.

Die Christopher-Bewegung verlangt von ihren Mitgliedern ein persönliches religiöses Leben (tägliches Morgengebet, Betrachtung, Lesung, Abendgebet, häufigen Messebesuch und Kommunionempfang) und die Gewinnung wenigstens eines Menschen für ein aktives Apostolat.

Ökumenische Nachrichten

Wege zur Einigung der Christen

Am 22. März 1949 sprach der frühere Leiter der Kirchenkanzlei der EKD, D. Hans Asmussen, über den bayerischen Rundfunk Worte zum Thema: „Was trennt und was eint die christliche Kirche?", die von tiefer Einsicht in das Wesentliche aller ökumenischen Arbeit und das Wesen der Kirche zeugen. Er ging davon aus, daß die Christen der ganzen Welt die Spaltung der Kirche als Sünde wider das Gebot des Herrn empfinden und sehnsüchtig darauf warten, daß sie sich nicht nur näher kennenlernen, sondern sich wirklich begegnen.

„Gott gab die Kirche in ihrem Anfang dieser Welt in einer sichtbaren Gestalt, an welcher ihm und den Aposteln sehr viel gelegen war". War diese Gestalt auch der Veränderung unterworfen, so sollte das doch nach Gottes Willen nie zu einer Spaltung führen. Aber jetzt nähern sich die Wege der Getrennten. Jedermann empfindet, daß auch außerhalb seiner eigenen Kirche wahre Christen stehen."

Asmussen warf dann die Frage auf, ob man bei dem Bemühen um Wiedervereinigung nicht ganz einfach von den bestehenden Kirchen absehen und abgehen sollte. Es seien besonders Laien, die das für möglich hielten. Die Frage nach dem Recht der eigenen Kirche ist erwacht. Sie führt zu einem Wachsen des konfessionellen Bewußtseins, diesmal aber nicht in der Weise, daß es sich den anderen gegenüber feindselig äußert, sondern in der Art, daß man von ihm ausgeht, um den Weg zueinander zu finden, einen Weg, der gesunde, überlegte und reife Fortschritte verspricht.

Wenn man die konfessionellen Unterschiede betrachtet, „ist die Lage nicht voller Hoffnung. Man muß schon das Gebet Jesu Christi für wirkungsvoller und wirklicher halten als die vorhandenen wirklichen Unterschiede zwischen den Kirchen. Das ist aber auch die einzig entscheidende Frage. Wenn ich auf das Gebet Jesu Christi verweise, so sage ich damit, daß die Wiedervereinigung nicht in Menschenhand steht. Über dies Gebet und seine Erfüllung verfügen wir nicht. Wollten wir es tun, dann würden wir in Gottes Rechte eingreifen. Davor sollen wir uns hüten. Unsere Sache ist es, uns diesem Gebete anzuschließen, im übrigen aber uns der heißen Bemühung hinzugeben, entsprechend diesem Gebete zu handeln."

Asmussen fordert eine saubere theologische Arbeit, die die Verschiedenheiten nicht „verkleistert", sondern so deutlich wie möglich hervortreten läßt. Gerade bei dieser Forschung ist man aber zu theologischen Ergebnissen gekommen, die erstaunlich sind. (Die Herder-Korrespondenz hat in letzter Zeit, auch im vorliegenden Heft, wiederholt auf solche Ergebnisse hingewiesen.) Es sind Ergebnisse erzielt worden, die „unabsehbare Folgen" haben müssen. Dazu gehören beispielsweise die Lehren der Enzyklika „Mediator Dei" und des Lutherischen Weltkonvents von Lund.

Aber wichtiger für die Einigung als diese Lehren, sagte der Vortragende, ist die Tatsache, daß beide Kirchen jetzt unter dem Kreuz stehen und leiden, nicht nur, doch vor allem im Osten, wo z. B. gegenwärtig der katholische und der evangelische Führer der Kirche eines Landes im Gefängnis sind. Das Kreuz eint auch die Christen in Deutschland. „Wem gehört es? Der katholischen oder der evangelischen Kirche? Es gehört dem, der es gläubig umfaßt. Was ist mit den verschiedenen Kirchen, wenn sich findet, daß sie beide es umfassen? Soll dann ein Konzil abgehalten werden, wer ein Recht dazu hat? Es ist wohl besser, wir warten auf das Urteil des himmlischen Richters und freuen uns, wenn wir im Kreuz und am Kreuz den Bruder finden, er trage eine Kutte oder einen Lutherrock."

Russische Katakombenkirche

Die belgische Zeitschrift „Construire" veröffentlicht in ihrer Nummer von März-April einen Bericht über die religiöse Lage in der Sowjetunion von Dom Clemens Ljalin OSB. Dom Ljalin gibt darin einen Überblick über die Rolle der Kirchen in Rußland mit einem historischen Rückblick und einer Darstellung der Gegenwart. Wir haben über die neue Stellung der orthodoxen Kirche in der Sowjetunion und über die Nachrichten, die wir hier im Westen über das religiöse Leben in Rußland erhalten, schon des öfteren berichtet. Aus dem Überblick Dom Ljalins heben wir daher nur hervor, was er über eine „unterirdische" Kirche in Rußland sagt:

Die Nachrichten, die man hierüber hat, sind natürlich sehr undeutlich. Sie gehen vor allem in den Kreisen der russischen Emigranten um, besonders bei den Reaktionären. Dort sagt man, daß es sich um eine neue Spaltung handle, um eine Richtung, die „der Meinung ist, daß die Patriarchalkirche nicht von einer populären, legitimen und von Gott gewollten Macht angeordnet ist, wie es die Patriarchen Tychon und Sergei behauptet haben und wie es Msgr. Alexis behauptet, sondern von einer antichristlichen und satanischen Macht". Darum, so heißt es, muß sich diese Gruppe verstecken, und sie nennt sich folglich „Orthodoxe der Katakomben" oder „Krypto-Orthodoxe". Die Zahl ihrer Anhänger kann man nicht angeben. Andere russische Emigranten, die mit dem Patriarchat sympathisieren, behaupten, das alles sei nur eine Sage.

Jedoch hat das „Patriarchatsblatt" in seinem zweiten Heft 1948 zugegeben, daß es „zahlreiche Orthodoxe gibt, die den Patriarchen Alexis nicht anerkennen, ihn und seine Hierarchie ablehnen und sich für die einzigen Repräsentanten der wahren orthodoxen Kirche halten". Über dieselben Dinge hat P. de Régis SJ in der englischen Zeitschrift „The Month" im vorigen November berichtet. Seinen Angaben zufolge ist diese „Widerstandsbewe-

gung" viel umfangreicher, als man gewöhnlich glaubt, aber man verschweigt aus Vorsicht ihre Zahl und die Gegenden, in denen sie sich entfaltet.
Die russische orthodoxe Kirche hat immer einen vorwiegend liturgischen Charakter gehabt und sich nicht um die Ausarbeitung einer Soziologie und einer Apologetik bemüht. Diese Tatsache erleichterte es dem russischen Regime, die orthodoxe Kirche wieder aufleben zu lassen, und ermöglicht es dieser Kirche selbst, den modus vivendi anzunehmen. Aber die orthodoxen Gläubigen haben diesen Schritt des Patriarchats sehr verschieden beurteilt. Die einen sehen darin einen ganz außerordentlichen Erfolg, nicht nur für die Kirche Rußlands, sondern für die ganze Christenheit. Er würde das Ende der konstantinischen Periode der Kirchengeschichte und die Rückkehr zum apostolischen Zeitalter der Kirche, wo die Kirche der Politik, dem Staat fernstand, bedeuten. Die andern sehen darin ein Bündnis der Kirche mit dem Satan. Was die Früchte dieses Schrittes sein werden, kann aber erst die Zukunft lehren.
Im Augenblick können wir nur über die politischen Ziele der beiden beteiligten Institutionen, des russischen Staates und der russischen Kirche urteilen. Der Staat hofft offenbar, daß er durch seine antireligiöse Propaganda, zumal bei der Jugend, auf die Dauer das Bedürfnis nach der Religion töten und damit die Existenz der Kirche von selbst überflüssig machen wird. Die Kirche ihrerseits wiegt sich in der Hoffnung, die Zahl ihrer Gläubigen anwachsen zu sehen und so ihre Existenz zu festigen. Aber es liegt nahe, daß viele Gläubige diese Hoffnung nicht teilen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß diese sich von der offiziellen Kirche getrennt haben.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Der Papst über die geistige Vorbereitung auf das Heilige Jahr

Der Heilige Vater hat seine diesjährige Fastenansprache an den Klerus seiner Diözese Rom am 23. März gehalten. Rom steht bereits im Zeichen der Vorbereitung auf das Heilige Jahr, und Klerus und Laien wetteifern bereits in der Vorsorge für dessen würdigen und prächtigen Verlauf. Das Volk von Rom ist sich aber dessen bewußt, daß es eine besondere Pflicht zur inneren Vorbereitung auf diesen festlichen Zeitraum hat, und auf das Wesen dieser Verpflichtung, die zugleich für die ganze Christenheit gilt, wenn das Heilige Jahr der Welt Segen bringen soll, geht der Heilige Vater ein. Nachdem er von den außerordentlichen Bemühungen zur Organisation der Feiern gesprochen hat, fährt er folgendermaßen fort:

Die Bedeutung der gewöhnlichen Seelsorge

Zweifellos sind die außergewöhnlichen Werke, in denen sich der Eifer in zahlreichen Formen äußert, nützlich, ja unerläßlich; besonders heute gegenüber der religiösen Gleichgültigkeit und dem Atheismus hat sich ein weites Feld für ihren überströmenden Eifer aufgetan. Es besteht keine Gefahr, daß dieses außerordentliche Apostolat unterschätzt würde; vielmehr hat man umgekehrt oft den Eindruck, daß diese Schätzung zu weit gehen könnte, und zwar zum Schaden der gewöhnlichen Seelsorge, auf die wir oben hingewiesen haben.
Diese bleibt in der Tat immer das Haupt- und Grundelement des Apostolats, wenigstens dort, wo die kirchlichen Einrichtungen feste Wurzeln gefaßt haben und die religiöse Lage einigermaßen normal ist. Immer und überall ist es notwendig, den Pfarrkindern, jungen und alten, vor allem aber den Kindern und Heranwachsenden die Glaubenslehre beizubringen; immer müssen sich die Gläubigen am Sonntag zusammenfinden, um dem heiligen Meßopfer beizuwohnen; immer müssen ihnen die Sakramente gespendet werden. Und da wir von der Seelsorge reden, denken wir vor allem an das Sakrament der Buße, das vom Priester ein absolut vorbildliches Leben im Verein mit Verantwortungsbewußtsein, einem klaren und sicheren Urteil, Selbstbeherrschung, Klugheit und Takt fordert. Immer werden auch Arme und Bedürftige an die Kirchentür klopfen; immer gibt es Kranke, die gepflegt und mit den heiligen Sakramenten getröstet werden, immer Verstorbene, für die Exequien gefeiert werden wollen; immer muß der Geistliche Zeit finden für persönliche Aussprachen mit seinen Pfarrkindern, und immer verlangt die Leitung der katholischen Organisationen und Vereine von ihm Hingabe und Geduld, auch wenn er diese Aufgabe seinen Laienmitarbeitern anvertraut, die diese ebenso gut wie er erfüllen können.
Alles das gehört zur gewöhnlichen Seelsorge. Sie fällt weniger ins Auge als die außerordentlichen großen Manifestationen; sie ist tägliche Arbeit; sie wird in der Stille ausgeführt und bleibt oft unbemerkt. Und doch müßte sie jederzeit so vollkommen wie möglich wirken, auch und besonders heute, da alle die Seelen, die durch die außergewöhnlichen Tätigkeiten für Christus gewonnen oder durch furchtbare Ereignisse zu ihm geführt werden, schließlich ebenfalls in die gewöhnliche stetige und tiefgreifende Seelsorge eingereiht werden müssen. Sie soll allen die Sicherheit geben, in den mütterlichen Armen der Kirche willkommen zu sein; hauptsächlich durch sie erfüllt die Kirche die Aufgabe, Christus zu verkünden und jeden Menschen zu lehren und zu leiten, um alle zur Vollkommenheit in Christus Jesus zu führen (vgl. Kol. 1, 28).

Die Liturgie als Gnadenquelle

So haben eine Anzahl von Pfarreien in den Mittelpunkt der Vorbereitung der Gläubigen auf das Heilige Jahr die Messe für die Männer gestellt. In dieser Messe, die die

Männer der Pfarre sonntags vereint, erschließen sie ihnen das Wesen und den Sinn der heiligen Liturgie. Die erste Frucht dieser Praxis ist es, sie in bewußter und persönlicher Weise am göttlichen Opfer des Altars teilnehmen zu lassen. Aber diese Teilnahme muß im täglichen Leben ein Echo, einen Widerhall finden; daher leiten diese eifrigen Seelenhirten sie an, mit dem Opfer Christi ihre eigenen Opfer zu vereinigen, zu denen das Bekennen des Glaubens und die christliche Lebensführung im Laufe der Woche reichlich Gelegenheit bieten.

Wir loben diesen Brauch, sowohl was seinen Geist, wie was seine Methode anbetrifft. Er stellt das Meßopfer an seine wahre Stelle, ins Herz des Lebens und aller Tätigkeit eurer Männer selber. Es ist schon sehr tröstlich, sie fromm der Liturgie der Messe folgen zu sehen, zumal wenn man die ärgerniserregende Unkenntnis der meisten hinsichtlich eines so hohen Geheimnisses bedenkt.

Jedoch von größter Wichtigkeit ist es, die Auswirkungen zu betrachten, die von der Messe für die Männer auch ins kirchliche und bürgerliche Leben ausstrahlen. In der Tat:

Gebet und Buße im Kampf gegen Unglauben

1. Angeleitet und gewöhnt, das heilige Meßopfer zu verehren und zu lieben, werden eure Männer leicht Männer des Gebetes werden und ihre Familien gleichsam zu einem Tempel des Gebetes machen. Und das ist dringend notwendig. Wer könnte leugnen, daß der Geist des Gebetes immer mehr abnimmt, während der Geist der Welt an Boden gewinnt, selbst im Herzen von Familien, die katholisch und christustreu bleiben wollen? Wenn der Kreuzzug für das Familiengebet in anderen Ländern mit Begeisterung aufgenommen worden ist, wenn sogar Schauspieler des größten Filmzentrums der Welt sich in den Dienst einer so heiligen Sache gestellt haben, wie sollten da die Katholiken der Ewigen Stadt zurückbleiben?

2. Die Männer, die sich ernstlich darum bemühen, in den Sinn und die Bedeutung des Meßopfers einzudringen, können nicht umhin, den Geist der Selbstbeherrschung, der Abtötung, der Unterordnung der irdischen unter die himmlischen Dinge, des absoluten Gehorsams gegenüber dem Willen und Gesetz Gottes zu verlebendigen, besonders wenn Ihr euch bemüht, ihnen diese Gefühle einzuflößen. Dies ist nicht minder ein Bedürfnis der gegenwärtigen Stunde wie die Erneuerung des Gebetseifers, da heute viele — und wir sehen unter diesen mit Schmerzen auch eine Anzahl von Katholiken — leben, als ob es ihr einziges Ziel sei, sich ein irdisches Paradies zu schaffen, ohne an die letzten Dinge, an das Jenseits, an die Ewigkeit zu denken.

Der natürliche Hang des gefallenen Menschen zu den irdischen Dingen, seine Unfähigkeit, die Dinge des Geistes Gottes zu verstehen (vgl. 1. Kor. 2, 14), wird in unseren Tagen nur allzu sehr von der ganzen Umwelt gefördert. Oft wird Gott von ihr nicht geleugnet, nicht beleidigt oder verflucht: er ist wie abwesend. Die Propaganda für ein irdisches Leben ohne Gott ist offen, verführerisch, stetig. Mit Recht hat man bemerkt, daß im allgemeinen auch in den Filmen, die als moralisch einwandfrei gelten, die Menschen leben und sterben, als ob es weder Gott noch die Erlösung noch die Kirche gäbe. Wir wollen hier nicht die Absichten diskutieren; aber darum ist es nicht weniger wahr, daß die Folgen solcher neutralen Filmvorführungen schon weit und tief reichen. Dazu kommt noch die verhängnisvolle Propaganda, die mit voller Absicht eingesetzt wird für eine Familie, eine Gesellschaft, einen Staat ohne Gott. Es ist eine Sturzflut, deren schlammige Gewässer selbst in den katholischen Bereich einzudringen versuchen. Wie viele sind davon bereits angesteckt! Mit den Lippen nennen sie sich noch katholisch, aber sie merken nicht, daß ihr Betragen dieses Bekenntnis durch ihr Tun widerlegt.

Es ist also keine Zeit mehr zu verlieren, um mit aller Kraft diesem Abrutschen unserer eigenen Reihen in den Unglauben Einhalt zu tun und den Geist des Gebets und der Buße wieder zu erwecken. Die Predigt der Grundwahrheiten des Glaubens und unserer letzten Ziele hat in unserer Zeit nichts von ihrer Eignung verloren, sie ist vielmehr nötiger und dringender denn je. Auch die Predigt von der Hölle. Zweifellos muß ein solcher Gegenstand mit Würde und Weisheit behandelt werden. Was aber das eigentliche Wesen dieser Wahrheit betrifft, so hat die Kirche vor Gott und den Menschen die heilige Pflicht, sie zu verkünden und ohne irgend welche Abstriche zu lehren, wie Christus sie offenbart hat, und keinerlei Zeitumstände können die Strenge dieser Verpflichtung abschwächen. Sie bindet jeden Priester im Gewissen, dem im gewöhnlichen oder außergewöhnlichen Dienst die Sorge anvertraut ist, die Gläubigen zu lehren, zu ermahnen und zu führen. Es ist wahr, daß die Sehnsucht nach dem Himmel ein an sich vollkommeneres Motiv ist als die Furcht vor ewigen Strafen; aber daraus folgt nicht, daß sie auch für alle Menschen das wirksamere Motiv ist, sie von der Sünde fernzuhalten und zu Gott zu bekehren.

Bedenket, geliebte Söhne, die Worte, die der Herr am Vorabend seines Leidens an den Apostel Petrus gerichtet hat: Sehet, Satan hat sich euch ausgebeten, um euch zu sieben wie Weizen (Luk. 22, 31); Worte von einer erschütternden Bedeutung in der Zeit, in der wir leben. Sie gelten nicht nur für die Hirten, sondern auch für die ganze Herde. In den furchtbaren religiösen Auseinandersetzungen, deren Zeugen wir sind, kann man sich wirklich verlassen nur auf die Gläubigen, die beten und die sich auch um den Preis großer Opfer bemühen, ihr Leben mit dem Gesetz Gottes in Übereinstimmung zu bringen. Alle anderen bieten sich in der geistigen Ordnung — und um diese handelt es sich — schutzlos den Schlägen des Feindes dar.

3. Eine andere Wirkung der Messe für die Männer, die nicht nur für sie persönlich, sondern auch für ihre Familien heilsam ist, ist die, daß sie ihre Augen und Herzen vor allem verschließen werden, was in Presse, Film und Schauspiel die Scham verletzt und das Sittengesetz beleidigt. Wo sollte, wenn nicht hier, der Geist der Buße und der Abtötung im Verein mit Christus verwirklicht werden?

Wenn man einerseits an die ekelerregenden Grobheiten und Schamlosigkeiten denkt, die in Zeitungen, Zeitschriften, auf der Leinwand, auf der Bühne gezeigt werden, und andererseits an die unglaubliche Abirrung von Eltern, die mit ihren Kindern hingehen und sich an solchen Greueln erfreuen, steigt einem die Röte ins Gesicht, eine Röte der Scham und der Empörung. Der Kampf gegen dieses Übel, besonders dadurch, daß man dessen Äußerungen bei den öffentlichen Autoritäten anzeigt, hat schon ermutigende Ergebnisse erzielt, und Wir hegen das

Vertrauen, daß er immer wirksamer und wohltätiger wird.
Gott sei Dank arbeiten in einigen Nationen, zumal auch in solchen mit sehr großer Filmproduktion, die Katholiken methodisch und mit glücklichem Erfolg für die Moral und Würde des Films. Gebe Gott, daß die Gläubigen, die im Heiligen Jahr nach Rom strömen, in ihr Vaterland den Eindruck mit zurücknehmen können, daß auch die Katholiken der Ewigen Stadt auf diesem Gebiet wachsam und eifrig sind.

Ermahnung zur Treue gegen die Kirche

4. Wir erwarten von der gemeinsamen Teilnahme der Männer an der heiligen Messe noch eine andere Frucht von erstem Range, nämlich den Geist des kindlichen Gehorsams und der vollen Anhängerschaft an den römischen Papst und brüderlicher und enger Verbindung untereinander, sobald es sich darum handelt, die Sache der Kirche zu verteidigen.
Die Sache der Kirche! Ihre Feinde haben einen heftigen Feldzug von Wort und Schrift gegen sie entfesselt. Für sie sind alle Argumente, auch die absurdesten, recht, wenn sie dem Ziel dienen, das sie erstreben, und dieses Ziel besteht darin, die Einheit und Zusammenarbeit der Katholiken zu zerstören, ihr Vertrauen zu dem Statthalter Christi, den Bischöfen, dem Klerus zu erschüttern. Ihre bevorzugte Waffe ist die Verleumdung, da sie wohl wissen, daß diese nie ihr Ziel ganz verfehlt, sondern Zweifel, Mißtrauen, Kritik in den Geistern, ein Erkalten der Liebe, das manchmal bis zum Haß geht, in den Herzen hervorruft. So sind Gehorsam und Eintracht der Gefahr ausgesetzt, allmählich verdorben und zerstört zu werden. Leset die Worte Christi über den „Vater der Lüge" (Joh. 8, 44): Das Gleiche gilt auch für diesen Lügenfeldzug.
Sagt Euren Pfarrkindern, sie sollten sich nicht verführen und in die Irre leiten lassen; sie dürften den falschen Anschuldigungen des Feindes keinen Glauben schenken; sie sollten seine Veröffentlichungen nicht lesen ohne schwerwiegenden Grund und ohne die erforderliche Erlaubnis, jedenfalls nicht ohne genügend vorbereitet zu sein und zu wissen, wie man auf solche Angriffe antwortet. So werden die Bemühungen des Gegners, die Einheit und den Zusammenhalt der Katholiken zu sprengen, vereitelt, eine Einheit, deren sichtbare Grundlage der Felsen Petri und dessen unsichtbare Kraftquelle das heilige Meßopfer und das eucharistische Mahl sind.
Noch viele andere Früchte kann die Messe für die Männer bringen. Wir haben nur einige erwähnt, die uns den Bedürfnissen der Stunde am meisten zu entsprechen und der inneren Vorbereitung der römischen Gläubigen auf das Heilige Jahr am besten zu dienen scheinen.
In diesem Vertrauen rufen Wir auf euch und auf eure apostolische Arbeit die Gnade des Heiligen Geistes und den Schutz der unbefleckten Mutter des Erlösers herab und erteilen euch aus der Fülle Unseres Herzens Unseren väterlichen apostolischen Segen.

Der Papst über das Wohnungselend

Der Heilige Vater hat am 26. März die Mitglieder einer Tagung des Internationalen Arbeitsamtes empfangen und an sie folgende Ansprache gehalten:
„Sehen Sie, meine Herren, in der Tatsache, daß Wir Sie in dieser besonders arbeitsreichen Zeit des Jahres empfangen, einen Ausdruck des Interesses, das Wir Ihren Arbeiten entgegenbringen. Ihr so dringend geäußerter Wunsch, zu Uns zu kommen, beweist, daß Sie dieses Interesse anerkennen und würdigen, und daß Sie selber die moralische Seite Ihrer Aufgabe gewissenhaft erwägen.
Wir haben in der Tat häufig Unsere Sorge hinsichtlich der dringenden und beängstigenden Notwendigkeit geäußert, Tausenden, ja Millionen von Einzelnen und Familien Wohnungen zu verschaffen, die ihnen ein Minimum von Hygiene und Wohlbefinden, Würde und Sittlichkeit sichern. Das bedeutet, daß in Unseren Augen der Häuserbau eine Aufgabe von allererster Wichtigkeit ist.
Wir können hier nicht im einzelnen auf die Schwierigkeiten eingehen, die sich augenblicklich Ihrer Aufgabe entgegenstellen; sie sind Ihnen nur zu wohl bekannt und bilden den Gegenstand Ihrer Beratungen; aber letzten Endes gehen sie auf die Tatsache des fehlenden Gleichgewichts zwischen Gläubigervölkern und Schuldnervölkern zurück. Die Ereignisse des Krieges und der Nachkriegszeit haben diesen Zustand so sehr gesteigert, daß die meisten Nationen in der nächsten Zukunft darauf beschränkt sein werden, ihre Produktion mehr oder minder ausschließlich in einer bestimmten Richtung zu lenken und damit auch die Arbeit, die Bodenausnutzung und die Kapitalieninvestierung.
Wer wird am schwersten unter den Folgen dieses Zwanges leiden, wenn nicht die große Masse der Bevölkerung? Sie braucht Wohnungen, wie sie Kleidung und Nahrung braucht. Das ist ein Bedürfnis aller Menschen ohne Unterschied von Einkommen und sozialer Stellung; es muß daher in einer normalen Wirtschaft, die auf ihr wahres Ziel gerichtet ist, zumal mit Hilfe der Privatinitiative seine rechtmäßige Befriedigung finden.
Die gepriesene moderne Wirtschaft, die so stolz darauf ist, immer mehr, immer besser, immer billiger zu produzieren, hat es darum doch keineswegs fertig gebracht, dieses echte Bedürfnis des Menschen, vor allem der Familien, zu befriedigen, ein echtes, kein künstliches Bedürfnis, wie man manchmal glauben machen wollte, als ob man sich entweder mit dem Unterschlupf des Naturmenschen und des Nomaden oder mit der kleinen eleganten Wohnung mit allem modernen Komfort, doch ohne Platz für das Kind, zufrieden geben könnte. Wenn also die Bauindustrie dazu beiträgt, die moderne Wirtschaft zu einer Produktion anzuregen, die dazu bestimmt ist, die Grundbedürfnisse des Menschen zu befriedigen, anstatt sich durch das zufällige Auf und Ab der Preise bestimmen zu lassen, hat sie den Namen eines sozialen Werkes verdient, denn sie hat dann die Wirtschaft selbst von den Irrwegen einer ziellosen Konkurrenz auf die ebene Bahn der Zusammenarbeit in einer wahrhaft sozialen Ordnung zurückgeführt.

Gewiß gehört bei dem gegenwärtigen Notstand viel dazu, alles in der erwünschten Richtung zu realisieren; einiges jedoch kann schon jetzt verwirklicht werden, und auf jeden Fall ist nichts erlaubt, was den Weg zu dem angestrebten Ziel verdecken könnte. Die Kirche, deren Soziallehre sich für die Interessen der Familie einsetzt, muß eben deshalb auch die Frage der angemessenen Wohnung ins Auge fassen. In der Tat, was für ein Antrieb für den Fortschritt der Wirtschaft und der Technik besteht in diesem Bedürfnis nach Wohnung! Eine Wirtschaft, eine Technik, die sich nach den Grundbedürfnissen des Menschen richtet, hat ja keine Veranlassung, sich um die zu große oder zu kleine Zahl der Wohnungssuchenden Sorge zu machen.

Gewiß ist die Wohnfrage nicht der einzige Gegenstand Ihrer Kompetenz, aber sie drängt am meisten zur Tat, da sie so eng mit einem der elementarsten Bedürfnisse des Menschen verbunden ist. Die anderen Gegenstände Ihrer Tätigkeit, die auf den ersten Blick vielleicht mehr ins Auge fallen, erhalten ihren Wert vor allem durch die Tatsache, daß es sich dabei um Produktionsmittel handelt, die eben zur Befriedigung dieser gleichen Bedürfnisse bestimmt sind. Immerhin muß der Umfang der Ziele Ihrer Arbeiten nur erst recht die Bedeutung Ihrer Aufgabe im allgemeinen Rahmen der Wirtschaft beleuchten. Das hat Uns besonders interessiert bei der Lektüre der Veröffentlichungen Ihrer Kommission.

Wir haben Uns insbesondere gefreut, darin die Spuren Ihrer eifrigen Bemühungen um eine innere Konsolidierung Ihrer Institution zu finden. Die Vervollkommnung der Technik und der Organisation der Arbeit, die persönlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Mitarbeitern der Berufsgruppen, das Erwachen des Verantwortungsbewußtseins jedes Einzelnen bei der Ausführung des gemeinsamen Werkes, die Sicherstellung des ausreichenden Ertrags der Arbeit für alle, die Berufsausbildung, die Vollbeschäftigung, die Lehrlingsausbildung: das alles sind Fragen, die, soweit sie die christliche Soziallehre berühren, Unsere wohlwollendste Aufmerksamkeit verdienen. Wir können Sie nur beglückwünschen, sie mit solchem Fleiß studiert zu haben. Daher danken Wir Ihnen auch wärmstens für Ihren Besuch, und in der Überzeugung von der Tragweite und Wichtigkeit der Aufgabe, der Sie die gründlichste Sorgfalt widmen, und von der großen Gewissenhaftigkeit, mit der Sie sich ihr unterziehen, liegt es Uns am Herzen, durch Unser Gebet auf Sie das Licht und die Hilfe der göttlichen Vorsehung herabzuziehen.

Über Würde und Schönheit der Arbeit

Papst Pius XII. hielt am 27. März bei einem Empfang von 1200 Arbeitern und Arbeiterinnen der Keramikwerke von Cività Castellana, die dem Heiligen Vater außer einem wertvollen Kruzifix auch einige Erzeugnisse der keramischen Industrie als Geschenk überbrachten, eine Ansprache, in der er sagte:

„Ihr kennt, geliebte Söhne und Töchter, die väterliche Freude, die Wir jedesmal empfinden, wenn Wir die Arbeiter zu Uns kommen sehen, die mit einem bisweilen heldenhaften Mut treu dem großen Gesetz gehorchen, das das Menschenleben seit dem Sündenfall beherrscht: „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen". (Gen. 3, 19) Aber Unsere Freude steigert sich, wenn das Ergebnis der Arbeit durch seine Nützlichkeit und Schönheit die Liebe anzeigt, mit der sie ausgeführt wurde. Das ist bei euch der Fall.

Zweifellos ist die Arbeit oft mühevoll, und bisweilen ist die Brotschnitte, die sie einträgt, recht klein. Wir haben alles, was in Unserer Macht steht, getan und tun es noch, um denjenigen zu helfen, die in Not sind, doch ebenso auch, um denjenigen ihre Verantwortung und ihre Pflichten vorzuhalten, die sich diesen schuldhaft entziehen, und Wir haben Unsere strengen Mahnungen in dieser Hinsicht oft wiederholt. Doch Unser guter Wille und der so vieler Männer, denen es um Gerechtigkeit geht, stößt nicht nur bei vielen Leuten auf Trägheit und Verständnislosigkeit, sondern prallt vor allem auf den wohlüberlegten Willen derer, die das Elend ausnutzen und die, ohne wirksame Hilfe zu bringen, kein anderes Ziel zu haben scheinen als die Mißstimmung zu steigern, die Machtlosigkeit derjenigen, die arbeiten wollen und derjenigen, die ihnen eine ehrenhafte und einträgliche Arbeit zu beschaffen suchen, zu demonstrieren, die Unzufriedenheit zu vermehren, die Verzweiflung bis zum äußersten zu treiben, was für die Interessen der Arbeiter selbst die verhängnisvollsten Folgen haben kann.

Die unmenschlichste und sozialwidrigste Taktik besteht darin, die Arbeit hassenswert zu machen. Nun ist aber die Arbeit, auch wenn sie oft schmerzliche und harte Mühe bedeutet, doch in sich selbst schön, und sie adelt den Menschen, weil sie in dem, was sie hervorbringt, das vom Schöpfer begonnene Werk fortsetzt und die hochherzige Mitarbeit jedes einzelnen am Wohl aller darstellt.

Ein solcher Gedanke würde genügen, jede Arbeit, auch die eintönigste und härteste, liebenswert zu machen. Um wieviel mehr muß er euch bei eurem Schaffen hochhalten. Die Erzeugnisse, die ihr Uns in kindlicher Ergebenheit überbracht habt, beweisen das deutlich. Wir, die Wir ungeachtet der Entfernung ständig mit dem Herzen inmitten Unserer Söhne leben, sehen euch Keramikhandwerker, tagsüber und häufig auch bei Nacht unermüdlich über eure Arbeit gebeugt, mit Interesse die Umwandlung des Stoffes in euren Händen und unter der Kraft des Feuers in jedem Stadium verfolgen und jedesmal mit Liebe das erreichte Ergebnis betrachten. Das gilt für euch alle. Nicht nur für die unter euch, die jene künstlerischen Wunder, jene anmutige Zier der Formen, der Zeichnungen, der metallischen Reflexe ausführen und hervorbringen, die zur gesunden und erhebenden Freude des Auges bestimmt sind, sondern auch für die, deren für den Haushalt bestimmte industrielle Erzeugnisse mit der Harmonie und dem guten Geschmack ihrer Linien, mit dem leuchtenden Glanz ihrer Glasur in dem Heim, für das sie bestimmt sind, Freude erwecken werden.

Noch ein andrer Gedanke läßt die Schönheit eurer Arbeit deutlich werden. Eure seit vielen Jahrhunderten landschaftlich verwurzelte, traditionelle Kunst hat eine edle

Prägung wie jede Tätigkeit, die mit der Erde zu tun hat. Der Landmann tränkt sie mit seinem Schweiß und vertraut ihr die Saat an, damit sie in ihrem Schoße keimt und dann dem Menschen nahrhaftes Brot und köstliche Früchte liefert. Der Grubenarbeiter müht sich ab, um ihr ihre verborgenen Schätze zum Vorteil der Menschheit abzugewinnen. Auch ihr bearbeitet die Erde, um aus ihrem Dunkel und ihrer Formlosigkeit nützliche, schöne und glänzende Dinge zu machen.

Alles das ist konkrete Wirklichkeit, aber es ist auch ein Gleichnis Jesu. Der göttliche Meister liebte es, durch Gleichnisse zu belehren. Er verglich unsere Seele mit der Erde, in die Er die Geschenke der Natur und der Gnade sät, während es unsere Aufgabe ist, sie Frucht bringen zu lassen. Wir haben nicht das Recht, die empfangenen Talente, über die Er von uns Rechenschaft fordern wird, ohne Nutzen für uns und den Nächsten schlummern zu lassen. Er bearbeitet selbst diese Erde und Er lehrt uns, sie mit ihm zu bearbeiten. Er bildet sie in den täglichen Wechselfällen des Lebens, unterwirft sie dem Feuer der Prüfung, um auch aus der demütigsten und in den Augen der Menschen elendesten Seele sein Meisterwerk zu machen. Wenn in euren Fabriken die Erde sprechen könnte, glaubt ihr, daß sie sich über die Kraft der Finger beklagen würde, die sie gestalten, und daß sie seufzen würde unter dem Feuerbrand, der ihr Haltbarkeit, Schönheit und Glanz verleiht? Erhebet also eure Augen zu Gott, erbittet von Ihm Beistand, Hilfe und Trost, habt Vertrauen zu Ihm; seine Hand ist stark, aber sie ist die Hand eines sehr liebevollen Vaters. Und das Feuer, durch das Er euch hindurchgehen läßt, ist das Seiner Liebe. Überlaßt euch gelehrig Seinem Tun, und ihr werdet auch hier auf Erden Frieden finden, einen zuweilen sehr ernsten Frieden, aber stets den Frieden, der sich eines Tages zu einem Licht ohne Schatten und zu einem Glück ohne Ende erschließen wird."

Hirtenworte in die Zeit

Ein Hirtenbrief über die Arbeiterseelsorge

Der Bischof von Bayonne, Basses-Pyrénées, hat zum Thema seines Fastenhirtenbriefes die Arbeiterseelsorge gewählt, und zwar im Anschluß an eine Rundreise Kanonikus Guérins, des Führers der französischen JOC, durch seine Diözese. Auf diese Rundreise, bei der fast alle Priester der Diözese, die mit dem Arbeitermilieu zu tun haben, in Kontakt mit Kanonikus Guérin getreten sind, weist der Hirtenbrief zurück und schließt daran folgende Betrachtungen an:

„1. Der Seelenhirte darf nicht vergessen, daß die Seelen, die ihm anvertraut sind, mit einem Leib verbunden sind, und zwar nicht nur im materiellen, organischen und individuellen Sinn, sondern auch in „sozialen Körpern", daß jede Seele in einer ganz konkreten sowohl persönlichen wie sozialen Existenz steht, die sich zu Hause, im Beruf, in der Stadt und in jeder anderen natürlichen Gemeinschaft abspielt. Diese Gemeinschaften bilden den providentiellen Lebensrahmen unserer Christen, zudem einen menschlichen Rahmen, der ihnen zu einem Teil auferlegt ist und den sie sich zum andern Teil selber wählen; der sie formt und zeichnet, aber zugleich auch von ihnen geformt und gezeichnet wird.

Sobald der Seelenhirte in seinem Geiste die entscheidende Bedeutung dieser verschiedenen Zugehörigkeiten realisiert hat, kann er der Sorge darum nicht mehr entrinnen, die Lebensbedürfnisse, das Lebensmilieu und die Lebensart besser kennen zu lernen, in denen sich seine Gläubigen bewegen. Hätte er sonst das Recht zu sagen, daß er sie „kennt" in dem Sinn, den der Gute Hirte des Evangeliums diesem Wort gegeben hat, als er von seinen Schafen sprach? Könnte er auch nur genau die Pflichten, die sie zu erfüllen haben, die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten ihres Lebens als Christen beurteilen? Liefe er nicht Gefahr, sich an sie in einer unwirklichen Weise zu richten, die sie nicht wirklich und tief berühren würde? Und wer kann die Gefahren eines solchen „apostolischen Irrealismus" ermessen? Er würde das Christentum nur auf das Leben draufkleben, was dasselbe wäre, wie eine Niederlage der Religion. Wo bliebe die „Heiligung" des Lebens?

Kein Zweifel, hier gilt es, unserer ganzen Seelsorge eine Richtung zu geben: um des Realismus willen eine große Aufmerksamkeit für die Lebensbedingungen und Lebensprobleme.

2. Kein Seelenhirte kann übersehen, daß die gegenwärtige Lage im ganzen in vieler Hinsicht tragisch ist, ganz besonders in allem, was das christliche Leben betrifft. Die bereits vollzogene Entchristlichung gewisser Schichten und gewisser Gegenden, die Macht der Propaganda antichristlicher Ideologien, die zudem von Bewegungen politischer Art, deren Gefährlichkeit und Kraft man kennt, gestützt werden, die Verfolgungen, die in verschiedenen Ländern ausbrechen: das alles stellt die Seelenhirten, wo sie auch stehen, und alle für das religiöse Leben der Einzelnen und der Gesellschaft Verantwortlichen vor sehr ernste Probleme der Pastoral.

Was sollen wir tun, damit unsere Gläubigen, unsere Familien, unser christliches Volk — Pfarrei, Diözese — nicht von der antichristlichen Flut mitgerissen werden, damit unsere Christen vielmehr stärker, kräftiger, religiös widerstandsfähiger werden? Was sollen wir tun? Wer von uns stellt sich diese Frage nicht?

Aber da es sich keineswegs nur um Verteidigung handelt, was sollen wir tun, damit das Christentum in dieser Welt, die sich zu ihrem großen Unheil von Gott zu entfernen scheint, nicht nur in einigen Spuren übrig bleibt, sondern sich mit neuer Kraft bezeugt, sich seinen Platz zurückerobert, seine rettende Rolle bis in die Zellen des menschlichen Lebens hinein spielt und überall zum Gärstoff wird? Denn das ist unser Ehrgeiz.

Was sollen wir Seelenhirten dort tun, wo wir nicht sind, wo sich aber das Leben gestaltet, wo sich vielleicht neue Lebensformen bilden? Was können wir anders tun, als

„Missionen" von christlichen Laien dorthin schicken, die in jenem Lebens- und Arbeitsmilieu leben und schaffen und die wahrhaft christlicher Gärstoff sind, wo immer sie sind? Und können sie das sein, wenn sie nicht durch das Priestertum ihrer Priester gestützt, gefördert und geistlich genährt werden?

Auch hier in dieser Sorge um die Milieus, die für das Christentum gewonnen und durch die Anwesenheit von Aktivisten und Aktivistinnen, die der Priester stützt, zum christlichen Leben emporgehoben werden sollen, müssen wir eine wesentliche Richtung unserer gegenwärtigen Seelsorge sehen.

3. Schließlich können die Seelenhirten in der heutigen Situation, vor der heutigen Aufgabe nicht umhin, das Bedürfnis zu fühlen, sich miteinander zu verständigen, sich zusammenzuschließen und ihre Gedanken und Bemühungen mehr und mehr in Übereinstimmung zu bringen.

Es ist uns schon klar geworden, daß es für unsere gegenwärtigen Übel, die sowohl physischer wie moralischer, sozialer und religiöser Art sind, nur durch eine vielfache Aktion Heilung geben kann, die gleichzeitig im Bereich der Politik, der Wirtschaft, der Erziehung, der Moral und der Religion wirkt. Offensichtlich hat niemand die Pflicht, alles zu tun, weil niemand alles tun kann.

Aber was die Kirche und ihre Diener, denen die Seelsorge obliegt, betrifft, so kann die ihnen gestellte Aufgabe nicht erfüllt werden, wenn die Arbeit nicht planvoll verteilt und kräftig zusammengefaßt wird.

Die Seelenhirten müssen das mehr denn je empfinden. Sie brauchen einander. Es ist notwendig, daß einige unter ihnen für diese oder jene Aufgabe, für diesen oder jenen Sektor besonders kompetent sind. Diese Spezialisten müssen von den anderen als wertvolle Hilfe betrachtet werden, mit denen brüderlich zusammenzuarbeiten ganz besonders in ihrem Interesse liegt.

Auf jeden Fall müssen die Seelenhirten gemeinsam über die Grenzen ihrer Pfarre hinaus die Situation ihrer Gläubigen in einem Lebens- oder Arbeitsmilieu, in einem wichtigen Zentrum oder in einer Stadt untersuchen. Sie müssen sich gegenseitig informieren, gemeinsam entschließen und Maßnahmen fassen, gemeinsam eine Aktion durchführen, deren Erfolg sie gemeinsam spüren werden.

Diese aktive Form der priesterlichen Brüderlichkeit ist zweifellos eine besonders fruchtbare Richtung unserer gegenwärtigen Seelsorge."

Die Kirche in den Ländern

Chronik des Kirchenkampfes im Osten

Nationalkirche in Ungarn gescheitert

Nur 12 von den 5000 katholischen Priestern Ungarns haben sich seit der Verhaftung von Kardinal Mindszenty gegen ihren Primas erhoben. Die Kommunisten hatten sich der Hoffnung hingegeben, der Druck, den sie im Zusammenhang mit den Budapester Prozessen auf den Klerus ausübten, würde genügen, um eine Nationalkirche ins Leben zu rufen. Sie nahmen den abgefallenen Geistlichen Varga als Haupt dieser Kirche in Aussicht und gewährten seiner Propaganda in dem von ihm gegründeten Blatt „Das Kreuz" jede Unterstützung. Aber abgesehen von den 12 exkommunizierten Priestern hat die Bewegung Vargas bisher keinen Anklang gefunden.

Anläßlich des goldenen Priesterjubiläums Papst Pius' XII. konnte der ungarische Episkopat durch seinen Wortführer, Erzbischof Czapik von Erlau, öffentlich seine Treue aussprechen zu „unserm überlieferten katholischen Glauben, der keinerlei Schwanken gekannt hat, und unsere Treue zum Papst, die dessen Ausdruck ist. Wir bleiben mit dem Stuhl des Heiligen Vaters verbunden und wollen stets aus all unsern Kräften die Treue bewahren, die uns an die Einheit der Kirche bindet".

Das katholische Volk in Ungarn bewahrt eine mustergültige Einigkeit und erlebt mitten in der Verfolgung einen Frühling des religiösen Lebens. Die Kirchen sind überfüllt, und der Empfang der Sakramente ist auf eine bisher noch nie erreichte Höhe gestiegen.

Die Bischöfe haben die Erwartungen, welche die Kommunisten auf ihre immer wieder laut verkündeten Meinungsverschiedenheiten setzten, nicht erfüllt. In seinem Fastenhirtenbrief schreibt der Erzbischof von Erlau, Msgr. Czapik: „Betet für die, die in schwerer Zeit ihren Glauben an Christus bewahrten und standhaft blieben ... Betet aber auch für die, deren Glauben wankte oder die zu Feinden unseres Glaubens und unserer Kirche geworden sind ... Ich sende meinen Segen allen, die mir anvertraut sind, den Getreuen ebenso wie den Ungetreuen." Der gesamte Hirtenbrief des Erzbischofs konnte durch den noch bestehenden katholischen „Magyar Kurier" veröffentlicht werden. Drei der ungarischen Bischöfe, der Stellvertreter des Primas, Erzbischof Groß in Kalocza, sowie die Bischöfe von Veszprem und Steinamanger sind augenblicklich erkrankt, aber es ist zu hoffen, daß sie ihre Ämter in Kürze wieder aufnehmen können.

Über Kardinal Mindszenty wurde die Nachricht verbreitet, daß die Regierung ihm besondere Vergünstigungen in der Haft gewähre. Diese Nachricht wird von „Osservatore Romano" kategorisch dementiert. „Entgegen allem, was in Budapest behauptet wird", schreibt das Blatt, „ist es nicht wahr, daß der Kardinal sich einer bevorzugten Behandlung erfreut. Die Bedingungen, unter denen die Bewohner des Untergeschosses im Gefängnis leben, sind die schlechtesten, die man sich vorstellen kann." Kardinal Mindszenty befindet sich noch immer im Souterrain des Untersuchungsgefängnisses der Budapester Staatspolizei. Nach Berichten ungarischer Flüchtlinge, die in Wien eingetroffen sind, ist er in der Haft an Lungenentzündung erkrankt. Die Angelegenheit seines Prozesses wird nunmehr auf Antrag von Bolivien und Australien die Vollversammlung der UN beschäftigen. Die Vereinigten Staaten und England haben durch neue

Noten an Ungarn die Verletzung des Friedensvertrages festgestellt und Konsequenzen angedroht.

Kulturkampfgesetz in Bulgarien

In Bulgarien ist ein Religionsgesetz in Kraft getreten, das wir in diesem Heft S. 361 ff wiedergeben. Bezeichnend für seinen Geist sind die Worte, mit denen der Außenminister Kolaroff die Vorlage im Parlament begleitete: „Die ganze Autorität in der bulgarischen Volksrepublik liegt beim Volk ... Die Kirche ist der Souveränität des Volkes unterworfen; sie untersteht der Verfassung. Ihre Bediensteten unterliegen den Gesetzen und sind gehalten, die bestehende gesellschaftliche Ordnung und die guten Sitten des Volkes in Betracht zu ziehen." Die letzteren charakterisierte er, als er gleich darauf „von fortschrittlichen Ideen hinsichtlich der Säkularisation der Ehe, der Emanzipation der Frau und dem wissenschaftlichen Geist in der Erziehung der Jugend" sprach. Es könne „keiner religiösen Organisation gestattet werden, sich in die Erziehung der Jugend einzumischen", und diese dürfe nicht nach Konfessionen getrennt werden.
Was nach dem Willen der Gesetzgeber von der Religion noch übrig bleibt, bis sie mit der zunehmenden „wissenschaftlichen Entwicklung" der Volksmassen von selbst verschwindet, das ist die Gewissensfreiheit des inneren Menschen, die man ja nicht unterdrücken kann, und die Kultusfreiheit im engsten Sinne des Wortes, die Möglichkeit zur Abhaltung von Gottesdiensten. Vielleicht ist auch das schon eine zu günstige Beurteilung, nachdem es im Gesetz ausdrücklich heißt, daß die Beobachtung der bürgerlichen Pflichten den Vorrang hat und auch die Dogmen und Gesetze der Kirche den Staatsgesetzen angepaßt sein müssen. Der kommunistische Staat wird, wie „Osservatore Romano" (26. 3. 49) schreibt, „mit einer theologischen Funktion betraut". Diese wird in dem neuen Gesetz durch ein bis ins einzelne gehendes Aufsichts- und Interventionsrecht des Staates über die Kirchen wirksam gemacht. Von besonderer Bedeutung für die katholische Kirche ist die Bestimmung, daß alle Religionsgemeinschaften nationale Vereinigungen sein müssen und keinerlei Verbindung mit dem Ausland haben dürfen, wenn sie nicht von Fall zu Fall durch die Regierung genehmigt und überwacht ist.
Noch bevor das Gesetz in Kraft trat, beendete die bulgarische Regierung die Tätigkeit der Apostolischen Delegation in Sofia, indem der Außenminister durch ein Schreiben an Unterstaatssekretär Montini am 17. Februar zum Ausdruck brachte, daß die Regierung deren Mission als endgültig erfüllt betrachte, nachdem durch die Verfassung für alle Konfessionen volle Rechte und Freiheiten gesichert seien.

Gescheiterte Verhandlungen in der Tschechoslowakei

Aus der Tschechoslowakei erfahren wir durch ein Interview, das Erzbischof Beran von Prag am 17. März dem „International News Service" gewährte, daß die Verhandlungen zwischen Staat und Kirche gescheitert seien. Der Staat habe gefordert, die Kirche solle dem gegenwärtigen Regime ihre Loyalität versprechen, die Suspension des Ministers Plojhar widerrufen, einer weiteren Verstaatlichung kirchlichen Eigentums zustimmen und sich damit einverstanden erklären, daß der Vatikan bei allen künftigen Verhandlungen ausgeschaltet werde.
Die Verstaatlichung der Schulen macht rasche Fortschritte. In Mähren sind, wie „La Libre Belgique" erfährt, die Ordensleute aus den Schulen ausgeschlossen und in Böhmen zu Staatsangestellten ernannt worden. „Technische Schwierigkeiten" machen in immer mehr Fällen die Laisierung der Schulen notwendig. 120 Priester sind in Haft, wie Erzbischof Beran bei seinem Interview mitteilte. Der Pressefeldzug gegen die Kirche wird fortgesetzt. Im März wurde neben dem Vatikan auch der eigene Episkopat im Zusammenhang mit den Husfeiern scharf angegriffen, und es wurde sehr übel genommen, daß er allein zum Jahrestag der kommunistischen Machtübernahme keine Glückwunschbotschaft gesandt hatte.
Während aus Prag von einer erhöhten Teilnahme des Volkes am kirchlichen Leben berichtet wird, scheint im Lande den Kommunisten eine gewisse Infiltration in katholische Vereinigungen und, einem Bericht des „Catholic Herald" (25. 3. 49) zufolge, selbst in die Priesterseminare und den Klerus gelungen zu sein. So hat der Verband katholischer Kirchenangestellter die Entfernung aller undemokratischen Mitglieder des Klerus gefordert, und in Brünn hat eine nicht näher genannte „Organisation von Priestern" alle Mitglieder ausgeschlossen, die dem Staat feindlich gegenüberstehen. So scheint sich der Klerus in der schwierigen Situation zu befinden, in allen, selbst den ausgesprochen frommen kirchlichen Organisationen mit kommunistischen Agenten rechnen zu müssen, die sich als gute Katholiken tarnen.

Todesstrafen und Anklagen in Polen

Die Verschärfung der Spannung in Polen im Laufe des Monats März wird in einem Eigenbericht von „The Tablet" (2. 4. 49) mit folgenden Worten charakterisiert: „Bis jetzt führte das Regime seinen systematischen Kampf gegen die Kirche mit indirekten Methoden, aber jetzt haben die kommunistischen Behörden sich zum Frontalangriff entschlossen."
Anfang März wurden zwei Priester wegen moralischer Unterstützung der Untergrundbewegung zum Tode verurteilt, fünf andere wegen sonstiger Vergehen gegen den Staat zu langjährigen Gefängnisstrafen. Ihre Prozesse boten das übliche Bild. Einer der Angeklagten sagte, er habe in der Untersuchungshaft eingesehen, daß es ein Verbrechen und eine moralische Unterstützung der Widerstandsbewegung sei, daß er die Beichte ihrer Mitglieder gehört habe. Er bitte um strengste Strafe und warne seine Mitbrüder, das Gleiche zu tun.
Ein klares Licht auf die Entwicklung der Dinge wirft eine Unterredung, die am 14. März zwischen Minister Wolski und Bischof Choromanski von Lublin, dem Sekretär der Bischofskonferenz, stattgefunden hat. Wolski gab vor, die Bedingungen für einen Modus vivendi zwischen Staat und Kirche darlegen zu wollen. Er tat dies in einer Erklärung, die nichts anderes enthält als eine Häufung von Beschuldigungen gegen den Episkopat. Er warf den Bischöfen vor, sie stützten in ihrer Gesamtheit diejenigen ihrer Amtsbrüder, die unter religiösen Vorwänden die Öffentlichkeit gegen den Staat aufwühlten, kriminelle Gruppen sowie amerikanische Agenten begünstigten und vor allem Mißbrauch mit der Jugenderziehung trieben. Die Kirche gewähre der Widerstandsbewegung Eingang

in ihre Reihen und leiste dem deutschen Chauvinismus hinsichtlich der Westgebiete Vorschub. Diejenigen Bischöfe, die ergebene Diener der Nazis gewesen seien, (Msgr. Adamski in Kattowitz und Msgr. Kaczmarek in Kielce) täten sich jetzt besonders gegen den Staat hervor. Die Regierung wolle die Freiheit der Religion nicht antasten, werde aber staatsfeindliche Tätigkeit nicht länger dulden. Nur wenn die kirchliche Autorität vollständig darauf verzichte, könnten die Beziehungen zwischen dem Staat und ihr sich besser gestalten. Konkrete Forderungen stellte Wolski ferner in bezug auf eine staatliche Überwachung der kirchlichen Liebestätigkeit und „die Anpassung der rechtlichen Lage der Diözesen an die neuen Gesetze."

Im Anschluß an diese Unterredung gab Radio Warschau, einer Reutermeldung zufolge, bekannt, daß das Zentralkommitee der polnischen Bauernpartei die Auffassungen der Regierung über die katholische Kirche billige. Auch dies ist ein Zug der polnischen Politik, daß die Regierung sich von allen möglichen Seiten, besonders auch durch „spontane" Massenkundgebungen in polnischen Städten mit den üblichen Forderungen und Protesten, zu energischer Haltung anspornen läßt.

„Osservatore Romano" (31. 3. 49) schreibt: „Im allgemeinen beobachtet man, daß die Lage sich genau wie in Ungarn entwickelt. Das heißt: seitens der Kirche Klage über zunehmende Schwierigkeiten in der Erfüllung ihrer Aufgaben; Versuche zu einer Verständigung, deren Mißlingen der Kirche zur Last gelegt wird; daraufhin offizielle Anklage der Regierung gegen ‚einen Teil des Klerus' und die Forderung nach einem Umschwung der Haltung des Episkopats; die Behauptung, man respektiere die religiöse Freiheit, und der Hinweis auf die ‚Privilegien' des Klerus; das Versprechen, man wolle die religiöse Erziehung aufrecht erhalten, aber unter der Bedingung, daß sie von Lehrern ausgeübt wird, die das Vertrauen der Regierung haben; Massenkundgebungen zur Unterstützung der Regierung; Aufregung über das, was man politischen Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen nennt, wovon selbst das Bußsakrament nicht verschont wird: dies ist die religiöse Freiheit, wie sie von der Regierung garantiert und von der herrschenden Partei respektiert wird."

Wie „Catholic Herald" (1. 4. 49) mitteilt, wendet sich die staatliche Propaganda mit besonderem Nachdruck an die Arbeiterschaft. „Sie wissen, daß der Arbeiter, wenn er in der Fabrik unter dem wachsamen Auge der kommunistischen Direktoren und Funktionäre zur Kundgebung antreten muß, sich der Schwäche seiner Lage und seiner Abhängigkeit vom Staate am besten bewußt ist".

Ausrottung in Litauen

Über Litauen machte Msgr. Krupavicius, der Vorsitzende des litauischen Befreiungskomitees, vor einiger Zeit auf einer Pressekonferenz in New York sehr traurige Mitteilungen. Die katholischen Kirchen sind offen, aber der Jugend ist es formell verboten, den Gottesdienst zu besuchen, und Erwachsene, die es tun, werden als Feinde des Staates bezeichnet. Über 50 Prozent des Klerus sind deportiert oder getötet. Den verbliebenen Pfarrgemeinden werden Steuern in Höhe von 120 000 Rubel jährlich auferlegt, und wenn sie nicht bezahlt werden können, wird der Pfarrer wegen Sabotage deportiert. 1948 wurden 200 000 Litauer verschleppt. An ihre Stelle kamen Mongolen und Russen als Siedler ins Land, die jetzt schon die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Land und Volk sehen der Vernichtung entgegen.

Lateinische Seelsorge in der Sowjet-Union

Die Seelsorgstätigkeit von Father Laberge A.A. in Moskau, worüber die „Herder-Korrespondenz" im vorigen Heft (3. Jhg. Heft 7 S. 305) berichtete, hat ein unerwartetes Ende gefunden. Father Laberge begab sich Anfang Februar, mit einem Rückreisevisum versehen, nach drei Jahren ununterbrochener Arbeit zu einem sechswöchigen Erholungsaufenthalt in seine Heimat in USA. Als er dort angekommen war, teilte die Sowjetbotschaft in Washington ihm ohne Angabe weiterer Gründe nur kurzerhand mit, daß das Rückreisevisum, welches ihm in Moskau ausgehändigt war, nachträglich für ungültig erklärt worden sei.

Die Anwesenheit eines amerikanischen Seelsorgers in Moskau war von der Sowjetregierung aus Anlaß des Abkommens über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen USA und UdSSR im Jahre 1934 genehmigt worden. Im Dezember 1948 sollte Father Laberge aus Gesundheitsrücksichten durch einen anderen amerikanischen Geistlichen ersetzt werden. Der Ordensobere von Father Laberge erklärte dazu: Das Visum für den Nachfolger von Father Laberge ist noch nicht erteilt worden. Wäre es bekannt gewesen, daß dem gegenwärtigen Seelsorger die Rückreise nicht gestattet werden würde, wäre er angewiesen worden, bis dahin auf seinem Posten zu verbleiben.

Da Father Laberge sich in Amerika dahin ausgesprochen hat, daß die russischen Behörden seiner Tätigkeit entgegengekommen wären, ist es nicht anzunehmen, daß die Annullierung des Rückreisevisums persönliche Gründe hat. Sie ist vielmehr als eine Auswirkung der politischen Spannungen zwischen den beiden Ländern anzusehen, und deshalb ist es unwahrscheinlich, daß der Moskauer Seelsorgeposten wieder besetzt werden kann. Nunmehr verbleibt nur noch ein katholischer Priester in Moskau, der französische Augustinerpater P. Johann Thomas.

Die neuen Religionsgesetze in Bulgarien

Die neue Gesetzgebung für die Kirchen und Religionsgemeinschaften in Bulgarien erscheint so kennzeichnend und aufschlußreich für die Rolle, die der Religion in einem volksdemokratischen Staat zugeteilt wird, daß wir sie (nach dem Text des Osservatore Romano) vollständig wiedergeben (vgl. auch S. 360 dieses Heftes). Das Gesetz ist von Außenminister Kolaroff der Nationalversammlung vorgelegt, von dieser bestätigt und am 17. Februar in Geltung getreten.

1. Allen Bürgern der Bulgarischen Volksrepublik wird Freiheit des Gewissens und der Konfession zugesichert.

2. Die Konfessionen sind als religiöse Gemeinschaften vom Staat getrennt; sie können in den Grenzen der Verfassung und der Gesetze des Landes ihre religiösen Riten frei vollziehen.

3. Die orthodoxe bulgarische Kirche ist die überlieferte Konfession des bulgarischen Volkes und mit seiner Ge-

schichte verbunden, und als solche kann sie nach Form, Inhalt und Geist eine demokratische Volkskirche sein.

4. Keiner kann verfolgt oder in seinen Bürgerrechten und politischen Rechten beschränkt oder von der Ausübung seiner ihm von den Gesetzen des Landes auferlegten Pflichten entbunden werden auf Grund der Tatsache, daß er dieser oder jener Konfession oder keiner solchen angehört. Das gilt auch für die Priester der verschiedenen Konfessionen.

5. Die Konfessionen können sich bei ihrem organisatorischen Aufbau und bei ihren Riten und Funktionen nach ihren eigenen Gesetzen, Dogmen und Statuten richten, wenn diese nicht im Widerspruch zu den Gesetzen, der Sozialordnung und den guten Sitten stehen.

6. Sobald das Statut der Konfession vom Außenministerium gebilligt ist, betrachtet sie sich als anerkannt und erwirbt die Qualität einer juristischen Person. Von diesem Augenblick an erwerben auch die lokalen Zweige der Konfession den Charakter einer juristischen Person.
Das Außenministerium zieht diese Anerkennung zurück, wenn die Tätigkeit einer Konfession die Gesetze, die Sozialordnung oder die guten Sitten verletzt.

7. Die Konfessionen können für ihre eigenen Bedürfnisse Gebetshäuser wie auch solche, in denen sie öffentlich ihre Riten und Funktionen vollziehen können, bauen und eröffnen; die Gottesdienste, die Prozessionen im Freien unterstehen den allgemeinen Gesetzen und den Verwaltungsbestimmungen.

8. Die Konfessionen können für das ganze Land oder für einzelne Regionen Konzilien, Konferenzen, Versammlungen und dergleichen einberufen; sie müssen jedoch den allgemeinen Gesetzen und Verwaltungsbestimmungen entsprechen.

9. Jede Konfession hat eine gegenüber dem Staat verantwortliche Führungskörperschaft.
Im Statut jeder Konfession werden die leitenden und repräsentativen Organe und die Art ihrer Wahl und Ernennung festgelegt. Der Klerus kann sein Amt übernehmen, verabschiedet oder entsetzt werden, wenn hiergegen keine Einwendungen des Außenministeriums vorliegen.
Der Klerus der Konfessionen, die kanonische Beziehungen zum Ausland unterhalten, kann kein Amt antreten, ehe er vom Außenministerium gebilligt worden ist. Beim Amtsantritt leistet der Klerus wie auch die übrigen Angestellten der Konfession den Eid und das feierliche Versprechen gegenüber der Bulgarischen Volksrepublik.

10. Der Klerus wie auch die Beamten jeder Konfession können nur aus ehrenhaften und moralisch einwandfreien Personen bulgarischer Staatsangehörigkeit bestehen, die nicht der in § 30 des Strafgesetzbuches festgelegten Rechte verlustig sind.

11. Die einzelnen Konfessionen können für ihren Klerus Uniformen anwenden, deren Tragen außerhalb der Riten und religiösen Funktionen nicht obligatorisch ist.

12. Die Konfessionen können in Übereinstimmung mit ihren Canones und Dogmen Disziplinarräte für ihren Klerus und die übrigen kirchlichen Funktionäre einrichten, deren Aufbau und Verfahrensordnung in den Statuten der Konfession festgelegt werden. Die verhängten Disziplinarstrafen sind nichtig, wenn sie den Gesetzen, der Sozialordnung oder den guten Sitten widersprechen.

13. Der Klerus sowie die anderen Funktionäre, die von den Konfessionen abhängen, können, wenn sie die Gesetze, die Sozialordnung oder die guten Sitten verletzen oder wenn sie gegen die demokratischen Einrichtungen des Staates arbeiten, die nicht von ihrer Verantwortung abhängen, auf Wunsch des Außenministeriums provisorisch von ihren Funktionen entbunden oder verabschiedet werden. Die Suspension vom Dienst oder Verabschiedung geschieht unmittelbar durch die jeweilige Leitung der Konfession, sobald diese dazu vom Außenministerium aufgefordert wird. Wird der kirchliche Beamte nicht von der Leitung der Konfession suspendiert, so wird er auf dem Verwaltungswege beseitigt.

14. Die Konfessionen sammeln Einkünfte und machen Ausgaben gemäß ihren eigenen Bilanzen, die sie auf Grund ihrer Statuten aufstellen. Im Notfall kann der Staat zu ihrem Unterhalt Beihilfe gewähren. Die Konfessionen schicken ihre Bilanzen dem Minister des Äußeren zur Begutachtung ein. Die Finanzgebarung der Konfessionen untersteht der Kontrolle der Finanzorgane des Staates wie die aller öffentlichen Organisationen des Staates.

15. Jede Konfession kann mit Erlaubnis des Außenministers mittlere und höhere Schulen zur Ausbildung ihrer Priester eröffnen. Die Erlaubnis zum Studium an ausländischen höheren Schulen kann nur vom Minister des Äußeren erteilt werden. Die Organisation und die Programmes der Schulen der Konfessionen werden nach einem besonderen vom Außenminister gebilligten Reglement geregelt.

16. Alle Organe der Konfessionen sind verpflichtet, dem Außenminister rechtzeitig ihre Botschaften, Instruktionen und anderen Veröffentlichungen von öffentlicher Bedeutung zur Begutachtung einzureichen. Der Außenminister kann die Verbreitung oder Ausführung der Botschaften, Hirtenbriefe und anderen Veröffentlichungen von öffentlicher Bedeutung, welche den Gesetzen, der Sozialordnung oder den guten Sitten widersprechen, zurückhalten.

17. Die zentralen leitenden Körperschaften der Konfessionen müssen beim Außenministerium eingetragen werden, während die örtlichen leitenden Organe bei den lokalen Volksräten mit Angabe der Namen aller leitenden Mitglieder registriert werden müssen.

18. Zwischen den Konfessionen einerseits und den Organen des Staates und der Regierung andererseits wie auch in den offiziellen Akten der einzelnen Konfessionen und ihren Berichten ist die offizielle Sprache Bulgarisch; in ihren Beziehungen zu den Gläubigen und bei ihren Riten und Funktionen können sie sich auch anderer Sprachen bedienen.

19. Die Nennung des Namens der höchsten Staatsautorität oder ihrer Organe von seiten der Konfessionen während der verschiedenen religiösen Funktionen — Riten oder Feierlichkeiten — kann in einer vorher vom Außenminister gebilligten Form geschehen.

20. Die Konfessionen teilen dem Außenministerium ihre Denominationen, symbolischen Zeichen und Stempel, deren sie sich bedienen, mit.

21. Die Bildung von Vereinen und Organisationen mit religiösem oder moralischem Zweck sowie die Drucklegung von Schriften zur religiösen Kultur unterstehen den allgemeinen Gesetzen und den Verwaltungsbestim-

mungen. Die Erziehung und Organisation der Kinder und der Jugend geschieht unter besonderer Fürsorge des Staates und liegt außerhalb des Wirkungskreises der Konfessionen und ihrer Funktionäre.

22. Die Konfessionen können keine Hospitäler, Waisenhäuser und andere ähnliche Einrichtungen eröffnen. Die im Augenblick des Inkrafttretens des Gesetzes schon bestehenden Einrichtungen der Konfessionen gehen in die Hand des Ministeriums für öffentliches Gesundheitswesen oder des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge über, und ihre beweglichen Güter werden Eigentum des Staates.
Den Besitzern dieser Güter wird eine gerechte Entschädigung gegeben, die von einer vom Außenministerium eingesetzten Kommission festgesetzt wird; diese setzt sich aus einem Vertreter des Außenministeriums, einem Vertreter des Finanzministeriums und einem Vertreter des Volksrates des Viertels, wo sich die Güter befinden, zusammen. Die Entscheide der Kommission unterstehen der Berufung beim Provinzialgericht, dessen Entscheid endgültig ist.

23. Die leitenden Organe der Konfessionen sowie ihre Priester können die Gläubigen unter keinem Vorwand von den religiösen Riten wie den Sakramenten, Begräbnis und ähnlichem ausschließen.

24. Die Konfessionen können Beziehungen zu Konfessionen oder offiziellen Persönlichkeiten, die ihren Sitz oder Standort außerhalb der Grenzen des Landes haben, nur nach vorherigem Entscheid des Außenministers unterhalten.

25. Die Konfessionen oder deren Unterabteilungen (Orden, Kongregationen, Missionen u. a.), die ihren Sitz im Ausland haben, können in der Bulgarischen Volksrepublik keine eigenen Unterabteilungen eröffnen. Die Missionen, Orden, Wohltätigkeitseinrichtungen und andere Einrichtungen, die im Augenblick des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes bestehen, werden innerhalb eines Monats von dem Inkrafttreten an geschlossen.

Die Güter der Unterabteilungen (Orden, Missionen, Wohltätigkeitseinrichtungen u. a.), die gemäß dem vorhergehenden Paragraphen geschlossen werden, gehen gegen eine gerechte Entschädigung in Staatseigentum über. Die Höhe der Entschädigung wird gemäß dem Verfahren des § 22 des vorliegenden Gesetzes festgesetzt.

26. Die Konfessionen können materielle Hilfe und Geschenke vom Ausland nur nach vorheriger Autorisierung durch den Außenminister empfangen.

27. Die Konfessionen, die Besitz im Ausland haben, werden beim Abschluß von Verträgen betreffs dieses Besitzes vom Außenminister der Bulgarischen Volksrepublik vertreten. Dieser verteidigt auch die religiösen Interessen der bulgarischen Bürger im Ausland.

28. Jede Haßpredigt auf religiöser Basis in Wort, Presse, Tat oder auf irgendeine andere Weise wird mit Gefängnis und einer Geldbuße bis zu 10 000 Lewa bestraft.

29. Wer mit Gewalt oder Drohung die Bürger und die anerkannten Konfessionen daran hindert, frei ihren Glauben zu bekennen oder ihre Riten und religiösen Funktionen zu vollziehen, wenn sie mit diesen nicht die Gesetze, die Sozialordnung oder die guten Sitten verletzen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Dieselbe Strafe trifft auch die, die auf die gleiche Weise jemanden zwingen, an den Riten und religiösen Funktionen irgendeiner Konfession teilzunehmen.

30. Wer politische Organisationen auf religiöser Basis aufzieht oder wer durch Wort, Presse, Tat oder in irgendeiner anderen Weise sich der Kirche oder Religion zur Propaganda gegen die demokratische Autorität und ihre Maßnahmen bedient, wird mit Gefängnis bestraft, wenn er nicht einer anderen schwereren Strafe untersteht.

31. Für die Nichterfüllung der Vorschriften des vorliegenden Gesetzes wird der Schuldige, unabhängig von der Strafe nach anderen Gesetzen, mit einer Geldbuße bis zu 10 000 Lewa bestraft, die durch Entscheid des Außenministers verhängt wird. Gegen den Entscheid kann Berufung eingelegt werden gemäß den Bestimmungen des Buchs 6, Kap. 5 des Gesetzes betreffs des Strafverfahrens.

32. Alle Fragen des materiellen Unterhalts sowie der internen Selbstverwaltung und Leitung der verschiedenen Konfessionen, soweit sie durch das vorliegende Gesetz geregelt werden, werden im einzelnen durch die besonderen Statuten jeder Konfession geregelt. Diese Statuten werden von den Leitern der einzelnen Konfessionen in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Republik ausgearbeitet und zur Billigung dem Außenministerium vorgelegt innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten von dem Tag an, an dem das vorliegende Gesetz in Geltung tritt.
Wenn die zur Billigung vorgelegten Statuten Bestimmungen enthalten, die den Gesetzen, der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten des Landes widersprechen, so kann der Außenminister deren Abschaffung fordern. Sollte die Konfession sich dieser Forderung nicht fügen, so kann der Außenminister die Billigung des Statuts verweigern.

33. Im Zeitraum eines Monats nach Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes müssen die führenden Zentralorgane aller Konfessionen dem Außenminister Listen mit den Namen ihrer religiösen Vertreter und Priester im Dienst einreichen. Diese können ihre Posten behalten oder antreten, wenn keine Einwände von seiten des Außenministers hiergegen bestehen. Die Einwände können sich richten gegen Priester, die den Anforderungen des vorliegenden Gesetzes nicht entsprechen.

34. Das vorliegende Gesetz annulliert alle Gesetze, Statuten, Regeln und Organisationen und dergleichen, die ihm widersprechen.

Der Unglaube der Massen

Wir haben schon vor längerer Zeit von der Tätigkeit des Dominikanerpaters Loew berichtet, der als Arbeiter zu den Hafenarbeitern von Marseille gegangen ist, um dort eine völlig ungläubig gewordene Volksgruppe wieder für das Christentum zu gewinnen. Pater Loew berichtet in der Februar-Nummer der Zeitschrift „Masses Ouvrières" von dem Zustand dieser proletarischen Bevölkerung, in der nun seit drei Jahren eine missionarische Gruppe gearbeitet hat. Sein Bericht besteht aus einer Anzahl von Äußerungen, die diese Gruppe während ihrer Arbeit gesammelt hat. Er ist also völlig realistisch und ohne Illusionen. Er entwirft ein außerordentlich negatives Bild von dem religiösen Zustand dieses Großstadtproletariats, das mit gewissen Abwandlungen vermutlich dem Großstadtproletariat in den meisten westlichen Ländern entspricht.

Pater Loew setzt also ein Bild zusammen aus einer Reihe von Anekdoten, die er für bezeichnend hält: keiner extremen Fälle, wie er betont, sondern solcher, die die allgemeine Lage widerspiegeln. Die missionarische Gruppe, die diese Anekdoten zusammengetragen hat, ist der Bevölkerung wirklich nahe gekommen, indem sie möglichst an deren Leben teilgenommen hat. Daher haben die Leute ihnen gegenüber keine Scheu gehabt und sich gegeben, wie sie wirklich sind, während sie im allgemeinen einem Geistlichen gegenüber eine Maske vornehmen. Der Arbeitermissionar muß vor allem die Sprache der Arbeiter lernen, ihre Worte gebrauchen und nicht in der ihnen unverständlichen Weise der kirchlichen Konvention reden.

Wenn man von Entchristlichung spricht, meint man im allgemeinen den Verlust der religiösen Praxis, denkt jedoch, wenn auch diese verloren sei, so lebe doch ein gewisser christlicher Geist noch fort, der sich z. B. in Freigebigkeit, Solidarität, Opferfähigkeit, in dem „guten Herzen" zeige. Diese Eigenschaften hat das Volk tatsächlich, aber es zeigt sich, daß sie rein natürlich bleiben.

Kein Glaube an Gott und Unsterblichkeit

Die erste Wahrheit für einen Christen ist die, daß Gott Geist ist und daß Gott den Menschen nach seinem Bild geschaffen hat. Von 100 Arbeitern nun glauben 99 absolut nicht an einen Geist-Gott, noch an die unsterbliche Seele des Menschen. Diese Feststellung ist ganz allgemein gültig. Eine gewisse Zahl, etwa 30%, gibt zu, daß es „etwas über uns" geben muß (niemals heißt es: Jemanden). Was sie sich darunter vorstellen, ist schwer zu sagen; es ist das „Geheimnis der Natur". Die Leute wehren sich aber heftig, wenn man es Gott nennen will. Die meisten nehmen irgend eine geheime Kraft an, die die Welt erschaffen hat, aber sie stellen sie sich gewöhnlich nicht als Person vor, oder wenn doch, so als eine Art sehr intelligenten Menschen, der „am Anfang" gelebt und die Welt erschaffen hat und dann gestorben ist. Das alles ist sehr verworren.

Der übliche Einwand ist: „Hast du vielleicht den lieben Gott gesehen? Also!" Auf gar keinen Fall betet man zu diesem Gott. Manche Leute verstehen unter Religion ganz einfach Gutes tun.

Auch die, die glauben, sie hätten noch Religion, haben in Wahrheit nur einen gewissen unbestimmten Aberglauben. Für diese ist Gott ein Wesen, das man um Gesundheit, Arbeit, Gewinn in der Lotterie bitten kann. Sobald aber ein Unglück geschieht, wirft man den Glauben über Bord. Viele haben ihn durch den Krieg verloren. Wenn man die Kinder im Religionsunterricht fragt: „Wer hat schon sagen hören, daß es keinen lieben Gott gebe?", so erheben alle den Finger. „Warum?" fragt man. „Weil man ihn nie gesehen hat ... weil es sonst keinen Krieg gäbe ... weil es sonst nicht all das Unglück gäbe ...".

Ganz besonders eindeutig ist es, daß außerhalb der kirchentreuen Familien kein Mensch an die Unsterblichkeit der Seele glaubt.

Eine Frau, die bei einer häuslichen Zusammenkunft schließlich zugegeben hatte, es könne doch wohl sein, daß die Welt nicht von selbst entstanden sei, rief mit unverkennbar tiefer Überzeugung: „Das werden Sie mich niemals glauben machen, daß mit dem Tod nicht alles zu Ende ist!" Die anderen Anwesenden sagten nichts dazu, auch nicht die, die sonntags in die Messe gingen.

Man muß diese Einmütigkeit im Fehlen jeglichen Glaubens an alles, was Geist ist, immer wieder betonen. Diese Einstellung färbt selbst bis auf die „Gläubigen" ab; wieviel mehr erscheint den andern das Leben nach dem Tod als reines Kindermärchen! Sie glauben meist sogar nicht, daß die Priester daran glauben. Sie können sich nicht vorstellen, daß ein Erwachsener anders als sie denken könnte, und halten die Religion für eine Sache für Kinder und alte Leute.

Rein natürliche Ethik

So wie der Geist, das Absolute, nicht für sie existiert, so existiert auch das Gewissen nicht. Ganz besonders hat die Lüge, wenn sie nicht mit einem Schaden für den Nächsten verbunden ist, nichts Unerlaubtes. Man nimmt es nicht genau und man setzt das Gleiche auch bei anderen voraus. Man ist z. B. überzeugt, daß die Priester lügen, wenn sie sagen, sie hätten nichts mit Frauen zu tun; denn das hält man für unmöglich. Man wirft den Priestern als Stand vor, daß sie Heuchler seien; aber man findet nichts dabei, daß sie in einem solchen besonderen Fall lügen: das gehört nun einmal zu ihrem Beruf. Im übrigen ist die Lüge überhaupt gut, sobald sie einen Schatten von Berechtigung hat, z. B. einem Kranken die Wahrheit verbergen, Unannehmlichkeiten vermeiden, ein gewünschtes Ziel erreichen. Dieser Punkt der Wahrhaftigkeit ist einer derjenigen, in dem sich die „heidnische" und die christliche Haltung am schroffsten gegenüberstehen.

Das einzige allgemein anerkannte Gesetz ist, daß man den Forderungen der Natur nicht widerstehen kann. Das betrifft vor allem die Geschlechtsmoral. Man findet es z. B. ganz normal, daß ein Mann seiner Frau untreu ist, wenn diese krank oder verreist ist.

Ein anderer Punkt, der den völligen Mangel an christ-

licher Haltung verrät, ist der des Verzeihens. Gewiß, man versöhnt sich leicht und „bringt die Sache wieder in Ordnung". Aber die Vaterunserbitte „Vergib uns, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern" wird nicht als etwas Schönes, Wünschenswertes und Gutes angesehen.

Das Fortdauern kirchlicher Bräuche

Nach der Beleuchtung des allgemeinen Geisteszustandes dieser Kreise geht der Bericht zur Untersuchung der religiösen Praxis über, die anscheinend erheblich höhere Zahlen ergibt, als man nach dem Bisherigen annehmen sollte, zumal was Taufe, Erstkommunion, Hochzeit und Begräbnis betrifft. Aber was hat es damit auf sich?

Bei den „Christen" im Volk muß man zwei Gruppen unterscheiden: die eine, die sonntags in die Kirche geht und die die 1 oder 2% wirklich Gläubiger in dieser Bevölkerung darstellt. Ihnen kann man noch einige wenige alte Leute zuzählen, die ihre Ostern halten und wirklich glauben, wenn sie auch im übrigen nicht zur Kirche kommen. Die andere Gruppe besteht aus sämtlichen übrigen, die zu den oben erwähnten Riten kommen, aber nicht einmal ein Minimum von Glauben an die wesentlichen Wahrheiten besitzen.

Wenn man die Kinder taufen läßt, so geschieht das häufig aus einer Art Aberglauben: man fürchtet, daß dem Kleinen sonst „etwas fehlen würde". Insofern ist die Taufe etwas, was man beanspruchen kann und was man beim Geistlichen bestellt, so wie man irgend etwas in einem Kaufhaus bestellt.

Die Erste Kommunion ist bei diesen Leuten ebenfalls nur eine Sache des Brauches. Außerdem gibt sie Anlaß zu einem Fest.

Auch die kirchliche Eheschließung findet statt, weil „es bei uns immer so gemacht worden ist". Aber tatsächlich glaubt der junge Mann gewöhnlich überhaupt nichts, und bei dem jungen Mädchen geht es meist nicht über den hl. Antonius von Padua hinaus. Die vorherige Beichte will niemand, man hält sie für eine Erfindung der Neugier der Geistlichen. Aber schließlich beichtet man, weil es nun einmal so sein muß, und selbstverständlich sagt man nur, was man gerade will.

Am kirchlichen Begräbnis schließlich hält man fest, weil man doch nicht „wie ein Hund verscharrt werden" will. Innerhalb von 18 Monaten hat diese Bevölkerung nur dreimal nachts einen Geistlichen zu einem Sterbenden gerufen und etwa vier oder fünfmal am Tag.

Alle diese Riten haben also in dieser heidnischen und immer heidnischer werdenden Umgebung keinerlei religiösen Wert mehr. Sie gehören nur noch zu den Gebräuchen und verbinden mit den Vorfahren, aber nicht mit Christus und der Kirche. Je größer die Familie ist und je fester sie zusammenhält, desto mehr hängt sie auch an diesen Gebräuchen.

Immer weiterer Rückgang der Praxis

Dazu kommt, daß der Kreis praktizierender Christen immer mehr zusammenschrumpft. Neuen Zuwachs gibt es so gut wie gar nicht. Die Kinder praktizierender Christen hören auf zu praktizieren, die Jungen meist mit 14 oder 15 Jahren, die Mädchen, wenn sie heiraten. Diejenigen, die noch zur Kirche kommen, tun es ohne Begeisterung, und ihre Lebenshaltung ist schon weitgehend heidnisch und unterscheidet sich kaum von der der andern. Das ist das traurige Ergebnis, das in dieser Bevölkerung festgestellt werden mußte. Pater Loew schließt mit folgenden Worten:

„Wir bekennen, daß wir, wenn wir heiliger wären, solche Dinge nur mit Tränen schreiben könnten. Aber es würde uns umso verantwortungsloser erscheinen, die Augen zu schließen, als in 20 Jahren vielleicht sogar nicht einmal mehr die Gebräuche übrig sind... Wenn wir uns in Illusionen wiegen, wird diese Lüge schließlich alles verderben. Denn die Gebräuche verschließen die Augen und Herzen dem wahren Christentum, Geist und Leben. In den Augen des Volkes erniedrigen sie uns zum Rang von Verkäufern von Illusionen, Wahrsagern, Kartenschlägern und andern Scharlatanen, denen man zum Opfer fällt und die man sogar aufsucht, obwohl man sie haßt, weil man den Verdacht hat, daß sie die arme Welt ausnutzen".

Die christliche Verkündigung im Zeitalter der Masse

Im „Deutschen Pfarrerblatt" der evangelischen Pfarrervereine (1. und 15. 3. 1949) behandelt der Tübinger Professor DDr. Thielicke das Problem, wie christliche Verkündigung an das Bewußtsein der Zuhörer anknüpfen könne, nachdem sowohl die christliche Tradition wie auch die Idee der humanitas im griechischen Sinne aus der Vorstellungswelt der Masse verschwunden sind. Thielicke will durch diesen Beitrag zur Kritik der Ergebnisse von Amsterdam (2. Sektion, vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., Heft 3, S. 134) beitragen.

Die Vorstellungswelt des modernen Menschen

Auch wenn die evangelische Dogmatik dabei beharrt, eine Anknüpfungsmöglichkeit der Gottesbotschaft an die Natur zu leugnen, ist die Kirche nicht davon entbunden, ihre Botschaft in eine bestimmte geistige Situation und mit deren Ausdrucksmitteln auszurichten. Heute wendet sie sich nach Form und Sprache immer noch — zu Unrecht — vom griechisch-abendländischen Denken und Empfinden aus an die Menschen oder setzt ein solches bei ihnen voraus. Aber nicht nur die Sprache Kanaans, sondern auch die Sprache Griechenlands ist unverständlich geworden. Die vom Ökonomischen oder jedenfalls vom Sinnlich-Materiellen her geprägte Vorstellungswelt des Arbeiters hat die Allgemeinheit erfaßt und redet in einer neuen Sprache, d. h. sie verbindet mit alten Worten neue Gehalte. „Es geht um die Frage, ob überhaupt die abendländische Sprache noch Vermittlerin des Kerygmas sein könne". Beispielsweise sagt die Rede vom unendlichen Wert der Menschenseele demjenigen nichts mehr, der Wert als Geldeinheit und Seele als Lebens- oder Leistungskraft im ökonomischen Sinne versteht.

Es gibt zwei Heilsbewegungen, sagt Thielicke, die das erfaßt haben: Die Moralische Aufrüstung und die Heilsarmee. „Man hat dort den abendländischen Predigtstil radikal verlassen; offenbar weil man zu wissen glaubte, daß der neuabendländische Mensch weder auf seine Sünde, noch auf sein Gewissen, noch auf den Sinn des Lebens, noch auf das Theodizeeproblem oder eine andere Erscheinung der geistigen Welt oder Umwelt des Chri-

stentums ... ansprechbar ist. Man weiß oder glaubt zu wissen, daß er nur noch ein Nervenbündel ist: empfänglich für optische und akustische Eindrücke, vor allem für den Rhythmus, wie seine Vorliebe für Jazz bezeugt." Thielicke erzählt von einem Besuch in einem Jugendlager im letzten Jahre, wo die Jungen beim Kartoffelschälen mit Begeisterung die HJ-Lieder sangen. Die Texte ironisierten sie, aber den Melodien und dem Rhythmus gaben sie sich in einer orgiastischen Weise hin. Schon der Triumph des Nationalsozialismus sei so zu erklären, daß er gar nicht primär als Überzeugung auftrat, sondern „als psychische Dynamis, die durch Rhythmus, Lautstärke und Entbindung der Ekstasis sich an die primitiven psychischen Schichten wendete, die im Massenzeitalter bloßliegen", das ja eine Regeneration des Primitiven mit sich bringt. Das Wort als Wort hat seine Bedeutung verloren, man nimmt es nebenbei! (Und hiermit schwindet die Grundlage der alten geistigen Welt). Der neue Mensch ist nicht mehr im Humanen beheimatet, sondern „im Bereiche der Nerven". Er reagiert nicht auf Botschaft des Wortes und Überzeugung, sondern auf das Schlagwort, den Blickfang, er reagiert mechanisch.

Kann das Evangelium in das ungeistige Schema dieser Welt eingehen? „Ich beobachtete einmal eine wahllos zusammengeraffte Schar von jungen Burschen, die von den Ecken des Berliner Ostens zusammengetrommelt waren. Die Missionsveranstaltung begann mit einem Lied, das nach der Melodie ging „Lang, lang ist's her" und das in Anspielung auf den sexualethischen Inhalt des Abends in jeder Strophe den Refrain brachte: „Herr mach mich rein!" Obwohl ich kein Berneuchener bin, wird man es mir doch glauben, daß ich so etwas wie eine liturgische Gänsehaut bekam. Freilich hatte ich kurze Zeit später Gelegenheit, mich zu schämen, als ich sah, wie nach der 10. oder 15. Strophe — das Lied war unendlich lang — auf einmal diese verwegene Bande still und stiller wurde, wie sie mitsang (man konnte dem Rhythmus nicht widerstehen, und ich hatte mich noch tagelang damit herumzuschlagen) und wie schließlich so etwas wie der Schrei nach Erlösung aus Augen brach, die von der Nachtseite des Lebens dunkel geworden waren."

Die Herablassung des Wortes Gottes ins „kitschige Fleisch"

Hier erhebt sich die Frage: Wie weit geht die Herablassung des Logos? „Die Frage ... bezieht sich nicht auf eine Bezweiflung oder gar Bestreitung des sancte der Verkündigungsgestalt, sondern sie bezieht sich darauf, welches sancte denn dem Verkündigungsinhalt angemessen ist". Jesus hat nicht vom Himmel herab geredet. Solches Reden ist im Gegenteil Hochmut. „Was sie (die Gottlosen) reden, muß vom Himmel herab geredet sein" (Ps. 73, 9). Wie Jesus uns von da „abholt", wo wir stehen, muß nicht auch die Kirche die Menschen von dort „abholen", wo sie stehen? „Mag das immerhin Kitsch sein. Aber könnte es nicht auch eine ästhetische und liturgische Form des Pharisäismus und also der Lieblosigkeit geben, welche die der Gemeinde gemäße Form des sancte nicht preiszugeben bereit ist, weil sie keine ästhetischen und auch keine geistlichen Opfer zu bringen bereit ist und sich also dem Nachvollzug jener Entäußerung Jesu Christi entzieht? Könnte es auf diese Weise nicht zu einer falschen Gestalt des Ärgernisses kommen? Daß nämlich das Kerygma dem „Draußenstehenden" in einer Wort-Gestalt und in einem musikalischen Leib gereicht wird, denen er hilflos, ohne auch nur in seinem bloßen Kenntnis-Nehmen tangiert zu werden, gegenübersteht — wie eben einer Botschaft in fremder Sprache und einer Musik in chinesischen Dissonanzen? Könnte es nicht zur Inkarnation gehören, daß Jesus Christus nicht nur ins Fleisch, sondern selbst ins kitschige Fleisch zu gehen und also bis an die unterste Grenze des humanum sich herabzulassen bereit ist?" „Was heißt denn: Christum ins Fleisch ziehen? Geht es hier um eine bestimmte Art „Fleisch"? sozusagen um „legitimes" Fleisch — sagen wir einmal: um Fleisch im Umkreis dessen, was wir summarisch als humanum im christlich-abendländischen Sinne bezeichnen, also um einen ganz bestimmten „Würde"-Bezirk?" Es handelt sich vielmehr darum, die letzten Konsequenzen aus der Christologie zu ziehen. Christus entäußerte sich seiner Herrlichkeit, um durch die Fleischwerdung den Menschen zu heiligen. Dessen Wert beruht nicht auf immanent humanen Gütern, sondern er wird, und in ihm wird geheiligt, was durch Christus erlöst wird. Auch profane Räume, Bilder, Worte und Töne können aufhören, Kitsch zu sein, wenn sie von hier aus gewandelt werden, und die Kategorie des Ästhetischen kann zuweilen als Blasphemie empfunden werden.

Thielicke fordert seine Kirche auf, sich mit diesen Erwägungen auseinanderzusetzen. Bevor sie das nicht getan habe, dürfe sie kein Recht beanspruchen, die „Moralische Aufrüstung" oder die Heilsarmee zu kritisieren oder zu belächeln. Sie könnte schuld sein, wenn jene Bewegungen entarten.

Die mutige Fragestellung des Tübinger Theologen trifft zwar die katholische Kirche nicht mit der gleichen Heftigkeit wie die evangelische. Sie hat von jeher danach gestrebt, ihre Botschaft und ihren Kult dem Volke anzupassen, und manches mag die Grenze von „Kitsch" im Laufe der Zeiten gestreift oder überschritten haben. Aber auch unsere Kirche steht vor der Tatsache, daß bis zu zwei Dritteln ihrer getauften Mitglieder in den Städten ihre Sprache nicht mehr verstehen, und auch sie hat eine Sendung an die übrige Welt. Auch sie ist zuweilen versucht, mit einem Begriff des Humanen umzugehen, über den es angemessen ist nachzudenken.

Die Krise der modernen Ehe

In der Wiener Monatsschrift für Religion und Kultur „Wort und Wahrheit" gibt der Bonner Moraltheologe Werner Schöllgen eine außerordentlich eindringliche und aufschlußreiche Darstellung einiger der Ursachen, die zur Krise der modernen Ehe geführt haben.

Humanisierung der Sexualität

Die Krise der modernen Ehe ist eine allgemein beklagte und beobachtete Erscheinung, und zwar ist das Beunruhigendste an ihr, daß ihre Erscheinungen sich gerade dort am meisten zeigen, wo eigentlich keine Not die Menschen quält und zwingt. Es wäre eine zu billige Antwort, wenn man diese Krise auf eine moralische Verschlechterung der Menschen zurückführen wollte. Wer das tut, übersieht etwas sehr Wichtiges, daß nämlich in früheren Generationen es weit schlimmere Übel gewesen

sind, die ihre dämonische Kraft aus dem heißen Brodem der Sexualität gezogen haben. In Wirklichkeit sind diese Übel heute überwunden.

Wir haben eine Humanisierung der Sexualität erlebt. Es ist besser geworden, und zwar nicht bloß im äußerlichen Zuschnitt des Lebens, sondern ebenso im sittlichen Zustand des Menschen. Freilich hat sich seine Natur nicht verändert, aber vieles ist im kollektiven Wertbewußtsein der Menschen selbstverständlich geworden, was in der Vergangenheit erst als fernes Licht eines reinen und besseren Lebens heraufzudämmern begann.

Nur ein aktiver aufklärerischer Vernunft- und Fortschrittsglaube, der keine Tragik, keine Not und letzte Grenze des Menschlichen kennt, übersieht, daß alles seine Kehrseite hat, daß jede Wendung der Geschichte manches Gute, aber ebenso neue Schwierigkeiten bringt, daß es immer Antinomien zwischen den Eigengesetzlichkeiten der Lebensgebiete und ihren vorgeordneten Idealen geben wird.

Das Christentum rechnet mit der dauernden Sündhaftigkeit und Endlichkeit des Menschen. Das Leben ist und bleibt ihm der Ort der Bewährung und des Kampfes, in dem es freilich echte Erfolge, aber niemals solche von eschatologischem Ausmaß gibt. So weiß es auch, daß der geschichtliche Prozeß der Humanisierung der Sexualität wiederum neue und recht menschliche Nöte mit sich gebracht hat. Um sachgerechte Hilfe zu bieten, muß man sie verstehen, vor allen Dingen muß man sich aber von jedem Pharisäertum freihalten.

Professor Schöllgen macht dann auf fünf Phänomene aufmerksam, in denen die oben besprochene Humanisierung der Sexualität ihre Kehrseite zeigt.

Die Vorherrschaft der Neigungsehe

1. Das herrschende Gefühl unserer Zeit, das man in jedem Film geschildert sehen kann, variiert in immer neuen Formen das Thema von der Kraft des Herzens, die alle Schranken der Geburt, des Standes und des Besitzes durchbricht. Auch in der Ehe darf und soll nach diesem Ideal nur das Herz sprechen. Die Ehen vergangener Zeiten, in denen die Sippe ein gewichtiges Wort mitsprach, in denen die Standesgebundenheit den Kreis der Wahl, ja überhaupt die Ansprechbarkeit bestimmte, sind den heutigen Menschen unverständlich. Es ist aber zu fragen, ob die reinen Neigungsehen, wie sie heute vorwiegen, tatsächlich dauerhafter und glücklicher sind als die Ehen vergangener Zeiten. Zwar entbehren die sogenannten Vernunftehen des wild stürmenden Feuers, aber sie machen das Leben wie eine sanfte Wärme wohnlich. Der kluge Seelsorger, der um diese Dinge weiß, fühlt sich heute deswegen geradezu aufgefordert, den letzten Rest von Bindungen bei der Bestimmung der Ehepartner zu verteidigen, nämlich die Gleichheit im Glauben und im Ethos.

Wenn wir heute von der Familie sprechen, so denken wir freilich meist nur an die Kleinfamilie aus Eltern und Kindern. Die Sippe oder gar die großen Geschlechterverbände Ostasiens sind für uns keine Lebensmacht mehr. Aber doch ist gerade die Sippe ein Verband, der zu einer großen und umfassenden Lebenshilfe, zu einer Führung und Anleitung der Sippenglieder hervorragend befähigt ist. Das japanische Leben, das immer wieder unglaublich schnelle Fortschritte der Regeneration gezeigt hat, verdankt dies im wesentlichen der Herrschaft der Sippe. Freilich kann die Sippe diese umfassende Hilfe nur dann leisten, wenn sie ihre Einheitlichkeit und Geschlossenheit gegebenenfalls mit disziplinären Mitteln erzwingen kann, und dabei ist die Entscheidung über Gattenwahl und Ehe immer das wirksamste Mittel gewesen. Der unbedingte Vorzug, den der moderne Mensch dem Werte der Freiheit gegenüber dem Werte der Solidarität gibt, macht ihm die Anerkennung einer solchen disziplinären Gewalt fast unmöglich. Aber, so sagt Schöllgen, im Klima der Freiheit gedeiht nur noch die Zwangsgewalt des Staates als Nothelfer des schwach gewordenen Einzelgängers und der ihm entsprechenden Kleinfamilie. Und so existiert hier eine echte, die Krise mitbedingende Antinomie.

Freisetzung der Erotik

2. Eine zweite Schwierigkeit entsteht aus folgendem. In den Zeiten des Minnesanges galt die Regel, die Minne vertrage sich nicht mit der Ehe. Die sublime Liebe dieser Zeit wandte sich gerade auf die Frau, die nicht zu bleibender Lebenskameradschaft verbunden war. Das hatte seinen Grund darin, daß in der vortechnischen Zeit die Frau mit einer so ungeheuren Arbeitslast überladen war, daß sie davon bedrückt und niedergehalten wurde, so daß zwischen ihr und dem Gatten eine erotische übersexuelle Bindung zumeist überhaupt nicht erwachen oder doch zum mindesten nicht dauern konnte. Der Mann aber wünschte auch schon früher im Verhältnis zur Frau mehr als eine körperliche Sexualität, jene Erotik nämlich, die Schönheit, Grazie, Anmut als Selbstwerte darbot wie die Geisha in Japan, die Hetäre des alten Griechenland, die Courtisane der Renaissance usw.

Zwei Ethosformen stehen hier gegeneinander: der Wertkreis des Erotischen und Ästhetisch-Bildungsmäßigen und das Ideal der Lebenskameradschaft, der sorgenden Hilfe und Lebenstreue. Die moderne Technik hat die Frau weitgehend von der quälend schweren Arbeit entlastet. Sie hat ihr Zeit und freien Raum geschaffen. In diese Leere, die enstanden ist, drängen nun die Werte des Erotischen, die vom Film nicht nur dargeboten, sondern auch noch typisiert und standardisiert werden. Die meisten Ehen der heutigen Zeit leiden darunter, daß eine Gleichgewichtigkeit der Lebensleistung von Mann und Frau nicht mehr zustande kommt. Als einzige Ausnahme glaubt Schöllgen die sehr häufig vorkommende Ehe von Arzt und Ärztin feststellen zu können. Dadurch entfällt aber auch das Zusammengebundensein auf Gedeih und Verderb, wie es früher zwischen Mann und Frau selbstverständlich war, und somit tritt das Erotisch-Sexuelle übermäßig in den Vordergrund, falls nicht eine Weltanschauung im Übernatürlichen eint. So ist auch hier eine echte Antinomie entstanden. Ein im Sinn der Humanisierung des Menschengeschlechts echter Fortschritt, nämlich die Befreiung der Frau von der überschweren Bürde maßloser Haushaltsarbeit, hat eine Leere geschaffen, die bisher nicht befriedigend ausgefüllt werden konnte, in die sich Wertgehalte drängen ohne Dauer, ohne die Kraft, das ganze lange Leben zu formen und zu halten.

Leerlauf des Triebes

3. Eine weitere Not früherer Zeiten, die dazu führte, Minne und Ehe als unverträglich miteinander anzusehen, ist ebenfalls heute verschwunden, die Not dau-

ernden Sterbens, die Übermacht des Todes über Kind und Mutter. Bis zur Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert war die Ehe der Schauplatz eines furchtbaren andauernden Ringens mit dem übergewaltigen Tod. Diese hohe Sterblichkeit wurde durch eine noch höhere Zahl von Geburten kompensiert, denn für den früheren Menschen ohne Pension und Altersversorgung hieß ja der Besitz von Kindern auch Sicherung für das Alter.

Nun hat zwar die moderne Medizin das große Sterben beseitigt, die moderne Frau darf beruhigt ihr Herz an ihre Kinder verschenken, aber es ist nicht gelungen, das Triebleben, die furchtbar zwingende Kraft der Sexualität, dem hygienischen Kunstprodukt der medizinischen Zivilisation anzugleichen. Die Aufgabe, den Tod zu besiegen, war früher der Sexualität gestellt. Heute hat die Medizin sie ihr abgenommen. Das hat zu einem Leerlauf der Triebe und Gefühle geführt, der zusammen mit der Rationalisierung und Sicherung aller Lebensbedürfnisse seinen Ausdruck in der künstlichen Geburtenbeschränkung findet. Und zwar hat natürlicherweise der Prozeß zuerst die Städte erfaßt, so daß hier die Krise am akutesten ist. Auch hier finden wir also eine fast auswegslose und bedrükkende Antinomie.

Emanzipation der Frau

4. Weiter weist Schöllgen noch auf eine Bedrohung unserer Lebensordnung hin, die darin zu sehen ist, daß besonders begabte und kluge Frauen entweder überhaupt auf die Ehe verzichten oder noch häufiger an der Ehe zerbrechen. Das hat seinen guten Grund. Die moderne Frau hat sich die vollen Menschenrechte errungen. Sie will heraus aus jeder Art von Knechtschaft und Ausbeutung, als die sie die früheren Eheformen vielfach nur ansehen kann. Aber die Natur hat sie an Vorgänge und Pflichten gebunden, die sie physisch und seelisch unfrei machen, die sie in einem weit höheren Maße fesseln als der Mann sich gebunden zu fühlen braucht.

So sehen wir auch hier, wie der Aufstieg zur Humanität neue Schwierigkeiten erzeugt hat: die Frau als Persönlichkeit kommt in Konflikt mit ihrer Anlage und Berufung, Mutter zu werden.

Die Aufgabe des Ausgleichs

5. Zuletzt fragt Schöllgen, welche Folgerungen sich aus diesen Betrachtungen ergeben. Wie ist der Dämon der Sexualität zu zähmen und einer wahrhaft guten Ordnung zu unterwerfen. Die Werte und Güter, um die Jahrhunderte so bitter gerungen haben, sind echte Werte und Güter. Sie dürfen nicht verachtet werden, aber sie sind auch keine Güter, die blinde Unterwerfung verlangen. Auch Ideale bedürfen des Maßes, um menschlich zu bleiben. Alle Ethosformen und Ethoswandlungen müssen dauernd im Rahmen des Menschlichen bleiben, sich an seiner Natur und Wesensart messen lassen, an der Natur eines endlichen, zugleich vielschichtigen, zugleich sterblichen Wesens, das gerade im Gang der Geschichte schnell müde wird, Ideale verwirft, die noch kurz zuvor angebetet wurden. Es muß also ein Ausgleich gefunden werden, der zwar wenig begeisternd und mitreißend ist, ohne den wir aber die Situation nicht bewältigen können.

Schöllgen weist darauf hin, daß auf fast allen Gebieten uns heute diese Aufgabe des Ausgleiches gesetzt ist, am dringlichsten im Bereich der Wirtschaft und des sozialen Lebens. So sind in der Nationalökonomie an die Stelle der Tyrannis gefühlsbeladener, politisierter Begriffe wie Sozialismus, Liberalismus, Kommunismus weitgehend von der Wissenschaft idealtypische Denkmodelle gesetzt worden, die es erlauben, in höchster Strenge und gedanklicher Schärfe alle Vorteile und Nachteile sowohl etwa der freien Verkehrswirtschaft wie der staatlichen Verwaltungswirtschaft abzuleiten. Dabei ergibt sich, daß jedes der beiden Systeme seine besonderen Vorteile, aber auch Gefahren hat, daß jedes Grenzen seiner Leistungsfähigkeit besitzt, daß keines ein ewiges Glück garantiert.

Von diesen Wissenschaften müßte man die Aufgabe des Ausgleichs lernen, obgleich wir es auf dem Gebiete der Sexualität mit einem Gebiet zu tun haben, das sich nicht so leicht rationalisieren und eine Sachgesetzmäßigkeit aufzwingen läßt.

Mischehe und Religiosität

„The Christian Century" (19./26. 1. 1949) berichtet folgende Ergebnisse einer amerikanischen Enquête, die allen Seelsorgern von Nutzen sein werden, wenn sie ihre Belehrungen über die Mischehe mit genauen Beispielen zu belegen wünschen. Sie bestätigen durch Zahlen und schlagende Äußerungen genau das, was man von den religiösen Folgen der Mischehe im allgemeinen behauptet.

In einer bürgerlichen Gegend einer amerikanischen Großstadt, deren Name nicht genannt wird, führten 22 kirchliche Gemeinschaften bei 6236 Familien Erhebungen über ihre Konfessionszugehörigkeit und Teilnahme am kirchlichen Leben durch. Unter ihnen wurden 743 Mischehen (12%) ermittelt. Bei 480 von ihnen war einer der Eheleute Katholik oder katholisch gewesen. Innerhalb dieser Ehen wurden vier religiöse Verhaltungsweisen festgestellt:

1. Von 444 Männern (Katholiken oder Protestanten), die in einer katholischen Mischehe lebten, hatten 110 jede Bindung an eine Kirche aufgegeben und weitere 124 im letzten Jahr keinen Gottesdienst besucht. Von 449 Frauen waren 60 ausgetreten und 91 nicht zur Kirche gegangen.

In wenigen Fällen wurde als Grund dafür die Wahrung des häuslichen Friedens angegeben. In den meisten erhielten die Befragenden zur Antwort, man habe kein Interesse mehr für religiöse Dinge.

2. In den Fällen, da einer der beiden Eheleute an seinem Glauben hängt, wurde häufig beobachtet, daß der andere um des Friedens willen seine Überzeugungen ganz für sich behält, jedes religiöse Gespräch und jede äußere Betätigung seines Glaubens vermeidet. Typisch dafür ist folgendes Gespräch:

Fr.: „War Ihre Mischehe eine Belastung?"

A.: „Sie brachte den einzigen Konflikt, den wir jemals hatten. Ich war in meinem Glauben nicht stark genug, meinen Gatten zu gewinnen, und er war nicht stark genug, mich von dem seinigen zu überzeugen."

Fr.: „Haben Sie einen Kompromiß gefunden?"

A.: „Nein. Mein Mann hat die Religion ganz und gar aufgegeben. Er sagt, er glaubt nicht mehr daran, und ich glaube, es stimmt; denn er geht nicht mehr zur Kirche und betätigt sich nicht religiös."

Fr.: „Gehen Sie weiter zur Kirche?"

A.: „O ja. Ich und die Kinder gehen zur baptistischen Kirche an der Ecke. Ich bin zwar nicht Mitglied. Aber wenn unsere älteste Tochter eintreten will, werde ich mittun."

Fr.: „Was hält Ihr Mann davon?"

A.: „Er scheint sich nicht darum zu kümmern. Er sagt niemals etwas."

Der Mann der so befragten Frau war Katholik.

3. In einer dritten Reihe von Fällen hielten beide Ehegatten an ihrem früheren Bekenntnis fest, z. T. in freundlichem Übereinkommen, zum andern Teil in stillem oder offenem Konflikt. Die Enquête ergab, daß die Harmonie in diesen Fällen leichter zu erreichen war, wenn die beiden verschiedenen evangelischen Kirchen angehörten, als wenn einer katholisch war. Eine Frau sagte: „Wir besprechen oft die Predigten beider Kirchen. Aber die Tatsache, daß wir zu verschiedenen Kirchen gehören, hat nicht die geringste Schwierigkeit in der Familie gemacht. Kirche bedeutet viel für uns alle." In einem andern Fall dagegen lautete die Antwort: „Ich bin sicher, daß wir nicht so eng verbunden sind, weil wir zu verschiedenen Kirchen gehören. Wir lassen es nicht darauf ankommen, aber wir stehen uns nicht so nahe."

4. In den befragten Ehen wurden nur wenige Konversionen festgestellt. Von den Frauen waren 17 unter 213 (8%), von den Männern 16 von 238 (7%) katholisch geworden. Dagegen waren von 236 katholischen Frauen 25 (11%) und von 206 Männern 14 (7%) zum Protestantismus übergetreten. Daß es sich aber in diesen Fällen sowohl hinüber wie herüber zum größten Teil nur um eine äußere Konversion handelte, zeigte sich darin, daß insgesamt nur 12 der übergetretenen Frauen und 11 der Männer wenigstens alle vierzehn Tage zur Kirche gingen.

Eine Protestantin schwieg eine Zeitlang auf die Frage, ob sie katholisch geworden sei. Dann sagte sie: „Man muß doch zu seinem Mann halten." „Finden Sie das schwierig?" „Sehr schwierig", gab sie zur Antwort.

Daß auch die katholischen Gatten sich nicht besser halten als die anderen, zeigte die Tatsache, daß von 206 katholischen Männern in einer Mischehe nur 22 erklärten, sie gingen wenigstens alle 14 Tage zur Kirche. Bei den Frauen waren es 86 von 236.

Die Kindererziehung

Nach 743 Rückfragen stellt die Enquête fest: „Gleichgültig ob offene Meinungsverschiedenheit zwischen den Eltern besteht und jeder an seiner Kirche festhält, oder ob der Konflikt gelöst ist, indem sie sich vom kirchlichen Leben fernhalten: das Kind ist der Verlierer." Halten sie am Glauben fest, dann verschärft sich der Konflikt, sobald die Kinder da sind; ist dagegen das Interesse für den häuslichen Frieden stärker, gibt der schwächere der Gatten vollends nach. „Früher gingen wir jeder in unsere Kirche. Jetzt geht mein Mann mit uns. Wenn unsere kleine Tochter konfirmiert wird, denke ich, wird er vielleicht auch übertreten." „Ich weiß nicht, aber die Einigkeit ist wohl doch wichtiger (als die Treue gegen die frühere Kirche), man muß doch Ruhe haben, um zu Hause zurecht zu kommen."

Wo katholische Kindererziehung vereinbart wurde, scheint sie in der Mehrzahl der Fälle eingehalten zu werden. Zahlen werden nicht genannt. Soweit es nicht der Fall war, begegneten folgende typische Erklärungen: Abmachungen unter Zwang sind nicht fair. Die Katholische Kirche widersetzt sich der Geburtenkontrolle. Wir haben die Kinder noch katholisch taufen lassen, aber damit ist der Vertrag erfüllt. Aufschlußreich ist folgende Antwort einer evangelischen Mutter aus einer katholischen Mischehe: „Wir brauchten den Kindern nie die religiösen Unterschiede zu erklären. Ich sagte zu meinem Mann: Wenn du willst, daß die Kinder katholisch unterrichtet werden, will ich auch katholisch werden, damit sie nicht mehr wissen als ich. Die katholische Religion ist so kompliziert ... Aber er sagte: mach du es, schicke sie in deine Sonntagsschule, und so nahm ich mich ihrer an."

Diese Auskunft und die Enquête im ganzen erwies klar die überragende Rolle der Mutter in der religiösen Erziehung, und zwar ohne Unterschied der Konfessionen. Sie dominiert sowohl von Natur wie auch deshalb, weil sie gewöhnlich die kirchlichere von beiden Gatten ist. Ein Mann sagte: „Die Kinder sollen in die Kirche der Mutter gehen. Sie geht ja doch mehr dahin als ich. Religion ist mehr für Frauen und Kinder."

Bezüglich der Teilnahme am (freiwilligen) Religionsunterricht wurde folgendes ermittelt: Aus 160 Familien mit katholischer Mutter gingen die Kinder in 88 Fällen zum katholischen, in 57 zum evangelischen, in 21 zu keinem Unterricht. Hierbei sind 6 Fälle doppelt gezählt, weil Kinder einer Familie teils hierhin, teils dahin gingen. Sehr viel ungünstiger für die katholische Erziehung war das Verhältnis, wenn der Mann Katholik und die Frau Protestantin war. Von 145 Familien besuchten nur in 39 Fällen die Kinder den katholischen Unterricht, dagegen in 82 den evangelischen und in 35 gar keinen. In 11 Fällen wurden die verschiedenen Kinder einer Familie in verschiedenen Religionen erzogen, sie sind doppelt gezählt.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht kein zureichender Maßstab für die religiöse Erziehung ist. Sehr häufig wurde den Fragepersonen erklärt, man habe seine Kinder zwar in einer Kirche taufen lassen wollen und sende sie zu irgendeinem Religionsunterricht, doch sollten sie sich später selbst entscheiden. „Wir schicken die Kinder in die Kirche meines Mannes. Es macht nichts, wenn sie nur an Gott glauben. Sie sollen dann wählen, wenn sie älter sind. Zwingt man sie, katholisch zu werden, werden sie Protestanten, zwingt man sie zur evangelischen Kirche, werden sie katholisch."

Im ganzen zeigt die Enquête, daß keine kirchliche Gemeinschaft über die Mischehen beglückt sein kann. Das gewöhnliche Ergebnis ist im besten Falle eine Art Indifferentismus der Eheleute und erst recht der Kinder.

Recht und Unrecht der Fortschrittlichen Christen

Warum ist trotz der Stellungnahme der Hierarchie in Frankreich gerade auch in den ernstesten christlichen Zeitschriften die Erörterung des Problems der „Fortschrittlichen Christen" nicht verstummt? Und warum scheint auch uns diese Erörterung so wichtig und dringlich? Eine Gruppe „fortschrittlicher Christen", solcher Christen also, die in irgend einer Form öffentlich mit der Kommunistischen Partei zusammenarbeiten, gibt es bei uns nicht. Das liegt schon daran, daß die Kommunistische Partei bei uns eine andere Rolle spielt als in Frankreich und Italien. Dort ist sie praktisch die einzige nichtbürgerliche Partei, sie kann also tatsächlich als Sammelbecken aller Kräfte der arbeitenden Masse gelten. Es ist dort also wirklich eine Frage, wie man zugleich an der Seite der arbeitenden Masse und nicht in der Kommunistischen Partei stehen könnte. Außerdem steht bei uns angesichts der Spaltung Ost-Westzone stärker im Bewußtsein, daß die Zugehörigkeit zu den Kommunisten eine Option ist für Moskau und alles, was die russische Politik in Deutschland bedeuten kann. Alles das verhindert eine eindeutige Gruppierung der Kräfte. Aber im Grunde stehen wir doch vor dem gleichen Problem, nämlich dem, wie der christliche Glaube bei der Neuordnung einer modernen Welt gegenwärtig sein könne, die als Ganzes so stark von den Kräften der politischen Linken bestimmt sein wird.

Die Berechtigung des Wagnisses

Dieses Anliegen der französischen „fortschrittlichen Christen" wird darum auch von einer Anzahl wichtiger Stimmen durchaus ernst genommen. Auf den heftigen und mit großem theologischem Apparat vorgebrachten Angriff P. Fessards in „Etudes" (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 3, Heft 7, S. 323) antworteten A. J. Maydieu und A. Z. Serrand in einem gemeinsamen Aufsatz der „Vie Intellectuelle" vom März dieses Jahres. Auch sie sind Theologen, und als solche arbeiten sie mit dem gleichen Recht wie P. Fessard ihre Interpretation der Stellung der Kirche zu den zeitlichen Dingen heraus, da das Lehramt der Kirche in dieser Frage noch keinerlei bindende Entscheidung, etwa zugunsten der These von Fessard, ausgesprochen hat. Sie werfen Fessard vor allem vor, daß er sämtliche menschliche Tätigkeiten in einer Weise zusammenschweißt, daß er sie dann, wenn an einem Punkt ein Irrtum auftaucht, alle insgesamt verwirft. Auf die fortschrittlichen Christen angewendet bedeutet das, daß er sie wegen gewisser Unvorsichtigkeiten kurzerhand für schismatisch erklärt, obwohl doch ihr Versuch ihnen von ihrem Glauben eingegeben worden ist. In diesen Vorwürfen scheint den Verfassern des Aufsatzes der „Vie Intellectuelle" vor allem der Geist der Liebe zu fehlen.
Gewiß geben sie zu, daß sich die fortschrittlichen Christen in eine ernste Gefahr begeben haben. Aber wäre die Gefahr nicht größer, wenn sich keine Christen fänden, die sich das Problem des Verhältnisses der Christen zu einer Partei stellten, die vielleicht morgen die Hälfte der Menschheit beherrschen wird? In Rußland leben ja schon Christen unter kommunistischer Herrschaft, und in Frankreich leben christliche Arbeiter in kommunistischer Umgebung und oft in kommunistischen Organisationen. In jedem Falle aber sind Millionen von Menschen, die heute Kommunisten sind, dazu berufen, Christen zu werden. Unser christlicher Glaube wäre sehr arm, wenn er niemanden in seinen Reihen zählte, dem das Eindringen des Glaubens in diese Milieus, in denen eine atheistische Weltanschauung ihn bedroht, am Herzen läge. Was da auf dem Spiel steht, ist von solcher Wichtigkeit, daß jeder Versuch dazu mit Ehrfurcht behandelt werden sollte.

Die Bedenklichkeit „christlich"-politischer Positionen

Natürlich bedeutet das nicht, daß die Verfasser des Aufsatzes in „La Vie Intellectuelle" nun die Position der fortschrittlichen Christen einfach gut hießen. Zunächst einmal erscheint es ihnen überhaupt nicht richtig, eine politische Position mit dem Namen „christlich" zu bezeichnen. Sie glauben, daß die Zeit gekommen ist, wo man Glaube und politische Meinung voneinander trennen muß. Im politischen Bereich handelt es sich um politische Entscheidungen, deren es mehr als eine gibt, die sich mit den Forderungen des Glaubens vereinen lassen und unter denen man wählt nach rein politischen Gesichtspunkten, nämlich nach ihrer Eignung, das zeitliche Ziel zu erreichen, das man erstrebt. Diese Selbständigkeit des politischen Bereichs anzuerkennen, ist eine Notwendigkeit, die in der geschichtlichen Entwicklung gereift ist und die keineswegs ausschließt, daß der christliche Glaube ein Interesse an der politischen Gestaltung hat, die über die Existenzform von Millionen von Menschen bestimmt.
Die „Fortschrittlichen Christen" sagen in ihrem Programm, daß sie fortschrittlich sind, weil sie Christen sind. Die durch dieses „weil" hergestellte logische Verbindung zwischen Christentum und Fortschrittlichkeit kann nicht als zwingend anerkannt werden, und es ist kein Wunder, daß die Hierarchie demgegenüber daran erinnert, daß „nur die kirchliche Autorität das Recht hat, über die katholische Rechtgläubigkeit zu urteilen".

Die Gefahren der Fortschrittlichen Christen

Folgt also eine bestimme politische Position keineswegs unmittelbar aus dem Glauben, so gefährden die fortschrittlichen Christen diesen Glauben selber am meisten dadurch, daß sie ihn mit einer religionsfeindlichen politischen Bewegung verbinden. Zwar sagen sie, es handle sich dabei nur um eine Verbindung des Handelns, nicht der Lehre. Aber es fragt sich, ob sie die Kraft haben, stets die nötige Scheidung durchzuführen zwischen jenen Schritten, die wirklich nur die politisch-wirtschaftliche Organisation betreffen, und jenen, die das gesamte menschliche Leben gestalten und dann natürlich im kommunistisch-atheistischen Geiste.
Es genügt nicht, wie ja auch der Osservatore Romano gesagt hat, Christ sein zu wollen und sich Christ zu nennen, um Christ zu sein. Nur die Kirche kann über die Rechtgläubigkeit ihrer Gläubigen urteilen. Zum wahr-

haften Christsein gehört die brüderliche Haltung, d. h. in diesem Falle, wie es die Hierarchie auch betont hat, die Rücksichtnahme auf die mögliche Gefährdung der andern. Wenn die führenden fortschrittlichen Christen als Intellektuelle auch im Stande sein mögen, die Unterscheidung zwischen ihrem Handeln und den kommunistischen Doktrinen immer im Auge zu behalten, so wäre das für ihre Gefolgschaft doch wahrscheinlich unmöglich, und jeder von uns ist nicht nur für seinen eigenen Glauben, sondern auch für den seiner Brüder verantwortlich.

Gewiß lehrt uns die Geschichte, daß es auch in der Kirche oft schwierig gewesen ist, die Glaubenswahrheit von gewissen veralteten Einkleidungen zu unterscheiden und daß sich irdische Politik in die „göttliche" Politik des Vatikan mischen kann. Das Recht ist auf Seiten Ludwigs des Heiligen, auf Seiten Galileis gewesen. Aber wenn die Kirche endgültig oder auch provisorisch eine autoritative Entscheidung fällt, verlangt sie von ihren Kindern Verständnis für diese Schwierigkeiten und Gehorsam. Im Falle der fortschrittlichen Christen ist es jedoch noch nicht so weit.

Die Verfasser des Aufsatzes in „La Vie Intellectuelle" erörtern dann noch ganz allgemein die Frage des Christen zwischen Kapitalismus und Kommunismus, jedoch nicht vom theologischen, sondern vom rein menschlichen Standpunkt aus. Hier erscheint ihnen alles in der Schwebe, Für und Wider gleichmäßig verteilt, und in keiner Weise vorherzusehen, wem die Zukunft gehört. Daß Christen auf beiden Seiten stehen, kann vielleicht in einer Zeit wie der unseren dazu dienen, die Kirche vor der Gefahr zu bewahren, lau zu werden. Gerade die Besten werden ja von dem angezogen, was nicht lau ist, und die großen Forderungen, die der Kommunismus an seine Gefolgschaft stellt, tragen vielleicht mit dazu bei, einige dieser Besten anzuziehen. Vielleicht glauben sie, ebenso hohe Anforderungen in unserem Glauben nicht zu finden; aber in Wahrheit sind diese im Evangelium und in der Kirche vorhanden, und es ist unsere Sache, sie zur Darstellung zu bringen.

Um den Frieden

Die französische Monatsschrift „Esprit" hat in ihrem Februarheft die Probleme des Pazifismus von den verschiedensten Standpunkten aus erörtert. Das Wort Pazifismus bezeichnet jene Gesinnung und Haltung, die den Krieg im Leben der Völker abschaffen will. Kein Thema könnte aktueller sein. Der Krieg ist das furchtbare Gespenst, das über der Geschichte unserer Zeit droht. Fast alle wollen den Frieden. Aber wenn die Bewegungen für den Frieden, so wie sie tatsächlich existieren, dazu aufrufen, sich für den Frieden und gegen den Krieg einzusetzen, so haben sie damit noch erst unklare, fast zweideutige Schlagworte ins Feld geführt. Die letzten Hefte der Herder-Korrespondenz, zumal das Dezemberheft (mit dem Aufsatz: „Gibt es heute noch einen gerechten Krieg?") und das Januarheft (mit seinen „Briefen an die Schriftleitung") haben uns bereits tief in die Problematik der Antikriegsbewegungen eingeführt.

Probleme des Pazifismus

Diese Problematik zeigt der Herausgeber des „Esprit", *Emmanuel Mounier*, in einer Analyse der Idee des Pazifismus und der Gesinnung seiner Anhänger auf (Les équivoques du pacifisme). Tatsächlich bekleiden sich zwei ganz verschiedene Haltungen mit dem Namen Pazifismus. Einerseits sind es die wirklichen Friedensvorkämpfer, für die die Friedensliebe zugleich etwas Religiöses und Revolutionäres ist, wobei bald das eine, bald das andere Merkmal vorwiegt. Sie opfern diesem Ideal ihre Ruhe und ihr Leben, denn sie suchen nicht ihren individuellen Frieden, sondern einen absoluten und kollektiven, den sie beständig dem Gewicht der Geschichte zu entreißen bereit sind mit jenen Mitteln, die den Dienst am Absoluten kennzeichnen: Wagnis, Aufopferung und zuweilen Tod. Aber wenn man von Pazifismus redet, denkt man im allgemeinen nicht an sie, sondern an die Gruppen und Bewegungen, die sich diesen Namen geben. Bei diesen findet sich nur ein Minimum von Gefahr und eine Menge tröstlicher Hoffnung. Diesen Pazifismus verdächtigt Mounier, er könne sich so entwickeln, daß er genau zum Gegenteil von dem führe, was er bewußt wolle. Gegen eben diesen Pazifismus richtet sich auch der Marxismus: er allerdings verbietet allen Pazifismus ohne Unterscheidung, weil er den Pazifismus der schönen Gefühle haßt, den er als Betäubungsmittel auffaßt. Er betäubt das Gewissen, indem er den Krieg zwischen den Nationen verabscheuen lehrt, dafür aber den Krieg zwischen den Klassen vertuscht.

Gewiß haben, so meint Mounier, die Marxisten in diesem Punkt recht. Allein deshalb ist der Appell an die menschliche Begeisterungsfähigkeit, wenn es darum geht, sich zum Kampf gegen die ewige, eintönige Grausamkeit des Krieges einzusetzen, nicht eitel. Um die Menschen zum Einsatz zu bringen, ist der Anruf der großen Ideale ebenso notwendig wie die strenge Ausbildung einer Technik und die klare Einsicht in den Sachverhalt. Der Pazifismus nach dem ersten Weltkrieg hat aber in beidem versagt.

Vor den Abwegen des Pazifismus zwischen den beiden Kriegen muß heute gewarnt werden. Was die seelische Disposition betrifft, so versteckt sich hinter der Friedensliebe nur zu leicht der Hang nach Sicherheit und nach einem schläfrig bürgerlichen Leben. Das so sehr auf Sicherheit bedachte kleine Bürgertum hat den Geist ganzer Nationen angesteckt. Darum gehörte zu den Hauptargumenten dieses Pazifismus das physische Entsetzen vor dem Krieg (das aber nicht das schweigsame Grauen dessen war, der die Greuel wirklich gesehen hatte, sondern das einer oft sensationsgierigen Phantasie) und vor allem auch die Angst vor dem Tod. Dann verbirgt sich hinter dem Schrei: „Friede um jeden Preis! Alles lieber als Krieg!" der uneingestandene Trieb: „Alles lieber als mein Tod! Mein Leben um jeden Preis!". Es kann aber so kommen, daß, wer sein Leben um jeden Preis bewahren will, es mit dem Leben vieler anderer bezahlt. Ein Pazifismus aus dieser Gesinnung ist zu keinerlei Opfer bereit, ihm geht es nicht um Gerechtigkeit, sondern nur um die eigene Bewahrung. Gerade dieser Pazifismus aus Angst, Verzagtheit und Gemeinheit birgt vielmehr die schlimmsten Explosivstoffe in sich, die hervorbrechen können, wenn seine Pläne gestört werden. Ein Merkmal des heutigen Schreis nach Frieden verrät alle diese Schwächen, nämlich dies, daß die Menschen nicht den Frieden schaffen wollen, sondern ihn erwarten als etwas, für dessen Zustandekommen sie keine Verantwortung haben.

Das beste Mittel nun, diesen falschen Pazifismus zu bekämpfen, der gerade durch seine verborgene Schwäche zu einem Krieg aus Angst führen kann, besteht darin,

eine strenge Technik des Kampfes für den Frieden zu entwickeln, die einen Einsatz fordert, der keine schwache Sentimentalität duldet. Um wirksam zu werden, muß der Pazifismus, wie jede wirksame Aktion, zugleich die großen Gefühle einspannen, um auf dem Weg zu einem fernen Ziel nicht zu erlahmen (Mounier nennt das die prophetische Geste), und die praktischen Schritte verwirklichen, die in fortlaufender Verkettung auf das gegebene Ziel hinführen.

Im Bereich der Gefühle muß anstelle der Angst die Empörung treten, die Empörung über das Sinnlose des modernen Kriegs, über seine Gefolgschaft von Unordnung und Leiden: eine Empörung gegen die dem andern zugefügte Ungerechtigkeit.

Hier begegnen wir nun der Frage der Gerechtigkeit. Wo der Friede gesucht wird, muß es ein gerechter Friede sein, ein Friede, der auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun hat. Der Durchschnittspazifist heute fordert aber nicht soziale Gerechtigkeit, sondern soziale Sicherheit. Und das ist die Gesinnung, die bekämpft werden muß.

Natürlich ist das Problem des Pazifismus mit den übrigen politischen Problemen der Gegenwart eng verbunden. Ruft man zum Kampf für den Frieden um jeden Preis auf, ohne Bezug auf die übrigen Probleme der Welt, so hat der Aufruf in dieser Absolutheit vielleicht eine besondere Kraft; aber er ist auch der Gefahr der Abstraktion ausgesetzt. Auf die Dauer müssen sich die Bemühungen um den Frieden, wenn sie die Wirklichkeit bestimmen wollen, auf jeden Fall mit den realen Fragen der Organisation der Welt auseinandersetzen.

Fragen wie: Kann in der Weltorganisation der Sowjetblock bestehen bleiben? Soll man mit ihm oder gegen ihn gehen? Kann man diese Frage noch offenlassen? Oder: wie sollen das gegenwärtige Parteiwesen, die gegenwärtige Wirtschaftsordnung in die Weltorganisation überführt werden? Alle diese Probleme lassen sich nicht übergehen.

Der Weg der Gewaltlosigkeit

Wird in dem Aufsatz von Mounier die Verknüpfung des Friedensproblems mit dem der sozialen Gerechtigkeit schon gestreift, so befaßt sich ein anderer Aufsatz des gleichen Heftes damit, die Fragen des Krieges und des Friedens in den größeren Zusammenhang der Frage der Gewalt und der Gewaltlosigkeit in der Geschichte überhaupt zu stellen. *Paul Ricoeur* analysiert in seinem Aufsatz „L'homme non violent et sa présence à l'histoire" das Verhältnis der Gewalt und der Gewaltlosigkeit zur Geschichte. Denn die Geschichte, wie wir sie kennen, schreitet fort durch Gewalt. Und wenn Gewaltlosigkeit mehr sein soll als ein Abseitsstehen, muß bewiesen werden können, daß auch sie in die Geschichte eingreifen, geschichtlich werden kann. Ricoeur sagt selbst zur Einleitung, daß er eine Voraussetzung mache, die jenseits der Beweisbarkeit liegt, nämlich, daß es wirkliche Gewaltlosigkeit und nicht nur deren Karikatur geben könne und daß die Worte der Bergpredigt über die Sanftmütigen tatsächlich für diese Welt gelten. Die Bergpredigt hat für Ricoeur eine Forderung in die Geschichte eingeführt, die sich zwar schwer in sie aufnehmen läßt, aber doch die von ihr Berührten zu immer neuen Anstrengungen und zu, wenn auch ungeschickten, geschichtlichen Verwirklichungen führt.

Um jedoch etwas Gültiges über die Gewaltlosigkeit sagen zu können, muß man zuerst einmal die Welt der Gewalt in ihrer ganzen Breite übersehen und darf sich nicht dazu verleiten lassen, nur eine bestimmte Form der Gewalt und deren Bekämpfung ins Auge zu fassen. Es handelt sich darum, ob man auch dann noch, wenn man in der ganzen Geschichte Gewalt am Werke sieht, etwas findet, was im Menschen über die Geschichte hinausgeht und also ihr entgegentreten kann. Wenn der, der Gewaltlosigkeit wählt, in den Lauf der Geschichte eingreifen will, auf welche Weise kann er wirken? Wenn er aber wirkt, gerät er dann nicht zwangsweise in Beziehung zu der Unreinheit der fortschrittbringenden Gewalt?

Bei der Analyse der Gewalt stellt Ricoeur fest, daß sie alles durchzieht. Sie bildet einen Teil des menschlichen Trieblebens in der Form des Zornes, der Freude am Hindernis, des Ausdehnungswillens, des Kampf- und Herrschaftswillens, des Drangs zum Tod und vor allem in der Fähigkeit der Zerstörung, dem Hang zur Katastrophe, all jenen Trieben, die mit den positiven Kräften der menschlichen Natur stets in einem unsicheren Gleichgewicht stehen. Diese Instinkte erscheinen aber auch in den höchsten geistigen Bereichen wieder, wo die Begriffe des Rechts, der Gerechtigkeit, der Wahrheit plötzlich im furchtbaren Glanz von Leidenschaften auftreten und ihnen Völker und Kulturen zum Opfer gebracht werden.

Diese geheime Gewalttätigkeit in der Seele des Menschen wird zur Geschichte in den sozialen Strukturen: davon hat die marxistische Geschichtsinterpretation einiges aufgedeckt. Nach ihr schreitet die Geschichte geradezu fort im Schritt der Gewalttätigkeit. Die Pazifisten heften im allgemeinen ihren Blick nur auf die offenkundige Gewalttat des Krieges und übersehen die Gewalttat der Ausbeutung. Erst eine schwierige Bewußtmachung führt zu der Einsicht in die Gewalttat, die sich hinter Recht und Ordnung verbergen kann. Gerade dann erst ist der Friede eine unermeßliche Aufgabe, wenn er die Krone der Gerechtigkeit sein soll. Wie aber sollte die Gewalttat der Unterdrückung nicht zur Gewalttat der Revolte führen?

Für den, der die Gewalt untersucht, ist es eine der wichtigsten Feststellungen, daß der Staat ein Sammelpunkt und Transformator von Gewalttat ist. Nur durch den Staat kommt die äußerste Form der Gewalttat, der Krieg zustande. Und diese Gewalttätigkeit des Staats absorbiert dann in sich alle gewalttätigen Kräfte der Seele.

Es sieht so aus, sagt Ricoeur, als ob durch einen der Geschichte innewohnenden bösen Zauber nicht alle Menschen gleichzeitig möglich seien: einige sind für die andern zu viel. Denn man muß sich darüber klar sein, daß jede Gewaltsamkeit letzten Endes auf Auslöschung des andern hinzielt. Darum konnte auch Jesus schon im gewöhnlichen Zorn gegen den Bruder den Mord anprangern. Aber diese Unterdrückung des Einen durch das Andere macht eben die Geschichte; sie ist die bevorzugte Art, in der geschichtlicher Wandel sich vollzieht.

Daneben gibt es nun die Gewaltlosigkeit. Diese erscheint wie das schlechte Gewissen der Geschichte. Das Gewissen tritt der Geschichte als Ethik entgegen. „Die Geschichte sagt: Gewalttat. Das Gewissen lehnt sich auf und sagt: Liebe". In diesem Aufbegehren will das Gewissen die Gewalttat abschaffen, und es bezeugt damit die Möglichkeit, daß der Mensch dem Menschen Freund sein könne. Nur aus diesem der Geschichte widersprechenden Gewissen, nicht aber aus einem leichten Sich-

einfügen in die Geschichte kann ein wirklicher Pazifismus leben.

Gewaltlosigkeit stellt in der Tat schwere Probleme. Wenn ich mich weigere zu töten und lieber sterben will, um mir nicht die Hände schmutzig zu machen, was habe ich erreicht, wenn sich darum nun andere die Hände schmutzig gemacht haben? Solche Gewaltlosigkeit bringt nicht Gewaltlosigkeit, sondern Gewalt hervor.

Wie aber kann Gewaltlosigkeit wirklich auf die Geschichte wirken? Zuerst einmal glaubt der Gewaltlose daran, daß er durch seine Verweigerung der Gewalt gewissen Werten eine tatsächliche Existenz gibt, die die Menschen sonst nur am Ende eines langen Weges sehen. Seine Tat beweist, daß die Geschichte, die meist als Schicksal erscheint, aber in Wahrheit doch von Menschen gemacht ist, auch von Menschen durchbrochen werden kann. Schon als ein solches Mahnbild wirkt er auf die Geschichte.

Unter besonderen Umständen und in der Verkörperung durch außergewöhnliche Persönlichkeiten kann die Gewaltlosigkeit aber auch zu einer wahren geschichtlichen Bewegung werden, wie es das Indien Gandhis bewiesen hat. Gandhis Wirken hat bewiesen, daß sich die Geisteshaltung der Gewaltlosigkeit mit einer Technik der Verwirklichung vereinigen läßt.

Allerdings stellt sich Ricoeur auch die Frage, ob Gewaltlosigkeit wirklich anstelle der Gewalt treten und die Geschichte tragen könne. Er gibt zu, daß Gewaltlosigkeit Grenzen in sich selbst zu tragen scheint. Nicht zufällig ist ihre Devise negativ: Du sollst nicht töten. Geht der Gewaltlose darüber hinaus und beginnt er den Aufbau des Friedens, scheint er zwangsläufig in Unternehmungen einzutreten, die am Wesen der Geschichte teilhaben. Die Gewaltlosigkeit scheint zudem auch in dieser Welt keine Kontinuität zu kennen. Sie besteht aus gelegentlichen Akten, meist im Protest zu bestimmten Gewaltakten. Aber in diesen bezeugen sich immer wieder die übermenschlichen Aufgaben, die der Geschichte aufgegeben sind und die den Menschen zur Vergöttlichung aufrufen.

Für die Gegenwart glaubt Ricoeur, daß der Gewaltlose nur die Rolle des Propheten spielen könne, der innerhalb der politischen Vorgänge der Mahnrufer ist. Möglich, daß solche Mahnrufe bald nur noch in Gefängnismauern zu hören sind. In der Wirklichkeit besteht eine Dialektik der vorwärtstreibenden Gewalt und der mahnenden Gewaltlosigkeit. Aber für den, der an die Gewaltlosigkeit glaubt, gibt es nur die unvermischte Reinhaltung dieses Glaubens, wenn anders er nicht auf jeden Einfluß auf die Geschichte verzichten will.

Der Christ und der Friede

Robert Morel stellt die Frage des Friedens („Pax tecum") wieder unter einem anderen Gesichtspunkt, unter einem apolitischen, rein christlichen. Er lehnt vor allem den Begriff eines gerechten Krieges überhaupt ab; er rückt hier sogar von der Weihnachtsbotschaft des Heiligen Vaters ab, in der es heißt, daß es Güter von solcher Wichtigkeit gebe, daß ihre Verteidigung gerechtfertigt sei. Er hält gerechte Kriege in unserer Zeit für unmöglich, jedenfalls habe kein Krieg des zwanzigsten Jahrhunderts die Merkmale eines solchen gehabt. Eine andere Möglichkeit gibt es, die Sache der Gerechtigkeit zu verteidigen: die Widerstandsbewegung. Sie scheint die einzige Form von gerechtem Krieg, die heute noch den theologischen Anforderungen an einen solchen entsprechen kann. (Vgl. auch Herder-Korrespondent 3. Jhg., H. 4, S. 191). Diese Widerstandsbewegung dauert aber ständig, im Frieden wie im Kriege. Sie ist die Auflehnung gegen jegliche Ungerechtigkeit, sie ist der eigentlich christliche Zustand seit dem Tode Christi. Die Kriege dagegen gehen heute um Privilegien und nicht um Gerechtigkeit.

Da es sich bei dem Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit um eine Sache des christlichen Gewissens handelt, mißtraut Morel allen organisierten pazifistischen Bewegungen; er vermutet, daß sie nur eine Ungerechtigkeit durch eine andere ersetzen würden. Morel stellt sich mit seinem Verlangen nach Frieden dicht neben alle einfachen Herzen, die den Frieden wollen und den Krieg verabscheuen. Denn in diesem einfachen Verlangen der Menschheit, die leidet, sieht er die wirkliche Sehnsucht nach Gerechtigkeit. Die Pazifisten dagegen glauben nur zu leicht, sie hätten schon alles getan, wenn sie die Gewehre vergraben und die Kanonen gesprengt hätten. Aber damit sind die Herzen noch nicht gesprengt. Der Ursprung des Krieges, so sagt Morel, liegt nicht in den Waffen, sondern in der furchtbaren Fähigkeit, die der Mensch hat, im Frieden zu sein oder nicht. Manche Menschen glauben, der Krieg sei eine Naturerscheinung und hänge mit den Sonnenflecken oder auch mit den wirtschaftlichen Bedingungen zusammen. „Sie hätten nicht unrecht, wenn sie die Natur als Gottes Schöpfung betrachteten und den Menschen als Gottes Geschöpf und alle Unordnung zwischen ihnen und jeden Widerspruch zwischen den beiden ... als Widerspruch gegen Gott." Der Ursprung des Krieges liegt in der Sünde, die das Herz des Menschen verdirbt.

Die Menschen sollten also „den guten Kampf kämpfen". Da sie aber das nicht tun, kämpfen sie den bösen. Vielleicht ist so der Krieg Zeichen eines anderen Kampfes, notwendiges Zeichen, weil jener verweigert wird. Der Christ aber sollte immer um Gottes Willen im Krieg liegen mit der Welt und zu gleicher Zeit doch um Gottes willen ein lebendiger Tempel des Friedens sein.

Das Weltbürgertum Garry Davis'

Im gleichen Heft des „Esprit" wird die Verschwommenheit gewisser pazifistischer Strömungen an einem ganz konkreten Beispiel analysiert. *Jacques François,* einer der Mitarbeiter der von franziskanischem Geist inspirierten Zeitschrift „Le Cheval Blanc", untersucht die erstaunliche Popularität, die die Bewegung um Garry Davis gewonnen hat.

Garry Davis hatte, wie man auch bei uns durch die Zeitungen erfahren hat, in Paris zu Füßen der UNO seine amerikanische Staatsbürgerschaft niedergelegt und sich zum Weltbürger erklärt. Er forderte alle Menschen auf, sich mit ihm zu der Bewegung der Weltbürger zusammenzuschließen und damit für die Zukunft alle Kriege unmöglich zu machen. Dieser Schritt des jungen Amerikaners, der im zweiten Weltkrieg Fliegerpilot war, jetzt aber ein einfacher Mann ohne Nationalität ist, der den friedlosen Geist der Vereinten Nationen beschämte, hat in Frankreich eine gewaltige Resonanz gefunden. Zu seiner „Bewegung der Weltbürger" fanden sich bald Männer mit berühmtesten Namen. Mounier selber, der Herausgeber des „Esprit", gehört dazu. Aber das scharfe Auge Jacques François' hat sich nicht so einfach blenden lassen. Die erste große Frage, die er erhebt, ist die: Ist es

überhaupt erlaubt, die Hoffnung der Menge durch eine so unklare Angelegenheit zu mobilisieren? Ist man berechtigt, sich Sicherheit anzumaßen, wenn man nur Mutmaßungen hat? Darf man von Rettung sprechen, wenn man nur über eine glückliche Möglichkeit verfügt?

Im Jahr 1946 spielte sich in Frankreich eine andere kleine Geschichte ab. Ein anderer einfacher Mann namens César Bugany, der zum Militärdienst eingezogen wurde, erklärte seinem Hauptmann, seine religiöse Überzeugung verbiete ihm durch das Gebot: Du sollst nicht töten, die Waffen zu tragen. Er wurde ins Gefängnis gesetzt und sitzt dort noch immer. Warum hat die Öffentlichkeit sich durch diese Geschichte nicht erschüttern lassen, während sie durch die Geste Garry Davis' hingerissen worden ist? Hat Davis' Handlung einen größeren geistigen Wert? Oder liegt es daran, daß er mit Nachdruck die Frage der Institutionen aufwirft, während César Buganys Problem nur die Seele ist?

Bugany hatte keineswegs seine Staatsangehörigkeit und deren Verpflichtungen aufgeben wollen. Im Gegenteil, er wäre mit Freuden bereit gewesen, für sein Land jeden anderen Dienst zu tun, auch den schwersten, außer diesem einen, der doch auch durch alles verurteilt erschien: durch den Zustand der Welt, durch die Vernunft und durch das Gesetz des Glaubens. Aber gerade diesen wollte man ihn auszuüben zwingen.

Davis dagegen hatte diesen Dienst ausgeübt, er war Soldat gewesen, Pilot der Luftflotte während dreier Jahre. Erst nach der Demobilisierung war ihm die Idee gekommen, die Waffengewalt zu verurteilen. Sein Mut allein konnte ihm also wohl kaum einen solchen Vorrang vor Bugany verschaffen. Denn mehr Mut gehörte zu Buganys Schritt. Aber allerdings hatte Davis etwas zu versprechen, nämlich eine Weltorganisation. Er kämpft gegen die Regierungen im Namen eines neuen Regierungsideals, das der Weltregierung. Schon hier liegt eine merkwürdige Verschwommenheit in der Begeisterung der Massen; ihr Gefühl wurde beeindruckt durch die Auflehnung des einzelnen gegen die Regierungen, dann jedoch wurden sie gewonnen wiederum für eine Regierung. Und Garry Davis selbst, der anfangs als der einfache Mann erschien, verwandelt sich nun in den zukünftigen Präsidenten der Weltregierung. In diese Bewegung hinein, die doch ein politisches Programm hat, ergießen sich allerlei religiöse Stimmungen, und in den Dienst der Friedensidee werden die Angst vor dem Tod, das Argument der Zahl, Haß und Rache, der primitivste Zorn gerufen. Was werden diese verschiedenen Kräfte tun, wenn sie auf die Probe gestellt werden, aber nicht von einer starken Wahrheit und herrschenden Idee zusammengehalten sind?

Doch ein Hauptgrund, warum dieser neue Pazifismus so großen Erfolg hat, ist der, daß er gefahrlos ist. Er fordert keine Askese, keinerlei innere Erneuerung. Seine Anhänger glauben, sie könnten den Frieden billig erkaufen. Dieser Pazifismus träumt von einer Weltregierung und fragt sich nicht, was für eine Weltregierung. „Eine Weltregierung könnte den Tod der Leiber und der Gewissen im Schoße des längsten und massivsten Friedens organisieren".

Jacques François hält es endlich überhaupt für einen grundlegenden Irrtum, daß man versucht, den Frieden zu organisieren, als ob er ein Gegenstand sei, den man direkt fassen könnte. Der Friede ist ein Ergebnis, er ist eine Frucht; er ist schließlich ein Geschenk Gottes. Aber es gibt immer Menschen, die den Preis zu hoch finden, den Gott für seine Gaben verlangt. Was Er in Wahrheit verlangt, ist die innere Umkehr.

Der katholische Unternehmer in der kommenden Wirtschaftsordnung

Auf der Gründungstagung des Bundes katholischer Unternehmer in Königswinter am 26. und 27. März dieses Jahres, hielt, wie wir an anderer Stelle schon berichtet haben, Professor Dr. Joseph Höffner, Trier, ein Referat, das den Versuch darstellt, die Situation und die Aufgabe des katholischen Unternehmers in dem sozialen Umbruch unserer Tage zu klären und zu beschreiben.

Das Zerrbild vom Unternehmertum

Professor Höffner ging davon aus, daß in weiten Kreisen der Arbeiterschaft noch immer ein Zerrbild des Unternehmers herrsche. Statt diese Tatsache zu bedauern, müsse man mit aller Ehrlichkeit versuchen, sich zu fragen, welches der Ursprung dieses Zerrbildes sei und ob nicht sehr begreifliche Gründe zu seiner Entstehung beigetragen hätten. Solcher Gründe führte er drei auf.

Es ist erstens die Tatsache, daß die Theorie der klassischen Nationalökonomie, wie sie im vorigen Jahrhundert entstanden und klassisch von Adam Smith beschrieben worden ist, das *Gewinnstreben,* das *Erwerbsmotiv* oder, vulgärer ausgedrückt, die Profitgier als den Motor des Wirtschaftslebens und als den Weg zum allgemeinen Fortschritt ansah. Diese aus dem aufklärerischen Glauben an eine prästabilisierte Harmonie der Welt erwachsene Theorie ist inzwischen bitter enttäuscht worden, denn ihr Ergebnis war nicht Harmonie, sondern geradezu der Klassenkampf. Im Konkurrenzkampf mit dem Unternehmer war der Arbeiter von vornherein der Schwächere. Seine Entlohnung wurde nach dem Marktgesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt, und so wurde er vielfach mit Hungerlöhnen abgefunden. Die nach der klassischen Theorie berechtigte Forderung des Unternehmers nach Rentabilität, die Forderung des Arbeiters auf der anderen Seite nach Lebensunterhalt waren nicht in Übereinstimmung zu bringen. Daraus entstand die tiefe Erbitterung der Arbeiterschaft, die im Bild des Unternehmers als den hervorstechenden Zug eben die Profitgier sah. Wir müssen uns darüber klar sein, daß vieles daran berechtigt ist, wenngleich auch das eigentliche Motiv des wahren Unternehmers schon im 19. Jahrhundert nicht letzten Endes Gewinn oder gar Genuß- und Wohlleben war, sondern Ausbau und Vervollkommnung seines Werkes.

Aber auch dieses Motiv und seine Auswirkungen führten zu scharfen Gegensätzen mit den Arbeitern. Denn die Vervollkommnung des Betriebes ist ja im wesentlichen nichts anderes als eine immer größere *Rationalisierung* und *Technisierung.* Fabrikarbeit ist Handgriff, nicht Handwerk. Die naturwissenschaftlich-physikalische Technik zwingt die im Betrieb arbeitenden Menschen in ihren Bann, so daß die Arbeit mehr und mehr spezialisiert und mechanisiert wird. Der Arbeiter ist unentrinnbar in den Zwangstakt des automatischen Arbeitsvorganges eingeschaltet, und eben dagegen erhebt er Protest: Er gelte im unpersönlichen Rahmen der technischen Apparatur nur

als Produktionsfaktor. Der Unternehmer suche durch Drill und Disziplin den Proletarier „betriebshart" zu machen, um möglichst viel aus ihm herauszuholen. Diese Versklavung an die Maschine zur profitgierigen Ausbeutung ist der zweite Zug, der für den Arbeiter das Bild des Unternehmers belastet.
Der dritte Zug, der in das Bild des Unternehmers eingefügt wird, entsteht aus dem zweiten. Denn aus der scharfen Betriebsdisziplin folgt, daß die Arbeiter sich der *herrschaftlichen Struktur* des Betriebes fast ohnmächtig ausgeliefert fühlen: Sie seien zwar persönlich frei und doch unfrei, da ein ganzes System hierarchischer Abhängigkeiten sie umgebe. Arbeitsort und Arbeitsweise, Arbeitszeit und Arbeitslohn seien durchaus fremdbestimmt. Diese *Fremdbestimmtheit* sei unwürdig.

Professor Höffner betonte, daß man in aller Offenheit zugeben müsse, daß diese Vorwürfe einen Wahrheitskern enthielten und daß aus ihnen ein echtes Anliegen spreche. Eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, in der sie überwunden würden, müsse und werde auch kommen. Es sei der Verantwortung des Christen anheimgestellt, ob sie mit den Christen oder aber ohne sie, d. h. jedoch gegen sie entstehe. In der Bewegung, die den radikalsten Widerspruch gegen die überlieferten Formen der Wirtschaft darstelle und dem Unternehmertum jedes Daseinsrecht abspreche, zeige sich in der Verwirklichung, die sie in Sowjetrußland gefunden hat, heute schon, wohin dieser Radikalismus führe. Tatsächlich seien im Sowjetsystem einige der Züge, die das Bild des Unternehmertums in der kapitalistischen Wirtschaft belasteten, geradezu in besonders scharfer Weise ausgeprägt. Im Sowjetkollektiv wird die Wirtschaft nicht von den Arbeitern, sondern von der kleinen gesellschaftlichen Oberschicht der Parteihierarchie beherrscht. Die Macht dieser neuen Klasse ruht zwar nicht auf dem Besitz der Produktionsmittel, sondern auf ihrer leitenden Stellung in Staat und Wirtschaft. Aber gerade dadurch sind die russischen Arbeiter in der unwürdigsten Weise fremdbestimmt. Sie sind der schlimmsten Technokratie ausgeliefert, und dies alles im Dienst einer unerhörten, wenn auch ideologisch verbrämten staatskapitalistischen Ausbeutung, die den Menschen hoffnungsloser versklavt, als es jemals unter der Herrschaft des Privatkapitals geschehen ist.

Der Unternehmer in der neuen Wirtschaftsordnung

Im zweiten Teil seines Referates ging Professor Höffner an die Aufgabe, der Verzerrung des Unternehmerbildes seine wahre Gestalt gegenüber zu stellen und damit zugleich Stellung und Sendung des Unternehmers in einer neuen Wirtschaftsordnung zu umschreiben. Unverrückbarer Grundsatz dieser neuen Wirtschaftsordnung müsse sein, daß sie bei aller Sorge um eine möglichst breite Bedarfsdeckung die Freiheit und eigene Initiative des Menschen nicht ausschalten dürfe.
Zur Kennzeichnung der wahren Gestalt und Aufgabe des Unternehmertums stellte er dann vier Grundsätze auf.

Unentbehrlichkeit des Unternehmers

1. *Die Unternehmer haben in der kommenden Wirtschaftsordnung ihre wichtige Aufgabe.*

Die moderne Volkswirtschaft ist ohne Mittel- und Großbetrieb undenkbar. Man kann z. B. im handwerklichen Kleinbetrieb keine Ozeanriesen bauen. Nun hat aber sowohl Theorie wie Praxis erwiesen, daß es unmöglich ist, die wirtschaftliche Führung solcher Betriebe völlig den demokratischen Beschlüssen der Belegschaft zu überantworten. Die meisten Arbeiter besitzen weder die Fähigkeit noch auch die Neigung oder den Wunsch, die verantwortungsvollen und überaus komplizierten Entscheidungen einer Betriebsleitung zu übernehmen.

Im Mittel- und Großbetrieb wird also letztlich die Einheit der verantwortlichen wirtschaftlichen Leitung gewahrt werden müssen, d. h. an seiner Spitze wird entweder der private Unternehmer oder der Staatskommissar als Befehlsübermittler einer bürokratischen, zentralgelenkten Planwirtschaft stehen. Das Sowjetsystem zeigt, wohin der zweite dieser Wege führt. Wir müssen uns auch auf Grund unseres katholischen Menschenbildes dieser kollektivistischen Entwürdigung und Vermassung widersetzen. Für uns müssen Selbstverantwortung und Eigeninitiative auch im Bereich der Wirtschaft wirksam sein, d. h. die kommende Wirtschaftsordnung wird die freie Entscheidung und damit den Leistungswettbewerb der Marktwirtschaft in ihre Grundstruktur einbauen. Sie kann also auf die Unternehmerpersönlichkeit mit ihrer schöpferischen Kombinationsgabe, ihrer beharrlichen Energie und ihrer ursprünglichen und eigenständigen Tatkraft nicht verzichten.

Es ist dabei irreführend, den Unternehmer als Kapitalisten zu bezeichnen. Der wahre Unternehmer ist seiner Grundhaltung nach weder Kapitalist noch ein bloßer Diener des Kapitals. Gerade die Leiter der größten Unternehmungen haben sich den Aktionären gegenüber von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer mehr verselbständigt, so daß man schon von einem Vorrang des Werksinteresses vor dem Erwerbsinteresse sprechen kann. Im übrigen lehrt die Erfahrung, daß Unternehmer und Arbeiter der drohenden Übermacht der Staatsbürokratie gegenüber viele gemeinsame Interessen haben. Die Entwicklung im nationalsozialistischen Deutschland, in der Sowjetunion und in der Ostzone zeigt, daß Unternehmer und Arbeiter, einschließlich der Gewerkschaften, in Gefahr sind, vom Kollektiv verschlungen zu werden. Professor Höffner bezeichnete es als außerordentlich beunruhigend für den Geist des Unternehmertums, daß nicht wenige Unternehmer in den Rüstungs- und Kriegsjahren sich mit dem System der Lizenzen, Rohstoffzuteilungen und sonstiger planwirtschaftlicher Maßnahmen zu leicht abgefunden hätten, obwohl durch sie die unternehmerische Initiative und das kühne Wagnis weithin ausgeschaltet gewesen, ein guter Gewinn freilich von vornherein wie eine Pfründe gesichert war.

Denken und Schaffen des Unternehmers dürfen sich eben nicht bloß zwischen den Rohstoffmärkten, der technischen Organisation des Betriebes und den Absatzmärkten bewegen. Er darf nicht zum homo oeconomicus erstarren. Seine größte Sorge und Mühe muß vielmehr den Menschen gelten, die ihm anvertraut sind. Aus diesem Satz enwickelt Professor Höffner seinen zweiten Grundsatz.

Das Sachziel der Wirtschaft

2. *Jeder Unternehmer muß in seinem Bereich nach Kräften dahin wirken, daß das Sachziel der Wirtschaft erreicht wird.* Die wirtschaftlichen, technisch-organisatori-

schen Vorgänge sind nicht Selbstzweck, sondern müssen diesem Sachziel dienen.

Das Sachziel der Wirtschaft ist aber nach den Worten der Enzyklika „Quadragesimo anno": „allen Gliedern des Wirtschaftsvolkes alle die Güter zur Verfügung zu stellen, die nach dem Stand der Ausstattung mit natürlichen Hilfsquellen, der Produktionstechnik, der gesellschaftlichen Organisation des Wirtschaftslebens geboten werden können. Sie sollten so reichlich bemessen sein, daß sie nicht nur zur lebensnotwendigen und sonstigen ehrbaren Bedarfsbefriedigung ausreichen, sondern den Menschen die Entfaltung eines veredelten Kulturlebens ermöglichen." So ist also der Mensch der Mittelpunkt der Wirtschaft. Ziel der Wirtschaft ist nach einem Wort von Werner Sombart „die Kulturfunktion der Unterhaltsfürsorge". Aufgabe des Unternehmers ist es also, dafür zu sorgen, daß dieses Ziel erreicht wird, und zwar an erster Stelle seinen eigenen Arbeitern gegenüber. Sie erschöpft sich nicht im Dienst am investierten Kapital oder im Dienst an der Kundschaft. Der Unternehmer muß dafür sorgen, daß seine Arbeiter und ihre Familien menschenwürdig leben. Dieser Aufgabe dient er zunächst schon dadurch, daß er mit Tatkraft, Findigkeit und Geschick seinen Betrieb leistungsfähig erhält, wozu freilich eine aufrichtige soziale Gesinnung und die soziale Tat kommen müssen.

Freilich ist dabei auch nach der Enzyklika „Quadragesimo anno" zu bedenken, daß Bemessung und Regelung des Lohnes nicht vom Lebensbedarf des Arbeiters und der Arbeiterfamilie allein ausgehen dürfen, daß vielmehr auch die allgemeine Wohlfahrt berücksichtigt werden muß. Und es ist ferner zu bedenken, daß das heutige Massenelend nicht so sehr der wirtschaftlichen Fehlentwicklung, als vielmehr der Dämonie der Politik zur Last gelegt werden muß.

Aber die Führer der Wirtschaft sind aufgerufen, dieses Elend überwinden zu helfen. Es wäre ein gewaltiger Schritt zur Erlösung der Proletarier getan, wenn jedem Arbeiter ein angemessener, für die Familie ausreichender Reallohn, ein menschenwürdiges Heim und ein sorgenfreier Invaliden- und Arbeitsschutz garantiert werden könnte.

Es bleiben jedoch noch wichtige Probleme. Die Unzufriedenheit des Arbeiters hat nicht nur im Konsumbereich, sondern auch im Betrieb ihre Wurzeln. Deswegen spricht der dritte Grundsatz, den Professor Höffner aufstellt, vom Betrieb.

Der Betrieb als Lebensraum

3. *Den Unternehmern ist heute die vordringliche Aufgabe gestellt, ihren Arbeitern den Betrieb zum Lebensraum zu machen.*

In der Stufenordnung der Werte nimmt die Wirtschaft gleichsam das unterste Stockwerk ein. Höher stehen die Persönlichkeitswerte, Freiheit und Menschenwürde. Höher stehen auch die Gemeinschaftswerte: Ehe, Familie, Volk, Wissenschaft, Kunst. Noch höher stehen die religiös-sittlichen Werte.

Die Wirtschaft darf diese Harmonie nicht auf den Kopf stellen. Sie darf die höheren Wertstufen auch im Arbeiter nicht ausschalten oder sich untertänig machen.

Auf den einzelnen Betrieb angewandt heißt das: Der Betrieb darf nicht zur unpersönlichen, den Menschen erniedrigenden technischen und bürokratischen Apparatur erstarren. Jeder Betrieb ist eine Stätte, wo *Menschen* ihr Tagewerk verrichten. Er ist ein Sozialgebilde. Deshalb gilt für ihn das Grundgesetz jedes Sozialgebildes, daß nämlich der einzelne dem Ganzen zwar dienen soll, das Ganze aber kein Moloch, kein Selbstzweck sein darf, sondern letztlich im Dienst der Persönlichkeitsentfaltung des einzelnen stehen muß.

Das also bedeutet die Forderung, daß der Betrieb dem Arbeiter zum Lebensraum werden müsse, zur Stätte, wo er seine Berufsarbeit mit innerem Ja verrichtet, wo er sich geachtet, dazugehörig, verantwortlich und darum wohl fühlt.

Die Werkstätte des mittelalterlichen Handwerkers war ein solcher Lebensraum. Beim Handwerk und Kleinbetrieb ist es vielfach noch heute so. Lebensraum ist auch die Familie, das Dorf, die lebendige Pfarrgemeinde.

Aufsuchen neuer Wege

Zur Überwindung der Hindernisse, die dem im Wege stehen, daß der Betrieb Lebensraum wird, deren größte die technische Versachlichung und die fremde Bestimmung sind, müssen neue Wege gesucht und praktisch erprobt werden. Diese Probleme werden heute überall gesehen. So erklärte z. B. der junge Henry Ford kürzlich, sein berühmter Großvater habe nach dem ersten Weltkrieg mit dem Fließband die moderne Massenproduktion geschaffen. Heute nach dem zweiten Weltkrieg sei den Unternehmern die ungleich wichtigere Aufgabe gestellt, den Menschen im Betrieb gerecht zu werden. Zur Bewältigung dieser Aufgabe gab Professor Höffner einige stichwortartige Hinweise.

Erstens ist notwendig eine Auflockerung des Großbetriebes, so daß der einzelne Arbeiter in einem übersehbaren Bereich die Zusammenhänge erkennen und echte Verantwortung übernehmen kann.

Zweitens ist dazu notwendig die Abkehr von der totalen Mechanisierung der menschlichen Arbeit. Man geht heute schon wieder dazu über, die in eintönige Handgriffe zerlegte Arbeit wieder zusammenzusetzen, so daß der Arbeiter einen ganzen hintereinander geschalteten Arbeitsvorgang verrichten muß. Dabei steigt nach den Erfahrungen auch das Produktionsergebnis.

Drittens behandelt Professor Höffner als einen solchen Weg die Mitbestimmung des Arbeiters. Zwar müssen die letzten wirtschaftlichen Entscheidungen in der Hand des Unternehmers liegen, aber in sozialen und personellen Fragen sollen und können auch die Arbeiter mitentscheiden und in den technischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zumindest mitberaten und mitkontrollieren. Voraussetzung dafür ist, daß im Betrieb eine echte, nicht von außen kommandierte Willensbildung erfolgt. Die heutigen Methoden erfüllen ihren Zweck nicht und sind dafür nicht vorbildlich.

Aber die Wirtschaftsordnung wird nicht nur im betrieblichen Raum gestaltet. Deswegen gilt der vierte Grundsatz, den Professor Höffner aufstellt, dem überbetrieblichen Raum.

Zusammenarbeit von Arbeitern und Unternehmern im überbetrieblichen Raum

4. *Unternehmer und Arbeiter müssen in den Fragen der sozialen Gesetzgebung, der Wirtschaftsplanung usw. gleichberechtigt zusammenarbeiten.*

Die Regelung der überbetrieblichen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Aufgabe darf nicht der staatlichen Bürokratie allein überlassen werden, sonst entsteht eine sich immer mehr aufblähende Planwirtschaft. In der Zusammenarbeit an dieser Regelung liegen die Ansätze zu einer leistungsständischen (oder mit einem anderen Wort berufsständischen) Ordnung. Sie kann nicht durch Gesetze von oben gemacht werden. Sie muß vielmehr von unten wachsen. Erst müssen Unternehmer und Arbeiter im einzelnen Betrieb aufrichtig zueinander gefunden und ihre Zusammenarbeit erprobt haben. Dann wird der gemeinsame Weg von selbst auch in den überbetrieblichen Raum führen.

Die besondere Verpflichtung des katholischen Unternehmers

Zum Schluß wies Professor Höffner darauf hin, daß er mit Absicht bisher nicht vom katholischen Unternehmer gesprochen habe. Seine Forderungen gelten vom Unternehmer schlechthin. Es sind Aufgaben, die in der natürlichen Ordnung gründen, im natürlichen Sittengesetz, das alle verpflichtet, Christen und Nichtchristen, denn die Wirtschaft gehört der natürlichen Ordnung an. Für den katholischen Unternehmer gilt darüber hinaus noch eine höhere Forderung. Er muß im Arbeiter nicht bloß den Menschen, sondern auch den Bruder und die Schwester in Christus sehen. Er besitzt ferner die katholische Soziallehre, die ihm besondere Verantwortung auferlegt. Er muß überall vorangehen, ja er muß den Arbeitern weiter entgegengehen, als jene ihm entgegenkommen. Sie sind die am meisten leidenden und die am härtesten geschlagenen Brüder Christi.
Und zuletzt warnt Professor Höffner noch davor, sich etwa nur aus Opportunität oder gar aus Angst vor dem Osten mit den Fragen der sozialen Neuordnung zu beschäftigen. Die Fragen müssen jeden aufs tiefste beunruhigen. Sie müssen in den Katholiken brennen aus tiefer Sorge um das Heil der Mitmenschen.

Probleme des Lohn- und Gehaltstarifwesens

Den zweiten Vortrag auf der Tagung des Bundes katholischer Unternehmer in Königswinter hielt Dr. F. Burgbacher, Köln, über die „Möglichkeit, in Lohn- und Gehaltstarifen unserer Sozial- und Wirtschaftsauffassung Rechnung zu tragen".

Dr. Burgbacher ging von der Frage aus, ob überhaupt das Prinzip des Tarifvertrages die zweckmäßigste Regelung für Lohn- und Gehaltsfragen darstellt. Der Tarifvertrag ist geboren als Schutzmaßnahme für die wirtschaftlich Schwachen. Er sollte in seiner ursprünglichen Form das Mindesteinkommen regeln. In der Praxis ist daraus geworden, daß ein genormtes Regeleinkommen festgesetzt wird, das in den allermeisten Fällen auch dem Maximum des Einkommens entspricht.

Für uns ist entscheidend, daß der Tarifvertrag sich auf ein Minimum der Einschränkung der persönlichen Freiheit beschränkt und den vielfältigen Gestaltungs- und Verbesserungsmöglichkeiten des täglichen Lebens freien Lauf läßt. Seine ursprüngliche Wesenseigenart, der Schutz des wirtschaftlich Schwachen, darf nicht in Vergessenheit geraten. Zu dieser sozialwirtschaftlichen Aufgabe tritt noch in gewissem Umfange eine planwirtschaftliche, d. h. volkswirtschaftliche Aufgabe hinzu. Entscheidend für die Beurteilung eines Tarifvertrages ist nicht das tarifvertragliche Prinzip, sondern der tarifvertragliche Inhalt.

Gefahren des Tarifvertrages

Der Tarifvertrag ist ein Kollektivvertrag mit allen Gefahren eines solchen. Er kann dazu führen, daß die genormte Gegenleistung die genormte Leistung bedingt, und das bedeutet den Untergang jedes persönlichen Leistungsstrebens. Auf lange Sicht gesehen, bedeutet es die Vermassung der in der Tarifvertragsgemeinschaft Arbeitenden. Es bedeutet Nivellierung.
Je weniger ein Tarifvertrag individuellen Möglichkeiten Raum läßt, umso mehr führt er zu marxistischen Vorstellungen und in letzter Konsequenz zu kommunistischer Wirtschaftsauffassung.

Vorteile des Tarifvertrages

Der wesentliche Vorteil des Tarifvertrages ist, daß er unter Festlegung der Einkommensuntergrenze den sozialen Schutz des wirtschaftlich Schwachen darstellt. Hätte der Tarifvertrag nur sozialwirtschaftliche Bedeutung, so würde die Festlegung der Einkommensuntergrenze, des sogenannten Existenzminimums, völlig genügen. Der Tarifvertrag hat aber unzweifelhaft im Laufe der Entwicklung auch erhebliche volkswirtschaftliche Bedeutung bekommen, vor allem dadurch, daß er die Regelung der Einkommen der Arbeitenden in ihrer Auswirkung der Weltmarktsituation anpaßt. Bei Würdigung der Zusammenhänge von Lohn und Preis stößt man unausweichlich auf die zwischen Lohn und Preis liegende Leistung. Es ergibt sich zwingend, daß mit steigender Leistung die Löhne steigen können, und es ergibt sich mit ebenso zwingender Konsequenz, daß es zu den Ungerechtigkeiten einer Wirtschaftsordnung gehören würde, wenn steigende Leistungen nicht zu steigenden Sozialeinkommen für alle führen würden, d. h. wenn die Mehrleistung nur einer bestimmten Schicht zufließen würde. Die meistens für jede Branche gleich hohen Lohn- und Gehaltstarife schließen auf dem Einkommensgebiet, wenn sie uniform sind, den Wettbewerb aus. Erstaunlicherweise gibt es auch auf der Unternehmerseite Anhänger dieses Prinzips bei Menschen, die sonst den freien Wettbewerb für das gesündeste Wirtschaftsprinzip halten.
Das Unternehmertum des Arbeiters und Angestellten besteht darin, daß er durch Verbesserung seiner Leistung auf körperlichem oder geistigem Gebiet seinen Lebensstandard bessern kann. Ein Unternehmer, der für sich selbst die private Initiative und das gesunde Leistungs- und Erwerbsstreben beansprucht, aber an Tarifverträgen mitwirkt, die gleiche Grundsätze für seine Mitmenschen im Ergebnis ausschließen, ist weder klug noch christlich. Er ist unklug, weil er Marxismus und Kommunismus, wenn auch unbewußt, fördert. Er ist unchristlich, weil es unmöglich ist, Grundsätze für eine bestimmte soziale Schicht zu fordern und sie für andere abzulehnen.

Grenzen des Tarifvertrages

Die Begrenzung der tarifvertraglichen Regelung liegt bei der Festsetzung des sogenannten Existenzminimums. Eine

Obergrenze für tarifvertragliche Regelung sollte es am besten insofern überhaupt nicht geben, als der Tarifvertrag nur zwingend die soziale Untergrenze festlegen und alles darüber Hinausgehende dem freien Spiel der Kräfte überlassen sollte.

In der Regel geschieht das aber nicht. Die Mitglieder der Arbeitgeberverbände werden verpflichtet, auch nicht *über* die Bestimmungen des Tarifvertrages hinaus Gegenleistungen zu gewähren. Daß ein derartiges Prinzip der genormten Gegenleistung auch in der Rückwirkung zu einer genormten Leistung und damit zu einer Uniformität im Leben führt, wird erstaunlicherweise wenig gewürdigt. Die in diesem Prinzip liegende Gefahr sollte uns veranlassen zu verlangen, daß zwar jeder verpflichtet ist, die Tarifuntergrenze einzuhalten, aber in der Entwicklung nach oben freie Hand hat, entsprechend dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung.

Eine wichtige Frage ist noch, wie weit in den Tarifverträgen sozialpolitische Fragen geregelt werden sollen. Diese Frage ist eine sehr umstrittene. Neben den staatlichen Organen als den Trägern sozialpolitischer, gesetzlicher Maßnahmen bleibt ein großes Feld für die unternehmerische Initiative, also für die betriebliche Sozialpolitik offen. Hier gibt es keine Grenzen. Die betriebliche Sozialpolitik hat eine ungeheure Bedeutung für das gesamte Leistungsvermögen eines Unternehmens, für die gesamte Arbeit und den Zusammenhalt aller Mitarbeitenden, so daß wahrhaft darauf Gottes Segen liegt.

Tarifliche Einzelfragen

Dr. Burgbacher machte dann eine Anzahl von konkreten Einzelvorschlägen:

1. Jeder Mitarbeiter muß die Möglichkeit haben, durch private Initiative sich verbessern zu können.

2. Der Leistungslohn ist auf allen Gebieten mit großer Bewegungsfreiheit anzustreben.

3. Das niederziehende Gefühl, daß ein Arbeiter mit zwanzig Jahren erstmals aus einem Fabriktor mit bestimmtem Stundenlohn herausgeht und annehmen muß, daß er mit 60 Jahren das Fabriktor mit dem gleichen Stundenlohn verläßt, muß beseitigt werden. In den Tarifverträgen müssen Möglichkeiten einer starken Entwicklung offen gelassen werden.

4. Nicht nur die Leistung, sondern auch das gesamte kulturelle und zivilisatorische sowie im allgemeinen Sinne politische Verhalten hängt davon ab, ob und was jemand gelernt hat. Es muß deshalb in den Tarifverträgen der Schutz der Lehrberufe enthalten sein. Es ist nicht ratsam, daß Ungelernte und Gelernte in den Tarifverträgen gleich behandelt werden, wenn auch im Verlaufe des Lebens durch das Leistungsprinzip die Unterschiede verwischt werden. Um die gesamte volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu halten und um zu erreichen, daß möglichst viele junge Menschen einen Beruf erlernen, sollte die Vergütung für Jungarbeiter und Jungangestellte in den Jahren, in die normalerweise die Lehrzeit fällt, nicht wesentlich höher sein, als die Vergütung der Lehrlinge. Damit wird der junge Mensch — und noch viel mehr dessen Eltern — vor der Versuchung bewahrt, sofort mehr verdienen zu wollen, aber dies damit zu bezahlen, daß er im Normalfalle seine gesamte weitere Lebensentwicklung behindert.

5. Um den Menschen, die erst im Laufe des Lebens erkennen, daß Lernen und Fachkenntnisse für sie Kapital bedeuten, noch eine Möglichkeit zu geben, sollte durch Werksprüfungen, die jeder auf Antrag ablegen kann, eine Verbesserungsmöglichkeit für das Einkommen geboten werden. So tritt neben den Gelernten mit Fachprüfung der Angelernte mit Werksprüfung.

6. Die Verwirklichung des Leistungslohnprinzips ist keineswegs überall einfach. Sie ist am einfachsten, wo die Leistung klar meßbar ist, dort führt sie zum Akkordlohn. Der gerechte Akkordlohn steht und fällt mit der gerechten Zeitnahme. Eine Überprüfung des Akkordlohns nur deshalb, weil die Einkommen sehr hoch geworden sind, ist nicht berechtigt. Die Überprüfung des Akkordlohnes hat nur dann seine Berechtigung, wenn durch technische oder andere Maßnahmen, die außerhalb der Leistung des Mitarbeiters liegen, die Akkordlohnvoraussetzungen sich ohne dessen Zutun verändert haben.

7. Zu den mißverständlichen Sozialmaßnahmen gehört, daß alles „sicher" sein soll. Sicher in diesem Sinne soll nur das Existenzminimum sein. Alles darüber hinaus ist insofern „unsicher", als es allein vom einzelnen abhängt. Die verlangte unternehmerische Bewegungsfreiheit für alle Mitarbeiter bedeutet naturgemäß auch das unternehmerische Risiko.

8. Welche vielfältige Möglichkeiten des Aufstiegs und der Entwicklung ein Tarifvertrag enthalten kann, sei an einem Beispiel aus jüngster Zeit klargemacht, in dem folgende Entwicklungsmöglichkeiten festgelegt sind:

Ungelernt,
Angelernt,
Gelernt mit Werksprüfung,
Spitzenfacharbeiter,
Vorarbeiter,
dazu Leistungszulage bis zu 25% der Tariflöhne.

9. Auch die Mitwirkung des Betriebsrates kann in weitem Umfange eingebaut werden. Es sei genannt: Mitwirkung bei der Werksprüfung, Vorschlagsrecht für die Leistungszulagen, Mitberatung bei Umstufungen, Mitwirkung bei der Zeitnahme für Akkorde, Mitberatung bei Betriebsumstellung, Mitwirkung bei Gewährung einmaliger oder laufender Sozialzulagen.

10. Damit sind gewisse Ansätze gegeben für die Entwicklung der Selbstverwaltung der Belegschaft.

11. Die Regelung sozialer Fragen ist zwar in vielen wesentlichen Dingen der staatlichen Regelung vorbehalten und daneben der betrieblichen Sozialpolitik, jedoch besteht auch die Möglichkeit, einige Fragen in Tarifverträgen zu regeln. Das gilt insbesondere für die Fragen des Frauen- und Kindergeldes. Diese Frage ist allerdings heiß umstritten; man kann auf dem Standpunkt stehen, daß auch dies eine Frage der Gesetzgebung ist.

Eine andere Frage ist das Treuegeld oder die Dienstalterzulage. Auch diese hat mit dem Leistungsprinzip nichts zu tun, sondern ist eine Sozialmaßnahme. Aber auch hier ist schwer zu unterscheiden, ob nicht auch der Dienstalterszulage ein Vorteil für das Unternehmen entspricht, der sich etwa kennzeichnen läßt mit den Worten Betriebserfahrung und Betriebsverbundenheit.

Weitere Maßnahmen, die die Freizügigkeit der Arbeitenden verhindern können, sollte man nicht treffen. Zu der schutzwürdigen Freiheit des einzelnen gehört auch seine Freizügigkeit im Arbeitsprozeß. Aus freiem Willen soll er einer Betriebsgemeinschaft angehören und bei ihr bleiben und nicht deshalb, weil man ihn in Versuchung

führt, gewisser Vorteile wegen seine eigene Entwicklung zu behindern.

12. Sehr überschätzt wird die Frage der Gewinnbeteiligung. Manche sehen in ihr schlechthin die Lösung der sozialen Probleme, das ist aber nicht so. Auf diesem Gebiet gilt in besonderem Maße die Erkenntnis, daß was der eine tut, nicht jeder tun kann, oder anders formuliert, daß es nicht gerechtfertigt ist zu verlangen, daß, wenn einige es tun können, es alle tun müssen.

13. Tarifpolitik ist Realpolitik. Wenn wir die Grundsätze unserer Auffassung auf das praktische Leben übertragen, so müssen wir die religiösen, ethischen und sozialen Überlegungen sinnvoll vermählen mit den realen Gegebenheiten und Möglichkeiten. Wir müssen vor allem auch nicht nur mit den Wirkungen rechnen, die wir erhoffen, sondern die Wirkungen sehen, die bei der Unzulänglichkeit des Menschen und der Dynamik der Wirtschaft eintreten können oder gar müssen. Hier spielen die Westmarkprobleme und vor allem auch die Stellung Deutschlands in der Welt nach dem verlorenen Krieg ihre Rolle. Die Steigerung unseres Realeinkommens ist nur und allein durch die Steigerung der Leistung möglich.

Die Arbeit in christlicher Sicht

Nach unserer Auffassung herrscht der Mensch und dient die Materie. Zur Materie gehört auch das Kapital. Bisher war in höchstem Umfange die Arbeit des Menschen in der Obhut des Kapitals. Wir müssen versuchen, das Kapital in die Obhut des Menschen zu geben. Jeder Mitarbeiter ist ein Teilhaber am Unternehmen mit allen Konsequenzen der Chancen, aber auch des Risikos. Der Christ liebt keine Revolution. Er schätzt und muß fördern die Evolution. Die Sätze, daß der Mensch das Kapital in seine Obhut nehmen soll und daß jeder Mitarbeiter Teilhaber am Unternehmen ist, sollen die Richtung kennzeichnen, auf die wir zwar fest im Ziel, aber beweglich in der Methode und behutsam in ihrer Erprobung hinarbeiten müssen.

Selbstverständlich entspricht die Mitwirkung der Arbeiter im Wirtschaftsleben christlichen Grundsätzen. Das kann in den Betrieben behutsam beginnen, und es ist nicht einzusehen, warum es bei Wirtschaftsverbänden, Industrie-, Handels- und Handwerkskammern nicht geschehen sollte: Die Versachlichung der Arbeit der Gewerkschaften steht und fällt mit der Aufgeschlossenheit in dieser Frage.

Von der sozialen Verantwortung, die jeder Verantwortliche im Wirtschaftsleben mindestens so stark empfinden muß wie seine finanzielle oder technische Verantwortung, kann und darf kein Tarifvertrag ihn freistellen. Das, was jeder Unternehmer an betrieblicher Sozialpolitik tun kann, muß er tun. Freilich muß auch jede Arbeiter- und Angestelltenvertretung erkennen und anerkennen, daß auf dem Gebiete der betrieblichen Sozialpolitik nach den Möglichkeiten des Betriebes gehandelt wird, also nicht jeder tun kann, was der andere tut. Warum soll aber auf dem Gebiete der betrieblichen Sozialpolitik Uniformität herrschen, die wir auf allen anderen Gebieten ablehnen? Nivellierung und Uniformität ist mit unseren Grundsätzen unvereinbar, und alles soll sich nach den Interessen der Freiheit des einzelnen und der Tatsache, daß der Mensch herrscht und die Materie dient, und zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen orientieren.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Die Kirche als „Eucharistische Bruderschaft"

Eine Stimme aus der evangelischen Kirche der Ostzone

In welcher Weise die Wiederentdeckung der grundlegenden Bedeutung des eucharistischen Sakraments durch evangelische Theologen, über die wir im Aprilheft berichtet haben, sich auf die Erneuerung der evangelischen Glaubensgemeinschaft auswirkt, davon zeugt ein Aufsatz des Generalsuperintendenten der Lausitz (südlicher Teil der Provinz Brandenburg), Günter Jacob, in der Zeitschrift „Die Zeichen der Zeit" (Heft 1/2 1949). Diese Darstellung ist nicht nur wichtig als Stimme aus dem leidgeprüften Osten, dem es aufgetragen ist, die neuen Erfahrungen kirchlichen Lebens zu machen. Vor allem ist Jacob, seit 1933 einer der aktivsten jungen Theologen der „Bekennenden Kirche", weniger Theoretiker als ein Mann der kirchlichen Praxis. Das gibt seiner Stimme besonderes Gewicht.

Mit einer Wendung gegen das Mißverständnis, als sei die Kirche Anstalt und Verwaltungsapparat — er hat hier die evangelische Behördenkirche alten Stils vor Augen — führt er aus, daß Christus nicht ein Predigtpublikum, sondern einen Kreis der Nachfolgenden gebildet hat, die in engster Gemeinschaft mit ihm lebten.

Die Gemeinde Christi als Lebensgemeinschaft

„Alle Berufung in die Nachfolge darf nicht in einem spiritualistischen, geistigen Sinne mißdeutet werden, sondern muß als Berufung in diese wandernde Gemeinde, in dieses wahre Israel als in ein sichtbares und alltäglich miteinander lebendes Volk (1. Petr. 2, 9 und Eph. 2, 19) verstanden werden. Die Apostel haben nicht ein Predigtpublikum um sich gesammelt oder die erweckten einzelnen aus pädagogischen Motiven zu einer Vereinigung gleichgestimmter Seelen zusammengefügt, sondern die Apostel haben die Menschen durch die heilige Taufe in die wirkliche Lebensgemeinschaft der Gemeinde eingefügt. Diese Lebensgemeinschaft hat sich in der Frühkirche niemals auf separate kultische Räume und religiöse Bezirke beschränkt, sondern umspannt von Anfang an die Totalität aller, auch der alltäglichsten Daseinsbezüge. Die Gemeinde Jesu Christi ist umgrenzte, gegliederte, leibhaftige und das gesamte Leben umspan-

nende und tragende Gemeinschaft. Wenn im neutestamentlichen Schrifttum die Glieder der Gemeinde immer wieder als „Brüder" bezeichnet werden, so ist dies keine Floskel, sondern der klare Ausdruck für die Tatsache, daß die Gemeinde eine wirkliche Lebensgemeinschaft, nicht anders als die Familie, ist! Von hier aus finden die Berichte der Apostelgeschichte über die Gütergemeinschaft in der Urkirche ihre selbstverständliche Erklärung. Nur in einer Zeit, in der das Wesen der Gemeinde als einer Lebensgemeinschaft zersetzt und stattdessen das Trugbild einer bloß innerlichen Verbundenheit in der gestaltlosen Masse herrschend geworden war, konnten diese Berichte mit einer leichten Handbewegung abgetan werden. Auch die paulinischen Briefe machen deutlich, wie die Gemeinde nicht irgendeine Scheingemeinschaft in erbaulichen Winkeln, sondern eine das tägliche Miteinander formende und gestaltende Lebensgemeinschaft ist, die in der Breite des Tages, in Gottesdienst und Diakonie, in Fürbitte und Fürsorge in die Erscheinung tritt. Diese Lebensgemeinschaft hat ihre eigentliche Mitte in der Eucharistie. Der Satz aus der Apostelgeschichte 2, 42: „sie blieben aber beständig in der Apostel Lehre und in der Gemeinschaft und im Brotbrechen und im Gebet" beschreibt in klassischer Weise diese Mitte, von der her die Gemeinde Jesu Christi in allen Zeiten lebt.

Die Eucharistie im Mittelpunkt

„Dem landläufigen Mißverständnis der Kirche als Anstaltskirche mit den objektiven Gegebenheiten Wort und Sakrament gegenüber bezeichnen wir die Gemeinde Jesu Christi daher als eucharistische Bruderschaft. Mit der Bezeichnung der Gemeinde als Bruderschaft sollen alle spiritualistischen Mißverständnisse abgewehrt sein. Denn Bruderschaft kann sich immer nur im umgrenzten Kreis und in der Nachbarschaft der einander leibhaftig Begegnenden und in solcher Begegnung als Brüder miteinander Lebenden ereignen. Eine Gemeinde Jesu Christi von zehntausend Seelen mag ein Predigtpublikum oder eine organisatorische Verwaltungseinheit sein, aber sie kann niemals im eigentlichen Sinne eucharistische Bruderschaft sein. Die Aufblähung der heutigen Gemeinden hat nicht nur im stürmischen Tempo der Wohnraumentwicklung ihre Ursache, sondern bringt zum Ausdruck, daß im kirchlichen Denken die leibhaftigen Gestaltungen der geistlichen Wirklichkeit weitgehend verlorengegangen sind. Gemeinde Jesu Christi als eucharistische Bruderschaft, die ihre Mitte in der Mahlgemeinschaft mit dem erhöhten Christus hat, kann nur als ein umgrenzter und übersehbarer Kreis derer in die Erscheinung treten, die einander in Alltag und Kultus begegnen, miteinander die Kommunion feiern und als die durch solche Kommunion Verbundenen handgreiflich im alltäglichen Leben füreinander sorgen. In der Mahlgemeinschaft mit dem auferstandenen Christus, in der Kommunion am „Leibe Christi", die zugleich eine innerste Verbundenheit der Kommunikanten untereinander „in Christo" begründet, hat diese Bruderschaft ihr eigentliches Fundament. So lebt die eucharistische Bruderschaft Tag für Tag im Gottesdienst und in der Fülle der Liturgie in Gebet, Fürbitte, Danksagung und Anbetung. So kehrt die Gemeinde täglich in Gottesdienst und Eucharistie in der Begegnung mit dem lebendigen Christus zu ihrer eigentlichen Mitte heim. Mitten in aller Weltenge und Zeitbedrängnis ereignet sich hier die wirkliche Gemeinschaft mit Christus und den himmlischen Mächten. Einem protestantischen Zerrbild erscheint die christliche Gemeinde oft als eine Anhäufung von Menschen, die ständig in dem Zustand bleiben, Objekte bloßer missionarischer Betreuung zu sein. Mit diesem Zerrbild bleibt man aber ständig am Tor der Kirche stehen und vergißt, daß die Kirche in ihrem Ursprung nicht nur einen Gottesdienst für Taufbewerber, sondern auch einen solchen für Gläubige kennt. Es gibt wirklich diesen inneren Raum: die Tischgemeinschaft der das Sakrament feiernden Bruderschaft.

Das Verhältnis von Eucharistie und Apostolat

„Wenn dieser Gottesdienst „Messe" genannt wird, so kommt darin zum Ausdruck, daß die eucharistische Bruderschaft ständig unter dem Gebot der Sendung in die Räume der Welt steht. Die eucharistische Bruderschaft wird in die Welt entsandt, der die Mahlgemeinschaft mit Christus feiernde Jüngerkreis erhält den Auftrag zum Zeugnis vor der Weltöffentlichkeit. So kann sich die Kirche immer wieder nur von der Eucharistie her, aus den Räumen der Liturgie, des Gebets und des Gotteslobes auf die dunklen und wüsten Felder der Welt entsenden lassen. Wehe, wenn aus der eucharistischen Bruderschaft der Gemeinde Jesu Christi ein Zweckverband der Aktivisten und Propagandisten geworden ist! Wehe, wenn die christliche Gemeinde unter der Vorherrschaft fremder Zwecksetzungen eilfertig auf die Welt losmarschiert! Wehe, wenn sich die christliche Kirche in herausfordernden und verteidigenden Zeitgesprächen mit dem Zeitgeist verliert und darüber ihr eigentliches Amt, den priesterlichen Dienst der Fürbitte, Danksagung und Anbetung und ihren eigentlichen Raum, den Raum des Friedens in der Feier des Herrenmahles, vergißt! Die geheimnisvolle missionarische Dynamik der Urkirche hat ihren tiefsten Grund in der gänzlichen Verwurzelung der eucharistischen Bruderschaft in den Fundamenten des täglichen Gottesdienstes gehabt. Gerade als eine Bruderschaft, die weltabgekehrt in der Eucharistie lebte, war die christliche Gemeinde befähigt, ihr Apostolat als Sendung in die Welt mit höchster Kraft zu verwirklichen."

In einem zweiten Abschnitt führt Generalsuperintendent Jacob den engen Zusammenhang von Liturgie und Diakonie aus. Von besonderer Eindringlichkeit sind seine Aussagen über die „politischen" Wirkungen der eucharistischen Bruderschaft in der Bannung dämonischer Mächte:

Die tätige Hinwendung zu den Verstoßenen und Erniedrigten

„Die Kirche Christi als eucharistische Bruderschaft ist im heutigen Deutschland auf diese Trümmerfelder und zu den hier vagabundierenden, der Masse hingegebenen einzelnen entsandt. Diese Sendung der eucharistischen Bruderschaft ereignet sich in der Mitte dieser Zeit, nicht hinter den chinesischen Mauern einer weltfernen Innerlichkeit, in der Einheit von Liturgie, Martyrie (Zeugnis) und Diakonie unter dem Zeichen des Kreuzes als dem Siegeszeichen über allen Weltnöten, planetarischen Verwirrungen und kosmischen Katastrophen. Es ist ein unseliges Mißverständnis, die Martyrie als den entscheidenden Auftrag der Kirche: „Ihr werdet meine Zeugen sein", auf die Predigt im landläufigen Sinne einzuschrän-

ken. Denn auch die Liturgie der Gemeinde, deren Reichtum sich vor allem in den Visionen der Apokalypse widerspiegelt, ist zuletzt Martyrie als Bezeugung der Herrschaft Jesu Christi vor einer Menschheit, die, abgestürzt und ausgebrochen aus der wahren Liturgie, einem Kultus der Götter und der Mächte verfallen ist, wie er uns in der Gestalt des politischen Kultus und der politischen Liturgie in Daniel 3 und Apokalypse 13 eindringlich beschrieben wird. Aber auch alle Diakonie der Kirche als die demütig-dienende Hinwendung zu den Zöllnern und Sündern, dem Aussätzigen und dem Schächer, den Entrechteten und Verstoßenen, d. h. also jeweils zu den verfemten Juden, den ausgebeuteten Proletariern, den geächteten Adligen ist in ihrem Kern eben Martyrie als Bezeugung der Herrschaft des Jesus Christus, der der Herr aller Verworfenen und Geschändeten ist! Die Martyrie als die Bezeugung des Sieges Jesu Christi über alle Dämonen der Erde und über alle Mächte der Welt umfaßt in ihrer Weite über alle bloße Predigt hinaus das gesamte liturgische und diakonische Handeln der Kirche. Indem die Gemeinde Christi gestern den rassisch verfolgten Sternträger als Bruder beim Mahl der Kommunion grüßte (es war eine Ketzerei, dem nicht-arischen Christen zu sagen, daß man mit ihm zwar in einer unsichtbaren Kirche verbunden sei, daß man aber sichtbar mit ihm keine Gemeinschaft pflegen könne!) und dann selbstverständlich auch diesem Bruder in seinen politischen und wirtschaftlichen Bedrängnissen mit der Fürbitte und der Fürsorge half, und indem die Gemeinde Jesu Christi heute etwa einen ehemaligen Nazi, der Christ geworden ist, als Bruder in ihrer Mitte birgt und umhütet in einer Fürsorge, die auch das Ärgernis politischer Vorwürfe nicht scheuen darf, bezeugt die Gemeinde vollmächtig und wirklichkeitsnah die lebendige Herrschaft Jesu Christi in dieser Zeit. Mit diesem Zeugnis wird zugleich die Herrschaft der Dämonen, wie sie in der Absolutsetzung irdischer Normen als eine Tyrannei über die Menschen an den Tag tritt, durch solches Handeln der Gemeinde vor aller Welt gebrochen. Hier wird Kirche sichtbar als Bruderschaft im Sinne eines leibhaftigen Lebensraumes, nämlich jenes Raumes des Friedens Christi, an dem die Dämonien der Welt zuletzt einfach scheitern und zerschellen.

Sieg über die Dämonen

Die eucharistische Bruderschaft lebt in der Anbetung des Kyrios als des Königs aller Könige und Herren aller Herren. Diese Anbetung bedeutet zugleich als Handeln der Kirche die Entthronung aller anderen Könige und die Verwerfung aller anderen Herren, die Entmächtigung der politischen Gewalten und die Bannung aller terroristischen Geister der Erde im Namen Jesu Christi! So wird alles liturgische Handeln der Kirche heute wie in der Urkirche zum exorzistischen Handeln. So wird alle Liturgie, den musealen Bezirken entrissen, zu einem wahrhaft politischen Akt vor dem Forum der Zeit. Deshalb ruft der Gottesdienst der eucharistischen Bruderschaft notwendig die Menschen der Gegenwart zum Für und Wider, zur Heimkehr in die wahre Anbetung des Kyrios oder zur Verstockung unter der Herrschaft der Dämonen. Zugleich wendet sich die eucharistische Bruderschaft in der Liebe Christi zu den Elenden dieser Tage, zu den Erniedrigten und Beleidigten unserer Zeit und trägt im diakonischen Handeln alle Lasten dieser Menschenbrüder mit. Auch in diesem diakonischen Handeln, das alle innerweltlichen Maßstäbe zerbricht und jeglichem Opportunismus absagt, ist immer ein politischer Akt beschlossen, in dem christliche Barmherzigkeit konkret sichtbar wird als Vorwurf und Angriff auf den Geist politischer Besessenheit, der um eines politischen Dogmas willen, wie wir es erlebt haben, im dämonischen Rausch Menschenleben zerbricht und Menschen den Göttern opfert!

Wer diese Zusammenhänge bedenkt, wird begreifen, daß es keine klerikale Übersteigerung, sondern eine nüchterne Feststellung ist, wenn gesagt wird, daß die eucharistische Bruderschaft auch heute inmitten einer turbulenten und chaotischen Welt das Salz der Erde und das Licht der Welt ist. Sie „berichtet" nicht in der Form der Lehre und des Unterrichts über den Sieg Christi, sondern sie stellt in ihrem liturgischen und diakonischen Handeln, in der Universalität ihrer Existenz den Raum wirklich dar, in dem der Sieg Jesu Christi vor der Welt sichtbar wird."

Kirche der Apostel
Um die „Widerstandslinie" der evangelischen Exegese des N.T.

Die wissenschaftlich-theologische Auslegung der Heiligen Schrift stand in den evangelischen Kirchen immer in hohem Ansehen, aber sie hatte nicht immer die gleiche Bedeutung für das kirchliche Leben. Unter dem Einfluß des Historismus und der Leben-Jesu-Forschung war es der neutestamentlichen Exegese vor 30 Jahren gelungen, die Kirche zu unterwühlen durch die Leugnung, daß Jesus sie habe gründen wollen. Darin ist ein völliger Umschwung eingetreten, von dem wir im Heft 6 und 7 dieses Jahrganges einige neuere Proben berichtet haben. An ihnen wurde bereits deutlich, daß diese neutestamentliche Exegese sich völlig losgemacht hat von dem „Materialprinzip" der reformatorischen Schriftauslegung — wonach die Rechtfertigung aus dem Glauben „die Mitte" der Schrift sei — und daß sie in ein entscheidendes Stadium eingetreten ist: die Kirche der Apostel mit den Elementen eines eigenen kirchlichen Rechts ist eine Schöpfung Jesu, sogar der Primat des Petrus wird kaum mehr bestritten; lediglich „die Übertragbarkeit" der einzigartigen Stellung der Apostel, besonders des Petrus, auf die Kirche der Väter bleibt ein Problem. Die exegetische Forschung bemüht sich immer noch um den Nachweis, daß das im 1. Clemensbrief aufgestellte Prinzip der Apostolischen Sukzession der Bischöfe, das „den Beginn des Katholizismus" darstelle, nicht im Neuen Testament belegbar sei. Heinrich Schlier, Bonn, hat indessen bewiesen, daß mindestens die Pastoralbriefe die lückenlose Verbindung zum 1. Clemensbrief herstellen (vgl. H. 6, Seite 290/91). Inzwischen kündigt *Ernst Käsemann,* Göttingen, über dessen Auslegung der Konsekrationsformel in 1. Kor. 11, 23 als „verbindliche Formel heiligen Rechts" wir im letzten Heft berichteten, neue Forschungen über das Lukasevangelium und die Apostelgeschichte des Lukas an.

Der Apostel garantiert die Wahrheit in rechtlichem Sinne

In seiner ziemlich negativen Beurteilung des Buches von Markus Barth „Der Augenzeuge" in der „Theologischen Literaturzeitung" (November 1948 Sp. 665 ff) finden wir folgende Bemerkung:

„Nur in seiner Eigenschaft als Tatsachenzeuge (sagt Barth) kann der Apostel historisch legitimierte Wahrheit verkündigen und in Verfolg dessen auch leidender Zeuge werden. Nur in dieser Eigenschaft garantiert der Apostel darüber hinaus alle christliche Verkündigung, und *das in rechtlichem Sinne,* wie er in dieser Bedeutung denn auch unlöslich zur Fleischwerdung Jesu Christi selbst hinzugehört und nicht bloß Repräsentant der Kirche, sondern zugleich der des Christus für die Kirche ist. — Man wird diese These (fährt Käsemann fort) für die lukanischen Schriften gelten lassen müssen. Der ganze frühkatholische Kirchenbegriff der Acta mit seiner Traditions- und Sukzessionstheorie steht und fällt mit diesem Begriff vom Apostolat als Garanten christlicher Botschaft. Denn wie bei Barth wird in den Acta der Apostel nicht mehr allein — urchristlich! — als Zeuge der Auferstehung, sondern erweitert als Zeuge des gesamten Christusgeschehens genannt, und zwar um auf diese Weise die Überlieferung der Worte und Taten Jesu als historisch verbürgt weitergeben zu können. Man wird sogar der Meinung sein dürfen, daß Barth in der Herausarbeitung dieser Actatendenz des Guten eher zu wenig als zuviel tut". Der „Frühkatholizismus" wird also als legitime neutestamentliche Erscheinung wieder entdeckt: „Der lukanische Begriff des Apostolats verdient die Beachtung, die Barth ihm schenkt, weil er frühkatholische Theorien bereits im Neuen Testament vorliegend zeigt" (Sp. 667). Nachdem die Exegese einmal erkannt hatte, daß der von Moses und Elias als Messias beglaubigte Jesus ein neues „Volk des Eigentums" in einem „Neuen Bunde" hat schaffen wollen anstelle des durch Moses gegründeten Volkes (Exodus 19, 5), gewinnt freilich die Auswahl von zwölf „Aposteln" und weiteren 70 „Jüngern" zur Führung dieses Volkes (Luk. 9 und 10) und ihre Ausstattung mit der Vollmacht und Kraft gegen das ganze Heer des Widersachers eine unmittelbare Analogie zu der Übertragung der Last der Verantwortung durch Moses auf 70 Älteste (Numeri 11, 16 ff), die von der Kraft seines Geistes erfüllt werden, und auf die Apostel als die zwölf Richter der zwölf Stämme: also gleichsam die Konstituierung des charismatischen Führungsstabes für das Volk des Neuen Bundes, füglich auch mit rechtlichen Folgen, der förmlichen Übergabe des Reiches Christi an die Apostel (Luk. 22, 29f) anläßlich des Abendmahles, mit dem Sonderauftrag für Petrus (Luk. 22, 31 f). Ist das Prinzip einer rechtlichen Konstituierung sowie der „katholische" Traditions- und Sukzessionsbegriff erst im Neuen Testament aus dem Vorstellungsbereich des Alten Testaments entdeckt, dann sind die Folgerungen unausbleiblich: eine neue Welt leibhaften religiösen Denkens, eine neue Christologie tut sich auf! Man kann diese Zeichen der Zeit gar nicht früh genug vermerken als eine Führung des Heiligen Geistes. Ihre Auswirkungen auf das kirchliche Denken vor allem der jüngeren evangelischen Theologengeneration sind unausbleiblich.

Die Fragen der kirchlichen Vollmachten

In dem deutlichen Bewußtsein, daß „an der richtigen Erkenntnis des Apostolats die Begründung jeder kirchlichen Vollmacht und jedes kirchlichen Rechts hängt", hat auch Professor *Hans Freiherr von Campenhausen* als verantwortlicher Teilnehmer interkonfessioneller Gespräche eine Untersuchung über „Der urchristliche Apostelbegriff" veröffentlicht, über die wir hier berichten, da sie in der schwedischen Zeitschrift „Studia Theologica" (I. 1—2, 1947 Lund) erschienen und schwer zugänglich ist. Campenhausen geht aus von der Worterklärung des Apostolos, die im klassischen Griechisch noch nicht das charakteristische Merkmal rechtlicher Bevollmächtigung und persönlicher Stellvertretung hat. Erst die Übersetzung des Alten Testaments ins Griechische, die Septuaginta, verwendet das Wort für einen juristischen Begriff des Hebräischen, und dieser geht in die Schriften des Lukas und Paulus ein, der beiden Kronzeugen für den neuen „christlichen" Apostelbegriff, der sich von dem entsprechenden jüdischen Begriff rechtlicher Stellvertretung nur insofern unterscheidet, als es sich hier nicht um den Apostolat menschlicher Autoritäten, sondern um den Apostolat Jesu Christi handelt. Lukas hat bei diesem Begriff das besondere Interesse, ihn auf „die Zwölf" abzugrenzen und ihnen eine eigene Vollmacht zuzuschreiben. Aber der Begriff muß in die früheste Zeit der urchristlichen Gemeinde zurückreichen, denn Paulus setzt ihn schon voraus, bei dem er sich indessen noch nicht auf die Zwölf beschränkt: er rechnet mindestens noch den Herrenbruder Jakobus und sich selbst dazu. Hier hat nun Campenhausen ein theologisches Interesse an dem Nachweis, daß Paulus wenig an der Geltendmachung seiner besonderen Apostelrechte gelegen habe, und daß der Inhalt, den er dem Apostolat gegeben habe, nicht als allgemein angenommen werden dürfe; dazu gehört das Recht, in der Vollmacht Jesu Christi zu predigen und zu missionieren, neue Gemeinden zu gründen und zu leiten und Gehorsam von ihnen zu fordern: Paulus vertritt also unmittelbar seinen Auftraggeber Christus. Das Recht zur Entsendung eigener Delegaten, wie es Schlier findet, erwähnt Campenhausen nicht. Selbstverständlich kann der Apostel auch Wunder tun, also den Beweis des Geistes und der Kraft führen.

Leider behauptet nun Campenhausen, auf die wichtige Frage: „Wie kommt es konkret zur Begründung des Apostelamts?" sei eine unmittelbare Antwort nicht zu gewinnen. Die schon 1944 von Ethelbert Stauffer (zu 1. Kor. 15, 5) vorgetragene Theorie (Zt. f. Kirchengeschichte 62), wonach „Petrus einen Sonderauftrag empfangen habe, der die zeitliche und sachliche Voraussetzung bildet für die generelle Beauftragung des Zwölferkreises", lehnt er ab! Er hält es „nur für wahrscheinlich, daß die Apostel den apostolischen Auftrag durch die Begegnung mit dem Auferstandenen selbst in Empfang nehmen", meint aber im Unterschied zu Markus Barth (und Käsemann), daß das Zeugentum nicht mit dem Apostelbegriff verbunden gewesen sei. Erst Lukas habe das fest umrissene Apostelbild der zwölf bevollmächtigten Zeugen und Missionare geschaffen, die Jesus noch zu seinen Lebzeiten ausgewählt und beauftragt hat.

Apostolische Autorität und Glaubensgewißheit

Nach dieser Klärung stellt Campenhausen die entsprechende Frage an die urchristlichen Quellen, wie die Berufung auf die Apostel Halt und Gewißheit für den Glauben bringen könne, und „in welchem Sinne gilt die gegenwärtige und vollends die in der Tradition bewahrte Vollmacht und Autorität der Apostel und des apostolischen Wortes?". Er sagt dazu: „Die urchristlichen Zeugnisse werden dort mißverstanden, wo man sich die apostolische Vollmacht so vorstellt, als wären die Apostel in jeder Hinsicht, mit jedem Wort und in jeder Anord-

nung, die sie gelehrt oder getroffen haben, eine unbedingt und sozusagen mechanisch wirkende Autorität gewesen, und als hätte es eine uniforme, apostolische Lehre gegeben, die die Gemeinde bloß als solche zu übernehmen hatte". Ein „solches Bild urchristlicher Einheit sei auch nicht ansatzweise richtig", wofür Campenhausen als Beweis anführt, daß Paulus „auf einen förmlichen Ausgleich der differierenden Ausprägungen des Christentums, etwa zwischen sich und Apollos oder sich und Petrus ausdrücklich keinen Wert legt" (was doch nicht zu der vorsichtigen, aber ebenso unnachgiebigen Behandlung der Korinther paßt, die Paulus durch stärkste Geltendmachung seiner apostolischen Autorität und durch Entsendung seiner Legaten Timotheus und Titus in den Gehorsam zurückführt, allerdings noch ohne die entsprechenden Canones eines CIC). Da also, sagt Campenhausen, „die Christuswirklichkeit in ihrer lebendigen Bezeugung durch die Apostel wesenhaft nicht ein totes Datum, sondern nur im Bekenntnis und nur gedeutet erscheint, so ist damit nicht die Vielfalt der Ausdrucksformen, sondern auch die Möglichkeit von Irrtum und Widerspruch gegeben". Worauf Campenhausen hinaus will (der die „Unfehlbarkeit" des einzelnen Apostels bezweifelt und die Unfehlbarkeit der Kirche durch den Heiligen Geist nicht sieht), ist die Haltung des Paulus in Gal. 1, 8, die „mit unüberbietbarer Klarheit das Grundsätzliche des paulinischen Vollmachtsgedankens zeigt: Christus, das Evangelium, dieser Grund liegt fest, und zu ihrer Verkündigung ist der Apostolat gestiftet. Alles andere, was Menschen sonst glauben und lehren mögen, wird sich dagegen noch zu erweisen haben (1. Kor. 3, 10 ff). Die Wahrheit kann über ihr eigenes Gewicht hinaus nicht noch einmal durch eine Unfehlbarkeit des Apostels gesichert werden; zuletzt muß das von den Aposteln gelegte Fundament auch die Apostel tragen, gerade auch im Urteil der Gemeinde, und nicht umgekehrt."

So lenkt Campenhausen in die evangelische, von der 1. Sektion in Amsterdam als spezifisch „protestantisch" definierte Auffassung (Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 3, S. 131) zurück, die möglichst an der apostolischen Autorität und Tradition vorbei zur Christusunmittelbarkeit drängt. Er sagt: „Christus, der der Gemeinde durch das Wort der Apostel nahe gebracht worden ist, ist in diesem Wort nicht etwa nur Objekt der Verkündigung, sondern ist in seinem Evangelium selbst als Handelnder, als Subjekt wirksam und gegenwärtig (S. 39.41.53.57.65) (Das lehrt auch „Mystici Corporis". D. Schriftl.) ... Und weiter: indem sich die Gemeinde dem Wort der Apostel unterwirft, hat sie selbst an Christus teilgenommen, hat sie seinen Geist empfangen. Sie ist grundsätzlich befähigt und auch berufen, alles zu prüfen und zu beurteilen ..., auch „falsche Apostel" zu erkennen und abzuweisen. So suche Paulus „zuletzt nicht Unterordnung, sondern die Gemeinschaft in der Gewißheit, daß der Geist den Geist erkennen und anerkennen wird." Weder bei ihm noch bei Lukas sei „von Rechten und Vollmachten, die den Aposteln als solchen zuständen oder nur durch sie weitergeleitet werden dürften, die Rede". Aber Campenhausen möchte die evangelische „Widerstandslinie" nicht preisgeben, indem er die Einmaligkeit des Apostolats und seiner Funktion behauptet, ohne die Funktion der Grundlegung der Kirche, die einmalig und einzigartig bleibt, zu unterscheiden von der Hirtenvollmacht, die rechtlich weiter übertragen wird.

Campenhausen hat Interesse an der „mündigen Gemeinde", die er von Johannes bezeugt sieht. Der Schluß seines Aufsatzes, dem man das ernste Ringen mit den Thesen seiner katholischen Gesprächspartner abspürt, läßt in der Beurteilung des neutestamentlichen Kanon erkennen, daß der Verfasser die „Mündigkeit" der „Gemeinde" in der Gesamtkirche verwirklicht sieht; und er bekennt sich zu „der Kirche der Apostel".

Die Frage des Anfangs, worauf sich denn nun „jede kirchliche Vollmacht und jedes kirchliche Recht" zu begründen habe, wenn nicht auch auf die rechtliche Kontinuität zu der Kirche der Apostel, bleibt einstweilen unbeantwortet. Das ist die Existenzfrage der evangelischen Ämter. Ihre Beantwortung würde eine weitere exegetische Bemühung erfordern und dazu die Überprüfung der Aussagen der Bekenntnischristen auf ihre Schriftgemäßheit, wie sie mit dem Werk von Edmund Schlink über „die Theologie der lutherischen Bekenntnisschriften" eingeleitet worden ist (2. Auflage 1947, bes. S. 398—418).

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Liebet eure Feinde

Es gibt gewisse Personen, über die die Christen offenbar nur unter größten Schwierigkeiten christlich reden können. Das sind die Feinde! Sollte man es für möglich halten? Lernen wir nicht von Kindsbeinen an, daß das Liebesgebot Christi gerade darin die natürliche Moral übersteigt, daß es die Feinde mit einschließt? Aber so ist es! Wer redet zum Beispiel mit Liebe von den Kommunisten, den Marxisten und den Bolschewiken?

Ich höre, wie mir ein ganzer Chor entgegenschreit: Aber das sind ja nicht unsre Feinde, das sind die Feinde Gottes!

Ich glaube, in diesem Punkt sollten wir nicht zu selbstsicher sein. Unter uns sind auch viele Feinde Gottes, und auf der Gegenseite hat er gewiß auch seine Freunde, die wir nur nicht erkennen und die sich selber vermutlich nicht erkennen, die Er aber kennt.

Wir reden uns meist darauf heraus, daß wir nicht die Menschen hassen, sondern die Prinzipien, die Irrlehren, denen sie verfallen sind; nicht die Sünder, sondern die Sünde, wie man das auszudrücken pflegt. Das wäre natürlich sehr schön, wenn es wahr wäre. Aber das Schlimme ist, daß wir um den Sünder, wenn es ein solcher ist, dessen Sünde darin besteht, dem Irrtum verfallen zu sein *und auf der Gegenseite zu stehen,* nicht

trauern, sondern daß wir ihn verhöhnen. Wir schieben ihm fast immer unedle Beweggründe unter und vergessen ihm gegenüber, daß auch mit dem reinsten Wollen Irrtum verbunden sein kann.

Ich muß nun allerdings sogleich sagen, daß mir die Lektüre der Herder-Korrespondenz im allgemeinen auch darum so angenehm ist, weil sie versucht, auch die Feinde gerecht darzustellen — umso mehr betrübt es mich, wenn sie gelegentlich doch einmal ihren ernsten und ruhigen Ton aufgibt und sich zu höhnischen, gereizten Formulierungen hinreißen läßt. Wenn ihr das unterläuft, handelt es sich fast immer um östliche Dinge oder um Vorgänge im Zusammenhang mit dem westlichen Kommunismus. Und ich kann leider nicht umhin, mir vorzustellen, daß ein Teil der Leser gerade dies mit einer Art Behagen liest und sich gleichsam innerlich die Hände reibt und denkt: Gib's ihnen, gib's ihnen, so ist's recht! So wie man auch im Gottesdienst immer ein gewisses Wohlbehagen feststellen muß, wenn der Prediger z. B. etwas gegen die Besatzungsmächte (einen anderen Feind!) sagt. So etwas scheint mir in erschreckender Weise gegen die Liebe zu verstoßen. Eine Zeitschrift wie die Herder-Korrespondenz hat hier, glaube ich, eine ähnliche Verantwortung wie der Priester auf der Kanzel: sie darf auf keinen Fall dazu beitragen, daß der Haß wächst.

Die atheistische und materialistische Weltanschauung, die zudem den Wert der einzelnen menschlichen Person nicht anerkennt, ist natürlich unser furchtbarer und gefährlicher Gegenspieler. Aber die Christen dürfen doch auf keinen Fall ihm gegenüber die einzige wirkliche Waffe aus der Hand geben, die sie haben, nämlich die christliche Liebe (durch die sich die Existenz Gottes und die Wirklichkeit Christi in der Zeit bezeugt!). Wir fangen heute an, diese feindliche Weltanschauung ernst zu nehmen und uns zu fragen, wo ihre Wurzeln liegen und wodurch sie überzeugt. Das scheint mir auch tatsächlich der einzig mögliche Weg, sie zu besiegen. Wir müssen nun aber auch jedes einzelne Geschehnis in der gleichen Weise ernst nehmen und vor allem jeden einzelnen Menschen, der in dieser Weltanschauung lebt oder von ihr angezogen wird, und wir müssen begreifen, daß er guten Willens sein kann. Gewiß, wir wissen nur allzu genau, wie leicht und leichtfertig jene Weltanschauung Menschen und Kräfte in ihren Dienst nimmt, die wir böse nennen müssen, vor allem die Macht der Lüge. Aber von drüben her gesehen werden wahrscheinlich viele Vorgänge bei uns sich auch nicht gerade glänzend präsentieren! Wie dem auch sei: gerade das wirklich Böse ist für den Christen kein Gegenstand des Hohns (womit es von gegnerischen *Politikern* gern übergossen wird), sondern des Schmerzes, des Grauens und auch der Zerknirschung. Die verblendeten Gefolgsleute aber sind ganz einfach Menschen, unsresgleichen, die ernst genommen werden wollen, wie auch wir selbst ernst genommen werden wollen. Wenn sie ungerechte Vorwürfe gegen uns erheben und unsre Ideale angreifen, weil sie sie in verzerrter Gestalt sehen, so müssen wir bedenken, daß diese Vorwürfe doch meist ein Fünkchen Wahrheit enthalten, das sich in ihrem Brennspiegel sehr leicht als gefährliches Feuer darstellen kann. Wir müßten sie eines Besseren belehren. Wo wir von Menschen nicht mit Bestimmtheit das Gegenteil wissen, sollten wir als Christen jedenfalls Gutgläubigkeit bei ihnen voraussetzen, und in jedem Fall sollten wir die höhnischen kleinen diskreditierenden Wörtchen vermeiden, die niemals Liebe ausdrücken können, weder gegenüber verkannten Freunden noch gegenüber echten Feinden.

Düsseldorf *Dr. K. S.*

Selbstbetrug der Christenheit?

Ist Ihre Berichterstattung über die Verfolgung der Kirche im Osten nicht zuweilen auf einen falschen Ton gestimmt, den Ton frommer Empörung, die sich sowohl gegen „die Feinde Gottes" wie gegen das Schweigen des Westens richtet? Fehlt dann nicht die biblische Schau, die zu fruchtbarer Erkenntnis verhilft, die prophetische Verherrlichung Christi, durch den „alles erschaffen ist im Himmel und auf Erden, Sichtbares und Unsichtbares, Throne, Herrschaften, Fürstentümer und Mächte.. Er steht an der Spitze des Alles.. und ist das Haupt des Leibes, der Kirche." (Kol. 1, 16f). Wenn es so ist, darf dann die Freude der Erlösten fehlen? „Wenn das eintritt, dann richtet euch auf und erhebt euer Haupt! Eure Erlösung naht!" (Luk. 21, 28).

Berichte über Ereignisse sind allerdings keine Predigten, und die „Herder-Korrespondenz" ist kein Sonntagsblatt. Aber der Grundton der Berichte über die Drangsal der Kirche kann dennoch aus dem Lobpreis Gottes kommen, aus dem Bewußtsein, daß unsere eigentliche Mission als Christen darin besteht, zu „überwinden", wie die Apokalypse sagt. Auf diesem Hintergrund werden Ihre wertvollen Berichte die letzte Sachlichkeit und Tiefe erreichen, die gerade in ihrer Nüchternheit erbaut.

Das ist gewiß nicht leicht und selbstverständlich. Denn wir müssen immer mehr einem eingefleischten Selbstbetrug den Abschied geben, der Illusion nämlich, als sei jede den Christen und ihrer kirchlichen Existenz zuwidere Wendung der Geschichte ein Werk des Satans, böser Mächte. Dem widersprechen zwei Glaubensgewißheiten:

1. Der Glaube der Kirche sagt: Christus lenkt an der Seite des Vaters die Geschichte der Mächte und Seiner Kirche. Jede Versuchung, die uns Christus als einen ohnmächtigen Gott neben andern „Mächten" erscheinen läßt, ist Unglaube und führt ins Verderben.

2. Der Glaube der Kirche weiß um das Gericht, das alle menschliche Existenz unfehlbar ereilt, auch die kirchliche Existenz des Menschen — wenn auch nicht die Kirche als die makellose Braut ihres Herrn selbst. Man lese die heute viel beachteten Sendschreiben an die sieben Gemeinden in Kleinasien in der Apokalypse Johannes. Diesen Gemeinden werden ihr Glaube, ihre Leidensbereitschaft, ihre „Werke" nachgerühmt, es wird vieles von ihnen gesagt, was von unseren Gemeinden nicht gilt. Und doch werden sie daran erinnert, daß sie lau sind, daß es ihnen an der letzten Bereitschaft fehlt, ohne die man das Gericht nicht besteht.

Wer sich dieser beiden Glaubenserfahrungen der Kirche bewußt bleibt, wird nicht jede „Verfolgung" nur als Werk des Widersachers mit Empörung beantworten, als hätten wir das Recht, müde zu sein und auf Versicherungen zu pochen. Statt dessen werden wir mit den Propheten des Alten und des Neuen Bundes damit rechnen, daß Gott selber diese Drangsal wünscht, um die Christenheit heimzusuchen, wie er einst Israel heimgesucht hat, das auch seiner „Sakramente" zu gewiß war und

dadurch in Ungehorsam fiel (1. Kor. 10, 1ff). Gott selber könnte es sein, der seine Christenheit in eine Verfassung bringen will, die sie heiliger und wachsamer, auch einmütiger macht, so daß sie „überwinden" lernt. Das lernt sie nicht im faulen Frieden.

Darum: „... erhebet euer Haupt. Denn eure Erlösung naht!"

Wildberg *Dr. H. M.*

Ein Rat Karl Barth's

Die „Herder-Korrespondenz" vom Dezember 1948 (III. Jhg., H. 3, S. 130) brachte in ihrem Kommentar zum Bericht der 1. Sektion des Ökumenischen Rates in Amsterdam über die Kirche eine unzutreffende Unterstellung, die berichtigt werden sollte.

Es war bemerkt, die beiden Kernsätze der „Übereinstimmung" (agreement III A und B) in der Lehre von der Kirche seien eine „spiritualistische Abstraktion, die das Gemeinsame von 148 Kirchenphänomenen herausgefiltert" habe. Diese „die konkrete geschichtliche Kontinuität ausklammernde Methode" werde sich kaum als fruchtbar erweisen, „besonders im Hinblick auf das erwünschte Gespräch mit Rom", und berge in sich die Gefahr einer Konzession an einen theologisch schon fast überwundenen Protestantismus liberaler und amerikanischer Prägung." Vielleicht sei dies eine Folge der von Vielen bedauerten finanziellen Abhängigkeit der ökumenischen Arbeit von den amerikanischen Denominationen.

Der interessante und kritische Bericht über das Ergebnis der ersten Sektion, den eines ihrer lutherischen Mitglieder, Prof. D. Edmund Schlink-Heidelberg, in der „Theologischen Literaturzeitung" November 1948 veröffentlicht hat, enthält die merkwürdige Mitteilung (S. 647):

„Von große Hilfe war (bei der Formulierung dessen, „was alle Konfessionen im gemeinsamen Glauben über die Kirche sagen können") der methodische Rat von Barth, innerhalb der Lehrunterschiede die Übereinstimmung und wiederum innerhalb der Übereinstimmung die Unterschiede herauszuarbeiten. In einer unvergeßlichen, überaus fruchtbaren Gemeinschaftsarbeit unter der ausgezeichneten Leitung von Bischof Lilje wurden, diesen Anweisungen gemäß, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in ihrer gegenseitigen Verklammerung herausgearbeitet, und gerade die immer wieder vollzogene Umkehrung des Verhältnisses von Übereinstimmung und Unterschied erlaubte eine solche Differenzierung des Gespräches und der Formulierungen, daß eine jede der in Amsterdam vertretenen ekklesiologischen Positionen in ihrem Selbstverständnis ernst genommen wurde und die zusammenfassenden Formulierungen des Sektionsberichtes bejahen konnte."

Immerhin kommt auch Schlink zu dem Urteil, „daß die Amsterdamer Konferenz hinsichtlich der Lehre von der Kirche nicht wesentlich über die Ergebnisse von Oxford und Edinburgh hinausgeführt hat."

Vielen wird dieser hervorragende Einfluß von Karl Barth in der protestantischen Ökumene nichts Überraschendes sein. Seine neue irenische Methode, von der auch sein bedeutendes Werk über die „Protestantische Theologie im 19. Jahrhundert" (Zürich 1947) Zeugnis ablegt, wird auf dem ökumenischen Felde vermutlich von dem strategischen Gesichtspunkt diktiert gewesen sein, angesichts der unbefriedigenden Vorarbeiten der 1. Studienkommission die Situation zu retten und alles zu tun, um den Zusammenhalt der im Ökumenischen Rat vereinigten Kirchen zu fördern, und sei es durch eine Abstraktion, damit keine dieser Kirchen zu dem Resultat kommt, daß hier die einen und die anderen „einen andern Christus" haben, nicht nur „Unterschiede", und damit folglich keine dieser Kirchen in die Versuchung zurückfällt, ihr ökumenisches Gespräch mit Rom selbständig und direkt wiederaufzunehmen; wozu bei den im Bericht als „katholisch" bezeichneten Kirchen, also z. B. Anglikanern und Orthodoxen, eine nie zum Schweigen gebrachte Neigung besteht.

Es dürfte also weniger amerikanisches Geld oder amerikanischer Protestantismus zu diesem Ergebnis der 1. Sektion geführt haben, sondern vielmehr der „Geist von Genf", eine wachsame kalvinistische Neigung, die Führung der Dinge nicht aus der Hand zu verlieren. Wenn das so wäre, stünden wir vor einer ernst zu nehmenden weltpolitischen Potenz; und die Feinde des Christentums brauchten mit seiner „Einheitsfront" kaum mehr zu rechnen!

Berlin *Pf. B.*

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

ALTANER, Berthold. *Zur Frage der Definibilität der Assumptio B.M.V.* In: Theologische Revue Jhg. 44 Nr. 3 1948 Spalte 129—140.

Der Verfasser bestreitet — entgegen der Meinung von Otho Faller SJ — die Möglichkeit eines Traditionsbeweises für die Assumptio.

BACH. *Über die Behandlung der alttestamentlichen Propheten im Volksschulunterricht.* In: Schola Jhg. 4 Heft 2 S. 136—140.

Der Verfasser stellt zunächst die falschen Ausgangspunkte für den Unterricht vor und zeigt dann, daß der Lehrende nicht zu erklären, sondern eher zu verkündigen habe. Beispiele für die Gliederung des Stoffes sind angefügt.

BALTHASAR, Hans Urs von. *Psychologie der Heiligen?* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie) S. 644—652.

Eine Deskription der Persönlichkeit und der Psychologie eines Heiligen außerhalb der religiösen Ebene ist unmöglich, denn „die Relativierung seines seelischen Bestandes auf den Zweck der Sendung hin verunmöglicht jede irgendwie abschließende Psychologie".

BLANCHARD, P. *Solitude et Communautée.* In: La Vie Spirituelle Jhg. 31 Nr. 337 (Febr. 1949) S. 115—122.

Romantische Einsamkeit, die die Begegnung ersehnt; existenzialistische Einsamkeit als metaphysische und soziologische Verlassenheit; religiöse Einsamkeit als mystische Gemeinschaft mit Gott.

BLANCHARD, P. *Lettres de sainte Thérèse de l'Enfant-Jésus.* In: La Vie Spirituelle Jhg. 31 Nr. 337 (Febr. 1949) S. 160—179.

246 Briefe der Hl. Therese vom Kinde Jesus, hsg. v. Abbé Combes, Office Central, Lisieux. Bisher waren nur 52 Briefe veröffentlicht. Die jetzige Ausgabe ist vollständig, der Text authentisch, die Anordnung chronologisch und mit Noten versehen. Blanchard erläutert die Bedeutung der Ausgabe.

BR. *Theologische Vertiefung im amerikanischen Protestantismus?* In: Orientierung Jhg. 13 Nr. 5 (15. März 1949) S. 54—55.

Der Verfasser verzeichnet die Gefahr eines leeren Aktivismus infolge der mangelhaften theologischen Unterbauung im Klerus.

FRANCES, S. M. OP. *The apostolic value of the contemplative life.* In: Life of the Spirit Bd. 3 Nr. 33 (März 1949).

Erörtert mit zahlreichen Beispielen Wege und Möglichkeiten inneren Lebens für den modernen Laien und die Apostolatsbewegung.

JÄSCHKE, Gotthard. *Muhammed und das Christentum nach neuen Forschungen:* In: Missionswissenschaft und Religionswissenschaft Jhg. 1949 Heft 1 S. 16—28.

Quellenforschung nach dem christlichen Einfluß. Dieser läßt sich in vielen Einzelheiten nachweisen, jedoch bleibt für den Islam der Kern christlicher Lehre verborgen.

KARRER, Otto. *Mystik und Psychologie.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie) S. 653—666.

Die Aussagen der Mystiker sollen einen Einblick geben in die psychische Erfahrbarkeit der göttlichen Wirklichkeit.

KÖHLER, Hans. *Die Überwindung des Nihilismus als Aufgabe der Theologie.* In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 73 Nr. 12 (Dez. 1949) S. 755—758.

Die Theologie muß diese Aufgabe übernehmen, weil der Agnostizismus einer Glaubensentscheidung ausweicht und in seiner Unverbindlichkeit den Menschen dem Nihilismus ausliefert (wobei Nihilismus hier in seinem allgemeinsten Begriffe genommen ist).

LECLERCQ, Jacques. *Etat chrétien et liberté de l'Eglise.* In: La Vie Intellectuelle Febr. 1949 S. 99—111.

Staat und Kirche, christlicher Staat und notwendige Freiheit der Kirche diesem gegenüber, da der „christliche Staat" in Wahrheit selten christlich in Politik und Sozialordnung handelt. Pflicht zur Achtung vor Freiheit des Gewissens in einer so weitgehend entchristlichten Welt.

LUBIENSKA DE LENVAL, H. *Les Crises de Dépressions chez les Personnages de la Bible.* In: La Vie Spirituelle Jhg. 31 Nr. 337 (Febr. 1949) S. 150—159.

Elias, Jonas, Job, Jeremias, David, Männer des Glaubens mit erschütterbaren Nerven, deren Leiden dem Leiden des Herrn in Gethsemane zuzurechnen sind.

NYGREN, Anders. *Luther's doctrine of the two kingdoms.* In: The Ecumenical Review Bd. 1 Nr. 3 (Frühjahr 1949) S. 301—310.

Unsere Leser mögen beachten, daß diese Zeitschrift nunmehr als Fortsetzung von „Christendom" das Organ des „Weltrates der Kirchen" ist.

Der Bischof von Lund und Präsident der Lutheranischen Weltföderation untersucht hier die Lehre Luthers über Staat und Kirche und ihre Anwendung auf die Probleme von Amsterdam.

RABEAU, G. *L'élection divine d'après Karl Barth.* In: Revue des Sciences religieuses Jhg. 23 Nr. 1—2 (Jan.—April 1949) S. 97—110.

Die göttliche Gnadenwahl und Vorherbestimmung als Gnadenwahl in Jesus Christus nach Thomas v. Aquin, Calvin und Karl Barth, der sich an Calvin anschließt.

RAHNER, Hugo. *Liturgiegeschichte als Apologie.* In: Orientierung Jhg. 13 Nr. 5 (15. März 1949) S. 56—57.

Aufweis der Bedeutung des Werkes von Jungmann, Missarum sollemnia, Herder-Wien 1948. Das Werk gibt auf liturgische Fragen eine „geschichtlich und pastoral ausgewogene Antwort, die sich gleich fern hält von einer grundsätzlichen Bevorzugung des Altkirchlichen, wie von einem unzugänglichen Festhalten an dem nun einmal Gewordenen".

STEINMANN, J. *Entretien de Pascal et du Père Richard Simon sur le sens de l'Ecriture.* In: La Vie Intellectuelle März 1949 S. 239—253.

Fingierte Unterhaltung zwischen Pascal als dem Verteidiger der Interpretation des AT als bewußte und ausschließliche Prophetie des NT und P. Simon als dem Textkritiker, für den Geschichte, Riten und Parabeln des AT auch einen eigenen Heilswert haben.

TIMMLING, Walter. *Prolegomena zur Theologie der Künste.* In: Monatsschrift für Pastoraltheologie Jhg. 38 Heft 2 (Febr. 1949) S. 66—76.

Als Christ und Maler versucht der Verfasser einen gangbaren Weg für eine theologische Wesenserhellung der Künste zu finden, ohne einen ästhetischen Ansatz zu nehmen.

WALZ, Hans Hermann. *Der christliche Glaube in der „Krisis des Christentums".* In: Monatsschrift für Pastoraltheologie Jhg. 38 Heft 1 (Jan. 1949) S. 2—13.

Der Verfasser analysiert das Werk von W. Nestle „Die Krisis des Christentums" (Stuttg. 1947), weil er darin die Glaubenshaltung des gebildeten Predigthörers ausgedrückt sieht.

Ce qu'est un Monastère d'après la Tradition monastique Russe. In: La Vie Spirituelle Jhg. 13 Nr. 338 (März 1949) S. 264—265.

Wiedergabe des von Msgr. Stanislas Szeptickij in seine Regel für die Kongregation der Galizischen Studiten aufgenommenen Auszuges aus der Monastischen Konstitution für die Laure von Potchaijew aus dem 17. Jahrhundert.

Philosophie

FREI, Gebhard. *Magie und Psychologie.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie) S. 680—688.

Das Licht, das die neueren Erkenntnisse über das Wesen der Magie auf die menschliche Psyche werfen, muß für die Psychologie selbst von großem Interesse sein.

GRABOWSKY, Adolf. *Die Wissenschaft von der Masse.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie) S. 760—769.

Mit psychologischen Kategorien läßt sich die Masse als ein negatives, verkrampftes Phänomen begreifen. Die einzige therapeutische Möglichkeit ist die Demokratie.

HEISS, Robert. *Möglichkeiten und Grenzen der Graphologie.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie) S. 690—705.

Der bemerkenswerte Aufsatz gibt eine Charakteristik des begrenzten, graphologisch erfaßbaren Zeichenfeldes, indem nur eine bestimmte und bestimmbare Anzahl seelischer Zusammenhänge zum Ausdruck kommen kann.

JAKOBI, Jolan. *Frau und Seele.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie). S. 747—759.

Die psychologische Problematik der Frau entrollt sich auf dem Hintergrund der Frage nach der (in den Geschlechtern verschiedenen) Abrundung der Persönlichkeit.

LOOS, Paul Arthur. *„Die Diktatur des Nichts". Zur literarischen Vorgeschichte des modernen Nihilismus.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 3 (März 1949) S. 173—181.

Hier soll ein Themenfeld abgesteckt werden, innerhalb dessen der Übergang vom poetischen Nihilismus zum existentiellen begrifflich faßbar wird.

MAYR, Rolf. *In Sachen Kant.* In: Die Besinnung Jhg. 4 Heft 1 (Jan./Febr. 1949) S. 14—18.

Ein eigenartiger Versuch über die Grundanliegen des Königsberger Philosophen.

MELKAUER, Walter. *Zur Psychologisierung religiöser Begriffe.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie) S. 667—672.

Die gegenwärtige Situation der Psychologie sieht der Verfasser gekennzeichnet durch eine Annäherung an die religiöse Sphäre. Doch wie weit dies eine „Rückkehr der Wissenschaften in die Religion" bedeutet, bleibt fraglich.

MITTERER, A. *Katholische Philosophie und moderne Naturwissenschaft.* In: Orientierung Jhg. 13 Nr. 5 (15. März 1949) S. 49—52.

Eine Würdigung des Buches von J. Seiler „Philosophie der unbelebten Natur", Olten 1948. Die Kritik gibt zugleich Anlaß, über die Möglichkeit einer Auflockerung der aristotelisch-thomistischen Metaphysik zu sprechen.

WALDIGHOFER, Josef. *Was ist Tiefenpsychologie?* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie) S. 6723—678.

Sie soll die auf natürliche Weise erfahrbaren Grundlagen einer im Seelengrund sitzenden „Entsprechung zum Wesen Gottes" erfassen und untersuchen.

WEIZSÄCKER, Viktor von. *Wert und Unwert der Psychoanalyse.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie) S. 723—732.

Beantwortung der Angriffe auf die Psychoanalyse. In ihrem Sinne läge eine Vereinigung mit der Organmedizin.

WILLWOLL, Alexander. *Die Seele des Menschen als Bild und Gleichnis.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie) S. 635—643.

Eine fundamentale christliche Interpretation der substanziellen, geistigen Wirklichkeit der Seele.

WYRSCH, Jakob. *Grundformen geistiger Störung.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie) S. 713—722.

Die Störungen zeigen unüberschreitbare Gegensätzlichkeiten, wenn man sie auf ihre Grundformen zurückführt.

Kultur

AMANN-MEURING, Freddy. *Interesse und Liebe. Eine Betrachtung.* In: Schweizer Monatshefte Jhg. 28 Heft 11 (Febr. 1949) S. 705—710.

Mit einer psychologischen Betrachtung will der Autor den Grund der Ehekrisen fassen und die Vorbedingungen eines gestalteten Gemeinschaftslebens aufweisen.

BERGER, Kurt. *Deutsche Erziehung heute.* In: Schweizer Monatshefte Jhg. 28 Heft 11 (Febr. 1949) S. 702—705.

Aus einer versuchten Klarlegung des deutschen Wesens werden die für eine Erziehung notwendigen Leitlinien und Grundgedanken erschlossen.

BIELER, Ludwig. *A Viennes Schoolmaster.* In: Studies Bd. 37 Nr. 148 (Dezember 1948) S. 440—446.

Ein ausgezeichnetes Porträt, anhand dessen man über den Sinn und die Form humanistischer Bildung nachdenken kann.

DARIA, Andre. *Geistige Krise in der Sowjetunion. Diskussion über den Formalismus.* In: Neues Abendland Jhg. 4 Heft 2 (Febr. 1949) S. 53—56.

Eine offenbar gut unterrichtete Darstellung der kulturellen „Säuberungsaktionen", durch die das Vorhandensein der immer noch lebendigen großen Tradition russischen Geistes bewiesen wird.

EGGENSPIELER, Alfred. *Psychotherapie im Überblick und Ausblick.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie) S. 706—712.

Die aus der Theologie abgespaltene Medizin findet wieder auf dem Wege über die Psychotherapie aus dieser „neurotischen Spaltung" heraus.

FASSBINDER, Klara Maria. *Die Tage von Royaumont.* In: Neues Abendland Jhg. 4 Heft 2 (Februar 1949) S. 57—58.

Ein Bericht über die deutsch-französische Schriftstellertagung.

HERRE, Franz. *Johann Huizinga und die Kulturkrise unserer Zeit.* Zu seinem vierten Todestag am 1. Februar. In: Neues Abendland Jhg. 4 Heft 2 (Februar 1949) S. 39—41.

Eine Würdigung des holländischen Zeitdiagnostikers, der die Reihe großer abendländischer Kulturkritiker fortsetzte. Knappe Skizze seines Menschenbildes und seiner Therapie einer „Beschränkung auf das Wesentliche".

LANG, Berthold. *Ein großer Papst in schwerer Zeit. Zum 350. Gedächtnistag der Geburt Alexanders VII.* In: Neues Abendland Jhg. 4 Heft 2 (Febr. 1949) S. 44—47.

Eine historische Studie über die Stellung der Kurie in politischen Wirren und ihre in der Persönlichkeit des Papstes zum Einsatz kommende Friedenssendung.

NÄHRING, Erich. *Moderne Physik und Religion.* In: Neubau Jhg. 4 Heft 2 (Febr. 1949) S. 48—53.

Die in der mechanistischen Physik liegende Tendenz zum Atheismus ist heute überwunden. Unser naturwissenschaftliches Weltbild läßt zu und fördert die völlige bekenntnismäßige Freiheit des Forschers.

PETERSEN, Peter. *Aufgaben der Pädagogik.* In: Schola Jhg. 4 Heft 2 S. 83—91.

Eine Sinnerhellung der Erziehung, die ihre wesentliche Aufgabe in der Hinführung zum „vollendeten Dienst", zum absichtslosen Füreinandersein hat.

PICHL, Karl. *Der „Wiener Kreis". Eine Erinnerung.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 3 (März 1949) S. 202—214.

Ein aus persönlichen Erfahrungen genährter Beitrag zur österreichischen Geistesgeschichte.

PIEPER, Josef. *Über das Schweigen Goethes.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 4 (April 1949) S. 321—333.

In seiner Auslegung hebt der Verfasser zunächst vielerlei Bedeutungen dieses Schweigens heraus, in dem es aber letztlich als in einer „Entäußerung von aller Prätention" um das eine geht: „die Möglichkeit des Hörens, des reinen Vernehmens von Wirklichkeit".

ROSENBERG, Alfons. *Astrologie als Seelenkunde.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie) S. 689—697.

Es ist die Rede von einer „Schicksalspsychologie", die sich in den Symbolen der kosmischen Ordnung ausspricht. Die Grundthese ist: im Schicksal tritt uns das eigene Wesen entgegen.

RUCKERT, Hans. *Personale Geschichtsbetrachtung. Einleitende Überlegungen zu einer Vorlesung über Kirchengeschichte der Neuzeit.* In: Theologische Literaturzeitung. Jhg. 73 Nr. 12 (Dez. 1948) S. 713—720.

Über das Verhältnis des Historikers zur Geschichte, das seine besondere Problematik in der Betrachtung der jüngeren und jüngsten Vergangenheit erhält. Der positive, menschliche Gewinn für die Entscheidungen der unmittelbaren Gegenwart.

SCHOMERUS-WAGNER, Johanna. *Zur Frage der katholischen Dichtung.* In: Die Besinnung Jhg. 4 Heft 1 (Jan.-Febr. 1949) S. 26—35.

Eine grundsätzliche Erörterung des Verhältnisses von Religion und Kunst. Es gelingt der Verfasserin, das Spezifische der religiösen Dichtung jenseits der bloß inhaltlichen und formalen Unterschiede zu fassen.

WAGNER-SIMON, Therese. *Psychologisches zum Spielfilm.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 (Sonderausgabe: Psychologie) S. 785—790.

In der Kino-Situation wird die Spaltung zwischen Sein und Erscheinen, ein Grundkonflikt des Seelenlebens, verschärft.

Soziales und politisches Leben

DE MARCO, A. SJ. *La terra e la sua funzione sociale.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 100 Heft 2367 (5. Febr. 1949) S. 241—256.

Das Problem der Bodenreform im Zusammenhang mit der christlichen Lehre vom Eigentum, unter bes. Berücksichtigung der italienischen Agrarreform: der Boden als Wert zum allgemeinen Nutzen darf nicht durch die Reform (durch geringere Ertragsfähigkeit) nur zum Nutzen der Bauern auf Kosten der Städter und aller anderen Nichtbauern aufgeteilt werden.

DESQUEIRAT, A. *La Lutte des Classes aujourd'hui.* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 28 (März 1949) S. 161 bis 173.

Der Klassenkampf hat heute ein neues Charakteristikum angenommen, nämlich, daß alle Parteien und Gruppen in irgendeiner Form Zuflucht zum Staat nehmen.

DESQUEIRAT, A. *Grèves d'hier et d'aujourd'hui.* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 27 (Febr. 1949) S. 81—95.

Die Streiks von gestern waren Waffen im Kampf zwischen zwei privaten Gruppen: Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Bei den Streiks von heute spielt der Unternehmer kaum mehr eine Rolle; sie richten sich letzten Endes gegen den Staat und dessen Lohn- und Preisgesetze. Daher völlig andere moralische und soziologische Bewertung.

DIETRICH, Theo. *Jean Jacques Rousseau als politischer Pädagoge.* In: Schola Jhg. 4 Heft 1 (Jan. 1949) S. 10—21.

Ein interessanter Deutungsversuch der inneren Paradoxie seiner pädagogischen Forderungen, die sowohl nach dem individualistischen wie auch nach dem sozialistischen Prinzip gehen.

FEHR, S. *Europas Völkerwanderung der Gegenwart.* In: Civitas Jhg. 4 Heft 7 (März 1949) S. 343—353.

Ein klarer und sprechender statistischer Nachweis der Situation Deutschlands hinsichtlich seiner Flüchtlinge. In unaufdringlicher Form wird hier aus der Sache selbst die Gewissensfrage an die Christen der Welt gestellt.

GRAHAM, Aelred. *Catholics and modern Politics.* In: Blackfriars Bd. 30 Nr. 348 (März 1949) S. 99—115.

Die Gewöhnung des Katholiken, in absoluten Kategorien zu denken, sich außerdem selbst mit „der Kirche" zu identifizieren, „den Staat" dagegen als den andern Pol in der Geschichte zu sehen, ist ein Hauptgrund der katholischen Unfruchtbarkeit in der Politik.

JANTKE, Carl. *Von der Bestimmung des Proletariats.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 3 (März 1949) S 161—172.

Die nachhegelsche Grundvorstellung der Selbstentfremdung des Menschen wird hier in eine neue Ebene gerückt. Die Selbstfindung geschieht nicht im Klassenkampf, sondern in einer „neuen Ordnung der Arbeit".

LE BRUN KERIS, G. *Grandeur et Misère des Mouvements pour L'Unité européenne.* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 28 (März 1949) S. 174—188.

Überblick über die verschiedenen Gruppen und Strömungen. Der frühere Kampf zwischen Unionisten und Föderalisten in den europ. Einheitsbewegungen ist überholt. Heute ist das Wirtschaftsproblem als das realistischste im Vordergrund.

MEDER, Walter. *Die Verfassung der bolschewistischen Partei.* In: Europa-Archiv Jhg. 4 Heft 5 (5. März 1949) S. 1941—1955.

Ein sehr eingehender und begriffklärender Aufsatz zur Verfassungs- und Organisationsgeschichte der Partei; in Hinsicht auf den 19. Parteikongreß geschrieben, der wichtige Änderungen vornehmen soll. Im selben Hefte befindet sich hierzu ein Abdruck vom „Statut der kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiken)".

Propositions de Paix Scolaire. In: Esprit Jhg. 17 Nr. 3/4 (März/April 1949) S. 343—358.

Eine Enquête der Zeitschrift Esprit über die Schulfrage in Frankreich: konfessionelle Schule gegen laizistische Schule. Notwendig ist eine Aussöhnung und völlige Neuordnung auf Grund der verwandelten geistigen Lage.

QUETGLAS, Bartolomé. *El Trabajo.* In: Studia Jhg. 20 S. 163, 180—183 und Jhg. 21 Nr. 235 (Jan. 1949) S. 1—7.

Essay über Arbeit, Arbeitsrecht, Arbeitswürde, Ertragssteigerung usw.

SCHÖNINGH, Franz Josef. *Christliche Politik?* In: Hochland Jhg. 41 Heft 4 (April 1949) S. 305—320.

Der Verfasser legt mit diesem Aufsatz dar, daß in der Dimension der Politik kein Anspruch auf eine Absolutheit erhoben werden kann, der doch nur dem Corpus Christi Mysticum zukommt, und daß daher auf den Begriff „christliche Politik" besser zu verzichten ist.

VITO, Francesco. *Luci e ombre del Federalismo Europeo.* In: Rivista Internationale di Scienze Sociali Jhg. 57 Nr. 1 (Jan.-März 1949) S. 47—55.

Stellungnahme des Gelehrten der Katholischen Herz-Jesu-Universität in Mailand zu einer Anzahl von Veröffentlichungen zu diesem Thema in verschiedenen Ländern Westeuropas.

WEYDERT, J. *La Déclaration universelle des Droits de l'Homme constitue-t-elle un Progrès?* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 28 (März 1949) S. 207—216.

Darstellung der Erklärung der Menschenrechte und Diskussion ihrer Bedeutung.

WILCZKOWSKI, C. *Prix et Salaires en U.R.S.S.* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 28 (März 1949) S. 217 bis 224.

Ein mit genauer Statistik belegter Überblick über die Fragen von Lohn, Preis, Lebensstandard in der Sowjetunion mit Unterscheidung von offiziellem Markt, Schwarzmarkt; Spezialarbeitern, gewöhnlichen Arbeitern; Notwendigkeit des Mehrverdienens durch Nachtarbeit usw.

Chronik des katholischen Lebens

FREITAG, Anton, SVD. *Rundschau über die Mission in Afrika.* In: Missionswissenschaft und Religionswissenschaft Jhg. 1949 Heft 1 S. 36—66.

Reiches statistisches Material nach den einzelnen Gebieten geordnet.

GREGORY, T. S. *England und das Abendland.* Von der Mission St. Bonifaz zum Insularismus. In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 3 (März 1949) S. 185—201.

Es wird hier in einer schlüssigen Überschau in der englischen Geistes- und Kulturgeschichte die Genesis des modernen, technisierten Menschenbildes demonstriert.

GUTZWILLER, Richard. *Die katholische Laienbewegung.* In: Werk-Hefte für kath. Laienarbeit. Jhg. 3 Heft 2 (Febr. 1949) S. 18—23.

Fortsetzung der Diskussion über den Begriff der actio catholica.

HAGEL, Franz, OMI. *Nachträge vom südafrikanischen Missionsfeld.* In: Missionswissenschaft und Religionswissenschaft Jhg. 1949 Heft 1 S. 67—72.

Der Verfasser verzeichnet die wichtigsten Ereignisse der letzten 10 Jahre, die Rückwirkung des Krieges auf die afrikanischen Verhältnisse und die Stellung der deutschen Missionare.

HAHN, K. J. *De Situatie in het huidige Duitsland.* In: Streven Jhg. 2 Nr. 5 (Febr. 1949) S. 481—492.

Überblick über die gegenwärtigen Verhältnisse und Strömungen in Deutschland an Hand zahlreicher Veröffentlichungen: ein sehr düsteres Bild.

MADAULE, Jacques. *Le destin des Allemands.* In: Cahiers du Monde Nouveau Jhg. 5 Nr. 3 (März 1949) S. 72—80.

Das Problem der Zugehörigkeit der Deutschen zu Europa und ihre Wiederaufnahme in dasselbe wird diskutiert anhand dreier Bücher: Minder, Deutschland und die Deutschen, Gisevius, Bis zum bitteren Ende, und Plivier, Stalingrad.

MAYDIEU, A.-J. und SERRAND, A.-Z. *A propos des chrétiens progressistes.* In: La Vie Intellectuelle März 1949 S. 195—238.

Das Verhältnis der Christen zu den breiten kommunistischen Massen und ihren Anliegen, das zur Gründung der Bewegung der Fortschrittlichen Christen geführt hat, wird hier völlig ernst genommen, die dringende Notwendigkeit bejaht, einen Weg zu finden, jedoch die konkrete Gefahr dabei unterstrichen. Gewissenhafte Analyse des Wesens der Verpflichtung der Soziallehre der Kirche.

MOUNIER, Emmanuel und DOMENACH, J.-M. *Le Procès du Cardinal Mindszenty.* In: Esprit Jhg. 17 Nr. 3/4 (März-April 1949) S. 559—566.

Die Herausgeber des Esprit warnen bei scharfer Ablehnung des Prozeßverfahrens vor der Selbstgerechtigkeit der empörten Christenheit; die Mächte des Bösen, so gewiß sie im östlichen Kampf gegen Gott am Werk sind, arbeiten auch auf unserer Seite.

PAPST PIUS XII. *zu finanzpolitischen Fragen.* In: Werkhefte für kath. Laienarbeit Jhg. 3 Heft 2 S. 1.

Aus einer Rede über die sittlichen und moralischen Aufgaben des Finanzpolitikers, gehalten auf dem internationalen Kongreß für öffentliche Finanzen vom 3. Oktober 1948.

PERRIN, J.-M. OP. *Etat de Perfection en plein Monde.* In: La Vie Spirituelle Jhg. 31 Nr. 338 (März 1949) S. 266 bis 272.

Über die Bedeutung der offiziellen Anerkennung der Weltlichen Institute durch Pius XII.

PROEBST, Hermann. *Josef Mindszenty.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 4 (April 1949) S. 390—395.

Der Artikel gibt einen Umriß des Charakters, der besonders dadurch erhellt wird, daß das Schicksal vorhergesehen und bewußt übernommen wurde.

RATH, Josef Theodor. *Hundert Jahre Missionare vom Heiligen Geist.* In: Missionswissenschaft und Religionswissenschaft Jhg. 1949 Heft 1 S. 1—15.

Gründung und Geschichte der Kongregation. Statistische Angaben über den Arbeitsverlauf und Darstellung der Schwierigkeiten, die sich aus den sozialen Umschichtungen in Afrika und dem Vordringen des Islams ergeben.

ROESEN, Anton. *Übernationale Zusammenarbeit. Eindrücke vom Mainzer Katholikentag.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 8/9 S. 796—800.

Einzelbericht über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft über internationale Zusammenarbeit und die sich aus dieser ergebende Verantwortung in die Zukunft.

SVOBODA, Robert, OSC. *Positive Bilanz des österreichischen Katholizismus.* In: Orientierung Jhg. 13 Nr. 5 (15. März 1949) S. 52—54.

Die Bedeutung liegt in der Stellung gegen den Osten. Darin ist als eigentliche Leistung ein lebensmäßiges Heldentum zu verzeichnen; jedoch steht — nach der Meinung des Verfassers — die religiöse Auseinandersetzung noch bevor.

TIMATHAR, Kissfaludy. *Der Gegenspieler des Kardinals — Matyas Rakosi.* In: Neues Abendland Jhg. 4 Heft 2 (Febr. 1949) S. 33—35.

Die politischen Hintergründe der Verhaftung des Kardinals. Ein Beitrag zur Erhellung von Vorgeschichte und Methode des gegenwärtigen Kampfes gegen die Katholische Kirche.

Chronik des ökumenischen Lebens

FECHTER, Adam. *Ein Umweg zur Einheit der Kirche. Zur eschatologischen Dialektik der Ökumenischen Bewegung.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 2 (Febr. 1949) S. 81 bis 95.

Der Ökumenische Rat ist keine Kirche und weiß doch, daß mit der Spaltung eine gemeinsame Schuldverhaftung gegeben ist. Ein „paradoxes Gebilde", das sich für den Einbruch der Gnade offen hält und „eines echten Wunders bedarf, um zur Einheit zu gelangen".

LIALINE, Dom Clément, OSB. *La Situation religieuse en U.R.S.S.* In: Construire Jhg. 4 Nr. 3 (März/April 1949) S. 6—25.

Die religiöse Lage in Rußland mit historischem Rückblick und Eingehen besonders auch auf die Nachrichten über eine von der offiziellen Kirche abgespaltene verborgene Kirche, die die Bindung an den Sowjetstaat ablehnt.

HERDER-KORRESPONDENZ

Neuntes Heft - 3. Jahrgang - Juni 1949

Die enge Spalte einer Schießscharte genügt, um durch die dickste Mauer des finstersten Kerkers hindurch die Sonne zu bezeugen. Das gilt auch für diese noch undurchsichtige und schwere Welt: da genügt die heimliche Begegnung mit einem Heiligen, um Gott zu bezeugen.

Henri de Lubac

Deutsche Meldungen

Der Papstbrief zur Schulfrage

Der im folgenden veröffentlichte Brief Papst Pius XII. an Kardinal Frings ist nicht als ein politischer Schritt, sondern als Weisung des Oberhauptes der Kirche an den Episkopat und die Gläubigen Deutschlands zu betrachten. Sie erging in einem Augenblick, als es sich darum handelte, eine unabdingbare Forderung des Naturrechts in der deutschen Verfassung zu verankern. Kardinal Frings hat den Brief dem Parlamentarischen Rat zur Kenntnis gebracht und dadurch dem Willen des katholischen Volksteils einen letzten und stärksten Ausdruck gegeben.

Was die Bischöfe als berechtigte Vertreter aller Mitglieder der Katholischen Kirche von Anfang an gefordert hatten, war das Recht der Eltern, über die Form der Schule zu bestimmen, der sie ihre Kinder anvertrauen wollen, insbesondere darüber zu entscheiden, ob diese Schule eine konfessionelle, simultane oder religionslose sein solle.

Die CDU/CSU und das Zentrum haben bis zur letzten Stunde um die verfassungsmäßige Sicherung dieses Rechtes gekämpft. Nachdem alle Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren, hat die CDU bei der zweiten Lesung des Grundgesetzes im Plenum des Parlamentarischen Rates am 6. Mai noch einmal folgenden Antrag eingebracht, der dem Verlangen der Katholiken Rechnung trug:

Der Antrag der CDU im Parlamentarischen Rat

Der Parlamentarische Rat wolle beschließen,

1. dem Art. 7b folgenden Abs. 1 voranzustellen:
„(1) Bei der religiös-weltanschaulichen Gestaltung des Schulwesens ist dem Willen der Erziehungsberechtigten Rechnung zu tragen."

2. Für den Fall, daß der Antrag zu 1. nicht angenommen werden sollte, wird in Übereinstimmung mit der Charta der Menschenrechte der UN der Eventualantrag gestellt, dem Art. 7b folgenden Abs. 1 voranzustellen:

„(1) Die Eltern haben das erste Recht, die Art der Schulerziehung zu bestimmen, die ihren Kindern zu gewähren ist."

3. Sollte auch der vorstehende Eventualantrag keine Annahme finden, so wird hiermit folgender zweiter Eventualantrag gestellt:
In die Übergangsbestimmungen wird ein Artikel folgenden Inhalts aufgenommen:
„Über die grundgesetzliche Anerkennung des Rechts der Eltern, den religiösen oder weltanschaulichen Charakter der Volksschule zu bestimmen, entscheidet eine Volksabstimmung, die von der Bundesregierung innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Grundgesetzes zu veranstalten ist. Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen innerhalb des Bundesgesetzes ist maßgebend."
Dieser Antrag, den die Deutsche Partei und das Zentrum unterstützten, wurde an diesem Tage mit 34 : 31 Stimmen abgelehnt. Die ablehnende Mehrheit bestand aus den Vertretern der Liberaldemokratischen, Sozialistischen und Kommunistischen Partei.

Die endgültige Form des Schulgesetzartikels

Die künftige Bundesverfassung sichert den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in allen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen und das Recht der Eltern, über die Teilnahme ihrer Kinder an diesem Unterricht zu bestimmen. Sie sichert ferner das Recht zur Errichtung von Privatschulen. Sie legt aber das öffentliche Schulwesen in die Hand der Länder und gibt ihnen eine außerordentliche Macht, indem sie in Artikel 7 bestimmt: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates." Soweit die Länderverfassungen dem nicht entgegenstehen, werden die Parlamente der Länder es in der Hand haben, das öffentliche Schulwesen zu regeln und umzugestalten, ohne daß sie ein im besonderen Falle geäußerter Wille der Eltern daran hindern könnte. Den Eltern verbleibt nur die Möglichkeit und unter diesen Umständen die sehr schwere Pflicht, sich bei den allgemeinen Wahlen der Parteien zu vergewissern, denen sie ihre Stimme geben. Wenn sie in einem Lande oder einem Landesteil als katholische oder christliche Minorität ihre Rechte verteidigen müssen, wird ihnen die deutsche Verfassung den Schutz versagen, den die Vereinten Nationen in ihrer Grundurkunde der Menschenrechte für alle zivilisierten Völker gefordert und als Ausdruck freiheitlicher Demokratie empfunden haben.

Wiewohl das Elternrecht in Bonn vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, durch die Kirchen verfochten wurde, da die einzelnen Deutschen noch nicht gewohnt sind, nach angelsächsischer Weise ihre Volksvertreter zu beraten und zu kontrollieren, haben die Kirchen in diesem Falle nicht für sich, sondern nur dafür gekämpft, daß wenigstens die Schule und damit die Erziehung der eigenen Kinder eine Angelegenheit bleiben oder werden solle, über die der einzelne Bürger nach der Freiheit seines Gewissens entscheiden könne, daß nicht auch dieses erhabene Recht „dem Willen einzelner Staatslenker, parlamentarischer Zufallsmehrheiten und der wandelbaren Weltanschauung politischer Gruppen" ausgeliefert werde, wie der Kardinal von Köln es ausdrückte.

Trotz der Erfahrungen im Dritten Reich und trotz der Empfehlung, die in der „Erklärung der Menschenrechte" der UN gegeben war, hat die Mehrheit der Volksvertreter, — die allerdings weniger vom Volk als von Parteivorständen ihre Vollmacht erhalten hatten —, die entscheidende Chance für die Gestaltung der geistigen Zukunft Deutschlands eben jenen Parteivorständen vorbehalten. Sie hat damit von neuem eine der wichtigsten persönlichen Freiheiten den Deutschen aus der Hand genommen.

Der Brief des Hl. Vaters an Kardinal Frings

Die Katholiken werden nun in den einzelnen Ländern um so mehr im Sinne jener Weisungen zu kämpfen haben, die ihnen der Papst in seinem Brief ans Herz legt:

„Mit wacher Aufmerksamkeit und — Wir gestehen es — mit wachsender Sorge verfolgen Wir seit geraumer Zeit den in Euren Schreiben immer wieder geschilderten Kampf um die katholische Erziehung Eurer Jugend, die Sicherung der bedrohten Elternrechte, die Gewährleistung der im Reichskonkordat und in den Länderkonkordaten vorgesehenen kirchlichen und kulturellen Freiheiten. Mit Befremden haben Wir Kenntnis davon genommen, mit welch nichtssagenden Begründungen die Wortführer der Gegenseite sich mühten, der gläubigen katholischen und christlichen Bevölkerung Deutschlands selbst jene Rechte einzuengen, die als Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe verdient hätten, von allen als gesicherter Besitzstand anerkannt zu werden.

Wir wissen mit Euch sehr wohl, daß gerade auf diesem Gebiet die kirchliche Hierarchie mit der führenden Schicht der katholischen Laienwelt und mit den Massen der katholischen Elternschaft eines Herzens und eines Sinnes ist. Nichts würde Uns, die Wir dem deutschen Volk auch in seinem gegenwärtigen Unglück und seiner Erniedrigung mit stets gleicher Liebe zugetan sind und es baldmöglichst wieder als geachtetes, gesundes und leistungsstarkes Glied in einer friedlichen Völkergemeinschaft sehen möchten, tiefer schmerzen, als Zeuge sein zu müssen, daß gewisse Kreise dieses Volkes der Neuordnung ihres Staatswesens einen kulturellen Unterbau geben, der sie ungewollt und unbewußt zu Nachahmern eines zusammengebrochenen Staatssystems machte, eines Staatssystems, das neben vielen anderen unrühmlichen Kennzeichen auch das der planmäßigen Mißachtung naturgegebener religiöser Rechte und offenkundiger Vertragsuntreue an seiner Stirne trug. Wir wollen aber nicht von der Hoffnung ablassen, daß der Sinn für Gerechtigkeit schließlich seinen Sieg davontragen werde, und Wir würden uns freuen zu hören, daß die Wendung zum Guten inzwischen bereits eingesetzt hat."

Drei Jahre katholische Auslandshilfe 1946—1948

Im Aprilheft der „Caritas" gibt Franz Klein in einem längeren Beitrag die erste zusammenfassende Überschau über das Hilfswerk katholischer caritativer Kräfte des Auslands. Wenn auch noch keine erschöpfende Darstellung der Gesamthilfe geboten werden kann, so haben wir hier doch nun wenigstens Unterlagen, die von der Vielfältigkeit und bewundernswürdigen Anstrengung in zuverlässigen Umrissen ein Bild geben.

An den Hilfsaktionen waren beteiligt:

Der Vatikan, die Schweiz, Spanien und die Benelux-Länder, Irland, England und Schweden, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Argentinien, Brasilien und Chile. In jedem Land haben die Katholiken nach besten Kräften und auf eine ihnen eigentümliche Weise geholfen, die ihre Hilfe besonders wertvoll und dankenswert macht.

Der *Heilige Vater* selbst hat als erster nach dem Zusammenbruch die katholische Welt zur Hilfe für die besiegten Völker aufgerufen. Die Kurierdienste des Vatikans haben in großer Zahl zerrissene Familienverbindungen wieder angeknüpft. (Erinnert sei nur daran, daß durch eine besondere Aktion des Vatikans tausende von Familien gerade noch vor Weihnachten 1945 eine Mitteilung von den Kriegsgefangenen aus Algier bekommen konnten, die für viele die erste Nachricht darstellte.) Neben der Lebensmittelhilfe des Heiligen Vaters war besonders die geistige Hilfe willkommen, z. B. in Gestalt von Papier zum Druck von Katechismen und Gebetbüchern.

Gleich nach dem Zusammenbruch hat auch der *Schweizer* Caritasverband mit seinem Liebeswerk begonnen. Prälat Crivelli gelang es schon August 1945, Freiburg zu besuchen. Allein im Jahre 1945 gelangten Kleider, Lebensmittel und Medikamente im Werte von weit mehr als viereinhalb Millionen Schweizer Franken nach Deutschland. Die gesamte Auslandshilfe des Schweizer Caritasverbandes betrug 6½ Millionen. Man ersieht daraus, wie hoch der Anteil für Deutschland bemessen wurde. Seine Mitarbeit an der Schweizer Spende läuft noch daneben her. Sie wird als „Schweizer Europa-Hilfe" fortgeführt. Der Schweizer Caritasverband hat auch die Vermittlung von Liebesgabensendungen aus anderen Ländern übernommen.

In *Spanien* hat ein unermüdlicher kleiner Kreis von Ordenspriestern unter Führung von P. Carl Saurer SJ sich unverdrossen bemüht, mit Kleidern, Lebensmitteln und Medikamenten zu helfen. Als Weihnachtsgabe für deutsche Kinder traf im letzten Winter die erste Orangen-Spende von dort ein.

Irland half mit Fleisch, Fett und Zucker. Kaum 3 Millionen Einwohner haben allein Weihnachten 1948 1 Million kg Rindfleisch aufgebracht. Zum Weihnachtsfest 1945 spendete jeder Ire durchschnittlich 5 Dollar.

Die „*Nederlands* Caritas Missie" hat mit wohlwollender Unterstützung des holländischen Episkopates im Winter 1948/49 ein besonderes Hilfsprogramm für die britische Zone starten können. Unter dem Motto „Ein Schiff für Köln" begannen die Haussammlungen der katholischen Jugend, die, namentlich an Bekleidung, selber viel ärger daran ist, als man in Deutschland meint.

Belgien und *Luxemburg* haben sehr früh auf die ihnen zugedachte caritative Auslandshilfe verzichtet, damit Län-

dern mit größerer Not, vor allem auch Deutschland, geholfen werden könnte.

Schweden hat selbst nur 6000 Katholiken. Aber unter der besonderen Förderung von Bischof Müller, einem geborenen Deutschen, hat die „Caritas Sueciae" tausende von Tonnen Liebesgaben nach Deutschland gebracht.

In *England* haben viele englische Pfarrgemeinschaften Patenschaften für besonders notleidende Pfarreien der britischen Zone übernommen. Pakete mit Lebensmitteln, Bekleidung und Paramenten wurden vor allem für Flüchtlingsgemeinden beigesteuert.

Argentinien betrieb das Hilfswerk für Mutter und Kind. Die Caritas von *Chile* (nur 5 Millionen Einwohner) brachte als Hilfswerk unter Leitung des Priesters P. Josef Kuhl 39 Schiffssendungen zusammen. Die Mittel wurden durch Wohltätigkeits-Bazars gewonnen.

Aus den *Vereinigten Staaten* von Nordamerika hat die National Catholic Welfare Conference 18 Millionen Pfund Lebensmittel allein zu unserer Unterstützung aufgebracht, dazu hochwertige und sonst nicht zu beschaffende Medikamente, mit deren Hilfe tausende und tausende aus Todesgefahr befreit werden konnten. Zur Überwindung der Transportkrise im Winter 1946/47 erhielt der Caritasverband in fast jeder Diözese einen Lastkraftwagen.

Die Verteilung der Spenden

erfolgte nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Schlüssel: für die US-Zone 26%; für die britische Zone 35%; für die russische Zone 25%; für die französische Zone 14%. Innerhalb jeder Zone erfolgte die weitere Verteilung individuell unter Berücksichtigung der in jeder Diözese bestehenden Notgebiete. Kein Zweifel, daß die Hilfe den wirklich Bedürftigen zugekommen ist. Die 18 Millionen Pfund Lebensmittel der NCWC, von denen oben die Rede war, wurden zu 6/10 in die offene Fürsorge gegeben, also an die rund 7500 Pfarrcaritasausschüsse, an die 233 Bahnhofsmissionen, an die 2000 Vinzenz- und Elisabethvereine, an die rund 5000 Suppenküchen. Sie flossen zu 1/10 in die halboffene Fürsorge, also zu den fast 5000 Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten und kamen zu 3/10 der geschlossenen Fürsorge zu, also an Krankenhäuser, Tbc-Heilstätten, Heil- und Pflegeanstalten, Säuglingsheime, Erholungsheime für Kinder und Erwachsene, Entbindungs-, Wöchnerinnen- und Mütterheime, Lehrlingsheime, insgesamt über 3000 Anstalten. In der offenen Fürsorge wurden, wie die Spender es wollten, kinderreiche Familien, werdende und stillende Mütter, alte und kranke Leute stark bevorzugt. Es konnten so über 2 Millionen Familien eine nachhaltige Spende empfangen.

Die Stationen der Bahnhofsmissionen haben 5 Millionen Essensportionen aus diesen Spenden inmitten des Elends auf den Bahnhöfen an Frauen und Kinder, Flüchtlinge, Heimkehrer und Heimatlose ausgegeben. Der Bestand der Caritas-Küchen war nur durch zusätzliche Lebensmittelgaben zu ermöglichen, Verarmte und heimatvertriebene Studenten konnten Speisungen zu verbilligten Preisen erhalten. Nach dem Willen der Spender wurden 5 Millionen Essensportionen in den fast 5000 Kindergärten und Horten ausgegeben. 6 Millionen Essensportionen erhielten Schulkinder. All diesen Kindern waren Milch, Reis und Kakao bisher unbekannt. Auch bei den Anstalten der geschlossenen Fürsorge wurden Säuglingsheime und Entbindungsheime sowie Waisenhäuser und Lehrlingsheime bevorzugt. Auch die Flüchtlingslager wurden in diesem Rahmen bedacht. Die erste Gruppe bekam 2 700 000 Pfund Lebensmittel, die zweite 2 000 000 Pfund, die Flüchtlingslager mehr als 1/2 Million.

Bisher ließ sich nur für die Spenden der NCWC ein so genauer Bericht geben. Es wird möglich sein, die Überschau bis Ende des Jahres zu vervollständigen. Solche Hilfe konnte nur zusammenkommen, weil man Abneigungen, die sich bemerkbar machten, überwunden hat, weil man die Not Fernerstehender trotz der eigenen Not nicht unbeachtet gelassen hat und weil man bereit war, sich selbst Einschränkungen aufzuerlegen. Die Hilfe ist ausgesprochenermaßen eine Hilfe kleiner Leute, wenn freilich auch führende Kreise mit gutem Beispiel vorangingen. Erwähnt seien die Paketspenden des argentinischen Staatspräsidenten Perón.

Bedarf Deutschland auch jetzt noch der caritativen Hilfe?

In der Schweizer Presse wurde das durch einen Artikel Hans von Segessers energisch verneint, obwohl er ein Kenner und Freund Deutschlands ist. Karl Borgmann, der Schriftleiter der „Caritas", konnte aber darlegen, daß auch nach der Währungsreform die Not in Deutschland selbst bei Anspannung aller sozial-caritativen Kräfte so groß ist, daß nicht allen Volksgruppen zum Existenzminimum verholfen werden kann, die durch den Währungsschnitt in besondere Armut geraten sind. Das Treiben des Spekulanten- und Schiebertums sowie die Vergnügungsexzesse sind typische Erscheinungen eines geistigen Fieberzustandes, der nicht mit der bloßen Diagnose schon überwunden ist, wenn auch alles daran gesetzt werden muß, ihn zu überwinden. Die großmütige Hilfe unserer ausländischen Glaubensbrüder wird in christlicher Kraft helfen, sich immer wirksamer zu entfalten. Soweit es Neureiche gibt, sind sie in ihre sozialen Verpflichtungen noch nicht hineingewachsen. Sache des Staates ist es, die darbende Allgemeinheit gegen Konjunkturgewinnler zu schützen, Sache der Seelsorge aber, die Liebeskraft christlicher Herzen mächtig zu entfalten.

Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes

In der Woche nach dem Weißen Sonntag fand sich wie alljährlich der Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes zusammen, und zwar dieses Mal in Freiburg, dem Sitz der Caritas-Zentrale, da der neue Protektor des Verbandes, Erzbischof Wendelin Rauch, Gelegenheit nehmen wollte, bei der Tagung persönlich anwesend zu sein.

Der Zentralrat ist das maßgebende Gremium für die Entschlüsse des Deutschen Caritasverbandes, weil in ihm mit dem Präsidium die Vertreter aller deutschen Diözesen zusammenwirken. Jede Diözese entsendet den Vorsitzenden ihres Diözesanverbandes, zumeist einen Domkapitular, und den geistlichen Direktor. Von den Bischöfen nehmen stets einige Gelegenheit, den Beratungen beizuwohnen. So umfaßte die Tagung etwa 70 maßgebende Persönlichkeiten der deutschen Caritasarbeit, zu denen dann auch noch die Referenten der Zentrale selbst hinzukommen. Die Leitung hatte Prälat Kreutz, der Präsident des Verbandes.

Schon im Herbst 1945 wurde eine erste Zusammenkunft des Verbandes durchgesetzt: in Salmünster fand der erste Zentralrat nach dem Kriege statt.

In der Osterzeit 1946 waren dann schon die Vertreter sämtlicher Diözesen mit Einschluß aller östlichen am Grabe des heiligen Heinrich in Bamberg versammelt.

Seitdem sind die Zusammenkünfte trotz aller Schwierigkeiten regelmäßig durchgeführt worden und haben immer wieder auch eine besonders hohe Bewertung durch die Vertreter der ausländischen Caritasorganisationen gefunden, weil ein solches Gremium Gewähr dafür bot, daß jede Hilfsmaßnahme die Brennpunkte der Not wirklich erreichte.

Im Vordergrund der Beratungen standen neben einer ernsten Besinnung über die Stellung der Caritas im kirchlichen und öffentlichen Leben, die Fragen der Kinder- und Jugendhilfe, die besonders die interkonfessionellen und neutralen Aktionen der Kinderfürsorge, die Frage der Jugendwohlfahrt, die Jugend-Heimstattbewegung und die Probleme der Heilpädagogik berührten. Lebhaftes Interesse fanden die Ausführungen des Aumônier Général Adam, des Leiters der katholischen Seelsorge für die zahlreichen deutschsprachigen Fremdarbeiter in Frankreich, die nunmehr zwar nicht durch deutsche, aber doch durch der deutschen Sprache kundige französische Geistliche gewährleistet ist.

Die Hauptsorge des Zentralrates galt wieder der Flüchtlingsfrage, die nun auch für die französische Besatzungszone größere Bedeutung erlangen wird. Als wertvoll wurden die Darlegungen des Präsidenten des vorläufigen Hauptausgleichsamtes, Oberpräsidenten a. D. Dr. H. Lukaschek, betrachtet, der über den geplanten und zu erwartenden Lastenausgleich sprach. Bei allen riesenhaften Schwierigkeiten, die diesem Ausgleich entgegenstünden, werde er doch als ein erster großer Schritt zur Überwindung der bittersten sozialen Mißstände versucht werden müssen.

An der Diskussion nahmen auch die drei amerikanischen Vertreter der National Catholic Welfare Conference lebhaften Anteil. Dabei ergab sich, daß die bisherige Art der caritativen Auslandshilfe allmählich zum Abschluß kommen wird, daß aber bereits neue Wege ausländischer Hilfe in Aussicht genommen sind.

Trotz der schwierigen Lage, in der jede Diözese durch die Währungsreform und die Notlage im eigenen Gebiet geraten ist, soll durch gemeinsame Anstrengungen insbesondere den kirchlichen Notstandsgebieten im Norden und im Osten geholfen werden.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Der Krieg ist keine Waffe gegen den Kommunismus

Die Tatsache, daß Papst Pius XII. in seiner Weihnachtsansprache die Möglichkeit eines gerechten Verteidigungskrieges angesichts der heutigen Weltlage in Betracht zog und sich dahin äußerte, daß er sittlich erlaubt, ja sogar gefordert sein könne, hat manche Kreise dazu verführt, das Grundmotiv der Rede des Papstes zu überhören und sie als Ermutigung der Westmächte zum kompromißlosen Widerstand gegen den Osten zu deuten. Daß in Wahrheit der Kirche nichts ferner liegt als die Auffassung, man könne durch die Gewalt der Waffen den Kommunismus überwinden, zeigt ein wichtiger Aufsatz des „Osservatore Romano" (16. 4. 1949) über das Thema „Die Kirche und der Krieg" vom Chefredakteur des offiziösen vatikanischen Blattes, Graf Della Torre.

Der Aufsatz ist dem Friedenswerk des Papstes gewidmet und antwortet zugleich auf die häufigen Vorwürfe, die die italienischen Kommunisten in letzter Zeit erhoben haben und die sich jüngst auch das Blatt der „Fortschrittlichen Christen" in Italien zu eigen machte: die Kirche hetze zum Krieg.

„Osservatore Romano" antwortet darauf:

„Keine Kränkung ist betrüblicher und keine Beleidigung heimtückischer als die Aussage, daß die Kirche den Krieg unterstütze". Die Kirche könne im Krieg kein geeignetes Mittel erblicken, den Kommunismus auszurotten, „weil es unmöglich ist, eine Idee mit Druckmitteln unwirksam zu machen, sie mit Gewalt zu zerstören und im Blut zu ertränken.

Jeder, der an einen Krieg mit Rußland, an seine mögliche Niederlage oder Auflösung denkt, um den Kommunismus zu vernichten, begeht einen unverzeihlichen Irrtum. Der Kommunismus ist nicht nur ein politisches Phänomen, eine bloße Schachfigur einer internationalen Gesellschaft. Er ist vielmehr in erster Linie ein sittliches und wirtschaftliches Motiv und eine Tatsache, die durch die soziale Ungerechtigkeit und alles Unrecht, das ein dreißigjähriger Kriegszustand aufgehäuft hat, eine erhöhte und gefährliche Bedeutung gewinnt.

Ein Krieg und ein geschlagenes Rußland würden ihn zwingen, auf der Stelle zu treten, aber nicht, sich selber aufzugeben."

Die Frage des gerechten Krieges

Unlängst hat der „Osservatore Romano" in einem Leitartikel nochmals ganz allgemein die Frage der Möglichkeit eines gerechten Krieges aufgeworfen. Der Artikel stammte von dem Bischof von Parma, Msgr. Evasio Colli. In diesem Aufsatz heißt es:

„Was sagt uns die Kirche in diesem beunruhigenden Augenblick der Geschichte?

Die Kirche verurteilt den Krieg.

Vielmehr die Kirche verurteilt nicht nur den Krieg „auf Grund seiner Schrecken und Grausamkeiten, seiner Verwüstungen und seiner Folgen", sondern sie verabscheut den Krieg auch und vor allem, „weil das Gebot des Friedens göttlichen Rechts ist" und weil der Krieg das Naturgesetz der Einheit unter den Völkern bricht.

Aber hier erhebt sich eine neue Frage: gibt es nicht gerechte Kriege? Eine wichtige Frage.

In der Vergangenheit konnte man leicht von gerechten und ungerechten Kriegen reden. Heute, bei den neuen totalitären Methoden, Krieg zu führen, müssen wir dem, der uns fragt, ob es noch einen gerechten Krieg geben könne, sogleich antworten: theoretisch ja, praktisch wohl nie.

Der heilige Thomas von Aquin zählt drei Bedingungen auf, die zu einem gerechten Krieg notwendig sind: daß er von der legitimen Autorität geführt wird; daß er für eine gerechte Sache geführt wird; und daß er mit ehrlichen Absichten und Mitteln ausgefochten wird.

Diese drei Bedingungen sind nun in den modernen Kriegen beinahe unmöglich erfüllt, 1. weil das Volk sie nicht mehr will; 2. weil Schäden und Risiko in keinem Verhältnis zu der Sache stehen, um die gekämpft wird; 3. weil die Mittel, deren sich die modernen Kriege bedienen, der Gerechtigkeit widersprechen . . .

Aus allem, was bisher gesagt worden ist, darf man wohl schließen, daß 1. der Angriffskrieg immer ein Verbrechen

ist; 2. daß auch der Verteidigungskrieg heute moralisch zum mindesten tollkühn sein kann; 3. daß die Verteidigung des Rechts jeder Nation durch eine ständige Vereinigung der Nationen garantiert und durchgeführt werden sollte mittels Schiedssprüchen oder auch kollektiver bewaffneter Macht ..."

Bodenreform in Italien beginnt

Zum Jahrestag ihres Wahlsieges haben sich die Christlich-Demokratische Bewegung und die Regierung de Gasperi entschlossen, mit der Verwirklichung ihrer Wahlversprechungen und Programmsätze bezüglich der Bodenreform zu beginnen. Eine Proklamation kündigte zu Ostern an, daß 1,2 Millionen ha Land aus dem Staats- und Großgrundbesitz in kleinbäuerliches Eigentum verwandelt werden sollen.

Die Pflicht zur Landabgabe trifft etwa 8000 Großgrundbesitzer und beginnt bei einem Eigentum von mehr als 120 ha Land oder 300 ha Wald. Bei einem Besitz in dieser Größe werden 20% enteignet. Die Abgabe steigert sich mit der Größe des Grundeigentums bis auf 50%.

Den Grundbesitzern wird eine Frist gewährt, in der sie das abgabepflichtige Land von sich aus an Bewerber veräußern oder verpachten dürfen. Nach Ablauf der Frist erwirbt der Staat das nicht-verkaufte Land und verpachtet es seinerseits. Die Pächter erwerben nach 20 Jahren ihre Pachtländereien als Eigentum. Die Finanzierung dieses Programms wird den Staat 25 Millionen Pfund Sterling kosten.

Um ein richtiges Bild von der relativen Bedeutung dieser Bodenreform zu haben, muß man berücksichtigen, daß 45% des Bodens bereits jetzt in Händen von Bauern mit weniger als 0,4 ha Grundeigentum sind.

Steuern und ihre Hinterziehung

Der „Verband katholischer französischer Unternehmer" führte kürzlich bei seinen Mitgliedern eine Enquête durch, inwieweit sie der Erfüllung der Forderung nachkommen, die ihnen aus dem Herrenwort erwächst: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist."

Die Anfrage lautete unverblümt: Betrügen Sie das Finanzamt? Wenn dem so ist, um wieviel? Wie erklären und rechtfertigen Sie das? Wie ist es um Ihr Gewissen beschaffen hinsichtlich der Verpflichtung, Steuern zu zahlen?

Diese Gewissenserforschung hat in Frankreich in viel weiteren Kreisen als denen der katholischen Unternehmer lebhaftes Interesse ausgelöst. Eine Untersuchung der eingegangenen Antworten bestätigt folgende Tatsachen:

Nur sehr wenige betrügen das Finanzamt überhaupt nicht. Die gegenwärtigen Steuerlasten sind sehr schwer, und die exakte Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Finanzamt verlangt einen wahren Opfergeist. Dennoch wird die Forderung von den Befragten als rechtmäßig anerkannt.

Die meisten von denen, die auf die Rundfrage antworteten, offenbaren die Unruhe, die ihnen die Wahl bereitet: entweder eine wahre Angabe über ihr Einkommen zu machen und unerträgliche Steuern zu zahlen oder ihr wirkliches Einkommen zu verheimlichen.

Die Zahl der Antworten und ihr Inhalt zeigt, daß das Gewissen in Steuersachen nicht vollkommen ausgeschaltet ist. Dies kann als Zeichen des Widerstandes gegen die immer mehr sinkende öffentliche Moral gewertet werden. Die größere Anzahl derjenigen, die keine wahren Einkommensteuer-Angaben machen, sagen, daß sie kein anderes Mittel sehen, den Fortbestand ihrer Geschäfte zu sichern. Manche denken, daß eine ruinierende und künstlich hochgetriebene Steuer über die Forderung „Gebet dem Kaiser ..." hinausgeht. So, Kläger und Richter in einem, bestimmen sie selbst die Grenze für das, was sie als recht betrachten.

Ein anderer Entschuldigungsgrund ist folgender: Der Staat, sagen sie, verfolgt mit der progressiven Steuer offensichtlich das Ziel, die Schichtung der Gesellschaft zu ändern. Er benutzt also die Steuer zu einem wesensfremden Zweck. Denn die Steuer ist an sich nur dazu da, die Finanzbedürfnisse der Staatsverwaltung zu decken. Überschreitet sie dieses Maß, kann sie nicht mehr als Gewissenspflicht angesehen werden.

Eine weitere Beweisführung, die gewöhnlich von Ärzten, Juristen, Ingenieuren usw. gebraucht wird, sagt, daß der Staat von vornherein höhere Steuersätze festlegt, weil er damit rechnet, daß falsche Angaben gemacht und zu niedrige Steuern entrichtet werden. Steuern, die so auferlegt werden, verleiten zu Betrug und Umgehung.

Nach diesen Enthüllungen unternahm das Zentralkomitee der französischen christlichen Unternehmer zwei praktische Schritte. Es berief eine Generalversammlung seiner Mitglieder, und es unterbreitete den zuständigen Behörden seine Vorschläge zur Wiederherstellung der Steuerehrlichkeit. Auf dieser Generalversammlung wurde anerkannt, daß der Bürger in seinem Gewissen verpflichtet ist, Steuern zu zahlen. Die Verpflichtung ist ihrer Natur nach schwer, und der, der sie ganz oder in großem Ausmaß umgeht, macht sich einer schweren Sünde gegen die soziale Gerechtigkeit schuldig.

Der an die Regierung gerichtete offizielle Bericht erklärte nachdrücklich, daß alle Reformen wertlos wären, solange sie es nicht erreichten, das ganze Volk zur Gewissenhaftigkeit nicht nur bei der Aufbringung, sondern auch bei der Verausgabung der öffentlichen Gelder zu erziehen. Das Memorandum stellt mit Recht fest: Der Steuerzahler fordert, daß er zu den Staatskosten beitrage wie ein Teilhaber und nicht wie eine Geldquelle, die man rücksichtslos aussaugt. Es enthält sechs praktische Vorschläge.

1. Es soll wenige, einfache und durchsichtige Steuerarten geben.
2. Die Umgehung von Steuern soll nicht als Grund für eine erhöhte Steuerrate betrachtet werden.
3. Die Steuersätze sollen möglichst konstant gehalten werden.
4. Alle sollen möglichst gleichmäßig zur Steuer herangezogen werden.
5. Über die Verwendung der öffentlichen Gelder soll eine klare und genaue Rechenschaft gegeben werden.
6. Der Steuerzahler soll nicht von vornherein als Betrüger angesehen, sondern anständig behandelt werden.

Im Anschluß an diese Überlegungen ist folgende, von „America" am 26. März 1949 veröffentlichte Steuerstatistik von USA als Beispiel recht aufschlußreich. 1948 gaben 52,6 Millionen Bürger eine Einkommensteuererklärung ab. 2,2 Millionen, d. h. 4,2% dieser Steuerpflichtigen schätzten sich mit einem Einkommen von mehr als 6000 Dollar ein. Sie zahlten ungefähr die Hälfte des gesamten Einkommensteuer-Aufkommens, nämlich 8 Mil-

liarden Dollar. 50% der Steuerpflichtigen deklarierten weniger als 1750 Dollar Einkommen. Wenn man diesen Steuererklärungen glauben will, haben also 50% aller Werktätigen ein Einkommen, das um mehr als ein Drittel unter dem amtlich festgestellten Existenzminimum liegt. Trotzdem müssen sie Steuern zahlen. Es würde nicht wunder nehmen, wenn gerade sie dieser Last zu entgehen trachteten, um so mehr, als ja gerade diese Bevölkerungskreise den Löwenanteil der indirekten Steuern zu tragen haben, die auf den Gütern des Massenbedarfs ruhen. Die Frage nach der Gerechtigkeit der Einkommensteuer bei den kleinen Einkommen wird durch diesen Zusammenhang besonders kompliziert.

Aufruf der französischen JOC an die Betriebsräte

Die französische JOC hat in diesem Jahr einen umfangreichen Feldzug zu Gunsten der Förderung der beruflichen und allgemeinen Ausbildung der Jungarbeiter unternommen. Dabei hat sie im Interesse der 14- bis 25jährigen einen Aufruf an die Betriebsräte gerichtet, den sie in ihrer Zeitung „Jeunesse Ouvrière" ganzseitig veröffentlicht. Sie fordert die Abgeordneten der Betriebsräte auf, für die Schaffung von Kommissionen zum Schutze des Lehrlingswesens zu sorgen. In diesen Kommissionen sollten auch junge Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten sein; ihre Aufgabe wäre es, die Berufsschulen und die Ausbildung der Lehrlinge in den Betrieben zu überwachen.
Die JOC verlangt außerdem für die jungen Arbeiter und Lehrlinge folgende Einrichtung:

Fortbildungsmöglichkeiten

Junge Handwerker, spezialisierte Arbeiter:

Vier Wochenstunden eines Ausbildungskurses für Technik, Praxis und Theorie, in einem Handwerk der Berufsgruppe des betreffenden Handwerkers oder spezialisierten Arbeiters;
Möglichkeit eines Wechsels der jungen Arbeiter am Fließband zwischen den verschiedenen Arbeitsvorgängen;
Möglichkeit, nach einer Probe im Rahmen des Betriebes eine oder mehrere Stufen aufwärts zu rücken.

Berufstätige von mehr als 18 Jahren:

Zwei Wochenstunden Fortbildungskurs;
Der Posten eines Berufstätigen ist nichts Endgültiges.

Junge Arbeiterinnen:

Nach Vereinbarung und Zustimmung und unter der Verantwortlichkeit der jungen Arbeiterinnen Familien- und Haushaltungskurse bis zu vier Stunden die Woche;
Notwendigkeit einer Vertrauensperson für spezialisierte Arbeit, deren Aufgabe es ist, die für Frauen besonders geeigneten Aufgaben festzustellen, sowie die Eignung der Arbeiterin für ihre Arbeit zu begutachten.
Alle diese Kurse sollen während der Arbeitszeit stattfinden und mit dem gewöhnlichen Lohn bezahlt werden.

Rationelle Organisation der Arbeit und Modernisierung

Die Arbeiterjugend Frankreichs ist vom Krieg und seinen Folgen schwer betroffen worden. Die JOC mahnt die erwachsenen Arbeiter, die Büros und Betriebsleiter, vor den Erfordernissen der Produktion den Gesundheitszustand der jungen Arbeiter in Betracht zu ziehen.
Wir sind Menschen und wollen nicht wie Produktionsmaschinen behandelt werden.
Eine rationelle und verständnisvolle Organisation der Arbeit, fortschreitende Modernisierung und Ausstattung des Betriebs werden eine gesteigerte Produktion ohne Schädigung der Gesundheit der Jugend gestatten.
Die Arbeiterjugend ruft alle Arbeiterabgeordneten und Berufsgruppen auf, sich wirksam für die Unterstützung und den Ausbau dieser Forderungen einzusetzen. Den Betriebsunternehmern gegenüber appellieren sie an deren Pflichtgefühl und sozialen Gerechtigkeitssinn.

Religiöse Unterweisung durch Flugblätter

Die verschiedenen Gruppen der katholischen Jugend Frankreichs, JAC, JEC, JIC, JMC, JOC, haben in der Überzeugung, daß die Kenntnis der Glaubenslehren bei den meisten Christen heute völlig unzureichend ist, über einen neuen Weg nachgedacht, sie in gemeinverständlicher Form an möglichst viele Menschen heranzubringen, und sind dabei zu der Uberzeugung gekommen, daß ganz kurze flugblattartige Formulierungen am besten wirken würden. Sie haben seit dem Sommer 1947 solche Flugblätter herausgegeben, etwa 20 Lehrstücke in mehr als 100 000 Exemplaren, die je 4 bis 6 Seiten umfassen und unter dem Titel „Eléments de doctrine spirituelle" zusammengefaßt sind.
Es handelt sich also darum, die christliche Lehre einfach und konkret darzustellen, und das gelingt, wie sich zeigt, am besten, wenn sie möglichst vertieft wird. Man geht nicht in die Breite der Abstraktion, sondern in die Tiefe der biblischen Einfachheit. Die Verfasser der Flugblätter haben sich, um zur Tiefe der Wahrheit zu gelangen, Fragen folgender Art gestellt:
Ist der christliche Glaube in erster Linie Glaube an Wahrheiten, Befolgen von Geboten, Empfang von Sakramenten — oder Nachfolge einer Person vermittels der Wahrheiten, Vorschriften und sakramentalen Zeichen?
Ist das Christentum zuerst Jemand oder zuerst Etwas? Handelt es sich zuerst um Gott, der sich offenbart, oder um offenbarte Wahrheiten *über* Gott? Handelt es sich um das Wort Gottes oder um ein menschliches, von Gott beglaubigtes Wort? Handelt es sich zuerst um eine Gegenwart oder um eine Lehre? Ist die Moral ein unpersönliches Gesetz oder Liebe? Sind die Sakramente Mittel, um zu Gott zu gelangen, oder gibt Gott sich in ihnen, indem er das zentrale Geheimnis seiner Gegenwärtigkeit in der Zeit verwirklicht?
Wenn das Christentum in erster Linie eine Lehre ist, wird sich der Akzent auf das unpersönliche Element verlagern, und die Methode wird analytisch und abstrakt. Wenn aber das Christentum in erster Linie eine Person ist, fällt der Akzent auf das persönliche Element, und die Methode wird konkret und historisch.
Nach diesen voraufgegangenen Überlegungen sind nun zunächst 10 Flugblätter erschienen, die einige Grundfragen behandeln, wie z. B. das Religiöse überhaupt, die Offenbarung, die Inspiration der Heiligen Schrift, dann einige über die Grundfragen der Erschaffung der Welt: Transzendenz, Liebe, Schöpfung (Nr. 6), Die Frau und die Sexualität in der Schöpfungslehre (Nr. 7), Der Mensch und die Entwicklung (Nr. 8), Das Geheimnis des Sündenfalls (Nr. 9 und 10). Die zweite Folge stellt die typischen Geschehnisse des Alten Bundes dar, eine dritte, die demnächst erscheinen wird, beginnt mit den Lehren der

christlichen Offenbarung, z. B. den 8 Seligkeiten, dem Geheimnis der Dreifaltigkeit, der Erlösung, der Kirche usw.

Die Flugblätter sind auch vorzüglich geeignet zur Unterlage für Gruppenarbeit. Sie sollen dann vor allem dazu führen, die Heilige Schrift selber zu öffnen.

Die spanische Religionspolitik in der Weltöffentlichkeit

„Abgesehen von den dogmatischen Ansprüchen der Kirche fragen sich die amerikanischen Katholiken, ob es klug ist, die Protestanten vor dem Gesetz in der Weise zu diskriminieren wie es in Spanien geschieht. Aber die amerikanischen Katholiken können dafür nicht verantwortlich gemacht werden." So schreibt die Zeitschrift der amerikanischen Jesuiten. (America 12. 3. 1949). Sie macht sich also die Besorgnis der katholischen Presse Englands zu eigen, von der wir im letzten Heft berichteten. (Herder-Korrespondenz 3. Jhg., Heft 8, S. 349.)

Die amerikanischen Katholiken

Auch die amerikanischen Katholiken spüren den Vorwurf in den Worten des New Yorker Journalisten Bigart: „Ihr Katholiken seid inkonsequent. Ihr erhebt donnernden Protest gegen die Verfolgung von Kardinal Mindszenty durch die ungarischen Kommunisten. Aber wo ihr an der Regierung seid, wie in Spanien, verweigert ihr da nicht den Protestanten die Freiheit des Glaubens?"

„America" geht vor diesem Vorwurf in die Defensive und sagt: „Spanien ist nicht die Katholische Kirche." Man muß die Geschichte der Spanier kennen, um ihre Einstellung zu den Protestanten zu verstehen. Im Grunde genommen bekämpft man nicht den Anspruch auf Glaubensfreiheit, sondern die Absicht der Protestanten, unter den Katholiken Propaganda zu machen.

„Verfolgung" ist ein Wort, das wir gebrauchen, wenn wir sagen wollen, daß eine Religion ausgerottet werden soll. Davon kann in Spanien keine Rede sein. Aber Spanien ist „geschichtlich schlecht dafür vorbereitet, die Gründe für religiöse Freiheit zu begreifen."

„America" appelliert dann an die spanische Öffentlichkeit, sie möge die wirkliche Gefahr ins Auge fassen, die der Religion droht und nicht die konfessionelle Polemik steigern, die nur den Gegnern des Glaubens in die Hände arbeitet.

Die protestantische Antwort

Die Äußerung der führenden katholischen Zeitschrift in USA ist bereits am 30. März von „The Christian Century", dem repräsentativen Organ des Protestantismus, beantwortet worden. Die Antwort ist ein Schulbeispiel, aus dem man lernen kann, wie gewisse typische Argumentationen, deren wir uns bedienen, auf Andersgläubige wirken.

„The Christian Century" greift zunächst die Behauptung auf: „Spanien ist nicht die Katholische Kirche". Man schiebt also dem Staat oder dem spanischen Volk die Verantwortung zu, und indem man einen Verantwortlichen sucht, gesteht man, daß hier etwas zu verantworten ist. Tatsächlich geht aber die Unterdrückung des Protestantismus mit dem Einverständnis und mit der Ermunterung der Kirche vor sich. Der Staat tut nichts anderes, als was die Kirche grundsätzlich von ihm fordert; er gibt dem katholischen Glauben Sonderrechte und Schutz gegen alle anderen Religionen. Deshalb ist die Kirche ideell mitverantwortlich für eine Sache, die nach dem öffentlichen Eingeständnis des katholischen Blattes nicht richtig ist.

Dann greift die evangelische Zeitschrift den Satz auf, den wir am Anfang dieser Meldung zitierten. Man entziehe sich nicht der Verantwortung mit der leichten Wendung: „Abgesehen von den dogmatischen Ansprüchen . . ." Könne denn ein gläubiger Katholik, ob Amerikaner oder nicht, davon „absehen"? Sei es nicht gerade dieser Anspruch, der seit Augustins Zeiten überall dort, wo die Katholische Kirche die Macht habe, zur Unterdrückung Andersgläubiger führe?

„America" will in der spanischen Angelegenheit nicht von Verfolgung reden. „The Christian Century" stimmt zu. Wer verfolgt wird, genießt keinen Rechtsschutz. Die spanischen Protestanten haben immerhin einige Freiheiten. Nur müsse man von der katholischen Presse verlangen, daß sie die Tatsachen nicht totschweigt.

Das Zusammenwirken von Kirche und Staat zum Schutz des katholischen Glaubens entspreche genau dem katholischen Dogma. Wo sich heute noch in protestantischen Ländern etwas ähnliches zeigt (England, Schweden), handelt es sich um ein Erbe aus der Gesetzgebung des katholischen Mittelalters. Gewisse gesetzliche Bestimmungen in diesen Ländern haben sich mit natürlicher Zähigkeit behauptet. Man könne nur wünschen, daß diese privilegierten Staatskirchen möglichst bald auf ihre Vorrechte verzichteten, die nur dazu gut seien, den Begriff der religiösen Freiheit zu verwirren. Jedoch sei es verfehlt, wenn die katholische Apologetik Schweden oder England zur Entschuldigung heranziehe für das, was in Spanien geschieht. Man müsse nicht die „gesetzlichen Beschränkungen", sondern ihre tatsächliche Auswirkung vergleichen. Dann bleibt es dabei: Die beiden krassesten Fälle religiöser Unterdrückung in der heutigen Welt sind Osteuropa und Spanien.

„The Christian Century" sagt: „Solche Vorkommnisse zu entschuldigen oder zu erklären, ist für eine intelligente und geistvolle Zeitschrift nicht leicht. Was „America" tat ist vielleicht das Beste, was sie tun konnte. Aber das Bestmögliche ist nicht immer das Gute."

Ein politischer Schritt

Die Befürchtung der katholischen Presse in den angelsächsischen Ländern, daß die spanischen Maßnahmen gegen die Protestanten sich schädlich auswirken könnten, ist nicht grundlos. Im englischen Parlament forderte der Abgeordnete Noel-Barker den Außenminister auf, die Angelegenheit vor die Vereinten Nationen zu bringen. Bevin sprach von der Schließung baptistischer Gotteshäuser in Spanien. Er wies die Entschuldigung zurück, es handle sich dabei um Übergriffe lokaler Behörden. Die spanische Regierung müsse dafür verantwortlich gemacht werden.

„Catholic Herald" (29. 4. 1949), der von dieser Interpellation berichtet, schreibt an anderer Stelle des Blattes: „Wir kennen sehr wohl den Unterschied zwischen ‚der Wahrheit, die sich gegen die Häresie sichert' und ‚der Häresie, die der Wahrheit Duldung gewährt.' Aber so, wie wir die Toleranz zu schätzen wissen, die es in unserem Lande der Wahrheit ermöglicht, sich durchzusetzen, so glauben wir, wird die Wahrheit, wenn die Liebe und die Vernunft in ihren Dienst treten, ein besseres Mittel

zur Überwindung der Häresie sein als das spanische Prinzip: wir haben keine Verwendung für den Protestantismus."

Wenn christliche Politik konkret wird . . .

Die englische Zeitung „Catholic Herald" (11. März 1949) bemüht sich immer von neuem um die Erziehung ihrer Leser zu politischer Aktivität. Bei der religiösen Neutralität der politischen Parteien des Landes ist es im Interesse des katholischen Glaubens und der Kirche um so wichtiger, daß der katholische Volksteil entsprechend seiner Zahl in den einzelnen Parteien entweder durch katholische Abgeordnete vertreten wird oder doch durch solche Männer, die bereit sind, die religiösen und sittlichen Grundsätze ihrer katholischen Wähler durchzusetzen. Das englische Wahlrecht, das ja bekanntlich ein reines Mehrheits- und Personalwahlrecht ist und deshalb den Wählern die Möglichkeit bietet, mit ihrem Abgeordneten direkten Kontakt zu halten, veranlaßt den „Catholic Herald", den katholischen Bürgern einen originellen Vorschlag zu unterbreiten. Die Zeitung legt ein Schema von 15 Fragen vor. Sie empfiehlt den Katholiken, diese Fragen ihren Abgeordneten oder Wahlbewerbern vorzulegen und sie dadurch zu einer positiven Einstellung gegenüber wichtigen katholischen Belangen zu verpflichten.

Die Anregung des englischen Blattes hat bereits jetzt ein starkes Echo im Lande ausgelöst. Zahlreiche Abgeordnete haben die Fragen teils positiv, teils negativ beantwortet, andere haben erklärt, sie sorgfältig prüfen zu wollen. Es gibt in England immerhin fast 2 Millionen katholische Wähler. Wenn ihre Zahl durch entschiedene Christen anderer Bekenntnisse, die die gleichen politischen Grundsätze vertreten, noch verstärkt wird, könnte sich bei einer allgemeinen Wahl daraus ein beachtliches Wählerpotential entwickeln.

Für uns ist es aufschlußreich, in welchen Punkten und in welcher Form die christliche Soziallehre von dem katholischen Blatt für die gegenwärtigen Anliegen der englischen Politik konkretisiert wird. Elf Fragen des Schemas betreffen die innere, vier die äußere Politik. Wir geben sie dem Sinn nach wieder:

1. Wollen Sie die Privatschulen stützen?
2. Wollen Sie die Interessen der katholischen Krankenhäuser und Jugendfürsorgeeinrichtungen wahrnehmen?
3. Wollen Sie Ehe und Familie unterstützen durch Förderung des Wohnungsbaues und Ausgleich der Belastung kinderreicher Familien?
4. Wollen Sie sich der weiteren Ausdehnung jener Gesetzgebung widersetzen, die sich gegen die Heiligkeit und Würde der menschlichen Person richtet, insbesondere in den Fragen der Sterilisation, der Abtreibung und der Euthanasie?
5. Sind Sie bereit, sich einer Ausdehnung der Verstaatlichung des Wirtschaftslebens zu widersetzen, sofern diese das wirtschaftlich notwendige Maß überschreitet und damit einen ideologischen Charakter annimmt?
6. Bevorzugen Sie den Bau von Eigenheimen gegenüber privaten oder öffentlichen Mietshäusern?
7. Treten Sie ein für eine möglichst große Streuung des Eigentums, auch des Eigentums an Betrieben, für die Berücksichtigung der familiären Existenz bei der Bemessung der Löhne und für eine staatliche Subventionierung jener Industriezweige, die aus volkswirtschaftlichen Gründen außerstande sind, solche Löhne zu zahlen?
8. Sind Sie bereit, die Kontrolle der Gesellschaft über den Einzelnen auf das sittlich und wirtschaftlich Notwendige zu beschränken und allen Kontrollmaßnahmen Widerstand zu leisten, die ihn zu einem bestimmten theoretischen Bekenntnis zwingen?
9. Sind Sie für schärfste Überwachung derjenigen, die sich der politischen Freiheit bedienen, um sie zu beseitigen?
10. Bekennen Sie sich zu dem Grundsatz, daß Kapital und Arbeit Rechte und Pflichten besitzen, die am besten durch gesetzliche Förderung ihrer freiwilligen Zusammenarbeit geregelt werden?
11. Treten Sie ein für die Beseitigung aller Gesetze, die bestimmte Konfessionen oder Rassen benachteiligen?

Die Forderungen zur Außenpolitik sind folgende:

1. Werden Sie die Aufnahme Deutschlands, Spaniens und Portugals in die Vereinten Nationen unterstützen?
2. Sind Sie bereit, sich den diplomatischen und den Handelsbeziehungen mit solchen Ländern zu widersetzen, die
   a) ihre Friedensverträge brechen,
   b) grundlegende religiöse und persönliche Freiheiten verleugnen,
   c) durch Wort und Tat direkte Feindschaft gegen die christlichen und demokratischen Länder bekunden?
3. Wollen Sie darauf bestehen, daß die Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen von der Bereitschaft abhängig gemacht wird, die sittlichen und sozialen Ideale der UN zu verwirklichen? Treten Sie für den Ausschluß oder Sanktionen gegen diejenigen Mitglieder ein, die diese Ideale beharrlich praktisch negieren?
4. Wollen Sie die internationale Kontrolle über Jerusalem und die heiligen Stätten unterstützen?

„Catholik Herald" verspricht sich von den Fragen drei Ergebnisse: 1. Zwang zu klarer und deutlicher Stellungnahme der Wahlkandidaten gegenüber den christlichen Forderungen.

2. Sicherung der Verwirklichung dieser Forderungen für die Dauer der folgenden Wahlperiode durch gültige Versprechen und Garantien.

3. Stärkung und Deckung derjenigen Parlamentsmitglieder, die als persönlich aufrichtige Christen eine Erneuerung oder Verteidigung des Landes und der Welt auf christlicher Grundlage anstreben.

Die 15 Fragen selbst wollen noch keine endgültige konkrete Formulierung der christlichen Grundsätze sein; diese sollen aber nach dem Wunsch des „Catholic Herald" durch öffentliche Diskussion bis zu den nächsten Wahlen einen allgemein anerkannten Ausdruck finden.

Wen spricht die katholische Radiosendung an?

Seit einiger Zeit hat die Katholische Kirche auch in England die Möglichkeit erhalten, den Rundfunk als eines der wirksamsten Propagandamittel in ihre Dienste zu stellen. Father Andrew OFM, der katholische Vertreter bei der englischen Rundfunkgesellschaft, bezeichnet das Radio als „die mächtigste Hilfe im apostolischen Feldzug, als eine glänzende Möglichkeit, grundlegende Arbeit für die katholische Evangelisation zu leisten." Auf diesem Wege vermögen am sichersten die Vorurteile beseitigt zu werden, die die Andersgläubigen gegen die katho-

lische Kirche und ihre Mitglieder haben. Es gilt, ihnen zu beweisen, daß die Katholiken „seelisch gesund, gütig und wirklich christusähnlich sind". Ja, aber wie erreichen denn die katholischen Radiosendungen die Menschen, auf die es Father Andrew augenscheinlich ankommt? Lassen wir ihn selbst die Antwort geben: Ein Überblick hat gezeigt, daß in England nicht mehr als 500 000 Menschen die Kirche besuchen, während 14—16 Millionen die religiösen sonntäglichen Radioübertragungen anhören. Deshalb wenden wir uns vornehmlich an die Millionen, die die Kirche nicht erreicht.

Er weiß auch zu berichten, daß die katholischen Redner und Programme allgemein günstige Eindrücke hinterlassen und schon manche Barrieren eingerissen haben. „Aber", so meint Father Andrew, „erst wenn die letzten psychologischen Schranken der Unwissenheit, der Bigotterie und einer gewissen Furcht, die sich gegen die Katholiken richten, überwunden sein werden, erst dann wird unsre Mission, der Sinn unsrer Radiosendungen, erfüllt und erfolgreich gewesen sein."

Um die christliche Ordnung in der Industrie: Unternehmertagung in Holland

Ungefähr 150 Vertreter katholischer Unternehmerverbände aus England, Frankreich, Holland, Belgien und Italien trafen sich zu einer Tagung in Tilburg in Holland, um die Anwendung der Grundsätze der päpstlichen Enzykliken auf die verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Länder zu besprechen.

Auf der Tagung wurde in folgenden vier Punkten Übereinstimmung erzielt:

1. Das Privateigentum an industriellen Betrieben gewährleistet am besten die Produktivität und die Entwicklung von Persönlichkeiten innerhalb der Gemeinschaft. Als geeignetstes Mittel zur Verhütung von Mißbräuchen erscheint eine Politik, die darauf hinstrebt, alle Klassen der Bevölkerung am Volkseinkommen zu beteiligen.
2. Es muß verlangt werden, daß jeder Unternehmer seine Stellung als eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft auffaßt und deshalb eine diesbezügliche Ausbildung genossen hat.
3. Jeder Betrieb ist wirtschaftlich und sozial eine organische Einheit. Die mechanische Zusammenfassung von Betrieben durch Verstaatlichung oder Vertrustung, wie auch die Einmischung von Gewerkschaften schädigt diesen Organismus.
4. Alle Reformen der betrieblichen Struktur zielen auf Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsführung und am Gewinn hin. Die Zielstrebigkeit des Betriebes verlangt Ordnung und Befehlsgewalt. Sie schließt eine demokratische Betriebsführung aus. Dagegen hat jeder, der am Betrieb beteiligt ist, auch einen Anspruch auf Anteil am Betriebsgewinn. Es ist zwar kein strenger Rechtsanspruch, er entspricht jedoch einem höheren menschlichen und menschlicheren Ideal: der Billigkeit.

Die religiöse Situation an österreichischen Hochschulen

In der zweiten Aprilhälfte fand in Salzburg eine Internationale religionspädagogische Woche statt. Auf dieser sprach P. Suso Braun über den „religiösen Weg der Hochschuljugend".

Auf der Universität Innsbruck sind, wie der Vortragende ausführte, dem Bekenntnis nach 84% Katholiken. Im CV sind 17% der katholischen Studenten erfaßt, in der Katholischen Hochschulgemeinde verkehren etwa 150 bis 200 Studenten. Damit ist jedoch die katholische Substanz nicht erschöpft. So nahmen z. B. am Eröffnungsgottesdienst des Wintersemesters eintausend Hochschüler teil, das ist etwa 40% aller damals in Innsbruck anwesenden Hochschüler. Man kann etwa mit 25% „weltanschaulichen" Christen rechnen, während weitere 25% dem Christentum wohlwollend gegenüberstehen und nur die übrigen 25% es ablehnen. Damit ist die religiöse Situation an der Universität heute besser als jemals in den letzten 50 Jahren.

Ähnliches zeigt sich auch in den Kreisen der Dozenten. Christentum wird wieder ernst genommen, platter Materialismus findet kein Echo mehr. Doch wird Religion vielfach als bloße kulturelle Angelegenheit angesehen und mit einer gewissen Gönnerhaftigkeit behandelt.

Es ist nun eine überraschende Tatsache, daß innerhalb der Hochschülerschaft eigentliche geistige Strömungen kaum anzutreffen sind. Die Jugendbewegung, die nach dem ersten Weltkrieg das geistige Leben aufs stärkste beeinflußt hat, tritt nur andeutungsweise in Erscheinung. Nur innerhalb der katholischen Elite macht sich eine gewisse Unruhe geltend, die sich bis zu Bestrebungen ordensähnlicher Art steigert. Im allgemeinen herrscht überall ein guter Durchschnitt, aber wenig hervorragende Begabung und Führerpersönlichkeit.

Innerhalb der katholischen Studenten unterscheidet P. Suso Braun folgende Typen: den unproblematischen Typ, der aus einer guten, soliden Familie kommt und sein Christentum mit naiver Unmittelbarkeit als eine Selbstverständlichkeit lebt, aus Tradition, Verantwortung gegenüber Ahnen und Heimat, ohne sich jedoch mit der Zeit und ihren Schwierigkeiten auseinanderzusetzen. Der zweite, zahlenmäßig stärkere Typ steht in einer säkularisierten Haltung der Kirche gegenüber. Ihm ist der Mensch das Maß aller Dinge. Das Christentum wird hier verstanden als eine Stufe in einer langen Entwicklung, als Krönung des Menschentums und Vollendung und vielleicht Überbietung der Antike, aber nicht mehr als Einbruch des Unerhörten, als Mysterium.

Diese rationalistische Haltung findet sich als Unterströmung auch bei katholischen Studenten, bei denen die Bereiche Wissenschaft und Religion beziehungslos nebeneinander liegen. Sie wissen Religion nur mehr durch eine Wendung ins Irrationale, Gefühlsmäßige zu retten. Die innere Existenz vollzieht sich gleichsam zweigleisig. Solchem bruchstückhaften und doppelgleisigen Christentum gegenüber sind die eigentlich „Durchgekommenen", die die Synthese zwischen Wissenschaft und Glauben in ihrem Leben vollziehen, in der Minderheit. Diese werden morgen die Führerschicht stellen müssen.

Häufig finden sich auch religiös begeisterte Studenten, die sich in wilde missionarische Tätigkeit stürzen, ohne hierfür schon die erforderliche Reife zu haben. Es ist etwas Ungestümes, Unmittelbares und Vitales in ihrem Tun, das freilich durch Rückschläge gefährdet ist. Eine der dringlichsten Aufgaben scheint es, dieser Jugend, die voll des guten Willens ist, das Defizit an geistiger Bildung auszugleichen und die Lücken des Wissens zu schließen.

Wenn im allgemeinen das weltanschauliche Christentum eher zurücktritt, so gilt doch das sakramentale Christentum gemeinhin als selbstverständlich. Auch die Marien-

verehrung hat ihren gewichtigen Platz. Die liturgische Haltung ist schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Kann auch auf den Hochschulen von eigentlicher Religionspädagogik nicht im selben Maß wie etwa in den Mittelschulen die Rede sein, so ergibt sich doch aus allem die Wichtigkeit der Hochschulseelsorge, deren Hauptziel vor allem in der Vertiefung gesehen werden muß.

Aus Ost- und Südosteuropa

Polnische Bischöfe geben Antwort

Die Herder-Korrespondenz berichtete im Maiheft (3. Jhg., Heft 8, S. 360) von den Beschuldigungen, welche die Regierung durch einen ihrer Minister gegenüber dem Episkopat erhoben hat. Die Bischöfe haben dagegen in einer Protestnote Stellung genommen und sich ihrerseits über die Bedrückung der Kirche beklagt. Auf einer Konferenz in Gnesen, die Ende April stattfand, haben sie sich dann in einem Hirtenbrief auch an die Öffentlichkeit gewendet. Sie rufen die polnischen Katholiken zur Mitarbeit am Wiederaufbau Polens, legen aber zugleich besonderen Nachdruck auf die moralischen Werte, die dabei zur Geltung gebracht werden müssen. In dieser Hinsicht sei die Erziehung besonders wichtig. Die Gläubigen sollten ihre Kinder in die verbliebenen katholischen Schulen schicken. Sie sollten ferner die Anklagen gegen die Priester als Staatsfeinde nicht glauben und sich überhaupt gegenüber den Äußerungen der Presse wappnen. Die Verurteilung und Verhaftung so vieler Geistlicher sei beklagenswert, der Vorwurf der Staatsfeindlichkeit lächerlich.

Im übrigen ist die Propagandawelle gegen die Kirche in Polen seit dieser Zeit etwas abgeebbt. In letzter Zeit haben keine Prozesse stattgefunden, und die Volkskundgebungen gegen die politische Reaktion der Kirche haben aufgehört.

Die häufig wiederkehrenden Nachrichten, daß die polnische Regierung Verhandlungen mit dem Vatikan erstrebe, wurden dort weder bestätigt noch dementiert. Auf die einseitige Aufhebung des Konkordats hat Rom bis dahin nur in der Form geantwortet, daß es bei den jüngsten Bischofsernennungen auf die Befragung der Regierung verzichtet hat. Wie verlautet, wird darauf bestanden, daß die Frage einer Vereinbarung über das frühere Konkordat zum Ausgangspunkt für neue Verhandlungen gemacht werde.

Die Reaktion der Regierung und Presse auf den jüngsten Hirtenbrief wird ein Kriterium für die weiteren Absichten der polnischen Machthaber sein.

Düstere Voraussicht des Erzbischofs von Prag

Wie die italienische Agentur ARI aus Prag erfährt, sagte Erzbischof Beran von Prag am 25. April in einer Rede: „Ich bin gewärtig, daß man in naher Zukunft sagen wird, daß ich ein Feind des arbeitenden Volkes bin und die sozialen Probleme der Arbeiterschaft nicht verstehe. Ich verkünde öffentlich, daß ich kein Feind der Arbeiter bin. Ich bin es nie gewesen, bin es nicht und werde es nie sein."

Der Erzbischof sagte weiter, die Katholische Kirche würde sich an der Lösung der sozialen Aufgaben in der Tschechoslowakei gern beteiligen. Aber durch die Umstände sei sie in ihrer Tätigkeit auf das rein religiöse Gebiet verwiesen.

Was seine Person betreffe, sei er zwar ein Lehrerssohn, aber alle seine Vorfahren seien Arbeiter gewesen. So könne er sich über jede Errungenschaft des Standes seiner Vorfahren nur freuen. Er erwähnte schließlich seine Haft und seine Erfahrungen in Dachau, die eigentlich genügen müßten, ihn gegen Verdächtigungen seiner Gesinnung zu schützen.

Eine ergreifende Stimme aus Rumänien

Die Herder-Korrespondenz hat über das Martyrium der griechisch-unierten Kirche in Rumänien wiederholt ausführlich berichtet.

Die folgenden Worte, die der Administrator des unierten Bistums Blaj an seine Jugend richtete, klingen beschwörend und hilferufend in die ohnmächtige christliche Welt des Westens:

„Wir haben das freie Rumänien mit unserm Herzblut aufgebaut. An euch ist es, unser Werk weiterzuführen und den Dom der Gewissensfreiheit neu aufzurichten. Der Schrecken ist über die unierte Kirche niedergegangen. Der Herr Jesus Christus ist von neuem in seinem mystischen Leibe gegeißelt, angespien und gekreuzigt. Manche unserer Brüder geben kampfmüde den Widerstand auf und getrauen sich nicht, in dieser Golgathastunde ihren Glauben zu bekennen.

Gebt um keinen Preis euren Glauben auf. Auch wir haben einen Karfreitag zu erleiden und zu erleben. Wir haben das Evangelium unserer Treue zu Christus neu zu schreiben mit unserm Blut. Die Stunde ist da, das Leiden Christi in unserm Fleische nachzuleben... Die Feste der rumänisch-katholischen Kirche ist in Feindeshand. Zaget nicht: an uns ergeht der Ruf, in dieser Stunde das ruhmreichste Blatt unserer Geschichte zu schreiben, auf dem das Wort „Verräter und Feigling" keinen Platz finden darf...

Wohl berichteten die Zeitungen von Judassen. Ich will aber gerne glauben, daß sie nur eine Ausnahme bilden. Ihr, meine Söhne und Töchter, werdet durch Eure Treue beweisen, daß Ihr fest mit Eurer Kirche verwurzelt bleibt. Leidet mutvoll, kämpft ohne Unterlaß, verkaufet Eure Seele nicht. Auch Christus mußte leiden, bevor er von den Toten auferstand.

Das Blut Christi rief Märtyrer auf zum Kampf, und das Blut der Märtyrer aus alter Zeit ruft uns zu gleichem Streit. In harter Stunde, wo Euch das Herz unter der Marter zu brechen droht, denket an die hl. Eulalia, das 13jährige Kind, das zu Christus sprach: Wie schön sind die Wunden, die Du meinem Leib schlägst. Sie sind die Zeichen Deines Namens. Mit meinem Blute will ich Deinen Tod bezeugen.

Passionsweg der Kirche durch alle Jahrhunderte auf den blutigen Spuren des Leidensweges des Heilands! Schließen wir uns im Geiste den ungezählten Kreuzträgern an in diesen Passionswochen."

Unentwegte Verfolgung in Jugoslawien

Nach längerer Pause, die durch die hermetische Abschließung des Landes gegenüber den objektiven Nachrichtendiensten begründet ist, erfährt die „Kipa" durch eine Persönlichkeit, der es öfters gelungen ist, heimlich nach Kroatien zu gehen, folgendes:

Die Kultusabteilung des Innenministeriums der Volksrepublik Kroatien unterzieht die Geistlichkeit einer äußerst strengen Kontrolle. Die Priester werden amtlich nicht mehr als „Priester", sondern als „Diener des römisch-katholischen Ritus" bezeichnet.

Gemäß einer der Volksmiliz in Zagreb zugestellten Verordnung Nr. 16 172/48 vom 16. 6. 48 des gleichen Ministeriums müssen die Geistlichen 48 Stunden vor der Abhaltung einer Predigt deren Text dem Volksmiliz-Kommissariat ihres Rayons zur Zensur vorlegen. Auf dem Lande müssen die Predigttexte den Sekretären der kommunistischen Landesorganisationen oder dem Kommandanten der Parteimiliz ausgehändigt werden.

Ein vertrauliches Rundschreiben Nr. 4943/48 des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Jugoslawiens sieht außerdem eine Reduktion des „Dienerstandes des katholischen und muselmanischen Ritus" vor. Grund: Brennmaterialeinsparung und vernünftige Beschäftigung der verschiedenen Stände.

Die Kultusbeamten werden in drei Gruppen eingeteilt: 1. Offene, reaktionäre, 2. solche, die bei außenpolitischen Komplikationen gefährlich sein könnten, 3. politisch Indifferente, die aber wegen ihres Gesundheitszustandes für die Lebensmittelrationierung eine Belastung darstellen. Die ersten beiden Gruppen gehören zur sogenannten „Sicherheitsisolation". Gegen die dritte sollen die Parteiinstanzen nach ihrem Gutdünken vorgehen, was nichts anderes als möglichst rasche Liquidierung bedeutet.

Priesterverhaftungen sind etwas Alltägliches. Der Geistliche erhält gewöhnlich eine Vorladung zum Austausch eines alten Personalausweises oder zur Inempfangnahme irgend eines neuen Schriftstückes. Er kehrt nicht mehr zurück. Wenn sich die Angehörigen dann auf der Amtsstelle nach dem Verschwundenen erkundigen, erklärt man ihnen (es ist immer die gleiche Antwort): Ja, ja, er war hier; er hat die neue Legitimation in Empfang genommen und ist dann wieder fortgegangen. Nach einigen Monaten wird man dann inne, daß der Vermißte sich in der „Sicherheitsisolation" in irgend einem Lager befindet.

Neben diesen direkten Maßnahmen gibt es noch die mehr indirekten Schikanen; Jugendliche fallen während des Gottesdienstes in die Kirche ein, spielen Handorgel, veranstalten ein regelrechtes Pfeifkonzert und rauchen.

Daß der Geistliche vom Altare leben soll, gilt in Jugoslawien nicht, denn es ist verboten, irgendwelche Taxen zu erheben. Darauf steht die Strafe der Requisition des ganzen Pfarramtes und des Entzugs der Lebensmittelkarten. Dies gilt natürlich nur für den katholischen Klerus, die Orthodoxen genießen dagegen verschiedene Privilegien. Die serbisch-orthodoxe Geistlichkeit (2000 Mitglieder) hat Anfang März in Belgrad getagt und auf dieser Sitzung eine Treueerklärung für das Tito-Regime abgegeben.

Aus den Missionen

Missions-Intentionen des Gebetsapostolats für das Jahr 1950

Der Heilige Stuhl hatte kürzlich die Gebets-Intentionen für die Missionen im Jahre 1950 veröffentlicht. Sie lauten:

Januar — Die Missionen von den Gottlosen bedroht.
Februar — Das Christentum in Japan.
März — Der Fortschritt der Kirche unter den Schwarzen Amerikas.
April — die Missionen in Uganda, Kenya und Tanganyika.
Mai — Die soziale Frage in Indien.
Juni — Die Heiligung des Einheimischen Klerus.
Juli — Die Christen in mohamedanischen Gebieten.
August — Die Bekehrung der Protestanten in den Missionen.
September — Die Indianer von Lateinamerika.
Oktober — Die Sorge für die Kranken in den Missionen.
November — Freiheit und Fortschritt der katholischen Schulen.
Dezember — Die Rolle, die der Kirche der Philippinen im Fernosten zufällt.

Die Kirche und die indonesische Freiheitsbewegung

Die Herder-Korrespondenz berichtete in Heft 11 des 2. Jahrganges, S. 490 über die Mission in Indonesien und die Schwierigkeiten, die sich aus dem erwachenden Nationalismus auf den Inseln des malaiischen Archipels ergeben. Wie jetzt aus einem Bericht des NCWC News Service aus Batavia hervorgeht, steht aber die Katholische Kirche im Urteil der Freiheitsbewegung günstiger da als die von der holländischen Regierung lange Zeit hindurch begünstigte und von 1606 bis 1807 ausschließlich zugelassene kalvinistische Mission. Katholische Priester haben schon seit langem der Freiheitssehnsucht der führenden Schichten Indonesiens Verständnis entgegengebracht und einen großen Teil der Jugend im Geiste ihrer vaterländischen Idee erzogen. „Was die Katholiken in ihren Kollegien geleistet haben", lautet ein einheimisches Urteil, „ist für die Unabhängigkeitsbewegung tausendmal wertvoller als alle Reden in den Vereinten Nationen während ihrer jüngsten Unterdrückung". Unter den Missionaren, die sich seit dem ersten Weltkrieg um die Entwicklung des Landes zur Freiheit besondere Verdienste erworben haben, ragt der Name des Jesuiten van Lieth hervor, der sich deswegen den Vorwurf gefallen lassen mußte, ein Revolutionär und Linksradikaler zu sein. Auch gegen die Kirche im ganzen wurde der Vorwurf erhoben, eine antikoloniale Gesinnung zu haben, weil sie sich der rücksichtslosen Ausbeutung des Landes und der Arbeitskraft des Volkes widersetzte.

Es gibt heute in Indonesien eine „Katholische Unabhängigkeitspartei". Sie vertritt die Ansicht, daß es zu einer gedeihlichen Entwicklung des Landes und der Religion in ihm notwendig sei, die völlige Freiheit Indonesiens zu gewinnen, da man andernfalls keine Möglichkeit habe, sich die koloniale Ausbeutung durch die Europäer und die Überfremdung durch das dekadente Gedankengut des Abendlandes vom Halse zu schaffen. Der Apostolische Delegat in Indonesien, Bischof de Jonghe d'Ardoye, hat den Behörden des ost-indonesischen Staates die Mitarbeit der Kirche „in ihrem Kampf um die Entwicklung und Unabhängigkeit des Landes" angeboten. Diese Einstellung ist nicht nur ein neuer Beweis dafür, daß die katholische Mission in voller Aufrichtigkeit das Recht der eingeborenen Völker in den Missionsländern respektiert und ihnen gegen den Kolonialimperialismus des Abendlandes zur Seite steht, sondern auch der Grund dafür, daß die Bevölkerung gegenüber der Katholischen Kirche von wachsenden Sympathien erfüllt ist. Der indonesische Bischof von Semarang, Albert Soegijapranata SJ, konnte vor kurzem feststellen: „Die grundlosen Anschuldigungen gegen die Katholiken im allgemeinen und die eingeborenen Katholiken im besonderen, daß sie sich

auf die Seite des Kolonialsystems stellten, sind nach und nach völlig verschwunden." Diese vorausschauende Haltung der katholischen Missionare hat es verhindern können, daß der Kommunismus als der einzige Anwalt der unterdrückten Kolonialvölker empfunden wurde, und sie allein gibt der Kirche nun das Recht und das Ansehen, dem Kommunismus entgegenzutreten.

Die Zahl der Katholiken auf Java beträgt etwa eine halbe Million. Ihnen stehen 1½ Millionen Protestanten in den holländischen kalvinistischen Missionsgemeinschaften gegenüber.

Ein indischer Missionar wird Brahmane

Mit Rücksicht auf unseren Bericht über die Geschichte und die Problematik der indischen Mission in diesem Heft S. 412 ff. ist die folgende Nachricht aus der Missionszeitschrift „Harvest" von Interesse. In Nachahmung der Methode, die Pater de Nobili SJ im 17. Jahrhundert anwendete, ist Pater Armando Alvares SJ der Kaste der Brahmanen beigetreten. Er äußert sich darüber: Um Seelen zu retten, müssen wir alle verfügbaren Mittel gebrauchen. So habe ich einen Brahmanennamen angenommen, trage das lange orangefarbige Kleid, Turban und Sandalen, einen Pilgerstab in der Hand und ein Kreuz auf der Brust und verzichte wie die Brahmanen auf Fleisch, Eier und Fisch."

Nur wenn man sich der Lebensform der Völker so weit anpaßt, ist nach Meinung dieses Missionars jenes persönliche Vertrauen herzustellen, das eine Annäherung an die höheren Schichten möglich macht.

Kommunismus in Indien

M. Ruthnaswamy, ein hervorragender indischer Erzieher, der lange Leiter der katholischen Laienwerke in Indien und einige Jahre lang Präsident der Katholischen Union Indiens, einer Organisation der Katholischen Aktion, war, hat dem Nachrichtendienst der NCWC ein Interview gegeben, in dem er über die Entwicklung des Kommunismus in Indien berichtet hat. Der Kommunismus, der lange Zeit in Indien nicht Fuß fassen konnte, beginnt seit einiger Zeit seine beunruhigende Wirkung zu steigern, gestärkt durch das Heranrücken der Roten Armee Chinas an die indische Grenze. Auch im Innern des Landes haben die Kommunisten ihre Tätigkeit sehr vermehrt. Sie haben eine Munitionsfabrik gestürmt und rufen zahlreiche Streiks hervor.

Regierungen und Volk in Indien werden sich allmählich der wachsenden Gefahr bewußt. Die Provinzialregierungen und die Zentralregierung haben eine Anzahl außergewöhnlicher Maßnahmen gegen diese Gefahr ergriffen, z. B. vorbeugende Verhaftung von kommunistischen Führern, Verbot von kommunistischen Versammlungen und Vereinigungen und Aufhebung der Unantastbarkeitsrechte.

Für den Augenblick ist die Gefahr am größten in Westbengalen und Ost-Pakistan in der Nähe der Grenze von Burma, außerdem in gewissen Distrikten des Staates Heiderabad.

Wollte man nur nach Mitgliederzahl und Organisation urteilen, so würde die kommunistische Partei in Indien noch nicht schreckenerregend sein. Allerdings ist ihre Zahl von 25 000 zu Beginn des vorigen Jahres auf 95 000 in diesem Jahr angewachsen. Doch das ist noch ein kleiner Prozentsatz der zwei Millionen Arbeiter in den großen Fabriken und nichts im Vergleich zu den 30 Millionen Arbeitern in Heimindustrien oder kleinen Handwerken. Aber ihr Einfluß ist schon beunruhigend genug. Sie dringen in die wichtigsten strategischen Punkte des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, die großen Textilfabriken von Bombay, Ahmadabad, Kalkutta, Koimbatur und in die großen Eisenbahnwerkstätten ein. Durch sein Zellensystem bearbeitet der Kommunismus von hier aus langsam, aber stetig, die Arbeiterschaft. Kommunistische Zellen gibt es auch in den Mittelschulen und Kollegs. In gewissen Provinzen — z. B. in Trawankur — ist die Studentenschaft dafür bekannt, kommunistisch infiziert zu sein. Es gibt sogar eine kommunistische Studentenverbindung. Industriearbeiterschaft und akademische Jugend sind der bevorzugte Nährboden des indischen Kommunismus; doch auch Landarbeiterschaft und Großgrundbesitz sind nicht ganz frei von ihm. Außer den gesetzlichen und administrativen Einschränkungen ist bisher in der Öffentlichkeit wenig gegen die kommunistische Gefahr getan worden. Die Presse ist zwar, abgesehen von den kommunistischen Blättern, ausgesprochen antikommunistisch, aber matt in ihrer Kampfführung. In der Nationalversammlung wird der Kommunismus von Zeit zu Zeit angegriffen. Aber der Feldzug gegen den Kommunismus läßt sich in keiner Weise vergleichen mit dem, der ehemals gegen die englische Herrschaft geführt worden ist.

Auch von christlicher Seite ist nichts Umfassendes gegen den Kommunismus organisiert worden. Zwar erscheinen in der katholischen Presse von Trawankur häufig Artikel gegen den Kommunismus. Katholische Vereinigungen, wie die Katholische Union Indiens und ähnliche, veröffentlichen Entschließungen gegen den Kommunismus bei ihren jährlichen Zusammenkünften. In Bombay hat ein Jesuit vor katholischen Arbeitern über die geistige und moralische Gefahr des Kommunismus gepredigt. Aber über eine umfassendere und organisierte Zusammenarbeit in ganz Indien gegen den Kommunismus ist nichts zu berichten. Dabei wäre die christliche Soziallehre nach der Meinung des indischen Lehrers geeignet, auch bei Hindus und Mohammedanern Sympathie zu finden und als wirksamstes Vorbeugungsmittel gegen einen indischen Kommunismus zu wirken.

Missionsschulen tun not

Sechs koreanische Lehrer und Erzieher besuchten kürzlich die Vereinigten Staaten. Ein Mitglied der Delegation, Fräulein Soon Syung Pang, die Führerin der Katholischen Frauenjugend in Korea, erklärte vor der National Catholic Welfare Conference, die Heranbildung von Lehrern und Ausbreitung des katholischen Schulnetzes sei der Schlüssel zur Lösung des Missionsproblems in Korea. Unter 30 Millionen Einwohnern gibt es dort eine halbe Million Katholiken. Sie besitzen nur je eine höhere Schule für Knaben und Mädchen und eine Universität. Auch die Zahl der Elementarschulen ist unbedeutend. Darunter leidet nicht nur die Ausbreitung des christlichen Glaubens unter den Heiden, namentlich unter den Gebildeten, die ihre Kinder gern in gute Missionsschulen schicken würden, sondern auch das Gemeindeleben unter den Katholiken. Ihrer Jugend fehlt in den meisten Fällen der religiöse Mittelpunkt der Schule.

Fräulein Pang ist gleichzeitig Leiterin des koreanischen nationalen Frauenverbandes, der 4 Millionen Mitglieder zählt. Sie ist eine der hervorragendsten Repräsentanten des Katholizismus im öffentlichen Leben des Landes. Ihr Appell an die amerikanischen Katholiken zur Unterstützung des katholischen Missionsschulwesens in Korea ruft uns in Erinnerung, daß die Pflicht der Gläubigen auf diesem Gebiete vielleicht nie so dringend war wie in dem Augenblick, da die Missionsvölker ihre nationale Selbständigkeit gewinnen und ihr geistiges Antlitz zu formen beginnen. Sie bedürfen und suchen dazu die Hilfe der Alten Welt. Sie darf nicht zurückstehen hinter Rußland, das mit seiner Hilfe zugleich den Kommunismus als neue Weltanschauung anbietet.

Eine Stadt Japans beruft katholische Missionäre

Die Stadt Mizu in der Präfektur Hyogo, eine Stadt mit 9000 Einwohnern, von denen kein einziger katholisch ist, hat an eine Missionsstation das Ersuchen gerichtet, so bald als möglich Priester und Schwestern zu entsenden, die angesichts der drohenden Gefahr des Kommunismus der Bevölkerung helfen und die Stadt zu einem Zentrum des Katholizismus machen mögen. Sie wünschen, daß ihre Kinder in einer katholischen Atmosphäre aufwachsen, und wollen Schulen und Internate errichten.
Die Stadtbehörden boten den Missionaren folgende materielle Hilfe an: ein Grundstück von 53 Hektar an der Küste, das als das schönste Stück in der Umgebung gilt; 2 Hektar Reisfelder; ein Haus, das als vorläufige Kirche und als Pfarrhaus dienen kann; ein großes Gebäude für die Schwestern.
Obwohl die Missionsstation, an die sich dieser Appell richtete, nur aus zehn Priestern besteht, die fast alle erst neu angekommen sind und von denen ein einziger fließend japanisch sprechen kann, gab sie die Zusage, bis zum Frühjahr Missionare und Schwestern in die Stadt zu entsenden.

Ökumenische Nachrichten

EKD und Rom

Etwas verspätet veröffentlicht das „Amtsblatt der EKD" vom 15. April eine Entschließung der Synode der „Evangelischen Kirche in Deutschland zu ökumenischen Fragen", die am 13. Januar in Bethel ursprünglich als Material zu einer eigenen Stellungnahme des Rates der EKD angenommen wurde. Der Text dieser Entschließung, der auch „das Verhältnis zur Römisch-Katholischen Kirche" behandelt, ist dadurch gekennzeichnet, daß er die Katholische Kirche in einer Reihe mit den übrigen christlichen Kirchen nennt, dann aber sich mit ihr besonders auseinandersetzt.

Entschließung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zu ökumenischen Fragen

„Seit dem Abschluß der Eisenacher Kirchenversammlung hat die EKD eine neue und festere Stellung in der Gesamtkirche gefunden. Die Synode begrüßt die Gründung des Weltkirchenrates mit herzlicher Freude und verbindet damit den Dank für die große Hilfe, die ihr die anderen Glieder der Ökumenischen Gemeinschaft gewährt haben und durch ihre Fürbitte, durch ihr unermüdliches Eintreten vor der öffentlichen Meinung des Auslandes und durch ihre materielle Unterstützung.
Die Synode sieht es als vordringliche Aufgabe der EKD an, diese Haltung des ökumenischen Verständnisses und der brüderlichen Hilfe im eigenen Lande zu bewähren. Sie begrüßt die Bildung der „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen" und hofft zuversichtlich, daß ein Zusammenwirken mit den Freikirchen die besonderen Gaben, die jede christliche Gruppe empfangen hat, sich im gegenseitigen Verständnis und Wetteifer fruchtbringend für das uns gemeinsam anvertraute Werk entfalten werden.
Das größte und schwierigste Beispiel für die ökumenischen Spannungen und die ökumenischen Verpflichtungen in Deutschland ist das Verhältnis zur Römisch-Katholischen Kirche. Alle Christen sind gemeinsam einer christusfremden und christusfeindlichen Welt gegenüber gestellt. Die Umsiedlungen lassen in Deutschland keine konfessionell ungemischten Gebiete mehr übrig. Der Dienst an der Herrschaft Christi und die Verantwortung vor den Brüdern gebieten es, daß Teilkirchen, die nebeneinander leben, einander kennenlernen und ernst nehmen. Es wäre aber ein Fehler, wenn diese Begegnungen zu einer schwärmerischen Verbrüderung führten. Im Gegenteil, erfreuliche Erfahrungen beweisen, daß uns gerade ernsthafte Streitgespräche die Einheit der Kirche Christi deutlich machen können.
Voraussetzung solcher Gespräche ist aber, daß beide Teile bereit sind, auf einander zu hören und sich, zwar nicht von einer Überlegenheit des andern, aber von der Wahrheit Gottes überwinden zu lassen. Nur der bußfertige Aufblick zum gekreuzigten und auferstandenen Herrn gibt uns Freiheit und Nüchternheit, auch den Bruder zu sehen, wie er wirklich ist und wie er neben uns unter Gott steht. In dieser Gewißheit grüßt die Synode über die Grenzen der Konfessionen hinaus alle Glieder der Einen Heiligen Kirche Jesu Christi."
Zu diesem Text bemerken wir: Der Ausdruck „Streitgespräch" ist in der deutschen Sprache ungewöhnlich geworden und wird leicht als unfreundlich empfunden. In Begegnungen von Protestanten und Katholiken wird heute nicht mehr im vulgären Sinne des Wortes „gestritten", d. h. aus Rechthaberei und ohne Bereitschaft zum Verstehen der andere angegriffen. Der Ausdruck entspricht jedoch dem in der Theologie geläufigen Begriff der „Kontroverse"; darunter wird eine wissenschaftliche Erörterung von Fragen verstanden, die durch die Gegenüberstellung von Problemen und Lösungsversuchen der Wahrheitfindung dienen sollen. — Solche Kontroversen sind auch in der Katholischen Kirche als möglich vorgesehen. Sie bedürfen jedoch in jedem Falle der besonderen Genehmigung des Heiligen Stuhles (vergl. CJC can. 1325,3 und das Monitum vom 5. Juni 1948; siehe H. K. Jhg. 2, H. 10, S. 443 f). Dem Heiligen Stuhl steht es frei, diese Vollmacht gegebenenfalls auch zu delegieren.

Die Autorität des Ökumenischen Rates

Da es immer wieder zu Mißverständnissen über die zentrale Organisation des Ökumenischen Rates der Kirchen kommt, als ob er eine Art „Überkirche" mit eigener Verwaltungsautorität sein wolle, verweisen wir auf nachstehende „Erklärung", die von der Vollversammlung in Amsterdam als Teil des Berichtes des Komitees II über „grundsätzliche Fragen" angenommen wurde und die wir bisher nicht abgedruckt haben:

„Diese Erklärung wurde von der Vollversammlung als Teil des Berichtes des Komitees II über „grundsätzliche Fragen" angenommen.

I.

„Der Ökumenische Rat der Kirchen setzt sich zusammen aus Kirchen, die Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen. In Ihm finden sie ihre Einheit. Sie müssen ihre Einheit, welche eine Gabe Gottes ist, nicht selbst schaffen. Wohl aber wissen sie, daß es ihre Pflicht ist, gemeinsam nach dem Ausdruck dieser Einheit in Leben und Arbeit zu suchen. Der Rat möchte den Kirchen, die ihn gebildet haben und seine Mitglieder sind, als ein Werkzeug dienen, mit Hilfe dessen sie ihren gemeinsamen Gehorsam gegenüber Jesus Christus zusammen bezeugen und in Angelegenheiten, die ein vereintes Handeln erfordern, zusammen arbeiten können. Es liegt aber dem Rat fern, irgendwelche Funktionen an sich reißen zu wollen, die den Mitgliedkirchen zukommen, oder sie kontrollieren oder Gesetze für sie erlassen zu wollen, und er ist tatsächlich durch seine Verfassung daran gehindert. Während der Rat eifrig bestrebt ist, unter seinen Mitgliedern gemeinsames Denken und Handeln zu fördern, lehnt er zugleich jeden Gedanken daran ab, eine einzige vereinheitlichte Kirchen-Organisation zu werden, unabhängig von den Kirchen, die bei der Begründung des Rates sich zusammengeschlossen haben, oder eine Organisation, die von einer zentralisierten verwaltungsmäßigen Autorität regiert wird.

Die Aufgabe des Rates ist, seine Einheit in anderer Weise zum Ausdruck zu bringen. Die Einheit erwächst aus der Liebe Gottes in Jesus Christus, der, indem er die einzelnen Kirchen an Ihn bindet, sie dadurch auch aneinander bindet. Zutiefst wünscht der Rat, daß die Kirchen enger mit Christus und daher auch enger miteinander verbunden werden. Durch Seine Liebe vereinigt, werden sie bestrebt sein, ohne Aufhören füreinander zu beten und einander im Dienst und in der Verkündigung zu stärken, indem sie einer des andern Last tragen und so das Gesetz Christi erfüllen.

II.

Im Blick auf öffentliche Erklärungen sieht der Rat es als einen wichtigen Teil seiner Verantwortung an, sich an seine Mitgliedskirchen in Angelegenheiten zu wenden, auf die die gemeinsame Aufmerksamkeit in Denken oder Handeln gerichtet werden sollte, wenn und sobald dies notwendig erscheinen mag. Darüber hinaus können wichtige Probleme auftauchen, die Kirche und Gesellschaft grundsätzlich berühren. Zwar ist es fraglos nicht erstrebenswert, daß der Rat allzuoft Erklärungen über zahlreiche Gegenstände abgebe, jedoch ist der Rat offensichtlich dazu verpflichtet zu reden, wenn lebenswichtige Fragen, die alle Kirchen und die ganze Welt angehen, auf dem Spiele stehen. Aber solche Erklärungen werden keine Autorität außer derjenigen besitzen, die ihnen auf Grund der darin ausgesprochenen Wahrheit und Weisheit innewohnt. Keine Kirche wird dadurch gebunden sein, solange sie sie nicht selbst bestätigt und angenommen hat. Aber der Rat wird solche Erklärungen nur im Licht der Offenbarung Gottes in Jesus Christus, dem Herrn und lebendigen Haupt der Kirche, und in der Abhängigkeit von der Kraft des Heiligen Geistes in Buße und Vertrauen veröffentlichen."

Gliederung der EKD

Zur Evangelischen Kirche in Deutschland gehören 27 Gliedkirchen mit einer Seelenzahl von 39 833 434. Davon sind 13 lutherische Landeskirchen mit 20,3 Millionen, 12 unierte Landeskirchen mit 19,1 Millionen und 2 reformierte Landeskirchen mit 416 274 Seelen.

Die 13 lutherischen Kirchen sind: Land Sachsen, Hannover, Schleswig-Holstein, Bayern, Thüringen, Mecklenburg, Hamburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe. Sie sind zusammengeschlossen in der VELKD. Die Landeskirchen von Württemberg, Oldenburg, Lübeck und Eutin sind der VELKD nicht beigetreten.

Die 12 unierten Kirchen sind die Kirchenprovinzen der ehemaligen Ev. Kirche der Altpreußischen Union, deren verwaltungsmäßige Wiederherstellung unter der Führung von Bischof D. Dibelius tatkräftig betrieben wird: Berlin-Brandenburg, Provinz Sachsen, Westfalen, Rheinland, Pommern und Schlesien. Dazu kommen Hessen-Nassau, Kurhessen-Waldeck, Baden, Pfalz und Anhalt.

Die beiden reformierten Kirchen sind: Lippe und die Evangelisch-reformierte Kirche in Nordwestdeutschland. Nicht der EKD beigetreten ist die Landeskirche von Bremen, die die Grundordnung nicht ratifiziert hat wegen der dort herrschenden Aufklärung.

Die Ostzone hat 3 lutherische und 5 unierte Kirchen mit einer Gesamtseelenzahl von 17,4 Millionen = 43,7 v. H. In den Westzonen gibt es 10 lutherische, 7 unierte und 2 reformierte Kirchen mit 22,4 Millionen Seelen. Die lutherischen Kirchen zählen also statistisch etwa eine Million Seelen mehr als die anderen zusammengenommen. Dabei ist aber nicht berücksichtigt, daß der größte Teil der Gemeinden der Provinzen der altpreußischen Union aus lutherischen Gemeinden mit einem lutherischen Katechismus besteht. Die Union von 1817 als liturgische Einheit befindet sich in der Auflösung.

Der neue Präsident der evangelischen Kirchenkanzlei

Zwei Tagungen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland mußten seit der Synode von Bethel vorübergehen, bis es gelang, einen neuen Präsidenten der verwaisten Kanzlei zu ernennen. Der frühere Präsident, D. Hans Asmussen D. D., hatte diesen Posten verlassen müssen, weil ihm von der „Bekennenden Kirche" unter anderem vorgeworfen wurde, er mache gemeinsame Sache mit den Lutheranern gegen seine alten Freunde. Nachdem nun in Bethel der Vorsitz im Rat an einen Kirchenführer der „alten Schule", den bewährten Generalsuperintendenten und jetzigen Bischof D. Otto Dibelius gefallen war, der stellvertretende Vorsitz aber an Bischof Lilje von Hannover, einen ausgesprochenen Lutheraner, glaubte die „Bekennende Kirche", die sich inzwischen um D. Martin Niemöller neu organisiert hat, wenigstens die Leitung der Kirchenkanzlei beanspruchen zu dürfen, deren Kontrolle auch das von D. Niemöller gehaltene Außenamt der Evangelischen Kirche untersteht. Indessen fanden die vorgeschlagenen Kandidaten, Pfarrer Heinz Kloppenburg, Oldenburg, z. Z. beim Weltkirchenrat in Genf, und Oberkirchenrat Dr. J. Beckmann, ein Lutheraner der Rheinprovinz, keine Mehrheit im Rat. Es wurde vielmehr der Kandidat der „Vereinigten evangelisch-lutherischen Kirchen", Oberlandeskirchenrat Dr. Heinz Brunotte, Hannover, der erste Berater von Bischof Lilje, gewählt, nachdem er kurz vorher auch die Leitung der Kanzlei der VELKD übernommen hatte. Damit ist zwischen dem Block der

Lutherischen Kirchen und der Verwaltung der „Evangelischen Kirche in Deutschland", der übergeordneten Körperschaft, die denkbar engste Verbindung hergestellt. Diese Lösung war nur deshalb möglich, weil sich Dr. Brunotte, der heute im 53. Lebensjahr steht und aus der Jugendbewegung hervorgegangen ist, eines gewissen Vertrauens auch in der „Bekennenden Kirche" erfreut. Dr. Brunotte gehörte dem Verfassungsausschuß der EKD an, der die zur Zeit geltende Grundordnung ausgearbeitet hat. (Über seine Auffassungen zur allgemeinen Kirchenpolitik vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 6, S. 287). Der Sitz der Kirchenkanzlei wird demnächst von Schwäbisch-Gmünd in das Hannoversche verlegt. Der Ort steht noch nicht fest.

Das Abendmahlsgespräch in der lutherischen Kirche

Die „Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung", das Organ der „Vereinigten Lutherischen Kirche Deutschlands", hat in ihrer Nr. 7 vom 15. April *D. Asmussen* das Wort erteilt über „Das Abendmahl und die Evangelische Christenheit". Diesem Leitaufsatz entnehmen wir folgende Gedanken, die über die im Aprilheft S. 335 berichteten Auffassungen Asmussens hinausgehen. Sie zeigen vor allem, in welchem Maße die Abendmahlsfrage in das Zentrum des gesamten Handelns der evangelischen Kirche rückt:

Das Abendmahl als Handeln Christi

„Unser Zeugnis vom Abendmahl ist ein Teil unserer Evangeliumsverkündigung —, oder es ist falsch. Warum leben wir vor dem Herrn? Warum sind wir noch nicht vergangen, so wie die Welt vergeht? Warum überwinden wir weit in alle dem, was uns anläuft? Wagen wir zu sagen, daß es das Heilige Mahl ist, das uns errettet? Wenn wir das nicht wagen, ist unser Zeugnis vom Abendmahl verkürzt.

Der Herr handelt im Abendmahl, weil er der Hohepriester ist, der uns vertritt ... Alles, was im Namen des Evangeliums auf Erden geschieht — Predigt und Unterricht und Theologie —, ist schal und tot, wenn es nicht zugleich ein Handeln in foro coeli ist. Alles aber, was von Christi Tun und Wirken gerühmt wird, ohne daß wir bezeugen können, es komme vor uns und biete sich unserem Glauben dar, ist verkürzte Botschaft ...

So kann man sehen, daß das Abendmahl nicht etwas Zusätzliches ist, was man haben oder nicht haben kann, was man tun oder lassen kann. Unsere Predigt in der Gemeinde — bei der Missionspredigt liegen die Dinge anders — ist an einem falschen Platz, wenn sie nicht zusammen mit dem Sakrament da ist.

Weiß die lutherische Kirche in Deutschland mehr vom Abendmahl? Nach ihrem Bekenntnis weiß sie es. Aber sonst bin ich mir nicht sicher. Es ist ein Faktum, daß bei dem Werden der VELKD nur an einem, wenn auch sehr wichtigen, Punkte das Abendmahl in das Gesichtsfeld trat: in der Frage der Abendmahlsgemeinschaft. Es ist aber nicht so, daß eine lebendige Abendmahlspraxis diesem kirchenordnenden Schritt den Rückhalt gab, der auch für die Zukunft dringend nötig ist.

In seinem hohepriesterlichen Tun beschreitet Jesus Christus im Abendmahl ähnliche Wege wie bei seiner Fleischwerdung. Ich glaube nicht, daß wir ein Recht haben, von einer Fortsetzung der Fleischwerdung zu sprechen. Aber ich glaube auch nicht, daß wir berechtigt sind, die Ähnlichkeit des Geschehens zu übersehen. Jedenfalls kann nicht in Abrede gestellt werden, daß Jesus Christus sich im Abendmahl mit der Kreatur verbindet, wie er das in anderer Art auch bei seiner Fleischwerdung tat ...

Sakramentsarme Kirchen verlieren die Kreatur und das rechte Verhältnis zu ihr. Wenn sie dessen eines Tages inne werden, wie wir heute darauf stoßen, dann liegt es am nächsten, daß wir direkt nach ihr greifen. Wer direkt nach der Kreatur greift, nimmt sie nicht in Christus."

Abendmahl und Seinsverständnis

Asmussen meint, daß man außerhalb des Sakraments nicht das rechte Seinsverständnis finden kann, daß daran letzten Endes alles Handeln der evangelischen Kirche krankt und das Bemühen der von D. Niemöller geführten Gruppe um einen stärkeren „Öffentlichkeitswillen" der Kirche zum Scheitern verurteilt wird:

„Die Christenheit der ganzen Welt ist bereichert worden durch das Gespräch zwischen Barth und Brunner. Dies Gespräch hat die Frage des direkten Zuganges zur Kreatur aufgeworfen. Ich kann nicht finden, daß durch das Gespräch die Frage eine Lösung gefunden hätte ...

Der Fehler scheint mir der zu sein, daß hier der Glaube gelöst wird von Christus. Denn die Christen haben ja immer nur den Weg, den Christus selbst geht. Christus aber hat den Weg zur Kreatur nicht in einem predigenden Worte beschritten, welches gesagt werden konnte kraft der ihm innewohnenden Wahrheit über Gott und Menschen. Das zeugnishafte Wort war in seiner Person und deren Geschick auf das engste verbunden mit der Kreatur. In dieser Kraft tat er seine Wunder. In dieser Verbindung hielt er die Predigt auf dem Berge, die man so gerne isoliert. Und diese Verbindung ist es, die er uns in dem heiligen Abendmahl darreicht. Wer nun als Diener der Kirche und als Christ den Weg zur Kreatur finden will, der muß gerade hierhin seine Schritte lenken ...

Hier klaffen innerhalb der evangelischen Christenheit Deutschlands tiefe Gegensätze. Sie greifen auch notwendigerweise schon auf die Ökumene über. Starke Kräfte drängen danach, in die Öffentlichkeit zu kommen. Wer nicht freudig mitmacht, steht im Verdacht, sich in einer bequemen Ecke verkriechen zu wollen ...

Der Öffentlichkeitswille der Kirche

Denn was auch immer der Öffentlichkeitswille der Kirche bedeuten mag, — er muß ein Abgeleitetes sein von dem, was uns in erster Linie aufgetragen ist. Daß Sünden vergeben werden und daß Menschen sich herzufinden zum Sakrament, ist allemal das Wesentliche und Wichtige, und nur der Raum, der dann noch bleibt, kann für den Öffentlichkeitswillen hingegeben werden. Dabei steht der Öffentlichkeitswille nicht etwa neben der Darbietung von Wort und Sakrament, sondern muß aus dieser Darbietung folgen wie die Frucht der Blüte ...

Niemöller hat in der „Stimme der Gemeinde" einen Ruf erschallen lassen zur „rechten Weltlichkeit der Kirche". Wir werden alle Ursache haben, uns mit diesem Rufe auseinanderzusetzen. Denn hier werden die Fronten, in denen wir stehen — oder in denen wir stehen müßten —, einmal deutlich. Er ruft auf zu einem „geistlichen Fasten" und meint damit eine willentliche Beschränkung auf dem Wege der Bemühung um den sauberen Bekenntnisstand, die Liturgie und das Amt. Solche Bemühungen seien

nicht grundsätzlich zu verwerfen. Aber jetzt käme es darauf an, einmal festzustellen, was nicht unterlassen werden darf, die Besinnung auf die Botschaft selber und auf die Frage, wie sie in rechter Weise an die Welt heute ausgerichtet werden muß.

Wer seine Ausführungen liest, dem wird zweierlei klar; einmal dies, daß wir uns in der evangelischen Christenheit Deutschlands um sehr verschiedene Dinge mit sehr verschiedener Betonung bemühen; dann aber auch, daß es bisher nicht gelungen ist, Niemöller deutlich zu machen, daß es sich bei der Frage des Bekenntnisses, der Anbetung — das Abendmahl wird im ganzen Artikel überhaupt nicht erwähnt, was doch wohl kein Zufall ist — und des Amtes um eben die Dinge handelt, die uns aufgetragen sind . . ."

In der gleichen Nummer der „Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung" kommt Pfarrer a. D. *August Rehbach,* München, eine führende Persönlichkeit der evangelischen „Una-Sancta"-Arbeit in Bayern mit einem Aufsatz über „Das Opfer im Gottesdienst" zu Wort. Aus der Exegese von 1. Kor. 10, 18 ff in Verbindung mit der Didache und dem 1. Clemensbrief führt er den Nachweis, daß schon in der ersten Christenheit das eucharistische Mahl als Opfer gefeiert wurde. „Ich kann mich dem Eindruck nicht entziehen, daß das ‚solus Christus' in dem Opfergottesdienst der Messe, in welchem Christus sein priesterliches Wirken vollzieht und die Gemeinde an demselben teilnehmen läßt, viel mehr gesichert ist als in einem Predigtgottesdienst . . ." Man darf nicht unerwähnt lassen, daß in der gleichen Nummer den Ausführungen von Rehbach widersprochen wird. Wichtig bleibt dennoch, daß das führende lutherische Organ sich heute in dieser Weise dem Abendmahlsgespräch öffnet.

Zwei wissenschaftliche Ostkirchentagungen

Das Kirchliche Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland unter Leitung von Kirchenpräsident D. Niemöller, Frankfurt am Main, hatte annähernd 40 aktive deutsche Wissenschaftler auf dem Gebiete der orthodoxen Kirchen des Ostens (Vorderer Orient, Konstantinopel, Griechenland, Balkan, Rußland) und der Nachbardisziplinen (Osteuropäische Geschichte, Slavistik, Byzantinistik, Kunstgeschichte, Soziologie u. a.) für den 1. und 2. März zu einer gegenseitigen Fühlungnahme nach Heidelberg eingeladen.

Von besonderem Interesse waren dabei die Vorträge von Professor S. Benz, Dr. L. Müller, Professor Ernst Wolf und H. von Rautenfeld.

Professor Dr. *S. Benz,* Marburg, hob in seinem Vortrag über die „Beziehungen zwischen den deutschen Reformationskirchen und den orthodoxen Kirchen von der Reformation bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts" die grundlegende Bedeutung der Väter der alten Kirche für die reformatorischen Bekenntnisschriften hervor sowie die exemplarische Rolle, welche die Ostkirche in Luthers Argumenten gegen den Papstprimat, die katholische Lehre vom Abendmahl, das Priesterzölibat u. a. hatte, und schilderte spätere Begegnungen zwischen den Gliedern beider Konfessionen seit Melanchton, die jedoch meist dogmatisch unfruchtbar blieben; dagegen ergaben sich auf dem Boden der Mystik und Aufklärung tiefere individuelle Berührungen, sowie universal-kirchliche Zielsetzungen, die über Böhme, Leibnitz in die christliche Europapolitik der Heiligen Allianz einmündeten.

Dr. Lic. *L. Müller,* Marburg, erhellte in seinem Korreferat unter dem Thema „Orthodoxe Kritik am Protestantismus in der Gegenwart" die Grundlagen des Gegensatzes und zwar vom Standpunkt der orthodoxen Seite aus. Der Protestantismus erscheint von daher als neue Form der Gesetzlichkeit, die Heilige Schrift, isoliert genommen, ebenso jeder einzelne Theologieprofessor und seine Schule als neue Pseudo-Autorität. Die „sola fide" — das Prinzip der Gerechtigkeit allein aus Glauben — wird als häretische Isolierung einer richtigen Teilwahrheit bezeichnet. Das Bedürfnis nach einem zusammenfassenden kritischen Selbstverständnis des Protestantismus wurde deutlich und könnte durch die Orthodoxie neu angeregt werden.

Professor *Ernst Wolf,* Göttingen, wollte seinen Vortrag „Die theologische Botschaft der Moskauer Orthodoxen Konferenz vom Juli 1948" als Skizze und Anfang der Diskussion über die theologischen Verlautbarungen der Moskauer Konferenz aufgefaßt sehen. Diese Diskussion muß auf dem Boden des neuen ökumenischen Gesamtbewußtseins der Gegenwart aufbauen. Es erhebt sich die Vorfrage: Sind in den Moskauer Dokumenten theologisch-terminologische oder auch sachliche Konzessionen an die säkulare Kirchenpolitik gemacht (sog. „Adaptationstheologie")? Gewisse Verdachtsgründe lassen sich aufweisen. Bei der Frage nach dem echt orthodoxen Gehalt des Moskauer Aufsatzes über „Die Einheit der Kirche" muß zugleich nach den Kriterien der Orthodoxie hierfür gefragt werden. Die Lehre der „alten, ungeteilten Kirche", auf die sich die Moskauer Theologie beruft, ist ein Problem im Zusammenhang mit der in der Orthodoxie wie im Protestantismus noch jungen Theorie von der Kirche überhaupt. Die Kirche wird in der Orthodoxie etwa als „lebendiger, real-mystischer Leib Christi" bezeichnet. Die nur im Ansatz vorhandene Ekklesiologie der Ostkirche ist in der Christologie verankert, in der Lehre vom Gottmenschen. Hier hat auch die Mariologie ihre Stelle, die die Protestanten zu Unrecht völlig preisgegeben haben, nachdem sie im Katholizismus fälschlich anthropologisch unterbaut worden ist. Das Gespräch, das zwischen den beiden Kirchen geführt werden muß, wird ein Gespräch über die Kirche sein müssen, in dem auch die protestantischen Kirchen zu neuer Selbstbereinigung gerufen werden. Dabei ist die Beobachtung schmerzlich, daß die Ansätze zu einem neuen kirchlichen Bewußtsein im Protestantismus in Moskau offenbar unerkannt geblieben sind.

H. v. Rautenfeld, Hermannsburg/Hannover, schilderte unter dem Thema: „Die zeitgeschichtlichen und ökumenischen Zusammenhänge der Moskauer Botschaft seit der Jahrhundertwende" die grundsätzlich kompromißlose, praktisch hör- und hilfsbereite Mitarbeit der orthodoxen Kirche an der von der „jüngeren Schwester", dem Protestantismus, ausgegangenen ökumenischen Bewegung nach dem ersten Weltkrieg, nachdem ihre eigene „Botschaft an die Christenheit der ganzen Welt" vom Januar 1920 kaum Beachtung gefunden hatte. In den orthodoxen Äußerungen der 20er und 30er Jahre zur ökumenischen Frage, an denen sich die russische Kirche nicht beteiligen konnte, findet man Zentralbegriffe der heutigen Moskauer Theologie vorgegeben, insbesondere ein weitgehend gleiches, sog. „organisches" Verständnis der Kirche, das sich u. a. auf den Epheser-Brief, insbesondere Kap. 2 und 4, gründet. Andererseits wies Rautenfeld auch auf biblisch-theologische Motive in der neuen Kirchen-

politik der Moskauer Hierarchie hin. Er forderte zu einem „liebenden Einfühlen" in die Lage, Möglichkeiten und Anliegen der russischen Kirche auf, d. h. er suchte — wenn man so sagen darf — die Tatsache zu aktivieren, daß wir „Glieder" an demselben einen Leibe Christi, durchströmt von demselben einen Kraftstrom seien und nur als solche einander erkennen können.

Aus diesen beiden letzteren Vorträgen ging hervor, was in der Diskussion weiter betont wurde, daß in den Moskauer Verlautbarungen die Stimme der Schwesterkirche gehört werden muß. Nicht um die noch ganz ungeklärten Möglichkeiten eines „diplomatischen Verkehrs" zwischen den beiden Kirchen gehe es, sondern zunächst nur darum, daß man beginne, die Schwesterkirche des Ostens zu kennen, ihr Rechnung zu tragen. Man rufe den Gliedern der Ostkirche, nicht zuletzt auch den Tausenden orthodoxer DP's in unserem Lande zu: „Wir suchen die Brüder".

Als Publikation des Kirchlichen Außenamtes konnten „Dokumente der Orthodoxen Kirchen zur ökumenischen Frage, Heft 1: Die Moskauer Orthodoxe Konferenz vom Juli 1948" auf der Tagung vorgelegt werden; in einem „Studienheft" zu den Dokumenten unter dem Titel „Wir suchen die Brüder" sollen die Beiträge zur Heidelberger Tagung und ein zusammenfassender Diskussionsbericht veröffentlicht werden. Beide Hefte erscheinen im Luther-Verlag, Witten/Ruhr. Eine für die Tagung veranstaltete Sammlung wissenschaftlicher Eigenberichte, aus der sich weitere gemeinsame Arbeitspläne ergaben, soll besonders den Tagungsteilnehmern und anderen Interessenten, aber auch ausländischen wissenschaftlichen Stellen zugänglich gemacht werden.

Als Gast der Evangelischen Akademie in Hessen und Nassau hielt der Sekretär der Ostkirchlichen Forschungsstelle der Evangelischen Akademie Hermannsburg, Hannover, H. v. Rautenfeld, vom 21.—24. März in Echzell bei Friedberg die zweite seiner Ostkirchentagungen ab, die auf der Pfingstagung des vergangenen Jahres in Hermannsburg aufbaute. Die Teilnehmer waren hauptsächlich Pfarrer und Studenten (Slawisten und Theologen), wobei das Schwergewicht diesmal bei der jüngeren Generation lag. In Vorträgen, zu denen sich u. a. auch Dozenten der Marburger Universität zur Verfügung gestellt hatten, wurden das Gespräch der beiden Konfessionen, theologische Zentralprobleme der Orthodoxie und ihre Lehre über das Verhältnis von Kirche und Staat sowie die Geschichte und Problematik des Moskauer Patriarchats behandelt. In der höchst lebendig geleiteten Diskussion wurde in Abwehr aller Gegenwarts- und Zukunftsspekulation die heutige Aufgabe des Christen und Wissenschaftlers in Deutschland gegenüber der Christenheit in Rußland und der gesamten Orthodoxen Kirche des Ostens herausgearbeitet, mit deren Lösung das europäische Schicksal verknüpft sei. Die Aufgaben weiterer Ostkirchentagungen wurden abgesteckt. Der seit „Hermannsburg" zusammenwachsende Kreis wird untereinander Verbindung halten.

An beiden Stellen wird die begonnene Arbeit fortgesetzt.

Eine gemeinsame Unternehmung der protestantischen Kirchen und des Heiligen Stuhls?

Die Tagung des „Bundesrates der Christlichen Kirchen" in den Vereinigten Staaten, an der die Abgesandten aller protestantischen Kirchen der USA teilgenommen haben, hat den Vorschlag gemacht, mit dem Vatikan zusammen eine gemeinsame Aktion ins Leben zu rufen, um die Religionsfreiheit in den Ländern unter kommunistischer Herrschaft zu retten. „Protestanten und Katholiken", heißt es in der Entschließung, „erkennen die Notwendigkeit an, sich der Ausbreitung des sowjetischen Kommunismus wegen seiner terroristischen Methoden entgegenzusetzen, die dieser gegenüber den Kirchen wie gegenüber allen politischen Gegnern anwendet. Wir halten den Augenblick für gekommen, wo die katholischen und protestantischen kirchlichen Autoritäten sich über ein gemeinsames Programm verständigen müssen, um die Religionsfreiheit und damit die Menschenrechte zu verteidigen".

Protestanten gegenüber dem Kommunismus

Politische Kreise in den Vereinigten Staaten von Amerika haben den in Amsterdam vertretenen protestantischen Kirchen vorgeworfen, sie begünstigten die Kommunisten. Dagegen haben sich die Angegriffenen verteidigt. Doch distanzieren sie sich gleichzeitig von der antikommunistischen Haltung der Katholischen Kirche. So ist in der Zeitschrift „Christianity and Crisis", die Prof. Niebuhr herausgibt, ein Aufsatz von Prof. Bennet erschienen, in dem es heißt: „Protestanten sollten darüber nicht den geringsten Zweifel lassen, daß sie in dem heiligen Krieg, der schon seit langem von den Katholiken gegen die Kommunisten geführt wird, keine Alliierten sind". Und das, obwohl sie ebenso wie diese Terrorismus und Staatstotalitarismus jeder Art ablehnen.

Dagegen hat die Unierte Kirche Christi in Japan für ihre Mitglieder eine Erklärung herausgegeben, daß „Christentum und Kommunismus wesentlich unvereinbar" seien. Veranlaßt war diese Erklärung durch die von einem ihrer japanischen Pastoren bekanntgegebene Absicht, der kommunistischen Partei beizutreten. Daraufhin hatten die Gläubigen zahlreiche Anfragen an die Kirchenleitung eingesandt, ob es einem Pastor erlaubt sei, offiziell Kommunist zu werden. Die Kirchenleitung hat erklärt, sie hoffe, der besagte Pastor „werde seinen Irrtum erkennen und seine Entscheidung umgehend rückgängig machen".

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Rundschreiben Pius XII. über die heiligen Stätten in Palästina

Der Heilige Vater hat am Karfreitag dieses Jahres durch eine Enzyklika, „Redemptoris nostri", des Landes gedacht, das den Tod Christi gesehen hat. Dieser Rundbrief hat folgenden Wortlaut (eigene Übersetzung):

Das Leiden des Erlösers, das diese Kartage uns wieder gegenwärtig machen, lenkt die Gedanken der Christen in größter Ehrerbietung auf jenes Land, das nach Gottes Ratschluß zur Heimat des fleischgewordenen Wortes auserwählt wurde und in dem Jesus Christus sein irdisches Leben verbrachte, sein Blut vergoß und den Tod erlitt.

Wenn Wir heute aber jener heiligen Stätten gedenken, ist Unsere Seele von bitterster Trauer erfüllt wegen der schwierigen und unsicheren Verhältnisse, die dort herrschen.

Bereits im vorigen Jahr haben Wir euch, ehrwürdige Brüder, in zwei Briefen wärmstens ermahnt, überall durch öffentliche Gebete ein baldiges Ende jenes Konfliktes zu erflehen, der das Land verheerte, um nach Wiederherstellung einer gerechten Ordnung den Katholiken volle Freiheit zu sichern und gleichzeitig die heiligen Stätten heil zu erhalten.

Da jetzt die Feindseligkeiten beendet oder wenigstens neuerdings durch Waffenstillstands-Abmachungen eingestellt sind, danken Wir Gott dafür von Herzen und anerkennen lobend das Werk jener, die sich in edler Bemühung für den Frieden eingesetzt haben.

Trotzdem jedoch der Krieg beendet ist, sind Ruhe und Ordnung in Palästina noch lange nicht wiederhergestellt. In der Tat erreichen Uns auch jetzt noch gerechtfertigte Klagen über die Entweihung von Heiligtümern und Wohltätigkeitsstätten und über die Zerstörung friedlicher Ordenshäuser. Auch jetzt noch flehen zahllose Flüchtlinge jeden Alters und Standes Uns an, die durch den unheilvollen Krieg in fremde Gegenden verstoßen wurden und in Lagern in der Verbannung leben, wo sie der Not, Epidemien und Gefahren aller Art ausgesetzt sind.

Wir wissen wohl, wieviele öffentliche Stellen und Privatpersonen beigetragen haben, das Los dieser Unglücklichen zu mildern. Auch Wir selbst haben jene Werke der Caritas fortgeführt, die Wir zu Beginn Unseres Pontifikates aufgegriffen haben, und nichts unterlassen, was in Unserer Macht stand, um sie wenigstens in ihren dringendsten Bedürfnissen zu unterstützen. Aber die Lage dieser Flüchtlinge ist so unsicher und unbeständig, daß sie nicht länger fortdauern kann. Während Wir also alle Menschen edler und großer Gesinnung ermuntern, diesen von Trauer und Not erdrückten Verbannten nach besten Kräften behilflich zu sein, appellieren Wir nachdrücklich an jene, deren Aufgabe dies ist, sie möchten doch dafür sorgen, daß allen Gerechtigkeit widerfährt, die der Kriegssturm von ihrem häuslichen Herd verjagt hat und die nichts mehr wünschen, als ihr Leben wieder in Ruhe verbringen zu können.

Dies ist es, was Wir und mit uns die ganze Christenheit in diesen geheiligten Tagen vor allem ersehnen: daß endlich der Friede wieder leuchte dort, wo Er lebte und Sein Blut vergoß, der vom Propheten „Fürst des Friedens" (Jo. 9, 6) genannt wurde und vom Völkerapostel „Der Friede" (vgl. Eph. 2, 14).

Wir haben nie aufgehört, dauernden und echten Frieden zu erflehen, und damit er sobald als möglich reife und sich festige, erklärten Wir schon in der Enzyklika „In multiplicibus", wie notwendig die Internationalisierung Jerusalems und seiner Umgebung sei, wo so viele ehrwürdige Erinnerungen an das Leben und den Tod des göttlichen Erlösers erhalten geblieben sind. So schiene uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Sicherheit der Heiligtümer am besten gewährleistet zu sein (Acta Apostolici Sedis 1948, S. 435).

Wir können nun nichts anderes tun als jene Erklärung wiederholen, die für Unsere Söhne, wo immer sie seien, eine Aufforderung sein soll, mit jedem gerechten Mittel dahin zu wirken, daß ihre Regierungen und alle jene, denen die Entscheidung einer so wichtigen Frage obliegt, dazu gebracht werden, Jerusalem und seiner Umgebung eine rechtliche Verfassung zu geben, deren Festigkeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur durch ein gemeinsames Übereinkommen der Nationen, die den Frieden lieben und die Rechte der anderen respektieren, gesichert werden kann.

Darüber hinaus aber ist es notwendig, den Schutz und die Unverletzlichkeit aller heiligen Stätten in Palästina zu garantieren, nicht nur jener in Jerusalem und seiner Umgebung, sondern auch jener in den anderen Städten und Ortschaften des Landes. Nicht wenige von ihnen waren durch die Kriegsereignisse und Zerstörungen großen Gefahren ausgesetzt und haben Schäden erlitten. Diese Stätten, die als so große religiöse Denkmäler von jedem verehrt werden und die Liebe der Christen nähren und stärken, müssen also in angemessener Weise und durch eine bestimmte rechtliche Form geschützt werden, die durch eine festgelegte internationale Vereinbarung garantiert wird.

Wir wissen, wie sehr Unsere Söhne sich danach sehnen, die durch die fast überall herrschenden Strömungen seit langem unmöglich gemachten traditionellen Pilgerfahrten nach jenem Land wieder aufzunehmen. Und dieser Wunsch wird noch brennender durch das Bevorstehen des Heiligen Jahres, denn es ist verständlich, daß zu dieser Zeit die christlichen Gläubigen mehr denn je wünschen, jenes Land zu besuchen, das Schauplatz des göttlichen Erlösungswerkes war. Gebe Gott, daß diese Wünsche möglichst bald erfüllt werden. Damit dies aber verwirklicht werden kann, müssen alle jene Maßnahmen getroffen werden, die den Pilgern freien Zugang zu den Heiligtümern sichern und es ihnen ermöglichen, offen und ohne Behinderung ihre Liebe zu bezeugen und sich ohne Gefahr und Sorge im Lande aufzuhalten. Es wäre auch ein Unrecht, wenn sie jenes Land durch würdelose und lasterhafte Vergnügungsstätten entweiht finden müßten, was den himmlischen Erlöser und das christliche Gefühl gleichermaßen beleidigen würde.

Wir wünschen überdies sehr, daß die zahlreichen katholischen Institutionen zur Linderung der Not, zur Erziehung der Jugend und zur Beherbergung der Pilger ohne

Einschränkungen, wie es ihr Recht ist, in ihrer Tätigkeit, mit der sie sich in der Vergangenheit so große Verdienste erworben haben, fortfahren können.
Wir wollen schließlich auch nicht verschweigen, daß alle jene Rechte gewahrt bleiben müssen, die sich die Katholiken dort bereits vor vielen Jahrhunderten erworben und wiederholt mutig verteidigt haben und die Unsere Vorgänger feierlich und wirksam bestätigten.
Das sind die Tatsachen, auf die Wir, ehrwürdige Brüder, eure Aufmerksamkeit lenken wollten.
Ermahnt also die euch anvertrauten Gläubigen, daß sie sich die Entwicklung der Verhältnisse in Palästina immer mehr zu Herzen nehmen und den Staatslenkern gegenüber ihre Wünsche und Rechte vertreten. Vor allem aber mögen sie Hilfe von Dem erflehen, der die Menschen und Staaten leitet. Möge Gott gnädig auf seine Welt schauen und vor allem auf jenes Land, das getränkt ist vom Blute des fleischgewordenen Wortes, auf daß die Liebe Jesu Christi, die allein uns Ruhe und Frieden bringen kann, den Haß und den Groll besiege.
Inzwischen erteilen Wir euch, ehrwürdige Brüder, und euren Gläubigen von ganzem Herzen den apostolischen Segen als Unterpfand der himmlischen Gaben und als Zeichen Unseres Wohlwollens.
Gegeben zu St. Peter in Rom, am 15. April — Karfreitag — des Jahres 1949, im XI. Jahre Unseres Pontifikates.

Der Papst über die Bedeutung der christlichen Arbeiterjugend

Im kommenden Jahr kann gleichzeitig mit dem Heiligen Jahr die Bewegung der christlichen Arbeiterjugend ihr 25jähriges Bestehen feiern. Aus diesem Anlaß hat der Heilige Vater ein eigenhändiges Schreiben an den Gründer der JOC, Kanonikus Cardijn, geschickt, in dem er seiner Freude über dieses Zusammentreffen Ausdruck gibt und, nach einem kurzen Rückblick auf das großartige Anwachsen der Bewegung in so kurzer Zeit, ihre Rolle und Bedeutung in der Gegenwart mit folgenden Worten kennzeichnet:

Was die JOC bei diesem denkwürdigen Zusammentreffen (ihres Jubiläums mit dem Heiligen Jahr) zeigen wird und was ihre wahre Größe ausmacht, ist die tiefe christliche Bildung, der eroberungsfrohe apostolische Eifer, den sie ihren Anhängern einflößen konnte, indem sie diese jungen Verkünder der guten Sache, die ihren Glauben furchtlos gegenüber denjenigen bekennen, die ihn nicht mehr haben, ihn verachten oder bekämpfen, mitten in die Masse stellt. Wir schätzen die Verdienste dieser jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihr Eroberungswerk mit Ausdauer durchführen, ohne sich um Spott und dumme Streiche zu kümmern, zu hoch, um ihnen hier nicht das Lob zu spenden, auf das sie ein Anrecht haben. Mögen sie fortfahren, mögen sie in ihrem Schwung nicht nachlassen! Die augenblicklichen Verhältnisse an diesem entscheidenden Wendepunkt der Geschichte fordern heute gebieterischer denn je ihr Apostolat.

Es ist in der Tat ganz offensichtlich, daß, wenn jede soziale Schicht eine wichtige Rolle in einer Umgestaltung der Welt, wie sie sich heute vollzieht, zu spielen hat, die Arbeiterklasse ihrerseits berufen ist, heute eine Verantwortung zu übernehmen, die sie in der Vergangenheit niemals gekannt hat. Es ist ebenso offensichtlich, daß viele ihrer Mitglieder, von einem falschen Ideal menschlicher Erlösung verführt, glauben, in den irrigen Theorien des atheistischen Materialismus die einzige angemessene Lösung für die quälenden Probleme der Arbeiterwelt zu finden. Nicht dadurch, daß man eine einfach negative Haltung bloßer Verteidigung den schlechten Hirten entgegensetzt, kann man hoffen, diese Probleme zu lösen. Das geschieht durch das aufrüttelnde Vorhandensein von Pionieren in den Fabriken und Werkstätten, die sich ihrer doppelten Berufung — als Christen und als Arbeiter — vollkommen bewußt und entschlossen sind, ihre Verantwortung auf sich zu nehmen und sich nicht Rast noch Ruhe zu gönnen, bis sie ihr Lebensmilieu gemäß den Anforderungen des Evangeliums umgestaltet haben. Durch dieses positive, konstruktive Werk kann die Kirche ihren belebenden Einfluß auf Millionen von Seelen ausdehnen, um die sie sich mit einer so glühenden und mütterlichen Sorge sorgt. Und an dieser erhabenen Aufgabe mitzuwirken, sind die jungen christlichen Arbeiterführer, die durch die JOC geformt worden sind, berufen.
Die Kraft, dieses Werk zu vollenden, die übermenschlich erscheinen könnte, werden sie in der Praxis eines immer intensiveren sakramentalen und eucharistischen Lebens finden, in einer in jedem Augenblick wirksamen Vereinigung mit dem Meister aller Reinheit, aller Liebe, jedes Apostolats, Jesus dem Erlöser, und in dem kindlichen Vertrauen zu seiner Mutter, der allerseligsten Jungfrau Maria. Sie finden sie auch in einem ehrlichen und großmütigen Gehorsam gegenüber den Richtlinien der Hierarchie und besonders gegenüber der Soziallehre der Kirche und in einer brüderlichen und fröhlichen Zusammenarbeit mit den andern Bewegungen der Katholischen Aktion zur Verwirklichung der Herrschaft Gottes über die ganze Gesellschaft.

Der Papst über die Berufung der Intellektuellen

Papst Pius XII. hat am Karsamstag eine Gruppe von Dozenten und Studenten der französischen Universitätsmission empfangen und an diese eine Ansprache gerichtet, in der er folgendes sagte:

Unter den Schmerzen und Ängsten, die Uns die gegenwärtigen Ereignisse bereiten, ist eine Unserer Sorgen, und nicht die geringste, die, die Uns die Verwirrung der Geister und ihre Verirrung verursacht, die neues Unheil fürchten läßt.

Als Professoren und Universitätsstudenten repräsentiert ihr hier die geistige Elite Frankreichs. Wer Elite sagt, sagt nun zweifellos Erhebung, Würde; er sagt vor allem

Aufgabe, Pflicht, Verantwortung. Man betont oft und mit Recht, daß die, die die materiellen Glücksgüter in Überfluß besitzen, sich als die „Bankiers Gottes", die Beauftragten seiner Vorsehung gegenüber den Armen betrachten müssen. Ebenso und mit noch mehr Grund haben die, denen der Vater der Lichter die Gaben des Verstandes und des Wissens reichlich zugeteilt hat, eben dadurch die Aufgabe und die Pflicht erhalten, diese Schätze mit Weisheit an die Menge weiterzugeben, die ihrer sonst beraubt bliebe oder Gefahr liefe, sie sinnlos zu vergeuden.

Es ist offenkundig, daß die Welt heute mehr denn je von einem Rausch des Wissens ergriffen ist, nicht mehr wie einst in den mit Unrecht für kenntnislos gehaltenen Zeiten, wo doch jeder den Wunsch hatte, mit der Kenntnis der zu einem würdigen und ehrenhaften irdischen Leben und zum ewigen Heil notwendigen Dinge auch eine möglichst gründliche Kompetenz in allem, was zu seiner Kunst und zu seinem Handwerk gehörte, zu erwerben. Heute will jeder alles wissen oder behauptet, alles zu wissen, begnügt sich jedoch mit einer oberflächlichen Tünche in den allerverschiedensten Fragen, gerade so viel, daß er zur Befriedigung seiner Eitelkeit damit glänzen kann. Ist diese Neugier ein Gut? Ist sie ein Übel? Ob sie nun dies oder jenes sei, sie ist eine Tatsache, und diese Tatsache beherrscht die Mentalität des Volkes. Es ist sehr gefährlich und in trauriger Weise lächerlich, wenn man sich ohne die nötigen Kenntnisse und ohne Vorbereitung auf jede intellektuelle Weide in Philosophie, Soziologie oder Wirtschaftslehre, in den Wissenschaften der Physik, Chemie und Biologie stürzen will. Aber noch einmal, es ist eine Tatsache; sie beherrscht alles, und indem sie alles beherrscht, diktiert sie euch eure Aufgabe und eure Pflicht.

Diese Manie, zu tun, als ob man alles wisse, wird von vielen Großsprechern nur zu sehr gefördert und mit möglichst geringem Aufwand befriedigt, zum großen Schaden ihrer Zuhörer oder Leser. Hier gibt es nur ein Heilmittel: auf das Bedürfnis und den Anruf der Geister einzugehen, indem man ihnen eine gesunde, gehaltvolle Nahrung gibt und mundgerecht macht, die ihnen die berauschenden Getränke und gefälschten Speisen verekelt. Darin liegt die Schwierigkeit, aber darin liegt auch die Schönheit, die Größe eurer Aufgabe, der Aufgabe, der Sie, hochverehrte Lehrer, Ihr arbeitsreiches Leben widmen, die Aufgabe, zu der Ihr, junge Studenten, euch vorbereitet in einem hochherzigen und heiligen Eifer. Gewiß, es wäre euch bei weitem leichter, das große Publikum durch schöne, klingende und leere Phrasen zu blenden, die ihm keinerlei Wahrheit vermittelten und die es im Gegenteil vorbereiten würden, in fügsamer Leichtgläubigkeit Sophismen und Irrtümer aufzunehmen.

Eure Aufgabe ist weit strenger und vielfältiger: die Wissenschaft, der ihr euch widmet, zu erwerben, auszubreiten, zu vertiefen, fortzuführen und zugleich ständig im Kontakt und in Beziehung zu den anderen Zweigen des Wissens zu bleiben und sie dann sozusagen in kleine Münze umzusetzen, um sie den Geistern zugänglich zu machen, so daß sie gerne aufgenommen und von ihnen assimiliert wird und vor allem, damit sie sie erleuchtet und nährt...

Ein anderes Motiv verpflichtet Sie zu der gewissenhaften gründlichen Mühe des Studiums und des Unterrichtes durch das Wort oder die Feder: ein Motiv der Würde und der Ehrfurcht. Was ist in der Tat der Gelehrte, der Schriftsteller, der Lehrer, der Redner, jeder Intellektuelle, wenn nicht in mehr oder minder hohem Maße irgendwie „homo missus a Deo ... ut testimonium perhibeat de lumine", ein Mann von Gott gesandt ... um Zeugnis abzulegen vom Lichte (Joh. 1, 7—8)? Wie er vom Gefühl dieser Würde durchdrungen ist, mit der Gott ihn bekleidet hat, muß er es auch von dem Gefühl der Ehrfurcht sein. Ehrfurcht vor allem gegenüber dem ewigen Lichte, dessen Widerschein auf die ganze Schöpfung zu werfen er beauftragt ist. Aber infolgedessen auch Ehrfurcht gegenüber der Wissenschaft selber, d. h. gegenüber der Wahrheit, die er niemals aus Selbstsucht oder Leidenschaft, aus Schüchternheit oder eitler Prahlerei verändern, verstümmeln oder dadurch diskreditieren darf, daß er etwas als Gewißheit ausgibt, was nur Hypothese oder Wahrscheinlichkeit ist. Ehrfurcht auch, fügen Wir hinzu, gegenüber der Sprache, die berufen ist, die Wahrheit mit einem Mantel von Licht und Schönheit zu bekleiden.

Hirtenworte in die Zeit

Gegen modernen Götzendienst
Ein Hirtenbrief Kardinal Salièges

Kardinal Saliège, Erzbischof von Toulouse, hat an den Klerus und die Gläubigen seiner Diözese einen Hirtenbrief gerichtet, in dem er vor den modernen Götzen Geld, Wissenschaft, der menschlichen Gerechtigkeit, der Selbstvergottung, dem Kollektiv warnt. Der Hirtenbrief hat folgenden Wortlaut:

Geliebte Brüder,

ich will zu Euch von Herz zu Herzen, ohne Pose, in aller Einfalt sprechen.

Ich richte keinen theologischen Traktat an Euch.

Setzt Euch und hört mir gut zu. Ich will nicht lange reden, wenigstens heute nicht.

Der Mensch braucht Gott

Ich stelle Euch eine Frage.

Seid Ihr glücklich? Auf diese Frage antwortet Ihr Ja, Nein, Es geht so, Es fehlt mir noch allerlei. Ihr wißt nicht so recht.

Wovon laßt Ihr Euer Glück abhängen? Von äußeren Dingen, die Euch fehlen können und deren Ihr nicht Herr seid, die Ihr verlieren könnt, wenn Ihr am wenigsten daran denkt. Ein schöner Hut — den kann der Wind davontragen. Alles, was Ihr nicht selber seid, kann Euch fehlen. Diese Erfahrung haben wir gemacht. Irgend etwas fehlt uns immer.

Und zwar was? Ich werde es Euch sagen.

Es fehlt Euch der Glaube.

Ihr protestiert: wir wären nicht hier, um Ihnen zuzuhören, wenn wir nicht gläubig wären.

Ich bestehe darauf: wir haben keinen Glauben. Hört unsern Herrn: „Wenn ihr einen Glauben wie ein Senfkorn hättet, könntet ihr Berge versetzen".
„Wenn der Menschensohn am Ende dieser Welt kommen wird, glaubt ihr, daß er Glauben finden wird?" Vor dem Berg, der sich als Hindernis aufrichtet, gibt der Glaube Flügel, und das Hindernis ist überwunden.
Euch fehlt Gott.
Ihr könnt nicht ohne Gott auskommen.
Selbst die Gottlosen haben ihren Gott, der nicht der wahre Gott ist.
Wie die Israeliten fallen wir von dem wahren Gott ab, um Götzen anzubeten.
Wir wollen nicht begreifen; und wie die Alten sagen wir gern: wir haben gesündigt, und was ist uns Übles widerfahren? Das Unglück hat immer weiter um sich gegriffen. Wir haben es dem Mangel an Voraussicht, der Dummheit, dem Stolz der Menschen zugeschrieben, wir haben es nicht der Sünde zugeschrieben.
Hitler und die, die ihm gleichen, sind Gottesleugner. Stalin füllt die Konzentrationslager mit Sklaven. In Mitteleuropa herrscht die erbarmungsloseste Religionsverfolgung.

Götzen statt des wahren Gottes

Gehen wir die Götzen der Reihe nach durch.

1. Zuerst *das Geld, das Gold.*

Für diesen barbarischen Gott, der so viel menschliches Blut hat fließen lassen und fließen läßt, hat man sich geschlagen und schlägt man sich noch. Man führt Krieg, man schlägt sich auf beiden Seiten wegen des Geldes. Zwei Kapitalismen stehen einander gegenüber und streiten sich um den Bissen im Namen der Freiheit und der Demokratie.
Dieser uralte Gott übt immer noch seine Herrschaft über das Menschengeschlecht aus. Er verführt seine Anbeter zur Lüge, zur List, zu gefälschten Statistiken, zum Eisernen Vorhang, zur geheimen Aufrüstung, zu gefährlichen Zweideutigkeiten. Er erfüllt sie mit Haß und drängt sie zu Diebstahl, Mord, Brandstiftung, verbrecherischen Denunziationen.
Diesem Gott, dem Gott der Gegenwart, der gleichzeitig süße Worte, die anziehen, und Waffen, die töten, benutzt, wie viel Brand- und Schlachtopfer sind ihm schon gebracht worden! Er ist ein falscher Gott.
Der wahre Gott verurteilt nicht das Geld. Er verurteilt seinen schlechten Gebrauch. Er verurteilt nicht den Gelderwerb. Doch er will, daß Erwerb und Gebrauch dem Wohl aller dienen, daß seine Verteilung allen wenigstens das Lebensnotwendige garantiert.
Der wahre Gott ist nicht der Gott der Kapitalismen, die oft aushungern und erniedrigen. Unser Gott ist der Gott der Armen. Ihr kennt seinen Namen, sein Leben: Jesus Christus.

2. Ein anderer Götze: *Die Wissenschaft.* Verstehen wir uns recht. Die Wissenschaft ist eine schöne und große Sache. Sie enthüllt uns, ohne es aufzuheben, das Geheimnis des Weltalls, des Lebens. Sie steigert unsere Macht, sie befähigt uns, uns besser gegen die Krankheiten zu verteidigen; sie verlängert das irdische Leben des Menschen, dessen Herrschaft über die Natur, über das Weltall sie sichert. Sie verschafft uns edle Freuden; sie erregt und befriedigt zum Teil unseren Durst nach Wissen. Ja, die Wissenschaft ist eine schöne und große Sache, und die Gelehrten verdienen unsere Achtung und Dankbarkeit.
Warum hat der Mensch aus der Wissenschaft einen Gott gemacht?
Und doch weiß sie nichts über unseren Ursprung, den Ursprung des Weltalls, über unsere Bestimmung und die Bestimmung des Weltalls.
Was uns betrifft, so beginnt sie, das Unbewußte zu erforschen, sie glaubt, bald die Richtung und Entwicklung des Lebendigen lenken zu können; sie gibt uns Kenntnisse und Werkzeuge zur Hand, deren Gebrauch von uns abhängt. Wir können von jetzt ab alles Leben auf der Erde zerstören und selbst den Planeten sprengen. Wir können neue furchtbare Mittel anwenden, um Leiden zu schaffen, wir haben das nicht versäumt; und wir werden es wohl auch nicht versäumen. Sind wir betrunken, oder sind wir wahnsinnig? Wir bedienen uns unserer Macht, um zu zerstören. Der erste Weltkrieg hat zehn Millionen Menschen getötet; der zweite vierzig Millionen; sollte ein dritter stattfinden, so hat er alle Aussicht, 100 Millionen bei weitem zu überschreiten.
Man könnte wahrhaftig sagen, daß der Teufel den Reigen anführt, umso geschickter, als er uns dazu bringt, seine Existenz zu vergessen oder zu leugnen.
Die Wissenschaft kann die Religion nicht ersetzen. Sie belehrt uns. Das ist wahr. Sie sagt uns nicht, wie wir uns zu benehmen haben. Sie steigert unsere Macht und unsere freie Zeit. Sie lehrt uns nicht, diese zu benutzen. Wissen und Macht in den Händen eines Wahnsinnigen, eines Verbrechers, eines Kindes sind erschreckende Waffen, die töten können. Was geschieht, wenn der Wahnsinn kollektiv wird? Wir haben es gesehen, und wir sehen es noch. Das Herz des Menschen muß sich wandeln. Der Wille des Menschen muß gerecht werden. Nur der Glaube kann diese Rolle, diese Funktion übernehmen; der Glaube an den wahren Gott, der Glaube an Jesus. Der Glaube hat überall nachgelassen, und der schlechte, böswillige Gebrauch der irdischen Dinge hat zugenommen.
Die Wissenschaft, die modernen Entdeckungen, die zukünftigen Entdeckungen können dem Menschen sehr nützlich sein, sein Wissen, sein Wohlergehen, seine Muße, seine Bildung vermehren, kurz ihn von den äußeren Schranken, von dem äußeren Zwang befreien. Können sie ihn aber von sich selbst befreien?
Wenn man auch schon den Tag vorhersehen kann, wo eine Fabrik ohne Fachleute und ohne Arbeiter zu funktionieren vermag, so ändert das nichts daran, daß des Menschen Geschick immer von seinem Herzen und seinem Willen abhängen wird. Der Mensch hat das Bedürfnis zu lieben und braucht jemanden, den er lieben kann. Der Herr tritt ihm als Gegenstand der Liebe entgegen. Der Mensch kann ihn annehmen oder ablehnen. Sein ganzes Schicksal hängt von dieser Alternative ab. Wenn er Jesus Christus als Chef, als Führer, als Vorbild annimmt, ist die Zukunft gesichert, der Frieden errichtet, die Welt gerettet. Hört das Gesetz des Evangeliums:
„Selig sind die Armen im Geiste, denn ihrer ist das Himmelreich.
Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Land besitzen.
Selig sind die Trauernden, denn sie werden getröstet werden.
Selig sind, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit, denn sie werden gesättigt werden.

Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen.
Selig sind, die reinen Herzens sind, denn sie werden Gott schauen.
Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Kinder Gottes genannt werden.
Selig sind, die um der Gerechtigkeit willen Verfolgung leiden, denn ihrer ist das Himmelreich.
Selig seid ihr, wenn sie euch schmähen und verfolgen und alles Böse lügnerisch wider euch reden um meinetwillen." (Matth. 5, 3—11).

Dieses Gesetz ist mehr wert als alle Gesetze der Welt. Es packt den Menschen von innen. Und aus dem Innern des Menschen gehen seine Gedanken, seine Entschlüsse, seine Taten hervor. Wenn das Innere gut ist, ist alles gut. Wenn das Innere schlecht ist, ist alles schlecht. Seit wir uns von Christus entfernt haben, sehe ich genau, was wir verloren haben; ich sehe nicht, was wir gewonnen hätten. Wir haben keinen Herzensfrieden, wir wissen nicht, was wir sind; wir wissen nicht, wohin wir gehen; wir wissen nicht, welches Schicksal unser wartet. Wir verstehen nur zu kaufen, zu verkaufen, zuweilen zu stehlen. Wir verstehen zu rechnen, aber wir rechnen schlecht. Wir verkaufen unsere Seele für Wechsel, die nichts gelten. Die Verlockung des Gewinns macht uns unintelligent, die Gier nach Reichtum macht uns ungerecht, die entfesselten Begierden führen uns ins Elend.

3. Unser Gott, sagt man, ist *die Gerechtigkeit.* Man spricht viel von Gerechtigkeit. Die Arbeiter sprechen davon, die Unternehmer sprechen davon. Die politischen Parteien sprechen davon. Die Beamten sprechen davon. Die ganze Welt spricht von Gerechtigkeit, besonders auch die Gefangenen, die ungerechterweise festgehalten werden und die noch keine Richter gefunden haben in einem Land, wo alle Welt von Gerechtigkeit redet, wo alle Welt nach Gerechtigkeit ruft, in einem Land, wo man zwei Worte miteinander verbindet, die uns beschwören, sie gehörten zusammen: Gerechtigkeit und Politik.

Ich weiß, die Gerechtigkeit ist eine heikle Sache, die man auf menschlicher Waage nicht wiegen kann. Ich weiß, die Sehnsucht nach Gerechtigkeit ist legitim. Unser Unrecht besteht nur darin, daß wir die Gerechtigkeit vom Menschen, seinen Launen und seinen Leidenschaften abhängig machen. Unsere Gerechtigkeit ist veränderlich im Gefolge unserer Interessen. Wir haben aus der Gerechtigkeit eine Abteilung der Gewalt oder der Geschicklichkeit, der List, der Rache, der Begierde, der Eifersucht gemacht. Gerechtigkeit ist nicht, was gerecht ist, sondern was uns gefällt. Die Industrien machen enorme Stiftungen, während die Arbeiter nicht den lebensnotwendigen Lohn haben. Der Arbeiter sabotiert die Maschinen und zerstört ein Material, das ihm zum Leben notwendig ist.
Gerechtigkeit, das ist Gott, der christliche Gott, ist Jesus Christus.
Gerechtigkeit, das ist der oberste Richter, Gott, der die Person nicht ansieht, der die Menschen richtet und jedem das Seine gibt gemäß seinen Werken.
Wenn man das weiß, weiß man, daß man abhängig ist, daß man verantwortlich ist, und man bemüht sich darum, daß die Gerechtigkeit in unserem Leben nicht nur ein Wort bleibt, das man mit Behagen ausspricht, wenn es unseren Interessen dient.
Sind wir nicht Pharisäer geworden, die reden und nicht tun?

Gewiß, alles geht schnell. Der soziale Druck nimmt zu. Mehr denn je lösen Generationen sich ab, die sich nicht gleichen. Die Eltern verstehen die Kinder nicht. Die Kinder verstehen die Eltern nicht. Das Familienleben ist häufig durch die Arbeitsstunden des Mannes und der Frau und auch der Kinder zerrissen. Mit der Auflösung der Familie verschwindet der Sinn für Ehre. Seiner Familie Ehre machen hat heute kaum mehr einen Sinn. Die ehelichen Bande sind gelockert. Die Ehescheidungen nehmen zu.

4. *Der Mensch,* der sich selbst zu Gott macht, fordert immer mehr Opfer. Er berauscht sich an Opfern, Leiden, menschlichem Blut. Noch ein Götze: Der Mensch, der sich zu Gott macht, der sich selbst Gesetz ist; und sein Gesetz ist: sein Vergnügen.

5. Ein neuer Götze: *die Kollektivität,* das kollektive Leben, die Menschheit; ein furchtbarer Gott, ein blutgieriger Gott, ein Gott, der durch Gewalt, Furcht, Gefängnis, Konzentrationslager, durch Feuer und Blut herrscht. Und man fordert uns auf, den Sieg dieses Gottes zu fördern, indem wir unsere ganze Freiheit aufgeben und uns einer absoluten Macht unterwerfen, die kein Erbarmen kennt, denn sie hat kein Herz.
Dieser neue Gott will Glück, Gerechtigkeit herstellen, wie man Alkohol, Wein, Getreide, Maschinen herstellt. Er behandelt uns wie Tiere, die man dressiert, wie Tonerde, die man modelt, denn für ihn existiert die Seele nicht.
Was bedeuten alle diese Götzenbilder?
Sie bedeuten, daß der Mensch ohne Gott nicht leben kann.
Wie der Hungrige sich auf jede beliebige Nahrung stürzt, um seinen Hunger zu stillen, ohne danach zu fragen, ob diese Nahrung gut oder schädlich ist, so stürzt sich der Mensch, um sein natürlich angeborenes Verlangen nach Gott zu befriedigen, auf alle die falschen Bilder Gottes, die man ihm vorhält, um sie anzubeten, wenn man ihm den Glauben an den wahren Gott, an den Gott des christlichen Credo, an den Gott, von dem Jesus Christus uns zugleich Zeugnis und Botschaft gebracht hat, aus dem Herzen ausgerissen hat.
„Ich halte es für eine Tatsache, sagte ein berühmter Ungläubiger, daß es keinen wirklichen Atheisten gibt".
Ich füge hinzu: es gibt keine wirklichen Atheisten, aber es gibt falsche Gläubige, ich meine Menschen, die an falsche Gottheiten glauben, an das Gold, an die Kollektivität, an die Macht, und die diesen ihr Leben opfern.
Der Irrtum ist oft ungesund wie eine schlechte Nahrung.
Unser Kopf ist krank. Vom Kopf greift das Übel auf das Herz, auf den Willen und die Handlungen über. Wir sind alle mehr oder weniger Opfer und Verantwortliche des Zustandes, in dem sich die Menschheit gegenwärtig befindet. Selbst die Besten sind verwirrt und zaudern.

Das Wunder des wahren Glaubens

Sie fragen sich mit Angst: Wohin geht die Welt?
Hat sie genug von der schmerzlichen Erfahrung einer Zivilisation ohne Gott? Oder wird sie ihre Erfahrung bis zum Ende weiter verfolgen und erst, wenn sie in den Abgrund gestürzt ist und ihr Verlangen nach Gott den Höhepunkt erreicht hat, die Augen öffnen und entdecken, daß sie sich getäuscht hat?
Ich glaube es. Gott hat die Welt nicht geschaffen, um aus der Erde eine Hölle zu machen.

Gott hat den Menschen nicht geschaffen, damit er ständig ein Mörder sei.
Gott hat die Gesellschaft nicht geschaffen, um sie zum Halsabschneider werden zu lassen.
Gott hat dem Menschen die Erde nicht gegeben, damit sein Anteil ein Hindernis für den Fortbestand aller werden solle.
Gott hat dem Menschen nicht die Vernunft gegeben, wenn die Arbeit nicht durch die Industrie, durch die Landarbeit, den Arbeiter und seine Familie ernähren könnte.
Gott hat die Familie nicht geschaffen, damit sie dazu verurteilt wäre, in Löchern zu wohnen. Er hat sie auf die Liebe gegründet, die Treue und Unauflöslichkeit verlangt. Als Deuterin des Wortes Gottes wird die Kirche niemals in der Frage der Ehescheidung nachgeben.
Gott hat die menschlichen Rassen nicht geschaffen, damit sie miteinander Krieg führen, damit es Herren- und Sklavenrassen gäbe, damit es Rassen gäbe, die profitieren, und Rassen, die sich abmühen.
Die Absichten Gottes mit der Welt sind Absichten der Güte und der Barmherzigkeit. Die Menschwerdung ist der klare Beweis dafür. „Also hat Gott die Welt geliebt, daß er seinen eingebornen Sohn hingegeben hat".
Nochmals, verstehen wir uns recht.
Der Glaube kann Wunder tun.
Das große Wunder des Glaubens besteht darin, daß er uns Vertrauen, Mut, Liebe einflößt. Das große Wunder besteht darin, daß er uns kühne Initiativen eingibt, die die Menschen gerecht und die Völker glücklich machen.
Der Glaube hat jene lebendigen Gemeinschaften hervorgebracht, die die religiösen Orden, die religiösen Kongregationen sind, wo die Güter allen gemeinsam gehören, wo niemand besitzt, wo ein Vorgesetzter in Reih und Glied zurückkehrt, wenn die Zeit seines Amtes abgelaufen ist, wo jedes Glied mit seinem Oberen sprechen, ihm seine Wünsche, Schwierigkeiten und Mühen vortragen kann; alle durch das Band der christlichen Liebe vereint.
Die Kirche hat es verstanden, lebendige Gemeinschaften zu organisieren. Sie organisiert solche in jedem Abschnitt der Geschichte. Sie hat den Sinn, das Charisma, den Geist der Liebe.
Ich sage nicht, daß die gleichen Organisationen in das zivile Leben übertragen werden können. Aber es bleibt wahr, daß die Kirche sie hat schaffen und unterhalten können, daß sie immer noch die Macht und die Gnade hat und immer haben wird, wahrhaft brüderliche Seelen zu formen.

Das Gebot der Liebe

Es ist nicht geradezu die Aufgabe der Kirche, die zeitlichen Dinge zu organisieren, obwohl sie ihr Wort dazu zu sagen hat. Sie ist Trägerin des Geistes der Liebe, des Geistes der Caritas.
Übertragt diesen Geist, den Geist der Liebe, auf alle Unternehmungen, auf den Gebrauch aller wissenschaftlichen Entdeckungen, auf den Gebrauch der Macht, auf die Verteilung der Reichtümer, auf das Verhältnis der Menschen untereinander, und Friede und Gerechtigkeit werden eins werden, denn es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit.
Wollt Ihr denn nicht einsehen, daß man Liebe nicht durch Haß, Brüderlichkeit nicht durch Schlachten, Glück nicht durch Elend erzeugen kann? Diejenigen, die Euch zum Haß treiben, wissen nicht, was sie tun. Vielleicht ohne es zu wollen, aus Unwissenheit oder Stolz, verraten sie Euch. Man muß für sie beten, damit das Licht Christi sie erleuchtet und der Geist Christi sie beseelt.
Lieben heißt das Gesetz und die Propheten erfüllen. Lieben heißt wirklich ein Jünger Jesu sein, wirklich Christ sein. „An diesem Zeichen wird man erkennen, daß ihr meine Jünger seid, daß ihr einander liebt".
Die ersten Christen waren ein Herz und eine Seele. Die Zeugen ihrer brüderlichen Liebe konnten nicht anders als rufen: „Seht, wie sie einander lieben".
Um konkret zu sein, kommen wir zum Schluß:
Kann man nicht in einem Dorf, in einer Pfarre Anführer der Nächstenliebe finden, die sich der Unglücklichen und der unglücklichen Familien, die in Not sind, annehmen und dafür sorgen, daß sich auch die andern ihrer annehmen?
Könnte man das in unseren Städten nicht straßenweise oder blockweise machen? Gewiß, die soziale Frage, die wirtschaftliche Frage wäre dadurch nicht gelöst. Aber denkt doch nach: diese Taten wahrer Brüderlichkeit würden Gefühle der Freundschaft erzeugen, die einen Anfang machen würden, weil sie die Vorbedingung eines gemeinschaftlichen Lebens wären.

Das Ärgernis

Es gibt ein großes Ärgernis in der Welt. Dies ist das Ärgernis: Wir sind 400 Millionen Katholiken, und es gibt den Krieg, der Krieg greift um sich. Hunderttausende von Männern und Frauen sind in Konzentrationslagern. Tausende von Männern und Frauen haben nicht genug zu essen. Es gibt in der Welt eine Entfesselung des Hasses. Man hilft sich gegenseitig nicht. Die einen essen zu viel, die andern zu wenig. Die einen verdienen zu viel, die andern zu wenig. Die menschliche Brüderlichkeit ist ein Wort, die Sache existiert nicht. Und wir sind 400 Millionen Katholiken!
Was haben wir getan? Gewiß, man hat uns bekämpft. Aber sind wir uns unserer Verantwortung bewußt geworden? Haben wir wirklich das Zeugnis und die Botschaft der Gerechtigkeit und Liebe gebracht? Haben wir wirklich das Evangelium gelebt?
Wenn es so viele falsche Götter gibt, ist das nicht auch unser Fehler? Haben wir in unserem Leben wohl das wahre Antlitz Jesu, das wahre Antlitz der Kirche gezeigt?
In einer Zeit, die der unsern nicht unähnlich war, hat der heilige Franz von Assisi durch rein geistige Mittel, durch den Dritten Orden, die italienischen Provinzen befriedet, wo der Kampf zwischen den Städten permanent war. Ein Überströmen der übernatürlichen Liebe genügte, das zu bewirken, was die Kämpfe nicht hatten verwirklichen können. Was die Welt von uns erwartete, was Gott von uns verlangte, war die Ausbreitung des Geistes der Wahrheit und der Liebe.
Haben wir das getan?
Haben nicht auch wir den falschen Göttern geopfert, dem Geld, dem Gold, der Herrschaft, der Rache? Das Gebet, die Sakramente, die heilige Messe, alles Mittel, um uns ein Leben des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe führen zu lassen. Wie haben wir sie gebraucht? Welchen Nutzen haben wir davon gehabt?
Wir hatten die Aufgabe, die Welt zu erwärmen. Die

Welt ist kalt. Die Welt ist eisig. Ist sie es nicht, weil wir zu lau gewesen sind?
Die Päpste haben nicht versäumt, uns zu warnen, uns zu ermahnen.
Etwas machte mir Eindruck: das Erstaunen eines Ungläubigen, eines Arbeiters, wenn er einem wahren Christen begegnet. Durch diesen wahren Christen hindurch sehen sie das Antlitz Christi. Sie sind ergriffen.
Ach wenn doch alle Christen wie jener wären!
Die Begegnung mit einem wahren Christen ist etwas so seltenes!
Man glaubt keinen Worten, man glaubt der Tat.
Was haben wir getan, um der Welt, um den Beziehungen der Menschen untereinander mehr Gerechtigkeit zu geben? Was haben wir getan in unserer Umgebung, in unserem Milieu, in unserem Viertel, in unseren Fabriken, Werkstätten, Büros, um zu beweisen, daß unsere Handlungen von Gerechtigkeit und Liebe eingegeben sind?
Der Herr läßt regnen über die Felder der Gerechten und die Felder der Sünder, über die Felder der Gläubigen und der Ungläubigen. Er sieht die Person nicht an.
Wir sind seine Kinder. Sind wir sein Ruhm? Der Ruhm des Vaters sind seine Kinder. Wahrhaftig, sind wir der Ruhm Gottes?
Es gibt Eltern, die mit Recht auf ihre Kinder stolz sind. Ist Gott auf uns stolz? Wenn man Gott nicht kennt, wenn man ihn leugnet, wenn man ihn schmäht, ist das nicht ein wenig auch unsere Schuld?
Gott ist die Liebe. Glauben wir das? Gott ist unser letztes Ziel. Hoffen wir auf ihn? Gott hat zu uns durch seinen Sohn Jesus gesprochen. Er spricht durch die Kirche, die der fortlebende Christus ist. Haben wir Vertrauen auf das Evangelium? Haben wir Vertrauen auf die Kirche?

Sieg über das Ärgernis

Gegenwärtig gibt es eine offensichtliche Ausgießung des Heiligen Geistes in die Seelen. Es gibt Priester, die Arbeiter werden, während sie zugleich Priester bleiben, die in den Fabriken von der Arbeit ihrer Hände leben, um Zeugen der Liebe inmitten ihrer Arbeiterbrüder zu werden. Es gibt Frauen, die alles aufgeben, um Arbeiterinnen zu werden und durch ihr Leben von ihrer Liebe zu ihren Arbeiterschwestern Zeugnis abzulegen.
Insofern wir Katholiken sind, sind wir keine Erfinder, keine Techniker, keine Käufer, Verkäufer, Industrielle, Landwirte; wir sind Sternwanderer, Säer der Liebe. Das ist unsere Aufgabe.

Stellt Euch eine möglichst vollkommene Maschine vor, deren Räderwerk mit Leichtigkeit läuft. Wenn Ihr sie nicht früher oder später ein wenig ölt, beginnt sie zu kreischen und sich abzunutzen.
Was wird die Gesellschaft von morgen sein? Ich hoffe, daß sie auf dem Gemeinschaftsprinzip beruht. Aber welche Form sie auch haben wird, wenn die Menschen, die sie zusammensetzen, nicht ein wenig geölt sind, d. h. wenn sie nicht viel Liebe haben, dann wird es knirschen, zu Schaden kommen und schließlich mit Krieg enden.
Liebe kann nicht von außen diktiert werden. Man kann zu ihr niemanden zwingen. Sie ist nicht Interessengemeinschaft. Die wahre Liebe ist selbstlos. Sie kommt von innen wie eine Pflicht. Sie kommt aus der Seele. Man hämmert sie nicht ein mit Faustschlägen, mit Prügeln, mit Konzentrationslagern. Man hämmert sie nicht ein durch Angst und Furcht. Man hämmert sie ein, indem man den Menschen an etwas bindet, was größer und höher ist als er, was ihn transzendiert. Man schafft die Liebe, indem man den Menschen an Gott bindet. Der Glaube schafft Liebe, der gelebte Glaube, der vollständige Glaube, der Glaube, der Berge versetzt.
Es gibt wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, die das christliche Leben unmöglich machen. Auf der Höhe des Mittelalters schrieb der heilige Thomas von Aquin: „Ein Minimum von Wohlstand ist notwendig zur Ausübung der Tugend".
Wer könnte behaupten, daß dieses Minimum von Wohlstand überall auf der Welt existiert?
Eine irdische Aktion von großer Weite ist Pflicht der Katholiken, damit der Nächste kein „Hundeleben" führen muß.
Wir sind zum Teil verantwortlich für das Geschick der Menschheit. Wir sind berufen, die Geschichte zu gestalten, nicht, sie über uns ergehen zu lassen.
Zeigen wir, daß wir Phantasie haben. Die Vergangenheit lebt in der Gegenwart. Die Gegenwart trägt die Zukunft in sich.
Was wird die Welt von morgen sein?
Was unser Glaube, unsere Hoffnung, unsere Liebe aus ihr machen werden.
Wird sie christlich sein?
Auf diese Frage liegt die Antwort in unserem Leben enthalten.
Empfangt, geliebteste Brüder, die Versicherung meiner liebevollen Ergebenheit.

Die Kirche in den Ländern

Spanischer Katholizismus

Die internationale Vierteljahresschrift „Lumen Vitae" veröffentlicht in ihrer ersten Nummer 1949 eine sehr aufschlußreiche Darstellung des Charakters der spanischen Universitätsjugend aus der Feder eines spanischen Jesuiten, P. José-Maria de Llanos. Diese studentische Jugend, zu 95% katholisch, unterscheidet sich, wie P. de Llanos immer wieder betont, in der Tat grundlegend von der katholischen Jugend anderer Länder (damit ist offenbar besonders Frankreich gemeint). Die nach dem Bürgerkrieg groß gewordene spanische intellektuelle Jugend ist geprägt von der Verbindung zwischen Kirche und Staat, Glaube und Politik.
Die besonderen spanischen Verhältnisse ebenso wie der spanische Nationalcharakter haben zu dem Ergebnis geführt, daß sich die studentische Jugend absolut sicher im Besitz ihres Glaubens fühlt. Das ist ihre Besonderheit, die der Ausländer oft nicht versteht oder auch verurteilt. Diese Besonderheit bestimmt aber das gesamte Verhalten

dieser jungen Männer. Für sie handelt es sich nicht darum, ihren Glauben zu erwerben, wie es die unruhigen voraufgegangenen Generationen taten. Sie haben auch keinen Grund, ihren Glauben zu verteidigen, da sie keine Angriffe auf ihn spüren. Sie haben wenig Neigung zur Apologetik; sie lieben das Dogma, die Moral, die Aszese. Die Andersdenkenden oder Gleichgültigen verstehen sie nicht. Sie sind daher intolerant bis zur Ungerechtigkeit und Gewalttat. Aber ihre Intoleranz entspringt ihrer inneren Sicherheit, die man sich anderswo kaum mehr vorstellen kann.

Aus dieser Situation entspringt auch das vorwiegend moralische Problem, das der Glaube für die jungen Spanier stellt. In einer zuweilen wenig klaren und exakten Form verstehen sie darunter die absolute Annahme des Geheimnisses Gottes, der alles vom Menschen verlangt ohne Halbheiten und Kompromisse.

Die bedingungslose Annahme der Glaubenslehren bedeutet zwar nicht immer eine fanatische Anhängerschaft an die Kirche. An den menschlichen Unvollkommenheiten wird Kritik geübt. Aber diese Kritik wird niemals zu einer systematischen Haltung. Eine solche würde ihnen absurd vorkommen. In dieser Haltung des nicht diskutierten Glaubens und des Wunsches, ihn zu verwirklichen, selbst bis zu extremen Gesten, ist der spanische Student aufrichtig und ohne jede Heuchelei.

Besteht also für ihn im religiösen Bereich selber kein Problem, so fühlt er sich aufgerufen zum Kampf gegen die ihn umgebende profane Welt. Dieser begegnet er überall im öffentlichen Leben, ganz besonders aber im Film, der in Spanien vorwiegend amerikanischer Herkunft ist. In dieser Welt findet er die Wahrheit, die er liebt, völlig geleugnet durch eine Atmosphäre von Oberflächlichkeit und durch den Geist des modernen sozialen Positivismus. Keine andere Schicht in Spanien ist diesem Geist so unzugänglich wie die spanische Universitätsjugend. Der Hang des spanischen Geistes zum Extrem scheint ihr keine Wahl zu lassen zwischen Verderbnis und absoluter Enthaltsamkeit.

P. de Llanos zieht hier einen Vergleich mit dem Zeitalter der Renaissance. Er sagt, Spanien habe die Renaissance nicht angenommen und sich in strengster Gegenreform verschanzt, und es habe sich dadurch aus der neuen Lebendigkeit Europas ausgeschlossen und sei am Rande der modernen Entwicklung geblieben. Dafür habe es aber den Glauben rein bewahrt. Ähnlich könnte die Mission Spaniens in der Gegenwart aufgefaßt werden.

Halb widerwillig muß P. de Llanos zugeben, daß missionarische Aufgaben die spanische Universitätsjugend weniger anziehen, als das in anderen Ländern der Fall ist. Auf sozialem Gebiet hat z. B. das Problem der Madrider Vorstädte keine vordringliche Bedeutung für sie. Was sie als ihre Mission empfindet, hat eher eine politische oder, genauer, eine „imperialistische" Gestalt.

Da sie die Welt auf einem verhängnisvollen Weg sieht, wünscht sie eine totale Lösung. Sie kann sich keine Teillösung auf verschiedenen Ebenen, etwa der geistigen, wirtschaftlichen, politischen vorstellen. Wenn sie eine politische Lösung sucht, so meint sie damit, daß das Politische alles umfaßt, die irdischen Wirklichkeiten und ihre Beziehungen zum Ewigen (es ist die Idee des totalen Staates christlicher Natur). Diese Auffassung weicht natürlich stark von der in anderen Ländern ab und hat zu zahlreichen Anschuldigungen vom Ausland her geführt. Vom spanischen Standpunkt aus ist sie nur konsequent. Sie erscheint als die Fortsetzung einer langen Überlieferung. Und sie ist das, was im spanischen Geiste am unerschütterlichsten feststeht. Die Folge davon ist, daß die jungen spanischen Intellektuellen den Ideen christlicher Erneuerung, die in andern Ländern die Jugend begeistern, mit großem Mißtrauen entgegentreten.

Die katholische Kirche in Indien

In der Zeitschrift der französischen Jesuiten, „Etudes", findet sich in der April-Nummer eine Darstellung der Lage der katholischen Kirche in Indien aus der Feder eines Inders, M. Thekaekara. Um die Probleme dieser Lage deutlich zu machen, ist auch die Geschichte der Kirche in Indien in einem sehr klaren Überblick dargestellt. Der Aufsatz ist darum so interessant, weil in dieser Darstellung das Grundproblem jeder Mission aufs deutlichste hervortritt, nämlich die Schwierigkeit, einerseits zu vermeiden, daß die Kirche in unlöslicher Verbindung mit der abendländischen Kultur auftritt, also einer fremden Kultur, durch die auch die Kirche selber als etwas Fremdes erscheint, und doch andererseits keine so große Rücksicht auf die Kultur des Missionsvolkes zu nehmen oder Elemente derselben in sich aufzunehmen, daß die Grundwahrheiten des christlichen Glaubens darüber verwischt würden. Beiden Gefahren ist die Mission in Indien in den verschiedenen Zeitaltern erlegen, und das ist einer der wesentlichsten Gründe, weshalb sie im Grunde so wenig erreicht hat. Denn obwohl das Christentum durch den hl. Apostel Thomas schon in apostolischer Zeit nach Indien gekommen ist, gibt es heute unter den 430 Millionen Indern kaum mehr als 4½ Millionen Katholiken.

Die Thomas-Christen

Die christliche Gemeinde im äußersten Südwesten Indiens, an der Malabarküste, die sich auf den Apostel Thomas zurückführt, führte bis zum 17. Jahrhundert ein völlig in sich abgeschlossenes Leben und feierte ihre Gottesdienste nach einem syrisch-orientalischen Ritus mit ausschließlich eingeborenem Klerus. Im 17. Jahrhundert spaltete die Gemeinde sich infolge des Drucks der Portugiesen, die sie latinisieren wollten. Die Mehrzahl blieb jedoch katholisch. Heute zählt sie etwa 1 Million Mitglieder. Diese Gemeinde ist jedoch sehr deutlich der Gefahr erlegen, zu viel vom Geiste Indiens aufgenommen zu haben. Sie hat keinerlei Missionsgeist entwickelt, weil sie sich gleichsam als eine Kaste empfand, eine jener unveränderlichen gesellschaftlichen Gruppen, der man von Geburt angehört. Selbstverständlich haben die Thomas-Christen nicht die weltanschaulichen Grundlagen übernommen, auf denen das indische Kastenprinzip beruht (Zugehörigkeit zu einer Kaste als Lohn oder Strafe für ein früheres Leben); aber sie haben sich der sozialen Form völlig angepaßt. Sie waren verhältnismäßig reich und einflußreich, spielten auch im öffentlichen Leben eine Rolle und wurden keineswegs in ihren Überzeugungen und Religionsübungen behindert. Aber sie versuchten nicht, Konversionen zu erreichen.

Die Missionen zu Beginn der Neuzeit

Die Mission Indiens durch die großen abendländischen Orden begann in kleinen Stößen schon vor der berühmten

Reise Vasco da Gamas. In größerem Umfang setzte sie mit der portugiesischen Kolonisation ein und erreichte ihre große Zeit mit dem heiligen Franziskus Xaverius und der Mission der Jesuiten. Diese Mission des 16. Jahrhunderts nahm gegenüber der indischen Kastenordnung genau die umgekehrte Haltung ein wie die Thomas-Christen. Sie wollte die Existenz der Kasten einfach ignorieren. Sie machte Konvertiten in allen Kasten und zwang sie, alle ihre von den Kasten diktierten Gebräuche aufzugeben. Sie gab ihnen portugiesische Namen und lehrte sie ein Leben im europäischen Stil. Das sollte eine Vorsichtsmaßnahme sein, um die Neubekehrten gegen den Einfluß der hinduistischen Umwelt zu schützen; aber dieses Verhalten war wohl ein schwerer Irrtum, der die ganze Missionstätigkeit in Indien unfruchtbar machte. Sie beschränkte sich auch fast ausschließlich auf das portugiesisch besetzte Gebiet an den Küsten. Von den übrigen Hindu wurden diese Christen zu den alleruntersten Kasten gerechnet, beinahe den Parias gleichgestellt. Diese starre Haltung der jesuitischen Mission wurde zeitweise aufgelockert durch italienische Jesuiten, deren größte P. de Nobili und der heilige Johannes de Britto waren. Diese machten gewisse Konzessionen an den indischen Geist (Enthaltung von Fleischnahrung, Nichtvermischung mit den Parias). Der Erfolg stellte sich sofort ein, indem auch Angehörige höherer Kasten sich zum Christentum bekehrten. Aber diese Konzessionen wurden von anderen Angehörigen des Ordens heftig bekämpft und schließlich zum Teil von Rom aus verurteilt. Trotzdem fanden in dieser Zeit noch verschiedene Konversionen von Brahmanen statt, bis Ende des 18. Jahrhunderts die Gesellschaft Jesu aus Indien ausgewiesen wurde.

Die Mission in den letzten hundert Jahren

Seit dem 19. Jahrhundert setzten neue missionarische Bemühungen in Indien ein, an denen viele europäische Länder beteiligt sind. Seit 1850 hat die Kirche in Indien schnelle Fortschritte gemacht, und seit Ende des Jahrhunderts bis heute hat sich die Zahl der Katholiken fast verdoppelt. Das ist zum Teil die Folge der natürlichen Vermehrung der katholischen Bevölkerung, doch fanden auch zahlreiche Konversionen statt. Es bildete sich zudem ein großer Eingeborenen-Klerus heran. In Indien leben gegenwärtig 4800 katholische Priester, davon 3700 Inder, von denen 1100 dem syrischen Ritus angehören. Von den 58 Diözesen werden 21 von eingeborenen Bischöfen geleitet. Von den 10 600 Ordensschwestern sind 7000 Inderinnen. Eine der bemerkenswertesten Erscheinungen ist die Bekehrung von 300 000 Eingeborenen in Chotanagpur, einer sehr armen Urbevölkerung in Nordindien.

Die heutige Missionstätigkeit in Indien wird aber vor allem charakterisiert durch ihr Bildungswerk; die Missionen, vor allem die Jesuiten, haben zahlreiche Volksschulen, Mittelschulen, Kollegs und Universitäten eröffnet. Zumal die Hochschulen spielen eine besondere Rolle für den katholischen Glauben dadurch, daß sie von zahlreichen Nichtkatholiken besucht werden. Sie bilden den Ort, an dem die Kirche den obersten Kasten, der Elite Indiens begegnet. Zwar sind Konversionen der hinduistischen Studenten sehr selten, aber sie lernen doch die christliche Religion kennen und schätzen, und ihre Freundschaft ist für die Existenz der Kirche in Indien ein sehr großer Gewinn. Dieser Gewinn rechtfertigt auch den außerordentlichen Aufwand der Kirche für die Lehrinstitute in Indien. Die Katholiken leiten dort 31 Hochschulen, 325 Höhere Schulen und 450 Mittelschulen. Unter den Hochschulen gehören einige zu den besten des ganzen Landes.

Vorausschau

Der indische Verfasser spricht zum Schluß über die Aussichten der Kirche in Indien. Er hält das Kastensystem für ein fast unüberwindliches Hindernis für die Ausbreitung der Kirche, wenn es in seiner ganzen Starrheit bestehen bleibt. Es wäre also die erste Vorbedingung zu einer umfassenderen Bekehrung, daß gewisse Grundauffassungen der Hindus von der menschlichen Person und der menschlichen Gesellschaft beeinflußt und gewandelt würden. Es würde sich dann nicht so sehr darum handeln, Einzelne zu bekehren, als vielmehr ganze Gruppen und Kasten, die zum christlichen Denken erzogen werden müßten. Dieser Wandlung hat das englische Unterrichtssystem in Indien schon vorgearbeitet, das die abendländische Auffassung von Mensch und Gesellschaft voraussetzt. In der Tat ist die hinduistische Gesellschaft in der letzten Zeit von einer tiefen Erregung erfaßt worden, die man bis dahin für unmöglich gehalten hätte.

Andererseits haben die zunehmenden Konversionen in Indien eine Reaktion der Inder gegen die Kirche hervorgerufen, und der Unabhängigkeitskampf Indiens gegen England hat eine neue Abwehrwelle gegen das Christentum als abendländische Religion hervorgerufen. Diese Welle scheint allerdings bereits wieder abzulaufen. Nach längeren Diskussionen im Nationalkongreß ist jedenfalls in die neue indische Verfassung die Formel aufgenommen worden, daß jede Religion in Indien das Recht hat, nicht nur ausgeübt zu werden, sondern auch Propaganda zu betreiben. Missionare und Lehrer sind daher guter Hoffnung, daß die Kirche in Indien mit Gottes Hilfe weiter wachsen wird.

Der Teufel — Gottes Engel

Nur im Christentum wird das Dasein des Übels zum Problem. Denn nur das Christentum kennt einen Gott, der allmächtig und allgütig ist; einen Gott, an den man die Frage richtet: Warum läßt Du so viel Übles auf Erden zu?

Selbst im Christentum stellt man erst seit 400 Jahren die Frage so, als ob das Leid oder das Übel ein Neutrum wäre. Das Altertum und Mittelalter witterten hinter dem Übel einen persönlichen Urheber. Der Böse, nicht das Böse führte ihr Denken vor ein Rätsel. Mit diesem ursprünglichen und doch der Gegenwart so nahen christlichen Gedanken befaßt sich eine Zusammenschau der neutestamentlichen Schriften von Louis Bouyer in der Zeitschrift „Dieu Vivant" (Nr. 6). Ihre Ergebnisse wurden durch „Blackfriars" (Jan./Febr. 1949) den englischen Lesern bekanntgemacht, und wir halten es für unsere Aufgabe, auch die deutschen Katholiken darauf hinzuweisen.

Die Masken des Teufels

Paulus kennzeichnet den Zustand der sündigen Welt als Knechtschaft in der Gewalt von Feinden. Die Fleischwerdung des Sohnes drückt er aus mit den Worten: „Er nahm den Sklavenstand auf sich" (Phil. 2, 7), und die Menschen betrachtet er als „Kinder des Zornes" (Eph. 2, 3).

Was ist das für eine Knechtschaft, die auf der Welt lastet? Welcher Feind zieht sie hinein in die Verfeindung mit Gott? Paulus spricht von verschiedenen Feinden, die uns bedrücken; er nennt sie summarisch „Macht" oder „Mächte der Finsternis". Sind es Dinge oder Personen? Man möchte von Masken sprechen, hinter denen sich ein Antlitz verbirgt, das selber im Dunkel bleibt.

Die Mächte tragen zuweilen die Namen „Sünde" und „Tod". Sie „herrschen". Die Sünde besoldet ihre Sklaven mit dem Tode. Beide haben in dieser Welt eine „Dienerschaft". Wenn wir von ihnen befreit werden, geht es nur so, daß sie zuvor selbst „verurteilt" und „vernichtet" werden. „Der letzte Feind, der vernichtet wird, ist der Tod" (1. Kor. 15, 26).

Auch das „Fleisch" und die „Welt" sind feindlich herrschende Mächte. Das Fleisch ist nicht dasselbe wie der Leib oder die Kreatur. Diese werden der Verherrlichung teilhaftig, jenes nicht. Bouyer meint, wenn Paulus vom Fleisch rede, denke er an die geheimnisvolle, ererbte Hinneigung des Menschen zu der Gewalt der Finsternis, in der sich unsere Abhängigkeit von dieser Macht bekundet. Vermöge des Fleisches ergreift diese Macht über unsere Person von innen her Besitz. Sie gebietet nun über die Ursprünge unseres Tuns. Das Fleisch entwickelt eine eigene Mentalität, die sich in Gedanken, Wünschen und Taten äußert und den Menschen dem Tode überantwortet. Das Fleisch erscheint also als Instrument einer persönlichen Macht. Ihm als der beherrschenden Gewalt unseres Innern entspricht die „Welt" rund um uns. Nicht so sehr die Realität unserer Umgebung, wie vielmehr ihr gegenwärtiger Zustand ist damit ausgedrückt, „die allgemeine Organisation der Macht der Finsternis", die über dem Universum liegt und zuweilen mit ihm identifiziert wird. Sie folgt ihrer eigenen Weisheit und wird am Ende von Gott gerichtet. Uns ist es aufgegeben, uns in acht zu nehmen, daß wir nicht in ihren Strudel hineingerissen werden.

Diese „Welt" hat ihre eigene Ordnung (Äon), die von der zukünftigen unterschieden wird. Christus rettet uns aus dieser Ordnung heraus.

Mit den Begriffen Tod und Sünde, Fleisch und Welt sind aber die letzten Kräfte der gegenwärtigen Ordnung noch nicht genannt.

Geister über der Erde

In den Gefangenschaftsbriefen spricht der Apostel von dem Kampf des Christen gegen „Mächte, Gewalten und Geister". Im Zusammenhang mit gewissen Äußerungen im Galater- und Hebräerbrief legt sich der Gedanke nahe, daß Paulus von der Vorstellung erfüllt sei, die Welt werde von Engeln regiert. Sie waren es z. B., die als Vermittler Gottes Moses das Gesetz auferlegten. Die gefallenen Engel sind dieser mittleren Rangstellung zwischen Gott und der Welt nicht enthoben worden. Nur stehen sie nicht mehr bewußt in Gottes Dienst und Auftrag. Sie erwecken vielmehr in der Welt den Anschein, als seien sie selbst die höhere Macht, von der wir abhängen, die Herren der Gestirne und des Schicksals. Unsere ererbte Hinneigung zu ihnen, das Fleisch, macht sie zu unseren Herren und läßt uns mit ihnen schuldig werden. Sie sind der persönliche „Geist dieser Welt" (1. Kor. 2, 12); ja der „Gott dieser Welt", der für Paulus eine erschreckende Macht und Wirklichkeit besitzt (2. Kor. 4, 4). Er heißt an anderen Stellen „Satan". Bouyer stellt fest: „Obgleich der hl. Paulus mit größtem Nachdruck von den verschiedenen bösen Mächten spricht, die uns umgeben, sind sie für ihn zweifellos Teile eines wohlgeordneten Ganzen, und dieses führt uns schließlich zu dem dunklen Mittelpunkt einer persönlichen Bosheit. Der Teufel erscheint in einer verwirrenden Parallele mit Gott. Im Gegensatz zu dem lichtvollen Mittelpunkt, um den die Schöpfung der Gotteskinder kreist, haben wir einen dunklen Gegenpol, an dem sich eine undurchdringliche Schöpfung der Finsternis orientiert."

Es gibt also bei Paulus zweifellos einen Dualismus, und er bildet den Hintergrund seiner Vorstellung von der Erlösung: Erlösung bedeutet Auflösung des Problems des Bösen, nicht begrifflich, sondern in Wirklichkeit. Christus entsetzt die Mächte des Bösen ihrer legitimen Gewalt. Bouyer zeigt, daß man Paulus gründlich mißverstehen würde, wollte man ihm unterstellen, er habe durch seine Rede von Geistern und Dämonen nichts anderes beabsichtigt, als eine ideelle Wirklichkeit in kräftigen Bildern auszudrücken. Er spricht wohl in Bildern, aber er redet von Wirklichkeiten.

Engel im Zwielicht

Gerade dies führt uns vor eine Schwierigkeit. Die Engel oder Geister stehen bei Paulus in einem seltsamen Zwielicht. Es gibt böse und gute unter ihnen. Aber es klingt zuweilen, als ob auch die bösen im direkten Auftrag Gottes handelten. Gott schickt dem Apostel z. B. „einen Engel des Satans" (2. Kor. 12, 7) ins Fleisch. Und in 1. Kor. 5 gar erscheint Satan als Strafengel, dem ein Sünder zur Läuterung übergeben wird, damit seine Seele gerettet werde.

Diese Paradoxie wird noch gesteigert, wenn der Apostel unter den Feinden des Menschen auch „den Zorn Gottes" anführt. Und nicht nur das! Selbst das von Engeln proklamierte Gesetz Gottes übt eine feindselige Herrschaft über uns aus, von der uns allein Christus befreien konnte und befreit hat.

Um zusammenzufassen: „Es scheint, daß der Sieg Christi die guten Engel in gewisser Beziehung mit den bösen zusammenwirft und entmächtigt; daß umgekehrt bis zur Parousie der Teufel zuweilen als Beauftragter Gottes fungiert; schließlich, daß hinter seinem Haß gegen die Menschen der Zorn Gottes steht oder sogar das Gesetz Gottes und daß Christus uns von ihm nicht minder befreit hat als von der Bosheit des Teufels."

Der Teufel — Gottes Engel

Diese Paradoxien legen es oberflächlichen Betrachtern in den Mund, von paulinischer Gnosis zu sprechen, von einem metaphysischen Dualismus, der das Böse aus der moralischen Welt ins Sein selbst verlegt. Bouyer stellt dieser Deutung das gegenüber, was er den „historischen Dualismus" des Apostels nennt. Er erläutert ihn auf folgende Weise: In der ursprünglichen Schöpfung ordnete Gott die sichtbare Welt den Engeln unter mit „dem Fürsten dieser Welt" an der Spitze. Durch dessen Empörung wurde die ursprüngliche Anordnung Gottes nicht aufgehoben oder abgeändert. Lucifer blieb der Fürst dieser Welt und bleibt es bis zum jüngsten Tage. Er bleibt mit dieser Autorität des göttlichen Auftrages umkleidet, wenn er sie auch mißbraucht. Sein Mißbrauch besteht darin, daß er die ihm untergeordnete Kreatur veranlaßt, ihm selber zu dienen, statt sie auf Gott hinzuleiten. Aber er erfüllt in seinem Wirken, ohne es zu bemerken und zu beabsichtigen, doch die höheren Absichten und Pläne Gottes, er erfüllt seinen ursprünglichen Auftrag, die Welt zu regieren. Gegen seinen Willen bleibt er Diener Gottes als Regent der Welt. Besonders deutlich tritt dies in seinem Kampf gegen Christus hervor: während er ihn tödlich zu treffen glaubt und als den lebendigen Widerspruch zum ursprünglichen Weltgesetz tödlich treffen muß, hilft er ihm zum Sieg einer neuen Ordnung. „Wenn sie die Weisheit Gottes, die zu unserer Verherrlichung führt, erkannt hätten, würden sie den Herrn der Herrlichkeit nicht ans Kreuz geschlagen haben" (1. Kor. 2, 8). Nunmehr tritt — neben der ursprünglichen Ordnung, die bis zum Ende der Zeiten de facto fortbesteht — die neue Ordnung mit Christus in legitime Geltung und in immer mächtigere Auseinandersetzung mit der alten Ordnung.

Paulinische Geschichtsphilosophie

Wenn man die Dinge so sieht, findet alles seine Erklärung: Die guten Engel tragen die Folgen der Sünde ihres Hauptes, nicht persönlich, aber als Glieder der Engelhierarchie; in der neuen Ordnung, die Christus begründete, behalten sie persönlich einen ehrenvollen Platz, sind aber nicht mehr die Fürsten und Herrscher der übrigen Kreatur, vielmehr Diener und Boten eines Menschen: des Gottmenschen. Und da wir Menschen an seiner Herrschaft — im Gegensatz zu ihnen — unmittelbar teilnehmen, kann Paulus schreiben: „Wir werden die Engel richten" (1. Kor. 6, 3; vgl. auch Gal. 3, 23—24).

Andererseits bleibt Satan de facto Herr dieser Welt, so lange die neue Ordnung Christi ihren berechtigten Anspruch noch nicht vollkommen durchgesetzt hat, was erst am Ende der Zeiten geschehen soll.

Der Fürst dieser Welt vollzieht die Dekrete des göttlichen Zornes an der „alten" Welt, die Gott verworfen hat. Er vollzieht sie voller Bosheit, während Gott sie im Hinblick auf den endgültigen Triumph seiner Liebe und als Ausdruck dieser Liebe in der Situation der Sünde verhängt.

Christus gegenüber kostete der Satan seine Macht bis zur Neige, ohne zu ahnen, daß er dadurch den Bund aufhob, der ihm die Weltherrschaft garantiert hatte, den Bund, in dem das Gesetz gegolten hatte. Das Gesetz hatte zwar Gottes Gerechtigkeit offenbart, zugleich aber die Menschen der Strafherrschaft des Teufels überantwortet. Deshalb gehört es zu den Feinden des Menschen, die Christus überwand, als er der zürnenden Gerechtigkeit Gottes Genüge tat und sie wieder in Liebe zurückverwandelte.

Diese paulinische Deutung — findet Bouyer —, dieser Dualismus, wahrt Gottes Herrschaft über die ganze Welt und garantiert andererseits doch seiner geistigen Kreatur, auch der gefallenen, ihre Freiheit und damit die wesentliche Bedingung ihrer Existenz. Der Teufel bleibt als Gottes höchster Engel Fürst der Welt, wiewohl er seine Freiheit mißbraucht.

Die Dämonologie der Synoptiker

Bei den Synoptikern spielt der Bericht über die Versuchung des Herrn durch den Teufel zweifellos eine große Rolle und zwar in enger Verbindung mit der Taufe des Herrn und der Herabkunft des Heiligen Geistes. „Man hat den Eindruck, als sei der Heilige Geist eigens zu dem Zweck über Jesus herabgekommen, um ihn dem Teufel gegenüberzustellen." War es doch der Geist, der ihn in die Wüste führte! Diese Wichtigkeit der Versuchungsgeschichte wird unterstrichen durch die Bedeutung, welche die Synoptiker den Teufelsaustreibungen beilegen. In Verbindung mit Heilungen sind sie das typische Werk des Herrn. „Daß außergewöhnliche Erscheinungen des Teufels die Gegenwart Jesu in dieser Welt begleiteten und daß er sie zunichte machte, ist ihnen nicht etwas Nebensächliches, sondern eine grundlegende Vorstellung."

In der Lehre Jesu bildet die Auseinandersetzung mit den Juden über die Teufelsaustreibung durch Beelzebub (Mt. 12, 22—32; Lk. 11, 14—23) einen Schwerpunkt. Drei Momente fallen dabei auf: Jesus treibt die Teufel aus durch den Geist Gottes; der Vergleich zwischen dem Starken und dem Stärkeren; die Erklärung über die Sünde wider den Heiligen Geist.

Es bestätigt sich die Beobachtung, daß die Hauptaufgabe des Hl. Geistes in dieser Welt in der Austreibung des bösen Geistes besteht. Und eben darin vollzieht sich die Ankunft des Reiches Gottes. Die Parallele zu den Gedanken des Apostels Paulus über die zwei Ordnungen ist hergestellt, der „Starke" muß dem „Stärkeren" weichen. „Die schuldhafte Blindheit, die sich weigert, in Christus den Geist zu sehen, der den bösen Geist austreibt, ist eine unvergebbare Sünde." Nichts beleuchtet deutlicher die Auffassung der Synoptiker von der Mission bis zum Weltende, sie ist Kampf gegen eine aufgehobene, aber tatsächlich noch bestehende dämonisierte Weltordnung.

Die Kosmologie des Johannes

Das Johannesevangelium kann aufgefaßt werden als ein Drama von übermenschlichen, kosmischen Ausmaßen, in dem es um die Auseinandersetzung von Licht und Finsternis geht. Dem göttlichen Licht begegnet die Finsternis mit aktiver Ablehnung; sie sucht es auszulöschen. Bei der großen Streitrede des Herrn wider die Juden, die das achte Kapitel des Evangeliums füllt, wird der Sinn des Kontrastes zwischen Licht und Finsternis offenbar, ohne daß die Worte genannt werden. Die Macht des Bösen wird vielleicht nirgendwo im Neuen Testament furchtbarer dargestellt, als hier. „*Ihr könnt* mein Wort nicht hören, weil der Teufel euer Vater ist" (Joh. 8, 44). Ein unheilbarer Antagonismus, dessen vollen Ausbruch die Apokalypse in ungemilderter Kontrastierung von Schwarz und Weiß zur Darstellung bringt.

Bei einem Vergleich mit den paulinischen Schriften zeigt sich, daß Johannes den Gegensatz zwischen Gott und dem Teufel noch entschiedener zum beherrschenden Motiv der Darstellung erhebt als Paulus. Während bei Paulus „das Fleisch" den Reiz der Verführung spielen läßt, trägt Johannes den Konflikt aus dem Innern des Menschen, aus der moralischen Ebene, vollends hinaus in den Kosmos, in „die Welt". „Die Welt befindet sich in der Gewalt des Bösen" (1. Jo. 5, 19).

Diese Welt ist aber nach der Schilderung des Prologs nicht von Natur so, wie sie ist. Sie ging aus Gottes weisen und gütigen Schöpfungsgedanken hervor. Darum findet sie, nachdem ihr das Urteil gesprochen worden ist, doch schließlich ihren Retter. Christus heißt bei Johannes „Retter der Welt" (1. Jo. 4, 14). Sein Werk besteht darin, den Fürsten der Welt zu richten und hinauszutreiben. (Jo. 12, 31), ein mühevolles Werk, das bis zum Ende der Zeiten andauert.

Will man die Bedeutung aller dieser Wahrheiten der Schrift für das Theodizeeproblem zur Geltung bringen, dann muß vor allem darauf gesehen werden, daß das Böse nicht nur im moralischen Sinne verstanden werde. Die irdische Schöpfung ist Reflex eines uns weit umgebenden geistigen Kosmos, der in seiner Gesamtheit von Gott abfiel, als seine führenden Geister und vielleicht das höchste aller geschaffenen Wesen, von dem alle anderen abhängen, sich von der Bindung an Gott lossagte. Die Herrschaft der Geister wurde erstmalig durchbrochen, als Gott aus der dämonisierten Materie den Adam schuf und ihm die Möglichkeit gab, sich der gefallenen Welt zum Trotz frei für Gott zu entscheiden. Als der erste Adam diese Möglichkeit vertat, seine Nachkommen in den widergöttlichen Kosmos eingliederte und so die Herrschaft der Dämonen noch vervollständigte, brach Gott zum zweitenmal im Gott-Menschen in sie ein, diesmal mit dem Erfolg, daß die Alleinherrschaft des Teufels gebrochen wurde. Was jetzt die Geschichte beherrscht, ist sein Kampf um die verlorene Position, dessen letzte Spur am Jüngsten Tage getilgt werden wird.

Diese biblische Auffassung des Problems des Bösen erfüllt, wie Bouyer zum Schluß feststellt, das Bedürfnis nach existentiellem Denken so gut wie irgendeine zeitgenössische Philosophie. Hierauf ist der Autor an anderer Stelle (Le Mal est parmi nous, herg. v. Daniel-Rops, Paris, Plon, 1948) eingegangen, und wir hoffen, darüber noch berichten zu können.

Der französische Roman und die Übel der Zeit

Pierre Debray gibt in der französischen Zeitschrift „Cahiers du Monde Nouveau" (April 1949) einen Bericht über einige neue Romanerscheinungen in Frankreich, den er zu einem aufschlußreichen Spiegel der geistigen Lage der Gegenwart zu machen versteht. Der Roman ist — nicht nur in Frankreich — die literarische Gattung, die das exakteste Barometer für den Geist einer Zeit bildet, und was die französische Produktion verrät, gilt, so verschieden auch der Akzent der Begabungen sein mag, mit Abwandlungen für die westliche Welt überhaupt.

Wenn man die zusammenfassenden Sätze, die Schlußfolgerungen aneinander reiht, mit denen Debray die Analysen einer Reihe von neuen französischen Romanen unterbricht, die für uns weniger Interesse haben, weil wir die Bücher nicht kennen, so wird daraus das Bild unsrer Zeit:

Ende des analytischen Romans

„... Die radikale Destruktion des „Privatlebens", der „Intimität", der „guten Gesellschaft", dieser Erfindungen des Bürgertums, führt zum Verschwinden des analytischen Romans als aktuellen Genres ... Es ist sehr bezeichnend, daß der analytische Roman ganz genau dieselbe Stelle in der Literaturgeschichte einnimmt wie das Bürgertum in der Geschichte *tout court*. Ohne einem primitiven Marxismus zu verfallen, darf man dieses Zusammentreffen wohl verwirrend finden ... Gewiß haben wir immer noch Romanschriftsteller, aber nur wenige von ihnen reden noch von Liebe ... Das kommt zum Teil von einem regelrechten „Platzen" der romantischen, und also romanhaften, Auffassung von der Liebe ...

„... Dagegen kann sich die Begierde, die rein fleischliche Liebe heute ganz unbehindert aussprechen ... Die rein sinnliche Liebe bietet aber dem Romanschriftsteller nur sehr mittelmäßige Sujets.

Nichts ist monotoner als die Welt der Erotik. Die christliche Ehe (neben der nackten Sinnlichkeit die andere Form, in der die Gegenwart die Beziehung der Geschlechter neu erlebt) könnte dem Schriftsteller Stoff zu einem sehr schönen Buch liefern. Doch schon allein durch die Tatsache, daß sie zum Glück führt, wird sie für den Roman immer nur ein mittelmäßiger Gegenstand sein.

„Es muß unterstrichen werden: auch diese doppelte Bewegung, nach außen zur Begierde und nach innen zur Ehe, ist eine Folge des Wegfalls der rein psychologischen „Hindernisse" (oder solcher, die an Konventionen gebunden waren — und diese bildeten bisher das Gerüst des psychologischen Liebesromans), eines Wegfalls, den der Zerfall der bürgerlichen „Sicherheit" mit sich gebracht hat. Die Begierde braucht sich nicht mehr zu maskieren (oder sich zu rechtfertigen), und die Ehe erscheint nicht mehr als sozialer Zwang. Der analytische Roman konnte daher nur an Altersschwäche sterben! ..."

Der historische Roman

Der historische Roman, der bei Schriftstellern und Publikum immer noch sehr beliebt ist, hat doch einen anderen Sinn bekommen, als er es zur Zeit seines Entstehens in der Romantik hatte. Der Romantiker kleidete in ihn seine (nicht in die Tat umgesetzte) Revolte. Heute „tritt das (vergebliche) Streben nach Sicherheit an die Stelle

der (ebenfalls vergeblichen) Revolte, der nur geträumten Revolte. Ideologisch haben sich die Faktoren umgekehrt. Der historische Roman verrät heute nicht mehr den Haß gegen die Ordnung, sondern die Sehnsucht nach Ordnung, sei sie nun „bürgerlich" oder nicht".

Der Mensch und die Geschichte: unser Thema

„Aber die Geschichte ist unser Problem ... Wundern wir uns daher nicht, daß der wirklich aktuelle Roman heute der ist, der den Menschen in der Auseinandersetzung mit der Geschichte darstellt.

Die Geschichte kann als tragisches Schicksal oder aber als Wille erlebt werden. Gewisse Romane zeigen den Menschen erdrückt von einer Geschichte, die als etwas Absolutes über ihn herrscht und auf die er keinerlei Einfluß hat. Er muß sie passiv über sich ergehen lassen und kann sie nur im Begriff des Schicksals denken ... eine Welt, wo der Mensch völlig von der Gesellschaft, vom „Gesetz" verschlungen ist ... Doch es genügt ein freier Mann, um dieses Gesetz radikal zu widerlegen ...

Andere Romanschriftsteller dagegen weigern sich, die Geschichte in dieser Weise als Tragik aufzufassen. Für sie ist sie kein Absolutes, sondern wird wieder zur Gesamtheit menschlicher Beziehungen, also zu Menschenwerk, das der Mensch auch ändern kann, Prüfung seines Willens und Versprechen für seinen Mut.

Das ist der Fall katholischer Schriftsteller wie Van der Meersch, kommunistischer wie Claude Roy oder Courtade, solcher die keines von beidem sind wie Raymond Dumay ... Diese Werke so verschiedener Inspiration spiegeln hervorragend die Sorge so vieler Menschen von heute, sich nicht in den Zauberkreis eines Schicksals einschließen zu lassen ... doch sie vergessen vielleicht, daß das menschliche Leben letzten Endes tragisch ist, auch wenn nicht die Geschichte das Band dieser Tragik ist. Denn es gibt ein Jenseits der Geschichte ..."

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Probleme des christlichen Staates

Das Verhältnis von Kirche und Staat ist von jeher mit Problemen und Spannungen mannigfacher Art geladen gewesen. Die Kirche, die das ewige Heil der Menschheit verwaltet, greift eben darum auch in gewisser Weise in das öffentliche Leben über, obzwar dies als Ganzes dem Staat untersteht. Wie weit der Kirche die Vollmacht zusteht, auch in der heutigen Welt in die Gestaltung des politischen Lebens einzugreifen, ist eine Frage, die sich besonders im Hinblick auf die Einmischung der Hierarchie bei den Wahlen in verschiedenen Ländern erhoben hat. Jedoch ist damit noch nicht der Umkreis der Problematik erschöpft, die zwischen Staat und Kirche besteht. Dem Staat gegenüber stehen jene Rechte des Einzelnen, die die Neuzeit als die „Menschenrechte" herausgearbeitet hat. Diese Rechte des Einzelnen stehen in gewissen Fällen auch der Kirche gegenüber, wo diese mit dem Staat eng verknüpft ist. Was das bedeutet, war eine der strittigen Fragen bei den „Internationalen Unterhaltungen von San Sebastian" im Sommer 1948, bei denen eine Charta der Menschenrechte vom katholischen Standpunkt aus beraten und abgefaßt wurde, wie wir in der Herder-Korrespondenz, Jhg. 3, H. 6, S. 281 berichtet haben. Bei diesen Unterhaltungen, die von spanischen Theologen organisiert sind, findet naturgemäß die spanische Situation einen starken Ausdruck, eine Situation, die in Europa einzigartig ist, nämlich die eines katholischen Staates. Was das bedeuten kann, war nicht lange vorher an den Vorgängen um den spanischen Protestantismus deutlich geworden (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 2, H. 12, S. 552). Diese Vorgänge haben das Problem der Gewissensfreiheit in einem christlichen Staat neu gestellt. An diesem Punkt greift die Freiheit des Einzelnen gegenüber dem Staat über in die Freiheit des Einzelnen gegenüber der Kirche, und zugleich wird darin das Problematische der engen Verbindung zwischen der Kirche und einem bestimmten Staat deutlich.

Auf der Tagung von San Sebastian zeigte es sich, daß die spanischen Teilnehmer das Verhältnis zwischen Staat und Kirche ganz anders auffassen, als es ihre ausländischen Gäste, vor allem Engländer, Franzosen und Belgier, taten. Die beiden Positionen standen sich schroff gegenüber, und trotz der völligen Offenheit und Freundschaftlichkeit der Aussprache genügte die kurze Zeit der Tagung nicht, um eine Einigung zustande zu bringen. Auf ausländischer Seite trat besonders Kanonikus Jacques Leclercq, Löwen, hervor, der seinen Standpunkt im Laufe der Diskussionen zum Ausdruck brachte, ihn jedoch noch nicht völlig durchgearbeitet darstellen konnte. Das hat er dann in der französischen Zeitschrift „La Vie Intellectuelle" vom Februar dieses Jahres getan.

Die Frage der Toleranz

Die Diskussion ging besonders zurück auf den Aufsatz, den P. Yves Congar in „La Revue Nouvelle" vom 15. Mai 1948 im Anschluß an die Vorgänge um den spanischen Protestantismus veröffentlicht hat. Wir geben von diesem Aufsatz die wichtigsten Gedankengänge wieder:

Für die Kirche ist und bleibt der Irrtum natürlich Häresie, und er hat keinen Raum in ihr. Solange es im Abendland die „Christenheit" gab, hat der christliche Staat diese Einstellung von der Kirche übernommen und Mittel in ihren Dienst gestellt, die an sich nichts mit der Kirche und dem Glauben zu tun haben, nämlich Zwang und Gewalt. Heute ist es uns fraglich geworden, ob die Theologie der Religionsfreiheit, die sich einst aus diesen Verhältnissen entwickelt hat, wirklich in Übereinstimmung mit dem Wesen des Christentums steht. Congar zweifelt an der Anwendbarkeit der alten Thesen auf die moderne Welt.

Die mittelalterliche Christenheit war zwar durchgehend von der Kirche geformt. Aber die Kirche erlag auch der Gefahr, auf die eigentlich apostolische Tätigkeit zu wenig Wert zu legen. Zugleich war sie zu sehr an die irdische Macht gebunden und von deren unreinen Mitteln kom-

promittiert. Dieser Zustand mußte zu einem tiefen Ressentiment führen, das früher oder später zum Ausbruch kommen mußte, wie es z. B. in der französischen Revolution geschah.

Heute gibt es natürlich kaum mehr einen Staat, der auf seine Untertanen die Gesetze der Katholischen Kirche anwenden könnte. Die meisten Staaten sind daher konfessionell neutral, und aus dieser Situation ist unser heutiger Begriff der Religionsfreiheit erwachsen. Die Katholiken fühlen sich in dieser Lage durchaus wohl. Man wirft ihnen oft vor, daß sie mit verschiedenem Maß messen, wenn sie in protestantischen Ländern Religionsfreiheit und anderswo die Schließung protestantischer Kirchen fordern. Der Vorwurf trifft nicht ganz zu, denn es handelt sich nicht um doppeltes Maß, sondern um eine verschiedene Situation.

Aber in der Tat muß auch der Katholik heute die Frage der Religionsfreiheit gemäß dem Wesen der modernen Welt neu bestimmen. Congar hält an sich die Entwicklung der Emanzipation des profanen Bereiches für etwas Normales, das zwar Schäden und Gefahren mit sich bringt, aber doch unter verschiedenen Gesichtspunkten auch Vorteile gebracht hat. Ein solcher Vorteil ist die Rückgabe des profanen Charakters an das Irdische, wodurch nach Congars Meinung die Welt erst alle ihre gottgewollten Dimensionen erreicht.

Zudem gleichen die Häresien der modernen Zeit auch keineswegs den früheren. Die entchristlichte Welt hat eine Reihe von christlichen Werten mitgenommen und reich entfaltet, reicher, als es gleichzeitig bei den Katholiken geschehen ist. Ein Beispiel dafür ist die Entwicklung des Gefühls für soziale Gerechtigkeit. Diese Werte wieder in die Kirche zurückzuholen, ist vielleicht die eigentliche Berufung unserer Zeit. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint dann die Toleranz in neuem Licht. Sie wird zur Achtung vor jedem Element der Wahrheit, wo immer es sich findet, und auch vor den Plänen Gottes auf weite Frist.

Congar kennzeichnet den Unterschied zwischen der alten und der neuen Auffassung von der Gewissensfreiheit so, daß es sich früher um das Recht der Wahrheit handelte, während heute das Recht der Aufrichtigkeit im Vordergrund steht. Er spricht von der objektiven Wahrheit, die der mittelalterlichen Welt allein als Wahrheit galt, und der subjektiven Wahrheit, die der Mensch der Neuzeit in sich selbst entdeckt hat. Er erkennt in diesen Begriffen gewisse Gefahren und vielleicht auch Ungenauigkeiten, hält sie aber doch für entscheidend bei der Bestimmung der Gewissensfreiheit. Von der Theologie erwartet er, daß sie sich darum bemüht, der objektiven Wahrheit jenen Teil der im Subjekt anzutreffenden Wahrheit einzugliedern, den die moderne Zeit entdeckt hat.

Als einen letzten Punkt, der heute die Toleranz bestimmen muß, führt Congar dann noch die Tatsache an, daß an die Stelle der einst durch die Religion, d. h. letzten Endes durch Gott geschaffenen Einheit der Menschen als Christenheit, die dann auseinandergebrochen ist, heute eine neue Einheit zu treten beginnt, die sich gleichsam von unten her bildet, nämlich durch die Achtung vor dem Menschen selbst. Die Gegenwart scheint im Begriff zu sein, eine allgemein menschliche Gemeinschaft zu bilden, die vollkommen menschlich ist in dem Sinne, daß sie sich auf keinem anderen Recht aufbaut, als was der Mensch selber bejaht, aber auch in dem Sinn, daß der ganze Mensch, also auch seine transzendente Bestimmung, geachtet wird.

So streben wir einem Zustand zu, in dem die religiöse Freiheit nicht durch Beziehung zur Wahrheit an sich bestimmt wird, sondern durch Beziehung zum Menschen. Es ist wahrscheinlich, daß wir uns in Zukunft immer mehr einer zweifachen Ebene gegenübersehen werden: der kirchlichen Ordnung, in der die rechtgläubige Wahrheit der Maßstab bleiben, und die Ordnung der Kultur, in der das Recht des Menschen und des Gewissens der Maßstab sein wird.

Christlicher Staat und Kirche

Leclercq seinerseits beginnt mit der Feststellung, daß das Problem des „christlichen Staates" lange Zeit nicht mehr akut zu sein schien. Staaten mit einer herrschenden Religion verschwanden mehr und mehr. Statt ihrer tauchten jedoch im 20. Jahrhundert plötzlich und wider alle Erwartung in Europa Staaten mit anderen absoluten Weltanschauungen auf und neben ihnen erst wieder ein Staat, der sich katholisch nennt, nämlich Spanien. In diesem Staat hat nun aber die Verquickung von Staat und Religion eine neue Beleuchtung eben durch ihre Nachbarschaft mit den Verhältnissen in den totalitären Staaten des Nationalsozialismus und des Bolschewismus erfahren. Durch diese Tatsache ist für den christlichen Staat die Frage der Gewissensfeiheit neu gestellt.

Daneben ist auch zu bedenken, ob die lange Reihe politischer Kontroversen und Erfahrungen des vorigen Jahrhunderts nicht neue gedankliche Gesichtspunkte zu der Frage des christlichen Staats und der Kirche gebracht hat. Die Kirche jedenfalls hat gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine neue Erkenntnis über ihr Verhältnis zum staatlichen Leben gewonnen, nämlich die ihrer Unabhängigkeit von allen politischen Formen. Es war ihr Verhängnis während und nach der französischen Revolution, daß sie so eng mit der Form der Monarchie verknüpft erschien, daß man stets die Begriffe Royalist und Katholik zugleich dachte. Das Prinzip der Unabhängigkeit der Kirche von den politischen Formen ist zum erstenmal 1888 von Leo XIII. in seiner Enzyklika „Libertas praestantissimum" formuliert worden. Dieses Prinzip bedeutet, daß die Katholiken keine Staatsform als solche vorzuziehen haben, daß sie die zeitlichen Formen nicht mit der Kirche vermischen dürfen und daß die politische Gestaltung freier Diskussion offensteht. Seither haben die Päpste auf diesen Grundsatz immer wieder hingewiesen mit einem Nachdruck, der beweist, daß sie hier eine Gefahr spüren. In der Tat ist der Staat, wenn er sich christlich nennt oder auch nur die Kirche schützt, stets geneigt, sich dies von ihr dadurch bezahlen lassen zu wollen, daß auch sie ihn bedingungslos stützen soll.

Was heißt christlicher Staat?

Was heißt in Wahrheit ein „christlicher Staat"? Mit vollem Recht dürfte sich ein Staat nur dann christlich nennen, wenn er sich wirklich der Kirche und deren moralischem Urteil unterwerfen würde. So etwas ist in Wirklichkeit nur äußerst selten geschehen; im allgemeinen benehmen sich die christlichen Staaten in der Politik genau so wie die übrigen und verfolgen ebenso mit jedem Mittel ihre Ziele. Sie denken gar nicht daran, sich der sittlichen Leitung der Kirche zu fügen. Eben dieser

Umstand beweist, wie wichtig es ist, daß die Kirche ihre geistige Freiheit gegenüber dem Staat behauptet und betont, denn sie kann die Verantwortung für die Ungerechtigkeiten eines politischen Regimes nicht tragen.

Gesetzt den Fall also, es wollte sich heute ein wahrhaft katholischer Staat bilden, so dürfte er diesen Namen nur dann mit Recht tragen, wenn er sich dem moralischen Lehramt der Kirche unterstellt, ihr jedoch volle Freiheit gegenüber den politischen Formen gewährt. Dieser Staat müßte also die Kirche stützen, ohne irgend etwas anderes von ihr zu verlangen als die Erfüllung ihrer geistigen Sendung. Auf diese Bedingungen haben die Päpste in den letzten 50 Jahren immer wieder hingewiesen, ganz besonders deshalb, weil die verschiedenen nationalen Hierarchien immer wieder der Gefahr erliegen, ein Regime zu stützen, das die Kirche stützt, mag es auch sonst noch so ungerecht sein. Mehr als eine Regierung hat diese Naivität des Klerus ausgenutzt. Aber die Folgen davon sind oft furchtbar für die Kirche gewesen, indem sie sie mit einer ungerechten Sache verbunden erscheinen ließen. Sie von dieser Verbundenheit zu befreien, bemühen sich die Päpste.

Der neue Begriff von der Gewissensfreiheit

Der Freiheit der Kirche gegenüber dem christlichen Staat entspricht jedoch in der modernen Welt auch eine Freiheit des Gewissens im christlichen Staat. In der alten Auffassung der Gewissensfreiheit spielte der Begriff des „Rechtes der Wahrheit" die wichtigste Rolle. Die Gewissensfreiheit äußerte sich dann vor allem darin, daß niemand zwangsweise bekehrt werden durfte; sie bedeutete nicht, daß der Irrtum neben der Wahrheit das gleiche Recht hatte. Heute erscheint wohl als die wichtigste Form der Gewissensfreiheit das Recht der Aufrichtigkeit. Man hat früher einfach nicht glauben können, daß jemand mit voller Aufrichtigkeit im Irrtum verharre. Heute weiß man, daß, wenn man auch von der Wahrheit einer Lehre überzeugt ist, sie für andere vielleicht nicht einsichtig ist.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten verstehen gelernt, daß jedes soziale Milieu zur Intoleranz neigt. Die Achtung vor der Meinung anderer ist die Blüte seltener Einsicht. Daraus folgt, daß die Freiheit des Denkens in einem Staat immer schwer durchzusetzen ist und daß man sich um diese Freiheit ganz besonders sorgen und bemühen muß. Das Recht auf Aufrichtigkeit muß also verteidigt werden. Eine Gesellschaft z. B., in der das einzige Mittel, Karriere zu machen, das wäre, katholisch zu sein, würde eine schwere Gefährdung der Aufrichtigkeit darstellen. Wir wünschen, alle Menschen zum Glauben bekehrt zu sehen, aber auf Grund ihrer Einsicht, daß der Glaube wahr ist, und nicht, um Profit zu machen. Daß der Katholik aus dieser Einsicht heraus Gewissensfreiheit fordert, ist etwas Neues, denn die Gewissensfreiheit ist in der Geschichte meistens im Kampf gegen die christliche Wahrheit und gegen die Kirche gefordert worden. Doch auch diese Forderung gehört zu der neuen Auffassung, die wir uns von einem christlichen Staate machen müssen, dessen Mission wir vielleicht am besten definieren, wenn wir sagen, es sei seine Aufgabe, jene sozialen Bedingungen zu schaffen, die es seinen Bürgern am ehesten ermöglichen, die Wahrheit zu finden. Dazu gehört aber auch, zumal in einem Lande, dessen Bevölkerung im großen und ganzen einheitlich denkt und glaubt, daß die Minderheiten gegen den Druck und die Verachtung der Mehrheit geschützt werden. Der Staat dürfte gegen diese Minderheiten nur dann eingreifen, wenn sie die öffentliche Ordnung stören. Wenn man sieht, wie der Heilige Stuhl augenblicklich Bevölkerungsgruppen aller Konfessionen unter seinen Schutz nimmt und für sie Freiheit fordert, so hat man den Eindruck, daß er gemäß diesen hohen Prinzipien handelt und daß er auch niemals ein katholisches Land segnen würde, das seine Politik im Dienste des Glaubens der der Sowjets und ihrer Technik angliche.

Das kirchliche Siedlungswerk in Deutschland

Der Mainzer Katholikentag forderte durch seine Arbeitsgemeinschaft „Ehe und Familie" zur katholischen Wohnbauhilfe und Siedlungstätigkeit auf. Nur in einer solchen kann sich die Sorge der Kirche um die Familie und die Solidarität der Gläubigen im gegenwärtigen Augenblick tatkräftig bezeugen, und die Verwirklichung des christlichen Familienideals hat die Milderung der Wohnungsnot zu ihrer ersten Voraussetzung. Die Anregung des Katholikentages ist inzwischen von den meisten deutschen Diözesen durch Gründung von Siedlungswerken beantwortet worden. Die Arbeitsstelle der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft „Ehe und Familie" stellt uns die folgende Übersicht über diese Werke und ihre bisherigen Projekte zur Verfügung.

Arbeitsstellen

a) überdiözesane

Katholischer Siedlungsdienst. Frankfurt a. M., Domplatz 14. Koordination der gesamten katholischen Siedlungstätigkeit. Geschäftsstelle der Diözesanwerke Limburg, Fulda, Mainz.

Katholisches Siedlungs- und Wohnungswerk in Bayern. München, Beethovenstraße 6. Zentrale Interessenvertretung der katholischen Siedlungswerke und Organisationen Bayerns.

b) diözesane

Siedlungswerk der Diözese Aachen, Bergdriesch, Bez. Aachen.

Christliche Wohnungshilfe. Augsburg, Jesuitengasse 14.

Familienwerk der Diözese Augsburg. Augsburg, Frauentorstraße 3.

St. Joseph-Stiftung für die Erzdiözese Bamberg. Bamberg, Ordinariat.

Siedlungswerk der Diözese Eichstätt, Eichstätt.

Siedlungswerk Neue Heimat. Freiburg (Br.), Falkensteinstraße 5 (für den französischen Teil der Diözese).

Siedlungswerk Neue Heimat. Karlsruhe, Adlerstraße 31 (für den amerikanischen Teil der Diözese).

Christliche Wohnungshilfe. Karlsruhe, Bachstraße 23.

Siedlungswerk der Erzdiözese Köln. Köln, Zeughausstraße 13.

Siedlungsamt der Diözese Münster. Münster, Hedwigstraße 1.

St. Ansgarwerk. Niedersächsischer Arbeitskreis für Siedlungen in Stadt und Land. Hannover, Gellertstraße 3 (für den Bereich der Diözesen Osnabrück und Hildesheim).

Siedlerhilfswerk Schleswig-Holstein. Neumünster i. H., Holstenstraße 35.
Siedlungswerk der Erzdiözese Paderborn. Gelsenkirchen, Bulmkerstraße 73.
Kath. Wohnungs- und Siedlungswerk der Diözese Regensburg. Regensburg, Minoritenweg.
Gemeinnütziges Siedlungswerk Neue Heimat. Stuttgart, Weißenburgstraße 13.
Christliche Siedlungsgemeinschaft St. Michael. Speyer, Ordinariat.
Familienwerk des Bistums Trier. Trier, Ordinariat.
St. Bruno-Werk der Diözese Würzburg. Würzburg, Dominikanerplatz 4.

Tätigkeit

Aachen

Die Kirche hat in vielen Fällen Land zu Erbbaurechten hergegeben. Land für 400 Siedlungsstellen steht bereit. An 29 Orten haben sich Siedlungsgemeinschaften gebildet. Zur Erlangung staatlicher Vergünstigungen haben die Siedlungswerke von Aachen, Köln, Münster und Paderborn die „Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft G.m. b.H. Aachen" gegründet.
Am 20. 3. 1949 legte der Bischof den Grundstein zur ersten Siedlung, die in Bank bei Richterich auf Kirchenland erbaut wird.

Augsburg

In der Stadt wurden über 1000 Wohnungen wiederhergestellt, ferner ein Flüchtlingslager mit 32 Baracken errichtet. Projektiert ist eine große St. Ulrichssiedlung und eine Wohngemeinschaft für Obdachlose und Heimatverwiesene. Im Diözesanwerk sind zahlreiche örtliche Siedlergemeinschaften zusammengefaßt.
Die Kirche hat allen Anträgen auf Überlassung von Bauland stattgegeben.
Die Diözesansammlung erbrachte 250 000 DM.

Bamberg

In Bamberg ist das erste Wohnhaus mit 11 Wohnungen vollendet. Ein zweites mit 10 Wohnungen wird im Sommer fertig. Ein drittes soll unmittelbar folgen. In diesem Jahre sind ferner geplant 49 Zwei-Familien-Häuser und 6 Großhäuser mit zusammen 200 Wohnungen an verschiedenen Orten des Bistums.

Eichstätt

Das Siedlungswerk Caritas in Deining hat seit 1947 beim Ausbau von Wohnungen und Heimen mitgewirkt. Z. Z. sind 6 Wohnungen im Bau. Geplant sind insgesamt 120. Das Werk ist ferner beteiligt am Bau von 100 anderen Wohnungen. Die Siedlergemeinschaft Werkvolk Eichstätt plant 300 Eigenheime, von denen 1949 50 fertiggestellt werden sollen.

Freiburg/Br.

1948 ergab die Sammlung des Männerwenrkes 1,4 Millionen RM, die nach der Währungsreform an 230 Bittsteller vergeben wurden. Die zweite Sammlung 1949 erbrachte 400 000 DM, je zur Hälfte für Siedlungszwecke und sonstige Bauvorhaben, in der Form zinsloser Darlehen mit 5% Tilgung. Die Christliche Wohnungshilfe in Karlsruhe und Mannheim bemüht sich um die Wiederherstellung teilgeschädigter Häuser.
Siedlungen werden in verschiedenen Gemeinden gebaut. In der südfranzösischen Zone ist die Tätigkeit durch den Mangel staatlicher Hilfe noch behindert.

Mainz

Das Siedlungswerk ist mit denen von Fulda und Limburg geschäftlich vereinigt. Es betätigt sich hauptsächlich durch Beratung der Siedler, Kreditvermittlung und Bodenbeschaffung. Bauträger sind die örtlichen Genossenschaften der Siedler.
Die Kirche stellt Land zu Erbbaurechten, die später zu Eigentum werden sollen.

München-Freising

Aus kirchlichem Besitz wurden zu Bauzwecken 100 Tagwerk Land bereitgestellt. In Mammendorf bei Nannhofen ist ein Werk für 40 Siedler im Gange. 10 Doppelhäuser werden 1949 fertig. Die Junge Mannschaft in München bereitet ein Dorf mit 200 Siedlungsstellen vor. Die Kolpingsfamilie hat durch Auf- und Ausbau ihrer Häuser hunderten die Möglichkeit zur Familiengründung geboten. Ein Diözesan-Siedlungswerk ist im Entstehen.

Passau

Die Kirche hat in Passau Bauland hergegeben. Alle freiwerdenden kirchlichen Pachtgüter werden Flüchtlingen angeboten werden. Die Junge Mannschaft baut in Passau Wohnungen aus. Ein Siedlungsvorhaben größeren Ausmaßes besteht in Altötting. Das Diözesanwerk ist im Entstehen.

Regensburg

Seit 2 Jahren wird Kirchenland zu Bauzwecken hergegeben, auf dem in vielen Orten bereits Reihensiedlungen zu 10 bis 30 Häusern stehen. 250 000 qm Land wurden zu Kleingärten bereitgestellt.
Das Siedlungswerk errichtet zunächst eine Siedlerstelle in jedem Dekanat. In den Städten wird auf Kirchenland und mit kirchlichen Mitteln die Erstellung von Wohnblocks geplant.

Speyer

In Ludwigshafen und anderen Städten sind örtliche Siedlergemeinschaften, getragen und unterstützt vom Männerwerk und Junger Mannschaft, an der Arbeit. Allein in Ludwigshafen wurde von der Kirche der Baugrund für 80 Siedlungsstellen hergegeben (Erbbaurecht).

Trier

Das Familienwerk beginnt soeben erst mit der Siedlungsarbeit. Als erste Stiftung wurde ihm vom Priesterseminar Land für 30 Eigenheime übergeben.

Würzburg

Das St. Brunowerk konnte dank der außerordentlichen Initiative des Bischofs Dr. Döpfner bereits 10 000 Anteilscheine zu DM 100.— unterbringen. Daneben sammelt der St. Bruno-Fonds kleine Gaben à fonds perdu. Mitglieder, die selbst auf eine Wohnung reflektieren, müssen 3 Anteile dazu übernehmen. Die Gelder werden zu 3% gegeben.
Erster Plan ist die Erstellung von 36 Wohnblocks in Stadtnähe Würzburg, von denen im Sommer 50 3-Zimmer-Wohnungen beziehbar werden sollen. Die Höhe der Bodenpreise zwingt zum Blockbau. Daneben laufen verschiedene Projekte auf dem Lande.

Die Schwierigkeiten des Wohnungsbaus

Die bisherigen Erfolge der kirchlichen Siedlungstätigkeit sind zahlenmäßig gering. Man wird sie nur würdigen, wenn man sich die finanziellen Schwierigkeiten ver-

gegenwärtigt, die zu überwinden sind. Über diesen ganzen Komplex äußert sich der Vorsitzende des Ringes deutscher Siedler, Dr. H. H. Gehle, Velbert, folgendermaßen:

Die Wohnungsnot, sagt er, ist ein Weltphänomen. Selbst in USA fehlen 15 Millionen Wohnungen, und im Jahre 1947 wurden dort nur ca. 800 000 gebaut. In Schweden lebten 1940 25% der Bevölkerung in baufälligen Häusern, oder sie waren zu wenigstens 2 Personen auf einen Raum angewiesen. In Deutschland dürften heute 11 Millionen Wohnungen fehlen.

Daß eines der wichtigsten Bedürfnisse so wenig befriedigt wird, kann man nur verstehen, wenn man bedenkt, daß in unserer Gesellschaftsordnung auch der Wohnungsbau ganz überwiegend als eine wirtschaftliche Angelegenheit betrachtet wird. Die Wohnung ist aber weder als Investitionsgut noch als Konsumgut konkurrenzfähig. Die langfristige Nutzungsdauer eines Hauses (in Paris z. B. sind 25% der Häuser mehr als hundert Jahre alt) bedeutet für den Kapitalgeber den Verzicht auf schnellen Kapitalumschlag und damit auf höheren Gewinn und bürdet ihm namentlich infolge der technischen Rückständigkeit und der damit verbundenen Höhe der Preise im Bauwesen das große Risiko auf, daß sich sein Kapital entwertet, sobald billigere und preiswertere Bauverfahren auf den Plan treten. Bei der scharfen Konkurrenz der Nachfrage am Kapitalmarkt steht deshalb der Wohnungsbau bei steigender Konjunktur notwendig an letzter Stelle. In Baissezeiten dagegen hindert die kleine Sparrate der fallenden Einkommen die notwendige Kapitalbildung. Als Konsumgut betrachtet (die Wohnung wird, wenn auch langsam, immerhin verbraucht), ist die Wohnung deshalb nicht konkurrenzfähig, weil sie erfahrungsgemäß auf die Veränderung des Einkommens nur wenig reagiert und deshalb die Nachfrage im umgekehrten Verhältnis zum Kapitalangebot beeinflußt.

Eine Rettung aus der Wohnungsnot, sagt Dr. Gehle, ist deshalb nur möglich, wenn die Wohnung aus dem Marktgefüge herausgenommen wird; d. h. wenn man sich entschließt, keine Miethäuser mehr zu bauen. Beim Eigenheimbau wirkt die Langfristigkeit der Anlage nicht als Risiko, wenigstens dann nicht, wenn der Gestehungspreis erträglich ist. Im Gegenteil, die Aussicht auf spätere Kostensenkung und Sicherheit bietet Anreiz. Der Schlüssel zur Verwirklichung von Eigenheimvorhaben ist die Arbeits-Gemeinschaft von Bauwilligen, die die Baukosten herabdrückt.

Finanzierungsfragen

In einem Exposé für die Arbeitsgemeinschaft „Ehe und Familie" beschäftigt sich der Direktor der Deutschen Bau- und Bodenbank Frankfurt, Dr. jur. Bach, mit der Finanzierung des Wohnungsbaus. Er geht davon aus, daß die Kapitalbildung in der Hand der einzelnen Menschen in Deutschland auf lange Zeit hinaus sehr gering sein wird. Deshalb kommt für den Wohnungsbau fast ausschließlich solches Kapital infrage, das sich bei Organisationen öffentlichen Rechtes, vor allem bei den Sozialversicherungen und Staaten bildet.

Darüber hinaus haben die Regierungen die Möglichkeit, die Kapitalverwendung allgemein zu steuern. Dazu bedarf es nicht einmal der Kapitalzwangswirtschaft. Es genügen die Mittel der Anleihegenehmigung bzw. -verweigerung, der Versicherungskontrolle und der Baugenehmigung, um zu verhindern, daß das Kapital sich unerwünschten Zwecken zuwendet, allerdings nur dann, wenn die Länder einheitlich verfahren. Andernfalls fließt das leicht bewegbare Kapital an die Plätze der günstigsten Anlagemöglichkeit. Zunächst tut also eine Vereinbarung der Länder über die Kapitallenkung not.

Was nun die Förderung des Wohnungsbaus durch die öffentliche Hand betrifft, ist im Familieninteresse eine Abänderung der Vorschriften über gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbau zu fordern, und zwar in der Richtung, daß der Bau von Eigenheimen an die erste Stelle gerückt wird. Die Überlegungen mannigfacher Art, die für diese Forderung maßgebend sind, faßt Dr. Bach in den Satz zusammen: „Mit den geringen Mehrkosten des Einfamilienhauses gesundet und stärkt das Land die Seele seines Volkes. Mit den geringeren Kosten des Geschoßbaus verkauft es zugleich die Seele seines Volkes."

Die Finanzierung des Wohnungsbaus hält Dr. Bach für „nicht so schwierig", wenn alle Staatsorgane, die mit der Beaufsichtigung des Kapitals zu tun haben, sich darüber einig werden, daß der Eigenheimbau, auf lange Sicht betrachtet, die größte sozialpolitische Tat ist, die wir vollbringen können.

Ein Grundsatz beim Siedlungsbau muß es sein, daß der Siedler eine eigene Leistung vollbringt, mag sie in einem Kapitalbeitrag oder in Arbeit bestehen. Sie kann ergänzt werden durch die Unterstützung privater Wohlfahrtseinrichtungen. Beides zusammen sollte 20% der Gesamtkosten decken. Die Hilfe der Gemeinden in der Form von Darlehn, Erbbaurechten, Verrentung der Anliegerkosten könnte 10% betragen. Den Arbeitgebern könnte, da sie aus der Ansiedlung ihrer Betriebsangehörigen Nutzen ziehen, ein Beitrag von 10% zugemutet werden.

60% der Kosten müssen im allgemeinen von der öffentlichen Hand aufgebracht werden. Verlorene Zuschüsse sind dabei schon aus psychologischen Gründen abzulehnen. Jedoch darf bei Festsetzung der Zins- und Tilgungsrate nicht vom Kapital ausgegangen werden. Die Last des Siedlers darf 25% des Nettoeinkommens des Familienvaters nicht übersteigen. Bach will allerdings in den augenblicklichen Verhältnissen zugestehen, daß das Reineinkommen der mitverdienenden Kinder ebenfalls beansprucht wird. Hiergegen hat die Arbeitsgemeinschaft „Ehe und Familie" starke Bedenken angemeldet. Dr. Bach ist weiterhin der Ansicht, daß der Zinssatz für gewisse Zeiträume und Gebiete im Interesse der Gerechtigkeit einheitlich gehalten, daß dagegen die Tilgungsrate variieren soll. Bei ihr lassen sich die Möglichkeiten, die sich aus einem generell oder individuell höheren Einkommen ergeben, am besten ausschöpfen. Die Tilgung ist Entschuldung. Bei ihr hat es der öffentliche Kapitalgeber in der Hand, den Schuldner sozial, aber nach Vermögen anzuspannen. Die Tilgung könnte individuell bis zu 20% betragen. Die einheitliche Gestaltung des Zinsfußes wird, abgesehen davon, daß in ihr die Gerechtigkeit des Staates gegenüber den Steuerzahlern und den verschiedenen Siedlungsbewerbern zum Ausdruck kommt, beitragen, die Baupreise in Schranken zu halten.

Die großen Mittel für diese Wohnungsbaupläne will Bach in erster Linie dadurch aufgebracht sehen, daß die Länder bei den Sozialversicherungsträgern eine jährliche Anleihe in Höhe einer bestimmten Quote der Kapitalansammlung der betreffenden Organisationen aufnehmen. Die Zinsdifferenz zwischen diesen Anleihen und den Zinseinnahmen aus den Wohnungsbauten müßten die

Länder in ihren Haushalt einstellen. Die Liquidität der Versicherungsträger wäre durch Garantien der Länder oder ihrer Zentralbanken zu sichern.

Die Frage des Zinses

Die Arbeitsgemeinschaft „Ehe und Familie" hat die von Dr. Bach zugestandene Verzinsbarkeit der Baudarlehn mit großen Bedenken zur Kenntnis genommen. Gräfin zu Eltz schreibt dazu: „Was ist hiervon die Folge? Daß der Siedler ein steinalter Mann werden kann, der sein Lebtag Zinsfron leistet, und er ist noch immer nicht sein eigener Herr im Haus geworden ... Heute handelt es sich zumeist weniger um ein junges Paar ... als um kinderreiche Flüchtlingsväter, die ohnehin schon eine gewaltige Last am Rücken tragen." Die Zinsschuld sei gerade in Krisenzeiten die härteste Verpflichtung, wie es heute die Miete ist, während man in solchen Zeiten an Kleidung und Nahrung sparen könne.

Gegen die These von Bach, daß die Gerechtigkeit gegenüber den anderen Steuerzahlern eine Verzinsung erfordere, schreibt die Verfasserin: „Gewiß ist es ein Geschenk, einem Manne zinslos Baukapital zu geben. Wenn erfahrene Leute diese Bevorzugung dennoch befürworten, geschieht es aus der klaren Erkenntnis, daß es sich eben bei dem Siedler und Eigenheimbesitzer um den förderungswilligsten Teil des Volkes handelt." Grundsätzlich könne jeder siedeln. Aber wer sich dazu entschließe, nehme nicht nur zahlreiche Opfer auf sich, sondern verpflichte sich auch mit seiner Zukunft einer vernünftigen und gesunden Gestaltung der öffentlichen Dinge. Und übrigens sei nun einmal die Möglichkeit zu einem gesunden und kinderreichen Familienleben mit der Möglichkeit zur Eigenkapitalbildung in Gestalt der fortlaufenden Schuldentilgung für ein eigenes, geräumiges Heim aufs engste verbunden.

Die Herder-Korrespondenz bringt diese ausführlichen Darlegungen zur Frage des Wohnungsbaus und der Siedlung, weil dieses Problem einen Prüfstein für die Aufrichtigkeit der sozialen Gesinnung eines jeden Christen und für die sozialethische Einstellung der öffentlichen Funktionsträger darstellt, welche die Katholiken vertreten. Von der Sorge um die Familie zu sprechen, würde eine Phrase sein, wollte man nicht die Möglichkeit ausnutzen, Heime zu schaffen, eine Möglichkeit, die nach den obigen Darlegungen vorhanden ist. Mit dieser Sorge aber die Kirche zu belasten und den Staat von ihr zu entlasten, würde — wie unsere Darstellung der kirchlichen Siedlungstätigkeit beweist — einer schönen, aber ohnmächtigen Geste gleichkommen, während es Sache der Christen ist, Taten zu vollbringen. Sie können in diesem Falle nur durch die Kontrolle der Staatsorgane, insbesondere der Parteien vollbracht werden. Das Maß sowie die Art und Weise der Förderung, die sie diesem Anliegen schenken, ist ein Kriterium ihrer Einstellung zu einer elementaren Forderung des Sittengesetzes. Was die Kapitalbeschaffung betrifft, verweisen wir im übrigen noch einmal nachdrücklich auf unsere Meldung in Heft 7 des 3. Jhg., S. 301. Sie zeigt auch der Kirche einen noch nicht versuchten Weg.

Revision des amerikanischen Arbeitsrechts

Die Vereinigten Staaten stehen vor einer Veränderung ihres arbeitsrechtlichen Grundgesetzes, die von großen volkswirtschaftlichen und sozialen Folgen sein kann. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft trifft Anstalten, dem Kongreß die Rechnung zu präsentieren für die Unterstützung der Demokraten bei der Wahl am 2. November 1948. Es besteht die Gefahr, daß sie sich dabei leiten läßt von dem Wunsch nach Vergeltung für die Niederlage, die ihr vom amerikanischen Großkapital im Anschluß an den republikanischen Wahlsieg im Jahre 1946 durch das nach seinen Urhebern sogenannte Taft-Hartley-Gesetz zugefügt worden war.

Dreizehn Jahre Gewerkschaftskampf

In dem elfjährigen Zeitraum seit 1935, der jenem Wahlsieg voranging, hatten die Gewerkschaften eine monopolähnliche Verfügung über das Arbeitspotential besessen. Die National-Labour-Relations-Act vom Jahre 1935 (Wagner-Act) enthielt Bestimmungen, auf Grund deren es den Gewerkschaften möglich war, jede Beschäftigung nichtorganisierter Arbeitnehmer zu verhindern. Dadurch waren sie in der Lage, die Arbeiter zu einer vollkommenen Disziplin zu zwingen. Der Ausschluß eines Mitgliedes aus der Gewerkschaft hatte den Verlust seiner Existenz zur Folge. Außerdem konnten die Gewerkschaften durch Schließung ihrer Mitgliederlisten den Andrang neuer Kräfte zu bestimmten Berufsgruppen regulieren und dadurch zugunsten ihrer Lohnforderungen das Angebot am Arbeitsmarkt in den von ihnen gewünschten Grenzen halten. Diese diktatorische Stellung am Arbeitsmarkt gab ihnen in allen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern zum mindesten das Gleichgewicht, in Zeiten geschäftlichen Aufschwunges, wie sie damals sich anbahnten, sogar ein beträchtliches Übergewicht über ihre Verhandlungspartner. Freilich gebot ihnen das nationale Interesse, das im Laufe der Zeit durch eine Anzahl Regierungsverfügungen geschützt wurde, während des Krieges eine gewisse Zurückhaltung. Aber sie zogen sich dennoch die tödliche Feindschaft des Großkapitals zu. Als dieses durch den Wahlsieg der Republikaner 1946 zu eindeutiger innenpolitischer Macht gelangte, brach es mit Hilfe des Taft-Hartley-Gesetzes dieses Gewerkschaftsmonopol. Jeder Zwang zum Eintritt in die Gewerkschaft wurde verboten, und Vereinbarungen über die ausschließliche Beschäftigung von Gewerkschaftsmitgliedern in den Betrieben für ungesetzlich erklärt.

Die Trumanwahl — ein Aufstand gegen das Kapital

Der demokratische Wahlsieg vom 2. November 1948 und die Versprechungen, die der Präsident und seine Partei der Arbeiterschaft im Wahlkampf gegeben hatten, haben die Lage von Grund auf verändert. Die amerikanische Öffentlichkeit war zwar schon vorher von dem unsozialen Charakter der geltenden Arbeitsgesetzgebung überzeugt, in der die wirtschaftliche Not des einzelnen Arbeiters benutzt wurde, um die Einigung des Standes zu verhindern. Aber was die Gewerkschaften nunmehr vorhaben, das ist mehr als ein Ausgleich; es ist eine Lösung, die „nicht auf einem vernünftigen Kompromiß, sondern auf dem Einsatz ihrer Macht beruht", wie der Wirtschaftssachverständige B. L. Masse und Professor C. W. Anrod in „America" (19. und 26. Februar 1949) schreiben. Die Gewerkschaftler haben das bisherige Recht empfunden als „ein Sklavengesetz, geboren aus dem Geist von Haß und Rache". Sie fühlten, daß die Männer des „big business" ihre zeitweilige politische Macht mißbrauchten, um rücksichtslos auf Kosten der Arbeiterschaft ihre Gewinne zu erhöhen. Tatsächlich hat sich unter dem Taft-

Hartley-Gesetz das Mißverhältnis zwischen Preisen und Löhnen laufend verschärft. (Herder-Korrespondenz 3. Jhg., Heft 5, S. 207). Während z. B. die Lohnerhöhungen in der Stahlindustrie 160 Millionen Dollar ausmachten, stiegen die Preise um 630 Millionen. Im Kohlenbergbau standen einer Lohnerhöhung von 150 Millionen Dollar 500 Millionen erhöhte Preisgewinne gegenüber. Diese Preiserhöhungen flossen ganz überwiegend in der Form von Geschäftsgewinnen in die Taschen der Unternehmer. Sie waren, wie Professor Clemens von der Catholic University of America auf der diesjährigen Tagung der Catholic Economic Association in Cleveland erklärte, nur durch zwei Umstände möglich. Die Löhne wurden mangels erfolgreichen gewerkschaftlichen Widerstandes ganz ungerechtfertigt niedrig gehalten, und das Kapital, das die Arbeiterschaft in der Zersplitterung hielt, nutzte die steigende Konjunktur aus, um sich seinerseits immer mehr zu konzentrieren und durch intensivierte Trust- und Kartellbildung die Konkurrenz zwischen den einzelnen Unternehmungen auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Clemens hat 1800 industrielle Fusionen, die seit 1940 zustande kamen, studiert und festgestellt, daß in Dreivierteln aller dieser Zusammenschlüsse Gesellschaften von einem Kapital von mehr als 5 Millionen Dollar ihre Konkurrenten absorbierten.

Nun aber besteht die Gefahr, daß die Arbeiter in denselben Fehler verfallen und ihr neu gewonnenes politisches Gewicht dazu gebrauchen, um arbeitsrechtliche Verhältnisse zu schaffen, die für die Industrie unannehmbar sind und deshalb vermutlich bei den nächsten Wahlen erneut zum Gegenstand politischen Kampfes werden müssen. Wenn es jetzt nicht zu einem echten Ausgleich kommt, könnte der Fall eintreten, daß bei jeder künftigen Parlamentswahl das ganze wirtschaftliche Gefüge infragegestellt oder gar erschüttert würde.

Intervention der katholischen sozialen Bewegung

Deshalb bemüht sich die katholische soziale Bewegung des Landes, bei der bevorstehenden Gesetzesrevision denjenigen Grundsätzen Geltung zu verschaffen, die nach der Lehre von „Quadragesimo anno" geeignet sind, den ewigen Kampf zwischen Kapital und organisierter Arbeit durch ein System der Zusammenarbeit zu ersetzen. Das Social Action Department der NCWC hat ein Programm ausgearbeitet, um den Lebensstandard der Arbeiterschaft in ein gesundes Verhältnis zu der erhöhten wirtschaftlichen Rentabilität der Unternehmungen zu bringen. Darin wird u. a. ein großzügiges nationales Wohnungsbauprojekt gefordert, dessen Kosten auf dem Weg über die Steuern hauptsächlich vom Kapital getragen werden sollen. Ferner wird eine erhebliche Heraufsetzung der gesetzlichen Mindestlöhne, eine Verbesserung und Ausdehnung der Sozialversicherungen und der Arbeiterbildung wie auch selbstverständlich die Aufhebung des Taft-Hartley-Gesetzes für notwendig erachtet.

Das Problem der wirtschaftlichen Machtverteilung

Im Kernpunkt des Problems steht aber nach wie vor die Frage nach dem Maß an wirtschaftlicher Macht, das man den Gewerkschaften in Zukunft einräumen will. Einerseits ist die gewerkschaftliche Organisation der einzige Weg, auf dem die Arbeiterschaft ihre gesellschaftliche Bedeutung aus eigener Kraft genügend zur Geltung bringen kann. Und dies kann man ihr weder einfach vorenthalten, noch kann man es durch erhöhte staatliche Fürsorge ersetzen, der immer etwas von sozialer Herabsetzung anhaftet. Andrerseits muß das Gemeinwohl gegenüber so gefährlichen Beeinträchtigungen geschützt werden, wie sie etwa durch eine Konzentration der gesamten Arbeitskraft des Landes in der Hand weniger autokratischer Gewerkschaftsführer und durch so scharfe Waffen wie die des Generalstreiks entstehen könnten. Die katholische soziale Bewegung strebt deshalb mit Nachdruck auf ein System hin, in dem zwischen den körperschaftlich organisierten Unternehmern und Arbeitern unter Beteiligung von Regierungsorganen, deren Aufgabe es sein soll, die Belange der Allgemeinheit wahrzunehmen, eine umfassende Zusammenarbeit garantiert ist.

Pläne für ein Kooperativ-System

Diese Zusammenarbeit soll sich nicht etwa nur auf den Abschluß von Kollektivverträgen beziehen. In der Verlautbarung des Social Action Department wird die sehr richtige Bemerkung gemacht: „Vieles von der sozialen Unordnung in Europa kommt auf das Konto jener früheren und gegenwärtigen Praxis, die die Zusammenarbeit von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften auf den Abschluß von Kollektivverträgen beschränkte mit der Folge, daß die Regierungen erst in den hoffnungslosen Augenblicken eingriffen, wenn die Auseinandersetzung zwischen beiden Parteien das Stadium höchster Feindseligkeit erreicht hatte. Dadurch wurden die Verhandlungen zwischen Kapital und Arbeit zu einer Szenerie des Klassenkampfes und die Arbeiterschaft in kritischen Zeiten der faschistischen oder kommunistischen Form des totalen Staates in die Arme getrieben." Deswegen muß ein dauerndes und allseitiges Zusammenwirken angestrebt werden, das solche Kampfsituationen dadurch ausschließt, daß sich die beteiligten Parteien (einschließlich des Staates als Sachwalters der Allgemeinheit) wie gute Geschäftspartner dauernd in Fühlung halten und verständigen. Die Zusammenarbeit sollte also z. B. folgende Gebiete mit einbeziehen: Auswahl und Heranbildung des Nachwuchses, Einführung und Ausgestaltung von Produktionsmethoden, gemeinsame Auswahl der Schiedsrichter für künftige Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Verträge, Gesundheits- und Wohlfahrtsfragen, gemeinsame Beratung der nationalen Wirtschafts- und Sozialbehörden, allmähliche Verwirklichung einer erhöhten Beteiligung der Arbeitnehmer an der Führung und am Gewinn der Betriebe. Dem Staat soll innerhalb dieses Systems, soweit es sich nicht um nationale Notstände handelt, nur die Rolle eines gleichberechtigten und freundschaftlich unbeteiligten Partners eingeräumt werden.

Masse und Anrod stellen in ihrem obengenannten Aufsatz an das künftige Arbeitsgesetz folgende Grundforderungen: Es muß ganz entschieden die gewerkschaftliche Einigung des Arbeiterstandes begünstigen und deshalb den Gewerkschaften das Recht zum Abschluß allgemein verbindlicher Kollektivverträge einräumen. Es muß ebenso entschieden der Gefahr zuvorkommen, daß der einzelne Arbeiter von der Gewerkschaft durch Drohung mit dem Ausschluß in der Ausübung seiner persönlichen Freiheiten gehindert wird, und es muß die Öffentlichkeit vor lähmenden Streiks bewahren.

Diese Forderungen werden sich aber nur dann miteinander vereinbaren lassen, wenn man auch im Wirtschafts-

leben das Vertrauen zu einer wahrhaft demokratischen Haltung der Parteien haben kann. Es gilt also, alles zu stärken, was diese Haltung fördert. Dazu gehört die möglichst genaue Festlegung und sorgsame Kontrolle aller Verhaltungsweisen, die als unfair gelten sollen. Ebenso unerläßlich notwendig erscheint es, in diesem Zusammenhange z. B. Bestimmungen zu treffen über die Begrenzung des Rechtes der Majorität, die Offenhaltung der Finanzgebarung bei den Körperschaften der Unternehmer und Arbeiter, die Beziehung zu den politischen Parteien, das Verbot der Verwendung von Geldern zu politischen Zwecken, das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten und bei staatlicher Intervention.

Das staatliche Eingriffsrecht

Die staatlichen Organe, die in diesem kooperativen Wirtschaftssystem mitwirken sollen, müssen nach Meinung der Autoren unseres Aufsatzes von Parlament und Exekutive weitgehend unabhängig sein. Das Eingriffsrecht des Präsidenten soll nicht so weit gehen, daß er im Falle des Scheiterns aller Bemühungen um gütlichen Ausgleich den Austrag des Streites hindern dürfte. Nur wenn der Kongreß ihn durch ein besonderes Gesetz zur Vermeidung eines nationalen Notstandes für den einzelnen Fall ermächtigt, soll ihm das Recht zugestanden werden, zeitweilig Unternehmungen beschlagnahmen zu dürfen und dann mit den Arbeitern als Hoheitsträger zu verfahren.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Wo steht das ökumenische Gespräch?

Unser ökumenischer Berichterstatter hat die Leser der Herder-Korrespondenz in mehreren Beiträgen der letzten Hefte, insbesondere Heft 8, S. 381, auf die Forschungen evangelischer Theologen aufmerksam gemacht, die so etwas wie die Wiederentdeckung der Apostolizität oder vielmehr ihrer Bedeutung für die Struktur der Kirche gebracht haben, also ein neues Ernstnehmen der „Una Sancta, Apostolica Ecclesia", einen neuen Kirchenbegriff auf evangelischer Seite oder einen Ansatz dazu.

Ein offener Brief

Daß es an der Zeit ist, diese Forschungsergebnisse als bedeutsam hervorzuheben, bestätigt uns nunmehr ein offener Brief von *P. Yves Congar OP,* den die französische evangelische Wochenzeitung „Réforme" (23. 4. 1949) veröffentlicht. Sie überschreibt ihn mit der Frage: „Beginn eines neuen Gesprächs?", wodurch sie zweifellos andeuten will, bei welcher Frage das ernste theologische Gespräch nunmehr angekommen ist und in Zukunft vielleicht weittragende Folgen zeitigen wird. Es ist die Frage nach dem Wesen und der Struktur der Kirche unter dem Gesichtspunkt einer getreueren Würdigung des Apostelamtes, eine Frage übrigens, der schon die Amsterdamer Tagung des Weltrates der Kirchen nicht ausweichen konnte.

Yves Congar antwortet in dem offenen Brief auf zwei Fragen, die ihm vor einigen Monaten in der gleichen Zeitung gestellt worden waren und die sich auf die sittliche Berechtigung der Bemühungen zur Wiederherstellung der kirchlichen Einheit bezogen: Darf man die Freiheit der göttlichen Gnadenwahl in eine Kirche einzwängen? Und darf man das Glaubensbewußtsein eines anderen Menschen, der sich mit gleichen Gründen als begnadigter Sünder weiß, auf eine kirchliche Norm verpflichten?

Apostolische Kirche

Darauf antwortet Congar, indem er die Probleme des Apostolates und der Apostolizität aufwirft, und zwar im Anschluß an die Erkenntnisse der evangelischen Theologie. Das Werk Gottes, sagt er, besteht darin, daß Gott sich ein Volk erwählt und daß er es von Verheißungen zur Erfüllung führt. Dieses Werk beginnt bei Abraham und endet im himmlischen Jerusalem. Es entwickelt sich in zwei großen Etappen, die von durchgehender Parallelität sind, jede geht aus von einem Keim, die eine von Abraham, die andere von Christus, und entfaltet sich über einen Organismus von 12 Erstberufenen (Söhne Jakobs, Apostel) zum Volk der Auserwählung.

Hierin sieht Congar die innere Begründung für die Apostolizität der Kirche. Die Apostel stellen — gleich den zwölf Stämmen des Alten Bundes — die legitime Bindung an den Mittelpunkt des Volkes Gottes her. Auch der Primat des Petrus will in diesem Zusammenhang gewürdigt werden. Und schließlich ergibt sich von hier aus ein Begriff der Kirche, der sie nicht lediglich als Gemeinde gläubiger Individuen betrachtet, sondern als eine Institution, die in gewisser Weise den einzelnen Gläubigen vorgeordnet ist.

Wertet man nun ferner den anderen Gedanken aus, nämlich daß Gott sein Volk von Verheißungen zur Erfüllung führt, kann man nicht daran vorübergehen, daß das Neue Testament eine Anzahl solcher Verheißungen enthält, die der Kirche als Institution gegeben sind und deren markanteste bei Mt. 16, 18 zu lesen ist. Congar hofft, daß die evangelische Theologie auch dieser Verheißung die gebührende Rolle zukommen lassen wird.

Zwei Wege der evangelischen Theologie

Er sieht sich in dieser Hoffnung vor allem durch die Fortschritte der Exegese ermutigt, die, wie er sagt, zwar einen weniger breiten Einfluß auf das evangelische kirchliche Leben ausgeübt haben als die Theologie Karl Barths, die aber auf die Dauer eine nicht weniger tiefe und vielleicht eine umwälzendere Wirkung hervorbringen können als diese. Barth hat dem evangelischen Christentum neu gezeigt, was Glaube ist, aber vom Römerbrief führt der Weg weiter zum Epheserbrief, dessen Lehre zu „entdecken" die Ekklesiologie der neuesten exegetischen Forschungen eines Vischer, Cullmann, Stauffer und einiger skandinavischer Theologen begonnen hat. Es wäre einseitig, glaubt Congar, beim „begnadeten Sünder" haltzumachen und nichts weiter zu beachten, als daß die Kirche die Aufgabe hat, diese Verzeihung und die Majestät Gottes zu verkünden. Wenn die Protestanten, bemerkt er in diesem Zusammenhang, zu-

weilen den Eindruck haben, daß wir Katholiken den Effekt der göttlichen Heilstat so sehr in den Vordergrund stellen, daß die Ursache ganz zurücktritt, können wir uns nicht des Gefühls erwehren, als verflüchtige sich im Protestantismus die Wirkung, während man die Ursache verherrlicht, als spräche man dort von einem immerdar hereinbrechenden Pfingsten ohne seine Auswirkung in einer Kirche.

Annäherung von zwei Seiten

Die Wiederentdeckung der Kirche innerhalb des evangelischen Teiles der Christenheit muß über die neue Besinnung auf das Wesen der apostolischen Ämter dahin führen, daß man sich dem traditionellen Denken der katholischen Theologie und dem theologischen Sinn dessen, was wir als Tradition bezeichnen, nähert. Es soll sich gar nicht um eine nur einseitige Annäherung handeln. Congar sagt sehr schön, daß auch die katholische Theologie ihre „Wiederentdeckungen" gemacht hat und zu machen im Begriffe steht. Er hat ja darüber in seinem großen Aufsatz: „Les tendances actuelles de la pensée religieuse en France" ausführlich gesprochen (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., Heft 5, S. 216). Es zeigen sich heute zwar auch neue Gegensätze zwischen den Konfessionen, deren man bisher nicht gedacht hatte, aber im ganzen läßt sich doch eine Tendenz der Annäherung der Standpunkte und Überzeugungen nicht verkennen. Man muß nur betrübt sein, wenn das Trennende über Gebühr betont wird und zwar zuweilen von solchen, die im Dienste der Einigung zu wirken vorgeben.

Was zu überwinden ist, schließt Congar seinen Brief, sind die Imponderabilien, die sich dem Fortschritt der Wissenschaft und der Annäherung des Denkens oft sehr hindernd in den Weg stellen: der antirömische Komplex auf protestantischer Seite, aber nicht weniger auf katholischer Seite gewisse Erscheinungen, die uns mit Verantwortung für dies Ressentiment der getrennten Brüder belasten. Man muß dafür Geduld aufwenden. „Glauben Sie mir, wenn ich Ihnen sage, man arbeitet, man arbeitet viel bei uns. Aber begreifen Sie auch, daß wir die Dinge, die Ihnen widerstreben, nicht von heute auf morgen abändern können."

„Alle müßten sich bei Maria und den Aposteln versammeln"

Ein Offener Brief an den Generalsekretär des Ökumenischen Rates in Genf

In der Wiener Monatsschrift „Wort und Wahrheit" (Juni 1949) veröffentlicht Adam Fechter, der auch ein Mitarbeiter der Herder-Korrespondenz ist und an unserer Berichterstattung über die Ereignisse in der Ökumenischen Bewegung maßgeblich mitwirkte, den nachfolgenden offenen Brief an Dr. Vissert'Hooft, in dem er auf die Bedeutung der Mariologie (die in Edinburgh einmal das „Herzstück einer ökumenischen Theologie" genannt worden ist) hinweist.

Hochverehrter Herr Generalsekretär Dr. 't Hooft!

Ihre nüchterne Studie über das Wesen des Ökumenischen Rates und Ihre Ansprache in Amsterdam haben Ihnen über die Grenzen der ökumenischen Bewegung hinaus Ansehen und Vertrauen erworben. Gestatten Sie bitte diesen offenen Brief einem Beobachter, der nicht zur Bewegung gehört, dem es aber vergönnt war, an der Bearbeitung und Verbreitung der Papers für Amsterdam wie der Beschlüsse der Vollversammlung mitzuwirken. Sie haben hoffentlich die Kommentare der Herder-Korrespondenz mit ihren Fragezeichen als Dienst an Ihrer Sache aufgenommen, die unser aller Sache ist.

Beim Studium der Vorarbeiten der 1. Kommission und des Berichtes der 1. Sektion werden viele tief bewegt sein von der Not, die in Edinburgh und Amsterdam die Einheit im Glauben bereitet hat. Es seien hier nicht die kritischen Anmerkungen wiederholt, die auch in dieser Zeitschrift über „Ein Umweg zur Einheit der Kirche" gesagt wurden, sondern gleich zur Sache gesprochen, zu dem „tiefsten Unterschied" zwischen „katholisch" (nach dem Bericht der 1. Sektion ist unter „katholisch" nicht die römisch-katholische Kirche zu verstehen, sondern die anglikanischen und orthodoxen Kirchen, die sich zur apostolischen Sukzession bekennen) geprägten und „protestantisch" erweckten Gliedern des Ökumenischen Rates, den der Bericht der 1. Sektion feststellt. Dieser Gegensatz hat das „Übereinkommen" über das Wesen der Kirche so abstrakt gemacht: „Wir alle glauben, daß die Kirche Gottes Gabe an den Menschen zur Erlösung der Welt ist, daß die Erlösungstat Gottes in Jesus Christus die Kirche begründet hat und daß die Kirche durch die Gegenwart und Kraft des Heiligen Geistes in geschichtlicher Kontinuität fortbesteht." (§ 10)

Wie vermag „Gehorsam gegen den Herrn der Kirche" ein Agreement außerhalb des Apostolicums ohne das „incarnatus ex Maria virgine" und ohne das Prädikat der Apostolizität der Kirche zu vollziehen, zumal da die neuere evangelische Theologie in diesen Fragen einen Konsensus erbracht zu haben scheint? Mit dem Verfahren der Abstraktion werden Sie die Einheit im Christus incarnatus kaum erreichen. Einen Weg zur Überwindung des im modernen Doketismus wurzelnden „tiefsten Unterschiedes" öffnen vielleicht folgende Hinweise:

1. Der Bericht der 1. Sektion erklärt den Gegensatz von „protestantischen" (evangelischen) Glaubensgemeinschaften zu den „katholisch" geprägten Kirchen des Ökumenischen Rates einmal daraus, daß die „protestantischen" Denominationen ihr Kirchesein mehr vom „Ereignis" der Wortverkündigung und der Rechtfertigung aus Glauben verstehen, während die „katholischen" das Wesen der Kirche auch und vorwiegend in der apostolischen Ämterfolge verkörpert sehen. Hinter diesem Gegensatz mag sich nicht nur ein geistesgeschichtlich bedingtes Bewußtsein größerer menschlicher Reife verbergen, die auf mehr Freiheit des religiösen Erlebens fern von kirchlicher Institution und Überlieferung Anspruch zu haben meint, sondern der Gegensatz ist wohl auch so verstanden, daß die „protestantischen" Denominationen in den Kirchen ihrer Herkunft, also wesentlich der anglikanischen Staatskirche, nicht mehr die Fülle der Wahrheit des Christus incarnatus entfaltet sahen. In ihrem Protest mag auch das Verlangen mitgespielt haben, dem Herrn Christus näher zu sein, also die ungelöste Frage der fortwirkenden Inkarnation und eine „eschatologische Dialektik", wie Edmund Schlink sagt. So birgt nicht der gegenwärtige Unterschied in Lehre und Ordnung, sondern der Absprung dieser protestierenden Gemeinschaften die Lösung des Gegensatzes in sich.

2. Indessen scheint es kein anderes Heilmittel zu geben,

um die den Gegensatz konstituierenden Prinzipien der ökumenischen Kirchen zu überwinden als die Rückkehr zum Ursprung, an welchem die Eine Kirche gegründet wurde; wenn das nächstliegende, die Rückkehr an den Ort vermieden wird, wo die jeweilige Spaltung ausbrach, um den ungelösten Streit in Liebe und Wahrheit unter der fünften Bitte des Vaterunsers zu schlichten.

3. Drei Ereignisse begründen die Kirche als das neue Volk Gottes des königlichen Priestertums, von deren „Wiederholung" die Kirche lebt:

a) das gehorsame Annehmen der Botschaft des Engels durch Maria, die verheißene Jungfrau aus Israel: der Akt der Fleischwerdung des Wortes;

b) das blutige Opfer, das Jesus am Kreuze Gott zur Versöhnung dargebracht: das Gotteswerk der Rechtfertigung und Erlösung, bei welchem Maria und Johannes für uns Zeugen sein sollten;

c) die verschiedenen Vollmachten, die der sterbende und auferstandene Herr Seinen Aposteln hinterlassen hat und die mit der Ausgießung des Heiligen Geistes gekrönt und bestätigt wurden: der Akt der Sendung.

4. Wer gründet die Kirche? Der Dreieinige Gott, der Schöpfer und Vater, der Sohn und der Heilige Geist. So ist die Kirche gleichzeitig eine natürliche, geschaffene Gemeinschaft, eine übernatürliche, aber sichtbare, Leib Christi, und eine geistlich-unsichtbare im Himmel wie auf Erden, alles in Einem, keines vom andern zu trennen: Mysterium fidei im Opus Dei.

5. Wer ist „Fleisch" zu diesem Leibe Christi? Alle, denen es der Vater durch den Heiligen Geist offenbart, alle, die Er durch Wort und Sakrament Seiner berufenen Diener einfordert zur Koinonia des Leibes Christi, zu „Trieben des Kreuzes" in Teilhabe am Leiden, Sterben und Auferstehen des Erstgeborenen: zuerst Maria, die Gottesmutter (in Edinburgh „Herzstück einer ökumenischen Theologie" genannt, L. Hodgson, S. 208 f, 308), sodann die Apostel, die mit Maria die Urzelle des Leibes Christi bilden und mit ihr die Herabkunft des Heiligen Geistes erfleht haben.

6. Sollten nicht die Kirchen des ökumenischen Rates versuchen, den Status dieser ursprünglichen Gemeinschaft des Leibes Christi wiederherzustellen, der weder „katholisch" noch „protestantisch", sondern schlechthin christozentrisch ist und der die Erfahrung der beiden Weisen Gottes darstellt, mit dem Menschen zu handeln? Hören wir Karl Barth über die Erschaffung Adams (Dogmatik III, 1):

„Es wird dies, daß er als Mann und Frau geschaffen ist, das größte Paradigma alles dessen sein, was sich zwischen Gott und ihm ereignen wird... Gott wird sich in allen künftigen Reden und Tun dazu bekennen, daß er den Menschen als Mann und Frau und so zu seinem Urbild, nach seinem Vorbild, geschaffen hat..." (S. 209, in Analogie des Verhältnisses Gottes zu sich Selbst).

„Es wird offenbar werden, daß der Mensch Grund hat, nach dem Menschen auszublicken, der anders als er selbst, aber gerade darum als der wirkliche Mensch für ihn, an seiner Stelle und ihm zugut im Urbild und nach dem Vorbild Gottes Mann und Frau sein wird: Jesus Christus und — seine Gemeinde. Es wird die Bundesgeschichte, deren Anfang, Mitte und Ende dieser Mensch, dieser Mann und diese Frau sein werden, die Bestätigung der Schöpfungsgeschichte bringen...". (S. 213)

„Er (Adam) muß kraft seiner Natur für die Gnade formal vorbereitet sein. Das geschieht damit, daß er nicht allein bleibt, sondern eine geschöpfliche ‚Hilfe, die ihm gegenüber sei' bekommt...". (S. 331)

„Gerade die hier beschriebene... Vollendung des Menschen durch die Erschaffung der Frau ist nicht nur ein, sondern das Geheimnis, die Mitte aller Geheimnisse Gottes, des Schöpfers." (S. 337)

7. Gottes Heilsplan für die Menschheit, die nach Seinem Bilde als Mann und Frau geschaffen ist, sieht die Erlösung vor durch „den Mann Christus und — seine Frau, die Gemeinde". Deren Vorbeterin ist nach Luk. 1, 28 ff Maria, die erste von Christus ganz Erlöste, „voll der Gnade", nachdem mit dem „Ave Maria" des Engels das Heil in die Welt gekommen: die „neue Eva", die uns das Urwort des neuen Glaubens und der neuen Gerechtigkeit, die Kindersprache des Heiligen Geistes (Röm. 8) vorspricht und uns auf die Gnade vorbereitet. Maria ist die erste Missionarin der Herrlichkeit des Sohnes, die für die „unreinen" Galiläer auf der Hochzeit zu Kana das eschatologische Wunder erbittet, damit die Jünger glauben: so gibt sie dem göttlichen Sohn das Zeichen für den Beginn seiner messianischen Wirksamkeit. Dadurch, daß Jesus die Mutter hier an die Grenzen ihres Menschseins erinnert (Joh. 2, 4), zeigt Er, daß die Macht ihrer Fürbitte in Seiner Gnade gründet. Maria bringt als Erste das Opfer Ihres Sohnes am Kreuz mitsühnend dar (Kol. 1, 24) und wird dabei von Jesus als Mutter der Gläubigen, Heiligen und Zeugen testamentarisch bestätigt (Joh. 19, 25).

8. Der „tiefste Unterschied", den die ökumenischen Kirchen beklagen, entspringt der Tatsache, daß die Einen eifrig und treu die geschichtliche Verbindung mit diesem Ursprung der Kirche in Kontinuität zu bewahren suchen, um dadurch zur Ehre Gottes das Wunder fortwirkender Inkarnation zu bezeugen; während die Andern diese ihnen ungenügend oder entstellt erscheinende Kontinuität gern überspringen, um unmittelbar an den Quell der Gnaden zu gelangen oder gar dem Herrn stürmisch entgegenzueilen.

Sie müßten sich alle bei Maria und den Aposteln versammeln! Leider geschieht das nicht. Diese begnügen sich mit aktuellen Gaben des Geistes und vergessen, daß die Christenheit ein vereintes neues Volk, eine einige Gebetsversammlung, eine Communio Sanctorum in Anbetung des Einen Herrn ist, die ihre Ehre (oder als „Frau" des Christus Seine Ehre) darin hat, daß sie ihren Geburtsstand unablässig gegenwärtigt: das ‚Ave Maria' mit dem ‚Mir geschehe nach deinem Wort!', das ‚Es ist vollbracht!' mit dem Ausströmen von Blut und Wasser, den Heiligen Sakramenten, aus dem Herzen Jesu, und die Weisungen des Auferstandenen an die geflohenen Apostel zum Weiden der Herde. Jene aber wissen nicht den bewahrten Reichtum in der Freiheit und Fruchtbarkeit des Heiligen Geistes voll zu leben und auszubreiten.

9. Da dieser gemeinsame Ausgangspunkt schwer erreichbar scheint, indem man den mit Streit und Mißverständnissen versperrten Weg zurückgeht, sollte man nicht aus dem Elend des zerschlagenen Volkes Israel, von Jesaias 7, 14; 53 oder 61 her versuchen, wieder mit prophetischer Sehnsucht anbetender Zeuge der Verkündigung an Maria zu werden und mit ihr zu sprechen: „Mir geschehe..."? Dort stehen wir bei der jungfräulichen Mutter, der einzig Geliebten des Heiligen Geistes, die als die erste Erlöste für uns, das ganze menschliche

Geschlecht, das folgenschwere Wort des begnadeten Gehorsams gelobte, aus dem uns die Gerechtigkeit Gottes erwachsen ist in Christus Jesus, bei der Mutter der Kirche. Diese von Gott uns zugeführte Mutter wird ihre Kinder am schnellsten wieder recht um den Herrn zusammenführen und die verschiedenen Bilder und Theologien vom Christus praesens dem Einen Urbild angleichen.

Ein neuer Anfang in Christus durch Maria ist theologisch einwandfrei, ist unendlich einfach, unendlich fruchtbar, bringt uns zur Einfalt von Mt. 11, 25 und 1. Kor. 1, 26 und gibt uns die unfehlbare Perspektive, in der wir das Werden der Kirche schlicht erschauen und gleich Adam sprechen: „Diese nun endlich ..." (Gen. 2, 23), da wir in Maria Gottes Heilswillen anbeten und die uns von Gott geschaffene und begnadete Gehilfin erkennen.

10. Lassen wir nicht mehr von dieser Mutter, die eine moderne Menschenlehre uns geraubt. An ihrer Hand werden wir die geschichtliche Kontinuität des Christus incarnatus ebenso wie die neuen Erweckungen durch den Heiligen Geist — der vor allen Geschöpfen Maria ausgezeichnet hat für uns — in Einem erfassen und den konstituierenden Mittelpunkt des Leibes Christi in seiner Sichtbarkeit wieder entdecken. „Wenn ihr nicht werdet wie die Kinder ..." Die Kindersprache des Heiligen Geistes, die wir erlernen müssen vor der Theologensprache, üben wir am sichersten in der Schule der Gottesmutter, die das göttliche Kind aufzog. Sollte sie nicht durch die Macht ihres Gebets erreichen, daß zur Ehre Gottes die „ökumenische Hochzeit" mit dem Gnadenwein Jesu gesegnet wird? Wären die Kirchen des Ökumenischen Rates noch so einmütig im Gebet, ohne die „Niedrigkeit" Mariens werden sie den Heiligen Geist der fleischgewordenen Einheit nicht empfangen.

Diese Hinweise, hochverehrter Herr Generalsekretär, sind aus dem Studium der neuesten evangelischen Theologie erwachsen, die Ihnen bekannt ist. Wenn auch von außen her gesprochen, sind sie dennoch eine Stimme aus dem verborgenen Herzen der Ökumene, an das sie demütig erinnern um des Herrn willen, der uns am jüngsten Tage fragen wird, ob wir Ihn geliebt haben mit der Liebe Mariens.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Ihr in Christo ergebener
gez. Adam Fechter

Die Schulfrage in evangelischer Sicht

Bei den Verhandlungen vor dem Parlamentarischen Rat über Schule und Elternrecht standen evangelische Kirchenführer an der Seite der katholischen Bischöfe. Zu Anfang dieses Jahres brachte Landesbischof D. *Lilje* namens des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland in Bonn zum Ausdruck, daß jeder Christ die Auffassung bekämpfen müsse, als könne der Staat das Erziehungswesen aus eigener Machtvollkommenheit gestalten. Er forderte, daß die Eltern, die vor Gott die Verantwortung zu tragen haben, an erster Stelle darüber zu entscheiden haben sollen, welche Schulform sie für ihre Kinder wünschen.

Mehr als es in dieser Äußerung zum Ausdruck kommt, ist indessen eine eindeutige evangelische Stellungnahme zur Schulfrage mit Schwierigkeiten verbunden. Die evangelische Glaubenslehre betont zwar die Pflicht der Eltern, ihre Kinder im evangelischen Glauben zu erziehen, aber sie kennt kein Erziehungsrecht der Kirche. Darum war der evangelische Volksteil im Laufe der Zeit dem staatlichen Erziehungsmonopol völlig erlegen. Erst die Theologie Karl Barths und der Kirchenkampf stellten den totalen Herrschaftsanspruch Christi in ein neues Licht. Er wurde zum erstenmal von der Bekenntnissynode in Barmen 1934 formuliert (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 6, S. 267, bes. Artikel 2). Wenn auch heute Vertreter der Bekennenden Kirche an verschiedenen führenden Stellen stehen, ist darum doch dieser Gedanke und sind vor allem seine Konsequenzen noch nicht zum Gemeingut aller evangelischen Christen geworden. Jede konkrete Maßnahme der Kirchenleitung auf dem Gebiet der Schulfrage muß deshalb mit einer Opposition rechnen, wie sie denn auch schon auf der Synode in Bethel im Januar dieses Jahres zutage trat.

Da die Frage der christlichen Schule für das Verhältnis der Konfessionen zueinander in der Zukunft größere praktische Bedeutung haben dürfte als alle interkonfessionellen dogmatischen Gespräche, möchten wir die Verschiedenheit der Standpunkte innerhalb der evangelischen Kirche an einigen Beispielen zeigen.

Verschiedene Standpunkte

Am eindeutigsten weicht die von *Martin Niemöller* herausgegebene Monatsschrift „Die Stimme der Gemeinde" von der katholischen Auffassung ab. In ihrem Aprilheft schreibt Professor *Oskar Hammelsbeck*, Barmen, der Leiter der Schulkammer der EKD, nachdem er im Namen des evangelischen Bekenntnisses die Möglichkeit zur Errichtung evangelischer Privatschulen gefordert hat: „Sind alle Eltern Christen ..., so ist die Christlichkeit des öffentlichen Schulwesens kein Problem. Heute wirkt die elternrechtliche Forderung nach christlichen und konfessionellen Schulen machtpolitisch. Es ist unterhalb von Würde und Wahrhaftigkeit, solche elternrechtliche Forderungen auf eine statistische Zugehörigkeit zur Volkskirche stützen zu wollen ...

Die höchste Freiheit, die es gibt, nämlich die des Glaubens an Christus, darf niemandem Zwang werden ... Die Schuld der Kirche ist viel zu groß, als daß wir vom Staat, der auch ein Staat der Ungläubigen ist, eine uns bequeme weltanschauliche Sicherung der Schule fordern könnten ...

Elternrecht auf Erziehung ist ohne Boden und ohne Frucht, wenn es nicht durch die Eltern wahrgenommen, sondern abgeschoben wird auf die Kirche oder auf die Schule ..."

Dieser radikale und ehrliche Standpunkt, der sich bemüht, den Wirklichkeiten Rechnung zu tragen, wird aber von den Kirchenleitungen durchaus nicht überall geteilt. Im Rheinland und Westfalen ist die Landessynode bemüht, eine der katholischen Missio canonica analoge kirchliche „Vocatio" der Lehrer für den Religionsunterricht durchzusetzen. Sie nimmt durch eine solche Forderung ein Erziehungsrecht für die Kirche in Anspruch. Ein Synodalbeschluß vom Jahre 1946 begründet dies aus dem Zeugnis der Heiligen Schrift, die der Kirche, den Gemeinden, die christliche Unterweisung der Jugend anvertraut. Die Kirchenleitung müsse namens der Gemeinden die Kontrolle über diesen Unterricht ausüben.

In diesem Synodalbeschluß ist aber vor allem der Satz zu beachten, in dem die Synode feststellt: „Die christliche Unterweisung vom Kindergarten bis zur Hochschule ist letztlich eine Einheit". Eine solche Erkenntnis muß in ihren Folgerungen zur Forderung der Konfessionsschule für alle evangelischen Kinder führen, deren Eltern es wünschen, auch wo es sich um Staatsschulen handelt.

Sehr gründlich, und, wenn wir nicht irren, unter stillschweigender Voraussetzung naturrechtlicher Grundsätze, hat der Landesbeirat der Männerarbeit der Evangelischen Kirche im Rheinland seine Auffassung dargelegt. Auftrag und Richtung aller Erziehung, stellt er fest, muß von der elterlichen abgeleitet werden. Die Erziehungsvollmacht des Staates ist eine mittelbare, und er besitzt sie nur insoweit, als er durch die Eltern (nicht aber durch politische Gruppen) dazu ermächtigt wird. „Allen staatlichen oder sonstigen, auch etwa kirchlichen Ansprüchen auf ein unabgeleitetes Erziehungsrecht stellen wir die Forderung des Primates der elterlichen Erziehungsgewalt gegenüber." Dieser Grundsatz soll auch gegenüber der Schule selbst gelten, wenn sie den Anspruch erheben wollte, aus einer autonomen Pädagogik heraus die Erziehungsmethode ihrerseits zu bestimmen.

Es nimmt nicht wunder, daß die überwiegende Mehrheit der evangelischen Lehrer, noch befangen in den Anschauungen des religiösen Liberalismus vergangener Zeiten, durch den „Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnen-Verein" gegen ein Recht der Kirche in Schulfragen vorsorglich protestiert hat: „Innerhalb der Evangelischen Kirche gibt es keine autoritative Stelle, die in Glaubensdingen streng formulierte Sätze jedem evangelischen Christen als bindend aufgeben könnte". Das Katechetische Amt der Evangelischen Kirche von Westfalen will den Wünschen der Lehrer insoweit entgegenkommen, daß die Visitation des Religionsunterrichtes nicht von Geistlichen, sondern von Schulmännern, die im kirchlichen Leben stehen, ausgeübt wird.

Damit stimmen die Leitsätze überein, die Professor Hammelsbeck im Maiheft von Niemöllers „Stimme der Gemeinde" zur Diskussion stellt: Evangelische Unterweisung in der Schule ist gebunden an das Evangelium. Sie kann deshalb nur von Lehrern erteilt werden, die bereit sind, dem Evangelium zu dienen. Die Kirche wird, „ohne das zur allgemeinen Pflicht machen zu wollen, dem Lehrer, der es wünscht, ihre Beauftragung innerhalb der gottesdienstlichen Gemeinde aussprechen ... Aus dieser kirchlichen Beauftragung erwächst kein Vorgesetzten- oder Aufsichtsverhältnis im Sinne einer festgelegten Lehrmeinung".

Das Schulproblem ein Impuls für die Theologie

Die hier vorgelegten Proben berechtigen zu keinem allgemeinen Urteil über die voraussichtliche Behandlung der Schulfrage durch die evangelischen Kirchen. Man wird damit rechnen müssen, daß diese je nach dem Land und Bekenntnis der einzelnen Kirchen verschieden sein wird, also anders in dem kirchlich konservativen Bayern, wo die lutherische Kirche seit dem Staatsvertrag von 1924 gewöhnt ist, unbeschadet ihrer theologischen Prinzipien paritätisch die Rechte der katholischen Kirche in Anspruch zu nehmen, und wieder anders in dem weniger konservativen Hessen-Nassau. Völlig eigene Wege muß der Osten gehen. Hier entsteht ein blühendes Katechetenwesen in engster Gemeinschaft mit der Kirche und ihrem Sakrament.

Die Lösung der Schulfrage ist angewandte Dogmatik und angewandtes Kirchenrecht. So ist zu erwarten, daß von der Schulfrage her im evangelischen Raum die stärkste Anregungen zur Besinnung auf das Wesen der Kirche ausgehen werden, und zwar in ständiger Auseinandersetzung mit der katholischen Lehre und Praxis. Indessen wird man von einem kulturpolitischen Bündnis mit den evangelischen Landeskirchen in Schulfragen nicht zuviel erwarten dürfen, solange die besten Anwälte eines dem Einfluß der Kirche entzogenen weltlichen Schulwesens im evangelischen Lager stehen.

Das Bildnis

Michael Pfliegler

„Ich hatte Pfliegler schon vorher gekannt, aber begegnet bin ich ihm erst geraume Zeit später, und er wußte nichts davon ... Es war in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg 1914/18, in einer Versammlung des Christlich-Deutschen Studentenbundes im ehemals Löwenburgischen Konvikt in der Josefstadt in Wien. Ich war damals ein ganz junger Student, zugleich naiv und kritisch, wie alle jungen Leute. Ein paar Redner hatten sich schon ihrer Pflichten entledigt. Behutsame und Brennende, Pedanten und Romantiker, Rhetoren und Begeisterte. Nun war Hochwürden Pfliegler an der Reihe. Ich weiß nicht mehr, worüber er sprach, im Titel kam irgendwas von Parsifal vor. Nicht einmal an einige seiner Worte erinnere ich mich mehr. Aber eines weiß ich: daß er damals etwas in mir aufgeweckt hat, mit Gottes Hilfe, was bis heute lebendig geblieben ist. Soll ich sagen: den Glauben? Ich hatte ihn vorher. Aber er war tot, ein dunkles Element. An seinen Worten erst hat er sich entzündet und ist eine lebendige Flamme, eine wirkende Kraft geworden. Ich könnte nicht sagen, wie das zugegangen ist. Seine Worte hatten eben die Macht der Verwandlung. Auf lange Strecken unterschieden sie sich nicht sehr von den Sätzen und dem Ausdruck anderer Prediger. Aber dann kamen Augenblicke, wo er seine Worte aus einer Tiefe — nicht so sehr des Gedankens, aber der personalen Wahrheit zu holen schien, die den andern unerreichbar bleibt. Sie hatten dann einen unvergeßlichen Klang, erschütternd wie die Posaunen des Gerichts — die Resonanz eines gotterfüllten Herzens. Pfliegler ist einer der ganz seltenen Erwecker. Ich danke es ihm, daß mein Christentum nicht an der Oberfläche geblieben ist; Gott helfe mir."

Der Jugendführer

Unzähligen jungen Menschen ist Michael Pfliegler zum religiösen Erwecker geworden, wie diesem. Als der junge

Kooperator in Kirchberg vor Weihnachten 1919 einem Ruf nach Wien folgen mußte, in die Großstadt, die er nicht liebte, die ihm fremd war, vielleicht unheimlich, verließ er mehr als nur den „ersten Posten", an den man gern zurückdenkt: er verließ seine Welt, die Welt des Bauerntums, aus der er kam, mit der er durch Überlieferung und Ehrfurcht verbunden war und der er als Priester sein Leben lang dienen wollte. Es war, wie er in einem Brief sagt, der schwerste Abschied seines Lebens. Noch heute, nach 30 Jahren, schicken sie ihm von Kirchberg allweihnachtlich den Christbaum, gleich doppelt, nach Wien und in den Heimatort, damit die Sendung ihn ja nicht verfehlt.

Die ersten Jahre in Wien widmete Michael Pfliegler der Jugend („nebenbei" machte er seinen theologischen Doktor, hatte 20 Schulstunden und war keineswegs „freigestellter" Kaplan zuerst in der Pfarre Mariae Geburt am Rennweg, dann, ab 1924, an St. Peter in der Inneren Stadt). Er hätte auch Generalsekretär des „Reichsbundes der katholischen Jugend" (Bauern, Jungarbeiter, Junghandwerker, Angestellte) werden können, entschloß sich aber für den C.D.S.B., den Christlich-Deutschen Studentenbund, die Organisation der katholischen Mittelschüler. Die Mittelschülerorganisationen der Nachkriegszeit waren in Analogie zu den drei großen politischen Parteien Österreichs entstanden — neben dem C.D.S.B. gab es den D.M.B. der Deutschnationalen und den Sozialistischen Mittelschülerverein —, und sie benahmen sich auch so wie politische Parteien *en miniature*. Dieser Typus von Organisation war auf katholischer Seite schon zur Abwehr notwendig, aber er konnte die aufgeregten Jahre der revolutionär bewegten Umsturzzeit nicht überdauern. Pfliegler baute mit einem Kreis begabter und begeisterter junger Menschen, die sich um die von ihm redigierte Zeitschrift „Neue Jugend" sammelten, im Lauf der Jahre den C.D.S.B. zuerst zu „Jung-Österreich" und dann zu „Neuland" um. Der C.D.S.B. wäre spurlos verschwunden, aus „Neuland" aber entstand eine Bewegung, die — von den einen hoffnungsvoll begrüßt, von den andern mißtrauisch beobachtet und mitunter insgeheim oder offen bekämpft — jedenfalls dem katholischen Leben Österreichs neue motorische Energien und viele neue Ideen und Anregungen gab. Die große „Jugendbewegung" der Nachkriegszeit, die sonst auch in Österreich abseits von der Kirche geblieben wäre und sich verlaufen hätte, wurde durch „Neuland", und das heißt in ganz erster Reihe durch Pfliegler, wenigstens zum Teil in die Kirche hereingeholt. Viele ihrer schönsten Werte und Entdekkungen sind bleibendes Gut geworden; man braucht nur einen Blick in die heutigen Zeitschriften der österreichischen katholischen Jugend oder in ihr Liederbuch, oder auf ihre Gottesdienste und Aufzüge, ihre Heimstunden und Wanderungen zu tun, um dessen gewahr zu werden. Und, beispielsweise, ein religiöser Faktor von erneuernder Macht wie die liturgische Bewegung hat in Österreich erst durch „Neuland" seine Durchschlagskraft erhalten. In der Zeitschrift „Neuland" und in persönlichem Wirken versuchte Pfliegler die Erneuerungsimpulse der Jugendbewegung gedanklich zu klären, Ideen zu bilden, an denen sich Taten und Maßnahmen orientieren konnten, damit aus der Jugendbewegung eine allgemeine Erneuerungsbewegung würde. Vieles davon ist ebenso Gemeingut geworden wie Wesentliches von der Lebensform der Jugendbewegung. Daß das begonnene Werk aber nicht zur vollen Reife und Allseitigkeit gedeihen konnte, lag nicht an Pfliegler, sondern an den Irrungen und Verhängnissen der Zeit. Und gewiß auch daran, daß er vorzeitig durch die Oberen und durch sein seelsorgliches Gewissen zu anderen Aufgaben abberufen wurde.

Der Arbeiterseelsorger

Der Jugend zu helfen durch Seelsorge, Erziehung, Führung zu den hohen Gütern des Lebens, blieb freilich für immer und bis heute ein Leitmotiv seines Lebens. (Ab 1924 bis 1938 war Dr. Pfliegler übrigens auch in der Praxis des höheren Religionsunterrichtes als Professor am Döblinger Gymnasium tätig.) Aber es konnte nicht ausbleiben, daß Pfliegler in der Arbeiterstadt Wien mit dem Problem der Arbeiterseelsorge konfrontiert wurde. Schon als junger Kooperator in Kirchberg am Wechsel hatte Pfliegler 1917 oder 1918 im Klerus-Korrespondenzblatt Artikel über Arbeiterseelsorge geschrieben, die ihm aus allen Völkern der Monarchie viel Zustimmung eingetragen hatten. Nun meldete sich die Frage von neuem, herber und tragischer geworden durch die tägliche Erfahrung des Seelsorgerlebens in der Großstadt. Das Problem stellte sich in unerbittlicher Schärfe: die Forderungen des Proletariats waren gerecht. Aber nicht die Kirche war zu seinem Wortführer geworden, sondern die austromarxistische Sozialdemokratie. Und die war freidenkerisch-materialistisch geführt. So war die gute Sache mit einer schlechten Weltanschauung verbunden. Das wieder rief die Abwehr der Christen auf den Plan — eine parteipolitische Abwehr, denn die Sozialdemokraten waren ebenfalls eine Partei. So mußte die Situation im Kopf des einfachen Arbeiters etwa folgendermaßen aussehen: Die Sozialdemokratie ist die Partei, die meine Forderungen vertritt. Die Christlichsozialen sind gegen die Sozialdemokraten. Die christlichsoziale Partei ist aber die Partei der Christen und wird von der Kirche unterstützt. Also ist die Kirche gegen die Forderungen der Arbeiter. Daher kann ein klassenbewußter Proletarier kein Christ sein, auch wenn er es möchte. Seine Weltanschauung ist der aufgeklärte Materialismus, die Weltanschauung der Partei, die für seine soziale Befreiung eintritt.

Eine beinahe hoffnungslose Situation. Wie sollte diese unheilvolle Logik durchbrochen werden? Sie hatte der Kirche allein in Wien 120 000 Abfälle gekostet. Ein Zweifrontenkampf war, mit lächerlich geringen Kräften, gegen eine erdrückende Übermacht zu führen: auf der einen Seite gegen die Verbindung von Freidenkerei und gerechtem Sozialismus — auf der anderen Seite gegen die Verbindung von Kirche, also Seelsorge, und Parteipolitik.

Diese unleugbare Interessengemeinschaft von Kirche und Christlichsozialer Partei, die natürlich nicht das Produkt simonistischer Bosheit, sondern durch die Kirchenfeindlichkeit der Sozialdemokratie und der Großdeutschen provoziert war, versinnbildete sich dem Arbeiter in der Person Ignaz Seipels. Er war ein großer Mann, ein echter Staatsmann, eine mächtige Persönlichkeit, ein starkes Temperament, man möchte sagen: ein geborener Herrscher und genoß eine fast schrankenlose Autorität. Wurde Pfliegler sein „Gegenspieler"? Das Wort würde an Politik und Intrige anklingen, und davon war im Verhältnis zwischen Pfliegler und Seipel gar keine Rede. Aber dennoch: Pfliegler wurde irgendwie, nicht im gleichen öffentlichen, aber im gleichen menschlichen Rang, das große personale Gegenbild Ignaz Seipels: wie dieser die Verbindung von

Seelsorge und Politik verkörperte (rein faktisch; wir fragen hier nicht nach der subjektiven Absicht), so verkörperte Pfliegler die Trennung von Seelsorge und Politik, genauer: die völlige Freiheit der Seelsorge von den hemmenden Ansprüchen der Parteipolitik und der „Rücksichtnahme" auf die christlichsozialen Parteiinteressen. Das ist eine historische Qualität. Pfliegler mußte seinen Kampf um die Freiheit der Seelsorge nicht allein kämpfen. Eine Gruppe von Freunden half publizistisch. Ein ungezeichneter Aufsatz Pflieglers im „Seelsorger" 1926: „Custos quid de nocte?" war ein Appell, der sammelte. Die Forderung der Distanzierung von Kirche und Parteipolitik kam in Österreich nicht mehr zur Ruhe. Heute ist sie verwirklicht. Jeder kann sehen, wie sehr das der Kirche, dem Werk des Glaubens, der Verkündigung des Wortes, zugutegekommen ist. Und was für eine Katastrophe die Rückkehr zu den Zuständen der Ersten Republik für die Seelsorge bedeuten mußte.

Den Kampf gegen die andre wesenswidrige Verbindung, die von Sozialismus und weltanschaulichem Materialismus, führte Dr. Pfliegler nicht als Theoretiker, sondern als Seelsorger. Ihm kam es darauf an, möglichst vielen Arbeitern zu sagen und gleichsam mit seiner Person dafür gutzustehen, daß die Kirche ihre Forderung nach sozialer Befreiung nicht verwirft, sondern gutheißt, daß sie nicht dasselbe ist wie die Partei des Geldes, daß sie um ihre Seelen besorgt ist und um nichts anderes, daß gläubig sein nicht Kuschen vor dem Unrecht bedeutet. Und es kam ihm darauf an, möglichst viele Helfer aus dem Klerus zu gewinnen, indem er bei seinen Amtsbrüdern Verständnis für die Sache der Arbeiterschaft weckte. Im Zurückdenken erscheinen diese Jahre wie die Heldenzeit eines revolutionären Aufbruchs. Pflieglers Auftreten bei Arbeiterversammlungen wirkte auf Unzählige wie ein Dammbruch. Eine gestaute Sehnsucht machte sich frei. Das Religiöse im Sozialismus fand in Tausenden wieder sein rechtes Ziel, ohne daß ihr Sozialismus deshalb verödete. Es ist unmöglich, hier die tiefe Erregung, die bewegte Erwartung der Versammlungen zu schildern, in denen Pfliegler sprach. Es waren prophetische Augenblicke: hier fand einer das Wort, das Macht hatte, zu verwandeln und Neues zu stiften. Ein Anstoß wurde gegeben, von dem man ahnte, daß er unabsehbare Wirkungen haben werde. 1932 fand das öffentlich-arbeiterseelsorgliche Wirken Pflieglers seinen vorläufigen Abschluß. Die „Religiösen Sozialisten", eine freie Vereinigung gläubiger Sozialdemokraten mit parteilosen Sozialisten, löste sich im Hinblick auf die bekannte Unvereinbarkeitserklärung der Enzyklika „Quadragesimo anno" auf, und Dr. Pfliegler verlor damit das Medium seines Wirkens in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hinein. Aber dennoch wuchs das Werk weiter, das Pfliegler begonnen hatte. Es hatte die ganze jüngere Generation des Klerus für sich gewonnen, und wenn heute die unheilvolle Verklammerung von Sozialismus und Freidenkerei in Österreich fast völlig gelöst ist, so war das Wirken Pflieglers eine notwendige Voraussetzung dazu. Sein Durchbruch durch die verharschten Denkgewohnheiten ist gelungen. Er hat der Kirche den Weg zu der sozialistischen Arbeiterschaft und dieser den Weg zur Kirche eröffnet.

Der Gelehrte

Dr. Pfliegler wurde durch die Unterbrechung seiner öffentlichen Wirksamkeit in der Sozialistenseelsorge von einer großen Arbeitslast frei. Er konnte einer Aufforderung der theologischen Fakultät folgen und sich für die Habilitation vorbereiten. Seipel hatte Pfliegler, bevor er noch Doktor der Theologie geworden war, für die Moraltheologie gewinnen wollen. Die Habilitationsschrift Dr. Pflieglers betraf aber den „Religionsunterricht". Es handelt sich um ein dreibändiges Werk von insgesamt 1000 Seiten Umfang über Teleologie, Psychologie und Methodik der religiösen Bildung, und es gibt weit mehr, als der Titel erwarten läßt: nämlich eine Einschmelzung der Erkenntnisse der neuzeitlichen Erziehungslehre in die katholische Überlieferung, eine fundamentale Erneuerung der katholischen Pädagogik, eine wertende Geistesgeschichte der Erziehung und Erziehungswissenschaft vom katholischen Standort. Die Zeit ist schuld daran — das Werk erschien 1936 —, daß diese außerordentliche Gelehrtenleistung nicht zur vollen Wirkung kam: Nationalsozialismus, Krieg, Katastrophe, allgemeine Müdigkeit. Aber die Zeit für dieses Werk kommt noch. Eine Neuauflage ist unerläßlich.

Pfliegler wurde ebenso ganz zum Gelehrten, wie er ganz Jugendführer und Sozialistenseelsorger war. Mit einer asketischen und gewiß oft schmerzvollen Konzentration (viele, deren Ansprüchen er sich nun versagen mußte, verstanden ihn nicht) setzte er seine Kraft an die Arbeit des Gelehrten. Wir müssen es tief bedauern, daß er, 1935 habilitiert, die Mühe sieben kostbarer Jahre, die er der Moraltheologie widmete (1938 bis 1945), nicht zur Vollendung bringen konnte, sondern zur Pastoraltheologie hinüberwechseln mußte, in welchem Fach er seit 1946 Ordinarius ist. Er hat deshalb bisher kein systematisches moraltheologisches Werk veröffentlichen können, doch läßt z. B. eine im Mai 1948 in „Gloria Dei" veröffentlichte Studie („Die physio-psychische Gesamtlage der ‚nächsten Gelegenheit'") ungefähr erkennen, in welche Richtung er seine Arbeit weitergeführt hätte: Einbau der modernsten seelenkundlichen, biologischen, medizinischen, philosophisch-anthropologischen Erkenntnisse, soweit sie als gesichert gelten können, in die von den Grundlagen aus erneuerte Tradition der Moraltheologie, ganz auf die menschliche und soziale Situation von heute, nicht auf ein „zeitloses", also unwirkliches Modell vom Menschen „an sich", gleichsam eine moraltheologische Gliederpuppe, bezogen. Man kann nur hoffen, daß es Pfliegler vergönnt sei, dieses Bemühen fortzusetzen; wir wüßten nicht, wer die brennende Forderung, nicht nach einer „neuen", aber nach einer neugefaßten, konkret-realistischen, seelsorgerlich durchbluteten Moraltheologie sonst erfüllen könnte. Wir brauchen sie, sonst wird die Kanzelmoral lebensfremd und daher unwirksam.

Seit 1945 trägt Professor Pfliegler in Wien Pastoraltheologie vor. Damit steht er an entscheidender Stelle in der Priesterbildung Österreichs. Der Moraltheologe der Fakultät hat die Aufgabe, den theologischen Bildungsgang zusammenzufassen, abzuschließen, auf die draußen wartende seelsorgliche Wirklichkeit anzuwenden. Das ist die Überhöhung des Seelsorgewerks, dem Pfliegler sein Leben widmet: die Seelsorger zur Seelsorge zu bereiten.

Der Schriftsteller

Der Jugendführer und Jugendbildner, der Sozialistenseelsorger, der Gelehrte und Priester-Erzieher — im Schriftsteller Pfliegler sind sie alle vereinigt, diese so verschiedenen Aspekte eines reichen Lebens. Und am Schriftsteller Pfliegler zeigt sich zugleich aufs deutlichste, daß

der Seelsorger die Feder führt. Seine schriftstellerische Tätigkeit ist erweiterte Seelsorge: geistige Hilfeleistung für die Suchenden.

Wir haben an dieser Stelle nicht die Möglichkeit, die Werke Pflieglers im einzelnen zu würdigen. Man lese sie; im Anhang geben wir die vollständige Liste. Wir können nur ein paar Wesenszüge hervorheben. Es scheint uns, daß den Schriftsteller Pflieglers wie den Redner und Menschen eine ebenso schonungslose wie verantwortungsbewußte Offenheit charakterisiert. Die Ängstlichen, die Gesichtswahrer, die sich einbilden, das beste Heilmittel für jegliches Übel sei, es zu ignorieren oder wenigstens den „Außenstehenden" nicht sichtbar werden zu lassen, hat er damit oft genug entsetzt; aber wieviele hämische Kritiker, die glaubten, die Kirche könne die Wahrheit und die Freiheit nicht vertragen, hat er damit zum Verstummen gebracht! Wieviele, die den Mangel mit dem Wesen verwechselten, durch seine Freimütigkeit für die Kirche gewonnen! Wieviel Jugend vor allem, die das Duckmäusern und Beschönigen haßt, gläubig und fest gemacht! Seine Kritik ist die der Liebe; sie ist eine reinigende Gewissenserforschung, die den Kritiker immer selber mitmeint. Sie ist die heilsame Erschütterung, die am Anfang jeder Reform stehen muß.

Aber vielleicht noch bezeichnender für den Schriftsteller Pflieglers ist das Vertrauen. Das Vertrauen auf die Gnade Gottes und das Vertrauen auf ihre Macht im Menschen. Pflieglers Bücher sind ein einziger Lobpreis der Gnade, gerade dort, wo sie am nüchternsten und konkretesten sind, nämlich als Nachweis ihrer gewaltigen Realität. Die unerschütterliche Bekundung des Glaubens an die Gnade ist in diesen dunklen Tagen zu seiner großen schriftstellerischen Mission geworden. Seine religiöse Erziehungslehre, seine Moraltheologie, seine geistesgeschichtliche Sicht, sie fundieren alle auf der Wirklichkeit und der Wirksamkeit der Gnade als des Gottesgeistes im Menschen. Wir müssen uns ihr öffnen, ihrer würdig machen, ihr vertrauen. Dann fügt sich alles. Durch Kasuistik und Verbotstafeln finden wir den Weg nicht. Es braucht die Hingabe.

Damit verbindet sich der prophetische Charakter der meisten Schriften Pflieglers. Er lebt und schreibt aus dem tiefen, selbstverständlichen Bewußtsein einer ungeheuren Zeitwende, der Zukunft zugewendet und mit dem heißen Bemühen, den Verwirrten und Erschreckten dieser apokalyptischen Jahre Geleit zu bieten. Es ist ein morgendlicher Zug in seinen Schriften (wie in seinem Wesen). Sie rufen zur Wiedergeburt und zu Neuwerden.

Aber ohne Neigung zur Utopie oder Illusion. Ein untrüglicher Sinn für die Wirklichkeit, ein unbeugsamer Realismus verhindert die Ausflucht ins Unkonkrete. Ein tiefes Verständnis für die Nöte und Irrungen des Menschen der Zeit und eine scharfsichtige Weltoffenheit machen seine Bücher auch dem der Kirche zweifelnd und prüfend Gegenüberstehenden zugänglich. Eine absolute Wahrhaftigkeit und Redlichkeit bannen auch den skeptischsten Leser. Hier gibt es kein kokettes Spiel mit Halbgedanken, keine eitlen Überspitzungen, keine rätselhafte Vielschichtigkeit, kein schillerndes Übergescheitsein, kein beziehungsreiches Geheimnistun, keine affektierte Esoterik. Immer geht Pflieglers aufs Wesentliche und sucht dafür den einfachsten Ausdruck, der möglich ist. Nie haben seine Formulierungen den Charakter eines intellektuellen Witzes. Es sind vielmehr Schläge, die einen Gedanken tief ins Gedächtnis treiben wollen. Erst in der lebendigen Rede — aus der sie empfangen sind — kommen sie wieder zur vollen Wirkung. Pflieglers Sprache (der man vielleicht manch unadäquaten Ausdruck ankreiden könnte) ist wahrhaftig. Sie ist lebendig, konkret, bildreich, unnachahmlich persönlich und kommt vom Sprechen — nicht vom Schreiben.

Pflieglers Schriften sind alle erzieherisch, zeitkritisch, geistesgeschichtlich, religiös. Nur die Akzente, die auf diesen Elementen liegen, wechseln. Aber keines seiner Bücher, auch nicht „Der Religionsunterricht", wendet sich nur an Spezialisten. Niemand wird irgend etwas, das er geschrieben hat, ohne Gewinn lesen. Überall spricht der Seelsorger, der vertrauende, weise, helfende Mensch.

Der Mensch

Aber all diese Sätze sind nicht imstande, die Wirkung Pflieglers zu erklären. Er hat tausend Druckseiten veröffentlicht, unzählige Artikel geschrieben, noch mehr Reden und Vorträge gehalten, hat an Fachkongressen und wissenschaftlichen Tagungen mitgewirkt — aber nicht diese Aktivität allein hat seinen Erfolg begründet. Es ist der Mensch Pflieglers, der all diesem Wirken die Tiefe und Macht gegeben hat. Kein „Intellektueller". Kein weltgewandter Großstädter. Kein sogenannter „sprühender Geist". Kein Orakel à la Keyserling. Aber einer der ganz seltenen Gütigen und Weisen; ein Mensch mit der Gabe untrüglicher Unterscheidung zwischen Wert und Unwert, Wahr und Falsch, Theater und Substanz. Fest und redlich, aller Diplomatie und verzwickten Winkelzügen feind, von jener Ironie, die eine Waffe der Wahrheit ist, und jenem Humor, der sich mit dem letzten Ernstnehmen der göttlichen und menschlichen Dinge so oft verbindet. Ein echter, klarer Mensch, der seine innere Ruhe, die Ruhe eines Herz und Geist ganz erfüllenden Glaubens anderen Menschen mitzuteilen vermag. Begabt zu helfen und zu führen. Kein ätherischer Geist, keine nur mühsam noch vom Körper festgehaltene Seele, sondern ein kantiger Vollmensch, dem Zorn und trotzige Selbstbehauptung nicht fremd sind. Und doch ein Mensch voll Ehrfurcht; ein Diener Gottes, gehorsam der Kirche, gerade dann, wenn es schwer wird.

Pflieglers vergißt, wenn er ein paar Zeilen über sich selber schreibt, niemals, auf seine bäuerliche Abstammung hinzuweisen. Und in der Tat, viel von seiner Persönlichkeit erklärt sich aus seiner Herkunft aus einem edlen alten Bauerngeschlecht, das nach der Überlieferung seit 600 Jahren, urkundlich nachweisbar seit dem 16. Jahrhundert, in Klein Hadersdorf sitzt. Ein Ahn wurde 1592 nach der Türkenschlacht von Sissek geadelt — eine ganz ungewöhnliche Ehrung damals für einen einfachen Bauern. Pflieglers Großvater zog nach Guttenbrunn (wo sein Enkel Michael 1891 geboren wurde). Er muß ein besonders harter Kopf gewesen sein, entzweite sich als Bürgermeister mit seinen Gemeinderäten und verlor sein ganzes Vermögen in einem endlosen richtigen Bauernprozeß. Seine begreifliche Abneigung gegen die Juristen vererbte sich auf seinen Sohn, Pflieglers Vater, der dem jungen Michael jeden gelehrten Beruf erlaubte, nur nicht den juristischen. Er war ein karger, beharrlicher, schweigsamer Mann, der als Maurer anfangen mußte, um wieder Bauer werden zu können — ein Fels an Charakter, sichere Stütze, aber auch von einer Härte des Willens, an der man zerbrechen konnte. Die Mutter verlor Michael

Pfliegler schon, als er 13 Jahre alt war; sie brachte ihm die Neigung zur Güte zu.

Dieser Abkunft verdankt Pfliegler die Beharrlichkeit, die unbeirrbare Rechtlichkeit, die Standfestigkeit in der selbsterrungenen Überzeugung, die Schlichtheit und Wahrhaftigkeit, die Lebensnähe und den Wirklichkeitssinn, das Wissen um Armut und Kargheit, um die Mühsal des Lebens, das Mißtrauen gegen alles Theaterhafte, Aufgeputzte, Unstabile, die gesunde Kraft des Geradeaus-Denkens, vieles andere noch, vor allem auch das Temperament des bäuerlichen Revolutionärs aus dem Recht für das Recht, die Rücksichtslosigkeit im Kampf für das Gute. Und schließlich die Vorbilder seines Glaubens; eines einfachen, unzerteilten, gewissen Glaubens von elementar-menschlicher und von himmlischer Kraft zugleich. Dies ist ein Glaube, dem man sich anvertrauen kann. Der eins geworden ist mit dem Leben des Gelehrten und eins mit seiner Wissenschaft. Wir erwarten noch viel und noch Großes von Michael Pfliegler.

Werkverzeichnis:

1. EIGENMESSEN DER ERZDIÖZESE WIEN, Freiburg i. Br., 1913, 4. Aufl. 1947 (47 Seiten).
2. (Als Herausgeber.) DAS JÜNGSTE ÖSTERREICH, ein Almanach, Wien 1922 (89 Seiten).
3. DIE DEUTSCHE JUGENDBEWEGUNG UND DER JUNGKATHOLISCHE GEIST, Wien 1923 (93 Seiten).
4. DAS GEBET DER GEMEINSCHAFT, Wien-Innsbruck 1922, 3. Aufl. 1925 (123 Seiten).
5. HOMILIEN DER ZEIT, Freiburg i. Br. 1926, 3. Aufl. 1942 (309 Seiten).
6. DER WEG, Katholische Sittenlehre, Innsbruck-Wien 1927, 5. Aufl. 1949 (238 Seiten).
7. DIE ERFÜLLUNG. Lese- und Arbeitsbuch zum Unterricht in der Offenbarungsgeschichte des Neuen Bundes, Innsbruck-Wien 1929, 4. Aufl. 1948 (236 Seiten).
8. JOHANN MICHAEL SAILER, Seelsorger einer Zeitenwende, Wien 1932 (32 Seiten). Festrede zur Jahrhundertfeier des Todes Sailers in der Leogesellschaft.
9. DIE PÄDAGOGISCHE SITUATION, Gedanken zur gegenwärtigen Lage religiöser Erziehung, Innsbruck-Wien 1932, 2. Aufl. 1932 (222 Seiten).
10. HEILIGE BILDUNG, Gedanken über Wesen und Weg christlicher Vollendung, Salzburg 1933, 5. Aufl. 1948 (179 Seiten). Das Werk wurde unter dem Titel „HEILIG LEVEN" 1934 ins Holländische übertragen. Übersetzung ins Englische ist vorbereitet (1938 unterbrochen).
11. DER DEUTSCHE KATHOLIK UND DIE ENTSCHEIDUNG DER ZEIT, vier Vorträge, gehalten im großen Festsaal der Wiener Universität, Wien 1933 (71 Seiten).
12. DIE KIRCHE UND DER SOZIALISMUS, Wien 1932 (Vortrag, 20 Seiten).
13. AN JUNGE MENSCHEN, Betrachtungen im Anschluß an die Sonntagsevangelien, 2 Bände, Salzburg 1934, 3. Aufl. 1940 (je 160 Seiten). 4. Aufl. 1948.
14. DER RELIGIONSUNTERRICHT, seine Besinnung auf die psychologischen, pädagogischen und didaktischen Erkenntnisse seit der Bildungslehre Otto Willmans, 3 Bände Gr.-80, 938 Seiten.
    1. Band: Die Teleologie der religiösen Bildung (298 Seiten).
    2. Band: Die Psychologie der religiösen Bildung (296 Seiten).
    3. Band: Die Methodik der religiösen Bildung (344 Seiten).
    Innsbruck-Wien 1936.
15. VOR DER ENTSCHEIDUNG, Überlegungen zur seelischen Bedrohtheit des heutigen Menschen. Salzburg, 1. Aufl. 1936 (147 Seiten), 6. Aufl. 1946.
16. DER LEBENDIGE CHRIST VOR DER WIRKLICHEN WELT, gesammelte Gewissenserforschungen. Innsbruck-Wien, 1. Aufl. 1937, 5. Aufl. in Vorbereitung (126 Seiten). Ins Französische übersetzt. Übersetzungen ins Spanische und Portugiesische.
17. DOKUMENTE ZUR GESCHICHTE DER KIRCHE, Innsbruck-Wien 1938 (470 Seiten).
18. DER RECHTE AUGENBLICK, Erwägungen über die entscheidenden Zeiten im Bildungsvorgang, Salzburg, 1. Aufl. 1938, 3. Aufl. 1942 (101 Seiten). 4. Aufl. 1947, 5. Aufl. 1948. Ins Französische und ins Kroatische übersetzt. „Le bon Moment", „Pravi Trenutak" 1949, Italienisch „Il giusto momento".
19. DIENST AM LEBEN, Heidelberg-München 1941 (152 Seiten).
20. DER MENSCH DER KIRCHE, Grundhaltung und Auftrag, Wien 1946, 47 Seiten, 2. Aufl. 1946.
21. WIDER HASS UND VERZWEIFLUNG, Wien 1947.
22. INTROITUS, Betrachtungen zum Eingang ins Jahr, Wien 1947.
23. DIE RELIÖSE SITUATION, Graz 1948 (222 Seiten).
24. RELIGION UND ERZIEHUNG, Wien 1948 (61 Seiten).

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BALTHASAR, Hans Urs von. *Theologie und Heiligkeit. Zur Revision der Scholastik.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 311—323.

Dieser sich mit der Geschichte des Verhältnisses von Philosophie und Theologie befassende Beitrag erschien zuerst in „Wort und Wahrheit", Dezemberheft 1948 (Wien).

BUSSARD, Paul. *Mass Conversion.* In: Orate Fratres Bd. 23 Nr. 5 (März 1949) S. 223—226.

Das Problem der Unterrichtung von Konvertiten mit anregenden Hinweisen.

CONGAR, Yves. *Entwicklungen im religiösen Denken des heutigen Frankreich.* In: Dokumente Jhg. 5 Heft 2 S. 120—132.

Der Aufsatz befaßt sich mit den theologischen Fragen, wie sie im Bewußtsein unserer radikalen Zeitwende gestellt und beantwortet werden.

COURTADE, Gaston. *Le Sens de l'Histoire dans l'Ecriture et la classification usuelle des sens scripturaires.* In: Recherches de Science religieuse Bd. 36 Nr. 1 (Jan.-März 1949) S. 136—140.

Der Titel meint (gemäß dem doppelten Sinn des Wortes sens) sowohl den Sinn wie die Richtung der Geschichte: von beidem ist in der Hl. Schrift gehandelt, doch nicht in deren wörtlichem Sinn, sondern in einem vorbildlichen Sinn, den die alten Autoren unter den übertragenen Bedeutungen ausgelassen haben.

DECKING, Josef. *Über Ausbildung von Laienkatecheten.* In: Katechetische Blätter Jhg. 74 Heft 3 (März 1949) S. 80—86.

Über die kirchenrechtliche Grundlage, Einrichtung, Organisation und Durchführung der Laienkurse.

GÖTZEL, Gustav. *Aus der Arbeit am neuen Katechismus.* In: Katechetische Blätter Jhg. 74 Heft 3 (März 1949) S. 91—92.

Über Tagung und Arbeit der „katechetischen Hauptarbeitsgemeinschaft", deren Aufgabe die Koordinierung der Bearbeiter des neuen Katechismus und der katechetischen Fachwelt ist.

GRUBER, Gratian. *Seelsorge und Psychotherapie.* In: Anima Jhg. 1949 Heft 1 S. 34—40.

Der Autor wendet sich gegen die vorschnelle Identifizierung von Seelsorge und Heilmethode. Es handelt sich ja um Kraftquellen der Übernatur, die eine nur psychologische Betrachtung ausschließen.

HOFFMANN, A. *Das heutige Verhältnis Theologie—Seelsorge.* In: Anima Jhg. 1949 Heft 1 S. 3—9.

Der Artikel will entgegen einer umlaufenden Meinung die „Theologie" — hier verstanden als die betont wissenschaftliche Behandlung des Gotteswortes — als das unabdingbare Fundament einer jeden Seelsorge aufgefaßt wissen.

JEUNESSE DE L'EGLISE. *L'Evangile captive.* H. 10 (Febr. 1949).

Aus der Gemeinschaftsarbeit hervorgegangenes Heft über die Frage, warum das Evangelium heute nicht frei an die Menschen herangetragen werden kann und wie dem abzuhelfen ist.

KRAUTWIG, Notker. *Die Reue als Tat und Gnade.* In: Geist und Leben Jhg. 22 Heft 2 (April 1949) S. 101—110.

Eine Apologie der Reue gegen solche Auffassungen, wie sie namentlich in Nietzsche ihren Exponenten gefunden haben.

LEURET, S., FOUCHE, S. und PLE, A. OP. *Une vocation: Le célibat involontaire.* In: La Vie Spirituelle Nr. 339 (April 1949) S. 372—419.

Zwei unverheiratete Frauen und ein Ordensgeistlicher legen die geistlichen Möglichkeiten des unfreiwilligen Zölibats dar.

LUBAC, Henri de. *Le Mystère du Surnaturel.* In: Recherches de Science religieuse Bd. 36 Nr. 1 (Jan.-März 1949) S. 80—121.

Theologie der übernatürlichen Gaben Gottes an den Menschen, deren Geheimnis aus dem Wesen Gottes und dem des Menschen zu fassen gesucht wird.

MOTTE, Jacques SJ. *Eléments de doctrine spirituelle. Fiches publiées par l'A.C.J.F.* In: Lumen Vitae Bd. 4 Nr. 1 (Jan./März 1949) S. 83—887.

Die Jugendgruppen der Kath. Aktion in Frankreich geben Flugblätter aus, in denen die Grundwahrheiten des Glaubens in einfachen Antithesen klargemacht werden, ausgehend von der, daß es sich im Glauben nicht zuerst um eine Doktrin, sondern um eine Person — Christus — handelt.

RAHNER, Karl. *Das Gebet der Schuld.* In: Geist und Leben Jhg. 22 Heft 2 (April 1949) S. 90—100.

Über die Formen des religiösen Schuldverständnisses und Schuldbekenntnisses.

SORAS, A. de. *La Mission pastorale de l'Eglise.* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 30 (Mai 1949) S. 321—337.

Ausgehend von den Auseinandersetzungen um die „Fortschrittlichen Christen" eine Darlegung des Hirtenauftrags der Kirche gegenüber der Tätigkeit der Laien im öffentlichen und politischen Leben.

STAEHLIN, Carlos Maria. *Apariciones.* In: Razon y Fe Mai 1949 S. 443—464 (wird fortgesetzt).

Übernatürliche Erscheinungen: die Lehre der Kirche über diese; Informationsquellen und deren Glaubwürdigkeit; zwei Strömungen innerhalb der Erscheinungen.

STOMMEL, Eduard. *„Descendit ad inferos".* In: Katechetische Blätter Jhg. 74 Heft 3 (März 1949) S. 69—76.

„Dieser Aufsatz dient der Begründung von Vorschlägen für eine richtigere Übersetzung der betreffenden Stelle im Glaubensbekenntnis".

THURN, Hubert. *Neurose und Frömmigkeit.* In: Geist und Leben. Jhg. 22 Heft 2 (März 1949) S. 110—120.

Gegen Auffassungen, nach denen die Frömmigkeit neurotisiert oder auch eine neurotische Folgeerscheinung ist.

TILMANN, Klemens. *Der Vorbeter.* In: Katechetische Blätter Jhg. 74 Heft 3 (März 1949) S. 65—68.

Praktische Winke für die Anleitung der Vorbeter im Kindergottesdienst.

TILMANN, Klemens. *Zur Glaubensverkündung in der Entlaßklasse.* In: Katechetische Blätter Jhg. 74 Heft 3 (März 1949) S. 77—79.

Hinweise für eine handgreifliche und zugleich theologisch einwandfreie Beantwortung der Fragen nach Echtheit der Evangelien und der Faktizität des Lebens Christi.

TILMANN, Klemens. *Von der Meßandacht zur Kindermeßfeier.* In: Katechetische Blätter Jhg. 74 Heft 4 (April 1949) S. 104—107.

In seiner Aufsatzreihe zum Kindergottesdienst gibt der Autor praktische Winke für die Erziehung zum liturgischen Mitfeiern.

WUNDERLE, Georg. *Religionspsychologie und praktische Seelsorge.* In: Anima Jhg. 1949 Heft 1 S. 28—33.

Nach Ansicht des Verfassers bedarf die im Unterricht geschehende Charakterbeeinflussung einer wissenschaftlichen Bewußtheit und soll sich nicht auf eine vage „Menschenkenntnis" beschränken.

Philosophie

BRUNNER, August. *Philosophie oder Religion? Gedanken zu neuesten Werken von K. Jaspers.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 6 (März 1949) S. 453—459

Über das Problem der Gotteserkenntnis, wie es sich im Verhältnis von Philosophie und Religion stellt und wie es von Jaspers eine typische Mißdeutung erfährt.

DESSAUER, Friedrich. *Physis, Bios, Psyche, Mensch.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 48 Heft 12 (März 1949) S. 971 bis 985.

Durch die Philosophie gewinnt der Naturforscher die Offenheit zur Offenbarung und versucht, von seinem Standpunkt aus die Seinsschichten in Richtung auf das summum ens durchzuschreiten. (Mit Fortsetzungen).

HAPPLICH, Carl. *Glauben — vom Arzt aus gesehen.* In: Neubau Jhg. 4 Heft 3 (März 1949) S. 85—91.

In einer vorsichtigen und ganz an den Phänomenen bleibenden Untersuchung wird hier eine in der menschlichen Psyche liegende Glaubensnotwendigkeit, ein natürlicher Glaubensdrang aufgefunden.

IRIARTE, Joaquin SJ. *Las lineas fundamentales de la filosofia de Ortega.* In: Razon y Fe Mai 1949 S. 407—424.

Die Grundlinien der Philosophie Ortegas dargestellt als eine Philosophie der Auflösung jeder religiösen moralischen und philosophischen Formel, ohne den Begriff der Objektivität, des Absoluten, der Transzendenz.

LENZ, Joseph. *Der moderne deutsche und französische Existenzialismus.* In: Trierer Theologische Zeitschrift, Jhg. 58 Heft 3/4 (Mai/April 1949) S. 99—108.

Im bisher wiedergegebenen ersten Teil des Aufsatzes wird vorwiegend die deutsche Ausprägung in ihrer eigenen Entwicklung und in ihrer Wechselwirkung mit der französischen Problemstellung betrachtet.

PALIARD, Jacques. *Note sur la relation concrète.* In: Recherches de Science religieuse Bd. 36 Nr. 1 (Jan.—März 1949) S. 141—145.

Das Problem der Einsamkeit des Einzelnen und der Möglichkeit echter Beziehung: letztere als möglich nur „vor dem Angesicht Gottes" als Teilhabe und Verantwortung für den Bruder.

SIEGMUND, Georg. *Das Sterben.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 6 (März 1949) S. 412—424.

Aus einer Vielfalt von Perspektiven wird der Sinn christlichen Sterbens als „das Ja zum passiven Erdulden und Geschehenlassen" entwickelt, auf das hin auch der Beistand des Arztes und des Seelsorgers wirken muß.

Kultur

BEIRNAERT. *Erwägungen zur „moralischen Aufrüstung".* In: Dokumente Jhg. 5 Heft 2 S. 133—141.

Eine kurze Darstellung von Wesen, Entstehung und Ziel dieser Bewegung.

BUCHMANN, Frank. *Der fehlende Faktor.* In: Dokumente Jhg. 5 Heft 2 S. 141—146.

Eine programmatische Rede des Leiters und Begründers der Oxford-Gruppenbewegung.

DEBRAY, Pierre. *Le roman français et les maux du siècle.* In: Cahiers du Monde Nouveau Jhg. 5 Nr. 4 (April 1949) S. 73—82.

An einigen Neuerscheinungen wird eine sehr aufschlußreiche Auslegung der Romanproduktion als Spiegel der Zeit vorgenommen: der analytische Roman der großen Leidenschaften geht unter mit der bürgerlichen Welt. Das beste wird geleistet in der Auseinandersetzung mit der Existenz als tragisches Schicksal (existenzialistisch) oder als Aufgabe (Christen und Kommunisten).

DECURTINS, F. *Psychosen, Neurosen und der Seelsorger.* In: Anima Jhg. 1949 Heft 1 S. 49—56.

Ein Arzt macht hier auf die Notwendigkeit aufmerksam, daß der Seelsorger abnorme und krankhafte Prozesse an ihren Symptomen erkennen lernt, um im dringenden Fall einen Psychiater beizuziehen.

ECHARRI, Jaime SJ. *El hombre en sus primeros orîgenes. Evolucionismo antropologico.* In: Razón y Fe Jhg. 49 Nr. 614 (März 1949) S. 219—248.

Die Lehre vom Ursprung des Menschen theologisch, philosophisch, naturwissenschaftlich. Theologisch erscheint ein gemäßigter Evolutionismus nicht ausgeschlossen.

ELIOT, T. S. *Über Kultur und Politik.* In: Die Wandlung Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 206—316.

Übersetzung aus „Notes towards the Definition of Culture". Aus der Geschichte und der Verwandlung der Koordinierung der beiden Titelbegriffe ergeben sich Hinweise für die Sicherung der „Kultur" gegen zentrale Aufsicht und Politisierung.

FALCONI, Carlo. *La fede inutile evasione dall'assurdo?* In: Humanitas Jhg. 4 Nr. 3 (März 1949) S. 226—242.

Das religiöse Problem in den Werken Albert Camus'.

FUCHS, Josef. *Vom Sinn der Ehe.* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 58 Heft 3/4 (Mai/April 1949) S. 65—75.

Der Auffassung von der nur personalen Bedeutung der Ehe für die Gatten wird hier in guter Begründung der im Dienst am Kinde liegende metaphysische und überindividuelle Rang der Ehe entgegengehalten.

JASPERS, Karl. *Hochschulreform? Das Gutachten des Hamburger Studienausschusses für Hochschulreform.* In: Die Wandlung Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 340—348.

Eine Kritik an dem Gutachten, das nach Auffassung von Jaspers unsere Universität zu sehr in Nivellierung und Verschulung hineindrängt und ihren „geistes-aristokratischen Charakter zerstört".

JESSEN, Hans. *Vom religiösen Film.* In: Neubau Jhg. 4 Heft 3 (März 1949) S. 95—97.

Die echten und falschen Merkmale des christlichen Films werden an einem persönlichen Erfahrungsmaterial voneinander abgesetzt.

LE FORT, Gertrud von. *Die Frau des christlichen Abendlandes in Gegenwart und Zukunft.* In: Die Schweizerin Jhg. 36 Heft 5/6 (Febr./März 1949) S. 151—154.

Die Autorin gibt einen eindringlichen Aufruf an die im konservativen Wesen der Frau liegenden heilenden und helfenden Kräfte, durch die die Frau in eine „außerordentliche Mitverantwortung an jeder Weltlage" gezogen wird.

MÜNZ, Erwin. *Katholische Dichtung im heutigen Frankreich.* In: Begegnung Jhg. 4 Heft 3 S. 77—81.

Eine Umschau unter den jüngeren Dichtern und Darstellung ihres Eigenwertes. Der Aufsatz ist als eine Erwiderung konzipiert auf die Bemerkung Béguins, daß sich außer den wenigen älteren Dichtern keine nennenswerten und neuen Kräfte zeigen.

MURPHY, Francis CSSR. *Round the tomb of St. Peter. The Vatican excavations.* In: The Tablet Bd. 193 Nr. 5680 (2. 4. 1949) S. 215—216.

Überblick über die Methode und (soweit diese bereits bekanntgegeben wurden) die Ergebnisse der Ausgrabungen seit 1942.

REGAMAY, P.-R. *Christianisme ou paganisme dans l'architecture moderne.* In: La Maison-Dieu Nr. 17 (April-Juni 1949) S. 59—72.

Zwei Positionen: 1. Die modernen Bauformen sind geprägt vom Materialismus der Zeit (Zweckbestimmtheit, Hygiene, Materialgerechtheit); der Kirchenbau verlangt aber spirituelle und traditionsgebundene Prägung; 2. Alles Irdische läßt sich heiligen, ausgenommen die Sünde. Ausgleich: Das Spirituelle und Traditionsgebundene muß im Geist des Architekten so stark sein, daß er die modernsten Bauelemente unbesorgt benutzen kann.

REGAMAY, P.-R. OP. *Points de vue actuels sur le sacré.* In: La Maison-Dieu Nr. 17 (April-Juni 1949) S. 24—41.

Das Ringen der Nichtchristen um das Wesen des „Heiligen" in der Kunst: Caillois, Bataille, Malraux, Bazaine. Dagegen die katholische Sicht: P. Doncoeur.

ROYNET, L. A. *Camus chez les chrétiens.* In: La Vie Intellectuelle April 1949 S. 336—351.

Referat über einen Vortrag des Dichters und Philosophen des „Absurden" vor einem christlichen Publikum Ende 1946, dessen Probleme aber immer noch gültig sind.

SCHMIDT-KASPAR, Herbert. *Über den Dichter — Zeitalter und Aufgabe (Versuch einer Erwiderung).* In: Die Sammlung Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 194—198.

Entgegen den Äußerungen Bernt von Heiselers (im Dezemberheft 1498 dieser Zeitschrift) wird hier die Dichtung nicht als ein Rühmen des Schöpfers, sondern als „Selbsterforschung, Selbstbefreiung und Selbstverwirklichung" des modernen autonomen Menschen gedeutet. Bernt v. Heiseler fügt diesem Artikel einen abschließenden Brief bei, in dem er in überlegener Weise die Geburt der Dichtung aus dem Glauben darstellt.

ZALBA, Marcelino SJ. *El narcoanalisis terapeutico y forense ante la moral.* In: Razon y Fe Jhg. 49 Nr. 614 (März 1949) S. 249—268.

Wahrheitsserum und Narkoanalyse werden dargestellt in ihrer medizinischen und gerichtlichen Anwendung, ihre Verläßlichkeit diskutiert und die Berechtigung ihrer Anwendung vom moralischen Standpunkt aus abgelehnt, da das Geheimnis des Gewissens nur Gott gehört.

Le sens actuel du sacré. In: La Maison-Dieu Nr. 17 (April-Juni 1949) S. 1—98.

Die Zeitschrift der französischen Liturgischen Bewegung hat ein Heft dem „Sinn des Sakralen", d. h. dem heutigen Stand der christlichen Kunst als Ausdruck des Heiligen gewidmet. Ausgang bildet die Diskussion auf einer Tagung über Religiöse Kunst in Vanves, Juli 1948.

Soziales und politisches Leben

BIGLEY, A. J. *A Catholic Dilemma.* In: Blackfriars Bd. 30 Nr. 349 (April 1949) S. 157—161.

Die Beschränkung der katholischen Soziallehre auf das Grundsätzliche gestattet in der politischen Ebene nur eine Einheit der Katholiken in Negation und Abwehr.

BOSC, Robert. *Problèmes Italiens.* In: Etudes April 1949 S. 100—112.

Die italienischen Probleme heißen: Arbeitslosigkeit, soziale Unruhen, Sozialreformen (Agrarreform). Zu den größten Hoffnungen berechtigen auf religiösem Gebiet die Arbeiterseelsorge und Arbeiterbildung. Ins internationale Geistesleben reicht der Dozent der Herz-Jesu-Universität Mailand, Prof. F. Vito.

BROCHARD, P. *La rupture de la Fédération Syndicale Mondiale.* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 29 (April 1949) S. 285—295.

Der Bruch des Weltgewerkschaftsverbandes im Januar dieses Jahres, seine Ursachen und Vorstufen, die heute bestehenden Aussichten für eine neue Organisation der Gewerkschaften der Welt.

BRUCCULERI, A. SJ. *L'evoluzione sociale dell'impresa.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 99 H. 2370 S. 601—614 und Jhg. 100 H. 2371 S. 60—67.

Die verschiedenen modernen Versuche zur sozialen Erneuerung der Betriebe werden untersucht: Betriebsräte, Mitbesitz der Werkzeuge, Aktienbesitz der Arbeiterschaft, Gemeinschaft nach dem Beispiel Barbus, Verhältnislohn, Cooperativismus.

DEVERALL, Richard. *Storm signals over Japan.* In: America Bd. 80 Nr. 23 (12. 3. 49) S. 622—624.

Ein Überblick über die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse in J. und ihre voraussichtliche Auswirkung.

DIRKS, Walter. *Wir wollen keinen Kulturkampf.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 324—332.

Die Bonner Konfrontierung von christlichem und sozialistischem Weltbild führt — wird die Aufgabe nur tief genug gefaßt — zu keinem „Kulturkampf", sondern zur gegenseitigen und gemeinsamen Hilfe innerhalb unserer Katastrophensituation.

DUVERGER, Maurice. *Was endlich begriffen werden muß.* In: Dokumente Jhg. 5 Heft 2 S. 97—100.

Aus christlichem Geiste ein mutiges Wort für europäische Föderation und gegen die Zwiespältigkeit der französischen Haltung zu Deutschland.

ERMECKE, Gustav. *Die Lösung der sozialen Frage und der Familiarismus.* In: Die neue Ordnung Jhg. 3 Heft 2 (März 1949) S. 134—150.

Der Verfasser sieht eine Möglichkeit in der Verwirklichung des „familienhaften Wir" in jeder Gemeinschaft.

GRAIN, Mary. *Sin and social welfare.* In: Blackfriars Bd. 30 Nr. 349 (April 1949) S. 149—156.

Erfüllt eine vom religiösen Grunde gelöste soziale Liebes- und Wohlfahrtstätigkeit den Zweck, den sie sich setzt? Nein; denn sie ermangelt notwendig der pädagogischen Kräfte, die den geschwächten Menschen, mit dem sie es zu tun hat, umgestalten können. Mit eindrucksvollen Beispielen.

HÖIJER, Olof. *Was das Christentum mit der Demokratie zu tun hat.* In: Dokumente Jhg. 5 Heft 2 S. 147—154.

Der Verfasser will die demokratischen Prinzipien aus der christlichen Botschaft herleiten und in ihren Beziehungen zur europäischen Tradition darstellen.

LÖWENSTEIN, Felix zu. *Schichtenproblem und Oberschicht.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 6 (März 1949) S. 401—412.

Darstellung der Grundlagen der organischen, horizontalen Gliederung des Volkes und die Bedeutung einer festen und wertvollen Oberschicht für seine soziale Struktur.

MASSE, Benjamin L. *Australian Bishops on socialism.* In: America Bd. 80 Nr. 24 (19. 3. 49) S. 650—652 und Nr. 25 (26. 3. 49) S. 681—682.

Anhand des aktuellen australischen Hirtenbriefs über die Sozialisierung untersucht der sachkundige Verfasser die Beziehungen zwischen Sozialisierung und Sozialismus.

McGINNIS, H. C. *Personnel report: Too old to work.* In: America Bd. 80 Nr. 23 (12. 3. 49) S. 627—628.

Die peinliche Lage der älteren Generation in USA.

MOSSHAMER, Ottilie. *Die Aufgaben auf dem Lande.* In: Katechetische Blätter Jhg. 74 Heft 4 (April 1949) S. 97 bis 103.

Die Verfasserin betont die enge Verknüpfung von Seelsorge und Brauchtum. Nur die Bemühung um beides, wofür sie Belege und Anregungen gibt, kann dem allgemeinen Verfall entgegenwirken. (Ein zweiter Teil folgt.)

NELL-BREUNING, O. von. *Soziale Aufgaben und Seelsorge heute.* In: Anima Jhg. 1949 Heft 1 S. 24—27.

Der Klerus hat eine präzisierbare Mitverantwortung an der Lösung der sozialen Frage. Der Verfasser spricht daher für eine entsprechende Ausbildung, die aber auch die Gefahren der soz. Tätigkeit des Seelsorgers ins Auge faßt.

PATZSCHKE, Wilhelm. *Das Problem der Gewissensbildung.* In: Die Sammlung Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 231 bis 235.

Aus der Erfahrung der Fürsorgeanstalten wird hier die Frage des Aufbaus einer normalen sittlichen Existenz erörtert.

PERQUIN. Nic. *Die Jugend im Zeitalter der Atombombe.* In: Dokumente Jhg. 5 Heft 2 S. 111—119.

Der Artikel stützt sich auf den Erfahrungsbereich der Seelsorge in den Niederlanden. Aufruf an die Erwachsenen, die in einer Zeit des Versagens der Jugend gegenüber eine vervielfachte Verantwortung tragen.

SILVA, Raymond. *Le mouvement européen s'affirme.* In: Cahiers du Monde Nouveau Jhg. 5 Nr. 4 (April 1949) S. 1—8.

Nach dem Brüsseler Kongreß der Europa-Bewegung. Anschließend der Wortlaut der Entschließungen des Kongresses.

SPENCER, Henry Russel. *Pathological Problems in Politics.* In: The American Political Science Review Bd. 43 Nr. 1 (Februar 1949) S. 1—17.

Verfasser Prof. der Ohio State University. Eine Untersuchung über Typenformen von Nachkriegszeiten.

TRUYOL Y SERRA, Antonio. *Esbozo de una sociologia del derecho natural.* In: Revista de Estudios Politicos Bd. 24 Nr. 44 (März-April 1949) S. 15—38.

Grundriß einer Geschichte des Naturrechts als Idee und als soziologischer Faktor.

WESTPHALEN, F. A. *Christliche Sozialprinzipien und ihre Bedeutung für die Gegenwart.* In: Gloria Dei Jhg. 3 Heft 2 S. 136—148.

Eine Abgrenzung der christlichen Soziallehre gegenüber den totalitären Ideologien, die durch Leugnung der übergeordneten sittlichen Ordnung das Menschenbild zerstören.

WILLIAMS, John H. *Europe after 1952.* In: Foreign Affairs Bd. 27 Nr. 3 (April 1949).

Eine Studie über die wirtschaftlichen Kräfte und Chancen nach Ablauf der Marshall-Hilfe von dem Nationalökonomen der Harvard-University.

WILLWOLL, G. E. *Religion, Staat und Patriotismus im heutigen Spanien.* In: Dokumente Jhg. 5 Heft 2 S. 155 bis 166.

Der beachtenswerte Artikel gibt eine Ansicht des politischen Gebildes, das sich selbst als „katholischer Staat" bezeichnet. Es sollen hier tendenziöse Berichte und ungerechtfertigte Vorwürfe abgewiesen werden.

WOLFSBERG, Yeshyahn. *Der Staat Israel. Seine Beziehung zum Christentum und anderen Bekenntnissen.* In: Orientierung Jhg. 13 Nr. 7 (15. April 1949) S. 77—80.

WOODRUFF, Douglas. *Catholics and Politics.* In: Blackfriars Bd. 30 Nr. 350 (Mai 1949) S. 204—214.

Der Herausgeber des Tablet nimmt kritisch zu dem in unserm letzten Heft rezensierten Artikel von Aelred Graham Stellung.

Chronik des katholischen Lebens

DE LLANOS, José-Maria SJ. *A Character-sketch of the Spanish University Student.* In: Lumen Vitae Bd. 4 H. 1 (Jan./März 1949) S. 91—97.

Eine sehr aufschlußreiche Darstellung der Mentalität der spanischen Universitätsjugend, die den Charakter des spanischen Katholizismus auf die Spitze treibt.

DERRICK, Michael. *German Youth and Age.* In: The Tablet Bd. 193 Nr. 5681 (9. 4. 1949) S. 228—230 (mit Fortsetzung in den folgenden Heften).

Ein Reisebericht voll aufschlußreicher Beobachtungen. Aus diesen Aufsätzen kann man lernen, welchen Eindruck Deutschland auf den Ausländer macht.

DIEPENBROCK, Alfons. *Die katholische Aktion in Holland.* In: Begegnung Jhg. 4 Heft 2 S. 51—53.

Ihre Organisation, ihre Führung und ein Überblick über die Mannigfaltigkeit der Kurse, die sich mit allen Mitteln moderner Unterrichtung sowohl an den Einzelnen wie auch an die Gemeinschaft und an die Masse wenden.

GUTZWILLER, Richard. *Der Katholizismus in der Schweiz.* In: Katholischer Digest Jhg. 3 Heft 3 (März 1949) S. 26—31.

Die Religion und ihre Geschichte erhält ihre Eigenheiten aus der besonderen politischen Struktur der Völkervielfalt.

H. SCH. *Griechenland und die Katholische Kirche.* In: Begegnung Jhg. 4 Heft 3 S. 71—72.

Bericht über die auf päpstliche Veranlassung von Msgr. Calavassi durchgeführte Aufnahme byzantinischer Formen in die römische Liturgie, womit einer Zeitsituation und ihren spezifischen Anforderungen entsprochen werden soll.

HAHN, K. J. *De Situatie in het huidige Duitsland. II. Het culturele en het geestelijke leven.* In: Streven Jhg. 2 Nr. 7 (April 1949) S. 700—709.

Fortsetzung des Bildes des gegenwärtigen Deutschland. Die Flüchtlingsfrage, Seelsorge, Katholische Aktion, Schrifttum aus katholischem Geist. Rückgang des christlichen Einflusses auf das öffentliche Leben.

NICHOLL, Donald. *Edith Stein.* In: Life of the Spirit. Bd. 3 Nr. 35 (Mai 1949) S. 499—505.

Ein würdiger Nachruf mit plastischen Einzelzügen.

ROUQUETTE, Robert. *Amsterdam: Le Conseil oecuménique.* In: Etudes April 1949 S. 3—29.

Die Zeitschrift der französischen Jesuiten widmet der Tagung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam einen ausführlichen und objektiven Bericht und schließt mit einer Interpretation der Haltung der Katholischen Kirche, die die innere Anteilnahme und Sympathie der Katholiken keineswegs hindert.

SCHOLL, Heinz. *Wiederverchristlichung der Umwelt.* In: Begegnung Jhg. 4 Heft 2 S. 38—39.

Die „Christliche Arbeiter-Jugend" betrachtet es als ihr Ziel, den Widerspruch zwischen der eigentlichen Würde des Arbeiters und seiner Umwelt — ein Widerspruch, der den Menschen von der Kirche entfernt — wegzuräumen.

SLADEK, Paulus. *Die religiöse Lage der Heimatvertriebenen.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 6 (März 1949) S. 425—433.

Über die neue Diaspora, deren Seelsorgenot als die „große missionarische Aufgabe aller deutschen Katholiken" erkannt und ergriffen werden muß.

THEKAEKARA, M. *L'Eglise catholique aux Indes.* In: Etudes April 1949 S. 88—99.

Im geschichtlichen Rückblick tritt das Grundproblem alles Missionierens deutlich hervor: die Schwierigkeit des Verhaltens gegenüber der fremden Kultur. Die Kirche steht in Indien zwischen zwei Gefahren: als Teil einer fremden, der abendländischen, Kultur abgelehnt zu werden, oder sich der indischen Kultur auch in Dingen anzupassen, die ihre eigentliche Sendung verfälschen.

Chronik des ökumenischen Lebens

BARTH, Karl. *How my mind changed 1938—1948.* In: The Christian Century Bd. 66 Nr. 10 und 11 (9. und 16. 3. 1949).

Ein überaus sympathisch geschriebener autobiographischer Überblick über sein Denken und Schaffen.

BOSC, Jean. *Exploring reunion in France.* In: The Christian Century Bd. 66 Nr. 11 (16. 3. 49) mit Fortsetzung in den folgenden Heften.

Der bekannte evangelische Kirchenführer und Publizist Frankreichs zeichnet ein lebendiges Bild von dem Stand der ökumenischen Bewegung in Frankreich.

COWLES, Ben T. *Christianity faces Communism in China.* In: Christianity and Crisis Bd. 9 Nr. 3 (7. März 1949).

China ist der Ort, an dem das Christentum die Möglichkeit hat, aus seinen inneren Kräften die erstarrten Fronten zwischen Westen und Osten aufzureißen.

KAMMER, Kars. *Hat die Päpstliche Mahnung vom 5. Juni 1948 über die Teilnahme von Katholiken an ökumenischen Versammlungen Neues gebracht oder Altes geändert?* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 58 Heft 3/4 (Mai/April 1949) S. 115—118.

Roman Catholics and Communism. In: Christianity and Crisis Bd. 9 Ir. 3 (7. März 1949).

Die Zeitschrift R. Niebuhrs kritisiert hier sehr scharf die Haltung der Katholischen Kirche, weil sie den Kommunismus verurteile, ohne ihrer eigenen Schuld bzw. der Schuld ihrer Gläubigen an der Existenz eines Kommunismus zu gedenken. Christlicher Widerstand ist notwendig, aber er darf nicht pharisäisch sein.

HERDER-KORRESPONDENZ

Zehntes Heft - 3. Jahrgang - Juli 1949

Damit die Kirche vereinigen und heiligen könne, muß sie selbst einig und heilig sein, d.h. sie muß ihren Grund in Gott haben, unabhängig von den uneinigen und sündigen Menschen, die der Einigung und Heiligung bedürfen und sie daher nicht aus sich selber schöpfen können.

W. Solowjew

Deutsche Meldungen

Die deutschen Bischöfe zum Grundgesetz

Die deutschen Bischöfe haben in einer gemeinsamen Erklärung zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Stellung genommen. Sie rufen darin noch einmal die von ihnen während der Tagung des Parlamentarischen Rates vorgebrachten Forderungen ins Gedächtnis und heben dann gegeneinander ab, was erreicht worden ist und was nicht erreicht wurde.

Als erreicht bezeichnen die Bischöfe:

Die Anrufung Gottes in der Präambel des Grundgesetzes; eine Reihe von Grundrechten, darunter das auf Leben und Unversehrtheit des Körpers, in welchem auch der Schutz des ungeborenen Lebens beschlossen liegt; den Schutz der Ehe und Familie; das Recht der Eltern auf Pflege und Erziehung der Kinder; den Religionsunterricht als schulplanmäßiges Lehrfach in den öffentlichen Schulen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Kirche; die Unterrichtsfreiheit, d. h. das Recht auf private Bekenntnisschulen; die Übernahme der Kirchenartikel aus der Weimarer Verfassung; den im sog. „Vertragsartikel" eingeschlossenen Fortbestand des an die Länder übergehenden Reichskonkordats.

Nicht erreicht haben die Bischöfe:

Das Recht der Eltern, den religiösen Charakter der öffentlichen Pflichtschule zu bestimmen; die Abschaffung der sogenannten „Bremer Klausel", die dem Staat das Recht gibt, von sich aus einen kirchlich nicht gebundenen Religionsunterricht einzurichten: diese Klausel ist zwar abgeschwächt worden, indem sie eine solche Regelung nicht mehr schützt; bestehen geblieben ist aber die Möglichkeit, in einzelnen Fällen von der Verpflichtung aller öffentlichen Schulen zu planmäßigem Religionsunterricht Ausnahmen zu gestatten.

Die Bischöfe richten dann an das katholische Volk die Mahnung, bei den künftigen Wahlen sich mit dem ganzen Gewicht ihres Verantwortungsbewußtseins einzusetzen, um die Mängel des vorliegenden provisorischen Grundgesetzes wieder auszugleichen und den Kampf in der Schulfrage weiter durchzufechten. Sie gehen zum Schluß über dieses Anliegen, das ihnen im Augenblick als das dringlichste erscheint, hinaus und erheben die Forderung, für sozialen Fortschritt zu kämpfen: „Will die neue Bundesrepublik ihre Aufgabe durchführen, der Wohlfahrt des deutschen Volkes, einem echten Aufbau und dem Frieden zu dienen, dann muß sie sich mit besonderer Hingabe um eine tiefgreifende Verbesserung der sozialen Verhältnisse bemühen".

Tagung der kirchlichen Gerichte Westdeutschlands

In letzter Zeit ist durch die anwachsende Zahl auch der kirchlichen Ehenichtigkeitsprozesse die Arbeit und Verantwortung der kirchlichen Gerichte bedeutend größer geworden. Aus diesem Grunde fanden sich die Vertreter der kirchlichen Gerichte Westdeutschlands, von Aachen, Freiburg, Fulda, Hildesheim, Köln, Limburg, Münster, Osnabrück, Paderborn und Trier erstmalig zu gemeinsamer Beratung und zum Austausch ihrer Erfahrungen in einer Tagung vom 20. bis 22. April im Dominikanerkloster zu Walberberg bei Köln zusammen. Es wurden die wichtigsten Fragen des kirchlichen Eheprozeßrechtes und die neuere Rechtsprechung des päpstlichen Gerichtshofes, der Rota Romana, behandelt. Kardinal Dr. Frings stattete der Tagung einen Besuch ab und wies in seiner Ansprache auf die Bedeutung und die wichtigen Aufgaben der kirchlichen Gerichte in der heutigen Zeit hin. Besonders betonte er auch die persönliche Verantwortung des kirchlichen Richters in seiner Entscheidung. Die Tagung hat zu wichtigen Entschlüssen geführt. Die Teilnehmer waren allgemein der Überzeugung, daß eine derartige Zusammenkunft ein dringendes Bedürfnis ist und daß sie in Zukunft alljährlich stattfinden solle.

Diasporaseminarien gesichert

Durch die Sicherung der Ausbildungsstätten für Priester in Neuzelle und Königstein sind nunmehr zwei Quellorte für ein fruchtbares Christenleben in der deutschen Diaspora erschlossen worden.

In Königstein bei Frankfurt a. M. sind die seit Frühjahr 1947 dort laufenden philosophisch-theologischen Kurse nach zweijähriger Bewährung zu einer philosophisch-theologischen Hochschule weitergebildet worden, die den Namen St.-Albert-Kolleg tragen wird. Die neue Gründung, die ein Herzensanliegen des verstorbenen Flüchtlingsbischofs Maximilian Kaller war und deren Verwirklichung insbesondere auch der Initiative von Msgr. Büttner zu

danken ist, wird von den zum Priestertum Berufenen aus den Reihen der Flüchtlinge jene sammeln, die sich für die besonderen Bedürfnisse und Nöte der Vertriebenen und heimatlos Gewordenen in den Diasporagebieten bereit halten wollen. Kardinal Frings gab eine Sinndeutung des Hauses, indem er an das Wort von Pater Jvo Zeiger anknüpfte, Deutschland sei Missionsland geworden, und es weiter führte. Das Wort hat eine doppelte Bedeutung. Erstens meint es die innere Krise, in der sich das deutsche Volk befindet, und zweitens meint es die äußere Lage: Millionen von Katholiken wurden in fremde und nichtkatholische Landesteile verschlagen, wo sie mitten unter Andersgläubigen und Ungläubigen leben. Die Bischöfe haben der neuen Gründung zugestimmt, um der schreienden Not nach Priestern in diesen Gebieten abzuhelfen. Sie durften diese Zustimmung wagen, weil die opferbereite Liebe der Flüchtlingspriester und der Gläubigen aus dem Osten das Letzte hergegeben hat, um die Einrichtung durch das erste schwere Halbjahr nach der Währungsreform ohne Schulden hindurchzubringen. Man kann Königstein ein Seminar des Heroismus nennen. Die Studenten wollen von vornherein nicht in gutausgebaute, bürgerliche Stellungen hinein, sondern verpflichten sich, auf Außenposten zu gehen und in der Diaspora ein Leben zu führen, das voll Opfer ist. Diejenigen, die aus ihm hervorgehen, müssen bereit sein, zu ihren ostdeutschen und ostvertriebenen Landsleuten zu gehen und zugleich Priester für die einheimischen Katholiken zu sein, die mit ihnen wohnen. Denen, die bereit sind, diese Aufgabe zu übernehmen, kann das deutsche Volk nicht dankbar genug sein. Ein solcher Heroismus ist nur durchzuhalten, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Er ist auf die Dauer nur möglich aus einem frohen, opferbereiten, optimistischen Herzen. Darum wird in diesem Hause Frohsinn und jugendlicher Optimismus herrschen.

2. Wer sich zu diesem Heroismus entschließt und würde es tun im Vertrauen auf eigene Kraft, würde bald am Ende sein. Darum wird dieses Haus ein Haus des Gebetes der Studenten und all derer, die mit dem Hause geistig verbunden sind, sein müssen. Dann wird dieser heroische Schwung erhalten bleiben. Ein katholisches Zentrum für alle Heimatvertriebenen zu schaffen, ist der letzte Sinn dieses Hauses.

Die Vertreterin der hessischen Regierung, Oberregierungsrätin Dr. Schnell, erklärte: Das Interesse der Regierung an der Eröffnung der Anstalt ist sachlich begründet. Es geht heute um den Neubau der Ordnung. Der Geistliche hat die Aufgabe, als Philosoph die Ordnungszusammenhänge zu studieren und als Theologe sie der Gnade zu öffnen, damit nach Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Geschöpf und Schöpfer die Herzen der Menschen umgestaltet, von der Gnade umflutet und durchflutet werden und von da aus Staat und Gesellschaft sich erneuern.

Kurz vorher hat in Neuzelle bei Guben in der Stiftskirche, also unweit der Neisse-Grenze, durch Bischof Wienken die erste Weihe von Neupriestern für die Diaspora der Ostzone stattgefunden. Dieser Abschluß gab Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nur durch die Mithilfe aus allen Diözesen das Priesterseminar Neuzelle zu der Bedeutung kommen kann, die es für die Diasporaarbeit der Ostzone haben sollte.
Dazu ist notwendig, daß alle in Betracht kommenden Theologen zur Beendigung ihres Studiums nach Neuzelle herüberkommen. Es hat sich gezeigt, daß die Hinführung zur Weihe und die Erteilung der Weihen dort durchaus gesichert ist. Mit dieser Lage kann sicher auch weiterhin gerechnet werden. Infolgedessen besteht keine Notwendigkeit, den Abschluß des Studiums und die Erteilung der Weihen in der Westzone durchzuführen. Andererseits erscheint es sehr zweckmäßig — und man kann sagen notwendig —, den letzten Teil der Ausbildungszeit dort zuzubringen, wo die Seelsorgsarbeit nach der Weihe aufgenommen werden soll. Nur so ist ein Einleben in die gesamten Verhältnisse und ein Einfühlen in die Arbeitsmöglichkeiten der Seelsorge überhaupt garantiert.

Darüber hinaus ergeht die Bitte, die jüngeren theologischen Semester auf diesen Ausbildungsweg schon rechtzeitig aufmerksam zu machen.

In der Begegnung mit den Gläubigen der östlichen Diözesangebiete kann man immer wieder feststellen, wie sehr der Priestermangel sie bedrückt. Aus diesem Grunde bitten die Priester in der Ostzone um Hilfe, damit die Gemeinden hier die Priester bekommen, auf die sie warten und die sie zur Erhaltung ihres kirchlichen Lebens unbedingt brauchen.

Bei der Umsiedlung der Flüchtlinge hilft die Kirche mit

Für die jetzt beginnende Umsiedlungsaktion von Flüchtlingen aus überfüllten Gegenden in die Gebiete der französischen Zone ist in einer Länderbesprechung ausdrücklich vereinbart worden, daß zur allseitigen Erleichterung des Vorgangs die konfessionelle Struktur der Aufnahmegebiete berücksichtigt wird. Man weiß sehr wohl, daß die Kirche bei einer Aktion, die den Umsiedlern eine neue Heimat geben will, wesentliche Hilfe leisten kann. Dieses Vertrauen verpflichtet Klerus und Gläubige zu besonderen Anstrengungen in diesem Sinne.

Die Umsiedler werden durch ihre jetzigen Seelsorger über die religiösen Verhältnisse und die volksmäßigen Eigenarten in der Umgebung, die sie erwartet, unterrichtet. Die katholische Bevölkerung in den Aufnahmegebieten wird von den zuständigen kirchlichen Stellen Belehrung und Aufmunterung erhalten, sich der Neuangekommenen in christlicher Weise anzunehmen. Insbesondere soll es auch ein Anliegen des Klerus sein, viel intensiver noch, als es in der Katastrophenzeit möglich war, für einen rechten Empfang der eintreffenden Transporte der Heimatlosen mit ihren besonderen Mitteln und Möglichkeiten zu sorgen. Er vermag viel dazu beizutragen, eine freundliche und beide Seiten befriedigende Aufnahme zu erreichen. Auch wo caritative Hilfe durch Berufskräfte notwendig wird, wird von der Seelsorge das Richtige veranlaßt, insbesondere in der Sorge um Alte und Pflegebedürftige. Besondere Anstrengungen werden unternommen, um neue Plätze in Altersheimen zu gewinnen, die dringend benötigt werden; desgleichen gilt es, Aufnahmegelegenheiten in Jugendheimstätten zu schaffen, damit auch von den Zehntausenden arbeitsloser Jugendlicher in den Abgabegebieten eine größere Anzahl zu beiderseitigem Segen übernommen werden kann.

Schwesternschaft St. Bonifatius

In den Ostertagen dieses Jahres wurde in der Benediktinerabtei Schweiklberg (Vilshofen a. d. Donau, Diözese Passau) die „Schwesternschaft St. Bonifatius" gegründet. Der Gründer dieser

jungen Gemeinschaft ist der Prokurator der Schweiklberger Abtei, Pater Cyprian Mayr. Der Erzbischof von Paderborn, Dr. Lorenz Jäger, hat das Protektorat übernommen und das Statut der neuen Schwesternschaft approbiert.

Die „Schwesternschaft St. Bonifatius" hat sich die Aufgabe gestellt, in benediktinischem Geist Missionsarbeit zu leisten im neuen Missionsgebiet Deutschlands, in der ausgedehnten Diaspora Nordwestdeutschlands und der russischen Zone, in der der katholische Flüchtling seit 1945 lebt.

Das Statut der Schwesternschaft ist die präzisierte Antwort echter Christusliebe auf die Diasporafrage. Sein Grundgedanke ist „Dienst an der Kirche durch ein Leben aus der Kirche".

Das „Leben aus der Kirche" soll nach dem Statut ein Leben aus „dem Urquell allen kirchlichen Lebens", aus dem Meßopfer sein. Durch die Übergabe des Menschen an den Willen Gottes im Opfer reift christliche Selbstzucht, die um so notwendiger für jene Menschen ist, die im „benediktinischen Familienprinzip" dieses Zerstreutsein der Menschen mildern und überwinden wollen.

„Dienst an der Kirche" soll der Lösung des Problems der „Wandernden Kirche" in allen möglichen Formen der Hilfe dienen. Glaubensvertiefung, Volksbildung, Fürsorge, Armenpflege etc. sind seine Mittel. Das Apostolat in der „Zerstreuung" soll der Sammlung dienen.

Die heutige Diaspora ist aber ein Zerstreutsein ins Neuheidentum. Und so stellt sich die Schwesternschaft St. Bonifatius die Aufgabe: „das strahlende Licht Jesu Christi in das Dunkel unserer Tage zu tragen".

Bemerkenswert ist, daß die Schwestern keine „eigentliche Ordenskleidung" haben, um „unter Vermeidung alles Auffälligen" der Frohbotschaft zu dienen. Hier dringt der moderne Adaptationsgedanke an das Milieu durch.

Die Ostertage vereinigten die junge Schwesternschaft in Schweiklberg zum erstenmal zu einer Tagung. In drei großen Referaten wurden den Novizen Diasporanot und Diasporaaufgaben in schonungsloser Ehrlichkeit gezeigt.

Der Gründer der Schwesternschaft, Pater Cyprian Mayr, brachte in seinen Einführungsworten den Entwicklungsweg der Schwesternschaft zu Gehör. In vierjähriger Arbeit in der Diaspora Hollands hat er die dortige Not so stark als Anruf empfunden, daß er seit der Katastrophe 1945 unermüdlich gearbeitet hat, um seine Idee von einer Gemeinschaft apostolischer Frauen und Mädchen, die in erbarmender Liebe helfen wollen, zu verwirklichen. Nach dreijährigen Bemühungen ist das erste große Ziel erreicht: die hohe Protektion durch Erzbischof Dr. Jäger und die Approbation des Statuts. 25 bis 30 Bonifatiusschwestern stehen bereit zur Tat.

Auf Einladung von Pater Cyprian nahm der Caritasdirektor von Schleswig-Holstein, Pfarrer Preuß, an der Tagung teil und hielt ein Referat über die Diasporaverhältnisse dieses Landes.

Frau Cäcilie Schmauch, Kaufbeuren, die auf dem Katholikentag über die religiöse Not der heimatvertriebenen Katholiken referierte, sprach über die „Katholische Frau in der Diaspora".

Der jungen Schwesternschaft wurde der Weg der Laienhelfer in der Diaspora in allen drei Referaten als dornenvoller Weg gezeigt. In Einzelgesprächen und in allgemeiner Aussprache kam von seiten der Schwestern klar der Dank darüber zum Ausdruck, daß mit solch unverschleierter Klarheit gesprochen worden sei. Es sprach für den hochgemuten Sinn der jungen Gemeinschaft, für ihre sittliche Reife und für den Ernst zur gestellten Aufgabe, daß nun fast alle sich bereiter zur Verfügung stellten.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Eine „Internationale christliche Aktion für soziale Einheit"

In Rom ist am 1. August vorigen Jahres eine „Internationale christliche Aktion für soziale Einheit" gegründet worden, deren Leiter und Gründer Professor Saverio de Simone ist. Die Bewegung hat mit einem ganz kleinen Kreis, einer sogenannten Zelle, von zehn Personen in Rom begonnen, jedoch schon sehr bald Schwesterzellen in einer Reihe von italienischen Städten gehabt, und sie ist bestrebt, sich auf alle Völker auszubreiten. Sie hat auch in der Tat bereits Verbindung aufgenommen mit Frankreich, Spanien, Chile, China, den Vereinigten Staaten, dem Libanon und auch mit Deutschland. Diese Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Welt und insbesondere die beiden großen, von falschen Ideologien geleiteten feindlichen Blocks der Gegenwart durch das Evangelium Christi, die christliche Liebeslehre und eine auf diese aufgebaute Sozialordnung zu heilen, hat ihre Aktion ohne irgendwelche materiellen Ausgangspositionen begonnen. Sie besitzt keinerlei Vermögen und keine Verbindungen, sie schließt sich insbesondere an keine politische Strömung an. Sie verlangt von ihren Mitgliedern einen weit überdurchschnittlichen christlichen Eifer. Von diesen Voraussetzungen aus ist es ihr gelungen, im Laufe eines Jahres schon tausende von Menschen zu erreichen.

Das Statut der Aktion

Das Statut der Bewegung beginnt mit der Darlegung ihrer Prinzipien, die wir hier wiedergeben:

Art. 1) In Rom ist die „Internationale christliche Aktion für soziale Einheit", kurz „Christliche Internationale" genannt, gegründet worden.

Art. 2) Die Christliche Internationale ist keine politische Partei. Sie ist eine internationale Bewegung mit dem Ziel, im Geiste wirksamer christlicher Brüderlichkeit und im Lichte der Sozialprinzipien des obersten Lehramtes der Katholischen und Apostolischen Römischen Kirche die im beigefügten Programm ausführlich dargelegten und hier kurz zusammengefaßten Zwecke zu verwirklichen:

A) Im Innern eines jeden Staates:

a) Die Achtung vor der menschlichen Person mit der konkreten Möglichkeit für alle Bürger, ihre natürlichen Anlagen innerhalb der sozialen Verhältnisse voll zu entfalten;

b) die materielle und geistige Verteidigung und die natürliche Entwicklung der Familiengemeinschaft gemäß der Moral;

c) die Anerkennung des Privateigentums und der Privatinitiative im Dienst der höheren Anforderungen eines sozialen Lebens;

d) Versammlungsfreiheit für die Einzelnen und Selbstverwaltung für die Gesellschaftsgruppen auf territorialer oder beruflicher Grundlage in den Grenzen der Staatsgesetzgebung;

e) tatsächlichen und konkreten Frieden in den Produktions- und Handelsbeziehungen zwecks einer umfassenderen und gerechteren Verteilung der Reichtümer im sozialen Sinn;
f) die Reform des politischen Lebens und der politischen Vertretung im Lichte der Grundsätze der Kompetenz und Ehrenhaftigkeit auf der Grundlage einer tatsächlichen Vertretung der Kräfte der Wirtschaft, der Politik und des Geistes;
g) die wachsame und konkrete Ausübung der Staatssouveränität zum Schutze der unabdingbaren Rechte der Person, der Familie und der Gruppen.

B) Auf internationalem Gebiet:

a) Die Überwindung jeder künstlichen geistigen oder materiellen Schranke und jeder künstlich wachgehaltenen Spannung zwischen den Völkern;
b) die Verwirklichung von Verträgen gegenseitigen Ausgleiches zwischen den Wirtschaftseinheiten aller Länder;
c) die Schaffung einer Weltorganisation des Kredits, die die Finanzierung aller produktiven Energien in der ganzen Welt sichern könnte;
d) die Lösung der Minoritätenfrage im Geiste einer echten internationalen Zusammenarbeit;
e) die Entwicklung der internationalen Gemeinschaft in christlichem Sinn zur Verwirklichung der großen menschlichen Familie.
In dem zweiten Teil der Statuten, in dem die Organe und Tätigkeitsbereiche der Bewegung festgelegt werden, lautet der Art. 10 folgendermaßen:

Die Forderung der christlichen Tugenden

Art. 10) Die besonders heikle Natur der sozialen Aktion der „Christlichen Internationale" fordert von ihren Leitern, wo immer sie handeln, über die normale Anforderung der Kompetenz und Fähigkeit hinaus noch drei andere grundlegende Eigenschaften:
a) eine tiefe Demut, die durch den ständigen Empfang der Sakramente gestärkt wird;
b) einen unbegrenzten Gehorsam gegenüber dem Liebesgebot, der seine Kraft aus ständigem Gebet und der totalen Hingabe an den Grundsatz ziehen soll, daß die „Christliche Internationale" eine Mission ist, die ständig im unauslöschlichen Licht der Liebe zu Gott und dem Nächsten ausgeführt werden muß;
c) eine tiefe innere Begeisterung, die dazu befähigt, jedes Opfer zu ertragen und jede Schwierigkeit zu überwinden.
Nur auf Grund dieser Eigenschaften können sich die Gewählten wirklich für die Führer der Bewegung und als solche für die Diener einer außerordentlichen Idee halten.

Eine Sozialschule für den Klerus

In Norditalien hat das Katholische Institut für Soziale Tätigkeit in Mailand eine „Sozialschule für den Klerus" ins Leben gerufen. Dieses Institut, das sich in Villa Cagnola befindet, hat zum erstenmal seine Kurse eröffnet mit einer Teilnehmerschaft von etwa 30 Priestern und Ordensgeistlichen aus den verschiedenen Provinzen Italiens, die sich ganz besonders den sozialen Fragen widmen wollen. Sie erhalten eine gemischt theoretische und praktische Ausbildung in allen aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Fragen mit besonderem Bezug auf das Apostolat. Zu den Dozenten gehören bekannte Gelehrte, auch des Auslandes, z. B. P. J. Villain von der Action Populaire in Paris und Prof. F. Vito von der katholischen Universität in Mailand.

Der Tod Kardinal Suhards

Am 31. Mai ist Kardinal Suhard, Erzbischof von Paris, nach kurzer Krankheit gestorben. Sein Tod ist ein sehr großer Verlust für die Kirche Frankreichs und für die ganze katholische Welt. Es hat für das Leben der katholischen Kirche in Frankreich sehr viel bedeutet, daß an einer so wichtigen Stelle ein Mann stand, der einen so aufgeschlossenen Sinn für die Probleme der modernen Welt, ein so leidenschaftliches Mitgefühl mit den geistigen und materiellen Schwierigkeiten unserer Zeit hatte. Unter seinen großen Hirtenbriefen waren der über „Aufstieg oder Niedergang der Kirche" (1947) und über das „Gottesbewußtsein" (1948) scharfsichtige umfassende Analysen des Zeitgeistes, ohne Vertuschung der ungeheuren Spannungen, doch voller Hoffnung. Kardinal Suhard hat das stärkste Interesse den beiden Schichten zugewandt, die heute die Entwicklung der Geschichte zu tragen scheinen, der Universitätsjugend und den Arbeitern. Er war der Schutzherr und Förderer der berühmten „Mission de France".
Man weiß sehr bezeichnende und ergreifende Anekdoten über seine Art, mit den Menschen aus dem Volk zu sprechen. Ein Arbeiter sagte ihm bei einem Empfang: „Sie sind sehr sympathisch; wir schätzen Sie sehr, Vater, wissen Sie". Er antwortete darauf: „Ich schätze Euch auch, und Ihr wißt, daß ich ganz gewaltig auf Euch zähle". Eine seiner großen Gaben war es, zuhören zu können.
Man hat Kardinal Suhard in Frankreich sein Schweigen während der Besatzungszeit zum Vorwurf gemacht. Aber diese Vorwürfe entstammten der Erregung schwerer Jahre. In Wahrheit hat der Kardinal in der Stille eine große Arbeit zum Wohl seines Volkes geleistet. Heute ist die Trauer um seinen Hingang allgemein.

Der Tod Maurice Blondels

Maurice Blondel, der Philosoph von Aix-en-Provence, der durch sein Werk „L'Action", das 1893 erschien, lange Zeit die Geister zumal im katholischen Frankreich auf das leidenschaftlichste bewegte und der erst mit 73 Jahren sein Lebenswerk mit acht Bänden veröffentlichte, ist am 4. Juni im Alter von 88 Jahren gestorben. Seit 1934 erschienen nacheinander La Pensée I 1934, II 1935; L'Etre et les êtres 1935; L'Action I 1936, II 1937; La Philosophie et l'Esprit chrétien I 1944, II 1946, III im Druck.
Blondel ist ohne Zweifel der bedeutendste Religionsphilosoph unserer Zeit. Seine Philosophie, die in der Wesenstat Sein und Denken wieder in einen inneren Bezug bringt, hat darüber hinaus fast alle Lebensgebiete befruchtet. Die jetzige führende katholische Generation verdankt ihr fast alles. Ohne Blondel hätte es keine Erneuerung des Thomismus in Frankreich gegeben in der Form, wie er durch Rousselot und Sertillanges und in Belgien durch Kardinal Mercier und Maréchal entwickelt worden ist. Ohne ihn keine moderne soziale Bewegung, wie sie z. B. heute durch Emmanuel Mounier und seinen Kreis verkörpert wird. Die theologische Schule von Lyon mit de Lubac an der Spitze lebt von seinen Impulsen, und selbst Gabriel Marcel, ganz abgesehen von den direkten Schülern Blondels, bewegt sich in seinen Spuren. Gaston Fessard charakterisiert den Einfluß Blondels folgendermaßen: „Es ist überflüssig, die hohe Bedeutung des Blondelschen Werkes zu betonen, ganz besonders die der Action von 1893. Je weiter die Zeit

fortschreitet, desto mehr wird man erkennen, daß dieses Werk im Keim die Lösung der meisten Probleme enthält, die heute die Philosophen im Bann halten. So kann man von Blondel sagen, daß er der geniale Vorläufer des französischen Existentialismus ist" („Etudes" Januar 1947).

Tagung der katholischen Akademiker Frankreichs

Der Katholische Akademikerverband Frankreichs (französische Sektion des Weltbundes Pax Romana) veranstaltete vom 8. bis 15. Mai 1949 in Paris die zweite *Semaine des Intellectuels Catholiques*. Schon die vorjährige erste Woche dieser Art (Thema: Die Geistesmenschen vor der Liebe Christi), an der von deutscher Seite Romano Guardini als Referent teilgenommen hatte, stellte eine eindrucksvolle Kundgebung der tiefgreifenden Erneuerungsbewegung im katholischen Frankreich dar. Während die berühmt gewordenen Semaines Sociales schon seit langen Jahren einen der bedeutendsten Fragenkomplexe des modernen Christentums untersuchen und programmatisch zum Ausdruck bringen, will die neue Einrichtung der Semaine des Intellectuels Catholiques in umfassender Form dartun, in welchem Maße die tiefsten geistigen Anliegen unserer Geschichtsepoche sich in der Botschaft Christi erfüllen können. Das Thema der diesjährigen Studienwoche lautete: *Glaube an Jesus Christus und moderne Welt.* Eine unerhörte Programmfülle erwartete die Teilnehmer, vor allem die ausländischen Delegationen, die mit freudiger Bewunderung die religiös-wissenschaftlichen Spitzenleistungen des französischen Katholizismus in gedrängter Form kennenlernen konnten. Die französischen Teilnehmer zählten ca. 3000. Die Bedeutung dieser Zahl wie überhaupt des tiefen Eindrucks, den die Semaine des Intellectuels auf die Pariser Geisteswelt im ganzen gemacht hat, kann nur recht gewertet werden, wenn man die schwere institutionelle und religiöse Krise der Kirche in Frankreich kennt, die in immer tödlicher scheinender Form seit der Französischen Revolution alle Bereiche des Lebens der Säkularisierung verfallen zu lassen drohte. Man kann heute sagen, daß diese schwere Krise der Kirche in Frankreich zum Heile geworden ist. Entblößt von jeder institutionellen und publizistischen Macht, mußte sie immer mehr den Weg der inneren Verlassenheit gehen. Die geschichtswidrige Verbindung hoher katholischer Kreise und Führungsschichten (Generalität, Bürgertum) mit Nationalismus, einseitigem Konservatismus und fortschrittsfeindlichem Denken machte bei allem äußerlichen Auftreten die religiöse Hohlheit allen ernsten Christen des Landes um so offenbarer.

In den Referenten Paul Claudel, Jacques Maritain und François Mauriac knüpfte die diesjährige Semaine des Intellectuels Catholiques an das Renouveau Catholique an, das auf der Ebene der Dichtung und des ursprünglichen Philosophierens zum ersten Mal wieder lebendigen Anschluß an das Geistesleben der Nation fand. In den Worten Paul Claudels über die Freiheit der Kunst und der Literatur vor dem Glauben zitterte, wie in allen Worten des großen Dichters, das große Geheimnis der gnadenvollen Erlösung, die den Christen nicht nur zum einzig freien Menschen, sondern in seinem lebendigen Zeugnis zum Befreier werden läßt. Mit Claudel sprachen noch Stanislaus Fumet, J. J. Bernard, Ruszkowski und J. Madaule über das gleiche Thema. Jacques Maritain, der große Neothomist, interpretierte in vollendeter, Freund und Gegner mitreißender Form Grenzen und Würde der natürlichen Grundlagen des geoffenbarten Glaubens. Etienne Gilson meisterte die schwierige Aufgabe der philosophischen und religiösen Synthese des Abends der Philosophen, an dem verschiedene Vertreter der Philosophie über das Thema „Situation der modernen Philosophien vor dem Glauben" sprachen.

Die umstrittensten Referenten der Woche waren zweifellos die publizistischen und politischen Gegner Emmanuel Mounier und Gustave Thibon, die über die Problematik „Glaube und moderne Zivilisation" sprachen. Mounier löst in ziemlich radikaler, jedoch keineswegs spiritualisierender Form die ewig junge Substanz der „Gemeinschaft der Christgläubigen" aus der kulturellen und zivilisatorischen Verkettung mit den abendländisch-mittelalterlichen Kulturformen. Er kritisiert scharf die negativ-defensive Haltung weiter Teile der westlichen Christenheit gegenüber Demokratismus, Sozialismus, Technik, Naturwissenschaft und moderner Organisation, deren Nichtheiligung dem Mangel an echtem Gottvertrauen und lebendigem Glauben entspringe und von den Christen kaum zu verantworten sei. In einem breit angelegten Exposé versuchte Mounier nachzuweisen, wie schwer den Gliedern der Kirche immer wieder die Überwindung historischer Bindungen geworden sei (Judaismus, Byzantinismus, Antike, Mittelalter usw.), wie sehr andererseits jedoch in den historischen Schwächen der irdischen Kirche die Macht des heiligen Geistes in ihr deutlich werde. Mounier verlangt vom modernen katholischen Christen loyales Engagement in Politik, Technik, Wissenschaft und Wirtschaft. Hier habe sich seine Glaubenskraft zu bewähren. Thibon, der erdhafte Autodidakt und grundkonservative Typus, vertrat in echtem dialektischem Gegensatz, der ergänzt und erfüllt, die Sorge über Entwurzelung und Entseelung des modernen Menschen.

An anderen Abenden standen theologische, naturwissenschaftliche und kulturgeschichtliche Probleme zur Debatte. Das Protokoll aller Sitzungen und Diskussionen wird einen Band füllen, der demnächst erscheint. Teilweise Übersetzung ins Deutsche ist geplant.

Der Leiter der deutschen Delegation, Stadtdechant Dr. Grosche, Köln, sprach auf der Schlußkundgebung neben François Mauriac, Paris, Graham Greene, London, Dr. Marias, Madrid, und Kardinal Suhard, Paris, über die Frage: „Ist der Christ von dieser Erde?" Es kann als ein Zeichen der tiefen und lebendigen Verwirklichung der Katholizität im neuen französischen Glaubensfrühling gewertet werden, daß den Worten des deutschen Priesters eine Welle herzlicher Sympathie und spontanen Beifalls entgegenschlug, wie sie kein anderer Redner auf der Schlußkundgebung erhielt. Während hüben wie drüben die Herzensträgheit so vieler Alltagspolitiker nicht von Vorurteilen und Resentiments loskommt, wächst in der sich erneuernden Kirche unserer Völker langsam und stetig, sichtbar für den lebendig Mithoffenden, der Geist der Liebe Christi. Seine Verwirklichung im illusionsfreien Werktag der Politik und im eigenen Tun wird das Schicksal des einst christlichen Abendlandes sein. Die Semaine des Intellectuels Catholiques in Paris gab uns allen neue Hoffnung mit.

Die Mission von Briey

Im Oktober vorigen Jahres fand im Kohlenrevier von Briey eine Volksmission statt, deren besonderer Charakter sie vielleicht zum Vorbild für viele künftige Volksmissionen in stark entchristlichten proletarischen Milieus macht.

Die Mission umfaßte 20 Pfarren mit ungefähr 50 000 Seelen in einem Industriegebiet hauptsächlich mit Eisenindustrie. Man hat hier also bewußt ein Gebiet gewählt, dessen Leben von Bergwerken und Hochöfen bestimmt wird. Fast alle Bewohner sind Arbeiter; die Bauernhöfe und Dorfhäuser von früher sind fast ganz verschwunden und haben Fabriken und Arbeitersiedlungen Platz gemacht.

Zuerst handelt es sich bei einem solchen Milieu darum, den Boden für die Mission sorgsam vorzubereiten. Dazu muß man vor allem den ganzen Umkreis der Pfarrgemeinde gründlich kennen lernen. Diese Arbeit wurde ein Jahr vor der Mission begonnen und verschaffte dem Pfarrer und den Missionaren eine sehr genaue Kenntnis der Bevölkerung. Ein halbes Jahr vor der Mission kam dann eine Vormission, um die überzeugten Gläubigen zum Gebet für den Erfolg der Mission aufzufordern.

Die beiden Hauptprobleme für den Missionar sind folgende: 1. die breite Masse zu erreichen, die der Pfarre aus Gleichgültigkeit, Menschenfurcht oder feindseliger Gesinnung fernbleibt und selbst auf die erfolgreichsten üblichen Missionen nicht reagiert, und 2. vorzubeugen, daß die Wirkung der Mission nicht nach Beendigung derselben sogleich wieder nachläßt.

Um das erste Problem zu lösen, hat die Mission eine Anzahl von jungen Laienhelfern eingesetzt, die jedes Haus der Gemeinde systematisch besuchen mußten, und zwar nicht nur einmal, sondern immer wieder. Dieser Einsatz von jungen Leuten und jungen Mädchen, auch von jungen Ehepaaren, war die hauptsächlichste Neuheit bei dieser Mission. Sie ist allgemein als ein künftig unerläßliches Hilfsmittel in der apostolischen Arbeit anerkannt worden. Diese Laien arbeiten in engster Verbindung mit der Priestergruppe der Mission und tauschen mit dieser täglich ihre Erfahrungen aus. Ein zweites wirksames Mittel war es, daß Versammlungen für die Mission nicht nur in der Kirche stattfanden. Im Laufe von vier Wochen werden gewöhnlich nur 16 bis 18 Abende in der Kirche abgehalten. An den andern Tagen, manchmal sogar gleichzeitig, werden Versammlungen der Bewohner eines Viertels oder eines Häuserblocks in einem neutralen Lokal abgehalten, oder es wird auch eine Familie aufgefordert, fünf oder sechs andere Familien zu sich zu einem Ausspracheabend einzuladen.

Die Mission geht nicht darauf aus, die Bevölkerung sogleich in die Kirche zurückzuführen oder einzelne Konversionen zu erreichen. Ihre Hauptsorge besteht darin, Gruppen zu bilden und Gemeinschaften zu beleben, die auch nach der Abreise der Missionare lebendig bleiben. Sie suchen auf jeder Lebensstufe begeisterte Seelen zu finden, die als Zeugen Christi im Leben der Pfarre wirksam sein können: unter den Kindern, den Jungmännern, den Jungmädchen, den Familien; unter den Arbeitern, Beamten, Ingenieuren usw.

Natürlich erfordert eine solche Mission ein zahlreiches „Personal", und zwar nicht nur an Laien (ungefähr 200 kamen den Priestern zu Hilfe), sondern auch an Geistlichen: die Priestergemeinschaft bestand aus 60 Ordensangehörigen. Eine besondere Bereicherung erfuhr diese Mission durch die Zusammenarbeit von 7 verschiedenen Orden oder Kongregationen: Franziskanern, Kapuzinern, Oblaten der Unbefl. Jungfrau Maria, Redemptoristen, Jesuiten, Picpucinern und Dominikanern. Außerdem nahm auch die Zentralorganisation der liturgischen Bewegung in Frankreich, das „Centre de Pastorale Liturgique" teil.

Außer den in einer Pfarre eingesetzten Missionaren gab es auch solche, die von einer Pfarre zur andern gingen und ihre besonderen Erfahrungen vermittelten, so z. B. Seelsorger der JOC und des MPF und andere spezialisierte Seelsorger. Mitglieder der liturgischen Bewegung führten die Bevölkerung in die Liturgie des heiligen Meßopfers und der wichtigsten Sakramente ein, indem sie z. B. bei einer Taufe, bei der Firmung die Zeremonien interpretierten und indem sie in jeder Pfarre die Gemeinschaftsmesse einführten. Diese Anleitung zum liturgischen Gottesdienst wird vor allem dazu beitragen, die Nachwirkung der Mission lebendig zu halten.

Gruß der französischen Katholiken der Pax-Christi-Bewegung an die Deutschen

Die Begründerin und Generalsekretärin der internationalen Pax-Christi-Bewegung, Madame Dortal-Claudot, verlas am 11. 6. 49 über den Bayerischen Rundfunk folgende Botschaft der französischen an die deutschen Katholiken:

Mit tiefer Ergriffenheit wende ich mich über die Wellen an die Katholiken Deutschlands, und ich fühle mich dazu ganz unwürdig. Ich will daher auch nicht versuchen, meine Gedanken, sondern die meiner Landsleute zum Ausdruck zu bringen.

Was wird also die Botschaft der Katholiken Frankreichs an ihre Brüder in Deutschland sein?

Sie wird zunächst eine Botschaft der Bewunderung für ihren tapferen Widerstand gegen die nazistische Verfolgung sein. Ist dies nicht der erste Gedanke, der sich dem Geist in der Hauptstadt des christlichen Bayernlandes aufdrängt, die dem Hirtenstab der heldenhaften und stolzen Persönlichkeit Seiner Eminenz des Kardinals von Faulhaber unterstellt ist?

Sie wird dann eine Botschaft tiefen Mitleids sein, für eure vielfache Trauer, für eure Ruinen und Zerstörungen, für eure Leiden aller Art, für die harte Trennung der Kriegsgefangenen, für den täglichen Kreuzweg der Verstümmelten, für den unauslöschlichen Schmerz der Witwen und Waisen, der ihrer Kinder beraubten Eltern. Alle diese Leiden sind die unsrigen gewesen, wir leiden noch immer darunter wie ihr, wir verstehen sie daher auch besser als irgend jemand.

Sie wird auch eine Botschaft der Reue sein. Auch wir haben in der Vergangenheit gesündigt, gegen den Frieden, gegen die christliche Liebe, gegen die Gerechtigkeit, gegen Christus.

Wir tragen unseren Teil der Verantwortung, und für diesen Teil der Verantwortung bitten wir Jesus, den Fürsten des Friedens, um Verzeihung.

Sie wird schließlich eine Botschaft der Liebe und Hoffnung, der Einigkeit in der Aktion sein; mit euch brüderlich in Christus vereinigt, wollen wir die Stadt Gottes bauen, den Frieden fest begründen, als liebende Söhne dem Stellvertreter Christi gehorchen und in seiner Fülle den mystischen Leib Christi verwirklichen, dessen Glieder wir alle sind und dessen Haupt Jesus Christus ist.

Pax Christi in Regno Christi.

Die neunte Sozialwoche der spanischen Katholiken

In Madrid fand vom 25. bis 30. April die IX. Sozialwoche der spanischen Katholiken statt. Wir haben besonders in unserem vorigen Heft versucht, die Eigentümlichkeit der religiösen Lage in Spanien einigermaßen zu verdeutlichen („Spanischer Katholizismus", „Probleme des christlichen Staates" und „Die spanische

Religionspolitik in der Weltöffentlichkeit"). Diese Lage gibt den Vorgängen im spanischen Katholizismus, insbesondere aber den Arbeiten der Katholischen Aktion ein besonderes Gewicht. Wir haben schon öfter berichtet, daß es gewisse, von einem kleinen Personenkreis getragene soziale Unternehmungen in Spanien gibt, die nicht nur dafür zeugen, daß etwas von den Problemen der neuen Welt auch in dem so stark traditionsgebundenen Spanien lebendig ist, sondern die auch eine interessante eigene Note haben. Unter den führenden Persönlichkeiten ragt besonders Msgr. Angel Herrera, der Bischof von Malaga, hervor, über dessen Werdegang wir schon früher berichtet haben (Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 11, S. 481).

Das Thema der diesjährigen spanischen Sozialwoche lautete: „Für eine gerechtere Verteilung des Reichtums". Dieses Thema hat seine Bedeutung darin, daß die Spanne zwischen Reichen und Armen in Spanien außerordentlich groß ist, daß die sozialen Forderungen mehr als anderswo bisher allein vom kommunistischen Proletariat der Großstädte vertreten worden sind und daß die Kirche noch stark in der überlieferten Welt eines im übrigen Abendland kaum mehr zu findenden Feudalismus gebunden ist.

Den bedeutendsten Vortrag auf dieser Tagung hielt Msgr. Herrera über das Thema: „Die Gedanken der Päpste über die Beziehungen zwischen Arbeit und Betrieb".

Im Ganzen beherrschten zwei Gesichtspunkte die Tagung, nämlich erstens der Wille, sich streng innerhalb des Lichtkreises der kirchlichen Lehre zu halten, und zweitens die Erkenntnis der dringenden Notwendigkeit, die wirtschaftlich-sozialen Probleme zu lösen, um das menschliche Handeln in sichere Bahnen zu lenken.

An der Tagung nahmen als Gäste aus Italien Rechtsanwalt Vittorino Veronese, der Leiter der Katholischen Aktion in Italien, und Msgr. Pavan, der Leiter der Sozialwochen Italiens, teil.

Sozialwerk des Bischofs von Malaga

In Malaga wurde der gemeinnützige Bauverein vom Heiligsten Herzen Jesu, ein Werk des Bischofs Dr. Angel Herrera Oria, gegründet. Vor kurzem erließ der Bischof ein Hirtenschreiben, in dem er auf dieses Werk hinwies und einen Überblick über die wirkliche Lage des Wohnungsproblems in Malaga gab. Er sagte unter anderem, daß die Wohnungsnot ein Übel ist, das vor allem die minderbemittelten Schichten trifft und das sich auf deren religiöses Leben und die Moral in der Familie verhängnisvoll auswirkt. Der Verein hat schon Grundstücke mit einer Ausdehnung von 600 000 qm in einem Terrain zwischen den Landstraßen von Alora und Antequera erworben. Auf diesen Grundstücken werden Wohnungen mit niedriger Miete für Arbeiter gebaut. Auch werden neue städtische Wohnviertel mit allem Notwendigen gebaut; Kirchen, Schulen, ärztliche Betreuungsstellen, Märkte, Grünzonen, Kindergarten, Kinderbewahranstalt, Sportplatz usw. sind vorgesehen. Bei der ersten Tagung des Vereins unter dem Vorsitz des Bischofs ist ein permanenter Ausschuß gebildet worden, der sich aus führenden Persönlichkeiten Malagas zusammensetzt, und es sind Vertreter der wichtigsten Behörden zu Ehrenmitgliedern des Vereins ernannt worden.

In der Ausschußsitzung des Förderkreises des gemeinnützigen Bauvereins vom Heiligsten Herzen Jesu erläuterte der Bischof in großen Linien, woraus der Plan der Mustergemeinde besteht, die das erste große Werk ist, das der Bauverein ausführt. Es ist eine Gemeinde von 10 000 Personen geplant, d. h. 2000 Wohnungen. Eingehend wurde ein Vorprojekt mit Beschreibung der öffentlichen Baulichkeiten, aus denen die Gemeinde bestehen wird, geprüft: Kirche, Gebäude der Katholischen Aktion, Bauten für Unterricht, Caritas, Erholung, Vorführungen, Sport, usw. Übereinstimmung herrschte darüber, so viel wie möglich Einfamilienwohnungen mit Hof zu schaffen. Auch soll wenigstens eine Gruppe von hundert Wohnungen mit Nutzgarten errichtet werden. Die meisten Wohnungen sind für die Arbeiterklasse geplant, ohne jedoch die Bedürfnisse des Mittelstandes zu vergessen.

Schwindender Nachwuchs und steigender Personalbedarf in den Orden

Wie tief die welterschütternden Ereignisse der vergangenen 15 Jahre auch das innerkirchliche Leben Mitteleuropas beeinflußt haben, zeigt ein Bericht des NCWC News Service, der sich mit dem Klosternachwuchs befaßt. Es ist eine betrübliche Erscheinung, daß in allen europäischen, auch vom Kriege nicht betroffenen Ländern, wie der Schweiz, die Zahl der Klosternovizen stetig im Sinken begriffen ist. Ein Blick in die Klöster der Erzdiözese Wien möge ein charakteristisches Bild geben.

Die dreißig männlichen Orden und Kongregationen der großen Erzdiözese haben insgesamt nur 27 Novizen, die sich auf 5 Klöster verteilen. Der in Wien so hervorragend vertretene und mit der Geschichte der Stadt aufs engste verbundene Dominikanerorden hat in diesem Jahr nur einen einzigen Novizen.

Auch die Zahl der jungen Mädchen, die den Schleier nehmen, wird bemerkenswert klein. Unter den 40 Frauenklöstern der Erzdiözese Wien sind 20 ohne jeden Nachwuchs. Die insgesamt 360 weiblichen Novizen verteilen sich also auf 20 Niederlassungen.

Interessant erscheint es, daß die weitaus größte Mehrheit der jungen Menschen, die den Ordensberuf als Lebensaufgabe erwählten, sich bei der Wahl ihrer neuen Heimat nicht vom Ruhm und der verehrungswürdigen Tradition alter Orden bestimmen, sondern von den Haupterfordernissen unserer Zeit leiten ließen, indem sie sich den caritativen Gemeinschaften anschlossen, deren Wirkungsfeld im Dienst an Armen und Kranken und in den Missionen liegt.

Denn das Problem des Priester- und Ordensnachwuchses, das uns schon in Europa Anlaß zu ernster Besorgnis wird, ist im Hinblick auf die Missionen noch viel dringlicher. P. De Marchi, der Rektor des Seminars „Unsrer Lieben Frau von Fatima" in Fatima selbst, in dessen Kloster Missionare für Afrika und Südamerika ausgebildet werden, bezeichnet als eines der wichtigsten Anliegen der Missionen die Errichtung von Seminaren für die Ausbildung einheimischer Priester. Denn die außerordentliche Zunahme der Konversionen in Afrika kann in 10—12 Jahren leicht dazu führen, daß die Zahl der afrikanischen Katholiken zwei- bis dreimal so groß sein wird wie die des europäischen Kontinents. Bis jetzt zählt Afrika 15 Millionen Katholiken, die aber dringend der Hilfe von außen bedürfen.

Die „Gemeinschaft Unserer Lieben Frau vom Wege" in Wien

Die „Gemeinschaft Unserer Lieben Frau vom Wege", die mit Urkunde vom 7. März 1948 vom Kardinal Innitzer als Institutum saeculare im Sinn der Apostolischen Konstitution „Provida Mater Ecclesia" vom 2. Februar 1947 (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 1, H. 9, S. 423) kanonisch errichtet wurde, ist eine religiöse Vereinigung berufstätiger Frauen zur Pflege der Frömmigkeit und des Apostolates. Ihre Anfänge gehen in das Jahr 1936 zurück, als sich eine Anzahl berufstätiger Frauen zu einer Pia Unio vereinigte, zunächst in Wien, dann auch in anderen Diözesen.

Die Mitglieder verpflichten sich in Form eines Gelübdes zur Beobachtung der drei evangelischen Räte, führen aber kein klösterliches Leben und tragen kein äußeres Zeichen der Zugehörigkeit. Ihr geistliches Leben ist ganz auf die Exerzitien des heiligen Ignatius aufgebaut.

Durch das Gelübde der Ehelosigkeit soll der Stand der gottgeweihten Jungfrauen, wie er in den ersten christlichen Jahrhunderten bestanden hat, erneuert werden. Der Gehorsam besteht in der Beobachtung der gemeinsamen Tagesordnung, in der Erfüllung der übrigen Pflichten und zugewiesenen Arbeiten und in der Rechenschaftsablegung, die über die Einhaltung der Tageseinteilung jeden Monat zu leisten ist. Ferner soll ohne Rat und Billigung der Vorgesetzten weder im geistlichen Streben noch in der eigenen Lebens- und Berufsgestaltung oder in der apostolischen Sorge etwas Besonderes unternommen werden. Die Armut findet ihren Ausdruck in schlichter Lebensführung und in der monatlichen Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben. Jede Schwester ist verpflichtet, ein rechtsgültiges Testament zu verfassen.

Der oberste kirchliche Leiter der Gemeinschaft ist der Erzbischof von Wien. Er ernennt einen Präses, der von den Vorgesetzten über alle Angelegenheiten der Gemeinschaft informiert wird und dessen Zustimmung zur Ernennung der Vorgesetzten und ihrer Helferinnen und zur Entgegennahme der Gelübde erforderlich ist. Doch die innere Leitung der Gemeinschaft mit wahrer potestas dominativa obliegt der Vorgesetzten. Sie trägt die Verantwortung für Geist und Wirken der Gemeinschaft.

Die Tageseinteilung, zu der alle Schwestern verpflichtet sind, sieht vor: Morgengebet und Betrachtung; heilige Messe und Kommunion mit Gedenken der Gemeinschaft; Mittagsgebet (wenigstens den Engel des Herrn); Besuchung des Allerheiligsten; Rosenkranzgebet, geistliche Lesung, Vorbereitung der Betrachtung und heiligen Messe des kommenden Tages nach dem Meßbuch der Kirche, Abendgebet, Gewissenserforschung und Aufschreiben der Rechenschaft. Über die Einhaltung der Tageseinteilung wird jeden Monat vor eigens damit beauftragten Schwestern Rechenschaft abgelegt.

Die Schwestern sollen oft zu gemeinsamen Aussprachen und Exerzitien zusammenkommen. Sie sollen kleine Gruppen bilden, und dort, wo räumliche Entfernungen den persönlichen Kontakt erschweren, durch Briefe miteinander in Verbindung bleiben.

Alle Schwestern leisten für die Gemeinschaft einen Beitrag, damit die apostolischen und karitativen Aufgaben und besonders die Obsorge für die kranken und erwerbsunfähigen Schwestern durchgeführt werden können. Die Gelübde werden nach einer Probezeit, deren Dauer im Ermessen der Vorgesetzten liegt, auf jeweils ein Jahr und später auf Wunsch auf ewig abgelegt. Doch werden ewige Gelübde nicht gefordert und sind auch nicht Voraussetzung für die Übertragung eines Amtes. Die Gemeinschaft zählt gegenwärtig 75 Mitglieder, davon 44 in Wien. Weitere 75 befinden sich in der Vorbereitungszeit. Präses ist Univ.-Prof. Ernst Tomek, Vorgesetzte Frau Maria Elisabeth von Strachotinsky.

Die apostolische Aufgabe, die neben dem persönlichen religiösen Leben die zweite Verpflichtung der Gemeinschaft darstellt, wird nicht durch ein gemeinsames Werk erfüllt, sondern einzeln im jeweiligen Beruf. Sehr viele Mitglieder sind in der Seelsorgehilfe und Katholischen Aktion tätig, einige auch hauptberuflich.

Aus Ost- und Südosteuropa

Die Spannungen in Polen

Der Bericht über Polen im Juniheft schloß in Erwartung einer Reaktion der Regierung auf den gemeinsamen Hirtenbrief der Bischöfe vom 24. April. Die Maifeiern boten dazu die erwünschte Gelegenheit. Zum Wortführer machte sich General Zawadski, der Sekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei. Er beschuldigte die Bischöfe, „einen verräterischen Kampf gegen den Staat zu führen" und kündigte die Antwort an: „einen rücksichtslosen Kampf gegen den Teil der polnischen Geistlichkeit, der sich nicht der Volksdemokratie unterwerfen will." Die Presse schrieb im gleichen Sinne und griff besonders den neuen Primas, Erzbischof Wyszynski, an.

Diesen Worten sind aber bisher keine entsprechenden Taten gefolgt. Die irische Zeitung „The Standard" hat sich von einem Sonderkorrespondenten berichten lassen, es sei nicht ausgeschlossen, daß man den offenen Kirchenkampf hinausschieben möchte. Die Berichte sprechen von wachsendem politischem und religiösem Widerstand in Polen. Die Bedeutung der Untergrundbewegung sei im Wachsen, und selbst in der Armee habe man patriotische Zellen entdeckt. Sogar die Propaganda gegen den Atlantikpakt sei eingestellt worden, weil sie sich dahin ausgewirkt habe, im Volk Hoffnungen auf Befreiung zu wecken. Das religiöse Leben bekunde sich in überfüllten Kirchen und habe gelegentlich des Papstjubiläums in denkwürdigen Treuebekenntnissen einen Ausdruck gefunden, der der Regierung zu denken gebe. Das Volk verharre gegenüber der offiziellen Propaganda in eisiger, schweigender Ablehnung.

Zufolge einer Meldung der „Kipa", die aus mehreren Ländern bestätigt wird, lautet die kirchenpolitische Parole der Kominform zur Zeit dahin, daß die Bemühungen um die Bildung nationaler Kirchen zu verstärken sind. Diese Bemühungen waren erfolgreich, soweit es sich um unierte Kirchen handelte. In Galizien z. B. sind nach einem neuerdings veröffentlichten Bericht des vor kurzem von den Russen ausgewiesenen Redemptoristenprovinzials de Vocht nunmehr sämtliche unierte Gemeinden zum Schisma übergetreten. Wesentlich schwieriger ist natürlich die Bildung schismatischer Kirchen des lateinischen Ritus. Voraussetzung dafür ist die Spaltung des Klerus. In Polen gibt man zu diesem Zweck solchen Äußerungen große Publizität, die angeblich aus geistlichen Kreisen stammen und für eine Versöhnung der Kirche mit dem Staat plädieren. Man benutzt sie, um gegen den „unversöhnlichen Episkopat" Stimmung zu

machen. Gleichzeitig wird versichert, die Kirche habe keine Verfolgung zu befürchten, wenn sich die guten und fortschrittlichen Elemente, deren Stimme man soviel Gehör verschafft, durchzusetzen wüßten. Daß im übrigen aber auch Polen in der kommunistischen Front nicht zurückbleibt, zeigt folgende Nachricht:

Um eine politisch und ideologisch verläßliche Elite heranzubilden, unterzieht das kommunistische Regime Polens die Studenten einer strengen Prüfung. An allen Universitäten wurden sogenannte Fünfer-Komitees eingerichtet, die aus dem Dekan, einem Vertreter der Kommunistischen Partei, einem Gewerkschaftler, einem Mitglied der gleichfalls linksgerichteten Bauernpartei und einem Hochschulprofessor zusammengesetzt sind. Die Studenten, die Aussicht auf Zulassung haben wollen, müssen folgenden Anforderungen genügen: sie sollen womöglich Kinder von Arbeitern oder Bauern sein; sie müssen unbedingt Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation gewesen sein und sich als zuverlässig erwiesen haben; sie müssen umfangreiche Kenntnisse über das neue Polen, über die Sowjetunion, den Marshall-Plan und den „reaktionären Vatikan" vorweisen. Dieser geistigen Ausrichtung der Universitäten müssen sich auch die höheren Schulen anpassen, in denen die marxistische Philosophie immer stärker in den Unterricht eingebaut wird. Die Lehrer müssen Vorträge besuchen, die ihnen diese Kenntnisse vermitteln, und müssen unter ihren Schülern Debatten über den Marxismus veranstalten. Um auch den Einfluß des Elternhauses zurückzudrängen, wurden Elternausschüsse gebildet, um für eine „demokratische häusliche Atmosphäre" der Kinder zu sorgen und „reaktionäre Eltern" soweit wie möglich von der Erziehung fernzuhalten.

Energischer Widerstand der tschechoslowakischen Bischöfe

Der Erzbischof von Prag, Msgr. Beran, stellte fest, daß auch in der Tschechoslowakei der Versuch unternommen wird, mit Hilfe einiger „katholischer" Politiker und abgefallener Priester eine Nationalkirche ins Leben zu rufen. Diesem Ziel dient auch die Gründung „katholischer" Organisationen durch den Staat, z. B. einer „Katholischen Aktion", und die Herausgabe von Zeitschriften wie die „Christliche Frau", vor denen die Kirche warnen müßte.

Die Bischöfe haben in einem gemeinsamen Hirtenbrief Mitte Mai noch einmal ihre Beschwerden zum Ausdruck gebracht, um die Verantwortlichkeit für die unheilvolle Verschärfung der Spannungen zum Ausdruck zu bringen. Darin heißt es:

„Die katholische Presse ist nach und nach unterdrückt und zum Schweigen gebracht worden. Wir haben gegen diese Maßnahmen entschieden protestiert, und auf die Proteste hin sind in den meisten Diözesen nun auch die kirchlichen Amtsblätter verboten, die nicht einmal von der deutschen Besatzungsmacht unterdrückt wurden". Weitere Maßnahmen richten sich gegen die Veröffentlichung katholischer Literatur. Jedes katholische Buch, selbst die Gebetbücher, müssen der Vorzensur unterworfen werden, die jedes ihr nicht genehme Buch am Erscheinen hindert. So wurde zum Beispiel ein Vorbereitungsbüchlein für das Heilige Jahr verboten. Dann sprechen die Bischöfe von den Schulen. In Mähren und der Slowakei existiert keine einzige kirchliche Schule mehr, während in Böhmen die Laisierung schnelle Fortschritte macht. Die Jugend wird, genau wie in der deutschen Besetzungszeit, in die staatliche Zwangsorganisation gepreßt, während die kirchliche Jugendarbeit auf den Religionsunterricht und Zusammenkünfte in den Kirchen beschränkt ist. In mehreren Gegenden sind Kollektenverbote verhängt worden, obwohl die Kirche nach der Beschlagnahme ihrer Unterhaltsquellen ganz auf die Mildtätigkeit der Gläubigen angewiesen ist. Alle diese Maßnahmen stehen im Gegensatz zur Verfassung, was im einzelnen nachgewiesen wird. Die Bischöfe stellen zum Schluß fest, daß sie es gewesen sind, die immer wieder auf Verhandlungen mit der Regierung gedrängt haben. Ihre letzte Sitzung, die der Vorbereitung solcher Verhandlungen diente, habe aber abgebrochen werden müssen, als man im Beratungszimmer ein verborgenes Mikrophon entdeckte.

Von besonderer Bedeutung ist es, daß die Bischöfe es in diesem Hirtenschreiben für die Zukunft ablehnen, bei bestimmten Gelegenheiten Loyalitätserklärungen für die Regierung abzugeben, wie es die übrigen Kirchenleitungen zu tun pflegen. Aufgabe der Kirche sei es, für das Heil der Seelen zu wirken, während der Staat sich mit den irdischen Angelegenheiten beschäftigen solle. Daß die Kirche den Frieden wünscht und den Krieg verwirft, sei durch die Erklärungen der Päpste genugsam bekannt. In einem weiteren Schreiben an den Klerus erklärte der Prager Erzbischof alle weiteren Verhandlungen mit den Kommunisten als „hoffnungslos und gegenstandslos".

Erzbischof Beran protestierte außerdem dagegen, daß die Regierung neuerdings ein Informationsblatt für den katholischen Klerus herausgibt, wozu nur die kirchliche Obrigkeit ein Recht habe. Er forderte die Geistlichen auf, es nicht zu beachten, und bedrohte die Mitarbeit an diesem Blatt mit Exkommunikation. Er richtete ferner ein Schreiben an den Vorsitzenden der sogenannten katholischen Volkspartei, Minister Petr, worin er dieser Partei das Recht abspricht, sich katholisch zu nennen, und denjenigen, die die kirchenfeindlichen Maßnahmen der Regierung unterstützen, die Exkommunikation androht. In diesem Schreiben ist auch die Äußerung über die nationalkirchlichen Bestrebungen enthalten, die wir oben erwähnten. Es ist die schärfste Verlautbarung, die der Prager Erzbischof herausgegeben hat.

Der kommunistische Parteikongreß antwortete darauf am 28. Mai durch lange Ausführungen des Unterrichtsministers Nejedly und des Propagandaministers Kopecky. Der letztere griff besonders die „auswärtige Macht und Einmischung des Papstes" an und sagte klar und deutlich, daß der Staat die Erziehung aller Kinder im Sinne des Leninismus beansprucht und jede Stellungnahme dagegen als Staatsfeindlichkeit auslegt. Den Staatsfeinden drohte er schonungslosen Kampf an, auch wenn sie das geistliche Gewand tragen. Der Erziehungsminister kündigte ein Gesetz über die Einrichtung staatlicher Kindergärten an, deren Besuch für alle Kinder verpflichtend sein soll. Eine unscheinbare Maßnahme unterstreicht die Absichten der Regierung. Ihre Amtsstellen haben mit einer Bestandaufnahme aller kirchlichen Vermögenswerte begonnen. Ebenso werden die Einnahmequellen aller kirchlichen Organe erfaßt. Erzbischof Beran wies daraufhin die Gemeinden an, über ihre Einkünfte und Vermögensbestände den Staatsbehörden keine Auskunft zu geben. Nur die kirchliche Obrigkeit habe ein Anrecht darauf.

Ungarn nach den Wahlen

Wir können an erster Stelle die traurige Nachricht nicht übergehen, die Radio Vatikan am 13. Mai — nach Redaktionsschluß unseres Juniheftes — durch Sondermeldung bekanntgab: Kardinal Mindszenty ist hoffnungslos erkrankt und nicht mehr im Besitz seiner geistigen Kräfte. Diese Nachricht beruht auf der Mitteilung eines ungarischen, namentlich nicht genannten Arztes, der zu einem Besuch beim Kardinal beordert wurde und dem es später gelang, über Wien nach Rom zu entkommen.

In Ungarn haben die Kommunisten bei den Wahlen den voraussehbaren fünfundneunzigprozentigen Sieg errungen. Vor zwei Jahren waren es 22%. Zwei Priester ziehen ins Parlament ein, der suspendierte frühere Pfarrer Balogh aus Szeged, der im letzten Parlament die „unabhängige demokratische Partei" führte, und der jetzige Stadtrat Spacel aus Budapest. Der Erzbischof von Eger, Msgr. Czapik, hatte zuvor einen Hirtenbrief erlassen, worin es hieß, daß die Kirche keine Erklärung zu den Wahlen abgebe und sich außerhalb des politischen Lebens halten wolle. Jedoch habe kein Priester die Erlaubnis, für die Wahl zu kandidieren. Erzbischof Groß von Kalocza hatte erklärt, daß die Bischöfe „gern alle Bestrebungen unterstützen, die den wahren Interessen des Landes und der Hebung des Lebensniveaus des ungarischen Volkes dienen". Soweit wurde die Erklärung von der Presse bekanntgegeben. Dann hieß es weiter, daß „der Mensch nicht vom Brot allein, sondern auch vom Worte Gottes lebt und daß die Bischöfe daher fordern müssen, daß auch die Erfüllung der seelischen Anliegen des ungarischen Volkes und die volle Religionsfreiheit der ungarischen Kirche einen organischen Bestandteil des Wiederaufbaus bilde". Diese Worte wurden nicht bekanntgegeben.

Zu den Wahlen selbst erübrigt sich wohl ein Kommentar. Nach ihrer Beendigung wurden jene kirchlichen Personen, die sich daran beteiligt haben, durch einen Sprecher der Regierung belobigt und ihre Beteiligung als Entgegenkommen gegenüber der begonnenen „sozialen Versöhnung" ausgelegt.

Auch aus Ungarn erfährt die französische Zeitung „Clergé Informations" (27. 5. 1949) von Spezialkorrespondenten, daß die Regierung die Absicht habe, noch in diesem Jahre eine Nationalkirche zu schaffen. Jedoch wird der Widerstand der Katholiken hart sein, so hart, daß schon jetzt der Chef der Partei, Rakosi, zu der Klage genötigt wurde: es gebe leider in Ungarn viele Mindszenty.

Einen gewissen Aufschluß über die Haltung der Gläubigen gewinnen wir aus der kürzlich veröffentlichten Statistik der Erstkommunionen. Ihre Zahl ist gegen das Vorjahr um 3% gesunken. In den Landgemeinden gingen 50—60%, in Industriegemeinden etwa 40% der infragekommenden Kinder zu den Sakramenten.

Ungarn zählt gegenwärtig ungefähr 7 Millionen Katholiken, 5251 Priester, von denen ungefähr 1400 Ordensmitglieder sind, 2152 Pfarreien und 17 Bischofssitze, davon zwei unierte.

Die Kirchenpolitik der ungarischen Regierung muß im Rahmen ihrer allgemeinen Ziele betrachtet werden. Darüber äußerte sich vor kurzem Joseph Reval, der Leiter des politischen Erziehungswesens. Es gelte, nunmehr die bäuerlichen und kleinbürgerlichen Elemente aus der Politik zu eliminieren und den arbeitenden Klassen die ganze Macht zu übergeben. Die Richtung zur Diktatur des Proletariats nach russischem Vorbild wird mit größerer Konsequenz und beschleunigtem Tempo eingeschlagen werden. Die Beseitigung des kirchlichen Einflusses auf dem Lande ist die erste Voraussetzung dafür, die zweite wird die Umwandlung der lebensunfähigen Betriebe, die durch die Agrarreform geschaffen wurden, in landwirtschaftliche Kolchosen sein, die dritte endlich die Wiederaufrichtung einer roten Armee, deren Instruktoren bereits jetzt in Rußland ausgebildet werden. Es kann also gar kein Zweifel darüber walten, daß auch Ungarns Weg vorgezeichnet ist.

Wachsender Widerstand in Rumänien

Über die Verhältnisse in diesem Lande äußerte sich gegenüber der italienischen Wochenschrift „L'Ora dell'Azione" der aus Bukarest entkommene Professor Mararu. Er sagte, daß ungefähr 600 Priester der zwangsweise ins Schisma überführten unierten Kirche Siebenbürgens in Haft sind, weil sie sich weigerten, den Übertritt zu vollziehen. Die verhafteten unierten Bischöfe befinden sich in einem orthodoxen Kloster, wo sie häufiger vom rumänischen Patriarchen Justinian persönlich aufgesucht werden.

Mararu machte die wichtige und neue Mitteilung, daß die Verfolgung sich auch gegen zahlreiche orthodoxe Geistliche richte und daß hunderte von ihnen in Haft seien. Priester, die im Amt bleiben wollen, müssen einen dreimonatigen marxistischen Kurs absolvieren. Man sei berechtigt anzunehmen, daß die weitaus überwiegende Mehrzahl der orthodoxen Priesterschaft weder das Regime noch auch im besonderen seine Gewaltaktion gegen die unierte Kirche billige. Die Geistlichen sähen im Patriarchen einen Verräter der Kirche. Auch im Volk sei die stille Opposition sehr groß. 12 000 Offiziere und 80% der Beamten seien dem staatlichen Reinigungsprozeß zum Opfer gefallen, und ein erheblicher Teil von ihnen gehöre der Widerstandsbewegung an. Mararu schätzt die Zahl der kommunistischen Parteigänger im Lande auf 10%.

Die lateinische Kirche leidet unter den Auswirkungen des Religionsgesetzes vom vergangenen Sommer. In Ausführung dieses Gesetzes sind kürzlich zwei Bischöfe und 137 Geistliche wegen antidemokratischer Tätigkeit ihrer Ämter enthoben worden. Da auch jede Neuernennung eines Geistlichen für irgendein Amt der staatlichen Bestätigung bedarf, ist die Kirche dem Staat völlig ausgeliefert, bzw. in die Illegalität gedrängt.

Aus Nord- und Südamerika

Der neue amerikanische Katechismus

In diesem Frühjahr erschien als Frucht dreizehnjähriger Arbeit eine neue Ausgabe des sogenannten Baltimore-Katechismus, der seit 1880 in den Vereinigten Staaten gebraucht wird. Aus dem ursprünglichen Buch sind allmählich vier Typen entwickelt worden, der Erstkommunion-Katechismus als kürzeste und einfachste Zusammenfassung der christlichen Wahrheiten, der „Katechismus der christlichen Lehre Nr. 1" zum Gebrauch im Anschluß an die Erstkommunion, also in den niederen Klassen der Volksschule; der „Katechismus der christlichen Lehre Nr. 2", der dem ursprünglichen Baltimore-Katechismus entspricht

und für die gesamte Volksschule ausreicht; endlich der Katechismus Nr. 3, die „annähernd vollständige Darlegung der christlichen Lehre" für den Gebrauch in den höheren Schulen und in der Erwachsenen-Katechese. Er unterscheidet sich vom Typ Nr. 2 dadurch, daß dem gleichen Text der Antworten erweiternde oder genauer präzisierende Feststellungen und die wichtigsten Schrifttexte hinzugefügt sind. Dieser Typ ist dazu bestimmt, dem Christen in der amerikanischen Welt ein genaues und gut formuliertes Wissen in Glaubensdingen und eine auf das Berufsleben anwendbare Sittenlehre zu vermitteln. Die Formulierung der Grundwahrheiten ist bei allen Typen möglichst die gleiche, so daß sie sich wirklich einprägen kann.

Die Zielsetzung

Die vollständigste Ausgabe, Typ 3, hat 440 Seiten im Oktavformat bei großem Druck, ein Register von 10 Seiten, 499 Fragen, einen Gebetsteil von 16 Seiten und einen fünfseitigen Anhang: „Warum bin ich katholisch?", der in 16 Fragen und Antworten die Rechtfertigung des Glaubens vor der Vernunft enthält. Über den Sinn der neuen Ausgabe unterrichten folgende einführende Worte der verantwortlichen Bischofskommission: „Die Bischofskommission für die Bruderschaft von der christlichen Lehre legt mit diesen Katechismen einen Text vor, keinen Kursus. Der Text, hoffen wir, bietet theologisch exakte Formulierungen, soweit möglich unter Ausschluß bloßer theologischer Meinungen. Der Text des Katechismus Nr. 3 soll eine Quelle sein, aus der Lehrer und Verfasser von Lehrbüchern genaue Informationen schöpfen können. Dieser Text soll Lehrer und Schriftsteller ermutigen, Religionskurse vorzubereiten, die die gebotene Rücksicht auf die Grundsätze und Regeln der Pädagogik nehmen und Illustrationen und Diagramme enthalten. Von den frühesten Jahren an über Volksschule, höhere Schule und College sollen Kinder und Schüler mit dem Text des Katechismus vertraut werden; Religionslehrbücher sollen nur als Ergänzung dienen."

Der neue Katechismus behält die Frage- und Antwortform bei. Er gliedert sich in drei Hauptteile: Glaubensbekenntnis, Gebote, Sakramente und Gebet. Der erste Hauptteil enthält 14, der zweite 8, der dritte 16 Lehrstücke. Die Lehre von der Sünde schließt sich an die Behandlung des ersten Sündenfalls, die von der Gnade und den Tugenden an die Darstellung des Heiligen Geistes an. Das Dogma vom Corpus Christi mysticum ist auf die übliche letzte Frage im Traktat über die Kirche beschränkt geblieben, von der in 34 Fragen gehandelt wird.

Anleitung zur Vollkommenheit

In der Sittenlehre steht die Darlegung des Sinnes und der Möglichkeiten positiver Erfüllung der Gebote der Abhandlung der Sünden voran. Bezeichnend ist schon die Vorfrage: „Sollen wir uns damit begnügen, die Gebote Gottes zu halten? Wir sollen uns nicht damit begnügen, die Gebote Gottes zu halten, sondern immer bereit sein, Gutes zu tun, auch wenn es nicht befohlen ist". Dazu in Typ 3 die folgende Ergänzung: „a) Die Gebote Gottes legen die Mindesterfordernisse für das Heil fest. Sie sollen nicht bloß nach dem Buchstaben, sondern auch nach ihrem Geist erfüllt werden, der uns verpflichtet, nach größerer Vollkommenheit zu streben". Es folgt dann der Abdruck von Mt. 19, 16—22, die Unterhaltung zwischen Jesus und dem reichen Jüngling. Daran schließt sich die Darstellung der evangelischen Räte mit der abschließenden Bemerkung: „e) Personen, die den Ordensstand nicht erwählen, können in ihrem besonderen Stande nach Vollkommenheit streben, wenn sie den Geist der evangelischen Räte befolgen. Der Geist der Armut wird sie anregen, auf viele unnötige Dinge zu verzichten, um den Armen zu helfen. Verheiratete werden danach streben, ihr Leben in ehelicher Keuschheit zu vollbringen, und die Wahrheit verwirklichen, daß man die Nachkommenschaft nur durch tugendhaftes Leben beschränken kann. Der Geist des Gehorsams wird sie gegen die rechtmäßigen Oberen fügsam machen, in denen sie die Stellvertreter Gottes sehen". In diesem Zusammenhang werden ferner die Werke der Barmherzigkeit ausführlich dargestellt.

Politik

Das politische Leben ist stark berücksichtigt. Beim zweiten Gebot werden die Grenzen des Amts- und Verfassungseides aufgewiesen. Das dritte Gebot erläutert ausführlich die „knechtliche" Arbeit. Das vierte widmet dem modernen Erziehungsproblem, den Elternpflichten, klare und deutliche Sätze. Bei den Bürgerpflichten ist die Rede vom Widerstandsrecht gegen Tyrannen, von der Wahlpflicht, vom Steuerzahlen und vom Waffendienst. „Die Bürger haben ein Recht, sich gegen Tyrannei zu wehren, wenn es keinen andern Weg gibt, die Ausübung ihrer grundlegenden menschlichen Rechte zu sichern". „Die Bürger sollen ihr Wahlrecht ausüben. Dies ist eine sittliche Pflicht, wenn dadurch das Gemeinwohl des Staates oder das Wohl der Religion, besonders in ernsten Angelegenheiten, gefördert werden kann. Die Bürger sollen diejenigen Kandidaten wählen, die nach ihrem Urteil am besten geeignet sind, die Pflichten eines öffentlichen Amtes zu erfüllen. Persönlicher Vorteil oder Freundschaft allein rechtfertigen es nicht, einem Kandidaten die Stimme zu geben. Es wäre Sünde, jemandem die Stimme zu geben, der nach dem Urteil der Wähler schweren öffentlichen Schaden anrichten könnte". „Die Bürger sind verpflichtet, ihrem Lande bei der Führung eines gerechten Krieges zu helfen. Sie müssen in der bewaffneten Macht Dienst tun, wenn die Regierung ihnen dies befiehlt, außer sie sind durch genügende und zweifellose Beweise (adequate and unquestionable evidence) überzeugt, daß der Krieg ungerecht ist". Darüber hinaus verlangt der Katechismus von den Gläubigen und erklärt es ausdrücklich als Pflicht, an der Förderung des Gemeinwesens aktiv teilzunehmen (to take an active part in works of good citizenship).

Beim fünften Gebot werden die Bedingungen des gerechten Krieges definiert: „1. Wenn er notwendig ist, um die Rechte des Staates in einer wichtigen Sache zu verteidigen. 2. Wenn er in letzter Zuflucht unternommen wird, nachdem alle anderen Mittel fehlgeschlagen sind. 3. Wenn er gerecht, in Übereinstimmung mit dem natürlichen und dem Völkerrecht geführt wird. 4. Wenn er nicht fortgesetzt wird, nachdem seitens der ungerechten Angreifernation die erforderliche Genugtuung angeboten oder gegeben ist". Hier wird auch die Euthanasie berührt, die Abtreibung und die Integrität des menschlichen Leibes.

Wirtschaftsleben

In der Darstellung des siebenten Gebotes ist folgender Abschnitt über das Thema Kapital und Arbeit zu lesen: „Unternehmer, die ihre Arbeiter dadurch betrügen, daß

sie ihnen nicht den gerechten, zum Leben erforderlichen Lohn (living wage) zahlen, behalten für sich, was anderen gehört, und machen sich einer schweren Ungerechtigkeit schuldig, nicht nur gegenüber dem Arbeitnehmer, sondern auch gegenüber seinen Familienangehörigen. Diese Ungerechtigkeit kann zur Ursache ernster Sünden im häuslichen Leben wie im sozialen Leben einer Gemeinschaft werden. Arbeitnehmer, die während der Arbeitsstunden Zeit verschwenden, nachlässig arbeiten oder es vernachlässigen, mit dem Eigentum ihrer Arbeitgeber in vernünftiger Sorgfalt umzugehen, verletzen das siebente Gebot". Sinngemäß das Gleiche wird den Inhabern öffentlicher Ämter gesagt. Auch die Wahrung des Amtsgeheimnisses und des Geheimnisses überhaupt wird im achten Gebot ausführlich behandelt.

Sakramente

Im dritten Teil des Katechismus fällt die ungewöhnlich praktische Gestaltung der Fragen über die Beichte und die eingehende Behandlung des Gebetslebens ins Auge. Die Osterkommunion wird für alle Christen vom siebenten Lebensjahre an als verpflichtend erklärt, da schon bei den Siebenjährigen das Erwachen zur vollen Vernunft vorausgesetzt werden muß. Daher beginnt auch die katechetische Unterweisung mit dem Erstkommunionunterricht.

Die Frageformulierung des Katechismus erscheint uns sehr glücklich aufs praktische Leben abgestellt. Natürlich fehlen auch Definitionsfragen nicht: Was meinen wir, wenn wir sagen ... Aber ihnen halten jene Fragen die Waage, die beginnen: Sollen wir ... und: wie können wir ... Die Ausdrucksweise im ganzen werden unsere Religionspädagogen vielleicht zu sehr als Sprache der Erwachsenen empfinden, obwohl zu berücksichtigen ist, daß das amerikanische Idiom weniger differenziert ist als das deutsche. Immerhin, dieser Katechismus kann ein Wegbegleiter durchs Leben werden und wird ein zuverlässiges Nachschlagewerk sein, das kaum in einer Frage die Antwort schuldig bleibt.

Die soziale Lage in Südamerika

P. Lebret, der Herausgeber der französischen Zeitschrift „Economie et Humanisme", der im vorigen Jahr eine monatelange Reise durch Südamerika gemacht und als deren Ergebnis einen viel beachteten „Brief an die Amerikaner" in seiner Zeitschrift veröffentlicht hat, hat kürzlich in der „Pax Romana", der monatlich erscheinenden Zeitung des Internationalen katholischen Studentenverbandes Pax Romana, einen Brief an die südamerikanischen Mitglieder des Verbandes veröffentlicht. In diesem Brief schildert er die Schwierigkeiten, die der europäische Reisende und der europäische Leser südamerikanischer Zeitungen und Zeitschriften hat, die südamerikanischen Verhältnisse wirklich zu verstehen, weil mit den gleichen Worten andere Dinge gemeint sind und hinter der gleichen Fassade eine andere Gesellschaftsstruktur verborgen ist. Die Worte Proletariat, Unterproletariat, Bürgertum und Aristokratie, Bauerntum und Mittelstand, Kapitalismus und Gewerkschaften, Demokratie und Partei bezeichnen dort nicht die gleichen Wirklichkeiten wie in Europa.

Den Grund dieser Verschiedenheit sieht P. Lebret darin, daß das Abendland im ganzen 500 Jahre gebraucht hat, um aus der mittelalterlichen Zivilisation über die Zivilisation des Vorkapitalismus zum Manchester-Kapitalismus, zum Hochkapitalismus und weiter zum Sozialismus überzugehen. In Südamerika dagegen besteht in einzelnen Regionen noch das primitive Leben der Indianer fort, und überall ist noch die mittelalterliche Kultur, belastet durch die Formen des Kolonialstandes, lebendig, während der Nationalkapitalismus fast überall auf der Manchesterstufe steht und sich der Einfluß des extremsten Kapitalismus mehr als in Europa fühlbar macht.

In Goyaz z. B. leben Indianer, die bis vor kurzem nur Maultiere zur Beförderung kannten und noch kaum mit abendländischer Zivilisation in Berührung gekommen sind, bei denen jetzt aber plötzlich Flugzeuge landen, während sie noch nie ein Fahrrad, ein Auto oder einen Eisenbahnzug gesehen haben. In den großen Städten leben nebeneinander Eingeborene, die noch nach uralter Sitte am Brunnen ihr Wasser holen mit dem Krug auf dem Kopf, und eine Luxusschicht, deren Straßen feenhaft beleuchtet sind und die die allermodernsten Autos besitzt. Es gibt Bauern, die ihr Feld auf die primitivste Weise beackern, und daneben Musterfarmen allerneuesten Modells. Es gibt auch, etwa in Argentinien, Textilfabriken, die mit den schönsten der Welt konkurrieren können. Die Armen, einfache Bauern und Vorstadtbevölkerung, leben in Lehmhütten oder Schilfhütten, und dicht daneben erheben sich Wolkenkratzer. Neben Kirchen im Kolonialstil oder Barock stehen Häuser von kühnster moderner Architektur. Die breite Masse ist noch analphabetisch, doch daneben gibt es eine Elite von feinster und modernster Kultur. Die Geburtenzahl ist groß, aber auch die Kindersterblichkeit ist ungeheuer. Man trifft auf alle Arten von Mangelkrankheiten, aber in den Hauptstädten auch auf großartige medizinische Fakultäten, gutgeleitete Schulen für Sozialberufe und unvergleichliche Polikliniken. Es ist noch nicht lange her, daß die Sklaverei aufgehoben worden ist, und heute schreibt die Gesetzgebung den Großgrundbesitzern die Zahlung eines Mindestlohnes und der Sozialversicherung für ihre Arbeiter vor.

Bei diesen heftigen Kontrasten ist es auch für den wahrhaft Wohlgesinnten schwer, das soziale Problem anzupacken. Oft erscheint es als das einfachste und sicherste, die bestehende Ordnung zu erhalten, d. h. die alte mittelalterliche Kolonialordnung, die die Privilegien der Grundeigentümer sicherte und sich mit der anscheinend unvermeidlichen Armut der Landarbeiter abfand. Man brauchte diese dann nur auf die Industrie auszudehnen, indem man den Unternehmern die Privilegien der Grundbesitzer einräumte und die Arbeiter auf dem gleichen Stand beließ wie die Landbevölkerung. Der immense Abstand zwischen Reichen und Armen wird damit zu einem Kennzeichen der südamerikanischen Zivilisation selber.

In diesen Ländern bedeuten die anarchistischen Umtriebe nur eine geringe Gefahr. Der Sozialismus greift nur langsam um sich, da er einem uralt eingefleischten Trieb zur Unterwerfung begegnet. Der Kommunismus schwelt heimlich unter der Asche der Verordnungen, die ihn verbieten.

Aber es ist sehr wohl möglich, daß der Fortbestand der gegebenen Verhältnisse nur noch eine Illusion und daß in Wahrheit dieser ganze Bau bereits unterwühlt ist. Denn kein Land kann heute mehr völlig abseits von der allgemeinen Entwicklung bleiben. Mit dem Anwachsen der Bevölkerung wächst auch die Notwendigkeit, mehr aus dem Boden des Landes herauszuholen, d. h. den Landbau zu technisieren. Und mit dem Wachsen der Industrie in den Städten wächst auch das Bedürfnis nach fremdem Kapital und damit die Einmischung des Auslandes. Es wird den Ländern Südamerikas nichts anderes übrig blei-

ben, als die Entwicklung vom Mittelalter zur Gegenwart so schnell wie möglich nachzuholen.
Hier nun eröffnet sich ein großartiges Betätigungsfeld für die akademische Jugend. Und ganz besonders muß sich hier die katholische Elite der Pax Romana einsetzen, um die Kultur ihrer Länder zu erneuern und aus christlichem Geist für ihre Brüder, die Bauern und Arbeiter, das Leben der Zukunft zu gestalten.

Aus den Missionen

Die Türkei und der katholische Glaube

Es ist bekannt, daß katholische Missionare in der Türkei die größten Schwierigkeiten für die Verkündigung des Glaubens finden. Sie bemühten sich früher auch hauptsächlich nur um die zahlreichen, aus den Ländern Europas in die Türkei gekommenen Fremden, die hier bei den öffentlichen Arbeiten verwendet wurden oder im Handel und Finanzwesen tätig waren, oder auch um die zahlreichen Christen orientalischer Riten, die schon lange in der Türkei ansässig waren. Der neue türkische Nationalismus hat den ersteren die Tore gesperrt und die letzteren ausgewiesen.
An die mohammedanische Bevölkerung gelangten die Missionare vor allem durch die Schulen. Aber hier griff die extreme Laïsierung des neuen türkischen Staates ein: es wurde verboten, in Ordenstracht sich in der Öffentlichkeit zu zeigen, die Kruzifixe mußten aus den Schulsälen entfernt werden, und Religionsunterricht wurde verboten.
Die antireligiösen Maßnahmen waren allerdings weniger gegen die katholische Kirche als gegen den Islam gerichtet, und sie fanden leidenschaftlichen Widerstand beim Kalifat und bei allen von diesem abhängigen religiösen und sozialen Organisationen. Um das Land zu modernisieren, schafften die jungen Reformatoren, mit Kemal Pascha an der Spitze, das Kalifat ab und mit ihm die Theologenschulen, die Derwischklöster, die Pilgerschaften, die arabische Schrift usw. Die Kultur sollte an die Stelle der Religion treten.
So sonderbar es klingt, trotzdem wurde festgesetzt, daß niemand türkischer Bürger sein könne, der nicht türkisch spricht und zum Islam gehört.
Es scheint, daß sich im gegenwärtigen Augenblick eine Wandlung vollzieht: neue Moscheen werden in Istambul und in Ankara gebaut, und religiöse Titel dürfen wieder öffentlich geführt werden. Es heißt, daß man schon bis in Ministerkreise das Fehlen religiöser Erziehung bei der Jugend beklagt und daß in einigen Schulen bereits wieder Religionsunterricht als freies Fach gegeben wird. Man spricht davon, daß an zwei Universitäten des Landes Koran-Fakultäten wiedereröffnet werden sollen.
Wird die katholische Mission von dieser Wandlung profitieren? Gewiß insofern, als gewisse gesetzliche Beschränkungen auch für sie wegfallen werden; vielleicht auch durch eine erneute allgemeine Hinwendung zu den Dingen der Religion überhaupt. Es ist natürlich eine schwer zu beantwortende Frage, ob die mohammedanische Welt dem Evangelium eher zugänglich ist, wenn sie dem Einfluß des Koran gänzlich entzogen wird, oder wenn ihre eigene Religion sich vertieft oder vergeistigt. Für den Missionar kann es sich nicht darum handeln, das eine oder das andre zu wünschen: für ihn muß es sich in jedem Fall darum handeln, für das Evangelium durch sein eigenes Christentum Zeugnis abzulegen.

Die Rassenfrage in Südafrika

Bei den letzten Wahlen in der südafrikanischen Union hat die Partei Dr. Malans gegen die des General Smuts gesiegt, was bedeutet, daß hier die Idee einer fundamentalen rassischen Ungleichheit ans Ruder gekommen ist. Bei dem kulturellen Zustand der südafrikanischen Eingeborenen wäre es tatsächlich gewagt, den Negern die volle politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung mit den Weißen zu geben, da sie deren Tragweite nicht durchschauen und allen Agitationen zugänglich sind. Aber das gegenwärtige Regime begnügt sich nicht mit einer Anerkennung dieser Fakten, sondern macht daraus ein Dogma, das besagt, daß die Schwarzen tatsächlich von Natur eine Sklavenrasse, die Weißen eine Herrenrasse seien.
Diese theoretische Basis der neuen Regierung ist natürlich für den Christen unannehmbar. Darum haben sich fast alle christlichen Kirchen der südafrikanischen Union gegen die ideologischen Grundlagen der neuen Rassenpolitik im Namen der Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen vor Gott, dem Vater und dem Erlöser, erhoben. Am entschiedensten ist wohl die Äußerung des katholischen Bischofs von Kapstadt, der in einem Brief an seinen Klerus schreibt:
„Es besteht das Projekt, die Rechte der sogenannten Farbigen derart abzuändern, daß sie von den Wahllisten verschwinden und jeder Vertretung in der Regierung dieses Landes beraubt werden ... Und was schlimmer ist, dieses Projekt wird im Namen der christlichen Zivilisation vorgelegt. Die Urheber des Projektes sagen uns, daß eine falsche Ideologie diese Zivilisation bedroht. Unter diesen Umständen, behaupten sie, muß Südafrika bereit sein, an der Seite der übrigen zivilisierten Nationen der Welt gegen diese falsche Ideologie, nämlich den Kommunismus, zu kämpfen. Wir müssen ihrer Meinung nach alles tun, um die europäische Zivilisation in Südafrika zu stärken und zu beleben.
So fordert man von uns zu glauben, daß die christliche Zivilisation ohne weiteres mit der Zivilisation der weißen Rasse identisch sei. In Wahrheit gibt es keine Zivilisation der Weißen und hat auch nie eine gegeben. Wenn die Zivilisation ausschließlich „weiß" ist, ist sie nicht christlich, und wenn sie christlich ist, ist sie nicht weiß".
Auch der *Christian Council of South Africa,* der ein Bündnis der Anglikaner mit der Mehrzahl aller übrigen in Südafrika vorkommenden protestantischen Denominationen darstellt, hat eine Abordnung an Dr. Malan geschickt, um im Namen der christlichen Prinzipien gegen seine Rassenpolitik zu protestieren. Der Minister hat sich geweigert, die Abordnung zu empfangen. Ein Ministerialsekretär hat statt seiner geantwortet:
„Der Premierminister ist der Meinung, daß die Auffassungen der Entschließungen (des *Christian Council of South Africa)* und die Ausdrücke, in denen sie formuliert sind, in höchstem Maße einseitig und übertrieben sind. Zudem bezeichnen diese Entschließungen, wenn man von ihrem aktuellen politischen Ziel absieht, sowohl die gegenwärtige wie auch die traditionelle Politik des Landes offenbar, wenn auch nicht ausdrücklich, als ungerecht, unchristlich und unmoralisch.
Was die Berufung auf die Heilige Schrift und die christlichen Prinzipien angeht, so lehnt der Premierminister die in Ausdrücken der theoretischen und praktischen Politik formulierte Deutung ab, die in diesen Entschließungen enthalten ist. Er sieht sich außerstande zuzugeben, daß

eine solche Deutung jemals das Monopol eines Bestimmten, einer Kirche oder einer Gruppe von Kirchen sein kann".

Die Regierung Südafrikas stellt sich damit auf den Standpunkt, daß es keine authentische Interpretation der Botschaft des Evangeliums gebe, sondern diese im Belieben des einzelnen liege. Aber darin zeigt sich nur, wie unmöglich es ist, eine Rassenpolitik mit der authentischen christlichen Lehre zu unterbauen.

Ökumenische Nachrichten

Die Dokumente der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam

Im Furche-Verlag, Tübingen, sind die ersten vier Sammelbände zur Tagung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam 1948 erschienen. Sie bringen die Vorarbeiten der 4 Sektionen (über die wir in der Herder-Korrespondenz Jhg. 2, H. 7—11 ausführlich berichtet haben), während zwei noch ausstehende Bände den Bericht über die Tagung selber (Bd. V) und eine Sammlung der deutschen Beiträge zum Amsterdamer Gespräch (Bd. VI) bringen werden.

Die bisher erschienenen Bände enthalten im einzelnen:

Bd. I: Die Lehre der Kirche / Schmach und Herrlichkeit der Kirche / Zeichen Seines Erscheinens / Die ökumenische Bewegung.
Mitarbeiter: G. Aulén, Karl Barth, Cl. Craig, P. Devanandan, A. Fjellbu, G. Florowsky, J. Gregg, Reinhold Niebuhr, E. Schlink, K. E. Skydsgaard, Oliver Tomkins, M. Villain, W. A. Visser't Hooft, Oliver Wyon.

Bd. II: Der Auftrag der Kirche / Unsere unchristliche Welt / Axiome des modernen Menschen / Die Gegenwartsbedeutung des Evangeliums / Das Evangelium in der Welt an der Arbeit / Der Weg zu Anhängern anderer Religionen / Gibt es ein Problem der Verkündigung des Evangeliums?
Mitarbeiter: Frank Bennett, Emil Brunner, W. M. Horton, H. Kraemer, Pierre Maury, S. C. Neill, J. Newbigin, W. Pauck, S. C. Savarimuthu, P. Tillich, G. Vicedom.

Bd. III: Gottes Ordnung und die gegenwärtige Auflösung der Zivilisation / Technik und Zivilisation / Die Lage in Europa / Asien und USA / Persönliche Beziehungen in einer technisierten Gesellschaft / Die Verflechtung der Kirche in die gegenwärtige Unordnung / Neue Anfänge in den Beziehungen der Kirche zur Gesellschaft / Eine verantwortliche Gesellschaft / Das strategische Verhalten der Kirche gegenüber sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bewegungen der Zeit.
Mitarbeiter: S. Bates, J. C. Bennett, Kathleen Bliß, Emil Brunner, J. Ellul, Reinhold Niebuhr, J. H. Oldham, C. L. Patijn, M. M. Thomas, E. C. Urwin.

Bd. IV: Die Behandlung internationaler Angelegenheiten seitens der Kirchen / Die Kirche und die Unordnung in der Völkerwelt / Christliche Verantwortung in unserer zerrissenen Welt / Religionsfreiheit und verwandte Menschenrechte / Christliche Verantwortung in einer Welt der Machtpolitik.
Mitarbeiter: R. P. Barnes, E. Brunner, John Foster Dulles, K. G. Grubb, J. L. Hromadka, O. F. Nolde, F. M. van Asbeck.

Die Pfingstbotschaft Bischof D. Dibelius'

In seiner Pfingstbotschaft an die evangelischen Gemeinden in Berlin und Brandenburg sagte Bischof Dibelius unter anderem:
Es ist viel zu sagen, zu bitten und zu warnen, nach allen Seiten hin, nach Westen und nach Osten. Dabei darf kein Ansehen der Partei gelten. Die Kirche ist das Evangelium allen Menschen schuldig, auch allen Parteien. Wo immer Raum und Anlaß sich findet, ein Wort vom Evangelium her zu sagen, da soll es gesagt sein, auch wenn das bald dieser und bald jener Seite unbequem ist. Wer das Evangelium zu verkünden hat, muß großzügig sein, so wie der Sämann im Gleichnis.
Gegenwärtig bedrückt uns mehr als alles andere die Sorge, daß das Staatsgebilde, das um uns her entsteht, so viel von den Zügen zeigt, denen in der nationalsozialistischen Zeit unser Widerstand um Gottes willen gegolten hat: Gewalt, die über alles Recht hinweggeht, innere Unwahrhaftigkeit und Feindschaft gegen das christliche Evangelium. Es wird mit denselben Methoden gearbeitet wie damals. Gegenwärtig sind es besonders Gewerbetreibende, deren Betrieb man zu enteignen wünscht und die auf diese Weise aus dem Wege geräumt werden. Hier ist alles beseitigt, was Recht genannt werden kann und was dem Christen ein unaufgebbarer Bestandteil der göttlichen Offenbarung ist. Die neuen „Volksrichter" sind ausdrücklich angewiesen, „politisches Recht" zu sprechen, was doch bedeutet, daß politische Gewalt an die Stelle des Rechtes tritt.
Die Leitung der Evangelischen Kirche bezeugt offen und gern, daß sie für manche ihrer Anliegen bei leitenden politischen Stellen des Ostens Verständnis und Entgegenkommen gefunden hat. Sie hat sich auch immer verpflichtet gefühlt, den Gerüchten entgegenzutreten, es gebe im Osten unseres Vaterlandes so etwas wie eine organisierte Christenverfolgung. Aber daß in zahllosen Dörfern und Städten dem kirchlichen Leben durch Maßnahmen der politischen Gewalt aller mögliche Abbruch geschieht, ist eine Tatsache.
Hier muß die Kirche ihre warnende Stimme erheben. Sie klagt nicht an. Denn daran, daß es abermals zu diesem allem gekommen ist, trägt jeder von uns eine Mitschuld, ob er in der westlichen oder in der östlichen Zone Deutschlands seine Heimat hat. Wir haben uns alle unter die Gerichte Gottes nicht so gebeugt, wie wir es hätten tun müssen. Wir klagen nicht an, aber wir warnen und wir bitten.

Ostkirchentagung in Schleswig

Wir haben in unserem vorigen Heft (S. 404 f) bereits über zwei Ostkirchentagungen der Evangelischen Kirchen in Deutschland berichtet. Die Zahl solcher Tagungen zeugt für das lebendige Bedürfnis dieser Kirchen nach dem Austausch mit der Orthodoxen Kirche, ihrer Lehre, ihrem Geist, ihrem Kirchenbegriff, und für ihre Bemühung um die Ziele der Ökumenischen Bewegung.
Der Beauftragte der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche für ökumenische Fragen, Pastor Heyer, Schleswig, lud zum 28. 4. bis 1. 5. 1949 lutherische und orthodoxe Geistliche, Wissenschafter und Laien zu einer Begegnung nach Schleswig. (Die anwesenden Russen vertraten vorwiegend die synodale Gruppe der russischen Emigranten, die unter Leitung von Metropolit Anastasius in München dem Konstantinopeler Patriarchat untersteht.) Die Vorträge und Gespräche über: Wandlungen in der evangelischen Kirche in den letzten 30 Jahren; Gegenwart und

Zukunft der Orthodoxie; lutherische und orthodoxe Lehre vom Menschen; das russische Mönchtum, seine Grundlagen in der ostkirchlichen Väterliteratur der ersten Jahrhunderte und seine seelsorgerische und therapeutische Gegenwartsbedeutung; orthodoxe Liturgie; Kirchenbilder; russische schöne Dichtung: fanden beiderseits im Geiste entschiedener Offenheit statt. Die orthodoxen Christen waren dabei in charakteristischer Weise vertreten: 1. durch einen Repräsentanten des schlichten kultischen Typus, der praktisch in Erscheinung tritt, 2. einen Repräsentanten des missionarischen, um nicht zu sagen militanten Typus, der in russischer Sprache die Weltbedeutung der von Konstantinopel ausstrahlenden Orthodoxie herausstellte, wie das ähnlich z. B. der Rektor der Moskauer Geistlichen Akademie, Hermogen, im Sinne des Moskauer Zentrums zu vertreten pflegt, 3. einen Repräsentanten des kontemplativ-asketischen Typus, der in leicht gebrochenem Deutsch den geistlich-seelischen, auch das Leibliche gestaltenden Kräften der orthodoxen Kirche einen tiefen und überzeugenden Ausdruck verlieh. Er wies, von allen weltlichen Parteien und Zielen absehend, auf die Überwindung der Dämonen durch Demut, Liebe und Leiden hin und lehrte gemäß der altchristlichen Tradition die „Gabe der Unterscheidung der Geister" als vornehmste Frucht der Heiligung. Auf lutherischer Seite war z. T. zunächst das Gemeinsame beider Konfessionen vor den Unterschieden bevorzugt worden, doch ergaben die Diskussionen mancherlei Ergänzung. Die Tage wurden durch abwechselnd evangelische und orthodoxe Gottesdienste und Andachten eingerahmt. Der orthodoxe Bischof von Hamburg, Athanasius, beschloß den orthodoxen Gottesdienst mit einer Ansprache, in der er die Bedeutung der Begegnung beider Kirchen stark hervorhob. Nicht die Unterschiede beider Riten, wohl aber die dogmatischen Differenzen seien kirchenspaltend, sie müßten im Geiste der alten ursprünglichen Kirche bereinigt werden. Die Ostkirche glaube, die eine wahre Kirche zu sein. (Dies wird übrigens nicht von allen Gruppen der Orthodoxie in dieser Intransigenz ausgesagt). Sie erkenne aber ein Streben zur Kirche, auch in anderen Konfessionen an. Er fordere auf zum Gebet, daß der Heilige Geist die Theologen erleuchten möge. Von evangelischer Seite wurde der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Wahrheit Jesu Christi in ihrer Mitte sei und daß sie darum an der Hoffnung festhalten, daß Orthodoxie und Ökumenische Bewegung (an der sich dieser Flügel der russischen Emigration bisher nicht beteiligt hat) einander finden möchten.

Das umstrittene Bischofsamt der EKD

Kirchenpräsident D. Niemöller hat, wie das „Deutsche Pfarrblatt" am 1. V. mitteilt, für seine Person und für das Amt des geistlichen Leiters der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau die Amtsbezeichnung eines Bischofs abgelehnt. Er hat sich auch damit einverstanden erklärt, daß die geistlichen Mitglieder des Kirchenregiments kein Abzeichen ihrer Würde in Gestalt eines Kreuzes tragen. Als Beweggrund hat er geltend gemacht, daß er das leitende Amt in der evangelischen Kirche vor Klerikalisierung schützen wolle und daß der Verzicht auf Bischofstitel und Kreuz ein Zeichen der Buße sei. Landesbischof D. Wurm als einer der berufensten Träger des Bischofstitels in der evangelischen Kirche nimmt Stellung zu diesen Ausführungen Niemöllers und erklärt einem Vertreter des Württembergischen Evangelischen Pressedienstes folgendes:

„Die Landeskirchen, die das Bischofsamt und den Bischofstitel eingeführt haben, sind durch die Veröffentlichung dieser Haltung und ihre Begründung vor eine peinliche Lage gestellt. Entweder sehen sie in dem Niemöllerschen Verzicht die wahre evangelische Haltung; dann sind sie genötigt, eine Verfassungsänderung vorzunehmen, die weitreichende Erörterungen mit sich bringen wird. Oder aber sie halten aus wohlerwogenen und grundsätzlichen Gründen am Bischofsamt und Bischofstitel fest, dann nehmen sie den Verdacht klerikaler Gesinnung und der Unbußfertigkeit auf sich.

Ich würde mich für die zweite Alternative entscheiden. Die Amtsbezeichnung Bischof ist nun einmal biblisch und durch eine lange Tradition in der Kirche geweiht, verbindet uns auch nicht bloß mit der römisch-katholischen und griechisch-katholischen Kirche, sondern auch mit manchen Freikirchen, was im Zeitalter der Ökumene etwas bedeutet. Man kann natürlich in das Bischofsamt allerlei unevangelische Ansprüche hineinlegen; aber welche Gewähr ist dagegen vorhanden, daß nicht auch einmal ein Kirchenpräsident herrisch wird gegen seine Amtsbrüder und Untergebenen und die Demut vor Gott vergißt? Das Amtszeichen des Bischofs ist ja nicht die Krone, sondern das Kreuz; es mahnt seinen Träger fort und fort zur Beugung vor Gott. Man kann auch mit dem Kreuz demütig und ohne das Kreuz hochmütig sein. Gerade das scheint mir evangelisch zu sein, daß man eine geistliche Qualität nicht abhängig macht von einem Talar, einem Kreuz, einem Titel, sondern daß man in ihnen Ordnungen erblickt, denen sich der einzelne unterwirft, die ihm aber weder in seinen noch in anderer Augen eine geistlich höhere Qualifikation verleihen. Die besitzt er allein vom Herrn, der ihn berufen hat."

EKD und Schulfrage

Erst nach Redaktionsschluß des Juniheftes erreichten uns zwei offizielle Stellungnahmen der evangelischen Kirchen zur Schulfrage, die wir nachstehend vermerken. In einer Erklärung des „Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche", unter Vorsitz D. Martin Niemöllers wurde folgendes beschlossen:

1. Das Evangelium ist keine pädagogische und zu pädagogischen Zwecken zu gebrauchende Größe; der evangelische Erzieher tritt jedoch vom Evangelium her in seine pädagogische Verantwortung im Raum des Gesetzes ein (Barmen 2).

2. Das Elternrecht ist nur die Kehrseite einer unvertretbaren Aufgabe und Verantwortung zur Erziehung. Naturrechtlich begründete Forderungen widersprechen einer evangelischen Verantwortung. Evangelische Eltern können weder durch kirchliche noch durch staatliche Sicherungen davon entbunden werden. Alein die Gemeinde unter dem Wort bindet und löst und stärkt ihre Glieder in der erzieherischen Verantwortung gemäß Epheser 4, 1—4.

3. Hieraus ergibt sich für eine kirchliche Entscheidung in der gegenwärtigen kulturpolitischen Lage:

a) Der Staat widerspricht seiner eigentlichen Würde, wenn er sich — ganz gleich, auf Grund welcher Parteimehrheit — anmaßt, alleinberechtigt und alleinbestimmend im Schul- und Bildungswesen zu sein. Seine treuhänderische Aufgabe beschränkt ihn darauf, eine institutionelle Einheitlichkeit zur Gewährleistung eines geistigen und sittlichen Höchststandes zu sichern (Ablehnung eines Staatsschulmonopols).

b) Für die Kirche besteht — womit sie sich ausdrücklich gegen heute vertretene parteipolitische Forderungen abgrenzt — nicht die Alternative: Bekenntnisschule oder Gemeinschaftsschule. Die von ihr bezeugte Freiheit im Evangelium gebietet ihr, niemanden mit institutionellen Mitteln zu einem Christen zu machen. Wahrhaftige evangelische Schulen und wahrhaftige evangelische Lehrer jeder Schulform können nur in einer vorurteilsfreien Sachlichkeit und in der Achtung vor der persönlichen Würde jedes Schülers und Mitarbeiter unterrichten und erziehen.

c) Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (Ev. Unterweisung) kann nur in der Bindung an das in der Gemeinde bekannte Evangelium erteilt werden. Lehrer, die dem nicht zustimmen, dürfen dazu nicht beauftragt, aber auch beamtenmäßig nicht benachteiligt werden.

Diese Stellungnahme machte sich Anfang Mai die in Hamburg tagende Kirchenführerkonferenz der EKD unter dem Vorsitz von Bischof D. Otto Dibelius zu eigen. Nur Landesbischof D. Hans Meiser, München, forderte entschieden die Bekenntnisschule.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Verkündigung des Heiligen Jahres durch Papst Pius XII.

Papst Pius, Diener der Diener Gottes, entbietet allen Christgläubigen, die von diesem Brief Kenntnis nehmen, Gruß und Apostolischen Segen.

Das große Jubiläum, das im Laufe des kommenden Jahres in der Heiligen Stadt gefeiert werden soll, hat vor allem den Zweck, die Christen nicht nur zur Sühne für begangene Schuld und zur inneren Umkehr aufzufordern, sondern auch zur Tugend und zu einem heiligen Leben anzueifern nach dem Wort der Hl. Schrift: „Heiligt euch und seid Heilige, weil ich der Herr euer Gott bin" (Lev. 10, 7; vgl. 1. Petr. 1, 16). Schon hieraus ergibt sich deutlich die Art und Fülle des Segens dieses altehrwürdigen Brauches. Denn wenn die Menschen auf diese Stimme der Kirche hören und sich von den irdischen und vergänglichen Dingen zu den ewigen und unvergänglichen wenden, dann wird zweifellos die so ersehnte Erneuerung der Menschheit anheben, durch die allein sich das private und öffentliche Leben den Geboten und dem Geiste des Christentums angleichen. Wenn ein so richtig geordnetes Leben die einzelnen anregt und wirkungsvoll antreibt, dann folgt naturnotwendig, daß eine neue drängende Kraft die Gesamtheit erfaßt, die menschliche Gemeinschaft durchdringt und ihr eine bessere und glücklichere Ordnung schenkt. Wenn irgendwann, dann ist es heute notwendig, alles in der Wahrheit und der Kraft des Evangeliums zu erneuern. Menschliches Bemühen, mag es auch noch so lobenswert sein und nicht von falschen Beweggründen geleitet werden, ist niemals einer solchen Aufgabe gewachsen; nur die heilige Religion, die sich auf die Hilfe von oben und die göttliche Gnade stützt, kann sich an eine so große Aufgabe heranwagen und sie mit der wirksamen Hilfe aller glücklich lösen.

Darum ist es Unser dringender Wunsch, daß die Bischöfe der ganzen Welt mit ihrem Klerus die ihnen anvertrauten Gläubigen sorgfältig über dieses wichtige Jubiläum belehren; sie sollen sie unterweisen, wie sie es am besten begehen können, sei es in Rom, wenn sie können, sei es in der Heimat. Inniger sollen sie zu Gott beten, die Werke der Buße und der Nächstenliebe vermehren und nach Kräften all die Dinge zur Durchführung bringen, die Wir schon als Anliegen des Heiligen Jahres verkündeten.

Im Gedenken an die reichen und heilsamen Wirkungen, um die Wir den göttlichen Erlöser demütig bitten, folgen Wir dem Beispiel Unserer Vorgänger, der Römischen Päpste, und dem Rat Unserer Ehrwürdigen Brüder, der Kardinäle der Heiligen Römischen Kirche und verkünden dieses allgemeine und große Jubiläum, das in dieser Heiligen Stadt am Feste der Geburt Unseres Herrn Jesus Christus im Jahre neunzehnhundertneunundvierzig beginnen und bis Weihnachten neunzehnhundertfünfzig dauern soll — und zwar nach der Vorschrift des Canons 923 — in der Autorität des allmächtigen Gottes, der heiligen Apostel Petrus und Paulus und Unserer eigenen; zur Ehre Gottes, zum Heile der Seelen und zur größeren Blüte der Katholischen Kirche sagen Wir es an, verkündigen es und wollen seine Ansage und Verkündigung rechtskräftig wissen.

Der Jubiläumsablaß

Im Laufe dieses Jahres heiliger Sühne gewähren und erteilen Wir allen Christgläubigen beiden Geschlechtes, die gültig gebeichtet und die heilige Kommunion empfangen haben und an einem oder verschiedenen Tagen, in beliebiger Reihenfolge die Basiliken des hl. Johannes im Lateran, des hl. Petrus im Vatikan, des hl. Paulus an der Straße nach Ostia und die Liberianische auf dem Esquilinischen Hügel (S. Maria Maggiore) besuchen und dreimal das Vaterunser, den englischen Gruß und das Ehre sei dem Vater, außerdem nach Unserer Meinung einmal das Vater unser, den englischen Gruß, das Ehre sei dem Vater und das Glaubensbekenntnis in jeder Basilika beten, einen Vollkommenen Ablaß ihrer Sündenstrafen, Vergebung und Verzeihung im Herrn.

Wir schränken die erwähnten Bedingungen für die Erlangung des Jubiläumsablasses aber so ein für alle, die durch Krankheit oder einen anderen rechtmäßigen Grund in der Heiligen Stadt, auf der Reise selbst oder durch ihren Tod daran gehindert wurden, die vorgeschriebene Anzahl Besuche durchzuführen oder auch nur anzufangen, daß sie nach gültiger Beichte und Kommunion den Jubiläumsablaß genau so gewinnen, wie wenn sie die vier Basiliken wirklich besucht hätten.

Wir bestimmen ferner, daß die Christgläubigen diesen Ablaß sowohl für sich wie auch für die Verstorbenen sooft gewinnen können, wie sie die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen.

Die Anliegen für das Heilige Jahr

Was, geliebte Söhne, im allgemeinen die Absicht der Römischen Päpste ist, wißt ihr genau; was aber im besonderen Unser Anliegen für das kommende Heilige Jahr ist, wollen Wir euch noch tiefer begründen und deutlicher erklären.

Darum vor allem soll Gott angefleht werden, daß alle Menschen durch Gebet und Buße ihre Vergehen sühnen und die Besserung ihres christlichen Lebens und die Erlangung christlicher Tugenden darauf ausrichten, daß durch dieses große Jubiläum in glücklicher Weise eine allgemeine Rückkehr aller zu Christus heranreife. Außerdem soll es der Gegenstand demütigen Gebetes sein, daß alle unerschütterlichen Mutes und festen Willens dem göttlichen Erlöser und der von ihm gegründeten Gemeinschaft die gebotene Treue halten; daß die heiligen Rechte der Kirche gegen die Hinterlist, die Falschheit und die Verfolgungen der Feinde unversehrt und unverletzt bewahrt werden, daß alle, die die katholische Wahrheit noch nicht besitzen, die vom rechten Wege abirren, ja selbst die Gottesleugner und Gotteshasser vom Lichte Gottes erleuchtet und von seiner mächtigen Gnade angetrieben zum Gehorsam gegen die Gebote des Evangeliums gebracht werden, daß eine wohlüberlegte und ungetrübte Ruhe auf der ganzen Welt, besonders aber an den heiligen Stätten Palästinas gesichert werde, daß die Völker allen Haß und alle Zwietracht beseitigen, sich in Gerechtigkeit und brüderlicher Eintracht einander verbinden; daß endlich die darbenden Massen genügend Lohn für ihre Arbeit empfangen, um ehrbar leben zu können, und durch die Freigebigkeit und Nächstenliebe der Wohlhabenden die notwendige und geeignete Hilfe erfahren.

Es möge doch endlich wieder der so sehr ersehnte Friede einkehren in die Herzen der Menschen, in die Familien, bei den einzelnen Nationen und der ganzen Völkergemeinschaft, es mögen alle, „die Verfolgung leiden um der Gerechtigkeit willen" (Matth. 5, 10), jene ungebrochene Tapferkeit besitzen, die im Blute ihrer Martyrer eine Zierde der Kirche war von ihrem Anbeginn, daß die Flüchtigen, die Gefangenen, alle, die verbannt von ihrem Heim ferngehalten werden, baldmöglichst in ihre geliebte Heimat zurückkehren dürfen; daß die aber, die von Schmerz und Trauer bedrängt sind, von himmlischem Trost erfüllt werden. In christlicher Schamhaftigkeit und christlicher Tugend soll eine mutige Jugend blühen und stark werden, die Erwachsenen und das greise Alter sollen ihr ein leuchtendes Beispiel geben; schließlich mögen alle die himmlische Gnade besitzen, die eine sichere Hoffnung der ewigen Seligkeit bietet.

Der Weg nach Rom

Nun, geliebte Söhne, bleibt Uns nur noch zu sagen, daß Wir euch einladen, im Verlauf des Heiligen Jahres möglichst zahlreich nach Rom zu kommen, nach Rom sagten wir, das den Christen eines jeden Volkes wie ein zweites Vaterland ist, wo sie die Stätte verehren können, an der der Apostelfürst nach seinem Martyrium beigesetzt wurde, wo die heiligen Gräber der Blutzeugen sind, die herrlichsten Gotteshäuser, wo sie die Denkmäler des Glaubens und der Frömmigkeit der Väter schauen und den gemeinsamen Vater sehen können, der bereit ist, sie mit offenen Armen und einem Herzen voll Liebe zu empfangen.

Wir wissen, daß der Weg für viele Schwierigkeiten und Hindernisse hat, besonders für die Ärmeren und diejenigen, die in weit entfernten Ländern wohnen. Da aber in den Belangen des irdischen Lebens so große Anstrengungen gemacht werden, die Schwierigkeiten aller Art zu überwinden, soll es da ganz unmöglich sein, daß die unzählbaren Scharen aus aller Welt, die keine Mühe scheuen und sich durch kein Ungemach abschrecken lassen, zur Heiligen Stadt gelangen, um Schätze des Himmels zu erhalten?

Doch sollen diese Wallfahrten, geliebte Söhne, nicht Vergnügungsreisen sein, sondern in der Herzensfrömmigkeit unternommen werden, in der in früheren Zeiten die Christgläubigen jeden Standes und Volkes die zahlreichen Mühseligkeiten einer harten Reise, manchmal sogar zu Fuß, überwanden, um nach Rom zu eilen und dort mit den Tränen der Reue ihre Schuld zu tilgen, Verzeihung und den Frieden von Gott zu erflehen. Diesen Glauben der Väter und die tatbereite Glut göttlicher Liebe sollt ihr wieder aufwecken, vermehren und anderen einflößen. So wird es durch die Anregung und Hilfe der göttlichen Gnade geschehen, daß dieses kommende große Jubiläum für den einzelnen und die gesamte Christenheit heilsame Frucht in reichem Maß bringt.

Damit aber dieses Unser Schreiben leichter zu aller Kenntnis gelangt, bestimmen Wir, daß jede Abschrift, auch die gedruckte, wenn sie nur von einem Notar unterzeichnet und mit einem kirchlichen Amtssiegel versehen ist, die gleiche Gültigkeit hat, wenn sie vorgewiesen oder gezeigt wird, wie das hier gegenwärtige.

Niemandem soll es gestattet sein, diese Unsere schriftliche Ankündigung, Bekanntgabe, Gewährung und Bestimmung anzufechten oder ihr verwegen entgegenzuhandeln. Sollte sich aber jemand einen solchen Versuch anmaßen, wisse er, daß er den Zorn des Allmächtigen und der heiligen Apostel Petrus und Paulus auf sich lädt.

Gegeben zu Rom, beim hl. Petrus, am 24. Mai 1949, im elften Jahre Unseres Pontifikates. Pius XII.

Der Papst an die katholischen Unternehmer

Am 7. Mai empfing der Hl. Vater 400 Delegierte der IX. Internationalen Konferenz der katholischen Unternehmerverbände aus Westeuropa und Amerika und hielt an sie folgende Ansprache:

Mit der gleichen fürsorglichen Liebe, mit dem gleichen Interesse sehen Wir abwechselnd die Arbeiter und die Vertreter der industriellen Organisationen zu Uns kommen; beide legen Uns mit einem Vertrauen, das Uns zutiefst rührt, die sie beschäftigenden Anliegen dar. Wenn Wir euch also auf das Herzlichste willkommen heißen, Unsere lieben Söhne, so ergreifen wir gern die Gelegenheit, die ihr Uns bietet, um euch Unser väterliches Wohlwollen auszudrücken und den Eifer zu loben, mit dem ihr bestrebt seid, die wirtschaftliche Welt mit der christlichen Gesellschaftslehre zu durchdringen.

Kein unversöhnlicher Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Wir machten soeben eine Anspielung auf die Sonderinteressen der verschiedenen an der industriellen Produk-

tion Beteiligten. Irrig und in seinen Auswirkungen verhängnisvoll ist die leider allzu weit verbreitete vorgefaßte Meinung, die zwischen ihnen einen unversöhnlichen Gegensatz widerstreitender Interessen annimmt. Der Gegensatz besteht nur scheinbar. Im wirtschaftlichen Bereich obwaltet eine Gemeinsamkeit des Handelns und der Interessen zwischen Unternehmern und Belegschaften. Nur wer auf blinde und unvernünftige Gewaltherrschaft ausgeht, kann diese gegenseitige Bindung verkennen oder auf ihre Auflösung hinwirken. Unternehmer und Belegschaften sind keine unversöhnlichen Gegner. Sie wirken zusammen an einem gemeinsamen Werk. Sie essen sozusagen am gleichen Tisch, denn schließlich leben sie beide vom Reinertrag der Volkswirtschaft insgesamt. Jeder von beiden bezieht seinen Lebensunterhalt; in dieser Hinsicht unterwerfen ihre gegenseitigen Beziehungen keinen von beiden Teilen der Dienstbarkeit des anderen.

Seinen Lebensunterhalt zu beziehen ist der unabdingbare Anspruch der Menschenwürde eines jeden, der — gleich in welcher Form, als Arbeitgeber oder Arbeiter — zum Ertrag der Volkswirtschaft seine produktive Mitwirkung leistet. In der privatwirtschaftlichen Bilanz mag die Lohnsumme als Kostenaufwand des Arbeitgebers erscheinen. Aber in der Volkswirtschaft gibt es nur eine Art von Kosten, nämlich die natürlichen Güter, die in der nationalen Produktion verwendet werden und die daher unablässig ergänzt werden müssen.

Mitverantwortung und Beteiligung der Arbeiter

Folglich haben beide Teile Interesse daran, daß der Aufwand der nationalen Produktion im rechten Verhältnis zu ihrem Ertrag stehe. Da nun also das Interesse ein gemeinsames ist, warum sollte es da nicht auch einen gemeinsamen Ausdruck finden können? Warum sollte es nicht billig sein, der Arbeiterschaft einen gerechten Anteil an der Verantwortung für den Bau und die Entwicklung der Volkswirtschaft einzuräumen? Zumal heute, da der Kapitalmangel und die Schwierigkeiten des Außenhandels das freie Spiel der Aufwandsgestaltung der nationalen Produktion behindern und lähmen. Die kürzlich erfolgten Sozialisierungs-Versuche haben diese schmerzliche Wirklichkeit nur in ein um so helleres Licht gesetzt. Die Schwierigkeiten sind da: weder hat der böse Wille der einen sie hervorgerufen, noch wird der gute Wille der anderen sie beseitigen können. Warum da nicht, solange es noch Zeit ist, im vollen Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung diese Dinge auf den rechten Stand bringen und so die einen vor ungerechtem Mißtrauen, die andern vor jenen Illusionen, die sich schnell zu einer sozialen Gefahr entwickeln können, bewahren?

„Quadragesimo anno"

Unser unvergeßlicher Vorgänger Pius XI. hat für diese Gemeinsamkeit der Interessen und der Verantwortung im volkswirtschaftlichen Schaffen das treffende und sinngemäße Wort gefunden, als er in seiner Enzyklika *Quadragesimo anno* „die berufsständische Ordnung" der verschiedenen Produktionszweige empfahl. Kein Mittel erschien ihm in der Tat zur Überwindung des Wirtschafts-Liberalismus besser geeignet, als die Einführung einer die gesellschaftliche Wirtschaft regelnden öffentlich-rechtlichen Satzung, die eben auf der Gemeinsamkeit der Verantwortung aller an der Produktion Mitwirkenden beruht. Dieser Abschnitt der Enzyklika hat die Geister in Erregung versetzt: die einen sahen in ihr eine Konzession an moderne politische Strömungen, die anderen einen Rückschritt ins Mittelalter. Es wäre unvergleichlich weiser gewesen, die alten unhaltbaren Vorurteile abzulegen und statt dessen aufrichtig und guten Willens an die Verwirklichung der Sache selbst und ihrer vielfältigen praktischen Anwendungen heranzugehen.

Die Frage der Sozialisierung

Heute aber scheint dieser Teil der Enzyklika uns leider fast ein Beispiel für das Verpassen günstiger Gelegenheiten zu bieten. Man bemüht sich nunmehr nachträglich, andere Formen einer öffentlich-rechtlichen Ordnung der Sozialwirtschaft auszuarbeiten, und im Augenblick steht die Verstaatlichung und die Vergesellschaftung der Unternehmungen hoch in Gunst. Es ist nicht zweifelhaft, daß auch die Kirche in bestimmten, gerechten Grenzen die Verstaatlichung zuläßt und man „mit vollem Recht dafür eintreten kann, bestimmte Arten von Gütern der öffentlichen Hand vorzubehalten, weil die mit ihnen verknüpfte übergroße Macht ohne Gefährdung des öffentlichen Wohls Privathänden nicht überantwortet bleiben kann" (Enzyklika Quadr., Acta Apostolicae Sedis, Bd. 23, 1931, Seite 214). Aber diese Verstaatlichung zur allgemeinen Regel der öffentlichen Wirtschaftsverfassung zu machen, hieße die Dinge auf den Kopf stellen. Aufgabe des öffentlichen Rechts ist es doch, dem Privatrecht Hilfestellung zu geben, nicht es aufzuheben. Die Wirtschaft ist — wie jeder andere Bereich menschlicher Tätigkeit — ihrer Natur nach keine Einrichtung des Staates; sie ist ganz im Gegenteil das lebendige Ergebnis der freien Initiative der Einzelmenschen und ihrer in Freiheit gebildeten Gruppen.

Man bliebe auch nicht bei der Wahrheit, wenn man behaupten wollte, daß jede private Unternehmung ihrer Natur nach eine Gesellschaft sei, so daß die Beziehungen zwischen ihren Teilnehmern durch die Gesetze der verteilenden Gerechtigkeit bestimmt würden, woraus folgen müßte, daß alle ohne Unterschied — gleichviel ob Eigentümer der Produktionsmittel oder nicht — ein Recht auf einen Anteil am Eigentum oder zumindest am Reinertrag des Unternehmens hätten. Eine solche Auffassung geht von der Unterstellung aus, daß jede Unternehmung ihrer Natur nach in den Bereich des öffentlichen Rechts hineinrage. Diese Annahme ist unzutreffend; mag das Unternehmen die Rechtsform einer Stiftung oder einer Genossenschaft aller Arbeitsbeteiligten als Miteigentümer haben, oder mag es Privateigentum eines einzelnen sein, der mit seinen Arbeitern einen Arbeitsvertrag abschließt —, im einen wie im anderen Falle unterliegt es der privatrechtlichen Ordnung des Wirtschaftslebens.

Die besonderen Verpflichtungen des Unternehmers

Alles, was Wir eben gesagt haben, bezieht sich auf die Rechtsnatur der Unternehmung als solcher; aber die Unternehmung kann auch noch eine ganze Gruppe anderer persönlicher Beziehungen zwischen ihren mitwirkenden Gliedern umfassen, die ebenfalls berücksichtigt werden müssen, insbesondere Beziehungen gemeinsamer Verantwortlichkeit. Der Eigentümer der Produktionsmittel, wer immer es sei — Privateigentümer, Produktivgenossenschaft oder Stiftung — muß innerhalb der Grenzen des öffentlichen Wirtschaftsrechts Herr seiner wirtschaftlichen Entschlüsse bleiben. Es ergibt sich von selbst, daß sein Einkommen höher ist als das seiner Mitarbeiter. Aber

daraus folgt auch, daß die materielle Wohlfahrt aller Glieder des Volkes, die das Ziel der gesellschaftlichen Wirtschaft ist, ihm mehr als anderen die Verpflichtung auferlegt, durch Rücklagebildung zur Vermehrung des volkswirtschaftlichen Kapitals beizutragen. Auf der anderen Seite soll man nicht übersehen, von welch überragender Bedeutung es für die Gesundheit der Volkswirtschaft ist, daß diese Kapitalbildung aus möglichst vielen Quellen erfolgt, und wie wünschenswert es darum ist, daß auch die Arbeiter in der Lage sind, durch ihre Spartätigkeit an der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung sich zu beteiligen.

Zahlreiche Männer, Industrielle wie ihr, Katholiken und auch Nichtkatholiken, haben bei mannigfacher Gelegenheit ausdrücklich erklärt, daß die Gesellschaftslehre der Kirche — und nur sie — imstande ist, die wesentlichen Stücke zur Lösung der sozialen Frage darzubieten. Natürlich kann die Verwirklichung und Anwendung dieser Lehre nicht das Werk eines Tages sein. Ihre Verwirklichung verlangt von allen Mitwirkenden weise Klarsicht und Voraussicht und ein großes Maß von gesundem Menschenverstand und gutem Willen. Sie erfordert von allen ganz besonders einen unbedingten Widerstand gegen die Versuchung, seinen eigenen Vorteil auf Kosten der anderen Beteiligten — welches auch immer die Art der Beteiligung sein möge — oder zum Schaden des Gemeinwohls zu suchen. Sie erfordert endlich eine Uneigennützigkeit, wie sie nur aus echter christlicher Tugend mit dem Beistand der göttlichen Gnade erblühen kann.

Um diese Hilfe und Gnade auf eure Vereinigung herabzurufen, auf ihren inneren Aufbau und ihre Wirksamkeit nach außen, ganz besonders in denjenigen Ländern, die zwar katholisch sind, sich aber dem sozialen Gedanken der Kirche mehr erschließen müßten, erteilen Wir bewegten Herzens euch und eurer Vereinigung unter dem mächtigen Schutz und Schirm der Mutter der göttlichen Liebe Unseren Apostolischen Segen.

Die Kirche in den Ländern

Asien am Scheideweg

Pandit Nehru erklärte Mitte Mai, daß die Tätigkeit der Kommunisten in Indien „an Revolution grenzt". Die britische Regierung gab bekannt, daß die Staatsgewalt in Burma die Kontrolle über den dritten Teil ihres Gebietes verloren hat und nunmehr mit Material unterstützt werden wird. In Indonesien fördert der Kommunismus die Unabhängigkeitsbewegung. Auf den Philippinen erließen die Bischöfe einen Hirtenbrief, in dem sie sagen, der Kommunismus könne nicht durch „hochfliegende Rhetorik" aufgehalten werden, sondern nur durch „die energische und anhaltende Durchführung von Reformen, die den Massen vor Augen führen, daß es schön ist, und sie erfahren lassen, daß es beglückend ist, in einer wahrhaft christlichen Ordnung zu leben." In diesem Augenblick fällt China dem Kommunismus in die Hände.

Die Schuld Amerikas

Die Weltpresse macht die Öffentlichkeit glauben, daß das nationale China an seiner eigenen Korruption zugrunde geht. Die amerikanischen Katholiken geben ihrer Regierung die Schuld, wie unser Bericht über die Zukunftsaussichten in China in diesem Heft zeigt. Amerika habe China mit „hochfliegender Rhetorik" unterstützt statt mit Dollars. Carlos P. Romulo, der Chef der philippinischen Delegation bei den Vereinten Nationen, schreibt dasselbe: „Hauptsächlich wegen des Ausbleibens einer angemessenen Unterstützung der chinesischen Nationalregierung ist China unter kommunistische Herrschaft gefallen" („America" 30. 4. 1949). Wie dem auch sei, es kann dahin kommen, daß China in Asien die gleiche Rolle spielt wie Rußland in Europa. Douglas Hyde bringt in einem Artikel im „Catholic Herald" (20. 5. 1949) Belege für die enge Verbindung, die zwischen den chinesischen, indischen, burmesischen und malaiischen Kommunisten besteht.

Aber konnte man diese Entwicklung der Dinge vom Westen aus verhindern, oder kann man sie jetzt noch hindern? Die katholische Presse Amerikas fordert die Unterstützung Tschang-Kai-scheks zu bewaffnetem Widerstand. Sie läßt auch durchblicken, warum diese Unterstützung bisher nicht gewährt wurde. Das größere Geschäft winkt von der andern Seite. Hier liegt ein Schulbeispiel dafür vor, was die kapitalistischen Mächte unter „Widerstand gegen den Kommunismus" verstehen: Dieser Widerstand hört auf, ja er verwandelt sich in Förderung, sobald der Kommunismus aufhört, das Geschäft zu stören, und anfängt, Aussicht auf ein Geschäft zu bieten. Das Geistige, das Religiöse spielt bei den politischen Überlegungen nicht die geringste Rolle, es sei denn in der Propaganda.

Enttäuschung über das Abendland

Romulo klagt in dem erwähnten Artikel über das „Erwachen Asiens" die Politik der Weltmächte aus dem gleichen Grunde an. Er wählt als Beispiel den Fall Indonesien. „Ich habe immer gehofft, ein freies Asien könne als ebenbürtiger Partner mit den Demokratien des Westens die menschliche Freiheit retten und über eine freie Welt ausbreiten. Ich habe versucht, dem Westen klarzumachen, daß es entscheidend wichtig ist, die Freundschaft und Hilfe der demokratischen Völker Asiens zu gewinnen für den weltweiten Kampf gegen die Mächte, die die Menschheit versklaven wollen. Das ist eine schwierige Sache, doppelt schwer wegen der westlichen Irrtümer und Fehlkalkulationen in ihrem Umgang mit Asien. Der Kampf um die Herrschaft über Asien vollzieht sich auf zwei Ebenen: der militärischen und der moralischen. Militärisch hat der Westen die erste große Schlacht verloren... Auf moralischem Gebiet ist er dabei, den ersten großen Beweis für den Ernst seiner Absicht und Grundsatztreue zu verspielen. Das Feld für den Beweis ist Indonesien... Es ist der Prüfstein für

seine Ehrlichkeit ... Alle großen Prinzipien, für die sich der Westen in den Vereinten Nationen einsetzt, die Gleichheit der Völker, ihr Recht auf Selbstbestimmung, die Ausschaltung der Gewalt als Mittel zur Regelung internationaler Streitigkeiten, sie alle stehen im Fall Indonesien auf dem Spiel. Nicht Holland allein, die ganze westliche Welt steht heute in Indonesien vor dem Gericht. Asien wartet, es wartet darauf zu sehen, wie der Westen sich entlastet. Indonesien ist der Scheideweg, von dem aus Asien und der Westen konform gehen oder ihre eigenen Wege gehen werden."

Krieg gegen den Kommunismus?

Nun, über den Weg, den die politischen und wirtschaftlichen Mächte der westlichen Welt einschlagen werden, sei es nun in China, in Indonesien oder in einem anderen Lande der Welt, wird niemand im Zweifel sein. Aber welches ist der Weg, den der Christ vor diesen Fragen einzuschlagen hat, wenn nicht im Handeln, zu dem er nicht die Macht besitzt, so doch im Denken und Urteilen? Die amerikanischen Katholiken versprechen sich etwas von der Aufforderung zur Fortsetzung des militärischen Widerstandes in China. Dessen Zweckmäßigkeit können wir nicht beurteilen. Aber etwas anderes wird hier plötzlich aktuell, nämlich die Grundsätze, die der Papst in seiner Weihnachtsansprache von 1948 (Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 4, S. 162) über Krieg und Frieden aufgestellt hat. Wohl kann es einen Fall geben, sagte Pius XII., in dem der Christ verpflichtet ist, die höchsten Güter mit den Waffen zu verteidigen, und in dem alle anderen Christen verpflichtet sind, ihn dabei zu unterstützen. Das mag für China zutreffen, wenigstens ist das die Meinung der katholischen Öffentlichkeit in USA. Aber Pius XII. betonte nicht minder, daß der Krieg kein konstruktives Mittel zum Frieden ist, am allerwenigsten dann, wenn es sich um die Geburtswehen eines neuen Zeitalters auf einem ganzen Kontinent handelt.

Asiens Forderung an das Abendland

In welchem Geiste sich die Neuordnung Asiens vollziehen wird, das kann durch den militärischen Sieg der einen oder anderen Partei in China nicht entschieden werden. Wenn das Abendland den erwachenden Völkern Asiens wirklich Hilfe bringen will, muß diese Hilfe dahin geleitet werden, wo der Kommunismus seine Mittel einsetzt. Asien verlangt Freiheit und Gerechtigkeit und zwar nicht im Sinne formaler Anerkennung dieser Prinzipien, sondern im Sinne materieller Hilfe zu ihrer Verwirklichung. Der philippinische Diplomat Romulo spricht deutlich genug die politischen Gesichtspunkte aus, die damit gemeint sind. Man solle vom Westen her gestatten und mithelfen, daß sich ein freier und tatsächlich (d. h. wirtschaftlich) selbständiger Bund der Staaten Asiens, ein Vereintes Asien bilden kann, das zwischen dem Westblock und dem Ostblock vermittelnd und ausgleichend wirkt. Romulo fordert den Verzicht auf die Hegemonie der Kolonialmächte, auf ihre wirtschaftliche Macht.

Die philippinischen Bischöfe in ihrem Hirtenbrief stellen einen anderen Gesichtspunkt in den Vordergrund, der mit dem Verzicht auf wirtschaftlichen Imperialismus eng zusammenhängt. Sie fordern Sozialreform für ihr Land, eine Forderung, die für die indischen, burmesischen und indonesischen Arbeiter des abendländischen Kapitals nicht weniger bedeutsam ist. „Es gibt keine wirksame Verteidigung gegen die kommunistische Bedrohung, bis wir das beseitigen, woran der Kommunismus sich weidet und wächst: die weitverbreitete schreckliche Ungerechtigkeit, Ungerechtigkeit des Hohen gegen den Niedrigen, des Starken gegen den Schwachen, des Grundherrn gegen den Bearbeiter seines Landes, des Unternehmers gegen seine Arbeitnehmer." Die philippinischen Bischöfe heben hervor, daß die Philippinen einer der nächsten Brennpunkte in der großen Krisis des Fernen Ostens sind, und rufen die Katholiken auf, in dieser Lage ihrer Kirche keine Schande zu machen.

Es kann also nicht genügen, dem Kommunismus auf dem Boden Asiens an der einen oder anderen Front militärischen Widerstand zu leisten. In Asien handelt es sich darum, ihn auf sozialem Gebiete zu schlagen, und dafür könnten die zwei Dollarmilliarden, die die amerikanischen Katholiken von ihrer Regierung fordern, wohl die besten Dienste leisten. Aber sie genügen nicht. Asien will weniger das Geld des Westens, als daß er ernst macht mit den Grundsätzen, die er andauernd im Munde führt. Und dies verlangt nicht nur Asien, sondern jeder, der den Kommunismus geistig zu überwinden hofft, statt ihn militärisch zu bekämpfen.

Die Zukunft Chinas

Die amerikanische China-Politik

Während englische und amerikanische Geschäftsleute die ersten Fühler ausstrecken, um mit den chinesischen Kommunisten ins Geschäft zu kommen, unternimmt die katholische Presse in USA unter Führung der Zeitschrift „America" alle Anstrengungen, um die Regierung und die öffentliche Meinung in letzter Stunde zu einer Unterstützung der Nationalregierung zu bewegen. Nach ihrer Ansicht liegt es nicht allein an den Chinesen, daß die Kommunisten so viel Erfolg hatten, sondern auch daran, daß die amerikanische Hilfe, von der so viel geredet wird, im großen ganzen nur auf dem Papier stand. Der Kongreß hatte seit 1945 zur militärischen Unterstützung Chinas zwei Milliarden Dollar bewilligt, aber nur 105 Millionen wurden tatsächlich ausgezahlt. „Tatsächlich haben wir der Türkei mehr geholfen als China," schreibt „America" (14. 5. 1949). „Wenn wir aus unserem orientalischen Schlummer erwachen, können wir dem Vormarsch der Roten noch Einhalt gebieten". Amerika hat nach dieser Meinung bisher überhaupt nichts Ernsthaftes unternommen. Wenn das Staatsdepartement jetzt versichert, die Frage der amerikanischen Politik in China neu überprüfen zu wollen, sei dazu zu bemerken, daß Amerika in den letzten zwei Jahren in China überhaupt keine Politik gemacht hat. „Wir haben eine allgemeine antitotalitäre Politik, aber sie scheint sich in Europa zu erschöpfen".

In der großen Presse Amerikas überwiegt zur Zeit die Ansicht, daß die chinesischen Kommunisten sich eine gewisse Unabhängigkeit oder doch Eigenständigkeit gegenüber Moskau zu bewahren wissen werden. Die Zeitschrift „America" setzt sich mit den Argumenten auseinander, die für diese Ansicht ins Feld geführt werden.

Man behauptet, die chinesischen Kommunisten sind nur theoretisch Jünger Lenins. In der Praxis vertreten sie

einen sozialistisch gefärbten chinesischen Traditionalismus. Diese Ansicht scheint aber wenig begründet, wenn man sich vor Augen führt, wie genau die Anordnungen Moskaus bis dahin befolgt wurden. William Bullitt, der ehemalige amerikanische Botschafter in Moskau, sagte 1948 vor einem Ausschuß des Parlamentes: „Die chinesische kommunistische Partei hat die Parteilinie niemals durchbrochen". Er führte dafür zahlreiche Beispiele an. Die chinesischen Kommunisten haben seit 1935 jede politische Schwenkung mitgemacht, die von Moskau befohlen wurde. In jenem Jahre erhielten sie den Auftrag, vom Kampf gegen Tschang-Kai-schek abzulassen und sich mit ihm gegen Japan zu verbünden. Sie befolgten diesen Befehl nicht weniger pünktlich als den entgegengesetzten im April 1941, als ihnen aufgetragen wurde, das japanische Mandschukuo anzuerkennen. Noch 1944 lag der Mißerfolg der amerikanisch-chinesischen Strategie gegenüber den Japanern ausschließlich daran, daß die Kommunisten auf russische Weisung sich zurückhielten.

Man sagt, die Chinesen werden selbständig bleiben, weil sie ohne direkte russische Unterstützung an die Macht gekommen sind, und vergleicht sie mit Tito. Tatsächlich hat Rußland ihnen das gesamte erbeutete japanische Kriegsmaterial überlassen, womit sie wenigstens eine Million Mann ausrüsten konnten.

Was die innere Einstellung der führenden chinesischen Kommunisten und besonders die von Mao Tse-tung gegenüber Moskau betrifft, verweist „America" auf eine Unterhaltung zwischen ihm und dem amerikanischen General Wedemeyer. Dieser fragte ihn: „Wenn Sie zwischen der kommunistischen Bewegung und Ihrem chinesischen Vaterland zu wählen hätten, was würden Sie wählen?" Die Antwort war kurz und bündig: „Die kommunistische Partei." Mao Tse-tung machte den Bann gegen Tito ebenso mit wie die russische Reaktion auf den Atlantikpakt. Bei dieser Gelegenheit erklärte er: „Wir werden vorwärts marschieren Hand in Hand mit dem Verbündeten Chinas, der Sowjet-Union, um das ganze imperialistische System zu übertrumpfen und die Befreiung der Menschheit herbeizuführen." Die Amerikaner spekulieren auf den Finanzbedarf der kommunistischen Regierung, die ein verwahrlostes Land in Ordnung bringen muß. „America" bemerkt dazu: Leute, die China wirklich kennen, glauben daran nicht. Keine chinesische Regierung wird mit dem alten Schlendrian aufräumen. Er gehört zum Volkscharakter. Die Zeitschrift schließt ihren Aufsatz mit sehr scharfen Worten gegen bestimmte Kreise in ihrem Land, die für den Zusammenbruch des nationalen China verantwortlich seien: sie würden General McArthur am liebsten genau das gleiche Schicksal bereiten und die Philippinen und ganz Südostasien den Russen in die Hände spielen.

Die chinesische Mission

Die Voraussicht spricht nicht dafür, daß die amerikanische Politik in China einen Umschwung der Lage herbeiführen wird. Wir werden uns darauf einrichten müssen, daß die Kommunisten für längere Zeit wenigstens den größten Teil des Landes beherrschen. Was wird unter diesen Umständen aus den Missionen werden? Die katholischen Beobachter, die sich an Ort und Stelle befinden, befürchten übereinstimmend eine Verfolgung von der Art, wie sie sich in Osteuropa abspielt. Die Herder-Korrespondenz hat darüber in Heft 4 und Heft 5 dieses Jahrgangs eingehend berichtet. In Kreisen der protestantischen Missionare sind die Meinungen geteilt. Professor T. C. Chao von der Yenching-Universität, einer der sechs Präsidenten des Weltrates der Kirchen, schrieb in „The Christian Century" (2. März 1949): „Man wird die Religion hassen und verachten, aber man wird sie dulden, und die Religion in China braucht diese Art friedlicher Verfolgung, um sich von einem bloßen Kult zu einem Leben der Wirklichkeit zu entwickeln ... Meiner Ansicht nach stehen die Christen in China vor einer Zeit, die eine schöpferische sein wird, weil wir Zeugnis ablegen dürfen ... Viele chinesische Christen sind unbewußt viel zu sehr in bürgerlichen Vorstellungen und Gefühlen befangen. Sie müssen lernen, vielleicht weniger von den Missionaren als aus der gegenwärtigen Lage, daß die Aufgabe eines Christen darin besteht, der Welt praktisch und konkret zu bezeugen, daß Gott in Christus eine gewaltige Wirklichkeit geworden ist." Das Christentum in China hat allen Grund, sich von dem Vorwurf zu reinigen, daß es mit den imperialistischen Mächten zum mindesten keine unfreundlichen Beziehungen unterhielt. Nun wird ihm von der Not der Zeit die Aufgabe gestellt, mit dem Evangelium ernst zu machen und alles dahinten zu lassen, was nicht dazu gehört. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, „daß der Kommunismus in den kommenden Jahren zu der Überzeugung kommen wird, daß das Christentum als einzige Macht die moralische und geistige Grundlage zu bieten vermag, deren ein sozialistisches System bedarf, um in China auf die Dauer wirken zu können".

Die evangelischen „Allgemeinen Missions-Nachrichten" (Nr. 1, Februar 1949) berichten ausführlich über eine Tagung des nationalen Christenrats von China, die im Winter in Schanghai stattfand. Ein Missionar erklärte, er glaube, daß der Missionar, wenigstens wenn er Chinese ist, auch fernerhin seine Aufgabe erfüllen kann, „sofern er aufrechten Herzens ist und Rückgrat hat". Er muß für seinen Unterhalt selbst sorgen, als Bauer oder auf andere Weise. Die Gemeinde kann er vielleicht nicht versammeln, aber er kann die einzelnen Gläubigen aufsuchen. In seinem Auftreten muß er bescheiden und geduldig sein und sich auf schlechte Behandlung gefaßt machen. Der Generalsekretär des chinesischen Verbandes junger Männer äußerte sich ähnlich: „Natürlich werden wir Einschränkungen in Kauf nehmen müssen. Wir werden vielleicht nicht alles tun können, was wir tun möchten. Wir werden für gewisse Zeit mit einem gekürzten Programm zufrieden sein müssen. Aber solange man nicht von uns verlangt, daß wir unserem christlichen Glauben absagen ..., wird es der Mühe wert sein, daß wir durchhalten."

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Ein Vorstoß gegen die abstrakte Theologie

Unter den Theologen französischer Zunge, die unserer Zeit etwas zu sagen wissen, ragt Henri de Lubac hervor. Er ist ein Mann, der den Begriffen der scholastischen Theologie zu Leibe geht. Er läßt sich nicht dadurch einschüchtern, daß gewisse Aussagen und Theorien seit Jahrhunderten weitergereicht werden und sich auf diese Weise mit der Autorität der kirchlichen Tradition umkleidet haben.

Lubac forscht auf dem Gebiet der theologischen Anthropologie. Das macht uns besonders hellhörig. Sein Buch über das Übernatürliche vom Jahre 1946 diente der Widerlegung einer berühmten scholastischen These. Er wurde heftig angegriffen (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 10, S. 438). Aber er behauptet seine Meinung.

Ein leerer Begriff und sein Schicksal

Sein neuester Aufsatz in den „Recherches de Science Religieuse" (Bd. 36 Nr. 1, Jan./März 1949) über das Mysterium des Übernatürlichen nimmt nichts zurück. Die Theorie vom „rein natürlichen" Menschen, dies Kernstück und Fundament der neuscholastischen Lehre vom Menschen, ist ein Spiel mit leeren Begriffen. Der Mensch trägt von Natur die Hinordnung auf die ewige Gottesschau und Gotteskindschaft in sich. Eine Psychologie, Ethik oder Theodizee, die von der „reinen Natur" ausgeht, ist schon im Ansatz verirrt.

Eine folgenschwere Behauptung. Wenn sie wahr ist, müssen alle Argumente, in denen das Wort „natürlich" eine Rolle spielt, neu durchdacht werden. Die meisten neuscholastischen Philosophen unterstellen in ihrem Denken ein abstrahierbares allgemeines Menschenwesen mit bestimmten Eigenschaften, Trieben und Fähigkeiten, Ansprüchen und Pflichten, dem jede geschichtliche Ordnung Rechnung tragen muß, wenn sie rechte Ordnung sein will. Man versucht, sich über dieses Wesen mit Andersdenkenden zu verständigen, indem man die geschichtliche Situation des Menschen ausklammert. Der neuscholastische Philosoph erwähnt nichts von der Gotteskindschaft oder der Berufung zu ihr, er spricht nur von der „Natur". Er setzt voraus, sein Gesprächspartner werde diese Unterscheidung zwischen dem Menschen im allgemeinen und dem konkreten Menschen mitmachen und auch seinerseits den geschichtlichen Standpunkt außerachtlassen.

Wenn man an diese Denkoperation Erwartungen geknüpft hat, sind sie durch die moderne Geistesgeschichte enttäuscht worden. Der „natürliche Mensch" hat auf die Dauer so wenig Eroberungen gemacht wie der „homo oeconomicus" von Adam Smith. Er wurde jederzeit zu einem getreuen Abbild der geschichtlichen Denkformen. Er war ein anderer im Munde des christlichen Denkers, ein anderer, wenn die Aufklärung von ihm redete, und wieder ein anderer, wenn Fichte und Hegel über ihn philosophierten. Der Marxismus hat ihn vollends begraben. Wo immer aber man im Namen des natürlichen Menschen konkrete Forderungen stellte, blieben sie auf dem Papier, und es scheint, als sollte die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen davon keine Ausnahme machen. Die Geschichte erwies sich immer stärker als die „natürliche" Philosophie.

So würde es also nur zur Bestätigung einer Erfahrung dienen, wenn Lubac es fertigbrächte, daß auch wir den „rein natürlichen" Menschen aus unserer Gedankenwelt entließen. Der Mensch ist zum Gotteskind geschaffen; das soll hinfort die erste Aussage über ihn sein. Es ist, wie man sieht, eine Aussage, die vom Glauben an Gottes Offenbarung erleuchtet wird, wenn sie auch in ihrem Licht eine Aussage der Vernunft ist. Immerhin, es ist eine Aussage, die den Glauben voraussetzt. Man gibt es auf, dem Gesprächspartner zuzumuten, er solle Grundsätze, die tatsächlich einem offenbarten christlichen Bilde vom Menschen entspringen, für zwingende Erkenntnisse einer „rein natürlichen" Vernunft halten. Lubac wird also, wenn seine Erkenntnisse richtig sind, der christlichen Philosophie dazu helfen, daß sie die Existenz des Menschen als eine ihrem Wesen nach geschichtliche begreift und sich von der Illusion befreit, als sei es von irgendeiner Bedeutung, sich mit dem Menschen im allgemeinen zu beschäftigen.

Der Fortschritt und die Theologie

Zu Beginn seines Aufsatzes erinnert der französische Jesuit daran, daß dies nicht der erste Fall ist, in dem eine Theorie aufgegeben würde, die lange Zeit hindurch sakrosankt war. Hat nicht z. B. die Lehre von der direkten Gewalt der Kirche in zeitlichen Angelegenheiten Jahrhunderte hindurch gegolten? Hat nicht andererseits der Streit zwischen Molinismus und Thomismus die Bedeutung verloren, die man ihm lange Zeit beimaß? Hat nicht Pater de la Taille mit seinem „Mysterium fidei" altersgraue Opfertheorien beseitigt? Warum sollte nicht auch die Theorie von der „natura pura", der „reinen Natürlichkeit" des Menschenwesens, diskutabel sein? Auch sie hat erst eine kurze Lebensdauer, wenn man sie an den zwei Jahrtausenden christlichen Glaubens mißt, und übrigens ist sie eine Angelegenheit der westeuropäischen Theologen. Ob Thomas — um von Augustin zu schweigen — sie vertreten hat, wird immer zweifelhafter. Und wenn es so wäre: die Theologie kann zu Zeiten eine „Abmagerungskur" vertragen. Die Entwicklung, Häufung und Unterscheidung von Begriffen, die in einem bestimmten Punkt der Auseinandersetzung notwendig war, hat nicht immer der Kraft und Tiefe der Lehre gedient. Ist der Zweck von Begriffen erfüllt, kann es gut sein, zur Einfachheit der ursprünglichen Lehre zurückzukehren. Es ist sehr naiv, sagt Lubac, wenn man sich die Theologie so vorstellt, als habe sie nichts zu tun als Schlußfolgerungen abzuleiten, die die in Gottes Wort verhüllten Erkenntnisse mehr und mehr explizieren, bis sie unübertrefflich auseinandergefaltet sind. Dabei stehen die vom unendlichen Fortschritt überzeugten Aufklärer Pate. Durchaus nicht alles in der Theologie ist dazu bestimmt, für immer zu gelten. Es gibt keinen kontinuierlichen Fortschritt in dieser Wissenschaft, der die Späteren durchaus über die Früheren stellt.

Die Theorie vom „rein natürlichen" Menschen

Die Theorie von der „reinen Natur" verdankt ihr Ansehen dem Umstand, daß sie eine Glaubenswahrheit gegen den Irrtum zu sichern scheint. Sie bringt ja zum Ausdruck, daß Gott den Menschen ganz und gar aus

Gnade zu seinem Kinde erhob. Sie stellt also, wie es scheint, den Glanz der übernatürlichen Ordnung ins rechte Licht, indem sie die natürliche Ordnung so scharf wie möglich von ihr abhebt.

Dies ist die Absicht, aber wie sieht die Sache in Wirklichkeit aus? Die übernatürliche und die natürliche Ordnung werden als zwei Exemplare eines Schemas dargestellt. Alles ist verdoppelt. Gebet, Liebe, Gnade Glaube, Tugend, alles kommt doppelt vor, und wenn man sagen soll, wodurch sie sich nun eigentlich in den beiden Ordnungen unterscheiden, antwortet man mit nichts als einem leeren Wort, nämlich mit dem Attribut „natürlich" oder „übernatürlich". Darin zeigt sich, daß die erdachte natürliche Ordnung nichts als ein leeres X ist, das durch Anleihen aus der übernatürlichen und wirklichen Welt gefüllt wird. Nominalismus, nichts weiter! Ein Spiel mit Worten.

Dies also ist der Vorwurf, den Lubac gegen die Neuscholastik erhebt: sie beschäftigt sich eifrig mit einem Begriff, der nicht das Geringste mit unserer wirklichen Natur zu tun hat, sie gibt sich also einer müßigen Beschäftigung hin.

Lubac hat in seinem oben erwähnten Buch gezeigt, daß der Gnade Gottes nicht unrecht getan wird, wenn man die Theorie von der reinen Natur nun aufgibt. In diesem Aufsatz geht er einen Schritt weiter und überführt ihre Anhänger, daß diese Theorie auch nicht einmal den Zweck erreicht, zu dem sie erdacht wurde.

Ist die Theorie vom rein natürlichen Menschen geeignet, uns vor Augen zu führen, daß Gott uns in freier Gnade zu seinen Kindern machte? Es handelt sich nicht darum, ob die Gotteskindschaft für einen hypothetischen „rein natürlichen" Menschen eine Gnade gewesen wäre, sondern daß sie es für den Menschen ist, der ich selber bin. Dies ist das Problem: dem konkreten Menschen, der in der Gnade steht, vor Augen zu führen, daß sein Zustand Gnade ist. Unsere Bestimmung ist die, Gott zu schauen, welches immer auch die Bestimmung eines rein natürlichen Menschen gewesen sein könnte. Sie interessiert uns nicht. Unsere Sache steht infrage. Man muß uns zeigen, daß wir, mit der Natur, die wir haben, aus Gnade berufen sind.

Wenn man zu diesem Zweck die Idee einer „reinen Natur" erfindet, fingiert man tatsächlich einen anderen Menschen, als wir es sind. Man geht aus der wirklichen Welt hinaus. Die Theorie vom natürlichen Menschen zeigt uns nicht, daß wir eine mindere Bestimmung gehabt haben könnten, als wir sie haben, sie beweist nur, daß Gott ein ähnliches Wesen mit minderer Bestimmung geschaffen haben könnte.

Der Mensch „im allgemeinen", ein Denkfehler

An dieser Stelle muß sich natürlich der Einwand erheben, Lubac leugne „den Menschen". Für ihn gibt es nur „diesen Menschen". Von diesem Einwand kommen wir zum Kern der Sache. Lubac sagt nicht, daß jeder einzelne Mensch ein völlig unvergleichlicher sei. Es gibt eine gemeinsame Natur. Aber sie ist gemeinsam und insoweit gemeinsam, als die Menschen ein gemeinsames Ziel haben. Das Ziel, die Bestimmung des Menschen gehört zu den konstituierenden Merkmalen seiner Natur. Der „rein natürliche" Mensch, der Mensch, dem die Bestimmung zum Gotteskind fehlt, ist nicht mehr derselbe Mensch wie wir, er ist ein anderes Wesen. „Das Wesen des Menschen ist ein geschichtliches. Und die Geschichte gehört zu seinem Wesen."

Die Theorie vom natürlichen Menschen, sagt Lubac, ist gewachsen in einer geistigen Welt, die Ziel, Zweck und Bestimmung einer Sache als etwas Äußerliches ansah. Ob der Mensch zur Schau Gottes bestimmt ist oder nicht, er bleibt nach dieser Theorie derselbe Mensch. Seine Bestimmung kann unbeschadet seiner Natur aus der natürlichen in die übernatürliche Ebene gehoben werden. Eine willkürliche und widersinnige Annahme! Es mag wohl sein, daß die Gesetze der Physik und Chemie in der Welt die gleichen gewesen wären, hätte der Mensch nur eine natürliche Bestimmung erhalten. Aber kann man sich vorstellen, daß die Gesetze seiner geistigen und sittlichen Existenz dieselben gewesen wären? Und, was noch schwieriger ist, kann man sich denken, daß der Schöpfer an der Idee seines Geschöpfes sozusagen hinterher durch die Berufung zur Gotteskindschaft eine Korrektur angebracht hat, daß er den konkreten Menschen in zwei Etappen schuf?

Also: entweder hat die Theorie der reinen Natur eine Beziehung zu unserer konkreten Natur, dann führt sie ins Absurde, oder sie bezieht sich auf ein abstraktes Wesen, dann kann sie uns gleichgültig sein.

Weitere Trugschlüsse

Aber der Gegner ist noch nicht aus dem Felde geschlagen. Auf seiner Seite steht die Glaubenswahrheit, daß die Gotteskindschaft ein Geschenk aus Gnade ist. Ein Geschenk! Das heißt: Gott hätte es uns versagen können. Unterstellen wir, daß der Mensch von Natur zum Gotteskind bestimmt ist, dann ist dies ja eine Konsequenz der Schöpfung! Es wird dem Geschöpf nicht obendrein dazu gegeben! Es wird ihm vom Schöpfer sozusagen geschuldet. Es wird zu einer Forderung, die der Mensch kraft seiner Natur vor Gott erheben kann.

Lubac sucht aufzuweisen, daß dieser Einwand auf einem Gaukelspiel der Phantasie beruht. Man spricht von der Gnade als einem „Geschenk". Man stellt sich Gott vor wie einen Menschen, der einem andern etwas schenkt, worauf dieser andere keinen Anspruch hat. Ein Antropomorphismus! Statt dieses Vergleichs muß man zu einem andern greifen, der weit mehr den Kern der Sache trifft, zu der Analogie zwischen Schöpfung und Begnadigung. Ist doch die Begnadigung des Menschen zum Gotteskinde eine neue Schöpfung.

Als ich geschaffen wurde, empfing ich mein Leben von Gott als Geschenk. Und dann empfing ich ein zweites Geschenk: die Kindschaft Gottes. Ich? War ich denn zuvor schon da, daß ich ein Geschenk empfangen konnte? Das Wort „Geschenk" hat eine allzu menschliche Vorstellung hervorgerufen. Ich wollte mit dem ersten Satz nur sagen: Mein Dasein ist ganz und gar von Gott abhängig, es ist kontingent. Ebenso will ich im zweiten Satz ausdrücken, daß die übernatürliche Bestimmung ganz und gar nicht daraus folgt, daß ich geschaffen bin. Wie Wesen und Dasein verschieden sind, so auch Schöpfung und Begnadigung.

Es ist klar, daß „ich" nicht vorher da war und deshalb das Geschenk meiner Schöpfung auch nicht entgegennehmen konnte, wie ich irgendein Geschenk aus den Händen eines Menschen empfange. Diese Redeweise drückt nicht aus, was bei der Schöpfung mit mir geschah. Das war weit mehr als ein „Geschenk". Ich müßte sagen: Gott hat mich selbst mir geschenkt. Wie der erste

Satz, so ist auch der zweite ungenau. Die Gotteskindschaft ist kein Geschenk, das mir sozusagen in die Hand gegeben wurde, nachdem ich bereits da oder fertig, wenn auch nur in Gottes Idee fertig war. Die Rede von einem Geschenk ist ungeeignet. Um das auszudrücken, was man sagen will, muß man wenigstens hinzufügen: dies Geschenk ist etwas ganz anderes, als alle sonstigen Geschenke. Der Ausdruck ist nicht falsch, man kann ihn nicht durch sein Gegenteil ersetzen, aber er muß von dem Menschlichen befreit werden, das ihm anhaftet.

Man kann zwar nicht umhin, sich den Menschen so vorzustellen, als wäre er ein fertiges Ich gewesen, das die Gnade empfing. Aber eben dieses an unserer Vorstellung — worauf die Theorie vom „natürlichen Menschen" beruht — bedarf der Richtigstellung.

Damit beginnt die Reihe der Korrekturen. Die Theorie von der reinen Natur stellt sich den Menschen in gedanklicher Abstraktion in dem Moment vor Augen, da er geschaffen, aber noch nicht begnadet ist. Diesem Gedankending gibt sie den Namen „natürliches Wesen". Dabei übersieht sie noch eines. Das Wort „Natur" bedeutet etwas anderes, wenn man es auf geistige Wesen anwendet, etwas anderes, wenn es von der materiellen Welt ausgesagt wird. Der Satz, daß jedes Wesen eine Bestimmung haben müsse, die seiner Natur entspricht, ist aus der Erfahrung in der materiellen Welt geschöpft. Er ist keineswegs allgemein gültig. Jede geistige „Natur" hat eine unmittelbare Beziehung zu Gott, sie hat also keine Bestimmung, die innerhalb des Kosmos, der „Natur", verbliebe und ihrer „Natur" entspräche! Der Mensch wie der Engel sind „Nichts" und „Bild Gottes" zugleich.

Will man also den Sachverhalt genau ausdrücken, muß man sich von zwei Irrtümern befreien. Man darf sich weder Gott als schenkenden Menschen, noch den Menschen als ein „natürliches Wesen" vorstellen! Die Theorie von der „reinen Natur" ist gut, insofern sie eine Offenbarungswahrheit sichert, sie ist schlecht, weil sie es auf eine allzu antropomorphe Weise tut. Sie mag Geister beruhigen, die das Bedürfnis haben, Gottes Offenbarungen vor der Vernunft harmonisch auszugleichen — wie es in einem andern Falle Molina mit seiner scientia media versuchte —, aber sie kann den Theologen nicht befriedigen, dem es um die Wahrheit ihrer Voraussetzungen zu tun ist. Er nimmt gern in Kauf, daß er keine ebenso glatte Theorie entgegensetzen kann. Er unterwirft sich der Offenbarung und dem Mysterium. Aber er läßt die Unruhe seines Geistes nicht durch Räsonnements zum Stillstand bringen.

Der wirkliche Mensch ist ein Mysterium

Die übernatürliche Bestimmung und Verfassung des Menschen ist ein Mysterium, und nicht nur eines, sondern der Rahmen, in den sich alle anderen fügen. Man kann sie unter mehreren Gesichtspunkten betrachten. Die Scholastik hat sich vorzüglich mit dem Problem beschäftigt, wie ein begrenzter Geist berufen sein könne, Gott unmittelbar zu schauen und mit ihm eine Gemeinschaft der Liebe einzugehen. Da es aber nun so ist, entstand ein zweites Problem. Wenn der Mensch tatsächlich diese Bestimmung in sich trägt, wie kann dann ihre Erfüllung eine reine Gnade sein? Antinomien; aber der Glaube ist immer Ausgleich zweier entgegengesetzter Wahrheiten.

Nur ist die Synthese des Glaubens keine, die man mit der Vernunft begreift. Die Vernunft bleibt vor Antinomien stehen. Wenn es sich, wie in unserm Falle, darum handelt, ein Dogma mit einer natürlichen Erkenntnis zu vereinbaren, liegt die Versuchung nahe, die letztere solange zu biegen, bis sie sich dem Dogma anbequemt.

Was hat man damit erreicht? Der Gnadencharakter des Übernatürlichen ist gesichert worden. Aber um welchen Preis? Das Übernatürliche ist zu einer oberflächlichen und nebensächlichen Schicht geworden, die der Mensch über seinem natürlichen Wesen trägt, die er aber sehr gut entbehren kann, wenn seine Vernunft allein darüber zu befinden hat.

Lubac fragt sich am Schluß seines Aufsatzes, ob die Bestimmung des Menschen zur Gottesschau eine Wahrheit sei, die wir mit bloßer Vernunft erkennen. Er neigt dazu, diese Erkenntnis dem Glauben vorzubehalten. Unsere eigene Natur ist uns also in ihrem tiefsten und erhabensten Sein ein Mysterium. Gottes Wort erst hat, wie Bérulle sich ausdrückt, „uns selbst uns offenbart". Gottes Verheißung, daß wir ihn ewig schauen werden, offenbart uns erst, daß wir danach verlangen. Erst, da wir den Gott der Liebe erkennen, erkennen wir uns selbst.

Philosophie mit Voraussetzungen

Das Problem, das P. de Lubac seinen Fachgenossen aufgegeben hat, ist kein akademisches oder gar akademisch-theologisches. Darüber kann man sich durch die Akten des letztjährigen ökumenischen Kongresses in Amsterdam belehren lassen. Wenn die Bestimmung des Menschen schlechthin eine übernatürliche ist, dann ist er überhaupt nur von dieser Bestimmung her zu begreifen, dann muß seine Natur mit allen ihren Ausstrahlungen in den sittlichen, sozialen und politischen Bereich von der Übernatur her gesehen und bestimmt werden, dann ist Naturrecht das, was *dieser* Bestimmung entspricht. Und wiederum, wenn diese Bestimmung nur im Glauben gewiß wird, dann ist alles Reden, Schreiben und Verhandeln über „natürliche" Rechte, Pflichten, Sitten, Freiheiten usw. solange nutzlos, als der Glaube an diese Bestimmung nicht zum gemeinsamen Ausgangspunkt geworden ist. Dann ist der katholischen Philosophie, ganz besonders der Ethik und Sozialphilosophie, die Aufgabe gestellt, jede Tarnung durch das Wort „natürlich" aufzugeben und zu bekennen, daß der Mensch, von dem sie handelt und in dessen Namen sie spricht, der gläubige oder doch zum Glauben berufene Mensch ist, und daß sie nur von jenen verstanden werden kann, die sich der Offenbarung in Christus öffnen.

Das gefangene Evangelium

Die Gruppe „Jeunesse de l'Eglise", von deren Arbeit wir immer wieder berichtet haben, weil sie zu den lebendigsten des französischen Katholizismus gehört, hat ihrem neuesten Heft den Titel „L'Evangile Captif", das Gefangene Evangelium gegeben. Es enthält auf über 160 Seiten die Antworten auf eine Rundfrage, deren Gegenstand das heute immer wiederkehrende Thema war: Warum ist heute die Glaubensverkündigung so erfolglos? oder wörtlich: Wird die Frohbotschaft den Menschen unserer Zeit wirklich verkündet?

Diese Frage hat „Jeunesse de l'Eglise" nicht nur Katholiken vorgelegt, sondern einem weiten Kreise von Menschen, die sich um die Wahrheit, um den Sinn des

menschlichen Lebens bemühen und dabei um die Realität des christlichen Glaubens nicht herum kommen. Antworten sind von allen Seiten eingegangen und von der Redaktion in zwei Hauptgruppen geordnet worden, deren erste sich mit den tatsächlichen Verhältnissen der Glaubensverkündigung befaßt, während die zweite die offenen Möglichkeiten für die Glaubensverkündigung bezeugt. Zum Schluß hat der Hauptschriftleiter der „Jeunesse de l'Eglise", P. M.-J. Montuclard, zusammenfassend noch einmal die ganze heutige Situation des Evangeliums gegenüber der Welt dargestellt. Diesen Aufsatz, der noch einmal den Titel „Das gefangene Evangelium" trägt, geben wir im folgenden ausführlich wieder:

P. Montuclard beginnt damit, nochmals festzustellen, daß sowohl die missionarischen Methoden in den überseeischen Ländern versagt haben als auch im Abendland selber die Verkündigung des Evangeliums breite Schichten und Völker nicht mehr erreicht. Es wäre zu bequem, sagt er, die Schuld daran einzig dem Feind von außen zuzuschreiben: der laizistischen Schule, der Freimaurerei und letzthin dem Kommunismus. Auch in den ersten christlichen Jahrhunderten ist das Evangelium ja einer feindlichen Welt verkündet worden und hat sich in ihr durchgesetzt. Wenn das heute nicht gelingt, so muß der Fehler wohl im Innern der christlichen Welt selber liegen.

Viele sind heute schon davon überzeugt, daß es sich so verhält. Aber häufig sehen sie die religiöse Lage der Gegenwart doch noch zu oberflächlich an. Sie glauben, daß die Verkündigung des Evangeliums daran kranke, daß sich die Kirche seit Jahrhunderten zu eng mit einer Zivilisation verbunden hat, die nicht mehr die der heutigen Universitäten und des Kampfes der Arbeiterklasse ist, und daß sie deshalb eine Sprache spricht, die die Menschen von heute nicht mehr verstehen. Es sieht dann so aus, als ob die Kirche nur entschlossen ihre Bindung an die untergehende bürgerliche Kultur aufgeben und sich kühn auf die Bahn des Fortschrittes stellen müsse, um das Versäumte nachzuholen. Aber würde das wirklich genügen?

Die Parallele mit der paulinischen Zeit

Nicht zum ersten Mal stellt sich eine solche Frage dem christlichen Gewissen. Wir finden vielmehr in unserer gegenwärtigen Lage sehr aufschlußreiche Parallelen mit dem jüdisch-christlichen Konflikt des ersten Jahrhunderts, so daß man sich wohl fragen darf, ob die Interpretation, die der Apostel Paulus der religiösen Situation seiner Zeit gegeben hat, nicht auch auf die unsere zutrifft und ob wir aus der Haltung, die er jener Lage gegenüber eingenommen hat, nicht auch für uns nützliche Lehren ziehen können.

Der heilige Paulus hat sehr deutlich die Gefahr gesehen, die der jungen Kirche von der jüdischen Kultur her drohte. Sie bestand darin, daß das Judentum, das so lange der einzige Träger der Verheißung gewesen war, leicht die Katholizität der Botschaft Christi hätte erstikken können. Diese Schranken hat Paulus durchbrochen, indem er die Heidenchristen von der Beschneidung und allen übrigen mosaischen Vorschriften dispensierte. Aber das genügte noch nicht.

Die jüdische Religiosität und Gottes Gericht

Im letzten Kapitel des Römerbriefes wird deutlich, daß Paulus ganz klar erkannte, daß die Allgemeinheit des Heils die Verwerfung und den Untergang des jüdischen Volkes, zu dem er doch selber gehörte, verlangte. Aber diese Verwerfung war nicht darum erforderlich, weil einer anderen Kultur Platz gemacht werden sollte, etwa dem Hellenismus oder dem römischen Staat, sondern weil die religiöse Haltung, in der dieses Volk das Wort Gottes eingefangen hatte, für das Evangelium zu eng war. Denn dieses Volk ging nicht vom Glauben aus, sondern sah nur auf die Werke (Röm. 11, 32). Es verkannte die Gerechtigkeit Gottes und wollte seine eigene einsetzen, es unterwarf sich der Gerechtigkeit Gottes nicht (Röm. 10, 3).

Indem das jüdische Volk die Werke über den Glauben stellte, stellte es den Menschen, seine Vernunft und seine Bemühung über die Freiheit und Gnade Gottes. Es hatte sich eine Gottesidee gebildet, in der es seinen Begriff von Transzendenz an die Stelle des Geheimnisses des göttlichen Seins setzte, und sein Gottesbegriff ließ nicht zu, daß Gott die Welt so sehr liebte, daß er für sie seinen eingeborenen Sohn hingab. Die Vorschriften des Gesetzes hatte es so rationalisiert, daß die menschlichen Überlieferungen an die Stelle von Gottes Gebot traten und nur die gebildeten Schichten genug Muße hatten, sich eine genaue Kenntnis dieses Gesetzes zu erwerben. Die armen Leute, die arbeiten und keine Zeit haben, waren also von der Gerechtigkeit und dem Heil ausgeschlossen. Wäre das Evangelium Christi an diese jüdische Welt gebunden geblieben, so wäre es wie ein Gefangener gewesen.

Um dieses Gefängnis zu sprengen, sagt P. Montuclard, war nun einerseits die Kühnheit eines Paulus notwendig, anderseits aber auch die Armee des Titus. Dieses Gericht Gottes über eine pervertierte religiöse Haltung hat wohl der Apostel vorausgesehen, als er schrieb: „Durch seinen Sturz ist das Heil den Heiden zugänglich geworden... seine Verwerfung ist die Versöhnung der Welt gewesen" (Röm. 11, 11 und 15).

Die Analogie in der Gegenwart

Gewiß, es gibt gewichtige Unterschiede zwischen der damaligen Situation und der heutigen: damals löste eine Religion die andere ab; heute soll die wahre und endgültige Kirche sich von eigenen Ketten befreien, um das Wesen ihrer Katholizität voll zu entfalten. Dennoch ist die geschichtliche Analogie deutlich genug, so daß sich in beiden Momenten die gleiche Einwirkung Gottes auf die Geschichte zugunsten des Evangeliums erkennen läßt.

Wenn heute die christliche Kultur des Abendlandes untergeht, so hat das gewiß geschichtliche Gründe. Aber zugleich gibt es dafür vielleicht auch noch eine tiefere übernatürliche Erklärung. Gott ist weder auf der Rechten noch auf der Linken, weder bei den Kommunisten noch bei den Reaktionären. Er ist nachsichtig gegenüber dem Tasten der menschlichen Zivilisation und den Irrtümern der heidnischen Religionen. Aber er erweist sich immer als unerbittlich streng gegenüber einer religiösen Haltung, die unter dem Deckmantel seiner Autorität und seines Wortes die Beziehungen zwischen Gott und Mensch verfälscht und im Bereich des Religiösen selber den Menschen an die Stelle Gottes zu setzen strebt. Das scheint in der abendländischen Kultur geschehen zu sein. Sie ist aus dem Glauben erwachsen und hat der Kirche große Dienste erwiesen. Aber die Stützen, die sie der Kirche geliefert hat, haben schließlich in der öffentlichen

Meinung und in den Einrichtungen eine allzugroße Bedeutung angenommen. Wie im Judentum, so haben auch bei uns die Überlieferungen gewuchert und sind nur zu oft an die Stelle des Heiligen Geistes gesetzt worden. „Wir haben Vorschriften, Riten, Gebräuche, Andachtsübungen ausgearbeitet und gehäuft — und es ist uns oft gelungen, ‚tugendhaft' zu werden; aber haben wir uns nicht selber für die Ursache unserer Tugenden, die Ursache unserer Verdienste gehalten? Haben wir nicht wie die Juden des Gesetzes geglaubt, uns durch das Gesetz retten zu können? Hat uns nicht die an sich und ursprünglich lobenswerte Sorge, das Geheimnis Gottes zu erklären und gegen Häresie und Unglauben zu verteidigen, dazu verführt, dieses Geheimnis an unsere Theorien, unsere Schulstreitigkeiten, unsere Sektenrivalitäten zu ketten? Haben wir uns nicht ihm gegenüber betragen, als sei es unseres Maßes und wir seine Eigentümer?"

Zugleich hat sich die Kirche mit dem ganzen Glanz der abendländischen Kultur geschmückt, bis sie schließlich in den Augen des Armen als ein Gebilde erschien, das nur für jene Gesellschaftsschichten da war, die Muße für diese Kultur hatten. Und diese Verbindung, die wir zwischen der Kirche und der Kultur hergestellt haben (und dazu gehören auch die politischen Mächte und die anonyme Macht des Geldes) ist nicht einfach ein historisches Akzidens. Sie ist vielmehr die unvermeidliche Folge einer falschen religiösen Haltung. Worin besteht diese?

Unsre falsche religiöse Haltung und ihre Überwindung

P. Montuclard führt hier die Antwort an, die ein Vorstadtgeistlicher auf die Rundfrage der „Jeunesse de l'Eglise" gegeben hat: „Man hat uns beigebracht, ohne den Heiligen Geist auszukommen! Gewiß, man hat uns das nicht ausdrücklich gelehrt. Aber man hat soviel Wesens von dem übrigen gemacht: der Familie, der rationalen Apologetik, der Geschichtsdisziplin, den Methoden und der Taktik, den Riten und den Andachten . . ., daß wir außerordentlich ungeschickt dazu geworden sind, tief innerlich an die freie Macht Jesu Christi zu glauben . . ."

Neben dieser Erklärung treten alle anderen Erklärungen des Rückgangs der Glaubensverkündigung in den Hintergrund. Alle Bemühungen, die dies nicht in Betracht ziehen, sind zum Scheitern verurteilt. Wenn sich darum heute die alte Ordnung der Dinge als ein Hindernis für das Evangelium erweist, so nicht darum, daß ihr Idealbild des Menschen zum Teil nicht mehr gilt, sondern weil sie eine religiöse Haltung begünstigt, in der die Macht der Gnade und des Glaubens nicht mehr heftig genug durchbrechen kann. Das, was neu emporsteigt, hat wohl die Unvollkommenheiten und Brutalitäten alles dessen, was beginnt. Aber war das im römischen Reich zur Zeit der Apostel anders? Wir müssen auch lernen, daß die Kirche und das Evangelium absolut keine politische Stütze nötig haben und daß sie unabhängig sind von jenen Mitteln, die ein falsches geschichtliches Ideal uns als unerläßlich vorspiegelt. Diese menschlichen Stützen, die das Abendland für die Kirche und das Evangelium geschaffen hat, sind vielleicht für manche Länder und manche Volksschichten noch auf eine gewisse Zeit unersetzlich; aber für die Masse der Ungläubigen und der Heiden sind sie ein pures Hindernis. Wir scheinen heute, so sagt P. Montuclard, die Aufgabe zu haben, zu wählen zwischen dem reinen Evangelium und einer Botschaft, wo die Weisheit Gottes unter einer dichten Schicht menschlicher Weisheit versteckt ist; zwischen einer Kirche, die sich schwer auf den Grund der Kultur und Zivilisation stützt, und einer Kirche, deren ganze Macht allein aus dem lebendigen Glauben kommt und die sich ständig an den alten Quellen der Barmherzigkeit des Herrn erneuert. Unsere theologische Auslegung der Offenbarung soll sich nicht auf ein Bezugssystem kultureller, sondern biblischer Punkte beziehen, und unsere Hingabe an die Einwirkung der Gnade darf nicht zuerst äußerlich und moralisch sein, sondern innerlich und geistlich. Letzten Endes gibt es auch gar nicht wirklich eine Wahl; denn die Wahl des Christen kann immer nur auf das Evangelium fallen.

Die moderne Kunst und der Kirchenbau

Die Zeitschrift der französischen liturgischen Bewegung, „La Maison-Dieu", hat ihr zweites Vierteljahresheft 1949 (Heft 17) den vielfältigen Problemen der religiösen und der kirchlichen Kunst gewidmet. Die in diesem Heft gesammelten Aufsätze schließen sich an eine Tagung an, die im vorigen Sommer in Vanves über diese Fragen stattgefunden hat. Da ging es zunächst grundlegend um den Begriff des Religiösen, des Sakralen überhaupt, um den in der modernen Welt auch außerhalb der christlichen Kirche leidenschaftlich gerungen wird, ja der, wie ein Aufsatz von P.-R. Régamey darlegt, in den theoretischen Äußerungen nichtchristlicher Dichter und Schriftsteller einen wesentlicheren Raum beansprucht als bei den Katholiken. Nach einer Sphäre des Sakralen, verstanden als das vom täglichen Leben Gesonderte und Erhobene, das Schreckeneinflößende oder Festliche, verlangt das menschliche Herz; auch die existentialistischen und atheistischen Dichter und Denker spiegeln eine solche in ihrem Werk. In der christlichen Welt hat das Sakrale einen ganz bestimmten Sinn und auch einen mehr oder weniger fest umgrenzten Platz. Es ist ganz besonders vergegenwärtigt im Bereich des Liturgischen: in der liturgischen Sprache, der liturgischen Geste, der liturgischen Bildnerei und der liturgischen Baukunst.

Das Spannungsverhältnis zwischen der Kirche und der modernen Welt findet seinen Ausdruck auch in den verschiedenen Zweigen der modernen christlichen Kunst insofern, als es eine offene Frage ist, wie weit sich die Gegebenheiten der außerhalb der Kirche erwachsenen modernen Kunst in den Bereich des Religiösen aufnehmen lassen oder ob sie wesensmäßig von einem areligiösen Weltgeist geprägt sind. Diese Frage erörtert das besagte Heft von „La Maison-Dieu" besonders deutlich und eindrücklich am Problem des modernen Kirchenbaus. Diesem Problem hat P.-R. Régamey einen Aufsatz gewidmet mit dem Titel: Christentum oder Heidentum in der modernen Architektur.

P. Régamey geht so vor, daß er die beiden heute einander gegenüberstehenden Thesen zuerst in ihrer absolutesten Form einander gegenüberstellt. Das eigentliche Problem lautet: Drücken sich Christentum oder Heidentum in der modernen Architektur in bestimmten Formen aus, in denen diese beiden Geisteshaltungen so eindeutig hervortreten, daß man gewisse Formen ausschließen muß, wenn man eine Kirche baut, und andere notwendigerweise oder zum mindesten vorzugsweise anwenden muß? Die beiden Thesen sind folgende:

1. These: Es gibt heidnische Formen, die abzulehnen, christliche Formen, die anzuwenden sind

1. Die Formen der modernen Architektur gehen aus einem „Funktionalismus" hervor, der wesentlich materialistisch ist: einerseits bestimmen die Funktionen des praktischen Lebens und die Sorge um die Hygiene, anderseits die Materialgerechtheit die Konstruktion. Der Architekt, der mit diesen Gegebenheiten arbeitet, gehorcht nicht mehr eigentlich einer Eingebung, sondern einem systematischen Rationalismus, der alles vereinfacht, unpersönlich macht und die menschlichen Werte, soweit sie komplizierter und innerlicher sind, ignoriert; er hat den Sinn für das Geheimnis, Phantasie und Sensibilität verloren. Das erstaunlichste Zeichen dieser Unpersönlichkeit besteht darin, daß die moderne Architektur auf der ganzen Welt, in Moskau, Tokio, Paris, Rom, New York, Buenos Aires die gleiche ist, unvermögend, sich zu wandeln. Dieser brutale Materialismus der modernen Bauformen scheint grundlegend unvereinbar mit christlichem Geist. Für den Kirchenbau insbesondere ergibt sich daraus folgendes:

2. Jede Bauform soll stets mit Deutlichkeit den Charakter des Gebäudes kennzeichnen, dem sie dient. Eine Kirche muß sich ganz besonders deutlich von allen anderen Gebäuden abheben, weil sie einem andern Geist als die übrigen Baulichkeiten dient. Im Mittelalter war ein besonderer Stil für den Kirchenbau nicht notwendig, weil der religiöse Geist das ganze Leben beherrschte und auch in den Profanbauten seinen Ausdruck finden konnte. Heute beherrscht der materialistische Geist sämtliche Profanbauten und versucht, auch auf den Kirchenbau überzugreifen. Das muß abgewendet werden.

3. Dieser sakrale Charakter, durch den der Kirchenbau gegen seine ganze Umgebung abstechen soll, wird durch die Beobachtung bestimmter Vorschriften erreicht. Die religiöse Architektur soll eine Symbolsprache sprechen, wie sie jeder sakralen Kunst wesentlich ist.

4. Diese Sprache ist zum großen Teil traditionell. Es gehört zum Wesen der Kirche, traditionell zu sein, weil sie das Wirken der Ewigkeit in der Zeit repräsentiert. Wenn der Architekt neue Formen erfindet, was nicht ausgeschlossen ist, da die Kunst stets Schöpfung ist, so müssen diese doch eine Familienähnlichkeit mit den alten Formen haben.

5. Die Kirche ist nicht nur das Haus Gottes, sondern auch das Haus des Volkes Gottes. Das Volk verlangt danach, in seinen Kirchen eine Atmosphäre zu finden, nach der es sich sehnt und die es von seinen alten Kirchen her kennt.

6. Alle diese Gesichtspunkte stimmen zusammen mit dem einzigen Paragraphen des CIC (can. 1164, § 1), der sich auf die religiöse Architektur bezieht: „Die Ordinarien sollen dafür sorgen, notfalls nach Beratung mit Fachleuten, daß beim Bau und bei der Wiederherstellung von Kirchen die von der christlichen Überlieferung übernommenen Formen sowie die Gesetze der sakralen Kunst beachtet werden".

2. These: Es gibt in der Architektur keine wesentlich heidnischen oder christlichen Formen

1. Es ist sinnlos, von Formen zu sagen, sie seien materialistisch oder heidnisch oder christlich. Formen sind logisch oder unlogisch, rein oder unrein, schön oder häßlich und sonst nichts. Gewiß können die modernen Formen von einem unchristlichen Geist benutzt werden, aber ebenso gut kann sich ein christlicher Geist ihrer bedienen. Der christliche Geist hat sich auch in den ersten Jahrhunderten der Kirche heidnische Formen angeeignet, nämlich die Architektur der Thermen und der Basiliken, obwohl diese mit wenig erbaulichen Erinnerungen verbunden waren.

2. Die religiöse Architektur soll sich nicht von jeder anderen Architektur durch eigene Formen unterscheiden. Wenn die religiösen Gebäude im Bild einer Stadt eine andere plastische Sprache sprechen als die übrigen Baulichkeiten, scheinen sie eben damit zu sagen, daß die Christen nicht mehr wirklich teilnehmen am Leben der Stadt, oder doch nur äußerlich.

3. Von einem Architekten verlangen, daß er bestimmte Formen verwendet, zumal wenn diese nicht mehr die seiner Zeit geläufigen sind, bedeutet, die künstlerische Schöpfung in eine Schulübung umwandeln. Dann wird die kirchliche Architektur im Bereich des Baulichen das, was auf anderen Gebieten der „klerikale Stil", der „Predigtton" ist.

4. Erst recht darf man keine historischen Formen verwenden, als ob diese die Tradition darstellten. Man ehrt Gott nicht, indem man ihm Vergangenes bietet.

5. Wenn der Klerus und die Gläubigen sich in religiösen Bauten, die sie an die Bauten der materialistischen Zivilisation erinnern, nicht wohlfühlen, so ist das nur eine vorübergehender Zustand. Schon heute sind die modernen Formen etwas so Geläufiges geworden, daß sie keineswegs mehr ohne weiteres einen Eindruck von Materialismus erwecken. Auch gibt es bereits Meisterwerke moderner Architektur im Kirchenbau, die von ihrem Wert sehr schnell überzeugen.

6. Genannt seien: Notre-Dame in Raincy, von Auguste Perret (1922), St. Karl in Luzern, von Fritz Metzger (1933), die Kirchen in Dornach und Möhlin bei Basel, von Hermann Baur, und die Basilika Notre-Dame de la Trinité in Blois, von Rouviére (1937).

Die Lösung des Problems

Diese beiden Reihen von Argumenten, die P. Régamey hier einander gegenübergestellt hat, bilden sowohl in ihrer innersten Haltung als auch in ihren praktischen Folgerungen einen Gegensatz.

1. Was die innere Haltung anbetrifft, so betont die erstere den Charakter der Unterscheidung, der dem Sakralen eigentümlich ist, während die letztere die Gemeinschaft aller Menschen betont, die der Wunsch der christlichen Liebe ist.

2. Daher verlangt die erstere für die religiöse Architektur religiöse Richtlinien, während die zweite die künstlerische Intuition für das wesentliche hält. Die erstere Haltung steht daher durchweg beim Klerus, bei den frommen Leuten und bei gewissen Architekten, die weniger plastischen Sinn als fromme Absichten haben, in Gunst.

In Wahrheit soll sich das christliche Ideal so vollständig wie möglich in die Wirklichkeit einsenken. Für die Christen ist nichts profan, außer der Sünde; daher ist wohl alles in gewisser Weise profan, weil die Sünde alles verdorben hat, aber alles ist es nur in diesem Bezug, nicht aber in sich selbst. Prinzipiell also widerstrebt keine Form

dem christlichen Geist, und dieser kann alle durchdringen.

Es scheint daher, daß die Frage anders gestellt werden muß. Anstatt zu fragen, ob diese oder jene Form heidnisch oder christlich sei, müssen wir in jedem Fall untersuchen, wie die verschiedenen Formen behandelt sind: wir müssen in einem gewissen Sinn die Forderungen der Seligkeiten auf die religiösen Bauwerke anwenden und uns fragen, ob diese erfüllt sind. Dann erheben sich die eigentlichen Probleme.

Die Forderungen der Seligkeiten

P. Régamey sieht fünf hauptsächliche Probleme, die aus den vier Seligkeiten hervorgehen, deren künstlerische Anwendbarkeit offenkundig ist, nämlich die der Armut, des Hungers und Durstes nach der Gerechtigkeit, der Reinheit und des Friedens. Diese fünf Probleme sind folgende:

1. Wie kann man in der gegenwärtigen Not Kirchen bauen, die ihre Armut nicht unter eitlem Schein verbergen und keinen „Ersatz" für reichen Schmuck verwenden, sondern die vielmehr in der modernen Gemeinde gerade durch ihre frei angenommene Armut ein Beispiel von Würde und Adel geben?

2. Sollte man ausnahmsweise über reiche Hilfsmittel verfügen, so darf man nicht der Versuchung erliegen, diesen Reichtum zur Schau zu stellen unter dem Vorwand, Gott dadurch zu ehren, und nicht das Schöne mit dem Prunkvollen verwechseln; im Gegenteil, man soll selbst noch im Großartigen den Geist der Armut so aufleuchten lassen, daß er eine künstlerische Analogie des tugendhaften Wandels wird, in dem sich Hoheit und Demut einen.

3. Man soll beim Kirchenbau Hunger und Durst nach der Gerechtigkeit, nach der Wahrheit zur Anschauung bringen, indem man alle Willkür meidet und zuerst einmal sich der wahren Gegebenheiten des einzelnen Falles bewußt wird und dann die Strukturen und Formen findet, die sich schrittweise aus diesen Gegebenheiten ergeben.

4. Man soll vollkommen reine Bauwerke zustande bringen, die ebenso weit von falscher Originalität und Anmaßung entfernt sind wie von gedankenloser Unterordnung unter Stilkonventionen, wie sie die meisten Kirchen verunzieren.

5. Die Kirche soll ein „Bild des Friedens" sein, während sie nur zu oft „alle unsere Sünden und alle unsere Fehler" hinausschreit (Claudel).

Wenn der Architekt diese Probleme löst, wird er ein wahrhaft christliches und sakrales Werk vollbringen, welche Formen er auch benutzt.

Berichtigungen

Von hier aus stellt nun P. Régamey die verschiedenen Punkte der beiden angeführten Thesen richtig.

1. Der künstliche Charakter des modernen Baumaterials ist nur dann unerträglich, wenn es zum Ersatz in den traditionellen Bauformen verwendet wird, nicht aber, wenn es seinem eigenen Wesen gemäß dient. Wird es sachgemäß verwendet, so erhält es eine eigene Geistigkeit, die sich von der alten unterscheidet, aber ebenso echt ist, insbesondere durch ihren Charakter von Sauberkeit und Einfachheit. Die moderne Architektur spricht dann durch die offene Darstellung ihrer Struktur, durch die Proportionen und den Rhythmus ihrer Teile, durch die Verteilung von Licht und Schatten, durch die Farben, insbesondere der Glasfenster, zum Herzen. Einzelne kostbare Gegenstände kommen vor dieser Architektur besonders schön zur Geltung. Was aber die internationale Gleichartigkeit dieser Architektur betrifft, so teilt sie diese mit den großen Bauformen der Vergangenheit, der romanischen, der gotischen und dem Barock.

2. Gewiß soll sich die Kirche auf den ersten Blick von ihrer Umgebung abheben. Aber das kann auf vielfache Weise zustande gebracht werden: durch die Lage in ihrer Umgebung, die Gestaltung des umliegenden Raumes, die Verhältnisse der Baumassen, das Kreuz auf dem Dach. Die Kirche ist gewiß durch ihren Bezug auf die Liturgie gebunden, aber die Liturgie selber läßt einen weiten Spielraum. Ebenso soll auch die Tradition gemäß dem Wunsch Pius' XI. als ein Faktor des Lebens aufgefaßt werden. Sie bedeutet mehr als die besonderen Formen, in denen sie sich zeitweise verkörpert hat. Die Treue zum Ewigen bedeutet nicht, das Vergangene im Gegenwärtigen fortzusetzen, sondern das immer Aktuelle der ewigen Wahrheit zu verwirklichen.

Die ernsteste Schwierigkeit liegt für P. Régamey im Widerstand des christlichen Volkes, weil dieser eine Tatsache ist, während sich die prinzipiellen Einwände mühelos widerlegen lassen. Um diesen Widerstand zu bekämpfen, müssen die Verantwortlichen alles tun, was sie können, um die Gemeinde aufzuklären, und sie müssen vor allen Dingen gerade den besten modernen Architekten Gelegenheit geben, Meisterwerke auf dem Gebiet des Kirchenbaus zu vollbringen.

Was den Ausdruck des Canon 1164: „die von der Überlieferung übernommenen Formen" betrifft, so hat Msgr. Chiapetta, der Präsident der Zentralkommission für sakrale Kunst, gesagt, er beziehe sich keineswegs auf bestimmte künstlerische Formen der Vergangenheit; es gehe aus den Kommentaren der Canonisten hervor, daß die Tradition „den Zusammenhang des katholischen Geistes in den verschiedenen sich ablösenden Stilen darstellt, der daran erkenntlich ist, daß die Kirchen trotz des Wandels der Architektur und der Ausgestaltung stets derart gebaut worden sind, daß sie den Anforderungen des Dogmas, der Liturgie und der kirchlichen Disziplin entsprechen".

P. Régamey ist, wie er ausdrücklich sagt, durchaus auf der Seite der zweiten These. Zu deren Ergänzung führt er noch aus: Man hat seit dreißig Jahren genug Erfahrungen im modernen Kirchenbau gemacht, um behaupten zu können, daß es zwar gewisse Formen gibt, zu denen der Betonbau einladet, die wegen ihrer Häßlichkeit unerträglich sind. Doch das sind Einwände, die sich nicht nur für den Kirchenbau, sondern für jeden modernen Bau erheben. Die moderne Architektur ist imstande, im Kirchenbau Bedeutendes zu leisten. Der Architekt soll sich jedoch auch nicht scheuen, Anklänge an frühere Formen aufzunehmen, wenn sie sich ungesucht ergeben.

Die Diskussion über Graham Greene

Zwei der hervorragendsten englischen Romanschriftsteller der Gegenwart gehören der katholischen Kirche an. Zwei Erzähler, die jedermann liest, die von allen angehört werden, was immer diese glauben und denken mögen, repräsentieren die kleine Minorität von 3 Millionen Ka-

tholiken in England: eine im übrigen eher abseitige, rückständige, enggeistige Gemeinschaft, deren Elite aus Konvertiten besteht. Auch Evelyn Waugh und Graham Greene sind Konvertiten, gewiß: aber was sie darstellen, ist eine Durchschnittswelt oder gar eine Welt weit unter dem Durchschnitt, in der jedoch der katholische Glaube zum Alltag gehört.

Heiliger oder Zyniker?

Die drei Romane Graham Greenes (des Journalisten und Kriminalgeschichtenerzählers), in denen das eigentliche Thema die Entscheidung zwischen Heil und Verdammnis ist — Heil und Verdammnis, wie sie die katholische Kirche lehrt und vermittelt —, haben in der katholischen Welt heftige Auseinandersetzungen hervorgerufen, zuerst in England, dann in Amerika; als sie übersetzt wurden, nahmen auch die intellektuellen Kreise in Frankreich und Deutschland an der Auseinandersetzung teil, wenn auch gemäßigter, da die angelsächsischen Länder schon einige Grundfragen geklärt hatten. (Ins Französische ist bisher nur der mittlere der drei Romane, „The power and the glory" — Die Kraft und die Herrlichkeit — übertragen worden, ins Deutsche auch „Brighton Rock", das in der Schweiz erschienen ist, während in Deutschland ebenfalls nur „Die Kraft und die Herrlichkeit" allgemein bekannt wurde.) Bei uns würden Greenes Bücher wohl kaum mehr, wie in Irland, vom Episkopat ganz verboten werden können. Aber Überschriften wie „Saint or Zynic" (Heiliger oder Zyniker) und „Saint ou Maudit" (Heiliger oder Verdammter) könnten gewiß auch bei uns auftauchen, sofern man Greenes Schöpfungen ernst nimmt und sich nicht dadurch die Sache leicht macht, daß man Greenes grelle Töne dämpft und seine Probleme vertuscht.

Uns erscheint Greenes Werk nicht nur als ein Zeichen des Lebens im englischen Katholizismus, sondern als einer der Brennpunkte, in dem sich das Ringen des Glaubens um die Bewältigung der gegenwärtigen Welt spiegelt. Die drei „katholischen Romane" Greenes — wenn wir sie einmal so nennen wollen — erschüttern am eigentümlichsten dadurch, daß der Leser, ob er will oder nicht, in das Drama der Seele zwischen Heil und Verdammnis mit hineingerissen wird und spürt, daß dies das Wichtigste ist im Leben und daß dies sich abspielt in unserem täglichen Leben, im Alleralltäglichsten: dieser Kampf der Mächte, die größer sind als alle politischen Mächte, sozialen Gewalten und Ideologien, der Kampf, dessen Ausgang wichtiger ist als die irdische Geschichte der Völker und die Gestaltung der irdischen Gemeinschaft: der Kampf zwischen Himmel und Hölle, der sich abspielt im einzelnen Herzen. In seinem Reisetagebuch aus Mexiko, „Gesetzlose Straßen", in dem man eine Menge Rohstoff zu „Die Kraft und die Herrlichkeit" findet (in der Thomas-Morus-Presse, Verlag Herder Wien), schreibt Greene einmal, als er, erschöpft und von Klima und Zuständen in Mexiko angeekelt, in einem Hotel in Las Casas sitzt und aus Langeweile ein paar nordamerikanische Magazine durchblättert: „Ich verabscheute Mexiko — aber bisweilen kam mir vor, als gebe es noch schlimmere Bezirke. Hier gab es Götzendienst und Unterdrückung, Hungersnot und Gewalttat, aber man lebte im Schatten der Religion — Gottes oder des Teufels. ‚Das vollkommene Rendez-Vous' (die amerikanische Zeitschrift) — es war nichts Böses, es war einfach gar nichts, es war der Kaufladen, der Drugstore mit Coca-Cola und Schinkenbrötchen, die kalte leere Welt aus Chromstahl". Dieses Gefühl vermitteln seine Romane: wie immer die Welt sonst sein mag und was in ihr vorgeht und was sie zu bieten hat, es ist alles nichts — außer dem einen: im Schatten Gottes zu leben.

Nun, dieses Thema des Kampfes um Heil oder Verdammnis ist auch das der berühmten französischen Romanschriftsteller der vorigen Generation, eines Bernanos oder François Mauriac. Man findet Greenes Namen heute häufig als den eines Bruders dieser beiden genannt. Aber in Wahrheit bestehen doch sehr wesentliche Unterschiede. Greenes Welt ist eine andere, und auch sein Problem ist ein sehr merkwürdig und kennzeichnend anderes.

Das Element des Widerwärtigen

Zuerst die Umwelt: das ist nicht mehr die „bourgeoise" Welt Bernanos' und Mauriacs, die französische Provinz mit ihrer uralten Kultur (in die von unten her vielleicht ein Priester gewordener Bauernsohn hineinragt), die Sanftheit einer mit Schlössern und Schlößchen besäten Landschaft. Graham Greene ist zu Hause in unserer grausamen Welt der Großstadtränder („Brighton Rock"), in korrupten Kolonialhafenstädten („The Heart of the Matter"); er versteht die verkommene Gesellschaft der kleinen Städte Mexikos, die brutale Primitivität mexikanischer Provinzen („Die Kraft und die Herrlichkeit"). Etwas drängt ihn, gerade das Widerwärtige, das Unappetitliche der Menschen zu sehen und beim Namen zu nennen: wenn im Kampf zwischen Himmel und Hölle nicht auch das Niedrigste seine Rolle spielt, nicht also die volle Wirklichkeit eingesetzt ist, so — scheint damit gesagt zu sein — gilt das Ganze nicht, ist es ein Schwindel. Dem Hauptthelden in „Die Kraft und die Herrlichkeit", dem armseligen kleinen Priester, der trinkt, der Angst hat, der keinerlei Würde mehr zu besitzen scheint, dessen Herz aber von Liebe und Mitleid immer wieder überflutet wird, geht, während er im Gefängnis mit einem Haufen anderer, böser und weniger böser Menschen im Dunkel zusammengepfercht ist, der Gedanke durch den Kopf: „Wenn man einen Menschen bis in die Seele prüfte, fühlte man immer Mitleid ... das war eine Eigenschaft, die Gottes Ebenbild trug ... wenn man die Linien um die Augen sah, die Form des Mundes, den Haarwuchs, war es unmöglich zu hassen. Der Haß war nur eine Ausgeburt der Phantasie". Dies ist vielleicht auch der tiefste Grund von Greenes „grausamer" Schilderungskunst; wenn man auch das Widerwärtigste genau ansieht, ist es unmöglich zu hassen. Haß ist eine Ausgeburt der Phantasie; in der Wirklichkeit dagegen handelt es sich um das Ebenbild Gottes und, schrankenloses Mitleid heischend, dessen Verzerrung. Selbst in „Brighton Rock", Greenes fürchterlichstem Buch, ist es deutlich, daß Greene diese Vorstadtwelt mit all ihrem Verbrechen, ihrer kalten Gemeinheit nicht haßt, weil auch hier noch Himmel und Hölle im Kampf liegen um Gottes Ebenbild.

Mit der durchaus modernen Szenerie von Greenes Werken geht seine schriftstellerische Technik zusammen: sie ist nicht Erzählen in ruhigem Fluß, schildernd und sich versenkend, sondern sie hat ein filmisches Element, eine Scheinwerferart, wodurch in raschem Wechsel innen und außen, die verschiedensten Szenen und Personen grell beleuchtet werden.

Greenes Problem: Glaube und Liebe ohne Hoffnung

Hinter dieser Abweichung der Greeneschen Romane in Stoff und Technik von denen der berühmten französischen katholischen Romanschriftsteller steht nun aber auch eine andere Problematik. Anders als bei Bernanos und Mauriac greifen die überirdischen Mächte, zwischen denen der Mensch sich entscheiden muß, nicht ein. Keine Bekehrungen finden statt. Es handelt sich nicht darum, vom falschen Weg zurückzukehren zu Gott. Bei Greene ist gleichsam das überirdische Koordinatensystem, auf das all unser Tun und Denken bezogen ist, fest und vollkommen klar. Aber undurchsichtig ist der Ort jeder unserer Handlungen und Bestrebungen. Klar scheint der Koeffizient der Sünde und der menschlichen Schwäche, aber diese Klarheit wird aufgehoben durch die völlige Undurchsichtigkeit der Beziehungen der göttlichen Tugenden, Glaube, Hoffnung und Liebe, zu einander, denn das Drama besteht darin, daß sie in Widerstreit zu geraten scheinen. Die handelnden Personen finden sich nicht zurecht, und wir (vielleicht mit dem Autor) wissen ebenfalls nur, daß wir nicht richten können.

In allen drei Romanen würde der Konflikt nicht existieren, wenn es sich nicht um Menschen handelte, die katholisch sind und darum wissen, daß es Heil und Verdammnis gibt. Selbst der anscheinend durch und durch verdorbene junge Verbrecher in „Brighton Rock" ist der Hölle gewiß und wählt sie bewußt, wenn auch aus Verzweiflung an allem. Der Unterschied zwischen dem Katholiken und den „Anderen", sagt Greene, besteht darin, daß es für ihn um Gut und Böse, für die andern aber immer nur um Recht und Unrecht geht. Weder der mexikanische Priester in „Die Kraft und die Herrlichkeit" noch Major Scobie in „The Heart of the Matter" kennen Glaubenszweifel, sie kennen auch keine Ablenkung von dem ständigen Bewußtsein, unter Gottes Auge zu handeln. Sie lieben Ihn und erfüllen sein Liebesgebot gegenüber den Menschen, wie sie es verstehen. Aber sie hoffen nie auf seine Hilfe, er greift nicht ein. Unsre Welt, in der die Vorsehung unerkennbar geworden scheint, ist bei Greene in eben dieser Selbstüberlassenheit genommen. Helden ohne Hoffnung, deren Geschick doch seltsamerweise uns nicht ohne Hoffnung läßt.

Christlicher oder existentialistischer Roman?

In Frankreich haben die katholischen Kritiker sich bezeichnenderweise darüber gestritten, ob „Die Kraft und die Herrlichkeit" ein existentialistischer oder ein christlicher Roman sei: existentialistisch in dem Sinne, daß der Mensch sein eigenes Schicksal sei und keinen der Bezüge, in die er einmal getreten, keine der Verwirklichungen, die er einmal vollzogen hat, wieder rückgängig machen kann (selbst die Priesterweihe erscheint dann als ein unabänderliches Schicksal!). Daß der „Schnapspriester" in „Die Kraft und die Herrlichkeit" dem Schicksal seines Berufes, seines Amtes, dem Siegel seines Sakraments nicht entgehen kann, halten einige sehr bekannte katholische Kritiker in Frankreich (Claude-Edmonde Magny und Pierre Debray) für das eigentliche Thema des Romans. Und die Welt, in der sich dieses Schicksal abspielt, scheint absurd, unerklärlich, verächtlich, wie die Welt eines Malraux oder Camus. R. du Parc in „Etudes" (März 1949) verteidigt dagegen den christlichen Gehalt des Romans. Er sagt, es könne wohl so scheinen, als habe der Held der Geschichte kaum mehr ein Wissen um die Forderungen der christlichen Hoffnung noch um die Macht der Reue und als stehe dieser arme kleine Mann unter einem unerbittlichen Schicksal, das ihm die unerträgliche Last des Priestertums auferlegt habe, um ihn dadurch zum Untergang zu führen. Doch bei näherem Zusehen erkenne man, daß der Autor es anders gemeint habe: als Geschichte des Weges einer mittelmäßigen Seele, die von Gott verfolgt wird und durch Sünde hindurch zum Martyrium reift. Du Parc hält die Verzweiflung des kleinen Priesters (der sich für einen Verdammten hält) nicht für Verzweiflung, „denn es wäre unwahrscheinlich, daß ein Verzweifelter eine so einzigartige Treue im Dienste Gottes bewiese".

Eine theologische Frage?

Aber gerade dies ist in Wahrheit Greenes Thema: das Zugleich von Verzweiflung und Gottesliebe. Nichts Theologisch Haltbares gewiß, aber ein wahrhafter Zustand des menschlichen Herzens. Dieses Thema ist in „The Heart of the Matter" wiederholt. Was Greene dabei meint, verraten die beiden Sätze Péguys, die er diesem bisher letzten seiner Romane vorangestellt hat: „Der Sünder ist geradezu im Herzen des Christseins" — und: „Niemand versteht soviel vom Christsein wie der Sünder, niemand, es sei denn der Heilige". Sicher ist aber auch, daß die beiden Helden dieser beiden Bücher, wenn sie zugleich von Liebe und von Verzweiflung verzehrt werden, nie das Gefühl haben, Gott rufe sie, Gott liebe sie und Er sei der Urheber ihrer Schicksale. Sie ihrerseits lieben ihn, glauben an ihn, aber sie tappen im Dunkeln — und auch dies erscheint als eine typische Weise des Christlichen in unserer Zeit.

„The Heart of the Matter", Greenes letzter Roman, ist erst 1948 erschienen und noch weder ins Französische noch ins Deutsche übersetzt. In England und Amerika hat er jedoch noch mehr zu Auseinandersetzungen herausgefordert als „Die Kraft und die Herrlichkeit". In Irland ist er verboten worden; ein sehr bekannter englischer Jesuit hat ihn begeistert begrüßt. Major Scobie, der Held des Romans, der sich aus Mitleid in immer schwerere Sünden verstrickt bis zum sakrilegischen Empfang des Sakraments, der Gott liebt und an die Hölle glaubt, der auch nicht aufhört, Gott zu lieben, obwohl er sich für verdammt hält, und der diesen Zustand durch Selbstmord endet: ist er nun wirklich verdammt? Oder ist doch er es, der „die größere Liebe hat", der sich mit seinem schlichten Verstand und schlichten Herzen zwar nicht mehr zurechtfand, aber doch in Wahrheit „wirklich Gott liebte", wie Father Rank nach seinem Tode zu seiner Frau sagt — viel mehr als diese sehr kirchliche Frau, die darauf verbittert und ärgerlich antwortet: „Er hat überhaupt niemand anders (als Gott) geliebt".

Die Frage, die man an dieses Werk gestellt hat, ist am deutlichsten vielleicht in der Besprechung gefaßt, die ihm der heute so oft mit Greene zusammen genannte andere katholische Romanschriftsteller Englands, Evelyn Waugh, in der Wochenschrift „The Commonweal" (16. Juli 1948) gewidmet hat.

Ist Major Scobie gerettet? E. Waugh zitiert einen Ausspruch Greenes: „Diese Charaktere sind nicht meine Geschöpfe, sondern Gottes. Sie haben eine ewige Bestimmung. Sie spielen nicht nur eine Rolle zur Unterhaltung des Lesers. Sie sind Seelen, für deren Erlösung Christus

starb". Und eben darum, so sagt Waugh, ist es ganz gleichgültig, ob Greene seinen Helden für einen Heiligen hält oder nicht, ebenso wie die Meinung des Lesers darüber gleichgültig ist. Scobie ist ein Mensch mit einer unabhängigen Seele, und nur Gott weiß, ob ein Mensch gerettet ist oder nicht.

Aber es bleibt noch eine andere theologische Frage, die auch in „Die Kraft und die Herrlichkeit" schon auftauchte: in beiden Werken wollen die Helden ihre eigene Verdammnis aufopfern zur Erlösung der anderen. Ist das möglich? Objektiv kann es nicht möglich sein, da das Angebot des Opfers aus einer Liebe entspringt, die die Verdammnis aufzuheben scheint, indem der Gott der Liebe auf sie mit Liebe antwortet. Aber für Greene handelt es sich ja auch nicht darum, daß Gott Scobie beim Wort nehmen könnte, sondern darum zu zeigen, daß dieser Mensch, der sich selber nichts verzeiht, den anderen alles verzeiht und alles zu opfern bereit ist, selbst als er keinen anderen Rat mehr weiß als dieses ratlose Gebet.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Der Schulkampf in Frankreich

Während bei uns die Frage der konfessionellen Schule durch die Debatten um die Schulparagraphen in der Bundesverfassung in der letzten Zeit stark in den Vordergrund getreten ist, spielt sich auch in Frankreich, und zwar schon über Jahre hin, ein Kampf um die konfessionelle Schule, wenn auch in anderer Form, ab. Bekanntlich besteht in Frankreich neben dem konfessionslosen staatlichen Unterrichtswesen die sogenannte „freie Schule", d. h. ein nichtstaatliches Unterrichtswesen, das de facto durchweg konfessionell ist. Die katholische Schule in Frankreich wird in ihrem Elementarzweig von einem Fünftel aller volksschulpflichtigen Kinder Frankreichs, im Mittelschulzweig von der Hälfte aller die Mittelschule besuchenden Kinder besucht. Der Kampf geht hier jedoch darum, daß diese konfessionellen Schulen, obgleich sie einen so großen Beitrag zur Schulbildung des französischen Volkes liefern, keine staatliche Unterstützung genießen und daher in ihrem Bestand schwer bedroht sind. Da nun infolge der finanziellen Schwierigkeiten der Bestand dieser „freien Schulen" überhaupt zur Diskussion gestellt ist, haben die verschiedensten geistigen Kräfte in Frankreich sich, von den Gegebenheiten der Gegenwart ausgehend, Rechenschaft darüber abgelegt, welchen Wert und welche Bedeutung eine konfessionelle Schule heute haben könne. Dabei haben auch die Katholiken sehr verschiedene und gegensätzliche Standpunkte eingenommen. Wir haben in der Herder-Korrespondenz (1. Jhg., H. 3, S. 125 ff) schon einmal ausführlich über diese Positionen berichtet. Sie sind im Grund heute noch die gleichen, nur daß eine Lösung des Problems wegen der immer noch wachsenden finanziellen Schwierigkeiten der konfessionellen Schulen noch dringender geworden ist. Eben darum hat die Zeitschrift „Esprit" eine Doppelnummer, März-April 1949, diesem dringenden Problem gewidmet. Nach dem in dieser Zeitschrift beliebten Verfahren der Rundfragen sind die verschiedenen Positionen zur Darstellung gebracht: zuerst eine Bilanz der öffentlichen Schule, dann eine Bilanz der freien Schule; dann das Für und Wider des laizistischen Geistes, die Frage, warum die Kirche die freie Schule verteidigt, warum Eltern ihre Kinder in die freie Schule schicken und was die Anhänger der staatlichen Schule den freien Schulen vorwerfen. Zum Schluß werden die Prinzipien, die nach der Meinung der Zeitschrift zu einer Lösung führen können, dargelegt und praktische Vorschläge für ein Schulstatut gemacht. Während nun die praktische Lage in Frankreich eine andere ist als die unsere und die praktischen Vorschläge daher für uns kaum Bedeutung haben, sind die Prinzipien, nach denen die Schulfrage vom christlichen Standpunkt aus gelöst werden kann, hier und dort die gleichen, und der Versuch ihrer Klärung ist also auch für uns von Interesse.

Die Rechte des Kindes

Im allgemeinen, heißt es in der Zeitschrift, begnügt man sich heute damit, hinsichtlich des Elternrechts, der Rolle des Staates, der Rechte der Kirche und der des Kindes gewisse überlieferte Formeln zu wiederholen, die sich zur Zeit des Liberalismus und der antiklerikalen Auseinandersetzungen gebildet haben, ohne sich zu fragen, ob sie nicht durch diese ihre geschichtliche Herkunft entstellt sind und neu durchdacht werden müssen.

Bei der Schulfrage stehen naturgemäß das Kind und seine Rechte im Mittelpunkt. Die katholische Erziehung hat nun, wie ein Geistlicher aus Ostfrankreich in seiner Antwort auf die Rundfrage schreibt, das Kind häufig zu sehr isoliert gesehen, als handle es sich nur um die zwei Pole: das einzelne Kind und die Wahrheit. Tatsächlich aber gehört das Kind stets zu einer oder mehreren Menschengruppen, Familie, Klasse, Partei, Vaterland usw. Seine ganze Erziehung und auch seine religiöse Entwicklung muß diese Bindung in Betracht ziehen. Es ist also zu prüfen, ob der Geist einer Gruppe oder eines Landes nicht etwa so beschaffen ist, daß eine offiziell christliche Erziehung auf Widerstand stößt und eher Haß als Liebe für die Wahrheit erzeugt, oder ob nicht eine Erziehung im geschlossenen religiösen Milieu einen Abfall vom Glauben beim Eintritt ins Leben, d. h. in die moderne Welt, nur beschleunigt. Die Saat allein genügt nicht, sie muß auch in einem Gefäß Wurzel fassen. Die christliche Erziehung verfehlt ihren Sinn, wenn sie die Hefe nicht unter den Teig mengt. Von diesem Gesichtspunkt aus hat das Problem der christlichen Schule es nicht nur mit der Beziehung der einzelnen Seele zu Gott zu tun, sondern auch mit der Beziehung der Kirche zur Welt.

Die erzieherischen Faktoren

An der Erziehung des Kindes sind in Wahrheit drei Faktoren beteiligt: die Familie, die Nation und, für den Christen, die Kirche. Diese drei sind nicht gleichwertig, sondern gestuft, und jede von ihnen hat bestimmte Anlagen des Kindes zu entfalten und es auf bestimmte Aufgaben vorzubereiten. Allen dreien aber steht die Erziehung mit dem gleichen Recht in seinem jeweiligen Bereich zu. Es ist also ein Irrtum, wenn man sagt, die Erziehung sei eine Sache ausschließlich des Elternrechts. Die Familie spielt in der Erziehung zwar die erste, aber nicht immer die wichtigste Rolle; keinesfalls kann sie das Kind wie ihr Eigentum behandeln, wenn es um seine Erziehung geht, denn in dieser geht es nicht um die Familie, sondern um das Kind selber, das sich heranbilden soll, um seine Aufgabe gegenüber der Menschheit (wie die Laizisten sagen), gegenüber Gott und seinen Mitmenschen (wie die Christen sagen) zu erfüllen.

Es besteht stets die Gefahr, daß einer der drei an der Erziehung beteiligten Faktoren versucht, auf das Gebiet des andern überzugreifen, stets zum Schaden der Entwicklung des Kindes. Ein solcher Übergriff ist es, wenn der Staat das Kind zu früh der Familie entreißt oder der Kirche nicht die Zeit zur religiösen Erziehung des Kindes läßt. Doch auch ein gewisser Familienegoismus kann die Entfaltung der Persönlichkeit schwer gefährden.

Bei der Abgrenzung der Bereiche der drei Faktoren darf man sich im übrigen nicht auf die Vergangenheit berufen. In früheren Zeiten hat die Kirche einen großen Teil der Aufgaben erfüllt, die heute der Staat übernommen hat, und zwar mit Recht übernommen hat. Diese Scheidung der Betätigungsbereiche ist etwas durchaus Normales, wenn sie auch unglücklicherweise nicht ohne Verwirrungen vor sich gegangen ist. Man beurteilt aber diese Scheidung falsch, wenn man sie sich so vorstellt, als ob gewisse Befugnisse von der einen der Autoritäten auf die andere übertragen worden seien; vielmehr haben sich beide Gesellschaften in ihrer Eigentümlichkeit erst allmählich immer stärker voneinander geschieden und damit auch immer deutlicher getrennte Aufgabenbereiche entwickelt.

Die Rolle der Kirche

Daß die Kirche tatsächlich auch zivilisatorische Aufgaben in dem Sinn hat, daß sie auf das Leben der Nation und der Familie einwirkt, ist klar, denn alle drei Gesellschaften, Familie, Nation und Kirche, bestehen für die gleiche menschliche Wirklichkeit. Doch hängt diese zivilisatorische Aufgabe nur indirekt mit dem Wesen der Kirche zusammen. Und die Dienste, die die Kirche in der Vergangenheit im profanen Bereich geleistet hat, dürfen niemals einen Rechtsanspruch begründen, nach dem die Kirche diese Aufgaben auch heute noch für sich beanspruchen könnte.

Das Elternrecht

Beim Erziehungsrecht der Eltern müssen wir die heutige Familie und ihr Verhältnis zur Nation zugrundelegen. So wie die Familie heute aussieht, ist sie hauptsächlich dazu ausgerüstet, das leibliche Leben des Kindes zu schützen und zu entwickeln und die sinnlich-gefühlsmäßige Seite des menschlichen Lebens zu entfalten. Gewiß beginnt auch schon die religiöse und die intellektuelle Erziehung in der Familie, aber beide haben hier noch ein familienhaftes Gepräge, eine gleichsam sinnliche Atmosphäre. Die eigentlichen Familieninteressen sind vorwiegend biologischer Art; sie richten sich auf den Lebensunterhalt, auf die Führung des Haushaltes. Allerdings ist diese Familien-Atmosphäre durch ihre Intimität und durch die Erfahrung der persönlichen Zuneigung auch für die gesamte übrige Ausbildung von großem Wert.

Dennoch ist es eine Tatsache, daß das Familienmilieu heute durchweg die nötigen geistigen Mittel nicht besitzt, um die Erziehung des Kindes zu vollenden. Daraus folgt, daß es nicht absolut zutreffend ist zu sagen, daß die Eltern das Recht hätten, die Schule ihrer Kinder zu wählen. Die Eltern haben das Recht zu „wählen", wenn die Wahl tatsächlich das beste Mittel ist, die Erziehung des Kindes zu sichern, denn das Wohl des Kindes muß hier der oberste Maßstab sein. Das Elternrecht ist aber begrenzt durch die Rechte des Staats und der Kirche. Es könnte z. B. auch sein, daß unter gewissen Umständen die freie Wahl des Unterrichts nicht zum Wohl des Kindes ausschlüge. Was gewöhnlich verwechselt wird, ist das Recht der Eltern, sich um ihre Kinder auch im schulpflichtigen Alter noch zu kümmern und als Bürger oder Gläubige für die ihnen gemäße Erziehung ihrer Kinder zu sorgen, und das Recht, die Schule zu wählen. Das Recht der Eltern, nicht völlig von der Gestaltung der Schule ausgeschlossen zu sein, ist ein absolutes Recht, weil es in der Natur des Schülers liegt, der noch stark von der Familie abhängt. Aber man könnte sich vorstellen, daß ein Einmischungsrecht der Eltern sich auch in einer nationalen Einheitsschule echt und wirksam verwirklichen ließe. Das würde verhindern, daß eine solche Schule ein totalitäres Gebilde würde.

Ein Rückblick auf manche vergangenen Ereignisse beweist im übrigen, daß man die Elternrechte nicht zu rasch als vergewaltigt ansehen darf. Man könnte z. B. den Schulzwang ebenfalls für eine Verletzung der Elternrechte halten; oder dürfte man nicht wenigstens verlangen, daß die Eltern das Recht hätten, über das Alter des Schuleintritts zu befinden? Hier jedoch erkennen wir alle das Recht des Staates an, die Eltern nicht erst um ihren Willen zu fragen, da sonst die Erziehung der Nation vielleicht an der Trägheit der Elternschaft scheitern würde.

Die Rolle des Staates

Es ist nun wichtig, in der Frage des Unterrichtswesens zwischen Staat und Nation zu unterscheiden. Die Ordnung, in deren eigentlichen Bereich die Schule gehört, ist die Nation, jene Gemeinschaft, deren Wesen die Weitergabe der Kultur ist. Der Staat verkörpert die Nation nur im Bereich des eigentlich Politischen. Wir kennen die Tendenz des Staates, sich zu verabsolutieren. Das bedeutet im Bereich des Schulwesens, daß er das Schulmonopol reklamiert; aber dieses Monopol muß radikal abgelehnt werden. Der Staat hat wohl Rechte im Unterrichtswesen, aber dieses ist nicht als ganzes seine Sache.

Rechte und Pflichten in der Erziehung des heranwachsenden Menschen hat dagegen die Nation (die der Staat verkörpert). Es ist das Wesen der Nation, den vernünftigen Menschen zu entwickeln, und zwar formt sie den Menschen, nicht nur den Bürger. Und sie formt ihn in seiner nationalen Eigenart. Das bedeutet auch, daß sie ihn für das Wesen anderer Nationen offen macht, doch selbst diese Offenheit für die menschliche Gemeinschaft hat noch ihre nationale Färbung. Tatsächlich erfüllt die Na-

tion diese ihre erzieherische Aufgabe nicht allein, sondern in Gemeinschaft mit der Familie, der Kirche und der Initiative des einzelnen; aber es ist ihr Bereich, in dem keine andere Wirklichkeit sie übertrifft.

Die französischen Katholiken

Ein gewisser Prozentsatz der französischen Katholiken, der seine Kinder auf die konfessionellen Schulen schickt, klammert sich nun aus Gewohnheit an diese. Aber wenn man bedenkt, daß es sich dabei nur um ein Viertel aller Getauften, ein Fünftel aller französischen Kinder handelt, so wäre zu prüfen, ob die Absonderung dieser Gruppe von den übrigen drei Vierteln, respektive vier Fünfteln nicht vielleicht als Egoismus erscheint. Die Schwierigkeit, mit der das Problem durch die Vergangenheit belastet ist, liegt darin, daß die staatlichen Schulen Frankreichs tatsächlich stark antiklerikal, ja antireligiös gewesen sind. Das liegt aber nicht im Wesen der Sache und könnte sich ändern. Die Schulfrage hängt in Frankreich aufs allerengste mit dem ganzen Problem Kirche und moderne Welt zusammen. Die Katholiken haben sich lange Zeit auf allen Gebieten gegen den Ausbreitungsdrang der profanen Bereiche gewehrt. Sie haben nicht nur ihre alten Stellungen verteidigt, sondern neben die Einrichtungen der Nation immer aufs Neue ihre eigenen Einrichtungen gestellt: Gewerkschaften, Jugendbewegungen, Wohltätigkeitswerke, Schulen usw. usw. Waren diese Gründungen ein Gegenstoß gegen den religionsfeindlichen Geist der staatlichen Organisationen, so haben sie doch ihrerseits deren Religionsfeindlichkeit durch ihre Existenz nur verstärkt. Heute beginnt die Kirche, einen umgekehrten Weg einzuschlagen: sie will das Wort Gottes an die profane Welt, die gesamte profane Welt herantragen. Dazu müssen die Christen mitten in der Nation stehen und ihre Bestrebungen, ihre Impulse und ihr Schicksal teilen. Die Erörterung der Schulfrage darf diese Gesichtspunkte nicht vernachlässigen; sie ist kein isoliertes Problem.

Die Rechte der Frau und des Kindes

Die *Internationale Union der katholischen Frauenligen* hat Vorschläge für die Sicherung der Rechte der Frau und des Kindes ausgearbeitet, die sie den Vereinten Nationen unterbreiten will.

Die Rechte der Frau

Der Vorschlag für die Rechte der Frau hat folgenden Wortlaut:

Das Büro der Internationalen Union der katholischen Frauenligen ist der Meinung, daß die Gesetzgebung, die dazu beitragen will, der Frau den ihr in der Welt gebührenden Platz zu sichern, sich mit Nutzen von folgenden Gedanken leiten lassen wird:

Die Frau, eine menschliche Person, die zu einem persönlichen Ziel geschaffen worden ist, hat das Recht und die Pflicht, dieses Ziel frei anzustreben.

Die physiologischen und psychologischen Unterschiede zwischen Mann und Frau bedeuten keine Inferiorität des einen gegenüber dem andern, sondern verschiedene Eignungen, die häufig verschiedenen Funktionen zugeordnet, aber gleichwertig und einander ergänzend sind.

Das Glück des Mannes und der Frau sowie das Glück der Menschheit verlangt von beiden Sorge um das Gemeinwohl und einen Einsatz, der ihren ihnen vom Schöpfer verliehenen Anlagen entspricht.

Dieser Einsatz wird nur etwas Wirkliches und Vollständiges sein, wenn der Mann und die Frau der Gesellschaft auf allen Gebieten, dem religiösen, philosophischen, wissenschaftlichen, ästhetischen, familiären, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und internationalen, ihren sich ergänzenden menschlichen Beitrag liefern.

Die Gesetzgebung der Mitgliedstaaten sollte also danach streben, der Frau alle Menschenrechte zu sichern, insbesondere:

Eine ihrer Natur und ihrer Würde entsprechende Freiheit, insbesondere die Gewissensfreiheit,

die freie Wahl ihres Lebensstandes und, wenn sie die Ehe wählt, die freie Wahl oder freie Annahme ihres Partners,

den Zugang zu Bildung und Kultur jeder Stufe: Volksschule, Mittelschule, Hochschule. Ein besonderer Kampf sollte gegen den Analphabetismus der Frau geführt werden. Es sollte der Frau freistehen, dieselben Diplome zu erwerben wie der Mann, jedoch sollte ihre Erziehung sich darum bemühen, ihre eigentlich weiblichen Fähigkeiten zu entwickeln;

den Zugang zu allen Berufen bei gleicher Befähigung, inklusive der öffentlichen Verwaltungsstellen, der Diplomatie und der freien Berufe, außer jenen Berufen, die mit der Würde und Natur der Frau unvereinbar sind,

die Annahme des Prinzips: bei gleicher Arbeit gleicher Lohn und gleiche Behandlung wie die Männer hinsichtlich der Freizeit und des bezahlten Urlaubs, der Gewerkschaftsrechte, der Sozialversicherung, die ergänzt werden müssen durch Anordnungen zum Schutz der Frau im allgemeinen und insbesondere der Jugendlichen, der Schwangeren und der stillenden Mutter,

die Gleichheit der politischen Rechte: Stimmrecht, Wählbarkeit, Zugang zu den Gemeindeämtern und den nationalen und internationalen Posten.

Die Frau in der Familie

Was die Familie, die Grundlage der Gesellschaft, betrifft, so erfordert das Wohl der Gesellschaft, das Wohl des Mannes und der Frau, die eine Ehe eingegangen sind, und das Wohl des Kindes

1. die Ausschließlichkeit, Festigkeit und Unauflösbarkeit der ehelichen Verbindung;

2. die Zusammenarbeit beider Ehegatten in der Leitung des Familienverbandes und in der Erziehung der Kinder;

3. eine sich ergänzende Mitarbeit des Mannes und der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft.

Infolgedessen sollte die Gesetzgebung der Mitgliedstaaten

a) für Mann und Frau die gleiche Freiheit anerkennen, gemäß dem Gesetze eine Ehe zu schließen.

b) Bestimmungen treffen, die dafür sorgen, daß die Frau niemals ohne Nationalität ist, daß sie bei einer Eheschließung ihre Nationalität nicht ohne freie Zustimmung zu ändern braucht und daß für künftige Ehepartner verschiedener Nationalität die Möglichkeit vorgesehen wird, daß jeder von beiden die Nationalität des andern annehmen und mit ihm in jedem beliebigen Land leben kann, da es normal ist, daß die Familie eine gemeinsame Nationalität besitzt und sie diese, wie auch ihren Wohnsitz,

nach Maßgabe der Bedürfnisse der Familiengemeinschaft bestimmt. Diese Klausel müßte auch auf die Frauen der DP's angewendet werden.

c) Anstelle des Begriffs Unterordnung sollte der Begriff Zusammenarbeit eingeführt werden als Norm der gesetzlichen Bestimmungen, die die Rechte und Pflichten zwischen den Ehegatten regeln, jedoch sollte die Betrauung des Ehemanns und Vaters mit der Autorität vorgesehen werden für den Fall, daß Zwiespalt zwischen den beiden Ehegatten das Leben der Familiengemeinschaft ernstlich gefährdet. Eine Zuziehung der Frau sollte aber immer möglich bleiben.

d) Prinzipiell sollte Gleichheit der Moral für beide Geschlechter anerkannt werden.

e) Die Güterverwaltung sollte so geregelt werden, daß die Verwaltung des Familienbesitzes durch die Zusammenarbeit beider Ehepartner gesichert wird.

f) Für Mann und Frau sollten die gleichen Rechte in Bezug auf Vormundschaft und Erbfolge und für den Fall einer durch ernste Gründe notwendigen Trennung anerkannt werden.

g) Es sollte, soweit nötig und möglich, daraufhin gewirkt werden, wirtschaftliche Bedingungen zu schaffen, die es erlauben, daß die Arbeit des Vaters zur Beschaffung des zum Leben der Familie Notwendigen genügt, wodurch zur Abschaffung der häufig sehr ungleichen Verteilung der Lasten in den Familien der Lohnarbeiter beigetragen würde, wo die Mutter gegenwärtig die doppelte Last der Berufsarbeit und der Hausarbeit trägt; jedoch soll auch der verheirateten Frau die Freiheit zur beruflichen Arbeit im Einverständnis mit ihrem Ehemann erhalten bleiben.

h) Der wirtschaftliche Wert und die kulturelle Rolle der Arbeit der Frau im Hause sollten anerkannt werden. Diese Arbeit muß durch eine Hausfrauenschulung und Verbesserung der Lebensbedingungen (Wohnung, Wasser, Elektrizität, Haushaltsgegenstände) erleichtert werden.

Entwurf einer Erklärung der Rechte des Kindes

Für die Rechte des Kindes sind folgende Punkte ausgearbeitet worden (der Text ist im Juni-Heft des „Frauenland" erschienen):

Weil jedes Kind durch Ursprung und Bestimmung die wesentlichen Menschenrechte besitzt,

weil die Familie — die Urzelle der Gesellschaft — das natürliche und unersetzliche Milieu für die körperliche, geistige und moralische Entwicklung des Kindes ist,

weil die Gesellschaft dem Kinde für seine Zukunft und wegen seiner Hilflosigkeit einen ganz besonderen Schutz schuldet,

weil dieser Schutz — abgesehen von außergewöhnlichen Fällen — durch die Familie ausgeübt werden muß, die das erste Anrecht auf das Kind hat,

erachtet die Internationale Vereinigung katholischer Frauenverbände es als höchst wünschenswert, daß die Vereinten Nationen eine Erklärung der Rechte des Kindes proklamieren und ihre Absicht erklären, diese Grundsätze in ihrer Innen- und Außenpolitik anzuwenden.

Die folgenden Rechte müssen dem Kinde garantiert werden ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechtes, der Nationalität, der Religion und gleichviel, wie die soziale Lage und die politische Meinung der Eltern sei:

1. Das Recht auf Ehrfurcht vor seiner Person von allen, da es ein menschliches Wesen und nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist.

2. Das Recht auf körperliche, geistige, moralische und seelische Entwicklung, die ihm erlauben, seine Bestimmung voll und ganz zu erfüllen.

3. Das Recht auf Liebe und Schutz einer gesunden, beständigen, geeinten und glücklichen Familie, auf Anwesenheit der Familienglieder am häuslichen Herd. Das Kind darf nicht willkürlich den Eltern entzogen werden, noch von ihnen getrennt werden, wenn es zu einer Flüchtlingsfamilie gehört. Der Vater darf nicht aus wirtschaftlichen Gründen von den Seinen getrennt werden.

4. Das Recht der Waisen und Verlassenen auf eine Umgebung familienhafter Art, wo man das Kind Ehrfurcht und Zuneigung für seine Eltern lehrt, selbst wenn diese unwürdig sind.

5. Das Recht auf Schutz seiner Gesundheit vor und nach seiner Geburt, auf Nahrung, Wohnung, Kleidung und die notwendige Hygiene.

6. Das Recht auf geeignete Pflege und Wiederherstellung, wenn es krank und schwächlich ist, auf Umerziehung, wenn es vom Wege abgeirrt oder verbrecherisch ist.

7. Das Recht auf soziale Sicherheit und Gesundheitsfürsorge von privater und öffentlicher Seite, auf dem Lande wie in der Stadt, immer in Wahrung der Rechte und Aufgaben der Eltern.

8. Das Recht auf den allgemeinen Unterricht in einer öffentlichen oder privaten Schule nach Wahl der Eltern.

9. Das Recht auf religiöse Erziehung, die von den Eltern gewählt wird, in welcher Unterrichtsanstalt immer es sei.

10. Das Recht auf eine Berufsberatung, deren erstes Ziel der Wert des Menschen und nicht der rein wirtschaftliche Nutzen sein muß und die die Freiheit der Wahl achtet.

11. Das Recht auf Berufsausbildung, die ihm gestattet, auf ehrenhafte Weise seinen Lebensunterhalt zu verdienen und seinen Brüdern, den Menschen, zu dienen.

12. Das Recht auf eine familiengemäße und bürgerliche Vorbereitung, die es befähigt, eine glückliche Familie zu gründen und ein nützlicher Bürger der nationalen und internationalen Gemeinschaft zu werden.

13. Das Recht auf eine sozial und moralisch gesunde Atmosphäre, wo sein Gewissen sich bildet, sein Charakter gestärkt wird, wo Gesetz und Meinung den Angriffen jugendlicher Verderbnis Schach bieten.

14. Das Recht auf Gesetzesschutz gegen übertriebene Arbeitsforderung und jede Art von Ausnutzung.

15. Das Recht auf bevorzugte Hilfe in Notzeiten.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Amsterdamer Nachwehen

„Dies ist das Ende der ökumenischen Bewegung, wie sie in den Herzen und Seelen einzelner Menschen lebte, die einer großen Sache dienten. Sie ist nun offiziell organisiert, und man muß sehen, ob wir sie vernichtet oder neu geweckt haben", soll D. Martin Niemöller einem amerikanischen Kirchenführer über das Ergebnis von Amsterdam gesagt haben, so lesen wir in der Zeitschrift des Ökumenischen Rates (Ecumenical Review, Nr. 3, p 293). An impulsive Urteile Niemöllers gewöhnt, würden wir dieses Wort kaum beachten, wenn nicht Dr. Visser't Hooft, der Generalsekretär des „Ökumenischen Rates", diese Nummer seiner Zeitschrift mit der Bemerkung eingeleitet hätte, die einzelnen Beiträge der Verfasser seien im Recht, wenn sie „die Form einer feierlichen Warnung" darstellten, man sollte wenigstens nachträglich die Kosten dieser gemeinsamen Entscheidung der Kirchen überschlagen. 't Hooft empfiehlt, beisammen zu bleiben in der Bereitschaft, zum Wohl der Gemeinschaft (fellowship) Opfer zu bringen.

Widerstand in Amerika

Offensichtlich zeigen sich hier und da ernste Schwierigkeiten bei der Zustimmung zu dem Werk von Amsterdam in einzelnen Kirchen. Am fühlbarsten scheint dabei nicht die dogmatische (und politische?) Opposition der Orthodoxie zu sein. Der Hauptwiderstand kommt aus Nordamerika, und zwar nicht nur aus Bank- und Wirtschaftskreisen, die in der Presse besonders den Beschluß der 3. Sektion gegen den „Laissez-faire-Kapitalismus" heftig beanstandet haben (Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 4, S. 179 ff). Über die Konfliktsituation, die in Amsterdam über der Formulierung des § 22 der Resolution entstand, hatten wir bereits in unserem Kommentar dazu berichtet. Dieser Protest „aus der Welt" ist indessen weniger bedeutsam als der Protest des kirchlichen Selbstbewußtseins der amerikanischen Freikirchen, über den H. Paul Douglas berichtet. Auch hier spielt die Verurteilung des einseitigen Kapitalismus eine erhebliche Rolle: sie habe teilweise als ein Schock gewirkt. Man sprach vom „Todeskuß" der ökumenischen Bewegung. Viel wesentlicher ist jedoch, daß die breitere Öffentlichkeit der kirchlichen Massen in USA, von deren Opferwilligkeit die Kirchen vollständig abhängen, mit dem Jargon der kontinentalen Theologie so wenig vertraut war wie mit der konkreten Lage der europäischen Kirchen. Die Koryphäen der amerikanischen Theologie, wie Niebuhr und Karl Schneider, Horton, Bennet u. a. repräsentieren nicht die Meinung der amerikanischen Kirchen. Das stellt sich jetzt heraus. Man wundert sich drüben nicht nur über die beherrschende Rolle, die Karl Barth zugefallen ist, sondern noch mehr über den Vorrang, den die europäischen „Staatskirchen" in den leitenden Organen des „Ökumenischen Rates" einnehmen. Das sei kein Weltkirchenrat, sondern ein Europäischer Rat. Die Beteiligung amerikanischer Delegierter im Zentralausschuß stünde in keinem Verhältnis zu der Stärke ihrer Kirchen und der Höhe ihrer Beiträge zu den Kosten des Unternehmens. Man fordert mehr Dezentralisierung, nachdem das Notwendige für eine unentbehrliche Zentralverwaltung in Genf geschehen sei. Man darf diese Stimmen nicht überschätzen. Da die nächste Weltkonferenz ohnehin in USA stattfinden wird, sind die Nachwehen von Amsterdam vielleicht nur die normale Krise eines großen Wagnisses.

Offene Aussprache über den Ökumenischen Rat

Sehr freimütig wurde die Frage: Wie kann der Weltkirchenrat der ökumenischen Sache am besten dienen? auf der Jahreskonferenz der „Associated Church Preß" in Washington besprochen. Den Rahmen dazu gab eine allgemeine Diskussion ab über die Probleme der amerikanischen Außenpolitik, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat, die Innere Mission und die religiöse Berichterstattung in der Tagespresse. Die Anwesenheit des Generalsekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen, Dr. W. A. Visser't Hooft, bot dem geschäftsführenden Schriftleiter des bekannten amerikanischen Wochenblattes „The Christian Century", Dr. Fey, Gelegenheit, seine Kritik am Ökumenischen Rat auszusprechen. Wie „The Living Church", die Zeitschrift der protestantischen Episkopalkirche in den USA, berichtet, erklärte Dr. Fey, daß er die ökumenische Bewegung als ein „Gottesgeschenk" ansehe; die Zufriedenheit, welche er über ihren Charakter und ihre Ziele empfinde, würde jedoch vermindert durch eine Unzufriedenheit über folgende Dinge:

1. Das Glaubensbekenntnis, von dem der Weltkirchenrat ausgeht — „der Glaube an Jesus Christus als Gott und Heiland" — sei schwach insofern, als es der menschlichen Natur Christi nicht gerecht wird und den Vater und den Heiligen Geist unerwähnt läßt.

2. Der Ökumenische Rat nehme seinen Ausgang von der neutestamentlichen Auffassung von der Einen Kirche, die sich aus Ortskirchen in der ganzen Welt zusammensetzt, sei also ein „Rat der Kirchen". Daran ist zugegebenermaßen die getrennte Christenheit und nicht so sehr der Ökumenische Rat schuld.

3. Der Rat sei noch immer kein „Welt"-Kirchenrat. Er konzentriere sich zu stark auf Europa und werde von den „Staatskirchen" beeinflußt. Die europäischen Kirchen seien sich der Gefahr einer Fesselung durch das Staatskirchentum bzw. der Nöte und Bedürfnisse der Jüngeren Kirchen noch nicht genug bewußt geworden.

Dr. Visser't Hooft begrüßte die Freimütigkeit, mit der Dr. Fey seine Kritik vorgebracht hatte, und erwiderte, daß die Vollversammlung von Amsterdam eine Möglichkeit für eine genauere Formulierung der Glaubensbasis erschlossen habe. Die meisten Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates dürften einer Abschwächung dieser Glaubensbasis nicht zustimmen, doch würden sie seines Erachtens eine bestimmtere Glaubenserklärung freundlich aufnehmen.

Dr. Visser't Hooft pflichtete bei, daß der Ökumenische Rat — der Notlage entsprechend — eine vorläufige Regelung darstelle. „Eine Denomination ist das, was nicht sein sollte."

Was die angebliche europäische Ausrichtung des Ökumenischen Rates betrifft, so besteht in gewissen Kreisen Europas der Eindruck, daß der Rat von den Amerikanern beherrscht würde, und einige glauben, die Orthodoxen

seien zu einflußreich. In Wirklichkeit jedoch beherrscht keiner den Ökumenischen Rat. Jede Meinung hat ihren Anteil am Zustandekommen seiner Verlautbarungen.

Nach Ansicht von Dr. Visser't Hooft überschätzt Dr. Fey die Zahl und den Einfluß der Staatskirchen. Sollte dieser Vorwurf der Niederländischen Reformierten Kirche gegenüber erhoben werden, so komme dieser Vorwurf 150 Jahre zu spät. Die Kirche von England ist nur eine der englischen Kirchen, die in Amsterdam vertreten waren. Die (presbyterianische) Kirche Schottlands ist praktisch keine Staatskirche. Die evangelischen Kirchen Frankreichs, Italiens und anderer südeuropäischer Länder sind kleine Minderheiten in einer Umgebung, die ihnen durchaus feindlich gesinnt ist.

Wahrheit oder Assimilierung?

Viel ernster wiegen die Stimmen, die auf den Kern der Dinge hinweisen, wie das auch die Orthodoxen und die sehr aktiven Lutheraner tun. Die Wahrheitsfrage, die Echtheitsfrage beunruhigt. Douglas zitiert außer Niemöller noch ein Wort von D. Reinhold Niebuhr aus „Union Seminary Quaterly Review" (Nov. 1948): „Amsterdam hat die Gliedkirchen des Rates in ihrer Intransigenz gelassen, und der Ausdruck der Einmütigkeit in den Berichten ist in geistiger Hinsicht ziemlich wertlos". Unbeschadet der positiven Seiten der Weltkirchenkonferenz sagt Niebuhr: „Die Versammlung war ebenso niederdrükkend wie erfreulich, weil es so offenkundig ist, daß die meisten Kirchen heute noch meinen, sie hätten die einzige rechte Ordnung, Theologie oder Lebensweise. Die Feststellung von Einmütigkeit war zeitweise so allgemein und leer, daß sie praktisch überhaupt nichts mehr aussagte. In diesen leeren Erklärungen wurde kein bezeichnendes Einvernehmen oder bezeichnender Unterschied scharf herausgearbeitet. Der Aufwand bloßer Lobreden, der in einer ökumenischen Versammlung fließt, ist so groß, daß er einem mächtigen Strom trüben Wassers gleicht, der die notwendigerweise schmalen Wasser der Gnade und Wahrheit zu überfluten droht".

Wie die Dinge heute liegen, so scheint sich der amerikanische Druck, verbunden mit Barth'scher Dialektik und anglikanischem Sinn für Kompromisse, in Richtung auf einen „Prozeß der Assimilierung" bestehender Unterschiede durch „radikales Infragestellen" der eigenen Positionen auszuwirken (H. Kraemer). Beachtlich ist in der Zeitschrift die Klage von Henry P. van Dusen (Vorsitzender der Studienabteilung des Ökumenischen Rates), daß die Arbeit des Rates in Diskussionen und Argumenten stecken bleiben könnte, statt von Worten zum Sein, zum Handeln in der Einheit vorzudringen. Es fehle der gemeinsame Gottesdienst, die Abendmahlsgemeinschaft. Zur Lösung dieser Not veröffentlicht der Bischof von London einen Vorschlag der Kirchen Australiens: Alle ordinierten Geistlichen der verschiedenen Kirchentypen sollten sich gegenseitig die Hände auflegen und zum Dienst in den Bruderkirchen ordinieren. Allerdings bleibe das große Problem einer gemeinsamen Theologie. Das ist es: auch in der ökumenischen Bewegung meldet sich zum Wort, was man in Deutschland nicht eben glücklich „die 4. Konfession" genannt hat, mit dem Erfolg, daß sich die eigentlichen konfessionellen Kirchen in ihrem Wahrheitsbewußtsein stärken.

Kritik aus Holland

Im August wird die Generalsynode der strengen „Reformierten Kirchen Hollands", des zweitgrößten protestantischen Zusammenschlusses nach der „Nederlands Hervormde Kerk" (aus der Staatskirche hervorgegangen) über ihren Beitritt zum Ökumenischen Rat entscheiden. Eine Strömung unter den Evangelisations- und Missionsarbeitern und der Jugend fördert den Anschluß an die Ökumene. Doch starke, traditionell gebundene Kräfte betrachten einen Beitritt zum Weltkirchenrat, in dem auch freisinnige Bekenntnisse vertreten seien, als Zusage an den Modernismus und Sozialismus. Ein Studienausschuß dieser Kirchen erarbeitete einen Grundlagebericht für die Synode, worin von sechs Mitgliedern sich vier gegen und zwei für den Anschluß aussprachen. Einerseits wird erklärt, daß „mehrere Glieder des Rates den Christus der Schrift bekämpfen". Außerdem ließe seine christologische Basis sowohl eine orthodoxe als auch eine freisinnige Interpretation des Evangeliums zu. Ferner sei der Weltkirchenrat so heterogen zusammengesetzt, daß ein einmütiges wahres Zeugnis nicht abgelegt werden könne. Ökumenische Zusammenarbeit sei nur möglich entweder durch prinzipielle Einmütigkeit aller Kirchen oder als Interessenorganisation mit völliger Neutralität seiner Glieder. Andererseits wird festgestellt, daß der Weltkirchenrat trotz der Verschiedenheit der in ihm vertretenen Kirchen eine gemeinsame Basis geschaffen habe. „Wir müssen uns auch von anderen belehren lassen können, ebenso wie wir Kritik an anderen üben müssen." In diesem Bericht des Studienausschusses wird sogar der Anschluß der Reformierten Kirchen Hollands an den International Council of Christian Churches erwogen, einer in Amerika entstandenen extrem orthodoxen und scharf gegen die Ökumene eingestellten Gruppe protestantischer Kirchen.

Die orthodoxe Kirche und Genf

Aus einem Artikel, den Erzbischof Germanos von Thyateira — einer der sechs Präsidenten des „Ökumenischen Rates" — in der amtlichen griechischen Kirchenzeitung „Ekklesia" geschrieben hat, geht hervor, daß der Beitritt der orthodoxen Kirchen zum „Ökumenischen Rat" angesichts des mageren dogmatischen Ertrages der Amsterdamer Weltkonferenz nicht unumstritten ist (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 3, S. 129 f). Bisher hat außer Erzbischof Germanos noch der Erzbischof Panteleimon von Edhessa, Mitglied des Exekutivausschusses des „Ökumenischen Rates", erklärt, „daß die Mitgliedschaft der griechischen Kirche im Ökumenischen Rat, vom kanonischen Gesichtspunkt aus betrachtet, einwandfrei ist". Erzbischof Germanos schreibt:

„Wir Orthodoxe haben die Pflicht, unsere orthodoxe Glaubenslehre auf Versammlungen, und wo sich sonst Gelegenheit dazu bietet, wirksam zu vertreten und darauf bedacht zu sein, daß andere von ihrer Gültigkeit überzeugt werden ... Durch ihre Beteiligung an der Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung haben unsere Kirchen nichts von dem Lehrgut der Ostkirche preisgegeben; vielmehr haben sie den Mut gehabt, zu protestieren, wo immer Konferenzen eine dogmatische Sprache zuließen, die dem Geist der Orthodoxie widerspricht ...

Ich leugne nicht, daß der praktische Nutzen dieser Aussprachen sehr gering ist, aber sind sie nicht der Mühe

wert, zumal wir durch diese unmittelbaren Kontakte die Meinungen anderer auf dogmatischem Gebiet kennen lernen? Tragen sie nicht dazu bei, diese Meinungen erfolgreich zu widerlegen und zugleich unsere eigenen kirchlichen Ansichten zu verteidigen?"

In der gleichen Zeitschrift bemerkt Erzbischof Panteleimon u. a.:

„War es recht, daß die griechisch-orthodoxen Kirchenvertreter auf der Vollversammlung von Amsterdam angegriffen wurden, wo doch dort nichts geschehen ist, was sich gegen die Orthodoxie richtete oder unserer Heimatkirche Abbruch tat? Die Frage der Mitarbeit am Ökumenischen Rat steht nun zur Erwägung und bedarf einer sorgfältigen, unübereilten Prüfung durch die Kirche, wobei die verschiedenen Ansichten berücksichtigt werden müssen, bevor eine endgültige Stellungnahme erfolgt. Die Zukunft wird zeigen, ob die Griechisch-Orthodoxe Kirche im Ökumenischen Rat bleiben kann oder sich von ihm zurückziehen muß ..."

Die Bedingungen der Orthodoxen

Über die Hintergründe dieser Stellungnahme der beiden griechisch-orthodoxen Erzbischöfe unterrichtet ein grundsätzlicher Aufsatz des Theologen L. Zander (Orthodoxes Theologisches Institut, Paris) in „The Ecumenical Review" Nr. 3 (Herausg. Dr. Visser't Hooft). Danach war die ökumenische Bewegung unter den orthodoxen Kirchen nie populär und bedurfte immer einer besonderen Rechtfertigung. Diese Lage habe sich verschlimmert, weil auf das Veto der Moskauer Synode hin die orthodoxen Kirchen von Bulgarien, Rumänien, Serbien, Polen und Albanien der Amsterdamer Konferenz fernblieben, sodaß eigentlich nur die Griechen von Athen und Konstantinopel und die Emigration in Paris und USA mitmachten. Die Moskauer Erklärung sei sodann durch ihre prinzipielle Absage an jede ökumenische Arbeit bedeutsam. Dadurch werde der dogmatische Standpunkt der Orthodoxie verschärft, der in der Orthodoxen Kirche die Fülle der Wahrheit der Einen Heiligen Apostolischen Kirche verkörpert sieht. Tatsächlich sei in Amsterdam der orthodoxe Standpunkt kaum gehört worden, und der Eindruck habe sich verstärkt, daß die Ökumenische Bewegung eine Art Allprotestantismus ist.

Die Vertreter orthodoxer Kirchen könnten aber an der ökumenischen Arbeit nur unter folgender Bedingung teilnehmen: sie könnten keinem Kompromiß in Sachen des Dogmas, der Liturgie oder des Kanonischen Rechts zustimmen; hier werde ihre Haltung unbeugsam bleiben. Dennoch seien sie bereit, ihre ökumenische Verantwortung im Rahmen des Rates der Kirchen zu übernehmen, weil das Wissen um die christlichen Brüder und die Liebe zu ihnen die Voraussetzung sei, die Einheit im Glauben und die ihr vorgegebene Einheit in den Sakramenten zu finden. Der „Mangel der ontologischen Realität der Liebe" sei wohl die eigentliche Ursache für die Spaltung und für die Unfruchtbarkeit der Christen in der modernen Welt. Der Beitrag der Orthodoxen zur ökumenischen Arbeit solle demütige Liebe sein. In dieser Liebe wollten sie die unaufgebbare Wahrheit ihrer Kirche den andern Gliedern des Rates bezeugen, ohne Proselyten zu machen, wollten aber auch in der lebendigen Fühlung mit anderen Kirchen den unbestreitbaren Mangel ihrer eigenen kirchlichen Wirklichkeit, den „Provinzialismus" überwinden. Sie sind aber weit entfernt von der Barthschen Theologie, die den Kirchen rät, ihre Existenz durch die Heilige Schrift „radikal in Frage zu stellen" und im Hören auf die andere Kirche" die Wahrheit zu suchen.

Die Stellung der Heiligen Jungfrau im Leben der Kirche

Ein Bericht in der Chronik der „Ecumenical Review" über die Stellung der jungen Generation der Orthodoxie unterstreicht die Ausführungen von Professor Zander. Im Anschluß an Amsterdam waren die orthodoxen Jugendvertreter im Ökumenischen Institut zu Bossey versammelt, wo sie eine ziemlich intransigente Resolution beschlossen. Darin heißt es u. a.: „Die Orthodoxen bekennen ihre Treue zu den Dogmen der Kirche und ihre Unduldsamkeit gegen jeden Irrtum ... Ökumenische Arbeit, die im Geist der Liebe und der Demut geschehe, helfe den Orthodoxen, die Fülle ihres Glaubens zu verstehen ..." In der Bezeugung ihres Glaubens legten sie besonderen Wert darauf, „die Stellung der Heiligen Jungfrau und Gottesmutter im Leben der Kirche" darzulegen. Aus dem Bericht erfährt man, daß diese orthodoxen Jugenddelegierten in der eigenen Resolution der Amsterdamer Jugenddelegationen zum Thema der 1. Sektion über die Kirche (Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 3, S. 130) die These 5 hineingebracht haben: „Großer Wert ist auf die Fortführung freundlicher Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche zu legen, deren Abseitsstehen ein Grund zur Verdemütigung ist". Denn das ganze religiöse Drama des christlichen Westens, schreibt der Berichterstatter, „ist für uns unabtrennbar von Rom."

Der Sühnedienst der Kirche

Eine Nachlese zur Weltkirchenkonferenz von Amsterdam

Die gegenwärtige Entspannung der weltpolitischen Lage scheint die Bedeutung eines Hauptthemas von Amsterdam: die Kirchen zwischen Ost und West, wieder verdunkeln zu wollen. Wir berichten daher nachstehend über einen Vortrag von Martin Wight, Studiendirektor am „Royal Institut for International Affairs" in London, der für die Vorbereitung der Weltkirchenkonferenz im ökumenischen Institut zu Bossey im Juli 1948 gehalten wurde. „Die Kirche, Rußland und der Westen" (veröffentlicht in „Evangelische Theologie" 1949 Heft 8). Diese christliche Stimme aus einem bedeutenden britischen Beobachtungszentrum hat wegen ihrer grundsätzlichen Ausführungen bleibendes Interesse. Sie bietet auch einen guten Maßstab für die Beurteilung von Amsterdam.

Ein Bruderkrieg

Wight's Geschichtsbild zeichnet sich durch eine eigenartige Deutung des Gegensatzes zwischen West und Ost aus. Er begnügt sich nicht mit der landläufigen Formel „Kapitalismus-Demokratie und Kommunismus-proletarische Diktatur". Es handelt sich auch nicht um einen Konflikt wie einst zwischen christlichem Abendland und Islam, sondern „unser Konflikt ist ein Bruderkrieg. Er ist die Fortsetzung des alten Konfliktes zwischen dem byzantinischen und dem lateinischen Christentum in anderer

Form, und in diesem Konflikt ist Rußland der Erbe, der Sammelpunkt des byzantinischen Ostens, Amerika der Erbe, der Sammelpunkt des katholischen und protestantischen Westens.

Dieser Konflikt innerhalb des einen Christentums ist eine sehr alte Angelegenheit. Er ist älter als das formale Schisma, das über die Lehrfrage nach dem Ausgang des Heiligen Geistes im Jahre 1054 entstand; er ist auch älter als der gemeinsame Konflikt der beiden christlichen Gruppen mit dem Islam . . ."

„Aber Rußland und der Westen sind nicht länger als Teile der einen Christenheit anzusprechen. Sie sind nachchristliche Zivilisationen, denn das alte östliche und westliche Christentum ist tot. Wir müssen versuchen, unsere Ausdrücke deutlich zu umschreiben. Was meinen wir denn mit Christentum in diesem Sinn? Wir meinen etwa dies: eine Gesellschaft, in welcher 1. die Mehrheit aus wirklichen Christen besteht, 2. die Kirche infolgedessen den höchsten Grad des Ansehens und des Einflusses über alle anderen Institutionen hinaus besitzt, 3. die Kirche selbst gesund, kräftig und nicht verderbt und — müssen wir das nicht hinzufügen? — eine geschlossene Einheit ist, 4. das soziale und politische Leben infolgedessen durchdrungen ist von christlichen Voraussetzungen. Diese Bedingungen finden sich heute an keiner Stelle mehr in der ganzen Welt. Die Christen sind überall eine dahinschwindende Minderheit mit abnehmendem Einfluß in einer Gesellschaft, deren innere Voraussetzungen nicht christlich, sondern in zunehmendem Maß antichristlich bestimmt sind. Der Marxismus ist in genau der gleichen Weise der säkulare Ersatz für den orthodoxen Glauben geworden, wie der bürgerliche Liberalismus schon längst der säkulare Ersatz für die westliche Form des Christentums war.

Seit der französischen Revolution im Westen und seit der russischen Revolution im Osten hat die Kirche mit großer Langsamkeit, mit großer Unsicherheit und mit vielen Fehlentscheidungen begonnen, sich mit den völlig neuen Lebensbedingungen einer nachchristlichen und neuheidnischen Welt abzufinden. Heißt das nun, daß sie anfängt zurückzukehren zu den Bedingungen, die vor Konstantin gültig waren? Kann sie etwas lernen aus dem Vorbild der Geschichte Israels in der Zeit des Exils und nach dem Exil? Oder findet die Kirche einen Weg zu neuen Synthesen . . .?"

Die Sünde der nichtvollzogenen Wiedervereinigung

Der Verfasser betont, daß wir unsere heutige Lage als Kirche nicht verstehen, wenn wir immer nur bis zur französischen Revolution zurückgehen. „Man könnte fragen, ob es wirklich nötig ist, unsere Blicke noch weiter, nämlich auf solche längst vergessene Ereignisse wie auf den vierten Kreuzzug oder auf die Eroberung Moskaus durch die Polen in den Jahren 1610—1612 zurückzulenken. Ich glaube in der Tat, daß wir soweit zurückgehen müssen. Wir wissen, daß es kein Ereignis gibt, und möge es noch so weit von uns entfernt geschehen, das nicht eine Verantwortlichkeit der Kirche einschließt. Dieser Grundsatz gilt nicht nur für räumliche Entfernungen, sondern auch für zeitliche. Es besteht ein echter innerer Zusammenhang — die Sowjet-Propaganda hat ihn im letzten Krieg aufgedeckt —, durch welchen der Konflikt zwischen Rußland und dem Westen zurückdatiert werden muß in die Zeit des Sieges des Alexander Nevski. Kulturepochen sind in sich geschlossene sittliche Einheiten, in deren innerer Geschichte es durchaus eine Vergeltung vergangener Sünden gibt. „Ich will nicht schweigen", hieß es vom abtrünnigen Israel, „sondern bezahlen; ja, ich will ihnen in ihren Busen bezahlen, beide, ihre Missetaten und ihrer Väter Missetaten miteinander" (Jes. 65, 6—7, vgl. Klagel. 5, 7. 16). Wir sind bis auf diesen Tag in den Konflikt zwischen Rußland und dem Westen verwickelt, weil wir mit dem Erbe der Schuld belastet sind . . . und unser Gesamtschicksal wird bestimmt durch die Summe unserer Taten in der Vergangenheit. Wir haben als unser Erbteil zu tragen die Sünden der Kirchenspaltung und der Kriege, der nichtvollzogenen Wiedervereinigung der Kirchen, der Dinge, die notwendig zur Reformation und zu ihrem Scheitern führten, des Abfalls vom Christentum. Anerkennung dieser Sünde und Schuld, Verständnis für die Zwangsläufigkeit ihrer Folgen und vor allen Dingen Buße sind nötig und sind die einzigen Mittel, durch die wir frei werden können."

Das Verhängnis

Wight ist der Überzeugung, daß „die Sünden der Vergangenheit wirklich gesühnt werden müssen und eine echte Wiedergutmachung unausbleiblich ist", wenn die dämonische Machtkonzentration auf zwei Leviathan-Großmächte, Rußland und Amerika, nicht überwunden wird, die menschlich gesprochen den dritten Weltkrieg unvermeidlich macht. „Zu sagen, daß der Krieg zwischen Rußland und dem Westen, menschlich gesprochen, unvermeidlich sei, widerspricht so sehr der unter heutigen Christen üblichen Redeweise, daß eine solche Behauptung geradezu unerlaubt zu sein scheint". Unsere Gemeinden sollten jeden Fatalismus in Bezug auf den Krieg verwerfen. Krieg ist niemals unvermeidbar. Wenn er wirklich ausbrechen sollte, so geschieht es um solcher Umstände willen, die die Menschen hätten vermeiden können. Präziser ist die Stellungnahme von Dr. Visser 't Hooft. „Wir brauchen nicht ausdrücklich zu betonen, daß wir es entschlossen ablehnen müssen, uns an einer geradezu verbrecherisch unverantwortlichen oder zynischen defaitistischen Redeweise über die Unvermeidbarkeit eines Krieges zu beteiligen". Heißt das, daß man wirklich nicht in einer Weise von der Unvermeidbarkeit des Krieges sprechen kann, die weder verbrecherisch unverantwortlich noch zynisch ist? Sicherlich ist das nicht gemeint. Es gibt eine Möglichkeit, die Unvermeidbarkeit eines Verhängnisses vorauszusagen, die theologisch zu verantworten ist und die gefüllt ist nicht mit Optimismus, wohl aber — mit Hoffnung! Das ist die Art, in der die Propheten zu wiederholten Malen das Verhängnis über Israel und über die Heidenvölker vorausgesagt haben und in der einer, der größer war als die Propheten, von dem kommenden Fall Jerusalems sprach. Vorhersage wird zu Prophetie, wenn sie zum Träger des richtenden Wortes wird, und sie wird dazu, wenn sie unter dem anderen Wort steht: „so ihr euch nicht bessert" (Luk. 13, 5; vgl. Ez. 18, 30). Vorhersage ist nicht unter allen Umständen illegitim; natürlich kann man es sich zu leicht machen; aber die Katastrophen der säkularen Geschichte sind so offensichtlich zu erkennen, daß man an ihnen nicht einfach vorbeigehen kann. Es ist die Pflicht der Christen, die Lage der säkularen Welt mit rücksichtslosem Wahrheitsdrang zu analysieren, und zwar ohne die Zagheit, den Abscheu und die Selbsttäuschung, die die Kommunisten der verfallen-

den bürgerlichen Kultur zuschreiben ... Rücksichtslose und realistische Analyse ist nicht unvereinbar mit Hoffnung, denn Hoffnung haben ist ein christliches, nicht ein politisches Vermögen."

Diese Ausführungen haben eine unverkennbare Spitze gegen einen in Amerika wie England verbreiteten christlichen Pelagianismus und Optimismus, der jedes echte christliche Geschichtsbewußtsein, d. h. die Erwartung des Geistes, zerstört: „Wir sind nicht wohlwollende Menschen, die ihr Bestes tun; wir sind elende Sünder, die unter dem Gericht leben und eine ganze Erbschaft von Schuld gutzumachen haben. Wir tun unser Bestes — wie Kaiphas — für unsere Götzen, denen wir ergeben sind; wir sind wohlwollend wie Pilatus — und kreuzigen Christus jeden Tag aufs Neue. Wir werden nicht „irgendwie durchkommen"; wenn wir Buße tun und uns allein auf Gottes Gnade werfen, haben wir die Verheißung, daß wir gerettet werden sollen; — aber das ist etwas ganz anderes und hat nicht die Zusage, daß wir „irgendwie hindurchkommen" in dieser Welt. Wir finden auch in der Bibel nichts, was eine auch nur entfernte Ähnlichkeit hat mit der säkularen Fortschrittstheorie. Was wir dort finden, ist ein Wissen um die Reinigung durch die Katastrophe und um Versöhnung durch das Leiden, die Wiederentdeckung der Botschaft von der Auferstehung nach Kreuz und Tod in ihrer Bedeutung für unser individuelles Leben und für die Gemeinschaft, in der wir stehen."

Die „Immanenz der Wiederkunft"

Wight nennt die Zeit, in der wir leben, die Zeit eines Epilogs, dessen erstes Kennzeichen „die Immanenz der Wiederkunft" sei, der größten Paradoxie des Neuen Testaments. Er belegt diesen Gedanken mit einem Wort von Kardinal Newman: „Als Christus erschienen war und als der Sohn von Seinem Hause Besitz ergriff und Sein vollkommenes Evangelium brachte, war alles, was noch zu tun übrig blieb, die Sammlung Seiner Heiligen. Kein höherer Priester konnte noch kommen, keine vollkommenere Lehre. Das Licht und das Leben für die Menschen war erschienen, hatte gelitten und war wieder auferstanden; und nichts mehr war zu tun. Die Erde erlebte ihr größtes Geschehen und sah das Erhabenste, was zu sehen war; und deshalb war das Ende der Zeiten da. Und von damals an hat die Zeit, obwohl sie zwischen dem ersten und dem zweiten Kommen Christi steht, keine grundsätzliche Bedeutung mehr (sie wird nicht mehr anerkannt, wenn ich so sagen soll) für den Lauf des Evangeliums, sie ist, wie sie war, etwas Unwesentliches. Denn es war so, daß bis zum Tage der Fleischwerdung Christi die Dinge schnurstracks auf dieses Ziel zueilten, und bei jedem Schritt kamen sie ihm näher; aber jetzt, unter dem Evangelium, hat dieser Lauf seine Richtung verändert, wenn ich das so sagen darf, und zwar im Hinblick auf seine Wiederkunft. Er läuft nun nicht dem Ende zu, sondern an ihm entlang, an seinem Rande, und ist zu allen Zeiten gleichmäßig nahe diesem großen „Ende"; wenn der Lauf geradeaus gehen würde, liefe er unverzüglich in das Ende hinein. Also steht Christus immer vor unserer Tür; er ist uns genau so nahe wie vor 1800 Jahren und um nichts näher als damals; und wenn er kommt, wird er nicht näher bei uns sein als jetzt. Wenn Er sagt, daß er bald kommen wird, so ist das „bald" nicht ein Wort, das eine Zeitdauer bezeichnet, sondern eine natürliche Ordnung. So sind wir gegenwärtig — in der gegenwärtigen Trübsal, wie der heilige Paulus sagt — immer ganz nahe der zukünftigen Welt, und alles, was geschieht, findet in ihr Auflösung und Lösung zugleich."

In diesem Zusammenhang nennt Wight das grausige Schauspiel der Entwicklung der Atombombe „ein Zeichen der göttlichen Barmherzigkeit: denn das kommende Gericht Gottes würde über uns hängen auch ohne die Atombombe, — aber man kann sich nicht ausdenken, was uns eindringlicher, als die Atombombe es tut, die Wirklichkeit dieses Gerichtes vor Augen stellen könnte."

Daher sieht Wight mit Christopher Dawson die Wiedererweckung des eschatologischen Bewußtseins in der Christenheit als eine der entscheidenden Auswirkungen der theologischen Arbeit dieses Jahrhunderts an. „Alle unsere Historiker und unsere säkularen Propheten stimmen darin überein, daß wir am Ende eines Zeitalters stehen, und selbst der Zeitungsleser kann nicht mehr daran vorbeikommen, sich klar zu machen, daß die positiven Kräfte in der Welt nunmehr völlig überwuchert werden von den Mächten der Zerstörung. Die „Fragen" und „Probleme" des sich auflösenden „Christentums" können nun erkannt werden als das, was sie sind: als echte Gerichte Gottes. Es sind Gerichte, die die Gestalt dämonischer Verkehrungen annehmen: Gericht über den Krieg, der nicht länger als eine gesteuerte und bewahrende Maßnahme in einer Lehre vom gerechten Krieg angesehen werden kann, sondern der nur noch krampfhafte Zuckungen einer gestaltlos gewordenen Gesellschaft darstellt; Gericht über den Staat in der Form eines auf uns zukommenden Weltstaates, der sehr wohl eine noch furchtbarere Konzentration tyrannischer Macht bedeuten kann, als wir irgendwo bisher erlebten; Gericht über den Nationalismus, der durch eine lange Zeit hindurch derselbe Götzendienst war, den die Propheten des Alten Testamentes anprangerten; Gericht über die Revolution, die zum entscheidenden Faktor der zeitgenössischen Geschichte angeschwollen ist und einen gigantischen entwurzelten Ersatz für die Kirche erzeugt hat.

Unter diesen Umständen ist es unvermeidlich, daß der besondere Ton der kirchlichen Lehre wieder einmal auf den eschatologischen Bestandteilen des Glaubens liegt; aber das Problem, das vielleicht das besondere Problem für Amsterdam darstellt, ist dies, daß davon bisher so wenig in das politische Denken der Christen eingedrungen ist."

So steht die Kirche selber mitten unter dem Gericht: „Je mehr die gegenwärtige Krise sich vertieft und die geschichtlichen Ausblicke düsterer werden, desto mehr wird das Gefühl der Sinnlosigkeit und des Schreckens für jedermann zunehmen, — ausgenommen den Christen. Die Kirche allein weiß um alles dieses, was geschieht; sie hat es zuvor gewußt; hier ist ihre Stunde." Worin aber besteht nun ihre Wiedergutmachung? Wight glaubte, daß Amsterdam darauf die Antwort geben würde.

Enthält die Bibel Normen für das Recht?

Der katholische Christ richtet sich nach dem Naturrecht, wenn er als gläubiger Mensch über soziale Tatsachen oder Einrichtungen urteilt. Die evangelischen Christen suchen nach einer Norm. Die Generalversammlung des Ökumenischen Rates in Amsterdam richtete den politischen und gesellschaftlichen Mächten eine Botschaft aus. Über die Grundlage und den Umfang der Vollmacht zu

einer solchen Botschaft konnte aber keine Einigung hergestellt werden. Ist diese Vollmacht im Evangelium enthalten? Das war schon vor der Amsterdamer Tagung Gegenstand weitläufiger Studien. Die Herder-Korrespondenz hat in einem Aufsatz darüber berichtet. (Wiederkehr des Naturrechts. 2. Jhg., H. 12, September 1948, S. 572). Die Diskussion wird nun in der Studienabteilung des Ökumenischen Rates fortgesetzt. Für ihre Tagung im Juni d. J. hatte der Freiburger Rechtsphilosoph Erik Wolf eine Anzahl von Thesen formuliert, die in der Zeitschrift „Junge Kirche" (Mai 1949) bekanntgegeben wurden.

Die Bibel Quelle des Naturrechts?

Es ist nicht so, als ob die Fragen, die hier berührt werden, für uns Katholiken schlechterdings gelöst seien. Ein Theologe im Range von Henri de Lubac sucht gerade jetzt zu zeigen, daß der Mensch mit einer bloß natürlichen Bestimmung gar nicht gedacht werden kann und daß er seiner einzigen Bestimmung, nämlich der Gotteskindschaft, erst durch die Offenbarung gewiß wird. Durch einen solchen Nachweis wird die Idee der Bestimmung des Menschen, von der alles Naturrecht seinen Ausgang nimmt und nach der es sich richtet, der Normierung durch die Vernunft entzogen und die Offenbarung, in erster Linie die Heilige Schrift, als vorzügliche Quelle des Naturrechtes erkannt (vgl. den Bericht in diesem Heft S. 458 ff).

Nun also, liegt es überhaupt in der Absicht der Heiligen Schrift, die politischen Gewalten dieser Erde daraufhin anzusprechen, daß sie ein bestimmtes Recht setzen sollen?

Wolf hebt hervor, „daß es ‚Autorität' der Bibel nur im Glauben und für den Glauben gibt. Dem Menschen, der das Evangelium ... ablehnt, wird man die biblische Weisung (auch für das Recht) nur verkündigen können ... Oktroyieren kann (und darf) man das nicht und niemand!, es aber auch nicht ‚leicht machen' oder verwässern. Auf ein biologisch, rational oder historisch begründetes Rechtsideal des Natur-, Vernunft- oder bloßen Daseinsrechts kann man die Weisung der Hl. Schrift weder aufpfropfen, noch sie darauf abstimmen ... Sie ist nicht gleichsam der Schlußstein des Gebäudes menschlicher Weisheit, sondern sie erschüttert es bis auf den Grund und bringt es zum Einsturz. Als Urteil Gottes über die menschliche Weisheit erweist sie diese als Torheit. Es wird also niemals gelingen, die biblische Autorität für die Rechtsordnung dem nicht gläubigen Rechtsphilosophen oder Juristen voll einsichtig zu machen. Denn Christus ist der Arzt für die Kranken, nicht für die, welche sich für gesund halten."

Diese Sätze wollen keine pastorale Bemerkung zu den Aussichten kirchlicher Appelle an die Mächte der Welt sein, sondern theologisch verstanden werden. Sie besagen, daß der Verfasser meint, die Botschaft des Evangeliums könne nur im ganzen gläubig aufgenommen oder abgelehnt werden. Die rechtlichen Weisungen der Bibel können nicht für sich allein, sondern nur im Zusammenhang mit der ganzen Offenbarung verkündigt werden. Man kann sie nicht als Naturrecht deklarieren.

Ob indessen die Offenbarung aufgenommen wird oder nicht, sie muß verkündigt werden. Man muß also die Frage aufwerfen, ob die Heilige Schrift den Anspruch erhebt, von den Schöpfern gesellschaftlicher Ordnung bei ihrem Werk gehört zu werden.

Christus als Wegweiser zum richtigen Recht

Zweifellos enthält das Neue Testament Weisungen für die Gestaltung der Gesellschaftsordnung. Sie beziehen sich auf die Ehe (Mt. 5, 32; 19, 6. 9), den Eid (Mt. 5, 34); die Justiz (Joh. 7, 24), das Verhalten zum Nächsten (Mt. 5, 22. 34, 42; 18, 10; 25, 35), das Erwerbsleben (Mt. 6, 19; Lk. 12, 33), den Staat (Mt. 22, 21; Joh. 19, 11), die Kirche (Mt. 20, 25; 10,5; 16, 19; 23, 8; Lk. 10, 4), bürgerliche Streitigkeiten (Mt. 18, 15; 26, 52; Lk. 22, 51). Jesus gibt Beispiele rechtlichen Verhaltens (Ährenraufen 5. Mos. 23, 26; Steuerzahlung Mt. 17, 24; kindlicher Gehorsam Lk. 2, 51; pünktliche Erfüllung der Vorschriften des Gesetzes Mt. 3, 15; 5, 17; 8, 4; 15, 6; 19; 19, 18; Mk. 1, 21). Er bestätigt die zehn Gebote, und seine Apostel ordnen die Gemeinden.

Hat dies alles eine Bedeutung für das menschliche Recht? Das Neue Testament ist keine Urkunde von rein historischer Bedeutung wie der Kodex des Hammurapi. Es ist ebensowenig ein Erzeugnis menschlicher religiöser Auffassungen. Auch kann man es nicht einen Kodex der Moral nennen. Es ist „keine Lehre, der man das Prädikat zuerteilt, daß sie die (bisher beste) Zusammenfassung der ethischen Grundwahrheiten darstelle. Für ein solches Denken erscheinen die Aussagen des Neuen Testamentes als Quintessenz der sittlichen Grundlagen des Rechts, einer Moralität, die durch die Gnade perfektioniert wird. Auch diese Haltung eines theologischen Moralismus (nur in der römisch-katholischen Kirche möglich) kann der Bibel nicht ihre wahre Autorität lassen, an ihre Stelle rückt dann die Autorität des kirchlichen Lehramts. Die echte biblische Weisung ist aber keinesfalls identisch mit dem, was die römische Kirche als Ius divinum und Ius naturae lehrmäßig bezeichnet." Andererseits duldet das Neue Testament auch keine Deutung nach dem Buchstaben; sein „Buchstabe" ist ja von Menschen geschrieben.

Erst recht müssen die Aussagen des Alten Testamentes unterschieden werden. Soweit sie Menschenwerk zum Gegenstand hatten, sind sie nur noch von historischem Interesse. Soweit Gott durch sie zu uns spricht, bleiben sie bestehen. Das Kriterium liegt im Neuen Testament. Christus ist, wie Calvin sagt, „verus legis interpres".

Die Botschaft Christi, wie sie im Neuen und Alten Testament bezeugt wird, will also von uns weder historisch, noch als moralisches Gesetz verstanden werden, sondern als Aufruf zur Nachfolge im Geiste. Dieser Aufruf betrifft aber auch unser Handeln in der menschlichen Gemeinschaft. „Das Königtum Christi in und über der Welt läßt ihn als die Quelle und das Ziel aller Gesellschaftsordnung und damit auch der Rechtsordnung begreifen (1. Kor. 14, 33)".

Gottes Gericht über menschliches Recht

Gottes Wort erhebt demnach den Anspruch auf Autorität für das Rechtsleben. Diese Autorität ist zunächst eine kritische. Sie verhütet die Vergötzung des Rechts. Sie macht den Anspruch des Naturrechtes zunichte, Ausdruck einer gottebenbildlichen Natur des Menschen sein zu wollen. Sie verhütet zweitens die Dämonisierung des Rechtes, als könne es Ordnung eines Reiches Gottes auf Erden sein. Endlich verhütet sie die Bagatellisierung des Rechtes. Es gibt nicht nur „Gott und die Seele".

Gottes Wegweisung für menschliches Recht

Der positive Anspruch der Offenbarung an das Recht ist nicht der Anspruch eines dem Recht vorgeordneten Gesetzes. Die geoffenbarte Freiheit des Gewissens besteht nicht in der Erfüllung von göttlichen Rechtssätzen oder -grundsätzen, sondern in der Entscheidung des Gewissens nach göttlicher Direktive und Wegweisung. Die Bibel ist nicht Kodex, sondern Richtschnur. Sie begrenzt und leitet den menschlichen Gestaltungswillen, doch so, daß der Mensch der Gestaltende bleibt.

Man hüte sich deshalb, die Bibel als ein System des göttlichen Rechtes zu behandeln. Sie verträgt keine menschliche Stilisierung, weder eine thomistische noch eine lutherische. Sie läßt sich weder in eine wissenschaftlich-weltanschauliche noch in eine politische Ideologie einfassen. Sie läßt sich weder mit Aristoteles noch mit der „Psyche des modernen Menschen" begründen. Sie ist weder Natur- noch Kulturgesetz, weder christlicher Humanismus noch Idee des Abendlandes. Sie steht über alledem als Gericht dessen, was der Mensch geschaffen hat, und als Weisung dafür, was er schaffen soll.

Was gibt also das Evangelium dem Recht? Sagen wir es in einem Wort. Es gibt ihm die Weisung, den Königsanspruch Christi anzuerkennen und deshalb den Geist seiner Worte und seines Beispiels nachzubilden. Es gibt ihm aber noch mehr, nämlich die Macht, den Menschen von innen her zu verpflichten. Weil der Mensch durch das Evangelium „an Gott gebunden ist in seiner Verantwortung vor dem Nächsten", erkennt er im Recht mehr als eine äußere Zwangsnorm, erkennt er in ihm die Pflicht zur rechten Gesinnung und Haltung. Das Recht gewinnt die Autorität einer Norm für sein Gewissen.

Hat die Frage praktischen Wert?

Wir verstehen den Verfasser wohl richtig, wenn wir an dieser Stelle hinzufügen, daß das Recht solche Autorität gewinnt, sofern es sich dem Menschen als ein Versuch zur Nachbildung des Geistes Christi zu erkennen gibt. Denn ein menschliches Recht, das der Weisung des Evangeliums widerspräche, verpflichtete doch wohl nicht, vielmehr es verpflichtete zum Ungehorsam! Denn du sollst Gott mehr gehorchen ... Diese Ergänzung, glauben wir, trägt eine weitere Note von Aktualität in die Debatte über das Thema „Bibel und Recht". Wenn die Welt der Politiker der Botschaft widersteht, die die Kirche im Namen des Evangeliums ihr auszurichten hat, muß die Gemeinschaft der Gläubigen der Welt der Politiker widerstehen. Dies scheint im Augenblick das Wichtigere zu sein, da niemand vergessen kann, was Wolf selbst festgestellt hat: daß nämlich die Annahme der Weisungen Christi den Glauben an Christus voraussetzt und daß die Mächte der Politik nicht von Gläubigen regiert werden. Mögen viele in der Welt der Politiker gläubig sein, die Beschlüsse ihrer Körperschaften geben sicherlich ihrem Glauben keinen positiven Ausdruck. Sie können es nicht, denn die Mehrheit der Menschen ist nicht gläubig. Wenigstens ist sie es nicht hinsichtlich der Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung.

Diejenigen, die im Namen der Offenbarung positiven Einfluß auf die Gestaltung des Rechtes ausüben wollen, die amtlichen Sprecher der Kirchen also und eine Anzahl von Männern des öffentlichen Lebens, werden weit öfter Gebrauch machen müssen von der kritischen Autorität der Bibel in Sachen des Rechts, wenn es nämlich gilt, Schlimmes zu verhüten, als sie Gelegenheit haben werden, ein Recht nach den Weisungen des Evangeliums zu schaffen. Es wird, wenn wir die Erfahrung urteilen lassen, sicherlich in Zukunft kein Recht und keinen Staat nach dem Evangelium geben. Vielleicht ist diese Mutmaßung sogar eine richtige Deutung des Evangeliums selbst. Es wird sich also, praktisch gesprochen, für die Christen im öffentlichen Leben wohl fast immer um die Kritik am Recht handeln und nur selten um die Gestaltung des Rechtes.

Was will die evangelische Theologie?

Sobald dieser zweite Fall einträte, daß die Christen eine Ordnung nach der Weisung des Evangeliums aufbauen sollten, wäre nämlich an Erik Wolf eine Frage zu stellen, die der katholische Leser dieses Berichtes sicherlich schon lange auf den Lippen hat: Was sind das für Direktiven und Weisungen, die uns das Evangelium gibt, oder wie unterscheiden sie sich eigentlich von dem, was wir Katholiken Naturrecht nennen oder was wir ganz schlicht auch als Gebote Gottes bezeichnen? Streiten wir womöglich nur um Worte?

Professor Wolf schreibt: „Die echte biblische Weisung ist keinesfalls identisch mit dem, was die römische Kirche als Ius Divinum und Ius Naturae lehrmäßig bezeichnet". Was ist das „Ius naturae", wie wir es verstehen? Es ist ein Inbegriff von Sätzen über das sittliche Verhalten des Menschen im Privatleben und in der Gemeinschaft, die wir zwar aus vernünftiger Überzeugung als richtig zu erkennen glauben, jedoch nachdem wir uns diese Überzeugung durch die Offenbarung haben bestätigen lassen. Inhaltlich unterscheiden sie sich also nicht von dem, was offenbart ist. Wir haben keine Ansicht von der menschlichen Natur, die wir nicht in der Offenbarung bestätigt zu finden glauben. Insofern deckt sich also, entgegen der Meinung von Professor Wolf, das Ius naturae mit den Direktiven des Evangeliums. So bleibt nur noch der andere Teil der Frage: Wie unterscheiden sich die Direktiven des Evangeliums von Gottes zehn Geboten oder, wenn man will, dem von Christus bestätigten „Ius divinum". Das positive Ius divinum, wie die römische Kirche es lehrmäßig bezeichnet, besteht, soweit die soziale oder rechtliche Sphäre in Betracht kommt, hauptsächlich aus den zehn Geboten, die auch Wolf als Weisungen für das menschliche Recht anerkennt. Ob man dafür nun den Ausdruck „Weisung" oder den Ausdruck „Ius divinum" gebrauchen soll, halten wir für eine nebensächliche Frage.

Sie ist es zum mindesten in dem Augenblick, wo wir zum Ausdruck bringen, daß auch die katholische Kirche nicht lehrt, das Ius divinum enthalte den Entwurf einer konkreten Gesellschafts- oder Wirtschaftsordnung, den Entwurf eines konkreten Rechtes. Wenn etwa die Enzyklika „Quadragesimo anno" eine berufsständische Ordnung fordert (sie kann diese Forderung nur im Namen des Naturrechtes, des Ius divinum naturale, aussprechen), will sie nicht etwa sagen, die berufsständische Ordnung des Mittelalters oder eine davon modifizierte sei als konkrete Ordnung durch das Ius divinum gefordert; denn die zehn Gebote enthalten weder das Wort noch den Begriff einer solchen Ordnung. Die Kirche will nur lehren, daß sowohl die kapitalistische wie die sozialistische Ordnung der Kritik des Evangeliums zum Opfer fallen

und daß nach dem derzeitigen Stande unserer Erkenntnis keine andere Ordnung dieser Kritik in etwa standhält als die berufsständische.

So will uns scheinen, daß die katholische und die evangelische Ansicht über die Autorität der Bibel in Sachen des Rechtes auf dasselbe hinauskommen, wenn man sich hüben und drüben von der überkommenen Terminologie ein wenig freimacht und die Sache praktisch betrachtet.

In einem andern Zusammenhange, einem Aufsatz über „Theologie und Rechtswissenschaft", der in den „Nachrichten für die evangelisch-lutherischen Geistlichen in Bayern" (Nr. 4. — 28. 2. 49) veröffentlicht wurde, hat Professor Wolf selbst, wie uns scheinen will, eine Antwort auf unsere Frage gegeben, die das Problem von der praktischen Seite anfaßt und die jeder katholische Theologe, der sich mit konkreten Fragen der gesellschaftlichen Ordnung zu beschäftigen hat, fast Wort für Wort übernehmen kann, wenn er sich darüber äußern will, wie sein „Naturrecht" in der Politik Ausdruck finden kann.

Erik Wolf schreibt: „Wenn der Jurist erkennt, daß die Idee der Gerechtigkeit nur als formales Prinzip absolut gilt, aber relative und umstrittene Bedeutung hat, sobald sie ein inhaltlich bestimmtes politisches Ideal verwirklichen will; wenn er einsieht, daß auch das formale Gerechtigkeitsprinzip immer und unvermeidlich mit den Forderungen der Sicherheit und der Zweckmäßigkeit in Auseinandersetzung steht; wenn er begreift, daß die Gerechtigkeit ‚kein Letztes, sondern ein Vorletztes ist, das von der Liebe überwunden wird' (Schönfeld) —, dann wird er die Hilfe der Theologie brauchen und im göttlichen Grund der Gerechtigkeit (der ‚Rechtfertigung'), in den Weisungen (nicht ‚Gesetzen') der Heiligen Schrift und in der Entscheidung seines vom Glauben gebundenen Gewissens den archimedischen Punkt finden, von dem aus er in der verwirrenden Vielfalt der Ordnungen die wahre Grund- oder Urordnung des Menschenseins, wie es Gott haben will, zu erkennen vermag. Das wäre dann die Antwort auf die viel gestellte Frage nach dem ‚Evangelischen Naturrecht'.

Wenn der Theologe erkennt, daß vom himmlischen Bürgerrecht der Kinder Gottes her ein Abglanz und Widerschein auf die irdischen Ordnungen fällt (freilich nicht umgekehrt!), diese daher auch für ihn verpflichtend und ernst zu nehmen sind; wenn er einsieht, daß von der Gnade und Liebe, vom ‚Evangelium' aus, ein Wort zu sagen ist auch vom Recht und der Pflicht, d. h. vom ‚Gesetz', und folglich die Weisungen Christi, der von ihm und den Jüngern und der Urgemeinde gelebte und in der Heiligen Schrift bezeugte Wandel, die Mahnworte der Propheten und nicht zuletzt Gottes Gebot im Dekalog eine jederzeit ordnende, verpflichtende und Gemeinschaft bildende Grundordnung christlicher Existenz bedeuten; wenn er begreift, daß der schon jetzt verborgen die Welt regierende, auferstandene Christus von uns will, daß wir in dieser Zeitlichkeit mit aller ihrer Sünde und Verhängnis mit unserem Nächsten ‚in Ordnung' leben, nämlich so, daß er wirklich unser Nächster sein und bleiben kann —, dann wird auch der Theologe die Hilfe des Juristen und Rechtsphilosophen brauchen, der ihm nicht nur als ‚Sachverständiger' dienen, sondern zu einer rechten Predigt und Verkündigung zu helfen vermag. Das wäre dann die Antwort auf die viel gestellte Frage nach ‚Kirche und Öffentlichkeit'. Es ist also keine nur äußerliche, historische, beliebige Beziehung zwischen Theologie und Rechtswissenschaft, sondern eine innerliche, dauernde und wesentliche, deren wir uns immer wieder bewußt werden sollten, um recht zueinander zu finden."

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Um den Wohnungsbau

Vor mir liegt Heft Nr. 5 von „Die Volksheimstätte" (Verlag Phönix, Bielefeld, Pressehaus) und Heft 7 der Herder-Korrespondenz. In ersterem lese ich den Appell Dr. Ehlens, Velbert, an das gute Herz, in dem zweiten einen Artikel über kirchliche Initiative im Wohnungsbau in Spanien. Beide Artikel haben den einen Gedanken „Förderung des Wohnungsbaus" zum Ziel. Dr. Ehlen schlägt in seiner bekannten, von tiefster christlicher Einstellung zeugenden Art, vor, daß jeder Arbeiter und Bürger monatlich einen kleinen Beitrag zur Schaffung eines Siedlungsbaufonds leistet. Die so aufgebrachten Summen sollen dann zinslos vergeben werden. Die Auswirkung einer solchen großen Tat wären zweifellos erstaunlich. Aber Dr. Ehlen ist skeptisch, und nicht zu unrecht. Auch ich fürchte, daß der Appell an das gute Herz nicht zu dem gewünschten Erfolg führen wird, nicht, weil ich der Auffassung wäre, daß das gute Herz fehlt, — ich glaube, es gibt mehr gute Herzen, als man ahnt — vielmehr deshalb, weil die kleinen und die großen Dinge des Alltags die Menschen in einem solchen Maße gefangen halten, daß sie schon instinktiv alles ablehnen, was irgendwie als Belastung oder Zwang empfunden werden könnte. Wenn man ihnen aber sagen könnte, daß sie beileibe kein Opfer zu bringen brauchten, daß es sich nur darum handele, das Geld so zu lenken, daß es ihnen zum Segen gereiche, dann glaube ich, hätte der Appell an das gute Herz größere Aussicht auf Erfolg. Also eine ganz nüchterne Rechnung, so nüchtern, wie es das christliche Liebesideal dem Grunde nach wohl sein soll. Was die beiden spanischen Bischöfe geschaffen haben, sollte zu denken geben. Es ist m. E. gerade wegen seiner Einfachheit so großartig, daß ich es zutiefst bedauern würde, wenn es bei diesem Artikel verbliebe. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie dieses Thema in ihrem Forum zur Debatte stellen würden, so lange und so gründlich, bis eine kirchliche Autorität in Deutschland zur Tat schreiten und die Gläubigen zur Mitarbeit aufrufen würde. Was könnte eine solche Autorität daran hindern — vielleicht in Zu-

sammenarbeit mit einem Fachmann wie Dr. Ehlen — ein derartiges Institut ins Leben zu rufen? Wieviel Kräftevergeudung könnte vermieden werden, wenn die Siedlungsgemeinschaften ihrer Hauptsorge enthoben wären? Wohnbau ist Dombau. Die Erkenntnis, daß der Kampf um die christliche Familie nicht in der hohen Politik, nicht in der Presse, auch nicht in der Schule, sondern im Wohnbau ausgefochten wird, stammt nicht von heute. Von der Erkenntnis bis zur Tat ist aber oft ein weiter Weg. Wohl ist schon vieles getan worden. Das Werk Dr. Ehlens ist großartig. Aufs Ganze gesehen aber — und das ist ja der große Kummer unseres Siedlungsvaters Dr. Ehlen — bleibt es ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es gilt die Kräfte zu konzentrieren, schnell, ganz schnell, bevor es zu spät ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch an unsere Ordensgenossenschaften eine Frage richten! Wäre es nicht möglich, daß sämtliche Ordensgenossenschaften Deutschlands vielleicht durch unentgeltliche Gestellung von Arbeitskräften an dem Gemeinschaftswerk zur Linderung der entsetzlichen Wohnungsnot, auch in ihrem eigenen Interesse, teilnehmen würden?

Bernkastel *Oskar Dietz.*

Maria — die Bildersprache des Hl. Geistes

Ein evangelischer Laie schickt uns folgenden Beitrag, den wir veröffentlichen als ein Zeichen des Ringens der ökumenischen Welt um die Dogmen, die am Grunde der Glaubensspaltung liegen, obwohl er mehr zugunsten seiner evangelischen Mitbrüder als für den katholischen Leser geschrieben ist. Daher ist seine Sprechweise uns unvertraut. Jedoch versichert uns der Verfasser seines innersten Wunsches, in keiner Weise der Wahrheit zu nahe zu treten, vielmehr ihr Wegbereiter zu sein.

„Maria und die Ökumene" (Heft 9) ist ein erstaunliches Dokument ökumenischer Besinnung. Der Hl. Geist segne diese pfingstliche Gabe. Ist aber der Brief evangelischen Brüdern schon genug „Kindersprache des Hl. Geistes", um ihnen gleichsam den Star zu stechen, daß sie Maria als die Wahrheit ihrer Christologie wiedererkennen? Lukas gibt ihnen nur zeitgeschichtliche Mythologie oder „poetische, nicht ontologische Aussage" (K. Barth). Das Zeugnis des Johannes bleibt ihnen stumm. Ob folgende Thesen helfen?

1. Gott redet — nach der Hl. Schrift — mit seinen Geschöpfen und Kindern in Bildern. Gottes „Mythos" widerspricht dem Mythos des Menschen. Der Mensch erdichtet eigene Gedanken von Gott zur Selbstverherrlichung (Röm. 1, 23; Jes. 55, 8). Gott wahrt Seine Ehre durch Worte, Werke und Mittler gegen den eigenmächtigen Menschen: Sein Wort schafft geschichtliche Wirklichkeit, darin der sündige Mensch leben und gerechtfertigt werden kann.

2. Das Bundesvolk Israel unter Moses ist solches Werk und Mittlertum. Das „Gesetz" offenbart Gottes Willen. Priester bewahren es, Propheten deuten es geschichtlich immer neu, bestätigen die Verwerfung des treulos werdenden Volkes und verkünden das Gericht (Jes. 6, 8 f; Jer. 1, 10f), das die Mächtigen der Welt vollstrecken. Dem „Rest" verheißen leuchtende Bilder des Hl. Geistes das Heil: Christus.

3. Christus erneuert und vollendet, als die Zeit erfüllt ist, die Erschaffung des Menschen (aus Mann und Frau) im Volk des Neuen Bundes, des königlichen Priestertums, zum Frieden der ganzen Kreatur. Die neue Schöpfung in Christus, von Ewigkeit bedacht, beginnt durch ein Werk des Hl. Geistes zur Ehre Gottes: die volle Begnadung der Jungfrau Maria in Nazareth, der Mutter und Gehilfin des Christus, Mutter des Glaubens.

4. Maria ist das grundlegende Werk des Christus, „Mythos" der Trinität, doch nicht mehr prophetisches Bild, sondern Erfüllung der Ehre Gottes. Maria ist geschichtliche Mittlerin, um die Menschen zum Empfang des Christus zu bereiten. In Maria ist der souveräne Mensch (der Mann) von der Mitwirkung an der Erlösung ausgeschlossen, nur das „Ja" der demütigen Magd wird angenommen (K. Barth); nur dieser Magd Maria.

5. Diese Bildersprache des Hl. Geistes bringt leibhaft in Menschen die neue Kreatur hervor: marianische Wesen, begnadet zum Glaubensgehorsam von Lc. 1, 38, zu bräutlicher Liebe. Maria, Spiegel der Gottesebenbildlichkeit, ist das Ende unseres Eigenmächtigseins, des „alten Adam". „Aus Maria" werden durch den Hl. Geist immerfort Gotteskinder geboren, Brüder und Miterben Christi. Durch Maria hat der Mensch das neue Sein in Christus.

6. Durch Maria: das hören und begreifen anbetend vor dem Kinde, gebeugt unter die Niedrigkeit der Gottesmagd, alle Gotteskinder. Der Theologe übersetzt dies Heilsgeschehen aus Gottes Bildersprache in menschliche Begriffe und sagt: erlöst durch die Gnade allein, durch Christus allein, im Glauben allein, fähig zum Liebesgehorsam, der „das Gesetz erfüllt" (Röm. 13, 10). Das alles ist: „In Maria"! So spricht „der Tröster" (Joh. 16 13).

7. Die Marienbilder der Evangelien sind der vollkommene Katechismus der Gotteskinder: Muttermilch der Gnade für das gläubige Heranwachsen zur Fülle des Christus. Gott hat ihn verfaßt. Die Theologie kann ihn nie ersetzen, nur erlernen und verarbeiten. Luther rät noch 1519, das hl. Sakrament zu empfangen, „daß man mit Maria, der Mutter Gottes in festem Glauben spreche: Mir geschehe nach Deinem Wort und Zeichen!" (WA 2, 686).

8. Das „Christus allein, die Gnade allein, der Glaube allein" hat der „Beistand" einfältig vorgesprochen durch Maria: sie ist, was sie ist durch Christus, vollendet durch Ihn. Maria ist „Christus allein", ist alles aus Glauben und aus Gnade, die fleischgewordene Theologie des Paulus von der Rechtfertigung aus Glauben zur Liebe, der „Neuen Kreatur in Christo" (2. Kor. 5, 17), Mutter „selbstloser Charismen" (Schlier).

9. Die evangelische Exegese kennt eine „Theologie des Paulus", eine „Theologie des Johannes" oder die „Petrusformeln" als Kristalle in der Mutterlauge der biblischen Tradition (E. Stauffer NT Th 215). Sobald sie mit der Kirche die marianischen Zeugnisse der Schrift betet, erfährt sie auch ihre Glaubenswirklichkeit. Die Fundamentaltheologie des Parakleten erschließt die Fülle des Logos incarnatus, Gottes Herrlichkeit.

10. Eine Theologie ohne das marianische Fundament der Hl. Schrift wird den Hl. Geist betrüben und die volle Inkarnation für Kirche und Heiligung verlieren. Eine Theologie, die in Maria lebt, erfährt im Glauben aus Gnade: Maria, die Einzig Erwählte des Hl. Geistes in Israel, hilft heute Christus zur Rechten des Vaters, das Werk der Erlösung zu vollenden, kraft Seiner Vollmacht. Maria bezeugt unsere Auferstehung!

Ein evangelischer Laie.

Kampf mit dem Teufel

Der Verfasser des Briefes an Visser't Hooft meint mit dem Hinweis auf den konstitutiven Gehorsam der Gottesmutter für die Kirche, auch für die Einheit der Ökumene etwas sehr Richtiges. Aber der Anruf wird kaum gehört, solange in den ökumenischen Kirchen nicht das trinitarische Bewußtsein zur vollen Entfaltung kommt.

Das Verfehlen der Einen sichtbaren Kirche des inkarnierten Logos hat u. a. seine Ursachen in der Verwechslung von Geist und Hl. Geist sowie in der Verkennung Jesu Christi als der 2. Person der Trinität. Der Heilige Geist und Jesus Christus bezeugen die Majestät und Vaterschaft Gottes, des Schöpfers, der in der Geschichte von Abraham auf Christus die menschliche Natur, den „Leib", zur Übernatur erhebt und verwandelt, d. h. aber den Menschen auch als soziales Wesen, als „Volk Gottes". Der Schöpfer, der unsere Welt mit ihren immer deutlicher erkannten Geheimnissen und Ordnungen tagtäglich für uns erhält, hat mit der Erwählung Mariens zur Wohnstatt des Gottessohnes ein neues Schöpfungswerk begonnen. Die sicheren Fundamente dazu bilden die Auferstehung des gekreuzigten Christus und die Ausgießung des Hl. Geistes auf die Gemeinschaft Seiner Apostel. Gott wäre ein schauriger Dilettant, ein romantischer Protheus und Ironiker, wollten wir Ihm diese Geschichte von 150 Kirchen in die Schuhe schieben. Auch würde der Hl. Geist gründlich verkannt und modernisiert, wenn man Ihn — etwa mit Hilfe der Rankeschen Ideenlehre — zum Autor dieser Anarchie von Kirchen erklärte, die nun ihr Ende finden soll.

Wie rasch basteln ökumenische Theologen eine Dach-Theologie zusammen, die diesen — menschlich gesprochen — Konzern von Kirchen rechtfertigen soll durch eine Pseudakatholizität ohne Fleisch und Blut, ohne Autorität und Recht, ohne Dogma und bindende Entscheidung für die christliche Existenz. Kommt keinem der Beteiligten je der Gedanke, daß die Wiederherstellung der Einheit ein Kampf mit dem Teufel auf Tod und Leben ist? Er hat die Glaubens- und Kirchenspaltung verschuldet, mit unserer Hilfe. Er bietet alles auf, um dies sein Werk in keinem Falle einzubüßen. Er versucht, es weiter auszubauen!

Zwar ist das Bewußtsein der Schuld an der Glaubensspaltung im Wachsen. Das christliche Gewissen, d. i. der Hl. Geist, treibt zur Einheit. Wer wollte das leugnen? Amsterdam hat es bezeugt. Aber der Widersacher kennt die Gewissen. Er weiß, der Mensch arbeitet unentwegt daran, sich selbst zu rechtfertigen. Sind nicht die vielen Glaubenssplitterungen ein Prozeß fortgesetzter Selbstrechtfertigung von Theologen, Sekten, Staatskirchen? Im Namen der Rechtfertigungslehre, im Namen Jesu Christi — natürlich. Ist nicht die ökumenische Bewegung auch eine Selbstrechtfertigung? Man weiß, die kirchliche Existenz ist bedroht, die apostatischen Mächte werden stärker. Die „Verlegenheit gegenüber der Frage des wiederkommenden Herrn" nötigt, einen Ausweis für die eigene Gerechtigkeit zu suchen: das ist der Ökumenische Rat! Soviel echte Verheißung über seiner Gründung liegt, soviel Chancen hat er, ein Bluff des Widersachers zu sein, um die ängstlichen Gewissen einzuschläfern: Nur gemach, euer Herr Christus ist böse, daß ihr sein Werk so habt verfallen lassen. Tut euch nur hübsch zusammen und faltet, in gegenseitiger Achtung, gemeinsam die Hände, dann wird er euch vergeben. — Der „Vater der Lüge" war von jeher ein Meister der praktischen Theologie! Konsensus als Flucht vor der Wahrheit!

Der Brief an Dr. 't Hooft ist schon recht. Beim Namen Maria wird der Widersacher aufheulen wie in Apokalypse 12. Aber das Problem der Ökumene ist die Hl. Dreifaltigkeit. Das Dogma der Einen Kirche von der Trinität bedarf einer neuen Explikation auf die heutigen christologischen Irrungen. Der Geist des religiösen Menschen, „the spirit of cooperation and fellowship" will dieses reine Gotteslicht mit vielen theologischen Blitzen überflackern. Seien wir unbesorgt. Aber das Gebot Jesu „Wachet und betet!" bleibt, und die Mahnung des Apostels Paulus „Wir kämpfen nicht mit Fleisch und Blut sondern mit . . . den bösen Geistern . . ." (Eph. 6, 12).

München *Pf. R.*

Um die Erneuerung der evangelischen Kirche

Eine Erwiderung

Die „Herder-Korrespondenz" hat in Heft 6, Seite 289 ff. einem kritischen Aufsatz von mir über die neue Grundordnung der EKD Beachtung geschenkt. Ich bin dankbar für das sachliche Interesse gerade von dieser Seite, finde mich aber in entscheidenden Punkten bei der Wiedergabe mißverstanden und sehe vollends in den Schlußfolgerungen verkannt, was als Kern der Grundlagenbesinnung im protestantischen Kirchenrecht hervorgehoben zu werden verdient. Lassen Sie mich dies in Kürze herausheben und so die wichtigsten Mißverständnisse richtigstellen.

1. Ekklesiologie kann nur als Christologie verstanden werden. Will man diesen Satz mit dem Worte „Christokratie" kennzeichnen, so bin ich einverstanden; aber mit „Freiwilligkeitskirche" (S. 290) in dem üblichen Verständnis hat das nichts zu tun.

2. Als der Leib des Christus hat die Kirche ihre soziologische Empirie, und zu dieser gehört eine rechtlich qualifizierbare Ordnung. Das verbietet eine antinomistische Bilderstürmerei, wie sie mir Seite 289 unterstellt wird. Aber in dem Rückgriff auf „Erkenntnisse der Bekennenden Kirche aus dem Kirchenkampf" (S. 290 oben) erschöpft sich nicht, was einer evangelischen Kirchenrechtslehre heute aufgetragen ist. Sondern es geht um die Entfaltung des reformatorischen Verständnisses vom Worte Gottes, von Christus und von der Kirche in der soziologischen Empirie, insbesondere der Ordnung unseres Kirchentums.

3. Das ist für uns Lutheraner nicht gleichbedeutend mit einem sakramental vermittelten Kirchenbegriff. Im Mittelpunkt der lutherischen Lehre steht das Altarsakrament primär als das Verbum efficax in unbegrenzter Fülle und Souveränität. Von hier aus zu Maßstäben für das institutionelle und normative Auftreten der Kirche in und gegenüber der Welt zu gelangen, ist natürlich unvergleichlich schwerer, als auf der Basis eines sakramental begründeten Jus divinum. Die reformatorische Theologie meisterte dieses Problem mit der ihr eigenen Dialektik über das Verhältnis von Evangelium und Gesetz, insbesondere der Lehre von den beiden Regimenten. In der protestantischen Kirchenrechtslehre hat diese Dialektik bis heute keinen Eingang gefunden; alle Aussagen der herrschenden Kirchenrechtslehre sind vielmehr undialektisch, sie schwanken zwischen einem spiritualisierten (Sohm) und einem

diesseitig institutionellen Kirchenbegriff (Friedberg, Schoen u. a.) und liegen seit einem Menschenalter im allgemeinen (G. Holstein und die Praxis) auf der Linie eines transzendentalen Idealismus.

4. Hierdurch ist einer im engeren Sinn „evangelischen" Kirchenrechtslehre die Aufgabe vorgezeichnet: sie muß zunächst jene Dialektik durchmessen, die die reformatorische Theologie kennzeichnet. Solange sie dies nicht nachgeholt hat, ist sie ihrem Gegenstande begrifflich, systematisch und methodisch inadaequat und in keiner Weise als „evangelisch", „lutherisch" oder „reformatorisch" ansprechbar. Ihre Ergebnisse, das gegenwärtig geltende protestantische Kirchenrecht, dürfen darum auch nicht als Äußerungen reformatorischen Christentums bewertet und mit Arbeitsergebnissen der exegetischen oder systematischen Theologie in eine Linie gerückt werden, wie das trotz aller Vorbehalte in Ihrem Berichte letztlich geschieht. Es geht für den heutigen Protestantismus darum, den Wunderglauben an die Heilkraft von Institutionen, dem er im 16. Jahrhundert abgeschworen hat, nun auch in seiner eigenen Praxis abzulegen. Ich betone aber nochmals: Das bedeutet nicht die Leugnung des Kirchenrechtes, nicht die „pneumatische Anarchie", sondern nur die evangelische Freiheit im Gebrauch und in der Gestaltung von Normen und Institutionen. Es bleibt bei der Korrespondenz von Christologie und Ekklesiologie, und das heißt einerseits: Bejahung einer soziologischen und rechtlichen Empirie der einen Kirche Jesu Christi, und anderseits: die Grundbegriffe, insbesondere den Kirchenbegriff selbst, hat sich eine evangelische Kirchenrechtslehre von der Theologie geben zu lassen. Dies ist die einzige Möglichkeit, der protestantischen Kirchenrechtslehre das nochmalige Schicksal eines unwissenschaftlichen Positivismus zu ersparen.

5. Soviel zum Grundsätzlichen. Man wird gut daran tun, sich in der katholisch-protestantischen Kontroverse so exakt und grundsätzlich wie möglich auszudrücken, um Verschleierungen der Wirklichkeit zu verhüten. Nachdem dies nun in gebotener Kürze geschehen ist, kann wohl ein der Verständigung dienlicher Hinweis fallen: Mir scheint aus der Ferne, daß die Kanonistik gegenwärtig verwandte Vorgänge aufweist — vergleiche zum Beispiel Joseph Klein, Grundlegung und Grenzen des kanonischen Rechtes (Tübingen 1947) und neuerdings Otto Bernhard Roegele, „Pius XII." im „Rheinischen Merkur" Nr. 14 vom 2. 4. 1949.

6. Noch ein Wort zur literarischen Beweisführung Ihres Berichtes: Sie ist zu einseitig. H. Schlier wird z. B. in der Breite unserer Theologen und Gemeinden als Außenseiter betrachtet; Markus Barths Buch wird aus methodischen Gründen stark bezweifelt (vergleiche Käsemann in der Theologischen Literaturzeitung 1/49. Außerdem besagen solche Arbeiten, so bedeutsam sie sein mögen, über den Stand der Lehre in einem der Lehrzucht entbehrenden protestantischen Kirchentum nichts, solange die Systematik und die Verkündigung sich nicht mit ihnen beschäftigt haben.

Der Vorwurf, Erik Wolf und ich gingen „an den Ergebnissen der neuen wissenschaftlichen Exegese des Neuen Testamentes vorbei" (S. 290 unten), ist also im Grundsatz verfehlt; es ist nicht Sache des Kirchenrechtlers, seine Grundbegriffe aus einzelnen exegetischen oder historischen Arbeiten zu gewinnen. Daraus kann nur ein verhängnisvoller theologischer Dilettantismus entstehen, für den gerade unsere großen Kirchenrechtler Beispiele sind.

7. Lassen Sie mich zusammenfassend folgendes sagen: Zweifellos hat die gegenwärtige „Verfassungskrise der EKD ... ihre tiefen Ursachen in der Wahrheitsfrage" (Seite 288). Sie ist begründet in der Heteronomie von Theologie und Kirchenrechts*lehre*, die die Verkündigung und die Ordnung der Kirche, in fortschreitendem Maße in Widerspruch zueinander bringt und dadurch die Glaubwürdigkeit der Predigt gefährdet.

Diese Signatur der Krise kann nach zwei Seiten verkannt werden: Einmal in der Auffassung, es handle sich lediglich um den Ersatz einer unvollkommenen Rechtsordnung durch eine bessere. Dies war im Wesentlichen die Auffassung der Bekennenden Kirche zur Zeit ihrer Unterdrückung und ist heute die wohl ausnahmslos herrschende. Sie verkennt, daß dem gegenwärtigen deutschen Protestantismus für eine solche rechtliche Reformation der Kirche sozusagen die begrifflichen und methodischen Voraussetzungen, nämlich eine im exakten Sinne „evangelische" Kirchenrechtslehre, fehlen. Hierauf wollte mein Aufsatz „Grundlagenkrise und Kirchenrecht" hinweisen.

Die andere Verkennung finde ich in Ihrem Bericht: Dort wird die Ursache der Krise erblickt in der Verleugnung bestimmter Lehrsätze durch die evangelische Theologie selbst. Diese Feststellung ist für den katholischen Standort eine Selbstverständlichkeit, aber sie ist summarisch und verleitet zu der Täuschung, als gerate die reformatorische Theologie, mit der jetzigen Verfassungskrise in das Netz ihrer eigenen Praemissen. Es ist vielmehr die Krise des protestantischen Kirchentums und der es stützenden Kirchenrechtslehre, nicht der Theologie als solcher. Vergangenen Theologengenerationen mag man dabei mangelnde Wachsamkeit vorwerfen. Aber in der gegenwärtigen Verfassungskrise der EKD eine Krise der reformatorischen Theologie zu erblicken, wäre eine Verkennung der Wirklichkeit. Im Gegenteil: in ihr dürften die zur Erneuerung der gegenwärtigen protestantischen Kirchenrechtslehre nötigen und fähigen Einsichten und Kräfte bereit liegen.

Tübingen *Dr. jur. Herbert Wehrhahn.*

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

ADAM, Karl. *Warum ich an Christus glaube.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 5 (Juni 1949) S. 409—419.

Die aller philosophischen Begrifflichkeit vorausliegende Urbezogenheit des Menschen auf Gott kann einzig auf dem durch Christus vermittelten „personalen Werterlebnis" basieren.

FILOGRASSI, G., SJ. *Intorno all'assunzione di Maria. Quesiti e risposte.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 100, Heft 2373 (7. Mai 1949) S. 261—270.

Nach Abwehr einiger Einwände faßt der Verfasser in der Zeitschrift der römischen Jesuiten die Gründe für die Erhebung der Himmelfahrt Mariä zum Dogma in 10 Punkten zusammen.

FLOROVSKY, Georges. *Les voies de la Théologie russe.* In: Dieu Vivant Nr. 13 S. 39—64.

Russische Frömmigkeit ist untheologisch; Theologie als Wissenschaft kam vom Westen nach Rußland und wurde nie assimiliert. Das religiöse Leben dagegen behielt den Geist der Väterzeit. Erneuerung der orthodoxen Theologie müßte daher nach Florovsky an die Väter und überhaupt an die Zeit des Hellenismus anknüpfen.

HENNING, John. *Der Geschichtsbegriff der Liturgie.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 49 Heft 2 (Mai 1949) S. 81—88.

Die Liturgiewissenschaft hat sich gegen Einflüsse aus der weltlichen Geschichtswissenschaft zu wehren und eigene, ihrem Gegenstand entsprechende Begriffe zu bilden; ihre Grundfrage heißt dann: „Wie kann das, was von seinem universalen Geschichtsbewußtsein aus alle Zeiten in sich schließt, meinem, einem bestimmten Zeitbewußtsein entsprechenden Forschen durchsichtig werden?"

KAMPMANN, Theoderich. *Pastoraltheologische Gegenwartsbesinnung.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 5 (Juni 1949) S. 488—492.

Gedanken zu Xaver Arnolds „Dienst am Glauben" (Herder 1948), das der Verfasser auf die Stufe von Jungmanns Frohbotschaft stellt, und worin er einen wesentlichen Beitrag für die innere Reform der Kirche sieht.

KATECHETISCHE BLÄTTER. *Über das Symbolum. Eine katechetische Predigt des heiligen Augustinus.* Jhg. 74 Heft 5 (Mai 1949) S. 130—134.

Wiedergabe des von Morin aufgefundenen Textes, worin der Kirchenvater eine meisterhafte Zusammenfassung der Glaubensregeln gibt.

KOSTER, Mannes Dominikus. *Der Glaubenssinn der Hirten und Gläubigen.* In: Die neue Ordnung Jhg. 3 Heft 3 (Mai 1949) S. 226—243.

Der sensus fidei geht geistigerweise unmittelbar auf das Einzelne und tritt in bestimmten Fällen (z. B. Definibilität der Himmelfahrt Mariä) an die Stelle der Theologie. „Durch ihn wird die Kirche vom Heiligen Geiste in die Dinge des Glaubens eingeführt".

RAHNER, Hugo. *Österlicher Frühling.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 241—248.

Eine Deutung des Mysteriums des Osterfestes als dem Frühling unseres geistlichen Lebens in der Einheit des Frühlings der Weltschöpfung, des Jahresbeginns und der Heilsgeschichte.

SEILER, Dr. Hermann. *Katholizismus und religiöse Toleranz.* In: Civitas 4. Jhg. Nr. 9 (Mai 1949) S. 486—495.

Der katholische Studentenseelsorger von Zürich legt die modernen Grundsätze der Toleranz dar: im dogmatischen Bereich kann es keine Toleranz geben, wohl aber im staatlich-sozialen Bereich und besonders im persönlichen Leben. Berufung auf Pius' XII. Rede vor der Rota Romana 6. Okt. 1946 und Congar in La Revue Nouvelle Mai 1948.

SPAEMANN, Robert. *Das Buch Koheleth.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 413—421.

Was bedeutet die Skepsis des alttestamentlichen „Predigers" in der Heiligen Schrift? Ausgezeichnete Analyse.

TILMANN, Klemens. *Die Motive für den Besuch der Kindermesse.* In: Katechetische Hefte Jhg. 74 Heft 5 (Mai 1949) S. 135—142.

An charakteristischen Beispielen werden zunächst die falschen Methoden zur Erziehung für den Messebesuch kritisiert und dann Hinweise zur Weckung des gesunden Motivs, das sich als „Gotteslob, Gottesdank, Gottesfreude und die Liebe zu Gott" darstellt, gegeben.

Philosophie

HEINRICH, Walter. *Das ganzheitliche Verfahren und die Wissenschaften. Eine Überschau aus Anlaß des 70. Geburtstages von Othmar Spann.* In: „Neues Abendland" Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 137—141.

Übersicht über eine Philosophie, die dem Positivismus ein nichtempiristisches Verfahren für die Einzelwissenschaften entgegengesetzt und mit einem sehr erweiterten Kategoriengebäude die Kontingenz des Endlichen zu fassen bekommt. Ein solcher Transzendentalismus soll den Bereich des Personalen wissenschaftlich zugänglich machen.

WEIZSÄCKER, Karl Friedrich von. *Beitrag zur Diskussion über Kausalität.* In: Studium generale Jhg. 2 Heft 2 (März 1949) S. 126—129.

Hinweis auf Gedanken von Niels Bohr über den Zusammenhang von Physik und Biologie. Der Widerspruch der physiologischen und psychologischen, der mechanistischen und vitalistischen Auffassung wird ausgeglichen durch den Verzicht auf Vollständigkeit der physikalischen Gesetzmäßigkeit, wodurch Raum für eine angemessene Analyse des Lebensvorganges entsteht.

Kultur

ASTORG, B. *Lawrence, notre frère.* In: Esprit Jhg. 17 Nr. 6 (Juni 1949) S. 886—896.

Lawrence hat in seinem Leben und seiner Reaktion auf das Leben die Grundelemente unsrer Zeit, der „Welt des Konzentrationslagers", vorweggenommen.

Democracy and Religious Education. In: America Bd. 81 Nr. 3 (23. 4. 1949).

Diese Nummer gibt einen Überblick über das Erziehungswesen in Holland, Kanada, Australien und England, mit besonderer Rücksicht auf Ziel und Verwirklichung katholischer Erziehung. Wichtig zur Orientierung hinsichtlich der Schulfrage in Deutschland.

DÖLGER, Franz. *Byzanz als weltgeschichtliche Potenz.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 249—263.

Entgegen einer übertrieben abendländisch orientierten Geschichtsbetrachtung wird hier der erhebliche Einfluß Byzanz' auf die politische Idee des Mittelalters betont und ein Ausblick auf die geschichtliche Bedeutung der gegenwärtigen Ost-West-Probleme gegeben.

FOSTER, Michael. *Wissenschaft und Religion.* In: Deutsche Rundschau Jhg. 75 Heft 4 (April 1949) S. 319—330.

Die Wandlungen im Verhältnis des modernen Menschen zu Natur und Kultur. Der in einem Kultur- oder Naturkult befangene Mensch konnte jetzt die Erfahrung machen, daß nur Gott der Gegenstand der Anbetung sein kann.

HEISELER, Bernt von. *William B. Yeats.* In: Die Sammlung Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 257—263.

Der Aufsatz bietet manches unveröffentlichte aus Dramen und Lyrik des irischen Dichters, der hier eine Deutung aus seinem Lebensraum, aus Sagen und Mythen erfährt.

KEMP, Friedhelm. *Der Dichter Konrad Weiß.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 280—292.

Eine Einführung in sein Werk und in das „Christliche in der deutschen Dichtung".

KRETSCHMER, Ernst. *Die Psychoanalyse im Gang der psychotherapeutischen Gesamtentwicklung.* In: Studium generale Jhg. 2 Heft 2 (März 1949) S. 112—114.

„Sind die psychoanalytischen Methoden das letzte Wort in der Psychotherapie überhaupt?" Der Forscher verneint eine solche Auffassung und weist energisch darauf hin, daß man sich „um die Persönlichkeit und ihre Strukturlinien" bisher (entsprechend einem unzureichenden Ansatz der Probleme) zu wenig gekümmert hat.

MARABINI, Jean. Budapest: le mois de culture soviétique. In: Esprit Jhg. 17 Nr. 5 (Mai 1949) S. 725—728.

Der Hauptstadt Ungarns ist ein voller Monat sovietischer Kultur vorgesetzt worden: Theater, Musik, Tanz, Wissenschaft usw. Musik und Tanz, die Künste der Gemeinschaft, haben noch den Reichtum des Volkstümlichen; die anderen Geisteszweige verdorren durch die Herrschaft der Doktrin.

MARSHALL, Bruce. *The responsabilities of a Catholic Novelist.* In: The Commonweal Bd. 50 Nr. 7 (27. 5. 1949) S. 169—171.

Voll geistreicher Bemerkungen über die Schwächen der katholischen Literatur. Gewissenserforschung für alle katholischen Literaten.

MÜLLER-BLATTAU, J. *Goethe und das Volkslied.* In: Schola Jhg. 4 Heft 3 1949 S. 163—171.

Ein sympathisch geschriebener Essai über Goethes anhaltende Liebe zum singbaren Lied, als einem Bildungselement zur freien Menschlichkeit.

NOHL, Hermann. *Der Bildungsbegriff des Klassischen.* In: Die Sammlung Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 282—291.

Das mit jeder Bildung notwendig verknüpfte „Klassische" wird hier nach der positiven und auch nach seiner negativen Seite beschrieben. Seinen eigentlichen Sinn enthüllt es als Wille zum Krinein, zur Entscheidung und zur Wertung der Vergangenheit.

NEBELTHAU, Ingrid. *Wirklichkeit und Kunst.* In: Neues Abendland Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 112—115.

Die Entscheidungssituation, in der sich die Kunst heute befindet, wird in diesem Versuch aus dem Reifungsprozeß, als welchen sich die bisherige Geschichte der Kunst der Verfasserin darstellt, gedeutet.

RABI. *Méditations au sortir des ténèbres.* In: Esprit Jhg. 17 Nr. 6 (Juni 1949) S. 823—839.

Ein Jude versucht, eine Erklärung für das Phänomen des Antisemitismus zu finden anhand einiger neuer Schriften jüdischer Autoren: Jules Isaac, Jesus et Israel; Abram Léon, Conception matérialiste de la question juive (marxistische Interpretation); Klausner, Geschichte Jesu in hebräischer Sprache; als Anhang Auseinandersetzung mit Isaac vom christlichen Standpunkt aus von Henri Marrou.

SEDLMAYR, Hans. *Kunstgeschichte als Geistesgeschichte. Das Vermächtnis Max Dvoraks.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 264—277.

Kritik der geistesgeschichtlichen Kunstbetrachtung, aus deren wertvollem Kern in einer außerordentlich gehaltvollen Diskussion der Grundbegriffe die falschen positivistischen, hstorischen und romantischen Auffassungen ausgeschieden werden.

SEHRT, Ernst Th. *Der Gedanke der Vergebung bei Shakespeare.* In: Die Sammlung Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 275—282.

Nachzeichnung der sittlich-religiös-christlichen Vorstellungen, die von einem „persönlichen Angerufensein des Dichters" zeugen.

SELLMAIR, Josef. *Wort und Wahrheit.* In: Deutsche Rundschau Jhg. 75 Heft 4 (April 1949) S. 336—342.

Sinn und Bedeutung der Sprache wird in dieser geistreichen Abhandlung innerhalb des Problems von Wort und Wahrheit erörtert.

SPRENGER, Hans. *Die Volksschule zwischen Gestern und Morgen.* In: Pädagogische Rundschau Jg. 3 Heft 4 (April 1949) S. 155—158.

Aus der gegenwärtigen Situation, die ein Zwischeninnestehen zwischen der „alten Schule" (Herbart) und der noch nicht konsolidierten „neuen Schule" ist, sollen hier die entwicklungsfähigen Momente herausgelesen werden.

VOSBURGH, John R. *How the Comic book started.* In: The Commonweal Bd. 50 Nr. 6 (20. 5. 1949) S. 146—148.

In 60 Millionen Auflage überwiegen die „Comic books" in USA jede andere Literatur, nicht nur an Zahl, sondern auch an Einfluß. Katholische Publikationen haben die Literaturgattung nachgeahmt. Hier ein Bericht über den Urheber der Comic books.

WEISS, Konrad. *Der Logos des Bildes.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 293—294.

Eine Interpretation der „Begegnung von Bild und Wort" als dem „Beginn des göttlichen Geschöpfes".

WINTER, Th. *Verteidigung der „abstrakten Kunst". Um den Sinn der Malerei von gestern, heute und morgen.* In: Neues Abendland Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 145—146.

Der Verfasser sieht den Sinn moderner Kunst in der unverdeckten Wiedergabe des „großen Unbekannten, des erregenden Ungreifbaren", wodurch die Dynamik des Schöpferischen erhalten bleibt.

Soziales und politisches Leben

Agrarian Reform in Italy. In: The Tablet Bd. 193 Nr. 5689 (4. 6. 1949) S. 364—365.

Weitere Informationen über die italienische Agrarreform (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg. H. 9 S. 393).

AMERY, Julian. *Vermutungen über den Riß in der Kominform. Tito und Jugoslawien.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 49 Heft 2 (Mai 1949) S. 115—123.

Tito, der sich auf innerrussische Kräfte stützen kann, ist das sichtbare Zeichen einer Rechts- und Linksspaltung des internationalen Kommunismus, vollzogen und veranlaßt durch die Stellung zu den Westmächten.

BAYNE, David SJ. *The Tucker fiasco and the SEC.* In: America Bd. 81 Nr. 4 (30. 4. 1949) S. 153—156

Ein geschäftlicher Schwindel, der die Sparer 20 Millionen Dollar kostete. Musterbeispiel für die Notwendigkeit — und das gegenwärtige Ungenügen — staatlicher Kontrolle über die kapitalistische Wirtschaft. Klassischer Fall für die Diskussion des Problems Staat und Wirtschaft.

BULTMANN, Rudolf. *Für die christliche Freiheit.* In: Die Wandlung Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 417—422.

Der Verfasser greift ein in die Diskussion um die „junge Kirche", der er einen Widerspruch in ihrer Stellungnahme zum Problem der „religiös-doktrinären Versteifung" nachweist.

DRAGSDAHL, Johannes. *Christlicher Realismus.* In: Universitas Jhg. 4 1949 Heft 2 S. 243—244.

Ein Däne berichtet über den Aktivismus der Kirche in seinem Heimatland, wo aus den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit die Aufgaben drängender und in schärferem Licht erscheinen.

FRIEDMANN, Georges. *Ou va le travail humain?* In: Esprit Jhg. 17 Nr. 5 (Mai 1949) S. 634—650.

Wissenschaft von der menschlichen Arbeit, Psychotechnik, Psychoanalyse und einfache Beobachtung erweisen, daß die mechanisierte und immer mehr spezialisierte Arbeit die menschliche Entwicklung des Arbeiters unterbindet, wenn nicht ein Ausgleich geschaffen wird: im Interesse am Werk durch Mitverantwortung und durch eigenes Schaffen in der immer ausgedehnteren Freizeit.

FRIEDMANN, Georges. *De Boston au Mississipi.* In: Esprit Jhg. 17 Nr. 6 (Juni 1949) S. 778—799.

Die großen Probleme Amerikas: Massenproduktion und Massenverbrauch, Verschwendung; das Negerproblem; Technisierung und Freizeit; Ausgleich zwischen Stadt und Land.

GURSTER, Eugen. *Amerikas Eintritt in die Weltgeschichte.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 5 (Juni 1949) S. 421—436.

Vom Konflikt einer pragmatischen Weltansicht mit der ideologisierten und als Massenreligion betriebenen Politik autoritärer Staaten.

GUION. *La grave cuestion de la eficacia de las leyes sociales.* In: Razon y Fe Juni 1949 S. 529—533.

Die Soziale Woche Spaniens und zahlreiche andere Tagungen und Beratungen zeigen, daß die soziale Frage in Spanien heute die dringlichste ist und die Gesetze noch nicht genügen.

HURWICS, Elias. *Das Slawentum im politischen Weltbild.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 5 (Juni 1949) S. 444—454.

Darstellung der durch den Krieg eingeleiteten Veränderungen im Verhältnis der politischen Momente „Sowjetsystem", „Russ. Nationalismus", „Panslawismus" zueinander.

JAIDE, Walter. *Das deutsche Arbeitswunder. Einige psychologische Vermutungen.* In: Die Wandlung Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 379—386.

Auseinanderlegung der mehrfachen Krise des Arbeitslebens, das alle Bereiche, sogar noch das religiöse, überschneidet.

KELLER, Adolf. *Die Religionsfreiheit in der heutigen Weltdiskussion.* In: Universitas Jhg. 4 Heft 2 1949 S. 131—134.

Aus dem Arbeitsbereich der IV. Kommission der Amsterdamer Konferenz. Der Verfasser behandelt die verschiedenen Begründungen der Religionsfreiheit, wie sie in Theologie und Staatstheorie gebräuchlich sind, und erörtert die Möglichkeit der Durchsetzung der Gewissensfreiheit im politischen Betrieb der ganzen Erde.

LAFORET, Georg. *Politik und Weltanschauung. Zum Programm der „Deutschen Union".* In: Neues Abendland Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 115—116.

Hier wird das Problem der „weltanschaulichen Partei" exemplifiziert. Nicht durch politische Neugründungen, sondern allein durch eine allgemeine sittliche Selbsterziehung des Volkes können die ideologischen Parteien überflüssig gemacht werden.

LOTZ, Albert. *Der humanisierte Betrieb.* In: Begegnung Jhg. 4 1949 Heft 5 S. 149—151.

„Vermenschlichung des Arbeitslebens im Werk" und gesetzliche Betriebsvertretung der Arbeitnehmerschaft vermögen von innen her eine neue soziale Ordnung herbeizuführen.

MASSE, Benjamin L. *Battle of the fourth round.* In: America Bd. 81 Nr. 5 (7. 5. 1949) S. 181—183.

Seit 15. Mai verhandelt die Gesamtheit der amerikanischen Gewerkschaften mit der Industrie über Lohngestaltung. Hier werden wie nie zuvor die Grundsätze und Motive beider Parteien sichtbar. Wertvoll für die Einsicht in die treibenden Kräfte der heutigen Wirtschaft.

MONTESI, Gotthard. *Die Moral der Sieger.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 312—315.

Der in Deutschland sich zeigende Widerspruch zwischen den propagierten Kriegszielen der Alliierten und ihrer Besatzungspraxis ist dazu angetan, dem Europäer überhaupt den Glauben an die Wahrhaftigkeit politischer und moralischer Ideale zu nehmen. Eine ungemein offene Kritik.

MONTESI, Gotthard. *Der Krieg des Tantalus. Hitler und die Generäle.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 4 (April 1949) S. 295—302.

Zu Liddell Hart: The other side of the Hill (London, Torento 1948). Ein Exkurs über Hitler als Stratege, an dem man sehen kann, wie im Auslande ernsthafte Bemühungen um ein wirklich objektives Verstehen der Kriegsereignisse angestrengt werden.

MONZEL, Nikolaus. *Christliche Motive der Entproletarisierung.* In: Die neue Ordnung Jhg. 3 Heft 3 (Mai 1949) S. 193—204.

Zum Antritt des neu errichteten Lehrstuhles für christliche Gesellschaftslehre in Bonn gibt der Verfasser den Grundriß eines Sozialismus, dessen Ziel es ist, „den Proletarier frei zu machen für die in vielen Formen und Graden vollziehbare Kontemplation des Göttlichen".

NIEBUHR, Reinhold. *The illusion of World Government.* In: Foreign Affairs Bd. 27 Nr. 3 (April 1949) S. 379—388.

Der bekannte Theologe sieht das Utopische dieser Idee in dem Irrtum, als könne der Staat und die Regierung Gemeinschaft bilden, die man im Weltstaat zu finden hofft. Ferner legt er die Grenzen des Wollens im soziologischen Raum dar. Er erläutert die oft ausgesprochene Ansicht, daß der Mensch geistig hinter der technischen Entwicklung zurückbleibt.

PUTTE, Ph. van de. *Die Aufgabe der Frau im Aufstieg der Arbeiterklasse.* In: Die neue Ordnung Jhg. 3 Heft 3 (Mai 1949) S. 205—215.

Die Verfasserin spricht aus der katholischen Arbeiterinnenbewegung Belgiens. Der allgemeine Fortschritt der Arbeiterklasse soll in einen kulturellen umgewandelt werden; die so entstandene „Volkskultur" ist die Bedingung des sozialen Friedens.

ROVAN, Joseph. *L'Allemagne de nos mérites III — La Restauration.* In: Esprit Jhg. 17 Nr. 5 (Mai 1949) S. 657 bis 677.

Restauration, d. h. Rückkehr zum Alten und Erstickung aller jungen Kräfte ist die große Gefahr des heutigen Deutschland.

SCHMIDT, Friedrich-Wilhelm. *Heimkehr vom Rande der menschlichen Existenz.* In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 11 (Mai 1949) S. 809—820.

Die existenzielle Gotteserfahrung des Heimkehrers und sein Wissen um die Grenzen des Menschlichen befähigen ihn zur Mitarbeit an der Regeneration des abendländischen Menschen.

TRILLHAAS, Wolfgang. *Politik — Schicksal und Aufgabe.* In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 11 (Mai 1949) S. 795—802.

Die evangelische Kirche muß den Weg in die Politik auf eine ihrem Wesen gerechte Weise finden und den Mut zum öffentlichen Wort zeigen.

VITO, Francesco. *Economia mondiale e prospettiva di unione europea.* In: Rivista internationale die Scienze Sociali Jhg. 57 Bd. 21, Heft 2 (April-Juni 1949) S. 107—119.

Der Zustand der Weltwirtschaft verlangt heute für die europäischen Länder eine juristisch-politische Einheit, da die Kräfte der Weltwirtschaft versagt haben. Diese Einheit könnte auch die Spannung zwischen alten Methoden der Wirtschaftspolitik und neuer Sozialstruktur ausgleichen.

Chronik des katholischen Lebens

ARNOLD, Franz Xaver. *Theodor Steinbüchel. Dem Tübinger Theologen und Philosophen zum Gedächtnis.* In: Die Besinnung Jhg. 4 Heft 2 (März/April 1949) S. 49—56.

BEYERHAUS, Gisbert. *Ursprung und Geist des Benediktinerordens.* In: Universitas Jhg. 4 1949 Heft 2 S. 135 bis 140.

Der Orden hat als Träger des Gedankens der Universalität eine bedeutende Funktion in der Geschichte des germanisch-romanischen Kulturraumes.

BRÜGGEMANN, Konrad. *Priester und Laie in der Kirche.* In: Begegnung Jhg. 4 1949 Heft 5 S. 132—133.

Die Mündigkeit des Laien fordert eine Änderung der Seelsorgepraxis, die ungenutzte Kräfte zur Meisterung der Situation heranzuziehen weiß.

DANIEL-ROPS. *The spirit of patience.* In: America Bd. 81 Nr. 1 (9. 4. 1949) S. 17—18.

Robert Barrat hat Daniel-Rops, Claudel und Mauriac über die geistliche Lesung befragt, die auf sie Einfluß gehabt hat, und berichtet darüber in diesem und den beiden voraufgehenden Heften. Ein wertvoller Einblick in die Seele dieser Schriftsteller und die Wirkung bestimmter (von den Befragten genannter) geistlicher Werke.

FRANZEL, Emil. *Die abendländische Reichsidee im Donauraum. Ein Nachwort zum Prozeß des Fürstprimas.* In: Neues Abendland Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 129—132.

In der Gestalt des Fürstprimas wollte Moskau nicht nur einen geistlichen und kirchlichen Faktor, sondern „den sichtbaren Repräsentanten einer unsichtbaren, aber latent vorhandenen und wirkenden Reichs- und Staatsidee treffen" (Schluß folgt).

G. K. *Die geschichtlichen Grundlagen der katholischen Aktion.* In: Werkhefte für katholische Laienarbeit Jhg. 3 Heft 4 (April 1949) S. 2—9.

Mit dieser Wiedergabe der Hauptzüge der Entwicklung findet die in dieser Zeitschrift durchgeführte Diskussionsreihe über die actio catholica ihren Abschluß.

HAHN, Karl J. *Graham Greene.* In: Hochland Jhg. 41 Heft 5. (Juni 1949) S. 455—465.

Darstellung des dichterischen Werkes, das die in der „Grenzsituation" sich gebende göttliche Gnade zum Gegenstand hat. Der Verfasser vermutet bei Greene einen „protestantischen Begriff des Versagens".

HOPE, Vincent J. *Report from Chile.* In: The Commonweal Bd. 50 Nr. 7 (27. 5. 1949) S. 166—168.

Zustand eines katholischen Landes. Konservative und fortschrittliche Kräfte bekämpfen sich mit katholischen Grundsätzen.

JORDAN, Max. *Fulton J. Sheen.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 49 Heft 2 (Mai 1949) S. 128—131.

Das Profil des erfolgreichsten Kanzelredners in Amerika, der im katholischen Leben einen ähnlichen Einfluß erlangt hat wie Pater Lombardi in Italien.

MERSCHMANN, Heinrich. *Die kulturpolitische Bilanz von Bonn.* In: Die neue Ordnung Jhg. 3 Heft 3 (Mai 1949) S. 258—267.

Vom Standpunkt der christlichen Verantwortung eine Deutung des Verhandlungsganges und eine Übersicht über die wichtigsten Fragen.

MÜNZ, Erwin. *Max Jakob, Sünder und Heiliger.* In: Neues Abendland Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 149—150.

Würdigung des Menschen und Dichters, der als Jude den Märtyrertod für den katholischen Glauben gestorben ist.

OSTER, Otto. *Paul Claudels „Der Seidene Schuh".* In: Neues Abendland Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 141—145.

Der Verfasser will das Wesen des „katholischen theatrum mundi" in seinem Gegensatz zu den gewohnten Schöpfungen der Theaterliteratur erfassen.

PLANZER, Dominikus. *Martin Grabmann. Zum Tode eines großen katholischen Gelehrten.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 49 Heft 2 (Mai 1949) S. 131—134.

SCHMIDTHÜS, Karlheinz. *Graham Greene.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 429—433.

Knappes und einleuchtendes Porträt des an Ruhm und Einfluß immer noch gewinnenden Dichters.

SEILER, Hermann. *Katholizismus und religiöse Toleranz.* In: Civitas Jhg. 4 Heft 9 (Mai 1949) S. 486—495.

Der Verfasser wendet sich gegen die in der schweizer Presse erschienenen Vorwürfe über die Intoleranz der kath. Kirche und weist den in den verschiedenen Räumen religiösen und politischen Wirkens unterschiedlichen Sinn von „Toleranz" nach.

SUHARD, Emanuel Cardinal. In The Tablet Bd. 193 Nr. 5689 (4. 6. 1949) S. 365—366.

Lebensbild mit genauen Personalangaben und Versuch einer Würdigung der geistigen Position.

ULMER, Josef. *Zu Elisabeth Langgässers Roman „Das unauslöschliche Siegel".* In: Die Besinnung Jhg. 4 Heft 2 (März/April 1949) S. 64—69.

Der Autor stellt das Werk in Gegenposition zu „Dr. Faustus" und „Jeromínskinder" und sieht in der Geschichtsauslegung der Dichterin das eigentliche christliche Incitament des Buches.

VIRRION, R. *Katholizismus in Frankreich.* In Schola Jhg. 4 Heft 3 1949 S. 171—178.

Frankreich ist weder „urkatholisch", noch „gottlos" (wie zwei weitverbreitete Irrtümer meinen). Die Kirche hat vielmehr einen schweren Kampf mit dem Staat hinter sich und steht jetzt erst am Ausgangspunkt einer energischen Aufwärtsbewegung.

W. D. *Eine katholische Universität?* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 380—383.

Die Forderung geht zunächst nach einer kath. Akademie, in der die in der lebendigen Einheit mit dem Glauben betriebene Wissenschaft einen Bewährungsraum erhält.

WICK, Reinhold. *Neue Wege der Großstadtseelsorge.* In: Die Schweizerin Jhg. 36 Heft 7 (Mai 1949) S. 212—214.

Aus einer neunjährigen Praxis berichtet ein Schweizer Kapuziner über das „Apostolat der Hausmission", durch das in mühevoller Kleinarbeit nach dem Prinzip der „persönlichen Fühlungnahme" beachtenswerte Erfolge erzielt wurden.

America 40th Anniversary. In: America Bd. 81 Nr. 2 (16. 4. 1949).

Jubiläumsnummer zum 40jährigen Bestehen. Voll interessanter Einblicke in die Geschichte des USA-Katholizismus und seiner Publizistik.

Chronik des ökumenischen Lebens

DE VRIES, G., SJ. *Il Sinodo„panortodosso" di Mosca.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 100, H. 2373 S. 287—296.

Fortsetzung des Berichtes über die Synode der russisch-orthodoxen Kirche in Moskau im Juli 1949 (1. Hälfte des Berichts in Civ. Catt. H. 2372 S. 157—166): Verlauf und Ergebnisse der Konferenz.

GERSTENMAIER, Eugen. *Limes Ecclesiae. Vom Wirklichkeitsraum der Kirche.* In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 11 (Mai 1949) S. 789—794.

Eine Erörterung des Problems der Universalität der christlichen Kirche, wie es sich durch die Amsterdamer Kirchenkonferenz den Protestanten stellt.

HUSTER, Wilhelm. *Offene Türen? Zur Verständigung im christlichen Raum.* In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 11 (Mai 1949) S. 828—836.

Der Verfasser sieht die auf dem Wege zur Una sancta liegenden Schwierigkeiten im Verhältnis von dogmatischer und antidogmatischer Haltung und lehnt eine jede „fertige Uniformierung" ab.

SCHREY, Heinz-Horst. *Gottes Ordnung und die Unordnung der Menschen. Zum Auftrag der evangelischen Kirchen in Deutschland.* In: Studium generale. Jhg. 2 Heft 2 (März 1949) S. 121—126.

Im Anschluß an die Amsterdamer Kirchenkonferenz wird der Aufgabenkreis der Kirche über das „religiöse Bedürfnis" Einzelner hinaus ausgedehnt und der Gemeinde eine eschatologische Existenz, ein Vorleben und Vorbereitung der göttlichen Ordnung im politischen Bereich zugeschrieben.

VILLAIN, M. *Redécouverte de valeurs catholiques, par quelques groupements réformés d'aujourd'hui.* In: Rythmes du Monde 1. Vierteljahr 1949 S. 57—73.

Annäherung reformierten Denkens an katholisches Denken in bezug auf die fünf Bereiche: Bibel und Dogma, Kirche, Liturgie, kontemplatives und monastisches Leben, Mariologie; in Betracht gezogen sind vor allem die reformierten Kreise Frankreichs und der Schweiz.

HERDER-KORRESPONDENZ

Elftes Heft - 3. Jahrgang - August 1949

Gott liegt niemals zurück, er findet sich nie unter dem, was man wegwirft. In welche Richtung wir auch unsere Schritte lenken mögen, immer erhebt Er sich vor uns, eilt uns entgegen . . .

Henri de Lubac

Deutsche Meldungen

Kirchlicher Wiederaufbau in der Diözese Rottenburg

Die Seelsorgsnot der nord- und ostdeutschen Diaspora ist genugsam bekannt. Daß heute auch im Südwesten und zwar in Nordwürttemberg eine sehr große Diaspora entstanden ist, wird vielfach übersehen. Tausende von katholischen Flüchtlingen sind in ganz protestantischen Gegenden untergebracht worden. Über 100 Seelsorgsstellen mußten von der Diözese Rottenburg neu errichtet werden, aber trotzdem fehlt es noch weithin an einer geordneten kirchlichen Versorgung. Wenn etwa Leonberg bei 6000 Katholiken nur eine Kirche von 90 Sitzplätzen hat, so ist das nur ein Beispiel dafür, welche Kirchennot besteht. In Waiblingen muß der Gottesdienst im Kindergarten abgehalten werden, obwohl es sich um eine Gemeinde von 3500 Katholiken handelt. Andere Orte müssen sich mit Holzbaracken zufrieden geben. Auch in den großen Städten der Diözese, Stuttgart, Ulm und Friedrichshafen, sind die Kirchen so zerstört, daß überaus schwierige Verhältnisse herrschen. Der Kapitular-Vikar Dr. Hagen von Rottenburg ist eifrig bemüht, durch Sammlungen in den nicht zerstörten Gemeinden Hilfsaktionen für die notleidenden Gemeinden durchzuführen, und die Gläubigen zeigen bereitwillige Herzen für dieses Anliegen.

Es handelt sich dabei um den katholischen Wieder- und Neuaufbau in einem Lande, das allem Katholischen bis 1918 noch völlig fremd gegenüberstand und in dem z. B. männliche Ordensgesellschaften bis zu diesem Zeitpunkt verboten waren. In vielen Orten, in denen jetzt neue Pfarrgemeinden entstehen, ist von der Reformation bis zur Ankunft der Ostvertriebenen nie ein Meßopfer gefeiert worden. Württemberg gilt als „Hochburg des Protestantismus", gleichsam als ein evangelischer geistlicher Staat, weil dort der evangelische Oberkirchenrat bei der gläubigen Haltung der evangelischen Bevölkerung einen entscheidenden Einfluß besaß. Es muß anerkannt werden, daß nun im Interesse der gemeinsamen christlichen Sache auch von den evangelischen einheimischen Kreisen dankenswertes Entgegenkommen für die veränderte Lage gezeigt wird.

Selbsthilfe in der katholischen Arbeiterbewegung

Ihrer schon von Bischof Ketteler ausgehenden Überlieferung getreu, hat die Katholische Arbeiter-Bewegung auch nach ihrem Neuaufbau seit 1945 wieder begonnen, Werke der Selbsthilfe zu schaffen. Sie hat auf ihrem Bundestag in Oberhausen im Jahr 1947 ihren Grundsatz bekräftigt, wenn sie Forderungen stellen müsse, diese zuerst an sich selber zu stellen. Von diesem Grundsatz her ist es gelungen, bereits wieder ein soziales Hilfswerk aufzubauen, das heute in drei Abteilungen arbeitet. Aus den eigenen Verbandsbeiträgen unterhält es eine Kranken-, eine Erholungs- und eine Sterbehilfe.

Das eigene Kurheim in Bad Kissingen

Im Weltbad Kissingen hat die K.A.B. ein zwar kleines, aber solides, sauberes und zweckentsprechendes Kurheim erworben. Im Erststadium erkrankte Arbeiter der K.A.B. werden von den Vereinen und Bezirken ausgewählt und über die Verbandsleitung zur vierwöchentlichen, völlig unentgeltlichen Kur nach Kissingen geschickt. Ziel dieser Hilfe ist, an Herz, Leber, Magen, Rheuma usw. Erkrankte durch eine Kur wieder für Jahre arbeitsfähig zu machen. Das Heim steht unter der Leitung eines erfahrenen und dem sozialen Ziel der Einrichtung verbundenen Badearztes. Die Arbeiter, die bisher in Bad Kissingen Heilung von ihren Erkrankungen suchten, sind voll des Lobes über das Heim, die Behandlung und vor allem über den Arzt. Durch Entgegenkommen der Krankenkassen, in denen die Arbeiter Mitglied sind, ist den Familien der Erkrankten durch das Krankengeld die Möglichkeit des Lebensunterhaltes gewährleistet.

Urlaubstage in schöner Umgebung

Viele Arbeiter sind gezwungen, ihren Urlaub daheim zu verleben oder während dieser Zeit für ein paar Tage zu Verwandten oder Freunden zu fahren. Die Erholungshilfe der K.A.B. bezweckt, den Arbeitern die Möglichkeit zu bieten, in schöner Gegend und Umgebung, in einem Heim oder einer Pension ihren Urlaub zu verleben. Weiß doch jeder, daß ein Urlaub zu Hause meist nur ein halber oder gar kein Urlaub ist. Die K.A.B. gibt ihren Mitgliedern für jeden Urlaubstag einen beträchtlichen Zuschuß, so daß die Arbeiter in die Lage versetzt werden, ihren Urlaub in einem geeigneten Heim zu verbringen. Diese Einrichtung wirkt sich auf Gesundheit und Stimmung der Arbeiterschaft wohltuend aus und kommt den Bedürfnissen der einzelnen entgegen.

Hilfe beim Todesfall

Jeder Todesfall belastet eine Arbeiterfamilie in finanzieller Hinsicht schwer. Sterben ist auch heute noch „teuer". Es gibt keine Arbeiterfamilie, die nicht beim Tod des Vaters oder der Mutter eine Geldhilfe nötig hätte. Die K.A.B.

versucht, auch in diesen Fällen zu helfen. Sie hat keine Sterbefall-Versicherung eingerichtet. Das überläßt sie den Versicherungsgesellschaften. Aber aus der gemeinsamen Verbundenheit in der religiösen und sozialen Ideenwelt lindert sie den Notfall und hilft durch eine finanzielle Unterstützung von DM 100.—, die sie nach Maßgabe der aus den Verbandsbeiträgen vorhandenen Mittel von Fall zu Fall abzweigt. Hunderte von Notfällen konnten bisher schon gelindert werden, was von den Mitgliedern dankbar anerkannt wurde.

Vom Beruf der Seelsorgehelferin

Kürzlich fanden sich in Freiburg i. Br., dessen Seminar für Seelsorgehilfe auf eine mehr als zwanzigjährige Tätigkeit zurückblicken kann, die Vertreter der Schulen und Schulungsstätten, die der beruflichen Seelsorgehilfe dienen, unter Leitung von Pater Wiesen OSC zu einer Konferenz zusammen, in der Leitlinien für das Zusammenarbeiten dieser Einrichtungen klargelegt wurden.

Der katholischen Seelsorgehelferin begegnen wir heute mit einer gewissen Selbstverständlichkeit in den Pfarrgemeinden der Großstadt, der Industriegebiete, der Diasporagegenden, kurz in allen Notgebieten der pfarrgemeindlichen Seelsorge. Je größer die Not der Menschen, vor allem die religiöse und sittliche Not wird, je schwieriger und vielfältiger die Aufgaben der Seelsorge werden, um so mehr fordert die Kirche die berufliche Mitarbeit der Frau.

Man muß den Beruf der Seelsorgehelferin als einen neuen Frauenberuf ansprechen. Seine Formung, die klare Umgrenzung seiner Arbeitsaufgaben, seine Anerkennung von den zuständigen Stellen sind erst in den letzten Jahrzehnten erfolgt; seiner Idee und seinem Wollen nach ist er allerdings so alt wie die Kirche.

Zunächst wurden diesen Helferinnen überwiegend Aufgaben technischer Art zugewiesen, sie standen als „Pfarrsekretärin" in der Arbeit und halfen der Seelsorge nicht zuletzt durch eine zuverlässige und sinnvolle Führung der Pfarrkartei. Das bedeutete für den Priester eine spürbare Entlastung, ließ ihn frei werden für andere Aufgaben seines Amtes. Bald aber wurden sie mit unentbehrlichen, für sie besonders geeigneten Aufgaben einer lebensnahen und lebensvollen Seelsorge betraut: Der Hausbesuch, die Verbindung zu jenen, die sich von der Kirche lösen wollen, die Mitarbeit an den Aufgaben einer intensiven Kinder-, Jugend- und Frauenseelsorge, insbesondere bei der Schulung der Jugendführerinnen, Hilfe bei den Arbeitskreisen der Frauen und Mütter, Mitarbeit im Caritaswerk der Pfarrei, Konvertitenunterricht, Einsatz im Dienste der pfarrgemeindlichen Fest- und Feiergestaltung wurden das Feld ihrer Tätigkeit.

Die Ausbildung für diesen Beruf hat sich in einer dreifachen Stufung entwickelt. Sie begann mit einer praktischen, dabei aber doch schon systematischen Einführung, die der Pfarrer seiner Helferin gab. Bald kamen Kurse der Freien Vereinigung für Seelsorgehilfe dazu, die jene, die bereits in der Arbeit standen, weiter führten. Die zweite Form bestand darin, daß katholische Soziale Frauenschulen die Ausbildung durchführten. Die dritte Form wurde erst erreicht, als eine Ausbildungsstätte einheitlich und ganzheitlich für den Beruf der Seelsorgehelferin schulte. Dafür sind die ersten Anfänge in der von Lorenz Werthmann 1920 in Freiburg ins Leben gerufenen Caritasschule zu sehen, die die ausgebildete religiös-caritative Helferin in der Seelsorge erstrebte. 1928 wurde dann das „Seminar für Seelsorgehilfe" am Deutschen Caritasverband gegründet.

Heute haben wir in dieser Form mehrere Einrichtungen, die in einem zweijährigen Lehrgang ausschließlich für die Seelsorgshilfe ausbilden, so das Seelsorgehelferinnenseminar des Bonifatiusvereines in Elkeringhausen im Sauerland (Leitung: Rektor Lutz) und die Pfarrhelferinnenschule in Ilbenstadt in Hessen (Leitung: Frl. Dr. Reinartz).

Unter den Sozialen Frauenschulen bilden einige zu ihren anderen Schulungszielen auch ausdrücklich für den Beruf der Seelsorgehilfe aus, so die vom Katholischen Deutschen Frauenbund getragenen in Heidelberg, Berlin und München.

Auch die Westfälische Wohlfahrtsschule des Kath. Fürsorgevereins Salzkotten (Westf.) wäre hier zu nennen. Die Schule in Andernach am Rhein heißt Soziale Schule für Jugendfürsorge, Jugendpflege und Seelsorgehilfe. Andere bemühen sich, ihre Schülerinnen, die für den Dienst in der kirchlichen, staatlichen und privaten Wohlfahrtsarbeit ausgebildet werden, zur führenden Teilnahme an den Aufgaben des Laienapostolates zu befähigen. Eine Schulungsstätte für Kräfte, die ohne eigentliche Vorbildung aus den veränderten Gegebenheiten des Kriegsendes in der thüringischen Diaspora eingesetzt werden mußten, ist Erfurt geworden.

Es werden heute in Deutschland etwa 1000 Seelsorgehelferinnen tätig sein. Ein Großteil hat sich in der Berufsgemeinschaft der katholischen Seelsorgehelferinnen zusammengefunden.

Für das Freiburger Seminar kann nach zwanzigjähriger Arbeit nachstehender Ergebnisbericht gegeben werden, der in mancher Hinsicht informierend ist.

Das Seminar für Seelsorgehilfe in Freiburg hat seit seiner Gründung am 15. April 1928 zwanzig Lehrgänge für Seelsorgehelferinnen durchgeführt. Das Seminar ist aus der von Lorenz Werthmann im Jahre 1920 geschaffenen „Caritasschule" hervorgegangen. Bis jetzt haben 472 Seelsorgehelferinnen aus allen deutschen, teils auch aus außerdeutschen Diözesen im Freiburger Seminar eine umfassende Berufsausbildung bekommen. Davon gehörten 42 dem Ordens- und 430 dem Laienstande an. Augenblicklich besuchen 48 Seminaristinnen im Ober- und Unterkurs das Seminar. Von den 472 Seminaristinnen waren 312 schon berufstätig, bevor sie in das Seminar eintraten, teilweise wurden gut besoldete selbständige Stellen aufgegeben, um sich dem kirchlichen Dienst zu widmen. Von den früheren Seminaristinnen sind heute 90 Prozent an Pfarrämtern angestellt, 10 Prozent wirken an Seelsorgeämtern oder kirchlichen Organisationen. Die Ausbildung am Seminar umfaßt einen zweijährigen Studiengang mit vier theoretischen Semestern und drei Pflichtpraktika und ein praktisches Jahr, das auf dem vielseitigen Gebiet kirchlicher Seelsorge oder kirchlicher Caritas abzuleisten ist.

In der Ordnung der äußeren Lebensbedingungen ist durch das verständnisvolle Bemühen aller beteiligten Stellen jene Sicherheit erreicht, daß, wer innere Begabung und wahren Beruf zur Seelsorgehelferin hat, diesen Weg mutig beschreiten kann. Er ist dabei freilich in ausgesprochener Weise ein Dienst, kennt keine Aufstiegsmöglichkeiten und Titel irgendwelcher Art. Er bedarf nicht nur reicher seelischer und geistiger Fähigkeiten, er setzt vor allem ein lebendiges religiöses Leben und christlichen

Opfersinn voraus, schenkt dann aber denen, die dafür berufen sind, auch ein in Gott erhelltes Frauenleben in köstlicher Lebensnähe und frischer Unmittelbarkeit.

Aktion katholischer Akademiker in Berlin

Eine Aktion katholischer Akademiker wurde in Berlin gegründet. Sie hatte am 13. Juni ihr erstes Treffen im Frauenbundhaus. Hier sprachen Dipl.-Ing. W. Persun über „Wesen und Wirken der Aktion Katholischer Akademiker" und Professor Dr. Dovifat über „Der Generationswechsel und die katholische Aufgabe". Ungefähr 400 Akademiker waren der Einladung gefolgt.
Die „AKA" ist noch nicht lizenziert, da gegenwärtig in Berlin das Lizenz-Problem unlösbar scheint. Die Alliierten nämlich lizenzieren gar nicht mehr, der Berliner Magistrat noch nicht. Typisch für die Einstellung eines Teiles der Berliner ist die Tatsache, daß die SPD einen Antrag der „AKA" um Lizenzierung vertagte mit der Begründung, es handele sich hier um einen Alt-Herren-Verband. Erfreulicherweise überwiegt aber bei weitem ein junger hoffnungsvoller Akademikertyp, der in der umkämpften Stadt Berlin vom Christlichen her gesehen ein weites Aufgabenfeld hat.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Ein Dekret gegen den Kommunismus

Der Osservatore Romano veröffentlichte am 15. Juli in lateinischer Sprache (mit angefügter italienischer Übersetzung) ein einschneidendes Dekret über die Haltung der Gläubigen gegenüber der kommunistischen Partei. Es hat folgenden Wortlaut:

Dekret der Kongregation des Heiligen Offiziums

Dieser Obersten Heiligen Kongregation sind folgende Fragen vorgelegt worden:

1. ob es erlaubt sei, sich in die kommunistischen Parteien einzuschreiben oder diese zu fördern;

2. ob es erlaubt sei, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen oder Flugblätter herauszugeben, zu verbreiten oder zu lesen, die die kommunistische Theorie oder Praxis stützen, oder in solchen zu schreiben;

3. ob Gläubige, die mit Wissen und Willen die in Nr. 1 und 2 angeführten Handlungen begehen, zu den Sakramenten zugelassen werden können;

4. ob Gläubige, die die materialistische und antichristliche Lehre der Kommunisten bekennen und insbesondere diejenigen, die diese auch verteidigen und propagieren, ipso facto als Abtrünnige vom katholischen Glauben der in spezieller Weise dem Heiligen Stuhl vorbehaltenen Exkommunikation verfallen.

Ihre Eminenzen, die Hochwürdigsten, mit dem Schutz des Glaubens und der Sitten betrauten Väter haben im Anschluß an die Stellungnahme der Hochwürdigsten Konsultoren in der Vollversammlung am Dienstag (statt am Mittwoch) dem 28. Juni 1949 beschlossen, daß zu antworten sei:

Zu 1) Nein: denn der Kommunismus ist materialistisch und antichristlich; die kommunistischen Führer zudem zeigen sich, auch wenn sie zuweilen mit Worten behaupten, sie bekämpften die Religion nicht, in Wirklichkeit, sei es durch ihre Lehre, sei es durch ihre Handlungsweise, als Feinde Gottes, der wahren Religion und der Kirche Christi;

Zu 2) Nein: da sie durch das Kanonische Recht (can. 1399) verboten sind;

Zu 3) Nein, nach den üblichen Grundsätzen der Sakramentsverweigerung gegenüber denen, die nicht in der rechten Verfassung sind;
Zu 4) Ja.

Am folgenden Donnerstag, dem 30. desselben Monats und Jahres, hat S. H. Papst Pius XII. in der üblichen, S. Exzellenz dem Hochwürdigsten Herrn Assessor des Hl. Offiziums gewährten Audienz diese Entschließung der Hochwürdigsten Väter gebilligt und angeordnet, daß sie in den Acta Apostolicae Sedis veröffentlicht werde.

Rom, 1. Juli 1949.

Das Kardinalskollegium nach dem Tode Kardinal Suhards

Das Heilige Kollegium zählt nach dem Tode Kardinal Suhards noch 55 Mitglieder, 21 Italiener und 34 Ausländer. Das bedeutet, daß 15 Hüte vakant sind, denn das Plenum besteht aus 70 Kardinälen.
Die ausländischen Kardinäle setzen sich heute zusammen aus: 5 Franzosen (den Kardinälen Tisserant, Liénart, Gerlier, Saliège und Roques); 4 Amerikanern, 3 Deutschen (den Kardinälen Frings, Faulhaber und von Preysing); 2 Spaniern, 2 Portugiesen, 2 Brasilianern, 2 Argentiniern, 1 Armenier, 1 Cubaner, 1 Chilenen, 1 Holländer, 1 Kanadier, 1 Australier, 1 Engländer (Kardinal Griffin), 1 Peruvianer, 1 Belgier, 1 Österreicher, 1 Polen, 1 Syrer, 1 Chinesen und 1 Ungarn, dem Kardinal Mindszenty, der gegenwärtig im Gefängnis ist.
Seit dem letzten Konsistorium von 1946, auf dem der Erzbischof von Peking, der Erzbischof von Lourenço-Marquès (Portugies.-Afrika) und der Erzbischof von Sidney zu Kardinälen erhoben wurden, sind alle fünf Kontinente im Kardinalskollegium vertreten.

Bevölkerungszunahme zum Nachteil der Kirche

Die französische Zeitschrift „Témoignage Chrétien" veröffentlicht eine merkwürdige und besorgniserregende Statistik. Sie fragt sich, wie sich das Verhältnis zwischen den gläubigen Christen und den übrigen Erdbewohnern in Zukunft verändern wird, soweit dabei nur die natürliche Bevölkerungszunahme der Erde in Frage kommt. Die Statistik spricht eine klare Sprache.
Heute gibt es mehr als 2 Milliarden Menschen auf der Erde. Von diesen sind 800 Millionen Christen, davon 400 Millionen Katholiken; die übrigen 400 Millionen fallen zu gleichen Teilen auf die Orthodoxen einerseits und die Protestanten und Anglikaner andererseits. Diesen Christen also stehen 1 400 000 000 Nichtchristen gegenüber. Aber dieses Verhältnis als etwas Beständiges anzusehen, wäre eine große Illusion. Ein belgischer Missionar, P. Pierre Charles, hat folgenden Gedanken geäußert: Im Laufe von 19 Jahrhunderten ist es soweit gekommen, daß es heute 400 Millionen Katholiken gibt. Aber im Laufe der letzten

19 Jahre hat sich die nichtchristliche Welt um 400 Millionen vermehrt. In der Tat hat die Bevölkerung der Erde in den letzten 20 Jahren um 500 Millionen zugenommen, 100 Millionen für die Kirche, 400 Millionen gegen sie.

Wo sind die Geburtenzahlen am größten?

Gewiß gibt es noch gläubige Völker mit hohen Geburtenziffern, z. B. Holland, Spanien, Irland, Kanada. Aber andere, als christlich geltende Nationen, England, Frankreich, die nordischen Länder, betreiben eine so starke Geburtenkontrolle, daß der Zuwachs der Christenheit im Ganzen minimal ist. Es gibt aber andere Gegenden der Erde, in denen die Menschheit sich noch ständig gewaltig vermehrt. Indien hatte 1941 389 Millionen Einwohner, 1947 432 Millionen. Trotz einer Hungersnot, die 3 Millionen Einwohner getötet hat, hat sich also die Bevölkerung hier in 6 Jahren um 40 Millionen Einwohner vermehrt.

Ebenso ist Nordafrika ein Land starker Bevölkerungszunahme. 1920 lebten hier 11 Millionen Menschen, 1940 16 500 000, 1950 werden es 21 Millionen sein. Danach kann man berechnen, daß Nordafrika, das zur Französischen Union gehört, ungefähr im Jahr 1980 eine Bevölkerung von 40 Millionen haben wird, ebenso viel wie das französische Mutterland selber. Das Seltsame ist, daß man mit Recht sagen kann, Nordafrika verdanke dieses Aufblühen seiner Bevölkerung dem Frieden und der Hygiene, die Frankreich seiner Kolonie geschenkt hat, daß aber Frankreich selber unter den gleichen Verhältnissen nicht fruchtbarer geworden ist. Eine sehr sonderbare Erscheinung ist es auch, daß in Missionsländern, deren Bevölkerungen zu den am stärksten zunehmenden gehören, die christlichen Gruppen nicht in gleicher Weise zunehmen wie die sie umgebende nichtchristliche Welt.

Die Anrufung des Namens Gottes in internationalen Konventionen

Als vor der dritten Kommission der diplomatischen Tagung in Genf Ende Mai die Konvention über den Schutz der Zivilbevölkerung zur Debatte stand, brachte der Abgeordnete des Heiligen Stuhls einen Antrag ein, den Namen Gottes in diese Konvention aufzunehmen. Diesem Antrag schlossen sich am 1. Juni die Vereinigten Staaten von Amerika durch einen formellen Vorschlag zur Präambel dieser Konvention an. Der von den USA vorgeschlagene Text lautet:

„Die Achtung vor der Person und der Würde des Menschen, die ihm auf Grund seines göttlichen Ursprungs geschuldet wird, bildet das Grundprinzip der Zivilisation, das auf alle Menschen auf der ganzen Welt Anwendung findet, selbst unabhängig von allen Verpflichtungen auf vertraglicher Grundlage".

Die Aufnahme des Namens Gottes in die Präambel der Konvention war schon vorher befürwortet worden durch Afghanistan, Libanon, Irland, Monako, Burma und Italien. Schon früher war bei der Debatte über die Familienrechte in der Kommission für die Menschenrechte in Genf über die Einführung des Namens Gottes in eine Internationale Konvention debattiert worden. Dabei hatten sich vor allem eine Anzahl von lateinamerikanischen Staaten, außerdem Australien, Neuseeland, Pakistan und die Philippinen für diese Einfügung ausgesprochen. Die europäischen Staaten halten sich, wie man sieht, fast ganz zurück. Wir haben schon einmal (in Heft 11 des 2. Jahrganges Seite 484) von einer Diskussion über die Beibehaltung des Namens Gottes in einem öffentlichen Dokument berichtet, nämlich in der Präambel der schweizerischen Bundesverfassung. Es kann heute in der Tat selbst für den Gläubigen eine Frage sein, ob es angebracht ist, Gott und die Beziehung des Menschen auf ihn in einem öffentlichen Dokument zu erwähnen, in einer Welt, für deren größeren Teil der Name Gottes nichts mehr bedeutet und in der ein anderer Teil ihn nur noch gewohnheitsmäßig verwendet, ohne daß er sie im Innersten verpflichtet. Dagegen hat M. Nassif, der Gesandte des Libanon, in einer Rede vor der Kommission in Genf das grundlegende Argument angeführt, um dessentwillen kein Recht ohne Bezug auf Gott wirklich gesichert sein kann: „Der Begriff Verpflichtung hat keinen Sinn, wenn er nicht bezogen ist auf eine transzendente Deutung des Lebens".

Neue Anrufung in der Allerheiligen-Litanei

Auf Antrag des Kardinals McGuigans und der Erzbischöfe und Bischöfe von Kanada hat Papst Pius XII. der Kirche von Kanada die Gunst erwiesen, folgende Anrufung in die Allerheiligen-Litanei einzufügen: „Ut operarios in messem tuam mittere digneris, te rogamus, audi nos — Daß du Arbeiter in deine Ernte senden mögest, wir bitten dich erhöre uns". Diese Anrufung soll unmittelbar an die Anrufung: „Ut Domnum Apostolicum et omnes ecclesiasticos ordines in sancta religione conservare digneris — Daß Du den apostolischen Oberhirten und alle Stände der Kirche in der heiligen Religion erhalten wollest", angeschlossen werden.

Abschaffung der kirchlichen Tarife in Italien

Zum ersten Mal hat ein italienischer Bischof für seine Diözese die Abschaffung der Tarife für Hochzeiten und Beerdigungen angeordnet. Vom 1. Mai an kehrt die Diözese Ales (Sardinien) auf Anordnung Bischof Teddes, wie dieser in seinem Hirtenschreiben sagt, zu dem ursprünglichen Brauch der Christen zurück, nach dem der Klerus von den spontanen Gaben der Gläubigen lebte, die er „im Geiste apostolischer Armut und väterlicher Dankbarkeit annahm".

Die einzelnen Anordnungen besagen:

Die Beerdigungen werden ohne Ansehen der Person für alle in gleicher Weise durchgeführt. Ein Priester im schwarzen Pluviale (bei Kindern dem Brauch gemäß in Weiß), dem „das schönste Kreuz, das die Pfarre besitzt", vorangetragen wird, soll die Leiche zum Friedhof begleiten. Die übrigen Geistlichen der Pfarrei sollen nur unter den Leidtragenden mitgehen. Die kirchlichen Vereinigungen dürfen nur beim Tode ihrer Mitglieder als solche in Erscheinung treten.

Bei Eheschließungen wird für alle, Arm und Reich, in gleicher Weise die heilige Messe im höchsten Schmuck gefeiert.

In dem Hirtenschreiben, mit dem der Bischof diese Neuordnung einführt, sagt er: „Es ist unsere Pflicht, jene Krankheit zu bekämpfen, die man die Krankheit Nummer 1 nennen könnte und die schlimmer ist als jede tödliche Epidemie: den unersättlichen Hunger nach irdischen Freu-

den... Wenn die Reichtümer der Erde die Seele verarmen, bis sie den Geschmack an den süßen Freuden der Liebe Christi verliert, ist es höchste Weisheit, sich von ihnen ohne Zögern freizumachen... Wenn das Volk den „geistlichen Dienst" zu einem Tauschobjekt machen will und der Geistliche sich der stillschweigenden bürgerlichen Bürokratisierung seines Amtes fügt, als ob es jeder anderen Dienstleistung gleichzustellen sei, für die man einen abgemachten Lohn empfängt, so müssen wir mit Bitterkeit bekennen, daß die höchsten geistigen Werte sich unseligerweise in etwas zweckmäßig Ausdrückbares verwandelt haben. Wenn die Priester auch ein Stück Brot brauchen, um den Leib bei Kräften zu halten, so dürfen sie doch, so groß auch die ihnen durch die Anforderungen der Gläubigen auferlegte Mühe sein mag, nicht zu einem erniedrigenden Handel gezwungen sein, der die geistigen Werte materialisiert, indem er sie zu Kleingeld von niedrigstem Wert ummünzt. Das Tarifsystem ist ein Hemmnis, ein Vorwand des Ärgernisses für die Ungläubigen und für die Gläubigen ein Vorwand zu einem Glauben, der sich an die vergängliche Oberfläche schlecht verstandener und schlecht assimilierter Überlieferungen hält. Darum haben wir nicht gezögert, es als einen gefährlichen Ballast über Bord zu werfen".

Die Katholische Aktion in Italien für den Frieden

Der Zentralrat der Katholischen Aktion in Italien hat eine Erklärung zum Problem des Friedens verfaßt, die mit Einstimmigkeit angenommen worden ist. Sie hat folgenden Wortlaut:

Wenn der Friede wirklich ein solcher sein will und Bestand haben soll, muß er ein Friede aller und für alle sein.

Getreu der Botschaft Christi, die seit zweitausend Jahren eine Friedensbotschaft ist, fordert die Katholische Aktion alle auf, über einige Punkte nachzudenken, die die Stützen eines wahren Friedens bilden und von keinem Gläubigen geleugnet oder verraten werden dürfen.

Wir können kein echtes Friedenswerk schaffen, wenn wir es nicht vom Geber alles Friedens, von Gott, dem Vater aller Menschen, und von seinem Sohn, der am Kreuz für das Heil aller Menschen gestorben ist, erflehen: Die Botschaft des Evangeliums ist eine Botschaft des Friedens.

Wir können kein echtes Friedenswerk schaffen, wenn wir uns nicht dem Werk des Statthalters des Friedensfürsten anschließen. Diejenigen, die sich gegen den Papst stellen, versuchen in Vergessenheit zu bringen, daß er immer, auch als niemand ihm dabei zur Seite stand, auch als es für seine Person gefährlich erscheinen konnte, ganz allein den Frieden verteidigt und den Krieg, jede Art von Angriffskrieg, verurteilt hat.

Wir können kein echtes Friedenswerk schaffen, wenn wir nicht die Herrschaft des Friedens auf der ganzen Erde und in allen Bereichen der vielfältigen menschlichen Aktivität fördern. Es ist nicht statthaft, den Frieden nur etwa zu verlangen, wo er uns paßt, und anderswo weiter zu schüren. Es ist nicht statthaft, einen Wirtschaftsfrieden zu predigen und sich einem ideologischen und religiösen Krieg zu verschreiben. Es ist nicht statthaft, den Frieden für ein Volk oder eine Klasse zu fordern und andern Völkern den Krieg zu erklären.

Wir können keinen echten und dauerhaften Frieden schaffen, wenn wir uns nicht zuerst um die Herstellung des Friedens beim einzelnen und in der Familie bemühen, damit er sich dann als Frucht einer tief innerlichen Seelenhaltung auf die sozialen Klassen, auf das öffentliche Leben und auf die internationale Ordnung ausbreitet. Darum sind jeder Versuch, den Frieden im Herzen des einzelnen zu stören, indem man ihm das Vertrauen und gleichzeitig die Unterweisung, die der Glaube gibt, entzieht; jeder Versuch, die geheiligte Einheit und das sittliche Gesetz der Familie zu entweihen oder zu zerbrechen; jeder Versuch, Menschengruppen gegeneinander zu hetzen, wie auch jedes Unverständnis einer Klasse gegenüber einer anderen ebenso viele Anschläge auf diesen Frieden, dessen Aufrichtung man zu wollen behauptet.

Die Katholische Aktion bleibt der Weisung Pius' XII. in seiner Weihnachtsbotschaft 1948 treu: „Wir beschwören euch mit der ganzen Kraft Unserer Stimme, geliebte Söhne und Töchter auf der ganzen Welt: arbeitet für den Frieden gemäß dem Herzen des Erlösers. Im Verein mit allen aufrechten Seelen, die, obwohl sie nicht in euren Reihen kämpfen, mit euch in diesem Ideal vereint sind, setzt euch ein, um den christlichen Friedenswillen auszubreiten und ihm zum Sieg zu verhelfen".

Priestermangel in Portugal

Auch in Portugal gibt es zu wenig Priester. 141 Pfarren haben keine Geistlichen. Es ist berechnet worden, daß gegenwärtig auf über 4200 Seelen nur ein Priester kommt, was zumal in Anbetracht der dünnen, weitverstreuten Besiedlung nicht ausreicht zu einer regelrechten Seelsorge. Der Patriarch von Lissabon hat daher einen besonders dringlichen Aufruf an das portugiesische Volk zur Förderung der Priesterberufe gerichtet.

Jacques Maritain über den modernen Atheismus

Jacques Maritain hat kürzlich in Paris einen Vortrag gehalten über das Thema: „Die Bedeutung des zeitgenössischen Atheismus". Er hat dabei das gesamte Phänomen des heutigen Atheismus im Auge gehabt, sowohl den Atheismus als Ideologie als auch den, der einfach eine Lebenshaltung ist. Der Wert seiner Analyse besteht gerade darin, daß er die verschiedenen Formen von Atheismus geschieden und in ihrem Wesen begriffen hat. Er unterschied einen praktischen Atheismus, dessen Anhänger sich einbilden können, sie glaubten an Gott, deren ganzes Handeln aber diesen Glauben aufhebt; einen Pseudo - Atheismus, dessen Anhänger an Gott glauben, ohne es selber zu wissen; und einen absoluten Atheismus, der die Existenz Gottes leugnet und folgerichtig das ganze menschliche Wertsystem umändert. Was man heute gewöhnlich Atheismus nennt, ist eben dieser absolute Atheismus. Er fordert von seinen Anhängern, daß sie von Grund auf aus ihm leben und nach ihm das Antlitz der Erde wandeln. Er ist das Endstadium einer allmählich fortschreitenden Degradierung der Gottesvorstellung in den letzten dreihundert Jahren, und die schwerste Verantwortung für diesen Abstieg trägt der bürgerliche Rationalismus.

Innere Widersprüche des Atheismus

In dieser Haltung deckt Maritain einen doppelten Widerspruch auf.

Der absolute Atheismus beruht nach Maritain auf einem grundlegenden Akt moralischer Wahl: einer Verwerfung

der Transzendenz und einem Entschluß, dem Problem des Guten und Bösen in einer „vollkommen freien Haltung der Erfahrung" entgegenzutreten. Das aber ist ein Akt des Glaubens, eines umgekehrten Glaubens, der sich nicht auf den transzendenten Gott richtet, sondern gegen diesen transzendenten Gott Stellung bezieht. Das ist sein erster innerer Widerspruch.

Der zweite Widerspruch ist folgender: der zeitgenössische Atheismus beginnt mit dem Anspruch, daß der Mensch der alleinige Herr seines Schicksals werden und sich von aller Fremdbestimmung freimachen müsse. Damit setzt er voraus, daß Gott etwas völlig Fernes und der menschlichen Natur Fremdes ist. Alles, was irgendwie die Eigenschaft des Transzendenten haben könnte, wird von diesem Atheismus in die zeitliche Existenz und den allmächtigen Strom des Werdens und der Geschichte hineingezogen. Die Wahrheit ist für ihn in jedem Augenblick das, was den Erfordernissen der Richtung der Zeit entspricht. Damit aber gelangt er dahin, den Menschen, den er durch den Bruch mit Gott freimachen wollte, in eine vollständige Abhängigkeit von dem allmächtigen Strom der Geschichte zu bringen, dem er sich wie einem blinden Gott ausliefert.

Dieser Atheismus ist also, wie Maritain sagt, zwar mächtig in der materiellen Ordnung, aber in der geistigen Ordnung äußerst schwach und hinfällig.

Die Gegenposition

Diesem modernen Atheismus kann nun nach der Meinung Jacques Maritains nur eine Kraft entgegentreten, nämlich der Heilige. Denn wenn er gegen die Ungerechtigkeit dieser Welt aufsteht, so richtet er sich nicht gegen Gott, sondern er tritt mit der Kraft des wahren Gottes den falschen Göttern entgegen. Wenn das aber so ist, warum, so fragen wir uns, hat die christliche Welt so sehr versagt, insbesondere gegenüber den unmenschlichen Verhältnissen, die die Industrialisierung des letzten Jahrhunderts hervorgebracht hat? Weil die christliche Welt nicht in die Tat umsetzt, was sie glaubt. Der zeitgenössische Atheismus ist nur der Kontrapunkt zu dem praktischen Atheismus vieler Christen. Wenn der absolute Atheismus besiegt werden soll, so wird es dazu nur ein Mittel geben: den praktischen Atheismus abzuschütteln. Der Glaube muß wirklich und lebendig werden. An Gott glauben muß bedeuten, so zu leben, daß das Leben nicht gelebt werden könnte, wenn Gott nicht existierte. Dann könnte die irdische Hoffnung auf das Evangelium auch eine heilende Kraft für die Geschichte der Zeit werden.

Der Nationaltag der französischen JOC

Anfang Juni fand der 25. Nationaltag der französischen JOC in Paris statt. Diese Tagung gibt jährlich einen Überblick über den Stand der Arbeit der Katholischen Arbeiterjugend und stellt die Aufgaben für die kommende Arbeit zusammen. Die Tagung stand diesmal stark unter dem Eindruck des Todes Kardinal Suhards, der ein sehr verständnisvoller Freund und Förderer der Arbeiterjugend gewesen ist.

Im Laufe der Tagung wurde festgestellt, daß die Bewegung der JOC in ständigem Wachsen sowohl in die Breite wie in die Tiefe begriffen ist. Sie hat neuerdings auch die Sorge um die Arbeiterkinder im Augenblick ihres Eintritts in die Welt der Arbeit auf sich genommen. Zu diesem Zweck hat sie eine Organisation von Führern und Verantwortlichen für diese Kinder mit dem Namen „Freie Pioniere" gegründet. Diese hat bereits 120 Gruppen. Außerdem gibt es 80 Gruppen eines „Dienstes der Arbeitsvorbereitung". Die JOC geht hier von den natürlichen Banden und den wirklichen Problemen aus; sie erstrebt aber nicht eine Verschmelzung mit den bestehenden Gruppen der katholischen Knaben und Mädchen.

Die Forderungen der JOC

Am Schluß der Tagung gab der oberste Rat der JOC eine Erklärung heraus, die den betreffenden Ministern unterbreitet werden soll. Darin wird gefordert:

„daß die Schule der Vorbereitung auf das Arbeitsleben Rechnung trägt, Sinn und Interesse für die Handwerke weckt, Eignungsprüfungen zuläßt und daß sie durch Lehrpläne, die auf die konkreten Gegebenheiten des Lebens bezogen sind, eine geeignete Bildung vermittelt, solange die Schulzeit noch nicht verlängert und die Berufsausbildung noch nicht geregelt ist;

daß jeder Jugendliche, der in die Arbeitswelt eintreten will, eine Eignungsprüfung und eine vollständige ärztliche Untersuchung durchmachen soll;

daß das Statut zur Berufslenkung bald überprüft werden soll;

daß die öffentlichen Stellen sich mit der Arbeitslosigkeit der Jugendlichen befassen und daß alle arbeitslosen Jugendlichen, besonders auch die, die sich in Heilstätten befinden oder ihren Militärdienst abgeleistet haben, als Arbeitslose betrachtet werden;

daß zahlreiche Berufsschulen und Umschulungsstätten geschaffen werden;

daß die Stellen für beschleunigte Berufsausbildung in Anpassung an den Arbeitsmarkt erhalten und weiter entwickelt werden;

daß diese Stellen in erster Linie den Arbeitslosen von über 18 Jahren vorbehalten werden;

daß Umschulungsstellen für die Opfer der Arbeit und die wiedergenesenen Kranken geschaffen werden;

daß die finanzielle Belastung der kranken Jugendlichen herabgesetzt und ihnen die Wiedereinstellung in die Arbeit erleichtert wird;

daß die Sport- und Freiluftanlagen des Landes ausgebaut werden und sich ein Verband der Jugendherbergen bildet, die für alle Mitglieder der verschiedenen Bewegungen offenstehen sollen;

daß die Heimarbeit und die Saisonarbeit geschützt wird;

daß das internationale Büro der JOC dazu beiträgt, die Errichtung einer internationalen Ordnung zu beschleunigen, die die Raub- und Angriffskriege unmöglich macht;

daß eine Kommission im Sinn der Katholischen Aktion der Französischen Jugend das Indochinaproblem studiert und die christlichen Gewissen aufklärt".

Es ist interessant, daß kurz darauf die Tagung der katholischen Mittelstandsjugend in Frankreich als ihre Hauptaufgabe für das kommende Jahr die angesehen hat, der Arbeiterklasse zu helfen und zur Abschaffung des Proletariats beizutragen.

Der Nationalkongreß der Katholischen Werke in Frankreich

Die diesjährige Tagung der Katholischen Werke Frankreichs in Rennes hatte sich die Familienseelsorge zum Thema gesetzt. Zu den Ergebnissen dieser Tagung macht die französische Zeitschrift „La Vie Spirituelle" einige Bemerkungen, worunter uns die über die wachsende Bedeutung der Familie als Einheit für die Seelsorge am wichtigsten erscheint. Seit der Befreiung und dem Ende des Krieges haben sich in Frankreich eine ganze

Anzahl von religiösen Vereinigungen gebildet, in denen sich Familien als solche zusammenschließen. Solche Vereinigungen sind: Foyers Notre-Dame, Vie Nouvelle, Association du Mariage chrétien, Groupes des foyers du Tiers-Ordre franciscain, Bewegung der ländlichen Familie (MFR), Volkstümliche Familienbewegung (MPF). In der Diözese Paris gibt es heute 191 solcher Familiengruppen, in denen ungefähr 2500 Familien zusammengeschlossen sind. Von diesen Gruppen verspricht man sich eine starke Erneuerung des Pfarrlebens. Wollte man die geistige Gestalt dieser Gruppen beschreiben, so müßte man einige ihrer Statuten widergeben, die man mit Ordensregeln für diese Familienverbände vergleichen könnte. Sie sind aber zu zahlreich und zu vielfältig dazu, trotzdem sie immer auf dem gleichen geistlichen Bedürfnis beruhen. Religiöse Exerzitien sind keineswegs der einzige Zweck dieser Gruppen. Einige betreiben sehr mannigfaltige Tätigkeiten; sie unterhalten Filmklubs, Kindertheater, Kindergärten oder bekümmern sich um die Spiele in der Schule. Zahlreiche Formeln sind versucht worden, um die Probleme der Wohnung, der Ernährung oder der christlichen Bildung der Kinder zu lösen. Ein starker Zug geht auch dahin, die Lesung der Bibel wieder zum Bestandteil des Familienlebens zu machen.

Die Familienbewegungen stellen auch ganz konkrete praktische Probleme. Ein solches ist z. B. die Frage: soll die Familie ihr intimes eheliches Glück dem Apostolat nach außen opfern oder umgekehrt das Apostolat um des glücklichen intimen Lebens willen aufgeben? Diese Frage, die theologisch gar kein Entweder-Oder darstellt, führt jedoch zu einem solchen in sehr vielen einzelnen Fällen. Zu starke Betätigung nach außen kann ein Familienleben vollständig aus dem Gleichgewicht bringen. Allzu selbstsüchtige Abgeschlossenheit kann allerdings zu dem gleichen Ergebnis führen. Es muß also dafür gesorgt werden, daß hier kein Widerstreit auftritt, sondern nur eine fruchtbare Spannung bleibt.

Ein anderes praktisches Problem besteht für die seelsorgliche Tätigkeit des Priesters: soll er sich mit den Kindern und mit den Erwachsenen oder aber mit der Familie beschäftigen? Tatsächlich muß ihm dieses alles am Herzen liegen, und es handelt sich darum, es in der richtigen Rangordnung zu verwirklichen. Die Familienbewegung ist noch so neu, die Bedürfnisse der Schule und der Kindergruppen sind so dringend, daß es oft schwer sein wird, die Bedürfnisse gegeneinander abzugrenzen. Praktisch kann der Priester sich nicht mit den Familien in der Weise beschäftigen, wie er es z. B. mit den Kindern tut. Er kann nicht auf die Familie allzu sehr von außen her einwirken. Dabei würde auch die Gefahr auftauchen, aus der Gruppierung von Familien eine Kollektivität zu machen, in der gerade die Familie unterginge. Die katholische Aktion der Familien muß eine Bewegung sein, die von den Familien selber getragen wird, indem diese sich an das Wort Gottes und an die Sakramente der Kirche anschließen, dann werden die Familien wirklich frei und stark, innerlich einig und nach außen ausstrahlend sein.

Erster Internationaler Kongreß katholischer Psychiater

Im April dieses Jahres fand in der altehrwürdigen Abtei von Bec-Hellouin (Eure) der erste Internationale Kongreß katholischer Psychiater, Psychoanalytiker und Psychotherapeuten statt. Der Gedanke, eine solche Tagung zu veranstalten, ist dem Bedürfnis entsprungen, die katholischen Psychiater und Psychoanalytiker, die den verschiedensten wissenschaftlichen Richtungen angehören, zusammenzuführen, um im Verein mit einer Anzahl von Theologen die Fragen zu untersuchen, die die Entdeckungen der zeitgenössischen Psychologie dem christlichen Leben stellen, und die Einsichten herauszuarbeiten, die sie dem Christen erschließen können. Aus einer Anzahl von ausgezeichneten Vorträgen und sehr lebhaften Diskussionen ging eine Tatsache mit aller Deutlichkeit hervor: daß alle einmütig davon überzeugt waren, daß die Methode der Freudschen Psychoanalyse echte klinische Wahrheiten erschließt, daß also katholische Psychiater und Theologen es an wissenschaftlicher Ehrlichkeit fehlen lassen würden, wenn sie diese in Bausch und Bogen ablehnten. Gegensätze taten sich erst auf, wenn es sich um den Wahrheitsgehalt der Freud'schen Prinzipien und deren Rang in der therapeutischen Technik handelte. Diese trotz großer Gegensätze herrschende Einmütigkeit in der Anerkennung der Freud'schen Methode bildet gewiß ein sehr aufschlußreiches Symptom für die Bewegung, die seit einigen Jahren die wissenschaftliche Forschung der katholischen Forscher ergriffen hat.

Im Licht dieser Methode wurde nun auf der Tagung eine Anzahl der verschiedensten Probleme des christlichen Lebens untersucht. Die Untersuchungen waren vor allem fruchtbar durch die offene Begegnung von Theologen und Tiefenpsychologen, wobei die Teilnehmer aus Amerika eine besonders fördernde Rolle spielten, da sich unter ihnen thomistische Theologen mit psychoanalytischen Erfahrungen befanden.

Den breitesten Raum nahm das Problem des psychischen Determinismus und der Freiheit ein. Andere Themen waren: das Schamgefühl, Psychoanalyse und religiöse Berufung, das Sündenbewußtsein, die Rolle des Symbols im religiösen Akt.

Am Schluß des Kongresses wurde ein Büro mit der Aufgabe geschaffen, jedes Jahr einen Internationalen Kongreß der katholischen Psychiater, analytischen Psychotherapeuten und Psychopädagogen zu organisieren. Die nächste Tagung soll im August 1950 ebenfalls in der Abtei Le Bec stattfinden. Ihr Thema soll sein: „Die moralische Verantwortung im Licht der Psychologie des Unbewußten".

Aus Ost- und Südosteuropa

Consummatum est

„Es ist vollbracht", schrieb der „Osservatore Romano" am 29. Juni von der katholischen Kirche in Rumänien, als er zu berichten hatte, daß der letzte Bischof des lateinischen Ritus, der bis dahin von der Regierung anerkannt war, verhaftet worden ist. Das Land hatte bis zum vorigen Jahr 10 Diözesen, fünf griechisch-unierte und fünf lateinische. Die ersteren existieren überhaupt nicht mehr; denn die griechisch-unierte Kirche ist ja vom Staate aufgelöst, und ihre Gläubigen sind von Staats wegen mit der orthodoxen Kirche wiedervereinigt worden. Die Bischöfe kamen in Haft und sind es bis heute. Die Zahl der lateinischen Bistümer war auf die beiden Sitze von Alba Julia in Siebenbürgen und Jassy beschränkt worden. Der Erzbischof von Bukarest und die Bischöfe von Szatmar und Temesvar wurden am 17. September vorigen Jahres abgesetzt. Jetzt, am 21. Juni, wurde der verbliebene Bischof von Alba Julia, Msgr. Marton Aaron, und wenige Tage später der Bischof von Jassy, Msgr. Durcovici, in Haft genommen,

so daß die gesamte Kirche Rumäniens ohne Oberhirten ist.

Der siebenbürgische Bischof Marton hatte die Genugtuung, auf seiner letzten Hirtenreise durch das Land, die fünf Wochen dauerte und am 6. Juni beendet wurde, einen Triumph der Treue seines Volkes zu erleben. Man muß an den Palmsonntag in Jerusalem denken, wenn man hört, daß er in einem Dorf von der Menge auf ein weißes Roß gehoben wurde und so seinen Einzug hielt. Bei einer traditionellen Pfingstwallfahrt konnte er mehr als 100 000 Gläubige um sich versammeln, trotzdem die Behörden das Erdenkliche getan hatten, um die Wallfahrt zu sabotieren. Man war soweit gegangen, den Bauern die Pferde zu beschlagnahmen, die Hauptverkehrsstraßen zu sperren und von den Zügen Waggons abzuhängen. Um so eindrucksvoller war die Kundgebung. Sie läßt nicht den geringsten Zweifel über die wirkliche Gesinnung des Volkes.

Gleichwohl haben sich in diesen Tagen der Liquidation der katholischen Kirche die Häupter von neun Religionsgemeinschaften, sieben christlichen, einer jüdischen und einer mohammedanischen, unter dem Vorsitz des Patriarchen Justinian in Bukarest versammelt, um der Regierung ihren Dank dafür auszusprechen, daß sie den Kirchen innerhalb der Volksdemokratie Religions- und Kultusfreiheit gewährt habe. Sie wurden zu diesem Zweck zweimal empfangen, zuerst vom Kultusminister und dann vom Ministerpräsidenten, und konnten es nicht unterlassen hinzuzufügen, daß die Regierung nur diejenigen bestraft habe, die ihrerseits die Religionsfreiheit zu politischen Zwecken mißbrauchten. „Kein Gläubiger oder Kleriker ist wegen seines religiösen Glaubens bestraft worden". Zum Schluß versicherten diese Persönlichkeiten namens ihrer Religionsgemeinschaften, daß sie beabsichtigen, sich der sozialen Ordnung der Volksdemokratie einzufügen, womit sie das Gewissen der Kirche preisgegeben haben, um den einzelnen Gläubigen wenigstens die Freiheit zu retten, daß sie noch in einer Kirche zum Gebet ihre Zuflucht nehmen können.

Gegen die treu gebliebenen Katholiken des griechischen Ritus wütet der Terror. An einem einzigen Tage wurden 400 Priester, die sich geweigert hatten, einen Akt der Unterwerfung unter die Orthodoxie zu vollziehen, der ihrem Gewissen als Abfall erschien, verhaftet und in vielen Fällen mißhandelt. Die Bevölkerung rottete sich zusammen und wurde Zeuge brutalster Szenen. Einzelne Laien schützten ihre Priester und gingen dafür selbst ins Gefängnis: schlichte Bauern, um deren Schicksal sich weder die katholische noch die politische Welt sonderlich kümmern wird. Ihr einziger Trost wird es sein, daß Der sich um sie kümmert, der selig gepriesen hat, die Verfolgung leiden . . .

Das Gegenstück Der englische Abgeordnete Hutchison von Glasgow, der 800 Protestschreiben zum Verhalten der britischen Regierung im Falle Mindszenty erhalten hatte, entschloß sich, mit seinen Wählern über diese Sache zu sprechen und kündigte in Glasgow eine Versammlung an. Es waren 15 Personen erschienen.

Kardinal Mindszenty Der Primas von Ungarn wird heute auch in katholischen Kreisen weniger genannt, und, was schlimmer ist, es wird seiner vermutlich auch weniger gedacht als noch vor wenigen Monaten; denn er hat aufgehört, in realen Erwägungen eine Rolle zu spielen. Er hat aber nicht aufgehört, das Sinnbild des Märtyrers unserer Zeit zu sein. Da in Ungarn das Gerücht kursierte, der Kardinal sei lebensgefährlich erkrankt, sah sich die Regierung veranlaßt, die Mutter des Kardinals zum Besuch ihres Sohnes zuzulassen. Sie durfte ihn dank der Menschlichkeit der Wärter auf 15 Minuten ausdehnen. Nachher sagte sie, der Kardinal sei körperlich in einem befriedigenden Zustand. Er leide aber an einer Bewußtseinsspaltung und könne sich an seinen Prozeß überhaupt nicht mehr erinnern. Wiederholt habe er seine Wärter gefragt, wann er vor Gericht kommen werde. Er beschäftige sich mit der Vorbereitung seines Prozesses.

Im Berufungsverfahren gegen den Kardinal wurde das Urteil der ersten Instanz bestätigt.

Vernichtung der albanischen Kirche Aus Tirana erfährt NCWC-News Service: „Drei Kirchen sind noch von Zeit zu Zeit geöffnet, aber wenige Leute gehen hinein." Die katholische Minorität Albaniens, 10% der Bevölkerung, etwa 113 000 an der Zahl, ist durch die Ausweisung der italienischen Missionare und die Auflösung der kirchlichen Organisation apathisch geworden. Der einzige Bischof des Landes, der in Freiheit ist, wurde aus Gründen der Gesundheit und des Alters aus dem Gefängnis entlassen. Der Erzbischof von Durazzo erhielt 1948 20 Jahre Gefängnis, die er augenblicklich verbüßt.

Der tschechoslowakische Kirchenkampf Die Lage in der Tschechoslowakei wurde durch den Hirtenbrief der Bischöfe vom 26. Juni klargestellt. Sie erklären, daß sie korporativ und einzeln nicht mehr in der Lage sind, ihr Amt auszuüben. Die letzte Bischofskonferenz in Prag wurde durch Polizisten gesprengt. Die bischöflichen Amtsblätter können nicht mehr erscheinen. Die Sekretariate werden durch Staatsbeamte, die sich ihre Beaufsichtigung anmaßen, lahmgelegt. Fast alle katholischen Schulen und eine beträchtliche Anzahl von Klöstern sind geschlossen. Statt dessen erscheint ein staatliches Mitteilungsblatt für den Klerus, und eine sogenannte „Katholische Aktion" ist als Organisation für das beabsichtigte Schisma ins Leben gerufen worden. Die Bischöfe sagen, daß sie auch jetzt noch zu Verhandlungen mit der Regierung bereit sind. Allerdings nicht mehr ohne gewisse Voraussetzungen. „Damit die Religionsfreiheit für die Katholiken Wirklichkeit werde, müssen unbedingt die folgenden Bestimmungen erfüllt werden: Anerkennung der Obergewalt des Papstes als des obersten und sichtbaren Leiters der Kirche, Anerkennung und Respektierung des Supremats der Bischöfe. Wer diese Grundwahrheiten nicht annimmt, anerkennt die katholische Kirche, wie Christus sie gewollt hat, nicht. Jede Haltung außer oder neben dem Willen der Bischöfe, die mit dem Papst in Rom vereinigt bleiben, zerstört die Struktur der Kirche und ihre Einheit und zielt auf ihre Vernichtung ab."

Die Regierung führt einen wütenden Agitationsfeldzug in Presse und Rundfunk. Dagegen haben die Bischöfe ihre Gläubigen zu wappnen gesucht, indem sie ihnen das Abhören des Vatikansenders empfahlen, der jetzt täglich, statt bisher nur zweimal wöchentlich, in tschechischer Sprache sendet. Aber die Regierung läßt es jetzt auf die Machtprobe ankommen. Die Machtprobe zeigt sich in drei

Dekreten aus den letzten Junitagen. Im ersten werden alle Hirtenbriefe und Schreiben allgemeinen Charakters der Genehmigung durch den Minister unterworfen. Das zweite Dekret macht Versammlungen von Geistlichen oder Kirchenvorständen von der Billigung durch die örtliche Behörde abhängig. Im dritten endlich werden alle Exkommunikationen und Suspensionen, die von den Bischöfen verhängt werden sollten, für unwirksam erklärt. Die Regierung versichert diejenigen, die um ihrer demokratischen Gesinnung willen von solchen Strafen betroffen werden sollten, ihres Beistandes.

Es läßt sich nicht verheimlichen, daß die tschechoslowakische Kirche nicht in allen ihren Gliedern und auch nicht in allen Priestern von dem Bekennermut erfüllt ist, den wir in Ungarn erlebt haben. Die staatliche „Katholische Aktion" hat Anhänger gefunden. Sogar eine beträchtliche Zahl von Geistlichen hat ihr die Mitarbeit zugesichert, und das, obgleich sie durch ein Dekret des Heiligen Offiziums, das der „Osservatore Romano" am 20. Juni publizierte, formell zu einer schismatischen Bewegung erklärt wurde. In der Slowakei begegnet die Regierung einem militanten Widerstand. Zeitweise wurde das Standrecht verhängt. Was dagegen Böhmen anbetrifft, mußte Erzbischof Beran von „Judassen" sprechen. Sie sind bisher nicht sehr zahlreich. Aber die Gefahr des Schismas, die schon nach dem ersten Weltkrieg auftauchte, ist auch diesmal hier größer als in irgend einem andern östlichen Lande.

Erzbischof Beran

Das stärkste Hindernis gegen die Gleichschaltung der Kirche liegt in der mutigen und tatkräftigen Haltung des Prager Erzbischofs, der zusehends in die Rolle seines ungarischen Vorbildes hineinwächst. Schon hat auch er Worte gesprochen, wie sie Kardinal Mindszenty der Weltöffentlichkeit hinterlassen hat, ehe er ins Gefängnis ging. Erzbischof Beran wiederholte fast aufs Wort diese Sätze. In seiner ganz kurzen Ansprache am Vorabend der Fronleichnamsfeier sagte er in einem Prager Kloster: „Vielleicht werdet ihr sehr bald über das Radio verschiedene Dinge hören, die mich betreffen. Vielleicht werdet ihr hören, daß ich ein Geständnis abgelegt oder eine Erklärung herausgegeben habe. Ich hoffe, ihr werdet in jedem Falle an mich glauben. Ihr wißt, was ich von diesem Ort aus gern sagen möchte, aber ich kann gewisse Dinge nicht aussprechen. Ich will nicht, daß ihr verfolgt werdet. Ich weiß auch nicht, wie oft ich noch von der Kanzel herab sprechen darf.

Eines Tages, wenn ihr vom Abschluß eines Abkommens zwischen Kirche und Staat hören solltet, müßt ihr euch bewußt sein, daß ich, Erzbischof Josef Beran, niemals eine Vereinbarung treffen werde, welche die Rechte der Kirche oder der Bischöfe einschränkt. Niemand kann mich zu einer solchen Handlung zwingen.

Es gibt unter uns Judasse, welche selbst die Liebe Christi nicht vom Verrat abhalten kann. Ich kann euch aber versichern, daß nicht alle, deren Namen in den Zeitungen veröffentlicht werden, dem zustimmen, was tatsächlich vor sich geht. Viele wissen nicht einmal, was sich ereignet hat".

Wenn man die kaum mehr gebändigte Ausdrucksweise der Reden vor Augen hat, in denen der Justizminister und der Propagandaminister dieses Staates den unbeugsamen „Staatsfeinden" des hohen Klerus in den letzten Wochen gedroht haben, unterliegt es keinem Bedenken, die Worte des Prager Erzbischofs als ein äußerst ernstes Merkmal der Lage anzunehmen. Msgr. Beran ist dazu auserwählt worden, in anderer Weise als der ungarische Kardinal, aber doch nicht weniger würdig als jener die Rolle des christlichen Bekenners zu spielen. Ein deutscher Journalist, Dr. Emil Franzel, hat in der „Augsburger Tagespost" geäußert, daß der Erzbischof und mit ihm der größte Teil des tschechischen Klerus an der Entwicklung der Tschechoslowakei zu einem bolschewistischen Satellitenstaat nicht unschuldig sei. Auch in den katholischen „Neuen Zürcher Nachrichten" (24. 6. 1949) kam zum Ausdruck, daß er sich noch 1947 in der Hoffnung wiegte, die Tschechoslowakei zu „einer Brücke zwischen Ost und West zu machen". Es soll aber nicht vergessen sein, daß dieser Bischof, ein Opfer von Theresienstadt und Dachau, vor die Notwendigkeit gestellt war, Hirte eines Volkes zu sein, das bis auf die Knochen und seit Jahrhunderten vom religiösen Liberalismus und nationalen Chauvinismus angefressen war und deshalb die Gefahr vom Osten in den ersten Nachkriegsjahren um so weniger erkennen konnte, als es im Namen des deutschen Volkes durch eine ihm bis dahin noch niemals zugemutete Tyrannei in seinem tiefsten Ehrgefühl und Selbstbehauptungswillen getroffen worden war.

Wenn Msgr. Beran sich damals mit dem Präsidenten Gottwald arrangierte, sind wohl deutsche Kritiker am wenigsten berechtigt, ihm daraus einen Vorwurf zu machen. Das Tedeum, das er seinerzeit mit Gottwald im Sankt Veitsdom abhielt, war, wie sich in der Folge gezeigt hat und von Tag zu Tag mehr erweist, ein Flehruf der Sorge, aber nicht ein Eingeständnis der Schwäche. Vielleicht war es ein Gesang, den wir im Westen verstehen sollten als eine Anklage gegen unsere Teilnahmslosigkeit gegenüber den Bedrängnissen unserer Glaubensbrüder im Osten, für die wir — in der Mehrzahl — schöne Worte übrig haben, aber, wie das Beispiel von Glasgow zeigt, nicht einmal ein Straßenbahnbillet und eine Stunde Zeit.

Aus Nord- und Südamerika

Die neue Kirchenväterausgabe der Vereinigten Staaten

Die Ausgabe der Kirchenväter, die jetzt zum erstenmal in einer Übersetzung in den Vereinigten Staaten erscheinen (vgl. Herder-Korrespondenz 1. Jhg., H. 1, S. 14), hat ihr Erscheinen begonnen mit zwei Bänden von Schriften des heiligen *Augustinus*. Der erste enthält die vier kleinen Schriften: De vita beata, Contra academicos, De ordine, Soliloquia, der zweite die Schriften: De immortalitate animae, De quantitate animae, De musica, De utilitate fidei, De fide rerum quae non videntur. Diese neun Schriften sind nach der Ausgabe von Migne übersetzt und von berufenen Kennern kommentiert. Jeder Schrift geht eine Einleitung und eine ausgezeichnete Bibliographie voran.

Ein Thomas-Lexikon

In Amerika ist der erste Band eines auf fünf Bände berechneten umfassenden Wörterbuches zu der Summa Theologica des hl. Thomas von Aquin unter Mitverarbeitung seiner anderen Schriften erschienen (*A Lexicon of St. Thomas Aquinas*, Washington 1948). Das bisher existierende Thomas-Lexikon von L. Schütz beschränkte sich auf die Worte von

philosophischem oder theologischem Fachinteresse; das neue amerikanische Lexikon dagegen umfaßt alle bei Thomas vorkommenden Worte, ebensowohl solche des gewöhnlichen Sprachgebrauchs als auch Namen von Personen und Orten.

Die Anregung zu dieser Arbeit ist ausgegangen von der Presse der Katholischen Universität von Amerika; die anderen vier Bände werden in Kürze erscheinen, da das gesamte Material bereits zusammengetragen ist.

Die Redaktion dieses neuen Wörterbuchs setzt sich zusammen aus einem Professor der Philologie, einer Schwester aus einem Lehrorden und einem dominikanischen Theologen. Die angewandte Methode ist die übliche der Individual-Lexika, d. h.: dem lateinischen Wort folgt die englische Übersetzung der verschiedenen Bedeutungen und dann eine umfassende und wohlgeordnete Reihe von Stellen, in denen das betreffende Wort verwandt wird. Bei Stichworten, von denen Thomas selbst eine genaue Definition gegeben hat, steht diese an erster Stelle. Nach diesem ersten Teil folgt ein zweiter, der in einer streng alphabetischen und sehr sorgsam ausgeführten Aufzählung alle Stichworte mit ihren sämtlichen *distinctiones* bringt. Als letzter Teil folgen die *effata*, d. h. Ausdrücke, die als ganz bestimmte Termini gelten können. Die Eigennamen sind mit den entsprechenden geographischen oder historischen Angaben versehen; wenn es sich um zitierte Autoren handelt, so sind alle Stellen angegeben, an denen sie in der Summa zitiert werden.

Dem Wörterbuch liegt die Leonina, die kritische Ausgabe der Summa Theologica zu Grunde; die übrigen Werke des hl. Thomas sind nach der zweiten Auflage der Ausgabe von Vives, Paris, zitiert. Merkwürdig ist allerdings, daß für die Summa contra Gentiles nicht die leoninische Ausgabe benutzt worden ist.

Dieses Wörterbuch ist, abgesehen von seinem Nutzwert beim Studium des hl. Thomas, auch eine ausgezeichnete Quelle für die Kenntnis des mittelalterlichen Latein überhaupt.

Keine Hungersgefahr?

Wie die Herder-Korrespondenz im 3. Jhg., Heft 3, S. 111 berichtete, befürchten amerikanische Wissenschaftler, daß die starke und fortgesetzte Zerstörung der Nahrungsquellen in der Welt in Verbindung mit dem beständigen Anwachsen der Bevölkerung die Menschheit mit Hunger bedroht. Sie treten deshalb für Geburtenkontrolle und Begrenzung der Familien ein. In Einzelfällen ist diese Anschauung sogar bereits zum politischen Prinzip geworden. Die amerikanische Militärregierung in Japan geht auf diesem Wege voran (vgl. dieses Heft S. 516).

Derartige Gedankengänge und Theorien wurden jüngst von Dr. Bush, dem Präsidenten des Carnegie-Institutes in Washington, widerlegt und zurückgewiesen. Der Gelehrte erklärte vor einem Auditorium von 30 prominenten Wissenschaftlern aus 10 Ländern, daß dem rapiden Anwachsen der Bevölkerung, das z. Z. beobachtet wird, keine außerordentliche, geographisch und zeitlich umfassende Bedeutung zukommt. Es handelt sich vielmehr um eine Nachkriegserscheinung, wie sie gewöhnlich in solchen Zeiten beobachtet wird.

Auch der Berater der Ernährungsorganisation der UN, F. L. McDougall, bezeichnete den Neo-Malthusianismus als vollständig irrig. Er gehe von einer statischen Auffassung der landwirtschaftlichen Produktion aus, die keineswegs berechtigt sei, wenn man sich entschließe, die ungeheuren Möglichkeiten auszunutzen, welche die weiten unerschlossenen Gebiete der Erde und die Fortschritte der Bodenbautechnik den Menschen bieten.

Kirche in Grönland

Die größte Insel der Welt mit ihren 2 Millionen Quadratkilometern bildet das Territorium des Pfarrers MacDermott, der mit den amerikanischen Luftstreitkräften nach Grönland kam und unter großzügiger Auslegung des Fraternisierungsverbotes für Amerikaner und Einheimische die Seelsorge ausübt. Die Einheimischen, etwa 20 000 an der Zahl, gehören zwar fast alle der dänischen Staatskirche an, aber in neuerer Zeit sind doch auch vereinzelte katholische Einwanderer ins Land gekommen, und ihre Zahl wird durch die Zivilisten vermehrt, die im Gefolge der amerikanischen Luftwaffe und im Zuge des Ausbaus von Grönland zu einem Stützpunkt des transatlantischen Luftverkehrs sich niederlassen.

Vor kurzem wurde seit 500 Jahren die erste katholische Taufe auf Grönland vorgenommen. Einst stand auf der Insel das älteste katholische Gotteshaus der Neuen Welt, die kleine Kirche in Karsiarssak. Sie wurde im Jahre 1002 erbaut, und der Pfarrer ist dabei, ihre Ruinen zu erforschen. Jetzt kehrt langsam katholisches Leben auch in diesen verlassenen Teil der Welt zurück, und seine Missionare kommen vom Westen her.

Aus den Missionen

Ausbreitung des Kommunismus in Asien

Wir haben in unserem vorigen Heft in dem Bericht „Asien am Scheideweg" den wachsenden Einfluß des Kommunismus im Fernen Osten dargestellt, durch den nun auch für Asien bereits eine kommunistische Entwicklung als der eine von zwei Wegen erscheint, die Asien in Zukunft gehen kann. Ein bekannter protestantischer Publizist, M. Sherwood Eddy, hat in der Zeitung „The Guardian" (Madras, 21. April 1949) einen Artikel über „Die Religion und die Politik in Indien" veröffentlicht, der einige Tatsachen anführt, die dieses Bild ergänzen. Er berichtet zunächst von der starken kommunistischen Agitation in den indischen Colleges. Kommunistische Studenten terrorisieren, zumal in Südindien, häufig die übrige Studentenschaft. Sie fordern z. B. zum Streik auf, um alle Examina abzuschaffen. Dann schließen sie gewaltsam die Klassen und drohen, alle Studenten umzubringen, die den Streik nicht mitmachen wollen. In Travancur hat der Führer der Kommunisten, der im Untergrund lebt und von der Polizei gesucht wird, einen Brief an die Studenten mit der Aufforderung zum Streik geschickt, dessen Form typisch ist: „Sabotiert und lähmt eure Schule, haltet ihren normalen Gang auf . . . keine Milde gegenüber der Fabel der Religion eures Colleges. Wir wollen uns nicht durch die Gesetze, die Moral noch durch irgendein Prinzip der gegenwärtigen Gesellschaft Halt gebieten lassen".

Das Merkwürdige ist, daß der Verfasser dieses Briefes bis vor kurzem noch Christ war. Er hatte sich davon überzeugen lassen, daß die soziale Gerechtigkeit, die zum ersten Mal vom Propheten Amos vor 2700 Jahren gefordert worden ist, etwas Wesentliches sei. Dann stellte er aber fest, daß die Christen selber völlig blind gegenüber den Forderungen der Gerechtigkeit seien und sie nicht

verbreiteten. Dasselbe Versagen gegenüber den Forderungen der Gerechtigkeit sah er jedoch auch im Hinduismus und bei allen anderen Religionen. Selbst die Sozialisten schienen ihm keinen wirklichen Einsatz für die Gerechtigkeit zu wagen. Einzig der Kommunismus erschien ihm als die Kraft, die eine neue gerechte Ordnung schaffen kann. Auf einem Fragebogen, auf dem er die Frage beantworten mußte, warum er Kommunist geworden sei, antwortete er: „Weil ich Christ bin".

Viele Studenten kommen auf dem gleichen Wege zum Kommunismus, werden aber mit der Zeit meist leidenschaftliche Atheisten und verwerfen alle moralischen Gesetze. Sie folgen dann dem Befehl Lenins: „Wir müssen bereit sein zu täuschen, zu verraten, das Gesetz zu brechen und die Wahrheit zu verbergen".

„Wenn in der Revolution, die heute über Asien hingeht", so sagt M. Sherwood Eddy, „die mächtige Waffe der wirtschaftlichen Forderungen den Kommunisten überlassen worden ist, so habe ich in der Tat feststellen müssen, daß die Christen Indiens und Ceylons, Japans, Koreas und Chinas (wie übrigens auch die Mehrzahl der Christen Amerikas) sich nicht rühren und blind, taub und stumm vor den Forderungen der Gerechtigkeit sind. Der Ruf der Stunde ist es, daß wir unser eigenes Haus in Ordnung bringen, daß wir Gerechtigkeit für alle fordern und gewähren".

Ökumenische Nachrichten

Lutherische Theologen und die Projekte zur Kalenderreform

Aus einem merkwürdigen Anlaß hat der sonst in der interkonfessionellen Verständigung lebhaft mitarbeitende lutherische Bischof Dr. Wilhelm Stählin Papst Pius XII. angegriffen. Bischof Stählin bekämpft den Vorschlag der UNO zur Kalenderreform, bei der das Osterfest auf den 8. April festgelegt werden sollte. Dadurch würde „der unaufgebbare Zusammenhang des christlichen Osterfestes mit dem Passahfest des Alten Bundes ... und sodann der Zusammenhang dieses Festes mit den der Schöpfungswelt eingestifteten kosmischen Rhythmen und Ordnungen zerstört ... Es ist zu fragen, ob nicht solche rationale Verachtung kosmischer Zusammenhänge als eine Form des empörerischen Ungehorsams gegen den in seiner Schöpfung manifestierten Willen Gottes zu beurteilen ist". Einem Gerücht zufolge habe, so schreibt Bischof Stählin, Papst Pius XII. diesem Vorschlag der UNO zugestimmt. „Aber wir vermögen diesem Gerücht einstweilen keinen Glauben zu schenken, weil es zu ungeheuerlich wäre, wenn das Haupt der römisch-katholischen Kirche in solcher Weise der Zerstörung einer christlichen Überlieferung von eineinhalb Jahrtausenden zugestimmt hätte". Dr. Stählin findet überhaupt Papst Pius XII. zu neuerungssüchtig, was sich auch in der Einführung eines neuen Psalters für den liturgischen Gebrauch in der römisch-katholischen Kirche verrate, einer Übersetzung, von der namhafte katholische Liturgiker sagten, sie sei gedacht, nicht gebetet. So daß der Papst also den altehrwürdigen Vulgatatext „auf dem Götzenaltar der Vernunft und Nützlichkeit geopfert" habe.

In dem gleichen „Deutschen Pfarrerblatt" vom 1. Juni, in dem Bischof Stählin diesen Angriff auf den Papst zum Schutz der Überlieferung in der katholischen Kirche macht, findet sich zum Glück auch eine Verteidigung sowohl der Kalenderreform als auch Papst Pius' XII., ebenfalls aus der Feder eines lutherischen Pastors, Dr. Scriver, Ockholm. Dieser weist darauf hin, daß der gregorianische Kalender seinerseits ja auch kein Urbestandteil der christlichen Welt sei, an dem man unter allen Umständen festhalten müsse. „Warum müssen wir Protestanten denn päpstlicher sein als der Papst?" „Darf ein Christ nicht auch einmal etwas Auferstehungskraft haben und sich nicht einmal erleichtert erheben über christlich gesehen gar nicht allzu gewichtige theologische Gründe?"

Was aber die Sache selber angeht, so bemerkt Dr. Scriver, sicher mit Recht (und auch für katholische Theologen durchweg gültig), daß wohl kaum einer unter den Theologen in Bezug auf den Kosmos und seine Ordnungen ein wirkliches Wissen habe, so daß er darüber urteilen könne, wie weit man den göttlichen Schöpfungsrhythmus nur aus den Mondrhythmen erfahren könne und ob die Fixierung des Osterfestes nicht vielleicht als „Einbruch der Heilsgeschichte in die Mondgeschichte" aufgefaßt werden dürfe. „Das einmalige historische Faktum des Christusereignisses hat aber auch hier ‚Zusammenhänge' zerrissen (wie den Vorhang im Tempel) und neue andersartige Bindungen gesetzt. Ich lebe jetzt in täglicher geistiger Verbindung mit der Christussonne und nicht mehr im Rhythmus des Mondes".

„Dein Reich komme"

Dr. Heinrich Spaemann berichtet im „Michael" am 11. Juni von einer Vortragsreihe über Wiedervereinigung im Glauben, bei der mehrere hundert katholischer und evangelischer Studenten anwesend waren und zum Schluß ganz fühlbar das Bedürfnis nach einem gemeinsamen Schlußgebet hatten. Es gab aber kein Gebet, das die Mitglieder der verschiedenen Konfessionen gemeinsam hätten sprechen können, nicht einmal das Vaterunser, weil hier bei den Katholiken die zweite Bitte abweichend lautet: „Zu uns komme Dein Reich". Bis ins Vaterunser hinein hat also die Glaubensspaltung ihren Ausdruck gefunden. Heute ist aber vielleicht die Zeit gekommen, wo man der Sehnsucht nach Wiedervereinigung aller Christen wenigstens darin Ausdruck geben könnte, daß man dem Gebet des Herrn wieder einen einheitlichen Wortlaut gäbe, wie er dem Urtext entspricht.

Ist eine solche Änderung praktisch durchführbar? Dr. Spaemann führt hier den Erlaß der holländischen Bischöfe vom Jahre 1934 an, mit dem sie den ebenfalls in Holland seit der Reformation bestehenden Unterschied im Wortlaut des Vaterunsers zwischen Katholiken und Protestanten durch Verordnung abschafften. Statt „Toe kome ons uw Rijk" (Zu komme uns Dein Reich) heißt es nun „Uw Rijk kome" (Dein Reich komme). Alle katholischen Gebetbücher Hollands mußten entsprechend abgeändert werden. In Holland beten also Katholiken und Protestanten heute seit 15 Jahren wieder das Gebet des Herrn im gleichen Wortlaut.

Wie ist es überhaupt zu der Spaltung gekommen? Der griechische Text heißt in wörtlicher Übersetzung: „Dein Reich komme (an)". Die meisten Völker der Erde haben diese Bitte auch so übersetzt. (So betet England: „Thy Kingdome come", Frankreich: „Que votre règne arrive"). Im deutschen Sprachgebiet glaubten die Übersetzer die Bitte verständlicher zu machen, wenn sie „zu uns" hinzufügten, was aber nicht aus Jesu Mund stammt. Diese Fas-

sung schien dem deutschen (und niederländischen) Sprachgefühl entgegenzukommen und den Sinn des Urtextes nicht zu verändern. Aber wenn die holländischen Bischöfe sich nun entschlossen haben, sich so eng wie die anderen Völker und wie auch die Protestanten an den Urtext anzuschließen, so haben sie dafür gewichtige Gründe, worunter der erste eben dieser engere Anschluß an den heiligen Text selber ist.

Zweitens wahrt aber die Übersetzung „Dein Reich komme" auch die von Christus sicher beabsichtigte innere Einheit der ersten drei Vaterunserbitten. „Seiner Mahnung gemäß ‚Suchet zuerst das Reich Gottes ...' will der Herr unseren Sinn in den drei ersten Bitten ungeteilt auf das, was des Vaters ist, gerichtet wissen. Gottes Sache soll gesucht werden: Dein Name, Dein Reich, Dein Wille. Wenn wir der zweiten Bitte die Worte ‚zu uns' voranstellen, denken wir leicht unwillkürlich zuerst an unsere eigenen Anliegen, für die wir Gott brauchen, an unsere Not, an unsere Angehörigen und Verwandten, an bestimmte Menschen. So wird die Bitte auf unser privates Blickfeld eingeengt. Dann kommt aber der weite und tiefe Inhalt des Wortes ‚Dein Reich' nicht mehr recht zur Ausschwingung in unserem Bewußtsein. Die zweite Bitte will aber, daß die Herrlichkeit und Größe des Gottesreiches und seine Vollendung bei der Wiederkunft in unserem Bewußtsein stehen. Unsere Armut und Not kommen in den vier letzten Bitten zum Ausdruck.

Drittens soll das Vaterunser nach Christi Willen vor allen anderen Gebeten der Einheit die Wege bereiten. Die Fassung ‚Dein Reich komme', an der die evangelischen Christen nicht zu Unrecht festhalten, gibt die Möglichkeit, das Gebet des Herrn mit allen getauften Christen in wörtlicher Übereinstimmung zu beten: dem inneren Rang nach ein erstwichtiger Schritt zur Wiedervereinigung im Glauben."

Übrigens würde diese Änderung des uns geläufigen Wortlauts des Vaterunsers im engeren Anschluß an den Urtext auch durchaus im Sinne anderer Neuerungen sein, die der Heilige Vater in liturgischen Texten begünstigt hat, so des neuen Psalters oder der nun schon eingebürgerten richtigeren Übersetzung der Wendung „perfidi judaei" in der Karfreitagsliturgie, die wir im Deutschen früher mißverständlich mit „treulose Juden" wiedergaben, während wir heute wissen, daß die „Perfidia Judaeorum" ihre Ungläubigkeit ist.

Asmussen zur Botschaft von Bischof Dibelius

Die weittragende Bedeutung der Pfingstbotschaft von Bischof Dibelius (vgl. Herder-Korrespondenz H. 10, S. 450) geht aus dem Echo hervor, das Präsident D. Asmussen in folgende Worte faßt:

„Die Kanzelerklärung, die in Berlin-Brandenburg am Pfingstsonntag gehalten wurde, schafft nicht nur eine neue Lage für die Kirchen in der Ostzone, sondern auch für uns im Westen. ... Das erste, was zu sagen ist, betrifft unsere Zuordnung zu den Brüdern im Osten. Sie haben geredet. Es muß hier jeder von uns, vor allem jede Kirchenleitung und jeder Pfarrer, aber auch jeder Christ, deutlich an den Tag legen, daß wir die Mithaftung für das übernehmen, was unsere Brüder getan haben. Wir leben nun einmal in einer EKD zusammen. Wenn das mehr bedeuten soll als eine organisatorische Tatsache, dann heißt das, daß wir mit unseren Brüdern im Osten stehen und fallen. Wer dazu nicht bereit ist, der tritt aus einem Kreise heraus, in welchem man um Christi willen verbunden ist und verbunden bleiben will. Es genügt nicht, daß wir still hinnehmen, was unsere Brüder angefangen haben. Wir müssen uns zu ihrem Weg bekennen, so daß jeder sehen kann, daß wir es aus innerer Notwendigkeit tun und nicht, weil wir etwa vom Osten dazu gerufen worden wären. Die Christenheit im Westen steht zur Christenheit im Osten, weil sie ein Leib mit ihr ist.

Die Kanzelerklärung stellt fest, daß Gewalt, die über Recht hinweggeht, innere Unwahrhaftigkeit und Feindschaft gegen das christliche Evangelium sich breit machen. Wir sagen dazu, daß wir im Westen nicht dankbar genug dafür sein können, daß wir es hier noch so viel besser haben. Aber wenn wir das sagen, so nehmen wir damit die Verpflichtung auf uns, gegen alle Ansätze des Unrechts, der inneren Unwahrhaftigkeit und der Feindschaft gegen das Evangelium, die sich bei uns geltend machen, zielbewußt zu Felde zu liegen.

Die Kanzelerklärung sagt, daß die Gestapo unseligen Angedenkens im Osten wieder erstanden ist. Dazu haben wir zu sagen, daß wir im Westen nicht dankbar genug sein können, daß uns die große Gabe persönlicher Freiheit noch geschenkt ist. Sie kann uns morgen genommen werden. Darum muß sie noch heute genutzt werden, um die Würde und die Freiheit des Menschen unter uns zur vollen Geltung zu bringen. Es leistet hier im Westen ein jeder, er sei Politiker oder Wirtschaftler oder Theologe, jenen Mächten des Unheils Vorschub, der nicht wirksam daran mitarbeitet, daß jeder im Westen ein menschenwürdiges Dasein führen kann."

Asmussen schließt mit der Aufforderung, wir sollten uns, solange dazu noch Zeit ist, mehr als bisher darum bemühen, „für das Zusammenleben aller christlichen Konfessionen Formen zu finden, in denen wir ein jeder sein Bekenntnis erfüllen kann und doch so nahe zusammenstehen, wie es um der Wahrheit willen nur möglich ist. Das ökumenische Leben muß bei uns in Deutschland anfangen unter Ausschluß schwärmerischer Überbrückungen und ungeistlicher Enge."

Die EKD zur Politik

Auf ihrer Sitzung am 3. Mai beschäftigte sich die Kirchenkonferenz der EKD, zu welcher die Kirchenleitungen der angeschlossenen Gliedkirchen je ein Mitglied entsenden, unter Leitung von Bischof D. Dibelius mit der politischen Verantwortung des evangelischen Christen in Deutschland. Es liegt auf der Hand, von welcher Bedeutung der politische Einsatz der Christen gerade in den kommenden Monaten sein wird. Dabei war im besonderen die Frage der politischen Aktivität der Pfarrer zu klären. Die Kirchenkonferenz faßte folgende Entschließung:

1. Wir bitten angesichts der künftigen Wahlen und anderer politischer Entscheidungen die Gemeinden, sich mit ihrem Einsatz im politischen Leben auch der Mitarbeit an den Aufgaben der Parlamente und Parteien und in öffentlichen Ämtern nicht zu versagen, sondern sich als Christen auch in diesen Aufgaben zu bewähren.
2. Dagegen halten wir es für unerläßlich, daß die im Amt stehenden Pfarrer sich um der rechten Ausübung ihres Dienstes willen, den sie allen ohne Ansehen der parteipolitischen Zugehörigkeit schuldig sind, von der aktiven Beteiligung an Parlamenten und Parteien fernhalten.

Krise in der EKD

Der Zusammenschluß der 122 reformierten Gemeinden von Nordwestdeutschland (rund 200 000 Seelen) zu einer eigenen „Reformierten Kirche" mit einem eigenen Kirchenpräsidenten scheint ein entscheidendes Abweichen von dem Kurs, der noch im Anschluß an die Synode der EKD von Bethel im Februar beschlossen worden war (vgl. Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., H. 6, S. 288), nämlich der konfessionellen Aufspaltung der EKD entgegenzuwirken. Inzwischen ist aber deutlich geworden, daß die lutherische Kirchenpolitik die Führung der EKD an sich zieht. Das zwingt die Reformierten, sich als eigene Kirche zu konstituieren, ein Ziel, das die Lutheraner seit langem mit Zähigkeit verfolgen, damit innerhalb der evangelischen Kirchengemeinschaften wieder die Ausübung eines auf klarer Bekenntnisgrundlage beruhenden kirchlichen Lehramtes möglich wird. Der von der „Reformierten Kirche in Nordwestdeutschland" zum Kirchenpräsidenten gewählte Dr. Middendorf war es, der auf der Synode der EKD in Bethel vor der Wahl des 1. Vorsitzenden des Rates im Plenum die Gegenkandidatur Niemöller gegen Dibelius vorschlug und dadurch zu der Konfliktsituation beitrug. Die heutige reformierte Taktik geht offenbar darauf aus, Niemöllers Stellung als Leiter des Kirchlichen Außenamtes zu stärken und wenigstens diese Position für die „Bekennende Kirche" zu retten.

Das auffallende Zusammengehen der Führung der „Bekennenden Kirche" mit den Reformierten, das vielen Lutheranern schon seit Beginn des Kirchenkampfes ein Ärgernis war und in alle Reichssynoden der „Bekennenden Kirche" seit Barmen 1934 einen unheilvollen Zwiespalt hineingetragen hat, wird die VELKD in ihrem Vorhaben nur bestärken, innerhalb der EKD eine reinliche Scheidung von Lutheranern und Reformierten herbeizuführen. In den Landeskirchen Norddeutschlands wird sich dieses Ziel nicht so leicht durchführen lassen. Das zeigt die Verfassung der „Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg", über die wir an anderer Stelle berichten. Wie tief dieser Gegensatz aber in das Verfassungsleben der Landeskirchen eingreift, zeigt die Tatsache, daß die lutherische Opposition in Hessen-Nassau bei Verabschiedung der Verfassung im März dieses Jahres dem Kirchenpräsidenten D. Niemöller die Führung des Bischofstitels verweigerte, obwohl dieser Titel mit Rücksicht auf die ökumenische Stellung und Tätigkeit D. Niemöllers als notwendig erachtet wurde. Sein Vorgänger im Außenamt, der lutherische Bischof Heckel, Bayern, erhielt 1933 den Bischofstitel, um mit den Kirchenführern des Auslandes auf gleichem Fuße die Angelegenheiten der Deutschen Evangelischen Kirche führen zu können.

Die nahezu völlige Ausschaltung der „Bekennenden Kirche" aus der Führung der EKD, die mit der Berufung des Lutheraners Dr. Brunotte zum Leiter der Kirchenkanzlei besiegelt zu sein scheint (Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., H. 9, S. 402), ist nicht ohne Rückwirkungen geblieben. Zunächst hatte die „Reformierte Kirche in Nordwestdeutschland" auf ihrer Generalsynode in Leer den sehr weitgehenden Beschluß gefaßt, den Tagungen der Synode und der Kirchenführerkonferenz der EKD fernzubleiben, bis sie „zu der Annahme berechtigt ist, daß in der EKD an die Stelle eines kirchenpolitischen Machtdenkens wieder der Geist kirchlicher Bruderschaft getreten ist und die EKD nicht nur auf dem Papier, sondern in konkreten Entscheidungen die Erkenntnisse des Kirchenkampfes über Wesen, Auftrag und Ordnung der Kirche zur Auswirkung bringt." In einer diesen Beschluß begründenden Erklärung heißt es, es sei notwendig, „daß die von der Grundordnung der EKD nicht ausgeschlossene Tendenz einer kirchenpolitischen Orientierung nach rückwärts durch eine einmütige und kraftvolle Betonung derjenigen ihrer Grundbestimmungen überwunden wird, die das Erbe des Kirchenkampfes bejahen und die daraus sich ergebende Verpflichtung anerkennen. Es läßt sich verstehen, daß man in einem rein äußerlich abgefaßten Kirchenbund die Machtpositionen nach den vorhandenen Machtverhältnissen verteilt. Wir sind überzeugt, daß wir nicht nur in unserem eigenen, sondern im Namen zahlreicher Brüder in den unierten und lutherischen Kirchen gegen eine Entwicklung protestieren, die die EKD zu einer kirchlichen Scheingröße stempelt und von ihr lediglich eine formale Bürokratie übrig läßt." Der am 29. und 30. Juni in Halle a. d. S. versammelte Bruderrat der „Bekennenden Kirche" schloß sich der Warnung seines Vorsitzenden D. Niemöller an, die dieser kurz vorher in Frankfurt gegen die Gefährdung der Einheit der EKD durch einen überbetonten Konfessionalismus ausgesprochen hatte. Auf der anschließenden Tagung des Rates der EKD wurde Oberkirchenrat Dr. Benn, Berlin, der vornehmste juristische Berater von Bischof Dibelius, zum Vizepräsidenten der Kanzlei der EKD ernannt und ihm die Leitung der Zweigstelle für die Ostzone übertragen.

VELKD und Ökumene

Über die Frage der Vertretung der deutschen lutherischen Kirchen im „Ökumenischen Rat" schreibt das Organ der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), die „Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung", vom 15. Juni 1949, daß diese Frage „noch immer nicht einer endgültigen Klärung zugeführt ist. Der Beschluß der Generalsynode in Leipzig, den Gliedkirchen der VELKD zu empfehlen, ungeachtet ihrer eigenständigen Vertretung im Weltkirchenrat diese Vertretung durch die EKD, d. h. durch das Kirchliche Außenamt sich vollziehen zu lassen, ist von mancher Seite mißverstanden worden. Der Rat der EKD, dem die dem Leipziger Beschluß folgenden Erklärungen der Gliedkirchen der VELKD zugingen, hat bisher eine Stellungnahme vermieden. Die hie und da auftauchende falsche Version, als hätten die lutherischen Kirchen mit dem Leipziger Beschluß auf eine selbständige Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat verzichtet und seien nicht als lutherische Kirchen, sondern nur durch die EKD in demselben vertreten, veranlaßt die Leitenden Gremien der VELKD zu der ausdrücklichen Feststellung, daß die Deutung des Leipziger Beschlusses im Kreise der VELKD in dem Sinne eindeutig klar ist, wie er von Anfang an gemeint war: die lutherischen Kirchen als solche sind Mitglieder des Weltrates, sie sind es also nicht durch die EKD, lassen sich jedoch durch die EKD im Weltrat vertreten".

Evangelische Kirchentagungen in der Ostzone

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland war in den ersten Julitagen in Dresden zu einer seiner regelmäßigen Besprechungen versammelt, die im wesentlichen der Erledigung laufender Geschäfte und der Regelung personeller Fragen galten. Der Leiter der Berliner Stelle der Kirchenkanzlei, Oberkonsistorialrat Dr. Ernst Benn,

wurde mit der Dienstbezeichnung Vizepräsident zum ständigen Stellvertreter des Präsidenten Brunotte ernannt, vereinigt also in Zukunft seine Berliner Tätigkeit mit der in der hannoverschen Gesamtkanzlei.
Auch die vorausgehende Tagung des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche fand diesmal in der Ostzone, und zwar in Halle a. d. Saale, statt.

Die anglikanische Kirche und der Staat

Die anglikanische Kirche, „the Established Church of England", ist seit ihrer Gründung durch Heinrich VIII. eine Einrichtung des englischen Staates. Sie genießt die Privilegien einer Staatskirche, hat aber dafür auch das englische Parlament als ihre höchste gesetzgebende Gewalt anzuerkennen, selbst in den Angelegenheiten des Glaubens und der Liturgie. Es sind erst zwanzig Jahre her, daß die von der Kirche entworfene Revision des „Common Prayer Book" durch das Parlament zurückgewiesen wurde. Auch die administrative Gewalt liegt in letzter Instanz beim Staat. Die Regierung ernennt die Bischöfe. Und der Königliche Gerichtshof revidiert die Urteile der kirchlichen Gerichte.
Dieser Zustand hat etwas Anachronistisches an sich, seitdem die Mehrheit des Volkes und der Volksvertreter sich von der Staatskirche gelöst hat. Die Statistik beweist, wie weit dieser Vorgang vorangeschritten ist. England hat 39 Millionen Einwohner. Die anglikanische Kirche aber zählte im letzten Jahr nur 1,8 Millionen Osterkommunionen. Das ist freilich kein Maßstab, um die Bedeutung der Kirche im öffentlichen Leben des Landes richtig einzuschätzen. „Ihre geschichtliche Ehrwürdigkeit und ihre tief in das Musterbild englischen Lebens gewobenen Züge verleihen ihr eine einzigartige Rolle", schreibt „The Christian Century" (30. 3. 1949).
Seit diesem Frühjahr sind die Bestrebungen wieder aufgelebt, dem Verhältnis von Staat und Kirche eine Form zu geben, die der veränderten religiösen Lage entspricht, ohne die Geschichte zu verleugnen. Auf der Tagung der Church Assembly am 25. Februar d. J. wurde zum ersten Mal ein Antrag auf Trennung der Kirche vom Staat eingebracht. Er fand keine Annahme. Statt dessen wurde eine Resolution gefaßt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die (staatliche) „Einsetzung der Kirche von England als ein Akt der Anerkennung der Religion durch die Nation" betrachtet werden muß. Jedoch sei die gegenwärtige Form des staatlichen Kirchenregimes „ein Hindernis für die Erfüllung der Verantwortlichkeit der Kirche als geistlicher Gesellschaft". Man empfindet es als unerträglich, daß Männer ohne persönliche religiöse Bindungen in wesentlichen kirchlichen Dingen zu entscheiden haben und sich dabei nur von der Rücksicht auf die repräsentative Funktion der Kirche im nationalen Leben bestimmen lassen, wenn nicht gar von noch weit unkirchlicheren Erwägungen. So hat z. B. die Regierung der anglikanischen Kirche in der Person des Bischofs Barnes von Birmingham einen Oberhirten aufgenötigt, dessen Glaubensüberzeugung zu ernster Beanstandung seitens der Kirche Veranlassung gibt.
Deshalb treten besonders die jüngeren Mitglieder des anglikanischen Klerus zu einem guten Teil für die völlige Trennung vom Staate ein. Sie versprechen sich davon für die Kirche einen Gewinn an geistlicher Sendungstreue und echter Verbundenheit mit den Gläubigen. Hiergegen wurde auf der Kirchenversammlung geltend gemacht, daß die Initiative zur Trennung vom Staat ausgehen müsse und die Kirche ihre Verbindung mit dem Gemeinwesen nicht von sich aus aufgeben dürfe. Nun besteht keine Aussicht, daß das Parlament zu einer Aufhebung der traditionellen Bindungen schreiten wird, weil man staatlicherseits viel zu konservativ denkt und die geistlichen Anliegen viel zu wenig wichtig nimmt, als daß man um ihretwillen die Struktur der englischen Gesellschaft so tiefgreifend zu verändern wünschte.
Auch die maßgebenden Führer der Kirche wollen keine vollständige Trennung, wohl aber größere Freiheit. Sie erstreben das Recht zur Ernennung der Bischöfe und zur selbständigen Regelung des kirchlichen Lebens. Sie glauben, eine völlige Trennung würde den Eindruck erwekken, als sage sich England von der christlichen Religion los. Man hofft auf eine entgegenkommende Haltung des Staates. Wenn ein gewisses Maß von Autonomie für die Kirche nicht erreicht werden kann, fürchtet man, daß die Vertreter der Trennung von Kirche und Staat an Gewicht gewinnen könnten. Es wird erwartet, daß die Erzbischöfe von Canterbury und York mit Premierminister Atlee, der nach langen Jahren der erste gläubig anglikanische Premierminister Englands ist, dieserhalb informatorische Besprechungen führen und Zugeständnisse erreichen werden. Die englische Kirche ist die letzte, deren mittelalterliche Ehe mit dem Staat sich jetzt langsam zu lösen beginnt, obwohl die beiden Partner im ganzen genommen freundschaftlich zueinander stehen. Und es ist bezeichnend, daß die Kräfte der Kirche auf die Lösung drängen, wenn sie auch jetzt noch zurückgehalten werden. Aber sie empfinden, daß die Unterstützung der Kirche durch den Staat in der säkularisierten Welt unserer Tage erkauft werden muß durch Kompromisse mannigfacher Art, die die apostolische Kraft der Kirche mehr lähmen als fördern. Wie könnte es auch anders sein. Eine Ehe der Kirche mit dem modernen Staat ist ja die offenbarste Mischehe, die man sich denken kann.

Um das Dogma des Ökumenischen Rates

In der ökumenischen Publizistik beginnt die Fortführung der Arbeit der 1. Sektion von Amsterdam über die Einheit der Kirche. Denn die nächste Weltkirchenkonferenz soll innerhalb des Ökumenischen Rates von der autonomen Bewegung „Faith and Order" (Glaube und Verfassung) veranstaltet werden, deren Generalsekretär Oliver Tomkins ist. „Ecumenical Review" Nr. 4 leitet das Gespräch mit einigen kritischen Aufsätzen zur dogmatischen Arbeit der Amsterdamer Konferenz ein, die den einzelnen Autoren nicht vorher zur Abgleichung untereinander bekannt gegeben werden konnten. Es kommen vor allem zu Wort Prof. Walter M. Horton als Sprecher der amerikanischen Freikirchen, ein lutherischer Vermittlungstheologe Prof. Regin Prenter, Dänemark, und der britische Anglokatholik Canon A. M. Ramsey.
Die Gegensätze der Methoden werden am besten durch Horton und Ramsey zum Ausdruck gebracht. Ausgehend von der Amsterdamer Unterscheidung zwischen „katholisch"-geprägten und protestantischen Kirchentypen (Herder-Korrespondenz Jhg. 3, H. 3, S. 131) meint Horton, man müsse jetzt sehen, „ob diese beiden Anliegen logisch in einer harmonischen Theorie von der Kirche — als Vorwort zu einem allgemeinen Unionsplan — versöhnt werden kön-

nen", oder ob sie nur als ein Paradox sich gegenseitig ausschließender Standpunkte zu vereinen sind. „Im letzteren Falle mag man weiter für die Wiedervereinigung der Christenheit beten oder hoffen, sie möchte entweder am Ende der Zeiten oder durch irgendeinen unerwarteten göttlichen Blitzstrahl inmitten der Geschichte sich ereignen, aber man könnte schwerlich weiter dafür planen oder für sie arbeiten." Horton meint nun, er könne die dogmatischen Gegensätze dadurch zur Einheit führen, daß er jede der in Amsterdam vorgelegten Lehren zum Wesen der Kirche gewissermaßen durch Übertreibung ihrer Prinzipien als einseitig widerlegt. Er glaubt, die 1948 in Südindien vollzogene Union zwischen Anglikanern und christlichen Freikirchen sei der Weg des Ökumenischen Rates. „Laßt die ‚Katholiken' (d. h. Anglikaner und Orthodoxe) nicht auf einem ‚historischen Episkopat' für eine wahre christliche Kirche bestehen, die Protestanten aber sollen bereitwillig diese oder jene durch die Zeit ehrwürdig gewordene Tradition als Geste der Versöhnung hinnehmen."
Canon Ramsey will genau das Gegenteil. Er sieht den Wert der von der 1. Sektion in Amsterdam befolgten Methode darin, daß „die Methode der Synthese durch Zusammenfassung der höchsten gemeinsamen Tatbestände der verschiedenen Traditionen überhaupt keinen Boden gewann". Man habe im Gegenteil endlich offenbar gemacht, daß es ein Irrtum war anzunehmen, wie 1937 in Edinburgh, es könnte in den zentralen dogmatischen Fragen eine Einigung geben, z. B. über Gott, Gnade, Inkarnation, Erlösung und Hl. Geist, während die Gegensätze hoffnungslos an der Frage von Kirche und Amt aufbrechen. Sektion 1 in Amsterdam hat vielmehr klargemacht, daß diese Gegensätze ihre Wurzel gerade in den fundamentalen Dogmen haben. Wie der orthodoxe Theologe Florowsky ist auch Ramsey der Meinung, die radikale Methode von Amsterdam einer Herausarbeitung der Gegensätze werde sich erst bewähren, wenn man sie weitertreibt. Allerdings müsse man dann nicht wie bisher den Fortschritt der ökumenischen Arbeit in der allmählichen Verminderung der anstehenden Unterschiede sehen, während die Liste der Übereinstimmungen stetig anwachse. „Fortschritt wird eintreten als Ergebnis der Entschlossenheit, das Ausmaß dessen bloßzulegen, was an der Fülle christlicher Überlieferung verloren wurde ... Das Wunder der Vereinigung wird sich als Folge einer radikalen theologischen Buße einstellen, die eine Erkenntnis unserer eigenen Bruchstückhaftigkeit einschließt".

Der orthodoxe Protest

„Ecumenical Review" Nr. 4 druckt jetzt die Stellungnahme des Metropoliten von Korinth in der griechischen Kirchenzeitung „Ekklesia" ab, die zu der von uns bereits berichteten Apologie von Erzbischof Germanos geführt hatte (Herder-Korrespondenz Jhg. 3, H. 10, S. 472). Darin heißt es: „Es ist höchst bedauerlich, daß nicht in Amsterdam geschah, was auf den früheren Konferenzen von Lausanne und Edinburgh getan wurde, wo nämlich eine Erklärung abgefaßt wurde, in welcher die Orthodoxen vor der Vollversammlung ihre Ansicht von der Kirche und anderen Glaubenslehren klar und bestimmt darlegten und in welcher kategorisch festgestellt wurde, daß die Orthodoxe Kirche an der Versammlung nur soweit teilnimmt, als sie sich auf Fragen gemeinsamer Aktion und praktischer Dinge beschränkt ... In aller Demut scheint es uns nötig, daß die Orthodoxen Kirchen so schnell wie möglich die Veranstalter der Vollversammlung (des Ökum. Rates) von ihrem Irrtum befreien sollten, als ob es den Orthodoxen freistünde, Mitglied eines Weltrates der Kirchen zu sein und auf gleichem Fuße auch an Versammlungen teilzunehmen, in denen dogmatische Fragen geprüft werden".
Neben dieser negativen Stellungnahme, die in Parallele zu der Absage der Moskauer Synode gesetzt wird, zitiert das Organ des Ökumenischen Rates einen Aufsatz von Prof. G. Florowsky-Paris in der russischen Zeitung „The Church Messenger" vom Mai 1949. Obwohl Florowsky der eigentliche theologische Mitarbeiter des Ökumenischen Rates für die Orthodoxen ist — was sein Gutachten im 1. Bande der Amsterdamer Dokumente beweist —, sagt er zur Bedeutung der Entscheidung der Moskauer Synode, an der sämtliche Orthodoxe Kirchen des Balkans außer der griechischen teilgenommen hatten, folgendes: „Es scheint, daß der Beschluß nur bedingungsweise erfolgt ist. Die ökumenische Bewegung wird ‚in ihrer gegenwärtigen Form' verworfen. Das erregt offensichtlich die Hoffnung, der Beschluß könnte in der Zukunft revidiert und ein Einvernehmen erzielt werden. In diesem Sinne ist der Beschluß in einigen Kreisen der ökumenischen Bewegung interpretiert worden. Ein sorgfältiges Studium der Resolution zwingt uns jedoch, solche optimistischen Ausdeutungen entschieden abzuweisen. Unter den Worten ‚in ihrer gegenwärtigen Form' haben wir die Organisation des Ökumenischen Rates zu verstehen, wie er jetzt existiert. Wir müssen die Moskauer Entscheidung als definitiv ansehen. In diesem Zusammenhang ist es bedeutsam festzustellen, daß der Moskauer Beschluß auf lange Zeit für die Mehrheit der Orthodoxen Landeskirchen die Möglichkeit einer Teilnahme an der ökumenischen Arbeit und der ökumenischen Bewegung ausschließt. Mit andern Worten, er beschränkt ernstlich die orthodoxe Beteiligung an der Bewegung ..."

Zusammenschluß der Kongregationalisten

Delegierte der kongregationalistischen Denominationen aus 37 Ländern haben auf ihrer 6. internationalen Konferenz in Wellesley (Mass. USA) vom 17.—24. Juni einer Verfassung für den „Internationalen Rat der Kongregationalisten" (International Congregational Council) zugestimmt. Die Versammlung behandelte die gleichen Fragen wie die Amsterdamer Weltkirchenkonferenz. Dr. Douglas Horton, Präsident der Kongregationalisten in den USA und Mitglied des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates, wurde zum Moderamen gewählt, Dr. Sidney M. Berry, London, Führer der englischen Freikirchen, zum Sekretär. Der Leiter der englischen Kongregationalisten, Pfarrer Leslie E. Cooke, ebenfalls Mitglied des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates, erklärte im Hauptgottesdienst zur Eröffnung: „Das christliche Denken von heute ist nur zu leicht der Anfechtung verfallen und der Alternative ausschließlich zwischen Christentum und Kommunismus gegenübergestellt ... Sobald sie sich vor diesem Zwiespalt sieht, ist die Kirche versucht, ihre Zuflucht ins Überweltliche zu nehmen oder sich mit solchen Mächten zu verbünden, die besonders dazu geeignet scheinen, ihre Vorrechte zu schützen und ihr Weiterbestehen als Organisation zu gewährleisten. Die Aufgabe der Kirche ist es, einen dritten Weg zu finden, selbst auf die Gefahr hin, nicht verstanden zu werden und darum leiden zu müssen".

Präsident Dr. Douglas Horton (nicht zu verwechseln mit seinem Bruder Professor Walter M. Horton) gab unlängst in der letzten Nummer der Zeitschrift „Christendom" über die Bedeutung der Weltkonferenz von Amsterdam das bezeichnende Urteil ab, sie gehöre in die Reihe der großen Konzilien seit Nicäa, denn sie habe „die Häresie der non-cooperation" verdammt. Aber würde nicht mit dieser Übertragung säkularer Begriffe aus der Sprache der UNO gleichsam „cooperation and fellowship" (Zusammenarbeit und Gemeinschaft) anstelle der Wahrheit und Einheit in Christus zum Dogma erhoben? Der Zusammenschluß der Kongregationalisten zu einer geschlossenen Gruppe im Ökumenischen Rat verstärkt naturgemäß ihren Einfluß und fördert weitere konfessionelle Zusammenschlüsse.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Trost und Weisung für die Berliner Katholiken

Am Sonntag, den 17. Juni richtete der Heilige Vater an die Berliner Katholiken über den Vatikansender zu ihrem Katholikentag folgende Ansprache:

Geliebte Söhne und Töchter Berlins, der Mark und Pommerns!

Mit Ergriffenheit kommen Wir der Bitte eures Oberhirten, Unseres geliebten Sohnes Konrad Kardinal von Preysing, nach, Unser Segenswort an den Katholikentag zu richten, den die Gläubigen der Diözese Berlin als ersten nach langer Unterbrechung wieder feiern.

In der Zwischenzeit hat eure Stadt Schicksale geradezu apokalyptischer Furchtbarkeit über sich ergehen lassen müssen; erschütternde Greuel des Krieges und der Zerstörung sind in ihren Mauern Wirklichkeit geworden; an den Männern und Frauen, dem jungen Volk und den unmündigen Kindern der Stadt und der Provinz haben sie sich in allen nur denkbaren Formen verhängnisvoll ausgewirkt.

Im Jahre 1926 auf dem Märkischen Bekennertag zu Tegel — jener strahlende Augustsonntag und die dichtgedrängten, frohbewegten Scharen der Katholiken auf dem Brunowplatz, Glaubensfreude und Glaubensmut auf der Stirn und im Auge, stehen Uns noch in lebendiger Erinnerung — sprachen Wir von der ins Gigantische wachsenden Industrie Berlins, von seiner materiellen Hochkultur und rastlosen Erzeugung immer neuer Diesseitswerte.

Wenn ihr heute den Blick über seine unabsehbaren Ruinenfelder schweifen laßt, ist sie da nicht, die einst himmelstürmende Weltstadt, wie ein schreckliches Mahnzeichen, in den Diesseitswerten nicht aufzugehen, in ihnen nicht das Letzte zu suchen? Es gibt nur ein Letztes: Gott und die restlose Hingabe an Gott.

Wir wollen aber nicht stehen bleiben bei den düsteren Erinnerungen der vergangenen Jahre. Diese Jahre haben auch wundersam Erhebendes gesehen: felsenfesten Glauben, der sich durch nichts, nicht durch Gewalt und nicht durch Zusammenbruch aller irdischen Hoffnungen, beugen oder brechen ließ; starkmütige Tugend, die auch den Tod nicht scheute, wo es um Gottes Gebot ging; Nächstenliebe, echt wie Gold, die sich in diesen Zeiten der Obdachlosigkeit, des Hungers und der Not in allen Formen glänzend bewährte; katholische Jugend, die unter Verzicht und Opfer Christus die Treue hielt genau so wie einstmals, als es eine Lust war, zur katholischen Jugend zu gehören; fromme Eltern, welche die Gottesfurcht und den Gottesfrieden des christlichen Familienlebens durch diese Zeiten der Auflösung aller Ordnung und der scheinbaren Umwertung aller sittlichen Werte mit ruhiger Festigkeit hindurchretteten und die sich das Letzte vom Munde absparten, um ihren Kindern Gesundheit und eine glückliche Zukunft zu sichern. Gerade aus Berlin sind uns ergreifende Beispiele solcher Elternliebe berichtet worden; selbstlose Priester, die in diesen Jahren unsäglicher Not treu zu ihren Gläubigen standen, zu den Einheimischen und zu den zuwandernden Heimatvertriebenen, die ihnen Halt und Stütze waren und für die religiöse Betreuung ihrer weitverstreuten Herde keinen Weg und kein Wagnis scheuten, wenn sie auch oft, der eine nach dem andern, in voller Erschöpfung zusammenbrachen.

Wir freuen Uns, geliebte Söhne und Töchter, der Gelegenheit, euch Unseren väterlichen Dank aussprechen zu können für den Glauben und die Liebe, die Ausdauer und Geduld, mit denen ihr unter übermenschlichen Schwierigkeiten Gott und seinem Gebot, Christus und seiner Kirche die Treue bewahrt habt.

Die Zukunft steht noch verschleiert und verhüllt vor euch. Legt sie in Gottes Hand und haltet euch selbst an ihn! Sie mag dann bringen, was sie will, immer wird sich eine göttliche Verheißung an euch erfüllen. Sie lautet: „Denen, die Gott lieben, gereicht alles zum Besten" (Röm. 8, 28), alles, mag es auch noch so schwer erscheinen.

Nehmt als Leitspruch mit in die Zukunft das erhabene Wort des hl. Johannes: „Gott ist die Liebe" (1. Joh. 4, 16)! Denn fürwahr: das Werk der Zerstörung, das die vergangenen Jahre hinterlassen, die Not und Verarmung, die sie geschaffen, die Entfremdung und der Haß, die sie aufgetürmt haben — das alles kann nur überwunden werden von Menschen, die jetzt erst recht und unverbrüchlich an die Barmherzigkeit und Liebe Gottes glauben und die selbst der Gottesliebe voll sind. Das ist die Liebe, die alles erträgt, die alles glaubt, alles hofft, alles duldet (vgl. 1. Kor. 13, 7), die zu den größten Opfern befähigt, die allein imstande ist, immer wieder zu verzichten, zu helfen, zu verzeihen.

Diese Liebe baut die Familien auf und sichert die eheliche Treue. Sie macht das Denken wach und empfindsam für die Forderungen der sozialen Gerechtigkeit, die immer gegolten haben, heute aber dringender denn je Erfüllung heischen. Gemeinwesen und Staaten mögen in den Funda-

menten des Weltalls verankert erscheinen; wenn sie nicht aufgebaut sind auf dem Glauben an Gott und nicht getragen werden von Menschen tiefer Gottesliebe, sind sie mit innerer Notwendigkeit dem Untergang geweiht.
Wir stellen, geliebte Söhne und Töchter, eure Sorgen und Hoffnungen dem anheim, dem alle Gewalt gegeben ist im Himmel und auf Erden (Matth. 28, 18), empfehlen euch dem mächtigen Schutz seiner gebenedeiten Mutter, der allerseligsten Jungfrau Maria und erteilen als Unterpfand der göttlichen Hilfe euch allen, der ganzen Diözese Berlin: Stadt, Land und Volk, aus der Fülle des Herzens den Apostolischen Segen.

Die Kirche in den Ländern

Die Kirche in der Schweiz

Das Milieu ist stärker als die Konfession

„Die Schweiz ist keine Insel der Seligen", schreibt die Züricher Zeitschrift „Orientierung" in einer Aufsatzfolge über die Lage der Kirche in der Schweiz (13. Jhg. Nr. 9—12). Der Züricher Statistiker Dr. Senti hat im vergangenen Herbst die Ehemoral in dieser Stadt untersucht und stellt am Ende fest: Das Milieu ist stärker als die Konfession. (Züricher Statistische Nachrichten, September 1948.) Das trifft nicht nur für die Ehen zu, wie man sogleich erkennen wird. Das Milieu des Schweizervolkes verändert sich zusehends im ungünstigen Sinne.
Da ist zunächst die zunehmende Vermischung von katholischen und andersgläubigen Bürgern. Die Schweiz zählt unter ihren 4½ Millionen Einwohnern 57% Protestanten und 41% Katholiken. Ehedem wohnten sie nach Kantonen getrennt. Heute zählt Zürich 117 000 Katholiken unter 384 000 Einwohnern, Basel 49 000 unter 152 000, Bern 17 000 unter 125 000. Umgekehrt gibt es in Luzern unter 53 000 Einwohnern bereits 13 000 Protestanten, und in ehedem rein katholischen Orten wie Einsiedeln oder Stans werden evangelische Gemeinden begründet.
Sodann wird die Schweiz immer mehr zu einem Industrie- und Stadtland, 53% der Bevölkerung leben in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern. 850 000 Ehefrauen sind in Industrie und Handel beschäftigt. In Zürich wechselten von 17 000 Mitgliedern einer Pfarrgemeinde binnen Jahresfrist 11 000 die Wohnung. Das Milieu von einem Drittel des Schweizervolkes wird bestimmt durch Fabrik, Weekend, Fußball, Radio, Kino, Schreibmaschine und öffentliche Meinung.
Als Folge dieser Milieueinwirkung zeigt sich ein bedrohlicher Zerfall der Familien. Er läßt sich anhand der erwähnten Untersuchung von Senti nachweisen. In Zürich kam im Jahre 1947 auf 4 Trauungen eine Scheidung. Die Schweiz liegt in der Statistik der Scheidungen an vierter Stelle hinter USA, Österreich und Japan. Und das Bemerkenswerte: die Katholiken bleiben hinter dieser Ziffer nicht zurück. „Es ist also nicht etwa so, wie man hätte erwarten können, daß sich für die Katholiken eine unter- und für die anderen Konfessionen eine überdurchschnittliche Scheidungshäufigkeit herausstellt... Daraus muß geschlossen werden, daß in unserer Stadt der Einfluß des Milieus jenen der Konfession vollständig aufhebt." In einer Pfarrei von Zürich kamen auf 110 kirchliche Trauungen (von denen 53 Mischehen waren) 120 rein standesamtliche Heiraten.
Von den 900 000 Industriearbeitern der Schweiz praktizieren, soweit es sich um Katholiken handelt, etwa 15—20% ihre Sonntags- und Osterpflicht. Aber in 2 Jahren haben 20 000 Jugendliche das Sportabzeichen erworben. Die Fußball-Länderspiele haben 50 000 Zuschauer. Jeden Tag gehen 8000 Personen ins Kino. Im letzten Jahr wurden in der Schweiz 40 Millionen Kinokarten verkauft. Und ebenfalls im letzten Jahr urteilten die Gerichte 10 500 jugendliche Verbrecher ab.
Der Einfluß der Katholiken auf das öffentliche Leben ist geringer, als es ihrer Zahl entspräche. Im Züricher Gemeinderat von 125 Mitgliedern sitzen 12 Katholiken, die also, religiös betrachtet, ein Drittel der Bevölkerung repräsentieren. Von 1400 Lehrkräften der Stadt sind 81 (5,8%) katholisch. In Basel, zum Vergleich, sind es 72 von 1059. Bern hat nicht einen einzigen katholischen Lehrer an Volksschulen und Gymnasien! Unter den 60 Personen, die das Programm des Senders Beromünster machen, ist kein einziger Katholik.
Abbé Godin hat Frankreich zum Missionsland erklärt, Pater Zeiger hat sich für Deutschland zu derselben Erkenntnis bekannt. Die Demaskierung der Schweizer Kirche führt, wenigstens für den Bereich des öffentlichen Lebens, zu dem gleichen Ergebnis. Die unechte Religiosität des Bürgertums, ob katholischer ob sonstiger Denomination, baut sich selbst allmählich ab. Das ist nicht unbedingt zu beklagen. Auch die innerkirchliche Parallele hierzu: daß der und jener Verein allmählich abstirbt, daß hier ein Blättchen und da eine Andacht aus Mangel an Teilnehmern eingeht, braucht uns nicht aufzuregen. Denn dafür scheint sich selbst in der konservativen Schweiz allmählich ein echter missionarischer Geist und ein wachsendes Gefühl der Verantwortung bei den nunmehr übrig bleibenden katholischen Laien zu entzünden. Das Christentum fängt an, gegen das Ghetto zu rebellieren und dringt aus der bürgerlichen Welt unter die Arbeiter und unter die Studenten vor. In seinem ureigensten Kreis regeneriert es sich zugleich aus den Quellen der Liturgie und der Bibel. Man hat die Abendmessen eingeführt, bei gutem Besuch, man hat neue Formen der abendlichen Andacht gefunden, selbst hier und da schon eine unserer Zeit gemäße Weise zu predigen.

Die Chancen der Kirche

Es handelt sich nicht um Erfolge, sondern um Anfänge und Versuche. Aber wo man sie gemacht hat, haben sich Menschen eingefunden, die bis dahin nicht zu sehen waren. Auch in der Schweiz offenbart sich hinter der Fassade der

Zivilisation die Sehnsucht zahlreicher Menschen nach etwas unbedingt Wahrem und Absolutem, der Sinn für das Mysterium, die Bereitschaft, eine Lebensform und Lebensregel anzunehmen, wenn sie sich auf eine dem heutigen Menschen entsprechende Art vorstellt. Wo ehrliches Bekennen und Streben auftaucht, findet es Resonanz. Die Anthroposophie, das Moral Rearmement sind ein Beweis dafür. Auch die Kirche, wenn sie sich nur in der Sprache unserer Zeit vernehmen läßt, wird mit Achtung behandelt, ja sie wird ernst genommen. Es ist längst nicht mehr Mode, das Evangelium gegen sie auszuspielen. Man zeigt Sinn für ihre Art, Gemeinschaft, Autorität, Weltweite zu beweisen.

Die Organisation der Schweizer Kirche läßt nichts zu wünschen übrig. Die fünf Diözesen haben einen heute noch genügenden Priesternachwuchs. Allerdings ist die Tendenz rückläufig. Die Sorge für die Diaspora ist befriedigend. Ein Seelsorgeinstitut in Verbindung mit der Universität Freiburg bemüht sich um die Anpassung der Seelsorge an unsere Zeit und Welt. 15 000 Ordensschwestern stellen eine stattliche Schar von Dienerinnen der Caritas. Im öffentlichen Leben vertreten der Volksverein, die Arbeitervereine, der Frauenbund und die Jugendverbände mit ihren 90 000 Mitgliedern die katholische Sache. Der Caritasverband arbeitet vorbildlich und mit wahrhaft katholischer Großzügigkeit über die Landesgrenzen hinaus. Die liturgische und die Bibelbewegung sind im Fortschritt begriffen. Die zwei entscheidenden Gruppen der Gesellschaft: Studenten und Arbeiter genießen eine bevorzugte und eindringliche Seelsorge. Natürlich haben die sozialistischen Gewerkschaften mehr Mitglieder. Aber 65 000 christliche gegen 100 000 sozialistische Gewerkschaftler sind eine ansehnliche Zahl. 11 000 Arbeiter und Arbeiterinnen gehören den Arbeitervereinen an. Neuerdings beginnt man mit einer eigentlichen Standesseelsorge für die Bauern. Sie stützt sich auf die katholische Bauernvereinigung, die 1942 ins Leben gerufen wurde. Wenn auch die bäuerliche Bevölkerung von 90% im Jahre 1850 auf 20,3% zurückgegangen ist, stellt sie doch das Mark des Schweizervolkes dar.

Im geistigen Leben der Nation behauptet sich die Universität Freiburg und neben ihr eine Anzahl katholischer Volkshochschulen. Das katholische Verlagswesen wirkt über den eigenen Kreis hinaus, die christliche Kunst ist voller Initiative. „Der schweizerische Katholizismus führt kein Pariadasein". Aber er wahrt eine gewisse Zurückhaltung gegenüber den neuen Bewegungen im katholischen Raum unserer Zeit, er ist im ganzen konservativ und gegenüber den französischen Dingen z. B. sehr vorsichtig. „Wir sind ob unserer Bürgerlichkeit in mehr als einer Hinsicht nicht zu bedauern, sondern zu beneiden."

Die Aufgaben in der Zukunft

Am Schluß der Aufsatzreihe in der „Orientierung" werden die Zukunftsaufgaben dargestellt, die der Verfasser als die dringendsten ansieht. Sorge um den Priesternachwuchs, Anpassung der theologischen Wissenschaft und Verkündigung an die Anliegen unserer Zeit, Wachhaltung des Seelsorgsklerus, Erweckung der Laien für die selbständige Arbeit im außerkirchlichen Raum stehen hier an der ersten Stelle. „Die Laien sollten ernst genommen werden. Sie sind zur Mitarbeit durchaus bereit, aber so, daß man sie achtet, ihre Tätigkeit würdigt und sie zu wirklich vertrauensvoller Mitarbeit heranzieht."

Der Verfasser beschäftigt sich am Ende mit dem Problem, ob der katholische Einfluß auf das öffentliche Leben wohl gesteigert werden kann. Er schreibt dazu: „In dieser Situation ist die richtige katholische Haltung ein erstes Erfordernis. Sie besagt vor allem eine geistige und seelische Weite. Alles, was nach Engherzigkeit, Abkapselung und Isolierung aussieht, wirkt in dieser Situation abstoßend. Es wäre auch gefährlich, relative Dinge zu verabsolutieren". Was er meint, erläutert er an dem Beispiel der katholischen Exegese, die sich allzu langsam den Erkenntnissen der Naturwissenschaft immer anzubequemen suchte. Dann fährt er fort: „Haben wir nicht auf sozialem Gebiet eine Bürgerlichkeit verteidigt, die in dieser Form keineswegs zum Wesen einer christlichen Gesellschaftsordnung gehört? ... Die Antwort Leos XIII. an jenen Vertreter des französischen Adels, der den Papst für eine Restauration vergangener Verhältnisse gewinnen wollte, hat auch heute noch Bedeutung, nämlich, daß die Kirche keinen Leichnam verteidige, außer dem des gekreuzigten Herrn, der in Wirklichkeit kein Leichnam ist."

Für bemerkenswert halten wir ferner die energische Forderung, daß die Katholiken sich für alle Bestrebungen zur Annäherung der Völker einsetzen sollen.

Endlich berührt der Verfasser das vielleicht entscheidendste Anliegen der kirchlichen Sorge in unseren Tagen: die Sorge um die Weckung der Persönlichkeit. In der Fähigkeit des christlichen Gewissens, in und aus der Situation heraus zu entscheiden, sieht er den eigentlichen Schutz gegen den Einfluß der Masse, der Hetze, des Kollektivs. Richtig erkennt er, daß diese Persönlichkeiten aus dem Schoß solcher Familien hervorgehen, die es verstehen, Gemeinschaft zu sein. Der Verfasser spürt, daß die Zeit vorüber ist, in der die Kirche es vermochte, ihre Gläubigen durch öffentliche Einrichtungen zu sichern. Er fordert weder Verfassungsänderungen noch Konkordate, weder eine christliche Filmzensur noch eine Gesetzgebung zu erhöhtem Schutz der kirchlichen Belange. Er erkennt, daß die Kirche in seinem Lande frei genug ist und daß es dem Gefühl unserer Epoche entspricht, dem Wettbewerb auf geistigem Gebiet freien Raum zu geben. Er erteilt den Repräsentanten der Kirche in seinem Lande nicht den Rat, sich darauf zu verlassen, daß man das christliche Volk bewahren könne, indem man staatliche Positionen erobert oder verteidigt. Er glaubt an die erobernde Kraft der Kirche, wenn sie sich nur an die innerste Sehnsucht der Menschen wendet (und diese Sehnsucht anzusprechen versteht).

Die „Orientierung", in der diese Aufsatzreihe erschienen ist, wird vom „Apologetischen Institut des Schweizerischen Katholischen Volksvereins" herausgegeben. Der Verein steht unter der Kontrolle des Episkopats.

Die Christen und Palästina

Papst Pius XII. hat seit Monaten keine Gelegenheit vorübergehen lassen, die Gläubigen an ihre Verpflichtung gegenüber dem heiligen Boden Palästinas zu erinnern und den Großmächten das Interesse der Christenheit an einer gerechten Lösung des Palästinaproblems zu bekunden. Er hat namentlich die heiligen Stätten aus dem anscheinend unlösbaren Konflikt der arabischen und jüdischen Interessen herauszulösen versucht, indem er ihre Internationalisierung vorschlug. Bei uns in Deutschland waren die eige-

nen Sorgen so dringend, daß weder die kirchlichen Oberhirten noch die öffentliche Meinung von dem Anliegen des Heiligen Vaters sonderlich Notiz genommen haben. In Wirklichkeit ist aber das palästinensische Problem ein Schulfall, an dem der Gläubige seine Katholizität und der politische Mensch sein Gespür für weltpolitische Zusammenhänge erproben kann. Es darf deshalb auch in Deutschland nicht unbekannt bleiben. Wir haben bereits einmal (H. 7, S. 327 dieses Jahrgangs) auf die weltpolitische Bedeutung Palästinas aufmerksam gemacht, und unsere Leser haben aus der Enzyklika des Papstes (Heft 9, S. 406) herausgehört, daß es sich zugleich um ein religiöses Anliegen handelt, bei dem der Ernst und das Maß unserer Dankbarkeit gegen den Erlöser auf dem Spiel stehen.

Palästina wird in der breiten Öffentlichkeit nur als Zankapfel zwischen Juden und Arabern einerseits, zwischen England, Amerika und neuerdings Rußland andererseits gewertet. Es ist angesichts dieser einseitigen Auffassung von Bedeutung, sich die Tatsachen in Erinnerung zu rufen, aus denen sich der gegenwärtige Konflikt ergeben hat. Der amerikanische Spezialist Dr. James H. Griffiths hat über den NCWC-News Service der katholischen Weltpresse ein wertvolles Exposé dieser Zusammenhänge geliefert.

Die Juden wie die Araber haben ein religiöses und geschichtliches Anrecht auf das Land. Die Araber haben es vor 1300 Jahren den Byzantinern, nicht den Juden abgewonnen, als der Kalif Omar im Jahre 638 Jerusalem eroberte. Dadurch ist es auch für sie ein heiliges Land geworden. Die Omarmoschee in Jerusalem ist ihr drittheiligstes Heiligtum. Für die Christen halten seit den Kreuzzugszeiten, seit dem 13. Jahrhundert, die Söhne des heiligen Franziskus an den heiligen Stätten Wacht. 1500 von ihnen sind im Laufe der Zeiten im Dienste dieser Ehrenwacht als Märtyrer gefallen. Auch das Anrecht der Christenheit auf Respektierung ihrer heiligen Stätten ist ein geschichtliches und ein religiöses.

Die geschichtliche Entwicklung

1516 kam das Land unter die Herrschaft der Türken. 1852 erließ der Sultan eine zusammenfassende Regelung der Verwaltung der heiligen Stätten, die in der Politik seither unter dem Begriff des „Status quo" bekannt ist. Diese Regelung erhielt nach dem Krimkrieg internationale Garantie. Sie wurde nach dem türkisch-russischen Krieg 1878 erneuert. Dadurch wurde das Palästinaproblem zu einem Faktor der internationalen Politik. Am 9. Dezember 1917 ging das Land mit der Eroberung Jerusalems durch General Allenby in englischen Besitz über. Am 29. September 1923 wurde den Briten vom Völkerbund das Mandat über Palästina übertragen. Die Engländer hielten sich bezüglich der heiligen Stätten an den „Status quo". Das Mandat stellte eine Zwischenlösung dar; denn seit dem ersten Weltkrieg gibt es eine arabische und eine jüdische Interessenvertretung. England hat sich um eine endgültige Lösung bemüht, zu der es sich übrigens schon während des Weltkrieges in der Balfour-Deklaration verpflichtet hatte. Sie versprach den Juden „ein Heim in Palästina". Die Auffassung, als habe man ihnen Palästina ganz und ausschließlich versprochen, ist unrichtig.

1937 schlug eine königliche Kommission die Teilung Palästinas in eine arabische und eine jüdische Republik vor. Jerusalem und Nazareth sollten endgültig Mandatsgebiet bleiben. 1939 wurde der Vorschlag abgeändert. Es sollte ein gemeinsamer Staat mit gemischter Verwaltung entstehen. 1946, unter dem Eindruck der Kriegs- und Nachkriegsereignisse, kam im Morrison-Plan die Einsicht zur Geltung, daß es unmöglich sei, Juden und Araber auf diesem heiß umstrittenen Boden sich selbst zu überlassen. England schlug nunmehr jüdische, arabische und britische Distrikte unter einer gemeinsamen Regierung mit britischer Spitze vor.

Als der jüdische Terrorismus in Verbindung mit der illegalen jüdischen Einwanderung diese Lösung intensiv sabotierte, gab England den Fall an die Vereinten Nationen ab. Seit dem Frühjahr 1947 ist die von ihnen eingesetzte Kommission an der Arbeit. Über ihrem Endbericht fiel die Kommission auseinander. Die Majorität von sieben Mitgliedern befürwortete die Teilung; die Minorität von dreien (Indien, Iran und Jugoslawien), also die Freunde der arabischen Interessen, traten für einen Bundesstaat ein. Aber die Juden wie die Araber forderten das Ganze für sich. In einem Punkt faßte die Kommission einen einstimmigen Beschluß. Er betraf die Forderung, daß in Anbetracht der religiösen Interessen dreier Weltreligionen die heiligen Stätten unter internationale Kontrolle gestellt werden sollten.

Die Majorität der UN-Kommission hielt die Teilung Palästinas bei gleichzeitiger Wirtschaftsunion für die einzige realistische Lösung. Man ging daran, die Grenzen festzulegen.

Internationalisierung Jerusalems

Die Kommission gab eine Rechtfertigung für ihren Vorschlag auf Internationalisierung Jerusalems: Jerusalem ist eine Stadt, in der sich Seite an Seite die Heiligtümer dreier Religionen befinden. Ihre endgültige Befriedung ist ein Anliegen für viele hundert Millionen Menschen. Die Geschichte der Stadt in ottomanischer und britischer Zeit beweist, daß die Staatsgewalt öfters Anlaß hatte, in Streitigkeiten einzugreifen. Sie war dazu nur in der Lage, weil sie durch eine Regierung repräsentiert wurde, die außerhalb und über den lokalen und religiösen Interessen stand. Weder eine arabische noch eine jüdische Regierung würde diese Autorität besitzen. Der religiöse Friede in Jerusalem ist außerdem eine notwendige Voraussetzung für die allgemeine Stabilität des jüdisch-arabischen Verhältnisses. Streit in Jerusalem bedeutet Aufregung in der gesamten jüdischen und arabischen Welt. Die definitive Sicherung des Friedens an Ort und Stelle kann nur durch einen mit internationaler Autorität ausgestatteten Gouverneur garantiert werden. Nur die Vereinten Nationen können den Entscheidungen des Gouverneurs Respekt verschaffen. Der internationale Bezirk soll die Umgegend der Stadt bis Bethlehem und Abu-Dir, Ein Karim und Shufat umfassen. Er soll entmilitarisiert und für neutral erklärt werden. Der Gouverneur soll weder Jude noch Araber noch in Jerusalem ansässig sein. Um das Prestige der Palästina-Völker zu schonen, soll die Internationalisierung nicht bedeuten, daß die UN in der Stadt gewissermaßen eine fremdländische Enklave errichten, sondern daß die Bürger selbst im wesentlichen Träger der Gewalt sind; es soll ein autonomes Gebilde innerhalb des Staates geschaffen werden.

Mißachtung durch beide Parteien

In der Generaldebatte über diesen Vorschlag widersetzte sich der arabische Block jeder Teilung des Landes. Die

Zionisten unterstützten den Majoritätsvorschlag. Ihnen kam es dabei nur auf die Teilung an. Sie gaben den Vertretern der traditionell christlichen Staaten alle Versicherungen bezüglich Jerusalems. Unter dieser Voraussetzung beschloß die Generalversammlung der UN am 29. November 1947 die Teilung. Der arabische Block lehnte es ab sich zu fügen und ließ das Ende des britischen Mandats, den 15. Mai 1948, herankommen. Seit dem Tage, an dem die UN die Teilung des Landes beschloß, herrschte Bürgerkrieg. Am 20. Mai 1948 wurde Graf Bernadotte als Vermittler entsandt. Mit dem Abzug der britischen Truppen begann die arabische Invasion. Der Krieg zwischen Juden und Arabern hinderte die Vereinten Nationen daran, ihren Beschluß zur Internationalisierung Jerusalems durchzuführen. Jüdische Kreise vertreten nunmehr die Auffassung, die Vereinten Nationen hätten es vernachlässigt, ihre übernommene Pflicht zu erfüllen. Tatsächlich war es unmöglich, die jüdischen und arabischen Streitkräfte zur Anerkennung des UN-Beschlusses zu bewegen. Die Araber eroberten die Altstadt, die Juden die Neustadt Jerusalems. Beide halten bis zu dieser Stunde ihre Stellung. Beide haben Zivilregierungen eingesetzt und dadurch die faktische Annexion ihrer Bezirke vollzogen. Israel hat einige Ministerien von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt, der Anfang einer jüdischen Hauptstadt. Die Welt hat dagegen nichts unternommen. Die Vereinten Nationen haben lediglich im Dezember 1948 ihren Beschluß bestätigt und den Sicherheitsrat bevollmächtigt, Schritte zur Entmilitarisierung Jerusalems zu unternehmen.

Die neueste Entwicklung

Israel hat inzwischen die Mitgliedsrechte in den Vereinten Nationen und die Anerkennung seines Staates erlangt. Die Frage der Internationalisierung Jerusalems wurde dabei offengelassen. Nachdem dies erreicht war, erklärte der Ministerpräsident von Israel, David Ben Gurion, er wünsche ein für allemal zu erklären, daß er nicht mehr bereit sei, über die Internationalisierung Jerusalems zu sprechen. Nachrichten, daß er diese Auffassung nachträglich gemildert habe, erwiesen sich als unbestätigte Gerüchte. Es steht also fest, daß der Staat Israel im gleichen Augenblick, als er die Mitgliedschaft der Vereinten Nationen erwarb, in der Lage war, deren Entscheidung als nicht vorhanden zu betrachten.

Es gibt israelitische Stimmen, die der Internationalisierung der heiligen Stadt zustimmen. Untersucht man aber näher, was sie meinen, so ergibt sich, daß das nichts mehr mit den Vorschlägen der Vereinten Nationen zu tun hat. Einige z. B. wollen die Altstadt zur Verfügung stellen. Sie bieten also etwas an, was sie gar nicht besitzen; denn die Altstadt ist arabisch. Andere wollen die beiden Stadtbezirke unter der gegenwärtigen Verwaltung lassen, während die UN eine oberste Treuhänderschaft ausüben soll. Sie nennen das „indirekte Internationalisierung". Äußerstenfalls will man die Anwesenheit eines UN-Kommissars dulden, ohne indes die Souveränität preiszugeben. Der Präsident von Israel, Dr. Weizmann, hat bei seinem jüngsten Besuch in Europa und Amerika den Eindruck zu erwecken versucht, als sei die jüdische Auffassung des Problems mit der vatikanischen vereinbar. Kirchliche Stellen, insbesondere Kardinal Spellman, haben dies dementiert.
Gewisse Kreise in der Weltöffentlichkeit gehen unter jüdischem Einfluß dazu über, die Sache so darzustellen, als handle es sich nur darum, Israel den guten Willen zu zeigen. Tatsächlich verlangt dieser Staat, daß man auf juristische Garantien von effektivem Wert verzichten und sich auf das verlassen soll, was Israel verspricht. Dagegen spricht die Erfahrung langer Jahrhunderte und die durch sie gewonnene Kenntnis der lokalen Verhältnisse in Jerusalem. Zweitens kann man das Vertrauen gegenüber der gegenwärtigen Regierung von Israel nicht auf ihre möglichen Nachfolger in der Zukunft ausdehnen. Es gibt also gar keine andere Sicherung, als weiterhin auf der Internationalisierung im Sinne der UN-Beschlüsse zu bestehen, wie Papst Pius XII. es getan hat.

Eindrücke aus Israel

Das Verhalten des Staates Israel in dieser Sache und sein Erfolg wie auch der militärische Erfolg gegenüber den vereinigten arabischen Mächten erweckt einige Verwunderung, wenn man bedenkt, daß dieses Israel einer der kleinsten Staaten der Welt ist. Ganz Palästina hat ja kaum 20 000 qkm und nur 1,9 Millionen Einwohner, die sich auf zwei Staaten verteilen. Der Wiener Orientalist Dr. Kurt Schubert gibt in der „Furche" (18. 6. 1949) einige Eindrücke wieder, die er auf einer eben beendeten Reise durch Israel gesammelt hat und die für ein Urteil über die politischen Chancen Israels von Bedeutung sein können. In der folgenden Nummer der Wiener Zeitschrift wurden diese Betrachtungen von L. O. Meysels in einem Bericht aus Jerusalem noch ergänzt.

In Israel, schreibt der letztere, gibt es heute vier weltanschaulich-politische Gruppen. Eine sehr kleine, fast ausschließlich auf Jerusalem beschränkte, aber sehr aktive Gruppe von Zeloten wirkt wie ein Überbleibsel aus den letzten Tagen der alten jüdischen Nation. Sie nennen sich „Wächter der heiligen Stadt" und sind leidenschaftlich antizionistisch. Sie eifern für das Gesetz und lehnen deshalb den neuen Staat als eine Säkularisierung der messianischen Idee ganz und gar ab. Sie stiften häufig Unruhen. Zahlenmäßig wichtiger ist der „religiöse Block" des gesetzestreuen Judentums, der sich mit dem neuen Staat abgefunden hat und ihn im Sinne des Gesetzes zu beeinflussen trachtet. Die stärkste Gruppe bilden die sogenannten „Drei-Tage-Juden", deren Religiosität sich auf die Beobachtung der drei höchsten Feste beschränkt. Sie fühlen sich aber wenigstens dem Bekenntnis nach als Fortsetzer des Alten Bundes. Die vierte Gruppe umfaßt etwa ein Fünftel der Bevölkerung. Sie besteht aus Sozialisten ohne religiöse Bindung und lehnt die Erweiterung religiöser Einflüsse ab. Für sie ist das Judentum ein nationales und rassisches Faktum. Die innerpolitische Aktivität liegt im Augenblick auf seiten der orthodoxen Gruppen, und ihr Gegenstand ist ein jetzt vorliegendes Sabbatgesetz. Der innere Spannungsgrad ist außerordentlich hoch, und niemand kann im Augenblick sagen, ob die gegenwärtige rechtssozialistische Regierung sich durchsetzen wird.

Es gibt einige Anzeichen dafür, daß die jüdische Orthodoxie politisch im Vordringen ist. Wie wir aus der Heiligen Schrift wissen, ist Israel eine heils- und weltgeschichtliche Größe, die dauern wird. Es war die Sendung des Zionismus, das Volk vor der gänzlichen Assimilation und dem Erlöschen zu retten. Diese Idee hat in dem neuen Staat Ausdruck gefunden. Theologisch betrachtet hat er also eine echte geschichtliche Funktion. Sein Selbstbewußtsein ruht darin, daß er sich auch heute noch als Träger der Erlösungshoffnung versteht und diese Hoffnung weniger aus der Gnade als aus der eigenen Bewährung zur Erfül-

lung zu bringen trachtet. Der Außenminister Mosche Scharet hat seine Rede vor den Vereinten Nationen mit einem Zitat aus Isaias beschlossen. Dieser Staat besitzt einen Elan des Glaubens.

Es fehlt ihm auch nicht an praktischer Vitalität im Innern des Landes. Seine wirtschaftliche und soziale Stärke liegt in den zahlreichen und in rascher Entwicklung begriffenen Gemeinschaftssiedlungen, in denen es kein Privateigentum, wohl aber, im Gegensatz zur russischen Kolchose, ein echtes Genossenschaftseigentum gibt und die zu Trägern eines intensiven kulturellen Lebens werden. Sie haben sich fähig gezeigt, einen großen Teil der Einwanderer zu absorbieren, und können dem Staat auf die Dauer zu einem sehr festen Gefüge verhelfen. Sie waren in der Hauptsache die Träger des siegreichen Widerstandes gegen die Araber. Es wäre also ungerecht, den erfolgreichen Start von Israel allein auf die Hilfe des Weltjudentums zurückzuführen. Es wäre aber ebenso kurzsichtig zu erwarten, die Interessen der Christenheit in Palästina wären durch einen Vertrauensvorschuß an die Juden am besten gesichert. Ihr ungebrochenes messianisches Bewußtsein steht dem im Wege.

Die religiöse Lage in Japan

Immer wieder hört man die Ansicht, daß Japan nach der schweren Niederlage des Krieges und der Absetzung des Kaisers, der zugleich die Verkörperung der Nationalreligion war, einen fruchtbaren Boden für die christliche Mission darstelle und sich bereits ein Wachsen der Kirche in Japan deutlich erkennen lasse. In Wahrheit darf man jedoch die Fortschritte der Ausbreitung des katholischen Glaubens in diesem Lande nicht überschätzen. Die Christen bilden immer noch einen minimalen Prozentsatz der Bevölkerung: nach den letzten Statistiken gibt es 119 707 Katholiken bei einer Gesamtbevölkerung von mehr als 80 Millionen. Die Erwachsenentaufen haben in den letzten beiden Jahren nur ganz bescheidene Zahlen erreicht, nämlich 4048 im Jahre 1947 und 6875 im Jahre 1948. („The missionary Bulletin", hsg. vom Katholischen Nationalkomitee in Japan, gibt leicht variierende, eher noch geringere Zahlen an). Übrigens sind die Katholiken in Japan keineswegs über das Land verteilt, sondern in einigen wenigen Gegenden, insbesondere einigen großen Städten konzentriert: in Nagasaki leben 60 000, in Tokio 11 000, in Osaka 12 000. Etwas mehr Konversionen können die verschiedenen protestantischen Kirchen verzeichnen, nämlich ungefähr 20 000 in den letzten drei Jahren.

Was die Zukunftaussichten für die japanischen Christen so ungewiß macht, ist also einmal, daß sich die Neubekehrten als ganz geringe Minderheit in einer großen andersgläubigen Umwelt befinden, deren Denkweise und deren Aberglauben sie in sich selber tragen, und dann die Tatsache, daß auch in Japan, zumal unter den Studenten und den Arbeitern, die Lehren des Kommunismus schnell fortschreitenden Anhang finden. Intellektuelle und Arbeiterschaft sind bereits von materialistisch-atheistischem Denken tief durchtränkt.

Von den alten Religionen Japans scheint der Buddhismus heute stark im Rückgang begriffen zu sein. Der Shintoismus dagegen steht immer noch in Blüte, obgleich er als offizielle Religion abgeschafft worden ist. Vor dem Krieg teilte er sich in 13 Sekten, heute umfaßt er deren 115. Diese Sekten haben Namen wie „Große Religion der Erde und des Himmels", „Religion der Mutterschaft", „Religion des Universums", „Religion der Wahrheit", „Religion der Natur", „Religion des langen Lebens" usw. Das Eigentümliche dieser Sekten, deren einige viele Millionen von Anhängern haben, besteht darin, daß sie gewisse christliche Ideen aufgenommen und dem Denken Japans angepaßt haben. Dann ergibt sich aber als Folge, daß das japanische Volk glaubt, das Christentum nicht mehr nötig zu haben, weil es seine Ideen in seiner eigenen Religion besitze. Um die Zeitschrift „Yûkyû" hat sich ein Kreis gebildet, der eine Dogmatik des Shintoismus aufstellen will und z. B. im April 1949 ein Heft über die Lehre von der menschlichen Seele herausgebracht hat. Die Vorstellungen von der Seele und ihrer Unsterblichkeit weichen jedoch von den christlichen weit ab.

An den Universitäten sind 60% der Studenten kommunistenfreundlich. Unter der Lehrerschaft der Volks- und Mittelschulen huldigen viele einem reinen Materialismus. In der Arbeiterschaft fällt vor allem der rasche Verfall der Moral auf, der durch das große Elend begünstigt wird. Die Familie, die bisher in Japan als eine heilige Einrichtung galt, beginnt zu zerfallen. Die Propaganda für die Geburtenbeschränkung dringt überall ein.

Um diesen modernen Strömungen zu widerstehen, haben die katholischen Studenten sich zu einem Nationalverband zusammengeschlossen, aber dieser umfaßt heute nur 1600 von insgesamt 400 000 Studenten an den japanischen Universitäten und Hochschulen. Doch hat dieser katholische Nationalverband eine Kraft in seinem starken brüderlichen Zusammenhalt. Der katholische Arbeiter dagegen steht vollkommen allein und wird sogar wegen seiner Überzeugungen angegriffen und benachteiligt. Es wäre nötig, daß neue Kirchenräume in Japan geschaffen würden, aber hierzu fehlen noch auf lange Zeit hinaus die finanziellen Mittel und vor allem auch die notwendigen Priester.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Christus ist auch für die ungetauften Kinder gestorben

Es ist das theologische Ereignis dieses Jahrhunderts, daß die Gemeinschaft der Erlösten neu entdeckt wurde. Die Enzyklika „Mystici Corporis Christi" hat den erstarrten theologischen Traktat von der Kirche in Bewegung gebracht. Yves Congar stellte ihn in die Mitte der Dogmatik, und von dort aus beginnt er, nach allen Seiten Licht auszustrahlen. Da nun die Kirche so wichtig geworden ist, kann es nicht ausbleiben, daß auch die Frage nach dem Schicksal all derjenigen Menschen von neuem gestellt wird, die von der sichtbaren Kirche auf Erden getrennt sind. Die Herder-Korrespondenz hat in Heft 8 des 2. Jahrganges, Seite 364 berichtet, wie der bekannte Theologe Karl Rahner die Lage der getrennten Brüder beurteilt. Seine Abhandlung endete in dem Gedanken, daß es eine „mehrschichtige Wirklichkeit der Kirche gibt" und mehrere Weisen der Zugehörigkeit zu ihr; die Kirche ist weit mehr als ihre sichtbare Schicht. Kirche im ganz universalen Sinne des Wortes ist „die durch die Menschwerdung geweihte Menschheit".

Diesen Gedanken greift E. Boudes auf, um die Frage nach dem Schicksal der ungetauften Kinder einer versöhnlichen Antwort entgegenzuführen, die quälende Frage zahlloser Mütter an den barmherzigen Gott. Darüber haben sich in den letzten Jahren eine Reihe ausländischer Theologen geäußert. In diesem Aufsatz der „Nouvelle Revue théologique" (Bd. 71 Nr. 6, Juni 1949) ist die Solidarität aller Menschen mit Christus der beherrschende Gesichtspunkt. Was hier vorgetragen wird, ist die persönliche Ansicht eines Theologen. Aber die belgischen Jesuiten haben ihr Raum geboten und damit ein gewisses Ansehen gegeben. Mit Recht. Denn sie zieht ein Dogma in Betracht, dessen allseitige Durchdringung unserem Zeitalter von der Geschichte der Theologie aufgegeben ist.

Die kirchliche Lehre

Zunächst behandelt Boudes die Lehre der Kirche über seinen Gegenstand. Zwei Offenbarungswahrheiten sind zu berücksichtigen. Christus ist für alle Menschen gestorben. Aber die Erlösung wird nur in den Menschen wirksam, die sie sich durch den Glauben und durch die Taufe aneignen. Über das Schicksal der ungetauften Kinder machte man sich am Anfang der frühchristlichen Periode noch keine Gedanken. Paulus deutet allerdings im 1. Korintherbrief (7,14) an, daß die ungetauften Kinder christlicher Eltern durch ihre Eltern geheiligt sind. Aber seine Andeutung hat sich nicht weiter entwickelt. Im Gegenteil. Die Kirche begann, die Kinder im Falle der Todesgefahr zu taufen. Sie erhob die Lehre, daß die Taufe außer dem Martyrium der einzige Weg zum Heil ist, zu ausgesprochener Gewißheit. Zu Augustinus' Zeiten hat man nicht gezögert, daraus die bittere Konsequenz zu ziehen. Der große Kirchenvater verdammt die ungetauften Kinder in die Hölle. Die Kirche hat später seine Ansicht gemildert. Sie lehrt, daß diese unglücklichen Geschöpfe nicht zu leiden brauchen. In diesem Sinne sind sie nicht verdammt. Aber sie sind auch nicht im Himmel. So ist der Begriff des „Limbus" entstanden, ein Begriff, der allerdings bis heute nicht mehr ist als ein Gegenstand theologischer Meinung keine Glaubenswahrheit und auch keine undiskutable Folgerung aus einer Offenbarungslehre. Zwar glauben wir, daß ein Mensch im Stande der Erbsünde nicht zum Heil gelangt, aber die Kirche behauptet nirgends, daß es Menschen gibt, die in diesem Zustand in die Ewigkeit hinübergehen.

Die Solidarität der Menschheit

Die Menschen sind mit Christus solidarisch. Es ist der Augenblick gekommen, damit Ernst zu machen. Die Taufe oder der reuige Gehorsam gegen Gottes Stimme im eigenen Gewissen (votum baptismi) ist der normale Weg, diese Solidarität zu verwirklichen. Aber befinden sich nicht die Kinder, die vor der Taufe sterben, in einer ungewöhnlichen, ja geradezu einzigartigen Lage? Sie tragen die Folgen ihrer Gemeinschaft mit Adam. Aber Christus ist in einem volleren Sinne Repräsentant und Oberhaupt der Menschheit als Adam, was Paulus im Römerbrief (5, 18 ff) so eindrucksvoll darstellt. Die Gnade wiegt mehr als die Sünde. Ursprung, Grund und Motiv dafür, daß Gott die Menschen solidarisch schuf, war seine Liebe zu ihnen. „Gott will, daß alle Menschen gerettet werden ... denn es gibt nur einen Gott und einen Mittler" (1. Tim. 2, 4). Man kann sich also schwer vorstellen, daß trotzdem eine ganze, zahlenmäßig ungeheuer große Gruppe von Menschen ohne ihr persönliches Verschulden nach dem Tode außerhalb dieser Solidarität, außerhalb der Verbindung mit Christus gestellt werden soll. Die Verdammten in der Hölle verharren darin, den Herrn abzulehnen. Sie haben also eine, wenn auch gegensätzliche Beziehung zu ihm. Die ungetauften Kinder dagegen mit ihrer „natürlichen Seligkeit" stünden ganz und gar außerhalb und abseits.

Die Bewohner des Limbus werden, wie man annimmt, im Besitz ihres Leibes sein. Ist aber nicht die Auferstehung des Fleisches eine Weise der Teilnahme an der Auferstehung Christi? „Der Sold der Sünde ist der Tod". Die Solidarität dieser Kinder mit Adam hat ihnen den Verlust des Privilegs der Unsterblichkeit des Leibes eingetragen; nur die Solidarität mit Christus kann es ihnen wiedergeben. „Durch einen Menschen ist der Tod gekommen, durch einen Menschen kommt die Auferstehung der Toten" (1. Kor. 15, 21). Wenn also die ungetauften Kinder sicherlich dem Leibe nach an der Solidarität der Menschheit mit Christus teilnehmen, kann man ihren Seelen diese Teilnahme versagen? Paulus spricht so oft und so ergreifend von der Vereinigung aller Geschöpfe mit Christus, daß man nicht recht einsieht, wie es zugehen soll, daß die ungetauften Kinder davon ausgeschlossen bleiben. Werden sie doch, da sie nur mit „natürlicher Gotteserkenntnis" begabt sind, das Werk und die Herrlichkeit ihres Erlösers, der auch für sie gestorben ist, nicht einmal zu erkennen vermögen, geschweige denn, daß sie daran teilnehmen. Vielleicht lösen sich alle Schwierigkeiten, wenn man annehmen darf, daß tatsächlich überhaupt kein Mensch in jenem Seelenzustand hinübergeht, der ihn zu diesem schattenhaften Dasein verurteilen würde.

Ersatz für die Wassertaufe

Aber gibt es eine Möglichkeit sich vorzustellen, wie die Ungetauften in den Genuß der Gemeinschaft mit Christus kommen könnten? Erwachsene haben es in der Hand, dem Zug der Gnade zu folgen und wenigstens zu einem impli-

ziten Glauben zu gelangen. Aber die Kinder? Bei ihnen spielt das Moment der persönlichen Entscheidung in keinem Fall eine Rolle. Die Kindertaufe ist wirksam ohne den Glauben des Kindes. In neuerer Zeit ist die Hypothese aufgetaucht, Gott könnte vielleicht auch die Kinder im Augenblick des Todes vor eine persönliche Entscheidung stellen. Das widerspricht zwar unseren Erkenntnissen von der Psyche des Kindes, aber was können wir davon wissen, was im Augenblick des Sterbens geschieht? Jedenfalls ist diese Hypothese nicht unwahrscheinlicher als die andere, daß die ungetauften Kinder, nachdem sie gestorben und in den Limbus eingegangen sind, plötzlich zu vollem Bewußtsein erwachen. Aber darauf kommt es weniger an. Was hauptsächlich gegen jene erwähnte Hypothese ins Gewicht fällt, ist der Umstand, daß die Kirche sie nicht in ihre Lehre aufgenommen hat. Man kann deshalb nicht von ihr ausgehen, wenn es sich darum handelt darzulegen, wie die Solidarität zwischen Christus und den ungetauften Kindern wirksam wird.

Ein anderes Lehrstück bietet eine bessere Gelegenheit anzuknüpfen. Die Kirche verehrt die Unschuldigen Kinder als Heilige, weil sie ihr Blut für Christus vergossen haben. Es gibt also außer der Taufe noch eine andere Weise, in der ein Kind, ohne sich zu entscheiden, in die Gemeinschaft mit Christus eingeht. Jene Kinder haben zweifellos ihr Martyrium unbewußt und ungewollt erlitten. Es handelt sich nicht um einen Akt der Liebe zu Christus. Wenn man ihre Rechtfertigung mit dem Versprechen des Herrn begründet, daß er diejenigen vor seinem Vater im Himmel bekennen wird, die ihn selbst vor den Menschen bekannt haben, hat man den Worten des Herrn eine Bedeutung beigelegt, die sie in seinem Munde nicht besaßen; denn er sprach von einem freien Bekenntnis im Angesichte der Verfolger. Hier liegt ein Fall vor, in dem die Theologen nach einem Schriftwort suchten, um eine längst geübte Praxis, eine spontane gläubige Überzeugung biblisch zu rechtfertigen. Für unser Anliegen ergibt sich aus der Verehrung der Unschuldigen Kinder, daß der Tod an und für sich wenigstens kein Hindernis dafür ist, daß das Gesetz der Solidarität mit Christus in Kraft tritt. Der Tod hat Gottes ursprünglichen Plan geändert, nach dem ein jeder Mensch zur Reife kommen und sich dann persönlich entscheiden sollte. Aber so mächtig war er nun wieder nicht, daß er die Gemeinschaft mit Christus für seine Opfer völlig unmöglich machen konnte. Dann wäre ja die Gemeinschaft mit Adam tatsächlich stärker als die Gemeinschaft mit Christus. Die Bluttaufe der Unschuldigen Kinder legt es nahe, auch in unserm Fall nach Gründen und Möglichkeiten zu schauen, die sich aus der sozialen Natur des göttlichen Heilsplanes ergeben.

Die volle Tragweite der Solidarität

Jene Theologen, die der Meinung sind, die ungetauften Kinder von der ewigen Seligkeit ausschließen zu müssen, sehen sich dazu gezwungen, weil die Erbsünde eine soziale Tatsache ist. Sie kommt über den Menschen, weil er zur Menschheit gehört und ohne persönliches Tun oder Zutun. Muß man diesen Gedanken nun nicht auch weiterführen und bedenken, daß die Erlösung ebenfalls zunächst eine soziale Tatsache ist, die jedem Glied der Menschheit zuteil wurde? Mit welchem Recht wird diese Solidarität in unserer Frage unterdrückt, während man der Gemeinhaftung mit Adam freien Lauf läßt? Ward nicht die Gnade, da die Sünde sich gehäuft hatte, noch mächtiger, wenn man dem Apostel Paulus Glauben schenkt? (Röm. 5, 20). Kann man es eine „Macht der Gnade" nennen, wenn der Herr daran gehindert ist, Menschenkindern, die keine Möglichkeit besaßen, sich zu ihm zu bekennen, diese Gnade zu schenken?

Schon das Beispiel von den Unschuldigen Kindern, dann aber auch die traditionelle Lehre über das „votum baptismi", die sogenannte Begierdetaufe, zeigt uns, daß die persönliche Unmöglichkeit, sich bewußt durch einen Akt des Glaubens für Christus zu entscheiden, nicht stark genug ist, die Wirkung der Erlösung aufzuheben, weil die Erlösung den Menschen in seinem sozialen Zusammenhang mit der Menschheit ergreift, oder einfacher und schöner ausgedrückt, da Gott den Menschen liebt, weil er ein Mensch ist. Diese Liebe ist vielleicht doch erfinderisch genug, auch den ungetauften Kindern ein Mittel darzubieten, das die Wassertaufe ersetzt, und für sie ein „votum baptismi" bereitzuhalten.

Der Begriff des „votum baptismi", der Begierdetaufe, schließt an und für sich schon Raum für eine sehr breite Deutung in sich. Enthält er da, wo man ihn auf die Heiden anwendet, die von einer Taufe, ja von Christus überhaupt nichts wissen, immerhin noch die Vorstellung von einer persönlichen Entscheidung des Gewissens, so fällt dieses persönliche Moment im Falle der Unschuldigen Kinder ganz und gar fort. Ihre Rechtfertigung erfolgt ohne jedes persönliche Zutun. Nur ihr Blut zeugt für sie. Gibt es nun nicht aber auch jemanden, der für die ungetauften Kinder zeugen kann? Gibt es nicht die Kirche, die „durch die Menschwerdung geweihte Menschheit" — um den Ausdruck Rahners zu gebrauchen? Die Kirche setzt ja das Werk des Erlösers fort, seitdem sie „am Kreuz geboren wurde", damit der Herr durch sie „sein Amt als Oberhaupt der gesamten Familie der Menschheit vollkommen ausübe", wie Pius XII. sagt. Die Kirche erfüllt schließlich nur die eine Aufgabe, die Ordnung zwischen Gott und den Menschen wiederherzustellen. Sie erfüllt diese Aufgabe mit der größten Weite und Nachsicht im Falle, daß ein Mensch schuldlos daran gehindert ist, persönliche Voraussetzungen für seine Rechtfertigung zu schaffen. Ist es unmöglich anzunehmen, daß die Kirche fähig und willens wäre, namens der ungetauften Kinder das „votum baptismi" auszusprechen? Ist es nicht in den vielfältigen Bitten um das Heil aller Menschen enthalten? Wird doch in der Messe der „Kelch des Heiles" für das „Heil der ganzen Welt" erhoben! Man gedenke in diesem Zusammenhang auch der Karfreitagsliturgie, deren Universalität in der Fürbitte so ergreifend ist. Ein Gedanke dieser Art ist schon einmal in der Dogmengeschichte vorgebracht worden, und zwar von Cajetan. Auf dem Konzil von Trient ist er nicht verworfen, sondern zurückgestellt worden. Cajetan hatte von der Fürbitte der Eltern solcher Kinder gesprochen, die sterben müssen, ehe sie das Licht der Welt erblickt haben. Im Licht der Entwicklung des Dogmas vom „Corpus Christi mysticum" tritt jetzt die Kirche in ihrer Gesamtheit in die Rolle der ersten und mächtigsten Fürsprecherin der Menschheit und aller ihrer Glieder.

Boudes sagt am Schluß seines Aufsatzes noch einmal, daß er nichts weiter tun wolle, als die dogmatischen Prinzipien entwickeln, die für unsere Frage in Betracht kommen. Über die Anwendung dieser Prinzipien zu entscheiden, ist Sache der Kirche. Vielleicht, sagt er, wird das Schicksal der ungetauften Kinder bis zum Jüngsten Tage ein Ge-

heimnis Gottes bleiben. Gott hat uns die Heilswege gezeigt, die für uns bestehen, die wir in einer normalen Lage sind. Die außerordentlichen Wege der Gnade zu enthüllen, wäre vielleicht eine Einladung zu vermessenem Vertrauen gewesen. Es genügt, wenn wir kindlich hoffen und vertrauen dürfen.

Die Wurzeln des Antisemitismus

„Der Christ fragt sich manchmal, an was der Jude wohl während der Zeit seiner Verfolgung gedacht haben mag", so beginnt ein französischer Jude, der sich Rabi nennt, einen Bericht über eine Anzahl von Schriften der letzten Jahre, in denen sich Juden über das Judenproblem geäußert haben. Der Bericht ist veröffentlicht worden im Juni-Heft des „Esprit" unter dem Titel „Meditationen am Ausgang der Nacht" (Méditations au sortir des ténèbres). Wie der aus dem Grab herauskommende Lazarus, so sagt Rabi, war das jüdische Volk, als es aus den entsetzlichen vier Jahren herauskam, gleichsam verwirrt und schwieg. Dann aber hat es zu sprechen begonnen, um die Gedanken wiederzugeben, die es sich in der dunklen Nacht über sein Schicksal gemacht hat. Warum die Verfolgung? Darauf sind die allerverschiedensten Antworten gegeben worden. In fast allen spielt das Verhältnis des Christentums zum Judentum die entscheidende Rolle, wenn auch schon versucht worden ist, auch das Phänomen des Antisemitismus auf Grund der marxistischen Geschichtsauffassung materialistisch zu erklären (Abram Léon, Conception matérialiste de la question juive): da ist dann die Absonderung der Juden ein Bestandteil der Welt des Feudalismus und der Antisemitismus heute eine zum Paroxismus gesteigerte Reaktion gegen deren Fortbestand.

Der jüdische „Gottesmord"

Aber die üblichen Argumente sind ganz anderer Art. Die erste Schrift, deren Gedankengang Rabi wiedergibt, ist ein Buch des Historikers Jules Isaac mit dem Titel „Jésus et Israël". Isaac erklärt den Antisemitismus des Nationalsozialismus als die giftige Frucht einer jahrhundertealten christlichen Überlieferung, die auf einer tendenziösen Interpretation der Heiligen Schrift beruhe. Isaac bekennt, keiner Konfession anzugehören; eben darum fühlt sich der gläubige Jude Rabi gedrängt, die Behauptungen Isaacs von seinem Standpunkt aus richtig zu stellen.

Isaac verlegt die Wurzel des Antisemitismus in den Vorwurf des „Gottesmordes", den die Christenheit auf Grund ihrer Interpretation der Heiligen Schrift gegen die Juden erhoben hat. Er nimmt den Bericht der Evangelien über den Prozeß Jesu im ganzen als authentisch. Aber er sagt, daß er falsch interpretiert sei, wenn man auf ihn die Anklage gegen ganz Israel gründe, es habe sich obstinat geweigert, das Wort Jesu zu hören. Zu jener Zeit bestand bereits die jüdische Diaspora. Dreiviertel des Volkes lebte bereits in der Zerstreuung (und gerade dieser besondere Umstand hat die schnelle Verbreitung des Christentums in seinen Anfängen ermöglicht). Wie viele Juden also haben Jesus überhaupt predigen hören können? Wie oft und wie lange? Unmöglich, dies genau zu sagen. Wenn aber Jesus sich Israel niemals als Gottessohn offenbart hat, wie könnte es ihn verworfen haben? Das jüdische Volk als Masse hat ihn überhaupt nicht gekannt. Und auch Jesus hat sein Volk nie verworfen. Seine harten Urteile richten sich immer nur gegen die Pharisäer, und zwar gegen das Pharisäertum aller Zeiten, aller Länder, aller Religionen, auch der christlichen.

Das Todesurteil über Jesus aber konnten die Juden gar nicht verhängen. Der Sanhedrin hatte gegenüber der römischen Besatzungsmacht nur die Aufgabe der Information; diese dagegen verhängte und vollzog das Urteil. Schuldig sind also nur die Römer und die Gruppe der Sadduzäer, eine zynische und schlecht beleumundete Oligarchie. Das jüdische Volk aber hat nichts damit zu tun. Es ist also absurd, diesen Gottesmord bis auf den heutigen Tag der gesamten jüdischen Rasse zum Vorwurf zu machen.

Die Verstocktheit der Juden

Andere jüdische Gelehrte haben diese Frage des „Gottesmordes" ebenfalls und mehr oder weniger im gleichen Sinn untersucht. Aber Rabi wehrt sich mit Leidenschaft dagegen, überhaupt auf dieses Ereignis vor zweitausend Jahren eine Anklage gegen das jüdische Volk aufzubauen. Selbst wenn es wahr sein sollte, sagt er, daß die Menge der Juden damals wirklich jenen furchtbaren Schrei ausgestoßen hat: „Sein Blut komme über uns und unsere Kinder", wie sollte der einzelne Jude heute, nach 19 Jahrhunderten, er selber und seine Kinder, für die Schuld derer verantwortlich sein, deren geistiges Erbe er weiterträgt? „Mein ganzes Wesen lehnt sich aufs heftigste gegen die Idee einer Kollektivverantwortung auf. Es gibt keine Kollektivschuld, nicht einmal für die Deutschen. Es gibt nur individuelle Verantwortung und individuelle Schuld". Nein — nicht der einstige „Gottesmord" ist die Wurzel der Feindschaft, die sich Israel zugezogen hat, sondern die stumme und zähe Hartnäckigkeit, mit der sich die jüdische Welt geweigert hat, die Gottheit Christi anzuerkennen. Seit zwei Jahrtausenden wartet die Christenheit darauf, daß das jüdische Volk sich unterwirft, sie lauert auf das leiseste Wort des Nachgebens. Aber Überredung, Flehen und Drohen, alles ist vergeblich gewesen. Schließlich geriet die christliche Welt gegenüber diesem Starrsinn in Raserei und schlug zu. Sartre, der ebenfalls in seinen berühmten „Réflexions sur la question juive" das Phänomen des Antisemitismus zu erklären versucht hat, hat also recht, wenn er den passionalen Charakter der Judenverfolgungen betont und darin eine Folge des Drängens nach Reinigung der Gesellschaft sieht. Nach der Ansicht Rabis hat der Antisemitismus letzten Endes nichts mit dem Verhalten des jüdischen Volkes gegenüber Christus zu tun, sondern einfach mit der Tatsache, daß Christus existiert und das Judentum existiert, zwei Gestalten des Religiösen, die dazu bestimmt sind, ob sie wollen oder nicht, bis zum Ende der Zeiten einen ewigen blutigen Dialog miteinander zu führen.

Der jüdische Nationalismus

Die beiden bisher versuchten Interpretationen des Antisemitismus betreffen im wesentlichen die Wurzeln des Judenhasses innerhalb der Christenheit. Es gibt aber auch andere Wurzeln, die im jüdischen Volk selber liegen. Um diese geht es in einem Buch des Historikers Klausner, eines hervorragenden Gelehrten der Universität Jerusalem. Er ist der Verfasser des einzigen, von einem gelehrten Juden in hebräischer Sprache geschriebenen Lebens

Jesu; er hat die christlichen, die römischen und die jüdischen Quellen gleichermaßen verarbeitet. In seiner Darstellung erscheint Jesus als der, der die nationalen Überlieferungen bedroht. Er durchbrach an vielen Stellen das Gesetz, und das Gesetz war das stärkste Band der Nation. Dies spürte das Volk, es ahnte dunkel, daß sein nationales Leben auf dem Spiel stand, und das Urteil über Jesus war ein Reflex dieses bedrohten Nationalbewußtseins. Für den gläubigen Juden ist Jesus nicht Gott noch Gottes Sohn noch Messias, kein Prophet, kein Gesetzgeber, kein Religionsgründer und kein Schriftgelehrter. Er ist ein großer Moralist, hervorgegangen aus der echten jüdischen Tradition. Aber er sprengte die überlieferte Moral, indem er sie von den nationalen Bedürfnissen löste: gegenüber den politischen Mächten und der feindlichen Besatzung verhält er sich gleichgültig. Gegenüber dem Bösen predigt er die physische Widerstandslosigkeit. Er macht die Grundlagen der Familie fraglich und stellt das Gesetz auf indirekte Weise in Frage. Welche moderne Nation, so fragt Klausner, würde heute ohne Widerstand Jesus aufnehmen?

Anklage gegen die Christen

Mehr dürft ihr, so sagt Rabi, von einem gläubigen Juden nicht erwarten. Ihr könnt nicht verlangen, daß wir an die Gottheit Jesu glauben. Der Druck von zweitausend Jahren hat uns nicht dahin bringen können. Gerade diese Weigerung verbindet uns ja mit dem mystischen Leib Israels. Die Begegnung mit Jesus jedoch bleibt eine tragische Konjunktur der Geschichte. Werden wir uns niemals von deren Grausamkeit befreien können? „Wenn es wahr ist, daß wir ihn ans Kreuz geschlagen haben, so wißt ihr Christen wohl, daß es nicht wahr ist, daß die heiligen Frauen ihn vom Kreuz heruntergeholt und seinen geschlagenen Leib gewaschen hätten. Dessen sind wir Zeugen. Ich sage euch, daß er immer noch am Kreuz hängt, daß er ständig leidet und sein Todeskampf fortdauert. Ich sage euch, daß ihr ihn nicht abgenommen habt. Und daran ist nicht unsere Weigerung schuld. Daran ist eure Sünde schuld, unsere Sünde, das Böse der ganzen Welt".

Eine christliche Stellungnahme

So ergibt sich am Ende des Berichtes von Rabi eine Art gegenseitiger großer geschichtlicher Anklage: die Christenheit wirft dem Judentum seine Verstocktheit vor, aber auch das Judentum hat der Christenheit den Vorwurf seiner unaufhörlich fortgesetzten Sündhaftigkeit zu machen.
Der Christ verlangt nun aber doch noch nach einem abschließenden Wort aus seinem eigenen Glauben heraus. So folgt auch in „Esprit" auf den Artikel von Rabi noch ein ganz kurzer Anhang eines Christen, Henri Marrou, der noch einmal zurückgreift auf das Buch von Isaac als auf die leidenschaftlichste der hier betrachteten Anklagen. Er begrüßt die Kritik Rabis an der Behauptung Isaacs, der Vorwurf des Gottesmordes sei die eigentliche Wurzel des religiösen Antisemitismus. Nicht die Verurteilung Jesu zum Tode ist der Grund des Hasses der Christen gegen die Juden, sondern ihre Leugnung seiner Gottheit. Auch im Prozeß Jesu ist es schon diese Leugnung seiner Gottheit, durch die sich die jüdischen Hohenpriester und das Volk von der Erlösung ausgeschlossen haben.
Daß allerdings die Rolle der Juden als Instrument der Tötung Jesu dazu beigetragen hat, bei naiven Christen den Judenhaß zu rechtfertigen, ist leider nur zu wahr. Aber eine Tatsache ist es auch, daß die Kirche immer gelehrt hat, der tiefste Grund der Kreuzigung Jesu seien nicht die Juden, sondern unser aller Sünden, und selbst der ungebildetste Christ weiß und bekennt diese Wahrheit. Daß gerade die Kirche nicht, wie Isaac meint, den Judenhaß predige, hat sich in der Zeit des Nationalsozialismus darin bewiesen, daß gerade gläubige Christen daran nicht teilgenommen haben und viele Juden unter diesen überzeugten Katholiken oder Protestanten die opferbereitesten Helfer fanden. Der tiefste Grund zu dieser Hilfsbereitschaft war sogar vielleicht nicht einmal in erster Linie die Empörung über das Unrecht, sondern eine gleichsam elementare Reaktion auf die Blasphemie der nationalsozialistischen Weltanschauung: in den Juden erschien ihnen auch die Christenheit mit verfolgt. Denn in der Person Israels, des Volkes Gottes, wurde auch unser Gott verhöhnt, der Gott Abrahams, der durch den Propheten Zacharias gesagt hat: „Wer euch angreift, greift Meinen Augapfel an".
Nicht also die Lehre der Kirche hat den Juden so sehr geschadet, als vielmehr jene Perfidia Judaica, die Ungläubigkeit der Juden, ihre hartnäckige Weigerung, den Sohn Gottes anzuerkennen, mit der sich das jüdische Volk von der Christenheit abgesondert hat, worauf diese in ihrem barbarischen Untergrund mit Haß reagiert hat. So besteht denn das einzige Mittel, der Wiederholung der Greuel der jüngsten Vergangenheit vorzubeugen, darin, bei den gläubigen Christen ihr Glaubensbewußtsein zu reinigen, so daß die tatsächliche Unvereinbarkeit ihres Weges zum Heil mit dem der Juden nicht mehr zu Haß, sondern zu einer förderlichen „heiligen Eifersucht" werde.

Das Wesen der Geschichtlichkeit im Schöpfungsbericht

Die Päpstliche Bibelkommission hat im Auftrag des Heiligen Vaters im Jahre 1948 ein Schreiben an Kardinal Suhard von Paris zur Klärung der katholischen Haltung gegenüber den Problemen des biblischen Schöpfungsberichtes gerichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 7, S. 313), dessen Abfassung selber schon beweist, daß das Ringen um ein Verständnis des Verhältnisses zwischen den Erkenntnissen der Naturwissenschaften und den Aussagen des von Gott inspirierten Buches über die Anfänge der Welt und des Menschen für Theologen und Gläubige zu den wichtigen Anliegen auch unserer Zeit gehört. Der biblische Schöpfungsbericht und die ganzen ersten elf Kapitel des Buches Genesis geben sich als geschichtlicher Bericht und sind in früheren Zeiten von der Christenheit auch als solcher aufgenommen und wörtlich geglaubt worden. Seit die wissenschaftlichen Forschungen unsere Vorstellung von den Gesetzen der Welt, der Entstehung der Erde und dem Auftreten des Lebens auf ihr mit immer zahlreicheren, dem biblischen Schöpfungsbericht fernliegenden Tatsachen bereichert haben, so daß von hier aus selbst eine breite geistige Strömung aus dem christlichen Raum ausbrach, hat sich für das gläubige Denken, wenn es sich nicht vor den Erkenntnissen der Wissenschaft verschließen wollte, die Frage erhoben, was denn nun eigentlich dieser biblische Schöpfungsbericht bedeutet. Als Bestandteil der Heiligen Schrift muß er Wahrheit enthalten; doch welche Art von Wahrheit?

In der französischen Zeitschrift „La Vie Intellectuelle" hat A.-M. Dubarle einen Aufsatz veröffentlicht mit dem Titel: „Das Drama des Heils in der Genesis". Er geht dabei aus von zwei französischen Veröffentlichungen: J. Guitton, „Le développement des idées dans l'Ancien Testament", und J. Chaine, „Le Livre de la Genèse", die er nicht referiert, sondern deren wichtigstes Prinzip er darlegt. Die Bedeutung seiner Analyse besteht darin, daß sie den besonderen Charakter dessen, was man im biblischen Schöpfungsbericht das Geschichtliche nennen kann, herausarbeitet.

Die Geschichtlichkeit der ersten Kapitel der Bibel

Die wissenschaftliche Textkritik hat festgestellt, daß die Genesis und der ganze Pentateuch nicht auf einen Wurf entstanden ist. Die endgültige Fassung, sicher später als Moses, ist jedoch von dem Chronisten in einer ganz anderen Weise zusammengestellt worden, als das heute geschähe, wenn eine Kette von Geschehnissen aus verschiedenen Quellen erschlossen werden sollte. Das hat einen ganz bestimmten Grund. Dem Verfasser kam es nicht, wie dem heutigen Historiker, auf sachliche Genauigkeit an. Ihm kam es darauf an, in der irdischen Geschichte die Vorsehung Gottes am Werk zu zeigen. Ihm lag es am Herzen, einen verborgenen Aspekt der Wirklichkeit zu enthüllen. Die verborgene Bedeutung dessen zu erkennen, was am Anfang der Welt geschah, war jedoch nicht sogleich möglich: mehrere Chronisten, mehrere Berichterstatter hatten sich daran versucht, und die Spuren dieser mehrfachen Ansätze sind in der endgültigen Redaktion erhalten geblieben. So war ja auch später zu Lebzeiten Moses' dessen heilsgeschichtliche Bedeutung nicht sogleich erkannt worden, sondern man verstand sie erst lange nach seinem Tode.

Aber die Berichterstattung der Bibel über die Erschaffung der Welt und die ersten Zeiten des Menschengeschlechts ist, auch wenn sie nicht nach unseren Methoden der Geschichtsschreibung verfährt, dennoch etwas ganz anderes als die Mythen der Heiden, deren Bedeutung nicht darüber hinausgeht, gewisse allgemeine Wahrheiten über die menschliche Natur und die sichtbare Welt in Symbolen auszudrücken. Der Bericht der Genesis ist zwar nicht in dem Sinne historisch, daß er sich auf eine kritische Wertung glaubwürdiger Zeugnisse stützte oder eine treue Weitergabe der Erinnerungen direkter Zeugen darstellte. Er ist jedoch Geschichte in dem Sinn, daß er eine Reihe von geschichtlichen Erinnerungen als sinnvoll verknüpftes Geschehen darstellt. Seine Wahrheit besteht darin, daß er die auf die Heilsgeschichte des Menschen bezogenen Akte Gottes in ihrem wesentlichen Charakter und Sinn hinstellt, so wie sie dem Chronisten der alten Zeit faßbar und seinem Volk verständlich waren. Die Akte Gottes in dem Bericht der Genesis sind reale (geschichtliche) Akte, deren für die Heilsgeschichte entscheidende Seite, wie die Heilige Schrift sie überliefert, jedoch nicht in der Beantwortung der Fragen liegt, die wir heute an die wissenschaftliche Erkenntnis stellen, sondern in jenen bedeutungsvollen Wahrheiten, die sie über unsere irdische Existenz uns erschließen.

Am Ende dieser Frühgeschichte steht Abraham, mit dem die eigentliche Geschichte und die Verheißung der Erlösung beginnt. Die elf Kapitel der Genesis vor Abraham sind dazu da, die Ereignisse zu berichten, die dazu geführt haben, daß die Menschheit der Erlösung bedürftig wurde. Seit der Erschaffung der Welt haben die menschlichen Fehler immer wieder das göttliche Werk gestört und eine Wiederherstellung notwendig gemacht. Das ist der Inhalt der Frühgeschichte, wie sie die Bibel sieht. Sehr wirkliche Ereignisse werden uns in diesen Kapiteln erzählt, aber nicht mit ihren individuellen Einzelheiten. Die individuellen Züge, auch wenn sie die dichterische Gestaltung echter Erinnerungen sein mögen, haben doch vorwiegend nur einen symbolischen Wert. Der Verfasser der Genesis hat die verschiedensten Überlieferungen, die in seinem Volke verbreitet und auch bereits aufgeschrieben waren, gesammelt, um damit ein Bild nicht von den Einzelheiten der Vorgänge, sondern von der sittlichen und religiösen Bedeutung der Zeit vor Abraham zu geben. Daß dieser Bericht aus verschiedenen vorhergehenden Berichten zusammengesetzt worden ist, entspricht nur der Tatsache, daß die göttliche Wahrheit die Dimensionen eines menschlichen Geistes und die Ausdrucksmöglichkeiten der Sprache übersteigt. Die gleiche Wirklichkeit mußte von mehreren verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet werden, um ihren wahren Sinn zu offenbaren, wie ja auch das Wirken Jesu von vier Evangelisten aufgezeichnet werden mußte. Es ist die Eigentümlichkeit der Heiligen Schrift, daß sie wiedergibt, „wie Gott durch die Propheten zu vielen Malen und auf vielerlei Weise" (Hebr. 1, 1) gesprochen hat. Jeder kann versuchen, sich die in dieser Weise überlieferte Botschaft in ihrer Fülle anzueignen. Aber nur der Kirche als Ganzem steht es zu, mit der Vielfalt ihrer theologischen Schulen und geistlichen Familien und mit ihren mannigfachen Tendenzen die in der Schrift enthaltene Offenbarung vollkommen zu entfalten.

Der religiöse Gehalt der biblischen Schöpfungsgeschichte

In einem zweiten Teil seines Aufsatzes geht nun Dubarle dazu über, diese Wahrheit in den Berichten der Genesis an einigen Beispielen darzulegen. Der Schöpfungsbericht der Bibel gehört zweifellos dem Typ der alten Kosmogonien an. Wenn man ihn jedoch z. B. mit der babylonischen Kosmogonie vergleicht, so wird der eigentliche religiöse Gehalt des biblischen Berichtes deutlich: während im babylonischen Mythos dem Weltschöpfer feindliche Mächte entgegenstehen, zeigt der biblische Bericht, wie Gott allein, durch sein bloßes Wollen, die Welt ins Dasein bringt. Die Art, wie in den sechs göttlichen Tagewerken wohlgeordnet die Schöpfung mit all ihren Bereichen entsteht, offenbart unter diesem anthropomorphen Bild die absolute Freiheit und Macht Gottes. Gott schuf die Welt, und sein Werk war gut. Darauf kommt es in der Schöpfungsgeschichte an, nicht auf die Einzelheiten. Daß es dem Verfasser der Genesis in der Tat nicht auf die Einzelheiten ankam, geht schon daraus hervor, daß er sofort nach dieser ersten Schöpfungsgeschichte eine zweite bringt, die keineswegs mit der ersten übereinstimmt. In diesem zweiten Schöpfungsbericht setzt die Erzählung vom Paradies und dem Fall der ersten Menschen eine dürre Erde am Beginn voraus, nicht ein flüssiges Chaos. In dieser Wüste formt Jahwe aus Staub den Mann und läßt dann um ihn herum den Garten Eden erstehen, und schließlich schafft er das Weib aus der Rippe des Mannes. In diesem Bericht geht es im letzten Grunde darum zu beweisen, daß die Einheit der beiden Geschlechter in der Ehe von Gott gewollt ist, wie es dann Christus für den Neuen Bund bestätigt hat.

Diese Kapitel 2 und 3 der Genesis stellen mit großer psychologischer Feinheit die Grundzüge der menschlichen Situation dar und geben für eine Anzahl von Tatsachen gute Gründe an, nämlich dafür, daß die Frau dem Mann untergeordnet sein soll; daß sie ihre Kinder in Schmerzen gebiert; warum es schädliche Pflanzen auf Erden gibt; warum der Mensch im Schweiße seines Angesichtes sein Brot verdienen muß; warum es den Tod gibt; was Scham und Kleidung bedeuten; woher Feindschaft zwischen den Menschen und der Tierwelt besteht; warum ein ständiger sittlicher Kampf nötig ist für den dennoch so leicht erschütterten Sieg des Guten; warum vor allem diese instinktive Furcht des Menschen vor Gott und diese Versuchung zur Flucht besteht, sobald Er sich bemerkbar macht. Diese Kapitel erklären, warum das menschliche Leben und der Zustand der Welt eine unentwirrbare Mischung von Gutem und Bösem ist: die Sünde ist für diese schmerzliche Verflechtung verantwortlich.

Die Frühgeschichte in der Bibel

Der Verfasser der ersten Kapitel der Genesis weiß wenig aus der Frühzeit der Menschheit. Er hat keine Vorstellung von den unermeßlichen Zeiträumen, in denen der Mensch von Jagd und von Fischfang gelebt hat, ohne noch Ackerbau und Viehzucht zu kennen. Er hat sich damit begnügt, die frühesten Erinnerungen seines eigenen Volkes aufzuzeichnen. Zu diesen gehört die Geschichte von Kain und Abel, in der gegenüber babylonischen Mythen auffällt, daß es in der Genesis für den Menschen etwas ganz Natürliches ist, daß er seine Geistesgaben anwendet, um die Erde zu seinem Vorteil zu nutzen. Keine besondere Offenbarung braucht ihn das mehr zu lehren, wie in der babylonischen Sage, und ebensowenig braucht sich der Mensch diese Gaben durch eine Auflehnung gegen Gott zu ertrotzen, wie es in der Prometheussage dargestellt ist. Jedoch wird der materielle Fortschritt nur den Nachkommen Kains anvertraut, womit vielleicht gesagt werden soll, daß er oft von einer Verkehrung der Sittenbegriffe begleitet ist oder daß ihm nichtreligiöse Geister mit der größeren Leidenschaft nachstreben.

Im biblischen Bericht haben die Menschen anfangs eine sehr viel längere Lebensdauer, die allmählich geringer wird, bis sie mit Moses die natürliche Lebensdauer erreicht. Möglicherweise steckt eine Zahlenmystik in den biblischen Altersangaben; aber auch ohne diese drückt sich in ihnen eine allmähliche Abnahme der Lebenskraft aus, in der wohl die Auswirkung des göttlichen Fluches zum Ausdruck gebracht werden soll.

In der rätselhaften Geschichte von den Söhnen Gottes und den Töchtern der Menschen, aus deren Verbindung Riesen hervorgehen, kann man vielleicht die Bemühung des Verfassers erkennen, einen Ausgleich zwischen den Überlieferungen des Volkes und der gesunden Vernunft zu suchen: die Episode ist nur eben erwähnt, ohne daß irgend welche Folgerungen für den Gang der Geschichte daraus gezogen werden.

Die Geschichte der Sintflut, die in ganz Mesopotamien bekannt war, wird von dem biblischen Autor ebenfalls um ihrer religiösen Lehre willen berichtet. Es kommt darum nicht darauf an, ob wirklich auf der ganzen Erde alle Menschen vernichtet und nur Noe und die Seinen übrig geblieben sind. Es kommt darauf an, das Gericht Gottes über die Verworfenheit der Menschen zu zeigen. Daß dann alle Nationen von einem einzigen Stammvater ihren Ausgang nehmen, bedeutet die Einsicht, daß alle Menschen zu gegenseitigem Wohlwollen und gegenseitiger Hilfe verpflichtet sind, während die natürliche Auffassung im Altertum dahin ging, daß jeder Stamm diese Pflichten nur gegenüber seinem eigenen Blut habe. Für die Genesis dagegen ist die ganze Menschheit eine große Familie, trotz aller Verschiedenheiten. Die Geschichte des babylonischen Turmbaus erklärt dann zugleich die Entstehung der Sprachen und lehrt die Unsinnigkeit aller menschlichen Versuche, eine Einheit unter den Völkern zu schaffen ohne Gottes Hilfe, wie es eine dauernde politische Versuchung ist. Eine andere Form der Wiedervereinigung der Menschheit hat Gott ins Auge gefaßt; sie beginnt mit Abraham und seiner Verheißung des Heils für alle Menschen.

So hat die göttliche Güte zu Israel in einer Sprache geredet, die seiner geringen Kenntnis über die physische Welt und die Vergangenheit der Menschheit entsprach. Aber unter dieser einfachen Form hat sie einen immer gültigen Grundriß gegeben und zugleich die Notwendigkeit und die Wirklichkeit der Erlösung offenbart.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Kirche, Kapitalismus und Kommunismus

Zu einem Artikel des Osservatore Romano und dem Dekret über die Verurteilung des Kommunismus

Graf dalla Torre, der Hauptschriftleiter des „Osservatore Romano", hat am 8. Mai in seinem Blatt einen Aufsatz über das Thema „Kirche und Kapitalismus" geschrieben. Der Aufsatz hat über die Grenzen Italiens hinaus Aufsehen erregt. In dem linksgerichteten römischen Blatt „Il Paese" erschien eine Erwiderung, und dalla Torre antwortete darauf (15. 5.). Er verwahrte sich dagegen, daß sein Artikel inspiriert gewesen sei und stellte bei dieser Gelegenheit erneut klar, daß die signierten Artikel des offiziösen päpstlichen Blattes nur die private Meinung des Verfassers wiedergeben.

Daß der Aufsatz ein so weites Echo gefunden hat, was den Artikeln des „Osservatore Romano" nicht allzu häufig beschieden ist, beweist, wie aufmerksam man zuhört, wenn jemand, der der Kurie sehr nahesteht, sich über ein so delikates Thema äußert. Der Aufsatz rechtfertigt seine Aktualität damit, daß ein Jahrestag von „Rerum novarum" bevorstehe und daß die Feiern des 1. Mai soeben vorübergegangen seien. Die Leser haben

aber eine höhere Aktualität dahinter vermutet. Wie die Erwiderung des „Paese" zeigt, waren sie nicht davon befriedigt, eine historische Darstellung der kirchlichen Lehre über Eigentum und Wirtschaft anzuhören, sondern sie wollten eine Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation und einen Bericht darüber, was die Kirche gegenwärtig tut, um den Kapitalismus zu überwinden.

Nachdem jetzt das Dekret des Hl. Offiziums über die Verurteilung der Mitgliedschaft und Mitarbeit in der kommunistischen Partei vorliegt, erhält der Aufsatz ein besonderes Gewicht, da er vielerorts zur Interpretation dieses Dekrets mit herangezogen werden wird.

Etwa die Hälfte des Aufsatzes von dalla Torre ist einem geschichtlichen Überblick gewidmet, der mit der Lehre und dem Beispiel Christi beginnt. Der Herr hatte für die Reichen nur die Mahnung zu Gerechtigkeit und Liebe und die furchtbare Warnung vor den Gefahren des Reichtums übrig. Seine Lehre, sagt der Verfasser, war der erhabene Ausdruck einer sozialen Ordnung, in deren Mittelpunkt das Gemeinwohl steht. Getreu dieser Lehre hat die Kirche durch alle Jahrhunderte die Leidenschaften der Habsucht, des Geltungstriebes und der mißbrauchten Gewalt bekämpft. Sie hat besonders dafür gestritten, daß das Geld sich nicht zu einer sozialen Macht erhebe.

Es war ein Kampf mit ungleichen Waffen. Einige Auswüchse konnten verhindert werden. Aber es konnte nicht verhütet werden, daß die wirtschaftlichen und politischen Kräfte sich der kirchlichen Ordnungsgewalt entzogen. In der autonom gewordenen Wirtschaft entwickelte sich das Kapital zu einer gesellschaftlichen Macht mit der Tendenz, die totale Herrschaft über das Gemeinwesen aufzurichten.

Diesem integralen Anspruch setzte die Kirche in „Rerum novarum" zum ersten Mal ein integrales christliches Sozialprogramm entgegen. Leo XIII. war sich der Mahnung des Apostels bewußt: „Den Reichen gebiete . . ." (1. Tim. 6, 17) und wendete sie zeitgemäß auf den gesellschaftlich organisierten Reichtum an: auf das Kapital. Die sozialen Organisationen und Werke des katholischen Europa haben ihr Bestes getan, die Lehre des Papstes in die Tat umzusetzen. Die späteren päpstlichen Lehräußerungen gaben dieser Arbeit die Richtung und präzisierten zugleich immer schärfer, daß die Kirche den Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Form verdammt. Anläßlich des fünfzigsten Jahrestages von „Rerum novarum" erklärte Pius XII.: „Die Kirche verwirft den Kapitalismus, weil er dem Naturrecht widerspricht".

Durch diese Tatsachen, sagt dalla Torre nun im zweiten Teil seiner Abhandlung, ist die Haltung der Kirche gegenüber dem Kapitalismus eindeutig klargestellt. Er ist eine ähnliche Sünde gegen die Natur wie die Geburtenkontrolle: er sterilisiert den Reichtum. Er ist dem Christentum weit mehr entgegengesetzt als das Wirtschaftssystem des Kommunismus; denn er verkehrt den Wirtschaftszweck, die Versorgung der Allgemeinheit mit Gütern, die dienende Funktion der Wirtschaft ins Gegenteil, in die Herrschaft des Goldes. Er ist in seiner Struktur atheistisch, während der Kommunismus sich mit dem Atheismus nur verbrüdert hat.

Neue Formulierung oder neue Haltung?

In diesem Zusammenhang gebraucht der Verfasser einige Formulierungen, die von manchen als publizistische Andeutung einer Wende der kirchlichen Einstellung gegenüber dem sozialen Anliegen des Kommunismus verstanden worden waren. Sie besagen jedoch inhaltlich kaum etwas anderes, als was schon immer Lehre der Kirche war. Vielleicht kann man sogar sagen, daß man sie jetzt nach dem Dekret über die Verurteilung der Mitgliedschaft und Mitarbeit in der kommunistischen Partei als einen Hinweis auf einige wichtige und notwendige Unterscheidungen lesen darf: zwischen dem Wirtschaftsziel des Kommunismus als solchem, dem faktischen Atheismus, dem er sich verbrüdert hat, und der Organisation der kommunistischen Partei, in der dieser faktische Atheismus mit all seinen Folgen zum Ausdruck und zur Auswirkung kommt. Das Dekret stellt ja die Katholiken, die mit der kommunistischen Wirtschaftsauffassung sympathisieren, vor eine Entscheidung: sie können — ohne daß diese Sympathie an sich sittlich verurteilt wird — dem faktischen Träger dieser Auffassung nicht angehören und nicht mit ihm zusammenarbeiten, da er in seiner historischen Gestalt widerchristlich ist.

Dalla Torre schreibt: „Gott hat die Güter der Erde allen Menschen gegeben. Ein Prinzip, eine Voraussetzung, ein unverletzliches Gesetz . . . Es weist uns darauf hin, daß der Kommunismus an und für sich, insofern er ein Wirtschaftssystem ist, abgesehen von seiner Philosophie, nicht so wie der Kapitalismus eine Antithese, einen Gegensatz zum Christentum darstellt. Der Kommunismus wird zu einem solchen, weil er den Atheismus bekennt und anwendet. Aber das ist ein Irrtum im Irrtum. Es ist ein ideeller Überwurf, eine Kruste, die den wirtschaftlichen Ursprung und Gehalt seines Gedankens und seiner geschichtlichen Sendung lahmlegt und entstellt — worin immer dessen innerer Irrtum bestehen und was immer er für eine Widerlegung verdienen mag. Der Kapitalismus hat keine atheistische Ideologie, er hat keine Kruste, keinen Rostüberzug von Atheismus, er ist atheistisch in seiner Struktur. Sein Gott ist das Gold und nicht Derjenige, der verkündet hat, daß das Gold allen zugänglich sein muß, komme es nun aus der Erde oder aus der Fabrik. Der Kapitalismus ist atheistisch nicht in der Form einer Philosophie, denn er hat keine solche, sondern in der Praxis, die seine ganze Philosophie ist: Betätigung unersättlicher Süchte, Betätigung von Raub, Habsucht, Tyrannei, Herrschsucht."

Diese Sätze können so verstanden werden, als wolle der Verfasser sagen, der Kapitalismus sei im ganzen unsittlich (intrinsece malum), dagegen sei das kommunistische Ordnungsbild hinsichtlich der Gesellschaft und der Wirtschaft, insbesondere die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die durch sie notwendig verursachte Übermacht der Gesellschaft oder des Staates über den einzelnen Menschen mit der christlichen Soziallehre wohl zu vereinbaren.

Graf dalla Torre hat aber bereits in seiner Erwiderung auf den Angriff des „Paese" einer mißbräuchlichen und zu weit gehenden Deutung seiner Worte vorgebeugt, wenigstens insoweit sie sich auf den Kapitalismus beziehen könnte. Er sagt nämlich in seinem Artikel vom 15. Mai: „Wir haben vom Kapitalismus nicht in der Weise gesprochen, als wäre er ausschließlich ein Faktum, sondern wir sprachen von ihm auch als von einer geistigen und weltanschaulichen Bewegung, einer Ansicht über das Leben, einer schöpferischen Macht auf dem Gebiete der Sitten, die insoweit der ideellen und sogar der doktrinären Sphäre angehört". Dalla Torre hatte also nicht die Absicht, die kapitalistische Wirtschaftsweise zu verdammen,

sondern die Weltanschauung, die mittels dieser Wirtschaftsweise gegenwärtig den westlichen Teil der Welt nahezu beherrscht.

Wie dalla Torres Ansicht vom kommunistischen Gesellschaftssystem verstanden werden muß, wird durch das Dekret des Hl. Offiziums klargestellt. Die Kirche fällt über die sozialistische Wirtschaftsweise ebensowenig wie über die kapitalistische ein Urteil. Das liegt außerhalb ihrer Zuständigkeit, weil es sittlich und religiös belanglos ist, ob die Produktionsmittel vorwiegend im Eigentum der Unternehmer oder im Eigentum der Gesellschaft sind. In diesem Sinne oder, wie dalla Torre sich ausdrückt, als „Wirtschaftssystem", ist der Sozialismus oder der Kommunismus von dem kirchlichen Urteil nicht betroffen worden und stellt die Meinung des römischen Sprechers nichts Neues dar. Die Kirche verurteilte am Sozialismus immer die „Philosophie". Sie verurteilt den dialektischen Materialismus und seine gesellschaftspolitischen Forderungen, also den Klassenkampf, den Versuch, die bestehende Wirtschaftsordnung gewaltsam zu verändern und eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufzurichten, in die außer dem sittlich indifferenten Grundsatz über das Eigentum an den Produktionsmitteln verschiedene Folgerungen aus dem philosophischen Vorstellungsbild des dialektischen Materialismus unlöslich hineingewoben sind. Das heißt also, die Kirche ist die unerbittliche Richterin über den konkreten Kommunismus, wie er sich in der heutigen Welt vorfindet.

Die katholische Soziallehre, namentlich die Enzyklika „Quadragesimo Anno", hat freilich auch eine Meinung über das Eigentum an den Produktionsmitteln. Sie lehnt ihre unterschiedslose Vergesellschaftung ab, sie kennzeichnet damit also den Sozialismus, auch sofern er nur eine bestimmte Wirtschaftsweise fordert, als Irrtum. Jedoch handelt es sich in diesem Falle nicht um einen sittlichen, sondern um einen wirtschafts- bzw. sozialtheoretischen Irrtum. Er ist keine Antithese, kein Gegensatz zum Christentum, sondern ein Gegensatz zu der von der kirchlichen Soziallehre verkündeten Ansicht vom sachgerechten Wirtschaften. Genau dies sagt, wenngleich zwischen den Zeilen, Graf dalla Torre, wo er von dem inneren Irrtum des wirtschaftstheoretischen Gehalts der marxistischen Lehre spricht.

Der Sinn des Osservatore-Aufsatzes dürfte also darin zu suchen sein, daß dalla Torre einen Unterschied wieder hervorhob, der oft außer acht gelassen wird, der aber vielleicht eine Verständigung mit jenen rein wirtschaftstheoretischen Sozialisten erleichtert, die mit der Philosophie des dialektischen Materialismus nichts zu tun haben wollen. Von ihnen sind wir nicht durch ein sittliches Gesetz und einen religiösen Glauben getrennt, sondern lediglich durch eine sozial- oder wirtschaftstheoretische Erkenntnis, die sich die kirchliche Soziallehre zwar zueigen macht, für die sie aber keineswegs den Anspruch auf Unfehlbarkeit erhebt.

Entschuldigung der Kirche

Es ist also eine Verleumdung, sagt dalla Torre, die Kirche als Verbündete dieses weltanschaulichen Kapitalismus hinzustellen. Um den Schein der Gerechtigkeit zu wahren, sprechen denn auch die Gegner lieber von einer „notwendigen Verstrickung", die dadurch entsteht, daß die Kirche gezwungen ist, ein System zu dulden, das ihr verhältnismäßig viel Freiheit gewährt. Aber auch dieses Komplizenverhältnis existiert nicht. Es ist die Kirche, es sind die Päpste, die gegen den Zustand der Dinge protestieren, dem alle sozialen und politischen Kräfte machtlos gegenüberstehen. Es ist nicht etwa eine Entdeckung der Kommunisten gewesen, daß die Konkurrenz der Wirtschaftsmächte den Krieg heraufbeschwört. Letzer Grund aller Unordnung in der Welt ist die Flucht der Inhaber gesellschaftlicher Macht aus der Obhut der Kirche. Sie haben das „Non serviam" wiederholt. Die Plutokratie hat sich des Staates bemächtigt und, um die Stimme der Kirche zum Schweigen zu bringen, den Staat völlig laisiert. Ihr Ruf nach Freiheit aber war schon nicht mehr der Ruf des freien Mannes, sondern der eines von einem ihn erdrückenden Mechanismus geängsteten Sklaven. Es bleibt ein Einwand übrig, auf den man sich immer zurückzieht, fährt der Verfasser fort: Nichts gegen die Theorie der katholischen Kirche. Aber die Praxis zeigt das Gegenteil. Man gibt den Handlungen der kirchlichen Organe eine subjektive und tendenziöse Deutung; man tut so, als ob man nicht wüßte, daß die laisierte Gesellschaft die Kirche überhaupt daran hindert zu „handeln". Ihre Werke werden boykottiert. Sie hat keine direkte Gewalt, keine juristische oder praktische Macht, keine Gelegenheit zu politischer Aktivität im Sinne ihres Apostolates. Sie hat nur das Wort. „Aber schon ihre Lehre ist eine Tat, und zwar eine Tat, die alles Unrecht, das man ihr zufügt, überleben wird, um alle Anklagen zu entkräften. Diese Lehre leistet mehr als der Kommunismus. Sie harmoniert mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die des Kommunismus dagegen „hat die Brutalität der Chirurgie". Sie schneidet das Krebsgeschwür weg, aber mit ihm auch gesunde Glieder und verhindert nicht, daß das Leiden von vorn beginnt. Der Kapitalismus verwandelt sich in Staatsallmacht, und alles bleibt beim alten.

Replik von links

Auf diesen Artikel im „Osservatore Romano" antwortete der römische „Paese": Der Vatikan hört auf, die Anklagen zu ignorieren, die gegen ihn erhoben werden. Er bedient sich bei seinem Entschuldungsbeweis zweier günstiger Umstände. Zunächst schiebt er dem Kommunismus allein alle Anklagen in die Schuhe, die doch auch von vielen anderen Seiten, selbst von einigen Mitgliedern der anderen Kirchen und von „modernen und aufgeschlossenen" Katholiken erhoben werden. Zweitens zieht er sich auf die Geschichte zurück und zwar in die frühen Zeiten, als es noch gar keinen Kapitalismus gab. Man zitiert das Evangelium und den heiligen Thomas. Aber selbst die Frühzeit behandelt man sehr unvollständig. Es wird kein Wort darüber verloren, welches die wirklichen Gründe waren, die gerade die niederen Schichten zur Annahme des Evangeliums veranlaßten, und ebensowenig wird von der großen politischen und wirtschaftlichen Macht der Kirche im Mittelalter gesprochen.

Doch was hat man zur Haltung der Kirche in der kapitalistischen Epoche vorzubringen? Die Lehren der Päpste? Das ist ein allzu einfaches Verfahren. Man darf nicht die Lehre der Kirche mit dem realen Phänomen des Kapitalismus vergleichen. Man muß auch das Christentum ins Auge fassen, wie es sich als reale geschichtliche Wirklichkeit gibt. Dann haben Zitate aus Enzykliken keine Bedeutung. Dann zählen nur die Taten.

Die laisierte Gesellschaft, so fragt „Il Paese", hindert die

Kirche an Taten? In Italien und Spanien hat die Kirche „nur das Wort" zur Verfügung? Tatsächlich hat sie auf die italienischen Wahlen einen entscheidenden Einfluß genommen. Sie unterstützt Franco. Sie unterhält lebhafte Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Der Vatikan widersetzt sich der radikalen Bodenreform in einigen Ländern. Die Kirche ist, im ganzen genommen, auch eine beträchtliche finanzielle Macht. Ist das alles „keine wirksame politische Aktivität"? „Osservatore Romano" hätte schreiben sollen: Wenn die Aktivität der Kirche mit ihrer Lehre übereinstimmte, würde es um diese Aktivität anders bestellt sein.

Die Kirche lehrt, aber der Sozialismus verwirklicht. Er beschränkt sich nicht auf das Reden, sondern veranlaßt seine Gefolgsleute, etwas zu tun. Von „Atheismus" zu reden, ist bequem. Es ist die bequeme Ausflucht derjenigen, die den anderen den Materialismus in ihrer Lehre vorwerfen, während sie selbst dem konkreten Materialismus der Realpolitik huldigen.

Diese Entgegnung darf man nicht allein nach ihren Übertreibungen beurteilen. Ihr Gewicht liegt in dem Schlußsatz. Es ist der Vorwurf, daß die Kirche Realpolitik treibt, während sie Ideale verkündet, daß sie tatsächlich Kompromisse mit solchen Mächten schließt, deren Handlungsweise sie verurteilt.

Ergebnis der Diskussion

Graf dalla Torre setzt sich in seinem zweiten Artikel mit diesen Vorwürfen auseinander. Leider geht er nur sehr kurz auf die Hauptsache ein, und darum ist seine Antwort nicht voll befriedigend. Sie begnügt sich, im Grunde genommen, mit der bekannten Unterscheidung zwischen „der Kirche" und „den Katholiken", für deren anfechtbares Verhalten die Kirche nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die Kirche als solche hat in der Gegenwart keine „definitive Autorität". Die Welt versagt ihr sogar das Recht der beratenden Stimme und klagt sie der Einmischung in weltliche Dinge an. Ihr unter diesen Umständen den Vorwurf zu machen, daß sie nicht „handle", das ist, wie wenn man einem Mann mit Handschellen, der ein surrealistisches Bild kritisiert, einen Vorwurf daraus macht, daß er es nicht besser malt.

Am Ende dieser Diskussion bleibt der Eindruck bestehen, daß die Gegner an diesem Punkte aneinander vorbeireden. Sie sprechen von „der Kirche". Aber während die Sozialisten unter diesem Begriff vor allem das Verhalten von Gläubigen angreifen, die sich zur Kirche bekennen und auch als Katholiken im öffentlichen Leben auftreten, verteidigt dalla Torre den Papst und die Organe der kirchlichen Organisation. Diese haben keine „definitive Autorität" über Regierungen, Parlamente und Banken, also haben sie keine Verantwortung für deren Beschlüsse. Dieses Argument hat aber die Sozialisten nicht überzeugt. Sie weisen darauf hin, daß die amtliche Kirche bestimmte Regierungen und politische Gruppen mit ihrem moralischen Gewicht unterstützt. Sie machen die Kirche für das Verhalten solcher Regierungen und politischen Gruppen mitverantwortlich und dies um so mehr, je mehr die Kirche duldet, daß solche Staaten (Spanien) und Parteien (Italien) sich als christlich bezeichnen.

Wir wissen, daß diese Anklage, obwohl sie äußerlich einen Schein von Berechtigung an sich trägt, tatsächlich im Unrecht ist. Denn die Kirche hat in sozialen und politischen Dingen ihren Gläubigen gegenüber zwar „definitive Autorität", aber sie kann sie nicht in ganzer Schärfe durchsetzen, ohne dem Rigorismus jener Sekten zu verfallen, die die Sünder eben kurzerhand aus der Kirche ausschlossen. Die katholische Kirche erträgt in ihren Reihen zahlreiche politische und soziale Sünder, und sie bricht mit denen, die außerhalb ihrer Reihen stehen, die Beziehungen nicht ab. Sie schließt Konkordate und entsendet Nuntien zu Regierungen, deren Haltung sie verurteilt. Und sie muß deshalb das Mißverständnis ertragen, daß man es ihr zum Vorwurf macht, daß sie „mit den Sündern ißt". Wenn man also einen Artikel über „Kirche und Kapitalismus" schreibt und die Absicht hat, dadurch um das Verständnis des Gegners zu werben, ist der Ton einer Apologie sicher nicht so überzeugend wie der Gestus einer Gewissenserforschung, die sich auf den Unterschied zwischen der „lehrenden Kirche" (die nicht angegriffen wurde) und „den Katholiken" (die sehr angreifbar sind, weil sie zu den Sündern gehören) nicht all zu sehr versteift.

Der Ruf nach Wirklichkeitssinn

Letzten Endes besteht der Mangel in dem Aufsatz von dalla Torre in einer Haltung, die nur zu häufig wahre Aussagen verdirbt: in einem Mangel an Wirklichkeitssinn. Von dieser Tatsache geht auch eine kurze Stellungnahme zu dem Artikel des „Osservatore Romano" aus, die L.-J. Lebret, der Herausgeber von „Economie et Humanisme", in dem kleinen Beiblatt dieser Zeitschrift „Lettre de la Tourette" Mai/Juni 1949 gegeben hat. Lebret sagt, der Graf dalla Torre habe von den beiden Formeln, mit denen man den Kapitalismus beurteilen könne: „der Kapitalismus ist seinem Wesen nach pervers" und „der Kapitalismus ist unheilbar ungerecht" eindeutig die erste übernommen und gehe damit weit über Marx hinaus, für den der Kapitalismus eine notwendige Stufe in der Entwicklung der Menschheit darstellt. Mit dieser radikalen Ablehnung des Kapitalismus verbindet dalla Torre jedoch als Christ auch die Ablehnung des Kommunismus wegen der mit ihm verbundenen atheistischen Ideologie; so daß seine Haltung also zugleich antikapitalistisch und antikommunistisch ist.

Nun aber würde es darauf ankommen zu zeigen, daß die ihrer Sendung bewußten Christen, die diese beiden Regimes mit aller Energie zurückweisen, imstande wären, die Menschheit auf einem anderen Weg zu Freiheit und Fortschritt zu führen.

Dazu wäre aber zuerst einmal eine geistige Erneuerung notwendig. Solange die Christen sich damit zufrieden geben, sich an die Bruchstücke sittlicher Vorschriften zu halten, die in einer überwundenen Kulturstufe wurzeln, solange sie nicht imstande sind, die Entwicklung der Welt zu begreifen und ihre lebendigen Kräfte in diese einzufügen, bleiben sie rückständig und unfähig, das geistige Anliegen der Gegenwart zu verstehen. Sie müßten eine gewaltige Anstrengung machen, um über die unbestimmten Formeln hinauszukommen. Nachdem der Mensch durch die wissenschaftlichen Entdeckungen und die rationelle Anwendung der Technik eine alles bisherige überbietende Herrschaft über die Dinge gewonnen hat, muß er nun wirtschaftliche, soziale und politische Strukturen finden, die diesem Zustand entsprechen. Die Christen sollten bei dieser Umgestaltung der Gesellschaft eine wesentliche

Rolle spielen. Solange sie aber in dieser Beziehung infantil bleiben, werden sie nichts anderes zuwege bringen, als vergeblich zu klagen oder unzureichende Heilmittel auf die offenen Wunden zu legen.

Wenn man die kapitalistische Profitwirtschaft und die totalitäre Kollektivwirtschaft zurückweist, muß man irgend eine andere Wirtschaftsform an deren Stelle setzen können. Und wenn diese eine von den Bedürfnissen bestimmte, zur Gemeinschaftsordnung strebende Wirtschaft sein soll, ist es dringend notwendig, deren Prinzipien zu bestimmen, ihre Strukturen vorzubilden, möglichst viele Musterbeispiele zu schaffen, um damit die öffentliche Meinung und die Gesetzgebung von deren Wert, Nutzen und Möglichkeit zu überzeugen.

Reaktionärer Kommunismus

Die französische Zeitschrift „Travaux de l'Action Populaire" beschäftigt sich mit einer Analyse der sozialen Wandlungen und der sich unter der Oberfläche vollziehenden, noch schwer faßbaren Strukturänderungen, in der sie den Arbeiten der Gruppen „Economie et Humanisme" nahesteht. Aus einem ähnlichen Grunde wie ihr Herausgeber, A. Desqueyrat, früher schon die Unangemessenheit des Streiks als Mittel zur Erreichung der von den Arbeitern angestrebten Ziele in der Gegenwart aufwies, behauptet er jetzt im Juniheft seiner Zeitschrift die Überholtheit des Kommunismus zur Lösung des Problems des Proletariats überhaupt.

Alle revolutionären Strömungen, so sagt er, haben die Tendenz, zu erstarren und damit schließlich reaktionär zu werden, weil sie die neuen Gegebenheiten nicht erkennen, sondern sich an die alten klammern. So ist es mit dem Liberalismus der großen Französischen Revolution und mit dem Sozialismus der Revolution von 1848 gegangen; so scheint es heute mit dem Kommunismus zu gehen.

Der klassische Marxismus erscheint als überholt, weil er drei Tatsachen verkennt, die die neuen Infrastrukturen und ihre Beziehungen zu den Superstrukturen kennzeichnen. Diese sind:

1. Der Kapitalismus von 1949 ist nicht mehr der gleiche wie der von 1848, nicht einmal wie der von 1914; darum bildet der Kampf um den Profit heute nicht mehr den einzigen, ja nicht einmal mehr den hauptsächlichen sozialen Konfliktstoff.

2. Das Problem der Produktion tritt heute hinter dem der Verteilung zurück; darum könnte der Klassenkampf um den Profit ohne weiteres verschwinden.

3. Statt dessen hat sich ein neues „unverdientes Elend" über das Proletariat ausgebreitet, und aus diesem entspringt eine neue soziale Frage, die im Begriff ist, zur Krise zu führen.

Unterschiede zwischen dem Kapitalismus von 1949 und dem von 1848

Marx hatte den Kapitalismus definiert als die Wirtschaftsform, deren Triebkraft das Streben nach individuellem Profit ist. Nun haben sich aber seit einem Jahrhundert die Mittel, diesen Profit zu suchen, vermehrt, so daß man heute mehrere, sich überlagernde Arten von Kapitalismus unterscheiden kann.

Der Kapitalismus von 1848 besteht noch fort und wird durch den sogenannten Mittelstand repräsentiert. Marx glaubte, dieser Stand werde verschwinden, jedoch zeigt er bis heute noch keine Neigung dazu. Wenn sein Geist in einem Sektor verschwindet, so tritt er dafür in einem andern wieder auf. So hat sich z. B. in Frankreich die für diesen Geist bezeichnende Schicht der Verteiler seit 1936 um 500 000 Mitglieder vermehrt.

Neben diesem alten Kapitalismus kleiner Einheiten hat sich nun aber der Kapitalismus der großen Einheiten in Gestalt der Trusts und Kartelle gebildet Die heutigen Marxisten stellen diese stets als die übelsten Feinde der Arbeiterklasse dar. Tatsächlich sind jedoch sie es, die gewöhnlich die höchsten Löhne zahlen und am meisten für Sozialwerke für ihre Arbeiter ausgeben, während die kleinen Kapitalisten die kleinsten Löhne zahlen und nichts für Sozialwerke ausgeben. Gewiß handelt es sich dabei nicht um edle Gesinnung der Trusts, sondern um geschickte Politik. Da sie ihre gewaltigen Profite durch das Mittel der Monopole einbringen, haben sie keine Ursache mehr, sich mit ihren Arbeitern um den Lohn zu streiten. Mit andern Worten: sie lassen sich ihren Gewinn vermittels der Monopole durch das Publikum bezahlen, während der kleine Kapitalist, der im Konkurrenzkampf steht, sie sich durch seine Arbeiter zahlen läßt. Auf diesen Zustand passen die Thesen des Marxismus nicht mehr.

Gemeinsam ist diesen beiden Formen des Kapitalismus jedenfalls dies, daß sie andere für sich zahlen lassen. Sie bilden zusammen einen neuen Typ von Kapitalismus, in dem die einzelnen Wirtschafts- und Sozialkategorien sich organisieren, um gegeneinander einen Kampf um Begünstigung durch die öffentliche Macht, den Staat, zu führen. Während früher der einzelne Unternehmer für sich allein um Erfolg rang, tut der heutige Unternehmer es kollektiv. Bei diesem Wettkampf bezahlt sich jede Reform durch ein Steigen der Preise. Da nun aber jeder auch immer wieder Publikum ist, so ist es klar, daß jeder nicht immer der Gewinner sein kann und irgendeiner stets der Betrogene sein muß. Aber wenn es also auch Opfer in diesem Kampf gibt, so handelt es sich nicht mehr einfach um den Gegensatz Kapitalisten und Proletarier. Der neue Klassenkampf umfaßt heute mindestens vier Partner: die Industrieunternehmer, die Bauern, die Verteiler und die Lohnempfänger, wobei man zu den letzteren auch noch die Beamten rechnen könnte, da sie ebenfalls feste Gehälter beziehen. Andererseits beschränkt sich der Klassenkampf heute nicht mehr auf die Betriebe; er spielt sich nicht mehr nur auf dem Arbeitsmarkt ab. Es handelt sich nicht mehr allein um die Teilnahme an den Gütern, sondern vor allem auch um die Teilnahme am Nationalvermögen. Die Umwandlung des Staates in ein großes Unternehmen tritt in Erscheinung z. B. in der Devisenkontrolle oder darin, daß der Lebensstandard von einer Nation zur andern auch bei gleichem Wirtschaftssystem ungeheuer wechseln kann.

Produktion und Verteilung

Man darf nicht vergessen, daß die modernen Wirtschaftskrisen keiner Unterproduktion mehr entspringen, sondern einer Überproduktion. Die Produktivität ist in ständigem Wachsen begriffen und erzeugt in Friedenszeiten das Problem des Absatzes. Diese Entwicklung wandelt die sozialen Verhältnisse von Grund auf.

Der Kampf um das Brot hat keinen Sinn mehr, wenn Brot im Überfluß vorhanden ist. Wenn Überfluß anstelle des

Mangels tritt, muß der Klassenkampf im Sinn des klassischen Marxismus von selber verschwinden. Soweit sind wir gewiß noch nicht, aber die ersten Anzeichen einer solchen Entwicklung sind doch bereits zu erkennen.

Der Kapitalismus hatte seinen Platz in einer Welt, in der die Produktion aus dem kapitalistischen Sektor in einen nichtkapitalistischen Sektor abfließen konnte, nämlich zu den Bauern, zum Mittelstand und in die unerschlossenen Länder. Diese Sektoren werden immer unbedeutender, und für sie muß ein Ersatz geschaffen werden. Darum predigen heute die Wirtschaftler eine Lohnerhöhung, damit die Arbeiterschaft kaufkräftig wird. Gewisse amerikanische und französische Unternehmer sind zu diesem Frontwechsel bereit. Er ist gewaltig. Während der Unternehmer von 1848 seine Arbeiter kurz hielt, um von ihnen ein Maximum an Arbeit bei einem Minimum an Lohn zu erhalten, würde der Unternehmer von morgen, ebenfalls um des Gewinnes willen, ein Maximum an Lohn zu zahlen bereit sein, um damit ein Maximum an Absatzmöglichkeiten zu sichern.

Das neue „unverdiente Elend" des Proletariats

Früher charakterisierte man den Proletarier als den, der nichts hat, heute muß man sagen: er ist auch der, der nichts ist. Sein Lebensstandard hat sich gewaltig gebessert; die Arbeitszeit ist erheblich herabgesetzt, der Reallohn erhöht. Sozialversicherungen gewähren ihm einen weitgehenden Schutz; Arbeitslosigkeit ist das einzige wirkliche Risiko, gegen das er noch nicht geschützt ist. Aber auf der anderen Seite wird seine Arbeit und sein Verhältnis zum Betrieb immer unpersönlicher. Zugleich fördert die moderne Zivilisation sein persönliches Bewußtsein und macht es ihm dadurch erst recht fühlbar, wie unmenschlich sein Berufsleben ist.

Diese Entwicklung des Proletariats stellt die soziale Frage auf einer neuen Ebene: heute handelt es sich nicht mehr nur darum, ihm den Lebensunterhalt zu sichern, sondern seine Menschenwürde zu retten.

Es gibt heute schon sehr gut bezahlte Arbeiten, z. B. in den Bergwerken, zu denen sich trotz der hohen Löhne nicht mehr genügend Arbeitskräfte anbieten. Diese Schwierigkeit, die voraussichtlich immer mehr zunehmen wird, wissen weder die freien Demokratien noch die Volksdemokratien zu lösen. In den freien Demokratien sind die leitenden Schichten entschlossen, die Bergarbeiter zu bezahlen, wenn sie nur überhaupt bereit sind zu arbeiten; in den Volksdemokratien schicken die führenden Kreise die Kulaken ungefragt in die Bergwerke. Nach der Machtübernahme in Prag teilten die Zeitungen mit, daß die neue Regierung die Volksfeinde in die Salzbergwerke schicke. Das ist aber natürlich keine Lösung für das Problem. Und für dieses Problem liefert der klassische Marxismus auch tatsächlich keinerlei Lösung.

Sobald nämlich der Arbeiter beginnt, nicht mehr für sein Brot, sondern um die Wahl seines Berufes zu kämpfen, können die Produktionsbedürfnisse die Verteilung der Aufgaben nicht mehr regeln. Dann erscheint es als das einfachste Mittel, daß diejenigen, die an der Macht sind, die andern in die Salzbergwerke schicken (mit oder ohne hohen Lohn). Wollte man also auch glauben, Lenins proletarische Revolution könne wirklich morgen die Befreiung des Proletariats bringen, so würde doch übermorgen das Problem auftauchen, wer in die Bergwerke einsteigen soll, und wenn sich nicht genug Kulaken dazu fänden, wen man mit ihnen schicken sollte.

Darum verwandelt sich heute der klassische Marxismus geradezu in „Opium für das Volk"; denn er spiegelt dem Proletariat vor, die Revolution würde ihm Brot, Frieden und Freiheit bringen, während das Gegenteil der Fall sein kann. Eben darum gibt es heute fortschrittlichere Strömungen als den Kommunismus. Der soziale Kampf, der im 19. Jahrhundert ein wirtschaftlicher und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein politischer war, wird wohl bald ein moralischer werden und dann nur gelöst werden können, wenn ihm eine echte Auffassung von der menschlichen Person zu Hilfe kommt.

Es sollen Menschen sterben, damit wir leben können

„Wir sind in der Lage, Bedingungen zu stellen. Jede Hilfe, die wir leisten, sollte von staatlichen Programmen abhängig gemacht werden, die unter freiwilliger Mitarbeit des Volkes zur Bevölkerungsstabilisierung führen. Ebenso wie auf Pressefreiheit sollten wir auch auf der Freiheit der Empfängnisverhütung bestehen, sie ist ebenso wichtig. Und wenn wir schon hunderte Millionen Dollar der amerikanischen Steuerzahler in die Länder hineinpumpen, dann sollten wir uns dessen versichern, daß wesentliche Teile davon für empfängnisverhütende Mittel und die Propagierung ihres Gebrauchs verfügbar gemacht werden."

Der Weg zum Überleben

So schreibt William Vogt, amerikanischer Bodensachverständiger, Vorsitzender der Abteilung „Bodenerhaltung" in der panamerikanischen Union, in seinem Buch „Road to Survival" (Der Weg zum Überleben). Es war das „Buch des Monats" in einer großen amerikanischen Buchgemeinschaft. Seine Gedanken sind so bezeichnend für die moderne Kommerzialisierung des Denkens und für das Verständnis einiger Tatsachen, von denen wir zu berichten haben werden, daß noch einige Textproben aus diesem übrigens sehr ernsten und vielbeachteten Buch hinzugefügt werden sollen. Wir entnehmen sie der Wiener „Furche" (18. 6. 1949).

„Die Vereinigten Staaten sollten in der Verbreitung der modernsten Erkenntnisse auf dem Gebiete der Empfängnisverhütung unter den Völkern der Erde führend sein, ebenso ihre Fachleute des Gesundheits- und Erziehungswesens bei der Organisierung der Aufklärung über die Geburtenkontrolle. Diese Aufklärung sollte mit den andern Plänen der Weltgesundheitsorganisation parallel laufen. Und überall, wo die FAO (Welternährungsorganisation) auf Überbevölkerung stößt, sollte ihr Programm zur Bodenerhaltung und Nahrungsmittelerzeugung ein solches zur Empfängnisverhütung miteinschließen."

„Ein Europa mit 450 Millionen im Jahre 1975 wird noch viel gefährlicher sein, als es das Europa mit 370 Millionen im Jahre 1935 gewesen ist ... Eine Stabilisierung und eventuelle Verminderung der Bevölkerung Europas würde einer der größten Schritte sein, den man zu Weltfrieden und Wohlstand hin tun könnte. Vereinigte Staaten von Europa mit der Hälfte oder einem Drittel der gegenwärtigen Bevölkerung könnten sich wahrscheinlich einen Le-

bensstandard leisten, der jenem der USA gleich oder sogar überlegen wäre."
Damit niemand auf den Gedanken komme, wir beschäftigten uns mit Gedanken, von denen wir nichts zu fürchten haben, bringen wir zum Schluß ein Zitat, das in diesem Augenblick von der Besatzungsmacht des Landes, um das es sich handelt, buchstäblich in die Tat umgesetzt wird.
„Wenn Japan wieder etwas Ähnliches wie seine frühere Stellung als hochindustrialisierte Weltmacht erreichen sollte, muß es entweder einer scharfen Aufsicht unterworfen werden, um sein Kriegspotential niederzuhalten, oder seine Bevölkerung muß durch Herabdrückung der Geburtenziffer so lange vermindert werden, bis seine Selbstversorgungsfähigkeit dem Bedarf nähergekommen ist als je seit 1880. Nach Verminderung seiner Bevölkerungszahl auf ungefähr jene Skandinaviens könnte es leicht einen ehrenvollen Platz in der Welt einnehmen, vergleichbar eben jenem Skandinaviens."

Japan als Experimentierfeld

Die Übervölkerung Japans ist ein ernstes, ja ein bedrohliches Faktum. 1927 hatte es 56 Millionen Einwohner, heute 80 Millionen, im Jahre 1955 wird es bei Unterstellung der gegenwärtigen Geburtenziffer über 90 Millionen zählen. Im Jahre 1927 mußte 1 ha bebaubarer Bodenfläche 10 Personen ernähren, heute müssen mehr als 14 und in einigen Jahren etwa 16 Menschen davon leben, wenn sie nicht vom Export ihr Leben fristen können.
Die japanische Regierung hat deshalb die Propaganda für die Geburtenbeschränkung eröffnet. Premierminister Yoshida hat sie dem Volk als „nationale Notwendigkeit" vor Augen gestellt. Es ist durchaus möglich, daß die Regierung damit ihre eigene Auffassung zum Ausdruck gebracht hat; denn die japanische Weltanschauung duldet die Rationalisierung der Geburten. Schon Franz Xaver mußte gegen Abtreibung und Kindermord predigen. Sicher ist aber auch, daß die Amerikaner die Regierung bei diesem Feldzug unterstützen, wenn sie ihn nicht sogar angeregt oder befohlen haben. Schon im März d. J. hatte sich der Wirtschaftsberater der Militärregierung, Dr. Warren Simpson Thompson, öffentlich dafür eingesetzt. Er war sogar soweit gegangen, seine Empfehlungen dadurch zu stützen, daß er behauptete, weder die katholische Kirche in USA noch irgendeine andere Körperschaft von Gewicht würde gegen die beabsichtigten Maßnahmen etwas einzuwenden haben. Das hat seitens der amerikanischen Militärgeistlichkeit und seitens verschiedener amerikanischer Organisationen in Japan lebhaften Protest hervorgerufen. Man machte Thompson den Vorwurf, er habe absichtlich oder fahrlässig die kirchliche Duldung einer natürlichen Geburtenregelung durch Zeitwahl oder Enthaltsamkeit in seinem Sinne und für seine Zwecke umgedeutet, um den Japanern vorzuspiegeln, daß man sich in der Alten Welt über diese Sache einig sei und daß darauf nicht zuletzt die wirtschaftliche Überlegenheit der westlichen Hemisphäre beruhe.
Es blieb aber nicht bei dieser Einzelaktion von Mr. Thompson. Ein zweites Mitglied der Militärregierung, Mr. Whelpton, veranlaßte die japanische Presse, sich in den Dienst dieser Propaganda zu stellen. Seitdem bringen die japanischen Zeitungen, deren Auflagen zu den größten der Welt gehören, einen Artikel nach dem andern über dieses Thema. Sie sprechen von der einzigen Möglichkeit, eine nationale Katastrophe zu vermeiden. Alle Arten von Sachverständigen werden mobilisiert. Man macht aus der Geburtenkontrolle sogar einen Appell an das Gewissen: Es ist weit unmoralischer, Kinder in die Welt zu setzen, die man nicht ordentlich ernähren und erziehen kann, als sie zu verhindern. Die Auswirkung dieser Pressekampagne kann man daran ermessen, daß die japanischen Bischöfe zu Pfingsten in einem gemeinsamen Hirtenbrief vor der geplanten Lösung warnen mußten. Sie appellierten an die Staatsmänner der Welt „für eine gerechte und menschliche Lösung des japanischen Bevölkerungsproblems".

„Unzureichende Todesquote"

Man sucht also in diesem Augenblick die Bevölkerung Japans zu bewegen, sich freiwillig zu vermindern. Es ist auch bisher nur von Empfängnisverhütung die Rede, nicht von weiteren Dingen. Vielleicht wird es dabei bleiben. William Vogt hat sich aber auch schon den Fall überlegt, daß die bloße Einsicht der Bevölkerung nicht genügen könnte. Er schlägt folgenden Anreiz vor: „Mit seinem Vorschlag von Sterilisierungsprämien, den H. L. Mencken vor vielen Jahren machte, erwarb er sich ein nicht geringes Verdienst. Kleine, aber angemessene Beträge müßten jedermann, besonders Männern, gezahlt werden, die sich zur einfachen Sterilisierungsoperation bereit erklären. Da eine solche Prämie vor allem die mittellosen Schichten der Welt ansprechen würde, hätte sie wahrscheinlich einen vorteilhaften, auswählenden Einfluß." So taucht in neuem Zusammenhang die Frage nach der Sterilisation wieder auf. Doch vielleicht genügt auch das noch nicht. „Wir müssen sofort aufhören, jene Ärzte und Regenten als Wohltäter der Menschheit zu betrachten, die in Puerto Rico, in Indien oder sonstwo moderne Hygiene verbreiten und Gesundheitsfürsorge betreiben und so die Sterblichkeit vermindern. Sie sind die ärgsten Feinde der Zivilisation. Die Zivilisation hat sich in der Vergangenheit nur dadurch halten können, daß eine enorme Anzahl von Kindern starb, was zugleich bedeutete, daß die Mädchen starben, bevor sie neue Kinder gebären konnten." Wir haben heute „eine unzureichende Todesquote".

Die Gefahr der Überbevölkerung

Bei allem Schrecken, den wir bei solchen zynischen Worten empfinden, darf man den Ernst der Lage nicht verkennen. Die Verhältnisse in weiten Teilen der Welt sind derart, daß eine beliebige Vermehrung der Bevölkerung nicht verantwortet werden und daß die tatsächliche Neigung zur Einschränkung der Nachkommenschaft nicht mehr allein durch „hemmungsloses Triebleben" erklärt werden kann. Es ist für viele junge Eheleute auch keine Ermunterung mehr, wenn sie Worte lesen wie sie jüngst der „Michael" (11. 6. 1949) schrieb: „Die Kinder gediehen in den Hütten der Bergbauern und in den kleinen Bahnwärterhäuschen immer am besten." Sie können nämlich, und zwar nicht nur in Deutschland, in vielen Fällen weder in eine Bergbauernhütte noch in ein Bahnwärterhäuschen einziehen, und es fehlt nicht nur an Hütte und Häuschen, es fehlt, wenn nicht für sie selbst, dann doch für eine Stube voll Kindern einfach an der Existenzmöglichkeit im eigenen Lande.
Es ist sehr bezeichnend, daß das kirchliche Lehramt in einer ganz neuen Äußerung die Eheleute in einer Form anspricht, wie sie bisher wohl kaum angesprochen worden

sind. Im neuen amerikanischen Katechismus heißt es, wie wir schon in Heft 10, S. 447 berichteten: „Verheiratete werden danach streben, ihr Leben in ehelicher Keuschheit zu vollbringen, und die Wahrheit verwirklichen, daß man die Nachkommenschaft nur durch tugendhaftes Leben beschränken kann." Neu daran ist selbstverständlich nicht die Lehre an und für sich, wohl aber die Tatsache, daß ein Volkskatechismus die Geburtenbeschränkung erwähnt und nicht nur erwähnt, sondern in Zusammenhang mit der Lehre von der christlichen Vollkommenheit bringt!

Angesichts der Welternährungsaussichten ist es kein Mangel an Vertrauen auf die Vorsehung, sondern eine Betätigung der Vernunft, die uns von der Vorsehung Gottes gegeben wurde, der Tatsache der zunehmenden Spannung zwischen Produktionskapazität und Weltbevölkerungsvermehrung ins Auge zu sehen. In der englischen Zeitschrift „The Tablet" (26. 2. 1949) hat der katholische Abgeordnete Christopher Hollis die sachlich richtigen Erkenntnisse des Buches von William Vogt gewürdigt. Vogt hat seine Schlußfolgerungen aus der Tatsache abgeleitet, daß die Menschheit gegenwärtig nur mit Hilfe von Methoden ernährt werden kann, die verhältnismäßig schnell zur Erschöpfung des Bodens und zu einem rapiden Produktionsrückgang führen müssen. Hollis bezeichnet Vogts Beweise zum Teil als unwiderleglich. Wie er sagt, ist die Ernährung Europas durch Amerika nur dadurch gewährleistet, daß drüben ausgesprochener Raubbau am Boden getrieben wird, der nur noch eine gewisse Zeit hindurch möglich sein wird. „Dies ist einer der Gründe, weswegen die Russen nur lange genug auf der augenblicklichen Linie zu verharren und Westeuropa von seinen Kornkammern an der Donau abzuschneiden brauchen, um, ohne daß ein Schuß fällt, beide Erdteile zusammenbrechen zu lassen." Hollis meint aber, daß Vogt die Möglichkeit einer vernünftigen Produktionssteigerung durch Umorganisation und Neuerschließung nicht genügend bewertet. Die Lage ist also „nicht ganz so verzweifelt, wie Vogt meint". Aber, sagt der englische Rezensent, „es ist ganz gewiß erstaunlich, wie apathisch und indifferent die Menschheit dieser gigantischen Bedrohung gegenübersteht".

Dann zeigt Hollis aber, daß die von Vogt vorgeschlagene allgemeine Geburtenbeschränkung, ganz abgesehen von der Moral, ein unzulängliches Mittel ist, das Problem zu lösen. Erstens wird sie sich angesichts des entschlossenen Widerstandes der katholischen Kirche und anderer Gruppen nicht allgemein und vor allem nicht schnell genug durchsetzen. Sie würde zu spät kommen. Zweitens aber und vor allem wird sie gerade von den Elementen in den einzelnen Völkern und von den Völkern in der Gesamtheit der Menschenfamilie nicht mitgemacht werden, deren Vermehrung besonders bedrohlich ist. Sie wird die Oberschichten, die Städte, die abendländische Welt dezimieren, nicht aber das Proletariat und die Völker des Ostens. Sie wird mit Notwendigkeit bei zunehmender Leere in der westlichen Welt eine neue Völkerwanderung von Osten her in Szene setzen. Denn „Kriege werden dadurch verursacht, daß die Bevölkerungsdichte in den verschiedenen Teilen der Welt sich in verschiedenem Tempo verändert". Vogt habe sein Buch in der Voraussetzung geschrieben, daß die Kommunisten nur zu überleben wünschten. Das ist ein Irrtum: sie wollen Eroberungen machen. Niemals würde der Raum, den wir auf diese Weise schafften, ein leerer Raum bleiben. Aber andererseits werden wir dem Problem erliegen, wenn unsere Politiker fortfahren mit ihren Ambitionen, den Lebensstandard des eigenen Volkes ohne Rücksicht auf die anderen zu halten oder zu erhöhen, die Völker an der unbedingt notwendigen Vereinigung ihrer Kräfte zu hindern.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Kirche der Apostel II

Der 1. Korintherbrief und die Evangelische Kirche

Die angesehene Zeitschrift „Evangelische Theologie" (Heft 10, April 1949) gibt uns Gelegenheit, abermals die höchst aktuelle Frage der Apostolizität der evangelischen Kirchen zu studieren. Diese dem „Reichsbruderrat der Bekennenden Kirche" und Karl Barth nahestehende Zeitschrift veröffentlicht die Abschlußvorlesung von Professor Heinrich Schlier, Bonn, über den 1. Korintherbrief des Apostel Paulus.

Schlier wagt es, den Enthusiasmus der Korinther auf die evangelische Kirche anzuwenden und nennt das Thema des Briefes „die Erbauung der Kirche" in einem besonderen Sinn, nämlich als Rückführung einer „enthusiastischen Kirche", die sich schon geistliche Rechte über Apostel und Lehrer, über den Kosmos und seine Bedingungen angemaßt hatte, in den apostolischen Gehorsam der „Kirche als konkreter, zeit-leiblicher Enderscheinung".

Kirche als pneumatisch-messianische Gemeinschaft?

„Gerade diese Aufgabe macht aber unseren Brief für die kirchliche und theologische Situation vor allem der evangelischen Kirche so aktuell. Denn in ihr ist u. E. ein Teil des Mißverständnisses der korinthischen Enthusiasten weitverbreitet und als das rechte Verständnis von Kirche im Prinzip verteidigt. Ich meine damit natürlich nicht das magische — obwohl sich auch da einiges aus der Verdeckung erheben ließe —, sondern das pneumatische oder charismatische.

Nicht als ob wir von Charismen überflutet wären und so praktisch als pneumatische Kirche lebten, deshalb auch nicht so, als ob wir so weit gingen, von solchen Erfahrungen aus die rein enthusiastische Kirche theologisch zu rechtfertigen — auch in Korinth hat man das wohl nicht schlechthin getan, sondern der Apostel spricht wie so oft nicht nur im Blick auf vorliegende Tatsachen, sondern auch im Blick auf sich andeutende Konsequenzen —, aber das Prinzip der Kirche als einer pneumatisch-messianischen Gemeinschaft ist unter Verhüllungen und Verwandlungen in der Theologie und der Praxis maßgebend geworden oder auch geblieben. Ich erinnere, bevor ich zu den beiden korinthischen Hauptthemen übergehe, deren Behandlung unsere Behauptung vor allem bestätigt, vorläufig und nebenbei an zwei Tatsachen, die sich in diesem Zusammenhang dem Beobachter der neueren evangeli-

schen Theologie und der neueren theologischen Praxis aufdrängen. Ich frage mich, ob nicht jene eigentümliche „Eliminierung" konkreter Eschatologie, bei der die letzte Zukunft und mit ihr die Zukunft überhaupt im Glauben nicht nur eröffnet und im Modus des Glaubens antizipiert, sondern eingefangen und aufgehoben wird, weil sie nur jeweils im Glauben als Zukunft überhaupt existent ist, ich frage mich, ob nicht jenes damit gegebene Versinken von Zeit und Leiblichkeit, jenes Verschlungenwerden von Erstreckung und Ausdehnung, jenes — sit venia verbo — Verwehen von Entfernung im punktuellen, eigentlich ideal-punktuellen Ereignis des Glaubens doch eine sehr nahe Analogie zu jener Überzeugung der korinthischen Pneumatiker ist, die sie den Satz prägen ließ: Es gibt keine Auferstehung von den Toten ... Ist es Zufall, daß von einer solchen Theologie des Glaubens her auch die konkrete Auferstehung Christi als heilsgeschichtliches Geschehen ihre Bedeutung an das Ereignis der „Verkündigung" abgeben muß? Ist es Zufall, daß von daher diese Verkündigung selbst sich nicht mehr auf die bezeugte apostolische Tradition von dem Ereignis der Auferstehung Christi gründet, damit Tradition als Element der Verkündigung (und Gegenstand des Glaubens) überhaupt ausschließt ... Und ist es Zufall, daß nicht nur die individuelle, sondern auch die allgemeine konkrete Eschatologie von diesem Glaubensbegriff her abgetan wird entsprechend dem korinthischen Bewußtsein, die Basileia schon im Enthusiasmus innezuhaben? Und ist es endlich Zufall, daß sich dort mit der pneumatischen und hier mit der „existentiellen" Theologie ein eigentümliches Pathos der Überlegenheit gegenüber einer angeblich „naiven" dogmatischen Theologie entwickelt hat?

Die zweite Tatsache, die trotz aller Wandlungen der Situationen und ihrer Auslegung eine innere Verbindung diesmal der kirchlichen Praxis mit Korinth erweist, ist diese, daß man in der evangelischen Kirche weithin über 1. Kor. 11, 2 ff. und 1. Kor. 14, 33 ff. hinwegsieht. Sonst oft so biblizistisch, daß man die Ordnung der Kirche möglichst dem Stand des neutestamentlichen Zeitalters angleichen will, geht man hier über bestimmte und vom Apostel ausdrücklich gemachte und begründete Prinzipien der kirchlichen Ordnung hinweg und läßt die Frau nicht nur im charismatischen Ordo der Jungfrau am Gebet der Kirche teilnehmen, sondern fügt sie dem amtlichen Ordo der oikonomia tou mysteriou ein. Man tut es, wie die Begründungen zeigen, weil man offenbar einerseits die dogmatische Überzeugung der korinthischen Enthusiasten von der Irrelevanz der Geschlechtlichkeit für die Kirche, andrerseits ihre Ansicht von dem grundsätzlich charismatischen Charakter der Gemeinde teilt. Dort im „Pneuma", hier im „Glauben" ist eben schon Zeit und Zeitigung wirklich aufgehoben. Daß dort vom Charisma und hier vom Glauben die Rede ist, kann den Hinweis auf die sachliche Analogie natürlich nicht unbrauchbar machen. Vielmehr entsteht dadurch nur eine neue Frage zur kirchlichen und theologischen Situation, nämlich die, ob etwa der grundlegende Begriff des Glaubens, der hier verwendet wird, nicht schon selbst Ausdruck des enthusiastischen Grundverständnisses ist."

Offenbarung als apostolisches Zeugnis

Damit ist allerdings die Generalrevision eröffnet. Schlier hebt nun zwei Sachverhalte heraus: 1. Das Wesen der Offenbarungsvermittlung und 2. den Vollzug der christlichen Existenz.

„Der korinthische Enthusiasmus meinte offenbar, daß sich Gott in Jesus Christus in erster Linie und letztlich überhaupt auf dem Wege und durch das Mittel persönlicher und individueller Offenbarung mittels des charismatischen Pneuma erschließe. Er war der Überzeugung, daß man die Wirklichkeit Gottes primär und wesentlich durch die pneumatisch erwirkte „Weisheit" erkennen könne. Für ihn war offenbar weder ein Durchbruch durch die, wenn man so sagen darf, „private" menschliche „Weisheit", noch ein Abbruch oder ein Zerbrechen ihres Erkenntnisweges notwendig, um zu wirklicher und heilbringender Erkenntnis zu gelangen. Nicht als ob er nicht auch um die Notwendigkeit übernatürlicher Erkenntnis wüßte, wollte man Gottes Erkenntnis gewinnen. Aber diese übernatürliche Erkenntnis war für ihn eben damit gegeben, daß sich das göttliche Pneuma etwa in der Form des prophetischen Pneuma des Menschen bemächtigte, ohne daß dieser zuvor in seinem Geist (und seiner gesamten Existenz) seiner Individualität entbunden und in seinem Denken (und in seiner gesamten Existenz) neu gegründet und gebunden ward. Demgegenüber betonte der Apostel, daß sich Gottes Offenbarung so vollziehe, daß sie primär und grundlegend im objektiven apostolischen Kerygma erscheine, dessen materielle und formale Substanz die empfangene und weitergegebene apostolische Paradosis (Tradition) der Kirche ist, und daß der Mensch sich dieser sich selbst dem Apostel als einzelnem auflegenden, selbstautoritären, unverfügbaren, aber bis zur Formulierung konkreten Botschaft im Gehorsam des Glaubens unterwerfen müsse. Nicht als ob damit schon das Ereignis der Selbsterschließung Gottes zu Ende wäre. Es gibt auch für den Apostel individuelle und charismatische Gnosis oder Sophia, die im Geiste die Geheimnisse Gottes erfaßt und ausbreitet. Aber diese Sophia hat zur Voraussetzung das Kerygma und den Glauben, wie auch alle anderen Charismen sich auf dieser Basis erheben und durch das Kerygma und den dazugehörigen Glauben entzündet und begründet werden."

Eine neue Tradition

Aber die normative Überlieferung und das unbestreitbare apostolische Zeugnis können durch keine Gnosis gewonnen oder aufgelöst werden. Es ist seiner Form nach „Tatsachenmitteilung", nicht Christusunmittelbarkeit am Apostel vorbei. Schlier deutet daher das Autoritätsbewußtsein des Paulus strenger und unpneumatischer als etwa sein Heidelberger Kollege von Campenhausen (Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 9, S. 382 f), ja er widerlegt ihn geradezu. Das normative apostolische Zeugnis, das das Dogma fundiert, leistet nach Schlier zwei wesentliche Dienste: Erstens macht es die Weisheit der Welt zur Torheit, indem es die gesamte geistige Tradition der Menschen und ihr Denken zerbricht ... und eine neue Tradition mit einem ihr gemäßen neuen ‚Denken' statuiert, dem Glauben. Diese Setzung einer neuen Tradition und eines neuen Erfassens entspricht aber nur dem Tatbestand, daß eine neue Geschichte, und zwar eine konkrete Endgeschichte, die Geschichte der Auferstehung Jesu Christi von den Toten, als Geschichte in diese unsere Geschichte eingebrochen ist, die damit ihrem Ende begegnet ist und ihr Ende in sich trägt.

„Das Dogma und der Glaubensgehorsam, der es und seine Heilstatsachen allein erfaßt, ermöglichen aber deshalb ein wirkliches Zerbrechen und Ende der menschlichen Tradition und ihres Denkens, weil es in seiner prinzipiellen Fremdheit gegenüber jeder menschlichen Sophia den Men-

schen dazu befähigt, sich im Bereich des grundlegenden Denkens von sich selbst abzulösen, bzw. von sich selbst abgelöst „aus Gott" zu sein „in Christus". Durch das Kerygma und den dazugehörigen Glauben sind alle Intentionen des Weltdaseins und alle intentionalen Akte zerbrochen, so daß Christus im strengen Sinn des Wortes „uns zur Weisheit geworden ist von Gott her" und wir damit aus dem Grundverhängnis unseres Daseins, dem kauchasthai, dem „Rühmen", erlöst sind, uns nun Christi „rühmen" können ..."

Mußte den Juden gesagt werden, daß die Gnade nicht aus den Werken kommt, so sollen die Korinther wissen, daß der rechtfertigende Glaube auch die „Weisheit" ausschließt, mit der die Griechen sich rühmen.

Einheit der Kirche durch apostolisches Dogma und Amt

Der zweite Dienst des apostolischen Zeugnisses ist der, daß es die Kirche gründet.

„Kraft seines allgemeinen, unverfügbaren, sich als Logos des Heilsgeschehens imponierenden Charakters bindet es den einzelnen Christen, der ihm gehorcht, nicht an eine individuelle Sophia, sondern an die eine Substanz des Heilsgeschehens und richtet so das Denken des einzelnen von vornherein auf die alle gemeinsam und im selben Sinn angehenden Tatsachen als die gemeinsame und allgemeine Grundtatsache des Daseins. So gibt es keine Einheit der Kirche — man mag sich drehen und wenden, wie man will — ohne diese Bindung der Glieder an den sie umfangenden und sie prägenden, selbst schon geprägten Logos der Heilstatsachen. Das Beispiel der korinthischen Kliquen, die sich offenbar neben der magisch verstandenen Taufweihe auf die Gnosis der einzelnen Apostel und Lehrer gründeten, spricht für sich. Und die Art, wie der Apostel ihrem antidogmatischen, charismatischen Christentum auch an diesem Punkt begegnet, ist bezeichnend. Er schiebt ihnen sozusagen erst einmal wieder das törichte und in seiner Torheit aller Weisheit der Menschen unendlich überlegene Kerygma unter die Füße". Die Kirche und ihre Einheit begründet das Dogma, „weil es die Menschen radikal aus der Tyrannei menschlicher und auch christlicher Meinungen befreit". Das gegenseitige sich Verurteilen ist gerade ein Zeichen enthusiastischen Individualismus, wo einer sich gegen den andern „aufbläht" (1. Kor. 4, 7). Paulus bestreitet nicht, daß es neben der dogmatischen eine mystische Erkenntnis gäbe, aber sie setzt die dogmatische voraus und erwächst auch nur im Maße der Liebe. Vor allem beruht nach Paulus die Kirche auf dem apostolischen Amt und nicht, wie man früher gerade auf Grund des Korintherbriefes argumentierte, auf den Gnadengaben.

„Die korinthischen Enthusiasten verstehen das Amt durchaus vom Charisma her, und d. h. sie verstehen es überhaupt nicht. Ihre Respektlosigkeit gegenüber dem Apostel ist ja nur ein Ausdruck dieses ihres Unverständnisses. Ihr Maßstab zur Beurteilung einer Vollmacht ist der Besitz und die Auswirkung von charismatischem Pneuma, das doch nur die Amtsführung wirkungskräftig machen kann, aber nie das Amt begründet. Sie vergessen auch hier die eschatologische Dignität, d. h. die Setzung und Übertragung der Oikonomia durch den Kyrios selbst und die damit gegebene Unverfügbarkeit und „Objektivität". Sie vergessen, daß es selbst und sogar seine Verwaltung vom Charisma her nicht zu diskutieren ist, daß der einzige Maßstab ihm gegenüber nur die „Treue" ist. Sie wissen erst recht nicht, daß es gerade durch seine eschatologische Fremdheit und objektive Ordnungskraft, durch seine Autorität, die gebietet und Gehorsam verlangt, den Charismatiker zu seinem eigentlichen Dienst, der Erbauung der Kirche, befreit und so als in sich wirksamer ordo das eigentliche Charisma, das selbstlose Charisma, ermöglicht."

Die Einheit der Kirche durch das Opfer der Liebe

Schlier sieht das Thema des 1. Korintherbriefes in der Darlegung des Verhältnisses von Gnosis und Agape, von Erkenntnis und Liebe. Darum weist Paulus die Korinther von ihrem Enthusiasmus in die Konkretheit der christlichen Existenz mit den Brüdern, daß sie nicht meinen, sie könnten in ihrer Freiheit vom Gesetz ein Leben der Willkür führen, das „Experiment einer geistlichen Ehe", oder „beim Herrn Serapis" mit den heidnischen Freunden das Götzenopferfleisch essen, d. h. sich nicht durch reale Entscheidungen aus den Weltverhältnissen lösen.

„Eben dieser auf die Spitze getriebene Individualismus des in sich selbst befangenen natürlichen Menschen, dieser verklärte und gerechtfertigte Individualismus des Weisen, der nicht vor dem törichten Kerygma kapituliert hat, macht es dem Enthusiasten im Prinzip so schwer, ja unmöglich, das, was Kirche ist, zu verstehen und sie als das der christlichen Existenz Vorgegebene und in ihr von vornherein in Rechnung Gesetzte anzuerkennen. Symptom dieser prinzipiellen Isolation der Existenz sind nicht nur die Bildung enthusiastischer Personalgemeinden in der korinthischen Ekklesia, sondern auch das individualistische Mißverständnis des Kultes oder auch der Charismen. Es ist kein Zufall, daß gerade in diesem Brief der Apostel den Blick der Korinther auf die Gesamtekklesia des öfteren lenkt (1, 2; 4, 17; 7, 17; 11, 16; 14, 33) und, wie man mit Recht gesagt hat, ein allgemeines Kirchenrecht zu entstehen beginnt."

Gerade die großen Charismen Glaube, Hoffnung, Liebe sind erst auf dem Grunde des gemeinschaftsbildenden Dogmas möglich, wo sie sich aus der fruchtbaren Gesamtwirklichkeit der Kirche nähren. Die Freiheit des Christen, der über alles verfügt, besteht darin, daß er sich seinem Herrn zur Verfügung stellt. Das pneumatische Dasein fordert „das Existieren in der Liebe ... im ständigen Opfer", in der Ablösung von sich selber und der Welt. „Die christliche Existenz ist wahrhaftig eine enthusiastische, ein Existieren im Überschwang der Liebe. Man kann genauer sagen: sie ist ein im Gehorsam des Glaubens gegründeter kritischer Enthusiasmus der Liebe".

„Damit ist sie aber jener gefährlichen Abstraktion enthoben, in der die korinthischen Pneumatiker sie vollzogen und in der sie jeder vollzieht, der die Rechtfertigung des Daseins schon in einem geistigen Prinzip, etwa dem des Glaubens, gegeben sieht. Dieser „Glaube" kann mehr unter der Form des dogmatischen Glaubens, der er aber nicht ist, verstanden werden, also im Sinn eines doktrinären Glaubens, oder mehr unter der Form des charismatischen Glaubens, der er aber auch nicht ist, also im Sinn eines „existentiellen" Glaubens. Wesentlich für das Mißverständnis des Glaubens ist, daß sich die christliche Existenz nur noch in der Bewegung dieses Glaubens abspielt, und sich als glaubende schlechthin gerechtfertigt und im Glauben nicht mehr bedroht sieht ... Solches Christentum des „Glaubens" — wohlgemerkt nicht des dogmatischen und nicht des charismatischen, sondern eines

eigentümlichen Glaubensprinzips — kann dann unter Umständen einen solchen Grad von Abstraktion annehmen, daß sich das Christsein in einer seltsamen dialektischen Bewegung erschöpft, deren Nähe zur korinthischen Gnosis sich durch eine Art dialektischen Enthusiasmus und einen auffallenden dialektischen Hochmut verrät. Aber auch das ist bezeichnend, daß sich mit dieser abstrakten Glaubensdialektik eine „Ethik" nur sehr schwer verbinden läßt, am ehesten noch eine gewisse hausbackene Moral, über die sich freilich dieselben dialektischen Enthusiasten „kritisch" erhaben dünken".

Es scheint, als gebe Schlier hier eine klare Absage an eine Kirche enthusiastischer Charismen ohne Einheit im Dogma. Ohne Kenntnis der ganzen Vorlesungen ist es allerdings nicht möglich, kritische Fragen zu stellen, unter denen die vordringlichste die wäre, welche Bedeutung der „Heilige Geist", der „Geist Gottes" (1. Kor. 2, 10 f; 6, 19; 12, 3) in der Kirchenlehre des Apostels Paulus hat. Als dritte Person der Trinität ist er nicht identisch mit den Gnadengaben des einzelnen Gläubigen noch mit dem Kerygma der apostolischen Überlieferung. Man könnte vielleicht auch sagen, das Thema des 1. Korintherbriefes sei die Antithese Heiliger Geist — religiöser Menschengeist. Jedenfalls ist diese Erklärung des Korintherbriefes eine bemerkenswerte Ergänzung der Auslegung von 1. Kor. 11, 23 über das Abendmahl durch Ernst Käsemann, Mainz (Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 7, S. 334 f) und ein bedeutender Schritt zu einem fruchtbaren Lehrgespräch mit der katholischen Kirche.

Neue evangelische Kirchenordnungen

Um Apostolizität, biblische Wahrheit und Recht der Landeskirchen

Die Grundordnung der „Evangelischen Kirche in Deutschland" vom Juli 1948 hatte „nicht eine Kirche", sondern einen „Bund von Kirchen" verschiedenen Bekenntnisses verfaßt. Ihre einzelnen Artikel, über die wir ausführlich berichtet haben (Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 5/6, S. 263 f; H. 8, S. 342; H. 9, S. 397 f und H. 11, S. 514 f), zeigen mehr die bisher unlösbar gebliebene Complexio oppositorum eines Übergangszustandes als die neuen Erkenntnisse und Glaubenserfahrungen aus dem Kirchenkampf, die in jüngster Zeit in einigen Landeskirchen entstanden sind. Es liegen vor die Gesetze über „Die Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland" und über „Die Leitung der Evangelischen Kirche in Westfalen", beide vom 12. November 1948 (Amtsblatt der EKD 1949, Nr. 1 und 4), beides noch keine allgemeinen Kirchenordnungen; sodann die umfassende „Grundordnung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg" vom 15. Dezember 1948 (Amtsblatt der EKD Nr. 3) und die „Ordnung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau" vom 17. März 1949 (Amtsblatt der EKD Nr. 5). Allen gemeinsam ist, daß in diesen Gebieten der Kampf gegen die nationalsozialistische Reichskirche am heftigsten geführt wurde und daß sie eine fühlbare reformierte Minderheit aufweisen. Es sind also keine „reinen" Typen kirchlicher Ordnung, wie sie vielleicht lutherische Kirchen aufstellen werden. Die Aufgabe dieses Berichts ist es nicht, das ganze Problem einer evangelischen Kirchenverfassung zu entfalten, wohl aber die beherrschenden Tendenzen herauszuarbeiten, die Zeugnis für die neue theologische Besinnung über die Kirche geben. Mit einem Schlagwort darf man sagen: hinter diesen Verfassungen, die sich ihrer Vorläufigkeit bewußt sind, steht nicht mehr so sehr der Römerbrief, d. h. die Rechtfertigung allein aus Glauben, mit ihrem Minimalprogramm kirchlicher Ordnung nach Augustana VII, sondern auch der Epheserbrief, die Auferbauung des Leibes Christi aus der Anbetung und den Diensten der Gemeinde, das Verlangen nach der Fülle des Christus präsens.

Die Normen

Über die Normen dieses neuen Kirchenrechts hatte der reformierte Kirchenrechtler Professor Erik Wolf, Freiburg, bereits wesentliche Gedanken ausgesprochen (Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 6, S. 289), die mit denen des lutherischen Dogmatikers Professor Edmund Schlink, Heidelberg, in einem Punkt übereinstimmen: die Quelle des kirchlichen Rechts ist die Grundform der Kirche, nämlich die gottesdienstliche Versammlung und ihre Liturgie („Der Ertrag des Kirchenkampfes", 1946, S. 53 f). Von daher müsse das Gesamtleben der Gemeinde und ihrer Glieder als Kirche geordnet werden; ein treffender Grundsatz, vorausgesetzt, daß der Gottesdienst „in Ordnung" ist und die Fülle Christi entfaltet. Das aber wird von den zahlreichen Forderungen nach einer Erneuerung des Gottesdienstes bestritten. Erik Wolf kann als Reformierter noch darauf verweisen, daß „die Ordnungsgrundsätze der frühen Gemeinden echten biblischen Weisungscharakter beanspruchen". Danach ist nach Möglichkeit und nach dem Maße der Erkenntnis verfahren worden, ohne die Konzentration Luthers auf das Predigtamt und die Lokalgemeinde ganz aufzugeben. Vor allem wurde versucht, den Grundsätzen der Barmer Bekenntnissynode von 1934 Rechnung zu tragen, wonach die Kirche „eine Gemeinde von Brüdern ist", in der durch die Ämter „Christus allein herrscht", und zwar so, daß Sein Anspruch das gesamte Leben der Christen beschlagnahmt. Die „Bekennende Kirche" glaubte 1935, die Apostolizität ihrer Ordnung in der Verwerfung der deutsch-christlichen Pseudohierarchie und in der Behauptung urchristlicher Brüderlichkeit, d. h. durch eine Bruderratsverfassung ausweisen zu müssen. Damals hatte die neutestamentliche Exegese noch nicht wie heute den apostolischen Charakter der Christuskirche in der vom Apostelamt unlösbaren apostolischen Überlieferung erkannt, wonach das Hirtenamt der Apostel die verschiedenen Dienste als Gaben des Heiligen Geistes zwar bestätigt und ordnet, aber nicht durch sie ersetzt oder abgelöst werden kann. Daß das Christusrecht der Kirche Apostelrecht und das Durchhalten dieser ursprünglichen Ordnung und Überlieferung nicht Konservierung einer historischen „äußeren Ordnung", sondern ein ununterbrochener gemeinschaftlicher Akt der Glaubenstreue zur Weisung des Christus präsens ist, haben die neuen Verfassungen nicht bezeugt. Es haftet ihnen noch das Vorurteil an, wonach die Ordnung der Kirche „ein Stück Welt" ist (D. Rendtorff, Kiel, „Normen rechter Kirchenordnung", Theologische Literatur-Zeitung, 1949, Nr. 3, S. 146). Es steckt immer noch ein Rest von Angst vor dem Leibhaftwerden des Heiligen Geistes in diesen Verfassungen.

Die synodale Tradition im Westen

Sie spiegeln daher zum Teil auf kirchlichen Boden die deutsche Art wieder, eine gedachte Wirklichkeit in

Paragraphen vorwegzunehmen, nicht aber eine bestehende Wirklichkeit zu verfassen oder auf die apostolische Tradition zurückzuführen. Tradition in einem begrenzten geschichtlichen Sinne stellen die beiden Kirchengesetze für Rheinland und Westfalen über ihre Kirchenleitungen wieder her. Sie gehen hinter den Zentralismus der nationalsozialistischen Reichskirche und noch ein gutes Stück hinter den Zentralismus des Berliner Oberkirchenrats der „Altpreußischen Union" von 1922 zurück, indem sie mit der Beseitigung der Konsistorien das Ideal der rein synodalen und presbyterialen rheinisch-westfälischen Kirchenordnung darstellen. Die bischöflichen Rechte der Schlüsselgewalt nimmt die Landessynode in Anspruch, die für 4 Jahre gewählt wird und mindestens alle zwei Jahre zusammentritt. Sie besteht aus den Mitgliedern der (von ihr gewählten) Kirchenleitung, sowie den Superintendenten und den Abgeordneten (je ein Pfarrer und ein Laie) der Kirchenkreise samt den Delegierten der Theologischen Fakultäten und berufenen Mitgliedern. Sie wacht über die Reinheit der Verkündigung, über die Wahrung des Bekenntnisstandes und der presbyterialen Ordnung der Gemeinden. In der westfälischen Fassung rechnet zu den Aufgaben der Synode auch: „Sie hat die Geltung der Gebote Gottes für das öffentliche Leben zu bezeugen, das Wächteramt der Kirche auszuüben und sich mit Wort und Tat für soziale Gerechtigkeit einzusetzen ... Sie hat die Rechte und Pflichten der Kirche gegenüber den öffentlichen und privaten Schulen wahrzunehmen", ein neuer folgenreicher Grundsatz einer evangelischen Kirchenverfassung, der im rheinischen Text fehlt.

Die tatsächliche Kirchenleitung übt im Auftrag der Synode ihr Präses mit den übrigen Mitgliedern des Präsidiums aus, 7 Theologen und 8 Ältesten, von denen die Hälfte auf acht Jahre hauptamtlich gewählt wird. Im § 40 des westfälischen Gesetzes wird von den Amtsträgern die Anerkennung der Barmer Artikel als „kirchlich verbindliche Bezeugung der reformatorischen Bekenntnisse" gefordert. Die Stellung des westfälischen Präses ist eine noch mehr bischöflich-autoritäre. Das liegt nicht nur an dem lutherischen Einschlag der Gemeinden und dem lutherischen Amtsbegriff, sondern auch an der ehrwürdigen Gestalt des Präses Koch, einer wahren Säule des Widerstandes im Kirchenkampf. So heißt es in § 34: „Dem Präses wird das Hirtenamt an den Gemeinden, insbesondere an den kirchlichen Amtsträgern der Landeskirche übertragen ...". Das ist eine stark lutherische Intention. Aber die beiden Kirchengesetze sehen vor, daß die Kirchenordnung von Rheinland und Westfalen in Übereinstimmung stehen sollen; so wird der rheinisch-reformierte Einfluß die Entfaltung eines lutherischen Kirchentyps hemmen.

Ein Vorbild im Osten

Die Grundordnung für Berlin-Brandenburg spiegelt nun alle die Wünsche und Erfahrungen wider, die im Kirchenkampf gemacht wurden; vor allem erstrebt sie den Aufbau verantwortlicher Gemeinden, die der lutherische Osten bis 1934 nicht kannte. Man darf sagen, daß hier die „Bekennende Kirche" die Eigenart der Verfassung weitgehend bestimmt, ohne daß die Erfahrung der konsistorialen Zeit, repräsentiert durch Bischof D. Dibelius, dabei zu kurz gekommen ist. Mit ihren 164 Artikeln — darin sind nicht enthalten die noch zu schaffenden Ordnungen für Taufe, Abendmahl und das übrige kirchliche Leben — ist sie ein Dokument deutscher Gründlichkeit. Ein umfangreicher Vorspruch „von Schrift und Bekenntnis" umschreibt die dogmatischen Grundlagen: 1. Die EK in Berlin-Brandenburg steht in der Einheit der einen heiligen, allgemeinen christlichen Kirche (das Wort „apostolisch", das die EKD-Präambel enthält und Hessen übernimmt, ist hier fortgelassen), die überall da ist, wo das Wort Gottes lauter verkündet und die Sakramente recht verwaltet werden" (nach Augustana VII). 2. Eins unter ihrem Haupte, Jesus Christus, dem Fleisch gewordenen Wort Gottes, dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn, dessen sie wartet, ist sie gegründet auf das prophetische und apostolische Zeugnis der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments, an dem allein Lehre und Leben zu messen sind." Sie bekennt gemeinsam mit der alten Kirche das Apostolicum, das Nicänum und das Athanasianum, mit der reformatorischen Auslegung, „daß Jesus Christus allein unser Heil ist, offenbart allein in der Heiligen Schrift, geschenkt allein aus Gnaden, empfangen allein aus Glauben." Die lutherischen Bekenntnisse gelten in den lutherischen, die reformierten Bekenntnisse in den reformierten Gemeinden, die zu einem weitgehend autonomen Verband unter einem eigenen Moderamen zusammengefaßt sind. Sodann wird die „Theologische Erklärung von Barmen" als „ein auch fernerhin gebotenes Zeugnis der Kirche" angeführt und die Verpflichtung ausgesprochen, diese Bekenntnisse „immer wieder an der Heiligen Schrift zu prüfen und in Lehre und Ordnung gegenwärtig und lebendig zu erhalten", eine Absage an den formalen Konfessionalismus gewisser Lutheraner der VELKD. Das ist also keine Union, die das Bekenntnis verwischt, aber die Einheit des Bekennens mit den Reformierten wird — in Abweichung von Artikel 4 EKD — durch die volle Abendmahlsgemeinschaft unterstrichen (so auch in Hessen).

Amt und Gemeinde

Bemerkenswert sind in den „Grundsätzen über Amt und Gemeinde" die folgenden Absätze: „Der Heilige Geist leitet und erbaut die Gemeinde durch mannigfache Gaben, Dienste und Ämter. Sie dienen alle dem einen der Kirche eingestifteten Amt, das die Versöhnung verkündigt: teils entfalten sie das Predigtamt in einer Mannigfaltigkeit von Ämtern der Verkündigung und Lehre, teils fördern sie in der Leitung und Verwaltung der Kirche den Dienst der Verkündigung und wachen darüber; teils lassen sie das Wort von der Versöhnung in Lob und Dank und einem Leben der brüderlichen Liebe Tat werden. Die Kirche kann und darf nicht ohne solche Dienste und Ämter sein.

Alle Leitung in der Kirche ist demütiger, brüderlicher Dienst im Gehorsam gegen den guten Hirten. Sie wird von Pfarrern und Ältesten gemeinsam ausgeübt."

Für die Lage im Osten ist Absatz 4 bedeutsam: „Kraft des Priestertums aller Gläubigen ist jedes Gemeindeglied berechtigt und verpflichtet, kirchliche Dienste wahrzunehmen. Die Verpflichtung für alle Gemeindeglieder, nach dem Maß ihrer Gaben, Kräfte und Möglichkeiten die Gnadengabe des Evangeliums zu bezeugen, muß sich in Notzeiten auch darin bewähren, daß nichtordinierte Gemeindeglieder den Dienst der öffentlichen Verkündigung des Evangeliums und der Sakramentsverwaltung zunächst auch ohne besonderen Auftrag übernehmen. Die Gültigkeit und Wirksamkeit der in solcher Wahrnehmung vollzogenen Handlungen ist in dem der ganzen Kirche eingestifteten Amt begründet."

Die Kirche von Berlin-Brandenburg erklärt sich zum Glied der Altpreußischen Union, in deren Rahmen sie Glied der EKD ist und zugleich „in der Gesamtordnung des Weltrates der Kirchen" steht. Dieses Gliedsein wird nicht wie in Hessen unter dem Bilde des „Leibes Christi" begründet. Soweit hat diese Grundordnung die Verfassung der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union von 1922 beträchtlich hinter sich gelassen, sowohl in der Tiefe des theologischen Bemühens wie in der Weite des ökumenischen Bewußtseins. Die anwesenden Laien glaubten zwar, auf der Synode gegen diese theologische Gründlichkeit protestieren zu müssen: Dr. v. der Gablentz (Michaelsbruderschaft) erhob die grundsätzliche Frage, „ob die Form der Reformationszeit, die Kirchen auf theologische Denkschriften zu gründen, überhaupt die richtige Form der Kirchengründung war". Er meinte, man müsse endlich der Tatsache Rechnung tragen, daß man „auf dem Wege von der Volkskirche zur abgegrenzten bekennenden Minderheitenkirche" sei. Das Ansehen des Redners in der evangelischen Öffentlichkeit zeugt davon, daß dies gewichtige Worte aus dem Osten sind. Über die Wirklichkeit der Kirche in dieser Welt wie über ihr dogmatisches Sein in der Wahrheit werden erst die in Vorbereitung befindlichen Ordnungen für die Taufe, das Katechumenat, Abendmahlsverwaltung und Kirchenzucht Rechenschaft ablegen können. Dessen ist man sich auch bewußt. Die dazu erforderliche theologische Besinnung, sonderlich über die Taufpraxis und die Ordnung des Hauptgottesdienstes mit ständigem Abendmahl, ist noch nicht abgeschlossen. Der Aufsatz von Generalsuperintendent Günther Jacob über die „Kirche als eucharistische Bruderschaft", über den wir im Maiheft berichteten, zeugt eindrucksvoll, in welcher Richtung sich die Entwicklung bewegt.

„Dienende Gemeinde"

Die Gemeinde ist die Urzelle der Kirche. Sie trägt bereits die volle Verantwortung dafür, daß die Botschaft missionarisch ausgerichtet, d. h. von der Umwelt gehört und beachtet wird. Dafür hat sie alle erforderlichen Ämter und Dienste zu entfalten. Zwar wird noch daran festgehalten, daß die Kirche „Volkskirche" ist, es gehören also alle getauften evangelischen Christen zur Ortsgemeinde. Aber es wird, über frühere Vorbilder und Sitten hinaus, von den Gemeindegliedern erwartet, daß sie ein christliches Leben führen und am vollen Gottesdienst mit Abendmahl teilnehmen. Hier hat nun die Erfahrung der Kampfzeit eine neue Bestimmung eingeführt. Man unterscheidet nicht mehr eine „Bekennende Gemeinde" innerhalb der Ortsgemeinde als eine besonders gläubige oder treue Gruppe von Christen, sondern man sucht die Gefahr des Pharisäismus und der „Elite"-Vorstellung durch den Begriff der „dienenden Gemeinde" auszuschalten. Artikel 14 sagt darüber:

„1. Die erwachsenen Gemeindeglieder, die zum Heiligen Abendmahl zugelassen sind, werden aufgefordert, die Verantwortung für ihre Gemeinde mitzutragen und ihr zu dienen. Alle, die dieser Aufforderung Folge leisten, sammelt der Gemeindekirchenrat zur „Dienenden Gemeinde".

2. Sie geben dabei eine Erklärung ab, in der sie ihren Willen zum Ausdruck bringen, sich in Erfüllung ihres Konfirmationsgelübdes zu Jesus Christus als dem alleinigen Herrn der Kirche auch öffentlich zu bekennen, ihr persönliches Leben in der Verantwortung vor Gott zu führen, sich zu Gottes Wort und Tisch zu halten und sich betend, opfernd und dienend am Leben der Kirche zu beteiligen."

Eine Form, die etwa der Katholischen Aktion im Sinne Pius XI. entspricht, freilich ohne jeden Gedanken an übergemeindliche Organisation.

Bei den Artikeln über den Pfarrer fällt auf, daß die Ordination wieder ernst genommen wird, vor allem die Bekenntnisverpflichtung. Gänzlich neu ist der Satz: „Ihm liegt es ob, Beichte zu hören und Absolution zu erteilen" (15, 2). Damit öffnet sich eine vergessene Welt. Die Ordination verpflichtet ihn „zu hingebender Hirtentreue, zur Beständigkeit in der Lehre, zum Gehorsam gegen die Ordnung der Kirche und zu vorbildlichem Wandel". Unter den „andern Amtsträgern der Gemeinde", die dem Pfarrer „im Dienst des Wortes Gottes und am Aufbau der Gemeinde" zur Seite stehen, werden in ihren Rechten und Pflichten genannt: der Katechet, der besonders im Schulunterricht tätig ist, der Kirchenmusiker, „der innerhalb des liturgisch-gottesdienstlichen Geschehens ein Amt der Verkündigung ausübt", der Gemeindediakon, die Gemeindehelferin für Jugend- und Mütterfürsorge, die Gemeindeschwester für die Kranken, die Kindergärtnerin und die wichtigen Lektoren, die in verwaisten Gemeinden oft den Pfarrer ersetzen müssen. Diese sind zusammengefaßt im „Gemeindebeirat", während die Ältesten mit dem Pfarrer den verwaltenden Gemeindekirchenrat bilden. Auf die Ältesten verwendet die Grundordnung umfassende Bestimmungen, um sie auf das dem Westen vertraute Niveau, ja darüber hinaus zu heben, wie es der biblische Befund etwa der Apostelgeschichte und der Briefe des NT zeigt. Ihr Gelübde ist gegenüber dem der Verfassung von 1922 erweitert: sie werden auf das Bekenntnis verpflichtet und sollen sich „auch in allen Anfechtungen als Zeugen Jesu Christi vor der Welt bekennen", also nicht nur einen lokalen Honoratioren- und Handwerksmeister-Rat darstellen.

Der Bischof

Von besonderem Interesse sind die Artikel über die obersten Organe der selbständigen Kirchenprovinz. An der Spitze steht hier im Osten nicht die Synode mit ihrem Präses. Sie ist das synodale Organ der „Kirche" neben und unter dem Bischof mit seinen Generalsuperintendenten. Artikel 119 sagt:

„1. Die Provinzialsynode steht unter dem Missionsbefehl des Herrn der Kirche. Was sie beschließt, hat zum Ziel, daß das Evangelium von Jesus Christus dem einigen Herrn und Erlöser, einmütig, lauter und gegenwartsnah allem Volk mit Wort und Tat bezeugt wird.

2. Die Provinzialsynode erfüllt ihre Aufgaben im Auftrag der „Kirche". Sie handelt als eine brüderliche Gemeinschaft im Vertrauen auf die Gegenwart ihres Herrn, dem allein zu gehorchen sie verpflichtet ist.

3. Jeder Synodale trägt persönlich in alleiniger Bindung an Jesus Christus und Sein Wort die Mitverantwortung für die ganze Kirche.

4. Die Provinzialsynode hat die Pflicht, um ihrer kirchlichen Vollmacht und Autorität willen ihre Unabhängigkeit zu wahren".

Ihr sind bedeutsame geistliche Befugnisse zugewiesen: „1. Die ständige Erneuerung der Kirche zu fördern, 2. darüber zu wachen, „daß die Geltung der Gebote Gottes im öffentlichen Leben anerkannt wird". Noch mehr: „Sie soll dafür eintreten, daß Regierung und Volk

die ihnen durch die Herrschaft Christi gesetzten Grenzen innehalten und der Verkündigung der Frohen Botschaft Raum geben". Das ist die volle Verantwortung der Kirche im Sinne der Barmer „Theologischen Erklärung".

Dennoch wird das synodale Organ nicht überfordert. Man hat für die geistliche Leitung der großen vielseitigen Kirchenprovinz mit ihren vier Besatzungsmächten eine Kombination gefunden. Das Amt der Generalsuperintendenten, die ein größeres Gebiet zusammenfassen, wurde beibehalten. Es gibt deren in Berlin und Brandenburg eine ganze Reihe. Um aber alle Organe der Kirche zur Einheit zu bringen, hat man an die Spitze den Bischof gestellt. Zusammen mit den Generalsuperintendenten übt er das Wächteramt über die Lehre aus und wehrt Irrlehren ab, pastoriert die Pfarrer und wacht darüber, „daß die Gemeinden ihrer Berufung eingedenk bleiben, Salz der Erde und Licht der Welt zu sein." Aber die Ordination vollzieht der Bischof allein. Seiner besonderen Sorge obliegt die Ausbildung des theologischen Nachwuchses. Er ist auch der Vorsitzende der Kirchenleitung, vertritt die Kirche nach außen und „achtet auf die geistigen, kulturellen, sozialen und politischen Strömungen des öffentlichen Lebens und sorgt dafür, daß die Kirche ihren Dienst am Volk und an der nichtchristlichen Welt wahrnimmt." Jedes Wort hat hier sein eigenes Gewicht.

Wichtiger als die Einzelheiten über den Aufbau der Verwaltungsbehörden sind die missionarischen Aufgaben der „kirchlichen Werke", die in die Verfassung aufgenommen wurden. Die Grundordnung schließt mit folgenden Sätzen, die wohl noch keine neuere evangelische Kirchenverfassung kennt:

„Mit dieser Grundordnung weiß sich die Synode von neuem in den Gehorsam gegen ihren himmlischen Herrn gerufen. Die Synode gelobt, in der Treue gegen Jesus Christus die Arbeit an der Grundordnung wachsam fortzusetzen und ihre Fassung bei besserer Erkenntnis zu erneuern. Sie befiehlt das Stückwerk ihres Gehorsams und ihrer Erkenntnis der Vergebung Gottes.

Wir warten des lieben jüngsten Tages, an dem Gott unserem irdischen Dienst ein Ende macht, und um Christi willen hoffen wir, daß Gott uns dann sehen lasse, was ER uns zu glauben gegeben hat."

(Von der Übernahme und Fortbildung dieser Gedanken in der Ordnung der Evangelischen Kirche von Hessen-Nassau berichtet das nächste Heft.)

Das Bildnis

Maurice Blondel

Ein Beitrag zur Klärung des Verhältnisses von Philosophie und Glaube

Auf die Vigil von Pfingsten, am 4. Juni 1949, starb in Aix-en-Provence im Alter von 88 Jahren der große französische Philosoph Maurice Blondel. Er hat bis zur letzten Minute gearbeitet, er, der große christliche Philosoph, der gefordert hatte, daß das Wissen ebenso umfassend sein müsse wie die Liebe, und dessen Todestag darum so sinnvoll mit dem Feste des Geheimnisses des Heiligen Geistes zusammenfiel. Sein Leben war die buchstäbliche Verwirklichung der christlichen Wahrheit vom Sauerteig, denn seine Philosophie ist zum Ferment geworden für die Erneuerung des gesamten katholischen geistigen Lebens in Frankreich. Sein Name ist in letzter Zeit zwar seltener genannt worden als vor dem Krieg — lautete sein Wahlspruch doch, daß der Lärm wenig Gutes stiftet und das Gute wenig Lärm macht — und doch haben der Papst und mehrere Kardinäle zum Tode dieses katholischen Laien, der durch seine Philosophie der Kirche unermeßliche Dienste geleistet hat, ihre Teilnahme bekundet und hat der Erzbischof von Aix zu Ehren des Toten in der Kirche eine lange Gedächtnisrede halten lassen, wodurch offensichtlich auch der Name Blondels öffentlich in der Kirche geehrt werden sollte, dem um die Jahrhundertwende das schwere Unrecht angetan worden war, daß er von Eiferern des Modernismus bezichtigt worden war. Diese kirchlich diffamierende Bezeichnung ist jahrelang durch die Lehrbücher der Apologetik auch bei uns in Deutschland verbreitet worden. Und bis auf den heutigen Tag hat es in vereinzelten Fällen nicht an Mißdeutungen seiner Philosophie gefehlt, die dazu beigetragen haben, die falsche öffentliche Meinung über Blondel immer wieder zu beleben, obwohl in den beiden letzten Jahrzehnten die Bedeutung Blondels mehr und mehr anerkannt worden ist und so die tiefer Sehenden, wie z. B. Kardinal Mercier, recht behalten haben, die das philosophisch revolutionierende Werk Blondels „L'Action. Essai d'une critique de la vie et d'une science de la pratique", seine Doktorthese von 1893, gleich in seinem wahren Sinn und seiner ungeheuren geistigen Tragweite erkannten.

Blondels Werk und Bedeutung

Heute, nachdem durch führende französische Theologen die philosophischen Impulse Blondels für die Theologie fruchtbar gemacht worden sind und die Erregung der Gemüter der Modernistenzeit infolge des größeren Abstandes einer ruhigeren und sachlicheren Betrachtung der Probleme gewichen ist, läßt sich Blondels Leistung besser würdigen. 1945 erschien in Löwen eine große gelehrte Arbeit „Le problème de l'acte de foi. Données traditionelles et résultats des controverses récentes" von Roger Aubert, in der im wesentlichen die Bedeutung Blondels darin gesehen wird, daß er, der christliche Laie, als Philosoph die katholische Theologie des 19. Jahrhunderts, die im Gegensatz zur vollen kirchlichen Überlieferung dazu neigte, das rationale Element zumal in der Theologie des Glaubensaktes zu überspannen, vor der Gefahr des damaligen großen Zeitübels des Rationalismus gerettet hat. Darin liegt in der Tat seine Bedeutung. Und sie wird verständlich, wenn man seine philosophische Leistung als solche würdigt; denn Blondel war ja kein Theologe, sondern Philosoph, und zwar ein moderner Philosoph, der eifersüchtig auf die Eigenständigkeit der Philosophie bedacht war. Aber als Philosoph hat er das Verhältnis von

Philosophie und Glaube neu durchdacht, hat über Augustinus und Thomas hinausgehend die Frage in einer Radikalität gestellt, wie sie vordem nicht gestellt werden konnte, und in einer Weise, die für die Zukunft richtungweisend bleiben wird. Diese Leistung macht ihn zum bedeutendsten Religionsphilosophen unserer Zeit.

Blondels Werdegang

Blondel wurde mit seinem Werk „L'Action" von der offiziellen Philosophie seiner Zeit als „Wilder" abgelehnt. Seine Philosophie der Sein und Denken einigenden Tat eilte seiner Zeit weit voraus. Sie war so allem Idealismus, Rationalismus und Positivismus entgegen, daß er auf völlige Verständnislosigkeit stoßen mußte und nur mit Mühe einen philosophischen Lehrstuhl gewinnen konnte. Es ist bezeichnend, daß die nichtkatholische Philosophie bis auf wenige Ausnahmen von Blondel kaum Notiz genommen hat. Er wurde fälschlicherweise als religiöser Philosoph unter die modernistischen Denker eingereiht, obwohl seine „Action" dem Modernismus lang vorausgegangen war. Andere wiederum ordneten ihn unter die Bergsonianer ein, ohne zu beachten, daß Blondel Bergson von Anfang an abgelehnt hat. So ortlos mußten jenen Philosophen die Thesen Blondels erscheinen, daß sie einfach nichts mit ihnen anzufangen wußten. Erst der Marxismus und der Existentialismus in Frankreich haben durch ihre heftige Bekämpfung des Idealismus den Boden für das Verständnis dessen aufgelockert, was Blondel wollte, ohne daß dieser den Einseitigkeiten dieser Denkrichtungen jemals verfallen wäre. Da aber stand der inzwischen erblindete Philosoph den aktuellen philosophischen Problemen nicht mehr so gegenwärtig nahe wie einstmals in der Zeit der heftigen Auseinandersetzungen um die Action. Er hat allerdings auch in der jüngsten Zeit immer wieder Stellung genommen zu den philosophischen Problemen der Zeit in Zeitschriften und auf Kongressen. Und vor allem konnte sein seit 1934 im Erscheinen begriffenes philosophisches Gesamtwerk nicht unbeachtet bleiben.

Anfängliches Mißverständnis

Das Eigentümliche und Tragische in Blondels Leben war, daß die vom Rationalismus angekränkelte katholische Schulphilosophie der Zeit um 1900 ihn ebenfalls nicht verstehen konnte. Dieses tragische Nichtverstehenkönnen war der Anlaß, daß Blondel als Apologet mißverstanden wurde und in eine Polemik auf das ihm fremde Gebiet der Theologie verwickelt wurde, die ihm viel Kraft kostete, viel Bitteres, freilich schließlich auch viel Licht für sein philosophisches Anliegen einbrachte. Es kam das Schlagwort der Immanenzapologetik auf, über die viele Bücher geschrieben worden sind, die jedoch meist wenig Verständnis für Blondels Philosophie verraten. Gewiß kam Blondel durch diese ihm aufgezwungene Front in die Not unzulänglicher theologischer Formulierungen, er ließ sich zuweilen in seinen eigenen Positionen zu sehr von denen seiner Gegner bestimmen. Aber im Grunde blieb er seinem ihm eigenen philosophischen Anliegen vom Anfang seiner philosophischen Laufbahn bis zum Ende seines Lebens treu. Er hat lediglich vertieft und immer umfassender ausgebaut, was er in der Action von 1893 grundgelegt hatte.
Gegenüber dem heillosen Auseinanderklaffen von Wissenschaft, Philosophie, Kunst und Religion in seiner Zeit ringt Blondel um eine neue Einheit, von der aus er diese Bereiche, die der lebendige Mensch konkret in sich einigt, auch philosophisch miteinander in einen Bezug bringen könnte. Gegenüber dem Kult der Abstraktionen, wie sie die Wissenschaft im 19. Jahrhundert entwickelt hatte, fordert er die unbedingte Rückkehr zum Konkreten. Er verwirft nicht die Abstraktion schlechthin, sondern nur das Abstrahieren ohne Bezug zur Wirklichkeit, und dieser ständige Bezug zur Wirklichkeit wird ihm zum Indicium wahren Philosophierens. Der Enthüllung der Wahrheit dient nicht die Logik des Abstrakten, sondern die Logik des konkret Wirklichen, die Logik, die sich als Norm des Wirklichen offenbart.

Die Philosophie de l'Action

Die phänomenologischen Analysen der Action, die Realität und Denken miteinander verklammert und so auch die vielfältigen Weisen des Wissens wieder miteinander in Beziehung bringt, verfolgen die Absicht, eine Brücke zu schlagen zwischen einem rationalistischen Intellektualismus und einem irrationalistischen Pragmatismus mit Hilfe einer Philosophie der Tat, im Sinne des Daseinsvollzugs. Die aus dem Wesen fließende und dieses zur Vollendung bringende und verwirklichende Tat ist das einigende Band von Sein und Denken. Ansätze zu dieser Auffassung hatte Blondel im „Vinculum substantiale" des Leibniz vorgefunden, über das er 1893 in seiner Arbeit „De Vinculo Substantiali et de Substantia Composita apud Leibnitium" berichtete. Diese Arbeit ist 1930 in einer erweiterten französischen Fassung unter dem Titel „Une énigme historique: le vinculum substantiale d'après Leibniz et l'ébauche d'un réalisme supérieur" erschienen. Das zweite Anliegen der Action war die Untersuchung des Bezugs zwischen der autonomsten Philosophie und der positivsten Religion, wie es der christliche Glaube ist. Er untersucht diesen Bezug nicht als Theologe, also nicht wie die Augustinisten, sondern als moderner autonomer Philosoph, der sich aber nicht für entbunden hält, die Wirklichkeit der Religion zu akzeptieren, sie vielmehr als menschliche und geschichtliche Wirklichkeit, unter Einklammerung ihres Offenbarungssinnes, philosophisch durchreflektiert. Dieses Problem wird ihn sein Leben lang in seinen Bann ziehen.

Philosophie und Religion

1896 erscheint seine berühmte „Lettre sur les exigences de la pensée contemporaine en matière d'apologétique et sur la méthode de la philosophie dans l'étude du problème religieux", in der er auf das leidenschaftlichste sich gegen alle jene Formen von Bezügen zwischen Vernunft und Glaube wehrt, die beide rein äußerlich aufeinander bezogen sein lassen und zu einer krampfhaften Verbindung von Naturalismus und Supranaturalismus führen. Dieses gleiche Anliegen hat er später in abgeklärterer Form 1932 in „Le Problème de la Philosophie catholique" aufgegriffen. Es handelt sich für ihn nicht nur im augustinistischen Sinn um eine „christliche Philosophie" oder im Sinne des hl. Thomas um eine eigenständige Philosophie, die im Laufe der Geschichte von außen her den Einfluß des Christentums erfahren hat. Die „Philosophie catholique" Blondels ist nicht zu verwechseln mit dem, was man gemeinhin als christliche Philosophie bezeichnet, sie ist die eine und integrale, methodisch reine Philosophie, die in einem Wesensbezug steht zur universalen Offenheit des Menschen, somit auch zur möglichen Begegnung mit der Offenbarung. Von dieser Philosophie gilt: Non libera nisi adjutrix philosophia; non adjutrix nisi libera. Trotz der völli-

gen Andersartigkeit von Philosophie und Glaube, die eine Verwischung verbietet, stehen beide in einem Verhältnis der Symbiose zueinander. Das philosophierende Denken und die gläubige Erfahrung vollziehen sich auf verschiedenen Ebenen, aber insofern beide das Leben des Menschen bestimmen und dem Dasein eine Atmosphäre verleihen, ist eine wechselseitige Atmosphärenwirkung unvermeidlich. Diese Atmosphärenwirkung schließt aber keinerlei Unterordnung ein. Die Philosophie gerät nicht in Abhängigkeit vom Glauben. Gleichwohl erweist sich das philosophische Verstehen als wesensbezogen zum gläubigen Verstehen, die innere Dynamik beider verläuft trotz der verschiedenen Objekte gleichsinnig.

Kleinere philosophische Veröffentlichungen

Blondel hat seine Action zunächst nicht mehr aufgelegt. Es erscheinen in jener Zeit unzählige Artikel und kleinere Abhandlungen. Um nur die wichtigsten zu nennen: 1898 „L'Illusion idéaliste", eine Untersuchung über den Wechselbezug von Realismus und Idealismus und deren notwendige Überwindung; 1900 „Principe élémentaire d'une logique de la vie morale", darin gezeigt wird, wie Idee und Tatsachen sich wechselseitig durchdringen und eine übergreifendere Logik als die des Aristoteles nottut. 1904 erscheint „Histoire et Dogme, les lacunes philosophiques de l'Exégèse moderne", eine scharfe Absage an alles äußerliche Inbezugsetzen von Geschichte und Dogma, an allen empirischen Extrinsezismus, wie Blondel es nennt, und an den Historizismus im Sinne Loisys. Es geht auch hier wiederum um den inneren Wesensbezug von Dogma und Geschichte, die von manchen Theologen als in einem rein akzidentellen Bezug stehend bezeichnet wurden, wobei das Übernatürliche auf rein autoritativem Wege ohne Bezug zum geschichtlichen Menschen, also rein von außen her eingeführt wird. Der Historizismus oder Immanentismus hingegen löst alles in geschichtliche Tatsachen auf und verschließt sich dem übernatürlichen Transzendenten. Allein die christliche Überlieferung, die dem Dogma und der Geschichte Raum gibt, wird das Ideelle und das Faktische in einen inneren Bezug bringen können.
1906 schreibt er zwei wichtige Aufsätze über „Le Point de départ de la recherche philosophique", darin er den Doppelcharakter des Erkennens hervorhebt, das sowohl prospektiv als auch reflexiv ist. Die Philosophie geht aber nicht vom abstrakten Objekt der reflexiven Erkenntnis aus, sondern vom konkreten des prospektiven Erkennens, darin das Erkennen unmittelbar aus der Lebenserfahrung und aus dem Tun entspringt. Seine scharfe Kritik der abstrakten adaequatio rei et intellectus, der er damals die adaequatio realis mentis et vitae entgegensetzte, hat den Sinn, daß die erste von der zweiten existenziellen umgriffen sein muß.
1916 erscheint der Aufsatz „L'anticartésianisme de Malebranche", der in der Philosophie Malebranches den Ausgleich des durch Descartes geschaffenen hoffnungslosen Gegensatzes von Geist und Körper herausarbeitet. 1921 schreibt er die Schrift „Le Procès de l'intelligence", in dem er die beiden Arten von Erkennen, das reale und das begriffliche Erkennen, unterscheidet, ohne zur letzten Klärung zu kommen wie später in seinem Werk „La Pensée". Es geht ihm aber wesentlich darum, die einzelnen Funktionen des Intellekts nicht zu isolieren.
1923 veröffentlichte Blondel zu Ehren seines Lehrers an der Ecole Normale das Buch „Léon Ollé-Laprune". Dieser außergewöhnlich pädagogisch begnadete Philosoph hat nachhaltig auf Blondel gewirkt und ihn mit Pascal vertraut gemacht. „Le Jansénisme et l'antijansénisme de Pascal", das Blondel 1923 schrieb, gehört zu den bedeutsamsten französischen Veröffentlichungen über Pascal und behandelt in überzeugender Weise den Zwiespalt zwischen dem Antijansenismus Pascals, der ihm ursprünglich war, und dem von außen übernommenen Jansenismus.
1925 erscheint die Studie „Qu'est-ce que la mystique?", die gleicherweise der positivistischen wie der supranaturalistischen Auslegung der Mystik methodisch den Boden entzieht, um selbst ein beide Richtungen umgreifendes intellektualistisches Verständnis auch der eingegossenen Gabe zu entwerfen.

Blondels Einfluß auf die Sozialphilosophie

Blondel hat durch seine Philosophie stark auch auf die politischen Grundkonzeptionen in der katholischen Welt Frankreichs gewirkt. Er hat den Nationalismus auf das schärfste abgelehnt und ist für eine Politik von hoher menschlicher Warte eingetreten. Die „Semaines Sociales" sind aus seinem Geist entstanden. Der gegenwärtige Leiter der Semaines Sociales, M. Flory, ist ein Schwiegersohn Blondels. 1928 erschien ein Buch Blondels „Patrie et Humanité", dessen Gedanken er 1939 angesichts der totalitären politischen Systeme und des Verfalls der Demokratie in Frankreich in einer weiteren Publikation „Lutte pour la Civilisation et Philosophie de la Paix" weiterentwickelt hat. Weiteres zur Sozialphilosophie Blondels siehe bei Paul Archambault, Vers un Réalisme intégral. L'oeuvre philosophique de Maurice Blondel (1928).

Die große philosophische Trilogie

Noch hatte Blondel das, was er eigentlich zu sagen hatte, nicht veröffentlicht. Die alte „Action" war trotz höchster Angebote nirgendwo mehr aufzutreiben. Sie wurde von Hand zu Hand von den Kennern abgeschrieben. Der durch sein sokratisches Dozieren unter seinen Schülern so beliebte Lehrer war inzwischen alt geworden und blind, und seine Freunde rechneten schon nur mehr mit einer posthumen Ausgabe seines philosophischen Hauptwerkes. 1928 gab Frédéric Lefèvre, der bekannte feinsinnige Interpret der bedeutendsten Geistesmänner Frankreichs, seine Gespräche mit Blondel unter dem Titel „L'itinéraire philosophique de Maurice Blondel" heraus. Es ist dies eine der angenehmsten und farbenreichsten Darstellungen des philosophischen Wollens Blondels und für die damalige Zeit der erste Überblick über seine gesamte Philosophie neben dem für die Geschichte der Blondelschen Philosophie oben genannten wertvollen Werk von Paul Archambault. In diesem Itinéraire verrät der Meister sich auf die liebenswürdigste Weise. Seine philosophischen Bekenntnisse sind eingebettet in entzückende Schilderungen der provençalischen Landschaft.
Da überrascht Blondel im Jahre 1934 die philosophische Welt mit „La Pensée", dem ersten Band seiner philosophischen Trilogie. 1935 folgt gleich der 2. Band von „La Pensée". Schon das geistige Klima ist ganz anders als bei sonstigen philosophischen Untersuchungen. Das Denken ist nicht das selbstverständlich Bekannte, wir sehen es vielmehr in seiner Geschichte vor uns entstehen, wie es noch schlummert in den kosmischen, biologischen und psychischen Mächten und in der Vernunft des Menschen erwacht, wie es wurzelt in der Welt und eben in diesem

immanenten Geschehen gleichwohl transzendiert, aus seiner noetischen und pneumatischen Doppelgesichtigkeit heraus zu einer über es selbst hinaus liegenden Einheit strebt, zu einer Einheit, die die abstrakte Universalität und die konkrete Totalität in sich umfaßt, ein Streben freilich, das in allen Bereichen scheitert, sodaß das Endergebnis dieser Philosophie des Denkens das Bewußtsein der natürlichen Unvollendbarkeit des Menschen ist.

Im gleichen Jahr erscheint „L'Etre et les êtres. Essai d'Ontologie concrète et intégrale", eine philosophische Ontogenese auf Grund des Seinsvollzugs durch das Urteil wie durch die menschliche Selbstverwirklichung.

1936 folgt der 1. Band von „L'Action: Le Problème des causes secondes et le pur Agir", eine Untersuchung des Tuns mehr unter noetischem, d. h. abstraktem Aspekt und 1937 der 2. Band „L'Action humaine et les conditions de son aboutissement", eine völlige Neubearbeitung der Action von 1893, die in eine großangelegte Religionsphilosophie ausmündet.

Die philosophische Trilogie Blondels ist eine der markantesten modernen Entfaltungen des Transzendenzproblems, wie aus den Berichten zum IX. internationalen Philosophenkongreß, der 1937 in Paris stattfand, hervorgeht. Sie ist der groß angelegte Versuch, aus der inneren Dynamik des Denkens, des Tuns und des Daseins die Gegenwart der Transzendenz im Immanenten selbst zu erweisen. Sie ist die endgültige Widerlegung jenes rationalistischen Naturbegriffs, der bis heute noch selbst bei manchen christlichen Philosophen und Theologen sein Unwesen treibt. Sehr früh hatte Blondel gesehen, daß der Begriff des Transnaturalen in der Philosophie eingeführt werden müsse, um dem Naturbegriff wieder seinen ursprünglichen Sinn zu geben. Diese Problematik ist heute von den Theologen, namentlich von P. de Lubac, vom theologischen Standpunkte neu aufgegriffen worden und verspricht eine vertiefte Durchdringung der Gnadentheologie. Es geht aber auch um mehr als um einen Neoaugustinismus. Man darf nicht vergessen, daß die Impulse für die moderne theologische Problematik von der Philosophie Blondels ausgegangen sind, die bewußt eine neue augustinisch-thomistische Synthese sucht.

Die Philosophie und der christliche Geist

Nach einer längeren, durch den Krieg bedingten Pause erscheint 1944 im Anschluß an die philosophische Trilogie der 1. Band der zweiten Trilogie „La Philosophie et l'Esprit Chrétien" mit dem Titel „Autonomie essentielle et connexion indéclinable". Philosophie und religiöser Glaube sind völlig unvergleichliche und autonome Welten, und doch stehen sie in einem unausweichlichen Bezug. Weder kann der augustinistische Standpunkt bestehen, der die Philosophie unter den Glauben subsumierte als Glaubensweisheit; noch aber auch der thomistische Standpunkt, nach dem Philosophie und Glaube nur in einem akzidentellen Verhältnis stehen. Es gilt vielmehr aus dem Scheitern des philosophierenden Denkens einerseits und dem, was der Glaube sagt und bezeugtermaßen wirkt, anderseits die Schlüsse zu ziehen für die Präzisierung ihres Bezugs, der sich bei sorgfältigem Vergleich als ein wechselseitig befreiender enthüllt. Der Glaube erweist sich dem philosophischen Verstehen gegenüber seiner Struktur nach nie als einengend, er öffnet das Denken für die Transzendenz. In der Art, wie Blondel diese Einsicht des näheren entfaltet, liegt der außergewöhnliche religionsphilosophische Beitrag für unsere Zeit. Im 2. Band „Conditions de la symbiose normale et salutaire" untersucht Blondel den Weg und die Mittel, die die wahre Symbiose zwischen den beiden eigenständigen Welten garantieren. Aus dem Vergleich beider Welten ergeben sich einerseits der Raum für eine weitere und tiefere Entfaltung der Philosophie als Philosophie, anderseits ein vertiefteres Glaubensverständnis. Keineswegs aber handelt es sich dabei um eine Verquickung beider Welten, sondern gerade umgekehrt um eine je größere Freiheit beider. Der 3. Band „Crise de croissance et perspectives seules salutaires" hat Blondel noch vor seinem Tod fertiggestellt, sodaß er wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Mit dem Abschluß dieser zweiten Trilogie war es diesem großen Christen und Philosophen vergönnt, seinen Beitrag zu dem subtilsten aller Probleme, das ihn sein ganzes Leben lang in seinem Bann gehalten hat, zu vollenden. Die Grundansätze Blondels werden sicher gültig bleiben, wofern man sie richtig versteht. Sie sind noch kaum verstanden, geschweige denn ausgewertet worden.

Blondels Einfluß

Die letzten Veröffentlichungen Blondels besitzen ohne Zweifel nicht mehr die Jugendfrische der ersten Action. Sie sind aber von einer Abgeklärtheit und Tiefe, die an den Leser mit Recht Ansprüche stellt. Die starke synthetische Schau, die alle Analysen Blondels beherrscht, seine Dialektik des konkreten Daseinsvollzugs bringen den geradlinig abstrakt Denkenden leicht aus der Fassung. Und doch setzt sich sein Werk durch. Bedeutende Philosophen und Theologen wie Rousselot, Maréchal, Sertillanges, Auguste Valensin, Yves de Montcheuil, de Lubac, um nur einige zu nennen, haben die große Tragweite seiner Ideen herausgestellt. Auch in England und vor allem in Italien, wo mehrere seiner Schriften übersetzt wurden, hat Blondels Werk Einfluß ausgeübt. In Deutschland ist er weniger bekannt. Die Theologen haben ihn unzulänglicherweise unter dem Gesichtspunkt der Immanenzapologetik gewürdigt, so zuletzt noch Eugen Seiterich in „Wege der Glaubensbegründung nach der sog. Immanenzapologetik" (1938). Hingegen ist philosophisch beachtenswert die Studie von Walter Warnach „Sein und Freiheit. Blondels Entwurf einer normativen Ontologie" (Ztschr. f. kath. Theol. 1939, 3/4). Weil Blondels Philosophie in Deutschland so wenig bekannt ist, verdient sein Werk umsomehr durch eine Übersetzung weiteren Kreisen erschlossen zu werden. Es ist uns eine Freude, mitteilen zu können, daß eine solche in Vorbereitung ist. In sehr vielen Fragen hat Blondel der deutschen Philosophie, insbesondere der Phänomenologie und den Fragestellungen eines Scheler und Heidegger vorgearbeitet, ohne sie zu kennen und ohne mit ihnen identisch zu sein. Man hat in Frankreich sogar auf gewisse verwandte Züge zwischen Blondel und Jaspers aufmerksam gemacht, obwohl die Unterschiede doch sehr grundlegend sind. Blondel hat ja auch in Frankreich zum mindesten den christlichen Existenzialismus ermöglicht, wenn er ihn auch überragt. So dürfte es für die moderne deutsche Philosophie von Interesse sein, die verwandten Fragestellungen Blondels kennenzulernen, nicht zuletzt aber auch für die deutsche Theologie.

An beachtenswerter Literatur über Blondel ist außer den bereits erwähnten Werken zu nennen: Blaise Romeyer, La Philosophie Religieuse de Maurice Blondel (1943) und

ganz besonders Henry Duméry, La Philosophie de l'Action. Essai sur l'intellectualisme Blondélien (1948) mit einer vollständigen Bibliographie.
Sehr schöne Textauswahlen sind erschienen in der Sammlung Les Moralistes Chrétiens (Textes et Commentaires), Maurice Blondel, herausgegeben von Auguste Valensin und Yves de Montcheuil (1934) und Maurice Blondel. Pages Religieuses, herausgegeben von Yves de Montcheuil mit einer der bedeutsamsten Einführungen in Blondels Werk.

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Einheit der Kirche durch Kontroverse?

Die Synode der EKD in Bethel hat das Wort des Mainzer Katholikentages in einem Atem mit dem nicht genannten „Monitum" des Hl. Offiziums beantwortet und in ihrer Entschließung vom 13. Januar 1949 erklärt: „Erfreuliche Erfahrungen beweisen, daß uns gerade ernsthafte Streitgespräche die Einheit der Kirche deutlicher machen, vorausgesetzt, daß beide Teile bereit sind, aufeinander zu hören und sich, zwar nicht von einer Überlegenheit des anderen, aber von der Wahrheit Gottes bußfertig überwinden zu lassen" (Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., H. 9, S. 400). Der hier dargelegte Standpunkt stammt bis in die Formulierung hinein aus der Sprache der ökumenischen Bewegung. Wir lesen z. B. in dem Gutachten des Professor Dr. Wilhelm Stählin, Münster i. W., über „Die Kirche Christi und das Wort Gottes", das die Untersuchungen zahlreicher Theologen zu diesem Thema für die Weltkonferenz für „Glaube und Ordnung" in Edinburgh 1937 zusammenfaßte (Furche-Verlag 1937), unter 5c folgende Sätze:
„Das Bekenntnis zu der unerbittlichen Wahrheit Gottes macht immer wieder Entscheidung und Wahl nötig, und es ist nichts als Schwärmerei, wenn eine Einigung der christlichen Kirchen auf Kosten der Wahrheitsfrage gesucht wird. Auf dem Boden der dogmatisch bedingten Kirchenspaltung ist das theologische Streitgespräch eine unentbehrliche Form des Bekenntnisses zur Einheit der Kirche, und nur auf dem Boden einer geglaubten Einheit ist ein solches Streitgespräch überhaupt sinnvoll. Eben nur, weil Christus größer ist als unser Herz, seine Wahrheit größer als unser Erkennen und Bekennen, sein Werk größer als unser Dienst, ist dieses Gespräch ernsthaft geboten und trägt eine Verheißung in sich. Um der einen Wahrheit Christi willen muß darum die Treue jeder Kirche gerade zu ihrem Bekenntnis dahin drängen, über die Gespaltenheit hinauszukommen ... So erinnert gerade dieses ökumenische Gespräch daran, daß alle unsere Wahrheitserkenntnis selbst durch die menschliche Sünde verdunkelt ist und daß unsere dogmatischen Aussagen nie die volle Wahrheit zu fassen vermögen".
In diesem Text sind zumindest drei Sätze problematisch: 1. die Spaltung der Kirche ist nicht nur dogmatisch, sondern zugleich politisch bedingt, also auch eine aszetische Frage. Die heute von ökumenischen Sprechern geforderte „radikale theologische Buße" sollte diesen geschichtlichen Tatbeständen Rechnung tragen. 2. Die Unvollkommenheit unserer theologischen Erkenntnis wird verwechselt mit der Vollkommenheit der apostolischen Paradosis. Das Zeugnis des neutestamentlichen Kanon ist, bei aller Bedingtheit durch die Ausdrucksmittel der Zeit, Offenbarung. Was die Kirche daraus als Dogma formuliert um theologische Kontroversen zur Entscheidung zu bringen, ist ebenfalls unumstößlich und nicht kontrovers. 3. Die Formulierung, wonach Kontroversen die Einheit der Kirche deutlicher machen, beruht — wie das in obigem Zitat sehr deutlich wird — auf der Hypothese (für die es im Neuen Testament keine nachweisbare „Verheißung" gibt), daß die Einheit der Kirche wohl in der Idee oder im Himmel existiert, daß sie aber infolge der Verdunkelung unserer Erkenntnis nicht deutlich sichtbar, nicht leibhaft wird. Der Vater dieser gnostischen Theorie heißt Gotthold Ephraim Lessing, die Tauf- und Firmpaten Goethe, Schiller, Fichte, um nur die wichtigsten zu nennnen. Diese Voraussetzung, daß die Einheit des Leibes Christi nur in der Idee besteht, ist schon im Neuen Testament als Häresie erkannt und verworfen worden. Die Einheit der Kirche existiert immer schon sichtbar und leibhaft, weil Christus ins Fleisch gekommen ist und seine Ekklesia, sein Volk Gottes, als sichtbare sakramentale und rechtliche Einheit konstituiert hat. Wenn diese Glaubenstatsache heute von der evangelischen Exegese des Neuen Testaments wieder entdeckt wird, sollte dann nicht auch die theologische Sprache davon bestimmt werden, wenn von der Methode geredet wird, wie man zur Einheit der Kirche kommt?
Vielleicht wird es der von Karl Rahner SJ (in einer überaus bedeutsamen Rezension von Karl Adam's „Una Sancta") vorgeschlagenen katholischen „Theologie der Häresie" gelingen, die bestehenden Spaltungen, soweit sie auf dogmatischem Grunde beruhen, als Satelliten der einen Sonne zu erklären, die sie unablässig umkreisen und von deren Licht ihr Leuchten stammt.

Wildberg *Dr. H. M.*

Maria in der Ökumene

Von evangelischer Seite schreibt man uns:
... Maria — Weg zur Einigung? Ist sie nicht vielmehr ein Zeichen gerade der Spaltung, wie der Papst oder die Opfermesse? Ist sie nicht weithin für den einfachen Mann im evangelischen Kirchenvolk das Zeichen des unüberbrückbaren Unterschiedes? Denn die einen „haben" Maria, die andern nicht, wie schon die Gotteshäuser zeigen.
Wer evangelisch aufgewachsen ist, darf sich daran erinnern, daß auch evangelische Gotteshäuser noch den Namen „Zu unsrer Lieben Frau" tragen — und man hat in

vierhundert Jahren nicht den Freimut aufgebracht, den doch „katholischen" Mariennamen abzutun.

Das „Geboren aus Maria der Jungfrau" im Glaubensbekenntnis ist dem evangelischen Ohr altvertraut. Im evangelischen Kalender stehen die vier Feiertage: Mariä Empfängnis, Mariä Verkündigung, Mariä Heimsuchung, Mariä Reinigung. Die Festtage Mariä Verkündigung und Reinigung werden in einigen Landstrichen noch gefeiert.

Mit diesem „Noch"-Zustand können sich die Männer der ökumenischen Bewegung, begreiflich, nicht begnügen. Denn soweit die orthodoxe Kirche an der nichtrömischen Ökumene beteiligt ist, macht sie ihr Bekenntins zu Maria als der Gottesmutter geltend; und dieses Bekenntnis ist vom katholischen Dogma nicht wesentlich verschieden. Wie aber steht es mit der Mariologie in den anglikanischen, lutherischen, reformierten und anderen Mitgliedskirchen? Hier klaffen Unterschiede, welche dem Einigungswerk schaden. Wenn auf der Konferenz von Edinburgh 1937 das Wort fiel von der Mariologie als „Herzstück einer ökumenischen Theologie", so ist damit eine kühne Hoffnung ausgesprochen. Der Orthodoxe Boulgakoff erklärte: „Es ist ein Triumph der gegenseitigen Einfühlung und Verständnisbereitschaft innerhalb der 4. Sektion, wenn sie nach ernsthaften Überlegungen der Konferenz diesen Bericht über die Gemeinschaft der Heiligen und besonders die vorliegende Resolution zur Erwägung vorlegt: Die Stellung der Mutter Christi wurde durch die Sektion erwogen, und alle stimmten darin überein, daß sie eine hervorragende Stellung in der christlichen Wertschätzung einnehmen sollte. Wir empfehlen den Kirchen ein weiteres Studium dieser Frage" (nach Leonard Hodgson).

Dieses Studium treibt jede Kirche zunächst innerhalb ihres Bekenntnisses. Im Folgenden sei der Anknüpfungspunkt für das Luthertum, wenigstens kurz, festgestellt:

Man wird zuerst nach Luthers Auslegung des Magnifikat, 1521, greifen. „Um diesen heiligen Lobgesang (Lukas 1, 46—55) seiner Ordnung nach zu verstehen, ist zu beachten, daß die hochgelobte Jungfrau Maria aus der eigenen Erfahrung heraus redet, in welcher sie durch den heiligen Geist erleuchtet und gelehrt worden ist..." Es seien einige Sätze angeführt: „Sie spricht: Meine Seele erhebt Gott, als wollte sie sagen: Es schwebt mein Leben samt all meinen Sinnen in Gottes Liebe, Lob und hohen Freuden, daß ich, meiner selbst nicht mächtig, mehr erhoben werde als mich selber erhebe zu Gottes Lob. Maria hat nicht für sich allein, sondern für uns alle gesungen, daß wir ihr nachsingen sollen. Sie ist gleichsam in Ihn verzückt und fühlt sich emporgehoben in seinen gnädigen, guten Willen. Sie macht allein Gott groß; sie trägt alles gänzlich wieder zu Gott hinauf, von dem sie es empfangen hatte. Darum hat sie auch das alles ewiglich behalten. Sie sieht sich als Gottesmutter über alle Menschen hinausgehoben, und bleibt doch so einfältig und gelassen dabei... Dies Herz Marias steht fest und gleich zu aller Zeit; sie läßt Gott in sich wirken nach seinem Willen: so sollten wir es auch machen; das wäre ein rechtes Magnifikat gesungen! Was meinst du, kann ihr Lieberes begegnen, als wenn du durch sie zu Gott kommst und an ihr lernst, auf Gott zu trauen und zu hoffen —, auch wenn du verachtet und zu nichts gemacht wirst im Leben und im Sterben? Sie sollte und wollte gerne das allervornehmste Beispiel der Gnade Gottes sein, um alle Welt anzureizen zur Zuversicht, zur Liebe und zum Lob der göttlichen Gnade gegenüber; alle Herzen sollten von ihr ein solches Vertrauen zu Gott gewinnen, daß sie mit aller Zuversicht sprechen könnten: Ei du selige Jungfrau und Mutter Gottes, wie hat uns Gott an dir einen so großen Trost erzeigt: daß er uns arme, nichtige Menschen nach deinem Beispiel auch nicht verachten und gnädig ansehen wird!" Zum Seligpreisen, „da braucht's alle Kräfte und Grundehrlichkeit. Das geschieht, wenn das Herz Freude und Lust durch sie zu Gott gewinnt und man mit ganzem Herzen sagt oder denkt: O du selige Jungfrau Maria!"

„Die großen Dinge (die Gott an ihr getan hat) sind nichts anderes, als daß Maria Gottes Mutter geworden ist. In diesem Werk sind ihr so viele und große Güter gegeben, daß sie niemand begreifen kann; denn daraus kommt alle Ehre und alle Seligkeit; daraus kommt es, daß sie innerhalb des ganzen Menschengeschlechts eine einzigartige Person ist über alle. Denn niemand ist ihr gleich, weil sie mit dem himmlischen Vater ein Kind, und zwar ein solches Kind hat. Und sie selber kann dem keinen Namen geben vor überschwenglicher Größe und muß es dabei bewenden lassen, daß sie in ihrer Inbrunst losbricht und hervorsprudelt, es seien große Dinge, die nicht mit Worten zu erschöpfen noch zu ermessen seien. In einem Wort hat man darum alle ihre Ehre zusammengefaßt: wenn man sie nämlich „Gottes Mutter" nennt; es kann niemand Größeres von ihr noch zu ihr sagen, und wenn er gleich so viel Zungen hätte, als es Laub und Gras, Sterne am Himmel und Sand am Meere gibt. Es will auch im Herzen bedacht sein, was das heißt, Gottes Mutter zu sein."

In jedem seiner Sätze stellt Luther Maria, „die heilige Mutter", die „fröhliche Herberge und willige Wirtin dieses Gastes", sie, von „wunderbar reinem Geist", die „ohn Sünden gewesen ist", „eine Himmelskönigin, wohl ist das wahr", der abgrundtiefen, teuflischen Hoffart gegenüber. „Die Demut ist etwas so Feines und so Kostbares, daß sie es nicht ertragen kann, ihr Eigenstes anzusehen; sondern dies zu schauen, ist allein dem göttlichen Sehen vorbehalten. So hat die Mutter Gottes ihren Gott und Heiland mit bloßem, reinem Geist gelobt, ohne sich von seinen Gütern etwas anzueignen. Sie schreibt es (alles) auch ganz der Gnade Gottes zu." „Wenn uns jemand lobt und damit einen Namen verschafft, sollen wir das Beispiel der Mutter Gottes ergreifen und immer bereit sein, mit diesem Vers (49) zu antworten." „Wie könnte nun jemand stärker, trostreicher zu freiwilligem Hungern und Armsein reizen als solche trefflichen Worte dieser Mutter Gottes, daß Gott alle Hungrigen mit Gütern füllen will?"

„Nach den Gotteswerken an ihr und allen Menschen kommt Maria wieder auf den Anfang und das Erste zurück, und beschließt das Magnifikat mit dem großen Hauptwerk aller Werke Gottes, nämlich der Menschwerdung des Gottessohnes. Und sie bekennt hier frei, daß sie eine Magd und Dienerin aller Welt sei, indem sie bekennt, dies Werk, das in ihr vollbracht sei, sei nicht allein ihr, sondern ganz Israel zugut geschehen. ‚Israel' — das ist sein eigenes, liebes Volk, um dessen willen er auch Mensch geworden ist, um sie aus der Gewalt des Teufels, der Sünde, des Todes, der Hölle zu erlösen und sie heraus in die Gerechtigkeit, ins ewige Leben und in die Seligkeit zu bringen. Israel — das ist ein ganz hoher, heiliger Name und schließt das große Wunder in sich, daß ein Mensch durch die göttliche Gnade gleichsam Gottes mächtig wurde, so daß Gott tut, was der Mensch will. Da tut der Mensch, was Gott will, und andrerseits

Gott, was der Mensch will. — Gott schafft Abraham den Samen. Sieh, das ist der Same Abrahams, der von keinem seiner Söhne — darauf haben die Juden allezeit gesehen und gewartet — sondern allein von seiner einigen Tochter Maria geboren ist. Da sah sie wohl, daß die Verheißung in ihr erfüllt war. Darum sagt sie, es sei nun erfüllt und er habe Israel angenommen, seinem Wort Genüge geleistet, bloß weil er an seine Barmherzigkeit gedachte. Hier sehen wir den Grund des Evangeliums ...

Damit lassen wir's diesmal bewenden und bitten Gott um ein rechtes Verständnis dieses Magnifikat, daß es nicht allein leuchte und rede, sondern brenne und lebe in Leib und Seele. Das verleihe uns Christus durch die Fürbitte und den Willen seiner lieben Mutter Maria. Amen."

(Text nach der Calwer Lutherausgabe.)

Soweit Luther. Gehen wir nun zu den Bekenntnisschriften der Evangelisch-lutherischen Kirche. An deren Marienstellen erinnere sich der Evangelische selbst, und der Katholik, der Kenntnis davon hat, bestärke den Bruder in solcher Erinnerung.

An etwa 16 Stellen kommen die Bekenntnisschriften bejahend auf Maria zu sprechen. Zum Beispiel:

„in den hohen Artikeln der göttlichen Majestät: daß der Sohn Gottes sei also Mensch worden, daß er vom heiligen Geist ohn männlich Zuthun empfangen und von der reinen, heiligen Jungfrau Maria geboren sei. Diese Artikel sind in keinem Zank noch Streit, weil wir zu beiden Theilen dieselbigen bekennen."

„Um dieser persönlichen Vereinigung und Gemeinschaft willen der Naturen hat Maria, die hochgelobte Jungfrau, nicht ein pur lautern Menschen, sondern einen solchen Menschen, der wahrhaftig der Sohn Gottes des Allerhöchsten ist, geboren, wie der Engel zeuget; welcher seine göttliche Majestät auch im Mutterleibe erzeiget, daß er von einer Jungfrau unverletzt ihrer Jungfrauschaft geboren. Darum sie wahrhaftig Gottes Mutter, und gleichwohl eine Jungfrau geblieben ist."

„Maria, die Mutter Gottes, bittet für die Kirche, ist alles höchsten Lobes wert. Sie will doch nicht Christo gleichgehalten sein, sondern will vielmehr, daß wir die Exempel ihres Glaubens und ihrer Demut folgen sollen."

„Und Johannes der Täufer nicht ohne Gabriels vorgehende Wort empfangen, noch ohne Mariä Stimm in seiner Mutter Leibe sprang ... Gott will nicht mit uns Menschen handeln, denn durch sein äußerliches Wort und Sakrament ..."

„Unser Herr Jesus Christus ist leibhaftig worden durch den Heiligen Geist von der Jungfrau Maria und Mensch worden", „von dem Heiligen Geist und der Jungfrauen ohn alle Sünde empfangen und geboren", „Jesus, der Sohn Mariens, in dem die göttliche und menschliche Natur mit einander persönlich vereiniget" —:

„daher glauben, lehren und bekennen wir darumb sie auch recht die Mutter Gottes genannt wird und wahrhaftig ist."

Der lateinische Wortlaut der Bekenntnisschriften klingt noch katholischer, feierlicher, noch mehr ans Urgut biblischen und altkirchlichen Reichtums erinnernd. Wir benützen ihn, um unserm evangelischen Ja zur allgemeinkirchlichen rechtgläubigen Lehre von der Mutter unsres Herrn und Gottes, festen Grund zu geben:

Virgo Maria
pura
sancta
sempervirgo
Dei genitrix
recte mater Dei appellatur et revera est,
Theotokos
laudatissima
dignissima amplissimis honoribus
exempla sua nos intueri et amplecti vult
orat pro ecclesia.

Druckfehlerberichtigung

In dem Brief von Adam Fechter Heft 9 Seite 427 linke Spalte heißt das Zitat aus Karl Barth in Abschnitt 6: „Es wird dies, daß er als Mann und Frau geschaffen ist, das große Paradigma ... sein", nicht „das größte".

In der Einsendung „Maria — Bildersprache des Hl. Geistes" Heft 10 Seite 479 Zeile 23 von unten linke Spalte heißt das Zitat von Karl Barth: „noetische ... Aussage", nicht „poetische".

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BOUDES, E. *Réflexions sur la solidarité des hommes avec le Christ. A l'occasion des limbes des enfants.* In: Nouvelle Revue théologique Bd. 71 Nr. 6 (Juni 1949) S. 589—605.

Versuch, die schwierige Frage des Schicksals der ungetauften Kinder vom Prinzip der Verbundenheit aller menschlichen Wesen mit Christus her zu klären.

DANIELOU, J., BOUYER, CHIRAT, u. a. *Les repas, le pain et le vin.* In: La Maison Dieu Heft 18 (2. Vierteljahr 1949) 176 S.

Ein Sammelheft über die Materie der Eucharistie und das eucharistische Mahl.

DEMANN, Paul. *Die Juden im Religionsunterricht.* In: Dokumente Jhg. 5 Heft 3 1949 S. 236—244.

Gegen die entstellende religiöse Unterweisung werden hier die wichtigsten Gesichtspunkte für die wahre Beurteilung der Bedeutung des Judenvolkes in der Offenbarung gezeigt.

DUBARLE, A.-M. *Le drame du salut dans la Genèse.* In: La Vie Intelectuelle Juni 1949 S. 547—559.

Die Eigentümlichkeit der geschichtlichen Aussage und heilsgeschichtlichen Wahrheit im Schöpfungsbericht.

LANDGRAF, Artur. *Die Erkennbarkeit des eigenen Gnadenstandes nach der Lehre der Frühscholastik.* In: Scholastik. Jhg. 24 Heft 1 1949 S. 39—58.

Gestützt auf die Paulinenkommentare wird nach der Darstellung der anfänglichen und einfachen Fassung der „Bezeugung durch den Hl. Geist" auf die seit Bernhard v. Clairvaux und Petrus Cantor einsetzende Untersuchung des Gewißheitsgrades des Gnadenwissens hingewiesen und der Gang dieser Argumentation bis in die Hochscholastik verfolgt.

MONTESI, Gotthard. *Das Reich des Satans.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 321—341.

Eine Kulturkritik aus theologischer Sicht, die die Steigerung der bösen Werke des Menschen auf eine übermenschliche Intelligenz zurückführt und in dieser den Grundriß eines luziferischen Weltplanes aufspürt.

PRZYWARA, Erich. *Alte und neue Reformation.* In: Scholastik Jhg. 24 Heft 2 1949 S. 206—220.

Ein sehr bemerkenswerter Aufsatz, nach dem sich die Reformation über die Stufung von 4 Grundthemen hinweg in den Raum des Katholischen bringt, und in diesem wiederum die Reformation als das Ur-christliche aufwacht; so finden sich Kirche und Reformation mitten im scheinbaren Ende des Abendlandes . . ."

WÜRTENBERG, Gustav. *Le dieu d'Abraham. Zur Theologie des Religionsunterrichtes.* In: Pädagogische Rundschau Jhg. 3 Heft 6 (Juni 1949) S. 253—256.

Gott soll kein Begriff, sondern eine Wirklichkeit sein. Ein evangelischer Aufruf zur Orientierung des Unterrichts nach der existentiellen Begegnung mit dem deus absconditus, einer Begegnung, die aus den Erfahrungen unserer Zeit organisch entstehen kann.

Philosophie

BORELIUS, Alexander. *Gabriel Marcel und der christliche Existentialismus.* In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 12 (Juni 1949) S. 911—914.

Am Grundbegriff des „Nichts" versucht der Verfasser eine Abhebung der ausgesprochen christlichen Vorstellungswelt Marcels gegen Martin Heidegger.

BRUNNER, August. *Philosophisches zur Tiefenpsychologie und Psychotherapie.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 8 (Mai 1949) S. 91—102.

Aus dem Faktum der Personalität und des freien Selbstbesitzes ergibt sich ein Rest nicht in endlichen Bildern verifizierbaren Wissens, der hier „das Überbewußte" genannt wird, und von dem aus neue Aspekte für die Wissenschaft des Unterbewußten gewonnen werden.

CARUSO, Igor A. *Die Psychologie und der Mensch. Irrwege und ihre Überwindung.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 354—364.

Gegen die „Psychologie ohne den Menschen", die sich einseitig auf Geist und Freiheit oder Unterbewußtes und Trieb verlegt. Eine „universalistische Psychologie" ist dann möglich, wenn das Menschliche sowohl im Getriebensein wie im Geistsein begriffen wird.

IVANKA, Endre von. *Die neuplatonische Synthese.* In: Scholastik Jhg. 24 Heft 1 1949 S. 30—38.

Eine schöne Studie über die Stellung des Neuplatonismus im Geistesleben und seinen weitreichenden Einfluß auf die Sicht der antiken Philosophie.

STRAUBINGER, Heinrich. *Existentialphilosophie und Gottesglaube:* In: Oberrheinisches Pastoralblatt Jhg. 50 Juniheft 1949 S. 142—155.

Ein auch in die Literatur einführender Aufsatz über Jaspers' Idee eines „existenziellen Glaubens" und Kritik seiner Stellung zum Christentum. Weniger ausführlich, weil weniger thematisch faßbar, wird Martin Heidegger behandelt.

WENZL, Aloys. *Realismus und Idealismus. Zum Gedächtnis des 20. Todestages von Erich Becher.* In: Geistige Welt Jhg. 3 Heft 4 (April 1949) S. 164—166.

Kultur

BAARLE, Fr. van. *Experimenten op de Mens en Eerbied voor de menselijke Persoonlijkheid.* In: Streven Jhg. 2 Nr. 10 (Juli 1949) S. 1013—1025.

Ist es erlaubt und in welchem Umfang, wissenschaftliche Experimente mit der menschlichen Person durchzuführen?

BERGENGRUEN, Werner. *Genie und Talent.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 49 Heft 4 (Juli 1949) S. 237—247.

Eine schöne Darstellung der Wortgeschichte zeigt, daß die Gestalt des „Genies" (der autonome und nur sich selbst verantwortliche Mensch) nur in Zeiten der Auflösung zu einem Idealbild werden kann. Unsere Zeit dagegen drängt auf den in den Gründen und Abgründen der Schöpfung gewurzelten Menschen.

BLANCHET, André. *La religion d'André Malraux.* In: Etudes Juni 1949 S. 289—306 und Juli/August 1949 S. 45—65.

Analyse des Grundanliegens eines der bedeutendsten der heutigen Romanschriftsteller Frankreichs: Nachtaspekt der Welt, Anklage gegen das Leben, Erlebnis des Nichts als umgekehrte transzendente Leidenschaft.

BRUNNER, August. *Der Mensch der Flucht.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 9 (Juni 1949) S. 241—250.

Der Mensch ist auf der Flucht ins Kollektiv. Daher werden hier die Zerfallssymptome der Kultur vom Mangel des Personcharakters her gedeutet.

CHRISTIAN, Paul. *„Schutzakte der Medizin". Grundzüge einer Soziologie des Arztes.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 375—382.

An zwei Beispielen einer anthropologischen Durcharbeitung medizinischer Grundbegriffe („Arbeitsfähig", „Krankheit") wird eine Möglichkeit nachgewiesen, die Gewissensfragen in der ärztlichen Praxis aus dem Wesen des Medizinischen selbst zu klären.

DIERICKX. M. *De Geschiedsphilosooph Toynbee.* In: Streven Jhg. 2 Nr. 9 (Juni 1949) S. 971—976.

Toynbees Geschichtsphilosophie wird scharf kritisiert, er stütze sich nicht auf die Tatsachen, sondern opfere diese einer vorgefaßten Idee, er vernachlässige die Bedeutung der Nationen, er stelle unbewiesene Behauptungen auf.

DUBARLE, D., OP. *Heurs et malheurs d'une synthèse: Lecomte de Noüy.* In: La Vie Intelectuelle Juni 1949 S. 565—579.

Lecomte de Noüy hat in einem vielbeachteten Werk L'Homme et sa Destinée versucht, die Vereinbarkeit von Wissenschaft und Glaube zu zeigen; doch so wie er es gemacht hat, gereicht es weder der Wissenschaft noch dem Glauben zum Nutzen.

JUNG, Carl Gustav. *Die Psychotherapie in der Gegenwart.* In: Universitas Jhg. 4 Heft 5 1949 S. 537—550.

Diese Wissenschaft erhält heute eine besondere Bedeutung dadurch, daß sie die Entwicklung des Einzelnen zu ihm selbst und zur Person — und damit zur Verantwortlichkeit — fördern kann.

KLAUBERG, Leo V. *The Catholic College can follow through.* In: Amerika Bd. 81 Nr. 9 (4. 6. 1949) S. 316—317.

Ergebnis einer 4000-Umfrage: Soll das College mehr allgemeine Bildung oder Berufsvorbildung vermitteln.

LAMBERT, G., SJ. *Un „psaume" découvert dans le désert de Juda.* In: Nouvelle Revue théologique Bd. 71 Nr. 6 (Juni 1949) S. 621—637.

Bei den in der Nähe von Jericho entdeckten sehr alten hebräischen Manuskripten befindet sich eines mit Danksagungsliedern in der Art der Psalmen, von denen hier eines im hebräischen Text mit franz. Übertragung und Kommentar veröffentlicht wird.

STÖKL, Günther. *Realisierte Eschatologie. Sowjetisches Geschichtsdenken heute.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 382—386.

Knappe Übersicht über die Genesis der materialistischen Geschichtstheorien, die im Sowjetsystem das Ziel der menschlichen Entwicklung erreicht und damit sich selbst beweisen sehen.

THIELICKE, Helmut. *Marxistische Anthropologie.* In: Universitas Jhg. 4 Heft 3 S. 257—262 und Heft 4 S. 385 bis 398.

Trotz dem Ausgang vom Humanum erfährt der Marxismus einen „Bruch zum Inhumanum hin". Der Grund hierzu ist, daß die bloße Feststellung und negative Fixierung des menschlichen Unwesens nie zum wahren Menschen führt. Dieser letzte Schritt gelingt nur in der Relation zu Gott.

DE VAUX, R. *Les manuscripts du désert de Juda.* In: La Vie Intellectuelle Juni 1949 S. 583—595.

Genauer Bericht über den Fund hebräischer Ms aus dem 2.—3. Jhdt. v. Chr., Beschreibung der Funde, Analyse des Wertes und der Bedeutung für die Bibelwissenschaft; der Verf. arbeitet an der Bibelschule in Jerusalem.

Soziales und politisches Leben

BENVENISTI, J. L. *The Motives behind the Labor Party Program.* In: The Commonweal Bd. 50 Nr. 8 (3. 6. 1949) S. 196—198.

Untersuchung über die Auswirkungen des Sozialisierungs- und Wohlfahrtsprogramms in England auf die gesellschaftlichen Machtverhältnisse.

BERKENKOPF, P. *Sociale Struktuur en sociale toestand in de Sovjet-Unie.* In: Streven Jhg. 2 Nr. 10 (Juli 1949) S. 1036—1045.

Kleinbetriebe, Industriearbeiter, Beamte und Bauern in der Sowjetunion und ihre Situation. Prinzipielle Unfähigkeit des marxistischen Systems, das Problem der russischen Landbevölkerung zu lösen.

CAGLEY John. *A Program for Tolerance.* In: The Commonweal Bd. 50 Nr. 9 (10. 6. 1949) S. 217—219.

Auch diese katholische Quelle weist besorgt auf das Steigen des Antisemitismus hin. C. ruft allen katholischen Erziehern und Priestern die 10 Punkte von Seelisberg in Erinnerung, deren Nichtbeachtung uns zu Mitschuldigen machen würde.

CALVO SERER, Rafael. *El fine de la época de las revoluciones.* In: Arbor Bd. 13 Nr. 41 (Mai 1949) S. 1—10.

Das revolutionäre Zeitalter seit der französischen Revolution hat zwei Gegenströmungen geweckt: die reaktionäre, die Überlebtes halten will, und die Kontrarevolutionäre, d. h. die neue Erhebung des christl. Glaubens und neue Vitalität der christlichen Kultur, letztere befähigt, die kommunistische Revolution endgültig zu besiegen. (Das ganze Heft ist der Revolution von 1848 und ihren Auswirkungen bis heute gewidmet).

DAVID, Jakob. *Ehescheidung und Konfession.* In: Orientierung Jhg. 13 Nr. 11 (15. Juni 1949) S. 125—126.

Die Statistik zeigt unter den christlichen Bevölkerungsteilen eine höhere Scheidungsziffer als bei den Konfessionslosen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer neuen und intensiveren Seelsorgepraxis, wie sie etwa in Frankreich bereits geübt wird.

DESQUEYRAT, A. *Le communisme est-il encore progressiste?* In: Travaux de l'Action Populaire Nr. 31 (Juni 1949) S. 401—410.

Wie der Liberalismus, der Sozialismus anfangs revolutionäre Strömungen waren und dann zurückblieben (reaktionär wurden), so ist auch der Kommunismus nicht mehr „revolutionär", weil er nicht mehr die Reaktion gegen die wirklich bestehenden Probleme ist: der Kapitalismus hat sich gewandelt, der Klassenkampf ist gegenstandslos geworden. Die Befreiung der Unterdrückten war zuerst ein wirtschaftliches, dann ein politisches Ziel und wird jetzt ein moralisches.

GLICK, PAUL C. *Family Life and Full Employment.* In: The American Journal of Sociology Bd. 54 Nr. 6 (Mai 1949) S. 520—529.

Statistisches Material über wichtige Bewegungen im amerikanischen Familienleben. Wird durch andere Aufsätze des Heftes ergänzt.

GERHARDT, Paul. *Zur christlichen Publizistik der Gegenwart.* In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 12 (Juni 1949) S. 863—871.

Eine evangelische Besinnung auf die Grenzen zwischen Publizistik und kirchlichen Aufgaben. Der Verfasser beobachtet eine Verschiebung des Schwerpunktes aus dem Meditativen in den Bereich des unmittelbaren Zeitgeschehens.

HÖFFNER, Joseph. *Neue Ehe- und Familienpolitik in der Sowjetunion.* In: Trierer theologische Zeitschrift Jhg. 58 Heft 5/6 (Mai/Juni 1949) S. 183—189.

Die neue Politik nähert sich wieder in vielen Einzelheiten den natürlichen Forderungen; aber dahinter steht allein das widernatürliche Motiv des Kollektivnutzens.

HOOK, Sidney. *Reflections on the Jewish Question.* Partisan Review Bd. 16 Nr. 5 (Mai 1949) S. 463—482.

Anknüpfend an Sartres Buch untersucht Hook die Ursachen für den trotz der Leiden der Juden noch anwachsenden Antisemitismus und hebt besonders den Anteil des Christentums daran hervor.

HUFFER, Hermann. *Die innerpolitische Entwicklung Spaniens von der Diktatur bis zum Sturz der Monarchie (1923 bis 1931).* In: Geistige Welt Jhg. 3 Heft 4 (April 1949) S. 167—173.

MASSE, B. *Pius XII speaks to Catholic employers.* In: America Bd. 81 Nr. 8 (28. 5. 1949) S. 287—289.

Der amerikanische Kommentar zu der bekannten Rede an die Unternehmer (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg. H. 10).

NELL-BREUNING, Oswald von. *Die Berufsständische Ordnung als Heilung der heutigen gesellschaftlichen Unordnung.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 9 (Juni 1949) S. 260—268.

Es werden einzelne Punkte durchgesprochen, in denen der Gegensatz von Klassengesellschaft und ständischer Gesellschaft besonders deutlich wird.

PEREIRA, Clemente. *Aufklärung — so oder so?* In: Pädagogische Welt Jhg. 3 Heft 6 (Juni 1949) S. 340—352.

Die Grundfragen der Sexualpädagogik, gesehen aus der Praxis; mit aufschlußreichem statistischem Material aus der Nachkriegszeit über die Quellen, aus denen der Jugendliche sein Wissen zieht.

ROMMERSKIRCH, Erich. *Um die geistige Gestalt der Jugend.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 8 (Mai 1949) S. 123—131.

Zwar ist die „geistige Gestalt" infolge des weitgehenden Mangels an schöpferischer Phantasie nicht eigentlich faßbar, doch liegen auch in der Nüchternheit und im kritischen Verstand genug positive Momente, die für den Aufbau einer kath. Jugend wertvoll sind.

SEELHAMMER, N. *Die periodische Enthaltung als Ausweg aus der Ehenot.* In: Trierer theologische Zeitschrift Jhg. 58 Heft 5/6 (Mai/Juni 1949).

Hier wird die Frage nach der sittlichen Erlaubtheit der periodischen Enthaltung bejaht in all den Fällen, wo stichhaltige Gründe für Kinderlosigkeit vorhanden sind.

WEINSTOCK, Heinrich. *Das Amt des Erziehers in der Krise der Zeit.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 7 (Juli 1949) S. 583—591.

Das Fehlen eines allgemein verbindlichen Bildungsideals treibt zur Selbsthilfe in einzelnen Selbstverwaltungsgebilden. Die „Schulgenossenschaften" (Eltern, Lehrer, Kirchenvertreter, Weltanschauungsgruppen) machen ihre Schule.

Chronik des katholischen Lebens

DELACOMMUNE, J. *L'Eglise missionaire et l'Union française.* In: Esprit Jhg. 17 Heft 7 (Juli 1949) S. 1035—1043.

Auch in den franz. Kolonien hat die christliche Mission in der Vergangenheit den schweren Fehler begangen, als Verbündete der Kolonialmacht in Erscheinung zu treten — was jedoch keineswegs im Wesen der christlichen Mission liegt.

DOKUMENTE Jhg. 5 Heft 3 1949. *Kardinal Mindszenty's Testament. Der letzte Brief an die Priester seiner Diözese.*

D'QUINCE, René. *Le Cardinal Suhard.* In: Etudes Juli-August 1949 S. 66—77.

Ein Nachruf, in dem als das Besondere in des Kardinals menschlicher Entwicklung bezeichnet wird, daß er umgekehrt wie die meisten Menschen in seiner Jugend eher vorsichtig und konventionell war, im Alter kühn und allem Neuen aufgeschlossen wurde durch seine Begegnung mit der Arbeitermission.

DUNNE, George H. *Paul Blanshard and the Catholic Church.* In: America Bd. 81 Nr. 9—10 (4. und 11. Juni 1949).

Blanshards Buch: American Freedom and Catholic Power, jetzt erschienen, zieht weite Kreise. Er untersucht die Auswirkungen der kath. Kirche auf das öffentliche Leben in USA. Hier die erste Entgegnung.

GRENZMANN, Wilhelm. *Werner Bergengruen.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 9 (Juni 1949) S. 280—291.

HILLIG, Franz. *Fragen um das geistliche Kleid.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 8 (Mai 1949) S. 132—142.

Die Frage der Modernisierung wird dahin entschieden, daß eine lebendige Tradition durchaus die rechte Mitte zwischen Zweckbetonung und Ehrfurcht vor dem zeitlosen Sinn finden kann.

HUNGER, Wilhelm. *Japan zwischen Kommunismus und Kirche.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 8 (Mai 1949) S. 147—149.

Die labile Situation in Japan läßt jetzt alles auf die Schnelligkeit des Einsatzes ankommen. Daher der dringende Ruf nach Entsendung einer größeren Zahl von Missionaren.

KUHNELT-LEDDIN, Erik von. *Katholische Toleranz?* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 342—364.

Kritische Betrachtungen über die Stellung der Kirche zum Protestantismus in den vorwiegend katholischen Ländern. Die Kirche muß heute den Schutz der Idee der Freiheit zu ihrer vordringlichsten Aufgabe machen.

WINTER, Ernst Karl. *„Zwei in einem Fleisch". Klerus und Laien in der christlichen Zivilisation.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 6 (Juni 1949) S. 473—483.

Aus den beiden Ursakramenten Weihe und Ehe gehen in zwei arteigenen Gnadenordnungen Kirche und Staat hervor. Da beide nicht auseinander ableitbar sind, ergibt sich „die geistige Souveränität des christlichen Laientums".

Chronik des ökumenischen Lebens

BERGGRAV, Eivind. Das christliche Zeugnis in der internationalen Ordnung. In: Dokumente Jhg. 5 Heft 3 1949 S. 224—228.

In diesem Vortrag vor der Amsterdamer Konferenz werden die vier christlichen Grundlagen für die Völkerbeziehungen auf die Formel gebracht, „daß es einen Gott gibt, daß Gott Gesetz, Liebe, Ordnung und Opfer ist, daß der Feind wirkt, daß am Ende der Sieg steht."

GALINSKY, Hans. *Graham Greene. Ein neues Gesicht im deutschen Bilde katholischer Literatur in England.* In: Begegnung Jhg. 4 Heft 6 1949 S. 172—177.

Vom Roman „Kraft und Herrlichkeit" ausgehend wird eine Übersicht über das Leben und Werk des 36jährigen Konvertiten gegeben und seine Wirkung auf die katholische Welt Englands umrissen.

EUROPA-ARCHIV Jhg. 4 Heft 11. *Vorschläge zur Lösung des deutschen Flüchtlingsproblems. Die Hamburger Konferenz des ökumenischen Rates der Kirchen vom 22. bis 25. Februar 1949.*

Erstabdruck der Empfehlungen, die im Anschluß an die Amsterdamer Konferenz bei den Regierungen des Westens die „Verschwörung des Schweigens" über eines der drängendsten Gegenwartsprobleme brechen sollten.

FLOROVSKY, G. *Une vue sur l'Assemblée d'Amsterdam.* In: Irénikon Bd. 22 1. Trimester 1949 S. 5.—25.

Die Zeitschrift der Benediktinerabtei Amay (Belgien), deren Aufgabe die Förderung der Kenntnis der Ostkirche ist, bringt diesen Bericht über die Tagung des Ökumenischen Rates aus der Feder des orthodoxen Theologen.

TILLICH, Paul. *Beyond Religious Socialism.* In: The Christian Century Bd. 66 Nr. 24 (15. Juni 1949) S. 732—733.

Tillich gibt hier einen Überblick über den Gang seiner geistigen Entwicklung.

WENDLING, R. R. *Die Kirche in Rußland.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 7 (Juli 1949) S. 610—615.

Die Legalisierung hat die Kirche nicht eigentlich ins öffentliche Leben zurückgeführt; die schwierige Frage nach der lebendigen Fühlungnahme mit dem Volk kann nicht mit genügender Sicherheit geklärt werden.

HERDER-KORRESPONDENZ

Zwölftes Heft - 3. Jahrgang - September 1949

Der liberale Kapitalismus und der marxistische Sozialismus – beide in ihrer Art typische Produkte des 19. Jahrhunderts – entsprechen beide nicht den veränderten Bedingungen einer neuen Welt. Sie waren ernsthafte Versuche, die wirtschaftlichen Probleme einer industrialisierten Gesellschaft anzufassen, der eine vom Standpunkt des Bürgers, der andere von dem des Proletariats. Aber beide versagten wegen ihres Materialismus, der sie moralisch unbefriedigend und ohne Gleichgewicht machte. Wir brauchen eine Philosophie, die menschlicher und umfassender ist; die die nichtwirtschaftlichen Funktionen und Werte nicht ausschließt oder abwertet, sondern den Menschen als freie sittliche Persönlichkeit, als Geschöpf Gottes und Herrn seines eigenen Schicksals ansieht.

Christopher Dawson

Die Fortschrittlichen Christen, die Herder-Korrespondenz und Herr Wilh. Karl Gerst

Herr Wilhelm Karl Gerst, der sich als „Sprecher" der „Fortschrittlichen Christen" in Westdeutschland bezeichnet, hatte uns am 13. Juli dieses Jahres gebeten, ihm die Erlaubnis zu erteilen, in einem Flugblatt der „Fortschrittlichen Christen" Abschnitte des im Maiheft 1949 der Herder-Korrespondenz (S. 370 f) erschienenen Berichtes „Recht und Unrecht der Fortschrittlichen Christen" abzudrucken. Wir haben Herrn Gerst am 15. Juli mitgeteilt, daß wir bedauerten, diese Erlaubnis nicht erteilen zu können. In einem Aufruf „An die christlichen Wähler", der sich seinem Gedankengang und allen seinen Argumenten nach wohl vor allem an Katholiken wendet und in dem diese aufgefordert werden, bei den Wahlen zum Bundestag ihre Stimme der Kommunistischen Partei zu geben, hat Herr Gerst trotzdem Abschnitte dieses Berichtes — und zwar sowohl dem Zusammenhang wie dem Wortlaut nach falsch — abgedruckt. Wir nehmen diesen Vorfall zum Anlaß, einige Bemerkungen zum Verständnis unserer Berichterstattung über die Fragen zu machen, die mit der christlichen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zusammenhängen.

Wir haben Herrn Gerst die Erlaubnis zum Abdruck deshalb verweigert, weil wir von vornherein befürchten mußten, daß der Bericht falsch zitiert werden würde. Wir wollen damit nicht sagen, daß wir Herrn Gerst der böswilligen Absicht einer Fälschung verdächtigen. Aber die Meinung, daß dieser Bericht — der eine französische Diskussion wiedergibt, in der versucht wird, die moralische subjektive Berechtigung des Wagnisses der Fortschrittlichen Christen in Frankreich sehr sorgfältig gegen seine objektiven und von den Trägern dieses Wagnisses wohl nur unvollkommen eingesehenen oder unterschätzten Gefahren abzuwägen — Argumente für eine Werbeschrift der Fortschrittlichen Christen in Deutschland liefern könnte, schien uns zu beweisen, daß hier ein Mißverständnis vorlag, das notwendig zu einer Fälschung führen mußte.

Die Fortschrittlichen Christen in Frankreich und in Deutschland

1. Wir haben in der Einleitung des Berichts ausdrücklich hervorgehoben, daß sich das Problem der konkreten praktischen Zusammenarbeit zwischen Christen und Kommunisten in Frankreich anders darstelle als bei uns in Deutschland — wie wir auch schon früher (Herder-Korrespondenz Jhg. 3, H. 7, S. 323 f) gesagt hatten, daß etwa der italienischen Gruppe der Fortschrittlichen Christen nicht dasselbe Maß an Ernsthaftigkeit und Gutgläubigkeit zugebilligt werden könne wie der französischen. Und zwar einmal deswegen, weil die kommunistische Partei in Frankreich tatsächlich noch immer das stärkste Sammelbecken der nichtbürgerlichen arbeitenden Massen darstellt (und niemand wird das wohl ernstlich für Westdeutschland behaupten wollen), so daß es für den, der sich zur aktiven Politik gedrängt fühlt, viel schwieriger ist einzusehen, „wie man zugleich an der Seite der arbeitenden Massen und nicht in der kommunistischen Partei stehen könne". Zum andern deswegen, weil wir in Deutschland besser wissen, daß die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei eine Option für Moskau bedeutet, und weil wir uns aus unsrer Nähe zu der tatsächlichen Erfahrung eines praktischen kommunistischen Regimes keinen Illusionen darüber hingeben können, wie es aussieht und was es

bedeutet, nämlich ganz deutlich gesprochen: brutalste Unterdrückung der einfachsten Menschenrechte, Menschenraub, Zwangsarbeit in den Uranbergwerken, Konzentrationslager, Alleinherrschaft der materialistischen und atheistischen Lehre in Schule, Erziehung und im ganzen öffentlichen Leben. Und zudem: die Zusammenarbeit zwischen Christen und Kommunisten in Frankreich hat noch einen Rest von Tradition aus der Zeit der nationalen Résistance für sich (deren Stärke wir allerdings kaum abzuschätzen vermögen); wenn man aber in Deutschland von einem nationalen, durch alle sozialen Parteischichtungen hindurchgehenden Résistancewillen gegen einen als unterdrückerisch und den nationalen Willen vergewaltigend empfundenen Okkupanten überhaupt sprechen kann, dann steht die kommunistische Partei Deutschlands ganz eindeutig außerhalb dieser Front — die wir geheim in der Ostzone ahnen, die im Durchhalten Berlins während der Blockade öffentlich wurde und die latent, genährt durch die Eindrücke deutscher Soldaten in Rußland, durch die Erlebnisse heimkehrender Kriegsgefangener und die Berichte aus der Ostzone in ganz Westdeutschland spürbar ist.

Keine der Erwägungen also, aus denen uns die Täuschung der Fortschrittlichen Christen in Frankreich, man könne mit den Kommunisten praktisch zusammenarbeiten, verständlich wird, gilt für Deutschland: weder daß die Kommunistische Partei der Ort ist, an dem die Masse des arbeitenden Volkes tatsächlich steht, noch daß die Errichtung eines kommunistischen Regimes die Sicherung eines menschenwürdigen Daseins für diese Masse verspreche (oder wie wir es auch schon voller Verzweiflung ausgedrückt hörten: daß jeder Umsturz des bestehenden Zustandes besser sei als dieser Zustand und daß man sich deshalb der Kraft anschließen müsse, die mit der meisten Aussicht auf Erfolg an diesem Umsturz arbeite); noch auch endlich die Erfahrung, daß man mit den Kommunisten an der Erhaltung des nationalen Wesens gegen eine zerstörerische Überfremdung zusammenarbeiten könne. Schon diese Betonung der besonderen Bedingungen der französischen Gruppe der Fortschrittlichen Christen hätte Herrn Gerst vor einem einfachen Gebrauch der Argumente für ihr Recht für Werbezwecke in Deutschland warnen sollen (daß er die Argumente für ihr Unrecht zu verschweigen vorhatte, war wohl von vornherein anzunehmen).

Der Christ zwischen Kapitalismus und Kommunismus

2. Indessen haben wir gesagt, daß die Fragen, die das Auftreten und die Aktion der Fortschrittlichen Christen in Frankreich aufwerfen, auch von uns nicht übersehen werden können. Die erste politische Aufgabe des Christen ist es heute, die Bedingungen für die Überwindung der sozialen Ungerechtigkeit oder, positiv gesagt, eine Ordnung sozialer Gerechtigkeit zu schaffen; er steht in diesem seinem Bemühen eindeutig auf der Seite derer, die unter der sozialen Ungerechtigkeit leiden, und gegen die, die von ihr profitieren. Das bei uns herrschende System sozialer Ungerechtigkeit heißt Kapitalismus (und diese massive Formulierung ist trotz aller Wandlungen des Systems immer noch richtig). Das diesem Kapitalismus des bürgerlichen Westens entgegenstehende System, das im Osten verwirklicht ist, heißt Kommunismus. Andere Systeme gibt es zwar dem Programm, der Lehre und dem Ideal nach, aber nicht in der Wirklichkeit unserer Welt. Die Unterdrückten und Entrechteten des kapitalistischen Systems setzen ihre Hoffnung auf seinen Umsturz, dessen einziger machtmäßig erfolgversprechender Träger der Kommunismus ist (man kann von den Unterdrückten des kommunistischen Systems das Entsprechende kaum sagen) —, die Nutznießer des Kapitalismus verteidigen ihn. Dazwischen aber gibt es eine breite Schicht von Menschen (und sie ist wirklich breit, viele — in Deutschland die Mehrzahl — der Arbeiter, die meisten Intellektuellen, Humanisten jeder Schattierung und endlich die Christen — oder sollen wir besser sagen: viele oder die meisten von ihnen), die weder die Verwirklichung des Kommunismus wollen noch die Verteidigung des Kapitalismus, sondern einen anderen, einen „dritten" Weg, der irgendwie zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit führen soll. Wobei sowohl über die Formen dieser Verwirklichung als auch über die Mittel und Wege dazu eine Vielfalt von Vorstellungen herrscht — man denke nur an die Spielarten des nichtmarxistischen Sozialismus, der „sozialen" freien Marktwirtschaft und der Mannigfaltigkeit der Kombinationen und Möglichkeiten zwischen ihnen. In Wirklichkeit müssen sich diese Menschen, sofern sie politisch aktiv wirken wollen, entschließen, entweder innerhalb des Raumes des kapitalistischen Systems zu agieren, unter seinen Bedingungen und Spielregeln und — wenn auch mit Vorbehalten und mit Auswahl — mit seinen Mitteln, in der Hoffnung, das System von innen umwandeln zu können und auf dem Wege der Reformen ihrem Bilde der sozialen Gerechtigkeit immer mehr anzunähern; oder aber, sich ihm radikal entgegenzusetzen und — sicher wiederum unter erheblichen Vorbehalten in bezug auf die Doktrin und die angewandten Mittel und mit Auswahl der Positionen — mit den Kommunisten zu agieren, vielleicht auch hier in der Hoffnung, das kommunistische System vor der endgültigen Erreichung der Revolution von innen reformiert zu haben oder nachher ihre Vorbehalte noch irgendwie institutionell sichern zu können. Beide Gruppen müssen also mit Anhängern eines Systems zusammenarbeiten, das sie nicht annehmen können, beide müssen sich darüber klar sein, wie schwierig tatsächlich die Trennung von Theorie und Praxis und um wieviel schwieriger es ist, diese Trennung im Bewußtsein zu behalten, sich den Denk- und Wirkformen, dem Lebensgefühl des jeweiligen Systems nicht zu assimilieren, nicht tatsächlich Unrecht zu unterstützen, die Unrechttuer zu bestärken und andere zu verführen, auch ihrerseits das Unrecht und die Unrechttuer anzuerkennen. Beide Möglichkeiten, innerhalb eines falschen und unrechten Systems und mit dessen Anhängern oder Verteidigern zu wirken, haben also ihre Gefahren. Die Geschlossenheit der kommunistischen Doktrin, ihr logischer Zusammenhang, ihr offen bekannter und geübter militanter Atheismus und Materialismus, die einheitlich gelenkte Unbedenklichkeit kommunistischer Taktik und Praxis, der eklatante Charakter des in den kommunistischen Ländern verübten Unrechts — all das macht die Gefahren eines Zusammengehens mit den Kommunisten sehr auffällig und sichtbar. Wir haben nie verschwiegen, daß wir die Meinung, es sei möglich, teilweise mit ihnen zusammenzuarbeiten, für falsch halten, weil jede teilweise Unterstützung bei dem umfassenden totalitären Charakter des Systems als Förderung des Ganzen wirken muß; daß wir also die Position der französischen Fortschrittlichen Christen für praktisch aussichtslos und auf einer Täuschung beruhend ansehen. Indessen, wenn auch die Gefahren der Zusammenarbeit mit den Verteidi-

gern des bestehenden Unrechts weniger deutlich und auffällig sind, so sind sie deswegen doch nicht weniger wirklich, sie haben den Charakter einer schleichenden Gefahr, einer Verstrickung. Der Kapitalismus wird nicht zusammengehalten von einem militanten Glauben, von einer pseudoeschatologischen Hoffnung, sondern von der Macht der Interessen, des Nutzens, der Gewohnheit und der Bequemlichkeit, deren Wirken von dem ihm zugrundeliegenden optimistischen Glauben an die Möglichkeit eines endgültigen „natürlichen" Ausgleichs durch das Laissez-faire gerechtfertigt wird; es ist — so wie der Mensch einmal beschaffen ist — leicht, sich diesen Denk-, Lebens- und Wirkgewohnheiten zu assimilieren (sofern einem nicht gerade akut und in schwerer Weise die Lebensmöglichkeit durch sie beeinträchtigt wird, und das ist, wenigstens dem Bewußtsein nach, in breiten Kreisen auch bei den Arbeitern nicht der Fall). Das Unrecht des Kapitalismus ist alt und wohletabliert, und diese Tatsache verführt leicht dazu, sich mit ihm abzufinden, sich an es zu gewöhnen und es schließlich zu übersehen und nicht mehr als so schlimm und drückend zu empfinden. Wie groß man die Chancen, das kapitalistische System von innen her reformieren, umwandeln oder gar umstürzen zu können, auch immer ansehen mag, auch hier ist die Gefahr nicht zu unterschätzen, in der Zusammenarbeit mit den faktischen Verteidigern des bestehenden Unrechts diese zu unterstützen und zu stärken und andere zu verführen, sich abzufinden und damit in Wirklichkeit das bestehende System anzuerkennen.

Dies scheint uns die Lage zu sein, in der die zum politischen Handeln berufenen und entschlossenen Christen in der Wirklichkeit unserer Welt sich befinden. Die Problematik dieser Lage wird durch das Auftreten der Fortschrittlichen Christen in Frankreich sehr scharf profiliert — wie ja extreme Fälle immer die Fragen bestimmter Situationen deutlicher zu definieren geeignet sind. Aber es handelt sich um mehr als Fragen. Es handelt sich um eine wirkliche vorhandene Not vieler Christen. Es ist die Not, daß man in dem einen Lager nicht radikal an der Seite derer steht, an deren Seite man gehört: der Unterdrückten; im andern aber an der Seite der Feinde und tatsächlichen Unterdrücker seiner tiefsten und alles andere letzten Endes entscheidenden Einsichten und Überzeugungen: des Glaubens. Und es ist die Not zu sehen, wie viele der Mitchristen sich tatsächlich dem System des bestehenden Unrechts assimiliert haben, wie sie der Verstrickung erlegen sind, sich abgefunden haben, sich gewöhnt und sich damit tatsächlich der Aufgabe der Beseitigung der sozialen Ungerechtigkeit entzogen haben.

Wie man über diese Dinge zu sprechen hat, zeigen die Äußerungen des französischen Episkopats zu der Frage der Fortschrittlichen Christen, von der Mahnung Kardinal Suhards am 31. Januar 1949 angefangen (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 3, H. 6, S. 280 f) bis zu den Worten des Kapitularvikars der Erzdiözese Paris und des Weihbischofs Ancel nach dem Erlaß des römischen Kommunismusdekrets (siehe dieses Heft S. 567): kein Wort über die Unmöglichkeit, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, ohne eine gleichzeitige Verwerfung des kapitalistischen Systems und die Einprägung der Pflicht zur Überwindung der sozialen Ungerechtigkeit. Wir haben uns bemüht, im gleichen Sinne über die Frage zu sprechen. Unsere Berichte über die Fortschrittlichen Christen versuchen, ihre Motive verstehend zu respektieren, die Fragen und die Not des politischen Handelns der Christen zu deuten, vor allem aber, sie als einen Anlaß zur Gewissenserforschung und zur Wachsamkeit gegen alle Trägheit, Bequemlichkeit und Abstumpfung des Herzens, des Verstandes und des Gewissens zu betrachten.

Es ist klar, daß derjenige, der aus diesem Zusammenhang genommene Zitate für eine tagespolitische Werbeschrift benutzen will, im Begriff ist, eine Fälschung zu begehen. Herr Gerst hat diese Fälschung begangen.

Publizistische Verantwortung

3. Und das führt auf eine grundsätzliche Überlegung. Es gibt zwei Arten, zwei Ebenen des Sprechens auch über die aktuellsten Fragen der Gegenwart. Die eine geht auf die Klärung der ihnen zugrundeliegenden Grundtatbestände, Grundbegriffe und Grundsätze, das Verständnis der Zusammenhänge, das Ausmessen der in ihnen enthaltenen Möglichkeiten, die Bildung des Verstandes und des Gewissens, damit sie zu einem wissenden, erleuchteten und „erfindungsreichen" Handeln in der konkreten Situation fähig werden. Daneben aber gibt es die tägliche, sich auf diesen oder jenen Punkt richtende Auseinandersetzung, die auf den unmittelbaren Impuls zum Handeln geht, die gleichsam verkürzende Begründung dieser und nicht der anderen Auswahl des Handelns. Beide Arten haben ihr gutes Recht — sie setzen einander voraus und können nicht ohne einander sein —, aber beide haben auch einen bestimmten Ort, an dem allein sie gemäß sind. Falsch und schief aber werden die Gedanken, wenn sie aus der einen auf die andere Ebene gezogen werden, und der Politiker oder der Journalist, der das tut, ohne um die Notwendigkeit der Diskretion zu wissen, wird unversehens zum Fälscher. Und dies ist eigentlich das Schlimmste an dem Gebrauch der Zitate aus der Herder-Korrespondenz durch Herrn Gerst, daß er sich dieser Art der Fälschung schuldig gemacht hat.

Die beiden Arten des Denkens und Sprechens sind, wie wir sagten, auf einander bezogen. Das verlangt, daß die Menschen, die der einen oder anderen Art verpflichtet sind, auf einander Rücksicht nehmen müssen. Das grundsätzliche, besinnliche Überdenken der Zusammenhänge und Möglichkeiten muß oft, um fruchtbar zu sein, ungewohnte Gedankengänge wagen, gewissermaßen experimentierend ausmessen, wie weit ein Gedanke trägt. Aber man darf dabei nicht vergessen, daß seine Äußerungen Wirkungen im konkreten Bereich des täglichen Handelns hervorrufen können, die gerade die Sache schädigen, der man dienen will. Man kann diese Art von Publizistik nur sehr verantwortungsvoll ausüben. Trotzdem bleiben Risiken, die man auf sich nehmen muß. Niemand kann ganz genau die Wirkung eines Wortes und die Folgen aus dieser Wirkung abmessen und abschätzen. Er muß sich in einem bestimmten Umfang darauf verlassen, daß es nicht aus seinem Zusammenhang herausgerissen, nicht von seiner Ebene herabgezogen wird, daß der Leser und Hörer die Verpflichtung des Sprechenden und den Raum, in dem er wirken will, respektiert. Daß diese Unterscheidung, diese Diskretion und dieser Respekt heute in weitem Maße geschwunden sind, ist einer der Gründe für die Not des Wortes in unserer Zeit. Und ebenso auch für seine relative Wirkungslosigkeit.

Man ist gegen Fälschungen wie die des Herrn Gerst letztlich wehrlos. Man kann nur immer wieder versuchen, die Voraussetzungen, Bedingungen und den Raum seines publizistischen Wirkens genauer zu definieren.

Deutsche Meldungen

Nachruf für Prälat Benedikt Kreutz

Am 25. Juli dieses Jahres starb im Alter von 70 Jahren der langjährige Caritas-Präsident Prälat Dr. Benedikt Kreutz in Freiburg i. Br.

Sollte man später einmal fragen, wann nach dem katastrophalen Ende des zweiten Weltkrieges Deutsche aus allen Teilen Deutschlands und auch aus den ehemaligen deutschen Gebieten erstmalig wieder zusammenkamen, so müßte man antworten: bereits in der Osterzeit 1946 in Bamberg. Aus allen Diözesen des ehemaligen Deutschland fanden sich trotz der großen Schwierigkeiten damals die verantwortlichen Vertreter der Caritas am Grabe des heiligen Heinrich und im Begehen seines Jubiläums zum Zentralrat zusammen, um im Zusammenbruch den Bund der Liebe zu erneuern, sich gegenseitig Hilfe angedeihen zu lassen und für die deutsche Not die Unterstützung des katholischen Auslandes zu erwirken.

Der Mann, der diesen Zentralrat leitete und der sein Zustandekommen durch alles, was er geleistet hat, und durch das Vertrauen, das er allenthalben genoß, wirklich im letzten erst ermöglichte, war der jetzt verewigte Prälat Dr. rer. pol. und Dr. theol. h. c. Benedikt Kreutz, Apostolischer Protonotar a.i.p., der zweite Präsident des Deutschen Caritasverbandes, den er nach der 23jährigen Wirksamkeit Lorenz Werthmanns 28 Jahre lang geleitet und zur bedeutendsten Caritasorganisation in der ganzen katholischen Welt gemacht hat.

Am 15. Januar 1879 wurde er in St. Peter im badischen Schwarzwald geboren. „Wir haben uns der Liebe anvertraut, die Gott zu uns hegt" (1. Joh. 4, 16), wurde das Leitwort seines Lebens von dem Augenblick an, als er, Heimkehrer des ersten Weltkrieges, während dessen er als Felddivisionspfarrer tätig war, Errichtung und Leitung der Berliner Hauptvertretung des Deutschen Caritasverbandes übernahm.

Er hat der caritativen Arbeit die Anerkennung und Gleichberechtigung im öffentlichen Raum verschafft. Darüber hinaus hat die gesamte deutsche Wohlfahrtspflege in den entscheidenden Jahren ihres Ausbaues wertvollste Anregungen durch ihn erfahren. Immer ging sein Bemühen dahin, in förderlicher Fühlung mit staatlichen und kommunalen Stellen zu bleiben. Viel beharrliche und selbstlose Geduld waren notwendig, um den Caritasverband vor der Auflösung durch den Nationalsozialismus zu retten. Ohne seine Umsicht und seine in der gefährlichsten Situation noch stets gewahrte Vorsicht, der sein bäuerliches Blut die Impulse gab, wäre das nicht erreicht worden, hätte nach dem Zusammenbruch das Heer der Notbedrängten nach diesem Leuchtturm der Hilfe vergeblich Ausschau gehalten.

Für sein verantwortungsvolles Amt brachte er außer seiner stets bekundeten großen Liebe für alle Hilfsbedürftigen eine unverwüstliche Arbeitskraft, außerordentliches Organisationstalent und ein seltenes Geschick im Verhandeln mit. Mit Humor verstand er immer wieder, zu gewinnen und auszugleichen und durch seine unbesiegbare christliche Hoffnungsfreudigkeit das ihm anvertraute Werk auch über schwerste Prüfungen hinüberzutragen, dabei auch die Bedenklichen und Zaghaften mitreißend. Man darf nicht vergessen, daß die 28 Jahre seiner Präsidentschaft fast alle Jahre der Bedrängnisse waren: Bedrängnis aus Nachkrieg und Inflation, Bedrängnis durch die Zeit der Arbeitslosigkeit, gesteigerte Bedrängnis während des Nationalsoizalismus, im zweiten Weltkrieg und in den Jahren nach dem Zusammenbruch.

Auf zahllosen Tagungen, Katholikentagen, Fachausschüssen und internationalen Kongressen warb er mit seiner reichen Beredsamkeit zur Mithilfe und Zusammenarbeit, spornte an zu echter Caritasgesinnung wie zu bestem fachlichem Wissen und Können und mahnte immer wieder zu Einmütigkeit und Treue. Er hat es geschafft, daß auch die Zonen den Verband nicht zerrissen und daß er eine Einheit blieb trotz anfänglicher Bedenken der Besatzungsmacht.

Die Vorbereitung von beruflichen Helfern und Helferinnen für Caritas und Seelsorge in eigenen sozial-caritativen Schulungsstätten lag ihm sehr am Herzen. Er war Mitbegründer des Instituts für Caritaswissenschaft an der Universität Freiburg (1925) und des Caritas-Institutes für Gesundheitsfürsorge in Köln-Hohenlind (1932). Die harmoniche Zusammenarbeit zwischen der Caritas und den andern Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, insbesondere der Evangelischen Inneren Mission, wurde unter ihm zu einer guten, dankbar anerkannten Tradition.

Das Heilige Jahr und das soziale Gewissen

In einer Ansprache auf dem Freiburger Katholikentag am 17. Juli dieses Jahres stellte Dr. Herder-Dorneich in einer besonders einprägsamen Weise eine Verbindung her zwischen dem großen Anliegen unserer Zeit, der Schaffung einer sozialen Neuordnung in größerer Gerechtigkeit, und dem Heiligen Jahr, das Papst Pius XII. kurz vorher von Rom aus feierlich verkündet hatte. Der Mainzer Katholikentag im vergangenen Jahr, dessen Präsident Dr. Herder-Dorneich war, gab die Parole aus: Deutschland ist Missionsland geworden. Die zweite Parole von Mainz, der Ruf nach sozialer Verantwortung, ist aus der ersten abzuleiten. „Wenn Deutschland Missionsland ist", so sagte Dr. Herder-Dorneich, „so sind seine Grenzmarken heute seine Großstädte und die Ansammlungen seiner heimatlosen Flüchtlinge".

„Das Hauptziel aller Sozialreform ist immer der Mensch. Immer ist es zuerst der Mensch, der sich ändern muß, nicht die Zustände. Vom Menschen her werden alle anderen Fragen bestimmt". Diese unsere große Aufgabe nun, soziale Gerechtigkeit zu schaffen, in der die Verteilung von Besitz und Gewinn nur ein Faktor unter anderen ist, ist geeignet, durch die Feier des Heiligen Jahres eine ganz besondere Stützung zu erfahren:

„Die Voraussetzung für das soziale Gewissen ist das religiöse Gewissen. Vor kurzem wurde in Rom und in allen Bischofskirchen der Welt feierlich das Heilige Jahr verkündet. Es ist ein Anruf, sich von Zeit zu Zeit in besonderer Weise daran zu erinnern, daß Gott der Herr der Zeit ist und daß wir unter dem Königtum Christi stehen. Auch das Alte Testament kannte mit seinen Jubeljahren solche heiligen Zeiten. Dem Volke Gottes wurde alle fünfzig Jahre ins Gedächtnis gerufen, daß es sein Land von Ihm zu Lehen habe. In jedem Jubeljahr sollte als Beweis dieses Seines Königtums der Landbesitz von dem irdischen Besitzer genommen und Gott zurückgegeben werden, damit das Land erneut unter das Volk verteilt werden konnte. Dabei blieb der bisherige Besitz wohl berücksichtigt; es wurden aber inzwischen eingetretene Härten beseitigt. Die soziale Ungerechtigkeit, die der Lauf

der Welt immer wieder mit sich bringt, wurde so von Zeit zu Zeit ausgeglichen, so daß es nicht zu einer gewaltsamen Revolution zu kommen brauchte. Wir stehen auch heute in einer Zeit sozialer Umwälzungen; eine Neuordnung und Neuwertung des Besitzes ist notwendig. Verwirklichen wir also in diesem Heiligen Jahr etwas von dem Geist des alttestamentlichen Jubeljahres, damit Gottesfurcht und Menschenliebe bei uns die neue Ordnung schaffen und nicht der Geist der Gewalt".

Eine religiös-wissenschaftliche Ärztetagung

Auf vielen Gebieten des menschlichen Lebens, besonders in der gegenwärtigen Notlage, tauchen Probleme auf, die Ärzte und Seelsorger in gleicher Weise berühren und von ihnen Antwort erwarten. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde in Deutschland erstmalig im Jahre 1947 in Bad Mergentheim eine religiös-wissenschaftliche Ärztetagung veranstaltet, deren Ziel es war, in Vorträgen und vor allem gemeinsamen Diskussionen zwischen katholischen Ärzten und Theologen aus katholischer Sicht Fragen der menschlichen Existenz vom ärztlichen und seelsorglichen Standpunkt aus zu behandeln. Diese erste Tagung fand einen so großen Widerhall, daß dieses Wechselgespräch 1948 in Ellwangen und 1949 vom 6. bis 12. Juni in Beuron — auf freundliche Einladung der Erzabtei wurde dieses Jahr dieser Tagungsort gewählt — fortgesetzt wurde. Wie in den vorhergehenden Jahren lag die Leitung des Kongresses in Händen von Herrn Stadtpfarrer B. Hanssler, Schwäbisch Hall, und Herrn Dr. Alf. Riegel, Schorndorf. Die Thematik der diesjährigen Tagung galt einmal allgemeinen und grundsätzlichen Fragen medizinisch-theologischer Anthropologie und zum andern dem brennenden Problem der Not und Gefährdung der christlichen Ehe.
Die Existenz des Menschen und seine Stellung in der Welt wurde vom philosophischen und medizinischen Standpunkte aus in mehreren Referaten dargestellt. Professor Dr. Wenzl, München, entwickelte die philosophische Situation der gegenwärtigen Naturwissenschaften. Professor Dr. Guggenberger, Gars a. Inn, gab eine Einführung in das philosophische Denken und befaßte sich in mehreren Vorträgen mit dem existentiellen Denken. Von medizinischer Seite aus sprachen Professor Dr. Büchner, Freiburg, über die Stellung des Menschen in der Welt des Lebendigen und Dr. Wolf, Nottuln i. W., über Krankheit und Heilung. In den Bereich medizinisch-theologischer Anthropologie gehören auch noch die Referate von Professor Dr. Graf, Dortmund, zum Thema: Gesundheit und Heiligkeit, und von Professor Dr. Jores, Hamburg: Arzt und Lüge, der in seinem Referat besonders auf Fragen ärztlicher Ethik einging.

Das Problem der Zeitwahl in der Ehe

Bereits auf der vorjährigen Tagung in Ellwangen wurde ausführlich in Referaten von Theologen und Medizinern und in ausgedehnten Diskussionen das Eheproblem, wie es sich in christlicher Sicht darstellt, behandelt. Auch auf der diesjährigen Tagung stand noch einmal das gleiche Thema als wesentlicher Verhandlungsgegenstand auf dem Tagungsprogramm. Das Hauptgewicht bei der Erörterung des Eheproblems wurde auf die Frage nach der sogenannten Zeitwahl in der Ehe, besonders im Hinblick auf die Geburtenregelung gelegt. Die Frage nach der Zeitwahl in der Ehe ist erwachsen aus Untersuchungen von Knaus und Ogino, die ihre Weiterführung vor allem durch den Holländer Smulders und den Amerikaner Latz erfuhren, um nur einige Namen zu nennen. Nach diesen Autoren scheint es im periodischen Zyklus der Frau Tage zu geben, an denen eine Empfängnis mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zustande kommt. Die genannten Autoren verfügen bereits über ein umfangreiches Material, aus dem sich ergibt, daß diese Wahrscheinlichkeit heute bereits als wesentlich gesichert angesehen wird. In Deutschland steht man in ärztlichen Fachkreisen dieser Ansicht noch skeptisch gegenüber, was zum Teil darauf beruht, daß wir in Deutschland noch nicht über jene Breite an Erfahrungen auf Grund von Untersuchungen über diese Frage verfügen wie im Ausland. Während der Jahre 1933—1945 waren Untersuchungen dieser Art in Deutschland nicht gestattet, das Erscheinen von Veröffentlichungen auf diesem Gebiet zum Teil verboten. Ferner ist vom medizinischen Standpunkt aus noch zu sagen, daß die ganze Unsicherheit und Not der Gegenwart die Psyche der Frau sehr stark beeinflußt. Diese seelische Unruhe wirkt sich — medizinisch einwandfrei nachweisbar — sehr stark auf den monatlichen periodischen Zyklus der Frau aus und führt zu starken Unregelmäßigkeiten des Ablaufes. Falls sich jedoch die Erwartung erfüllen sollte, daß es mit Sicherheit im Zyklus der Frau unfruchtbare Tage gäbe, an denen eine Empfängnis nicht stattfindet, dann wäre damit eine natürliche Möglichkeit für die Geburtenregelung, als dem wohl wesentlichsten Punkte des heutigen Eheproblems, gegeben.

Die Stellung der Kirche zur Zeitwahl

Professor Dr. Fleckenstein, Regensburg, sprach vom moraltheologischen Standpunkte aus über die Stellung der Kirche zur Frage der Zeitwahl in der Ehe. Nach der heutigen Anschauung, so führte Professor Dr. Fleckenstein aus, dient der eheliche Verkehr einmal der Zeugung von Nachkommenschaft und zweitens ist er berechtigte Trieberfüllung. Selbst wenn Zeugung in klar bewußter Weise nicht erreicht werden kann durch den ehelichen Verkehr, ist derselbe doch statthaft, wofür die Gültigkeit der sterilen Ehe und die Erlaubtheit des Verkehrs in der Schwangerschaft — soweit er vom medizinischen Standpunkt aus vertretbar ist — spricht. Der sekundäre Zweck der Ehe ist auch vor dem primären möglich, wenn nur nicht der primäre Zweck vereitelt oder gefährdet wird. Die Befruchtung selber ist der willentlichen Beeinflussung ja sowieso entzogen. Der Zweck ist dann nicht vereitelt und gefährdet, wenn die Art und Weise des ehelichen Verkehrs in naturgegebener, physiologischer Weise vollzogen wird. Der eheliche Verkehr darf willkürlich in seiner Art nicht so verändert werden, daß es dadurch bewußt nicht zur Empfängnis kommen kann. Nur da, wo der eheliche Verkehr in seiner Art willkürlich der Möglichkeit zur Wekkung neuen Lebens beraubt ist, ist er verboten und schwer sündhaft. Der alleinige Sinn der sexuellen Gemeinschaft liegt nicht nur in der Fruchtbarkeit, sondern auch darin, daß sich die Zweieinheit der Gatten dadurch vollzieht und wächst. Eine periodische Enthaltsamkeit im Eheleben, die einer ernsthaft begründbaren Geburtenregelung dient, ist sittlich erlaubt, besonders dann, wenn natürlicherweise im Ablauf des monatlichen Zyklusgeschehens der Frau fruchtbare und unfruchtbare Tage vorhanden sind. Denn dann liegt keine willkürliche Änderung der Art und Weise des ehelichen Verkehrs seitens der Ehegatten zum

Zwecke der Verhinderung der Empfängnis vor. Vom moraltheologischen Standpunkt aus stellt sich die Frage nach der Zeitwahl in der Ehe nicht nur in der Kontroverse Kind oder Zeitwahl dar, sondern viel allgemeiner als die Frage: Unnatur in der Ehe oder Zeitwahl. Für eine länger dauernde periodische Enthaltsamkeit sollen aber ernste und gewichtige Gründe vorliegen, weil sonst eine ganze Reihe von Gefahren in Erscheinung treten können. Hier ist zunächst die Gefahr zu nennen, daß auf dieser Grundlage Neurosen entstehen können, ferner kann die Opferkraft der Ehegatten geschwächt werden, das Gottvertrauen kann schwinden, es kann zu einer zu starken Bewußtheit, Rationalisierung und Berechnung der ehelichen Gemeinschaft kommen und schließlich zu einer Diffamierung der kinderreichen Ehen. Es ist bezeichnend als Zeiterscheinung, daß sich der Akzent in der Auffassung von der Ehe verschoben hat: früher sprach man vom Kindersegen, heute spricht man von der Zeitwahl in der Ehe. Die genaue medizinische Aufklärung über diese Verhältnisse soll nicht Aufgabe des Priesters, sondern des Arztes, nach Möglichkeit eines katholischen Arztes, sein.

Ärztliche und seelsorgliche Praxis

In mehreren Korreferaten und Diskussionsbemerkungen wurde dann dieses Problem sehr ernst und ausführlich erörtert. Dr. Frühauf, Offenbach, gab noch einmal einen Überblick über den medizinischen Stand der ausländischen Forschung. Unter der Leitung von Dr. Herm. Frühauf, Offenbach/M., Tambourweg 3, hat sich seit einem Jahr ein Arbeitskreis von bisher ca. 100 katholischen Ärzten gebildet, die in ihrer Praxis die Brauchbarkeit dieser Methode zu erforschen suchen. Es sei noch besonders auf ein soeben erschienenes Buch von Dr. H. Frühauf hingewiesen, das diesem ganzen Fragenkreis gewidmet ist („Ehe und Geburtenregelung", Matth. Grünewaldverlag, Mainz 1949, Preis DM 3.45). Von seelsorglicher Seite wurde auf die große Bedeutung der Zeitwahl in der Ehe hingewiesen und darin eine wesentliche Möglichkeit gesehen, die Ehe heute wieder auf eine naturgegebene, christliche Grundlage zu stellen. Es wurde jedoch auch mehrfach betont, daß die Erörterungen dieser Fragen durch Arzt und Seelsorger nicht im biologischen Vorgang des Problems stecken bleiben dürfen. Bei jeder Aufklärung in diesen Fragen müsse das Hauptgewicht darauf gelegt werden, daß die christliche Ehe ein Leben vor Gott und in Gott sein solle und daß sich daraus die Praxis des ehelichen Gemeinschaftslebens ergeben müsse, daß das Kind Ausdruck der Liebe ist, daß man auch Mut zum Kind haben und zu Opfern dafür bereit sein müsse. Besonders der Seelsorger soll in seiner Beeinflussung der Eheleute mehr auf eine Herzensbildung hinzielen und auf den religiösen Untergrund der christlichen Ehe hinweisen. Die Möglichkeiten, die sich medizinischerseits ergeben, sollen nie Hauptpunkt der Unterweisung sein, sondern immer nur als untergeordnete Möglichkeit erwähnt werden.

Das Ergebnis der Referate und Diskussionen über dieses Thema läßt sich dahin zusammenfassen, daß bezüglich der medizinischen Verhältnisse dieser Methode weitere Untersuchungen besonders deutscher Ärzte eine dringende Notwendigkeit sind, daß man aber auf Grund der übereinstimmenden ausländischen Ergebnisse diese Frage vom medizinischen Standpunkte aus als so weit gesichert ansehen kann, daß man die Methode der Zeitwahl — namentlich wo die Notwendigkeit einer Geburtenregelung vorliegt — empfehlen kann. Es muß jedoch bedacht werden, daß biologische Gesetzlichkeiten nie 100% Gültigkeit haben. Gegen eine zu große und oft nicht immer taktvolle Propaganda dieser Methode sprach sich der Kongreß aus. Besonders zu bekämpfen sei die Propaganda empfängnisverhütender Mittel. Einmütig sprach sich die Tagung gegen den Gebrauch antikonzeptioneller Mittel — weil diese widernatürlich sind — aus. Allein mit der Lösung der Frage der Zeitwahl in der Ehe sei das Eheproblem vom christlichen Standpunkt aus nicht gelöst.

Ein Gespräch über das Thema „Theater und Kirche"

Zu Beginn der Theaterferien 1949 verwirklichte das Erzbischöfliche Seelsorgeamt Paderborn einen langgehegten Plan, indem es Theaterfachleute und Theaterfreunde zu einem „Gespräch am runden Tisch über das Theater" einlud. Der Leiter des Seelsorgeamtes, Dr. Franz Hengsbach, Paderborn, hatte den Germanisten Prof. Dr. Hennig Brinkmann, z. Z. Lippstadt, und den Leiter der „Aufgabengemeinschaft christlicher Theaterfachleute", Dr. Heinrich A. Mertens, Herten/W., gebeten, die Führung der Gespräche zu übernehmen. Mit ihnen vereinigten sich vom 28. Juni bis zum 2. Juli 1949 im Waldhaus St. Meinolf (Körbecke am Möhnesee) Intendanten, Spielleiter, Schauspieler, Dramaturgen, Kulturschriftleiter, Kulturpolitiker und Theaterfreunde zu arbeitsreichen Tagen.

Die Stellung der Kirche zum Theater

Dr. Hengsbach sprach einleitend darüber, daß Kirche und Theater sich zwar auseinandergelebt haben, daß das aber nicht als etwas Unabänderliches hingenommen werden müsse. Den Ansatzpunkt zur Heimholung des Theaters in die Kirche bildet aber nicht das Theater als Institution, sondern diesen bilden die Menschen: die Schauenden und die Angeschauten. Auch die Schauenden haben eine gewaltige Aufgabe in dieser Hinsicht, ja, vielleicht sind sie die Ausschlaggebenden. Wenn sie in der Ordnung Gottes stehen, kann es kein Theater geben, das nicht in der Ordnung Gottes steht. Die Schauenden zwingen die Angeschauten — wenn auch zunächst nur äußerlich — in diese Ordnung hinein.

Die Ablehnung des Theaters durch die großen und kleinen Amtsträger der Kirche ist heute nicht mehr allgemein, und doch kommt die Bejahung sehr oft nicht aus dem rechten Geiste. Meist ist es eine moralische Pointe, die diesen oder jenen geistlichen Herrn für dieses oder jenes Stück einnimmt, womit er dann die moralpädagogischen Möglichkeiten des Theaters überhaupt bejaht. Das Theater ist aber keine moralische Kanzel, sondern es ist Spiegel der Wirklichkeit: der Höhen, Tiefen, ja Abgründe, aus denen sich immer wieder (wenn auch nicht immer in der gewohnten Gestalt pastoraler Bilder) die göttliche Vorsehung, Barmherzigkeit, Liebe, Schönheit und Allmacht als die wirklichste der Wirklichkeiten erhebt. Die Moral ist also nicht Gebiet des Theaters, aber sie ist Gebot — für das Theater wie für alle anderen Bereiche. Nicht das christliche Thema macht das Theater christlich, sondern die Haltung: die göttliche Ordnung als einzig gültige Ordnung muß als Maßstab durch Form und Gehalt des literarischen Werkes wie auch der Bühnengestaltung hindurchschimmern.

Die Spielplangestaltung aus christlichem Geiste

Professor Hennig Brinkmann sprach über die Grundlagen einer Typenbesprechung jener Stücke, die eine Beziehung zum christlichen Raum haben. Er teilte die diesbezügliche Dramenliteratur in fünf Ordnungsgruppen ein: 1. Kirche im Theater (z. B. Lavery, Die erste Legion); 2. Gott in der Welt (z. B. Paul Claudel und Max Mell); 3. Die Welt vor dem Gericht Gottes (z. B. Eliot, Mord im Dom); 4. Die Welt auf dem Wege zu Gott (z. B. Thornton Wilder); 5. Die Welt auf der Flucht vor Gott (z. B. Jean-Paul Sartre).

Ausgerüstet mit den Erkenntnissen des Themas „Die Stellung der Kirche zum Theater" vermochte man zu manchem Gegenwartswerk eine positivere Haltung zu gewinnen. Gerade bei diesem Thema aber wurde durch die Aussprache klar, wie die Verwirklichung eines christlichen Auftrages an das Theater eminent an den Spielleiter gebunden ist, der aus christlicher Welt- und Menschenschau seine Inszenierungen anzulegen vermag.

Der Schauspieler als Künstler, Christ und Mensch

Dieses Thema von letzter Problematik wurde vor allem von den Schauspielern mit besonderem Interesse aufgenommen. Dr. Heinrich A. Mertens berichtete, anknüpfend an seine Erfahrungen mit Schauspielern und Schauspielschülern, über die Schwierigkeiten, die christliche Schauspielerpersönlichkeit zu bilden. Schon die künstlerischen Kräfte des Schauspielers sind heute oft in ihrer Lauterkeit getrübt und in ihrer Ehrlichkeit gebrochen. Der Schauspieler als Ausdruckskünstler muß wahr sein. Ist er es immer? Als Darstellungskünstler kann er nur wirklich und wirksam sein, wenn er das Virtuosentum überwunden hat und aus einer inneren Welt heraus ein äußeres Bild dieser inneren Welt darstellt. Kann er das immer? Hat er eine innere ganze Welt? Als Wortkünstler muß er das Wort lieben — zu mindest das Wort als große soziale Geisteskraft. Liebt er immer das Wort?

Die eigentliche Erfüllung der künstlerischen Kräfte geschieht jedoch — davon ist der Christ überzeugt — durch Christus, der in Bezug auf die Ausdruckskunst „die Wahrheit", in Bezug auf die Darstellungskunst „das Leben", in Bezug auf die Wortkunst „das Wort" ist. Darum erhält der Schauspieler die eigentliche Grundlage für sein künstlerisches Wirken (und auch für sein menschliches Bestehen) nur durch die Ausbildung des christlichen Menschen- und Weltbildes in sich selbst und durch eine lebendige Gliedschaft in der Gemeinschaft der Kirche. Den Menschen in seinem höchsten Glanz wie in seiner tiefsten Verkommenheit immer als aufbauendes Bild darzustellen, wird ihm nur gegeben, wenn er dieses Christus-Menschenbild in sich lebendig macht. Dies erfordert aber echten, lebendigen, begeisternden Religionsunterricht für den ganzen Nachwuchs. In der Praxis ist das z. B. an den meisten Schauspielschulen eine Unmöglichkeit. Warum? Die Aussprache gab viele, oft harte Antworten.

Aus den künstlerischen Wesenszügen des Schauspielers steigen aber nicht nur die besonderen Aufträge Christi an ihn als christlichen Künstler, sondern aus ihnen steigen auch seine menschlichen Gefährdungen. Soll es tatsächlich in größerem Stil zu einer Schauspielerseelsorge kommen, so ist die Erkenntnis der Gefährdungsherde und -arten für den Seelsorger wie für den Schauspielererzieher überhaupt in breiterem Maße notwendig: die Gefährdungen aus der besonderen Eindrucksfähigkeit des Schauspielers, die Gefährdungen aus der besonderen Ausdrucksfähigkeit und Ausdruckslust, die Gefährdungen aus der Darstellungskraft, die Gefährdungen aus der Tatsache der Maske, die psychischen Gefährdungen aus der künstlerischen Ichspaltung während des Spieles (besonders bei Männern), die psychischen Gefährdungen in gewissen Fächern, wie z. B. die spezielle Gefährdung der Naiven und Sentimentalen durch Perseverierung der Maske (Naive sind nie naiv!) u.a.m. Hier liegen noch gänzlich unbearbeitete pädagogische und seelsorgerische Felder.

Die praktischen Pläne der Tagung

Hier wurde zum großen Teil auf der schon bestehenden „Aufgabengemeinschaft christlicher Theaterfachleute" (die bisher den Titel „Das Kleine Welttheater" führte) aufgebaut. Man schlug vor, den etwas irreführenden Obertitel „Das Kleine Welttheater" fallen zu lassen und durch einen neuen zu ersetzen. Die Aufgaben aber sollen bleiben und sollen, zusammen mit den evangelischen Kollegen, in neuer Intensität angegriffen werden. Die Aufgaben, die sich „Das Kleine Welttheater" bei seiner Gründung im März 1948 gab, lassen sich etwa so zusammenfassen: Es ist seine Aufgabe,

alle bewußt christlichen Theaterfachleute in der Aufgabengemeinschaft zusammenzuführen, um ihnen in der schwierigen Atmosphäre des Theaters das Bewußtsein einer Gemeinsamkeit in der Aufgabe zu geben: Intendanten, Spielleiter, Dramaturgen, Schauspieler, Bühnenautoren, Theaterverleger, Theaterwissenschaftler, Theaterkritiker. Ihnen allen soll durch die Aufgabengemeinschaft bei der Erfüllung des christlichen Auftrages an das Theater der Rücken gestärkt werden;

die Berufsethik der Glieder zu heben durch berufsethische Bemühungen;

in der Spielplangestaltung der Theater beratend durch die Glieder tätig zu sein — ohne Hinweis auf uns: „Sieh da, das wollen wir Christen . . .";

weiterhin, wie dies bisher schon geschah, einzelnen Spielen mit christlichem Verkündigungscharakter den Weg durch das Land zu bahnen, wenn das betreffende Ensemble es wünscht;

das Problem des christlichen Schauspieler- und Spielleiternachwuchses der Lösung näherzubringen;

verschiedene Problematica des Theaters und des Verhältnisses Kirche—Theater in Fachkonferenzen zu erläutern und zu klären, und anderes mehr.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Die Gebetsmeinungen des Heiligen Vaters für das Jahr 1950

Der Hl. Vater hat die Gebetsintentionen für das Heilige Jahr 1950 approbiert und gesegnet. Die allgemeinen Intentionen lauten:

Januar: Für die Heiligung der Seelen durch Gebet und Buße.

Februar: Für den Frieden der Welt.

März: Für die allgemeinen und besonderen Intentionen des Hl. Vaters.

April: Für die Berufungen zum Priestertum.

Mai: Damit die soziale Gerechtigkeit durchgeführt werde.
Juni: Damit der Geist der Sühne sich verbreite.
Juli: Damit die Katholiken stets Gott und der Kirche treu sind.
August: Für die Bekehrung der Gottlosen und der Irrenden.
September: Für die Verteidigung der Rechte der Kirche.
Oktober: Für die Werke der Caritas an den Notleidenden.
November: Für den Schutz der Heiligen Stätten.
Dezember: Für die Erneuerung der Familien durch die Eucharistie.

Die Gebetsintentionen für die Missionen lauten:

Januar: Für die von der Gottlosenpropaganda bedrohten Missionen.
Februar: Für die Christen Japans.
März: Für die Entfaltung der Kirche unter den Negern Amerikas.
April: Für die Missionen in Uganda, Kenya und Tanganyika.
Mai: Für die soziale Frage in Indien.
Juni: Für die Heiligung des Eingeborenenklerus.
Juli: Für die Christen, die unter den Mohammedanern leben.
August: Für die Bekehrung der Protestanten in den Missionen.
September: Für die Indianer von Südamerika.
Oktober: Für den Beistand an den Kranken in den Missionen.
November: Für die Freiheit und Entwicklung der katholischen Schulen.
Dezember: Damit die Kirche der Philippinen ihren Einfluß im Fernen Osten fühlbar mache.

Pax Christi-Pilger in Lourdes

Die Pax Christi-Bewegung, „Gebetskreuzzug für den Frieden", die der heutige Bischof von Lourdes und Tarbes sofort nach Beendigung des Krieges ins Leben gerufen hat (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 1, Heft 4, S. 157, Heft 6/7, S. 252, Heft 11/12, S. 500, Jhg. 2, Heft 2, S. 57), hat in den letzten Julitagen ihre alljährliche Pilgerfahrt nach Lourdes gemacht. Teilgenommen haben mehr als 20 000 Pilger aus 36 Nationen.

Diese Pilgerfahrten nach Lourdes stellen für die Mitglieder der Pax-Christi-Bewegung auch stets ihren Jahreskongreß dar. Die Tagung stand unter dem Patronat Kardinal Schusters von Mailand, den der Hl. Vater als seinen Stellvertreter abgesandt hatte. Das Generalthema des Kongresses war das Königtum Christi, über das an zwei aufeinanderfolgenden Tagen Männer so verschiedener Art und Kultur sprachen wie Msgr. Garrone, Erzbischof Koadjutor von Toulouse, und Msgr. Schröffer, Bischof von Eichstätt. Die Schlußansprache hielt Kardinal Gerlier, Erzbischof von Lyon.

Die Pax-Christi-Bewegung zählt heute 1 Million Anhänger, deren 250 000 Franzosen sind.

Tagung der Seelsorger der Katholischen Aktion für das Land in Frankreich

Die Seelsorger der Katholischen Aktion für das Land (Action Catholique rurale) haben kürzlich ihre jährliche Tagung in Versailles abgehalten, in der sie sich über die jeweilige Lage ihres Arbeitsbereichs aussprechen und den Arbeitsplan für das kommende Arbeitsjahr aufstellen. Man hört in der letzten Zeit häufig von einer Krise der spezialisierten Bewegungen der Katholischen Aktion in Frankreich sprechen, sowohl in katholischen Kreisen überhaupt als auch innerhalb der Bewegungen selber. Die Untersuchung der Berechtigung dieser Klage bildete naturgemäß das Hauptthema der Tagung der Seelsorger.

Man kann Frankreich — wie es der Bericht der „Croix" vom 11. 8. 1949 über diese Tagung tut — in drei Bereiche nach den verschiedenen religiösen Zuständen einteilen: 1. drei Blocks „christlicher" Gegenden, einen im Westen, einen im Osten und einen in Südmittelfrankreich, im ganzen etwa 30 Diözesen umfassend, 2. einen breiten Korridor Nord-Mitte-Süd, der ungefähr 45 Diözesen umfaßt, der gleichgültig in religiösen Dingen ist, und 3. einige wenige, ziemlich verstreute Inseln, die ausgesprochenes „Missionsland" sind. Diese Einteilung betrifft natürlich nur das Land; für die Städte sind die Verhältnisse andere. Dieser Landbevölkerung tritt nun die Katholische Aktion für das Land entgegen und sucht ihr eine religiöse Kultur, ein „Klima" zu geben.

Soweit man etwa von der Abonnentenzahl der verschiedenen Zeitschriften der Katholischen Aktion auf das Ansehen der Bewegung schließen kann, hat sich hier in den letzten Jahren nichts Wesentliches geändert. Einige Periodica haben Abonnenten verloren, andere dafür aber wieder welche gewonnen, so daß es sich völlig ausgleicht. Die Krise ist also keine „quantitative", sondern eine qualitative. Man spricht davon, daß die Katholische Aktion für das Land mit veralteten Formeln arbeite. Man erhebt den Vorwurf, die Aktivisten seien „Naturalisten", gäben „dem Zeitlichen den Vorrang" und „entfremdeten sich den Aufgaben der Kirche". Diese Vorwürfe richten sich übrigens nicht nur gegen die Katholische Aktion auf dem Land, sondern gegen alle spezialisierten Bewegungen insgesamt.

Die Formel, die einige für den gegenwärtigen Stand der Dinge vorschlagen, ist überhaupt nicht mehr: „Katholische Aktion", sondern: „Mission". Damit soll vor allem die Aktivität des Laien wieder wirklich missionarisch gemacht, die des Priesters dagegen „entnaturalisiert" und wieder auf das Spirituelle im eigentlichen Sinn gelenkt werden, womit die Gefahr eines neuen Klerikalismus, den man aufkommen sieht, abgewendet wäre. Die Laien selber sollten sich nicht allzusehr auf die zeitlichen Dinge werfen, sondern ebenfalls ihre erste Aufgabe darin sehen, „Zeugis abzulegen". Kluge und vorsichtige Aktivität wird als eine wirkliche Gefahr der spezialisierten Bewegungen angesehen, und man muß dafür sorgen, daß die Aktivisten nicht aus Sorge, sich „nicht von der Masse zu trennen", sich von der Kirche trennen.

Was das Übergewicht des Zeitlichen anbelangt, so ist für die Laien gewiß eine gesunde Spiritualität vonnöten, und man ist gegenwärtig dabei, eine solche auszuarbeiten.

Auf dem Land kommen zu diesen allgemeinen Problemen der Katholischen Aktion der spezialisierten Bewegungen noch einige besondere Schwierigkeiten hinzu, die sich besonders aus der im Vollzug begriffenen Umwälzung des gesamten ländlichen Lebens und Lebensstils ergeben. Die Landarbeit industrialisiert und spezialisiert sich. Es gibt nicht mehr nur ein einziges ländliches Milieu, sondern eine Anzahl verschiedener Milieus mit verschiedener Mentalität, die auch auf verschiedene Weise von der Katholischen Aktion erreicht werden müssen. Dazu kommt, daß die wissenschaftlichen Entdeckungen, die den Schleier

von einer großen Zahl von Naturerscheinungen gezogen haben, der natürlich religiösen Haltung des Landmanns einen schweren Stoß versetzt haben. Die Religion erschien auf dem Land stets in enger Verbindung mit dem Rhythmus der Erde, seinem gleichmäßigen Ablauf. Es geschah nie etwas Neues. Heute hat die Wissenschaft diese Statik zerbrochen und Hoffnungen geweckt, man könne alles ändern und beeinflussen. Unter diesen Eindrücken muß eine ganz neue Bindung zwischen der neuen Bedeutung der menschlichen Arbeit und den geistig-religiösen Werten gesucht werden.

Es handelt sich also in erster Linie darum, eine ganz spezifische Laienspiritualität zu finden, in der Arbeit und tägliches Leben einerseits und Religion andererseits nicht getrennte Bereiche ohne Bezug aufeinander wären.

Wie kann man Gott in der Arbeit finden? Das ist das Problem. Der Grundgedanke wird dabei der sein müssen, daß alle menschliche Arbeit Mitarbeit an der Schöpfung ist. Aus diesem Gedanken erhalten Liebe und Zeugung ihren übernatürlichen Wert, ebenso aber auch Arbeit, Kunst und Wissenschaft; und selbst Wirtschaftsordnung, Sozialordnung und Politik haben an dieser Mitarbeit an der Schöpfung teil, insofern sie die Gegebenheiten dieser Welt ordnen.

Die Bewegung der Katholischen Aktion für das Land feiert in Frankreich 1950 ihr 20jähriges Bestehen. Zum erstenmal seit dem Krieg wird sie einen großen Kongreß veranstalten, und sie rechnet damit, daß sich hier ihre ganze Vitalität glänzend manifestieren wird.

Statistik der kommunistischen Parteien und ihre Bedeutung

Die „Documentation Catholique" veröffentlicht in Ihrer Nummer vom 31. Juli einen Artikel über „Die neue Politik der kommunistischen Partei in Frankreich", die ein reiches und aufschlußreiches statistisches Material enthält. So teilt sie mit, daß die sowjetische Zeitschrift „Voprossy Ekonomiky" folgende Angaben gemacht hat: Die kommunistische Partei zählt heute ungefähr 20 Millionen Mitglieder; von diesen kommen auf die Sowjetunion 6 Millionen; die Tschechoslowakei hat 1 Million Mitglieder, Bulgarien 500 000, Polen 1 Million, Rumänien 1 Million, Ungarn 1 Million, die deutsche Ostzone 1 800 000, die deutschen Westzonen 450 000, Frankreich 1 Million, Italien 2 283 000, Österreich 150 000, Dänemark 60 000, die Niederlande 55 000, Belgien 100 000, Norwegen 33 000, Finnland 35 000, England 50 000, die Vereinigten Staaten 74 000, Brasilien 200 000, Kuba 50 000, Argentinien 30 000, Mexiko 36 000, Peru 35 000, Japan 1 150 000, China 3 Millionen, Indien 500 000. Die russische Zeitschrift gibt keine Statistik für Kanada, die Schweiz, Chile, Griechenland, Portugal und Spanien, weil dort die kommunistische Partei nicht offiziell besteht oder verboten ist.

Die kommunistische Partei in Frankreich

In Frankreich hat die kommunistische Partei im Jahr 1946 eine Million Anhänger bekanntgegeben. Seither hat sie nie mehr Gesamtziffern angegeben, weil ihre Bestände stark zurückgegangen sind. Das politische Büro sieht sich genötigt, den Aktivisten einen methodischen Feldzug zur Werbung von Anhängern ans Herz zu legen.

Die kommunistische Gewerkschaftsorganisation CGT hat 1946 6 Millionen Mitglieder gehabt, heute jedoch nur noch ungefähr 2 Millionen. Auch die kommunistische Presse ist stark zurückgegangen. Sie erschien 1945 in einer täglichen Auflage von 520 000 Exemplaren. In den ersten Monaten 1949 hatte sie nur noch eine Auflage von 260 000. Auch die Gelder der Partei gehen zurück. Eine Subskription im Jahr 1946 hat 52 500 000 Francs eingebracht, eine gleiche im Jahr 1948 nur 10 850 000 Francs, und das, während der Franc nur noch die Hälfte des Wertes besitzt. Die regelmäßigen Beiträge gehen nur langsam ein, worüber das Blatt der Parteileitung ständig Klage führt.

Was bedeutet diese Lage?

Das „Bulletin de l'Association d'études et d'informations politiques internationales", aus dem die „Documentation Catholique" den Bericht übernommen hat, warnt nun aber davor, aus dieser Statistik den Schluß zu ziehen, die kommunistische Partei befinde sich in einem Rückgang. Was hier in Frankreich in den letzten drei Jahren in der kommunistischen Partei vor sich gegangen ist und entsprechend auch in einer Reihe von andern Ländern vor sich geht, ist ein Prozeß der inneren Straffung. Große Massen von „Mitläufern" sind fallen gelassen worden; ganz besonders hat man sich von all denen gelöst, die zur Zeit der Widerstandsbewegung mit einem starken nationalen Affekt der kommunistischen Partei beigetreten sind. Heute ist die strenge doktrinäre Richtung wieder ans Ruder gekommen, und die kommunistische Partei wird mehr und mehr in eine scharfe und bewegliche Waffe der kommunistischen Zentrale in Moskau umgeschmiedet. Die Verschmelzung mit nationalen Elementen, wie sie in Jugoslawien zu der Loslösung Titos geführt hat, soll aufgegeben werden, um eben dieser Gefahr des Abfalls vorzubeugen. Als Werkzeug Rußlands ist eine kommunistische Partei mit wenigen Anhängern, die dafür aber Moskau ergebener sind, wichtiger.

Die französische katholische Gewerkschaft und der Kommunismus

Frankreich gehört zu den Ländern, die eine Mehrheit von Gewerkschaftsorganisationen besitzen. Die großen französischen Gewerkschaften entsprechen in der Hauptsache den weltanschaulichen Gruppen. Die stärkste ist der „Allgemeine Gewerkschaftsverband" (Confédération Générale des Travailleurs, abgekürzt CGT). Dieser untersteht durchaus dem kommunistischen Einfluß und ist vollkommen politisiert. Daneben ist jedoch auch der „christliche Gewerkschaftsbund" (Confédération Française des Travailleurs Chrétiens, CFTC) von wachsendem Gewicht. Von der CGT abgespalten hat sich die sozialistische Gruppe der „Force Ouvrière", abgekürzt FO.

Die CFTC kämpft mit Nachdruck darum, politische Einflüsse aus den Gewerkschaften fernzuhalten; sie sieht als die einzige Aufgabe der Gewerkschaften an, die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Es ist klar, daß für jeden wirklichen Erfolg der gewerkschaftlichen Forderungen in den wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Einsatz der CFTC nicht genügt; um einen Sieg gegenüber den entgegenstehenden Kräften zu erringen, ist immer ein Bündnis mit anderen gewerkschaftlichen Kräften notwendig. Die christliche Gewerkschaft kämpft daher in sehr vielen Einzelfällen an der Seite der kommunistischen. Natürlich wird ihr das zum Vorwurf gemacht, ganz besonders in Unternehmerkreisen, die behaupten, sie sei kommunistisch infiziert. Diese Vor-

würfe wurden aufgegriffen in Kreisen der „Force Ouvrière". Man hat versucht, den christlichen Gewerkschaftsbund durch solche Gerüchte zu spalten, was jedoch nicht geglückt ist. Auf dem Nationalkongreß der CFTC in Paris vom 4. bis 6. Juni wurde der vorgelegte Moralrapport einstimmig gebilligt und der bisherige Präsident, Gaston Tessier, wiedergewählt, womit die Treue zur Überlieferung bestätigt worden ist.

Die Erklärung des Nationalkongresses der CFTC

Der Generalsekretär der CFTC, Maurice Bouladoux, hat, um den verschiedensten Angriffen entgegenzutreten, in der Wochenzeitung „Clergé-Informations" den erwähnten Rapport des Nationalkongresses im Wortlaut wiedergegeben und die Stellung der christlichen Gewerkschaften klargelegt. Der Rapport lautet:

„Gegenüber dem Bündnis der reaktionären Kräfte hält der Kongreß der CFTC eine Aktionsgemeinschaft der Gewerkschaftsorganisationen durch Kartelle, der normalen Ergänzung eines gewerkschaftlichen Pluralismus, für wünschenswert; er bedauert, daß diese Aktionsgemeinschaft infolge des Eindringens der Politik in das Gewerkschaftsleben unmöglich ist; er beglückwünscht sich, daß die CFTC an dieser beklagenswerten Lage keine Verantwortung hat.

In Übereinstimmung mit den überlieferten Prinzipien des christlichen Gewerkschaftswesens kann der Kongreß jedoch den Zusammenschluß zu Kartellen zwischen Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Richtung nicht verbieten, vorausgesetzt, daß diese Übereinkünfte zeitlich begrenzt und auf streng berufliche Ziele gerichtet sind und daß sie im Rahmen der Richtlinien des Verbandes unter der Verantwortung der einzelnen Verbände eingegangen sind. Er verurteilt jede Aktionsgemeinschaft auf örtlicher oder Betriebsbasis, die diesen Prinzipien nicht entspricht und ohne Zustimmung der betreffenden Gewerkschaften geschlossen worden ist".

Warum nicht Einheitsgewerkschaft?

Freunde und Gegner der CFTC haben in der Vergangenheit immer wieder versucht, eine Einheitsgewerkschaft in Frankreich durch Verschmelzung der CFTC mit der CGT zustande zu bringen. Die CFTC hat das aber immer für einen falschen Weg gehalten. Bei einer Mehrheit von Gewerkschaftsorganisationen, die aber kartellartig zusammengefaßt sind, kann jede Gruppe jederzeit ihre Freiheit zurücknehmen. Minderheiten können nicht gezwungen werden, an Handlungen teilzunehmen, die sie mißbilligen, die aber die Mehrheit durchsetzen würde. Dem Unternehmertum gegenüber würden die Kräfte der Arbeiterschaft jedoch stets zusammengefaßt auftreten können.

Heute scheint, so sagt M. Bouladoux, in Frankreich eine Woge von Reaktion hochzukommen, der gegenüber es beklagenswert ist, daß nicht alle gewerkschaftlichen Kräfte in einem Kartell zusammengefaßt sind. Aber die christlichen Gewerkschaften können sich mit der kommunistischen CGT nicht in Fragen allgemeinen Charakters zusammenschließen. Das ist aus weltanschaulichen Gründen klar. Ein Zusammenschluß kann immer nur in beruflichen Fragen stattfinden; diese sind genau umschreibbar: sie betreffen den Abschluß von Kollektiv-Verträgen, das Durchsetzen von Lohnforderungen, die Verteidigung der Arbeitsbedingungen usw. In diesen Fragen sucht die christliche Gewerkschaft den Zusammenschluß mit den andern Gewerkschaftsorganisationen. Denn es wäre für die Durchschlagskraft der Forderungen der Arbeiterschaft sehr schädlich, wenn die verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen, wenn sie das gleiche Ziel haben, nicht in Übereinkunft miteinander handeln wollten; wenn sie z. B. einen Streik, der allen notwendig erscheint, nicht gleichzeitig durchführen würden. Solcher Beispiele gibt es zahlreiche.

Damit handelt der christliche Gewerkschaftsbund in Frankreich also genau nach den Richtlinien der Hierarchie. Er hält sich von der Zusammenarbeit mit der kommunistischen Organisation fern, wo immer es sich um Weltanschauung oder auch nur um Politik handeln könnte. Er geht jedoch mit ihr zusammen, wenn die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben die gleichen sind.

Der Tod Msgr. Hughes'

Kürzlich ist in Kairo der Apostolische Internuntius für Ägypten, Msgr. Arthur Hughes, ganz plötzlich gestorben. Msgr. Hughes war erst seit zwei Jahren in dieser Stellung tätig, nachdem er jahrelang in afrikanischen Missionen gearbeitet hatte. Auf seine außerordentlich vielseitige und den Fragen der Gegenwart offene Persönlichkeit hatte man große Hoffnungen gesetzt, und es war ihm in kurzer Zeit auch bereits gelungen, an jenem Knotenpunkt zahlreicher Religionen und Kirchen einen bedeutenden und segensreichen Einfluß zu gewinnen. Wir hatten in der Herder-Korrespondenz schon einmal Gelegenheit, darüber zu berichten in unserem Artikel „Ökumenisches Kraftzentrum Ägypten" (3. Jhg,. Heft 7, S. 336). Sein Tod hat denn auch nicht nur bei den Christen seines Wirkungsbereiches, sondern auch bei den verschiedensten anderen Religionsgemeinschaften und führenden Männern Ägyptens große Trauer hervorgerufen. Die Liga der arabischen Staaten hat durch ihren Generalsekretär Abdel Rahman Azzam, folgendes Beileidstelegramm an den Heiligen Vater gerichtet:

„Anläßlich des schmerzlichen und vorzeitigen Hingangs Msgr. Arthur Hughes' bitte ich, Seiner Heiligkeit meine ergriffene Anteilnahme übermitteln zu wollen. Der verstorbene Msgr. Hughes hat es verstanden, sich die Freundschaft und Achtung der arabischen Welt durch seine Rechtlichkeit und die edlen Gaben seines Geistes und Herzens zu gewinnen; sein Andenken wird in unseren Geistern unauslöschlich bleiben".

Auch König Faruk von Ägypten hat dem Heiligen Stuhl durch seinen bevollmächtigten Vertreter seine tiefgefühlte Anteilnahme aussprechen lassen. Der ägyptische Bevollmächtigte hat auch seinerseits der tiefen Bewunderung und Sympathie Ausdruck gegeben, die Msgr. Hughes als „bedeutender Vorkämpfer einer fruchtbaren geistlichen Vereinigung" genossen hat.

Aus Ost- und Südosteuropa

Feldzug der Irreführung in der Tschechoslowakei

Die klarblickenden Katholiken in der Tschechoslowakei haben, wie das Londoner „Tablet" (23. 7. 49) erfährt, das Dekret des Heiligen Offiziums gegen den Kommunismus begrüßt. Zwar mußten schon jetzt einzelne Priester darunter leiden. Sie wurden von Volksgerichten verurteilt, weil sie das Dekret in der Seelsorge

anwendeten. Doch haben sie damit den übrigen Katholiken ein Beispiel gegeben. Die Entscheidung ist nun für alle führenden Menschen unabwendbar geworden, da die Kommunisten einen Feldzug zur Irreführung des Volkes begonnen haben, wie er bis dahin ohne Beispiel ist. Sie entfalten eine pseudo-kirchliche Aktivität, die dem Beobachter als das ungeheuerlichste psychologische Experiment und die dreisteste Spekulation auf die Urteilslosigkeit der Massen erscheint, die jemals von Demagogen unternommen wurde. Die kommunistische Partei hat eine „Katholische Aktion" ins Leben gerufen, gibt „katholische" Zeitungen heraus, organisiert Wallfahrten, erhöht Priestern und Religionslehrern die Gehälter.

Diese groteske Taktik geht nach einem Bericht von „Clergé-Informations" (29. 7. 49) auf die Beschlüsse der Karlsbader Kominform-Tagung am 11. und 12. Februar zurück. Damals, zur Zeit des Mindszenty-Prozesses, stand die Frage zur Debatte, wie man die katholische Kirche in den Oststaaten zweckmäßiger unterhöhlen könne, als es in Ungarn geschehen war. Man erkannte, daß die ländliche Bevölkerung in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei für den Atheismus nicht reif ist. Selbst die vielen neuen Kommunisten trugen Bedenken, mit der religiösen Tradition zu brechen. Die kommunistische Mystik zeigte nicht die Kraft, ihnen die Religion zu ersetzen. So entschloß man sich zu dem Versuch, eine eigene Pseudo-Kirche aufzuziehen, wenn möglich in der Form der Durchdringung der kirchlichen Organisation, notfalls aber auch in Konkurrenz mit ihr. Als Ziel dieser Aktion schwebte den Männern jener Versammlung eine romfreie „katholische" Ostkirche vor. Die Tschechoslowakei schien ihnen ein günstigeres Versuchsfeld zu sein als Polen. Es gab dort einige Geistliche, deren man sich bedienen konnte, und der Klerus im ganzen mochte anfälliger sein. Vor allem aber hatte die hussitische Bewegung schon einmal bewiesen, daß auf böhmischem Boden das religiöse Empfinden für nationalistische und sozialistische Einflüsterungen empfänglich ist.

Was sich seitdem in der Tschechoslowakei abspielt, ist die genaue Abwickelung dieses Planes. Es gibt einige Geheimanweisungen der kommunistischen Partei, die dafür bezeichnend sind. In einem Zirkular an die Funktionäre des Bezirkes Gottwaldov (wie die Bata-Stadt Zlin jetzt heißt) wird gesagt: „Wir werden (die Priester und die Hierarchie) von den breiten Massen des Volkes isolieren und dann der Zusammenarbeit mit Landesverrätern anklagen". In einem anderen Rundschreiben, das die „Neuen Züricher Nachrichten" (28. 7. 49) veröffentlichen, heißt es: „Man darf niemals mit der Religion oder religiösen Angelegenheiten Spott treiben; denn das würde viele Menschen und vor allem die Katholiken alarmieren. Die Gottlosenbewegung darf niemals öffentlich unterstützt werden. Der Papst darf nicht lächerlich gemacht werden. Auf der ganzen Linie darf kein öffentlicher Kampf gegen die Religion geführt werden, und man hüte sich unter allen Umständen vor unbedachtem und übereiltem Auftreten. Im Gegenteil, man muß vielmehr jede religiöse Äußerung unterstützen".

Feste Haltung des Klerus

Was den Klerus angeht, so sind die Erfolge der kommunistischen Propaganda bisher gering. Der Klerus von Prag hat am 17. Juli eine Treuekundgebung verlesen, in der es heißt: „Der Öffentlichkeit ist vor kurzem bekanntgegeben worden, daß ein großer Teil des katholischen Klerus sich entschlossen hat, die Bewegung der sogenannten „Katholischen Aktion" zu unterstützen. Da dieser Bericht nicht der Wahrheit entspricht, und da die meisten unserer Unterschriften durch List, Zwang und Betrug gewonnen worden sind, haben wir erwartet, daß die zuständigen Behörden, deren Aufgabe es ist, die Ehre des Bürgers zu schützen, dieses falsche Gerücht berichtigen würden. Da dies nicht geschehen ist, halten wir es für zweckmäßig, unserer Öffentlichkeit folgende Erklärung abzugeben:

Wir, die katholischen Priester, erklären, daß wir treu und ehrfurchtsvoll verbunden mit unserm geliebten Erzbischof Dr. Beran und allen tschechoslowakischen Bischöfen und bereit, mit ihnen, wenn es nottut, zu leiden, die sogenannte „Katholische Aktion" als nichtkatholisch und schismatisch verwerfen ... Das gläubige Volk würde sicherlich hinter uns stehen, wenn es Gelegenheit zu freier Meinungsäußerung hätte.

Wir geben diese Erklärung ab unter Berufung auf die Bestimmung der Verfassung, welche die religiöse Freiheit und die Freiheit der Meinung gewährleistet. Sie wird abgegeben in Freiheit und ohne Zwang, so daß unsere Namen nicht mehr länger mißbraucht werden dürfen in falschen Berichten, die davon erzählen, daß tausende von Priestern und Gläubigen die „Katholische Aktion" stützen und daß unsere guten Bischöfe uns mit Kirchenstrafen bedrohen ..."

Es handelt sich hier um keine leeren Worte. Der Klerus ist weit überwiegend der Pflicht nachgekommen, die beiden bischöflichen Hirtenbriefe vom 19. und 26. Juli zu verlesen, die geheim verbreitet worden waren und nur unter großem persönlichem Risiko verkündet werden konnten. Wie das eine der erwähnten kommunistischen Zirkulare sagt, wurde der erste Hirtenbrief von 55%, der zweite von 90% der Pfarrer verlesen. Der Prozentsatz der Verlesung ist hoch, wenn man berücksichtigt, daß die Hirtenbriefe sicherlich nicht überallhin gelangt sind. Einige wenige fügten der Verlesung noch einen Kommentar hinzu. Diejenigen, die die Briefe trotz polizeilicher Warnung verlesen haben, werden mit Geldstrafen von 1000—5000 Kronen belegt werden, die Geistlichen dagegen, die noch eigene Ausführungen hinzufügten, sollen Gehaltssperre und Gerichtsverfahren gewärtigen, wie das Zirkular ankündigt.

Am 23. und 24. Juli ging ein geheim verbreitetes kirchliches Rundschreiben durchs Land, das unterschrieben war: „Eure Brüder in Christus". Man vermutet, daß es vom Episkopat ausging. Es richtet sich in erster Linie an den Klerus, fordert ihn auf, die angekündigte Geldstrafe nicht zu zahlen, sondern das Gefängnis vorzuziehen und gegen den Mißbrauch des eigenen Namens für Zwecke der „Katholischen Aktion" öffentlich zu protestieren. Das Rundschreiben nennt auch Zahlen, die die Angaben der Regierung über die Haltung des Klerus richtigstellen. In der Erzdiözese Prag waren bis dahin 3 von 650, in Königgrätz 2 von 700, in Budweis keiner von 450 Priestern exkommuniziert worden. Von 33 Prager Geistlichen, die zunächst das Manifest zugunsten der „Katholischen Aktion" unterzeichnet hatten, haben 25 ihre Unterschrift zurückgezogen. Der Berichterstatter des „Tablet" schätzt, daß etwa 170 von 6000 Priestern der Bewegung beitraten, nicht 2300, wie die Regierung behauptet. Unter den von ihr bekanntgegebenen Namen befinden sich Tote und reine Phantasienamen.

„Einer der bedeutendsten katholischen Prälaten des Landes" erklärte dem Vertreter der „New York Times" (28. 7. 49), von den 7000 bis 8000 Priestern unterstützten nur 20 die Sache der Regierung. Nur 16 Priester und 200 bis 300 Laien seien exkommuniziert, ohne daß ihre Namen bekanntgegeben wurden. Dagegen seien etwa 120 bis 130 Geistliche im Gefängnis.

Erzbischof Beran

Dieser Prälat äußerte sich auch über Erzbischof Beran. Die Regierung behauptet, daß Msgr. Beran, der in seinem Hause abgeschlossen lebt, Besuche zurückweise. Tatsächlich wünscht er, mit der Außenwelt in Kontakt zu bleiben, aber die Polizei läßt niemanden vor. Juristisch gesprochen steht er unter Polizeiaufsicht. Er darf sein Palais nur unter Polizeischutz verlassen. Seine Post wird durchgesehen, und er darf nicht frei telefonieren.

Staatskontrolle der Kirche

Was man mit der Kirche abgesehen von dem Propagandafeldzug vorhat, zeigt der am 15. Juli bekanntgegebene Gesetzesentwurf, den das Zentrale Aktionskomitee der kommenden Parlamentssession im Oktober vorzulegen gedenkt. Der Entwurf sieht vor, daß der Staat die Entscheidung über die Besetzung aller geistlichen Ämter haben soll, wie er andererseits allen Geistlichen Staatsgehälter gewähren will, sofern sie nicht von Gerichten verurteilt wurden oder „vom nationalen Standpunkt untragbar" sind. Die Kirche soll dafür einer staatlichen Kontrolle ihres Vermögens und Einkommens unterworfen werden und darüber hinaus der Überwachung aller ihrer Verwaltungsmaßnahmen. „The Tablet" (23. 7. 49) bemerkt dazu: Reinster Josephinismus! Nur steht er hier im Dienst eines andern Zieles. Die tschechische Propaganda in den protestantischen Ländern des Westens bemüht sich, die Sache so darzustellen, wie wenn man nichts anderes vorhabe als Heinrich VIII. in England. Immer wieder wird das Argument von der feindseligen Einmischung des Vatikans in Staatsangelegenheiten herangezogen, um das Volk zu düpieren.

Umerziehung des Klerus

Zur Propaganda im Lande und zum Druck auf die hierarchische Organisation der Kirche tritt als dritte Unternehmung der Kommunisten der Versuch, sich der Erziehung immer vollständiger zu bemächtigen. Man glaubt offenbar, selbst den Klerus oder doch wenigstens seinen Nachwuchs umerziehen zu können. Schon seit Juni sind in allen Bildungsanstalten des künftigen Klerus staatliche Kurse für Soziallehre angeordnet, die am 10. September mit einem obligatorischen Examen abgeschlossen werden, von dessen Bestehen die Fortsetzung des Studiums abhängig gemacht wird.

Das Endziel

Damit auch das letzte Ziel nicht aus den Augen verloren wird, hat man inzwischen in Prag auch eine Gottlosenbewegung gegründet, an deren Spitze hohe offizielle Persönlichkeiten stehen. Wie amerikanische Zeitungen aus Prag berichten, betreibt die Gesellschaft der „Bürger der Tschechoslowakei ohne Religion" ihre lebhafte Werbung in erster Linie in den Kreisen abtrünniger Katholiken. Da und dort wird der Mitgliedschein schon als Voraussetzung für die Erlangung eines Arbeitsplatzes verlangt.

Das Dekret gegen den Kommunismus in Polen

Gleichzeitig mit der Kunde von dem Lubliner „Wunder" verbreitete sich in Polen die Nachricht von dem Dekret des Heiligen Offiziums gegen den Kommunismus zum Erstaunen der Regierung binnen wenigen Tagen im ganzen Lande, obwohl Presse und Rundfunk es nicht bekanntgeben durften. Die Regierung ließ dem Bischof Choromanski als Bevollmächtigtem des Episkopates ihre Stellungnahme dazu übermitteln, in der es heißt: „Die vatikanische Entscheidung kam wie der Atlantikpakt und die anderen Akte der politischen Aggression zustande durch das Werk jener imperialistischen Kreise, die im Zuge ihrer Welteroberungspläne den Boden für einen neuen Krieg bereiten. Wiederum erregen sie die übelsten aggressiven und revisionistischen Instinkte gegen Polen, ganz besonders in Deutschland ... Die führende Gewalt im neuen polnischen Staat ist die Vereinigte Arbeiterpartei, die mit anderen demokratischen Parteien zusammenarbeitet. Wer Mitglieder der Arbeiterpartei zu diskriminieren versucht, unternimmt es, diese Partei umzustürzen und macht sich so eines Angriffs gegen den Staat schuldig".

Die Erklärung stellt sodann fest, daß das Dekret dem geltenden polnischen Recht widerspricht und deshalb in Polen weder verkündet noch ausgeführt werden darf. Die Geistlichen dürften sich auf keinen Fall an Direktiven halten, die von ausländischen Zentralstellen im Gegensatz zur polnischen Staatsraison erlassen würden. Wenn die Priester mit dem Staate zusammenarbeiten wollten, würden sie sich seines Schutzes erfreuen. Aber „der Staat wird mit aller Härte des Gesetzes einen jeden verfolgen, der in Reden oder Versammlungen die öffentliche Ordnung stört, auf eine Schwächung der volksdemokratischen Verfassung hinarbeitet oder die Errungenschaften des arbeitenden Volkes beeinträchtigt. Die Staatsbehörden erwarten, daß die Gesamtheit des einsichtigen Klerus in dieser Sache eine patriotische Haltung einnehmen wird, im Einklang mit der Würde der Nation und den Interessen des Staates".

Zum Schluß bezeichnet die Erklärung das Dekret des Heiligen Offiziums als „einen abenteuerlichen Versuch zur Einschüchterung der Gläubigen, um sie gegen die Macht des Volkes und Staates aufzuhetzen, einen Versuch des Vatikans, sich in innere polnische Angelegenheiten einzumischen, und eine Angriffshandlung gegen Polen".

Nach einem Bericht des Vatikanischen Senders sind auf einer neueren Zusammenkunft der Komintern in Schlesien Beschlüsse gefaßt worden, auf Grund deren auch in Polen die Entwicklung eingeleitet werden soll, die wir in der Tschechoslowakei beobachten: die Schaffung einer kommunistischen Pseudo-Kirche. Wie im Nachbarlande sollen drei Gruppen von Maßnahmen zu diesem Ziel führen: die Spaltung des Klerus, der finanzielle Druck auf die Kirche und die vollständige Beeinflussung des gesamten Erziehungswesens.

Wunder oder Tricks?

Fast gleichzeitig werden aus Ungarn, Rumänien und Polen wunderbare Erscheinungen der Muttergottes gemeldet, die sich im Laufe der letzten Monate ereignet haben sollen und eine große

Aufregung unter der Bevölkerung verursachten. In Lublin begann am 3. Juli die Statue der Madonna in der Kathedrale zu „weinen". Die Kunde davon verbreitete sich von Mund zu Mund und durcheilte binnen wenigen Tagen das ganze Land. Obwohl Bischof Kalwa am 10. Juli durch eine Kanzelverkündigung erklären ließ, daß die Gerüchte von diesem Wunder grundlos seien, strömten täglich bis zu 100 000 Menschen herbei. Am 13. Juli brach unter der Überfüllung eine Balustrade im Dom zusammen, wobei über 20 Personen verletzt und eine getötet wurden. Die Kirchenbehörde forderte die Polizei auf, die Kathedrale zu schließen, doch dies Ersuchen wurde mit Rücksicht auf die Erregung des Volkes abgelehnt. Die Behörden sperrten den Fahrkartenverkauf nach Lublin, aber die Leute kamen bis von Warschau her zu Fuß.

In Ungarn „erschien" die heilige Jungfrau in dem kleinen Ort Hasznos am Matragebirge, in der Diözese Erlau. Bald darauf sprang eine Heilquelle aus dem Boden. Auch zu diesem Wunderort strömte das Volk, und Erzbischof Czapik mußte dagegen einschreiten. Er stellte fest, daß die „Wunder" von Hasznos jeder Grundlage entbehren, und fährt dann fort: „Besorgniserregend sind die finanziellen Hintergründe ... Die Pilger ließen dort ganz beträchtliche Summen, über deren Verwendung den kirchlichen Behörden jede Kontrolle fehlt". Der Erzbischof wies den Klerus an, die Wallfahrten nach Hasznos mit ganzer Autorität zu unterbinden.

Gleichzeitig meldet die rumänische Nachrichtenagentur Agerpreß, daß auch dort eine „Wundermanie" durch das Land geht, die sich besonders um angebliche Erscheinungen in Ploesti konzentriert. Von Rumänien liegt keine Stellungnahme von kirchlicher Seite vor, weil dort gegenwärtig kein katholischer Bischof öffentlich amtieren kann.

Die Gleichzeitigkeit aller dieser Ereignisse ist höchst auffällig, und die ausländischen Beobachter neigen dazu, hierin wieder einmal einen kommunistischen Trick zu sehen, der darauf hinausläuft, die Kirche hinterher anzuklagen, daß sie das Volk beunruhigt und zum Narren gehalten habe, oder doch wenigstens durch die „Enthüllung" dieses Schwindels ihr in den Augen der Leute einen Schlag zu versetzen. Die polnische Presse zeigte sich äußerst erregt über die Vorfälle in Lublin, und der Bischof wurde dafür verantwortlich gemacht. In Rumänien wurde der am 25. Juni gegründeten „Gesellschaft für Wissenschaft und Kultur" die Aufgabe übertragen, gegen „Mystizismus und Aberglauben im Volk" aufklärend zu wirken.

Sollte indes in diesen Ereignissen eine böse Absicht am Werk gewesen sein, dann ist sie im Enderfolg kaum auf ihre Kosten gekommen. Unter den hunderttausenden von Pilgern befanden sich große Mengen Jugendlicher, und die Kommunisten haben erkennen müssen, daß die Gläubigkeit des Volkes, wenn sie auch in diesem Falle irregeleitet war, bisher noch nicht im geringsten erschüttert ist.

Aufhebung der Klöster in Rumänien

Die rumänische Regierung veröffentlichte am 2. August ein Dekret, durch das die Ordensgemeinschaften praktisch aufgehoben werden. Ihre Anstalten, Schulen und Krankenhäuser waren schon im vergangenen Jahre konfisziert worden. Nachdem dies geschehen ist, sagt das Dekret, sind die Ordensgemeinschaften mit Ausnahme der kontemplativen überflüssig geworden. Alle Mitglieder werden deshalb aufgefordert, binnen zwanzig Tagen zu erklären, ob sie das Ordensleben fortsetzen wollen. Für diejenigen, die sich dazu entschließen, werden 5 gemeinsame Klöster offengelassen, von denen eines in Bukarest liegt. Diejenigen Mitglieder, die sich nicht dazu entschließen, in eines dieser Klöster zu gehen, müssen beim Arbeitsamt um Beschäftigung nachsuchen. Von dieser Maßnahme werden ungefähr 1400 katholische Ordensmänner und Schwestern betroffen.

Keine Versöhnung in Ungarn

Das Finanzabkommen zwischen Kirche und Staat in Ungarn vom Januar d. J., wodurch die Regierung sich verpflichtete, als Ersatz für das säkularisierte Eigentum der Kirche Staatszuschüsse zu den Gehältern der Geistlichen zu gewähren, ist im Juli bis zum Ende des Jahres verlängert worden. Die Zuschüsse wurden um 15% gekürzt.

Das Abkommen hat keine Bedeutung für die Regelung der sonstigen Beziehungen, die seit dem Prozeß gegen Kardinal Mindszenty unverändert sind. Nach dem Prozeß ließ die Regierung durchblicken, es werde von der künftigen Einstellung der Bischöfe abhängen, ob das Schicksal des Kardinals im Revisionsverfahren erleichtert werden könne. Dieses Verfahren hat inzwischen stattgefunden und das Urteil der ersten Instanz bestätigt. Die Regierung hatte damals sogar einen formellen Schritt bei dem derzeitigen Doyen des Episkopates, Erzbischof Grosz von Kalocsa, unternommen, um ihn zur Anerkennung des Regimes zu bewegen. „The Tablet" (23. 7. 49) ist in der Lage zu berichten, daß der Erzbischof erst im Juni hierauf geantwortet hat. Er hat die Abgabe einer politischen Erklärung seitens der Bischöfe mit der Begründung abgelehnt, daß die Kirche gemäß dem Willen der Regierung sich in politische Angelegenheiten nicht einmischen solle. Er nahm Gelegenheit, gleichzeitig zum Ausdruck zu bringen, daß die Wiederherstellung der kirchlichen Rechte eine Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen sei. Kurz nach dieser Antwort wurde das Urteil gegen den Kardinal endgültig bestätigt. Die Haltung der ungarischen Bischöfe hat sich also trotz allen Druckes nicht geändert.

Die Lage der Kirche in Litauen

Die französische reformierte Wochenschrift „Réforme" gibt neue Nachrichten aus Litauen wider (vgl. Herder-Korrespondenz Heft 8, S. 361), nach denen heute von den 14 Erzbischöfen und Bischöfen, die dort 1940 im Amt waren, nur noch ein einziger übrig ist. Die andern sind tot, erschossen oder deportiert. Die Zahl der Priester ist von 1646 auf 400 zurückgegangen. Die vier theologischen Seminare sind geschlossen, die Mitglieder der religiösen Orden zerstreut.

Die Propaganda für eine nationale Kirche, die 1947 begonnen hat, wird immer intensiver betrieben. Pfarrkomitees, die sich aus zwanzig Personen zusammensetzen, von denen die Hälfte von der Regierung ernannt wird, sind damit beauftragt, die Pfarrer zu ernennen oder abzusetzen. Priester, die sich diesen Anordnungen nicht fügen, werden verschleppt.

Die Bevölkerung bleibt jedoch ihren rechtmäßigen Hirten treu; die Kirchen, in denen die „verfassungsmäßigen nationalen" Geistlichen predigen, sind fast leer.

Die katholische Kirche in Moskau

Im Anschluß an unseren Bericht in Heft 8, Seite 361 über die lateinische Seelsorge in der Sowjetunion teilen wir mit, daß die Regierung die Benutzung der katholischen Kirche in Moskau erschwert hat. Rechtsträger der Kirche mußte nach russischem Recht eine Gemeinschaft von zwanzig Laien sein. In den vergangenen Jahren hatten sich immer einige Polen und Litauer dazu bereitgefunden, die durch einige Mitglieder der ausländischen Kolonien der Hauptstadt ergänzt worden waren. Im vergangenen Jahre hatte die Regierung die eingereichte Liste zurückgewiesen und statt ihrer eine eigene aufgestellt, auf der nur Sowjetbürger benannt waren. Diese Gemeinschaft hat im Mai dieses Jahres dem amtierenden französischen Geistlichen der Kirche die Schlüssel entzogen. Der französische Botschafter protestierte, da die Kirche ursprünglich einer französischen Stiftung gehört.

Die Regierung hat daraufhin dem französischen Geistlichen die Seelsorge an russischen Bürgern ausdrücklich verboten und die Zahl seiner Gottesdienste für die Ausländer festgesetzt. Statt dessen hat sie einen zur Diözese Riga gehörigen Priester mit der Seelsorge für die russischen Bürger beauftragt. Es wird im Ausland angenommen, daß dieser Geistliche in seiner Amtstätigkeit beschränkenden Bedingungen unterworfen ist.

Ökumenische Nachrichten

Zentralausschuß des Ökumenischen Rates

Am 9. Juli begann in Chichester (England) die diesjährige Tagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates zur Erledigung laufender Angelegenheiten. In seiner Ansprache über die Frage „Was erwarten die Kirchen vom Ökumenischen Rat" erklärte der Bischof von Chichester, Dr. G. K. A. Bell, u. a.:

„Die Kirchen erwarten vom Ökumenischen Rat — und besonders von seinem Zentralausschuß —, daß er alles daran setzt, was in seiner Macht steht, um diese übernationale Einheit mit Nachdruck zu betonen, und wo eine andere klassen- oder rassenbestimmte übernationale Einheit vertreten wird, mit um so stärkerer Überzeugungskraft die Einheit der Christen in Christus, und was in ihr beschlossen liegt, zu verkündigen. Die Kirchen erwarten vom Zentralausschuß, daß er in sich selbst eine Einheit, eine wirkliche Gemeinschaft in den persönlichen Beziehungen seiner Mitglieder in- und außerhalb seiner Zusammenkünfte bilde ... Der Ökumenische Rat darf sich keinesfalls als eine einzige, in sich geschlossene, von den Kirchen unabhängige kirchliche Einheit betrachten. Vor allem sollten der Zentralausschuß und das Generalsekretariat die Stelle sein, bei der Christen (außerhalb der Kirche Roms) natürlicherweise Halt und Stärkung suchen". Er solle ferner aussprechen, „was der christliche Glaube einer soliden Grundlage für das internationale und übernationale Recht zu bieten hat", und müsse „sich seiner Pflichten den Kirchen gegenüber entledigen, indem er weiterhin die Haltung weist, die die Christen gegenüber dem Kommunismus einnehmen sollten ..."

„Die einzige feste Basis und der Schutz für die Menschenrechte, die Völkerordnung und das Völkerrecht", erklärte der Primas der Kirche Norwegens, Bischof Berggrav, in einem Grußwort an den Zentralausschuß, „sind die fundamentalen Gebote des Schöpfers". Nach einer längeren Aussprache stimmte der Ausschuß einmütig den Plänen für eine Studienkonferenz zu, die die Aufgabe haben wird, die christliche Haltung zum Naturrecht zu klären, unter entsprechender Mitarbeit von Laien, Juristen und Theologen. Die Konferenz wurde ermächtigt, der Tagung des Zentralausschusses 1950 hierüber einen Bericht vorzulegen. Der Präsident der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten, Baron van Asbeck, Universität Leyden, verglich den gegenwärtigen Stand des internationalen Rechts mit einem „Dschungel" und forderte, daß zur größeren Weiterung des internationalen Rechts ein christliches Fundament gefunden werden müsse. Cliffort Morehouse, Schriftleiter der Zeitschrift der amerikanischen Episkopalkirche „The Living Church" betonte zur Frage der Rassenabsonderung, daß die Kirchen versäumt hätten, gemäß den Empfehlungen der Amsterdamer Vollversammlung über die Gleichstellung der Rassen zu handeln. Dr. Morehouse forderte, daß keine weitere Erklärung abgegeben werden sollte, bis die örtlichen Gemeinden diese Beschlüsse in ihrem täglichen Leben durchgeführt haben.

Bischof Dr. Hanns Lilje und Bischof D. Hans Meiser traten für eine Soforthilfe zugunsten der in Westdeutschland zusammengepreßten 10 Millionen Flüchtlinge ein. „Die Zeit ist gekommen", erklärte D. Lilje, „wo wir dies nicht länger als ein Problem der christlichen Barmherzigkeit, sondern als ein Problem der internationalen Gerechtigkeit ansehen müssen". Bischof Meiser berichtete, daß 70—90% dieser Flüchtlinge arbeitslos seien und daß sofort etwas geschehen müsse, um eine ‚Explosion' zu vermeiden, denn durch sie könne eine Kette von weiteren Explosionen in ganz Europa ausgelöst werden.

Dr. Visser't Hooft's Bericht

Auf dieser Tagung des Exekutivausschusses legte der Generalsekretär des Ökumenischen Rates, Dr. W. A. Visser't Hooft, seinen ersten Jahresbericht vor, dem wir folgendes entnehmen:

„Der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates unternahm auf seiner Tagung im September vorigen Jahres anläßlich der Verhaftung eines seiner Mitglieder — Bischof Ordaß — entsprechende Schritte. Beschlußgemäß richtete der Vorsitzende an den ungarischen Ministerpräsidenten einen klaren und ausdrücklichen Protest, dem sich viele Kirchen und Kirchenführer anschlossen. Bischof Ordaß ist immer noch im Gefängnis, und wir gedenken seiner in fürbittender Anteilnahme. Inzwischen aber hat sich die Lage erheblich verschlimmert. Selbst wenn wir in Betracht ziehen, daß mitunter der Konflikt zwischen dem Staat und den Männern der Kirche eher politischer als religiöser Art war, ist dennoch unbestreitbar, daß systematisch versucht wird, die Kirche in eine Schablone zu zwingen, die ihr wesensfremd ist. Im ganzen gesehen kann man nicht von einer Religionsverfolgung sprechen ..., aber es besteht die Politik einer gewissen Einordnung der Kirchen, die ihnen nicht gestattet, ein öffentliches Zeugnis abzulegen, es sei denn, sie sind aufgefordert, in den offiziellen Chor zur Verherrlichung des neuen Regimes mit einzustimmen ... Eine solche Einordnung der Kirchen ist nicht weniger gefährlich für die Reinheit und Freiheit der Kirche. Aufs ganze gesehen sind die Kirchen für diese Situation nicht vorbereitet gewesen, „die sie zwang, mit einem Schlage ihre Stellung des 18. Jahrhunderts, wo Kirche und Staat eng verbunden waren, mit der

des 20. Jahrhunderts zu vertauschen, in dem Staat und Kirche wenig oder gar keine Verbindung miteinander haben dürfen. Deshalb stoßen wir auf alle möglichen Einstellungen, die zwischen einer grundlegenden Opposition gegenüber dem neuen Regime und seiner Anerkennung — ja sogar einer Mitarbeit — schwanken."

„... Es scheint daher, daß hier dem Ökumenischen Rat zwei Aufgaben gestellt sind, die sich nicht leicht in Einklang bringen lassen. Einerseits müssen wir unentwegt für die Freiheit der Kirche einstehen, im vollen Sinne des Wortes Kirche sein ..., andererseits haben wir die Pflicht, alles daran zu setzen, um mit den Kirchen (drüben) in Gemeinschaft zu bleiben. Selbst wenn die äußeren Kontakte unterbrochen sind, müssen wir wenigstens die innere Gemeinschaft mit ihnen aufrecht erhalten. Das kann nur geschehen, wenn wir genügend Vorstellungskraft besitzen, um ihre verwirrenden Probleme zu verstehen, und zugleich die der ökumenischen Bewegung eigene Spannung zu ertragen wissen, daß wir also trotz der verschiedenen Entscheidungen auf politischem oder sozialem Gebiet zusammenstehen können. Die Kirchen des Westens bedürfen der Gemeinschaft mit den Kirchen des Ostens, da aus ihrer Mitte heraus wieder einmal der christliche Glaube zu dem Glauben werden muß und werden wird, der die Welt überwindet ... Andererseits brauchen diese Kirchen auch uns, um in ihrem entscheidenden Kampf der Fürbitte und der tatkräftigen Unterstützung aller Kirchen Jesu Christi teilhaftig zu sein ..."

Ekklesiologische Schwierigkeiten

„Die Moskauer Kirchenversammlung", führte Dr. Visser't Hooft weiter aus, „hat sich gegen die anderen Kirchen der Welt gestellt. Die Situation wird noch erschwert durch die ekklesiologische Frage, ob innerhalb des Ökumenischen Rates Raum sei für eine Kirche, die sich selbst ‚im Besitz der ganzen Wahrheit und damit als die eine Kirche auf Erden' betrachtet. Dieses Problem, das besonders mit der Griechischen Kirche erörtert worden ist, hat eine verschiedene Beantwortung gefunden. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat klar und unmißverständlich ausgesprochen, daß er die Frage nach dem Wesen der Kirche nicht präjudiziert habe. Es ist darum einer Kirche, die sich selbst als die wahre Kirche ansieht, durchaus möglich, dem Ökumenischen Rat beizutreten. Die offiziellen Dokumente des Rates enthalten nicht die geringste Andeutung, als vertrete er eine Ekklesiologie, wonach jede Kirche sich selbst als eine unter vielen ebenso wahren Kirchen betrachten soll. Ökumenizität ist kein geistlicher Relativismus, kein Synkretismus. Das ist ja gerade die Eigenart der ökumenischen Bewegung, daß sie die Kirchen, von denen viele jetzt noch außerstande sind, sich gegenseitig als Zweige am gleichen Stamm anzuerkennen, auffordert, in ein brüderliches Gespräch und in eine brüderliche Zusammenarbeit miteinander zu treten, damit sie sich kennen lernen und — so Gott will — zu einer breiteren Verkündigung ihrer Einheit in Ihm gelangen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Lage der orthodoxen Kirchen im Grunde genommen nicht von der Lage anderer Kirchen innerhalb der ökumenischen Bewegung. Aber es ist gut, daß uns unsere orthodoxen Brüder auf diese tiefen geistlichen Spannungen unseres Unterfangens aufmerksam machen, die nicht vergessen oder als geringfügig dargestellt werden dürfen, wenn wir wirklich zusammenstehen wollen".

Für religiöse Freiheit

Der Zentralausschuß erließ eine Reihe von Botschaften, darunter auch gegen die Demontage in Deutschland und zu Gunsten einer Soforthilfe für die Flüchtlinge. In der Botschaft über die religiöse Freiheit heißt es:

„Mit totalitären Methoden aber läßt sich Gerechtigkeit in der menschlichen Gesellschaft nicht erzielen. Die Lehre, daß der Staat mit seiner Macht alles zu umfassen habe, ist eine falsche Lehre. Diese Lehre sagt, daß jedes Mittel erlaubt sei, wenn es gilt, im sozialen oder politischen Leben etwas durchzusetzen. Sie behauptet, daß der Mensch alles vermöge, und setzt politische Gewalt auf den Thron, der Gott gebührt. Sie behauptet, daß es sittliche Gebote, die unbedingt verpflichten, nicht gebe. Sie erzieht die Jugend in einem Geist, der den Geboten Gottes entgegen ist. Sie glaubt sich berechtigt, jede andere Meinung und jede andere Weltanschauung gewaltsam zu unterdrücken. Wir rufen alle Staatsmänner und alle, denen es um soziale Gerechtigkeit zu tun ist, auf, sich die Wahrheit vor Augen zu halten: eine friedliche und feste Ordnung menschlicher Verhältnisse kann es nur geben, wenn das rechte Fundament gelegt ist: nämlich, daß der Mensch die rechte Stellung zu Gott und zu seinen Mitmenschen gewinnt. Niemals kann der Mensch zu seinem Recht kommen, wenn nicht anerkannt wird, daß es noch höhere Ziele und noch festere Bindungen für ihn gibt als den Staat. Religionsfreiheit ist Vorbedingung und Schutzwall für echte Freiheit überhaupt. Wir erklären feierlich, daß es Pflicht und Recht der Kirche ist, Gottes Wort zu predigen und Seinen heiligen Willen zu verkündigen. Wir erwarten von den Kirchen, daß sie Wege weisen, wie das Evangelium auf allen Gebieten menschlichen Lebens praktisch anzuwenden ist. Wir warnen die Kirchen in allen Ländern, sich nicht zu weltlichen Zwecken mißbrauchen zu lassen. Steht der Staat dem Evangelium feindlich gegenüber oder wird volle Religionsfreiheit nicht gewährt, dann bitten wir alle Christen, der Tatsache eingedenk zu sein, daß keine Gewalt und Drohung menschlicher Macht uns jemals die Freiheit nehmen kann, die unser Herr Jesus Christus uns geschenkt hat, und daß diese Freiheit auch dadurch nicht zerstört werden kann, daß wir dafür leiden müssen. Darum: ihr Kirchen insgesamt, bezeugt die christliche Wahrheit einmütig und in aller Klarheit. Ihr Prediger des Evangeliums, verkündigt die christliche Botschaft unbeirrt und ohne Abstrich."

Das neugewählte Exekutivkomitee des Zentralausschusses besteht für das nächste Jahr aus folgenden Mitgliedern: Bischof E. Berggrav (Oslo), Rev. L. E .Cooke, Professor G. Florowsky, Dr. A. Koechlin, D. M. Niemöller, Metropolit Panteleimon von Edessa, Rev. G. A. Sisco, Mrs. Leslie Swain, Charles P. Taft, Principal T. M. Taylor. Beachtlich ist hier die Wiederwahl D. Niemöllers.

Aus der Arbeit der Kommissionen

Anläßlich der Tagung von Chichester fanden eine Reihe anderer ökumenischer Sitzungen statt. Vom 28. Juni bis 6. Juli tagte in Oxford der Studienausschuß des Ökumenischen Rates. Es wurde beschlossen, daß drei Themen die ökumenische Studienarbeit in den nächsten Jahren bestimmen sollen:
1. Die Bibel und die Botschaft der Kirche an die Welt.
2. Die Evangelisation des modernen Massenmenschen.
3. Der Einsatz des Christen in einer säkularisierten Gesellschaftsordnung.

Ebenfalls in Oxford tagte das Exekutiv-Komitee der stän-

digen Kommission für Internationale Angelegenheiten und beschloß seine künftige Studienarbeit auf die Ermittlung genauer Unterlagen zu folgenden Fragen und Problemen zu konzentrieren: Beziehungen zwischen den Rassen (einschließlich des Problems der nationalen Minderheiten); internationale Regelung gemeinsamer Interessen der Nationalstaaten; fortschreitender Ausbau und Kodifizierung des Völkerrechts. An der Exekutivkonferenz unter der Leitung des Vorsitzenden der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten, Kenneth Grubb, beteiligten sich u. a. Bischof A. Nygren (Schweden), Dr. John A. Mackay, Dr. O. Frederick Nolde und Dr. Franklin C. Fry (sämtlich aus den USA), Baron van Asbeck und Dr. W. A. Visser 't Hooft (Holland). Die Konferenz begrüßte die Anwesenheit von Professor Josef Hromadka (Tschechoslowakei) und den Beitrag, der von ihm zur allgemeinen Diskussion geleistet wurde. Die Kommission regte die Abhaltung einer Konferenz über Fragen des Internationalen Rechts im Ökumenischen Institut in Bossey bei Genf an und arbeitete entsprechende Pläne dafür aus.

Vom 16. bis 20. Juli tagte in Chicheser die „Kommission des Ökumenischen Rates der Kirchen für Glauben und Kirchenverfassung". Sie war von 46 Delegierten aus 15 Ländern besucht, die die anglikanische, baptistische, kongregationalistische, griechisch-orthodoxe, lutherische, böhmische, altkatholische, presbyterianische und reformierte Denomination sowie das Patriarchat von Konstantinopel vertraten. Bischof Y. Brilioth von Växjö (Schweden) führte den Vorsitz bei der Konferenz, die sich mit der Gebets- und Abendmahlsgemeinschaft, Fragen gemeinsamer Anbetung bei ökumenischen Zusammenkünften unter Berücksichtigung der verschiedenen gottesdienstlichen Formen und Überlieferungen, der Schaffung eines ‚ökumenischen Stils' befassen sollte. Der beigeordnete Generalsekretär Rev. Oliver Tomkins, der besonders den Fragen des Glaubens und der Kirchenverfassung nachgeht, sprach über die verschiedenen Probleme der Gebets- und Abendmahlsgemeinschaft unter Herausstellung des ökumenischen Gedankens in der örtlichen Gemeinde und schloß mit den Worten: „Wenn wir in unseren ‚heiligsten Überzeugungen' herausgefordert sind, mag es der Herr selbst sein, der uns herausfordert". Es wurde beschlossen, daß die nächste Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung, für die 250 Teilnehmer vorgesehen sind, im Sommer 1952 in Lund (Schweden) abgehalten wird.

Ebenfalls im Juli trat in Oxford das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes zusammen, das sich besonders der Flüchtlingsfrage annahm und für den gefangen gehaltenen Bischof Ordaß von Ungarn eintrat. Das Exekutivkomitee des Reformierten Weltbundes, dem die reformierten und presbyterianischen Kirchen (rund 40 Millionen Christen) angehören, tagte in Cambridge und beriet darüber, welchen Platz das reformierte Kirchentum im Ökumenischen Rat einnehmen sollte. Es wurde festgestellt, daß „die Erneuerung des Konfessionalismus in den letzten Jahren die ganze ökumenische Bewegung zu gefährden droht". Das ist der gleiche Ton, auf den die reformierte Kirchenpolitik in Deutschland gestimmt ist.

„Die Kirche im Epheserbrief"

Das langerwartete Wiedererscheinen der 1939 verbotenen Vierteljahresschrift für Kontroverstheologie „Catholica", herausgegeben von Robert Grosche, wird zunächst durch das 1. Beiheft eröffnet, unter dem Titel „Die Kirche im Epheserbrief" (Aschendorff'sche Verlagsbuchhandlung, Münster). Dieses Heft ist schon rein äußerlich bemerkenswert. Es enthält unter dem Imprimatur des Ordinariats Münster zwei Abhandlungen, die 1946 „auf einer gemeinsamen Tagung eines katholischen und evangelischen ökumenischen Arbeitskreises" vorgetragen wurden, die eine von P. Victor Warnach OSB, die andere von Professor Heinrich Schlier. Robert Grosche fügt hinzu, er veröffentliche diese Arbeiten „im Bewußtsein, daß gerade mit der exegetischen Arbeit das kontroverstheologische Gespräch immer wieder beginnen muß". Der besondere Wert des Heftes liegt also darin, daß es ein gemeinsames evangelisch-katholisches Gespräch anzeigt, von dem bisher wenig an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Das allein schon ist Grund zum Aufhorchen, vor allem, wenn man die Ergebnisse erfährt und miteinander vergleicht. Auch der kritische wissenschaftliche Leser kommt zu seinem Recht, denn jeder der beiden Abhandlungen ist ein sehr gründlicher Apparat und eine Auseinandersetzung mit der neuesten Literatur beigegeben.

Beide Arbeiten gipfeln in der Auslegung dessen, was Paulus unter „Leib Christi" versteht. Der katholische Verfasser, der erst gegen Ende kurz auf den Rechtscharakter der Kirche zu sprechen kommt, nicht ohne an J. Klein „Grundlegung und Grenze des kanonischen Rechts" zu erinnern, arbeitet mit Sorgfalt den pneumatischen Charakter der soma-Lehre und „die personale Lebensgemeinschaft mit Christus" heraus, der auf Seiten der Gläubigen der Gehorsam entspricht. „Wie ontisch-real auch diese Vereinigung mit Christus verstanden werden muß, so soll in ihr die freie personale Selbständigkeit der Gläubigen keineswegs verloren gehen". Katholizität, Apostolizität und pneumatische Einheit seien die objektiven Merkmale des Leibes Christi in der Verschiedenheit der einzelnen Gnadengaben. Die kosmische Stellung der Ekklesia auf Grund der Herrschaft Christi über die Mächte hebt Warnach stark heraus, ohne hier so kritisch wie Schlier den gnostischen Mythos, dessen Paulus sich zur missionarischen Anknüpfung bedient, zu interpretieren auf das eigentliche christologische Anliegen des Apostels.

Darin zeigt sich Schlier als gewissenhafter Bultmann-Schüler. So gelingt es ihm, die eigentliche Intention des Theologen Paulus bei der Verwendung des gnostischen Leib-Begriffes (Kap. 2, 14—16) herauszuarbeiten. Nicht in der Herabkunft eines Urmenschen-Erlösers liegt der Ursprung der Kirche, sondern im Leibe Christi, „und zwar im fleischlichen und blutigen Kreuzesleibe Christi Jesu, der als solcher die Erlösten in sich aufnimmt und zu Gott trägt. Der Mythos gab die Möglichkeit, den Sachverhalt, daß der gekreuzigte Christus Jesus der faktische eine und neue Grund des Seins aller Menschen vor Gott ist, daß Juden und Heiden in Christus Jesus ihr gemeinsames neues Sein durch das Kreuz haben, zu begreifen und darzustellen". In einer aufschlußreichen Anmerkung (5) dazu sieht Schlier hier „den grundlegenden Unterschied zwischen dem Neuen Testament und jeder Auffassung von Christentum, die das christliche Leben im Moralischen (also nur im ‚Wort') und nicht im Ontischen (also im Sakrament) begründet sein läßt. Die sakramentslose Kirche kennt letztlich nur den auf Erden erschienenen Gesandten, Propheten und Lehrer. Die Kirche des Sakraments, und zwar des Sakraments, das sich gerade nicht in das ‚Wort' auflösen läßt, also nicht nur Zeichen, sondern wirksames Zeichen ist, gründet nicht im Wort, sondern im Leibe Christi am Kreuz", dessen „Vergegenwärti-

gung primär nicht dem Wort, sondern dem Sakrament eignet." An anderer Stelle heißt es: „Mit dem Glauben allein steht der Jude und Heide noch nicht wirklich in der Kirche. In dem nur Glauben (an das Wirken Christi im Evangelium) ist der Leib Christi noch nicht konstituiert."
So entschieden wie Schlier Paulus auf den Todesleib des geschichtlichen Jesus hinweisen läßt, so nachdrücklich zeigt er wiederum, daß „der himmlische Bau der Kirche, der schon gegründet ist im Leibe Christi am Kreuz, im Geist offenbarer und gegenwärtiger Leib Christi auf Erden ist ... Der Leib Christi am Kreuz und im Himmel, in dem Heiden und Juden einen neuen Seinsgrund haben, tritt als solcher zu Tage in seiner Vergegenwärtigung durch das Pneuma ... Die Kirche ist der sich durch den Geist darstellende Leib Christi am Kreuz und im Himmel". Sie ist „pneumatischer Leib Christi auf Erden". Sehr beachtlich, wie Schlier die Stellung des Hauptes zum Leibe, die gegenseitige Ergänzung von Christus und Kirche in der Weise der Enzyklika „Mystici Corporis" beschreibt. Die Realisierung der Kirche in der Geschichte geschieht durch die „Gaben" (4, 11), unter denen Personen zu verstehen sind, Inhaber einer direkten oder indirekten Sendung, „Haushalter", eine „charismatische Hierarchie".
Betrachtet man den seit 1946 bekannt gewordenen Fortgang der exegetischen Arbeit Schliers, aber auch Käsemanns, über die wir in früheren Heften berichtet haben, so wird man Grosche recht geben müssen, daß die exegetische Arbeit das Fundament eines erfolgreichen Gespräches ist, in welchem beide Partner der Wahrheit theologisch näher kommen.

Deutscher Evangelischer Kirchentag

In einer ernsten Stunde der „Evangelischen Kirche in Deutschland" ist derselbe Mann hervorgetreten, der auf den Bekenntnissynoden der Kampfzeit gegen die nationalsozialistische Staatskirchenpolitik die Laiensynodalen sammelte und den Theologen ins Gewissen sprach, um die Einheit zu wahren: D. Reinhold v. Thadden-Trieglav, jetzt ein Vertriebener aus Pommern. Im Verein mit Pastor Eberhard Müller, Boll, ist es ihm gelungen, die erfolgreichen Versuche der Evangelischen Wochen von 1935—1937, die schließlich an politischen Umständen scheiterten, wieder aufzunehmen. Die vom 28. Juli bis 1. August in Hannover versammelten evangelischen Laien beschlossen u. a., „einen alljährlichen Deutschen Evangelischen Kirchentag zu konstituieren", der in den einzelnen Landeskirchen in Gestalt evangelischer Wochen weitergeführt werden soll, um die notwendige Zurüstung der Laien zum Dienst in Kirche und Welt zu leisten. Die Leitung des Präsidialausschusses liegt in Händen von Dr. v. Thadden. Die Arbeitsweise der Tagung von Hannover vollzog sich neben der Vollversammlung in Arbeitsgemeinschaften für die schwebenden Fragen Schule, Wirtschaft, Technik, Medizin, Recht und Publizistik. Aus den Ergebnissen der Arbeit, die weitgehend von den Vorträgen führender Kirchenmänner wie Bischof Dibelius, Bischof Lilje u. a. getragen wurde, geben wir hier die Antwort auf das Wort des Mainzer Katholikentages wieder:

Die Antwort an den Mainzer Katholikentag

In ihrer Schlußsitzung am 31. Juli nahm die Deutsche Evangelische Woche in Hannover folgendes Wort an die katholische Christenheit an:

„Die Teilnehmer der Deutschen Evangelischen Woche 1949 in Hannover haben das Wort des Deutschen Katholikentages in Mainz „an die getrennten Brüder" gehört und bekunden ihre Dankbarkeit dafür.

Es bleibt eine Not der Christenheit, daß der Ernst des Ringens um die göttliche Wahrheit uns auf getrennten Wegen gehen heißt. Unser Ruhm ist allein, daß die Gnade und Vergebung Jesu Christi seine ganze Kirche trägt.
Wir sind der Zuversicht, daß unsere Wege, wenngleich sie getrennte Wege sind, auf den einen zugehen, der da spricht: ‚Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben'.

Wir wissen, daß wir alle in der Nachfolge unseres Herrn Jesus Christus, dem Hirten und Bischof unserer Seelen, zum Dienst an unserem Volk gerufen sind. Wir erbitten vom Herrn, daß wir in solchem brüderlichen Dienst stets miteinander erfunden werden. Wir bitten Gott, Er wolle solchen Dienst und das Zeugnis der Gemeinde Jesu Christi segnen. Wir bitten für den Frieden der ganzen Welt mit allen, die den Herrn erwarten: Ja komm, Herr Jesu!"
Von den Entschließungen der Arbeitsgemeinschaften ist bemerkenswert die

Entschließung zur Wirtschaftspolitik

Sie ruft auf zum Ausgleich der Gegensätze und erwägt die Mithilfe der Kirche:

„Ganz besonders fühlen wir die Verpflichtung unserer evangelischen Kirche, in Gemeinde und Evangelischen Akademien sowie durch die Träger leitender Ämter der Kirche sich allezeit und bei jeder sich bietenden Gelegenheit als Mittler und Dolmetscher im Ausgleich sozialer Spannungen in Betrieben und zwischen Organisationen anzubieten und bereit zu halten, Gespräche zwischen den Sozialpartnern von Mensch zu Mensch und von Organisation zu Organisation anzuregen und so nach bestem Vermögen nach Gerechtigkeit zu streben und alles zum Besten zu kehren".

Zur Frage der Steuern heißt es: „Die Steuerpflichtigen erinnern wir daran, daß sie dem Staate schulden, „was des Staates ist". Auch ein Unrecht in Steuerrechtsetzung und Steuererhebung, wie es uns leider zu oft bezeugt ist, wird nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß man ihm mit Unrecht begegnet. Dem Staat rufen wir jedoch zu, daß über Steuer-Unmoral sich nicht beschweren kann, wer die Moral in Gesetzgebung oder Verwaltung unglaubwürdig macht. Im übrigen macht das 7. Gebot: „Du sollst nicht stehlen" auch vor dem Steuergesetzgeber nicht halt".

„Die Krisis ist da!"

Präsident D. Niemöller's „Stimme der Gemeinde", das Blatt der von ihm neu organisierten „Bekennenden Kirche", bringt im August einen „Offenen Brief" seines Bruders Wilhelm Niemöller, Pfarrer in Bielefeld und Verfasser des beachtlichen Buches über „Kampf und Zeugnis der Bekennenden Kirche" (1948). „Haben wir recht gehört?", fragt der Verfasser, dem sich zahlreiche Mitunterzeichner anschließen, und spricht seine „ernste Sorge" über die lutherische Kirchenpolitik aus, die die Prinzipien der Grundordnung der EKD in ihr Gegenteil verkehre. „Wir haben bestimmt recht gehört, daß in dieser Ordnung der Satz steht: ‚In der EKD wird die bestehende Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit sichtbar'. War und ist es zweifel-

haft, welche Gemeinschaft damit gemeint war? Handelt es sich nicht um die Gemeinschaft am Wort? Heute heißt es: Kanzelgemeinschaft besteht nicht! Ach, es ist ein schmerzliches Kapitel! Und die Abendmahlsgemeinschaft? Damals als wir im Druck waren, in den Gefängnissen und Lägern, in der Wüste des Südens und in der Steppe des Ostens, da durften wir Gemeinschaft am Wort und Sakrament haben... In der Grundordnung steht der Satz: ‚Die Evangelische Kirche weiß sich verpflichtet, als bekennende Kirche die Erkenntnisse des Kirchenkampfes über Wesen, Auftrag und Ordnung der Kirche zur Auswirkung zu bringen.' Wenn aber heute jemand etwas über den Kirchenkampf sagt, so wird er als Störenfried zur Ordnung gerufen. Man wirft ihm vor, daß man von dem Dritten Reich, von seinen Greueln und dem Kampf gegen die Machthaber nichts mehr hören wolle und könne... Wir sind unterwiesen, und wir meinen es so, daß wir von ‚unserer Kirche' nur dann zu reden brauchen, wenn wir gewillt sind, den Heiligen Geist Gottes in ihr und durch sie wirken zu lassen. Wie kann aber der Heilige Geist in diesen unseren ‚Kirchenbund' hinein, wenn wir vorsorglich beschließen, daß es bei uns keine Kanzelgemeinschaft und keine Abendmahlsgemeinschaft gibt?..." Pfarrer W. Niemöller spricht offen aus, daß in Eisenach die Grundordnung der EKD gegen den Widerstand einiger Landeskirchen nur durch eindringliche Beschwörungen von Bischof D. Wurm zustandegekommen sei. Aber die Bekennende Kirche sei noch nicht gestorben. Er schließt mit dem Ruf: „Die Krisis ist da!" und erbittet Zustimmungserklärungen.

Aus einem anderen Lager der „Bekennenden Kirche" (Schleswig-Holstein) wird geschrieben: „Wir stehen wahrscheinlich vor einer Auseinandersetzung, die an Gewicht und Schwere das in den Schatten stellt, was wir in Auseinandersetzung mit den Deutschen Christen erlebt haben". Leider kommt in diesen Rufen nicht recht zum Ausdruck, daß die Krisis eine echte, von der Wahrheitsfrage und vom Heiligen Geiste verursachte und darum wohl auch eine fruchtbare Krisis ist, der man nur mit aufrichtiger Teilnahme folgen kann.

Protestantische Theologen und Ungarn

Nach einer kurzen Meldung der französischen reformierten Wochenschrift „Réforme" sind bekannte schweizerische protestantische Theologen immer noch, ebenso wie Karl Barth im Herbst 1948, von der Möglichkeit guten Einvernehmens der lutherischen Kirche in Ungarn mit dem Staat und hoffnungsvollen Zukunftsaussichten für diese überzeugt. Der Basler Pastor Thurneysen, Professor an der theologischen Fakultät in Basel, und der Berner Pastor Lüthi haben kürzlich eine Reise durch Ungarn gemacht und bei ihrer Rückkehr der Presse folgende Erklärung abgegeben:

„Unser erster Eindruck war die Feststellung einer intensiven Arbeit für den Wiederaufbau. Die landwirtschaftlichen Arbeiten werden kräftig gefördert... In vierzehn Tagen haben wir ungefähr zweitausend Kilometer durchreist, und dieser Eindruck ist jeden Tag stärker geworden. Wir haben vier theologische Fakultäten und eine Anzahl Gemeinden besucht. Wir haben mehreren Vorträgen beigewohnt und selber Gottesdienste in den Kirchen abgehalten, und wir haben festgestellt, daß die lutherische Kirche in Ungarn eine heilsame Wiedergeburt erlebt".

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Über die Wichtigkeit des Religionsunterrichts

Ende Juli fand in Rom eine Studienwoche der Assistenten der Katholischen Aktion in Italien statt, deren Thema der Religionsunterricht war. Zu deren Eröffnung hat Msgr. Montini im Namen des Heiligen Vaters einen Brief an den Leiter der Studienwoche gerichtet, der nach Übermittlung der Grüße des Papstes folgendermaßen fortfährt:

„Die Wahl des Religionsunterrichtes als Hauptprogrammpunkt beweist aufs Neue, daß die Katholische Aktion ihre Aufmerksamkeit und ihre Tätigkeit auf Probleme von dringendem und vitalem Interesse zu richten bestrebt ist; und während sie für diese arbeitsreichen und gesammelten Zusammenkünfte die lebhafteste und vertrauensvollste Sympathie des Heiligen Vaters findet, weckt sie schon jetzt die allerbesten Wünsche für ihr vollständiges und fruchtbares Gelingen in Seinem Herzen.

Der Katechismusunterricht ist in der Tat jederzeit die unerläßliche Vorbedingung dafür, daß eine treue Anhängerschaft an den christlichen Glauben und ein kräftiger Wille, Gesetze und Sitten nach diesem zu gestalten, in den Gewissen reife: „fides ex auditu, auditus autem per verbum Christi" (Röm. X, 17). Auch heute könnte man kein anderes Mittel finden, das die Seelen mit gleicher Wirksamkeit der Wahrheit öffnen und die einzelnen und die Völker zum vernünftigen Gehorsam gegenüber den göttlichen Lehren und folglich zu der Weisheit wechselseitiger Zusammenarbeit in Gerechtigkeit und Liebe anleiten könnte.

Wenn unsere Zeit auch von unzähligen Reizen im Bereich des Sinnlichen geschwächt und zerstreut und technischen und praktischen Fragen zugewandt ist, so fehlt es ihr doch nicht auch an Interesse und Liebe zum Studium, für das manchmal selbst solche Gruppen von Menschen den lebhaftesten Eifer beweisen, die sich nicht in besonderer Weise mit kulturellen Dingen beschäftigen; dennoch hat sie sich aus vielen Gründen, die die Gelehrten in der modernen Mentalität suchen, welche sich einem verneinenden Laizismus und genießerischen Hedonismus hingibt und völlig mit der gewaltigen Entwicklung des äußeren Fortschritts beschäftigt ist und zudem, zumal in diesen letzten Jahren, von übermäßigen Sorgen wirtschaftlicher

Art erdrückt wird, nicht so wie manche vergangene Zeiten um das Studium der ewigen Wahrheiten des Katechismus gekümmert.

So ist es zu einer schweren Gleichgewichtsstörung zwischen den Kenntnissen in den religiösen Wissenschaften und denen in den Profanwissenschaften gekommen, zu der heute drohend und schädigend eine immer eindringlichere und methodischere gegnerische Propaganda von Irrtümern jeder Art, bald listig verhüllt, bald offen hinzutritt.

Als Folge davon sind entweder ein von Vorurteilen gegen die Religion völlig verbogener Geist oder eine fast vollständige Unwissenheit hinsichtlich der christlichen Grundsätze oder (was manchmal nicht weniger schädlich ist) eine oberflächliche und flache Kenntnis, die sich in keiner Weise gegenüber den Schwierigkeiten und dem Zusammenstoß mit gegnerischen Angriffen halten kann, weitverbreitete Übel.

Unter diesen Umständen, die das väterliche Herz Seiner Heiligkeit so sehr bedrücken, ist die Dringlichkeit, mit jedem nur erdenklichen klugen Mittel eine wirksame katechetische Aktivität zu entfalten, offenkundig.

Moderne Wege des Religionsunterrichts

Im Anschluß an die Überlieferungen und die Richtlinien, die die Kirche bei zahlreichen Gelegenheiten gegeben hat, haben sich auch in Italien eine Anzahl lobenswerter Initiativen zu einem fruchtbaren Religionsunterricht entwickelt: an erster Stelle müssen die Pfarrschulen, die Kurse der Katholischen Aktion und auch der Religionsunterricht an den Schulen genannt werden, der sich täglich durch neue Erfahrungen und neue Lektüre bereichert.

Doch man kann nie genug darauf dringen, daß diese Initiative überall verbreitet und vervollkommnet werden muß und daß die Priester, denen der Auftrag zu lehren in besonderer Weise gegeben ist, sich wirklich darauf vorbereiten müssen, um ihn mit Ehre und Wirksamkeit zu erfüllen, und zwar durch Studium, durch persönliche Erarbeitung pädagogischer Erfahrung und durch vollkommene Übereinstimmung ihres Lebens mit der verkündeten Wahrheit, und daß sie, wo ihre Arbeit nicht genügt (was heute überall der Fall ist), gute Laienmitarbeiter heranziehen, die sie beim Religionsunterricht, insbesondere bei der Bildung der Kinder, unterstützen.

Die Vorsehung wollte es, daß diese Zusammenarbeit, die in den Missionsländern eine Notwendigkeit ist, heute in fast allen Ländern eine lobenswerte Praxis geworden ist: sie hat nicht nur den Vorteil, wenigstens teilweise den Priestermangel auszugleichen, sondern auch den, die Bildung eifriger und apostolischer Seelen zu fördern, so daß sie immer besser für die Aufgabe der geistlichen Erziehung ihrer Brüder geeignet werden.

Für den Priester (und ebenso für die, die ihm helfen) ist keine Stunde kostbarer als die, die er auf den Religionsunterricht verwendet: für diesen Unterricht hat das Konzil von Trient den einzigartigen Ausdruck gebraucht: „primum et maximum officium".

Es ist jedoch klar, daß dieser Unterricht sich ständig bemühen muß, dem transzendenten Adel zu entsprechen, den die von ihm verkündeten Wahrheiten besitzen.

Der Heilige Vater hat am 10. März 1948 vor den Pfarrern und Fastenpredigern von Rom gesagt: „Sorgt, daß euer Wort fest, klar, interessant, lebendig, warm, dem Verständnis und den geistigen Bedürfnissen eurer Zuhörer angemessen sei".

Der Unterricht muß also eine Summe von Vorzügen — Klarheit, Einfachheit, Kraft, Schönheit — besitzen, durch die die Wahrheiten des Glaubens in ihrem ursprünglichen Glanz leuchten, und muß Akzente von Hirtengüte haben, durch die sie wirklich in der inneren Geschichte jeder Seele auf ihrer irdischen Reise zu Gott Wurzel fassen. Jeder, der zuhört, müßte zu der Überzeugung gelangen, daß es sich nicht um langweilige und lästige Wahrheiten handelt, die vom praktischen Leben abgelöst und fast nicht darin wiederzufinden seien (eine Anklage, die häufig gegen unseren Unterricht gerichtet wird), sondern um in höchstem Maße verpflichtende Wahrheiten, die tatsächlich das Gute und eine Wiedergeburt bewirken, so daß der Schüler jeden Augenblick im Stande wäre, die Beziehungen zu erkennen, die zwischen dieser göttlichen Wissenschaft und der praktischen und konkreten Anwendung auf das gelebte Leben bestehen.

Doch wäre auch eine gehaltvolle und sichere Unterweisung nichts nütze, wenn sie nicht mit der nötigen Klarheit und Eindringlichkeit des Ausdrucks vorgetragen und durch jene didaktischen Hilfsmittel unterstützt wäre, die heute immer reichlicher und eindringlicher werden.

Es wird nicht überflüssig sein, daran zu erinnern, daß der modernen Geistigkeit sowohl bei den Studenten und Berufstätigen als auch bei den Arbeitern der Faust, so sehr sie auch dem Zauber sinnlicher Darstellungen erliegen mögen, eine Ausdrucksweise gefällt, die unmittelbar auf das Wesentliche der Lehre geht, ohne den künstlichen Schmuck einer überflüssigen und oft veralteten Rhetorik.

Es ist daher eine mühsame, jedoch fesselnde und grundlegende Pflicht der Priester, nicht nur ihre Wahrheitserkenntnis zu vertiefen, sondern auch zu lernen, sie in der eindringlichsten und konkretesten Weise wiederzugeben: eine schwierige, jedoch nicht unmögliche Sache, wenn man bedenkt, daß es sich um die einzige Wahrheit handelt, die Wahrheit, die die Stütze der Vernunft auf ihrer Seite hat, die die Verheißungen des gegenwärtigen Lebens und der Ewigkeit besitzt und die in sich selbst eine geheime Hilfskraft von Licht und Gnade trägt, durch die sie in den Seelen einen geheimnisvollen und tröstlichen Widerhall findet.

Diese und viele andere Aspekte des Problems des Religionsunterrichtes werden ohne Zweifel mit Liebe und Eifer während der Kleruswochen studiert werden, die in Italien unter der weisen und erleuchteten Führung des Episkopates stattfinden. Eben diese Tagungswochen werden eine hervorragende Vorbereitung für den Internationalen Katechetenkongreß sein, der von der Heiligen Konzilien-Kongregation für das Heilige Jahr angesagt ist".

Hirtenworte in die Zeit

Über die Kirchenverfolgungen im Osten

Auf dem Eucharistischen Kongreß, der Mitte Juli in Nancy stattfand, hat der Sekretär der Kongregation für die Orientalische Kirche, Kardinal Tisserant, eine große Ansprache gehalten, deren eigentliches Thema die Verfolgung der Kirche im Osten war. Daß bei einem solchen Anlaß der Legat des Heiligen Vaters, als der Kardinal Tisserant an dem Eucharistischen Kongreß teilnahm, die Kirchenverfolgung im Osten zum Thema nahm, gibt diesen Worten ihr besonderes Gewicht.
Nachdem der Kardinallegat über die zentrale Bedeutung der Eucharistie im Leben der Kirche, über das Verständnis, das der katholische Christ denen entgegenbringen müsse, die außerhalb der Kirche schuldlos von diesem Sakrament getrennt sind, über das ernste Gewicht, das darin liegt, wenn die Kirche jemandem das Sakrament verweigert, gesprochen hatte, fuhr er folgendermaßen fort:

Die Verfolgung der Priester

„Ich habe Euch gesagt, daß es der Wille unseres Herrn Jesus Christus gewesen ist, daß die Zuteilung der Früchte der Erlösung im Rahmen der Kirche geschehen solle. Sie geschieht durch die Mitglieder des Klerus, und das ist der Grund, weshalb die Anhänger des atheistischen Materialismus die Auflösung der katholischen Kirche und die Unterdrückung ihres Klerus für die wichtigste aller ihrer Unternehmungen halten. Sie wissen, daß, wenn es ihnen gelingen würde, eine Region völlig ihrer Bischöfe und Priester zu berauben, das Aufhören der realen Gegenwart in kurzer Zeit die Widerstandskraft der Gläubigen brechen würde, da sie dann der Überlistung durch die atheistische Propaganda ausgeliefert wären. Da ihnen eine völlige Unterdrückung nicht gelingt, hoffen sie wenigstens dadurch, daß sie eine Spaltung im Klerus hervorrufen und die treuen Priester verfolgen, die Feier des heiligen Meßopfers und den Kommunionempfang so zu beschränken, daß der Zusammenhalt der Glieder der Kirche dadurch schwer bedroht ist.
Darum hat nach der Einverleibung der östlichen und südlichen Provinzen des polnischen Staates von 1939 in die Union der Sowjetrepubliken die Regierung von Moskau am 11. April 1945 die Verhaftung der fünf Prälaten verfügt, die dort mit bischöflichen Befugnissen bekleidet waren. Gleichzeitig wurden zahlreiche Priester aufgefordert, sich von Rom zu trennen, und wenn sie sich weigerten, wurden sie gefangengenommen, deportiert oder gezwungen, sich zu verbergen. Von diesen fünf Bischöfen ist einer tot, die andern vier büßen Strafen von verschiedenen Jahren Zwangsarbeit ab, nachdem sie ungerechterweise in einem Prozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit, der sich in Kiew im Frühjahr 1946 abwickelte, verurteilt worden waren. Im östlichen Teil der Tschechoslowakei, der ebenfalls der Union der Sowjetrepubliken eingegliedert worden ist, wurde der Bischof am 1. November 1947 feige ermordet. Msgr. Theodor Romza, der wenige Tage vor der Ankunft der Roten Armee erst geweiht worden war, hatte niemals Politik getrieben, und seine Gläubigen hatten in großer Zahl als Partisanen mitgekämpft; aber das brachte ihnen nur einige Monate Aufschub. Zahlreiche Kirchen wurden zuerst den Katholiken weggenommen und den Dissidenten übergeben, und seit Februar dieses Jahres hat die katholische Gemeinde des Orientalischen Ritus legal zu existieren aufgehört, wie zweieinhalb Jahre früher die in den ehemals polnischen Provinzen, die den Sowjetrepubliken der Ukraine und Weißrußlands eingegliedert worden sind. In Jugoslawien wurde der einzige katholische Bischof des Orientalischen Ritus in den Prozeß hineingezogen, in dem der Erzbischof von Zagreb, Msgr. Stepinac, verurteilt worden ist. Msgr. Simrak war zu volkstümlich, als daß die jugoslawische Regierung gewagt hätte, das über ihn verhängte Todesurteil zu vollstrecken; aber er wurde unter Verhältnissen gefangen gehalten, die seine Gesundheit sehr schnell untergruben: er starb nach wenigen Monaten.

Ein neues Martyrologium

Die Vernichtung der Bischöfe bereitet das Verschwinden der Priester vor, da nur die Bischöfe Priester weihen können. Darum sind die sechs katholischen Bischöfe des Orientalischen Ritus in Rumänien in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober 1948 verhaftet worden, während die Agenten der Regierung die Priester ihrer Diözesen schon seit einem Monat bedrängten, um sie zum Abfall vom Heiligen Stuhl zu zwingen. Bis heute ist keine Anklage gegen die Bischöfe formuliert worden. Der Abscheu, den der Prozeß gegen den Kardinal Mindszenty in der ganzen Welt hervorgerufen hat, läßt die Verfolger die Öffentlichkeit eines gerichtlichen Verfahrens fürchten. Die Bischöfe sind im Gefängnis, sie können weder Priester weihen noch ihre Diözesen verwalten: dieses Ergebnis ist von Bedeutung.
Die Verfolgung hat in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang mit der Unterdrückung der katholischen Diözesen des Orientalischen Ritus begonnen, aber es wäre ein Irrtum zu glauben, daß die lateinischen Katholiken geschont würden. Msgr. Stepinac und der Kardinalprimas von Ungarn sind Lateiner, ebenso wie der mutige Erzbischof von Prag, Msgr. Beran, Lateiner ist, mit dem ich mich vor einigen Monaten in Rom unterhalten konnte, als er sich beim Heiligen Vater einen letzten Segen vor der Krise, die er nahen fühlte, holen kam. Gewiß kann man Msgr. Beran nicht vorwerfen, daß er kein guter Patriot sei, dafür hat er zu lange Zeit in den schlimmsten deutschen Konzentrationslagern verbracht; aber er hat den Klerus und die Gläubigen der Tschechoslowakei aufgeklärt, als man sie zum Schisma verführen wollte; das ist sein ganzes Verbrechen, wie es das der beiden lateinischen Bischöfe von Rumänien ist, die am 20. und 26. Juni verhaftet worden sind. Sie haben sich nicht damit einverstanden erklärt, daß die Kontrolle über die katholische Kirche und ihre Organisationen unbilligerweise in die Hände des Staates übergehe. Darin haben sie unserem Göttlichen Meister gehorcht; denn Jesus hat den Seinen verboten, diese Usurpation zuzulassen, als er sie die beiden Mächte unterscheiden lehrte mit den Worten, die die Kirche im ganzen Laufe ihrer Geschichte inspiriert haben: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was

Gottes ist" (Matth. 22, 21; Mark. 12, 17; Luk. 20, 25).
Wundert Euch nicht, daß ich das neue Martyrologium des Episkopats und der Priesterschaft im Laufe einer Feier proklamiere, deren Ziel es ist, die Heilige Eucharistie zu ehren. Ich habe Euch gesagt, daß die Priester und Bischöfe die heiligen Weihen hauptsächlich im Hinblick auf die Eucharistie empfangen: um der Eucharistie willen werden sie auch heute verfolgt, und weil die Eucharistie das Sakrament der christlichen Einheit ist, hofft der Verfolger, einen sofortigen Zerfall der Kirche zu bewirken, wenn er die Diözesen ihrer Bischöfe und die Pfarreien ihrer Priester beraubt; denn die Priester werden vor die Entscheidung gestellt: abzufallen, wenn sie in ihren Kirchen im Amt bleiben wollen, oder ihre Pfarre preiszugeben, die sie dann nur noch unter großen Schwierigkeiten insgeheim aufsuchen können, um im Verborgenen die Heilige Messe zu lesen.
Frankreich hat eine ähnliche Erfahrung wie die der Länder hinter dem Eisernen Vorhang durchgemacht, als im Jahre 1790 die Mitglieder seines Klerus aufgefordert wurden, einer „bürgerlichen Verfassung" den Treueid zu schwören, die der Heilige Stuhl nicht gebilligt hatte. Zehn Jahre lang gab es in Frankreich vereidigte Priester und nichtvereidigte Priester, und die letzteren wurden verfolgt und waren gezwungen, sich zu verstecken, so daß die treugebliebenen Katholiken nur noch heimliche Messen und heimlich umhergetragene Kommunionen kannten. Auch in den Ländern, von denen ich gesprochen habe, muß die Kirche jetzt in den Untergrund gehen; doch das ist für sie nichts Neues, denn kaum 50 Jahre nach dem Tode ihres göttlichen Stifters wurde sie gezwungen, im Verborgenen zu leben, und zwar mehrere Jahrhunderte lang im ganzen Gebiet des Römischen Reiches.

Die Kirche ist immer verfolgt

Die Jünger Jesu sind an Verfolgung gewöhnt, sie darf ihnen keine Angst einflößen; doch das soll nicht bedeuten, daß wir gegenüber dem Schauspiel der Verfolgung gefühllos sein sollten. Wir müssen teilnehmen an allem, was unsere Brüder angeht; und ich möchte, daß Ihr an diesem Tag die unendliche Sorge unseres Vaters und geliebten Oberhirten, S. H. Papst Pius' XII., verständet, wenn er Tag für Tag die Einzelheiten der Verfolgung vernimmt, die seine Söhne erleiden, denen er keine Hilfe bringen kann ...
Doch nicht nur die Leiden der Glieder der Hierarchie lassen das Herz des Papstes bluten; er leidet auch beim Gedanken an die Abtrünnigen, die ihre Seelen ins Verderben bringen und niemanden finden werden, der sie lossprechen kann, wenn sie ihre Schuld bereuen; an die lauen Christen, die während der ganzen Zeit der Verfolgung Mühe haben werden, ihr Heil zu erreichen. Nur eines kann ihm Trost bringen, nämlich die Verdoppelung unserer Liebe gegen den Gott der Eucharistie ..."
Am Schluß seiner Ansprache sprach Kardinal Tisserant noch den Gedanken aus, daß die Erstarrung und Schwäche der schismatischen Kirchen des Ostens nicht nur die Folge ihrer schwierigen politischen Situation unter der Herrschaft von Nichtchristen sei, sondern auch die Folge davon, daß in diesen Kirchen Priester und Bischöfe nur selten die Liturgie feiern und kommunizieren. Zur Stärkung des Glaubens und des Mutes auch in der Laienschaft fordert darum der Kardinal alle Katholiken auf, häufig zu kommunizieren, damit die Gnade in jedem einzelnen wachse und auch die Einheit der Gemeinschaft größer werde.

Die Kirche in den Ländern

Die christlich-soziale Bewegung in Chile

Politische und soziale Verhältnisse

Wie in anderen südamerikanischen Ländern ist auch in Chile eine Minorität der Katholiken tief beunruhigt über die Rückständigkeit der sozialen Verhältnisse im Lande. Leider ist es nur eine Minorität, die sich in der christlich-demokratischen Bewegung der Nationalen Falange unter Führung von Leuten aus der jüngsten Generation der Intelligenz und mit Unterstützung durch einige aufgeschlossene Geistliche organisiert hat. Einem Bericht in „The Commonweal" (27. 5. 1949) entnehmen wir die folgende aufschlußreiche Darstellung der Lage. Die Mehrzahl der Katholiken, eingeschlossen der Episkopat und Klerus, stützt nach alter Tradition die konservative Partei, in der sich der Großgrundbesitz und das katholisch empfindende Bürgertum zusammengeschlossen haben. Diese Partei begünstigt zwar die kirchlichen Interessen, rechtfertigt dafür aber ihre reaktionäre soziale Einstellung zugunsten des herrschenden Feudalismus auf dem Lande mit der mittelalterlichen Auffassung vom Ständestaat. Das industrielle Leben trägt frühkapitalistische Züge. Die Interessen des Industriekapitals sind bei den Liberalen aufgehoben. Beide zusammen mit der radikalen Partei des Präsidenten Gonzales haben eine verhältnismäßig stabile Mehrheit im Parlament.
Diese politische Stabilität in Chile im Verein mit dem unausgenutzten Rohstoffpotential des Landes bietet einen starken Anreiz für das amerikanische Kapital. Die Kommunisten sind unterdrückt. Niemand kann sagen, wie stark das Feuer unter der Asche glimmt. Im Parlament haben die drei großen, unter sich ungefähr gleichstarken Parteien 98 von 147 Sitzen inne. Die Rolle der übrigen etwa 8 kleineren Gruppen ist auf eine entschiedene, aber wirkungslose Opposition beschränkt. Die Falangebewegung erhielt 32 000 Stimmen und 3 Mandate. Die soziale Gesetzgebung kann nur soweit fortschreiten, als die drei herrschenden Parteien sich darüber einigen, d. h. soweit die führenden Radikalen dem patriarchalischen Denken der Konservativen und dem Manchestertum der Liberalen Zugeständnisse abringen können. Die Slums von Santiago und das Elend des Landproletariates, das überhöhte Preisniveau und die Spekulation mit Boden und Rohstoffen

kennzeichnen die Lage. Die Wirtschaft im ganzen entwickelt sich dank dem reichen Kapitalzufluß und der Einschaltung in den Weltmarkt günstig, aber das Nationalprodukt ist ganz und gar ungleich verteilt.

Naturgemäß sind auch die katholischen Konservativen an der Erhaltung der Prosperität mehr interessiert als an einer sozialen Reform, aus der sich eine vollständige Änderung der Produktionsbedingungen und des Lohn- und Preisgefüges ergeben müßte. Die Anstrengungen, die in dieser Beziehung von der Arbeiterschaft unternommen worden sind, scheiterten am Widerstand der herrschenden politischen Gruppen. Einige Maßnahmen zur Einschränkung der Inflation wurden getroffen. Im übrigen aber hält die Regierung die Gewerkschaften mittels der antikommunistischen Gesetzgebung in Schach. Störungen der Produktion durch Streiks und Selbsthilfe der Arbeiter sind gewaltsam auf ein Mindestmaß beschränkt.

Zwei Fronten im Katholizismus

Die Kirche befindet sich wegen ihrer engen Verbindung mit der Konservativen Partei in der wenig glücklichen Lage, die Förderung ihrer Belange auf kulturpolitischem Gebiet mit der Duldung der gegebenen sozialen Verhältnisse bezahlen zu müssen. Was die Konservativen den Arbeitern anstelle wirtschaftlicher Gleichberechtigung einräumen, ist im besten Falle ein wohlwollendes patriarchalisches Entgegenkommen der Grundherren.

Es liegt deshalb im wohlverstandenen Interesse der Kirche, daß die junge christlich-demokratische Bewegung die soziale Entwicklung vorwärtstreibt. Aber auch in Chile wiederholt sich die Erfahrung, daß gerade die führenden Kreise im Katholizismus aus der Not eine Tugend machen, am „guten Alten" um jeden Preis festhalten und zu der beliebten Waffe der Verketzerung greifen, um sich die unbequemen Leute vom Halse zu halten.

Auseinandersetzung um Maritain

Ein für uns Europäer fast unbegreifliches Schauspiel der Auseinandersetzung zwischen konservativen und christlich-sozialen Kräften bot im letzten Jahr eine Kontroverse über die Rechtgläubigkeit von Jacques Maritain. Ihr Anlaß ist darin zu suchen, daß die Mitglieder der Falange ihre Forderungen nach besseren Löhnen, Wohnungen und Lebensbedingungen für die breiten Massen im Prinzip zwar den Enzykliken entnahmen, jedoch in der Auslegung der Enzykliken vor allem auf gewisse Sätze von Maritain zurückkamen. Sie wurden als Radikale, Verräter und Krypto-Kommunisten angeprangert. Das halb-offiziöse katholische Blatt in Santiago, „El Diario Illustrado", witterte den Einfluß Moskaus hinter ihnen. Wegen ihrer Stellungnahme zugunsten streikender Kohlenarbeiter hätte der Episkopat die christlich-demokratische Bewegung im Jahre 1947 beinahe gezwungen, sich aufzulösen, wenn ihr nicht in der Person des Bischofs Larrain von Talca ein Anwalt erstanden wäre. Die junge Bewegung erstarkte mittlerweile im Kampf. Trotz geringer Wahlerfolge löste sie eine Krisis in der Konservativen Partei aus, was indes nur um so heftigere Angriffe seitens kirchlicher Gegner hervorrief. Im August 1948 veröffentlichte Msgr. Luis Perez, Domherr an der Kathedrale von Santiago, eine politisch-sozialphilosophische Studie, die in der Form einer allgemeinen Untersuchung verschiedener moderner gesellschaftstheoretischer Irrtümer eine heftige und unbedenkliche Attacke auf die Rechtgläubigkeit von Jacques Maritain enthielt und die Absicht verfolgte, das bürgerliche Christentum und das halb-feudale Klassensystem in Chile zu verteidigen. Perez behauptete, daß Maritain einen theologischen Liberalismus in der Art von Lamennais vertrete, der von der Kirche verurteilt ist. Zum Beweis zitierte er Texte, in denen nach seiner Meinung Maritain ein Prinzip der dogmatischen Toleranz aufstellt, das allen Religionen und selbst dem Atheismus volles Daseinrecht gewährt. Er wählte gerade diese abseitige Frage zum Hauptargument für seinen Angriff, weil sich von hier aus am leichtesten der Verdacht auf Häresie begründen ließ. Die Ansichten, die ihm und seinen konservativen Freunden am meisten zuwider waren, lagen indes auf anderem Gebiet. In Kapitel 6 seines Buches kam er damit heraus. Er bekämpfte die Verherrlichung der Demokratie, die Übertreibung der Menschenwürde, das Recht auf freie Vergemeinschaftung, die Einschränkung der staatlichen Gewalt durch die bürgerliche Freiheit, das allgemeine Wahlrecht, die Aufhebung der Standesunterschiede, die Übertragung des Gedankens der allgemeinen Brüderlichkeit auf das soziale und wirtschaftliche Leben und die geistige Emanzipation der Massen. Alle diese Ideen, behauptete er, stehen im Widerspruch zur katholischen Soziallehre und üben einen unheilvollen Einfluß auf unreife Geister aus. Perez verteidigte statt dessen als „christliche Gesellschaft" den überkommenen Klassenstaat. Er tat es in einer scheinbar sehr objektiven und uninteressierten Weise, aber jedermann wußte, wer getroffen werden sollte.

Der Vorstoß ist fehlgeschlagen. Schon im Dezember des gleichen Jahres antwortete P. Julio Jimenez SJ von der katholischen Universität Santiago mit einer kleinen Schrift: „Die Rechtgläubigkeit von Maritain". Mit der strengen Objektivität des Gelehrten widerlegte er Punkt für Punkt die Vorwürfe gegen Maritain und wies dessen Übereinstimmung mit den Lehren der Enzyklika „Immortale Dei" und der beiden päpstlichen Rundschreiben über die soziale Ordnung nach. Kurz darauf erschien ein zweites Buch von Jaime Gastillo: „Verteidigung von Maritain", das die Aktualität der ganzen Kontroverse noch mehr herausarbeitete. So wurde sie am Ende zu einer Rechtfertigung jener fortschrittlichen katholischen Minderheit, die im Namen des Glaubens gegen ein dekadentes bürgerliches System für eine soziale Erneuerung aus christlichem Geiste kämpft. Wenn sie auch noch keine großen politischen Erfolge erzielen konnte, erfüllt sie doch ihre Rolle als lebendiges katholisches Gewissen in diesem Lande und wirkt für eine Versöhnung zwischen Kirche und arbeitenden Massen, wie auch — vielleicht schon zu spät — für einen Ausgleich im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Die hl. Messe am Abend

Während des Krieges wurde in Westdeutschland unter bestimmten Umständen die hl. Messe am Abend gelesen. Die nationalsozialistischen Behörden hatten für Tage, an denen zwischen Mitternacht und 8 Uhr früh Fliegeralarm gegeben wurde, die öffentliche Feier einer Frühmesse verboten; an Sonntagen durfte nach solchen Nächten die erste Messe erst um 10 Uhr gelesen werden. Nach und nach traten die Umstände, die die Frühmesse unmöglich machten, immer häufiger ein. Stattdessen durften jedoch an diesen Tagen Abendmessen gelesen werden, die stets sehr besucht und beliebt waren. Auf diese Weise hat sich die westdeutsche Bevölkerung an den Brauch der Abendmesse gewöhnt.

War diese Übung während des Krieges ein Weg, die Bestimmung der Nationalsozialisten unwirksam zu machen, die beabsichtigt hatten, auf diese Weise den Meßbesuch zumal an Wochentagen unmöglich zu machen, so gibt es heute andere Gründe, die die Abendmesse in vielen Fällen sehr erwünscht machen können. Die Organisation des modernen Arbeitslebens macht es vielen Menschen unmöglich, eine Frühmesse zu besuchen, während sie am Abend dankbar wären, eine hl. Messe hören zu können. Die große Erleichterung, die eine Abendmesse bedeuten würde, käme also in erster Linie der arbeitenden Bevölkerung zugute, jener Schicht, die der Kirche am ehesten zu entgleiten droht und am dringendsten der Sorge und Rücksichtnahme bedarf. Viele andere, die mit genauer Not eine Frühmesse besuchen können, würden doch in einer Messe am Abend vielleicht mit mehr Ruhe und Sammlung dabei sein, weil sie nicht mehr die Sorge des Tages vor sich hätten; und auch für diese wäre es wohl in manchen Fällen eine erhebliche Schonung der heute stets so angespannten physischen und nervösen Kräfte, wenn die Messe am Abend läge. Die Abendmesse erscheint also als ein echtes und ehrliches Bedürfnis der Gegenwart, dessen Erfüllung auch keine grundlegenden Schwierigkeiten entgegenstehen, sondern nur der, allerdings durch viele Jahrhunderte gewahrte Brauch, der seinerseits natürlich auch auf triftigen Gründen beruht. Die Kirche ist jedoch stets bereit, sekundäre Satzungen aufzugeben, wenn das Eigentliche durch diese im Wandel der Zeit nicht mehr geschützt, sondern bedroht werden sollte.

Geschichte der Abendmesse

Ist die Abendmesse nun etwas grundlegend Neues, etwas Außergewöhnliches? Die erste heilige Messe wurde von unserem Herrn und Meister als Abendmahl gefeiert, und nach der Apostelgeschichte ist festzustellen, daß die Gottesdienste der ersten Christen durchweg am Abend stattfanden. Während der Verfolgung wurde der Zeitpunkt für die Feier des hl. Opfers meist in die Nachtstunden verlegt. Auch nach der Verfolgung bis ins 4. Jahrhundert war besonders in Kleinasien die Abendmesse vorherrschend. Eine Ausnahme bildete Rom, wo — wahrscheinlich durch die sozialen Verhältnisse bedingt — bereits seit Beginn des 3. Jahrhunderts die hl. Messe in der Frühe gefeiert wurde.

Einer der wesentlichsten Faktoren, die die Verlegung der hl. Messe auf den Vormittag mitbestimmten, war das Nüchternheitsgebot, das aber in der Urkirche in unserem Sinn nicht bestand. Die Nüchternheit als Zeichen der Ehrfurcht wird erst etwa seit der Zeit des hl. Augustinus gefordert. In der Urkirche spielte das Fasten noch eine ganz wesentliche Rolle. Die ersten Christen fürchteten, sie könnten durch den Empfang der hl. Kommunion das Fasten brechen und gingen darum nicht immer zur hl. Kommunion. Manche hatten bisweilen gelobt, bis Sonnenuntergang zu fasten. Sie wohnten der hl. Messe bei, nahmen aber die Kommunion mit, um sie sich nach Sonnenuntergang zu reichen. Tertullian tadelte dieses Verhalten (etwa 220 n. Chr.). Das heutige Nüchternheitsgebot ist also nicht dasselbe wie das Fasten der Urkirche, denn dem eucharistischen Mahl ging jeweils das sogenannte „Liebesmahl" voraus. Origenes berichtet von den Mönchen in der Thebais, daß sie etwa bis 4 Uhr fasteten (Stationsfasten), dann ein Mahl hielten und anschließend an dieses Mahl die hl. Eucharistie feierten. Zu jener Zeit waren also kurze Stationsfasten meist mit der hl. Messe verbunden. Aber das Fasten wurde nicht wegen der hl. Kommunion gehalten, sondern die hl. Kommunion krönte das Fasten. Wer vorher kommuniziert hätte, hätte das Fasten gebrochen.

Erst mit der Zeit des hl. Augustinus kommt der Gedanke der Ehrfurcht, ausgedrückt durch die Nüchternheit beim Empfang der hl. Kommunion, auf. Die hl. Messe wird mehr und mehr vormittags gefeiert mit Ausnahme der Quatember- und Vigilfasttage. Bald aber wurde auch in Rom und später in anderen Kirchen an diesen Tagen die hl. Messe auf den Vormittag gelegt. Die Verpflichtung zur Nüchternheit wurde immer strenger, ja sie wurde sogar durch die Jansenisten übertrieben, denen Ehrfurcht vor dem Sakrament wichtiger als der Empfang desselben war. Die vormittägliche hl. Messe wurde dann im Laufe der Jahrhunderte eine Selbstverständlichkeit, und es bestand auch keinerlei Notwendigkeit bis in unsere Tage, von diesem Brauche abzugehen.

Eine Wendung trat mit dem Kommuniondekret Papst Pius' X. ein. Für einen großen Kreis der Kranken trat die heute gültige Sonderbestimmung in Kraft. Im Weltkrieg 1914—1918 waren die Soldaten vom Nüchternheitsgebot befreit. Der Empfang der hl. Kommunion nicht als Andachtsmoment, sondern als zentrale katholische Kraftquelle wird wichtiger als das Nüchternheitsgebot. Der zweite Weltkrieg brachte wiederum dieselben Erleichterungen, ja sie wurden sogar noch durch unseren Hl. Vater weiter ausgedehnt.

Anfänge der heutigen Abendmesse

Die Ansätze zur heutigen hl. Abendmesse gehen bis in die Zeit vor dem ersten Weltkrieg zurück. Bereits im Jahre 1913 wandte sich ein Pfarrer in Philadelphia (USA) in einer Eingabe an den Hl. Stuhl. Darin hieß es, daß das Kommuniondekret von den Armen kaum befolgt werden könne, da sie zur Zeit der Meßfeier zur Arbeit müßten. Der Papst möge doch noch einen Schritt weitergehen und gestatten, daß auch am Abend die hl. Messe gelesen werden dürfe. Eine Sektion des Eucharistischen Kongresses im Jahre 1913 in Wien griff den Gedanken des amerikanischen Priesters auf und trat an Papst Pius X. mit der

Bitte um die Abendmesse heran. Begründet wurde diese Bitte mit einer Aufstellung über die Zahl der Katholiken, die an Sonntagvormittagen beschäftigt, bzw. rechtlich vom Besuch der hl. Messe entschuldigt sind. Der Kreis umfaßte die Arbeiter und Angestellten von Verkehr, Post und lebenswichtigen Fabriken, Personal von Hotels und Gaststätten und solche, die zur Nachtschicht müssen. Für Wien ergab sich damals schon eine Zahl von 50 000, für Köln eine Zahl von 10 000 Katholiken, die es anging. Papst Pius X., der diesem Gedanken großes Interesse entgegenbrachte, starb dann leider schon im ersten Kriegsjahre. Noch vor dem ersten Weltkrieg soll Kardinal Innitzer in Wien an Sonntagen im Stephansdom eine besondere Messe am Abend für die Hotelangestellten eingeführt haben. Da sich hier auch die an Sonntagvormittagen beschäftigten Angehörigen von Post, Eisenbahn und Straßenbahn einfanden, sollen durchweg mehrere tausend Seelen an dieser Abendfeier teilgenommen haben. Ähnliche Erfahrungen wurden auch späterhin in Köln und München gemacht.

Notzeiten und Nüchternheitsgebot

Umfassendere Privilegien hinsichtlich der Messe und des Kommunionempfangs sind bisher immer im Zusammenhang mit außerordentlichen Notständen erteilt worden. So hat der Papst den mexikanischen Katholiken während der mexikanischen Kirchenverfolgung im Jahre 1927 folgende Erlaubnisse erteilt: „Die Gläubigen können die hl. Kommunion zu jeder Stunde des Tages und der Nacht empfangen, ohne vorher zu fasten (wenn sie jedoch die Zeit der hl. Kommunion vorher wissen, sollten sie eine Stunde vor Empfang nüchtern bleiben). Und sie können sich auch selbst die hl. Kommunion reichen".

Ebenso hat Pius XI. am 25. November 1929 eine Erlaubnis der Nachmittags- und Abendmesse für die verfolgten Katholiken im Osten gewährt, wobei das Fasten am Mittag beginnen sollte. Kurz darauf, am 30. Januar 1930, wurde die Erlaubnis dahin ausgedehnt, daß die Laien am Abend nach einem um 6 Uhr abends begonnenen Fasten kommunizieren durften.

Dann kam der zweite Weltkrieg mit seinen Sondererlaubnissen in vielen Ländern. Kardinal Suhard erhielt eine solche 1941 für Rüstungsarbeiter; 1942 wurde die Zeit der vorhergehenden Nüchternheit für die Abendmesse auf 4 Stunden festgesetzt. Kardinal Spellman, damals amerikanischer Armeebischof, erhielt eine ähnliche Erlaubnis für das Militär der USA.

Gesellschaftlicher Strukturwandel und Abendmesse

Heute handelt es sich um etwas anderes. Heute ist es der Wandel der gesamten gesellschaftlichen Struktur, der das Bedürfnis nach der Abendmesse wachhält, und nicht als eine zeitgebundene vorübergehende Lösung, sondern als eine Dauerlösung für ein dauerndes Verlangen. 1946 veröffentlichte die Zeitschrift der französischen liturgischen Bewegung „La Maison-Dieu" den Bericht eines französischen Dorfpfarrers, in dem es heißt: „In meinem Dorf gibt es drei Unternehmer. Alle anderen Leute sind Arbeiterfamilien, für die notwendigerweise die Arbeit am frühen Morgen beginnt. Daher können an Werktagen nur die Unternehmer die hl. Messe besuchen. Ich kann nur sagen, daß es ein wehes Gefühl ist, wenn ich auf meinem Weg zur hl. Messe den Gruppen der Arbeiter begegne, die sich zu ihrer Arbeit begeben". Das ist der Tatbestand.

Die Verlegung des täglichen Frühgottesdienstes auf einen früheren Zeitpunkt, als bisher üblich, hat nur einen schwachen Erfolg gezeitigt. Unsere Großstädte sind durch den Krieg mehr oder minder zerstört. Der Wiederaufbau von Wohnungen hat mit dem Wiederaufbau von Arbeitsstätten nicht Schritt gehalten, und die nächsten Jahre und Jahrzehnte wird es so sein, daß der größere Teil der Werktätigen in weit entfernten Vororten und auf dem Lande wohnen wird. Auch die allmähliche Besserung der Verkehrsverhältnisse hat nicht viel an der Tatsache geändert, daß sich der größte Prozentsatz der Berufstätigen durchschnittlich eine Stunde vor Arbeitsbeginn auf den Weg zur Arbeitsstätte machen muß. Die Frühmesse dürfte also spätestens 5.30 Uhr beginnen, um um 6 Uhr zu Ende zu sein. Rechnet man die Wege zur Kirche mit 10—30 Minuten, so müßte der Gläubige zwischen 4 und 5 Uhr aufstehen, ein Opfer, das man von dem heutigen gehetzten und vielfach unterernährten Menschen nicht fordern kann. So ergibt sich bei den Frühgottesdiensten meist das Bild, daß sie von einigen älteren Leuten, wenigen Hausfrauen und von Kindern besucht werden. Die heilige Abendmesse wird das Mittel sein, einem großen und wichtigen Kreis gutwilliger und apostolisch gesinnter Laien die Feier der hl. Messe auch an Wochentagen zu ermöglichen.

Ein weiterer Grund spricht für die Abendmesse: die Standesseelsorge. Wir haben in Deutschland noch eine große Anzahl Pfarreien, in denen jeden Sonntag einer der vier Naturstände (Männer, Frauen, Jungmänner und Jungfrauen) seine besondere Standesmesse mit Standespredigt hat. Manche Eltern haben schon diese Art der Standesseelsorge zutiefst bedauert, da sie den sonntäglichen gemeinsamen Gang der Familie zum Tisch des Herrn nahezu unmöglich macht. Würde der Standesgottesdienst in eine werktägliche Abendmesse verlegt, so wäre der Sonntagvormittag den ganzen Monat hindurch frei für den gemeinsamen Gang der ganzen Familie zur heiligen Eucharistie.

Abendmessen in anderen Ländern

Papst Pius XII. hat, den gegenwärtigen Zeitumständen Rechnung tragend, die Abendmesse in verschiedenen Ländern zugelassen. So hat z. B. Kardinal van Roey für Belgien ein Indult erwirkt, wodurch an Sonntagen die Abendmesse für diejenigen gestattet ist, die durch berufliche Arbeit am Besuch des vormittäglichen Gottesdienstes verhindert sind. Für Frankreich hat die hl. Offizienkongregation zunächst für die Dauer eines Jahres gestattet, Messen am Nachmittag zu zelebrieren und dabei wesentliche Erleichterungen im Nüchternheitsgebot sowohl für den zelebrierenden Priester wie auch für die kommunizierenden Laien erlassen. Dem polnischen Klerus wurde von Papst Pius XII. die Erlaubnis zum Zelebrieren von Abendmessen erteilt, da ein großer Teil der polnischen Arbeiterschaft sonst keine Möglichkeit zum Gottesdienstbesuch hätte. Wien, die Stadt mit der ältesten Tradition der Abendmesse, erlebt seit 1945 in der alten Dreieinigkeitskirche eine tägliche hl. Abendmesse durch den amerikanischen Militärgeistlichen Msgr. Nuwer. Ursprünglich war sie als Abendmesse für die amerikanischen Besatzungsangehörigen vorgesehen, doch fanden sich nach und nach immer mehr Wiener Katholiken ein, und die Kirche sieht nun jeden Abend eine dichtgedrängte Menge zur Feier des hl. Opfers.

Abendmessen in Deutschland

In Deutschland konnte mit Genehmigung des Hl. Stuhles die hl. Messe auch jetzt in der Nachkriegszeit in vielen deutschen Städten Verbreitung und starken Zulauf finden. Über den Besuch der Abendmessen in verschiedenen Gegenden Deutschlands mögen folgende kurze statistische Angaben ein Bild geben.

Von 38 Pfarreien Berlins haben 11 an Sonntagen, teilweise auch an Herz-Jesu-Freitagen, eine Nachmittags- bzw. Abendmesse. 6 von diesen Pfarreien haben eine tägliche Abendmesse bzw. eine solche an verschiedenen Wochentagen. Von den 108 Pfarreien Groß-Berlins mit Vororten haben 22 die sonntägliche und 12 die tägliche hl. Abendmesse bzw. Abendmessen an verschiedenen Wochentagen.

Interessant ist ein Vergleich der Besucherzahl von Morgen- und Abendmesse. Allgemein wird man wohl sagen können, daß dort, wo die Abendmesse eingeführt wird, dies der Besucherzahl in den Morgenmessen keinen Abbruch tut; wohl aber findet die Abendmesse durchweg einen starken Zulauf. Dies dürfte ein Beweis dafür sein, daß ohne die Abendmesse viele Gläubige einfach nicht zur hl. Messe kommen können. In einer Pfarrei Berlins wurden folgende Besucherzahlen festgestellt (erste Zahl: Besucher des morgendlichen Hauptgottesdienstes; Zahl in Klammern: Besucher der Abendmesse):

im Jahre 1945	268	(206)
1946	209	(265)
	306	(247)
1947	198	(158)
	177	(186)
1948	467	(233)
	396	(304)

Diese Zahlen geben das Verhältnis an Sonntagen; an Werktagen ist das Verhältnis ähnlich, nur wurde hierbei etwas Wesentliches festgestellt: der Kommunionempfang an Sonntagen wird oft weit übertroffen durch den Kommunionempfang in der Abendmesse an Werktagen.

Einige weitere Beispiele seien hier noch angeführt. In einer Pfarrei einer westdeutschen Großstadt fand jeden Abend eine hl. Messe statt, die stets gut besucht war, während die Morgenmessen nicht annähernd diese Besucherzahlen aufwiesen. In Hannover sind in vielen Pfarreien wöchentlich einmal Abendmessen, der Besuch ist etwa so groß wie der des Sonntagsgottesdienstes, oft aber fünf- bis zehnmal größer als der Besuch des Frühgottesdienstes. Ähnliche Erfahrungen wurden auch in Frankfurt-Main und anderen Städten gemacht.

Wenn man gelegentlich die Befürchtung hört, die Abendmesse käme der Trägheit derjenigen Christen entgegen, die bisher die 1/2 12-Uhr-Messe besucht haben, so trifft diese Sorge doch höchstens die Abendmesse am Sonntag, die jedoch für gewisse Kategorien arbeitender Menschen immer noch eine Wohltat wäre; sie trifft auf keinen Fall die Abendmesse am Wochentag, die im Gegenteil gerade bei gläubigen und frommen Christen mit der größten Dankbarkeit aufgenommen wird.

Das Gespräch zwischen Albert Camus und den Christen

„Ich fragte mich kürzlich", sagte Jean Guitton in einem Vortrag über den Glauben und die neuen sittlichen Ideen bei der Tagung der katholischen Akademiker Frankreichs im Mai (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 3, H. 10, S. 441), „ich fragte mich, als ich Tarrou in der „Pest" (von Camus) mit dem Priester in „Die Macht und die Herrlichkeit" (von Graham Greene) verglich, was, zwischen dem ungläubigen Heiligen und dem gläubigen Sünder, dem Helden von Camus fehlte, was aber der Held von Graham Greene besitzt. Es ist ganz klar. In der „Pest" ist alles da, außer Dem, der in Kreuzesform den Empörer gegen die menschliche Existenz aufgenommen hat, diesen unwiderlegbaren Empörer gegen das Leiden, das Paradox und die Absurdität. Es fehlt Der, der „für uns Pest geworden ist". Doch hier ziemt es uns zu schweigen: wir sind jenseits der Moral, wir sind selbst jenseits der Liebe, im geheimnisvollen Bereich par excellence, in dem des Glaubens".

Eine Generation vor der Sinnlosigkeit ihrer Welt

Albert Camus, der 36jährige französische Schriftsteller und Philosoph, der nun bald durch seinen großartigen Roman „Die Pest" auch in Deutschland allgemein bekannt sein wird (die deutsche Übersetzung ist bei Karl Rauch, Bad Salzig und Boppard erschienen und soll demnächst als Ro-Ro-Ro-Heft erscheinen), ist ein Mann ohne Glauben, und man könnte vielleicht fragen, warum wir es für nötig halten, uns mit ihm auseinanderzusetzen. Denn was für Wege er immer entdecken mag, um die Fragen unsrer menschlichen Existenz zu bewältigen, sie können nicht die unseren sein. Indes ist der Dialog mit Albert Camus in Wahrheit eines der wichtigen und wesentlichen Gespräche unserer Zeit, und er selber ist es auch, der sich diesem Gespräch immer wieder stellt. Er hat es auch öffentlich geführt mit dem berühmten katholischen Romanschriftsteller François Mauriac und mit dem katholischen Philosophen Gabriel Marcel. Er sieht mit aller Schärfe das Paradox der menschlichen Existenz, das der Christ mit dem Paradox des Glaubens annimmt, das er, Camus, jedoch nicht anzunehmen imstande ist, weil . . .

Ja, warum? Warum können Menschen reinen Herzens und guten Wilens heute sagen, wie der Arzt Rieux in der „Pest" — nicht etwa, er nehme den Glauben, er nehme Gott, er nehme die Erlösung nicht an — sondern er nehme die Schöpfung nicht an?

Camus ist einer unter vielen, die außerhalb des Glaubens leben, weil sie, wie er sagt, „niemals in ihn eingetreten sind; das ist alles!" Aber etwas befähigt ihn mehr als die andern, den tiefsten Grund dieser beiden Welten, des Glaubens und des Unglaubens, aufzudecken: „In einer Welt, wo alles mogelt, mogelt A. Camus nicht", sagt von ihm L. Roynet in „La Vie Intellectuelle", der Zeitschrift der französischen Dominikaner. Ende 1946 hatten diese Dominikaner Camus in ihr Kloster Latour-Maubourg eingeladen, dort vor der christlichen Elite von Paris zu sprechen und eine Diskussion zu führen, die allerdings, wie es oft geht, nicht recht in Zug kam. Für „La Vie Intellectuelle" hat L. Roynet einen Bericht über diese Veranstaltung geschrieben, der erst in diesem Jahr, im Aprilheft 1949, veröffentlicht worden ist mit der Anmerkung, auch heute habe dieser Bericht nichts von seiner Aktualität eingebüßt.

Nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Aber seither ist „Die Pest" erschienen und auch jenes, die gleiche Situation darstellende Schauspiel „Der Belagerungszustand", das Gabriel Marcel zu einem sonderbaren Angriff verführt hat, auf den Camus in der Zeitung „Combat", deren Chef-

redakteur er ist, antwortete mit seiner Rechtfertigung: „In Spanien hat es angefangen", die der „Kurier" am 6. 12. 1948 und die Frankfurter Hefte im Mai dieses Jahres abgedruckt haben. Dies alles gibt der Stellung A. Camus' einen festeren Umriß.

Camus hat über die Entwicklung seines Welterlebens, seiner Interpretation der Existenz in verschiedenen Vorträgen, alle ungefähr des gleichen Inhalts wie der im Dominikanerkloster von Latour-Maubourg, Rechenschaft abgelegt: über diese verzweifelte Ausgangssituation seiner gegen 1914 geborenen Generation, die eine Welt in Auflösung vorfand, in der es kein inneres Gesetz mehr gab. Er ist in Algier geboren und aufgewachsen, und Nordafrika mit den Mittelmeerländern, besonders Spanien, bilden die Szenerie und Anschauungswelt seiner Werke, von den „Noces", kleinen Landschaftsbildern mit „metaphysischem" Hintergrund, aus dem Jahr 1938 angefangen bis zu der „Pest" (1946), deren Schauplatz Oran ist, und dem „Belagerungszustand" (1948), der eine Pestepidemie im spanischen Cadiz schildert. Außerhalb der Sphäre der Religion herangewachsen, aber begabt mit jener Reinheit und Intensität, die „nicht mogeln" kann, beginnt er seinen Weg von zwei Urerlebnissen aus: dem Zusammenklang mit der Schönheit (deren Wesen Gegenwärtigkeit und Vergänglichkeit ist) und dem „absoluten Entsetzen vor dem Tod" (wie Carlo Bo, ein hervorragender italienischer Kritiker, in der katholischen italienischen Zeitschrift „Humanitas" sagt). Und bis heute erscheint ihm alles, was diese beiden Grundtatsachen — die Möglichkeit des Glücks im Vergänglichen und die absolute Entsetzlichkeit des Todes — abschwächt, als Verrat. In seinen ersten Schriften, Schriften eines noch sehr jungen Menschen, zieht er aus diesen Grunderlebnissen die sehr merkwürdige Folgerung des Hasses auf die Hoffnung! Hoffnung entwertet die Gegenwart. Und Hoffnung führt zu den von ihm so verabscheuten „Abstraktionen", den „Ideologien", den Totalitarismen, zu denen er auch die Religion zählt. Doch dieser einzige Wert der Gegenwärtigkeit, die jeden Moment dem anderen fremd macht und auch die Menschen einander fremd und Mensch und Welt ohne Übereinstimmung sein läßt, dieses Erleben des geschlossenen Augenblicks, hinter dem zudem noch der Schrecken des Todes droht, macht das Leben zu etwas Absurdem: Camus wird zum Philosophen des Absurden. Von da aus war nicht einmal der Ansatz eines Dialogs mit dem christlichen Glauben gegeben.

Die Entdeckung der menschlichen Verbundenheit

Aber Krieg, Besatzungszeit und Widerstandsbewegung haben seinen Erfahrungsbereich in einer unerwarteten Weise erweitert. Seine bisherige nihilistische Erfahrung vom Absurden unserer Existenz hätte ihn angesichts dieser Geschehnisse ohne Wertmaßstab lassen müssen. (Hatte er doch sogar in einem Drama „Caligula" das Umschlagen des „absurden" Lebensgefühls in Vernichtungsrausch dargestellt). Aber etwas ganz anderes geschah: angesichts des ins Unermeßliche gesteigerten Unrechts, das er geschehen sah, erhob sich in ihm die Revolte gegen das Unrecht wie ein Instinkt, wie eine unbezwingliche Leidenschaft. Und wie ihm ging es den Besten seiner Generation, die sich in dieser Empörung gegen das Unrecht zusammenschlossen.

Gerade daß dieses Gefühl keinerlei logischen Zusammenhang fand mit der bisherigen Interpretation, die Camus mit anderen jungen Nihilisten seinen Erfahrungen gegeben hatte, macht es so rein, ohne Pose und Stilisierung, ohne Romantik, aber die Schranken seiner bisherigen Einsicht überwältigend. An diesem Punkt, an dem Camus überhaupt erst fähig wird zum Gespräch, beginnt auch der Dialog mit dem Glauben.

„Alles glauben oder alles leugnen"

Ein Dialog, in dem Camus als Ankläger mit unüberhörbaren Anklagen hervortritt, und in dem der Christ fragt, wie denn Camus seine Stellungen halten kann ohne Gott. Dieses Gespräch wäre nicht möglich ohne Camus' Bereitschaft zu absolut offener Aussprache, „ohne zu mogeln", und wenn er nicht wirklich bis zum eigentlichen Kern der Frage durchgedrungen wäre. Das beweist die Figur des Jesuitenpaters Paneloux in der „Pest". Auf dem Höhepunkt der Pest hält dieser eine zweite große Predigt: „Meine Brüder, der Augenblick ist gekommen. Es gilt, alles zu glauben oder alles zu leugnen. Und wer unter euch wagte es, alles zu leugnen?" Vor dieser Frage steht ja in der Tat der Christ, Camus sieht das ganz klar. Das, was in Gottes Vorsehung am schwersten zu begreifen ist, das Leiden der Kinder, das führt die Pest den Bewohnern der verpesteten Stadt täglich vor Augen — wie auch wir es in der anderen, ebenso alles Menschenmaß überschreitenden Heimsuchung des Krieges gesehen haben —, und dem gegenüber genügt, wie Pater Paneloux sagt, die gewöhnliche Ergebenheit und selbst die schwierige Demut nicht mehr. Nötig ist vielmehr die Einwilligung in diese Schmach. Denn „nur so werde der Christ sich nichts ersparen" — und das ist ja tatsächlich der Drang des heutigen Christen: vor nichts auszuweichen, vor nichts die Augen zu verschließen —, „und, nachdem jeder Ausweg versperrt sei, bis auf den Grund der entscheidenden Wahl gehen. Er werde wählen, alles zu glauben, um nicht gezwungen zu sein, alles zu leugnen". „Man durfte nicht sagen: Dieses verstehe ich; aber jenes ist unannehmbar". „Man mußte die empörende Schmach zulassen, weil uns nur die Wahl blieb, Gott zu hassen oder zu lieben. Und wer wagte es, sich für den Haß Gottes zu entscheiden?" Schwierige Liebe, schwierige Lehre, in den Augen der Menschen grausamer, aber entscheidender Glaube; aber dafür wird endlich „die Wahrheit aus der scheinbaren Ungerechtigkeit aufbrechen".

Das ist die Haltung des Glaubens, die Camus in dem Jesuiten Paneloux, einem edlen, wenn auch durch seinen Beruf zuerst etwas zur Rhetorik neigenden Menschen darstellt. Aber die beiden Hauptgestalten der „Pest" nehmen diese Haltung nicht an. Tarrou kann nicht an Gott glauben, obwohl er ein Heiliger sein möchte, ein Heiliger ohne Gott, heilig durch vollkommene Menschenliebe und vollkommenes Hinaustreten aus der schrecklichen Alternative, Opfer oder Henker zu sein, die Menschenlos ist. Rieux aber, der Arzt, am meisten Sprachrohr von Camus' eigenen Gedanken, antwortet auf die Frage, ob er an Gott glaube: „Nein, aber was heißt das schon? Ich tappe im Dunkeln, und ich versuche darin klar zu sehen ..." Für ihn ist die Frage nach der Existenz Gottes nicht die wichtigste; für ihn handelt es sich um etwas anderes: „Ich werde mich bis in den Tod hinein weigern, die Schöpfung zu lieben, in der Kinder gemartert werden". Rieux weigert sich zu lieben, was er nicht begreift.

Das Problem des Bösen und das Schweigen

Aber Camus selber sagt auch zu den echten Christen, wie Rieux zu Paneloux: „Was ich hasse, ist der Tod und das Böse, das wissen Sie ja. Und ob Sie es wollen oder nicht, wir stehen zusammen, um beides zu erleiden und zu bekämpfen".

So steht also Camus heute bei dem Problem des Bösen — unser aller Problem! Denn aus der Revolte der Widerstandsbewegung ist ihm die Existenz und Wesenheit des Bösen allmählich immer klarer geworden. Es ist die Negation der drei Grundwerte, wie er sie in jenem Vortrag im Dominikanerkloster von Latour-Maubourg aufgestellt hat: Gerechtigkeit, Freiheit, Aufrichtigkeit. Es ist Gewalttat, Machtwille, Abstraktion, Terror. Der erste Schritt auf dem Weg zur Erkenntnis des Bösen führte ihn zu einer heute vielleicht schon wieder aufgegebenen Vorstellung: die Ungerechtigkeit liegt in der Struktur der Welt, sie ist das Werk der Götter, das Werk Gottes, und nur der Mensch kann diesem Absoluten entgegen Gerechtigkeit verwirklichen. Nicht die Welt hat einen Sinn, aber etwas in ihr ringt um einen Sinn: der Mensch. Marxisten und Christen schienen ihm gleichermaßen gegen den Menschen Partei zu ergreifen für das Absolute, heiße dies nun geschichtliche Notwendigkeit oder der höchste Gott. Hat die Kirche nicht mehr als einmal in der Geschichte Tyrannei ausgeübt? Tut sie es nicht noch in Spanien?

Gewiß — doch, so fährt L. Roynet in seinem Bericht über Camus' Vortrag im Kloster Latour-Maubourg fort, so recht wir alle Camus hier geben müssen, es schmerzt uns zugleich das immer noch nicht überwundene Vorurteil, der christliche Glaube negiere das Menschliche, gebe die Erde preis und verhülle ihre Schönheit. Allerdings, wichtiger noch wäre, daß wir ein besseres Zeugnis für Gott ablegen könnten, als es mit jenen in seinem Namen begangenen Verbrechen furchtbarerweise geschehen ist.

Doch nun kommt Camus zu jenem Punkt, der der Frage Tarrous in der „Pest" nach der Heiligkeit ohne Gott entspricht, zu der Frage: „Wir müssen unsre Haltung gegenüber dieser Sachlage regeln. Sie auf uns nehmen ohne Trost und ohne Gewißheit. Aber wie den Widerstand gegen den Terror rechtfertigen? Wenn nichts einen Sinn hat, dann ist alles erlaubt. Man kann die Aussätzigen pflegen oder foltern. Recht hat der, der Erfolg hat". Wir aber, so fährt Camus fort, „haben uns gesagt, daß wir, indem wir diese Ordnung nicht anerkannten, bewiesen, daß es etwas gäbe, was mehr wert ist. Das Wesentliche ist diese Verbundenheit der Menschen, die nicht durch Abstraktion und Terror getrennt werden dürfen. Gerechtigkeit, denn sonst herrscht Schweigen. Freiheit, denn sonst herrscht Schweigen. Aufrichtigkeit, denn sonst herrscht Schweigen. Diese drei Werte entdeckte ich. So weit bin ich für meine Person".

Findet Camus hier die Liebe im christlichen Sinne wieder? Roynet verneint es. Denn diese Verbundenheit der Menschen gründet bei Camus ja nicht in Gott, sondern richtet sich gegen ihn oder gegen das Absolute. Gegen die Abstraktionen und den Terror, wie er hier sagt; aber gemeint sind die „Ideologien": die katholische ebenso wie die marxistische und die Rassenlehre, denn er führt als Beispiele drei Ungerechtigkeiten an: Franco, die Verschleppungen, die Negerfrage.

Zum Schluß des Vortrags forderte Camus die Christen, vor denen er sprach, und die Kirche als Ganzes auf, doch nicht durch ihr Schweigen die Verschwörung des Schweigens zu verstärken, mit der die Welt jene drei großen Ungerechtigkeiten zuläßt. Den Vorwurf des Schweigens hat er auch im Dezember 1948 wieder in seiner Antwort an Gabriel Marcel „In Spanien hat es angefangen" erhoben: „Sie möchten von einem Terrorsystem schweigen, um ein andres besser bekämpfen zu können. Wir, eine kleine Schar, sind gesonnen, über nichts zu schweigen". Denn in Spanien hat der Terror angefangen, und die Kirche hat dort eine schnöde Rolle gespielt. Haben doch „spanische Bischöfe die Waffen von Hinrichtungskommandos gesegnet". „In diesen unglaublichen Skandal wäre die ganze katholische Kirche verwickelt worden, wenn nicht vom ersten Tage an zwei große Christen ihre Stimme erhoben hätten, von denen der eine, Georges Bernanos, heute tot ist, der andre, José Bergamin, immer noch im Exil leben muß. Bernanos ... wußte, daß der Satz, mit dem meine Szene schließt: Christen Spaniens, ihr seid verraten und verkauft!, ihrem Glauben nicht zu nahe tritt". Schweigen bedeutet aber bei Camus nicht nur Verschweigen, sondern es ist das Trennende, das Gegenteil vom Sich-öffnen; es ist das, was die Verbundenheit der Menschen unmöglich macht, die für Camus den höchsten Wert und die Grundlage alles Sittlichen darstellt.

Das Gute im Menschen

Camus glaubt ja daran, daß der Mensch gegen die Ungerechtigkeit aufstehen kann, daß er Gerechtigkeit will, daß er nicht „ein Abgrund des Bösen" ist, wie es seiner Meinung nach christliche Lehre ist. Camus sagt auch in der „Pest", daß das Böse fast immer aus der Unwissenheit stamme und die Menschen im Grunde eher gut als böse seien. „Kann man nicht Optimist in Hinsicht auf den Wert des Menschen sein und Pessimist im Hinblick auf seine Bestimmung?"

Diese Formel kann der Christ, wie L. Roynet erklärt, nicht annehmen. Nicht einmal der Marxist löst ja den Menschen so aus der Welt und von seiner Natur. Bei Camus bleibt der Mensch fremd in der Welt, getrennt vom kosmischen Leben, in dem er die Grundungerechtigkeit des Ganzen sieht. Für den Christen dagegen drängt durch seine verantwortliche Seele, durch die Menschheit als Ganzes hindurch das Universum selber zur Freiheit und antwortet auf einen Anruf des Unvergänglichen.

Ja, aber das ist in der Tat ein Wissen, daß in der gegenwärtigen Welt zahllose Menschen nicht durch die Erfahrungen lernen können, wenn es ihnen kein Glaube schon im voraus erschließt. Camus ist unterwegs. Er hat in der „Pest" schon, wie Carlo Bo sagt, einen großen Schritt weiter gemacht: er hat die Zeit, die Kontinuität der Geschehnisse, entdeckt und dadurch ein viel stärker menschliches Element in seine Welt eingeführt, als es die statisch-fragmentarische Welt des Absurden enthalten konnte. Doch nun, da Camus uns sagt, die „Pest" müsse bekämpft werden, können wir nicht anders als ihn fragen, in wessen Namen man kämpfen müsse und was es in uns sei, das wert ist, gerettet zu werden?

Manchmal braucht Camus in der „Pest" Wendungen, die aus der Welt des Glaubens stammen und ohne die er offenbar zur Erfassung seiner Wirklichkeit nicht auskommt. Das bedeutet natürlich in keiner Weise, daß er damit wirklich dem Leben des Glaubens nahe ist, wenn er den Abend als Zeit der Gewissenserforschung und Selbstprüfung erlebt, wenn er vom Wissen um die Unfruchtbarkeit der Verdammnis, um die Bedeutung der irdischen Liebe für den,

dem der Glaube an Gott fehlt, redet, oder selbst auch nur da, wo es sich um das Wissen handelt, daß Leid nur dann Kraft gibt, wenn es den Menschen gelingt, „im Erdreich ihres Schmerzes Wurzel zu fassen". Dennoch ist hier eine Nähe der Gestimmtheit, auf die wir horchen.

Was bedeutet Camus für uns?

Aber worin besteht nun eigentlich die Bedeutung eines Buches wie „Die Pest", das auf die wichtigsten Fragen keine Antwort hat, für den gläubigen Christen? Sie besteht — abgesehen selbstverständlich von seiner künstlerischen und geistigen Kraft, die für alle gilt — in jener tiefen Aufrichtigkeit, die „nicht mogelt", und zwar nicht mogelt angesichts einer von der furchtbaren Heimsuchung der Pest entstellten Welt, die unerträglich scheint, wenn man sich hinter keine Illusion versteckt. Ehrlichkeit erscheint Rieux-Camus als „die einzige Art, gegen die Pest zu kämpfen", Ehrlichkeit nämlich in der Anerkennnung ihres Wesens. Und die Pest ist ja nur „eine Art der Gefangenschaft, durch die eine andere dargestellt wird", wie Camus Daniel Defoe als Motto vor seinem Buch zitiert. Sie ist unsere Existenz in der Knechtschaft anonymer Mächte, der Bürokratie, der Abstraktion, des Terrors. Sehr merkwürdig ist, wie auf jenen Ausspruch Rieux' über die Ehrlichkeit sein Gesprächspartner Rambert „mit unvermittelt ernstem Gesicht" antwortet: „Was ist Ehrlichkeit?", wie Pilatus fragte: „Was ist Wahrheit?", und beidemale geht es um das Fundament der menschlichen Existenz.

Camus hatte in seiner ersten Schrift, den „Noces", gesagt, das erste sei leben, das zweite aber Zeugnis geben. Zeugnis geben und nicht poetisch phantasieren — dabei ist er geblieben. Darum kann er die „Pest" eine Chronik nennen: sie ist wirklich unsre Welt, von einem unerbittlichen Scheinwerfer beleuchtet, und keines der uns bewegenden Probleme scheint ausgelassen, alle jedoch in einer Art Naturstand, ohne die vorgegebene Lösung, die der Christ im Glauben besitzt oder ahnt und die ihn zuweilen das Wirkliche und die Lebensfragen in ihrer nackten Ausweglosigkeit weniger scharf ins Auge fassen läßt, als er sie hier durch die Aufrichtigkeit Camus' findet.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Nach dem Dekret gegen den Kommunismus

Ergebnis seiner Diskussion in der Weltöffentlichkeit

Keine Sensation?

Der Widerhall, den das Dekret des Hl. Offiziums gegen den Kommunismus in der Weltpresse gefunden hat, habe, so berichtet der römische Sonderkorrespondent der französischen Zeitung „Le Monde" in Rom, J. d'Hospital, in kirchlichen Kreisen in Rom Verwunderung erregt; ja mehr als das, die lebhafte Gemütsbewegung der ersten Zeit nach seiner Veröffentlichung sei durch die Reaktionen des Auslandes sehr abgeschwächt worden, von denen viele als ungerechtfertigt und geeignet angesehen würden, den Geist der ausgesprochenen Verurteilung zu fälschen. Man sei betroffen und beklage den Widerhall im politischen Bereich, da das Dekret doch nur — wie immer wieder sorgfältig betont werde — eine normale Äußerung der kirchlichen Autorität über das geltende kanonische Recht sei.

Die meisten katholischen Presseäußerungen betonen ebenfalls, wie schon der Osservatore Romano in dem ersten Kommentar am 17. Juli, daß es sich einmal bei dem Dekret um eine Maßnahme rein religiösen Charakters handelt, sodann, daß es inhaltlich nichts Neues enthält, sondern nur eine Einschärfung schon bestehender Normen ist.

Der Osservatore Romano hebt den ersten Gesichtspunkt besonders scharf hervor, wenn er sagt, das Dekret spreche „nicht von Parteien, von Politik, vom kommunistischen Wirtschaftssystem, sondern vom Kommunismus, von Ideen, von der Lehre, der Dialektik, der Philosophie, von dem sittlichen Verhalten"; ein nach Rom entsandter Sonderberichterstatter der belgischen Zeitung „Lanterne" weist darauf hin, daß dies gerade das Dekret so weitreichend mache; seine Verurteilung „umfaßt alle politischen Gebilde, wie immer sie auch heißen mögen, deren Grundlage die kommunistische Doktrin ist".

Den zweiten Gesichtspunkt macht besonders einprägsam P. Oswald von Nell-Breuning SJ in einem durch eine etwas überbetonte Nüchternheit und ein starkes „understatement" charakterisierten Artikel in der „Neuen Zeitung" vom 25. Juli klar. Bemerkenswert sei an dem Dekret, so sagt er, weder sein Inhalt noch seine Form, die nur dem im Geschäftsgang der römischen Behörden üblichen folge. „Bemerkenswert ist darum nur das ‚Daß' und das ‚Wann'". Nun hat jedoch gerade die Tatsache, daß ein so entschiedener Schritt in diesem Zeitpunkt erfolgt ist, den Erlaß zu einem so aufsehenerregenden Ereignis gemacht und ihm publizistisch in etwa den Charakter einer „Sensation" gegeben. Wenn auch die Weltpresse vielleicht in der sensationellen Aufmachung und Auswertung des Ereignisses zu weit gegangen ist und dadurch dem Verständnis seines religiösen Charakters geschadet hat, so hat sie damit doch in ihrer Weise seine Bedeutung anerkannt.

Im übrigen weist ein Aufsatz des Berichterstatters des NCWC News Service, J. J. Sullivan, darauf hin, daß nach Ansicht der römischen Kirchenrechtler das Dekret auch der Form nach etwas Ungewöhnliches enthalte. Es gebe nämlich auf die erste Frage nicht nur eine allgemeine und allgemeingültige Regelung, sondern auch Erklärungen und Gründe, nämlich daß der Kommunismus materialistisch und antichristlich sei und daß seine Führer sich in Lehre und Praxis als Feinde Gottes, der wahren Religion und der Kirche Christi zeigten. Dies sei in der juridischen Praxis sonst nicht üblich; die Erklärung müsse also als eine „theologisch-pastorale" und nicht als im strikten

Sinne juridische Weisung angesehen werden. Diese Tatsache dürfte wohl noch in besonderer Weise dazu dienen, den religiösen Charakter des Dekrets zu unterstreichen.

Das „Daß" und das „Wann"

Die Äußerungen der kirchlichen Kreise und der wichtigsten katholischen Zeitungen über den Charakter des Dekrets haben also keineswegs — wie einige Stimmen der Linkspresse sogleich triumphierend feststellen zu müssen glaubten — die Absicht, die Bedeutung des Ereignisses abzuschwächen, sondern entsprangen der Sorge vor einer möglichen Verfälschung seines religiösen Sinnes. Denn es scheint, daß man sich in Rom über die einschneidenden Folgen seiner Veröffentlichung und die Tragweite seiner Wirkungen durchaus klar gewesen ist und daß es von langer Hand vorbereitet und überlegt worden war.

Der Osservatore Romano sprach schon in seinem erwähnten ersten Kommentar vom 17. Juli aus, daß das Dekret gewissermaßen die Zusammenfassung und Krönung einer ganzen Reihe vorausgegangener Warnungen und Maßnahmen gegen die kommunistische Gefahr von seiten der Kurie und des Episkopats verschiedener Länder sei, und führt sie im einzelnen auf. Während dieser ganzen Zeit, so berichtet der NCWC News Service aus Rom, seien beim Heiligen Stuhl Anfragen einzelner Bischöfe und Seelsorger über die Verhaltens- und Verfahrensweise gegenüber den Kommunisten eingegangen. Der erwähnte Korrespondent des „Monde" sagt dazu noch genauer: „Das Geheimnis, das die Beratungen des Hl. Offiziums umgibt, ist nicht derartig, daß man nicht aussprechen könnte, daß das furchtbare Dekret Gegenstand eines sich schon über mehr als ein Jahr erstreckenden Gedankenaustauschs gewesen ist"; und die im allgemeinen ausgezeichnet informierte Schweizer Zeitschrift „Orientierung" glaubt versichern zu dürfen, „daß das Dekret schon vor den Angriffen auf Erzbischof Beran fertiggestellt war".

Man wußte im Vatikan zweifellos, so schreibt die „Orientierung" weiter, wieviele Gründe sich gegen ein solches Dekret in der konkreten Situation ins Feld führen lassen: „man wußte, welchen Verfolgungen, ja welchem Kampf auf Leben und Tod man dadurch die Katholiken und vor allem die Priester in den unter kommunistischer Vorherrschaft stehenden Ländern aussetzen werde; man wußte, welche Schwierigkeiten daraus, abgesehen von Verfolgung, bei Eheschließungen und Taufen erwachsen könnten — und dabei handelt es sich in diesen Ländern um mehr Katholiken, als ganz Italien zählt! —, man wußte, daß ein solches Dekret zum Bumerang werden kann, der auf das eigene Haupt zurückfällt, wenn ein Massenabfall die Folge ist; man wußte, daß man dadurch dem Argument der kommunistischen Propaganda, der Vatikan sei ein Lakai des Westens, der kapitalistischen und bourgeoisen Mächte, wirksamen Auftrieb und wenigstens den Schein des Rechtes gebe ...; man wußte, daß in den Ländern des Westens ein solches Dekret bei sozial rückständigen Katholiken nur zu leicht als ‚Wandschirm' für ihr selbstsüchtiges Denken und Handeln und als Ruhekissen für ihr vom Kommunistenschreck eben erst aufgerütteltes Gewissen benützt wird ...; man wußte, daß ein Vergleich mit dem Verhalten des Vatikans gegenüber Faschismus und Nationalsozialismus — nie wurde damals ein solches Dekret erlassen, und wieviele verlangten danach! — die katholische Kirche als parteiisch, als faschistenfreundlich oder doch wenigstens weniger feindlich erscheinen lassen werde ... und trotzdem — man erließ das Dekret".

Alle diese Gründe gegen die Veröffentlichung des Dekrets sind zweifellos sehr schwerwiegend — man muß also im Vatikan die Unmittelbarkeit und das Gewicht der Gefahren und der Bedrohung, die eine entscheidende Klärung notwendig machten, als noch größer und ernster beurteilt haben. Der Osservatore nennt diese Gefahr offen beim Namen: „Man hat versucht, eine politische Zweideutigkeit zu schaffen", es lag die Gefahr einer Verwirrung der Gewissen, einer Verdunkelung der Wahrheitsfrage vor, und „eine Verdunkelung der Wahrheit in den Herzen ihrer Gläubigen und vor den Augen der Welt ist — katholisch gesehen — schlimmer als der Tod einzelner und sogar als der Untergang von Kirchenprovinzen" (Orientierung). In den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang ist die Schaffung einer solchen Verwirrung und einer Aufspaltung des Kirchenvolkes die bewußte Taktik Moskaus, wie sie sich in Punkt 2 und 6 der Richtlinien der Tschechoslowakischen Nationalen Front für den Kampf gegen die katholische Kirche ganz deutlich ausspricht: „Auf eine Teilung des hohen und niederen Klerus bedacht sein, einen Keil zwischen den Episkopat und die Geistlichkeit, zwischen den Klerus und die Laien treiben" und „die religiöse Spaltung ins Volk tragen". Die Methoden dazu sind — wie der Kirchenkampf in der Tschechoslowakei zeigt — immer mehr entwickelt worden. In den westlichen Ländern ist es das — von den Kommunisten mit ihrer Taktik der „ausgestreckten Hand" geschickt ausgenutzte — Leiden gerade der Besten und Wachsten an der Ungerechtigkeit des bestehenden Systems und der dringende Wunsch, „die Arbeiter nicht zu verraten" und „an der Seite der Schwachen und Unterdrückten zu stehen", was nur zu leicht zu einer Verdunkelung der Wahrheitsfrage und zu einem Übersehen des allumfassenden Charakters der kommunistischen Doktrin verleitet.

Das Dekret selber weist mit seiner — nach der zitierten Meinung römischer Kirchenrechtler ungewöhnlichen — Begründung des Verbotes der Zugehörigkeit oder Förderung kommunistischer Parteien darauf hin, daß die Kurie durch die Tarnung der Kommunisten besonders beunruhigt ist: „Die kommunistischen Führer, auch wenn sie zuweilen mit Worten behaupten, sie bekämpften die Religion nicht, zeigen sich in Wirklichkeit, sei es durch ihre Lehre, sei es durch ihre Handlungsweise, als Feinde Gottes, der wahren Religion und der Kirche Christi".

Der römische Berichterstatter des „Monde" faßt die drei grundlegenden Gesichtspunkte, die für den Erlaß des Dekrets nach Meinung römischer Kreise maßgebend gewesen sind, folgendermaßen zusammen:

„1. Außerhalb Italiens kann die Kirche nicht länger ohne Intervention die Verwirrung mitansehen, die im Gewissen von 47 Millionen polnischer, bulgarischer, ungarischer, rumänischer, tschechoslowakischer, jugoslawischer Katholiken entstanden ist, die aller Verbindung mit Rom beraubt und zwischen ihrem Glauben und einer verderblichen Propaganda hin- und hergerissen sind. Es hat Nachgiebigkeit, Abfall gegeben; es hat vor allem Irrtümer gegeben. Der Papst allein ist dazu da, auf dem Gebiete des Dogmas zu entscheiden. Er sammelt nun seine verstreuten oder verirrten Schäflein.

2. Im inneritalienischen Bereich bemühten sich die italienischen Kommunisten schon seit langem und nicht ohne einen gewissen Erfolg, die Sympathien der praktizierenden Katholiken der Arbeiterwelt zu gewinnen. Sie tarnten

dazu ihre Ziele. Das Dekret enthüllt sie als atheistische Materialisten. Die Wächter und Verteidiger des Glaubens hatten das Recht dazu. Sie sind zu der Überzeugung gekommen, daß es ihre Pflicht sei.

3. Innerhalb der Kirche selber belegt das Hl. Offizium einige neuerlich entstandene Abweichungen mit Sanktionen. Die mit den Kommunisten zusammenwirkenden christlichen Bewegungen in Europa werden voll von der Verurteilung getroffen, wie es schon früher bei der ‚Action Française' der Fall war. Diejenigen, die, das Evangelium in der Hand und sich als orthodox bekennend, Diener der Kirche sein wollten und gleichzeitig von ihr verworfene Soziallehren predigten, müssen jetzt zwischen der katholischen Lehre und der kommunistischen Lehre wählen. Es gibt keinen Mittelweg mehr".

Damit ist das „Daß" des Dekretes, seine Opportunität, hinreichend und eindeutig begründet. Über das „Wann", die Wahl dieses Zeitpunktes, gibt der Osservatore Romano eine ebenso eindeutige Erklärung: „Das Dekret ist eine Folge der Versuche, die hinter dem Eisernen Vorhang unternommen werden, eine neue Kirche zu gründen". Es sind also die Vorgänge in der Tschechoslowakei, die den Zeitpunkt der Veröffentlichung bestimmt haben. Fraglos hat ja dort die Taktik des kommunistischen Kirchenkampfes, eine Spaltung in das Kirchenvolk zu tragen, mit der Gründung der sogenannten „Katholischen Aktion" besonders deutliche Methoden entwickelt, wahrscheinlich weil man dort in einem nie ganz erloschenen nationalen Ressentiment gegen Rom einen günstigen Boden für den Gedanken einer „National"-kirche vermutete. Die kommunisierenden christlichen Gruppen des Westens, die bei dem „Daß" eine, wenn auch vermutlich nicht ausschlaggebende Rolle gespielt haben, haben offensichtlich bei der Wahl des Zeitpunktes weniger bestimmend gewirkt.

Der Kreis der Betroffenen

Als „bemerkenswert" wird allgemein in den Pressekommentaren, auch von P. Nell-Breuning, die ausdrückliche Erwähnung der Einschränkung „scienter et libere" in der Fassung der 3. Frage bezeichnet, obwohl der Grundsatz, daß nur der ein Delikt begeht, der „wissend, was er tut, und in ungezwungener freier Selbstbestimmung" handelt, doch zu den allgemeinen Grundsätzen des kanonischen Rechts gehört. Hier soll also offenbar besondere Aufmerksamkeit auf die Ausnahmen von den Bestimmungen gelenkt werden. An sich gelten diese Ausnahmen für zwei Gruppen, die Unwissenden und die unter Zwang Stehenden. „Wer sich betrügen ließ durch die Lüge, der Kommunismus sei nicht atheistisch und nicht antichristlich, handelte nicht wissend, was er tat" (Nell-Breuning). Nach dem Erlaß, der Verkündigung und der ausgiebigen öffentlichen Erörterung des Dekrets wird es freilich mindestens in den westlichen Ländern kaum noch jemand geben, der diese Unwissenheit für sich in Anspruch nehmen kann. Diese Klärung ist ja mit der Sinn des Dekrets. Aber um so bedeutsamer ist und wird die Gruppe derer bleiben, die nicht in ungezwungener freier Selbstbestimmung handeln, also nur unter Druck und Zwang. Zu ihnen gehören zweifellos die meisten, wenn nicht alle Menschen hinter dem Eisernen Vorhang, vor allem aber, wie es sich der römische Korrespondent der „Times" von einem hohen vatikanischen Gewährsmann erläutern ließ, „die vielen Gläubigen . . ., die Staats- oder Gemeindeangestellte sind oder die in staatskontrollierten Betrieben arbeiten". Sie alle werden also, da sie nicht freiwillige Mitglieder sind, nicht von den kirchlichen Strafen betroffen.

Maßgebende vatikanische Gewährsmänner des NCWC News Service unterscheiden drei Personenkreise, die das Dekret angeht:

„Der erste umfaßt im allgemeinen diejenigen Personen hinter dem Eisernen Vorhang, die zur Mitgliedschaft (in einer kommunistischen Partei) gezwungen worden sind; sie gehören zweifellos nicht zu denen, die den Kommunismus ‚mit Wissen und Willen' angenommen haben. Selbst wenn sie weiter zur Mitgliedschaft gezwungen bleiben, sind sie von dem Dekret nicht betroffen und können zu den Sakramenten zugelassen werden.

Der zweite schließt alle diejenigen ein, die aus wirtschaftlichen Gründen Mitglieder geworden sind. Man findet im allgemeinen, daß solche Personen in Italien und anderswo in der westlichen Welt unter dem Druck der Verhältnisse zu einer Unterscheidung zwischen dem Glauben und dem Akt des Anschlusses an die Kommunisten aus rein praktischen Gründen gekommen sind. Die Exkommunikation kommt für diese Personen nicht in Frage, aber sie müssen unterwiesen werden; es muß ihnen gezeigt werden, wie sie durch ihre Unterstützung dem antichristlichen Materialismus helfen, und man muß ihnen sagen, daß sie sich vom Kommunismus trennen müssen. Wenn sie hartnäckig bleiben, können sie von den Sakramenten ausgeschlossen werden.

Die dritte Kategorie, die aus denen, die den Lehren des Kommunismus tatsächlich anhängen und besonders aus seinen Führern besteht, die seine Lehren verteidigen und verbreiten, ist die derjenigen, die von dem Exkommunikationsdekret eigentlich betroffen sind".

Die belgischen und französischen Zeitungen beschäftigen sich naturgemäß lebhaft mit der Frage, wie jene — vorwiegend intellektuellen — katholischen Kreise betroffen sind, die eine starke Neigung zum Kommunismus bis zur tatsächlichen Zusammenarbeit mit ihm gezeigt haben. „Man muß hoffen," so sagt die Libre Belgique, „daß das Dekret den katholischen Intellektuellen die Augen öffnet, die die Arbeitermassen zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten haben hinüberziehen wollen . . . Sie sind heute vor die Entscheidung gestellt. Das Dilemma, in dem sich ihr Gewissen befindet, läßt ihnen jetzt keinen Ausweg mehr. Es gibt keinen Mittelweg mehr zwischen Unterwerfung und Exkommunikation". Gleichzeitig warnt aber André Fontaine im „Monde" davor, die relativ sehr geringe Zahl der zum Kommunismus neigenden oder ihm angehörenden Katholiken mit jenen vorwärts drängenden Kräften zu verwechseln oder zusammenzuwerfen, die man in Frankreich als „Linkskatholiken" zu bezeichnen pflegt. „Es gibt (im französischen Katholizismus) Tendenzen, die das Schiff (der Kirche) auf der Stelle fest verankern wollen, es gibt solche, die es vorwärtstreiben wollen. Es gibt keine, die es an die gefährlichen Gestade des Kommunismus führen wollen. Viele aber bemühen sich, diese von einer riesigen Menge, die selbst Trägerin einer großen menschlichen Hoffnung ist, bevölkerten Gestade von so nahe wie möglich zu erforschen. Man kann diese Menge nicht mehr übersehen. Und deshalb gibt es so viele Christen, die man als „linksstehend" klassifiziert, wobei man riskiert, eine Berufung, die in Wirklichkeit sehr viel umfassender ist, politisch abzustempeln". Er zählt ausführlich auf, wen er damit meint (die meisten der angeführten Namen sind den Lesern der

Herder-Korrespondenz vertraut): E. Mounier, den Herausgeber des „Esprit", die Gemeinschaft der „Jeunesse de l'Eglise", die „Mission de France" und die „Mission de Paris", die Kreise um „Economie et Humanisme", das „Mouvement populaire des Familles" und endlich auch die JOC und die christlichen Gewerkschaften (CFTC). Ja, er hält auch weiter eine bestimmte Zusammenarbeit etwa der christlichen Gewerkschaften oder des MRP mit den Kommunisten, soweit sie auf bestimmte konkrete Ziele beschränkt ist, für möglich. „Ist das nicht genau das, was der verstorbene Erzbischof von Paris als vollkommen legitim zugelassen hat?". (Weitere französische Stimmen siehe in dem Bericht über die „Semaine Sociale" in diesem Heft S. 571 f und über die Stellung der Fortschrittlichen Christen in diesem Heft S. 566 ff.)

Kirchenrechtliche Klärungen

„Die Kanonisten ahnen ja nicht, wie wenig ihre Wissenschaft in der Welt bekannt ist", schreibt die „Orientierung" zu der Feststellung einiger Gelehrter, daß das Dekret nichts Neues enthalte und deshalb keine Sensation bedeute. Die Diskussion zeigte denn auch eine weitverbreitete Unkenntnis und Unklarheit über die Begriffe und Vorschriften des kanonischen Rechtes nicht nur in der nichtkatholischen, sondern auch in einem Teil der katholischen Stellungnahmen, so daß mancherlei fachliche Klärungen notwendig waren, von denen einige auch hier festgehalten zu werden verdienen.

Zunächst einmal wurde ziemlich allgemein nicht beachtet, daß das Dekret nicht die Exkommunikation über die Bekenner, Verteidiger und Propagandisten der kommunistischen Lehre verhängte, sondern einfach feststellte, daß sie sich diese nach den Normen des kanonischen Rechtes (über Apostasie, Häresie und Schisma) automatisch (ipso facto) zuziehen. Es handelt sich um eine Strafe latae sententiae, die mit der Begehung des Delikts von selber eintritt, ohne daß sie von einem Richter oder Vorgesetzten verhängt zu werden braucht.

Die Exkommunikation ist eine „Zensur", d. h. keine Vergeltungsstrafe, sondern eine Besserungs- und Beugestrafe. Das heißt, sie gilt nicht für eine bestimmte, festzusetzende Zeit oder gar auf Lebenszeit, sondern der Betroffene hat in dem Augenblick, in dem er sich bessert oder „beugt", einen zwingenden Rechtsanspruch auf ihre Aufhebung (wenn er auch bei der Absolution mit einer Buße belegt werden kann).

Die Exkommunikation bedeutet den Ausschluß aus der Gemeinschaft der Gläubigen, der Exkommunizierte verliert das Recht auf Teilnahme am Gottesdienst (doch kann bei der vorliegenden Art der Exkommunikation seine passive Teilnahme zugelassen werden), ist vom Empfang der Sakramente ebenso wie von den Sakramentalien (Aussegnung, Brautsegen usw.) und vom kirchlichen Begräbnis ausgeschlossen, hat keinen Anteil an den Ablässen, Fürbitten und öffentlichen Gebeten der Kirche (doch ist das private Gebet für ihn zulässig, auch können privatim hl. Messen für ihn appliziert werden, soweit dadurch kein Ärgernis gegeben wird), kann nicht Verwalter kirchlichen Gutes und nicht Pate bei Taufe und Firmung sein und hat kein kirchliches Wahlrecht. Keineswegs aber bedeutet die Exkommunikation den Ausschluß aus der Kirche selbst — wie es ja auch unmöglich ist, aus der Kirche auszutreten. Deshalb bleibt der Exkommunizierte auch den kirchlichen Obern untergeordnet und an die Kirchengesetze gebunden.

In dem vorliegenden Falle der Exkommunikation ist der persönliche Verkehr des Exkommunizierten mit den Gläubigen zugelassen (er ist excommunicatus toleratus). Dieser Punkt könnte von Wichtigkeit sein für die Frage, wie weit etwa im gewerkschaftlichen Leben eine gewisse Zusammenarbeit mit den Kommunisten in Bezug auf genau begrenzte Ziele der Verbesserung der Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen zulässig ist. Vor dieser Frage steht z. B. der französische christliche Gewerkschaftsbund (CFTC) hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der absolut kommunistisch orientierten CGT (vgl. die Meldung „Die französische Gewerkschaft und der Kommunismus" in diesem Heft S. 541 f). Der Vorsitzende der CFTC hat denn auch nach Erlaß des Dekrets erneut erklärt: „Es kann vorkommen, daß unsere Ziele in Bezug auf begrenzte und bestimmte Punkte mit denen anderer Organisationen übereinstimmen, deren Philosophie ganz anders ist als die unsere. Trotzdem bleibt bestehen, daß wir in allen Fällen im Rahmen unserer Grundsätze und allein im Rahmen dieser Grundsätze bleiben". Vielleicht sind derartige Erwägungen auch der Hintergrund der in diesem Heft (S. 566 f) abgedruckten Stellungnahme der französischen Fortschrittlichen Christen. Die Absolution von der Exkommunikation wegen Apostasie, Häresie und Schisma ist, worauf auch das Dekret hinweist, dem Hl. Stuhl (Pönitentiarie) in besonderer Weise vorbehalten (man unterscheidet drei Arten der dem Hl. Stuhle vorbehaltenen Zensuren: einfach, in besonderer Weise und in ganz besonderer Weise vorbehaltene). Sie kann also nur von der Pönitentiarie oder allen, die von ihr die Absolutionsvollmacht erhalten haben, ausgesprochen werden.

Die deutschen Bischöfe können (nach Retzbach, Das Recht der katholischen Kirche, 3. Aufl. Freiburg 1947, S. 517 f) nach der ihnen von der Pönitentiarie zugestandenen Vollmacht alle approbierten Beichtväter delegieren, von der durch Apostasie, Häresie und Schisma zugezogenen Zensur sowohl für das forum externum wie für das forum internum zu absolvieren, und haben wohl im allgemeinen diese Delegation erteilt.

Es werden sich zweifellos gerade auf der Ebene der pfarrlichen Seelsorge bei der Auslegung und der Anwendung der durch das Dekret eingeschärften Bestimmungen noch zahlreiche konkrete Fragen und Schwierigkeiten ergeben, die in den verschiedenen Ländern und in Deutschland in der Ostzone und den Westzonen ganz verschieden gelagert sind und vielfach eine individuelle Behandlung erforderlich machen werden. Die Bischöfe werden dazu Stellung nehmen. Der deutsche und der französische Episkopat haben schon angekündigt, daß sie nach gemeinsamen Beratungen und in Übereinstimmung miteinander solche Weisungen und Auslegungen vornehmen werden. Bis zum Abschluß dieses Berichts lagen noch keine solchen konkreten Weisungen vor. Nur der österreichische Episkopat hat über die „Kathpress" schon einige Maßnahmen, die er beabsichtigt, angekündigt. Er wird in Auslegung des 2. Punktes des Dekrets eine Liste jener Presseerzeugnisse veröffentlichen, die als kommunistisch oder kryptokommunistisch anzusehen sind; er erwägt, ob auch eine Zeitung, aus deren Gewinn ein bestimmter Anteil der Kommunistischen Partei Österreichs zur Verfügung gestellt wird, unter das Verbot fällt. Er weist darauf hin, daß sinngemäß das Verbot auch auf kommunistische Darbietungen in Film und Rundfunk auszudehnen sei, wenngleich darüber noch bestimmte Weisungen ausstünden. Und er kündigt an, daß in Fällen, wo

kommunistische Funktionäre weiterhin als „Katholiken" das Wort ergreifen, die Fortführung solcher Täuschungsversuche mit der Veröffentlichung der namentlichen Exkommunikation erwidert werden soll. Zu der Auslegung des Begriffes der Freiwilligkeit bemerkten die Bischöfe, daß im allgemeinen in Österreich der Fall der Verneinung der Freiwilligkeit nicht gegeben sein dürfte, „außer z. B. dort, wo Unternehmen unter kommunistischer Leitung ihre Angestellten zum Beitritt zu kommunistischen Organisationen zwingen und diese, beziehungsweise ihre Familien, im Weigerungsfalle in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht wären".

„Politisch oder religiös" — die Meinung der nichtkatholischen Öffentlichkeit

Für die Prüfung der Stellungnahme der nichtkatholischen Weltöffentlichkeit dürfte der Gesichtspunkt entscheidend sein, wieweit sie für den religiös-weltanschaulichen Charakter des Dekrets Verständnis zeigt oder wieweit sie dem Mißverständnis einer politischen Deutung zum Opfer gefallen ist und damit zu jener Fälschung seines Sinnes beigetragen hat, die man in Rom nach dem ersten Widerhall befürchten zu müssen glaubte.

Es ist selbstverständlich, daß die kommunistische und zu einem Teil auch die sozialistische Presse die Veröffentlichung des Dekrets als einen politischen Akt im Dienste des Kapitalismus, als einen Aufruf zu einem Kreuzzug gegen die Volksrepubliken, als Unterdrückung und Knebelung der Gewissen bezeichnete. Diese Polemik und Argumentation brachte wenig Originelles zu Tage; es braucht deshalb nicht näher auf sie eingegangen zu werden.

(Als Kuriosum sei lediglich angemerkt, daß in dem in diesem Heft an anderer Stelle (S. 533 ff) behandelten Flugblatt der Fortschrittlichen Christen Westdeutschlands, das Herr Gerst verfaßt hat, versichert wird, die Fortschrittlichen Christen verkündeten keine ketzerische Lehre und seien deshalb von dem Gesetz aus dem Jahre 1399 nicht betroffen. Wir haben vergeblich herauszufinden versucht, was mit dem Gesetz aus dem Jahre 1399 — während des Pontifikats Bonifaz IX. also — gemeint sein könnte, und aus welchen kirchenrechtlichen und kirchengeschichtlichen Quellen die über dies „Gesetz aus der Zeit der Ketzerverbrennungen" angestellten Erwägungen wohl hervorgegangen sein könnten. Aber die einfache Lösung ist, daß Herr Gerst die Zitierung des in Punkt 2 der Antwort des Dekrets erwähnten Canons 1399 des CIC nicht verstanden und eine Jahreszahl daraus gemacht hat — was wohl auch das Niveau der Auseinandersetzung in etwa charakterisiert.)

Erwähnenswert ist aber vielleicht eine Überlegung des belgischen sozialistischen Blattes „Peuple", die eine relative Wirkungslosigkeit des Dekrets voraussagt, weil die Religion im praktischen Leben der Masse des Volkes schon lange keine Rolle mehr spiele und religiöse Mahnungen auf seine tatsächliche Lebensführung und Lebenshaltung keinen Einfluß mehr ausüben. „Nach einem berühmten Wort", so heißt es dort, „ist die Religion in der modernen Gesellschaft ein Schatten, der uns folgt, aber uns nicht führt. In der Praxis unterscheidet sich das Leben des durchschnittlichen Katholiken nicht wesentlich von dem anderer Bürger. Die Tatsache, daß er und seine Familienmitglieder regelmäßig zur Kirche gehen, daß sie wenigstens einmal im Jahr beichten und kommunizieren, ist nicht von so großer Wichtigkeit. Den Unternehmer bewegt sein Glaube nicht dazu, seinen Arbeitern auch nur einen Franken Tageslohn mehr zu geben, und die paar hundert Franken Almosen, die er vielleicht der Caritas gibt, sind nur ein paar Strohhalme, verglichen mit dem, was das Volk an Betten dringend braucht ... Die Exkommunikation erscheint uns also als ein Anachronismus, als eine Waffe, die ebenso veraltet ist, wie ein Schwert neben einem Maschinengewehr". Was immer man von der Richtigkeit der Zustandsschilderung halten möge (und die katholische Pastoral nimmt das hier stark übertriebene Phänomen durchaus ernst), hier wird doch der religiöse Charakter der Maßnahme anerkannt. Und es ist ja gerade mit der Sinn des Dekrets, die Bewußtseinsspaltung zwischen Glauben und Handeln in diesem extremen Fall zu beseitigen und die Gewissen zu wecken und zu informieren.

Natürlich taucht auch die — vorauszusehende — Argumentation auf, die Kirche habe, nachdem sie gegen die totalitären Systeme des Faschismus und Nationalsozialismus niemals einen derartigen Schritt unternommen habe, sich nunmehr endgültig als Bundesgenossen der Rechten, der Reaktion erwiesen. Am prägnantesten bringt das vielleicht die Schweizer radikale „Nationalzeitung" zum Ausdruck, wenn sie sagt, die Kirche habe sich als konservative Macht von jeher heftig jedem revolutionären Sozialismus widersetzt und könne mit Recht als Schützerin der reaktionären politischen Strömungen gelten. Seit Pius XI. habe sie sich in ihren Enzykliken gegen die marxistische Doktrin gewandt. Es wäre ihr also kein Vorwurf daraus zu machen, wenn sie sich, ganz ihrer Struktur gemäß, mit Vorliebe den autoritären Systemen zuwende, die sie gegen solche revolutionären Tendenzen verteidigten und auch ihre nicht zu übersehenden zeitlichen Besitztümer schützten.

Man wird dazu zunächst einmal feststellen müssen, daß hier etwa die Enzyklika „Mit brennender Sorge" und noch manche andere Äußerungen des Lehramtes und der Kurie ziemlich großzügig übersehen werden. Man wird weiter, wie es Eugen Kogon in der „Frankfurter Neuen Rundschau" in einer Auseinandersetzung mit diesem Argument tut, die konkreten Situationen und vor allem den ganz konkreten, von uns oben dargestellten Ausgangspunkt der Veröffentlichung des Dekrets im Auge behalten müssen, um die Opportunität des Schrittes richtig beurteilen zu können. Der Kommunismus, so argumentiert Kogon, ist eine klare und rationale Lehre, der Faschismus hingegen war ein Wirrwar meist unausgegorener Vorstellungen. Unter den keineswegs eindeutig geklärten Verhältnissen des nationalsozialistischen Regimes sei der Vatikan nicht gezwungen gewesen, 30 bis 40 Millionen deutscher Katholiken dem offenen Kirchenkampf auszusetzen. Auch in den russischen Satellitenstaaten habe die Kirche gewartet, bis sie durch den Versuch, den Kommunismus in katholischem Gewand, nämlich als imitierte „Katholische Aktion" zu verbreiten, zu Gegenmaßnahmen herausgefordert worden sei. Das nationalsozialistische Regime sei bei ähnlichen Versuchen über unwesentliche Ansätze nie hinausgekommen.

Aber vielleicht die einfachste Antwort auf diesen Vorwurf wird die sein, daß eben das jetzt erlassene Dekret zeigt, daß der Vatikan aus dem Kirchenkampf mit den faschistischen Systemen gelernt hat, daß er also — wie es der liberale, in Meran unter Mitwirkung des früheren Chefredakteurs der „Frankfurter Zeitung" erscheinende

„Standpunkt" ausdrückt — „ein Versäumnis, das er vielleicht einmal auf sich geladen hat, nicht noch einmal wiederholen möchte ... Heute mußte die Kurie handeln, wo sie früher abwarten durfte".

Trotz all dieser zu erwartenden und nicht überraschenden Angriffe, Mißdeutungen und Mißverständnisse kann es aber mit Befriedigung erfüllen, daß die meisten großen, ernsthaften und führenden Zeitungen der Welt die Bedeutung und den Sinn des Dekrets richtig verstanden, wiedergegeben und gedeutet haben. Die Notwendigkeit seiner Veröffentlichung angesichts der konkreten Entwicklung der kommunistischen Methoden in den östlichen Ländern wird allgemein anerkannt. So schrieb die „Times", die Entschuldigung der Kommunisten, sie wendeten sich nicht gegen die christliche Lehre, sondern nur gegen Roms politische Einmischungsmethoden, sei unhaltbar geworden. „In ihrem Bestreben, den Völkern Osteuropas kommunistische Regierungsmethoden aufzuzwingen, mußten die Satellitenregierungen die kommunistische Lehre verbreiten und kamen dabei in steigendem Maße dazu, alle christlichen Glaubensrichtungen als Hindernisse auf ihrem Wege anzusehen". Die liberale englische Zeitung „News Chronicle" stellt fest: „Der Kommunismus, so wie wir ihn heute vor uns sehen, erlaubt keine geteilte Loyalität mehr ... Es ist klar, daß wir uns entscheiden müssen ... Wenn der Mensch selbst verachtet wird und wenn die Menschen in ihrem Rechte getroffen werden, ihrem Gott zu gehorchen, dann müssen sie aufstehen und kämpfen". Die den Republikanern nahestehende „New-York Herald Tribune" schreibt: „Für uns Amerikaner ist die Bedeutung der vom Vatikan getroffenen Entscheidung die, daß sie, ohne noch irgendwelche Täuschungsmöglichkeiten zuzulassen, zeigt, daß eine sich politisch gebende Bewegung so weit in den Bereich des Glaubens und der Moral übergegriffen hat, daß sich nun die stärksten geistlichen Sanktionen einer großen religiösen Organisation gegen sie richten müssen". Sehr entschieden spricht sich die Hamburger Wochenschrift „Die Zeit" aus: „Als eine Gewissenshilfe muß das päpstliche Dekret verstanden und gewürdigt werden. Wir sind arm geworden an wirklich klärenden Worten, an wahrhaft eindeutigen Handlungen. Und deshalb sollen alle Christen, nicht allein die Katholiken, dem Papst dankbar sein". Und zu der politischen Bedeutung des Dekrets sagt sie: „... weder ein politischer Anlaß, noch mögliche politische Folgen können das päpstliche Dekret selbst zu einer politischen Entscheidung stempeln. Es bleibt seinem Sinn und Inhalt nach kirchlich und religiös. Hier verkündet ein Hirt seiner Herde eine sehr klare, sehr einfache Wahrheit: ‚Ein Christ kann nicht zugleich Kommunist sein'. Dies ist zu Christen gesprochen, und es dient der Gewissensklärung, nicht etwa dem Gewissenszwang".

Daß freilich solche politischen Folgen aus der Logik des totalitären Charakters des kommunistischen Regimes unausbleiblich folgen, zeigt die Freiburger Halbmonatsschrift „Die Gegenwart" in ihrer Würdigung des Dekrets: „... die Lage in Prag enthüllt von neuem, daß ein totalitäres Regime keine andere Macht neben sich dulden kann, daß auch eine unabhängige ‚rein religiöse' Sphäre für ein solches Regime die Gegenmacht darstellt ... Was für den Vatikan nur religiösen Sinn hat, kann für die kommunistischen Politiker durchaus von politischer Bedeutung sein ... der tschechische Priester, der heute Rom gehorcht, ist in Gefahr, ein Landesverräter zu werden. ... Herr Togliatti fühlt sich bedroht, wenn das Dekret ihm den erwarteten Wählerzuwachs aus den Schichten der katholischen Arbeiterschaft abschneidet ...".

Diese politischen Folgen aber können höchstens in einer verschärften Führung des Kirchenkampfes durch die Kommunisten in den östlichen Ländern bestehen, die ja auch tatsächlich eingetreten ist. Sie können keineswegs etwa in einem „Kreuzzug" der westlichen Mächte gegen den Osten bestehen, von dem nicht nur in der kommunistischen Presse, sondern auch etwas leichtfertig in christlichen Kreisen gesprochen worden ist, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil es im Westen keinen Träger politischer und militärischer Macht gibt, der sich und seine Praxis eindeutig mit dem identifizieren könnte, was hinter dem Dekret steht. Darin hat die „Gegenwart" zweifellos recht, wenn sie sagt: „Der heutige Westen ist aber nicht ohne weiteres christlich, insofern dort die Gleichung zwischen Freiheit und Gerechtigkeit nicht ernsthaft genug gesucht wird, geschweige denn, daß sie gefunden wäre. Ein Kreuzzug gegen den Osten würde sie wahrscheinlich gänzlich in Vergessenheit geraten lassen". Und der französische Philosoph Etienne Gilson sagt im „Monde" noch lapidarer: „Wollte der Vatikan aber wirklich einen Kreuzzug haben, so wäre das katholische Europa gar nicht vorhanden, das ihn durchführen könnte".

Deshalb erscheinen auch solche taktisch-politischen Erwägungen zu dem Dekret, wie sie der Kommentator des amerikanischen Columbia Broadcasting System, Richard C. Hottelet, anstellte und wie sie vom NCWC News Service verbreitet wurden, als gänzlich abwegig und der Würde des Anlasses unangemessen. Er sagt: „Die Entscheidung des Vatikans spiegelt vielleicht ein Gefühl wider, daß die taktische Gelegenheit günstig ist, sicherlich überall außerhalb des Sowjetreiches. Die letzten beiden Jahre haben gesehen, wie sich die Würfel gegen den Kommunismus gewandt haben. Der Papst hat unvergleichliche Informationsquellen. Er hat vielleicht Grund zu glauben, daß eine moralische Offensive in diesem Augenblick nicht nur den Westen in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten stärken, sondern auch den Sturz seines Hauptfeindes beschleunigen könnte". (Der „Katholische Beobachter" hat, so sei billigerweise angemerkt, in seiner Wiedergabe des Kommentars diese Stelle weggelassen).

„Nicht jeder Lobredner des Dekrets kann uns sympathisch sein!"

Die Äußerung Hottelets spiegelt tatsächlich nicht so sehr das Gefühl des Vatikans als eine verbreitete amerikanische Ansicht über die Weltsituation des Kommunismus wider — über deren Richtigkeit man im übrigen durchaus streiten kann. Und sie spiegelt weiter auch das gute Gewissen nicht nur amerikanischer, sondern auch europäischer Christen wider, das seiner selbst so absolut sicher ist, daß es glaubt, die höchste geistliche Autorität der Christenheit „zur Stärkung des Westens in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten" bemühen zu dürfen. Auf sie bezieht sich das in der Überschrift dieses Abschnitts wiedergegebene Zitat aus der „Orientierung". Es sind die, die nur zu leicht und zu gerne vergessen, daß der stärkste Grund für die Verführbarkeit so vieler Menschen zum Kommunismus und zum Glauben an seine utopischen Verheißungen das Leiden (und das Mitleiden) ist, das aus der Ungerechtigkeit stammt, die unsere, die westliche, Gesellschaft befleckt.

So mag denn diese Übersicht über die Ergebnisse der

Weltdiskussion über das päpstliche Dekret füglich eine Auswahl aus denjenigen Stimmen beschließen, die es zum Anlaß einer Gewissenserforschung über unsere eigenen Sünden und Wiedergutmachungspflichten nehmen — nichtkatholischen und katholischen.

„Die westlichen Kirchen," so schreibt die „Times", „sind sich in ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den Kommunismus einig. Ihr Wirken ist jedoch nicht nur negativ. Sie sind die Hüter einer Lehre, die nicht weniger systematisch ist als der Kommunismus, und ihre Lebensideale sind nicht nur den Marxisten ein Vorwurf, sondern auch ein Aufruf für die Völker der westlichen Demokratien. Die sittliche Kritik der Kirchen an politischen Methoden ist unvermeidlich, und die Strenge dieser Kritik hängt von den Mißständen ab, die zur Debatte stehen. Doch werden die Christen dabei schwerlich je die Erkenntnis außer acht lassen können, daß kein politisches System völlig untadelig ist".

Das ist sehr maßvoll gesagt, wie es der Würde der „Times" entspricht, aber es ist doch mit aller Entschiedenheit gesagt. Die Wirkung der Entschiedenheit, mit der die „Gegenwart" den Schlußabschnitt ihrer Betrachtung über das Dekret versieht, wird vielleicht etwas dadurch gemindert, daß sie ihn polemisch an eine bestimmte Adresse richtet.

„Das jetzt erlassene Dekret", so heißt es dort, „gibt eine Begriffsklärung; es kann deshalb Verwirrungen in der religiösen Sphäre überwinden helfen und wird besonders da, wo der Katholizismus vom Staat bedroht ist, nützen. Wo aber eine solche Bedrohung nicht gegeben ist, muß dem Dekret ein größerer Anspruch unterlegt werden. Sonst verführt es die Selbstgefälligen, die sich etwas darauf zugute tun, ‚nicht so zu sein, wie jene'. In Deutschland zumal, wo eine große Partei sich den Beinamen ‚christlich' verliehen hat, wird es von ausschlaggebender Bedeutung sein, ob sie das Dekret, das ja fast nur die in unfreiwilliger Armut Lebenden trifft, in ihrer eigenen Arbeit zu nutzen versteht. Ob sie die Mahnung heraushört, das Gebot der Nächstenliebe dadurch zu erfüllen, daß sie die Sorgen um eine soziale Gerechtigkeit als eine kollektive Verpflichtung für die wirtschaftlich Schwachen in die Mitte ihrer Politik rückt".

Die Stimmen vieler Katholiken stehen diesen Äußerungen an Entschiedenheit mit Fug und Recht nicht nach. Einige französische finden sich an anderer Stelle dieses Heftes (S. 567 und 571 f). Wir zitieren nur noch den Schlußabschnitt des schon öfters erwähnten Artikels der „Orientierung":

„Wir wollen diese Zeilen nicht beschließen, ohne der Hoffnung Ausdruck verliehen zu haben, daß der Vatikan in einem anderen Punkte sein Vorgehen zur Zeit der faschistischen Bedrohung auch diesmal wiederholen werde. Wie damals der Verurteilung des Kommunismus durch eine Enzyklika eine Verurteilung des Nationalsozialismus durch das Rundschreiben ‚Mit brennender Sorge' folgte, so möchte heute dem Dekret über den Kommunismus ein ins Herz treffendes Dekret über die verkehrten Formen des Kapitalismus auf dem Fuß folgen; denn auch hier ist das Gewissen vieler gleich einem stumpfen Messer und das Licht der Wahrheit praktisch verdunkelt, und die Lüge des Kommunismus wird letzten Endes nur dadurch entlarvt werden können, wenn reine Wahrheit heller und klarer den Leib Christi durch- und umflutet, und zwar das Haupt u n d die Glieder".

Die Union der „Fortschrittlichen Christen" und das Kommunismus-Dekret

Während sich in Deutschland verhältnismäßig wenige Personen vor die Gewissensentscheidung gestellt finden werden, die das Kommunismus-Dekret der Heiligen Offizien-Kongregation schafft, bedeutet es in Frankreich für eine ziemlich große und vor allem eine wichtige Gruppe christlicher Intellektueller und christlicher Arbeiter eine sehr ernste Sache. Wir haben früher schon einmal den Grund angegeben, weshalb die französischen Verhältnisse in diesem Punkte so verschieden von den deutschen sind (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 6, S. 279: „Können Christen mit Kommunisten zusammenarbeiten?"). Die kommunistische Partei ist in Frankreich immer noch das einzige Sammelbecken aller antibürgerlichen, antikapitalistischen Kräfte. Während die übrigen Parteien durch ihre gemeinsame Gegnerschaft gegen den Kommunismus zwangsläufig zu einem Block der sozialen Beharrung (auch wenn sich das Ideal Liberalismus nennt) geworden sind und die erstrebte „Dritte Kraft" der Mitte sich in dieser gleichen Antipathie gegen den Kommunismus an den Block der Beharrung anzulehnen genötigt fühlte, suchen die um die sozialen Probleme besorgten Christen, wenn es schon nicht möglich scheint, eine wirkliche Machtposition zwischen den Extremen zu halten, lieber die Anlehnung nach links als nach rechts. Auf der Linken, d. h. bei den Kommunisten, sahen sie die die Gesellschaft erneuernden Kräfte, sahen sie die Ansprüche der Armen und Unterdrückten vertreten, sahen sie die Hoffnung eines starken Zukunftsglaubens, und so schien es einer ganzen Anzahl von ihnen richtig, sich im sozialen Kampf an die Seite der kommunistischen Partei zu stellen. Einige wenige gingen so weit, in diese einzutreten, in dem Glauben, sie könnten auf diese Weise am ehesten ihre Anliegen fördern, ohne darum ihren christlichen Glauben verleugnen zu müssen. Die Erinnerung an die Gemeinsamkeit mit den Kommunisten in der Widerstandszeit spielte dabei ihre Rolle und verhüllte ihnen jene hintergründige Abhängigkeit von Moskau, die wir im Osten Deutschlands nur zu gut kennen gelernt haben. Sie haben also einerseits den französischen Kommunismus für etwas anderes als den russischen Kommunismus gehalten und anderseits ihre eigene Kraft, sich dem sozialen Umsturz, den die Kommunisten erstreben, anzuschließen und sich doch zu gleicher Zeit gegenüber ihren atheistisch-materialistischen Ideen immun zu halten, sehr hoch eingeschätzt. Ganz besonders ist die Gruppe der „Union der Fortschrittlichen Christen" durch diese Haltung und Überzeugung hervorgetreten. Und selbstverständlich ist sie von Anfang an von reaktionären Kräften deswegen angegriffen und auch verleumdet worden. Scharfsichtige Männer der Kirche, wie Kardinal Suhard, haben sie sehr liebevoll und verständnisvoll verwarnt und ihnen die Gefahr ihres Wagnisses sowie die Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen, klar vor Augen gehalten.

Die Erklärung des Generalsekretärs der Union

Gleich nach der Veröffentlichung des Dekrets haben deutsche Zeitungen mitgeteilt, daß sich die „Union der Fortschrittlichen Christen" den Entscheidungen des Dekrets unterworfen habe. So einfach ist aber die Sache nun doch nicht, und zwar allein schon darum, weil außer Katholiken auch eine Anzahl Protestanten der „Union" angehören,

dann, weil sie keine Partei ist, sondern eine sich politisch betätigende Gruppe, die ihren Mitgliedern die Parteizugehörigkeit freiließ.

In Wahrheit haben die katholischen Mitglieder der Union der Fortschrittlichen Christen sich tatsächlich sogleich den Verfügungen des Dekrets gebeugt. Der Generalsekretär der Union hat dann eine Erklärung abgegeben, in der er sagte:

„Man muß den offiziellen Text und die Interpretation abwarten, die die Bischöfe geben werden. Nach den ersten Kommentaren des Osservatore Romano scheint es, daß nicht die Politik der kommunistischen Partei oder ihre Wirtschaftsordnung durch das Dekret getroffen wird, sondern ihre Doktrin, ihre Dialektik und ihre Philosophie. Die Union der Fortschrittlichen Christen bekennt nun aber nicht den historischen Materialismus, und die Positionen der Union der Fortschrittlichen Christen sind völlig unabhängig gewählte Positionen. Unsere Positionen begegnen sich zuweilen mit denen der kommunistischen Partei und mit denen anderer Organisationen".

„Wir lassen unsern Mitgliedern auf ihre eigene Verantwortung Freiheit hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft. Wir haben uns bisher in diesem Punkt nicht eingemischt. Wir sind weder für noch gegen. Es ist ihre persönliche Sache".

„Die katholischen Mitglieder der Union der Fortschrittlichen Christen nehmen die Entscheidung des römischen Lehramts an".

So können also Protestanten, die in der Union sind, auch weiterhin der kommunistischen Partei angehören, und ihre katholischen Gefährten arbeiten weiter Hand in Hand mit ihnen. So wird die Union weiter in vielen Fällen der Meinung sein, sie müsse sich im Interesse ihrer sozialen Ziele an die Seite der Kommunisten stellen. Wie ist es mit dem Recht, das sie zu dieser Haltung angesichts der Entscheidung des kirchlichen Lehramts hat?

Verteidiger der Fortschrittlichen Christen

Einige der bekanntesten und aufgeschlossensten Mitglieder des französischen Episkopats und der französischen Geistlichkeit haben sofort für die Fortschrittlichen Christen und alle ihnen Gleichgesinnten Stellung genommen. *P. Riquet,* der es auf der Tagung der Sozialen Woche Frankreichs in Lille am 21. Juli tat, sagte auch ausdrücklich, warum das nötig sei: weil es sogleich auf der anderen Seite unter den Christen des gegnerischen Blocks solche gab, die triumphierend verkündeten, nun sei es aus mit den „Fortschrittlichen Christen" und all den Unruhstiftern, solche, die die bestehende kapitalistische Welt erhalten wollten, als sei diese nicht mit den schwersten Sünden belastet (vgl. in diesem Heft S. 572).

Schon am 15. Juli schrieb *Msgr. Ancel,* der Weihbischof von Lyon und Leiter der „Priesterschaft vom Prado" (vgl. Herder-Korrespondenz 1. Jhg., H. 8, S. 347 und 2. Jhg., H. 5/6, S. 241) in der Wochenschrift „Témoignage Chrétien" zur Verteidigung der Fortschrittlichen Christen Frankreichs, sie seien keine Kommunisten wie ihre Namensvettern in Italien, sie bildeten auch keine politische Partei oder Gruppe, sondern sie seien Christen, die sich auf Grund gleicher politischer und wirtschaftlicher Einsichten zusammengeschlossen hätten. Sie machten Gebrauch von der Freiheit, die die Kirche ihren Kindern lasse, in weltlichen Dingen eigene Entscheidungen zu treffen; sie hätten sich aber immer aktiv am Leben der Kirche beteiligt, und sie wollten ihr ganz und gar treu und gehorsam bleiben. Msgr. Ancel erinnert dann an die verschiedenen Warnungen, die die Hierarchie früher schon ausgesprochen hat, in denen es sich nicht darum handelte, die christliche Gesinnung und den Glauben der Fortschrittlichen Christen zu verdächtigen, sondern darum, sie zu warnen, sich nicht täuschen zu lassen und sich nicht selber zu täuschen. Sie seien zwei Illusionen verfallen: der der Möglichkeit einer ehrlichen Zusammenarbeit mit den Kommunisten und der, sich im engen und beständigen Kontakt mit der kommunistischen Doktrin von den Gedankengängen des Marxismus frei zu halten. Die Fortschrittlichen Christen vergessen vielleicht zu sehr die Soziallehre der Kirche, in der sie den Mittelweg zwischen Kapitalismus und Kommunismus bei der Lösung der sie bedrängenden Fragen finden könnten.

Auch *François Mauriac* hat sofort nach der Bekanntgabe des Dekrets im „Figaro" (15. Juli 1949) betont, daß gerade der Ernst ihres christlichen Glaubens eine Anzahl Gläubiger in Frankreich auf die Gegenseite des Kapitalismus und damit an die Seite der Kommunisten getrieben habe. „Gewisse tief gläubige Seelen finden sich eben in dem Maße, wie sie gläubig sind und die Botschaft des Evangeliums wörtlich nehmen, nicht mit der bestehenden Ungerechtigkeit, mit jener ungerechten Ordnung ab, in die einzugreifen die ewige Kirche nicht umhin kann. Ihr Irrtum oder ihr Fehler liegt darin, daß sie aus Abscheu gegen den Kapitalismus jene andere, für das Menschengeschlecht und die Ankunft des Reiches Gottes nicht minder gefährliche Ungerechtigkeit unterschätzen, die in einem großen totalitären Polizeistaat verkörpert ist, wo der Materialismus als Staatsdoktrin Gesetzeskraft hat".

Hat P. Riquet in seiner Rede auf der Tagung der Sozialen Woche in Lille vor allem die Stellung der „sozialen Christen" überhaupt klargelegt, jener also, die die Schöpfer, Förderer und Teilnehmer der so wichtigen Einrichtung der „Sozialen Wochen Frankreichs" sind, jedoch mit Argumenten, die genau so auch auf die „Fortschrittlichen Christen" passen, so hat der Generalvikar von Paris, *Msgr. Beaussart,* der seit dem Tode Kardinal Suhards das Erzbistum Paris verwaltete, in der Pariser Kirchenzeitung am 23. Juli ganz im Sinne Suhards folgende „Anmerkung" an die Veröffentlichung des Kommunismus-Dekrets angeschlossen:

„Manche werden vielleicht durch die Furcht verwirrt sein, dieses Dekret begünstige eine politische oder soziale Richtung, die den Interessen der Arbeiterklasse entgegenlaufe. Einige haben das schon ausgesprochen, und wir wollen glauben, daß die Erregung des ersten Augenblicks sie gehindert hat, den wahren Gehalt eines so klaren Textes zu verstehen. Was es verurteilt, ist die materialistische und antichristliche Lehre der Kommunisten — das ist ausdrücklich gesagt —, nicht aber die sozialen Reformen, die mit dieser Lehre verbunden sein können, wie es die Päpste in ihren verschiedenen Enzykliken und Ansprachen immer wieder gezeigt haben. Die Pflicht der Katholiken, an der Durchführung dieser notwendigen Reformen zu arbeiten, ist dringender denn je. Seit hundert Jahren haben die obersten Hirten ihre Unterweisungen und ihre Verurteilung aller materialistischen und antichristlichen Lehren wieder und wieder kundgegeben. Das Vatikankonzil verdammt sie feierlich. Der Heilige Vater hat es für notwendig erachtet, die bereits ausgesprochenen Verurteilungen und Kritiken zu erneuern und zu präzisieren in

Anbetracht der Gefahr, die der Kommunismus durch seine erbitterte antireligiöse Propaganda und die durch diese hervorgerufenen Verfolgungen zumal in gewissen Ländern für das Christentum darstellt. Aber er hat — das muß aufs entschiedenste betont werden — die materialistischen und antichristlichen Lehren in ihrer „kapitalistischen" Form darum nicht freigesprochen. Er würde sie gegebenenfalls mit der gleichen Unerbittlichkeit verurteilen".

Man hat von Ungarn aus versucht, die französischen (und italienischen) „Fortschrittlichen Christen" jener Gruppe zu assimilieren, die sich dort „Fortschrittliche Christen" nennt und in der Tat eine kommunistische Tarnung ist — die ungarische Zeitung „Magyar Nemzet" hat die Leiter der französischen Gruppe zitiert, als gehörten sie zu den Ihren, und hat sie zugleich mit dem von der Kirche mit dem Interdikt belegten Abbé Boulier zusammengeworfen, was die bewußte Verdrehung der Tatsachen eigentlich schon hinreichend beweist. Dennoch haben gewisse Kreise in Frankreich selbst versucht, diesen Vorgang zum Schaden der Fortschrittlichen Christen auszunutzen. Die vielfältigen Stimmen führender geistlicher Männer Frankreichs zugunsten all jener Christen, die man die „linksgerichteten" nennt, beweist aber ebenso wie die sofortige Beugung der katholischen Mitglieder der „Union der Fortschrittlichen Christen" unter das Dekret, daß ihnen dadurch unrecht geschehen ist und daß ihr Anliegen, mögen sie sich auch irren oder zu weit vorwagen, eines der echtesten der Christenheit und der katholischen Kirche ist.

Wirtschaftliche Wirklichkeiten und soziale Neuordnung

Die 36. Soziale Woche von Frankreich

Es ist die Aufgabe der Sozialen Wochen von Frankreich, die jeweils dringendsten sozialen Probleme unserer Zeit zu studieren und vom Boden der christlichen Wahrheiten aus zu ihrer Lösung beizutragen. Wenn es sich in der sozialen Frage darum handelt, die Gesellschaftsordnung so zu gestalten, daß allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird — und in der Gegenwart bedeutet das vor allem die Überwindung des Proletariats —, so ist es klar, daß das Problem der Wirtschaftsordnung aufs engste mit dem der Sozialordnung verknüpft ist. Die wirtschaftlichen Verhältnisse stellen eine Wirklichkeit dar, mit der jede soziale Neuordnung rechnen muß. Pläne und Ideologien, die sie nicht in Betracht ziehen, müssen utopisch bleiben. Gerade in den letzten Jahren ist diese Verflechtung immer deutlicher geworden, da sie sich in gewissen weltanschaulichen Verknüpfungen manifestiert: in der Verbindung von Staatstotalitarismus und Planwirtschaft einerseits und Demokratie und freier Wirtschaft andererseits, Verknüpfungen, die jedoch der Wirklichkeit offensichtlich nicht gerecht werden. Man beginnt zu spüren, daß man den wirtschaftlichen Realitäten bei der Lösung sozialer Fragen und der Neugestaltung unserer Welt eine viel größere Aufmerksamkeit schenken muß als bisher. Daher hat denn auch die 36. Soziale Woche Frankreichs, die vom 18. bis 25. Juli dieses Jahres in Lille stattgefunden hat, zum Gegenstand ihrer Untersuchungen die Frage „Wirtschaftliche Wirklichkeiten und sozialer Fortschritt" gewählt.

DER BRIEF MSGR. MONTINIS

Wie alljährlich, so hat auch diesmal der Heilige Vater durch seinen Unterstaatssekretär, Msgr. Montini, zur Eröffnung der Sozialen Woche einen Brief an ihren Leiter geschickt. In diesen Briefen zur Eröffnung der Tagung legt der Heilige Vater jeweils dar, worin die Bedeutung der angekündigten Studien für die Kirche liegt. In dem diesjährigen Schreiben heißt es:

„Das Programm Ihrer demnächst beginnenden Studien erscheint im übrigen durchaus neu. Gewiß haben sich die Sozialen Wochen niemals gleichgültig gegenüber der wirtschaftlichen und selbst der materiellen Seite der Arbeit, der Produktion, der Verteilung der durch sie geschaffenen Reichtümer verhalten. Aber ihrer Bestimmung nach (das besagt schon ihr Name) richteten sich ihre Beobachtungen und ihre Gedanken in erster Linie auf die eigentlich soziale und menschliche Seite der Frage. Heute beweist schon die Formulierung des Themas Ihrer Tagung in Lille: Wirtschaftliche Wirklichkeiten und sozialer Fortschritt, daß Sie im Gegenteil beabsichtigen, den Akzent auf das erste Glied dieser Formel zu setzen. Und gewiß nicht unbegründeterweise, wenn man die außerordentliche Bedeutung, die die Technik zumal unter dem Druck der beiden letzten Kriege gewonnen hat, und die Notwendigkeit einer Richtigstellung und einer besseren Definition des Wirtschaftlichen und Sozialen bedenkt. Lille mit seinen vielfachen hochherzigen Initiativen in der Welt der Industrie wird Ihnen in dieser Hinsicht ein hervorragendes Feld der Erfahrungen bieten. Es ist also nicht gleichgültig, daß die Stimme der Kirche sich durch das Organ von Professoren, Wirtschaftlern und Technikern, die vom Geist des Evangeliums durchdrungen sind, unter der Führung eines hervorragenden Hirten, dessen ungewöhnliche Verdienste zumal auf dem Gebiet der christlichen Soziologie bekannt sind, hören läßt.

Kostbare und entscheidende Beiträge zu einer Lösung bieten Ihnen die Lehräußerungen der Päpste, die diese aktuellen und dringenden Probleme zweifellos in überlegener Weise beleuchten werden. Hat nicht insbesondere Seine Heiligkeit in dem Brief, den sie am 18. Juli 1947 an Sie richtete, die Fragen der Produktion und Verteilung der Güter mit lichtvoller Autorität behandelt, ganz zu schweigen von den Klarstellungen des Jahres 1946 über die Nationalisierungen und die neuesten Erklärungen vor den Unternehmern, wo der Heilige Vater die respektiven Funktionen des öffentlichen und des Privatrechts in der Regelung der Arbeit gegeneinander abgrenzte, wodurch allein sich ein wirtschaftliches Gleichgewicht herstellen läßt, das seinerseits wieder der Träger des sozialen Gleichgewichts ist.

Im übrigen können keine unaufhebbaren Widersprüche zwischen einem in gesunder Weise auf Tatsachen, Statistiken und Wirtschaftsgesetzen beruhenden Realismus und einer Sozialordnung bestehen, die mit Recht mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit ersehnt. Diese beiden Seiten ein und desselben Problems sind komplementär, und man könnte auf sie das Wort des Evangeliums anwenden: man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Man hat zuweilen den sozialen Katholiken vorgeworfen, ein Ideal zu erstreben, das zu hoch sei, um erreicht zu werden. Die Soziale Woche von Lille wird beweisen, daß sie nur von den wirklichen und positiven Gegebenheiten ausgehen, auf denen die Kirche ihre Soziallehre aufbaut, die ein ebenso praktisches wie harmonisches Ganzes darstellt.

Die Sorgen um eine Wirtschaft im Dienste des sozialen Fortschritts bewirken, daß sie ebenso weit entfernt sind von einem zügellosen Liberalismus wie von der Tyrannei des atheistischen Materialismus. Für sie bleibt die Wirtschaft im Dienste des Menschen, seiner Freiheit, seiner christlichen Würde und gleichzeitig im Dienste des Gemeinwohls.

So sehen wir, welches Feld für Studien und Einsatz sich der Sozialen Woche von Lille auftut. Sie wird die großen und gesunden Überlieferungen durchführen, die ihre früheren Tagungen zu Ehren gebracht haben. Die Soziale Woche von Lyon insbesondere, die sich im vorigen Jahr mit den überseeischen Völkern in ihrer Beziehung zur abendländischen Zivilisation befaßte, hat zweifellos einen bemerkenswerten Beitrag zur Erkenntnis von Problemen geliefert, die die Nachkriegszeit überall als besonders ernste aufweist. In dieser Hinsicht ist Seine Heiligkeit Ihnen sehr dankbar für die kindliche Ehrengabe, die Sie ihr in Gestalt des schönen Berichtes über Ihre letztjährigen Arbeiten überreicht haben, und sie beauftragt mich, Ihnen in ihrem Namen zu danken. Indem er Ihnen die Bezeugung seines väterlichen Vertrauens und seiner besten Ermutigungen erneuert, übersendet der Heilige Vater Ihnen sowie allen, die an den demnächstigen Sitzungen in Lille teilnehmen, den Apostolischen Segen".

DIE ERÖFFNUNGSREDE M. FLORYS

Wie in jedem Jahr, so wurde auch diesmal die Soziale Woche, die unter dem Protektorat Kardinal Liénarts von Lille stand, durch einen Einführungsvortrag des Leiters der Sozialen Wochen von Frankreich, *M. Charles Flory*, eröffnet.

Der Zeitpunkt

M. Flory begründete zuerst, warum die Leitung der Sozialen Wochen gerade jetzt den Augenblick für gekommen hielt, das Problem der wirtschaftlichen Realitäten als Grundlage einer sozialen Neuordnung zu untersuchen. Der Grund hierzu ist ein ganz konkreter: Seit Beendigung des Krieges ist heute so viel Zeit vergangen, haben sich so viele Hoffnungen und Pläne für die Neuordnung nach der Befreiung vor der Wirklichkeit als illusorisch erwiesen, hat die Wirklichkeit selber ihr wahres Gesicht so weit enthüllt, daß man nunmehr eben diese Wirklichkeit ins Auge fassen muß. Der Aufschwung der Befreiung hat auch in Frankreich einige tatsächliche Neuerungen in der sozialen Struktur gebracht, die sich heute bewerten lassen, so die Einrichtung der Betriebsräte und eine außerordentliche Erweiterung der Sozialversicherungen und gewisse Nationalisierungen vonseiten des Staates.

Von diesen Neuerungen haben die Arbeiter eine Wendung ihres Loses erwartet.

Aber obwohl die Soziale Woche von Toulouse im Jahr 1945 diese Neuordnungen begrüßte als dem christlichen Geiste entgegenkommend, haben doch die sozialen Katholiken von Anfang an diese Maßnahmen nicht überschätzt, weil sie im Widerspruch mit den tatsächlichen Kräften standen. Die Geldabwertung und die Unsicherheit der Löhne und Preise haben bald darauf auch die innere Unsicherheit des gesamten sozialen Zustandes wieder offenbart. Inzwischen sind verschiedene neue Maßnahmen zur Besserung der Wirtschaftslage und Festigung des Geldes mit einem gewissen Erfolg unternommen worden. Sie verlangen verschiedene Zwangsmaßnahmen, die zum Teil bei der Bevölkerung auf hartnäckigen Widerstand stoßen. Zwar sieht das Volk die Notwendigkeit der Maßnahmen im ganzen ein, aber jede Gruppe bemüht sich, die Last auf andere Gruppen abzuschieben.

Der Begriff des sozialen Fortschritts

In diesem Moment der Entwicklung nun scheint es nötig, die wirtschaftliche Wirklichkeit genauer zu untersuchen. Das erste, was M. Flory dabei feststellt, ist, daß die wirtschaftlichen Gegebenheiten in weitem Maße etwas Objektives sind, der soziale Fortschritt dagegen ein völlig subjektiver Begriff. „Selbst das Existenzminimum ist mehr eine psychologische als eine physiologische Gegebenheit". Erst durch den Sozialismus ist das Volk sich seines Elends bewußt geworden.

Man darf den sozialen Fortschritt, so sagt M. Flory, nicht mit materiellem Fortschritt gleichsetzen. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Gerade heute betreffen die Wünsche der Landbevölkerung nicht nur die Bequemlichkeiten und die Freizeit, sondern vor allen Dingen die Vermenschlichung des Lebens auf dem Lande. Ebenso handelt es sich bei dem Aufstieg der Arbeiterklasse auch um den Wunsch nach tieferer Bildung, nach Teilnahme an der Verantwortung, also um die menschliche Würde. Allerdings bildet der materielle Fortschritt die Grundlage dieses sozialen Fortschritts. Unerläßliche Voraussetzungen sind:

Ein steigender Reichtum an materiellen Gütern;

ein gesicherter Genuß dieser Güter und Schutz gegen allgemeine Krisen und das individuelle Risiko von Unfall, Krankheit und Alter;

eine möglichst gerechte Verteilung.

Es erhebt sich nun die Frage, ob wirtschaftlicher Aufstieg sozialen Fortschritt mit sich bringt. In der Vergangenheit ist das zweifellos geschehen. Die Lebenshaltung hat sich ganz allgemein gebessert; die durchschnittliche Lebensdauer hat zugenommen. Zugleich ist allerdings eine Gleichgewichtsstörung in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur eingetreten. Der Fortschritt ist nicht in allen Ländern gleichmäßig vor sich gegangen.

Woher Widerstreit zwischen wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt?

Wenn aber diese beiden Dinge, wirtschaftlicher Fortschritt und sozialer Fortschritt, so eng verbunden sind, so fragt sich M. Flory, wie können sie dann miteinander in Widerstreit geraten? Dieser Widerstreit, so antwortet er, hat zwei Gründe: die menschliche Ungeduld und den Widerstreit der Interessen.

Die menschliche Ungeduld will nicht abwarten, bis neue Verhältnisse den Forderungen der Gerechtigkeit angepaßt sind. Ganz besonders aber ist sie auch schuld daran, daß man aus tatsächlichen Fortschritten einen Mythos macht. So gab und gibt es den Mythos der Wissenschaft, die alle Schwierigkeiten der menschlichen Existenz lösen soll. So gibt es auch den Mythos des sozialen Fortschritts, der vom materiellen Fortschritt das Paradies auf Erden erwartet.

Zu den widerstreitenden Interessen zählt Flory den Kampf zwischen Kapital und Arbeit, den Gegensatz zwischen den Mitarbeitern eines gleichen Unternehmens, den Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Beamten und Verteilern, zwischen Berufstätigen und Rentnern. Hier

muß die öffentliche Macht als Schiedsrichter eingreifen. Doch das Problem liegt darin zu wissen, wo die Grenzen dieses staatlichen Interventionsrechtes sind, die nicht überschritten werden dürfen, ohne die Wirtschaft und mit ihr den sozialen Fortschritt zu gefährden.

Der Katholik und die Wirtschaftsfragen

Flory geht dann ein auf die Vorwürfe, die man den Katholiken gemacht hat, sie hätten die sozialen Wirklichkeiten nie genug beachtet. Er gibt das für die Vergangenheit zu; aber seit dem ersten Weltkrieg haben die sozialen Katholiken und besonders die Sozialen Wochen diese Lücke ausgefüllt. Andere Vorwürfe jedoch gehen noch weiter und behaupten, die Haltung der Katholiken sei rein moralistisch und verschließe ihnen daher prinzipiell das Verständnis für die Wirtschaftswissenschaften. Daß das nicht wahr ist, ergibt sich schon daraus, daß die Ergebnisse und Untersuchungen der Sozialen Wochen die Aufmerksamkeit vieler Fachleute erregt haben. Moralistisch ist die Betrachtungsweise der Katholiken nur insofern, als die Wirtschaft in den Bereich des menschlichen Verhaltens fällt und damit die Wirtschaftswissenschaft den Charakter einer Geisteswissenschaft eher als einer Naturwissenschaft hat. Es handelt sich in ihr um ein menschliches Verständnis für die Wirtschaftswissenschaften. Daß das nicht wahr ist, ergibt sich schon daraus, daß die Ergebnisse und Untersuchungen der Sozialen Wochen die Aufmerksamkeit vieler Fachleute erregt haben. Moralistisch ist die Betrachtungsweise der Katholiken nur insofern, als die Wirtschaft in den Bereich des menschlichen Verhaltens fällt und damit die Wirtschaftswissenschaft den Charakter einer Geisteswissenschaft eher als einer Naturwissenschaft hat. Es handelt sich in ihr um ein menschliches Verhalten, in dem man nicht ungestraft die moralische Seite außer Acht lassen kann.

Der Christ wird also immer seinem Leitsatz treu bleiben, daß auch die Wirtschaft im Dienste des Menschen steht. Der technische Fortschritt hat zugleich die Möglichkeiten einer Befreiung und die Gefahr einer Verknechtung gebracht. Ein immer größerer Teil der menschlichen Bemühungen muß sich auf das geistige und sittliche Wachstum richten. Der Marxist verurteilt jede Schöpfung ohne greifbaren Nutzen. Der Aufstieg der Arbeiterklasse im Sinn der katholischen Arbeiter jedoch bedeutet eine Wandlung der Lebens- und Berufsatmosphäre als solcher. Der Lohnempfänger soll Mitarbeiter werden. Dem stehen von beiden Seiten große Schwierigkeiten entgegen; aber diese müssen sowohl von den Arbeitnehmern wie von den Arbeitgebern überwunden werden.

„Wir wählen die Freiheit und die wahre Berufung des Menschen und lehnen die totalitären Maßnahmen des Zwanges, die administrative Schwerfälligkeit und die Passivität der Bürokratie ab. Die einzige menschenwürdige Methode ist die Freiheit. Im übrigen sind Planwirtschaft und Freiheit miteinander zu versöhnen. Dank des neuen technischen Fortschritts ist es im allgemeinen möglich, die Einzelinteressen mit dem Allgemeininteresse in Übereinstimmung zu bringen und die wirtschafliche Betätigung zu lenken, ohne zu Zwangsmaßnahmen greifen zu müssen".

DIE VORTRÄGE

Dem Thema und Geist der diesjährigen Fragestellung entsprechend war eine Reihe von Vorträgen der Tagung dem reinen Sachbericht vorbehalten. Wenn man sich auch in erster Linie an die französischen Verhältnisse als Grundlage zur Diskussion des Problems hielt (so in den Vorträgen von *Louis Charvet* über „Die französischen Schwierigkeiten", von *Pierre Bayard* über „Die Stabilität des Geldes", von *Georges Vedel* über „Die Umwandlung der politischen und administrativen Strukturen", von *M. Pairault* über den „Französischen Plan zur Modernisierung und Ausrüstung der Betriebe", von *Henri Ardant* über „Die Wirtschaftskrisen", von *M. Babinet* über „Die neuen Formeln für den Lohn und die Verteilung des Gewinns", von *Henri Guitton* über „Die Verteilung des Nationalvermögens"), so waren doch zum erstenmal als Vortragende bei einer Sozialen Woche von Frankreich auch Ausländer eingeladen. Es sprach *D.-H. Lévesque* OP, Quebec (Kanada), über die amerikanischen Erfahrungen, *Michael Fogarty*, Oxford, über die Erfahrungen Englands. Die sowjetischen Wirtschaftsexperimente wurden dargelegt von einem Franzosen, *M. Chardonnet*. Er konnte seine Darlegungen in der Feststellung zusammenfassen, daß es dem sowjetischen Wirtschaftsregime nicht gelungen ist, die klassenlose Gesellschaft zu schaffen, die der Kommunismus als sein Ziel ansieht. Es ist ihm auch nicht gelungen, den anerkanntermaßen unzureichenden Lebensstandard, den Mangel an Verbrauchsgütern, das Fehlen ausreichender Wohnungen zu beheben. Der Grund dafür besteht darin, daß Sowjetrußland die soziale Frage völlig der wirtschaftlichen unterordnet und das Ziel des Sozialismus, das menschliche Glück, einer ferneren Zukunft vorbehält.

Als neue Einrichtung im Laufe einer Tagung der Sozialen Wochen fanden einige Informationssitzungen statt, d. h. Sitzungen, in denen nicht ein großer Vortrag gehalten, sondern eine Reihe von Detailberichten vorgelegt wurden. Die Themen dieser Informationssitzungen waren: die ersten Ergebnisse beim Wohnungsbau, die Erfahrungen mit den Betriebsräten, die Kooperation und Gemeinschaftswirtschaft auf dem Lande.

Eine Sitzung beschäftigte sich auch mit Gewerkschaftsfragen. Der Vortragende, *Maurice Bouladoux*, der Generalsekretär der CFTC, sagte, die Arbeiterschaft, die nach der Befreiung große Hoffnungen auf einen baldigen glücklichen Wandel ihrer Lage gehegt habe, habe heute nicht mehr das gleiche Vertrauen. Anfangs habe sich zwar manches gebessert, heute erhebe jedoch der Kapitalismus und der Wirtschaftsliberalismus wieder von neuem stärker denn je ihr Haupt, und der Staat verzichte zu ihren Gunsten auf seinen Einfluß bei der Produktion und Verteilung der Güter. Eben darum werde die Rolle der Gewerkschaften immer noch ihre Bedeutung behalten.

Grundsätzliche Fragen

Neben allen diesen Bemühungen um Unterbreitung eines möglichst reichen Tatsachenmaterials stand dann eine Reihe von Vorträgen mit prinzipiellen Themen. Gleich am ersten Tag hielt *M. Goetz-Girey* einen Vortrag über die Frage: „Hat der wirtschaftliche Aufstieg einen sozialen Fortschritt mit sich gebracht?" Die Tatsache eines wirtschaftlichen Aufstiegs ist unleugbar, aber wenn auch gewisse soziale Verhältnisse sich gebessert haben, so hat sich doch gleichzeitig eine merkwürdige Verknechtung eingestellt, und diesem Vorgang gegenüber behält weder der Optimismus des Liberalismus noch der Pessimismus des Materialismus noch die Mischung von beiden, die den

Marxismus kennzeichnet, recht. Tatsächlich hat der wirtschaftliche Aufstieg eine Menge ganz neuer Probleme aufgeworfen. So stellt der Umfang der Arbeitslosigkeit, der für den gegenwärtigen Wirtschaftsstand charakteristisch ist, vor eine Frage, die bisher nicht hat gelöst werden können, wenn man nicht den Krieg oder den Verlust der menschlichen Freiheit als eine Lösung ansehen will. Das Proletariat wird durch den wirtschaftlichen Fortschritt nicht beseitigt, denn dieser allein genügt nicht. Er bedarf der Ergänzung durch die Liebe, doch auch durch die Gabe der Erfindung und Unterscheidung und durch ein System sozialer Sicherheiten.

Eine andere prinzipielle Frage ist die, die *Maurice Bye* behandelt hat, nämlich „die wirtschaftliche Macht". Da die wirtschaftlichen Gruppen in einem Widerstreit der Interessen leben, kann der Staat heute nicht rein politisch bleiben und die Wirtschaft sich selber überlassen. Er muß eingreifen und sich einen Teil oder das Ganze der wirtschaftlichen Macht aneignen. Tut er das jedoch, so wird damit zugleich der Zustand selber geändert, denn nun bemühen die wirtschaftlichen Gruppen sich, Einfluß auf den Staat zu gewinnen. Der Staat muß sich gegen sie verteidigen. Er kann das tun, indem er politische und wirtschaftliche Macht vereint. Das ist die kollektivistische Lösung, aber sie ist unvereinbar mit der Wahrung der wesentlichen Freiheiten. Es gibt eine Reihe von Mischlösungen: den Etatismus, den autoritären Korporativismus, die Verbeamtung der wirtschaftlichen Verwaltung. Diese alle verwirft aber Bye, weil der mit ihnen verbundene bürokratische Apparat jeder wahren Demokratie widerspricht. Er schlägt als Lösung die Übernahme einer gewissen wirtschaftlichen Macht durch den Staat vor, der aber einen Teil dieser Macht einem der politischen Exekutive gegenüber unabhängigen Apparat anvertraut. Schließlich und endlich jedoch, so sagt M. Bye, hängt alles vom moralischen Wert der Männer ab, die mit der wirtschaftlichen Macht ausgerüstet sind. Es handelt sich also um ein moralisches Problem. Und dieses zu lösen ist hauptsächlich eine Aufgabe der Erziehung.

Ein grundlegendes Thema behandelte auch *André Piettre*, nämlich „Die menschlichen Zwecke der Wirtschaft". Er stellte fest, daß eines der merkwürdigsten Paradoxe der modernen Welt darin besteht, daß ihre Mittel immer zahlreicher werden, ihre Ziele aber immer weniger an Zahl. Positivismus und Liberalismus setzen sich überhaupt keine Endziele. Durch den wirtschaftlichen Liberalismus, dessen Ziel die immer größere Steigerung der materiellen Güter ist, hat sich der Begriff des „Gutes" überhaupt pervertiert; die Unordnung in der Erzeugung von Gütern ist nur eine Folge der Unordnung in der Bewertung der Güter. Das Unmenschliche der heutigen Wirtschaft kennzeichnet sich geradezu durch ihre Tendenz, die Bedürfnisse nach Behagen und Wohlstand zu befriedigen auf Kosten der wesentlichsten Güter, der geistigen und kulturellen.

Zur Überwindung dieser Unordnung sind drei Wege versucht worden: der der Caritas, der persönlichen Nächstenliebe, der aber dem heutigen organisatorischen Zustand der Gesellschaft nicht mehr entspricht; der der „Abschöpfung", die durch die Steuern geschieht, der jedoch den großen Nachteil hat, daß er die Folgen zu beseitigen sucht, ohne die Ursachen zu bekämpfen; der des Sozialismus, der die ganze Wirtschaft umgestalten will und der auch tatsächlich ein echter Humanismus ist, jedoch ein einseitiger Humanismus. Diesen muß die christliche Lösung ergänzen.

Grundsätzlich war auch der Vortrag von *Gaston Leduc* über „Die Rolle des Determinismus und der Organisation in der Wirtschaft". Es ist heute klar, sagt er, daß das Wirtschaftsleben beide Faktoren umschließt, einen deterministischen und einen freien. Heute handelt es sich darum festzusetzen, welche Absichten den Aufbau einer Wirtschaft lenken sollen. Es kommt also auf eine harmonische Zusammenfügung der zwangsläufigen und der lenkbaren Elemente der Wirtschaft an und dabei wiederum um die Ausrichtung nach einem echten und wahren Menschenbild.

DIE TAGUNG VON LILLE UND DAS KOMMUNISMUS-DEKRET

Es ist selbstverständlich, daß eine Tagung wie die der Sozialen Wochen von Frankreich sich in diesem Augenblick mit dem Dekret der Heiligen Offizien-Kongregation gegen den Kommunismus befassen muß. Die französischen Katholiken, die sich um die soziale Frage, um die immer dringender werdende gesellschaftliche Neuordnung Frankreichs und damit der ganzen abendländischen Welt bemühen, gehören eben dadurch zu den wichtigsten Vorkämpfern der Lösung der Kirche und der Christenheit aus der engen Verbindung mit der zu Ende gehenden bürgerlichen Welt und deren krassester Ausdrucksform in der Gegenwart, dem Kapitalismus. Sie haben schon lange den Lösungsversuchen der Sozialisten und auch der Kommunisten auf sozialem Gebiet ein lebhaftes Interesse entgegengebracht, sie studiert und sich von ihnen anregen lassen. Sie sind eben darum von den traditionsgebundenen Schichten immer wieder angegriffen und verdächtigt worden.

Diese traditionsgebundenen Schichten versuchen nun natürlich, das Kommunismusdekret zu ihren Gunsten auszunutzen. Sie versuchen, es so darzustellen, als ob die gesamte fortschrittliche Gruppe der französischen Christen mehr oder weniger von diesem Dekret betroffen sei und nun ihre Tätigkeit einstellen oder ihre Richtung ändern müsse. Einige der bekanntesten Redner der Tagung in Lille haben hiergegen protestiert, das Kommunismus-Dekret kommentiert und die Stellung der sozialen Katholiken (und mit ihnen zugleich auch die der so umstrittenen Gruppe der „Union der Fortschrittlichen Christen" (vgl. S. 566) verteidigt.

So hat *P. Bigo* von der „Action Populaire" in seinem Vortrag „Wirtschaftsstruktur und soziale Ordnung" im Hinblick auf das Dekret des Heiligen Offiziums unterstrichen, daß die Kirche den Materialismus und Atheismus des Kommunismus, jedoch nicht seine Auflehnung gegen eine ungerechte Sozialordnung verurteile. Das muß man dem Volk sagen; man muß ihm sagen, daß die Kirche alle ihre Kraft einsetzt, um die Errichtung einer menschenwürdigen Ordnung zu fördern.

In seinem Vortrag legt er dann dar, daß die menschenwürdige Sozialordnung, wie die Kirche sie erstrebt, ebenso weit von der des Kapitalismus wie von der des Kommunismus entfernt sei. Der Kapitalismus ist blind vor den furchtbaren Ungleichheiten des sozialen Lebens. Auch er ist ein Materialismus. Wenn sich jedoch gegen die anarchische Form des Materialismus, die der Kapitalismus darstellt, der Kollektivismus erhebt, so ist dies nur eine andere, eine totalitäre Form des Materialismus. Jedoch zeigt sich heute eine gewisse Entwicklung auf beiden Seiten im Hinblick auf das Eigentum. Auf der kapitalistischen Seite wird es mehr und mehr sozialisiert; auf der

marxistischen Seite beginnt es, sich zu individualisieren. Diese Entwicklung kommt den Gedanken der kirchlichen Soziallehre entgegen. Wenn aber diese Entwicklung zu einem guten Ende führen soll, so muß sie von neuen Menschen getragen werden. Hier ist die Stelle, wo die christlichen Laien sich einsetzen müssen.

Die größte Bedeutung hatte für dieses Problem der Vortrag von *P. Riquet,* der „Die neuesten Entscheidungen Roms" zum Thema hatte. Er beginnt mit der Klage, daß „die jüngsten Entscheidungen Roms in Bezug auf die Christen, die in den Reihen des Kommunismus stehen, wieder einmal zwei betrübliche Haltungen unserer menschlichen Natur ans Licht gebracht haben: die Unaufrichtigkeit in der sittlichen Entrüstung einerseits und die käufliche, also niedrig materialistische Ausnutzung der christlichen Spiritualität andererseits". Niemand hätte sich doch wundern dürfen, daß die Kirche sich weigert, einer Propaganda und Aktion die Hand zu reichen, die auf das Verschwinden des Christentums hinarbeitet, wie es der Marxismus tut. Aber es ist traurig, daß einige nun deshalb, weil die Kirche sich energisch dem Erfolg einer entchristlichten Doktrin entgegenstellt, daraus triumphierend schließen, die Kirche verurteile damit zugleich auch jede soziale und politische Tätigkeit, die sie mit der des Kommunismus auf eine Stufe stellen. Weil die Kommunisten z. B. die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Regimes kritisieren, geben nun die Anhänger dieses Regimes vor, die Kirche habe jede Kritik an ihrem System verurteilt. Weil die Kommunisten so tun, als hätten sie das Monopol für den Kampf um Frieden und Freiheit gegen Faschismus und Krieg, suchen sie nun jeden Christen zu diskreditieren, der die Organisationen für den Frieden fördert und die totalitären Diktaturen bekämpft. So sind also die sogenannten „sozialen Christen" von beiden Seiten angegriffen.

Jene Christen, die glauben, die sozialen Christen mit theologischen, asketischen oder mystischen Argumenten verurteilen zu dürfen, tun letzten Endes nichts anderes, als eine Kirche wünschen wie die des Patriarchen Alexis, deren wichtigstes Merkmal nach seiner eigenen Aussage ihre Passivität ist. „Sie kennt keine andere christliche Haltung, sie mischt sich nicht in die Staatsangelegenheiten ein, urteilt nicht und begnügt sich damit zu tragen. Tut der Staat etwas, was ihr mißfällt, so reagiert sie nicht etwa durch eine Gegenwirkung, sondern sie nimmt es auf sich, und wenn es nötig ist, leidet sie". Das ist aber nicht die Haltung der katholischen Kirche. Der Katholik ist eben gerade deshalb sozial, weil er Christ ist. Gerade dadurch, daß er sich um die Not seiner Mitmenschen kümmert, bleibt er dem ursprünglichen Evangelium treu.

DER SCHLUSSVORTRAG VON MSGR. DE SOLAGES

Msgr. de Solages, der Leiter des Katholischen Instituts von Toulouse, hat in einer Schlußansprache noch einmal den Sinn der Tagung von Lille zusammengefaßt. Er hat noch einmal betont, daß die Wirtschaftsprobleme auf einer Tagung der Sozialen Wochen von Frankreich eben darum einen so breiten Raum einnehmen können, weil die soziale Gerechtigkeit so eng mit wirtschaftlichen Problemen verknüpft ist. Trotzdem hätte diese Beschäftigung mit den Wirtschaftsfragen keinen Sinn, wenn man nicht glaubte, daß sich das Wirtschaftsgefüge beeinflussen ließe. Eben das aber kann man, indem man entweder die Struktur selber ändert oder in ihren Ablauf eingreift. Wenn der Christ dies zu tun beabsichtigt, so darum, weil auch die Wirtschaftsordnung dazu beitragen soll, dem Reich Gottes auf dieser Erde vorzuarbeiten. Diese Einflußnahme bedeutet, daß er der Wirtschaft eine Richtung geben will, die sich jedoch nicht nach dem Gewinn, sondern nach dem Gemeinwohl richtet. Eine solche Ausrichtung und Planung wird in den Händen des Staats liegen müssen; dieser selbst aber soll eine wahre Demokratie sein, in der die leitenden Männer vom Volk bestimmt sind. Die Wirklichkeit ist ein äußerst komplexes Gebilde mit vielen widerstreitenden Kräften, in dem nichts zu einem guten Ziel geführt werden kann, wenn der gute Wille fehlt. Soll es also eine menschliche Wirtschaftsordnung geben, so muß es vor allen Dingen gute Menschen geben.

SCHLUSSFOLGERUNGEN DER SOZIALEN WOCHE

Wie alljährlich, so ist auch diesmal wieder am Schluß der Tagung der Sozialen Woche von Frankreich in Lille eine Erklärung abgegeben worden, die folgenden Wortlaut hat:

Der soziale Fortschritt, den die Sozialen Wochen von Frankreich zu definieren und zu verwirklichen suchen, scheint häufig auf wirtschaftliche Unmöglichkeiten zu stoßen. Darum haben Vortragende und Hörer sich bei der gegenwärtigen Tagung in Lille mit diesem Problem beschäftigt unter dem Titel: „Wirtschaftliche Wirklichkeiten und sozialer Fortschritt".

Nach dem üblichen Rundblick haben sie sich besser Rechenschaft geben können über das Maß, in dem der wirtschaftliche Aufstieg seit ungefähr zwei Jahrhunderten dem sozialen Fortschritt gedient hat, konnten sie eine Lehre ziehen aus den charakteristischsten sowjetischen, amerikanischen und europäischen Erfahrungen und das französische Drama der letzten Jahre, das durch wirtschaftlichen Rückgang und soziale Spannungen charakterisiert ist, scharf beleuchten.

Die Sozialen Wochen von Frankreich haben aufs Neue betont, daß, wenn es den Wirtschaftswissenschaften zusteht, die wirtschaftlichen Gegebenheiten mit der denkbar größten Genauigkeit zu erfassen, nur im Lichte der christlichen Offenbarung ihr Endziel bestimmt werden kann.

1. Die Wirtschaft muß im Dienste des Menschen stehen. Die berechtigte und unerläßliche Entwicklung der Produktion muß dem Gemeinwohl dienen, d. h. der Produzierende darf nicht der Produktion geopfert werden, sondern allen muß ein Minimum von Wohlstand gesichert und die Entfaltung der Persönlichkeit und die Verwirklichung der selbstlosen Ziele der Zivilisation, die den besten Teil des sozialen Fortschritts darstellen, müssen gefördert werden.

2. Diese Ausrichtung der Wirtschaft auf die menschlichen Ziele ist möglich; denn wenn es im Bereich der Wirtschaft etwas „Gegebenes" gibt, das nicht von uns abhängt, so gibt es auch etwas „Konstruiertes", das das Werk der Freiheit des Menschen ist, der das Gegebene zu seinen Zwecken benutzt. In der Tat kann der Mensch in erster Linie schon einmal die Generalstruktur der Wirtschaft bestimmen, die er betreiben will; er kann dann weiter durch nachträgliche Eingriffe in einem gewissen Maße den Gang des wirtschaftlichen Regimes modifizieren.

3. Was uns anbetrifft, so verwerfen wir einen gewissen Eigentumsbegriff, der das Wohl der Kollektivität und das

der Arbeiter der Willkür eines ausschließlich auf den Profit gerichteten Kapitalismus unterordnet; aber wir verwerfen ebenso eine Wirtschaftsform, von der die wesentlichen Freiheiten des Menschen, ohne die es kein echtes menschenwürdiges Leben mehr gäbe, ausgeschlossen wären. Wir bemühen uns, eine Wirtschaftsordnung zu bestimmen und zu verwirklichen, die die wirtschaftliche Betätigung in organische Körperschaften zusammenfassen und sie auf das Gemeinwohl ausrichten, ihr aber zugleich einen möglichst großen und übrigens je nach den Sektoren verschiedenen Spielraum der Initiative und Verantwortung bewahren soll.

4. Diese ordnende Ausrichtung der Tätigkeiten kann nicht den Machenschaften von Gruppen überlassen werden, die sich um das Gemeinwohl nicht kümmern, sondern sie setzt die Existenz einer autonomen wirtschaftlichen Funktion des Staates voraus, einer Funktion, die Männern anvertraut werden müßte, die auf Grund ihrer Zuständigkeit, ihrer Unabhängigkeit und ihres Charakters ausgewählt werden müßten und die Aufgabe hätten, im Rahmen der Gesetze unter der Aufsicht der Regierung und unter Mitwirkung der Fachorganisationen die Bemühungen auszurichten, die tatsächlichen Vorgänge zu kontrollieren und bei Konflikten als Schiedsrichter zu wirken.

5. Es muß hinzugefügt werden, daß diese nationale Wirtschaftsordnung, deren Ziel die Wohlfahrt eines Volkes ist, nur im Rahmen einer internationalen Wirtschaftsordnung vorgestellt werden kann, die ihrerseits wieder auf das Wohl der ganzen Menschheit gerichtet ist. Da diese internationale Ordnung offenbar nicht auf einen Schlag nach einem Gesamtplan hergestellt werden kann, muß man in Etappen vorgehen, in erster Linie durch regionalen Zusammenschluß, der auch allein im Stande sein würde, den Standard des europäischen Lebens zu heben.

6. Der Staat ist gegenwärtig für eine solche Aufgabe, die er sich infolge der Umstände ungeschickterweise angeeignet hat, nicht befähigt. Es scheint daher heute notwendig, seine politischen und administrativen Strukturen umzugestalten, um ihn dazu fähig zu machen. Diese neue Organisation muß einen entschlossenen Einsatz zugunsten eines bestimmten Planes, die Schaffung eines Corps von Beamten und Wirtschaftstechnikern und die Erhaltung der Autonomie der Unternehmen ermöglichen.

7. Um die Wirtschaftstätigkeit in einem günstigen Sinn zu lenken, ist in der Tat am Ausgangspunkt die Wahl eines Produktionsplanes notwendig, der die wechselseitige Abhängigkeit des wirtschaftlichen und des sozialen Bereiches betont, und dieser muß von Spezialisten der Wirtschaftsfragen unter Leitung der Regierung nach Beratung mit den verschiedenen Fachorganisationen ausgearbeitet und durch das Parlament und gegebenenfalls durch das Land gebilligt werden.

8. Dieser Plan muß von Zeit zu Zeit überprüft werden, um den schwer voraussehbaren Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur und den notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung von Wirtschaftskrisen Rechnung zu tragen, um diese zu mildern oder wenigstens ihre Folgen abzuschwächen, sodaß die Existenz und Würde der Arbeiter während dieser Krisen, wenn es nicht geglückt ist, sie zu vermeiden, erhalten bleiben; aber wenn dieser Plan nicht jede Wirksamkeit verlieren soll, darf er nicht ständig wieder umgestoßen werden.

9. Eine der notwendigen Vorbedingungen einer Wirtschaftsordnung, deren Entwicklungsrhythmus im Einklang mit dem ziemlich regelmäßigen Rhythmus des menschlichen Lebens bleiben soll, ist die Stabilität des Geldes. Da das Geld das Mittel der Bewertung, das Mittel der Ersparnisse und das Mittel der Vorsorge sowohl für die Gesellschaft wie für den Einzelnen ist, schafft ein unsicheres Geld eine unsichere Welt, die die innerste Ehrenhaftigkeit der menschlichen Beziehungen gefährdet.

10. Da im Rahmen einer auf diese Weise durch bestimmte Einrichtungen gelenkten und auf das Gesamtwohl gerichteten Wirtschaft das Spiel der Freiheit nicht ausreicht, um automatisch eine hinreichend gerechte Verteilung und insbesondere die Errichtung eines wirklichen Heimes für jede Familie zu sichern, müssen die verschiedenen Verteilungstechniken ins Spiel gesetzt werden, über die eine solche Wirtschaftsform verfügt: Lohnstufung, Steuerverteilung, Sozialversicherungen.

11. In diesem Wirtschaftsleben der Nation fällt den Arbeitern eine wesentliche Rolle zu. Es liegt im Interesse aller, daß sie — und erst recht die leitenden Männer ihrer Gewerkschaften und anderen Fachorganisationen — einerseits eine wirtschaftliche Ausbildung erhalten, die sie in möglichst großem Umfang mit den Verpflichtungen und Schwierigkeiten der Wirtschaftsfragen bekannt macht, und daß sie andererseits instand gesetzt werden, in möglichst großem Umfang auf den verschiedenen Stufen der Wirtschaftsorganisation ihre Bedürfnisse und Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Es ist schließlich notwendig, daß sie in größtmöglichem Maße am Eigentum ihrer Produktionsmittel beteiligt werden.

12. Dies sind grundlegende Notwendigkeiten für die Errichtung einer Wirtschaftsdemokratie, d. h. einer auf das Wohl des Volkes gerichteten Wirtschaftsordnung unter der Kontrolle des Volkes, einer Wirtschaftsdemokratie, ohne die es, zum mindesten in unserer Zeit, keine wahre Demokratie, und das bedeutet letzten Endes: keine wirkliche Achtung vor der Freiheit geben kann.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Die Kirchenordnung für Hessen-Nassau

Die „Ordnung der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau" (Amtsblatt EKD Nr. 5) ist am 17. März 1949, ein Vierteljahr später als die für Berlin-Brandenburg, von der sie manche Gedanken übernimmt, beschlossen (vgl. Herder-Korrespondenz H. 11, S. 521 f). Zunächst hat diese Ordnung die früher bestehenden drei Kirchen von Hessen-Darmstadt, Nassau und Frankfurt/Main zu einer Landeskirche konstituiert, mit dem Amtssitz des Kirchenpräsidenten D. Niemöller in Wiesbaden. Da sie lutherische, reformierte und unierte Gemeinden in sich vereinigt, rechnet sie zu den unierten Landeskirchen. Im Grundartikel heißt es, sie „steht in der Einheit der einen heiligen und apostolischen Kirche Jesu Christi, die überall dort ist, wo Gottes Wort lauter verkündigt wird und die Sakramente recht verwaltet werden. „Sonst folgt der Grundartikel mit seinem vierfachen „allein" hinsichtlich des Bekenntnisses dem Vorbild von Berlin-Brandenburg, sagt, daß die Kirche „ihr Bekenntnis jederzeit in gehorsamer Prüfung an der Hl. Schrift und im Hören auf die Brüder neu zu bezeugen" hat und daß sie in diesem Sinne sich zu der „Theologischen Erklärung von Barmen" bekennt (Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 5/6, S. 266 f).

Ihr Aufbau erfolgt von unten her aus den Gemeinden. Glieder der Gemeinde sind alle getauften evangelischen Christen eines örtlich begrenzten Bereichs, aber „sie sind dazu berufen, sich in Treue zu Wort und Sakrament zu halten und sich in der Nachfolge ihres Herrn zu bewähren". Jede Gemeinde trägt volle missionarische Verantwortung und hat die dazu erforderlichen Dienste zu entfalten. In einer besonderen Sitzung der Synode vom 11. Mai wurde Art. 4 der Grundordnung der EKD dahin ausgelegt: „In unserer Kirche werden Angehörige eines anderen in der EKD geltenden Bekenntnisses ohne Einschränkung zum Hl. Abendmahl zugelassen!" (Amtsblatt EKD Nr. 7, 122). Eine theologische Begründung dafür ist nicht gegeben; irgendwelche Anzeichen, daß eine Abendmahlsnot besteht, die durch eine neue Gottesdienstordnung behoben werden müsse, liegen anscheinend nicht vor. Man sagt, der Kirchenpräsident betrachte eine Behandlung der Frage als unerwünscht.

Ein eigener Artikel (13) übernimmt von Berlin-Brandenburg die „dienende Gemeinde".

Die Einheit der Gemeinden im Dekanat wie in der Gesamtkirche wird „aus ihrer Zugehörigkeit zum Leibe Christi" begründet; wie auch sonst der ökumenische Charakter der Kirche und ihre ökumenische Verantwortung stark unterstrichen werden. Die Kirchensynode ist wie in Rheinland und Westfalen „das maßgebliche Organ der geistlichen Leitung" mit allen dazu gehörigen Vollmachten. Die „Kirchenleitung" unter dem Kirchenpräsidenten mit seinem Stellvertreter und Sachbearbeiter ist die Verwaltung, sie handelt im Auftrag der Synode. Es fehlt also das Bischofsamt mit seiner Sonderstellung wie in Berlin-Brandenburg. Infolgedessen war es sinnvoll, daß die Lutheraner auf der verfassunggebenden Synode „mit Rücksicht auf die bekenntnismäßige Zusammensetzung des Kirchengebietes" den Bischofstitel ablehnen (Deutsches Pfarrerblatt 15. April S. 161 f). Neben der Kirchenleitung besteht aber, ebenfalls unter dem Kirchenpräsidenten und im Auftrag der Synode handelnd, das „Leitende geistliche Amt", dem die bischöflichen Pflichten zukommen (Sorge für die rechte Verkündigung, Visitation, Ordination usw.). Es wird vom Kirchenpräsidenten „in Gemeinschaft mit seinem Stellvertreter und den von der Synode gewählten Pröbsten ausgeübt" (Art. 14). Die Lösung der Bischofsfrage hat insofern eine Ähnlichkeit mit Berlin-Brandenburg, als sie weniger auf die Hl. Schrift, als auf die Person des gerade amtierenden Mannes an der Spitze zugeschnitten ist, dem dort mehr, hier weniger geistliches Recht zugesprochen wird, sei es, weil der reformierte Einfluß im Westen überwiegt, sei es, weil die theologische Erkenntnis andere Wege sucht.

Von Bedeutung ist noch Art. 16, der eine ziemlich umfassende Lehrverpflichtung mit Ordinationsvorbehalt des Pfarrers auf den Grundartikel der Verfassung und Ordinationsgelübde gibt. Darin heißt es auch: „Er soll die heiligen Sakramente nach Gottes Wort recht verwalten (die Beichte wird nicht wie in Berlin-Brandenburg erwähnt), für die ganze christliche Kirche — insonderheit für die ihm befohlene Gemeinde — beten und darüber wachen, daß nach Gottes Wort christlich gelebt werde". Die Erfüllung dieses Programms wird von der Wirksamkeit des „Leitenden geistlichen Amtes" abhängen. Auch diese Verfassung ist noch weit davon entfernt, eine Übereinstimmung der Lehre, insbesondere der neuen Exegese des NT, mit der Ordnung herauszustellen; sie bekennt nicht zum Schluß, wie die Synode von Berlin-Brandenburg, die Vorläufigkeit ihres Werkes.

Warum Abendmahlsgemeinschaft?

Es bedarf endlich einer vertieften Erklärung, warum dem Problem der Abendmahlsgemeinschaft zwischen Lutheranern und Reformierten in der EKD eine so spannungsvolle Bedeutung zukommt. Der theologische Widerstand dagegen, der von den bayrischen und hannoverschen Lutheranern ausgeht und die Abendmahlsgemeinschaft in Art. 4 der Grundordnung von Eisenach begrenzt hat, konnte sich in den Landeskirchen nicht überall durchsetzen. Berlin-Brandenburg hält an der Abendmahlsgemeinschaft fest, und Hessen hat sie ausdrücklich — das war D. Niemöllers dringendes Anliegen — eingeführt. Es ist schwer zu sagen, wie weit im letzteren Falle eine kirchenpolitische Antithese den Ausschlag gab. Grundsätzlich muß in der Frage beachtet werden, daß heute das Bestreben, Abendmahlsgemeinschaft zwischen Lutheranern und Reformierten zu halten, nicht mehr verwechselt werden darf mit dogmatischer Indifferenz, wie sie in der Kirche der altpreußischen Union bis 1933 herrschend war. Das gleiche Wort bezeichnet heute eine andere dogmatische Intention, weil dahinter eine andere religiöse Erfahrung steht, die noch nicht zu einer Lehrformulierung hat finden können.

Um das recht zu verstehen, muß man auf die Geschichte der „Bekennenden Kirche", auf die schwersten Jahre des Kampfes gegen die nationalsozialistische Staatskirche zurückgreifen. Seit der grundlegenden Bekenntnissynode von Barmen im Mai 1934, auf der die sogenannte „Barmer Theologische Erklärung" beschlossen wurde und die ohne gemeinsame Abendmahlsfeier stattfand, drängten die in Barmen vertretenen Lutheraner aus Bayern und Hannover ihre Brüder in den zerstörten Kirchengebieten der preu-

ßischen Union, sie sollten endlich ihren eindeutigen Bekenntnisstand festlegen. Unter der Ära der staatlichen Kirchenausschüsse, die von den „intakten" Lutherischen Landeskirchen gestützt wurden, war es eine Lebensfrage für den Bestand der „Bekennenden Kirche", daß sie dieser lutherischen Forderung entsprach, schon um sich der Opposition in den eigenen Reihen zu erwehren.

Die Wendung im evangelischen Glaubensbewußtsein

Darum wurde im Mai 1937, bevor die schwerste Verfolgung begann, im Zeichen des Kreuzes also, eine preußische Bekenntnisynode nach Halle einberufen, deren ausschließliches Anliegen die Bereinigung der konfessionellen Frage war. Auf dieser kirchengeschichtlich bedeutenden Synode, die unter geistlicher Leitung von Pfr. Hans Asmussen und Pfr. Heinrich Vogel (heute Dogmatiker in Berlin) stand, wurde nun neben der Aufnahme der Barmer Theologischen Erklärung in das Ordinationsgelübde vor allem ein echter Konsensus in der Abendmahlsfrage gesucht. Für den Kenner der damaligen Verhältnisse bedeuten die vorgelegten Formeln bei aller Unzulänglichkeit eine kopernikanische Wendung im evangelischen Glaubensbewußtsein, deren Folgen wir in den Berichten der letzten Monate hier nachlesen konnten. Der Beschluß „zur Frage der Abendmahlsgemeinschaft" knüpft an 1. Kor. 10, 16—17 an und erklärt einmütig:

„1. Jesus Christus, unser Herr und Heiland, der um unseretwillen in das Fleisch gekommen ist, sich selbst am Kreuz einmal für uns geopfert hat und leiblich auferstanden ist vom Tode, ist selber die Gnadengabe des von ihm eingesetzten Abendmahles seiner Gemeinde.

2. Daraus folgt für die Frage der Abendmahlsgemeinschaft:

Abendmahlsgemeinschaft zwischen Lutheranern, Reformierten und Unierten ist nicht durch den in der Union bestehenden Zustand gerechtfertigt.

Abendmahlstrennung zwischen Lutheranern, Reformierten und Unierten ist nicht durch die Gegensätze des 16. Jahrhunderts gerechtfertigt.

Abendmahlsgemeinschaft hat ihren Grund nicht in unserer Erkenntnis des Abendmahls, sondern in der Gnade dessen, der der Herr des Abendmahles ist.

3. Die unter uns bestehenden Unterschiede in der Lehre vom heiligen Abendmahl betreffen die Art und Weise der Selbstmitteilung des Herrn im Abendmahl. Sie beziehen sich nicht darauf, daß der Herr selbst die Gabe des Abendmahles ist" (Kirchl. Jahrbuch 1933—1944 S. 185).

An diesen Formeln ist folgendes bedeutsam: 1. der ganze Christus ist im Abendmahl gegenwärtig, weil der Geber zugleich die Gabe ist. 2. Die Gnade des Herrn begründet die Abendmahlsgemeinschaft, das Mysterium ruht in sich selbst. Vor allem 3. nicht unsere Lehre vom Abendmahl, nicht, wie die Reformation meinte, unsere theologische Doktrin kann den Grund zur Abendmahlsgemeinschaft abgeben oder kirchenbegrenzend wirken. Die Synode, die aus den Erfahrungen des Leidens für Christus sprach und vor neuen Leiden stand, stellte also fest, daß das Geheimnis der Gegenwart Christi von den reformatorischen Theologien nicht adaequat zum Ausdruck gebracht worden sei. Sie verließ grundsätzlich die Bindung an diese Doktrinen. Das ist etwas völlig anderes als der Liberalismus und Spiritualismus des 19. Jahrhunderts. 1937 konnten noch die intakten Lutheraner diese vorläufigen Formeln verurteilen. Heute begreift man, daß Halle der Ausgangspunkt eines neuen Sakraments- und Christusverständnisses im evangelischen Bereich geworden ist. Damals schrieb ein Mitglied der Synode, Herbert Goltzen, über ihr Ergebnis: „Mit der Verödung unserer Sakramentsfeiern sind wir gestraft, weil wir zu sehr der lehrmäßigen Sicherung des Abendmahles vertraut und darüber allzu sehr die Glaubenseinfalt verloren haben, die das Geheimnis der Gegenwart des Herrn empfängt ... Das göttliche Geheimnis lebt überhaupt nicht mehr in der Breite unserer Theologie und unseres Gemeindelebens (Ev. Theol. 1937, S. 373). Zwei Jahre später drückte Asmussen in seinem Buch „Die Kirche und das Amt" den Sachverhalt überaus klar in folgenden Sätzen aus: Die evangelische Christenheit habe bereits im Ansatz die Tatsache des Sakraments durch die Erkenntnis vom Sakrament verdrängt. Sie sei eben „gewöhnt, das Verständnis von einer Sache über die Sache selbst zu setzen. Wir wissen mehr, als wir haben, und wollen erst wissen und dann haben". Diese Diktatur des reflektierenden Bewußtseins habe die Ordnung der Kirche zerstört, die ebenso wie das Recht der Kirche aus dem Sakrament folge. Das Sakrament unterscheide sich vom Wort. Es „ist der deutlichste Ausdruck dafür, daß Gott die Glieder der Gemeinde in Gnadenhaft nimmt, ehe diese verstehen, was mit ihnen geschehen ist, und ohne daß sie die rechte Vorstellung von der Tragweite des Geschehens haben. Im Sakrament durchkreuzt Gott unsere versuchlichen Gedanken, welche aus der Gemeinde, dem Leibe Christi, eine Gesinnungsgemeinschaft machen möchten. Gegen solche Versuchung bringt Gott zur Geltung, daß nicht unsere Gesinnung, sondern Gottes Offenbarung und Gegenwart die Kirche konstituiert" (S. 163).

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Die kirchliche Lage in der Ostzone in evangelischer Sicht

Von einem evangelischen Freund in der Ostzone erhalten wir folgenden Beitrag, den wir als aufschlußreiche Darstellung unverändert und ohne Kommentar wiedergeben.

Derjenige, der seinen Standort in der Ostzone hat, kann zu den umfassenden Analysen der allgemeinen Entwicklung und der besonderen politischen und kulturpolitischen Ereignisse des Ostens, wie sie in der Weltpresse auf Grund sorgfältigster Materialauswertungen immer wieder vorgetragen werden, eigentlich keinen Beitrag geben. Denn in der Ostzone lebt man bereits in einer Zone des Schweigens und in einem Lande der Stummen und hat nur die Fülle der einzelnen Ereignisse und der täglichen Erfahrungen, wie sie sich einer sehr begrenzten Sicht darstellen, vor Augen. Eine solche aus den Bedrängnissen der Stunde erwachsende Anschauung wird jedoch immer eine

notwendige Ergänzung aller systematischen Deutungsversuche sein müssen.

Die Frage nach der Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse in der Ostzone kann sachgemäß überhaupt nur geklärt werden, wenn im Hintergrund als eigentliches Modell die Ordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche in der Sowjetunion und die entsprechenden Kopien in den „Volksdemokratien", über die die Herder-Korrespondenz umfassend berichtet, im Blick bleiben. An diesem Modell, nach dem die andern Staaten und auch die Ostzone hinter dem „Eisernen Vorhang" konsequent umgebaut werden sollen, steht der totale Umbau als solcher in seinem architektonischen Grundriß außer Zweifel. Nur Tempo und Methode dieses Umbaus stehen jeweils zur Diskussion und werden von taktischen Gesichtspunkten abhängig gemacht. Man bedenke die unterschiedliche Ingangsetzung und Entwicklung des Kampfes gegen die katholische Kirche in Ungarn und in der Tschechoslowakei. Auch die Ostzone ist von dieser Entwicklung, die mit den Fundamenten des kommunistischen Regimes einfach gegeben ist, nicht prinzipiell unterschieden. Es liegen in der Ostzone gewiß im Blick auf die außenpolitische Situation (Berlin als das offene Fenster zur Welt) und im Blick auf die innenpolitische Lage (der Widerstand bürgerlicher Kreise im Rahmen der Scheindemokratie) zur Zeit erhebliche retardierende Momente vor. Aber die verborgene und unheimliche Dynamik des Ganzen muß klar erkannt werden. Die Behauptung gewisser bürgerlicher Politiker der Ostzone, als sei man in einer eigenständigen Entwicklung gegen den Einbruch eines totalitären Regimes im Stil der „Volksdemokratie" immun, ist nur als das Argument einer kindischen Vogelstraußpolitik zu deuten. Denn die von Pieck und Grotewohl proklamierte Vertagung der Frage nach Verwirklichung der „Volksdemokratie" im ostdeutschen Raum ist nur als taktische Maßnahme und als kluger politischer Trick zu werten.

Hält man sich das gesamte, heute zur Verfügung stehende Material hinsichtlich der Gestaltung des Verhältnisses von Staat und christlicher Kirche in Sowjetrußland, aber auch in den Trabantenstaaten vor Augen, so springt trotz aller Nuancierungen im einzelnen der Generalnenner unverhüllt heraus. Ob man die verschiedenen Stadien des Kirchenkampfes in Ungarn (wo leider die evangelische Kirche unter dem Einfluß von Karl Barth eine klägliche und traurige Rolle spielt!) oder das am 17. 2. 1949 von der bulgarischen Nationalversammlung verabschiedete Religionsgesetz oder die dramatischen Vorgänge in Prag bedenkt, so liegt die rapide Annäherung an das eigentliche sowjetrussische Modell offen am Tage. Dieses Modell ist von einer konsequenten Eindeutigkeit im Grundsätzlichen. Es wird der fanatische Umbau der Erde nach pseudochiliastischen Konzeptionen und in pseudomessianischer Dynamik proklamiert und in Szene gesetzt. Von diesem revolutionären Umbauprozeß wird ein gewisser kultischer Sektor und eine verborgene Zone innerster seelischer Gläubigkeit deshalb nicht betroffen, weil die Instanzen von Staat und Partei im Banne ihrer utopischen Dogmen der Überzeugung sind, daß im Zuge der Intensivierung der politischen und wissenschaftlichen Umerziehung der Massen dieser separate Raum eines Tages sein natürliches Ende findet. Im gegenwärtigen Übergangsstadium wird der christlichen Kirche also die Rolle eines religiösen Naturschutzparks zugewiesen. Auch hier wird wieder die letzte Übereinstimmung mit der Grundkonzeption von Rosenberg deutlich.

Alle vordergründigen Ereignisse in der Ostzone auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und kirchlichem Gebiet erhalten erst von diesem dunklen Hintergrunde her ihre eigentlichen Akzente. Im Blick auf die allgemeine Stimmung haben natürlich alle russischen und deutschen Stellen die Tendenz, diese wahren Hintergründe möglichst vollständig abzublenden und das unheimliche Gefälle des ganzen Umbauprozesses zu vernebeln und zu tarnen. Es bleibt die geschichtliche Schuld der heute verantwortlichen Politiker, vor allem der Ostzonen-CDU, daß sie bei diesen ständigen Tarnungsarbeiten billige Handlangerdienste leisten!

Die Entwicklung in der Ostzone ist auf allen Gebieten durch ein unheimliches Gleitsystem gekennzeichnet. Das Wesen dieses für jeden totalitären Staat charakteristischen Gleitsystems kann im geschichtlichen Rückblick auf den Weg des „Dritten Reiches" hinreichend studiert werden. Man denke z. B. an die Abwicklung der Judenfrage von den ersten Etappen harter, aber vielleicht noch diskutabler Gesetze bis zu dem Endstadium von Theresienstadt und Auschwitz unter dem Gesichtspunkt, daß das eigentliche Ziel als Modell der verbrecherischen Führungskaste von vornherein vor Augen stand. Sie hatte nur die Frage der Verwirklichung unter jeweils taktischen Gesichtspunkten des Augenblicks zu bedenken. Die gesamte Entwicklung der Ostzone und damit auch die Kirchenfrage muß unter dem Aspekt dieses unheimlichen Gleitsystems gesehen werden. So ist die „Blockpolitik" oder ihre neueste Fortsetzung in der „Nationalen Front" nur die spanische Wand, hinter der alle wahre Demokratie gemordet wird. Dieses Gleitsystem kann in der Gestaltung der ärztlichen Betreuung mit dem Ziel der Ersetzung des Hausarztes durch ein Ambulatorium als Fabrik zur Gesunderklärung am laufenden Bande oder in der Gestaltung der Rechtspflege mit dem Ziel der Verdrängung des unabhängigen Richters durch einen den Massenorganisationen hörigen „Volksrichter" oder im wirtschaftlichen Leben mit dem Ziel der Kolchosen und der staatskapitalistischen Betriebe erhärtet werden. Überall ist der Umbau trotz aller gegenteiligen und beschwichtigenden Erklärungen im rapiden Gange. Man befindet sich auf allen Gebieten in einem von oben inszenierten permanenten revolutionären Prozeß. Am weitesten ist dieser Umbauprozeß wohl auf dem Boden der Schulpolitik vorangetrieben. Hier liegt daher in der Ostzone das konkrete Kampffeld, auf dem die staatlichen Stellen (bzw. die SMA) und die kommunistischen Mächte mit der Kirche zusammenstoßen. Überblickt man die verschiedenen Phasen auf dem Gebiete der Schulpolitik besonders in Hinsicht auf den dem Religionsunterricht zugewiesenen Ort, so hat man wieder dieses unheimliche Gleitsystem vor Augen. Am Anfang der Entwicklung stand die Anerkennung des im Auftrage der Kirche erteilten Religionsunterrichts im Rahmen der Schule, heute befindet man sich in einem Stadium, in dem durch eine Fülle von administrativen Maßnahmen und örtlichen Schikanen der Religionsunterricht der Kirche bereits in einen von der Öffentlichkeit der Schule gänzlich gelösten kümmerlichen Winkel abgedrängt ist. Ob das Ende dieses Weges nicht die sowjetrussische Lösung, wie sie in Bulgarien kopiert ist, sein soll, nach der jegliche unterrichtliche Betreuung von Menschen, die noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben, durch die Kirche verboten ist? Russische Schuloffiziere veranlassen die Entfernung religiöser Bilder aus den Schulen, ja sogar die Entfernung eines Harmoniums, das zum kultischen Musik-

instrument erklärt und damit hinter die Mauern des Kirchengebäudes verbannt wird.

Den Lehrkollegien wird eröffnet, daß man im Unterricht sich lediglich vom dialektischen Materialismus und von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen (man versteht darunter die verstaubten freidenkerischen Ladenhüter!) leiten lassen und daß man seinen christlichen Glauben als Privatleben lediglich daheim in seinem Kämmerlein pflegen dürfe. Schon heute muß als eindeutige Erfahrung dieser Jahre in der Ostzone die These aufgestellt werden, daß eine weltanschaulich „neutrale" Schule ein Unding ist, weil hier nur jenes Vakuum geschaffen wird, in das sofort die Dämonen hereinbrechen. Im gegenwärtigen Übergangsstadium befindet sich die Kirche auf dem Gebiete des Religionsunterrichtes vor einer Fülle von Schwierigkeiten als Auswirkung dieser kirchenfeindlichen administrativen Maßnahmen wie Sperrung der Schulräume, Verbot der organischen Einfügung des Religionsunterrichts in den Stundenplan, Benachteiligung und Zurücksetzung der staatlichen Lehrer, die noch willens sind, im Auftrage der Kirche den Religionsunterricht zu erteilen. Gleichzeitig mit der Abdrängung der Kirche aus der Schulöffentlichkeit in ein Ghetto geht der fieberhafte Aufbau der kommunistischen Propaganda in der Errichtung staatlicher und damit also auf dem Boden der kommunistischen Weltanschauung stehender Kindergärten und in der gewaltsamen Ingangsetzung der Schülerorganisation „Junge Pioniere". Noch ist die Teilnahme an ihr wie auch an der „Freien Deutschen Jugend" theoretisch der freiwilligen Entscheidung überlassen, tatsächlich aber ist der Druck der politischen Instanzen so stark, daß man hier wieder in einfacher Kopie des Nazi-Systems die Staatsjugend vor sich hat. Dennoch ist die Lage der Kirche eine ganz andere als in den Tagen Hitlers. Damals stand man im Religionsunterricht der Kirche weithin vor fanatisierten und verhetzten Anhängern der Hitler-Jugend, an deren Fanatismus jedes Gespräch zerbrach, heute steht man überall vor aufgeschlossenen Kindern und Jugendlichen, die trotz äußerer, von den Eltern veranlaßter Mitgliedschaft in der Staatsjugend innerlich fast durchweg gegen die kommunistische Propaganda immun sind, ja oft sich ganz bewußt zur Kirche bekennen und sich mit ihrem praktischen Dienst in das Leben der Kirchengemeinde einordnen. Damals, 1936, verursachte die Verlesung der tapferen Denkschrift der „Vorläufigen Kirchenleitung" durch die Pfarrer der Bekennenden Kirche auf ihren Kanzeln einen Sturm der öffentlichen Entrüstung bis ins entlegene Dorf. Es ist eine Geschichtsfälschung, wenn man heute behaupten will, daß nur der Terror der Gestapo und der Lärm der zentral gesteuerten Propagandamaschine die wahre Gesinnung der Volksmassen verdeckt habe. 1936 war jedenfalls der weitaus größte Teil aller Deutschen wirklich von Hitler fanatisiert, und bekenntnistreue Pfarrer standen, von der Empörung der Verführten umbrandet, in grenzenloser Vereinsamung in den Städten und auf den Dörfern da. Zu Pfingsten 1949 wurde ein Hirtenbrief des evangelischen Bischofs von Berlin D. Dr. Dibelius verlesen, den man in seiner Klarheit nur mit jener Denkschrift an Hitler im Jahre 1936 vergleichen kann. Die Wirkung aber war eine völlig andere: eine befreite Dankbarkeit und freudige Zustimmung weit über die Kreise des engeren Kirchenvolkes hinaus.

Die Kirche hat heute wieder die Aufgabe, das unheimliche Gleitsystem und das eindeutige Vorzeichen der Gesamtentwicklung im Ostraum und in der Ostzone zu enthüllen und zu entlarven. Die Versuche der katholischen Kreise der „Fortschrittlichen Christen" und der evangelischen Kreise um Karl Barth und Hromodka, Prag, innerhalb des kommunistischen Systems zwischen der weltanschaulichen Ideologie und der praktischen, politischen Gestaltung zu unterscheiden, können auf Grund der hiesigen Erfahrungen nur verworfen werden. Es ist wieder die Stunde einer Bekennenden Kirche im Osten gekommen. Diese Kirche erweist sich wieder im totalitären Regime des Ostens als die große Störung. Diese Kirche wird wieder zur Zuflucht für alle Humanität. Diese Kirche wird wieder der Erfahrung Luthers gewürdigt, daß die Verfolgungszeiten die eigentlichen Segenszeiten der Kirche sind.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BAUHOFER, Oskar. *Satan und unsere Zeit.* In: Anima Jhg. 4 Heft 2 1949 S. 97—103.

Die Grenze zum Diabolischen und Dämonischen ist weitgehend unbestimmbar, da wir die Fähigkeit, das metaphysische Wesen der Dinge zu wittern, verloren haben. Wir bedürfen der Gnade der Erleuchtung.

BOHMER, Rudolf. *Victima Christi. Zur Begründung und Verwirklichung des Sühnegedankens.* In: Geist und Leben Jhg. 22 Heft 3 (Juni 1949) S. 191—203.

Der Einsatz eines ganzen Lebens in der Übung der Sühne ist zwar gut begründet, doch liegen in diesem Apostolat der Sühne Gefahren, die gesehen werden müssen.

BOUYER, L. *Le culte de la Mère de Dieu dans l'Eglise catholique.* In: Irénikon Bd. 22 2. Trimester 1949 S. 139 bis 159.

Die orthodoxe Theologie nimmt Anstoß an verschiedenen Lehren der römischen Kirche über die Muttergottes und an Formen der katholischen Marienverehrung, weil sie sie nicht recht versteht. Auch nach Beseitigung des Mißverständnisses bleibt jedoch eine Schwierigkeit hier wie überhaupt in der Frömmigkeit der beiden Kirchen: der Osten lehnt die Verehrung des Irdisch-Menschlichen in Maria ebenso ab wie die Verehrung der Menschheit Christi.

BURKEL, Franz. *Die Katechese und Predigt über den Teufel.* In: Anima Jhg. 4 Heft 2 1949 S. 129—133.

Es herrschen heute durchweg falsche Vorstellungen über Existenz und Bedeutung des Teufels. Katechese und Predigt müssen in der Polemik dagegen die reine Lehre herstellen und zugleich die Mittel für den Kampf wider das Böse erschließen. (Mit Fortsetzung.)

DURAND, Alexandre SJ. *The Certainty of Faith.* In: The Downside Review Bd. 67 Nr. 209 (Juli 49) S. 247—259.

Auseinandersetzung mit der neuesten englischen Studie über das Verhältnis der natürlichen und übernatürlichen Faktoren von Dom J. Trethowan.

FEINER, J. *Theologie des Teufels.* In: Anima Jhg. 4 Heft 2 1949 S. 115—123.

Darstellung der verschiedenen Grade, in denen die Offenbarung eine Gewißheit von der Existenz des Teufels gibt.

GUERRERO, Eustaquio SJ. *Mas sobre la libertad religiosa. A propósito de una pastoral del senor Obispo de Astorga.* In: Razon y Fe Juli/August 1949 S. 99—111.

Der Bischof von Astorga, Msgr. Mérida, hat in einem Hirtenbrief die politische Haltung des Christen dargelegt und bei der Frage der Religionsfreiheit einen sehr spanischen Standpunkt eingenommen, bei dem er heftig gegen einen Aufsatz von P. Pribilla polemisiert.

GUTZWILER, Richard. *Satan in der Apokalypse.* In: Anima Jhg. 4 Heft 2 1949 S. 108—115.

Die geheime Offenbarung gewährt keine neuen Erkenntnisse über das Wesen des Bösen, die nicht schon in den Evangelien und Paulusbriefen enthalten wären. Dafür gibt aber nach Ansicht des Verfassers die Apokalypse die volle Anschaulichkeit von der Übermacht Gottes und hat daher den Charakter eines „Trostbuches" für Gläubige.

HAEKEL, Joseph. *Der Glaube an Satan bei den ethnologischen Altvölkern.* In: Anima Jhg. 4 Heft 2 1949 S. 103 bis 108.

Die Urzeitmythen verweisen auf einen gemeinsamen Ausgangspunkt. In einer gewissen Übereinstimmung sprechen alle vom Gegenspieler Gottes.

KEMMER, Alfons. *Satan in der Seelsorge der Kirchenväter.* In: Anima Jhg. 4 Heft 2 1949 S. 124—129.

Die Patristik ist darin vorbildlich, daß sie in vollem Realismus sich nicht über die Existenz des Bösen hinwegtäuscht, zugleich aber auch in ursprünglichem Optimismus auf Christus als den Sieger über Satan blickt.

SCHNEIDER, Reinhold. *Weltangst und Weltfriede.* In Caritas Jhg. 50 Heft 3/4 (März/April 1949) S. 49—52.

Die Not in mir ist zugleich die Not im Nächsten; so erschließt sich in der Angst die Menschheit als Ganzes. Der Weg von Mensch zu Mensch steigt auf in den Weg zu Gott.

SCHOLLGEN, Werner. *Die Dämonisierung der Sexualität.* In: Anima Jhg. 4 Heft 2 1949 S. 156—162.

Die erhöhte Sexualität ist Index für die Bindungslosigkeit der modernen Gesellschaft. Zwar hat die neuere Geschichte eine allgemeine Humanisierung erreicht, aber um den Preis der Krankheit wildwuchernder Triebe.

SCHREIBMAYER, Franz. *Thesen zur Glaubensverkündigung.* In: Katechetische Blätter Jhg. 74 Heft 7 (Juli 1949) S. 197—203.

Eine Wiedergabe der Diskussionsgrundlage, die für die katechetische Hauptarbeitsgemeinschaft angefertigt wurde. Zweiter Teil folgt.

SOLAN, Franz. *Seelenführung und Satan.* In: Anima Jhg. 4 Heft 2 1949 S. 149—155.

Aus der Praxis und für die Praxis wird hier die Stellung des Seelsorgers zu Neurosen, Hysterien und anderen Fällen von „Besessenheit" erwogen.

SPEYR, Adrienne von. *Heiligkeit im Alltag.* In: Geist und Leben Jhg. 22 Heft 3 (Juni 1949) S. 161—168.

Da Christus die Welt heimgeholt hat, muß dies in ihr selbst, d. h. in einer uns zugänglichen Heiligkeit des Alltags bewiesen werden können.

VROKLAGE, B. *Universalität und Religion.* In: Missionswissenschaft und Religionswissenschaft Jhg. 1949 Nr. 2 S. 113—120.

Im Vergleich mit den anderen großen Religionen ist das Christentum seiner Anlage nach allein anational und universell. Bei voller Erledigung seiner missionarischen Aufgabe, in der „Fülle der Zeiten", wird es seine wahrhafte Katholizität erreichen.

WULF, Friedrich. *Die Krise des heutigen Menschen und ihre Überwindung im Glauben.* In: Geist und Leben Jhg. 22 Heft 3 (Juni 1949) S. 168—178.

Nur die Preisgabe in Selbstverzicht und Tod kann Glaube genannt werden; das Wiedererstehen setzt die völlige Preisgabe voraus, dies ist der Sinn der „Pädagogik Gottes".

ZÜRCHER, Jos. *Satan und die Versuchung zur Sünde.* In: Anima Jhg. 4 Heft 2 1949 S. 145—148.

Durch das Faktum der Versuchung ist der Mensch in seiner Entscheidungsfreiheit nicht gehindert; das heißt, daß der Einzelne dem Satan nicht ausgeliefert ist.

Philosophie

IRIARTE, Joaquîn SJ. *El valor filosófico y mental de los Historismos Orteguianos.* In: Razón y Fe Juli/August 1949 S. 8—22.

Ortega y Gassets Historismus ein purer, alles relativierender, vom deutschen Idealismus abhängiger Historismus, der in der Luft hängt und nicht dauern kann.

PIPER, O. A. *Tod und Liebe.* In: Theologische Zeitschrift Jhg. 5 Heft 3 (Mai/Juni 1949) S. 209—218.

Das Problem der seltsamen Entsprechung der beiden Grundphänomene, so wie es sich in unserem Verhältnis zu Verstorbenen stellt.

ROMEYER, B, SJ. *Maurice Blondel (1861—1949), Réflexions sur la soutenance de l'Action (1893).* In: Nouvelle Revue Théologique Bd. 71 Nr. 7 (Juli/August 1949) S. 748—756.

Bericht über die Diskussion der Doktorthese Maurice Blondels, des großen verstorbenen Philosophen, die seine erste große Veröffentlichung, L'Action, war.

THUM, Beda. *Scholastische Kosmologie und Naturwissenschaften.* In: Divus Thomas Bd. 27 Heft 1 (März 1949) S. 17—40.

Eine Weiterentwicklung der scholastischen Tradition an Hand der modernen wissenschaftlichen Erkenntnisse muß trotz Schwierigkeiten gefordert werden, besonders da diese Aufgabe den Sinn einer Erprobung der erkenntnistheoretischen Einstellung der Scholastik hat.

Kultur

BOEYKENS, Benedikt. *Johan Huizinga und sein kulturhistorisches Werk.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 10 (Juli 1949) S. 283—288.

Eine klare Zusammenfassung des Wesentlichen aus den vorliegenden Büchern zeigt, wie Huizinga mit großer Konsequenz den Weg vom Liberalismus zum positiven Christentum gefunden hat.

DECURTINS, F. *Der Satan in der Psychiatrie.* In: Anima Jhg. 4 Heft 2 1949 S. 137—144.

An einer Reihe von Phänomenen und Symptomen der Geisteskrankheit wird gezeigt, wieweit die medizinische Erklärungsmöglichkeit reicht und welche Vorsicht mit dem Namen „Besessenheit" am Platze ist.

ERASMI, Bernhard. *Die „Unterscheidung der Geister" als Grundbedingung christlicher Mündigkeit.* In: Geist und Leben Jhg. 22 Heft 3 (Juni 1949) S. 204—216.

Vorbedingung für die Selbständigkeit, das Reich Gottes in sich und um sich zu verwirklichen, ist die Mündigkeit im Kampf der Entscheidungen, wofür der Christ noch in seinem Unterscheidungsvermögen geschult und geschärft werden muß.

FLECKENSTEIN, J. O. *Wissenschaftliche Kosmologie und christlicher Glaube.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 49 Heft 4 (Juli 1949) S. 225—226.

Der Verfasser sucht in diesem ausgezeichneten Aufsatz die Mitte zwischen der die pure Quantität anbetenden materialistischen Wissenschaft und einer im Subjekt sich verfangenden idealistischen Philosophie (und christlich getarnter Gnosis). Der Mttelweg findet den Anschluß an die philosophia perennis durch eine Analyse der Entwicklungsgeschichte der Wissenschaft.

GILLEN, Otto. *Die christliche Kunst der Gegenwart. Grundsätzliches über ihre Situation, Problematik und Aufgabe.* In: Münster Jhg. 2 Heft 11/12 (Mai/Juni 1949) S. 367 bis 370.

Gegen die unbedingte subjektive Freiheit des modernen Künstlers werden die Ansprüche der Gemeinschaft geltend gemacht, die Grund und Boden sein muß für ein wirklich christliches Kunstwerk.

GOLDAMMMER, Kurt. *Die Weltreligionen in der Religionskrise der Gegenwart.* In: Universitas Jhg. 4 Heft 5 1949 S. 513—518.

Religionswissenschaftliche Untersuchung der Beziehungen zwischen Christentum, Islam und Buddhismus, die heute in einer Endphase ihrer Entwicklung stehen. (Schluß folgt.)

HAAS, Adolf. *Ein Biologe gegen den Materialismus.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 10 (Juli 1949) S. 371—383.

Zu dem Werk von Pierre Lacomte du Noüy: die Bestimmung des Menschen (Stuttgart 1948), in dem die Unmöglichkeit gezeigt wird, mit bloß materialistischen Kategorien die Phänomene des Lebens zu fassen. Die Biologie fordert eine telefinale Sinngebung der Evolution.

HANSEN-LÖVE, Friedrich. *„Saint Ex?" Leben und Glauben des Fliegers Saint-Exupéry.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 7 (Juli 1949) S. 490—507.

Diese philosophische Studie äußert einen vorsichtigen, aber gut begründeten Zweifel an der Gloriole des „Saint Ex". Der von dem Dichter gezeichnete schweigende, „vornehme" Gott wird in seiner Gefährlichkeit gezeigt, zugleich aber die hohe Bedeutung des hier gegebenen neuen Selbsterkenntnisses des Menschen hervorgehoben.

HENNEKE, Rhabanus. *Aufgaben einer christlichen Universität.* In: Neues Abendland Jhg. 4 Heft 7 (Juli 1949) S. 200—206.

Der Verfasser sieht den Geist der neuzeitlichen Wissenschaft in der cartesianischen Philosophie begründet. Diese Wendung zur Anthropozentrik muß durch eine neue Wissenschaftswertung und durch eine Beschränkung der cartesianischen Methode rückgängig gemacht werden. Hierdurch allein wird sich die Kluft zwischen Glauben und Wissen schließen.

HILLLEBRAND, M. J. *Die Psychologie im Dienste der Schülerauslese. Intelligenzprüfung und Schülerbegutachtung.* In: Pädagogische Rundschau Jhg. 3 Heft 6 (Juni 1949) S. 246—252.

Die Testmethode soll entwicklungspsychologisch und typologisch orientiert und ausgebaut werden, damit sie als kindergemäße in eine allgemeine Persönlichkeitsdiagnose eingebaut werden kann.

JÄSCHKE, Gotthard. *Zur religiösen Lage in der neuen Türkei.* In: Missionswissenschaft und Religionswissenschaft Jhg. 1949 Nr. 2 S. 150—154.

Bericht von der Türkisierung des Islam, von der Religion Kemal Atatürks. Ein zweiter Teil, der aus dem praktischen Leben berichten soll, folgt.

KÄLIN, Jos. *Evolutionstheorie und katholische Weltanschauung.* In: Divus Thomas Bd. 27 Heft 1 (März 1949) S. 5—16.

Der mit guten Literaturhinweisen versehene Aufsatz stellt dar, daß die Menschwerdung das große Schöpfungsgeheimnis immer noch ist und auch immer bleiben wird.

KIRSCHBAUM, Engelbert. *Die Ausgrabungen unter der Peterskirche in Rom.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 9 (Juni 1949) S. 292—303.

KLEIN, Franz. *Drei Jahre katholische Auslandshilfe.* In: Caritas Jhg. 50 Heft 3/4 (März/April 1949) S. 55—62.

Ein erster, noch unvollständiger aber verdienstvoller Überblick über die im kath. Raum geleistete Deutschlandhilfe.

KLENK, Friedrich. *Rückwärtsblickend vorwärtsschauen. Gedanken zum Gang der deutschen Geistesgeschichte.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 10 (Juli 1949) S. 321—334.

Dem Rückblick zeigen sich von der Klassik an positive Momente, die wertvoll sind für eine zukünftige „neue Synthese aller natürlichen und übernatürlichen Seinsbereiche im Zeitalter der Technik".

LANGGÄSSER, Elisabeth. *Die Zukunft des christlichen Romans.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 7 (Juli 1949) S. 508—516.

Diesem Aufsatz liegt ein Hamburger Vortrag vom März 1949 zu Grunde. Der Kampf zwischen Gott und dem Widersacher, der Sieg des Bösen in der Zeit und der akausale Sieg des Guten außer der Zeit kann jetzt auf dem Grunde eines neuen, nicht mehr logisch bestimmten Existenzbewußtseins zum Gegenstand der Dichtung werden. „Diese ist, mit einem modernen Begriff umrissen, existentiell geworden".

MAURIAC, François. *Ist der Christ von dieser Welt? Rede auf der Woche katholischer Intellektueller in Paris.* In: Begegnung Jhg. 4 Heft 7 1949 S. 193—196.

In der Welt der Zerstörung ist dem Christen das Versprechen der Ewigkeit gegeben. Seine Hoffnung richtet sich nicht auf Weltliches. Man kann daher der Menschheit dienen, ohne doch auf den festen Bau einer gerechten Gesellschaftsordnung zu hoffen.

MUCKERMANN, Hermann. *Die neue Anthropologie im Zeitalter der Technik.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 9 (Juni 1949) S. 250—259.

Gegen die physische Anthropologie entwirft der Verfasser die Grundrichtungen einer neuen Wissenschaft, durch die es möglich wird, eine wesensgerechte und menschengerechte Gestaltung des technischen Zeitalters zu fördern.

MÜLLER-GANGLOFF, Erich. *Nachgeschichtliche Existenz?* In: Die Sammlung Jhg. 4 Heft 7 (Juli 1949) S. 393—397.

In mehreren historischen Vergleichen wird unsere deutsche Situation als außer- und nachgeschichtliche bestimmt, die aber doch noch eine eigene Größe, nämlich die der rein kulturellen Fruchtbarkeit zuläßt.

NUTTING, Willis D. *The College: Assembly Line or Community.* In: The Commonweal Bd, 50 Nr. 16 (29. 7. 49) S. 382—384 und Nr. 17 (5. 8. 49) S. 406—408.

Untersuchung über die Einflüsse der industriellen Mentalität auf die Psyche der Studenten und die Denkformen und Methoden, die das höhere Unterrichtswesen beherrschen. Auch für Europa bedenkenswert.

RIEMERSCHMID, Werner. *Die surrealistische Bewegung.* In: Europa-Archiv Jhg. 4 Heft 13 (15. Juli 1949) S. 2261 bis 2264.

Der gut informierende und mit Literaturhinweisen versehene Aufsatz gibt einen Umriß der heute umfangreichsten künstlerischen Strömung. Sie will keine neuen Werte, sondern den Konflikt in den Tiefenschichten, das „konkrete Irrationale" darstellen.

SCHAERR, Heinz. *Zum Thema: Goethe und der Katholizismus.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 49 Heft 3 (Juni 1949) S. 153—166.

Der Verfasser wendet sich gegen die im Aufsatz über das gleiche Thema von Ludwig Curtius durchgeführte Identifizierung von Religiösem und Christlichem und versucht eine differenziertere Deutung aus der Persönlichkeit des Dichters heraus.

SCHOMERUS, Hans. *Konfrontation mit der Ewigkeit. Die Beichte in der kirchlichen und ärztlichen Praxis.* In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 12 (Juni 1949) S. 897—904.

Durch die Möglichkeit, gut oder böse zu handeln, ist der Mensch in eine Zwiespältigkeit geworfen, aus der er aber im Vollzug der Buße herauskommen und damit eine psychische und physische Verwandlung erfahren kann.

TUPPY, Hans. *Physikalismus, Vitalismus, Positivismus. Ein biologischer Literaturbrief.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 7 (Juli 1949) S. 530—537.

Es fehlt zwar ein umfassendes Weltbild, aber wir können Teilaspekte verschiedener Weltbilder mit der Einsicht in ihre Begrenztheit vor uns bringen. So folgen kritische Betrachtungen zu Carl Friedrich von Weizsäcker, Ludwig Bertalanffys und Jakob von Uexküll.

VALJAVEG, Fritz. *Welteinheitskultur?* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 7 (Juli 1949) S. 519—524.

Die Tendenz der politischen und technischen Entwicklung auf einen Weltstaat und eine Weltgesellschaft hin hat die Einebnung kultureller Besonderheiten zur Folge. Aber die individuellen und geschichtsmächtigen Formen sind unausrottbar; die nivellierte und technisierte Welt muß an ihren eigenen Krisen zugrunde gehen.

WESTERMAYR, Johann. *Die pädagogische Situation der Gegenwart.* In: Pädagogische Welt Jhg. 3 Heft 7 (Juli 1949) S. 398—407.

Das vordringlichste Charakteristikum ist die weltanschauliche Desorientierung der Jugend, die ihrem Milieu, nämlich der Säkularisierung des ganzen Lebens, nicht gewachsen ist. Es muß daher besonderer Wert auf die geistliche Erziehung gelegt werden. (Eine Fortsetzung folgt.)

WUNDERLE, Georg. *Die Mystik im Lichte der neuesten medizinischen Psychologie. Ein kritischer Bericht.* In: Geist und Leben Jhg. 22 Heft 3 (Juni 1949) S. 217—221.

Eine Auseinandersetzung mit den drei jüngsten Religionspsychologien von Zucker, Weitbrecht und Gruhle.

Soziales und politisches Leben

ALTHAUS, Paul. *Amnestie? Von der Recht-schaffenden Macht der Vergebung.* In: Zeitwende Jhg. 20 Heft 12 (Juni 1949) S. 872—880.

Die Dialektik des Rechts, das in seiner Schärfe zum Unrecht umschlagen kann, läßt erst die wahre Bedeutung des christlichen Liebes- und Vergebungsgebotes erkennen. Dieses Gebot ist nicht auf den persönlichen Bereich beschränkt, sondern gilt ebenso für öffentliche, nationale und übernationale Angelegenheiten.

BÖTTCHER, Karl Wilhelm. *Jugend hilft sich selbst.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 4 Heft 7 (Juli 1949) S. 591—599.

Erfahrungen aus der praktischen Gestaltung von Jugendheimen, in denen die heimatlose Jugend eine Erziehung durch die Gemeinschaft erfährt.

CORNIDES, Karl. *Die Politik und die Welt des Geistes. Die Hauptströmungen im politischen Denken der Gegenwart.* In: Europa-Archiv Jhg. 4 Heft 14 (20. Juli 1949) S. 2297—2230.

Nach einer kurzen Übersicht über die Geschichte der Feindseligkeit von Geist und Macht werden für unsere Zeit zwei Tendenzen aufgezeigt: das Irrationale aus dem Bereich der Politik ganz verschwinden zu lassen und diesen Bereich selbst aus dem Reich des Geistes von Grund auf zu erneuern.

DANIEL, Cuthbert und SQUIRES, Arthur M. *A. Road to Atomic Peace.* In: The Christian Century Bd. 66 Nr. 18—23 (4. 5.—8. 6. 1949).

Atomfachleute, die zugleich in politischen Aufträgen tätig waren, geben einen Überblick über die technischen und politischen Möglichkeiten der Atomenergie.

DAVID, Jakob. *Soziale Mündigkeit. Ein Anspruch auf eine Aufgabe.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 8 (Mai 1949) S. 115—122.

Aus dem legitimen Anspruch auf Freiheit, den eine aufsteigende Schicht erhebt, ergeben sich auch ausgesprochen katholische Aufgaben, deren letztes Ziel nicht soziale Sicherheit, sondern soziale Mündigkeit ist.

DESROCHES, H.-Ch. *Une guerre parmi nous.* In: Idées et Forces (Fortsetzung von Economie et Humanisme) Nr. 3 (April-Juni 1949) S. 75—80.

Das ganze Heft ist den Problemen der geographischen Verteilung der Menschheit im Zusammenhang mit Ernährungsmöglichkeiten gewidmet. Der Herausgeber Desroches faßt zusammen: Krieg der Nationen und Krieg der Klassen beruht auf Mangel der meisten, und ausreichenden Möglichkeiten der wenigen. Wohl ist Armut für den Christen eine der Möglichkeiten zur Seligkeit, aber zugleich muß er um der anderen willen alles tun, um der Erde mehr abzugewinnen, genug für alle.

DINTER, Hugo. *Gottesglaube, Katastrophenfurcht und Völkerrecht. (Eine Untersuchung zur Frage der Existenz und Wirksamkeit des Völkerrechts).* In: Begegnung Jhg. 4 Heft 7 1949 S. 216—217.

Der geschichtliche Überblick lehrt, daß das Völkerrecht solange unbezweifelt blieb, als an die Existenz Gottes geglaubt wurde. Heute erleben wir auf dem Umweg über die Katastrophenfurcht ein Wiederaufleben des Völkerrechts.

FRANK, Victor. *The managerial evolution in Russia.* In: The Tablet Bd. 194 Nr. 5695 (16. 7. 49) S. 36—37.

Einzelheiten über die Herausbildung einer neuen Bourgeoisie der industriellen Führerklasse.

GERARD-LIBOIS, J. *A la découverte des réalités paroissiales.* In: Construire Jhg. 4 Nr. 5 (Juni 1949) S. 22—33.

Anleitung zur soziologischen Analyse einer Pfarre, mit Hinweisen auf Ergebnisse bei der soziologischen statistischen Aufnahme einer Brüsseler Pfarre und einer wallonischen Landpfarre.

GLITZ, Erhard. *Der Kommunismus in China.* In: Die Wandlung Jhg. 4 Heft 6 (Juni 1949) S. 523—532.

Der Verfasser glaubt an die Kraft Chinas, Unvereinbares zu vereinen und eine fruchtbare Synthese von Kommunismus und Kuo Mintang-Konfuzianismus zuwege zu bringen.

HIPPEL, Ernst v. *Der Staat in christlicher Sicht.* In: Begegnung Jhg. 4 Heft 7 1949 S. 204—208.

Der Staat wird vom Christen grundsätzlich in seiner Notwendigkeit anerkannt, aber nur dort bejaht, wo er der moralischen Freiheit dient, anstatt selbst egoistisch zu herrschen.

LORCH, Theo. *Christlicher Kommunismus einst und heute.* In: Neubau Jhg. 4 Heft 5 (Mai 1949) S. 170—173

Von Berdjajeff ausgehend wird hier der Kommunismus als ein Wesenszug des Christentums dargestellt, der nicht zu aller Zeit gleich realisiert werden kann.

MONZEL, Nikolaus. *Die Kirche als Gemeinschaft.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 4 Heft 7 (Juli 1949) S. 525—530.

Alle Sozialformen streben von der lebendigen Gemeinschaft zur erstarrten Gesellschaft. Dieser Entwicklung kann die Kirche ihren ewig jungen, weil übernatürlich begründeten Gemeinschaftswillen entgegensetzen.

NELL-BREUNING, Oswald von, SJ. *Überwindung der Klassengesellschaft.* In: Orientierung Jhg. 13 Nr. 14/15 (31. Juli 1949) S. 155—158.

Während die Flüchtlingsfrage als eine „Tagesfrage", wenn auch im größten Maßstab, auf rascheste Lösung drängt, wird die Umwälzung der Klassengesellschaft sich wohl auch in Deutschland nur langsam und organisch in langen Jahren entwickeln.

SCHUH, Wilhelm. *Ehekrise statistisch gesehen.* In: Oberrheinisches Pastoralblatt Jhg. 50 Juniheft 1949 S. 163—166.

Durch interessante Vergleiche und Zusammensetzungen des Zahlenmateriales ergeben sich wichtige Einsichten in die Störungsfaktoren und Scheidungsmotive.

SLADEK, Paulus. *Die Flüchtlingsfrage soziologisch gesehen.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 10 (Juli 1949) S. 343 bis 352.

Verfasser wendet sich gegen die nur caritative Betreuung und fordert eine gesicherte Interessenvertretung durch gewählte Vertreter der Flüchtlingsgemeinden. Die Flüchtlingsfrage ist eine „Aufgabe der Menschenführung".

THURN, Hubert. *Entwicklungshemmungen.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 9 (Juni 1949) S. 268—279.

Über die Schädigungen und hemmenden Beeinflussungen der Jugend durch den Krieg; dazu eine „Pädagogik der Hemmungen", die im wesentlichen auf die Möglichkeit einer „Nachreife" zielt.

TODD, J. *Distributism.* In: Blackfriars Bd. 30 Nr. 351 (Juni 1949) S. 273—282.

In Anbetracht dessen, daß der Distributismus zum Wahlschlager aller drei Parteien zu werden scheint und daß auch im Catholic Herald Derrick dazu das Wort nahm, eine interessante geschichtliche und philosophische Betrachtung als Ergänzung zu den rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Chronik des katholischen Lebens

DE VRIES, Wilhelm. *Die Kirchenverfolgung in Rumänien. Ihr Verlauf und ihre Wirkung.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 74 Heft 10 (Juli 1949) S. 334—342.

Ein Bericht über die schwierige Lage der Kirche seit Herbst vorigen Jahres und ihr tapferes Durchhalten. In einem zweiten Teil wird der Kampf der lateinischen Kirche besonders besprochen werden.

IRENIKON. *Note liminaire und Lettre Pontificale „Equidem verba".* In: Irénikon Bd. 22 2. Trimester 1949 S. 113 bis 114 und 189—195.

Rückblick auf Gründung und Grundgedanke der Abtei Amay, der belgischen Benediktinerabtei zum Studium für die Wiedervereinigung der orthodoxen Kirchen mit Rom, der Abtei, die die Zeitschrift Irénikon herausgibt.

ORIENTIERUNG Jhg. 13 Nr. 9, 10, 11, 12/13 1949. *Zur Situation des Katholizismus in der Schweiz.*

In einer Folge durch vier Hefte hindurch gibt die Züricher Zeitschrift einen guten Überblick über das religiöse Leben ihres Landes. Besonders sei auf den letzten Teil verwiesen: Zu unseren Aufgaben in der Gegenwart; Hervorhebung der Bedeutung, die die Kirche eines zwischen den Händeln der Großmächte stehenden neutralen Landes haben kann und muß.

PÜSCHEL, Erich. *Zwei internationale katholische Tagungen über Flüchtlingsfragen.* In: Caritas Jhg. 50 Heft 3/4 (März/April 1949) S. 81—84.

Bericht über die Luzerner Tagung der Caritas Internationalis und ihre „Wünsche" an den Heiligen Vater; anschließend das Wichtigste zur Conférence des organisations catholiques pour coordonner les activités en faveur des réfugiés in Fribourg mit Abdruck des Wortlauts der Botschaft an die Flüchtlinge der Welt.

SOLZBACHER, Josef. *Der neue belgische Katechismus.* In: Katechetische Blätter Jhg. 74 Heft 7 (Juli 1949) S. 213—219.

Würdigung der hier geleisteten Arbeit, zugleich aber auch Nachweis, daß nur die ersten Ansätze gewonnen wurden und der Katechismus im Grunde nur als Vorlage für die Exposition der eigentlichen Problematik der Glaubensverkündigung gelten darf.

WOLLASCH, Hans. *Die Stellung der Caritas im öffentlichen und kirchlichen Raum.* In: Caritas Jhg. 50 Heft 5/6 (Mai/Juni 1949) S. 103—115.

Hier der erste Teil einer gründlichen und systematischen Überschau. Die Abhängigkeit von der öffentl. Gewalt, das Verhältnis zur Sozialordnung und die Anpassung an die öffentliche Wohlfahrtspflege.

Chronik des ökumenischen Lebens

BRUNNER, Emil. *Toward a Missionary Theology.* In: The Christian Century Bd. 66 Nr. 27 (6. 7. 49) S. 816—818.

In der Reihe der Selbstdarstellungen bekannter Theologen in dieser Zeitschrift gibt Brunner zugleich einen Querschnitt durch die evangelische Theologie seit 1920 und spricht über sein Verhältnis zu Karl Barth.

GABLENTZ, Otto Heinrich v. d. *Die Kirche und die Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung. (Die Arbeit der dritten Sektion der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz.)* In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 74 Heft 4 (April 1949) S. 195—200.

GUITTON, Jean, *Vérité e Charité. Souvenirs oecuméniques.* In: Nouvelle Revue Théologique Bd. 71 Nr. 7 (Juli-August 1949) S. 673—686.

Zum ökumenischen Gespräch gehört von katholischer Seite aus ein durch die Liebe ergänztes Wahrheitsbewußtsein: die Kirche besitzt zwar die Fülle der Wahrheit, aber vorerst nur potentiell; in der Begegnung mit den getrennten Brüdern bereitet sie sich darauf vor, wirklich universal zu werden.

HORTON, Walter M. *Continuity and Reform.* In: The Ecumenical Review Bd. 1 Nr. 4 (Sommer 1949) S. 374—381.

Dieser sowie weitere Aufsätze des Heftes beschäftigen sich mit dem Traditionsproblem, z. T. in direkter Auseinandersetzung mit katholischen Auffassungen.

MENN, Wilhelm. *Die Kirche und die internationale Unordnung. Ein Bericht über die vierte Sektion von Amsterdam.* In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 74 Heft 4 (April 1949) S. 199—206.

PETZELT, Alfred. *Pädagogik und Philosophie.* In: Pädagogische Rundschau Jhg. 3 Heft 6 (Juni 1949) S. 241—246.

Die Pädagogik darf primär nicht von der Empirie ausgehen, da sie sonst ihren Gegenstand, das Ich, zu einem bloßen Naturobjekt macht. „Wir brauchen eine Problemgeschichte der Pädagogik, sie muß systematisch-theoretisch, also philosophische Pädagogik sein."

SCHLUNK, Martin. *Mission als ökumenisches Handeln und Denken.* In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 74 Heft 4 (April 1949) S. 205—210.

Der Verfasser fordert eine umfassende und gründliche kirchlich-ökumenische Neuorientierung der Missionsarbeit.

1949 K 1219

1948 k 2008

Herder-Korrespondenz

ORBIS CATHOLICUS

Oktober/November 1948

Der Mainzer Katholikentag

Die erste Generalversammlung des Ökumenischen Rates in Amsterdam

Der Papst an die Jugend

Neue kirchenpolitische Ereignisse in Osteuropa

Das Pfarrprinzip in Kirchenrecht und Seelsorge

Mission und Katholische Aktion in Frankreich

Arbeit als menschliche oder soziale Funktion

Kirchliche Soziallehre und Sozialwissenschaft

HEFT 1/2

JAHRGANG III

Kb 190 40

U.B. TÜB.
21. DEZ. 1948

Inhalt des Heftes

Die 72. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Mainz 1

Die Eröffnungsfeier S. 1 — P. Ivo Zeiger SJ über die religiös-sittliche Lage und die Aufgabe der deutschen Katholiken S. 2 — Die öffentlichen Abendveranstaltungen im Dom S. 7 — Die öffentlichen Feiern am Sonntag S. 8 — Der Rechenschaftsbericht des Präsidenten S. 11 — Die Ansprache des Hl. Vaters S. 15 — Die Beratungen des Vertretertages S. 17 — Die Botschaften und Entschließungen des Katholikentages S. 47

Deutsche Meldungen 59

Meldungen aus der katholischen Welt 63

Aus Süd- und Westeuropa S. 63

Ökumenische Nachrichten 70

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit 71

Aufruf zu Gebet und Buße für die Arbeit der Vereinten Nationen S. 71 — Über die Aufgaben der katholischen Jugend gegenüber den Mächten der Welt S. 72

Die Kirche in den Ländern 74

Neue kirchenpolitische Ereignisse in Osteuropa S. 74

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens 78

Das Pfarrprinzip in Kirchenrecht und Seelsorge S. 78 — Mission und Katholische Aktion in Frankreich S. 79 — Richtlinien für das Priesterapostolat S. 80

Fragen des sozialen und politischen Lebens 82

Arbeit als menschliche oder soziale Funktion S. 82 — Kirchliche Soziallehre und Sozialwissenschaft S. 83

Aus der Ökumenischen Bewegung 86

Die erste Generalversammlung des Ökumenischen Rates in Amsterdam: Hirtenbrief des niederländischen Episkopates zur Tagung des Ökumenischen Rates S. 86 — Der Verlauf der Tagung S. 87 — Botschaft an die Weltchristenheit S. 93 — Prophetie und Aktion S. 94

Die Herder-Korrespondenz erscheint monatlich im Umfang von 48 Seiten. Preis des Heftes 2.50 DM zuzüglich Versandspesen. Bezugsmöglichkeiten durch den Buchhandel oder durch den Verlag Herder & Co., Freiburg i. Br., Johanniterstraße 4. *Zahlungsmöglichkeiten aus der französischen Besatzungszone* auf Postscheckkonto Freiburg i. Br. Nr. 505, auf Konto Nr. 50 der Öffentlichen Sparkasse Freiburg i. Br., auf Konto Nr. 8637 der Süddeutschen Kreditanstalt, Freiburg i. Br. oder auf unser Konto beim Bankhaus J. A. Krebs, Freiburg i. Br.; *aus der amerikanischen und der englischen Besatzungszone* auf Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 315 oder im Bank- oder Sparkassen-Giroweg auf die angeführten Bank- und Sparkassenkonten; *aus der russischen Besatzungszone* auf unser Konto Nr. 8879 bei dem „Berliner Stadtkontor", Bezirksbank Berlin-Tempelhof. Schriftleitung: Karlheinz Schmidthüs (Hauptschriftleiter) und Dr. Lili Sertorius. Anschrift der Schriftleitung: Freiburg/Br., Johanniterstr. 4. Druck: Schwarzwälder Tagblatt, Villingen.

Genehmigt von der Direction de l'Information G. M. Baden-Baden 21. Januar 1946

8. JULI 1963
15. NOV. 1967
3. MAI 1968
23. MAI 1973
18. JUNI 1974
27. MRZ. 1979
14. AUG. 1981
14. AUG. 1982
5. APR. 1983

5,50